

Peter Urban

# Die Welt begreifen und verändern

Populärwissenschaftliche Darstellung  
der Grundlagen des wissenschaftlichen  
Sozialismus



Peter Urban

# **Die Welt begreifen und verändern**

Populärwissenschaftliche  
Darstellung der Grundlagen des  
wissenschaftlichen Sozialismus



## **Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

Impressum

DVS

Digitaler Vervielfältigungs- und VerlagsService  
Frankfurt am Main 2020

© 2020 DVS

Gesamtherstellung DVS

Umschlagsgrafik

JWD Flat Earth, © 2019 Yannik de la Pêche, [delapeche.com](http://delapeche.com)

ISBN: 978-3-932246-59-3

# **GESAMTÜBERSICHT**

## **Kapitel I**

Die Entstehung der Menschheit  
Die Urgesellschaft  
Die Sklavenhaltergesellschaft

## **Kapitel II**

Feudalismus  
Herausbildung von Keimen der bürgerlichen Gesellschaft  
innerhalb des Feudalismus

## **Kapitel III**

Fürstenherrschaft  
Reformation und großer deutscher Bauernkrieg  
Ursprüngliche Akkumulation des Kapitals

## **Kapitel IV**

Absolutismus und bürgerliche Revolutionen

## **Kapitel V**

Materialismus und Idealismus  
Die Philosophie der bürgerlichen Aufklärung  
Dialektischer Materialismus

## **Kapitel VI**

Entwicklung des Kapitalismus in England  
Maschinenstürmer und Chartistenbewegung  
Die utopischen Sozialisten

## **Kapitel VII**

Die marxistische Auffassung vom Menschen  
(Historischer Materialismus)

## **Kapitel VIII**

Die Ware (Marxistische Werttheorie)  
Zur Methode der marxistischen politischen Ökonomie

## **Kapitel IX**

Der Mehrwert

Das Kapitalverhältnis und seine Aufhebung

Wozu braucht die Arbeiterklasse eine politische Partei?

## **Kapitel X**

Lohnkampf und Kampf um Arbeitszeitverkürzung

Wie in den Gewerkschaften arbeiten?

Zur Dialektik von Tageskampf und Ziel der Arbeiterbewegung

## **Kapitel XI**

Die Profitrate und ihr tendenzieller Fall

Warum der Kapitalismus untergehen muss

## **Kapitel XII**

Handelskapital, Bankkapital, Aktienwesen

Zur Lage der Angestellten

Kapitalistisches Grundeigentum

## **Kapitel XIII**

Marxistische Krisentheorie

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus

Warum Massenarbeitslosigkeit im Kapitalismus unvermeidlich ist

## **Kapitel XIV**

Der Imperialismus

## **Kapitel XV**

Die kommunistische Partei

## **Kapitel XVI**

Die Aufgaben der Arbeiterklasse gegenüber dem Staat

## **Kapitel XVII**

Die Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampf für Demokratie und Frieden

## VORWORT DER HERAUSGEBER

Dieses Buch hat den Anspruch einer verständlichen Darstellung der Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. Soweit geschichtliche Fragen behandelt werden, orientiert sich die Darstellung hauptsächlich an den Klassikern des wissenschaftlichen Sozialismus und verzichtet weitgehend auf die Einarbeitung neuerer geschichtlicher Erkenntnisse. Der Grund: Eine zusammenhängende, aber noch überschaubare Darstellung wäre damit nicht mehr möglich. Und: Die neueren historischen Forschungen bestätigen grundsätzlich die betreffenden Ausführungen der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus, abgesehen von durchaus wichtigen Detailfragen, deren Behandlung aber auch den Rahmen dieses Buches sprengen würde.

Dieses Buch ist in 17 Kapitel aufgeteilt. Jedes Kapitel hat eine eigene Seitenzahlangebe und beginnt zur besseren Orientierung immer mit einem roten Einlageblatt. Obwohl die Kapitel aufeinander aufbauen und in einer logischen Reihenfolge stehen, ist jedes Kapitel im Großen und Ganzen in sich abgeschlossen. Wer aber die Kapitel fortlaufend liest, hat die Möglichkeit, sich Kenntnisse im wissenschaftlichen Sozialismus als einer Weltanschauung und Methode zur Erkenntnis und Veränderung der Welt anzueignen. Vorkenntnisse werden nicht vorausgesetzt, allerdings die Bereitschaft, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden.

Der Titel des Buches „die Welt begreifen und verändern“ ist Programm. Er wendet sich besonders an junge Menschen, die im Widerspruch zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen geraten sind, sei es durch die Umweltzerstörung, das erneute Aufkommen faschistischer Organisationen und Parteien, das profitorientierte Wirtschaftssystem oder den Abbau demokratischer Rechte. Er richtet sich an diejenigen, die eine Erkenntnis der gesamtgesellschaftlichen Zu-

sammenhänge dieser Einzelaspekte suchen, samt einer Orientierung. Dieses Buch macht keinen Hehl daraus, dass diese Orientierung der Sozialismus und letztendlich der Kommunismus ist. Derzeit existiert weltweit kein einziges sozialistisches Land, wenn es auch manche Länder gibt, die sich als solches bezeichnen. Die besten Beispiele hierfür sind die VR China sowie DVR Korea. Ebenfalls weltweit sind alle bisherigen Versuche, einen sozialistischen Staat aufzubauen, gescheitert. Das bekannteste Beispiel dafür ist die ehemalige Sowjetunion. Bis heute steht allerdings sowohl eine fundierte wissenschaftliche Analyse bezüglich der tieferen Gründe für dieses Scheitern aus, als auch die sich daraus ergebenden allgemeinen Schlussfolgerungen bezüglich eines neuen Anlaufs für eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die diesen Namen verdient. Unabhängig davon lässt sich aber auch sagen, dass die heutigen herrschenden gesellschaftlichen Systeme weltweit großes Elend und Zerstörung erzeugt haben. Es wird also gewiss nicht das Ende der Geschichte der Menschheit sein. Aber: Es braucht seine Zeit, um Schlüsse daraus zu ziehen. Dieses Buch möchte eine solche Entwicklung fördern.

Der Autor Peter Urban (Pseudonym) hat die Kapitel dieses Buches bis Ende der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts geschrieben. Sie wurden von der KPD in Form einzelner Hefte veröffentlicht. Diese Partei existiert mittlerweile nicht mehr. Zu einer Zusammenführung der einzelnen Hefte kam es nicht, und mit der Zeit gingen die Einzelhefte verloren. Indem wir die 17 Kapitel nun zu einem kompakten Buch zusammen führen, wollen wir diesen unbefriedigenden Zustand beenden und es einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Es ist eine ausgezeichnete Arbeit, die es nicht verdient, in der politischen Versenkung zu verschwinden. Dankenswerter Weise können wir dieses Werk im Verlag DVS veröffentlichen.

Die Wiederherstellung als komplettes Buch war schwierig und teuer. Wir hatten den Ehrgeiz, alle 17 Kapitel in einem Buch zusammenzufassen, um so den Charakter eines Nachschlagewerks zu erhalten. Man hätte es natürlich auch auf 2 oder 3 Bücher aufteilen können, aber dann wäre diese Eigenschaft verloren gegangen. Bei knapp 2000 Seiten kein leichtes Unterfangen. In Frage kam ein Hardcover mit Fadenheftung. Schnell stellte sich heraus, dass die Herstellungskosten astronomisch waren. Glücklicherweise konnten wir auf ein Buchbindeverfahren mit Softcover ohne maschinellen Einsatz zurück greifen. So ist die Bindung jedes einzelnen Buches handgefertigt. Es ist mit Kaltleim geklebt und hat den Vorteil, dass ein mittig aufgeschlagenes Buch nicht wieder zusammen klappt, sondern offen liegen bleibt.

Auch die digitale Aufbereitung der einzelnen Hefte war nicht einfach. Sie waren mit unterschiedlichen Schriften und Absatzformaten gesetzt worden. Da weder die im Original verwendeten Schriften noch die eingebetteten Bilder und Zeichnungen vollständig aufgefunden werden konnten, musste beim Satz dieses Buches improvisiert werden: Schriften und Satz entsprechen weitgehend den Original-Heften, allerdings weicht der Umbruch wegen der erforderlichen Nutzung von Ersatzschriften gegenüber dem Original ab. Auch einzelne Bilder wurden ersetzt. In der Folge kommt es zu Seitenverschiebungen gegenüber den Original-Heften; deshalb mussten auch Verweise auf Seiten einzelner Kapitel (d.h. einzelner ehemaliger Hefte) angepasst werden; wir bitten um Verständnis.

# **DIE WELT BEGREIFEN UND VERÄNDERN**

**Die Entstehung der Menschheit**

**Die Urgesellschaft**

**Die Sklavenhaltergesellschaft**

Kapitel I

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zitierweise:**

- MEW:** Marx-Engels-Werke
- AW:** Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
- Marx:** Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie: Dietz Verlag, Berlin 1974
- Dietz 1975:** Im Dietz-Verlag 1975 herausgegebener Einzelband von Engels: Der deutsche Bauernkrieg
- SW:** Stalin-Werke
- Geschichte:** Lehrbuch für den Geschichtsunterricht, Verlag Volk und Wissen, Berlin 1952
- Wittfogel:** Wittfogel, Karl August, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Malik-Verlag, Wien 1924
- f.:** und die nächstfolgende Seite
- ff.:** und die nächstfolgenden Seiten

# Inhalt

<b>I. Die Entstehung der Menschheit .....</b>	<b>5</b>
a) Herauentwicklung des aufrechten Gangs .....	5
b) Herstellen von Werkzeugen. ....	5
c) Mit der Arbeit entsteht die Sprache. ....	9
d) Mit der Sprache entsteht das begriffliche Denken .....	9
e) „Schmeicheln wir uns nicht mit unsern Siegen über die Natur .....	11
 <b>II. Die Urgesellschaft .....</b>	 <b>15</b>
 <b>III. Die Sklavenhaltergesellschaft .....</b>	 <b>21</b>
a) Sumerer und Babylonier .....	23
b) Griechenland .....	25
c) Entstehung des Staates in Athen .....	28
d) Rom .....	33
e) Aufstieg des Christentums .....	35
f) Entstehung von Keimen des Feudalismus in der zerfallenden römischen Gesellschaft .....	38
g) Untergang des weströmischen Reiches .....	39



# I. DIE ENTSTEHUNG DER MENSCHHEIT

Die Menschheit ist aus dem Tierreich heraus entstanden. Dieses wissenschaftliche Erkenntnis, die insbesondere von Darwin bewiesen wurde, konnte sich nur im harten Kampf gegen religiöse Mythen durchsetzen. So lehrt z.B. die Bibel, Gott habe die Menschen „am 6. Tag der Schöpfungsgeschichte“ geschaffen. In einigen Bundesstaaten der USA darf Darwins Evolutionstheorie bis heute nicht gelehrt werden.

Wir skizzieren im folgenden die wichtigsten Elemente des Prozesses der Menschwerdung. Diese Elemente beinhalten weder ein zeitliches noch logisches Nacheinander. In ihrer Gesamtheit machen sie den Unterschied von Mensch und Tier aus.

## a) Herausentwicklung des aufrechten Gangs

Die Hand wird nicht mehr zur Fortbewegung genutzt, sondern nur noch zur Einwirkung auf die Außenwelt:

*„Wohl zunächst durch ihre Lebensweise veranlaßt, die beim Klettern den Händen andre Geschäfte zuweist als den Füßen, fingen diese Affen an, auf ebner Erde sich der Beihülfe beim Gehen zu entwöhnen und einen mehr und mehr aufrechten Gang anzunehmen.“*

(Engels, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, MEW 20, S. 444; oder: AW 5, S. 377)

## b) Herstellen von Werkzeugen

Mit dem aufrechten Gang war die Hand „(...) frei geworden (nämlich von der Fortbewegungsfunktion, d. Verf.) und konnte sich nun immer neue Geschicklichkeiten erwerben.“

(Ebenda, MEW S. 445; oder AW S. 379).

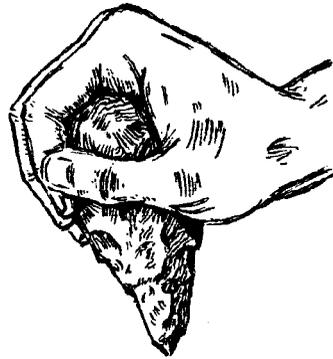
Die Menschen erwarben damit die Fähigkeit, Werkzeuge herzustellen. *„Bis der erste Kiesel durch Menschenhand zum Messer verarbeitet wurde, darüber mögen Zeiträume verflossen sein, gegen die die uns bekannte geschichtliche Zeit unbedeutend erscheint.“*

(ebenda)

Wohl noch vorher wurde der Faustkeil entwickelt. Scharfkantige Steine ließen sich besser verwenden als runde, zum Beispiel beim Aufschlagen von Knochen. Ganz allmählich lernten die Vorfahren der Menschen, durch einige Schläge Teile der Steine abzusplintern. So erzeugten sie die gewünschte Form und verwendeten diese ersten einfachen Werkzeuge für ihre Zwecke. Im Laufe weiterer Jahrtausende fanden die Menschen heraus, daß eine Form besonders zweckmäßig war, und stellten diese wegen ihrer Handlichkeit allgemein her. Es war der Faustkeil.



**Abb. 1:** Teilweise bearbeiteter Feuersteinknollen. Gefunden in Frankreich. In Wirklichkeit doppelt so groß



**Abb. 2:** So wird der Faustkeil gehalten

Während derartiger langwieriger Prozesse wurde die Hand immer feingliedriger, konnte sie immer komplexere Tätigkeiten ausüben. Sie hat sich durch die Arbeit zu dem entwickelt, was sie heute ist.

*„So ist die Hand nicht nur das Organ der Arbeit, sie ist auch ihr Produkt. Nur durch Arbeit, durch Anpassung an immer neue Verrichtungen, durch Vererbung der dadurch erworbenen besondern Ausbildung der Muskel, Bänder, und in längeren Zeiträumen auch der Knochen, und durch immer erneuerte Anwendung dieser vererbten Verfeinerung auf neue, stets verwickeltere Verrichtungen hat die Menschenhand jenen hohen Grad von Vollkommenheit erhalten, auf dem sie Raffaelsche Gemälde, Thorwaldsensche Statuen, Paganinische Musik hervorzubringen konnte.“*

(MEW 20 S. 445 f., AW 5 S. 379)

Im 1. Band des Kapitals wies Marx darauf hin, welche Bedeutung die Herstellung von Arbeitsmitteln im Prozeß der Menschwerdung hatte:

*„Der Gebrauch und die Schöpfung von Arbeitsmitteln, obgleich im Keim schon gewissen Tierarten eigen, charakterisieren den spezifisch menschlichen Arbeitsprozeß, und Franklin definiert den Menschen als ‘a toolmaking animal’, ein Werkzeuge fabrizierendes Tier.*

***Dieselbe Wichtigkeit, welche der Bau von Knochenreliquien (Reliquien, hier: Fundstücke, d. Verf.) für die Erkenntnis der Organisation untergegangener Tiergeschlechter, haben Reliquien von Arbeitsmitteln für die Beurteilung untergegangener ökonomischer Gesellschaftsformationen. Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen.“***

(Marx, Kapital I, MEW 23, S. 194 f., Hervorhebung v. Verf.)

In den letzten beiden Sätzen kommt ein entscheidendes Merkmal marxistischer Geschichtsbetrachtung zum Ausdruck: Die verschiedenen gesellschaftlichen Zustände der Menschen sind nicht jeweils deshalb entstanden, weil die Menschen die entsprechenden Ideen zuvor entwickelt hätten. Bestimmte materielle Faktoren haben diese Verhältnisse jeweils hervorgebracht, ohne daß irgendjemand daran gedacht hätte. Diese materiellen Faktoren sind letztlich die Produktivkräfte der jeweiligen Gesellschaft: Die Produktivkräfte einer Gesellschaft sind die arbeitenden Menschen mit ihren jeweiligen Fähigkeiten und Fertigkeiten in der Produktion sowie die entsprechenden Arbeitsmittel.

**Deshalb** sagt Marx in obigem Zitat, daß die aufgefundenen Arbeitsmittel einer bestimmten Epoche mit den „Knochenreliquien“ vergleichbar sind, aus denen auf bestimmte ausgestorbene Tierspezies geschlossen werden kann: Aus den „Reliquien von Arbeitsmitteln“ läßt sich auf den Charakter der Produktivkräfte und damit auf vergangene gesellschaftliche Zustände schließen.

**Vor** Marx und Engels wurde die Geschichte so aufgefaßt, daß der Charakter einer geschichtlichen Epoche letztlich von den jeweiligen Ideen der Menschen dieser Epoche abhängt. Diese idealistische Weltanschauung liegt der bürgerlichen Geschichtsauffassung auch heute noch zugrunde.

Marx und Engels aber haben erstmals bewiesen, daß die Ideen in einer bestimmten Geschichtsperiode bzw. in einer bestimmten Klasse stets durch das materielle Sein der betreffenden Menschen hervorgerufen werden. Das soll an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden; im Rahmen dieser Reihe werden wir auf diesen Punkt immer wieder zurückkommen.

### c) Mit der Arbeit entsteht die Sprache

Im Arbeitsprozeß wirken von Anfang an mehrere Menschen zusammen, bezwecken sie ein gemeinsames Ziel, die Herstellung eines bestimmten Produkts.

*„Wie schon gesagt, waren unsre äffischen Vorfahren gesellig; es ist augenscheinlich unmöglich, den Menschen, das geselligste aller Tiere, von einem ungeselligen nächsten Vorfahren abzuleiten. Die mit der Ausbildung der Hand, mit der Arbeit, beginnende Herrschaft über die Natur erweiterte bei jedem neuen Fortschritt den Gesichtskreis des Menschen. An den Naturgegenständen entdeckte er fortwährend neue, bisher unbekannte Eigenschaften. Andererseits trug die Ausbildung der Arbeit notwendig dazu bei, die Gesellschaftsglieder näher aneinanderzuschließen, indem sie die Fälle gegenseitiger Unterstützung, gemeinsamen Zusammenwirkens vermehrte und das Bewußtsein von der Nützlichkeit dieses Zusammenwirkens für jeden einzelnen klärte. Kurz, die werdenden Menschen kamen dahin, daß sie einander **etwas zu sagen hatten**. Das Bedürfnis schuf sich sein Organ: Der unentwickelte Kehlkopf des Affen bildete sich langsam aber sicher um, durch Modulation für stets gesteigerte Modulation (Tonwechsel, d. Verf.), und die Organe des Mundes lernten allmählich einen artikulierten Buchstaben nach dem andern auszusprechen.“*

(Marx, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, MEW 20 S. 446f.; AW 5 S. 380)

### d) Mit der Sprache entsteht das begriffliche Denken

Auf Grundlage der Sprache entsteht das begriffliche Denken. Tiere nehmen ihre Umgebung oftmals viel besser wahr als der Mensch, und sie sind auch zu zweckmäßigem

Verhalten fähig. Doch sie können nicht abstrakt denken, denn das setzt den Gebrauch der Sprache voraus. (Beispiel: Tiere können z.B. den Begriff „Tier“ nicht denken. Ihr Bewußtsein kann stets nur die konkreten, einmaligen Lebewesen wahrnehmen, mit denen sie es jeweils konkret zu tun haben).

Das mit der Entwicklung der Sprache einhergehende begriffliche Denken ist Voraussetzung derjenigen zweckgerichteten Einwirkung auf die äußere Natur, die für den Menschen charakteristisch ist und die ihn auch hervorgebracht hat: der Arbeit.

*„Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war. Nicht daß er nur eine Formveränderung des Natürlichen bewirkt; er verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen Zweck, den er weiß, der die Art und Weise seines Tuns als Gesetz bestimmt und dem er seinen Willen unterordnen muß.“*

(Marx, Kapital I, MEW 23, S. 193)

**Engels:** *„...das Tier **benutzt** die äußere Natur bloß und bringt Änderungen in ihr einfach durch seine Anwesenheit zustande; der Mensch macht sie durch seine Änderungen seinen Zwecken dienstbar, **beherrscht** sie. Und das ist der letzte, wesentliche Unterschied des Menschen von den übrigen Tieren, und es ist wieder die Arbeit, die diesen Unterschied bewirkt.“*

e) **„Schmeicheln wir uns nicht mit unsern Siegen über die Natur“**

Nun könnte man einwenden: Wie kann man heute noch von **Beherrschung** der Natur durch den Menschen sprechen? Haben wir es heute nicht mit gewaltigen Umweltkatastrophen zu tun, verursacht durch Menschenhand, und drohen nicht noch weit schlimmere? Kommt es nicht darauf an, die industrielle Entwicklung zurückzunehmen, um wieder mit der Natur eins zu werden?

Sehen wir zunächst, was Engels an der soeben zitierten Stelle weiter sagt:

*„Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungscentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen. Die Italiener der Alpen, als sie die am Nordabhang des Gebirgs so sorgsam gehegten Tannenwälder am Südabhang vernutzten, ahnten nicht, daß sie damit der Sennwirtschaft auf ihrem Gebiet die Wurzel abgruben; sie ahnten noch weniger, daß sie dadurch ihren Bergquellen für den größten Teil des Jahrs das Wasser entzogen, damit diese zur Regenzeit um so wütendere Flutströme über die Ebene ergießen könnten(...) Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der*

*Natur steht - sondern daß wir mit Fleisch und Blut ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können(...) Je mehr dies aber geschieht, desto mehr werden sich die Menschen wieder als Eins mit der Natur nicht nur fühlen, sondern auch wissen, und je unmöglicher wird jene widersinnige und widernatürliche Vorstellung von einem Gegensatz zwischen Geist und Materie, Mensch und Natur, Seele und Leib, wie sie seit dem Verfall des klassischen Altertums in Europa aufgekommen und im Christentum ihre höchste Ausbildung erhalten hat.“*

(MEW 20, S. 452 f.; oder AW 5, S. 387 f.; Hervorhebung v. Verf.)

*Und Marx schrieb im Kapital: „Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebne Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“*

(Kapital I, MEW 23, S. 529 f.)

Wir sehen: Ökologische Betrachtungsweisen sind keine Erfindung unserer Tage. Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, wußten sehr gut, wozu es führt, wenn man mit der Natur Raubbau treibt.

Ihre Forderung, die Natur immer besser „beherrschen“ zu lernen, bedeutet, die Naturgesetze immer besser zu verstehen und anzuwenden, und das wiederum bedeutet: Fühlen und wissen, daß wir Menschen mit der Natur eins sind. Und zwar im buchstäblichen Sinne, denn wir selbst sind Produkt der Natur, gehören der Natur an.

Manche stellen aber die Forderung „Zurück zur Natur!“ in dem Sinne auf, daß es gelte, die geschichtliche Entwicklung zurückzunehmen. Die industrielle Entwicklung an sich sei von Übel. Solche Auffassungen sind zugleich **reaktionär** (= rückwärtsgewandt), **utopisch** (hier im Sinne von: nicht zu verwirklichen) und **apologetisch** (d.h. vertuschend, die Verantwortlichen entschuldigend, hier: die Zerstörer der Umwelt werden damit letztlich verteidigt, in Schutz genommen):

**Reaktionär**, weil das Rad der Geschichte dadurch zurückgedreht würde, weil hinsichtlich der Beherrschung der Natur Rückschritte gemacht würden. Letztlich müßte man dann die Forderung aufstellen: Zurück auf die Bäume!

**Utopisch**, weil dies nicht möglich ist. Weder die herrschende Bourgeoisie noch die Arbeiterklasse hat ein Interesse an einer solchen Entwicklung.

**Apologetisch**, weil derartige Vorstellungen den technischen und industriellen Fortschritt an sich für Teufelswerk erklären und damit diejenigen, die über die **Verwendung** technischer Möglichkeiten entscheiden, das Monopolkapital, aus der Verantwortung für das entstandene Umwelt-Dilemma und die drohenden Katastrophen nehmen.

Die wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten, die Natur wirklich zu beherrschen, die Produktion

und das gesamte gesellschaftliche Leben umweltschonend einzurichten, sind heute besser denn je. Beispiel: Zum einen sind die gewaltigen Schäden, die der Individualverkehr mit sich bringt, hinreichend bekannt. Es ist hier ja keineswegs so, daß unbekannte Wirkungen der Natur überraschend zurückschlugen. Zum andern bestehen die technischen und industriellen Möglichkeiten, kollektive Verkehrsmittel so einzurichten und auszubauen, daß der Individualverkehr drastisch eingeschränkt werden könnte. Dennoch geschieht dies nicht. „Die Gesellschaft“ ändert nichts und nimmt die Schäden hin. Warum? Weil die Profitinteressen der Automobilindustrie und anderer Monopole gegen eine Veränderung sprechen.

Es ist nicht der industrielle Fortschritt an sich, der die Umwelt zerstört, sondern ihre kapitalistische Nutzung. Das Kapital muß enteignet, die Produktion muß der Leitung der Gesellschaft unterstellt werden. In dem Maße, wie alle Menschen an der Leitung der Produktion und aller gesellschaftlicher Angelegenheiten beteiligt sind, werden sie es lernen, Verantwortung auch für die entfernteren Folgen ihres Handelns zu übernehmen. Erst dann können die Menschen die Natur wirklich beherrschen, indem sie sich zugleich mit ihr eins fühlen und wissen.

**Literatur:**

Engels, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen (Bestandteil von Engels' Dialektik der Natur), MEW 20, S. 444; oder AW 5, S. 377)

## II. DIE URGESELLSCHAFT

Kürzlich wurden in Äthiopien 4,4 Millionen Jahre alte Knochenreste eines Lebewesens gefunden, welches vermutlich ein Entwicklungsstadium zwischen Affe und Mensch verkörpert (Frankfurter Rundschau 23.9.94). Man geht davon aus, daß es „Menschen“ seit ca. 2 Millionen Jahren gibt - Menschen in dem Sinne, daß die Herstellung von Werkzeug und die damit einhergehende Weiterentwicklung des Gehirns für die Entwicklung der betreffenden Lebewesen bestimmend wurde. Diese Menschen unterschieden sich allerdings in anatomischer Hinsicht von uns: z.B. durch den vornübergeneigten Gang, die niedrige Stirn, den großen, schnauzenähnlichen Mund usw. Menschen, die sich in anatomischer Hinsicht nicht mehr wesentlich von uns unterscheiden (homo sapiens), gibt es vermutlich seit ca. 100.000 Jahren.

Klassengesellschaften aber gibt es erst seit einigen tausend Jahren. Der Sklavenhalterstaat der Sumerer im Zweistromland zwischen Euphrat und Tigris z.B. bildete sich etwa um 3.500 v.u.Z. (vor unserer Zeitrechnung) heraus, also vor ca. 5.500 Jahren. Die Germanen lebten noch vor 2.000 Jahren in einer Gesellschaft ohne Klassen.

Klassengesellschaft bedeutet, daß sich ein Teil der Gesellschaft die Produkte der Arbeit eines andern Teils aneignet. Die Tatsache, daß es damals **keine Klassen** gab, beruht nicht auf der Überlegung und dem bewußten Entschluß der damaligen Menschen, sondern auf dem niedrigen Entwicklungsgrad der Produktivkräfte: Die Menschen produzierten so wenig (v.a. als Jäger und Sammler), daß das Arbeitsprodukt bestenfalls gerade zum Leben reichte. Wurden bei kriegerischen Auseinandersetzungen Gegner gefangen, so tötete man sie (und verspeiste sie ggf.) oder

verleibte sie dem eigenen Stamm ein. Es hätte ja keinen Sinn gehabt, sie zu Sklaven zu machen, denn sie hätten durch ihre Arbeit nur sich selbst ernähren können; ihr Besitzer hätte sich von ihrer Arbeit nichts aneignen können.

Die Urgesellschaft ist also deshalb eine klassenlose Gesellschaft, weil es kein Mehrprodukt gibt, das von Ausbeutern angeeignet werden könnte. Die Menschen lebten lange Zeit im wesentlichen vom **Jagen** sowie **Sammeln** von Pflanzennahrung. Später kamen einige andere Produktionszweige hinzu, v.a. Viehzucht und Ackerbau, aber auch Töpfern, Spinnen, Weben usw. Die Menschen lebten in Sippengemeinschaften (= Gentilgemeinschaften; das Wort kommt vom lateinischen gens = Sippe). Verwandte Sippen waren zu Stämmen verbunden. Das **Arbeitsprodukt gehörte allen gemeinsam**:

Gemeinsam wurde gesammelt und gejagt, gemeinsam das Gefundene und Erjagte verzehrt. Da es keine Klassen und kein Privateigentum gab, konnte es auch **keinen Staat** geben, der das Eigentum eines Teils der Gesellschaft schützte. Die Entscheidungen wurden von allen gemeinsam gefällt. Gentilvorsteherin bzw. Gentilvorsteher (also Führung der gens, z.B. weise Frau, Häuptling) wurde, wer über das größte Ansehen verfügte. Schwand das Ansehen, wurden die betreffenden Führungspersonen wieder abgesetzt.

Solange die menschlichen Produktivkräfte wie auch die Arbeitsteilung wenig entwickelt waren, gab es auch **keinen Tauschhandel**. Keine Warenproduktion, d.h. keine Produktion für den Austausch, und folglich **kein Geld**. Erst in einer höheren Phase der Urgesellschaft entwickelte sich nach und nach ein Tauschhandel zwischen den Sippen bzw. Stämmen. Der Sippen- bzw. Stammeshäuptling nahm den Tauschhandel zunächst stellvertretend für Sippe bzw.

Stamm vor, mit der Entwicklung des Privateigentums mehr und mehr für eigene Rechnung. Damit aber befand sich die Urgesellschaft bereits in Zersetzung.

Es gab **keinen Krieg** als organisiertes gesellschaftliches Unternehmen, sondern lediglich zufällige kriegerische Zusammenstöße, z.B. aufgrund von Streitigkeiten um das Jagdgebiet.

Die gesellschaftliche Stellung von **Mann und Frau** war zunächst völlig gleich, da beide die gleichen Tätigkeiten verrichteten. Die erste Arbeitsteilung bestand darin, daß die Frau hauptsächlich Pflanzennahrung sammelte, der Mann vor allem jagte. (Der Grund lag darin, daß die Frau während der Schwangerschaft schlecht jagen konnte, die Frauen aber damals meistens schwanger waren.) Da beide Tätigkeiten, Jagen und Sammeln, für die Sippe bzw. den Stamm zu diesem Zeitpunkt gleich wichtig waren, war das gesellschaftliche Ansehen von Männern und Frauen gleich.

Dann entwickelte die Frau den Ackerbau, der gegenüber der Jagd zur sichereren Nahrungsquelle wurde. Das war keine bewußte Entscheidung der Frauen. Vielmehr machten Frauen, die während der Jagd an einem festen Aufenthaltsort blieben, die Erfahrung, daß eßbare Pflanzen wuchsen, wo Samen zu Boden fiel. Nach und nach entwickelten sie hieraus den planmäßigen Ackerbau. Die Frau entwickelte dabei in höherem Maße geistige Fähigkeiten als der Mann bei der Jagd. All dies führte dazu, daß das Ansehen der Frauen, vor allem der älteren unter ihnen, sehr groß wurde. Die angesehenste Frau leitete nun die Beratungen. Wenn sie die Meinung aller angehört hatte, sagte sie ihre Meinung; danach richteten sich alle. Diese bei den meisten Völkern langanhaltende Periode der Urgesellschaft wird als **Matriarchat** bezeichnet. In dieser Zeit herrschte hinsichtlich der Abstammung Mutterrecht.

Mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte im Ackerbau (z.B. Pflug) gingen diese Tätigkeiten auf den Mann über. Unmittelbarer Grund war wieder die Tatsache, daß die Schwangerschaft der Frau sie ab einem bestimmten Entwicklungsgrad des Ackerbaus an den betreffenden Arbeiten hinderte. Aufgrund der gestiegenen Produktivkraft entwickelte sich ein gewisser Reichtum und damit **Privateigentum** (z.B. an Viehherden). Der Aufstieg des Privateigentums bedeutete die Zersetzung des urkommunistischen Eigentums der Sippe an allen Produkten. (Interessanterweise kommt das Wort privat vom lateinischen *privare* = berauben: Hat einer einen Gegenstand als Privateigentum, so wird die Gemeinschaft dieses Gegenstandes „beraubt“.)

Der Umstand, daß nunmehr die Männer in den wichtigsten Wirtschaftszweigen tätig waren, mußte das Matriarchat über kurz oder lang zu Fall bringen. Das **Patriarchat**, die Herrschaft des Mannes über die Frau, ist aber nicht einfach ein spiegelverkehrtes Matriarchat. Die Männer, die nun die Führung innehatten, waren zugleich Privateigentümer. Sie wollten ihr Eigentum an ihre Söhne vererben und mußten hierzu den Umsturz des Mutterrechts durchsetzen. Zugleich mußten sie zu diesem Zweck die Monogamie der Frau erzwingen, diese in Haus und Küche verbannen und zu ihrem „Eigentum“ machen.

*„Der Umsturz des Mutterrechts war die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts. Der Mann ergriff das Steuer auch im Hause, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung. Diese erniedrigte Stellung der Frau, wie sie namentlich bei den Griechen der heroischen und noch mehr der klassischen Zeit offen hervortritt, ist allmählich beschönigt und verheuchelt, auch stellenwei-*

*se in mildere Form gekleidet worden; beseitigt ist sie keineswegs.“*

(Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 61; oder AW 6, S. 71 f.)

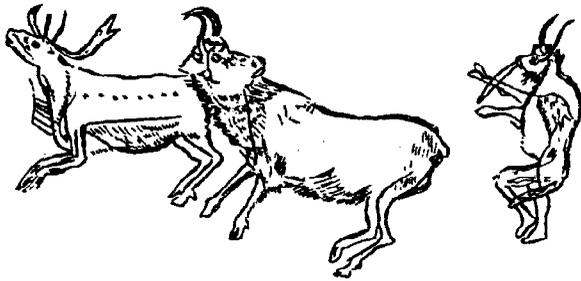
Besonders krasse und brutale Formen nimmt das Patriarchat beim Übergang in die Sklavenhaltergesellschaft an.

Wie Engels sagt, unterscheiden sich die Formen des Patriarchats, doch **jede** Ausbeuterordnung hat das Patriarchat als Erbe übernommen. Erst im Sozialismus wird eine politische Macht bestehen, die den Kampf gegen das Patriarchat zu ihrer Zielsetzung macht, und erst im Kommunismus, mit der Beseitigung aller Klassenunterschiede, wird auch das Patriarchat restlos beseitigt sein. Und umgekehrt: Gerade weil das Patriarchat notwendiger Bestandteil aller Gesellschaftsstrukturen ist, die auf Klassenunterschieden beruhen, kann der Kampf von Frauen gegen patriarchalische Verhältnisse ein überaus wichtiger Beitrag bei der Beseitigung von historisch überlebten Klassenstrukturen sein. Heute steht geschichtlich die Aufgabe an, **sämtliche** Klassenunterschiede zu beseitigen (nämlich beim Übergang zum Kommunismus), und diese Aufgabe kann nicht gelöst werden ohne eine gesellschaftliche Bewegung, die auch auf den Sturz des Patriarchats gerichtet ist.

Die **Religion** entstand in der Urgesellschaft als Naturreligion: Naturkräfte, die man nicht erklären konnte, wurden zu Geistern bzw. Göttern verkörpert. Das aus der relativen Ohnmacht gegenüber den Naturkräften erwachsene Unwohlsein wurde dadurch gemildert, daß Kulte entstanden, die gute Geister gewogen machen und böse Geister verbannen sollten. Kennzeichnend für alle Naturreligionen ist der Kult der Muttergöttin. Dieser Kult ist Widerspiegelung der matriarchalischen Verhältnisse. Die äl-

testen Funde von Statuen der Muttergöttin stammen aus der Zeit um 25.000 v.u.Z.

Erst gegen 500 u.Z. unterdrückten christliche Kaiser mit Gewalt den Kult der Göttin und schlossen ihre Tempel. (Ironie des Christentums: In der Figur der Muttergottes findet sich ein Rest des uralten Kultes der Muttergöttin.)



**Abb. 3:** Felszeichnung, die einen tanzenden Zauberer vor Tieren darstellt

Die erste besondere Kaste war die der Zauberer bzw. Priester. Ursprünglich waren es vorwiegend Frauen, die die Funktion der Priesterin, Heilerin und Zauberin ausübten. Die Priesterin bzw. der Priester hatte oft so viel Ansehen wie die Gentilvorsteherin bzw. der Gentilvorsteher, und oft bestand auch Personalunion. Dies führte beim Übergang zur Sklavenhaltergesellschaft in manchen Fällen dazu, daß die Macht von einer Priesterkaste ausgeübt wurde, z.B bei den Sumerern. In dieser Zeit übten freilich schon vorwiegend Männer die Macht aus.

**Literatur:**

Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 25; oder AW 6, S. 15 IV.

### III. DIE SKLAVENHALTERGESELLSCHAFT

Mit der gestiegenen Produktivkraft der Arbeit wird ein **Mehrprodukt** geschaffen, d.h. die Menschen produzieren mehr als das, was sie unmittelbar konsumieren. Es wird daher vorteilhaft, Gefangene nicht mehr zu töten oder dem eigenen Stamm einzugliedern, wie es in der Urgesellschaft geschieht, sondern zu Sklaven zu machen und für sich arbeiten zu lassen. Kriege werden nun hauptsächlich zum Zweck der Eroberung von Sklaven geführt. **Die Sklavenhalter eignen sich das Mehrprodukt der Arbeit des Sklaven an. Der Sklave ist ihr Eigentum**, sie können nach Gutdünken mit ihm verfahren, ihn z.B. ohne weiteres töten. Der Sklave hat keine Rechte, gilt nicht als Mensch. Die Römer teilten die Werkzeuge in 3 Kategorien ein: erstens stumme (z.B. Wagen), zweitens solche, die unartikulierte Laute von sich geben (das Vieh), und drittens stimmbegabte (die Sklaven).

Diese rohe Form der Ausbeutung ist unvermeidlich, solange die Produktivkräfte, obwohl gegenüber der Urgesellschaft entwickelter, immer noch auf relativ niedrigem Niveau sind. Die Sklavenhalterordnung ist zunächst objektiv fortschrittlich, da sie die einzig mögliche Form der Zusammenfassung des relativ geringen Mehrprodukts von vielen und damit Voraussetzung der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte ist. Nur so kann z.B. eine Wissenschaft entstehen, eine Arbeitsteilung, die es ermöglicht, daß sich Menschen mit Wissenschaft befassen. Die ersten Wissenschaftler der Geschichte, eben jene der Sklavenhalterperiode, waren entweder selbst Sklavenhalter, oder sie wurden von Sklavenhaltern „gesponsort“, so daß sie selbst nicht körperlich arbeiten mußten und sich ihren Studien zuwenden konnten.

Es mag auf den ersten Blick verwirrend und widersprüchlich erscheinen, daß der Marxismus einerseits stets zugunsten der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen Partei ergreift, andererseits bestimmte Ausbeuterordnungen zu einem bestimmten Zeitpunkt als unvermeidlich und sogar fortschrittlich bezeichnet. Dies ist aber nur scheinbar ein Widerspruch. Der Marxismus geht, wie oben gesagt, davon aus, daß eine jeweils höhere Stufe der Gesellschaftsentwicklung nicht allein aufgrund von Ideen entstehen kann, sondern erst dann, wenn die betreffenden Produktivkräfte dafür entstanden sind. Eine bestehende Ordnung mag die arbeitenden Klassen noch so brutal unterdrücken - wenn und soweit sie in ihrem Schoß die Produktivkräfte hervorbringt, die ihre Überwindung und ihre Ersetzung durch eine höhere gesellschaftliche Ordnung vorbereiten, spielt sie objektiv eine notwendige und die Geschichte vorantreibende Rolle.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse der Sklavenhalterordnung erschienen den Menschen dieser Zeit nicht als geschichtlich entstanden, sondern als naturgegeben. **Dies entspricht den heute gängigen Vorurteilen über historisch bedingte Erscheinungen wie abhängige Arbeit, Warenproduktion, Geld, Staat, untergeordnete Rolle der Frau usw.: Die wenigsten Menschen unserer Zeit vergegenwärtigen sich, daß all diese Erscheinungen erst unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen entstanden sind und ebenso wieder verschwinden werden.**

Selbst der genialste Kopf des Altertums, Aristoteles, konnte nicht über die Schranken seiner Zeit hinaus: Bei dem Versuch, den Warenwert theoretisch zu bestimmen, kam er zunächst zu dem richtigen Schluß, daß gleiche Arbeiten ausgetauscht werden. Hier stutzte er und brach die

Analyse ab, da demzufolge die Arbeit von Freien und Sklaven gleichwertig wäre, was ihm absurd erschien.

So unvermeidlich, wie die Sklavenhalterordnung entstand, mußte sie auch wieder zugrunde gehen: Das Hauptproblem der Sklavenhaltergesellschaft besteht darin, daß Sklaven kein ökonomisches Interesse an ihrer Arbeit haben und in der Regel nur mit Gewalt zur Arbeit getrieben werden können. Dieses Problem tritt umso drängender in Erscheinung, je entwickelter die Produktivkräfte sind, je entwickelter die materiellen Bedingungen für den Übergang zu einer höheren, verhältnismäßig weniger rohen und ökonomisch günstigeren Form der Ausbeutung sind. Wir werden weiter unten den notwendigen Prozeß der Zersetzung und des Niedergangs der Sklavenhaltergesellschaft in ihrer klassischen Form betrachten, nämlich anhand des Untergangs des römischen Imperiums.

### a) Sumerer und Babylonier

Die ältesten Sklavenhalterstaaten in unserem weiteren Kulturkreis sind die Reiche der Sumerer und Babylonier in Mesopotamien („Zweistromland“ zwischen Euphrat und Tigris, heutiger Irak). Sie entstanden um 3.500 v.u.Z. Bei den Sumerern herrschte eine Priesterkaste. Die



**Abb. 4:**  
Mesopotamien

sklavenhaltenden Priester sicherten ihre Herrschaft nicht allein durch Gewaltanwendung; sie flößten den Massen den Glauben ein, daß sie ihre Regierung im Auftrag der Gottheiten und im Interesse der Allgemeinheit führten. Dazu benutzten sie insbesondere den Kult der Muttergöttin. Hieran zeigt sich, daß das Matriarchat nicht verschwunden war, ohne Spuren zu hinterlassen. So gab es noch hochgestellte Priesterinnen und auch Königinnen.

Der Priesterfürst von Lagasch war um 2.500 einer der mächtigsten in den sumerischen Sklavenhalterstaaten. Doch die Ausplünderung der freien Bauern und Handwerker sowie die Unterdrückung der Sklaven durch die herrschenden Klassen der Priester, Reichen und Beamten führte um 2.450 v.u.Z. zum ersten Aufstand unterdrückter Klassen, von dem es einen schriftlichen Bericht gibt.

(vgl. Geschichte 1, S. 72)

An der Spitze des Aufstands, der den herrschenden Priesterfürsten stürzte, stand ein Mann namens Urukagina, welcher der Priesterkaste nicht angehörte. Er setzte die Abgaben fest, die die Bauern den Priestern leisten mußten, bestimmte die Preise für die Waren der Handwerker, erließ Strafgesetze zum Schutze der Witwen und Waisen sowie Strafgesetze, „*um die Einwohner von Lagasch von der Gefahr des Betrugers, des Diebstahls von Getreide und Werten, der Ermordung und des Einbruchs zu befreien*“. Ansonsten herrschte Urukagina wie ein Priesterfürst. Die Sklaven und Armen wurden weiter unterdrückt. Nach seinem Tode besaßen die reichen Priester und Beamten wieder ihre alte Macht. Die Verhältnisse waren noch nicht reif, um eine neue gesellschaftliche Ordnung hervorzubringen.

Die Reiche der Sumerer und Babylonier gingen schließlich aufgrund des Ansturms umliegender Völker

unter, die noch auf der Stufe der Urgesellschaft lebten. Diese Völker siegten, obwohl sie ökonomisch, kulturell und militärisch auf einer niedrigeren Stufe standen als die Gesellschaftsordnungen, die von ihnen zerschlagen wurden. Dieser Umstand beruht auf den scharfen Klassenwidersprüchen innerhalb der sumerischen und babylonischen Staaten. Die Sklaven sowie die armen Freien hatten keine Veranlassung, die Staaten, in denen sie lebten, zu verteidigen.

### **b) Griechenland**

Von großer Bedeutung für unseren Kulturkreis ist das antike Griechenland. Einer der ersten der griechischen Sklavenhalterstaaten entstand um 1800 v.u.Z. in Kreta. Auch an seiner Spitze standen Priesterfürsten bzw. -fürstinnen (Kreta war zum Teil noch matriarchalisch).

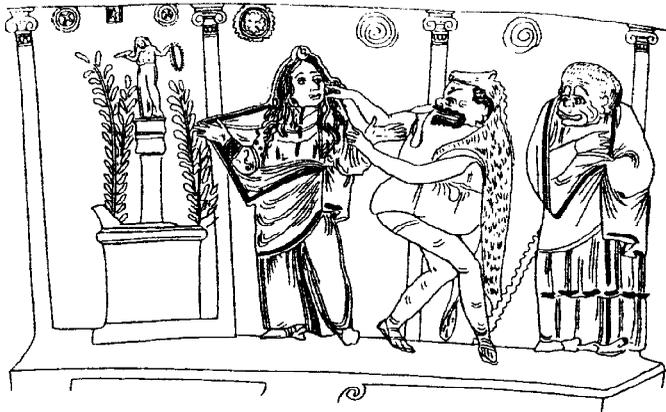
Die bedeutendsten griechischen Stadtstaaten entwickelten sich in Athen und Sparta.

Sparta war hochmilitarisiert. Es heißt, daß die Knaben der herrschenden Klasse, der Spartiaten, im Alter von einigen Wochen gemustert wurden, ob sie später für den Militärdienst taugen würden. Schwächliche Knaben seien in eine Schlucht geworfen worden. Sehr früh wurden die Knaben kaserniert und militärisch erzogen. Junge Soldaten mußten sich üben, indem sie in die Gegenden der unterworfenen Sklaven, der Heloten, einfielen, um dort in regelmäßigen Abständen die kräftigsten jungen Männer abzuschlachten, damit kein militärischer Widerstand erwachsen konnte. Die Männer der herrschenden Sklavenhalterklasse waren praktisch ständig im Krieg. Dadurch war die Stellung der Frauen gar nicht mal so schlecht, denn sie hatten zu Hause alles unter sich.

Athen war in kultureller Hinsicht entwickelter als Sparta. Es gab z.B. regelmäßig Theateraufführungen, die in bissiger Form gesellschaftliche Mängel aufs Korn nahmen (z.B. Aristophanes) - freilich mit dem Ziel der Stabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung.

Die athenische Frau war innerhalb der herrschenden Klasse mißachtet (durfte z.B. nicht ins Theater gehen, die Frauenrollen wurden von Männern gespielt). Die Mißachtung der Frau in der offiziellen Gesellschaft ging so weit, daß die Männer der Nobilität sich Liebesbeziehungen nur zwischen Männern vorstellen konnten - die Ehefrauen waren allein zur Zeugung da.

Die Griechen wurden von den Römern unterworfen, doch die griechische Kultur war der römischen überlegen, wirkte durch das römische Weltreich weiter und wirkte so später auch auf das europäische Mittelalter, welches die Errungenschaft des zerstörten römischen Weltreichs erbe.



**Abb. 5:** Griechisches Theaterstück. Die Frauenrollen werden von Männern gespielt.

## Einschub

*„Der Respekt, der verheirateten Frauen zuteil wurde, spiegelte häufig die Autonomie der unverheirateten wider. In der frühen klassischen Periode führten griechische Mädchen ein unbeschwertes Leben im Freien. Sie wurden im Leistungssport und in Gymnastik unterrichtet, um ihre Kraft und Schönheit zu fördern. Auf Kreta wurden ausgewählte junge Frauen als toreras ausgebildet, um am rituellen Stierkampf teilzunehmen, während ioni-sche Frauen auf Wildschweinjagd gingen mit Netz und Speer. Auf unzähligen attischen Vasen (...) sehen wir nackte Athletinnen beim Wettlaufen, Tanzen oder Schwimmen (...). Die persönliche Freiheit junger, unverheirateter Spartanerinnen fiel derart auf, daß in den anderen griechischen Stadtstaaten Kritik laut wurde. Euripides war nicht der einzige schockierte Athener:*

*‘Die Töchter Spartas sind niemals daheim!  
Sie messen sich in Ringkämpfen mit den jungen Männern,  
Ihre Kleider sind abgelegt,  
Ihre Hüften nackt,  
Es ist schändlich!’“*

(Rosalind Miles, Weltgeschichte der Frau,  
Düsseldorf 1990, S. 52)

Hier zeigt sich, daß das Patriarchat häufig eine lange geschichtliche Periode benötigte, um die geachtete Stellung der Frau, die vom Matriarchat übrig geblieben war, zu beseitigen.

### c) Entstehung des Staates in Athen

Wir wollen jetzt anhand des Beispiels Athen untersuchen, wie **der Staat entstand**, und folgen der Schilderung und Analyse von Engels

(Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 109 ff.; oder AW 6, S. 127 ff.):

*„Die Herrschaft des Adels stieg mehr und mehr, bis sie gegen das Jahr 600 vor unserer Zeitrechnung unentwärtlich wurde. Und zwar war das Hauptmittel zur Unterdrückung der gemeinen Freiheit - das Geld und der Wucher. Der Hauptsitz des Adels war in und um Athen, wo der Seehandel, benebst noch immer gelegentlich mit in den Kauf genommenem Seeraub, ihn bereicherte und den Geldreichtum in seinen Händen konzentrierte. Von hier aus drang die sich entwickelnde Geldwirtschaft wie zersetzendes Scheidewasser in die auf Naturalwirtschaft (Naturalwirtschaft: eine Wirtschaft, die **nicht** auf Warenaustausch und Ware-Geld-Beziehungen beruht, d. Verf.) gegründete, althergebrachte Daseinsweise der Landgemeinden. Die Gentilverfassung ist mit Geldwirtschaft absolut unverträglich; der Ruin der attischen Parzellenbauern fiel zusammen mit der Lockerung der sie schützend umschlingenden alten Gentilbande. (Die freien Bauern wie auch die Handwerker konnten sich gegen die Konkurrenz der auf Grundlage von Sklavenhaltung betriebenen großen Güter der Reichen nicht halten und mußten ihre Äcker verpfänden, um Geld zu leihen, d. Verf.) Der Schuldschein und die Gutsverpfändung (denn auch die Hypothek hatten die Athener schon erfunden) achteten weder Gens noch Phratrie (Mittelglied zwischen Gens und Stamm, d. Verf.). Und die alte Gentilverfassung kannte kein Geld, keinen Vorschuß, keine Geldschuld. Daher bildete die sich immer üppiger ausbreitende Geldherrschaft des Adels auch ein*

*neues Gewohnheitsrecht aus zur Sicherung des Gläubigers gegen den Schuldner, zur Weihe der Ausbeutung des Kleinbauern durch den Geldbesitzer. Sämtliche Feldfluren Attikas starrten von Pfandsäulen, an denen verzeichnet stand, das sie tragende Grundstück sei dem und dem verpfändet um soundso viel Geld. Die Äcker, die nicht so bezeichnet, waren größtenteils bereits wegen verfallner Hypotheken oder Zinsen verkauft, in das Eigentum des adligen Wucherers übergegangen; der Bauer konnte froh sein, wenn ihm erlaubt wurde, als Pächter darauf sitzenzubleiben und von **einem Sechstel** des Ertrags seiner Arbeit zu leben, während er **fünf Sechstel** dem neuen Herrn als Pacht zahlen mußte. Noch mehr. Reichte der Erlös des verkauften Grundstücks nicht hin zur Deckung der Schuld, oder war diese Schuld ohne Sicherung durch Pfand aufgenommen, so mußte der Schuldner seine Kinder ins Ausland in die Sklaverei verkaufen, um den Gläubiger zu decken. Verkauf der Kinder durch den Vater - das war die erste Frucht des Vaterrechts und der Monogamie! Und war der Blutsauger dann noch nicht befriedigt, so konnte er den Schuldner selbst als Sklaven verkaufen. Das war die angenehme Morgenröte der Zivilisation beim athenischen Volk.*

*Früher, als die Lebenslage des Volks noch der Gentilverfassung entsprach (...), war ein Zustand undenkbar, wie er sich jetzt den Athenern sozusagen ohne ihr Zutun und sicher gegen ihren Willen aufgedrängt hatte(...) Die Produktion bewegte sich in den engsten Schranken; aber - die Produzenten beherrschten ihr eignes Produkt. Das war der ungeheure Vorzug der barbarischen Produktion, der mit dem Eintritt der Zivilisation verlorenging und den wiederzuerobern, aber auf der Grundlage der jetzt errungenen gewaltigen Naturbeherrschung durch den Menschen und der jetzt möglichen Assoziation (Verbin-*

dung zwischen den Produzenten, d. Verf.), *die Aufgabe der nächsten Generation sein wird.* (Das war leider zu optimistisch, d. Verf.)

*Anders bei den Griechen. Der aufgekommene Privatbesitz an Herden und Luxusgerät führte zum Austausch zwischen einzelnen, zur Verwandlung der Produkte in **Waren**. Und hier liegt der Keim der ganzen Umwälzung. Sobald die Produzenten ihr Produkt nicht mehr direkt selbst verzehrten, sondern es im Austausch aus der Hand gaben, verloren sie die Herrschaft darüber. Sie wußten nicht mehr, was aus ihm wurde, und die Möglichkeit war gegeben, daß das Produkt dereinst verwandt werde gegen den Produzenten, zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung. Darum kann keine Gesellschaft auf Dauer die Herrschaft über ihre eigne Produktion und die Kontrolle über die gesellschaftlichen Wirkungen ihres Produktionsprozesses behalten, die nicht den Austausch zwischen einzelnen abschafft.“*

Aus der Unzufriedenheit der armen freien Bauern und der Sklaven entstand ein explosives Gemisch, das die bestehende Gesellschaftsordnung bedrohte. Zum Schutz dieser Ordnung entstand der Staat:

Zum einen eine Gesetzgebung, die verbot, daß freie Athener Bürger in die Sklaverei verkauft wurden (Solon). Zum zweiten wurden Gemeindebezirke geschaffen, die Demen, die die frühere Gentilverfassung endgültig außer Kraft setzten. Der Demos war die Keimzelle des Staates, und die höchste Macht war die Versammlung der Demoten, an der selbstverständlich nur die Freien teilnehmen konnten, und zwar nur die Männer, und in der die Reichen den Ton angaben.

*„Zehn dieser Einheiten, Demen, bilden einen Stamm, der aber zum Unterschied vom alten Geschlechtsstamm jetzt Ortsstamm genannt wird (...)*

*Den Abschluß bildete der athenische Staat, regiert von dem aus den fünfhundert Erwählten der zehn Stämme zusammengesetzten Rat und in letzter Instanz von der Volksversammlung, wo jeder athenische Bürger Zutritt und Stimmrecht hatte; daneben besorgten Archonten (hohe Beamte, d. Verf.) und andre Beamte die verschiedenen Verwaltungszweige und Gerichtsbarkeiten. Ein oberster Beamter der vollziehenden Gewalt bestand in Athen nicht.*

*Mit dieser neuen Verfassung und mit der Zulassung einer sehr großen Zahl Schutzverwandter, teils Eingewandter, teils freigelaßner Sklaven, waren die Organe der Geschlechterverfassung (der Gentilordnung, d. Verf.) aus den öffentlichen Angelegenheiten hinausgedrängt (...)*“

Diese Verfassung, die berühmte griechische Demokratie (= Herrschaft des Demos), bot den Herrschenden zugleich den gewaltigen Vorteil, daß dadurch die ökonomisch real gegebene Klassenlinie (Sklaven **und** arme Freie auf der einen, reiche Sklavenhalter auf der andern Seite) verdeckt wurde durch eine politische Form, die den reichen Sklavenhaltern und den armen Freien formal die gleichen Bürgerrechte gewährte, während die Reichen die faktische Herrschaft behielten:

*„Der Klassengegensatz, auf dem die gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen beruhten, war nicht mehr der von Adel und gemeinem Volk, sondern der von Sklaven und Freien, Schutzverwandten und Bürgern. Zur Zeit der höchsten Blüte bestand die ganze athenische freie Bürgerschaft, Weiber und Kinder eingeschlossen (die natürlich keine politischen Rechte hatten, d. Verf.), aus etwa 90 000 Köpfen, daneben 365 000 Sklaven beiderlei Geschlechts und 45 000 Schutzverwandte - Fremde und Freigelaßne.“*

Zum dritten aber wurden Polizeitruppen aufgestellt, wurde also eine besondere Formation bewaffneter Menschen geschaffen, die Störer der gesellschaftlichen Ordnung in Schach hielten.

*„Diese Gendarmerie aber wurde gebildet - aus **Sklaven**. So entwürdigend kam dieser Schergendienst dem freien Athener vor, daß er sich lieber vom bewaffneten Sklaven verhaften ließ, als daß er selbst sich zu solcher Schmachthat hergab. Das war noch die alte Gentilgesinnung. Der Staat konnte ohne die Polizei nicht bestehen, aber er war noch jung und hatte noch nicht moralischen Respekt genug, um ein Handwerk achtungswert zu machen, das den alten Gentilgenossen notwendig infam (verachtenswert, d. Verf.) erschien.“*

Aufgabe des Staates ist es also, die Klassengegensätze zu dämpfen, um die bestehende Ordnung zu schützen. Dabei erscheint er neutral, über den Klassen stehend. In Wirklichkeit ist er Instrument der herrschenden Klasse zur Niederhaltung der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen.

„Der Staat sind wir alle“ - so heißt es noch heute. Doch Polizei, Armee, Parlament, Regierung, Verwaltung, Arbeitsamt, Finanzamt, Gesetze, Gerichte, Gefängnisse usw. - sind das wir alle? Die Frage stellen heißt sie verneinen. Es sind bis heute Instrumente der Herrschenden zur Niederhaltung der Ausgebeuteten geblieben, auch wenn die Formen der Ausbeutung wie auch die politischen Formen sich geändert haben.

## d) Rom

Wie oben angekündigt, wollen wir nun anhand der Entwicklung des römischen Reiches verfolgen, warum die Sklavenhalterordnung sich notwendig von innen heraus zersetzen mußte.

Wie schon gesagt, besteht das Grundproblem der Sklavenhalterordnung darin, daß die Sklaven kein ökonomisches Interesse am Ertrag ihrer Arbeit haben. In Rom konnten die Probleme, die sich aus der mangelnden Qualität der Sklavenarbeit ergaben, lange Zeit durch große Quantität der angewandten Sklavenarbeit ausgeglichen werden. Ungefähr seit 200 v.u.Z. jedoch wurden die Sklaven auf dem Sklavenmarkt in Rom knapp. Das Imperium war mittlerweile so ausgedehnt, daß die Legionen hauptsächlich mit der Verteidigung der Grenzen befaßt waren und nicht unbeschränkt neue Eroberungen machen konnten. Zudem hatten die armen freien Bauern, aus denen sich die Legionen in erster Linie rekrutierten, immer weniger Interesse an Kriegen: Während ihrer Abwesenheit verfielen ihre Äcker, und von dem geraubten Land sahen sie nichts.

Eine Fraktion der herrschenden reichen Sklavenhalter schlug als Ausweg eine Landreform zugunsten der armen Freien vor (Volkstribunen; 133-123 v.u.Z.). Da die Nobilität aber in diesem Fall auf einiges Land hätte verzichten müssen, setzte sich die gegnerische Fraktion durch. Die Volkstribunen Tiberius und Gaius Gracchus wurden beseitigt.

Der Konsul Marius versuchte das Problem sodann durch eine Militärreform zu lösen: Er stellte um 100 v.u.Z. ein Söldnerheer auf. Diese Militärreform führte zu einer Militarisierung von Staat und Gesellschaft. Die Heerführer wurden gegenüber den zivilen Behörden immer mäch-

tiger und konkurrierten gegeneinander. Marius und seine Anhänger wurden von Sulla beseitigt. Letztlich setzte sich im Hauen und Stechen der verschiedenen Militärführer Cäsar durch, beseitigte faktisch (wenn auch nicht formal) die Republik und wurde Alleinherrscher (49 v.u.Z.). Seine Nachfolger nannten sich ebenfalls Cäsaren, Kaiser.

Die Macht der Kaiser stützte sich auf die Soldaten, stand und fiel mit der Soldzahlung. Kaiser, die den Sold nicht bezahlen konnten, mußten mit ihrer Ermordung rechnen. Deshalb bezichtigten die Kaiser gerade die reichsten römischen Bürger des Hochverrats und ließen sie hinrichten, um sich ihr Vermögen anzueignen.

Mit dem zunehmenden Verfall der Zustände kam es immer öfter zu Sklavenaufständen. (Spartacus-Aufstand bereits 74 - 71 v.u.Z.) Diese wurden zwar stets blutig niedergeschlagen, doch der Preis war immer eine weitere Militarisierung der Gesellschaft, was den allseitigen Verfall beschleunigte.

Obwohl viele Sklaven heldenhaft kämpften, waren die Sklaven insgesamt zu gedrückt, um sich zur herrschenden Klasse erheben zu können. Die proletarii, die besitzlose freie Stadtbevölkerung, waren wiederum nicht die Hauptproduktivkraft der Gesellschaft. (Sie haben mit dem modernen Proletariat, dem sie den Namen leihen, nur gemeinsam, daß sie einerseits besitzlos und andererseits persönlich frei sind.) Es gelang den Herrschenden weitgehend, sie mit „Brot und Spielen“ („panem et circenses“) bei Laune zu halten, und so profitierte diese Schicht von der Ausbeutung und nahm den Charakter einer Schmarotzerschicht an. Bei menschenverachtenden Zirkus-„Spielen“ bejubelte der Mob mit dem Kaiser an der Spitze grausamstes und widerwärtigstes Treiben.

### e) Aufstieg des Christentums

Während die Verhältnisse immer unerträglicher wurden, war keine subjektive Kraft vorhanden, die durch ihre Machtergreifung eine Erneuerung der Gesellschaft hätte bewirken können. So entstand ein religiöses Trostbedürfnis. Dieses konnte durch die herrschende Religion, die den Kaiser selbst als Gott verehrte, nicht befriedigt werden. Es wurde vom Christentum befriedigt, welches lehrte, daß alle Menschen gleich seien, da sie von Gott geschaffen seien, und daß sie einander lieben sollten. Trotz grausamster Verfolgung durch die Kaiser gewann die christliche Religion in allen Klassen und Schichten rasch Anhänger. Die urchristlichen Gemeinden verwirklichten in ihren Reihen tatsächlich in relativ hohem Maße Gleichheit, da den Christen ihre Stellung in der von ihnen verachteten offiziellen Gesellschaft im Verhältnis zu ihren Mitchristen weitgehend unwichtig war.

Das Christentum war eine positive moralische Kraft gegenüber der dekadenten Gesellschaft, setzte allerdings auf eine mystische Befreiung von außen, durch den wiederkehrenden Christus, der Rom besiegen und den Teufel auf 1.000 Jahre binden würde.

Kaiser Konstantin erschien es schließlich vorteilhaft, die Christenverfolgung einzustellen (313 u.Z.), und bald darauf wurde das Christentum zur Staatsreligion. Es wurde nun zu einer Stütze der Herrschaft des Kaisers und der Ausbeutung der Sklaven. („Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist!“) (Im gesamten Mittelalter war die Kirche so dann eine äußerst bedeutende Stütze der feudalen Ausbeutung und Unterdrückung der Bauern, und der hohe Klerus war ein bedeutender Bestandteil der Ausbeuterklassen.)

Viele Christen widersetzten sich im 4. Jahrhundert der Anpassung an die römische Ausbeutergesellschaft und

wollten Werte des Urchristentums verteidigen, an ihrer Spitze Bischof Arianus, dessen Anschauungen von der Kirche als ketzerisch (häretisch) bezeichnet wurden. (Später zogen sich durch das ganze Mittelalter blutige Repressalien der Kirche gegen sogenannte Ketzer und Häretiker. Hinter der religiösen Form des Kampfes gegen „Ketzer“ verbargen sich stets Repressalien der Herrschenden gegen Bevölkerungsschichten, die zu ihnen in Opposition standen.)

Wie Engels in seiner Schrift „Das Buch der Offenbarung“ zeigt, ist die einzige authentische (d.h. wirklich aus der behaupteten Entstehungszeit stammende) Schrift des Neuen Testaments die Geheime Offenbarung des Johannes (nicht zu verwechseln mit dem Johannes-Evangelium). Alle anderen Schriften einschließlich der Evangelien wurden später von Konzilien und anderen Institutionen der Kirche nach politischen Interessen verfaßt. Die Geheime Offenbarung aber wurde 68 oder 69 u.Z. geschrieben, kurz nach dem Tode Neros. Das Tier mit der Zahl 666, das dort vorkommt, bezeichnet Nero (mittels jüdischer kabbalistischer Zeichen und Zahlen). Das Tier werde wiederkommen und viele Christen abschlachten, danach aber werde Christus wiederkommen, den Teufel auf 1.000 Jahre binden und ein tausendjähriges Reich errichten: Damals kursierte das Gerücht, Nero sei nicht tot, sondern werde wiederkommen. Auch die Wiederkunft Christi wurde von den damaligen Christen in allernächster Zeit erwartet.

Die Analyse der Geheimen Offenbarung zeigt, daß das Christentum damals eine jüdische Sekte war, weit davon entfernt, sich geistig von der jüdischen Religion abzuheben. So sollten die Heiligen vor dem Throne Gottes erscheinen, und zwar **zuerst** 144.000 Juden (12.000 von jedem der 12 Stämme), erst **danach** die Heidenchristen. Jesus figuriert **keineswegs als Gott** und wird

sogar mit Moses auf eine Stufe gestellt. Auch der „Heilige Geist“ tritt nicht auf, sondern „7 Geister Gottes“.

Mit der Erhöhung Christi zum Gott nabelte sich das Christentum erst später vom Judentum ab und schuf damit eine notwendige Voraussetzung, um zur Weltreligion aufzusteigen. Diese theologische Voraussetzung dieser Entwicklung - die Gottwerdung Christi - wird dadurch etwas vernebelt, daß zugleich der „Heilige Geist“ als eine „dritte Person Gottes“ in Erscheinung tritt. Die Lehre von der Dreieinigkeit wurde denn auch von Bischof Arianus entschieden bekämpft - das war in theologischer Hinsicht der Hauptinhalt der damaligen Kirchenspaltung, der „Ketzerrei“ des Arianus. Doch freilich verteidigte Arianus damit nichts anderes als das Christentum in seiner ursprünglichen Form, nämlich als jüdische Sekte. Für die frühen Christen war Christus eben nichts anderes als ein Auserwählter und Gesandter des jüdischen Gottes Jahwe. Diese Form mußte überwunden werden: erstens im Interesse des Kaisers und des römischen Staates, die das Christentum zur Bewahrung der bestehenden Sklavenhalterordnung und des römischen Imperiums nutzen wollten, zweitens im Interesse derjenigen Christen, die sich durch Anbiederung an den Kaiser und die bestehende Ordnung Vorteile verschaffen wollten, drittens im Interesse der Kirche, die mit der Verwandlung des Christentums in eine selbständige Religion außerhalb des Judentums - und zwar in eine Weltreligion - ihren Einfluß und ihre Macht bedeutend erweitern konnte.

**Literatur zu Ursprung und Aufstieg des Christentums:**

Engels, Bruno Bauer und das Urchristentum, MEW 19, S. 297

Engels, Das Buch der Offenbarung, MEW 21, S. 9

Engels, Zur Geschichte des Urchristentums, MEW 22, S. 447

### **f) Entstehung von Keimen des Feudalismus in der zerfallenden römischen Gesellschaft**

Schon zur Zeit des Kaisers Augustus, des Nachfolgers Cäsars, begannen einige reiche Sklavenhalter, ihre Güter aufzuteilen und an besitzlose Römer, freigelassene Sklaven oder Barbaren zu verpachten. (Barbaren nannten die Römer Völker, die noch auf der Stufe der Urgesellschaft lebten). Die Pächter nannte man Kolonen. Die Kolonen mußten ihre Pacht in Geld und Naturalien zahlen. Die Grundbesitzer erhofften sich von diesem Verfahren höheren Gewinn. Da das Arbeitsprodukt zunächst den Kolonen gehörte und sie lediglich einen Teil als Pacht abliefern mußten, hatten sie im Gegensatz zu den Sklaven ein ökonomisches Interesse an ihrer Arbeit.

Im 3. Jahrhundert u.Z. wurde in Italien ein sehr großer Teil des Bodens an Kolonen vergeben. Der Pachtzins war jedoch drückend hoch. Kolonen rebellierten gegen die Gutsbesitzer und befreiten Sklaven oder nahmen zusammen mit Sklaven an Aufständen teil. Massenhaft verließen die Kolonen die Pachtgüter und strömten in die Städte. Im Jahre 332 ordnete Kaiser Konstantin an, daß jeder Kolone mit seiner Familie lebenslänglich auf seinem Stück Land bleiben müsse. Die Rechtsstellung der Kolonen war damit ähnlich wie später die der hörigen Bauern im Feudalismus.

### **g) Untergang des weströmischen Reiches**

395 wurde das römische Imperium in ein west- und ein oströmisches Reich geteilt. Die weströmischen Kaiser wurden immer mehr zu Marionetten barbarischer Heerführer. Schließlich wurde das weströmische Reich durch den Ansturm barbarischer Völker, vor allem germanischer und slawischer, vernichtet. Der letzte weströmische Kaiser, Romulus Augustulus, wurde 476 von dem germanischen Söldnerführer Odoakar verdrängt. Um 500 eroberten die Ostgoten Italien. (Das oströmische Reich mit seinem Zentrum Konstantinopel bestand bis zum Jahre 1453 fort, hatte jedoch weltgeschichtlich keine große Bedeutung mehr).

Die Eroberung des römischen Reiches durch die „Barbaren“ war nur möglich, weil es sich im Laufe von Jahrhunderten von innen heraus, aufgrund seiner inneren Entwicklungslogik, zersetzt hatte. Die Spirale der Dekadenz und der Fäulnis, die wir soeben skizziert haben, war unaufhaltsam; alle subjektiven Versuche, dagegen anzugehen, waren zum Scheitern verurteilt. Der Grund dafür liegt darin, daß innerhalb und auf der Grundlage der Sklavenhalterordnung deren Grundproblem nicht lösbar war, daß nämlich die Sklaven, die Hauptproduktivkraft der Gesellschaft, kein ökonomisches Interesse an ihrer Arbeit hatten. Die Institution des Kolonats war zwar objektiv ein Schritt zur Lösung dieses Problems. Doch dieser Schritt erfolgte zu spät, und die Klasseninteressen der römischen Sklavenhalter führten dazu, daß diese ökonomische Form keine wirkliche Kraft mehr entwickeln konnte: Der drückend hohe Pachtzins machte den ökonomischen Fortschritt, den das Kolonat der Möglichkeit nach enthielt, nämlich das eigene Interesse der Kolonen am Ertrag ihrer Arbeit, bereits im Keim wieder zunichte.

## **WEITERE SACH- UND BELLETRISTISCHE LITERATUR**

### **Urgesellschaft**

Heinz Grünert, Geschichte der Urgesellschaft

### **Griechenland/Rom**

Rigobert Günther, Der Aufstand des Spartacus

Howard Fast, Spartacus

Bertolt Brecht, Die Geschäfte des Herrn Julius Cäsar

Bertolt Brecht, Verhör des Lucullus

### **Allgemeine Geschichte**

Berta Lask, Auf dem Flügelpferde durch die Zeiten

# **DIE WELT BEGREIFEN UND VERÄNDERN**

## **Feudalismus**

### **Herausbildung von Keimen der bürgerlichen Gesellschaft innerhalb des Feudalismus**

Kapitel II

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zitierweise:**

- MEW:** Marx-Engels-Werke
- AW:** Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
- Marx:** Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie: Dietz Verlag, Berlin 1974
- Dietz 1975:** Im Dietz-Verlag 1975 herausgegebener Einzelband von Engels: Der deutsche Bauernkrieg
- SW:** Stalin-Werke
- Geschichte:** Lehrbuch für den Geschichtsunterricht, Verlag Volk und Wissen, Berlin 1952
- Wittfogel:** Wittfogel, Karl August, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Malik-Verlag, Wien 1924
- f.:** und die nächstfolgende Seite
- ff.:** und die nächstfolgenden Seiten

# FEUDALISMUS

## HERAUSBILDUNG VON KEIMEN DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT INNERHALB DES FEUDALISMUS

a) Die zerfallende Urgesellschaft bei den Germanen .....	5
b) Das Reich der Franken. Übergang zum Feudalismus ..	10
c) Die ökonomischen Grundzüge des Feudalismus .....	15
d) Befreiung der Produktivkräfte. Aufschwung der Warenproduktion. Bedeutung des Individuums .....	17
e) Festigung der Feudalordnung durch Verwandlung freier Bauern in Hörige .....	23
f) Die feudale Hierarchie .....	24
g) Verhältnis zwischen weltlichen und geistlichen Herrschern .....	28
h) Der Ritterstand .....	30
i) Kreuzzüge .....	31
j) Raubzüge gen Osten .....	34
k) Die mittelalterliche Stadt .....	36
Der Kampf der Städter gegen den feudalen Stadtherrn ....	36
Kampf zwischen Patriziern und Handwerkern .....	40
Entstehung der sozialen Unterschiede im Handwerk .....	45
l) Beginn der Organisierung der Bourgeoisie zur Klasse .....	53
m) Handels- und Wucherkapital. Keime des industriellen Kapitals und des industriellen Proletariats .....	57
n) Die Renaissance .....	67



## A) DIE ZERFALLENDE URGESELLSCHAFT BEI DEN GERMANEN

Vor ca. 2.000 Jahren lebten die germanischen Stämme in der letzten Stufe der Urgesellschaft. Die Urgesellschaft hatte bereits begonnen, sich von innen heraus zu zersetzen.

Charakteristisch für den gesellschaftlichen Zustand waren insbesondere folgende Faktoren:

- Die Germanen lebten noch in der **Sippenordnung** (Gentilordnung) - vgl. Kapitel I S. 18. Die Organisation der Gesellschaft beruhte also auf Verwandtschaftsverhältnissen.

- In der Volksversammlung, dem **Thing**, wurde der Sippenälteste gewählt und wurden alle wichtigen Fragen entschieden. Im Thing hatte jeder germanische Krieger Stimmrecht.



**Abb. 1:** Germanen beim Thing

- Es herrschte **Patriarchat**, die Frauen waren jedoch noch hochgeachtet. *„Einen (...) Rest des eben erst absterbenden Mutterrechts bietet die dem Römer fast unbegreifliche Achtung der Deutschen vor dem weiblichen Geschlecht. Jungfrauen aus edler Familie galten für die bindendsten Geiseln bei Verträgen mit den Deutschen; der Gedanke daran, daß ihre Frauen und Töchter in Gefangenschaft und Sklaverei fallen könnten, ist ihnen fürchterlich und stachelt mehr als alles andere ihren Mut in der Schlacht; etwas Heiliges und Prophetisches sehn sie in der Frau, sie hören auf ihren Rat auch in den wichtigsten Angelegenheiten, wie denn Veleda, die brukterische Priesterin an der Lippe, die treibende Seele des ganzen Bataveraufstandes war, in dem Civilis an der Spitze von Deutschen und Belgiern die ganze Römerherrschaft in Gallien erschütterte. (69-70 u.Z.) Im Hause scheint die Herrschaft der Frau unbestritten; sie, die Alten und Kinder haben freilich auch alle Arbeit zu besorgen, der Mann jagt, trinkt oder faulenz. So sagt Tacitus (römischer Geschichtsschreiber, d. Verf.); da er aber nicht sagt, wer den Acker bestellt, und bestimmt erklärt, die Sklaven leisteten nur Abgaben, aber keine Fronarbeit, so wird die Masse der erwachsenen Männer doch wohl die wenige Arbeit haben tun müssen, die der Landbau erforderte.“* (Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 134; oder AW 6, S. 156) (Offensichtlich auch insoweit Zersetzung der Urgesellschaft, als es bereits hier und da „Sklaven“ geben muß. Da diese „Sklaven“ Abgaben leisten, scheint es sich allerdings nicht um Sklaven im eigentlichen Sinne zu handeln; die Stellung dieser „Sklaven“ scheint eher der des hörigen Bauern im Feudalismus angenähert zu sein als der des römischen Sklaven. Wahrscheinlich aber konnte sich Tacitus nicht vorstellen, daß ein Unfreier etwas anderes sein konnte als ein „Sklave“.)

- Wald, Weide und Gewässer gehörten allen. Sie heißen „**Allmende**“. Reste davon existieren in dörflichen Gegenden bis heute, z.B. in Form von Dorfangern, gemeinsamen Wasserrechten usw.

- Auch an **Äckern** bestand noch **kein Privateigentum**, die Äcker wurden jedoch einzelnen Familien zugeteilt und in bestimmten Abständen neu aufgeteilt, häufig durch Los. Cäsar schreibt 50 v.u.Z. in „de bello Gallico“ (Über den gallischen Krieg): *„Niemand besitzt einen bestimmten Landanteil oder eigenes Land, sondern jedes Jahr teilen ihre Oberen(...) den Geschlechtern und Sippen(...) Land in der Menge und an der Stelle zu, wie es ihnen gut erscheint.“* (Geschichte I, S. 246) (Beim Verlosen der Felder, die den Sippen zugeteilt wurden, wurden häufig Buchenstäbchen geworfen, auf die Zeichen - Runen - geritzt waren. Daher unser Wort „Buchstaben“.)

- Es bildete sich jedoch bereits nach und nach ein **Sippenadel** heraus. Der Sippenälteste bekam mehr und besseres Land zugeteilt als andere. Die Adligen waren **reicher**, besaßen z.B. mehr Vieh. **Damit entwickelten sich im Schoße der Urgesellschaft bereits Klassenunterschiede. Diese Entwicklung mußte schließlich darin münden, daß die klassenlose Urgesellschaft durch eine Klassengesellschaft ersetzt wurde.**

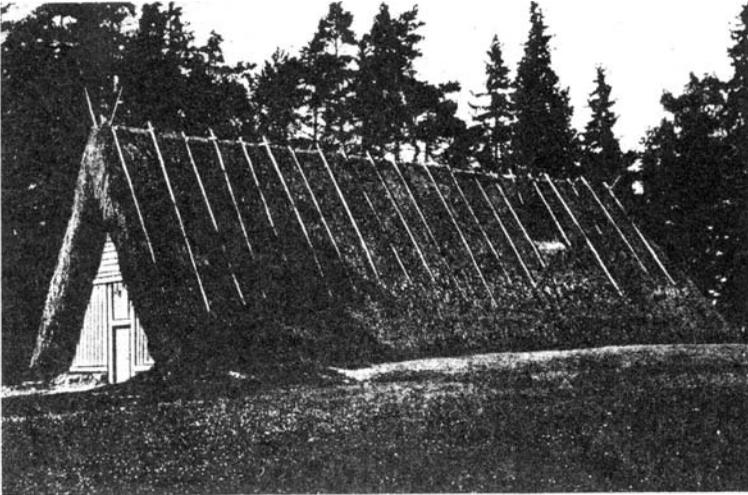
Die Sippenadligen begannen, junge Männer auf ihrem Hofe leben zu lassen, die nicht arbeiteten und ausschließlich zum Kriegführen da waren, bauten sich also ihre Privatarmee auf, ihre „**Gefolgschaft**“. Das Haus der Adligen hieß „**Halle**“. Es war größer und geräumiger als das der anderen Germanen. In der Halle saßen die Gefolgsleute auf ihren Bänken. Der Adlige saß am Kopfende auf einem erhöhten Ehrenplatz, dem „Hochsitz“. Die Ranghöchsten saßen in seiner unmittelbaren Nähe, die Rangniedersten am Ende der Tafel. Die Gefolgsleute konnten sich durch Loya-

lität im Laufe der Zeit auf der Rangstufe nach oben dienen. **Hier sehen wir bereits die Keime der hierarchischen Ordnung, die ein wesentliches Merkmal des Feudalismus werden sollte, wie wir noch sehen werden.**



**Abb. 2:** Inneres einer Halle, von schwedischen Forschern nach Funden gebaut

Es wurde nach und nach Sitte, daß nur noch die Adligen im Thing redeten. Zwar hatte noch jeder Krieger Stimmrecht, doch die Adligen sprachen sich vor dem Thing ab und ließen ihre Gefolgsleute für ihre Interessen stimmen. In manchen germanischen Stämmen wurden aus dem Kreis der Adelfamilien Könige gewählt. Die Könige besaßen mehr Land und Vieh als die Adligen sowie eine größere Gefolgschaft. Sie waren Heerführer und Richter. Aber noch konnten sie nicht selbständig entscheiden; sie brauchten die Zustimmung des Things.



**Abb. 3:** Außenansicht der Halle von Abb. 2

## B) DAS REICH DER FRANKEN. ÜBERGANG ZUM FEUDALISMUS

Um 500 eroberten die Franken unter König Chlodwig die römische Provinz Gallien, das heutige Frankreich. Sie fanden dort das römische Recht vor, das Privateigentum an Land beinhaltete und damit den Interessen der Adligen zupaß kam: Das Land wurde nun nicht mehr ständig neu aufgeteilt, sondern wurde Privatbesitz der reichsten Familien.

Ganz Gallien konnte nicht mehr über ein Thing regiert werden. Das Thing als zentrale Einrichtung wurde abgeschafft, seine Befugnisse gingen an den König über. Nur noch die jeweiligen Dorfangelegenheiten wurden vom dörflichen Thing entschieden. **Damit waren die Organe der Gentilverfassung auf die Regelung rein lokaler Angelegenheiten beschränkt und ansonsten aus der Organisation des**



Abb. 4: Fränkischer Krieger

**gesellschaftlichen Lebens hinausgedrängt. In den Händen des Königs war nunmehr eine Macht konzentriert, die vorher kein Gentilvorsteher hatte. Diese Macht beruhte aber - im Gegensatz zu der angesehenen Stellung eines Gentilvorstehers - nicht auf freiwillig gezollter Achtung und Autorität, die er sich durch Verdienste um das Gemeinwesen erworben hatte, sondern auf seinem Privateigentum und seiner darauf begründeten militärischen Macht, verkörpert durch seine Gefolgsleute.**

Als nach einem Kriegszug die Beute verlost wurde, bat Chlodwig, einen besonderen Krug über den ihm zustehenden Anteil hinaus erhalten zu dürfen. Einer seiner Gefolgsmänner zerschlug mit der Axt den Krug und rief aus, Chlodwig solle nur erhalten, was ihm durch das Los zustehe. Genau ein Jahr später ließ Chlodwig seine Gefolgsleute zusammenrufen, um deren Waffen zu inspizieren. Die Waffe des Mannes, der den Krug zerschlagen hatte, schlug Chlodwig diesem aus der Hand und rief, er habe die schlechteste Waffe. Als dieser sich bückte, um die Waffe aufzuheben, schlug Chlodwig ihm mit der Axt den Kopf ab und rief: „So hast du es mit dem Krug gemacht.“ (Geschichte I, S. 262) So machte er drastisch deutlich, daß mit Würfeln Schluß war und eine neue Ordnung Einzug gehalten hatte.

Chlodwig und die fränkischen Adligen traten zum Christentum über und schenkten der Kirche viel Land. Als Gegenleistung ermahnten die Priester das Volk, es sei Gottes Wille, dem König und den Adligen zu gehorchen. (Schon die römischen Kaiser hatten sich ja die Unterstützung der Kirche für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gesichert.)

Durch die vielen Kriege war das Leben der Bauern sehr unsicher. Manche suchten bei benachbarten Großgrundbesitzern Schutz gegen Überfälle. Dafür mußten sie dem Großgrundbesitzer Teile ihres Landes geben. Sie durften es weiter bearbeiten, mußten aber einen Teil der Produkte dem Herrn abliefern oder einen Teil ihrer Zeit

auf dem Gutshof des Herrn unentgeltlich arbeiten. In ein ähnliches **Hörigkeitsverhältnis** gerieten die Sklaven und Kolonen auf den ehemals römischen Gütern, die nun an fränkische Adlige gefallen waren. So entstanden **Klassenverhältnisse der Feudalordnung**. Die meisten Bauern aber blieben zunächst noch frei.

Der direkte Übergang von der Urgesellschaft zum Feudalismus bei den Germanen zeigt, daß nicht jedes Volk alle sozialökonomischen Ordnungen durchlaufen muß, die die Menschheit kennt. Die Sklavenhalterordnung wurde in diesem Fall übersprungen. Dies war indes nur möglich, weil die römische Sklavenhalterordnung auf die germanischen Stämme einwirkte, und zwar auch noch nach dem Zerfall des römischen Reiches. Die Franken z.B. übernahmen in Gallien Produktivkräfte und kulturelle Errungenschaften des römischen Reiches. Zuvor gab es möglicherweise eine negative Einwirkung Roms auf die germanischen Stämme: Letzteren waren die Errungenschaften der Eroberer, gegen die sie kämpften, verhaßt, was möglicherweise zur Bewahrung von Verhältnissen der Urgesellschaft beitrug.

Nach der Eroberung Galliens durch den Frankenkönig kam den fränkischen Adligen das römische Recht, das sie dort vorfanden, bei der Errichtung der neuen Ordnung zupaß. Noch ganz anders rund 500 Jahre vorher, als die Urgesellschaft intakt genug war, daß die Germanen über das römische Recht lachten bzw. nichts damit anfangen konnten: Weder konnten sie mit Rechtstiteln etwas anfangen, die dem einzelnen Privateigentum insbesondere am Land zusprachen, noch mit dem komplizierten römischen Prozeßrecht, da sie der Gentilordnung entsprechend gewohnt waren, Streitigkeiten recht einfach zu regeln, z.B. durch Darlegung des Streitfalls im Thing und anschließendem Mehrheitsbeschluß. An dieser Gentilgesinnung der Germanen scheiterte Varus, der römische Oberbefehlshaber in Germanien, der versuchte, den Germanen das römische Recht nahezubringen. Wie Engels zeigt (MEW 19, S. 441 ff.), gefiel sich Varus im

Gerichtsspielen; die Germanen spielten dabei fleißig mit, während sie gleichzeitig militärische Vorbereitungen trafen. Im Jahre 9 u.Z. wurden die Truppen des Varus durch Germanen unter Führung des Cheruskers Armin vernichtend geschlagen; der römische Kaiser soll wehklagend ausgerufen haben: „Varus, Varus, gib mir meine Legionen wieder!“

Aber wie gesagt: Rund 500 Jahre später half das Recht des untergegangenen römischen Reiches den fränkischen Adligen bei der Beseitigung der Urgesellschaft.

Nach und nach verloren die fränkischen Könige an Macht, während ihre Verwalter, die Hausmeier, an Macht gewannen. 751 setzte der Hausmeier Pippin mit Hilfe des Papstes den König ab und machte sich selbst zum König. Als Gegenleistung schenkte er dem Papst Teile der Ländereien, die er den Langobarden geraubt hatte; so entstand der Kirchenstaat.

Pippin unterstützte christliche Missionare bei ihren Versuchen, andere germanische Stämme zum Christentum zu bekehren. (Bekannt wurde v.a. der von der katholischen Kirche noch heute als Märtyrer gefeierte Bonifatius, der bei seinen Missionsversuchen von den Ostfriesen erschlagen wurde.) Pippins Sohn Karl („Karl der Große“) führte Kriegszüge gegen andere germanische Stämme, vor allem gegen die Sachsen, um sie zu zwingen, das Christentum anzunehmen. Er erließ Gesetze, wonach diejenigen, die keine Christen wurden, zu töten waren.

In den von Karl erlassenen Gesetzen hieß es:

*„Wenn jemand im Volk der Sachsen etwa ungetauft sich verbergen will und es verschmäht, zur Taufe zu kommen, so soll er mit dem Tode bestraft werden.“*

*„Wenn jemand(...) die heiligen vierzigstägigen Fasten verachtet und Fleisch ißt, soll er es mit dem Leben büßen.“*

*„Wenn jemand den Körper eines Toten nach heidnischer Sitte verbrennt, so soll er es mit dem Leben büßen.“*

Die Übernahme des Christentums bedeutete zugleich den Übergang von der Urgesellschaft zur Feudalgesellschaft und die Herrschaft des fränkischen Königs über die Sachsen; dies war der Grund für den Missionseifer Pippins und Karls. Karl setzte auch die Ablieferung des Zehnten an die Kirche fest, die während des gesamten Mittelalters Bestand hatte.

Die Sachsen wehrten sich unter Führung Widukinds erbittert. Letztlich setzte sich Karl durch, indem er den sächsischen Adel mit Landschenkungen bestach und ihm half, die freien Bauern von sich abhängig zu machen.

Karl wurde der mächtigste Herrscher Europas. Sein Reich umfaßte ungefähr das Staatsgebiet des heutigen Frankreich, Deutschland und Italien. 800 wurde er vom Papst in Rom zum „römischen Kaiser“ gekrönt.

Nach seinem Tod kam es zu zwei Teilungen des Frankenreiches. 870 gab es drei Reiche, deren Staatsgebiete in etwa den Staatsgebieten des heutigen Frankreich, Deutschland und Italien entsprachen.

## C) DIE ÖKONOMISCHEN GRUNDZÜGE DES FEUDALISMUS

Der Feudalismus beruht auf dem Grundeigentum der reichen Großgrundbesitzer, der Feudalherren. Der Feudalherr eignet sich das Produkt der Mehrarbeit der hörigen Bauern an. Dieses Mehrprodukt nimmt die Form der **Grundrente** an. (Dieser ökonomische Begriff der Grundrente entspricht natürlich nicht einer Rente im Sinne der Altersversorgung. Es handelt sich vielmehr um eine „Rente“, die der Feudalherr einziehen kann, weil er Grundbesitzer ist.)

In jeder Ausbeutergesellschaft eignen sich die Ausbeuter das Mehrprodukt der Ausgebeuteten an, also den Teil ihres Produkts, den sie nicht benötigen, um selbst leben zu können. Doch die Formen dieser Aneignung unterscheiden sich in den verschiedenen Ausbeutergesellschaften. In der Sklavenhaltergesellschaft erfolgt die Aneignung dergestalt, daß der Sklave selbst Eigentum seines Herrn ist. Im Gegensatz zum Sklaven gilt der hörige Bauer als Mensch und hat Rechte, wenngleich diese weitgehend formal sind: Gerichtsherr ist der Feudalherr. Dieser Unterschied in der Rechtsstellung der ausgebeuteten Klasse beruht auf dem ökonomischen Unterschied zwischen Sklaverei und feudaler Ausbeutung: Der hörige Bauer muß nur einen Teil des Produkts seiner Arbeit abliefern und darf den andern behalten. Er ist daher am Ergebnis seiner Arbeit ökonomisch interessiert. (Anders beim Sklaven: Da er selbst mit seiner ganzen Person dem Ausbeuter gehört, gehört diesem auch sein ganzes Arbeitsprodukt. Der Ausbeuter hat ein ökonomisches Interesse daran, den Sklaven durch Zuteilung von Nahrungsmitteln am Leben zu halten, damit er ihn weiter ausbeuten kann.)

Die feudale Grundrente kann die Form der Arbeitsrente, der Produktenrente und der Geldrente annehmen.

**Arbeitsrente** bedeutet, daß der Hörige eine bestimmte Zeit in seiner eigenen Wirtschaft arbeitet und eine andere Zeit in der Wirtschaft des Feudalherrn. **Produktenrente** bedeutet, daß der hörige Bauer eine festgelegte Menge von Produkten als Naturalabgabe an den Herrn zu leisten hat. Die Geldrente - hier muß der Bauer dem Feudalherrn eine bestimmte Menge Geld zahlen - gewinnt erst in der Zerfallsphase des Feudalismus an Bedeutung.

## D) BEFREIUNG DER PRODUKTIVKRÄFTE. AUFSCHWUNG DER WARENPRODUKTION. BEDEUTUNG DES INDIVIDUUMS

Die Beseitigung der Sklaverei bedeutete eine relative Befreiung der Hauptproduktivkraft, nämlich der arbeitenden Massen. Der Aufschwung in der Entwicklung der Produktivkräfte äußerte sich z.B. in der Einführung der Dreifelderwirtschaft (10. - 13. Jhdt.), insbesondere aber auch in der weiteren Entwicklung der Arbeitsteilung. Der Feudalherr sonderte die jeweils Geschicktesten aus der Masse der Hörigen aus und ließ sie als Schmiede, Stellmacher, Schuster, Seifensieder, Brauer, Bäcker, Drechsler, Gerber, Sattler usw. arbeiten.



**Abb. 5:** Feldarbeit und Handwerk  
(nach einem mittelalterlichen Holzschnitt)

Entsprechende Berufe entstanden auch bei den Freien. Und hörige Handwerker erhielten die Möglichkeit, sich von ihrer Abhängigkeit loszukaufen und freie Handwerker zu werden. „*Aus den Leibeigenen des Mittelalters gingen die Pfahlbürger der ersten Städte hervor; aus dieser Pfahlbürgerschaft entwickelten sich die ersten Elemente der Bourgeoisie.*“ (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 463. Pfahlbürger: Außerhalb der Grenzpfähle des ursprünglichen Stadtgebiets ansässig gewordene ehemalige Hörige, denen von der Stadt - meist zur Erhöhung ihrer Verteidigungskraft - das Bürgerrecht verliehen wurde).

Es entwickelte sich der Brauch, daß die Handwerker einer bestimmten Umgebung regelmäßig an einem bestimmten Ort zusammenkamen und Markttag abhielten. An Verkehrsknotenpunkten (Straßenkreuzungen, Flußübergängen) bauten sich dann einzelne Handwerker ihre Häuser. Nach und nach entstanden Marktsiedlungen, aus denen sich Städte entwickelten. In den Marktsiedlungen bzw. Städten herrschten allerdings zunächst die Feudalherren.

Warenproduktion (die Herstellung von Produkten zum Zweck des Verkaufs) gab es zwar auch schon in der Sklavenhaltergesellschaft, doch war ihre Bedeutung dort meist relativ gering. Zwar konnte sich in Städten von Sklavenhaltergesellschaften mitunter ein durchaus bedeutendes Handels- und Wucherkapital entwickeln, insbesondere in manchen Städten des antiken Griechenland. Doch die Entwicklung eines industriellen Bürgertums war unmöglich, da es infolge der Sklavenhaltung keine freien Lohnarbeiter gab. Allerdings wurde in der Periode der höchsten Entwicklung der Sklavenhalterordnung ein größerer Anteil der Produkte der Sklavenarbeit als Waren verkauft. Die Produktivität der Sklavenarbeit aber war relativ

gering, da die Sklaven kein ökonomisches Interesse an ihrer Arbeit hatten und nur mit Gewalt zur Arbeit getrieben werden konnten (vgl. Kapitel I). Nun, im Feudalismus, wuchs die Bedeutung der Warenproduktion.

Zwar ist die Produktion auch im Feudalismus noch hauptsächlich Naturalwirtschaft: Der Feudalherr zieht die Grundrente hauptsächlich zum eigenen Gebrauch ein, nicht um die Produkte zu verkaufen. Mit dem Entstehen zunächst höriger, in wachsendem Maße aber freier, ökonomisch selbständiger Handwerker entwickelt sich jedoch innerhalb der Feudalgesellschaft ein ihr entgegengesetztes Element, welches sie schließlich überwinden wird: die Warenproduktion. Zunächst ist es einfache Warenproduktion (im Gegensatz zur kapitalistischen Warenproduktion, in welcher der „Produzent“ nicht selbst produziert, sondern Lohnarbeiter ausbeutet).

In dem Maße, wie die Warenproduktion sich entwickelt, wird persönliche Abhängigkeit durch sachliche ersetzt: Der unabhängige Warenproduzent ist - was seine Produktionsverhältnisse betrifft - keinem anderen persönlich unterworfen, sondern nur noch der anonymen, sachlichen Gewalt des Marktes. Hierdurch entwickelt das Individuum das Bewußtsein seiner selbst. Dieser Prozeß kommt zwar erst in der bürgerlichen Ordnung voll zur Wirkung, doch der Keim dazu ist bereits mit dem relativen Aufschwung der Warenproduktion innerhalb der Feudalordnung gelegt.

Die Bedeutung dieses Übergangs von der persönlichen Abhängigkeit zur sachlichen ist enorm. Marx unterscheidet ausdrücklich drei Stufen der Menschheitsentwicklung, nämlich in Bezug auf das Verhältnis von Individuum und Kollektiv:

*„Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse (zuerst ganz naturwüchsig) sind die ersten Gesellschaftsformen, in de-*

*nen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang und auf isolierten Punkten entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit auf sachlicher Abhängigkeit gegründet ist die zweite große Form, worin sich erst ein System des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse, und universeller Vermögen bildet. Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität, als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe (der entwickelte Kommunismus, d. Verf.). Die zweite schafft die Bedingungen der dritten. Patriarchalische, wie antike Zustände (ebenso feudale), verfallen daher ebensosehr mit der Entwicklung des Handels, des Luxus, des Geldes, des Tauschwertes, wie die moderne Gesellschaft in gleichem Schritt mit ihnen emporwächst.“*  
(Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, S. 75f.)

*„Der Mensch entwickelt sich als **Gattungswesen** aus dem Tierreich hervor. Das Individuum zählt zunächst nichts. Auch in antiken (Sklavenhaltergesellschaft) und feudalen Zuständen kann von freier Individualität keine Rede sein, vielmehr handelt es sich um Systeme, die auf **persönlichen** Über- und Unterordnungsverhältnissen beruhen. Die Warenproduktion, die auf ihrer höchsten Stufe den Kapitalismus hervorbringt (2. Stufe der Menschheitsentwicklung in obigem Schema) beseitigt teilweise die **persönliche** Abhängigkeit und ersetzt sie durch **sachliche**: Der einzelne Warenproduzent ist abhängig von den blindwirkenden Kräften des Marktes. Im Kapitalismus sind sowohl der Arbeiter als auch der Kapitalist von ihnen abhängig, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Die in der 1. Stufe vorhandene Kollektivität (z.B. innerhalb der Familienverbände der Urgesellschaft, von denen sich sowohl*

in der Sklavenhaltergesellschaft als auch im Feudalismus meistens Reste halten, d. Verf.) *wird zerstört. (Zwischen den Arbeitern zunächst auch, da sie als Verkäufer von Arbeitskraft miteinander konkurrieren, doch im gemeinsamen Kampf gegen das Kapital können sie Kollektivität entwickeln.) Das Individuum ist zwar insoweit befreit, als es von persönlicher Abhängigkeit befreit ist, doch es bezahlt damit nicht nur durch sachliche Abhängigkeit, sondern auch durch persönliche Bindungslosigkeit, durch soziale Entwurzelung.*“ („Weg der Partei“, Theoretisches Organ der KPD, 2/93, Zum 175. Geburtstag von Karl Marx, S. 28ff.; auch an anderen Stellen dieser Schrift wird auf dieses Thema näher eingegangen)

Die bürgerliche Freiheit der 2. Stufe ist in zweierlei Hinsicht beschränkt: Erstens durch die „Sachzwänge“, die blindwirkende Macht des Marktes. Die Produkte herrschen über die Produzenten. Zweitens durch die andern Warenproduzenten, die Konkurrenten. *„Auf der dritten, kommunistischen Stufe wird die Kollektivität wieder hergestellt, aber nicht als einfache Wiederholung der 1. Stufe. Das Individuum, welches in der 2. Stufe eine gewisse, wenn auch sehr begrenzte und verstümmelte Freiheit gewonnen hat, kehrt keineswegs zu einem System persönlicher Abhängigkeit zurück, sondern überwindet im Gegenteil die Begrenztheit und Verstümmelung seiner Freiheit. Durch die freie Vereinigung mit andern Individuen beseitigt es nicht nur die auch in der 2. Stufe noch verbliebenen (im Imperialismus wieder stärker werdenden!, d. Verf.) persönlichen Unter- und Überordnungsverhältnisse, sondern auch die sachliche Abhängigkeit: Der Mensch wird nicht mehr von blindwirkenden Gesetzmäßigkeiten beherrscht, sondern richtet seine Verhältnisse (sowohl in Bezug auf die Natur als auch in Bezug auf die Gesellschaft) bewußt ein. Die auf höherer Stufe vereinten Individuen*

*ordnen sich die sachlichen Kräfte der Produktion kollektiv unter und beherrschen sie. Erst auf dieser Grundlage, der höheren kollektiven Form der 3. Stufe, ist eine wirklich universelle Entwicklung der einzelnen Individuen möglich und wirklich.“ (ebenda, S. 29)*

Der große Fortschritt, den der Feudalismus gegenüber der Sklavenhaltergesellschaft brachte, besteht zum einen darin, daß die persönliche Abhängigkeit der Masse der unmittelbaren Produzenten eine weniger krasse Form annimmt als in der Sklavenhaltergesellschaft. Zum andern aber im Aufschwung der Warenproduktion, die dazu führt, daß immer mehr Produzenten hinsichtlich ihrer ökonomischen Beziehungen und später - wie wir sehen werden - zunehmend auch politisch aus den feudalen Beziehungen heraustreten und damit den Übergang in die 2. Stufe vollziehen.

## E) FESTIGUNG DER FEUDALORDNUNG DURCH VERWANDLUNG FREIER BAUERN IN HÖRIGE

Zunächst allerdings, im 10. Jahrhundert., fand hauptsächlich ein Prozeß statt, der den Feudalismus festigte, indem er in großem Ausmaß neue persönliche Abhängigkeiten schuf. Die Feudalherren maßen sich nach und nach an, auch über die freien Bauern ihrer Region Gericht zu halten. Sie fanden Vorwände, um immer mehr Bauern in die Hörigkeit zu zwingen. Am Ende des 10. Jahrhunderts waren die meisten Bauern hörig.

So verwickelten z.B. Knechte des Feudalherrn freie Bauern in Schlägereien, und der Feudalherr belegte als Richter den Bauern wegen Verletzung seines Knechtes mit einer Geldstrafe. Um das Geld zu beschaffen, mußte der Bauer sein Land verkaufen. Der einzige, der es kaufen konnte, war der Feudalherr. Dem Bauern, der nun ohne Land und ohne Geld dastand, blieb nichts anderes übrig, als den Feudalherrn zu bitten, als Höriger auf „dessen“, also seinem eigenen, vom Feudalherrn geraubten Land, arbeiten zu dürfen.



**Abb. 6:** Hörige Bauern beim Frondienst

## F) DIE FEUDALE HIERARCHIE

Zwischen den feudalen Grundbesitzern gab es große Unterschiede. Die mächtigsten, die den größten Grundbesitz hatten, gaben Teile davon als „Lehen“ an Gefolgsleute, diese konnten wiederum Unterlehen an ihre Gefolgsleute geben. Das Lehen wurde zunächst auf Lebenszeit vergeben und wurde später erblich (Lehen, Leihgabe, heißt lateinisch feudum, daher der Name Feudalismus).



**Abb. 7:** Evangeliar Otto III. Unnahbar sitzt der Feudalherr auf seinem Thron. Die Gefolgsleute stehen tiefer. Die Darstellung des Volkes selbst fehlt.

Der Lehensnehmer war seinem Herrn zur Treue verpflichtet. Wenn es günstig erschien, war er in der Regel bereit, zu einem anderen Lehensherrscher überzugehen und seinen Treueid zu brechen. Jeder Feudalherr mußte darauf achten, solche Verschwörungen zu verhindern oder rechtzeitig aufzudecken und die Verschwörer zu töten.

Die Verhältnisse innerhalb der herrschenden Klasse waren also streng hierarchisch. Auch auf der gleichen Hierarchiestufe konnte keiner dem andern trauen. Es gab ein Hauen und Stechen jeder gegen jeden.

Oberste Lehensherren unter dem König waren Herzöge, Grafen, Bischöfe. Die Bischöfe lebten und herrschten wie weltliche Feudalherren. Sie gehörten zur oberen Schicht der herrschenden Klasse.

Die hierarchischen Verhältnisse der Feudalordnung spiegeln sich in der Lehre der katholischen Kirche wieder: Unterschiedliche Rangstufen unter den Heiligen im Himmel, unter den Engeln usw. Unterschiedliche Grade an Bestrafungen auch in der Hölle.

## **Einschub**

Der hierarchischen Struktur der feudalen Gesellschaft steht die Gleichheit der Warenproduzenten in logischer Hinsicht direkt gegenüber. Betrachten wir die Dinge aber historisch, so finden wir, daß es keine „Gesellschaft gleicher Warenproduzenten“ gibt. Die einfache Warenproduktion ist zunächst eingebettet in die gesellschaftlichen und politischen Strukturen des Feudalismus. Später werden diese Strukturen durch die bürgerlichen Revolutionen abgeworfen, doch zu diesem Zeitpunkt ist die einfache Warenproduktion schon bis zu einem gewissen Grade durch kapitalistische Produktion abgelöst, also durch Kommandogewalt des Kapitalisten über Lohnarbeiter. Nimmt das betreffende kapitalistische Unternehmen -

sei es eine Manufaktur oder später eine moderne Fabrik - einen bestimmten Umfang an, so muß der Kapitalist hierarchische Strukturen, ein System von Aufsehern verschiedener Dienstgrade, einführen, um die Armee seiner Lohnarbeiter kommandieren zu können. Die Konzentration des Kapitals verstärkt die hierarchischen Strukturen, die durch die Warenproduktion zunächst erschüttert - wenn auch nicht beseitigt - worden sind. Extrem wird dies im monopolistischen Kapitalismus: Heute finden wir nicht nur in Behördenapparaten, sondern auch in Banken, Versicherungen und Verwaltungsapparaten von Industriekonzernen hierarchische Strukturen, die in der Erscheinung oft denen des Feudalismus ähneln. Natürlich **sind** es keine feudalen Strukturen. Man muß sich aber vor einem formalen Verständnis hüten, das dahin geht, die Warenproduktion habe die Hierarchiestrukturen vollständig zerschlagen und in der proletarischen Revolution gehe es nur noch darum, die Warenstrukturen zu zerschlagen. Die Wirklichkeit ist komplizierter: Die hierarchischen Strukturen wurden nie vollständig zerschlagen, und im Imperialismus nehmen sie wieder zu.

Mehr noch: Die proletarische Revolution selbst muß zunächst hierarchische, staatliche, Kommandostrukturen nutzen, um die Warenstrukturen einzuschränken. „*Jenes (das warenproduzierende, d. Verf.) Individuum besitzt die gesellschaftliche Macht unter der Form einer Sache. Raubt der Sache diese gesellschaftliche Macht und ihr müßt sie Personen über die Personen geben.*“ (Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, S. 75) Hier spricht Marx zwar nicht über die proletarische Revolution, doch kommt der von ihm hier formulierte Zusammenhang in der proletarischen Revolution voll zum Tragen: Die Gesellschaft ist nicht mit einem Schlage weit genug, um ohne Kommandostrukturen, ohne Hierarchien,

ohne Staatlichkeit kollektiv ihre Sachen zu verwalten. Man kann die „Herrschaft“ der „Sachzwänge“, der Waren, zunächst nur zerschlagen bzw. einschränken, indem man Kommandostrukturen, Hierarchien nutzt. *„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich nur geschehn vermitteltst **despotischer Eingriffe** in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die **ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.**“* (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 481; oder AW 6 Bd. 1, S. 437; Hervorhebungen v. Verf.) Die proletarische Revolution muß Kommandostrukturen, hierarchische Strukturen, die dem Wesen nach ebenso wie die Warenstrukturen der alten Gesellschaft entstammen, zur Einschränkung und Überwindung der Warenstrukturen nutzen, um sie sodann wieder abzubauen und schließlich endgültig zu überwinden. Diese Aufgabe, die Kommandostrukturen, hierarchischen Strukturen, endgültig zu überwinden, kann ihrerseits ebenfalls nur die proletarische Revolution leisten: die bürgerliche Umwälzung, die Warenstrukturen, waren und sind hierzu nicht in der Lage.

## G) VERHÄLTNIS ZWISCHEN WELTLICHEN UND GEISTLICHEN HERRSCHERN

Ebenso wie im weltlichen Feudalstaat gab es auch im Kirchenstaat ein gegenseitiges Hauen und Stechen zwischen den verschiedenen Feudalherren, zwischen Päpsten und Gegenpäpsten. Der deutsche König Otto I. half dem Papst militärisch gegen seine Gegner. Als Gegenleistung krönte der Papst 962 Otto I. zum Kaiser. Bis dahin hatte es seit dem Tod Karls des Großen keine Kaiser gegeben. Der Kaisertitel bedeutete einen Anspruch auf eine gewisse Machtausübung im Territorium des ehemaligen Frankreiches.

Der Papst war zunächst vom Kaiser abhängig. Otto I. und seine Nachfolger setzten die Päpste ein. Überhaupt waren die Bischöfe von weltlichen Lehensherren abhängig, von König bzw. Kaiser. Andererseits brauchten die weltlichen Feudalherren die Kirche als geistige Stütze ihrer Macht. Die Bedeutung der Kirche und ihrer Machthaber stieg. Das geänderte Kräfteverhältnis führte schließlich zum Investiturstreit (1073 - 1122):

Papst Gregor VII. forderte, alle Mächte müßten ihm untertan sein. Insbesondere verlangte er, künftig müsse der Papst die Bischöfe einsetzen (Investitur = Einsetzung der Bischöfe). Die Bischöfe aber herrschten damals nicht anders als die weltlichen Feudalherren: Sie plünderten die Bauern aus, gingen an der Spitze ihrer Ritter auf Raubzüge, intrigierten gegen andere Feudalherren usw., kurz: sie waren eine politische und militärische Macht. Mit der Forderung, künftig das Recht auf Einsetzung der Bischöfe auszuüben, machte der Papst einen enormen weltlichen Machtanspruch gegen den Kaiser geltend.

Kaiser Heinrich IV. wehrte sich gegen diese Anmaßung, erklärte den Papst für abgesetzt und verhängte die Reichsacht gegen ihn. Gregor VII. wiederum sprach den Bannfluch gegen den Kaiser aus. Der Kirchenbann machte auf die gläubige Bevölkerung großen Eindruck, denn überall, wo sich der Kaiser aufhielt, durfte nunmehr keine Messe gelesen, kein Kind getauft, kein Toter christlich begraben werden. Der Einfluß des Kaisers sank derart, daß dieser sich entschloß, zum Papst zu pilgern und sich zu unterwerfen, damit dieser gezwungen wurde, den Bannfluch zurückzunehmen. (Gang nach Canossa). Auch danach gingen die Kämpfe weiter. Gregor mußte schließlich fliehen und kam auf der Flucht ums Leben, doch sein Nachfolger führte den Kampf weiter.

1122 kam es im Wormser Konkordat zu einem Kompromiß zwischen Kaisertum und Papsttum. Verkürzt gesagt: Der Kaiser setzt die Bischöfe in Deutschland ein, der Papst in Italien. Damit hielt sich die weltliche Machtposition des Papstes in Deutschland in Grenzen, in Italien aber war sie sehr groß.

## H) DER RITTERSTAND

Die bewaffneten Gefolgsleute der großen Feudalherren hießen Ritter. Ihre einzige Aufgabe bestand im Kriegführen. Sie waren das Machtinstrument der Feudalen zur Niederhaltung der Bauern. Um den Ritterstand wurde deshalb ein ideologischer Kult betrieben. Die obersten Feudalherren galten auch als Ritter, faktisch aber sahen sie auf die Masse der Ritter, den niederen Adel, hinab.

Das Rittersium entwickelte seine eigene Kultur, die seiner Lebensweise entsprach. So trafen sich die Ritter regelmäßig an Fürstehöfen zu Waffenspielen, Turniere genannt. Auch war es üblich, daß die Ritter die adligen Frauen hofierten. Dieses höfische Getue um die Frauen der Feudalherren war Überbleibsel der ehemals hochgeachteten Stellung der germanischen Frau.

Auch die Ritter unterster Rangstufe erhielten ein Lehen, folglich kam es zur Landknappheit. Im 11. und 12. Jahrhundert gab es viele blutige Fehden. Die Verhältnisse wurden immer unsicherer.

## I) KREUZZÜGE

Als ein Ausweg aus der Lage wurden die Kreuzzüge veranstaltet. 1095 rief Papst Urban II. zum ersten Kreuzzug auf. Angeblich ging es darum, das Grab Jesu Christi aus den Händen der „Ungläubigen“ zu befreien. Der Papst wollte damit in Wirklichkeit gegenüber den Königen und dem Kaiser an Macht gewinnen, den Nahen Orient und die Ostkirchen, die sich von Rom getrennt hatten, wieder unter seine Macht bringen und in den eroberten Ländern den Kirchenzehnten eintreiben.

Der Papst gewährte den Kreuzfahrern Vergebung aller Verbrechen, die sie begangen hatten und in Zukunft begehen würden. Die Kreuzfahrer machten davon reichlich Gebrauch, vor allem bezüglich der Vergebung künftiger Verbrechen.

Die Hetze der Priester gegen die „Ungläubigen“ hatte zur Folge, daß die Kreuzfahrer sich erst einmal zu Hause übten, indem sie die Juden massakrierten. Ein Geschichtsschreiber aus dieser Zeit, Albert von Aachen, berichtet:

*„Darauf, ich weiß nicht, ob nach Gottes Ratschluß oder aus irgendeiner Verirrung des Geistes, erhoben sie sich in einem Anfall von Grausamkeit gegen das jüdische Volk, das zerstreut in verschiedenen Städten wohnte, und richteten unter ihm ein höchst grausames Blutbad an. Sie versicherten, dies sei der Anfang ihres Zuges und ihres Gelöbnisses gegen die Feinde des christlichen Glaubens... Dieses Judenmorden wurde zuerst in Köln verübt. Unvermutet fielen sie über die Juden her und machten alle nieder... Sie zerstörten ihre Häuser und Synagogen und verteilten unter sich das erbeutete Geld und Gut.“* (Geschichte II, S. 68)

Die Städte schützten die Juden nicht, weil die christlichen Kaufleute in ihnen eine unliebsame Konkurrenz sahen.

Nach der Eroberung Jerusalems durch die Kreuzfahrer im Jahre 1099 hausten diese dort nach der Schilderung Albert von Aachens wie folgt:

*„Nach dem fürchterlichen und blutigen Hinmorden der Mohammedaner, deren dort 10.000 erschlagen wurden, kehrten die Christen siegreich vom Palast in die Stadt zurück und machten nun viele Scharen von Heiden, die in ihrer Todesangst versprengt durch die Gassen irrten, mit dem Schwerte nieder. Kein Alter und kein Geschlecht ward geschont.*

*Wer zuerst in ein Haus oder in einen Palast eindrang, behielt dieses in eigenem Besitz mit allem Gerät, mit Getreide... Wein und Öl, Geld und Kleidern und allem anderen Besitztum. Und so wurden die Kreuzfahrer Herr und Besitzer der ganzen Stadt. Tankred (einer der Anführer des Kreuzfahrerheeres) lief gleich nach Betreten der Stadt eiligst zum Tempel des Herrn voraus und raffte mit Hilfe seiner Trabanten eine unvergleichliche Menge von Gold und Silber zusammen, riß das Gold von den vergoldeten Mauern, Säulen und Pfeilern herunter und schwitzte sich zwei Tage lang im Plündern des Schatzes ab. Nach den besagten zwei Tagen aber öffnete Tankred die Tore des Tempels, schleppte seine Schätze mit sich fort und teilte sie getreulich mit Herzog Gottfried (Gottfried von Bouillon, „Beschützer des Heiligen Grabes“ genannt, d. Verf.), dessen Ritter er war.“ (Geschichte II, S. 69)*

1178 wurden die christlichen Eroberer von den Mohammedanern wieder aus Jerusalem vertrieben. Der mittlerweile 4. Kreuzzug, zu dem Papst Innozenz III. (innocenc bedeutet: unschuldig) aufrief, war letztlich nicht erfolgreich. Der religiöse Fanatismus führte danach zu der Meinung, nur unschuldige Kinder könnten Jerusalem zu-

rückgewinnen. In Deutschland und Frankreich sammelte man Scharen von Kindern zu einem Kinderkreuzzug. In Süditalien verbot der dortige Bischof ihre Verschiffung nach Palästina; sie sollten in ihre Heimat zurückkehren. Bei einem Sturm auf dem Mittelmeer kamen die meisten Kinder um, der Rest wurde in die Sklaverei verkauft.

Es kam zu weiteren Kreuzzügen, die alle erfolglos blieben. 1291 fiel der letzte Stützpunkt der Kreuzfahrer in Palästina.



Abb. 8: Kreuzfahrerschiff

## J) RAUBZÜGE GEN OSTEN

Das andere Mittel, das Problem der Landknappheit zu lösen, waren die Feldzüge gegen Osten. Die deutschen Feudalherren hausten jahrhundertlang in slawischen Ländern auf das übelste. Eine besondere Rolle spielten dabei die Ordensritter, die in drei Orden organisiert waren: Templer, Johanniter und Deutschritterorden. Die Ordensritter waren Mönche und Ritter zugleich; bei ihren Raubzügen trugen sie die Mönchskutte unter ihrer Ritterrüstung. Die Orden bestehen heute noch, vorwiegend als Tummelplatz führender Manager, die unter der Form eines feudalen Kults moderne imperialistische Raubzüge und Machtausübung durch kapitalistische Monopole feiern.

Ein Teilnehmer eines Raubzuges nach Litauen, den der Herzog von Österreich mit seinen Rittern unternahm, berichtete darüber:

*„Das Heer war begierig, an den Feind zu kommen(...) Da fand man eine Hochzeit; die Gäste kamen ungebeten. Ein Tanz begann mit den Heiden; wohl ihrer sechzig wurden dabei erschlagen und das Dorf angezündet, daß die Flammen hoch aufstiegen. Das Heer begann das Land zu verwüsten, und Gott gab den Christen das Glück, daß sie über die Heiden kamen, ohne daß sie gewarnt waren. Ritterlich jagte man den Heiden nach, man fing, man stach, man schlug; was ihnen wehtat, das tat uns wohl. Das Land war voll von Gut; den Christen war es zum Gewinn, den Heiden zum Verlust.“* (Geschichte II, S. 76f.)

Aber die Ostlandritter stießen auch auf Widerstand. Als sie Mitte des 13. Jahrhunderts versuchten, das nordwestliche Rußland zu erobern, stießen sie zwar bis Narwa und Pskow vor und hausten dort auf ihre Weise. Doch im Winter 1242 schlug ein russisches Heer unter Führung des Fürsten Alexander Newski die Deutschordensritter in einer Schlacht auf dem eingefrorenen Peipussee vernichtend. (Hierüber gibt es einen Film von Eisenstein mit dem Titel „Alexander Newski“.)

Im 15. Jahrhundert wurden die deutschen Feudalherren von den Polen, Litauern und Russen aus einem großen Teil der von ihnen geraubten Gebiete vertrieben.

## K) DIE MITTELALTERLICHE STADT

In den Städten entwickelten sich Handel und Handwerk. Die Feudalherren entwickelten Bedürfnisse nach neuen Produkten, die ihre hörigen Bauern nicht herstellen konnten. Um in der Stadt kaufen zu können, mußten sie Geld haben. Sie waren daher zunehmend bestrebt, die Grundrente in Geldform einzuziehen. Um Geld zu beschaffen, mußten die Bauern Handel treiben. So zersetzte sich die Feudalordnung nach und nach, um der Warenproduktion Platz zu machen.

Schon im 13. Jhdt. gingen einzelne Feudalherren in die Stadt, um dort besser zu leben. Sie teilten ihre Ländereien in kleine Parzellen auf und verpachteten diese an freie oder hörige Bauern. Später nahmen solche Erscheinungen zu. Im 13. und 14. Jahrhundert gewannen die Städte in hohem Maße an Bedeutung.

### DER KAMPF DER STÄDTER GEGEN DEN FEUDALEN STADTHERRN

In den meisten Städten herrschten zunächst (weltliche oder geistliche) Feudalherren. Mit dem Besitz einer Stadt verbanden sich Einkünfte aus Zoll und Verkehrssteuer, aus Gebühren für Marktstände, Polizei- und Gerichtswesen usw. Die Feudalherren beuteten also nicht nur die hörigen Bauern, sondern auch die Stadtbevölkerung aus. Doch die Feudalherren mußten, um die Städter ausbeuten zu können, die freie Entwicklung der Warenproduktion und des Warenaustauschs, also Handwerk und Handel, zulassen und sogar fördern. Unter der Herrschaft des feudalen Stadtherrn entwickelte sich also eine Kraft, die ihn schließlich hinwegfegen mußte.

Die führende Kraft der nicht-adligen Stadtbevölkerung waren zunächst die Patrizier, d.h. die reichen Kaufleute. Sie standen politisch an der Spitze des Kampfes der Stadtbevölkerung um die Selbstverwaltung der Städte. Entscheidend dafür, daß diese Kämpfe siegreich sein konnten, war aber die arbeitende Stadtbevölkerung, d.h. vor allem die Handwerker.

Die Selbstverwaltung der Städte, die Befreiung von der Herrschaft des feudalen Stadtherrn und von der Ausbeutung durch diesen Stadtherrn, konnte nicht ohne blutige Kämpfe errungen werden. Als ein Beispiel sei ein Kampf in Lüneburg im Jahre 1371 geschildert. Wir folgen der Darstellung Karl Wittfogels - der selbst wiederum ein längeres Zitat anführt - in seinem Werk „Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“, Wien 1924, S. 79 ff.



**Abb. 9:** Lüneburg, Ausschnitt aus einem Gemälde des 15. Jahrhunderts

*„Die alte norddeutsche Salzstadt Lüneburg hat infolge ihres damaligen Reichtums früh in ihren Mauern eine selbstbewußte Bürgerschaft entstehen sehen, die natürlich alsbald die Regentschaft ihres Braunschweiger Landes- und Stadtherrn abzuschütteln suchte.*

*Im Jahre 1371, am 21. Oktober, in der Sankt Ursula-Nacht, prallten die beiden feindlichen Gesellschaftsfraktionen, nachdem die Lüneburger vorher bereits dem Braunschweiger Herzog den Gehorsam aufgekündigt, die Zwingburg auf dem nahen Kalkberge gestürmt und das Bauwerk selbst niedergebrochen hatten - in der*

*Sankt Ursula-Nacht prallten die beiden Parteien zu endgültiger Kraftprobe furchtbar aufeinander.*

*Hatten vor kurzem die Städter die Burg des Stadtherrn durch listigen Überfall in ihre Gewalt gebracht, so drangen nun auch die Heerhaufen des Herzogs des Nachts in aller Heimlichkeit in die stark befestigte Stadt ein, im ersten Ansturm die verwirrten Lüneburger fast zu Boden werfend.*

*Aber die Bürger erwirkten von ihren Gegnern eine Atempause, angeblich zur Vorbereitung der Kapitulation, in Wahrheit zur Sammlung ihrer Streitkräfte und Waffen. Als die Städter diesen ihren Zweck erreicht hatten, ließen sie durch den Unterhändler Weißenburg den inzwischen mit Wein halb berauscht gemachten Rittern ihren Entschluß, weiterzukämpfen, mitteilen.“*

Hier führt nun Wittfogel ein längeres Zitat an:

*„Nachdem die Seinen vollkommen gerüstet waren, zog ihnen Weißenburg voran und beschied die Feinde, daß die Bürgerschaft nicht zu bewegen gewesen sei, sich zu ergeben, vielmehr ihre Freiheit bis auf den letzten Blutstropfen zu verteidigen beschlossen habe.*

*‘Gut, aber dann stirb zuerst’, erwiderten die Feinde und warfen sich in heftigem Zorn auf ihn. In tapferer Gegenwehr versetzte er mit seinem Streithammer noch einem der Braunschweiger den Todesstoß; im Augenblick darauf war er aber ihren zahlreichen Hieben bereits erlegen. Über seiner Leiche entbrannte ein furchtbares Gefecht; wahrhaft todesmutig kämpften die Lüneburger; die Feinde wurden zum Weichen gebracht. Da erscholl Freudengeschrei und Beifallsjubel der Weiber von den Fenstern und Giebeln herab, das stärkte zu neuer Kampfeslust die Freunde und schwächte noch die sinkenden Kräfte der Feinde. Diese zogen sich in die Bäckerstraße, die bald von ihrem Blute, das hier reichlicher als selbst vorher auf dem Markte vergossen ward, überflutet wurde. ‘Sonderlich’ - so sagt der Chronist - ‘hat sich hier ein Bäcker wohl gehalten, welcher mit seiner Hand über dreißig von den Feinden niedergeschlagen, er ist aber endlich auch umgekommen und auf St. Johannis Kirchhof begraben; auf seinem Grabstein sind so viele Striche gezeichnet als er Feinde umbrachte. Es ist auch sein Bildnis an seinem Hause, in Stein gehauen, aufgerichtet, in der einen Hand ein Schwert, in der andern eine Lanze haltend, mit der Nebenschrift: Pugna pro patria (das ist: Kämpfe fürs Vaterland!). Es soll auch zu seinem Andenken die Bäckerstraße von ihm den Namen haben...’ Selbst die Frauen halfen die Feinde morden, indem sie aus den oberen Gemächern der Häuser Steine auf*

*ihre Köpfe schleuderten. Noch einmal rafften sich die Braunschweiger auf, nachdem sie, aus der engen Gasse auf einen freien Platz gedrängt, freier atmeten. Kaum aber hatten sie hier begonnen, sich zu neuem Kampfe zu sammeln, als frische Truppen in einem zahlreichen Haufen sich über sie ergossen. Flucht war jetzt der einzige Gedanke der Braunschweiger. Zitternden Fußes eilten sie durch eine enge Gasse dem Tore der Mauern zu in der Hoffnung, letztere zu überspringen. Doch auf dem Wege dahin wurden die meisten von den Schwertern der Lüneburger niedergemetzelt; das dritte Blutbad war ärger als die beiden ersten. Siegfried v. Saldern röchelte auf der geröteten Erde; mit ihm zahllose edele und gemeine Leute. Wer nicht erschlagen war, wurde gefangen genommen; so unter andern Hans v. Homburg, der Bannerherr... Noch bewahren das Andenken an das Lüneburger Blutbad die rote Mauer - über welche die Feinde sich retten wollten - die rote Straße - durch welche die Flucht führte - und das rote Tor, aus welchem sie zu entrinnen hofften.“*

*(W. Görge: Das Lüneburger Blutbad im Jahre 1371.*

*Aus: Die Provinz Hannover. Hannover 1882. S. 330 ff.)*

Wittfogel fährt nun fort:

*„Wir haben dieses Stück aus den heroischen Zeiten der altbürgerlichen Entwicklung (...) so ausführlich wiedergegeben, weil es zweierlei schlagend belegt. Einmal die Bedenkenlosigkeit, mit der unter beiderseitigen Wortbrüchen der Kampf überhaupt geführt wird. Dann aber auch die zähe Energie, mit dem die bürgerliche Seite ihre neue Machtposition dem ungünstiger gestellten Stadtherrn durchzu- beißen versteht. Nach solchen Kampfleistungen begreifen wir sehr gut, weshalb, nachdem eine Reihe von Malen 'primäre' Umwälzungen im Sinne Max Webers (gemeint: gewaltsame Umweltwälzungen; Wittfogel verspottet hier, wie der Liberale Max Weber die Gewalt umschreibt, d. Verf.) stattgefunden hatten, weshalb daraufhin die Stadtherrn nur noch in wenigen Fällen den Entschluß aufbrachten, 'dem Rate (also einer von den Patriziern kontrollierten Stadtverwaltung, d. Verf.) ernstlich und hartnäckigen Kampfes die Leitung der Stadt zu bestreiten. So namentlich während des ganzen 13. Jahrhunderts in Köln und Straßburg'. (Lamprecht: Deutsche Geschichte IV, S. 177) Man fand sich vielmehr ganz gern bereit, die alten Rechte, die zu halten man doch nur höchst mühsam imstande war, gegen gutes Geld an die reiche Bürgerschaft zu verkaufen(...) Man darf(...) bei all dem tatsächlich vorgekommenen Schacher um die städtischen Hoheitsrechte nicht vergessen: Hätten nicht, im*

*Gegensätze etwa zu den Städten Indiens und Chinas, die Bürger des Abendlandes die ökonomisch-sozialen Grundlagen für eine militärische Selbständigkeit gefunden, so hätte ihnen ihr Geld **allein** niemals die Autonomie, die Freiheit, gebracht.“*

In der Tat kann die Arbeiterklasse hier von ihrem Vorgänger, der Bourgeoisie lernen, die bei der Übernahme der Stadtregierungen das „geltende Recht“, die „geltende Eigentumsordnung“ durchbrach, sich außerhalb der Legalität stellte, mit militärischer Gewalt die Macht ergriff und entschlossen die militärischen Bastionen des Feindes vernichtete. Erst nachdem dies mehrmals geschehen war, war auch der friedliche Machtwechsel auf dem Wege des Schachers möglich. Und dies auch nur deshalb, weil es sich um den Schacher zwischen zwei Ausbeuterklassen handelte; der revolutionären Arbeiterklasse steht im Kampf gegen die geballte Staatsmacht der Monopolbourgeoisie ein friedlicher Weg nicht offen.

(Mitunter konnten die Städte im Kampf um ihre Freiheit auch Widersprüche unter den Feudalen nutzen. Worms unterstützte den Kaiser im Investiturstreit, indem es den papsttreuen Bischof davonjagte, und erhielt dafür schon 1073 vom Kaiser die Befreiung von feudalen Zöllen.)

## **KAMPF ZWISCHEN PATRIZIERN UND HANDWERKERN**

Nach Beseitigung der feudalen Herrschaft rückte in den Städten der Klassengegensatz zwischen Patriziern und Handwerkern in den Vordergrund. Zwar spielten, wie wir am Beispiel Lüneburgs gesehen haben, Handwerker im Kampf um die Befreiung vom feudalen Stadtherrn eine entscheidende Rolle, doch die Früchte des Sieges fielen den reichen Kaufleuten, den Patriziern, in die Hände. Sie kontrollierten nun den Stadtrat.

Die Vorherrschaft der Kaufleute über die Handwerker lag daran, daß die technische Natur des Handels es dem Kaufmann früher als dem Warenproduzenten ermöglichte, seine Organisation zum Großbetrieb auszuweiten. Großbetrieb ist hier natürlich relativ und muß an den Maßstäben des Mittelalters gemessen werden. Jedenfalls aber konnten die Kaufleute eine wesentlich größere Anzahl von Lohnarbeitern ausbeuten, als der kleine Meister, der damals, im frühen Mittelalter, wenn es hochkam zwei Gesellen hatte. Marx analysierte den betreffenden Zusammenhang wie folgt:

*„Es kostet nicht mehr Zeit, mit großen als mit kleinen Zahlen zu rechnen. Es kostet zehnmal so viel Zeit, 10 Einkäufe für 100 Pfd. St. wie **einen** Einkauf für 1000 Pfd. St. zu machen. Es kostet zehnmal so viel Korrespondenz, Papier, Briefporto, mit 10 kleinen Kaufleuten wie mit **einem** großen zu korrespondieren. Die beschränkte Teilung der Arbeit in der kommerziellen Werkstatt, wo der eine Bücher führt, der andre die Kasse, ein dritter korrespondiert, dieser einkauft, jener verkauft, dieser reist etc., erspart Arbeitszeit in ungeheuren Massen, so daß die im Großhandel verwandte Zahl von kaufmännischen Arbeitern in gar keinem Verhältnis steht zu der vergleichmäßigen Größe des Geschäfts. Es ist dies der Fall, weil im Handel viel mehr als in der Industrie dieselbe Funktion, ob im großen oder kleinen verrichtet, gleich viel Arbeitszeit kostet. **Daher zeigt sich auch die Konzentration im Kaufmannsgeschäft historisch früher als in der industriellen Werkstatt.**“ (Kapital III, MEW 25, S. 306, letzte Hervorhebung v. Verf.)*



**Abb. 10:** Abrechnung einer Kaufmanns-  
genossenschaft

Die Patrizier nutzen ihre Machtstellung, um die Handwerker zu prellen und auszubeuten. Wenn Handwerker Zahlung für geleistete Arbeit verlangten, kam es nicht selten vor, daß sie mit Prügeln bedacht wurden; sie hatten keine Möglichkeit, ihr Recht zu finden, da die Patrizier auch die Gerichtsbarkeit in ihrer Hand hatten. Folglich kam es zu blutigen Kämpfen zwischen Kaufleuten und Handwerkern.

Das Handwerk war in Zünften organisiert. Die Zünfte vereinten Meister, Gesellen und Lehrlinge eines bestimmten Handwerks in einer Stadt. Die Zünfte legten fest, welche Warenmenge jeder Meister herstellen durfte, wie viele Gesellen er beschäftigen durfte, welche Qualität und welchen Preis die Waren haben mußten usw.

Die größte Zahl der Zünfte entstand im 12. und 13. Jahrhundert. Eine der ältesten Zünfte in Köln war die Zunft der Bettzeugweber. Ferner gab es die Gerber, Sattler, Kürschner, Handschuhmacher, Schuhmacher und Schneider, dann die Waffenschmiede, Haubenschmiede, Plattner (das waren die Schmiede, die Plattenpanzer anfertigten) und schließlich die Bäcker, Fleischer, Fischer, Brauer, ferner die Bauhandwerker, Steinmetzen, Maurer, Zimmerleute und Gipser. Anfangs war die Zahl der Zünfte innerhalb einer Stadt noch klein. Mit dem Fortschreiten der Arbeitsteilung aber teilten sich auch die Zünfte, so daß es in den großen Städten einige hundert gab. Paris besaß um 1350 z.B. 350 Zünfte.

*Die Zünfte waren fortschrittlich als Organisationsform der Handwerker gegen die Patrizier. Viele Zünfte hatten auch Frauen als gleichberechtigte Mitglieder, und einige Zünfte waren reine Frauenzünfte, da die betreffenden Berufe (z.B. Weben, Schneidern, Backen, Bierbrauen) ursprünglich vorwiegend von Frauen ausgeübt wurden.*

Die Zünfte wurden später reaktionär:

1. weil sie den Gegensatz zwischen Meistern und Gesellen vertuschten;
2. weil sie die Gesellen der verschiedenen Zünfte voneinander abschotteten;
3. weil sie die Abschottung gegen Arbeitssuchende betrieben, die in die Städte strömten;
4. weil sie durch enge Vorschriften z.B. über Preise, Qualität und Quantität der hergestellten Waren die weitere Entwicklung der Warenproduktion behinderten.

(Die Punkte 1 bis 3 sind dem Zunftwesen vom Standpunkt der **modernen Arbeiterbewegung** entgegenzuhalten. Die reaktionären Gewerkschaftsführer sind heute gerade bestrebt, zünftlerische Ideen unter den Arbeitern zu verbreiten: Die Arbeiter würden mit den Kapitalisten „ihres“ Betriebs in einem Boot sitzen, Punkt 1. Die Kämpfe der Arbeiter der verschiedenen Produktionszweige sollen mög-

lichst isoliert voneinander geführt werden und die Kämpfe der einzelnen Betriebe von einem betriebsbornierten Standpunkt aus, Punkt 2. Mit Arbeitslosen haben die Gewerkschaften nichts zu tun, wenn es nach dem Willen der reaktionären Führer geht, also ständische Interessenvertretung derjenigen, die zufällig gerade Arbeit haben, Punkt 3. Im schlimmsten Falle dann auch noch Hetze gegen Arbeiter, die aus vom Imperialismus geknechteten und ruinierten Ländern in die imperialistischen Zentren getrieben werden).

Zunächst aber, im frühen Mittelalter, waren die Zünfte ein großer Fortschritt. (Demgegenüber konnten es die Bauern aufgrund ihrer ökonomischen Lage zu einer auch nur zünftlerischen Organisiertheit nie bringen). Die Organisiertheit in Zünften war eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Handwerker im Kampf gegen die Patrizier Erfolge erzielen konnten. Im 14. Jahrhundert kam es in fast allen Städten zu Zunftaufständen. In Speyer siegten die Zünfte 1349, in Mainz dauerten die Kämpfe bis 1430. In Köln bekamen die Zünfte 1396 den Stadtrat vollständig in die Hand.

*„Man darf (...) nicht vergessen, daß diese Revolution der Vertreter der einfachen Warenproduktion (der Handwerker) vorwiegend gegen das junge Handelskapital gerichtet war. Insofern war die Bewegung der politische Ausdruck einer noch unentfalteten Wirtschaftsform. Daher konnte es den Zünften zwar gelingen, das Handelskapital zurückzudrängen. Aber brechen ließ sich der Einfluß, der Machtüberbau unter der beginnenden Kapitalisierung der Gesellschaft, unter keinen Umständen. So sehen wir denn selbst da, wo die Zünfte (...) offiziell allein ans Ruder der Stadt kommen, doch, sozusagen über die Hintertreppe, die alten Geschlechter (der Patrizier, d. Verf.) wenigstens einen Teil ihres früheren Einflusses wieder geltend machen. Während es sich nämlich in den heutigen*

*Klassenkämpfen um ein Entweder-Oder handelt, um die Herrschaft der Bourgeoisie oder um die des Proletariats, konnte damals nur ein Mehr oder weniger der Beteiligung an der Macht, die Frage des Prozentsatzes bei der Besetzung der Behörden, den Streitpunkt bilden. Handel und Handwerk vertraten eben zwei Seiten des gleichen warenwirtschaftlichen Gesellschaftsstandpunktes, Bourgeoisie und Proletariat dagegen kämpfen heute für zwei miteinander unvereinbare Wirtschaftssysteme. Daher die Unausgleichbarkeit der Forderungen heute, und die relative Verträglichkeit patrizischer und zünftischer Machtbestrebungen damals.“ (Wittfogel, S. 92 f.)*

## **DIE ENTSTEHUNG DER SOZIALEN UNTERSCHIEDE IM HANDWERK**

*„Ursprünglich war der Geselle vom Meister nicht oder so gut wie nicht ökonomisch geschieden. Die Einfachheit der Arbeitsmethoden, die leichte Beschaffbarkeit der Produktionsmittel gaben jedem Handwerker die Möglichkeit, einen selbständigen Betrieb anzufangen. Ein Zusammengehen mit anderen mußte also - auch wenn es die Form eines Meister-Gesellen-Verhältnisses trug - in Wirklichkeit sehr kollegial vonstatten gehen. Diesen Zustand, 'wo die Frage, wer von den entlaufenen Leibeignen soll Meister sein und wer Diener, größtenteils durch das frühere oder spätere Datum ihrer Flucht entschieden wurde', nennt Marx die 'Kindheitsperiode des mittelaltigen Städtewesens'.“ (Wittfogel S. 94f.; Marx-Zitat aus Kapital I, MEW 23, S. 777f.)*

Die ehemals hörigen Handwerker waren nämlich zur Freiheit gelangt entweder durch Loskauf „oder, sehr häufig, durch Flucht vom Lande in die Stadt. Die Städter, denen an zuschüssigen Arbeitskräften ungemein viel gelegen

*war, lieferten einen hörigen Flüchtling zuerst nur sehr widerstrebend, und schließlich - 'Stadtluft macht frei' - gar nicht mehr aus. Es war dies natürlich auch ein Stück des Klassenkampfes, den die Träger der Warenwirtschaft und die Vertreter der Feudalwirtschaft miteinander ausfochten.“ (Wittfogel, S. 84)*

Ein wirklicher Klassengegensatz zwischen Meister und Gesellen bestand zunächst auch deshalb nicht, weil die meisten Gesellen später Meister wurden oder zumindest werden konnten. Mit dem Aufblühen des Handwerks änderte sich dies schließlich. Die Meister begannen, sich gegen die Handwerker abzuschotten: Nur ihre eigenen Söhne sollten Meister werden. Ansonsten konnte man nur noch durch Einheirat Meister werden. So entstand eine Schicht „ewiger Gesellen“. Diese begannen, sich in Innungen und Bruderschaften zu organisieren, für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu kämpfen. Es gab auch Streiks, gegen die in der Regel mit drakonischen Strafen vorgegangen wurde.

In einer Urkunde aus dem 14. Jahrhundert, der „Kulmer Willkür“, heißt es:

*„Kein Handwerksknecht soll Satzung oder Sammlung machen, die da gehe gegen unsere Herren dieses Landes, wider die Stadt oder wider seine Meister. Auch soll er nicht machen den Montag oder einen Werkeltag zum Feiertag, ledig zu gehen (d.h. nicht zu arbeiten. Der „blaue Montag“ galt langezeit als selbstverständliches Recht der Gesellen, d. Verf.) Auch soll er keinerlei neue Fünde oder Aufsatz (Aufsässigkeit, Streik, d. Verf.) machen, womit er seinem Meister die Arbeit niederlege oder Urlaub gebe. Wer dies freventlich bricht, dem soll man sein Haupt abschlagen(...) Welcher Wirt das gestatte, daß man in seinem Hause solche Satzung macht, dem soll man sein Haupt abhauen.“*

Also: Streikende sind zu köpfen, ebenso ist jeder zu köpfen, der Streikenden Versammlungsräume zur Verfügung stellt.



**Abb. 11:** Übergang des Stadtrigiments an die Zünfte zu Augsburg 1368

## Es, es, es und es

Es, es, es und es, es ist ein harter Schluß,  
weil, weil, weil und weil, weil ich jetzt wandern muß.  
Ich war schon lang in dieser Stadt ,  
und hab das Nest zum Kotzen satt.  
Ich will mein Glück probieren, marschieren.

Er, er, er und er, Herr Meister, leb er wohl!  
Er, er, er und er, Herr Meister, leb er wohl!  
Ich sag's ihm grad frei ins Gesicht:  
Seine Arbeit und sein Lohn gefällt mir nicht.  
Ich will mein Glück probieren, marschieren.

Sie, sie, sie und sie, Frau Meistrin, leb sie wohl!  
Sie, sie, sie und sie, Frau Meistrin, leb sie wohl!  
Ihr Essen war so angerich't,  
manchmal fraßen es die Schweine nicht.  
Ich will mein Glück probieren, marschieren.

Du, du, du und du, mein Mädchen, weine nicht!  
Wenn, wenn, wenn und wenn, wenn schier das Herz auch bricht.  
Wir haben uns geherzt geküßt;  
Probier's, wie's mit 'nem andern ist.  
Ich will mein Glück probieren, marschieren.

Er, er, er und er, Herr Wirt, nun leb er wohl!  
Er, er, er und er, Herr Wirt, nun leb er wohl!  
Hätt' er die Kreid' nicht doppelt geschrieben,  
so wär ich noch länger dageblieben.  
Ich will mein Glück probieren, marschieren.

Er, er, er und er, Herr Pfaff, nun leb er wohl!  
Er, er, er und er, Herr Pfaff, nun leb er wohl!  
Die Predigt konnt er sich wohl spar'n,  
wir leben schon so, daß Gott erbarm.  
Ich will mein Glück probieren, marschieren.

Und, und, und und und, und wird auf mich zuletzt,  
auch, auch, auch und auch, auch mal ein Hund gehetzt!  
Dem Kerl setz' auf den Türenknau  
ich nachts 'was warmes Weiches drauf.  
Ich will mein Glück probieren, marschieren.

Ihr, ihr, ihr und ihr, Ihr Brüder lebet wohl!  
Ihr, ihr, ihr und ihr, Ihr Brüder lebet wohl!  
Hab ich euch was zuleid getan, so bitt ich um Verzeihung an.  
Ich will mein Glück probieren, marschieren.



Abb. 12: Der Krauter und die fahrenden Gesellen

Ein Spiegelbild des kämpferischen Geistes vieler damaliger Handwerksgelesen sind die bis heute überlieferten Handwerkerlieder.

Trotz alledem darf nicht übersehen werden, daß die Gesellen letztlich zu ihren Meistern in einem familienähnlichen, „patriarchalischen“ Verhältnis standen, z.B. mit ihnen unter einem Dach lebten. Es kommt hinzu, daß die Arbeitsteilung des Maschinenzeitalters natürlich noch nicht bestand, die Tätigkeit des Gesellen also keineswegs zu einem einfachen Handgriff reduziert war, sondern seine Arbeit schöpferischen Charakter hatte und damit in gewisser Weise befriedigend war: *„Jeder Arbeiter mußte in einem ganzen Kreise von Arbeiten bewandert sein, mußte Alles machen können, was mit seinen Werkzeugen zu machen war; der beschränkte Verkehr und die geringe Verbindung der einzelnen Städte unter sich, der Mangel an Bevölkerung und die Beschränktheit der Bedürfnisse ließen keine weitere Teilung der Arbeit aufkommen, und daher mußte Jeder, der Meister werden wollte, seines ganzen Handwerks mächtig sein. Daher findet sich bei den mittelalterlichen Handwerkern noch ein Interesse an ihrer speziellen Arbeit und an der Geschicklichkeit darin, das sich bis zu einem gewissen bornierten Kunstsinn steigern konnte. Daher ging aber auch jeder mittelalterliche Handwerker ganz in seiner Arbeit auf, hatte ein gemüthliches Knechtschaftsverhältnis zu ihr und war viel mehr als der moderne Arbeiter, dem seine Arbeit gleichgültig ist, unter sie subsumiert.“* (Marx, Engels, Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 52, Hervorhebung v. Verf.)

Dies alles zusammengenommen führte dazu, daß die mittelalterlichen Gesellen es nicht zu einem proletarischen Klassenbewußtsein bringen konnten. Sie legten zwar ein trotziges und radikales Gebaren an den Tag: So zogen sie z.B. bei Streitigkeiten nicht selten mit Pfeifen und Trom-

peten in Massen aus einer Stadt aus, legten sich in Kneipen einer Nachbarstadt auf die faule Haut, bis man sie zurückbat und bereit war, ihre dortige Zeche zu zahlen. Ihre Forderungen aber reduzierten sich auf Lohn- und Arbeitszeitfragen, die Forderung nach Abschaffung des Privateigentums kam ihnen nicht in den Sinn. *„Sie konnten nicht gut die Aufhebung eines Privateigentums an Produktionsmitteln verlangen, dessen Nutznießer sie - sei es durch Sparsamkeit, Glück oder Einheirat - selbst einmal zu werden hofften.“* (Wittfogel, S. 96) Zudem sahen sie mit Standesdünkel auf die nicht in den Zünften organisierten niederen Arbeiter hinab.

Mit dem Aufblühen des Handwerks hatte sich nämlich das Bestreben, Zuwachs vom Lande einzugliedern, zunehmend gegeben, nun betrieben die Zünfte die Abschottung, die Wahrung der Privilegien derer, die darin organisiert waren. Wer jetzt neu in die Städte kam, hatte sich meist in die unterste Schicht der Plebejer einzugliedern, die die schlechtesten Arbeiten zu den miserabelsten Bedingungen zu machen hatten. Sie sind in ihrer gesellschaftlichen Stellung wiederum zu gedrückt, um proletarisches Klassenbewußtsein zu entwickeln. *„Diese Leibeignen, auf dem Lande von ihren Herren verfolgt, kamen einzeln in die Städte, wo sie eine organisierte Gemeinde vorfanden, gegen die sie machtlos waren und worin sie sich der Stellung unterwerfen mußten, die ihnen das Bedürfnis nach ihrer Arbeit und das Interesse ihrer organisierten städtischen Konkurrenten anwies. Diese einzeln hereinkommenden Arbeiter konnten es nie zu einer Macht bringen, da, wenn ihre Arbeit eine zunftmäßige war, die erlernt werden mußte, die Zunftmeister sie sich unterwarfen und nach ihrem Interesse organisierten, oder, wenn ihre Arbeit nicht erlernt werden mußte, daher keine zunftmäßige, sondern Tagelöhnerarbeit war, nie zu einer Organisation kamen,*

*sondern unorganisierter Pöbel blieben. Die Notwendigkeit der Tagelöhnerarbeit in den Städten schuf den Pöbel.“*  
(Marx/Engels, Deutsche Ideologie, MEW 3, S.51)



**Abb. 13:** Gesellen kündigen die Arbeit

## L) BEGINN DER ORGANISIERUNG DER BOURGEOISIE ZUR KLASSE

*„Mit dem in einer besonderen Klasse konstituierten Verkehr, mit der Ausdehnung des Handels durch die Kaufleute über die nächste Umgebung der Stadt hinaus, tritt sogleich eine Wechselwirkung zwischen der Produktion und dem Verkehr (unter Verkehrsverhältnissen werden an dieser Stelle wohl Austauschverhältnisse verstanden, d. Verf.) ein. Die Städte treten **miteinander** in Verbindung, es werden neue Werkzeuge aus einer Stadt in die andre gebracht, und die Teilung zwischen Produktion und Verkehr (Handwerk und Handel, d. Verf.) ruft bald eine neue Teilung der Produktion zwischen den einzelnen Städten hervor, deren Jede bald einen vorherrschenden Industriezweig exploitiert (hier: nutzt, d. Verf.). Die anfängliche Beschränkung auf die Lokalität fängt an, allmählich aufgelöst zu werden.*

*Die Bürger in jeder Stadt waren im Mittelalter gezwungen, sich gegen den Landadel zu vereinigen, um sich ihrer Haut zu wehren; die Ausdehnung des Handels, die Herstellung der Kommunikationen führte die einzelnen Städte dazu, andere Städte kennenzulernen, die dieselben Interessen im Kampfe mit demselben Gegensatz (nämlich den feudalen Verhältnissen, d. Verf.) durchgesetzt hatten. Aus den vielen lokalen Bürgerschaften der einzelnen Städte entstand erst sehr allmählich die **Bürgerklasse**. Die Lebensbedingungen der einzelnen Bürger wurden durch den Gegensatz gegen die bestehenden Verhältnisse und durch die davon bedingte Art der Arbeit zugleich zu Bedingungen, welche ihnen allen gemeinsam und von jedem einzelnen unabhängig waren. Die Bürger hatten diese Bedingungen geschaffen, insofern sie sich von dem feudalen*

*Verbände losgerissen hatten, und waren von ihnen geschaffen, insofern sie durch ihren Gegensatz gegen die Feudalität, die sie vorfanden, bedingt waren. Mit dem Eintreten der Verbindung zwischen den einzelnen Städten entwickelten sich diese gemeinsamen Bedingungen zu Klassenbedingungen. Dieselben Bedingungen, derselbe Gegensatz, dieselben Interessen mußten im Ganzen und Großen auch überall gleiche Sitten hervorrufen.“ (ebenda, S. 53 f.)*

Die Städte mußten sich schon deshalb organisieren, um sich gegen die Raubritter schützen zu können, die die Kaufmannszüge überfielen. Albert von Stade, ein Geschichtsschreiber, schrieb um 1250:

*„Um diese Zeit fing ein vielvermögender Mann in Mainz an, seine Mitbürger zu ermahnen, sich zur Wiederherstellung des Friedens durch einen Eid zu verbinden. Mainz und viele andere Städte stimmten ihm bei(...) Die Sache gefiel weder den Fürsten noch den Rittern noch den Räubern, besonders aber denen nicht, welche beständig ihre Hand nach dem Raub ausstreckten.“ (Geschichte II, S. 116)*

Bereits im 12. Jahrhundert entstand die Hanse. Sie war ursprünglich ein Zusammenschluß deutscher Kaufleute in fremden Gebieten. Später wurde sie ein Städtezusammenschluß. Zwischen 1360 und 1370 führte die Hanse einen siegreichen Kampf gegen den Dänenkönig Waldemar Atterdag um die Vormachtstellung in der Ostsee. 1370 gehörten der Hanse über 80 Städte an.

1254 wurde der Rheinische Städtebund gegründet, dem bereits 1257 sechzig Städte angehörten. Allerdings gehörten dem Bund auch Fürsten, Grafen und andere Feudalherren an, die durchsetzten, daß die Städte sich verpflichteten, Pfahlbürger nicht mehr aufzunehmen. Aufgrund des Einflusses der Feudalherren in dem Bund verfiel dieser

allmählich, und es blieb nur eine lose Verbindung zwischen den Städten bestehen. Hier rächte sich, daß diese Organisation des Bürgertums klassenfremde Elemente, genauer: Kräfte des Klassenfeindes, in ihre Reihen aufnahm.

1377 erlangte der schwäbische Städtebund die Anerkennung durch den Kaiser. 1379 gehörten ihm neunzig Städte an. 1381 verpflichtete sich der schwäbische und der mittlerweile erneuerte rheinische Städtebund zu gegenseitiger Hilfe. Doch auch die feudalen Klassenkräfte organisierten sich. 1381 schlossen die rheinischen Kurfürsten einen Bund „gegen mancherlei Gesellschaften von Städten und anderen Leuten“. 1381 kam es zwischen den Ritterbünden und Städten zum Kampf; die Städte siegten. 1388 aber wurden die städtischen Heere bei Döffingen und Worms durch die Feudalherren entscheidend geschlagen. Eine wesentliche Ursache lag darin, daß die einzelnen Städte ihre eigenen Interessen verfolgten und nicht die erforderliche Einigkeit im Kampf für die gemeinsamen Klasseninteressen herstellen konnten. Daraufhin wurde im Landfrieden zu Eger 1389 die Auflösung der Städtebünde verkündet und das Verbot des Pfahlbürgertums erneuert.

Zwar konnten die Feudalherren den Zusammenschluß der Städte und die Organisierung der Bourgeoisie zur Klasse letztlich nicht verhindern, da die bürgerliche Produktionsweise der feudalen überlegen war. Doch erfolgte dieser Prozeß, wie wir in kommenden Kapiteln noch sehen werden, gerade in Deutschland auf langwierigen und verschlungenen Umwegen.

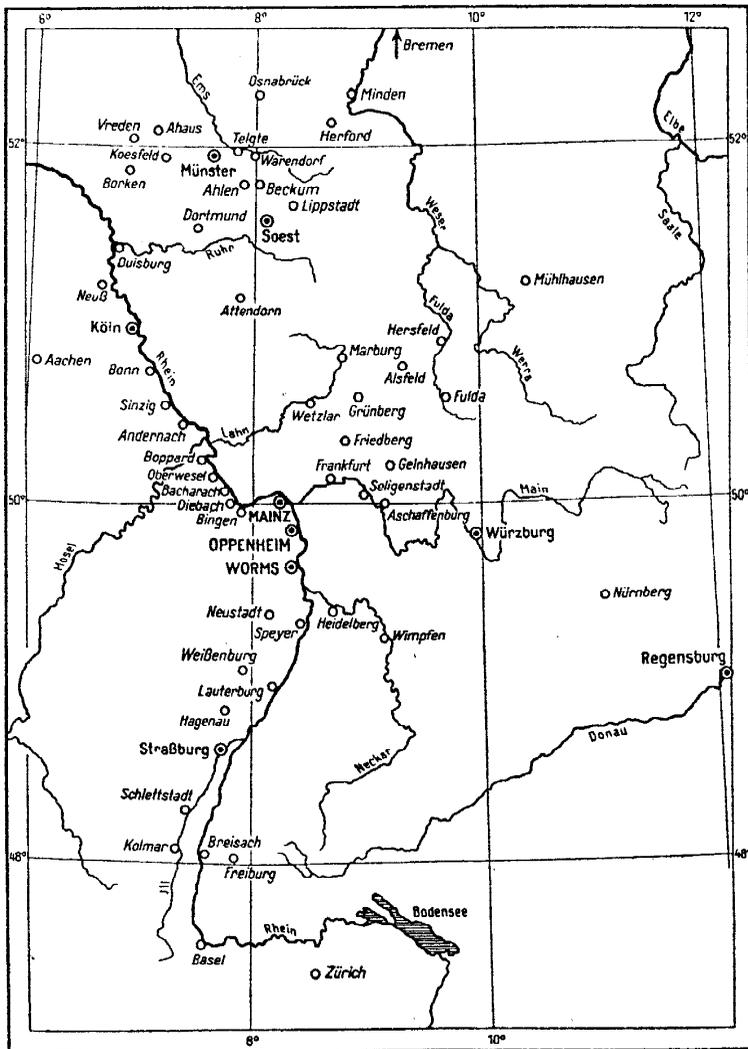


Abb. 14: Der Rheinische Städtebund 1254

## M) HANDELS- UND WUCHERKAPITAL. KEIME DES INDUSTRIELLEN KAPITALS UND DES INDUSTRIELLEN PROLETARIATS

Lange vor dem industriellen Kapital, nämlich in gewissem Maße schon in sklavenhaltenden Gesellschaften, waren das Handelskapital und das Wucherkapital, der Vorläufer unseres modernen Bankkapitals, entstanden.

Den ökonomischen Unterschied zwischen dem einfachen Warenproduzenten und dem Handelskapitalisten, dem Kaufmann, kann man in der Gegenüberstellung folgender beider Formeln verdeutlichen:

### EINFACHER WARENPRODUZENT W - G - W

Der einfache Warenproduzent verkauft seine Ware, die er für fremde Bedürfnisse produziert, um Geld zu erhalten und sich dann das kaufen zu können, was er benötigt. Dabei macht er keinen Gewinn.

(Vor Entstehung des Geldes, beim Tauschverkehr, ist die Formel abgekürzt: W - W. Eine Ware wird direkt gegen die andere getauscht.)

### HANDELSKAPITALIST G - W - G'

Der Handelskapitalist verfügt über Kapital in Geldform, kauft eine Ware, aber nicht um sie zu konsumieren, sondern um sie durch Verkauf wieder in Geld zu verwandeln. Sinn der Operation ist natürlich, daß am Ende mehr Geld herauskommt, als hineingeschossen wurde. G' muß größer sein als G.

Die Formel zeigt auch: Der Handelskapitalist befaßt sich nicht mit Produktion.

### WUCHERKAPITALIST

Der Wucherkapitalist verleiht Geld und läßt es sich mit Zinsen zurückgeben. Auch er befaßt sich nicht mit Produktion, aber auch nicht mit Handel. Die entsprechende Formel ist hier denkbar einfach:

**G - G'**

Wenn beide sich nicht mit Produktion befassen: Wo kommt ihr Gewinn dann her?

### QUELLE DES GEWINNS DES HANDELSKAPITALISTEN

Was den Handelskapitalisten betrifft, so müssen wir zunächst die Aussage, er befaße sich nicht mit Produktion, relativieren. „Seine Überlandkarawanen und seine Überseeflotten leisten ein gut Stück Transportarbeit“ (Wittfogel, S. 196), und Marx zeigte, daß den Waren beim Transport Wert zugesetzt wird. Dazu näheres in späteren Kapiteln, ebenso zur Rolle des Handelskapitals in einer entwickelten bürgerlichen Gesellschaft.

**Hier** geht es uns um den **frühkapitalistischen** Handel. Ein Transportunternehmen würde nie die phantastischen Gewinne erzielen, die für den frühkapitalistischen Großhandel charakteristisch sind. Entscheidend für diese Gewinne sind die Ausbeutung des Produzenten und des Abnehmers durch den Handelskapitalisten:

„In den Vorstufen der kapitalistischen Gesellschaft beherrscht der Handel die Industrie; in der modernen Gesellschaft umgekehrt.“ (Kapital III, MEW 25, S. 342)

„Solange das Handelskapital den Produktaus-tausch unentwickelter Gemeinwesen vermittelt, erscheint der kommerzielle Profit nicht nur als Übervorteilung und

*Prellerei, sondern entspringt größtenteils aus ihr. (Anders in einer entwickelten bürgerlichen Gesellschaft, aber dazu in einem späteren Kapitel, d. Verf.) Abgesehn davon, daß es den Unterschied zwischen den Produktionspreisen verschiedner Länder ausbeutet (im Sinne von ausnutzt, d. Verf.) (und in dieser Beziehung wirkt es hin auf die Ausgleichung und Festsetzung der Warenwerte), bringen es jene Produktionsweisen mit sich, daß das Kaufmannskapital sich einen überwiegenden Teil des Mehrprodukts aneignet, teils als Zwischenschieber zwischen Gemeinwesen, deren Produktion noch wesentlich auf den Gebrauchswert gerichtet ist und für deren ökonomische Organisation der Verkauf des überhaupt in Zirkulation tretenden Produktenanteils, also überhaupt der Verkauf der Produkte zu ihrem Wert von untergeordneter Wichtigkeit ist; teils weil in jenen frühern Produktionsweisen die Hauptbesitzer des Mehrprodukts, mit denen der Kaufmann handelt, der Sklavenhalter, der feudale Grundherr, der Staat (z.B. der orientalische Despot) den genießenden Reichtum vorstellen, dem der Kaufmann Fallen stellt, wie schon A. Smith in der angeführten Stelle (wir werden das Zitat von Adam Smith nachfolgend anführen, d. Verf.) für die Feudalzeit richtig herausgewittert hat. Das Handelskapital **in überwiegender Herrschaft** stellt also überall ein System der Plünderung dar, wie denn auch seine Entwicklung bei den Handelsvölkern der alten wie der neuern Zeit direkt mit gewaltsamer Plünderung, Seeraub, Sklavenraub, Unterjochung in Kolonien verbunden ist; so in Karthago, Rom, später bei Venezianern, Portugiesen, Holländern etc.“ (ebenda, S. 343, Hervorhebung v. Verf.)*

Gesellschaftlich allgemein bekannte Marktpreise haben sich noch nicht herausgebildet. Der Handelskapitalist prellt den Feudalherrn einmal als Käufer von dessen Produkten. Sodann prellt er den flottlebenden feudalen Prasser

nochmal als Verkäufer von Luxusprodukten, die dieser zu verjubeln wünscht. Dieser geprellte Parasit kann den Verlust freilich verschmerzen: Die Werte, die der Handelskapitalist ihm durch Prellerei abluchst, hat ja nicht der Feudale erarbeitet. Sie kommen vielmehr aus dem Mehrprodukt der Bauern, das sich der Feudalherr angeeignet hat. Das von den Bauern geschaffne Mehrprodukt ist in diesem Falle die Quelle des kaufmännischen Profits.

Zum andern kauft der Handelskapitalist in Indien, China, Afrika usw., später in Amerika wertvolle Produkte ein und bezahlt mit Tand. In diesen Fällen geht der betrügerische Handel besonders eng mit gewaltsamem Raub einher.

Wie die Patrizier die Handwerker prellten, haben wir oben gesehen. Es war die Kombination von ökonomischer Prellerei und offenem Raub, gestützt auf die Rechtlosigkeit der Handwerker, die letztere zur Weißglut und schließlich zur offenen Rebellion trieb.

Hier nun das Zitat von Adam Smith, auf das Marx in der zuletzt zitierten Passage verwiesen hat:

*„Die Bewohner der Handelsstädte führten aus reichen Ländern verfeinerte Manufakturwaren und kostspielige Luxusartikel ein und boten so der Eitelkeit der großen Grundeigentümer Nahrung, die diese Waren begierig kauften und große Mengen vom Rohprodukt ihrer Ländereien dafür zahlten. So bestand der Handel eines großen Teil von Europa in dieser Zeit im Austausch des Rohprodukts eines Landes gegen die Manufakturprodukte eines in der Industrie fortgeschrittenen Landes (...) Sobald dieser Geschmack sich verallgemeinerte und eine bedeutende Nachfrage veranlaßte, fingen die Kaufleute an, um die Frachtkosten zu sparen, ähnliche Manufakturen in ihrem eignen Lande anzulegen.“* (zitiert ebenda, S. 341)

Das betrifft die Variante, die Marx im obigen Zitat als Ausnutzung des Unterschieds zwischen den Produktionspreisen verschiedener Länder bezeichnet. **Übrigens sehen wir im letzten zitierten Satz eine Form des Übergangs zum industriellen Kapital angedeutet.**

## QUELLE DES GEWINNS DES WUCHERKAPITALISTEN

Auch hier geht es um den frühkapitalistischen Wucher in der Feudalgesellschaft. Die Sache liegt ähnlich wie beim Kaufmann. Er beutet zum einen verschwenderische Feudalherrn aus. Der feudale Prasser wird insofern geprellt, als er *„einen Teil des auf seinen Besitzungen ausgepumpten Überschusses, anstatt ihn selbst zu verprassen, als Wucherzins an seinen Gläubiger abführen muß“* (Wittfogel, S. 197). Der in letzter Instanz Geprellte aber ist *„der unfreie Sklave oder der fronende Bauer, der durch die ihm abgenötigte Mehrarbeit den Überschuß überhaupt erst schafft, um dessen endgültigen Verbrauch der alte und der neue Ausbeuter (zwei Seiten derselben sozialen Niedertracht) einander in die Haare geraten“*. (ebenda, S. 198) Andere Variante: Der Wucherer verleiht sein Geld an *„den kleinen, im Besitze seiner eigenen Arbeitsbedingungen befindlichen Produzenten, den Handwerker, aber vor allem den Bauern(...) Der Wucherer nützt die Notlage des kleinen Bauern planmäßig aus. Der Bauer muß, um seine Produktion überhaupt fortsetzen zu können, dem Wucherer alles bewilligen, was dieser fordert. Und der Wucherer fordert nicht mehr und nicht weniger als den gesamten Überschuß, den sein Schuldner über das armseligste Existenzminimum ziehen wird. Allen Mehrwert also, den der kleine Produzent erzeugt, nimmt der menschenfreundliche Geldmann für seine Gefälligkeit mit sich nach Hause“* (ebenda, S. 197f.) Das ist heute nicht anders. Einziger Un-

terschied: Die modernen Wucherer, die Banken, sind in der Regel nicht mehr mit dem gesamten Überschuß über dem armseligsten Existenzminimum des Bauern zufrieden, sondern nehmen ihm zuletzt die Möglichkeit, seine Produktion überhaupt fortzusetzen.



**Abb. 15:** Fugger mit seinem Hauptbuchhalter

## ÜBERGANG ZUM INDUSTRIELLEN KAPITAL

Im 15. Jahrhundert gingen die reichsten Kaufleute zusätzlich zum Wucher über. Sie verliehen auch an Fürsten, Könige und Kaiser Geld und erhielten als Zahlung häufig das Recht zur Einziehung von Steuern, Zöllen usw. oder auch das Recht zur Ausbeutung von Silber oder Kupferbergwerken. Schließlich erwarben sie die Bergwerke und wurden somit zu industriellen Kapitalisten.

Bemerkenswert ist diesbezüglich die Entwicklung der Fugger. 1367 war die Familie Fugger als Weber nach Augsburg gekommen. Bald gaben sie das Handwerk auf und wurden Kaufleute. Sie verkauften mit großem Gewinn die Produkte der Heimweber. Später handelten sie mit kostbaren Stoffen aus dem Orient, Italien und Flandern. Unter Jakob Fugger (1459- 1525) begann das Haus Fugger, Wuchergeschäfte zu betreiben. Es lieh an Bischöfe, Landesfürsten, Könige und Kaiser große Summen, und ließ sich dafür Bergwerksrechte übertragen. Nach einigen Jahren hatten die Fugger die Silberbergwerke in Tirol und Kärnten und die einträglichen Kupferbergwerke in Ungarn in ihrer Hand, dazu kamen Beteiligungen an Bergwerken in Spanien und Sachsen. Über die ungarischen Kupfergruben beherrschten sie praktisch den gesamten Kupferhandel. Der Reichtum stieg in einem Zeitraum von 25 Jahren (1487 - 1511) um das Zehnfache und betrug 1511 etwa 250.000 Gulden. Fugger verlieh nun Geld an die deutschen Kaiser Maximilian und Karl V, an den spanischen König Philipp II., an Erzbischöfe und Päpste. Als Jakob Fugger 1525 starb, hinterließ er seinen Erben ein Vermögen von über 2 Milliarden Gulden, eine damals unvorstellbare Summe. Außerdem war das Haus Fugger zu einer bedeutenden Macht in Europa geworden. (vgl. Geschichte II, S. 130f.)

Am Beispiel Fugger können wir übrigens einen damals gar nicht seltenen Prozeß verfolgen: Zunächst einfache Warenproduktion (Handwerk) bzw. Ausbeutung nur weniger Gesellen durch einen Handwerksmeister. Der reich gewordene Handwerksmeister wird Kaufmann und Wucherer, akkumuliert hierbei kräftig Kapital und wendet sich sodann wieder der Produktion zu, nun auf höherer Stufenleiter, als industrieller Kapitalist.

Eine andere Entwicklungslinie, auf der der Übergang vom Handelskapital zum industriellen Kapital erfolgte, war das sogenannte Verlagswesen.

Die Handwerker waren hinsichtlich des Absatzes ihrer Waren von den Kaufleuten abhängig. Die Kaufleute nutzten im 13. Jahrhundert diese Abhängigkeit, um Verleger zu werden: Sie überwachten die gesamte Arbeit der Handwerker, lieferten Rohstoffe und Werkzeuge, bestimmten Art und Menge der herzustellenden Waren, setzten den Preis fest und übernahmen den Verkauf. Der Name „Verleger“ kommt daher, daß sie den Handwerkern auch Geld liehen (verlegen von vorlegen = vorschießen, ausleihen). Formal noch selbständig, war die Stellung der betreffenden Handwerker der des Lohnarbeiters schon sehr angenähert, und die Stellung des Verlegers, formal noch Kaufmann, war sehr der des industriellen Kapitalisten angenähert.

(Hier können wir übrigens bereits sehen, daß die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel nicht immer die formale Eigentümerstellung voraussetzt. Der Verleger hat die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel der von ihm verlegten Handwerker, ohne Eigentümer zu sein. Heute haben die Banken die Verfügungsgewalt über die meisten Produktionsmittel, ohne Eigentümer zu sein. Die Chef-Manager der Aktiengesellschaften verfügen - zusammen mit

den Banken - ohne Eigentümerstellung über das von ihnen kommandierte Aktienkapital).

Ab dem 15. Jahrhundert entstanden in Deutschland Manufakturen: Ehemals freie Handwerker, die in der Zunft keine Arbeit fanden, arbeiteten als Lohnarbeiter in einem arbeitsteiligen Betrieb, eben der Manufaktur. Die Manufaktur unterscheidet sich von der Fabrik nur noch dadurch, daß keine Maschinen angewandt werden (lateinisch manu facere = mit der Hand machen). Das Arbeitsprodukt gehört nicht den Manufakturarbeitern, sondern dem Besitzer der Manufaktur. Manufakturbesitzer waren Kaufleute oder reich gewordene Handwerksmeister. Damit waren Lohnarbeit und industrielles Kapital entstanden.

Stellen wir der Formel der Bewegung des Handelskapitals nun noch die Formel der Bewegung des industriellen Kapitals gegenüber. Die Formel der Bewegung des Handelskapitals lautet, wie oben gesagt:

$$\mathbf{G - W - G'}$$

(Kaufen, um mit Gewinn zu verkaufen).

Die Formel der Bewegung des industriellen Kapitals lautet:

$$\mathbf{G - W...P...W1 - G'}$$

Das Kapital hat zunächst Geldform. Damit kauft der Industriekapitalist Waren (nämlich einmal Produktionsmittel, zum andern Arbeitskraft (zusammen als W bezeichnet). Im Akt der Produktion entsteht als Ergebnis des Produktionsprozesses eine andere Ware (als W1 bezeichnet). Wird diese verkauft, so erhält der industrielle Kapitalist wieder Geld, und zwar mehr, als er vorgeschossen hat.

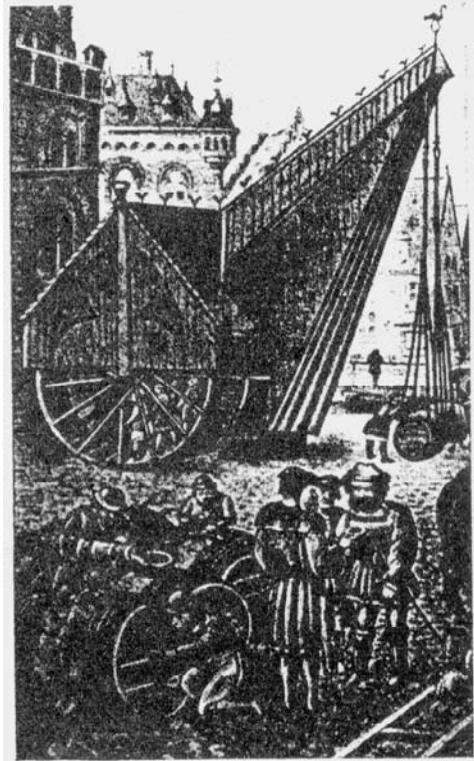
Präziser kann die Formel wie folgt dargestellt werden:

$$G - W (A + P_M) \dots P \dots W_1 - G'$$

A steht hier für Arbeitskraft,  $P_M$  für Produktionsmittel.

Die Quelle des industriellen Profits liegt in der Produktion, in der Vernutzung der angekauften Arbeitskraft, d.h. in der Mehrarbeit der Lohnarbeiter, deren Arbeitskraft der industrielle Kapitalist gekauft hat, im Mehrwert.

Der ökonomischen Anatomie dieses Mehrwerts werden wir uns in späteren Kapiteln näher zuwenden.



**Abb. 16:** Tretkran im 15. Jahrhundert

## N) DIE RENAISSANCE

Das aufsteigende Bürgertum brachte vom 13. bis zum 16. Jahrhundert eine Vielzahl technischer Erfindungen hervor: Windmühle, Kran, Spinnrad, Kompaß, Papier, Buchdruckerkunst. Aus China kam das Schießpulver.

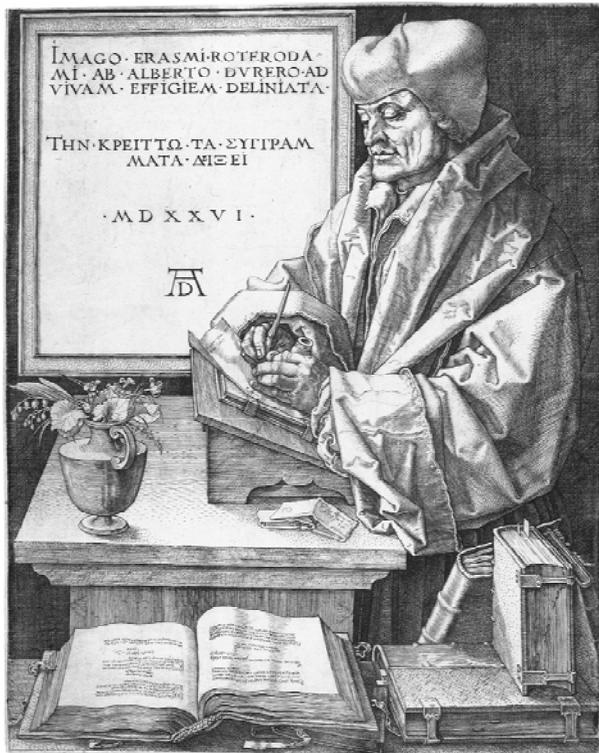
Den Vertretern des Bürgertums, die einen gesunden Sinn für die Wirklichkeit hatten, wurden die Dogmen der Kirche zu eng. Sie entwickelten eine bürgerliche Kultur. Der **Humanismus** stellte die schöpferische, tätige Kraft des Menschen in den Vordergrund (Erasmus von Rotterdam. Ulrich von Hutten). Selbstverständlich ging es dabei nicht um den Menschen, der in den Manufakturen und Bergwerken arbeitete. Das war ein bürgerlicher Humanismus. Dieser war allerdings ein ganz gewaltiger Fortschritt gegen die geistige Enge des Mittelalters. Ein bewußter proletarischer Standpunkt war damals historisch noch nicht möglich.

Kopernikus versetzte der Kirche einen weiteren Schlag, indem er nachwies, daß die Erde eine Kugel ist und sich um die Sonne dreht. Giordano Bruno wurde von der Kirche als Ketzer verbrannt, weil er öffentlich die Lehre des Kopernikus vertrat. Galilei, der die Lehre des Kopernikus mit neuen, aufsehenerregenden Entdeckungen bestätigte, wurde von der Kirche zum Widerruf gezwungen.

1992 nahm der Papst übrigens den Prozeß der Inquisition gegen Galilei wieder auf und erklärte, beide Seiten hätten geirrt, sowohl die Inquisitoren als auch Galilei. Man müsse nämlich zwischen „zwei Reichen des Wissens“ unterscheiden. Die Quelle des einen sei die göttliche Offenbarung, das andere könne der Verstand durch eigene Kraft erkennen. Die Inquisitoren hätten „aus Sorge um den Glauben“ „voreilig gehandelt“. Galilei aber habe den Fehler gemacht, sich nicht auf naturwissenschaftliche Fragen zu beschränken, sondern sich „in den Glauben einzumischen“.

(vgl. Roter Morgen 12/92). Der Papst erklärte weiter, daß er Galilei aber verzeihe.

Auf diese Weise verhöhnt der Papst heute noch die Millionen von Menschen, die von der Kirche als „Ketzer“, „Hexen“, „Zauberer“ usw. bestialisch gefoltert und schließlich bei lebendigem Leibe verbrannt wurden. Der Papst hat tiefes Verständnis dafür, daß die Kirche mit allen Mitteln versucht hat, die Feudalordnung und ihre eigene Macht zu verteidigen.



**Abb. 17:** Erasmus von Rotterdam  
(Kupferstich von Albrecht Dürer)

## **WEITERE SACH- UND BELLETRISTISCHE LITERATUR**

### **FRÜHE NEUZEIT**

Bertolt Brecht, Galileo Galilei

Willi Breidel, Die Vitalienbrüder (Störtebeker/Hanse)

### **ENGLAND**

Geoffrey Trease, Pfeile gegen Barone (Robin Hood)

### **ALLGEMEINE GESCHICHTE**

Berta Lask, Auf dem Flügelpferde durch die Zeiten

Karl August Wittfogel, Die Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft



# **DIE WELT BEGREIFEN UND VERÄNDERN**

**Fürsteherrschaft**

**Reformation und großer deutscher  
Bauernkrieg**

**Ursprüngliche Akkumulation des  
Kapitals**

Kapitel III

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zitierweise:**

- MEW:** Marx-Engels-Werke
- AW:** Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
- Marx:** Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie: Dietz Verlag, Berlin 1974
- Dietz 1975:** Im Dietz-Verlag 1975 herausgegebener Einzelband von Engels: Der deutsche Bauernkrieg
- SW:** Stalin-Werke
- Geschichte:** Lehrbuch für den Geschichtsunterricht, Verlag Volk und Wissen, Berlin 1952
- Wittfogel:** Wittfogel, Karl August, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Malik-Verlag, Wien 1924
- f.:** und die nächstfolgende Seite
- ff.:** und die nächstfolgenden Seiten

# Inhalt

Herausbildung von Nationen in Europa .....	5
Herrschaft der Landesfürsten in Deutschland .....	9
Ausplünderung durch die Kirche .....	11
Verschärfung der Klassengegensätze in Stadt und Land am Ende des 15. Jahrhunderts .....	13
Bauernaufstände vor der Reformation .....	21
Die Reformation .....	30
Thomas Müntzer .....	34
Der grosse deutsche Bauernkrieg .....	42
Die Rolle der verschiedenen Strömungen des Protestantismus .....	50
Die Gegenreformation der katholischen Kirche .....	55
Ursprüngliche Akkumulation des Kapitals in England .....	57
Niedergang der deutschen Wirtschaft ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts .....	67
Krautjunker und Leibeigene .....	67
Der dreißigjährige Krieg (1618-1648) .....	69



## HERAUSBILDUNG VON NATIONEN IN EUROPA

In England und Frankreich führte die Entwicklung des Handwerks, der Manufakturen und des Handels im 15. Jahrhundert dazu, daß jeweils ein einheitliches Wirtschaftsgebiet entstand und die Macht der großen Feudalherren durch die Könige zurückgedrängt werden konnte. Selbst im ökonomisch rückständigen Rußland gelang es dem Moskauer Großfürsten Iwan III. im 15. Jahrhundert, die Mongolen zu schlagen, die bis dahin über Rußland herrschten, und fast alle russischen Fürsten zur Unterwerfung unter seine Macht zu zwingen. In Deutschland hingegen verlief die politische Entwicklung weitaus ungünstiger. Hier bildeten sich nur kleinere Wirtschaftsgebiete, die unter der Herrschaft des jeweiligen Landesfürsten die Zersplitterung Deutschlands vertieften.

Der König (bzw. der Kaiser) als Verkörperung der Zentralgewalt einer Nation konnte also bei einem bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte eine fortschrittliche Rolle spielen, wenn er sich teilweise auf bürgerliche bzw. mitunter sogar bäuerliche Schichten stützte. Dann war er in der Lage:

- 1.) den Einfluß des Hochadels sowie feudale Hemmnisse der Entwicklung des Bürgertums zurückzudrängen;
- 2.) der feudalen Zersplitterung durch die Herrschaft der einzelnen Fürsten entgegenzuwirken und damit zur Herausbildung eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets der jeweiligen Nation beizutragen;
- 3.) die Einheit der Nation gegen äußere Mächte herzustellen, die die Entwicklung und Unabhängigkeit der jeweiligen Nation beeinträchtigten.

Wo der zentrale Herrscher dies tat, tat er es freilich nicht dem Handel, dem Bürgertum, dem Fortschritt oder der Nation zuliebe, sondern aus seinen eigenen Interessen heraus, um nämlich durch Schläge gegen den Hochadel seine eigene Herrscherposition zu festigen. Dies ändert aber nichts daran, **daß** er es dann tat und unabhängig von seinen Absichten damit den geschichtlichen Fortschritt, letztlich die Entwicklung der Produktivkräfte, förderte.

Stalin definiert eine Nation wie folgt:

*„Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.“* (SW Bd. 2, S. 272)

Vor der Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes gab es zwar **Nationalitäten**, die durch gemeinsame Sprache und gemeinsames staatliches Territorium verbunden waren. Für die Herausbildung von Nationen fehlte es jedoch am gemeinschaftlichen Wirtschaftsleben. Dieses konnte erst durch die erstarkende Bourgeoisie geschaffen werden.

Die Nation ist also eine bürgerliche Institution. Sie ist fortschrittlich, solange der Aufstieg der Bourgeoisie fortschrittlich ist.

Wir werden in diesem sowie in weiteren Kapiteln sehen, welche unheilvollen Folgen die Verzögerung der Herausbildung der Nation in Deutschland haben sollte. Ein Ausdruck dieser Verzögerung ist wiederum die schwache Stellung der Zentralgewalt, des Kaisers. Zunächst aber wollen wir uns bei dieser Gelegenheit etwas näher mit der Stellung des Marxismus zur Nation befassen.

In dem Maße, wie die Bourgeoisie rückschrittlich wird, wird auch der Nationalismus rückschrittlich. Stalin:

„Ob das Proletariat unter das Banner des bürgerlichen Nationalismus tritt oder nicht - das hängt von dem Grad der Entwicklung der Klassengegensätze, vom Klassenbewußtsein und von der Organisiertheit des Proletariats ab. Das klassenbewußte Proletariat hat sein eigenes erprobtes Banner, und es hat keine Ursache, unter das Banner der Bourgeoisie zu treten.“ (SW 2, S. 280) Da nationale Konflikte geeignet sind, vom Klassenwiderspruch abzulenken, treten die Kommunisten für die Lösung der nationalen Konflikte durch Herstellung des Selbstbestimmungsrechts einer jeden Nation ein. „Die Nation hat das Recht, über ihr Schicksal frei zu bestimmen. Sie hat das Recht, sich einzurichten, wie es ihr beliebt, wobei sie natürlich nicht den Rechten anderer Nationen Abbruch tun darf. Das ist unbestreitbar.“ (SW 2, S. 285) Die Kommunisten treten gerade deshalb für das Selbstbestimmungsrecht der Nation ein, um zu verhindern, daß ungelöste nationale Fragen vom Klassenwiderspruch ablenken. (Das Recht auf Selbstbestimmung beinhaltet auch das Recht auf Lostrennung und Bildung eines eigenen Nationalstaats. Daraus folgt nicht, daß Kommunisten stets für Lostrennung eintreten, im allgemeinen werden sie eher dagegen auftreten. Sie treten jedoch in jedem Falle dafür ein, daß eine Nation das Recht auf Lostrennung hat, wenn die Mehrheit das wünscht. Ob die Mehrheit das wünscht, muß gegebenenfalls mittels einer Volksabstimmung festgestellt werden.)

Im Imperialismus kommt noch ein anderer Aspekt hinzu: Da die stärksten Monopole und die von ihnen beherrschten Staaten die ganze Welt aufteilen und beherrschen, richtet der Befreiungskampf der unterdrückten Nationen sich gegen das Weltsystem des Imperialismus und wird somit zu einer überaus bedeutenden Reserve des Pro-

letariats. Hier können auch bürgerliche oder gar feudale Kräfte objektiv eine fortschrittliche Rolle spielen, soweit sie gegen den Imperialismus kämpfen. Derartige Klassenkräfte sind jedoch grundsätzlich stets bereit, ihre Nation zu verraten, wenn ihnen das Vorteile bringt. Der fortschrittliche, nationale Charakter derartiger Klassenkräfte ist also stets relativ. In den unterdrückten Nationen muß die Arbeiterklasse bestrebt sein, die Führung des nationalen Kampfes in die Hand zu nehmen, sofern die Möglichkeit hierzu besteht.

Es braucht einen also beispielsweise nicht zu wundern, wenn die politischen Kräfte um Arafat - die insbesondere die palästinensische Bourgeoisie repräsentieren - letztlich ein Übereinkommen mit dem Imperialismus treffen. Aus dieser Tatsache kann nicht etwa gefolgert werden, daß es vorher falsch war, diese Gruppierung im Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen. Soweit sie diesen Kampf führte, war dieser Kampf fortschrittlich, unabhängig von ihren Klasseninteressen. Daß sie diesen Kampf nicht konsequent und dauerhaft führen konnte, kann einen Marxisten wiederum nicht verwundern.

Entsprechende strategische Überlegungen können übrigens auch in Bezug auf den Kampf einer unterdrückten Rasse angestellt werden. Der Kampf der schwarzen Bevölkerung in Südafrika führte zur Beseitigung der Apartheid, aber nicht zum Sturz des Kapitalismus. Dieses Kampfergebnis ist vom Standpunkt der Arbeiterklasse vor allem deshalb fortschrittlich, weil durch die Lösung des Rassenproblems die Klassenfrage in den Vordergrund treten kann, weil die Klassenfrage also von der Rassenfrage nicht mehr überlagert und verdeckt wird.

#### **Literatur zur Frage der Nation:**

Stalin, Marxismus und nationale Frage, SW 2, S. 266- 333

## HERRSCHAFT DER LANDESFÜRSTEN IN DEUTSCHLAND

Wenden wir uns nun wieder den Umständen zu, die in Deutschland die Herausbildung der Nation und damit den ganzen geschichtlichen Fortschritt hemmten.

1438 kam in Deutschland das Haus Habsburg wieder zur Herrschaft. Es besaß Österreich, Steiermark, Kärnten, Krain, Tirol, Böhmen und Ungarn; damit waren die Habsburger die reichsten Feudalherren Deutschlands. Sie benutzten ihre Macht als Könige und Kaiser, ihren eigenen Landbesitz zu vergrößern, insbesondere durch Heiratspolitik. Durch Heiraten erwarben die Habsburger Burgund, die Niederlande, Spanien, Sizilien und Neapel. Man sagte damals: „bella gerant alii, tu felix Austria, nube!“ Kriege mögen andere führen, du glückliches Österreich, heirate! Doch nicht „Österreich“ war „glücklich“, sondern

die herrschenden Feudalherren mit den Habsburgern an der Spitze.

Während die habsburgischen Kaiser ihre persönlichen Besitzungen vergrößerten, hatten sie außerhalb dieser Ländereien wenig Macht. Hier herrschten und praßten die Landesfürsten, hatten sie die Zoll- und Steuerhoheit. Zölle behinderten die Entwicklung des Handels.



Ulrich von Hutten

Die mächtigsten Fürsten waren die sieben Kurfürsten (Wahlfürsten): Die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier sowie die weltlichen Fürsten von Sachsen, Brandenburg, Pfalz und Böhmen. Sie wählten den Kaiser. Wer zum Kaiser gewählt werden wollte, mußte die Kurfürsten mit großen Geldsummen bestechen.

Der niedere Adel verarmte. Aufgrund der Erfindung des Schießpulvers verloren die Ritter auch militärisch an Bedeutung. Fürsten und Städte begannen, Söldnerheere aufzustellen.

Die fortschrittlichen Ritter Ulrich von Hutten und Franz von Sickingen, die den Idealen des bürgerlichen Humanismus anhingen, organisierten ein Ritterheer zum Kampf gegen die Fürsten. Sie wurden 1522 geschlagen. Zu groß war die Verbitterung der Bauern und Städter gegen die Ritter, als daß sie dort hätten Unterstützung finden können.

Der gesetzmäßige Niedergang des armen Adels ging leider nicht mit einer entscheidenden Stärkung des Bürgertums einher - was damals gesellschaftlichen Fortschritt bedeutet hätte -, sondern mit der Stärkung des Hochadels, der Fürsten, die die feudale Zersplitterung und damit ihre eigene Macht zu verewigen suchten.



Sturm und Fall von Sickingens  
Feste Nanstein bei Landstuhl

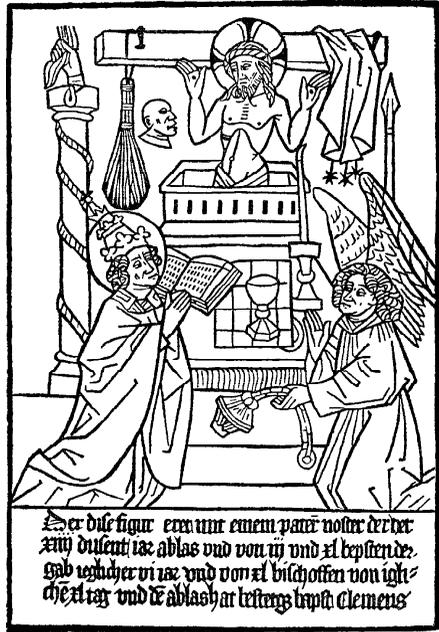
## AUSPLÜNDERUNG DURCH DIE KIRCHE

Der hohe Klerus lebte in Saus und Braus. Der Papst betrieb einen größeren Hofstaat als der Kaiser oder irgendein Fürst. Um das für ihren aufwendigen Hofstaat notwendige Geld aufzutreiben, verkauften die Päpste die einträglichen kirchlichen Stellen. Kein Vorwand wurde gescheut, um Geld zu scheffeln. Die sogenannte Kreuzzugssteuer wurde auch noch lange nach dem Ende der Kreuzzüge eingezogen. Der sogenannte Peterspfennig war eine Abgabe, die angeblich zum Bau der Peterskirche dienen sollte. Auch der Handel mit sogenannten Reliquien (wörtlich Überreste, nämlich angebliche Knochen von Heiligen, Splitter vom Kreuz Jesu usw.) brachte viel Geld ein, ebenso der Handel mit Ablässen: Gegen eine Geldzahlung sollten im Jenseits soundsoviele Jahre des Schmorens im Fegefeuer von Gott erlassen werden. Da der Papst ständig in Geldschwierigkeiten war, verkaufte er meist den Erlös einer Ablaßkampagne im voraus an ein großes Handelshaus. Deshalb zog meist ein Ablaßprediger gemeinsam mit einem Geldeintreiber des betreffenden Handelshauses durch die Lande.

Ulrich von Hutten schrieb 1520:

*„Sehet da die große Scheune des Erdkreises (den päpstlichen Hofstaat in Rom, d. Verf.), in welcher zusammengeschleppt wird, was in allen Landen geraubt und genommen worden; in deren Mitte jener unersättliche Kornwurm sitzt, der ungeheure Haufen Frucht verschlingt, umgeben von seinen zahlreichen Mitfressern, die uns zuerst das Blut ausgesogen, dann das Fleisch abgenagt haben, jetzt aber an das Mark gekommen sind, uns die innersten Gebeine zu zerbrechen und alles, was noch übrig ist, zu zermalmern. Werden da die Deutschen nicht zu den Waffen*

Deutscher Ablassbrief.  
 Übersetzung des Textes:  
 Wer diese Figur ehret mit  
 einem pater noster, der hat  
 14 000 Jahr Ablass und von  
 43 Päpsten, der gab jegli-  
 cher 6 Jahr, und von 40  
 Bischöfen, in jeglichem  
 40 Tag, und den Ablass hat  
 bestätigt Papst Clemens



*greifen, nicht mit Feuer und Schwert anstürmen? Das sind die Plünderer unseres Vaterlandes, die (...) vom Blut und Schweiß des deutschen Volkes schwelgen.“ (Geschichte II, S. 160)*

Nicht nur im Vatikan unterhielt die Kirche einen ungeheuren Apparat. Am Ende des 15. Jahrhunderts betrug die Zahl der Mönche und Nonnen in Deutschland 10 % der Gesamtbevölkerung. In Köln, einer Stadt mit 30.000 Einwohnern, gab es ca. 5.000 Priester. Immer mehr Mönche, die von den Abgaben der Bauern auf den Klostergütern lebten und selbst nicht arbeiteten, vertrieben sich die Zeit mit Würfelspielen und Festgelagen.

## VERSCHÄRFUNG DER KLASSENGEGENSÄTZE IN STADT UND LAND AM ENDE DES 15. JAHRHUNDERTS

Am Ende des 15. Jahrhunderts verschärften sich in den Städten die Gegensätze zwischen den Gesellen und Handwerksmeistern. Die Zünfte erschwerten den Gesellen, Meister zu werden (siehe Kapitel II). Die Meister verlängerten die Arbeitszeit der Gesellen, ohne mehr Lohn zu zahlen. So versuchten sie z.B., den traditionell arbeitsfreien „blauen Montag“ zu streichen. Streiks von Gesellen nahmen zu. Die Gesellen schlossen sich zu Bruderschaften zusammen, die um ihre Arbeitsbedingungen kämpften. Vereinigungen von Bruderschaften mehrerer Städte entstanden - erste Vorläufer der Gewerkschaften. Patrizier und Zunftmeister hielten im Kampf gegen die Bruderschaften zusammen. Die Bruderschaften wurden verboten. Ein Gutachten von Theologen der Pariser Universität bezeichnete Zusammenschlüsse der Gesellen als sündhaft. (Auch heute meinen die „wissenschaftlichen“ Gutachter des Kapitals, Streiks und Lohnerhöhungen seien Sünde, zwar nicht mehr wider den Heiligen Geist, aber wider die heilige „Konjunktur“.)

Auch auf dem Land spitzten sich die Klassengegensätze Ende des 15. Jahrhunderts zu. Ab dem 13. Jahrhundert waren einzelne Feudalherren in die Stadt gezogen, um dort besser zu leben. Sie hatten ihre Ländereien an hörige und freie Bauern verpachtet. Derartige Erscheinungen nahmen in der Folge zu. Durch diesen Prozeß kam es zunächst zu einer Verringerung des Drucks, der auf den Bauern lastete, damit allerdings auch zu einer Klassendifferenzierung unter den Bauern: Einige Bauern wurden

wohlhabend, beschäftigten Knechte und Mägde. Nun aber, gegen Ende des 15. Jahrhunderts, führte der erhöhte Bedarf der Feudalherren nach Luxusgütern zu einer massiven Verstärkung des Druckes auf die Bauern. Wittfogel beschreibt die damit zusammenhängenden Prozesse wie folgt:

*„Wie aber die Luxusbedürfnisse der adeligen Herren Warenproduktion und Geldwirtschaft ins Leben gerufen hatten, so übten nun in eigenartigem Wechselspiele die von ihnen heraufbeschworenen neuen Wirtschaftskräfte wiederum die allerbedeutsamsten Rückwirkungen auf Lebensweise und Bedürfnisse der feudalen Großen aus. Einerseits regte ihre zahlungsfähige Nachfrage das einheimische Handwerk zu einer ständig steigenden Produktion kostbarer Luxusgegenstände an; zweitens wurden mit der zunehmenden Lebhaftigkeit der Wirtschaft aus immer weiterer Ferne immer seltenere Waren herbeigeführt - zum Beispiel auserlesene orientalische Gewebe, Waffen, Gewürze, Perlen, Elfenbeingegenstände - drittens aber, und nicht zuletzt, bildete auch der zunehmende Luxus der reicher und reicher werdenden Stadtbewohner für die feudalen Ritter und Äbte einen Anreiz zu unablässiger Erweiterung ihrer Lebensbedürfnisse und Luxusgewohnheiten.*

*Wer aber mehr nehmen will, muß mehr geben. Das ist jedenfalls ein Gesetz der Tauschwirtschaft. Und ein Tauschverhältnis ist es ja, in das Adel, Handwerker und Kaufleute jetzt normalerweise miteinander treten. Um seine vergrößerten Ansprüche zu befriedigen, muß der Gutsherr also seine Einnahmequellen ausweiten. Da nun aber der zunehmende Reichtum der Stadtwirtschaft durchaus nicht ohne weiteres auch eine zunehmende Ergiebigkeit der Landwirtschaft bedeutet, da der Bauer keineswegs automatisch mehr Produkte gewinnt, wenn sein Ausbeuter mehr Tauschwert auf den Markt führen will - sieht sich*

*der christliche Gutsherr 'zu seinem Leidwesen' genötigt, die Abgabepumpe ein schärferes Tempo anschlagen zu lassen. Mit anderen Worten: Um in der Stadt eine größere Produktenmenge zum Austausch anbieten zu können, muß der 'Edelmann' - nicht etwa selbst arbeiten oder mehr arbeiten, bewahre! Aber seine Bauern mehr arbeiten lassen, oder jedenfalls einen größeren Teil ihrer Arbeitserzeugnisse an sich bringen. Um dem Stadtkaufmann mehr geben zu können, muß er also seinen Bauern mehr nehmen. Die verhältnismäßig patriarchalischen Zustände (patriarchalisch beinhaltet hier, daß das Ausbeutungsverhältnis durch eine angebliche Fürsorge des Herrn für die von ihm Ausgebeuteten verschleiert wird, d. Verf.) müssen eine Störung erfahren. Die feudale Ausbeutung erhält einen überaus verschärften Charakter.*

*Zu gleicher Zeit aber ist auch der Bauer vom goldenen Strome der Warenwirtschaft nicht mehr unberührt geblieben. Er bemerkt, daß man jetzt in der Stadt Geldzahlung für die Erträge des Feldbaus und der Viehpflege erhalten kann. Er trachtet daher, auch seinerseits in den ergötzlichen Strudel des Warenkreislaufes einzutreten. (Was vorher nicht oder wenig der Fall war: Er lieferte einen Teil der Arbeitsprodukte an den Feudalherrn ab und verzehrte den andern Teil, d. Verf.) Und weit entfernt, sich weiterhin mit Bereitwilligkeit ausplündern zu lassen, betrachtet er alsbald seinen Gutsherrn mit immer weniger freundlichen Augen. Denn die Städte, die ihm mittels ihres Warenmarktes eine Verbesserung seiner Lebenshaltung möglich machen, sie zeigen ihm zugleich - in ihren siegreichen Befreiungskämpfen gegen die ritterlich-fürstlichen Stadtherren (vgl. Kapitel II, d. Verf.) - deutlich zweierlei: Einmal, daß selbst die feudalen Bäume nicht bis in den Himmel wachsen; sodann aber, daß auch der Bauer nicht unter allen Umständen bis an sein Lebensende der hörige*

*Packesel seines Schinders bleiben muß. Die Städte schützen nämlich den entlaufenen Bauern mit bewaffneter Faust gegen den wutschnaubend nachsetzenden Gutsherrn. Die Bürger freuen sich höchlichst der ihnen so vom Lande zuströmenden Arbeitskräfte, und sie sprechen daher den bisher Abhängigen aller seiner feudalen Bindungen los und ledig. 'Stadtluft macht frei' - das ist die revolutionäre Parole der Bürger, mit der diese ihrer Enteignung des feudalen Menscheneigentums einen rechtlichen Stempel aufdrücken.*

*Auf solche Weise treffen also die wachsenden Ausbeutungsgelüste der Gutsherren bei ihren Bauern auf einen wachsenden Widerstand - wobei zu bemerken ist, daß beide Tendenzen (Bestrebungen) der gleichen Quelle entspringen: dem Erstarren der warenwirtschaftlichen Stadtwirtschaft. Wenn also jetzt durch irgend welche Umstände ein Konflikt zwischen den beiden Klassen entsteht, muß die Austragung dieses Konfliktes die allerheftigsten Formen annehmen. Vermutlich wird der Gegensatz sich nicht in lokalen Grenzen halten, er wird vielmehr infolge des überall aufgehäuften sozialen Zündstoffes einen allgemeinen, weitgehenden Charakter annehmen. Klassenkämpfe großen Stiles liegen in der Luft. Nicht eine Bauernrevolte gegen einzelne Gutsherren, sondern regelrechte Bauernkriege von wenigstens nationaler Ausdehnung müssen die unvermeidliche Folge sein.*

*Dann sind also wohl die Bauernkriege eine in der Entwicklung aller Länder vorkommende Erscheinung? So ist es! Überall, wo am Ausgange des Mittelalters die um sich greifende Geldwirtschaft die Begehrlichkeit der Herren und die Widerstandskraft der Bauern zur Siedehitze schürt, kommt es in irgend einer Gestalt zur Austragung der sich verschärfenden Klassengegensätze. Diesen Höhepunkt finden diese sozialen Auseinandersetzungen regel-*

*mäßig, verblüffend regelmäßig, in gewaltsam offenen Bürgerkriegen, deren Heftigkeit und Verlauf natürlich je nach den sozialökonomischen Sondervoraussetzungen des jeweils in Frage stehenden Landes verschieden sind.“*  
(Wittfogel, S. 124 f.)



Bettler am Burgtor

Wie gesagt spitzten sich derartige Prozesse gegen Ende des 15. Jahrhunderts in Deutschland dramatisch zu. Der erhöhte Geldbedarf des Adels, der Kirche und der Fürsten brachten den Bauern Not und Elend. Diese Parasiten konnten ja, wie in obigem Zitat herausgearbeitet wurde, nur dadurch mehr Geld bekommen, daß sie die Ausbeutung der Bauern verstärkten. Die Frondienste wurden verlängert und die zu leistenden Abgaben erhöht. Häufig reichte die Ernte nicht aus, um die hohen Abgaben zu zahlen, und die Bauern mußten hungern. Bei ihren Jagdvergnügungen nahmen die Feudalherren auf die Felder der Bauern keine Rücksicht und verwüsteten diese. Gegen die Wildschweine, die die Felder beträchtlich verwüsteten,

durften die Bauern nichts unternehmen, da die Feudalherren diese jagen wollten. Verjagten die Bauern Wildschweine und anderes zur Jagd geeignete Vieh dennoch, wurden sie grausam bestraft, z.B durch Augenausstechen und Verstümmelung der Hände. Die Feudalherren ließen ihr Vieh auf die Allmende treiben und gestatteten den Bauern nicht mehr, ihr Vieh dort weiden zu lassen. (Allmende: Siehe Kapitel II. Es handelt sich um Gewässer und Waldungen, die traditionell von der Allgemeinheit genutzt werden durften.)

Engels: *„Auf dem Bauer lastete der ganze Schichtenbau der Gesellschaft: Fürsten, Beamte, Adel, Pfaffen, Patrizier und Bürger. Ob er der Angehörige eines Fürsten, eines Reichsfreiherrn, eines Bischofs, eines Klosters, einer Stadt war, er wurde überall wie eine Sache, wie ein Lasttier behandelt, und schlimmer. War er Leibeigener, so war er seinem Herrn auf Gnade und Ungnade zur Verfügung gestellt. War er Höriger, so waren schon die gesetzlichen, vertragmäßigen Leistungen hinreichend, ihn zu erdrücken; aber diese Leistungen wurden täglich vermehrt. Den größten Teil seiner Zeit mußte er auf den Gütern des Herrn arbeiten; von dem, was er sich in den wenigen freien Stunden erwarb, mußten Zehnten, Zins, Gült, Bede, Reisegeld (Kriegssteuer), Landessteuer und Reichssteuer gezahlt werden. Er konnte nicht heiraten und nicht sterben, ohne daß dem Herrn gezahlt wurde. Er mußte, außer den regelmäßigen Frondiensten, für den gnädigen Herrn Streu sammeln, Erdbeeren sammeln, Heidelbeeren sammeln, Schneckenhäuser sammeln, das Wild zur Jagd treiben, Holz hacken usw. Fischerei und Jagd gehörten dem Herrn; der Bauer mußte ruhig zusehen, wenn das Wild seine Ernte zerstörte. Die Gemeindeweiden und Waldungen der Bauern waren fast überall gewaltsam von den Herren weggenommen worden. Und wie über das Eigen-*

*tum, so schaltete der Herr willkürlich über die Person des Bauern, über die seiner Frau und seiner Töchter. Er hatte das Recht der ersten Nacht. Er warf ihn in den Turm, wenn´s ihm beliebte, wo ihn mit derselben Sicherheit, wie jetzt der Untersuchungsrichter, damals die Folter erwartete. Er schlug ihn tot oder ließ ihn köpfen, wenn´s ihm beliebte. Von jenen erbaulichen Kapiteln der Carolina (peinliche Gerichtsordnung Karls V., die sich durch besondere Grausamkeiten der Strafen auszeichnete; auf ihrer Grundlage entwickelte sich drei Jahrhunderte lang das deutsche Strafrecht, d. Verf.) die da ´von Ohrenabschneiden´, ´von Nasenabschneiden´, ´von Augenausstechen´, ´von Abhacken der Finger und der Hände´, ´von Köpfen´, ´von Rädern´, ´von Verbrennen´, ´von Zwicken mit glühenden Zangen´, ´von Vierteilen´ usw. handelte, ist kein einziges, das der gnädige Leib- oder Schirmherr nicht nach Belieben gegen seine Bauern angewandt hätte. Wer sollte ihn schützen? In den Gerichten saßen Barone, Pfaffen, Patrizier oder Juristen, die wohl wußten, wofür sie bezahlt wurden. Alle offiziellen Stände des Reichs lebten ja von der Aussaugung der Bauern.*

*Die Bauern, knirschend unter dem furchtbaren Druck, waren dennoch schwer zum Aufstand zu bringen. Ihre Zersplitterung erschwerte jede gemeinsame Übereinkunft im höchsten Grade. Die lange Gewohnheit der von Geschlecht zu Geschlecht fortgepflanzten Unterwerfung, die Entwöhnung vom Gebrauch der Waffen in vielen Gegenden, die je nach der Persönlichkeit der Herren bald ab-, bald zunehmende Härte der Ausbeutung trug dazu bei, die Bauern ruhig zu erhalten. Wir finden daher im Mittelalter Lokalinsurrektionen (lokale Aufstände, d. Verf.) der Bauern in Menge, aber - wenigstens in Deutschland - vor dem Bauernkrieg keinen einzigen allge-*

*meinen, nationalen Bauernaufstand. Dazu waren die Bauern allein nicht imstande, eine Revolution zu machen, solange ihnen die organisierte Macht der Fürsten, des Adels und der Städte verbündet und geschlossen entgegenstand. Nur durch eine Allianz mit andern Ständen konnten sie eine Chance des Sieges bekommen(...)*“ (Engels, Der deutsche Bauernkrieg, MEW 7, S. 339 f.; oder AW II, S. 153 f.; oder Dietz 1975, S. 42 f.)

Die oben beschriebenen Prozesse mußten auf einen Siedepunkt zutreiben, um materiell die großen revolutionären Erschütterungen der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts vorzubereiten: Die Reformation und den großen deutschen Bauernkrieg. Bevor wir uns damit näher befassen, wollen wir kurz betrachten, wie sich der wachsende Klassenwiderspruch zwischen Feudalherren und Bauern in einigen anderen Ländern Europas äußerte und wie er in Deutschland vor der Reformation und dem großen Bauernkrieg zutage trat.



Wie man im 16. Jahrhundert Knechte bestrafte

## BAUERNAUFSTÄNDE VOR DER REFORMATION

Seit dem Ende des 13. Jahrhunderts hörten die Bauernaufstände in **Frankreich** nicht auf. 1358 wurde ein Aufstand niedergeschlagen, und 20.000 Bauern wurden getötet, weil die Pariser Bürger zu schwache Unterstützung schickten. Die arme Stadtbevölkerung war noch zu schwach, um eingreifen zu können.

Um 1350 zahlte **England** an den Papst achtmal so viel Abgaben wie an den englischen König. An die Spitze des Widerstands gegen Rom trat John Wiclif, Pfarrer und später Professor in Oxford. Er forderte, der Klerus solle arm sein, weil auch Christus arm gewesen sei. 1381 nahmen Bauern und Handwerksgesellen unter Führung Wat Tylers London ein und richteten einige Minister hin. Sie verlangten vom König Aufteilung des Kirchenbesitzes unter die Bauern, Rückgabe des Gemeindelandes, Abschaffung aller Standesunterschiede. Der König gab zum Schein nach, und die meisten Bauern zogen ab. Darauf ließ der König Tyler ermorden. Danach schlugen die Feudalherren in den einzelnen Grafschaften die wieder zersplitterten Bauern nieder.

Anhand beider soeben genannter Fälle (Niederschlagung von Bauernaufständen in Frankreich und England) können wir sowohl die Kraft als auch die Begrenztheit von Bauernaufständen studieren:

Die Bauern sind an ihre Scholle gebunden, sind eine Schicht kleiner Privateigentümer. Zudem standen die hörigen Bauern des Mittelalters noch in einem **persönlichen** Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Ausbeutern. Solche Organisationsformen wie die Bruderschaften der Gesellen konnten sie nicht hervorbringen. Dies schloß nicht aus,



Die Anführer John Ball und Wat Tyler an der Spitze ihrer Heerhaufen

daß sie z.B. gemeinsam nach London ziehen und die Macht des englischen Königs ins Wanken bringen konnten. Aber sie mußten rechtzeitig vor der Ernte auch wieder zurückgehen, und genau dies konnte der König gegen sie nutzen.

Die Bauern waren keine Klasse, die die Macht ergreifen und die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen verändern konnte. Sie stellten eine gewaltige Kraft dar, doch diese Kraft konnte nur von einer anderen Klasse genutzt werden, von einer Klasse, die imstande war, die Macht (oder zumindest erst einmal einen Teil der Macht) zu ergreifen, die Feudalherren zu stürzen oder deren Macht zumindest erst einmal zurückzudrängen. Die in Bruderschaften organisierten Gesellen waren hierzu nicht in der Lage; die Gesellen waren lediglich Vorläufer der modernen Ar-

beiterklasse und unterschieden sich von dieser in verschiedener Hinsicht (siehe Kapitel II). Das **Bürgertum** war diejenige Kraft, die unter den gegebenen Umständen als einzige die Früchte von Bauernaufständen ernten konnte. Als allgemeine Regel können wir festhalten: Wo dies geschah, wo das Bürgertum diese Chance wahrnahm, führten Bauernaufstände zu einem gewaltigen Schub bezüglich der bürgerlichen Umgestaltung der Gesellschaft. Wo dies nicht geschah, wo das Bürgertum zu schwach oder zu feige war, um die aufständischen Bauern zu unterstützen - genauer gesagt: politisch die Führung zu übernehmen und die Früchte des Aufstands für sich zu ernten -, da wurden Bauernaufstände blutig niedergeschlagen, und die Macht der Fürsten wurde befestigt.

**Böhmen** war im 14. Jhd. das reichste Land Europas. (z.B. Silberbergbau, Tuchmanufakturen, entwickelter Ackerbau) Doch Bergbau und Tuchherstellung waren in der Hand deutscher Kaufleute und Feudaler. Die Äbte, Bischöfe und der Erzbischof von Prag waren Deutsche. So trug die nationale Frage zur Zuspitzung des Klassengegensatzes bei, genauer ausgedrückt: Der nationale Widerspruch begünstigte, daß die tschechischen Bürger an der Bewegung gegen die Kirche und die deutschen Feudalherren teilnahmen, eine Bewegung, deren Hauptstoßkraft die Bauern waren und der durch verarmte tschechische Ritter ein wichtiges militärisches Element zugeführt wurde, insbesondere in der Person Jan Zizkas. (Ein Moment, das wir auch in Deutschland feststellen können: Oben sprachen wir bereits vom Kampf der verarmten Ritter unter Führung Ulrich von Hutten und Franz von Sickingens gegen die Fürsten im Jahre 1522: Hier ging die Aktion von den Rittern aus, und die Unterstützung der Bauern blieb aus, weil diese von den Rittern nichts Gutes gewohnt waren. Später stellten sich einzelne Ritter den

Bauern im großen deutschen Bauernkrieg als militärische Führer zur Verfügung. Entgegen der literarischen Verarbeitung bei Goethe verriet Götz von Berlichingen die Bauern allerdings, im Gegensatz zu Florian Geyer).



Hus auf dem Wege zum Scheiterhaufen

Eine wichtige Rolle bei der ideologischen Vorbereitung der antifeudalen Bewegung in Böhmen spielte Jan Hus, Priester und Professor in Prag. Er verbreitete die Lehre Wiclifs und forderte:

- Abschaffung des Ablasshandels
- Enteignung des kirchlichen Grundbesitzes zugunsten des Staates
- Gottesdienst in tschechischer Sprache.
- die Großgrundbesitzer sollten „zu den Armen gnädig sein und sie gerecht behandeln“.

Wir sehen: Die Forderungen 1 und 2 richten sich gegen die Kirche, Nr. 3 bringt das nationale Element zur Geltung, und Nr. 4 wendet sich an die weltlichen Feudalherrn, aber in versöhnlicher Weise - letzteres wohl deshalb, weil das nationale Element bewirkte, daß auch tschechische Feudale an der Bewegung teilnahmen und diese wiederum darauf einwirkten, daß keine konsequenten Forderungen gegen weltliche Großgrundbesitzer gestellt wurden.

Die deutschen Feudalherrn und Patrizier in Böhmen sowie die Kirche sahen in Hus eine Gefahr. Man lud ihn 1415 zum Konstanzer Konzil ein, sicherte ihm freies Geleit zu und verbrannte ihn dann auf Beschluß des Konzils als Ketzer. Als Begründung für den Wortbruch führte man an, Ketzern gegenüber brauche man sein Wort nicht zu halten.

Die hussitische Bewegung in Böhmen aber erfuhr durch die Empörung über diesen Wortbruch einen großen Auftrieb. 1419 nahmen 40.000 Menschen an einer Versammlung der Hussiten auf dem Berg Tabor teil. Danach brach der Aufstand los.

Es gab unter den Hussiten zwei Strömungen: Zum einen eine gemäßigte Richtung, die die Klasseninteressen der tschechischen Großgrundbesitzer und vor allem der Prager Bürger zum Ausdruck brachte. Den revolutionären Flügel bildeten die Taboriten unter Führung des verarmten Ritters Jan Zizka. Sie brachten die Interessen des verarmten Adels, der Handwerker, Gesellen und Bauern zum Ausdruck. Sie hatten ihr Heerlager in der Stadt Tabor. Dort gab es zu dieser Zeit keine Herren und Knechte, die Frauen genossen gleiche Rechte wie die Männer. Die Forderungen der Taboriten waren: Ein Staat ohne König, Beteiligung an der Regierung, der Boden soll dem Volk gehören und den Bauern zur Nutzung übergeben werden.

Fünf Kriegszüge des Kaisers gegen die Hussiten, vom Papst „Kreuzzüge“ genannt, blieben erfolglos: Die Hussiten vernichteten die Ritterheere, drangen zeitweilig in Sachsen und Brandenburg ein und gelangten bis Bernau bei Berlin und bis Naumburg an der Saale. Sie warben auch in Deutschland für ihre Ziele und fanden bei den Bauern und bei der armen Stadtbevölkerung Unterstützung. So predigte im Dom von Speyer ein Priester für die Bewegung der Hussiten; er wurde verbrannt. Die Magdeburger vertrieben ihren Erzbischof und setzten einen Hussitenanhänger ein.

Militärisch konnten die Kirche und die deutschen Feudalherren mit den Hussiten nicht fertigwerden, aber sie verstanden es, die Klassengegensätze innerhalb der Hussitenbewegung zu deren Spaltung zu nutzen. Das Konzil zu Basel 1431 versprach den tschechischen Bürgern und Feudalherren Land sowie eine Reform des Gottesdienstes, wenn sie die Herrschaft der Kirche anerkannten. Die tschechischen Bürger und Feudalherren verrieten den Kampf. Sie halfen den Deutschen 1434, die Taboriten zu besiegen. 1452 wurde Tabor zerstört. An die Stelle der Macht der deutschen Patrizier und Feudalherren war die der tschechischen reichen Bürger und Feudalherren getreten.

In **Deutschland** organisierte 1476 der junge Hirte Hans Böheim („Pfeiferhänslein“ genannt) die Bauern zum Kampf. Pfeiferhänslein hatte zeitweise 34.000 Bauern unter Waffen, doch er wurde durch Verrat gefangengenommen. Viele Bauern waren dadurch demoralisiert, und es kam nicht zum Aufstand. Pfeiferhänslein wurde verbrannt.

Auch eine Verschwörung des Bundschuhs wurde 1493 verraten. Viele Bauern werden gefoltert, gevierteilt, enthauptet oder an den Händen verstümmelt. Auch spätere Verschwörungen des Bundschuhs scheitern.

Die geistige Vorherrschaft der Kirche war so stark, daß die Bauern (vor und nach der Reformation) ihre Interessen nur in religiösem Gewand vertreten konnten. Die Bauern konnten der Kirche keine antireligiöse Anschauung entgegensetzen, sondern ihre ideologischen Führer argumentierten, sie würden das „Gebot Gottes“ richtiger auslegen als die Feudalherren und ihre Pfaffen.



Revolutionäre Bauern mit Sturmflagge

Teilweise nahm die Religiosität aufständischer Bauern sogar besonders eifernde Züge an. Es ist lehrreich, wie Engels die religiösen Anschauungen Pfeiferhäsleins historisch beurteilt. Pfeiferhäslein trug seinen Namen, weil er den Bauern zum Tanz aufspielte. Doch eines Tages verkündete er ihnen, mit derartigen Vergnügungen müsse

nun Schluß sein. *„Er erzählte, die Jungfrau Maria sei ihm erschienen; sie habe ihm geboten, seine Pauke zu verbrennen, dem Tanz und den sündigen Wollüsten nicht ferner zu dienen, sondern das Volk zur Buße zu ermahnen. So solle denn jeder von seinen Sünden und von der eitlen Lust dieser Welt ablassen, allen Schmuck und Zierat ablegen und zur Muttergottes von Niklashausen wallfahrten, um die Vergebung seiner Sünden zu erlangen.“*

Engels kommentiert:

„Wir finden schon hier, bei dem ersten Vorläufer der Bewegung, jenen Asketismus, den wir bei allen mittelalterlichen Aufständen mit religiöser Färbung und in der neueren Zeit im Anfang jeder proletarischen Bewegung antreffen. Diese asketische Sittenstrenge, diese Forderung der Lossagung von allen Lebensgenüssen und Vergnügungen stellt einerseits gegenüber den herrschenden Klassen das Prinzip der spartanischen Gleichheit auf und ist andererseits eine **notwendige Durchgangsstufe**, ohne die die unterste Schicht der Gesellschaft sich nie in Bewegung setzen kann. Um ihre revolutionäre Energie zu entwickeln, um über ihre feindselige Stellung gegenüber allen andern Elementen der Gesellschaft sich selbst klarzuwerden, um sich als Klasse zu konzentrieren, muß sie damit anfangen, alles das von sich abzustreifen, was sie noch mit der bestehenden Gesellschaftsordnung versöhnen könnte, muß sie den wenigen Genüssen entsagen, die ihr die unterdrückte Existenz noch momentan erträglich machen und die selbst der härteste Druck ihr nicht entreißen kann. Dieser plebejische und proletarische Asketismus unterscheidet sich sowohl seiner wild-fanatischen Form wie seinem Inhalt nach durchaus von dem bürgerlichen Asketismus, wie ihn die bürgerliche, lutherische Moral und die englischen Puritaner (...) predigten, und dessen ganzes Geheimnis die bürgerliche Sparsamkeit ist. Es versteht sich übrigens, daß dieser plebejisch-proletarische Asketismus in demselben Maße **seinen revolutionären Charakter verliert**, in welchem einerseits die Entwicklung der modernen Produktivkräfte das Material des Genießens ins Unendliche vermehrt und damit die spartanische Gleichheit überflüssig macht und andererseits die Lebensstellung des Proletariats und damit das Proletariat selbst immer revolutionärer wird. Er verschwindet dann allmählich aus der Masse und verläuft sich bei den Sektie-

ern, die sich auf ihn steifen (versteifen, krampfhaft daran festhalten, d. Verf.), entweder direkt in die bürgerliche Knickerei oder in ein hochtrabendes Tugendrittertum, das in der Praxis ebenfalls auf eine spießbürgerliche oder zunfthandwertermäßige Knauserwirtschaft hinauskommt. Der Masse des Proletariats braucht die Entsagung um so weniger gepredigt zu werden, als sie fast nicht mehr hat, dem sie noch entsagen könnte.“ (Engels, Der deutsche Bauernkrieg, MEW 7, S. 359 f.; oder Dietz 1975, S. 67 f.; Hervorhebungen v. Verf.)

Engels ist also weit davon entfernt, sich über derartige ideologische Verkleidungen einer fortschrittlichen Bewegung lustig zu machen. Er analysiert vielmehr, aus welchen Gründen und unter welchen Umständen sie eine **notwendige Durchgangsstufe** sind und unter welchen Umständen sie ihren **revolutionären Charakter verlieren und reaktionär werden**.



Spottbild auf Tetzels Ablasshandel

## DIE REFORMATION

1517 zogen der Ablaßprediger Tetzel und ein Geld-eintreiber des Hauses Fugger, an das der Papst die Einkünfte der Ablaßkampagne im voraus verkauft hatte, durch Mitteldeutschland. Dabei kamen sie nach Wittenberg, wo der Mönch Dr. Martin Luther als Professor an der Universität lehrte. Luther, der auch die Lehren von Jan Hus kennengelernt hatte, schlug 95 Streitsätze, Thesen genannt, an die Tür der Schloßkirche an. Luther wollte weder Kirche noch Papst angreifen, sondern nur gegen den Ablaßhandel protestieren. Unabhängig von seinem Willen geriet er aber in den Brennpunkt der überaus zugespitzten Klassengegensätze in Deutschland. Das Volk sah in Luthers Thesen eine Streitschrift gegen Rom. Bald waren diese Thesen in ganz Deutschland bekannt. Luther diskutierte mit verschiedenen Professoren der Theologie. 1518 wurde er in Augsburg durch einen Gesandten des Papstes verhört. Als er fliehen mußte, um seiner Verhaftung zu entgehen, unterstützten ihn Ausburger Patrizier. 1519 erklärte er bereits, die Kirche könne auch ohne Papst bestehen.

Papst Leo X. wartete mit Maßnahmen gegen Luther ab, weil die Kaiserwahl bevorstand. Er wollte, daß der Habsburger Karl, König von Spanien, zum Kaiser gewählt wurde, und dazu brauchte er die Stimme des sächsischen Kurfürsten, der Luther protegierte. Erst 1520, nachdem der Habsburger als Karl V. zum Kaiser gewählt worden war, sprach Leo den Kirchenbann gegen Luther aus. Doch nun war es zu spät, den Funken auszutreten. Luther wurde nicht nur von Bauern und Bürgern unterstützt, sondern auch von verschiedenen Fürsten und Rittern, die die Gelegenheit nutzten wollten, um den Einfluß des Papstes zurückzudrängen.

1521 fand in Worms ein Reichstag statt. Papst Leo verlangte von Kaiser Karl, endlich gegen die „Ketzerie“ Luthers einzuschreiten. Der Kaiser lud Luther zum Reichstag ein. Bei seiner Ankunft in Worms jubelte ihm das Volk zu. Der päpstliche Gesandte schrieb in seinem Bericht nach Rom: „*Neun Zehntel erheben das Feldgeschrei für Luther, und für das restliche Zehntel ist die Losung: Tod dem römischen Hof!*“ (Geschichte II, S. 181) Dies drückte nicht nur die Stimmung des einfachen Volkes aus, sondern auch die Stimmung vieler mächtiger Fürsten und Ritter. Dennoch verhielt sich Luther auf dem Reichstag feige. Als er aufgefordert wurde, seine Schriften zu widerrufen, zögerte er und bat sich mit leiser Stimme Bedenkzeit aus. Vor der nächsten Sitzung sandten einflußreiche Feudalherren eine Abordnung zu Luther und verlangten von ihm, nicht zu widerrufen. Erst daraufhin nahm er auf der nächsten Sitzung eine festere Haltung ein und sprach sein berühmtes „*Hier stehe ich, ich kann nicht anders*“. Der Kaiser ließ Luther abziehen und verhängte erst einen Monat später die Reichsacht gegen ihn, um den Papst zufriedenzustellen. Der Kurfüst von Sachsen ließ Luther zum Schein entführen und versteckte ihn auf der Wartburg.

Dort übersetzte Luther einen Teil der Bibel aus dem Lateinischen ins Deutsche. Dies hatte große Bedeutung, denn nun konnten die einfachen Leute die Bibel verstehen und mit ihr gegen die Feudalherren argumentieren; die Pfaffen und Feudalherren konnten nun nicht mehr nach Gutdünken behaupten, dies oder jenes stehe in der Bibel. Da Luthers Bibelübersetzung in ganz Deutschland gelesen wurde, trug sie zur Schaffung einer einheitlichen deutschen Sprache bei.



Martin Luther

Die katholische Kirche verlor vorübergehend fast jeden Einfluß in Deutschland mit Ausnahme von Bayern und Österreich, wo ihre Machtstellung aber auch angeschlagen war.

Die Verdienste Luthers ändern nichts an der reaktionären Rolle, die er in den heftigen Klassenauseinandersetzungen seiner Zeit spielte. Soweit ein Fortschritt erkämpft wurde, geschah dies im großen und ganzen **trotz** der Rolle Luthers. Luther führte auf der Wartburg das Leben eines Lakaien der aufgrund ihrer eigenen Interessen gegen Rom eingestellten Fürsten und Feudalherren und wurde ja auch von ihnen ausgehalten. Während des Bauernkrieges trat seine reaktionäre Rolle ganz offen in Erscheinung. Er hetzte und geiferte gegen die aufständischen Bauern und besonders gegen Thomas Müntzer. So heißt es in seiner Schrift

„Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“: „Eitel Teufelswerk treiben die Bauern, und besonders ist es der Erzteufel, der Mühlhausen regiert (Thomas Müntzer, d. Verf.). Darum soll hier zuschlagen, würgen und stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann(...)“ Und am 30. Mai 1524 schrieb Luther in einem Brief: „Die Bauern hören nicht das Wort und sind unsinnig. So müssen sie die Büchse hören, und es geschieht ihnen recht. Beten sollen wir für sie, daß sie gehorchen, wo nicht, so gibt´s hier nicht viel Erbarmen. Laßt nur die Büchsen unter sie sausen, sie machen´s sonst tausendmal ärger. O Herrgott, wo solch Geist in den Bauern auch ist, wie hohe Zeit ist´s, daß sie erwürgt werden wie tolle Hunde.“ (Geschichte II, S. 194 f.)



Thomas Müntzer

## THOMAS MÜNTZER

Die Bauern und die arme Stadtbevölkerung hatten sich von Luther getrennt, da er die Reformation nur mit Hilfe der Fürsten durchführen wollte und sich gegen ihre Interessen stellte, die Partei ihrer Ausbeuter und Unterdrücker ergriff. Seine unmäßigen Zornesausbrüche gegen die aufständischen Bauern könnten in gewisser Weise mit dem Zorn eines modernen Gewerkschaftsbonzen verglichen werden, der „seine“ Arbeiter nicht mehr im Zaum halten kann.

Die Abkehr der armen Stadtbevölkerung von der Lehre Luthers zeigte sich zum ersten Mal im sächsischen Zwickau. Zwickau war damals Zentrum der Tuchherstellung und des Silberbergbaus. Es gab dort viele arme Webermeister, Webergesellen und Bergknappen. Ihr Elend und ihre Erbitterung gegen die Reichen wuchsen beständig. Thomas Müntzer, der seit 1520 als Pfarrer in Zwickau wirkte, vertrat ihre Interessen. Müntzer knüpfte an die Lehre der Taboriten an. Seit dem Anschlag der Thesen verfocht er die Lehre Luthers, doch bald wurde er von der gemäßigten Haltung Luthers enttäuscht.

Die Auflehnung der armen Bevölkerung Zwickaus äußerte sich auch darin, wie sie sich den Sitten und Gebräuchen der Kirche gegenüber verhielt. Die Gegner der alten Ordnung lehnten die Kindstaufe ab und verlangten, daß sich alle Erwachsene wieder taufen ließen. Man nannte sie deshalb „Wiedertäufer“. Die religiöse Gruppierung der Wiedertäufer gab es auch anderswo. Daß sich die Armen einer religiösen, aber gegen die Kirche gerichteten Ideologie bedienen mußten, war nicht nur eine Taktik. Der geistige Druck der herrschenden Ideologie der katholischen Kirche war, wie oben schon gesagt, so stark, daß

die Armen und Ausgebeuteten noch nicht in der Lage waren, sich von der Religion frei zu machen; sie mußten versuchen, die vorhandene christliche Religion gegen die Herrschenden zu wenden.

Zusammen mit den Wiedertäufern (denen er allerdings nicht angehörte; er selbst nahm eine konsequentere Haltung ein) vertrat Müntzer, das „Reich Gottes“, in dem es keine Armen und Reichen mehr geben solle, müsse schon auf Erden hergestellt werden. Er forderte die Menschen auf, dieses Reich selbst zu schaffen, denn ohne ihre Hilfe werde es nicht kommen.

1521 mußte Müntzer aufgrund der Verfolgungen des Stadtrates aus Zwickau fliehen. Die Reichen warfen ihm vor, daß er es mit den Gesellen halte und gemeinsam mit den armen Leuten handle. Müntzer war dann in Altstedt (Thüringen), Schwaben, Franken und während des großen Bauernkrieges in Mühlhausen tätig.

Über das „Reich Gottes“, welches die Menschen (und das heißt bei ihm: die unterdrückten Klassen!) selbst erkämpfen sollten, sagte Müntzer: *„Aber das Reich, die Gewalt und Macht unter dem ganzen Himmel wird dem gemeinen (das heißt einfachen, d. Verf.) Volk gegeben.“* Die Reichen sollten in diesem Reich nicht regieren. *„Sie haben ihr Leben lang keine schlechten Tage gehabt“*, sagte Müntzer von den Reichen, *„sie wollen und gedenken auch keine anzunehmen, einen Heller von ihren Zinsen nachzulassen und wollen Richter und Beschirmer des Glaubens sein.“* Er forderte deshalb, die Tyrannen zu verjagen und die Macht dem gemeinen Volk zu geben. *„Alles ist Gemeinbesitz und sollte an einen jeden nach seiner Notdurft ausgeteilt werden. Welcher Fürst, Graf oder Herr das nicht wollte, aber ernstlich daran ermahnt wurde, dem sollte man den Kopf abschlagen oder ihn hängen.“* Damit verlangte Müntzer die Enteignung der

Feudalherren und der Kirche und die Verteilung des Bodens an die Bauern. *„Sieh zu, die Ursache des Wuchers, der Dieberei und Räuberei sind unsre Fürsten und Herren. Die nehmen alle Kreaturen zum Eigentum, die Fische im Wasser, die Vögel in der Luft, das Gewächs auf Erden, alles soll ihnen gehören, und dann predigen sie gar noch den Armen: ‘Du sollst nicht stehlen’; sie selber aber nehmen, wo sie es finden, schinden und schaben den armen Ackersmann und Handwerksmann.“* (vgl. Geschichte II, S. 185)

Müntzer schuf einen „Christlichen Bund“ für den politischen Kampf gegen die Feudalherren und die Kirche. Alle Ausgebeuteten und Unterdrückten konnten sich ihm anschließen. Bald erstreckte sich dieser Bund über ganz Thüringen. Seine Vertreter reisten umher und gewannen weitere Anhänger. In Schwaben predigte Hubmayer, ein Anhänger Müntzers, der später ein Führer im Bauernkrieg wurde. Luther bezeichnete die Tätigkeit Müntzers als *„Quelle des Aufruhrs und der Empörung“*. 1524 rief er die Fürsten zum Kampf gegen Müntzer auf.

Engels über Müntzer: *„Seine theologisch-philosophische Doktrin (Lehre, d. Verf.) griff alle Hauptpunkte nicht nur des Katholizismus, sondern des Christentums überhaupt an. Er lehrte unter christlichen Formen einen Pantheismus (Erklärung siehe unten, d. Verf.), der (...) teilweise sogar an Atheismus anstreift(...) Denn der Heilige Geist, von dem die Bibel spreche, sei nichts außer uns Existierendes; der Heilige Geist sei eben die Vernunft. Der Glaube sei nichts anderes als das Lebendigwerden der Vernunft im Menschen (Vorwegnahme des Vernunftbegriffs der bürgerlichen Aufklärung!, d. Verf.), und daher könnten auch die Heiden den Glauben haben. Durch diesen Glauben, durch die lebendig gewordene Vernunft wer-*

*de der Mensch vergöttlicht und selig. Der Himmel sei daher nichts Jenseitiges, er sei in diesem Leben zu suchen, und der Beruf der Gläubigen sei, diesen Himmel, das Reich Gottes, hier auf der Erde herzustellen. Wie keinen jenseitigen Himmel, so gebe es auch keine jenseitige Hölle oder Verdammnis. Ebenso gebe es keinen Teufel als die bösen Lüste und Begierden der Menschen. Christus sei ein Mensch gewesen wie wir, ein Prophet und Lehrer, und sein Abendmahl sei ein einfaches Gedächtnismahl, worin Brot und Wein ohne weitere mystische Zutat genossen werde.*

*Diese Lehren predigte Müntzer meist versteckt unter denselben christlichen Redeweisen, unter denen sich die neuere Philosophie (der bürgerlichen Aufklärung, d. Verf.) eine Zeitlang verstecken mußte. Aber der erketzzerische Grundgedanke blickt überall aus seinen Schriften hervor, und man sieht, daß es ihm mit dem biblischen Deckmantel weit weniger ernst war als manchem Schüler Hegels in neuerer Zeit. Und doch liegen dreihundert Jahre zwischen Müntzer und der modernen Philosophie.“ (Engel, Der deutsche Bauernkrieg, MEW 7, S. 353; oder AW II, S. 168; oder Dietz 1975, S. 59)*

Die Philosophie der bürgerlichen Aufklärung hatte später reichlich mit sich selbst zu kämpfen, um nach und nach den Theismus (Glauben an einen persönlichen Gott) abzustreifen. Zwischen Theismus und Atheismus sollte sie alle möglichen Spielarten durchstreifen. Eine wichtige Übergangsform vom einen zum anderen ist der Pantheismus. Der **Pantheismus** bestreitet die Existenz eines persönlichen Gottes und erklärt die Welt, also die Natur einschließlich des Menschen, für göttlich. Dies kann zu einer Mystifizierung der Natur bzw. des Menschen führen, zu einer mystischen Versenkung statt nüchterner Analyse der wirklichen Bewegungsgesetze von Natur und Gesell-

schaft. Z.B.: Der Mensch soll das Gute in sich selbst suchen, das Prinzip Liebe, o.ä. Es kann aber auch zu der Aufforderung führen, der Mensch solle die Verhältnisse nach seinen Bedürfnissen gestalten, wie bei Müntzer. (Übrigens kamen, was die Gottesidee angeht, Jahrhunderte später ein Hegel und ein Goethe nicht über den Pantheismus hinaus.)

Müntzer hatte schon 1513, im Alter von 15 Jahren, in Halle in der Schule einen geheimen Bund gegen den Erzbischof von Magdeburg und die römische Kirche überhaupt gegründet. *„Seine Gelehrsamkeit in der damaligen Theologie verschaffte ihm früh den Doktorgrad und eine Stelle als Kaplan in einem Nonnenkloster zu Halle. Hier behandelte er schon Dogmen und Ritus der Kirche mit der größten Verachtung, bei der Messe ließ er die Worte der Wandlung ganz aus und aß, wie Luther von ihm erzählt, die Herrgötter ungeweiht.* (D.h. er ließ das Kernstück der katholischen Messe, die „Verwandlung“ der Oblaten in den „Leib Christi“, einfach aus und verspottete die Oblaten als „Herrgötter“, was Luther offenbar zutiefst anwiderte, d. Verf.) *Sein Hauptstudium waren die mittelalterlichen Mystiker, besonders die chiliastischen* (Chiliasmus: eine auf mystischen Vorstellungen begründete Heilslehre, d. Verf.) *Schriften Joachims des Calabresen* (Joachim di Fiore, d. Verf.). *Das Tausendjährige Reich, das Strafgericht über die entartete Kirche und die verderbte Welt, das dieser verkündete und ausmalte, schien Müntzer mit der Reformation und der allgemeinen Aufregung der Zeit nahe herbeigekommen.*“ (ebenda, MEW 7, S. 351; oder AW II, S. 166; oder Dietz 1975, S. 57)

Weiter Engels: *“Wie Müntzers Religionsphilosophie an den Atheismus, so streifte sein politisches Programm an den Kommunismus, und mehr als eine moderne kommunistische Sekte hatte noch am Vorabend der Februarrevolution (1848, d. Verf.) über kein reichhaltigeres theoretisches Arsenal zu verfügen als die ‘Müntzerschen’ des sechzehnten Jahrhunderts(...) Unter dem Reich Gottes verstand Müntzer aber nichts anderes als einen Gesellschaftszustand, in dem keine Klassenunterschiede, kein Privateigentum und keine den Gesellschaftsgliedern gegenüber selbständige, fremde Staatsgewalt mehr beste-*

hen.“ (ebenda, MEW 7, S. 353 f.; oder AW II, S. 169; oder Dietz 1975, S.60) „Bei den Taboriten hatte allerdings eine Art chiliastischer Gütergemeinschaft bestanden, aber nur als rein militärische Maßregel. Erst bei Müntzer sind diese kommunistischen Anklänge Ausdruck der Bestrebungen einer wirklichen Gesellschaftsfraktion, erst bei ihm sind sie mit einer gewissen Bestimmtheit formuliert, und seit ihm finden wir sie in jeder großen Volkserschütterung wieder, bis sie allmählich mit der modernen proletarischen Bewegung zusammenfließen...“ (ebenda, MEW 7, S. 346 f.; oder AW II, S. 161; oder Dietz 1975, S. 51)

Im Bauernkrieg allerdings konnten die langsam entstehenden Keime des modernen Proletariats nur als Anhängsel der Bauernbewegung auftreten (vgl. MEW 7, S. 338; oder AW II, S. 151 f.; oder Dietz 1975, S. 40 f.). Müntzer verfügte daher über keinerlei materielle Mittel, sein Programm durchzusetzen. Der „ewige Rat“ der Stadt Mühlhausen, dessen geistiger Führer er war, konnte daher nichts anderes verwirklichen als „eine republikanische Reichsstadt mit etwas demokratisierter Verfassung, mit einem aus allgemeiner Wahl hervorgegangenen Senat, der unter der Kontrolle des Forums stand, und mit einer eilig improvisierten Naturalverpflegung der Armen.“ (MEW 7, S. 402; oder Dietz 1975, S. 123).

„Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei (extrem heißt hier: im radikalen Widerspruch zur bestehenden Gesellschaftsordnung stehend, d. Verf.) widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert. Was er tun **kann**, hängt

*nicht von seinem Willen ab, sondern von der Höhe, auf die der Gegensatz der verschiedenen Klassen getrieben ist, und von dem Entwicklungsgrad der materiellen Existenzbedingungen, der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, auf dem der jedesmalige Entwicklungsgrad der Klassen-gegensätze beruht. Was er tun soll, was seine eigne Partei von ihm verlangt, hängt wieder nicht von ihm ab, aber auch nicht von dem Entwicklungsgrad des Klassenkampfes und seiner Bedingungen; er ist gebunden an seine bisherigen Doktrinen und Forderungen, die wieder nicht aus der momentanen Stellung der gesellschaftlichen Klassen gegeneinander und aus dem momentanen, mehr oder weniger zufälligen Stande der Produktions- und Verkehrsverhältnisse hervorgehen, sondern aus seiner größeren oder geringeren Einsicht in die allgemeinen Resultate der gesellschaftlichen und politischen Bewegung. Er findet sich so notwendigerweise in einem unlösbaren Dilemma: Was er tun **kann**, widerspricht seinem bisherigen Auftreten, seinen Prinzipien und den unmittelbaren Interessen seiner Partei; und was er tun **soll**, ist nicht durchzuführen. Er ist, mit einem Wort, gezwungen, nicht seine Partei, seine Klasse, sondern die Klasse zu vertreten, für deren Herrschaft die Bewegung gerade reif ist. Er muß im Interesse der Bewegung selbst die Interessen einer ihm fremden Klasse durchführen und seine eigne Klasse mit Phrasen und Versprechungen, mit der Beteuerung abfertigen, daß die Interessen jener fremden Klasse ihre eigenen Interessen sind. Wer in diese schiefe Stellung gerät, ist unrettbar verloren.“ (MEW 7, S. 401; oder Dietz 1975, S. 1229*

*Weiter Engels über Müntzer: „Nicht nur die damalige Bewegung, auch sein ganzes Jahrhundert war nicht reif für die Durchführung der Ideen, die er selbst erst dunkel zu ahnen begonnen hatte. Die Klasse, die er repräsen-*

*tierte, weit entfernt, vollständig entwickelt und fähig zur Unterjochung und Umbildung der ganzen Gesellschaft zu sein, war eben erst im Entstehen begriffen. Der gesellschaftliche Umschwung, der seiner Phantasie vorschwebte, war noch so wenig in den vorliegenden materiellen Verhältnissen begründet, daß diese sogar eine Gesellschaftsordnung vorbereiteten, die das gerade Gegenteil seiner geträumten Gesellschaftsordnung war.“ (MEW 7, S. 401 f.; oder Dietz 1975, S. 123) Nämlich: Nicht Beseitigung der Klassen, sondern Polarisierung des Klassen Gegensatzes (im Kapitalismus) wurde von der materiellen Bewegung vorbereitet. Wäre der Bauernkrieg erfolgreich abgeschlossen worden, so wäre eine **Beschleunigung der bürgerlichen Entwicklung** sein Resultat gewesen, auch wenn keine der kämpfenden Parteien dies beabsichtigen oder vorhersehen konnte. Das Gegenteil aber trat ein: Die Verfestigung reaktionärer, geschichtlich bereits überholter Zustände.*



Aufständische Bauern

## DER GROSSE DEUTSCHE BAUERNKRIEG

Von 1524 an erfaßten die Bauernaufstände größere Landstriche und breitere Schichten des Volkes. Im Frühjahr 1525 standen allein im Gebiet zwischen Oberrhein, Bodensee und Ulm sechs Bauernhaufen mit insgesamt 30.000 bis 40.000 Mann unter Waffen. In diesen Gebieten ließen die Bauern den Feudalherren ihren Besitz und krümmten keinem, der ihnen nicht feindlich gegenübertrat, auch nur ein Haar.

Die Forderungen der Bauern waren reichlich bescheiden. Kaum gefordert wurden die Enteignung des großen Landbesitzes der Feudalherren und die Beseitigung der Abgaben und des Frondienstes. Zumeist wurde nur gefordert, daß die Bauern nicht schlechter gestellt werden sollten als früher. (Im 13. und 14. Jahrhundert war es ja zu einer vorübergehenden Verbesserung der Lage der Bauern gekommen). Müntzer ging zwar viel weiter, konnte aber seine Forderung nach Abschaffung der Klassenunterschiede natürlich nicht als aktuelle Forderung aufstellen. Statt-



Gefangennahme eines Ritters durch die Bauern

dessen forderte er eine Regierung, die die Gerechtigkeit schützt, Arme und Reiche gleich behandelt.

Müntzer kämpfte im Bauernkrieg mit höchstem persönlichem Einsatz, auch als die Sache schon verloren war. Die Bedeutung Müntzers offenbart sich auch in dem Versprechen der Fürsten, Amnestie zu gewähren, wenn der von Müntzer befehligte Haufen Müntzer ausliefere. Müntzer ließ die Forderung vom Haufen diskutieren; nur ein Ritter und ein Pfaffe setzten sich für die Kapitulation ein. Müntzer setzte durch, daß beide sofort enthauptet wurden, und dadurch brachte er wieder etwas Halt in den langsam verzweifelnden Haufen. Auf Dauer aber nützte es nichts mehr.

Die Fürsten und Feudalherren hatten mit den Bauern verhandelt, solange sie militärisch schwach waren. Sie brachen alle Abmachungen, sobald sie stark genug waren. Die Bauern wurden 1525 geschlagen. Thomas Müntzer wurde im Beisein der Fürsten in Mühlhausen auf dem Rad gefoltert und dann enthauptet. Er starb ebenso aufrecht, wie er gelebt hatte. Zuvor hatte der Truchseß von Neckargartach den Bauernführer Jäcklein Rohrbach *„an einen Pfahl ketten, ringsherum Holz aufschichten und so bei langsamem Feuer lebendig braten (lassen), während er selbst, mit seinen Rittern zehend, sich an diesem ritterlichen Schauspiel weidete“*. (Engels, MEW 7, S. 391; oder Dietz 1975, S. 109) Die Fürsten hätten der Ermahnungen Luthers, die geschlagenen Bauern aufs grausamste niederzumetzeln, nicht bedurft. Ungefähr 130.000 Bauern wurden hingerichtet, oft vorher gefoltert. Monatelang durchzogen Reiterscharen der Fürsten das Land und trieben Bauern zusammen, um sie zu Tode zu quälen. Dem Holzschnitzer Tilman Riemenschneider, der sich auf die Seite der Bauern gestellt hatte, brach man einzeln jedes Glied jedes Fingers.

Die menschenverachtende Grausamkeit der siegreichen Feudalherren war keine deutsche Besonderheit. Überall dort, wo die Feudalherren ihre Herrschaft durch Siege über die aufständischen Bauern verlängern konnten, gingen sie entsprechend vor.

Als Beispiel sei das Verhalten der ungarischen Fürsten genannt, die den von Georg Dosa geführten Aufstand niedergeschlagen hatten. 40 von Dosas nächsten Kampfgefährten wurden vierzehn Tage lang ohne Nahrung im Kerker gehalten. Am vierzehnten Tage lebten nur noch neun, die anderen waren verhungert. Nun wurden die neun Überlebenden hinausgeführt. Dosa setzte man auf einen eisernen Thron, den man glühend gemacht hatte. Die Henker drückten ihm eine glühende Krone auf den Kopf und legten ihm ein glühendes Zep-ter in den Arm. Daraufhin wurden die neun Überlebenden mit Lanzenstößen und Schwerthieben auf ihn zugetrieben, und man schrie ihnen zu, sie sollten ihr Leben erkaufen, indem sie vom Fleische ihres Hauptmanns fräßen. Drei waren nicht zu bewegen; sie wurden in Stücke gehauen. Sechs machten sich an den fürchterlichen Fraß. „Hunde“, rief Dosa, sonst gab er keinen Laut von sich. (Wittfogel, S. 154 f., zitiert nach Zimmermann, Großer Deutscher Bauernkrieg, Stuttgart 1921, S. 120)

Derartige Grausamkeiten sind auch keine Besonderheit der Feudalherren in den Bauernkriegen. Jede historisch überlebte Klasse, die ihrem Untergang entgegengeht, greift zu den brutalsten und menschenverachtendsten Methoden, um ihre Herrschaft zu verlängern, dafür ließen sich Beispiele ohne Ende anführen. Seien es die römischen Sklavenhalter, die nach der Niederschlagung des Spartacus-Aufstandes 6.000 aufständische Sklaven auf der Landstraße von Rom nach Capua kreuzigten. Sei es - und das sind freilich Greuel ganz anderen Ausmaßes! - das deutsche Finanzkapital, das seinen ihm drohenden Untergang im Hitlerfaschismus mit unvorstellbaren Bestialitäten abzuwenden versuchte. Die Lehre davon ist: Jede falsche Großmut der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen im Kampf gegen ihre Unterdrücker kann nur zu einer blutigen Quittung führen.



Gericht über gefangene aufständische Bauern

Was waren die Ursachen der Niederlage der Bauern?

1.) Die Bauern versäumten es, die Feudalen zu schlagen, als sie militärisch im Vorteil waren. Sie hatten kein offensives Programm. Sie verließen sich auf die Abkommen mit den Fürsten.

2.) Die gegenseitige Unterstützung war zu schwach. Engels: „*grenzenlose Lokalborniertheit und eigensinniger Provinzialismus*“.

Die Mängel 1.) und 2.) sind freilich nicht zufällig, sondern beruhen auf der klassenmäßigen Stellung der Bauern. Sie sind eine Klasse bzw. Schicht zersplitterter, miteinander in Konkurrenz stehenden kleiner Waren-

eigentümer. Diese Klasse war nicht in der Lage, die Macht zu ergreifen und die Gesellschaft nach ihren Interessen umzugestalten. Die Frucht aus den Bauernkriegen hätte nur das Bürgertum ziehen können. *„Findet dagegen der Bauer nur die Unterstützung der besitzlosen Massen der Städte - diese ist ihm übrigens in jedem Falle gewiß - findet er, sagen wir, nur die Unterstützung dieser vorproletarischen Klasse, die in jener Zeit durchaus noch ökonomisch unbedeutend und politisch unreif ist, dann Gnade Gott dem Bauern! Dann ist es mit einigen Körben abgehackter Hände, mit abgeschnittenen Nasen und Ohren meist nicht getan. Dann ist zu allermeist Verteilung, Enthauptung, Aufknüpfung und Verbrennung ganzer Bauernhaufen, dann ist Brandschatzung und Niedersengung weiter Landstriche und natürlich im Gefolge erhöhter Ausbeutungsdruck das fürchterliche Ergebnis.“* (Wittfogel, S. 127)

Entscheidend für die Niederlage ist daher:

3.) Die Bauern erfuhren keine entscheidende Hilfe durch die Bürger. Der Grund für die politische Schwäche des Bürgertums lag vor allem in seiner relativen ökonomischen Schwäche, nämlich an der gleichzeitigen Entwicklung anderer Länder gemessen: *„Der Aufschwung der nationalen Produktion Deutschlands hatte indes noch immer nicht Schritt gehalten mit dem Aufschwung anderer Länder. Der Ackerbau stand weit hinter dem englischen und niederländischen, die Industrie hinter der italienischen, flämischen und englischen zurück, und im Seehandel fingen die Engländer und besonders die Holländer schon an, die Deutschen aus dem Felde zu schlagen. Die Bevölkerung war immer noch sehr dünn gesät. Die Zivilisation in Deutschland existierte nur sporadisch, um einzelne Zentren der Industrie und des Handels gruppiert; die Interessen dieser einzelnen Zentren selbst gingen weit aus-*

*einander, hatten kaum hie und da einen Berührungspunkt. Der Süden hatte ganz andere Handelsverbindungen und Absatzmärkte als der Norden; der Osten und Westen standen fast außer allem Verkehr. Keine einzige Stadt kam in den Fall, der industrielle und kommerzielle Schwerpunkt des ganzen Landes zu werden, wie London dies z.B. für England schon war. Der ganze innere Verkehr beschränkte sich fast ausschließlich auf die Küsten- und Flußschifffahrt und auf die paar großen Handelsstraßen, von Augsburg und Nürnberg über Köln nach den Niederlanden und über Erfurt nach dem Norden. Weiter ab von den Flüssen und Handelsstraßen lag eine Anzahl kleinerer Städte, die, vom großen Verkehr ausgeschlossen, ungestört in den Lebensbedingungen des späteren Mittelalters fortvegetierten, wenige auswärtige Waren brauchten, wenig Ausführprodukte lieferten(...)*

*Während in England und Frankreich das Emporkommen des Handels und der Industrie die Verkettung der Interessen über das ganze Land und damit die politische Zentralisation zur Folge hatte, brachte Deutschland es nur zur Gruppierung der Interessen nach Provinzen, um bloß lokale Zentren, und damit zur politischen Zersplitterung; einer Zersplitterung, die bald darauf durch den Ausschluß Deutschlands vom Welthandel sich erst recht festsetzte.“ (Engels, Der deutsche Bauernkrieg, MEW 7, S. 331; oder AW II, S. 143; oder Dietz 75 S. 31)*

Es kommt ein vierter Punkt hinzu:

4.) Wir haben zu Beginn dieses Kapitels gesehen: Oftmals kann der Vertreter der Zentralgewalt, der Kaiser oder König, in dieser geschichtlichen Periode eine fortschrittliche Rolle spielen, indem er sich auf bürgerliche oder gar bäuerliche Kräfte stützt und die Macht der Fürsten zurückdrängt. Er tut das nicht den Bauern oder Bürgern oder dem historischen Fortschritt zuliebe, sondern

handelt gemäß seinen eigenen Interessen: Beim langsamen Zerfall der feudalen Ordnung ist der mittlere und untere Adel immer einfluß- und bedeutungsloser geworden, doch aus dem Hochadel sind die Fürsten hervorgegangen. Sie waren in Deutschland schon vor dem großen Bauernkrieg und der Reformation „fast unabhängig vom Kaiser und im Besitz der meisten Hohheitsrechte. Sie machten Krieg und Frieden auf eigene Faust, hielten stehende Heere, riefen Landtage zusammen und schrieben Steuern aus.“ (ebenda, MEW 7, S. 332; oder AW II, S. 144 ff., oder Dietz 1975, S. 33) Objektiv wäre es im Interesse des Kaisers gewesen, den Aufstand der Bauern zu nutzen, um den Einfluß der Fürsten zurückzudrängen.

Doch Kaiser Karl V. war aus verschiedenen Gründen zu schwach für eine gegenüber den Fürsten selbstbewußte Politik. Insbesondere befand er sich damals im Krieg mit Frankreich, und die mit Frankreich verbündeten Türken belagerten zeitweise Wien, griffen also eine Hausmacht des Kaisers an.

**Im Bauernkrieg waren die Kräfte des geschichtlichen Fortschritts und der Reaktion entscheidend aufeinandergeprallt. Von seinem Ausgang hing ab, ob die geschichtliche Entwicklung in Deutschland einen kräftigen Schub erfahren oder bedeutend verzögert werden sollte. Die Niederlage im Bauernkrieg war ein reaktionärer Wendepunkt deutscher Geschichte. Engels beabsichtigte übrigens, dies bei einer Neuauflage seines Werkes *Der deutsche Bauernkrieg* wesentlich schärfer herauszuarbeiten - vgl. Hinweis in MEW 36, S. 234 - kam jedoch zeitlich nicht dazu, da seine Kräfte durch die Bearbeitung des 2. und 3. Bandes des *Kapitals* zu sehr in Anspruch genommen wurden. Einen deutlichen Hinweis gibt er in der Einleitung zur englischen Ausgabe der *Entwicklung des Sozialismus von***

*der Utopie zur Wissenschaft: „Dem Ruf Luthers zur Rebellion gegen die Kirche antworteten zwei politische Aufstände: zuerst der des niedern Adels unter Franz von Sickingen 1523, dann der große Bauernkrieg 1525. Beide wurden erdrückt, hauptsächlich infolge der Unentschlossenheit der meistbeteiligten Partei, der Städtebürger - eine Unentschlossenheit, deren Ursachen wir hier nicht untersuchen können (auf die wir beim dritten und entscheidenden der soeben angeführten vier Gründe für die Niederlage der Bauern eingegangen sind, d. Verf.) Von dem Augenblick an entartete der Kampf in einen Krakeel zwischen den Einzelfürsten und der kaiserlichen Zentralgewalt und hatte zur Folge, daß Deutschland für 200 Jahre aus der Reihe der politisch tätigen Nationen Europas gestrichen wurde.“ (MEW 22, S. 300, Hervorhebung v. Verf.)*

Als Sieger kamen die Fürsten heraus. In den Städten kamen die Patrizier wieder an die Macht. Viele Städte verloren ihre Vorrechte sogar an die Fürsten. Die nationale Einigung war in weite Ferne gerückt, die Entwicklung des Bürgertums gehemmt. Wir werden in der weiteren Folge (in diesem Kapitel und in folgenden Kapiteln) im einzelnen sehen, welche verheerenden Folgen diese Niederlage haben sollten.

## DIE ROLLE DER VERSCHIEDENEN STRÖMUNGEN DES PROTESTANTISMUS

Infolge der Reformation entstanden einzelne lutherische Landeskirchen mit dem jeweiligen Fürsten an der Spitze. Der Zustand der lutherischen Kirchen spiegelte also die reaktionären Zustände in der Gesellschaft wieder, die von den Lutheranern eingeseget wurden. *„Die lutherische Reformation brachte es allerdings zu einer neuen Religion - und zwar zu einer solchen, wie die absolute Monarchie sie grade brauchte. Kaum hatten die nordost-deutschen Bauern das Luthertum angenommen, so wurden sie auch von freien Männern zu Leibeignen degradiert.“* (ebenda) Auf diese Verwandlung von freien Bauern in Leibeigene werden wir weiter unten, auf den Absolutismus im nächsten Kapitel eingehen.

1552 brachen die protestantischen Landesfürsten in Süddeutschland ein, um den Kaiser in seinem letzten Terrain anzugreifen. Ergebnis der Kämpfe war 1555 der sogenannte Augsburger Religionsfrieden: cuius regio, eius religio - wessen Gebiet, dessen Religion. Das bedeutete: Der Landesfürst bestimmte die Religion seiner Untertanen.

Eine fortschrittliche Rolle spielte im Gegensatz zum Lutheranertum der Protestantismus Calvins. Jean Calvin (1509-1564) war ein Schweizer Reformator, der das Werk seines Vorgängers Zwingli fortsetzte. In Genf errichtete Calvin eine protestantische Diktatur, die mit terroristischen Mitteln ausgeübt wurde. So wurden „Ketzer“ (also Leute, die **von Calvins Standpunkt aus** Ketzer waren) verbrannt. Genf wurde damals als „das protestantische Rom“ bezeichnet. Der weltliche Zweck dieses protestantischen Gottesstaates war die Machtergreifung des Bürgertums. So wählte in Genf jede Kirchengemeinde die Pastoren und



Calvin

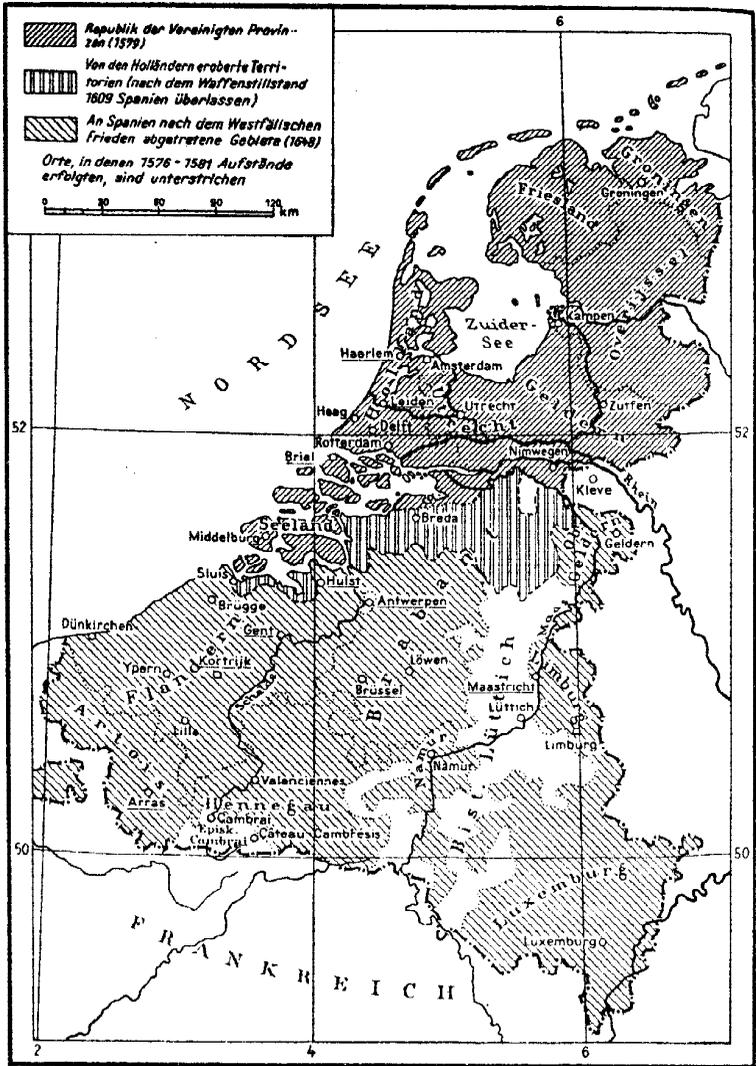
die 12 Ältesten, die die Leitung der Gemeinde ausübten. Dies entsprach den Wünschen des Bürgertums, die die Kirchengemeinden als „Gemeinschaften von Auserwählten“ (siehe die im nächsten Absatz dargestellte Lehre von der „Prädestination“) beherrschten. Die Bürger hatten damit die Kontrolle über die Gelder, die der Kirche zufließen. Der Staat wiederum wurde von der Kirche beherrscht; sein erklärtes Ziel bestand darin, die Gemeinde der Auserwählten, also das Bürgertum, zu schützen.

In theologischer Hinsicht fußt die Lehre Calvins auf der sogenannten Prädestination. Prädestination heißt Vorherbestimmung. Demnach hängt es nicht von den Verdiensten oder Sünden des einzelnen Menschen ab, ob er im Jenseits selig werden oder verdammt sein wird, sondern das ist von Gott von Anfang an vorherbestimmt. An dieser Vorherbestimmung kann keiner etwas ändern. Calvins

„(...) *Gnadenwahl war der religiöse Ausdruck der Tatsache, daß in der Handelswelt der Konkurrenz Erfolg oder Bankrott nicht abhängig von der Tätigkeit oder dem Geschick des einzelnen, sondern von Umständen, die von ihm unabhängig sind.*“ (ebenda) Es gibt laut Calvin im diesseitigen Leben Anzeichen dafür, wer für die Seligkeit bestimmt ist und wer nicht. Wer im Diesseits erfolgreich ist, der wird auch im Jenseits selig werden, und wer hier ein Pechvogel ist, der muß auch im Jenseits mit ewiger Verdammnis rechnen. Wir sehen: Diese Religion ist nicht ein Trostpflaster für die Ausgebeuteten und Unterdrückten, sondern ein Stachel für den aufsteigenden Bürger. Die Angst vor dem Höllenfeuer dient als zusätzliche psychische Akkumulationsquelle des Kapitals: Schön akkumulieren, geizig ändern und sich selbst gegenüber sein - der Lohn wird einem nicht nur im Diesseits, sondern auch im Jenseits zuteil werden. Der Calvinismus war Religion des aufstrebenden Bürgertums, verbreitete sich überall dort, wo ein starkes Bürgertum um die Staatsmacht kämpft: In den Niederlanden, England, Schottland, auch in der Pfalz und in Teilen des Rheinlandes.

Große Bedeutung hatte der Kampf der Niederländer gegen die spanische Herrschaft. Die Niederlande umfaßten im 15. Jahrhundert ungefähr das heutige Holland, Belgien, Luxemburg und einen Teil Nordfrankreichs. Sie gehörten zur Hausmacht der Habsburger und damit zum deutschen Reich. Die Reformation verbreitete sich dort sehr schnell. Die Adligen wurden in der Mehrheit Lutheraner, die reichen Bürger und wohlhabenden Bauern Calvinisten, die schlechtbezahlten Arbeiter hingen vorwiegend den Ideen der Wiedertäufer an. Da Karl V. in Deutschland erfahren hatte, daß die protestantischen Fürsten gegen eine zentrale Verwaltung des Reiches kämpften, wollte er die protestantische Bewegung in den Nie-

derlanden ausrotten. Nachdem er sich also im Bauernkrieg als zahnlos erwiesen hatte, stellte er sich dem Fortschritt in den Niederlanden mit allen Mitteln entgegen. 1550 erließ er ein Gesetz, das jede Abkehr von der katholischen Kirche mit dem Tode bestrafte. Die Todesstrafe drohte auch jedem, der Ketzer beherbergte oder mit ihnen sprach. Karls Nachfolger Philipp II. setzte die grausamen Ketzerverfolgungen fort, um die spanische Herrschaft (wie schon Karl hatte Philipp seine Hausmacht in Spanien) gegen die Volksbewegung durchzusetzen. (Vgl. Schillers „Don Carlos“ und Goethes „Egmont“.) Gegen den spanischen Terror erhoben sich 1566 die Calvinisten, griffen die katholischen Kirchen an, zerrissen Kirchenfahnen und zertrümmerten Heiligenbilder. Philipp II. schickte eine militärische Strafexpedition von 18.000 schwerbewaffneten spanischen Soldaten unter Herzog Alba, die ein Blutgericht hielten und die Inquisition in vollem Umfang wiederherstellten. Nach langen, verwickelten Kämpfen aber mußte Spanien 1648 die Unabhängigkeit der Vereinigten Niederlande anerkennen. Das war die erste siegreiche bürgerliche Revolution.



Die Niederlande im 16. Jahrhundert

## DIE GEGENREFORMATION DER KATHOLISCHEN KIRCHE

Vorübergehend sah es so aus, als seien Macht und Einfluß der katholischen Kirche in Europa überwunden. Große Teile Deutschlands waren protestantisch geworden. 1531 löste der englische König Heinrich VIII. die englische Kirche vom Papst und erklärte sich zum Oberhaupt der anglikanischen Kirche. Auch in Frankreich, Ungarn, Polen und - wie oben gezeigt - in den Niederlanden wuchs die Zahl der Protestanten. Es gab innerhalb der katholischen Kirche sogar eine Strömung, die zur Versöhnung mit den Protestanten rief, selbst wenn dazu große Zugeständnisse erforderlich sein sollten. Die gegnerische Strömung setzte sich durch und führte verschiedene Maßnahmen durch, um die Macht der Kirche wieder auszudehnen. Diese Maßnahmen werden als Gegenreformation bezeichnet. Sie bestanden vor allem in folgendem:

- Einige Reformen wurden durchgeführt, so wurde z.B. der Ablasshandel abgeschafft.
- 1534 gründete der spanische Adlige und ehemaligem Soldat Ignazius von Loyola den Jesuitenordens (societas Jesu), der nach militärischem Muster organisiert ist. Die Ordensmitglieder - allesamt Priester - sind zu absolutem Gehorsam gegenüber dem Papst wie auch gegenüber dem jeweiligen Vorgesetzten verpflichtet. Loyola: *„Der Untergebene muß dem Vorgesetzten wie ein Leichnam gehorchen, den man nach allen Seiten winden kann; wie ein Stock, der jeder Bewegung gehorcht, und wie eine Wachsmasse, die man umformen und nach jeder Richtung auseinanderziehen kann.“* (Geschichte II, S. 222)  
Die Jesuiten erhielten eine gute Ausbildung als Theolo-

gen, Ärzte, Juristen, Professoren usw. und wurden in viele Länder geschickt. Sie waren zu jedem Betrug bereit. So predigte ein Jesuit in Amsterdam und gab sich dabei als Anhänger Luthers aus. Nach und nach begann er, die Lehre Luthers kritisch zu betrachten und Zweifel bei seinen Zuhörern zu wecken. Am Schluß predigte er offen gegen Luther und warb für die katholische Kirche.

- Die Inquisition, die bis dahin im wesentlichen nur in Spanien existiert hatte, wurde nun in allen katholischen Ländern eingeführt. (Inquisition kommt vom lateinischen inquisitio, hier im Sinne von „gerichtliche Untersuchung“.) „Verdächtige“ wurden vom Inquisitions“gericht“ nach exakt ausgeklügelten Vorschriften aufs grausamste gefoltert, bis sie zugaben, daß sie Ketzer, Hexen oder dergleichen waren, dann wurden sie verbrannt.
- Um zu vermeiden, daß die „Irrlehren“ bekannt wurden, erstellte der Vatikan einen Index der verbotenen Bücher. Auf den Index kamen z.B. Schriften von Luther, Calvin, aber auch von Kopernikus, Galilei.

In den Ländern der Habsburger und in Bayern kam es zur grausamen Verfolgung der Protestanten. Österreich, Bayern, das Rheinland und der südliche Teil der Niederlande wurden wieder katholisch.



Die Inquisition läßt Menschen verbrennen

## URSPRÜNGLICHE AKKUMULATION DES KAPITALS IN ENGLAND

Während die Niederlage im Bauernkrieg den geschichtlichen Fortschritt in Deutschland ganz enorm hemmte, kam es in England im 16. Jahrhundert zu einem Prozeß, der das Rad der Geschichte gewaltig beschleunigen sollte, wenn auch unter fürchterlichen Opfern für die arbeitenden Menschen.

Um 1500 war die Tuchweberei in England ein blühendes Gewerbe. Bereits zuvor war die Ausfuhr der englischen Wolle nach den reichen flandrischen Städten wie Brügge, Arras, Ypern ein gutes Geschäft geworden. Doch an die Stelle der Wollausfuhr war nach und nach die Ausfuhr von Tuchen getreten. Das brachte größere Gewinne, da die Tuche durch die Verarbeitung der Wolle größeren Wert hatten als zuvor: Die Arbeit der Lohnarbeiter in den Manufakturen setzte der Wolle zusätzlichen Wert zu, und einen Teil dieses Werts, den von den Lohnarbeitern geschaffenen **Mehrwert**, konnten sich die Manufakturbesitzer unentgeltlich aneignen. Die ökonomische Anatomie eines solchen Vorgangs werden wir in einem späteren Kapitel betrachten. Hier interessieren wir uns vor allem für den geschichtlichen Vorgang, der die Voraussetzungen schuf, um die Tuchweberei in bedeutend größerem Umfang betreiben zu können.

Es gab vor allem zwei dieser Voraussetzungen: Zum einen brauchte man immer mehr Schafwolle. Zum anderen brauchten die Manufakturen immer mehr freie Lohnarbeiter.

Bereits Ende des 14. Jahrhunderts war die Leibeigenschaft in England faktisch verschwunden. „*Die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung bestand damals und noch mehr*

*im 15. Jahrhundert aus freien, selbstwirtschaftenden Bauern, durch welch feudales Aushängeschild ihr Eigentum immer versteckt sein mochte.“ (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 745)*

Der sogenannte Prozeß der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, der Ende des 15. und im ganzen 16. Jahrhundert stattfand, schuf zugleich beide Voraussetzungen. Man brannte die Bauernhöfe und die Hütten der Landarbeiter schlichtweg nieder und vertrieb die Landbevölkerung gewaltsam. Damit war zum einen Weideland für die Schafe gewonnen. Zum andern gab es eine große Masse besitzloser Menschen, die grundsätzlich für die Arbeit in den Manufakturen zur Verfügung standen. Freilich gab es dabei ein „kleines Hindernis“. Die Masse der ehemaligen Bauern, die man mit terroristischen Methoden entwurzelt und aus ihrem bäuerlichen Leben herausgerissen hatte, drängte sich naturgemäß nicht gerade nach der trostlosen Arbeit in den Manufakturen, sondern bevölkerte als Bettler und Vagabunden die Landstraßen. Es bedurfte einer zweiten terroristischen Welle gegen sie, noch größer angelegt und anhaltender als die erste, um diejenigen, die diesen Terror überlebten, der Manufakturarbeit zuzuführen. Diese zweite terroristische Welle war die Blutgesetzgebung gegen die Bettler und Vagabunden.

Marx beschreibt und analysiert den Prozeß der sogenannten ursprünglichen Akkumulation im 24. Kapitel des 1. Bands des Kapitals. Wir wollen hier einige Zitate anführen, die die zweite terroristische Welle, die Blutgesetzgebung gegen die Vagabunden, dokumentieren:

*„Die durch Auflösung der feudalen Gefolgschaften und durch stoßweise, gewaltsame Eproprietation (Enteignung, d. Verf.) von Grund und Boden Verjagten, dies völgelfreie Proletariat konnte unmöglich ebenso rasch von der aufkommenden Manufaktur absorbiert werden, als es*

*auf die Welt gesetzt ward. Andererseits konnten die plötzlich aus ihrer gewohnten Lebensbahn Herausgeschleuderten sich nicht ebenso plötzlich in die Disziplin des neuen Zustandes finden. Sie verwandelten sich massenhaft in Bettler, Räuber, Vagabunden, zum Teil aus Neigung, in den meisten Fällen durch den Zwang der Umstände. Ende des 15. und während des ganzen 16. Jahrhunderts daher in ganz Westeuropa eine Blutgesetzgebung wider Vagabundage. Die Väter der jetzigen Arbeiterklasse wurden zunächst gezüchtigt für die ihnen angetane Verwandlung in Vagabunden und Paupers (Arme, d. Verf.). Die Gesetzgebung behandelte sie als 'freiwillige' Verbrecher und unterstellte, daß es von ihrem guten Willen abhängt, in den nicht mehr existierenden alten Verhältnissen fortzuarbeiten. (Parallele zu heute: Die von der Bourgeoisie mit Bedacht in Umlauf gesetzte Hetze, „die Arbeitslosen“ seien an ihrer Lage selbst schuld. Die Züchtigung in Form von Auspeitschen und Ohrenabschneiden ist freilich nach den bürgerlichen Revolutionen nicht mehr durchsetzbar, d. Verf.)*

In England begann jene Gesetzgebung unter Heinrich VII.

*Heinrich VIII., 1530: Alte und arbeitsunfähige Bettler erhalten eine Bettlizenz. Dagegen Auspeitschung und Einsperrung für handfeste Vagabunden. Sie sollen an einen Karren hinten angebunden und geißelt werden, bis das Blut von ihrem Körper strömt, dann einen Eid schwören, zu ihrem Geburtsplatz oder dorthin, wo sie die letzten drei Jahre gewohnt, zurückzukehren und 'sich an die Arbeit zu setzen' (to put himself to labour). Welche grausame Ironie! 27 Heinrich VIII. (d.h. Gesetz aus dem 27. Regierungsjahrs Heinrichs VIII., d. Verf.) wird das vorige Statut wiederholt, aber durch neue Zusätze verschärft. Bei zweiter Ertappung auf Vagabundage soll die Auspeitschung wiederholt und das halbe Ohr abgeschnitten, bei*

*drittem Rückfall aber der Betroffene als schwerer Verbrecher und Feind des Gemeinwesens hingerichtet werden.*

*Edward VI.: Ein Statut aus seinem ersten Regierungsjahr, 1547, verordnet, daß, wenn jemand zu arbeiten weigert, soll er als Sklave der Person zugeteilt werden, die ihn als Müßiggänger denunziert hat. Der Meister soll seinen Sklaven mit Brot und Wasser nähren, schwachem Getränk und solchen Fleischabfällen, wie ihm passend dünkt. Er hat das Recht, ihn zu jeder auch noch so eklek Arbeit durch Auspeitschung und Ankettung zu treiben. Wenn sich der Sklave für 14 Tage entfernt, ist er zur Sklaverei auf Lebenszeit verurteilt und soll auf Stirn oder Backen mit dem Buchstaben S gebrandmarkt, wenn er zum drittenmal fortläuft, als Staatsverräter hingerichtet werden. Der Meister kann ihn verkaufen, vermachen, als Sklaven ausdingen, ganz wie andres bewegliches Gut und Vieh. (Hier haben wir das Optimum an Flexibilität der Arbeitskraft. Die Murmann, Necker und Konsorten dürften diesen Zeiten wehmütig hinterhertrauern, wenn sie über genügend geschichtliches Wissen verfügen sollten, d. Verf.) Unternehmen die Sklaven etwas gegen die Herrschaft, so sollen sie ebenfalls hingerichtet werden. Friedensrichter sollen auf Information (d.h. Denunziation, d. Verf.) den Kerls nachspüren. Findet sich, daß ein Herumstreicher drei Tage gelungen hat, so soll er nach seinem Geburtsort gebracht, mit rotglühendem Eisen auf die Brust mit dem Zeichen V gebrandmarkt, und dort in Ketten auf der Straße oder zu sonstigen Diensten verwandt werden(...) Alle Personen haben das Recht, den Vagabunden ihre Kinder wegzunehmen und als Lehrlinge, Jungen bis zum 24. Jahr, Mädchen bis zum 20. Jahr, zu halten. Laufen sie weg, so sollen sie bis zu diesem Alter die Sklaven der Lehrmeister sein, die sie in Ketten legen, geißeln etc. können(...)*

*Elisabeth, 1572: Bettler ohne Lizenz und über 14 Jahre alt sollen hart gepeitscht und am linken Ohrklappen gebrandmarkt werden, falls sie keiner für zwei Jahre in Dienst nehmen will; im Wiederholungsfall, wenn über 18 Jahre alt, sollen sie - hingerichtet werden, falls sie niemand für zwei Jahre in Dienst nehmen will, bei dritter Rezidive (Wiederholung, d. Verf.) aber ohne Gnade als Staatsverräter hingerichtet werden(...)*

*Jakob I.: Eine herumwandernde und bettelnde Person wird für einen Landstreicher und Vagabunden erklärt. Die Friedensrichter in den Petty Sessions („kleine Sitzung“; Gerichte, die „kleine Fälle“ bearbeiten, d. Verf.) sind bevollmächtigt, sie öffentlich auspeitschen zu lassen und bei erster Ertappung 6 Monate, bei zweiter 2 Jahre ins Gefängnis zu sperren. Während des Gefängnisses sollen sie so oft und soviel gepeitscht werden, als die Friedensrichter für gut halten... Die unverbesserlichen und gefährlichen Landstreicher sollen auf der linken Schulter mit R gebrandmarkt und an die Zwangsarbeit gesetzt, und wenn man sie wieder auf dem Bettel (beim Betteln, d. Verf.) ertappt, ohne Gnade hingerichtet werden. Diese Anordnungen, gesetzlich bis in die erste Zeit des 18. Jahrhunderts, wurden erst aufgehoben durch 12 Anna c. 23.*

*Ähnliche Gesetze in Frankreich, wo sich Mitte des 17. Jahrhunderts ein Vagabundenkönigreich (royaume des truands) zu Paris etabliert hatte. Noch in der ersten Zeit Ludwigs XVI. (Ordonnanz vom 13. Juli 1777) (Ordonnanz: königlicher Befehl mit Gesetzeskraft, d. Verf.) sollte jeder gesund gebaute Mensch vom 16. bis 60. Jahr, wenn ohne Existenzmittel und Ausübung einer Profession (Beruf, d. Verf.), auf die Galeeren geschickt werden. Ähnlich das Statut Karls V. für die Niederlande vom Oktober 1537, das erste Edikt der Staaten und Städte von Holland vom*

19. März 1614, das Plakat (Gesetz, d. Verf.) der Vereinigten Provinzen vom 25. Juni 1649 usw.

***So wurde das von Grund und Boden gewaltsam exproprierte (enteignete, d. Verf.), verjagte und zum Vagabunden gemachte Landvolk durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert.***“ (Kapital I, MEW 23, S. 761 ff., Hervorhebung v. Verf.)

So also wurde die moderne Arbeiterklasse produziert, die Klasse von Lohnarbeitern, die für die modernen Ausbeuter, die Kapitalisten, den Mehrwert schaffen sollten. Ein entsprechender Prozeß fand in allen europäischen Ländern statt, z.T. allerdings mit anderem Inhalt, wie wir im nächsten Abschnitt am Beispiel der Vorgänge in Deutschland östlich der Elbe sogleich sehen werden.

Interessant übrigens: Ende des 15. Jahrhunderts waren die Dinge noch nicht so weit gediehen, daß auf die Zunahme des Elends ohne Achselzucken allein mittels Blutgesetzgebung geantwortet wurde. So verbot Heinrich VII. 1489 *„die Zerstörung aller Bauernhäuser, zu denen wenigstens 20 Acres Land gehörten.“* (ebenda, S. 747) *„Die Gesetzgebung erschrak (zunächst, d. Verf.) vor dieser Umwälzung (eben der mit terroristischen Methoden zu vollziehenden ursprünglichen Akkumulation, d. Verf.). Sie stand noch nicht auf der Zivilisationshöhe, wo 'Wealth of Nation' ('Reichtum der Nation'), d.h. Kapitalbildung und rücksichtslose Exploitation (Ausbeutung, d. Verf.) und Verarmung der Volksmasse als ultima Thule (die äußerste Grenze, d. Verf.) aller Staatsweisheit gelten.“* (ebenda, S. 746 f.) Wir ersehen daraus: Das Kapital brauchte eine gewisse Zeit, bis es den Staat als fiktiven Vertreter des Allgemeininteresses dazu brachte, ganz offen jede Menschlichkeit unter den Boden zu stampfen, um mittels

seiner Gewalt Millionen von Menschen den Verwertungsbedingungen des Kapitals auf brutalste Weise zu opfern. Dies ging nicht von heute auf morgen, sondern bedurfte ideologischer Vorbereitung: „Wohl und Reichtum der Nation“ war die Phrase, die rechtfertigte, daß lebendige Menschen dem toten Moloch, dem Kapital, geopfert wurden. Man sollte also aufhorchen, wenn heute derart laut von den schlechten „Wettbewerbsbedingungen unserer Wirtschaft“ getrommelt wird und in diesem Zusammenhang „Opfer“ der Arbeiter und Angestellten gefordert werden. Die Geschichte zeigt: Das Kapital kennt aus seiner eigenen Logik heraus keine Grenzen. Die einzigen Grenzen, die es kennt, sind diejenigen, die durch den Kampf der Arbeiterklasse gesetzt werden. Doch dazu Näheres in einem späteren Kapitel.

*Literatur: 24. Kapitel von Kapital I, MEW 23, S. 741 ff.*

## **Einschub**

Übrigens ist die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals auch der Maßstab, an dem der industrielle Schub gemessen werden muß, der ausgehend von den dreißiger Jahren in der Sowjetunion vonstatten ging. Dieser Prozeß im ersten Land des Sozialismus war nämlich das gleiche und eben doch nicht das gleiche: Das gleiche, weil auch hier Millionen von Bauern in Arbeiter verwandelt wurden. Nicht das gleiche, weil dies unter den Bedingungen einer Arbeitermacht vonstatten ging, und so war nicht nur ein ganz anderes Tempo möglich (innerhalb von 12 Jahren kam es zu einem industriellen Schub, für den der Kapitalismus 100 bis 150 Jahre brauchte!), sondern es ging auch ohne Brandmarken und Ohrenabschneiden vor sich. Daß die Verhältnisse im damaligen Rußland freilich trotzdem alles andere als idyllisch waren - welchen un-

voreingenommenen Betrachter sollte es wundern! Man stelle sich z.B. vor, der Übergang von Millionen und aber Millionen von Bauern in die Industrie wäre unter den Bedingungen des Zarismus erfolgt! Doch die Ideologen des Kapitals haben freilich weder ein Interesse daran noch sind sie überhaupt in der Lage, historisch an die Frage heranzugehen. Ihnen dienen die zweifellos ungeheuren Reibungen, die dieser Prozeß mit sich bringen mußte, nur dazu, um gegen den Sozialismus schlechthin zu hetzen.

Wenn wir die Propagandamärchen derartiger Ideologen beiseite lassen, dann geschah etwa folgendes: Eine gewisse Zeit lang strömten Jahr für Jahr Millionen von Menschen vom Land in die neuen Industriezentren und Städte. Sie taten das durchaus freiwillig, denn dort ließ sich besser leben. Allerdings waren sie naturgemäß nicht geneigt, freiwillig die Disziplin eines Industriearbeiters anzunehmen, die sie nicht gewohnt waren. Zudem waren es teilweise Analphabeten ohne jede Berufsausbildung.

Folgendes Zitat dürfte eine zutreffende Schilderung einiger der Umstände sein, die diese Entwicklung mit sich brachte: *„Um die mitgebrachte Ziege zu füttern, verließen sie alle paar Stunden die Fabrik; zum Mittagessen gingen sie nach Hause, wenn der Sonnenstand dies anzeigte, denn eine Uhr besaßen sie nicht. Gesellschaftlicher Produktionsweise fremd, wanderten sie auf der Suche nach besserer Arbeit und Entlohnung von Fabrik zu Fabrik. In den Werken wechselte die Belegschaft statistisch jedes Jahr, teilweise noch öfter. Die permanente Wanderbewegung rief schwere Produktionsstörungen hervor und verhinderte überdies einen kontinuierlichen Erziehungsprozeß.“* (Die zweite Revolution, in: Aufsätze zur Diskussion 55, S. 98) Stalin erklärte 1931, *„daß*

*die Fluktuation der Arbeitskraft in einer Reihe von Betrieben nicht verschwindet, sondern im Gegenteil, sie wächst und wird stärker. Jedenfalls werden Sie wenig Betriebe finden, wo die Belegschaft im Laufe eines halben Jahres oder sogar eines Vierteljahres nicht mindestens zu 30 - 40 % wechselte.“ Und Stalin sprach von einem Typus von Arbeiter, der kein Interesse hatte, sich zu qualifizieren „und somit keine Perspektive hat vorwärtszukommen, sich daher im Betrieb als ‘Sommerfrischler’ fühlt, der nur zeitweilig arbeitet, um ‘etwas Geld zu verdienen’ und dann anderweitig ‘sein Glück zu versuchen’.“ (SW 13, S. 51)*

Es blieb in der Folge nicht bei denjenigen Lohn- und Gehaltsunterschieden, die Stalin in der Rede vorschlug, aus der wir soeben zitiert haben. In den dreißiger Jahren kam es vielmehr zu einem enormen Einkommensgefälle und insbesondere zu horrenden Gehältern der leitenden Funktionäre. Dies ging damit einher (genauer: es war im großen und ganzen die Folge davon), daß die alte Arbeitsteilung von „oben“ und „unten“, von leitenden und ausführenden Funktionen, sich nicht verringerte, sondern im Gegenteil größer wurde. Und es ging mit Maßnahmen einher, die aus heutiger westeuropäischer Sicht drakonisch erscheinen müssen. So wurde Ende 1932 der Inlandspañ eingeführt; ein Arbeitswechsel mußte nun durch die Behörden genehmigt werden. Ab 1939 gab es ein Arbeitsbuch: Man konnte nur dann in einem neuen Betrieb eingestellt werden, wenn man im alten ordnungsgemäß abgemeldet war. Bei dreimaligem Zuspätkommen konnte man fristlos entlassen werden. Es gab strenge Strafgesetze gegen die Verletzung der Arbeitsdisziplin. Die Gewerkschaften büßten ihre 1920 von Lenin in einer anderen Situation gegen Trotzki verteidigte Selbständigkeit ein und wurden 1932 dem

„Produktionsprinzip“ unterworfen. Ihre Aufgabe war nun nicht mehr die Verteidigung der ökonomischen Interessen der Arbeiter gegenüber den Betriebsleitungen, sondern allein die Durchsetzung der Planvorgaben. (vgl. z.B. Karuscheit/Schröder, Von der Oktoberrevolution zum Bauernkommunismus, VTK Verlag 1993, S. 215, mit weiteren Nachweisen)

All diese Maßnahmen erschwerten es natürlich, daß die Arbeiterklasse ihre Rolle als real führende Klasse spielte und auf die Beseitigung aller klassenmäßigen Unterschiede Kurs nahm. Im großen und ganzen aber wird man sagen müssen, daß ein derartiger industrieller Schub (und er war in diesem Tempo nötig, sonst wäre die Arbeitermacht unter dem Druck des Imperialismus zusammengebrochen, sei es friedlich oder militärisch!) ohne derartige Maßnahmen nicht möglich gewesen wäre. Schon Marx und Engels hatten in der *Deutschen Ideologie* geschrieben: „*In der Wirklichkeit trug sich die Sache natürlich so zu, daß die Menschen sich jedesmal so weit befreiten, als nicht ihr Ideal vom Menschen, sondern die existierenden Produktivkräfte ihnen vorschrieben und erlaubten. Allen bisherigen Befreiungen lagen indes beschränkte Produktivkräfte zugrunde(...)*“, (Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 417) und dies gilt natürlich auch für die Befreiung, die die Oktoberrevolution brachte.

# NIEDERGANG DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT AB DER ZWEITEN HÄLFTE DES 16. JAHRHUNDERTS

## KRAUTJUNKER UND LEIBEIGENE

Trotz der oben skizzierten relativen ökonomischen Schwäche des deutschen Bürgertums gab es zu Beginn des 16. Jahrhunderts in vielen deutschen Städten noch lebhaften Handel. Deutsche Kaufleute spielten auf allen europäischen Handelsplätzen eine wichtige Rolle. Doch der reaktionäre Ausgang des Bauernkrieges führte, wie wir gesehen haben, zu einer Verfestigung rückständiger feudaler Verhältnisse. Hatte die gegenüber anderen Ländern verzögerte ökonomische Entwicklung des Bürgertums zum politischen Sieg der Fürsten geführt, so wurde dieses politische Ergebnis seinerseits wieder zu einer Ursache nachhaltiger Hemmung der ökonomischen Entwicklung der Bourgeoisie. Nach dem Bauernkrieg wurden immer weniger deutsche Waren verkauft, und immer mehr fremde Kaufleute erschienen auf deutschen Messen und Märkten. Während sich in den westeuropäischen Staaten die Geldwirtschaft weiterentwickelte und das Bürgertum immer mächtiger wurde, sank Deutschland teilweise auf die Stufe der Naturalwirtschaft (d.h. Produktion für den eigenen Verbrauch, nicht für den Markt).

Wie in England, so raubten auch in Ostdeutschland die Adligen das Ackerland der Bauern. Sie wollten immer mehr Getreide anbauen. Auf diese Weise vergrößerten z.B. die Feudalherren Brandenburgs in den Jahrzehnten vor dem dreißigjährigen Krieg ihren Besitz um die Hälfte des bisherigen Bestands. Östlich der Elbe entstanden große

Güter. Aus niederen Feudalherren (z.B. Rittern) wurden Gutsbesitzer, Junker genannt.

Während in England zur Schafzucht nur wenige Arbeitskräfte nötig waren, brauchten die Junker für den Getreideanbau Landarbeiter in großer Zahl. Sie trieben die Bauern daher nicht auf die Landstraße, sondern zwangen sie, gegen einen erbärmlichen Lohn auf den Feldern zu arbeiten. Die Bauern durften ohne Genehmigung des Gutsherrn den Gutshof nicht verlassen. Bei Streitigkeiten war der Gutsherr Gerichtsherr, auch wenn er selbst angeklagt war (Patrimonialgerichtsbarkeit). Diese Bauern bzw. Landarbeiter werden Leibeigene genannt. Ihre Lage war schlechter als die der unfreien Knechte und Mägde auf dem Fronhof im Mittelalter. Eben von dieser Entwicklung sprach Engels im oben angeführten Zitat über die nordostdeutschen Bauern, die zu Leibeignen degradiert wurden, kaum daß sie das Luthertum angenommen hatten.

Um 1700 war der größte Teil der bäuerlichen Bevölkerung Deutschlands leibeigen.



Patrimonialgerichtsbarkeit

## DER DREISSIGJÄHRIGE KRIEG (1618 - 1648)

Die Streitigkeiten zwischen dem katholischen Kaiser und den katholischen Fürsten einerseits und den protestantischen Fürsten andererseits führten zum Dreißigjährigen Krieg, der in jeglicher Hinsicht reaktionär war und die Leiden der Bevölkerung ins Unermeßliche steigerte. Ergebnis war lediglich die Festigung der reaktionären Zustände, insbesondere der Macht der Landesfürsten. Der Kaiser blieb schwach.



Soldatenwerbung, Brandschatzung eines Dorfes, gehenkte Marodeure

## **WEITERE SACH- UND BELLETRISTISCHE LITERATUR**

### **ALLGEMEINE GESCHICHTE**

Berta Lask, Auf dem Flügelpferde durch die Zeiten  
Karl August Wittfogel, Die Wissenschaft der bürgerlichen  
Gesellschaft  
Gerd Fuchs, Der Schinderhannes

### **FRÜHE NEUZEIT**

Hans Lorbeer, Das Fegefeuer (Luther)  
Bertolt Brecht, Mutter Courage (Dreißigjähriger Krieg)  
Alex Wedding, Die Fahne des Pfeifferhänslein (Bauernkrieg)  
Berta Lask, Thomas Müntzer

**DIE WELT BEGREIFEN**

**UND VERÄNDERN**

**Absolutismus und  
bürgerliche Revolutionen**

Kapitel IV

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zur Zitierweise:**

- MEW: Marx-Engels-Werke  
AW: Marx/Engels, Ausgewählte Werke  
in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989  
Marx, Grundrisse der Kritik der politischen  
Grundrisse: Ökonomie: Dietz Verlag, Berlin 1974  
LW: Lenin-Werke  
Engelmann: Engelmann, Bernt, Wir Untertanen, München 1974  
Geschichte: Lehrbuch für den Geschichtsunterricht,  
Verlag Volk und Wissen, Berlin 1952  
Masch: Marxistische Arbeiterschulung, Kursus: Geschichte  
der internationalen Arbeiterbewegung, Berlin 1930  
Wittfogel: Wittfogel, Karl August, Geschichte der  
bürgerlichen Gesellschaft, Malik-Verlag, Wien 1924  
f.: und die nächstfolgende Seite  
ff.: und die nächstfolgenden Seiten+

# Inhalt

Der Absolutismus .....	5
Absolutismus in Frankreich .....	6
Absolutismus in Brandenburg-Preußen .....	14
Die deutsche Kleinstaaterei .....	27
Die Entwicklung der bürgerlichen Kultur in Deutschland .	32
Absolutismus in Österreich .....	42
Absolutismus in Russland .....	44
Der soziale Inhalt des Absolutismus .....	47
Die englische bürgerliche Revolution .....	49
Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg .....	60
Die französische bürgerliche Revolution .....	65
Die Klassen .....	65
Die revolutionäre Krise .....	67
Die Versammlung der Generalstände .....	69
Der Sturm auf die Bastille und die „Tage der großen Furcht“ ..	71
Die Bourgeoisie kann die Bauernfrage nicht lösen .....	71
Umsiedlung der Nationalversammlung und des Königs von Versailles nach Paris .....	73
Die bürgerlichen „Menschenrechte“ .....	76
Frankreich wird konstitutionelle Monarchie .....	85
Girondisten und Jakobiner .....	86
Der Sturz der Monarchie .....	91
Der Übergang zur Schreckensherrschaft .....	97
Die Schreckensherrschaft .....	98
Der konterrevolutionäre Umsturz .....	105
Marx und Engels über die französische Revolution .....	107
Babeuf und die Gesellschaft der Gleichen .....	116
Der Aufstieg Napoleons .....	119
Zusammenbruch des preussischen Militärstaates und Ende des deutschen Kaiserreiches .....	122
Reformversuche in Preussen .....	124



## DER ABSOLUTISMUS

Der Absolutismus war Ausdruck eines ganz bestimmten ökonomischen Entwicklungsstandes der Gesellschaft beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, eines Entwicklungsstandes, dem ein ganz bestimmtes Kräfteverhältnis der Klassen entsprach.

Der König hatte es geschafft, den Einfluß des Adels in bestimmten Fragen zurückzudrängen. Der Adel brauchte zur Sicherung der Ausbeutung der Bauern einen starken König. Das Bürgertum war gegenüber dem Adel wirtschaftlich erstarkt, war aber noch nicht stark genug, um die politische Macht zu erkämpfen. Es brauchte ebenfalls einen starken König, um die kleinen Handwerker und die Arbeiter niederzuhalten und auszubeuten.

## ABSOLUTISMUS IN FRANKREICH

Während Deutschland im 16. Jahrhundert wirtschaftlich und politisch zersplittert war, hatte der Aufschwung der Produktion und des Handels in Frankreich zu einem einheitlichen Nationalstaat geführt, der von mächtigen Königen regiert wurde. Die Macht des Adels war stark eingeschränkt. Der König erließ Gesetze, ohne vorher die Adligen zu fragen. Der König erhob eine Steuer und unterhielt von den Einnahmen ein ständiges Söldnerheer, so daß er von den Feudalherren unabhängig war.

Im 16. Jahrhundert gab es noch viele Angehörige des hohen Adels, die den Befehlen des Königs nur widerwillig folgten. Sie wollten wie die deutschen Feudalherren in ihren Machtgebieten selbständig regieren. Als sich in Frankreich die Lehre Calvins ausbreitete, wurden diese unzufriedenen Feudalherren Calvinisten. In so gut wie allen anderen Ländern war der Calvinismus, wie wir in Kapitel III gesehen haben, die Religion des selbstbewußten Bürgertums, das um die Macht kämpfte. Wenn hier ausgerechnet der reaktionäre Adel zum Calvinismus überging, so nur deshalb, weil die Calvinisten der katholischen Kirche, die in Frankreich dem König unterstand, den schärfsten Kampf angesagt hatten. Die unzufriedenen Feudalen benutzten also die calvinistische Religion, um Anhänger für ihren Kampf gegen den König zu gewinnen. Außerdem wollten sie sich den reichen Grundbesitz der Kirche aneignen.

Die französischen Calvinisten hießen Hugenotten. Von 1562 bis 1598 fanden zwischen den Hugenotten und den vom König geführten Katholiken harte und grausame Kriege statt. In diesen Kämpfen litten die Bauern und die arme Stadtbevölkerung am meisten. Sie waren schließlich

so erbittert, daß sie viele Adlige erschlugen. Die aufständischen Bauern wurden für den Adel zu einer Gefahr. Der Adel war daher letztlich wieder an einer starken Königsgewalt interessiert, um die Herrschaft über die Bauern zu erhalten. Auch die Bürger waren daran interessiert, denn in diesen unruhigen Zeiten wurden die Kaufmannszüge oft von Räubern und Söldnern überfallen, und die Entwicklung von Handel und Gewerbe wurde durch die Kriegswirren beeinträchtigt.

Unter diesen Voraussetzungen gelang es Heinrich IV., der von 1589 bis 1601 regierte, die Macht des absoluten Königtums wieder zu stärken. 1598 erließ er das Edikt von Nantes, das den Hugenotten Gleichberechtigung zusicherte. Sie erhielten Glaubensfreiheit und einige befestigte Städte.

Während früher die Generalstände, die Vertreter der drei Stände Frankreichs (d.h. des Adels, der Geistlichkeit und der restlichen Bevölkerung, die in der Versammlung allerdings faktisch nur vom Bürgertum „vertreten“ wurde), von Zeit zu Zeit einberufen wurden, regierte Heinrich IV. ohne sie, beachtete ihre Rechte nicht und erhob ohne ihre Zustimmung Steuern. Erst zur Zeit Ludwigs XIII., des Nachfolgers Heinrichs IV., wurden die Generalstände im Jahre 1614 noch einmal zusammengerufen, danach 175 Jahre bis zum Revolutionsjahr 1789 nicht mehr.

An Stelle Ludwigs XIII. führte sein erster Minister, der Kardinal Richelieu, die Regierungsgeschäfte. Er handelte nach den Grundsätzen: „*Mein erstes Ziel war der Ruhm des Königs, mein zweites Ziel die Macht des Königtums.*“ (Geschichte II, S. 289) In dieser subjektiven Zielsetzung der Regierung kam zum Ausdruck, daß sowohl der Adel als auch das Bürgertum zu diesem Zeitpunkt einen starken König brauchte. Selbständige politische Grup-

pen innerhalb der herrschenden Klassen konnten unter diesen Bedingungen nicht länger bestehen. Die Regierung beschränkte daher die Rechte der Hugenotten. Sie behielten zwar die Glaubensfreiheit, doch die Befestigungen ihrer Burgen und Städte wurden zerstört. Viele Adlige, die sich den Befehlen des Königs nicht fügten, wurden ins Gefängnis geworfen, einige wurden hingerichtet.

Letztlich erkannte der geschwächte Adel die Vorteile des Absolutismus. Das stehende Heer des Königs war die schärfste Waffe gegen Bauern, Handwerker und Arbeiter. Der König gab den Adligen Hofämter, die sehr hohe Einnahmen erbrachten. Die durch ihr verschwenderisches Leben verschuldeten Adligen erhielten große Geldgeschenke. **Der absolute Staat wurde zur Klassenherrschaft des Adels, ausgeübt durch den König.** Ludwig XIV., der von 1661 - 1715 regierte, erklärte: „Der Staat, das bin ich.“ („L'état c'est moi.“) Er ließ sich als Stellvertreter Gottes verehren.

Die wichtigsten Machtmittel des absolut regierenden Königs waren das Söldnerheer und die Beamten. Durch das Söldnerheer wurde der König unabhängig vom Kriegsdienst der Feudalherren. Das Heer wurde auch im Frieden nie ganz aufgelöst. Ein Teil der Soldaten stand dem König also ständig zur Verfügung. Mit Hilfe dieses stehenden Heeres konnte der König Aufstände der Adligen und Bauern niederschlagen und Eroberungskriege führen.

Die Beamten vollstreckten die Befehle des Königs und achteten darauf, daß seine Verordnungen in allen Teilen des Landes ausgeführt wurden. Sie bereicherten sich auf Kosten der Bevölkerung. Die Beamten wurden vom König bezahlt und konnten von ihm jederzeit abgesetzt werden.

Stehendes Heer und Berufsbeamtentum sind also Ein-

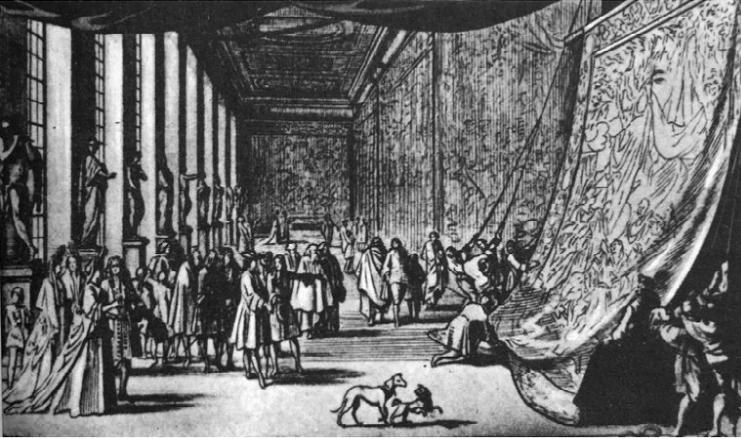
richtungen, die unter dem Absolutismus entstanden.

Mit Hilfe seines bedeutenden Finanzministers Colbert erließ Ludwig XIV. viele Gesetze und Verordnungen, die die wirtschaftliche Entwicklung fördern und den Geldreichtum Frankreichs vergrößern sollten. Der König brauchte viel Geld für das stehende Heer, für die Beamten, für seine Eroberungskriege und nicht zuletzt für seine teure Hofhaltung. Die Kaufleute sollten viele französische Waren ins Ausland verkaufen, damit Gold und Silber ins Land kam; sie erhielten hohe Ausfuhrprämien. Wer aber Gold und Silber auszuführen versuchte, wurde hart bestraft. Eine solche Wirtschaftspolitik, die auf die Ansammlung großen Geldreichtums gerichtet ist, wird als Merkantilismus bezeichnet.

Das Wort Merkantilismus hängt mit dem lateinischen Ausdruck mercator = Kaufmann zusammen. Es handelte sich um die Förderung des Handels- und Industriekapitals. Zweck einer solchen Wirtschaftspolitik ist die Bereicherung des Landes, d.h. der Staatsgewalt, d.h. des absolutistischen Herrschers, doch in Verfolgung dieses Zwecks kann der absolutistische Monarch nicht umhin, die Entwicklung des Bürgertums zu fördern. So förderte Ludwig XIV. mit Geldprämien die Gründung von Manufakturen, um die Ausfuhr und den Binnenhandel zu erhöhen. Zu den Maßnahmen merkantilistischer Wirtschaftspolitik gehört innenpolitisch auch die Sorge für gute Verkehrswege, gutes Münzsystem und billiges Transportwesen, außenpolitisch Ausfuhrprämien sowie Einfuhrzölle und Einfuhrverbote für die ausländischen Erzeugnisse, dazu ein möglichst kluges System von Handelsverträgen sowie Eroberungskriege und die hemmungslose Ausplünderung von unterworfenen Ländern bzw. Kolonien. Wie wir schon in Kapitel III im Abschnitt über die „ursprüngliche Akkumu-



Ludwig XIV.



Colbert besichtigt eine Gobelinmanufaktur

lation des Kapitals“ insbesondere in Bezug auf England gesehen haben, erweist sich hier „die *Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft*“, als Instrument, „um den *Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz.*“ (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 779)

Das französische Bürgertum wurde unter Ludwig XIV. immer reicher, hatte aber wenig politischen Einfluß auf die Regierung des Landes.

Die politisch unangefochtene Stellung des Königs spiegelte sich in der ungeheuren Prunksucht und dem Luxus seiner Hofhaltung wider. Diese Prunksucht wurde von den Adligen nachgeahmt, die sich jedoch dabei immer mehr verschuldeten. Unter Ludwig XIV. wurden sie vollends vom König abhängig. Dieser rief sie an seinen Hof

#### IV-12

und gab ihnen unbedeutende Hofämter; sie betrachteten es beispielsweise als hohe Ehre, dem König beim Aufstehen die Waschschüssel oder die Strümpfe überreichen zu dürfen.

Während der König von Glanz und Prunk umgeben war, lebte das Volk, insbesondere die Bauernschaft, in bitterer Armut. Die beiden ersten Stände, der Adel und die Geistlichkeit, brauchten keine Steuern zu zahlen, und so lastete der ungeheure Steuerdruck auf dem dritten Stand.



Colbert



Versailles

Doch auch die reichen Bürger konnten sich vom König oft die Steuerfreiheit erkaufen, während die Bauern und die armen Bürger die meisten Steuern zahlen mußten. Die Not der Bauern war oft so groß, daß sie nicht einmal Saatgetreide hatten. So konnten sie in der fruchtbaren Gegend um Bordeaux 1708 nicht einmal ihre Felder bestellen. Es kam zu Bauernaufständen. Anfang des 18. Jahrhunderts ließ Ludwig in Südfrankreich 400 Dörfer anzünden und zerstören. Das Volk haßte Ludwig XIV. Es jubelte, als er 1715 starb.

## ABSOLUTISMUS IN BRANDENBURG- PREUSSEN

Das Kerngebiet des preußischen Staates war die Mark Brandenburg, die deutsche Ritter unter der Führung eines Markgrafen im 12. Jahrhundert von den Slawen geraubt hatten. Die Markgrafen brauchten die Hilfe der Ritter, um die Aufstände der unterdrückten Slawen niederzuschlagen und neue Gebiete zu erobern. Im Gegenzug erhielten die Ritter großen Grundbesitz und landesherrliche Rechte, z.B. die Gerichts- und Polizeigewalt über die Bauern sowie das Recht, die Steuern für den Landesherrn einzuziehen. Wie wir in Kapitel III gesehen haben, führte die Enteignung der Bauern hier nicht zur Bildung einer Klasse freier Lohnarbeiter, sondern zur Leibeigenschaft der Bauern, die auf den Gütern der Junker, der ehemaligen Ritter,



Bedrückung der Bauern zur Zeit Ludwigs XIV.

arbeiten mußten. Die meisten ostelbischen Bauern wurden im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts genauso unfrei wie die leibeigene slawische Bevölkerung.

Drei Frontage in der Woche waren gesetzlich vorgesehen, doch die Junker ließen ihre leibeigenen Bauern meist sechs Tage in der Woche fronen, so daß diese oftmals ihre eigenen Felder bei Nacht oder an den Sonntagen bestellen mußten. Die Bauern waren rechtlos und mußten sich von den Junkern verprügeln lassen. Die Adligen verachteten Bürger und Bauern. Adlige Offiziere verprügelten Bürger auf der Straße. Heiratete ein Adliger eine Bürgerliche oder erlernte er ein Handwerk, so verlor er alle sein Vorrechte.

Die Junker handelten mit Getreide, Schnaps, Bier, Flachs, Wolle, Vieh. Da der Adel den Handel an sich riß, wurden Handel und Gewerbe der Städte gehemmt. In Brandenburg konnte sich kein reiches und mächtiges Bürgertum entwickeln, das den Landesherrn im Kampf gegen den Adel hätte unterstützen können. Die preußischen Könige waren daher von den Junkern abhängig. Für den preußischen Adel galt: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut.“ Die Rückständigkeit der deutschen Zustände, die auf den reaktionären Ausgang des Bauernkrieges zurückgeht, pflanzte sich also fort und drückte sich auch im besonderen Charakter des preußischen Absolutismus aus.

Zwar wäre es ein Irrtum, anzunehmen, die preußischen Monarchen hätten die Entwicklung von Industrie und Handel nicht gefördert. Sie erließen durchaus Verordnungen, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fördern sollten, damit mehr Steuern gezahlt wurden. So wurden Manufakturen gefördert; das immer größer werdende Heer benötigte immer mehr Ausrüstungsgegenständen.

de, die in den Manufakturen hergestellt wurden. Andererseits wurde die wirtschaftliche Entwicklung durch die extrem hohe Steuerlast wiederum gehemmt. Nicht nur die Bauern wurden steuerlich ausgepreßt, sondern auch die Bürger der Städte; die Manufakturbesitzer mußten für die Waren, die sie herstellten, hohe Steuern zahlen, und dadurch verteuerten sich die Waren. Friedrich II. rief Franzosen als Steuerbeamte nach Preußen, da er meinte, ausländische Beamte würden die Bevölkerung genauer kontrollieren. Im ganzen Land spionierten französische Beamte, ob die preußische Bevölkerung pünktlich die Steuern zahlte.

Die Macht der Preußenkönige stützte sich ebenso wie die der französischen absoluten Monarchen auf das stehende Heer und das Berufsbeamtentum. Während der Regierungszeit der Preußenkönige Friedrich Wilhelm I. (1713 - 1740) und Friedrich II. (1740 - 1786) verwandelte sich Brandenburg-Preußen immer mehr in ein Land, das einer großen Kaserne glich. Preußische Werbeoffiziere rekrutierten mit List und Gewalt ständig neue Soldaten. So machten sie Männer betrunken und drängten ihnen das Handgeld auf, das jeder neugeworbene Soldat erhielt. Bauern wurden auf den Feldern überfallen und so lange geschlagen, bis sie einwilligten, Soldat zu werden. Die preußischen Werber wurden im Ausland wegen ihres Menschenraubes verfolgt. So heißt es in einer Verordnung der hannoverschen Regierung: *„...solche Werber ohne Ansehen von Stand und Würden sogleich festzunehmen... Sie sollen als Straßen- und Menschenräuber, Störer des Landfriedens und der Landesfreiheit behandelt und, wenn sie schuldig befunden werden, am Leben gestraft werden. Sollten sie sich aber zur Wehr setzen, so soll man sie totschlagen oder niederschießen.“* (Geschichte II, S. 308)

Söhne von Bürgern und reichen Bauern sollten nicht geworben werden, sondern vor allem die Söhne der leibeigenen Bauern. Die Offiziere waren in aller Regel Adlige. Die Kompanieführer erhielten vom König Geld, um den Soldaten Uniformen, Waffen und Verpflegung zu liefern und ihnen Sold zu zahlen. Den größten Teil des Geldes steckten die Kompanieführer in die eigene Tasche. Die Soldaten konnten von der Kost und dem Geld, das sie erhielten, nicht leben und mußten nebenher arbeiten, nach stundenlangem Exerzieren. In einem Bericht aus dem 18. Jahrhundert heißt es: *„Darum glichen die Kasernen Fabriken, denn in jeder Stube standen große Räder und Hechel, an welchen Soldaten, während sie im Dienst nicht beschäftigt waren, vom Morgen bis in die Nacht hinein Wolle spannen.“* (Geschichte II, S. 309)

Der formale Drill, der bis heute in den bürgerlichen Armeen herrscht, geht in hohem Maße auf preußische Traditionen zurück. Der militärische Zweck besteht darin, daß die Soldaten in der Schlacht mehr Angst vor ihren Offizieren haben sollen als vor dem Feind. Die preußischen Soldaten marschierten auch in der Schlacht im Gleichschritt; fiel der Kamerad neben ihnen tot um, so hatten sie weiterzumarschieren. Hinter ihnen ging ein Offizier mit einem Spieß, der Soldaten stach, von denen er glaubte, sie wollten flüchten. Der Bundeswehr-Spieß verdankt seinen Namen noch heute dieser netten Tradition.

In einem zeitgenössischen Bericht eines preußischen Soldaten heißt es:

*„...Es war des Fluchens der prügelsüchtigen Junker und des Klagens der Geprügelten kein Ende... Es tat uns in der Seele weh, andere um jeder Kleinigkeit willen so unbarmherzig behandelt und uns selber jahrein, jahraus so geschunden zu sehen: oft ganze fünf Stunden lang, in*

*unserer Montur (Uniform) eingeschnürt, wie geschraubt stehen - in die Kreuz und Quer pfahlgrad marschieren und ununterbrochen blitzschnelle Handgriffe machen müssen - und das alles auf Geheiß eines Offiziers, der mit schrekkenenerregendem Gesicht und aufgehobenem Stock vor uns stand und alle Augenblicke dreinzuhauen drohte. Kamen wir todmüde ins Quartier, so ging es schon wieder Hals über Kopf, unsere Wäsche zurechtmachen und jedes Fleckchen ausmustern, denn bis auf den blauen Rock war unsere Uniform weiß. Gewehr, Patronentasche, Koppel, jeder Knopf der Montur mußten spiegelblank sein. Zeigte sich an einem dieser Stücke der geringste Fehler oder stand ein Haar in der Frisur nicht recht, so war, wenn man auf den Platz kam, die erste Begrüßung eine derbe Tracht Prügel.“ (Geschichte II, S. 309)*

Antwortete ein Soldat einem Offizier nicht ehrerbietig genug, so wurde er an einen Pfahl gebunden und ausgepeitscht, oder er mußte Spießrutenlaufen. Viele Soldaten wurden beim Spießrutenlaufen umgebracht. Ein preußischer Soldat berichtete von den Qualen seiner zum Spießrutenlaufen verurteilten Kameraden:

*„Da mußten wir zusehen, wie man sie durch 200 Mann achtmal die lange Gasse auf und ab laufen ließ, bis sie atemlos hinsanken, wie sie des folgenden Tags aufs neue dran mußten, die Kleider vom zerhackten Rücken gerissen und wie wieder frisch drauflosgehauen wurde. Dann sahen wir uns zitternd und totbläß an.“ (Geschichte II, S. 310)*

Manche Soldaten mußten 36mal durch die Gasse laufen. Die meisten überlebten diese Qualen nicht. Viele Soldaten nahmen sich aus Furcht vor den grausamen Strafen das Leben oder entflohen. Friedrich Wilhelm I. befahl, gefangenen Deserteuren die Nase und ein Ohr abzuschnei-

den, sie an eine Karre zu schmieden und zu schwerer Festungshaft zu verurteilen. Diese Strafe sollte die anderen Soldaten abschrecken, zu entfliehen. Dennoch desertierten allein von 1713 bis 1740 über 30.000 Mann.

Das folgende Soldatenlied entstand vor 1800 und war seinerzeit weit verbreitet. Die Soldaten sangen es zu einem offiziellen Marschlied („Wir preußischen Husaren, wann kriegen wir das Geld.“) Wenn kein Vorgesetzter in der Nähe war, sangen die Soldaten ihren eigenen Text; kam ein Vorgesetzter in die Nähe, so konnten sie auf das offizielle Marschlied übergehen. - Mit dem „König von Preußen“ ist wohl Friedrich II. gemeint, der von der bürgerlichen Geschichtsschreibung als „der Große“ bezeichnet wird („der Alte Fritz“).

O KÖNIG VON PREUSSEN,  
DU GROSSER POTENTAT,  
WAS SIND WIR DEINES DIENSTES  
SO ÜBERDRÜSSIG SATT!  
WAS FANGEN WIR NUN AN  
IN DIESEM JAMMERTAL,  
ALLWO IST NICHTS ZU FINDEN  
ALS LAUTER NOT UND QUAL.

UND KOMMT DAS FRÜHJAHR AN,  
DA IST DIE GROSSE HITZ´,  
DA MUß MAN EXERZIEREN,  
DAß EI´M DER BUCKEL SCHWITZT.  
DA MUSS MAN EXERZIEREN  
VOM MORGEN BIS MITTAG,  
UND DAS VERFLUCHTE LEBEN,  
DAS WÄHRT DEN GANZEN TAG.

VOM EXERZIEREN WEG  
GEHT´S WIEDER AUF DIE WACHT,  
KEIN TEUFEL TUT NICHT FRAGEN,  
OB MAN GEFRESSEN HAT.  
KEIN BRANNTWEIN IN DER FLASCHEN,  
KEIN WEISSES BROT DABEI;  
EIN SCHLECHTES TABAKRAUCHEN,  
DAS IST DER ZEITVERTREIB.

DANN KOMMT EIN´ FRISCH PARAD´;  
TUT MAN EIN´ FALSCHEN TRITT,  
SO FÄNGT MAN AN ZU RUFEN:  
DER KERL MUSS AUS DEM GLIED!  
PATRONENTASCHE RUNTER,  
DEN SÄBEL ABGELEGT,  
UND TAPFER DRAUFGESCHNISSEN,  
BIS ER SICH NICHT MEHR REGT!

IHR HERREN, NEHMT´S NICHT WUNDER,  
WENN EINER DESERTIERT,  
WIR WERDEN WIE DIE HUNDE  
MIT SCHLÄGEN STRAPLEZIERT;  
UND BRINGEN SIE UNS WIEDER,  
SIE HENKEN UNS NICHT AUF,  
DAS KRIEGSRECHT WIRD GESPROCHEN:  
DER KERL MUSS GASSEN LAUF!



Altpreussische  
Rekrutenerziehung

UND WANN WIR GASSEN LAUFEN,  
 SO SPIELET MAN UNS AUF  
 MIT WALDHORN UND TROMPETEN,  
 DA GEHT ES TAPFER DRAUF;  
 DA WERDEN WIR GEHAUEN  
 VON MANCHEM MUSKETIER,  
 DER EINE HAT'S BEDAUERN,  
 DER ANDRE GÖNNT ES MIR.

UND WERDEN WIR DANN ALT,  
 WO WENDEN WIR UNS HIN?  
 DIE GESUNDHEIT IST VERLOREN,  
 DIE KRÄFTE SIND DAHIN!  
 UND ENDLICH WIRD ES HEISSEN:  
 EIN VOGEL UND KEIN NEST!  
 GEH', ALTER, NIMM DEN BETTELSACK,  
 BIST AUCH SOLDAT GEWEST!

Friedrich Wilhelm I. war es gelungen, das preußische Heer bedeutend zu vergrößern. Er verbesserte die Verwaltung des preußischen Staates, um das Geld, das für das Heer gebraucht wurde, ordnungsgemäß zu erhalten. Die Beamten sollten fleißig und pünktlich die Anordnungen des Königs ausführen. Beamte, mit denen er nicht zufrieden war, verprügelte Friedrich Wilhelm I. oft eigenhändig. Ein Beamter, der den König darauf aufmerksam machte, daß das Volk durch die hohen Steuern ins Elend geriet, kam ins Gefängnis. Friedrich Wilhelm I. bevorzugte für die Beamtenstellen Bürgerliche. Die bürgerlichen Beamten waren Lakaien des Königs und vertraten ihm gegenüber nicht die Interessen des Bürgertums. Friedrich II. besetzte alle höheren Beamtenstellen mit Adligen, die sich

auf Kosten des Staates bereicherten.

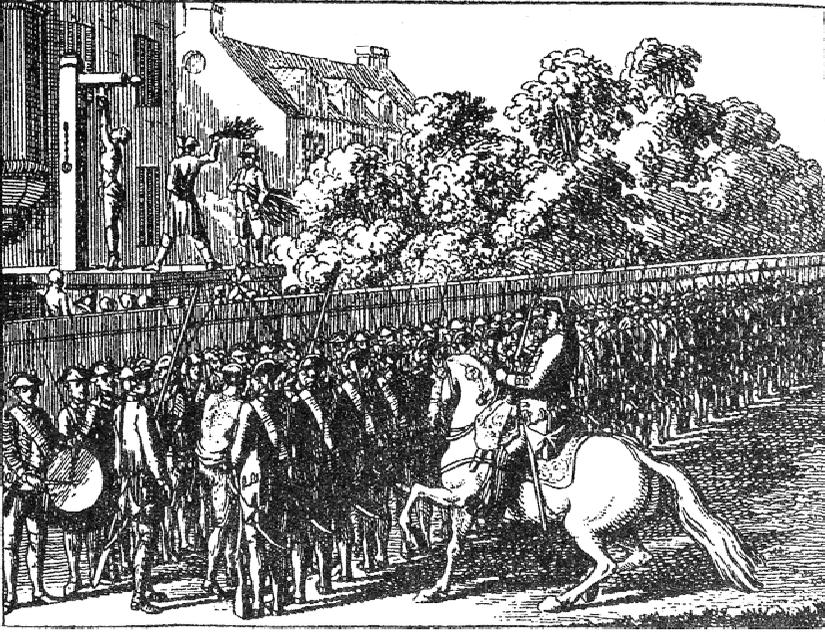
Da sich herausstellte, daß Leibeigene schlechtere Soldaten waren als freie Bauern, erließ Friedrich II. eine Verordnung, daß die Leibeigenschaft aufgehoben sei. Die Adligen kümmerten sich nicht darum. Die Verordnung wurde nur auf den königlichen Gütern durchgeführt.

Durch diverse Raubzüge wurde der preußische Militär- und Beamtenstaat zur stärksten Macht in Deutschland. Die preußischen Könige aber vertraten keineswegs nationale Interessen, sondern waren im Gegenteil stets bereit, diese zu verkaufen. So erhielt Friedrich II. von England Geld und verpflichtete sich im Gegenzug, den englischen Besitz Hannover gegen Frankreich zu schützen. Friedrich wurde „Englands bester General“ in Europa. Engels: „Seit Friedrich II. sah Preußen in Deutschland wie in Polen ein bloßes Eroberungsgebiet, von dem man sich nimmt, was man kriegen kann.“

Die bürgerliche Geschichtsschreibung versäumt es nicht, die beiden „großen Preußenkönige“ „ins rechte Licht zu rücken“, nämlich den „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. und den „Alten Fritz“, Friedrich II. Wir wollen es unsererseits nicht versäumen, einen gewissen Eindruck von den Persönlichkeiten dieser „bedeutenden Gestalten deutscher Geschichte“ zu vermitteln.

Was den „Soldatenkönig“ betrifft, wollen wir eine Passage aus Bernt Engelmanns „Wir Untertanen“ anführen:

*„(...) 1734, als er - nur beispielsweise - fünfzehntausend Taler für drei von seinen 'Werbern' verschleppte, baumlange Holländer zahlte (er liebte es besonders, „baumlange Kerls“ als Soldaten zu rekrutieren, d. Verf.), kürzte er die Haushaltsmittel der Berliner Staatsbibliothek auf ganze vier Taler und strich den Bibliothekaren kurzerhand das Gehalt. Den bedeutendsten Gelehrten jener Zeit, nicht nur Preußens, sondern ganz Europas, Gottfried Wilhelm Leibniz, nannte er einen 'nährischen Kerl', der 'nicht mal zum Wachestehen' taugt, und entzog ihm den Ehrensold. Als Leibniz bald darauf starb, wurde zu seinem Nachfolger im Amt des Präsidenten der preußischen Akademie der Wissenschaften (...) des Königs unfreiwilliger Hofnarr, Jakob*



### Spießrutenlaufen

*Gundling, ernannt. Dies geschah allen Gelehrten zum Hohn und zum grölenden Gelächter der im sogenannten 'Tabakskollegium' vereinten Kumpane Friedrich Wilhelms. Denn in diesen Kreisen war Gundling stets das Objekt der größten 'Späße' und rohesten Mißhandlungen.*

*Gundling mußte beispielsweise einen roten Rock mit goldenen Knopflöchern, dazu eine Perücke aus Ziegenhaaren und einen riesigen Hut mit Straußenfedern tragen; dann holte man einen Affen, der genauso gekleidet war und von dem der König behauptete, er wäre Gundlings Sohn - worauf der Präsident der preußischen Akademie den Affen in die Arme zu schließen und zu küssen hatte.*

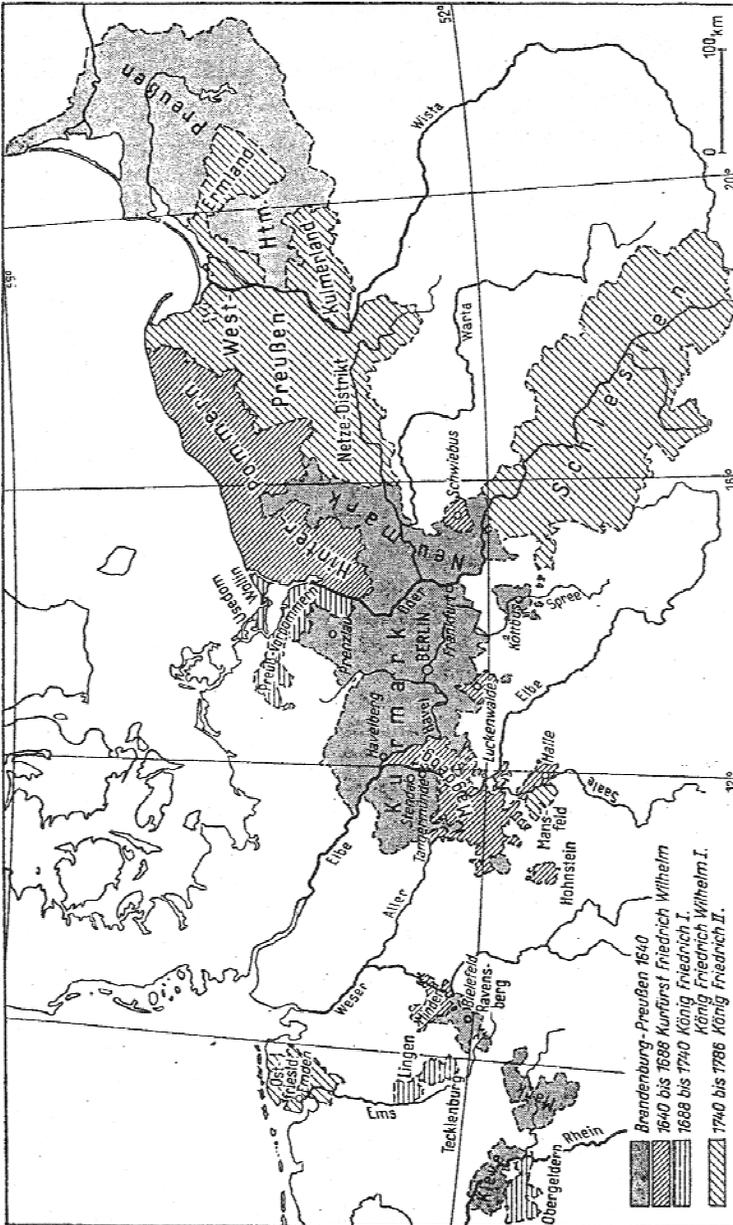
*Abend für Abend machte der König den schwächlichen und magenkranken Gundling mit Unmengen von Starkbier betrunken, um den Wehrlosen dann noch weiter zu quälen: Mal wurde Gundling von Lakaien, die ihn an Stricken hielten, ins eisige Wasser des Schloßgrabens eingetaucht, mal schaffte man ihn heim in sein Bett, in das aber zuvor auf des Königs Befehl zwei junge Bären gelegt worden waren, die Gundling dann schrecklich zurichteten.*

*Als es ihm endlich gelang, zu seinem Bruder zu fliehen, ließ der König ihn entführen und zurückbringen, drohte ihm mit Hinrichtung wegen 'Fahnenflucht' und ernannte dann den um Gnade Flehenden zum Freiherrn mit sechzehn - natürlich frei erfundenen - adligen Ahnen väter- und mütterlicherseits. Denn - wie der König sich auszudrücken beliebte - das 'Barone machen' war ihm eine 'lumpige Baggatelle' (die er sich allerdings in den meisten Fällen sehr teuer bezahlen ließ). Später wurde der Freiherr von Gundling, als der er noch durch die deutschen Geschichtsbücher geistert, die die Schandtaten des zweiten Preußenkönigs verschweigen oder zu verklären suchen, mit glühenden Pfannen mißhandelt, die man ihm auf den entblößten Hintern hieb. Nachdem der so gequälte Akademie-Präsident gestorben war, ließ der König die Leiche in ein Weinfäß stecken und, nach geistlicher Einsegnung dieser Verhöhnung eines Toten, so auf dem Bornstädter Friedhof feierlich beisetzen. Es ließe sich noch viel über die brutalen Geschmacklosigkeiten König Friedrich Wilhelms I. berichten, der selbst seine Frau, seine erwachsenen Kinder und seine Minister ständig mit dem Stock zu traktieren pflegte und von dessen Tischmanieren der österreichische Gesandte am Berliner Hof nach Wien schrieb: 'Seine Majestät war gestern mein Gast. Er dinierte, soupierte und kotzte wie ein Wolf.'*"

(Engelmann, S. 177 ff.)

Der Soldatenkönig quälte auch seinen Sohn, den späteren „Alten Fritz“, ließ z.B. dessen homosexuellen Freund, der zusammen mit ihm getürmt war, vor seinen Augen erschießen und bedrohte auch ihn selbst mit Erschießung. Die bürgerlichen Geschichtsschreiber liberaler Spielart, die durchaus einige kritische Worte über den Soldatenkönig fallenlassen, loben dafür umso euphorischer die „Menschlichkeit“ seines Sohnes und Nachfolgers. Dieser Sohn hatte in seiner Jugend den Anti-Machiavelli geschrieben, worin er proklamierte, in der Politik müsse es moralisch zugehen. Wir haben oben gesehen, wie die Moral seiner Politik beschaffen war: Man nehme sich, was man kriegen kann.

Das nachmittägliche Spießrutenlaufen in Potsdam pflegte der „Alte Fritz“ persönlich zu überwachen, allerdings nicht etwa, um besonders sadistische Grausamkeiten zu verhindern: „*Es gibt für einen Offizier kein besseres Mittel, des Königs Wohlgefallen zu erregen*“, notierte sich der spätere Lord Malmesbury im Jahre 1767 am Hofe Friedrichs II., *als die eigenmächtige Verschärfung der vom König gegen die Soldaten verhängten Strafen.*“ (Engelmann, S. 32) Wie man



Die Vergrößerung Brandenburg-Preussens durch Raub und Erbschaft von 1618 - 1768

#### IV-26

sieht, hatte der Sohn des Soldatenkönigs die Lehren aus seiner Jugendzeit gezogen; nun aber gehörte er nicht mehr zu den Gequälten, sondern er war der Chef der Quäler geworden.

## DIE DEUTSCHE KLEINSTAATEREI

Während sich England und Frankreich zu einheitlichen Staaten entwickelten, gab es in Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert etwa 360 Länder. Die Länder waren nur lose verbunden. Dem deutschen Kaiser blieb kaum ein anderes Recht, als Adelstitel zu verleihen.

Die Fürsten der deutschen Staaten versuchten, das Leben am Hofe Ludwigs XIV. nachzuahmen. Sie suchten ständig nach neuen Wegen, zu Geld zu kommen. Sie verkauften z.B. Untertanen als Soldaten ins Ausland. *„Allein während des englisch-amerikanischen Krieges (des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, d. Verf.) verkaufte der Landgraf von Hessen 17000 Landeskinder an England und füllte dadurch seine Taschen mit 2 600 000 Pfund Sterling oder nahezu 17 Millionen Talern. An dem europäischen Bluthandel beteiligten sich außer Hessen-Kassel noch Braunschweig, Hannover, Hanau, Anspach, Waldeck und verschiedene kleinere Länder. Im ganzen wurden damals innerhalb fünf Jahren 29 166 Mann als Kanonenfutter an England geliefert, und dafür heimsten die guten Landesväter 34 Millionen Taler ein.“* (Kampffmeier, Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland, Berlin 1921, S. 133, zitiert nach Wittfogel, S. 279) Der damalige Landgraf von Hessen-Nassau leih heute dem Schimpfwort „Nassauer“ seinen Namen.

An den Fürstenhöfen herrschte Mätressenwirtschaft. *„Immerhin beteiligt sich die Bourgeoisie, soweit sie dazu Gelegenheit findet, aus Leibeskräften an den höfischen Kleinkämpfen um die Bestimmung des fürstlichen Willens und, genau wie ihr adliger Rivale, bedient sie sich dabei aller Mittel der Intrige, buhlt sie eifrigst mit um die Gunst der Staatshure, der Königsstätte. Nun haben solche*

*Momente eine gewisse Rolle in der geschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft vorher und nachher auch gespielt. Niemals früher und später aber hat der Einfluß verschlagener Kokotten so sehr die Form der großen Staatspolitik überhaupt bestimmt als im Zeitalter des Absolutismus. Es ist bekannt, daß eine Anzahl französischer und deutscher Könige so stark unter dem Willen dieser ausgezeichneten Damen gestanden haben, daß man die Regierungshandlungen jener Fürsten oft richtiger mit dem Namen ihrer Geliebten als mit ihrem eigenen verbindet.“*  
(Wittfogel, S. 294 f.)

In Deutschland nahm die schlechte Kopie französischer Zustände auch in dieser Hinsicht Züge von ganz besonderer Lächerlichkeit an. So begann die „badische Spielart“ des Absolutismus 1709 mit dem Markgrafen Karl III. Wilhelm: „*Hatte sein mächtiger Nachbar, Frankreichs Ludwig XIV., als man ihm das Staatsinteresse zu bedenken gab, großspurig erklärt, daß er selbst der Staat sei, so richtete sich Markgraf Karl eine Art Privatbordell in einer bis dahin unbewohnten Gegend seines Ländchens ein und erklärte dieses zum Mittelpunkt einer neuen Hauptstadt: Karlsruhe. Unter der Kuppel des achteckigen Turms seines Schlosses und damit genau im Mittelpunkt der Residenz hielt er sich einhundertsechzig junge Mädchen als seine ‘Leibgarde’, und am Bett des Markgrafen gab es einhundertsechzig Klingelzüge, für jedes der in Husarenuniform gekleideten Mädchen einen. ‘Ich habe von dem ridiculen Serail (dem lächerlichen Harem, d. Verf.) gehört, so der Markgraf von Durlach (Stadtteil Karlsruhes, d. Verf.) hält’, meinte dazu Liselotte von der Pfalz, die in Paris lebende Schwägerin Ludwigs XIV. ‘Wie ich jetzt von unseren Deutschen, es seien Fürsten oder andere Herren, höre, so sind sie alle so närrisch, als wenn sie aus dem Tollhaus kämen.’“* (Engelmann, S. 155 f.)

Und auch die preußische Variante des Absolutismus bietet in puncto Mätressenwirtschaft „ganz Besonderes“, wobei der Hof des „Alten Fritz“ nur aufgrund der homosexuellen Neigung dieses Monarchen hier eine Ausnahme darstellte. So bezeichnet Engelmann Friedrich Wilhelm II., den Nachfolger des „Alten Fritz“, als einen „*Schwachkopf, der Wachs in den Händen seiner hübschen Mätresse und der ihm von dieser zugeführten blutjungen Grafentöchter war*“ (ebenda, S. 204).

Über den ersten Preußenkönig, Friedrich I., den Vater des „Soldatenkönigs“, teilt Engelmann mit:

*„Er war das Gegenteil dessen, was man sich, von der traditionellen deutschen Geschichtsschreibung beeinflusst, unter einem brandenburgisch-preußischen Herrscher vorzustellen pflegt: kränklich, schwächlich, an einer Rückgratverkrümmung leidend, von beschränktem Verstand, dabei mißtrauisch, tückisch, feige und intrigant, vor allem aber noch prunk- und geltungssüchtiger als die übrigen deutschen Fürsten dieser Zeit.*

*Anfangs stand ihm in der Person seines langjährigen Erziehers Danckelmann ein Mann als Minister zur Seite, der den überaus großen Ehrgeiz des neuen Kurfürsten in einigermaßen vernünftige Bahnen zu lenken verstand. Aber dann wurde Danckelmann bei Friedrich verleumdet, und dieser ließ ihn sofort fallen, verurteilte ihn, obwohl sich alle Anschuldigungen als falsch erwiesen, zu lebenslanger Kettenhaft und ließ auch das Vermögen des gestürzten Ministers beschlagnahmen, so daß dessen Familie nun mittellos und damit außerstande war, für den Verhafteten etwas zu tun.*

*Danckelmanns Sturz war im wesentlichen das Werk eines Höflings, des Stallmeisters Kasimir von Kolbe gewesen, der sich mit Hilfe eines jungen, hübschen und sehr einfältigen Mädchens, Katharina Rickmers, am kurfürstlichen Hof zu Berlin großen Einfluß verschafft hatte. Er vermittelte die sechzehnjährige Katharina an die Herren der nächsten Umgebung des Kurfürsten, dann an diesen selbst, der das junge Ding zu seiner offiziellen Mätresse machte und sie mit Schmuck-, Geld- und anderen Geschenken überhäufte. Als Mangel empfand es der Kurfürst nur, daß Katharina keine 'Dame von Stand' war, weshalb sich der Stallmeister von Kolbe erbot, das Mädchen zu heiraten. Der dankbare Friedrich verschaffte dem 1669 vermählten Paar vom Kaiser den Reichsfreiherrnstand und ernannte den Ehemann seiner nun 'standesgemäßen' Mätresse zum Minister und Präsidenten der Landesverwaltung, so daß Herr von Kolbe fortan die Politik Brandenburg-Preußens bestimmen und auf nur noch zwei Ziele ausrichten konnte: den Kurfürsten mit reinen Prestige-Angelegenheiten zu beschäftigen und derweilen das Land systematisch auszuplündern.*

*Weil Friedrich unbedingt ein König werden wollte, wurde nahezu die gesamte, rund 35 000 Mann starke brandenburgische Armee über ein Jahrzehnt lang den Habsburgern für ihre Kriege zur Verfügung gestellt; ungeheure Summen flossen als Bestechungsgelder an den Wiener Kaiserhof (und in die Taschen des Vermittlers Kolbe). Im*

*Bund mit den Jesuiten, die sich von einer Entmachtung Brandenburg-Preußens Vorteile für ihre gegenreformatorische Politik versprochen, wurde der Kaiser dazu bewogen, dem ehrgeizigen Kurfürsten Hoffnungen auf eine Königskrone zu machen und sich dafür von Friedrich immer neue brandenburgische Truppen und die bedingungslose Unterstützung der Interessen Habsburgs und Roms einzuhandeln. Doch am Ende gab der Kaiser nicht mehr als sein stillschweigendes Einverständnis dazu, daß Friedrich sich selbst, und zwar nur in Preußen - einem polnischen Herzogtum unter brandenburgischer Herrschaft, das nicht zum Reich gehörte - zum König krönte.*

*Und so geschah es im Januar 1701 zu Königsberg - mit tagelangen Feiern, unerhörter Prachtentfaltung und einem Aufwand, der den Spott aller Höfe Europas herausforderte, denn das zum Königreich erhobene Herzogtum Preußen hatte etwa so viele Einwohner wie heute der Landkreis Düsseldorf-Mettmann, und die meisten davon waren verlauste, wie Sklaven gehaltene Leibeigene adliger Gutsherren.*

*Kurfürst Friedrich dagegen, erster König in Preußen, wie er sich fortan nennen durfte, war übergücklich, und er beförderte den Ehemann seiner Mätresse sogleich zum Kanzler und Marschall seines neuen Königreichs, verschaffte Herrn von Kolbe sogar eine Reichsgrafschaft, wo dieser nun auch den Landesherrn spielen konnte, und setzte ihm ein Jahresgehalt von hunderttausend Talern aus, eine für die damalige Zeit märchenhafte Summe.*

*Dennoch plünderte Reichsgraf Kolbe von Wartenberg, wie er sich nun nannte, den brandenburgisch-preußischen Staat jetzt noch gründlicher aus als zuvor. Dabei halfen ihm seine Frau und zwei ihrer Liebhaber, der Oberhofmarschall Graf Wittgenstein und der Generalfeldmarschall Graf Wartensleben.*

*Wartensleben, Wittgenstein und das Ehepaar Wartenberg, das war das 'dreifache Weh', wie der Volksmund das Räuber-Quartett mit bitterem Spott nannte, und die Habgierigste von allen war die nunmehrige Gräfin Katharina, 1701 gerade fünfundzwanzig Jahre alt, die sich von ihrem Friedrich, der doch nun König war, Unmengen von Schmuck und Bargeld, dazu Schlösser, Güter, kostbare Gemälde, Teppiche und Möbel zum Geschenk dafür machen ließ, daß sie sich an der Seite des kleinen, verwachsenen Mannes, den das Volk den 'schiefen Fritz' nannte, täglich eine Stunde lang dem Hof und den auswärtigen Gästen zeigte.*

*Die Kassen, Vorratslager und Kasernen Brandenburg-Preußens waren bereits so gut wie leer, als das gräfliche Paar auf das Drängen*

*des Kronprinzen hin endlich bei dem alt und gebrechlich gewordenen König 'in Ungnade' fiel und Berlin verlassen mußte. Da die Kolbes alles mitnehmen durften, was sie sich auf die eine oder andere Weise zusammengerafft hatten, blieben sie und ihre Erben Multimillionäre - bis auf den heutigen Tag. Brandenburg-Preußen aber war so arm und durch die Truppenlieferungen an den Kaiser auch militärisch so schwach geworden, daß König Friedrich I. nicht einmal mehr imstande war, gegen russische, polnische und sächsische Heeresverbände vorzugehen, die während eines Kriegs mit Schweden unbekümmert durch das neutrale Brandenburg zogen und sich nahmen, was ihnen gefiel.*

*Es gab, wie der Kronprinz - der spätere 'Soldatenkönig' Friedrich Wilhelm I. - 1710 wütend feststellte, in ganz Brandenburg-Preußen 'keine Regimente, kein Pulver als 1200 Zentner und kein Geld' mehr. Der schon auf den Tod darniederliegende König Friedrich I. aber, der 'seine' schöne Katharina mehr vermißte als das fehlende Geld in den Staatskassen und die Soldaten, die man den Habsburgern verkauft hatte, setzte der verbannten Ex-Mätresse noch eine 'Leibrente' von jährlich vierundzwanzigtausend Talern aus..."*

*(Engelmann, S. 159 ff.)*

## DIE ENTWICKLUNG DER BÜRGERLICHEN KULTUR IN DEUTSCHLAND

Die reaktionären Zustände in Deutschland waren, wie wir in Kapitel III gesehen haben, insbesondere die Folge des reaktionären Ausgangs des Bauernkrieges. Die Herrschaft der Fürsten und das Fortbestehen der feudalen Zersplitterung hemmten die ökonomische Entwicklung des Bürgertums, von seiner politischen Entwicklung ganz zu schweigen. Doch die besten kulturellen Vertreter des deutschen Bürgertums geißelten die Mißwirtschaft der Fürsten und verkündeten durch ihre Werke die fortschrittlichen Gedanken ihrer Zeit. Die Herausbildung einer fortschrittlichen bürgerlichen Kultur erfolgte unter großen Schwierigkeiten. Um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, waren die Künstler auf die Gunst eines Fürsten angewiesen. Schmeichelte einer der Künstler nicht dem Fürsten, sondern sagte er die Wahrheit über das Leben am Hof, so entzog der Fürst ihm seine Gunst, vertrieb ihn aus dem Land oder ließ ihn ins Gefängnis werfen. So hielt der Herzog Karl Eugen von Württemberg den Dichter Schubart zehn Jahre lang gefangen, weil dieser in seinen Werken die Schandtaten des Herzogs gebrandmarkt hatte.

Trotz der schwierigen Lage der Künstler entstanden viele kämpferische, gegen die Rückständigkeit der Verhältnisse gerichtete Werke. So zeigte **Lessing** (1729 - 1781) in seinem Trauerspiel „Emilia Galotti“ das verwerfliche Treiben der Fürsten, die glaubten, ihre Untertanen als ein Spielzeug ihrer Launen behandeln zu dürfen. Lessings Schauspiel „Nathan der Weise“, das eine starke Waffe im Kampf für Glaubensfreiheit war, verkündet Gedanken echter Menschenfreundlichkeit.

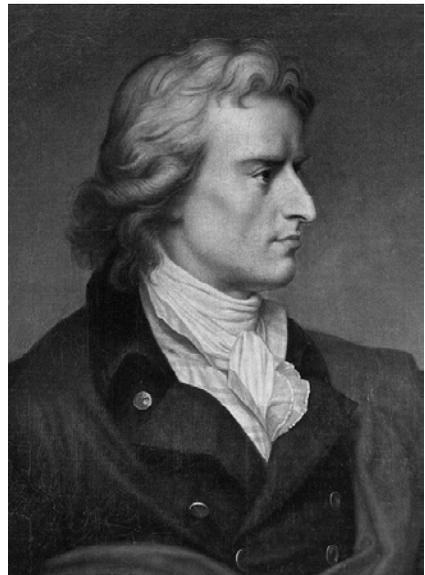
Auch die Jugendwerke **Goethes** (1749 - 1832) sind von revolutionärem Geist erfüllt. So preist er im „Egmont“ den Befreiungskampf des niederländischen Volkes gegen die spanischen Unterdrücker (siehe Kapitel III, S. 53 ff.) und vertritt damit das Recht der Völker und Nationen, sich von Willkürherrschaft zu befreien.

**Schiller** (1759 - 1805) brandmarkt in seinem Drama „Kabale und Liebe“ den Verkauf deutscher Landeskinder und das verwerfliche Treiben der Fürsten und des Adels. So überbringt z.B. der Kammerdiener des Herzogs einer Lady kostbare Edelsteine und gibt auf ihre Frage: „*Was bezahlt dein Herzog für diese Steine?*“ folgende Antwort: „*Sie kosten ihm keinen Heller(...) Gestern sind 7000 Landeskinder nach Amerika fort. - Sie zahlen alles.*“ Seinem Jugendwerk „*Die Räuber*“ hat Schiller das Leitwort „*in tyrannos*“ (gegen den Tyrannen) vorangestellt.

Während Schiller sich angesichts der politischen Ohnmacht der Bourgeoisie weitgehend in idealistische Schwärmerei zurückzog, stand Goethe mit beiden Beinen auf der Erde, verspottete einerseits aufs gründlichste die Verhältnisse und machte andererseits in gewisser Weise seinen Frieden mit ihnen. In verschiedener Hinsicht sehr lehrreich ist folgende außerordentlich differenzierte Bewertung Goethes durch Friedrich Engels:

*„Goethe verhält sich in seinen Werken auf eine zweifache Weise zur deutschen Gesellschaft seiner Zeit. Bald ist er ihr feindselig; er sucht der ihm widerwärtigen zu entfliehen, wie in der ‘Iphigenie’ und überhaupt während der italienischen Reise, er rebelliert gegen sie als Götz, Prometheus und Faust, er schüttet als Mephistopheles seinen bittersten Spott gegen sie aus. Bald dagegen ist er ihr befreundet, ‘schickt’ sich in sie, wie in der Mehrzahl der ‘Zahmen Xenien’ und vielen prosaischen Schriften, feiert*

*sie, wie in den 'Maskenzügen', ja verteidigt sie gegen die andrängende geschichtliche Bewegung, wie namentlich in allen Schriften, wo er auf die französische Revolution zu sprechen kommt. Es sind nicht nur einzelne Seiten des deutschen Lebens, die Goethe anerkennt, gegen andre, die ihm widerstreben. Es sind häufiger verschiedene Stimmungen, in denen er sich befindet; es ist ein fortwährender Kampf in ihm zwischen dem genialen Dichter, den die Misère seiner Umgebung anekelt, und dem behutsamen Frankfurter Ratsherrnkind, resp. (respektive, d.h. beziehungsweise, d. Verf.) Weimarschen Geheimrat, der sich genötigt sieht, Waffenstillstand mit ihr zu schließen und sich an sie zu gewöhnen. So ist Goethe bald kolossal, bald kleinlich; bald trotziges, spottendes, weltverachtendes Genie, bald rücksichtsvoller, genügsamer, enger Philister (Spießer, d. Verf.). Auch Goethe war nicht imstande, die deutsche Misère zu besiegen; im Gegenteil, sie besiegte ihn, und dieser Sieg der Misère über den größten Deutschen (seiner Zeit, d. Verf.) ist der beste Beweis dafür, daß sie 'von innen heraus' gar nicht zu überwinden ist.*



Friedrich Schiller

Goethe war zu universell, zu aktiver Natur, zu fleischlich, um in einer Schillerschen Flucht ins Kantsche Ideal (zu Kant Näheres in Kapitel V, d. Verf.) Rettung vor der Misère zu suchen; er war zu scharfblickend, um nicht zu sehen, wie diese Flucht sich schließlich auf die Vertauschung der platten mit der überschwenglichen Misère reduzierte. Sein Temperament, seine Kräfte, seine ganze geistige Richtung wiesen ihn aufs praktische Leben an, und das praktische Leben, das er vorfand, war miserabel. In diesem Dilemma, in einer Lebenssphäre zu existieren, die er verachten mußte, und doch an diese Sphäre als die einzige, in welcher er sich betätigen konnte, gefesselt zu sein, in diesem Dilemma hat sich Goethe fortwährend befunden, und je älter er wurde, desto mehr zog sich der gewaltige Poet, de guerre lasse (des Krieges müde, d. Verf.), hinter den unbedeutenden Weimarschen Minister zurück. Wir werfen Goethe nicht (...) vor, daß er nicht liberal war, sondern daß er zu Zeiten auch Philister sein konnte, nicht, daß er keines Enthusiasmus für deutsche Freiheit fähig war, sondern daß er einer spießbürgerlichen Scheu vor aller gegenwärtigen großen Geschichtsbewegung sein stellenweise hervorbrechendes, richtigeres ästhetisches Gefühl opferte; nicht, daß er Hofmann war, sondern daß er zur Zeit, wo ein Napoleon den großen deutschen Augiasstall ausschwemmte (siehe weiter unten, d. Verf.) die winzigsten Angelegenheiten und menus plaisirs (kleinen Vergnügungen, d. Verf.) eines der winzigsten deutschen Höflein mit feierlichem Ernst betreiben konnte. Wir machen überhaupt weder vom moralischen, noch vom Parteistandpunkte, sondern höchstens vom ästhetischen und historischen Standpunkte aus Vorwürfe; wir messen Goethe weder am moralischen, noch am politischen, noch am 'menschlichen' Maßstab. Wir können uns hier nicht dar-

*auf einlassen, Goethe im Zusammenhange mit seiner ganzen Zeit, mit seinen literarischen Vorgängern und Zeitgenossen, in seinem Entwicklungsgange und in seiner Lebensstellung darzustellen. Wir beschränken uns daher darauf, einfach das Faktum zu konstatieren.“* (MEW 4, S. 232 f.)

Wohl niemand vor und nach Goethe konnte die deutsche Sprache mit solcher Meisterschaft handhaben wie er. Sein bedeutendstes Werk ist der Faust. Typisch ist der Ausspruch der Titelfigur Faust: „Am Anfang war die Tat.“ In bewußter Abgrenzung zur Bibel, derzufolge „am Anfang“ „das Wort“ war (das wiederum mit Gott gleichgesetzt wird), preist Goethe hier die schöpferische Kraft des tätigen Menschen. Das war ein bewußtes Anknüpfen an die Ideale des bürgerlichen Humanismus der Renaissance. Vor allem die Figur des Mephistopheles, also des Teufels, trägt beißenden Spott über die gesellschaftlichen Verhältnisse vor.

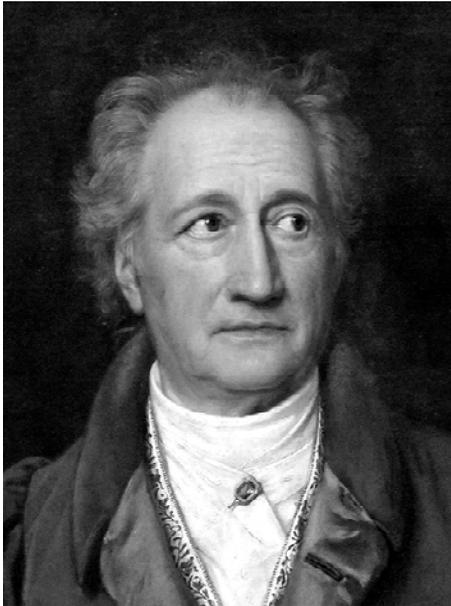
Goethe bringt im Faust einige Elemente der Dialektik zum Ausdruck, insbesondere die allseitige Wechselwirkung der Dinge und die daraus resultierende Forderung, daß das Denken nach Allseitigkeit strebe:

ZWAR ISTS MIT DER GEDANKENFABRIK  
 WIE MIT EINEM WEBERMEISTERSTÜCK,  
 WO EIN TRITT TAUSEND FÄDEN REGT,  
 DIE SCHIFFLEIN HERÜBER HINÜBER SCHIESSEN,  
 DIE FÄDEN UNGESEHEN FLIESSEN,  
 EIN SCHLAG TAUSEND VERBINDUNGEN SCHLÄGT.

Dem stellt Mephistopheles spöttisch den beschränkten metaphysischen Verstand gegenüber:

DER PHILOSOPH, DER TRITT HEREIN  
UND BEWEIST EUCH, ES MÜSST SO SEIN:  
DAS ERST WÄR SO, DAS ZWEITE SO,  
UND DRUM DAS DRITT UND VIERTE SO,  
UND WENN DAS ERST UND ZWEIT NICHT WÄR,  
DAS DRITT UND VIERT WÄR NIMMERMEHR.  
DAS PREISEN DIE SCHÜLER ALLER ORTEN,  
SIND ABER KEINE WEBER GEWORDEN.

Allerdings sucht Goethe die Einheit der Welt nicht in ihrer Materialität, sondern im „Geist“, in einem geistigen Prinzip, das „*die Welt im Innersten zusammenhält*“ (vgl. den Hegelschen Weltgeist, siehe Kapitel V). Entsprechend setzt Mephistopheles seine Kritik am metaphysischen Denken wie folgt fort:



Johann Wolfgang von Goethe

WER WILL WAS LEBENDIGS ERKENNEN UND BESCHREIBEN,  
SUCHT ERST DEN GEIST HERAUSZUTREIBEN,  
DANN HAT ER DIE TEILE IN SEINER HAND,  
FEHLT, LEIDER!, NUR DAS GEISTIGE BAND.

Der **Geist** also ist es, der die Teile zum Ganzen fügt, der den inneren Zusammenhang herstellt. Überhaupt ist Goethe über den Pantheismus (vgl. Kapitel III, Seite 37 - 39) nicht hinausgekommen, sondern er war ausgesprochener Pantheist. Besonders deutlich wird dies in folgendem Dialog zwischen Faust und Gretchen, wobei Fausts Stellungnahme sicherlich die innersten Überzeugungen Goethes ausdrückt:

MARGARETE: GLAUBST DU AN GOTT?  
FAUST: MEIN LIEBCHEN, WER DARF SAGEN:  
    ICH GLAUB AN GOTT!  
    MAGST PRIESTER ODER WEISE FRAGEN,  
    UND IHRE ANTWORT SCHEINT NUR SPOTT  
    ÜBER DEN FRAGER ZU SEIN.  
MARGARETE: SO GLAUBST DU NICHT?  
FAUST: MISSHÖR MICH NICHT, DU HOLDES ANGESICHT!  
    WER DARF IHN NENNEN?  
    UND WER BEKENNEN:  
    ICH GLAUB IHN?  
    WER EMPFINDEN  
    UND SICH UNTERWINDEN  
    ZU SAGEN: ICH GLAUB IHN NICHT?  
    DER ALLUMFASSER,  
    DER ALLERHALTER,  
    FASST UND ERHÄLT ER NICHT  
    DICH, MICH, SICH SELBST?  
WÖLBT SICH DER HIMMEL NICHT DADROBEN?

LIEGT DIE ERDE NICHT HIERUNTEN FEST?  
 UND STEIGEN FREUNDLICH BLINKEND  
 EWIGE STERNE NICHT HERAUF?  
 SCHAU ICH NICHT AUG IN AUG DIR,  
 UND DRÄNGT NICHT ALLES  
 NACH HAUPT UND HERZEN DIR  
 UND WEBT IN EWIGEM GEHEIMNIS  
 UNSICHTBAR SICHTBAR NEBEN DIR?  
 ERFÜLL DAVON DEIN HERZ, SO GROSS ES IST,  
 UND WENN DU GANZ IN DEM GEFÜHLE SELIG BIST,  
 NENN ES DANN, WIE DU WILLST,  
 NENNS GLÜCK! HERZ! LIEBE! GOTT!  
 ICH HABE KEINEN NAMEN  
 DAFÜR! GEFÜHL IST ALLES;  
 NAME IST SCHALL UND RAUCH,  
 UMNEBELND HIMMELSGLUT.  
 MARGARETE: DAS IST ALLES RECHT SCHÖN UND GUT;  
 UNGEFÄHR DAS SAGT DER PFARRER AUCH,  
 NUR MIT EIN BISSCHEN ANDERN WORTEN.

Sicherlich enthält die letzte Aussage Gretchens eine gewisse Selbstironie Goethes, Ironie darüber, daß sein Glaube an ein geistiges Prinzip, das die Welt lenkt, ihn in gewisser Weise mit den ihm verhaßten Pfaffen verbindet. Diese Selbstironie ändert aber nichts daran, daß dieser Glaube die Überzeugung Goethes war. Insoweit ist Goethe keinen Schritt weiter als Münzer 300 Jahre zuvor, sondern fällt eher hinter ihn zurück. Sehr viel deutlicher als bei Goethe spitzt sich bei Münzer die Anerkennung eines Restes an „göttlichem Prinzip“ auf die Forderung zu, der Mensch solle die Verhältnisse nach seinen Bedürfnissen einrichten. Doch kein Wunder: Münzer stand an der Spitze einer Bewegung, die die Machtfrage politisch und militä-

risch unmittelbar aufwarf, während Goethe weitgehend auf einen Kampf im Reich des Geistes zurückgeworfen war.

Wir haben als Beispiel für die bürgerliche Kultur hier nur die Literatur betrachtet, doch auch in anderen Bereichen brachte das aufstrebende, wenngleich in seiner politischen und ökonomischen Entwicklung gehemmte deutsche Bürgertum eine fortschrittliche Kultur hervor. Im Bereich der Musik sei hier nur Beethoven genannt, dessen 3. Sinfonie, die „Eroica“, die „heroische“ französische Revolution preist. Beethoven hatte sie ursprünglich „Sinfonie Bonaparte“ genannt, da er Napoleon Bonaparte für einen Revolutionär gehalten hatte; als er erfuhr, daß Napoleon sich zum Kaiser hatte krönen lassen, zerriß er wütend das Titelblatt und nannte sie in „Sinfonie eroica“ um.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entwickelte sich eine bürgerliche Baukunst, die an den Bauten der Renaissance und besonders an der Baukunst des Altertums anknüpfte. Da zum Bauen aber immer beträchtliche Mittel gehören, waren auch jetzt vor allem die Fürsten Auftraggeber der Baumeister. In Berlin entstand um 1790 das Brandenburger Tor von Langhans.

Das bedeutende Gebiet der Philosophie streifen wir hier nicht, da wir es in Kapitel V gesondert behandeln.

Die Ideale des Humanismus können in der bürgerlichen Gesellschaft nicht verwirklicht werden, insbesondere nicht das Ideal des schöpferisch tätigen, allseitig entwickelten Menschen. Dies wurde mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft immer deutlicher und zeigt sich heute sehr klar. Auch die Freiheitsideale der einst fortschrittlichen Bourgeoisie werden von den heutigen Monopolen, für die Herrschaftstreben charakteristisch ist, mit Füßen getreten. Der Angriff der damaligen bürgerlichen Kultur auf feudale Unfreiheit hält daher der heutigen Bourgeoisie den Spiegel vor. Aus diesen Gründen kann die Bourgeoisie allenfalls nur noch höchst formal am Erbe ihres fortschrittlichen Kulturguts festhalten, während ihre heutigen Bestrebungen dieses Erbe mit Füßen treten. Sobald dieses Erbe ernst genommen wird, richtet es sich *gegen die heutige Bourgeoisie*. Die revolutionäre Arbeiterklasse hat daher die Aufgabe, dieses Kulturgut ihrerseits als Erbe zu übernehmen. Sie muß aufzeigen, daß die Ideale dieses Kulturguts mit der bürgerlichen Gesellschaft unvereinbar sind und nur verwirklicht werden können, wenn die Arbeiterklasse die Leitung der Gesellschaft übernimmt. Natürlich beschränken sich die kulturellen Aufgaben der revolutionären Arbeiterklasse nicht hierauf, sondern sie muß ihre eigenen kulturellen Klassentraditionen pflegen und insbesondere Neues entwickeln. Doch wenn das Erbe der fortschrittlichen bürgerlichen Kultur in dem soeben beschriebenen Sinne aufgenommen wird, dann liegt auch hierin eine nicht zu unterschätzende revolutionäre Sprengkraft.

## ABSOLUTISMUS IN ÖSTERREICH



Maria Theresia

Wir haben in Kapitel III gesehen, daß die Stellung des Kaisers außerordentlich schwach war. Als der Habsburger Karl VI. 1740 starb und seine Tochter Maria Theresia die Regierung antrat, verbündeten sich Frankreich, Spanien und Bayern, um dem Herrscherhaus der Habsburger die Kaiserkrone zu entreißen, den Kurfürsten von Bayern als deutschen Kaiser einzusetzen und Österreich aufzuteilen. Zudem nutzte der Preußenkönig Friedrich II. die

bedrängte Lage Maria Theresias, um Schlesien zu rauben. Maria Theresia verzichtete zunächst auf Schlesien, um österreichische Truppen für den Kampf gegen die anderen Feinde frei zu haben. Sie besiegte die Gegner und wurde deutsche Kaiserin.

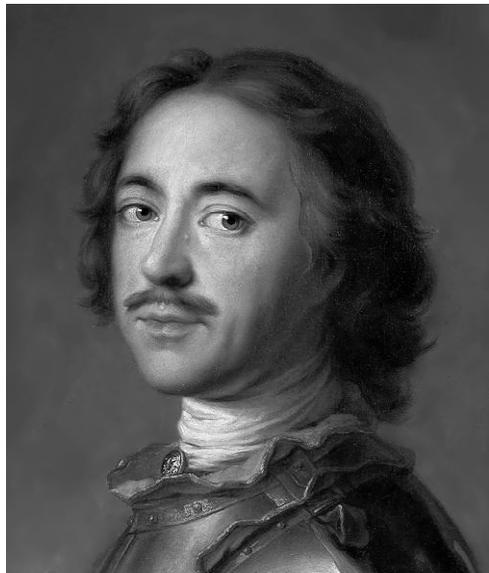
Maria Theresia begann, die Rechte des Adels einzuschränken. So führte sie eine Kopfsteuer ein, die alle Bewohner Österreichs - auch die Adligen und Pfaffen - zahlen mußten. Die Zahl der Frontage wurde auf 3 bis 4 pro Woche beschränkt.

Maria Theresias Sohn Joseph II., der von 1765 an mit seiner Mutter gemeinsam die Regierungsgeschäfte führte, setzte nach ihrem Tod die Reformen noch entschiedener fort. Er hob 1781 die Leibeigenschaft auf. Die Bauern konnten nun ohne die Erlaubnis ihres Herrn wegziehen, ein Handwerk erlernen oder heiraten. Auch die Gerichtsgewalt wurde den Adligen genommen. Weiter schränkte Joseph die Rechte der katholischen Kirche ein. Die meisten Reformen Josephs scheiterten jedoch bereits zu seinen Lebzeiten oder wurden nach seinem Tod von seinem Nachfolger aufgehoben. Die Bestrebungen Josephs, Österreich zu einem einheitlichen Staat zu machen, scheiterten vor allem deshalb, weil er das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen mißachtete. Ein Land, das andere Länder unterdrückt, kann in seinem Innern keine freiheitlichen Bestrebungen verwirklichen.

## ABSOLUTISMUS IN RUSSLAND

Im 15. Jahrhundert hatte sich Rußland vom Joch der Mongolen befreit. Die Zaren Iwan III. (1462 - 1505) und Iwan IV. (1553 - 1584) unterwarfen die russischen Fürsten und errichteten die Selbstherrschaft der russischen Zaren. Zwei politische Elemente spielten bei der Errichtung des russischen Absolutismus eine entscheidende Rolle: Das nationale Element, die Befreiung von nationaler Unterjochung, und der Kampf des Monarchen gegen den hohen Adel, insbesondere gegen das reaktionäre Adelsgeschlecht der Bojaren. Der Kampf von historisch fortschrittlichen Zaren, beginnend mit Iwan 'dem Schrecklichen', gegen die Bojaren zog sich lange Zeit hin.

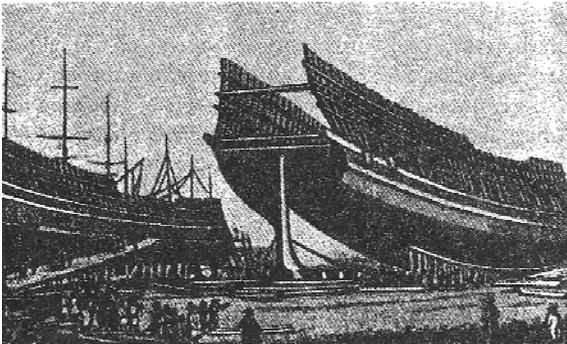
Zar Peter I. (1689 - 1725) versuchte, die Rückständigkeit Rußlands zu überwinden. Er erkannte, daß Rußland dazu von den Erfahrungen der fortgeschritteneren



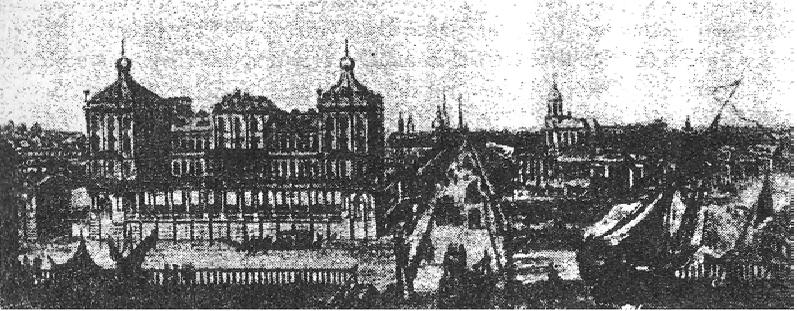
Peter I.

Länder Westeuropas lernen mußte. Zu Beginn seiner Regierungszeit begleitete er als Unteroffizier verkleidet eine russische Gesandtschaft ins Ausland, um das Leben Westeuropas kennenzulernen. In Holland arbeitete er auf einer Schiffswerft, um den Schiffbau kennenzulernen - für einen Monarchen eine höchst revolutionäre und sensationelle Tat (vgl. Lortzings Oper „Zar und Zimmermann“). Diese energische Tatkraft zeichnete ihn während seiner ganzen Regierungszeit aus. Er ließ Manufakturen errichten, den Bau von großen Kanälen beginnen und Schiffswerften anlegen. Er verbesserte die Verwaltung Rußlands. Die Reformen Peters I. brachten dem russischen Bürgertum großen Nutzen, doch die Not der leibeigenen Bauern vergrößerte sich immer mehr, und es kam wiederholt zu Bauernaufständen, die grausam niedergeschlagen wurden. Am Ufer der Newa ließ Peter I. Petersburg bauen. Über 10.000 leibeigene Bauern wurden zusammengetrieben und mußten, im Sumpfboden bis über die Knie im Wasser stehend, arbeiten. Tausende wurden krank und starben. Petersburg wurde zu einem bedeutenden Handelszentrum.

Die Reformen Peters I. machten Rußland zu einem mächtigen Staat, aber es konnte ihm nicht gelingen, die



Schiffswerft zur Zeit Peters I.



Petersburg mit dem Neuen Palais und dem Newskipropekt im 18. Jh.

Rückständigkeit Rußlands gegenüber den westlichen Staaten Europas zu beseitigen.

Unter der Regierung Katharinas II. (1762 - 1796) begann die Dekadenzperiode des Zarentums. Die Rechte der Adligen wurden wieder erheblich erweitert und die Leibeigenschaft noch mehr ausgedehnt. Die Leibeigenen konnten nun von den Adligen wie Sklaven verkauft werden. Für ein leibeigenes Bauernmädchen zahlte man zehn Rubel, für Windhunde aber hunderte und tausende Rubel. In der Zeitung wurden Leibeigene neben Pferden, Schweinen und Schafen angeboten. Wichtige Erfindungen wurden nicht ausgewertet, so z.B. die Erfindung der Dampfmaschine, die der Russe Polesunow 21 Jahre vor dem Engländer James Watt machte.

## DER SOZIALE INHALT DES ABSOLUTISMUS

Ist der Staat „in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse“, so kommen „ausnahmsweise indes (...) Perioden vor, wo die kämpfenden Klassen einander so nahe das Gleichgewicht halten, daß die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält. So die absolute Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, die Adel und Bürgertum gegeneinander balanciert (...)“ (Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 166 f.; oder AW VI, S. 190)

„Wenn also der Absolutismus seine Macht aus der Gleichgewichtslage der Kräfte der beiden damaligen Großklassen schöpft, so ist damit zugleich auch die doppelte **Schranke** gegeben, zwischen die der absolute Monarch unerbittlich eingeschlossen ist. Wirklich 'absolut' ist der Fürst nur dem gewöhnlichen Untertanen gegenüber, dem Angehörigen der Unterklassen, dem Bauern, dem Kleinbürger, dem Lohnarbeiter. Auf den Adel und auf die Bourgeoisie dagegen gilt es, noch und schon, eine gewisse Rücksicht zu nehmen.

Dabei überwiegt freilich die dem Adel gegenüber genommene Rücksicht diejenige gegen das aufsteigende Bürgertum in der krassesten Weise. Während nämlich der Fürst die feudale Klasse mit tausend Mitteln, als Hofleute, als Beamte, als Offiziere an seinen Thron fesselt, öffnet er dem Bourgeois nur zögernd und widerwillig seine prunkenden Räume. Soweit er aber den Bürger notgedrungen ermaßen in seine Gesellschaft einbeziehen

*muß, tut er das zumeist in der für das bürgerliche Klassenbewußtsein nicht eben sehr schmeichelhaften Form der Erhebung in den Adel, also der Entbürgerlichung. Die Quittung für diese mangelhafte Anpassungsfähigkeit des Absolutismus ist dann die bürgerliche Revolution.“*

(Wittfogel, S. 293 f., Hervorhebung von Wittfogel)

Diese Quittung reift durch das ökonomische Erstarren des Bürgertums heran, ein Erstarren, das der absolute Monarch in Verfolgung seiner eigenen Interessen „treibhausmäßig“ (Marx) zu fördern gezwungen ist, namentlich durch die Wirtschaftspolitik des Merkantilismus.

# DIE ENGLISCHE BÜRGERLICHE REVOLUTION

In Kapitel III S. 58 ff. haben wir gesehen, wie das englische Bürgertum insbesondere durch die Produktion und Ausfuhr von Wollgeweben erstarkte. Das englische Königtum unterstützte diese Entwicklung ganz entscheidend durch die Vertreibung der Bauern von ihrem Land und die Blutgesetzgebung gegen die Vertriebenen, wodurch das Bürgertum einerseits Weiden für die Schafzucht gewann, ihm andererseits eine Zufuhr an billiger Arbeitskraft garantiert wurde, indem die enteigneten Bauern und nunmehrigen Landstreicher in die moderne Arbeitsdisziplin der Manufakturen hineingefoltert wurden. Man erinnere sich an das oben angeführte Marx-Zitat über die Gewalt als Geburtshelfer einer alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Diese Gewalt, hier vom absoluten Monarchen ausgeübt, sollte sich letztendlich gegen ihn selbst richten.

Auch Seehandel und Sklavenhandel trugen entscheidend zum Erstarken des englischen Bürgertums bei. Beides wurde von der absoluten Monarchin Elisabeth I. (1558 - 1603) energisch gefördert. Beispielsweise schädigte die Vernichtung der spanischen Flotte, der Armada, im Jahre 1588 Spanien, den gefährlichsten Konkurrenten Englands im Seehandel, beträchtlich. Seehandel war damals in hohem Maße Seeraub (siehe z.B. Sir Francis Drake als Pirat Ihrer Majestät, der Königin von England), und auch der Handel mit den Kolonien wurde mit grausamsten Mitteln betrieben. Die Bevölkerung in den Kolonien wurde ausgeplündert, betrogen, erschossen, ihre Waren einfach geraubt. Besonders gewinnbringend erwies sich für England

der im Jahre 1562 von John Hawkins mit Unterstützung Elisabeths begonnene Sklavenhandel. Von der Westküste Afrikas trieb man die Einwohner ganzer Dörfer auf Schiffe und verkaufte sie als billige Arbeitskräfte für viel Geld an die Plantagenbesitzer auf den Westindischen Inseln. Durch den Seehandel gewann das Bürgertum erheblich an Reichtum und Einfluß.

Die Politik der absoluten Monarchen brachte mit der Stärkung des Bürgertums die Kraft hervor, die den Absolutismus letztlich hinwegfegen mußte.

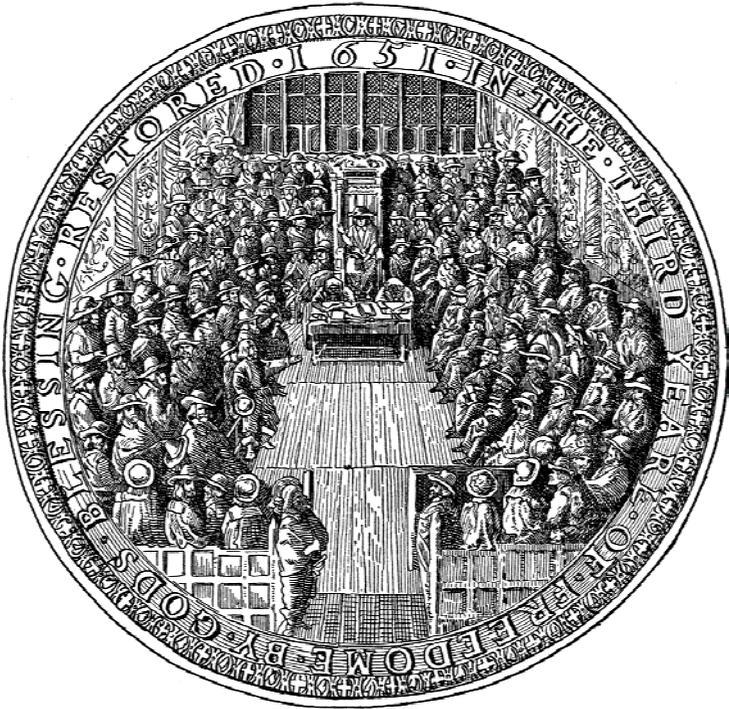
Zu Beginn des 17. Jahrhunderts war das englische Bürgertum so stark geworden, daß es den Schutz durch ein starkes Königtum nicht mehr brauchte. Die entscheidende ideologische Waffe des sich vom König politisch emanzipierenden Bürgertums war der Calvinismus. Die englischen Calvinisten nannten sich Puritaner. Das kommt vom lateinischen purus = rein; sie wollten die anglikanische und katholische Kirche vom Einfluß des Königs und des Adels reinigen. Die hohen Geistlichen der anglikanischen Kirche wurden damals vom König, der zugleich Kirchenoberhaupt war und bis heute noch ist, eingesetzt. Die Puritaner aber verlangten eine Kirchenordnung, wie sie Calvin im 16. Jahrhundert in Genf eingeführt hatte (vgl. Kapitel III, S. 51 f.).

In England existierte damals bereits ein Parlament, in dem Adel und Bürgertum vertreten waren. Ohne Zustimmung des Parlaments durfte der König keine neuen Steuern erheben. König Karl I., der 1625 den Thron bestieg, begann seine Herrschaft mit der Erhebung ungesetzmäßiger Steuern und mit willkürlichen Verhaftungen. 1628 zwang ihn das Parlament, eine Erklärung („Petition of Rights“) zu unterschreiben, in der er sich verpflichtete, Steuern nur mit Genehmigung des Parlaments zu erheben

und Verhaftungen nur auf Grund gesetzlicher Bestimmungen vornehmen zu lassen. Der König hielt sich nicht daran. Er löste das Parlament auf und regierte zehn Jahre lang mit Terror. Am meisten unterstützte ihn dabei der Erzbischof von Canterbury, Laud, der gegen die Puritaner vorgeing, sie auspeitschen, mit glühenden Eisen brennen, ihnen Nasen, Ohren oder Zungen abschneiden ließ. Diese Terrorherrschaft war aber kein Ausdruck der Stärke, sondern vielmehr Ausdruck der Schwäche des Königs. 1642 war die Stellung Karls in London so unsicher, daß er sich nach Nordengland begab, wo er seine meisten Anhänger hatte.

1642 begann der offene Krieg zwischen König und Parlament. Das Parlamentsheer bestand aus ungeübten Leuten. Seine aus Adligen zusammengesetzte Führung wagte keine entscheidenden Schläge und wünschte auch keine wirkliche Niederlage des Königs. Das änderte sich erst, als Bauern, Handwerker und Arbeiter in das Heer eintraten. Kern dieser Truppen war die von Oliver Cromwell geführte Reiterei, die „Eisenseiten“. Cromwell war Sohn eines Gutsbesitzers und seit 1640 Mitglied des Parlaments. Er wurde nun zum Organisator des Parlamentsheeres und führte dort eine strenge Ordnung ein. 1645 wurde das Heer des Königs entscheidend geschlagen. Den Siegern fiel ein Briefwechsel in die Hand, aus dem hervorging, daß Karl Frankreich um Hilfe gerufen und damit Landesverrat begangen hatte. Karl floh nach Schottland, die Schotten aber lieferten ihn für 400.000 Pfund dem englischen Parlament aus.

Güter des Königs und seiner Anhänger sowie bischöfliche Ländereien wurden beschlagnahmt und an reiche Bürger oder Adlige verkauft. Das Bürgertum wollte nun die Revolution beenden. Doch die Bauern und die



Sitzung des englischen Parlaments

proletarischen Schichten der Städte gaben sich damit nicht zufrieden. Ihre Lage war in gewisser Hinsicht noch schlechter geworden, da das Parlament Mehl, Salz und andere Lebensmittel mit indirekten Steuern belegte. Es entstand die Bewegung der Levellers (Gleichmacher), die von John Lilburne geführt wurde.

John Lilburne hatte bereits im Alter von 20 Jahren Flugschriften verbreitet, die sich gegen das Terrorregime des Königs und des Erzbischofs Laud richteten. Deshalb mußte er im Jahre 1636 nach Holland fliehen. Als er ein Jahr später nach England zurückkehrte, wurde er



Oliver Cromwell

verhaftet. Da er sich weigerte, sich schuldig zu bekennen, verurteilte man ihn zu verschärfter Kerkerhaft und öffentlicher Auspeitschung. Auf dem halbstündigen Marsch vom Gefängnis zu dem Platz, wo der Prangerpfahl stand, sauste die dreistrännige Peitsche auf den entblößten Rücken John Lilburnes nieder. In glühender Mittagshitze mußte er in gebückter Haltung mit eingezwängtem Kopf mehrere Stunden stehen. Als er zum Volk über die Ungesetzlichkeit des Verfahrens sprach, wurde ihm ein Knebel in den Mund gesteckt. Mit Ketten an den Händen und Füßen brachten ihn die Folterknechte in den für die niedrigsten und gemeinsten Verbrecher bestimmten Teil des Gefängnisses. In einer schmutzigen und stinkenden Einzelzelle wurde er über zwei Jahre in Einzelhaft gehalten. Erst die Revolution befreite ihn aus dem Gefängnis. (Geschichte III, S. 17)

Die Levellers forderten Abschaffung des Königtums, Landverteilung an die Bauern und das allgemeine Wahlrecht, allerdings nicht für Handwerksgesellen und Arbeiter. Ein großer Teil des Heeres schloß sich den Levellers an. Die reichen Bürger, Bankiers und Großkaufleute, die

die Mehrheit des Parlaments kontrollierten, versuchten nun, das Heer aufzulösen, die Truppen weigerten sich aber, auseinanderzugehen. Cromwell versuchte, das Parlament zum Einlenken zu bringen, verhandelte aber vergeblich. Um die Soldaten, die den armen Volksschichten angehörten, nicht zu mächtig werden zu lassen, bildete er einen Armeerat, der aus den Generälen, Obersten und den gewählten Vertretern der niederen Offiziere und der Mannschaften bestand. 1648 besetzte das Heer London und übte nun die politische Macht aus.

Karl I. floh aus der Haft, wurde aber gefangengenommen und am 30. Januar 1649 vor seinem Palast hingerichtet. Die Hinrichtung des Königs, eines absoluten Monarchen, war damals ein ungeheurerlicher und epochemachender Vorgang.



John Lilburne

**Heinrich Heine:****Karl I.**

IM WALD, IN DER KÖHLERHÜTTE, SITZT  
 TRÜBSINNIC ALLEIN DER KÖNIG;  
 ER SITZT AN DER WIEGE DES KÖHLERKINDS  
 UND WIEGT UND SINGT EINTÖNIG:

EIAPOPEIA, WAS RASCHELT IM STROH?  
 ES BLÖKEN IM STALLE DIE SCHAFE -  
 DU TRÄGST DAS ZEICHEN AN DER STIRN  
 UND LÄCHELST SO FURCHTBAR IM SCHLAFE.

EIAPOPEIA, DAS KÄTZCHEN IST TOT -  
 DU TRÄGST AUF DER STIRNE DAS ZEICHEN -  
 DU WIRST EIN MANN UND SCHWINGST DAS BEIL,  
 SCHON ZITTERN IM WALDE DIE EICHEN.

DER ALTE KÖHLERGLAUBE VERSCHWAND,  
 ES GLAUBEN DIE KÖHLERKINDER -  
 EIAPOPEIA - NICHT MEHR AN GOTT,  
 UND AN DEN KÖNIG NOCH MINDER.

DAS KÄTZCHEN IST TOT, DIE MÄUSCHEN SIND FROH -  
 WIR MÜSSEN ZUSCHANDEN WERDEN -  
 EIAPOPEIA - IM HIMMEL DER GOTT  
 UND ICH, DER KÖNIG AUF ERDEN.

MEIN MUT ERLISCHT, MEIN HERZ IST KRANK,  
 UND TÄGLICH WIRD ES KRÄNKER -  
 EIAPOPEIA - DU KÖHLERKIND,  
 ICH WEISS ES, DU BIST MEIN HENKER.

MEIN TODESGESANG IST DEIN WIEGENLIED -  
EIAPOPEIA - DIE GREISEN  
HAARLOCKEN SCHNEIDEST DU AB ZUVOR -  
IM NACKEN KLIRRT MIR DAS EISEN.

EIAPOPEIA, WAS RASCHELT IM STROH?  
DU HAST DAS REICH ERWORBEN,  
UND SCHLÄGST MIR DAS HAUPT VOM RUMPF HERAB -  
DAS KÄTZCHEN IST GESTORBEN.

EIAPOPEIA, WAS RASCHELT IM STROH?  
ES BLÖKEN IM STALLE DIE SCHAFE.  
DAS KÄTZCHEN IST TOT, DIE MÄUSCHEN SIND FROH -  
SCHLAFE, MEIN HENKERCHEN, SCHLAFE!

England wurde Republik. Es wurde von Beauftragten des Parlaments regiert. Die reale Macht hatte Cromwell, der sich auf das Heer stützte.

Zwar war „das Köhlerkind“, das in Heines Gedicht die arbeitenden Klassen symbolisiert, durchaus diejenige soziale Kraft, die das Beil geführt hatte, und auch Heines dichterische Vision, daß „das Köhlerkind das Reich erwerben“ würde, ist historisch durchaus richtig, wenn auch bis heute nicht verwirklicht. Zunächst aber hatte das Bürgertum „das Reich erworben“, während „das Köhlerkind“ noch mehr hungern mußte als vor der Revolution. Die wirtschaftliche Lage der armen Bevölkerung wurde nämlich immer unerträglicher. Die Wirtschaft war durch den Bürgerkrieg zerrüttet, die Steuern waren während der Kriegszeit erhöht worden. Nun verpachtete das Parlament das Recht, Steuern einzutreiben, an reiche Kapitalisten, die daran viel verdienten.

Die revolutionäre Erregung im Volk und der Einfluß der Levellers nahmen zu. Die Levellers wandten sich gegen die Ausbeutung der Armen und griffen Cromwell an. Da sie aber den besitzlosen Lohnarbeitern kein Wahlrecht zugestehen wollten, spaltete sich die Bewegung. Die Besitzlosen nannten sich die „wahren Levellers“ oder „Diggers“ (die Grabenden). Sie forderten, jeder solle ein gleich großes Stück Land erhalten und alle sollten arbeiten. Sie besetzten eigenmächtig un bebauten Boden und gruben ihn um.

Die entwicklungsbedingt noch sehr schwache Stellung der Keime der englischen Arbeiterklasse zeigt sich besonders deutlich darin, daß von **allen** politischen Strömungen die Bürgerrechte - insbesondere das Wahlrecht - mit Privateigentum verbunden wurden. Eben auch von den Diggers, der radikalsten Strömung, die in gewisser Weise proletarische Interessen vertrat. Sie taten es aber auf kleinbürgerliche Weise: Die Besitzlosen sollten **auf die Weise** das Wahlrecht erlangen, daß jeder ein kleines Stück Land erhielt. Die Bewegung war noch lange nicht so weit gediehen, daß die Proletarier eine Partei bilden konnten, die selbstbewußt proletarische Interessen vertrat, ohne sich ideologisch ans Privateigentum zu binden.

Winstanley, der Führer der Diggers, sprach die Hoffnung aus, Cromwell werde das Land dem Volk geben. Hierin täuschte er sich, denn Cromwell als Vertreter der Bourgeoisie ließ die Diggers auseinanderjagen, ohne daß diese Widerstand leisteten. Die Zerschlagung der Bewegung der Diggers zeigt, was unterdrückte Klassen zu erwarten haben, wenn sie auf eine über den Klassen stehende Menschlichkeit setzen. In puncto Tatkraft, Entschlossenheit und Klassenstandpunkt hätten sie von Cromwell, dem Führer des Bürgertums, lernen können. Allerdings

waren die Mängel der Diggers historisch bedingt und beruhten nicht etwa auf Verrat ihrer Führer.

Nachdem Cromwell mit den Levellers und Diggers fertig geworden war, unternahm er eine ungeheuer grausame Strafexpedition gegen Irland, das den englischen Bürgerkrieg genutzt hatte, um sich für unabhängig zu erklären. So wurde bei der Einnahme der Stadt Drogheda, die längere Zeit Widerstand geleistet hatte, die gesamte Bevölkerung abgeschlachtet, Männer, Frauen und Kinder.

In den folgenden Jahrhunderten unterdrückte die englische Bourgeoisie die Iren aufs grausamste, plünderte sie Irland so gründlich aus, daß die fruchtbare Insel zu einem der Armenhäuser Europas wurde und die Bevölkerung rapide abnahm. Die Engländer „*beanspruchen göttliches Recht, die Iren auf ihrer Heimat Erde zu bekämpfen, während jeder Ire, der gegen die britische Regierung in England kämpft, als Geächteter zu behandeln ist.*“ (Marx, MEW 16, S. 439) Ganze Grafschaften Irlands wurden entvölkert, ihre Bewohner in andere Gegenden versetzt, Iren als Sklaven nach den Westindischen Inseln verkauft. Gewaltsam wurde versucht, den Iren die anglikanische Religion aufzuzwingen. Es gab Gesetze, wonach Katholiken zu enteignen waren und ihr Eigentum Protestanten zuflöß. „*Die katholische Religion zu lehren, war ein schweres, mit Deportation zu bestrafendes Verbrechen(...). Ein katholischer Erzbischof zu sein, bedeutete Verbannung, Rückkehr aus der Verbannung Hochverrat; er wurde erhängt, bei lebendigem Leibe ausgeweidet* (d.h. die Eingeweide wurden ihm herausgerissen, d. Verf.) *und danach gevierteilt.*“ (Marx, MEW 16, S. 448 f.) Die englische Bourgeoisie erreichte mit derart grausamer Unterdrückung des Katholizismus jedoch nur, daß der Katholizismus zur Volksreligion wurde und im Bewußtsein der Masse der Iren untrennbar mit dem Kampf gegen die verhaßten Besatzer verbunden wurde.

1654 erließ das englische Parlament die Navigationsakte, das Schiffahrtsgesetz. Danach durften ausländische Waren nur auf englischen Schiffen oder auf Schiffen des Exporteurlandes nach England gebracht werden. Das richtete sich vor allem gegen Holland, welches damals die größte Handelsflotte der Welt besaß. Holland wurde in ei-

nem erbitterten Seekrieg geschlagen und mußte die Navigationsakte anerkennen. Damit war der Aufstieg Englands zur führenden Weltmacht gesichert.

Nach dem Tode Cromwells im Jahre 1658 glaubte das englische Bürgertum, die zur Eroberung eines Weltreichs erforderliche starke Staatsgewalt nur durch Wiederherstellung der Monarchie schaffen zu können. Das Parlament sollte aber wesentliche Rechte behalten. Jakob II. versuchte, die absolute Königsmacht wiederherzustellen. Zu diesem Zweck verbündete er sich mit Frankreich und bereitete die Wiedereinführung des Katholizismus vor. Doch Adel, Geistlichkeit und Bürgertum waren daran nicht interessiert. Sie setzten Jakob ab und machten seinen Schwiegersohn, Wilhelm von Oranien, zum König. Jakob floh nach Frankreich. Dem König wurde das Recht entzogen, Gesetze außer Kraft zu setzen. Das Parlament hatte die Steuerhoheit und kontrollierte das Heer. Dem König war es zwar gestattet, Minister zu ernennen, doch diese waren nicht ihm, sondern dem Parlament verantwortlich.

Damit war die Herrschaft der kapitalistischen Grundbesitzer und der großen Handelsherren im Staate gesichert.

## DER AMERIKANISCHE UNABHÄNGIGKEITSKRIEG

Im 16. und vor allem im 17. Jahrhundert waren an der Ostküste Nordamerikas englische Kolonien entstanden. 1620 landete das Schiff Mayflower mit 41 puritanischen Familien aus England an der Küste von Massachusetts. Insbesondere während der Willkürherrschaft Karls I. kamen immer mehr Engländer an, die in England wegen ihrer politischen und religiösen Haltung verfolgt wurden.

Die Einwanderer drängten die Indianer immer mehr zurück und rotteten sie im 19. Jahrhundert fast völlig aus. Durch die Kolonisation Nordamerikas entstand eine bürgerliche Gesellschaft auf ihrer eigenen Grundlage, also ohne feudale Erblasten. Im Norden der Kolonien waren bäuerlicher Besitz und Gewerbe vorherrschend, im Süden Großgrundbesitz und Plantagenanbau. Der Puritanismus war eine günstige ideologische Grundlage für die Errichtung einer bürgerlichen Gesellschaft. So erklärt sich der günstige Boden für das in Amerika bis heute blühende protestantische Sektenwesen: Bigotte Frömmerei und moralisierende Enthaltensamkeit fungierten in klassischer calvinistischer Manier als psychische Akkumulationsquelle des Kapitals (vgl. Kapitel III, S. 51 ff.). Diese Zustände, die verquere Menschen produzieren, wurden z.B. von Mark Twain (z.B. Tom Sawyer, Huckleberry Finn) scharf aufs Korn genommen.

Seehandel und Gewerbe entwickelten sich stark, wurden aber zunächst vom englischen Mutterland sehr eingeschränkt. So sah die Navigationsakte vor, daß der Handel mit den Kolonien nur auf englischen Schiffen durchgeführt werden durfte. Als 1763 Kanada englischer Besitz

wurde, legte England den Kolonien einseitig Steuern auf und erhob Zölle. Ein besonderer Trick der Engländer: Sie lieferten Tee, der mäßig besteuert wurde und trotz der Steuer billiger war als der holländische. Damit sollten die Kolonisten dazu gebracht werden, die Steuerhoheit Englands faktisch anzuerkennen. Die aufgebrachte Bevölkerung weigerte sich aber, die Steuern zu zahlen. In Boston wurde ein englisches Schiff gestürmt, und die Teeballen wurden ins Meer geworfen („Boston tea party“). Steuerbeamte wurden geteert und gefedert. Darauf blockierte England den Hafen von Boston und errichtete im Staate Massachusetts eine Militärregierung.

Der Grund für die Zuspitzung der Lage: England führte damals jährlich für 16 Millionen Pfund Sterling Waren aus, von denen die amerikanischen Kolonisten bislang über ein Drittel gekauft hatten; nun aber waren die hohen Gewinne der englischen Bourgeoisie aus dem Export nach Nordamerika durch das Erstarken der Kolonien und durch deren widerspenstige Haltung bedroht. 1775 begann der Krieg. 1776 sagten sich die Kolonien von England los und erklärten sich zu freien und unabhängigen Staaten. Die amerikanischen Bürger brauchten Freiheit für den Aufbau einer eigenen Industrie und eines eigenen Handels. Sie proklamierten die Menschenrechte. Diese Menschenrechte trugen eindeutig bürgerlichen Charakter. Selbstverständlich dachten die Bürger nicht daran, die Gleichberechtigung auch auf die Lohnarbeiter und Handwerksgesellen oder gar auf die Neger und Indianer auszudehnen, aber auch nicht auf die Frauen ihrer eigenen Klasse.

Die Amerikaner unter Führung von George Washington siegten. Ausschlaggebend war letztlich, daß sie für Freiheit und Unabhängigkeit kämpften und Söldnern gegenüberstanden, die widerwillig nach Amerika gekommen



Teeren und Federn eines Zollbeamten

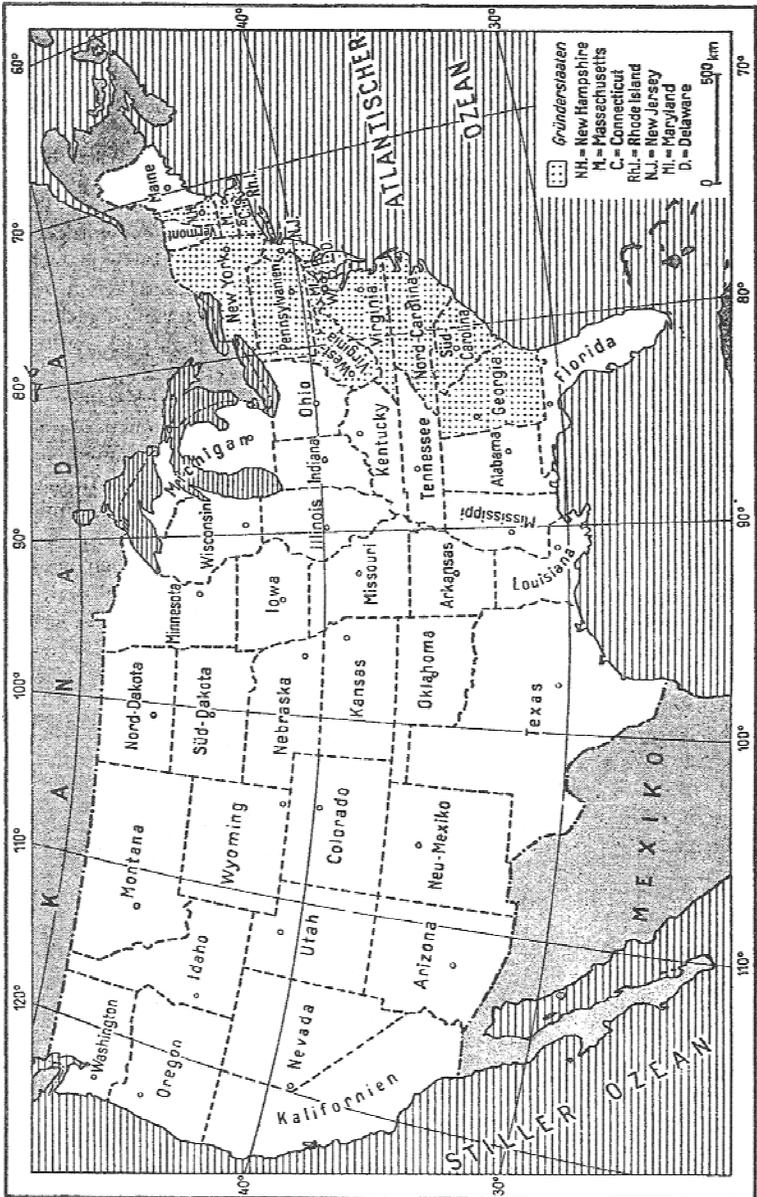
waren und nur durch barbarischen Zwang zusammengehalten werden konnten.

1787 trat eine einheitliche nordamerikanische Verfassung in Kraft. Nur besitzende Bürger männlichen Geschlechts hatten das Wahlrecht. Die Frauen erkämpften das Wahlrecht erst 1920.

Mit dem Sieg im Unabhängigkeitskrieg war die Bahn für eine ungehemmte kapitalistische Entwicklung frei. Zugleich hatte die Konstituierung der bürgerlichen Ordnung in den USA bedeutende Rückwirkungen auf Europa. Im Vorwort zum Kapital sagte Marx, daß „*der amerikanische Unabhängigkeitskrieg des 18. Jahrhunderts die Sturmglöcke für die europäische Mittelklasse läutete*“ (MEW 23, S. 15). Insbesondere gab der Unabhängigkeitskrieg der bürgerlichen Revolution in Frankreich, die ja bereits zwei Jahre nach Inkrafttreten der amerikanischen Verfassung begann, einen wichtigen Anstoß.



Erste Ansicht von Neu-Amsterdam, der späteren Stadt New York



Die Staaten der USA

# DIE FRANZÖSISCHE BÜRGERLICHE REVOLUTION

## DIE KLASSEN



Bedrückung der Bauern durch die privilegierten Stände

Um 1780 hatte Frankreich etwa 25 Millionen Einwohner. Mindestens 92 % der Bevölkerung lebten auf dem Lande. Großstädte gab es nicht viele - Paris mit einer Bevölkerung von 600.000 Einwohnern, Lyon mit 135.000 Einwohnern. Doch in der Stadt wie auf dem Lande waren gewisse Bedingungen für die Entwicklung der kapitalistischen Industrie und des Handels gegeben.

Über vier Fünftel der Bevölkerung waren Bauern. Sie wurden von den Grundherren in unerhörter Weise ausge-

plündert. Nach Abzug der Steuern, des Zehnten etc. blieben dem Bauern höchstens 20 % seiner Erträge. Davon mußte er noch indirekte Steuern zahlen, z.B. die verhaßte Salzsteuer. Salz war Staatsmonopol, und die Bevölkerung war gesetzlich verpflichtet, jährlich sieben Pfund Speisesalz für jede über sieben Jahre alte Person zu kaufen. (Noch heute gibt es das geflügelte Wort „gesalzene Preise“.) Dazu kam eine große Zahl erniedrigender Dienste. So konnte der Gutsherr die Bauern zwingen, nachts an den Teichen die Frösche zu verscheuchen, damit sie durch ihr Quaken die Ruhe des Herrn nicht störten. Wie sehr der Adel das Volk verachtete, zeigt die Antwort des Kommandanten von Dijon, als die hungernden Bauern und Handwerker um Brot baten: „Das Gras sprießt schon, geht auf die Wiese und weidet!“

Ca. 1,5 Millionen Bauern befanden sich noch im Zustand völliger Leibeigenschaft; sie lebten auf dem Grund und Boden der Kirche. Ein nicht unerheblicher Teil der Bauern war unter dem Druck der Abgaben und Mißernten zusammengebrochen; sie flüchteten in die Städte oder durchzogen als Bettler und Vagabunden das Land.

Die Bourgeoisie (Kaufleute, Manufakturbesitzer, Bergwerksunternehmer, Bankiers, reiche Handwerksmeister usw.) war wirtschaftlich stark, aber politisch machtlos. Sie bildete die Spitze des Dritten Standes.

Die Handwerksgesellen sowie die Manufakturarbeiter waren das kampfeslustigste Element der Städte. Allerdings verfügte die Arbeiterklasse noch nicht über ein eigenes Programm und eine eigene Weltanschauung. Es gab agrarkommunistische Ideen, die denen der englischen Diggers ähnelten: Bodennutzung und Bodenbesitz sollten begrenzt werden, jeder sollte Recht auf Land haben.

Der erste Stand, die Geistlichkeit (ca. 130.000 Perso-

nen), war gespalten, denn nur der hohe Klerus profitierte von dem ungeheuren Reichtum der Kirche. Aber die Geistlichkeit als Ganzes beherrschte die große Masse der armen Bauern.

Dem zweiten Stand, dem Adel (ca. 140.000 Personen) waren alle höheren Ämter im Staate vorbehalten. Der Adel war eine für die Gesellschaft völlig nutzlose, parasitäre Klasse geworden.

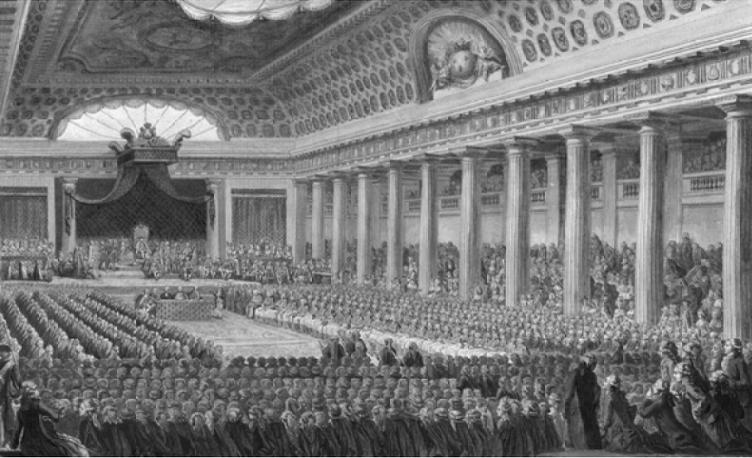
Den größten Luxus trieb der König. Ludwig XVI. beschäftigte eine Leibgarde von 9.000 Mann, 75 Hofgeistliche, 48 Hofärzte. Die Kosten der Hofhaltung betragen jährlich über 400 Millionen Livres. Der Durchschnittslohn eines französischen Arbeiters betrug 200 Livres im Jahr. Die Hofhaltung des Königs verschlang also die jährlichen Einkommen von 2 Millionen Arbeitern.

## **DIE REVOLUTIONÄRE KRISE**

Aufgrund der verschwenderischen Hofhaltung des Königs trieb der Staat unter Ludwig XVI. auf den Bankrott zu. Der König versuchte zunächst, der Finanzkrise Herr zu werden, indem er das Recht, Steuern einzutreiben, an Steuerpächter vergab, die dem Staate einen bestimmten Betrag im voraus zur Verfügung stellten. Als der Vorschuß aufgebraucht war, dachten weder der König noch die privilegierten Stände daran, auch nur im geringsten ihre Ausgaben einzuschränken. Im Gegenteil bezahlte der König die horrenden Schulden seines Bruders, des Grafen von Artois, in Höhe von 32 Millionen Livres und kaufte für sich und die Königin je ein neues Schloß zum Preise von zehn bzw. sechs Millionen Livres. 1787 berief der König Abgesandte des Adels und der Geistlichkeit zu einer Beratung ein. Er verlangte ihre Zustimmung zu einer Grundsteuer auf ihre Ländereien. Aber diese Stände wollten ihre

feudalen Vorrechte nicht aufgeben und lehnten es ab, dem Absolutismus in seiner Krise zu helfen.

1788 wurde die wirtschaftliche und politische Krise durch eine furchtbare Mißernte verschärft. In vielen Dörfern begannen Aufstände. In Paris zirkulierten revolutionäre Flugschriften, die von der Bevölkerung begierig gelesen wurden. Im August 1788 ernannte der König den Bankier Necker zum Finanzminister. Schon 1777 war Necker Leiter der Finanzen gewesen. Damals hatte er dem König durch Anleihen Geld beschafft, doch als er in einem Rechenschaftsbericht die Kosten der Hofhaltung und die Bezüge der am Hofe lebenden Adligen bekanntgegeben hatte, war er entlassen worden. Necker war der Vertrauensmann der Großbourgeoisie. Seine Wiederberufung bedeutete, daß der König gezwungen war, mit dem reichen Bürgertum zusammenzuarbeiten. Zum Zweck dieser Zusammenarbeit berief er die Generalstände ein, die seit 1614 nicht mehr zusammengerufen worden waren. Die Versammlung der Generalstände hatte sich bis dahin aus je 300 Vertretern des Adels, der Geistlichkeit und des Dritten Standes (der dort faktisch vom Bürgertum repräsentiert wurde) zusammengesetzt. Jetzt billigte der König dem Dritten Stand 600 Vertreter zu. Er ließ aber die Frage offen, ob nach Kopfzahl oder nach Ständen abgestimmt werden sollte. Bisher hatten die Stände getrennt getagt und jeder für sich einen Beschluß gefaßt. Dann waren sie zusammengekommen und hatten ihrem Beschluß entsprechend abgestimmt: Der Adel mit einer Stimme, die Geistlichkeit mit einer Stimme und der Dritte Stand mit einer Stimme. Nach dem alten Verfahren wäre also der Dritte Stand trotz seiner 600 Vertreter von Adel und Geistlichkeit überstimmt worden; nur bei einer Abstimmung nach Kopfzahl konnte er die Mehrheit erringen.



Eröffnung der Generalstände

## **DIE VERSAMMLUNG DER GENERALSTÄNDE**

Am 5. Mai 1789 trat die Versammlung der Generalstände in Versailles zusammen. Der Adel erschien in festlichem Schmuck mit Federhut und Degen, die Geistlichkeit in weißen und violetten Seidenmänteln, die Vertreter des Dritten Standes durften nur in einfacher schwarzer Kleidung kommen. Die Vertreter der privilegierten Stände betraten den Sitzungssaal durch die großen Flügeltüren, die des Dritten Standes durch die Hintertür. Im Gegensatz zu früher hörten die Vertreter des Dritten Standes die Rede des Königs allerdings stehend - nicht wie vorgeschrieben kniend - und mit Kopfbedeckung an. Der König tadelte „den Geist des Ungehorsams“ und wies auf die unantastbaren Rechte der Monarchie hin. Die Stände sollten Geld beschaffen. Sie sollten getrennt beraten und abstimmen, der König gab jedoch nach wie vor nicht bekannt, ob nach

Ständen oder Köpfen abgestimmt werden sollte. Es vergingen fast sechs Wochen, in denen die Wahlprüfungen vorgenommen wurden und in denen der Dritte Stand immer wieder vergeblich versuchte, die ersten beiden Stände zu einer gemeinsamen Sitzung zu bewegen.

Einer der führenden Köpfe des Dritten Standes war der Abbé (Geistliche) Siéyès. In einer Schrift stellte und beantwortete er drei Fragen: „*Was ist der Dritte Stand? Alles. Was ist der Dritte Stand bis jetzt gewesen? Nichts. Was verlangt er? Etwas zu werden.*“ Auf Antrag von Siéyès erklärte sich der Dritte Stand am 17. Juni 1789 zur Nationalversammlung mit dem alleinigen Recht, Steuern zu bewilligen. Das war der Beginn der Revolution.

Als sich die Abgeordneten des Bürgertums am 20. Juni zur Sitzung begeben wollten, war ihr Versammlungsgebäude verschlossen und von Militär umstellt. Sie begaben sich in ein benachbartes Gebäude, das sogenannte Ballhaus, und legten dort den feierlichen Schwur ab, sich nicht zu trennen, bevor dem Land eine Verfassung gegeben wurde.



Kleidung der Geistlichkeit, des Adels und des Dritten Standes

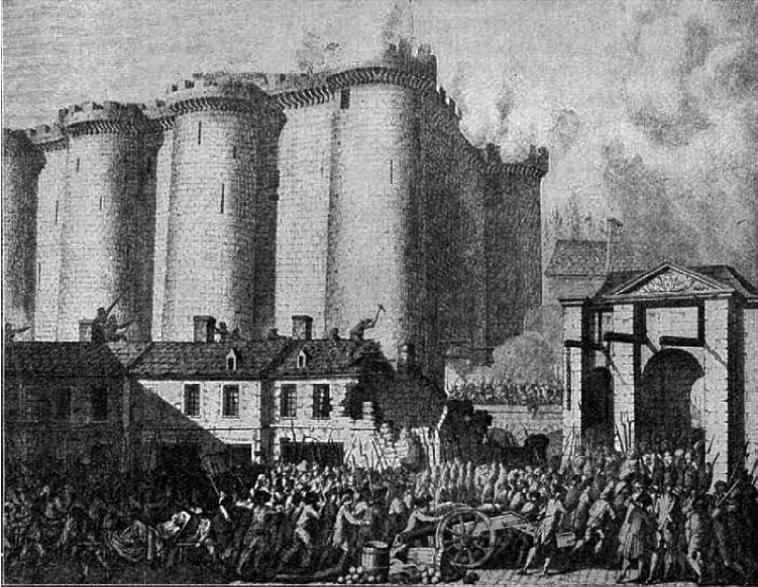
## **DER STURM AUF DIE BASTILLE UND DIE „TAGE DER GROSSEN FURCHT“**

Nach einigen weiteren taktischen Manövern begann der König, einen Staatsstreich vorzubereiten. Am 11. Juli entließ er den bürgerlichen Finanzminister Necker. In Versailles und Paris wurden Truppen zusammengezogen. Auf öffentlichen Plätzen kam es zu erregten Diskussionen und zu Zusammenstößen der Bevölkerung mit dem Militär. Die wirklich revolutionäre Kraft der Pariser Bevölkerung lag bei den Handwerkern und Arbeitern der Vorstädte. Sie bemächtigten sich der Waffenlager und stürmten am 14. Juli 1789 das verhaßte Staatsgefängnis, die Bastille. Dies war der Auftakt zu Bauernaufständen im ganzen Land; für den Adel kamen die „Tage der großen Furcht“. Schlösser und Klöster wurden gestürmt, Urkunden und Grundbücher, die feudale Vorrechte verbrieften, verbrannt. Adlige begannen, ins Ausland zu fliehen.

Das Bürgertum wachte darüber, daß ihm die Führung der Revolution nicht aus den Händen glitt, und rüstete insbesondere die Nationalgarde als Gegengewicht zu den revolutionären Massen auf.

## **DIE BOURGEOISIE KANN DIE BAUERNFRAGE NICHT LÖSEN**

In der Nacht vom 4. auf den 5. August 1789 hob die Nationalversammlung einige feudale Rechte auf: die Patrimonialgerichtsbarkeit; das Recht des Adels, auf fremdem Grund und Boden zu jagen, Taubenhäuser und Kaninchengehege zu halten; ferner eine Reihe von persönlichen Frondiensten, zum Beispiel alle entehrenden persönlichen Dienstverpflichtungen. Doch die wesentlichen feudalen Lasten, die den Bauern niederdrückten, wurden



Erstürmung der Bastille

nicht beseitigt. Die hohen Abgaben an den Grundherrn konnten nach den Beschlüssen zwar abgelöst werden, das heißt, der Bauer konnte sich von ihnen loskaufen, aber zu einem Preis, den die breite Masse der Bauern nicht bezahlen konnte. Der an den Klerus zu zahlende Zehnte wurde formal abgeschafft, der Beschluß wurde jedoch nicht in Kraft gesetzt, da man keine Mittel hatte, die Geistlichen auf andere Weise zu bezahlen. Die Bauernfrage wurde also in Wirklichkeit nicht gelöst. Die Unruhen in den Provinzen hörten nicht auf. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Nationalgardisten und Bauern.

Allerdings erklärte die Nationalversammlung am 2. November 1789 den Kirchenbesitz sowie die Ländereien konterrevolutionärer Adliger zum Eigentum der Nation. Diese Ländereien wurden versteigert. Nur reiche Bürger

und Bauern, die genügend Bargeld besaßen, konnten die Güter kaufen, während die Masse der kleinen Bauern keinen Vorteil davon hatte. Der Verkauf der Güter brachte große Summen ein und verbesserte für kurze Zeit die Finanzlage des Staates.

## **UMSIEDLUNG DER NATIONALVERSAMMLUNG UND DES KÖNIGS VON VERSAILLES NACH PARIS**

Zwischen dem August und dem November 1789 war es allerdings zu bedeutenden Ereignissen gekommen. Im Oktober zog der König große Truppenteile um Versailles und vor Paris zusammen. Er bereitete die militärische Niederschlagung der Revolution vor. Im Mittelpunkt der Verschwörung gegen die Nationalversammlung stand die beim Volk verhaßte Königin Marie Antoinette. Der Hof in Versailles gab glänzende Feste, bei denen vor allem die Offiziere der Garderegimenter und der deutschen und schweizerischen Söldnertruppen gefeiert wurden. Währenddessen war infolge eines heftigen Hagelunwetters, einer Mißernte und eines harten Winters eine der furchtbarsten Hungersnöte des 18. Jahrhunderts ausgebrochen. Die Erregung der hungernden Massen in Paris stieg aufs höchste, als bekannt wurde, daß bei einem der rauschenden Feste in Versailles die Nationalkokarde mit Füßen getreten wurde und dafür von der Königin die weiße Kokarde des Königshauses an die Offiziere verteilt wurde. Am 5. Oktober setzte sich ein gewaltiger Demonstrationszug von Paris nach Versailles in Bewegung. Er wurde als „Zug der Weiber“ bekannt, da die Auslöser dieser Aktion Frauen waren. Aus Angst vor Hungersnot und auf das Gerücht hin, es gebe kein Brot mehr, stürmten sie zunächst die Bäckerläden und zogen dann mit dem Ruf „Versailles schlemmt, Paris hungert!“ nach Versailles und

drangen in die Nationalversammlung ein. Sowohl die Nationalversammlung als auch der König waren nun gezwungen, nach Paris umzusiedeln. In Paris aber war der Druck der revolutionären Versammlung einerseits auf die Nationalversammlung und andererseits auf den König bedeutend fühlbarer.

### **Einschub**

Überhaupt wurden während der französischen Revolution erstmals in der Menschheitsgeschichte überhaupt klare politische Forderungen nach der Gleichberechtigung von Mann und Frau erhoben. So hieß es in einem „Gesuch der Frauen an die Nationalversammlung“, diese möge beschließen:

Die Nationalversammlung, die den größten und verbreitetsten aller Mißstände und die Fehler einer sechstausend Jahre währenden Ungerechtigkeit wiedergutmachen will, hat beschlossen und verfügt folgendes:

1. Alle Privilegien des männlichen Geschlechts sind in ganz Frankreich vollständig und unwiderruflich aufgehoben.
2. Das weibliche Geschlecht wird für immer die gleiche Freiheit, die gleichen Vorteile, die gleichen Rechte und die gleichen Ehren genießen wie das männliche Geschlecht.
3. Das männliche Geschlecht wird nicht länger, selbst in der Grammatik nicht, als das edelste Geschlecht angesehen, in Anbetracht dessen, daß alle Geschlechter und alle Lebewesen gleichermaßen edel sein sollen und edel sind.
4. In die Urkunden, Verträge, Obligationen etc. wird nicht mehr jene für das schöne Geschlecht gebräuchliche aber so beleidigende Klausel aufgenommen: Daß die Frau

von ihrem Gatten dazu befugt ist, sie zu präsentieren, denn in einer ehelichen Gemeinschaft soll der eine wie der andere über die gleiche Macht und die gleiche Autorität verfügen.

5. Die (Knie-) Hose (culotte) wird nicht mehr das alleinige Vorrecht des männlichen Geschlechts sein, beide Geschlechter werden das Recht haben, sie zu tragen.
6. Wenn ein Soldat durch Feigheit die französische Ehre kompromittiert, wird man nicht mehr, wie es oft vorgekommen ist, ihn herabsetzen, indem man ihn zwingt, Frauenkleider anzuziehen; da beide Geschlechter vor den Augen der Menschheit gleichermaßen würdig sind, wird man sich von nun an damit zufriedengeben, ihn zu bestrafen, indem man ihn zum neutralen Geschlecht erklärt.
7. Alle Personen weiblichen Geschlechts können unterschiedslos zu den Versammlungen des Distrikts und des Departements zugelassen, in städtische Ämter erhoben und selbst Abgeordnete der Nationalversammlung werden, sofern sie über die von den Wahlgesetzen geforderten Fähigkeiten verfügen. Sie werden dort beratendes und beschließendes Stimmrecht haben; dieses Recht kann ihnen ebenso wenig verweigert werden, wie das Recht, das sie bereits besitzen, über die Nationalversammlung selbst zu urteilen ... Sie werden indes die größte Sorgfalt darauf verwenden, dort nacheinander zu reden, damit man mühelos die schönen Dinge, die aus ihren Mündern kommen, auskosten kann.
8. Sie können auch in hohe Staatsämter ernannt werden ... Es gibt kein geeigneteres Mittel, um die Öffentlichkeit mit den Justizbehörden auszusöhnen, als die Schönheit dort ihren Einzug halten zu lassen und die Grazien präsidieren zu sehen.

9. Das gleiche gilt für alle militärischen Anstellungen, Auszeichnungen und Würden... Der Franzose wird dann wahrhaftig unbesiegbar sein, wenn sein Mut durch den doppelten Beweggrund des Ruhms und der Liebe belebt wird. Selbst die Ernennung zum Marschall von Frankreich nehmen wir nicht aus, und der Gerechtigkeit halber ordnen wir gleichfalls an, daß dieses so nützliche Instrument (der Marschallstab) abwechselnd in die Hände der Männer und der Frauen gelangen kann.
10. Auch zögern wir nicht, dem weiblichen Geschlecht, das seit langem und mit vollem Recht das fromme Geschlecht genannt wird, den Zugang zum Allerheiligsten zu öffnen. Aber da die Frömmigkeit der Gläubigen beachtlich nachgelassen hat, verspricht und verpflichtet sich das genannte Geschlecht, wenn es die Kanzel der Wahrheit besteigt, die Größe seines Eifers zu zügeln und die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer nicht zu lange in Anspruch zu nehmen.

Aus E. Harten/H.-C. Harten, Frauen-Kultur-Revolution 1789-1799  
Centaurus Pfaffenweiler, 1983

Allerdings gelang es den Frauen in der französischen Revolution nicht, auch nur einen Teil dieser Forderungen durchzusetzen.

## **DIE BÜRGERLICHEN „MENSCHENRECHTE“**

Am 26. August 1789 hatte die Nationalversammlung die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte verkündet. Die wichtigsten Punkte sind folgende:

*„Die Menschen werden frei und an Rechten gleich geboren und bleiben es. Die Freiheit besteht darin, daß man alles tun darf, was keinem anderen schadet.*

*Das Gesetz darf nur die Handlungen verbieten, die der Gesellschaft schädlich sind. Das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens.*

*Die freie Mitteilung der Gedanken und Meinungen ist eins der kostbarsten Rechte des Menschen.*

*Da das Eigentum ein unverletzliches und heiliges Recht ist, so kann niemand desselben beraubt werden.“*  
(Geschichte III, S. 52)

Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte war ein bedeutender Schlag gegen die feudalen Verhältnisse, sie war zugleich die verfassungsmäßige Verankerung bürgerlicher Verhältnisse, des bürgerlichen Privateigentums, der kapitalistischen Ausbeutung. Konsequenterweise beseitigte die Nationalversammlung alle Hemmungen des Binnenhandels, schaffte die Zünfte ab und verbot im Juni 1791 Arbeiterorganisationen und Streiks. Streiks wurden mit Gefängnisstrafen bedroht. Demgegenüber schrieb Marat in seiner Zeitung „Der Volksfreund“:

*„Wir hungern, und zu derselben Zeit wohnen unsere Blutsauger in Palästen, trinken auserlesene Weine, schlafen auf Daunen, fahren in goldenen Kutschen aus und weigern sich oft im Namen der Revolution, der Familie eines verwundeten oder tödlich verunglückten Arbeiters den Arbeitslohn für den Tag auszuzahlen...“* (Masch, S. 15)

In einem Aufruf von Arbeitern hatte es bereits im Jahre 1789 geheißen:

*„Die Reichen haben sich in den Tagen des 12. bis 14. Juli (1789) in den Kellern verkrochen; als sie aber sahen, daß die Klasse der Besitzlosen allein die Revolution vollendete, kamen sie wieder aus ihren Höhlen hervor, um uns als Aufrührer zu behandeln, und so begannen sie in den Distrikten zu intrigieren; um warme Plätzchen zu erhalten, warfen sie sich in Uniformen und Epauletten, fühlten sich*

*dann stärker und wollen uns der härtesten Unterdrückung unterwerfen...“ (ebenda)*

Am 3. September 1791 nahm die Nationalversammlung die Verfassung an, der die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 vorangestellt wurde. Diese Verfassung teilte die Bürger in zwei Gruppen ein, in aktive und passive. *„Das Recht, Abgeordnete zu wählen, in die Nationalgarde einzutreten, an der städtischen Selbstverwaltung teilzunehmen usw., erhielten nur die aktiven Bürger, d.h. die Besitzenden, die eine bestimmte und ziemlich hohe direkte Steuer im Ausmaße mindestens des Lohnes dreier Arbeitstage zahlten. Dabei mußte der Wähler gemäß dem Gesetze auch ein Stück Land oder anderes unbewegliches Eigentum besitzen. Auf diese Weise wurde die ganze Masse der arbeitenden Klassen und des Kleinbürgertums von der Verwaltung des Landes ausgeschlossen. Die Proteste der Arbeiter und der ärmeren Schichten, die Agitation von Marat, halfen nicht. (...) Um sich gegen die Empörung der protestierenden ‘passiven’ Bürger - dieser aktiven Teilnehmer an der Revolution - zu sichern, erklärte die Konstituierende Versammlung den Kriegszustand gegen alle eigenmächtigen Volksbewegungen.“* (Masch, S. 15)

Marx kommentierte die von den verschiedenen französischen Verfassungen von 1791 bis 1795 konstituierten „Menschenrechte“ wie folgt:

*„Vor allem konstatieren wir die Tatsache, daß die sogenannten **Menschenrechte** (...) nichts anderes sind als die Rechte des **Mitglieds der bürgerlichen Gesellschaft**, d.h. des egoistischen Menschen, des vom Menschen und vom Gemeinwesen getrennten Menschen. Die radikalste Konstitution, die Konstitution von 1793, mag sprechen:*

*Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Artikel 2: ‘Diese Rechte’ usw. (die natürlichen und unabdingba-*

ren Rechte) sind: *‘Gleichheit, Freiheit, Sicherheit, Eigentum.’* (bei Marx im französischen Originaltext mit deutscher Übersetzung in der Fußnote, wobei wir nur letztere anführen, ebenso wie bei allen folgenden Zitaten aus französischen Revolutionsverfassungen innerhalb dieses Marx-Zitates, d. Verf.)

*Worin besteht die liberté* (Freiheit, d. Verf.)?

Artikel 6: *‘Freiheit ist das Recht des Menschen, alles tun zu dürfen, was den Rechten eines andern nicht schadet’, oder nach der Deklaration der Menschenrechte von 1791: ‘Die Freiheit besteht darin, alles tun zu dürfen, was keinem andern schadet.’*

*Die Freiheit ist also das Recht, alles zu tun und zu treiben, was keinem andern schadet. Die Grenze, in welcher sich jeder dem andern **unschädlich** bewegen kann, ist durch das Gesetz bestimmt, wie die Grenze zweier Felder durch den Zaunpfahl bestimmt ist. Es handelt sich um die Freiheit des Menschen als isolierter, auf sich zurückgezogener Monade(...)* (Monade: abgeschlossene Einheit, d. Verf.)

*Aber das Menschenrecht der Freiheit basiert nicht auf der Verbindung des Menschen mit dem Menschen, sondern vielmehr auf der Absonderung des Menschen von dem Menschen. Es ist das **Recht** dieser Absonderung, das Recht des **beschränkten**, auf sich beschränkten Individuums.*

*Die praktische Nutzenanwendung des Menschenrechtes der Freiheit ist das Menschenrecht des **Privateigentums**.*

*Worin besteht das Menschenrecht des Privateigentums?*

Artikel 16. (Verfassung von 1793): *‘Das **Eigentumsrecht** ist das Recht jedes Bürgers, **willkürlich** seine Güter, seine Einkünfte, die Früchte seiner Arbeit und seines Fleißes zu genießen und darüber zu disponieren.’*

*Das Menschenrecht des Privateigentums ist also das Recht, willkürlich (à son gré), ohne Beziehung auf andre Menschen, unabhängig von der Gesellschaft, sein Vermögen zu genießen und über dasselbe zu disponieren, das Recht des Eigennutzes. Jene individuelle Freiheit, wie diese Nutzenanwendung derselben, bilden die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft. Sie läßt jeden Menschen im andern Menschen nicht die **Verwirklichung**, sondern vielmehr die **Schranke** seiner Freiheit finden. Sie proklamiert vor allem aber das Menschenrecht, 'willkürlich seine Güter, seine Einkünfte, die Früchte seiner Arbeit und seines Fleißes zu genießen und darüber zu disponieren'.*

*Es bleiben noch die andern Menschenrechte, die égalité (Gleichheit, d. Verf.) und die sureté (Sicherheit, d. Verf.).*

*Die égalité, hier in ihrer nichtpolitischen Bedeutung, ist nichts als die Gleichheit der oben beschriebenen liberté (Freiheit, d. Verf.), nämlich: daß jeder Mensch gleichmäßig als solche auf sich ruhende Monade betrachtet wird. Die Konstitution von 1795 bestimmt den Begriff dieser Gleichheit, ihrer Bedeutung angemessen, dahin:*

*Artikel 3 (Verfassung von 1795): 'Die Gleichheit besteht darin, daß das gleiche Gesetz für alle gilt, ganz gleich, ob es beschützt oder bestraft.'*

*Und die sureté?*

*Artikel 8 (Verfassung von 1793): 'Die Sicherheit besteht in dem Schutz, den die Gesellschaft jedem ihrer Mitglieder gewährt für die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums.'*

*Die **Sicherheit** ist der höchste soziale Begriff der bürgerlichen Gesellschaft, der Begriff der **Polizei**, daß die ganze Gesellschaft nur da ist, um jedem ihrer Glieder die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums zu garantieren. Hegel nennt in diesem Sinn die bür-*

*gerliche Gesellschaft 'den Not- und Verstandesstaat'.*

*Durch den Begriff der Sicherheit erhebt sich die bürgerliche Gesellschaft nicht über ihren Egoismus. Die Sicherheit ist vielmehr die **Versicherung** ihres Egoismus.*

*Keines der sogenannten Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus, über den Menschen, wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich, auf sein Privateigentum und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abge sondertes Individuum ist. Weit entfernt, daß der Mensch in ihnen als Gattungswesen aufgefaßt wurde, erscheint vielmehr das Gattungsleben selbst, die Gesellschaft, als ein den Individuen äußerlicher Rahmen, als Beschränkung ihrer ursprünglichen Selbständigkeit. Das einzige Band, das sie zusammenhält, ist die Naturnotwendigkeit, das Bedürfnis und das Privatinteresse, die Konservation (Bewahrung, d. Verf.) ihres Eigentums und ihrer egoistischen Person.“*

(Marx, Zur Judenfrage, MEW 1, S. 364 ff., Hervorhebungen von Marx)

In der bürgerlichen Gesellschaft gilt:

*„Die wechselseitige und allseitige Abhängigkeit der gegeneinander gleichgültigen Individuen bildet ihren gesellschaftlichen Zusammenhang.“*

(Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 74)

An dieser Stelle ist zurückzukommen auf die Emanzipation des Individuums durch die Warenproduktion (vgl. Kapitel II, S. 20- 23 und Einschub S. 26- 28). Das Individuum emanzipiert sich von feudalen Abhängigkeiten durch die Warenproduktion. Der Warenproduzent gilt als Individuum etwas, weil er auf eigene Rechnung für gesellschaftliche Bedürfnisse produziert und damit von **persönlichen** Abhängigkeiten frei wird. Er erfährt gesellschaftli-

che Anerkennung, wenn und indem er einen adäquaten Preis für seine Ware erhält. Hier sehen wir nun die **Schranken** dieser bürgerlichen Emanzipation des Individuums: Diese Schranken werden zum einen dadurch gezogen, daß jeder in den anderen, die ihm potentiell als Konkurrenten gegenüber treten, die Grenzen seiner Freiheit erfährt. Das Individuum wird aus dem von **persönlichen** Bindungen bestimmten Gemeinwesen herausgerissen, gewissermaßen sozial enturzelt. Diese Schranken werden zum zweiten dadurch gezogen, daß der Warenproduzent nicht in der Hand hat, **ob** er gesellschaftliche Anerkennung für seine Arbeit erfährt, vielmehr wird er von blindwirkenden Gesetzen des Marktes beherrscht. An die Stelle persönlicher Abhängigkeiten treten sachliche. Das bürgerliche Individuum beherrscht die vielfältigen, von ihm nicht überschaubaren gesellschaftlichen Folgen seiner Tätigkeit nicht, sondern wird von ihnen beherrscht. (Heute spricht man von „Sachzwängen“. Einen Vorgeschmack von alledem erlebten z.B. bereits die Athener um 600 v.u.Z. bei der Herausbildung des Privateigentums, vgl. Kapitel I, S. 30 - 31).

Der Kapitalist freilich, der von der Ausbeutung fremder Lohnarbeit lebt, vermag sich über diese immanenten Schranken seiner bürgerlichen Freiheit (d.h. über die Schranken, die notwendiger Bestandteil dieser Freiheit sind) durchaus zu trösten. Diese *„Klasse fühlt sich in dieser Selbstentfremdung wohl und bestätigt, weiß die Entfremdung als ihre eigne Macht und besitzt in ihr den Schein einer menschlichen Existenz(...)“* (Marx, Die heilige Familie, MEW 2, S. 37, Hervorhebungen von Marx).

Für die Lohnarbeiter freilich haben die bürgerlichen „Menschen“ rechte nichts zu bieten: Das Eigentumsrecht nicht, denn sie besitzen kein Eigentum. Die Freiheit nicht, denn das Recht des Privateigentums ist die praktische

Nutzanwendung dieser *liberté*, und just an diesem Privateigentum fehlt es. Die Gleichheit nicht, denn alle Gesetze, die schützen oder strafen, schützen letztlich das Privateigentum. Und die Sicherheit nicht, denn die bürgerliche Sicherheit ist die Versicherung des Egoismus des Privateigentümers.

Freilich hat die Bourgeoisie, die zu lernen versteht, ihre Rechte später weniger deutlich formuliert. Das bundesdeutsche Grundgesetz läßt sich darüber aus, daß „Eigentum verpflichtet“, daß es „zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ soll. „Zugleich“ soll heißen: **Neben** den egoistischen Zielsetzungen des Privateigentümers. Man berufe sich aber auf die entsprechenden Gesetze und Rechtskommentare, wenn Millionen bittere Not leiden und zugleich Spekulanten Milliarden verjubeln, Monopole Milliardenwerte, die die Arbeiter geschaffen haben, ins Ausland verschieben. Oder wenn Wohnungen leer stehen, während die Obdachlosigkeit zunimmt, wenn Lebensmittel vernichtet werden, während das Elend immer größer wird usw. Man fordere dann Enteignung der Reichen, da sie sich an die „Sozialbindung“ des Eigentums nicht halten. Man wird dann schnell erfahren, wozu die Bourgeoisie, ihre Politiker und Juristen derartige Phrasen ausgeheckt haben: Nur zur Täuschung der arbeitenden Massen wird heute über „Sozialbindung des Eigentums“ gefaselt.

Wie oben schon gesagt, erklärte die französische Nationalversammlung 1791 unmißverständlich, was sie von Rechten der Arbeiter hielt. Marx:

*„Gleich im Beginn des Revolutionssturms wagte die französische Bourgeoisie das eben erst eroberte Assoziationsrecht (Recht, sich zu vereinigen, d. Verf.) den Arbeitern wieder zu entziehen. Durch Dekret vom 14. Juni 1791 erklärte sie alle Arbeiterkoalition (d.h. Zusammenschlüsse von Arbeitern, d. Verf.) für ein Attentat auf die*

*Freiheit und die Erklärung der Menschenrechte´, strafbar mit 500 Livres nebst einjähriger Entziehung der aktiven Bürgerrechte. Dies Gesetz, welches den Konkurrenzkampf zwischen Kapital und Arbeit staatspolizeilich innerhalb dem Kapital bequemer Schranken einzwängt, überlebte Revolutionen und Dynastiewechsel. Selbst die Schreckensregierung (die revolutionäre Diktatur der Jakobiner, siehe unten, d. Verf.) ließ es unangetastet. Es ward erst ganz neulich aus dem Code Pénal (Strafgesetzbuch, d. Verf.) gestrichen. Nichts charakteristischer als der Vorwand dieses bürgerlichen Staatsstreichs. ´Obgleich´, sagt Le Chapelier, der Berichterstatter (der Nationalversammlung, d. Verf.) ´es wünschenswert, daß der Arbeitslohn höher steige, als er jetzt steht, damit der, der ihn empfängt, außerhalb der durch die Entbehrung der notwendigen Lebensmittel bedingten absoluten Abhängigkeit sei, welche fast die Abhängigkeit der Sklaverei ist´, dürfen dennoch die Arbeiter sich nicht über ihre Interessen verständigen, gemeinsam handeln und dadurch ihre ´absolute Abhängigkeit, welche fast Sklaverei ist´, mäßigen, weil sie eben dadurch ´die Freiheit ihrer ci-devant maitres (ehemaligen Meister, d. Verf.), der jetzigen Unternehmer´, verletzen (die Freiheit, die Arbeiter in der Sklaverei zu erhalten!) und weil eine Koalition gegen die Despotie der ehemaligen Meister der Korporationen - man rate! - eine Herstellung der durch die französische Konstitution abgeschafften Korporationen ist!“*

(Marx, Kapital I, MEW 23, S. 769 f.)

## FRANKREICH WIRD KONSTITUTIONELLE MONARCHIE

Die Verfassung vom 3. September 1791 schaffte das Königtum nicht ab, sondern verwandelte Frankreich in eine konstitutionelle Monarchie. Am 14. September leistete der König den Eid auf die Verfassung. Die Königin Marie Antoinette schrieb am 26. August in einem Brief: *„Für uns handelt es sich nur darum, die Leute einzuschläfern und ihnen Vertrauen zu uns einzuflößen, um sie nachher desto besser prellen zu können. Angesichts der Lage hier ist es unmöglich, daß der König seine Annahme versagt.“* (Geschichte III, S. 55)

Schon zuvor hatte der König versucht, die Konterrevolution zu organisieren. An der belgischen Grenze waren königstreue Truppen zusammengezogen worden. Der König hatte im Juni 1791 versucht, ins Ausland zu fliehen und mit Hilfe Österreichs und Preußens an der Spitze der Konterrevolution zurückzukommen. Er war jedoch erkannt und unter starker Bewachung nach Paris zurückgebracht worden. Die Mehrheit der Nationalversammlung, die aus Bürgern und Grundbesitzern bestand, hatte versucht, das Verhalten des Königs zu entschuldigen. Die Pariser Kleinbürger und Arbeiter hatten am 17. Juli 1791 mit einer gewaltigen Demonstration die Absetzung des Königs und die Ausrufung der Republik verlangt. Die bürgerliche Nationalgarde hatte in die unbewaffnete Menge gefeuert. Hier hatten sich die Klassengegensätze innerhalb des Dritten Standes erstmals in voller Deutlichkeit gezeigt: Die Großbourgeoisie hatte sich auf die Seite des Königs und gegen das Volk gestellt. Die Annahme einer Verfassung, die das Königtum als konstitutionelle Monarchie fortexistieren ließ, war daher durchaus logisch. Die Großbourgeoisie stützte nun einen König, der durch seinen

Fluchtversuch Landesverrat begangen hatte, der versucht hatte, das feudale Ausland zum militärischen Vorgehen gegen das revolutionäre Frankreich zu bewegen.

## GIRONDISTEN UND JAKOBINER



Robespierre

Schon während der Tagung der Nationalversammlung 1789 hatten sich in Paris politische Parteien und Klubs gebildet. In der Nationalversammlung spielte die Partei der Girondisten eine große Rolle. Die Girondisten waren die Vertreter des Handels- und Industriebürgertums. Der Name dieser Partei kam daher, daß die ange-

sehensten ihrer Vertreter im Departement Gironde gewählt worden waren. Die Girondisten waren eine wichtige politische Triebkraft, die bewirkte, daß die Nationalversammlung den König gegen das Volk in Schutz nahm. Sie versuchten, die Monarchie zu retten, weil sie glaubten, damit die Herrschaft der Reichen über die Armen befestigen zu können.

Eine andere politische Gruppierung war der Jakobinerklub. Er erhielt seinen Namen nach dem Kloster St. Jakob, wo er seine Sitzungen abhielt. Zuerst überwog auch bei den Jakobinern das reiche Bürgertum, doch mit

dem Fortschreiten der Revolution errangen die revolutionären Demokraten die Oberhand. Die Jakobiner vertraten nun die Interessen der kleinen Handwerker, Bauern, Gesellen und Arbeiter, denen die Revolution bislang nichts gebracht hatte. Der Jakobinerklub gewann immer größere politische Bedeutung. Er mobilisierte die Massen, organisierte sie, klärte sie auf, leitete ihre Aktionen und kontrollierte die Tätigkeit der jakobinischen Abgeordneten der Nationalversammlung. Auch in der Provinz entwickelten sich Organisationen der Jakobiner. Bedeutende Führer der Jakobiner waren Robespierre, Marat und St. Just.

Robespierre war ein Rechtsanwalt, der in der Nationalversammlung die Rechte des Volkes verteidigt hatte, als man den armen Bürgern das Wahlrecht vorenthielt. Marat, von Beruf Arzt, war beim Kleinbürgertum und den Arbeitern besonders beliebt. In seiner Zeitung „Der Volksfreund“ trat er unermüdlich für die Interessen der Armen ein. Die einfachen Menschen

nannten Marat den „Freund des Volkes“. Die Regierung erließ einen Haftbefehl gegen ihn. Er mußte sich monatelang in den Armenvierteln von Paris versteckt halten und seine Artikel in einem Keller schreiben. Er entfaltete eine umfangreiche Tätigkeit in den Sektionen, den



Marat

Wahlausschüssen, von Paris. Diese Ausschüsse waren 1789 zur Durchführung der Wahlen in den einzelnen Stadtteilen gebildet worden. Ihnen gehörten auch arme Bürger an. Diejenigen Sektionen, in denen sich das revolutionäre Volk sammelte, wählten ein Zentralkomitee, die Kommune. Von der Kommune wurde die revolutionäre Bewegung in Paris geleitet. Ihr Wahlspruch lautete: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ Durch das Erweitern der revolutionären Losung um die „Brüderlichkeit“ kam zum Ausdruck, daß die revolutionären Demokraten nicht damit einverstanden waren, die Menschenrechte letztlich auf das bürgerliche Privateigentum zu reduzieren.

Es zeigte sich nämlich bald sehr deutlich, was es bedeutete, wenn die Privateigentümer „willkürlich“ über ihren Reichtum verfügen konnten. So erklärte im Februar 1792 der Großkaufmann Delbier in einer Petition, die er der Nationalversammlung überreichte: *„In meinen Lagerhäusern befinden sich große Mengen Zucker, Kaffee, Indigo, Baumwolle usw.; ich fordere von der Versammlung im Angesicht Frankreichs und Europas, mich nicht daran zu hindern, über mein Eigentum nach meinem Dafürhalten zu verfügen und die Waren zu dem Preise zu verkaufen, den ich für notwendig halte. Die Waren gehören mir!“* (Masch, S. 17) Derweilen hungerte das Volk. Delbier aber konnte hochoberhobenen Hauptes „im Angesicht Frankreichs und Europas“ an die Nationalversammlung appellieren, denn er verlangte ja nur, gemäß den von der Verfassung zugesicherten Menschenrechten über sein Eigentum disponieren zu können. Die bürgerliche Freiheit gab ihm das Recht, dies zu tun, denn nach bürgerlicher Logik schadete er damit niemand anderem: Er nahm ja den hungernden Massen nicht das Recht, ihrerseits über ihr Eigentum zu disponieren; daß letztere keines hatten, war nicht sein Problem und

hatte auch die Nationalversammlung nichts anzugehen.

Da das Kleinbürgertum seinerseits über Privateigentum verfügte, konnte es die Beseitigung des Privateigentums nicht anstreben, und so war auch für die Führer der Jakobiner das Institut des Privateigentums heilig. Sie wollten lediglich, daß das Gesetz die Verfügung der Reichen über ihr Eigentum einschränken, dem Reichtum gewisse Grenzen setzen sollte. Robespierre erklärte, daß die Jakobiner *„nicht die Vernichtung der Reichen wollen, sondern nur danach streben, daß die Armut geachtet werde“*. (Masch, S. 18)

Eine besondere Rolle in der Revolution nahm Marat ein. Ihm war der Klassencharakter der Revolution bis zu einem gewissen Grade klar. Er wußte, daß die Revolution die Sache der arbeitenden Klassen war und daß die besitzenden Klassen die Revolution gegen die Volksmassen ausnutzen wollten. Er schrieb:

*„Die Plebs, d.h. die unteren Klassen der Nation, kämpfen allein gegen die oberen Klassen. In dem Augenblick der Erhebung zermalmt das Volk wohl alles mit seiner Masse; aber so viel Vorteile es zunächst auch erlangt hat, es unterliegt schließlich vor den Verschworenen der oberen Klassen, die voller List, Verschlagenheit und Kunstgriff sind. Die gebildeten, schlauen und intriganten Männer der oberen Klassen haben zunächst Partei gegen den Despoten genommen; aber das geschah nur, um sich gegen das Volk zu wenden, nachdem sie sich in sein Vertrauen geschlichen und sich seiner Macht bedient hatten. So ist die Revolution nur durch die letzten Klassen der Gesellschaft gemacht und gestützt worden, durch die Arbeiter, Handwerker, Krämer, Bauern, durch die Plebs, durch die Unglücklichen, die der unverschämte Reichtum Canaille nennt und die die Frechheit der Römer Proletari-*

*er nannte. Aber, was man sich nie hätte träumen lassen, ist die Tatsache, daß sie nur zugunsten der Grundeigentümer, der Juristen, der Helfershelfer des Ränkespiels gemacht worden ist... Das Volk hat den Fehler gemacht, sich nicht durchweg zu bewaffnen, vielmehr zu dulden, daß nur ein Teil der Bürger bewaffnet wurde.“*

(zitiert nach Masch, S. 24)

Marat war nicht der Vertreter eines klassenbewußten Proletariats und konnte es nicht sein, denn aufgrund der objektiven Entwicklung konnte es eine Arbeiterklasse, die sich bewußt von der Lohnabhängigkeit emanzipieren und die Produktionsmittel in gesellschaftliche Leitung überführen wollte, noch nicht geben. Den Arbeitern verhiess Marat „*einen guten Lohn und gute Behandlung*“. Wo er von der Agrarfrage sprach, schlug er den Bauern vor, ihr Grundstück abzurunden; der Regierung schlug er vor, jedem Patrioten Land zuzuteilen (vgl. Masch, S. 25). Marat war Vertreter und Ideologe des Kleinbürgertums, allerdings des revolutionären Kleinbürgertums, das im Bündnis mit den Arbeitern stand. Damit war er in der Lage, die konsequenteste revolutionäre Politik zu verfechten, die unter den gegebenen Umständen möglich war.

Marat wurde bereits im Juli 1793, im ersten Monat der revolutionären Diktatur der Jakobiner, von einer bürgerlichen Fanatikerin ermordet, doch auch nach seinem Tode war der Einfluß seiner Ideen auf den Fortgang der Bewegung groß.

## DER STURZ DER MONARCHIE

Die Konterrevolution wurde vor allem im Ausland von den geflohenen Adligen vorbereitet; so kamen 1791 in Pillnitz bei Dresden Kaiser Leopold II. und König Friedrich Wilhelm II. von Preußen mit Vertretern des französischen Adels zusammen. Sie beschlossen, Truppen zu sammeln, um den Absolutismus in Frankreich wiederherzustellen. Eine andere Gruppe französischer Adliger wandte sich an Katharina II. von Rußland mit der Bitte um Hilfe.

Der königliche Hof hielt enge Verbindung mit den landesverräterischen Adligen und den ausländischen Regierungen. Ludwig XVI. setzte seine Hoffnung auf eine Niederlage des französischen Heeres gegen die absoluten Monarchen Europas.

Im Jahre 1792 rüstete Kaiser Leopold II. zum Krieg gegen Frankreich. Die Nationalversammlung kam ihm zuvor und erklärte am 20. April 1792 Österreich den Krieg. Auch Preußen nahm am Krieg gegen Frankreich teil. Im französischen Heer herrschten Verrat und Sabotage. Die Jakobiner traten für eine Säuberung des Heeres von reaktionären Offizieren ein. Auf Druck des Volkes hin beschloß die Nationalversammlung, 20.000 Freiwillige einzuberufen. Der König legte sein Veto ein, das ihm nach der Verfassung von 1791 zustand. Dennoch bildeten sich überall Freiwilligenbataillone, die nach Paris strömten. In einer dieser Abteilungen, die aus Marseille kam, wurde zuerst die sogenannte Marseillaise gesungen: „Herbei, Kinder des Vaterlandes, der Tag des Ruhms ist gekommen...“

Der Herzog von Braunschweig erließ im Juli 1792 ein Manifest, in dem er für den Fall, daß der königlichen Familie etwas geschehe, die Zerstörung von Paris androh-

te. Er erklärte, daß sein Ziel der Schutz von Thron und Altar und die volle Wiederherstellung der königlichen Macht war. Die österreichisch-preußischen Truppen marschierten auf Paris.

Die Handwerker und Arbeiter der Pariser Vororte erhoben sich zur Verteidigung der Revolution. Robespierre, Marat und Danton entfalteten eine leidenschaftliche revolutionäre Agitation. Sie forderten die Auflösung der Nationalversammlung, die Wahl eines Konvents, zu dem jeder Bürger das Wahlrecht haben sollte, und die Absetzung des Königs. Am 3. August wurde der Nationalversammlung eine Bittschrift mit diesen Forderungen überreicht, doch sie unternahm nichts. Die Erregung in Paris wuchs. Die Zunahme der Teuerung und der Mangel an Lebensmitteln steigerten die revolutionäre Bewegung. Am 10. August 1792 brach der offene Aufstand aus. Die politische Leitung lag in den Händen der revolutionären Kommune von Paris. Aus den Vorstädten strömten die proletarischen und kleinbürgerlichen Massen herbei und begannen den Sturm auf die Tuilerien, wo sich der König aufhielt. Das königliche Schloß wurde erobert und der König gefangengenommen. Die Monarchie war gestürzt.

Derweilen war die Lage an der Front immer bedrohlicher geworden. Das Kommando lag oft bei konterrevolutionären und königstreuen Offizieren. Die Festungen Longwy und Verdun waren durch Verrat gefallen. Doch der Sturz der Monarchie führte zu einem revolutionären Enthusiasmus, der auch an der Front die Lage entscheidend änderte. Am 20. August 1792, zehn Tage nach dem Sturz der Monarchie, zwangen die hungernden, schlecht gekleideten und mangelhaft ausgerüsteten Soldaten der Revolution bei Valmy das Heer des Herzogs von Braunschweig zum Rückzug. Goethe, der im Gefolge des Her-

zogs von Weimar an dem Feldzug teilnahm, sagte an diesem Abend zu einigen Offizieren: „Von hier und heute geht eine neue Epoche in der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“

Inzwischen war von allen männlichen Bürgern ab 21 Jahren der Nationalkonvent gewählt worden. Das Wahlrecht für Frauen war kein Thema - auch hierin zeigte sich der bürgerlich begrenzte Charakter der Revolution.

Die größte Partei im Konvent war die „Ebene“ oder der „Sumpf“ (500 Abgeordnete). Man nannte sie „Ebene“, weil sie die untersten Bänke im Sitzungssaal innehatten, und „Sumpf“, weil sie eine schwankende Haltung einnahmen. Die Girondisten hatten 165 Abgeordnete. Die einzige entschieden republikanische Partei war die „Bergpartei“ - ihre Abgeordneten nahmen die oberen Sitze ein. Sie standen unter dem Einfluß des Jakobinerklubs. Seine Führer waren Robespierre, Marat, Danton.

Ludwig XVI. wurde aufgrund seiner Beziehungen mit dem monarchistischen Ausland wegen Landesverrats zum Tode verurteilt. Die Girondisten versuchten, die Vollstreckung des Todesurteils zu verhindern. Dennoch wurde Ludwig am 21. Januar 1793 hingerichtet, einige Monate später auch die Königin Marie Antoinette, die ebenfalls wegen Landesverrats verurteilt worden war. Die Urteile wurden durch die Guillotine vollstreckt, ein Fallbeil, das den Kopf des Verurteilten abschlug.

Die Hinrichtung der königlichen Familie war eine wichtige Voraussetzung, um die Revolution gegen die innere und äußere Konterrevolution verteidigen zu können.

**Heinrich Heine:**

**Maria Antoinette**

WIE HEITER IM TUILERIENSCHLOSS  
BLINKEN DIE SPIEGELFENSTER,  
UND DENNOCH DORT AM HELLEN TAG  
GEHN UM DIE ALTEN GESPENSTER.

ES SPUKT IM PAVILLON DE FLOR´  
MARIA ANTOINETTE;  
SIE HÄLT DORT MORGENS IHR LEVER  
MIT STRENGER ETIKETTE.

GEPUTZTE HOFDAMEN. DIE MEISTEN STEHN,  
AUF TABOURETS ANDRE SITZEN;  
DIE KLEIDER VON ATLAS UND GOLDBROKAT,  
BEHÄNGT MIT JUWELEN UND SPITZEN.

DIE TAILLE IST SCHMAL, DER REIFROCK BAUSCHT,  
DARUNTER LAUSCHEN DIE NETTEN  
HOCHHACKIGEN FÜSSCHEN SO KLUG HERVOR -  
ACH, WENN SIE NUR KÖPFE HÄTTEN!

SIE HABEN ALLE KEINEN KOPF,  
DER KÖNIGIN SELBST MANQUIERET  
DER KOPF, UND IHRO MAJESTÄT  
IST DESHALB NICHT FRISIERET.

JA, SIE, DIE MIT TURMHOHEM TOUPET  
SO STOLZ SICH KONNTE GEBAREN,  
DIE TOCHTER MARIA THERESIAS,  
DIE ENKELIN DEUTSCHER CÄSAREN,

SIE MUSS JETZT SPUKEN OHNE FRISUR  
 UND OHNE KOPF, IM KREISE  
 VON UNFRISIERTEN EDELFRAUN,  
 DIE KOPFLOS GLEICHERWEISE.

DAS SIND DIE FOLGEN DER REVOLUTION  
 UND IHRER FATALEN DOKTRINE;  
 AN ALLEM IST SCHULD JEAN JACQUES ROUSSEAU,  
 VOLTAIRE UND DIE GUILLOTINE.

DOCH SONDERBAR! ES DÜNKT MICH SCHIER,  
 ALS HÄTTEN DIE ARMEN GESCHÖPFE  
 GAR NICHT BEMERKT, WIE TOT SIE SIND  
 UND DASS SIE VERLOREN DIE KÖPFE.

EIN LEERES GESPREIZE, GANZ WIE SONST,  
 EIN ABGESCHMACKTES SCHERWENZEN -  
 POSSIERLICH SIND UND SCHAUDERHAFT  
 DIE KOPFLOSEN REVERENZEN.

ES KNICKST DIE ERSTE DAME D'ATOUR  
 UND BRINGT EIN HEMD VON LINNEN;  
 DIE ZWEITE REICHT ES DER KÖNIGIN,  
 UND BEIDE KNICKSEN VON HINNEN.

DIE DRITTE DAM UND DIE VIERTE DAM  
 KNICKSEN UND NIEDERKNIEN  
 VOR IHRER MAJESTÄT, UM IHR  
 DIE STRÜMPFE ANZUZIEHEN.

EIN EHRENFRÄULEIN KOMMT UND KNICKST  
UND BRINGT DAS MORGENJÄCKCHEN;  
EIN ANDRES FRÄULEIN KNICKST UND BRINGT  
DER KÖNIGIN UNTERRÖCKCHEN.

DIE OBERHOFMEISTERIN STEHT DABEL,  
SIE FÄCHERT DIE BRUST, DIE WEISSE,  
UND IN ERMANGLUNG EINES KOPFS  
LÄCHELT SIE MIT DEM STEISSE.

WOHL DURCH DIE VERHÄNGTEN FENSTER WIRFT  
DIE SONNE NEUGIERIGE BLICKE,  
DOCH WIE SIE GEWAHRT DEN ALTEN SPUK,  
PRALLT SIE ERSCHROCKEN ZURÜCKE.

(Rousseau und Voltaire sind Philosophen der bürgerlichen Aufklärung, die bei der ideologischen Vorbereitung der Revolution eine große Rolle spielten. Wir werden im nächsten Kapitel darauf zurückkommen.)



Hinrichtung Ludwigs XVI. Nach einem Gemälde von Monet

## DER ÜBERGANG ZUR SCHRECKENSHERRSCHAFT

Anfang 1793 nahmen die Teuerung und die wirtschaftliche Not der breiten Massen zu. Das Volk forderte einen wirksamen Kampf gegen Spekulanten, Schieber und Hamsterer sowie die Festsetzung von Höchstpreisen für die Grundlebensmittel, vor allem Brot. Demzufolge spitzte sich innerhalb des Konvents der Streit zwischen dem „Berg“ und den Girondisten zu. Der Streit ging vor allem *„darum, ob alle Feudallasten ohne Entschädigung beseitigt werden sollten, ob den Dorfgemeinden der alte Gemeindebesitz überlassen, ob den Aufkäufern und Spekulanten der Krieg erklärt, ob ein Gesetz über das Minimum, nämlich der Abgabe von Getreide und anderen dringenden Bedarfsartikeln beschlossen, ob eine außerordentliche Abgabe von den Reichen erhoben und schließlich, ob der politische Terror (gegen die Konterrevolution, d. Verf.) auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte. Die Girondisten wehrten sich gegen jeden Eingriff in das Eigentum, sie protestierten gegen die außerordentliche Kapitalabgabe, sie wollten keine Einführung der Getreidetaxe zulassen und verteidigten das Prinzip des freien Handels.“* (Masch, S. 20)

Es bildete sich eine Gruppe radikaler Demokraten, die „Wütenden“, unter Führung von Jacques Roux, einem revolutionären Geistlichen. Er trat für Einschränkung des Privathandels ein und erklärte im Konvent: „Die Freiheit ist ein leeres Wort, wenn eine Klasse ungestraft eine andere aushungern darf. Ist denn das Eigentum von Halunken wertvoller als das Menschenleben?“ Er forderte die Verhaftung aller Bankiers und aller Personen, die sich während der Revolution bereichert hatten. Die Jakobiner gingen zeitweilig ein Bündnis mit den Wütenden ein, mach-

ten sich aber nicht alle ihre Programmpunkte zu eigen.

Unter der armen Bevölkerung wuchs die Empörung über die Girondisten, die Vertreter des reichen Bürgertums. Diese Empörung nahm noch zu, als einer der Führer der Armee und Anhänger der Girondisten zu den Österreichern überlief und es zu militärischen Rückschlägen an der Front kam. Am 31. Mai 1793 kam es zu gewaltigen Demonstrationen, angeführt von den Jakobinern und den Wütenden. Am 2. Juni umzingelten 50.000 bewaffnete Handwerker und Arbeiter das Gebäude des Konvents und verlangten die Verhaftung von 22 girondistischen Abgeordneten und zwei Ministern. Der Konvent mußte seine Zustimmung geben. Die Diktatur der Jakobiner, die sogenannte Schreckensherrschaft, begann. Der Konvent setzte als Regierung den Wohlfahrtsausschuß ein, der diktatorische Gewalt ausübte. An seiner Spitze stand seit Juli 1793 Robespierre.

## **DIE SCHRECKENSHERRSCHAFT**

Die sogenannte Schreckensherrschaft war eine neue Periode der Revolution. Sie war die Diktatur des mit den Arbeitern verbündeten revolutionären Kleinbürgertums über den Adel. Sie setzte auch verschiedene Maßnahmen gegen das reiche Bürgertum durch.

Nach dem Sieg über die Girondisten beeilten sich die Jakobiner mit der Fertigstellung einer neuen Verfassung. Wie oben schon gesehen, bezeichnete auch diese Verfassung es als Aufgabe der Gesellschaft, Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Sicherheit zu gewährleisten. Das Eigentum wurde als „*das natürliche und unveräußerliche Recht des Menschen*“ bezeichnet. Doch auf Antrag Robespierres hieß es zusätzlich: „*Die Gesellschaft schuldet den mittellosen Bürgern den Unterhalt; sie verschafft ihnen Arbeit*“

*oder sichert den Arbeitsunfähigen die Mittel zum Leben.“* (Masch, S. 21) Auf diese Weise glaubten die Jakobiner, die soziale Frage gelöst zu haben. Das war freilich eine Illusion, dennoch war die neue Verfassung ein revolutionäres Dokument. Sie enthielt weitgehende demokratische Rechte, z.B. den Volksentscheid. Die Verfassung wurde jedoch nicht in Kraft gesetzt, da die Bedrohung durch die innere und äußere Konterrevolution entschlossene diktatorische Maßnahmen verlangte. Robespierre erklärte: *„Die revolutionäre Regierung braucht eine außerordentliche Aktivität, weil sie sich im Kriege befindet. Sie ist keinen stabilen Gesetzen unterworfen, weil die Umstände, unter denen sie herrscht, stürmisch sind und sich jeden Augenblick verändern. Sie ist genötigt, ohne Unterbrechung neue Quellen der Kraft gegenüber den sich schnell verändernden Gefahren zu entdecken. Die revolutionäre Regierung schuldet den guten Bürgern den nationalen Schutz. Sie schuldet den Feinden nur den Tod.“* (Geschichte III, S. 65)

Die Republik schwebte zu diesem Zeitpunkt in der schwersten Gefahr. Sie wurde von fast allen europäischen Mächten bedroht. Zu den bisherigen äußeren Feinden hatten sich noch England, Spanien und das Königreich Sardinien gesellt. Im Innern tobte der Aufstand der Anhänger der Monarchie. Die gestürzten Girondisten waren zum Teil nach dem Süden geflohen und entfachten den Aufstand gegen die Jakobiner in Lyon, Marseille, Toulon und anderen Städten. Am 13. Juli wurde Marat ermordet. Die Revolution konnte sich nur behaupten, indem sie dem konterrevolutionären Terror revolutionären Terror entgegensetzte. Die Guillotine arbeitete ständig. Die bürgerliche Geschichtsschreibung ist voller Abscheu über die angebliche Menschenverachtung der Jakobiner. Sie vergißt dabei, daß

die Ausübung der entschlossenen Diktatur über den Adel Voraussetzung für die Errichtung der bürgerlichen Gesellschaft war. Nach Schätzungen wurden während der Schreckensherrschaft ca. 12.000 Menschen hingerichtet, vor allem Adlige. *„Aber man (die bürgerliche Geschichtsschreibung, d. Verf.) vergaß dabei, daß die Bourbonen (ein Herrschergeschlecht, aus dem sich die französischen Könige rekrutierten, d. Verf.) Jahr für Jahr weit mehr Menschen zu Tode foltern, als Galeerensklaven langsam zugrunde gehen, ohne Gerichtsurteil in den Verliesen ihrer Festungen verfaulen oder durch skrupellose Habgier brotlos werden und an irgendeinem Straßenrand verhungern ließen, als in der ganzen Französischen Revolution ums Leben gekommen sind.“* (Engelmann, S. 200)

Zu Beginn des Jahres 1794 stellte Frankreich ein Heer von 600.000 Mann auf. An die Spitze des Heeres traten jetzt Männer, die sich in den Revolutionsjahren ausgezeichnet hatten. Bevollmächtigte Kommissare des Wohlfahrtsausschusses gingen an die Front und sorgten für die Durchführung der Befehle der Regierung. Wie entschlossen sie vorgingen, zeigen zwei Befehle des Kommissars der Rheinarmee, St. Just: *„Der Vertreter der Nation befiehlt dem Bürgermeister von Straßburg, durch Aufteilung auf die einzelnen Stadtviertel im Verlaufe des heutigen Tages 100.000 Livres an Obligationen aufzubringen, die von den Reichen zu erheben und zur Unterstützung der armen Patrioten, der Witwen und Waisen der für die Sache der Freiheit gefallenen Soldaten zu verwenden sind. Jene Reichen, die das Geld nicht abliefern, sind an den Schandpfahl zu stellen.“* Und: *„In der Armee sind 100.000 barfuß. Es wird anbefohlen, im Verlaufe des heutigen Tages allen Straßburger Aristokraten die Fußbekleidung wegzunehmen und morgen um 10 Uhr vormittags 10.000 Paar*

*Stiefel im Hauptquartier abzuliefern.*“ (Masch, S. 22) Die 10.000 Paar Stiefel waren pünktlich zur Stelle.

Den französischen Armeen gelang es, den Boden Frankreichs völlig zu befreien, die Rheinlinie zu halten und sogar Belgien und Holland zu besetzen. Die Revolutionsheere kämpften unter der Losung „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“. Nach der Besetzung von Mainz durch die Revolutionstruppen wurde unter Führung des deutschen Jakobiners Georg Forster ein "rheinisch-deutscher Nationalkonvent" gebildet und das Gebiet zwischen Rhein und Mosel zur Republik erklärt. Alle weltlichen und geistlichen Fürsten und Großgrundbesitzer wurden vertrieben. Die Führung lag bei Männern aus dem mittleren Kleinbürgertum. Seit dem Bauernkrieg war das der erste größere Versuch in Deutschland, die Ketten des Feudalismus abzuwerfen.

Der Terror der Jakobiner gegen die Konterrevolution und der entschlossene Kampf gegen die äußeren Feinde waren unabdingbare Voraussetzungen für die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse der arbeitenden Massen. Im Sommer 1793 beseitigte der Konvent alle feudalen Verpflichtungen und Lasten ohne Entschädigung der Grundherren. Er gab den Dorfgemeinden die früheren Gemeindeländereien zurück und ergriff Maßnahmen zur Erleichterung des Verkaufs der Ländereien und Staatsdomänen an die Bauern. Damit lösten die Jakobiner die Bauernfrage, wozu die Bourgeoisie im Jahre 1789 nicht in der Lage gewesen war.

Im Dekret vom 10. Juni 1793 hieß es: *„Der Zweck des Gesetzes ist überhaupt nicht die Beeinträchtigung eines angemessenen Privatbesitzes, sondern nur die Vernichtung der Mißbräuche der Feudalmacht und der eigenmächtigen Besitzergreifung.“* (ebenda) Die Lösung der

Bauernfrage erfolgte also im Sinne der bürgerlichen Ordnung und trug entscheidend zur Stabilisierung dieser Ordnung bei.

Im September 1793 erließ der Konvent das Gesetz über das Maximum, d.h. es wurden Höchstpreise festgesetzt, um die Verpflegung der Bevölkerung zu sichern. Zugleich wurden Karten für Brot, Fleisch, Zucker und Seife eingeführt, und der freie Brothandel wurde verboten. Bald darauf gab es strenge Gesetze gegen Spekulanten. Es gab Gesetze über Hilfeleistung an die Arbeitslosen, über Alterspensionen sowie ein Programm über öffentliche Arbeiten für die Notleidenden. Zugleich aber regelte ein Gesetz das Lohnmaximum, beschränkte also die Höhe der Löhne.

Robespierre trat dafür ein, alle Kräfte gegen den Adel zu bündeln. Er prägte den Satz: „Die Tugend muß durch den Schrecken herrschen.“ Tugend als Staatsdoktrin bedeutete, daß es unmoralisch sei, irgendwelche Sonderinteressen zu vertreten, die vom allgemeinen Interesse, der Niederhaltung des Adels, ablenken könnten. Robespierre wandte sich daher auch gegen die Wütenden und ihren Führer Jacques Roux, die weitergehende Forderungen im Interesse der Armen vertraten. So forderte Roux die Verhaftung aller Bankiers und aller Personen, die sich während der Revolution bereichert hatten, die Entfernung aller Adligen und Reichen aus leitenden Stellungen und das unverzügliche Inkrafttreten der neuen Verfassung. Einige dieser Forderungen gingen Robespierre, der die Bündelung aller Kräfte gegen den Adel gefährdet sah, zu weit. Roux wurde verhaftet und nahm sich im Gefängnis das Leben, nachdem man ihm eröffnet hatte, daß er dem Revolutionstribunal vorgeführt werden sollte, was das sichere Todesurteil bedeutet hätte. Die Bewegung der Wütenden wurde zerschlagen.

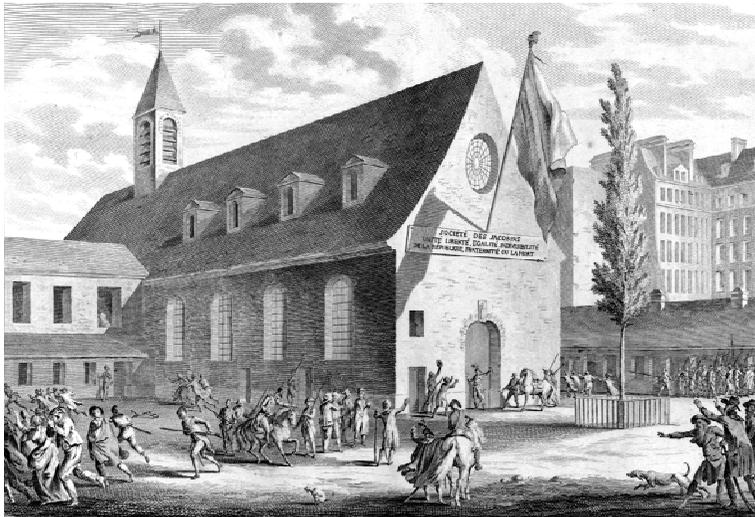
Bis zu einem gewissen Punkt war Robespierres Bestreben, alle Kräfte des Dritten Standes gegen den Adel zu bündeln und die Vertretung von Sonderinteressen von Teilen dieses Dritten Standes nicht zuzulassen, eine sinnvolle, den objektiven Bedingungen entsprechende Politik. Doch die Klassengegensätze innerhalb des Dritten Standes mußten sich im Laufe der Entwicklung immer mehr zuspitzen. In dem Maße, wie dies geschah, entfielen die Bedingungen für eine solche Politik, mußte sich die von Robespierre geführte Regierung immer mehr isolieren. Bezeichnend ist Robespierres an die Reichen gerichtetes Wort: „Seelen aus Schmutz, die ihr nur das Geld achtet, ich will eure Schätze nicht antasten.“ Auf die Dauer konnten die Reichen nicht mehr mit der Bedrohung leben, die darin lag, daß sie von den Jakobinern als „Seelen von Schmutz“ angesehen wurden. Die Armen aber konnten auf Dauer keine Regierung stützen, die die „Schätze der Reichen nicht antasten“ wollte.

Daß Robespierres Politik des Ausgleichs der Klassengegensätze innerhalb des Dritten Standes immer irrealer wurde, spiegelte sich auch darin wider, daß sich innerhalb der Jakobiner-Partei selbst ein rechter und ein linker Flügel herausbildeten.

Der linke Flügel um Hébert stellte ähnliche Forderungen auf wie die Wütenden: Energische Maßnahmen gegen die reichen Landbesitzer und Händler, die an der Teuerung schuld waren, hohe Einkommenssteuern gegen die Reichen. Zudem aber forderte er die Abschaffung des Christentums in Frankreich, was die Masse der Bauern gegen die Revolution aufgebracht hätte. Auch forderte er, den Krieg so lange fortzusetzen, bis alle Länder Europas vom Absolutismus befreit wären. Dies hätte die Kräfte Frankreichs überfordert und ebenfalls zur Niederlage geführt. Hébert und seine Anhänger versuchten einen Aufstand ge-

gen den Wohlfahrtsausschuß und Robespierre, den sie der Nachgiebigkeit gegenüber der Reaktion beschuldigten. Sie scheiterten und wurden am 24. März 1794 hingerichtet.

Der rechte Flügel um Danton vertrat die Interessen des reichen Bürgertums. Er forderte die Einstellung der Hinrichtungen, Freilassung aller Verdächtigen, Amnestie für die geflüchteten Adligen und Frieden mit England. Dem Wesen der Sache nach ging es darum, daß die Bourgeoisie die Revolution beenden und ihre Früchte ernten wollte. Danton selbst war durch Spekulationen reich geworden. Die Forderungen nach Beendigung des Terrors und Friedensverhandlungen mit England bedeuteten unter den gegebenen Umständen Landesverrat. Robespierre und Saint-Just setzten durch, daß Danton und seine Anhänger am 5. April 1794 hingerichtet wurden.



Schließung des Klubs der Jakobiner

## DER KONTERREVOLUTIONÄRE UMSTURZ

Jedoch wuchs die Unzufriedenheit auf beiden Polen des „Dritten Standes“. Die Bourgeoisie wollte die Jakobinerherrschaft stürzen, und bei den Armen verloren die Jakobiner nach und nach an Ansehen und Unterstützung: Die Streikbewegung in den Städten wurde vom Wohlfahrtsausschuß grausam unterdrückt, und die Kommunen erhielten das Recht, die Arbeitslosen zu landwirtschaftlichen Arbeiten zu zwingen. Der Reallohn sank ständig.

Im Konvent bildete sich eine Robespierre und seinen Anhängern feindlich gesinnte Mehrheit heraus, die vor allem aus Mitgliedern des „Sumpfes“ bestand. Zu ihnen stieß eine Reihe von Jakobinern, die ebenfalls einen Umsturz wollten. Am 27. Juli bzw. 9. Thermidor 1794 (der Thermidor ist ein Monat des französischen Revolutionskalenders) wurde Robespierre verhaftet, einen Tag später wurden er und die anderen bedeutendsten Führer der Jakobiner hingerichtet.

Was führte zum Sturz der Diktatur des revolutionären Kleinbürgertums? In der Zeit von 1789 bis zum Juli 1794 hatte das Land eine radikale Umwälzung der Klassenverhältnisse erlebt. *„(...) das Bauerntum wurde eine Klasse von freien Bodenbesitzern. Die adligen Gutsherren verschwanden, aber neue bürgerliche Gutsbesitzer tauchten auf. In den Städten erstarkten die neuen Schichten der Bourgeoisie. Ein Teil des Kleinbürgertums bereicherte sich durch Spekulation mit dem Nationalvermögen und durch die Lieferungen an die Armee. Nachdem der Bauer den Boden bekommen hatte und von den Feudallasten befreit worden war, wollte er keine Fortsetzung der Revolution. Nur ein geringer Teil des Kleinbürgertums verlangte*

*die Fortführung der Revolution, aber diese Schichten spielten schon keine entscheidende Rolle mehr, um so mehr, als die städtische Arbeiterklasse, deren Lage sich immer mehr verschlechterte, nicht imstande war, eine eigene Klassenorganisation zu schaffen.*

*Aber die Revolution feierte vom Frühjahr 1794 an ihren Sieg über die Konterrevolution. Der Feind war über die Grenzen Frankreichs hinausgejagt. Die Diktatur des Kleinbürgertums hatte die bürgerliche Revolution gerettet. Aber die Formierung der bürgerlichen Gesellschaft wurde durch die sozialen Experimente des Kleinbürgertums gestört. Überaus trefflich hat das der Feind Robespierres, Courtois, ein bürgerlicher Spekulant, in einer Rede klar gestellt, die er nach dem 9. Thermidor hielt:*

*‘Ihr stumpfsinnigen und blutdürstigen Gleichmacher (...), ihr werdet euer Ziel nur dann erreichen, wenn ihr alle Handelsbeziehungen unterbindet, wenn ihr unter euern Trümmern den Reichtum und das Handwerk begrabt (...)*

*Courtois, dieser typische Vertreter der neuen Bourgeoisie, beschuldigte Robespierre, daß er die kapitalistische Akkumulation einschränken wollte. Die Bourgeoisie Frankreichs konnte sich nicht mehr zufrieden geben mit der zweideutigen Politik des Kleinbürgertums, das einerseits die feudale Ordnung vernichtete und damit die Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus schuf, andererseits aber durch seine sozialen Reformen diese Entwicklung begrenzen wollte.“*

(Masch, S. 26)

Mit dem konterrevolutionären Umsturz gelangte eine neue Bourgeoisie an die Macht, die während der Revolution durch Spekulationen reich geworden war. Sie zertrümmerte den Apparat der Jakobiner-Diktatur und entwaffnete die Arbeiterbevölkerung der Pariser Vorstadt St. Antoine,

die dem Großbürgertum besonders gefährlich war. Die Höchstpreise wurden abgeschafft, die Teuerung verschlimmerte sich immer mehr. Scharen junger Nichtsteuer verprügelten die Arbeiter auf der Straße, drangen in die Häuser der Jakobiner ein und verübten Grausamkeiten. Im Jahre 1795 wurden zwei Volksaufstände aufs grausamste niedergeschlagen. Im August 1795 nahm der Konvent eine neue Verfassung an. Nur wer direkte Steuern zahlte, erhielt das Stimmrecht. Diese Verfassung bestätigte die Herrschaft des reichen Bürgertums.

## **MARX UND ENGELS ÜBER DIE FRANZÖSISCHE REVOLUTION**

Bevor wir dem weiteren Geschichtsverlauf folgen, wollen wir uns einigen Betrachtungen von Marx und Engels über die französische Revolution zuwenden. Zunächst ein längeres Zitat von Marx aus der Heiligen Familie.

Der erste Satz in diesem Zitat bezieht sich auf die ideologische Vorstellung Robespierres und seiner Mitstreiter, die glaubten, „Werte der römischen Republik“ zu verwirklichen - Ausdruck dessen, daß sie (bis zu einem gewissen Grade mit Ausnahme Marats) den Klasseninhalt des Geschehens nicht begriffen. Das „antike Gemeinwesen“, das sie wiederherzustellen glaubten, nämlich die römische Republik, war deshalb - wie Marx formulierte - „realistisch-demokratisch“, weil es auf realen demokratischen Verhältnissen unter den mächtigsten Sklavenhaltern beruhte. Der Staat, der aus der bürgerlichen Gesellschaft hervorgeht, beruht auf dem „emanzipierten Sklaventum“, auf der Fiktion, daß die Ausgebeuteten gleiche staatsbürgerliche Rechte hätten wie die Ausbeuter. Folglich kann er im Gegensatz zur römischen Republik nur „spirituell-demokratisch“ sein, d.h. die Demokratie kann nicht real sein,

weil Regeln und Normen des Repräsentativstaats dafür zu sorgen haben, daß trotz gleichen Stimmrechts für jeden die Interessen der Ausbeuter, also einer Minderheit, gewahrt werden.

„*Robespierre, Saint-Just und ihre Partei gingen unter, weil sie das antike, **realistisch-demokratische** Gemeinwesen, welches auf der Grundlage des **wirklichen Sklaventums** ruhte, mit dem **modernen spiritualistisch-demokratischen Repräsentativstaat**, welcher auf dem **emanzipierten Sklaventum**, der **bürgerlichen Gesellschaft**, beruht, verwechselten. Welche kolossale Täuschung, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die Gesellschaft der Industrie, der allgemeinen Konkurrenz, der frei ihre Zwecke verfolgenden Privatinteressen, der Anarchie, der sich selbst entfremdeten natürlichen und geistigen Individualität - in den Menschenrechten anerkennen und sanktionieren zu müssen und zugleich die **Lebensäußerungen** dieser Gesellschaft hinterher an einzelnen Individuen annullieren und zugleich den **politischen Kopf** dieser Gesellschaft in **antiker** Weise bilden zu wollen!*

Tragisch erscheint diese Täuschung, wenn Saint-Just am Tage seiner Hinrichtung auf die im Saale der Conciergerie hängende große Tabelle der **Menschenrechte** hinwies und mit stolzem Selbstgefühl äußerte: ‘Und doch war ich es, der das gemacht hat.’ (bei Marx französisch, d. Verf.) Eben diese Tabelle proklamierte das **Recht** eines **Menschen**, der nicht der Mensch des antiken Gemeinwesens sein kann, so wenig als seine **national-ökonomischen** und **industriellen** Verhältnisse die **antiken** sind. Es ist hier nicht der Ort, die Täuschung der Terroristen geschichtlich zu rechtfertigen.(...)

Nach dem Sturz Robespierres beginnt die **politische** Aufklärung, die sich selbst hatte **überbieten** wollen, die

*überschwenglich* gewesen war, erst, sich **prosaisch** zu verwirklichen. Unter der Regierung des **Direktoriums** bricht die **bürgerliche Gesellschaft** - die Revolution selbst hatte sie von den feudalen Banden befreit und offiziell anerkannt, so sehr der **Terrorismus** sie einem antik-politischen Leben aufopfern wollte - in gewaltigen Lebensströmungen hervor. Sturm und Drang nach kommerziellen Unternehmungen, Bereicherungssucht, Taumel des neuen bürgerlichen Lebens, dessen erster Selbstgenuß noch keck, leichtsinnig, frivol, berauschend ist; **wirkliche Aufklärung** des französischen **Grund und Bodens**, dessen feudale Gliederung der Hammer der Revolution zerschlagen hatte und welchen nun die erste Fieberhitze der vielen neuen Eigentümer einer allseitigen Kultur unterwirft; erste Bewegungen der freigewordenen Industrie - das sind einige von den Lebenszeichen der neuentstandnen bürgerlichen Gesellschaft. Die **bürgerliche Gesellschaft** wird **positiv** repräsentiert durch die **Bourgeoisie**. Die Bourgeoisie **beginnt** also ihr Regiment. Die **Menschenrechte** hören auf, **bloß** in der **Theorie** zu existieren.(...)

(Die geschichtlichen Fakten, auf die sich der nun folgende Teil des Marx-Zitats bezieht, werden wir erst später, teils am Ende dieses Kapitels, teils in einem späteren Kapitel schildern; d. Verf.)

**Napoleon** war der letzte Kampf des **revolutionären Terrorismus** gegen die gleichfalls durch die Revolution proklamierte **bürgerliche Gesellschaft** und deren Politik. Napoleon besaß allerdings schon die Einsicht in das **Wesen des modernen Staats**, daß derselbe auf der ungehinderten Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, auf der freien Bewegung der Pivatinteressen etc. als seiner Grundlage ruhe. Er entschloß sich, diese Grundlage anzuerkennen und zu beschützen. Er war kein schwärmerischer

*Terrorist. Aber Napoleon betrachtete zugleich noch den Staat als Selbstzweck und das bürgerliche Leben nur als Schatzmeister und als seinen Subalternen (ihm Untergeordneten, d. Verf.), der keinen Eigenwillen haben dürfe. Er vollzog den Terrorismus, indem er an die Stelle der permanenten Revolution den permanenten Krieg setzte. Er befriedigte bis zur vollen Sättigung den Egoismus der französischen Nationalität, aber er verlangte auch das Opfer der bürgerlichen Geschäfte, des Genusses, Reichthums etc., sooft es der politische Zweck der Eroberung erheischte. Wenn er den Liberalismus der bürgerlichen Gesellschaft - den politischen Idealismus ihrer alltäglichen Praxis - despotisch unterdrückte, so schonte er nicht mehr ihre wesentlichsten materiellen Interessen, Handel und Industrie, sooft sie mit seinen politischen Interessen in Konflikt gerieten. Seine Verachtung der industriellen hommes d'affaires (Geschäftsleute, d. Verf.) war die Ergänzung zu seiner Verachtung der Ideologen. Auch nach innen hin bekämpfte er in der bürgerlichen Gesellschaft den Gegner des ihm noch als absoluter Selbstzweck geltenden Staats. So erklärte er im Staatsrat, er werde nicht dulden, daß der Besitzer umfangreicher Ländereien sie nach Belieben bebaue oder nicht bebaue. So faßte er den Plan, durch Aneignung der Roulage (des Frachtverkehrs, d. Verf.) den Handel dem Staat zu unterwerfen. Französische Handelsleute bereiteten auf das Ereignis vor, welches Napoleons Macht zuerst erschütterte. Pariser Agioteurs (Preis- und Börsenspekulanten, d. Verf.) zwangen ihn durch eine künstlich geschaffene Hungersnot, die Eröffnung des russischen Feldzugs beinahe um zwei Monate aufzuschieben und daher in eine zu weit vorgerückte Jahreszeit zu verlegen.*

*Wie der liberalen Bourgeoisie in Napoleon noch einmal der revolutionäre Terrorismus gegenübertrat, so trat*

*ihr in der Restauration, in den Bourbonen, noch einmal die Konterrevolution gegenüber. Endlich verwirklichte sie in dem Jahre 1830 ihre Wünsche vom Jahre 1789, nur mit dem Unterschied, daß ihre **politische Aufklärung** nun **vollendet** war, daß sie in dem konstitutionellen Repräsentativstaat nicht mehr das Ideal des Staates, nicht mehr das Heil der Welt und allgemein menschliche Zwecke zu erstreben meinte, sondern ihn vielmehr als den **offiziellen** Ausdruck ihrer **ausschließlichen** Macht und als die **politische** Anerkennung ihres **besondern** Interesses erkannt hatte.“*

(Die heilige Familie, MEW 2, S. 129 ff., Hervorhebungen von Marx)

Dieses Marx-Zitat deckt wesentliche Merkmale der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft auf:

Die bürgerliche Gesellschaft proklamiert, das Individuum könne frei seine Zwecke verfolgen. Der Staat ist kein Selbstzweck, er soll vielmehr die „ungehinderte Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft“ garantieren, und das heißt: die Bewegung und Akkumulation des Kapitals.

Im Verlauf der Entwicklung der französischen Revolution ist die Bourgeoisie zunächst noch relativ schwach. Sie kann die Macht noch nicht unter der Fahne ihrer eigenen Interessen ergreifen. Sie braucht den ideologischen Nebelvorhang, der den Staat als Verkörperung „allgemein menschlicher Zwecke“ erscheinen läßt, der „Verwirklichung der Vernunft“, des „Heiles der Welt“. Während der Schreckensherrschaft muß sie sogar die Führung der bürgerlichen Revolution durch kleinbürgerlich-radikale Revolutionäre dulden, die selbst am wenigsten wissen, was sie da tun. (Und hier wäre auch der Ort, die „Täuschung der Terroristen geschichtlich zu rechtfertigen“: Die Jakobiner **brauchten** die oben benannten Illusionen, um mit revolutionärem Enthusiasmus alle Kraft gegen den Adel zu rich-

ten. Hätte sich das, was sich geschichtlich durchzusetzen begann, mehr oder minder adäquat in den Köpfen der handelnden Personen widerspiegelt, nämlich als bornierter bürgerlicher Eigennutz, so wären diese Personen zu derartigem revolutionärem Enthusiasmus und derartiger revolutionärer Energie nicht fähig gewesen.)

Sobald die Bourgeoisie stark genug war, agierte sie offen unter der Fahne ihrer Interessen und ordnete sich den Staat unter, benutzte ihn selbstbewußt zur Niederhaltung ihrer Gegner. Wenn die Arbeiterklasse sich emanzipieren will, muß sie ebenfalls offen unter der Fahne ihrer Klasseninteressen agieren und sich einen Staat schaffen, den sie zur Niederhaltung ihrer Gegner nutzt.

Weiter zeigt das Marx-Zitat, daß der Schwebезustand der Jakobiner-Diktatur nicht ewig wahren konnte, daß der Machtantritt des Großbürgertums unter den gegebenen Umständen unvermeidlich war, wengleich der Sturz der Jakobiner-Herrschaft vom Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse aus als konterrevolutionär zu bewerten ist.

### **Einschub**

Allerdings bedeutet das keineswegs, daß in einer bürgerlich-demokratischen Revolution **stets** nur das geschehen könne, was für die Bourgeoisie vorteilhaft ist. Dies hängt vielmehr von der Stärke der beteiligten Klassen, insbesondere der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse, ab. Die Stärke der Arbeiterklasse hängt nicht nur von ihrem prozentualen Anteil an der Bevölkerung ab, sondern sehr entscheidend auch davon, ob sie von einer zielklaren Arbeiterpartei geführt wird. In Rußland z.B. konnte das Proletariat unter der Führung der Bolschewiki an die Spitze der demokratischen Revolution treten und dafür sorgen, daß die demokratischen Aufgaben so gelöst wurden, daß günstige Bedingungen für die Weiterfüh-

rung der Revolution in sozialistischer Richtung entstanden. Die grundlegenden taktischen Überlegungen, die für diese Orientierung erforderlich waren, gab Lenin 1905 in seinem Buch „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, in welchem er der Auffassung der Menschewiki entgegentrat, da der Inhalt der russischen Revolution bürgerlich-demokratisch sei, könne sie nur von der Bourgeoisie geführt werden.

Lenin schrieb: *„Der Ausgang der Revolution hängt davon ab, ob die Arbeiterklasse als Handlanger der Bourgeoisie, der in seiner Stoßkraft gegen die Selbstherrschaft (des Zaren, d. Verf.) zwar mächtig, politisch aber ohnmächtig ist, oder als Führer der Volksrevolution auftreten wird.“*

(LW 9, S. 5)

Durch die Betrachtungen der Menschewiki *„zieht sich ständig der Gedanke, die bürgerliche Revolution sei eine Revolution, die nur das bringen könne, was für die Bourgeoisie vorteilhaft ist. Nichts ist indes irriger als dieser Gedanke.“* (ebenda, S. 36) *„Wir können den bürgerlich-demokratischen Rahmen der russischen Revolution nicht sprengen, wir können aber diesen Rahmen gewaltig erweitern, wir können und müssen innerhalb dieses Rahmens für die Interessen des Proletariats, für seine unmittelbaren Bedürfnisse und für solche Bedingungen kämpfen, die es ermöglichen, seine Kräfte für den künftigen vollen Sieg vorzubereiten.“* (ebenda, S. 39)

Dies war richtig, weil es sich um eine Revolution im 20. Jahrhundert handelte, weil es folglich weltweit Arbeiterparteien und eine wissenschaftlich fundierte Weltanschauung der Arbeiterklasse, den Marxismus, gab. So warf Lenin den Menschewiki zu Recht vor, daß sie *„außer acht lassen, welche wirksame, führende und leitende Rolle in der Geschichte die Parteien spielen können und müssen, die*

*die materiellen Bedingungen der Umwälzung erkannt und sich an die Spitze der fortgeschrittensten Klassen gestellt haben.“* (ebenda, S. 30) Anders freilich war es bei der französischen Revolution, die im 18. Jahrhundert stattfand, als es keine zielklaren Parteien des Proletariats gab und auch nicht geben konnte.

Zwar erfüllten die Jakobinerklubs, die von konterrevolutionären und versöhnlerischen Kräften gesäubert wurden, während der revolutionären Diktatur durchaus die Aufgaben von Parteiorganisationen. Insgesamt aber waren die Jakobiner eine Vereinigung verschiedener sozialer Gruppierungen, in der das revolutionäre Kleinbürgertum vorherrschte, und auch die Ideologie der Jakobiner war wesentlich kleinbürgerlich.

Lehrreich sind auch folgende Betrachtungen von Marx und Engels über die englische und französische Revolution:

*„1648 (in England, d. Verf.) war die Bourgeoisie mit dem modernen Adel gegen das Königtum, gegen den feudalen Adel und gegen die herrschende Kirche verbunden.*

*1789 war die Bourgeoisie mit dem Volke verbunden gegen Königtum, Adel und herrschende Kirche.*

*Die Revolution von 1789 hatte zum Vorbilde (wenigstens in Europa) (soll heißen: vom amerikanischen Unabhängigkeitskrieg abgesehen, d. Verf.) nur die Revolution von 1648, die Revolution von 1648 nur den Aufstand der Niederländer gegen Spanien. Beide Revolutionen waren nicht nur der Zeit, sondern auch dem Gehalte nach um ein Jahrhundert ihren Vorbildern voraus.*

*In beiden Revolutionen war die Bourgeoisie die Klasse, die sich **wirklich** an der Spitze der Bewegung befand.*

*Das **Proletariat** und die **nicht der Bourgeoisie angehörigen Fraktionen des Bürgertums** hatten entweder noch keine von der Bourgeoisie getrennten Interessen, oder sie bildeten noch keine selbständig entwickelten Klassen oder Klassenabteilungen. Wo sie daher der Bourgeoisie entgegengetreten, wie zum Beispiel 1793 bis 1794 in Frankreich, kämpfen sie nur für die Durchsetzung der Interessen der Bourgeoisie, wenn auch nicht **in der Weise** der Bourgeoisie. Der **ganze französische Terrorismus** war nichts als eine **plebejische Manier**, mit den **Feinden der Bourgeoisie**, dem Absolutismus, dem Feudalismus und dem Spießbürgertum, fertigzuwerden.*

*Die Revolutionen von 1648 und 1789 waren keine **englischen** und **französischen** Revolutionen, sie waren Revolutionen **europäischen** Stils. Sie waren nicht der Sieg einer **bestimmten** Klasse der Gesellschaft über die **alte politische Ordnung**; sie waren die **Proklamation der politischen Ordnung für die neue europäische Gesellschaft**. (Soll heißen: Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte hatte in Europa die Ablösung des Feudalismus durch die bürgerliche Ordnung auf die Tagesordnung gesetzt, d. Verf.) Die Bourgeoisie siegte in ihnen; aber der **Sieg der Bourgeoisie** war damals **der Sieg einer neuen Gesellschaftsordnung**, der Sieg des bürgerlichen Eigentums über das feudale, der Nationalität über den Provinzialismus, der Konkurrenz über die Zunft, der Teilung über das Majorat (nämlich hinsichtlich des Erbrechts: im Majorat ging das Eigentum, besonders der Grundbesitz, ungeteilt an den Ältesten über, d. Verf.), der Herrschaft des Eigentümers des Bodens über die Beherrschung des Eigentümers durch den Boden, der Aufklärung über den Aberglauben, der Familie über den Familiennamen, der Industrie über die heroische Faulheit, des bürgerlichen Rechts über*

*die mittelaltrigen (mittelalterlichen, d. Verf.) Privilegien. Die Revolution von 1648 war der Sieg des 17. Jahrhunderts über das 16. Jahrhundert, die Revolution von 1789 der Sieg des 18. Jahrhunderts über das 17. Jahrhundert. Diese Revolutionen drückten mehr noch die Bedürfnisse der damaligen Welt als der Weltausschnitte aus, in denen sie vorfielen, Englands und Frankreichs.“*

(MEW 6, S. 107 f., Hervorhebungen von Marx und Engels)

(Unmittelbar danach gehen Marx und Engels auf die elende Beschränktheit der bürgerlichen Revolution in Deutschland ein, doch das ist hier nicht unser Thema.)

## **BABEUF UND DIE GESELLSCHAFT DER GLEICHEN**

Im Mai 1796 kam es unter Führung Babeufs zu dem Versuch, die konterrevolutionäre Regierung zu stürzen. Die Verschwörung wurde durch einen Lockspitzel aufgedeckt und scheiterte; Babeuf wurde 1797 hingerichtet. Die politische Losung des Aufstandsversuchs war „Brot und die Verfassung von 1793!“. Dieser Aufstandsversuch der „Gesellschaft der Gleichen“ unterschied sich von anderen jakobinischen Aufstandsversuchen dadurch, daß er eine Verschwörung von kommunistischen Revolutionären war. Die Anhänger Babeufs begriffen, „*daß keine Freiheit möglich ist, solange es keine Gleichheit gibt, d.h. solange das Privateigentum besteht*“ (Masch, S. 28). Sie verbanden ihre Agitation gegen das Privateigentum mit den Tagesnöten der Massen. Der Aufstandsplan trug allerdings putschistische Züge. Der Aufstand sollte durch ein geheimes Direktorium vorbereitet werden, und nach der Ergreifung der Regierungsgewalt durch die revolutionäre Minderheit

sollte das Volk auf Anordnung des geheimen Direktoriums einen neuen Konvent wählen und an die Beseitigung des Privateigentums gehen. Auch hatten Babeuf und seine Genossen die kapitalistische Ordnung, die sich herausbildete, nicht begriffen. In Aufrufen an das Volk schrieben sie:

*„Wir schlagen den Reichen vor, freiwillig den Forderungen der Gerechtigkeit nachzugeben (...) und ihren Überfluß großmütig dem Volke zu geben.“* (ebenda)

Die Pläne Babeufs und seiner Mitstreiter waren utopisch und mußten scheitern. Dennoch ist ihre geschichtliche Bedeutung groß. *„Babeuf ist das Zwischenglied zwischen der modernen proletarischen Bewegung und der Epoche der Diktatur des Konvents. Zudem ist die Ideologie Babeufs auch auf dem Gebiete des Kommunismus ein*



Francois Babeuf (1760-1797)

*Schritt vorwärts im Vergleich mit den Ideen von Jacques Roux, Varlet und den kommunistischen Systemen des 17. Jahrhunderts. Babeuf weiß, daß die soziale Gleichheit sich nicht deckt mit der formellen Gleichheit vor dem Gesetze, und er rechnet damit, daß jene nur nach der Eroberung der politischen Macht verwirklicht werden kann. Der Aufstand Babeufs mißlang, weil das Proletariat Frankreichs im Jahre 1796 noch keine Klasse im modernen Sinne des Wortes war; andererseits hat der Aufstand Babeufs schon bewiesen, daß im weiteren Verlauf jede demokratische Bewegung mit dem sozialen Kampfe eng verbunden sein wird.“ (Masch, S. 29)*

## DER AUFSTIEG NAPOLEONS

Nach dem Sturz der Jakobinerherrschaft wurde die Macht zunächst von einem zehnköpfigen, vom Konvent gewählten Direktorium ausgeübt. Der Vorsitzende des Direktoriums war korrupt. Er gehörte zu jenen Bürgern, die bestrebt waren, die alte Aristokratie an Luxus und Verschwendung zu übertreffen. Die Bestechlichkeit in den höchsten Regierungsstellen hatte einen ungeheuren Umfang angenommen. Wie das oben angeführte Marx-Zitat aus der Heiligen Familie eindrucksvoll zeigt, entspricht das ungehemmte egoistische Streben nach persönlichem Vorteil zwar durchaus dem Wesen der bürgerlichen Gesellschaft, und warum sollte das für die Personen, die nun den politischen Kopf dieser Gesellschaft bildeten, nicht gelten?! Die Großbourgeoisie hatte Robespierre, den man nicht zufällig „den Unbestechlichen“ genannt hatte, unbedingt loswerden wollen - nun regierte die Korruption.

Doch die Großbourgeoisie saß noch nicht fest im Sattel; noch war sie sowohl von den Anhängern des Königtums als auch von den arbeitenden Klassen bedroht. Sie brauchte eine starke staatliche Gewalt zum Schutz gegen diese ihre Gegner. Das Direktorium war dazu zu schwach. Deshalb bildete sich eine Verschwörung gegen das Direktorium. Der Sturz der Regierung war nur mit Hilfe der Armee möglich. Der ehrgeizige junge General Bonaparte, der den Ruhm eines hervorragenden Heerführers genoß und eng mit dem Großbürgertum verbunden war, war der geeignete Mann. Die Bankiers liehen ihm das nötige Geld. Der Staatsstreich erfolgte am 9. und 10. November 1799. Bonaparte errichtete seine Alleinherrschaft. Im Dezember 1799 diktierte er dem Land eine neue Verfassung. 1802 wurde er „Konsul auf Lebenszeit“, 1804 ließ er sich zum



Kaiser Napoleon I.

erblichen Kaiser der Franzosen ausrufen. Damit war die Monarchie wiedererrichtet, jedoch keine feudale, sondern eine bürgerliche Monarchie.

Napoleon förderte die Industrie, indem er den Fabrikbesitzern Staatsgelder zur Verfügung stellte und Industrieausstellungen veranstaltete. Durch die militärischen Siege Napoleons wurde der französische Warenexport erleichtert. Die ständigen Kriege waren eine Einnahmequelle für die Regierung, für die Armeelieferanten, für die gesamte Kriegsindustrie. Die indirekten Steuern wurden erhöht.

1804 traten ein Bürgerliches Gesetzbuch und ein Strafgesetzbuch in Kraft. Das Bürgerliche Gesetzbuch (Code Napoléon) dekretierte in Artikel 544: „Eigentum ist

das völlig unbeschränkte Recht der Benutzung von Sachgütern und der Verfügung über sie.“ Die Artikel über das Familienrecht bestimmten, daß Frau und Kinder völlig abhängig vom Manne waren. Nach dem Strafgesetzbuch war es den Arbeitern verboten, zu streiken oder sich zusammenzuschließen. Das Bürgerliche Gesetzbuch wurde auch in den von Napoleon eroberten Ländern eingeführt. Gegenüber den Gesetzbüchern der feudalen Staaten Preußen und Österreich war es fortschrittlich. In den rheinischen Provinzen des früheren preußischen Staaten galt es bis 1900.

## ZUSAMMENBRUCH DES PREUSSISCHEN MILITÄRSTAATES UND ENDE DES DEUTSCHEN KAISERREICHES

1806 verbündeten sich England und Rußland gegen Frankreich. Nach langem Zögern schloß sich auch Preußen dem Bündnis an, nachdem es sich erst 1805 mit Frankreich verbündet hatte. Am 14. Oktober 1806 schlugen die französischen Truppen das preußische Heer bei Jena und Auerstädt vernichtend. Der preußische Staat brach zusammen. Alle großen Festungen ergaben sich ohne Widerstand. Das Heer löste sich auf. Die königliche Familie und der Hof flohen nach Königsberg und dann nach Memel. Die Bevölkerung spottete: „Unser Dämel ist in Memel!“ Die Franzosen besetzten ganz Preußen und schlugen in Ostpreußen die russische Armee.

Bereits 1805 hatte Napoleon bei Austerlitz Österreich und Rußland geschlagen. Franz II. legte den deutschen Kaisertitel nieder und firmierte nur noch als Kaiser von Österreich. Damit endete das „heilige römische Reich deutscher Nation“ formell.

Im Krieg gegen Österreich hatte Frankreich alle deutschen Gebiete auf dem linken Rheinufer erobert. Die Leibeigenschaft, die Feudallasten, der Kirchenzehnte und die Zünfte wurden abgeschafft. Das französische Bürgerliche Gesetzbuch wurde eingeführt. Es gab öffentliche Gerichtsverhandlungen und Gewerbefreiheit. Die bisherigen „Untertanen“ empfanden die neuen Verhältnisse zunächst als Befreiung. Ihre Freude trübte sich jedoch durch die Steuerlast und die dauernden Einziehungen zum Heer.

Napoleon nahm die Verwaltung der eroberten Gebiete selbst in die Hand. (Er war ein regelrechtes Arbeitstier, ar-

beitete oft 12 oder 14 Stunden am Stück und war sehr unwirsch, wenn man ihn dabei störte.) Da sich die vielen deutschen Kleinstaaten schlecht von einer Zentralstelle aus verwalten ließen, betrieb Napoleon energisch die Beseitigung von Kleinstaaten. Insgesamt wurden ca. 200 deutsche Kleinstaaten ausgelöscht. Auch in dieser Hinsicht spielte Napoleon - in Verfolgung der Interessen der französischen Großbourgeoisie und seiner eigenen ehrgeizigen Weltherrschaftspläne - objektiv eine fortschrittliche Rolle in Bezug auf Deutschland.



Freiherr vom Stein

## REFORMVERSUCHE IN PREUSSEN

Beim Einzug der Franzosen in Berlin, bei dem die Überreste des adligen Potsdamer Reiterregiments „Gendsdarmes“ als Gefangene mitgeführt wurden, entlud sich der Haß des Volkes gegen die Junker in zornigen und höhnischen Zurufen. Adlige Offiziere konnten sich in der folgenden Zeit kaum auf der Straße sehen lassen. Nicht nur im Heer herrschte ein heilloses Durcheinander, auch die höheren Regierungsbeamten verließen ihre Ämter und flohen feige - der König selbst hatte ihnen ja das Beispiel gegeben.

Napoleon wollte den maroden preußischen Staat zunächst völlig zerschlagen und mit dem Zaren aufteilen, konnte sich jedoch mit dem Zaren nicht einigen. Schließlich blieb ein Reststaat Preußen bestehen, der jedoch über ein Drittel seines vorherigen Machtgebietes verloren hatte. Preußen durfte nur noch ein Heer von 40.000 Mann halten, mußte hohe Kriegsentschädigungen zahlen und in die wichtigsten Festungen französische Soldaten aufnehmen.

Die militärische Niederlage von 1806 hatte die ganze Morschheit des preußischen Staates aufgedeckt. Dadurch verbesserte sich die Stellung bürgerlicher Reformkräfte, an ihrer Spitze Freiherr vom Stein (1757 bis 1831). Widerwillig unterschrieb der König 1807 ein - allerdings sehr gemäßigtes und zurückhaltendes - Reform-Edikt: Die Leibeigenschaft wurde aufgehoben, die Bauern erhielten ihre persönliche Freiheit und das Recht der Freizügigkeit. Die Hand- und Spanndienste, die Zehnt- und Zinszahlungen sollten „vorläufig“ bleiben und „später reguliert“ werden. Die Patrimonialgerichtsbarkeit blieb. Bauern und Bürger durften adlige Güter erwerben, Adlige durften ein bürgerliches Gewerbe ergreifen. Die Junker

spuckten Gift und Galle. Ein preußischer Baron sagte:  
„Lieber drei Schlachten von Auerstädt als ein Oktober-  
edikt.“

Den Junkern fiel ein Brief Steins in die Hände, in dem dieser die Möglichkeit einer Volkserhebung gegen die französische Fremdherrschaft erörterte. Sie spielten diesen Brief Napoleon zu. Napoleon erzwang die Entlassung Steins (1808). Steins Nachfolger Hardenberg ließ die Reformen ins Leere laufen.

## **WEITERE SACH- UND BELLETRISTISCHE LITERATUR**

### **ALLGEMEINE GESCHICHTE**

Berta Lask, Auf dem Flügelpferde durch die Zeiten  
Karl August Wittfogel, Die Wissenschaft der bürgerlichen Gesellschaft  
Gerd Fuchs, Der Schinderhannes

### **FRANKREICH**

Georg Büchner, Dantons Tod  
Ilja Ehrenburg, Babeuf  
Peter Weiss, Marat/Sade  
Victor Hugo, Die letzten Tage eines Verurteilten  
Bertolt Brecht, Die letzten Tage der Commune  
Georg Foster, Revolutionsbriefe

### **RUSSLAND/SU**

Alexej Tolstoi, Peter I.

### **AMERIKA**

Alex Wedding, Das große Abenteuer des Kaspar Schmeck

**DIE WELT BEGREIFEN**

**UND VERÄNDERN**

**Materialismus und Idealismus**

**Die Philosophie der  
bürgerlichen Aufklärung**

**Dialektischer Materialismus**

Kapitel V

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird. Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zur Zitierweise:**

- MEW:** Marx-Engels-Werke
- AW:** Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
- Marx, Grundrisse:** Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Dietz Verlag, Berlin 1974
- LW:** Lenin-Werke
- Stalin, Kurzer Lehrgang:** Über dialektischen und historischen Materialismus, in: Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang (Kapitel IV, Abschnitt 2)
- Hegel, Wissenschaft der Logik:** Wissenschaft der Logik, Werke in 20 Bänden, Theorie-Werkausgabe Suhrkamp, Frankfurt am Main 1969.  
„Wissenschaft der Logik 1“: Band 5  
„Wissenschaft der Logik 2“: Band 6
- Kant, Kritik der reinen Vernunft:** Theorie Werkausgabe Suhrkamp, Frankfurt 1968, Werke in 12 Bänden, Bände III und IV
- Kant, Kritik der praktischen Vernunft – sowie – Kant, Grundlegung der Metaphysik der Sitten:** ebenda, Band VII
- f.:** und die folgende Seite
- ff.:** und die folgenden Seiten

# INHALT

Zur Bedeutung der Philosophie .....	7
<b>I Was ist Philosophie? .....</b>	<b>9</b>
<b>II Die Grundfrage der Philosophie. Materialismus und Idealismus .....</b>	<b>13</b>
<b>III Materialismus und Idealismus im antiken Griechenland .....</b>	<b>15</b>
<b>IV Materialismus in England .....</b>	<b>23</b>
<b>V Die französische Philosophie der bürgerlichen Aufklärung .....</b>	<b>30</b>
1) Meslier .....	32
2) Voltaire .....	32
3) Montesquieu .....	34
4) Diderot, La Mettrie, Helvetius und Holbach .....	35
5) Rousseau .....	37
6) Die Ideologie vom Naturrecht .....	37
7) Laplace und das Problem des Determinismus. Die marxistische Auffassung des Determinismus und der Kausalität ..	38
Zur Chaostheorie .....	39
8) Die Beschränktheit des französischen Materialismus .....	50
<b>VI Die klassische deutsche Philosophie .....</b>	<b>51</b>
1) Immanuel Kant .....	52
a) Erster Anstoß oder Entwicklung der Welt aus sich selbst? ...	52
b) Kants Kampfansage an die Metaphysik .....	54
c) Kants Schlupfwinkel für die Metaphysik .....	56
d) Kants Moral-Metaphysik .....	58
e) Kants unerkennbares Ding an sich .....	63
f) Kant und der Neokantianismus .....	66

2)	Johann Gottlieb Fichte .....	67
	a) Fichtes subjektiver Idealismus und seine historische Berechtigung .....	67
	b) Zum reaktionären Charakter des subjektiven Idealismus im allgemeinen .....	68
3)	Georg Wilhelm Friedrich Hegel (mit Darstellung einiger Grundzüge auch der materialistischen Dialektik) .....	73
	a) Identität von Denken und Sein .....	74
	b) Zum dialektischen Begriff der Identität und der Nicht-Identität .....	76
	c) Der idealistische Mangel an Hegels Konzeption der Identität von Denken und Sein .....	82
	d) Hegels Logik .....	88
	e) Wesen und Erscheinung .....	90
	f) Engels über Hegel .....	94
	g) Die objektiven gesellschaftlichen Schranken der Hegelschen Philosophie .....	98
4)	Ludwig Feuerbach .....	102
5)	Die Junghegelianer (Übergang zum Marxismus) .....	105

## **VII Grundzüge des dialektischen Materialismus, der Weltanschauung und Methode des Marxismus .... 109**

1)	Der marxistische philosophische Materialismus .....	109
	a) Die marxist. Antwort auf die Grundfrage der Philosophie .	109
	Zur Urknalltheorie .....	110
	Das Verhältnis von Philosophie und Einzelwissenschaften. Über Theorie.	
	Über das Schliessen von Bekanntem auf Unbekannte .....	119
	b) Das Bewusstsein als höchstes Produkt der Materie .....	124
	Wer hat Angst vor der Tätigkeit bewusster Subjekte? Zum Objektivismus der SED-Ideologen .....	127
	c) Marxistische Kritik des objektiven Idealismus .....	136
	d) Marxistische Kritik des subjektiven Idealismus .....	142
	Die dualistische Konzeption Mao Tse-tungs .....	145
2)	Die Erkenntnistheorie des dialektischen Materialismus ...	149

3)	Grundzüge der materialistischen Dialektik .....	157
	a) Gegenstand der materialistischen Dialektik .....	157
	b) Die Bewegung als die Daseinsweise der Materie .....	159
	c) Das Gesetz von der Einheit und dem Kampf der Gegensätze .....	164
	d) Das Gesetz des Übergangs quantitativer Veränderungen in qualitative und umgekehrt .....	174
	e) Das Gesetz der Negation der Negation .....	181
	Zu Mao Tse-tungs Ersetzen der Dialektik durch ein formales Spiel mit „Identitäten“ .....	195
4)	Der dialektische Materialismus als in sich geschlossene Weltanschauung und Methode .....	199
	Wie der trotzkistische Ideologe Mandel die marxistische Weltanschauung „erledigt“ .....	200
5)	Die Parteilichkeit der marxistischen Philosophie .....	210
	Literatur zum dialektischen Materialismus .....	212



## ZUR BEDEUTUNG DER PHILOSOPHIE

Dieses Kapitel befaßt sich mit Philosophie und stellt insbesondere die Philosophie des wissenschaftlichen Sozialismus vor. Für die meisten Leserinnen und Leser wird dieses Kapitel um einiges schwieriger zu lesen sein als die bisherigen Kapitel. Wer sich dennoch die Mühe macht, sich in den Stoff hineinzudenken, für den wird diese Mühe sich lohnen. Weltanschauliche Ideen haben entscheidende Ausstrahlung auf alle anderen Ideen einer Geschichtsperiode bzw. einer Klasse, sind sozusagen das geistige Gerüst einer jeweils gegebenen Gesellschaft. Weltanschauliche Ideen wirken in der heutigen Gesellschaft in aller Regel unbewußt, d.h. die meisten Menschen sind sich der philosophischen Wurzeln der betreffenden Auffassungen meist nicht bewußt. Macht man sich aber die jeweiligen weltanschaulichen Wurzeln bestimmter Ideen bewußt, so hat man einen wichtigen Schlüssel zur Einschätzung vieler anderer Ideen, beispielsweise politischer Zielsetzungen, religiöser Anschauungen, gesellschafts- und naturwissenschaftlicher Theorien usw. Deshalb werden wir uns in diesem Kapitel insbesondere auch mit verschiedenen Facetten der bürgerlichen Weltanschauung befassen; dieser werden wir die marxistische Philosophie entgegenstellen.



## I. WAS IST PHILOSOPHIE?

Wir haben in den zurückliegenden Kapiteln gesehen, daß Ideen beim Kampf gegnerischer Klassen eine große Rolle spielen. Beispielsweise hatte die katholische Religion eine große Bedeutung bei den Bemühungen der Feudalherren, ihre Herrschaft auszudehnen, zu festigen bzw. zu verteidigen. Ebenso spielte die protestantische Religion und insbesondere der Calvinismus eine wichtige Rolle bei der Formierung der bürgerlichen Klasse zum Angriff auf die Feudalordnung. Ferner haben wir in Kapitel IV gesehen, wie das Bürgertum innerhalb der feudalen Gesellschaft eine eigene bürgerliche Klassenkultur entwickelte, die es zum Angriff auf die Fürstenherrschaft beflügelte. Stets werden Ideen durch die jeweils gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse hervorgebracht, haben dann aber, sobald sie einmal hervorgebracht sind, materielle Wirkung, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse. Marx: „(...) *auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.*“ (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, MEW 1, S. 385; oder AW 1, S. 18) Und andererseits: „*Die Theorie wird in einem Volke immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist. (...) Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen.*“ (ebenda, MEW 1, S. 386; oder AW I, S. 19) Die Marxisten sind also weit davon entfernt, Ideen für unbedeutend zu halten, sie messen ihnen im Gegenteil große Bedeutung zu. Die Marxisten unterscheiden sich von den Idealisten allerdings dadurch grundlegend, daß sie wissen, daß Ideen ihren Grund nicht in sich selbst haben; Marxisten forschen daher stets nach den dahinter

liegenden und diese Ideen hervorbringenden materiellen Ursachen. Darauf werden wir zurückkommen.

In Kapitel IV haben wir bei der Darstellung der bürgerlichen Kultur, die das Bürgertum inmitten der Fürstenherrschaft herausentwickelte, die Philosophie ausgelassen. Und zwar nicht deshalb, weil diese weniger bedeutend wäre, sondern im Gegenteil deshalb, weil wir sie wegen ihrer besonderen Bedeutung in diesem Kapitel gesondert behandeln wollen. Die Philosophie hat deshalb besondere Bedeutung, weil sie die Ideen einer bestimmten geschichtlichen Periode bzw. einer bestimmten Klasse in konzentrierter Form zum Ausdruck bringt. Nachdem wir im Kapitel IV die bürgerliche Revolution behandelt haben, wollen wir hier die Philosophie der bürgerlichen Aufklärung betrachten, die bei der geistigen Vorbereitung dieser Revolution, bei der Formierung des Bürgertums zu einer revolutionären Klasse, von entscheidender Bedeutung war. Danach wollen wir zeigen, wie sich die marxistische Weltanschauung einerseits im Kampf gegen die bürgerliche Philosophie entwickelte und wie sie dabei zugleich die fortschrittlichen Inhalte der klassischen bürgerlichen Philosophie und auch der vorherigen Philosophie bewahrte und auf eine höhere Stufe hob. Schließlich werden wir die Grundzüge der marxistischen Philosophie mit einer gewissen Ausführlichkeit darstellen und dabei besonders auf aktuelle philosophische Streitfragen eingehen. Zunächst aber wollen wir einen groben Überblick geben, was Philosophie überhaupt ist und mit welchen grundlegenden Fragestellungen sie sich befaßt.

Die Philosophie vermittelt dem Menschen eine allgemeine Anschauung von der ihn umgebenden Welt. Sie antwortet beispielsweise auf die Fragen, ob die Welt (hier nicht im Sinne des Planeten Erde, sondern im Sinne des Universums, des Seins als Ganzes) ewig existiert oder ob

sie irgendwie entstanden ist; welchen Platz der Mensch in der Welt einnimmt; was das Bewußtsein des Menschen ist; wie es sich zur Welt verhält usw. Aus der Beantwortung dieser Fragen ergeben sich bestimmte gesellschaftliche und politische Schlußfolgerungen: ein bestimmtes Verhältnis des Menschen zur Wirklichkeit, bestimmte Auffassungen vom gesellschaftlichen Leben, den historischen Aufgaben, bestimmte Moralprinzipien usw. Diese Schlußfolgerungen und Prinzipien sind sehr unterschiedlich, weil eben auch die Antworten auf die genannten Fragen sehr unterschiedlich sind.



## II. DIE GRUNDFRAGE DER PHILOSOPHIE. MATERIALISMUS UND IDEALISMUS

Engels:

*„Die große Grundfrage aller, speziell neueren Philosophie ist die nach dem Verhältnis von Denken und Sein. Seit der sehr frühen Zeit, wo die Menschen, noch in gänzlicher Unwissenheit über ihren eigenen Körperbau und angeregt durch Traumerscheinungen, auf die Vorstellung kamen, ihr Denken und Empfinden sei nicht eine Tätigkeit ihres Körpers, sondern einer besonderen, in diesem Körper wohnenden und ihn beim Tode verlassenden Seele - seit dieser Zeit mußten sie über das Verhältnis dieser Seele zur äußeren Welt sich Gedanken machen. Wenn sie im Tod sich vom Körper trennte, fortlebte, so lag kein Anlaß vor, ihr noch einen besondern Tod anzudichten; so entstand die Vorstellung von ihrer Unsterblichkeit, die auf jener Entwicklungsstufe keineswegs als Trost erscheint, sondern als ein Schicksal, wogegen man nicht ankann, und oft genug, wie bei den Griechen, als ein positives Unglück. Nicht das religiöse Trostbedürfnis, sondern die aus gleich allgemeiner Beschränktheit hervorstachsende Verlegenheit, was mit der einmal angenommenen Seele, nach dem Tod des Körpers, anzufangen, führte allgemein zu der langweiligen Einbildung von der persönlichen Unsterblichkeit. Auf ganz ähnlichem Weg entstanden, durch Personifikation der Naturmächte, die ersten Götter, die in der weitem Ausbildung der Religionen eine mehr und mehr außerweltliche Gestalt annahmen, bis endlich durch einen im Verlauf der geistigen Entwicklung sich naturgemäß einstellenden Abstraktions-, ich möchte fast sagen Destillationsprozeß aus den vielen, mehr oder minder beschränkten und sich gegenseitig be-*

*schränkenden Göttern die Vorstellung von dem einen ausschließlichen Gott der monotheistischen Religionen in den Köpfen der Menschen entstand.*

*Die Frage nach dem Verhältnis des Denkens zum Sein, des Geistes zur Natur, die höchste Frage der gesamten Philosophie hat also, nicht minder als alle Religion, ihre Wurzel in den bornierten und unwissenden Vorstellungen des Wildheitszustands. Aber in ihrer vollen Schärfe konnte sie erst gestellt werden, ihre ganze Bedeutung konnte sie erst erlangen, als die europäische Menschheit aus dem langen Winterschlaf des christlichen Mittelalters erwachte. Die Frage nach der Stellung des Denkens zum Sein, die übrigens auch in der Scholastik (von der katholischen Theologie beherrschte Philosophie, d. Verf.) des Mittelalters ihre große Rolle gespielt, die Frage: Was ist das Ursprüngliche, der Geist oder die Natur? - diese Frage spitzte sich, der Kirche gegenüber, dahin zu: Hat Gott die Welt erschaffen, oder ist die Welt von Ewigkeit da?*

*Je nachdem diese Frage so oder so beantwortet wurde, spalteten sich die Philosophen in zwei große Lager. Diejenigen, die die Ursprünglichkeit des Geistes gegenüber der Natur behaupteten, also in letzter Instanz eine Welterschöpfung irgendeiner Art annahmen - und diese Schöpfung ist oft bei den Philosophen, z.B. bei Hegel, noch weit verwickelter und unmöglicher als im Christentum -, bildeten das Lager des Idealismus. Die andern, die die Natur als das Ursprüngliche ansahen, gehören zu den verschiedenen Schulen des Materialismus.“*

*(Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 274 f.; oder AW VI, S. 275 f.)*

### III. MATERIALISMUS UND IDEALISMUS IM ANTIKEN GRIECHENLAND

Bereits in der Urgesellschaft also entstanden idealistische Anschauungen, und zwar aufgrund des Unwissens der Menschen. Später, in der Sklavenhaltergesellschaft, wurden komplexe idealistische Systeme der Philosophie ausgearbeitet, zum ersten Mal von **Plato** (427 - 347 v.u.Z.) in Athen. Plato zufolge ist die Welt der sinnlichen Dinge nicht die wirklich existierende Welt. Das wahre Wesen der sinnlichen Dinge seien körperlose, übernatürliche Formen, die durch die Vernunft erfaßt würden und die er „Ideen“ nannte. Die Ideen seien die Ursachen der sinnlichen Dinge, die Urbilder, nach denen sie geschaffen seien, und zugleich die Zwecke, nach denen die Dinge der sinnlichen Welt angeblich streben.

In Platons System erscheinen also die vom Denken hervorgebrachten Ideen als Schöpfer der Wirklichkeit. Plato löste das Bewußtsein von der Materie, die allgemeinen Begriffe, wie - z.B. „der Stein“, „der Baum“, „der Mensch“ - von den objektiv existierenden Steinen, Bäumen, Menschen. Er verselbständigte die Begriffe der Dinge zu selbständig existierenden ideellen Wesen, den Ideen, die gegenüber den materiellen Einzeldingen primär seien und diese angeblich erst hervorbringen, nach ihrem Abbild schaffen. Derartige philosophische Systeme bezeichnet man als objektiven Idealismus: Und zwar deshalb **objektiver** Idealismus, weil den Ideen eine objektive, vom menschlichen Subjekt unabhängige Existenz zugeschrieben wird. Der Begriff des Steins wird zum Schöpfer aller wirklich existierenden Steine, der Begriff des Menschen zum Schöpfer aller wirklich existierenden Menschen erklärt, die Allgemeinbegriffe werden zum Schöpfer der einzelnen, tatsächlichen, materi-

ellen Dinge erklärt. Auf diese Weise stellte Plato und stellt der objektive Idealismus überhaupt die Welt auf den Kopf. Die Ideen bzw. die Erkenntnis werden künstlich von der materiellen Welt getrennt, die allgemeinen Begriffe der Dinge werden für unabhängig von diesen Dingen erklärt, für unabhängig von der Materie, von Natur und Gesellschaft. Die materielle Welt erscheint als bloßer Schatten der Ideen.

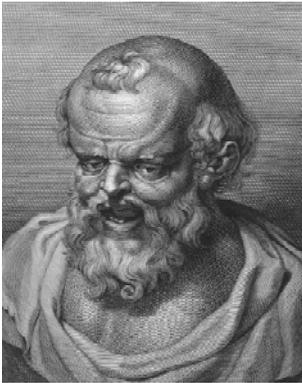
Man würde es sich zu einfach machen, wollte man den idealistischen Systemen der Philosophie, die in der Antike entstanden, ausschließlich einen reaktionären Charakter zuschreiben. Es war ein gewaltiger Fortschritt, daß die Menschen nach und nach die Kunst der Abstraktion von den sinnlichen Dingen und die Bildung abstrakter Begriffe erlernten, und der damalige Idealismus trug zu diesem Fortschritt bei, war eine notwendige Stufe in der aufsteigenden Entwicklung des menschlichen Denkens. Zugleich aber entsprachen die idealistischen Auffassungen, die sich damals entwickelten, dem **Klasseninteresse** der herrschenden Klasse. Die reichen Sklavenhalter nutzten diese Ideen als Waffe zur Niederhaltung der Ausgebeuteten und Unterdrückten, nicht nur der Sklaven, sondern auch der armen freien Bürger. Plato und zuvor schon sein Vorgänger und Lehrer **Sokrates** (469 - 399 v.u.Z.) waren Feinde der athensischen Sklavenhalter-Demokratie, strebten die Diktatur der reichsten und mächtigsten Sklavenhalter-Aristokraten an, und es war kein Zufall, daß gerade sie die Begründer des Idealismus wurden.

In der damaligen Gesellschaft leiteten und kommandierten einige wenige, die selbst nicht körperlich arbeiteten, die körperliche Arbeit vieler Sklaven. Nur diejenigen, die nicht körperlich arbeiteten, hatten die Möglichkeit, sich mit Wissenschaft, darunter auch mit Philosophie, zu befassen. Die Klasse der Ausbeuter hatte folglich ein Interesse

daran, den Geist gegenüber der Materie als das Ursprüngliche anzusehen, denn damit war auch die Tätigkeit der Leitung des Produktionsprozesses als hochwertig, die unmittelbare materielle Produktion der Ausgebeuteten als minderwertig qualifiziert. Die Mißachtung der körperlichen Arbeit pflanzte sich im Mittelalter fort: *„Aber die sterbende Sklaverei ließ ihren giftigen Stachel zurück in der Ächtung der produktiven Arbeit der Freien.“* (Engels: Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 145) Der Idealismus, und zwar in Form der christlichen Religion, war während des ganzen Mittelalters die entscheidende ideologische Waffe der Feudalherren zur geistigen Knebelung der von ihnen ausgebeuteten Bauern. Und auch heute haben diejenigen die Macht, die sich durch die Arbeit anderer bereichern, und der Idealismus dient auch ihrem, dem bürgerlichen Klasseninteresse. Bis heute dient der Idealismus den Ausbeutern als wichtigste weltanschauliche Waffe, da er die realen gesellschaftlichen Wurzeln von Ausbeutung und Unterdrückung, von Krisen, Kriegen und anderen Katastrophen dem Blick entzieht. Die Ursachen hierfür sucht der Idealismus entweder in einem geistigen Prinzip, welches angeblich die Welt lenkt (objektiver Idealismus), oder im subjektiven Bewußtsein der einzelnen Individuen (subjektiver Idealismus).

Allerdings gab es auch in der Sklavenhaltergesellschaft schon materialistische Philosophen und gab es einen Kampf zwischen Materialismus und Idealismus in der Philosophie, wenngleich auch **alle** vormarxsen materialistischen Anschauungen die materialistische Betrachtung **nicht** auf die menschliche Gesellschaft erstreckten. Elemente materialistischer Anschauungen gab es in Babylonien und Ägypten, in Indien und China. In Griechenland entstand die materialistische Philosophie im 6. Jahrhundert v.u.Z. in den ionischen Stadtstaaten Milet und Ephesus, also früher

als die idealistische Philosophie. Die materialistischen Philosophen vertraten damals nicht etwa die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten; auch sie konnten nur philosophieren, indem sie Sklavenhalter waren oder von Sklavenhaltern bezahlt wurden. Doch die Menschen waren es ganz einfach noch gewohnt, die Natur so zu nehmen, wie sie war, sie als das Ursprüngliche aufzufassen, das seinen Grund in sich selbst hatte: *„Allerdings heißt materialistische Naturanschauung weiter nichts als einfache Auffassung der Natur so, wie sie sich gibt, ohne fremde Zutat, und daher verstand sie sich bei den griechischen Philosophen ursprünglich von selbst.“* (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 469) Es brauchte eine gewisse Zeit, bis sich Philosophen zu der verkehrten Ansicht durchringen konnten, dem Baum liege ursächlich die Idee des Baumes, dem Esel die Idee des Esels zugrunde.



*Demokrit von Abdera*

Ein bedeutender griechischer Materialist war **Demokrit** (um 460 - 370 v.u.Z.). Er entwickelte die von **Leukipp** (vermutlich 500 - 440 v.u.Z.) begründete Lehre vom Atom weiter, eine Lehre, wonach sich alles in der Welt aus kleinsten, nicht mehr teilbaren Teilchen, den Atomen, zusammensetzt. Nach Demokrits

Auffassung unterscheiden sich die Atome in der Form, nach Anordnung und Lage voneinander. Diese ursprünglichen Unterschiede liegen ihm zufolge allen beobachtbaren Unterschieden zugrunde. Demnach ist nach Demokrit alles kausal bedingt (einen Ursache-Wirkung-Zusammenhang

nennt man kausalen Zusammenhang), und Zweckrichtungen jenseits der Kausalität gebe es nicht. Zufall gebe es nicht, Zufall scheine nur dann vorzuliegen, wenn die Ursache noch nicht bekannt sei.

Aus Sicht des heutigen wissenschaftlichen Materialismus, nämlich des von Marx und Engels entwickelten dialektischen Materialismus, ist diese Lehre zwar in vieler Hinsicht beschränkt. So ist falsch, daß es Materieteilchen gebe, die nicht teilbar seien, ebenso, daß der Zufall keine objektive Kategorie sei, im einzelnen dazu später. Für die damalige Zeit jedoch war die Atomistik ein gewaltiger Fortschritt. Sie beflügelte die Entwicklung der Philosophie und der Naturwissenschaften. Von großer Bedeutung war insbesondere die richtige Erkenntnis, daß alles durch wirkende Ursachen bestimmt ist und daß der Materie als solcher keine Zweckrichtung innewohnt.

**Heraklit** (um 544 - 484 v.u.Z.), ein anderer bedeutender materialistischer Philosoph des antiken Griechenland, war einer der Begründer der Dialektik. Nach Heraklit ist alles in der Welt in ewiger, unerschaffbarer und unzerstörbarer Bewegung, alles fließt, alles verändert sich als Ergebnis des Wirkens gegensätzlicher Kräfte.

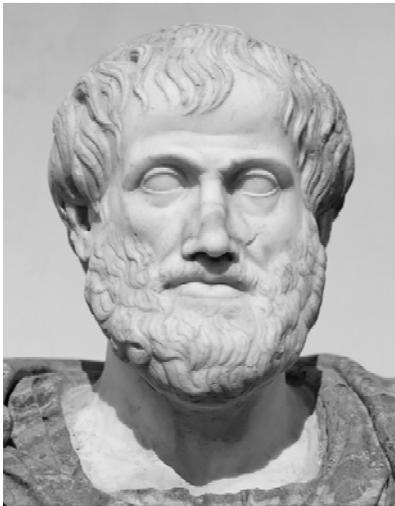


*Heraklit von Ephesus*

Der Kampf ist der Vater aller Dinge, der Kampf bewirkt die ständige Erneuerung und gesetzmäßige Entwicklung der Welt. Heraklit faßte den ständigen Fluß der Dinge nicht als einfache Wiederholung auf, nicht als bloß quantitative Ver-

änderung, sondern als Erneuerung und Weiterentwicklung. Dabei war er zutiefst von der Fähigkeit des menschlichen Denkens überzeugt, die Welt und die Gesetzmäßigkeiten ihrer Entwicklung zu begreifen. Wir werden weiter unten sehen, daß der von Marx und Engels entwickelte dialektische Materialismus diese Grundgedanken Heraklits teilt und sie weiterentwickelt hat.

Heraklit lehrte: *„Diese Welt, dieselbige von allen Dingen, hat weder der Götter noch der Menschen einer gemacht, sondern sie war immer und ist und wird immer sein ein ewig lebendiges Feuer, nach Maßen sich entzündend und nach Maßen erlöschend.“* (Übersetzung von Wilhelm Capelle, Berlin 1961, zitiert nach Abriß der Geschichte der Philosophie, Dietz Verlag Berlin 1966, S. 49) Lenin bezeichnete dies als *„eine sehr gute Darlegung der Prinzipien des dialektischen Materialismus“* (LW 38, S. 331).



*Aristoteles von Stageira*

**Aristoteles** (384-322 v.u.Z.) kämpfte gegen die idealistischen Auffassungen Platons, wonach die Gedanken, die Ideen gegenüber der materiellen Welt ursprünglich seien. Er vertrat den materialistischen Standpunkt, daß man die Begriffe nicht von den sinnlichen Dingen trennen dürfe und daß es keine Begriffe ohne die Dinge geben

könne, daß die Materie also gegenüber den Begriffen und Ideen ursprünglich ist. Es gelang ihm jedoch nicht, den inneren Zusammenhang von Materie und Bewegung zu begreifen. Daher verstand er die Materie nur als formloses und unbestimmtes Sein, welches erst durch eine äußere Kraft Form, Gestalt und Qualität erhalte. Infolge der künstlichen Trennung von Materie und Bewegung suchte er die Quelle der Bewegung außerhalb der materiellen Welt, in der „Form aller Formen“ oder in Gott, der außerhalb der Welt sei und als vernunftbegabter Schöpfer die bestimmende Kraft der Welt sei. Die Lehre des Aristoteles von Materie und Form ist also ihrerseits objektiver Idealismus.

**Epikur** (341 - 270 v.u.Z.) schrieb den Atomen bereits Verschiedenheit nicht nur der Größe und Gestalt, sondern auch des Gewichts zu, kannte also in seiner Art schon Atomgewicht und Atomvolumen (vgl. Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 331). Epikur und später der römische Philosoph **Titus Lucretius Carus** („Lukrez“; um 99 - 55 v.u.Z.) entwickelten den atomistischen Materialismus Demokrits zu einer kämpferischen, atheistischen Weltanschauung weiter, die die Religion und den Platonischen Idealismus scharf angriff. Von Epikur und Lukrez konnte noch die Religionskritik der bürgerlichen Aufklärung vieles übernehmen. Epikur entwickelte eine Ethik, die den Menschen als ein auf natürliche Weise entstehendes und vergehendes Wesen begriff. Der religiöse Aberglauben erniedrigte die Würde des Menschen. Der Verstand des Menschen reiche aus, um die Materie zu erkennen und darauf aufbauend die Gesellschaft so einzurichten, daß alle Menschen glücklich sein können, einschließlich der Frauen und Sklaven, die er als erster Philosoph in seine Schule aufnahm. Grundlage von Epikurs Ethik ist das Glück der Menschen.

Kriterium des Glücks sei das Wohlbefinden. Gut sei alles, was Wohlbefinden hervorbringe, schlecht sei alles, was Leiden bringe. Außerordentlich bedeutend hieran ist, daß die menschlichen Verhältnisse auf den Menschen selbst zurückgeführt werden und alle außerhalb der materiellen Welt liegenden Kräfte zum Aberglauben erklärt werden.

Im „*Winterschlaf des christlichen Mittelalters*“ wurde die Philosophie der Theologie in jeder Hinsicht untergeordnet. Dabei benutzten die katholischen Scholastiker - insbesondere **Thomas von Aquin** (1225-1274 u.Z.) - den Teil der Lehre des Aristoteles für ihre Zwecke, der die Trennung von Materie und Bewegung zum Ausgangspunkt hat und zum objektiven Idealismus führt. Ansonsten wurde das philosophische Erbe der Antike unter den Teppich gekehrt, darunter auch die fortschrittlichen und überaus bedeutenden Teile der Lehre des Aristoteles, trotz des Kultes, den die Scholastiker um Aristoteles trieben. Es war daher geistesgeschichtlich ein wichtiger Fortschritt, daß sich der Humanismus der Renaissance (vgl. Kapitel II, S. 68 f.) bewußt wieder dem Erbe der Antike zuwandte, insbesondere dem Griechentum.

Die Entwicklung der Industrie sowie wissenschaftliche Entdeckungen (z.B. die Entdeckung, daß die Erde eine Kugel ist und sich um die Sonne dreht) versetzten der unumschränkten Herrschaft der Theologie zwar mächtige Schläge. Wir werden allerdings noch sehen, welche großen Anstrengungen und verschlungenen Wege erforderlich waren, um die Philosophie vom Einfluß der Theologie zu befreien.

## IV. MATERIALISMUS IN ENGLAND

Die Anfänge des Kapitalismus, die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte und der Naturwissenschaft, der sich weitende Horizont des Menschen widerspiegeln sich philosophisch in einem heftigen Kampf zwischen materialistischen Anschauungen einerseits und der sich erbittert gegen den Fortschritt stemmenden idealistisch-religiösen Ideologie des Feudalismus andererseits. Da die Keime der bürgerlichen Gesellschaft in England am weitesten entwickelt waren, ist es kein Zufall, daß England das Land der Wiedergeburt des philosophischen Materialismus wurde - unabhängig davon, daß (wie wir sogleich sehen werden) der Materialismus dort keineswegs als Ideologie des Bürgertums, sondern als eine Ideologie des Absolutismus in Erscheinung trat.

Einen Überblick über die Entwicklung des Materialismus in England gibt Marx in der *Heiligen Familie* (MEW 2, S. 135 ff.).

„*Der Materialismus* (der neueren Geschichte, also **nach** der Antike, d. Verf.) *ist der eingeborne Sohn Großbritanniens. Schon sein Scholastiker Duns Scotus* (etwa 1265 - 1308, d. Verf.) *fragte sich, 'ob die Materie nicht denken könne'. Um dies Wunder zu bewerkstelligen, nahm er zu Gottes Allmacht seine Zuflucht, d.h. er zwang die Theologie selbst, den Materialismus zu predigen.*“ (Heilige Familie, MEW 2, S. 135; oder AW I, S. 128) Natürlich handelt es sich hier nur um materialistische **Elemente**, die sich innerhalb der mittelalterlichen Scholastik herauszubilden begannen, aber auch dies war geistesgeschichtlich bereits ein Fortschritt.

„*Der wahre Stammvater des englischen Materialismus und aller modernen experimentierenden Wissenschaft ist Baco* (Francis **Bacon**, 1561 - 1626, d. Verf.).



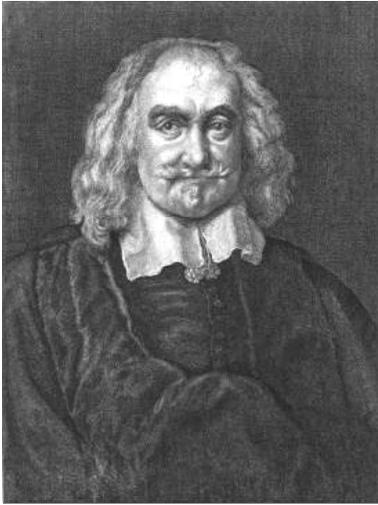
*Francis Bacon*

*Die Naturwissenschaft gilt ihm als die wahre Wissenschaft und die sinnliche Physik als der vornehmste Teil der Naturwissenschaft. (...) Nach seiner Lehre sind die Sinne untrüglich und die Quelle aller Kenntnisse. (...) In Baco (...) birgt der Materialismus noch auf eine naive Weise die Keime einer allseitigen Entwicklung in sich. Die Materie lacht in poetisch-sinnlichem Glanze den ganzen Menschen an.“*

(ebenda, MEW 2, S. 135; oder AW I, S. 128 f.)

Nun sind, wie wir noch sehen werden, die Sinneswahrnehmungen zwar letztlich Quelle aller Kenntnisse, aber keineswegs untrüglich; Bacon unterschätzte das abstrakte, theoretische Denken. Dennoch ist dieser Empirismus, diese überschwengliche Preisung der sinnlichen Erkenntnis, ein Fortschritt gegenüber dem antiken Materialismus, der weitgehend spekulativ war, d.h. nicht auf einer Erforschung der Wirklichkeit fußte. Bacon forderte dazu auf, die Natur zu studieren, seinen eigenen Sinnen zu vertrauen und die Eigenschaften der uns in den Sinnen gegebenen Natur zum Nutzen der Menschheit anzuwenden. Zugleich aber wimmelte die Lehre Bacons noch von „*theologischen Inkonsequenzen*“ (MEW 2 S. 136; AW I S. 129).

*„In seiner Fortentwicklung wird der Materialismus einseitig. Hobbes (1588 - 1679, d. Verf.) ist der Systematiker des baconischen Materialismus. Die Sinnlichkeit verliert ihre Blume und wird zur abstrakten Sinnlichkeit des Geometers. Die physische Bewegung wird der mechanischen oder mathematischen geopfert; die Geometrie wird als die Hauptwissenschaft proklamiert. Der Materialismus wird menschenfeindlich. Um den menschenfeindlichen, fleischlosen Geist auf seinem eignen Gebiet überwinden zu können, muß der Materialismus selbst sein Fleisch abtöten und zum Asketen werden. Er tritt auf als ein Verstandeswesen, aber er entwickelt auch die rücksichtslose Konsequenz des Verstandes.“* (ebenda) Wie Bacon die sinnliche Wahrnehmung verabsolutierte (**Empirismus**), so verabsolutiert Hobbes die rationale Verarbeitung der Daten der sinnlichen Wahrnehmung durch den menschlichen Verstand (**Rationalismus**). Der Mensch selbst wird auf seinen rationalen Verstand reduziert, alle seine subjektiven Bestrebungen, Interessen, Leidenschaften werden auf mechanische Triebkräfte reduziert. *„Jede menschliche Leidenschaft ist eine mechanische Bewegung, die endet oder*



*Thomas Hobbes*

*anfängt. (...) Macht und Freiheit sind identisch.“*

(ebenda) Hobbes war Verfechter der absoluten Monarchie, sein Materialismus war ein entschieden aristokratischer Materialismus. Das englische Bürgertum, das den Kampf gegen den Absolutismus führte, konnte einen solchen Materialismus nicht für seine

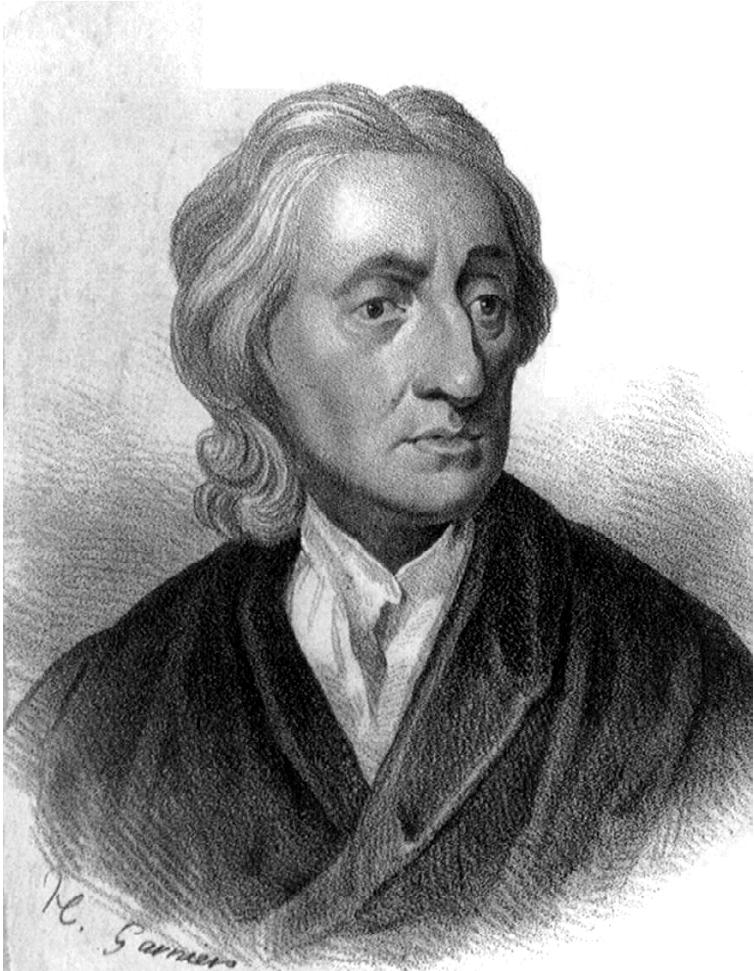
Zwecke nutzen. Es führte seine Revolution unter der geistigen Fahne des Calvinismus durch (vgl. Kapitel IV, S. 50 f.).

Engels: *„Diese neue gottlose Lehre (des englischen Materialismus, d. Verf.) entsetzte nicht nur den frommen Mittelstand, sie kündigte sich obendrein noch an als eine Philosophie, die sich nur schicke für Gelehrte und gebildete Weltleute, im Gegensatz zur Religion, die gut genug sei für die ungebildete Masse, mit Einschluß der Bourgeoisie. Mit Hobbes betrat sie die Bühne als Verteidigerin königlicher Allgewalt und rief die absolute Monarchie auf zur Niederhaltung jenes puer robustus sed malitiosus (jenes kernigen, aber bössartigen Burschen, d. Verf.), des Volks. Und auch bei Hobbes' Nachfolgern, Bolingbroke, Shaftesbury etc., blieb die neue, deistische (zum Deismus siehe unten, bei den französischen Materialisten, d. Verf.) Form des Materialismus eine aristokratische, esoterische Lehre und deshalb der Bourgeoisie verhaßt nicht nur wegen ihrer religiösen Ketzerei, sondern auch wegen ihrer antibürgerlichen politischen Konnexionen (Verbindungen,*

d. Verf.). *Demgemäß stellten auch, im Gegensatz zum Materialismus und Deismus der Aristokratie, grade die protestantischen Sekten, (...) die Hauptstreitkräfte der fortschrittlichen Mittelklasse und bilden noch heute den Rückgrat der 'großen liberalen Partei'.*“ (Engels, Einleitung zur englischen Ausgabe der 'Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft', MEW 22, S. 303)

Doch die geistesgeschichtliche Entwicklung verläuft oft auf verschlungenen Pfaden. Ein geistiger Erbe von Baco und Hobbes war **Locke** (1632 - 1704). „*Locke begründet das Prinzip des Baco und Hobbes in seinem Versuch über den Ursprung des menschlichen Verstandes.*“ (Marx, Heilige Familie, MEW 2, S. 136; oder AW I, S. 130) Und Locke kam, wie Marx betont, „*den Franzosen*“, nämlich den materialistischen Philosophen der bürgerlichen Aufklärung, die die französische Revolution ideologisch vorbereiteten, „*gelegen*“. „*Locke hatte die Philosophie des bons sens, des gesunden Menschenverstandes, begründet, d.h. auf einem Umweg gesagt, daß es keine von den gesunden menschlichen Sinnen und dem auf ihnen basierenden Verstand unterschiedne Philosophie gebe.*“ (ebenda, MEW 2 S. 137; AW I, S. 130) Die damit zusammenhängenden Lehren wurden von den französischen Philosophen weiterentwickelt. Marx wies darauf hin, daß es „*zwei Richtungen des französischen Materialismus*“ gab, „*wovon die eine ihren Ursprung von Descartes, die andre ihren Ursprung von Locke herleitet. Der letztere ist vorzugsweise ein französisches Bildungselement und mündet direkt in den Sozialismus.*“ (ebenda, MEW 2 S. 132; AW I S. 125)

Wie kommt es, daß die von Locke hergeleitete „*Richtung des französischen Materialismus direkt in den Sozialismus und Kommunismus*“ (ebenda, MEW 2 S. 138; AW I S. 131) münden konnte?



John Locke

*„Es bedarf keines großen Scharfsinnes, um aus den Lehren des Materialismus von der ursprünglichen Güte und gleichen intelligenten Begabung der Menschen, der Allmacht der Erfahrung, Gewohnheit, Erziehung, dem Einflusse der äußern Umstände auf den Menschen, der hohen Bedeutung der Industrie, der Berechtigung des*

*Genusses etc. seinen notwendigen Zusammenhang mit dem Kommunismus und Sozialismus einzusehen. Wenn der Mensch aus der Sinnenwelt und der Erfahrung in der Sinnenwelt alle Kenntnis, Empfindung etc. sich bildet, so kommt es also darauf an, die empirische Welt so einzurichten, daß er das wahrhaft Menschliche in ihr erfährt, sich angewöhnt, daß er sich als Mensch erfährt. Wenn das wohlverstandne Interesse das Prinzip aller Moral ist, so kommt es darauf an, daß das Privatinteresse des Menschen mit dem menschlichen Interesse zusammenfällt. (...) Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muß man die Umstände menschlich bilden. Wenn der Mensch von Natur gesellschaftlich ist, so entwickelt er seine wahre Natur erst in der Gesellschaft, und man muß die Macht seiner Natur nicht an der Macht des einzelnen Individuums, sondern an der Macht der Gesellschaft messen.*

*Diese und ähnliche Sätze findet man fast wörtlich selbst in den ältesten französischen Materialisten. Es ist hier nicht der Ort, sie zu beurteilen.“*

(ebenda, MEW 2 S. 138; AW I S. 132)

Freilich hatte dieser Sozialismus mit der bürgerlichen Aufklärung noch die Illusion gemein, der Mensch brauche nur die vernünftige Ordnung der menschlichen Gesellschaft zu erkennen, um sie einrichten zu können. Dennoch spielte dieser Sozialismus in der geistesgeschichtlichen Entwicklung, die schließlich im von Marx und Engels begründeten **wissenschaftlichen** Sozialismus mündete, eine bedeutende Rolle.

## V. DIE FRANZÖSISCHE PHILOSOPHIE DER BÜRGERLICHEN AUFKLÄRUNG

„Aufklärung“ nennt man die Gesamtheit der (insbesondere philosophischen) Ideen, die das Bürgertum zur ideologischen Vorbereitung seiner politischen Revolutionen hervorbrachte. Das Wort „Aufklärung“ bezieht sich darauf, daß mit der geistigen Enge des Mittelalters Schluß gemacht werden sollte, indem die theologischen Deutungen der Welt durch die Erkenntnis der wirklichen Zusammenhänge ersetzt werden sollten. Freilich sind auch die Ideen der Aufklärung beschränkt, und zwar insbesondere dadurch, daß die wirklichen, nämlich klassenmäßigen Triebkräfte der gesellschaftlichen Bewegung noch nicht erkannt werden konnten und die Aufklärer folglich an eine klassenlose Vernunft glaubten. Dennoch waren diese Ideen gegenüber dem Dunkel des Mittelalters und der Vorherrschaft der Theologie ein ganz gewaltiger Fortschritt.

Der Materialismus der französischen Aufklärung konnte sich auf die Erkenntnisse des englischen Materialismus stützen und war daher höher entwickelt als jener; die geistesgeschichtliche Entwicklung hat nämlich, wenngleich sie in letzter Analyse auf der Entwicklung der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse beruht, eine eigene Dynamik.

*„Die Franzosen begaben den englischen Materialismus mit Esprit, mit Fleisch und Blut, mit Beredsamkeit. Sie verleihen ihm das noch fehlende Temperament und die Grazie. Sie zivilisieren ihn.“* (Marx, Heilige Familie, MEW 2, S. 137; oder AW I, S. 130 f.; Hervorhebung v. Marx)

*„Der unmittelbare Schüler und französische Dolmetscher Lockes, **Condillac**, richtete den Lockeschen Sensualismus sogleich gegen die **Metaphysik** des 17. Jahrhunderts (zur Metaphysik siehe weiter unten, d. Verf.).*

*Er bewies, daß die Franzosen dieselbe mit Recht als ein bloßes Machwerk der Einbildungskraft und theologischer Vorurteile verworfen hätten. Er publizierte eine Widerlegung der Systeme von **Descartes, Spinoza, Leibniz und Malebranche**.*

*In seiner Schrift 'L'essai sur l'origine des connaissances humaines' führte er Lockes Gedanken aus und bewies, daß nicht nur die Seele, sondern auch die Sinne, nicht nur die Kunst, Ideen zu machen, sondern auch die Kunst der sinnlichen Empfindung Sache der **Erfahrung und Gewohnheit** sei. Von der **Erziehung** und den **äußeren Umständen** hängt daher die ganze Entwicklung des Menschen ab. Condillac ist erst durch die **eklektische Philosophie** aus den französischen Schulen verdrängt worden.“* (ebenda, Hervorhebungen von Marx) Der letzte Satz bezieht sich darauf, daß die französische Bourgeoisie nach der Festigung ihrer Macht eine materialistische Philosophie nicht mehr brauchen konnte und den Materialismus daher durch Eklektizismus ersetzte, d.h. durch willkürliches Verpanschen unvereinbarer philosophischer Systeme, des Materialismus und des Idealismus.

*„In **Helvetius**, der ebenfalls von Locke ausgeht, empfängt der Materialismus den eigentlich französischen Charakter. Er faßt ihn sogleich in bezug auf das gesellschaftliche Leben. (...) Die sinnlichen Eigenschaften und die Selbstliebe, der Genuß und das wohlverstandne persönliche Interesse sind die Grundlage aller Moral.“* (ebenda, Hervorhebung von Marx) Wir sehen hier deutlich den **bürgerlichen** Charakter dieses Materialismus, und zwar seinen Charakter als Philosophie eines noch **aufsteigenden** Bürgertums. Die materielle gesellschaftliche Entwicklung berechtigt den Philosophen zu der Illusion, das private Streben des bürgerlichen Individuums nach seinem Vorteil führe zugleich zum Wohle des Ganzen.

## 1) MESLIER

Ein bedeutender Vertreter des französischen Materialismus und Atheismus war der Dorfpfarrer Jean Meslier (1664 - 1729), Sohn eines Webers. Er stellte sich auf die Seite der Dorfarmut. In seinem „Testament“ rief er die Volksmassen auf, das Joch der Ausbeuter abzuschütteln, und entwickelte er utopisch-kommunistische Ideen.

Er begründete eine materialistische Philosophie: Die unendliche Materie, die aus Atomen besteht, ist sowohl Ursache ihres Seins als auch ihrer Bewegung. Materie, Raum, Zeit, Bewegung und die Gesetzmäßigkeiten der Natur sind naturwissenschaftlich vollständig erklärbar; der Annahme Gottes bedarf es nicht. Die Materie existiert aus sich heraus ewig und wird ewig existieren.

Diese materialistischen Auffassungen des heute kaum bekannten Meslier waren in ihrer Konsequenz sogar für die heute berühmten Vertreter der französischen Aufklärung, die den Standpunkt des aufstrebenden Bürgertums einnahmen, unannehmbar. Dennoch beeinflussten seine philosophischen Ideen die weitere Entwicklung des französischen Materialismus.

## 2) VOLTAIRE

Voltaire (1694 - 1778) forderte Toleranz, Freiheit des Wortes und der Presse sowie Unverletzlichkeit der Person. Da der französische Absolutismus, gegen den die Philosophen der bürgerlichen Aufklärung die geistigen Waffen schmiedeten, untrennbar mit der katholischen Kirche verbunden war, bekämpfte Voltaire diese besonders scharf, bissig und leidenschaftlich. Er prägte das Wort „Ecrasez l'infame“ - Zerschmettert das Scheusal! Damit war die katholische Kirche gemeint.



*Voltaire*

Voltaire soll noch auf dem Sterbebett die katholische Kirche verspottet haben. Es heißt, er habe einen Domino-Anzug (schwarz-weiß karierten Anzug) angezogen, nach einem katholischen Priester verlangt und diesen dann mit den Worten begrüßt: „In domino mordeo.“ Eigentlich: „Ich sterbe im Herrn“, hier aber: „Ich sterbe im Domino-Anzug.“ Sollte diese Geschichte nicht wahr sein, ist sie jedenfalls gut erfunden.

Voltaire war allerdings kein Atheist, sondern Deist: Gott hat zwar die Welt geschaffen, hat sich danach aber nicht mehr darum gekümmert. Dieser Deismus war, historisch betrachtet, Übergangsform zum Atheismus. „*Mehr als eine bequeme und nachlässige Weise, die Religion loszuwerden, ist der Deismus wenigstens für den Materialisten nicht.*“ (Marx, Heilige Familie, MEW 2, S. 136; oder AW I, S. 130) Andererseits ist der Deismus Ausdruck dessen, daß der betreffende Denker ohne die Konstruktion eines „ersten Anstoßes der Welt“ noch nicht auskommen kann.

Voltaire war kein Demokrat, sondern er ging davon aus, daß man „den Pöbel in strengem Gehorsam halten“ müsse. Der Fortschritt sei von der Aufklärung der Monarchen zu erwarten. Daher hielt er Verbindung zum preußischen und zaristischen Herrscherhof, die sich dadurch mit dem Flair von Aufgeklärtheit schmücken konnten. Später wandten sich sowohl der preußische König als auch die Zarin gegen die französische Revolution (siehe Kapitel IV).

### 3) MONTESQUIEU

Montesquieu (1689 - 1755) entwickelte die Theorie, die Macht solle zwischen König und Parlament, welches von den besitzenden Klassen gebildet werden solle, geteilt werden. Das Parlament solle Gesetze erlassen, der König sie durchführen. Dem entsprach aufgrund des gegebenen Kräfteverhältnisses das Ziel, das Bürgertum solle etwas mehr Macht, jedoch nicht die ganze Macht erhalten. **Darum** ging es damals, und nicht etwa um die **heutige** Form der Gewaltenteilung zwischen gesetzgebender, ausführender und richtender Gewalt, wie es heute von den bürgerlichen Ideologen dargestellt wird, die den heutigen bürgerlichen Staatsaufbau verklärend in der Nachfolge Montesquieus ansiedeln.

Nebenbei bemerkt: Diese Gewaltenteilung des heutigen bürgerlichen Staates ist weitgehend formal. Die Gesetze werden vor der Verabschiedung im Bundestag von den Spitzen der Regierungsparteien erarbeitet, die in enger Verbindung mit dem Monopolkapital stehen. Die Spitzen der bürgerlichen Parteien legen auch fest, wer in die Stellung leitender Beamter und Richter berufen wird. Die Bourgeoisie übt alleine die Macht aus, wobei sie sich ihrer Parteien bedient. Montesquieus Gewaltenteilung bedeutete demgegenüber die Forderung nach einer Teilung der Macht zwischen der Bourgeoisie und dem Adel, vertreten durch den König.

#### 4) DIDEROT, LA METTRIE, HELVETIUS UND HOLBACH



*Denis Diderot*

Diderot (1713 - 1784), La Mettrie (1709 - 1751), Helvetius (1715 - 1771) und Holbach (1723 - 1789) waren in Bezug auf die Natur konsequente Materialisten: Die Natur ist das erste, und dahinter gibt es nichts, weder einen persönlichen Gott noch ein geistiges Prinzip. In Bezug auf die Gesellschaft aber waren sie Idealisten: Sie nahmen an, jede gesellschaftliche Bewegung

hänge nur von den Fortschritten des Denkens ab. Sie erkannten weder die Bedeutung der materiellen, ökonomischen Bedingungen der Gesellschaft noch des Klassenkampfes. Wie alle Philosophen der Aufklärung hatten sie die Illusion einer über den Klassen stehenden Vernunft;



*Julien Offray de La Mettrie*



*Claude Adrien Helvetius*

man müsse nur erkennen, was vernünftig sei, und dann könne man eine vernünftige Gesellschaft einrichten. Obwohl illusorisch, war diese Vorstellung damals fortschrittlich, da sie damit verbunden war, die feudalen bzw. absolutistischen Zustände für „unvernünftig“ zu erklären. Heute kann die Vorstellung von einer über den Klassen stehenden Vernunft nur dazu beitragen, die Herrschaft der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse zu verteidigen.

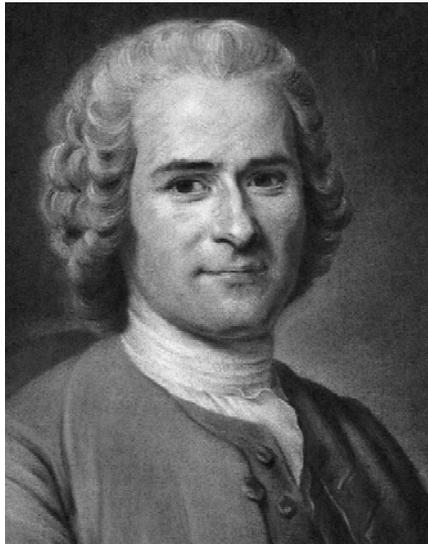


*Paul Heinrich Dietrich von Holbach*

## 5) ROUSSEAU

Rousseau (1712-1778) war ein bedeutender Ideologe des Kleinbürgertums. Seine Vorstellungen von den Wurzeln der bürgerlichen Gesellschaft im allgemeinen und vom Eigentum im besonderen waren idealistisch. Er schrieb: „*Der erste, der ein Stück Land umsäumte und auf den Einfall kam zu sagen, **dies gehört mir**, und einfältige Leute antraf, die es ihm glaubten, war der eigentliche Begründer der bürgerlichen Gesellschaft.*“ (zitiert nach: Abriß der Geschichte der Philosophie, Dietz Verlag Berlin 1966, S. 170). Das so entstandene Privateigentum sei zwar ein Übel, jedoch unvermeidlich. Nur das **große** Privateigentum sollte abgeschafft werden. In gewisser Weise war Rousseau ideologischer Vorläufer der Jakobiner. Seine Lehren hatten großen Einfluß auf die französische Revolution.

In seinem Werk „Der Gesellschaftsvertrag“ vertrat er, Gesellschaft und Staat seien aufgrund einer Vereinbarung zwischen den einzelnen Personen zustande gekommen. Nun solle ein neuer Vertrag geschlossen werden.



*Jean Jacques Rousseau*

## 6) DIE IDEOLOGIE VOM NATURRECHT

Diese Auffassungen hingen mit der Lehre vom Naturrecht zusammen, der alle Philosophen der französischen Aufklärung anhängen. Diese Lehre behauptet (jedenfalls in der Form, in der sie von den französischen Aufklärern vertreten wurde), es gebe Menschenrechte, die den Menschen allein dadurch eigen seien, daß sie als Menschen geboren würden. Diese Auffassung war damals eine Kampfansage gegen feudale bzw. absolutistische Willkür. In Wirklichkeit freilich ist jegliches Recht ebenso wie die mit ihm verbundenen Moralvorstellungen nur Widerspiegelung der gegebenen Klassenverhältnisse. Das Recht der Sklavenhaltergesellschaft z.B. betrachtete den Sklaven als Sache, über die ihr Eigentümer nach Gutdünken verfügen konnte. Das Recht der Feudalordnung beruhte auf den feudalen Klassenverhältnissen, insbesondere auf den für den Feudalismus typischen vielfältigen persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen, den hierarchischen Strukturen des Mittelalters. Die bürgerlichen Menschenrechte konnten sich seinerzeit nicht herausbilden, da sie die Beseitigung persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse und ihre Ersetzung durch sachliche voraussetzten (vgl. Kapitel II, S. 20 ff. und 26 ff.), was wiederum einen bestimmten Entwicklungsgrad der Produktivkräfte erforderte. Die Philosophen, die die bürgerlichen Menschenrechte verkündeten, ahnten nicht, daß diese - einmal ins Werk gesetzt - ihrerseits nur rechtlicher Ausdruck einer Gesellschaftsordnung sein würden, in der die Privateigentümer an Produktionsmitteln über die Nichteigentümer herrschen würden (vgl. z.B. Kapitel IV, S. 77 ff.). Sie erkannten daher nicht deren historische Beschränktheit, konnten nicht erkennen, daß diese angeblich dem Menschen „von Natur aus angeborenen“ Rechte in Wirklichkeit nur Ausdruck der Klasseninteressen der Bourgeoisie waren.

## 7) LAPLACE UND DAS PROBLEM DES DETERMINISMUS. DIE MARXISTISCHE AUFFASSUNG DES DETERMINIS- MUS UND DER KAUSALITÄT

Die Schule des französischen Materialismus, der auch der Mathematiker und Philosoph D´Alambert (1717- 1783) angehörte, brachte den Physiker Laplace (1749- 1827) hervor. Berühmt ist Laplace´s Antwort auf die Frage Napoleons, warum in seiner Schrift „Mechanik des Himmels“, in der die Planetenbahnen berechnet werden, Gott nicht vorkomme: „Majestät, ich bedurfte dieser Hypothese nicht.“

Laplace trieb den bereits bei seinen philosophischen Vorgängern gepflegten mechanischen Determinismus (siehe z.B. Diderots Roman „Jacques der Fatalist und sein Herr“) zur letzten Konsequenz. Klären wir zunächst, was Determinismus überhaupt ist. Determinismus ist die Auffassung, daß alle Erscheinungen in der Welt kausal bedingt sind, d.h. vollständig durch wirkende Ursachen bestimmt sind. (vom lateinischen *determino* = ich bestimme.) Laplace´s Determinismus ist wie gesagt ein **mechanischer** Determinismus, d.h. nur mechanische Ursachen werden als wirkende Ursachen aufgefaßt. Laplace zufolge ist alles, was jemals im gesamten Universum geschieht, aufgrund mechanischer Ursachen vorherbestimmt. Charakteristisch ist seine Konstruktion, die unter dem Begriff „Der Laplace´sche Dämon“ Eingang in die philosophische Literatur gefunden hat. Gäbe es, so sagt Laplace, ein intelligentes Wesen, welches fähig wäre, alle in der Natur wirkenden (mechanischen) Kräfte und die Koordinaten aller Körper zu einem bestimmten Zeitpunkt zu kennen und sie der Analyse zu unterziehen, so wäre ein solcher „Dämon“ in der Lage, in einer einzigen Formel die Bewegung der größten Weltkörper wie des kleinsten Atoms zu erfassen.

Aus dem augenblicklichen Zustand des Weltalls könnte er aufgrund der Gesetze der Mechanik zwingend auf jeden vergangenen und jeden künftigen Zustand schließen.

Es war ein gewaltiger Fortschritt, die Welt allein aus den ihr innewohnenden materiellen Triebkräften erklären zu wollen. Falsch ist nicht etwa die Lehre von der Determiniertheit (lückenlosen Bestimmtheit) alles Seienden, denn tatsächlich hat **jede** Erscheinung, **jede** Entwicklung in Natur und Gesellschaft ihre Ursachen, die sie hervorbringen. Falsch ist die Beschränkung dieser Determiniertheit auf die Gesetze **der Mechanik**, wengleich diese Beschränkung dem damaligen Stand der Naturwissenschaften entsprach. Denn bereits in der unbelebten Natur gibt es andere als mechanische Triebkräfte. Noch komplizierter wird es im Bereich der menschlichen Gesellschaft, wo das Bewußtsein hinzukommt. Das Bewußtsein ist in gewisser Hinsicht selbst eine materielle Erscheinung: Es wird durch ausschließlich materielle Faktoren hervorgebracht und wirkt in gewisser Hinsicht seinerseits materiell: das bewußte (= vom Bewußtsein geleitete) Handeln setzt nämlich Ursachen für materielle Entwicklungen.

Es gibt auch in der menschlichen Gesellschaft keinen Bereich außerhalb der materiellen Determiniertheit des Seins, dennoch belastet den Menschen keine **Vorherbestimmung**. Alles was geschieht, einschließlich der bewußten Handlungen des Menschen, ist **im Prozeß seines Vollzugs bestimmt**, und dennoch ist der Mensch kein Automat, dennoch hat er die Freiheit des Handelns. Sein Handlungswille freilich ist weitgehend von Faktoren bestimmt, die **außerhalb** des Individuums angesiedelt sind. Im einzelnen werden wir auf die damit zusammenhängenden Probleme in Kapitel VII zurückkommen.

Der Marxismus-Leninismus erstreckt die Determiniertheit auf das gesamte Sein, auf alle Erscheinungen in

Natur und Gesellschaft, ohne damit die Freiheit des Subjekts zu leugnen; das Bewußtsein und die Tätigkeit des Subjekts ist eingeschlossen in die Determiniertheit der objektiven Welt, ist in letzter Analyse Bestandteil davon. So polemisiert Lenin z.B. gegen den „*Obskurantismus*“ (mystischer Glaube, Dunkelmännertum, d. Verf.) von subjektiven Idealisten, die den „*Determinismus auf das Gebiet der 'Forschung'*“ beschränken, „*während auf dem Gebiet der Moral, des gesellschaftlichen Handelns und auf allen sonstigen Gebieten, außer dem der 'Forschung', die Frage der 'subjektiven' Wertung überlassen wird (...). In meinem Arbeitszimmer, sagt der gelehrte Pedant, bin ich Determinist; daß aber ein Philosoph sich um eine einheitliche, Theorie und Praxis umfassende, auf dem Determinismus aufgebaute Weltanschauung zu kümmern hat, davon ist keine Rede.*“ (Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, LW 14, S. 188) „*Die Idee des Determinismus, die die Notwendigkeit der menschlichen Handlungen feststellt und die unsinnige Fabel von der Willensfreiheit zurückweist (gemeint ist: einer von objektiven Bedingungen unabhängigen Willensfreiheit, d. Verf.), verwirft damit keineswegs die Vernunft, das Gewissen des Menschen oder eine Bewertung seines Handelns. Ganz im Gegenteil, nur die deterministische Auffassung gestattet eine strenge und richtige Bewertung und schließt aus, daß alles mögliche auf den freien Willen abgewälzt wird. Desgleichen schmälert die Idee der historischen Notwendigkeit auch die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte nicht im mindesten: alle Geschichte stellt sich gerade als die Gesamtheit der Handlungen von Personen dar, die zweifellos Handelnde sind. Die eigentliche Frage bei der Beurteilung der öffentlichen Tätigkeit einer Persönlichkeit lautet: Unter welchen Bedingungen ist dieser Tätigkeit ein Erfolg gesichert? Wodurch wird garantiert, daß diese Tä-*

*tigkeit kein vereinzelter Akt bleibt, der in einem Meer entgegengesetzter Akte untergeht?“* (Lenin, Was sind die „Volksfreunde“ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?, LW 1, S. 152). Eben dadurch, daß das Subjekt die objektiven Bewegungsgesetze des Seins seinem subjektiven Handeln zugrundelegt, sein subjektives Handeln bewußt an diesen objektiven Bewegungsgesetzen orientiert; dann kann es innerhalb bestimmter Grenzen die objektive Außenwelt seinen subjektiven Wünschen gemäß verändern und gestalten.

Der Marxismus ist konsequenter Determinismus. Er geht davon aus, daß jede Erscheinung in Natur und Gesellschaft ihre Ursachen hat. Zugleich aber stellt er in Rechnung, daß allein die Kausalität (das Verhältnis von Wirkung und Ursache) die komplexen Beziehungen zwischen den Dingen nicht erklären kann. (Das hat übrigens bereits Hegel scharfsinnig nachgewiesen.) Nehmen wir einen Stein, der ins Wasser fällt und Wellen verursacht. Man sagt: „Der Stein ist die Ursache des Wellenschlages.“ Aber abgesehen davon hat der Stein eine ganze Reihe von Eigenschaften - etwa das Material, aus dem er beschaffen ist, seine Farbe, sein Form - die nicht unmittelbar den Wellenschlag verursachen; er hat also Eigenschaften, die nicht in seine Eigenschaft, Ursache des Wellenschlages zu sein, eingehen. (Dieses Beispiel lehnt sich an Hegel, Wissenschaft der Logik, I, S. 230 an.) Andererseits gibt es neben der Bewegung des Steins noch andere Ursachen für den Wellenschlag; bewirkende Ursache dafür, daß der Stein ins Wasser eindringt, ist die Anziehungskraft der Erde, ferner auch die flüssige Eigenschaft des Wassers.

Dieses Beispiel zeigt, daß das Kausalverhältnis, wengleich allgemeine Form des Verhältnisses zwischen den Dingen, dennoch nur einen Ausschnitt aus der allseitigen Wechselwirkung der Dinge darstellt. Engels weist in

Anlehnung an Hegel darauf hin, daß die „*universelle Wechselwirkung*“, die **allseitige** Wechselwirkung zwischen allen Dingen, Kräften, Tendenzen, die auf einem bestimmten Gebiet wirken, die „*wahre causa finalis*“ (letzte Ursache) ist. „*Weiter zurück als zur Erkenntnis dieser Wechselwirkung* (wohlgemerkt: nicht nur Wechselwirkung zwischen **zwei** Dingen, sondern **allseitige** Wechselwirkung, d. Verf.) *können wir nicht, weil eben dahinter nichts zu Erkennendes liegt. Haben wir die Bewegungsformen der Materie erkannt (...), so haben wir die Materie selbst erkannt, und damit ist die Erkenntnis fertig .(...)* (Natürlich stets nur in einem bestimmten, eng begrenzten Bereich, d. Verf.) *Erst von dieser universellen Wechselwirkung kommen wir zum wirklichen Kausalitätsverhältnis. Um die einzelnen Erscheinungen zu verstehn, müssen wir sie aus dem allgemeinen Zusammenhang reißen, sie isoliert betrachten, und da erscheinen die wechselnden Bewegungen, die eine als Ursache, die andere als Wirkung.*“ (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 499)

Ferner darf das folgerichtige Denken nicht allen Ursachen die gleiche Bedeutung zumessen, denn sie haben **objektiv nicht** die gleiche Bedeutung. Es gibt in der Wirklichkeit notwendige Ursachen und zufällige Ursachen. Auch das Zufällige ist kausal, ist eingeschlossen in die allseitige Determiniertheit der Welt, doch es ist nicht beständig, es hängt nicht unmittelbar mit dem Wesen eines Dings bzw. Prozesses zusammen.

Fällt ein Blatt vom Baum, so fällt es infolge des Schwerkraftgesetzes nach unten. Durch Luftzüge bedingt, fällt es nicht auf dem kürzesten Wege, sondern beschreibt diese oder jene Linien. Diese Kapriolen des Blattes unterliegen durchaus dem Kausalgesetz, sind nicht frei von Gesetzmäßigkeiten (ein Produkt des Wirkens mehrerer Gesetze), sind aber dennoch in Bezug auf das Fallen des Blattes

zufällig. Jede zufällige Bewegung ist keineswegs willkürlich, liegt nicht außerhalb der allseitigen Determiniertheit der Welt. Die Bestimmtheit durch materielle Ursachen ist absolut. Dennoch muß das Denken zwischen zufälligen und notwendigen Ursachen unterscheiden, um durch all die Zufälligkeiten hindurch die Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit der Bewegung des Blattes nach unten, auf die Erde zu, erkennen zu können. - Auch bei gesellschaftlichen Erscheinungen müssen wir zwischen zufälligen Geschehnissen, die zum Anlaß eines Ereignisses werden, und den gesetzmäßig wirkenden Triebkräften, die dieses Ereignis hervorbringen, unterscheiden. **Gesetzmäßige Ursache** des 1. Weltkrieges war der Widerspruch zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten; die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo war bloß sein **Anlaß**, wenngleich diese Ermordung kausal für den Ausbruch dieses Krieges zu diesem Zeitpunkt war. Die furchtbare Mißernte in Frankreich im Jahre 1788 war vermutlich eine Ursache dafür, daß 1789 die Revolution begann (vgl. Kapitel IV, S. 69). Sie war jedoch nicht die **wesentliche Ursache für die Revolution**, selbst dann nicht, wenn man unterstellt, daß ohne diese Hungersnot die Revolution nicht 1789, sondern erst später begonnen hätte. Wesentliche Ursache für die Revolution waren die Klassenverhältnisse, die Fäulnis des Feudalismus bzw. Absolutismus.

Die französischen Materialisten lehnten - wie in der Antike bereits Demokrit - den Begriff des Zufalls als eine **objektive** Kategorie ab. Holbach z.B. behauptete, da alles, was existiere, einer absoluten Notwendigkeit unterworfen sei, könne kein lebendes Wesen anders handeln, als es eben handle, kein Atom könne zufällig einem andern begegnen. Eine Erscheinung könne nur so lange als zufällig gelten, wie sie nicht entdeckt sei; danach höre sie auf, zufällig zu sein. Der Zufall wird hier also als eine rein subjektive Ka-

tegorie aufgefaßt, die Existenz des Zufalls im materiellen Sein wird geleugnet. Indem die notwendigen Erscheinungen aber mit den zufälligen gleichgesetzt werden, werden sie herabgemindert, werden sie ihrerseits faktisch als zufällig abgestempelt: Die durch die Schwerkraft bewirkte Bewegung des Blattes nach unten erscheint bei einer solchen Auffassung als ebenso zufällig wie die Bewegung des Blattes infolge von Luftstößen. Nach dieser Auffassung kann z.B. ein zufälliges Naturereignis langfristig den Verlauf der geschichtlichen Entwicklung bestimmen. Die gesetzmäßigen Ursachen einer Entwicklung werden damit dem Blickfeld entzogen.

Engels weist darauf hin, daß „*der Determinismus* (gemeint ist: der mechanische Determinismus, d. Verf.), *der aus dem französischen Materialismus in die Naturwissenschaft übergegangen*“ ist, „*mit der Zufälligkeit fertig zu werden sucht, indem er sie einfach ableugnet. Nach dieser Auffassung herrscht in der Natur nur die einfache direkte Notwendigkeit. Daß diese Erbsenschote fünf Erbsen enthält und nicht vier oder sechs, daß der Schwanz dieses Hundes fünf Zoll lang ist und nicht eine Linie länger oder kürzer, daß diese Kleeblüte dies Jahr durch eine Biene befruchtet wurde und jene nicht, und zwar durch diese bestimmte Biene und zu dieser bestimmten Zeit, daß dieser bestimmte verwehte Löwenzahnsamen aufgegangen ist und jener nicht, daß mich vorige Nacht ein Floh um vier Uhr morgens gebissen hat und nicht um drei oder fünf, und zwar auf die rechte Schulter, nicht aber auf die linke Wade, alles das sind Tatsachen, die durch eine unverrückbare Verkettung von Ursache und Wirkung, durch eine unerschütterliche Notwendigkeit hervorgebracht sind, so zwar, daß bereits der Gasball, aus dem das Sonnensystem hervorging, derart angelegt war, daß diese Ereignisse sich so und nicht anders zutragen mußten. Mit dieser Art*

*Notwendigkeit kommen wir auch nicht aus der theologischen Naturauffassung heraus. Ob wir das den ewigen Ratschluß Gottes mit Augustin und Calvin, oder mit den Türken das Kismet, oder aber die Notwendigkeit nennen, bleibt sich ziemlich gleich für die Wissenschaft. Von einer Verfolgung der Ursachenkette ist in keinem dieser Fälle die Rede, wir sind also so klug in einem Falle wie im andern, die sog. Notwendigkeit bleibt eine leere Redensart, und damit - bleibt auch der Zufall, was er war. Solange wir nicht nachweisen können, worauf die Zahl der Erbsen in der Schote beruht, bleibt sie eben zufällig, und mit der Behauptung, daß der Fall bereits in der ursprünglichen Konstitution des Sonnensystems vorgesehen sei, sind wir keinen Schritt weiter. Noch mehr. Die Wissenschaft, welche sich daransetzen sollte, den casus (Fall, d. Verf.) dieser einzelnen Erbsenschote in seiner Kausalverkettung rückwärts zu verfolgen, wäre keine Wissenschaft mehr, sondern pure Spielerei; denn dieselbe Erbsenschote allein hat noch unzählige andre, individuelle, als zufällig erscheinende Eigenschaften, Nuance der Farbe, Dicke und Härte der Schale, Größe der Erbsen, von den durch das Mikroskop zu enthüllenden individuellen Besonderheiten gar nicht zu reden. Die Eine Erbsenschote gäbe also schon mehr Kausalzusammenhänge zu verfolgen, als alle Botaniker der Welt lösen könnten.*

*Die Zufälligkeit ist also hier nicht aus der Notwendigkeit erklärt, die Notwendigkeit ist vielmehr heruntergebracht auf die Erzeugung von bloß Zufälligem. Wenn das Faktum, daß eine bestimmte Erbsenschote sechs Erbsen enthält und nicht fünf oder sieben, auf derselben Ordnung steht, wie das Bewegungsgesetz des Sonnensystems oder das Gesetz der Verwandlung der Energie, dann ist in der Tat nicht die Zufälligkeit in die Notwendigkeit erhoben, sondern die Notwendigkeit degradiert zur Zufällig-*

*keit. Noch mehr. Die Mannigfaltigkeit der auf einem bestimmten Terrain nebeneinander bestehenden organischen und anorganischen Arten und Individuen mag noch so sehr als auf unverbrüchlicher Notwendigkeit begründet werden, für die einzelnen Arten und Individuen bleibt sie, was sie war, zufällig. Es ist für das einzelne Tier zufällig, wo es geboren ist, welches Medium es zum Leben vorfindet, welche und wie viele Feinde es bedrohen. Es ist für die Mutterpflanze zufällig, wohin der Wind ihren Samen verweht, für die Tochterpflanze, wo das Samenkorn Keimboden findet, dem sie entstammt, und die Versicherung, daß auch hier alles auf unverbrüchlicher Notwendigkeit beruhe, ist ein pauvrer (ärmlicher, d. Verf.) Trost. Die Zusammenwürfelung der Naturgegenstände auf einem bestimmten Gebiet, noch mehr, auf der ganzen Erde, bleibt bei aller Urdetermination von Ewigkeit her doch, was sie war - zufällig.*

*Gegenüber beiden Auffassungen tritt Hegel mit den bisher ganz unerhörten Sätzen, daß das Zufällige einen Grund hat, weil es zufällig ist, und ebensosehr auch keinen Grund hat, weil es zufällig ist; daß das Zufällige notwendig ist, daß die Notwendigkeit sich selbst als Zufälligkeit bestimmt, und daß andererseits diese Zufälligkeit vielmehr die absolute Notwendigkeit ist (‘Logik’, II., Buch III, 2: ‘Die Wirklichkeit’.) Die Naturwissenschaft hat diese Sätze einfach als paradoxe Spielereien, als sich selbst widersprechenden Unsinn links liegenlassen und ist theoretisch verharret einerseits in der Gedankenlosigkeit der Wolffschen Metaphysik, nach der etwas **entweder** zufällig ist **oder** notwendig, aber nicht beides zugleich; oder andererseits im kaum weniger gedankenlosen mechanischen Determinismus, der den Zufall im allgemeinen in der Phrase weglegnet, um ihn in der Praxis in jedem besondern Fall anzuerkennen.“*

(Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 487 ff.)

Die Grenze zwischen Notwendigem und Zufälligem ist relativ. Das Zufällige ist ausnahmslos in dem Sinne notwendig, als es vollständig durch kausal wirkende Ursachen determiniert ist. Dennoch ist die Abwärtsbewegung des Blattes, das nach unten fällt, nicht im gleichen Sinne notwendig wie die verschiedenen Kapriolen, die es infolge von Lufteinwirkungen vollzieht, sondern in einem höheren Sinne. Obwohl auch die Luftbewegungen und die durch sie hervorgerufenen Kapriolen des Blattes notwendig sind, sind sie zufällig im Verhältnis zur Anziehungskraft der Erde, die im Gegensatz zu den Luftstößen stetig wirkt und die letztlich dazu führt, daß sich die Bewegung des Blattes nach unten als die bestimmende durchsetzt.

Wenngleich der Gegensatz von Notwendigem und Zufälligem relativ ist, liegt also in diesem Relativen zugleich auch Absolutes. Die Scheidung zwischen Notwendigem und Zufälligem ist keineswegs nur in der subjektiven Tatsache begründet, daß wir manches schon als notwendig erkannt haben und manches noch nicht, sondern diese Scheidung liegt der Bewegung der objektiven Dinge selbst zugrunde. Soweit wir richtig erkennen, beruht unsere Erkenntnis von Gesetzen, also unsere „Herausfilterung“ bestimmter gesetzmäßiger Zusammenhänge des universellen Seins, nicht auf Willkür, sondern darauf, daß eben diese von uns herausgefilterten Zusammenhänge zwar nicht ausreichen, um den jeweils untersuchten Gegenstand **lückenlos** zu erfassen, daß sie aber doch in der Bewegung der jeweiligen Gegenstände objektiv von besonderer, von wesentlicher Bedeutung sind und daß wir sie aus eben diesem Grunde „herausfiltern“ müssen, wenn wir unsere Erkenntnis der Wirklichkeit so weit wie möglich annähern wollen.

## Einschub

### ZUR CHAOSTHEORIE

Neuerdings macht eine Forschungsrichtung zunehmend auf sich aufmerksam, die sich Chaostheorie nennt. Im Juli 1995 stellten Chaostheoretiker auf einer internationalen Tagung in Kassel „*Ergebnisse von 30 Jahren Chaosforschung*“ vor. Man wolle das deterministische Weltverständnis zwar nicht gerade über den Haufen werfen, aber „*zumindest in weiten Teilen revidieren*“. Von „*Monokausalität*“ müsse man sich verabschieden: „*Nicht länger soll gelten, daß jedes Ereignis in der Gegenwart eine Ursache in der Vergangenheit, jede Ursache in der Gegenwart eine Wirkung in die Zukunft hat.*“ Kleine Veränderungen könnten große Wirkungen haben, und oft entscheide der Zufall. (Frankfurter Rundschau 15.7.1995)

Für die marxistisch-leninistische Philosophie ist es keineswegs neu, daß der Begriff einer „Monokausalität“ unwissenschaftlich ist; selbstverständlich hat jedes Ding, jede Erscheinung, **viele** Ursachen und **viele** Wirkungen. Auch der Zufall als objektive Kategorie ist dem Marxismus nichts Neues, wie oben gezeigt (allerdings ist Zufall eben **kein** Bereich **außerhalb** der Determiniertheit der Welt!). Aber es gibt eben nicht nur den Zufall, sondern auch die Notwendigkeit. **Verabsolutiert** man den Wirkungsbereich des Zufalls, so kommt man zu dem gleichen Ergebnis wie die französischen Materialisten, die den Zufall als objektive Kategorie leugneten und damit letztlich alles zum Zufall erklärten: Man kann zufällige Entwicklungen nicht von notwendigen unterscheiden, man wird blind für die Gesetzmäßigkeiten, die die Bewegung der Dinge unbeschadet aller Zufälligkeiten wesentlich bestimmen.

Man wird sehen müssen, wie die „Chaosforschung“ sich entwickelt. Man braucht aber kein Prophet zu sein, um

vorauszusagen, daß die bürgerliche Ideologie großen Druck ausüben wird, um die Chaostheoretiker, die nicht über das Fundament einer wissenschaftlichen Weltanschauung verfügen, in Richtung Irrationalismus und Agnostizismus (siehe Seite 66) zu treiben: „Alles ist zufällig“, „alles ist möglich“, „es geht in der Welt willkürlich zu“, „man kann ohnehin nichts erkennen, schon gar keine objektiven Gesetze“. Derartige Schlüsse sind der Bourgeoisie angenehm, da sie die Widersprüche ihrer verfaulenden Gesellschaftsordnung dem Blick entziehen und das nahelegen, was die Wirtschaftsführer und Politiker dieses Systems als einziges tun können: Irgendwie weiterwurschteln.

## 8) DIE BESCHRÄNKTHEIT DES FRANZÖSISCHEN MATERIALISMUS

Lenin faßt in Anlehnung an Engels die Beschränktheit des französischen Materialismus wie folgt zusammen: „*Die erste Beschränktheit: die Auffassung der alten Materialisten war ´mechanisch´ in dem Sinne, daß sie ausschließlich den ´Maßstab der Mechanik auf Vorgänge, die chemischer und organischer Natur sind´, angewandt haben. (...) Die zweite Beschränktheit: der metaphysische Charakter der Auffassungen der alten Materialisten im Sinne einer ´antidialektischen Weise des Philosophierens´. (...) Die dritte Beschränktheit: die Beibehaltung des Idealismus ´oben´, auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaft ...*.“ (Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus, LW 14, S. 239)

## **VI. DIE KLASSISCHE DEUTSCHE PHILOSOPHIE**

Wie wir in Kapitel IV gesehen haben, blieben zur Zeit der großen französischen Revolution die politischen Emanzipationsversuche des deutschen Bürgertums zwar weitgehend erfolglos, blühte aber dessen ungeachtet das Geistesleben auf. Die ausbleibende wirkliche Befreiung wurde sozusagen ersatzhalber ins Reich des Geistes verlegt. Eine historisch äußerst bedeutende Rolle spielte die klassische deutsche Philosophie (nämlich die Philosophie der bürgerlichen Aufklärung in Deutschland).

Die Philosophie der Aufklärung war in Deutschland weitgehend idealistisch, was einen Rückschritt gegenüber dem französischen Materialismus darstellte. Dieser Rückschritt war Ausdruck der Tatsache, daß das deutsche Bürgertum nicht in der Lage war, die beschränkten Zustände real zu überwinden. Zugleich aber stellte die klassische deutsche Philosophie in anderer Hinsicht einen Fortschritt gegenüber der französischen Philosophie dar, so wie die französische Aufklärung ihrerseits einen Fortschritt gegenüber dem englischen Materialismus gebracht hatte. Insbesondere entwickelte die deutsche Philosophie die von den französischen Philosophen weitgehend unbeachtet gelassene Dialektik.

## 1) IMMANUEL KANT



*Immanuel Kant*

### A) ERSTER ANSTOSS ODER ENTWICKLUNG DER WELT AUS SICH SELBST?

Die klassische deutsche Philosophie begann mit Kant (1724 - 1804).

1755 erschien Kants „Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels“. „*Die Erde und das ganze Sonnensystem*“ wurden in dieser Schrift „*als etwas im Verlauf der Zeit Gewordenes*“ dargestellt (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 316, Hervorhebung von Engels).

*„Zum ersten Male wurde an der Vorstellung gerüttelt, als habe die Natur keine Geschichte in der Zeit. Bis dahin galten die Weltkörper als von Anfang an in stets gleichen Bahnen und Zuständen verharrend; und wenn auch auf den einzelnen Weltkörpern die organischen Einzelwesen abstarben, so galten doch die Gattungen und Arten für unveränderlich. Die Natur war zwar augenscheinlich in steter Bewegung begriffen, aber diese Bewegung erschien als die unaufhörliche Wiederholung derselben Vorgänge. In diese, ganz der metaphysischen Denkweise entsprechende Vorstellung legte Kant die erste Bresche (...).“ (Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 52 f.; oder AW V, S. 65)*

*„Kant eröffnete seine Laufbahn damit, daß er das stabile Newtonsche Sonnensystem und seine - nachdem der famose erste Anstoß (d.h. Erschaffung der Welt durch eine außer der Welt existierende Ursache, durch einen wie auch immer gearteten Gott, d. Verf.) einmal gegeben - ewige Dauer auflöste in einen geschichtlichen Vorgang: in die Entstehung der Sonne und aller Planeten aus einer rotierenden Nebelmasse. Dabei zog er bereits die Folgerung, daß mit dieser Entstehung ebenfalls der künftige Untergang des Sonnensystems notwendig gegeben sei. Seine Ansicht wurde ein halbes Jahrhundert später durch Laplace mathematisch begründet, und noch ein halbes Jahrhundert später wies das Spektroskop die Existenz solcher glühenden Gasmassen, in verschiedenen Stufen der Verdichtung, im Weltraum nach.“ (ebenda, MEW 20, S. 22; oder AW V, S. 30)*

Damit war die theologische Unterstellung eines „ersten Anstoßes“ der Welt beseitigt: Die Welt entwickelt sich nach ihren eigenen, ihr innewohnenden Gesetzen. In **dieser** Hinsicht ist Kant sehr viel materialistischer als der Deist Voltaire.

„(...) in Kants Entdeckung lag der Springpunkt alles ferneren Fortschritts. War die Erde etwas Gewordenes, so mußte ihr gegenwärtiger geologischer, geographischer, klimatischer Zustand, mußten ihre Pflanzen und Tiere ebenfalls etwas Gewordenes sein, mußte sie eine Geschichte haben nicht nur im Raum nebeneinander, sondern auch in der Zeit nacheinander. Wäre sofort in dieser Richtung entschlossen fortuntersucht worden, die Naturwissenschaft wäre jetzt bedeutend weiter, als sie ist. Aber was konnte von der Philosophie Gutes kommen? (Meinten die Naturwissenschaftler, d. Verf.) Kants Schrift blieb ohne unmittelbares Resultat, bis lange Jahre später Laplace und Herschel ihren Inhalt ausführten und näher begründeten und damit die ‚Nebularhypothese‘ allmählich zu Ehren brachten. Fernere Entdeckungen verschafften ihr endlich den Sieg; die wichtigsten darunter waren: die Eigenbewegung der Fixsterne, der Nachweis eines widerstehenden Mittels im Weltraum, der durch die Spektralanalyse geführte Beweis der chemischen Identität der Weltmaterie und des Bestehens solcher glühender Nebelmassen, wie Kant sie vorausgesetzt.“ (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 316 f.)

## B) KANTS KAMPFANSAGE AN DIE METAPHYSIK

1781 erschien Kants „Kritik der reinen Vernunft“, worin er die bis dahin in der Philosophie vorherrschende Metaphysik direkt angriff. Das Wort Metaphysik wird in zweifacher Bedeutung gebraucht: Zum einen bezeichnet man damit die der Dialektik entgegengesetzte Denkweise, zum andern die idealistische Lehre, wonach das Wesen der Dinge nur durch den angeblich „reinen“, **d.h. nicht in den Sinneswahrnehmungen wurzelnden** Verstand zu begreifen sei. **Hier** geht es vorwiegend um die letztere Bedeutung.

Eine sehr große Rolle spielte in der Philosophiegeschichte die Metaphysik des Aristoteles, die zu ihrer Zeit ein sehr fortgeschrittenes Denken darstellte. Das **letzte** bedeutende System der Metaphysik stammt von Leibniz.

Als Beispiel für die metaphysische Denkweise des Aristoteles sei folgendes angeführt: Er ging davon aus, daß ein Körper, der doppelt so schwer sei wie ein zweiter, auch doppelt so schnell falle wie der letztere. In Wirklichkeit fallen alle Körper gleich schnell (einen freien Fall vorausgesetzt, bei unterschiedlicher Auswirkung der Luftreibung gilt dies natürlich nicht). Symptomatisch für das metaphysische Denken des Aristoteles ist, daß er nicht auf die Idee kam, seine Theorie durch Experimente zu überprüfen. Der rationale Verstand war für ihn eben über die Sinneswahrnehmungen erhaben.

Aus der Metaphysik des Leibniz sei als Beispiel sein „Beweis“ angeführt, warum wir in „der besten aller Welten“ leben:

Voraussetzung: Gott hat die Welt erschaffen. Gott ist allmächtig, allgütig, allwissend und allweise. Schluß: Hätte Gott eine schlechtere als die bestmögliche Welt erschaffen, so müßte das entweder daran liegen, daß er keine bessere schaffen konnte. Dann wäre er indessen nicht allmächtig. Oder er wußte von keiner besseren. Dann wäre er nicht allwissend. Oder er wollte keine bessere schaffen. Dann wäre er nicht allgütig oder allweise. In jedem Falle kommen wir zu einer Schlußfolgerung, die der Voraussetzung widerspricht. Folglich hat er die beste geschaffen.

Hier zeigt sich, in welchem Ausmaß das philosophische Denken Leibniz', des größten Gelehrten seiner Zeit, noch durch die Herrschaft der Theologie über die Philosophie geprägt war. Leibniz' Lehre von der „besten aller Welten“ wurde übrigens von Voltaire in seinem Roman „Candide“ aufs bissigste verspottet.

Indem die Metaphysik es ablehnt, ihre Urteile auf die empirischen Sinneswahrnehmungen zu stützen, ist sie rein spekulativ und errichtet in dogmatischer Weise ihr Begriffsgebäude, das keine adäquate Beziehung zur objektiven Realität hat. Kant hielt dem entgegen: *„Daß alle unsere Erkenntnis mit der Erfahrung anfange, daran ist gar kein Zweifel; denn wodurch sollte das Erkenntnisvermögen sonst zur Ausübung erweckt werden, geschähe es nicht durch Gegenstände, die unsere Sinne rühren (...).“*

(Kant, Kritik der reinen Vernunft, S. 45). Dies ist ein materialistischer Standpunkt. Kant versetzte der Metaphysik (= der „reinen Vernunft“, die sich über der sinnlichen Erfahrung erhaben fühlt) einen schweren Schlag. Engels: „*Kant begann*“ die „*philosophische Revolution in Deutschland*“, „*indem er das alte System der Metaphysik von Leibniz stürzte, das Ende des vorigen Jahrhunderts an allen Universitäten eingeführt wurde.*“ (MEW 1, S. 492)

### c) KANTS SCHLUPFWINKEL FÜR DIE METAPHYSIK

Kant versetzte aber der Metaphysik noch nicht den Todesstoß. Er war insofern nicht konsequent, als er eine kritisch geläuterte Metaphysik zulassen wollte. Im Widerspruch zu dem oben angeführten materialistischen Zitat erkennt er einige Sätze später **doch** „*Erkenntnisse a priori*“ an, Erkenntnisse nämlich, „*die schlechterdings von aller Erfahrung unabhängig stattfinden.*“ (Kant, Kritik der reinen Vernunft, S. 46; a priori wörtlich: von vornherein, soll hier heißen: ohne auf Erfahrungen, auf sinnlichen Wahrnehmungen zu fußen) „*Und gerade in diesen letzteren Erkenntnissen, welche über die Sinnenwelt hinausgehen, wo Erfahrung gar keinen Leitfaden, noch Berichtigung geben kann, liegen die Nachforschungen unserer Vernunft, die wir, der Wichtigkeit nach, für weit vorzüglicher, und ihre Endabsicht für viel erhabener halten, als alles, was der Verstand im Felde der Erscheinungen lernen kann, wobei wir, sogar auf die Gefahr zu irren, eher alles wagen, als daß wir so angelegene Untersuchungen aus irgend einem Grunde der Bedenklichkeit oder aus Geringschätzung und Gleichgültigkeit aufgeben sollten. Diese unvermeidlichen Aufgaben der reinen Vernunft selbst sind Gott, Freiheit und Unsterblichkeit.*“ (ebenda, S. 49, Hervorhebung von Kant).

Kant läßt also einen Bereich der „reinen Vernunft“, einen „doktrinalen Glauben“ zu, der erklärtermaßen **in keiner Weise, über keinerlei Vermittlung** auf sinnlicher Erfahrung beruht. Damit rettet er letztlich die Metaphysik und läßt auch der Theologie ihren Schlupfwinkel. Als Philosoph des aufstrebenden Bürgertums muß er die Freiheit heiligsprechen, doch er fühlt, daß die Freiheit der bornierten, egoistischen Individuen der bürgerlichen Gesellschaft nicht zum Wohle des Ganzen führen kann. Deshalb braucht er die Moralität als Kitt der bürgerlichen Gesellschaft, und er braucht Gott und die unsterbliche Seele, um die Moralität zu begründen. Der Fortschritt besteht in dieser Beziehung darin, daß der aufgeklärte Philosoph erklärt, man müsse sich Rechenschaft darüber ablegen, in welchem Bereich man über wissenschaftlich fundierte, auf empirischer Forschung beruhende Erkenntnisse verfüge und in welchem Bereich man auf Metaphysik zurückgreifen müsse, auf doktrinalen Glauben.

Kant versetzte der Theologie einen weiteren Schlag, indem er die Gottesbeweise der katholischen Kirche widerlegte und nachwies, daß die Existenz Gottes nicht beweisbar ist.

Als Glanzstück aller Gottesbeweise sah und sieht die katholische Theologie den sogenannten ontologischen Beweis an: „Der Begriff Gottes ist der Begriff des vollkommensten Wesens. Zum Begriff der Vollkommenheit gehört die Existenz. Folglich muß Gott existieren.“ Damit wird stillschweigend vorausgesetzt, daß der Geist gegenüber der Materie primär sei, daß ersterer letztere hervorbringe: Wenn es die Idee Gottes gibt, muß dieser folglich wirklich existieren. Es wird also vorausgesetzt, was bewiesen werden soll.

Kant: „*Nun müssen wir gestehen, daß die Lehre vom Dasein Gottes zum doktrinalen Glauben gehöre.*“ (ebenda, S. 691) Diesen doktrinalen Glauben allerdings hält er für erforderlich. Es sei notwendig, vorauszusetzen, „*daß*

*eine höchste Intelligenz alles nach den weisesten Zwecken (...) geordnet habe*“ (ebenda, S. 691 f.). Und zwar hält er dies deshalb für erforderlich, weil es notwendig sei, *„daß unser ganzer Lebenswandel sittlichen Maximen untergeordnet werde“*; dies aber sei unmöglich, wenn man mit dem moralischen Gesetze nicht *„eine wirkende Ursache“*, eben Gott, verknüpfe. (ebenda, S. 682) Kants Gott freilich ist längst nicht mehr der souveräne Weltenlenker der katholischen Theologie: *„Wir werden, so weit praktische Vernunft uns zu führen das Recht hat, Handlungen nicht darum für verbindlich halten, weil sie Gebote Gottes sind, sondern darum als göttliche Gebote ansehen, weil wir dazu innerlich verbindlich sind.“* (ebenda, S. 686 f.) Damit ist er im Grunde genommen beim Pantheismus gelandet: Der abstrakte „moralische“ Mensch wird heiliggesprochen, und erst über diesen abstrakten moralischen Menschen wird Gott konstruiert. Gott hat seinen Sitz im sittlichen Menschen.

#### **D) KANTS MORAL-METAPHYSIK**

1785 veröffentlichte Kant seine „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“; d.h. er schrieb eine Moral-Metaphysik. Sie enthält im wesentlichen platteste Moralsprüche, die den egoistischen Eigennutz des bürgerlichen Individuums moralisierend verklärten. Z.B.: Wer geistige Anlagen habe, diese aber nicht nutze, sondern nur seinem Vergnügen fröne, handle unsittlich. Wer viel habe, dem Armen aber gar nichts abgebe, handle unsittlich, usw. Kants Metaphysik der Sitten ist die Überleitung zu seiner „Kritik der praktischen Vernunft“ (1786), in der er sagt, was das Individuum mit dem ganzen Philosophieren praktisch anfangen solle. Die „Kritik der praktischen Vernunft“ gipfelt im kategorischen Imperativ: *„Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzge-*

bung gelten könne.“ (Kant, Kritik der praktischen Vernunft, S. 140). Auf gut deutsch: „Was du nichts willst, das man dir tu, das füg´ auch keinem andern zu!“ Wohlgemerkt: Nicht nur die Maxime eines Handelns, das etwa nur Zweckmäßigkeitserwägungen dient, soll geeignet sein, als Maxime allgemeiner Gesetzgebung zu dienen, sondern die Maxime des moralischen **Willens**, welche das Handeln leitet. Die Moralität soll verinnerlicht werden. Kant moralisiert dagegen an, daß das bürgerlich bornierte Individuum egoistisch nur seine Interessen verfiucht.

Was von einem solchen Moralisieren zu halten ist, hat Kant im letzten Satz seiner Metaphysik der Sitten unfreiwillig selbst aufgedeckt: *„Und so begreifen wir zwar nicht die praktische unbedingte Notwendigkeit des moralischen Imperativs, wir begreifen aber doch seine Unbegreiflichkeit, welches alles ist, was billigermaßen von einer Philosophie, die bis zur Grenze der menschlichen Vernunft in Prinzipien strebt, gefordert werden kann.“* (Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, S. 102) Dem ist nichts hinzuzufügen.

Objektiv erfüllt ein derartiges Moralisieren die Funktion, die Ausgebeuteten und Unterdrückten daran zu hindern, „egoistisch“ **ihre** Klasseninteressen zu vertreten, während die Ausbeuter die ihren selbstverständlich ohne moralische Skrupel verfechten. Wenn heute immer wieder versucht wird, Kants Moralphilosophie wiederzubeleben, so eben deshalb, weil sie den Interessen der bürgerlichen Ausbeuterordnung dient.

Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts versuchten verschiedene revisionistische Kräfte (so z.B. die sogenannten Austromarxisten um Hilferding, Bauer, Adler u.a.), den Neokantianismus in der Arbeiterbewegung hoffähig zu machen. So erklärten sie, der Marxismus enthalte keine Philosophie und könne daher durch die Lehre Kants ergänzt bzw.

mit ihr verbunden werden. Die Marx'sche Analyse, wonach der Kapitalismus aufgrund seiner eigenen Gesetze zum Untergang verurteilt ist, ersetzen sie durch eine moralisierende „Kritik“ des Kapitalismus im Stile des Kantschen kategorischen Imperativs: Die Ausbeutung sei keine sittliche Maxime, da sie keine allgemeine Handlungsmaxime sein könne; wenn nämlich jeder ausbeuten wolle, könne die Ausbeuterordnung nicht existieren, da sie Ausgebeutete voraussetzt.

Derartige Moralpredigten werden die Ausbeuter indessen niemals von der Ausbeutung abhalten, sie sind jedoch geeignet, die Ausgebeuteten vom Kampf gegen die Ausbeuter abzuhalten, da sie die Illusion nähren, die Ausbeuter würden sich „sittlich bessern“ und dann freiwillig von der Ausbeutung Abstand nehmen.

Engels hatte im Anti-Dühring die Vorstellung, die Gesellschaft könne sich aufgrund von moralischen Appellen progressiv entwickeln, gründlich verspottet:

*„Solange eine Produktionsweise sich im aufsteigenden Ast ihrer Entwicklung befindet, solange jubeln ihr sogar diejenigen entgegen, die bei der ihr entsprechenden Verteilungsweise den kürzern ziehn. So die englischen Arbeiter beim Aufkommen der großen Industrie. Selbst solange diese Produktionsweise die gesellschaftlich-normale bleibt, herrscht im ganzen Zufriedenheit mit der Verteilung, und erhebt sich Einspruch - dann aus dem Schoß der herrschenden Klasse selbst (Saint-Simon, Fourier, Owen) (siehe nächstes Kapitel, d. Verf.) und findet bei der ausgebeuteten Masse erst recht keinen Anklang. Erst wenn die fragliche Produktionsweise ein gut Stück ihres absteigenden Asts hinter sich, wenn sie sich halb überlebt hat, wenn die Bedingungen ihres Daseins größtenteils verschwunden sind und ihr Nachfolger bereits an die Tür klopft - erst dann erscheint die immer ungleicher werden-*

*de Verteilung als ungerecht, erst dann wird von den überlebten Tatsachen an die sogenannte ewige Gerechtigkeit appelliert. Dieser Appell an die Moral und das Recht hilft uns wissenschaftlich keinen Fingerbreit weiter; die ökonomische Wissenschaft kann in der sittlichen Entrüstung, und wäre sie noch so gerechtfertigt, keinen Beweisgrund sehn, sondern nur ein Symptom (nämlich ein Symptom dessen, daß der Sturz der bestehenden Verhältnisse **materiell** vorbereitet ist, d. Verf.). Ihre Aufgabe ist vielmehr, die neu hervortretenden gesellschaftlichen Mißstände als notwendige Folgen der bestehenden Produktionsweise, aber auch gleichzeitig als Anzeichen ihrer hereinbrechenden Auflösung nachzuweisen, und innerhalb der sich auflösenden ökonomischen Bewegungsform die Elemente der zukünftigen, jene Mißstände beseitigenden, neuen Organisation der Produktion und des Austausches aufzudecken. Der Zorn, der den Poeten macht, ist bei der Schilderung dieser Mißstände ganz am Platz, oder auch beim Angriff gegen die diese Mißstände leugnenden oder beschönigenden Harmoniker im Dienst der herrschenden Klasse; wie wenig er aber für den jedesmaligen Fall **beweist**, geht schon daraus hervor, daß man in **jeder** Epoche der ganzen bisherigen Geschichte Stoff genug für ihn findet.“ (Anti-Dühring, MEW 20, S. 138 f.; oder AW V, S. 165 f.; Hervorhebungen von Engels)*

Es gibt keine ewige Moral, keine ewige Gerechtigkeit. Was als moralisch oder unmoralisch, als gerecht oder ungerecht angesehen wird, das hängt zum einen ab von den materiellen Gegebenheiten einer bestimmten geschichtlichen Periode und zum andern von der klassenmäßigen Stellung des jeweiligen Betrachters. Die edelste Empörung über Ausbeutung und Unterdrückung kann eine nüchterne Analyse der bestehenden Verhältnisse nicht ersetzen und kann für sich allein keine Grundlage einer erfolgreichen auf Beseiti-

gung der Ausbeutung gerichteten Politik sein. Wer aber - wie die Neokantianer oder die „Austromarxisten“ - an die Moralität der Ausbeuter appelliert, der ist eben einer der „beschönigenden Harmoniker im Dienst der herrschenden Klasse“. Die Ausbeuter folgen **ihrer** Moral, der Ausbeuter-Moral; sie können und werden niemals einer anderen Moral folgen. Eine allgemein-menschliche Moral kann es in einer Klassengesellschaft nicht geben.

Bei ihren verzweifelten Bemühungen, ihre dem Feudalismus entstammende Theologie zugleich zu retten und den heutigen bürgerlichen Bedingungen anzupassen, versucht die katholische Kirche, sich die Moralphilosophie des Protestanten Kant zunutze zu machen. Im folgenden (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.10.1994) soll kurz skizziert werden, wie geschickt Kardinal Ratzinger, der Leiter der Glaubenskongregation (einer vatikanischen Behörde, die früher „Heiliges Offizium der Heiligen Inquisition“ hieß), wie geschickt dieser Ratzinger dabei jongliert - geschickt wie ein PausencLOWN:

Grundsätzlich soll der Mensch sich an seinem Gewissen orientieren - das ist ein Zugeständnis an die protestantische „Freiheit eines Christenmenschen“ à la Luther. Doch das Gewissen kann freilich irren. Derjenige, der einem irregeleiteten Gewissen folgt, kann laut Ratzinger zwar **dafür** nicht bestraft werden. Wohl aber dafür, daß er sein Gewissen derart hat herunterkommen lassen. Derartige theologische Feinheiten werden freilich im Höllenfeuer, wo der Sünder in Ewigkeit brennen wird, keinen großen Unterschied mehr machen. Entscheidend ist, daß Ratzinger den Gläubigen in tiefste Seelenqual gestürzt hat: Rät mir mein Gewissen wirklich das Richtige, oder führt es mich ins Verderben? Doch die Kirche ist barmherzig, sie läßt den Gläubigen nicht allein. Nachdem das Gewissen des einzelnen formal als verbindliche Richtschnur anerkannt wurde, nachdem sodann gezeigt wurde, wohin es führen kann, wenn man dieser Richtschnur allzu kühn folgt (ins Höllenfeuer nämlich!), bietet Ratzinger eine Hilfe zur Orientierung für das nun gar nicht mehr so souveräne Gewissen an: die Lehre der Kirche. Hält man sich an die Orientierungen, die das „Lehramt der Kirche“ „in Moralfragen“ gibt, so kann man versichert sein, daß ein derart orientiertes Gewissen nicht irren und der von einem derart orientierten Gewissen (sprich: vom Vatikan) geleitete Mensch nicht in die ewige Verdammnis gestürzt werden wird.

Die ganze Konstruktion ist noch „menschfreundlicher“ als Kants Metaphysik der Sitten: Auch bei Kant kann niemand sicher sein, ob er sich wirklich am „moralischen Gesetz“ orientiert habe oder nicht etwa doch an einer „Neigung“, die er sich selbst als „Gebot des sittlichen Gesetzes“ vorgespiegelt habe. Kant aber bietet aus diesem Dilemma keinen Ausweg und überläßt den armen Moralstrebenden sich selbst und seinen selbstzerstörerischen ewigen Zweifeln. Der barmherzige Papst (denn niemand anders als der Papst ist das von Ratzinger beschworene „kirchliche Lehramt“), der barmherzige Papst, ganz Vertreter des allbarmherzigen Gottes auf Erden, bietet Gläubigen im Gegensatz zu Kant die bequeme Rettung: Folge dem, was ich, der Papst, für moralisch erkläre, und du wirst nicht brennen!

#### **E) KANTS UNERKENNBARES DING AN SICH**

Indem Kant anerkannte, daß alle wissenschaftliche Erkenntnis sich letztlich auf Erfahrung stützt, machte er dem Materialismus Zugeständnisse. Seine theoretische Grundposition allerdings war der Idealismus, und so ist Kants Philosophie „*eine Verknüpfung verschiedenartiger, einander widersprechender philosophischer Richtungen zu einem System*“ (Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, LW 14, S. 195). Kant wurde daher sowohl von den konsequenten Materialisten als auch von den konsequenten Idealisten heftig angegriffen.

Besonders deutlich wird Kants Inkonsequenz in seiner Erkenntnistheorie. Hier wollen wir etwas weiter ausholen und zunächst einmal an Engels´ oben (S. 13f.) zitierte Äußerung über die Grundfrage der Philosophie, das Verhältnis von Denken und Sein, anknüpfen. Nachdem Engels nämlich dargelegt hat, daß sich die Philosophen in zwei große Lager spalten, in Materialisten und Idealisten, je nachdem, ob sie die Materie oder den Geist als das Ursprüngliche anerkennen, fährt er fort:

*„Die Frage nach dem Verhältnis von Denken und Sein hat aber noch eine andre Seite: Wie verhalten sich unsere Gedanken über die uns umgebende Welt zu dieser Welt selbst? Ist unser Denken imstande, die wirkliche Welt zu erkennen, vermögen wir in unsern Vorstellungen und Begriffen von der wirklichen Welt ein richtiges Spiegelbild der Wirklichkeit zu erzeugen? Diese Frage heißt in der philosophischen Sprache die Frage nach der Identität von Denken und Sein und wird von der weitaus größten Zahl der Philosophen bejaht.“ (Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 275; oder AW VI, S. 276)*

Anders Kant. Bei ihm existiert zwar die Außenwelt, das „Ding an sich“, unabhängig vom denkenden Subjekt. Das ist ein materialistischer Ansatz, eine Auffassung, die die Marxisten mit Kant teilen. Bei Kant aber ist dieses Ding an sich für den denkenden Menschen grundsätzlich nicht erkennbar. Dadurch hat die subjektive Erkenntnis bei Kant mit der objektiven Realität nichts mehr zu tun. Durch die Unmöglichkeit, das Ding an sich zu erkennen, wird auch der Weg zur Verwandlung in ein Ding für uns, zur planmäßigen Umgestaltung der Welt für Zwecke des Menschen, verbaut. Gerade dies aber, die Umgestaltung der Welt für Zwecke des Menschen, ist *„die schlagendste Widerlegung dieser wie aller andern philosophischen Schrullen“*, *„die Praxis, nämlich das Experiment und die Industrie. Wenn wir die Richtigkeit unsrer Auffassung eines Naturvorgangs beweisen können, indem wir ihn selbst machen, ihn aus seinen Bedingungen erzeugen, ihn obendrein unsern Zwecken dienstbar werden lassen, so ist es mit dem Kantschen unfaßbaren ‘Ding an sich’ zu Ende. Die im pflanzlichen und tierischen Körper erzeugten chemischen Stoffe blieben solche ‘Dinge an sich’, bis die organische Chemie sie einen nach dem andern darzustellen anfang;*

*damit wurde das 'Ding an sich' ein Ding für uns, wie z.B. der Farbstoff des Krapps, das Alizarin, das wir nicht mehr auf dem Felde in den Krappwurzeln wachsen lassen, sondern aus Kohlenteer weit wohlfeiler und einfacher herstellen. Das kopernikanische Sonnensystem war dreihundert Jahre lang eine Hypothese, auf die hundert, tausend, zehntausend gegen eins zu wetten war, aber doch immer eine Hypothese; als aber Leverrier aus den durch dies System gegebenen Daten nicht nur die Notwendigkeit der Existenz eines unbekanntem Planeten, sondern auch den Ort berechnete, wo dieser Planet am Himmel stehen müsse, und als Galle dann diesen Planeten (Neptun, d. Verf.) wirklich fand, da war das kopernikanische System bewiesen.“ (Engels, ebenda, MEW 21 S. 276; oder AW VI S. 277)*

*„Aber dann kommt der neukantianische Agnostiker (Agnostizismus: Theorie, wonach man „nichts wissen“ könne, eben die Unerkennbarkeit des Seins, d. Verf.) und sagt: Ja, wir können möglicherweise die Eigenschaften eines Dings richtig wahrnehmen, aber nicht durch irgendwelchen Sinnes- oder Denkprozeß das Ding selbst erfassen. Dies Ding an sich ist jenseits unsrer Kenntnis. Hierauf hat schon Hegel vor langer Zeit geantwortet: Wenn ihr alle Eigenschaften eines Dings kennt, so kennt ihr auch das Ding selbst; es bleibt dann nichts als die Tatsache, daß besagtes Ding außer uns existiert, und sobald eure Sinne euch diese Tatsache beigebracht haben, habt ihr den letzten Rest dieses Dings, Kants berühmtes unerkennbares Ding an sich, erfaßt. Heute können wir dem nur noch zufügen, daß zu Kants Zeit unsre Kenntnis der natürlichen Dinge fragmentarisch genug war, um hinter jedem noch ein besonderes geheimnisvolles Ding an sich vermuten zu lassen. Aber seitdem sind diese unfaßbaren Dinge eines nach dem andern durch den Riesen-*

*fortschritt der Wissenschaft gefaßt, analysiert und, was mehr ist, reproduziert worden. Und was wir **machen** können, das können wir sicherlich nicht als unerkennbar bezeichnen.“ (Engels, Einleitung zur englischen Ausgabe der ‘Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft’, MEW 22, S. 297, Hervorhebung von Engels)*

#### F) KANT UND DER NEOKANTIANISMUS

Bei Kant war die Theorie vom unerkennbaren Ding an sich nicht zuletzt philosophische Widerspiegelung der Ohnmacht der deutschen Bourgeoisie zum damaligen Zeitpunkt, die den Weg zur politischen Emanzipation ihrer Klasse nicht fand. Heute ist die Wiederbelebung Kants („Neokantianismus“) Apologie des Kapitalismus in seinem letzten, monopolistischen Stadium: Da eine wirklich wissenschaftliche Vorgehensweise heute vor allem die tiefe Fäulnis des Kapitalismus an den Tag bringen muß, ist ein Zurückziehen auf den Standpunkt, die Welt sei nun einmal prinzipiell nicht erkennbar, für die Verfechter dieses verfaulenden Systems äußerst bequem und wohltuend. Der Neokantianismus ist folglich heute eine Hauptströmung der bürgerlichen Philosophie. Der Neokantianismus ist zutiefst reaktionär und erkenntnisfeindlich.

Das geschichtliche Urteil über Kant aber fällt anders aus, obwohl der Neokantianismus an den Irrtümern Kants ansetzt. Kants Irrtümer waren damals im großen und ganzen historisch unvermeidlich. Wesentlich für Kants historische Beurteilung sind die Fortschritte, die seine Philosophie brachte, die Schläge, die er - bei aller Inkonsequenz - der Metaphysik und der Theologie versetzte. Kant war der Ausgangspunkt der klassischen deutschen Philosophie, die ihren Höhepunkt in Hegel erreichte und in ihrem Zerfall, im Prozeß ihrer Aufhebung, in den Marxismus mündete.

## 2) JOHANN GOTTLIEB FICHTE



*Johann Gottlieb Fichte*

### A) FICHTE'S SUBJEKTIVER IDEALISMUS UND SEINE HISTORISCHE BERECHTIGUNG

Fichte (1762 - 1814) verwarf die materialistischen Elemente der Philosophie Kants und ging insoweit wieder einen Schritt zurück. Der entscheidende Begriff ist für Fichte „das Ich“, das tätige Subjekt. Fichte arbeitete die gegenseitige Bedingtheit von Erkenntnis und Handeln und damit die notwendige Aktivität des Menschen gegenüber seiner

Umwelt heraus. Dies wiederum war fortschrittlich, war damals darauf gerichtet, den Weg zur bürgerlichen Umgestaltung der Gesellschaft zu weisen. Im Gegensatz zu den anderen Vertretern der klassischen deutschen Philosophie nahm Fichte als Demokrat und Patriot aktiv am politischen Leben teil, insbesondere am Kampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft.

Durch die Verabsolutierung des Subjekts entwickelte er eine extrem subjektiv-idealistische Philosophie. Während für den objektiven Idealismus (z.B. Hegel) die letztliche Triebkraft der Bewegung des Seins der vom Subjekt losgelöste objektive Begriff ist (Hegel: die absolute Idee, nämlich ein außerhalb des Menschen und seines Bewußtseins existierendes geistiges Prinzip, das alle Erscheinungen der Natur und Gesellschaft hervorbringe und bestimme), verherrlicht der subjektive Idealismus ein von objektiven Zwängen angeblich freies menschliches Subjekt, das sich seine Welt gestaltet. Zu Fichtes Zeit war dies wohl auch eine Widerspiegelung dessen, daß die demokratischen Kräfte objektiv einen schweren Stand hatten, und so betrieb Fichte wenigstens „in der Idee“ ihre Emanzipation.

## **B) ZUM REAKTIONÄREN CHARAKTER DES SUBJEKTIVEN IDEALISMUS IM ALLGEMEINEN**

Später, im entwickelten Kapitalismus und insbesondere im Imperialismus, wurde der subjektive Idealismus zu einer der dekadentesten und reaktionärsten Formen bürgerlicher Philosophie. Der subjektive Idealismus ist insbesondere Ausdruck der bürgerlichen Freiheit als einer „*Freiheit des Menschen als isolierter auf sich zurückgezogener Monade*“ (Marx, MEW 1, S. 364; vgl. Kapitel IV, S. 80). Während Kants Morallehre den ausgebeuteten und unterdrückten Massen ein angeblich objektives sittliches Gesetz vorgaukelt, welches sie verinnerlichen sollen und

durch das sie sich davon abhalten lassen sollen, für ihre eigenen Interessen einzutreten, dient der subjektive Idealismus der Bourgeoisie zur Bemäntelung des hemmungslosen Egoismus. Kein Wunder, daß mit der weiteren Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft am Objektiven orientierte Ideologien immer mehr in die Krise geraten, während alle möglichen Selbstverwirklichungskulte, die die Selbstbespiegelung und/oder Betätigung des hemmungs- und schrankenlosen, egoistischen und auf sich selbst zurückgeworfenen Individuums predigen, Hochkonjunktur haben.

Der subjektive Idealismus dient als Begründung dafür, daß die Philosophie es nicht nötig habe, sich „in die Niederungen der objektiven Realität“ hinabzulassen, und entwickelte sich somit zu einer besonders billigen und vulgären Apologie des Imperialismus. Besonders krasse Ausgeburt einer solchen „Philosophie“ ist der in den USA entstandene Pragmatismus, demzufolge die Frage nach der Wahrheit gegenstandslos und durch die Frage nach der Nützlichkeit zu ersetzen sei. Das ist eine „Philosophie“ für die herrschende Klasse einer verfaulenden Gesellschaft. Verheerende Wirtschaftskrisen, Kriege usw. sind natürlich „nützlich“, wenn sie den Monopolen zur Sicherung und Maximierung ihrer Profite dienen.

Der subjektive Idealismus spekuliert mit der richtigen Erkenntnis, daß jegliche Erkenntnis letztlich auf sinnlicher Wahrnehmung beruht, und fälscht diese Erkenntnis so um, daß letztlich nichts außer der Empfindung existiere, also keine objektive, vom erkennenden Subjekt unabhängige Außenwelt. Subjektive Idealisten werfen dem Materialismus sogar vor, er sei metaphysisch, da er die Existenz einer objektiven, von den Sinneswahrnehmungen unabhängigen Welt behauptet: Dies sei eine dogmatische Annahme, eine Annahme a priori, denn etwas anderes als unsere Sinneswahrnehmungen seien uns schließlich nicht gegeben.

Ein Verfechter des subjektiven Idealismus war der englische Bischof Berkeley (1684 - 1753); er bekämpfte die materialistischen Lehren von Bacon, Hobbes und Locke. Berkeley zufolge ist die Außenwelt nur eine Verbindung von Empfindungen, die Gott in unserem Geist hervorrufe. („esse est percipi“: „Sein heißt wahrgenommen werden“, das Sein existiert demzufolge also nur in der subjektiven sinnlichen Wahrnehmung. Freilich könnte es dann auch keinen objektiven, vom menschlichen Subjekt unabhängigen Gott geben, doch dieser logische Widerspruch störte den philosophierenden Bischof nicht.) Demzufolge könnte es z.B. objektiv keinen Tisch geben, sondern nur eine Zusammensetzung subjektiver Empfindungen im Bewußtsein desjenigen, der einen Tisch wahrnimmt. Der Umstand, daß eine solche Philosophie absurd ist, ändert nichts daran, daß sie oder ähnliche Auffassungen in der verfaulenden bürgerlichen Gesellschaft eine große Rolle spielen.

Derartige Auffassungen können auch auf die Arbeiterbewegung wirken. Das zeigt das Beispiel des Empirio-kritizismus bzw. der sogenannten Gottsucher, die nach der Niederlage der Revolution von 1905 in der russischen Arbeiterbewegung einen äußerst negativen und zersetzenden Einfluß hatten. Sogar eine Persönlichkeit wie Gorki neigte zeitweilig zu den Gottsuchern. Materielle Grundlage für die Verbreitung der reaktionären Ideen der „Gottsucher“ und „Gottbildner“ in der damaligen russischen Arbeiterbewegung war eben der vorübergehende Sieg der Konterrevolution. Nachdem der Versuch, die gesellschaftlichen Verhältnisse umzuwälzen, erst einmal gescheitert war, gab es Abnehmer für die Losung, wenn man die Welt verbessern wolle, müsse man bei sich selbst anfangen, müsse man das „gute“, „göttliche Prinzip“ „im Menschen selbst“ suchen und entwickeln. Das war eine Art Pantheismus, der den Menschen heiligsprach und zum „Gott“ erklärte, aber ein

nach rückwärts gewandter Pantheismus, der vom Marxismus zurück zum Idealismus gehen wollte, und zwar zum subjektiven.

Dieses Gottsuchertum ging mit massiven Versuchen einher, eine antimarxistische, subjektiv-idealistische Minderströmung des Bürgertums, den sogenannten Empiriokritizismus, in der Arbeiterbewegung zu verbreiten, ihn als mit dem Marxismus vereinbar, ja sogar als „marxistische Philosophie“ zu verkaufen. In Wirklichkeit verwischte der Empiriokritizismus die Grenzen zwischen der objektiven Realität einerseits und den Gedanken, den Bewußtseinsinhalten, andererseits. Damit leugnete er faktisch die Existenz einer materiellen Welt, die unabhängig von irgendeinem Bewußtsein existiert. Der Arbeiterklasse würde mit einer solchen Philosophie der Standpunkt und die Methode zur Erkenntnis der verfaulenden bürgerlichen Verhältnisse geraubt sowie die Möglichkeit genommen, sich im Kampf gegen diese Verhältnisse an objektiv wirkenden Gesetzen zu orientieren, diese Gesetze zum Sturz der alten Ordnung und zur Begründung einer neuen Ordnung zu nutzen.

Diese Strömung bedrohte die **Existenz** der Arbeiterpartei, und zwar auch ihres bolschewistischen Flügels. (So waren z.B. zwei Mitglieder des bolschewistischen Zentralkomitees, Lunatscharki und Bogdanow, Gottsucher geworden.) Lenins Buch „Materialismus und Empiriokritizismus“ war ein philosophischer Kampf für die Verteidigung der Existenz der Arbeiterpartei. Lenin widerlegte in diesem Buch sowohl die Auffassungen Bischof Berkeleys als auch der Empiriokritizisten und ihrer Nachbeter in Rußland, der Gottsucher und Gottbildner. Er zertrümmerte diese reaktionäre Philosophie in ihren Grundfesten, wies ihre völlige Unvereinbarkeit mit dem Marxismus sowie die Richtigkeit des marxistischen Materialismus nach.

Die beste Widerlegung des unglaublichen Schwachsinnns der subjektiven Idealisten ist die Praxis, ist die Tatsache, daß sie selbst im wirklichen Leben die realen Dinge anerkennen: Sie rasieren sich, statt sich mit der Idee des Rasierens zu begnügen, sie essen Schweinebraten und Klöße, statt sich mit deren Idee zu begnügen, sie gehen beharrlich durch die Tür, statt auch einmal die Wand zu wühlen, denn in der Idee müßte man es ja frei haben. Lenin gibt die bezeichnende Antwort eines subjektiven Idealisten auf derartige praktische Argumente wieder: „*Durch dieselben*“ (Vorwürfe) „*kann man freilich bei dem Pöbel sehr viel ausrichten.*“ Doch „*meine Zweifel müssen innerhalb der Grenzen der Philosophie bleiben*“ und berühren nicht die „*Angelegenheiten des täglichen Lebens.*“ (zitiert in LW 14, S. 136)

Die logische Konsequenz des subjektiven Idealismus ist der Solipsismus (von solus ipse = ich allein, d.h. ich allein existiere), die Auffassung, allein das eigene Denken sei real vorhanden, nichts sonst. Das ist, wie Lenin sagte, eine Philosophie für Geistesgestörte. In dieser Konsequenz wird der subjektive Idealismus selten vertreten, doch es ist bezeichnend für die bürgerliche Gesellschaft, daß sie eine Weltanschauung hervorbringt, deren logische Konsequenz eine solche Vorstellung ist. Der subjektive Idealismus ist adäquate Philosophie einer Gesellschaftsordnung, die die Individuen vereinzelt, einander gegenüberstellt, in der die Freiheit „*nicht auf der Verbindung des Menschen mit dem Menschen, sondern vielmehr auf der Absonderung des Menschen von dem Menschen*“ beruht (Marx, MEW 1, S. 364), in der die Individuen voneinander isoliert, einander gegenübergestellt werden, sich gegenseitig einschränken (vgl. Kapitel IV S. 80).

Doch noch einmal zu Fichte: Das Richtige und Gute an der Fichte'schen Philosophie - die Hervorhebung der

schöpferischen Tätigkeit des Subjekts - wurde vom Marxismus übernommen und weiterentwickelt (vgl. insbesondere Marx' Thesen über Feuerbach, die wir in Kapitel VII näher betrachten werden).

### **3) GEORG WILHELM FRIEDRICH HEGEL** **(MIT DARSTELLUNG EINIGER GRUNDZÜGE DER** **MATERIALISTISCHEN DIALEKTIK)**



*Georg Wilhelm Friedrich Hegel*

Hegel (1770- 1831) wurde am 27.8.1770 in Stuttgart als Sohn eines angesehenen Beamten geboren. Er besuchte die Universität Tübingen und arbeitete danach einige Jahre als Hauslehrer. Eine Zeit lang war er Redakteur einer Zeitung in Bamberg und später Gymnasialrektor in Nürnberg. 1816 wurde er Professor für Philosophie an der Universität Heidelberg und später in Berlin.

Hegel war der mit Abstand bedeutendste Vertreter der klassischen deutschen Philosophie. Die Hegelsche Philosophie war die höchste Entwicklung dialektischen Denkens, die innerhalb der Schranken des Idealismus überhaupt möglich ist.

#### A) IDENTITÄT VON DENKEN UND SEIN

Hegel kritisiert das Kant'sche unerkennbare Ding an sich: *„Wenn die kritische Philosophie das Verhältnis dieser drei terminorum (hier in etwa: Kategorien, Begriffe, Bereiche, d. Verf.) so versteht, daß wir die Gedanken zwischen uns und die Sachen als Mitte stellen in dem Sinne, daß diese Mitte uns von den Sachen vielmehr abschließt, statt uns mit denselben zusammenzuschließen, so ist dieser Ansicht die einfache Bemerkung entgegenzusetzen, daß eben diese Sachen, die jenseits unserer und jenseits der sich auf sie beziehenden Gedanken auf dem anderen Extreme stehen sollen, selbst Gedankendinge und, als ganz unbestimmte, nur ein Gedankending, das sogenannte Ding-an-sich der leeren Abstraktion selbst sind.“* (Hegel, Wissenschaft der Logik, I. S. 25 f.) Hegel verwirft also den materialistischen Ansatz bei Kant, demzufolge die Dinge der objektiven Welt unabhängig vom Geiste sind (wenigstens unabhängig von unserem Geist, wengleich später auf ungeklärte Weise irgendein Gott ins Spiel kommt). Die Dinge sind Gedankendinge (zwar auch bei Hegel nicht vom Geist der menschlichen Subjekte hervorgebracht, aber -

wie wir noch sehen werden - von einem vom Menschen unabhängigen, objektiven Geist). Das ist konsequenter objektiver Idealismus. Dieser Standpunkt gibt Hegel allerdings die Möglichkeit, in der Erkenntnistheorie einen entscheidenden Fortschritt gegenüber Kant zu vollziehen: **Bei Hegel schließt das Denken uns nicht von den Dingen ab, vielmehr schließt es uns mit ihnen zusammen.** Es besteht **Identität von Denken und Sein.**

Doch der bis dahin in der Wissenschaft verwandte **Begriff der Identität wurde von Hegel gründlich umgewälzt.** „ $A = A$ “, „Ein Hund ist ein Hund“, „Ein Esel ist ein Esel“: Eine solche enge, tautologische Auffassung der Identität hat für das wissenschaftliche Denken einen sehr begrenzten Stellenwert. (Tautologie: Eine Aussage, die im Subjekt exakt das selbe enthält wie im Prädikat.) Demgegenüber z.B. „Ein Pudel ist ein Hund“: Im Gegensatz zu der rein tautologischen Gleichsetzung des Begriffs Hund mit dem Begriff Hund enthält der Satz, demzufolge ein Pudel ein Hund ist, eine wirkliche Erkenntnis, und zwar deshalb, weil zwei Begriffe gegenübergestellt werden, deren Identität zugleich Unterschied enthält. „*Schon hierin ist (wie Hegel genial bemerkt hat) Dialektik: Einzelnes ist Allgemeines.*“ (Lenin, Zur Frage der Dialektik, LW 38, S. 340)

Wie Hegel zeigte, muß ein lebendiger Begriff der Identität zugleich Nicht-Identität (Unterschied) beinhalten. Dies ist auch auf das Verhältnis von Denken und Sein anzuwenden: Auch ihre Identität beinhaltet zugleich Unterschied. Dadurch erhebt sich Hegel weit über den subjektiven Idealismus: Die Hegelsche Identität von Denken und Sein schließt beträchtliche Nicht-Identität zwischen dem Denken eines beliebigen Subjekts und der Wirklichkeit keineswegs aus.

Was ein beliebiger Dummkopf denkt, muß keineswegs der Wirklichkeit entsprechen, während für den subjektiven

Idealisten - so er konsequent ist - die wütesten Fieberphantasien genau so real sind wie hochentwickeltes wissenschaftliches Denken. So erklärte z.B. der englische subjektiv-idealistische Philosoph Schiller (1864 - 1937), ein König, der 12 Stunden am Tag schlafe und träume, er sei ein Bettler, sei in der gleichen Lage wie ein Bettler, der 12 Stunden am Tag schlafe und träume, er sei ein König.

## **B) ZUM DIALEKTISCHEN BEGRIFF DER IDENTITÄT UND DER NICHT-IDENTITÄT**

Das erste Grundgesetz der formalen Logik ist der Identitätssatz:  $A = A$ , jedes Ding ist mit sich selbst identisch. Das zweite Grundgesetz ist der Satz vom Widerspruch, der bei Aristoteles sowohl als Grundgesetz des Seienden als auch des Denkens formuliert wurde. Nämlich: „Es ist nicht möglich, daß eines und dasselbe zu ein und derselben Zeit sei und nicht sei.“ Und - was das Denken betrifft: Ein und dieselbe Aussage könne nicht in ein und derselben Beziehung sowohl wahr als auch falsch sein.

Nun führen diese Sätze aber nicht viel weiter. Ein Planet ist ein Planet, Magnetismus ist Magnetismus, Magnetismus ist kein Planet - was soll das bringen? Nun, in gewissen Grenzen bringt es durchaus etwas. Wenn z.B. jemand einem Planeten Eigenschaften eines Kometen zuschreibt, kann es nützen, darauf hinzuweisen, ein Planet sei ein Planet. Und der Anwendungsbereich der formalen Logik ist noch sehr viel weiter, als sich anhand dieser vereinfachten Beispiele zeigen läßt. Mithilfe der formalen Logik lassen sich mitunter recht komplexe Gedankengänge vornehmen, und in vielen Fällen kann formale Logik die mangelnde Folgerichtigkeit eines bestimmten Denkens aufdecken. Die formale Logik kommt bei Hegel wohl etwas zu schlecht weg, doch das soll uns hier nicht weiter interessieren. Richtig ist jedenfalls, daß sie auf Grenzen stößt, die

nur von der Dialektik überschritten werden können, und dies eindrucksvoll gezeigt zu haben, ist ein unauslöschliches Verdienst Hegels. So reicht etwa, wie Engels sagte, *„die abstrakte Identität (...) aus für den Hausgebrauch, wo kleine Verhältnisse oder kurze Zeiträume in Betracht kommen; die Grenzen, innerhalb deren sie brauchbar, sind fast für jeden Fall verschieden und durch die Natur des Gegenstands bedingt (...).“* *„Und doch ist die Tatsache, daß die wahre konkrete Identität den Unterschied, die Veränderung in sich schließt, von der Naturforschung neuerdings im Detail nachgewiesen (...).“* (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S.485)

Hegels Auffassung von der Identität, daß diese nämlich Unterschied enthalte, war ein riesiger Fortschritt. Identität ist demzufolge relativ.

Wir wollen einige Beispiele anführen:

„Uran ist Uran.“ Es gibt aber unterschiedliche Isotope! Das eine Uran-Isotop ist mit dem anderen **nicht** identisch! Die Identität enthält Nicht-Identität!

„Radium ist Radium.“ Ja, aber das bleibt nicht so! Radium verwandelt sich in Blei!

In letzterem zeigt sich ein allgemeines Seins-Gesetz: Die Dinge verwandeln sich ineinander; sie bleiben nicht, wie sie sind. (Das ist bei radioaktiven Substanzen nur besonders augenscheinlich, gilt aber allgemein.) Nur bei einer Momentaufnahme, die von der Bewegung absieht, können wir in gewisser Hinsicht sagen, ein Ding sei mit sich selbst identisch. (Und auch dies eben nicht ohne Einschränkung, da es widerstreitende Seiten enthält, siehe unten.) Die Bewegung aber ist absolut! Selbst in einem Stein, der ruhig dazuliegen scheint, bewegen sich z.B. innerhalb der Atome die Elektronen um den Atomkern. Und - nach der Seite des Makrokosmos hin betrachtet - bewegt sich der Stein mit der Erde um die Sonne.

Die Dinge bleiben nicht, wie sie sind. Endlich heißt nach Hegel: Sich zum Ende hin bewegend. Hegel: Die Dinge „*sind, aber die Wahrheit dieses Seins ist ihr Ende*“. (Hegel, Wissenschaft der Logik, I. S. 139) „*(...) das Sein der endlichen Dinge als solches ist, den Keim des Vergehens als ihr Insichsein zu haben; die Stunde ihrer Geburt ist die Stunde ihres Todes.*“ (ebenda, S. 140)

Werden und Vergehen ist ein allgemeines Seins-Gesetz! Hier sind zwei Abgrenzungen erforderlich:

- 1) Die Dialektik geht nicht etwa davon aus, daß alles unterschiedslos identisch sei. Es kommt vielmehr darauf an, konkret zu untersuchen: Unter welchen Bedingungen werden welche Gegensätze identisch? Z.B.:
  - Radium verwandelt sich in Blei, nicht etwa in Klobürste. Insofern Radium sich gesetzmäßig in Blei verwandelt, besteht eine dialektische Identität von Radium und Blei.
  - Aus einer Kastanie wird ein Kastanienbaum, nicht etwa ein Apfelbaum.
  - Aus dem Feudalismus geht der Kapitalismus hervor, nicht etwa der Kommunismus.

Hegel: Das neu Entstandene hat „*die Bestimmtheit, aus der es herkommt, noch an sich*“ (ebenda, S. 114). Untersuchen wir die Bewegungsgesetze des Kapitalismus, so können wir sowohl Rückschlüsse in Bezug auf den Kommunismus ziehen, der gesetzmäßig daraus hervorgehen muß, als auch in Bezug auf die Gesetzmäßigkeiten des Übergangs, also der Übergangsgesellschaft Sozialismus, die **Elemente von beidem enthalten muß!** (Der Sozialismus muß als widerspruchsvolle Einheit von Elementen des Alten und Elementen des Neuen begriffen werden. Diese Elemente sind in der Erscheinung häufig miteinander verwoben und können dann nur durch wissenschaftliche Analyse als solche erkannt und voneinander geschieden werden).

Die falsche, willkürliche Identifizierung führt zu falschen Ergebnissen und ist oft ein Instrument bürgerlicher Ideologie, z.B.: Gleichsetzung der „Arbeit“ von Kapitalist und Arbeiter.

- 2) gegen Relativismus. Schon im antiken Griechenland gab es Philosophen, die die Dialektik in Sophistik verwandelten. Z.B. Kratylos, der auf jede beliebige Frage nur den Finger hin und her bewegte. Das sollte heißen: Da alles ständig in Bewegung ist, kann man überhaupt nichts sagen. Das ist erkenntnisfeindlich. Das dialektische Denken dient dazu, die Bewegungsgesetze der Dinge und damit ihre Entwicklung, ihr künftiges Sein, aufzudecken, nicht aber, die Erkenntnismöglichkeit zu leugnen.

Hegel erklärte genial, die Aufgabe der Wissenschaft bestehe bald darin, Unterschiede auf Identität zurückzuführen, bald darin, bis dahin unbekannte Unterschiede zu erschließen. Beispiele für ersteres: Identität von Wärme und Bewegung; von Lichtwellen und elektromagnetischen Wellen. Ein Beispiel für letzteres: die unterschiedlichen Uran-Isotope.

Als Pawlow die Grundzüge der Lehre von der höheren Nerventätigkeit entwickelte, tat er beides: Hinsichtlich der bedingten Reflexe zeigte er die Gemeinsamkeit von Tier und Mensch. Zugleich zeigte er den Unterschied: Auch Worte wirken als bedingte Reflexe, doch dem Tier ist das begriffliche Denken nicht gegeben. Unterschied in der Identität.

Marx: Die Ware ist Nicht-Gebrauchswert für ihren Besitzer, Gebrauchswert für ihren Nicht-Besitzer. Sie ist also sowohl das eine als auch das andere. Und zwar je nachdem, ob man die Sache vom Standpunkt des Produzenten oder des Kaufinteressenten betrachtet (siehe im Einzelnen Kapitel VIII).

Nebenbei: Aristoteles blickte für seine Zeit bereits sehr weit, als er der formallogischen Auffassung des Satzes vom Widerspruch einen beschränkten Geltungsbereich zuwies: Ein Ding könne nicht **zu ein und demselben Zeitpunkt** es selbst und ein anderes sein. Eine Aussage könne nicht **in ein und derselben Hinsicht** wahr und falsch sein. Freilich hat er nicht weiter ausgearbeitet, **in welcher Hinsicht** sie es doch sind, und seine platten metaphysischen Nachbeter (insbesondere die mittelalterliche Scholastik) haben seine Einschränkungen der formalen Auslegung des Satzes vom Widerspruch unter den Teppich gekehrt. Hegels Dialektik aber war diesbezüglich eine wahre Revolution.

Aristoteles' Einschränkung des formallogischen Identitätssatzes „zu ein und demselben Zeitpunkt“ genügt nicht. Wie Marx' Analyse der Ware zeigt, ist sie **zu ein und demselben Zeitpunkt** „sie selbst und ein anderes“, nämlich Nicht-Gebrauchswert und Gebrauchswert! Und hier zeigt sich ein allgemeines Seins-Gesetz:

Ein Ding könne nicht zugleich es selbst sein und ein anderes? Von wegen! Lenin: „*Spaltung des Einheitlichen und Erkenntnis seiner widersprechenden Bestandteile (...) ist das **Wesen** (eine der *Wesenheiten*, eine der *grundlegenden*, wenn nicht die *grundlegende Besonderheit oder Seite*) der *Dialektik*.“ (LW 38, S. 338) Lenin weist ausdrücklich darauf hin, daß dies nicht als „Summe von Beispielen“ zu nehmen, sondern als „*Gesetz der Erkenntnis (und Gesetz der objektiven Welt)*“ zu begreifen ist, also als Seins- und Denkgesetz. Dennoch zur Illustration einige weitere Beispiele:*

☆ Wir haben insbesondere in Kapitel II die fortschrittliche, die Geschichte vorantreibende **Seite der Warenproduktion** gesehen: Die Warenproduktion befreit das Individuum, und diese Seite steht lange Zeit im Vordergrund. Nach und nach aber rückt die Seite in den Vor-

dergrund, daß sie die Befreiung des Individuums hemmt: Dies haben wir ansatzweise schon in Kapitel IV bei der Behandlung der französischen Revolution gesehen und werden wir in künftigen Kapiteln noch ausführlich betrachten. Beides aber, ihre fortschrittliche und ihre reaktionäre Seite, sind im Wesen des Warenverhältnisses angelegt.

- ☆ Der Kapitalismus ist heute reaktionär. Er war es nicht immer, denn innerhalb des Kapitalismus wuchsen die materiellen Voraussetzungen des Kommunismus heran: entwickelte Produktivkräfte, die moderne Arbeiterklasse als Hauptproduktivkraft, eine Klasse, die aufgrund ihrer Lage objektiv gezwungen ist, die Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu sprengen. Auch heute ist der Kapitalismus nicht etwa in dem Sinne ausschließlich reaktionär, daß kapitalistische Gesellschaften nur Reaktionäres enthielten. Aufgrund einer solchen Auffassung würde man kapitalistischen Gesellschaften jede Entwicklungsmöglichkeit zu etwas anderem absprechen, würde man übersehen, daß kapitalistische Gesellschaften Keime des Kommunismus enthalten. Die gesetzmäßige Entwicklung des Kapitalismus besteht darin, daß er sich vermittels der Übergangsgesellschaft Sozialismus in den Kommunismus verwandelt.

Marx: *„Andererseits, wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine Klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfinden, wären alle Sprengversuche Donquichotterie.“*

(Marx, Grundrisse, S. 77) Also: Der Kapitalismus ist er selbst und ein anderes, seine Negation!

- ☆ Die Philosophie Kants wie auch Hegels enthält eine fortschrittliche und eine rückschrittliche Seite.

### C) DER IDEALISTISCHE MANGEL AN HEGELS KONZEPTION DER IDENTITÄT VON DENKEN UND SEIN

Die Identität von Denken und Sein muß - im Gegensatz zu Hegel - materialistisch aufgefaßt werden. Das Bewußtsein kommt auf materiellem Wege zustande: Sowohl die Außenwelt, die durch das Bewußtsein widergespiegelt wird, ist materiell als auch die biologischen Organismen, die die Widerspiegelung ermöglichen (Sinnesorgane, zentrales Nervensystem, Gehirn). Die Identität beschränkt sich jedoch nicht auf Widerspiegelung. Je adäquater die Widerspiegelung, desto besser kann das Subjekt auf die Veränderung der objektiven Außenwelt hinwirken, diese nach eigenen Zwecken gestalten.

Trotz seiner idealistischen Voraussetzung führte die Konzeption der Identität von Denken und Sein Hegel zu der großen Erkenntnis, daß die logischen Formen und Gesetze (also die Denkformen, Denkgesetze) keine leere Hülle sind, sondern Widerspiegelung der objektiven Welt. „(...) denn die Methode ist das Bewußtsein über die Form der inneren Selbstbewegung ihres Inhalts.“ (Hegel, Wissenschaft der Logik, I. S. 49) Das wissenschaftliche Denken ist nicht nur deshalb in der Methode dialektisch, weil dies subjektiv vorteilhaft ist, sondern weil es in der objektiven Welt dialektisch zugeht. Das dialektische Denken ist Widerspiegelung der dialektischen Bewegungsgesetze des Seins. Das Denken muß die Widersprüche des Seins widerspiegeln.

Wie Lenin sagte, hat Hegel nicht bewiesen, sondern nur „genial erraten“, „daß die logischen Formen und Gesetze keine leere Hülle, sondern Widerspiegelung der objektiven Welt sind“ (LW 38, S. 170). Warum nicht wirklich bewiesen? Hegel konnte als Idealist nicht begreifen, daß Denken und Sein **deshalb** identisch sind, weil der im denkenden Kopf gebildete Begriff eine (mehr oder minder ad-

äquate, hier hat die Nicht-Identität, der Unterschied, ihren Platz) **Widerspiegelung der materiellen Welt** ist. Für Hegel sind sie **deshalb** identisch, weil für ihn der Begriff allem zugrundeliegt: „*Der Begriff ist vielmehr das wahrhaft erste, und die Dinge sind das was sie sind durch die Thätigkeit des ihnen innewohnenden Begriffs.*“ Er sieht die Grundlage allen Geschehens also in der Entwicklung von Ideen, wogegen für ihn die materielle Welt nur eine Art Reflex dieser Ideen ist. Dieser Begriff, diese Idee, ist bei Hegel allerdings nicht Begriff bzw. Idee der Menschen, sondern objektiver Begriff, objektive Idee, ein übermenschlicher Verstand, der von der Welt unabhängig, „absolut“ ist, die Welt hervorbringt. Hegel bezeichnet die „absolute Idee“ auch als Weltgeist. Absolut aber ist sie, wie Engels spottet, nur insofern, als Hegel „*absolut nichts von ihr zu sagen weiß*“ (MEW 21, S. 268).

Die absolute Idee entschließt sich bei Hegel, sich „als Natur frei aus sich zu entlassen“ bzw. „sich in die Natur zu entäußern“, was immer dies sein mag. Im menschlichen Geist hat sie dann die Möglichkeit, sich selbst wieder zu erkennen, und tut dies auch, sobald sich der menschliche Geist zur Hegelschen Philosophie emporgearbeitet hat.

Hegels „absolute Idee“ fällt in gewisser Weise mit dem Gottesbegriff zusammen, denn ein übernatürlicher, übermenschlicher Geist läuft letztlich auf Gott hinaus. Doch ein solcher Gottesbegriff ist von den menschlichen, persönlichen Zügen befreit, den die Religion Gott gewöhnlich zuschreibt. Noch klarer als bei Kant läuft die Sache hier auf Pantheismus hinaus. Dies hindert Hegel zwar nicht daran, auch mal völlig unvermittelt die Heilige Dreieinigkeit der christlichen Lehre erscheinen zu lassen, doch ebenso unvermittelt verschwindet sie dann auch wieder, ohne irgendwelche Schäden im Hegelschen System angerichtet zu haben.

In folgendem Gedicht ironisiert Heine die umständli-

chen Bemühungen der klassischen deutschen Philosophie,  
den Gottesbegriff endlich loszuwerden:

### **Heinrich Heine: Himmelfahrt**

DER LEIB LAG AUF DER TOTENBAHR,  
JEDOCH DIE ARME SEELE WAR,  
ENTRISSEN IRDISCHEM GETÜMMEL,  
SCHON AUF DEM WEGE NACH DEM HIMMEL.

DORT KLOPFT´ SIE AN DIE HOHE PFORTE,  
UND SEUFZTE TIEF UND SPRACH DIE WORTE:  
SANKT PETER, KOMM UND SCHLIESSE AUF!  
ICH BIN SO MÜDE VOM LEBENS LAUF -  
AUSRUHEN MÖCHT ICH AUF SEIDNEN PFÜHLEN  
IM HIMMELREICH, ICH MÖCHTE SPIELEN  
MIT LIEBEN ENGLEIN BLINDEKUH  
UND ENDLICH GENIESSEN GLÜCK UND RUH!

MAN HÖRT PANTOFFELGESCHLAPPE JETZUND,  
AUCH KLIRRT ES WIE EIN SCHLÜSSELBUND,  
UND AUS EINEM GITTERFENSTER AM TOR  
SANKT PETERS ANTLITZ SCHAUT HERVOR.

ER SPRICHT: „ES KOMMEN DIE VAGABUNDE,  
ZIGEUNER, POLACKEN UND LUMPENHUNDE,  
DIE TAGEDIEBE, DIE HOTTENTOTTEN -  
SIE KOMMEN EINZELN UND IN ROTTEN,  
UND WOLLEN IN DEN HIMMEL HINEIN  
UND ENGEL WERDEN UND SELIG SEIN.  
HOLLA! HOLLA! FÜR GALGENGESICHTER  
VON EURER ART, FÜR SOLCHES GELICHTER  
SIND NICHT ERBAUT DIE HIMMLISCHEN HALLEN -  
IHR SEID DEM LEIDIGEN SATAN VERFALLEN.  
FORT, FORT VON HIER! UND TROLLT EUCH SCHNELLE  
ZUM SCHWARZEN PFUHLE DER EWIGEN HÖLLE“ -  
SO BRUMMT DER ALTE, DOCH KANN ER NICHT

IM POLTERTON VERHARREN, ER SPRICHT  
 GUTMÜTIG AM ENDE DIE TRÖSTENDEN WORTE:  
 „DU ARME SEELE, ZU JENER SORTE  
 HALUNKEN SCHEINST DU NICHT ZU GEHÖREN -  
 NU! NU! ICH WILL DEINEN WUNSCH GEWÄHREN,  
 WEIL HEUTE MEIN GEBURTSTAG JUST  
 UND MICH ERWEICHT BARMHERZIGE LUST -  
 NENN MIR DAHER DIE STADT UND DAS REICH,  
 WOHER DU BIST; SAG MIT ZUGLEICH,  
 OB DU VERMÄHLT WARST? - EHLICHES DULDEN  
 SÜHNT OFT DES MENSCHEN ÄRGSTE SCHULDEN;  
 EIN EHMANN BRAUCHT NICHT IN DER HÖLLE ZU SCHMOREN,  
 IHN LÄSST MAN NICHT WARTEN VOR HIMMELSTOREN.“

DIE SEELE ANTWORTET: ICH BIN AUS PREUSSEN,  
 DIE VATERSTADT IST BERLIN GEHEISSEN.  
 DORT RIESELT DIE SPREE, UND IN IHR BETTE  
 PFLEGEN ZU WÄSSERN DIE JUNGEN KADETTE;  
 SIE FLIESST GEMÜTLICH ÜBER, WENNS REGENT -  
 BERLIN IST AUCH EINE SCHÖNE GEGEND!  
 DORT BIN ICH PRIVATDOZENT GEWESEN,  
 UND HAB ÜBER PHILOSOPHIE GELESEN -  
 MIT EINEM STIFTSFRÄULEIN WAR ICH VERMÄHLT,  
 DOCH HAT SIE OFT ENTSETZLICH KRAKEELT,  
 BESONDERS WENN IM HAUS KEIN BROT -  
 DRAUF BIN ICH GESTORBEN UND BIN JETZT TOT.

SANKT PETER RIEF: „O WEH! O WEH!  
 DIE PHILOSOPHIE IST EIN SCHLECHTES METIER.  
 WAHRHAFTIG, ICH BEGREIFE NIE,  
 WARUM MAN TREIBT PHILOSOPHIE.  
 SIE IST LANGWEILIG UND BRINGT NICHTS EIN,  
 UND GOTTLOS IST SIE OBENDREIN;  
 DA LEBT MAN NUR IN HUNGER UND ZWEIFEL,  
 UND ENDLICH WIRD MAN GEHOLT VOM TEUFEL.  
 GEJAMMERT HAT WOHL DEINE XANTUPPE  
 OFT ÜBER DIE MAGRE WASSERSUPPE,

WORAUS NIEMALS EIN AUGE VON FETT  
 SIE TRÖSTEND ANGELÄCHELT HÄTT -  
 NUN SEI GETROST, DU ARME SEELE!  
 ICH HABE ZWAR DIE STRENGSTEN BEFEHLE,  
 JEDWEDEN, DER SICH JE IM LEBEN  
 MIT PHILOSOPHIE HAT ABGEGEBEN,  
 ZUMALEN MIT DER GOTTLOS DEUTSCHEN,  
 ICH SOLL IHN SCHIMPFLICH VON HINNEN PEITSCHEN -  
 DOCH MEIN GEBURTSTAG, WIE GESAGT,  
 IST EBEN HEUT, UND FORTGEJAGT  
 SOLLST DU NICHT WERDEN, ICH SCHLIESSE DIR AUF  
 DAS HIMMELSTOR, UND JETZO LAUF  
 GESCHWIND HEREIN -  
 JETZT BIST DU GEBORGEN!  
 DEN GANZEN TAG, VOM FRÜHEN MORGEN  
 BIS ABENDS SPÄT, KANNST DU SPAZIEREN  
 IM HIMMEL HERUM UND TRÄUMEND FLANIEREN  
 AUF EDELSTEINGEPFLASTERTEN GASSEN.  
 DOCH WISSE, HIER DARFST DU DICH NIE BEFASSEN  
 MIT PHILOSOPHIE; DU WÜRDEST MICH  
 KOMPROMITTIEREN FÜRCHTERLICH -  
 HÖRST DU DIE ENGEL SINGEN, SO SCHNEIDE  
 EIN SCHIEFES GESICHT VERKLÄRTER FREUDE, -  
 HAT ABER GAR EIN ERZENGEL GESUNGEN,  
 SEI GÄNZLICH VON BEGEISTRUNG DURCHDRUNGEN,  
 UND SAG IHM, DASS DIE MALIBRAN  
 NIEMALS BESESSEN SOLCHEN SOPRAN -  
 AUCH APPLAUDIERE IMMER DIE STIMM  
 DER CHERUBIM UND DER SERAPHIM,  
 VERGLEICHE SIE MIT SIGNOR RUBINI,  
 MIT MARIO UND TAMBURINI -  
 GIB IHNEN DIE TITEL VON EXZELLENZEN  
 UND KNICKRE NICHT MIT REVERENZEN.  
 DIE SÄNGER, IM HIMMEL WIE AUF ERDEN,  
 SIE WOLLEN ALLE GESCHMEICHELТ WERDEN -  
 DER WELTKAPELLENMEISTER HIER OBEN,  
 ER SELBST SOGAR, HÖRT GERNE LOBEN,

GLEICHFALLS SEINE WERKE, ER HÖRT ES GERN,  
 WENN MAN LOBSINGET GOTT DEM HERRN  
 UND SEINEM PREIS UND RUHM EIN PSALM  
 ERKLINGT IM DICKSTEN WEIHRUCHQUALM.  
 VERGISS MICH NICHT. WENN DIR DIE PRACHT  
 DES HIMMELS EINMAL LANGWEILE MACHT,  
 SO KOMM ZU MIR; DANN SPIELEN WIR KARTEN.  
 ICH KENNE SPIELE VON ALLEN ARTEN,  
 VOM LANZKNECHT BIS ZUM KÖNIG PHARO.  
 WIR TRINKEN AUCH - DOCH APROPOS!  
 BEGEGNET DIR VON UNGEFÄHR  
 DER LIEBE GOTT, UND FRAGT DICH: WOHER  
 DU SEIEST? SO SAGE NICHT AUS BERLIN,  
 SAG LIEBER AUS MÜNCHEN ODER AUS WIEN.“

Der Philosoph muß also demütig bei St. Peter vorsprechen, erlebt aber zuguterletzt einen zwar reichlich eitlen Gott, der jedoch nicht nur für die Welt keine Rolle spielt, sondern selbst in seinem eigenen Himmelsbetrieb nur Galionsfigur ist.

Trotz des idealistischen **Systems** Hegels sind seine Darlegungen häufig materialistisch, weil er über ein phänomenales Wissen verfügte und meist bestrebt war, die Tatsachen zugrunde zu legen. Die „Notwendigkeit“, sein idealistisches System zu retten, führte ihn häufig zu den eigenartigsten Gedanken-Kapriolen. So ist das Hegelsche System das am besten und genialsten ausgearbeitete idealistische System überhaupt und gleichzeitig die grandioseste Mißgeburt, die auf der Grundlage der herkömmlichen Philosophie überhaupt möglich war, mithin das Scheitern der herkömmlichen Philosophie. Der geniale Dialektiker schuf aufgrund seiner idealistischen Konzeption letztlich eine Ultra-Metaphysik, ein „*metaphysisches Universalreich*“ (Marx, MEW 2, S. 132), in welchem der Weltgeist, die absolute Idee, dem Erkennen

jeglichen konkreten Subjekts als „reine“, außerhalb der Sinneswahrnehmungen dieses menschlichen Subjekts wurzelnde Vernunft a priori vorgegeben ist und das gesamte Weltgeschehen lenkt.

#### D) HEGELS LOGIK

Dadurch, daß Hegel „genial erriet“, daß die Denkformen keine leere Hülle, sondern Widerspiegelung der objektiven Welt sind, war er in der Lage, **erstmalig in der Geschichte der Philosophie** eine Logik („Wissenschaft der Logik“) zu schreiben, die sich nicht in erster Linie mit den Denkformen, sondern mit den Bewegungsgesetzen des objektiven Seins befaßt, und diese sind für Hegel eben dialektisch. Hegels geniale Weiterentwicklung der Dialektik war für Marx - der Hegels Dialektik materialistisch umstülpte - von außerordentlich großem Nutzen und wird für immer eine Fundgrube wissenschaftlichen Denkens sein, trotz ihrer idealistischen Beschränktheit.

Hegel (Wissenschaft der Logik, I. S. 51) stellt zwei Grundforderungen:

- 1) „*Die Notwendigkeit des Zusammenhangs*“ und
- 2) „*die immanente Entstehung der Unterschiede*“ (Dialektische Auffassung des Satzes von der Identität einerseits und des Satzes vom Widerspruch andererseits).

Lenin interpretiert dies wie folgt:

„1) **Notwendiger** Zusammenhang, objektiver Zusammenhang aller Seiten, Kräfte, Tendenzen etc. des gegebenen Gebiets der Erscheinungen“ (Hegel: „*Das Wahre ist das Ganze.*“ – Dies ist ein überaus charakteristischer Satz Hegels, nicht aus der *Wissenschaft der Logik*, sondern aus der *Phänomenologie des Geistes*).

„2) ... *die innere objektive Logik der Evolution und des Kampfes der Unterschiede, der Polarität.*“

(LW 38, S. 89)

Innerlich-notwendige Bewegung der Dinge, Selbstbewegung aufgrund der inneren Gegensätze. Das wissenschaftliche Denken darf die Dinge nicht statisch betrachten, sondern muß sie in ihrer Entwicklung betrachten. Es darf nicht bei den Erscheinungen stehenbleiben, sondern muß durch die Erscheinungen hindurch das Wesen, die wesentlichen Triebkräfte, die der Selbstbewegung, der Entwicklung zugrunde liegen, erkennen, begreifen. (Dieses Wesen wird durch den wissenschaftlichen Begriff zum Ausdruck gebracht, und daher rührt die Illusion des objektiven Idealismus, es sei der Begriff selbst, der der Bewegung der Dinge zugrundeliege.)

Damit ist der Weg gewiesen zu einer **richtigen** Einordnung der sinnlichen Wahrnehmung in das wissenschaftliche Denken: Zwar beruht das wissenschaftliche Denken in letzter Instanz stets ausschließlich auf der sinnlichen Wahrnehmung, doch darf es, um wissenschaftlich zu sein, nicht bei dieser stehenbleiben. Hegel: „*Die Welt an und für sich ist identisch mit der Welt der Erscheinungen, aber zugleich ihr entgegengesetzt.*“ (vgl. LW 38, S. 143). Das durch den Begriff widerspiegelte Wesen der Dinge (dies ist natürlich eine **materialistische Umstülpung** Hegels!) ist Abstraktion, also in der Erscheinung nicht unmittelbar gegeben, mittelbar aber doch, denn „*das Wesen muß erscheinen*“ (Hegel, vgl. LW 38, S. 138). Lenin (ebenda, S. 160): „*(...) alle wissenschaftlichen (richtigen, ernst zu nehmenden, nicht unsinnigen) Abstraktionen spiegeln die Natur tiefer, richtiger, vollständiger wider*“. Vollständiger als was? Selbstverständlich nicht vollständiger als die Natur selbst (sie fügen ihr nichts hinzu, jedenfalls nicht im Sinne einer Vervollständigung), sondern vollständiger als eine bloße Widerspiegelung durch Wahrnehmung, durch Erscheinung. Letzteres - die Beschränkung auf Widerspiegelung durch Wahrnehmung des unmittelbar Gegebenen - ist

das, was man gemeinhin den „gesunden Menschenverstand“ nennt, „die Dinge betrachten, wie sie sind“. Die Dialektik betrachtet die Dinge **nicht**, „wie sie sind“, sondern wie sie **werden**, wie sie sich entwickeln. Die Betrachtung der Dinge **in Ruhe statt in Bewegung** ist nichts als die Verfestigung der Vorurteile seiner Zeit (vgl. z.B. LW 38, S. 260). Heute z.B. scheint „der Kommunismus tot“. Wer die Gesellschaft aber in ihrer Entwicklung betrachtet, wer die gesellschaftliche Entwicklung im Zusammenhang betrachtet, wer die innere Logik der gesellschaftlichen Entwicklung aufdeckt, der kommt zwingend zu dem Schluß, daß nicht etwa der Kommunismus, sondern der Kapitalismus überlebt ist.

#### E) WESEN UND ERSCHEINUNG

„*Das Wesen muß erscheinen.*“ (Hegel, Wissenschaft der Logik, II. S. 124) Und anders herum: Die Erscheinung ist wesentlich. Die Dialektik beseitigt den metaphysischen Graben, der Wesen und Erscheinung trennt, arbeitet ihre Identität heraus, die zugleich Unterschied enthält. Gesetze der Natur und der Gesellschaft kann man nicht allein aufgrund sinnlicher Wahrnehmung begreifen, sondern es bedarf hierzu des theoretischen Verstandes. Soll dieser aber nicht in Spekulation dahinschweben, so müssen seine Schlußfolgerungen, wie vermittelt auch immer, in letzter Instanz auf den Daten der sinnlichen Wahrnehmung beruhen.

Das theoretische Denken, welches das Wesen der Dinge aufdeckt, steht höher als die bloß empirische Wahrnehmung. Wir können mit unseren Sinnen z.B. nicht wahrnehmen, was nicht mehr ist (das Vergangene), und auch nicht, was noch nicht ist (das Zukünftige). Die sinnlichen Wahrnehmungen sind unmittelbar mit den Objekten, den Gegenständen verbunden, die auf unsere Sinnesorgane einwirken. Das Denken beruht letztlich auf den Daten der empirischen

Wahrnehmung, aber mitunter über sehr viele Vermittlungen. Die Wissenschaft entdeckt und entschleiern Dinge, die wir nicht sehen, hören und fühlen können, sie erkennt z.B. das Vergangene und auch das Zukünftige. Sie erforscht das Wesen und damit die Entwicklungstendenzen der Dinge.

Hier gilt es, sich in zweierlei Richtungen abzugrenzen: Einmal gegen die Metaphysik, welche ein Wesen a priori konstruiert, welches mit den Daten der sinnlichen Erkenntnis in **keinerlei** Verbindung steht und vorgibt, „reine Vernunft“ zu sein. Wieviele Vermittlungen das Denken auch immer vornimmt - irgendeine, auch noch so sehr vermittelte Verbindung zwischen dem abstrakten Denken und den Daten der sinnlichen Wahrnehmung muß es geben. (Das Wesen muß erscheinen, die Erscheinung ist wesentlich.) Andererseits gegen den Empirismus, der theoretische Erkenntnis geringschätzt, die Daten der sinnlichen Wahrnehmung als einzige Erkenntnisquelle anerkennt und folglich an den Erscheinungen klebenbleibt, ihr Wesen nicht aufdeckt, folglich die Entwicklung der Dinge und ihren allseitigen Zusammenhang nicht aufdecken kann.

Einerseits kann auf das Wesen letztlich nur aufgrund der Daten der empirischen Wahrnehmung geschlossen werden. Andererseits müssen diese Daten durch abstraktes, theoretisches Denken auf die Ebene der Gesetzmäßigkeiten gehoben werden, um zur Erkenntnis des Wesens zu gelangen.

Hegel verteidigte das wissenschaftliche Denken geistreich und streitlustig gegen den Vorwurf, es sei im schlechten Sinne abstrakt, in dem Sinne nämlich, daß es von den konkreten Dingen abstrahiere, deren Wesen es aufzudecken vorgebe. In einem kurzen Artikel „Wer denkt abstrakt?“ zeigt er, daß in Wirklichkeit diejenigen im schlechten Sinne abstrakt denken, die auf der Ebene der Erscheinung festkleben, die Erscheinungen folglich einseitig betrachten und beurteilen und deren Vielfalt und Veränderlichkeit nicht sehen.

Er belegt dies am Beispiel eines Gesprächs zwischen einer Kundin und einer Eierhändlerin:

*„Alte, ihre Eyer sind faul! sagt die Einkäuferin zur Hökersfrau. Was - entgegnet diese -, meine Eyer faul? Sie mag mir faul sein! Sie soll mir das von meinen Eyern sagen? Sie? Haben ihren Vater nicht die Läuse an der Landstraße aufgefressen, ist nicht ihre Mutter mit den Franzosen fortgelaufen und ihre Großmutter im Spital gestorben, - schaff' sie sich für ihr Flitterhalstuch ein ganzes Hemde an; man weiß wohl, wo sie dies Halstuch und ihre Mützen her hat; wenn die Offiziere nicht wären, wär' jetzt manche nicht so geputzt, und wenn die gnädigen Frauen mehr auf ihre Haushaltung sähen, säße Manche im Stockhause, - flick sie sich nur die Löcher in den Strümpfen. - Kurz, sie läßt keinen guten Faden an ihr. Sie denkt abstrakt, und subsumiert jene nach Halstuch, Mütze, Hemde u.s.f., wie nach den Fingern und anderen Parthien, auch nach Vater und der ganzen Sippschaft, ganz allein unter das Verbrechen, daß sie die Eyer faul gefunden hat. Alles an ihr ist durch und durch von diesen faulen Eyern gefärbt, da hingegen jene Offiziere, von denen die Hökersfrau sprach, - wenn anders, wie sehr zu zweifeln, etwas daran ist, - ganz andere Dinge an ihr zu sehen bekommen haben mögen.“*

(zitiert nach Oisermann, T.I., Die Philosophie Hegels, Dietz Verlag Berlin 1959, S. 37)

Wenn das Denken konkret sein will, darf es nicht einseitig sein. Das konkrete Denken faßt den Gegenstand von allen Seiten, enthüllt den Zusammenhang und die wechselseitige Bedingtheit zwischen diesen Seiten sowie das Verhältnis des Gegenstandes zu anderen Gegenständen, betrachtet ihn in seiner Bewegung, Veränderung und Entwicklung, entschleiern seine Vergangenheit und blickt voraus in seine Zukunft usw. Das konkrete Denken abstrahiert von un-

wesentlichen Seiten einzelner Erscheinungen, arbeitet sich zum Wesen empor, ist **in diesem Sinne** abstrakt! Das konkrete Denken ist abstrakt! Konkret und abstrakt ist identisch!

Es kann tatsächlich keinen einzigen konkreten Begriff ohne abstraktes Denken geben. Nehmen wir den Begriff Hund, oder noch konkreter Pudel, vielleicht auch Zwergpudel: Auf der Ebene der Erscheinung gibt es keine „Hunde“, „Pudel“ usw., sondern nur konkrete einmalige Tiere. Es bedarf bereits begrifflichen, also im guten Sinne abstrakten Denkens, um die einzelnen Kreaturen als Hund, Pudel usw. zu begreifen! Denn diese Begriffe gehen weit über die bloß sinnliche Wahrnehmung des real vor dem Betrachter stehenden einmaligen Tieres hinaus; sie enthalten z.B. Bestimmungen über die Entwicklung der betreffenden Gattung, ihre Verwandtschaftsverhältnisse zu anderen Tiergattungen usw.

Zugleich schließen diese Bestimmungen das konkrete Begreifen des real vor einem stehenden einmaligen Tieres in all seinen Besonderheiten nicht aus, sondern bieten eine Voraussetzung dafür: Um die Wesenheiten des konkreten einmaligen Tieres zu begreifen, muß man auch die Wesenheiten seiner Gattung kennen.

Ein wissenschaftlicher Begriff ist kein abstraktes Allgemeines, zu dem sich die einmaligen konkreten Dinge nur wie Einzelbeispiele verhalten. Der Marxismus fordert von einem wissenschaftlichen Begriff gerade, daß er das konkrete Wesen seines Gegenstands erfaßt. So gibt Marx *„im Kapital (...) keine Beschreibung einer abstrakten kapitalistischen Gesellschaft, konstruiert er nicht ein **Modell** der kapitalistischen Gesellschaft, zu dem sich die wirklichen kapitalistischen Gesellschaften wie Einzelbeispiele verhalten; er zeigt vielmehr die **wesentlichen** theoretischen Momente, die ein gedankliches Erfassen **jeder** wirklichen*

*kapitalistischen Gesellschaft und ihrer notwendigen Bewegung gestatten, so daß er, statt das Einmalige als solches aus dem Begriffsgut auszuschließen, den Aufbau des **konkreten Begriffs** von **dieser** und jener einmaligen kapitalistischen Gesellschaft ermöglicht und ihn selbst häufig unterwegs aufbaut.*“ (Sève, Lucien, *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit*, Dietz Verlag Berlin 1973, S. 275, Hervorhebungen von Sève).

Allerdings war ein in diesem Sinne **konkretes Denken**, ein in letzter Instanz wissenschaftlicher Begriff des Wesens, bei Hegel aufgrund seines Idealismus noch nicht möglich.

#### F) ENGELS ÜBER HEGEL

Indem das wissenschaftliche, dialektische Denken die wesentlichen Triebkräfte der Selbstbewegung der Dinge aufdeckt, deckt es an allem und in allem die Vergänglichkeit auf.

Engels:

*„Kein philosophischer Satz hat so sehr den Dank beschränkter Regierungen und den Zorn ebenso beschränkter Liberaler auf sich geladen wie der berühmte Satz Hegels: ‘Alles was wirklich ist, ist vernünftig, und alles was vernünftig ist, ist wirklich.’*

*Das war doch handgreiflich die Heiligsprechung alles Bestehenden, die philosophische Einsegnung des Despotismus, des Polizeistaats, der Kabinettsjustiz, der Zensur. Und so nahm es Friedrich Wilhelm III., so seine Untertanen. Bei Hegel aber ist keineswegs alles, was besteht, ohne weiteres auch wirklich. Das Attribut der Wirklichkeit kommt bei ihm nur demjenigen zu, was zugleich notwendig ist;*

*‘die Wirklichkeit erweist sich in ihrer Entfaltung als die Notwendigkeit’;*

*eine beliebige Regierungsmaßregel - Hegel führt selbst das Beispiel 'einer gewissen Steuereinrichtung' an - gilt ihm daher auch keineswegs schon ohne weiteres als wirklich. Was aber notwendig ist, erweist sich in letzter Instanz auch als vernünftig, und auf den damaligen preußischen Staat angewandt, heißt also der Hegelsche Satz nur: Dieser Staat ist vernünftig, der Vernunft entsprechend, soweit er notwendig ist; und wenn er uns dennoch schlecht vorkommt, aber trotz seiner Schlechtigkeit fort-existiert, so findet die Schlechtigkeit der Regierung ihre Berechtigung und ihre Erklärung in der entsprechenden Schlechtigkeit der Untertanen. Die damaligen Preußen hatten die Regierung, die sie verdienten.*

*Nun ist aber die Wirklichkeit nach Hegel keineswegs ein Attribut, das einer gegebenen gesellschaftlichen oder politischen Sachlage unter allen Umständen und zu allen Zeiten zukommt. Im Gegenteil. Die römische Republik war wirklich, aber das sie verdrängende römische Kaiserreich auch. Die französische Monarchie war 1789 so unwirklich geworden, d.h. so aller Notwendigkeit beraubt, so unvernünftig, daß sie vernichtet werden mußte durch die große Revolution, von der Hegel stets mit der höchsten Begeisterung spricht. Hier war also die Monarchie das Unwirkliche, die Revolution das Wirkliche. Und so wird im Lauf der Entwicklung alles früher Wirkliche unwirklich, verliert seine Notwendigkeit, sein Existenzrecht, seine Vernünftigkeit; an die Stelle des absterbenden Wirklichen tritt eine neue, lebensfähige Wirklichkeit - friedlich, wenn das Alte verständig genug ist, ohne Sträuben mit Tode abzugehen, gewaltsam, wenn es sich gegen diese Notwendigkeit sperrt. Und so dreht sich der Hegelsche Satz durch die Hegelsche Dialektik selbst um in sein Gegenteil: Alles, was im Bereich der Menschengeschichte wirklich ist, wird mit der Zeit unvernünftig, ist*

*also schon seiner Bestimmung nach unvernünftig, ist von vornherein mit Unvernünftigkeit behaftet; und alles, was in den Köpfen der Menschen vernünftig ist, ist bestimmt, wirklich zu werden, mag es auch noch so sehr der bestehenden scheinbaren Wirklichkeit widersprechen. Der Satz von der Vernünftigkeit alles Wirklichen löst sich nach allen Regeln der Hegelschen Denkmethode auf in den andern: Alles was besteht, ist wert, daß es zugrunde geht. (Nach Goethe, Faust, d. Verf.)*

*Darin aber grade lag die wahre Bedeutung und der revolutionäre Charakter der Hegelschen Philosophie (auf die, als den Abschluß der ganzen Bewegung seit Kant, wir uns hier beschränken müssen), daß sie der Endgültigkeit aller Ergebnisse des menschlichen Denkens und Handelns ein für allemal den Garaus machte. Die Wahrheit, die es in der Philosophie zu erkennen galt, war bei Hegel nicht mehr eine Sammlung fertiger dogmatischer Sätze, die, einmal gefunden, nur auswendig gelernt sein wollen; die Wahrheit lag nun in dem Prozeß des Erkennens selbst, in der langen geschichtlichen Entwicklung der Wissenschaft, die von niedern zu immer höhern Stufen der Erkenntnis aufsteigt, ohne aber jemals durch Ausfindung einer sogenannten absoluten Wahrheit zu dem Punkt zu gelangen, wo sie nicht mehr weiter kann, wo ihr nichts mehr übrigbleibt, als die Hände in den Schoß zu legen und die gewonnene absolute Wahrheit anzustaunen. Und wie auf dem Gebiet der philosophischen, so auf dem jeder andern Erkenntnis und auf dem des praktischen Handelns. Eben-  
sowenig wie die Erkenntnis kann die Geschichte einen vollendenden Abschluß finden in einem vollkommenen Idealzustand der Menschheit; eine vollkommene Gesellschaft, ein vollkommener 'Staat' sind Dinge, die nur in der Phantasie bestehn können; im Gegenteil sind alle nacheinander folgenden geschichtlichen Zustände nur vergängliche*

*Stufen im endlosen Entwicklungsgang der menschlichen Gesellschaft vom Niedern zum Höhern. Jede Stufe ist notwendig, also berechtigt, für die Zeit und die Bedingungen, denen sie ihren Ursprung verdankt; aber sie wird hinfällig und unberechtigt gegenüber neuen, höhern Bedingungen, die sich allmählich in ihrem eignen Schoß entwickeln; sie muß einer höhern Stufe Platz machen, die ihrerseits wieder an die Reihe des Verfalls und des Untergangs kommt. Wie die Bourgeoisie durch die große Industrie, die Konkurrenz und den Weltmarkt alle stabilen, altherwürdigen Institutionen praktisch auflöst, so löst diese dialektische Philosophie alle Vorstellungen von endgültiger absoluter Wahrheit und ihr entsprechenden absoluten Menschheitszuständen auf. Vor ihr besteht nichts Endgültiges, Absolutes, Heiliges; sie weist von allem und an allem die Vergänglichkeit auf, und nichts besteht vor ihr als der ununterbrochne Prozeß des Werdens und Vergehens, des Aufsteigens ohne Ende vom Niedern zum Höhern, dessen bloße Widerspiegelung im denkenden Hirn sie selbst ist. Sie hat allerdings auch eine konservative Seite: Sie erkennt die Berechtigung bestimmter Erkenntnis- und Gesellschaftsstufen für deren Zeit und Umstände an; aber auch nur so weit. Der Konservatismus dieser Anschauungsweise ist relativ, ihr revolutionärer Charakter ist absolut - das einzig Absolute, das sie gelten läßt.“*

(Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 266 ff.; oder AW VI, S. 266 ff.)

Engels weist weiter darauf hin, daß sich die im letzten Zitat dargestellte Entwicklung bei Hegel nicht in dieser Schärfe findet. Engels gibt hier eher eine **materialistische Umstülpung** der Hegelschen Dialektik. Diese von Engels dargelegte Entwicklung konnte von Hegel selbst so nicht dargestellt werden, da sein idealistisches System ihm dies

unmöglich machte. Dieses System nämlich erforderte, daß irgendwann „die absolute Idee zu sich selbst kommt“ und somit die Geschichte endet.

Übrigens wurde das „Ende der Geschichte“ nach dem Zusammenbruch der revisionistischen Staaten und dem scheinbaren „Endsieg des Kapitalismus“ von Ideologen der Bourgeoisie propagiert, so z.B. ausdrücklich - „Ende der Geschichte“ - Francis Fukuyama, stellvertretender Direktor des Planungsstabs im US-Außenministerium.

### G) DIE OBJEKTIVEN GESELLSCHAFTLICHEN SCHRANKEN DER HEGELSCHEN PHILOSOPHIE

Hegel neigte sehr stark dazu, den preußischen Staat zu verklären und zu verherrlichen. Wie Marx anmerkte, ging Hegel in einem bestimmten Zusammenhang dabei „*fast bis zur Servilität*“ (MEW 1, S. 331). „*Man sieht ihn durch und durch angesteckt von dem elenden Hochmut der preußischen Beamtenwelt(...)*“ (ebenda). „*Hier wird die gedankenlose Inkonsequenz und der 'obrigkeitliche' Sinn Hegels wirklich ekelhaft.*“ (ebenda, S. 330, Hervorhebung von Marx)

Dies aber ist nicht einfach auf einen zufälligen Charakterfehler Hegels zurückzuführen, sondern hat tiefere Ursachen:

Zum einen lag es an der Rückständigkeit der deutschen Zustände. Die deutsche Bourgeoisie war schwach und feige und strebte die Verständigung mit dem Adel an. Während die französischen Philosophen der Aufklärung vom Staat verfolgt und ihre Bücher verbrannt wurden, waren die deutschen anerkannte Universitätsprofessoren, ihre Werke wurden verbreitet. Sie strebten eben einen Kompromiß zwischen dem Neuen und dem Alten an. Hegel äußerte sich zwar enthusiastisch über die französische Revolution („... *ein herrlicher Sonnenaufgang. Alle denkenden Wesen ha-*

*ben diese Epoche mitgefeiert. Eine erhabene Rührung hat zu jener Zeit geherrscht, ein Enthusiasmus des Geistes hat zu jener Zeit geschauert...“*). Die Notwendigkeit des **revolutionären** Übergangs begründete Hegel jedoch aus Besonderheiten Frankreichs, insbesondere daraus, dort habe die katholische Kirche geherrscht, während deren Macht in Deutschland durch das Luthertum gebrochen worden sei. Deshalb sei eine Revolution in Deutschland nicht notwendig gewesen.

Die Verherrlichung gerade des Staates hat bei Hegel aber wohl noch einen anderen Grund. Zwar war er ohne Zweifel ein Ideologe der aufstrebenden Bourgeoisie. So stellte er sich gegen die Freiheit der feudalen Privilegien und stellte ihr die „Freiheit des Eigentums“ und die „Freiheit der Person“ entgegen, trat für Gewerbefreiheit ein: *„daß dem Menschen erlaubt sey, seine Kräfte zu gebrauchen, wie er wolle, und der freie Zutritt zu allen Staatsämtern“*. Weiter war es nach Hegels Meinung nicht nur notwendig, *„daß der Bürger ein Gewerbe treiben könne, er muß auch einen Gewinn davon haben“*. Und dennoch war Hegel ein viel zu tiefer Denker, um sich für das platte Ideal der bürgerlichen Menschenrechte, also der Bewegungsfreiheit des bornierten bürgerlichen Individuums, allzu enthusiastisch zu begeistern. Ebenso wie Kant fühlte er, daß die Bewegung dieser bürgerlich-bornierten Individuen nicht zum Wohle des Ganzen führen kann. Im Gegensatz zu Kant aber suchte er den Ausweg nicht in einer fiktiven inneren Moralität des Subjekts, deren objektives Maß im Dunkel des kategorischen Imperativs verborgen bleibt. Bei Hegel ist das Objektive, welches das Wohl des Ganzen bewirken soll, bestimmter, handgreiflicher, materieller: Es ist der Staat!

Der Beamtensohn Hegel war - übrigens ebenso wie Goethe - zu sehr *„deutscher Philister“* (Engels), um den

bürgerlichen Horizont als Ganzes zu sprengen. Er war „*trotz seiner gewaltigen Gelehrsamkeit und der Tiefe seiner Gedanken so stark mit abstrakten Fragen beschäftigt, daß er es versäumte, sich von den Vorurteilen seiner Zeit frei zu machen - einer Zeit der Restauration alter Regierungs- und Religionssysteme.*“ (Engels, MEW 1 S. 492 f.) Und so ist bei Hegel **der Staat** die Kraft, die den vernünftigen Zusammenhalt des Ganzen garantieren soll. Der Staat ist für Hegel „*die Wirklichkeit der sittlichen Idee*“, und so schlecht ein konkreter Staat auch sein mag: Er ist stets eine (wenn auch mitunter schlechte) Verwirklichung der „Idee des Staates“. Der preußische Staat aber war für Hegel schon ziemlich nahe an der absoluten Staatsidee dran, und so erklärt sich, daß Hegel gegenüber dem preußischen Staat mitunter „fast bis zur Servilität“ ging, daß der Vertreter des fortgeschrittensten Denkens seiner Zeit ausgerechnet den preußischen Standes- und Obrigkeitsstaat zum Vollstrecker des „Weltgeistes“, der „absoluten Idee“ ernannte. Sein politisches Ideal war die konstitutionelle Monarchie, die damals nicht nur von der Bourgeoisie gefordert wurde, sondern auch vom verbürgerlichten liberalen Adel.

Nur scheinbar paradox ist: Der wesentlich weniger tiefgründige Kant war für die deutsche Bourgeoisie und ihre Emanzipationsversuche wohl ergiebiger als Hegel, der bedeutendste Philosoph der bürgerlichen Aufklärung. Aber gerade seine Tiefgründigkeit, sein Streben nach „dem Ganzen“ kam der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt nicht entgegen. So kam es, daß er einerseits von reaktionären, preußisch-absolutistischen Kräften **gegen** den bürgerlichen Fortschritt genutzt werden konnte, andererseits eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse durch Marx wurde, **eine** wesentliche Quelle des Marxismus, wo-

bei Marx Hegel freilich gründlich umstülpen, „vom Kopf auf die Füße stellen“ mußte.

Eine Absurdität freilich, wenn in der Sowjetunion nach dem 2. Weltkrieg unter dem Einfluß Shdanows die Hegelsche Philosophie und die klassische deutsche Philosophie überhaupt als „*aristokratische Reaktion auf die französische bürgerliche Revolution und den französischen Materialismus*“ dargestellt wurde (vgl. z.B. Große Sowjet-Enzyklopädie, Reihe Geschichte und Philosophie Nr. 9, Aufbau-Verlag Berlin 1953). Richtig ist, daß die klassische deutsche Philosophie einerseits den historischen Nachteil der ökonomischen und politischen Rückständigkeit Deutschlands widerspiegelte, andererseits jedoch den Vorteil hatte, daß sie an die Erkenntnisse der englischen Materialisten und vor allem der französischen bürgerlichen Aufklärung anknüpfen und diese verarbeiten konnte. Ausdrücklich Engels: „*Die englischen Deisten und ihre konsequenteren Fortsetzer, die französischen Materialisten, waren die echten Philosophen der Bourgeoisie - die Franzosen sogar der bürgerlichen Revolution. In der deutschen Philosophie von Kant bis Hegel geht der deutsche Spießbürger durch - bald positiv, bald negativ. Aber als bestimmtes Gebiet der Arbeitsteilung hat die Philosophie jeder Epoche ein bestimmtes Gedankenmaterial zur Voraussetzung, das ihr von ihren Vorgängern überliefert worden und wovon sie ausgeht. Und daher kommt es, daß ökonomisch zurückgebliebene Länder in der Philosophie doch die erste Violine spielen können: Frankreich im 18. Jh. gegenüber England, auf dessen Philosophie die Franzosen fußten, **später Deutschland gegenüber beiden.***“ (Engels, Brief an Conrad Schmidt vom 27.10.1890, MEW 37, S.493, Hervorhebung v. Verf.)

Die relative Beschränktheit der klassischen deutschen Philosophie und auch ihres Gipfelpunktes Hegel wurzelt in-

dessen nicht nur in der Beschränktheit der bürgerlichen Entwicklung in Deutschland, sondern letztlich in der Beschränktheit der bürgerlichen Ordnung selbst. Der fortgeschrittenste bürgerliche Ideologe mochte damals noch so revolutionär gegen alle überlebten Feudalverhältnisse auftreten, doch die von ihm gerühmte „Vernunft“ war in ihrer prosaischen Verwirklichung stets die bürgerliche Ordnung, auch wenn er selbst dies nicht begreifen konnte (und die dieser bürgerlichen Ordnung innewohnenden Klassenwidersprüche noch weniger begreifen konnte). Eine in letzter Konsequenz wissenschaftliche und revolutionäre Weltanschauung konnte nur von Theoretikern der Arbeiterklasse ausgearbeitet werden.

#### 4) LUDWIG FEUERBACH

Den Bann des Idealismus brach erst Feuerbach (1804 - 1872).

Engels:

*„Da kam Feuerbachs ‘Wesen des Christenthums’. Mit **einem** Schlag zerstäubte es den Widerspruch, indem es den Materialismus ohne Umschweife wieder auf den Thron erhob. Die Natur existiert unabhängig von aller Philosophie; sie ist die Grundlage, auf der wir Menschen, selbst Naturprodukte, erwachsen sind; außer der Natur und den Menschen existiert nichts, und die höhern Wesen, die unsere religiöse Phantasie erschuf, sind nur die phantastische Rückspiegelung unseres eignen Wesens. Der Bann war gebrochen; das ‘System’ war gesprengt und beiseite geworfen, der Widerspruch war, als nur in der Einbildung vorhanden, aufgelöst. - Man muß die befreiende Wirkung dieses Buchs selbst erlebt haben, um sich eine Vorstellung davon zu machen. Die Begeisterung war allgemein: Wir waren alle momentan Feuerbachianer. Wie enthusiastisch*

*Marx die neue Auffassung begrüßte und wie sehr er - trotz aller kritischen Vorbehalte - von ihr beeinflusst wurde, kann man in der 'Heiligen Familie' lesen.“*

(Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 272; oder AW VI, S. 273 f.)



*Ludwig Feuerbach*

Indessen:

*„Feuerbach durchbrach das System und warf es einfach beiseite. Aber man wird nicht mit einer Philosophie fertig dadurch, daß man sie einfach für falsch erklärt. Und ein so gewaltiges Werk wie die Hegelsche Philosophie, die einen so ungeheuren Einfluß auf die geistige Entwicklung der Nation gehabt, ließ sich nicht dadurch beseitigen, daß man sie kurzerhand ignorierte. Sie mußte in ihrem eignen Sinn 'aufgehoben' werden, d.h. in dem Sinn, daß ihre Form kritisch vernichtet, der durch sie gewonnene neue Inhalt aber gerettet wurde.“*

(ebenda, MEW S. 273; oder AW S. 274)

Dies wurde erst von Marx und Engels geleistet, ebenso wie die Anwendung des Materialismus auf die menschliche Gesellschaft. Feuerbach blieb hier - was die Betrachtung der Gesellschaft betrifft - Idealist. Er wollte die Religion nicht abschaffen, sondern sie vollenden, und seine Religion war eine Liebesreligion. Es handelte sich um Pantheismus: Gott und die Welt werden **gleichgesetzt**, die ganze Welt also „heiliggesprochen“: die Natur und der „liebende Mensch“. Engels: *„Der Pantheismus ist selbst nur die letzte Vorstufe zur freien, menschlichen Anschauungsweise.“* (MEW 1, S. 547)

Mangels Anwendung des Materialismus auf die Gesellschaft, d.h. in Ermangelung einer Wissenschaft von den **wirklichen Menschen**, schuf Feuerbach einen **Kultus des abstrakten Menschen**, und dies ist bei ihm der liebende Mensch. Feuerbachs Philosophie predigt die Liebe, und weiter weiß sie über den Menschen nichts zu sagen. Z.B. die Tatsache, daß die Geschichte seit Zersetzung der Urgesellschaft eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, nimmt sie nicht zur Kenntnis (In dieser Hinsicht bestehen gewisse Parallelen zu Erich Fromm, vgl. z.B. „Die Kunst des Liebens“).

## 5) DIE JUNGHEGELIANER (UND ÜBERGANG ZUM MARXISMUS)

Feuerbach hatte also die Hegelsche Philosophie beiseite geworfen, nicht aber dialektisch aufgehoben. Und so entwickelte sich die Hegelsche Schule auf ihrer eigenen Grundlage weiter, ging ihrer Auflösung entgegen. Engels: *„Noch nie, seit der Mensch überhaupt denken kann, hat es ein so umfassendes philosophisches System wie das Hegelsche gegeben. (...) Dieses System erschien von außen her ganz unangreifbar und war es auch; gestürzt wurde es nur von innen heraus; von jenen, die selbst Hegelianer waren.“* (Engels, MEW 1, S. 492)

Wie gesagt konnte sich Hegel nicht von den Vorurteilen seiner Zeit freimachen. Engels: *„Aber seine Schüler hatten ganz andere Ansichten über diese Dinge. Hegel starb 1831, und schon 1835 erschien das ‘Leben Jesu’ von Strauß, das erste Werk, das einen Fortschritt über die Grenzen des orthodoxen Hegelianismus hinaus zeigte. Andere folgten, und 1837 erhoben sich die Christen gegen die von ihnen so genannten Neuhegelianer, verschrien sie als Atheisten und forderten den Staat zum Eingreifen auf. Der Staat griff jedoch nicht ein, und der Streit ging weiter.“* (ebenda, S. 493)

1842 waren die Junghegelianer, die die „Deutschen Jahrbücher“ herausgaben, tatsächlich Atheisten und Republikaner. Einige wenige, besonders Marx und Engels, verfochten die Auffassung, politische Veränderungen seien unzureichend, eine soziale Revolution auf der Grundlage des Gemeineigentums sei erforderlich. Doch die Führer der Junghegelianer, v.a. Bauer, Feuerbach und Ruge, waren zu diesem entscheidenden Schritt nicht bereit.

1842 befaßte sich der 24jährige Marx mit dem preußischen Holzdiebstahlggesetz. Bei diesem Gesetz handelte es

sich dem Wesen der Sache nach „*um den Kampf der aufkommenden kapitalistischen Ära gegen die letzten Reste des Gemeineigentums am Grund und Boden, um einen grausamen Enteignungskrieg gegen die Volksmassen: von 207.478 strafgerichtlichen Untersuchungen, die 1836 im preußischen Staat geführt wurden, bezogen sich gegen 150.000, also nahe drei Viertel, auf Holzdiebstähle, Forst-, Jagd- und Hütungsvergehen.*“ (Mehring, Franz, Karl Marx - Geschichte seines Lebens, Dietz Verlag Berlin 1976, S. 51) Marx schrieb in der Rheinischen Zeitung: „*Alle Organe des Staates werden Ohren, Augen, Arme, Beine, womit das Interesse des Waldeigentümers hört, späht, schätzt, schützt, greift und läuft.*“ (MEW 1, S. 130)

Noch brach Marx nicht mit der Hegelschen Staats- und Rechtsphilosophie. Noch erschien ihm das Vorgehen der Waldeigentümer als eine „*Sünde gegen den heiligen Geist der Völker und der Menschheit*“ (ebenda, S. 147), also als ein Verstoß gegen ein über den Klassen stehendes Recht. Aber schon ein Jahr später untersuchte er in seiner Schrift „Zur Judenfrage“, was die Ideale der bürgerlichen Revolution bedeuteten, und analysierte er den Klasseninhalt der bürgerlichen Menschenrechte (vgl. Kapitel IV, S. 79 ff.). Der Blick für die Erkenntnis wurde frei, daß der Staat nicht deshalb gegen die Bauern in Aktion trat, weil er vom Hegelschen Idealbild des Staates abwich, sondern weil es seine Aufgabe war, das bürgerliche Privateigentum zu schützen. Damit war der Heiligenschein, den Hegel dem Staat verliehen hatte, beseitigt.

Während die Schule der Junghegelianer nun in fruchtlosem Gezänk dahinvegetierte und ihrer Auflösung entgegenging, trennten sich Marx und Engels konsequent von der Hegelschen Philosophie und nahmen einen materialistischen Standpunkt ein, wobei sie an die Hegelsche dialektische Methode anknüpften, auch wenn diese in der gegeb-

nen Form unbrauchbar war und vollständig umgestülpt werden mußte.

Marx:

*„Meine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg (Schöpfer, d. Verf.) des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle.“* (Marx, Nachwort zur 2. Auflage des *Kapitals*, MEW 23, S. 27)

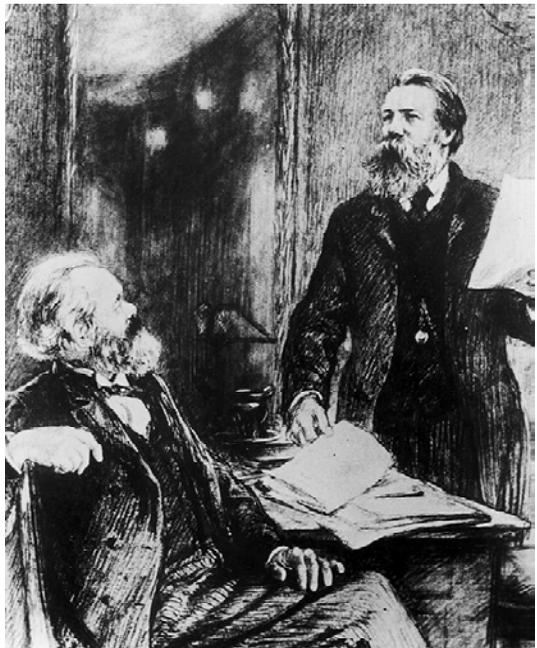
Engels:

*„Das heißt, man entschloß sich, die wirkliche Welt - Natur und Geschichte - so aufzufassen, wie sie sich selbst einem jeden gibt, der ohne vorgefaßte idealistische Schrullen an sie herantritt; man entschloß sich, jede idealistische Schrulle unbarmherzig zum Opfer zu bringen, die sich mit den in ihrem eignen Zusammenhang, und in keinem phantastischen, aufgefaßten Tatsachen nicht in Einklang bringen ließ. Und weiter heißt Materialismus überhaupt nichts.“* (Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 292; oder AW VI, S. 296)

Marx (1818- 1883) und Engels (1820- 1895) wandten die materialistische Weltanschauung zum ersten Mal auch auf die Geschichte der menschlichen Gesellschaft an. So entstand erstmals in der Menschheitsgeschichte eine bis zuletzt konsequente, in sich geschlossene materialistische Weltanschauung und Methode. Sie ist zugleich dialektisch. Man bezeichnet sie daher als dialektischen Materialismus. Den Teilbereich des dialektischen Materialismus, der die allgemeinen Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft erforscht, bezeichnet man als historischen Materia-

lismus (Wir werden die Grundzüge des historischen Materialismus in Kapitel VII darstellen).

Der dialektische Materialismus ist nicht einfach die Vereinigung des damals höchstentwickelten (nämlich des französischen) Materialismus und des damals höchstentwickelten (nämlich des Hegelschen) dialektischen Denkens. Ebenso wie der Materialismus, so wurde auch die Dialektik von den bisherigen Beschränkungen und Eingenungen befreit und auf ein qualitativ völlig neues Niveau gehoben; die Dialektik insbesondere dadurch, daß sie sich nun (im Gegensatz zu Hegel) bewußt und erklärtermaßen mit den **wirklichen, den Dingen innewohnenden Entwicklungsgesetzen** befaßte, anstatt zu versuchen, auf spekulativem Wege die Entwicklungslogik eines von der Welt losgelösten Geistes, der sogenannten absoluten Idee, aufzuspüren.



*Marx und Engels  
bei der Arbeit*

## VII. GRUNDZÜGE DES DIALEKTISCHEN MATERIALISMUS, DER WELTANSCHAUUNG UND METHODE DES MARXISMUS

Wir haben bereits oben, bei der Behandlung der vormarxistischen Philosophie, einige wesentliche Bestandteile der marxistischen Philosophie, des dialektischen Materialismus, gestreift. Wir wollen nun die Grundzüge der Philosophie des Marxismus zusammenhängend darstellen und dabei zugleich eine Kritik verschiedener gegnerischer Weltanschauungen einschließlich verschiedener Versuche der Verfälschung des Marxismus vornehmen.

### 1) DER MARXISTISCHE PHILOSOPHISCHE MATERIALISMUS

#### A) DIE MARXISTISCHE ANTWORT AUF DIE GRUNDFRAGE DER PHILOSOPHIE

Der Marxismus beantwortet die Grundfrage der Philosophie, das Verhältnis von Sein und Bewußtsein, kompromißlos materialistisch. Das Sein, die Materie, existiert völlig unabhängig von irgendeinem Bewußtsein. Gegenüber dem objektiven Idealismus bedeutet das: Ein übermenschliches Bewußtsein als allgemeines Weltprinzip gibt es nicht. Gegenüber dem subjektiven Idealismus heißt das: Das menschliche Bewußtsein ist selbst Produkt der Materie. Es kommt auf rein materiellem Wege zustande, und es wirkt rein materiell, nämlich durch die Tätigkeit der bewußten Subjekte. Der Marxismus verwirft alle dualistischen Konzeptionen, wonach die Welt in zwei Bestandteile, einen materiellen und einen geistigen, zergliedert sei. Der Marxismus hält dem die Konzeption eines materialistischen Monismus entgegen. Das heißt: Die Welt ist eine einheitliche Welt, und sie ist einheitlich materiell. **Die Einheit der Welt besteht in ihrer Materialität** (vgl. Engels, Anti-Dühring, MEW 20,

S. 41; oder AW V, S. 51).

Der marxistische philosophische Materialismus verneint entschieden sowohl die Möglichkeit eines Anfangs und eines Endes der Welt als auch eines grundlegenden letzten Bausteins der Welt. Bereits die Fragestellung nach einem „ersten Wesen“, einer „ersten Ursache“ oder einem „letzten Baustein“ der Welt ist metaphysisch: Es gibt keine allgemeine Ursache für alle Dinge, sondern stets nur konkrete Ursachen für konkrete Dinge bzw. Entwicklungen. Der Marxismus tritt allen metaphysischen und idealistischen Irrtümern der unter dem Druck der bürgerlichen Ideologie stehenden Naturwissenschaftler entgegen.

So z.B. den derzeit vorherrschenden Deutungen der Urknalltheorie. Hartnäckig halten bis heute die meisten Naturwissenschaftler an der Auffassung fest, mittels der Urknalltheorie lasse sich ein Anfang des Weltalls ermitteln.

### **Einschub**

#### **ZUR URKNALLTHEORIE**

Anhand des Spektrums einer Lichtquelle - also auch eines Himmelskörpers - läßt sich feststellen, ob sich die Lichtquelle vom Beobachter entfernt oder sich ihm nähert. Nun wird seit den zwanziger Jahren festgestellt, daß das Spektrum der beobachteten Himmelskörper sich nach der roten Seite hin verschiebt, die beobachteten Himmelskörper sich folglich von der Erde entfernen. 1930 wurde festgestellt, daß die Rotverschiebung um so stärker ist, je weiter die betreffenden Sterne bzw. Galaxien von uns entfernt sind. Die meisten Naturwissenschaftler schließen daraus sowie aus einer kosmischen „Hintergrundstrahlung“, die auf den Urknall zurückgehen soll, daß das gesamte Weltall sich auseinanderbewege, sozusagen explodiere, daß dieser Prozeß andauernd sei und einen Anfang habe. Zum Anfangs-

zeitpunkt sei das ganze Weltall in einem Punkt vereinigt gewesen, mit dem „Urknall“ habe die Expansionsbewegung angefangen. Daraus wird dann, mehr oder minder klar formuliert, auf einen Anfang der Materie und der Bewegung geschlossen. Es ist nicht verwunderlich, daß diese, eine Zeit lang unter den Naturwissenschaftlern kaum umstrittene und noch heute vorherrschende Theorie vom Vatikan begeistert aufgegriffen wurde und wird. So berichtet der Astrophysiker Stephen Hawking, daß der Papst Kosmologen eine Audienz gab und sie aufforderte, die Entwicklung des Weltalls zu studieren, *„den Urknall aber, Gottes Schöpfungsakt, von wissenschaftlicher Neugier zu verschonen.“* Ironisch fügt Hawking hinzu, er habe den Papst nicht darauf hingewiesen, daß er selbst den Gedanken erörtere, *„es gebe womöglich keinen Anfang des Weltalls, also auch keinen Schöpfungsakt“*: *„Ich hatte keine Lust, das Schicksal Galileis zu teilen (...).“* (Spiegel 17.10.1988)

Die Theorie von einem „Anfang des Weltalls“ hält keiner wissenschaftlichen Kritik stand. Zunächst einmal ist festzuhalten, daß das Phänomen der Rotverschiebung innerhalb einer recht begrenzten Zeit in einem recht begrenzten Raum beobachtet wurde, so weit eben die Teleskope in den Weltraum reichen, und dennoch wurden aus diesen begrenzten Beobachtungen Schlüsse auf die Bewegung des Weltalls als Ganzes gezogen. 1978 wurde sogar eine gegenteilige Entdeckung gemacht: *„Tatsächlich rast unsere eigene Milchstraße zusammen mit den rund 20 Galaxien, die den kleinen Galaxienhaufen der 'lokalen Gruppe' bilden, mit annähernd 250 Kilometern pro Sekunde auf einen riesigen Galaxienhaufen im Sternbild Jungfrau (...) zu.“* (vgl. Frankfurter Rundschau 6.2.1990). Eine solche Entdeckung veranlaßte die Naturwissenschaftler jedoch nicht, die Theorie von einer stetigen und ausschließlichen Auseinanderbewegung aller Himmelskörper voneinander ad acta zu legen.

Lange war es sogar „gängige wissenschaftliche Ansicht, daß das Universum **mit allen seinen Milchstraßen unmittelbar nach dem Urknall geformt wurde**“ (FR 30.8.89, Hervorhebung von uns), und man war erstaunt, als man die Entstehung neuer Galaxien in einer Entfernung von 65 Millionen Lichtjahren (also vor 65 Millionen Jahren und damit - kosmisch gesehen - erst vor kurzer Zeit) beobachten konnte. „*Wir glaubten, die Entstehung von Galaxien sei beendet*“, wunderte sich Astronom Bruce Partridge in Pennsylvania (ebenda). Dabei hatte schon Engels gewußt, daß ständig neue Sternensysteme entstehen und vergehen, war er als konsequenter Dialektiker bereits von einer „*sich ewig wiederholenden Aufeinanderfolge der Welten in der endlosen Zeit*“ ausgegangen (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 327). Doch der großen Masse der heutigen Naturwissenschaftler ist konsequentes dialektisches Denken fremd.

Die meisten Urknall-Theoretiker behaupten sogar, sie könnten berechnen, wann das Weltall „entstanden“ sei, nämlich vor 15 Milliarden Jahren. Peinlich ist dabei für sie, daß derartige Behauptungen immer wieder von neuen Entdeckungen widerlegt werden. „*Wir sind immer wieder überrascht, daß wir stets auf etwas noch Größeres stoßen, je weiter wir hinauskommen*“, sagte Edwin Turner von der Universität Princeton (FR 20.11.1989). Na so was! Man hatte eine scheibenförmige Milchstraßenanhäufung mit einer Länge von mindestens 500 Millionen Lichtjahren (rund 5000 Milliarden Milliarden Kilometer) gefunden, und die Wissenschaftlerin Margaret Geller gab zu bedenken, „*niemand kenne eine Kraft, die ausreichen würde, um in der seit dem Entstehen des Universums verstrichenen Zeitspanne eine derart gigantische Ansammlung von Materie zustande (...) zu bringen*“ (ebenda). Dennoch wollte man die These eines solchen „Entstehens“ nicht

über den Haufen werfen. Turner: „*Praktisch alle gegenwärtigen Theorien besagen, daß das Universum vor etwa 15 Milliarden Jahren mit einem 'Urknall' seinen Anfang nahm (...)*“, und man könne noch nicht sicher sagen, „*ob die jetzige Erkenntnis der Strohalm ist, der dem Kamel schließlich das Rückgrat bricht.*“ (ebenda)

Einige Wissenschaftler wiederum behaupteten, berechnen zu können, das Weltall sei nur acht Milliarden Jahre alt (FR 5.11.1994). Peinlich nur, daß andere Wissenschaftler anschließend darauf hinwiesen, daß es dann „*im Universum Sterne geben müßte, die älter sind als es selbst.*“ (FR 12.8.1995), nämlich rund 16 Milliarden Jahre. Diese Schätzungen seien „*so sicher, daß eine Korrektur nach unten ausgeschlossen sei.*“ (ebenda) Damit wäre dann auch ein „Anfang“ vor 15 Milliarden Jahren empirisch ad absurdum geführt. Wie wär's mit 20 Milliarden Jahren? Oder darf es noch etwas mehr sein?

Glücklicherweise stehen die Naturwissenschaftler nicht nur unter dem Druck der bürgerlichen Ideologie, sondern auch unter dem Druck der Tatsachen, und so mehren sich neuerdings die Stimmen, die die idealistische Deutung der Urknalltheorie verwerfen. So erklärte Harald Fritzsch, Professor für theoretische Physik an der Universität München und Honorarprofessor am Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik: „*Der Weltraum war und ist unendlich groß - das besagen die heutigen Daten ohnehin -, und es hat sich an einer Stelle der Phasenübergang vollzogen. In dem Augenblick, wo der Phasenübergang einsetzt, bläht sich ein ganz kleiner Teil des Universums zu riesigen Dimensionen auf. Das ist unser Weltraum, wie wir ihn beobachten. Aber das heißt, daß der nur ein Teil eines viel größeren Systems ist, daß es vielleicht unendlich viele Welträume im Universum gibt, manche, in denen der Urknall gerade heute stattfindet oder viel früher*

*einmal stattgefunden hat. (...) Die Urknall-Theorie hat Fragen hervorgebracht: Warum gab es einen Anfang der Zeit, was war vor dem Urknall? Darauf hätten wir jetzt eine Antwort, denn vor dieser Art Urknall gab es wohl Raum und Zeit, aber in einer anderen Form. Der Weltraum wäre unendlich im Raum wie in der Zeit, und was wir hier bei uns sehen, wäre nur eine lokale Fluktuation.*“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 3.4.1992) Fritsch hält zwar an der Theorie fest, daß „der Weltraum, wie wir ihn beobachten“, durch einen „Urknall“ entstanden sei, doch bei ihm beinhaltet der Begriff einer Entstehung des Weltalls oder Weltraums **keine** idealistische und metaphysische Spekulation von einem Anfang des Seins; bei Fritsch erscheint der Urknall - ins Philosophische übersetzt - nur als qualitativer Sprung in den Bewegungsformen der Materie in einem äußerst begrenzten Bereich des Universums.

Wie auch immer der physikalische Wahrheitsgehalt dieser Aussage zu beurteilen sein mag (Fritsch selbst weist ja darauf hin, daß die wohl von Hawking stammende Theorie **vieler** Welträume innerhalb **eines** Universums nur eine Hypothese ist): Vom Standpunkt des dialektischen Materialismus aus kann eine solche Hypothese jedenfalls nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Man hätte es mit getrennten Raum-Zeit-Zusammenhängen zu tun, wobei deren Getrenntheit wiederum relativ wäre. Das wäre durchaus denkbar: Die Materie kann unendlich viele Bewegungsformen annehmen, doch sie selbst und ihre Bewegung sind unerschaffbar und unzerstörbar.

Hawking geht von einem „*Super-Universum (...) als endlose Abfolge von Universen*“ aus, „*die durch 'Wormlöcher' miteinander verbunden sind, das keinen Anfang und kein Ende hat und allein durch die (...) Gesetze der Physik zu erklären*“ ist (vgl. FR 24.1.1989). Innerhalb

dieses Universums würden ständig aus bestehenden Welt-räumen andere entstehen und schließlich wieder vergehen. Wie dem auch immer sei: Nichtmaterielle Ursachen dieser Bewegung sowie ein Anfang und ein Ende dieser Bewegung sind in dieser Hypothese nicht vorgesehen. So erklärte denn Hawking auch in einem Interview, er glaube an keinen persönlichen Gott, und auf die Frage, ob er denn an einen „unpersönlichen Gott“ glaube, fügte er hinzu: „*Wenn Sie wollen, können Sie sagen, Gott sei die Verkörperung der physikalischen Gesetze. Aber das ist nur verwirrend, da die meisten Menschen das Wort Gott mit einem Wesen verbinden, zu dem man eine persönliche Beziehung haben kann. Die Gesetze der Physik aber haben wenig Persönliches an sich.*“ (Spiegel 17.10.88) Das ist lediglich ein kleiner pantheistischer Überrest in der Sprachregelung. Der Sache nach schließt Hawking **jegliche Antriebskraft außerhalb der Gesetze der sich bewegenden Materie aus**, und damit schließt er nicht nur einen persönlichen Gott aus, sondern jegliches außermaterielle Sein.

Wie enorm der Druck der katholischen Kirche auf Naturwissenschaftler auch heute noch sein kann, zeigt allerdings folgender Kommentar der gewiß nicht kirchenfeindlichen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (20.10.93): „*Nach Hawking bestimmen allein physikalische Gesetze, wie das Universum begonnen habe. Man benötige deshalb keinen Gott, der das Uhrwerk aufgezogen und nach seinem Belieben in Gang gesetzt habe. Für diese These ist Hawking seitens der Kirche heftig angegriffen worden. Vielleicht deshalb fügt der Astrophysiker neuerdings hinzu, es bleibe aber die Frage, warum sich das Universum die Mühe mache, zu existieren. Die Verbrennung gibt es zwar nicht mehr, aber auch in heutiger Zeit läßt man Gott tunlichst ein Schlupfloch, wenn man sich mit so kritischen Themen auseinandersetzt.*“

Bereits die Fragestellung, warum sich das Universum überhaupt die Mühe mache, zu existieren, führt zurück zum objektiven Idealismus, denn sie unterstellt, es gebe eine Antwort auf die Frage, warum die Materie überhaupt sei, und damit unterstellt sie einen außermateriellen Grund der Materie. Die Vermutung der FAZ, es sei der Druck der katholischen Kirche, der einen Hawking zu derartigen Rückzügen zwingt, dürfte realistisch sein. Doch es hat der Kirche letztlich nichts genutzt, einen Giordano Bruno zu verbrennen und einen Galilei zum Widerruf zu zwingen. Heute wird sie die Weiterentwicklung des menschlichen Wissens erst recht nicht dauerhaft aufhalten können.

Hawking und Fritzsche sind nicht die einzigen Naturwissenschaftler, die die dem Pfaffentum genehme Deutung der Urknalltheorie in Zweifel ziehen. Kürzlich meldeten sich brasilianische Wissenschaftler mit mathematischen Berechnungen zu Wort, aus denen hervorgehe, daß „*das Weltall flach und unendlich und der berühmte Urknall lediglich ein Moment der Evolution und nicht sein Anfang*“ sei. Sie arbeiten daran, diese Berechnungen durch eine Analyse der Gravitationsschwingungen physikalisch zu untermauern. (FR 8.8.1995) („Flach“ bezeichnet hier wohl eine Krümmung des Raums, so daß der Raum zwar begrenzt, das Weltall aber dennoch unendlich sei, ein Denkmodell, das aufgrund der Relativitätstheorie jedenfalls nicht ausgeschlossen werden kann.)

Wir wollen hier nicht Einzelheiten der Urknalltheorie und ihrer verschiedenen physikalischen Deutungen diskutieren. Unterstellen wir einmal, durch diese Theorie lasse sich tatsächlich die Entstehung ganzer Galaxien oder noch größerer Sternensysteme erklären, möglicherweise sogar aller **uns bekannter** Sternensysteme, deren Masse vor einem solchen „Urknall“ auf kleinstem Raum zusammenge-

drängt gewesen sei, innerhalb dessen dann natürlich andere physikalische Gesetze geherrscht hätten. Dies wäre keinesfalls eine Entstehung des Seins bzw. der Materie (was dasselbe ist); schon deshalb nicht, weil die der Urknalltheorie zugrundeliegenden Daten auf unseren begrenzten Erkenntnissen des uns bekannten begrenzten Teiles des Weltalls beruhen. Und auch die Materie der so entstandenen Sternensysteme wäre dann nicht aus dem Nichts hervorgegangen, sondern aus **anderen Bewegungsformen der Materie, die vorher bestanden**. Auch bei dieser Annahme wäre also durch den Urknall **keineswegs Materie entstanden, sondern bereits vorhandene Materie hätte lediglich ihre Bewegungsformen geändert**.

Eine wissenschaftliche Philosophie kann sich zwar nicht die Aufgabe stellen, Ergebnisse von Einzelwissenschaften vorwegzunehmen oder abschließend zu kommentieren. Sehr wohl aber ist eine wissenschaftliche Philosophie in der Lage, weltanschaulich unhaltbare **Deutungen** bestimmter Erkenntnisse oder bestimmter Hypothesen zurückzuweisen. Nicht etwa deshalb, weil die Marxisten ihre Weltanschauung im metaphysischen Sinn als eine Ansammlung von ewigen Wahrheiten a priori ansehen würden, die den positiven empirischen Erkenntnissen vorgelagert wären. Doch die marxistische Philosophie ist Verallgemeinerung aller Erkenntnisse der Menschheit, und eine grundlegende Erkenntnis ist, daß Materie als solche nicht entstehen oder vergehen kann, sondern nur ihre Bewegungsformen ändert, daß innerhalb der Bewegung der Materie stets nur konkrete Ursachen für konkrete Wirkungen gefunden werden können, niemals aber eine allgemeine Ursache für alles. Das kann und muß als gesichert angesehen werden, da es durch alle menschliche Erfahrung bestätigt wird.

Auch nach der Seite des Mikrokosmos hin sind Marxisten stets der irrigen Annahme von Naturwissenschaftlern

entgegengetreten, sie hätten eine „letzte Ursache“ der Welt, in diesem Falle: den „kleinsten und letzten Baustein der Materie“, entdeckt, haben Marxisten stets die Auffassung vertreten, daß es einen solchen letzten Baustein nicht geben kann. Dabei haben die Marxisten stets recht behalten - beim Molekül, beim Atom, dann beim Elektron, zuletzt beim Quark: Jedes dieser angeblich kleinsten Teilchen erwies sich schließlich als teilbar.

**Die Welt ist sich bewegende Materie. Die Materie und ihre Bewegung sind unerschaffbar und unzerstörbar.** Die einzelnen Wissenschaften haben die Aufgabe, die jeweils konkreten Bewegungsgesetze zu erforschen, und die Philosophie zieht aus den Erkenntnissen der Einzelwissenschaften allgemeine Schlußfolgerungen, die wiederum den Einzelwissenschaften als Richtschnur von Nutzen sein können, und zwar insbesondere bei der Bewertung neuer Fakten und bei der Festlegung der Richtung, in die geforscht werden soll, bei der Aufstellung noch unbewiesener Hypothesen, die als Grundlage weiterer Forschung dienen sollen. Doch eine allgemeine, abstrakte Erkenntnis der Welt, eine Ein-für-alle-Mal-Erkenntnis gibt es nicht und kann es nicht geben. Nicht nur deshalb, weil das Denken die materielle Welt nie vollständig erfassen kann, sondern auch deshalb, weil die materielle Welt selbst unerschöpflich ist, sowohl nach der Seite des Makro- als auch des Mikrokosmos hin.

## **Einschub:**

### **ÜBER DAS VERHÄLTNISS VON PHILOSOPHIE UND EINZEL- WISSENSCHAFTEN**

#### **ÜBER THEORIE**

#### **ÜBER DAS SCHLIESSEN VON BEKANNTEM AUF UNBEKANNTES**

Wir wollen an dieser Stelle das Verhältnis der marxistischen Philosophie zu den einzelnen Wissenschaften etwas näher beleuchten.

Die einzelnen Wissenschaften arbeiten mit **Hypothesen**, die später, im Verlaufe der weiteren Forschung, verifiziert, falsifiziert oder teils verifiziert, teil falsifiziert werden. Engels: „*Die Entwicklungsform der Naturwissenschaft, soweit sie denkt* (soweit sie sich also nicht allein darauf beschränkt, Beobachtungen zu beschreiben, d. Verf.), *ist die **Hypothese**. Eine neue Tatsache wird beobachtet, die die bisherige Erklärungsweise der zu derselben Gruppe gehörenden Tatsachen unmöglich macht. Von diesem Augenblick an werden neue Erklärungsweisen Bedürfnis - zunächst gegründet auf nur beschränkte Anzahl von Tatsachen und Beobachtungen. Ferneres Beobachtungsmaterial epuriert* (bereinigt, d. Verf.) *diese Hypothesen, beseitigt die einen, korrigiert die andren, bis endlich das Gesetz rein hergestellt. Wollte man warten, bis das Material für das Gesetz **rein** sei, so hieße das, die denkende Forschung bis dahin suspendieren, und das Gesetz (gemeint: die Entdeckung, die Formulierung des Gesetzes, d. Verf.) käme schon deswegen nie zustande.“ (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 507, Hervorhebungen von Engels)*

Die empirisch gesicherten Erkenntnisse der einzelnen Wissenschaften beinhalten aber keine Anhaltspunkte, **in welcher Richtung** Hypothesen aufgestellt werden.

Herrscht beim Aufstellen von Hypothesen Beliebigkeit oder noch schlimmer: orientiert man sich am Vorurteil der jeweiligen öffentlichen Meinung bzw. der herrschenden Ideologie, so kann die Entwicklung der Wissenschaften nachhaltig gehemmt werden, indem man sich unnötig lange an falschen Hypothesen orientiert.

Es bedarf einer wissenschaftlichen Philosophie als einer Art „Vorprüfung“, um die Hypothesen vorab auf Brauchbarkeit zu sichten, d.h. vor einer empirischen Verifizierung oder Falsifizierung. Eine solche Philosophie ist keine metaphysische Überwissenschaft, die etwa empirische Untersuchungen auf den verschiedenen Wissensgebieten **ersetzen** würde. Sie beruht vielmehr auf den allgemeinsten Erfahrungen der Menschheit. So geht der dialektische Materialismus z.B. aufgrund der gesamten menschlichen Erfahrung davon aus, daß die Entwicklung universell ist, daß es also einen Anfang des Seins nicht geben kann. Dies genügt beispielsweise, um die heute vorherrschenden Deutungen der Urknall-Theorie auszuschließen. Würden die Naturwissenschaftler auf der Grundlage einer solchen wissenschaftlichen Philosophie arbeiten, so könnten sie sich viele Irrwege ersparen.

Bei keiner Einzelwissenschaft kann man ohne allgemeine Weltanschauung und Methode auskommen, da sich ständig mehr Fragen stellen, als man jeweils durch empirische Forschungen beantworten kann. Man ist folglich stets bis zu einem gewissen Grade gezwungen, von Bekanntem auf Unbekanntes zu schließen. Wollte man das nicht tun, so gäbe es überhaupt keine Theorie, sondern nur Ansammlungen empirischen Wissens, doch ohne Theorien hätte sich auch das heute vorhandene empirische Wissen nicht ansammeln lassen. Engels: *„Aber in der theoretischen Naturwissenschaft, die ihre Naturanschauung möglichst zu einem harmonischen Ganzen verarbeitet und ohne die heutzuta-*

*ge selbst der gedankenloseste Empiriker nicht vom Fleck kommt, haben wir sehr oft mit unvollkommen bekannten Größen zu rechnen und hat die Konsequenz des Gedankens zu allen Zeiten der mangelhaften Kenntnis forthelfen müssen.“* (Dialektik der Natur, MEW 20, S. 325). Und so wird es immer sein: Die empirische Kenntnis wächst zwar an, damit aber häufen sich auch die ungeklärten Fragen.

Das Schließen von Bekanntem auf Unbekanntes wird als Extrapolation bezeichnet. Man kann indessen so oder so extrapolieren, wissenschaftlich oder spekulativ. Georg Klaus zeigt dies anhand des Streites zwischen Marxismus und Katholizismus über die Frage, ob die Welt von Ewigkeit her besteht oder irgendwann erschaffen wurde. Weder die eine noch die andere Antwort auf die Frage läßt sich auf rein empirischem Wege verifizieren; sowohl der Marxismus als auch der Katholizismus sind hier zur Extrapolation gezwungen, und doch besteht zwischen den beiden Arten von Extrapolation ein gewaltiger Unterschied:

*„Auch hier wird (vom Jesuitenpater Wetter, d. Verf.) versucht, die Sache so darzustellen, als stehe hier Glaube gegen Glaube, der katholische Glaube an einen Anfang der Welt gegen den dialektisch-materialistischen Glauben an die Ewigkeit der Welt. Aber diese Alternative ist völlig falsch. Gewiß, der Schluß auf die Existenz einer bewegten Materie in der Zeit vor einigen Milliarden Jahren ist eine Extrapolation. Auch die Katholiken extrapolieren. Aber man muß den Unterschied zwischen den beiden Methoden des Schließens sehr wohl beachten. Das eine Mal wird die Tatsache, daß die gesamte Entwicklung der Materie, die uns heute bekannt ist, nicht nur durch zahlreiche einzelne Umschläge von Quantität in Qualität (zum Gesetz des Umschlags von Quantität in Qualität siehe S. 178ff., d. Verf.), sondern auch durch große prinzipielle Umschläge gekennzeichnet ist, auch auf die noch unbekanntem weit*

*zurückliegenden Zeiten ausgedehnt. Das andere Mal wird behauptet, daß an einem bestimmten Zeitpunkt alle uns bekannten Naturgesetze ihre Gültigkeit verlören und an ihre Stelle das Wunder trete. Der Extrapolationsschluß des dialektischen Materialismus **entspricht** und der theologische Schluß **widerspricht** der Gesamtheit unserer Kenntnisse über die Welt.“*

(Klaus, Georg: Jesuiten, Gott, Materie; Berlin 1958, Hervorhebungen von Klaus)

Die Erfahrung, daß alle konkreten Dinge, alle konkreten Entwicklungen konkrete Ursachen haben, ist so allgemein, daß der Schluß darauf, daß es keinen ersten Anstoß für „alles“ geben kann, ein wissenschaftlich gesicherter Schluß ist und die gegenteilige Annahme nicht nur als unwahrscheinlich, sondern als widerlegt angesehen werden muß. Auf der andern Seite muß man sich vor falschen Verallgemeinerungen hüten: Auch ein sehr reichhaltiges empirisches Material reicht oftmals zu bestimmten Schlüssen nicht aus. So kann es Bewegungsformen der Materie geben, in denen bestimmte uns bekannte physikalische Gesetze nicht gelten, während andere uns nicht bekannte Gesetze gelten. Der dialektische Materialismus kann einen aber gerade insoweit auch vor voreiligen Schlüssen bewahren, denn gerade er lehrt, daß es überaus mannigfaltige Bewegungsformen der Materie gibt, von denen uns nur ein kleiner Teil bekannt ist. Aus eben diesem Grunde haben wir über Hawkings Hypothese vom Aufbau des Universums gesagt, sie sei möglich, obwohl sie vorerst durch keinerlei **empirisches** Material gestützt werden kann. Da sich alle unsere Erfahrungen nur auf einen verschwindend kleinen Ausschnitt des Universums beziehen, müssen wir mit Schlüssen über den Geltungsbereich der uns bekannten physikalischen Gesetze überaus vorsichtig sein. Doch eines können wir wissen: Da, wo der Geltungsbereich dieses

oder jenes der uns bekannten physikalischen Gesetze endet, weil qualitativ andere Bewegungsformen der Materie gegeben sind, da herrschen eben **andere** physikalische, der Materie innewohnende Gesetze, nicht jedoch „das Wunder“.

Übrigens wies bereits Engels darauf hin, daß der „*Urnebel*“, also die Gasnebel, aus denen sich die heutigen Weltkörper formten, nur relativ „Ur“nebel, also ursprünglicher Zustand der Materie war. Er war ursprünglich in dem Sinne, daß er **früher** als der jetzige Zustand war, doch er war gewiß **nicht der erste** Zustand, da es einen ersten Zustand nicht geben kann. Engels setzt als selbstverständlich voraus, „*daß die Materie vor dem Urnebel eine unendliche Reihe anderer Formen durchgemacht*“ hat (Anti-Dühring, MEW 20, S. 53f.; oder AW V, S. 66f.). Es gab unendlich viele frühere Zustandsformen der Materie, die alle ihrerseits den ihnen entsprechenden Bewegungsgesetzen folgten, doch es gab keinen Anfang und keinen bewegungslosen, in sich ruhenden Zustand der Materie.

Da die Naturwissenschaft ohne Extrapolation nicht auskommen kann, ist sie auf Philosophie angewiesen, sei dies den Naturwissenschaftlern nun bewußt oder nicht. Leider stützen sie sich zumeist bewußt oder unbewußt auf bürgerliche Philosophie, da diese eben in der bürgerlichen Gesellschaft vorherrscht, und dieser Umstand führt sie häufig zu falschen Extrapolationen und zur vermeidbaren Verfolgung falscher Hypothesen. Schon Engels mußte bedauernd feststellen, daß die Naturwissenschaftler seiner Zeit sich zumeist an schlechten Philosophien orientierten:

*„Die Naturforscher glauben sich von der Philosophie zu befreien, indem sie sie ignorieren oder über sie schimpfen. Da sie aber ohne Denken nicht vorankommen und zum Denken Denkbestimmungen nötig haben, diese Kategorien aber unbesehn aus dem von den Resten längst vergangner Philosophien beherrschten gemeinen Bewußt-*

*sein der sog. Gebildeten oder aus dem bißchen auf der Universität zwangsmäßig gehörter Philosophie (was nicht nur fragmentarisch, sondern auch ein Wirrwarr der Ansichten von Leuten der verschiedensten und meist schlechtesten Schulen ist) oder aus unkritischer und un-systematischer Lektüre philosophischer Schriften aller Art nehmen, so stehn sie nicht minder in der Knechtschaft der Philosophie, meist aber leider der schlechtesten, und die, die am meisten auf die Philosophie schimpfen, sind Sklaven grade der schlechtesten vulgarisierten Reste der schlechtesten Philosophien.*

*Die Naturforscher mögen sich stellen, wie sie wollen, sie werden von der Philosophie beherrscht. Es fragt sich nur, ob sie von einer schlechten Modephilosophie beherrscht werden wollen oder von einer Form des theoretischen Denkens, die auf der Bekanntschaft mit der Geschichte des Denkens und mit deren Errungenschaften beruht.“*

(Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 480)

## **B) DAS BEWUSSTSEIN ALS HÖCHSTES PRODUKT DER MATERIE**

### **Der Geist ist das höchste Produkt der Materie.**

(vgl. Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 277f.; oder AW VI, S. 279). Materie existiert ohne Bewußtsein, und erst eine bestimmte Organisationsform der organischen Materie bringt Bewußtsein hervor. Bewußtsein ist also die Eigenschaft einer bestimmten Bewegungsform der Materie.

Im Bewußtsein spiegelt sich die materielle Außenwelt wider. Nehmen wir einen Baum wahr, so entspricht unserer subjektiven Vorstellung des Baumes ein objektiv, außerhalb unseres Bewußtseins und unabhängig von ihm existierender Baum. Unsere subjektive Vorstellung des Baumes ist ein

Abbild, eine Widerspiegelung des objektiv existierenden Baumes.

Die marxistische Erkenntnistheorie unterscheidet scharf zwischen dem Abbild und den abgebildeten objektiven Dingen. Die abgebildeten Dinge sind das Primäre, das Objektive; die Abbilder sind das Sekundäre, das Subjektive. Lenin: „*Die Materie ist das Primäre; Denken, Bewußtsein, Empfindung sind das Produkt einer sehr hohen Entwicklung. Dies besagt die materialistische Erkenntnistheorie (...).*“ (Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, LW 14, S. 67)

Allerdings beschränkt sich die marxistische Philosophie nicht darauf, die Grundfrage der Philosophie nur **innerhalb** der Erkenntnistheorie zu stellen. Wenn die marxistische Erkenntnistheorie den Gegenstand und das ideelle Abbild des Gegenstandes, z.B. den Begriff, einander absolut gegenüberstellt, so ist diese Gegenüberstellung zwar notwendig, denn andernfalls würde man die Idee mit der Wirklichkeit gleichsetzen und zum subjektiven Idealismus hinabsinken. (Siehe z.B. den englischen subjektiven Idealisten Schiller, der erklärte, ein König, der 12 Stunden pro Tag träume, er sei Bettler, sei in der gleichen Lage wie ein Bettler, der 12 Stunden lang träume, er sei König.) Dennoch sind sich die Marxisten darüber im klaren, daß das Ideelle, welches die Erkenntnistheorie der materiellen Welt **gegenüberstellt**, nur eine Abstraktion ist. Unser Denken nimmt diese Abstraktion vor, indem es bestimmte Produkte der Erkenntnistätigkeit (z.B. Begriffe) von dem materiellen Prozeß, wie sie zustandekommen und wie sie wirken, **löst**. Diese Abstraktion ist wie gesagt notwendig, doch man muß wissen, daß es sich um eine Abstraktion handelt. Andernfalls gleitet man entweder in den objektiven Idealismus ab, der Ideen ein Eigenleben verleiht (man hätte einen Bereich **außerhalb** der materiellen Welt!), oder in einen primitiven objektivistischen Materialismus, der die materielle

Wirkung von Ideen bestreitet und Ideen als passive Reflexe, gewissermaßen als wirkungslose Schatten („Epi-Phänomene“) der physischen Welt betrachtet.

In der Wirklichkeit kommen Ideen für sich allein (also von der materiellen Welt losgelöste Ideen) nicht vor. Ideen kommen ausschließlich auf materiellem Wege zustande: Das Widergespiegelte (die natürliche und gesellschaftliche Außenwelt des Menschen) ist ebenso materiell wie der physiologische Apparat der Widerspiegelung (Sinnesorgane, zentrales Nervensystem, Gehirn). Ideen für sich allein (nämlich losgelöst von der materiellen menschlichen Tätigkeit) wirken nicht, sind folglich nicht wirklich, existieren nicht. Sie wirken nur (haben nur eine Wirklichkeit) vermittelt der materiellen, sinnlichen Tätigkeit des Menschen.

**Der Geist ist also kein Bereich außerhalb des Materiellen.** Er ist in gewisser Hinsicht selbst materiell, nämlich dann, wenn man die Sache **außerhalb** der Grenzen der Erkenntnistheorie betrachtet. Der Geist ist zum einen insoweit materiell, als er ausschließlich Produkt der Materie ist, zum andern insoweit, als die bewußte Tätigkeit der Subjekte materiell wirkt, d.h. die objektive Außenwelt verändert.

Grenzt man die sinnliche Tätigkeit des menschlichen Subjekts, die nicht ohne irgendein Bewußtsein, ohne irgendwelche Ideen erfolgen kann, aus der materiellen Welt aus - wie der vormarxsche, objektivistische Materialismus es getan hat -, so läuft dies darauf hinaus, daß der Mensch sich auf bloßes Betrachten, Anschauen der Welt zu beschränken habe. Ein solcher Materialismus ist letztlich menschenfeindlich; er leugnet die Tätigkeit des Subjekts, das die Welt nach seinen Zwecken umgestaltet. Erst der marxistische Materialismus bezieht die **Tätigkeit des Subjekts**, die nur in untrennbarer Einheit mit dem Bewußtsein dieses Subjekts erfolgen kann, in das Materielle ein.

## Einschub

### WER HAT ANGST VOR DER TÄTIGKEIT BEWUSSTER SUBJEKTE? ZUM OBJEKTIVISMUS DER SED-IDEOLOGEN

In einen solchen objektivistischen Materialismus sind die Ideologen der herrschenden Revisionisten in den entarteten, ehemals sozialistischen Ländern (Sowjetunion, DDR usw.) zurückgefallen. Sie **verabsolutierten** die erkenntnistheoretische Fragestellung und lehnten jegliches philosophische Betrachten des Bewußtseins als einer materiellen Kraft ab. So hieß es 1970 in einem Beitrag von Hörz im Sonderheft der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* zum 100. Geburtstag Lenins (S. 211): „*Der naturwissenschaftliche Begriff des Bewußtseins umfaßt die materiellen Grundlagen des Bewußtseins in seiner Einheit mit den ideellen Bedeutungen, die diese materiellen Prozesse besitzen. Insofern* (soll heißen: im Unterschied dazu, d. Verf.) *ist der philosophische Begriff des Bewußtseins eingeeengt, weil er sowohl von den materiellen Grundlagen als auch vom Denkprozeß abstrahiert und nur die ideellen Ergebnisse dieses Prozesses umfaßt.*“ Das ist kompliziert formuliert, doch diese Festlegung hat weitreichende Konsequenzen. Hier wird gesagt:

Es gibt einen naturwissenschaftlichen und einen philosophischen Begriff des Bewußtseins, die sich voneinander unterscheiden. Der naturwissenschaftliche Begriff des Bewußtseins beinhaltet unter anderem, daß das Bewußtsein auf materiellem Wege zustandekommt, der philosophische Begriff nicht. Letzterer betrachtet ausschließlich die Ergebnisse des Denkprozesses, indem er von dessen materiellen Grundlagen und vom Denkprozeß selbst abstrahiert, und beschränkt sich darauf, die so erhaltenen Abstraktionen der objektiven Welt erkenntnistheoretisch gegenüberzustellen.

Diese Beschränkung des philosophischen Bewußtseins-Begriffs war nicht nur eine Konstruktion von Hörz, sondern das war die in den revisionistischen Ländern herrschende Doktrin. Die Ideologen der neuen herrschenden Klasse entwickelten also einen philosophischen Begriff des Bewußtseins, der die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse über das Bewußtsein **ausdrücklich nicht** in sich aufnahm und verallgemeinerte, sondern sich in Gegensatz zu diesen Erkenntnissen setzte. Schon Lenin aber (LW 14, S. 142f. und 244) hatte auf die **Begrenztheit der rein erkenntnistheoretischen** Gegenüberstellung von Materie und Bewußtsein hingewiesen.

Georg Klaus hatte in seinem Buch *Jesuiten, Gott, Materie*, Berlin 1958, allerdings versucht, sich an den betreffenden Hinweisen von Lenin zu orientieren. Klaus arbeitete dort - wenn auch nicht immer mit richtigen Begründungen - die Notwendigkeit heraus, den Gegensatz von Materie und Bewußtsein nicht nur erkenntnistheoretisch, sondern auch außerhalb der Grenzen der Erkenntnistheorie philosophisch zu betrachten und das Bewußtsein folglich **auch** als materiell zu begreifen. Derartige Auffassungen wurden allerdings ad acta gelegt, nachdem 1962 das sowjetische Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ (S. 39) verkündet hatte, daß **jegliche** Betrachtung des Bewußtseins als materiell ein schwerer Fehler sei.

Die Reduzierung der philosophischen Grundfrage auf Erkenntnistheorie, die Ablehnung der philosophischen Verallgemeinerung des materiellen Entstehens sowie der materiellen Wirkungen des Bewußtseins entsprach dem Klasseninteresse der in den revisionistischen Ländern herrschenden neuen Ausbeuterklasse. Da die Arbeiterklasse, in deren Interesse die Herrschaft angeblich ausgeübt wurde, die bestehenden Verhältnisse immer schärfer ablehnte, mußte deren Bewußtsein für „immateriell“ erklärt werden.

Die Revisionisten wollten keine Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse, die auf die Beseitigung der Klassenunterschiede und damit auf den Kommunismus zielte. Dem entsprach eine philosophische Revision des Marxismus, die das Bewußtsein bloß erkenntnistheoretisch betrachtete und es ablehnte, das materielle Entstehen und insbesondere das materielle Wirken des Bewußtseins (nämlich über die **Tätigkeit** des Subjekts) zum Gegenstand philosophischer Betrachtung zu machen. Da man die Existenz der materiellen Grundlagen des Bewußtseins schlecht ableugnen konnte, schuf man die eklektische Konstruktion eines naturwissenschaftlichen Bewußtseins-Begriffs **neben** dem philosophischen (vgl. das obige Zitat von Hörz). Mit diesem Kunstgriff erkannte man diese materiellen Grundlagen formal an, schloß aber zugleich unerwünschte Konsequenzen für die Philosophie aus: Dieser Kunstgriff ermöglichte es wie gesagt, das Bewußtsein derer, die die Verhältnisse ablehnten, für „nicht materiell“ und damit letztlich für unwichtig zu erklären. Doch dieses Bewußtsein war insoweit höchst materiell, als es mit einem realen gesellschaftlichen Verhalten einherging, welches die bestehenden Verhältnisse im Ergebnis immer weiter untergrub: die Hauptproduktivkraft, die Arbeiterklasse, wurde durch die bestehenden Klassenverhältnisse an ihrer Entfaltung gehindert.

Ein lehrreiches Beispiel für den Fehler des Objektivismus liefert die vom Dietz Verlag 1959 in deutscher Übersetzung herausgegebene Broschüre des sowjetischen Autors Oisermann „Die Philosophie Hegels“. Dort wird Hegel direkt **vorgeworfen**, daß er von der Identität von Sein und Denken ausgeht (S.54). Oisermann geht es hier nicht nur um die notwendige Kritik an Hegels **idealistischer** Auffassung dieser Konzeption, sondern er will die **Identität durch bloße Widerspiegelung ersetzen**, will das Verhältnis von Materie und Bewußtsein **ausschließlich**

**erkenntnistheoretisch betrachten.** Ausdrücklich erklärt er, man müsse „*an die Stelle des idealistischen Prinzips der Identität von Sein und Denken das materialistische Prinzip der Widerspiegelung der objektiven, außerhalb und unabhängig vom Bewußtsein des Menschen existierenden Realität im Bewußtsein*“ setzen (S. 55). Das Prinzip der Identität von Sein und Denken soll also an sich idealistisch sein. Oisermann, der den dialektischen Begriff der Identität mit Sicherheit kannte, „übersah“ hierbei völlig, daß dieser Begriff den Unterschied einschließt; er tat so, als würde dieser Begriff den Gegensatz von Materie und Bewußtsein verwischen. In Wirklichkeit aber wollte er die Vorstellung einer Identität von Materie und Bewußtsein deshalb aus der Welt schaffen, um die aktive Rolle des Bewußtseins als einer unabdingbaren Voraussetzung für die schöpferische, die Verhältnisse umgestaltende Rolle des Subjekts philosophisch auszulöschen.

Ganz im Gegensatz dazu hob Lenin beim Studium von Hegels Logik hervor: „*Das Bewußtsein des Menschen widerspiegelt nicht nur die objektive Welt, sondern schafft sie auch.*“ (LW 38, S. 203) Lenin setzt bei dieser Formulierung als selbstverständlich voraus, daß das Bewußtsein nicht als solches, nicht allein „die objektive Welt schafft“ (d.h. sie verändert, sie in einen Zustand versetzt, in dem sie ohne bewußtes Tun des Menschen nicht wäre), sondern die Tätigkeit, aber eben die bewußte, die vom Bewußtsein geleitete Tätigkeit des Menschen. Und im folgenden stellt er die **erkenntnistheoretische** Betrachtung des Bewußtseins und die Betrachtung **außerhalb der Erkenntnistheorie einander gegenüber:** „*In der theoretischen Idee* (d.h., wenn man das Bewußtsein von dem materiellen Prozeß, durch den es zustandekommt und durch den es wirkt, analytisch trennt, wenn man von diesem Prozeß **abstrahiert**, wenn man die Frage also rein **erkenntnistheoretisch** be-

trachtet, d. Verf.)(*auf dem Gebiet der Theorie*) steht der subjektive Begriff (...) der objektiven Welt entgegen, aus der er sich den bestimmten Inhalt (...) nimmt. In der praktischen Idee (*auf dem Gebiet der Praxis*) steht dieser Begriff als Wirkliches (Wirkendes?) dem Wirklichen gegenüber.“ (ebenda) Das Bewußtsein in seiner Einheit mit der Praxis des Subjekts wird also selbst wirklich, wirkt materiell (denn andere als materielle Wirkungen gibt es nicht), während das Bewußtsein ausschließlich als ideell zu begreifen ist, wenn man es innerhalb der Grenzen der Erkenntnistheorie behandelt, wenn man sich also auf die Analyse der Widerspiegelung methodisch **beschränkt**. - Gewiß, es handelt sich an dieser Stelle von Lenins Konsept um eine Interpretation Hegels, doch eben um den (unserer Meinung nach höchst gelungenen) Versuch, Hegel bezüglich dieser Fragen materialistisch zu interpretieren bzw. umzustülpen. Es geht Lenin hier um das Kriterium der Praxis und die Rolle, die das Bewußtsein dabei spielt, und er sagt weiter, „*daß die Welt den Menschen nicht befriedigt und der Mensch beschließt, sie durch sein Handeln zu verändern.*“ (ebenda, S. 204) Das ist ersichtlich etwas völlig anderes als Oisermanns Forderung, man möge den Begriff der Identität von Denken und Sein durch den (zwar außerordentlich wichtigen, aber das Ganze in der Dialektik von Denken und menschlichem Sein eben noch **nicht** erfassenden) erkenntnistheoretischen Begriff der Widerspiegelung **ersetzen!**

Mit Vorliebe zitieren Objektivisten freilich Lenin-Zitate wie das folgende: „*Das gesellschaftliche Sein und das gesellschaftliche Bewußtsein sind nicht identisch, ebensowenig, wie Sein überhaupt und Bewußtsein überhaupt identisch sind.*“ (Lenin, Materialismus und Empiriekritizismus, LW 14, S. 326) Dabei vertuschen sie, daß Lenin hier **nur** den platten, tautologischen Identitätsbegriff

der subjektiven Idealisten angriff, mit denen diese jede Fieberphantasie und jeden Gespensterglauben umstandslos mit der objektiven Realität **gleichsetzten**.

Der dialektisch-materialistische Begriff der Identität von Bewußtsein und Sein ist erforderlich, um die tätige Rolle des Menschen zu erfassen, der die Welt nach seinen Bedürfnissen umgestaltet. Doch die ab Mitte der 50er Jahre herrschenden Revisionisten fürchteten eine aktive politische und gesellschaftliche Tätigkeit der arbeitenden Menschen; sie wollten die schlechten Verhältnisse und ihre eigene privilegierte klassenmäßige Stellung innerhalb dieser Verhältnisse um jeden Preis erhalten und daher nur solche gesellschaftlichen Tätigkeiten zulassen, die von ihnen kontrolliert wurden. Sie wollten keinen Abbau der Klassenunterschiede, keine Entwicklung zum Kommunismus.

So wie in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* 1970 dekretiert wurde, der **naturwissenschaftliche** Begriff des Bewußtseins dürfe die Philosophie nichts angehen, so erklärte Erpenbeck, John, in „Das Ganze denken. Zur Dialektik menschlicher Bewußtseinsstrukturen und -prozesse“, Akademie-Verlag Berlin 1986, der **psychologische** Begriff des Bewußtseins dürfe die Philosophie nichts angehen. (Bei Hörz also ein naturwissenschaftlicher Bewußtseinsbegriff **neben** dem philosophischen, bei Erpenbeck ein psychologischer **neben** dem philosophischen. Also möglichst viele Bewußtseinsbegriffe mit möglichst wenig Philosophie, und die Philosophie wiederum soll sich um die Ergebnisse der Einzelwissenschaften möglichst wenig scheren.) Zur Begründung, daß die Philosophie sich da raushalten müsse, führte Erpenbeck u.a. an, daß „*hier psychische Widerspiegelungsprozesse und ihre Resultate in einem Begriff zusammengezogen*“ werden. (S. 37) Nicht nur in einem Begriff, sondern vor allem in der Wirklichkeit sind sie eine untrennbare Einheit, und deshalb darf eine

wissenschaftliche Philosophie sich nicht auf die Untersuchung der ideellen Resultate der Widerspiegelung **beschränken**. Erpenbeck zog den gegenteiligen Schluß: Die Einheit des Bewußtseins und des materiellen Prozesses, der das Bewußtsein hervorbringt, habe die Philosophie nichts anzugehen, und da es diese Einheit nun einmal gibt, solle sich halt die Psychologie damit befassen. Trotz des Buchtitels hält Erpenbeck offenbar nichts davon, „das Ganze“ zu denken.

Erpenbeck demonstriert sodann anschaulich, was geschieht, wenn man die Psychologie ohne wissenschaftliche philosophische Orientierung läßt, indem er allerlei unge-reimtes Zeug über „das Unbewußte“ und seine „*phylogenetische Entstehung aus dem Bewußten*“ stam-melt. Ist diese „Flucht ins Unbewußte“ Ausdruck der Tatsa-che, daß diesen Herrschaften der Gedanke an die Tätigkeit bewußter Subjekte unheimlich war?

Als Kuriosum am Rande sei erwähnt: Karl Eduard von Schnit-zer (Schwarzer Kanal), einer der Propagandisten des SED-Regimes, der den Werktätigen der DDR am meisten verhaßt war, erklärt heute zum Zeichen seiner Läuterung, man müsse auf Gramsci zurückgrei-fen. Damit will er wohl betonen, man müsse „aus der Vergangenheit lernen und dem Subjektiven mehr Raum lassen“. Er zeigt damit aber nur: Wer so tief im Sumpf steckt, kommt nicht wieder heraus. Die politischen Verdienste des italienischen Kommunisten Gramsci sind unbestritten, aber in seinen philosophischen Arbeiten glitt er - gerade beim Versuch des Herausarbeitens der Rolle des tätigen Subjekts - in offenkundigen Idealismus ab. So schrieb er: „*Für die Philosophie der Praxis kann das Sein nicht vom Denken, der Mensch nicht von der Natur, die Tätigkeit nicht von der Materie, das Subjekt nicht vom Objekt losgelöst werden.*“ (Gramsci, Philosophie der Praxis, Fischer-Verlag 1967, S. 176, zitiert nach Aufsätze zur Diskussion, Sondernummer September 1979, S. 6, Hervorhebung v. Verfasser. „Philosophie der Praxis“ wählte Gramsci in seinen Gefängnis-schriften als Umschreibung für marxistische Philosophie). Das Denken kann niemals vom Sein losgelöst werden, sehr wohl aber kann das materielle Sein ohne das Denken existieren. Die These,

das Sein könne nicht vom Denken losgelöst werden, ist vulgärster Idealismus. Es handelt sich hier auch nicht etwa um einen zufällig falschen Zungenschlag bei Gramsci, wie man allein aufgrund des soeben zitierten Satzes noch annehmen könnte, sondern um einen durchgängigen Hang zum Idealismus.

Auch der Subjektivist und Anti-Dialektiker Kofler soll heute bei manchen, die gestern noch einen von Dialektik wenig getriebenen strammen Objektivismus pflegten, heute hoch im Kurs stehen...

Wir wollen den Objektivismus, den die Revisionisten an der Macht zur Beschönigung der Verhältnisse entwickelten, an dieser Stelle nicht weiter untersuchen. Wir werden das bei der Darlegung des historischen Materialismus in Kapitel VII tun.

Allerdings muß die Grundfrage der Philosophie auch **außerhalb der Grenzen der Erkenntnistheorie** so beantwortet werden, daß die Materie primär, der Geist sekundär ist, nur ist die Gegenüberstellung **hier relativ**. Doch in diesem Relativen liegt schon deshalb Absolutes, weil Materie ohne Bewußtsein existieren kann, was umgekehrt nicht der Fall ist. Auch in den Bereichen, in denen der Mensch die Außenwelt durch seine bewußte Tätigkeit nach seinen Zwecken verändern kann, ist er hierbei keineswegs schrankenlos frei; vielmehr sind Inhalt und Schranken seiner Freiheit durch die materiellen Gesetze bestimmt. Die Freiheit des Subjekts ist kein Bereich außerhalb der Notwendigkeit, außerhalb der Determiniertheit der Welt durch objektive Gesetze und materielle Ursachen.

Engels: *„Hegel war der erste, der das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit richtig darstellte. Für ihn ist die Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit. 'Blind ist die Notwendigkeit nur, insofern dieselbe nicht begriffen wird.' (ein von Engels angeführtes Hegelzitat, d. Verf.) Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis die-*

*ser Gesetze, und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen. Es gilt dies mit Beziehung sowohl auf die Gesetze der äußern Natur, wie auf diejenigen, welche das körperliche und geistige Dasein des Menschen selbst regeln (...). Je **freier** also das Urteil eines Menschen in Beziehung auf einen bestimmten Fragepunkt ist, mit desto größerer **Notwendigkeit** wird der Inhalt dieses Urteils bestimmt sein; während die auf Unkenntnis beruhende Unsicherheit, die zwischen vielen verschiedenen und widersprechenden Entscheidungsmöglichkeiten scheinbar willkürlich wählt, eben dadurch ihre Unfreiheit beweist, ihr Beherrschtsein von dem Gegenstande, den sie grade beherrschen sollte.“*

(Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 106; oder AW V, S. 127; Hervorhebungen von Engels)

Der Mensch kann objektiv wirkende Gesetze nicht aufheben, doch er kann sie beherrschen und für seine Zwecke wirken lassen oder auch ihren Geltungsbereich verlassen. Baut der Mensch Flugzeuge, so hebt er das Gravitationsgesetz nicht auf, doch er beherrscht es. Begibt er sich in den Weltraum, in den Zustand der Schwerelosigkeit, so hebt er das Gravitationsgesetz ebenfalls nicht auf, doch er verläßt dessen Wirkungsbereich, da schwere Masse, die auf ihn wirken könnte, so weit entfernt ist, daß ihre Wirkung praktisch gleich Null ist. Entsprechendes gilt im Bereich der menschlichen Gesellschaft. Der Mensch kann im Kapitalismus die Bewegungsgesetze der Ökonomik nicht beherrschen, sie wirken zerstörerisch, über Krisen und Katastrophen. Im Sozialismus und Kommunismus kann er sie immer besser beherrschen. Mit der Zerschlagung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verläßt der Mensch den Wirkungsbereich ihrer ökonomischen Gesetze, und dann wirken andere ökonomische Gesetze. Die Menschen, die diesen Übergang bewirken, können dies jedoch nicht allein

kraft ihres Willens tun, sondern nur unter Nutzung eines anderen objektiven Gesetzes, nämlich des Gesetzes der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte, des ökonomischen Entwicklungsgesetzes der Gesellschaft. Ein hoher Entwicklungsgrad der Produktivkräfte ist der materielle Faktor, der es der Menschheit erst ermöglicht, zum Kommunismus überzugehen.

Wir werden die Frage des Verhältnisses von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein in Kapitel VII näher betrachten.

### **C) MARXISTISCHE KRITIK DES OBJEKTIVEN IDEALISMUS**

Der objektive Idealismus geht von einem grundlegenden geistigen Prinzip aus, welches die Welt lenkt. In vulgärer Form ist dies Gott. In verfeinerter Form behauptet der objektive Idealismus, der Bewegung der Welt wohne ein geistiges Prinzip oder eine Zweckrichtung inne, die dann allerdings aller persönlichen Merkmale (die zum Begriff eines Gottes, der eine Person sei, dazugehören) entkleidet wird (z.B. der Hegelsche Weltgeist). Eine solche Vorstellung ist nichts anderes als „*Überrest des Glaubens an einen außerweltlichen Schöpfer*“ (Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 277).

Die Widerlegung der Gottesidee liegt ganz einfach darin, daß die Welt aus sich selbst heraus erklärt werden kann. Freilich ist diese Erklärung nie vollständig und kann nie vollständig sein, da das menschliche Denken sich der objektiven Welt stets nur annähern kann. Andererseits zeigt die Erfahrung, daß diese Annäherung ein stetiger und fortlaufender Prozeß ist, der nie abbrechen wird, solange es Menschen gibt. Nie wird „alles“ erkannt sein, aber alles ist prinzipiell erkennbar, alles ist aufgrund der Gesetze der

materiellen Welt erklärbar. Und auch die Gottesidee selbst ist aus den Gesetzen der materiellen Welt heraus erklärbar. Sie spiegelt stets eine bestimmte Stellung des Menschen zur Natur und/oder zur Gesellschaft wider. In der Urgesellschaft z.B. drückten religiöse Auffassungen die Unkenntnis des Menschen von der Natur sowie seine relative Ohnmacht gegenüber der Natur aus (vgl. Kapitel I, S. 21 f.). In den Klassengesellschaften beruhen religiöse Auffassungen ebenfalls auf Unwissen, drücken aber zugleich klassenmäßige Interessen aus, die in der gesellschaftlichen Stellung der jeweiligen Subjekte begründet sind; die Kapitel III und IV liefern hierfür reichhaltiges Anschauungsmaterial. Da es stets Bereiche des Nichtwissens geben wird, wird es folglich so lange materielle Wurzeln für die Religion und überhaupt für den Idealismus geben, so lange ein klassenmäßiges Interesse daran besteht.

Durch die rationelle Erklärung der Religion aus der materiellen Welt selbst heraus (und namentlich aus den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen) steht der marxistische Materialismus turmhoch über aller vorherigen Religionskritik: *„Die seit den Freigeistern des Mittelalters bis auf die Aufklärer des 18. Jahrhunderts, diese eingeschlossen, herrschende Ansicht, daß alle Religionen, und somit auch das Christentum, das Werk von Betrügern seien, war nicht mehr genügend, seitdem Hegel der Philosophie die Aufgabe gestellt hatte, eine rationelle Entwicklung in der Weltgeschichte nachzuweisen.“* (Engels, Bruno Bauer und das Urchristentum, MEW 19, S. 297)

Was nun den Hegelschen Weltgeist angeht, so hat dieser seine erkenntnistheoretischen Wurzeln darin, daß der von den Menschen im Laufe ihrer gesellschaftlichen Praxis herausentwickelte Begriff wesentliche Merkmale der Dinge herausarbeitet und hierdurch die Illusion entsteht, diese wesentlichen Merkmale würden erst durch den Begriff,

also durch geistige Tätigkeit, erschaffen. Da ein objektiver, wissenschaftlicher Begriff nicht vom subjektiven Denken einzelner Individuen abhängig ist (wenngleich er nicht ohne die Anstrengungen vieler einzelner Subjekte zustandekommen kann), entsteht so die Illusion eines geistigen Weltprinzips, welches von den Menschen unabhängig sei. Der Marxismus hält dem die Tatsache entgegen, daß die wesentlichen Merkmale den Dingen innewohnen, bevor sie von den Menschen begriffen werden können, daß also nicht der Geist das Wesen der Dinge erschafft. Und was Hegel schlagend widerlegt, das widerlegt erst recht alle anderen objektiv-idealistischen Anschauungen von einem geistigen Weltprinzip. Das Hegelsche System war das am besten ausgearbeitete, das grandioseste, genialste der herkömmlichen Philosophie. Mit Hegel scheiterte die spekulative Art des Philosophierens überhaupt. Engels: *„Mit Hegel schließt die Philosophie überhaupt ab; einerseits weil er ihre ganze Entwicklung in seinem System in der großartigsten Weise zusammenfaßt, andererseits weil er uns, wenn auch unbewußt, den Weg zeigt aus diesem Labyrinth der Systeme zur wirklichen positiven Erkenntnis der Welt.“* (Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 270; oder AW VI, S. 271). Die Philosophie wird im dreifachen Sinne aufgehoben, nämlich überwunden, bewahrt und auf eine höhere Stufe gehoben. Die marxistische Philosophie ist etwas qualitativ anderes. Für sie geht es nicht mehr darum, Zusammenhänge im Kopf auszudenken, sondern die wirklichen, der materiellen Welt innewohnenden Zusammenhänge und Gesetze aufzuspüren. Dies tun zunächst die Einzelwissenschaften, während es Aufgabe der Philosophie ist, die allgemeinsten Entwicklungsgesetze der Welt zu erforschen.

Freilich fehlte es in der Vergangenheit nicht an Versuchen, objektiv-idealistische Auffassungen in den Marxis-

mus hineinzuschmuggeln. Insbesondere wurde immer wieder versucht, eine „teleologische“ Tendenz der Materie zu konstruieren. Das Wort „teleologisch“ kommt vom griechischen telos = Zweck, Ziel. Die Geschichte verfolge also einen bestimmten Zweck, unabhängig von den handelnden Menschen. Nun ist zwar richtig, daß es objektive Entwicklungsgesetze der Gesellschaft gibt, die zum Kommunismus hinführen, doch es bedarf bewußt handelnder Subjekte, damit die Möglichkeit dieser Entwicklung zur Wirklichkeit wird, und Zwecke können nur diesen menschlichen Subjekten eigen sein. Objektive Verhältnisse als solche sind kein Subjekt, und auch „die Geschichte“ ist kein Subjekt. Engels: *“Die Geschichte tut nichts, sie besitzt keinen ungeheuren Reichtum’, sie kämpft keine Kämpfe!* (Jeweils gegen die Junghegelianer, die eben dies von „der Geschichte“ behaupteten, d. Verf.) *Es ist vielmehr der Mensch, der wirkliche, lebendige Mensch, der das alles tut, besitzt und kämpft; es ist nicht etwa die ‘Geschichte’, die den Menschen zum Mittel braucht, um ihre - als ob sie eine aparte (besondere, d. Verf.) Person wäre - Zwecke durchzuarbeiten (...).“* (Engels, Heilige Familie, MEW 2, S. 98, Hervorhebungen von Engels)

Die Teleologie entstand, wie wir gesehen haben, als Bestandteil von Platons objektivem Idealismus, denn bei Plato sind die Ideen nicht nur die Ursachen der Dinge, sondern auch die Zwecke, nach denen alle Dinge streben. Seitdem führte so gut wie jeder objektive Idealismus die Teleologie im Gepäck und wies den Menschen damit außermenschliche Zwecke zu. Teleologisch war auch der Versuch der von der Theologie beherrschten Naturwissenschaften, Fragen, die sie noch nicht klären konnten, auf den „göttlichen ersten Anstoß“ zu schieben. Engels verspottete die teleologische Betrachtung der Natur: *„Der höchste allgemeine Gedanke, zu dem diese (vom Idealismus beherrschte, d. Verf.) Natur-*

*wissenschaft sich aufschwang, war der der Zweckmäßigkeit der Natureinrichtungen, die flache Wolffsche (Caspar Wolff, 1733-1794, Naturforscher, d. Verf.) Teleologie, wonach die Katzen geschaffen wurden, um die Mäuse zu fressen, die Mäuse, um von den Katzen gefressen zu werden, und die ganze Natur, um die Weisheit des Schöpfers darzutun. Es gereicht der damaligen Philosophie zur höchsten Ehre, daß sie sich durch den beschränkten Stand der gleichzeitigen Naturkenntnisse nicht beirren ließ, daß sie - von Spinoza (Baruch Spinoza, 1632-1677, holländischer materialistischer Philosoph, d. Verf.) bis zu den großen französischen Materialisten - darauf beharrte, die Welt aus sich selbst zu erklären, und der Naturwissenschaft der Zukunft die Rechtfertigung im Detail überließ.“ (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 315)*

Um so weniger ehrenhaft sind beim heutigen Stand der Naturwissenschaften Versuche der teleologischen Konstruktion der Welt, und zwar insbesondere dann, wenn sie von Philosophen vorgenommen werden, die behaupten, sie seien Marxisten. So konstruierte Bloch ein mystisches „Subjekt der Naturvorgänge“. Damit öffnete der angeblich marxistische Philosoph durch das Pflegen objektiv-idealistischer Anschauungen eine Flanke für die damalige ideologische Hauptwaffe des westdeutschen Monopolkapitals, den Katholizismus. Nachdem Bloch in die Bundesrepublik übergewechselt war, zeigte sich dieser klassenmäßige Hintergrund seiner Teleologie ganz offenkundig, indem er versuchte, den Marxismus mit dem Christentum „zu vereinen“. Ein derartiger Versuch ist die vulgärste und plumpeste Verfälschung des Marxismus, die man sich nur denken kann. Nicht umsonst hatte Marx erklärt: „(...) *die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik.*“ (Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, MEW 1, S. 378; oder AW I, S. 9) Nachdem wir oben sowie in den

Kapiteln II, II und IV im einzelnen gesehen haben, wie mühsam sich die Philosophie und die Wissenschaften überhaupt von der Beherrschung durch die Theologie befreien mußten, versteht sich dies von selbst.

Die Rückkehr Blochs zur Religion war kein Zufall, denn in letzter Konsequenz muß jegliche Teleologie und überhaupt jeglicher objektive Idealismus in der Religion münden. Hegel war ideengeschichtlich ein ungeheuer bedeutendes Glied auf dem Wege zu einer wissenschaftlichen Weltanschauung, und noch heute läßt sich ungeheuer viel von Hegels Dialektik lernen. Doch jeglicher Versuch, Elemente des Hegelschen Idealismus wiederzubeleben, ist ein Schritt zurück, ist ein Schritt zur geistigen Kapitulation vor dem Monopolkapital und den rückschrittlichen Zuständen. **Jegliche** Teleologie weist dem Menschen die „Aufgabe“ zu, sich einer angeblich von ihm unabhängigen **Zweckrichtung** zu unterwerfen und macht ihn unfähig, seine eigenen Zwecke zu verwirklichen, die einzigen Zwecke, die überhaupt möglich sind, denn bewußt verfolgte Zwecke können nur Zwecke eines bewußten Subjekts, eben des Menschen, sein. Jeglicher objektive Idealismus hindert den Menschen gerade an der Erkenntnis, daß er, daß sein menschliches Leben **Selbstzweck** ist, daß es **keinen anderen Zweck gibt noch geben kann**. „(...) *als ob der Mensch noch eine andere Bedeutung habe, als die, daß er Mensch ist!*“ (Engels, Heilige Familie, MEW 2, S. 98) Die Marxisten kämpfen gerade deshalb für den Kommunismus, weil er „*die menschliche Kraftentwicklung*“ ermöglicht, „*die sich als Selbstzweck gilt*“ (Marx, Kapital III, MEW 25, S. 828).

Da wir gerade davon sprachen, daß man auch heute von Hegels Dialektik ungeheuer viel lernen kann, sei an dieser Stelle auf Lenins Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik hingewiesen, enthalten in Band 38 der Lenin-Werke. Da die in Band 38 enthaltenen philosophischen

Hefte Lenins nicht zu Publikationszwecken bearbeitet wurden (sie wurden zu Lenins Lebzeiten nicht veröffentlicht), sind sie zwar mitunter äußerst mühsam zu lesen. Sie bieten aber dem philosophisch interessierten Leser, der bereit ist, sich in sie hineinzudenken, außerordentlich tiefe und nutzbringende Gedankengänge. Von besonderer Bedeutung ist Lenins Konspekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik“. Trotz seines idealistischen Systems hat Hegel gerade in seiner „Logik“ eine zwar oft unter mystischem Schutt vergrabene, gleichzeitig aber schier unerschöpfliche Fundgrube dialektischen Denkens hinterlassen. Lenin wandte sich in seinem Konspekt der mühsamen, aber höchst lohnenden Aufgabe zu, hinsichtlich vieler Einzelheiten der Hegelschen Darlegung den Schutt zu entrümpeln und das Nützliche freizuschaufeln und fruchtbar zu machen.

#### **D) MARXISTISCHE KRITIK DES SUBJEKTIVEN IDEALISMUS**

Objektiver bzw. subjektiver Idealismus haben als Waffe der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliches Gewicht. Früher überwog meist der objektive Idealismus, doch derzeit ist der subjektive von wachsender Bedeutung. Darin drückt sich die zunehmende Atomisierung der bürgerlichen Gesellschaft aus, ihre zunehmende Spaltung in einzelne, ihre Zwecke verfolgende Individuen. Die Arbeiterbewegung kann sich dieser gesellschaftlichen Entwicklung nur in dem Maße entgegenstemmen, wie sie es versteht, sich auf Grundlage ihrer eigenen Interessen und Anschauungen zu organisieren.

Der subjektive Idealismus hängt eng mit der bürgerlichen Anschauung zusammen, wonach jeder seines Glückes Schmied sei, indem er nach seinem eigenen, höchstpersönlichen, bornierten Vorteil hasche, letztlich Vermögen anhäufe. Diese Auffassung beruht auf der Konkurrenz zwischen

den Menschen und verstärkt sie. Die gesellschaftliche Bewegung als Ganzes erscheint dem subjektiven Idealismus als einfache Summe der individuellen Bestrebungen der Einzelnen; die Einzelnen seien jeweils letztlich von ihrem Willen gesteuert. Damit werden die objektiven gesellschaftlichen Bewegungsgesetze, die in den materiellen Verhältnissen wurzeln, geleugnet. Für die Bourgeoisie ist das, wie oben schon gesagt, sehr vorteilhaft, weil damit das grundlegende Verhältnis der bürgerlichen Gesellschaft, das Kapitalverhältnis, aus der Verantwortung für die gesellschaftlichen Widersprüche und Katastrophen entlassen wird.

Der Marxismus zeigt auf, daß das Bewußtsein der Menschen von ihrem gesellschaftlichen Sein bestimmt ist. Dies ist die schlagende Widerlegung aller subjektiv-idealistischen Anschauungen über gesellschaftliche Verhältnisse. Wir werden dem in Kapitel VII näher nachgehen. An dieser Stelle wollen wir allerdings noch einige grundlegende Anmerkungen zum Objekt-Subjekt-Verhältnis machen.

Die (z.B. von der „Kritischen Theorie“ wie auch von Bloch vertretene) Auffassung, daß Objekt und Subjekt sich stets gegenseitig bedingen, ist bereits idealistisch. Es **gibt** Objekt ohne Subjekt. Absolute Losgelöstheit des Objekts von jeglichem Subjekt ist gegeben in den weiten Bereichen der Natur, die von handelnden und denkenden Subjekten überhaupt nicht wahrgenommen geschweige denn beeinflußt werden. In dem außerordentlich eng begrenzten Bereich des materiellen Seins, den der Mensch wahrnimmt und beeinflußt, ist es freilich so, daß stets eine Beziehung zwischen Objekt und Subjekt besteht, aber diese Feststellung ist im Grunde tautologisch: das, was wahrgenommen wird, kann selbstredend nur als Objekt eines Subjekts wahrgenommen werden. Für einen Materialisten ist indessen die Feststellung wesentlich, daß auch dann dieses Objekt unabhängig vom Subjekt existiert. Betrachten zum Beispiel ver-

schiedene Menschen einen Baum aus unterschiedlicher Entfernung und Perspektive, so erscheint er in ihrer subjektiven Wahrnehmung unterschiedlich. Diese unterschiedliche subjektive Wahrnehmung ist nicht willkürlich, sondern durch die jeweilige Stellung der verschiedenen Subjekte zum Objekt bedingt, also ebenfalls durch objektive Faktoren. Wir sehen hier an einem einfachen Beispiel, daß das Subjektive seinerseits objektiv determiniert und in gewisser Weise Bestandteil des Objektiven ist (Entsprechendes gilt für gesellschaftliche Anschauungen, vgl. Kapitel VII).

Wie oben schon gesagt, hat der Mensch allerdings in dem Maße, wie er die objektiven Gesetze von Natur und Gesellschaft begreift, die Möglichkeit, Natur und Gesellschaft seinen Zwecken gemäß zu verändern. Das Subjekt ist aber auch hierbei keineswegs frei vom Objektiven; es kann die Außenwelt nur im Rahmen der objektiven Gesetze und Möglichkeiten verändern. Doch innerhalb dieses Rahmens ist eine Veränderung möglich. Indem der Marxismus eine aktive Rolle des Bewußtseins bejaht, unterscheidet er sich grundlegend vom mechanischen und objektivistischen Materialismus, für den das Bewußtsein entweder bloß passiver Abklatsch der objektiven Welt oder ideelle Triebkraft ist, die ihrerseits nicht auf materielle Triebkräfte zurückgeführt wird. Engels hebt hervor, „*daß auf dem geschichtlichen Gebiet der alte Materialismus sich selbst untreu wird, weil er die dort wirksamen ideellen Triebkräfte als letzte Ursachen hinnimmt, statt zu untersuchen, was denn hinter ihnen steht, was die Triebkräfte dieser Triebkräfte sind. Nicht darin liegt die Inkonsequenz, daß ideelle Triebkräfte anerkannt werden, sondern darin, daß von diesen nicht weiter zurückgegangen wird auf ihre bewegenden Ursachen.*“ (Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 297f.; oder AW VI, S. 303; Hervorhebung von Engels)

## Einschub

### DIE DUALISTISCHE KONZEPTION MAO TSE-TUNGS

Eine philosophische Konzeption, die ideelle Triebkräfte **gleichberechtigt neben** materiellen anerkennt, anstatt erstere zwar anzuerkennen, aber auf materielle **zurückzuführen**, wird als dualistisch bezeichnet. Der Dualismus ist ein Versuch, Materialismus und Idealismus zu versöhnen, und wird daher von konsequenten Materialisten entschieden bekämpft. Als Beispiel für Dualismus können die philosophischen Auffassungen Mao Tse-tungs angeführt werden.

Mao Tse-tung erklärte: *„Wenn zum Beispiel in dem Widerspruch zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen die hauptsächlichste Seite die Produktivkräfte sind, in dem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis - die Praxis, in dem Widerspruch zwischen der ökonomischen Basis und dem Überbau - die ökonomische Basis, so fände (nach Meinung „mancher Leute“) angeblich kein Platzwechsel zwischen den beiden Seiten des Widerspruchs statt. Diese Auffassung ist kennzeichnend für den mechanischen Materialismus und nicht für den dialektischen Materialismus. Selbstverständlich spielen die Produktivkräfte, die Praxis und die ökonomische Basis im allgemeinen die hauptsächlichste, entscheidende Rolle, und wer das leugnet, ist kein Materialist. Man muß jedoch auch anerkennen, daß unter bestimmten Bedingungen die Produktionsverhältnisse, die Theorie und der Überbau an die Reihe kommen, die entscheidende, die Hauptrolle zu spielen.“* (Mao Tse-tung, Über den Widerspruch, Ausgewählte Werke Band 1, S. 394)

Der dialektische Materialismus geht keineswegs, wie Mao Tse-tung hier behauptet, von einem „Platzwechsel“ zwischen Theorie und Praxis, zwischen Überbau und Basis aus. Die Theorie tritt keineswegs „an die Stelle“ der Praxis,

die Praxis nicht „an die Stelle“ der Theorie; ebensowenig nehmen Basis und Überbau einen „Plätzetausch“ vor. Allerdings kann keinerlei Praxis stattfinden, ohne daß der Mensch bestimmte Ideen im Kopf hat. Mechanistisch - oder wohl richtiger: objektivistisch - wäre es, eine aktive Rolle des Bewußtseins zu leugnen; dies tut der dialektische Materialismus keineswegs. Aber er geht kompromißlos davon aus, daß **jegliches** Bewußtsein in letzter Instanz materiell hervorgebracht wird, während dies umgekehrt keineswegs der Fall ist. Die Konstruktion eines Platzwechsels ist der Versuch, die Grundfrage der Philosophie zu verwischen.

Dabei stellen wir durchaus nicht in Abrede, daß z.B. der theoretische Kampf um Ideen oft entscheidende Bedeutung für die Höherentwicklung des praktischen Kampfes gewinnt. Stellt man aber die weltanschauliche Frage nach den Triebkräften letzter Instanz, so ist es auch hier die materielle Bewegung, die den Kampf um Ideen hervorbringt und erforderlich macht. Die dualistische Konzeption eines „Plätzetausches“ leugnet das. Bei Mao Tse-tung stehen materielle und ideelle Triebkräfte grundsätzlich „gleichberechtigt“ nebeneinander, und der angebliche Materialismus besteht darin, daß Mao zugesteht, „meistens“ würden von den materiellen Triebkräften „mehr“ Impulse ausgehen als von den ideellen. Ein wirklicher Materialismus aber stellt kompromißlos klar, daß ausnahmslos **alle** ideellen Triebkräfte letztlich auf materielle zurückzuführen sind.

Mao Tse-tungs Konzeption ist aber auch keineswegs dialektisch, sondern vielmehr mechanistisch, denn durch Rechenexempel, ob in einer bestimmten Situation „mehr“ Impulse von der Basis oder vom Überbau ausgehen, kann man die dialektischen Beziehungen zwischen Basis und Überbau nicht klären. Maos Platzwechsel ist etwas völlig anderes als die dialektische Auffassung, daß Denken und Sein sowohl identisch als auch nichtidentisch sind, denn

die materialistische Dialektik arbeitet heraus, **in welcher Hinsicht** sie identisch und **in welcher Hinsicht** sie nicht identisch sind, und das tut die mechanistische Vorstellung eines in regelmäßigen Abständen erfolgenden „Platzwechsels“ gerade **nicht**. Unabdingbare Voraussetzung für die Erklärung der Beziehungen von Basis und Überbau ist die dialektisch-materialistische Beantwortung der Grundfrage der Philosophie: Das Bewußtsein ist das höchste Produkt der Materie, es ist **ausschließlich (ohne Möglichkeit irgendeines „Platzwechsels“!)** als Produkt materieller Entwicklungen aufzufassen, was umgekehrt eben nicht gilt: Das Bewußtsein für sich allein kann niemals materielle Dinge hervorbringen. *„Ideen können nie über einen alten Weltzustand, sondern immer nur über die Ideen des alten Weltzustandes hinausführen. Ideen können überhaupt nichts ausführen. Zum Ausführen der Ideen bedarf es der Menschen, welche eine praktische Gewalt aufbieten.“* (Marx, Heilige Familie, MEW 2, S. 126; oder AW I, S. 117; Hervorhebungen von Marx) *„Was beweist die Geschichte der Ideen anders (anderes, d. Verf.), als daß die geistige Produktion sich mit der materiellen umgestaltet?“* (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 480; oder AW I, S. 436)

Der Vorsitzende der maoistischen Partei MLPD, Stefan Engel, geht auf dem Wege des Idealismus noch weiter als Mao Tse-tung. Er erklärte: *„Das Klassenbewußtsein ist in erster Linie das Ergebnis des Kampfes zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Denkweise.“* (Rote Fahne 23/95, Hervorhebung v. Verf.). Bewußtsein ist also **in erster Linie** zurückzuführen auf - einen Bestandteil des Bewußtseins! Das ist kein Dualismus, das ist offener, waschechter Idealismus. Marx: *„(...) daß es eine Welt gibt, worin Bewußtsein und Sein unterschieden sind, eine Welt, die nach wie vor stehenbleibt, wenn ich bloß ihr*

*Gedankendasein, ihr Dasein als Kategorie, als Standpunkt aufhebe, d.h. wenn ich mein eignes subjektives Bewußtsein modifiziere, ohne die gegenständliche Wirklichkeit auf wirklich gegenständliche Weise zu verändern, d.h. ohne meine eigne gegenständliche Wirklichkeit zu verändern, meine eigne und die der andern Menschen.“*  
(Marx, Heilige Familie, MEW 2, S. 204)

In der menschlichen Gesellschaft kann nichts ohne Subjekte vor sich gehen, die aufgrund eines bestimmten Bewußtseins handeln. (Engels: *„Wie beim einzelnen Menschen alle Triebkräfte seiner Handlungen durch seinen Kopf hindurchgehen, sich in Beweggründe seines Willens verwandeln müssen, um ihn zum Handeln zu bringen(...)“*, MEW 21, S. 300) Doch muß das Bewußtsein der handelnden Subjekte die realen gesellschaftlichen Verhältnisse keineswegs adäquat (d.h. mehr oder weniger getreu) widerspiegeln, sondern es kann sie sehr verzerrt widerspiegeln. Z.B. sind religiöse Anschauungen eine Widerspiegelung, aber eben eine sehr verzerrte Widerspiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse. Je verzerrter die Widerspiegelung, desto weniger kann das Subjekt die Verhältnisse gezielt beeinflussen, desto mehr ist es blindwirkenden Gesetzen ausgeliefert.

Indem sich der subjektive Idealismus dem Aufdecken der objektiv wirkenden Bewegungsgesetze der Gesellschaft entgegenstemmt, trägt er dazu bei, die Herrschaft blindwirkender Gesetze über das Subjekt zu verlängern. Das gilt auch für den Dualismus, der zwischen Materialismus und subjektivem Idealismus versöhnen will, indem er ideelle Triebkräfte der Subjekte „gleichberechtigt“ neben materielle stellt, anstatt erstere auf letztere zurückzuführen. In der politischen Praxis Mao Tse-tungs ging der Dualismus mit Voluntarismus einher (vom lateinischen voluntas = Wille),

d.h. mit der Vorstellung, man könne alles erreichen, wenn man es nur wolle. Ein Beispiel für Maos Voluntarismus ist das klägliche Scheitern des „Großen Sprunges nach vorn“, des Versuchs, mit völlig unzureichenden materiellen Mitteln, „durch Weckung des Enthusiasmus der Volksmassen“, die Schwerindustrie aufzubauen und zugleich kommunistische Volkskommunen zu schaffen.

## 2) DIE ERKENNTNISTHEORIE DES DIALEKTISCHEN MATERIALISMUS

Oben (S. 63f.) haben wir gesehen: Die philosophische Grundfrage, die Frage nach dem Verhältnis von Denken und Sein, hat neben der Fragestellung, was das Primäre und was das Sekundäre ist, noch eine zweite Seite. „*Wie verhalten sich unsere Gedanken über die uns umgebende Welt zu dieser Welt selbst? Ist unser Denken imstande, die wirkliche Welt zu erkennen, vermögen wir in unsern Vorstellungen und Begriffen von der wirklichen Welt ein richtiges Spiegelbild der Wirklichkeit zu erzeugen?*“ (Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 275; oder AW VI, S. 276f.) Wir haben gesehen, daß Kant diese Frage grundsätzlich verneint hat. „*Bei Hegel (...) versteht sich ihre Bejahung von selbst; denn das, was wir in der wirklichen Welt erkennen, ist eben ihr gedankenmäßiger Inhalt, dasjenige, was die Welt zu einer stufenweisen Verwirklichung der absoluten Idee macht (...).*“ (ebenda) Der Marxismus bejaht die grundsätzliche Erkennbarkeit der Welt ebenfalls, aber auf materialistischer Grundlage. Das folgerichtige Denken spiegelt die von ihm unabhängige objektive Realität immer adäquater, immer genauer, immer präziser wider. Es kann sie nie vollständig erfassen, kann nie im tautologischen Sinne identisch mit ihr werden, kann sich ihr aber immer mehr annähern. Denken und Sein sind also

im dialektischen Sinne identisch; sowohl Identität als auch Nicht-Identität ist gegeben.

Lenin:

*„Die menschliche Erkenntnis ist nicht (resp. beschreibt nicht) eine gerade Linie, sondern eine Kurve, die sich einer Reihe von Kreisen, einer Spirale unendlich nähert. Jedes Bruchstück, Teilchen, Stückchen dieser Kurve kann verwandelt (einseitig verwandelt) werden in eine selbständige, ganze, gerade Linie, die (wenn man vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht) dann in den Sumpf, zum Pfaffentum führt (wo sie durch das Klasseninteresse der herrschenden Klasse **verankert** wird). Geradlinigkeit und Einseitigkeit, Erstarrung und Verknöcherung, Subjektivismus und subjektive Blindheit, voilà die erkenntnistheoretischen Wurzeln des Idealismus. Und das Pfaffentum (= philosophischer Idealismus) besitzt natürlich **erkenntnistheoretische** Wurzeln, ist nicht ohne Boden, es ist zwar unstreitig eine **taube** Blüte, aber eine taube Blüte, die wächst am lebendigen Baum der lebendigen, fruchtbaren, wahren, machtvollen, allgewaltigen, objektiven, absoluten menschlichen Erkenntnis.“* (Lenin, Zur Frage der Dialektik, LW 38, S. 344, Hervorhebungen v. Verf.)

Auch der Idealismus ist Widerspiegelung, aber eben verzerrte, inadäquate Widerspiegelung des Seins, und diese Verzerrung, die durch Einseitigkeit oder sonstige Verirrung des Denkens entstehen kann, wird **verankert** durch das Klasseninteresse von Ausbeuterklassen. - Zu beachten ist, daß der Idealismus nicht etwa nur Unsinn zustandebringt, sondern partiell durchaus auch richtige Erkenntnisse. Marxisten sind daher verpflichtet, die Aussagen weltanschaulicher Gegner nicht einfach unbeachtet zu lassen, sondern das Richtige in diesen Aussagen sich zu eigen zu machen und richtig einzuordnen, die Einseitigkeiten, Verzerrungen usw. aufzudecken und zu beseitigen.

Dieses Lenin-Zitat zeigt im übrigen: **Erkenntnis ist ein nie endender Prozeß des Übergangs vom Nicht-Wissen zum Wissen.** Dies kann auch nicht anders sein, da Denken und Sein sowohl identisch als auch nicht-identisch sind.

In folgendem Zitat arbeitet Engels vor allem die **relative Identität von Denken und Sein** heraus. Engels antwortet hier auf einen Brief von Conrad Schmidt, der argumentiert, das Wertgesetz (d.h. das Gesetz der Warenproduktion, wonach Waren sich entsprechend der zu ihrer Produktion gesellschaftlich erforderlichen Arbeitszeit austauschen, siehe im einzelnen Kapitel VIII) gelte in der Praxis des Marktes häufig nicht, da sich dort zeige, daß Waren häufig nicht zu ihren Werten getauscht würden. Engels antwortet:

*„Die Vorwürfe, die Sie dem Wertgesetz machen, treffen **alle** Begriffe, vom Standpunkt der Wirklichkeit aus betrachtet. Die Identität von Denken und Sein, um mich hegelsch auszudrücken, deckt sich überall mit Ihrem Beispiel von Kreis und Polygon. Oder die beiden, der Begriff einer Sache und ihre Wirklichkeit, laufen nebeneinander wie zwei Asymptoten, sich stets einander nähernd und doch nie zusammentreffend. Dieser Unterschied beider ist eben der Unterschied, der es macht, daß der Begriff nicht ohne weiteres, unmittelbar, schon die Realität, und die Realität nicht unmittelbar ihr eigener Begriff ist. Deswegen, daß ein Begriff die wesentliche Natur des Begriffs hat, daß er also nicht ohne weiteres prima facie (auf den ersten Blick, d. Verf.) sich mit der Realität deckt, aus der er erst abstrahiert werden mußte, deswegen ist er immer noch mehr als eine Fiktion, es sei denn, sie erklären alle Denkresultate für Fiktionen, weil die Wirklichkeit ihnen nur auf einem großen Umweg, und auch dann nur asymptotisch annähernd, entspricht.“* (MEW 39, S. 431, Hervorhebung von Engels)

Die **relative Nicht-Identität von Denken und Sein** hebt Marx z.B. in der Heiligen Familie hervor, bei seiner Kritik der Junghegelianer, die glaubten, sie hätten die Wirklichkeit schon verändert, wenn sie nur die herrschenden alten Begriff gedanklich vom Thron gestoßen hätten. Er hält ihnen vor, daß sie *„gar nicht auf den Gedanken geraten, daß es eine Welt gibt, worin **Bewußtsein** und **Sein** unterschieden sind, eine Welt, die nach wie vor stehenbleibt, wenn ich bloß ihr Gedankendasein, ihr Dasein als Kategorie, als Standpunkt aufhebe, d.h. wenn ich mein eignes Bewußtsein modifiziere, ohne meine eigne **gegenständliche Wirklichkeit** zu verändern, meine eigne und die der andern Menschen.“* (MEW 2, S. 204, Hervorhebungen von Marx) *„Aber um sich zu heben, genügt es nicht, sich in **Gedanken** zu heben und über dem **wirklichen, sinnlichen** Kopf das **wirkliche, sinnliche** Joch, das nicht mit Ideen wegzuspintisieren ist, schweben zu lassen. Die **absolute Kritik** (der Junghegelianer, d. Verf.) jedoch hat von der Hegelschen **Phänomenologie** (gemeint: Hegels „Phänomenologie des Geistes“, seine Erkenntnistheorie, d. Verf.) wenigstens die Kunst erlernt, **reale, objektive, außer mir existierende Ketten in bloß ideelle, bloß subjektive, bloß in mir existierende Ketten** und daher alle **äußerlichen, sinnlichen Kämpfe in reine Gedankenkämpfe** zu verwandeln.“* (ebenda, S. 87, Hervorhebungen von Marx). Gerade heute ist das eine schlagende Antwort auf alle Selbstverwirklichungspropheten, die das Heil in Form von fortlaufend vertiefter Innerlichkeit verkünden.

Da Begriff und Wirklichkeit sowohl identisch als auch nicht identisch sind, führt das wissenschaftliche Denken zu relativen Wahrheiten, in denen aber zugleich absolute Wahrheiten enthalten sind:

Engels: *„In diesem Sinn ist das menschliche Denken ebensosehr souverän wie nicht souverän und seine Erkennt-*

*nisfähigkeit ebensosehr unbeschränkt wie beschränkt. Souverän und unbeschränkt der Anlage, dem Beruf, der Möglichkeit, dem geschichtlichen Endziel nach; (prinzipiell ist alles erkennbar, d. Verf.); nicht souverän und beschränkt der Einzelausführung und der jedesmaligen Wirklichkeit nach (niemals wird alles erkannt werden, d. Verf.).“ (Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 80f.; oder AW V, S. 98)*

*„Wahrheit und Irrtum, wie alle sich in polaren Gegensätzen bewegendenden Denkbestimmungen, haben absolute Gültigkeit eben nur für ein äußerst beschränktes Gebiet (...). Sobald wir den Gegensatz von Wahrheit und Irrtum außerhalb jenes (...) engen Gebiets anwenden, wird er relativ und damit für genaue wissenschaftliche Ausdrucksweise unbrauchbar; versuchen wir aber, ihn außerhalb jenes Gebiets als absolut gültig anzuwenden, so kommen wir erst recht in die Brüche; die beiden Pole des Gegensatzes schlagen in ihr Gegenteil um, Wahrheit wird Irrtum und Irrtum Wahrheit. (Leugnet man jedoch das Vorhandensein absoluter Wahrheiten in den relativen Wahrheiten, so landet man beim Agnostizismus, bei der Annahme der prinzipiellen Unerkennbarkeit der Welt, bei der Absolutheit der Nicht-Identität von Wirklichkeit und Begriff. Engels zeigt dies im folgenden am Beispiel des Boyleschen Gesetzes. D. Verf.) Nehmen wir als Beispiel das bekannte Boylesche Gesetz, wonach bei gleichbleibender Temperatur das Volumen der Gase sich umgekehrt verhält wie der Druck, dem sie ausgesetzt sind. Regnault fand, daß dies Gesetz für gewisse Fälle nicht zutraf. Wäre er nun ein Wirklichkeitsphilosoph (als „Wirklichkeitsphilosophie“ bezeichnete Dühring seine wirren Auffassungen, d. Verf.) gewesen, so war er verpflichtet zu sagen: das Boylesche Gesetz ist wandelbar, also keine echte Wahrheit, also überhaupt keine Wahrheit, also Irrtum. Damit hätte er*

*aber einen weit größeren Irrtum begangen, als der im Boyleschen Gesetz enthaltene war; in einem Sandhaufen von Irrtum wäre sein Körnchen Wahrheit verschwunden; er hätte also sein ursprünglich richtiges Resultat zu einem Irrtum verarbeitet, gegen den das Boylesche Gesetz mitsamt dem bißchen Irrtum, das an ihm klebte, als Wahrheit erschien. Regnault, als wissenschaftlicher Mann, ließ sich aber auf dergleichen Kindereien nicht ein, sondern untersuchte weiter und fand, daß das Boylesche Gesetz überhaupt nur annähernd richtig ist, und besonders seine Gültigkeit verliert bei Gasen, die durch Druck tropfbar-flüssig gemacht werden können, und zwar sobald der Druck sich dem Punkt nähert, wo die Tropfbarkeit eintritt. Das Boylesche Gesetz erwies sich also als richtig nur innerhalb bestimmter Grenzen. Ist es aber absolut, endgültig wahr innerhalb dieser Grenzen? Kein Physiker wird das behaupten. Er wird sagen, daß es Gültigkeit hat innerhalb gewisser Druck- und Temperaturgrenzen und für gewisse Gase; und er wird innerhalb dieser noch enger gesteckten Grenzen die Möglichkeit nicht ausschließen einer noch engeren Begrenzung oder veränderter Fassung durch künftige Untersuchungen. So steht es also um die endgültigen Wahrheiten letzter Instanz, z.B. in der Physik. Wirklich wissenschaftliche Arbeiten vermeiden daher regelmäßig solche dogmatisch-moralischen Ausdrücke wie Irrtum und Wahrheit (...).“ (ebenda, MEW 20, S. 84ff.; oder AW V, S. 102ff).*

Man nähert sich also einer absoluten Wahrheit in dem Maße, wie genau man den Geltungsbereich bestimmt, innerhalb dessen eine bestimmte Aussage Wahrheitsgehalt hat. Ein einfaches Beispiel, in dem ausnahmsweise tatsächlich eine absolute Wahrheit erreicht werden kann: „Die Winkelsumme im Dreieck beträgt 180 Grad.“ Das ist eine relative Wahrheit, denn bei Dreiecken, die z.B. auf einer

Kugel aufgemalt sind, stimmt das nicht. Wir können präzisieren: „Im Bereich zweidimensionaler Flächen, d.h. im Bereich von Flächen, die nicht im Raum gekrümmt sind, ist die Winkelsumme im Dreieck 180 Grad.“ Dann haben wir eine absolute Wahrheit. - Der Haken bei diesem Beispiel besteht freilich darin, daß es in der Wirklichkeit keine zweidimensionalen Flächen gibt, daß die Annahme solcher Flächen bereits eine vom Denken vorgenommene Abstraktion ist, eine sehr nützliche Abstraktion zwar, aber eben doch eine Abstraktion, und daß somit auch hier keine tautologische Identität von Sein und Bewußtsein gegeben ist.

Selbst dann, wenn man noch gar nicht exakt bestimmen kann, innerhalb welcher Grenzen ein bestimmtes Gesetz absolute Wahrheit ist, kann man jedoch unter Umständen sagen, **daß** es innerhalb gewisser Grenzen absolute Wahrheit ist. Daran ist festzuhalten, denn andernfalls landet man beim „unerkennbaren Ding an sich“, dann besteht **gar keine** Identität von Sein und Bewußtsein. (Das bedeutet freilich auch: Je komplexer die Zusammenhänge werden, über die wir uns äußern wollen, desto weniger kann man mit Sicherheit den Geltungsbereich bestimmen, innerhalb dessen ein Gesetz absolute Wahrheit ist).

Engels: „*Wer also hier wirklich echte, unwandelbare Wahrheiten aufstellen will, der wird sich mit Platteiten begnügen müssen wie: Alle Menschen müssen sterben, alle weiblichen Säugetiere haben Milchdrüsen usw.; er wird nicht einmal sagen können, daß die höheren Tiere mit dem Magen und Darmkanal verdauen und nicht mit dem Kopf, denn die im Kopf zentralisierte Nerventätigkeit ist zur Verdauung unumgänglich.*“ (ebenda, MEW 20, S. 82; oder AW V, S. 100) „*Wer hier also auf endgültige Wahrheiten letzter Instanz, auf echte, überhaupt nicht wandelbare Wahrheiten Jagd macht, der wird wenig heimtragen, es seien denn Platteiten und Gemeinplätze*

*der ärgsten Art, z.B. daß die Menschen im allgemeinen ohne Arbeit nicht leben können, daß sie sich bisher meist eingeteilt haben in Herrschende und Beherrschte, daß Napoleon am 5. Mai 1821 gestorben ist usw.“* (ebenda, MEW 20, S. 83; oder AW V, S. 101)

Den Agnostikern reichen derartige Feststellungen freilich nicht aus. So sagte z.B. Bogdanow, einer der „bolschewistischen“ Gottsucher und Empiriokritiker: *„Engels ist mit seiner Unentschiedenheit im Unrecht, wenn er durch all seine Ironie die Anerkennung irgendwelcher, wenn auch armseliger, ´ewiger Wahrheiten´ durchschimmern läßt.“* (zitiert nach Lenin, LW 14, S. 126) Doch eben dieses „Durchschimmern-Lassen“ unterscheidet, wie Lenin Bogdanow zurecht entgegenhielt, den dialektischen Materialismus vom Agnostizismus. Wären in den relativen Wahrheiten überhaupt keine absoluten Wahrheiten enthalten, dann wären sie eben überhaupt keine, auch keine relativen Wahrheiten, und dann gäbe es überhaupt keine Erkenntnis der Welt.

Die bürgerliche Propaganda wirft dem Marxismus-Leninismus gerade heute besonders aggressiv vor, er nehme ein „Wahrheitsmonopol“ in Anspruch und sei folglich „intolerant“. Doch es sind nicht die Marxisten-Leninisten, die ständig neue „kleinste und letzte Teilchen der Materie“ verkünden, es sind nicht die dialektischen Materialisten, die ständig ein neues Datum verkünden, an dem das Weltall angeblich entstanden sei, es sind nicht die Marxisten, die mit der bürgerlichen Herrschaft das „Ende der Geschichte“ verkünden, sondern das sind die bürgerlichen Ideologen.

### 3) GRUNDZÜGE DER MATERIALISTISCHEN DIALEKTIK

#### A) GEGENSTAND DER MATERIALISTISCHEN DIALEKTIK

Ebenso wie Hegel geht die materialistische Dialektik von der Identität von Seins- und Denkgesetzen aus. Im Gegensatz zu Hegel, der diese Identität nur „genial erraten“ hat (siehe oben, S. 84), gibt der Marxismus allerdings eine rationelle Erklärung für diese Identität: Das folgerichtige Denken spiegelt die Bewegungsgesetze wider, die der Materie innewohnen. Lenin: *„Die Dialektik der Dinge erzeugt die Dialektik der Ideen, und nicht umgekehrt.“* (Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik, LW 38, S. 186)

Man hat es daher im Sein und im Denken grundsätzlich mit ein und denselben Bewegungsgesetzen zu tun (freilich auch hier keine vollständige, keine tautologische Identität). Eben deshalb ist der dialektische Materialismus sowohl die Weltanschauung als auch die Methode des Marxismus; Weltanschauung und Methode fallen grundsätzlich (freilich nicht absolut) zusammen. Unter Methode verstehen wir die Methode des Herangehens an die Welt, die Methode sowohl ihrer Erkenntnis (Erkenntnismethode) als auch ihrer praktischen Veränderung. (Die Welt begreifen und verändern!) *„Die Methode ist eben gerade so beschaffen, daß sie (...) festlegt, was man unter Beachtung des Vorhandenseins bestimmter Gesetze tun kann. Gesetze haben keinen Zweck, wohl aber hat die Methode einen Zweck. Ihr Zweck ist die Erkenntnis der Welt bzw. deren Umgestaltung.“* (Klaus, Georg: Jesuiten, Gott, Materie; Berlin 1958, S. 229) *„(...) daß die marxistische Philosophie in erster Linie ein Instrument der Veränderung der Welt ist.“* (ebenda).

Die Gesetze werden erforscht, um eine Methode zu entwickeln, deren Zweck darin besteht, Anleitung zum Handeln zu sein.

Die Dialektik erforscht die Bewegungsgesetze sowohl des Seins (d.h. der Natur und der menschlichen Gesellschaft) als auch des Denkens. (Ersteres, die Erforschung der Seinsgesetze, wird als objektive Dialektik, letzteres, die Erforschung der Denkgesetze, als subjektive Dialektik bezeichnet.) Sowohl im Sein (in der Natur und in der Gesellschaft) als auch im Denken herrschen **dieselben allgemeinsten Bewegungsgesetze**.

Engels: *„Die Dialektik ist aber weiter nichts als die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens.“* (Anti-Dühring, MEW 20, S. 131f.; oder AW V, S. 157). *„In der vorstehenden Schrift (eben im Anti-Dühring, d. Verf.) ist die Dialektik als die Wissenschaft von den allgemeinsten Gesetzen **aller** Bewegung gefaßt worden. Es ist hierin eingeschlossen, daß ihre Gesetze Gültigkeit haben müssen für die Bewegung ebenso sehr in der Natur und der Menschengeschichte wie für die Bewegung des Denkens. Ein solches Gesetz kann erkannt werden in zweien dieser drei Sphären, ja selbst in allen dreien, ohne daß der metaphysische Schlendrian sich darüber klar wird, daß es ein und dasselbe Gesetz ist, das er erkannt hat.“* (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 530)

Wir wollen im folgenden die Grundzüge der marxistischen materialistischen Dialektik skizzieren.

## B) DIE BEWEGUNG ALS DIE DASEINSWEISE DER MATERIE

Engels:

**„Die Bewegung ist die Daseinsweise der Materie.**

*Nie und nirgends hat es Materie ohne Bewegung gegeben oder kann es sie geben. Bewegung im Weltraum, mechanische Bewegung kleinerer Massen auf den einzelnen Weltkörpern, Molekularschwingung als Wärme oder als elektrische oder magnetische Strömung, chemische Zersetzung und Verbindung, organisches Leben - in einer oder der andern dieser Bewegungsformen oder in mehreren zugleich befindet sich jedes einzelne Stoffatom der Welt in jedem gegebenen Augenblick. (In der Zwischenzeit hat die Naturwissenschaft noch andere Zustandsformen der Materie entdeckt, doch das ändert nichts an der hier von Engels gezogenen philosophischen Schlußfolgerung, daß Bewegung die Daseinsweise der Materie ist, d. Verf.) Alle Ruhe, alles Gleichgewicht ist nur relativ, hat nur Sinn in Beziehung auf diese oder jene bestimmte Bewegungsform. Ein Körper kann z.B. auf der Erde im mechanischen Gleichgewicht, mechanisch in Ruhe sich befinden; dies hindert durchaus nicht, daß er an der Bewegung der Erde wie an der des ganzen Sonnensystems teilnimmt, ebensowenig wie es seine kleinsten physikalischen Teilchen verhindert, die durch seine Temperatur bedingten Schwingungen zu vollziehn, oder seine Stoffatome, einen chemischen Prozeß durchzumachen. Materie ohne Bewegung ist ebenso undenkbar wie Bewegung ohne Materie. Die Bewegung ist daher ebenso unerschaffbar und unzerstörbar wie die Materie selbst (...). Ein bewegungsloser Zustand der Materie erweist sich hiernach als eine der hohlsten und abgeschmacktesten Vorstellungen, als eine reine 'Fieberphantasie'. (Ironisch gegen Dühring, der dazu neigte, von ihm für falsch gehaltene Ideen als „Fieberphantasien“ zu bezeichnen, d. Verf.) Um dahin zu kommen, muß man das*

*relativ mechanische Gleichgewicht, worin sich ein Körper auf dieser Erde befinden kann, sich als absolute Ruhe vorstellen und dann es auf das gesamte Weltall übertragen.*“ (Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 55; oder AW V, S. 68f.; Hervorhebung von Engels)

Aus diesem Zitat geht bereits hervor, daß die marxistische Dialektik unter Bewegung nicht nur die Ortsveränderung versteht, sondern Entwicklung überhaupt, wenngleich *„alle Bewegung (...) mit irgendeiner Ortsveränderung verbunden“* ist (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 354). *„Bewegung in dem allgemeinsten Sinn, in dem sie als Daseinsweise, als inhärentes Attribut der Materie (der Materie innewohnendes, unzerstörbares Merkmal, d. Verf.) gefaßt wird, begreift alle im Universum vorgehenden Veränderungen und Prozesse in sich, von der bloßen Ortsveränderung bis zum Denken.“* (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 354)

**Alle** Dinge verändern sich **ständig**. Wie oben schon gesagt, wies Hegel darauf hin, daß die „endlichen Dinge“ (das ist eine metaphysische Beschränkung; in Wirklichkeit **alle** Dinge!) **sich auf ihr Ende zu bewegen**. („Endlich“ bedeutet: Sich auf das Ende hin bewegen.) Aber auch das Ende ist nicht absolut, sondern Anfang von etwas Neuem, das den Keim des Alten in sich trägt. Hegel betont, *„daß das Negative ebensosehr positiv ist oder daß das sich Widersprechende sich nicht in Null, in das abstrakte Nichts auflöst, sondern wesentlich nur in die Negation seines **besonderen** Inhalts, oder daß eine solche Negation nicht alle Negation, sondern **die Negation einer bestimmten Sache**, die sich auflöst, somit bestimmte Negation ist; daß also im Resultate wesentlich das enthalten ist, woraus es resultiert (...).“* (Hegel, Wissenschaft der Logik, I. S. 49, Hervorhebungen von Hegel)

## Beispiele:

- ☆ Der Kapitalismus geht unter, wird durch den Sozialismus abgelöst. Man könnte dazu sagen: Die Bewegung des Kapitalismus, die ihm innewohnenden Gesetze (die wir in späteren Kapiteln im einzelnen untersuchen werden) führen dazu, daß er durch den Sozialismus abgelöst wird. Doch der Sozialismus hat noch lange mit Muttermalen der kapitalistischen Gesellschaft zu kämpfen.
- ☆ Aus dem Hühnerei kommt das Küken. Es liegt an der Bestimmtheit des Hühnereis, durch das kleine Huhn abgelöst zu werden, nicht etwa durch eine Gans.

Hegel: Das Neue „*hat daher die Bestimmtheit, aus der es herkommt, noch an sich.*“ (Wissenschaft der Logik, I. S. 114) Es herrscht nicht Willkür, sondern Gesetzmäßigkeiten. Es kommt darauf an, die inneren Gesetzmäßigkeiten zu analysieren, nach denen bestimmte Bewegungen erfolgen.

Die **Weltanschauung** des Marxismus konstatiert also, daß die Bewegung universell ist, daß alles sich bewegt. Das hat Auswirkungen auf die **Methode**. Stalin:

*„Darum verlangt die dialektische Methode, daß die Erscheinungen (...) vom Standpunkt ihrer Bewegung, ihrer Veränderung, ihrer Entwicklung, vom Standpunkt ihres Entstehens und Vergehens betrachtet werden.*

*Für die dialektische Methode ist vor allem nicht das wichtig, was im gegebenen Augenblick als fest erscheint, jedoch bereits abzusterben beginnt, sondern das, was entsteht und sich entwickelt, selbst wenn es im gegebenen Augenblick nicht fest aussieht, denn für die dialektische Methode ist nur das unüberwindlich, was entsteht und sich entwickelt.“* (Stalin, Kurzer Lehrgang, S. 128)

### **Beispiele:**

- ☆ In der Blütezeit der Sklavenhaltergesellschaft galt es als unverrückbare, feste, ewige gesellschaftliche Erscheinung, daß es Sklavenhalter und Sklaven gab. Niemand dachte daran, das in Frage zu stellen oder gar daran zu rütteln, auch nicht die Sklaven, auch nicht die besten und genialsten Denker dieser Zeit. Zu Sklavenaufständen kam es erst später, als das ökonomische Fundament der Sklavenhalterordnung schon bis zu einem gewissen Grad zerrüttet war. Dennoch war die Sklavenhalterordnung von Anfang an mit dem Keim ihres notwendigen und gesetzmäßigen Untergangs behaftet.
- ☆ Im Mittelalter war die dominierende Rolle der christlichen Religion im Geistesleben unantastbar. Auch aufständische Bauern oder Gruppierungen, auch die Bauern in den Bauernkriegen konnten es nicht wagen (und kamen in aller Regel noch nicht einmal auf die Idee), die christliche Religion in Frage zu stellen - sie nahmen ihre ideologische Zuflucht zu anderen, für sie günstigeren Auslegungen der Bibel. Man wäre schlichtweg für verrückt oder für vom Teufel besessen erklärt worden, hätte man die christliche Religion in Frage gestellt. Heute muß man kein Marxist sein, um sie in Frage zu stellen. Immer mehr Menschen treten aus der Kirche aus; für viele andere, die nicht austreten, hat die Lehre der Kirchen keine Bedeutung mehr.
- ☆ Noch vor nicht allzu langer Zeit schien der Kapitalismus in Deutschland außerordentlich fest zu sein. Heute reagieren die Verteidiger dieser Gesellschaftsordnung schon außerordentlich nervös auf ihre Zersetzungserrscheinungen. Allerdings erscheinen die subjektiven Kräfte, die den Übergang zu etwas anderem bewirken wollen, auch heute noch außerordentlich schwach. Doch da die bestehende Gesellschaftsordnung aufgrund der ihr

innewohnenden Bewegungsgesetze zum Untergang verurteilt ist, kann und wird dies nicht so bleiben.

Unter a) haben wir den Gegenstand der Dialektik dargestellt, die Erforschung der Bewegungs- (= Entwicklungs-) Gesetze. Unter b) haben wir dargestellt, daß die Bewegung (= Entwicklung) universell ist. Damit ist noch nicht gesagt, nach welchen Gesetzen die Bewegung erfolgt. Die 3 wichtigsten dieser Gesetze sollen im folgenden dargestellt werden:

1. das Gesetz von der Einheit und dem Kampf der Gegensätze;
2. das Gesetz des Übergangs quantitativer Veränderungen in qualitative und umgekehrt;
3. das Gesetz der Negation der Negation.

Diese drei Gesetze wird man wohl als die Grundgesetze der Dialektik ansehen können.

Es gibt außerdem noch eine Reihe von anderen Gesetzen und grundlegenden Kategorien der Dialektik, die wir an dieser Stelle nicht gesondert darstellen. Grundlegende Kategorien der Dialektik sind z.B. die Beziehungen von Wesen und Erscheinung, von Zufall und Notwendigkeit, von Möglichkeit und Wirklichkeit, von Freiheit und Notwendigkeit, von Inhalt und Form. Das Verhältnis von Wesen und Erscheinung haben wir bei der Darstellung der Hegelschen Philosophie (S. 90ff.) gestreift, und auch bei der Darstellung des Gesetzes von der Einheit und dem Kampf der Gegensätze wird diese Fragestellung anklingen. Das Verhältnis von Zufall und Notwendigkeit haben wir bei der Darstellung der marxistischen Auffassung von der Kausalität angesprochen (S. 39ff.). Das Verhältnis von Möglichkeit und Wirklichkeit klingt im nächsten Abschnitt über das Gesetz von der Einheit und dem Kampf der Gegensätze bei der Darstellung der Wirkung innerer und äußerer Widersprüche an (S. 167f.). Das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit

haben wir bei der Betrachtung des Bewußtseins als des höchsten Produkts der Materie (S. 134ff.) angesprochen.

### C) DAS GESETZ VON DER EINHEIT UND DEM KAMPF DER GEGENSÄTZE

Das Gesetz von der Einheit und dem Kampf der Gegensätze ist das grundlegendste Gesetz der Dialektik. Es deckt die Triebkraft, die Quelle, den inneren Impuls **jeglicher** Entwicklung auf. *„Die Dialektik kann kurz als die Lehre von der Einheit der Gegensätze bestimmt werden. Damit wird der Kern der Dialektik erfaßt sein, aber das muß erläutert und weiterentwickelt werden.“* (Lenin, Konспект zu Hegels Wissenschaft der Logik, LW 38, S. 214)

*„Spaltung des Einheitlichen und Erkenntnis seiner widersprechenden Bestandteile (...) ist das **Wesen** (eine der ‘Wesenheiten’, eine der grundlegenden, wenn nicht die grundlegende Besonderheit oder Seite) der Dialektik.“* (Lenin, Zur Frage der Dialektik, LW 38, S. 338, Hervorhebung von Lenin) *„Identität der Gegensätze (...) bedeutet Anerkennung (Aufdeckung) widersprechender, **einander ausschließender**, gegensätzlicher Tendenzen in **allen** Erscheinungen der Natur (**darunter** auch des Geistes und der Gesellschaft). Bedingung der Erkenntnis aller Vorgänge in der Welt in ihrer ‘**Selbstbewegung**’, in ihrer spontanen Entwicklung, in ihrem lebendigen Leben ist die Erkenntnis derselben als Einheit von Gegensätzen. Entwicklung ist ‘**Kampf**’ der Gegensätze. Die beiden grundlegenden (oder die beiden möglichen? oder die beiden in der Geschichte zu beobachtenden?) Konzeptionen der Entwicklung (Evolution) sind: Entwicklung als Abnahme und Zunahme, als Wiederholung, **und** Entwicklung als Einheit der Gegensätze (Spaltung des Einheitlichen in einander ausschließende Gegensätze und das Wechselverhältnis zwischen ihnen).*

*Bei der ersten (metaphysischen, d. Verf.) Konzeption der Bewegung bleibt die **Selbstbewegung**, ihre **treibende Kraft**, ihre **Quelle**, ihr **Motiv im Dunkel** (oder diese **Quelle wird nach außen verlegt** - Gott, Subjekt etc.). Bei der zweiten (dialektischen, d. Verf.) Konzeption richtet sich die **Hauptaufmerksamkeit gerade auf die Erkenntnis der Quelle der 'Selbst'bewegung.**" (ebenda, S. 338f., Hervorhebungen von Lenin)*

Hegel: Der Widerspruch ist „*das Prinzip aller Selbstbewegung*“. (Wissenschaft der Logik, II. S. 76)

Lenin führt folgende Beispiele für die den Dingen innewohnenden und ihre Entwicklung wesentlich bestimmenden Gegensätze an:

„In der Mathematik + und - Differential und Integral.

- „ „ Mechanik Wirkung und Gegenwirkung.
- „ „ Physik positive und negative Elektrizität.
- „ „ Chemie Verbindung und Dissoziation der Atome.
- „ „ Gesellschaftswissenschaft Klassenkampf.“

(LW 38, S. 338)

Lenin weist zugleich darauf hin, daß man die Identität der Gegensätze nur „*aus Gründen der Gemeinverständlichkeit*“ als Summe von Beispielen darstellen darf, daß es sich hier jedoch um das grundlegendste Entwicklungsgesetz handelt, das **jeglicher** Bewegung in Natur, Gesellschaft und Denken zugrundeliegt. Die gesamte Erfahrung der Menschheit beweist das. Das folgt im übrigen bereits aus obiger Überlegung, daß alle Dinge sich ständig verändern, in gewisser Weise also ständig negiert werden, sich ständig in etwas anderes verwandeln, wobei dieses andere aber aus ihnen hervorgeht, daß sie also mit ihrer Negation - hegelisch gesprochen - identisch sind. Engels: „(...) *wenn ein Ding mit dem Gegensatz behaftet ist, so befindet es sich selbst im **Widerspruch**, und sein Gedankenausdruck ebenfalls. Z.B. daß ein Ding gleichzeitig dasselbe bleibt*

*und sich doch stets verändert, den Gegensatz von 'Beharrung' und 'Veränderung' an sich hat, ist ein **Widerspruch**.*“ (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 583)

Eben deshalb können Dialektiker nur milde lächeln, wenn die von der Metaphysik beeinflussten Naturwissenschaftler wieder einmal verkünden, sie hätten nun aber endgültig „den letzten Baustein der Materie“ gefunden, der sich nicht in kleinere Bausteine bzw. noch elementarere Triebkräfte teilen lasse, der also ohne innere Gegensätze sei. Gäbe es einen solchen in sich widerspruchsfreien „letzten Baustein“, aufgrund welcher Triebkräfte wäre dann seine Bewegung zu begreifen, und auf welche Triebkräfte ginge dann die Bewegung überhaupt zurück? Die Quelle der Bewegung wäre dann wieder nach außen verlegt, man wäre wieder bei einer Antriebskraft angekommen, die **außerhalb der materiellen Welt** gelagert ist. Will man die Welt hingegen rational, d.h. aus ihr selbst heraus erklären, so bleibt nur die Erklärung der Entwicklung aufgrund des „Kampfes“ der Gegensätze. Dieser „Kampf“ eben ist es, der dazu führt, daß die Sache - im unter b) beschriebenen Sinne - „negiert“ wird, daß sie sich in etwas anderes verwandelt, wobei das Neue „die Bestimmtheit, aus der es herkommt, noch an sich hat“.

Was aber heißt „Kampf“ der Gegensätze? Hier liegt nicht notwendig eine antagonistische, feindselige Stoßrichtung zugrunde (wie es beim Kampf gegnerischer Klassen der Fall ist), und es muß überhaupt keine **Zielrichtung** zugrunde liegen, was ja Bewußtheit voraussetzen würde. Es handelt sich um ein allgemeines Gesetz, das auch in der unbelebten Natur wirkt (daher „Kampf“ in Anführungszeichen). „Kampf“ der Gegensätze heißt hier zunächst einmal nur, daß sich jedes im andern widerspiegelt, das andere verändert, dem andern seinen Stempel aufdrückt. Jedes ist Bedingung für das So-Sein des andern, hat Einfluß auf des-

sen Veränderung, dessen Entwicklung. Gegenseitiges Einander-einen-Stempel-Aufdrücken. Die gegensätzlichen Tendenzen innerhalb eines Dinges bzw. einer Erscheinung sind objektiv auf die Überwindung, auf die Lösung des Widerspruchs zwischen diesen Tendenzen gerichtet, und diese Lösung erfolgt, indem das Ding sich in ein anderes verwandelt.

Nicht jedes Ding verwandelt sich in jedes andere, nicht jedes wirkt auf jedes andere. Die Dialektik verwendet daher die Begriffe der Identität, Einheit und Ungetrenntheit. Diese Begriffe drücken verschiedene Abstufungen in der Beschreibung des allseitigen Zusammenhangs der Welt aus. Sie können freilich nicht scharf voneinander getrennt werden, sondern gehen ineinander über.

Wir sagten oben, es komme darauf an, die Quelle der Selbstbewegung der Dinge herauszufinden. Was nun aber, wenn eine Ursache von außen auf ein Ding wirkt? Dann sind die Gegensätze lediglich im Rahmen einer größeren Einheit (bzw. Ungetrenntheit) zu betrachten, und innerhalb dieser größeren Einheit sind die Quellen der Selbstbewegung herauszufinden. Der von uns betrachtete **Ausschnitt des allseitigen Zusammenhangs der Welt vergrößert sich**. So schreitet das Denken zur Erkenntnis immer größerer und komplexerer Zusammenhänge voran. (Nur wenn man einen Ausschnitt und nicht das Ganze betrachtet, gibt es Sinn, von einer „Einwirkung von außen“ zu sprechen).

Dabei ist es allerdings erforderlich, zwischen inneren und äußeren Widersprüchen zu unterscheiden. Ein innerer Widerspruch ist ein Widerspruch im Wesen eines Dinges selbst; der betreffende Gegenstand kann ohne seine gegensätzlichen Seiten nicht existieren. Ein äußerer Widerspruch ist ein Widerspruch zwischen verschiedenen Gegenständen, die nicht so eng verbunden sind. Die inneren Widersprüche sind von grundlegender, primärer Bedeutung für die Ent-

wicklung eines Dings, doch können die äußeren ebenfalls von entscheidender Bedeutung sein. So kann z.B. ein Ei nur aufgrund seiner inneren Widersprüche zum Huhn werden, doch nur unter der Bedingung, daß von außen Wärme zugeführt wird. Andererseits können äußere Widersprüche zerstörend wirken, so daß die Entwicklung, die aufgrund der inneren Widersprüche möglich ist, nicht zur Wirklichkeit wird: Wird das Ei zerstört, so entwickelt es sich nicht zu einem Huhn. - Die menschliche Gesellschaft birgt innere Widersprüche in sich, doch zugleich gibt es einen äußeren Widerspruch zur umgebenden Natur. Die Lösung der wesentlichen, der inneren Widersprüche der Gesellschaft ist Voraussetzung dafür, daß auch die äußeren Widersprüche zur Natur zufriedenstellend gelöst werden können. Solange der Klassenantagonismus fortbesteht, solange die Logik des Profits die Entwicklung der Gesellschaft bestimmt, wird es nicht nur zu gesellschaftlichen, sondern auch zu Umweltkrisen und -katastrophen kommen.

Kommen wir auf die von Hegel gestellten und von Lenin kommentierten „zwei Grundforderungen“ zurück, die wir bereits bei der Darstellung der Hegelschen Philosophie (S. 88) erwähnt haben:

Hegel: „(...) *die Notwendigkeit des Zusammenhangs und die immanente Entstehung der Unterschiede* (...)“ (Wissenschaft der Logik, I. S. 51)

Lenin: „*Sehr wichtig!! Das bedeutet meines Erachtens folgendes:*

- 1) ***Notwendiger** Zusammenhang, objektiver Zusammenhang aller Seiten, Kräfte, Tendenzen etc. des gegebenen Gebiets der Erscheinungen;*
- 2) *‘immanente **Entstehung** der Unterschiede’ - die innere objektive Logik der Evolution und des Kampfes der Unterschiede, der Polarität.*“ (Lenin, Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik, LW 38, S. 89)

*„Die Einheit (Kongruenz, Identität, Wirkungs-gleichheit) der Gegensätze ist bedingt, zeitweilig, ver-gänglich, relativ. Der Kampf der einander ausschließen-den Gegensätze ist absolut, wie die Entwicklung, die Be-wegung absolut ist.“ (Lenin, Zur Frage der Dialektik, LW 38, S. 339)*

Absolut ist der Kampf der Gegensätze deshalb, weil eben die Bewegung absolut ist, und deshalb kann die Ein-heit nur relativ sein.

Den „zwei Grundforderungen“ Hegels trägt die marxi-stische dialektische Methode wie folgt Rechnung:

1) Streben nach Allseitigkeit der Erkenntnis:

*„Um einen Gegenstand wirklich zu kennen, muß man alle seine Seiten, alle Zusammenhänge und Vermittlungen´ erfassen und erforschen. Wir werden das niemals vollständig erreichen, die Forderung der Allseitigkeit wird uns aber vor Fehlern und vor Erstarrung bewah-ren.“ (Lenin, Noch einmal über die Gewerkschaften, LW 32, S. 85).*

*„Die Gesamtheit **aller** Seiten der Erscheinungen, der Wirklichkeit und ihre (Wechsel-)Beziehungen - das ist es, woraus sich die Wahrheit zusammensetzt.“ (Lenin, Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik, LW 38, S. 186)*

*„Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik die Natur (einschließlich der Gesellschaft, d. Verf.) nicht als zufällige Anhäufung von Dingen, von Erschei-nungen, die voneinander losgelöst, voneinander iso-liert und voneinander nicht abhängig wären, sondern als zusammenhängendes einheitliches Ganzes, wobei die Dinge, die Erscheinungen miteinander organisch verbunden sind, voneinander abhängen und einander bedingen.“*

*Darum geht die dialektische Methode davon aus, daß keine einzige Erscheinung in der Natur begriffen werden kann, wenn sie isoliert, außerhalb des Zusammenhangs mit den sie umgebenden Erscheinungen genommen wird, denn jede beliebige Erscheinung auf jedem Naturgebiet kann in Widersinn verwandelt werden, wenn sie außerhalb des Zusammenhangs mit den sie umgebenden Erscheinungen, losgelöst von ihnen, betrachtet wird, und, umgekehrt, jede beliebige Erscheinung kann verstanden und begründet werden, wenn sie in ihrem unlösbaren Zusammenhang mit den sie umgebenden Erscheinungen, in ihrer Bedingtheit durch die sie umgebenden Erscheinungen, betrachtet wird.“*  
(Stalin, Kurzer Lehrgang, S. 127f.)

Beispiel: Lange Zeit hatte die Biologie nur beschreibenden Charakter. Die Pflanzen und die Tiere wurden beschrieben, eine Beschreibung wurde beziehungslos neben die andere gestellt, und damit fertig. Die Darwinsche Entwicklungstheorie (Evolutionstheorie) machte damit Schluß. Sie untersuchte die Entwicklung des Lebens, die Verwandlung einer Form des Lebens in eine andere, und warf Licht auf die Beziehung der einzelnen Arten untereinander. Sie betrachtete die einzelnen Arten von Lebewesen nicht starr, sondern in ihrer Entwicklung, in ihrer Beziehung untereinander.

Klaus skizziert, wie die Menschheit die Einheit der Welt, den universellen Zusammenhang der Welt immer besser begriffen hat:

*„Für die Antike waren die irdischen und himmlischen Erscheinungen zwei grundsätzlich voneinander getrennte Bereiche. Die Großtat der Newtonschen Mechanik besteht darin, daß sie das Gravitationsgesetz als universelles Gesetz, das die mechanische Bewegung irdischer Körper genauso umfaßt wie die der Sterne, formuliert hat. Die klassische Mechanik konnte die ver-*

*schiedenen Aggregatzustände der Materie, die Hydrodynamik und die Aerodynamik auf die mechanischen Grundgesetze zurückführen. Im 19. Jahrhundert war es möglich, die Wärme auf ungeordnete mechanische Molekularbewegung zurückzuführen. Maxwell hat Licht, Magnetismus und Elektrizität als zusammenhängendes Ganzes erkannt. Früher gab es in der Physik zahlreiche geheimnisvolle Kräfte, bis man erkannte, daß die verschiedenen Energieformen sich nach festen quantitativen Gesetzen ineinander überführen lassen. Damit war der materielle Zusammenhang zwischen den verschiedenen Bewegungsformen der Materie sichergestellt. Die klassische Mechanik hatte Materie, Raum, Zeit als völlig voneinander unabhängige Gegebenheiten betrachtet. Die moderne Relativitätstheorie hat (...) ihren untrennbaren Zusammenhang nachgewiesen.*

*Seit Huygens und Newton unterschied man korpuskulare und wellenförmige Bewegungsvorgänge. Die moderne Quantenphysik verschmelzt diese getrennten Aspekte der Materie zu einem Ganzen. Alle Elementarteilchen sind wellenförmig und zugleich korpuskular. Will man den systematischen Zusammenhang der verschiedenen Bewegungsformen der Materie, wie er sich aus dem heutigen Stand der Wissenschaft ergibt, auf einen Hauptnenner bringen und betrachtet nur das Verbindende, den Zusammenhang, so bildet die Physik die Basis; die Chemie ist die Physik der äußeren Elektronenhülle der Atome; die Biologie ist die Chemie der Eiweißkörper, und die Menschen sind Werkzeuge verfertigte und benützende, mit Bewußtsein begabte Tiere. (...) Mit anderen Worten, unsere heutige Kenntnis der Welt zeigt uns diese als ein ungeheures System materieller Zusammenhänge.“ (Klaus, Georg: Jesuiten, Gott, Materie; Berlin 1958, S.233f.)*

In eben diesem Sinne bezeichnete Engels die „*Dialektik als Wissenschaft von den Zusammenhängen im Gegensatz zur Metaphysik*“. (Dialektik der Natur, MEW 20, S. 348)

Freilich kann die Erkenntnis der Zusammenhänge weder nach der Seite des Makro- noch nach der des Mikrokosmos jemals abgeschlossen werden. Niemals werden wir alle Bewegungsformen der Materie kennen, doch unsere Erkenntnis wird ständig weiter voranschreiten. Erst kürzlich wurden neue Erkenntnisse über den Zusammenhang, über die Einheit von Schall und Licht gewonnen: „*Schall und Licht sind Formen der Energie, die auf den ersten Blick wenig gemeinsam haben. Dennoch lassen sie sich ineinander umwandeln. Die Metamorphose vollzieht sich auf einem winzigen Luftbläschen in Wasser. Beschallt man das Gefäß, in dem sich das Wasser befindet, so beginnt die Luftblase im Takt der Schallwelle zu pulsieren. Dabei stößt sie mit erstaunlicher Präzision äußerst kurze Lichtblitze aus.*“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 12.6.96)

2) Erforschen der Widersprüche im Wesen der Dinge selbst:

„*Im Gegensatz zur Metaphysik geht die Dialektik davon aus, daß den Naturdingen, den Naturerscheinungen innere Widersprüche eigen sind, denn sie alle haben ihre negative und positive Seite, ihre Vergangenheit und Zukunft, ihr Ablebendes und sich Entwickelndes, daß der Kampf dieser Gegensätze, der Kampf zwischen Altem und Neuem, zwischen Absterbendem und neu Entstehendem, zwischen Ablebendem und sich Entwickelndem, den inneren Gehalt des Entwicklungsprozesses, den inneren Gehalt des Umschlagens quantitativer Veränderungen in qualitative (Näheres hierzu im nächsten Abschnitt, d. Verf.) bildet.*“

*Darum ergibt sich aus der dialektischen Methode, daß der Prozeß der Entwicklung von Niedrerem zu Höherem nicht in Form einer harmonischen Entfaltung der Erscheinungen verläuft, sondern in Form eines Hervorbrechens der Widersprüche, die den Dingen und Erscheinungen eigen sind, in Form eines 'Kampfes' gegensätzlicher Tendenzen, die auf der Grundlage dieser Widersprüche wirksam sind.“ (Stalin, Kurzer Lehrgang S. 131)*

*„Im eigentlichen Sinne ist die Dialektik die Erforschung des Widerspruchs **im Wesen der Dinge selbst.**“ (Lenin, Konspekt zu Hegels Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie, LW 38, S. 240)*

Letzteres Zitat beinhaltet, daß das dialektische Denken sich nicht damit begnügt, **irgendwelche** Widersprüche herauszufinden. Es muß die Widersprüche „im Wesen“ der zu untersuchenden Dinge herausfinden, diejenigen Widersprüche, die wesentlich für die jeweiligen Entwicklungen sind.

Beispiel: Untersucht man die ökonomische Struktur einer monopolkapitalistischen Gesellschaft, so findet man als wesentlichen Widerspruch den Widerspruch zwischen den fortgeschrittenen Produktivkräften, die eine gesellschaftliche Planung und Kontrolle der Produktion erfordern, eine Produktion auf Rechnung der Gesellschaft, eine Produktion, die sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert, einerseits, und den rückständigen Produktionsverhältnissen, der privaten Aneignung der Produkte, die eine gesellschaftliche Kontrolle der Produktion, eine Produktion auf Rechnung der Gesellschaft unmöglich machen, andererseits. Dieser Widerspruch führt gesetzmäßig zum Untergang der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

**D) DAS GESETZ DES ÜBERGANGS QUANTITATIVER  
VERÄNDERUNGEN IN QUALITATIVE UND UMGEKEHRT**

Bereits Hegel hat in seiner „Wissenschaft der Logik“ darauf hingewiesen, daß Quantität in Qualität umschlägt. Es handelt sich um eine Veränderung in Form eines **qualitativen Sprunges**, der durch **quantitative Veränderungen vorbereitet wird**.

Als Beispiel aus der Natur kann das Verdampfen von Wasser angeführt werden. Wird Wärme zugeführt, so wird das Wasser zunächst einmal immer nur wärmer, ändert aber nicht seinen Aggregatzustand. Dann aber bricht die allmähliche Entwicklung ab, dann kommt es zum qualitativen Sprung: Bei 100 Grad. Celsius verdampft das Wasser, nimmt gasförmigen Zustand an.

Hegel:

*„(...) das Wasser, indem es seine Temperatur ändert, wird damit nicht bloß mehr oder weniger warm, sondern geht durch die Zustände der Härte (Eis, d. Verf.), der tropfbaren Flüssigkeit und der elastischen Flüssigkeit hindurch; diese verschiedenen Zustände treten nicht allmählich ein, sondern eben das bloß allmähliche Fortgehen der Temperaturveränderung wird durch diese Punkte mit einem Male unterbrochen und gehemmt, und der Eintritt eines anderen Zustandes ist ein **Sprung**. (...) Geburt und Tod sind, statt eine fortgesetzte Allmählichkeit zu sein, vielmehr ein Abbrechen derselben und der Sprung aus quantitativer Veränderung in qualitative.*

*Es gibt keinen Sprung in der Natur, wird gesagt; und die gewöhnliche Vorstellung, wenn sie ein Entstehen oder Vergehen begreifen soll, meint (...), es damit begriffen zu haben, daß sie es als ein allmähliches Hervorgehen oder Verschwinden vorstellt. Es hat sich aber gezeigt, daß die Veränderungen des Seins überhaupt nicht nur das Übergehen einer Größe in eine andere Größe, sondern Über-*

*gang vom Qualitativen in das Quantitative und umgekehrt sind, ein Anderswerden, das ein **Abbrechen des Allmählichen** und ein qualitativ Anderes gegen das vorhergehende Dasein ist. Das Wasser wird durch die Erkältung nicht nach und nach hart, so daß es breiartig würde und allmählich bis zur Konsistenz des Eises sich verhärtete, sondern ist auf einmal hart; schon mit der ganzen Temperatur des Eispunktes, wenn es ruhig steht, kann es noch seine ganze Flüssigkeit haben, und eine geringe Erschütterung bringt es in den Zustand der Härte.“*

(Hegel, Wissenschaft der Logik, I. S. 440, Hervorhebungen v. Verf.; die hervorgehobene Stelle, „Abbrechen des Allmählichen“, nämlich Abbrechen der Allmählichkeit der Entwicklung, ist wesentlich für den Begriff des **Sprunges**).

Besonders reichhaltiges Material zum Studium des Gesetzes des Umschlagens von Quantität in Qualität bietet die Chemie (vgl. z.B. Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 351 ff. und 552 f.). Wir wollen hier als Beispiel nur anführen, daß die Verbindung zweier Sauerstoffatome Sauerstoff ergibt, drei Sauerstoffatome aber Ozon bilden und daß Sauerstoff und Ozon völlig unterschiedliche Eigenschaften haben.

Das Gesetz des Umschlagens quantitativer Veränderungen in qualitative wirkt ebenfalls innerhalb der menschlichen Gesellschaft. Marx: „*Die Verwandlung des Handwerksmeisters in den Kapitalisten suchte das Zunftwesen des Mittelalters* (vgl. Kapitel II, S. 43 ff., d. Verf.) *dadurch gewaltsam zu verhindern, daß es die Arbeiteranzahl, die ein einzelner Meister beschäftigen durfte, auf ein sehr geringes Maximum beschränkte. Der Geld- oder Warenbesitzer verwandelt sich erst wirklich in einen Kapitalisten, wo die für die Produktion vorgeschobne Minimalsumme weit über dem mittelaltrigen Maximum steht. Hier,*

*wie in der Naturwissenschaft, bewährt sich die Richtigkeit des von Hegel in seiner 'Logik' entdeckten Gesetzes, daß bloß quantitative Veränderungen auf einem gewissen Punkt in qualitative Unterschiede umschlagen.“* (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 326 f.)

Qualitative Änderungen schlagen ihrerseits in quantitative um. Wird z.B. die Arbeit vieler Arbeiter unter dem Kommando eines Kapitalisten zusammengefaßt, so ist dies eine neue Qualität gesellschaftlicher Produktion. Diese neue Qualität beinhaltet eine Steigerung der Arbeitsproduktivität jedes einzelnen Arbeiters. In - sagen wir - einer Arbeitsstunde kann nun ein wesentlich größeres Quantum an Produkten hergestellt werden. Die neue Qualität ist in eine größere Quantität umgeschlagen.

Hegel verweist darauf, daß „*Verbrechen*“ entstehen kann, indem „*das Maß des Leichtsinns überschritten wird*“, daß bei Überschreiten eines bestimmten quantitativen Maßes „*Recht in Unrecht, Tugend in Laster übergeht*“ (Hegel, Wissenschaft der Logik, I. S. 441). Indem nämlich etwas „*über sich hinaus in das Maßlose getrieben*“ wird, kann es „*durch die bloße Änderung seiner Größe zugrunde*“ gehen (ebenda, S. 442). Die Sorge für andere Menschen z.B. kann bei maßloser Übertreibung dazu führen, daß ein Individuum seine eigenen Bedürfnisse grob mißachtet und daran zugrundegeht. Vorsicht und Besonnenheit sind positive Charaktereigenschaften, doch bei Überschreiten des Maßes gehen sie in Ängstlichkeit und Handlungsunfähigkeit über. Ordnungsliebe kann zu kleinlichster Pedanterie ausarten, usw.

Sprünge gibt es in der Natur, in der Gesellschaft und im Bewußtsein. Betrachten wir die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft: Die verschiedenen Elemente der Krise wachsen nach und nach heran: So z.B. die

Finanzkrise, die Schuldenkrise, als **ein** Element der Krise. An einem bestimmten Punkt aber kommt es zu **plötzlichen** Erschütterungen und Ausbrüchen, die die Lebensbedingungen der breiten Massen **schlagartig drastisch verschlechtern**. So wie beim berühmten Schwarzen Freitag, nur daß das Ausmaß beim nächsten Mal bedeutend größer sein wird. Dies kann man voraussehen, wenn man das **Ausmaß** der Spekulationen, der durch Finanzmachinationen hervorgerufenen künstlichen Verzögerung der Krisenerscheinungen untersucht. Den **Zeitpunkt** freilich kann man nicht voraussehen, da dieser - bis zu einem bestimmten Grad - von Zufälligkeiten abhängt. Zwar ist auch der Zeitpunkt durch eine Vielzahl miteinander verflochtener Faktoren determiniert, die sich aber der Analyse entziehen.

In solchen Situationen verändert sich auch das **Bewußtsein** der Menschen schlagartig. Oftmals lernen die arbeitenden Menschen dann in wenigen Tagen mehr über gesellschaftliche Zusammenhänge als sonst in Jahrzehnten. Wichtig ist dann freilich die Existenz einer politischen Partei der Arbeiterklasse mit einem gewissen Masseneinfluß.

Schlagartige Veränderungen im Bewußtsein von Menschen gibt es aber auch in ruhigen Zeiten. Jeder kennt den sogenannten „Aha-Effekt“: Man hat sich mit bestimmten Problemen mühsam auseinandergesetzt und sich Wissen angeeignet, ohne einen besonderen Durchbruch zu erzielen. An einem bestimmten Punkt werden einem mehr oder weniger schlagartig viele Verbindungen klar. So geht es einzelnen Menschen, so geht es aber auch ganzen Wissenschaftszweigen, und an bestimmten Knotenpunkten der gesellschaftlichen Entwicklung machen alle oder die meisten Wissenschaften einen qualitativen Sprung nach vorne (z.B. Renaissance, bürgerliche Aufklärung). Oder: An einem bestimmten Punkt treffen Menschen Entscheidungen, die per-

sönlich oder politisch für sie von großer Tragweite sind. In der Regel werden solche Entscheidungen durch unmerkliche quantitative Veränderungen im Bewußtsein vorbereitet.

Der Sprung bezeichnet ein gesetzmäßiges Stadium im Entwicklungsprozeß. Er schließt das evolutionäre Stadium, das Stadium **allmählicher** Entwicklung, ab. Er ist aber von diesem Stadium nicht losgelöst, sondern wird vielmehr durch das Stadium allmählicher Entwicklung **vorbereitet**: Es besteht eine Einheit von quantitativer und qualitativer, von evolutionärer und revolutionärer Entwicklung.

Sprünge müssen sich nicht in jedem Falle **plötzlich** vollziehen. Es gibt auch Sprünge, die eine längere Zeitspanne in Anspruch nehmen, so z.B. bei längeren revolutionären Prozessen. Überdies ist relativ, was als kurze und was als lange Zeitspanne zu gelten hat. Innerhalb des viele Millionen Jahre andauernden Evolutionsprozesses sind z.B. 100 Jahre ein außerordentlich kurzer Zeitraum, bei anderen Prozessen wiederum ist ein Tag oder gar eine Sekunde ein äußerst langer Zeitraum. Der Sprung ist in jedem Falle eine Form **offensichtlicher** Veränderungen, im Gegensatz zu den allmählichen quantitativen Veränderungen, die häufig schwer wahrzunehmen sind.

Das objektivwirkende Gesetz des Umschlagens quantitativer Veränderungen in qualitative hat seinen Niederschlag in der dialektischen Methode:

*„Darum ergibt sich aus der dialektischen Methode, daß der Entwicklungsprozeß nicht als Kreisbewegung, nicht als einfache Wiederholung des Früheren, sondern als fortschreitende Bewegung, als Bewegung in aufsteigender Linie, als Übergang von einem alten qualitativen Zustand zu einem neuen qualitativen Zustand, als Entwicklung von Einfachem zu Kompliziertem, von Niedermem zu Höherem aufgefaßt werden muß.“*

(Stalin, Kurzer Lehrgang, S. 131)

*„Wenn das Umschlagen langsamer quantitativer Veränderungen in rasche und plötzliche qualitative Veränderungen ein Entwicklungsgesetz darstellt, so ist es klar, daß die von unterdrückten Klassen vollzogenen revolutionären Umwälzungen eine völlig natürliche und unvermeidliche Erscheinung darstellen.*

*Also kann der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch nicht auf dem Wege langsamer Veränderungen, nicht auf dem Wege von Reformen, sondern einzig und allein auf dem Wege qualitativer Veränderung der kapitalistischen Ordnung, auf dem Wege der Revolution verwirklicht werden.*

*Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß man Revolutionär sein und nicht Reformist.“ (ebenda, S. 133)*

In seinem monopolistischen Stadium bereitet der Kapitalismus durch quantitative, evolutionäre Veränderungen die materiellen Voraussetzungen des Sozialismus in recht hohem Maße vor. Kommt es jedoch nicht zum Sprung, zur Revolution, so gehen die quantitativen Veränderungen nicht in qualitative über, es kommt zu keiner neuen Gesellschaftsordnung. Die Gesellschaft verfault zunehmend.

Die Opportunisten predigen die Möglichkeit des Übergangs zu einer neuen Qualität durch rein evolutionäre Entwicklung. So konstruierte der sozialdemokratische Ideologe Hilferding in der Weimarer Republik den Begriff eines „organisierten Kapitalismus“, der ohne Revolution friedlich in den Sozialismus hineinwachsen würde. Der Kapitalismus wuchs aber nicht in den Sozialismus hinein; das Ausbleiben des revolutionären Sprungs und das Wachsen der Fäulnis führte vielmehr zum Faschismus. Der Faschismus war andererseits Ergebnis der subjektiven Bestrebungen des Finanzkapitals, welches den revolutionären Sprung eben verhindern wollte.

Wir sehen hier besonders deutlich, daß sich im Bereich der menschlichen Gesellschaft objektive Bewegungen nicht ohne subjektive Bestrebungen der Menschen verwirklichen. In unserem Beispiel haben wir auf der einen Seite die subjektiven Bestrebungen der Arbeiterklasse und ihrer Partei, den revolutionären Sprung herbeizuführen, auf der anderen Seite die subjektiven Bestrebungen des Finanzkapitals, ihn zu verhindern. Die subjektiven Bestrebungen der Arbeiterklasse wurden wiederum gehemmt und geschwächt durch den Einfluß der Opportunisten, der vielen Hilferdings, die - wenn wir die Dinge philosophisch betrachten - die Illusion des Übergangs zum Sozialismus auf dem Wege rein quantitativer Veränderungen, unter Ausschluß eines revolutionären Sprungs, verbreiteten.

(Da wir das Beispiel Hilferding anführten, sei angemerkt, daß er auch persönlich scheiterte. Seine Tätigkeit als Finanzminister war die praktische Probe auf seine Theorie vom „organisierten Kapitalismus“, der Krisen vermeiden könne und der, je besser die Produktion „organisiert“ und „bewußt geregelt“ werde, um so mehr in den Sozialismus hineinwachse. Der Finanzminister Hilferding wurde 1929 von der bis dahin verheerendsten Krise der kapitalistischen Produktionsweise überrascht und mußte zurücktreten. Hilferdings Theorie war im unmittelbarsten Sinne durch die Praxis widerlegt, und zwar auch durch seine persönliche Praxis, durch seinen Versuch, als Finanzminister an der Organisation des Kapitalismus teilzunehmen. - Das Finanzkapital dankte Hilferding nicht für seine Bestrebungen, die Klassengegensätze abzuschwächen und den revolutionären Sprung zu verhindern. 1941 wurde er in Paris, wohin er geflohen war, von den Faschisten ermordet.)

### E) DAS GESETZ DER NEGATION DER NEGATION

Das Gesetz der Einheit und des Kampfes der Gegensätze zeigt uns, daß die Materie in unendlicher Bewegung begriffen ist, in welcher eine Erscheinung von der andern, ein Ding vom andern abgelöst wird. Das Gesetz des Umschlagens quantitativer Veränderungen in qualitative zeigt uns, daß innerhalb dieser Bewegungsprozesse qualitative Sprünge vorkommen, die von allmählichen, quantitativen Veränderungen vorbereitet werden. Kann man darüber hinaus eine Aussage machen, ob es irgendeine objektive Tendenz, eine bestimmte Richtung im Entwicklungsprozeß gibt?

Bezüglich dieser Frage gab und gibt es verschiedene Anschauungen und Theorien. Die Philosophen der bürgerlichen Aufklärung glaubten an den gesellschaftlichen Fortschritt, sie glaubten an den Menschen und seine Fähigkeiten, sie bejahten die Möglichkeit, eine gerechte und vernünftige Welt zu schaffen. Zwar beruhte diese Anschauung auf der idealistischen Konstruktion einer von den Klassen und den materiellen Gegebenheiten unabhängigen Vernunft. Ungeachtet dessen war es aber richtig, die Entwicklung der Menschheit nicht als Kette einfacher Wiederholungen, sondern als Aufsteigen vom Niederen zum Höheren aufzufassen.

Die zu dieser Zeit fortschrittliche, aufsteigende Bewegung der bürgerlichen Ordnung war die materielle Grundlage dafür, daß bürgerliche Philosophen eine solche fortschrittliche Auffassung von der Bewegung entwickeln konnten. Mit der Entwicklung der Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft, mit dem Wachstum der Fäulnis des Kapitalismus gingen die Philosophen der Bourgeoisie zunehmend zu pessimistischen Auffassungen von der Entwicklung über, da sie als Ideologen des Kapitals nicht den Standpunkt der revolutionären Arbeiterklasse einnehmen

können, daß der Fortschritt eben in der Überwindung dieser Gesellschaftsordnung besteht. Soweit sie den Niedergang der bürgerlichen Gesellschaft wahrnehmen, fassen sie ihn als Niedergang der Kultur bzw. der Menschheit überhaupt auf. Nietzsche z.B. faßte die Richtung der Bewegung als „ewige Wiederkehr“ auf, schloß also die Möglichkeit einer Entwicklung vom Niederen zum Höheren aus.

Der dialektische Materialismus hingegen bejaht grundsätzlich die aufsteigende Entwicklungslinie der Bewegung, er bejaht die Bewegung vom Einfachen zum Komplizierten, von Niederen zum Höheren. Diese Entwicklungsrichtung der Bewegung wird insbesondere durch das **Gesetz der Negation der Negation** zum Ausdruck gebracht. Dieses Gesetz wurde bereits von Hegel untersucht, von ihm aber natürlich idealistisch aufgefaßt. Für Materialisten kann es - wie oben (Seite 139 ff.) schon dargelegt - keinerlei Reste eines Glaubens an einen Weltgeist, an irgendein „telos“, eine bewußte Zweckrichtung geben, die der Materie innewohne. Dies schließt allerdings keineswegs die Annahme einer der Materie immanenten, ihr innewohnenden Gesetzmäßigkeit aus, wonach die Bewegung in Form einer aufsteigenden Entwicklungslinie erfolgt.

Wir haben uns oben (Seite 164f.) schon mit dem dialektischen Begriff der Negation befaßt. Negation bedeutet nicht einfach, daß etwas verschwindet, sondern es verwandelt sich in etwas anderes, und das Neue ist durch das Alte bestimmt, aus dem es hervorgeht. Das Neue kann nicht aus dem Nichts kommen, sondern nur aus dem Alten entstehen. Der dialektische Begriff **Aufheben bedeutet Negieren und Bewahren zugleich**: Der alte Zustand wird negiert, aber alles im Alten enthaltene Positive, Aufsteigende wird im Neuen bewahrt und entwickelt sich innerhalb des Neuen weiter. Doch es bleibt nicht bei dieser ersten Negation. Auch das Neue, das mittels der ersten Negation entstanden

ist, wird später negiert, und oft werden gerade durch diese zweite Negation Elemente der ursprünglichen Erscheinung, die mittels der ersten Negation negiert wurden, wieder hergestellt, aber nicht als einfache Wiederholung, sondern auf höherer Stufenleiter. In diesem Sinne können „die Gegensätze ineinander übergehen“, können sie „identisch werden“.

Engels führt Beispiele an:

*„Nehmen wir ein Gerstenkorn. Billionen solcher Gerstenkörner werden vermahlen, verkocht und verbraut, und dann verzehrt. Aber findet solch ein Gerstenkorn die für es normalen Bedingungen vor, fällt es auf günstigen Boden, so geht unter dem Einfluß der Wärme und der Feuchtigkeit eine eigne Veränderung mit ihm vor, es keimt; das Korn vergeht als solches, wird negiert, an seine Stelle tritt die aus ihm entstandne Pflanze, die Negation des Korns. Aber was ist der normale Lebenslauf dieser Pflanze? Sie wächst, blüht, wird befruchtet und produziert schließlich wieder Gerstenkörner, und sobald diese gereift, stirbt der Halm ab, wird seinerseits negiert. Als Resultat dieser Negation der Negation haben wir wieder das anfängliche Gerstenkorn, aber nicht einfach, sondern in zehn-, zwanzig-, dreißigfacher Anzahl. Getreidearten verändern sich äußerst langsam, und so bleibt die Gerste von heute ziemlich gleich mit der von vor hundert Jahren. Nehmen wir aber eine bildsame Zierpflanze, z.B. eine Dahlia oder Orchidee; behandeln wir den Samen und die aus ihm entstehende Pflanze nach der Kunst des Gärtners, so erhalten wir als Ergebnis dieser Negation der Negation nicht nur mehr Samen, sondern auch qualitativ verbesserten Samen, der schönere Blumen erzeugt, und jede Wiederholung dieses Prozesses, jede neue Negation der Negation steigert diese Vervollkommnung. - Ähnlich wie beim Gerstenkorn vollzieht sich dieser Prozeß*

bei den meisten Insekten, z.B. Schmetterlingen. Sie entstehen aus dem Ei durch Negation des Ei's, machen ihre Verwandlungen durch bis zur Geschlechtsreife, begatten sich und werden wieder negiert, indem sie sterben, sobald der Gattungsprozeß vollendet und das Weibchen seine zahlreichen Eier gelegt hat. Daß bei andern Pflanzen und Tieren der Vorgang nicht in dieser Einfachheit sich erledigt, daß sie nicht nur einmal, sondern mehrmal Samen, Eier oder Junge produzieren, ehe sie absterben, geht uns hier noch nichts an; wir haben hier nur nachzuweisen, daß die Negation der Negation in den beiden Reichen der organischen Welt **wirklich vorkommt**. Ferner ist die ganze Geologie eine Reihe von negierten Negationen, eine Reihe von aufeinanderfolgenden Zertrümmerungen alter und Ablagerungen neuer Gesteinsformationen. Zuerst wird die ursprüngliche, aus der Abkühlung der flüssigen Masse entstandne Erdkruste durch ozeanische, meteorologische und atmosphärisch-chemische Einwirkung zerkleinert und diese zerkleinerten Massen auf dem Meeresboden geschichtet. Lokale Hebungen des Meeresbodens über den Meeresspiegel setzen Teile dieser ersten Schichtung von neuem den Einwirkungen des Regens, der wechselnden Wärme der Jahreszeiten, des Sauerstoffs und der Kohlensäure der Atmosphäre aus; denselben Einwirkungen unterliegen die aus dem Erdinnern hervor- und die Schichten durchbrechenden geschmolzenen und nachher abgekühlten Steinmassen. Millionen von Jahrhunderten hindurch werden so immer neue Schichten gebildet, immer wieder größtenteils zerstört und immer wieder als Bildungsstoff für neue Schichten verwendet. Aber das Ergebnis ist ein sehr positives: die Herstellung eines aus den verschiedensten chemischen Elementen gemischten Bodens in einem Zustand mechanischer Zerkleinerung, der die massenhafteste und verschiedenartigste Vegetation zuläßt. (...)

*Nicht anders in der Geschichte. Alle Kulturvölker fangen an mit dem Gemeineigentum am Boden. Bei allen Völkern, die über eine gewisse ursprüngliche Stufe hinausgehen, wird dies Gemeineigentum im Lauf der Entwicklung des Ackerbaus eine Fessel für die Produktion. Es wird aufgehoben, negiert, nach kürzern oder längern Zwischenstufen in Privateigentum verwandelt. Aber auf höherer, durch das Privateigentum am Boden selbst herbeigeführter Entwicklungsstufe des Ackerbaus wird umgekehrt das Privateigentum eine Fessel für die Produktion - wie dies heute der Fall ist sowohl mit dem kleinen wie mit dem großen Grundbesitz. Die Forderung, es ebenfalls zu negieren, es wieder in Gemeingut zu verwandeln, tritt mit Notwendigkeit hervor. Aber diese Forderung bedeutet nicht die Wiederherstellung des altursprünglichen Gemeineigentums, sondern die Herstellung einer weit höhern, entwickeltern Form von Gemeinbesitz, die, weit entfernt der Produktion eine Schranke zu werden, sie vielmehr erst entfesseln und ihr die volle Ausnutzung der modernen chemischen Entdeckungen und mechanischen Erfindungen gestatten wird. (Hier werden die Gegensätze Gemeineigentum und Privateigentum „identisch“, „verwandeln sich ineinander“, d. Verf.)*

*Oder aber: Die antike Philosophie war ursprünglicher, naturwüchsiger Materialismus. Als solcher war sie unfähig, mit dem Verhältnis des Denkens zur Materie ins reine zu kommen. Die Notwendigkeit aber, hierüber klar zu werden, führte zur Lehre von einer vom Körper trennbaren Seele, dann zu der Behauptung der Unsterblichkeit dieser Seele, endlich zum Monotheismus (Glauben an **einen** Gott, d. Verf.). Der alte Materialismus wurde also negiert durch den Idealismus. Aber in der weitern Entwicklung der Philosophie wurde auch der Idealismus unhaltbar und negiert durch den modernen Materialismus.*

(Hier werden die Gegensätze Materialismus und Idealismus „identisch“, „verwandeln sich ineinander“, d. Verf.) *Dieser* (der moderne, also der von Marx und Engels entwickelte dialektische Materialismus, d. Verf.), *die Negation der Negation, ist nicht die bloße Wiedereinsetzung des alten, sondern fügt zu den bleibenden Grundlagen desselben noch den ganzen Gedankeninhalt einer zweitausendjährigen Entwicklung der Philosophie und Naturwissenschaft, sowie dieser zweitausendjährigen Geschichte selbst. Es ist überhaupt keine Philosophie mehr, sondern eine einfache Weltanschauung, die sich nicht in einer aparten (besonderen, d. Verf.) Wissenschaftswissenschaft, sondern in den wirklichen Wissenschaften zu bewähren und zu betätigen hat. Die Philosophie ist hier also 'aufgehoben', das heißt, 'sowohl überwunden als aufbewahrt' (...).*

*Was ist also die Negation der Negation? Ein äußerst allgemeines und eben deswegen äußerst weitwirkendes und wichtiges Entwicklungsgesetz der Natur, der Geschichte und des Denkens; ein Gesetz, das, wie wir gesehn, in der Tier- und Pflanzenwelt, in der Geologie, in der Mathematik (wir haben beim Zitieren der langen Passage einzelne Teile ausgelassen, u.a. den über die Mathematik, d. Verf.), in der Geschichte, in der Philosophie zur Geltung kommt (...).*“

(Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 126-131; oder AW V, S. 151 ff.; Hervorhebung von Engels)

Man könnte nun einwenden, mit dem unvermeidlichen Ende unseres Sonnensystems (Explosion und anschließendes Erlöschen der Sonne), welches das Ende der Erde und damit der Menschheit einschließt, sei mit allen diesen Entwicklungen ein für allemal Schluß, ohne daß etwas Neues entstehe. Doch der Untergang unserer Kultur, unseres Sonnensystems, ja unserer Galaxis ist keineswegs das Ende der Entwicklung. Keinerlei Materie und keinerlei Bewegung

kann verloren gehen, und das Ende unseres Sternensystems ist unvermeidlich der Beginn neuer Entwicklungen.

Engels weist auf den notwendigen Untergang unseres Sonnensystems hin und erklärt weiter: „*Und so wie unserm Sonnensystem ergeht es früher oder später allen andern Systemen unsrer Weltinsel* (er meint vermutlich die Milchstraße, d. Verf.), *ergeht es denen aller übrigen zahllosen Weltinseln, selbst denen, deren Licht nie die Erde erreicht, solange ein menschliches Auge auf ihr lebt, es zu empfangen.*“ (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 324)

Während aber diese und jene Galaxien untergehen, entstehen stets neue. „*Übrigens ist die sich ewig wiederholende Aufeinanderfolge der Welten in der endlosen Zeit nur die logische Ergänzung des Nebeneinanderbestehens zahlloser Welten im endlosen Raum (...). Es ist ein ewiger Kreislauf, in dem die Materie sich bewegt, ein Kreislauf, der seine Bahn wohl erst in Zeiträumen vollendet, für die unser Erdenjahr kein ausreichender Maßstab mehr ist, ein Kreislauf, in dem die Zeit der höchsten Entwicklung, die Zeit des organischen Lebens und noch mehr die des Lebens selbst- und naturbewußter Wesen ebenso knapp bemessen ist wie der Raum, in dem Leben und Selbstbewußtsein zur Geltung kommen; ein Kreislauf, in dem jede endliche Daseinsweise der Materie, sei sie Sonne oder Dunstnebel, einzelnes Tier oder Tiergattung, chemische Verbindung oder Trennung, gleicherweise vergänglich, und worin nichts ewig ist als die ewig sich verändernde, ewig sich bewegende Materie und die Gesetze, nach denen sie sich bewegt und verändert. Aber wie oft und wie unbarmherzig auch in Zeit und Raum dieser Kreislauf sich vollzieht; wieviel Millionen Sonnen und Erden auch entstehn und vergehn mögen; wie lange es auch dauern mag, bis in einem Sonnensystem nur auf Einem Planeten die Bedingungen des organischen Lebens sich herstellen;*

*wie zahllose organische Wesen auch vorhergehen und vorher untergehen müssen, ehe aus ihrer Mitte sich Tiere mit denkfähigem Gehirn entwickeln und für eine kurze Spanne Zeit lebensfähige Bedingungen vorfinden, um dann auch ohne Gnade ausgerottet zu werden - wir haben die Gewißheit, daß die Materie in allen ihren Wandlungen ewig dieselbe bleibt, daß keins ihrer Attribute je verlorengehen kann, und daß sie daher auch mit derselben eisernen Notwendigkeit, womit sie auf der Erde ihre höchste Blüte, den denkenden Geist, wieder ausrotten wird, ihn anderswo und in anderer Zeit wieder erzeugen muß.*“ (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 327, Hervorhebung v. Verf.)

Aber, so könnte man fragen, wo bleibt dann die Negation der Negation? Wenn in anderen Sonnensystemen und Galaxien bewußtes Leben entsteht, wo man aber aufgrund zeitlicher oder räumlicher Entfernung von unserer dann untergegangener Kultur nichts wissen kann, wie kann unsere Kultur dann dialektisch negiert werden, wie kann von ihr etwas aufgehoben, bewahrt werden, wenn die Erde untergeht?

Wir sehen hier besonders deutlich, daß Materie und Bewußtsein auch **außerhalb** der Erkenntnistheorie einander gegenübergestellt werden müssen und daß auch in dieser Gegenüberstellung **Absolutes** liegt. Materie wird in keinem Fall zerstört, sondern sie kann nur ihre Bewegungsformen ändern. Bewußtsein ist die Eigenschaft einer ganz bestimmten Bewegungsform der Materie, und es verschwindet mit entsprechender Änderung dieser Bewegungsform. Die Ideen mittlerweile toter Menschen können freilich weiterhin wirken, wenn sie von lebenden Menschen aufgegriffen werden; der Untergang der Menschheit als Folge des Untergangs unseres Sonnensystems bzw. unserer Milchstraße aber beendet unsere menschliche Kultur überhaupt.

In welchem Sinne aber spricht Engels in obigem Zitat von einem „ewigen Kreislauf, in dem die Materie sich bewegt“? Begreift er die Bewegung hier nicht doch als ewige Wiederholung? Nein. Er sagt an anderer Stelle sehr klar, daß die Natur „*sich nicht im ewigen Einerlei eines stets wiederholenden Kreises bewegt, sondern eine wirkliche Geschichte durchmacht*“ (Dialektik der Natur, MEW 20, S. 607). Das bedeutet aber andererseits nicht, daß das Gesetz der Negation der Negation eine stetige und ausschließliche Entwicklung in aufsteigender Linie garantiert. Es gibt vielmehr auch Entwicklung in absteigender Linie. Also zwar keine ewige Wiederholung, aber Kreisläufe in auf- und absteigenden Ästen.

Die Negation der Negation ist zwar ein allgemeines Gesetz, dies bedeutet jedoch keineswegs, daß **jegliche** Negation unter solchen Bedingungen erfolgt, daß durch **ihre** Negation das Ursprüngliche auf höherer Stufenleiter wiederhergestellt wird. Im Gegenteil, die Erfahrung zeigt, daß es sehr oft auch die „schlechte Negation“ gibt, mit der ein bestimmter Entwicklungsprozeß abgebrochen wird. Hierauf hat bereits Engels hingewiesen: „*Vermahle ich ein Gerstenkorn, zertrete ich ein Insekt, so habe ich zwar den ersten Akt (die erste Negation, d. Verf.) vollzogen, aber den zweiten unmöglich gemacht.*“ (Anti-Dühring, MEW 20, S. 132) Überhaupt muß das Gerstenkorn auf fruchtbaren Boden fallen, damit es dialektisch negiert werden kann. Wächst eine Pflanze in freier Natur, so gehen manchmal vielleicht tausende von Körnern unter (werden „schlecht negiert“), während nur ein einziges keimt und zur Pflanze wird, „dialektisch negiert wird“. In diesem Falle ist die Negation der Negation ein Prozeß, der für einen einzigen Fall seines Vollzugs tausende von „schlechten Negationen“ voraussetzt. (Engels bezeichnet zwar an anderer Stelle - MEW 20, S. 583f. - die schlechte Negation als „*rein sub-*

*jektive, individuelle, die nicht ein Entwicklungsstadium der Sache selbst, sondern eine von außen hereingetragene Meinung ist*“, doch darf dies nicht zu Mißverständnissen führen: Engels behandelt hier nur die metaphysische Denkweise, die die Negation der Negation nicht erkennen kann oder will. Unabhängig davon aber gibt es „schlechte Negation“ auch objektiv.)

Jedem einzelnen Weizenkorn wohnt aufgrund seiner inneren Widersprüche die **Möglichkeit** der Negation der Negation inne: Es **kann** keimen und zur Pflanze werden, die dann wieder Samen hervorbringt. Wenn aber Weizenkörner verdorren, weil sie nicht auf fruchtbaren Boden fallen, weil es an Sonne oder an Wasser fehlt, so wird diese Möglichkeit nicht zur Wirklichkeit: es kommt zur schlechten Negation, weil es an den erforderlichen **äußeren** Wirkungen fehlt.

Die Widersprüche der römischen Sklavenhaltergesellschaft enthielten die **Möglichkeit** der inneren Entwicklung zu etwas Höherem, nämlich zum Feudalismus: Dies beweist die Institution des **Kolonats** (vgl. Kapitel I, S. 40). Diese Möglichkeit wurde jedoch nicht zur Wirklichkeit, die entsprechenden Triebkräfte waren zu schwach. Der äußere Widerspruch, die Zerschlagung des römischen Imperiums durch die Barbaren, erschien zunächst als schlechte Negation. Doch letztlich führte das Wirken des äußeren Widerspruches doch zu einer Höherentwicklung: Die siegreichen Franken erbten die Produktivkräfte der römischen Sklavenhaltergesellschaft und konnten daher von der Urgesellschaft direkt zum Feudalismus übergehen, ohne selbst die Sklavenhaltergesellschaft zu durchlaufen.

Wir sehen, daß dialektische Negation und schlechte Negation ihrerseits wieder in einem dialektischen Verhältnis stehen, daß das Einhergehen, die dialektische Einheit von dialektischer Negation und schlechter Negation sehr

komplizierte und verschlungene Entwicklungslinien beschreiben kann, bei der die dialektischen Kategorien Möglichkeit und Wirklichkeit sowie innerer Widerspruch und äußerer Widerspruch eine Rolle spielen können. Es kommt sehr häufig, wenn nicht sogar in der Regel, vor, daß ein Prozeß der Negation der Negation in seinem Gesamtverlauf eine große Zahl schlechter Negationen einschließt:

*„Kein Fortschritt - weder in der Natur, noch in der Geschichte - kommt 'unter allen Umständen'. Viele tierische Vorfahren des Menschen sind zugrundegegangen. Nur ein winziger Rest dürfte den Zustand des Urkommunismus erreicht haben.*

*Der Aufstieg zum Feudalismus dann war wieder an ganz bestimmte Umstände gebunden. Zahlreiche Völker haben diese Umstände vorgefunden und ausgenützt. Die größere Zahl aber blieb stehen oder wurde ausgerottet.*

*Die notwendigen Vorbedingungen zur Weiterentwicklung in den Kapitalismus hinauf sind noch weniger häufig gegeben gewesen. Die meisten Völker haben nie die Stufe des Frühkapitalismus überschritten. Dutzendweise sind die frühkapitalistischen Kulturen in Barbarei zurückgefallen.*

*Ebenso ist auch der Aufstieg zum Kommunismus keinem Volke, das heute im Zustande des Kapitalismus lebt, schriftlich verbürgt und ohne weiteres sichergestellt.“*  
(Wittfogel, Karl August, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Wien 1924, S. 165f., Hervorhebungen von Wittfogel)

Wir sehen hier, welche höchst praktische gesellschaftliche Dimension die von uns berührte Frage hat. Eine allzu naive Vorstellung von der Negation der Negation, eine Vorstellung nämlich, die die Tatsache der millionenfach vorkommenden schlechten Negation nicht zur Kenntnis nimmt, eine solche Vorstellung führt sehr dicht an eine teleologische Geschichtsauffassung heran, wonach ein „kommunistisch

gewendeter Weltgeist“ alles so gut geordnet hat, daß - unbeschadet aller Winkelzüge der Geschichte - der Kommunismus so oder so rauskommen muß, und zwar **unabhängig davon, was die handelnden Subjekte treiben**. In der menschlichen Geschichte aber geht keinerlei Entwicklung ohne das Handeln bewußter Subjekte vor sich, und folglich hängt es vom Handeln der jeweiligen Subjekte ab, ob die objektive Möglichkeit einer Höherentwicklung zur Wirklichkeit wird.

Nun ist es zwar so (und das werden wir in späteren Kapiteln ausführlich darstellen), daß die inneren Widersprüche des Kapitalismus gesetzmäßig auf den Kommunismus hinweisen, und zwar besonders in seinem letzten, in seinem Fäulnisstadium, im monopolistischen Kapitalismus. Der Kapitalismus kann sich nicht etwa beliebig aufwärts oder abwärts entwickeln oder bleiben, wie er ist (wie auch Wittfogel im weiteren hervorhebt). Es gibt jedoch **keinen** Punkt, an dem er von selbst zusammenbricht. Es bedarf bewußt handelnder Subjekte, die ihm den Todesstoß versetzen: Die Möglichkeit wird nicht ohne weiteres zur Wirklichkeit, sie **kann** ohne bewußte Tätigkeit gar nicht zur Wirklichkeit werden. Ersetzt man in seiner theoretischen Vorstellung die einzigen bewußten, nämlich die menschlichen Subjekte durch ein „Subjekt Geschichte“, das so oder so „alles zum Guten wendet“, so fällt man theoretisch in den objektiven Idealismus zurück, während man praktisch die Notwendigkeit des revolutionären Handelns herabsetzt. Ein gedanklicher Schritt auf diesem Weg kann in einer primitiven Auffassung von der Negation der Negation bestehen, die die schlechte Negation ausschließt und damit selbst undialektisch ist (denn die dialektische Auffassung der Negation muß anerkennen, daß die Negation der Negation ihren Gegensatz, die schlechte Negation, bedingt, wie **jedes** Ding seinen Gegensatz bedingt).

Der Kapitalismus entwickelt die Produktivität, während er die Konsumtionskraft der Massen mindert. Diesen Widerspruch kann er absolut nicht lösen, er kann aber in jeder Situation relative Lösungen hervorbringen, nämlich durch die Vernichtung von Produktionsmitteln. Dies geschieht in zyklischen Krisen, dann aber auch in immer verheerenderen allgemeinen Krisenausbrüchen und in noch größerem Ausmaß in katastrophalen Kriegen. Die relative Lösung besteht jeweils in der Negation von Produktionsmitteln, also in einer schlechten Negation. Zur Negation der Negation kommt es nur dann, wenn die Verschlechterung der Lage der arbeitenden Massen in revolutionäre Energie umgesetzt wird, der verfaulende Kapitalismus durch den Sozialismus abgelöst wird und die Produktivkräfte befreit werden. Solange dies nicht geschieht, so lange die revolutionäre Triebkraft zu schwach ist, haben wir es mit einer Abwärtsbewegung zu tun, mit einer Spirale des Verfalls und der Fäulnis. Innerhalb einer solchen Abwärtsbewegung kann eine gegenteilige, eine revolutionäre Bewegung erstarken, und deren quantitatives Wachstum kann an einem bestimmten Punkt in eine Qualität umschlagen, die der alten Gesellschaft den Todesstoß versetzt. Aber eine solche Entwicklung wird nicht durch einen gnädigen, kommunistisch gewendeten Weltgeist **garantiert**, sondern sie kann nur durch bewußtes Handeln menschlicher Subjekte eintreten.

Übrigens hat Lenin in seinen philosophischen Heften gezeigt, daß die Leugnung der schlechten Negation zum Idealismus führen bzw. mit ihm einhergehen kann. Lassalle, der in philosophischer Hinsicht ein schlechter Nachbeter Hegels war, hatte ein Buch über die Philosophie Heraklits geschrieben. In seinem Konspekt zu diesem Buch kritisierte Lenin u.a. folgendes:

*„Unendlich (wahrhaft ermüdend) oft unterstreicht und wiederkaut Lassalle, daß Heraklit nicht nur in allem*

*die Bewegung erkennt, daß sein Prinzip die Bewegung oder das Werden ist, sondern daß es sich gerade darum handelt, 'die prozessierende (vorwärtsschreitende, d. Verf.) Identität des schlechthin Entgegengesetzten' zu begreifen (...). Lassalle hämmert sozusagen in den Schädel des Lesers jenen Hegelschen Gedanken hinein, daß in den abstrakten Begriffen (und in ihrem System) das Prinzip der Bewegung nicht anders ausgedrückt werden kann als durch das Prinzip der Identität der Gegensätze.*“ Und Lenin hält dem entgegen: „*Bewegung und Werden, allgemein gesprochen, können ohne Wiederholung sein, ohne Rückkehr zum Ausgangspunkt, und dann wäre eine solche Bewegung keine 'Identität der Gegensätze'.*“ (Lenin, Konspekt zu Lassalles Buch über „Die Philosophie Herakleitos des Dunklen von Ephesos“, LW 38, S. 326f., Hervorhebungen von Lenin)

Daß alles sich bewegt, das ist absolut, daß aber die Bewegung Negation der Negation ist und somit die Gegensätze identisch werden, das ist eben nur relativ. Eben deshalb hatte Lenin an anderer Stelle hervorgehoben:

*„Dialektik ist die Lehre, wie die Gegensätze identisch sein können und es sind (wie sie es werden) - unter welchen Bedingungen sie identisch sind, indem sie sich ineinander verwandeln (...)*“ (Lenin, Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik, LW 38, S. 99) Die Gegensätze verwandeln sich eben nur **unter bestimmten Bedingungen** ineinander (und bei gesellschaftlichen Umwandlungen gehört zu diesen Bedingungen wesentlich die Tätigkeit von Subjekten).

Engels: „*Gegenseitiges Durchdringen der polaren Gegensätze und Ineinander-Umschlagen, wenn auf die Spitze getrieben*“ . (Dialektik der Natur, MEW 20, S. 307)

## Einschub

### ZU MAO TSE-TUNGS ERSETZEN DER DIALEKTIK DURCH EIN FORMALES SPIEL MIT „IDENTITÄTEN“

Mao Tse-tung läßt die Gegensätze **ohne Negation der Negation** identisch werden, durch einfachen „Platzwechsel“ zwischen den entgegengesetzten Polen eines Gegensatzpaares. Dieser Plätzetausch ist eine bloße Kette schlechter Negationen. Will man mittels einer solchen Konzeption des „Platzwechsels“ erklären, wie die Gegensätze identisch werden, so ist dies keine Dialektik, sondern ein formales, begriffsloses Spielen mit dem Wort „Identität“. Dies zeigte das theoretische Organ der KPD 3/1980 (nochmals abgedruckt in 2/1987) anhand von Mao Tse-tungs Schrift „Über den Widerspruch“.

Der betreffende Artikel zeigt unter anderem: Die marxistische Dialektik geht davon aus, daß die Gegensätze unter bestimmten Bedingungen identisch werden. Das folgerichtige Denken muß in seiner Bewegung dieser objektiven Bewegung des Seins folgen. Allerdings darf die Denkform der Identität der Gegensätze eine konkrete Analyse nicht ersetzen, darf das denkende Subjekt diese Denkform der Wirklichkeit nicht **überstülpen**. Vielmehr muß man „*die Selbstbewegung*“ der Dinge untersuchen, „*ihre treibende Kraft, ihre Quelle, ihr Motiv*“ (LW 38, S. 339), um aufdecken zu können, wie, unter welchen Umständen, Gegensätze identisch werden.

Der Artikel zeigt, daß Mao Tse-tung **nicht** so vorgeht. Mao schreibt z.B.: „*Bekanntlich verwandeln sich Krieg und Frieden ineinander. Der Krieg verwandelt sich in den Frieden; so ging zum Beispiel der erste Weltkrieg in den Nachkriegsfrieden über; der Bürgerkrieg in China hat jetzt aufgehört, und an seine Stelle tritt der innere Frieden. Der Frieden verwandelt sich in den Krieg; 1927 ver-*

wandelte sich beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei in den Krieg; möglicherweise wird sich der heutige Friedenszustand in der Welt in einen zweiten Weltkrieg verwandeln. **Warum geschieht das? Weil in der Klassengesellschaft zwischen solchen gegensätzlichen Dingen wie Krieg und Frieden unter bestimmten Bedingungen eine Identität besteht.**“ (Mao Tse-tung, Über den Widerspruch, Ausgewählte Werke Band 1, S. 398 f., Hervorhebungen v. Verf. In ähnlicher Weise erscheint bei Mao Tse-tung z.B. das logische Gegensatzpaar Haben/Nichthaben bzw. Erwerb/Verlust als Triebkraft der chinesischen Agrarrevolution: Zuerst haben die Grundeigentümer den Boden, danach haben ihn die Bauern.)

Der Artikel im theoretischen Organ der KPD kritisiert das wie folgt:

*„Mao behauptet also allen Ernstes: Die Ursache für einen konkreten Krieg ist der vorherige Friedenszustand, die Ursache für einen Friedenszustand der vorherige Krieg. Die 'Identität von Krieg und Frieden' bewirkt einen konkreten Wechsel zwischen Krieg und Frieden. Das ist absurd. Hat denn das logische Gegensatzpaar Krieg/Frieden den zweiten Weltkrieg hervorgebracht? Es handelt sich hier überhaupt nicht um ein Verhältnis zwischen Wirkung und Ursache, sondern um eine rein zeitliche Abfolge von Ereignissen. Ebenso geht die Nacht dem Morgen voraus, ist aber nicht die Ursache für den Morgen; es ist nicht das Gegensatzpaar Tag/Nacht, die 'Identität zwischen Tag und Nacht', die die Nacht in den Morgen übergehen läßt, sondern es ist die Erddrehung, die den Wechsel von Tag und Nacht bewirkt. Die idealistische und metaphysische Weltanschauung betrachtet sehr häufig die rein zeitliche Abfolge von Ereignissen als Verhältnis von Ursache und Wirkung; so wird ein abergläubischer*

*Mensch die Erscheinung eines Kometen oder einer Sonnenfinsternis, die einem Krieg vorhergeht, als Ursache des Krieges betrachten; wenn ihm morgens eine schwarze Katze über den Weg läuft und er sich mittags das Bein bricht, wird er ein Verhältnis von Ursache und Wirkung annehmen.*

*Die marxistische Dialektik untersucht die wirklichen Ursachen eines Krieges (etwa das Weltherrschaftsstreben der Imperialisten bei imperialistischen Kriegen) und deckt auf, daß Krieg und Frieden nur unterschiedliche Mittel der gleichen (imperialistischen) Politik sind; immer ist der Krieg ´die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln´. Macht man aber das Gegensatzpaar Krieg/Frieden für einen konkreten Kriegsausbruch verantwortlich, dann erklärt man gar nichts. Man begreift dann die Entwicklung als einfache Wiederholung; bei dieser Auffassung von der Bewegung ´bleibt die Selbstbewegung, ihre treibende Kraft, ihre Quelle, ihr Motiv im Dunkel´. (Zitat aus LW 38, S. 339)*

*(...)*

*Man muß (...) hervorheben, daß Maos ´Erklärung´ in Wirklichkeit nichts erklärt. Daß einmal Krieg herrscht und einmal Frieden, daß es einmal Tag ist und einmal Nacht, daß es einmal Sommer ist und einmal Winter usw., versteht jedes Kind. Die Frage ist jedoch, warum das so ist, und diese Frage kann nur beantwortet werden, indem man sich mit dem jeweiligen Gegenstand eingehend befaßt und die Gesetzmäßigkeiten studiert, nach denen sich die jeweiligen Dinge entwickeln. Wenn man aber statt dessen daherredet, es sei die ´Identität von Tag und Nacht, Sommer und Winter´ usw., die die Dinge in Bewegung versetzt, dann kommt man keinen Schritt weiter. Die marxistische Dialektik fordert daher gerade die konkrete Analyse des real vor sich gehenden Prozesses.“*

Mao Tse-tungs Konzeption von der Entwicklung als einem ewigwährenden Platztausch zwischen den beiden Polen von Gegensatzpaaren schließt die Negation der Negation, schließt eine **Entwicklung in aufsteigender Linie** aus und führt notwendigerweise dazu, die Entwicklung als bloße Wiederholung aufzufassen. Dies kommt bezüglich der Auffassung von der Geschichtsbewegung in folgendem Ausspruch Mao Tse-tungs sehr klar zum Ausdruck: *„Wird in 100 Jahren Revolution nötig sein? Wird auch noch in 1.000 Jahren Revolution nötig sein? Revolution ist immer notwendig. Ein Teil der Menschen wird sich immer unterdrückt fühlen; kleine Beamte, Studenten, Bauern und Soldaten wollen nicht von großen Tieren unterdrückt werden. Sollten in 10.000 Jahren keine Widersprüche mehr zu sehen sein? Wieso denn nicht? Immer noch werden welche zu sehen sein.“* (zitiert in: „Nieder mit der Deng-Hsiao-Ping-Bande“, Dortmund 1976, S.24 f.) „Revolutionen“ im Sinne von qualitativen Sprüngen wird es zwar immer geben, sowohl in Bezug auf die Entwicklung einzelner Menschen als auch der Gesellschaft, doch **politische Revolutionen** gibt es nur in **Klassengesellschaften**. Sicherlich wird es auch in 10.000 Jahren noch gesellschaftliche **Widersprüche** geben, aber eben keine **Klassenwidersprüche** mehr. Mao Tse-tungs Auffassung von der Bewegung als **ewiger Wiederkehr** führt hier dazu, daß er die grundlegende Aussage und Orientierung des revolutionären Marxismus, daß beim Übergang zum Kommunismus **sämtliche Klassenunterschiede restlos beseitigt werden**, vollständig über den Haufen wirft. Auch das Beamtentum und damit der Staat werden von Mao Tse-tung hier **verewigt**. So „revolutionär“ Maos These, wonach „immer Revolution nötig“ sein werde, auf den ersten Blick erscheinen mag, so reaktionär ist eine derartige Konzeption in Wirklichkeit, verewigt sie doch die Klassengesellschaft mit all ihren

Übeln und unvermeidlichen Katastrophen. Und diese Vorstellung hängt eben untrennbar mit der sie tragenden weltanschaulichen Konzeption zusammen, mit der Auffassung von der Bewegung als **bloßer Wiederholung** anstelle der dialektischen Auffassung von der Bewegung in aufsteigender Linie, von der Negation der Negation.

#### 4) DER DIALEKTISCHE MATERIALISMUS ALS IN SICH GESCHLOSSENE WELTANSCHAUUNG UND METHODE

Oben (Seite 158) haben wir Engels' Satz zitiert, wonach die Dialektik nichts anderes ist als die Wissenschaft von den allgemeinen Entwicklungsgesetzen der Natur, der menschlichen Gesellschaft und des Denkens. Derartige Sätze haben Engels viele übelgenommen. Beispielsweise bürgerliche Marxologen, die gern bereit sind, einen von ihnen zurechtgestutzten, entstellten und den Bedürfnissen der Bourgeoisie angepaßten „Marxismus“ als eine soziologische Methode anzuerkennen, die man hier und da anwenden könne. Aber als Weltanschauung und noch dazu als eine in sich geschlossene Weltanschauung - pfui Teufel!

In diesem Sinne äußerten sich z.B. die Ideologen der Kritischen Theorie oder auch Frankfurter Schule genannt, die die 68er Studentenbewegung beeinflussten. Ergebnis derartiger Theoriebildung und entsprechenden Praxis war die Anpassung des Überbaus des westdeutschen Monopolkapitalismus – bis zu diesem Zeitpunkt hatte die katholische Ideologie ziemlich unangefochten dominiert – an veränderte Bedingungen. Durch die unter „kritischem“ und „progressivem“ Mantel betriebene Absage an die marxistische Weltanschauung wurde ein **neuer** ideologischer Damm gegen die wissenschaftliche Kritik der bestehenden Gesellschaft gelegt, die der Marxismus übt. Charakteristisch folgendes Zitat Adornos: „*Dialektik ist in den Sachen, aber*

wäre nicht ohne das Bewußtsein, das sie reflektiert.“ (Adorno, Negative Dialektik, zitiert nach Aufsätze zur Diskussion, Sondernummer September 1979). Im ersten Halbsatz wird der Form halber akzeptiert, daß die Dialektik den Dingen innewohnt, im zweiten wird dies sofort wieder über den Haufen geworfen, weil die Ideen, das Bewußtsein, hier zum Schöpfer der dialektischen Bewegung der Dinge erklärt werden. In die Riege solcher Ideologen hatte sich denn auch Bloch problemlos einreihen können: „Dialektik selber; in der von Menschen gemachten Welt, ist Subjekt-Objekt-Beziehung, nichts anderes (...)“ (Bloch, Subjekt-Objekt, Erläuterungen zu Hegel, Frankfurt 1962). Doch auch „in der von Menschen gemachten Welt“ ist Dialektik eben doch noch etwas anderes, nämlich Dialektik der Dinge. Denn die vom Menschen gemachten Dinge objektivieren sich ihm gegenüber, existieren und bewegen sich unabhängig von ihm und seinem Bewußtsein nach dialektischen Gesetzen.

### **Einschub**

#### **WIE DER TROZKISTISCHE IDEOLOGE MANDEL DIE MARXISTISCHE WELTANSCHAUUNG „ERLEDIGT“**

Auch Trotzlisten wie Mandel hielten Engels entgegen, dieser habe den Marxismus „dogmatisiert“, denn eine marxistische Weltanschauung könne es nicht geben. So erschien 1980 ein Buch „Mandel, Agnoli, Offener Marxismus“, Campus Verlag Frankfurt/New York. Agnoli „interviewt“ darin Mandel, den theoretischen Führer der trotzkistischen „IV. Internationale“.

Mandel, der sich selbst als „orthodoxen Marxisten“ feiert (S. 9), erklärt, die „Marxsche Theorie“ sei „eine allgemeine Theorie der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft“ (S. 13). Hier wird der Marxismus also zu

einer Theorie zusammengestutzt, die **allein** auf die menschliche Gesellschaft anwendbar sei und folglich keine Weltanschauung sein könne, nicht in der Lage sei, die **allgemeinsten Bewegungsgesetze des Seins darzustellen**. In eben diesem Sinne sagt Mandel weiter, einen „*von den konkreten Inhalten über Anthropologie, Ursprung und Wesen der Gesellschaftsklassen und des Staats, Bewegungsgesetzen der verschiedenen Produktionsweisen etc. losgelösten 'Wesenskern' des Marxismus gibt es einfach nicht.*“ (S. 35) Damit verwirrt er die Fragestellung, denn die Weltanschauung des Marxismus (deren Existenz er leugnet) ist natürlich nicht von der Analyse der Bewegungsgesetze der Gesellschaft **losgelöst**, geht aber **darüber hinaus**, und genau letzteres will er vertuschen und aus der Welt schaffen.

Zu diesem Zweck werden sodann Engels und Lenin angegriffen. Agnoli erklärt: „*Leider haben nicht nur naive Autoren, sondern auch große Revolutionäre wie Lenin von einer sozialistischen 'Weltanschauung' gesprochen. Sie konnten sich immerhin auf Engels berufen (...) der späte Engels, eingeklemt zwischen dem französischen Positivismus und der deutschen Lebensphilosophie. Das sind aber ideologische Gefechte, die der Vergangenheit angehören.*“ (S. 39) Mandel widerspricht keineswegs, sondern setzt in Bezug auf Lenin noch einen drauf: „*Einige der polemischen Schriften (Lenins, d. Verf.) aus der Periode 1908/1912 sind ungenießbar. Ich sage das als überzeugter Leninist (...)*“ (S. 120). Natürlich, genauso wie er als „orthodoxer Marxist“ die Weltanschauung des Marxismus über den Haufen wirft, „erledigt“ er als „überzeugter Leninist“ mit einem Federstrich und ohne weitere Begründung das äußerst bedeutende theoretische Schaffen Lenins zwischen 1908 und 1912, darunter - wie könnte es anders sein - Lenins philosophische Schrift *Materialismus und*

*Empiriokritizismus*, mit der Lenin die Grundlagen der marxistischen Weltanschauung und damit die **Existenz** der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gegen die Gottsucher und Liquidatoren verteidigte. Das muß einen Mandel freilich stören, denn wenn der „Marxismus“ seiner Lesart **nur Geschichtstheorie** ist, dann hat er sich aus allem anderen herauszuhalten, dann muß unter anderem auch **jede** Art von Gespensterglauben akzeptiert werden, sofern die betreffenden Gespenster nur feierlich versprechen, sich nicht in den Ablauf der menschlichen Geschichte einzumischen. Ob derartige Versprechen dann auch eingehalten werden, steht freilich auf einem anderen Blatt. Daß man nämlich den Marxismus auch in Bezug auf die Geschichte und auf die politische Ökonomie nicht verteidigen und anwenden kann, wenn man ihn als wissenschaftliche Weltanschauung und Methode beseitigt und damit der **bürgerlichen Weltanschauung den Weg ebnet**, das stellte Mandel z.B. selbst durch seine Revision der marxistischen Werttheorie unter Beweis, die den Interessen der Bourgeoisie entgegenkommt; wir werden das in Kapitel VIII zeigen.

Solche Leute sind nie müde geworden mit Versuchen, Marx und Engels gegeneinander auszuspielen: Marx habe niemals eine Weltanschauung entwickeln wollen, so „engstirnig“ sei nur Engels gewesen, usw. Nun hat zwar Marx spärlicher als Engels zusammenhängend zu Fragen der Weltanschauung und Methode geschrieben. Er hat diese Weltanschauung und Methode vorwiegend in ihrer Anwendung auf die politische Ökonomie entwickelt und dargelegt, insbesondere im *Kapital*. Doch auch aus Marx' Schriften läßt sich problemlos nachweisen, daß er den wissenschaftlichen Sozialismus nicht nur als eine soziologische Methode aufgefaßt hat, die man auf dieses und jenes anwenden könne, sondern daß dieser eine in sich geschlossene Welt-

anschauung enthält, den dialektischen Materialismus (auch wenn Marx und Engels dieses Wort noch nicht geprägt haben). Darüber hinaus aber teilt Engels im Vorwort zum *Anti-Dühring* mit: *„Da die hier entwickelte Anschauungsweise zum weitaus größten Teil von Marx begründet und entwickelt worden, und nur zum geringsten Teil von mir, so verstand es sich unter uns von selbst, daß diese meine Darstellung nicht ohne seine Kenntnis erfolgte. Ich habe ihm das ganze Manuskript vor dem Druck vorgelesen, und das zehnte Kapitel des Abschnitts über Ökonomie (...) ist von Marx geschrieben(...).“* (Engels, MEW 20, S. 9; oder AW V, S. 14)

Marx hatte beabsichtigt, nach Beendigung des *Kapitals* **die Gesetze der Dialektik zusammenhängend darzustellen**: *„Wenn ich die ökonomische Last abgeschüttelt, werde ich eine ‘Dialektik’ schreiben. Die rechten Gesetze der Dialektik sind schon im Hegel enthalten; allerdings in mystischer Form. Es gilt, diese Form abzustreifen...“* (Marx, Brief an Joseph Dietzgen vom 9. Mai 1868, MEW 32, S. 547). Leider kam Marx nicht mehr zu diesem Vorhaben.

Dennoch hinterließ er im *Kapital* eine großartige Darstellung der Gesetze der Dialektik, freilich nicht in allgemeiner Form, sondern in ihrer Anwendung auf die Analyse der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft.

Lenin:

*„Marx analysiert im ‘Kapital’ zunächst das einfachste, gewöhnlichste, grundlegendste, massenhafteste, alltäglichste, milliardenfach zu beobachtende **Verhältnis** der bürgerlichen (Waren-)Gesellschaft: den Warenaustausch. Die Analyse deckt in dieser einfachsten Erscheinung (in dieser ‘Zelle’ der bürgerlichen Gesellschaft) **alle** Widersprüche (resp. die Keime **aller** Widersprüche) der modernen Gesellschaft auf. Die weitere Darstellung zeigt uns die Entwicklung (**sowohl** das Wachstum **als auch** die*

*Bewegung) dieser Widersprüche und dieser Gesellschaft im sigma (Summe im Sinne von allseitiger Zusammenhang, d. Verf.) ihrer einzelnen Teile, von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende.*

*Dieser Art muß auch die Methode der Darstellung (resp. Erforschung) der Dialektik überhaupt sein (denn die Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft bei Marx ist nur ein spezieller Fall der Dialektik).“ (Lenin, Zur Frage der Dialektik, LW 38, S. 340, Hervorhebungen von Lenin).*

*„Wenn Marx auch keine ‘Logik’ (Logik bei Lenin mit großen Anfangsbuchstaben. Im russischen werden nur Eigennamen, Titel u.ä. mit großen Anfangsbuchstaben geschrieben; Lenin meint also, daß Marx keine zusammenhängende Darstellung der allgemeinen Bewegungsgesetze hinterlassen hat, d. Verf.) hinterlassen hat, so hat er doch die **Logik** des ‘Kapitals’ hinterlassen, und das sollte für die zu behandelnde Frage weitestgehend ausgenutzt werden. Im ‘Kapital’ werden auf **eine** Wissenschaft Logik, Dialektik und Erkenntnistheorie (man braucht keine 3 Worte: das ist ein und dasselbe) des Materialismus angewendet, der alles Wertvolle von Hegel übernommen und dieses Wertvolle weiterentwickelt hat.“ (Lenin, Plan der Dialektik (Logik) Hegels, LW 38, S. 316)*

Wir werden in späteren Kapiteln auf das Marx'sche *Kapital* ausführlich eingehen. An dieser Stelle geht es uns vor allem darum, zu zeigen, wie absurd die Behauptung ist, Marx wäre nicht von der Existenz allgemeinsten Gesetzmäßigkeiten ausgegangen, die **universell** gelten.

Auch heute noch wird um die Frage, ob die Gesetze der Dialektik in der unbelebten Natur gelten, erbittert gerungen. Ein Beispiel ist der Nachruf der Frankfurter Rundschau (2.8.1995) auf den verstorbenen Leo Kofler, überschrieben mit den Worten „*Ein Dialektiker*“. Das bürgerliche Blatt lobt Kofler in den höchsten Tönen als einen Ver-

treter eines „*undogmatischen Marxismus*“. Der Nachruf endet mit bewunderndem Zitieren des folgenden Satzes von Kofler: „*Ein Widerspruch ist nur im falschen Bewußtsein der Menschen, aber nicht in der Realität möglich.*“ Konsequenter säubert also Kofler die Wirklichkeit von Widersprüchen - welch ein „Dialektiker“! Tatsächlich pflegen „Dialektiker“ dieser Sorte das Zerrbild des Spießers von Dialektik, worüber bereits Hegel voller Verachtung schrieb: „*Gewöhnlich sieht man die Dialektik für ein äußerliches und negatives Tun an, das nicht der Sache selbst angehört, in bloßer Eitelkeit als einer subjektiven Sucht, sich das Feste und Wahre in Schwanken zu setzen und aufzulösen, seinen Grund habe oder wenigstens zu nichts führe als zur Eitelkeit des dialektisch behandelten Gegenstandes.*“ (Hegel, Wissenschaft der Logik, I, S. 51)

In scharfem Gegensatz zu „Dialektikern“ dieser Sorte steht Engels, der eben die allgemeine Existenz des Widerspruchs auch in der unbelebten Natur nachgewiesen hat. Die Tatsache, daß eine bürgerliche Zeitung heute noch für einen „Marxismus“ trommelt, der den Widerspruch auf das Reich des Geistes beschränken und aus der Wirklichkeit verbannen will, zeigt eindrucksvoll, in welchem Ausmaß die Beantwortung der betreffenden Frage **Klasseninteressen** berührt, in welchem Ausmaß die Bourgeoisie daran interessiert ist, den Marxismus zu bekämpfen, indem Marx à la Kofler oder Bloch „ausgelegt“ wird. Engels' philosophische Schriften sind eine scharfe Waffe gegen Versuche, den Marxismus durch derartige „Auslegungen“ zu bekämpfen.

Es ist nicht verwunderlich, daß Engels' oben angeführter Satz über Dialektik „kritische“ Ideologen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums aufregt, die durchaus liberal genug sind, diese oder jene (häufig auch noch aus dem Zusammenhang gerissene) Äußerung von Marx aufzugreifen und im Gemischtwarenladen ihrer Theorien mit an-

zubieten. Was sie in Rage bringt, ist die Vorstellung, daß Marx und Engels der Arbeiterklasse und ihrer Partei eine in sich geschlossene Weltanschauung gegeben haben. Was sie insbesondere in Rage bringt, ist Engels' Hinweis darauf, daß die Gesetze der Dialektik auch in der unbelebten Natur gelten, wo es keine Spur eines mit Bewußtsein ausgestatteten Subjekts gibt. Denn hier gerade zeigt sich der materialistische Charakter der marxistischen Dialektik besonders nachdrücklich. Begrenzt man Dialektik auf Objekt-Subjekt-Beziehungen, so bleibt ein Schlupfwinkel für „kritische“ Ideologen, deren Spezialität darin besteht, die Begriffe so lange hin und her zu schieben, bis das Subjektive doch das Dominierende und der Materialismus „erledigt“ ist. Ist aber klargestellt, daß die Gesetze der Dialektik auch in der unbelebten Natur gelten, unabhängig von irgendeinem Bewußtsein, unabhängig vom Menschen und lange bevor es Menschen gab, so sind derartige idealistische Spielchen erledigt. Denn zum einen ist damit unmißverständlich geklärt, daß die leblose Materie unabhängig von irgendeinem Subjekt und von irgendeinem Bewußtsein irgendeines Subjekts existiert und sich entwickelt. Zum andern hat die kompromißlos materialistische Klärung dieser Frage auch Ausstrahlung auf den Bereich des Verhältnisses von Objekt und Subjekt: Auch in der Welt des Menschen, also in der menschlichen Gesellschaft, und auch in dem Bereich, den die Idealisten gern als den ursprünglichen ansehen, in der Welt des Geistes, ist das Subjekt nicht „kraft seines Geistes“ souverän, sondern es kann nur dann und nur soweit souverän sein, wie sein Handeln und Denken den **objektiven** Gesetzen entspricht. Damit ist jeglicher idealistischen Spekulation über eine Freiheit des Subjekts **außerhalb** der objektiven Gesetze der Boden entzogen.

Für Engels war der Satz, daß *„die Dialektik (...) die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Ent-*

*wicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens“ ist, kein bloßes Lippenbekenntnis. Wenn die dialektischen Gesetze, die Marx und er in der menschlichen Gesellschaft und im Denken gefunden hatten, auch in der Natur gelten sollten, so mußte sich dies auch nachweisen lassen. Und die Aufgabe, diesen Nachweis tatsächlich zu führen, reizte den Wissenschaftler Engels, denn das war erforderlich, um unter Beweis zu stellen, daß die von Marx und ihm entwickelte materialistische Dialektik tatsächlich eine **Weltanschauung** im allgemeinsten und weitesten Sinne des Wortes war. Engels ging diese Aufgabe mit Elan an: „Als ich daher durch Rückzug aus dem kaufmännischen Geschäft (ein Geschäft, das für Engels aus Gründen der Finanzierung der politischen Arbeit, nicht zuletzt der finanziellen Unterstützung Marxens, erforderlich war, d. Verf.) und Umzug nach London die Zeit dazu gewann, machte ich, soweit es mir möglich, eine vollständige mathematische und naturwissenschaftliche ‘Mauserung’, wie Liebig es nennt, durch, und verwandte den besten Teil von acht Jahren darauf.“ (MEW 20, S. 10 f.)*

Während dieser acht Jahre eignete sich Engels den Stand der Naturwissenschaften seiner Zeit an und wertete diesen Erkenntnisstand philosophisch aus, **wies tatsächlich nach, daß im Bereich der Natur die gleichen allgemeinen Gesetze der Dialektik gelten wie im Bereich der menschlichen Gesellschaft und des menschlichen Denkens**. Natürlich: Heute wäre es nicht möglich, sich innerhalb von acht Jahren den Stand aller Naturwissenschaften anzueignen, doch auch damals war dies eine gewaltige Leistung. Aber nicht **diese** Leistung ist geistesgeschichtlich von Bedeutung, sondern eben die philosophische Verallgemeinerung der hierdurch gewonnenen Kenntnisse, der Nachweis, daß die im Bereich von Gesellschaft und Denken gefundenen allgemeinsten Entwicklungsgesetze auch in

der Natur gelten, und damit der Nachweis, daß der von Marx und Engels entwickelte dialektische Materialismus eine **Weltanschauung im wahrsten Sinne des Wortes** ist, und zwar **die einzig mögliche wissenschaftliche Weltanschauung**.

Frucht dieser Bemühungen war Engels' „Dialektik der Natur“. Es versteht sich, daß Engels' damalige Untersuchungen nicht dem **heutigen** Stand der Naturwissenschaften entsprechen können. Heute steht objektiv die Aufgabe an, eine entsprechende Arbeit zu leisten (unabhängig davon, wann diese Aufgabe gelöst werden wird). Wenn diese Aufgabe geleistet wird, wird auch die marxistische Philosophie ihr Gesicht verändern, wie auch jede philosophische Verallgemeinerung neuer Erkenntnisse auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften den dialektischen Materialismus bereichert. (Schon Engels wies darauf hin, daß jede grundlegende neue Entdeckung in den Natur- und Gesellschaftswissenschaften sich in der Philosophie widerspiegeln, diese verändern und bereichern muß.)

Als Beispiel sei angeführt, daß Raum und Zeit heute nicht mehr in allem exakt so philosophisch begriffen werden können wie bei Engels, denn zu Engels' Zeit gab es die Relativitätstheorie noch nicht. Doch die Relativitätstheorie ist keineswegs eine Widerlegung, sondern eine glänzende Bestätigung der materialistischen Dialektik: Raum und Zeit sind nichts Absolutes, sondern sie hängen selbst ab von der Bewegung der Materie. Zugleich aber sind sie **insoweit** absolut, als Materie nur in Raum und Zeit existieren kann, worauf Engels hingewiesen hat.

Wenn die Gegner und Verfälscher des Marxismus Sturm dagegen laufen, daß der dialektische Materialismus eine **in sich geschlossene Weltanschauung** ist, wenn sie deshalb ein lautes Geschrei über den „Dogmatismus“ der Marxisten erheben, so hat dies gute Gründe:

Es paßt ihnen aus klassenmäßigen Gründen nicht, daß der Widerspruch als allgemeines Gesetz begriffen wird, der ausnahmslos allen Erscheinungen in Natur und Gesellschaft innewohnt. Denn als Apologeten der bürgerlichen Gesellschaft sind sie der Aufgabe verpflichtet, die tiefen und unlösbaren Widersprüche des Kapitalismus, besonders in seinem monopolistischen Stadium, zu vertuschen.

Zu diesem Zweck müssen sie ein Denken entwickeln, welches die Wirklichkeit nur in grob verzerrter Form widerspiegelt; die Orientierung an der objektiven Realität ist ihre Sache nicht. Deshalb ist es für sie ein Greuel, daß der Marxismus auf einer konsequenten und kompromißlosen materialistischen Weltanschauung basiert. Sie bestehen darauf, daß ideelle Triebkräfte der Entwicklung **zumindest gleichberechtigt neben materiellen Triebkräften** anerkannt werden. Daß der dialektische Materialismus ideelle Triebkräfte zwar anerkennt, aber ihrerseits ausnahmslos auf materielle zurückführt, kann sie nicht befriedigen, denn diese Auffassung läßt dem Idealismus keinerlei Schlupfwinkel, sondern verbaut ihm gerade jeglichen Schlupfwinkel. Derartige Schlupfwinkel für den Idealismus benötigen sie aber, um die bestehenden gesellschaftlichen Zustände verklären zu können.

Das klassenbewußte Proletariat benötigt hingegen eine Weltanschauung und Methode, die die in der Realität gegebenen Widersprüche möglichst getreu widerspiegelt und die ausnahmslos alle Erscheinungen der objektiven Welt auf letztlich materielle Gründe zurückführt. Diese Weltanschauung und Methode ist der dialektische Materialismus. Er ist alles andere als dogmatisch, denn gerade er betont den relativen Charakter der Erkenntnis. Die marxistische Weltanschauung und Methode ist daher **nicht abgeschlossen, kann niemals abgeschlossen sein und begreift sich selbst ausdrücklich als nicht abgeschlossen**. Daher ist der

Marxismus der unerbittlichste und unversöhnlichste Feind jeder dogmatischen Denkweise, die gerade der bürgerlichen Ideologie eigen ist. Zugleich aber ist die marxistische Weltanschauung und Methode **in sich geschlossen**, denn sie spiegelt eine Welt wider, deren Einheit in ihrer Materialität besteht, und sie erforscht die allgemeinsten Bewegungsgesetze, die in dieser Welt universell gelten.

Der Versuch, unter dem Feldgeschrei des „Kampfes gegen den Dogmatismus“ eine **nicht in sich geschlossene** Weltanschauung zu schaffen, ist nichts anderes als Eklektizismus, bedeutet nämlich, daß man versucht, miteinander unvereinbare Auffassungen, den Materialismus und den Idealismus, zu einem ungenießbaren Brei zu verpanschen. Das ist ein Denken, das nicht die Widersprüche der wirklichen Welt widerspiegelt, sondern in sich logisch widersprüchlich ist, also aus dem Denken heraus Widersprüche entwickelt und daher die objektive Welt nicht adäquat widerspiegeln kann. Nur dasjenige Denken kann die Widersprüche der objektiven Welt adäquat widerspiegeln, das nicht „von sich aus Widersprüche dazutut“. Zu fordern ist also ein Denken, das in sich logisch widerspruchsfrei ist. Ein Denken, das miteinander unvereinbare Theorien zu vereinen trachtet, erfüllt bereits diese Minimalanforderung an folgerichtiges Denken nicht.

## **5) DIE PARTEILICHKEIT DER MARXISTISCHEN PHILOSOPHIE**

Die marxistische Philosophie erklärt offen ihre Parteilichkeit. Sie steht auf dem Standpunkt der revolutionären Arbeiterklasse, deren Ziel die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Übergang zur klassenlosen und herrschaftsfreien kommunistischen Gesellschaft ist. Indem die marxistische

Philosophie diese Parteilichkeit und diese Zielsetzung erklärt, ist sie keineswegs subjektivistisch. Diese Zielsetzung ist keine willkürliche Zielsetzung, sondern sie entspricht dem objektiven Gang der geschichtlichen Entwicklung, insbesondere dem Charakter der heute gegebenen Produktivkräfte. Doch da der Geschichte kein bewußter Zweck innewohnt, bedarf es einer subjektiven Kraft, die dieses Ziel erkämpft, und diese Kraft ist die revolutionäre Klasse. Gerade dadurch, daß die marxistische Philosophie den Standpunkt dieser Klasse annimmt, ist sie in der Lage, die weitestmögliche Annäherung an die objektive Realität zu vollziehen. Das Denken kann die objektive Realität nur dann adäquat widerspiegeln, wenn der betreffende Denker sich nicht auf passives Betrachten beschränkt, sondern selbst handelt. „*Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.*“ (Marx, 11. These über Feuerbach, MEW 3, S. 535, Hervorhebungen von Marx).

Die Arbeiterklasse kann ihre geschichtliche Aufgabe nicht ohne wissenschaftlich begründete weltanschauliche Orientierung erfüllen. Ohne eine solche Orientierung ist sie dem Druck der bürgerlichen Ideologie letztlich hilflos ausgeliefert, denn: „*Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.*“ (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 480; oder AW I, S. 436) Die Arbeiterklasse muß sich geistig von diesen Ideen befreien, um ihre politische und soziale Befreiung erkämpfen zu können. Die politische Partei der Arbeiterklasse muß auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, dessen weltanschauliches und methodisches Fundament der dialektische Materialismus ist.

## **LITERATUR ZUM DIALEKTISCHEN MATERIALISMUS**

- Engels, Anti-Dühring: Einleitung 1. Allgemeines sowie Erster Abschnitt, Philosophie
- Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
- Engels, Dialektik der Natur
- Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus
- Lenin, Philosophische Hefte (LW 38), insbesondere: Zur Frage der Dialektik (S. 338 - 344), Konspekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik“ (S. 77 - 229), Plan der Dialektik (Logik) Hegels (S. 314 - 319)
- Stalin, Über dialektischen und historischen Materialismus, in: Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang
- Grundlagen der marxistischen Philosophie, Band 1, Der dialektische Materialismus, Moskau 1958, deutsch: Dietz Verlag Berlin 1959, Storm-Knirsch Verlag Berlin 1974 und 1978
- Abriß der Geschichte der Philosophie, Dietz Verlag Berlin 1966

**DIE WELT BEGREIFEN**

**UND VERÄNDERN**

**Entwicklung des Kapitalismus  
in England**

**Maschinenstürmer und  
Chartistenbewegung**

**Die utopischen Sozialisten**

Kapitel VI

## **Zitierweise**

- MEW:** Marx-Engels-Werke
- AW:** Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden,  
Dietz Verlag, Berlin 1989
- LW:** Lenin-Werke,  
ebenda, Band VII
- LAW:** Lenin, Ausgewählte Werke in 6 Bänden,  
Dietz Verlag, Berlin 1988
- Geschichte:** Lehrbuch für den Geschichtsunterricht,  
Verlag Volk und Wissen, Berlin 1952
- f.:** und die nächstfolgende Seite
- ff.:** und die nächstfolgenden Seiten

# INHALT

**Napoleons Niedergang ..... 5**

**Sieg der Reaktion in Europa**

**Die Heilige Allianz ..... 12**

**Entwicklung des Kapitalismus in England ..... 14**

a) Einfache kapitalistische Kooperation ..... 15

b) Manufakturperiode ..... 18

c) Sklavenhandel ..... 22

d) Ausplünderung der Kolonien ..... 31

e) Maschinenperiode des Kapitalismus ..... 33

f) Lage der Arbeiter zu Beginn der Maschinenperiode ... 36

**Entwicklung der Arbeiterbewegung.**

**Maschinenstürmer und Chartistenbewegung.....45**

**Die utopischen Sozialisten ..... 50**

Die Beschränktheit des utopischen Sozialismus ..... 58



# NAPOLEONS NIEDERGANG

In Kapitel IV haben wir uns zuletzt mit dem Aufstieg Napoleons befaßt, der in Frankreich eine bürgerliche Monarchie errichtete. In Kapitel V haben wir uns vorübergehend vom Geschichtsablauf abgewandt. Nun wollen wir uns der Geschichte wieder zuwenden.

Napoleon schuf einen neuen Adel, der aus dem Bürgertum hervorging. Seinen Marschällen schenkte er große Güter und hohe Geldbeträge. Arbeiterverbände blieben verboten, Streiks wurden streng bestraft, die Presse zensiert.

Napoleon genoß hohes Ansehen bei den einfachen Soldaten. Obwohl er sie als einfache Leute verachtete, verstand er es, seine „Fürsorge für ihr Wohl“ ins rechte Licht zu rücken. So ließ er während eines schwierigen Rückzugs aus Syrien nach Ägypten alle Fahrzeuge und Pferde für die



*Volkskrieg in Spanien: Das Mädchen von Saragossa. Radierung von Goya (1746 bis 1828), dem ersten großen Maler, der einen Volksaufstand dargestellt hat.*

Verwundeten bereitstellen, ging selbst zu Fuß und verlangte das auch von seinem Stab. Er pflegte zu sagen, daß „der Weg zum Herzen des Soldaten durch den Magen geht“. So war er stets um gute Verpflegung der Soldaten besorgt, die er für die ZFiele der französischen Bourgeoisie auf die Schlachtbank führte.

Napoleons ständige Kriege eroberten zwar Wirtschaftsgebiet für die französische Bourgeoisie, führten aber andererseits zu immer neuen Steuererhöhungen und damit zu Unzufriedenheit in Frankreich. In den okkupierten Ländern kam es schließlich zu Aufständen, zuerst in Spanien. Hier erlitt Napoleon seine ersten schweren militärischen Niederlagen. Der von ihm eingesetzte König Joseph Bonaparte mußte aus Madrid fliehen. Napoleon erschien selbst mit einem großen Heer in Spanien und besetzte Madrid von neuem. Aber die Spanier bildeten immer wieder Partisanenabteilungen und kämpften weiter heldenhaft um ihre Freiheit. Ein Beispiel dafür ist der Widerstand bei der Belagerung der Stadt Saragossa, die acht Monate lang dauerte. Die Stadt ging in Flammen auf, doch es gelang Napoleon nicht, den Widerstand des Volkes zu brechen. (Geschichte III, S. 93) Hier zeigte sich in voller Deutlichkeit, daß die napoleonischen Kriege mittlerweile auch objektiv in keiner Hinsicht mehr den Charakter eines bürgerlichen Befreiungskrieges gegen feudale Kräfte hatten, sondern allein den Profitinteressen der französischen Bourgeoisie sowie den Weltherrschaftsplänen des Korsen dienten; die von Napoleon unterjochten Völker kämpften für eine gerechte Sache, auch dann, wenn sie von feudalen bzw. absolutistischen Kräften geführt wurden.

Da Napoleon nach der Weltherrschaft strebte, mußte er insbesondere anstreben, die Konkurrenten England und Rußland niederzuwerfen.

Zunächst versuchte er, durch die sogenannte Kontinentalsperre (Verbot für englische Schiffe, Häfen auf dem Kontinent anzulaufen), England alle europäischen Märkte zu nehmen und es wirtschaftlich abzuwürgen.

Die wichtigsten Bestimmungen des betreffenden Erlasses lauteten:

*„Die britischen Inseln sind in Sperrzustand erklärt.“*

*„Jeder Handelsverkehr und jeder Briefwechsel mit den britischen Inseln ist untersagt.“*

*„Jeder Staatsangehörige Englands, der sich in den von unseren oder von unseren verbündeten Truppen besetzten Ländern befindet, wird zum Kriegsgefangenen erklärt.“*

(Geschichte III, S. 80)

Ferner wurde alles englische Eigentum auf dem Kontinent für beschlagnahmt erklärt, und der Handel mit englischen Waren jeder Art wurde verboten. Kein englisches Schiff durfte irgendeinen Hafen des Festlandes anlaufen. Ein weiterer Erlass regelte, daß alle beschlagnahmten englischen Waren verbrannt werden sollten.

Trotz energischer Maßnahmen Napoleons durchbrach ein umfangreicher Schmuggel die Kontinentalsperre. England antwortete mit einer Gegenblockade der Häfen Frankreichs und der mit ihm verbündeten Staaten und übte seinerseits eine scharfe Kontrolle über den Seehandel der neutralen Staaten aus. So wurden z.B. im Jahre 1807 nach einer Beschießung Kopenhagens zahlreiche dänische Schiffe von England geraubt. Die Maßnahmen Englands waren weitaus wirkungsvoller, weil es über eine große und militärisch schlagkräftige Flotte verfügte, während die französische Flotte nach der vernichtenden Niederlage bei Trafalgar gegen die von Admiral Nelson geführte englische Flotte

(1805) nur für den Schutz der französischen Küsten ausreichte. Die Kontinentalsperre mußte daher scheitern. Im Gegenteil gelang es England, den Seehandel Frankreichs einzuschränken. (vgl. ebenda)

Napoleon wandte sich schließlich gegen seinen anderen Hauptkonkurrenten. Mit einem Heer von 600.000 Mann fiel er in Rußland ein. Der Krieg war von russischer Seite von Anfang an ein Volkskrieg. Neben der regulären Armee kämpften Partisanen, vor allem Bauern, gegen Napoleon.

Die reguläre Armee wurde von dem bedeutenden Feldherrn Kutusow sehr geschickt geführt. Gegen das Drängen seiner Unterführer und sogar des Zaren vermied Kutusow sinnlose Kämpfe und zog sich zurück, überließ Napoleon sogar Moskau, wo am Tag nach der Besetzung gewaltige Brände ausbrachen. Fünf Wochen später mußte Napoleon den Rückzug antreten. Kutusow zwang ihn, durch Gebiete zu marschieren, die vom Krieg schon ausgesogen waren. Beim verlustreichen Übergang über die Beresina ließ Napoleon sein Heer im Stich und floh nach Paris (auf der Flucht sagte er, er habe vielleicht einen Fehler gemacht, darüber solle die Nachwelt urteilen, aber „vom Erhabenen zum Lächerlichen“ sei „nur ein kleiner Schritt“). Von der

großen französischen Armee überlebten nur ca. 25.000 Mann.



*Michail Kutusow*

Die verheerende Niederlage Napoleons gab den Anstoß für den nationalen Befreiungskampf in Deutschland. Nach langem feigen Zögern und Schwanken schloß König Friedrich Wilhelm III. auf Drängen der patriotischen Kräfte ein Bündnis mit dem



*Russische Partisanen führen einen Trupp kriegsgefangener Franzosen ab*

Zaren gegen Napoleon. Österreich und Schweden schlossen sich an. Die verbündeten Armeen schlugen Napoleon im Oktober 1813 bei Leipzig. Napoleon mußte den Rückzug nach Westen und über den Rhein antreten. Auch das von Feldmarschall Blücher geführte preußische Heer setzte am 1. Januar 1814 über den Rhein. Napoleons Versuche, durch sehr geschickte Manöver wenigstens Paris zu retten, scheiterten. Am 31. März 1814 zogen die Verbündeten in Paris ein. Napoleon mußte abdanken; ihm wurde die Insel Elba an der italienischen Küste als selbständiges Fürstentum zugewiesen.

Unter dem Schutz der Verbündeten kehrten die Bourbonen nach Frankreich zurück. Der Bruder des hingerichteten Königs bestieg als Ludwig XVIII. den Thron. (Ludwig XVII. nannten die Bourbonen den als Kind verstorbenen Sohn Ludwigs XVI.) Grundherren und Pfaffen terrorisierten das Volk und warfen die Frage der Rückgabe der Ländereien auf, die während der Revolution beschlagnahmt worden waren. Von Talleyrand stammt in diesem Zusammenhang der Ausspruch: „Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen.“ Das hieß: Sie haben nichts von ihren alten Privilegien ver-

gessen, und sie haben nichts daraus gelernt, daß die hemmungslose Ausplünderung des Volkes zur Revolution geführt hatte. Das war aber nicht verwunderlich: Ihr Klasseninteresse hinderte sie daran, etwas zu „lernen“ und etwas zu „vergessen“.

Der Haß des Volkes gegen die Bourbonen war so groß, daß es Napoleon noch einmal gelang, die Macht zu ergreifen, allerdings nur für 100 Tage. Er verließ mit 1.000 Mann Elba und marschierte auf Paris. Die Truppen, die Paris gegen ihn schickte, gingen zu ihm über. Die Pariser Zeitungen schrieben in diesen Tagen: „Das korsische Ungeheuer ist in der Bucht von Juan gelandet.“ „Der Menschenfresser marschiert nach Grasse.“ In dem Maße, wie Napoleons Vormarsch nach Paris erfolgreich verlief, wurde der Ton gemäßiger: „Bonaparte hat Lyon eingenommen“, oder „Napoleon nähert sich Fontainebleau“. Endlich meldeten die Zeitungen: „Seine Kaiserliche Majestät wird morgen in seinem treuen Paris erwartet.“ Ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie die Presse sich an den Interessen der jeweils Herrschenden orientiert; heute ist das nicht anders, sondern wird durch den Deckmantel des „Pluralismus“ nur besser kaschiert.

Am 19. März 1815 floh Ludwig XVIII. aus Paris, am 20. März zog Napoleon in Paris ein, ohne daß ein Schuß fiel. Im Juni wurde er aber bei Waterloo von den Engländern und Preußen vernichtend geschlagen und nach St. Helena verbannt, wo er 1821 starb. Ludwig XVIII. kehrte nach Paris zurück. Er wagte es jedoch nicht, das feudale System in der alten Form wiederherzustellen. Er erließ eine Verfassung, die die Macht des Königs zugunsten der besitzenden Klassen einschränkte. Die napoleonische Verwaltung und das Bürgerliche Gesetzbuch blieben bestehen.

Napoleon hätte während der 100 Tage noch eine Mög-

lichkeit gehabt, sich zu behaupten. Seine Umgebung schlug ihm vor, sich an die Volksmassen zu wenden und diese unter den revolutionären Losungen der Jakobiner von 1793 zur Fortführung des Krieges aufzurufen. Napoleon aber lehnte ab. Einem Volkskrieg zog er Niederlage und Gefangenschaft vor.

Frankreich mußte eine Kriegsentschädigung von 700 Millionen Franc bezahlen und einige Grenzgebiete an das Königreich der Niederlande sowie an Preußen abtreten, das damals das Saarland erhielt. Für die europäischen Völker war von Bedeutung, daß die langen blutigen Kriege, die etwa sieben Millionen Menschenleben gekostet hatten, endlich beendet waren. Die anti-napoleonischen Kriege hatten die große Kraft des nationalen Widerstandes der Völker gegen Unterdrückungs- und Eroberungspolitik gezeigt.



*Rückzug der französischen Armee aus Rußland*

# SIEG DER REAKTION IN EUROPA.

## DIE HEILIGE ALLIANZ

Die deutschen Patrioten und Demokraten hatten gegen die napoleonische Fremdherrschaft und für ein einiges und freies Deutschland gekämpft. Alle Hoffnungen scheiterten jedoch an den kleinlichen Interessen der Fürsten. Österreich und Preußen, aber auch die süddeutschen Staaten konnten sich vergrößern. Insgesamt blieb Deutschland in 34 Monarchien und 4 Freie Städte zerstückelt. An die Stelle des Reiches trat der Deutsche Bund, ein schwacher Dachverband, der die Rechte der absoluten Fürsten faktisch nicht antastete. Der Bundestag, der sich aus den Vertretern der Fürsten zusammensetzte, tagte in der Freien Stadt Frankfurt am Main.

In Frankreich, Spanien, Portugal und Sardinien wurden die alten Dynastien wiederhergestellt. Italien, unter Napoleon staatlich geeint, wurde zerstückelt. Der Kirchenstaat und damit die weltliche Herrschaft des Papstes wurde wiederhergestellt.

Der eigentliche Sieger war England, das seinen schärfsten Konkurrenten Frankreich entscheidend geschwächt hatte. Es erhielt die Insel Malta und damit einen starken Flottenstützpunkt im Mittelmeer, es kontrollierte den Seeweg nach Indien und hatte überhaupt das Monopol des Überseehandels. Sein Aufstieg zur größten Kolonialmacht der Welt war gesichert.

1815 schlossen Rußland, Österreich und Preußen die sogenannte Heilige Allianz, deren Zweck darin bestand, alle freiheitlichen und nationalen Bewegungen in Europa zu unterdrücken. Ihr faktischer politischer Führer war der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich.

Der Sieg der Reaktion auf dem europäischen Festland konnte jedoch nicht von langer Dauer sein. Die Entwicklung des Kapitalismus stärkte die Bourgeoisie, aber auch das Proletariat. 1848 sollte es zu machtvollen revolutionären Erhebungen kommen.



*Metternich*

# ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS IN ENGLAND

England ist das klassische Land des Kapitalismus. Nach der bürgerlichen Revolution entwickelte sich die bürgerliche Produktionsweise dort in raschem Tempo.

Der Kapitalismus unterwirft sich die Produktion zunächst in dem Zustand, in dem er sie vorfindet, das heißt mit den rückständigen Produktionstechniken des Handwerks und der kleinbäuerlichen Wirtschaft. Im Laufe der Entwicklung revolutioniert der Kapitalismus die Produktionstechniken. Im großen und ganzen können hinsichtlich der Entwicklung der kapitalistischen Produktion in der Industrie drei Hauptstadien benannt werden:

1. Einfache kapitalistische Kooperation
2. Manufakturperiode
3. Maschinenperiode.

Wir werden die einfache kapitalistische Kooperation im Abschnitt a), die Manufakturperiode im Abschnitt b) und die Maschinenperiode in den Abschnitten e) und f) betrachten. Dabei verlief die Entwicklung in anderen kapitalistischen Ländern in den Grundzügen nicht anders als in England; wir führen England insoweit nur als Beispiel an, weil es das erste Land war, das diese Entwicklung nahm.

## A) EINFACHE KAPITALISTISCHE KOOOPERATION

Kapitalistische Produktion überhaupt besteht darin, daß die Produktionsmittel in Privathand konzentriert sind, während die Arbeiter der Produktionsmittel beraubt sind und ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen müssen, um leben zu können. Die einfache Kooperation ist die niederste Stufe kapitalistischer Produktion. Mehrere Arbeiter sind in **einem** Betrieb konzentriert, doch jeder nimmt bei der Arbeit die gleichen Verrichtungen vor. *„Das Wirken einer größern Arbeiteranzahl zur selben Zeit, in demselben Raum (oder, wenn man will, auf demselben Arbeitsfeld), zur Produktion derselben Warensorte, unter dem Kommando desselben Kapitalisten, bildet historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion. Mit Bezug auf die Produktionsweise selbst unterscheidet sich z.B. die Manufaktur in ihren Anfängen kaum anders von der zünftigen Handwerksindustrie als durch die größere Zahl der gleichzeitig von demselben Kapital beschäftigten Arbeiter. Die Werkstatt des Zunftmeisters ist nur erweitert. Der Unterschied ist also zunächst bloß quantitativ.“* (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 341)

Doch quantitative Unterschiede schlagen an einem bestimmten Punkt in qualitative um, wie wir in Kapitel V (S. 179 f.) gesehen haben, und als ein Beispiel dafür haben wir dort (S. 178 ff.) gerade die kapitalistische Kooperation angeführt.

Zunächst einmal ist die Beschaffung z.B. der Produktionsmittel für einen Betrieb mit 20 Personen für den Kapitalisten billiger als die Beschaffung der Produktionsmittel für zwei Werkstätten à 10 Personen. (vgl. Marx, Kapital I, MEW 23, S. 344) Doch dieser Kostenvorteil bezüglich der

Produktionsmittel bei steigender Konzentration der lebendigen Arbeit ist längst nicht alles:

*„Wie die Angriffskraft einer Kavallerieschwadron oder die Widerstandskraft eines Infanterieregiments wesentlich verschieden ist von der Summe der von jedem Kavalleristen und Infanteristen vereinzelt entwickelten Angriffs- und Widerstandskräfte, so die mechanische Kraftsumme vereinzelter Arbeiter von der gesellschaftlichen Kraftpotenz, die sich entwickelt, wenn viele Hände gleichzeitig in derselben ungeteilten Operation zusammenwirken, z.B. wenn es gilt, eine Last zu heben, eine Kurbel zu drehn oder einen Widerstand aus dem Weg zu räumen. Die Wirkung der kombinierten Arbeit könnte hier von der vereinzelt gar nicht oder nur in viel längren Zeiträumen oder nur auf einem Zwergmaßstab hervorgebracht werden. Es handelt sich hier nicht nur um Erhöhung der individuellen Produktivkraft durch die Kooperation, sondern um die Schöpfung einer Produktivkraft, die an und für sich Massenkraft sein muß.*

*Abgesehn von der neuen Kraftpotenz, die aus der Verschmelzung vieler Kräfte in eine Gesamtkraft entspringt, erzeugt bei den meisten produktiven Arbeitern der bloße gesellschaftliche Kontakt einen Wetteifer und eine eigne Erregung der Lebensgeister (...), welche die individuelle Leistungsfähigkeit der einzelnen erhöhen, so daß ein Dutzend Personen zusammen in einem gleichzeitigen Arbeitstag von 144 Stunden ein viel größeres Gesamtprodukt liefern als zwölf vereinzelt Arbeiter, von denen jeder 12 Stunden, oder als ein Arbeiter, der 12 Tage nacheinander arbeitet. Dies rührt daher, daß der Mensch von Natur, wenn nicht, wie Aristoteles meint, ein politisches, jedenfalls ein gesellschaftliches Tier ist.*

*Obgleich viele dasselbe oder Gleichartige gleichzeitig miteinander verrichten, kann die individuelle Ar-*

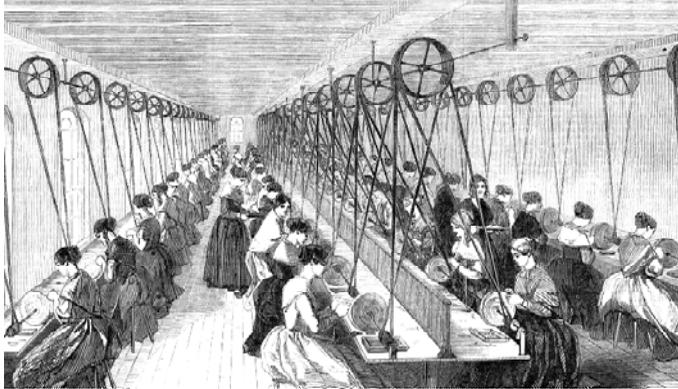
*beit eines jeden dennoch als Teil der Gesamtarbeit verschiedene Phasen des Arbeitsprozesses selbst darstellen, die der Arbeitsgegenstand, infolge der Kooperation, rascher durchläuft. Z.B. wenn Maurer eine Reihe von Händen bilden, um Bausteine vom Fuß eines Gestells bis zu seiner Spitze zu befördern, tut jeder von ihnen dasselbe, aber dennoch bilden die einzelnen Verrichtungen kontinuierliche Teile einer Gesamtverrichtung, besondere Phasen, die jeder Baustein im Arbeitsprozeß durchlaufen muß und wodurch ihn etwa die 24 Hände des Gesamtarbeiters rascher fördern als die zwei Hände jedes einzelnen Arbeiters, der das Gerüst auf- und absteigt. Der Arbeitsgegenstand durchläuft denselben Raum in kürzerer Zeit. Andererseits findet Kombination der Arbeit statt, wenn ein Bau z.B. von verschiedenen Seiten gleichzeitig angegriffen wird, obgleich die Kooperierenden dasselbe oder Gleichartiges tun. Der kombinierte Arbeitstag von 144 Stunden, der den Arbeitsgegenstand vielseitig im Raum angreift, weil der kombinierte Arbeiter oder Gesamtarbeiter vorn und hinten Augen und Hände hat und in gewissem Grad Allgegenwart besitzt, fördert das Gesamtprodukt rascher als 12 zwölfstündige Arbeitstage mehr oder minder vereinzelter Arbeiter, die ihr Werk einseitiger angreifen müssen. In derselben Zeit reifen verschiedene Raumteile des Produkts.“*

(Marx, Kapital I, MEW 23, S. 345 f.)

Der qualitative Sprung, der mit der quantitativen Anhäufung von Arbeitskräften durch die kapitalistische Kooperation eintritt, ist ein Sprung in der Entwicklung der menschlichen Produktivkraft. Diesen Fortschritt macht sich die Kapitalistenklasse zunutze. Das Kapital und damit der Reichtum der Bourgeoisie wächst rasch.

Literatur zur einfachen kapitalistischen Kooperation:  
Marx, Kapital I, 11. Kapitel (MEW 23, S. 341 - 355)

## B) MANUFAKTURPERIODE



*Stahlfedernfabrik in Manchester, Frauen beim Schleifen*

Die Manufaktur basiert auf Arbeitsteilung zwischen den Arbeitern eines kapitalistischen Betriebes. Sie unterscheidet sich von der modernen kapitalistischen Fabrik nur dadurch, daß noch keine Maschinen angewandt werden. Daher auch der Name Manufaktur, der sich vom lateinischen Ausdruck *manu facere* ableitet, d.h.: mit der Hand machen. Die Manufaktur als Form des kapitalistischen Produktionsprozesses herrschte in Westeuropa etwa von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum letzten Drittel des 18. Jahrhunderts.

Die manufakturmäßige Teilung der Arbeit ist innerbetriebliche Arbeitsteilung bei der Herstellung **ein und derselben** Ware zum Unterschied von der Arbeitsteilung innerhalb der Gesellschaft zwischen den einzelnen Betrieben bei der Herstellung verschiedenartiger Waren.

Beispiel: Herstellung von Stecknadeln. Achtzehn verschiedene Verrichtungen waren nötig, bis eine Nadel fertig war. Der Handwerker mußte also oftmals sein Handwerks-

zeug und seinen Platz wechseln. In der Manufaktur wurden die einzelnen Arbeitsgänge verteilt: Ein Arbeiter zog den Draht, ein zweiter schnitt den Draht in Stücke, ein dritter spitzte ihn zu usw. So macht jeder nur wenige, ständig zu wiederholende Handgriffe, die schnell zu erlernen sind. Massenaarbeit von Frauen und Kindern kam auf, die bei gleicher Arbeit wesentlich niedrigere Löhne als die Männer erhielten. Mit dem Aufkommen der Frauen- und Kinderarbeit erhielten auch die Männer niedrigere Löhne als vorher: Ihre Frauen und Kinder konnten ja mitarbeiten.

Während die Arbeitsproduktivität durch die Manufakturarbeit enorm stieg, wurden die Arbeiter grausam ausgebeutet. Der Arbeitstag währte oft 16 Stunden und mehr, die überwiegende Mehrheit der Manufakturarbeiter führte ein Hungerdasein. Absatzschwierigkeiten für die Produkte bestanden in der Anfangszeit der Manufakturperiode in England nicht; ganz im Gegenteil genügte die längste Arbeitszeit nicht, um den Bedarf an Waren in England, den englischen Kolonien und dem auf englische Waren angewiesenen Ausland zu decken. In England wurden gewaltige Kapitalien angehäuft.

Doch nicht nur der Hunger drückte schwer auf die Arbeiterklasse, sondern auch die Arbeitsbedingungen, die durch die Form der Arbeitsteilung entstanden waren.

*Marx: „(...) so ist zunächst klar, daß ein Arbeiter, der lebenslang eine und dieselbe einfache Operation verrichtet, seinen ganzen Körper in ihr automatisch einseitiges Organ verwandelt und daher weniger Zeit dazu verbraucht als der Handwerker, der eine ganze Reihe von Operationen abwechselnd ausführt. Der kombinierte Gesamtarbeiter, der den lebendigen Mechanismus der Manufaktur bildet, besteht aber aus lauter solchen einseitigen Teilarbeitern. Im Vergleich zum selbständigen Handwerk wird daher mehr in weniger Zeit produziert*

*oder die Produktivkraft der Arbeit gesteigert. Auch vervollkommnet sich die Methode der Teilarbeit, nachdem sie zur ausschließlichen Funktion einer Person verselbstständig ist. Die stete Wiederholung desselben beschränkten Tuns und die Konzentration der Aufmerksamkeit auf dieses Beschränkte lehren erfahrungsmäßig den bezweckten Nutzeffekt mit geringstem Kraftaufwand erreichen. Da aber immer verschiedene Arbeitergenerationen gleichzeitig zusammenleben und in denselben Manufakturen zusammenwirken, befestigen, häufen und übertragen sich bald die so gewonnenen technischen Kunstgriffe.“*

(Kapital I, MEW 23, S. 359)

Die so erreichte Steigerung der Produktivität ist erkaufte durch massenhaften und systematischen Raubbau an der lebendigen Arbeitskraft:

*„Während die einfache Kooperation die Arbeitsweise der einzelnen im großen und ganzen unverändert läßt, revolutioniert die Manufaktur sie von Grund aus und ergreift die individuelle Arbeitskraft an ihrer Wurzel. Sie verkrüppelt den Arbeiter in eine Abnormität, indem sie sein Detailgeschick treibhausmäßig fördert durch Unterdrückung einer Welt von produktiven Trieben und Anlagen, wie man in den La-Plata-Staaten ein ganzes Tier abschlachtet, um sein Fell oder seinen Talg zu erbeuten. Die besondern Teilarbeiten werden nicht nur unter verschiedene Individuen verteilt, sondern das Individuum selbst wird geteilt, in das automatische Triebwerk einer Teilarbeit verwandelt (...).“*

(ebenda, S. 381)

*„In der Tat wandten einige Manufakturen in der Mitte des 18. Jahrhunderts für gewisse einfache Operationen, welche aber Fabrikgeheimnisse bildeten, mit Vorliebe halbe Idioten an.*

*‘Der Geist der großen Mehrzahl der Menschen’, sagt A. Smith, ‘entwickelt sich notwendig aus und an ihren Alltagsverrichtungen. Ein Mensch, der sein ganzes Leben in der Verrichtung weniger einfacher Operationen ver-  
ausgibt, ... hat keine Gelegenheit, seinen Verstand zu üben ... Er wird im allgemeinen so stupid und unwissend, wie es für eine menschliche Kreatur möglich ist.’*

*Nachdem Smith den Stumpfsinn des Arbeiters ge-  
schildert, fährt er fort:*

*‘Die Einförmigkeit seines stationären Lebens ver-  
dirbt natürlich auch den Mut seines Geistes ... Sie zer-  
stört selbst die Energie seines Körpers und verunfähigt  
ihn (macht in unfähig, d. Verf.), seine Kraft schwunghaft  
und ausdauernd anzuwenden, außer in der Detail-  
beschäftigung, wozu er herangezogen ist. (...)’*

*(ebenda, S. 383)*

Literatur zur Manufakturperiode des Kapitalismus:

Marx, Kapital I, 12. Kapitel (MEW 23, S. 356 - 390)

## C) SKLAVENHANDEL

Auch der Sklavenhandel brachte dem englischen Bürgertum gewaltigen Profit. Ganze Bezirke Afrikas wurden entvölkert. Auf dem Transport über den Atlantik wurden die Neger in dem dumpfen und feuchten Schiffsinneeren zusammengepfercht. Sie erhielten wenig und schlechtes Essen. Oft starb mehr als die Hälfte von ihnen unterwegs. Trotzdem war der Gewinn für die Menschenhändler so groß, daß der Sklavenhandel immer mehr zunahm. Nach einem Bericht von 1805 betrug der Reingewinn bei dem Transport von einem Sklaven mehr als 400 Mark. (Geschichte III, S. 113 f.) Die Zahlen über den Umfang des Sklavenhandels schwanken; zwischen 12 und 20 Millionen in Afrika gefangene Menschen wurden in Nord- und Südamerika verkauft, doch Experten gehen heute davon aus, daß – unter Berücksichtigung derjenigen, die auf dem Transport starben – 50 bis 100 Millionen nach Amerika verschifft wurden (Frankfurter Rundschau 7.12.94). Die britische Kolonie Jamaica war der Sklavenmarkt für die westindischen Inseln (in der Karibik) und für die englischen und spanischen Kolonien auf dem amerikanischen Festland. Von Bristol aus wurde der Menschenhandel organisiert und schon um das Jahr 1725 etwa 80 bis 90 Schiffe zum Sklaventransport ausgeschiedt. Liverpool brachte es zum Ende des 18. Jahrhunderts auf 150 Sklavenschiffe. (Geschichte III, S. 114) Für Liverpool hatte der Sklavenhandel eine derart herausragende ökonomische Bedeutung, daß die Stadt im amerikanischen Bürgerkrieg die Südstaaten unterstützte (Frankfurter Rundschau 7.12.94).

1994, fast 200 Jahre nach Abschaffung der Sklaverei in Großbritannien, wurde in Liverpool das erste europäische Museum über die Geschichte des Sklavenhandels eröffnet:

*„Mit Hilfe zahlreicher Dokumente, Videos und anderer Gegenstände will die im Liverpooler Schiffahrtsmuseum eingerichtete Dauerausstellung die alltägliche Behandlung der Schwarzen verdeutlichen: Hunger, Krankheit, Folter, Zwangsarbeit und gewaltsame Trennung der Familie. Der Besucher wird in den düsteren und stickigen Schiffsbauch der Großsegler geführt, wo die um ihre elementarsten Menschenrechte beraubten Sklaven wochenlang während der Überfahrt zwischen der afrikanischen und amerikanischen Küste zusammengepfercht waren. Einer von ihnen wünschte sich als 'letzten Freund' den Tod, wie die Ausstellung in einer Reihe von Zeugenaussagen dokumentiert. Andere berichteten, wie ihnen von ihren neuen 'Besitzern' wie Vieh ein Brandzeichen auf die Haut gebrannt wurde.*

*Die Ausstellung umfaßt rund 500 Jahre Sklaverei vom 16. Jahrhundert bis heute, wobei der Schwerpunkt auf dem 19. Jahrhundert liegt, dem 'Goldenen Zeitalter' für die Liverpooler Kaufleute. Damals verdrängte die Stadt im Nordwesten Englands London als größten Sklavenhalter und konkurrierte mit französischen und niederländischen Städten um die Vormachtstellung im Handel mit Schwarzen. Nach der Abschaffung des Sklavenhandels in Großbritannien 1807 und in Frankreich 1817 starb dieser Wirtschaftszeit allmählich ab. Als letztes Land auf dem Doppelkontinent Amerika verbot Brasilien 1888 die Sklaverei.“*

(Frankfurter Rundschau 7.12.94)

Man braucht sich nicht über Stimmen zu wundern, die die Ausstellung kritisierten und meinten, das „*Wühlen in der Vergangenheit*“ führe zu nichts (vgl. FR). Schließlich handelt es sich nicht um vorbürgerliche Sklaverei, über die der heutige Spießbürger sich erhaben dünken kann, sondern um den von der aufsteigenden Bourgeoisie betriebenen



*Auktion von Negersklaven*

Sklavenhandel, der im übrigen erst dann eingestellt wurde, als sich die Sklavenarbeit und folglich auch der Handel mit Sklaven wirtschaftlich nicht mehr rechnete (Auf die Gründe hierfür gehen wir im einzelnen in Kapitel IX ein). Schließlich handelte es sich um einen Erwerbszweig, der wesentlich dazu beitrug, das bürgerliche England stark und mächtig zu machen, und eine solche „ruhmreiche“ Vergangenheit madig zu machen, das geht dem heutigen englischen Spieß-  
 ber (der sich in puncto dümmlicher Borniertheit von dem deutschen nicht unterscheidet) ebenso gegen den Strich, wie schon der damalige europäische Spieß-  
 ber am Menschenhandel nichts Schlimmes finden konnte:

*„Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion während der Manufakturperiode hatte die öffentliche Meinung von Europa den letzten Rest von Schamgefühl und Gewissen eingeblüßt. Die Nationen renommierten (gaben an, protzten, d. Verf.) zynisch mit jeder Infamie, die ein Mittel zur Kapitalakkumulation. Man lese z.B. die naiven Handelsannalen (Handelsjahrbücher, d. Verf.) des Biedermanns A. Anderson. Hier wird es als Triumph eng-*

*lischer Staatsweisheit ausposaunt, daß England im Frieden von Utrecht den Spaniern durch den Asientovertrag das Privilegium abzwang, den Negerhandel, den es bisher nur zwischen Afrika und dem englischen Westindien betrieb, nun auch zwischen Afrika und dem spanischen Amerika betreiben zu dürfen. England erhielt das Recht, das spanische Amerika bis 1743 jährlich mit 4800 Negern zu versorgen.“*

(Marx, Kapital I, MEW 23, S. 787)

In folgendem Gedicht geißelte Heinrich Heine den von christlichen Profitmachern betriebenen Menschenhandel aufs schärfste:

HEINRICH HEINE: DAS SKLAVENSCHIFF

1

DER SUPERKARGO MYNHER VAN KOEK  
SITZT RECHNEND IN SEINER KAJÜTE;  
ER KALKULIERT DER LADUNG BETRAG  
UND DIE PROBABELN PROFITE.

„DER GUMMI IST GUT, DER PFEFFER IST GUT,  
DREIHUNDERT SÄCKE UND FÄSSER;  
ICH HABE GOLDSTAUB UND ELFENBEIN -  
DIE SCHWARZE WARE IST BESSER.

SECHSHUNDERT NEGER TAUSCHTE ICH EIN  
SPOTTWOHLFEIL AM SENEGALFLUSSE.  
DAS FLEISCH IST HART, DIE SEHNEN SIND STRAMM,  
WIE EISEN VOM BESTEN GUSSE.

ICH HAB ZUM TAUSCHE BRANNTWEIN,  
GLASPERLEN UND STAHLZEUG GEGEBEN;

GEWINNE DARAN ACHTHUNDERT PROZENT,  
BLEIBT MIR DIE HÄLFTE AM LEBEN.

BLEIBEN MIR NEGER DREIHUNDERT NUR  
IM HAFEN VON RIO-JANEIRO,  
ZAHLT DORT MIR HUNDERT DUKATEN PER STÜCK  
DAS HAUS GONZALES PERREIRO.“

DA PLÖTZLICH WIRD MYNHER VAN KOEK  
AUS SEINEN GEDANKEN GERISSEN;  
DER SCHIFFSCHIRURGIUS TRITT HEREIN,  
DER DOKTOR VAN DER SMISSEN.

DAS IST EINE KLAPPERDÜRRE FIGUR,  
DIE NASE VOLL ROTER WARZEN -  
NUN, WASSERFELDSCHERER, RUFT VAN KOEK,  
WIE GEHTS MEINEN LIEBEN SCHWARZEN?

DER DOKTOR DANKT DER NACHFRAGE UND SPRICHT:  
„ICH BIN ZU MELDEN GEKOMMEN,  
DASS HEUTE NACHT DIE STERBLICHKEIT  
BEDEUTEND ZUGENOMMEN.

IM DURCHSCHNITT STARBEN TÄGLICH ZWEI,  
DOCH HEUTE STARBEN SIEBEN,  
VIER MÄNNER, DREI FRAUEN - ICH HAB DEN VERLUST  
SOGLEICH IN DIE KLASSE GESCHRIEBEN.

ICH INSPIZIERTE DIE LEICHEN GENAU;  
DENN DIESE SCHELME STELLEN  
SICH MANCHMAL TOT, DAMIT MAN SIE  
HINABWIRFT IN DIE WELLEN.

ICH NAHM DEN TOTEN DIE EISEN AB;  
UND WIE ICH GEWÖHNLICH TUE,

ICH LIESS DIE LEICHEN WERFEN INS MEER  
DES MORGENS IN DER FRUHE.

ES SCHOSSEN ALSBALD HERVOR AUS DER FLUT  
HAIFISCHE, GANZE HEERE,  
SIE LIEBEN SO SEHR DAS NEGERFLEISCH;  
DAS SIND MEINE PENSIONÄRE.

SIE FOLGTEN UNSERES SCHIFFES SPUR,  
SEIT WIR VERLASSEN DIE KÜSTE;  
DIE BESTIEN WITTERN DEN LEICHENGERUCH,  
MIT SCHNUPPERNDEM FRASSGELÜSTE.

ES IST POSSIERLICH ANZUSEHN,  
WIE SIE NACH DEN TOTEN SCHNAPPEN!  
DIE FASST DEN KOPF, DIE FASST DAS BEIN,  
DIE ANDERN SCHLUCKEN DIE LAPPEN.

IST ALLES VERSCHLUNGEN, DANN TUMMELN SIE SICH  
VERGNÜGT UM DES SCHIFFES PLANKEN  
UND GLOTZEN MICH AN, ALS WOLLTEN SIE  
SICH FÜR DAS FRÜHSTÜCK BEDANKEN.“

DOCH SEUFZEND FÄLLT IHM IN DIE RED  
VAN KOEK: WIE KANN ICH LINDERN  
DAS ÜBEL? WIE KANN ICH DIE PROGRESSION  
DER STERBLICHKEIT VERHINDERN?

DER DOKTOR ERWIDERT: „DURCH EIGNE SCHULD  
SIND VIELE SCHWARZE GESTORBEN;  
IHR SCHLECHTER ODEM HAT DIE LUFT  
IM SCHIFFSRAUM SO SEHR VERDORBEN.

AUCH STARBEN VIELE DURCH MELANCHOLIE,  
DIEWEIL SIE SICH TÖDLICH LANGWEILEN;

DURCH ETWAS LUFT, MUSIK UND TANZ  
LÄSST SICH DIE KRANKHEIT HEILEN.“

DA RUFT VAN KOEK: „EIN GUTER RAT!  
MEIN TEURER WASSERFELDSCHERER  
IST KLUG WIE ARISTOTELES  
DES ALEXANDERS LEHRER.

DER PRÄSIDENT DER SOZIETÄT  
DER TULPENVEREDLUNG IM DELFTE  
IST SEHR GESCHEIT, DOCH HAT ER NICHT  
VON EUREM VERSTANDE DIE HÄLFTE.

MUSIK! MUSIK! DIE SCHWARZEN SOLLN  
HIER AUF DEM VERDECKE TANZEN.  
UND WER SICH BEIM HOPSEN NICHT AMÜSIERT,  
DEN SOLL DIE PEITSCHEN KURANZEN.“

2

HOCH AUS DEM BLAUEN HIMMELSZELT  
VIEL TAUSEND STERNE SCHAUEN,  
SEHNSÜCHTIG GLÄNZEND, GROSS UND KLUG,  
WIE AUGEN VON SCHÖNEN FRAUEN.

SIE BLICKEN HINUNTER IN DAS MEER,  
DAS WEITHIN ÜBERZOGEN  
MIT PHOSPHORSTRAHLENDEM PURPURDUFT;  
WOLLÜSTIG GIRREN DIE WOGEN.

KEIN SEGEL FLATTERT AM SKLAVENSCHIFF,  
ES LIEG WIE ABGETAKELT;  
DOCH SCHIMMERN LATERNEN AUF DEM VERDECK,  
WO TANZMUSIK SPEKTAKELT.

DIE FIEDEL STREICHT DER STEUERMANN,  
DER KOCH, DER SPIELT DIE FLÖTE,

EIN SCHIFFSJUNG SCHLÄGT DIE TROMMEL DAZU,  
 DER DOKTOR BLÄST DIE TROMPETE.

WOHL HUNDERT NEGER, MÄNNER UND FRAUN,  
 SIE JAUCHZEN UND HOPSEN UND KREISEN  
 WIE TOLL HERUM; BEI JEDEM SPRUNG  
 TAKTMÄSSIG KLIRREN DIE EISEN.

SIE STAMPFEN DEN BODEN MIT TOBENDER LUST,  
 UND MANCHE SCHWARZE SCHÖNE  
 UMSCHLINGT WOLLÜSTIG DEN NACKTEN GENOSS -  
 DAZWISCHEN ÄCHZENDE TÖNE.

DER BÜTTEL IST MAITRE DES PLAISIRS,  
 UND HAT MIT PEITSCHENHIEBEN  
 DIE LÄSSIGEN TÄNZER STIMULIERT,  
 ZUM FROHSINN ANGETRIEBEN.

UND DIDELDUMDEI UND SCHNEDDEREDENG!  
 DER LÄRM LOCKT AUS DEN TIEFEN  
 DIE UNGETÜME DER WASSERWELT,  
 DIE DORT BLÖDSINNIG SCHLIEFEN.

SCHLAFTRUNKEN KOMMEN GESCHWOMMEN HERAN  
 HAIFISCHE, VIELE HUNDERT;  
 SIE GLOTZEN NACH DEM SCHIFF HINAUF,  
 SIE SIND VERDUTZT, VERWUNDERT.

SIE MERKEN, DASS DIE FRÜHSTÜCKSTUND  
 NOCH NICHT GEKOMMEN, UND GÄHNEN,  
 AUFSPERREND DEN RACHEN; DIE KIEFER SIND  
 BEPFLANZT MIT SÄGEZÄHNEN.

UND DIDELDUMDEI UND SCHNEDDEREDENG -  
 ES NEHMEN KEINE ENDE DIE TÄNZE.

DIE HAIFISCHE BEISSEN VOR UNGEDULD  
SICH SELBER IN DIE SCHWÄNZE.

ICH GLAUBE, SIE LIEBEN NICHT DIE MUSIK,  
WIE VIELE VON IHREM GELICHTER.  
TRAU KEINER BESTIE, DIE NICHT LIEBT  
MUSIK! SAGT ALBIONS GROSSER DICHTER.

UND SCHNEDDERENG UND DIDELDUMDEI -  
DIE TÄNZE NEHMEN KEIN ENDE.  
AM FOCKMAST STEHT MYNHER VAN KOEK  
UND FALTET BETEND DIE HÄNDE:

„UM CHRISTI WILLEN VERSCHONE, O HERR,  
DAS LEBEN DER SCHWARZEN SÜNDER!  
ERZÜRNTEN SIE DICH, SO WEISST DU JA,  
SIE SIND SO DUMM WIE DIE RINDER.

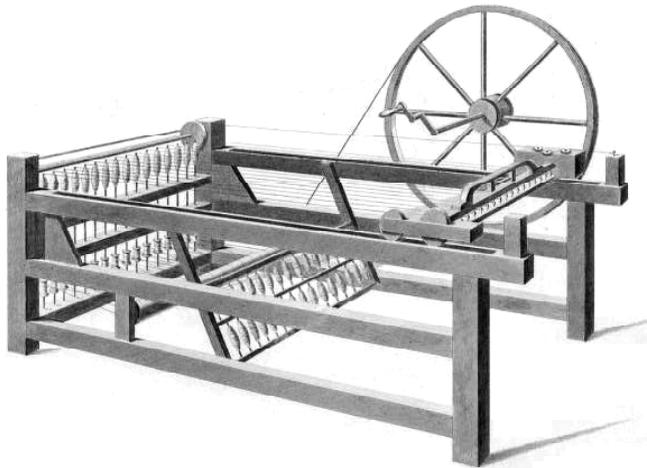
VERSCHONE IHR LEBEN UM CHRISTI WILLN,  
DER FÜR UNS ALLE GESTORBEN!  
DENN BLEIBEN MIR NICHT DREIHUNDERT STÜCK,  
SO IST MEIN GESCHÄFT VERDORBEN.“

## **D) AUSPLÜNDERUNG DER KOLONIEN**

Eine andere bedeutende Quelle des Reichtums der englischen Bourgeoisie war die Ausplünderung der Kolonien. Nachdem sich England in der Schlacht bei Plassey (1757) die Vorherrschaft in Indien erkämpft hatte, begann eine rücksichtslose Ausplünderung der Bevölkerung. Bengalen, das reichste und fruchtbarste Gebiet Indiens, bis dahin die Kornkammer des Landes, wurde innerhalb von 20 Jahren so ausgeplündert, daß es verarmte und häufig von Hungersnot heimgesucht wurde. Die riesigen Profite der englischen Bourgeoisie kamen durch Handel, durch Plünderung und durch Tribute zustande. Diese Methoden waren meist eng miteinander verbunden. Man schloß unter dem Druck militärischer Gewalt Handelsgeschäfte ab, verhängte Tribute als Strafen für nicht erfüllte Lieferungen oder als Gegenleistung für „Schutz“ durch englische Truppen, oder man plünderte ganz einfach. Die Agenten der Ost-Indien-Kompanie nahmen den Bauern ihre Waren mit Gewalt zu einem Viertel des Wertes ab und zwangen die Inder, englische Waren für einen fünfmal höheren Wert zu kaufen, als sie wert waren. 1769/1770 verursachten die Engländer künstlich eine Hungersnot, indem sie die gesamte Reisernte aufkauften und zu unerschwinglichen Preisen wieder verkauften. (Geschichte III, S. 114)

Die Aktionäre der ostindischen Gesellschaft in London erhielten riesige Dividenden, die Agenten und Angestellten in Indien raubten für sich in kurzer Zeit ungeheure Vermögen zusammen. Der Eroberer von Bengalen, Clive, der als armer Angestellter nach Indien gegangen war, kehrte mit einem Vermögen im Werte von umgerechnet 5 Millionen Mark und als Eigentümer von riesigem Grundbesitz, der jährlich eine halbe Million Mark einbrachte, nach Eng-

land zurück. Der Generalgouverneur und die höheren Angestellten der ostindischen Gesellschaft hatten sich das Monopol für den inneren Handel in Indien, für die Küstenschifffahrt und den Verkehr nach den indischen Inseln angeeignet. Nach einer dem englischen Parlament vorgelegten Liste ließen sich die Kompanie und ihre Beamten von 1757 bis 1766 von den Indern sechs Millionen Pfund Sterling „schenken“. (ebenda, S. 115)

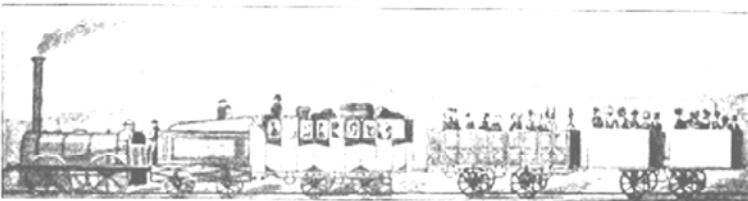


*Hargreaves' Spinnmaschine Jenny*

## E) MASCHINENPERIODE DES KAPITALISMUS

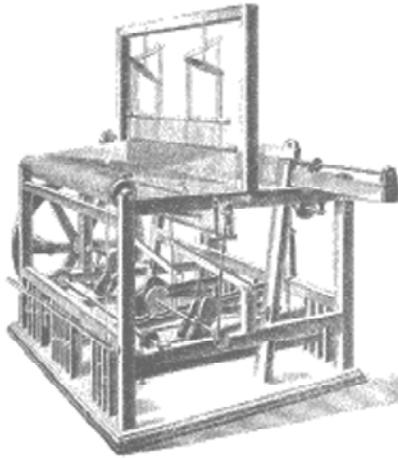
Gegen Ende des 18. Jahrhunderts, während sich in England immer größere Kapitalien anhäuferten, setzte der Prozeß der Industrialisierung ein. Maschinen wurden erfunden, und es kam zur Errichtung von Fabriken mit Hunderten, später mit Tausenden von Lohnarbeitern.

Mitte des 18. Jahrhunderts war der wichtigste Industriezweig die Textilproduktion, vor allem seitdem neben der Wolle die weit billigere Baumwolle verarbeitet wurde. 1733 war das selbsttätige Weberschiffchen erfunden worden. Seitdem herrschte ein Mißverhältnis zwischen Spinners und Webern: Um das nötige Garn für einen Weber zu beschaffen, mußten acht bis zehn Spinner beschäftigt werden. 1764 erfand der Weber James Hargreaves eine Spinnmaschine, die er nach seiner Tochter „Jenny“ benannte. Mit



*Die erste englische Eisenbahn*

dieser Maschine konnte ein Spinner achtzehnmal soviel Garn spinnen wie früher. Nicht lange danach baute der Barbier Richard Arkwright eine noch bessere Maschine, die mit Wasser angetrieben wurde. Jetzt konnten die Weber das anfallende Garn nicht mehr bewältigen. Eine Verbesserung des Webstuhls wurde nötig. 1796 erfand der Landpfarrer Cartwright den mechanischen Webstuhl.



*Mechanischer Webstuhl Anfang des 19. Jahrhunderts*

Die neuen Maschinen erforderten die Anwendung von mechanischer Kraft, die zuerst durch Wasser erzeugt wurde. Darum heißen Woll- und Baumwollfabriken in England bis heute noch „mills“ (Mühlen). Der Überfluß an Wasserkraft in der Grafschaft Lancashire führte dort zu einer Zusammenballung der Industrie und der Bevölkerung. (Geschichte III, S. 117)

Gewaltige Bedeutung hatte die Erfindung der Dampfmaschine (erstmalig 1763 in Rußland, dort aber aufgrund der rückständigen Verhältnisse nicht genutzt; 1769 erwarb der Schotte James Watt das Patent für eine Dampfmaschine und verbesserte 1784 seine Konstruktion entscheidend). Mit der Dampfmaschine war die Industrie von der Gebundenheit an Wasserkraft befreit. Bald wurde die Dampfmaschine zum Antrieb von Spinnmaschinen und Webstühlen genutzt. Textilindustrie entstand nun in der Nähe von Kohlebergwerken.

Inzwischen hatte man gelernt, die Steinkohle auch zur Herstellung von Gußeisen zu benutzen. Zuvor hatte man nur Holzkohle dazu verwandt. Durch die Verwendung von Koks wurde das Verfahren verbessert und beschleunigt.

Das Eisen verdrängte das Holz immer mehr. 1779 wurde die erste eiserne Brücke gebaut, 1790 das erste eiserne Schiff. 1814 baute George Stephenson, der Sohn eines Arbeiters, die erste Lokomotive. (Er war ohne Schulausbildung aufgewachsen, hatte sich aber im Selbststudium eine umfassende technische Bildung angeeignet.) Nach 1830 trat neben die Textilindustrie die Schwerindustrie und neben die Ausfuhr von Geweben die von Eisenwaren. Im selben Maße entwickelten sich die Kohlegruben.

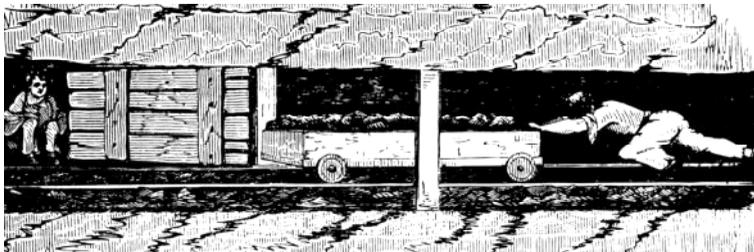
In der Nähe der Kohlegruben entstanden große Industriestädte, vor allem in Mittelengland. Die Bevölkerung der Grafschaft Lancashire verzehnfachte sich in 80 Jahren. Manchester wurde das Zentrum der Baumwollindustrie, Liverpool der Einfuhrhafen für Rohbaumwolle und Ausfuhrhafen für Baumwollstoffe. Zentren der Eisen- und Stahlindustrie wurden Sheffield und Birmingham. Im Westen Englands ballte sich die Wollindustrie im Bradford und Leeds zusammen. Glasgow wurde zum größten Schiffbauhafen Großbritanniens.

Literatur zur Maschinenperiode des Kapitalismus:  
Marx, Kapital I, 13. Kapitel (MEW 23, S. 391 - 530)



*Englische Industriestadt im 19. Jahrhundert*

## F) LAGE DER ARBEITER ZU BEGINN DER MASCHINENPERIODE



*Kinder im Bergwerk*

Durch die Industrialisierung stieg die Ausbeutung der Arbeiter ins Unerträgliche. Der Arbeitstag dauerte im allgemeinen 14 Stunden, mitunter aber auch 16 und 18 Stunden. Durch besondere Gesetze war seit 1799 jede Vereinigung von Arbeitern verboten. Mitglieder illegaler Verbände wurden meist nach Australien, der damaligen Strafkolonie Englands, deportiert. Erst 1824 wurde das Koalitionsverbot aufgehoben.

Da die Arbeit durch die Anwendung von Maschinen ja nun „leichter“ geworden war, wurden massenhaft Kinder in den Produktionsprozeß hineingeschleudert.

*Marx: „Aber jetzt kauft das Kapital Unmündige oder Halbmündige. Der Arbeiter verkaufte früher seine eigne Arbeitskraft, worüber er als formell freie Person verfügte. Er verkauft jetzt Weib und Kind. Er wird Sklavenhändler. Die Nachfrage nach Kinderarbeit gleicht oft auch in der Form der Nachfrage nach Negerklaven, wie man sie in amerikanischen Zeitungsinseraten zu lesen gewohnt war.*

*‘Meine Aufmerksamkeit’, sagt z.B. ein englischer Fabrikinspektor (Marx zitiert aus dem Bericht des staatlichen Fabrik-Inspektors Redgrave aus dem Jahre 1858, d.*

Verf.), ´wurde gelenkt auf eine Annonce in dem Lokalblatt einer der bedeutendsten Manufakturstädte meines Distrikts, wovon folgendes die Kopie: Gebrauchte 12 bis 20 Jungen, nicht jünger, als was für 13 Jahre passieren kann. Lohn 4 sh. per Woche. Anzufragen etc.´

Die Phrase ´was für 13 Jahre passieren kann´ bezieht sich darauf, daß nach dem Factory Act (Fabrikgesetz von 1833, d. Verf.) Kinder unter 13 Jahren nur 6 Stunden arbeiten dürfen. (...) Der Fabrikant verlangt also Jungen, die so aussehen, als ob sie schon dreizehnjährig.“ (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 418)

Vor diesem Gesetz mußten bereits 6-jährige und manchmal sogar noch kleinere Kinder sehr viel länger in Fabriken und Bergwerken arbeiten, und auch nach Inkrafttreten des Gesetzes hielten sich viele Kapitalisten nicht daran. In einem Bericht der Children´s Employment Commission (Kinderbeschäftigungs-Kommission) aus dem Jahre 1865 hieß es über die Arbeit in einer Papierfabrik: „Kinder unter 13 Jahren, junge Personen unter 18 Jahren und Weiber arbeiten unter diesem Nachtsystem (ein Schichtsystem, wonach Tag und Nacht gearbeitet wurde, d. Verf.). Manchmal, in dem Zwölfstundensystem, mußten sie, wegen Ausbleibens der Ablöser, die doppelte Reihe von 24 Stunden arbeiten. Zeugenaussagen beweisen, daß Knaben und Mädchen sehr oft Überzeit arbeiten, die sich nicht selten zu 24, ja 36 Stunden ununterbrochener Arbeit ausdehnt. In dem kontinuierlichen und unveränderli-



Ein Kohlenwagen wird zum Aufzug befördert

*chen´ Prozeß der Glasierräume findet man Mädchen von 12 Jahren, die den ganzen Monat durch täglich 14 Stunden arbeiten (...).“ (nach Marx, Kapital I, MEW 23, S. 275)*

Über die Arbeit in einer Tapetenfabrik teilt Marx mit:

*„In der Tapetenfabrik werden die gröbereren Sorten mit Maschinen, die feineren mit der Hand (block printing) gedruckt. Die lebhaftesten Geschäftsmonate fallen zwischen Anfang Oktober und Ende April. Während dieser Periode dauert diese Arbeit häufig und fast ohne Unterbrechung von 6 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends und tiefer in die Nacht.*

*J. Leach sagt aus:*

*‘Letzten Winder´ (1862) ‘blieben von 19 Mädchen 6 weg infolge durch Überarbeitung zugezogener Krankheiten. Um sie wach zu halten, muß ich sie anschreien.´ W. Duffy: ‘Die Kinder konnten oft vor Müdigkeit die Augen nicht aufhalten, in der Tat, wir selbst können es oft kaum.´ J. Lightbourne: ‘Ich bin 13 Jahre alt ... Wir arbeiteten letzten Winter bis 9 Uhr abends und den Winter vorher bis 10 Uhr. Ich pflegte letzten Winter fast jeden Abend vom Schmerz wunder Füße zu schreien.´ G. Aspden: ‘Diesen meinen Jungen pflegte ich, als er 7 Jahre alt war, auf meinem Rücken hin und her über den Schnee zu tragen, und er pflegte 16 Stunden zu arbeiten... Ich habe oft niedergekniet, um ihn zu füttern, während er an der Maschine stand, denn er durfte sie nicht verlassen oder stillsetzen.´ Smith, der geschäftsführende Associé (Gesellschafter, also Teilhaber des Unternehmens, d. Verf.) einer Manchester Fabrik: ‘Wir´ (er meinte seine ‘Hände´, – so bezeichneten die Kapitalisten die von ihnen ausgebeuteten Arbeiter, d. Verf. – die für ‘uns´) ‘arbeiten ohne Unterbrechung für Mahlzeiten, so daß die Tagesarbeit von 10½ Stunden um 4½ Uhr nachmittags fertig ist, und alles spätere ist Überzeit.´ (Ob dieser Herr Smith wohl keine Mahlzeit während 10½ Stunden zu sich nimmt?) ‘Wir´*

*(derselbe Smith) 'hören selten auf vor 6 Uhr abends' (er meint mit der Konsumtion 'unsrer' Arbeitskraftmaschinen), 'so daß wir (...) in der Tat das ganze Jahr durch Überzeit arbeiten' ... Die Kinder und Erwachsene (152 Kinder und junge Personen unter 18 Jahren und 140 Erwachsene) 'haben gleichmäßig während der letzten 18 Monate im Durchschnitt allermindestens 7 Tage und 5 Stunden in der Woche gearbeitet oder 78½ Stunden wöchentlich. Für die 6 Wochen, endend am 2. Mai dieses Jahres' (1863) 'war der Durchschnitt höher - 8 Tage oder 84 Stunden in der Woche!'*

*Doch fügt derselbe Herr Smith, der dem pluralis majestatis (dem Reden in der Mehrzahl, wenn man sich selbst meint, üblich bei Monarchen, d. Verf.) so sehr ergeben ist, schmunzelnd hinzu: 'Maschinenarbeit ist leicht.' Und so sagen die Anwender des block printing (hier: der Handarbeit, d. Verf.): 'Handarbeit ist gesünder als Maschinenarbeit.' Im ganzen erklären sich die Herren Fabrikanten mit Entrüstung gegen den Vorschlag, 'die Maschinen wenigstens während der Mahlzeiten stillzusetzen'.*

(Marx, Kapital I, MEW 23, S. 261 f.)

Eine besonders begehrte „Ware“ waren Waisenkinder aus den Armenhäusern Südenglands. In einer Untersuchung von John Fielden „Über die ursprünglichen Infamien des Fabrikwesens“ aus dem Jahr 1795 heißt es:

*„Viele, viele Tausende dieser kleinen hilflosen Kreaturen, vom 7. bis zum 13. oder 14. Jahr, wurden so nach dem Norden spedit (gebracht, d. Verf.). Es war die Gewohnheit für den Meister (d.h. den Kinderdieb) (die Klammer enthält eine Anmerkung von Marx, d. Verf.), seine Lehrlinge zu kleiden, nähren und logieren in einem Lehrlingshaus nah bei der Arbeit. Aufseher wurden bestellt, um ihre Arbeit zu überwachen. Es war das Interesse dieser Sklaventreiber, die Kinder aufs äußerste abzu-*

*arbeiten, denn ihre Zahlung stand im Verhältnis zum Produktenquantum, das aus dem Kind erpreßt werden konnte. Grausamkeit war natürliche Folge... In vielen Fabrikdistrikten, besonders Lancashires, wurden die herzerreißendsten Torturen verübt an diesen harmlosen und freundlosen Kreaturen, die den Fabrikherrn konsigniert (zugewiesen, d. Verf.) waren. Sie wurden zu Tod gehetzt durch Arbeitsexzesse... sie wurden gepeitscht, gekettet und gefoltert mit dem ausgesuchtesten Raffinement von Grausamkeit; sie wurden in vielen Fällen bis auf die Knochen ausgehungert, während die Peitsche sie an der Arbeit hielt... Ja, in einigen Fällen wurden sie zum Selbstmord getrieben!... Die schönen und romantischen Täler von Derbyshire, Nottinghamshire und Lancashire, abgeschlossen vom öffentlichen Auge, wurden grause Einöden von Tortur und – oft von Mord! ... Die Profite der Fabrikanten waren enorm. Das wetzte nur ihren Werwolfsheißhunger. Sie begannen die Praxis der Nacharbeit, d.h. nachdem sie eine Gruppe Hände (als ihre „Hände“ bezeichneten die Kapitalisten, wie schon gesagt, die Arbeiter, deren Arbeitskraft sie vernutzten, d. Verf.) durch das Tagwerk gelähmt, hielten sie eine andre Gruppe für das Nachtwerk bereit; die Tagesgruppe wanderte in die Betten, welche die Nachtgruppe grade verlassen hatte und vice versa (und umgekehrt, d. Verf.). Es ist Volksüberlieferung in Lancashire, daß die Betten nie abkühlten.“*

(zitiert nach Marx, Kapital I, MEW 23, S. 786)

Es kam häufig vor, daß Kinder infolge von Übermüdung in die Maschinen fielen und getötet oder verstümmelt wurden. Durch die Schläge der Aufseher wurden sie wachgehalten. Schon mit sechs Jahren wurden Mädchen und Jungen in die Bergwerke geschickt, wo sie 12 Stunden arbeiten mußten. Meistens mußten sie wie ein Zugtier auf allen vieren die Kohlenwagen zum Aufzug befördern. In Gruben, in denen es keine Aufzüge gab, wurden die Kohlen von

Frauen und Kindern in Tragkörben auf Leitern ans Tageslicht gebracht.

Es ist keineswegs eine Übertreibung, sondern nüchterne Schilderung der Tatsachen, wenn Marx von der „*Verwandlung von Kinderblut in Kapital*“ spricht (MEW 23, S. 287) Und nicht nur **Kinderblut** wurde in Kapital verwandelt, Todesfälle durch Überarbeitung waren vielmehr allgemeine Erscheinung. Marx zitiert aus einer Arbeit des britischen Staatsmannes, Kolonialpolitikers und Ökonomen E.G. Wakefield aus dem Jahr 1833: „*Die Überarbeiteten sterben mit befremdlicher Raschheit; aber die Plätze derer, die untergehn, sind sofort wieder ausgefüllt, und ein häufiger Wechsel der Personen bringt keine Änderung auf der Bühne hervor.*“ (zitiert nach Marx, MEW 23, S. 284)

Marx: „*Wenn das Geld, nach Augier (französischer Journalist, d. Verf.) mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren blut- und schmutztriefend.*“ (MEW 23, S. 788) Dies gilt bereits für den Prozeß der ursprünglichen Akkumulation, die gewaltsame Vertreibung der Bauern von ihrem Land und die anschließende Blutgesetzgebung (vgl. Kapitel III, S. 58 ff.), dies setzt sich fort in der Manufaktur- und in der Maschinenperiode des Kapitalismus. Und wenn von der Verwandlung von Blut in Kapital die Rede ist, darf Neger- und Inderblut, Irenblut usw. natürlich nicht vergessen werden.

Man hätte es keineswegs als Sensation begreifen müssen, was die Londoner Zeitungen im Juni 1863 als „sensationelle“ Meldung brachten: „*Death from simple Overwork*“ - Tod von einfacher Überarbeit. Marx schildert, worum es ging:

„*Es handelte sich um den Tod der Putzmacherin Mary Anne Walkley, zwanzigjährig, beschäftigt in einer sehr respektablen Hofputzmanufaktur, exploitiert (ausgebeutet, d. Verf.) von einer Dame mit dem gemüthlichen Na-*

*men Elise. Die alte oft erzählte Geschichte ward nun neu entdeckt, daß diese Mädchen durchschnittlich 16½ Stunden, während der Saison aber oft 30 Stunden ununterbrochen arbeiten, indem ihre versagende 'Arbeitskraft' durch gelegentliche Zufuhr von Sherry, Portwein oder Kaffee flüssig erhalten wird. Und es war grade die Höhe der Saison. Es galt, die Prachtkleider edler Ladies für den Huldigungsball bei der frisch importierten Prinzessin von Wales im Umsehn fertigzuzaubern. Mary Anne Walkley hatte 26½ Stunden ohne Unterlaß gearbeitet zusammen mit 60 andren Mädchen, je 30 in einem Zimmer, das kaum 1/3 der nötigen Kubikzolle Luft gewährte, während sie nachts zwei zu zwei ein Bett teilten in einem der Sticklöcher, worin ein Schlafzimmer durch verschiedene Bretterwände abgepfercht ist. Und dies war eine der besseren Putzmachereien Londons. Mary Anne Walkley erkrankte am Freitag und starb am Sonntag, ohne, zum Erstaunen von Frau Elise, auch nur vorher das letzte Putzstück fertigzumachen. Der zu spät ans Sterbebett gerufne Arzt, Herr Keys, bezeugte vor der 'Coroner's Jury' (Totenschaukommission) in dürren Worten: 'Mary Anne Walkley sei gestorben an langen Arbeitsstunden in einem überfüllten Arbeitszimmer und überengem, schlechtventiliertem Schlafgemach. ' Um dem Arzt eine Lektion in guter Lebensart zu geben, erklärte dagegen die 'Coroner's Jury': 'Die Hingeschiedne sei gestorben an der Apoplexie (Schlaganfall), aber es sei Grund zu fürchten, daß ihr Tod durch Überarbeit in einer überfüllten Werkstatt usw. beschleunigt worden sei. ' Unsre 'weißen Sklaven', rief der 'Morning Star', das Organ der Freihandelsherren Cobden und Bright, 'unsre weißen Sklaven werden in das Grab hineingearbeitet und verderben und sterben ohne Sang und Klang. '“*

(Marx, Kapital I, MEW 23, S. 269)

Aufgrund des Arbeitsgesetzes von 1833 erließ das Parlament gegen den schärfsten Widerspruch der Unternehmer Verordnungen, in denen die Arbeit für Kinder unter neun Jahren in den meisten Fabrikationszweigen verboten wurde. Für Jugendliche unter achtzehn Jahren wurde ein Arbeitstag von höchstens 12 Stunden festgesetzt. Jede Verbesserung war Ergebnis langwieriger Klassenkämpfe. Andererseits mußte der Staat als Vertreter der gesamten Kapitalistenklasse der Gefahr entgegentreten, daß die Arbeiter in einem solchen Maße physisch ruiniert wurden, daß der Bedarf an Arbeitskraft nicht mehr gedeckt werden konnte. Erst 1847 wurde vom Parlament ein Gesetz angenommen, das die Arbeitszeit in der Textilindustrie wenigstens für Frauen und Kinder auf zehn Stunden festsetzte. Aber auch jetzt kümmerten sich viele Fabrikanten nicht um dieses Gesetz.

Aufgrund seiner inneren Logik kennt das Kapital keine Grenze, wenn es darum geht, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu drücken und damit die Profite zu erhöhen. *„Zunächst verselbständigt sich in der Maschine die Bewegung und Werktätigkeit des Arbeitsmittels gegenüber dem Arbeiter. Es wird an und für sich ein industrielles Perpetuum mobile, das ununterbrochen fortproduzieren würde, stieße es nicht auf gewisse Naturschranken in seinen menschlichen Gehilfen: ihre Körperschwäche und ihren Eigenwillen. Als Kapital, und als solches besitzt der Automat im Kapitalisten Bewußtsein und Willen, ist es daher mit dem Trieb begeistert, die widerstrebende, aber elastische menschliche Naturschranke auf den Minimalwiderstand einzuzwängen.“* (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 425; perpetuum mobile: utopische Maschine, die ohne Energiezufuhr dauernd Arbeit verrichtet; übertragen: etwas ständig Bewegliches)

Auch außerhalb des Produktionsprozesses waren die Lebensbedingungen derjenigen, die den materiellen Reich-

tum schufen, in jeder Hinsicht katastrophal. In den Industriebezirken und großen Städten Englands, Schottlands und Irlands wurde das Wohnungselend immer schlimmer. Die Menschen hausten in schmutzigen, verfallenen, von Ungeziefer befallenen Wohnungen ohne Möbel, schliefen auf Lumpen oder stinkendem Stroh, wurden von Rachitis, Tuberkulose, Typhus, Ruhr usw. heimgesucht. In Leeds starben zeitweilig von 10.000 geborenen Kindern 5.286 in den ersten fünf Lebensjahren. Adel und Bourgeoisie lebten in herrlichen Schlössern inmitten meilenweiter Parks. Erst als Epidemien ausbrachen, die auch die Behausungen der Reichen nicht verschonten, ordneten die Behörden die wichtigsten hygienischen Einrichtungen an, z.B. Abort- und Entwässerungsanlagen.

Literatur zur Lage der englischen Arbeiter zu Beginn der  
Maschinenperiode des Kapitalismus:

Marx, Kapital I, MEW 23, insbesondere S. 245 - 330, 416 - 530,  
657 - 740

Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW 2, S.  
225 ff.



*Proletarierwohnung in London*

# ENTWICKLUNG DER ARBEITERBEWEGUNG. MASCHINENSTÜRMER UND CHARTISTENBEWEGUNG

Zu Beginn der Maschinenperiode des Kapitalismus glaubten die Arbeiter vielfach, daß nicht die Kapitalisten, sondern die Maschinen an ihrer Lage schuld wären. So zerstörten sie mitunter Maschinen. Nach 1811 nahm die Bewegung der Maschinenstürmer einen großen Umfang an. Sie nannten sich „luddits“ (Ludditen), nach dem legendären Ned Lud, der in Nottingham gelebt und mehrere Strumpfwirkmaschinen zerschlagen haben soll. Die Regierung ging mit grausamen Strafen gegen die Ludditen vor. 1812 wurden 16 Ludditen in York gehängt. Aber die Verzweiflung der hungernden Arbeiter war so groß, daß sie sich durch nichts abschrecken ließen.

Gegenüber den Maschinenstürmern waren die Chartisten ein bedeutender Fortschritt der Arbeiterbewegung:

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das englische Parlament die Vertretung einer ganz kleinen Schicht, nämlich der reichsten Grundbesitzer und Großkaufleute. Von den 14 Millionen Einwohnern besaßen nur 220.000 das Wahlrecht. Durch eine Reform im Jahre 1832 stieg die Zahl

der Wahlberechtigten auf 670.000. Viele Industriekapitalisten zogen jetzt in das Parlament ein, die Arbeiter aber blieben vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Arbeiter glaubten, sie könnten durch das allgemeine Wahlrecht die Mehrheit im Parlament erringen und dann ihre Forderungen durchsetzen und ihre Lebensverhältnisse entscheidend verbessern. Der damit verbundene Fortschritt der Arbeiterbewegung bestand darin, daß die Arbeiter lernten, daß sie auf die Politik, auf den Staat Einfluß nehmen mußten, daß sie lernten, politisch zu kämpfen.

1836 brachte England eine schwere Wirtschaftskrise. Der Warenabsatz stockte, und Tausende von Arbeitern wurden entlassen. Damals wurde in London eine Arbeitergesellschaft gegründet, die den Kampf um das allgemeine Wahlrecht aufnehmen sollte. Sie arbeitete ein Verfassungsgesetz aus, die sogenannte Volkscharter, um es im Parlament einzureichen. Die Bewegung wurde daher Chartistenbewegung genannt.

Die Charter enthielt 6 Punkte:

1. Allgemeines Wahlrecht für alle Männer ab 21 Jahren.
2. Jährliche Neuwahl des Parlaments.
3. Diäten für die Parlamentsmitglieder, damit auch Unbemittelte eine Wahl annehmen können.
4. Geheime Wahl, um Bestechung und Einschüchterung durch die Bourgeoisie zu vermeiden.
5. Gleich große Wahlbezirke.
6. Abschaffung der ausschließlichen Wählbarkeit derjenigen, die 300 Pfund Sterling in Grundbesitz haben, so daß jeder Wähler auch wählbar ist.

Am Schluß der Charter hieß es: *“Das allgemeine Wahlrecht allein wird und kann dem Volk den wahren und dauernden Frieden bringen; wir glauben fest daran, daß es auch den Wohlstand bringen wird.“*

(Geschichte III, S. 128).



*Der Chartistenführer  
O'Connor*

Letzteres war freilich eine – historisch bedingte – Illusion, wie wir heute wissen.

Von Anfang an entwickelten sich zwei Flügel unter den Chartisten. Der eine Teil war der Meinung, man müsse die politischen Forderungen

im Bunde mit dem Bürgertum und allein mit den friedlichen Mitteln der Propaganda durchsetzen. Die Anhänger dieser Richtung wurden von ihren Gegnern verächtlich „Partei der Rosenwässerchen“ genannt. Die andere Gruppe trat für die Anwendung revolutionärer Kampfmittel ein. Sie wurde von dem irischen Rechtsanwalt O'Connor geführt, der für den bewaffneten Aufstand als letztes Mittel des Kampfes eintrat.

O'Connor war jedoch kein Sozialist. „Ich trete für den Grundsatz ´mein´ und ´dein´ ein“, sagte er. Er wandte sich also nicht gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln. Im Laufe der Bewegung bildete sich innerhalb der Chartisten ein revolutionärer sozialistischer Flügel heraus, der von Harney geführt wurde. Harney war anfangs Anhänger der Jakobiner und vor allem Marats und wurde später von Engels und Marx beeinflusst.

1838 richteten die Chartisten eine Petition mit mehr als einer Million Unterschriften an das Parlament. Das Parlament lehnte sie ab, und 450 Führer der Chartisten wurden

verhaftet. Trotzdem wuchs die Bewegung, während immer mehr Anhänger der Rosenwässerchen die Bewegung verließen. Am 10. April 1848 fand eine gewaltige Demonstration statt, und eine neue Petition wurde überreicht. Die Regierung zog Truppen zusammen und verteilte an Freiwillige aus dem Bürgertum Waffen. O'Connor wagte es nicht, zum bewaffneten Aufstand aufzurufen, und forderte die Arbeiter auf, auseinanderzugehen. Danach verlor die Chartistenbewegung an Einfluß, bis sie sich 1853 auflöste.

Die Ursachen der Niederlage lagen v.a. in folgendem:

Es fehlte eine zielklare Führung der Arbeiter durch eine straff organisierte sozialistische Kampfpartei. Zudem nahm die englische Wirtschaft nach 1852 einen neuen Aufschwung. Aufgrund ihres Kolonialmonopols war die englische Bourgeoisie in der Lage, die oberste Schicht des Proletariats durch bessere Löhne von ihrer Klasse zu trennen und politisch zu sich herüberzuziehen.

# DIE UTOPISCHEN SOZIALISTEN

Die Not und das Elend unter den Arbeitern veranlaßte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fortschrittliche Gelehrte, darüber nachzudenken, wie eine neue, bessere Gesellschaftsordnung geschaffen werden könnte. Fortschrittlich am utopischen Sozialismus war, daß er die Mißstände in der kapitalistischen Gesellschaft aufdeckte und verurteilte. Zudem entwickelte er Ideen, die später bei der Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus eine Rolle spielten. Utopisch war er insofern, als die bessere Gesellschaftsordnung, die er erträumte, so nicht möglich war. Sie sollte nämlich auf dem Wege entstehen, daß die Reichen von der Unsittlichkeit der Ausbeutung überzeugt werden sollten. Die utopischen Sozialisten erkannten nicht den unüberwindlichen Interessengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat. Sie träumten davon, ihre sozialistischen Ideen ohne Klassenkampf zu verwirklichen. Engels weist im „Anti-Dühring“ sowohl auf die historisch bedingte Beschränktheit des utopischen Sozialismus hin als auch auf den Fortschritt, den er brachte. *„Dem unreifen Stand der kapitalistischen Produktion, der unreifen Klassenlage entsprachen unreife Theorien.“* Trotz der Unreife dieser Theorien brachen bei den utopischen Sozialisten *„geniale Gedankenkeime und Gedanken (...) unter der phantastischen Hülle überall hervor“* (Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 241; oder AW V, S. 283), und Engels weist Dühring zurück, der sich über die aus späterer Sicht feststellbaren Mängel dieser Ideen lustig machte, obwohl er selbst in vielem hinter die Denkweise der Frühsozialisten noch zurückfiel.



*Saint-Simon*

**Saint-Simon** (1760- 1825) war in einer französischen adligen Familie geboren. Er nahm an der französischen Revolution nicht teil, legte aber den Grafentitel ab. Sein Streben war, „den Menschen die freieste Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu sichern“ - eine Forderung, die später vom Marxismus auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt wurde. Er scheiterte

bei dem Versuch, die Reichen moralisch zu bessern, und starb völlig verarmt.

Saint-Simon stellte den Satz auf, „*daß alle Menschen arbeiten sollen*“. Er begrüßte die Schreckensherrschaft der Jakobiner während der französischen Revolution und faßte die Revolution als einen „*Klassenkampf zwischen Adel, Bürgertum und Besitzlosen*“ auf, was „*im Jahr 1802 eine höchst geniale Entdeckung war*“. (Engels, MEW ebenda; AW S. 283 f.) Wie Engels weiter zeigt, entwickelte Saint-Simon Ideen, die auf die Forderung nach Überführung der politischen Regierung über Menschen in eine Verwaltung von Dingen und eine Leitung von Produktionsprozessen hinauslaufen, also auf das Absterben des Staates beim Übergang zu einer kommunistischen Ordnung.

**Fourier** (1772- 1837) entstammte einer französischen Kaufmannsfamilie. In der Lehre brachte man ihm bei, die Käufer mit falschem Gewicht und falschen Maßen zu betrügen. Er aber haßte diese Tätigkeit. Aus eigener Erfahrung kritisierte Fourier besonders die unsauberen Methoden und Spekulationen der Großhändler. Die Hauptursache aller Mißstände sah er in der Planlosigkeit der Produktion, dar-

in, daß jeder Fabrikant nur produzierte, wovon er sich den meisten Gewinn versprach, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Massen. Deshalb wollte er sogenannte Phalansterien gründen, Gemeinschaften, in denen die Arbeiter zusammen wohnten und nach einem Plan gemeinsam arbeiten sollten. Von den Einkünften dieser Gemeinschaften sollten die Arbeiter zwei Drittel und die Kapitalisten, die das Geld gaben, ein Drittel erhalten. Die Kapitalisten bestehen also in Fouriers Phalansterien fort.

Für seine Zeit genial ist Fouriers *„Kritik der bürgerlichen Gestaltung der Geschlechtsverhältnisse und der Stellung des Weibes in der bürgerlichen Gesellschaft. Er spricht es zuerst aus, daß in einer gegebenen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist.“* (Engels, ebenda, MEW 20 S. 242; AW V S. 285)

*„Am großartigsten aber erscheint Fourier in seiner Auffassung der Geschichte der Gesellschaft. Er teilt ihren ganzen bisherigen Verlauf in vier Entwicklungsstufen: Wildheit, Patriarchat, Barbarei, Zivilisation, welche letztere mit der jetzt sogenannten bürgerlichen Gesellschaft zusammenfällt, und weist nach, daß die zivilisierte Ordnung jedes Laster, welches die Barbarei auf eine einfache Weise ausübt, zu einer zusammengesetzten, doppelsinnigen, zweideutigen, heuchlerischen Daseinsweise erhebt, daß die Zivilisation sich in einem fehlerhaften Kreislauf bewegt, in Widersprüchen, die sie stets neu erzeugt, ohne sie überwin-*



Fourier

*den zu können, so daß sie stets das Gegenteil erreicht von dem, was sie erlangen will oder erlangen zu wollen vorgibt. So daß z.B. 'in der Zivilisation die Armut aus dem Überfluß selbst entspringt'.*

*Fourier, wie man sieht, handhabt die Dialektik mit derselben Meisterschaft wie sein Zeitgenosse Hegel. Mit gleicher Dialektik hebt er hervor, gegenüber dem Gerede von der unbegrenzten menschlichen Vervollkommnungsfähigkeit, daß jede geschichtliche Phase ihren aufsteigenden, aber auch ihren absteigenden Ast hat, und wendet diese Anschauungsweise auch auf die Zukunft der gesamten Menschheit an. Wie Kant den künftigen Untergang der Erde in die Naturwissenschaft, führt Fourier den künftigen Untergang der Menschheit in die Geschichtsbetrachtung ein.“*

(Engels, ebenda, MEW 20 S. 242 f.; AW V S. 285 f.; Patriarchat bezeichnet hier in etwa eine Produktionsweise, die auf patriarchalischen Familienverbänden beruht)

Fouriers Vorstellung von einer Gesellschaft, in der die Produktion aufgrund der Bedürfnisse der Massen geplant wird, war in der gegebenen Form utopisch, wurde aber später vom Marxismus auf eine wissenschaftliche Grundlage gehoben, ebenso seine Theorie der freien Arbeit, die Engels in einem 1843 verfaßten Zeitungsartikel wie folgt zusammenfaßt: *„Fourier weist nach, daß jeder mit der Neigung für irgendeine Art von Arbeit geboren wird (der Stellenwert der von **Geburt** gegebenen Merkmale einer Persönlichkeit wird hier, in einer frühen Schrift von Engels, noch überschätzt, d. Verf.), daß absolute Untätigkeit Unsinn ist, etwas, was es nie gegeben hat und nie geben kann, daß das Wesen des menschlichen Geistes darin besteht, selber tätig zu sein und den Körper in Tätigkeit zu bringen, und daß daher keine Notwendigkeit besteht, Menschen zur Tätigkeit zu zwingen, wie im gegenwärtig bestehenden Gesellschaftszustand, sondern nur die, ihren*

*natürlichen Tätigkeitsdrang in die richtige Bahn zu lenken. Er beweist ferner, daß Arbeit und Vergnügen identisch sind, und zeigt die Vernunftwidrigkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, die beide voneinander trennt, aus der Arbeit eine Plackerei und das Vergnügen für die Mehrheit der Arbeiter unerreichbar macht; weiter zeigt er, wie bei vernünftigen Vorkehrungen die Arbeit zu dem gemacht werden kann, was sie eigentlich sein soll, nämlich zu einem Vergnügen, wobei jeder seinen eigenen Neigungen folgen darf.“ (MEW 1, S. 483)*

Fourier erwartete die Verwirklichung seiner Ideen **innerhalb** der kapitalistischen Gesellschaft, aufgrund des Wohlwollens der Mächtigen seiner Zeit. So schrieb er Briefe an Napoleon, Rothschild und andere reiche und mächtige Persönlichkeiten; er teilte ihnen seine Empfangsstunden mit, zu denen er dann zuhause vergeblich auf sie wartete.



Owen

### **Robert Owen (1771-1858)**

war der Sohn eines englischen Handwerkers. Er versuchte, seine sozialistischen Gedanken auch praktisch zu verwirklichen. Als Besitzer einer großen Spinnerei in New Lanark führte er verschiedene soziale Maßnahmen durch: Die Arbeitszeit betrug nur 10½ Stunden einschließlich 30 Minuten Frühstücks- und 60 Minuten Mittagspause. Kinder unter zehn

Jahren durften in seiner Fabrik nicht arbeiten. Für Alte und Kranke gab es eine Art Versicherung. Er richtete Schulen und Kindergärten ein.

Er erkannte schließlich, daß die Ausbeutung durch die bloße Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter nicht

beseitigt war. *„Die Leute waren meine Sklaven“*, sagte er (vgl. Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 244; oder AW V, S. 287) Und weiter stellte Owen folgende Überlegung an: *„Und doch produzierte der arbeitende Teil dieser 2.500 Menschen (seiner Spinnerei, d. Verf.) ebensoviel wirklichen Reichtum für die Gesellschaft, wie kaum ein halbes Jahrhundert vorher eine Bevölkerung von 600.000 erzeugen konnte. Ich frug mich: was wird aus der Differenz zwischen dem von 2.500 Personen verzehrten Reichtum und demjenigen, den die 600.000 hätten verzehren müssen?“* (Owen, zitiert nach Engels, ebenda) Engels kommentiert: *„Die Antwort war klar. Er war verwandt worden, um den Besitzern des Etablissements fünf Prozent Zinsen vom Anlagekapital und außerdem noch mehr als 300.000 Pfd. Sterling (6.000.000 Mark) Gewinn abzuwerfen. Und was von New Lanark, galt in noch höherem Maß von allen Fabriken Englands.“* (Engels, ebenda, MEW 20 S. 244; AW V S. 288) Owen: *„Ohne diesen neuen, durch die Maschinen geschaffnen Reichtum hätten die Kriege zum Sturz Napoleons und zur Aufrechterhaltung der aristokratischen Gesellschaftsprinzipien nicht durchgeführt werden können. Und doch war diese neue Macht die Schöpfung der arbeitenden Klasse.“* (Owen, zitiert nach Engels, ebenda, MEW 20 S. 245; AW V S. 288)

Engels:

*„Ihr (der arbeitenden Klasse, d. Verf.) gehörten daher (nach Auffassung Owens, d. Verf.) auch die Früchte. Die neuen, gewaltigen Produktivkräfte, bisher nur der Bereicherung einzelner und der Knechtung der Massen dienend, boten für Owen die Grundlage zu einer gesellschaftlichen Neubildung, und waren dazu bestimmt, als gemeinsames Eigentum aller nur für die gemeinsame Wohlfahrt aller zu arbeiten.“*

*Auf solch rein geschäftsmäßige Weise, als Frucht sozusagen der kaufmännischen Berechnung entstand der Owensche Kommunismus. Denselben auf das Praktische gerichteten Charakter behält er durchwegs. (...)*

*Der Fortschritt zum Kommunismus war der Wendepunkt in Owens Leben. Solange er als bloßer Philanthrop (Wohltäter, d. Verf.) aufgetreten, hatte er nichts geerntet als Reichtum, Beifall, Ehre und Ruhm. Er war der populärste Mann in Europa. Nicht nur seine Standesgenossen, auch Staatsmänner und Fürsten hörten ihm beifällig zu. Als er aber mit seinen kommunistischen Theorien hervortrat, wendete sich das Blatt. Drei große Hindernisse waren es, die ihm vor allem den Weg zur gesellschaftlichen Reform zu versperren schienen: das Privateigentum, die Religion und die gegenwärtige Form der Ehe. Er wußte, was ihm bevorstand, wenn er sie angriff: die allgemeine Ächtung durch die offizielle Gesellschaft, der Verlust seiner ganzen sozialen Stellung. Aber er ließ sich nicht abhalten, sie rücksichtslos anzugreifen, und es geschah, wie vorhergesehn. Verbannt aus der offiziellen Gesellschaft, totgeschwiegen in der Presse, verarmt durch fehlgeschlagene kommunistische Versuche in Amerika, in denen er sein ganzes Vermögen geopfert, wandte er sich direkt an die Arbeiterklasse und blieb in ihrer Mitte noch dreißig Jahre tätig.“ (Engels, ebenda)*

Mit den „fehlgeschlagenen kommunistischen Versuchen in Amerika“ hatte es folgendes auf sich: Owen kaufte im Staate Indiana in Amerika eine Farm und siedelte sich mit einer Gruppe seiner Anhänger dort an, um sozialistisch zu wirtschaften. Inmitten einer kapitalistischen Gesellschaft zerfielen die nach Owens Plan eingerichteten Siedlungen aber bald, oder sie verwandelten sich in großbäuerliche Unternehmungen, die fremde Arbeit ausbeuteten.

Inmitten einer warenproduzierenden Gesellschaft, inmitten des Kapitalismus kann es keine sozialistischen Inseln geben - dies haben auch alle späteren Versuche von Arbeitern gezeigt, die Fabriken, in denen sie arbeiteten, zu übernehmen und auf eigene Rechnung zu wirtschaften. Selbst dann, wenn Arbeiter einen Betrieb wirklich führen, können sie grundsätzlich nicht anders wirtschaften als zuvor der Kapitalist, da sie auf Grundlage der Warenproduktion gleichen ökonomischen Gesetzen unterliegen; diese Gesetze richten sich auch dann gegen die Arbeiter, wenn diese als Eigentümer figurieren. Auch in neuerer Zeit gab es verschiedene Versuche der Übernahme einzelner Betriebe durch die Belegschaften, die allesamt scheiterten, z.B. Lip in Frankreich, Glashütte Süßmuth in Deutschland. Die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung (27.4.76) spottete: *„Als die Süßmuth-Hütte 1974 in den roten Zahlen steckte, überwies die Arbeiter ihre Weihnachtsgratifikation dem Betrieb, Überstunden wurden ohne Bezahlung geleistet.“* Die Bourgeois spotten, weil sie damit für bewiesen erklären, der Sozialismus könne nicht funktionieren. Doch in Wirklichkeit ist damit nur die Unmöglichkeit sozialistischer Inseln innerhalb eines kapitalistischen Landes bewiesen. Um zum Sozialismus übergehen zu können, müssen die gesellschaftlichen Verhältnisse im Ganzen umgewälzt werden.

Der utopische Sozialismus fand auch in Deutschland Anhänger, vor allem unter den Handwerksburschen. Der Magdeburger Schneidergeselle **Wilhelm Weitling** (1808-1871) kam als erster utopischer Sozialist zu der Erkenntnis, daß der Arbeiterklasse nicht durch den Appell an Moral und Nächstenliebe der besitzenden Klasse geholfen werden kann, sondern daß sie sich selbst befreien muß. Er tat auch

viel für die Organisation kommunistischer Vereine, erkannte jedoch nicht, daß die Revolution nur unter der Führung einer gut organisierten Arbeiterpartei durchgeführt werden kann. So geriet er letztlich in Gegensatz zu Marx und Engels.



*Weitling*

## DIE BESCHRÄNKTHEIT DES UTOPISCHEN SOZIALISMUS

Trotz seiner Mängel und Beschränktheiten hat der utopische Sozialismus eine bedeutende geschichtliche Rolle gespielt. Neben der klassischen deutschen Philosophie und der englischen politischen Ökonomie ist der französische (utopische) Sozialismus eine der drei Hauptquellen des Marxismus. (vgl. Lenin, Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, LW 19, S. 4; oder LAW II, S. 329)

Die Beschränktheit des utopischen Sozialismus wird von Engels wie folgt zusammengefaßt:

*„Allen dreien (Saint-Simon, Fourier und Owen, d. Verf.) ist gemeinsam, daß sie nicht als Vertreter der Interessen des inzwischen historisch erzeugten Proletariats auftreten. Wie die Aufklärer, wollen sie nicht eine bestimmte Klasse, sondern die ganze Menschheit befreien.*

*Wie jene, wollen sie das Reich der Vernunft und der ewigen Gerechtigkeit einführen; aber ihr Reich ist himmelweit verschieden von dem der Aufklärer. Auch die nach den Grundsätzen dieser Aufklärer eingerichtete bürgerliche Welt ist unvernünftig und ungerecht und wandert daher ebensogut in den Topf des Verwerflichen wie der Feudalismus und alle frühern Gesellschaftszustände. Daß die wirkliche Vernunft und Gerechtigkeit bisher nicht in der Welt geherrscht haben, kommt (nach Auffassung der Utopisten, d. Verf.) nur daher, daß man sie bisher nicht richtig erkannt hatte. Es fehlte eben der geniale einzelne Mann, der jetzt aufgetreten und der die Wahrheit erkannt hat; daß er jetzt aufgetreten, daß die Wahrheit grade jetzt erkannt worden, ist nicht ein aus dem Zusammenhang der geschichtlichen Entwicklung mit Notwendigkeit folgendes, unvermeidliches Ereignis, sondern ein reiner Glücks-*

*fall. Er hätte ebensogut 500 Jahre früher geboren werden können und hätte dann der Menschheit 500 Jahre Irrtum, Kämpfe und Leiden erspart.*

*Diese Anschauungsweise ist wesentlich die aller englischen und französischen und der ersten deutschen Sozialisten, Weitling inbegriffen. Der Sozialismus ist der Ausdruck der absoluten Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit, und braucht nur entdeckt zu werden, um durch eigene Kraft die Welt zu erobern; da die absolute Wahrheit unabhängig von Zeit, Raum und menschlicher, geschichtlicher Entwicklung ist, so ist es bloßer Zufall, wann und wo sie entdeckt wird. Dabei ist dann die absolute Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit wieder bei jedem Schulstifter verschieden; und da bei einem jeden die besondere Art der absoluten Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit wieder bedingt ist durch seinen subjektiven Verstand, seine Lebensbedingungen, sein Maß von Kenntnissen und Denkschulung, so ist in diesem Konflikt absoluter Wahrheiten keine andre Lösung möglich, als daß sie sich aneinander abschleifen. Dabei konnte dann nichts anderes herauskommen, als eine Art von eklektischem (d.h. gegensätzliche theoretische Ansätze willkürlich vermischendem, d. Verf.) Durchschnittssozialismus, wie er in der Tat bis heute in den Köpfen der meisten sozialistischen Arbeiter in Frankreich und England herrscht, eine, äußerst mannigfaltige Schattierungen zulassende, Mischung aus den weniger auffälligen kritischen Auslassungen, ökonomischen Lehrsätzen und gesellschaftlichen Zukunftsvorstellungen der verschiedenen Sektenstifter, eine Mischung, die sich um so leichter bewerkstelligt, je mehr den einzelnen Bestandteilen im Strom der Debatte die scharfen Ecken der Bestimmtheit abgeschliffen sind wie runden Kieseln im Bach.*

*Um aus dem Sozialismus eine Wissenschaft zu machen, mußte er erst auf einen realen Boden gestellt werden.“*

(Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 18 f.; oder AW V, S. 25 f.; Hervorhebung v. Verf.)

Wie der Sozialismus zur Wissenschaft wurde, dem wollen wir uns ab Kapitel VII im einzelnen zuwenden. In Kapitel VII werden wir insbesondere sehen, welches die Triebkräfte sind, die die gesellschaftliche Entwicklung in letzter Analyse bestimmen, warum der Sozialismus **nicht** Ausdruck einer zeitlosen Vernunft ist und warum der wissenschaftliche Sozialismus nur unter ganz bestimmten historischen Bedingungen ausgearbeitet werden konnte.

## NACHBEMERKUNG ZU KAPITEL V

### NOCHMALS ZUR DEUTUNG DER URKNALLTHEORIE

Auf Seite 117 des Kapitels V sagten wir, die Hypothese von vielen Universen innerhalb eines Universums gehe wohl auf Hawking zurück. Dies scheint ein Irrtum zu sein, der der Tatsache geschuldet ist, daß der Verfasser physikalischer Laie ist. Erst nach Drucklegung las der Verfasser den Aufsatz von Franz Krojer „Die Wiederkehr des Äthers und der Materialität des Raumes“ in: Streitbarer Materialismus 20/ Januar 1996 (erhältlich bei: Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung - Stephan Eggerdinger Verlag, Tulbeckstr. 4, 80339 München).

Wir können und wollen hier zu den dort vertretenen physikalischen Theorien nicht Stellung beziehen, doch scheint es eine Tatsache zu sein, daß die Hypothese von mehreren Universen innerhalb eines Universums in den 80er Jahren entwickelt wurde, daß sie **nicht** auf Hawking zurückgeht und daß sie im übrigen mittlerweile von einer ganzen Reihe von Astrophysikern vertreten wird. An den von uns in diesem Zusammenhang angestellten philosophischen Betrachtungen ändert das freilich nichts.

Einen entscheidenden Passus aus Krojers Arbeit wollen wir hier zitieren. Auch wenn Teile davon - aus dem Zusammenhang des Artikels herausgelöst - im einzelnen kaum verständlich sind, zeigt das Zitat doch grundlegende Zusammenhänge der betreffenden Überlegungen auf:

*„Mittlerweile hat sich die Ansicht, daß unser Universum nicht einzigartig ist, in Physikerkreisen doch ziemlich schnell verbreitet und konnte insbesondere durch die Physik des Vakuums und der Quantenfluktuationen konkretisiert werden. (...) In den 80er Jahren haben (...) weitere Physiker (z.B. de Witt, Guth, Linde*

*und Coleman) über die genaueren Prozesse, wie aus solchen Quantenfluktuationen ganze Universen entstehen, nachgedacht; die 'Physik der Teilchenerzeugung' entstand, die wiederum eng mit der 'Theorie des inflationären Universums' verknüpft ist. Im leeren Raum (hier heißt nur: frei von Massekörpern, d. Verf.) treten hier und da Higgsfelder mit mehr oder weniger großer Energiedichte auf, die - wie weiter oben dargestellt - einen positiven Beitrag zur Vakuumenergie liefern und dadurch als Abstoßungskraft wirken, was zu einer enormen Aufblähung eines dadurch entstehenden Universums führt. Wenn schließlich nach dieser inflationären Phase das Higgsfeld zusammenbricht, entsteht daraus die stoffliche und strahlende Materie, und das so entstandene Universum dehnt sich dann näherungsweise gemäß dem Standardmodell des 'Universums' weiter aus. Coleman konnte weiter zeigen, daß ein solches gerade entstehendes Universum mit anderen, bereits vorher existierenden Universen über sog. 'Wurmlöcher' verbunden ist und auch bei seiner Entstehung deren Charakteristika (Naturgesetze und -konstanten) erben kann. Die verschiedenen Universen sind nicht voneinander isoliert, sondern gehen auseinander hervor und können sich in bestimmter Weise gegenseitig beeinflussen. (...) Nach Coleman ist 'die Idee vieler Universen... eine der natürlichsten auf der Welt.' Ständig entstehen neue Universen, und andere versinken wieder im schöpferischen, dynamischen Vakuum. (...) Einige dieser Universen mögen monströse, bizarre, kurzlebige Welten mit aberwitzigen Naturgesetzen sein, andere hingegen bieten unendlich viel Raum und Zeit für mannigfaltige Entwicklungen bis hin zur menschlichen Zivilisation usw."*

Ein jedes dieser Universen wäre ein separater Raum-Zeit-Zusammenhang, und die stabileren davon könnten jeweils unzählige, vielleicht unendliche viele Galaxien enthalten, wobei die Getrenntheit dieser Universen voneinander relativ wäre, da sie auseinander hervorgehen.

Wohlgemerkt: Dies alles ist bei weitem nicht bewiesen, sondern es ist eine Hypothese, eine Hypothese allerdings, die vom Standpunkt der marxistischen Philosophie jedenfalls nicht von vornherein verworfen werden kann.

Zur Information unserer Leserinnen und Leser sei noch angemerkt, daß Krojers Aufsatz für physikalische Laien alles andere als leicht verständlich ist. Allerdings fügt Krojer seinem Aufsatz eine Literaturliste bei, was für diejenigen von Interesse ist, die sich in die betreffende Materie einarbeiten wollen.



# **DIE WELT BEGREIFEN UND VERÄNDERN**

**Die marxistische Auffassung vom  
Menschen**

**(Historischer Materialismus)**

Kapitel VII

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zur Zitierweise:**

**MEW:** Marx-Engels-Werke

**AW:** Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989

**LW:** Lenin-Werke

**LAW:** Lenin, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1988

**Sève, Lucien,** Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Ausgabe Dietz Verlag Berlin 1973

**Sève, Lucien,** Über die materialistische Dialektik, Ausgabe Verlag Marxistische Blätter Frankfurt/Main 1976

**f.:** und die folgende Seite

**ff.:** und die folgenden Seiten

# Inhalt

Gegenstand dieses Kapitels .....	5
Marx und Engels .....	7
Wo ist das menschliche Wesen zu suchen? .....	13
Beispiele für die ständige Veränderung des Ensembles der Verhältnisse im Verlauf der Geschichte .....	18
Widerspiegelung ökonomischer Verhältnisse in psychischen Strukturen .....	24
Worin besteht die Basis des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse? .....	32
Einschub: Zur asiatischen Produktionsweise .....	46
Thesen zum Verhältnis von Klassenwiderspruch und sozial bedingtem Geschlechterwiderspruch .....	58
Der Klassencharakter von Ideen .....	66
Die Notwendigkeit des Klassenkampfes .....	66
Können Ideen in einer Klassengesellschaft objektiv sein? ..	71
Spielen Ideen bei der Entwicklung der Gesellschaft eine Rolle? .....	74
Einschub: Thesen zur Dialektik der Begriffe Objektives und Subjektives .....	82
Objektivismus und Subjektivismus .....	85
Einschub: Wie die revisionistische Philosophie vom Objektivismus zum Subjektivismus torkelt .....	96
Leugnet der Marxismus den wirklichen, konkreten Menschen? .....	107
Die Bedeutung des Studiums der Politischen Ökonomie	128
Literatur zum historischen Materialismus .....	129

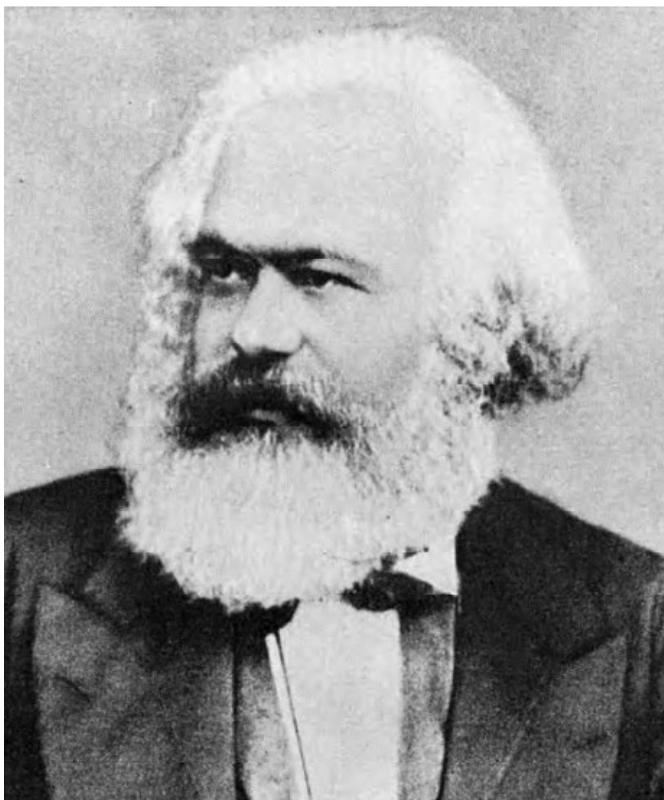


## GEGENSTAND DIESES KAPITELS

In Kapitel V haben wir die Grundzüge des dialektischen Materialismus, der Philosophie des Marxismus, dargestellt. Wir haben dort auch darauf hingewiesen, daß Marx und Engels die materialistische Weltanschauung **zum ersten Mal** auch auf die Geschichte der menschlichen Gesellschaft anwandten (vgl. insbesondere S. 107 f.); dies war Voraussetzung dafür, daß **erstmalig in der Menschheitsgeschichte** eine bis zuletzt konsequente, in sich geschlossene materialistische Weltanschauung und Methode entstehen konnte. Derjenige Teilbereich dieser Weltanschauung und Methode, der sich mit der Erforschung der allgemeinen Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft befaßt, wird als **historischer Materialismus** bezeichnet. Der historische Materialismus ist der Gegenstand dieses Kapitels.

Damit gibt dieses Kapitel Auskunft über die marxistische Auffassung vom Menschen. In Kapitel V sagten wir auf S. 106 über Feuerbach: „*Mangels Anwendung des Materialismus auf die Gesellschaft, d.h. in Ermangelung einer Wissenschaft von den **wirklichen Menschen**, schuf Feuerbach einen **Kultus des abstrakten Menschen** (...).*“ Der von Marx und Engels entwickelte historische Materialismus ist die **Wissenschaft von den wirklichen Menschen**, die Feuerbach fehlte.

VII-6



*Karl Marx*

## MARX UND ENGELS

Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 in Trier als Sohn eines jüdischen Rechtsanwalts, der zum Protestantismus übergetreten war, geboren. Er studierte zuerst in Bonn, dann in Berlin Jura, vor allem aber Geschichte und Philosophie. In Berlin schloß er sich dem Kreis der Junghegelianer an (Zu den Junghegelianern vgl. Kapitel V, S. 107 ff.). In seiner philosophischen Doktorarbeit befaßte er sich mit der Differenz der Naturphilosophie von Demokrit und Epikur, zweier materialistischer Philosophen im antiken Griechenland (vgl. Kapitel V, S. 18-22). Es war sicher kein Zufall, daß Marx, zu diesem Zeitpunkt noch philosophischer Idealist, sich bereits für materialistische Philosophie interessierte.

1841 ging Marx nach beendetem Studium nach Bonn, wo die reaktionäre Regierung ihm eine Professur verweigerte, nachdem sie zuvor schon Ludwig Feuerbach und Bruno Bauer ihre Lehrstühle entzogen hatte. 1842 wurde Marx zusammen mit Bauer Hauptmitarbeiter der oppositionellen Rheinischen Zeitung, die in Köln von radikalen Bürgern des Rheinlandes herausgegeben wurde. Die Regierung unterdrückte die Zeitung, und Marx mußte seinen Redakteursposten abgeben, ohne daß die Zeitung dadurch gerettet werden konnte.

Im Herbst 1843 übersiedelte Marx nach Paris, um zusammen mit Arnold Ruge (damals Junghegelianer, später Bismarck-Anhänger) eine radikale Zeitung herauszugeben, die *Deutsch-Französische Jahrbücher*, von der aber nur eine Ausgabe erschien. Dies lag zum einen an Schwierigkeiten der illegalen Verbreitung der Zeitung in Deutschland, zum andern an zunehmenden Differenzen zwischen Marx und Ruge. Zwar können Marx' Schriften dieser Periode noch nicht zum reifen Marxismus gezählt werden, jedoch übte Marx zu diesem Zeitpunkt schon scharfe Kritiken am Hegelschen System, nahm klar zugunsten des Proletariats Partei und proklamierte die Notwendigkeit einer bewaffneten Revolution des Proletariats. So heißt es in Marx' Schrift

Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, die er Ende 1843/Anfang 1844 verfaßte und die in den *Deutsch-Französischen Jahrbüchern* erschien:

„Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“  
(MEW 1, S. 385; oder AW I, S. 18)

„Wo also die positive Möglichkeit der deutschen Emanzipation?

Antwort: In der Bildung einer Klasse mit radikalen Ketten, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, eines Standes, welcher die Auflösung aller Stände ist, einer Sphäre, welche einen universellen Charakter durch ihre universellen Leiden besitzt und kein **besondres Recht** in Anspruch nimmt, weil kein **besondres Unrecht**, sondern das **Unrecht schlechthin** an ihr verübt wird (...), welche mit einem Wort der **völlige Verlust** des Menschen ist, also nur durch die **völlige Wieder-gewinnung des Menschen** sich selbst gewinnen kann.

(...)

Wie die Philosophie im Proletariat ihre **materiellen**, so findet das Proletariat in der Philosophie seine **geistigen** Waffen, und sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der **Deutschen zu Menschen** vollziehn.“ (MEW 1, S. 385 ff.; oder AW I, S. 23 ff.; Hervorhebungen von Marx)

Im September 1844 kam für einige Tage Friedrich Engels nach Paris und wurde seit dieser Zeit der engste Freund von Marx. Sie tauschten sich von da an ständig und intensiv über alle Fragen der theoretischen und praktischen Arbeit aus und wurden die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus.





*Friedrich Engels*

Friedrich Engels wurde am 28. November 1820 in Barmen als Sohn eines Textilkapitalisten geboren. In der Familie und überhaupt in der ganzen Region herrschten eine konservative politische Einstellung und pietistische Frömmerei vor, was Engels schon früh verhaßt war. (Der Pietismus ist eine Strömung des Protestantismus, die besonderen Wert auf gefühlsmäßige Frömmigkeit legt.) Engels durfte noch nicht einmal das Gymnasium beenden; er sollte Kaufmann werden und mußte 1838 als Angestellter in ein Bremer Handelshaus eintreten. Dennoch führte er seine Studien fort, insbesondere das Studium der Philosophie, und wurde Hegelianer. Die Hegelsche Vergottung des Staates freilich war seine Sache nie; schon als Gymnasiast hatte er den Absolutismus und die Beamtenwillkür hassen gelernt.

1842 mußte Engels in Manchester, dem Zentrum der englischen Industrie, als Angestellter in das Handelshaus eintreten, dem sein Vater als Teilhaber angehörte. Er durchwanderte die schmutzigen Stadtviertel Manchesters und studierte in Theorie und Praxis die Lage der Arbeiterklasse. 1845 erschien sein Buch *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*. Darin legt er, wie Lenin sagt, dar, „daß das Proletariat **nicht nur** eine leidende Klasse ist; daß gerade die schmachvolle wirtschaftliche Lage, in der sich das Proletariat befindet, es unaufhaltsam vorwärtstreibt und es zwingt, für seine endgültige Befreiung zu kämpfen. Das kämpfende Proletariat aber wird **sich selbst helfen**. Die politische Bewegung der Arbeiterklasse wird die Arbeiter unvermeidlich zu der Erkenntnis führen, daß es für sie keinen anderen Ausweg gibt als den Sozialismus. Andererseits wird der Sozialismus nur dann eine Macht sein, wenn er zum Ziel des **politischen** Kampfes der Arbeiter**klasse** geworden ist. Das sind die Grundgedanken des Buches von Engels über die Lage der Arbeiterklasse in England, Gedanken, die sich heute das gesamte denkende und kämpfende Proletariat zu eigen gemacht hat, die aber damals völlig neu waren.“

(Lenin, Friedrich Engels, LW 2, S. 9; oder LAW I, S. 133; Hervorhebungen von Lenin)

In dieser entscheidenden Frage also waren Marx und Engels bereits damals und unabhängig voneinander zu dem gleichen Ergebnis gelangt.



Marx und Engels hatten sich auf den Standpunkt der Arbeiterklasse gestellt, waren Sozialisten geworden. Doch der Sozialismus, den sie als Wissenschaft begründeten, war etwas anderes als der Sozialismus, den es bis dahin gab. Die vorherigen, die utopischen Sozialisten (vgl. Kapitel VI, S. 51 ff.) betrachteten die Arbeiterklasse nur als leidende Klasse, die es zu erlösen galt, und sie appellierten an ein - natürlich nicht vorhandenes - soziales Gewissen der herrschenden Klassen. (Heute bezeichnen moralisierende Apologeten des Kapitalismus wie die PDS-Führung die Ausgebeuteten und Unterdrückten als „sozial Schwache“, um deren revolutionäres Potential herunterzuspielen und sie zu bloßen Opfern zu degradieren, die sich angeblich nicht wehren können.) Marx und Engels waren unabhängig voneinander zu der Auffassung gelangt, daß die Arbeiterklasse sich nur **selbst befreien** kann, daß nur der Klassenkampf zum Sozialismus und Kommunismus führen kann. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die subjektiven Anstrengungen sich an den objektiven Bewegungsgesetzen der Gesellschaft orientieren, die es folglich zu entdecken und anzuwenden galt. **Der Sozialismus hatte sich von einer Utopie in eine Wissenschaft verwandelt.** Diese Verwandlung beinhaltete auch das Abstreifen der Illusion der utopischen Sozialisten, die „*nicht zunächst eine bestimmte Klasse, sondern sogleich die ganze Menschheit befreien*“ wollten. (Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 191; oder AW V, S. 435) Der wissenschaftliche Sozialismus glaubt im Gegensatz zum utopischen nicht, Produkt einer klassenlosen, allgemeinmenschlichen Vernunft zu sein, sondern er begreift sich selbst als wissenschaftlich fundierte Weltanschauung der Arbeiterklasse. Sein Ziel ist freilich die Emanzipation der Menschheit, die sich im Kommunismus

nicht mehr in Klassen scheiden wird. Dieses Ziel kann jedoch nicht erreicht werden, indem man einer angeblich klassenneutralen Vernunft folgt (die es in einer Klassengesellschaft nicht geben kann), sondern nur dadurch, daß die Arbeiterklasse ihr Klasseninteresse durchsetzt, welches letztlich auf Beseitigung aller Klassenunterschiede gerichtet ist.

In den Jahren 1845 und 1846 trennten sich Marx und Engels endgültig und in letzter Konsequenz von den Resten des Idealismus, überwandene sie die Hegelsche Philosophie und rechneten sie mit der „Deutschen Ideologie“ der Junghegelianer ab. Dies ging damit einher, daß sie - wie oben schon gesagt - erstmals in der Geschichte der Menschheit die Grundlagen einer wissenschaftlichen, d.h. dialektisch-materialistischen Betrachtung des Menschen, d.h. der menschlichen Gesellschaft in ihrer geschichtlichen Entwicklung, schufen. Erstmals in der Menschheitsgeschichte wurde der Materialismus auf die Geschichte angewandt. Wie wir in Kapitel V gesehen haben, haben frühere materialistische Philosophen dies nicht vermocht. So gingen z.B. die Materialisten der französischen Aufklärung zwar zutreffend davon aus, die Natur sei das Erste, Ursprüngliche; in Bezug auf die menschliche Geschichte aber waren sie Idealisten, nahmen sie an, Ideen seien die in letzter Instanz treibende Kraft. (vgl. Kapitel V, S. 35) Ähnlich Feuerbach. Ohne Anwendung des Materialismus auf die Geschichte, auf die menschliche Gesellschaft, läßt sich aber kein geschlossenes materialistisches Weltbild begründen.

Marksteine auf diesem Weg waren Marx' *Thesen über Feuerbach* (MEW 3, S. 5 bis 7; oder AW I, S. 196 ff.), die er im Frühjahr 1845 schrieb, sowie Marx' und Engels damals unveröffentlichte Schrift *Die deutsche Ideologie* (MEW 3, S. 9 ff.; in Auszügen in AW I, S. 201 ff.), die 1845 und 1846 entstand. Marx' *Thesen über Feuerbach* wurden erst 1888 von Engels veröffentlicht, und zwar in einer von Engels in stilistischer Hinsicht leicht veränderten Fassung (enthalten in MEW 3, S. 533 bis 535). Wenn wir aus den *Thesen* zitieren, legen wir die von Engels überarbeitete Fassung zugrunde.

## WO IST DAS MENSCHLICHE WESEN ZU SUCHEN?

Von gewaltiger Bedeutung sind die folgenden beiden Sätze aus Marx' 6. These über Feuerbach:

*„Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“*

(Ensemble = Gesamtheit, Zusammenspiel, Zusammenwirken)

*Die 6. Feuerbach-These im Ganzen:*

*„Feuerbach löst das religiöse Wesen in das **menschliche** Wesen auf. Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“*

*Feuerbach, der auf die Kritik dieses wirklichen Wesens nicht eingeht, ist daher gezwungen:*

- 1. von dem geschichtlichen Verlauf zu abstrahieren und das religiöse Gemüt für sich zu fixieren und ein abstrakt-**isoliert** - menschliches Individuum vorauszusetzen;*
- 2. kann bei ihm daher das menschliche Wesen nur als **'Gattung'**, als innere, stumme, die vielen Individuen bloß **natürlich** verbindende Allgemeinheit gefaßt werden.“*

(MEW 3, S. 534; Hervorhebungen von Marx bzw. Engels)

Was bedeutet das?

Feuerbach siedelt das „Gute“, „Moralische“, welches die Religion als **Gebot Gottes** fordert, im Menschen selbst an. (Pantheismus) Er betrachtet den Menschen abstrakt. Er abstrahiert in schlechter Weise vom geschichtlichen Verlauf, sonst müßte er zur Kenntnis nehmen, daß die Geschichte Menschen sehr unterschiedlichen Wesens hervorgebracht hat. „(...) *die ganze Geschichte (ist) nur eine fortgesetzte Umwandlung der menschlichen Natur (...).*“ (Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 160).

Da das Feuerbachsche „menschliche Wesen“ von diesem geschichtlichen Verlauf abstrahiert, kann es nur als das gefaßt werden, was der Gattung Mensch schlechthin gemeinsam ist, was die vielen Individuen „natürlich“, also biologisch verbindet. Dies ist ein Beispiel für ein **schlechtes abstraktes Denken** (vgl. Kapitel V, S. 93 ff.), und hier zeigt sich auch, daß die im schlechten Sinne abstrakte Betrachtung das Begreifen eines konkreten einmaligen Menschen **ausschließt**. Der konkrete einmalige Mensch nämlich kann nur begriffen werden, wenn man ihn im Zusammenhang, in wechselseitiger Bedingtheit zu anderen Menschen begreift. Dies ist ausgeschlossen durch die Reduzierung auf „natürliche“, also biologische Merkmale; hier wird der Mensch „isoliert“ von anderen aufgefaßt, nämlich nicht als gesellschaftlich determiniertes (bestimmtes, festgelegtes) Individuum, nicht als Individuum, welches den allergrößten Teil seiner Persönlichkeitsmerkmale im gesellschaftlichen Verhältnis mit anderen menschlichen Individuen herausentwickelt.

Das menschliche Wesen kann nicht wissenschaftlich begriffen werden, indem man lediglich psychische Eigenarten einzelner Individuen auf der Ebene der Erscheinungen betrachtet, um die so gewonnenen Erfahrungen sodann zu verallgemeinern. So aber geht die bürgerliche Psychologie vor, z.B. Freud. Ein für Freud außerordentlich charakteristischer Satz besteht in der Behauptung, daß „*die Anatomie das Schicksal*“ sei; die biologischen Gegebenheiten bestimmen also angeblich das menschliche Wesen. Gerade so kann das menschliche Wesen jedoch **nicht** erfaßt werden, da es nicht in den einzelnen Individuen wurzelt, sondern außerhalb der Individuen, in der **Beziehung** der Individuen zueinander. Der sowjetische Psychologe Wygotski (1896 - 1934) schrieb: „*Es besteht keine Hoffnung, die Quellen der freien Handlung in den Höhen des Geistes oder in den Tiefen des Gehirns zu finden. Der idealistische Weg der Phänomenologen ist ebenso hoffnungslos wie der positive Weg der Naturalisten.* (Die Phänomenologen gehen von der Erscheinung, vom „Phänomen“ des Verhaltens der einzelnen Individuen aus und führen dieses Verhalten letztlich auf

geistige Triebkräfte zurück: Idealismus. Die Naturalisten erklären das gesellschaftliche Verhalten der Menschen allein oder vorwiegend aus der „positiv“ erforschten biologischen Verfaßtheit des Menschen, insbesondere des menschlichen Gehirns und des zentralen Nervensystem: Ein unzureichender, ein mechanischer Materialismus, der die **gesellschaftlichen** Wurzeln des Bewußtseins außer acht läßt. D. Verf.) *Um die Quellen der freien Handlung zu finden, muß über die Schranken des Organismus hinausgegangen werden, und zwar nicht in die Intimsphäre des Geistes, sondern zu den objektiven Formen des **gesellschaftlichen Lebens**; die Quellen des menschlichen Bewußtseins und der menschlichen Freiheit müssen in der Sozialgeschichte der Menschheit gesucht werden. Um die Seele zu finden, muß man sie aufgeben.*“ (Wygotski, zitiert nach Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, S. 230)

Die Quellen des menschlichen Seins und Bewußtseins dürfen nicht in den einzelnen menschlichen Individuen, sondern müssen in der Sozialgeschichte der Menschheit gesucht werden, in den wechselnden gesellschaftlichen Beziehungen, gesellschaftlichen Verhältnissen. Marx: *„Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehen.“* (Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42, S. 189; oder Ausgabe Dietz 1974, S. 176) Die **Summe der Beziehungen**: Es geht also nicht um zufällige Beziehungen einzelner Individuen, sondern um die Gesamtheit, um die Totalität aller Beziehungen aller Individuen einer gegebenen Gesellschaft. (Hegel: Das Wahre ist das Ganze.) Diese Totalität aller Beziehungen eben ist das **„Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“**. Dieses objektive Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse ist im dialektischen Sinne identisch mit dem „menschlichen Wesen“, also der Totalität psychischer Eigenschaften der Menschen innerhalb eines bestimmten historisch gegebenen Ensembles:

Betrachten wir ein einzelnes menschliches Individuum, so ist seine Persönlichkeit durch sein individuelles Lebens-

schicksal geprägt worden, ist sie Produkt seiner individuellen Lebensgeschichte. Entscheidend hierbei sind in erster Linie die Beziehungen zu anderen Menschen, die dieses Individuum im Laufe seiner Entwicklung eingegangen ist. Die Menschen wirken nämlich wechselseitig aufeinander ein, und durch diese wechselseitige Einwirkung bildet sich die Persönlichkeit der einzelnen Individuen heraus. Die Persönlichkeit wurzelt somit nicht in der biologischen Verfaßtheit des Menschen, sie wurzelt nicht vorwiegend in seinen genetischen Anlagen, sondern sie wurzelt wesentlich in den zwischenmenschlichen Beziehungen, die das jeweilige Individuum im Laufe seines Lebens eingegangen ist. Stets, in allen Gesellschaftsordnungen, ist die Persönlichkeit des einzelnen Individuums durch seinen individuellen Lebensweg geprägt. Dieser individuelle Lebensweg erscheint zwar als zufällig, doch die Summe dieser Zufälle - die Summe der Lebenswege aller Individuen einer gegebenen Gesellschaft - ist eben die allumfassende Notwendigkeit des objektiven Ensembles der Verhältnisse. Dies ändert sich übrigens auch im Kommunismus nicht. Was sich im Kommunismus insoweit ändert, ist nur dies, daß die Umstände, das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, in relativ hohem Maße bewußt produziert werden, daß die Menschen die Zustände und sich in den Zuständen in relativ hohem Maße **bewußt** einrichten. Dies freilich können die Individuen nur im Kollektiv, als Gesellschaft, tun. Das Individuum kann an diesem Prozeß als Glied der Gesellschaft teilnehmen, und insoweit sind im Kommunismus die Verhältnisse und damit das menschliche Wesen keine fremde, dem Individuum **gegenüberstehende** Macht mehr. Die Entfremdung ist beseitigt. Nicht beseitigt aber ist die Tatsache, daß das menschliche Wesen dem einzelnen Individuum äußerlich ist, daß es nämlich **außerhalb** des biologisch verfaßten Individuums wurzelt, nämlich in der Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Nur aufgrund dieses **marxistischen** Begriffs der menschlichen Persönlichkeit läßt sich wissenschaftlich erklären, daß und warum in unterschiedlichen Zeiten und

Ländern, in unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und da wiederum in unterschiedlichen Klassen und Schichten sehr unterschiedliche Grundmuster von Persönlichkeitsstrukturen vorzufinden sind. Diese Unterschiede können nicht darauf beruhen, daß die Menschen ihre eigene Persönlichkeitsstruktur frei gewählt oder genetisch bedingt vorgefunden hätten, vielmehr wurzeln sie in der Totalität der jeweils gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Das objektive Ensemble der Verhältnisse aber ist nichts Statisches, sondern es hat sich im Verlaufe der menschlichen Geschichte ständig verändert. Marx verspottet die bürgerlichen Ideologen, die die bürgerlichen Verhältnisse als natürliche und damit als ewige auffassen:

*„Wenn die (bürgerlichen, d. Verf.) Ökonomen sagen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse - die Verhältnisse der bürgerlichen Produktion - natürliche sind, so geben sie damit zu verstehen, daß es Verhältnisse sind, in denen die Erzeugung des Reichtums und die Entwicklung der Produktivkräfte sich gemäß den Naturgesetzen vollziehen. Somit sind diese Verhältnisse (nach Auffassung dieser Ökonomen, d. Verf.) selbst von dem Einfluß der Zeit unabhängige Naturgesetze. Es sind ewige Gesetze, welche stets die Gesellschaft zu regieren haben. Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr; es hat eine Geschichte gegeben, weil feudale Einrichtungen bestanden haben und weil man in diesen feudalen Einrichtungen Produktionsverhältnisse findet, vollständig verschieden von denen der bürgerlichen Gesellschaft, welche die Ökonomen als natürliche und demgemäß ewige angesehen wissen wollen.“* (Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 139 f.; oder AW I, S. 298)

In Kapitel V (S. 99) haben wir darauf hingewiesen, daß Francis Fukuyama, stellvertretender Direktor des Planungstabs im US-Außenministerium, vom „Ende der Geschichte“ sprach, womit er die Ewigkeit des Kapitalismus meinte. Die bürgerlichen Ideologen **können** nicht anders denken, denn sonst müßten sie den Untergang ihrer eigenen Klasse voraussagen. Und das ist sicherlich nicht ihre Aufgabe.



## BEISPIELE FÜR DIE STÄNDIGE VERÄNDERUNG DES ENSEMBLES DER VERHÄLTNISSE IM VERLAUF DER GESCHICHTE:

- ☆ Innerhalb der Urgesellschaft gab es keine Klassen. Warum? Weil die Menschen sich dafür entschieden hatten, daß es so besser war? Keineswegs. Weil der niedrige Stand der Produktivkräfte es unmöglich machte, daß sich ein Teil der Gesellschaft die Arbeitsprodukte anderer aneignete; es gab kein Mehrprodukt.
- ☆ In der Urgesellschaft bestand zunächst völlige soziale Gleichheit von Mann und Frau, sodann Matriarchat, sodann Patriarchat. Haben die Menschen sich bewußt für die jeweilige Form der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern entschieden? Keineswegs. Diese Verhältnisse beruhten auf der jeweiligen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, die sich mit der Veränderung der Produktivkräfte jeweils veränderte. Zunächst sammelt die Frau Pflanzennahrung, während der Mann jagt, und beide Arbeiten sind gleich wichtig: Gleichheit. Sodann entwickelt die Frau den Ackerbau, der die verlässlichere Nahrungsquelle wird: Matriarchat. Mit der Entwicklung der Technik des Ackerbaus (z.B. Pflug) übernimmt der Mann, der nicht schwanger wird, die „Zuständigkeit“: Patriarchat. (vgl. Kapitel I, S. 19-21)
- ☆ Entstehung des Privateigentums: Wir haben in Kapitel I (S. 29 ff.) gesehen, wie das Privateigentum sozusagen als äußere Macht über die Athener Gesellschaft hereingebrochen ist. Zwar entsprach dieser Übergang den Interessen einiger reicher Sklavenhalter, doch diese wenigen hätten der Gesellschaft selbstverständlich ihren Willen nicht aufzwingen können, wenn dieser Übergang nicht eine **objektive Notwendigkeit** gewesen wäre, die im Zustand der Produktivkräfte wurzelte.
- ☆ Die Entstehung der Klassen, die Veränderung der Form der Ausbeutung - all dies entsprang objektiven ökonomi-

schen Gesetzen, die unabhängig vom Willen der Menschen wirkten, deren Wirkungsweise noch nicht einmal erkannt wurde: Der jeweilige Gesellschaftszustand wurde jeweils als natürlich, naturgegeben aufgefaßt bzw. von der Religion als gottgewollt verklärt. Die Ausbeutung wird notwendig, weil ein Mehrprodukt entsteht, und sie kann zunächst nur die rohe Form der Sklaverei annehmen, weil dies dem immer noch relativ niedrigen Stand der Produktivkräfte entspricht. Mit deren Entwicklung überlebt sich die Sklaverei schließlich: Die Produktionstechniken werden komplizierter, erfordern Produzenten, die ein gewisses Interesse an ihrer Arbeit haben. Der Sklaverei folgen daher gesetzmäßig die feudale Ausbeutung und dann die Ausbeutung in Form freier Lohnarbeit.

- ☆ Lange Zeit war die Entwicklung der Warenproduktion die wichtigste Triebkraft des Fortschritts. Im Kapitalismus schließlich ist fast jedes Produkt eine Ware, und auch die Arbeitskraft selbst wird zur Ware. So sind die Warenproduktion und deren Gesetze, v.a. das Wertgesetz (das wir in Kapitel VIII untersuchen werden) ein entscheidender Bestandteil des Ensembles, mit dem wir es heute zu tun haben. Weiterhin die Gesetze der kapitalistischen Ausbeutung. Weiterhin die speziellen Gesetze des Kapitalismus in seinem Fäulnisstadium, dem Imperialismus. (hierzu im einzelnen in späteren Kapiteln). Und natürlich nicht nur die Gesetze der Warenproduktion, des Kapitalismus, des Imperialismus im allgemeinen, sondern in der konkreten Wirkungsweise, die sie aufgrund der Entwicklung in Deutschland angenommen haben. Außerdem gibt es natürlich ökonomische und psychische Gesetze, die bereits **vor** dem Kapitalismus bestanden haben und weiterhin Bestandteil des Ensembles sind, z.B. hierarchische Verhältnisse oder das Patriarchat, die in jeder Ausbeutergesellschaft bestehen, in unterschiedlichen Ausbeutergesellschaften aber verschiedene Form annehmen.

Aber liefern derartige Betrachtungen wirklich einen Schlüssel zum Begreifen des einzelnen, realen Menschen? Oder handelt es sich am Ende doch nur um blutleere Abstraktionen, in die der Marxismus die Menschen hineinpresen will? Schließlich ist das individuelle Lebensschicksal, welches bestimmend für die Herausbildung der Persönlichkeit ist, vielfältigen Zufällen unterworfen. Die Menschen erleben nur Teilbereiche der Gesellschaft gut, andere Bereiche weniger, andere Bereiche wiederum gar nicht. Wie ist es also möglich, über das einmalige menschliche Individuum wissenschaftliche Aussagen zu machen?

Das jeweils gegebene Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse bildet den Rahmen, innerhalb dessen die gegenseitige Beeinflussung der Menschen und folglich der Prozeß der Herausbildung der Persönlichkeiten der einzelnen Individuen erfolgt. Die Bandbreite der Persönlichkeiten, die sich dabei herausbilden, ist um so größer, je komplizierter dieses Ensemble ist, je vielgestaltiger und komplexer die Beziehungen innerhalb dieses Ensembles sind. Immer aber determiniert (d.h. bestimmt, legt fest) das Ensemble die **Grenzen**, innerhalb derer Persönlichkeiten sich formen bzw. geformt werden, innerhalb derer Persönlichkeitsentwicklungen stattfinden. Insofern ist die Persönlichkeitsbildung der gesellschaftlichen **Notwendigkeit** unterworfen. Betrachtet man jedoch die Persönlichkeitsbildung der einzelnen Individuen, so erscheint diese Notwendigkeit als eine Summe von **Zufällen**, von zufällig sich kreuzenden Kausalketten. Doch der Zufall wird auch bei Betrachtung der einzelnen Individuen keineswegs absolut; schon deshalb nicht, weil die Frage, ob ein bestimmtes Individuum diese oder jene Teilbereiche der Gesellschaft erlebt und **wie** die betreffenden gesellschaftlichen Einflüsse auf die Herausbildung und Entwicklung seiner Persönlichkeit wirken, sehr entscheidend von der **Klassenlage** des betreffenden Individuums abhängen. So kommt es, daß bestimmte Persönlichkeitsmerkmale sehr oft an eine bestimmte Klassenlage gebunden sind. Freilich ist es nicht die Klassenlage allein, die die Persönlichkeit eines bestimmten Individuums determiniert; schon deshalb nicht,

weil alle Individuen einer Klasse keineswegs exakt dieselben gesellschaftlichen Erfahrungen machen. (Zur Dialektik von Zufall und Notwendigkeit vgl. Kapitel V, S. 39 ff.)

Ein Beispiel für die gesellschaftliche Gebundenheit von Persönlichkeitsstrukturen: Eine Persönlichkeit mit der Mentalität eines Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank konnte im alten Rom nicht entstehen, da es damals keine Banken im heutigen Sinne gab. Ebenso kann aber heute keine Persönlichkeit wie Nero entstehen. Doch auch in der römischen Republik entstand keine Persönlichkeit wie Nero, da die Voraussetzungen erst in einem bestimmten Zerfallsstadium der römischen Gesellschaftsordnung gegeben waren.

Das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist etwas Objektives. Das einzelne Individuum findet dieses Ensemble vor. Natürlich hat der einzelne Mensch einen Willen, er kann diese oder jene Ziele aufstellen, kann auf diese oder jene Weise nach der Verwirklichung dieser Ziele streben. Der Marxismus behauptet keineswegs, daß das Denken und Handeln der einzelnen Menschen von den Gegebenheiten des Ensembles bis in alle Einzelheiten **in einer solchen Weise** determiniert (bestimmt, festgelegt) wäre, daß die Willensfreiheit der einzelnen Subjekte ausgeschlossen wäre. Eine solche Annahme wäre absurd. Der Marxismus sagt aber, daß der subjektive Wille nicht über dem objektiven Ensemble der Verhältnisse thront, welches jedes Individuum vorfindet, sondern daß der Wille Bestandteil dieses Ensembles ist. (Das Denken und Handeln ist nicht a priori determiniert, nicht vorherbestimmt. Es ist aber im Prozeß seines Vollzugs bestimmt, d.h.: Dafür, daß ein Mensch in einer bestimmten Situation so und nicht anders denkt und handelt, gibt es stets hinreichende Gründe, Determinanten; es gibt im Bereich des Subjektiven keine Willkür, keine Freiheit von objektiv wirkenden Gesetzen.)

Beispiele:

Erst ab einem bestimmten Fäulnisgrad der Sklavenhaltergesellschaft, der unabhängig vom Willen der Beteiligten erreicht worden war, konnten die Sklaven die Frage nach ihrer Befreiung aufwerfen, konnten Sklavenaufstände stattfinden

den. Im Mittelalter war die christliche Religion eine geistige Waffe der Feudalherren zur Beherrschung der leibeigenen Bauern, doch als die Bauern zum Aufstand übergingen, waren auch sie gezwungen, ihre Interessen in religiöse Form zu kleiden: Die Verhältnisse waren längst noch nicht so weit, daß man die Religion als Ganzes hätte in Frage stellen können. Noch Voltaire und Kant und sogar ein Hegel machten der Religion Zugeständnisse.

Und auch der Marxismus war erst ab einem bestimmten Entwicklungsstadium der bürgerlichen Gesellschaft und der Arbeiterbewegung sowie des Geisteslebens möglich. Bei aller Genialität hätte Marx den wissenschaftlichen Sozialismus nicht ohne die Arbeiterbewegung herausarbeiten können, und er hätte es auch nicht tun können, ohne sich auf das gesamte Wissen zu stützen, das die Menschheit vorher zusammengetragen hatte, insbesondere auf die klassische deutsche Philosophie, die englische politische Ökonomie und den französischen Sozialismus sowie die französischen revolutionären Lehren überhaupt, aber z.B. auch auf Philosophen des antiken Griechenlands. Bei all seiner Genialität konnte Marx verschiedene Fragen des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus nicht klären, Fragen nämlich, die erst später durch die geschichtliche Bewegung aufgeworfen wurden.

Das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse setzt jedem Individuum Schranken seiner Erkenntnisfähigkeit, seiner individuellen Persönlichkeitsentwicklung, seiner Willensbildung und -betätigung. Innerhalb dieser Schranken ist Raum für die Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Individuums.

Auch im persönlichen Bereich lassen sich Beispiele dafür finden, daß subjektives Denken und Handeln letztlich objektiv determiniert sind. Verfolgt jemand bestimmte persönliche Zwecke, so kann das Ergebnis sehr stark davon abhängen, ob der Betreffende willensstark, energisch usw. oder eher lasch, willensschwach, labil ist. Doch z.B. Willensstärke, -schwäche usw. fällt nicht vom Himmel, wurzelt in letzter Instanz nicht in irgendwelchen unergründlichen

Bereichen einer Tiefenpsychologie, sondern hängt entscheidend vom Lebensweg des Betroffenen ab, der seine Persönlichkeit auch nach dieser Seite hin geprägt hat. Natürlich muß man nicht schicksalhaft hinnehmen, was als Ergebnis einer Persönlichkeitsbildung zustande gekommen ist, sondern kann selbst gezielt Einfluß darauf nehmen. Doch dies ist sehr mühsam, und **ob** jemand die Energie und Zielgerichtetheit aufbringt, bewußt in dieser oder jener Hinsicht an seiner Persönlichkeit zu feilen, ist selbst wieder in hohem Maße objektiv determiniert. Es hängt nicht zuletzt davon ab, ob er sich in einem Kollektiv Gleichgesinnter befindet, innerhalb dessen man sich gegenseitig solidarisch unterstützt.

Nehmen wir Klassen, politische Parteien usw., so werden Zufälligkeiten individueller Entwicklung Einzelner in hohem Maße dadurch ausgeglichen, daß in der Regel die willensstärksten und energischsten die Führung übernehmen. Ist dies ausnahmsweise nicht der Fall (das römische Kaiserreich z.B. brachte in seiner Zerfallsphase häufig höchst labile Persönlichkeiten an die Spitze), so ist auch dies kein Zufall, sondern Ausdruck der Dekadenz der gegebenen Gesellschaft bzw. Klasse, einer Dekadenz, die letztlich in ökonomischen Verhältnissen wurzelt. Es spricht daher für den hohen Fäulnisgrad der bürgerlichen Gesellschaft, daß heutzutage immer häufiger führende Politiker, z.B. Minister, zurückgezogen werden müssen, weil ihre Korruptheit nicht mehr verborgen werden kann. Oder daß ein Kapitalisten-Magazin wie die *Wirtschaftswoche* - 26.1.95 - offen darüber schreibt, daß der größte Teil der führenden Manager kaputte Typen sind, wie wir sogleich sehen werden.

## WIDERSPIEGELUNG ÖKONOMISCHER VERHÄLTNISSE IN PSYCHISCHEN STRUKTUREN

*„Die Unternehmensberatung Kienbaum schaute sich in 116 Chefetagen deutscher Unternehmen um und stellte dabei fest, daß über 60 Prozent der deutschen Führungskräfte neurotisch gestört sind, die Hälfte davon mittel bis schwer.“ (Wirtschaftswoche 26.1.95)*

*„Der amerikanische Sozialpsychologe David Kipnis bewies durch Experimente, daß die Ausübung von Macht massive Verhaltensänderungen bewirkt. Besitzt man Macht, wird man süchtig nach mehr. Die eigene Bedeutung wird dabei ständig aufgewertet, während die Bedeutung der Untergebenen immer stärker abnimmt. Doch wie bei jeder Sucht kompensiert die Allmachtsphantasie den Makel nur kurzfristig: Die Dosis muß erhöht werden.“ (ebenda)*

Dafür hätte es freilich nicht der Untersuchungen eines Sozialpsychologen bedurft; wer im bürgerlichen Arbeitsleben steht, weiß zu gut, wie oft der Chef „immer recht hat“. Daß Erfolge Verdienst des Chefs sind, während an Mißerfolgen und Fehlern seine „Mitarbeiter“ schuld sind, das ist in dieser Gesellschaft normal, und zwar in allen Bereichen. Nicht uninteressant freilich, daß ein Psychologe aufdeckt, daß diesen Verhältnissen innerpsychische Vorgänge bei den Bossen entsprechen, welche nicht selten Suchtcharakter annehmen.

All dies braucht einen nicht zu wundern. Die Ersetzung des Familienkapitalisten durch große Gesellschaften ist Ausdruck der Tatsache, daß die Leitung der Produktion durch die Gesellschaft objektiv auf der Tagesordnung steht. Doch diese großen Gesellschaften führen das Privateigentum fort, nur auf wesentlich höherer Stufenleiter. Der betriebsbornierte Egoismus tobt sich nun auf der Stufe der Konkurrenz zwischen weltumspannenden Konzernen aus, die jeweils von hierarchischen Apparaten geleitet werden, an deren Spitze einige wenige stehen. Gesellschaftliche Produktion, private

Aneignung - dieser Widerspruch bedingt die tiefe Fäulnis einer Gesellschaft, die längst überreif für **gesellschaftliche** Leitung der Produktion und für die Aneignung der Produkte durch die **Gesellschaft** ist.

Und diese Fäulnis drückt sich eben auch in der Psyche derjenigen kaputten Typen aus, die in dieser kaputten Gesellschaft an den Schalthebeln sitzen. Wen wundert´s? Alles andere wäre ein Wunder. Das einzige, was uns hier wundern könnte, ist der Umstand, daß die *Wirtschaftswoche* den psychischen Verfaulungsprozeß dieser kaputten Typen fein säuberlich protokolliert - wird sie doch vorwiegend für diese kaputten Typen geschrieben. Vermutlich aber erfüllt das eine Trostfunktion, nach dem Motto: „Mach dir nichts draus, die andern sind genauso kaputt wie du. Es ist halt normal, so kaputt zu sein.“

*„Fast jeder zweite Betriebsarzt hat regelmäßig mit suchtkranken Führungskräften zu tun.“*

(ebenda)

*„Inzwischen lebt ein ganzer Wirtschaftszweig vom Recycling ausgebrannter Manager. In psychosomatischen Kliniken wie den Oberbergkliniken in Hornberg im Schwarzwald oder den Haardt Wald-Kliniken im hessischen Bad Zwesten etwa stellen Führungskräfte längst die Mehrheit der Patienten. Zahlreiche Kliniken haben sich auf Entzug und Entwöhnung für Junkies aus den Führungsetagen spezialisiert. Noch gesunde Manager rennen in wachsenden Scharen in Workshops mit Psychogurus, zum Feuerlaufen oder relaxen auf sogenannten Managerspielplätzen, wo sie ihre Seele baumeln lassen können.“*

(ebenda)

Die *Wirtschaftswoche* bringt auch ein Photo von einem solchen „Managerspielplatz“. Da turnt ein Manager in voller Montur, mit Anzug, Schlips, Aktenköfferchen, über irgendwelche Pfähle, die anscheinend einen steilen Karriereweg symbolisieren, und die andern klatschen Beifall. „Seele baumeln“? „Noch gesund“? Naja...



American Express  
Business-Joke No. 489



„Die Konkurrenz liebt mich.“

„Auch in den Vorstandsetagen lösen Beißer die Vorsichtigen und Nachdenklichen ab: Manager wie Ferdinand Piech und José Ignacio Lopez bei Volkswagen und Karl-Josef Neukirchen bei der Metallgesellschaft. Der VW-Chef und Porsche-Enkel ist geradezu stolz auf sein ´extrem hohes Mißtrauen gegenüber anderen´. Piech ist geschieden. Als Kind hungerte er, um Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Der einzige Mensch, vor dem er Angst hat, ist seine Mutter.

´Ungeliebte Chefs waren ungeliebte Kinder´, so Hesse und Schrader (zwei Psychologen, d. Verf.). Ihre kindlichen Verlassenheitsgefühle überspielen sie als Erwachsene mit der Chefrolle.“ (ebenda) Letzteres mag ja des öfteren so sein, doch die heutige Wirtschaftsordnung erhält ihr Gepräge nicht etwa dadurch, daß zufällig vorwiegend solche Leute

an die Schalthebel kommen, die infolge einer verkorksten Kindheit neurotisch sind. Die Wirtschaftsordnung selbst wird aufgrund ihrer inneren Logik immer „neurotischer“. Der Konkurrenzkampf wird immer gnadenloser, und **deshalb** braucht die Bewegung des Kapitals immer härtere Knochen als Manager. Je verfallener die kapitalistische Ordnung, desto neurotischer müssen die Charaktermasken sein, die der Selbstbewegung des Kapitals zum Durchbruch verhelfen. Ob diese Figuren dann im Einzelfall erst durch ihre Wirtschaftstätigkeit neurotisch werden oder sich ihre Neurosen bereits in der Kindheit einfinden, weil diese Gesellschaftsordnung schon damals psychische Schäden bei ihnen hervorrief, ist nicht von entscheidender Bedeutung. Letztlich wird **beides** vorkommen, und in **beiden** Fällen prägt das objektive Ensemble der Verhältnisse die psychische Mentalität.

*„Den bekannten Berliner Psychologen Jürgen Hesse und Hans Christian Schrader begegnen in ihrer Praxis vor allem folgende drei Problemtypen:*

- ❑ *Der Narziß: Dieser Typ ist auf den Chefetagen am häufigsten vertreten. Er umgibt sich mit Jasagern und Bewunderern. Ihm kommt es vor allem darauf an, mit Erfolgssymbolen zu protzen. Mit der ständigen Jagd nach Anerkennung durch die anderen dämpft er seine Ängste, klein und unbedeutend zu sein. Er muß ständig im Mittelpunkt stehen; keine Gelegenheit der Inszenierung wird ausgelassen. Als Vorgesetzter ist er kaum zur Zusammenarbeit in der Lage. Mitarbeiter sind für ihn lediglich Instrumente. Gerade die Ideologie der neuen Macher entspricht der narzißtischen Charakterstruktur: dynamisch-rücksichtslos-selbstbezogen-erfolgreich.*
- ❑ *Der Schizoide: Er ist menschenfeindlich und kalt bis ins Herz. Der Motor für Karriere ist die Angst vor Nähe. Die läßt sich in der abgeschirmten Chefetage besser vermeiden als im Großraumbüro. Immer wenn die Kontakte zu Menschen zu eng zu werden drohen, spüren sie die Angst. Ihre Gefühle verschanzen sie hinter Zahlen und abstrakten Sachzwängen.*

□ *Der Zwanghafte: Rechthaberisch und penibel wird alles Spontane, Impulsive und Ungeregelte von ihm aus Angst bekämpft. Er ist ordentlich, sparsam und eigensinnig. In festgefühten Hierarchien fühlt sich dieser Managertyp wohl. Hier werden sie unter Kontrolle gehalten, können aber auch andere ihre Knute spüren lassen. Der Zwangsneurotiker kann sich nicht entspannen, ist ständig getrieben. Er wird zum unberechenbaren Tyrannen, quält sich selbst und hat Freude am Quälen.“*

(ebenda)

Sollen wir den Herrschaften von der *Wirtschaftswoche* widersprechen? Wo kämen wir hin! Sie müssen wissen, wovon sie reden. Reden sie doch schließlich über ihre eigene Klasse. Die beschriebenen Erscheinungen sind psychische Widerspiegelung des heute sehr zugespitzten ökonomischen Widerspruchs: Einerseits erfordern die entwickelten Produktivkräfte die gesellschaftliche Leitung der Produktion, andererseits macht das Privateigentum diese gesellschaftliche Leitung nicht möglich.

Es wäre allerdings ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, innerhalb der kommunistischen und Arbeiterbewegung könnten entsprechende Probleme nicht auftreten. In der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, also **nach** der Sprengung des Privateigentums, aber **vor** der vollständigen Etablierung kommunistischer Verhältnisse, muß sich die sozialistische Gesellschaft auch verschiedener der alten Gesellschaft entlehnter Krücken bedienen, muß sie beispielsweise staatliche, hierarchische Strukturen zur Leitung der Produktion einrichten und nutzen. (Vgl. zu alledem: Rote Reihe Band 1: Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte) Bei positiver, also kommunistischer Entwicklung der Gesellschaft werden diese Krücken nach und nach überflüssig. Solange sie aber vorhanden sind, wirken sie auch auf die Persönlichkeitsbildung der Menschen. So können z.B. hierarchische Verhältnisse bei den einen das Bedürfnis nach Machtausübung und Machtvergrößerung hervorrufen, während sie bei anderen die schöpferische In-

itiative hemmen können. Sie können es nicht nur, sondern es ist vielmehr gesetzmäßig, daß derartige Mechanismen derartige psychische Auswirkungen haben. Allerdings ist keineswegs vorherbestimmt, in welchem Ausmaß das geschieht; dies unterliegt unter anderem auch den subjektiven Zielsetzungen und Anstrengungen der handelnden Personen. Wir haben es hier mit einem Kampf des Alten mit dem Neuen zu tun, und zwar mit einem Kampf, der sehr subtile Formen annimmt: Letztlich beruhen die psychischen Strukturen auf ökonomischen, auf Klassenverhältnissen, doch geschieht dies oft über komplexe Vermittlungen. Psychische Faktoren, einmal hervorgebracht, gewinnen eine gewisse Eigenständigkeit, und oftmals ist es sehr schwierig, die klassenmäßige bzw. ökonomische Determination dieser oder jener Persönlichkeitsmerkmale nachzuweisen.

Betrachten wir den Sozialismus, die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, so kann folgendes grobe Schema den klassenmäßigen Bezug bestimmter Persönlichkeitsmerkmale skizzieren:

Freude am Schöpferischen, Freude am Umgang mit Menschen jenseits aller hierarchischen Strukturen und jenseits von Ware-Geld-Beziehungen verkörpern die kommende kommunistische Gesellschaft. Konkurrenzdenken, Machtstreben, Profilierungssucht, Streben nach Privilegien, Sich-Einrichten in hierarchischen Strukturen (sei es oben oder unten) verkörpern die Klassengesellschaft. Freilich stehen sich diese entgegengesetzten psychischen Strukturen keineswegs in Form zweier klar geschiedener Lager gegenüber, vielmehr wird man bei den allermeisten Menschen eine Art „Mischung“ (freilich höchst unterschiedliche „Mischungen“!) von Persönlichkeitsstrukturen der alten und der neuen Gesellschaft feststellen können. Besonders kompliziert wird die Angelegenheit gerade dadurch, daß die vorwärtstreibenden, revolutionären, kommunistischen Elemente ihrerseits gezwungen sind, Mittel der alten Gesellschaft zu nutzen. Da Menschen aber die Neigung haben, sich in bestehenden Verhältnissen einzurichten, besteht die Gefahr, daß auch Re-

volutionäre nach und nach den Blick dafür verlieren können, daß bestimmte Verhältnisse Krücken sind, die beim Vorschreiten zum Kommunismus nach und nach fortgeworfen werden müssen, und daß sie anfangen, diese Krücken als Selbstzweck zu verteidigen, z.B. gewisse persönliche Machtpositionen auch da zu verteidigen, wo dies zur Behauptung der Macht der Arbeiterklasse nicht mehr erforderlich ist, sondern die Entfaltung der schöpferischen Produktivkraft der arbeitenden Menschen gerade behindert. In dem Maße, wie dies geschieht, hören solche Menschen auf, Revolutionäre zu sein.

Derartige Probleme stellen sich freilich nicht erst im Sozialismus, sondern auch bereits in Arbeiterorganisationen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, auch in der kommunistischen Partei. Auch hier müssen bestimmte Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft und damit verbundene Strukturen genutzt werden. Dabei besteht aber stets die Gefahr einer gewissen Verselbständigung, die Gefahr, daß sich das Mittel gegen den Zweck richtet. (vgl. hierzu *Weg der Partei*, Theoretisches Organ der KPD, 2/1993, S. 56 f.)

Gegen derartige Gefahren muß gekämpft werden, um den Keim der kommenden kommunistischen Gesellschaft innerhalb bestehender Organisationen zu verteidigen. Andererseits wäre es eine Illusion, zu glauben, man könne inmitten der bürgerlichen Gesellschaft einen Bereich haben, der von den Auswirkungen eben dieser Gesellschaft auf die Herausbildung der Persönlichkeitsstrukturen frei ist. Gerade heute zeigt sich in vielen Bereichen, wie die zunehmende Fäulnis des objektiven Ensembles, die Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf nationaler und internationaler Ebene usw., dazu führt, daß das Ellenbogenprinzip auch im sogenannten persönlichen Bereich immer mehr um sich greift. Es gibt keinerlei persönliche Bereiche im Sinne von Inseln, die von der Einwirkung des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse frei wären. Andererseits gibt es eine Gegenströmung, den Versuch vieler Menschen, im Kampf gegen die Einwirkungen der Ellenbogengesellschaft solidarische Le-

bensformen zu entwickeln. Doch es zeigt sich immer wieder, daß solche Bestrebungen nur dann relativ verwirklicht werden können (eine absolute Verwirklichung ist inmitten einer derartigen Bestrebungen widrigen Gesellschaft ohnehin nicht möglich), wenn sie mit einem irgendwie gearteten gesellschaftlichen Kampf verbunden sind (d.h. mit einem Kampf, der in irgendeiner Weise auf Veränderung der Gesellschaft gerichtet ist), daß sie aber scheitern bzw. pervertiert werden (zum Beispiel zum Sektenwesen verkommen), wenn sie auf der Grundlage einer **Flucht aus der Gesellschaft**, einer Inselbildung, verwirklicht werden sollen. Ein privates Glück auf der Grundlage einer Flucht aus dem Ensemble gibt es nicht, weder für Einzelne noch für Paare noch für Gruppen. Ebenso wenig können politische Gruppierungen hoffen, in ihren eigenen Reihen die Wirkungsweisen des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse vollständig auszuschalten und sie vollständig durch künftige kommunistische Verhältnisse zu ersetzen: Auch in der kommunistischen Partei rekrutieren sich die Menschen aus der kapitalistischen Gesellschaft, wurden von ihr geformt und werden weiterhin von ihr beeinflußt. Dieser Einfluß kann nicht unterbunden werden, ihm kann und muß aber entgegengewirkt werden.

## WORIN BESTEHT DIE BASIS DES ENSEMBLES DER GESELLSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE?

Marx und Engels schreiben in der *Deutschen Ideologie*:  
 „(...) daß die Geschichte nicht damit endigt, sich ins  
 ‘Selbstbewußtsein’, als ‘Geist vom Geist’ aufzulösen, son-  
 dern daß in ihr auf jeder Stufe ein materielles Resultat, eine  
 Summe von Produktionskräften (später wurde hier nur noch  
 der Terminus Produktivkräfte gebraucht, d. Verf.), ein histo-  
 risch geschaffnes Verhältnis zur Natur und der Individuen  
 zueinander sich vorfindet, die jeder Generation von ihrer  
 Vorgängerin überliefert wird, eine Masse von Produktivkräf-  
 ten, Kapitalien und Umständen, die zwar einerseits von der  
 neuen Generation modifiziert wird, ihr aber auch andererseits  
 ihre eignen Lebensbedingungen vorschreibt und ihr eine be-  
 stimmte Entwicklung, einen speziellen Charakter gibt - daß  
 also die Umstände ebensosehr die Menschen, wie die Men-  
 schen die Umstände machen. Diese Summe von Produktions-  
 kräften, Kapitalien und sozialen Verkehrsformen, die jedes  
 Individuum und jede Generation als etwas Gegebenes vor-  
 findet, ist der reale Grund dessen, was sich die Philosophen  
 als ‘Substanz’ und ‘Wesen des Menschen’ vorgestellt (...)  
 haben (...). Diese vorgefundenen Lebensbedingungen der  
 verschiedenen Generationen entscheiden auch, ob die peri-  
 odisch in der Geschichte wiederkehrende revolutionäre Er-  
 schütterung stark genug sein wird oder nicht, die Basis alles  
 Bestehenden umzuwerfen, und wenn diese materiellen Ele-  
 mente einer totalen Umwälzung, nämlich einerseits die vor-  
 handenen Produktivkräfte, andererseits die Bildung einer re-  
 volutionären Masse, die nicht nur gegen einzelne Bedingun-  
 gen der bisherigen Gesellschaft, sondern gegen die bisherige  
 ‘Lebensproduktion’ selbst, die ‘Gesamttätigkeit’, worauf  
 sie basierte, revolutioniert - nicht vorhanden sind, so ist es  
 ganz gleichgültig für die praktische Entwicklung, ob die **Idee**  
 dieser Umwälzung schon hundertmal ausgesprochen ist -  
 wie die Geschichte des Kommunismus dies beweist.“  
 (Marx/Engels, *Die deutsche Ideologie*, MEW 3, S. 38 f.; oder  
 AW I, S. 232 f.; Hervorhebung von Marx und Engels)

Hier haben wir die Basis des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es sind nicht etwa die Ideen, die gesellschaftlichen Anschauungen einer bestimmten Periode oder auch einer bestimmten Klasse, es ist nicht die Philosophie, Religion, Staatsauffassung, Kunst usw. einer Zeit. Es sind die Produktionsverhältnisse, die wiederum auf den jeweiligen Produktivkräften beruhen.

Klären wir zunächst die Begriffe Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse.

Die **Produktivkräfte** bringen das Verhältnis der Menschen zu den für die Produktion der materiellen Güter benutzten Gegenständen und Kräften der Natur zum Ausdruck, den Grad der Beherrschung der Natur durch den Menschen. Hauptproduktivkraft ist in jeder Gesellschaftsordnung der arbeitende Mensch selbst mit all seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten in der Produktion. Zu den Produktivkräften gehören ferner die Produktionsinstrumente, mit deren Hilfe die materiellen Güter produziert werden, angefangen von den groben Steinwerkzeugen der Urgesellschaft bis hin zu den modernsten, z.B. computergesteuerten Maschinen. Das Entwicklungsniveau der Produktionsinstrumente ist der Gradmesser für die Entwicklung der Produktion, für die Beherrschung der Natur durch die Menschen. (zum Problem der „Beherrschung“ der Natur durch den Menschen vgl. Kapitel I, S. 13 f.) Die ökonomischen Epochen unterscheiden sich nicht dadurch, was produziert wird, sondern dadurch, wie, mit welchen Produktionsinstrumenten produziert wird. (vgl. Kapitel I, S. 10)

Doch die Menschen wirken in der Produktion nicht nur auf die Natur, sondern auch aufeinander (obiges Zitat: „Verhältnis zur Natur und der Individuen zueinander“). Bestimmte, in einer historischen Situation gegebene Produktivkräfte bringen ihnen entsprechende **Produktionsverhältnisse** hervor, in Klassengesellschaften klassenmäßige Verhältnisse. Die Produktionsverhältnisse sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Menschen im Produktionsprozeß zueinander eingehen.

Jede Weiterentwicklung der Produktivkräfte verändert auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Menschen im Prozeß der Produktion zueinander eingehen, eben die Produktionsverhältnisse. Diese auf den Produktivkräften beruhenden **Produktionsverhältnisse bilden die ökonomische Basis** eines gegebenen Ensembles, und auf dieser Basis fußen die Ideen einer bestimmten Gesellschaft bzw. der einzelnen Klassen innerhalb dieser Gesellschaft.

Um es noch mal zu sagen bzw. zu präzisieren: Das Wesen der Menschen einer gegebenen Gesellschaft, ihre historisch-konkrete „Menschlichkeit“, hat Sitz und Ursprung **eben nicht** in einer allgemein gefaßten, angeblich im Individuum wurzelnden „menschlichen Individualität“, was aber die allgemein dominierende Illusion der bürgerlichen Ideologie ist. Es genügt auch nicht etwa, auf die gegenseitige Beeinflussung der Individuen innerhalb der Gesellschaft zu verweisen, was mit der bürgerlichen Ideologie durchaus noch vereinbar wäre und was für sich genommen **noch nicht** der Schlüssel zu einer wissenschaftlichen, materialistischen Analyse des menschlichen Wesens ist. (Gegenseitige Beeinflussung von Individuen, die den Ursprung ihrer Persönlichkeit angeblich in sich selbst tragen, wäre eine subjektiv-idealistische Konzeption!) Den Schlüssel zu einer materialistischen Auffassung des Menschen hält man erst in Händen, wenn man erkennt, daß die historisch-konkrete „Menschlichkeit“ der Menschen einer bestimmten Geschichtsperiode, einer bestimmten Gesellschaft, einer bestimmten Generation, Sitz und Ursprung eben in dieser „Summe von Produktionskräften, Kapitalien und sozialen Verkehrsformen“ hat, „die jedes Individuum und jede Generation als etwas Gegebenes vorfindet“.

Weitere Erläuterungen zu obigem Zitat:

- ❑ Der erste Satz richtet sich gegen Hegel, bei dem die Geschichte damit endet, daß der menschliche Geist sich in der absoluten Idee auflöst.
- ❑ „Kapitalien“: Hier, in der *Deutschen Ideologie*, bedeutet dies in etwa „materielle Bedingungen der Produktion“.

Keineswegs ist hier der erst später entwickelte Kapitalbegriff als Kategorie der kapitalistischen Produktionsweise gemeint, denn das Kapital in diesem Sinne wird natürlich keinesfalls „von jeder Generation vorgefunden“, sondern ist historisch bedingt.

- ❑ „Verkehrsformen“: Die Verhältnisse zwischen den Menschen, und zwar in ihrer Gesamtheit genommen. Die Produktionsverhältnisse sind damit ein Teil der Verkehrsverhältnisse, allerdings ihr bestimmendes Element.
- ❑ Die Umstände machen „**ebensosehr**“ die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen: Dieses „ebensosehr“ darf nicht mißverstanden werden. In welchem Sinne machen die Menschen die Umstände?

Zunächst einmal in dem Sinne, daß diese Umstände die Umstände der Menschen sind und nicht etwas, was den Menschen von einem Bereich außerhalb der menschlichen Gesellschaft, von einem Gott, Weltgeist oder ähnlichem gegeben wird. Ein für Marxisten völlig unannehmbare objektiver Idealismus ist auch eine teleologische Vorstellung (von telos, griechisch: das Ziel), wonach der Weltgeschichte ein objektives „Ziel“, eine „Tendenz“, „Zielrichtung“ innewohne, unabhängig vom Willen der handelnden Personen.

**Zwecke** verfolgen nur reale Menschen, Subjekte; ein „objektiver“ Zweck ist eine idealistische Vorstellung, egal ob man eine solche Zweckrichtung mit einer Person verbindet (Gott) oder sich unpersönlich vorstellt (z.B. der Hegelsche Weltgeist). Es gibt auch keine Zweckrichtung der Geschichte, die ohne den Willen real agierender Subjekte zum Kommunismus weist. Eine derartige Heilsvorstellung ist mit dem Materialismus unvereinbar. Gerade zu einer derartigen Heilslehre aber hat die SED den Marxismus verfälscht und verstümmelt: Unabhängig vom Willen der Menschen arbeitet die Geschichte ihre Zwecke durch, und „die Partei“ ist reine ratio, die die Geschichte vollstreckt. Diese Verfälschung des Marxismus diente insbesondere dazu, die klassenmäßigen Interessen der ihre Machtpositionen und Pfründe verteidigenden Revisionisten zu vertuschen. Der Marxismus wurde

in eine Rechtfertigungsreligion der Machthaber umgefälscht. „Die Partei“ und damit faktisch die Handvoll Menschen an der Spitze der revisionistischen Partei nahmen als irdische Stellvertreter des angeblichen Subjekts Geschichte faktisch den Unfehlbarkeitsanspruch des Papstes für sich in Anspruch; sie legten den „Marxismus-Leninismus“ und damit die der Geschichte angeblich innewohnenden Zwecke angeblich authentisch aus.

Brecht sagte einmal sehr scharfsinnig, er habe den Eindruck, manche Genossen wollten den Kommunismus nur deshalb errichten, „um den dialektischen Materialismus durchzusetzen“. Solchen Leuten geht es also um ein abstraktes, logisches Prinzip der Geschichte, und nicht etwa um den Menschen. Dies aber steht dem Marxismus diametral entgegen, wie wir schon in Kapitel V auf Seite 144 sagten: Marxisten kämpfen **gerade deshalb** für den Kommunismus, weil er die materiellen Bedingungen für „*die menschliche Kraftentwicklung*“ gewährleistet, „*die sich als Selbstzweck gilt*“. (vgl. Marx, Kapital III, MEW 25, S. 828) Für Marxisten hat der Mensch keine andere Bedeutung „*als die, daß er Mensch ist*“. (vgl. Engels, Heilige Familie, MEW 2, S. 98) Dieses Menschsein ist aber Subjektivität, und durch diese Subjektivität, durch sein Subjekt-Sein, unterscheidet sich der Mensch ja gerade von der unbelebten Materie, die ohne Bewußtsein der inneren Logik ihrer Entwicklungsgesetze folgt. Subjekt-Sein beinhaltet subjektive Interessen, Ziele, Emotionen, Gefühle, Leidenschaften usw. Wird all das Subjektive am Altare einer angeblich reinen, emotionslosen Rationalität geopfert, so wird ein solcher Materialismus objektivistisch und damit menschenfeindlich. Er wird insbesondere deshalb menschenfeindlich, weil „übersehen“ wird, daß die Tätigkeit der Menschen die vorgefundenen Umstände **verändert**. Der Mensch nimmt aber die Umstände nicht hin, sondern verändert sie, weil er (subjektiv!) mit ihnen unzufrieden ist.

„*Der Materialismus wird menschenfeindlich*“, das sagte Marx über Hobbess´ Rationalismus. (MEW 2, S. 136; vgl. Kapitel V, S. 25) Freilich hatte Hobbess´ Rationalismus eine gewisse historische Berechtigung: Der Empirismus Bacons hat-

te die sinnliche Wahrnehmung verabsolutiert, und in der Gegenbewegung des Pendels kam Hobbes zur Verabsolutierung der rationalen Erkenntnis, bevor der Materialismus es nach und nach erlernte, **beidem** den richtigen Stellenwert zuzumessen. Der Objektivismus der Revisionisten an der Macht aber war Ausdruck einer verfaulenden Gesellschaftsordnung: Die schöpferische Subjektivität der werktätigen Massen fürchteten die Revisionisten. Sie wollten alles dirigieren, alles in der Hand haben, nichts sollte ihnen aus dem Ruder laufen - und so konstruierten sie ein Subjekt Geschichte, dessen Gralshüter sie selbst waren, und dabei wurde letztlich geleugnet, daß **die Menschen die Umstände machen**, und zwar nicht nur einige wenige Menschen im Politbüro, sondern die Masse der Menschen.

Damit haben wir in Abgrenzung zum **Objektivismus** geklärt, in welchem Sinne die Menschen die Umstände machen. Genauso wichtig ist es aber, in Abgrenzung zum **Subjektivismus** klarzustellen, in welchem Sinne die Menschen die Umstände **nicht** machen:

Die Menschen machen „ebenso“ die Umstände, wie die Menschen die Umstände machen: Das „ebenso“ darf nicht den Blick auf das verstellen, worum es Marx und Engels in der *Deutschen Ideologie* gerade geht, daß nämlich die vorgefundenen Umstände, das gegebene Ensemble, den Rahmen determinieren, innerhalb dessen eine die Umstände ihrerseits verändernde Tätigkeit möglich ist. Die Menschen machen zwar die Geschichte selbst, sie selbst sind die Akteure, jedoch: Diese Menschen entstehen in den und durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, „*deren Geschöpf*“ der einzelne „*sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag*“, wie Marx im Vorwort zum 1. Band des *Kapitals* (MEW 23, S. 16) sagt. Deshalb spricht Marx in diesem Zusammenhang auch davon, daß sein Standpunkt „*die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt*“. - Das „ebensosehr“ im angeführten Zitat darf also nicht im subjektivistischen Sinne verfälscht werden, darf nicht so aufgefaßt werden, als gäbe es einen „freien Willen“, der über dem objekti-

ven Ensemble thront, von diesem unabhängig ist. Ein solcher subjektiver Idealismus ist mit dem Marxismus ebenso unvereinbar wie eine teleologische Vorstellung von einem „objektiven Zweck“, der der Weltgeschichte innewohne. Die menschenfeindliche, objektivistische Verfälschung des Marxismus gab gerade einer solchen subjektivistischen Verfälschung Nahrung und Auftrieb: Scheinbar wurde der Mensch hier wieder in seine Rolle als Gestalter der Verhältnisse eingesetzt. Die Subjektivisten „vergaßen“ dabei, daß der Mensch keineswegs tun kann, was er will, daß das Subjekt nur in dem Maße frei ist und sich seine Welt gestalten kann, wie es die objektiven Gesetze erkennt und anwendet. - Auf die unheilvolle Pendelbewegung zwischen Objektivismus und Subjektivismus werden wir noch zurückkommen.



Nachdem Marx und Engels die ökonomischen Verhältnisse als Basis des Ensembles gründlich studiert hatten, konnten sie die betreffenden Zusammenhänge noch präziser formulieren als in der *Deutschen Ideologie*. Klassisch sind folgende Ausführungen Marx' im Vorwort zur *Kritik der Politischen Ökonomie* (1859):

*„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise (mit „Produktionsweise“ wird die Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bezeichnet, d. Verf.) des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer*

gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind. In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive (fortgeschrittene, d.h. über die Urgesellschaft hinaus entwickelte, d. Verf.) Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden. (Die asiatische Produktionsweise, die in den bisherigen Ka-

piteln nicht dargestellt wurde, werden wir im nächsten Einschub ab S. 48 skizzieren, d. Verf.) *Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinn von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervordachsenden Antagonismus, aber die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab.“*

(Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort. MEW 13, S. 8 f.; oder AW II, S. 503 f.)

### Erläuterungen:

- „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ Dieses „nicht“ darf nicht undialektisch aufgefaßt werden, darf nämlich nicht in dem Sinne aufgefaßt werden, daß etwa **jegliche** Determination des Seins durch das Bewußtsein **ausgeschlossen** wäre. Gerade Marx betont an anderer Stelle, daß das Produkt menschlicher Tätigkeit zuerst im Kopf ideell vorhanden sein muß, bevor es materiell entstehen kann, siehe dazu weiter unten. Hier geht es darum, daß der Mensch sich sein Bewußtsein nicht willkürlich aussuchen kann, sondern daß dieses Bewußtsein, so entscheidend es für die Tätigkeit des Menschen sein mag, selbst durch die Tätigkeit des Menschen determiniert ist, eine Tätigkeit, die wiederum durch ganz bestimmte Verhältnisse des Menschen zur Natur sowie zu den anderen Menschen determiniert ist.

Im Interesse der Begriffsklarheit sei angemerkt, daß wir es hier, bei der Betrachtung der Gesellschaft, mit einem **speziellen** Seins-Begriff zu tun haben. Für den marxistischen dialektischen Materialismus fällt der Seins-Begriff grundsätzlich mit

dem Begriff der Materie zusammen. Damit wird alles erfaßt, was objektiv existiert. Dem wird das Bewußtsein erkenntnistheoretisch gegenübergestellt, wobei das Bewußtsein seinerseits freilich nur ein - wenn auch das höchste - Produkt der Materie und damit in gewisser Weise selbst materiell ist. Hier aber, wo wir die menschliche Gesellschaft betrachten, bezeichnet der Begriff Sein nicht die Materie als solche, sondern die gesellschaftliche Tätigkeit der menschlichen Subjekte. Diese Tätigkeit ist materiell, und dieser materiellen Tätigkeit kann das Bewußtsein dieser Subjekte wiederum erkenntnistheoretisch gegenübergestellt werden. Der Seins-Begriff des historischen Materialismus ist somit ein Spezialfall des allgemeinen Seins-Begriffs des dialektischen Materialismus.

- Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen: Es handelt sich um das allgemeine **ökonomische Entwicklungsgesetz der menschlichen Gesellschaft**, welches Marx hier benennt. „(...) daß eine in den Produktivkräften der Menschen eingetretene Veränderung notwendigerweise eine Veränderung in ihren Produktionsverhältnissen herbeiführt (...)“ (Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4, S. 140; oder AW I, S. 299) Beispiele dafür haben wir in den Kapiteln, die den Geschichtsverlauf behandeln, mehrfach gesehen. Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der Urgesellschaft, die schließlich zur Produktion eines Mehrprodukts und damit zur Klassengesellschaft führt. In der Sklavenhaltergesellschaft führt die Entwicklung der Produktivkräfte dazu, daß die Arbeit von an ihrer Tätigkeit ökonomisch nicht interessierten Sklaven in immer schärferen Widerspruch zu diesen Produktivkräften tritt, im Hegelschen Sinne immer „unwirklicher“ wird. (vgl. Kapitel V, S. 96 ff.) Und: Die Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der Feudalgesellschaft ist in letzter Analyse die Triebkraft der bürgerlichen Revolution.
- „Man kann eine Umwälzungsepoche nicht aus ihrem Bewußtsein beurteilen.“ Beispiele: Man begreift die französische Revolution nicht, wenn man den Jakobinern abnimmt, was sie selbst glaubten, daß sie nämlich die römi-

sche Republik verwirklichen würden. Man kann die bürgerliche Revolution in England nicht begreifen, wenn man sie vom Standpunkt der Lehren des Calvinismus betrachtet, an die Cromwell glaubte. Man kann umgekehrt die Ideologien der Jakobiner und Cromwells begreifen, wenn man den realen sozialökonomischen Inhalt des jeweiligen revolutionären Geschehens begreift.

- *„Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist.“* Dieser Satz wurde von verschiedenen Pseudo-Marxisten gegen die sozialistische Revolution in Rußland und überhaupt in industriell wenig entwickelten Ländern angeführt. Freilich, ohne Proletariat ist eine sozialistische Revolution nicht möglich, wohl aber unter bestimmten Verhältnissen mit einem zahlenmäßig relativ kleinen Proletariat. (Marx: Wenn die materiellen Bedingungen ihrer Lösung *„im Prozeß ihres Werdens begriffen sind“*.) - Derartige Pseudo-Marxisten „vergessen“ unter anderem, daß heute der Imperialismus den klassischen bürgerlichen Entwicklungsweg der Produktivkräfte in einem unterentwickelten Land weitgehend ausschließt, da er die Produktivkräfte in von ihm beherrschten unterentwickelten Ländern tendenziell ruiniert. - Ganz abgesehen von der Frage des Imperialismus hat Marx zu seiner Zeit auf die Frage, ob Rußland unbedingt den entwickelten Kapitalismus durchlaufen müsse, mit höchst differenzierten Überlegungen geantwortet und sich letztlich nicht festgelegt. (vgl. Brief und Briefentwürfe an Vera Sassulitsch, MEW 19, S. 242 f. und 384 ff.)
- Mit der bürgerlichen Gesellschaftsformation *„schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab“*: Es ist die letzte Gesellschaftsformation, die in Klassen gespalten ist, die letzte Gesellschaftsformation, in der die Menschen von blind wirkenden ökonomischen Gesetzen beherrscht werden. In der darauf folgenden kommunistischen Gesellschaft herrschen zwar auch ökonomische

Gesetze, aber die vereinten Produzenten vermögen es nun, in Kenntnis und unter Anwendung dieser Gesetze die gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt zu regeln. Damit **beginnt** in gewisser Weise die **eigentliche Geschichte der Menschheit**, einer Menschheit, die erstmals ihr Geschick in die eigenen Hände nehmen kann. So gesehen haben wir es heute erst mit der **Vorgeschichte** zu tun; der Prozeß der Herauentwicklung aus dem Tierreich ist noch nicht vollends abgeschlossen.

- Was nun die **Ideen** betrifft, die von dieser oder jener ökonomischen Basis hervorgebracht werden, so bietet das Begreifen der betreffenden ökonomischen Basis erst den Schlüssel zum Begreifen dieser Ideen. Nehmen wir z.B. die Religion. Atheisten vor Marx führten die Existenz der Religion mitunter auf Betrug seitens der Religionsstifter, der Priester usw. zurück. Der Marxismus steht weit über derart naiven Erklärungsversuchen. Er deckt die **materiellen** Wurzeln der Religion auf, und zwar die spezifischen materiellen Wurzeln einer spezifischen Religion. Z.B. religiöses Trostbedürfnis (Religion als Opium des Volkes), oder Calvinismus als psychische Akkumulationsquelle des Kapitals. Vgl. z.B. Entstehung und Wandlung des Christentums, Kapitel I, S. 37 ff. Die phantastischen Gestalten der Religion (z.B. Gottheiten) sind niemals einfach „Blödsinn“ oder „Betrug“, sondern stets phantastische Widerspiegelung des gesellschaftlichen Seins der betreffenden Menschen. - Andererseits: Sind derartige Phantasiegebilde erst einmal vorhanden, so liegt es im Interesse von bestimmten Klassen, sie für ihre Zwecke zu nutzen, sie auszubauen und zu pflegen.

Was soeben über die Religion gesagt wurde, gilt entsprechend für **jegliche** Ideologie. So z.B. auch für den verfälschten „Marxismus-Leninismus“ als Herrschaftsideologie der Revisionisten an der Macht. Naiv wäre die Vorstellung einer „finsternen Verschwörung von Revisionisten, die vereinbaren, wie sie den Marxismus-Leninismus verfälschen“. Viel-

mehr entstehen die verschiedenen Schattierungen von Verfälschungen des Marxismus entsprechend den Interessen dieser oder jener Teile der privilegierten Schichten im Sozialismus bzw. der herrschenden neuen Klasse im Revisionismus, die sich aus diesen Schichten entwickelt haben. Revisionistische Ideen entstanden als Widerspiegelung bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse und bestimmter Interessen. Manche hatten ein Interesse, vor allem den Staat zu idealisieren und zu heroisieren, andere die Partei, wieder andere verklärten noch existierende Ware-Geld-Verhältnisse wie z.B. den einzelbetrieblichen Gewinn. - Heute gibt es verschiedene revisionistische Theoretiker (z.B. Hans Heinz Holz von der DKP), die den „Beginn des Revisionismus mit dem 20. Parteitag der KPdSU“ beklagen und diesen von ihnen beklagten Revisionismus mit einem „Zurückweichen vor dem Klassenfeind“ usw. beschreiben. Damit vertuschen sie, daß die betreffenden Revisionisten an der Macht **ihre eigenen Klasseninteressen verfolgt** haben und nicht etwa „schwankende Elemente“ waren, die „vor dem Klassenfeind zurückwichen“. Marx: „Die ‚Idee‘ blamierte sich immer, soweit sie von dem ‚Interesse‘ unterschieden war.“ (Marx, Die Heilige Familie, MEW 2, S. 85) Das bedeutet: Ideen, die nicht mit Interessen verbunden sind, werden **nicht** zur materiellen Gewalt. Und daraus folgt: Eine Denkweise, die ein bestimmtes Handeln einseitig auf (richtige oder falsche) Ideen zurückführt und davon abstrahiert, daß dieses Handeln **Interessen folgt**, eine solche Denkweise ist mit dem Materialismus unvereinbar. Häufig dient eine solche idealistische Denkweise dazu, **von Klasseninteressen abzulenken**, unabhängig davon, ob dieser Zweck und die ihm zugrundeliegende Interessenlage dem jeweils denkenden Subjekt **bewußt** ist oder nicht.

Wir sagten oben, daß die psychische Ausrichtung der Persönlichkeiten durch objektive gesellschaftliche Verhältnisse determiniert ist, und das bezieht sich eben auch auf die **Ideen** der einzelnen Individuen. Das bezieht sich auch auf das **Überwinden überlebter Ideen**: Geraten die Produktivkräfte in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen,

so geht diese objektive Entwicklung damit einher, daß die Ideen, die den alten Produktionsverhältnissen entsprechen, nach und nach überwunden werden können, daß die Bedingungen für das Überwinden dieser Ideen nach und nach günstiger werden. Als Beispiel für eine solche, sich nach und nach überlebende Idee kann die Auffassung angeführt werden, es sei gut für die Arbeiter, wenn die Kapitalisten hohe Profite machen, da es nur dann auch den Arbeitern gut gehen könne. Die objektive Entwicklung führt dazu, daß die Bedingungen für das Überwinden dieser Idee immer besser werden.

Besondere Lebensläufe einzelner Individuen, besondere Kombinationen unmittelbarer und mittelbarer gesellschaftlicher Erfahrungen, führen dazu, daß sich einzelne revolutionäre Persönlichkeiten herausbilden, **bevor** die Masse revolutionär wird. Im Extremfall können sich auf diese Weise Persönlichkeiten herausbilden, die Ideen entwickeln, welche ihrer Zeit um Jahrhunderte voraus sind. Beispielsweise entwickelte Thomas Münzer Ideen, die zum damaligen Zeitpunkt utopisch waren und noch nicht verwirklicht werden konnten, die die Geschichte aber sehr viel später auf die Tagesordnung setzte. - Heute, wo der Sturz des Kapitalismus vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte her objektiv auf der Tagesordnung steht, können nicht alle Individuen die Notwendigkeit dieses Sturzes gleichzeitig begreifen. Und zwar nicht nur deshalb, weil das Klasseninteresse mancher darauf gerichtet ist, diese Verhältnisse zu bewahren: Auch innerhalb der Arbeiterklasse können nicht alle zum gleichen Zeitpunkt die gleiche politische Klarheit herausbilden, da die individuellen Erfahrungen eben sehr unterschiedlich sind. Daraus folgt vor allem zweierlei:

Erstens: Man muß diejenigen kommunistisch organisieren, die bereits die Erkenntnis vom notwendigen Sturz der kapitalistischen Ordnung gewonnen haben und für diesen Sturz kämpfen wollen, unabhängig davon, wie viele das zu einem gegebenen Zeitpunkt sind. Zweitens: Die Politik unter den breiten Massen darf sich nicht auf das Propagieren kommunistischer Ideen beschränken. Vor allem muß die Politik

darauf gerichtet sein, daß möglichst viele Menschen aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen, aufgrund ihres eigenen Handelns erkennen, daß ihre Interessen denen des Kapitals diametral entgegenstehen.

## **Einschub**

### **Zur asiatischen Produktionsweise**

Im Marx-Zitat auf S. 41 wird die asiatische Produktionsweise erwähnt. Wir wollen hier skizzieren, was es damit auf sich hat. Wem diese Frage zu speziell ist, der kann diesen Einschub auslassen, ohne den Gesamtzusammenhang aus den Augen zu verlieren. Die Lektüre wird dennoch empfohlen, denn wir hoffen, daß sie dazu beitragen kann, ein schematisches, falsches Verständnis der marxistischen Geschichtsauffassung zu vermeiden.

Die asiatische Produktionsweise entwickelte sich unter klimatischen Gegebenheiten, unter denen Landwirtschaft nur auf Grundlage großangelegter Bewässerungsanlagen möglich war, die wiederum nur vom Staat verwaltet werden konnten.

*Marx: „Seit undenklichen Zeiten gab es in Asien nur drei Regierungsdepartements: das der Finanzen oder für die Ausplünderung des eigenen Volkes; das des Krieges oder für die Ausplünderung anderer Völker; und schließlich das der öffentlichen Arbeiten. Klimatische und territoriale Verhältnisse, besonders die weiten Wüstenstriche, die sich von der Sahara quer durch Arabien, Persien, Indien und die Tatarei (Tatarei hieß im 19. Jhdt. das Territorium Mittelasiens und ein Teil Turkestans, d. Verf.) bis an das höchste asiatische Hochland ziehen, bedingten künstliche Berieselung durch Kanäle und Wasserwerke, die Grundlage der orientalischen Landwirtschaft. (Unter Orient wurde damals alles Gebiet östlich Europas verstanden, d. Verf.) Wie in Ägypten und Indien, werden Überschwemmungen auch in Mesopotamien, Persien und anderen Ländern nutzbar gemacht, um die Fruchtbarkeit des Bodens zu steigern; hoher Wasserstand wird zur Speisung von Bewässerungskanälen ausgenutzt.*

Die unbedingte Notwendigkeit einer sparsamen und gemeinschaftlichen Verwendung des Wassers, die im Okzident (Abendland, also Europa, d. Verf.), z.B. in Flandern und Italien, zu freiwilligem Zusammenschluß privater Unternehmen führte, machte im Orient, wo die Zivilisation zu niedrig und die territoriale Ausdehnung zu groß war, um freiwillige Assoziationen (Vereinigungen, d. Verf.) ins Leben zu rufen, das Eingreifen einer zentralisierenden Staatsgewalt erforderlich. Hierdurch wurde allen **asiatischen Regierungen eine ökonomische Funktion zugewiesen**, die Funktion, für öffentliche Arbeiten zu sorgen. Diese künstliche Fruchtbarmachung des Bodens, die vom Eingreifen einer Zentralregierung abhängt und sofort in Verfall gerät, wenn diese Regierung Bewässerung und Dränierung vernachlässigt, erklärt die sonst verwunderliche Tatsache, daß wir heute ganz große Gebiete wüst und öde finden, die einstmals glänzend kultiviert waren (...); sie erklärt auch, wie ein einziger Verwüstungskrieg imstande war, ein Land auf Jahrhunderte zu entvölkern und es seiner ganzen Zivilisation zu berauben.“

(Marx, Die britische Herrschaft in Indien, MEW 9, S. 129, Hervorhebung v. Verf.)

Die ökonomische Funktion des Staates behinderte die Entwicklung des Privateigentums, insbesondere des Privateigentums an Grund und Boden.

Engels: „Die Abwesenheit des Grundeigentums ist in der Tat der Schlüssel zum ganzen Orient. Darin liegt die politische und religiöse Geschichte. Aber woher kommt es, daß die Orientalen nicht zum Grundeigentum kommen, nicht einmal zum feudalen? Ich glaube, es liegt hauptsächlich im Klima, verbunden mit den Bodenverhältnissen, speziell mit den großen Wüstenstrichen, die sich von der Sahara quer durch Arabien, Persien, Indien und die Tatarei bis ans höchste asiatische Hochland durchziehen. Die künstliche Bewässerung ist hier erste Bedingung des Ackerbaus, und diese ist Sache entweder der Kommunen, Provinzen oder der Zentralregierung. (...) **Die freie Konkurrenz blamiert sich dort vollständig.**“

(Engels, Brief an Marx, MEW 28, S. 259, Hervorhebung v. Verf.; diese Briefstelle wurde von Marx im zuvor angeführten Zitat verarbeitet)

Das Privateigentum hatte hier die Gentilgemeinschaft (Sippengemeinschaft, vgl. Kapitel I, S. 18) der Urgesellschaft noch nicht zersetzt, als der Staat entstand. Der Staat ging also direkt aus der Gentilgemeinschaft hervor. Diese Form der Staatsbildung unterscheidet sich somit grundlegend von der in Westeuropa, wo der Staat entstand, als das Privateigentum und der Warenaustausch die Gentilgemeinschaft bereits untergraben hatten. (vgl. beispielsweise die Entstehung des Staates in Athen, Kapitel I, S. 30 ff.)

Die asiatische Staatsbildung geht also mit der Bewahrung bestimmter Elemente der Urgesellschaft einher. Allerdings wäre es völlig verfehlt, wollte man die betreffenden Gemeinwesen deshalb mit einer idyllischen Brille betrachten. Der gesellschaftliche Zustand wurde wesentlich dadurch geprägt, daß sich einerseits ein mitunter recht starker und zentralistischer Staat herausbildete und andererseits die - wenn auch aus heutiger Sicht bürgerlich beschränkte - Emanzipation des Individuums fehlte, die in Europa von der sich entwickelnden Warenproduktion ausging. (vgl. zu letzterem Kapitel I, S. 20 - 23 und 26 - 28) Die vom staatlichen Element ausgehenden Herrschaftsverhältnisse bzw. hierarchischen Strukturen bestimmten daher das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse in außerordentlich starkem Maße; der größte Teil der Bevölkerung war zu einem mehr oder minder dumpfen Dahinvegetieren verurteilt.

So schrieb Marx über die indischen Gemeinwesen:

*„(...) daß diese idyllischen Dorfgemeinschaften, so harmlos sie auch aussehen mögen, seit jeher die feste Grundlage des orientalischen (hier im Sinne von asiatischen, d. Verf.) Despotismus gebildet haben, daß sie den menschlichen Geist auf den denkbar engsten Gesichtskreis beschränkten, ihn zum gefügigen Werkzeug des Aberglaubens, zum unterwürfigen Sklaven traditioneller Regeln machten und ihn jeglicher Größe und geschichtlicher Energien be-*

*raubten. Wir dürfen nicht die barbarische Selbstsucht vergessen, die, an einem elenden Stückchen Land klebend, ruhig dem Untergang ganzer Reiche, der Verübung unsäglichter Grausamkeiten, der Niedermetzelung der Einwohnerschaft großer Städte zusah, ohne sich darüber mehr Gedanken zu machen als über Naturereignisse, dabei selbst jedem Angreifer, der sie auch nur eines Blickes zu würdigen geruhte, hilflos als Beute preisgegeben. Wir dürfen nicht vergessen, daß dieses menschenunwürdige, stagnierende Dahinvegetieren, diese passive Art zu leben, auf der andern Seite ihre Ergänzung fanden in der Beschwörung wilder, zielloser, hemmungsloser Kräfte der Zerstörung, und in Hindustan selbst aus dem Mord einen religiösen Ritus machten. Wir dürfen nicht vergessen, daß diese kleinen Gemeinwesen durch Kastenunterschiede und Sklaverei befleckt waren, daß sie den Menschen unter das Joch äußerer Umstände zwangen, statt den Menschen zum Beherrscher der Umstände zu erheben, daß sie einen sich naturwüchsig entwickelnden Gesellschaftszustand in ein unveränderliches, naturgegebenes Schicksal transformierten und so zu jener tierisch rohen Naturanbetung gelangten, deren Entartung zum Ausdruck kam in der Tatsache, daß der Mensch, der Beherrscher der Natur, vor Hanuman, dem Affen, und Sabbala, der Kuh, anächtig in die Knie sank.“* (Marx, Die britische Herrschaft in Indien, MEW 9, S. 132 f.) Die betreffenden religiösen Anschauungen haben noch heute verheerende Wirkungen, und zwar auch in städtischen Gebieten Indiens. So meldeten kürzlich die Zeitungen, daß in Delhi Affen in Wohnungen eindringen, sich aus Kühlschränken bedienen und Menschen beißen - sie dürfen nicht verletzt werden, weil sie „heilig“ sind!

In der asiatischen Produktionsweise ging von dem das Wirtschaftsleben in hohem Maße regulierenden Staat mit seinem hierarchischen Beamtenapparat eine die bestehenden Verhältnisse konservierende, entwicklungsfeindliche Wirkung aus. Insbesondere behinderte die zentralistische Staatsmacht nachhaltig die Entwicklung selbständiger

Warenproduzenten. Wir führen im folgenden ein längeres Zitat Schröders an, in welchem dieser die betreffenden gesellschaftlichen Verhältnisse in China darstellt und dem europäischen Feudalismus gegenüberstellt:

*„Staat und Gesellschaft in China waren wesentlich durch die Beamtenschaft, die Mandarine, geprägt. Mit Hilfe eines Prüfungssystems gelang es dem Kaisertum, sich unabhängig von einer rivalisierenden Aristokratie einen funktionierenden Herrschaftsapparat aufzubauen.*

*Wer in die Dienste des Kaisers treten wollte, mußte sich einer Prüfung unterziehen, deren Bestandteil u.a. die Kenntnis des konfuzianischen Systems war. Um die Prüfung erfolgreich zu bestehen, war eine umfassende und langjährige Vorbereitung unabdingbar. Diese Vorbereitung erforderte einen erheblichen finanziellen Aufwand, der von der Familie des Prüflings erbracht werden mußte. Gelang es, die Prüfung erfolgreich zu absolvieren und in die Reihen der Beamtenschaft aufzurücken, wurde zum einen das Ansehen der gesamten Familie gehoben. Wesentlicher noch war jedoch die Tatsache, daß der Beamte in kaiserlichem Dienste ein Vermögen erwerben konnte. Dieses Vermögen ersetzte der Familie die Auslagen für die Ausbildung des Prüflings und vermehrte u.U. darüber hinaus das Familienvermögen.*

*Das chinesische Prüfungssystem gewährleistete die Stabilität des Zentralstaats. Die feudale Zersplitterung des europäischen Raumes konnte auf diese Weise vermieden werden. Gleichzeitig widerstand das Prüfungssystem aber jeder Veränderung. Die Beamtenschaft verhinderte aktiv das Aufkommen einer unabhängigen Handelsbourgeoisie, die ihre gesellschaftliche Monopolstellung bedroht hätte. So wurde im 15. Jahrhundert durch ein einfaches kaiserliches Edikt der florierende chinesische Überseehandel verboten. China isolierte sich vom Rest der Welt. Weite Teile des sonstigen Handels wurden zum Staatsmonopol gemacht. Gewinne aus dem Handel unterlagen einer hohen Besteuerung.*

*Die Kaufleute waren darauf verwiesen, ihre Kinder auf das Prüfungssystem zu orientieren. Sie wurden so Bestand-*

teil der chinesischen Organisation von Staat und Gesellschaft und entfaltetes niemals in diesem System Sprengkraft. Der Preis des chinesischen Zentralstaats war die Stagnation von Staat und Gesellschaft über einen Zeitraum von fast einem Jahrtausend hinweg.

Der hier als Beispiel geschilderte chinesische **Zentralstaat** erscheint als ein ungeheuer mächtiges Gebilde gegenüber den europäischen Staaten des 12. bis 15. Jahrhunderts. Die unübersehbare innere Schwäche des feudalen Staates, angelegt im Lehenssystem (zum feudalen Lehenssystem vgl. Kapitel II, S. 25 ff.), wurde aber die Grundlage der progressiven europäischen Entwicklung. Nur sie ermöglichte das Aufkommen der Städte, mit denen später das Königtum die Macht der feudalen Territorialherrscher brechen konnte. Die feudale Gesellschaftsordnung (...) ist das Geheimnis des europäischen Aufstiegs ab der Jahrtausendwende. Mit der Entwicklung der feudalen Gesellschaft, mit der Entstehung der bürgerlichen in ihrem Schoß - und nur in diesem Schoß konnte sie entstehen - begann der europäische Siegeszug über die Erde.“

(Schröder, Alfred, Asiatische, feudale oder kapitalistische Gesellschaft?, in: Karuscheit, Heiner/Schröder, Alfred, Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus. Aufsätze über die Klassenkräfte an den Wendepunkten der russisch-sowjetischen Geschichte, Verlag Theoretischer Kampf 1993, S. 390 f.; Hervorhebung von Schröder)

In asiatischen Städten wurde zwar mitunter schon sehr früh Handel getrieben, jedoch vorwiegend auf Rechnung des jeweiligen Despoten. Im Gegensatz zu den mittelalterlichen Städten entwickelte sich kein freies Bürgertum. „Nicht die Größe der Städte macht ihre Bedeutung für die europäische Entwicklung aus - hier waren die Metropolen Asiens und der islamischen Reiche immer deutlich größer als die bedeutendsten europäischen Städte des Mittelalters. Ihre einzigartige Stellung beruht auf der letztendlich durch die Form der agrarischen Produktion bedingten politischen Zersplitterung Europas. Sie ermöglichte es den Städten, zu einer ei-

genständigen, der agrarisch-feudalen Gesellschaft gegenüberstehenden Wirtschafts- und Rechtsform zu gelangen. Die mittelalterliche europäische Stadt ist insofern **Bestandteil der Feudalität**, als sie sich nur in diesem durch die Feudalität geprägten Raum entwickeln kann. **Sie steht im Gegensatz zu dieser feudalen Gesellschaft, weil sich in ihr die Kräfte und Mittel entwickeln, die zur Überwindung der feudalen Zersplitterung notwendig sind.**“ (Schröder, ebenda, S. 391, Hervorhebungen von Schröder)

Im Einzelfall kann die sozialökonomische Einordnung einer Gesellschaft sehr schwierig sein. Dies trifft z.B. auf Rußland zu, das - wie Lenin 1923 sagte - „an der Grenze steht zwischen den zivilisierten Ländern und den (...) Ländern des gesamten Ostens, den außereuropäischen Ländern (...).“ (LW 33, S. 463) Rußlands Gesellschaftsordnung (Kiewer Rus, etwa 880 bis 1169, sowie der später entstandene von Moskau beherrschte Staat) kann wohl weder als feudal noch als asiatisch bezeichnet werden. Letzteres vertritt jedenfalls Schröder in seinem Aufsatz *Asiatische, feudale oder kapitalistische Gesellschaft* mit unserer Meinung nach guten Argumenten. Dieser Aufsatz gibt übrigens für diejenigen, die sich mit dem Problemkreis „asiatische Produktionsweise“ und damit zusammenhängenden Fragen befassen wollen, einen guten Überblick, wobei wir die dort vertretenen Thesen hier nicht im einzelnen erörtern und beurteilen wollen.

Überhaupt muß man sich bei der sozialökonomischen Einordnung einer Gesellschaftsordnung vor jeglichem Schematismus hüten. Was die asiatische Produktionsweise betrifft, so konnten wir in diesem Einschub nur ganz grob ihre Grundmerkmale skizzieren. Damit ist aber nicht ohne weiteres gesagt, daß alle herkömmlichen Gesellschaftsformen in Asien hierunter erfaßt werden können, insbesondere kann das, was man als „asiatische Produktionsweise“ bezeichnet, recht unterschiedliche Formen annehmen. Andererseits finden sich bestimmte Elemente der „asiatischen Produktionsweise“ auch außerhalb Asiens, z.B. bei den indianischen

Kulturen des Inka-Reiches sowie der Azteken, die unter anderem auf Sklavenhaltung beruhten. Besonders beim Inka-Reich haben wir es mit einem überaus starken und zentralistischen Staat mit ausgeprägter Beamtenhierarchie zu tun, mit einem Staat, der in sehr starkem Maße ökonomische Funktionen ausübte. So wurden Handel und Handwerk völlig von der Inkabürokratie beherrscht; die Handwerker arbeiteten für den Staat bzw. für die religiösen Institutionen. Private Handwerker gab es nicht, und auch der Handel war staatliches Monopol; genauer: von einem Handel im eigentlichen Sinne kann nicht gesprochen werden. Wie in der asiatischen Produktionsweise stützte sich der Staat vielfach noch auf gesellschaftliche Institutionen der Gentilgemeinschaft. Die Bewässerung spielte bei alledem eine gewisse Rolle, aber andererseits vermutlich keine so bestimmende wie in der „eigentlichen“ asiatischen Produktionsweise. Bei den Azteken allerdings spielte die Wasserregulierung wohl eine ganz bedeutende Rolle. Dort nahm die göttliche Verehrung des Herrschers durchaus „orientalische“ Züge an. (Zur Gesellschaftsordnung des Inka-Reiches und der Azteken finden sich interessante Ausführungen sowie weitere Literaturhinweise in: Aufsätze zur Diskussion, Nr. 58, Dezember 1993: „Lateinamerikas Vergangenheit“)

Es würde hier den Rahmen sprengen, weiter in die Einzelheiten zu gehen. Uns geht es vor allem darum, einem schematischen Verständnis entgegenzuwirken, das von der irrigen Annahme ausgeht, eine Gesellschaftsformation sei bereits begriffen, wenn man sie einem der von Marx benannten Grundtypen zuordnet. Hier sollte auch beachtet werden, daß Marx im auf S. 41 angeführten Zitat, in welchem er zwischen asiatischen, antiken, feudalen und modern bürgerlichen Produktionsweisen unterscheidet, ausdrücklich darauf hinweist, daß damit nur „grobe Umrisse“ skizziert werden. Er bringt also deutlich zum Ausdruck, daß diese Aufzählung einen schematisierenden Charakter hat. Es gibt Gesellschaftssysteme, die **verschiedene** Elemente aus diesem Schema beinhalten. Beispielsweise weist Marx in

obigem Zitat über das indische Gemeinwesen darauf hin, daß hier Elemente der Sklaverei enthalten sind, welche wiederum mit dem für Indien charakteristischen Kastenwesen einhergehen. (S. 51) Der sozialökonomische Inhalt dieser Sklaverei ist durchaus ein anderer als der der Antike, als die griechische oder römische Sklaverei, und die Elemente der Sklaverei bei den Inkas oder Azteken sind wieder etwas anderes.

Allgemein ist festzuhalten: Jeglicher Geschichtsschematismus ist dem Marxschen Denken zutiefst fremd; eine marxistische Analyse muß konkret sein.



**Alle** gesellschaftlichen Verhältnisse basieren letztlich auf den Produktionsverhältnissen, auf denjenigen Verhältnissen nämlich, die die Menschen im Prozeß der Produktion eingehen. Der Marxismus ist also auch mit denjenigen Varianten der bürgerlichen sogenannten Sozialpsychologie völlig unvereinbar, die den „Einfluß des Arbeitslebens“ auf die menschliche Psyche „berücksichtigen“ wollen oder sogar einen „bestimmenden Einfluß“ anerkennen. Es geht hier nicht um eine „Berücksichtigung“ eines „Einflusses“, sondern um die dialektische Identität von objektivem Ensemble und subjektivem menschlichem Wesen. Es geht darum, daß **sämtliche** gesellschaftlichen Verhältnisse in den **Produktionsverhältnissen** wurzeln, daß die Produktionsverhältnisse somit die gesellschaftlichen Ideen sowie die Gerichtetheit der in einer Gesellschaft produzierten Persönlichkeiten determinieren.

Naiv ist hier beispielsweise der Einwand, ein wesentlicher Teil der Formung von Persönlichkeiten finde in den ersten Lebensjahren statt, Kleinkinder aber würden nicht produzieren. Wer nimmt denn in den ersten Lebensjahren (bewußt oder unbewußt) den entscheidenden Einfluß auf die Kinder? Die Eltern oder andere Beauftragte der Gesellschaft,

und sie nehmen - wie jeder andere auch - im Gefüge der gegebenen Produktionsverhältnisse einen bestimmten Platz ein. Selbstverständlich fungiert die Familie hier als Agentur der Gesellschaft. Wenn z.B. heute nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes 71 % der Kinder an psychosomatischen Erkrankungen leiden - vgl. *Frankfurter Rundschau* v. 17.9.1994 -, so ist dies sicher nicht durch irgendwelche geheimnisvollen Kräfte der „Tiefenpsychologie“ determiniert, sondern eben durch das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Naiv wäre auch der Einwand, Arbeitslose einerseits oder bürgerliche Schmarotzer andererseits würden nicht produzieren, ihre Persönlichkeitsentwicklung könne also von den Produktionsverhältnissen nicht determiniert werden. Es sind ja gerade die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die **beide** von der Arbeit fernhalten, wobei die ersten zugleich von den Genußmitteln abgeschnitten werden, während das Kapitalverhältnis (das entscheidende Produktionsverhältnis im Kapitalismus!) letzteren die Möglichkeit eines Schmarotzer-Daseins bietet. Hier wird die Persönlichkeit also gerade durch das **Fehlen** der Teilnahme an der Produktion bestimmt, und zwar durch die spezifischen Bedingungen dieses Fehlens, die eben beim Arbeitslosen völlig anders sind als beim bürgerlichen Schmarotzer. Und weiter: Beim Arbeitslosen können hieraus völlig unterschiedliche Persönlichkeitsstrukturen resultieren, die mit dem Spannungsfeld zwischen Resignieren und Kämpfen umschrieben werden können. Ein sehr bestimmender Faktor ist hier, ob er sich organisieren kann. - Übrigens zeigt die Tatsache, daß immer mehr Menschen durch Arbeitslosigkeit aus der Produktion ausgegliedert werden, daß also immer mehr Produktivkräfte vernichtet werden (der tätige Mensch ist Hauptproduktivkraft!), daß die bürgerlichen Produktionsverhältnisse für die bestehenden Produktivkräfte zu eng geworden sind, die Produktivkräfte hemmen. Dieser sich ständig verschärfende Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen führt gesetzmäßig zur Umwälzung der

Produktionsverhältnisse und damit zur Befreiung der Produktivkräfte, insbesondere zur Freisetzung der schöpferischen Kraft der arbeitenden Menschen.

Ein Irrtum wäre es z.B. auch, anzunehmen, die vielfältigen Formen der Unterdrückung von Frauen, die das Patriarchat hervorbringt, würden nicht in den Produktionsverhältnissen wurzeln, folglich sei die Befreiung der Frau losgelöst von der allgemeinen gesellschaftlichen Emanzipation möglich. Sieht man genauer hin, so ergibt sich, daß das Patriarchat von bestimmten Produktionsverhältnissen **hervorgebracht** und von **allen** Ausbeuterverhältnissen gesetzmäßig **reproduziert** wurde (wenn auch häufig unter Wechsel seiner Formen). Es kann nur dann restlos beseitigt werden, wenn Produktionsverhältnisse entstehen bzw. erkämpft werden, die frei von allen Klassenverhältnissen sind. **Das gesellschaftliche Verhältnis zwischen Mann und Frau ist zwar kein Klassenverhältnis, es ist aber von den Klassenverhältnissen determiniert:** Die Existenz einer Klassengesellschaft determiniert das Patriarchat. Die konkrete, historisch gegebene Form der Klassengesellschaft determiniert die Formen des Patriarchats. Die Beseitigung der Klassengesellschaft determiniert die Beseitigung des Patriarchats.

Diese Beispiele sollen verdeutlichen: Trifft man auf gesellschaftliche Verhältnisse, die dem Anschein nach nicht auf Produktionsverhältnissen basieren, so bedarf es lediglich einer tieferen Analyse, die ins Wesen der Dinge bzw. der jeweiligen Verhältnisse vordringt, um zeigen, daß dies doch der Fall ist.

Von diesem Punkt aus ist auch auf die bürgerliche Theorie zu antworten, die sogenannte Veranlagung eines Menschen sei in erster Linie genetisch bedingt. Diese Theorie wird noch heute fleißig gepredigt, vgl. z.B. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 24.1.96 „Durch das Milieu wird niemand klug“. Diese Theorie ist natürlich für die Vertreter der kapitalistischen Ausbeuterordnung höchst bequem: Wer oben sitzt, der ist eben von Natur aus klug, wer unten sitzt,

von Natur aus dumm, und beide haben ihr „Schicksal“ folglich verdient.

Dazu ist zu sagen: Zweifellos gibt es Anlagen des Menschen, die genetisch bedingt sind. So hat beispielsweise der eine eher naturwissenschaftliche, der andere eher künstlerische Begabungen, um ein beliebiges Beispiel zu wählen. Allerdings ist es völlig gleichgültig, welche speziellen Anlagen jemand hat, wenn er aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse keine Möglichkeit hat, diese Anlagen zu entwickeln. Und die kapitalistische Gesellschaft hält nun einmal die Masse der arbeitenden Menschen davon ab, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, weist ihnen einen engen Kreis von Tätigkeiten zu, die den Interessen der Kapitalverwertung entsprechen. Und danach sagt man, sie seien eben aufgrund ihrer genetischen Anlagen „zu Höherem nicht befähigt“. Die biologistische, den Stellenwert der Erbanlagen verabsolutierende Auffassung ist daher nichts anderes als speichelleckerische Rechtfertigung der bürgerlichen Klassengesellschaft.

## THESEN ZUM VERHÄLTNISS VON KLASSENWIDERSPRUCH UND SOZIAL BEDINGTEM GESCHLECHTERWIDERSPRUCH

Als ein Beispiel dafür, daß gesellschaftliche Verhältnisse, welche dem äußeren Anschein nach nicht auf Klassenverhältnissen basieren, letztlich doch auf ihnen beruhen, haben wir das Patriarchat angeführt. Wir werden diese Frage in diesem Abschnitt näher betrachten.

Der gesellschaftliche Unterschied zwischen Mann und Frau ist ein klassenmäßig determinierter Widerspruch. Er tritt mitunter, aber nicht immer, als klassenmäßiger Widerspruch in Erscheinung.

Klassenmäßige Unterschiede basieren auf unterschiedlicher Stellung zu den Produktionsmitteln. Jede neue Produktivkraft bringt eine neue Arbeitsteilung und damit in einer Klassengesellschaft neue klassenmäßige Unterschiede (nicht unbedingt neue Klassen!) hervor oder ebnet alte klassenmäßige Unterschiede ein, verändert jedenfalls in irgendeiner Weise das klassenmäßige Gefüge der Gesellschaft.

Der begrifflichen Klarheit halber sei hier folgendes gesagt: Wenn wir von klassenmäßigen Unterschieden sprechen, dann meinen wir damit nicht nur die Unterschiede zwischen den Hauptklassen, in der bürgerlichen Gesellschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Wir meinen damit **alle gesellschaftlichen** Unterschiede, die auf unterschiedlicher Stellung der Produzenten zu den Produktionsmitteln beruhen. So kann es innerhalb einer Klasse (z.B. innerhalb des Proletariats) **unterschiedliche Schichten** geben, unterschiedliche soziale Differenzierungen. Will man das **Wesen** einer bestimmten Klassenstruktur erfassen, so muß man zunächst die **Hauptklassen** ermitteln. Doch das allein reicht für ein konkretes Begreifen einer gegebenen Klassenstruktur und ihrer Entwicklung nicht aus: Man muß in einem weiteren Schritt sodann möglichst **alle** sozialen Differenzierungen möglichst allseitig erfassen.

Eine Fortentwicklung der Produktivkräfte im Rahmen des Kapitalismus kann z.B. innerhalb der Arbeiterklasse neue soziale Differenzierungen entstehen, aber auch alte verschwinden lassen. Im Sozialismus ist die kapitalistische Ausbeuterklasse als ökonomisch agierende Klasse nicht mehr vorhanden, doch aus der Arbeiterklasse an der Macht geht eine leitende Schicht hervor, innerhalb derer sich eigene klassenmäßige Interessen mehr oder minder stark herausentwickeln. Bei einer negativen Entwicklung der Gesellschaft kann aus dieser Schicht eine neue Ausbeuterklasse hervorgehen. Demgegenüber beinhaltet das Vorschreiten zum Kommunismus die Beseitigung **aller** sozialen Unterschiede, die auf unterschiedlicher Stellung zu den Produktionsmitteln beruhen, also **aller klassenmäßigen Unterschiede**.

Wir werden im folgenden sehen, wie und unter welchen Umständen der Geschlechterunterschied als **klassenmäßiger Unterschied in Erscheinung treten kann**, obwohl er selbstverständlich kein Unterschied zwischen zwei Klassen ist.

Die erste Arbeitsteilung in der Geschichte war die zwischen Mann und Frau in der Urgesellschaft. Grob schematisch kann die Entwicklung dieser Arbeitsteilung und die mit dieser Entwicklung einhergehende Veränderung der gesellschaftlichen Stellung von Mann und Frau wie folgt skizziert werden:

1. Periode: Der Mann ist Jäger, die Frau sammelt pflanzliche Nahrung. Diese Arbeitsteilung beruhte darauf, daß die Frau während der Schwangerschaft nicht jagen konnte. Es bestand Gleichheit in der gesellschaftlichen Stellung von Mann und Frau, und zwar deshalb, weil beide Tätigkeiten für die Sippe gleich wichtig waren.
2. Periode: Die Frau entwickelt den Ackerbau, der für die Sippe die wichtigere und verlässlichere Nahrungsquelle wird. Matriarchat.
3. Periode: Fortentwicklung der Produktivkräfte im Ackerbau (z.B. Pflug), die wiederum bedingt, daß die Frau während der Schwangerschaft diese Arbeiten schlecht erledigen kann. Der Ackerbau wird Sache des Mannes. Gleichzeitig entwickelt sich das Privateigentum. Das Zusammentreffen

dieser beiden Entwicklungslinien bringt an einem bestimmten Punkt gesetzmäßig das Patriarchat hervor.

Dieses Schema zeigt auch: Bereits **vor** dem Entstehen von Klassen entwickelten sich Unterschiede in der sozialen Stellung von Mann und Frau, die in der jeweiligen Form der Arbeitsteilung begründet waren.

In der 3. Periode der Urgesellschaft, die deren Zerfall einleitete, entstanden mit der Entwicklung des Privateigentums klassenmäßige Unterschiede zwischen arm und reich. Die reichen Privateigentümer brauchten das Patriarchat zur Durchsetzung des väterlichen Erbrechts. Da die Entwicklung des Patriarchats mit der Entwicklung des Privateigentums einherging, ist Patriarchat nicht einfach Matriarchat mit umgekehrten Vorzeichen. Im Matriarchat hatten Frauen zwar eine führende Rolle, dies bedeutete zumeist aber keine Knechtung des Mannes. Patriarchat hingegen bedeutet Knechtung der Frau - mit mitunter relativ langen Übergängen und in der weiteren Folge unter Wechsel der Formen.

Das Matriarchat war nur auf der Grundlage verhältnismäßig wenig entwickelter Produktivkräfte möglich. Die Beseitigung des Patriarchats wird nur dergestalt möglich sein, daß die Gesellschaft auf Grundlage hochentwickelter Produktivkräfte ihre Verhältnisse (und insbesondere die Arbeitsteilung, also die Produktionsverhältnisse als die Basis **aller** gesellschaftlichen Verhältnisse) bewußt einrichtet. Das ist vollständig nur möglich auf der Grundlage der Beseitigung aller klassenmäßigen Unterschiede. Eine solche Gesellschaft wird keine Veranlassung haben, der Frau aufgrund der biologischen Tatsache, daß sie die Kinder austrägt, irgendeine andere Stellung zu den Produktionsmitteln zuzuweisen als dem Mann. Daher fällt die Beseitigung der sozialen Unterschiede zwischen Mann und Frau mit der Beseitigung der klassenmäßigen Unterschiede zusammen. In gewisser Weise kann man sagen: Das erstere ist Teil des letzteren.

In einem hochentwickelten kapitalistischen Land wie Deutschland setzt der Entwicklungsstand der Produktivkräfte die Frage der Gleichstellung der Frau unmittelbar auf die Tagesordnung. Es gibt kaum noch qualifizierte Arbeiten, die

Frauen aufgrund ihrer anatomischen Anlagen nicht verrichten könnten. Viele Frauen verfügen über hochentwickelte Fähigkeiten und Fertigkeiten. Die Kapitalsvertreter wissen das und müssen in ihrem Streben nach Maximalprofit bestrebt sein, diese Fähigkeiten für die Kapitalverwertung zu nutzen. Aufgrund dieses Entwicklungsstandes der Produktivkräfte wird die Frage der Frauenemanzipation in vielen gesellschaftlichen Kreisen aufgeworfen, jedoch oft in bürgerlich bornierter Form. Die Bourgeoisie **kann** die Produktivkräfte nicht befreien, und das gilt auch und in besonderer Weise für die schöpferischen Kräfte und Anlagen der Frauen:

Im Kapitalismus ist der Geschlechterunterschied unmittelbar auch klassenmäßiger Unterschied. Nicht nur in dem Sinne, daß das Kapital an der Aufrechterhaltung des Patriarchats aus vielerlei Gründen interessiert ist, sondern auch in dem einfachen und empirischen Sinne, daß Frauen in der Stufenleiter der gesellschaftlichen Hierarchie um so weniger repräsentiert sind, je weiter man nach oben blickt. Dies beruht - neben anderen Gründen - auch darauf, daß die Arbeitskraft der Frau die schlechtere Ware ist, weil die Frau die Kinder austrägt und ihr auch die Aufzucht der Kinder sowie Arbeiten im Reproduktionsprozeß der Ware Arbeitskraft gesellschaftlich zugewiesen sind.

Es besteht also Identität von sozial bedingtem Geschlechterunterschied und Klassenunterschied, jedoch keine tautologische, sondern dialektische Identität. (Zum Unterschied von tautologischer und dialektischer Identität vgl. Kapitel V, S. 76 ff.) Natürlich gibt es auch Frauen in oberen Bereichen der gesellschaftlichen Hierarchie und gehören Frauen der herrschenden Klasse an (und zwar nicht nur in der Form des ehelichen Zubehörs zu Männern der herrschenden Klasse). Hier zeigt sich deutlich, daß die Identität von sozial bedingtem Geschlechterunterschied und Klassenunterschied Nicht-Identität einschließt, daß der sozial bedingte Unterschied zwischen den Geschlechtern in gewisser Weise eine Übersetzung oder Fortsetzung des Klassenunterschieds ist, aber nicht immer selbst als klassenmäßiger

Unterschied in Erscheinung tritt. Z.B. leiden auch Frauen, die der herrschenden Klasse angehören, an manchen Formen des Patriarchats, wenngleich viel weniger. Dies zeigt die komplizierte Verflochtenheit von Klassenwiderspruch und sozial bedingtem Geschlechterwiderspruch; das letztere kann nicht ausschließlich als Teil des ersteren begriffen werden. Ist z.B. eine Kapitalistin bzw. leitende Managerin gegenüber ihren männlichen Ausbeuter-Kollegen benachteiligt, so ist dies zwar kein klassenmäßiger Widerspruch, wohl aber ein klassenmäßig determinierter Widerspruch, nämlich Bestandteil eines Ensembles von Verhältnissen, Produkt einer bestimmten Klassenstruktur, welche gesetzmäßig das Patriarchat reproduziert.

Ebenso sind Widersprüche zwischen einer Arbeiterin und einem vom Patriarchat geprägten Arbeiter zwar in letzter Analyse klassenmäßig determiniert, aber keine Klassenwidersprüche. Hier ist der Kampf gegen den Ausbeuter insoweit primär, als der Kampf gegen die Ausbeuterklasse und deren Sturz auch wesentliche Voraussetzung für ein nachhaltiges Zurückdrängen des Patriarchats und seine schließliche Überwindung ist, doch kann der Kampf gegen einzelne Patriarchen innerhalb derselben Klasse für eine Frau mitunter existentiell wichtiger und somit primär sein. In solchen Situationen wäre es naiv oder zynisch, betroffene Frauen darauf zu verweisen, „theoretisch“ sei doch der „Klassenwiderspruch der primäre Widerspruch“. Vielmehr kommt es darauf an, solche Kämpfe, die nicht unmittelbar auf klassenmäßigen Widersprüchen beruhen, nicht minder konsequent zu führen, sie zu organisieren und sie zu einem Bestandteil des Stromes zu machen, der sich gegen das bestehende Ensemble richtet und damit sowohl gegen die Ausbeutung als auch gegen das Patriarchat. Wenn ein solcher Kampf das bestehende Ensemble wirksam untergräbt, spielt es keine Rolle, ob er auf unmittelbar klassenmäßigen oder „nur“ auf klassenmäßig determinierten Widersprüchen beruht.

Die Frauen werden ihre Befreiung nie erreichen können, wenn der Kampf für diese Befreiung losgelöst vom Kampf für die Beseitigung aller Klassenunterschiede geführt

wird. Umgekehrt ist der Kampf für die Beseitigung der gesellschaftlichen Unterschiede von Mann und Frau ein ganz wesentlicher Bestandteil des Kampfes für die Aufhebung aller Klassenunterschiede, doch er ist es nicht von selbst und unter allen Umständen. So kann uns z.B. der Kampf der Kapitalistin für gleichberechtigte Ausbeutung oder der Kampf der Managerin für gleichberechtigte Karriere nicht interessieren. Sehr wohl muß uns aber z.B. die Frage interessieren, ob eine leitende Angestellte (Managerin) sexuell belästigt wird, denn die sexuelle Belästigung der Managerin richtet sich gegen die Frau an sich und somit gegen alle Frauen, und der Kampf dagegen unterminiert das Ensemble als Ganzes, während der Kampf für gleichberechtigte Ausbeutung durch Frauen der herrschenden Klasse das Ensemble festigt oder zumindest unberührt läßt.

Der Kampf für die Beseitigung aller klassenmäßig bedingten Unterschiede kann letztlich nicht erfolgreich geführt werden, wenn er nicht (und zwar mit hohem Stellenwert!) die **besonderen** Interessen der Frau aufgreift (aber eben nicht ausnahmslos alle besonderen Interessen irgendwelcher Frauen, z.B. nicht das auf gleichberechtigte Ausbeutung seitens der Kapitalistin). **In einem solchen Sinne** ist es richtig, zu sagen, daß die Klassenfrage primär gegenüber der Befreiung der Frau ist. Doch wurde dieser Satz in der Vergangenheit oft falsch aufgefaßt, nämlich zum einen so, daß die Klassenfrage und die Frauenfrage **schematisch gegenübergestellt wurden**, anstatt den inneren Zusammenhang aufzudecken, zum andern so, daß die Frauenbefreiung als zweitrangig, als weniger wichtig angesehen wurde, und häufig auch so, daß sich die Frage der Befreiung der Frau nach der Lösung der Klassenfrage sozusagen automatisch, im Selbstlauf regeln würde und daß gesonderte Anstrengungen und Kämpfe gegen das Patriarchat zur Verbesserung der Lage der Frauen heute unnötig oder unmöglich oder gar reaktionär seien. Derartige Auffassungen stellen objektiv eine Apologie des Patriarchats bzw. eine Fortsetzung des Patriarchats innerhalb einer revolutionären Bewegung dar.

Die Klassenfrage ist zwar auch **in dem Sinne** primär gegenüber der Befreiung der Frau, als die Errichtung einer Arbeitermacht Voraussetzung für eine nachhaltige Verbesserung der Lage der Frau ist. Andererseits kann diese Arbeitermacht ihren Charakter nur behaupten, wenn sie dem Kampf für die Aufhebung aller klassenmäßigen Unterschiede dient, und der Kampf für vollständige Gleichstellung der Frau ist wie gesagt ein wesentlicher Bestandteil dieses Kampfes. Einen Automatismus gibt es hier nicht, weder bei der Lösung der Klassen- noch bei der Lösung der Geschlechterfrage. Vielmehr hängt die Frage, ob sich eine sozialistische Gesellschaft zum Kommunismus voran- oder zum Kapitalismus zurückentwickelt, vom Kräfteverhältnis zwischen den alten und den neuen sozialökonomischen Triebkräften ab.

Die Errichtung einer proletarischen Macht führt zwar dazu, daß bestimmte gesellschaftliche Unterschiede von Mann und Frau sehr rasch beseitigt werden können. Die vollständige Gleichstellung dauert aber längere Zeit und bedarf eines zähen Kampfes, erfolgt ebensowenig im Selbstlauf wie die Aufhebung der klassenmäßigen Unterschiede überhaupt. Dies ist nicht etwa nur ein „Hinterherhinken des Überbaus gegenüber der Basis“. Wenn z.B. Frauen im Sozialismus weniger in leitenden Positionen repräsentiert sind als Männer, so ist dies ein sehr materielles klassenmäßiges Verhältnis: Klassenmäßig nicht in dem Sinne, daß es sich etwa um zwei Klassen handeln würde, wohl aber in dem Sinne, daß es gesellschaftliche Unterschiede gibt, die auf unterschiedlicher Stellung zu den Produktionsmitteln beruhen. Der bloße Wunsch, das zu ändern, führt ebensowenig zu einer Änderung, wie heute der bloße Wunsch nach gleichmäßiger Repräsentierung von Männern und Frauen in Organisationen der kommunistischen und Arbeiterbewegung bzw. in den Leitungen dieser Organisationen zu dem gewünschten Zustand führt. Die Verhältnisse ändern sich nur, wenn die Menschen die Verhältnisse ändern, weil sie mit sich in diesen Verhältnissen unzufrieden sind. Die Mechanismen des Patriarchats wirken spontan, wenn auch zumeist in subtileren Formen, auch in fortschrittlichen Zusammenhängen

und Organisationen. Sie können inmitten eines Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse, welches das Patriarchat beinhaltet, immer nur teilweise innerhalb solcher Zusammenhänge zurückgedrängt werden, und zwar nur bewußt, in bewußtem Kampf gegen den Druck, den dieses Ensemble gesetzmäßig ausübt.

Auch in einer sozialistischen Gesellschaft gibt es noch eine spontane Wirkung patriarchalischer gesellschaftlicher Strukturen. Solange die Menschen sich und die Verhältnisse nicht vollständig (im Sinne der Beseitigung aller klassenmäßigen Unterschiede, aller gesellschaftlichen Verhältnisse, worauf sie beruhen, und aller Ideen, die aus diesen Verhältnissen entspringen) geändert haben, ist die Arbeitermacht gezwungen, sich verschiedener Formen der alten Gesellschaft als Krücken zu bedienen, v.a. Warenkategorien und Staatskategorien, wobei beiden Grenzen gesetzt werden müssen, weil die Bewegung zur Beseitigung der klassenmäßigen Unterschiede sonst zum Stillstand kommt. Sowohl die Warenkategorien als auch die Staatskategorien, die noch genutzt werden müssen, reproduzieren patriarchalische Verhältnisse: Die Warenkategorien, weil sie die Frau aufgrund ihrer biologischen Eigenschaft, Kinder auszutragen, benachteiligen. Die Staatskategorien, weil sie mit dem Reproduzieren von Machtverhältnissen und Hierarchien auch die dann noch bestehenden Reste der Machtausübung über Frauen reproduzieren. Allerdings ist der proletarische Staat, wie Lenin sagte, nur noch „Halbstaat“; derlei negative Wirkungen gehen von einer proletarischen Macht nur noch insoweit aus, soweit im klassischen Sinne staatliche Verhältnisse gewahrt und genutzt werden müssen. Die eigentlich kommunistische Triebkraft ist die zunehmende Selbsttätigkeit emanzipierter Individuen, die gesellschaftlich verantwortlich denken und handeln. In dem Maße, in dem solche Frauen und Männer sich herausentwickeln, werden beim Übergang zum Kommunismus auch die ökonomischen und psychischen Triebkräfte, die noch Reste des Patriarchats reproduzieren, zunehmend absterben.

## DER KLASSENCHARAKTER VON IDEEN

### DIE NOTWENDIGKEIT DES KLASSENKAMPFES

Wir haben gesehen, daß die Ideen von der jeweiligen ökonomischen Basis einer gegebenen Gesellschaft hervorgebracht werden. Daraus folgt jedoch keineswegs, daß Ideen in der Gesellschaft, in der geschichtlichen Entwicklung, keine oder nur eine passive Rolle spielen würden, daß sie etwa nur passiver Reflex einer unabhängig von ihnen vor sich gehenden ökonomischen Entwicklung wären. Sie spielen im Gegenteil eine höchst aktive Rolle. Alle Triebkräfte der Handlungen eines Menschen müssen „*durch seinen Kopf hindurchgehen, sich in Beweggründe seines Willens verwandeln (...), um ihn zum Handeln zu bringen (...)*.“ (Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 300; oder AW VI, S. 306) Die objektive Außenwelt spiegelt sich im Bewußtsein des Menschen wider. Diese Widerspiegelung ist **motivhaltig**, ist **von Interessen bestimmt**: Die **Triebkräfte** der Handlungen müssen durch den Kopf hindurchgehen und sich in Beweggründe des Willens verwandeln. Eben diese motivhaltige, von Interessen bestimmte Widerspiegelung ist Voraussetzung für die Tätigkeit des Menschen.

Schon deshalb ist die Widerspiegelung der Außenwelt keine photographische Wiedergabe. Das Abbild ist **dialektisch identisch** mit dem widergespiegelten Objekt, d.h. diese Identität enthält Nichtidentität. Im Prozeß der Widerspiegelung findet eine Brechung statt, analog der Brechung von Lichtstrahlen im Wasser. Die Art und Weise der Brechung im Bewußtsein des jeweiligen Subjekts ist ihrerseits **objektiv determiniert** (festgelegt, bestimmt): Sie hängt nämlich von der Stellung dieses Subjekts zum widergespiegelten Objekt ab.

Das zeigt sich schon am einfachen Beispiel der optischen Wahrnehmung. Ein beliebiger Gegenstand, z.B. ein

Haus, wird perspektivisch verzerrt widergespiegelt, je nach der Stellung des Betrachters. Das Haus erscheint auch einmal größer, einmal kleiner, je nach dem, ob der Betrachter näher dran steht oder weiter weg.

Weit komplizierter wird es im gesellschaftlichen Bereich, denn in der Klassengesellschaft hängen gesellschaftliche Anschauungen von klassenmäßigen Interessen ab. Und auch naturwissenschaftliche Anschauungen sind in der Klassengesellschaft meist von klassenmäßigen Interessen bestimmt. Als Beispiel kann das Vorgehen der katholischen Kirche gegen das heliozentrische Weltbild, wonach die Erde sich um die Sonne dreht und folglich nicht der Mittelpunkt der „Schöpfung“ ist, angeführt werden: Das Weltbild, wonach Sonne, Mond und Sterne sich um die Erde drehen, die Erde bzw. die Menschen folglich der Mittelpunkt von Gottes Schöpfung seien, diene den Interessen der Feudalherren im allgemeinen und der Kirche im besonderen.

Im Gegensatz zu obigem Beispiel der Betrachtung eines Hauses aus wechselnden Perspektiven hängt die Art und Weise der Brechung im Prozeß der Widerspiegelung im gesellschaftlichen Bereich nicht von der räumlichen Stellung des Betrachters zum Objekt, sondern von der klassenmäßigen Stellung des Betrachters zu den Produktionsmitteln ab. Allgemein gilt, daß die Stellung des Subjekts zum Objekt nicht interessenlos ist, daß das Handeln in Bezug auf das Objekt und die damit einhergehende Erkenntnis des Objekts vielmehr untrennbar mit den Motiven, Emotionen und Interessen des Subjekts verbunden sind, und in der Klassengesellschaft sind diese Motive, Emotionen und Interessen in der Regel klassenmäßig determiniert, sei es unmittelbar oder über eine Reihe von mitunter recht komplizierten Vermittlungen.

Den Ausgebeuteten kann die Ausbeuterordnung ungerecht erscheinen. (Kann! Die Sklaven waren erst ab einem bestimmten Fäulnisgrad der Sklavenhalterordnung in der Lage, diese moralisch in Frage zu stellen. Lohnarbeiter können den Kapitalismus bejahen, wenn sie z.B. vom Kapital durch bessere Löhne bestochen sind oder sich sonst mit Sur-

rogaten, mit Ersatzbefriedigungen materieller oder psychischer Art zufriedengeben, die die bestehende Ordnung ihnen bietet.) Den Ausbeutern erscheint die Ausbeuterordnung gerecht, moralisch, natürlich, während ihnen die Rebellion gegen diese Ordnung als zutiefst unmoralisch, als Verbrechen erscheint. Wollte man den Herrschenden die Moral der Ausgebeuteten und Unterdrückten predigen, so würde man in eine ähnliche Lage geraten wie Fourier, der Napoleon, Rothschild usw. seine Sprechzeiten mitteilte und vergeblich auf sie wartete. (vgl. Kapitel VI, S. 55)

Es kann keine über den Klassen stehende Moral, keine über den Klassen stehende Vernunft geben. Die Vorstellungen der bürgerlichen Aufklärung von einer allgemeinen Moral und Vernunft waren zwar im Kampf gegen den Adel fortschrittliche Illusionen, verkleistern aber den unlöslichen Klassenwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Sie sind heute reaktionär, stützen den Kapitalismus. Sie sind insbesondere geeignet, die Arbeiter und andere fortschrittliche Menschen vom Kampf abzuhalten, indem sie auf die „Vernunft“ und die „Moral“ der Herrschenden verträsten. Die Vernunft und die Moral der Herrschenden spiegeln deren Interessen wider und dienen der Durchsetzung dieser Interessen.

Zwar gibt es Beispiele, daß einzelne Menschen ihre Klasse verraten und sich der gegnerischen Klasse angeschlossen haben. So haben sich manche Angehörige der besitzenden Klasse der Arbeiterbewegung angeschlossen. Engels ist ein Beispiel dafür, und auch Marx mußte auf eine bürgerliche Wissenschaftskarriere verzichten. Solche Menschen geben Bequemlichkeiten der Ausbeuterordnung auf und nehmen mitunter ganz erhebliche Opfer in Kauf (die Familie Marx z.B. lebte in bitterer Armut), weil ihnen das Bewußtsein, auf der Seite einer historisch fortschrittlichen Klasse zu kämpfen und sich an der objektiven Wahrheit statt an den ideologischen Verzerrungen der Ausbeuter zu orientieren, hohe Befriedigung verschafft. Hieran zeigt sich, daß die gesellschaftlichen Schranken, die die Persönlichkeitsentwicklung des Einzelnen absolut unverrückbar determinieren,

in gewisser Hinsicht relativ weit gezogen sind. Aber sie existieren, und dies zeigt sich in verschiedener Hinsicht:

- Zum einen zeigt die Geschichte, daß sehr wenig Vertreter von besitzenden Klassen den Weg auf die Seite der Arbeiterbewegung gefunden haben. Schon als Kinder nehmen die Angehörigen der Ausbeuterklasse die Ideen und gesellschaftlichen Wertungen ihrer Klasse auf, und ihr privilegiertes gesellschaftliches Sein reproduziert diese Ideen auch später Tag für Tag. Zwar ist der Werdegang von Einzelpersonen nicht a priori determiniert, nicht vorherbestimmt. Es ist jedoch determiniert, daß allenfalls einzelne Vertreter von Ausbeuterklassen sich auf die Seite des Fortschritts stellen können, daß die Masse es nicht kann: Denn die Masse der Angehörigen einer Klasse folgt ihren Klasseninteressen. (Und unter den Bedingungen des Imperialismus, des faulenden Kapitalismus, ist es sehr viel unwahrscheinlicher, daß sich ein Individuum der herrschenden Klasse auf die Seite des Fortschritts stellt, als in einer Periode, in der das Bürgertum in gewisser Hinsicht auch noch eine fortschrittliche Rolle spielte.) Der Klassenkampf kann daher niemals durch die Überzeugung der Ausbeuter von der Sache des Fortschritts ersetzt werden. Gehen einzelne auf die Seite des Fortschritts über, so ändert dies keinen Deut daran, **daß** es die beiden potentiell feindseligen Lager gibt, ändert dies keinen Deut an der Notwendigkeit des Klassenkampfes.

**Wenn wir von der Notwendigkeit des Klassenkampfes sprechen, so bezeichnet Notwendigkeit keinen moralischen Begriff. Notwendigkeit heißt hier vor allem Gesetzmäßigkeit: Es ist objektiv determiniert, daß die Subjekte diesen Kampf führen müssen, aufgrund ihrer Lebenslage und der damit verbundenen Interessen. In Klassengesellschaften ist es stets der Klassenkampf, der die gesellschaftliche Entwicklung vorantreibt. Die Ablösung überlebter Produktionsverhältnisse durch neue, fortschrittlichere Produktionsverhältnisse erfolgt zwar**

**jeweils aufgrund objektiv wirkender ökonomischer Gesetze. Doch diese Gesetze betreffen die Beziehungen von Menschen, können sich also nicht ohne subjektive Bestrebungen von Menschen verwirklichen. (Insoweit unterscheiden sich ökonomische Gesetze, die lebende Menschen betreffen, von physikalischen oder chemischen Gesetzen, die leblose Dinge betreffen und ohne subjektive Komponente wirken.) In einer Klassengesellschaft sind es stets Klasseninteressen, die Menschen in eine Aktion treten lassen, ohne die der gesellschaftliche Fortschritt nicht möglich ist. Umgekehrt sind es die Interessen von Klassen, die eine überlebte Ordnung verteidigen, welche sich dem gesellschaftlichen Fortschritt entgegenstemmen.**

- Zwar kann eine Einzelperson im äußersten Fall auf die entgegengesetzte Seite der Klassenstruktur einer bestehenden Gesellschaft übergehen, doch kann niemand aus dieser Klassenstruktur herauspringen. Aristoteles war ein genialer Kopf, aber er konnte selbstverständlich nicht die Philosophie der bürgerlichen Aufklärung entwickeln, ja er war nicht einmal in der Lage zu erkennen, daß die Sklavenhalterordnung nicht ewig und unveränderlich ist. Thomas Münzer war seiner Zeit um Jahrhunderte voraus, doch in Bezug auf die Religion kam er „nur“ bis zum Pantheismus (aus heutiger Sicht „nur“, damals war dies ein grandioser Fortschritt, durch den allein schon er seiner Zeit Jahrhunderte voraus war!), konnte er an den Atheismus allenfalls „heranstreifen“ (Engels). Und trotz seiner damals höchst genialen Kampfansage an die Klassenunterschiede überhaupt konnte er selbstverständlich den wissenschaftlichen Sozialismus nicht ausarbeiten, noch konnte er den Unterschied von Arm und Reich auch nur in der Stadt Mühlhausen während der Herrschaft des „ewigen Rates“ beseitigen. (vgl. Kapitel III, S. 39 ff.)

## KÖNNEN IDEEN IN EINER KLASSENGESELLSCHAFT OBJEKTIV SEIN?

Die Frage stellt sich deshalb, weil wir ja gesehen haben, daß Ideen in einer Klassengesellschaft klassengebunden sind. Können klassengebundene Ideen objektiv sein?

Zuvor stellt sich die Frage: Können Ideen überhaupt objektiv sein? Wir haben gesehen, daß das Bewußtsein eines Subjekts stets von seiner Stellung zum abgebildeten Objekt abhängt, daß im Prozeß der Widerspiegelung also eine Brechung erfolgt, das Abbild mit dem abgebildeten Objekt **nicht** identisch ist. Andererseits aber **besteht** Identität zwischen Objekt und Abbildung; das Abbild ist ein Abbild **des** Objekts. Die Sache löst sich so auf, daß Erkenntnis ein stetiger und nie endender **Prozeß** ist, ein Übergang vom Nicht-Wissen zum Wissen. Im Prozeß folgerichtigen, wissenschaftlichen Erkennens nähert sich das Bewußtsein der objektiven Realität entsprechend einer Spiralbewegung immer mehr an, wird aber niemals im tautologischen Sinne mit ihr identisch. Das ist der Inhalt des Satzes, daß Sein und Bewußtsein sowohl identisch als auch nicht-identisch sind.

Bewußtsein ist also stets eine mehr oder weniger adäquate Widerspiegelung der Wirklichkeit. Ob sie mehr oder weniger adäquat ist, das hängt in Klassengesellschaften entscheidend davon ab, ob das Subjekt eine historisch fortschrittliche oder eine historisch reaktionäre Sache vertritt. Auch die reaktionärste Ideologie ist eine Widerspiegelung. Zwar eine sehr wenig adäquate, eine extrem verzerrte, doch spiegelt sie die reaktionären Interessen und Bestrebungen des jeweiligen Subjekts wider. Die Bourgeoisie hat heute ein hohes Interesse daran, die gesellschaftliche Wirklichkeit extrem verzerrt widerzuspiegeln, denn jede einigermaßen adäquate Widerspiegelung mündet in der Schlußfolgerung, daß die bürgerliche Ordnung überlebt, faul, überreif für ihren Sturz ist. Steht man aber auf der Seite des gesellschaftlichen Fortschritts, so besteht die Möglichkeit einer in relativ

hohem Maße adäquaten Widerspiegelung. In diesem Sinne können Ideen in einer Klassengesellschaft objektiv sein, d.h. die objektive Realität in relativ hohem Maße richtig widerspiegeln: Die revolutionäre Klasse hat ein Interesse an einer möglichst genauen Erkenntnis der Wirklichkeit, um die Verhältnisse ändern zu können.

Freilich: Ein Mensch, der im Kapitalismus lebt, kann nicht die psychische Struktur eines Menschen im Kommunismus haben, auch dann nicht, wenn er innerhalb der Arbeiterbewegung kämpft. So ist z.B. **jedes** Individuum in einer warenproduzierenden Gesellschaft davon geprägt, daß man Geld haben muß, um Gegenstände des täglichen Bedarfs zu kaufen. Natürlich wirkt diese Tatsache sehr unterschiedlich, je nach dem, ob man Besitz hat oder nicht, wohlhabend ist oder nicht. Auch ist das Ausmaß der Wirkung des Warenfetischismus auf die Persönlichkeit bei einzelnen Menschen gleicher Klassenlage sehr unterschiedlich. Aber unabhängig davon wirkt das Warenverhältnis als ein gesellschaftliches Grundverhältnis einer warenproduzierenden Gesellschaft auf **jedes** Individuum einer solchen Gesellschaft, und dadurch unterscheiden sich **alle** Individuen einer solchen Gesellschaft von denen in einer künftigen kommunistischen Gesellschaft, in der die Gebrauchsgegenstände nach den Bedürfnissen verteilt werden. Ebenso gibt es in jeder Klassengesellschaft Herrschaft von Menschen über Menschen, und auch diese objektive Tatsache wirkt auf die Persönlichkeit aller Gesellschaftsglieder. Auch hier wirkt sie wieder sehr unterschiedlich, und zwar insbesondere je nach der Stellung in der gesellschaftlichen Hierarchie, die der einzelne hat, aber sie wirkt, und zwar im Gegensatz zu einer kommunistischen Gesellschaft, in der es keinerlei Herrschaft von Menschen über Menschen geben wird. (Wie gesagt: Der einzelne bleibt sozial Geschöpf der Verhältnisse, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag: Kapital I, MEW 23, S. 16).

Der Marxismus lehrt, daß es keine gesellschaftlichen Anschauungen für alle Zeiten und alle Völker gibt. Gerade

Marxisten sind sich daher des relativen und zeitweiligen Charakters ihrer jeweiligen Anschauungen im klaren. Im Relativen freilich liegt Absolutes. Sprechen wir z.B. über den verfaulenden und reaktionären Charakter der heutigen Gesellschaftsordnung, so ist der Geltungsbereich unserer Aussagen klar bestimmt, und an der objektiven Wahrheit derartiger Aussagen gibt es nichts zu deuteln. (Andernfalls würde man in die Rolle des Sophisten Kratylos geraten, der auf jede beliebige Frage nur den Finger hin und her bewegte, vgl. Kapitel V, S. 80)

## SPIELEN IDEEN BEI DER ENTWICKLUNG DER GESELLSCHAFT EINE ROLLE?

Wie schon gesagt: Alle Triebkräfte der menschlichen Handlungen müssen durch den Kopf des Menschen hindurchgehen. Es gibt keine menschlichen Handlungen, die nicht mit irgendeinem Bewußtsein verbunden sind, und sei es die verzerrteste Abbildung der Wirklichkeit, vergleichbar mit dem Zerrbild, das man mittels eines konkaven oder konvexen Spiegels erhält.

Vor der Arbeiterbewegung mußten sich auch fortschrittliche Klassen und Bewegungen verzerrter Abbilder, Ideologien, bedienen. So glaubten die aufrührerischen Bauern, sie würden gemäß dem Willen Gottes, der in der Bibel dargelegt sei, handeln. Die Jakobiner glaubten, sie würden die Prinzipien der römischen Republik verwirklichen, wobei sie die römische Sklavenhalterdemokratie in idealistisch verzerrtem Lichte sahen. Derartige Ideologien waren fortschrittlich, denn sie begeisterten die fortschrittlichen Kräfte zum Kampf. Zugleich aber beinhaltete die Tatsache, daß diese Kräfte sich an Ideologien statt an der wissenschaftlichen Erkenntnis der Wirklichkeit orientieren mußten, eine Beschränktheit in deren Sichtweise und folglich in den Handlungsmöglichkeiten. Oftmals trugen Ideologien, die fortschrittliche Kräfte beflügelten, andererseits zugleich zu deren Niederlagen bei. Der Umstand, daß die Bauern an die christliche Religion glaubten, trug zu ihrer Inkonsequenz gegenüber den feudalen Unterdrückern bei. Überhaupt trägt jeder Glaube der Ausgebeuteten und Unterdrückten an eine über den Klassen stehende Moral, Vernunft und Gerechtigkeit zur Festigung der Ausbeuterordnung bei.

*„Die Ideologie ist ein Prozeß, der zwar mit Bewußtsein vom sogenannten Denker vollzogen wird, aber mit einem falschen Bewußtsein. Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt; sonst wäre es eben kein ideologischer Prozeß. Er imaginiert sich (bildet sich ein, d.*

Verf.) also falsche resp. scheinbare Triebkräfte. Weil es ein Denkprozeß ist, leitet er seinen Inhalt wie seine Form aus dem reinen Denken ab, entweder seinem eignen oder dem seiner Vorgänger. Er arbeitet mit bloßem Gedankenmaterial, das er unbesehen als durchs Denken erzeugt hinnimmt und sonst nicht weiter auf einen entfernteren, vom Denken unabhängigen Ursprung untersucht, und zwar ist ihm dies selbstverständlich, da ihm alles Handeln, weil durchs Denken **vermittelt**, auch in letzter Instanz im Denken **begründet** erscheint.“ (Engels, Brief an Mehring, MEW 39, S. 97)

Der Marxismus ist keine Ideologie in diesem Sinne, sondern die wissenschaftliche Anschauung der Welt, die dahin geht, die Wahrheit ausschließlich in den Tatsachen zu suchen. Der Marxismus beinhaltet zudem den Erkenntnisvorteil, daß er lehrt, den Wahrheitsgehalt, den Geltungsbereich, den relativen Charakter bestimmter Aussagen konkret zu bestimmen, anstatt nach „ewigen Wahrheiten“ zu haschen und entsprechenden Illusionen zu verfallen.

Freilich schließt dies nicht aus, daß auch Marxisten Ideologien verfallen können. Dies ist z.B. dann möglich, wenn Marxisten in der Hoffnung eines schnellen Voranschreitens zum Sozialismus und Kommunismus sich selbst in die Tasche lügen, die Wirklichkeit nicht entsprechend der marxistischen Methode analysieren, Schwierigkeiten und Widersprüche wegdiskutieren oder kleiner machen. So wurden lange Zeit seitens der KPD Widersprüche innerhalb der sozialistischen Gesellschaft, z.B. innerhalb Albaniens, unterschätzt und nicht ausreichend analysiert. Derartiges ist aus verschiedenen Gründen sehr gefährlich. In den Bereichen, in denen man ideologischen Betrachtungen verfällt, kann man die Bewegung der Dinge selbst nicht richtig begreifen, und man entfernt sich ein Stück von parteilosen Menschen, die fühlen, daß es sich teilweise um einen Glauben jenseits der Realität handelt. Wird eine solche ideologische Betrachtungsweise mehr oder weniger durchgehend, dann entfernen sich die betreffenden Menschen oder Parteien von der Sache des Fortschritts und verteidigen reaktionäre Zustände, auch wenn sie sich dabei noch Marxisten nennen mögen.

So verteidigten revisionistische Parteien wie die DKP die Ausbeuterordnungen im Osten, die nur noch dem Namen nach sozialistisch waren. Der Kampf um eine wissenschaftliche, kämpferische, marxistische Betrachtung aller wichtigen Fragen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß eine kommunistische Partei ihren revolutionären, marxistisch-leninistischen Charakter behält. An diesem Beispiel zeigt sich, von wie entscheidender Bedeutung der Kampf um Ideen sein kann.

Wie gesagt ist **jede** menschliche Tätigkeit mit **irgendeinem** Bewußtsein verbunden. Will der Mensch aber die Außenwelt (Natur und Gesellschaft) nach seinen Interessen und Bedürfnissen bewußt umgestalten und einrichten, so setzt dies ein Bewußtsein voraus, das möglichst wenig verzerrt, ideologisch ist, ein Bewußtsein, welches eine in hohem Maße adäquate Widerspiegelung der objektiven Wirklichkeit ist. (Man könnte flapsig sagen: Relativ viel Identität und relativ wenig Nicht-Identität.) Man muß also die Gesetze von Natur und Gesellschaft so gut wie möglich kennen, um Natur und Gesellschaft so gut wie möglich nach menschlichen Bedürfnissen einzurichten. Dies setzt voraus, daß es keine Klassen mehr gibt, also den Kommunismus, wobei der Sozialismus, der sich ja auf den Kommunismus hin bewegen soll, den Keim eines solchen Zustands enthält, der bei positiver Entwicklung immer stärker wird.

In diesem Sinne kann man sagen: **Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit**. Man muß die objektiven Gesetze kennen, um sie nutzen zu können. Bereits Hegel entwickelte diesen Gedanken, und Marx und Engels arbeiteten ihn in materialistischer Weise aus. In der marxistischen Auffassung des Verhältnisses von Freiheit und Notwendigkeit ist auch Fichtes Bestreben, das menschliche Subjekt solle sich seine Welt schöpferisch nach seinem Willen gestalten (vgl. Kapitel V, S. 68 f.), im dreifachen Sinne des Wortes aufgehoben: Aufgehoben im Sinne von bewahrt ist das Streben nach tätiger, schöpferischer Umgestaltung der Außenwelt. Aufgehoben im Sinne von beseitigt ist die subjektiv-idealistische Vorstellung, das Individuum könne dies tun, indem es allein

aus seinem Bewußtsein schöpft. Drittens ist damit die Vorstellung von der schöpferischen Umgestaltung der Welt durch das tätige Subjekt auf eine höhere Stufe gehoben, auf eine Stufe, auf der sie (im Gegensatz zur subjektiv-idealistischen Vorstellung Fichtes und zur objektiv-idealistischen Vorstellung Hegels) real verwirklicht werden kann. Für einen Marxisten ist das Subjektive letztlich in das Objektive eingebettet, geht aber nicht passiv darin auf.

In der ersten Feuerbach-These gab Marx eine schlagende Widerlegung des objektivistischen Materialismus, d.h. desjenigen Materialismus, der nur objektive, außerhalb des Menschen liegende Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung anerkennt und damit die schöpferische Kraft des seine Welt gestaltenden menschlichen Subjekts leugnet:

*„Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus - den Feuerbachschen mit eingerechnet - ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als menschliche sinnliche Tätigkeit, Praxis, nicht subjektiv. Daher geschah es, daß die tätige Seite, im Gegensatz zum Materialismus, vom Idealismus entwickelt wurde - aber nur abstrakt, da der Idealismus natürlich die wirkliche, sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt. Feuerbach will sinnliche, von den Gedankenobjekten wirklich unterschiedene Objekte; aber er faßt die menschliche Tätigkeit selbst nicht als gegenständliche Tätigkeit . (...)“ (MEW 3, S. 533)*

Und die 11. Feuerbach-These sagt:

*„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ (ebenda, S. 535)*

Das Verhältnis von objektiver Welt und Bewußtsein erschöpft sich eben nicht in der **Widerspiegelung** ersterer durch letzteres. Die Formung der menschlichen Persönlichkeit ist nicht nur ein passiver Prozeß, innerhalb dessen die Psyche auf Einwirkungen **reagiert**. Das Subjekt ist zugleich tätig, ist bestrebt, sowohl auf die Natur als auch auf andere Menschen einzuwirken. Die **Veränderung** der Welt durch das tätige Subjekt ist nicht nur ein frommer Wunsch Marx´,

sondern von Beginn der menschlichen Existenz an objektive Realität. Denn der Mensch hat sich, wie wir gesehen haben, im Prozeß der Arbeit aus dem Tierreich herausgearbeitet (vgl. Kapitel I, S. 7 ff.); durch die Arbeit aber unterscheidet sich, wie Marx gezeigt hat, der Mensch in einem wesentlichen Punkt von jedem Tier:

*„Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie aus Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war. Nicht daß er nur eine Formveränderung des Natürlichen bewirkt; er verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen Zweck, den er weiß, der die Art und Weise seines Tuns als Gesetz bestimmt und dem er seinen Willen unterordnen muß.“* (Kapital I, MEW 23, S. 193)

Freilich sackt Marx hier nicht etwa überraschend in den Idealismus ab, wie es bürgerliche Marxologen gern darzustellen versuchen. Im gleichen Zusammenhang sagt er z.B.: *„Die einfachen Momente des Arbeitsprozesses sind die zweckmäßige Tätigkeit oder die Arbeit selbst, ihr Gegenstand und ihr Mittel.“* (ebenda) Marx gibt eine materialistische Definition des allgemeinen Arbeitsbegriffs. Dieser schließt das Bewußtsein ein, jedoch nur als Bestandteil eines materiellen Ensembles. Aber: Er schließt es eben ein, und zwar als notwendige Voraussetzung der schöpferischen Tätigkeit des Menschen, und nicht nur als rein passive Widerspiegelung, als wirkungsloser Schatten, als passiver Reflex des objektiven Vorgangs. Absurd und unmarxistisch ist also die Vorstellung einer „Einbahnstraße“ zwischen objektiver Außenwelt und Bewußtsein: Das Ergebnis des Arbeitsprozesses ist im Kopf des Arbeiters „schon ideell vorhanden“, bevor es in der Außenwelt entsteht. Die Identität beinhaltet **mehr** als Widerspiegelung. (vgl. Kapitel V, S. 133 ff.)

Außer Frage steht dabei freilich, daß Bedürfnisse und Vorstellungen in den Köpfen nur innerhalb des Rahmens entstehen können, den das objektive Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse determiniert.

Was nun allerdings die Wirkung subjektiver Bestrebungen innerhalb der Gesellschaft betrifft, zeigt die bisherige Geschichte von Klassengesellschaften im allgemeinen und von warenproduzierenden Gesellschaften im besonderen folgendes: In einer Gesellschaft zersplitterter Individuen verfolgt jeder seinen individuellen Zweck. Diese Zweckrichtung und die Willensanspannung, die sich damit verbindet, hat durchaus ihre Wirkung. Aber: Es gibt sehr unterschiedliche Interessen, Zwecke, Willensanspannungen, und was im Ergebnis herauskommt, ist die Resultante all dieser Bestrebungen. Häufig, wenn nicht meistens, ist diese Resultante etwas, das keines der Individuen so gewollt hat.

Beispiele:

- ❑ Jeder Kapitalist versucht, die Löhne zu drücken, weil das seinen Profit erhöht. Hinsichtlich der Gesamtbewegung des Kapitals führt dies aber zur Einschränkung der Konsumtionsfähigkeit der Massen, also des inneren Marktes, und somit zu Absatzschwierigkeiten. Dies ist natürlich nicht gewollt, aber unvermeidliche Folge.
- ❑ Jeder Kapitalist versucht, durch Investitionen die Technik seiner Produktion zu verbessern, weil ihm dies Vorteile gegenüber den Konkurrenten verschafft. Im Ergebnis führt dies jedoch zum tendenziellen Fall der Profitrate (worauf wir in einem späteren Kapitel näher eingehen), was die Klasse der Kapitalisten natürlich nicht will.
- ❑ Das Ergebnis des Bauernkrieges hat lediglich den Fürsten genutzt, also sehr wenigen, und dieses Ergebnis war keineswegs das Ergebnis ihrer Strategie, sondern fiel ihnen mehr oder weniger als Resultante sehr vieler unterschiedlicher Bestrebungen in den Schoß.

In Klassengesellschaften haben wir es stets mit einem Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse zu tun, welches nicht von den Menschen (auch nicht von der herrschenden Klasse) bewußt eingerichtet wird, sondern blindwirkenden Gesetzen folgt. Der Mensch beherrscht weder den Arbeitsprozeß wirklich, die Einwirkungen auf die Natur (die ökologischen Katastrophen der heutigen Zeit sind **ein** drastisches Beispiel dafür, aber auch die Tatsache, daß immer mehr gesellschaftlicher Reichtum und Fortschritt der Technik zu immer mehr Arbeitslosigkeit und Armut führt), noch beherrscht er die Beziehungen der Menschen untereinander.

Diesen Zusammenhang haben Marx und Engels übrigens bereits in der *Deutschen Ideologie* dargelegt: „Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unsres eignen Produkts zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unsrer Kontrolle entwächst, unsre Erwartungen durchkreuzt, unsere Berechnungen zunichte macht, ist eines der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung (...).“ (MEW 3, S. 33; oder AW I, S. 225)

Dies kann sich erst ändern in der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft bzw. - als Prozeß - während des Übergangs dazu, im Sozialismus. Hier besteht in hohem Maße die Möglichkeit, daß die Menschen sowohl ihr Verhältnis zur Natur als auch die zwischenmenschlichen Beziehungen **bewußt** einrichten. Auch dies betonten Marx und Engels bereits in der *Deutschen Ideologie*, wo sie den Kommunismus als „Produktion der Verkehrsform selbst“ bezeichneten (MEW 3, S. 70): Die „vereinigten Individuen“ schaffen sich ihre „Verkehrsform“, also die Art und Weise der zwischenmenschlichen Beziehungen, selbst. Dies ändert freilich - wie auf S.18 schon gesagt - nichts daran, daß auch im Kommunismus das menschliche Wesen das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist: Es gibt keine Freiheit jenseits der Notwendigkeiten objektiv wirkender Gesetze, der Gesetze von Natur und gesellschaftlichem Zusammenleben. Doch in einer solidarischen Gesellschaft hat jedes Individuum die Möglichkeit, an der bewußten und schöpferischen Gestaltung des Ensembles mitzuwirken.

Es ist kein Zufall, daß das Streben nach einer solchen Gesellschaft erst ab einem bestimmten Wendepunkt der Geschichte wissenschaftlich fundiert werden konnte, wenngleich es schon früh Utopien einer kommunistischen Gesellschaft gab (z.B. Thomas Münzer, Thomas Morus). Denn zur wissenschaftlichen Fundierung solcher Bestrebungen war ein bestimmter Entwicklungsstand der Produktivkräfte erforderlich, den erst der Kapitalismus hervorbringen konnte. Was erneut zeigt, daß Ideen bei all ihrer Bedeutung **Bestandteil** des objektiven Ensembles sind, daß also die Aussage, daß das Bewußtsein „auch“ das Sein bestimme, **keineswegs den gleichen Stellenwert** hat wie der viel grundlegendere Satz, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt! Ein derartiges „auch“ hat zwar eine gewisse Berechtigung, kann bei oberflächlichem Verständnis jedoch subjektivistische und idealistische Mißdeutungen fördern: Es handelt sich **keineswegs** um zwei „gleichberechtigte“, „selbständige“ Bereiche, die wechselseitig aufeinander wirken. Vielmehr ist jegliches Bewußtsein letztlich durch materielles Sein determiniert, was umgekehrt natürlich keineswegs der Fall ist.

Marx und Engels sagten schon in der *Deutschen Ideologie*:

*„(...) andererseits ist diese Entwicklung der Produktivkräfte (...) auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung (des Kommunismus, d. Verf.), weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte, weil ferner nur mit dieser universellen Entwicklung der Produktivkräfte ein universeller Verkehr der Menschen gesetzt ist (...).“ (MEW 3, S. 34 f.; oder AW I, S. 226).*

## Einschub

### Thesen zur Dialektik der Begriffe Objektives und Subjektives

Das Subjektive ist **zunächst** die Widerspiegelung des Objektiven durch das Bewußtsein des Subjekts. **Hier** erscheint das Objektive als das Materielle, das Subjektive als das Ideelle (erkenntnistheoretische Fragestellung). „Brechung“ des Objektiven im Widerspiegelungsprozeß. Das Objektive wird mehr oder minder adäquat wiedergespiegelt.

Bei der bloßen Widerspiegelung bleibt es nicht. Das Subjekt wird auf Grundlage seines subjektiven Bewußtseins tätig, verändert die materielle Welt bewußt. (Ob das Resultat dem Ziel entspricht, hängt davon ab, inwieweit die Widerspiegelung adäquat ist, in jedem Falle aber wird die Außenwelt durch bewußte Tätigkeit des Subjekts verändert. Gegenseitige Widerspiegelung, gegenseitiges Einander-einen-Stempel aufdrücken gibt es auch bei unbewußten Objekten, die aufeinander wirken, aber eben keine **bewußte und bezweckte** Veränderung.)

Die Veränderung der objektiven Welt erfolgt nicht durch das Bewußtsein des Subjekts, sondern durch die Einheit von Bewußtsein und Tätigkeit des Subjekts. Die Tätigkeit ist materiell. Der Idealismus abstrahiert von der Tätigkeit und nimmt das Bewußtsein als die objektive Welt umgestaltende Kraft. Er erklärt das Bewußtsein zum Schöpfer der materiellen Welt. Dabei übersehen die Idealisten:

- 1.) daß das Bewußtsein selbst materiell determiniert ist,
- 2.) daß nicht das Bewußtsein als solches die materielle Welt verändert, sondern die Tätigkeit des Subjekts, die materiell ist, wenngleich das Bewußtsein notwendige Bedingung dieser Tätigkeit ist,
- 3.) daß auch das vom Subjekt partiell (teilweise) determinierte Objektive sich sofort wieder gegenüber dem Subjekt objektiviert, und die Folgen davon zeigen sich um so unerfreulicher, je weniger der Mensch die Folgen seines Handelns allseitig einschätzen und beherrschen kann. Heute, im Kapitalismus, können als Beispiel dafür verheerende

Umwelt- und Gesundheitsschäden (z.B. Zunahme von Allergien, Krebs und anderen Erkrankungen, die Folge menschlicher Eingriffe in die Natur sind) angeführt werden.

In einer ganz bestimmten Weise ist es zwar richtig, daß nicht nur das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein, sondern auch das Bewußtsein das Sein bestimmt: Das Bewußtsein ist notwendige, wenn auch keineswegs hinreichende Bedingung der Veränderung des Objektiven durch das Subjekt. Werden jedoch die Punkte 1 bis 3 nicht klar gesehen, so landet man mit der Behauptung, das Bewußtsein bestimme „auch“ das Sein, im Idealismus.

Die Wirklichkeit des Subjekts ist die Einheit seines Bewußtseins mit seiner Tätigkeit. In der Wirklichkeit existiert weder Bewußtsein des Subjekts ohne Tätigkeit (nie **bloße** Widerspiegelung!) noch Tätigkeit ohne Bewußtsein. Die Betrachtung der Tätigkeit für sich und des Bewußtseins für sich sind also Abstraktionen, die das Denken vornimmt, um sich zum Begreifen des Ganzen des Subjekts emporzuarbeiten. Verwechselt man diese Abstraktionen mit der Wirklichkeit, so landet man entweder im Idealismus oder im objektivistischen und damit menschenfeindlichen Materialismus. Nämlich:

### **Idealismus:**

Der Idealist spricht davon, („auch“) das Bewußtsein bestimme das Sein, ohne zu sehen, daß nicht das Bewußtsein des Subjekts als solches auf das Objekt wirkt, sondern die Tätigkeit (die freilich nur in untrennbarer Einheit mit Bewußtsein möglich ist). Das Stehenbleiben bei der Abstraktion, wonach das Subjektive das Ideelle, das Bewußtsein sei, das Verwechseln dieser Abstraktion mit der Wirklichkeit, führt hier zum (subjektiven) Idealismus.

### **Objektivistischer Materialismus:**

Der objektivistische Materialismus erkennt zwar an, daß das materielle Sein das Bewußtsein bestimmt. Der Fehler, das Subjektive nur als Ideelles aufzufassen, nicht aber als materielle Tätigkeit des Menschen, führt hier aber zum Außerachtlassen der tätigen Seite, führt dazu, daß diese dem

Idealismus überlassen wird. (vgl. 1. Feuerbach-These) Der Idealismus wird hier um den Preis vermieden, daß das Subjektive nur als bloß widerspiegelnde Instanz, als passiver Reflex der objektiven Welt, gewissermaßen als deren wirkungslose und damit unwirkliche Begleiterscheinung, als deren Schatten gesehen wird. Die Befestigung dieses Fehlers durch sozialökonomische Triebkräfte der alten Gesellschaft ist eine wesentliche Seite des philosophischen Revisionismus chruschtschowschen und breshnewschen Typs.

## OBJEKTIVISMUS UND SUBJEKTIVISMUS

Wir haben in Kapitel V auf S. 128 - 139 und 221 - 230 gezeigt, warum sich das Verhältnis von objektiver Welt und Bewußtsein nicht durch die Widerspiegelung ersterer durch letzteres erschöpft. Wir haben dort auch gesehen, daß die Revisionisten sowjetischer Prägung den Marxismus in philosophischer Hinsicht gerade dadurch verfälschten, daß sie dieses Verhältnis auf Widerspiegelung reduzierten und damit die aktive Rolle der Tätigkeit bewußter Subjekte leugneten. Die hierin liegende Revision des Marxismus ist kein Zufall:

Sie entsprach den Interessen der neuen Ausbeuterklassen in den betreffenden Ländern. Diese nämlich wollten eine Gesellschaftsordnung, in der alles und jedes von einem sehr kleinen Kreis beherrscht wurde, tatsächlich vom Politbüro oder von einem Teil desselben, in der DDR faktisch von Honecker, Mielke und Mittag. Sie wollten keine Entwicklung, in der immer mehr arbeitende Menschen es lernen, am Regieren teilzunehmen, sondern sie wollten alle Macht bis in alle Zeit in ihren Händen bzw. in den Händen ihrer Nachfolger monopolisieren. Natürlich war die herrschende Klasse insgesamt größer, doch sie war hierarchisch gegliedert, mit diesem „allmächtigen“ kleinen Kreis an der Spitze. (Daß dieser Kreis in zunehmendem Maße selbst Spielball der Verhältnisse wurde, Spielball der objektiven Gesetze dieser verfaulenden Gesellschaft, steht auf einem anderen Blatt.)

Die Ideologie, die dieser Herrschaftsstruktur entsprach, war in hohem Maße gerade ein solcher Objektivismus, wie er von Marx in seiner 1. Feuerbach-These kritisiert wurde. Das Subjektive wurde - unbeschadet anderslautender Sonntagspredigten - faktisch als passiver Widerschein, passive Begleiterscheinung der objektiven Gesetze aufgefaßt. Soweit dem „subjektiven Faktor“ eine Wirkung zugeschrieben wurde, wurde allein „die Partei“ als „subjektiver Faktor“ betrachtet, die wiederum dem Kommando der Führung zu fol-

gen habe. Die weise Führung ist im Besitz der materiellen Bewegungsgesetze und richtet alles fürsorglich für die Menschen ein. Wenn viele Menschen dagegen sind, so schade dies nichts, denn letztlich bestimme ja das Sein das Bewußtsein. Doch dieser richtige Satz wurde hier objektivistisch, im Sinne einer Einbahnstraße zwischen Sein und Bewußtsein, aufgefaßt. Die Führung ändere gemäß den objektiven Gesetzen die Umstände in „sozialistischem“ Sinne, und dann müsse das Bewußtsein der Massen dem zwangsläufig folgen, auch wenn es hinterherhinke.

Es ist frappierend, daß Marx eine solche Konzeption bereits in seiner 3. Feuerbach-These schlagend kritisiert hat:

**„Die (bisherige, nämlich objektivistische, d. Verf.) materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergißt, daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie kommt daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Teile zu sondern, von denen der eine über der Gesellschaft erhaben ist. (Z.B. bei Robert Owen)**

**Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.“** (MEW 3, S. 533 f.)

Robert Owen als „Erzieher“ wollte andere Umstände schaffen, damit die Arbeiter sich verändern, sich emanzipieren können. (vgl. Kapitel VI, S. 55 ff.) Marx erkannte genial, daß das gesamte Ensemble sich ändern muß, damit sich die Menschen (einschließlich der „Erzieher“) verändern können, damit sie von den veränderten Umständen „erzogen“ werden können, damit alle klassenmäßigen Unterschiede (auch die zwischen „Erziehern“ und „Erzogenen“, zwischen Leitern und Ausführenden) entfallen können. Die Menschen müssen die Umstände ändern, und durch ihre die Umstände ändernde Tätigkeit ändern sie sich selbst.

Der Übergang zum Kommunismus kann nicht so bewerkstelligt werden, daß lediglich Verhältnisse, die dem Menschen als äußere Macht gegenüberstehen, verändert wer-

den und als mechanische Folge sodann die psychische Mentalität der Menschen sich ändert. Man würde dann ja gerade in dem alten Zustand verbleiben, daß der Mensch von den Umständen beherrscht wird, lediglich die Umstände, die ihn beherrschen, würden ausgewechselt. Freilich wäre es subjektivistisch, anzunehmen, der Mensch könne diesen Übergang unabhängig von den Umständen bewerkstelligen, es komme nur auf seinen Willen an. Richtig ist vielmehr die Marxsche Konzeption der **Einheit** der Veränderung der Umstände durch den Menschen und des Menschen durch die Umstände. Diese Einheit kann nur in der praktischen Tätigkeit der Menschen wirklich werden. In diesem Sinne sagten Marx und Engels in der *Deutschen Ideologie*, „(...) **daß die 'Zustände' von jeher die Zustände dieser Menschen waren und nie umgewandelt werden konnten, ohne daß die Menschen sich umwandeln, und wenn es einmal so sein soll, 'mit sich' in den alten Zuständen 'unzufrieden' wurden.**“ (MEW 3, S. 363)

Gewiß: „Die Menschen“ sind eine Abstraktion. In der Übergangsgesellschaft gibt es noch Klassenunterschiede, gibt es mehr oder weniger revolutionäre, passive sowie mehr oder weniger rückschrittliche Menschen. Der Prozeß des Übergangs zum Kommunismus kann nur erfolgreich verlaufen, wenn eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse die Führung hat. Auf diese für Marxisten-Leninisten unbestreitbare Tatsache haben sich die herrschenden Revisionisten demagogisch berufen, doch sie und ihre Partei waren eben keine revolutionäre Kraft mehr, sondern eine konterrevolutionäre Kraft, da sie den Gegensatz von Oben und Unten, von Leitern und Geführten, von Herrschenden und Beherrschten ja gerade in alle Ewigkeit verfestigen wollten, anstatt auf seine Beseitigung hinzuarbeiten. (Um im obigen Bild zu bleiben: Die „Erzieher“ entwickelten nach und nach klassenmäßige Interessen, die darauf gerichtet waren, ihre „Erzieher“funktion auf ewig zu verfestigen.)

Die objektivistische Ideologie, die sie dabei entwickelten, wurde von ihnen zu einem kompakten System von Anschauungen entwickelt und mit großer Penetranz in alle

Welt hinausposaunt, und zwar leider als „Marxismus-Leninismus“. Viele Menschen fühlten, daß die revisionistische Herrschaft die Entmündigung breiter Massen bedeutete, aber viele nahmen den Revisionisten ihre Demagogie, dies beruhe auf dem Marxismus-Leninismus, ab. Damit wurde der wissenschaftliche Sozialismus in Mißkredit gebracht. Dies muß man wissen, um die darauf beruhende Wirkungsweise antikommunistischer Ideologie begreifen zu können.



In ideologischer Hinsicht ist der Subjektivismus heute eine der Hauptwaffen des Antikommunismus: Während „in der Welt des Kommunismus“ das Individuum, das Subjekt, geknechtet werde, könne es sich in der bürgerlichen Welt angeblich frei entfalten. Man braucht zwar keine sonderlich tiefe Analyse, um zu sehen, wie formal die Freiheiten sind, die die bürgerliche Ordnung dem Individuum gewährt, wie eng die Normen sind, in die das Subjekt innerhalb dieser Ordnung gepreßt wird. Doch die Zustände im Osten, in der Welt des Revisionismus, gaben dieser verlogenen bürgerlichen Propaganda neuen Auftrieb, und insbesondere eben auch der menschenfeindliche Charakter des objektivistischen Materialismus der dort herrschenden Kräfte.

Besonders aggressiv wird der Marxismus vom bürgerlichen Subjektivismus deshalb angegriffen, weil er von der Existenz einer objektiven Wahrheit ausgeht und weil er nach der Erkenntnis des Ganzen strebt. Dies wird als arrogante Anmaßung von „Ideologen“ dargestellt, die angeblich dem Subjekt alles vorschreiben wollen. Jeder müsse die „Freiheit“ haben, seine persönliche Wahrheit zu erkennen und danach zu leben. Philosophisch liegt hier Neokantianismus bzw. subjektiver Idealismus zugrunde: Entweder es gibt keine objektive Wahrheit, oder man kann sie nicht erkennen. Oder die Fragestellung wird für gegenstandslos erklärt, die Frage nach der Wahrheit spiele keine Rolle. Letzteres predigt der in den USA entwickelte Pragmatismus, demzufolge die Frage nach der Wahrheit durch die Frage nach der Nützlichkeit

zu ersetzen sei. Dies ist ein besonders krasses Beispiel für die Fäulnis der bürgerlichen Philosophie: Eine merkwürdige „Philosophie“, die die Frage nach der Wahrheit für veraltet erklärt! Und „nützlich“ ist natürlich, was Profit bringt, was die Karriere als Manager fördert (dies ist dann die Freiheit des Subjekts!) usw.

Die Spielarten des bürgerlichen Subjektivismus sind vielfältig. Sie beinhalten die diversen mystischen und religiösen „Selbstverwirklichungs“kulte, aber auch angeblich fortschrittliche, emanzipatorische Strömungen, die die bestehenden Zustände der bürgerlichen Ordnung durchaus „kritisieren“, um so mit dem Marxismus „konkurrieren“ zu können, letztlich aber predigen, die Verwirklichung der Freiheit des Subjekts sei innerhalb der bestehenden Ordnung möglich.



Als Beispiele für solche angeblich fortschrittliche Strömungen des Subjektivismus seien der Existentialismus, die Kritische Theorie (Frankfurter Schule) sowie die nordkoreanische „Dschudsche-Ideologie“ angeführt: (Sie alle dienen bürgerlichen oder - wie in Nordkorea - sonstigen gegen das Proletariat gerichteten Klasseninteressen.)

Der **Existentialismus** entwickelte sich in Frankreich nach dem Kriege und kämpfte dort mit dem Marxismus um die geistige Vorherrschaft unter der studierenden Jugend. Sartre griff Marx´ These an, wonach das menschliche Wesen das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist. Er erklärte, es sei unmöglich, *„so etwas wie ein menschliches Wesen ans Licht zu befördern, d.h. ein festes Ensemble von Bestimmungen, von dem aus sich den studierten Gegenständen ein definierter Platz zuweisen ließe“*. (Sartre, Kritik der dialektischen Vernunft, zitiert nach Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, S. 401) Dieser Satz richtet sich ausdrücklich gegen Marx´ 6. Feuerbach-These. Sartre: *„Der Mensch ist nichts als das, wozu er sich macht.“* (Sartre, zitiert nach Sève, ebenda, S. 402) Und: Im Bewußtsein sei

„*nichts, was es nicht selbst gewählt hat*“. (Sartre, nach Gorz, André, *Der schwierige Sozialismus*, Frankfurt/Main 1968, S. 208) Es gibt nach Sartre also kein objektiv determiniertes menschliches Wesen, vielmehr setzt das Subjekt sein Wesen selbst, und hierbei ist es „frei“. Frei nämlich von objektiven Umständen, die das Subjekt und sein Wesen determinieren könnten.

Eine solche Freiheit ist freilich illusorisch, doch ein solcher kurzer Weg zur Freiheit mag manchem verlockend erscheinen. Denn wer sich entschließt, den mühsamen Weg des Kampfes zur Veränderung der Umstände, des Ensembles von Verhältnissen, zu beschreiten, der kann im Verlaufe seines Lebens immer nur relative Fortschritte erleben, da dieser Prozeß sehr langwierig ist. Demgegenüber bietet der Existentialismus das Irrlicht einer vermeintlichen Freiheit des Individuums **von** den gesellschaftlichen Verhältnisse an, die vermeintliche Freiheit eines Individuums, das sich um die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zu kümmern brauche, da es sein eigenes Wesen unabhängig von ihnen setze. In Wirklichkeit ist ein Subjekt, welches sich mit dieser fiktiven Freiheit begnügt, gerade durch die bürgerlichen Verhältnisse determiniert: Es findet die Grenzen seiner Freiheit in der Freiheit der anderen. (Ein gängiges Schlagwort, das den Geist des Existentialismus atmet: „Die Hölle sind die anderen.“)

Die „**Kritische Theorie**“ verabsolutiert ebenfalls die Rolle des Bewußtseins, gleitet tendenziell in den subjektiven Idealismus ab: So ist nach Adorno die Dinghaftigkeit der Welt „auch Schein“. Damit wird letztlich geleugnet, daß die Dinge unabhängig von irgendeinem Bewußtsein existieren. Konsequenterweise wird Engels´ Dialektik der Natur angegriffen: Es geht den „kritischen Theoretikern“ gegen den Strich, daß es eine Dialektik gibt, die unabhängig von ihrem Bewußtsein den Naturdingen selbst innewohnt. Was die Gesellschaft betrifft, so ist der Begriff der „Erziehung“ ein zentrales Schlagwort der „Kritischen Theorie“. Letztlich läuft die Sache darauf hinaus, der aufgeklärte „kritische Philosoph“

müsse den Rest der Menschheit erziehen, damit menschenwürdige Verhältnisse entstehen.

Auch die sogenannte „**Dschudsche-Ideologie**“, die Herrschaftsideologie der Revisionisten in Nordkorea, wendet sich gegen die Marxsche These, wonach das menschliche Wesen das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist: Dadurch würden die „wesentlichen Qualitäten des Menschen“ und die „Stellung des Menschen in der Welt“ nicht korrekt zum Ausdruck gebracht. (So ausdrücklich Kim Jong Il.) Der Mensch sei nämlich „unabhängig, kreativ und bewußt“, „frei von irgendwelchen Fesseln oder Beschränkungen“: Das Subjekt ist also frei von jeglicher Determination durch das Objektive. (Da ist Adorno, bei dem die Dinghaftigkeit der Welt lediglich „auch“ Schein ist, sogar noch moderater!)

Freilich dient ein solch extremer Subjektivismus der nordkoreanischen Revisionisten denselben Zwecken wie der Objektivismus der sowjetischen Revisionisten: Der Befestigung von deren Klassenherrschaft. Wobei das Individuum in Nordkorea allerdings noch gründlicher unter die Räder kommt. Das Kollektiv ist alles, das Individuum nichts, und folglich wird der „souveräne“, von allen Zwängen des Objektiven „befreite Mensch“ im „Führer“ verkörpert. Dessen Vasallen bekommen freilich vom Glanze des von allen Fesseln befreiten Subjekts auch etwas ab, und zwar im Ausmaß je nach Hierarchiestufe, auf der sie gerade stehen. Der Führer wiederum betet „das Volk“ als „Gott“ an (so ausdrücklich Kim Jong Il). Er tut dies zu dem Zweck, die dem Volk zuerkannte Göttlichkeit in sich selbst aufzusaugen, konzentriert zum Ausdruck zu bringen und damit selbst konzentrierter Ausdruck der Göttlichkeit zu sein. - Gewiß eine sehr extreme Spielart des Subjektivismus, doch sie zeigt gerade deshalb sehr eindringlich die Phrasenhaftigkeit und Hohlheit einer angeblichen „Befreiung des Subjekts“ durch Leugnen der Determination durch die objektiven Umstände, in denen der Mensch sich bewegt.

In der Auseinandersetzung mit dem Subjektivismus - gleich welcher Schattierung - sind folgende Zitate von Marx aus der *Heiligen Familie* gegen die Jung-Hegelianer noch heute von großer aktueller Bedeutung:

*„Aber um sich zu heben, genügt es nicht, sich in Gedanken zu heben und über dem wirklichen, sinnlichen Kopf das wirkliche, sinnliche Joch, das nicht mit Ideen wegzuspintisieren ist, schweben zu lassen. Die absolute Kritik jedoch hat von der Hegelschen Phänomenologie wenigstens die Kunst erlernt, reale, objektive, außer mir existierende Ketten in bloß ideelle, bloß subjektive, bloß in mir existierende Ketten und daher alle äußerlichen, sinnlichen Kämpfe in reine Gedankenkämpfe zu verwandeln.“* (MEW 2, S. 87)

Und:

*„**Ideen** können nie über einen alten Weltzustand, sondern immer nur über die Ideen des alten Weltzustandes hinausführen. Ideen können überhaupt **nichts ausführen**. Zum Ausführen der Ideen bedarf es der Menschen, welche eine praktische Gewalt aufbieten.“* (ebenda, S. 126; Hervorhebungen von Marx)



Je deutlicher die Stagnation der ehemals sozialistischen Länder in den 50er und 60er Jahren in Erscheinung trat, je mehr sich der dort herrschende Objektivismus ad absurdum führte, desto rasanter entwickelten sich **innerhalb** des Lagers der revisionistischen Theoretiker Strömungen von Dissidenten, die die Pendelbewegung vom Objektivismus zum Subjektivismus vollzogen. Sie beriefen sich zunächst weiterhin formal auf den Marxismus, legten aber immer größeres Gewicht auf die Marxschen Frühschriften, in denen Marx noch Hegelianer war bzw. sich noch nicht konsequent vom Hegelianismus gelöst hatte. Von dort ging man häufig zurück zu Hegel (oder auch zum abstrakten Menschenbegriff eines Feuerbach). Der nächste Schritt bestand dann in dem Versuch, den Marxismus mit dem Christentum zu versöhnen

(z.B. Garaudy in Frankreich). Häufig landeten derartige Subjektivisten letztlich direkt bei der Religion. (So wurde Garaudy, der zunächst den Marxismus mit dem Christentum vereinen wollte, später Moslem. Heute ist er übrigens Faschist. So wittert er hinter den Nürnberger Prozessen gegen die Führer Hitler-Deutschlands eine „jüdische Lobby“, spricht vom „Holocaust-Mythos“ und fordert die Abschaffung von Gesetzen, die das Leugnen des Völkermords an Juden mit Strafe bedrohen; vgl. *Frankfurter Rundschau* 5.2.96). Politisch konnte der Weg derartiger Kultdiener des Subjektiven nur auf die Seite der westlichen, imperialistischen Konterrevolution führen, egal ob die einzelnen Vertreter dies wollten oder nicht. So führte dieser Weg z.B. Lucacs in den Petöfi-Klub, d.h. auf die Seite derjenigen ungarischen Intellektuellen, die geistig die Konterrevolution von 1956 vorbereiteten. Freilich verliefen die weiteren Wege der verschiedenen Vertreter dieser subjektivistischen Strömung sehr unterschiedlich. Lucacs z.B. diente sich in der Folge wieder den herrschenden Revisionisten an, andere dienten sich dem Westen an. (Überhaupt gibt es unzählige Spielarten von Strömungen des Subjektivismus wie auch des Objektivismus, die sich häufig gegenseitig der Entstellung des Marxismus ziehen. Oft vereinten bestimmte Ideologen auch objektivistische und subjektivistische Tendenzen in **einem** Brei.)

Fatal an dieser geistesgeschichtlichen Entwicklung ist, daß sich innerhalb einer ganzen Geschichtsperiode Subjektivismus und Objektivismus gegenseitig befruchteten. Jede Seite zog Nahrung aus den Unzulänglichkeiten der anderen, und da der Streit seitens der Objektivisten durchgängig, seitens der Subjektivisten zum Teil (bzw. anfangs, in einem gewissen Entwicklungsstadium) im Namen eines - freilich jeweils gründlich verfälschten - Marxismus ausgetragen wurde, wurde dabei der Marxismus diskreditiert. Heute ist es dringend nötig, **beide** Strömungen gründlich zu kritisieren. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß der Marxismus wieder die geistige Vorherrschaft erringen kann.

Die Subjektivisten warfen den Objektivisten zu Recht vor, daß diese die doppelte Aufgabe der Veränderung der

Umstände durch die Menschen und der Menschen durch die Umstände leugneten, daß sie mechanisch nur noch das zweite sahen, wobei allein die politische Führung die Umstände einzurichten habe, aus denen dann der neue Mensch hervorgehe. So erklärte Lucacs: „Ihr konstruiert eine Welt bis zum seligen Ende“, eine Welt, in der das Subjekt nichts zu bestellen habe. - Andererseits verabsolutierten die Subjektivisten das Subjekt und dessen Bewußtsein, und indem sie dies kritisierten, konnten sich die Objektivisten wiederum den Anschein geben, die „richtige Seite“ zu vertreten, den „Marxismus zu verteidigen“. Subjektivisten wie Lucacs beriefen sich unter dem Vorwand, die „tätige Seite des Subjekts zu verteidigen“, auf Hegel. Doch dieser schätzte zwar die geistige Tätigkeit hoch, die körperliche jedoch gering. So knüpften derartige Strömungen an spezifischen Interessen von Intellektuellen an und beförderten auf diese Weise die Konterrevolution seitens der alten Bourgeoisie. Sie schanzten damit den herrschenden Revisionisten eine Reserve zu, indem diese die Möglichkeit erhielten, bestimmte Interessen der Arbeiter gegen die Intelligenz und damit gegen die hereinbrechende Seite der Restbourgeoisie bzw. des Imperialismus zu verteidigen, ohne freilich das grundlegende Interesse der Arbeiterklasse, die Beseitigung aller Klassenunterschiede, zu betreiben: Sie wollten im Gegenteil ihre Herrschaft, ihre Privilegien, verteidigen, sowohl gegen die Arbeiterklasse als auch gegen die alte Bourgeoisie bzw. gegen den westlichen Imperialismus.

Eine besondere Rolle in der Auseinandersetzung zwischen Objektivismus und Subjektivismus spielte der Philosoph der französischen revisionistischen Partei Althusser. Er brachte nämlich den Objektivismus durch seine Position des „theoretischen Antihumanismus“ auf seinen klarsten, konsequentesten Ausdruck. Althusser zufolge könne es innerhalb des Marxismus keinen theoretischen Menschenbegriff geben. Mit den ökonomischen Kategorien sei, was die menschliche Welt betrifft, alles erfaßt, jenseits davon gebe es nichts mehr zu erkennen. Damit wird aber auch die Marxsche Politische Ökonomie auf den Kopf gestellt, die ja

gerade nicht von toten Dingen, sondern von Verhältnissen zwischen Menschen handelt. Ein solcher „theoretischer Antihumanismus“ ist natürlich Wasser auf die Mühlen der bürgerlichen Ideologie, die ja gerade mit dem bequemen Vorurteil hausieren geht, im Marxismus habe „der Mensch“ keinen Platz. Althusser, der sich in verschiedenen politischen Fragen gegen die Parteiführung der französischen Revisionisten wandte, gewann in einer kurzen Zeitspanne Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in einigen Ländern gerade auf solche Intellektuelle Einfluß, die versuchten, am revolutionären Marxismus festzuhalten. Seine Lehren galten mitunter als konsequent antirevisionistisch, obwohl sie ja gerade die objektivistische Revision des Marxismus auf die Spitze trieben. Allgemein aber muß man sagen, daß im Kampf der Marxisten-Leninisten gegen den Revisionismus sowjetischer Prägung der Objektivismus als wesentlicher Bestandteil der revisionistischen Verfälschung des Marxismus weitgehend nicht erkannt und vielfach sogar übernommen wurde.

Was die theoretische Auseinandersetzung innerhalb der französischen revisionistischen Partei Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre betrifft, so unternahm es Lucien Sève, sowohl den Objektivismus Althusers als auch den Subjektivismus Garaudys weitgehend von marxistischen Positionen aus anzugreifen. Sèves Buch *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit*, das 1973 in deutscher Übersetzung im Dietz Verlag erschien, erfüllt in manchen Teilen diese Aufgabe hervorragend und kann noch heute dem theoretisch interessierten Leser von großem Nutzen sein. (Insbesondere die Seiten 78 bis 134, in der Sève die Entwicklung der Marx'schen Auffassung vom Menschen schildert.) Da sich Sève aber politisch am Revisionismus Chruschtschowscher Prägung orientierte, vermochte auch er es letztlich nicht, die marxistische Theorie der Persönlichkeit auf die Höhe der Zeit zu heben und damit dem Objektivismus und dem Subjektivismus wirklich entscheidende Schläge zu versetzen.

## Einschub

### Wie die revisionistische Philosophie vom Objektivismus zum Subjektivismus torkelt

Dieser Einschub behandelt ein sehr spezielles Thema. Die betreffende Fragestellung ist zwar keineswegs unwichtig, ihr Studium ist jedoch für das Verständnis des Gesamtzusammenhangs nicht erforderlich. Wem dieses Thema also zu speziell oder vorerst zu schwierig erscheint, der kann diesen Einschub auslassen. Die Lektüre kann allerdings, so hoffen wir, zu einem tieferen Verständnis der Ursachen und Wirkungsweisen des Revisionismus chruschtschowschen und breshnewschen Typs auf dem Gebiet der Philosophie beitragen.

In seinem Sammelband *Über die materialistische Dialektik* stellt Sève im Vorwort die Aufgabe, „auch auf dem Gebiet der Philosophie die Lehren aus dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) zu ziehen“ (S. 6), also just aus jenem Parteitag, der den Machtverlust der Arbeiterklasse und die Machtergreifung einer neuen Ausbeuterklasse dokumentierte. Obwohl besagter Sammelband viele anregende Gedanken enthält und durchaus lesenswert ist, hat Sève in gewisser Weise aber tatsächlich philosophische Konsequenzen revisionistischer Art gezogen. Insbesondere äußert sich dies darin, daß er die Philosophie auf Erkenntnistheorie reduzieren will. Der Revisionismus Chruschtschowschen Typs braucht dies, wie wir gesehen haben, um die Tätigkeit des menschlichen Subjekts herabzumindern. Sève betreibt dieses Geschäft mit solcher Konsequenz, daß er an einer Stelle unfreiwillig fast beim Kantschen unerkennbaren Ding an sich landet (zum Kantschen unerkennbaren Ding an sich vgl. Kapitel V, S. 64 ff.):

„(...) ist die Dialektik keine Ontologie (den Begriff werden wir etwas weiter unten erklären, d. Verf.), sondern ein Weg des Zugangs zum objektiven Wesen **vermittels** einer kritischen Erkenntnistheorie. Ihr Gegenstand ist nicht die direkt als sie selbst genommene 'Welt', sondern die grundlegenden Kategorien und Gesetze der objektiven Erkenntnis

*und der die Welt verändernden Praxis (...).*“ (Sève, Über die materialistische Dialektik, S. 107; Hervorhebung von Sève)

In Kapitel V haben wir auf S. 161 f. gesehen, daß der Marxismus von einer (freilich dialektischen, also Nicht-Identität einschließenden) **Identität von Seins- und Denkgesetzen** ausgeht. Auf Seite 83 sagten wir dort: *„Das wissenschaftliche Denken ist nicht nur deshalb in der Methode dialektisch, weil dies subjektiv vorteilhaft ist, sondern weil es in der objektiven Welt dialektisch zugeht.“* Seins- und Denkgesetze fallen in gewisser Weise zusammen, da es in beiden „Bereichen“ dialektisch zugeht. Der Marxismus beinhaltet daher tatsächlich keine Ontologie im alten metaphysischen Sinne, nämlich keine Lehre vom Sein, die beziehungslos neben einer rein subjektiv aufgefaßten Logik und neben der Erkenntnistheorie stünde. Das bedeutet aber keineswegs, daß die materialistische Dialektik sich nicht mit dem Sein selbst befassen würde. Ganz im Gegenteil: Die dialektischen Denkformen sind ja ihrerseits nur Widerspiegelung der dialektischen Bewegung des materiellen Seins.

Doch die objektive, die den Dingen innewohnende Dialektik wird von Sève indessen mehr oder weniger gelehnet: Gegenstand der Dialektik sei **nur** die Methode der Erkenntnis und der Praxis und ganz ausdrücklich **nicht** die objektive Welt. Damit reißt Sève das Ding an sich und unsere Erkenntnis dieses Dinges bis zu einem gewissen Grade auseinander, abgemildert freilich dadurch, daß er auf die Bedeutung der die objektive Welt verändernden Praxis verweist, abgemildert auch durch den Hinweis, daß dadurch *„ein Weg des Zugangs zum objektiven Wesen“* gegeben sei. Diese Abschwächungen seiner Kernaussage braucht Sève, um nicht vollends beim Kantschen unerkennbaren Ding an sich zu landen, was eine offene philosophische Kapitulationserklärung wäre. Doch was heißt *„ein Weg des Zugangs“*? Gibt es mehrere? Und auch der Hinweis auf die Praxis genügt so nicht, denn es müßte klar hervorgehoben werden, daß wir aufgrund dieser die objektive Welt verändernden Praxis eben diese objektive Welt selbst begreifen

können, daß dialektische Identität von Sein und Bewußtsein besteht und nicht etwa nur „ein“ vager „Zugang“ zum „objektiven Wesen“ (und zur objektiven Welt überhaupt?) eröffnet ist. Ein Marxist darf sich nicht um die klare Aussage herumdrücken, daß die dialektischen Kategorien nicht nur Methode unseres Denkens und Handelns sind, sondern der objektiven Welt selbst innewohnen und primär gerade ihr innewohnen. Gerade hier aber schreckt Sève zurück. Der „Zugang zum objektiven Wesen“ ist bei ihm so vage, daß er die „als sie selbst genommene ‚Welt‘“ (als was sonst sollte man sie nehmen?), also die objektive Welt (wozu das Kauderwelsch „als sie selbst genommene“?) nur zu bemühen wagt, wenn er „Welt“ dabei in Anführungsstriche setzt. Das läuft - wenn auch einigermaßen verschämt - auf den von Sève so freilich nicht geäußerten Satz hinaus: „Uns ist nur unsere Erkenntnis der Welt gegeben, nicht die Welt selbst.“ Was aber erkennen wir denn dann, wenn nicht die Welt selbst?

Aber ist diese Kritik an Sève nicht vielleicht spitzfindig? Immerhin hat er ja damit recht, daß uns **unmittelbar** nur unsere Sinneswahrnehmungen und die darauf fußenden Gedanken über die Welt gegeben sind, daß unsere Praxis und unser mit dieser Praxis einhergehendes Empfinden und Denken **unsere subjektive** Brücke zur objektiven, von uns unabhängigen Welt sind, die einzige Brücke, die wir haben können. Ist es nicht das, was Sève hier sagen will, und ist unsere Beschuldigung des halben Kantianismus nicht etwas konstruiert?

Nun, unmittelbar vor der angeführten Zitatstelle sagt Sève, spreche man über „die Kategorien und Gesetze der Dialektik“, so handele es sich „um **philosophische** Kategorien und Gesetze, d.h. daß sie nicht direkt das **Sein** betreffen, sondern die **Beziehungen zwischen Denken und Sein**, oder das Sein als Gegenstand des Denkens; sie beinhalten alle eine **erkenntnistheoretische** Dimension, was aber keineswegs bedeutet, daß ihre Tragweite lediglich subjektiv und methodologisch ist.“ (ebenda, S. 107; Hervorhebungen von Sève) Hier wird es noch deutlicher: **Weil** es sich um philoso-

phische Kategorien handelt, betreffen sie angeblich „nicht direkt das Sein“, sondern das Sein wird nur „als Gegenstand des Denkens“ betroffen. In Wirklichkeit geht es im Sein stets dialektisch zu, völlig unabhängig davon, ob das Bewußtsein denkender Subjekte diese dialektische Bewegung widerspiegelt oder nicht. Als Marxisten gehen wir davon aus, daß es auch in solchen Bereichen des materiellen Seins, von denen wir nie etwas erfahren werden, dialektisch zugeht. Das können wir natürlich nicht empirisch feststellen, doch auf dem Wege der wissenschaftlichen Extrapolation (vgl. Kapitel V, S. 122 ff.) können und müssen wir diese Schlußfolgerung mit Bestimmtheit ziehen.

Sève behauptet, philosophische Kategorien und Gesetze könnten nicht direkt das Sein betreffen. Dann aber könnten wir über die objektive Welt letztlich nichts sagen. Da Sève vor dieser logischen Konsequenz zurückschreckt, fügt er schnell hinzu, das alles bedeute „keineswegs“, die Gesetze und Kategorien der Dialektik hätten lediglich subjektive und methodologische Tragweite. Doch was nutzt dieses Lippenbekenntnis, wenn zuvor erklärt wurde, diese Gesetze und Kategorien würden „nicht direkt das Sein betreffen“?

Das philosophische Lernen vom 20. Parteitag der KPdSU ist Sève offenbar nicht gut bekommen. Er hätte sich lieber an Engels orientieren sollen, bei dem „*die Begriffsdialektik selbst nur der bewußte Reflex der dialektischen Bewegung der wirklichen Welt*“ ist. (Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 293; oder AW VI, S. 297) Und: „*Die Dialektik, die sog. objektive, herrscht in der ganzen Natur, und die sog. subjektive Dialektik, das dialektische Denken, ist nur Reflex der in der Natur sich überall geltend machenden Bewegung in Gegensätzen (...).*“ (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 481, Hervorhebung von Engels)

Warum fällt es Sève so schwer, an diesen klaren Bestimmungen festzuhalten? Warum sinkt er in den angeführten Zitatstellen zu halbkantianischen Anschauungen hinab? Wahrscheinlich ist, daß er hier vor dem Druck der neokan-

tianischen Philosophie des Imperialismus zurückweicht. Auch aus diesem Grund ist die kritische Beschäftigung mit seinen Halbherzigkeiten und seinem Lavieren lehrreich, denn immerhin ist der Neokantianismus heute eine der philosophischen Hauptwaffen der imperialistischen Bourgeoisie. Warum aber weicht Sève vor diesem Druck zurück? Das Arsenal des Marxismus enthält scharfe philosophische Waffen gegen einen solchen Druck. An theoretischen Kenntnissen und intellektuellen Fähigkeiten, diese Waffen zu handhaben, mangelte es einem Sève gewiß nicht. Warum also nutzte er sie nicht ausreichend? Vermutlich deshalb, weil es unter revisionistischen Theoretikern üblich wurde, die **Relativität** der erkenntnistheoretischen Gegenüberstellung von Materie und Bewußtsein mehr oder weniger offen zu leugnen. Und zwar aus Gründen, die wir z.B. in Kapitel V auf S. 130 ff. und 226 ff. dargestellt haben. Kurz skizziert besteht das klassenmäßige Interesse, das der Leugnung dieser Relativität zugrundeliegt, darin, daß die Revisionisten an der Macht eine Tätigkeit der Subjekte, die auf die Beseitigung aller Klassenunterschiede gerichtet war, verhindern wollten. Ausgangspunkt der philosophischen Revision des Marxismus durch die Revisionisten chruschtschowschen Typs war daher der **Objektivismus**.

Der Objektivismus tritt dem Bewußtsein ausdrücklich jeglichen materiellen Charakter ab. Damit minderte er die bewußte Tätigkeit von Subjekten, die die materielle Welt umgestalten, herab, betrachtete er die geschichtliche Entwicklung mehr und mehr als Produkt eines „Subjekts Geschichte“, der Geschichte, die ihre Zwecke durcharbeitet. Damit geht der objektivistische Materialismus tendenziell in Teleologie bzw. objektiven Idealismus über. (zum Begriff Teleologie und zu seinem inneren Zusammenhang mit dem objektiven Idealismus vgl. Kapitel V, S. 142 ff.) In diesem Zusammenhang ist sehr interessant, daß Sève Engels' Spott über die Vorstellung von einer Geschichte, die ihre Zwecke durcharbeitet, und Engels' Forderung, daß „*der Mensch*“ als „*das Wesen, als die Basis aller menschlichen Tätigkeit und*

Zustände“ begriffen werden muß (vgl. Heilige Familie, MEW 2, S. 98) als im Grunde genommen noch idealistisch ansieht: „(...) stecken wir (soll heißen: steckten Marx und Engels zu diesem Zeitpunkt, d. Verf.) *noch in der ideologischen Spekulation*“. (vgl. Sève, *Marxismus und Theorie der Persönlichkeit*, S. 66) Zwar bezieht sich Sève hier unmittelbar auf Marx' *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, die zeitlich **vor** der *Heiligen Familie* liegen, doch in Anmerkung 5 auf S. 66 äußert Sève seine Auffassung, „*derselbe Standpunkt*“, eben der der „*ideologischen Spekulation*“, trete auch an der infragestehenden Passage in der *Heiligen Familie* zutage. Nun trifft es zwar zu, daß Marx und Engels in der *Heiligen Familie* (nämlich kurz **vor** den Feuerbach-Thesen) noch nicht deutlich herausarbeiteten, daß das menschliche Wesen **nicht** in den einzelnen menschlichen Individuen wurzelt, sondern in den den menschlichen Individuen äußerlichen gesellschaftlichen Verhältnissen dieser Menschen. Marx und Engels waren zu diesem Zeitpunkt noch von den Ideen Feuerbachs beeinflusst. Dennoch ist Engels' Spott über das „Subjekt Geschichte“, das angeblich seine Zwecke durcharbeitet, unumschränkt berechtigt, und **in diesem Zusammenhang** ist der Hinweis auf den Menschen als die Basis aller menschlichen Zustände ebenfalls unumschränkt berechtigt, ist keineswegs ideologische Spekulation, sondern scharfe Kampfansage an jegliche Teleologie und damit an den objektiven Idealismus. Sève fühlt sich getroffen, weil er als revisionistischer Ideologie selbst tendenziell Teleologe ist, und eben deshalb will er die betreffende Stelle in der *Heiligen Familie* herabmindern.

Doch wer sich auf den Marxismus beruft, der kann nicht in letzter Konsequenz die Tätigkeit der realen Menschen durch die Tätigkeit eines Subjekts Geschichte theoretisch ersetzen, denn es würde allzu deutlich, daß der betreffende Ideologe beim Hegelschen Weltgeist gelandet ist. In irgendeiner Form müssen die menschlichen Subjekte theoretisch wieder in ihre Rechte eingesetzt werden. Tut der revisionistische Ideologe dies, hält er aber zugleich an der - als

unumstößliches Dogma gesetzten - absoluten Entgegensetzung von Bewußtsein und Materie fest, so führt das künstliche Auseinanderreißen von Objekt und Subjekt **jetzt** zu der Annahme, daß die Dialektik sich „unmittelbar“ nur noch auf das Subjektive beziehe. Die objektive Dialektik wird also mehr oder minder verschämt gelehnet. Damit hat der revisionistische Ideologe dann die Pendelbewegung vom Objektivismus zum Subjektivismus vollzogen. Dieses Resultat braucht einen nicht zu wundern: Schon Engels hatte darauf hingewiesen, daß „*alle Abstraktionen, auf die Spitze getrieben, umschlagen in Widersinn oder in ihr Gegenteil*“. (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 534) Die rein erkenntnistheoretische Fragestellung, die **absolute** Entgegensetzung von Materie und Bewußtsein, **ist** eine Abstraktion, denn in der Wirklichkeit gibt es **keinen** eigenständigen Bereich des Geistes **außerhalb** der Materie, ist der Geist ausschließlich Produkt der Materie und insoweit materiell. (vgl. Kapitel V, S. 129) Die erkenntnistheoretische Abstraktion ist außerordentlich nützlich und notwendig für folgerichtiges Denken, doch man muß wissen, daß es sich um eine Abstraktion handelt, und man darf diese Abstraktion nicht auf die Spitze treiben. Eben deshalb wies Lenin auf die „*Relativität dieser Entgegensetzung*“, nämlich von Materie und Bewußtsein, hin, eben deshalb erklärte er, daß man einen gewaltigen Fehler begeht, wenn man diese Relativität leugnet. (LW 14, S. 142 f. und 244; vgl. Kapitel V, S. 223) Genau diesen Fehler begingen die revisionistischen Philosophen, und eben deshalb torkelten sie vom Objektivismus zum Subjektivismus.

Beim Subjektivismus angekommen, betonten sie dann gerne, der Marxismus beinhalte keine Ontologie, also keine Lehre vom Sein, so wie Sève in dem zu Beginn dieses Einschubs angeführten Zitat. Wir sind auf diese Äußerung Sèves auch deshalb so ausführlich eingegangen, weil sie nicht zufällig und nicht isoliert von anderen Äußerungen revisionistischer Theoretiker ist. Gerade der Hinweis darauf, der Marxismus beinhalte keine Ontologie, gehörte mehr oder weni-

ger zum Standardrepertoire revisionistischer Philosophen. Doch dieser Satz ist undifferenziert, unscharf, und diese Unschärfe verdeckt eine grundlegende philosophische Revision des Marxismus:

Wie schon gesagt, trifft es durchaus zu, daß der Marxismus mit jeglicher Ontologie **im alten Sinne** unvereinbar ist, denn die alte, metaphysische Ontologie stand beziehungslos neben Logik und Erkenntnistheorie. Der Marxismus aber weist nach, daß das materielle Sein, das Bewußtsein sowie die Beziehungen zwischen ersterem und letzterem **den gleichen dialektischen Gesetzen** folgen. Damit ist die alte metaphysische Trennung zwischen diesen „Bereichen“ ein für allemal beseitigt, doch vom Unterschied bleibt noch „etwas“ erhalten, da die Identität von Materie und Bewußtsein Nichtidentität beinhaltet. Folglich kann und muß zwischen objektiver und subjektiver Dialektik unterschieden werden, und in einem solchen Sinne ist auch die Ontologie im doppelten Sinne aufgehoben, wobei die Frage, ob man das Wort Ontologie beibehält, unwichtig oder zumindest sehr untergeordnet ist. Die Unterscheidung zwischen objektiver und subjektiver Dialektik und die Identität zwischen beidem erkannten die revisionistischen Ideologen zwar in der Regel formal an, aber eben nur formal, das hatte für sie keine Konsequenzen. Und so torkelten sie zwischen Objektivismus und Subjektivismus hin und her: Einmal wird alles ins Objektive aufgelöst, so daß die handelnden und denkenden Subjekte verschwinden, sich in einem Subjekt Geschichte auflösen. Ein andermal ist alle Dialektik nur noch „kritische Erkenntnistheorie“ (Sève), ist sie nur noch Theorie der Erkenntnis durch die menschlichen Subjekte, und die Dialektik der Dinge ist verschwunden, so sehr dieses Verschwinden auch kaschiert wird.

Gerne berufen sich die revisionistischen Philosophen dabei auf Lenins Hinweise über das Zusammenfallen von Dialektik, Logik und Erkenntnistheorie, doch völlig zu Unrecht: Für Lenin bedeutet dieses Zusammenfallen **keineswegs**, daß die Dialektik sich auf Erkenntnistheorie **reduziert**,

was letztlich bedeuten würde, daß die Bewegung der Dinge verschwindet, sich in der Bewegung der Ideen auflöst. Im Gegenteil: „Die Logik (Lenin meint hier v.a. die dialektische Logik, also die Dialektik, d. Verf.) ist die Lehre nicht von den äußeren Formen des Denkens, sondern von den Entwicklungsgesetzen ´aller materiellen, natürlichen und geistigen Dinge´, d.h. der Entwicklung des gesamten konkreten Inhalts der Welt und ihrer Erkenntnis, d.h. Fazit, Summe, Schlußfolgerung aus der Geschichte der Erkenntnis der Welt.“ (Lenin, Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik, LW 38, S. 84 f.; das von Lenin angeführte Zitat stammt von Hegel) Das Zusammenfallen der Denk- und Seinsgesetze bedeutet allerdings nicht, daß es keinen Unterschied zwischen ihnen gibt. Sie sind dem Inhalt nach identisch, ihrer Daseinsform nach aber verschieden. „Die Gesetze der Logik sind Widerspiegelungen des Objektiven im subjektiven Bewußtsein des Menschen.“ (Lenin, ebenda, S. 174) Indem wir die dialektischen Entwicklungsgesetze der Dinge selbst aufdecken, entwickelt sich auch unser Denken dialektisch.

Besonders schlagend ist folgende Passage in Hegels *Wissenschaft der Logik*, die Lenin mit dem Hinweis NB (notabene, also wohlgemerkt) versieht und damit deren Bedeutung besonders hervorhebt: „... verkehrt ist es, Subjektivität und Objektivität als einen festen und abstrakten Gegensatz zu betrachten. Beide sind schlechthin dialektisch ...“ (siehe LW 38, S. 174)

Es geht im übrigen auch an der Sache vorbei, wenn die Reduzierung der Philosophie auf Erkenntnistheorie mit folgendem Engels-Zitat „begründet“ wird: „Was von der ganzen bisherigen Philosophie dann noch selbständig besteht bleibt, ist die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen - die formelle Logik und die Dialektik. Alles andre geht auf in die positive Wissenschaft von Natur und Geschichte.“ (Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 24; oder AW V, S. 32) Engels geht es hier um die Feststellung, daß die marxistische Philosophie die Bewegungsgesetze des Seins nicht - wie die alte Ontologie - durch Spekulation auffinden will, sondern in den Dingen selbst sucht. Von der spekulativen Methode des Auffindens der Seins-Gesetze ist daher im Marxismus

nichts übriggeblieben; dieser Bereich der „**bisherigen Philosophie**“ bleibt also nicht „*selbständig bestehn*“. **Gerade deshalb** aber ist die marxistische objektive Dialektik in der Lage, die Bewegungsgesetze des Seins zu erforschen, und keineswegs nur die des Denkens. Und folglich beschränkt sie sich eben **nicht** auf Erkenntnistheorie.

Zum Abschluß dieses Einschubes wollen wir anhand eines gleichermaßen aktuellen wie drastischen Beispiels zeigen, warum es gerade heute im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie außerordentlich wichtig ist, die Bedeutung der **objektiven**, der den Dingen innewohnenden Dialektik und Logik herauszuarbeiten, warum die Philosophie **keinesfalls** auf Erkenntnistheorie beschränkt werden darf.

Die *Allgemeine Zeitschrift für Philosophie* (3/1996) diskutierte kürzlich über den sogenannten „Interpretationismus“. (Es war uns vor Redaktionsschluß nicht mehr möglich, das Heft selbst einzusehen; wir beziehen uns auf eine Rezension in der *Frankfurter Rundschau* vom 7.1.1997.) Der Interpretationismus ist eine bürgerliche Modeströmung, die von einem gewissen Abel, einem Verfechter dieser Strömung, wie folgt zusammengefaßt wird: „*Alles, was ´ist´, ist Interpretation, und Interpretation ist alles, was ´ist´.*“ (FR) Das ist extremer subjektiver Idealismus: Das gesamte Sein wird auf „Interpretation“, also subjektive Bewertung, reduziert.

Die Rezensentin der FR faßt die Zielrichtung des Interpretationismus wie folgt zusammen: „*Gerichtet ist dieser Satz vor allem gegen einen metaphysischen Realismus, der eine erkenntnisunabhängige Welt annimmt. Intendiert ist eine Philosophie, die jegliche Metaphysik und Ontologie ´unterläuft´ (...).*“ Die Interpretationisten behaupten also, es sei metaphysisch, von einer Realität auszugehen, die unabhängig von der Erkenntnis durch ein Subjekt existiere. Das ist der alte Einwand des subjektiven Idealismus gegen den Materialismus. (vgl. Kapitel V, S. 70) Interessant ist, daß die angebliche Metaphysik der Materialisten, die von einer vom erkennenden Subjekt unabhängigen Realität ausgehen, hier unversehens mit Ontologie gleichgesetzt wird. Das ist zum einen demagogisch, da die klassische Ontologie der Meta-

physik mit dem dialektischen Materialismus nichts gemein hat. Die Forderung des Interpretationismus, **jegliche** Ontologie abzustreifen, meint aber gerade, es dürfe kein von subjektiver Interpretation unabhängiges Sein anerkannt werden. Und gerade dem muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Der Interpretationismus läuft wie jeder subjektive Idealismus auf Solipsismus hinaus (vgl. Kapitel V, S. 73), auf die Annahme, allein das denkende (in diesem Fall: das interpretierende) Subjekt existiere. Das ist offenkundiger Schwachsinn, und man könnte sich fragen, wozu es sich überhaupt lohnt, sich mit derartigem Schwachsinn zu befassen. Wir haben es hier mit dem Verfallsprozeß der bürgerlichen Philosophie zu tun, doch es genügt nicht, diese Fäulnis zu konstatieren (festzustellen). Denn dieser Fäulnisprozeß entspricht der Fäulnis der bürgerlichen Gesellschaft, und diese Gesellschaft ist trotz ihrer Fäulnis höchst real, verschwindet keineswegs dadurch, daß man ihre Fäulnis konstatiert. Und die von dieser faulenden Gesellschaft hervorgebrachte Ideologie ist überaus aggressiv. Das, was subjektiv-idealistische Philosophen sich zurechtspintisieren, hängt untrennbar zusammen mit einer Vielfalt von entsprechenden bürgerlichen Ideologien und letztlich mit einem ganzen Lebensgefühl, mit dem bürgerlichen Kult des Subjektiven. (vgl. Kapitel V, S. 230) Dieser Kult ist nicht nur Widerspiegelung der Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft, sondern fördert auch aktiv deren weitere Zersetzung. Der für uns springende Punkt ist nun, daß diese von der bürgerlichen Klasse ausgehenden Fäulnisbakterien auch auf die arbeitenden Menschen wirken. Eine unabdingbare Voraussetzung, um dem entgegenzuwirken, ist die Existenz und Verbreitung einer wissenschaftlichen Weltanschauung, die der verfallenden bürgerlichen Philosophie kämpferisch entgegentritt. Diese Weltanschauung ist vorhanden: Es ist der dialektische und historische Materialismus, doch dieser muß von den revisionistischen Entstellungen und Verfälschungen befreit werden.

## LEUGNET DER MARXISMUS DEN WIRKLICHEN, KONKRETEN MENSCHEN?

Diese Frage erscheint paradox, wo doch gerade Marx, beginnend mit den Feuerbach-Thesen, mit dem abstrakten Menschenbild aufgeräumt hat. Das menschliche Wesen ist das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, und die Analyse des jeweils gegebenen Ensembles ist die notwendige Voraussetzung zum Begreifen der Menschen einer bestimmten Geschichtsepoche, einer bestimmten Klasse, und letztlich auch zum Begreifen eines einmaligen Individuums, seiner Persönlichkeitsmerkmale, seiner psychischen Struktur. (Vgl. hierzu auch Kapitel V Seite 94 f. zum Verhältnis von Abstraktem und Konkretem.) Der Marxismus preßt den konkreten, einmaligen Menschen nicht in eine Schablone, sondern er liefert das theoretische Rüstzeug zum Begreifen des konkreten, einmaligen Menschen. Er ist „*die Wissenschaft von den wirklichen Menschen und ihrer geschichtlichen Entwicklung*“. (Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 290; oder AW VI, S. 294)

Wenn die antikomunistischen Ideologen heute mit der gegenteiligen Behauptung, der Marxismus leugne den wirklichen, konkreten Menschen, presse ihn in eine Schablone, so große Wirkung erzielen, so ist dies in hohem Maße dem Objektivismus geschuldet, der dies tatsächlich tut. Dies tut Althusser wie gesagt **ganz ausdrücklich**, indem er z.B. erklärt: „*Die Erkenntnis des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse ist nur möglich unter der Bedingung völligen Verzichts auf die theoretischen Dienste des Menschenbegriffs (...)*.“ (Althusser, zitiert bei Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, S. 76). Dies bedeutet, für die marxistische Theorie existiere nicht der Mensch, sondern nur die gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Menschen würden existieren. Nun beinhaltet der Marxismus ohne Zweifel einen ganz entscheidenden theoretischen Fort-

schritt, indem er klarstellt, daß der Mensch als Individuum nicht begriffen werden kann, ohne **zuvor** die gesellschaftlichen Verhältnisse zu begreifen. Jedoch muß man nicht viel überlegen, um festzustellen, daß menschliche Verhältnisse ohne konkrete, wirkliche, einmalige, individuelle Menschen nicht existieren können. Eine Theorie, die von menschlichen Verhältnissen handelt, den Menschen als Individuum aber ausschließt, hat nichts mit Marx zu tun. Ganz zurecht sagt Sève: Wenn man *„jeden Gebrauch des Menschenbegriffs und folglich jede theoretische Kopplung zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und den wirklichen Menschen ausschließt, dann werden der Klassenkampf und damit der ganze Marxismus regelrecht unbegreiflich.“* (Sève, ebenda, S. 79)

Derartige Denkschemata des Objektivismus hatten weitreichende Folgen. So hielt sich z.B. hartnäckig eine Denktradition, die davon ausging, der Marxismus sei mit einer psychologischen Wissenschaft unvereinbar. Andere objektivistische Ideologen wiederum erklären im Namen des Marxismus die Psychologie für relativ unbedeutend.

Rubinstein, seit den 30er Jahren der führende Vertreter der sowjetischen Psychologie, lehnte in seinem 1957 in Moskau erschienenen Buch *Sein und Bewußtsein* eine konkrete Psychologie ausdrücklich und rigoros ab: *„Die Erforschung der psychischen Beschaffenheit einer Nation, einer Klasse usw. gehört, sofern sich ihre psychische Beschaffenheit aus der historischen Entwicklung ihrer Kultur ergibt und sie unabhängig von den psychischen Eigenschaften dieses oder jenes Individuums als historisches Ganzes untersucht wird, zum historischen Materialismus, zu einer gesellschaftlich-historischen Disziplin, und nicht zur Psychologie.“* (Rubinstein, Sergej, *Sein und Bewußtsein*, Berlin 1973, S. 261) Dies bedeutet, daß der historische Materialismus ohne Psychologie verbleiben soll, also in objektivistischer Weise auf Politische Ökonomie reduziert werden soll.

Daß dies mit Marx unvereinbar ist, dazu weiter unten. Hier soll noch angemerkt werden, daß diese radikale Verneinung der Psychologie als einer **historischen** Wissenschaft

Rubinstein zurück zu einer „allgemeinmenschlichen“ Anthropologie à la Feuerbach führt: *„Unter den Bedingungen einer Gesellschaft, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt hat, offenbart sich gerade die Natur des Menschen, zeigt sich das Menschliche, das Allgemeinmenschliche.“* (ebenda, S. 260) Es gibt also ein offenbar biologisch determiniertes menschliches Wesen, das seit jeher tief in den konkreten Menschen schlummert und erst durch die Segnungen der Sowjetgesellschaft zum Vorschein kam, wie Dornröschen durch den Kuß des Prinzen zum Leben erweckt wurde. Daß dies mit Marxismus nichts mehr gemein hat, bedarf keiner Erklärung.

Eine derartige Behandlung der Psychologie durch angebliche Marxisten mußte freilich zur unumschränkten Herrschaft der bürgerlichen Ideologie in der Psychologie führen. Zur Herrschaft einer Psychologie, die unterstellt, jede psychologische Analyse habe unmittelbar auf der Stufe der menschlichen Individuen anzusetzen. Wirklich wissenschaftlich aber kann nur eine Psychologie sein, die von der Marxschen Erkenntnis ausgeht, daß dem menschlichen Individuum sein Wesen nicht angeboren ist, daß es dieses Wesen vielmehr außer sich hat, in der Welt der gesellschaftlichen Verhältnisse. Mit dieser Marxschen Erkenntnis ist der Weg zum psychologischen Begreifen des Individuums nicht verstellt, sondern eröffnet:

Einerseits wurzelt das menschliche Wesen nicht im Individuum, andererseits kann es keine menschlichen Verhältnisse ohne menschliche Individuen geben. Wenn Marx sagt, das menschliche Wesen (B) ist das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse (A), so beinhaltet dieser Satz (B = A) selbstredend keine tautologische, sondern eine dialektische Identität:

A ist die Totalität der menschlichen Verhältnisse, mit den Produktionsverhältnissen als Basis. B ist die Totalität der Persönlichkeitsstrukturen der Individuen im gegebenen Ensemble. A ist der Schlüssel, um B erkennen zu können. Doch mit der Erkenntnis von A ist B noch nicht erkannt, denn B (die Totalität der subjektiven Persönlichkeitsstrukt-

ren in ihrer Entwicklung und allseitigen Wechselwirkung) ist eine **Übersetzung** von A (der objektiven Beziehungen). Dies liegt daran, daß sich objektive Gesetze in der Welt des Menschen, in der Gesellschaft, nicht ohne subjektives Moment, nicht ohne Bewußtsein vollziehen können. Das Bewußtsein (hier nicht nur im Sinne von Erkenntnis genommen, sondern umfassender im Sinne von psychischer Struktur) aber ist - wie oben gezeigt - keine photographische Widerspiegelung des Objektiven. Es ist identisch und zugleich nicht identisch mit der objektiven Welt.

**Beides**, sowohl die Identität als auch die Nicht-Identität, wird von Marx in Rechnung gestellt. In Marx' ökonomischer Analyse - insbesondere im *Kapital* - erscheinen die Personen vorwiegend als Personifikation ökonomischer Kategorien, als Träger von gesellschaftlichen Verhältnissen. Marx selbst weist darauf mehrfach ausdrücklich hin, so z.B. im Vorwort zur 1. Auflage des *Kapitals*: „Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen.“ (Kapital I, MEW 23, S. 16) Entsprechend heißt es bei der Analyse des absoluten Mehrwerts: „Der Arbeiter ist hier nichts mehr als personifizierte Arbeitszeit.“ (ebenda, S. 258)

Das „hier“ in beiden Zitaten weist bereits darauf hin, daß es noch eine andere Betrachtung gibt, außerhalb der „hier“ vorgenommenen Reduzierung beider (nämlich einmal des Kapitalisten, im andern Fall des Arbeiters) auf ökonomische Kategorien. Beide bleiben nämlich Persönlichkeiten. Die Persönlichkeiten von als einmalige Individuen real existierenden Menschen (also des einmaligen Kapitalisten-individuums, Arbeiterindividuums usw.) können zwar nicht begriffen werden, ohne **zuvor** die gesellschaftlichen Verhältnisse zu begreifen, in denen die Persönlichkeit des betreffenden Individuums produziert wird. Sie können also letztlich nicht ohne vorheriges Begreifen der betreffenden ökonomischen Kategorien begriffen werden. Andererseits ist das eine (die ökonomischen Kategorien) mit dem anderen (den

Persönlichkeiten der betreffenden Menschen) nicht im tautologischen Sinne identisch, sondern das erstere ist der Schlüssel zu letzterem.

Ersteres zu untersuchen ist Aufgabe der Politischen Ökonomie, letzteres zu untersuchen Aufgabe einer wissenschaftlichen Psychologie. Verständlicherweise konzentrierte sich Marx auf die Entwicklung einer wissenschaftlichen Politischen Ökonomie, nachdem er einmal erkannt hatte, daß die ökonomischen Verhältnisse die **Basis** des Ensembles sind. Durch sein tiefes Verständnis der dialektischen Identität **beider** Gegenstände lieferte er dabei nebenher so manches, was zugleich zu den Grundlagen einer wissenschaftlichen Psychologie gehören müßte. Letzteres aber wurde bis heute nicht genügend beachtet. (Der Objektivismus eines Althusser geht so weit, diesbezügliche Äußerungen in den reifen Werken Marx', insbesondere im *Kapital*, auf einen „Rückfall“ in das „spekulative Vokabular“ der Frühschriften zurückzuführen! Aber eine derartige Ignoranz ist nur krasses Beispiel für die objektivistische Neigung so mancher Marxisten, alles das, was mit Psychologie, Individuum, Persönlichkeit usw. zu tun hat, mit Argwohn zu verfolgen. Eine Haltung, die dem Geist des Marxismus diametral entgegensteht!)

Lehrreich ist die Gegenüberstellung der Begriffe Kapital und Kapitalist. Marx läßt keinen Zweifel daran, „daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und als Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint“. (Kapital III, MEW 25, S. 260) Also auch der Konsum des Kapitalisten ist nicht etwa der letztliche Zweck kapitalistischer Produktion. In gewisser Hinsicht kann man sogar sagen: Ganz im Gegenteil! Alles das, was der Kapitalist verpraßt, kann nicht akkumuliert werden!

Marx untersucht im *Kapital*, welche Widersprüche dieser Tatbestand in der Kapitalistenseele hervorruft und wie diese Widersprüche sich entwickeln:

„Nur soweit der Kapitalist personifiziertes Kapital ist, hat er einen historischen Wert(...)“. (Soweit! Auch hier sagt Marx also ausdrücklich: Er ist es **nicht** ausschließlich!) „Aber

*soweit sind auch nicht Gebrauchswert und Genuß, sondern Tauschwert und dessen Vermehrung sein treibendes Motiv. Als Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt er rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen(...).“*

*„Aber die Erbsünde wirkt überall. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, der Akkumulation und des Reichtums, hört der Kapitalist auf, bloße Inkarnation des Kapitals zu sein. Er fühlt ein ´menschliches Rühren´ für seinen eignen Adam und wird so gebildet, die Schwärmerei für Askese als Vorurteil des altmodischen Schatzbildners zu belächeln. Während der klassische Kapitalist den individuellen Konsum als Sünde gegen seine Funktion und ´Enthaltung´ von der Akkumulation brandmarkt, ist der modernisierte Kapitalist imstande, die Akkumulation als ´Entsagung´ seines Genußtriebs aufzufassen. ´Zwei Seelen wohnen, ach! in seiner Brust, die eine will sich von der andren trennen!´*

*In den historischen Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise - und jeder kapitalistische Parvenü (Emporkömmling, d.Verf.) macht dies historische Stadium individuell durch - herrschen Bereicherungstrieb und Geiz als absolute Leidenschaften vor. (Man sehe, wie wenig wir es hier mit ökonomischen, wie sehr wir es mit psychologischen Kategorien zu tun haben! Das Kapital als solches kennt natürlich keinerlei „Leidenschaften“, sondern nur der lebendige Kapitalist. D. Verf.) Aber der Fortschritt der kapitalistischen Produktion schafft nicht nur eine Welt von Genüssen. Er öffnet mit der Spekulation und dem Kreditwesen tausend Quellen plötzlicher Bereicherung. Auf einer gewissen Entwicklungshöhe wird ein konventioneller Grad von Verschwendung, die zugleich Schaustellung des Reichtums und daher Kreditmittel ist, sogar zu einer Geschäftsnotwendigkeit des ´unglücklichen´ Kapitalisten. Der Luxus geht in die Repräsentationskosten des Kapitals ein. Ohnehin bereichert sich der Kapitalist nicht, gleich dem Schatzbildner, im Verhältnis seiner persönlichen Arbeit und seines persönlichen Nichtkonsums, sondern im Maß, worin er fremde Arbeitskraft aussaugt und dem Arbeiter Entsagung aller Lebensge-*

*nüsse aufzwingt. Obgleich daher die Verschwendung des Kapitalisten nie den bona fide (naiv gutgläubigen, d.Verf.) Charakter der Verschwendung des flotten Feudalherrn besitzt, in ihrem Hintergrund vielmehr stets schmutzigster Geiz und ängstlichste Berechnung lauern, wächst dennoch seine Verschwendung mit seiner Akkumulation, ohne daß die eine die andre zu beabbruchen (beeinträchtigen, d.Verf.) braucht. Damit entwickelt sich gleichzeitig in der Hochbrust des Kapitalindividuum ein faustischer Konflikt zwischen Akkumulations- und Genußtrieb.“*

(Marx, Kapital I, MEW 23, S. 618 ff.)

Hier haben wir das Beispiel einer psychologischen Betrachtung, die auf Politischer Ökonomie fußt. Andersherum formuliert: Einer politökonomischen Betrachtung, die das Begreifen der Persönlichkeit individueller, einmaliger Menschen nicht ausschließt, sondern den Schlüssel dazu liefert. Wissenschaftlich ist diese psychologische Betrachtung Marx´ zum einen deshalb, weil sie den Schlüssel der Persönlichkeit eines konkreten Menschen, hier eines Kapitalisten, nicht in irgendwelchen geheimnisvollen Tiefen seiner Psyche sucht, sondern außerhalb des betreffenden Individuums, im Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, hier in der ökonomischen Kategorie „Kapital“ und den Notwendigkeiten und Gesetzen seiner Verwertung. (Die allerdings nicht ewig und unveränderlich sind, sondern - wie u.a. obiges Zitat zeigt - sich verändern. Schon von daher kein ewiges und unveränderliches psychisches Wesen „des Kapitalisten“!) Wissenschaftlich ist diese Betrachtungsweise zum andern aber deshalb, weil sie nicht etwa davon ausgeht, mit der Analyse der ökonomischen Kategorie „Kapital“ auch schon alles gefunden zu haben, was es über die Persönlichkeit eines Kapitalisten zu sagen gäbe, sondern ganz im Gegenteil die Analyse des Kapitals zum Begreifen dessen nutzt, was **innerpsychisch**, „in der Hochbrust des Kapitalindividuum“, vor sich geht. Ganz im Gegensatz zum Objektivismus etwa eines Althusser wird der theoretische Menschenbegriff hier nicht ausgeschlossen, sondern entwickelt!

Anders ausgedrückt: Das gesellschaftliche Sein eines konkreten, einmaligen Individuums kann nicht begriffen werden, wenn man es unmittelbar, pseudokonkret in der Gestalt dieses Individuums untersuchen will, sondern es erschließt sich erst durch das Studium der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen, die diese Individualität produzieren. Daher ist es keinesfalls übertrieben zu sagen: Nur der Marxismus liefert den Schlüssel zum Begreifen der Persönlichkeit, und zwar der konkreten Persönlichkeit einzelner Individuen. Doch der Objektivismus wirft diesen Schlüssel achtlos fort, indem er die menschliche Persönlichkeit faktisch leugnet. Er nutzt die ökonomischen Kategorien nicht zur Erklärung, sondern zur theoretischen Leugnung der Persönlichkeit.

Ganz anders Marx: So entgegengesetzte Merkmale der Persönlichkeit eines Kapitalistenindividuums wie Geiz oder Verschwendungssucht werden hier auf die Bewegung des Kapitals (also eines diesem Kapitalistenindividuum **äußerlichen** Verhältnisses) zurückgeführt und **dadurch** erklärt! Andererseits wird gezeigt, wie diese psychischen Merkmale des Kapitalisten notwendige Bedingung für die objektive Bewegung „seines“ Kapitals in einem bestimmten Stadium von dessen Entwicklung sind. (Hier zeigt sich übrigens die ganze Ironie, die darin steckt, von „seinem“ Kapital, also dem Kapital „des“ Kapitalisten, zu sprechen: Es beherrscht ihn weit mehr, als er es beherrscht, ja: Es prägt im wesentlichen seine Persönlichkeit!)

Andererseits bedarf es der Kapitalistenpersönlichkeit, und zwar einer ganz bestimmten Kapitalistenpersönlichkeit in einem ganz bestimmten Entwicklungsstadium „seines“ Kapitals, um die notwendige Bewegung dieses Kapitals durchzusetzen. Das Kapital tut das nicht selbst und kann es natürlich nicht tun, denn „die Menschen machen die Geschichte“. (**Wie** sie die Geschichte bisher „machen“, sehen wir hier nochmals sehr deutlich: Ihre eigenen Verhältnisse gewinnen Macht über sie. Doch dies ändert nichts daran, daß es **ihre** Verhältnisse sind, die Verhältnisse dieser Men-

schen!) Das Kapital braucht z.B. in einer bestimmten Phase einen menschlichen Träger mit der Eigenschaft Geiz (um die Akkumulation maximal zu beschleunigen!), in einer andern Phase einen mit der Eigenschaft Verschwendungssucht (um „Kreditwürdigkeit“ zu demonstrieren) usw. Selbstverständlich sind Eigenschaften wie Geiz und Verschwendungssucht hier sehr abstrakt behandelt. In der konkreten Psyche eines Kapitalistenindividuums paart sich dies mit einer ganzen Palette von Eigenschaften, Ideologien usw., die selbstverständlich begriffen werden müßten, um die Persönlichkeit eines solchen Individuums wirklich konkret zu erfassen.

Da die Persönlichkeitsstruktur aber in hohem Maße gesellschaftlich bedingt ist, finden wir hier bei Menschen gleicher Klassenlage in der gleichen Gesellschaft viel Gemeinsames, sowohl hinsichtlich ihrer ideologischen Überzeugungen als auch ihrer Charakterstruktur. Was die ideologischen Überzeugungen betrifft, so findet man z.B. bei dem gegen sich selbst geizigen Kapitalisten einer bestimmten Periode häufig den Calvinismus mit seiner Lehre von der Prädestination. (Wer im Geschäftsleben Erfolg hat, wird im Jenseits gut dastehen, und umgekehrt. So befördert die Angst vor dem Höllenfeuer den protestantischen Geiz und ist somit eine Art „psychischer Akkumulationsquelle des Kapitals“ (vgl. Kapitel III S. 52 f.). Hinsichtlich der Charakterstruktur haben wir oben auch modernere Beispiel angeführt: Die *Wirtschaftswoche* hat, wie gezeigt, geradezu eine Typologisierung der gängigsten Neurosen in den Kreisen der leitenden Manager vorgenommen. Sie hat dies aufgrund empirischer Forschung so mitteilen können; hat man nicht die ideologischen Scheuklappen der *Wirtschaftswoche*, so fällt es leicht, die betreffenden „kaputten“ Persönlichkeitsstrukturen darauf zurückzuführen, daß diese Menschen an leitenden Stellen eines verfaulenden Wirtschaftssystems sitzen.



Engels:

„Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das **in letzter Instanz** bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das **einzig** bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus - politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate - Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. - Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren **Form**. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten (d.h. von Dingen und Ereignissen, deren innerer Zusammenhang untereinander so entfernt oder so unnachweisbar ist, daß wir ihn als nicht vorhanden betrachten, vernachlässigen können) als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades.

Wir machen unsere Geschichte selbst, aber erstens unter sehr bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen. Darunter sind die ökonomischen die schließlich entscheidenden. Aber auch die politischen usw., ja selbst die in den Köpfen der Menschen spukende Tradition, spielen eine Rolle, wenn auch nicht die entscheidende. Der preußische Staat ist auch durch historische, in letzter Instanz ökonomische Ursachen entstanden und fortentwickelt. Es wird sich aber kaum ohne Pedanterie behaupten lassen, daß unter den vielen Kleinstaaten Norddeutschlands gerade Brandenburg

*durch ökonomische Notwendigkeit und nicht auch durch andere Momente (vor allen seine Verwickelung, durch den Besitz von Preußen, mit Polen und dadurch mit internationalen politischen Verhältnissen - die ja auch bei der Bildung der österreichischen Hausmacht entscheidend sind) dazu bestimmt war, die Großmacht zu werden, in der sich der ökonomische, sprachliche und seit der Reformation auch religiöse Unterschied des Nordens vom Süden verkörperte. Es wird schwerlich gelingen, die Existenz jedes deutschen Kleinstaates der Vergangenheit und Gegenwart oder den Ursprung der hochdeutschen Lautverschiebung, die die geographische, durch die Gebirge von den Sudeten bis zum Tauern gebildete Scheidewand zu einem förmlichen Riß durch Deutschland erweiterte, ökonomisch zu erklären, ohne sich lächerlich zu machen.*

*Zweitens aber macht sich die Geschichte so, daß das Endresultat stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht, wovon jeder wieder durch eine Menge besonderer Lebensbedingungen zu dem gemacht wird, was er ist; es sind also unzählige einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante - das geschichtliche Ergebnis - hervorgeht, die selbst wieder als das Produkt einer, als Ganzes, **bewußtlos** und willenlos wirkenden Macht angesehen werden kann. Denn was jeder einzelne will, wird von jedem andern verhindert, und was herauskommt, ist etwas, das keiner gewollt hat. So verläuft die bisherige Geschichte nach Art eines Naturprozesses und ist auch wesentlich denselben Bewegungsgesetzen unterworfen. Aber daraus, daß die einzelnen Willen - von denen jeder das will, wozu ihn Körperkonstitution und äußere, in letzter Instanz ökonomische Ursachen (entweder seine eignen persönlichen oder allgemein-gesellschaftliche) treiben, - nicht das erreichen, was sie wollen, sondern zu einem Gesamtdurchschnitt, einer gemeinsamen Resultante verschmelzen, daraus darf doch nicht geschlossen werden, daß sie = 0 zu setzen sind. Im Gegenteil, jeder trägt zur Resultante bei und ist insofern in ihr einbegriffen (...).*

*Daß von den Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise selbst verschulden müssen. Wir hatten, den Gegnern gegenüber, das von diesen geleugnete Hauptprinzip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen. Aber so wie es zur Darstellung eines historischen Abschnittes, also zur praktischen Anwendung kam, änderte sich die Sache, und da war kein Irrtum möglich. Es ist aber leider nur zu häufig, daß man glaubt, eine neue Theorie vollkommen verstanden zu haben und ohne weiteres handhaben zu können, sobald man die Hauptsätze sich angeeignet hat, und das auch nicht immer richtig. Und diesen Vorwurf kann ich manchen der neueren ´Marxisten´ nicht ersparen, und es ist da dann auch wunderbares Zeug geleistet worden.“*

(Engels, Brief an Joseph Bloch, 1890, MEW 37, S. 463 ff.; Hervorhebungen von Engels)

Wobei man hinzufügen muß: Ist später noch schlimmer geworden! Insbesondere in puncto objektivistische Verballhornung des Marxismus! - Man beachte allerdings: Auch hier, wo sich Engels entschieden gegen eine objektivistische, undialektische Betrachtung wendet, die die Wirkungen des gesellschaftlichen Überbaus bzw. die Wirkungen des Bewußtseins der individuellen Subjekte („die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten“) leugnet, auch und gerade hier betont er zugleich unmißverständlich, daß das „in letzter Instanz“ bestimmende Moment „die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens“ ist. Der dialektische Materialismus ist **alles andere** als die Konzeption einer Wechselwirkung zwischen zwei angeblich selbständigen, gleichberechtigten „Bereichen“, einem materiellen und einem geistigen! Es gibt kein eigenständiges „Reich des Geistes“, sondern das Geistige ist in letzter Instanz ausschließlich materiell determiniert, ist Bestandteil der materiellen Welt.

Den im zuletzt zitierten Absatz des Briefes an Joseph Bloch entwickelten Gedanken griff Engels an anderer Stelle nochmals auf:

*„Sonst fehlt nur noch ein Punkt, der aber auch in den Sachen von Marx und mir regelmäßig nicht genug hervorgehoben ist und in Beziehung auf den uns alle gleiche Schuld trifft. Nämlich wir alle haben zunächst das Hauptgewicht auf die **Ableitung** der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und durch diese Vorstellungen vermittelten Handlungen aus den ökonomischen Grundtatsachen gelegt und **legen müssen**. Dabei haben wir dann die formelle Seite über der inhaltlichen vernachlässigt: die Art und Weise, wie diese Vorstellungen etc. zustande kommen.“*

(Engels, Brief an Franz Mehring, 1893, MEW 39, S. 96; Hervorhebungen von Engels)

Daß Marx und Engels das Hauptgewicht auf die Betonung des ökonomischen „Hauptprinzips“ legen mußten, liegt auf der Hand. Damit legten sie wie gesagt zugleich auch Grundlagen einer Wissenschaft des menschlichen Individuums, der menschlichen Persönlichkeit. (Man kann eine solche Wissenschaft Psychologie nennen, aber mit dem, was heute unter Psychologie firmiert und den Ursprung der individuellen Persönlichkeit im Individuum selbst sucht, hat eine solche Wissenschaft wenig gemein.) Sève: *„Wenn man sich erstaunt zeigt, weil Marx zum Zeitpunkt, da er das Kapital verfaßte, die Elemente einer Theorie der Persönlichkeit nicht stärker ausgebaut hat, dann ist das praktisch ein Erstaunen darüber, daß er beim Verrichten der kolossalen Tat, die politische Ökonomie zur ausgereiften Wissenschaft zu machen, nicht auch noch und gleichsam nebenbei die wissenschaftliche Psychologie erdacht und aufgebaut hat - jene Psychologie, die ein Jahrhundert später immer noch keine ausgereifte Theorie der Persönlichkeit zur Verfügung hat.“* (Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, S. 150)

Daß die von Marx und Engels nebenher entwickelten Grundlagen einer solchen Wissenschaft vom individuellen Menschen völlig unzureichend weiterentwickelt und zum

großen Teil sogar unter dem Schutt des Objektivismus vergraben wurden, haben Marx und Engels natürlich nicht zu vertreten. Die Aufgabe der Weiterentwicklung dieser Grundlagen steht heute, wo die entwickelten Produktivkräfte in immer stärkerem Maße die Konzentration des Menschen auf sich selbst, auf seine schöpferischen Kräfte und seine gesellschaftlichen Verhältnisse erheischen, immer dringender an. Dabei wird zu berücksichtigen sein, was der französische Kommunist Politzer hierzu sagte, zitiert bei Sève, ebenda, S. 166: *„Die gesamte Psychologie ist nur dann möglich, wenn sie in die Ökonomie eingebettet ist. Und deswegen setzt sie alle vom dialektischen Materialismus errungenen Erkenntnisse voraus und muß sich ständig auf sie stützen.“* Und: *„Nicht zu bestreiten ist, daß die Psychologen, wenn von den Hilfswissenschaften der Psychologie die Rede ist, vor allem die Medizin sehen, obwohl doch vom Standpunkt der Grundorientierung der Psychologie und ihrer Organisation die Bedeutung der Ökonomie wahrhaft fundamental ist.“*



Wir haben das theoretische Problem der Persönlichkeit oben vor allem am Beispiel des Kapitalisten betrachtet. Weitaus interessanter ist für uns diesbezüglich freilich die Arbeiterklasse bzw. die Persönlichkeit des Arbeiterindividuums. Interessanter nicht nur deshalb, weil wir für diese Klasse Partei ergreifen, sondern auch theoretisch interessanter: Diese Klasse ist einerseits Bestandteil der bestehenden kapitalistischen Ordnung, zugleich aber ihr Totengräber, wie Marx und Engels sagten. Um so weniger kann sich eine revolutionäre Theorie darauf beschränken, die Vertreter dieser Klasse ausschließlich als Träger der bestehenden ökonomischen Verhältnisse zu betrachten. Diese Klasse kann ja erst dann als Totengräber der bestehenden Ordnung in Erscheinung treten, wenn die Individuen, die dieser Klasse angehören, es ablehnen, sich in dieser Ordnung psychisch einzurichten.

Gewiß, zunächst einmal gilt: *„Die Hauptagenten dieser Produktionsweise selbst, der Kapitalist und der Lohnarbeiter, sind als solche nur Verkörperungen, Personifizierungen von Kapital und Lohnarbeit; bestimmte gesellschaftliche Charaktere, die der gesellschaftliche Produktionsprozeß den Individuen aufprägt; Produkte dieser bestimmten gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse.“* (Marx, Kapital III, MEW 25, S. 887) Hier haben wir eine Betrachtung dieser Produktionsverhältnisse auf der Ebene, auf der sie sich fortwährend reproduzieren. Doch sie reproduzieren sich nicht nur, sondern sie zersetzen sich auch. Und zwar letztlich deshalb, weil der Lohnarbeiter noch etwas anderes ist als bloße ökonomische Kategorie dieser Produktionsweise. Schon in der *Deutschen Ideologie* hatten Marx und Engels ausgeführt: *„...müssen die Proletarier, um persönlich zur Geltung zu kommen, ihre eigene bisherige Existenzbedingung, die zugleich die der ganzen bisherigen Gesellschaft ist, die Arbeit (gemeint ist die Lohnarbeit, d.Verf.), aufheben. Sie befinden sich daher auch im direkten Gegensatz zu der Form, in der die Individuen der Gesellschaft sich bisher einen Gesamtausdruck gaben, zum Staat, und müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen.“* (MEW 3, S. 77)

**Um ihre Persönlichkeit durchzusetzen!** Es sieht nicht so aus, als würde die menschliche Persönlichkeit für Marx und Engels theoretisch nicht existieren!

*„Der Proletarier z.B., der den Beruf hat, seine Bedürfnisse zu befriedigen, wie jeder andre Mensch, und der nicht einmal die ihm mit jedem andern Menschen gemeinsamen Bedürfnisse befriedigen kann (...), - dieser Proletarier hat schon hierdurch die wirkliche Aufgabe, seine Verhältnisse zu revolutionieren.“* (MEW 3, S. 270)

Auch die **Bedürfnisse** eines Individuums sind historisch konkret bedingt, wurzeln nicht im Individuum selbst, sondern außerhalb des Individuums, im Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, letztlich in den jeweils vorgefundenen Produktivkräften. Man könnte hier einwenden, auf biologisch gegebene Grundbedürfnisse treffe das nicht zu,

doch ein solcher Einwand wäre zu kurz gegriffen. Die jeweilige konkrete Äußerung dieser Grundbedürfnisse ist sehr wohl historisch, gesellschaftlich bedingt. Marx zeigt dies an einem einfachen Beispiel: „*Hunger ist Hunger, aber Hunger, der sich durch gekochtes, mit Gabel und Messer gegebenes Fleisch befriedigt, ist ein anderer Hunger, als der rohes Fleisch mit Hilfe von Hand, Nagel und Zahn verschlingt. Nicht nur der Gegenstand der Konsumtion, sondern auch die Weise der Konsumtion wird daher durch die Produktion produziert, nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv. Die Produktion schafft also den Konsumenten.*“ (Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 624; oder Grundrisse Ausgabe Dietz 1974, S. 13) Auch die Art und Weise der Betätigung des Geschlechtstrieb, also ebenfalls eines biologisch gegebenen Trieb, ist **gesellschaftlich** bedingt, erhält nämlich ihren konkreten gesellschaftlichen Inhalt durch die jeweilige Persönlichkeitsstruktur der Beteiligten, die wiederum gesellschaftlich produziert wird. Um ein extrem gegensätzliches Beispiel zu wählen: Befriedigung des Geschlechtstrieb im Rahmen einer auf individuelle Geschlechtsliebe begründeten Beziehung ist etwas völlig anderes als Befriedigung des Geschlechtstrieb in Form der sexuellen Ausnutzung einer anderen Person. (Übrigens wurde die individuelle Geschlechtsliebe überhaupt erst unter bestimmten gesellschaftlichen Gegebenheiten möglich. Vgl. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21, S. 78 ff.; oder AW VI, S. 91 ff.)

Es würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen, all dies näher auszuführen. Halten wir fest, daß die konkrete Ausgestaltung **aller** Bedürfnisse gesellschaftlich determiniert ist. Gesellschaftlich determiniert ist aber auch das Ausmaß, in welchem die einmal hervorgebrachten Bedürfnisse befriedigt werden können. Wächst der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, so widerspiegelt sich die Zuspitzung dieses Widerspruchs in der menschlichen Psyche, ist dort in „übersetzter“ Form enthalten. Die entwickelten Produktivkräfte rufen bestimmte Be-

dürfnisse hervor, doch die arbeitenden Klassen können diese Bedürfnisse immer weniger befriedigen. Hierbei kann es sich um Konsumbedürfnisse handeln, aber auch um das Bedürfnis nach schöpferischer Tätigkeit, nach kollektiven, solidarischen Lebensformen usw. Beispielsweise machen die heutigen Produktivkräfte in hohem Maße einen schöpferischen, selbsttätigen Produzenten erforderlich, zugleich hindern die Produktionsverhältnisse die arbeitenden Massen an der Entfaltung ihrer Schöpferkraft, und dies wird in zunehmendem Maße als unerträglich empfunden.

Wie wir in den vorangegangenen Kapiteln gesehen haben, hat die Revolutionierung der Produktivkräfte in der Geschichte mehrmals die bestehenden Produktionsverhältnisse untergraben. Mehrmals überlebte sich die bestehende Form der Ausbeutung, weil aufgrund des Charakters der neuen Produktivkräfte ein Produzent erforderlich wurde, der ein größeres ökonomisches Interesse an seiner Arbeit hatte als bisher. An einem bestimmten Entwicklungspunkt der Produktivkräfte (und dieser Punkt ist in den fortgeschrittenen Ländern längst erreicht) überlebt sich die Lohnarbeit ebenso wie früher die Sklavenarbeit und die feudale Form der Ausbeutung. Die ökonomische Entwicklung selbst erfordert einen Arbeiter, der in freier Assoziation mit den anderen die Produktion plant und leitet. (vgl. auch *Weg der Partei*, Theoretisches Organ der KPD 2/93: Zum 175. Geburtstag von Karl Marx)

Derartige Übergänge und die mit ihnen verbundenen ökonomischen Widersprüche haben wie gesagt ihre Entsprechung in der psychischen Mentalität, in der Persönlichkeit der Beteiligten. Nur so kann ein subjektives revolutionäres Potential entstehen. Wie oben schon gezeigt, können nämlich ökonomische Gesetze im Gegensatz zu Naturgesetzen ohne subjektives Moment nicht wirken, da sie Gesetze sind, die sich auf Verhältnisse zwischen Menschen beziehen. Freilich verläuft die Entfaltung eines subjektiven revolutionären Potentials aufgrund der Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nicht problemlos

und linear. Die Fäulnis, die durch diesen Widerspruch hervorgerufen wird, hat ihrerseits ebenfalls eine Entsprechung in der Psyche. Revolutionäre Politik muß folglich bestrebt sein, Bedingungen, Handlungen, Aktivitäten zu fördern, die für die Entfaltung eines revolutionären Potentials günstig sind und andererseits die Fäulnis hemmen. Hierzu bedarf es nicht nur einer ökonomischen Wissenschaft, sondern darüber hinaus einer auf dieser ökonomischen Wissenschaft basierenden Wissenschaft vom menschlichen Individuum und seiner Persönlichkeit. Einige Probleme, um die es speziell in der heutigen Klassenkampfsituation dabei geht, sind in der Artikelserie im *Roten Morgen* 3, 4 und 5/ 1994 „Aufstehen oder Rückzug ins Private. Psychische Probleme der arbeitenden Menschen in der Auseinandersetzung mit einer verfäulenden Gesellschaft“ angesprochen.

Als drastisches Beispiel für die wachsende psychische Verelendung kann angeführt werden, daß nach Angaben von Fachleuten heute jeder zehnte an sogenannten sozialen Phobien leidet. Es handelt sich um eine gesellschaftlich bedingte Erkrankung, die sich in panischer Angst schon beim Kontakt mit kleinen Menschengruppen äußert. Angstzustände und Panikattacken bestimmen das Zusammenleben mit anderen Menschen; Berufs- und Privatleben werden stark eingeschränkt. In Fachkreisen gelten soziale Phobien als „Krankheit der neunziger Jahre“.

Als akut behandlungsbedürftig gelten drei Prozent der Betroffenen. Sie leiden unter Herzklopfen, Zittern, Schweißausbrüchen oder Hitzewallungen.

(*Frankfurter Rundschau* 11.11.96)

Die gesellschaftlichen Verhältnisse ruinieren diese Menschen psychisch und physisch, und die sozialen Phobien sind nur **ein** Beispiel unter vielen für die katastrophalen, menschenfeindlichen Wirkungen dieser Verhältnisse. Die psychische und physische Ruinierung der Menschen aber ist kein unvermeidbares Schicksal. Es gibt die Alternative, zu kämpfen. Das lohnt sich nicht erst dann, wenn die bestehenden Verhältnisse einmal überwunden sein werden, sondern

bereits der Kampf als solcher lohnt sich. In dem Maße, wie ein Mensch kämpft, gestattet er es den Verhältnissen nicht, ihn psychisch zu ruinieren; der Kampf selbst und das Zusammenwirken mit Gleichgesinnten verleiht ihm Kräfte, die es ihm ermöglichen, dem Druck zu widerstehen. Doch hängt es nicht nur von den einzelnen Menschen ab, ob sie zu einer kämpferischen Haltung finden, sondern oftmals davon, ob andere sie zum Kampf ermutigen, ihnen eine Perspektive zeigen. Die heutige Gesellschaft hat die starke Tendenz, die Individuen zu vereinzeln und sie vereinzelt zu ruinieren; dem muß so bewußt und organisiert wie möglich entgegengewirkt werden.



Die kommunistische Gesellschaft, die durch Umwälzung der bestehenden Produktionsverhältnisse erkämpft wird, skizziert Marx u.a. so:

*„In fact aber (in Wirklichkeit, d. Verf.), wenn die bürgerliche Form abgestreift wird, was ist der Reichtum anders, als die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen? Die volle Entwicklung der menschlichen Herrschaft über die Naturkräfte, die der sog. Natur sowohl wie seiner eignen Natur? Das absolute Herausarbeiten seiner schöpferischen Anlagen, ohne andre Voraussetzung als die vorhergegangne historische Entwicklung, die diese Totalität der Entwicklung, d.h. der Entwicklung aller menschlichen Kräfte als solcher, nicht gemessen an einem **vorhergegebnen** Maßstab, zum Selbstzweck macht? Wo er sich nicht reproduziert in einer Bestimmtheit, sondern seine Totalität reproduziert? Nicht irgend etwas Gewordnes zu bleiben sucht, sondern in der absoluten Bewegung des Werdens ist? In der bürgerlichen Ökonomie - und der Produktionsepoche, der sie entspricht - erscheint diese völlige Herausarbeitung des menschlichen Innern als völlige Entleerung; diese universelle Vergegenständlichung als totale Ent-*

*fremdung und die Niederreiung aller bestimmten einseitigen Zwecke als Aufopferung des Selbstzwecks unter einen ganz äußeren Zweck. Daher erscheint einerseits die kindische alte Welt als das Höhere. Andererseits ist sie es in alledem, wo geschlone Gestalt, Form und gegebne Begrenzung gesucht wird. Sie ist Befriedigung auf einem bornierten Standpunkt; während das Moderne unbefriedigt läßt oder, wo es in sich befriedigt erscheint, **gemein** ist.*“ (Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42, S. 395 f.; oder Ausgabe Dietz 1974, S. 387 f.; Hervorhebungen von Marx)

Völlige Entleerung: Man könnte fast meinen, Marx hätte prophetisch vorausgesehen, wie die bürgerliche Psychologie heute psychische Funktionsweisen des Menschen mit immer größerer Perfektion analysiert, um den Menschen dem Profit zu unterwerfen. Beispiel: Bei permanenter Musikberieselung läßt sich besser ausbeuten (es wird schneller gearbeitet), läßt sich besser verkaufen (Kaufhaus) usw. Das ist totale Entfremdung, Niederreiung des Selbstzwecks (freie Kraftbettigung des Menschen) und Unterwerfung unter einen äußeren Zweck (Kapitalverwertung). Interessant übrigens, daß auch die bürgerliche Psychologie hier ihren Objektivismus hat, nämlich die sogenannte Verhaltenspsychologie (Behaviorismus). Auf diese und jene Reize reagiert der Mensch so oder so - darauf **reduziert** diese Psychologie den Menschen. (Daß sie die Reaktion des menschlichen oder tierischen Organismus auf bestimmte Umweltreize analysiert, hat sie mit Pawlow gemein, doch dieser **reduziert** den Menschen nicht auf derartige Funktionen, leugnet nicht seine Persönlichkeit. Wohl aber tun dies bestimmte revisionistische Objektivisten, die sich auf Pawlow berufen, ebenso wie der amerikanische Behaviorismus in den Ursprüngen auf Pawlowschen Erkenntnissen fußt!) Eine solche Psychologie ist wahrhaft eine „Herausarbeitung des menschlichen Innern“, welche der Entwicklung der schöpferischen Kräfte des Menschen gerade **entgegensteht** und somit **vlli-**

**ge Entleerung** bedeutet! Die Gesellschaft läßt in zunehmendem Maße nur noch die Befriedigung solcher Bedürfnisse zu, die „gemein“ sind, von Bedürfnissen also, die auf Entfremdung, auf psychischer Verkrüppelung des Menschen beruhen.

Wenn der Marxismus also analysiert, wie die Menschen als Personifikation ökonomischer Kategorien fungieren, so ist das die Analyse der bestehenden Unfreiheit. Diese Analyse wird mit dem Ziel vorgenommen, diese Unfreiheit zu überwinden, Verhältnisse zu erkämpfen, in denen das Individuum seine Persönlichkeit möglichst umfassend entfalten kann. Dies wird nicht außerhalb und unabhängig von materiellen Bedingungen erfolgen, aber die materiellen Bedingungen werden so eingerichtet werden, daß das Individuum in freier Assoziation mit den andern Individuen maximale Entfaltungsmöglichkeiten hat. Eine solche Gesellschaft wird die „Entwicklung aller menschlichen Kräfte“ als „Selbstzweck“ betrachten, wird die „völlige Herausarbeitung des menschlichen Innern“ im positiven Sinne ermöglichen, nämlich die reichhaltigste Persönlichkeitsentwicklung.

Eine Theorie aber, die sich darauf **beschränkt**, den Menschen als bloße ökonomische Kategorie zu betrachten, anstatt die Überwindung eines solchen Zustands zu erstreben (und die Keime einer solchen Überwindung herauszuarbeiten, die im jetzigen Gesellschaftszustand gegeben sind!), eine Theorie, die den individuellen Menschen und seine Persönlichkeit nicht kennt und aus der Wissenschaft verbannen will, eine solche Theorie verfälscht den Marxismus nicht nur, sondern steht ihm in gewisser Weise diametral entgegen. Denn das letzte Ziel des Marxismus - um es nochmals zu wiederholen - ist *„die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt“*. (Marx, Kapital III, MEW 25, S. 828)

## **DIE BEDEUTUNG DES STUDIUMS DER POLITISCHEN ÖKONOMIE**

Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit, und wer die jetzigen Zustände überwinden will, muß sie erst einmal begreifen. Wie wir gesehen haben, sind die Produktionsverhältnisse die Basis des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir werden uns daher ab dem nächsten Kapitel den grundlegenden ökonomischen Kategorien der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zuwenden. Dem Kapitalismus liegt logisch und historisch die Warenproduktion zugrunde. Als erstes werden wir daher die Gesetze der einfachen Warenproduktion betrachten.

## Literatur zum historischen Materialismus:

- **Marx, Thesen über Feuerbach.** Ursprüngliche Fassung: MEW 3, S. 5-7 (oder AW I, S. 196-200). Von Engels für die Veröffentlichung überarbeitete Fassung: MEW 3, S. 533-535
- **Marx/Engels, Die deutsche Ideologie.** MEW 3, S. 9 ff., insbesondere S. 13-77 (in Auszügen: AW I, S. 203 ff.)
- **Engels, Karl Marx „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“,** MEW 13, S. 468-477 (oder AW II, S. 507 ff.)
- **Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie,** MEW 13, S. 615-642 (oder AW II, S. 466 ff.)  
(Dieser Text geht allerdings in ökonomischer Hinsicht auf Fragen ein, die wir in diesem Buch bisher noch nicht gestreift haben).
- **Engels, Anti-Dühring,** Zweiter Abschnitt, Politische Ökonomie, sowie Dritter Abschnitt, Sozialismus.  
(Auch dieser Text geht teils auf in unserem Buch bisher nicht gestreifte ökonomische Fragen ein).
- **Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie,** Kapitel IV, MEW 21, S. 291-307 (oder AW VI, S. 295 ff.)
- **Weg der Partei, Theoretisches Organ der KPD, Nr. 2/1993:**  
Zum 175. Geburtstag von Karl Marx
- **Sève, Lucien, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit,** Dietz Verlag Berlin 1973, Kapitel II: Persönlichkeit und historischer Materialismus, S. 61-176



# **DIE WELT BEGREIFEN**

## **UND VERÄNDERN**

### **I. Die Ware (Marxistische Werttheorie)**

### **II. Zur Methode der marxistischen politischen Ökonomie**

Kapitel VIII

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zur Zitierweise:**

<b>MEW:</b>	Marx-Engels-Werke
<b>AW:</b>	Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
<b>LW:</b>	Lenin-Werke
<b>LAW:</b>	Lenin, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1988
<b>SW:</b>	Stalin-Werke
<b>f.:</b>	und die folgende Seite
<b>ff.:</b>	und die folgenden Seiten

# Inhalt

Vorbemerkung zu diesem Kapitel .....	5
<b>I Die Ware (Marxistische Werttheorie) .....</b>	<b>7</b>
Allgemeine Begriffsbestimmungen .....	7
Historische Entwicklung der Warenproduktion .....	8
Gebrauchswert und Wert. Konkrete und abstrakte Arbeit. 10	
Nochmal zur historischen Bedingtheit der Warenproduktion	21
Bestimmung der Wertgrösse .....	24
Das Wertgesetz .....	27
Unterschied von Wert und Preis .....	29
Das Wertgesetz als Regulator der Produktion .....	29
Die bürgerlichen Vulgärökonomten kleben an der Erscheinung .....	34
Kein Wert im Kommunismus .....	40
Die Wertformen .....	48
Das Geld .....	48
Einfache, einzelne oder zufällige Wertform: .....	49
entfaltete oder totale Wertform: .....	53
Papiergeld .....	60
Einschub: Theoretische Probleme in Bezug auf das Papiergeld	62
Warum ist die Emanzipation des Menschen ohne Überwindung der Warenproduktion nicht möglich? ...	74
Der Warenfetischismus .....	101
Verständnisfragen zur Werttheorie .....	114

<b>II Zur Methode der marxistischen politischen</b>	
<b>Ökonomie .....</b>	<b>116</b>
Zur Einheit von materialistischer Geschichtsbetrachtung und dialektischer Methode .....	116
Wesen und Erscheinung. Analyse der Widersprüche im Wesen der Dinge selbst .	120
Zur Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten .....	130
Das Wechselverhältnis des Historischen und des Logischen im Erkenntnisprozeß .....	142

## VORBEMERKUNG ZU DIESEM KAPITEL

Die marxistische Werttheorie, deren Darstellung den weitaus größten Teil dieses Kapitels ausmacht, ist der Ausgangspunkt, der Dreh- und Angelpunkt der marxistischen politischen Ökonomie. Die Materie ist nicht einfach, aber unverzichtbar für das Verständnis der Grundzüge des wissenschaftlichen Sozialismus. Das Anliegen dieses Buches, den wissenschaftlichen Sozialismus mit einer gewissen Tiefe, zugleich aber für Leserinnen und Leser ohne Vorkenntnisse noch verständlich darzustellen, stößt hier auf besondere Schwierigkeiten. Der Kompromiß, den wir gewählt haben, besteht darin, daß wir hier besonders häufig Wiederholungen bringen, die Kennerinnen und Kenner der Materie langweilen mögen. Dennoch hoffen wir, daß die Darstellung auch für letztere interessant ist, denn die marxistische Werttheorie wird hier nicht nur entwickelt, sondern auch auf aktuelle Fragestellungen angewandt sowie gegen bürgerliche und revisionistische Auffassungen abgegrenzt; auch wird bis zu einem gewissen Grad die Diskussion unter Marxisten über Fragen der Werttheorie dargestellt.

Der zweite Teil, der wesentlich weniger Raum einnimmt, entwickelt wichtige Grundzüge der Methode der marxistischen politischen Ökonomie und wissenschaftlichen Arbeitens überhaupt. Er vertieft einige Punkte aus den philosophischen Kapiteln V und VII. Dieser Teil mag manchen Leserinnen und Lesern ohne Vorkenntnisse zunächst besonders schwierig erscheinen. Wer diesen Teil vorerst überspringen will, kann das tun, ohne den Zusammenhang zu den folgenden Kapiteln aus den Augen zu verlieren.



# I. DIE WARE

## (MARXISTISCHE WERTTHEORIE)

### ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Die Ware ist ein Produkt menschlicher Arbeit, welches erstens menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt und zweitens nicht unmittelbar für die Konsumtion, sondern für den Austausch produziert wird. (Konsumtion ist der Verbrauch. Das Wort kommt vom lateinischen *consumptio* = Aufzehrung. Daher wird in älterer Schreibweise mitunter noch das Wort Konsumtion benutzt.)

Der Gegenbegriff zur Warenwirtschaft ist die Naturalwirtschaft (in der Sprache der bürgerlichen Ökonomie: Subsistenzwirtschaft). Das Produkt der Naturalwirtschaft befriedigt zwar - ebenso wie die Ware - ein menschliches Bedürfnis. Es wird jedoch nicht für den Austausch, sondern unmittelbar für die Konsumtion hergestellt, d.h. für die Konsumtion seitens des oder der Produzenten.

(Die marxistische politische Ökonomie spricht deshalb von **Natural**wirtschaft, weil deren Produkte nur ihre Naturalform, also ihre stoffliche, körperliche Form aufweisen, **nicht aber** die Wertform. Was die Wertform ist, dazu weiter unten).

## HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER WARENPRODUKTION

Die Wareneigenschaft eines Produkts ist nicht natürlich, sondern gesellschaftlich bedingt.

Wir haben gesehen, daß es in der Urgesellschaft zunächst keine Warenwirtschaft gab. (Kapitel I, S. 2) Es gab zwar durchaus Arbeitsteilung, z.B. zwischen Jägern und Sammlern innerhalb der Sippe, aber keinen Austausch. Das gesamte Produkt gehörte der ganzen Sippe und wurde zum Zweck der individuellen Konsumtion verteilt. Das war kein Austausch gleicher Werte: Die Sippe als solche war kollektiver Produzent, und sie verteilte das kollektive Produkt nach den jeweiligen Bedürfnissen. Die einzelnen Angehörigen der Sippe treten hier nicht als voneinander unabhängige ökonomische Agenten in Erscheinung, sondern nur als Glieder der Sippe; die Sippe als Ganzes ist ökonomischer Agent. („Agent“ heißt hier: handelnde Person. Ökonomischer Agent heißt: Subjekt des Wirtschaftens. In diesem Sinne wird der Begriff Agent auch von Marx benutzt. Das Wort Agent kommt vom lateinischen agere = tun, handeln, „agieren“.)

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte entstand ein bescheidener Reichtum. Nach und nach - zuerst vereinzelt und **zufällig** - entwickelte sich ein Tauschhandel zwischen Sippen bzw. Stämmen. (**Zufällig:** Zunächst wurde ein Überschuß bestimmter Produkte ausgetauscht, von dem sich erst nachträglich herausstellte, daß kein Bedarf innerhalb Sippe bzw. Stamm vorhanden war. Nach und nach dann bewußt Produktion für den Austausch.) Die Entwicklung der Warenproduktion führte letztendlich zum Zerfall der klassenlosen Urgesellschaft. Anfangs wurde der Tauschhandel von den Sippen- bzw. Stammesvorstehern stellvertretend für Sippe bzw. Stamm vorgenommen. Mit der Entstehung einer Schicht bzw. Klasse von Reichen, Besitzenden (= dem Adel) nahmen diese als Privateigentümer den Austausch vor. Sie wirtschafteten nun auf ihre eigene Rechnung, wurden eigenständiger ökonomischer Agent.

In der Sklavenhaltergesellschaft ist die Naturalwirtschaft vorherrschend. Die Sklavenhalter eignen sich das Mehrprodukt der Sklaven vorwiegend zum eigenen Verbrauch an. In einigen Produktionszweigen jedoch wird ein Teil der Produkte auf dem Markt verkauft. Diese Produkte sind somit Waren. Dies geschieht insbesondere in der Periode der höchsten Entwicklung der Sklavenhalterordnung.

Im Feudalismus eignen sich die Feudalherren das Mehrprodukt der hörigen Bauern größtenteils zum eigenen Verbrauch an. Auch hier also hat die Naturalwirtschaft größeres Gewicht als die Warenwirtschaft. Je mehr sich die Feudalordnung zersetzt, desto größer wird jedoch der Anteil der bäuerlichen Produkte, der von den Feudalherren **zum Zwecke des Verkaufs** angeeignet wird. (vgl. Kapitel II, S. 37 ff.)

In den mittelalterlichen Städten entwickeln sich Handel und Handwerk, später Manufakturen. Damit entstehen im Schoße des Feudalismus Produktionsverhältnisse, die der Tendenz nach seine Zersetzung und seine Ablösung durch die bürgerliche Ordnung beinhalten. Marx bezeichnete den „*Bestand souveräner Städte*“ als den „*Glanzpunkt des Mittelalters*“. (Kapital I, MEW 23, S. 743)

Unter **einfacher Warenproduktion** verstehen wir eine Produktion, in welcher der werktätige Warenproduzent sein Produkt durch eigene Arbeit herstellt und sodann verkauft. Demgegenüber arbeitet der **kapitalistische** Privateigentümer nicht selbst, sondern er läßt Lohnarbeiter die Waren herstellen, die er sodann verkauft. Historisch ist der Kapitalismus aus der einfachen Warenproduktion hervorgegangen. Auch in logischer Hinsicht liegen die ökonomischen Gesetze der einfachen Warenproduktion den Gesetzen der kapitalistischen Produktion zugrunde. Marx hat daher seine Analyse des Kapitals mit der Analyse der Ware begonnen. Auch wir wollen uns zunächst (nämlich in diesem Kapitel) den Gesetzen der einfachen Warenproduktion zuwenden. Ihr Verständnis ist Voraussetzung für das Begreifen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

## GEBRAUCHSWERT UND WERT. KONKRETE UND ABSTRAKTE ARBEIT

Die **erste Voraussetzung** für die Wareneigenschaft eines Produktes ist, daß es einen Gebrauchswert hat, also irgendein menschliches Bedürfnis befriedigen kann. Es hat eine bestimmte stoffliche, körperliche, sinnlich wahrnehmbare Beschaffenheit, und diese verleiht ihm eine bestimmte Nützlichkeit. Z.B. verleiht eine spezielle stoffliche Beschaffenheit eines Glases ihm die nützliche Eigenschaft, als Trinkgefäß dienen zu können. „*Die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswert.*“ (Kapital I, MEW 23, S. 100) Ginge der Käufer nicht davon aus, daß das Ding für ihn nützlich sein kann, so würde er es nicht kaufen.

Doch der Gebrauchswert allein macht ein Produkt nicht zur Ware. Konsumieren die Produzenten ihr Produkt selbst, so haben wir es nicht mit Warenwirtschaft, sondern mit Naturalwirtschaft zu tun. **Zweite Voraussetzung** für die Wareneigenschaft eines Produkts ist, daß der Produzent es nicht selbst konsumieren, sondern verkaufen will. „*Alle Waren sind Nicht-Gebrauchswerte für ihre Besitzer, Gebrauchswerte für ihre Nicht-Besitzer.*“ (ebenda S. 100) Der Besitzer, der Produzent, interessiert sich also nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar für den Gebrauchswert: Es muß sich ein Käufer finden, der am Gebrauchswert der Ware unmittelbar interessiert ist. Gelingt es dem Produzenten z.B., dem Käufer irgendwelchen Schund anzudrehen, so kümmert ihn der mangelnde Gebrauchswert nicht im geringsten. Er ist unmittelbar nur am Tauschwert interessiert, also daran, wieviel Geld (oder sonstige Waren) er im Austausch erhält.

Wenn wir sagen, der Produzent interessiert sich **nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar** für den Gebrauchswert, so heißt das mit anderen Worten: Der Gebrauchswert ist für den Produzenten lediglich **Mittel zum Zweck**. Der Zweck aber besteht darin, im Austausch Waren zu erhalten, die man selbst benötigt, Waren, an deren Gebrauchswert man

unmittelbar interessiert ist. Noch anders ausgedrückt: Der Warenproduzent produziert für fremde Bedürfnisse, aber nur deshalb, um im Austausch Waren zu erhalten, mit denen er eigene Bedürfnisse befriedigen kann.

*„Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind. Der Komplex dieser Privatarbeiten bildet die gesellschaftliche Gesamtarbeit.“* (ebenda, S. 87) *„Nur Produkte selbständiger und voneinander unabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber.“* (S. 57) Warenproduktion ist also arbeitsteilige **gesellschaftliche Produktion**, denn der Warenproduzent produziert nicht für eigene, sondern für gesellschaftliche Bedürfnisse. Zugleich ist sie aber gesellschaftliche Produktion **auf der Basis des Privateigentums an den Produktionsmitteln und an den Produkten**. Der Warenproduzent produziert nicht auf gesellschaftliche, sondern auf eigene Rechnung, ist eigenständiger ökonomischer Agent. Obwohl gesellschaftliche Produktion, erfolgt die Warenproduktion nicht auf der Grundlage einer gesellschaftlichen Planung. Das warenproduzierende Individuum ist frei von gesellschaftlichen Vorgaben. Dafür trägt es auch das Risiko der Produktion. Insofern ist die Arbeit des Warenproduzenten unmittelbar **nicht** gesellschaftliche Produktion, sondern **Privatarbeit**. Ob die Gesellschaft seine gesellschaftliche Produktion anerkennt, das stellt sich erst hinterher heraus, auf dem Markt. Erst dann zeigt sich, ob der Warenproduzent ein Produkt erhält, welches für ihn nützlich ist, einen Gebrauchswert hat, oder ob er auf seinen Waren, die **für ihn** keinen Gebrauchswert haben, sitzen bleibt.

Daß die Warenproduktion **nicht unmittelbar gesellschaftliche Produktion** ist, daß ihr gesellschaftlicher Charakter nur vermittelt über den „Markt“, über den Austauschprozeß, in Erscheinung tritt, wird von Marx wie folgt ausgedrückt: *„Es wird nicht ausgegangen von der Arbeit der Individuen als gemeinschaftlicher, sondern umgekehrt von besondern Arbeiten von Privatindividuen, Arbeiten, die sich erst im Austauschprozeß durch Aufhebung ihres ursprüngli-*

*chen Charakters, als allgemeine gesellschaftliche Arbeit be- weisen.“ (Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 31 f.)*

Erst im Austauschprozeß also beweist sich der gesellschaftliche Charakter der Warenproduktion. Die Waren werden auf dem Markt gegeneinander ausgetauscht. (Der Verkauf gegen Geld ist - wie wir später sehen werden - nur eine besondere Form des Tausches, allerdings eine gegenüber dem Naturaltausch höhere und höchst bedeutende Form. Wenn wir im folgenden von Tausch oder Austausch sprechen, so ist der Verkauf dabei inbegriffen.)

Wie kommt es aber, daß Gebrauchsgegenstände **unterschiedlicher stofflicher, sinnlich wahrnehmbarer Beschaffenheit** ausgetauscht, in gewisser Weise also gleichgesetzt werden können?

Formulieren wir zunächst die Fragestellung genauer:

Beim Austausch wird immer ein bestimmtes Quantum einer Ware mit einem bestimmten Quantum einer anderen Ware **gleichgesetzt**, sie sind **gleich viel wert**. Z.B.: 2 Pfund Weizen = 1 Tonkrug. 2 Pfund Weizen sind 1 Tonkrug wert. Allgemein:  $x$  Ware A =  $y$  Ware B. Jedes Austauschverhältnis ist in einer solchen Gleichung darstellbar. Nun sind aber z.B. 2 Pfund Weizen etwas ganz anderes als 1 Tonkrug. Die Nicht-Identität der beiden Seiten links und rechts des Gleichheitszeichens liegt klar auf der Hand. Fragt sich nur: Worin besteht denn ihre Identität?

Eine solche Gleichung setzt voraus, daß ein Gemeinsames von derselben Größe in zwei verschiedenen Dingen existiert; in unserem Beispiel also sowohl in den 2 Pfund Weizen als auch in dem 1 Tonkrug. *„Beide sind also gleich einem Dritten, das an und für sich weder das eine noch das andere ist. Jedes der beiden, soweit es Tauschwert, muß also auf dies Dritte reduzierbar sein.“* (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 51) Dieses Gemeinsame kann nicht eine sinnlich-stoffliche Eigenschaft der ausgetauschten Gegenstände sein, denn die sinnlich-stofflichen Eigenschaften sind ja gerade **unterschiedlich**. Es ist also nicht der Gebrauchswert, der die Dinge vergleichbar, austauschbar macht. Vom Gebrauchswert

muß gerade **abstrahiert** (abgesehen) werden, um das zu ermitteln, was die Waren vergleichbar, austauschbar macht.

*„Sieht man nun vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten. Jedoch ist uns auch das Arbeitsprodukt bereits in der Hand verwandelt. Abstrahieren wir von seinem Gebrauchswert, so abstrahieren wir auch von den körperlichen Bestandteilen und Formen, die es zum Gebrauchswert machen. Es ist nicht länger Tisch oder Haus oder Garn oder sonst ein nützlich Ding. Alle seine sinnlichen Beschaffenheiten sind ausgelöscht. Es ist auch nicht länger das Produkt der Tischlerarbeit oder der Bauarbeit oder der Spinnarbeit oder sonst einer bestimmten produktiven Arbeit. Mit dem nützlichen Charakter der Arbeitsprodukte verschwindet der nützliche Charakter der in ihnen dargestellten Arbeiten, es verschwinden also auch die verschiedenen konkreten Formen dieser Arbeiten, sie unterscheiden sich nicht länger, sondern sind allzusamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit. (Abstrakt deshalb, weil von der konkreten Form der Arbeit abstrahiert wurde, d. Verf.)*

*Betrachten wir nun das Residuum (Rest, Rückstand, d. Verf.) der Arbeitsprodukte. (Gemeint ist: das, was übrigbleibt, wenn man von der konkreten Form der jeweiligen Arbeit und von der konkreten sinnlich-stofflichen Beschaffenheit des betreffenden Arbeitsprodukts abstrahiert, d. Verf.) Es ist nichts von ihnen übriggeblieben als dieselbe gespenstige Gegenständlichkeit, eine bloße Gallerte (schleimige Masse, hier: Substrat ohne Bestimmtheit, d. Verf.) unterschiedloser menschlicher Arbeit, d.h. der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ohne Rücksicht auf die Form ihrer Verausgabung. Diese Dinge stellen nur noch dar, daß in ihrer Produktion menschliche Arbeitskraft verausgabte, menschliche Arbeit aufgehäuft ist. Als Kristalle dieser ihnen gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Substanz sind sie Werte - Warenwerte.“ (ebenda, S. 52)*

Wir sehen: Der Wert ist etwas ganz anderes als der Gebrauchswert. Mehr noch: Man kann nur dann zum Begriff des Wertes gelangen, wenn man vom Gebrauchswert völlig

abstrahiert. Der Wert ist das von uns gesuchte Gemeinsame, das sowohl in den 2 Pfund Weizen als auch in dem 1 Tonkrug vorhanden ist: „Das Gemeinsame, was sich im Austauschverhältnis oder Tauschwert der Ware darstellt, ist also ihr Wert.“ (S. 53)

Hier, wo es um den Wert geht, ist die **spezielle** Nützlichkeit eines Produkts, eben das, was ihm einen **bestimmten** Gebrauchswert verleiht, **völlig gleichgültig**. Das Produkt muß nur **irgendwie** nützlich sein, irgendeinen Gebrauchswert haben, damit sein Wert im Austausch realisiert werden kann.

### Der Wert ist vergegenständlichte abstrakte Arbeit

**Abstrakt** heißt: Von der besonderen Form der Arbeit wird abstrahiert; es kommt nur darauf an, daß überhaupt irgendeine gesellschaftlich nützliche Arbeit geleistet worden ist. Dementsprechend muß auch von der besonderen stofflichen, sinnlich wahrnehmbaren Eigenschaft des Produkts, die ihm den Gebrauchswert verleiht, abstrahiert werden, um zum Wertbegriff zu gelangen. Der Wert ist nicht stofflich, nicht körperlich, nicht sinnlich wahrnehmbar. Dennoch braucht der Wert einen stofflichen Träger, eben den Warenkörper. Deshalb sagen wir, daß der Wert **vergegenständlichte** abstrakte Arbeit ist. Diese Arbeit gehört bereits der Vergangenheit an, doch sie wirkt in der Gegenwart fort in ihrem Produkt, sie ist vergegenständlicht im Warenkörper.

In der Erscheinung stellt sich die Tauschaktion zunächst so dar, daß die Warenproduzenten diese Warenkörper gegeneinander tauschen. Sie tun dies allerdings nicht etwa deshalb, „weil diese Sachen ihnen als bloß sachliche Hüllen gleichartig menschlicher Arbeit gelten. Umgekehrt. Indem sie ihre verschiedenartigen Produkte einander im Austausch als Werte gleichsetzen, setzen sie ihre verschiedenen Arbeiten einander als menschliche Arbeit gleich. Sie wissen das nicht, aber sie tun es.“ (S. 88) Wir sehen hier, warum der Wert nicht körperlich, nicht stofflich sein kann:

**Der Wert ist letztlich ein Produktionsverhältnis  
zwischen Warenproduzenten.**

Diese tauschen ihre Arbeiten, aber sie tun das nicht unmittelbar und können nicht wissen, daß sie das tun.

*„Das Gemeinsame, was sich im Austauschverhältnis oder Tauschwert der Ware darstellt, ist also ihr Wert.“* (S. 53) Der Tauschwert ist also die Erscheinungsform des Werts. Anders ausgedrückt: Der Wert kann nur als Tauschwert erscheinen. Er ist seinem Wesen nach nicht Tauschwert, sondern Wert, denn er kommt nicht durch den Tausch zustande, sondern in der Produktion, in der Verausgabung abstrakt menschlicher Arbeit, er **ist** Kristallisation, Vergegenständlichung abstrakter Arbeit. Doch er kann unmittelbar nicht so erscheinen. Warum? Eben deshalb, weil Warenproduktion **nicht unmittelbar gesellschaftliche Produktion** ist, weil sich der gesellschaftliche Charakter der Warenproduktion erst im Austauschprozeß beweist.

Doch zurück zum Begriff der abstrakten Arbeit:

*„Sieht man ab von der Bestimmtheit der produktiven Tätigkeit und daher vom nützlichen Charakter der Arbeit, so bleibt das an ihr, daß sie eine Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ist. Schneiderei und Weberei, obgleich qualitativ verschiedene produktive Tätigkeiten, sind beide produktive Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw., und in diesem Sinn beide menschliche Arbeit. Es sind nur zwei verschiedene Formen, menschliche Arbeitskraft zu verausgaben. Allerdings muß die menschliche Arbeitskraft selbst mehr oder minder entwickelt sein, um in dieser oder jener Form verausgabt zu werden. Der Wert der Ware aber stellt menschliche Arbeitskraft schlechthin dar, Verausgabung menschlicher Arbeit überhaupt.“* (S. 58 f.)

Für den Wertcharakter einer Arbeit ist die spezielle Form der Arbeit, ob es sich z.B. um Schneider- oder Tischlerarbeit leistet, gleichgültig. Doch jede Ware hat einen ganz bestimmten Gebrauchswert. Der Warenproduzent leistet somit zugleich konkrete und abstrakte Arbeit. Die kon-

krete Arbeit verleiht dem Produkt seine besonderen körperlichen, stofflichen, sinnlich wahrnehmbaren Eigenschaften, die es zu einem ganz bestimmten Gebrauchswert machen. Hierin unterscheidet sich die Arbeit des Warenproduzenten nicht von jeder beliebigen anderen Arbeit auch, z.B. von der des Sklaven, des hörigen Bauern oder des Mitglieds einer kommunistischen Ordnung, in der für gemeinsame Rechnung produziert wird. Doch in allen diesen Produktionsweisen interessiert sich der Produzent bzw. derjenige, der produzieren läßt, unmittelbar für den Gebrauchswert des Produkts. Dem Warenproduzenten hingegen ist der spezielle Gebrauchswert seines Produkts gleichgültig. Für ihn ist wichtig, daß er im Austauschprozeß für seine Arbeit ein anderes Produkt erhält, welches für ihn nützlich ist. So gesehen ist eine Arbeit so gut wie die andere, sofern nur überhaupt irgendein beliebiges gesellschaftlich nützlich Produkt geschaffen wird. Diese Arbeit, deren spezielle Form gleichgültig ist, ist eben abstrakte Arbeit. Durch diese abstrakte Arbeit wird der Wert geschaffen. Wie schon gesagt: **Der Wert ist vergegenständlichte abstrakte Arbeit.**

Marx selbst erklärte in einem Brief an Engels: „*Das Beste an meinem Buch* (dem 1. Band des Kapitals, d. Verf.) *ist 1. (darauf beruht **alles** Verständnis der facts) der gleich im **Ersten** Kapitel hervorgehobne **Doppelcharakter der Arbeit**, je nachdem sie sich in Gebrauchswert oder Tauschwert ausdrückt; 2. die Behandlung des **Mehrwerts unabhängig von seinen besondern** Formen als Profit, Zins, Grundrente etc.“ (MEW 31, S. 326; Hervorhebungen von Marx; facts = Tatsachen)*

Also: Neben seiner Behandlung des Mehrwerts (mit der wir uns in späteren Kapiteln befassen werden) hält Marx seine Herausarbeitung des **Doppelcharakters** der Arbeit des Warenproduzenten für **das Beste am ersten Band des Kapitals!**

Warum?

Natürlich ist es für sich genommen keine besonders tiefe und wichtige Erkenntnis, daß man **gedanklich** von der konkreten Bestimmtheit der Arbeit eines Produzenten abstra-

hieren kann (also z.B. davon, daß es sich konkret um Schneider- oder Schusterarbeit handelt) und daß dann, als Ergebnis dieser Abstraktion, Verausgabung gesellschaftlich nützlicher menschlicher Arbeitskraft als solcher übrig bleibt, losgelöst von der konkreten Form ihrer Verausgabung. Man kann von allen möglichen Dingen abstrahieren, z.B. vom Materiellen, und man erhält dann einen „reinen Geist“. Das denkende Hirn ist verhältnismäßig frei, alle möglichen sinnvollen und unsinnigen Abstraktionen vorzunehmen.

Die Abstraktion von der konkreten Form der Arbeit und ihres Produkts kann **gedanklich** in Bezug auf die Arbeit **in jeder beliebigen Gesellschaftsordnung** vorgenommen werden. Außerhalb der Warenproduktion aber wäre eine solche Abstraktion inhalts- und begriffsleer, hätte sie keinen Erkenntniswert: Kommt es dem Produzenten auf die spezielle Nützlichkeit seines Produkts an, so ist eben die körperliche Beschaffenheit dieses Produkts und folglich auch die spezielle Form der Arbeit von entscheidender Bedeutung. Doch mit dem Sieg der bürgerlichen Ordnung **wird die abstrakte Arbeit zu einer objektiven ökonomischen Kategorie**, und zwar zu einer sehr wichtigen, den Charakter der Produktionsweise wesentlich bestimmenden Kategorie: Sachliche Abhängigkeit der Produzenten voneinander (an Stelle der persönlichen Abhängigkeiten der Feudalordnung), Gleichgültigkeit gegenüber der besonderen Form einer Arbeit, Austauschbarkeit aller Arbeiten auf dem Markt. Unmittelbar aber werden nicht die Arbeiten ausgetauscht, sondern die Arbeitsprodukte, die Waren.

Anders ausgedrückt: Der Begriff des Doppelcharakters der Arbeit wird inhalts- und begriffsleer, verkommt zu einer leeren Formel, wenn man ihn nicht **in unmittelbarem Zusammenhang mit dem grundlegenden Widerspruch der Warenproduktion** begreift.

Der grundlegende Widerspruch der Warenproduktion besteht, wie oben gesagt, in folgendem: Der Warenproduzent produziert nicht für eigene, sondern für gesellschaftliche Bedürfnisse. Obwohl also gesellschaftliche Produktion, ist die Warenproduktion zugleich aber Privatsache

des Produzenten, erfolgt sie auf dessen Rechnung, nicht auf gesellschaftliche Rechnung. Der gesellschaftliche Charakter wird gewissermaßen erst nachträglich, erst über den Markt hergestellt. Der Warenproduzent produziert für Bedürfnisse anderer, und er kommt in den Genuß der von ihm benötigten Dinge, indem er seine Waren gegen die Waren anderer tauscht. Dadurch wird es notwendig, daß im Austausch die Produkte aufeinander bezogen werden:  $x$  Ware A =  $y$  Ware B. Der Wert der Waren wird nicht unmittelbar, nicht in der Verausgabung einer bestimmten Menge menschlicher Arbeitskraft, sondern indirekt, in einer anderen Ware, gemessen.

*„Die Arbeit ist Arbeit des Privatindividuums, dargestellt in einem bestimmten Produkt. Als Wert soll jedoch das Produkt Verkörperung der **gesellschaftlichen** Arbeit sein und als solches unmittelbar verwandelbar aus einem Gebrauchswert in jeden andren. (Der bestimmte Gebrauchswert, worin sie sich unmittelbar darstellt, soll gleichgültig sein, so daß es aus einer Form von Gebrauchswert in die andre übersetzbar.) Die **Privatarbeit** soll sich also unmittelbar darstellen als ihr Gegenteil, **gesellschaftliche** Arbeit; diese verwandelte Arbeit ist als ihr unmittelbares Gegenteil **abstrakt allgemeine** Arbeit, die sich daher auch in einem allgemeinen Äquivalent darstelle. Nur durch ihre Veräußerung stellt sich die individuelle Arbeit wirklich als ihr Gegenteil dar. Aber die Ware muß diesen allgemeinen Ausdruck besitzen, bevor sie veräußert ist. Diese Notwendigkeit der Darstellung der individuellen Arbeit als allgemeiner ist die Notwendigkeit der Darstellung einer Ware in Geld. Soweit dies Geld als Maß dient und als Ausdruck des Werts der Ware im **Preis**, erhält die Ware diese Darstellung.“*

(Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3, Seite 133)

**Die abstrakte Arbeit oder der Wert ist also Ausdruck des Widerspruchs, daß die Arbeit des Warenproduzenten private Arbeit und zugleich ihr Gegenteil, gesellschaftliche Arbeit, ist. Im Austausch erscheint sie als gesellschaftliche**

Arbeit. Aber der Wert wird nicht im Austausch geschaffen, sondern bereits in der Produktion. Folglich muß bereits vor dem Verkauf auch in der Erscheinung in irgendeiner Weise zum Ausdruck kommen, daß die Ware nicht nur ein bestimmter Gebrauchsgegenstand ist, sondern daß darüber hinaus eine bestimmte Wertmenge in ihr vergegenständlicht ist, daß eine bestimmte Menge abstrakter Arbeit zu ihrer Produktion notwendig war und daß sie gegen beliebige andere Ware austauschbar ist, zu deren Produktion die gleiche Menge abstrakter Arbeit erforderlich ist. Dieser „allgemeine Ausdruck“ tritt tatsächlich bereits vor der Veräußerung der Ware in Erscheinung, nämlich als ihr Preis. Der Preis setzt das Geld voraus, doch dazu weiter unten.

Das Wesen des Werts besteht also nicht einfach in der Tatsache, daß zur Herstellung eines Gebrauchswertes die Verausgabung einer bestimmten Menge menschlicher Arbeitskraft erforderlich ist. Dies war immer so und wird immer so sein. **Wesentlich am Wert ist, daß die für die Herstellung des Produktes gesellschaftlich notwendige Arbeit zu einer Eigenschaft der Ware selbst wird, sich nämlich in den Warenwert verwandelt. Daß der Warenwert zu einer Eigenschaft der Ware selbst wird, tritt in Erscheinung durch das Preisschild, welches an der Ware hängt und auf dem die Ware gewissermaßen spricht: „Ich kann ausgetauscht werden gegen ein Produkt, welches soundsoviel abstrakte gesellschaftlich-nützliche Arbeit verkörpert.“**

Diese Abstraktion von der konkreten Nützlichkeit eines Produkts findet wie schon gesagt nicht etwa deshalb statt, weil das denkende Hirn die Abstraktion von der konkreten Form der Verausgabung von Arbeitskraft vornehmen kann, sondern weil die objektiven Verhältnisse der Warenproduzenten diese Abstraktion materiell beinhalten: **„Diese Reduktion erscheint als eine Abstraktion, aber es ist eine Abstraktion, die in dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß täglich vollzogen wird.“** (Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 18) Marx hat gezeigt, daß und warum dies so ist, und **hierin** liegt die Genialität seiner Entdek-

kung bezüglich des Doppelcharakters der Arbeit. Deshalb ist die „zweischlächtige Natur der in der Ware enthaltenen Arbeit“ „der Springpunkt (...), um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie (der Warenproduktion, d.Verf.) dreht“. (Kapital I, MEW 23, S. 56)

## NOCHMALS ZUR HISTORISCHEN BEDINGTHEIT DER WARENPRODUKTION

Das Produkt des Menschen der Urgesellschaft hat keinen Wert, ebensowenig das Produkt des Sklaven, der für den Konsum seines Sklavenhalters produziert, und das Produkt des hörigen Bauern, der für den Konsum seines Feudalherrn produziert. Warum nicht? Weil diese Produkte nicht zum Zwecke des Verkaufs produziert werden.

Wir sehen hier nochmals sehr deutlich, daß es nicht von der technischen Art der Produktion oder von der physischen Art und Beschaffenheit des Produkts abhängt, ob ein Produkt als Ware hergestellt wird, sondern von den gesellschaftlichen Verhältnissen der Produzenten. So verspottet Marx die Aussage eines bürgerlichen Vulgärökonomen „Eine Perle oder ein Diamant hat Wert als Perle oder Diamant“ wie folgt: *„Bisher hat noch kein Chemiker Tauschwert in Perle oder Diamant entdeckt.“* (ebenda, S. 98) Die bürgerlichen Vulgärökonomen können nicht begreifen, daß die Perle „als Perle“ (nämlich als **Gebrauchswert** Perle) keinen Wert haben kann, daß der Diamant „als Diamant“ (nämlich als **Gebrauchswert** Diamant) keinen Wert haben kann. Der Wert ist wie gesagt nicht stofflich, nicht körperlich, nicht sinnlich wahrnehmbar, denn er ist **ein Produktionsverhältnis zwischen Warenproduzenten**. Indem sie ihre Waren gegeneinander austauschen, tauschen sie nämlich ihre Arbeiten gegeneinander aus, tauschen sie die abstrakte Arbeit gegeneinander aus, die in ihren jeweiligen Waren verkörpert ist.

Sie tun dies jedoch nicht unmittelbar, und daher kennen die Warenproduzenten, kennen die Käufer und Verkäufer den gesellschaftlichen Inhalt ihres Tuns nicht. Die Gesetze der Warenproduktion wirken elementar, spontan, ohne adäquates Bewußtsein der handelnden Personen.

Was nun die Entwicklung der betreffenden theoretischen Wissenschaft, der politischen Ökonomie, betrifft, so hängen die Möglichkeiten eines Wissenschaftlers, diese Ge-

setze zu begreifen, nicht nur von seinen subjektiven Fähigkeiten ab, sondern entscheidend von seinem klassenmäßigen Horizont und seinen Klasseninteressen:

Marx zeigt im *Kapital* (ebenda, S. 73), warum der genialste Denker des Altertums, Aristoteles, bei dem Versuch scheiterte, das Wertverhältnis zu bestimmen. Aristoteles war bereits zu dem Ergebnis gekommen, daß der Warenaustausch ein Gleichheitsverhältnis voraussetzt, stutzte dann aber, da ihm dieses Ergebnis absurd vorkam: Dann wären ja auch die Arbeiten eines Freien und eines Sklaven grundsätzlich gleichwertig! Dies konnte nicht sein! Marx kommentierte: *„Das Geheimnis des Wertausdrucks, die Gleichheit und gleiche Gültigkeit aller Arbeiten, weil und insofern sie menschliche Arbeit überhaupt sind, kann nur entziffert werden, sobald der Begriff der menschlichen Gleichheit bereits die Festigkeit eines Volksvorurteils besitzt. Das ist aber erst möglich in einer Gesellschaft, worin die Warenform die allgemeine Form des Arbeitsprodukts, also auch das Verhältnis der Menschen zu einander als Warenbesitzer das herrschende gesellschaftliche Verhältnis ist. Das Genie des Aristoteles glänzt gerade darin, daß er im Wertausdruck der Waren ein Gleichheitsverhältnis entdeckt. Nur die historische Schranke der Gesellschaft, worin er lebte, verhindert ihn herauszufinden, worin denn ´in Wahrheit´ dies Gleichheitsverhältnis besteht.“* (ebenda S. 74)

Nebenbei bemerkt zeigt sich hier, daß „Gleichheit“ eine bürgerliche Kategorie ist. Gleichheit in der abstrakten Arbeit, Gleichgültigkeit gegenüber der konkreten Arbeit. Im Kommunismus wird diese bürgerliche Gleichheit überwunden sein. Der Mensch wird seine besonderen Fähigkeiten und Fertigkeiten, seine Individualität entwickeln. Die bürgerliche Gesellschaft rühmt sich, die Individualität zu entwickeln, es zeigt sich aber, daß sie den Menschen auf den Wareninhaber, auf abstrakte Arbeit, reduziert. (Zu Inhalt und Grenzen der bürgerlichen Individualität vgl. Kapitel IV S. 82 ff.) Gleichheit kann sich in einem kommunistischen Gemeinwesen nur darauf beziehen, daß die Gesellschaft allen Individuen gleiche Entfaltungsmöglichkeiten bietet.

Aus den von Marx genannten Gründen waren bereits vor ihm Vertreter der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie in der Lage, richtig zu bestimmen, daß der Wert der Ware die verausgabte Arbeitsmenge ist, gemessen durch die Arbeitszeit, nämlich die Engländer Adam Smith (1723 - 1790) und David Ricardo (1772 - 1823): In England hatten sich die bürgerlichen Verhältnisse am weitesten entwickelt. Die **Unterscheidung von konkreter und abstrakter Arbeit** allerdings wurde **erst von Marx entdeckt**. Auch hier waren es klassenmäßige Schranken, die die bürgerlichen Wissenschaftler Smith und Ricardo in ihrem Erkenntnisvermögen gehemmt hatten: Sie hatten zwar - im Gegensatz zu Aristoteles - keine Probleme mit der Gleichheit der Arbeit der Warenproduzenten, wohl aber mit der **historischen Bedingtheit und Beschränktheit der Warenproduktion**: Gebrauchsgegenstände sind in jeder menschlichen Gesellschaft produziert worden und werden immer produziert werden. In der Form von Waren werden sie, wie wir gesehen haben, nur unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen hergestellt, unter Verhältnissen, die nicht immer existiert haben und nicht immer existieren werden. Als bürgerliche Wissenschaftler aber waren Smith und Ricardo geneigt, die bürgerlichen Verhältnisse als „naturegegeben“ hinzustellen. Die analytische Scheidung zwischen Gebrauchswert und Wert, anders ausgedrückt: zwischen konkreter und abstrakter Arbeit, hätte diese Verklärung der bürgerlichen Ordnung ins Wanken gebracht, und daher waren Smith und Ricardo zu dieser wissenschaftlichen Leistung nicht fähig.

Marx: *„Die Wertform des Arbeitsprodukts ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise, die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch charakterisiert wird. Versieht man sie daher für die ewige Naturform gesellschaftlicher Produktion, so übersieht man notwendig auch das Spezifische der Wertform, also der Warenform, weiter entwickelt der Geldform, Kapitalform usw.“* (ebenda S. 95)

## BESTIMMUNG DER WERTGRÖSSE

*„Ein Gebrauchswert oder Gut hat also nur einen Wert, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht oder materialisiert ist. Wie nun die Größe seines Werts messen? Durch das Quantum der in ihm enthaltenen ‚wertbildenden Substanz‘, der Arbeit. Die Quantität der Arbeit selbst mißt sich an ihrer Zeitdauer, und die Arbeitszeit besitzt wieder ihren Maßstab an bestimmten Zeiteilen, wie Stunde, Tag usw.“ (ebenda, S. 53)*

Anders ausgedrückt: Die Größe des Werts einer Ware wird durch die Arbeitsmenge bestimmt, die zu ihrer Produktion erforderlich ist. Diese Arbeitsmenge wird in der Menge an erforderlicher Arbeitszeit gemessen.

Was geschieht nun, wenn der eine Warenproduzent längere Zeit am gleichen Produkt arbeitet als der andere, weil er fauler oder ungeschickter ist oder weil er weniger entwickelte Techniken bzw. Produktionsmittel benutzt? Enthält sein Produkt dann einen größeren Wert als das gleiche Produkt des Konkurrenten?

*„Es könnte scheinen, daß, wenn der Wert einer Ware durch das während ihrer Produktion verausgabte Arbeitsquantum bestimmt ist, je fauler oder ungeschickter ein Mann, desto wertvoller seine Ware, weil er desto mehr Zeit zu ihrer Verfertigung braucht. Die Arbeit jedoch, welche die Substanz der Werte bildet, ist gleiche menschliche Arbeit, Verausgabung derselben menschlichen Arbeitskraft. Die gesamte Arbeitskraft der Gesellschaft, die sich in den Werten der Warenwelt darstellt, gilt hier als eine und dieselbe menschliche Arbeitskraft, obgleich sie aus zahllosen individuellen Arbeitskräften besteht. (Hier zeigt sich wieder, daß Warenproduktion gesellschaftliche Produktion ist, d. Verf.) Jede dieser individuellen Arbeitskräfte ist dieselbe menschliche Arbeitskraft wie die andere, soweit sie den Charakter einer gesellschaftlichen Durchschnitts-Arbeitskraft besitzt und als solche gesellschaftliche Durchschnitts-Arbeitskraft wirkt, also in der Produktion einer Ware auch nur die im Durch-*

schnitt notwendige oder gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit braucht. **Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen.** Nach der Einführung des Dampfwebstuhls in England z.B. genügte vielleicht halb so viel Arbeit als vorher, um ein gegebenes Quantum Garn in Gewebe zu verwandeln. Der englische Handweber brauchte zu dieser Verwandlung in der Tat nach wie vor dieselbe Arbeitszeit, aber das Produkt seiner individuellen Arbeitsstunde stellte jetzt nur noch eine halbe gesellschaftliche Arbeitsstunde dar und fiel daher auf die Hälfte seines frühern Werts.“ (ebenda S. 53, Hervorhebung v. Verf.)

Obwohl die Warenproduktion gesellschaftliche Produktion ist, obwohl folglich die wertbildende abstrakte Arbeit über den Austausch auf die gesellschaftliche Gesamtarbeit bezogen ist, gibt es kein gesellschaftliches Organ, welches die Verausgabung der gesamten Arbeitskraft der Gesellschaft regeln könnte. Die Beziehung der Arbeit des einzelnen Warenproduzenten zur Arbeit der anderen Warenproduzenten und damit zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit stellt sich erst **nach** der Produktion heraus. Erst dann, wenn der Warenproduzent mit seiner Ware auf den Markt kommt, erfährt er, ob und inwieweit seine verausgabte Arbeit als Teil der gesellschaftlichen Arbeit zählt. Sie zählt nicht als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, wenn er keinen Käufer findet. Sie ist auf die Hälfte entwertet, wenn z.B. der Handweber nach Erfindung des Dampfwebstuhls innerhalb einer Stunde nur noch ein Produkt herstellt, das die Werts substanz einer halben Stunde gesellschaftlich notwendiger Arbeit verkörpert.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß **qualifiziertere Arbeit**, die in der Regel einen höheren Ausbildungsgrad des Produzenten erfordert, in gleicher Zeit eine größere Wertmenge hervorbringt als weniger qualifizierte Arbeit: „Wie nun in der bürgerlichen Gesellschaft ein General oder Ban-

*kier eine große, der Mensch schlechthin dagegen eine sehr schätzbare Rolle spielt, so steht es auch hier mit der menschlichen Arbeit. Sie ist Verausgabung einfacher Arbeitskraft, die im Durchschnitt jeder gewöhnliche Mensch, ohne besondere Entwicklung, in seinem leiblichen Organismus besitzt.*

**Die einfache Durchschnittsarbeit** selbst wechselt zwar in verschiedenen Ländern und Kulturepochen ihren Charakter, ist aber in einer vorhandenen Gesellschaft gegeben. Komplizierte Arbeit gilt nur als **potenzierte** oder vielmehr **multiplizierte** einfache Arbeit, so daß ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung. Eine Ware mag das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein, ihr **Wert** setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar.“ (ebenda S. 59, Hervorhebungen von Marx)

## DAS WERTGESETZ

Nun können wir das **Wertgesetz** (= **Gesetz der Warenproduktion**) formulieren. Es besagt:

**Die Waren werden entsprechend der zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeitsmenge gegeneinander ausgetauscht. Das Größenmaß der wertbildenden Substanz, nämlich der gesellschaftlich notwendigen Arbeitsmenge, ist die zur Herstellung einer bestimmten Ware im gesellschaftlichen Mittel erforderliche Arbeitszeit.**

Nun wissen die Personen, die ihre Waren gegeneinander austauschen, allerdings nicht, wieviel Arbeitszeit im gesellschaftlichen Mittel zur Produktion dieser Waren erforderlich ist. Jeder Warenproduzent weiß nur, wieviel Arbeitszeit ihn die Produktion seiner eigenen Ware gekostet hat. Er weiß weder, ob dies der gesellschaftlich durchschnittlich erforderlichen Arbeitszeit entspricht, noch weiß er, wieviel Arbeitszeit im gesellschaftlichen Mittel zur Produktion derjenigen Ware erforderlich ist, die er im Austausch erwirbt. Zwei Warenproduzenten, die ihre Waren gegeneinander austauschen, haben also nicht die Möglichkeit, den Wert dieser Waren empirisch zu ermitteln. Mit anderen Worten: Sie können sich bei ihrer Tauschaktion gar nicht bewußt am Wertgesetz orientieren. Woran orientieren sie sich aber dann?

Wir sagten bereits: Der Wert tritt im Austausch in Erscheinung. Er erscheint als Tauschwert. Er wird aber nicht etwa im Austausch geschaffen, sondern vielmehr bereits in der Produktion, in der Verausgabung abstrakter Arbeit. Ob der Wert im Austausch realisiert werden kann, ob der Warenproduzent einen über dem Wert oder unter dem Wert

liegenden Preis erzielen kann oder ob er gar auf seiner Ware sitzenbleibt, das stellt sich freilich erst nach erfolgter Produktion heraus, auf dem Markt. Das heißt aber: Es hängt von den jeweiligen Marktbedingungen ab, welchen Preis ein Warenverkäufer verlangen kann. Betrachten wir konkrete Austauschaktionen, so stellen wir folglich in aller Regel fest, daß die Waren **nicht** zu ihrem Wert ausgetauscht werden.

Dem Wertgesetz scheint die einfache Tatsache entgegenzustehen, daß Preis und Wert auseinanderfallen. Es sieht so aus, als wäre das von uns formulierte Wertgesetz graue Theorie, die mit der Praxis des Warenaustauschs nichts zu tun hat. Wie löst sich dieser Widerspruch?

## UNTERSCHIED VON WERT UND PREIS.

# DAS WERTGESETZ ALS REGULATOR DER PRODUKTION

Präzisieren wir zunächst die Problemstellung:

Die Anschauung zeigt, daß Waren in aller Regel **nicht** zu ihrem Wert ausgetauscht werden. Das ergibt sich bereits daraus, daß Marktpreise auch ohne Veränderung der Arbeitsproduktivität schwanken. Dies wäre nicht möglich, wenn eine Ware stets zu ihrem Wert verkauft würde. Dann wäre der Wert der Preis. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall.

Wenn Waren ausgetauscht werden, dann fragt niemand nach der zur Herstellung dieser Waren verausgabten Arbeitszeit. Überdies würde sich dadurch auch nicht der Wert ermitteln lassen. Denn nicht die tatsächlich vom jeweiligen Warenproduzenten verwandte Zeit bestimmt den Wert, sondern die **gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit**. Diese ist dem Warenproduzenten gar nicht bekannt und interessiert ihn im übrigen ebensowenig wie den Käufer.

Wenn also die Wertmessung beim Warenaustausch keine Rolle spielt, ist dann nicht das Wertgesetz ad absurdum geführt?

Klären wir zunächst, wodurch die **Preisschwankungen** der Waren bestimmt werden.

Die **Preisschwankungen** werden durch die Konkurrenz zwischen den Verkäufern einerseits und zwischen den Käufern andererseits bestimmt, mit anderen Worten: durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage.

Nämlich:

Konkurrenz zwischen den Verkäufern: Wer am billigsten verkauft, kann sich den größten Absatz sichern. Diese Konkurrenz drückt die Preise. Konkurrenz zwischen den Käufern: Je größer das Interesse an einer in begrenzter Menge vorhandenen Art von Waren, desto höher steigen die Preise.

Diese Faktoren also bestimmen das Steigen und Fallen der Preise. *„Aber was heißt Steigen, Fallen der Preise, was heißt hoher Preis, niedriger Preis? Ein Sandkorn ist hoch durch ein Mikroskop betrachtet, und ein Turm ist niedrig mit einem Berg verglichen.“* (Marx, Lohnarbeit und Kapital, MEW 6, S. 403; oder AW in 6 Bänden, Band 1, S. 570) Ob ein Preis hoch oder niedrig ist, das ist eben relativ. Wenn die Marktpreise schwanken, so müssen sie um einen bestimmten Bezugspunkt schwanken. Was ist dieser Bezugspunkt?

Anders gefragt: Was geschieht, wenn die Konkurrenz zwischen den Käufern ebenso groß ist wie die Konkurrenz zwischen den Verkäufern, wenn sich also die Wirkung der einen Konkurrenz und die Wirkung der anderen Konkurrenz aufheben?

*„Wenn Nachfrage und Zufuhr sich decken, hören sie auf zu wirken, und eben deswegen wird die Ware zu ihrem Marktwert verkauft. Wenn zwei Kräfte in entgegengesetzter Richtung gleichmäßig wirken, heben sie einander auf, wirken sie gar nicht nach außen, und Erscheinungen, die unter dieser Bedingung vorgehn, müssen anders als durch das Eingreifen dieser beiden Kräfte erklärt werden. Wenn Nachfrage und Zufuhr sich gegenseitig aufheben, hören sie auf, irgend etwas zu erklären, wirken sie nicht auf den Marktwert und lassen uns erst recht im dunkeln darüber, weshalb der Marktwert sich grade in dieser Summe Geld ausdrückt und in keiner andern. Die wirklichen innern Gesetze der kapitalistischen Produktion können offenbar nicht aus der Wechselwirkung von Nachfrage und Zufuhr erklärt werden (ganz abgesehen von tieferer, hier nicht angebrachter Analyse dieser beiden gesellschaftlichen Triebkräfte), da diese Gesetze nur dann rein verwirklicht erscheinen, sobald Nachfrage und Zufuhr aufhören zu wirken, d.h. sich decken. Nachfrage und Zufuhr decken sich in der Tat niemals, oder wenn sie sich einmal decken, so ist es zufällig, also wissenschaftlich = 0 zu setzen, als nicht geschehn zu betrachten. In der politischen Ökonomie wird aber unterstellt, daß sie sich decken,*

*warum? Um die Erscheinungen in ihrer gesetzmäßigen, ihrem Begriff entsprechenden Gestalt zu betrachten, d.h., sie zu betrachten unabhängig von dem durch die Bewegung von Nachfrage und Zufuhr hervorgebrachten Schein.“ (Kapital III, MEW 25, S. 199)*

Also: Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt in der Tat nur die **Schwankungen** der Marktpreise, nicht aber den Punkt, um den herum sie schwanken. Erklärt man, die Preise würden durch Angebot und Nachfrage bestimmt, so bleibt man an der Erscheinung kleben, hat sich dem Wesen der Sache aber keinen Millimeter genähert.

Der Warenproduzent freilich interessiert sich keinen Deut dafür, was das Wesen des Wertes oder das Wesen des Marktpreises ist. Dafür weiß er allerdings sehr gut, wann er ein gutes und wann er ein schlechtes Geschäft gemacht hat. Worin liegt für ihn der Maßstab, ob ein Geschäft vorteilhaft oder unvorteilhaft ist? Er weiß, wieviel er für Rohstoffe und Werkzeug ausgegeben hat und wie lange er gearbeitet hat. Zieht er seine Vorkosten vom Verkaufserlös ab, so weiß er, wieviel er für eine Stunde Arbeit erhalten hat. Ist dies zu wenig oder hat er gar einen Verlust gemacht, so war das „ein schlechtes Geschäft“.

Kein Warenproduzent kann sich leisten, dauernd schlechte Geschäfte zu machen. Geschieht dies, so kann das daran liegen, daß er ungeschickter arbeitet als andere oder mit veralteten Produktionstechniken und -mitteln. In diesem Falle muß er zusehen, daß er seine Produktivität verbessert, also geschickter wird, schneller arbeitet oder entwickeltere Techniken und Produktionsmittel verwendet, damit er individuell für die Herstellung seiner Ware nicht länger braucht als die gesellschaftlich durchschnittlich erforderliche Arbeitszeit. Gelingt ihm dies nicht, so wird er auf Dauer ruiniert.

Es kann noch einen zweiten Grund dafür geben, daß unser Warenproduzent „schlechte Geschäfte macht“: Von seiner Art Ware wird so viel hergestellt, daß die Produzenten Probleme haben, ihre Produkte zu verkaufen. Die Kon-

kurrenz unter den Warenproduzenten drückt den Preis. Ab einem bestimmten Punkt führt das dazu, daß einige Produzenten ruiniert werden und daß andere sich von der Produktion dieser Ware zurückziehen und ihr Glück lieber mit anderen Produkten versuchen. Dies geschieht so lange, bis das Angebot der Nachfrage entspricht, der Preis sich also wieder beim Wert der betreffenden Ware einpendelt. Umgekehrt: Liegt die Nachfrage **über** dem Angebot, so treibt die Konkurrenz zwischen den Käufern die Preise nach oben. Die Produzenten dieser Art Ware werden reich, weil sie Preise erzielen, die über dem Wert liegen. Das hat zur Folge, daß mehr Produzenten ihr Glück mit dieser Ware versuchen. Das Angebot wächst, und damit fallen die Preise, bis sie sich wieder um den Wert herum einpendeln.

Also: Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage determiniert (bestimmt) das Schwanken der Preise, doch sie schwanken eben **um den Wert herum**. Und damit ist die Ehre unseres Wertgesetzes, das durch den bloßen Anschein widerlegt schien, gerettet.

Mehr noch:

**Das Wertgesetz erweist sich als Regulator der Produktion, als Regulator der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit der verschiedenen Warenproduzenten auf die verschiedenen Zweige der Produktion.**

Natürlich, diese Art von Regulation ist nicht besonders rationell. Sie beinhaltet, daß einmal Werte vernichtet und Warenproduzenten ruiniert werden, ein andermal gesellschaftliche Bedürfnisse mangels ausreichendem Angebot nicht befriedigt werden können. Sie beinhaltet also Krisen, Erschütterungen, Ruin von Produzenten und sachlichem Reichtum. Aber eine andere Regulation ist nicht möglich bei einer zwar gesellschaftlichen Produktion, die jedoch auf pri-

vate Rechnung der Produzenten erfolgt. Bei einer gesellschaftlichen Produktion, die nicht von der Gesellschaft geplant und geleitet wird, sondern hinter dem Rücken der Produzenten, ohne deren Zutun, nach spontan wirkenden Gesetzen reguliert wird. Die Warenproduzenten produzieren nicht für sich, sondern für gesellschaftliche Bedürfnisse, aber erst hinterher, **nach** erfolgter Produktion, stellt sich heraus, ob diese Bedürfnisse (in Form von zahlungsfähiger Nachfrage) vorhanden sind, ob die Gesellschaft die Arbeit dieser Produzenten anerkennt.

## DIE BÜRGERLICHEN VULGÄRÖKONOMEN KLEBEN AN DER ERSCHEINUNG

Der Umstand, daß Preis und Wert nur zufällig, allenfalls für einen kurzen Zeitraum, übereinstimmen, wurde und wird von den Vulgärökonomern zu Angriffen gegen die objektive Werttheorie, gegen die Bestimmung des Wert durch die gesellschaftlich erforderliche Arbeitszeit genutzt.

Marx: *„Der Vulgärökonom hat nicht die geringste Ahnung davon, daß die wirklichen, täglichen Austauschverhältnisse und die Wertgrößen **nicht unmittelbar identisch** sein können. Der Witz der bürgerlichen Gesellschaft besteht ja eben darin, daß a priori (von vornherein, hier im Sinne von: vor der Produktion, d. Verf.) keine bewußte gesellschaftliche Regelung der Produktion stattfindet. Das Vernünftige und Naturnotwendige setzt sich nur als blindwirkender Durchschnitt durch. Und dann glaubt der Vulgäre eine große Entdeckung zu machen, wenn er der Enthüllung des inneren Zusammenhangs gegenüber drauf pocht, daß die Sachen in der Erscheinung anders aussehn. In der Tat, er pocht drauf, daß er an dem Schein festhält und ihn als Letztes nimmt. Wozu dann überhaupt eine Wissenschaft?“* (Marx, Brief an Kugelman, MEW 32, S. 553)

Zwar tritt der Wert der Ware in Erscheinung, doch er erscheint nur indirekt, in der Austauschaktion und davor vermittelt über den Preis. „Das Wesen muß erscheinen“, wie Hegel sagt, aber Wesen und Erscheinung fallen nicht unmittelbar zusammen. Das richtige, wissenschaftliche Denken hat von den Daten der sinnlichen Wahrnehmung auszugehen, doch es muß diese Daten unter Zuhilfenahme der Abstraktionskraft verarbeiten, um das Wesen zu begreifen. (vgl. Kapitel V Seite 92 ff.)

Hierhin gehört auch Engels´ Vergleich des Wertgesetzes mit Kreis und Polygon oder zwei Asymptoten, den wir in Kapitel V auf Seite 155 anführten und den wir nun näher erläutern können. Engels antwortete wie folgt auf einen

Brief von Conrad Schmidt, einem Ökonomen und Philosophen, der in diesem Brief argumentiert hatte, das Wertgesetz gelte in der Praxis des Marktes häufig nicht, da die Waren häufig nicht zu ihrem Wert ausgetauscht würden:

*„Die Vorwürfe, die Sie dem Wertgesetz machen, treffen **alle** Begriffe, vom Standpunkt der Wirklichkeit aus betrachtet. Die Identität von Denken und Sein, um mich hegelsch auszudrücken, deckt sich überall mit Ihrem Beispiel von Kreis und Polygon. Oder die beiden, der Begriff einer Sache und ihre Wirklichkeit, laufen nebeneinander wie zwei Asymptoten, sich stets einander nähernd und doch nie zusammentreffend. Dieser Unterschied beider ist eben der Unterschied, der es macht, daß der Begriff nicht ohne weiteres, unmittelbar, schon die Realität, und die Realität nicht unmittelbar ihr eigener Begriff ist. Deswegen, daß ein Begriff die wesentliche Natur des Begriffs hat, daß er also nicht ohne weiteres prima facie (auf den ersten Blick, d. Verf.) sich mit der Realität deckt, aus der er erst abstrahiert werden mußte, deswegen ist er immer noch mehr als eine Fiktion, es sei denn, Sie erklären alle Denkresultate für Fiktionen, weil die Wirklichkeit ihnen nur auf einem großen Umweg, und auch dann nur asymptotisch annähernd, entspricht.“*

(Engels, MEW 39, S. 431, Hervorhebung von Engels)

Asymptoten sind zwei Linien (eine Gerade und eine Kurve, nämlich eine Hyperbel), die sich immer mehr einander nähern, ohne sich je zu berühren. Damit will Engels zeigen, daß der Begriff sich der Sache selbst nähern kann, niemals aber mit ihr tautologisch identisch wird. (vgl. Kapitel V, S. 153 ff.) Auch Wesen und Erscheinung sind dialektisch identisch, nicht aber tautologisch identisch. Das Beispiel von Kreis und Polygon soll denselben Zusammenhang verdeutlichen: Ein Polygon ist ein Vieleck. Je mehr Ecken das Polygon annimmt, desto mehr nähert es sich einem Kreis an, ohne jemals zum Kreis zu werden: Wie viele Ecken es auch haben mag, es bleibt immer ein Vieleck und wird kein Kreis.

Die marxistische politische Ökonomie zeigt nicht nur auf, daß das Wertgesetz **im gesellschaftlichen Mittel** den Warenaustausch reguliert, sie zeigt auch auf, warum das

**beim konkreten Austausch zweier Waren nicht unmittelbar in Erscheinung treten kann:** Die Warenproduktion ist eben **nicht unmittelbar** gesellschaftliche Arbeit, sondern Privatarbeit. Ob und in welchem Maße die Arbeit des einzelnen Warenproduzenten gesellschaftliche Anerkennung findet, stellt sich daher erst hinterher, erst auf dem Markt heraus und unterliegt vielen Zufälligkeiten, die keiner der Beteiligten beherrscht, die vielmehr hinter dem Rücken der Beteiligten wirken. Die Vulgärökonomien freilich tummeln sich in diesen Zufälligkeiten, in der Vielfalt der Erscheinungen, und erklären die Frage nach dem Gesetz, das über diesen Zufälligkeiten steht, für gegenstandslos.

Auch das ist kein Zufall, denn die Bourgeoisie hat schon längst kein Interesse mehr an einer ökonomischen Wissenschaft, die die Wahrheit zu ermitteln sucht. Sie hat - was die Werttheorie betrifft - kein Interesse an einem Wertbegriff, der aufdeckt, daß der Wert allein durch Arbeit geschaffen wird. Daher verkam die bürgerliche Ökonomie nach Ricardo zur Vulgärökonomie, zur Apologie, also zu einer Rechtfertigungsideologie der Bourgeoisie, die die Wahrheit zu vertuschen sucht. Marx fuhr in dem Brief an Kugelman, aus dem wir oben zitiert haben, daher fort:

*„Aber die Sache hat hier noch einen andren Hintergrund. Mit der Einsicht in den Zusammenhang stürzt, vor dem praktischen Zusammensturz, aller theoretische Glauben in die permanente Notwendigkeit der bestehenden Zustände. Es ist also hier absolutes Interesse der herrschenden Klassen, die gedankenlose Konfusion zu verewigen. Und wozu anders werden die sykophantischen (speichelleckerischen, d. Verf.) Schwätzer bezahlt, die keinen andern wissenschaftlichen Trumpf auszuspielen wissen, als daß man in der politischen Ökonomie überhaupt nicht denken darf!“* (Marx, MEW 32, S. 553 f.)

Besonders im Vormarsch ist die subjektive Werttheorie, die verkündet, es gebe keine objektiven Kriterien zur Ermittlung des Werts, der Wert sei eine rein subjektive Angelegenheit. So predigt die Nützlichkeits-theorie, Wert sei das, was eine Ware dem jeweiligen Käufer subjektiv „wert“ sei, und

das hänge allein von der Nützlichkeit der Ware für den Käufer ab. So wird der Wertbegriff psychologisiert, auf rein innerpsychische Vorgänge in der Käuferseele zurückgeführt. Ein solcher Wertbegriff entspricht dem Fäulnisgrad der bürgerlichen Philosophie, die weitgehend auf subjektiven Idealismus heruntergekommen ist. (zum Begriff des subjektiven Idealismus vgl. Kapitel V S. 68 ff. und 146 ff.; vgl. auch Kapitel VII S. 107 f.)

Entsprechend absurde Beispiele, die bezeichnend für den Geisteszustand ihrer Urheber sind, werden angeführt: Ob ein Glas Wasser dem Verdurstenden in der Wüste nicht mehrere Schiffsladungen Diamanten, Gold usw. „wert“ seien. Derartige Beispiele beruhen auf Konstruktionen von Sachverhalten, in denen das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in einem extremen Mißverhältnis stehen; dadurch soll ein objektiv existierender Wert für absurd erklärt werden. Im Normalfall aber sind Leute, die Wasser kaufen wollen, keine verdurstenden Wüstenwanderer.

Natürlich hat die Entscheidung eines Kaufinteressenten, ob er denn nun kauft oder nicht, mit innerpsychischen Vorgängen zu tun. Diese basieren letztlich aber nicht auf irgendwelchen geheimnisvollen Tiefen seiner Seele, sondern auf dem Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, nämlich auf den ökonomischen Beziehungen zwischen den Warenproduzenten. Wir sagten bereits oben:

**Der Wert ist letztlich ein Produktionsverhältnis,  
ein Verhältnis zwischen den Warenproduzenten.  
Im Wert ist die abstrakte Arbeit des einzelnen  
Warenproduzenten in Bezug gesetzt zur gesellschaftlichen  
Gesamtarbeit aller Warenproduzenten.**

Nämlich: Die individuelle Arbeit des einzelnen Warenproduzenten ist zugleich ein bestimmter Teil der gesellschaftlich-abstrakten Gesamtarbeit. Folglich steht der einzelne

Warenproduzent in einem ganz bestimmten gesellschaftlichen Arbeitszusammenhang zu allen anderen Produzenten. Demzufolge kann er an der Verteilung der gesamten Gebrauchswertmasse im entsprechenden Verhältnis partizipieren (teilhaben). (Auch hier sehen wir wieder, daß man auf dem Holzweg ist, wenn man den letzten Schlüssel zur Persönlichkeit nicht in den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern im Individuum sucht. Vgl. Kapitel VII.)

Als aktuelles Beispiel für den unglaublichen Schwachsinn, den die Vulgärökonomie heute verbreitet, sei aus einem Kommentar des Chefredakteurs der *Wirtschaftswoche*, Stefan Baron, zitiert (*Wirtschaftswoche* 25.7.96). Er „argumentiert“ unter der Überschrift „*Franzi gucken*“:

*„Der Wert eines Gutes oder einer Dienstleistung, ihr Preis, hängt nicht von den objektiven Herstellkosten ab, sondern von den subjektiven Einschätzungen des Verbrauchers. Wenn Schwimmstar Franziska van Almsick 14 Millionen Mark Werbegelder kassiert, dann nicht, weil sie so viel Schweiß vergießt oder Grips verbraucht, sondern weil so viele sie süß finden, weil so viele hingucken, wenn sie auftritt. Ein Gut oder eine Dienstleistung sind eben nur insoweit von Wert, als es Menschen gibt, die sie nachfragen. Franzis gucken und über ihre Millionen meckern ist schizophr.“*

Daß der Wert, einmal vorhanden, sich verabsolutieren kann, daß z.B. Dinge, die gar nicht materiell produziert werden, etwa Ehre und Gewissen, in der bürgerlichen Ordnung einen Wert erhalten und verkäuflich werden können, darauf hat bereits Marx hingewiesen. Barons Beispiel beweist nur, daß die bürgerliche Ordnung menschliche Beziehungen in einem solchen Maße verdinglicht hat (vgl. dazu den Abschnitt zum Warenfetischismus weiter unten), daß viele Menschen zurechtgemachte Plastikpersönlichkeiten bewundern, die sie als Idole verehren können, und daß sich daraus Profit schlagen läßt. Durch derartige Beispiele läßt sich freilich weder die Entstehung noch die Wirkungsweise der Warenproduktion erklären: Die Wirtschaftsordnung der BRD basiert schließlich nicht darauf, daß viele Leute eine schnell schwimmende junge Frau „süß finden“ und „gern anguk-

ken“, wie der verblödete Chefredakteur der *Wirtschaftswoche* zu glauben scheint.

Dankenswerterweise erklärt Baron selbst, warum er derart gegen die objektive Werttheorie eifert:

*„Viele Deutsche hängen offenkundig, ohne daß ihnen das bewußt wäre, der überholten Arbeitswertlehre nach. Die bemißt den Wert eines Gutes nach der Arbeit, die für seine Produktion aufzuwenden ist. Wer so denkt, muß - wie Karl Marx - folgerichtig auch annehmen, daß die Arbeiter von den Kapitalisten ausgebeutet werden.“*

*Die Nutzentheoretiker der österreichischen Schule haben diese Irrlehre jedoch längst widerlegt. Leider hat sich das allem Anschein nach in diesem Lande immer noch nicht richtig herumgesprochen - anders läßt sich der Dauerruf nach sozialer Gerechtigkeit nicht erklären.“*

In einem hat Baron recht: Wer sich konsequent an der objektiven Werttheorie orientiert, der muß zu dem Schluß kommen, daß die Arbeiter von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Warum das so ist, werden wir im nächsten Kapitel zeigen. Halten wir hier aber fest: In seinem glühenden Wunsch, das Streben der Menschen nach sozialer Gerechtigkeit möge ein für alle mal versiegen, malt sich der Vulgärökonom die Phantasie aus, die Masse der Menschen möge Anhänger der subjektiven Werttheorie werden. (Der „gelehrte Ökonom“ weiß noch nicht einmal, daß dieses Streben nicht Ausdruck davon ist, daß die Menschen einer bestimmten ökonomischen Theorie anhängen.)

Baron schloß seinen Artikel wie folgt: *„Franzi gucken kann zu ganz unerwarteten Einsichten führen.“* Wir wünschen dem Herrn „Ökonomen“, daß „Franzi“ noch viel öfter im Fernsehen gezeigt wird, damit er noch mehr Stimulanz für seine „wissenschaftliche Arbeit“ erhält. Wie hatte Marx doch gesagt? *„(...) wozu anders werden die sykophantischen Schwätzer bezahlt, die keinen andern wissenschaftlichen Trumpf auszuspielen wissen, als daß man in der politischen Ökonomie überhaupt nicht denken darf!“*

## KEIN WERT IM KOMMUNISMUS

Daß sich der Warenwert in der Preisbewegung nur im Durchschnitt durchsetzt, beruht darauf, daß die gesellschaftliche Arbeitsverteilung in der anarchischen Warenbewegung planlos ist, daß Preis und Wert daher nur zufällig und allenfalls für einen kurzen Zeitabschnitt übereinstimmen können. Diese „Unzulänglichkeit“ ist daher nicht der Marxschen Werttheorie eigen, sondern dem Wertgesetz selbst und damit der kapitalistischen Produktionsweise, der bürgerlichen Gesellschaft.

In der kommunistischen Gesellschaft wird nicht etwa ein „wirklicher, unverfälschter Wert“ hergestellt, bei dem Wert und Preis endlich zusammenfallen, wie kleinbürgerliche Sozialisten geträumt haben (z.B. Proudhon, siehe unten). Es wird nicht etwa so sein, daß die „Ungerechtigkeiten“ der anarchischen, elementaren Wirkungsweise des Wertgesetzes entfallen, während das Wertgesetz endlich „rein“, d.h. ohne die Schwankungen des Preises um den Wert, verwirklicht wird. Das Wertgesetz **kann** nur so wirken, daß die Preise um den Wert schwanken, es setzt die Konkurrenz zwischen den Käufern und zwischen den Verkäufern sowie den Interessengegensatz von Käufern und Verkäufern voraus.

Wird die Gesellschaft zersplitterter Warenproduzenten durch die kommunistische Gesellschaft abgelöst, so gibt es auch für das Wertgesetz keinerlei Wirkungsbereich mehr. Daher sagt Engels im *Anti-Dühring*:

*„Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach*

*berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der **Zeit**. (...) Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werte zu. Sie wird die einfache Tatsache, daß die hundert Quadratmeter Tuch meinetwegen tausend Arbeitsstunden zu ihrer Produktion erfordert haben, nicht in der schielenden und sinnlosen Weise ausdrücken, sie seien tausend Arbeitsstunden **wert**. Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten 'Werts'." (MEW 20, S. 288; oder AW in 6 Bänden, Band 5, S. 338 f.; Hervorhebungen von Engels)*

Die Gesellschaft weiß, daß die Herstellung dieses oder jenes Produkts sie soundsoviele Arbeitsstunden und soundsoviele natürliche Ressourcen kostet. Sie entscheidet sich bewußt, ob sie unter diesen Umständen diese Produktion aufnimmt. Die „*Abwägung von Nutzeffekt und Arbeitsaufwand bei der Entscheidung über die Produktion (ist) alles (...), was in einer kommunistischen Gesellschaft vom Wertbegriff der politischen Ökonomie übrigbleibt*“." (Engels, ebenda)

Dies ist aber nicht etwa eine bewußte, planmäßige Anwendung des Wertgesetzes oder die Herstellung eines „reinen“ Wertgesetzes, in welchem der Preis gleich dem Wert

ist und durch Berechnung der gesellschaftlich erforderlichen Arbeitsmenge festgesetzt wird, anstatt um den Wert zu schwanken. „*Die kapitalistische Produktionsform abschaffen wollen durch Herstellung des ´wahren Werts´, heißt daher den Katholizismus abschaffen wollen durch die Herstellung des ´wahren´ Papstes oder eine Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eignes Produkt ist.*“ (Engels, ebenda, MEW 20, S. 289; oder AW Bd. 5, S. 339 f.)

Das Entfallen des Wertes bzw. der regulierenden Wirkung des Wertgesetzes beim Übergang zum Kommunismus bedeutet keineswegs, daß Rentabilität im Kommunismus keine Rolle mehr spielt, daß die Gesellschaft nicht mehr sparsam mit Arbeitszeit umgeht. Eine Gesellschaft, die nicht mehr in Klassen gespalten ist, ist aus folgendem Grund an einem möglichst sparsamen Einsatz von unmittelbar angewandter Arbeit und von Rohstoffen und Arbeitsmitteln, also von früher angewandter Arbeit, interessiert: Die gesellschaftliche Gesamtarbeit als gleichbleibend unterstellt, ist das gesellschaftliche Gesamtprodukt, der gesellschaftliche Nutzefekt, um so größer, je sparsamer die Arbeit eingesetzt wird. Das gesellschaftliche Gesamtprodukt als gleichbleibend unterstellt, ist die gesellschaftlich erforderliche Arbeitszeit um so geringer, je sparsamer die Arbeitskraft eingesetzt wird. Die kommunistische Gesellschaft aber wird bestrebt sein, den Gesellschaftsgliedern einerseits ein Güterangebot zur Verfügung zu stellen, das die allseitige Entwicklung der Individuen ermöglicht, ihnen andererseits möglichst viel vom Produktionsprozeß freie Zeit zur Verfügung zu stellen. Und auch mit den natürlichen Ressourcen muß sparsam gewirtschaftet werden, da diese begrenzt sind.

Das Bestreben, Arbeitszeit einzusparen, wird in der kommunistischen Gesellschaft freilich kein Selbstzweck sein. Dieses Bestreben wird dem Zweck untergeordnet sein, die Produktion an den gesellschaftlichen Bedürfnissen aus-

zurichten. Eine technisch mögliche Einsparung von Arbeitszeit wird daher beispielsweise dann unterbleiben, wenn der Arbeitsprozeß dadurch für die daran Beteiligten unannehmwürde, wenn er Umweltschäden verursachen würde, die ansonsten vermeidbar wären, oder wenn die Produkte durch eine solche Einsparung eine von der Gesellschaft nicht akzeptierte Qualitätseinbuße erleiden würden.

*„Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. **Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf.** Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen; wie der einzelne seine Zeit richtig einteilen muß, um sich Kenntnisse in angemessenen Proportionen zu erwerben oder um den verschiedenen Anforderungen an seine Tätigkeit Genüge zu leisten. Ökonomie der Zeit sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. **Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz.** Dies ist jedoch wesentlich verschieden vom Messen der Tauschwerte (Arbeiten oder Arbeitsprodukte) durch die Arbeitszeit.“* (Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42 S. 105; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 89 f., Hervorhebungen v. Verf.)

Das Gesetz der Ökonomie der Zeit kommt im Kapitalismus nur sehr unvollständig und eingeschränkt zum Ausdruck, da es überhaupt nur in Form des Wertgesetzes wirken kann, das Wertgesetz dem Gesetz der Ökonomie der Zeit aber nur über Überproduktion, Krisen, Vernichtung von Produkten und Produktionsmitteln und Brachliegen von lebendiger Arbeitskraft zum Durchbruch verhelfen kann, die Umstände seiner Durchsetzung ihm also zuwiderlaufen. Man sehe:

- ☆ Das Wertgesetz garantiert, daß auf Dauer keine Arbeit geleistet wird, deren Produktivität unter der gesellschaftlichen Durchschnittsproduktivität liegt. Aber wie? Durch Ruinierung „der Kleinen“ (und das können im monopolistischen Kapitalismus bereits weltumspannende Konzerne sein, die von ihren Konkurrenten geschlagen werden). Verschwendung von Arbeitskraft wird also „verhindert“, indem in ungeheurem Ausmaß Arbeitskraft verschwendet wird (Maschinen und Waren vernichtet, Produzenten am Arbeiten gehindert werden).
- ☆ Das Wertgesetz garantiert, daß sinkende Nachfrage nach einem Produkt sich in Verminderung der Produktion niederschlägt. Aber wie? Siehe oben. Und hier kommen im monopolistischen Kapitalismus ganze Industriezweige unter die Räder, hier werden planlos riesige Kapazitäten aufgebaut und dann wieder zerschlagen. Als Beispiel können die Stahl- und die Werftenindustrie angeführt werden. Infolge neuer technischer Entwicklungen (Kunststoffe usw.) wird z.B. weniger Stahl gebraucht. Daß unter diesen Umständen weniger Stahl produziert wird, wäre an sich vernünftig, doch eine warenproduzierende Gesellschaft kann dies nicht im gesellschaftlichen Interesse planen und regeln. Vielmehr reguliert das chaotische Wirken des Weltmarkts, welche Stahlhütten und Werften unter riesigen Verlusten akkumulierter Werte ruiniert werden. Der Versuch, dem durch staatliche Subventionen entgegenzuwirken, führt nur zur Verschleuderung weiterer gesellschaftlicher Mittel, denn auf Dauer können politisch motivierte Maßnahmen dem spontanen Wirken des Wertgesetzes nichts entgegensetzen.
- ☆ Das Wertgesetz garantiert, daß jeder Warenproduzent, im Kapitalismus jeder Kapitalist, bei Strafe des Untergangs möglichst kostengünstig produzieren muß. Aber was heißt kostengünstig? Hier gilt nur der Maßstab des einzelnen Warenproduzenten, nicht etwa der Maßstab der Gesellschaft. Folglich versucht der einzelne Warenproduzent bzw. Kapitalist, in möglichst hohem Umfang Kosten zu

„externalisieren“, sprich: sie der Gesellschaft aufzudrücken. So werden Maßnahmen, die die Zerstörung der Umwelt hemmen könnten, möglichst vermieden, da sie den einzelnen Produzenten Geld kosten, während die Schäden von der Gesellschaft getragen werden müssen.

- ☆ Das Wirken des Wertgesetzes führt dazu, daß moderne Techniken, die der Gesellschaft Kosten ersparen und Schäden an Gesundheit und Umwelt vermeiden, nicht angewandt werden. Es führt umgekehrt dazu, daß Techniken angewandt werden, die große gesellschaftliche Schäden verursachen.

*Beispiele:*

*Vom Standpunkt der Ökonomie der Zeit ist der Individualverkehr in der heutigen Form längst überholt, muß das Auto (jedenfalls die heutige massenhafte Verwendung des Autos) als Dinosaurier angesehen werden. Vom Standpunkt der Ökonomie der Zeit müßten statt dessen Massenverkehrsmittel entwickelt und ausgebaut werden.*

*Die Logik der „kostengünstigen Produktion“ führte dazu, daß Rindfleisch zu einem lebensgefährdenden Gift wurde (BSE), daß Kalbfleisch mit Östrogen verseucht wurde usw. Der massenhafte Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln „verbilligte“ die landwirtschaftliche Produktion, führte aber nicht nur zu massivem Ansteigen von Allergien und anderen Gesundheitsschäden, sondern auch schon zu Todesfällen: So starben 1996 in Lateinamerika 19 Menschen, die auf den Feldern in der Schädlingsbekämpfung arbeiteten, an Vergiftungen. Und selbst wenn man die Sache im Sinne des Wertes „rein ökonomisch“ betrachtet und den Menschen außer acht läßt: Die Schäden für die Volkswirtschaft (Krankheitskosten, Produktionsausfall durch Krankheit usw.) sind weit höher als die „Kostensparung“ im Bereich der Nahrungsmittelproduktion. Doch hier herrscht eben keine gesamtwirtschaftliche Logik, sondern nur die Verwertungslogik des einzelnen Kapitals. Es ließen sich reichlich andere Beispiele dafür finden, wie der Einzelkapitalist der Gesellschaft Kosten aufdrückt.*

☆ Wir reden (da dies in späteren Kapiteln ausführlich behandelt werden wird) hier schon gar nicht näher von folgendem: Kostengünstige Produktion heißt vom Standpunkt des einzelnen Kapitalisten insbesondere auch Drücken der Lohnkosten. Damit sinkt aber auch die Kaufkraft, die nächste Überproduktionskrise wird vorbereitet. Denn wenn man sagt „es fehlt an Nachfrage“, dann heißt das in einer warenproduzierenden Gesellschaft nicht unbedingt, daß kein gesellschaftliches Bedürfnis nach den fraglichen Produkten vorhanden ist. Es heißt nur: keine **zahlungsfähige** Nachfrage. Der Arbeitslose z.B. muß Konsumverzicht üben, während das kapitalistische Wirtschaftssystem ihn zugleich an der Betätigung seiner Arbeitskraft hindert. Ganz abgesehen davon entstehen durch Arbeitslosigkeit weitere gesellschaftliche Kosten, für die die bürgerliche Propaganda dann demagogisch den einzelnen Arbeitslosen verantwortlich macht. In Wirklichkeit aber ist es die Logik der Warenproduktion bzw. die Profitlogik des Kapitalismus, die zur Arbeitslosigkeit führt und deren Kosten der Gesellschaft aufdrückt.

**Der als effektiv gerühmte Kapitalismus ist also in Wirklichkeit eine Gesellschaft der ungeheuren Verschwendung von Arbeitskapazität. Das Gesetz der Ökonomie der Zeit wird sich vollständig erst im Kommunismus durchsetzen, und dies beinhaltet die vollständige Beseitigung aller Waren- bzw. Wertkategorien.**

(Der Genauigkeit halber sei angemerkt, daß die einfache Warenproduktion nur die **Möglichkeit** von Krisen in sich birgt, während erst die kapitalistische Warenproduktion die **Notwendigkeit** von Krisen beinhaltet. Auf diese Notwendigkeit werden wir in späteren Kapiteln näher eingehen.)

Freilich liegt die Schwierigkeit im Übergang von der einen Gesellschaft zur anderen, und dieser Übergang heißt Sozialismus. Nach der Seite der Warenproduktion hin beinhaltet der Sozialismus den Übergang von der Ware zur Nicht-Ware, vom Wert zum Nicht-Wert. Da die gesellschaftliche Leitung der Produktion, die Beherrschung des Produkts durch die vereinten Produzenten, noch nicht absolut ist, sind die Wertkategorien im Sozialismus noch nicht vollständig beseitigt, wenngleich der Wirkungsbereich des Wertgesetzes bedeutend eingeschränkt ist. Auf die damit zusammenhängenden komplizierten Probleme wollen wir hier nicht eingehen. An dieser Stelle sei nur gesagt, daß es sich bereits um die Revision des Marxismus in einem Kernpunkt handelte, als der damalige Chefideologe der SED, Fred Oelßner, 1952 erklärte, *„das theoretische wie auch das praktische Hauptproblem“* sei *„die bewußte Anwendung des Wertgesetzes in unserer volkseigenen Wirtschaft“*. (Oelßner, Fred, Über die wirtschaftliche Rechnungsführung, Berlin 1952, S. 13) Im Sozialismus muß die Wirkung des Wertgesetzes - soweit es noch wirkt - gewiß genau studiert und berücksichtigt werden, doch bedeutet es eben, den Katholizismus durch Herstellung des wahren Papstes abzuschaffen, wenn man mit der warenproduzierenden Gesellschaft fertigwerden will, indem man sich darauf **beschränkt** (bzw. das Hauptaugenmerk darauf richtet), das Wertgesetz nun endlich *„bewußt anzuwenden“*.

## DIE WERTFORMEN

### DAS GELD

Zu Beginn seiner Analyse der Wertformen innerhalb des 1. Kapitels des 1. Bands des *Kapitals* bemerkt Marx:

*„Jedermann weiß, wenn er auch sonst nichts weiß, daß die Waren eine mit den bunten Naturalformen ihrer Gebrauchswerte höchst frappant kontrastierende, gemeinsame Wertform besitzen - die Geldform. Hier gilt es jedoch zu leisten, was von der bürgerlichen Ökonomie nicht einmal versucht ward, nämlich die Genesis (Entstehungsgeschichte, d.Verf.) dieser Geldform nachzuweisen, also die Entwicklung des im Wertverhältnis der Waren enthaltenen Wertausdrucks von seiner einfachsten unscheinbarsten Gestalt bis zur blendenden Geldform zu verfolgen. Damit verschwindet zugleich das Geldrätsel.“* (Kapital I, MEW 23, S. 62)

## EINFACHE, EINZELNE ODER ZUFÄLLIGE WERTFORM:

**x Ware A = y Ware B – oder –**

**x Ware A ist y Ware B wert**

**(20 Ellen Leinwand = 1 Rock – oder –**

**20 Ellen Leinwand sind 1 Rock wert)**

Rock ist ein alter Ausdruck für Anzug (Gehrock), Ellen ist ein altes Längenmaß. Wir benutzen hier und im folgenden Beispiele aus dem Marxschen *Kapital* und verzichten darauf, sie durch modernere Beispiele zu ersetzen, was möglich wäre, aber an der Sache nichts ändern würde. Wir wollen den Einstieg ins *Kapital* erleichtern, indem wir die Marxschen Beispiele anführen, die den Leserinnen und Lesern bei einer späteren Lektüre des *Kapitals* dann bereits vertraut sind.

„Das Geheimnis aller Wertform steckt in dieser einfachen Wertform.“ (ebenda S. 63) In unserem Beispiel wird der Wert der 20 Ellen Leinwand ausgedrückt in einer anderen Ware, in dem 1 Rock. Der 1 Rock dient hier nur als Wertausdruck der 20 Ellen Leinwand. „Der Wert der Ware Leinwand wird daher ausgedrückt im Körper der Ware Rock, der Wert einer Ware im Gebrauchswert der andren.“ (S. 66) Der „einfache Wertausdruck einer Ware“ steckt „im Wertverhältnis zweier Waren“. (S. 64)

Diese **Wertform** ist noch etwas anderes als die Feststellung, daß der Wert einer Ware durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich erforderliche Menge abstrakter Arbeit gebildet wird: „Sagen wir: als Werte sind die Waren bloße Galerten menschlicher Arbeit, so reduziert unsre Analyse dieselben auf die Wertabstraktion, gibt ihnen aber keine von ihren Naturalformen verschiedene Wertform. Anders im Wertverhältnis einer Ware zur andern. Ihr Wertcharakter tritt hier hervor durch ihre eigne Beziehung zu der andern Ware.“ (S. 65)

**Zufällig** ist die einfache Wertform insoweit, als sich zufällig eine bestimmte Ware, hier der 1 Rock, findet, welche zum Wertausdruck einer anderen Ware, hier der 20 Ellen

Leinwand, wird. Diese logische Kategorie der einfachen oder zufälligen Wertform entspricht dem historischen Stadium der Urgesellschaft, in welchem ein bestimmter Überschuß an Produkten **zufällig** gegen andere Produkte getauscht wurde. Allerdings liegt die Kategorie der einfachen Wertform logisch und historisch jeglicher Wertform und damit letztlich auch der Geldform zugrunde. Deshalb spricht Marx davon, daß das Geheimnis aller Wertformen in dieser einfachen Wertform steckt.

Wir wollen hier nicht den Versuch machen, Marx' Analyse des „Geheimnisses“ dieser Wertform zusammenzufassen. (Die Leserinnen und Leser können im *Kapital* nachlesen, um näheres zu erfahren: MEW 23, S. 63 - 76) Entscheidend ist für uns hier zunächst, daß bereits die Analyse der einfachen Wertform an den Tag bringt:

Der „Wertcharakter“ einer Ware „tritt hervor durch ihre Beziehung zu der andern Ware“. (S. 65) Der Wert einer Ware kann nicht in Erscheinung treten als das, was er in letzter Analyse ist, als ein bestimmtes Quantum gesellschaftlich notwendiger abstrakter Arbeit, als ein bestimmter Anteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeitsmenge. Er kann nur in Erscheinung treten im Austausch mit einer anderen Ware.

Zwar tauschen die Produzenten letztlich ihre Arbeit gegeneinander aus, zwar ist der Wert Ausdruck des Verhältnisses einer Arbeit zu einer andern (letztlich zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit). Doch in der Welt der Erscheinungen tritt dieser Zusammenhang, dieses Produktionsverhältnis, nicht hervor. Hier erscheint der Wert als Beziehung eines einzelnen Produktes zu einem anderen. Genauer: Der Wert einer Ware wird ausgedrückt im Gebrauchswert einer anderen. Bereits hier, in der einfachen Wertform, zeigt sich der grundlegende Widerspruch der Warenproduktion: Diese ist gesellschaftliche Produktion, aber eben **nicht unmittelbar**. **Unmittelbar** ist sie Privatarbeit. Dieser Widerspruch drückt

sich in der Wertform aus: Zwar ist der Wert der Ware bestimmt durch das Quantum abstrakter Arbeit, das zu ihrer Produktion gesellschaftlich erforderlich ist, doch das erscheint nicht so, kann nicht so erscheinen. (Wie oben schon gesagt: Die Warenproduzenten können diese Größe gar nicht kennen.)

*„Die gesellschaftliche Arbeitszeit existiert sozusagen nur latent (verborgen, d. Verf.) in diesen Waren und offenbart sich erst in ihrem Austauschprozeß. Es wird nicht ausgegangen von der Arbeit der Individuen als gemeinschaftlicher, sondern umgekehrt von besondern Arbeiten von Privatindividuen, Arbeiten, die sich erst im Austauschprozeß durch Aufhebung ihres ursprünglichen Charakters, als allgemeine gesellschaftliche Arbeit beweisen. Die allgemein gesellschaftliche Arbeit ist daher nicht fertige Voraussetzung, sondern werdendes Resultat.“* (Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 31 f.)

Und deshalb kann der Wert einer Ware nicht da gemessen werden, wo er geschaffen wird, im Produktionsprozeß, sondern im Zirkulationsprozeß, also auf einem Umweg, **deshalb** muß der Wert einer Ware sich im Gebrauchswert einer anderen ausdrücken. Wir sehen hier nochmals sehr deutlich, warum der **Wert als Tauschwert erscheinen muß**, oder, anders ausgedrückt, warum der Tauschwert Erscheinungsform des Werts ist. *„Der Tauschwert kann überhaupt nur die Ausdrucksweise, die ‘Erscheinungsform’ eines von ihm unterscheidbaren Gehalts sein.“* (Kapital I, MEW 23, S. 51) Dies eben macht die Wertform aus, daß der Wert eine besondere, von seinem wesensmäßigen Gehalt unterscheidbare Form annimmt, den Tauschwert, die Darstellung des Werts einer gegebenen Ware in einer andern Ware. (S. 55: *„Seine Form, die den Wert eben zum Tausch-Wert stem-pelt...“*) Deshalb präzisiert Marx, nachdem er zu Beginn des ersten Kapitels des *Kapitals* die Begriffe Gebrauchswert und Tauschwert gegenübergestellt hatte: *„Der Wert einer Ware ist selbständig ausgedrückt durch seine Darstellung als ‘Tauschwert’. Wenn es im Eingang dieses Kapitels in der gang und gäben Manier hieß: Die Ware ist Gebrauchswert*

*und Tauschwert, so war dies, genau gesprochen, falsch. Die Ware ist Gebrauchswert oder Gebrauchsgegenstand und 'Wert'. Sie stellt sich dar als dies Doppelte, was sie ist, sobald ihr Wert eine eigne, von ihrer Naturalform verschiedene Erscheinungsform besitzt, die des Tauschwertes, und sie besitzt diese Form niemals isoliert betrachtet, sondern stets nur im Wert- oder Austauschverhältnis zu einer zweiten, verschiedenartigen Ware. Weiß man das jedoch einmal, so tut jene Sprechweise keinen Harm, sondern dient zur Abkürzung.“ (S. 75)* Besonders zu beachten, daß Marx davon spricht, daß der Wert „selbständig“ ausgedrückt ist als Tauschwert: Selbständigkeit dieser Form, der Wertform, gegenüber dem wesensmäßigen Gehalt, Ausdruck eines bestimmten Quantum abstrakter Arbeit zu sein. (Wir sehen wiederum: Das Wesen muß erscheinen, doch Erscheinung und Wesen fallen nicht unmittelbar zusammen. Der Wert hat als Tauschwert eine selbständige Ausdrucksform.)

Kehren wir zurück zu unserer zerfallenden Urgesellschaft, in der sich die Keime der Warenproduktion entwickeln. Nach und nach werden Überschüsse, die für den Austausch zur Verfügung stehen, nicht mehr zufällig, sondern bewußt produziert. Die Produzenten stellen von bestimmten Produkten, z.B. von Tonkrügen, bewußt mehr her, als sie brauchen. Sie haben ja die Erfahrung gemacht, daß sie im Austausch dafür andere Produkte erhalten können, die sie selbst nicht herstellen. Sie wissen nicht vorher, **welche** Produkte sie erhalten können. Man wird sehen, welche Produkte auf dem Markt zu haben sind, und einige davon wird man schon brauchen. Also produziert man Überschuß, um tauschen zu können.

Dieser historischen Entwicklungsstufe entspricht logisch die

### ENTFALTETE ODER TOTALE WERTFORM:

**z Ware A = u Ware B** oder = **v Ware C** oder =  
**w Ware D** oder = **x Ware E** oder = **etc.**

**(20 Ellen Leinwand = 1 Rock** oder =  
**10 Pfd. Tee** oder = **40 Pfd. Kaffee** oder =  
**1 Quarter Weizen** oder = **2 Unzen Gold** oder =  
**1/2 Tonne Eisen** oder = **etc.)**

(Da es Marx hier vorwiegend um die logische Darstellung geht, wählt er auch Beispiele, die in der zerfallenden Urgesellschaft nicht vorkommen. Doch es ist gleichgültig, welche Beispiele man sich vorstellt. Will man sich die Verhältnisse der zerfallenden Urgesellschaft vorstellen, so mag man an Schafe, Korn, Tonkrüge, Jagdwaffen und dergleichen denken.)

Jede Ware hat auf dieser Stufe nicht mehr ein zufälliges Äquivalent, welches ihren Wert ausdrückt, sondern viele Äquivalente. Sie kann gegen eine mannigfaltige Reihe anderer Waren ausgetauscht werden. *„Jeder andre Warenkörper wird zum Spiegel des Leinwandwerts.“* *„Man spricht deshalb vom Rockwert der Leinwand, wenn man ihren Wert in Röcken, von ihrem Kornwert, wenn man ihn in Korn darstellt etc.“* *„So erscheint dieser Wert selbst erst wahrhaft als Gallerte unterschiedsloser menschlicher Arbeit. Denn die ihn bildende Arbeit ist nun ausdrücklich als Arbeit dargestellt, der jede andre menschliche Arbeit gleichgilt, welche Naturalform sie immer besitze und ob sie sich daher in Rock oder Weizen oder Eisen oder Gold usw. vergegenständliche. Durch ihre Wertform steht die Leinwand daher jetzt auch in gesellschaftlichem Verhältnis nicht mehr zu nur einer einzelnen andren Warenart, sondern zur Warenwelt. Als Ware ist sie Bürger dieser Welt. Zugleich liegt in der endlosen Reihe seiner Ausdrücke, daß der Warenwert gleichgültig ist gegen die besondre Form des Gebrauchswerts, worin er erscheint.“* (MEW 23 S. 77)

Hier zeigt sich die ganze Haltlosigkeit einer subjektiven Werttheorie. In der zufälligen Wertform „kann es zufällige Tatsache sein, daß diese zwei Waren in einem bestimmten quantitativen Verhältnisse austauschbar sind. In der zweiten Form leuchtet dagegen sofort ein von der zufälligen Erscheinung wesentlich unterschiedner und sie bestimmender Hintergrund durch. Der Wert der Leinwand bleibt gleich groß, ob in Rock oder Kaffee oder Eisen etc. dargestellt, in zahllos verschiedenen Waren, den verschiedensten Besitzern angehörig. Das zufällige Verhältnis zweier individueller Warenbesitzer fällt fort. **Es wird offenbar, daß nicht der Austausch die Wertgröße der Ware, sondern umgekehrt die Wertgröße der Ware ihre Austauschverhältnisse reguliert.**“ (S. 78, Hervorhebung v. Verf.)

Die entfaltete Wertform hat allerdings den Mangel, daß die Kette fortlaufend verlängerbar ist, die Darstellungsreihe nie abschließt. Diesem logischen Mangel entspricht folgendes reale Problem: Was ist, wenn der Leinwandbesitzer Weizen benötigt, während der Weizenbesitzer nicht Leinwand, sondern einen Rock benötigt? Die Besitzer von Leinwand und Weizen werden nicht handelseinig, der Warenaustausch stockt.

Die Lösung des Problems ist logisch bereits in der entfalteten Wertform enthalten, wie Marx zeigte. „In der Tat: Wenn ein Mann seine Leinwand mit vielen andren Waren austauscht und daher ihren Wert in einer Reihe von andren Waren ausdrückt, so müssen notwendig auch die vielen andren Warenbesitzer ihre Waren mit Leinwand austauschen und daher die Werte ihrer verschiedenen Waren in derselben dritten Ware ausdrücken, in Leinwand.“ (S. 79) Damit gelangen wir zur

## ALLGEMEINEN WERTFORM:

10 Rock	=	}	20 Ellen Leinwand
10 Pfund Tee	=		
40 Pfd. Kaffee	=		
1 Qtr. Weizen	=		
2 Unzen Gold	=		
½ Tonne Eisen	=		
x Ware A	=		
usw. Ware	=		

Hier erscheint die Leinwand als Wertausdruck einer beliebigen Ware, als allgemeines Äquivalent aller Waren.

Doch nicht jeder Wareneigentümer ist tatsächlich bereit, gegen Leinwand zu tauschen. Es mußte sich eine Ware herausbilden, die tatsächlich „*innerhalb der Warenwelt die Rolle des allgemeinen Äquivalents (...) spielen*“ konnte. (S. 83) Diese Rolle haben Gold und Silber erobert, insbesondere das Gold. Dies beruhte nicht etwa auf einem Vertrag der Warenproduzenten und wurde auch nicht vom Staat dekretiert. Vielmehr entwickelten sich Edelmetalle als allgemeines Zahlungsmittel nach und nach heraus.

Zeitweise dienten auch andere Waren als allgemeines Zahlungsmittel, „*so Salz, Häute, Vieh, Sklaven*“. (Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42 S. 99; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 83) Im Fall von Salz, Häuten oder Vieh wird eine besondere Ware zum Geld „*wegen ihres besondern Gebrauchswerts*“, im Falle von Sklaven, weil diese „*unmittelbares Produktionswerkzeug*“ sind. (ebenda) Doch Edelmetalle bieten verschiedene Vorteile: „*Dauerhaftigkeit, Unveränderlichkeit, Teilbarkeit und Wiederzusammensetzbarkeit, relativ leichte Transportierbarkeit, weil sie großen Tauschwert in kleinem Raum einschließen*“. (ebenda)

Das Gold ist **vor** dieser Entwicklung nichts als eine beliebige Ware, wie alle anderen Waren auch. Es stellt einen Gebrauchswert dar, und seine Produktion erfordert eine gewisse gesellschaftlich erforderliche Menge abstrakter Arbeit, die den Wert des Goldes bildet. „*Gold tritt den andren Wa-*

ren nur als Geld gegenüber, weil es ihnen bereits zuvor als Ware gegenüberstand. Gleich allen andren Waren funktionierte es auch als Äquivalent, sei es als einzelnes Äquivalent in vereinzeltten Austauschakten, sei es als besonderes Äquivalent neben andren Warenäquivalenten. Nach und nach funktionierte es in engeren oder weiteren Kreisen als allgemeines Äquivalent. Sobald es das Monopol dieser Stelle im Wertausdruck der Warenwelt erobert hat, wird es Geldware.“ (MEW 23, S. 84) Damit verwandelt sich die allgemeine Wertform in die

### GELDFORM:

20 Ellen Leinwand	=	}	2 Unzen Gold
1 Rock	=		
10 Pfd. Tee	=		
40 Pfd. Kaffee	=		
1 Qtr. Weizen	=		
½ Tonne Eisen	=		
x Ware A	=		

**Eine** besondere Ware, das Gold, wird zum allgemeinen Tauschmittel, zur **allgemeinen Ware**:

„Es ist Grundlage der kapitalistischen Produktion, daß das Geld als selbständige Form des Werts der Ware gegenübertritt oder daß der Tauschwert selbständige Form im Geld erhalten muß, und dies ist nur möglich, indem eine bestimmte Ware das Material wird, in deren Wert sich alle andern Waren messen, daß sie ebendadurch **die allgemeine Ware**, die Ware par excellence (schlechthin, d. Verf.) im Gegensatz zu allen andern Waren wird.“ (Kapital III, MEW 25, S. 532; Hervorhebung v. Verf.)

Wir sagten oben, daß die Arbeit des Warenproduzenten erst im Austausch als gesellschaftliche Arbeit erscheint, daß jedoch die Ware von Anfang an als Ware produziert wird und folglich bereits vor dem Austausch auch in der Erscheinung in irgendeiner Form zum Ausdruck kommen muß, daß sie nicht nur ein bestimmter Gebrauchsgegenstand ist,

sondern daß sie darüber hinaus eine bestimmte Wertmenge verkörpert, daß eine bestimmte Menge abstrakter Arbeit zu ihrer Produktion notwendig war. Wie sich schon bei der Analyse der einfachen Wertform zeigte, führt der Widerspruch, daß die Warenproduktion private Arbeit und zugleich ihr Gegenteil, gesellschaftliche Arbeit, ist, dazu, daß der Wertcharakter einer Ware nur hervortreten kann „*durch ihre Beziehung zu der andern Ware*“. Diese andere Ware ist hier, wo wir es mit der Geldform zu tun haben, die Geldware. Daß das Produkt der Arbeit unseres Warenproduzenten nicht nur ein bestimmter Gebrauchsgegenstand ist, sondern auch eine bestimmte Wertmenge verkörpert, drückt sich **bereits vor dem Austausch aus in ihrem Preis**. Auf dem Preisschild steht nicht „Ich verkörpere 10 Stunden Arbeit“ oder „Ich bin 10 Stunden Arbeit wert“, sondern: „Ich bin gegen ein bestimmtes Quantum der Geldware austauschbar“, nämlich: „Ich koste 2 Unzen Gold“, oder früher: „Ich kann getauscht werden gegen 5 Salzbarren“ oder „gegen 2 Rinder“ oder „gegen 1 Sklaven“.

*„Die historische Ausweitung und Vertiefung des Austausches entwickelt den in der Warennatur schlummernden Gegensatz von Gebrauchswert und Wert. Das Bedürfnis, diesen Gegensatz für den Verkehr äußerlich darzustellen, treibt zu einer selbständigen Form des Warenwerts und ruht und rastet nicht, bis sie endgültig erzielt ist durch die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld. In demselben Maße daher, worin sich die Verwandlung der Arbeitsprodukte in Waren, vollzieht sich die Verwandlung von Ware in Geld.“*  
(Kapital I, MEW 23, S. 102)

Wir haben oben gesehen, daß der Wert sich „selbständig“ ausdrückt im Tauschwert, anders ausgedrückt: „*daß der Tauschwert nur eine 'Erscheinungsform', selbständige Darstellungsweise des in der Ware enthaltenen Werts ist*“. (Marx, Randglossen zu Adolph Wagners „Lehrbuch der politischen Ökonomie“, MEW 19, S. 369) Der Wert einer Ware wird zwar im Produktionsprozeß geschaffen, kann sich aber nur darstellen im Bezug dieser Ware auf eine andere. Sobald die

Geldware entstanden ist, drückt der Wert sich aus in Bezugnahme auf ein bestimmtes Quantum der Geldware, also im Preis.

Geld ist die entwickelte Wertform der Waren. Der Wert einer beliebigen Ware „wird vorgestellt durch ihre Gleichheit mit Gold“. (Kapital I, MEW 23, S. 110) „Der Wert, d.h. das Quantum menschlicher Arbeit, das z.B. in einer Tonne Eisen enthalten ist, wird ausgedrückt in einem vorgestellten Quantum der Geldware, welches gleich viel Arbeit enthält.“ (ebenda S. 111) Warum **vorgestelltes** Quantum? Weil diese Beziehung zunächst, nämlich vor dem Verkauf, noch nicht real ist, sondern „nur in ihren Köpfen (den Köpfen der Warenhüter, d. Verf.) spukt“. (S. 110) Der Warenhüter muß seinen Waren daher „Papierzettel umhängen, um ihre Preise der Außenwelt mitzuteilen. Da der Ausdruck der Warenwerte in Gold ideell ist, ist zu dieser Operation auch nur vorgestelltes oder ideelles Gold anwendbar. (...) In seiner Funktion des Wertmaßes dient das Geld daher - als nur vorgestelltes oder ideelles Geld.“ (S. 110 f.) „Andrerseits funktioniert Gold nur als ideelles Wertmaß, weil es sich bereits im Austauschprozeß als Geldware umtreibt. Im ideellen Maß der Werte lauert daher das harte Geld.“ (S. 118)

Das Geld ist nicht nur Maß der Werte, sondern fungiert auch als Zirkulationsmittel. In dieser Eigenschaft muß es als hartes Geld, als Münze in Erscheinung treten. „Der in dem Preise oder Geldnamen der Waren vorgestellte Gewichtsteil Gold muß ihnen in der Zirkulation als gleichnamiges Goldstück oder Münze gegenüberreten.“ (S. 138)

„Mit der Verwandlung der Wertgröße in Preis erscheint dies notwendige Verhältnis als Austauschverhältnis einer Ware mit der außer ihr existierenden Geldware. In diesem Verhältnis kann sich aber ebensowohl die Wertgröße der Ware ausdrücken, als das Mehr oder Minder, worin sie unter gegebenen Umständen veräußerlich ist. Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz (Nicht-Entsprechung, d. Verf.) zwischen Preis und Wertgröße, oder der Abweichung des Preises von der Wertgröße, liegt also in der Preisform selbst.

*Es ist dies kein Mangel dieser Form, sondern macht sie umgekehrt zur adäquaten Form einer Produktionsweise, worin sich die Regel nur als blindwirkendes Durchschnittsgesetz durchsetzen kann.*

*Die Preisform läßt jedoch nicht nur die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Wertgröße und Preis, d. h. zwischen der Wertgröße und ihrem eignen Geldausdruck zu, sondern kann einen qualitativen Widerspruch beherbergen, so daß der Preis überhaupt aufhört, Wertausdruck zu sein, obgleich Geld nur die Wertform der Waren ist. Dinge, die an und für sich keine Waren sind, z.B. Gewissen, Ehre usw., können ihren Besitzern für Geld feil sein und so durch ihren Preis die Warenform erhalten.“ (ebenda S. 117) Auch unbearbeiteter Boden, der keinen Wert hat, weil keine menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht ist, kann die Preisform annehmen.*

Und hier haben wir - dem famosen Herrn Chefredakteur der *Wirtschaftswoche* zur Kenntnis - denn auch die Erklärung dafür, daß „Franzis“ Auftreten zu einem Wert verwertet werden kann, welcher der von ihr beim Schwimmen verausgabten Menge von Muskelkraft und Hirnschmalz keineswegs adäquat ist. Doch diese Erklärung wird dem Vulgärökonom, der das Denken durch das „Angucken der süßen Franzi“ zu ersetzen pflegt, kaum weiterhelfen können.

## PAPIERGELD

Münzen verschleißen beim Umlauf, d.h. sie verlieren Gewicht, und damit verlieren sie Wert. Es zeigt sich, daß ihre Funktion als Zirkulationsmittel dadurch nicht beeinträchtigt wird. *„Ihre Münzfunktion wird daher faktisch durchaus unabhängig von ihrem Gewicht, d.h. von allem Wert. Das Münzdasein des Goldes scheidet sich völlig von seiner Werts substanz. Relativ wertlose Dinge, Papierzettel, können also an seiner Statt als Münze funktionieren.“* (ebenda S. 140)

Das edelmetallische Münzgeld wurde schließlich weitgehend durch Papiergeld ersetzt. Papiergeld sind vom Staat emittierte (ausgegebene) Geldzeichen mit Zwangskurs. Papiergeld selbst hat keinen Wert: Der Papierwert kann vernachlässigt werden, verglichen mit den Werten, die dieses Papiergeld verkörpert.

Mit Beginn des ersten Weltkrieges gingen die meisten kapitalistischen Länder zu einem Finanzsystem über, bei dem Papiergeld nicht mehr gegen Gold eingetauscht werden konnte. Die Geldmengen wurden stark vermehrt, um die Rüstungsproduktion zu bezahlen. Es kam zur Inflation: Die Menschen konnten für einen bestimmten Geldbetrag immer weniger Waren kaufen.

Durch die Inflation werden die Folgen der Staatsverschuldung auf die arbeitenden Menschen abgewälzt. Der Grund der Staatsverschuldung liegt darin, daß der Staat Finanzpolitik im Interesse der Monopole betreibt: Profitable Aufträge, direkte und indirekte Subventionen, Steuerbegünstigungen usw. Die Banken profitieren an den Schulden, indem sie Kredite gewähren und gewaltige Zinsgewinne einstreichen, wodurch die Schulden aber immer weiter anwachsen, und die Zeche müssen letztlich die arbeitenden Menschen zahlen. Die Inflation ist also einerseits ein Mittel der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zulasten der Armen und zugunsten der Reichen. Andererseits ist die

Inflation - die von den Herrschenden, selbst wenn sie wollten, gar nicht mehr beseitigt werden könnte - Ausdruck der Finanzkrise des verfallenden Kapitalismus. Dies zeigt sich z.B. daran, daß eine gewisse Inflation heute als „völlig normal“, gewissermaßen naturgegeben angesehen wird, daß man bei einer relativ niedrigen Inflationsrate von „Geldwertstabilität“ spricht.

Nach dem 2. Weltkrieg garantierten die USA zunächst, den Dollar zu einem festen Kurs gegen Gold einzutauschen. Da der Dollar die Leitwährung der kapitalistischen Welt war, übte diese Garantie eine gewisse stabilisierende Wirkung auf die internationalen kapitalistischen Finanzbeziehungen aus. Damit war es 1971 vorbei: Die sich vertiefende ökonomische Krise innerhalb der USA zwang die US-Regierung, diese Garantie einseitig aufzuheben. Zugleich war dies eine Kampfansage an andere kapitalistische Länder: Durch einseitige Abwertung der internationalen Leitwährung Dollar konnte die US-Regierung fortan Finanzinvestitionen ausländischer Monopole entwerten und die eigene Krise auf andere Länder abwälzen. (Damals wurden insbesondere große Mengen von japanischem Kapital, das in Dollars angelegt worden war, entwertet.) Doch die Schwächung der eigenen Währung übte zugleich eine destabilisierende Wirkung auf die US-Wirtschaft aus, deren tiefe Krise im US-Außenhandelsdefizit besonders drastisch zum Ausdruck kommt. International führte die Beseitigung der Bindung der kapitalistischen Leitwährung Dollar an das Gold zu tiefen Krisen des kapitalistischen Finanzsystems.

## Einschub

### Theoretische Probleme in Bezug auf das Papiergeld

Was geschieht, wenn wir es mit wertlosen Geldzeichen zu tun haben? Ist hier nicht die Marxsche Werttheorie widerlegt, wonach das Geld nur als Geld dienen kann, weil es (zum Beispiel und vor allem als Gold) selbst Wert besitzt?

*„Die wertlosen Marken sind Wertzeichen, nur soweit sie das Gold innerhalb des Zirkulationsprozesses vertreten, und sie vertreten es nur, soweit (in dem Maße wie, d. Verf.) es selbst als Münze in den Zirkulationsprozeß eingehen würde, eine Quantität, bestimmt durch seinen eigenen Wert, wenn die Tauschwerte der Waren und die Geschwindigkeit ihrer Metamorphosen gegeben sind.“* (Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 97; Metamorphosen = Verwandlungen, hier bezogen auf die Tauschaktionen; es geht also um die Frage, wie oft ein Geldstück in einer gegebenen Zeit den Besitzer wechselt, d. Verf.)

Dieses Zitat ist für das politökonomische Verständnis des Geldes auf der Grundlage von wertlosen Geldzeichen (Papiergeld) von außerordentlich großer Bedeutung:

Das wertlose Papiergeld kann wie Gold fungieren, wenn und in dem Maße wie es das Gold innerhalb des Zirkulationsprozesses **vertritt**. Dies ist ohne weiteres der Fall, wenn es als Anweisung fungiert, in Höhe seines Nennwerts sei eine bestimmte Menge Goldes an den Inhaber auszuzahlen, eine Anweisung, für die der Staat die Garantie übernimmt. Wenn nicht, so hat dies zur Folge, daß das Geld nicht mehr als Maß der Werte fungieren kann, denn hierzu müßte es selbst Wert verkörpern. Dennoch können die „wertlosen Marken“ als Zirkulationsmittel fungieren, können sie das Gold im Zirkulationsprozeß **vertreten**, doch nur unter bestimmten Umständen. Unter welchen? Marx hat sie in obigem Zitat benannt: „Soweit es selbst als Münze in den Zirkulationsprozeß eingehen würde.“ Was bedeutet das?

Das Wertgesetz regelt, in welchem Ausmaß das Gold in die Zirkulation eingeht. Denn: Zirkuliert zu viel Gold als Geld, so sinkt der „Preis“ des Goldes unter den Wert, welcher ja durch die zur Produktion des Goldes gesellschaftlich erforderliche

Menge abstrakter Arbeit bestimmt ist. („Preis“ des Goldes setzen wir hier in Anführungszeichen, denn „Geld hat (...) keinen Preis“, MEW 23, S. 110. Der Preis aller Waren wird im Gold ausgedrückt, der „Preis“, richtiger Marktwert, des Goldes drückt sich daher nur darin aus, wieviel andere Ware man im Austausch gegen die Geldware erhält.) Zirkuliert zu viel Gold als Geld, so bekommt man in Anbetracht der zur Herstellung des Goldes erforderlichen Arbeitszeit dann zu wenig andere Produkte dafür. Die Goldzufuhr in die Zirkulation geht dann zurück. Es werden z.B. weniger Goldminen ausgebeutet, weil sich die Produktion „nicht rechnet“. Ein Teil der Goldmünzen fällt aus der Zirkulation heraus und verwandelt sich in Schatz: Man hortet das Gold lieber, statt es auszugeben und zu wenig dafür zu bekommen. Und umgekehrt: Steigt der Marktwert des Goldes über den Wert, „kriegt man viel für sein Gold“, so geht mehr Gold in die Zirkulation ein. (Dasselbe würde natürlich von jeder anderen Geldware gelten, die selbst Wert darstellt.) Auf diese Weise regelt das spontan wirkende Wertgesetz, daß im Mittel immer die richtige Menge Goldes als Geld in den Zirkulationsprozeß eingeht.

Haben wir es nun mit Papiergeld zu tun, so kann dieses das Gold dann bzw. in dem Maße vertreten, wie bei Regulation durch das Wertgesetz Gold in die Zirkulation eingehen würde.

Zwar ist das Wertgesetz scheinbar außer Kraft gesetzt, denn der Staat hat ja die Macht, soviel Papiergeld zu drucken und in die Zirkulation zu werfen, wie er will. Er scheint diesbezüglich über eine willkürliche Freiheit zu verfügen.

*„Die Einmischung des Staats, der das Papiergeld mit Zwangskurs ausgibt (...), scheint das ökonomische Gesetz aufzuheben. Der Staat (...) scheint jetzt durch die Magie seines Stempels Papier in Gold zu verwandeln. Da die Papierzettel Zwangskurs haben, kann niemand ihn hindern, beliebig große Anzahl derselben in Zirkulation zu zwängen und beliebige Münznamen, wie 1 Pfd. St., 5 Pfd. St., 20 Pfd. St., ihnen aufzuprägen. (...) Indes ist diese Macht des Staats bloßer Schein. Er mag beliebige Quantität Papierzettel mit beliebigen Münznamen in die Zirkulation hineinschleudern, aber mit diesem mechanischen Akt hört seine Kontrolle auf. Von der Zirkulation*

*ergriffen, fällt das Wertzeichen oder Papiergeld ihren immanenten (ihnen innewohnenden, d. Verf.) Gesetzen anheim.*

*Wären 14 Millionen Pfd. St. die Summe des zur Warenzirkulation erheischten Goldes und würde der Staat 210 Millionen Zettel, jeden mit dem Namen 1 Pfd. St., in Zirkulation, so würden diese 210 Millionen in Repräsentanten von Gold zum Belauf von 14 Millionen Pfd. St. umgewandelt (...). Da der Name Pfd.-St. jetzt ein 15mal kleineres Goldquantum anzeigte, würden alle Warenpreise um das 15fache steigen und nun wären in der Tat 210 Millionen Pfd.-St.-Zettel ganz ebenso notwendig, wie vorher 14 Millionen. In demselben Maß, worin sich die Gesamtsumme der Wertzeichen vermehrt hätte, hätte sich das Quantum Gold, das jedes einzelne repräsentiert, vermindert. Das Steigen der Preise wäre nur die Reaktion des Zirkulationsprozesses, der die Wertzeichen gewaltsam dem Quantum Gold gleichsetzt, an dessen Stelle sie zu zirkulieren vorgeben.“ (MEW 13, S. 98 f.)*

Das Wertgesetz läßt sich also nicht austricksen. Gibt der Staat zu viel Papiergeld aus, so geschieht dasselbe, wie wenn zu viel Gold als Geld zirkulieren würde: Die Preise steigen. Allerdings nicht ganz dasselbe. Bei zu viel Gold würde das spontan wirkende Wertgesetz über kurz oder lang für eine Verringerung der Zufuhr an Gold in die Zirkulation sorgen. Beim wertlosen Papier ist dies nicht der Fall. Es ist so viel davon vorhanden, wie der Staat in die Zirkulation gibt. Das Wertgesetz kann hier nicht für eine spontane Regulation der Geldmenge sorgen, da dieses Geld keinen Wert hat. Ist dauerhaft zu viel Papiergeld in der Zirkulation, so kommt es zur Inflation, sozusagen als Rache des gewaltsam verletzten Wertgesetzes.

Aber kann der Staat dies nicht verhindern, indem er für die „richtige“ Menge an Papiergeld sorgt? Tatsächlich besteht das offizielle Ziel der „Geldmengenpolitik“ der Bundesbank (sie ist nämlich die Notenbank, die Papiergeld ausgibt), für eine stabile Währung zu sorgen. Politökonomisch gesehen läuft ein solches Ziel auf den Versuch hinaus, das Wertgesetz künstlich nachzubauen. Es darf ja nie vergessen werden: Der Austausch kommt nicht so zustande, daß die tauschenden Warenproduzenten die zur Herstellung ihrer Produkte gesellschaftlich erforderliche Arbeitsmenge messen. Das können sie gar nicht. Das Wert-

gesetz wirkt spontan, über das Schwanken der Preise um den Wert. „(...) *das scheinbar unabhängige Wirken der einzelnen und ihr regelloses Zusammenstoßen ist grade das Setzen ihres allgemeinen Gesetzes.*“ (Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42 S. 559; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 550) Entsprechendes gilt - wie oben gezeigt - für die Zufuhr der Geldware in die Zirkulation. Wird das Wertgesetz gewaltsam an der Regulierung der Menge an Geldware gehindert, indem dieser der Wert genommen wird, so kann das allgemeine Gesetz nicht mehr durch scheinbar unabhängiges Handeln der Einzelnen regulierend wirken. Es ist aber auch nicht möglich, dies zu reparieren, indem die regulierende Wirkung durch bewußte Willenssetzung einer Zentralstelle - hier: durch eine „richtige“ Geldmengenpolitik der Notenbank - hergestellt wird. Denn niemand weiß genau, wie viel Geld benötigt wird. Auch früher - bei einer Geldware, die selbst Wert darstellte - hat das zwar niemand gewußt, aber da war dies unschädlich, da das Wertgesetz spontan für eine Regulierung sorgte, was jetzt unmöglich ist.

Sicherlich: Man kennt die Faktoren, die die erforderliche Geldmenge bestimmen. Diese Menge hängt einerseits ab von der Preissumme der Waren, die umgesetzt werden, andererseits von der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Das 1954 in Moskau erschienene Lehrbuch der Politischen Ökonomie (Dietz 1955 S. 92) gibt folgende Formel für die erforderliche Geldmasse:

*„Somit besteht das Gesetz der Geldzirkulation darin, daß die für die Warenzirkulation erforderliche Geldmasse gleich sein muß der Preissumme sämtlicher Waren (die innerhalb eines gegebenen Zeitraumes verkauft werden, d. Verf.), geteilt durch die durchschnittliche Umlaufanzahl gleichnamiger Geldstücke (innerhalb dieses Zeitraumes, d. Verf.). Dabei muß man von der Preissumme sämtlicher Waren die Preissumme der auf Kredit verkauften Waren sowie die Summe der sich ausgleichenden Zahlungen abziehen (weil hier trotz Verkäufen kein bares Geld fließt, d. Verf.) und die Summe der fälligen Zahlungen hinzuzählen (weil hier infolge früher gestundeter Kaufpreise jetzt Geld fließt, d. Verf.).“*

Diese Formel ist zweifellos richtig, doch die Berechnung einer solchen Geldmasse stößt in einer kapitalistischen Gesellschaft auf letztlich unüberwindliche Schwierigkeiten: Wie soll

man die betreffenden Größen **vor** einem gegebenen Zeitraum kennen?

Gewiß, es gibt Richtgrößen, an denen man sich orientieren kann. Die Deutsche Bundesbank geht von folgenden „Zwischenziel- und Indikatorgrößen“ aus:

- „- M1: Bargeld und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken bei inländischen Geschäftsbanken;
- M2: M1 zuzüglich Termineinlagen bis zu einer Laufzeit von vier Jahren, die inländische Nichtbanken bei inländischen Geschäftsbanken haben;
- M3: M2 zuzüglich Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist, die inländische Nichtbanken bei inländischen Geschäftsbanken halten.“

(vgl. Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 12/95, S. 14)

Warum sollen gerade diese Größen als Indikatoren dienen? Die bürgerlichen Volkswirtschaftler werden wohl sagen, „die Praxis“ habe das gezeigt. Die *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* bezeichnet die Größe „M3“ als „*Addition ausgewählter Verbindlichkeiten inländischer Banken gegenüber inländischen Nichtbanken*“. Schon die Größe „M1“ bringe in irgendeiner Weise die „*Kreislaufgeschwindigkeit*“ (in marxistischer Sprache: Umlaufgeschwindigkeit) zum Ausdruck (S. 20). Allerdings verweist der zitierte Artikel dieser Zeitschrift darauf, dies sei jeweils eine Bestimmung „*ex post*“, also **nach** der betreffenden Umlaufperiode. Freilich: **Nachher** kann man die betreffenden Daten feststellen, aber was nützt das?

Die Zeitschrift verweist weiter auf **dezentrale** Mechanismen der Bereitstellung von Papiergeld (S. 21): Es liegt in der Entscheidungskompetenz der Geschäftsbanken, in welchem Ausmaß sie auf Zentralbankgeld zurückgreifen und dieses in die Zirkulation einbringen. Dieses Hoffen auf dezentral funktionierende Mechanismen (ein Stück des „scheinbar unabhängigen Wirkens der Einzelnen“ soll wiederhergestellt werden!) der Bestimmung der Masse von Papiergeld ist Abschied von der Hoffnung, eine Zentralstelle könne die „richtige“ Geldmenge festsetzen. Doch es wird nichts nutzen: Die Loslösung der Geldzeichen vom Gold war die Sünde, die nun unerbittlich bestraft wird. Wohlge-merkt: Das Wertgesetz ist dabei keineswegs außer Kraft gesetzt, ebensowenig wie man das Schwerkraftgesetz außer Kraft

setzt, wenn man die Statik eines Hauses falsch berechnet. Auch bei falscher Berechnung der Statik wirkt das Schwerkraftgesetz, aber eben so, daß einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt, um einen Vergleich von Marx anzuführen.

Kurz und gut: Am Ende kommt der besagte Artikel zu dem Ergebnis: *„Die Geldpolitik muß in Anpassung und Entwicklung an ihr Umfeld begriffen sein; und vor allem für die Geldpolitik gilt das heraklitische ‘pantha rhei’: alles fließt, es gibt keine starre Form, es gibt keine endgültige Lösung.“* Mit anderen Worten: Die „Geldtheoretiker“ der Monopolbourgeoisie zucken philosophisch die Achseln: „Ich weiß, daß ich nichts weiß.“ Das kann einen Marxisten nicht verwundern, denn das Wertgesetz wirkt seinem Wesen nach spontan, und der Versuch, es künstlich „nachzubauen“, muß letztlich scheitern. Was aufgrund des Standes der Produktivkräfte ansteht, ist die bewußte Regelung der Produktion durch die Gesellschaft, doch das beinhaltet kein bewußtes Nachbauen des Wertgesetzes, sondern die Emanzipation vom Wert, von der abstrakten Arbeit - siehe oben.

(Nebenbei: Im unmittelbar nächsten Artikel bringt die Nr. 12/95, S. 23 ff. der *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* einen Artikel über gesellschaftliche Ordnungen, in denen das **Salz** als Zahlungsmittel fungierte. Der Artikel beginnt mit dem Satz: *„Im Zeitalter des anonymen Zahlungsverkehrs, der international mehr und mehr über Netzwerke abläuft, ist es ganz informativ, sich der Ursprünge zu erinnern.“* Die Unmöglichkeit, die für die Zirkulation erforderliche Menge wertlosen Papiergeldes zu bestimmen, bringt offenbar die Sehnsucht nach Zeiten hervor, in denen Geld fungierte, welches selbst Wert besaß.)

Die oben erwähnten Schwierigkeiten der Geldmengenbestimmung beziehen sich nur auf Probleme der Erfassung des **inländischen** Geldverkehrs. Schier unmöglich wird die richtige Bestimmung der für die Zirkulation erforderlichen Geldmenge, wenn man das Problem der Zirkulation der betreffenden Währung im **internationalen** Maßstab einbezieht. Mit gemischten Gefühlen behandelt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (19.7.95) die *„weltweite Nachfrage nach Kapitalanlagen in D-Mark“* angesichts des Dollarverfalls. Dies könne man *„vielleicht sogar mit Stolz“* zur Kenntnis nehmen, jedoch: *„Mit einer Zunahme der Verwendung von D-Mark im Ausland und den daraus*

*folgenden umfangreichen Geldbewegungen zwischen dem In- und dem Ausland würde die Steuerung der Geldmenge zu einer ungleich schwierigeren, vielleicht sogar unmöglichen Aufgabe. Die D-Mark würde verwundbarer.*“ Wenn sogar ein Regierungsblatt wie die FAZ hier von einer „*vielleicht sogar unmöglichen Aufgabe*“ spricht, so heißt das im Klartext, daß diese Aufgabe schlichtweg nicht lösbar ist. Und in der Tat: Mitte 1995 wurden 30 - 40 % des Bargeldbestandes an DM im Ausland gehortet bzw. waren dort im Umlauf. Bei Dollar waren es zu diesem Zeitpunkt sogar ca. 70 %. (Frankfurter Rundschau 21.7.95)

Aber entscheidender noch: Es geht nicht nur um das Problem, daß die Notenbanken gar nicht feststellen können, was die für die Zirkulation erforderliche Geldmenge ist. Selbst wenn sie es könnten: Die Notenbanken sind staatliche Institutionen (auch wenn sie - wie im Falle der Bundesbank - formal von der Regierung unabhängig sind). Sie vertreten damit staatliche Interessen. Der Staat aber wird heute von den Monopolen beherrscht. Sie benutzen ihn als Selbstbedienungsladen. Da aber auch die Monopole das Wertgesetz nicht außer Kraft setzen können, heißt das: Was sie dort entnehmen, muß der Staat anderen nehmen, vor allem den arbeitenden Menschen. Folglich ist es nicht nur Resultat blind wirkender ökonomischer Gesetze, sondern auch bewußte (und unter den gegebenen Umständen notwendige, unvermeidliche) Politik, daß der Staat die arbeitenden Menschen für seine Schulden durch Inflation bezahlen läßt. Ab einem bestimmten Grad der Verschuldung kann er das Problem nur durch die Notenpresse lösen. Die präzisesten Berechnungen der „erforderlichen“ Geldmenge würden - selbst wenn sie möglich wären - hieran nichts ändern.

Worin besteht die Lösung der Krise des kapitalistischen Finanzsystems? Innerhalb der kapitalistischen Ordnung gibt es keine Lösung. Der Vorschlag, zur Golddeckung zurückzukehren, wäre illusorisch. Selbst wenn die Monopole dies wollten, könnten sie es nicht, zumal ein ständig wachsender Teil ihrer Geschäfte in Finanzspekulationen besteht, die von der realen Wertschöpfung in der Produktion losgelöst sind. Die kapitalistische Ordnung selbst und mit ihr die Warenproduktion sind geschichtlich überholt. Damit sind auch Wert- und Geldform überholt. Sie können nicht reformiert werden, sondern müssen überwunden wer-

den durch den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft, in der die vereinten Produzenten die Produktion bewußt regulieren.



*„In der Zirkulation der Wertzeichen erscheinen alle Gesetze der wirklichen Geldzirkulation umgekehrt und auf den Kopf gestellt. Während das Gold zirkuliert, weil es Wert hat, hat das Papier Wert, weil es zirkuliert. Während bei gegebenem Tauschwert der Waren die Quantität des zirkulierenden Goldes von seinem eigenen Wert abhängt, hängt der Wert des Papiers von seiner zirkulierenden Quantität ab. Während die Quantität des zirkulierenden Goldes steigt oder fällt mit dem Steigen oder Fallen der Warenpreise, scheinen die Warenpreise zu steigen oder zu fallen mit dem Wechsel in der Quantität des zirkulierenden Papiers. Während die Warencirkulation nur bestimmte Quantität Goldmünze absorbieren kann, daher abwechselnde Kontraktion und Expansion (Verringerung und Ausweitung, d. Verf.) des zirkulierenden Geldes sich als notwendiges Gesetz darstellt, scheint das Papiergeld in jeder beliebigen Ausdehnung in die Zirkulation einzugehen. Während der Staat die Gold- und Silbermünze verfälscht und daher ihre Funktion als Zirkulationsmittel stört, sollte er die Münze auch nur 1/100 Gran unter ihrem Nominalgehalt ausgeben, vollzieht er eine völlig richtige Operation in der Ausgabe wertloser Papierzettel, die von dem Metall nichts besitzen als den Münznamen. Während die Goldmünze augenscheinlich nur den Wert der Waren repräsentiert, soweit dieser selbst in Gold geschätzt oder als Preis dargestellt ist, scheint das Wertzeichen den Wert der Ware unmittelbar zu repräsentieren. (Nämlich **dem Anschein nach** nicht mehr auf dem Umweg, daß der Wert einer Ware sich in einer anderen Ware ausdrückt: Die Geldware ist ja jetzt praktisch wertlos, **scheint** also den Wert der anderen Ware **unmittelbar** auszudrücken. D. Verf.) Es leuchtet daher ein, warum Beobachter, die die Phänomene der Geldzirkulation einseitig an der Zirkulation von Papiergeld mit Zwangskurs studierten, alle immanenten Gesetze der Geldzirkulation verkennen mußten. In der Tat erscheinen diese Gesetze nicht nur verkehrt in der Zirkulation der Wertzeichen,*

*sondern ausgelöscht, da das Papiergeld, wenn in richtiger Quantität ausgegeben, Bewegungen vollzieht, die ihm nicht als Wertzeichen eigentümlich sind, während seine eigentümliche Bewegung, statt direkt aus der Metamorphose der Waren zu stammen, aus Verletzung seiner richtigen Proportion zum Gold entspringt.*“ (Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 100)

Nämlich: Das Papiergeld, „in richtiger Proportion ausgegeben“, also in Übereinstimmung mit der für die Zirkulation erforderlichen Goldmasse, vollzieht Bewegungen, „die ihm nicht als Wertzeichen eigentümlich sind“. Es verhält sich dann nicht wie ein bloßes Zeichen, sondern wie das Gold, welches zur Zirkulation erforderlich wäre, es vertritt dieses Gold.

Das Papiergeld verhält sich indessen nicht wie hartes Edelmetall, sondern sinkt **dauerhaft** (ohne Möglichkeit der „Korrektur“ durch das Wertgesetz) im Wert (Inflation), wenn der Staat zu viel davon ausgibt, und dann entspringt seine „eigentümliche Bewegung“ der „Verletzung seiner richtigen Proportion zum Gold“.

Hilferding hat sich in seinem Werk *Das Finanzkapital* nicht von Marx' Warnung leiten lassen, daß man die Zirkulation von Papiergeld nicht richtig begreift, wenn man von der Zirkulation **ausgeht** (nämlich anstatt von der Wertbestimmung, und die Werte werden nicht in der Zirkulation, sondern in der Produktion geschaffen).

Prompt führte dies dazu, daß Hilferding „alle immanenten Gesetze der Geldzirkulation verkennen mußte“. So erklärte er: „(...) *das Papiergeld wird hier* (nämlich bei reiner Papierwährung mit Zwangskurs, d. Verf.) *ganz unabhängig vom Wert des Goldes und reflektiert direkt den Wert der Waren* (...).“ (Hilferding, Rudolf, *Das Finanzkapital*, Ausgabe Dietz 1947, S. 21) Bei Marx wird Gold zu Geld, weil es eine bestimmte Menge abstrakter Arbeit verkörpert. (Das gleiche gilt natürlich für jede andere Geldware, die selbst Wert enthält. Nur „*der Vereinfachung halber*“ setzt Marx im *Kapital* „*Gold als die Geldware voraus*“, MEW 23, S. 109.) Bei Hilferding „reflektiert“ wertloses Papiergeld auf eine mystische Weise „direkt den Wert der Ware“. Dies ist nicht nur eine Revision der Marxschen Geldtheorie, sondern der Marxschen Werttheorie im allgemeinen: Ein Gegenstand, der keinen

Wert enthält, kann nicht „Wert reflektieren“. Das Papiergeld als Papiergeld kann keinen Wert verkörpern; es kann dies nur, soweit es **Gold vertritt**.

Hilferding: *„Nur erscheint der Umweg überflüssig, den Marx einschlägt, indem er zuerst den Wert der Münzmasse bestimmt und durch ihn erst den des Papiergeldes. Der rein gesellschaftliche Charakter dieser Bestimmung kommt viel deutlicher zum Ausdruck, wenn man den Wert des Papiergeldes direkt vom gesellschaftlichen Zirkulationswert ableitet. Daß historisch die Papiergeldwährungen aus Metallwährungen entstanden, ist kein Grund, sie auch theoretisch so zu betrachten.“* (Hilferding S. 49) Hier zeigt sich Hilferdings Revision der Marxschen Werttheorie besonders deutlich, denn er löst das Geld völlig vom Wert. Doch Marx hat keinen Umweg eingeschlagen, sondern den einzig möglichen wissenschaftlichen Weg, indem er nämlich nicht von der Zirkulation ausging, sondern von der Produktion. Hilferding geht von der Zirkulation aus und gelangt so zu einem mystischen „Zirkulationswert“, den es aber auf dieser Welt nicht geben kann: In der Zirkulation wird kein Wert geschaffen, sondern nur in der Produktion.

Zu dem Zeitpunkt, als Hilferding das *Finanzkapital* schrieb, war er noch revolutionärer Marxist, doch seine spätere Theorie vom „organisierten Kapitalismus“, der unter Hilfestellung der Sozialdemokratie friedlich in den Sozialismus hinüberwachsen sollte, war in diesen mit dem Marxismus unvereinbaren Auffassungen bereits angelegt. Der Staat sorgt dem späteren Hilferding zufolge für eine reibungslose Zirkulation und beseitigt damit die Anarchie der Warenbewegung - und das ist dann schon halber Sozialismus. Zweimal war Hilferding in der Weimarer Zeit Reichsfinanzminister, 1923 für einige Monate und dann 1928/29. 1929 - auf dem Gipfel seiner Karriere - wurde er von der bis dahin größten Wirtschaftskrise überrascht und mußte im Dezember auf Druck des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht zurücktreten. Mit dem reibungslosen Organisieren der kapitalistischen Wirtschaft hat es wohl nicht so recht geklappt.



### Literatur zur Geldtheorie:

- **Marx, Kapital I**, MEW 23, S. 109 - 160
- **Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Zweites Kapitel (MEW 13, S. 49 - 160)**. Marx entwickelt die Geldtheorie hier ausführlicher als im Kapital.
- **Hilferding, Das Finanzkapital**. Trotz der schwerwiegenden Mängel enthält dieses Werk viel Nützliches - insbesondere zur Frage der Monopole und zur Stellung der Banken im monopolistischen Kapitalismus. Das Werk wurde von Lenin bei der Erstellung seiner Schrift zum Imperialismus herangezogen. Sehr lehrreich ist **Oelßners Vorwort zur Neuauflage 1947**. Oelßner würdigt die guten Seiten des Werkes und kritisiert zugleich die schweren Abweichungen vom Marxismus, insbesondere die Revision der Marxschen Geldtheorie und Werttheorie.
- **Aufsätze zur Diskussion (AzD) Nr. 39 (Februar 1987)**. Dieses Kapitel enthält u.a. eine teilweise gute Kritik an Hilferdings Revision der Marxschen Geld- und Werttheorie. Das Beste daran ist allerdings auch bei Oelßner enthalten. Leider verfolgen die Autoren das Ziel, mit den Abweichungen Hilferdings vom Marxismus zugleich auch Lenins Imperialismus-Theorie (die angeblich auf diesen Fehlern beruhen soll) zu begraben und die heute beherrschende Stellung der Monopole im allgemeinen und der Großbanken im besonderen abzustreiten. Diese absurde und in ihrer objektiven Wirkung das Monopolkapital beschönigende Zielsetzung verleiht auch der an sich berechtigten Kritik an Hilferding teilweise dogmatischen Charakter. So erfahren die Leserinnen und Leser nichts darüber, daß der Staat durch Ausgabe von zu großen Mengen Papiergeldes die Inflation hervorruft und damit eine Umverteilung zugunsten der Monopole betreibt. Mit dem Nachweis, daß Hilferding die Marxsche Geld- und Werttheorie revidiert, ist die Welt für die Autoren anscheinend in Ordnung: Das Geld fungiert bei den Autoren so, wie es das immer getan hat, da es ja das werthaltige Gold vertritt! Eine solche Kritik an Hilferding steht letztlich neben der Wirklichkeit, denn das Geld **wird** ja in bestimmtem Maße vom Gold und vom Wert losgelöst, es **gab und gibt** neue Erscheinungen (nämlich Erscheinungen des verfaulenden, des monopo-

listischen Kapitalismus), die Hilferding (im Gegensatz zu den Autoren der AzD) zur Kenntnis nahm, allerdings theoretisch falsch interpretierte. Es ist aber nicht die Aufgabe von Marxisten, neue Erscheinungen zu ignorieren, sondern sie zur Kenntnis zu nehmen und richtig, nämlich marxistisch, zu analysieren. Das versuchen die Autoren nicht einmal.

- **Lehrbuch der Politischen Ökonomie**, Moskau 1954, deutsche Übersetzung Dietz 1955, S. 88 - 93
- **Waffenschmidt, Karl, Kapitalismus**, S. 36-41 und **Imperialismus**, S. 157-166. Hier finden sich insbesondere auch neuere empirische Daten. Im Imperialismus-Buch erfährt der Leser etwas über internationale Finanzbeziehungen.

## WARUM IST DIE EMANZIPATION DES MENSCHEN OHNE ÜBERWINDUNG DER WARENPRODUKTION NICHT MÖGLICH?

Diese Fragestellung ist höchst aktuell, denn heute wird die Warenproduktion allenthalben als ewig dargestellt, leider zunehmend auch von Ideologen, die sich als Marxisten begreifen. Wir wollen uns in diesem Abschnitt insbesondere mit einigen Auffassungen der Vergangenheit und Gegenwart auseinandersetzen, die die Widersprüche der Warenproduktion apologetisch leugnen, denn die Widerlegung derartiger Auffassungen ist lehrreich.

*„Die (vormarxsche, also bürgerliche, d. Verf.) politische Ökonomie hat nun zwar, wenn auch unvollkommen, Wert und Wertgröße analysiert und den in diesen Formen versteckten Inhalt entdeckt. Sie hat niemals auch nur die Frage gestellt, warum dieser Inhalt jene Form annimmt, warum sich also die Arbeit im Wert und das Maß der Arbeit durch ihre Zeitdauer in der Wertgröße des Arbeitsprodukts darstellt? Formeln, denen es auf der Stirn geschrieben steht, daß sie einer Gesellschaftsformation angehören, worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert, gelten ihrem bürgerlichen Bewußtsein für ebenso selbstverständliche Naturnotwendigkeit als die produktive Arbeit selbst.“* (Kapital I, MEW 23, S. 94 ff.)

Um es nochmals zu sagen: Warenproduktion ist gesellschaftliche Produktion, aber nicht unmittelbar gesellschaftliche Produktion. Der gesellschaftliche Charakter tritt erst im Austausch in Erscheinung. Betrachten wir die Produktionsphäre, so ergibt sich, daß jeder Warenproduzent auf eigene Rechnung produziert. Die Wertform (und somit auch die Geldform) ist gerade deshalb notwendig, weil Privatarbeit sich in ihr Gegenteil verwandeln muß, in gesellschaftliche Arbeit, und dies ist nur vermittels des Wertes im allgemeinen und des Geldes im besonderen möglich. Diese verque-

re, schiefe, hinkende Form gesellschaftlicher Produktion beinhaltet, daß nicht die Produzenten ihr Produkt beherrschen, sondern selbst von der sachlichen Gewalt des Marktes beherrscht werden. Hier zeigt sich die historische Beschränktheit der Wertform bzw. der gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Wertform hervorbringen. Die Wertform bzw. diese Verhältnisse müssen vollständig überwunden werden beim Übergang zu Verhältnissen, in denen die Menschen ihr Produkt beherrschen. Die Wertform kann aber nur überwunden werden, wenn die ökonomische Kategorie des Werts selbst, also die Warenproduktion, überwunden und durch unmittelbar gesellschaftliche Produktion ersetzt wird, durch eine Produktion, die als ganze gesellschaftlich geplant und geleitet wird, die sich bewußt an den gesellschaftlichen Interessen orientiert und die ausschließlich auf Rechnung der gesamten Gesellschaft erfolgt.

Marx spottet daher über die kleinbürgerlichen Ideologen, die den Wert beibehalten, die Wertform aber überwinden wollen: Alle Waren sollen unmittelbar miteinander austauschbar sein. Der Preis jeder Ware soll unmittelbar identisch mit ihrem Wert sein. Auf diese Weise sollen die „Ungechtigkeiten“ und Härten der Warenproduktion auf ihrer eigenen Basis überwunden werden. Derartige Utopien spiegeln sowohl den geistigen Horizont als auch das Interesse des Kleinbürgers wider: Der der warenproduzierenden Ordnung verhaftete Kleinbürger kann sich nicht vorstellen, daß arbeitsteilige gesellschaftliche Produktion anders denn als Warenproduktion vor sich gehen kann, daß der Wert mithin nur eine historische und damit eine vergängliche Kategorie ist. Zugleich möchte er garantiert haben, daß er sein Produkt stets entsprechend der von ihm individuell verausgabten Arbeit losschlagen kann, er möchte nicht den Schwankungen und Ungewißheiten des Marktes ausgeliefert sein, und er möchte insbesondere nicht unter die Räder der Konkurrenz des Kapitals geraten. Kurz: Er möchte eine warenproduzierende Ordnung, die ihm garantiert, daß er im Austausch den vollen „Wert“ der von ihm individuell verausgabten Arbeitskraft realisieren kann.

Schon die „Stundenzettler“ (v.a. John Gray, siehe unten) wollten, daß der Preis der Ware nicht in einem bestimmten Quantum der Geldware ausgedrückt werde, sondern unmittelbar die zu ihrer Produktion erforderliche Arbeitszeit ausdrücken solle. So später der kleinbürgerliche Sozialist Proudhon. Marx: *„Man sieht der Form allgemeiner unmittelbarer Austauschbarkeit (der Geldware gegen alle anderen Waren, d. Verf.) in der Tat keineswegs an, daß sie eine gegensätzliche Warenform ist, von der Form nicht unmittelbarer Austauschbarkeit (einer beliebigen Ware in die Geldware oder in eine beliebige andere Ware, d. Verf.) ebenso unzer trennlich wie die Positivität eines Magnetpols von der Negativität des andren. Man mag sich daher einbilden, man könne allen Waren zugleich den Stempel unmittelbarer Austauschbarkeit aufdrücken, wie man sich einbilden mag, man könne alle Katholiken zu Päpsten machen. Für den Kleinbürger, der in der Warenproduktion das nec plus ultra (den Gipfel, d. Verf.) menschlicher Freiheit und individueller Unabhängigkeit erblickt, wäre es natürlich sehr wünschenswert, der mit dieser Form verbundnen Mißstände überhoben zu sein, namentlich auch der nicht unmittelbaren Austauschbarkeit der Waren.“* (Kapital I, MEW 23, S. 82 f.)

Lehrreich ist in dieser Hinsicht die idealistische Konstruktion von John Gray, der nach der französischen Februarrevolution 1848 der französischen provisorischen Regierung eine Denkschrift zusandte, *„worin er sie belehrt, daß Frankreich nicht einer ´organisation of labour´ (Organisation der Arbeit, d. Verf.) bedürfe, sondern einer ´organisation of exchange´ (Organisation des Austauschs, d. Verf.), deren Plan völlig ausgearbeitet vorliege in dem von ihm ausgeheckten Geldsystem.“* (vgl. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 66). Gray suchte also nach einer gesellschaftlichen Instanz, die den Warenaustausch bewußt regeln sollte, ohne den spontanen, den Einzelproduzenten überlassenen Gang der Waren**produktion** anzutasten. Er fand diese Instanz in einer „nationalen Zentralbank“, die vermittels ihrer Zweigbanken die zur Herstellung der verschiedenen Waren aufgewandte Arbeitszeit feststellen und

auf Grundlage des so ermittelten „Werts“ den Austausch organisieren sollte. Dieser „Wert“ wäre ein Wert ohne Wertform, denn dieser „Wert“ würde sich **nicht** ausdrücken im Gebrauchswert einer anderen Ware, sondern **unmittelbar** in den Arbeitsstunden, die zur Produktion der betreffenden Ware erforderlich sind. Diese Konstruktion stellte sich in der Phantasie von Gray wie folgt dar: *„Geld sollte lediglich ein Empfangsschein, ein Beweis dafür sein, daß sein Inhaber entweder bestimmten Wert zu dem vorhandenen nationalen Reichtum beigetragen hat, oder daß er auf den erwähnten Wert ein Recht erworben von irgend jemand, der ihn beigetragen hat. (...) Man lasse ein Produkt, das vorher einen Schätzungswert erhält, auf eine Bank legen und wieder herausnehmen, wann immer es benötigt wird, wobei lediglich durch allgemeines Übereinkommen festgesetzt wird, daß derjenige, der irgendeine Art von Eigentum in die vorgeschlagene Nationalbank einlegt, aus ihr einen gleichen Wert, was immer sie enthalten mag, herausnehmen darf, statt gezwungen zu sein, dasselbe Ding herauszunehmen, das er eingelegt hat.“* (Gray, zitiert nach Marx, MEW 13, S. 66 f.) Damit, so Gray, *„wäre es zu allen Zeiten ebenso leicht gemacht, für Geld zu verkaufen, als es nun ist, mit Geld zu kaufen; die Produktion würde die gleichförmige und nie versiegende Quelle der Nachfrage sein.“* (Gray, zitiert nach Marx, ebenda) Die Geldware würde ihr Privileg verlieren, oder - anders formuliert - jede Ware würde zur Geldware. Reform des Katholizismus, indem jeder Papst wird.

Übrigens werden auch heute derartige Projekte verfolgt. Beispielsweise heißt es in einem Flugblatt, das ein vermutlich der PDS nahestehendes Bildungswerk herausgab: *„(...) daß Geld alleine nicht glücklich macht. An diesem Wochenende wollen wir gemeinsam mit ReferentInnen über Glück und Geld reden und Ideen entwickeln, wie wir auch ohne Geld glücklich werden können. Das Gespräch über sozial und regional wirkende Gemeinschaften (Tauschringe - Wohn- und Leihgemeinschaften - CoöP etc. etc.) wird ein wesentlicher Schwerpunkt des Wochenendes sein.“*

Die Geldform der Produkte überwinden, den Warenaustausch aber beibehalten, indem man Tauschringe etc. organisiert.

Marx deckte den illusionären Charakter derartiger Konzepte auf: „*Da die Arbeitszeit das immanente Maß der Werte ist, warum neben ihr ein anderes äußerliches Maß? Warum entwickelt sich der Tauschwert zum Preis? Warum schätzen alle Waren ihren Wert in einer ausschließlichen Ware, die so in das adäquate Dasein des Tauschwerts verwandelt wird, in Geld? Dies war das Problem, das Gray zu lösen hatte. Statt es zu lösen, bildet er sich ein, die Waren könnten sich unmittelbar aufeinander als Produkte der gesellschaftlichen Arbeit beziehen. Sie können sich aber nur aufeinander beziehen als das, was sie sind. **Die Waren sind unmittelbar Produkte vereinzelter unabhängiger Privatarbeiten, die sich durch ihre Entäußerung im Prozeß des Privataustausches als allgemeine gesellschaftliche Arbeit betätigen müssen, oder die Arbeit auf Grundlage der Warenproduktion wird erst gesellschaftliche Arbeit durch die allseitige Entäußerung der individuellen Arbeiten.** Unterstellt Gray aber die in den Waren enthaltene Arbeitszeit als **unmittelbar gesellschaftliche**, so unterstellt er sie als gemeinschaftliche Arbeitszeit direkt assoziierter Individuen. So könnte in der Tat eine spezifische Ware, wie Gold oder Silber, den andern Waren nicht als Inkarnation der allgemeinen Arbeit gegenüberreten, der Tauschwert würde nicht zum Preis, aber der Gebrauchswert würde auch nicht zum Tauschwert, das Produkt würde nicht zur Ware, und so wäre die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft selbst aufgehoben. Das ist aber keineswegs Grays Meinung. (Soll heißen: Das strebte er keineswegs an, d. Verf.) **Die Produkte sollen als Waren produziert, aber nicht als Waren ausgetauscht werden.** Gray überträgt einer Nationalbank die Ausführung dieses frommen Wunsches.“ (MEW 13, S. 67 f., erste Hervorhebung v. Verf., weitere Hervorhebungen von Marx)*

Gray konnte durch seinen frommen Wunsch, jede Ware solle unmittelbar Geld sein, jede Sonderarbeit des Privatindividuums solle unmittelbar gesellschaftliche Arbeit sein,

den Charakter der Warenproduktion, welche eben **nicht unmittelbar** gesellschaftliche Produktion ist, natürlich nicht ändern. Der Charakter der Warenproduktion würde, wie Marx weiter hervorhebt (S. 68), auch nicht durch eine Nationalbank verändert, die an Grays Dogma glaubt und auf seiner Grundlage agiert: Die Bank würde schnell pleite werden. Jeder Produzent würde sich nach seinen Bedürfnissen aus dem Vorratsmagazin der Bank bedienen, während er andererseits das Risiko, ob **sein** Produkt entsprechend dem durch seine Arbeitszeit „gebildeten Wert“ losgeschlagen werden kann, der Bank aufbürdet. Das selbe Schicksal würde natürlich auch eine regional beschränkte „Tauschbank“ erleiden, sobald das Projekt ein gewisses Größenmaß erreichen würde. Unterhalb eines gewissen Größenmaßes aber würde sich ein solches Projekt letztlich auf organisierte gegenseitige Nachbarschaftshilfe reduzieren - wogegen natürlich nichts zu sagen wäre, doch das hätte selbstredend keine politökonomische Bedeutung im Sinne eines „Gegenentwurfs“ zur Wert- und Geldform.

Später traten auch solche Apologeten der Warenproduktion auf, die sich als „Marxisten“ ausgaben. Lehrreich ist z.B. Mandels Apologie der Warenproduktion:

Mandel war einer der bekanntesten trotzkistischen Ökonomen, der auch von liberaler Seite mitunter höchstes Lob einheimste. (So rühmte z.B. 1995 aus Anlaß seines Ablebens die *Frankfurter Rundschau* sein „undogmatisches“ Wirken - kein Wunder: Karl Grobe, ein leitender Redakteur der FR, trat früher als Trotzkist hervor und versäumt es auch heute nicht, Trotzki in regelmäßigen Abständen zu loben.) Mandels *Marxistische Wirtschaftstheorie* ist eines seiner weitverbreiteten Standardwerke. (Eine marxistische Kritik hieran wird entwickelt in *Aufsätze zur Diskussion* Nr. 44, Februar 1988, unter dem Titel *Kritik der politökonomischen Auffassungen E. Mandels*.)

In seiner „*Marxistischen Wirtschaftstheorie*“ illustriert Mandel seine These, daß sich im Innern der naturwüchsigen Gemeinwesen die Ökonomie der Arbeitszeit ohne ein „*ökonomisches Problem*“ zum Warenaustausch auswachse, wie

folgt: „Bei dem Negerstamm der Hehe arbeiten die Bauern, die beim Schmied (der selbst zugleich Bauer und Schmied ist) eine Lanze in Auftrag geben, **solange auf dessen Feld, wie dieser an der Lanze arbeitet.**“ (Mandel, Ernest, Marxistische Wirtschaftstheorie, Ausgabe Frankfurt 1971, Seite 65, Hervorhebung von Mandel)

Bauer und Schmied tauschen hier keine Waren aus, sondern sie tauschen **unmittelbar** Arbeit aus. „Solange“ der Schmied an der Lanze arbeitet, arbeitet der Bauer auf dem Feld des Schmieds. Bauer und Schmied treten unmittelbar in ein gesellschaftliches Verhältnis. Dieses ist **nicht** im Verhältnis von Sachen verborgen. Die Produkte nehmen **nicht** die Wertform an.

Freilich behauptet auch Mandel nicht, hier liege Warenproduktion vor. Aber er sagt: „Für primitive Völker (...) bedeutet der Tauschhandel kein ökonomisches ‘Problem’. Die Problematik entsteht erst mit dem allgemeinen Tausch und dem Handel.“ (Mandel, ebenda S. 75) Der allgemeine Tausch nämlich bringe die Notwendigkeit eines allgemeinen Äquivalents und somit des Geldes hervor, das es zu begreifen gelte. Marx aber spottete bereits über „den bürgerlich rohen Blick des politischen Ökonomen“, der über die Äquivalentform (der Körper einer Ware ist Wertausdruck der anderen) erst stolpert, „sobald diese Form ihm fertig gegenübertritt im Geld. Dann sucht er den mystischen Charakter von Gold und Silber wegzuerklären, indem er ihnen minder blendende Waren unterschiebt und mit stets erneutem Vergnügen den Katalog all des Warenpöbels ableiert, der seinerzeit die Rolle des Warenäquivalents gespielt hat. (Wir erinnern uns: Salz, Häute, Vieh, Sklaven etc., und Mandel weiß noch viel mehr aufzuzählen, d. Verf.) Er ahnt nicht, daß schon der einfachste Wertausdruck, wie 20 Ellen Leinwand = 1 Rock, das Rätsel der Äquivalentform zu lösen gibt.“ (MEW 23, S. 72)

Ebensowenig ahnt dies der „marxistische“ Ökonom Mandel, bei dem „die Problematik erst mit dem allgemeinen Tausch und dem Handel“ und letztlich mit dem Geld entsteht. Konsequenterweise kommt die Wertform bei Mandel

allenfalls am Rande vor, ihre Analyse wird nicht einmal versucht (obwohl der „Marxist“ Mandel die fertige Analyse bei Marx gefunden hätte). So erscheint der Wert als etwas, was bei den Naturvölkern ab einer bestimmten Entwicklungsstufe organisch aus der Ökonomie der Arbeitszeit hervorgegangen sei, sozusagen als bloß höhere Stufe der Ökonomie der Arbeitszeit. Kein Wunder, daß eine solche Apologie der Warenproduktion bei den Liberalen auf Begeisterung stößt, deren Freiheitsbegriff mit der Warenproduktion zusammenfällt. Und andersherum: Wenn man geschichtlich so frisch, fromm, fröhlich und frei zur Warenproduktion **übergehen** konnte, wie Mandel es darstellt, dann sollte es genauso möglich sein, auf dem Wege eines im wesentlichen harmonischen Spaziergangs die Warenverhältnisse wieder abzustreifen und zur unmittelbar gesellschaftlichen Produktion überzugehen. Mandel braucht eine derartige, freilich völlig lebensfremde Vorstellung für sein idealistisches Bild von einem „Sozialismus“, in dem kommunistische Partei und sozialistischer Staat eine verschwindend geringe Rolle spielen.

Das Negieren der Wertform führt Mandel zu folgender für einen „Marxisten“ außerordentlich merkwürdigen Aussage: *„Um den wechselseitigen Austausch von Produkten zu gewährleisten, muß man eine Größe finden, die allen gemeinsam ist, die gemessen werden kann und sich quantitativ ausdrücken läßt; es muß zugleich eine **gesellschaftliche** Größe sein, die für alle Mitglieder der Gesellschaft annehmbar ist.“* (Mandel, ebenda S. 69, Hervorhebung v. Mandel) Diese Größe hat „man“ (haben also die Warenproduzenten) laut Mandel offenbar im Wert bzw. im Geld „gefunden“, „um“ den wechselseitigen Austausch von Produkten zu gewährleisten. *„Das Maß dieser Arbeit - die Dauer der zur Herstellung eines Produktes notwendigen Arbeitszeit - ist somit das Maß des Tauscherts.“* (Mandel S. 70) Nach Mandel waren es somit nicht erst die Ökonomen, die auf analytischem Wege herausfanden, daß der Wert kristallisierte abstrakte Arbeit ist, sondern die Warenproduzenten selbst haben diese Größe **als eine gesellschaftliche Größe (!)** gesucht und gefunden.

Die geschichtlich-realen Warenproduzenten haben eine solche Größe ganz sicher weder gesucht noch gefunden. Sie wußten nicht, daß sie die Waren zu ihrem Wert austauschten, und auf der Ebene der Erscheinung stellt sich dies auch nicht so dar, wie wir gesehen haben: Der Wert fällt ja nur ganz zufällig einmal mit dem Preis zusammen, und wenn dies der Fall ist, weiß man es nicht. Und selbst wenn sie wüßten, was der Wert begrifflich ist, könnten sie ihn nicht messen: Sie kennen ja nur ihre individuelle Arbeitszeit, nicht aber die gesellschaftlich erforderliche. Im Gegensatz zu Mandel „suchen“ sie aber eine solche „gesellschaftliche“ Größe, die „für alle Mitglieder der Gesellschaft annehmbar ist“, gar nicht erst. Sie geben sich damit zufrieden, daß sie andere Ware finden, worin sich der Wert ihrer Ware ausdrücken läßt: *„Sie haben daher schon gehandelt, bevor sie gedacht haben. Die Gesetze der Warennatur betätigten sich im Naturinstinkt der Warenbesitzer. Sie können ihre Waren nur als Werte und darum nur als Waren aufeinander beziehn, indem sie dieselben gegensätzlich auf irgendeine andre Ware als allgemeines Äquivalent beziehn.“* (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 101) Eben weil der „Marxist“ Mandel die Wertform nicht kennt (bzw. nicht kennen will), sucht er (und nicht etwa die Warenbesitzer, wie er meint) nach einer „gesellschaftlichen Größe“, die „für alle Mitglieder der Gesellschaft annehmbar ist“. Damit unterstellt er, Warenproduktion könne **unmittelbar** gesellschaftliche Produktion sein, deren Wert in der erforderlichen Arbeitszeit gemessen werden könne. (*„Muß man eine Größe finden“...*) Ganz wie John Gray.

Mandel ist nicht der einzige, der unter dem Deckmantel des „Marxismus“ die Marxsche Werttheorie verfälscht. So erklärte z.B. der Sozialdemokrat Braunthal in den 30er Jahren, *„der große Fortschritt, den die Marx'sche Arbeitswerttheorie gegenüber allen ihr vorhergehenden arbeitswerttheoretischen Überlegungen darstellt,“* bestehe *„darin, daß er (Marx) den allgemeinen und in dieser Allgemeinheit nicht fruchtbar zu machenden Gedanken, daß die Arbeit den Wert der Waren bestimmt, quantifiziert hat“*. (Nach: „Masch“,

Marxistische Arbeiterschule, Kursus Politische Ökonomie; dort wird diese sozialdemokratische Fälschung des Marxismus zurückgewiesen.) Was Marx in der Werttheorie geleistet hat, ist Braunthal zufolge also allein die Bestimmung der Wertgröße! („quantifiziert hat“) Marx´ Analyse der Wertform und des dieser Form entsprechenden gesellschaftlichen Zustands, die eine scharfe Kritik der bürgerlichen Ordnung beinhaltet, fällt dabei zu Nutz und Frommen der Bourgeoisie unter den Tisch, denn ein so zurechtgestutzter „Marxismus“ ist ohne Biß, ohne revolutionäre Konsequenz.

Wie oben schon gezeigt, revidierte auch der SED-Chefideologe Oelßner die Marxsche Werttheorie, indem er dekretierte, es gehe beim Aufbau des Sozialismus vor allem um die bewußte Anwendung des Wertgesetzes. Oelßner gefiel sich 1952 in seiner oben erwähnten Schrift *Über die wirtschaftliche Rechnungsführung* (S. 15) darin, die richtige Kritik an Braunthal zu wiederholen, um dann zu erklären, der „Kern der Marxschen Werttheorie“ bestehe darin, daß Marx „in der abstrakten Arbeit die Werts substanz“ entdeckte. Zwar hat Marx dies entdeckt, doch seine Werttheorie ist damit eben nicht erschöpft. Sie beinhaltet die **Kritik** des Werts, die Notwendigkeit, beim Übergang zum Kommunismus den Wert zu überwinden. Oelßner beschränkt sich nicht darauf, die relative Notwendigkeit von Wertkategorien in der Übergangsgesellschaft zu betonen - was richtig ist -, sondern er apologetisiert die Wertform, will die Notwendigkeit ihrer Überwindung von der Tagesordnung der Geschichte absetzen. Damit stemmte er sich objektiv dem Ziel des revolutionären Proletariats, alle Klassenunterschiede zu beseitigen, entgegen.

Doch nicht nur apologetische, gegen die Arbeiterklasse gerichtete Interessen können zu Fehlern in der Handhabung der Marxschen Werttheorie führen, sondern z.B. auch das Streben, schneller zum Kommunismus voranzuschreiten, als dies den real gegebenen Möglichkeiten entspricht. Anfang der 50er Jahre führte Stalin in der Sowjetunion einen notwendigen und scharfen Kampf gegen Kräfte, die darauf abzielten, die Wertkategorien auszuweiten. (Diese Kräfte setz-

ten sich nach Stalins Tod durch und brachten den Sozialismus zu Fall.) Stalin in der Sowjetunion und Oelßner in der DDR (um die Verbindung zu obigem Beispiel zu ziehen) verfolgten also bezüglich der Warenkategorien entgegengesetzte Interessen. Im Bestreben, die Bedeutung der Warenkategorien herunterzuspielen, unterlief Stalin dabei allerdings ein Fehler in der Werttheorie:

In der sozialistischen Sowjetunion teilte die staatliche Planbehörde den staatlichen Fabriken Produktionsmittel zu. Es gab also keinerlei freien Markt zwischen den Betrieben, die Wirkung des Wertgesetzes war ganz beträchtlich eingeschränkt. Und dennoch zahlte ein staatlicher Betrieb dem anderen, durch den er beliefert wurde, reales Geld. Die Produkte der staatlichen Betriebe nahmen also die Geldform an, und zwar auch bei Zirkulation von Produktionsmitteln innerhalb des staatlichen Sektors. Stalin erklärte nun, daß die betreffenden Produkte zwar „*die äußere Hülle von Waren*“ behalten hätten, jedoch dem Inhalt nach keine Waren seien. (Stalin, *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, SW 15, S. 344) Daran war richtig, daß diese Produkte nicht mehr im vollen Sinne Waren waren, daß man es hier mit einem Übergang von der Ware zur Nicht-Ware zu tun hatte. Der Umstand, daß diese Produkte jedoch die Geldform annahmen, zeigt indessen zugleich, daß dieser Übergang noch nicht beendet war, daß diese Produkte den Warencharakter noch nicht vollständig abgestreift hatten. Denn eine Wertform, die keinen gesellschaftlichen Inhalt hat, die keinen Rückschluß auf den gesellschaftlichen Zustand zuläßt, kann es nicht geben. Dies ergibt sich aus der Marxschen Werttheorie.

Wir wollen diese Form sowie den gesellschaftlichen Zustand der damaligen Sowjetunion, der dazu führte, daß sich im staatlichen Sektor hergestellte Produktionsmittel in dieser Form ausdrückten, hier nicht näher untersuchen. (vgl. hierzu Rote Reihe Bd. 1, Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte, insbesondere S. 52 ff.) Es handelt sich darum, daß die Gesetze zweier entgegengesetzter ökonomischer Formationen, der alten und der neuen Gesell-

schaft, sich in der Übergangsgesellschaft gegenseitig in ihrem Wirkungsbereich einengen. Die Analyse eines solchen Übergangszustands ist kompliziert. Ohne weitere Analyse aber läßt sich sagen (denn **diese** Schlußfolgerung folgt unmittelbar aus der Marxschen Analyse der Ware): Soweit (in dem Maße wie) es Ware-Geld-Beziehungen zwischen staatlichen Betrieben gibt, ist jedenfalls das Handeln und Denken in den Kategorien „mein Betrieb - dein Betrieb“, ist das diesbezügliche Erbe der warenproduzierenden Gesellschaft nicht restlos überwunden. Wenn es aber nicht restlos überwunden ist, müssen die betreffenden Wertformen und der gesellschaftliche Zustand, der diese Formen hervorbringt, ausgehend von der marxistischen Theorie analysiert und von einer revolutionären Strategie und Taktik nüchtern in Rechnung gestellt werden, anstatt sie theoretisch herunterzuspielen. Eine andere Frage ist, ob Stalin unter den gegebenen Umständen überhaupt die Möglichkeit hatte, dies zu tun. Er mußte unter höchst schwierigen Bedingungen und ohne die Möglichkeit, vorheriges geschichtliches Material auszuwerten, als Revolutionär mit allen Kräften gegen die Ausweitung der Warenkategorien kämpfen, gerade dadurch aber wurde ihm der Blick auf eine allseitige Einschätzung dieser noch verbliebenen Warenkategorien verstellt.

Tatsache ist, daß diese Analyse heute noch nicht zufriedenstellend vorgenommen ist; das oben angeführte Buch über die Entwicklung der Sowjetunion stellt allerdings einen Schritt in dieser Richtung dar. In entgegengesetzter Richtung marschieren die Apologeten der untergegangenen revisionistischen Regimes, die sich dem vorübergehend siegreichen Kapitalismus anpassen, indem sie die Warenproduktion verherrlichen und für ewig erklären wollen. Als Beispiele seien Michael Brie und Hans Kalt angeführt.

In der Zerfallsphase des SED-Regimes arbeiteten einige Ideologen an der Humboldt-Universität intensiv an der Frage, wie dieses Regime reformiert und gerettet werden könne. Die „Lösungs“-vorschläge liefen letztlich auf eines hinaus: Werktätigen-Kollektive sollten „reale Eigentümerstellung“ erlangen mit der Folge, daß diese als Warenbesitzer miteinan-

der Warenaustausch pflegen sollten, auch wenn letztere Konsequenz unter einem Schwall marxistisch klingender Phrasen verdeckt wurde. Eines der Produkte dieser Arbeiten ist das Buch von Michael Brie, *Wer ist Eigentümer im Sozialismus?*, Dietz Verlag Berlin 1990.

Brie verweist auf folgendes Zitat von Marx: „*Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, **Gattungswesen** geworden ist, erst wenn der Mensch seine ‘forces propres’ (eigenen Kräfte, d. Verf.) als **gesellschaftliche** Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der **politischen** Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.*“ (Marx, Zur Judenfrage, MEW 1, S. 370, Hervorhebungen von Marx)

Brie erklärt nun: „**Man muß heute nicht mehr daran glauben,**“ daß die von Marx in diesem Zitat „*formulierte Aufgabe ‘endgültig lösbar’ sei, man kann sich aber real davon überzeugen, daß sie immer von neuem steht und Fortschritt bei ihrer Realisierung möglich ist.*“ (Brie, S. 116, Hervorhebung v. Verf.) Auf gut deutsch heißt das: Nachdem das SED-Regime nicht in der Lage war zu bewirken, daß „der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt“, kann man laut Brie getrost bezweifeln, daß das **überhaupt** möglich ist. Doch wie hätte ausgerechnet das SED-Regime das bewirken können?! Ein Regime, das den **Staat verklärte und verherrlichte**, ein Regime, in dem nur das als fortschrittlich und gesellschaftlich nützlich galt, was durch den Segen einer staatlichen Instanz (oder einer Parteiinstanz, was in gewisser Hinsicht oftmals identisch war) geädelt war? Mit Verlaub der Herren Brie und Konsorten: Wenn die Emanzipation des Menschen in dem Regime, das **von euch und euresgleichen** geprägt wurde, nicht zu bewerkstelligen war, heißt das noch lange nicht, daß diese Emanzipation **geschichtlich** unmöglich ist.

Das von Marx formulierte Ziel, daß die Menschen sich ihrer Kräfte als **gesellschaftlicher** Kräfte bewußt werden, oh-

ne von irgend einer scheinbar über der Gesellschaft schwebenden Instanz am Gängelband geführt zu werden, dieses Ziel ist also nach Auffassung dieser Herrschaften nicht realistisch. (Eine Auffassung, die sowohl ihrem damaligen Klasseninteresse als auch ihrem heutigen Interesse, sich in der bürgerlichen Parteienlandschaft als regierungsfähig darzustellen, entspricht.) Brie zufolge kann man dieses Ziel trotzdem als schöne Vision pflegen. (Der Mensch lebt schließlich nicht vom Brot allein, man braucht ein wenig Religion!) Doch wenn man das Wirtschaftsleben real einrichten will, muß man sich (den Bries und Konsorten zufolge) schon nach etwas anderem umsehen als nach der kollektiven schöpferischen Kraft der arbeitenden Menschen.

Doch wonach? Eine Apologie des Staates kommt für sie nicht mehr in Frage: Das haben sie schon einmal gemacht, und auf dieser Grundlage haben sie ihre Macht nicht behaupten können. Also muß etwas „Neues“ her, wobei sich dieses „Neue“ freilich schnell als alt erweist:

*„Während die Gesamtgesellschaft durch die öffentliche und demokratische Bestimmung der grundlegenden Entwicklungstendenzen und volkswirtschaftlichen Strukturveränderungen ihre Planungsfunktion auf sozialistische Weise zu realisieren vermag, sollten die Betriebe, Kombinate, Territorien, die Handelsorganisationen bis hin zu den individuellen Konsumenten vor allem über die Gestaltung der Vertragsbeziehungen mit den Produzenten und durch den sozialistischen Markt den Erzeugnisplan in Quantität und Qualität bestimmen können.“* (Brie, S. 162) Dies solle auch in der *„höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“* gelten. Brie „Kommunismus“ ist also ein „Kommunismus“ der Vertragsbeziehungen, der Ware-Geld-Beziehungen. Dies soll denn auch der grundlegende Mechanismus sein, nach dem die Produktionsmittel verteilt werden. Brie nennt das Verteilung *„nach den Fähigkeiten“* der Produzenten, S. 163. Soll heißen: Wer viel Geld erwirtschaftet, der ist fähig, und der soll auch viel Produktionsmittel kaufen können. Fragt sich nur, wodurch sich ein solcher „Sozialismus“ und „Kommunismus“ vom Kapitalismus unterscheidet. Brie antwortete

damals: Durch die Planung von „*grundlegenden Entwicklungstendenzen*“. Brie und Konsorten standen damals immerhin vor der Frage, wo die Planbürokraten und Ideologen der SED nach der „marktwirtschaftlichen“ Reform unterzubringen wären. Doch man hatte insoweit Pech: Nach der „marktwirtschaftlichen Reform“ brauchte man sie nicht mehr, und der erste Teil dieses Zitats erwies sich als das, was er nur sein konnte: als Schall und Rauch.

Wer aber Apologet der Ware ist, der muß logischerweise auch Apologet des Geldes sein. Da war Brie konsequent. Er berief sich auf einen sowjetischen Ökonomen namens Lawrow und zitierte ihn zustimmend: *„Das Geld im Sozialismus soll 'riechen'! Der Kauf von gesellschaftlichen Produkten für Geld soll die Teilnahme seines Besitzers an der gemeinschaftlichen Arbeit aufdecken, und das Maß der Produkte, das für dieses Geld angeschafft wurde, soll voll und ganz durch das Maß der Arbeit bestimmt werden (...)*“ (Brie S. 173) Gewiß, die Ideologie der Warenproduktion predigt: Jeder ist seines Glückes Schmied! Und für die herrschenden Revisionisten und ihre Ideologen war ebenfalls stets selbstverständlich, daß sie aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung „mehr wert“ waren als ein einfacher Arbeiter und daß sich dies auch in ihrem Konsum auszudrücken hatte. Wer viel hat, der ist eben fleißig, und der soll neben seinem Reichtum auch gesellschaftliches Ansehen genießen. Geld soll riechen! Und da man an die Möglichkeit der Emanzipation der Menschheit nicht mehr „glauben muß“, soll das sicherlich nicht nur in Bries „Sozialismus“, sondern auch in Bries „Kommunismus“ so sein.

Wie gesagt: All das war damals nicht nur eine persönliche Idee Bries. Vielmehr führte die Logik des SED-Regimes zuguterletzt dazu, daß seine Ideologen die Hoffnung schöpften, man könne dieses Regime auf der Grundlage des Übergangs zur Warenproduktion („sozialistische“ Marktwirtschaft) retten. Hauptsache, man bleibt an der Macht; das war ihre Logik. Daß sie sich verrechnet hatten, daß sie auf dieser Basis nicht an der Macht bleiben konnten, muß man nicht bedauern.

Der Theoretiker der österreichischen revisionistischen Partei, Hans Kalt, publizierte ein Buch *Neubeginn mit Marx*, Köln 1993. Richtiger müßte es heißen: Neue Verfälschungen von Marx. Ebenso wie Brie ist Kalt Apologet der Warenproduktion. Auf Seite 130 bringt er ein Marx-Zitat aus dem 3. Band des *Kapitals* (MEW 25, S. 648), in dem Marx in einem bestimmten Zusammenhang untersucht, wie das Wertgesetz als Regulator der Produktion wirkt. Man könnte tausend Stellen von Marx anführen, in denen Marx zeigt, daß das Wertgesetz das **nur recht und schlecht** kann, über Krisen und Katastrophen. An der von Kalt zitierten Stelle geht es Marx aber nicht darum, sondern eben um die Wirkung des Wertgesetzes als Regulator der Produktion. Prompt „begründet“ Kalt mit diesem Marx-Zitat, im Sozialismus müßten Produktion und Verteilung ebenfalls durch das Wertgesetz reguliert werden. In welchem Ausmaß das Wertgesetz im Sozialismus tatsächlich noch eine Rolle spielt, braucht uns hier nicht zu interessieren: Kalt ist faktisch gegen **jegliche** Einschränkung des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes. Das Übel begann ihm zufolge damit, daß der „Bürokrat“ Stalin das Wertgesetz einschränken wollte: *„1927/28 erfolgte die neue Wende: Nicht mehr die Ausnutzung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, sondern direktes Eingreifen des Staates wurde bestimmend. Durch administrativ festgelegte Zielvorgaben, staatliche Zuteilung der dafür erforderlichen Mittel, Arbeitskräfte, Rohstoffe, Energie usw. wurde der Ausbau der Schwerindustrie forciert. In Form von 5-Jahr-Plänen wurden diese Vorgaben zusammengefaßt und erhielten mit der Beschlußfassung Gesetzeskraft. In der Landwirtschaft wurde der Boden durch forcierte Kollektivierung wieder zu Großbetrieben zusammengefaßt.“* (Kalt, S. 135) **Das** also war das Übel. Der Versuch, von der blinden Wirkung des Wertgesetzes zur bewußten Leitung der Produktion durch die vereinten Produzenten überzugehen, **das** war das Übel. Das war eine Verletzung „ökonomischer Gesetzmäßigkeiten“, und damit meint Kalt das Wertgesetz. Das Wertgesetz ist in der Vorstellung von Kalt das einzige Gesetz, das die Produktion regulieren kann. Wer die Wirkung des Wertgesetzes einschränken will,

der sündigt, und wer sündigt, der wird von der Geschichte bestraft. Das ist seine Logik.

Man kann verstehen, daß jemand ein so beschränktes Gesichtsfeld hat, aber warum nennt er sich dann Marxist? Warum quatscht er dann über Sozialismus und Kommunismus? Für Engels war es selbstverständlich, daß „*in der Wertform der Produkte (...) im Keim die ganze kapitalistische Produktionsform*“ steckt. (Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 289) Wir können nicht umhin, an dieser Stelle auch noch folgenden Satz Marxens über die Wertform zu wiederholen: „*Formeln, denen es auf der Stirn geschrieben steht, daß sie einer Gesellschaftsformation angehören, worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozeß bemeistert, gelten ihrem bürgerlichen Bewußtsein für ebenso selbstverständliche Naturnotwendigkeit als die produktive Arbeit selbst.*“ (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 95 f.) Eben dieses bürgerliche Bewußtsein ist auch das Bewußtsein von Pseudomarxisten wie Kalt. Wer die Warenproduktion verewigen will, will den Kapitalismus verewigen. Doch mögen die Apologeten der Warenproduktion das auch noch so sehr wollen: die geschichtliche Entwicklung, die die Warenproduktion hervorgebracht hat, wird sie auch wieder beseitigen. Gerade das erste Kapitel des Marxschen *Kapitals* ist ein glänzender wissenschaftlicher Beweis des historisch beschränkten Charakters der Warenproduktion und damit auch des Wertgesetzes.

Bezeichnend ist übrigens Kalts Lob für Gorbatschow und sein gleichzeitiges Gejammer über die „*schweren Fehler*“, die dieser begangen habe. (Kalt S. 155) Kalt will eine unbeschränkt regulierende Wirkung des Wertgesetzes ohne Kapitalismus, doch uneingeschränkte Warenproduktion ohne Kapitalismus ist auf Grundlage der Produktion eines Mehrprodukts unmöglich. (vgl. auch die untenstehende Auseinandersetzung mit Hans Heinz Holz über diese Frage)

Dies ist auch den Thesen der DKP zum Sozialismus entgegenzuhalten. (Diese Thesen „Sozialismus – die historische Alternative zum Imperialismus“ lagen bei Drucklegung dieses Kapitels erst im Entwurf vor.) Die DKP-Thesen ent-

sprechen den Vorstellungen von Michael Brie und Hans Kalt und laufen darauf hinaus, die Warenproduktion zu verewigen, wobei angeblich zugleich eine „Vergesellschaftung“ der Produktion angestrebt werden soll.

In den Thesen heißt es: *„Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse ist das gesellschaftliche Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln. Dabei muß an die Stelle bloßer Verstaatlichung, in der schon Marx und Engels nur einen ersten Schritt zur Aneignung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft sahen, wirkliche Vergesellschaftung treten. Die Produzenten müssen aus formalen zu tatsächlichen sozialistischen Eigentümern werden, die Entfremdung vom Eigentum an den Produktionsmitteln muß überwunden werden. Das Mittel dazu sehen wir Kommunisten in der Entfaltung sozialistischer Selbstverwaltung, bei der die ökonomische Verantwortung, die Entscheidungsbefugnisse über die Produktion und ihre Ergebnisse möglichst weitgehend an die Betriebe und ihre Arbeitskollektive übergehen.“*

Es stimmt, daß Marx und Engels in der Verstaatlichung nur den **ersten Schritt der Vergesellschaftung** gesehen haben. Bei entsprechendem Reifegrad wirft die Vergesellschaftung die Staatlichkeit ab, ist sie freie Verfügung der vereinten Produzenten über die Produktionsmittel und die Produkte. Der erste Schritt der Verstaatlichung aber ist gerade deshalb notwendig, **um die warenproduzierende Ordnung zu zerschlagen**. Die staatliche Form der Vergesellschaftung kann nur dann und nur in dem Maße einer höheren, nichtstaatlichen weichen, wie die gesellschaftliche Initiative der arbeitenden Menschen erstarkt und als alleiniger Regulator der Produktion stark genug ist. Die DKP-Thesen schlagen gerade einen **entgegengesetzten** Weg vor: Die Produzenten sollen nicht die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel der gesamten Gesellschaft erringen. Vielmehr sollen *„die Betriebe und ihre Arbeitskollektive“* die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel des jeweiligen Betriebs erringen. Das aber bedeutet, daß die Betriebe sich **als Warenproduzenten gegenüberreten, ihre jeweiligen Waren gegeneinander austauschen**. Die Bezugnahme auf Marx und Engels ist also rei-

ne Demagogie: In Wirklichkeit geht es den VerfasserInnen der Thesen nicht darum, daß die Vergesellschaftung bei der Verstaatlichung **nicht stehenbleiben darf**, daß sie die Staatlichkeit nach und nach überwinden und zu einer höheren Form übergehen muß. In Wirklichkeit geht es ihnen darum, die Staatlichkeit zurückzunehmen, **um zur Warenproduktion und zum Warenaustausch zurückzukehren bzw. die Sphäre der warenaustauschenden Ordnung gar nicht erst zu verlassen**. Die Thesen verhehlen dies kaum: *„Nachzudenken ist über das Verhältnis von strategischer Rahmenplanung und der Entfaltung sozialistischer Marktbeziehungen zwischen den in großer Eigenverantwortung wirtschaftenden Betrieben.“* Die Phrase von der *„strategischen Rahmenplanung“*, das ist eben Bries Planung *„grundlegender Entwicklungstendenzen“*, mit der wir es oben zu tun hatten. Was in der Realität übrigbleibt, ist der Warenaustausch. Das aber ist keine neue Gesellschaft, sondern die alte. Es ist daher nicht verwunderlich, sondern durchaus logisch, daß innerhalb der Diskussion in der UZ, der Zeitung der DKP, über die Thesen bereits der Vorschlag gemacht wurde, den *„Kommunismus erst mal aus dem Programm zu streichen“*. (Diskussionsbeitrag in der UZ v. 14.3.97, Seite 19) Bei Verwirklichung dieses Vorschlags wäre die DKP eine „kommunistische“ Partei, die den Kommunismus **erklärtermaßen** nicht mehr anstrebt. Was aber soll dann der angeblich noch angestrebte Sozialismus sein, wenn nicht die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus?

„Aber halt“, so wird die DKP antworten, „der von uns angestrebte Sozialismus hat schon seine Vorzüge. Hier sollen doch die Belegschaften über die Produktionsmittel verfügen. Das ist doch kein Kapitalismus.“ Nein? Wenn wir es mit Marktbeziehungen zu tun haben, dann herrschen auch die ökonomischen Gesetze der Warenproduktion; die verschiedenen Betriebe treten sich also als Konkurrenten gegenüber. Und es herrschen nicht nur die Gesetze der Warenproduktion: Die **einfache** Warenproduktion ist ja unwiederbringlich vorbei; die Betriebe stellen ein **Mehrprodukt** her. Wir müssen daher hier ein wenig vorgreifen und ökonomi-

sche Gesetze berücksichtigen, die wir in Kapitel IX systematisch behandeln werden. Ist ein Mehrprodukt gegeben, so besteht der Zweck des Warenaustausches nicht mehr darin, daß der Produzent und Verkäufer einer Ware Geld erhält, um damit Waren zu kaufen, die für ihn einen Gebrauchswert darstellen, wie das bei einfacher Warenproduktion der Fall ist. (vgl. Seite ) Die Wertform des Mehrprodukts (d.h. seine Eigenschaft, als **Mehrwert** das Licht der Welt zu erblicken) beinhaltet, daß die Akkumulation, die Anhäufung dieses Mehrwerts zum Selbstzweck wird, welcher die Akteure beherrscht. Da der Markt aber begrenzt ist, müssen die Warenproduzenten jetzt **um Marktanteile kämpfen**. Agieren die einzelnen Betriebe als Warenproduzenten, so **zwingt** die ökonomische Notwendigkeit, das Mehrprodukt zu verwerfen, sie also zum Kampf um Marktanteile. Selbst wenn die Belegschaften in ihrem Betrieb das Sagen hätten: Sie wären bei Strafe des Untergangs gezwungen, entsprechend dem Wertgesetz und dem Mehrwertgesetz ökonomische Entscheidungen **gegen sich selbst** zu treffen: Den Lohn zu drücken, die Arbeitszeit möglichst zu verlängern, die Arbeitshetze zu intensivieren. Freilich würde die Belegschaft bei solchen Folgen sich nicht lange als Eigentümer fühlen und auch nicht so verhalten, sondern die Arbeiter würden lediglich arbeiten, um ihren Lohn zu bekommen, der Rest wäre ihnen schnuppe - und zwar völlig zurecht! Die betrieblichen Entscheidungen würden also letztlich den Betriebsleitern zufallen. In weiser Voraussicht formulieren die VerfasserInnen der Thesen denn auch nebulös, die Entscheidungsbefugnisse sollten „*an die Betriebe und ihre Arbeitskollektive*“ übergehen. Was ist denn mit „den Betrieben“ gemeint, wenn nicht die Arbeitskollektive? Eben **doch** der Betriebsleiter, und die Entscheidungsbefugnis „der Arbeitskollektive“ bleibt Schall und Rauch, ebenso wie die „strategische Rahmenplanung“.

All dies ist keineswegs graue Theorie, sondern vielmehr in der Praxis bewiesen. Beispielsweise im titoistischen Jugoslawien, wo die „Rechte der Arbeitskollektive“ auf dem Papier stehen blieben, die Konkurrenz zwischen den Betrieben aber Realität war. Aber auch 1968 im „Prager Frühling“.

Dort zeigte sich sehr deutlich, was der Übergang zur „Marktwirtschaft“ bedeutet hätte: Die Betriebsleiter treffen die betrieblichen Entscheidungen, und zwar auf der Basis, daß die Betriebe **um Marktanteile kämpfen müssen**. (vgl. Rote Reihe Band 1, Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte, S. 93 f.)

Übrigens ist das Bekenntnis zu einem Markt“sozialismus“ im Stile Titos bereits angelegt im Buch des DKP-Theoretikers Hans Heinz Holz „Kommunisten Heute. Die Partei und ihre Weltanschauung“. (1. Auflage Essen 1995; wir zitieren im folgenden aus der unveränderten 2. Auflage Essen 1997) Das mag manchen verwunderlich erscheinen, da Holz sich in krassem Gegensatz zur überwiegenden Ausrichtung der DKP immerhin „positiv“ über Stalin äußert. Holz sagt aber: *„Wie auch immer die nächste Stufe der Gesellschaft nach dem zerbrechenden Kapitalismus aussehen wird und organisiert sein mag (sofern die Menschheit nicht untergeht), sie wird auf den Markt als Verteilungsmechanismus und auf ein abstraktes Mittel des Vergleichs gesellschaftlichen Nutzens, nenne man es Geld oder anders, nicht verzichten können.“* (Holz S. 128) Hier ist zumindest noch unklar, ob Holz sich auf den Kommunismus bezieht oder ausschließlich auf die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, den Sozialismus („nächste Stufe“). Für den Sozialismus wäre immerhin richtig, daß die Gesellschaft hier noch nicht ganz auf Ware-Geld-Beziehungen verzichten kann, wenn gleich die undifferenzierte Formulierung vom *„Markt als Verteilungsmechanismus“* zumindest verdächtig ist: Ohne wesentliche **Einschränkung** der Ware-Geld-Beziehungen kein Sozialismus! Doch im folgenden zeigt sich, daß es Holz hier nicht nur um die Übergangsgesellschaft geht, sondern daß er die Warenproduktion offenbar als eine Errungenschaft der Menschheit ansieht, auf die überhaupt nicht mehr verzichtet werden soll. Im unmittelbaren Anschluß an die soeben zitierte Stelle fährt Holz fort: *„Geschichtliche Entwicklungen sind irreversibel (nicht zurückzunehmen, d. Verf.). Aber die Geschichte stagniert auch nicht. Nicht der Wert, nicht einmal der Mehrwert ist das Übel der kapitalistischen Produkti-*

onsweise, sondern dessen private Aneignung und Verselbständigung zum Selbstzweck des Produktions- und Distributionsprozesses (Verteilungsprozesses, d. Verf.).“ (ebenda) Mit anderen Worten: Wert und Mehrwert können, ja sollen in alle Zukunft bleiben („nicht reversibel“), nur ihre private Aneignung ist zu unterbinden. Wie soll das aussehen? Nun, die DKP-Thesen geben mittlerweile die Antwort: Die Aneignung durch „die Betriebskollektive“ gilt nicht mehr als private, und damit sind Wert und Mehrwert heiliggesprochen. Doch ob die Eigentumsform staatlich oder nichtstaatlich ist, ob die „Betriebskollektive“ formaljuristisch als „Eigentümer“ definiert sind oder nicht: Wesentlich ist, daß hier **nicht die Gesellschaft** als Eigentümer fungiert, sondern „die Betriebe“ (wer immer das dann sei) als Warenproduzent und damit als Privateigentümer im Marxschen Sinne agieren. Wenn Warenproduktion herrscht, dann herrschen auch all ihre Gesetze einschließlich des Warenfetischs; es ist also lediglich Schall und Rauch, wenn Holz auf **solcher** Grundlage über die „Aufhebung der Entfremdung des Menschen an den Warenfetischismus und die Entfaltung von Werten menschlicher Selbstverwirklichung“ (S. 92) schwadroniert.

Zur „Begründung“ dafür, daß „nicht der Wert, nicht einmal der Mehrwert (...) das Übel der kapitalistischen Produktionsweise“ sei, führt Holz übrigens folgendes Marx-Zitat an: „Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist **dagegen** Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.“ (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 167, Hervorhebung v. Verf.) Holz zitiert diese Stelle auf S. 128 seines Buches, doch er zitiert falsch, denn der erste Halbsatz lautet **bei Holz**: „Die Zirkulation des Kapitals ist dagegen Selbstzweck(...)“. (Holz S. 128) Durch die Veränderung des Marxschen Originaltextes fällt weg, was Marx hervorhob, daß nämlich unter bestimmten Bedingungen **das Geld** gesetzmäßig als Kapital zirkuliert und daß diese Zirkulation unter diesen Bedingungen Selbstzweck ist und maßlos ist. Diese Verstümmelung des Marxschen Originals mag noch ein Versehen sein. Wichtiger ist etwas anderes, nämlich **die**

**von Marx benannten Bedingungen, unter denen das Geld als Kapital zirkuliert.** Im Marx-Zitat haben wir das Wort „**da-gegen**“ hervorgehoben, denn es verweist auf einen von Marx untersuchten **Gegensatz**, den Holz nicht teilt. Bei Marx nämlich heißt es unmittelbar zuvor: *„Die einfache Warenzirkulation - der Verkauf für den Kauf - dient zum Mittel für einen außerhalb der Zirkulation liegenden Endzweck, die Aneignung von Gebrauchswerten, die Befriedigung von Bedürfnissen.“* (MEW 23, S. 167) Hieran schließt sich dann der von Holz (verstümmelt) wiedergegebene Zitatteil an, und aus diesem Zusammenhang wird ersichtlich, von **welchem** Gegensatz Marx spricht: **Einfache Warenproduktion und -zirkulation** bedeutet, daß der Warenproduzent seine Ware verkauft, **um** ein Produkt zu erwerben, nach dem er ein Bedürfnis hat. Im Gegensatz zur **kapitalistischen** Warenproduktion dient diese Transaktion **nicht** der **Anhäufung** von Wert. Hier haben wir (im Gegensatz zur kapitalistischen Warenproduktion) im großen und ganzen **kein Mehrprodukt**, und **daher** zirkuliert das Geld hier **nicht** als Kapital, ist seine Zirkulation kein Selbstzweck, sondern dient letztlich der Befriedigung von Bedürfnissen. Haben wir es aber mit einem Mehrprodukt zu tun und wird die Wertform der Produkte beibehalten, kommt das Mehrprodukt also als **Mehrwert** zur Welt, so zirkuliert das Geld **nun** als Kapital, ist seine Zirkulation Selbstzweck und ist die Bewegung des Kapitals maßlos. Marx sagt also das gerade Gegenteil von dem, was Holz ihm unterschieben möchte. Bei Marx kommt klar heraus: Haben wir es mit Mehrprodukt zu tun (und **das** ist an sich nun wirklich **nicht** das Übel, es geht ja nicht darum, den Stand der Produktivität zurückzudrehen), so kann die Wareneigenschaft des Produkts nicht beibehalten werden, ohne zugleich alle Gesetze der **kapitalistischen** Produktion und Zirkulation beizubehalten. Holz aber gibt vor, man könne den Wirkungsbereich der Gesetze kapitalistischen Wirtschaftens verlassen, **ohne** die Wareneigenschaft der Produkte zu beseitigen. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Mehrwert für Holz nicht „das Übel“ ist. Sein „Sozialismus“ ist also mit Mehrwert vereinbar. In seinem „Sozialis-

mus“ nimmt das Mehrprodukt die Wertform an, erscheint als **Mehrwert**, wird als Mehrwert angeeignet. Die Wertform des Produkts und des Mehrprodukts ist aber der schlagende Beweis, daß wir es hier **nicht** mit unmittelbar gesellschaftlicher Produktion zu tun haben.

Es ist mehr als dreist, wenn die VerfasserInnen der DKP-Thesen sich ausgerechnet auf Marx und Engels berufen, um ihre „sozialistische“ Marktwirtschaft zu begründen. Nicht nur das Marxsche *Kapital* und insbesondere das erste Kapitel des ersten Bands weist nach, daß Warenproduktion mit Verfügung der vereinten Produzenten über die Produktionsmittel unvereinbar ist, das gesamte Marxsche Werk ist von diesem Gedanken durchdrungen. Hier sei nur noch ein zentraler Gedanke aus Marx' Schrift *Der Bürgerkrieg in Frankreich* angeführt: „Wenn aber die genossenschaftliche Produktion nicht eitel Schein und Schwindel bleiben, wenn sie das kapitalistische System verdrängen, wenn die **Gesamtheit der Genossenschaften** die nationale Produktion **nach einem gemeinsamen Plan regeln**, sie damit unter ihre eigene Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen (zyklischen Wirtschaftskrisen, d. Verf.), welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen soll – was wäre das andere, meine Herren, als der Kommunismus, der 'mögliche' Kommunismus?“ (MEW 17, S. 343, Hervorhebungen v. Verf.) Die **Gesamtheit der Genossenschaften** muß die **nationale Produktion** regeln, nicht jede Belegschaft die Produktion ihres Betriebs!

Was die Berufung der VerfasserInnen der DKP-Thesen auf Engels betrifft, so sei hier nur auf dessen Spott über Dührings „Wirtschaftskommunen“ verwiesen, die indessen der „sozialistischen Marktwirtschaft“ der DKP gleichen wie ein Ei dem andern. So dekretierte Dühring ein „Recht einer Wirtschaftskommune an ihren Arbeitsmitteln“, und Engels merkte an: „Es wird also reiche und arme Wirtschaftskommunen geben, und die Ausgleichung findet statt durch den Andrang der Bevölkerung zu den reichen und den Wegzug von den armen Kommunen.“ (MEW 20, S. 269) „Jedenfalls verfügt

*die Wirtschaftskommune über ihre Arbeitsmittel zum Zweck der Produktion. Wie geht diese Produktion vor sich? Nach allem, was wir bei Herrn Dühring erfahren, ganz im alten Stil, nur daß an die Stelle des Kapitalisten die Kommune tritt.“* (S. 269 f.) Und Engels weist darauf hin, daß damit die alte Form der Arbeitsteilung nicht beeinträchtigt wird. *„Hier-nach bleibt innerhalb der Sphäre der Produktion so ziemlich alles beim alten.“* (S. 271) Freilich versuchte auch Dühring, die Spuren zu verwischen. So wie die VerfasserInnen der DKP-Thesen von „sozialistischer“ Marktwirtschaft und von „strategischer Rahmenplanung“ sprechen, so sprach Dühring davon, daß nicht die Kommunen allein, sondern irgendwie auch die gesamte Nation über die gesellschaftlichen Produktionsmittel verfügen sollte. Und Engels spottete: *„Es ist also doch nicht die einzelne Kommune, die die Verfügung hat, sondern die ganze Nation. Das ´öffentliche Recht´, das ´Recht an der Sache´, das ´publizistische Verhältnis zur Natur´ usw.* (Phrasen, mit denen Dühring bemänteln wollte, daß sein „Sozialismus“ die Warenproduktion unangetastet läßt, d. Verf.) *ist also nicht bloß ´mindestens unklar und bedenklich´* (Dühring hatte erklärt, Marx´ *´Vorstellung eines Gesamteigentums´ sei ´mindestens unklar und bedenklich´, d. Verf.), es ist in direktem Widerspruch mit sich selbst. Es ist in der Tat, wenigstens soweit jede einzelne Wirtschaftskommune ebenfalls ein Rechtssubjekt, ein ´zugleich individuelles und gesellschaftliches Eigentum´, und diese letztere ´nebelhafte Zwittergestalt´ daher wieder nur bei Herrn Dühring selbst anzutreffen.“* (S. 269) Womit denn auch das Urteil über die „sozialistische Marktwirtschaft“ der DKP-Thesen gesprochen wäre, die in der Realität nichts anderes sein kann als Warenproduktion und damit Kapitalismus.

Was die Phrase von der „strategischen Rahmenplanung“ betrifft, noch eine letzte Anmerkung. Michael Brie, heute Mitglied der Grundsatzkommission der PDS, gab der UZ, Zeitung der DKP, ein Interview (24.1.97), in welchem er näher erklärte, wie er sich heute die „Planung von grundlegenden Entwicklungstendenzen“ vorstellt, die angeblich mit einer „sozialistischen“ Marktwirtschaft einhergehen soll.

Brie: *„Zwei Dinge sind prinzipiell zu unterscheiden - die gesamtgesellschaftliche und die einzelunternehmerische Ebene. Es geht um die Frage, ob der Profit, die Selbstverwertung des Wertes gesamtgesellschaftlich oder nur auf der Unternehmensebene dominiert. Im Nationalsozialismus oder überhaupt bei jeder Kriegswirtschaft auf der Basis des kapitalistischen Eigentums haben wir eine Situation, wo das Kapital gesamtgesellschaftlich nicht den Zweck der Produktion bestimmt. Es ist also zumindest denkmöglich, daß wir die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse derart verändern, daß gesamtgesellschaftlich nicht der Profit, sondern sozialistische Ziele vorherrschen, ohne daß deshalb der Profit verschwinden müßte.“*

Brie zufolge hat also der Hitlerfaschismus „gesamtgesellschaftlich das kapitalistische Profitprinzip durchbrochen“. Konsequenterweise nennt Brie den Faschismus auch gar nicht beim Namen, sondern bezeichnet ihn als „Nationalsozialismus“. Er benutzt also den demagogischen Ausdruck, den die Faschisten selbst gewählt haben, um ihre zutiefst arbeiterfeindlichen Ziele als „sozialistisch“ auszugeben. Brie sollte wissen, daß der Faschismus „gesamtgesellschaftliche“ Hebel nutzte, um die „einzelunternehmerischen“ Profite ins Unermeßliche zu steigern. Gerade auch der Krieg diente diesem Zweck, zuvor aber bereits die brutale Unterdrückung der Arbeiterbewegung und Zerschlagung ihrer Organisationen.

Warum erzählt Brie das zynische Märchen, unter dieser „nationalsozialistischen“ Ordnung sei das Profitprinzip „gesamtgesellschaftlich durchbrochen“ gewesen? Weil er uns vorschlagen will, von den „Nationalsozialisten“ zu lernen. Diese hätten ja - Brie zufolge - gezeigt, daß es möglich sei, die *„Machtverhältnisse derart (zu) verändern, daß gesamtgesellschaftlich nicht der Profit, sondern sozialistische Ziele vorherrschen, ohne daß der Profit verschwinden müßte.“* „Auf der Unternehmensebene“ darf der Profit also nicht angetastet werden, Gott bewahre! Aber „gesamtgesellschaftlich“ - so Brie - braucht uns das nicht zu stören, „gesamtgesellschaftlich“ ist trotzdem Sozialismus möglich. Freilich,

wenn bei Brie der Faschismus („Nationalsozialismus“) als eine schlechte Art Sozialismus erscheint! Lernen wir also von den Hitlerfaschisten, wie man auf der Grundlage der „Marktwirtschaft“ „grundlegende Entwicklungstendenzen planen“ kann, und machen wir es noch eine wenig „besser“ - das ist seine Logik. Man sieht, wozu die Apologie der Warenproduktion führen kann!

## DER WARENFETISCHISMUS

Wie wir gesehen haben, ist der Wert ein Produktionsverhältnis, nämlich das Verhältnis der Arbeit des einzelnen Warenproduzenten zur Arbeit aller Warenproduzenten, seiner abstrakten Arbeit zur gesamtgesellschaftlichen abstrakten Arbeit aller Warenproduzenten. Bei seiner Arbeit aber erfährt unser Warenproduzent diesen gesellschaftlichen Charakter seiner Arbeit nicht. Er arbeitet nur individuell, „privat“, vor sich hin. Auch auf dem Markt tritt der gesellschaftliche Charakter seiner Arbeit nicht in Erscheinung. Der Warenproduzent tritt zwar zu anderen Warenproduzenten in Beziehung, aber er tauscht nicht etwa seine Arbeit, sondern nur seine Ware. Auch auf dem Markt erfährt er also unmittelbar nichts über die Beziehung seiner Arbeit zur Arbeit von anderen Warenproduzenten. So entsteht ein verkehrtes Bild. Dem Anschein nach treten nicht Personen in Beziehung zueinander, sondern Sachen. Diesen Tatbestand hat Marx als Warenfetischismus bezeichnet. Er zieht damit den Vergleich zu einer Form der Religion, in der die Menschen Fetische anbeten, also Gegenstände, die sie selbst geschaffen haben (z.B. Götzenbilder).

*„Die Gleichheit der menschlichen Arbeiten erhält die sachliche Form der gleichen Wertgegenständlichkeit der Arbeitsprodukte, das Maß der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft durch ihre Zeitdauer erhält die Form der Wertgröße der Arbeitsprodukte, endlich die Verhältnisse der Produzenten, worin jene gesellschaftlichen Bestimmungen ihrer Arbeiten betätigt werden, erhalten die Form eines gesellschaftlichen Verhältnisses der Arbeitsprodukte.*

*Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natüreigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamt-*

*arbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. (...)*

*Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische (trügerische, d. Verf.) Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt. Um daher eine Analogie zu finden, müssen wir in die Nebelregion der religiösen Welt flüchten. Hier scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten. So in der Warenwelt die Produkte der menschlichen Hand. Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist.“ (Kapital I, MEW 23, S. 86 f.)*

Dieser Warenfetischismus ist eine **objektive gesellschaftliche Illusion**. Das bedeutet: Die objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse sind derart, daß sie bei den agierenden Personen mit Notwendigkeit diese Illusion hervorrufen. Die Stellung des Subjekts zum Objekt bewirkt eine solche Brechung der Erkenntnis, daß diese Illusion gesetzmäßig entsteht. (vgl. Kapitel VII Seite 68 ff.) Die objektiven Wurzeln derartiger Illusionen sind ein wesentlicher Grund für die Zähigkeit und Langlebigkeit von Ideologien, auch wenn diese längst schon wissenschaftlich widerlegt sind: Die Anschauung scheint ja das Ergebnis wissenschaftlicher Forschung zu widerlegen! (So wie die Anschauung, derzufolge die Sonne um die Erde kreist, das heliozentrische Weltbild zu widerlegen scheint.)

*„(...) die Privatarbeiten betätigen sich in der Tat erst als Glieder der gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch die Beziehungen, worin der Austausch die Arbeitsprodukte und vermittelt derselben die Produzenten versetzt. Den letzteren erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als **sachliche Verhältnisse***

**der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.**“ (MEW 23, S. 87, Hervorhebung v. Verf.)

Es ist also relativ, wenn wir von Illusion sprechen. Eine Illusion liegt insoweit vor, als die Produzenten ihre gesellschaftlichen Beziehungen, die dem Warenverhältnis dem Wesen nach zugrunde liegen, nicht erkennen können. Doch die Warenverhältnisse erscheinen den Produzenten „als das, was sie sind“, was sie nämlich **unmittelbar** sind, und **unmittelbar** ist die Warenproduktion **keine** gesellschaftliche Produktion, wie wir gesehen haben. Der gesellschaftliche Charakter tritt erst im Austausch **in Erscheinung**. Und hier, im Austausch, drückt sich der Wert einer Ware im Gebrauchswert einer anderen Ware aus. Also „gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen“. Der Warenfetischismus ist somit nicht nur ein subjektiver Irrtum der Warenproduzenten, sondern zugleich Ausdruck eines objektiven Tatbestands.

(Um beim Beispiel der subjektiven Wahrnehmung der Sonne zu bleiben: Wenn uns die Sonne als eine Scheibe von - sagen wir - 5 cm Durchmesser erscheint, so ist dies **nicht nur** Illusion. Diese Erscheinung ist nicht willkürlich von uns, also vom betrachtenden Subjekt, gewählt, sondern sie ist objektiv determiniert, nämlich durch die objektive Beziehung zwischen dem abgebildeten Objekt und unserem physiologischen Wahrnehmungsapparat.)

Marx sagt an anderer Stelle: *„Daß ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis sich als ein außer den Individuen vorhandener Gegenstand und die bestimmten Beziehungen, die sie im Produktionsprozeß ihres gesellschaftlichen Lebens eingehen, sich als spezifische Eigenschaften eines Dings darstellen, diese Verkehrung **und nicht eingebildete**, sondern prosaisch reelle Mystifikation (Täuschung, Irreführung, d. Verf.) charakterisiert alle gesellschaftlichen Formen der Tauschwert setzenden Arbeit. Im Geld erscheint sie nur frapant als in der Ware.“* (Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW 13, S. 34 f., Hervorhebung v. Verf.) Hier ist sehr klar herausgearbeitet, daß der Wert in letzter Analyse **ein Produktionsverhältnis** ist, daß er aber den beteiligten

Produzenten **nicht als solches erscheinen kann** und daß dieser Umstand nicht allein auf Täuschung beruht, sondern auf der **Form, in der der Wert nur in Erscheinung treten kann**, in der Wertform nämlich, in der Bezugnahme des Werts einer Ware auf eine andre Ware.

„Ihre (nämlich der Warenproduzenten, d. Verf.) *eigne gesellschaftliche Bewegung besitzt für sie die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren.*“ (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 89) Diese Kontrolle ist in gewisser Hinsicht sehr real und insoweit alles andere als Illusion. Andererseits sagt bereits der gesunde Menschenverstand, daß leblose Dinge keine Kontrolle ausüben können. Erst die Marxsche Analyse aber deckt auf, was sich denn hinter diesen leblosen Dingen verbirgt, die eine Kontrolle auszuüben scheinen: Gesellschaftliche Verhältnisse, die von den Menschen nicht beherrscht werden und deren Wirkungsweise nicht erkannt, sondern allenfalls höchst oberflächlich wahrgenommen wird. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen **erscheinen** als Beziehungen von Dingen. Sie **verbergen sich** hinter den Dingen, die diese Menschen produzieren.

Dies hat verheerende Auswirkungen auf Sein und Bewußtsein der Warenproduzenten. Menschen werden in gewisser Weise zu Anhängseln von Sachen, ihr Tun ist bestimmt durch die Bewegung der Sachen, die sie selbst geschaffen haben. („Herrschaft der Dinge über die Menschen.“ Auch Vertreter der bürgerlichen Ordnung sprechen häufig von „Sachzwängen“.) Beispielsweise hängt der Platz, den Menschen in einer warenproduzierenden Gesellschaft einnehmen, von den Sachen ab, über die sie verfügen.

Den Dingen werden übernatürliche Eigenschaften zugeschrieben. Als Beispiel kann die Illusion angeführt werden, das Gold sei „von Natur aus“ Geld, oder: Produktionsmittel hätten die „natürliche Eigenschaft“, Profit zu bringen, Geldkapital habe die „natürliche Eigenschaft“, Zinserträge abzuwerfen: „Geld arbeitet“. In einer Werbung der Dresdner Bank für Baufinanzierungen hieß es: „Den wichtigsten Baustoff liefern wir“, und das Werbeplakat zeigte Geldbündel.

Man versuche mal, ein Haus mit Papierfetzen zu errichten. Und dennoch ist der Ausspruch, diese Geldbündel seien „der wichtigste Baustoff“, **nicht nur** Illusion: Selbst wer gar nichts kann, kann nicht nur Häuser „bauen“ (lassen), sondern auch sonst kaufen, was er will, wenn er genügend von diesen Papierbündeln, deren Gebrauchswert gegen Null geht, zur Verfügung hat. Er braucht nichts zu tun und nichts zu können, er kann beliebig viele andere tun lassen, was ihm nützt, solange ihm der Besitz dieser Geldbündel eine entsprechende gesellschaftliche Stellung zuweist. Die landläufige Illusion besteht darin, dies beruhe auf einer natürlichen Eigenschaft dieser Geldbündel (bzw. der Geldware). Dem bürgerlichen Alltagsverstand ist es nicht möglich, die **gesellschaftlichen Verhältnisse zu begreifen**, die überhaupt erst zur Ware, zur Wertform und schließlich zur Geldform führen konnten.

Wenn wir von den verheerenden Auswirkungen des objektiv gegebenen Warenfetichs auf das Bewußtsein sprechen, so ist Bewußtsein hier nicht nur im Sinne von Erkenntnis aufzufassen, sondern beinhaltet die psychische Mentalität einschließlich der Emotionen und Bedürfnisse. Der grundlegende Widerspruch zwischen konkreter und abstrakter Arbeit ist nicht nur Grundlage der Warenwirtschaft, sondern auch der Persönlichkeiten, die sich in diesem Rahmen herausbilden.

Dies zeigt sich z.B. an der gesetzmäßigen Neigung der Warenproduzenten, sich mit ihrer Ware zu identifizieren. Kein Wunder, bedeutet doch das Schicksal ihrer Ware auf dem Markt das Urteil der Gesellschaft über ihre Arbeit. (Hier haben wir übrigens die Erklärung für das Verhalten von Hegels Eierverkäuferin - Kapitel Kapitel V S. 93 f. - die sich deshalb derart erboste, weil sie die Kritik an ihren Waren als Kritik an sich selbst empfinden mußte. Ein Zusammenhang, der Hegel mangels Kenntnis der Gesetze der Warenproduktion und speziell des Warenfetischismus natürlich nicht bewußt sein konnte.)

„Sachliche Verhältnisse der Personen“ - diese vier Worte skizzieren, wie das Ensemble der warenproduzierenden

Verhältnisse es den Menschen erschwert, in wirklich menschliche Verhältnisse zueinander zu treten. Diese Versachlichung menschlicher Beziehungen, die **alle** Lebensbereiche erfaßt, ist so offenkundig, daß sie auch von vielen Nicht-Marxisten zur Kenntnis genommen wird. So äußert z.B. der sozialdemokratische idealistische Psychologe Fromm 1956 in seinem Buch *Die Kunst des Liebens*:

*„Unsere gesamte Kultur gründet sich auf die Lust am Kaufen, auf die Idee des für beide Seiten günstigen Tauschgeschäfts. Schaufenster anzusehen und sich alles, was man sich leisten kann, gegen bares Geld oder auf Raten kaufen zu können - in diesem Nervenkitzel liegt das Glück des modernen Menschen. Er (oder sie) sieht sich die Mitmenschen auf ähnliche Weise an. (...) Dabei wird unter ´attraktiv´ ein Bündel netter Eigenschaften verstanden, die gerade beliebt und auf dem Personalmarkt gefragt sind. (...) So verlieben sich zwei Menschen ineinander, wenn sie das Gefühl haben, das beste Objekt gefunden zu haben, das für sie in Anbetracht des eigenen Tauscherts auf dem Markt erschwinglich ist.“*

(Fromm, Erich, *Die Kunst des Liebens*, Ausgabe Ullstein Stuttgart 1982, S. 13)

Prägung menschlicher Gefühle (hier zwischen den Geschlechtern) durch den Tauschwert: Derartige Perversionen sind im Warenfetisch inbegriffen. Aus marxistischer Sicht ist freilich der erste Satz des Fromm-Zitats als idealistisch zu kritisieren. „Unsere gesamte Kultur“ (und die ihr zugrundeliegende ökonomische Basis!) gründet sich sicher nicht auf die bloße „Idee“ des Tauschgeschäfts, sondern auf die gesellschaftliche **Praxis** der Warenproduktion und des Warenaustauschs.

Die „Lust am Kaufen“: Diese Lust kreist um das Geld als allgemeinen Ausdruck des Warenwerts und damit des stofflichen Reichtums der bürgerlichen Gesellschaft. Die abstrakte Arbeit hat sich so sehr in die Psyche mancher Individuen der warenproduzierenden Gesellschaft eingebrannt, daß es ihnen in keiner Weise um den Gebrauchswert bestimmter Produkte geht, die sie kaufen, sondern um den blo-

ßen Akt des Kaufens. **Heute leiden 4 Millionen Deutsche unter Kaufzwang!** Die „Lust am Kaufen“ hat sich bei ihnen zu einem krankhaften Zwang verdichtet. Die meisten von ihnen leiden unter Minderwertigkeitsgefühlen. Im Akt des Kaufens versuchen sie, dies zu kompensieren: Sie erhalten vorübergehend das Gefühl einer gewissen Mächtigkeit. („Der Kunde ist König.“) Das Geld, über das sie verfügen, spiegelt eine gewisse Anerkennung durch die Gesellschaft vor. Und auch hier haben wir es nicht ausschließlich mit einer Illusion, einer Vorspiegelung, zu tun: Dieses Geld **ist** auch gesellschaftliche Anerkennung, nämlich diejenige Anerkennung, die eine Gesellschaft von Warenproduzenten überhaupt nur zollen kann: Nicht Anerkennung der Persönlichkeit (denn die Warenwelt kennt keine Persönlichkeit), sondern Anerkennung der Kaufkraft.

Der Geldfetisch kann sich auch in scheinbar entgegengesetzter Form äußern, nämlich im Bestreben, das Geld **festzuhalten**, um damit die Mächtigkeit, die gesellschaftliche Anerkennung, das Kaufvermögen **zu bewahren und zu vermehren**. Schon der römische Schriftsteller Vergil sprach in der Aeneis von der „auri sacra fames“ (dem „verfluchten Hunger nach Gold“). Marx analysiert den Ursprung dieses verfluchten Hungers im objektiven Ensemble der wahrenproduzierenden Verhältnisse:

*„Das Geld dagegen, als das Individuum des allgemeinen Reichtums, als selbst aus der Zirkulation herkommend und nur das allgemeine repräsentierend, als nur gesellschaftliches Resultat, unterstellt durchaus keine individuelle Beziehung zu seinem Besitzer; sein Besitzen ist nicht die Entwicklung irgendeiner der wesentlichen Seiten seiner Individualität, sondern vielmehr Besitz des Individualitätslosen, da dies gesellschaftliche Verhältnis zugleich als ein sinnlicher, äußerlicher Gegenstand existiert, dessen sich mechanisch bemächtigt werden kann und der ebenso sehr verloren werden kann. Seine Beziehung zum Individuum erscheint also als eine rein zufällige; während diese Beziehung zu einer gar nicht mit seiner Individualität zusammenhängenden Sache ihm zugleich, durch den Charakter dieser Sache, die allge-*

*meine Herrschaft über die Gesellschaft, über die ganze Welt der Genüsse, Arbeiten etc. gibt. Es wäre dasselbe, als wenn z.B. das Finden eines Steins mir, ganz unabhängig von meiner Individualität, den Besitz aller Wissenschaften verschaffte. Der Besitz des Geldes stellt mich im Verhältnis zu dem Reichtum (dem gesellschaftlichen) ganz in dasselbe Verhältnis, worin mich der Stein der Weisen in bezug auf die Wissenschaften stellen würde.*

*Das Geld ist daher nicht nur **ein** Gegenstand der Bereicherungssucht, sondern es ist **der** Gegenstand derselben. Sie ist wesentlich auri sacra fames. Die Bereicherungssucht als solche, als eine besondere Form des Triebes, d.h. als unterschieden von der Sucht nach besonderem Reichtum, also z.B. Sucht für Kleider, Waffen, Schmuck, Weiber, Wein etc., ist nur möglich, sobald der allgemeine Reichtum, der Reichtum als solcher, in einem besondern Ding individualisiert ist, d. h. sobald das Geld in seiner dritten Bestimmung gesetzt ist. (Gemeint: Das Dritte, das beim Austausch zweier Waren weder im Gebrauchswert der einen noch der anderen Ware vorhanden ist und dennoch beiden gemeinsam sein muß: die abstrakte Arbeit, hier im Geld verkörpert, vgl. S. . d. Verf.) Das Geld ist also nicht nur der Gegenstand, sondern zugleich die Quelle der Bereicherungssucht. Habsucht ist auch ohne Geld möglich; Bereicherungssucht ist selbst das Produkt einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklung, nicht **natürlich** im Gegensatz zum **Geschichtlichen**. (nicht natürlich, sondern gesellschaftlich determiniert, unter bestimmten geschichtlichen Gegebenheiten hervorgebracht, d. Verf.) Daher der Jammer der Alten (der Antike, d. Verf.) über das Geld als die Quelle alles Bösen. Die Genußsucht in ihrer allgemeinen Form und der Geiz sind die zwei besondern Formen der Geldgier. Abstrakte Genußsucht unterstellt einen Gegenstand, der die Möglichkeit aller Genüsse enthielte. Die abstrakte Genußsucht verwirklicht das Geld in der Bestimmung, worin es der materielle Repräsentant des Reichtums ist; den Geiz, insofern es nur die allgemeine Form des Reichtums gegenüber den Waren als seinen besondern Substanzen ist. Um es als solches zu halten, muß er alle Bezie-*

*hung auf die Gegenstände der besondern Bedürfnisse opfern, entsagen, um das Bedürfnis der Geldgier als solcher zu befriedigen.“*

(Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42 S. 148 f.; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 133 f.; Hervorhebungen von Marx)

Entgegen den Verfälschungen des Objektivismus (siehe Kapitel VII, S. insbesondere S. 109 ff.) sehen wir hier, wie Marx unverzichtbare Grundlagen einer konkret-historischen Psychologie der warenproduzierenden Gesellschaft entwickelt, Grundlagen, die auf den exakten Ergebnissen der ökonomischen Wissenschaft fußen.

Hier finden wir grundsätzlich auch die Erklärung des Kaufzwangs. Der Geizkragen und der dem Kaufzwang Unterworfenen haben gemeinsam, daß die Verfügungsgewalt über im Geld verkörperte abstrakte Arbeit sie reizt, ihnen das Gefühl gesellschaftlicher Anerkennung, das Gefühl von Macht über die Warenwelt verleiht. Im einen Fall äußert sich dieser Zwang in der fortlaufenden Bewegung des Geldhortens, die Verfügungsgewalt über die abstrakte Arbeit äussert sich in der bloßen **Möglichkeit** zu kaufen. Die Möglichkeit darf aber nicht zur Wirklichkeit werden, weil dadurch das vorhandene Geldpotential, das als solches Gegenstand der Sucht ist, verringert würde. Im anderen Fall muß sich diese Verfügungsgewalt im realen Akt des Kaufens betätigen. Der zwanghafte Charakter dieser Aktivitäten zeigt sich in beiden Fällen daran, daß eine Befriedigung, die den Akteur in gewisser Weise zur Ruhe kommen läßt, nicht eintritt: Beide werden von einer unwiderstehlichen Macht dazu getrieben, ihr Tun auf immer höherer Stufenleiter fortzusetzen. Diese Macht wurzelt nicht in unergründlichen Tiefen ihrer Psyche, sondern in den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen, die den Warenfetisch beinhalten.

In diesem Zusammenhang übrigens noch ein Beispiel dafür, welche Blüten die objektivistische Leugnung der Persönlichkeit treiben kann:

1963 schrieb der amerikanische Kommunist Harry K. Wells einen Aufsatz *Revidierte Psychoanalyse: Erich Fromm*.

Dieser Aufsatz wurde u.a. in Heft 4/1973 des *Marxismus Digest* und im *Streitbaren Materialismus* Januar 1994 abgedruckt. In diesem Aufsatz polemisiert Wells wie folgt gegen Fromm: „Im Gegensatz zum Marxschen Bild des Menschen als eines rationalen, geistig gesunden Wesens insistiert Fromm darauf, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die Menschen irrational und neurotisch, wenn nicht gar psychotisch seien.“ (Digest S. 103, Streitb. Mat. S. 187)

Zweifellos psychologisiert Fromm diese Fragen in idealistischer Weise, aber das soll uns hier nicht interessieren. Uns interessiert hier, wie der Objektivist Wells den Marxismus verfälscht. „**Der Mensch**“ (!!!) ist also „rational“ und „geistig gesund“! Hier wird die These, wonach das menschliche Wesen das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, durch einen **biologistischen** Menschenbegriff ersetzt. Der Mensch an sich ist geistig gesund, und die verkehrtesten gesellschaftlichen Verhältnisse können ihm nichts anhaben! Die Marxsche Analyse des Warenfetischismus kann man dann wohl auf den Müll werfen, ebenso seine Analyse des Geizkragens, der konkreten Genüssen entsagt, weil die **Möglichkeit** des Genusses, der **abstrakte Genuß**, Geld zu horten, zum krankhaften Zwang geworden ist. Auch die 4 Millionen, die unter Kaufzwang leiden, sind dann wohl ein Prachtbild geistiger Gesundheit! Oder, was genauso absurd wäre: Deren psychischer Zustand ist rein physiologisch, rein biologisch bedingt, hat nichts mit gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun. Hier zeigt sich die antimarxistische Konsequenz des Objektivismus besonders deutlich.

Gerade die Beispiele Kaufzwang und Geldhorten zeigen eindringlich, in welchem Ausmaß die objektive ökonomische Kategorie der abstrakten Arbeit sich in die psychische Mentalität von Menschen einbrennen, deren Aktivitäten und Bedürfnisse determinieren kann. Bei diesen Beispielen handelt es sich aber nur um Spitzen des Eisberges. Der Eisberg selbst ist die warenproduzierende Gesellschaftsordnung, die die Persönlichkeit der Menschen bereits von Kindheit an prägt. Beispielsweise zieht die *Frankfurter Rundschau* (13.1.97, Frankfurter Lokalteil) aus eigenen Recher-

chen das Resümee: *„Wer dazugehören will, muß sich anpassen: Kinder und Jugendliche wollen die Markenartikel, die gerade ´hip´ sind. Nur die Klamotten mit dem ´richtigen´ Schriftzug zählen. Der Druck ist groß. Wer beim schnellen Wechsel der Trends finanziell nicht mehr mithalten kann, muß fürchten, von Schulkameraden links liegen gelassen zu werden. Also muß Geld her: von den Eltern oder durch Jobs.“* Das Blatt berichtet z.B. von einem Jugendlichen, der für 460 Mark im Monat die Toiletten in einer Bank putzt und der dazu sagte: *„Ich hätte mir vor einem Jahr noch nicht vorstellen können, daß ich so was mache. Aber für Geld macht man alles, glauben Sie mir.“* Eine Schülerin sagte: *„Natürlich steht man unter Druck. Wenn du nicht die richtigen Kleider trägst, und dich nicht auf ´ne bestimmte Art benimmst, heißt es, ´die ist nicht normal im Kopf´.“* „Nicht normal“ ist aber in Wirklichkeit eine Gesellschaftsordnung, die die Menschen bereits in ihrer Jugend derart unter Druck setzt, derart verbiegt, derart brutal dem Geldfetisch unterwirft. In einer Korrespondenz im Roten Morgen 7/97 heißt es: *„Meine sechzehnjährige Bekannte trug an dem betreffenden Tag einen langen Pullover, der über den Hosenbund herabhing und somit auch das Markenschild der Hose verdeckte. Also hoben ihre Schulkameradinnen den Pullover hoch, um das Markenschild der Hose zu inspizieren und dann zu bemängeln, daß es sich bei der betreffenden Hose nicht um eine Levis - 501 Jeans handelte.“* All dies gehört heute zur „Normalität“ des Eisberges, und daß sich auf einer derartigen „Normalität“ Spitzen wie Kaufzwang erheben und daß auch diese Spitzen immer größeren Umfang annehmen, kann nicht verwundern.

Die spontane Wirkung der warenproduzierenden Ordnung auf die menschliche Psyche wird zudem verstärkt durch gezielte Strategien von Profitmachern, die diese Wirkung für ihre Zwecke nutzen wollen. So versuchen die Banken, Jugendliche durch „Jugendkonten“, „Start-Sets“ und gebührenfreie Girokonten „ab zwölf“ (!) dem Waren- und Geldfetisch zu unterwerfen - zu Nutz und Frommen des Profits. In einer Werbebroschüre spricht die Commerzbank Ju-

gendliche wie folgt an: *„Stellt Euch vor: Am Wochenende ist ein Rock-Festival. Euer Geldbeutel gibt leider nicht genug her. Ihr geht ganz cool zu Eurer Commerzbank, zückt eine Jugend-Service-Card und besorgt Euch Bares. Das ist Lifestyle vom Feinsten.“* (vgl. FR 13.1.97) In der Tat vom Feinsten. „Irre cool“. Wer einen solchen „Lifestyle“ nicht zu schätzen weiß, muß schon „ungeheuer blöd“ und „von gestern“ sein, ist einfach „out“.

In einem Jugendprospekt der Volksbank heißt es: *„Kredit zu nehmen, ist ja nichts anderes als ein Vorgriff auf Geld, das man morgen verdienen wird.“* (FR) Laut Bürgerlichem Gesetzbuch dürfen Minderjährige ihr Konto gar nicht überziehen. Ein Dispositionskredit darf nur mit Zustimmung der Eltern **und** des Vormundschaftsgerichts eingeräumt werden. Die Banken stört das nicht. Laut *Finanztest* 6/91 hatten 1991 rund 24 Prozent aller 14- bis 19-jährigen ein Girokonto, neun Prozent waren im Besitz einer Euroscheckkarte, was dem Einräumen eines Dispositionskredits gleichkommt. Eine Umfrage der Verbraucher-Zentrale in Nordrhein-Westfalen 1992 ergab, daß 16,5 Prozent der befragten Minderjährigen über einen Dispositionskredit verfügten; 20,5 % davon waren Schüler. All dies gehört zur „Normalität“ des Eisberges Waren- und Geldfetisch.

In besagter Korrespondenz im Roten Morgen heißt es: *„Längst schon treiben sich in den verschiedenen Jugendszenen Trendforscher herum, die im Auftrag des Kapitals ausspionieren, welche Trends es im Moment gibt, damit das Kapital diese so schnell wie möglich nutzen kann. Das klappt ja auch ganz gut: Fernsehsender wie MTV oder Viva haben ganz konkret Jugendliche als Zielpublikum. Dort können die Jugendlichen dann die neuesten und ´hippsten´ Pop-Videos sehen und bekommen ganz nebenbei vermittelt, welche CD’s gerade ´in´ sind, welche Computerspiele ´topaktuell´ und welche Klamotten man tragen muß, um nicht vollkommen ´out´ zu sein.“* Die Korrespondenz ist mit den treffenden Worten überschrieben: *„... und wer fragt, was wir wollen?“* Der Warenfetischismus führt hier zur „völligen Herausarbeitung des menschlichen Innern **als völlige Entleerung**; diese

*universelle Vergegenständlichung (der Mensch ist definiert durch die Summe der Gegenstände, die er besitzt!, d. Verf.) als totale Entfremdung und die Niederreiung aller bestimmten einseitigen Zwecke als Aufopferung des Selbstzwecks unter einen ganz äußeren Zweck.“ (Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42, S. 396; oder Ausgabe Dietz 1974, S. 387; Hervorhebung v. Verf. Vgl. auch Kapitel VII S. 127 f.)*

Daß diese verfaulende Ordnung - ganz im Gegensatz zu obigem Zitat von Wells - **gesetzmig** irrationale, neurotische und psychotische Menschen hervorbringt, liegt auf der Hand. Das angeführte Zitat ist aber kein zufälliger falscher Zungenschlag von Wells. In seinem Buch über Pawlow hebt Wells zustimmend hervor, daß „(...) *die sowjetische Medizin einen ziemlich scharfen Trennungsstrich zwischen ideologischen, gesellschaftlichen und politischen Fehlern und Verwirrungen einerseits und den Geisteskrankheiten andererseits zieht“.* (Wells, Harry K., Iwan P. Pawlow. Auf dem Wege zu einer wissenschaftlichen Psychologie und Psychiatrie, Ausgabe Storm-Knirsch Verlag Berlin 1976, S. 239) Natürlich darf man nicht beides unterschiedslos gleichsetzen, und zweifellos gibt es auch psychische Erkrankungen, die letztlich physiologisch determiniert sind. Gerade die angeführten Beispiele zeigen aber doch eindrücklich, daß man keine chinesische Mauer zwischen beiden errichten darf und daß in entfremdeten Gesellschaften der allergrößte Teil psychischer Erkrankungen gesellschaftlich determiniert ist.

Tatsache ist, daß den tiefen und unlösbaren ökonomischen Widersprüchen der Warenproduktion, die im Kapitalismus und speziell im Imperialismus auf die Spitze getrieben werden, tiefe und unlösbare Widersprüche in der menschlichen Psyche entsprechen, die im Extremfall zu pathologischen (d.h. im medizinischen Sinne krankhaften) Zuständen führen. Zwischen einem solchen „Extremfall“ und einer „in normalem Maße verbogenen Psyche“ ist der Übergang fließend. Zudem treten derartige „Extremfälle“ offenkundig immer häufiger auf, je krasser die objektiven gesellschaftlichen

Widersprüche in Erscheinung treten. Wer versucht, diesen Zusammenhang zu vertuschen, anstatt ihn aufzudecken und die zugrundeliegenden menschenunwürdigen Produktionsverhältnisse anzugreifen, der hat vom Wesen des Marxismus wenig begriffen.

### **Literatur zur Warenproduktion:**

- 1. Kapitel des 1. Bands des **Kapitals**, MEW 23, S. 49 - 98
- **Anti-Dühring**, MEW 20, S. 285 - 291; oder AW in 6 Bänden, Band 5, S. 335 - 342; oder **Dietz** S. 285 - 291
- **Lehrbuch der Politischen Ökonomie**, Moskau 1954, dt. Übersetzung Dietz 1955, Kapitel IV
- **Marxistische Arbeiterschulung** („Masch“), **Kursus Politische Ökonomie**, Heft 1
- **Karl Waffenschmidt, Kapitalismus**, Zeitungsverlag Roter Morgen, S. 8 - 24

Das erste Kapitel des *Kapitals*, welches die Analyse der Ware enthält, ist das am schwierigsten zu lesende des ersten Bands. Allerdings ist hier die Grundlage zum Verständnis der gesamten ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus gelegt. Die Mühe, sich hier einzuarbeiten, lohnt sich.

Waffenschmidt bringt zahlreiche empirische Beispiele, im Gegensatz zum vorliegenden Kapitel, das hierauf weitgehend verzichtet, um den logischen Faden nicht zu unterbrechen. Waffenschmidt und dieses Kapitel ergänzen sich daher gut. Dies bezieht sich auch auf die folgenden, die politische Ökonomie des Kapitalismus betreffenden Kapitel einerseits und die entsprechenden Kapitel im Waffenschmidt andererseits.

## **VERSTÄNDNISFRAGEN ZUR WERTTHEORIE:**

Durch den Versuch, die nachstehenden Fragen zu beantworten, können die Leserinnen und Leser überprüfen, ob sie sich wesentliche Kernpunkte der marxistischen Werttheorie angeeignet haben. Wenn die Beantwortung einer Frage Schwierigkeiten macht, empfiehlt es sich, die betreffenden Ausführungen nochmals nachzulesen.

- ☞ Was ist eine Ware?
- ☞ Unter welchen Umständen werden Gebrauchsgegenstände Waren?
- ☞ Was beinhalten die Begriffe Gebrauchswert und Wert?
- ☞ In welchem Verhältnis stehen die Begriffe Wert und Tauschwert?
- ☞ Worin liegt der grundlegende Widerspruch der Warenproduktion?
- ☞ Was ist die Werts substanz, die wertbildende Größe?
- ☞ Wodurch ist die Größe des Wertes einer Ware in letzter Analyse bestimmt?
- ☞ Warum kann die Größe des Wertes einer Ware nicht unmittelbar in Erscheinung treten? Wie tritt sie in Erscheinung?
- ☞ Was ist das Wertgesetz?
- ☞ Was ist von der Aussage der bürgerlichen Ökonomen zu halten, der Preis einer Ware werde vom Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt?
- ☞ Was versteht der Marxismus unter Warenfetischismus?
- ☞ Inwiefern ist der Wert ein Produktionsverhältnis?
- ☞ Warum entfällt die Wertform im Kommunismus? Welches Gesetz tritt dann an die Stelle des Wertgesetzes? Wie wirkt dieses Gesetz, und in welchem logischen Verhältnis steht es zum Wertgesetz?

# II. ZUR METHODE DER MARXISTISCHEN POLITISCHEN ÖKONOMIE

## ZUR EINHEIT VON MATERIALISTISCHER GESCHICHTSBETRACHTUNG UND DIALEKTISCHER METHODE

Engels:

*„Die Verkehrung der Dialektik bei Hegel beruht darauf, daß sie ‘Selbstentwicklung des Gedankens’ sein soll und daher die Dialektik der Tatsachen nur ihr Abglanz, während die Dialektik in unserm Kopf doch nur die Widerspiegelung der sich in der natürlichen und menschengeschichtlichen Welt vollziehenden, dialektischen Formen gehorchenden, tatsächlichen Entwicklung ist.*

*Vergleichen Sie einmal die Entwicklung bei Marx von der Ware zum Kapital mit der bei Hegel vom Sein zum Wesen, und Sie haben eine ganz gute Parallele, hier die konkrete Entwicklung, wie sie sich aus den Tatsachen ergibt, dort die abstrakte Konstruktion, worin höchst geniale Gedanken und stellenweise sehr richtige Umschläge, wie der der Qualität in Quantität und umgekehrt, zu einer scheinbaren Selbstentwicklung eines Begriffs aus einem andern verarbeitet werden, deren man auch ein Dutzend andrer hätte fabricieren können.“*

(Engels, Brief an Conrad Schmidt, MEW 38, S. 204)

Die Marxsche Dialektik ist **materialistische** Dialektik. Sie ist vor allem **Dialektik der Dinge**, und die Dialektik in unserm Kopf erscheint im Gegensatz zu Hegel bei Marx als

das, was sie ist, als **Widerspiegelung der natürlichen und menschengeschichtlichen Welt**. Statt abstrakter Konstruktion **konkrete Entwicklung, wie sie sich aus den Tatsachen ergibt**. Die Bewegung der Begriffe wird begriffen als das, was sie ist, nämlich als Widerspiegelung der Bewegung der Dinge, aus denen diese Begriffe erst abstrahiert wurden.

Das klassische Werk des Marxismus, in welchem diese Weltanschauung und Methode entwickelt wird, ist das *Kapital*. Im Gegensatz zur spekulativen Methode Hegels werden die Begriffe dort nicht scheinbar aus sich selbst heraus, sondern mittels Analyse und Synthese der Tatsachen, der Dinge entwickelt. (Auf die Begriffe Analyse und Synthese kommen wir weiter unten zu sprechen.) Zugleich deckt die Marxsche Methode die Widersprüche im Wesen der Dinge selbst auf, die die Entwicklungsgesetze der Dinge bestimmen. Die Begriffe, die sich aus dieser Analyse ergeben, spiegeln die Widersprüche im Wesen der Dinge selbst wider. Materialistische Geschichtsbetrachtung und Dialektik werden so zu einer untrennbaren Einheit verschmolzen.

Engels:

*„Marx war und ist der einzige, der sich der Arbeit unterziehen konnte, aus der Hegelschen Logik den Kern herauszuschälen, der Hegels wirkliche Entdeckungen auf diesem Gebiet umfaßt, und die dialektische Methode, entkleidet von ihren idealistischen Umhüllungen, in der einfachen Gestalt herzustellen, in der sie die allein richtige Form der Gedankenentwicklung wird. Die Herausarbeitung der Methode, die Marx ´ Kritik der politischen Ökonomie zugrunde liegt, halten wir für ein Resultat, das an Bedeutung kaum der materialistischen Grundanschauung nachsteht.“*

(Engels, Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie - Rezension, MEW 13, S. 474; oder AW II, S. 514)

Lenin:

*„Marx analysiert im ´Kapital´ zunächst das einfachste, gewöhnlichste, grundlegendste, massenhafteste, alltäglichste, milliardenfach zu beobachtende **Verhältnis** der bürgerlichen (Waren-)Gesellschaft: den Warenaustausch. Die Analy-*

*se deckt in dieser einfachsten Erscheinung (in dieser 'Zelle' der bürgerlichen Gesellschaft) **alle** Widersprüche (resp. die Keime **aller** Widersprüche) der modernen Gesellschaft auf. Die weitere Darstellung zeigt uns die Entwicklung (**sowohl** das Wachstum **als auch** die Bewegung) dieser Widersprüche und dieser Gesellschaft im *sigma* (Summe im Sinne von allseitiger Zusammenhang, d. Verf.) ihrer einzelnen Teile, von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende.*

Dieser Art muß auch die Methode der Darstellung (resp. Erforschung) der Dialektik überhaupt sein (denn die Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft bei Marx ist nur ein spezieller Fall der Dialektik).“

(Lenin, Zur Frage der Dialektik, LW 38, S. 340, Hervorhebungen von Lenin)

Dieser „weiteren Darstellung“, die uns die Entwicklung der Widersprüche des Warenverhältnisses zeigt, werden wir uns in den kommenden Kapiteln zuwenden. Doch gerade deshalb, weil **alle** Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft in ihrem Keim studiert werden können und müssen, indem man die **Widersprüche des Warenverhältnisses** untersucht, gerade deshalb mußten wir uns in diesem Kapitel den Gesetzen der Warenproduktion mit besonderer Aufmerksamkeit widmen. Aus dem gleichen Grunde ist es im übrigen ein für Marxisten offenkundiger Irrweg, die tiefen Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft lösen zu wollen, ohne die Axt an ihre Wurzel, an die Warenproduktion zu legen, auch wenn manche Leute, die sich für Marxisten ausgeben, heute einen solchen Weg vorschlagen.

Noch eine andere wichtige Schlußfolgerung kann aus dem obigen Lenin-Zitat gezogen werden: Wenn die **Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft bei Marx nur ein spezieller Fall der Dialektik** ist, dann kann und muß die hierbei von Marx entwickelte Methode als wissenschaftliche Methode überhaupt genutzt werden, dann ist sie keineswegs nur eine Methode der politischen Ökonomie, sondern von allgemeiner Bedeutung. Und das ist tatsächlich auch der Fall. Das *Kapital* im allgemeinen und das erste Kapitel des ersten Ban-

des im besonderen ist auch eine Darstellung der materialistischen Dialektik: nicht im allgemeinen, sondern in ihrer Anwendung auf die Untersuchung der Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft.

Wir wollen diese Methode im folgenden nicht umfassend darstellen - das würde den Rahmen dieses Kapitels weit sprengen. Wir wollen lediglich einige wesentliche Merkmale dieser Methode kurz skizzieren.

## WESEN UND ERSCHEINUNG. ANALYSE DER WIDERSPRÜCHE IM WESEN DER DINGE SELBST

Engels:

*„Die politische Ökonomie fängt an mit der **Ware**, mit dem Moment, wo Produkte - sei es von einzelnen, sei es von naturwüchsigen Gemeinwesen - gegeneinander ausgetauscht werden. Das Produkt, das in den Austausch tritt, ist Ware. Es ist aber bloß dadurch Ware, daß sich an das **Ding**, das Produkt, ein **Verhältnis** zwischen zwei Personen oder Gemeinwesen knüpft, das Verhältnis zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten, die hier nicht mehr in derselben Person vereinigt sind. Hier haben wir gleich ein Beispiel einer eigentümlichen Tatsache, die durch die ganze Ökonomie durchgeht und in den Köpfen der bürgerlichen Ökonomen böse Verwirrung angerichtet hat: Die Ökonomie handelt nicht von Dingen, sondern von Verhältnissen zwischen Personen und in letzter Instanz zwischen Klassen; diese Verhältnisse sind also stets **an Dinge gebunden** und **erscheinen als Dinge**. Diesen Zusammenhang, der in einzelnen Fällen diesem oder jenem Ökonomen allerdings aufgedämmert ist, hat Marx zuerst in seiner Geltung für die ganze Ökonomie aufgedeckt und dadurch die schwierigsten Fragen so einfach und klar gemacht, daß jetzt selbst die bürgerlichen Ökonomen sie werden begreifen können.“*

(Engels, Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie - Rezension, MEW 13, S. 475 f.; oder AW II, S. 516; Hervorhebungen von Engels. - Der letzte Satz bezieht sich freilich nicht auf die Vulgärökonomien, die, wie z.B. unser Baron, der gelehrte Herr Chefredakteur der *Wirtschaftswoche*, nichts begreifen, weil sie „gucken“ statt zu denken).

Wir haben es also mit einem Verhältnis von Menschen zu tun, das als Verhältnis von Dingen erscheint. Die Marxsche Analyse bleibt nicht bei der Erscheinung der Dinge stehen, sondern sie dringt zum Wesen durch. Doch Wesen und

Erscheinung sind nicht durch eine chinesische Mauer getrennt. Das Wesen muß erscheinen, und die Erscheinung ist wesentlich. Wesen und Erscheinung sind zwei Seiten derselben objektiven Realität, ihrer inneren und ihrer äußeren Seite. Man würde an der äußeren Seite, an der Erscheinung kleben bleiben, würde man aufgrund der Dinghaftigkeit der Ware **übersehen**, daß dem Warenaustausch ein Verhältnis von Personen zugrundeliegt. Würde man aber ein metaphysisches Wesen annehmen, das mit seiner Erscheinung **nicht** untrennbar verbunden ist, so würde man **verkennen**, daß dieses Verhältnis der Personen in der bürgerlichen Ordnung **gesetzmäßig** als Verhältnis von Sachen erscheinen **muß**. Die Marxsche Methode vermeidet **beide** Irrwege. Marx arbeitet heraus, daß und warum wir es in der bürgerlichen Gesellschaft mit **sachlichen Verhältnissen der Personen und gesellschaftlichen Verhältnissen der Sachen** zu tun haben. Vgl. hierzu Seite 23 dieses Kapitels; dort haben wir auch dargestellt, warum es **relativ** ist, von einer Illusion der Warenproduzenten zu sprechen, die ihre persönlichen Verhältnisse als Verhältnisse von Sachen erfahren, daß diese Verhältnisse nämlich **unmittelbar** durchaus dingliche Verhältnisse **sind** – ein Widerspruch, der der bürgerlichen Ordnung innewohnt. All dies ließe sich nicht begreifen ohne ein dialektisches Verständnis des Verhältnisses von Wesen und Erscheinung.

Zu Beginn des ersten Kapitels geht Marx von der Erscheinung aus: Der Reichtum der kapitalistischen Gesellschaften **erscheint** als ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware **erscheint** als ihre Elementarform. (MEW 23, S. 49) Die Untersuchung deckt sodann den grundlegenden Widerspruch im Wesen des untersuchten Gegenstands, nämlich der Ware, auf: Die Ware verkörpert sowohl Gebrauchswert als auch Tauschwert. Dem entspricht die Widersprüchlichkeit der Arbeit des Warenproduzenten, die sowohl den Gebrauchswert als auch den Tauschwert hervorbringt: Sie ist zugleich konkrete und abstrakte Arbeit.

Im Warenaustausch und damit im Tauschwert tritt **in Erscheinung**, daß die Warenproduktion **gesellschaftliche Ar-**

beit ist. Der Tauschwert tritt als **gesellschaftliches Verhältnis** zwischen Waren **in Erscheinung**. *„Der Tauschwert erscheint zunächst als das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen, ein Verhältnis, das beständig mit Zeit und Ort wechselt. Der Tauschwert scheint daher etwas Zufälliges und rein Relatives, ein der Ware innerlicher, immanenter Tauschwert (...) also als eine contradictio in adjecto (Widerspruch in sich, d. Verf.). Betrachten wir die Sache näher.“* (Marx, Kapital I, MEW 23, S. 50 f.) Die nähere Betrachtung zeigt, daß Waren überhaupt nur deshalb im Austausch gleichgesetzt werden können, weil die reale Bewegung der Produzenten bzw. ihrer Waren eine Abstraktion vom Gebrauchswert beinhaltet. Der Warenwert **ist** seiner Qualität nach gesellschaftlich nützliche Arbeit unter Abstraktion der besonderen Beschaffenheit dieser Arbeit sowie ihres Produkts. Damit aber ist der Tauschwert nichts Zufälliges und Relatives mehr, als das er uns im Austauschverhältnis zunächst erschienen ist. Es zeigt sich, daß der Erscheinung des Tauschwertes der Wert zugrundeliegt, der jedoch nicht im Austausch, sondern in der Produktion geschaffen wird. Die Zufälligkeiten einer beliebigen Austauschaktion treten nun in den Hintergrund gegenüber der Schaffung des Wertes im Produktionsprozeß. *„Im Austauschverhältnis der Waren selbst erschien uns ihr Tauschwert als etwas von ihren Gebrauchswerten durchaus Unabhängiges. Abstrahiert man nun wirklich vom Gebrauchswert der Arbeitsprodukte, so erhält man ihren Wert, wie er eben bestimmt ward. Das Gemeinsame, was sich im Austauschverhältnis oder Tauschwert der Ware darstellt, ist also ihr Wert. Der Fortgang der Untersuchung wird uns zurückführen zum Tauschwert als der notwendigen Ausdrucksweise oder Erscheinungsform des Werts, welcher zunächst jedoch unabhängig von dieser Form zu betrachten ist.“* (ebenda S. 53)

Blicke die Untersuchung beim so ermittelten Wesen des Wertes stehen, so hätte man es mit einer metaphysischen Wesensbestimmung zu tun: Die Tatsachen zeigen, daß Waren in der Regel **nicht** zu ihrem Wert ausgetauscht werden.

Die Empiristen (und das heißt in diesem Fall: die Vulgärökonom) pochen auf diese Erscheinung und behaupten, man habe bei der Beschreibung dieser Erscheinung kleben zu bleiben, der Versuch, durch die Erscheinungen hindurch ein Wesen zu ermitteln, sei Metaphysik. Es wäre allerdings in der Tat metaphysisch, würde man sich darauf beschränken, den oben ermittelten Wertbegriff zu verkünden, würde man nämlich auf die Erklärung verzichten, **warum** der Wert nur als Tauschwert in Erscheinung treten kann, **warum** die Waren bei empirisch zu beobachtenden Austauschaktionen in der Regel **nicht** zu ihren Werten ausgetauscht werden. Gerade das aber tat die Schule Ricardos: Sie vermochte es nicht, die Vermittlung des Wesens mit der Erscheinung, des Werts mit dem Tauschwert, zu klären und verkündete somit einen letztlich metaphysischen Wertbegriff, der die realen Erscheinungen nicht erklären konnte und somit dogmatisch wurde. Gerade deshalb ging die Schule Ricardos zugrunde, erlag sie den an und für sich plumpen Angriffen der auf die Erscheinung pochenden Vulgärökonom: weil sie „selbst keinen Aufschluß über den inneren Zusammenhang zwischen Wert und Wertform oder Tauschwert“ geben konnte. (ebenda S. 98) Die Marxsche Untersuchung hingegen gab diesen Aufschluß.

Die Marxsche Untersuchung führt zurück zum Tauschwert als der notwendigen Erscheinungsform des Werts. Sie tut es, indem sie die **Wertform** analysiert. Der Wert einer Ware wird hier ausgedrückt nicht in der zu ihrer Produktion erforderlichen abstrakten Arbeit, sondern im Gebrauchswert einer anderen Ware: 20 Ellen Leinwand sind ein Rock wert. Der Wert der Leinwand, der hier ausgedrückt werden soll, erscheint als relativ, nämlich bezogen auf 1 Rock. Die 20 Ellen Leinwand befinden sich hier in **relativer Wertform**. Was den 1 Rock angeht, so wird nicht **sein** Wert ausgedrückt. Er „liefert nur dem Wertausdruck anderer Ware das Material.“ (ebenda S. 63) Er befindet sich in **Äquivalentform**.

„Relative Wertform und Äquivalentform sind zueinander gehörige, sich wechselseitig bedingende, unzertrennliche Momente, aber zugleich einander ausschließende oder

entgegengesetzte Extreme, d.h. Pole desselben Wertausdrucks; sie verteilen sich stets auf die verschiedenen Waren, die der Wertausdruck aufeinander bezieht.“ (ebenda) Wir haben es mit **dialektischer Identität** zu tun: Diese beiden Polen bedingen sich, denn die Existenz des einen ist innerhalb des Wertausdrucks, des Wertverhältnisses dieser beiden, **notwendige Bedingung für die Existenz des jeweils anderen**. Zugleich schließen sie einander aus: Befindet sich die eine Ware in relativer Wertform, so kann die andere nur die Äquivalentform annehmen. Der Wert der 20 Ellen Leinwand kann nur in einer anderen Ware, nicht aber in Leinwand ausgedrückt werden: „20 Ellen Leinwand = 20 Ellen Leinwand ist kein Wertausdruck. Die Gleichung sagt vielmehr umgekehrt: 20 Ellen Leinwand sind nichts anderes als 20 Ellen Leinwand, ein bestimmtes Quantum des Gebrauchsgegenstandes Leinwand.“ (ebenda) Damit entwickelt Marx zugleich den Unterschied zwischen dialektischer und tautologischer Identität. Der tautologische Ausdruck „20 Ellen Leinwand = 20 Ellen Leinwand“ leistet für die Erklärung des Wertbegriffs und des Warenaustausches buchstäblich nichts.

In der Formel „20 Ellen Leinwand = 1 Rock“ erscheint die Leinwand als „Rockgleiches“: „Als Gebrauchswert ist die Leinwand ein vom Rock sinnlich verschiedenes Ding, als Wert ist sie ´Rockgleiches´ und sieht daher aus wie ein Rock. So erhält sie eine von ihrer Naturalform verschiedene Wertform.“ (ebenda S. 66) Die Wertform ist hier die Rockform, da der Rock hier nur als Wertausdruck der 20 Ellen Leinwand dient. „Der einfache Wertausdruck einer Ware“ kann nur in Erscheinung treten „im Wertverhältnis zweier Waren“ (S. 64), und in unserem Beispiel erscheint der Wert der 20 Ellen Leinwand in Gestalt des 1 Rockes.

Die Untersuchung der Äquivalentform, (in der sich unser Rock befindet,) fördert zutage:

## ☆ 1.:

„Gebrauchswert wird zur Erscheinungsform seines Gegenteils, des Werts.“ (S. 70) Nämlich: „Die Naturalform der Ware (hier des 1 Rockes, d. Verf.) wird zur Wertform.“ Dialektische Identität von Naturalform und Wertform. Freilich gilt dies stets nur innerhalb eines jeweils gegebenen, konkreten Wertausdrucks. „Da keine Ware sich auf sich selbst als Äquivalent beziehn, also auch nicht ihre eigene Naturalform zum Ausdruck ihres eignen Werts machen kann, muß sie sich auf andre Ware als Äquivalent beziehn oder die Naturalform einer andren Ware zu ihrer eignen Wertform machen.“ (S. 71)

„Indem die relative Wertform einer Ware, z.B. der Leinwand, ihr Wertsein als etwas von ihrem Körper und seinen Eigenschaften durchaus Unterschiedenes ausdrückt, z.B. als Rockgleiches, deutet dieser Ausdruck selbst an, daß er ein gesellschaftliches Verhältnis verbirgt. Umgekehrt mit der Äquivalentform. Sie besteht ja gerade darin, daß ein Warenkörper, wie der Rock, dies Ding wie es geht und steht, Wert ausdrückt, also von Natur Wertform besitzt. Zwar gilt dies nur innerhalb des Wertverhältnisses, worin die Leinwandware auf die Rockware als Äquivalent bezogen ist. Da aber Eigenschaften eines Dings nicht aus seinem Verhältnis zu andern Dingen entspringen, sich vielmehr in solchem Verhältnis nur betätigen, scheint auch der Rock seine Äquivalentform, seine Eigenschaft unmittelbarer Austauschbarkeit, ebenso sehr von Natur zu besitzen wie seine Eigenschaft, schwer zu sein oder warm zu halten. Daher das Rätselhafte der Äquivalentform, das den bürgerlich rohen Blick des politischen Ökonomen erst schlägt, sobald diese Form ihm fertig gegenübertritt im Geld. Dann sucht er den mystischen Charakter von Gold und Silber wegzuklären, indem er ihnen minder blendende Waren unterschiebt und mit stets erneuertem Vergnügen den Katalog all des Warenpöbels ableiert, der seinerzeit die Rolle des Warenäquivalents gespielt hat. Er ahnt nicht, daß schon der einfachste Wertausdruck, wie 20 Ellen Leinwand = 1 Rock, das Rätsel der Äquivalentform zu lösen gibt.“ (S. 71 f.)

In der Tat: Das Problem tritt nicht erst auf, wenn 1 Goldstück (oder eine Münze oder Banknote, die soundsoviel Gold vertritt) als allgemeines Äquivalent, als Wertausdruck beliebiger anderer Waren, fungiert. Es tritt bereits beim einfachsten Tauschhandel auf, wo der sinnlich wahrnehmbare Körper einer Ware als Wertausdruck einer anderen Ware dient.

☆ 2.:

*„In der Form der Schneiderei wie in der Form der Weberei wird menschliche Arbeitskraft verausgabt. Beide besitzen daher die allgemeine Eigenschaft menschlicher Arbeit und mögen daher in bestimmten Fällen, z.B. bei der Wertproduktion, nur unter diesem Gesichtspunkt in Betracht kommen. All das ist nicht mysteriös. Aber im Wertausdruck der Ware wird die Sache verdreht. Um z.B. auszudrücken, daß das Weben nicht in seiner konkreten Form als Weben, sondern in seiner allgemeinen Eigenschaft als menschliche Arbeit den Leinwandwert bildet, wird ihm die Schneiderei, die konkrete Arbeit, die das Leinwand-Äquivalent produziert, gegenübergestellt als die handgreifliche Verwirklichungsform abstrakt menschlicher Arbeit.*

*Es ist also eine zweite Eigentümlichkeit der Äquivalentform, daß konkrete Arbeit zur Erscheinungsform ihres Gegenteils, abstrakt menschlicher Arbeit wird.“ (S. 72 f.)* Nämlich: Weberei, die den 1 Rock hervorbringt, ist konkrete Arbeit, doch indem der 1 Rock Wertausdruck der 20 Ellen Leinwand wird, dient die konkrete Weberarbeit als Ausdruck der abstrakten Arbeit, die zur Produktion der 20 Ellen Leinwand erforderlich ist und den Wert dieser Leinwand bildet.

☆ 3.:

*„Indem aber diese konkrete Arbeit, die Schneiderei, als bloßer Ausdruck unterschiedsloser menschlicher Arbeit gilt, besitzt sie die Form der Gleichheit mit anderer Arbeit, der in der Leinwand steckenden Arbeit, und ist daher, obgleich Privatarbeit, wie alle andere, Waren produzierende Arbeit, dennoch Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form. Ebendes-*

*halb stellt sie sich dar in einem Produkt, das unmittelbar austauschbar mit anderer Ware ist. Es ist also eine dritte Eigentümlichkeit der Äquivalentform, daß Privatarbeit zur Form ihres Gegenteils wird, zu Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form.“ (S. 73)*

Hat die Analyse diesen Punkt erreicht, so liegt der der Warenproduktion innewohnende grundlegende Widerspruch klar auf dem Tisch, der Widerspruch im Wesen der warenproduzierenden Ordnung selbst: Die Warenproduktion ist Privatarbeit und zugleich ihr Gegenteil, gesellschaftliche Arbeit. Dieser Widerspruch muß sich ausdrücken im Wertausdruck der Arbeitsprodukte, der Waren. Dieser Wertausdruck bedarf der Äquivalentform, d.h. ein Äquivalent muß als Ausdruck unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit gelten. Damit ist dann das „Rätsel“ der Äquivalentform gelöst. Der Wert einer Ware kann nicht ausgedrückt werden durch die zu ihrer Produktion aufgewandte abstrakte gesellschaftliche Arbeit, denn die Arbeit des Warenproduzenten ist unmittelbar Privatarbeit. Der Produzent weiß gar nicht, wieviel **gesellschaftliche** Arbeit zur Produktion dieser Ware erforderlich ist. Folglich muß der Wert einer Ware **anders** ausgedrückt werden: *„Der Wert einer Ware ist selbständig ausgedrückt durch seine Darstellung als ‘Tauschwert’.“ (S. 75)* *„Die Ware ist Gebrauchswert oder Gebrauchsgegenstand und ‘Wert’. Sie stellt sich dar als dies Doppelte, was sie ist, sobald ihr Wert eine eigne, von ihrer Naturalform verschiedene Erscheinungsform besitzt, die des Tauschwerts, und sie besitzt diese Form niemals isoliert betrachtet, sondern stets nur im Wert- oder Austauschverhältnis zu einer zweiten, verschiedenartigen Ware.“ (ebenda)* Der Wert der 20 Ellen Leinwand kann sich nicht in Form ihrer eigenen Naturalhaut darstellen, sondern nur im Austauschverhältnis mit einer zweiten, verschiedenartigen Ware, hier mit dem 1 Rock; er stellt sich dar in der Naturalhaut dieses Rockes.

Doch der Rock kann nicht stets, sondern nur zufällig einmal als allgemeiner Wertausdruck gelten. Schon in der totalen oder entfalteten Wertform entfällt die Zufälligkeit,

die im Verhältnis zweier spezieller Waren steckt: *„Der Wert einer Ware, der Leinwand z.B., ist jetzt ausgedrückt in zahllosen andren Elementen der Warenwelt. Jeder andre Warenkörper wird zum Spiegel des Leinwandwerts.“* (ebenda S. 77) Doch wenn alle Waren als Äquivalentformen dienen können, sind sie alle *„nur beschränkte Äquivalentformen, von denen jede die andre ausschließt“* (S. 78). Die Bewegung der warenproduzierenden Ordnung bringt schließlich die Geldware hervor: Der Körper der Geldware dient als Wertausdruck **jeder beliebigen anderen Ware**. Das Geld ist *„der verselbständigte Wert der Waren“*. (S. 130) Es ist die *„fertige Gestalt des allgemeinen Äquivalents“*. (S. 95)

Damit hat Marx' Analyse der Ware denn auch die Illusion beseitigt, die Äquivalentform eines Produkts, seine Eigenschaft unmittelbarer Austauschbarkeit gegen andere Produkte, sei eine **natürliche Eigenschaft dieses Produkts**. Es zeigt sich, daß diese Eigenschaft einem Arbeitsprodukt nur unter den speziellen gesellschaftlichen Bedingungen der Warenproduktion zukommt. Zugleich zeigt sich, daß diese Illusion unter diesen Bedingungen gesetzmäßig und unvermeidlich ist. Sie beruht auf dem grundlegenden Widerspruch der Warenproduktion. *„Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen.“* (S. 86)

*„Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht.“* (S. 94) Aufgrund der gesamten Marx'schen Analyse des Warenverhältnisses steht fest, daß von frei vergesellschafteten Menschen keine Rede sein kann, so-

lange die Produkte Waren sind, solange die Wertform nicht abgestreift ist. Vergegenwärtigt man sich die Marxsche Analyse der Ware, so wird deutlich, daß man den Marxismus seinem Wesen nach über Bord wirft, wenn man die Möglichkeit einer menschlichen Emanzipation auf der Grundlage von Warenproduktion, Wertform und Wertgesetz behauptet, mögen die betreffenden Apologeten der Ware sich auch Sozialisten oder Kommunisten nennen. Wer die Warenproduktion verewigen will, der will auch die ihr inwohnenden Widersprüche verewigen.

## ZUR METHODE DES AUFSTEIGENS VOM ABSTRAKTEN ZUM KONKRETEN

Der dritte Abschnitt vom Marx' *Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie* trägt den Titel „Die Methode der politischen Ökonomie“. (MEW 13, S. 631 - 639) Marx stellt hier zwei mögliche Methoden gegenüber:

*„Wenn wir ein gegebenes Land politisch-ökonomisch betrachten, so beginnen wir mit seiner Bevölkerung, ihrer Verteilung in Klassen, Stadt, Land, See, den verschiedenen Produktionszweigen, Aus- und Einfuhr, jährlicher Produktion und Konsumtion, Warenpreisen etc.*

*Es scheint das Richtige zu sein, mit dem Realen und Konkreten, der wirklichen Voraussetzung zu beginnen, also z.B. in der Ökonomie mit der Bevölkerung, die die Grundlage und das Subjekt des ganzen gesellschaftlichen Produktionsakts ist. Indes zeigt sich dies bei näherer Betrachtung als falsch. Die Bevölkerung ist eine Abstraktion, wenn ich z.B. die Klassen, aus denen sie besteht, weglasse. Diese Klassen sind wieder ein leeres Wort, wenn ich die Elemente nicht kenne, auf denen sie beruhen, z.B. Lohnarbeit, Kapital etc. Diese unterstellen Austausch, Teilung der Arbeit, Preise etc. Kapital z.B. ohne Lohnarbeit ist nichts, ohne Wert, Geld, Preis etc. Finge ich also mit der Bevölkerung an, so wäre das eine chaotische Vorstellung des Ganzen, und durch nähere Bestimmung würde ich analytisch immer mehr auf einfachere Begriffe kommen; von dem vorgestellten Konkreten auf immer dünnere Abstrakta, bis ich bei den einfachsten Bestimmungen angelangt wäre. Von da wäre nun die Reise wieder rückwärts anzutreten, bis ich endlich wieder bei der Bevölkerung anlangte, diesmal aber nicht als bei einer chaotischen Vorstellung eines Ganzen, sondern als einer reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen. Der erste Weg ist der, den die Ökonomie in ihrer Entstehung geschichtlich genommen hat. Die Ökonomen des 17. Jahrhunderts z.B. fangen immer mit dem lebendigen Ganzen, der*

Bevölkerung, der Nation, Staat, mehreren Staaten etc. an; sie enden aber immer damit, daß sie durch Analyse einige bestimmende abstrakte, allgemeine Beziehungen, wie Teilung der Arbeit, Geld, Wert etc. herausfinden. Sobald diese einzelnen Momente mehr oder weniger fixiert und abstrahiert waren, begannen die ökonomischen Systeme, die von den einfachen, wie Arbeit, Teilung der Arbeit, Bedürfnis, Tauschwert, aufzusteigen bis zum Staat, Austausch der Nationen und Weltmarkt. **Das letzte (also das Aufsteigen von den einfachsten, abstraktesten Bestimmungen zu den konkreten, d. Verf.) ist offenbar die wissenschaftlich richtige Methode. Das Konkrete ist konkret, weil es die Zusammenfassung vieler Bestimmungen ist, also Einheit des Mannigfaltigen. Im Denken erscheint es daher als Prozeß der Zusammenfassung, als Resultat, nicht als Ausgangspunkt, obgleich es der wirkliche Ausgangspunkt und daher auch der Ausgangspunkt der Anschauung und der Vorstellung ist. Im ersten Weg wurde die volle Vorstellung zu abstrakter Bestimmung verflüchtigt; im zweiten führen die abstrakten Bestimmungen zur Reproduktion des Konkreten im Weg des Denkens.“**

(Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 631 f.; oder AW II, S. 485 f.; Hervorhebung v. Verf.)

Die erste Methode kann als pseudokonkret bezeichnet werden. Z.B. wird ausgehend von der Anschauung „die Bevölkerung als solche“ genommen, und diese **unmittelbar aus der konkreten Anschauung genommene Begriffsbildung wird dann sogleich als eine endgültige behandelt**. So wird dann z.B. der Weg zur Analyse der **Klassen innerhalb der Bevölkerung** verstellt. In diesem Falle dient die pseudo-konkrete Methode dem Interesse der Bourgeoisie, den Klassengegensatz zu vertuschen. Oder: Man geht pseudo-konkret von der Anschauung des Arbeitsprozesses aus und bildet daraus sogleich den Begriff der „Arbeit im allgemeinen“. Doch die Arbeit, die wir in der kapitalistischen Gesellschaft konkret beobachten können, ist **Lohnarbeit**. Wird diese begrifflich zur „Arbeit im allgemeinen“ stilisiert, so

kommt die Illusion heraus, daß Arbeit stets und immer nur Lohnarbeit sein kann. Wieder zeigt sich, daß die pseudo-konkrete Methode den Interessen der Bourgeoisie dient.

*„Hier wird die Wurzel der hauptsächlichsten Mystifikation jeder bürgerlichen Ökonomie faßbar: Sie nimmt und verwendet die **allgemeinen** Kategorien der **kapitalistischen** Produktion für die Kategorien der **Produktion im allgemeinen**, d.h. sie verleiht mit dem Brustton der Überzeugung den kapitalistischen Produktionsverhältnissen den Charakter einer natürlichen und ewigen Notwendigkeit. Deshalb fühlte sich auch die bürgerliche Ökonomie stets wohl innerhalb der abstrakten Verallgemeinerung, innerhalb der Verwechslung von **Abstraktion und wissenschaftlicher Analyse**.“* (Sève, Lucien, Die Dialektik als Methode der ökonomischen Wissenschaft, in: Über die materialistische Dialektik, Ausgabe Frankfurt/Main 1976, S. 127, Hervorhebungen von Sève)

Marx geht aus von abstrakten Bestimmungen wie der Ware und ihrem Wert. Die Bevölkerung, aber auch die Klassen, gehen vorerst in die Betrachtung nicht ein. Selbst der Preis tritt zunächst nicht auf, sondern wird erst bei Analyse der Widersprüche des Warenverhältnisses eingeführt. Später kommt es dann zu konkreteren Begriffen wie Lohnarbeit und Kapital, und erst im dritten Band des *Kapitals* nähert sich die Darstellung dem, was sich auf der Oberfläche einer kapitalistischen Gesellschaft konkret feststellen läßt. (Wir werden das im einzelnen in den kommenden Kapiteln sehen.) **Dieses** Konkrete ist dann aber eben nicht pseudokonkret, sondern es ist **die Zusammenfassung vieler zuvor auf analytischem Wege gewonnener Bestimmungen**, es ist **Einheit des Mannigfaltigen, Einheit des Ganzen**. *„Da es (das Konkrete, d. Verf.) die ´Einheit des Mannigfaltigen´, die ´Zusammenfassung vieler Bestimmungen´, das heißt ein lebendiges zusammengesetztes **Ganzes**, ist, das aus vielen Seiten und Eigenschaften besteht, kann es nicht unmittelbar erkannt werden. Um dieses Ganze zu untersuchen, muß man es mittels der Analyse in seine einzelnen Seiten und Bestandteile zerlegen, ist es notwendig, jeden von ihnen selbständig zu untersuchen und erst dann diese Teile und Seiten im Denken*

*zusammenzufassen, das konkrete Ganze in der ganzen reichen Fülle seiner Bestimmungen darzustellen.*“ (Rosenthal, Die Dialektik in Marx´ „Kapital“, Ausgabe Dietz Berlin 1957, S. 318, Hervorhebung von Rosenthal)

Aber handelt es sich nicht gerade um die spekulative Methode, wenn wir vom Abstrakten zum Konkreten schreiben? Wird die Welt hier nicht in idealistischer Weise auf den Kopf gestellt, indem die Abstraktion zur Schöpferin der Wirklichkeit erklärt wird? Steht diese Methode nicht im Widerspruch zur materialistischen These, daß die Erkenntnis mit der sinnlichen Wahrnehmung der konkreten Wirklichkeit beginnt?

Nein. Marx gibt die Antwort auf diese Frage im oben angeführten Zitat: *„Im Denken erscheint es (das Konkrete in all seiner Mannigfaltigkeit, d. Verf.) daher als Prozeß der Zusammenfassung, als Resultat, nicht als Ausgangspunkt, obgleich es der wirkliche Ausgangspunkt und daher auch der Ausgangspunkt der Anschauung und der Vorstellung ist.“* Und in Abgrenzung zu Hegel weist Marx darauf hin, daß *„die Methode, vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen, nur die Art für das Denken ist, sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig Konkretes zu reproduzieren.“* (MEW 13, S. 632; oder AW II, S. 486)

Das materielle Sein und das Denken sind **dialektisch, nicht aber tautologisch identisch**. Ihre Identität schließt Gegensatz ein, und dieser Gegensatz äußert sich hier dergestalt, daß im begrifflichen Denken das Abstrahierte als der Ausgangspunkt **erscheint**, während es in Wirklichkeit nur abgeleitet ist. Die Erkenntnis **beginnt** allerdings nicht mit dem begrifflichen Denken, denn das begriffliche Denken kann seinen Stoff nur aus der empirischen Wahrnehmung, aus der Anschauung und Vorstellung nehmen. Beispielsweise beginnt Marx das erste Kapitel des *Kapitals* mit der Ware: **Einerseits** ist der Warenbegriff gegenüber Begriffen wie Kapital, Mehrwert, Profit, Profitrate usw. (die wir in kommenden Kapiteln betrachten werden) ein **einfacher** Begriff. **Andererseits** ist der Warenbegriff **bereits eine Abstraktion**: Der Unterschied zwischen einer Ware und einem Produkt, welches

nicht Ware ist, läßt sich nicht sinnlich wahrnehmen, sondern wurzelt in unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich nicht sehen, hören, riechen, schmecken oder tasten lassen.

Der wissenschaftliche Erkenntnisprozeß **beginnt** also mit der Wahrnehmung, doch diese Wahrnehmung wird **keineswegs sogleich zu endgültigen und unumstößlichen Begriffen verarbeitet**. Die zunächst gewonnenen Begriffe haben vorläufigen Charakter, bedürfen ihrerseits der Analyse, um zu komplexeren begrifflichen Bestimmungen zu gelangen. Die Analyse ihrerseits wird ergänzt durch die Synthese: die Zergliederung des Stoffes in seine Einzelteile und einzelnen Prozesse und die Herausarbeitung der Wesensbestimmungen dieser Einzelteile und Einzelprozesse ist kein Selbstzweck, sondern erfolgt zu dem Zweck, diese Teile im Denken dann wiederum zusammensetzen und den Begriff des Ganzen zu entwickeln. Je komplexer das begriffliche Denken wird, desto mehr steigt es zu jener Höhe auf, in der es die **Mannigfaltigkeit des Konkreten widerspiegeln kann**.

Bereits die ersten Begriffsbestimmungen, von denen Marx im *Kapital* ausgeht, sind Ergebnis einer ungeheuer reichen Materialsammlung, wobei innerhalb dieses vorherigen Prozesses Anschauung und Vorstellung noch eine größere Rolle spielen. Doch **diesen** Teil des Erkenntnisprozesses stellt Marx im *Kapital* nicht dar. Warum nicht? Marx gibt die Antwort: *„Allerdings muß sich die Darstellungsweise formell von der Forschungsweise unterscheiden. Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren innres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht, kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden. Gelingt dies und spiegelt sich nun das Leben des Stoffs ideell wider, so mag es aussehen, als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun.“* (Marx, Nachwort zur zweiten Auflage des *Kapitals*, MEW 23, S. 27; oder AW III, S. 165)

Alle Erkenntnis **beginnt** mit sinnlicher Wahrnehmung, doch bereits in der Forschungsweise verbindet sich die Wahrnehmung untrennbar mit analytischem Denken. Das

analytische Denken der **Forschungsarbeit** kann jedoch die Gesamtbewegung noch nicht darstellen: Es zergliedert diesen und jenen Bestandteil analytisch, die Synthese setzt diese und jene Teile wieder zusammen, allerdings jetzt auf höherer Stufe als zu Beginn der Forschung, unter Entwicklung ihres inneren Zusammenhanges, und so fort, und erst am Ende des Gesamtprozesses der Forschung kann die Bewegung des Ganzen dargestellt werden, und **hier** schreitet der wissenschaftliche, dialektische Gang der Erkenntnis vom Abstrakten zum Konkreten.

Wir haben gesehen, daß man zu falschen Ergebnissen kommt, wenn man auf pseudokonkrete Manier fertige Begriffe unmittelbar aus der Anschauung ableitet. Zu falschen Ergebnissen kommt man jedoch auch, wenn man zwar richtige Abstraktionen herleitet, diese Abstraktionen aber mit der Wirklichkeit verwechselt und die Notwendigkeit übersieht, von diesen Abstraktionen zum Konkreten aufzusteigen, um die Wirklichkeit in ihrer Mannigfaltigkeit erfassen zu können. Ein Beispiel für diesen Fehler haben wir oben angeführt (S. ): Ricardo entwickelte einen in wesentlichen Teilen zutreffenden Wertbegriff, und dennoch blieb sein Wertbegriff letztlich dogmatisch, da er die Wertform nicht untersuchte. Ricardos Denken stieg hier nicht zum Konkreten auf, und so wurde seine an sich richtige These, daß Waren zu ihren Werten ausgetauscht werden, letztlich dogmatisch, geriet sie in Widerspruch zu den offenkundigen Tatsachen des Marktes. Ricardo versuchte, die konkreten und entwickelten Verhältnisse **unmittelbar aus dem abstrakten Wertbegriff herzuleiten**, anstatt das reale Wirken des Wertgesetzes in der konkreten Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft zu verfolgen. Sein dogmatischer Fehler war ebenso klassenbedingt wie die pseudokonkreten Fehler anderer bürgerlicher Ökonomen: Die Analyse der Wertform hätte die Widersprüche und den historisch bedingten Charakter der Warenproduktion und damit der bürgerlichen Produktionsweise aufgedeckt.

Eine **schlechte Abstraktion** kann also in methodischer Hinsicht auf **zwei unterschiedlichen** Fehlern beruhen: Der **eine** Fehler besteht darin, daß in pseudokonkreter Weise un-

mittelbar oder jedenfalls ohne ausreichende Analysen und Vermittlungen aus der Anschauung endgültige Begriffe abgeleitet werden. Der **andere** Fehler besteht darin, daß zwar richtige Begriffe entwickelt werden, diese jedoch verabsolutiert werden, indem auf die weitere Bewegung des Aufsteigens zum Konkreten verzichtet wird.

Es ist sehr wichtig, die Marxsche Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten gründlich zu studieren, denn die Erfahrung zeigt, daß oftmals richtige Schlüsse des Marxismus in dogmatischer Weise als „ewige Wahrheiten“ angesehen und damit **verzerrt** wurden, mit den Tatsachen nicht mehr übereinstimmten. Betrachten wir als Beispiel die Analyse des bürgerlichen Staates:

Die Empiristen bleiben an der Tatsache kleben, daß das Parlament von der Bevölkerung gewählt wird; damit sei klar, daß es sich um keine Diktatur handeln könne. Demgegenüber arbeiten die Marxisten heraus, auf Grundlage welcher ökonomischer und politischer Beziehungen die Wahlen stattfinden und daß der bürgerliche Staat unbeschadet der parlamentarisch-demokratischen Form seinem Inhalt nach nur die Klassenherrschaft der Bourgeoisie sein kann.

Der bürgerliche Staat ist Instrument der Bourgeoisie zur Ausübung ihrer Klassenherrschaft, ihrer Diktatur. Zu diesem Staat gehören z.B. die Justiz und das Arbeitsamt. Eine dogmatische Auffassung könnte auf dem Wege unzulässiger Verabsolutierung der an sich richtigen Abstraktion nun zu dem Schluß kommen, daß jeder Richter bzw. jeder Angestellte im Arbeitsamt bewußt die Klassenherrschaft der Bourgeoisie ausübt. Tatsächlich ist dies bei den wenigstens der Fall. Will man die Wirkungsweisen von Justiz, Arbeitsamt usw. begreifen, so muß man vom Abstrakten zum Konkreten aufsteigen, muß man aufzeigen, wie das Ensemble der bürgerlichen Verhältnisse **so** wirkt, daß Justiz, Arbeitsamt usw. ihre Klassenfunktionen erfüllen. Oder: Eine unzulässige Verabsolutierung der richtigen Abstraktion, daß der bürgerliche Staat die Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist, kann zu dem falschen Schluß führen, daß die Form dieses Staates - z.B. parlamentarische Demokratie, Militärdiktatur, faschistische Herrschaft

- für die Arbeiterklasse gleichgültig sei. In der Konsequenz müßte man dann jeglichen Kampf für demokratische Rechte innerhalb der bürgerlichen Ordnung ablehnen, da sich durch das Erkämpfen demokratischer Rechte nichts am Klassencharakter des bürgerlichen Staates ändert. Würde die Arbeiterklasse auf den Kampf um demokratische Rechte verzichten, dann wäre sie allerdings erst recht nicht in der Lage, die bürgerliche Herrschaft zu stürzen und ihre eigene zu errichten.

Eine dogmatische Verzerrung von richtigen Aussagen des Marxismus hat letztlich die Wirkung, daß diese Aussagen dann zu lebensfremden Plattheiten verstümmelt werden, daß der Eindruck entsteht, die an der Anschauung klebenden Empiristen hätten recht. So befördert der Dogmatismus letztlich das Liquidatorentum, beinhaltet er die Gefahr der Zerstörung kommunistischer Parteien und anderer Organisationen der Arbeiterbewegung. Dies zeigte sich z.B. in der KPD, in der in den 70er Jahren eine starke Tendenz **dogmatischer Verzerrung** des Marxismus-Leninismus existierte, und diese Tendenz rief in der ersten Hälfte der 80er Jahre eine **liquidatorische** Strömung hervor, die die Kernaussagen des Marxismus-Leninismus über Bord werfen und die KPD vernichten wollte.

Die Staatsmacht des Sozialismus ist die Diktatur des Proletariats - wer dies bestreitet, wendet sich radikal vom Marxismus-Leninismus ab. Man kann sich aber auch vom Marxismus-Leninismus und von der Wirklichkeit abwenden, indem man diesen Satz, der ja eine Abstraktion beinhaltet, in unzulässiger Weise verabsolutiert, an dieser Abstraktion klebenbleibt, anstatt vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen. Bei der Diskussion über die Rolle der sowjetischen Gewerkschaften 1920/1921 arbeitete Lenin heraus, daß Trotzki genau dies tat. Trotzki verabsolutierte den Satz, daß der Sowjetstaat die Diktatur des Proletariats war, in unzulässiger Weise. Er wollte die Gewerkschaften dem unmittelbaren Diktat des Staates bzw. der kommunistischen Partei unterwerfen. Trotzki argumentierte, „*der Schutz der materiellen und geistigen Interessen der Arbeiterklasse*“ sei „*nicht Sache der Gewerkschaften im Arbeiterstaat*“ (vgl. LW 32, S.

6), da die Arbeiter über ihren Staat ja ohnehin die Macht ausüben würden. Lenin hielt dem entgegen: „Das ist ein Fehler. Gen. Trotzki spricht vom ´Arbeiterstaat´. Mit Verlaub, das ist eine Abstraktion.“ Lenin wies darauf hin, „daß unser Staat ein Arbeiterstaat **mit bürokratischen Auswüchsen** ist. (...) Da haben Sie die Realität des Übergangs. Was meinen Sie, haben in einem praktisch derart beschaffenen Staat die Gewerkschaften nichts zu schützen, kann man ohne sie auskommen, wenn man die materiellen und geistigen Interessen des in seiner Gesamtheit organisierten Proletariats schützen will? Das ist theoretisch eine völlig falsche Argumentation. Das versetzt uns in den Bereich der Abstraktion oder des Ideals, das wir in 15-20 Jahren erreichen werden; aber ich bin nicht einmal so sicher, daß wir es in dieser Frist erreichen werden. Wir haben aber die Wirklichkeit vor uns, die wir gut kennen, wenn wir uns nur nicht berauschen und nicht hinreißen lassen von Intellektuellengerede oder von abstrakten Betrachtungen oder von dem, was manchmal als ´Theorie´ erscheint, in Wirklichkeit aber ein Irrtum, eine falsche Einschätzung der Besonderheiten des Übergangs ist.“ (Lenin, Über die Gewerkschaften, LW 32, S. 6 f., Hervorhebung von Lenin)

Diese Ausführungen bezogen sich auf 1920, als die Arbeiterklasse zwar die politische Macht ausübte, die Verhältnisse jedoch noch alles andere als sozialistisch waren. Dennoch sind diese Ausführungen sinnentsprechend auch auf entwickelte sozialistische Verhältnisse anwendbar. Auch hier würde man sich von der Wirklichkeit und vom Klasseninteresse des Proletariats entfernen, wollte man den Satz von der Diktatur des Proletariats **verabsolutieren**, indem man jegliche Äußerung des Staates im Sozialismus als Willensäußerung des herrschenden Proletariats verklärte. In Wirklichkeit gibt es im Sozialismus noch Klassenunterschiede und folglich Klassenkampf, und dieser Kampf wird auch **innerhalb der Staatsmacht** ausgetragen. Folglich kommt es auch dazu, daß die Staatsmacht von Kräften genutzt wird, die sich **gegen die Aufhebung der Klassenunterschiede wenden**, die Privilegien verteidigen wollen, obwohl diese Privilegien

vom Stand der Produktivkräfte her nicht mehr notwendig sind. (vgl. Rote Reihe 1, Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte)

Warum ist das möglich? Weil die Arbeiterklasse an der Macht nicht von heute auf morgen alle Klassenunterschiede aufheben kann. Der Begriff der Diktatur des Proletariats ist bereits deshalb eine Abstraktion (allerdings eine notwendige, wissenschaftliche Abstraktion), weil nicht die ganze Klasse auf der Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe steht, bewußt für die Beseitigung aller Klassenunterschiede kämpft, sondern stets nur mehr oder minder große Teile dieser Klasse. Die Arbeiterklasse an der Macht kann die Verhältnisse nur nach und nach verändern und ist somit gezwungen, bestimmte Verhältnisse der alten Gesellschaft (Arbeitsteilung in leitende und ausführende Funktionen und dementsprechende Unterschiede im Konsum, Warenkategorien, hierarchische Kategorien) vorerst zu nutzen, da andernfalls die proletarische Macht insgesamt untergeht. Da dies aber so ist, besteht die Möglichkeit, den Wirkungsbereich derartiger Verhältnisse der alten Gesellschaft auch da bzw. auch dann noch zu verteidigen, wo bzw. wenn die objektiven Bedingungen für ihre Aufhebung gegeben sind. Da derartige Prozesse langwierig und kompliziert sind, können derartige antiproletarische und letztlich antikommunistische Interessen als „Ausübung der Diktatur des Proletariats“ ausgegeben werden. Aus dieser Überlegung ergibt sich auch, welchen Klassenkräften die falsche Abstraktion dient, **jegliche** Machtausübung des proletarischen Staates unbesehen als Ausübung der Diktatur des Proletariats auszugeben: Gerade solchen antiproletarischen, antikommunistischen Kräften. Machen sich die Kommunisten eine solche schlechte, falsche Abstraktion zu eigen, so entwaffnen sie sich selbst theoretisch, nehmen sie sich die Möglichkeit, das Wirken derartiger Kräfte innerhalb der Staatsmacht zu begreifen und zu bekämpfen. Überdies gibt ein solcher Fehler den offen antikommunistischen Kräften Auftrieb, die darauf hinweisen können, daß Begriff und Wirklichkeit auseinanderfallen, ohne daß die Kommunisten dieses Auseinanderfallen dann erklären könnten.

Falsche, schlechte Abstraktionen können auf einer unzureichenden Erkenntnismethode basieren; sind sie aber erst einmal da, dann nutzen sie den Klasseninteressen überlebter Klassen.

**Fassen wir zusammen: Das Konkrete ist der Ausgangspunkt der Erkenntnis, doch das Denken verharret nicht bei diesem Ausgangspunkt, sondern bringt Abstraktionen hervor. Wissenschaftliches Denken verharret auch nicht bei den zunächst gewonnenen Abstraktionen, behandelt die zunächst gewonnenen Begriffe nicht als endgültige, sondern zergliedert sie mittels Analyse, setzt die Teile mittels Synthese wieder zusammen und gelangt so zu immer komplexeren Begriffen. Es steigt von abstrakten Begriffen zum Konkreten auf, wobei dieses Konkrete jetzt, auf dieser Erkenntnisstufe, als Zusammenfassung vieler Bestimmungen, als Einheit des Mannigfaltigen gefaßt werden kann. Das ist nicht nur die Methode der marxistischen politischen Ökonomie, sondern die Methode folgerichtigen, wissenschaftlichen Denkens überhaupt, auf allen Wissensgebieten.**

*„Nicht nur das Denken des einzelnen Menschen, nicht nur der einzelne Erkenntnisprozeß geht auf diese Weise vor sich, sondern auch die Erkenntnis der ganzen Menschheit hat sich historisch so entwickelt. Die Menschheit stand einem zusammengesetzten und mannigfaltigen Ganzen, der Natur, gegenüber. Man begreift, daß die Natur nicht so gleich in ihrem ganzen Reichtum, in all ihrer Vielfältigkeit im Denken der Menschen wiedergegeben werden konnte. Die Entwicklungsgeschichte der Wissenschaft kennt eine ungeheuer lange Periode, in der die Analyse der einzelnen Seiten und Teile des Ganzen, das man Natur nennt, die vorherrschende Methode der Forschung war. Diese Periode begann mit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts und dauerte etwa bis Ende des 18. Jahrhunderts.*

*Die große Idee von der Einheit der Welt, die für die Wissenschaft eine feste Grundlage schuf, die Idee, daß all die mannigfaltigen Erscheinungen der Natur der Ausdruck ein und derselben ewig sich entwickelnden und aus einer Form in die andere sich verwandelnden Materie ist, wurde*

*erst Mitte des vorigen Jahrhunderts entdeckt. Selbstverständlich war um diese Zeit der Prozeß der Naturerkenntnis nicht abgeschlossen, wie er überhaupt auch in keiner anderen Periode abgeschlossen sein kann. Aber um die Mitte des 19. Jahrhunderts erschien die Naturlehre bereits als eine Wissenschaft, die alle Naturprozesse zu einem großen Ganzen vereinigte. Also wird die Natur als etwas Konkretes, als 'Einheit des Mannigfaltigen' im Denken ebenfalls als Resultat und nicht als Ausgangspunkt der Erkenntnis reproduziert.*

*Somit kann sowohl in dem besonderen, einzelnen Akt der Erforschung der Wirklichkeit als auch in der historischen Entwicklung der Erkenntnis das Konkrete im Denken nur im Ergebnis, nicht aber im Anfang der Erkenntnis reproduziert werden.“*

(Rosenthal, Die Dialektik in Marx' „Kapital“, S. 319)

## DAS WECHSELVERHÄLTNIS DES HISTORISCHEN UND DES LOGISCHEN IM ERKENNTNISPROZEß

Engels:

*„Die Kritik der Ökonomie, selbst nach gewonnener Methode, konnte noch auf zweierlei Weise angelegt werden: historisch oder logisch.“* (Engels, Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie - Rezension, MEW 13, S. 474; oder AW II, S. 515) Geht man historisch vor, so hat dies *„scheinbar den Vorzug größerer Klarheit, da ja die **wirkliche** Entwicklung verfolgt wird, in der Tat aber würde sie dadurch höchstens populärer werden. Die Geschichte geht oft sprungweise und im Zickzack und müßte hierbei überall verfolgt werden, wodurch nicht nur viel Material von geringer Wichtigkeit aufgenommen, sondern auch der Gedankengang oft unterbrochen werden müßte; zudem ließe sich die Geschichte der Ökonomie nicht schreiben ohne die der bürgerlichen Gesellschaft, und damit würde die Arbeit unendlich, da alle Vorarbeiten fehlen. Die logische Behandlungsweise war also allein am Platz. Diese aber ist in der Tat nichts anderes als die historische, nur entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten. Womit diese Geschichte anfängt, damit muß der Gedankengang ebenfalls anfangen, und sein weiterer Fortgang wird nichts sein als das Spiegelbild, in abstrakter und theoretisch konsequenter Form, des historischen Verlaufs; ein korrigiertes Spiegelbild, aber korrigiert nach Gesetzen, die der wirkliche geschichtliche Verlauf selbst an die Hand gibt, indem jedes Moment auf dem Entwicklungspunkt seiner vollen Reife, seiner Klassizität betrachtet werden kann.“* (ebenda: MEW 13, S. 475; oder AW II, S. 515; Hervorhebung von Engels)

Die logische Analyse kann für einen dialektischen Materialisten nur ein Abbild der Logik der Wirklichkeit sein, also der Wirklichkeit unter Abstraktion von ihren zufälligen

Elementen. Logische und historische Methode sind somit keine zwei getrennten Behandlungsweisen, sondern zwei untrennbar verbundene Seiten der analytischen Forschungsmethode. Die Logik der Wirklichkeit kann nur dargestellt werden, nachdem die Forschung zuvor reichhaltiges historisches Material zusammengetragen hat. Sind auf **dieser** Grundlage die logischen Kategorien entwickelt, so ist damit auch die Grundlage gegeben, die historische Entwicklung in ihrer Mannigfaltigkeit, jedoch unter Konzentration auf ihre **wesentlichen** Triebkräfte darzustellen. Das Marxsche *Kapital* folgt zwar grundsätzlich der logischen Methode, doch auf jeder Stufe wird die Überprüfung durch die Fakten vorgenommen, und so wird nebenbei auch viel Material für eine Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft zusammengetragen.

#### **Literatur zur Methode:**

- **Marx, Einleitung zu den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie**, 3. Abschnitt: „Die Methode der politischen Ökonomie“. MEW 13, S. 631 - 639; oder AW II, S. 485 - 494
- **Marx, Nachwort zur zweiten Auflage des *Kapitals***, MEW 23, S. 25 - 28; in Auszügen: AW III, S. 162 - 166
- **Engels, Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie** (Rezension), II. Teil, MEW 13, S. 472-477; oder AW II, S. 511-518
- **Rosenthal, M., Die Dialektik in Marx' „Kapital“**, Dietz Verlag Berlin 1957
- **Sève, Lucien, Die Dialektik als Methode der ökonomischen Wissenschaft**, in: Über die materialistische Dialektik, Verlag Marxistische Blätter Frankfurt/Main 1976, S. 124 - 142



**DIE WELT BEGREIFEN**

**UND VERÄNDERN**

**Der Mehrwert**

**Das Kapitalverhältnis  
und seine Aufhebung**

**Wozu braucht die Arbeiterklasse  
eine politische Partei?**

Kapitel IX

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zur Zitierweise:**

<b>MEW:</b>	Marx-Engels-Werke
<b>AW:</b>	Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
<b>LW:</b>	Lenin-Werke
<b>LAW:</b>	Lenin, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1988
<b>SW:</b>	Stalin-Werke
<b>f.:</b>	und die folgende Seite
<b>ff.:</b>	und die folgenden Seiten

# Inhalt

Vorbemerkung zu diesem Kapitel .....	5
Verwandlung von Geld in Kapital .....	7
Woher kommt der Mehrwert? .....	22
Verständnisfragen zu den Seiten 7 bis 37 .....	38
Philosophischer Einschub: Zum Verhältnis von dialektischem und formallogischem Widerspruch .....	39
Das Kapital als Produktionsverhältnis: Lohnarbeit und Kapital .....	47
Die Beseitigung des Kapitalverhältnisses .....	60
Zum Klassenkampf im Sozialismus und zur Gefahr revisionistischer Entartung .....	65
Die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse .....	82
Wozu braucht die Arbeiterklasse eine politische Partei? .....	88
Verständnisfragen zu den Seiten 47 bis 107 .....	108
Anhang	
Nochmals zur Frage des Objektivismus .....	109
Nochmals zur Frage des Biologismus .....	110



## VORBEMERKUNG ZU DIESEM KAPITEL:

Dieses Kapitel knüpft an Kapitel VIII an. Auf Grundlage der marxistischen Werttheorie wird nun das Kapitalverhältnis, nämlich das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital, dargestellt. Dieses Kapitel zeigt, warum es die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse ist, das Kapitalverhältnis zu sprengen, und warum die Arbeiterklasse hierzu eine politische Partei braucht.

Unser Bemühen, jedes Kapitel so zu gestalten, daß es ohne Vorkenntnisse aus sich selbst heraus verständlich ist, stößt hier auf Grenzen. Ohne vorherige Lektüre des Kapitels VIII kann dieses Kapitel und können insbesondere seine ökonomischen Ausführungen nicht vollständig begriffen werden.

Auf Seite 27 ff. findet sich die Korrektur eines Fehlers, der uns in Kapitel VIII unterlaufen ist.



# VERWANDLUNG VON GELD IN KAPITAL

## – 4. Kapitel von *Kapital I* – (MEW 23 S. 161 - 191; oder AW III S. 167 - 201)

In Kapitel VIII haben wir uns mit der einfachen Warenproduktion befaßt. Bei dieser stellt der werktätige Warenproduzent (Bauer, Schuster, Schreiner usw.) sein Produkt selbst her und verkauft es sodann. Mit dem durch den Verkauf erhaltenen Geld kauft er Waren anderer Produzenten, die er für seinen eigenen Gebrauch benötigt. Die einfache Warenproduktion hat daher folgende Zirkulationsform (Zirkulation heißt Umlauf):

**W - G - W**

Gemäß dem Wertgesetz werden hier gleiche Werte ausgetauscht. Im Ideal hält der einfache Warenproduzent hier zu Beginn des Zirkulationsprozesses ebenso viel Wert in Händen wie am Ende. Sind 20 Ellen Leinwand = 2 Unzen Gold = 1 Rock, so wird der Verkäufer der Leinwand, der im Verkauf 2 Unzen Gold erhält und mit diesen wieder 1 Rock kauft, durch diese Transaktionen weder reicher noch ärmer. In der Realität kann er freilich am Ende mehr oder weniger Wert in Händen halten als zu Beginn, da die Preise nicht gleich dem Wert sind, sondern um diesen schwanken. Doch gleichen sich diese Schwankungen im gesellschaftlichen Mittel aus.

Das Geld fungiert hier als allgemeine Ware, nicht als Kapital. Jedoch: „*Die Warenzirkulation ist der Ausgangspunkt des Kapitals.*“ (Marx, Kapital I, MEW 23 S. 161; oder AW III S. 167) Wie wird das Geld zu Kapital?

„Geld als Geld und Geld als Kapital unterscheiden sich zunächst nur durch ihre verschiedene Zirkulationsform.“ (ebenda) Die Zirkulationsform des Kapitals lautet nämlich wie folgt:

G - W - G

„(...) Verwandlung von Geld in Ware und Rückverwandlung von Ware in Geld, kaufen, um zu verkaufen. Geld, das in seiner Bewegung diese letztre Zirkulation beschreibt, verwandelt sich in Kapital, wird Kapital und ist schon seiner Bestimmung nach Kapital.“ (MEW 23 S. 162; oder AW III S. 168)

Diese Zirkulation hätte keinen Sinn, wenn unser Kapitalist davon ausginge, am Ende des Zirkulationsprozesses gleich viel Geld in der Hand zu haben wie am Anfang. Da unterscheidet er sich vom einfachen Warenproduzenten. Der einfache Warenproduzent ist zufrieden, wenn er am Ende des Zirkulationsprozesses ein Produkt mit gleichem Wert in Händen hält wie am Anfang. Warum? Er verfügt am Ende über ein Produkt, welches für ihn **Gebrauchswert** hat, welches ihm dazu dient, **seine** Bedürfnisse zu befriedigen. Der Bauer verkauft Korn, um Geld zu bekommen, womit er Schuhe kauft, die er braucht. Anders der Kapitalist: Er hält am Anfang und am Ende Geld in Händen. Wäre es gleich viel Geld, so wäre die ganze Zirkulation für ihn sinnlos. „Ungleich einfacher und sichrer bliebe die Methode des Schatzbildners, der seine 100 Pfd. St. festhält, statt sie der Zirkulationsgefahr preiszugeben.“ (ebenda)

Wir müssen also unsere Formel der Kapitalzirkulation modifizieren:

„Die vollständige Form dieses Prozesses ist daher G - W - G', wo G' = G + Delta G, d.h. gleich der ursprünglich vorgeschossenen Geldsumme plus einem Inkrement (Zuwachs, Zunahme, d. Verf.). Dieses Inkrement oder den Überschuß über den ursprünglichen Wert nenne ich - Mehrwert (surplus value).“ (MEW 23 S. 165; oder AW III S. 172)

Die Bewegung des Kapitals ist „maßlos“. In welchem Sinne?

*„Die Wiederholung oder Erneuerung des Verkaufs, um zu kaufen (also die einfache Warenzirkulation, d. Verf.) findet, wie dieser Prozeß selbst, Maß und Ziel an einem außer ihm liegenden Endzwecke, der Konsumtion, der Befriedigung bestimmter Bedürfnisse.“* Unser Bauer, der Korn verkauft hat, um Schuhe zu kaufen, konsumiert diese Schuhe, indem er sie trägt. *„Im Kauf für den Verkauf dagegen sind Anfang und Ende dasselbe, Geld, Tauschwert, und schon dadurch ist die Bewegung endlos. Allerdings ist aus G, G + Delta G geworden, aus den 100 Pfd. St., 100 + 10. Aber bloß qualitativ betrachtet, sind 110 Pfd. St. dasselbe wie 100 Pfd. St., nämlich Geld. Und quantitativ betrachtet, sind 110 Pfd. St. eine beschränkte Wertsumme wie 100 Pfd. St. Würden die 110 Pfd. St. als Geld verausgabt, so fielen sie aus ihrer Rolle. Sie hörten auf, Kapital zu sein. Der Zirkulation entzogen, versteinern sie zum Schatz, und kein Farthing (englische Münze kleinen Werts, d. Verf.) wächst ihnen an, ob sie bis zum jüngsten Tag fortlagern. (z.B. unter der Matratze oder im Sparstrumpf des Schatzbildners, d. Verf.) Handelt es sich also einmal um Verwertung des Werts, so besteht dasselbe Bedürfnis für die Verwertung von 110 Pfd. St. wie für die von 100 Pfd. St., da beide beschränkte Ausdrücke des Tauscherts sind, beide also denselben Beruf haben, sich dem Reichtum schlechthin durch Größenausdehnung anzunähern.“* (MEW 23 S. 166; oder AW III S. 173)

Hier haben wir wesentliche Bestimmungen des Kapitals: Im Gegensatz zur Bewegung von Ware und Geld im Prozeß der einfachen Warenzirkulation findet die Bewegung des Kapitals kein Maß und kein Ziel. Maß und Ziel dieser Bewegung kann nicht die Konsumtion sein, die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Denn Zweck dieser Bewegung ist die **„Verwertung des Werts“**. Das heißt: Aus Wert soll ein größerer Wert werden. Kapital ist Wert, dessen Bestimmung darin liegt, einen größeren Wert abzuwerfen als es selbst ist. Würde an einem bestimmten Punkt der Bewegung des Kapitals Geld zum Zwecke des Konsums verausgabt, so würde

dieses Geld aufhören, Kapital zu sein. „Der Gebrauchswert ist also nie als unmittelbarer Zweck des Kapitalisten zu behandeln. Auch nicht der einzelne Gewinn, sondern nur die rastlose Bewegung des Gewinnens.“ (MEW 23 S. 168; oder AW III S. 175)

Vorerst am Rande sei erwähnt: Wie wir bereits wissen, ist der Wert ein Produktionsverhältnis (siehe Kapitel VIII). Da das Kapital also Wert ist, müßte auch das Kapital ein bestimmtes Produktionsverhältnis sein. Wir werden weiter unten sehen, daß und warum dies so ist.

Zunächst aber haben wir ein anderes Problem zu lösen:

Wir gehen von der Wirkung des Wertgesetzes aus, also vom Austausch gleicher Werte. Wie können wir auf dieser Basis eine Zirkulationsfigur  $G - W - G'$  erhalten, in der  $G'$  größer ist als  $G$ ? Anders gefragt: Wo soll der Mehrwert herkommen, wenn prinzipiell gleiche Werte ausgetauscht werden? Die Abweichungen der Preise vom Wert, ihr Schwanken um den Wert, kann den Mehrwert nicht erklären, denn was unser Kapitalist das eine mal durch solche Abweichungen gewinnt, würde er das andere mal verlieren, im Mittel also weder reicher noch ärmer werden.

Wir können versuchen, uns in das Kaufmanns- und Wucherkapital zu retten, welches **vor** der kapitalistischen Produktionsweise existiert hat (vgl. Kapitel II, Seite 58 ff.):

„Im eigentlichen Handelskapital erscheint die Form  $G - W - G'$ , kaufen, um teurer zu verkaufen, am reinsten. Andererseits geht seine ganze Bewegung innerhalb der Zirkulationsphäre vor. Da es aber unmöglich ist, aus der Zirkulation selbst die Verwandlung von Geld in Kapital, die Bildung von Mehrwert, zu erklären, erscheint das Handelskapital unmöglich, sobald Äquivalente (gleiche Werte, d. Verf.) ausgetauscht werden (...).“ (MEW 23 S. 178; oder AW III S. 187)

Wir haben in Kapitel II gesehen, daß die vorkapitalistischen Kaufleute sowohl die warenproduzierenden Handwerker und die Feudalherren als Verkäufer als auch die feudalen und sklavenhaltenden Prasser als Abnehmer geprellt haben. Sowohl der feudale als auch der sklavenhaltende Prasser

konnten dies freilich verschmerzen, denn beide nahmen den von ihnen Ausgebeuteten - den hörigen Bauern bzw. den Sklaven - ihr Arbeitsprodukt **ohne Gegenwert** ab. So gesehen führten die vorkapitalistischen Formen des Handelskapitals ein Schmarotzerdasein, welches in doppelter Weise **nicht** auf Austausch gleicher Werte beruhte.

Jetzt aber, in der bürgerlichen Gesellschaft, genießen wir die Früchte der bürgerlichen Revolution. Alle Menschen sind gleich, soll heißen: Die Zirkulation beruht grundsätzlich auf dem Austausch gleicher Werte. Wenn der Kapitalist sich bereichert, wenn er Kapital akkumuliert, so muß dies auf der Grundlage des Austauschs gleicher Werte erklärt werden. Wie der Gewinn des modernen Handelskapitalisten auf dieser Basis erklärt werden kann, dazu in einem späteren Kapitel. Jedenfalls scheidet der Rückgriff auf den vorkapitalistischen Kaufmann zur Erklärung der Herkunft des Mehrwerts aus.

Dasselbe gilt für das Wucherkapital: *„Im Wucherkapital ist die Form  $G - W - G'$  abgekürzt auf die unvermittelten Extreme  $G - G'$ , Geld, das sich gegen mehr Geld austauscht, eine der Natur des Geldes widersprechende und daher vom Standpunkt des Warenaustausches unerklärliche Form.“* (MEW 23 S. 179; oder AW III S. 187 f.) Wie das moderne Bankkapital vom Standpunkt des Warenaustauschs erklärt werden kann, dazu wieder in einem späteren Kapitel.

Offenkundig kann *„der Mehrwert nicht aus der Zirkulation entspringen“*, muß *„bei seiner Bildung also etwas hinter ihrem Rücken vorgehn (...), das in ihr selbst unsichtbar ist. Kann aber der Mehrwert anderswoher entspringen als aus der Zirkulation? Die Zirkulation ist die Summe aller Wechselbeziehungen der Warenbesitzer. Außerhalb derselben steht der Warenbesitzer nur noch in Beziehung zu seiner eignen Ware.“* (MEW 23 S. 179; oder AW III S. 188) Den Wert seiner Ware hat der einfache Warenproduzent durch seine eigne Arbeit geschaffen. *„Aber seine Arbeit stellt sich nicht dar im Werte der Ware und einem Überschuß über ihrem eignen Wert, nicht in einem Preise von 10, der zugleich ein Preis von 11, nicht in einem Wert, der größer ist als er*

*selbst. **Der Warenbesitzer kann durch seine Arbeit Werte bilden, aber keine sich verwertenden Werte.***“ (MEW 23 S. 180; oder AW III S. 188; Hervorhebung v. Verf.) Anders ausgedrückt: Der einfache Warenproduzent kann zwar Wert schaffen, aber keinen Mehrwert. *„Es ist also unmöglich, daß der Warenproduzent außerhalb der Zirkulationssphäre, ohne mit andren Warenbesitzern in Berührung zu treten, Wert verwerte und daher Geld oder Ware in Kapital verwandle.“* (MEW 23 S. 180; oder AW III S. 189)

Marx zieht die Schlußfolgerung:

*„Kapital kann also nicht aus der Zirkulation entspringen, und es kann ebensowenig aus der Zirkulation nicht entspringen. Es muß zugleich in ihr und nicht in ihr entspringen.*

*Ein doppeltes Resultat hat sich also ergeben.*

*Die Verwandlung des Geldes in Kapital ist auf Grundlage dem Warenaustausch immanenter (innewohnender, d. Verf.) Gesetze zu entwickeln, so daß der Austausch von Äquivalenten (gleichen Werten, d. Verf.) als Ausgangspunkt gilt. Unser nur noch als Kapitalistenraupe vorhandner Geldbesitzer muß die Waren zu ihrem Wert kaufen, zu ihrem Wert verkaufen und dennoch am Ende des Prozesses mehr Wert herausziehen, als er hineinwarf. Seine Schmetterlingsentfaltung muß in der Zirkulationssphäre und muß nicht in der Zirkulationssphäre vorgehn. Dies sind die Bedingungen des Problems. Hic Rhodus, hic salta!“* (MEW 23 S. 180 f.; oder AW III S. 189 f.) (Hic Rhodus, hic salta: Aus einer Fabel Äsops, in der ein Prahler behauptet, er habe einst in Rhodos, einer griechischen Stadt, im Weitsprung einen gewaltigen Sprung getan. Ihm wurde erwidert: Hier ist Rhodos, hier springe! Mit berechtigtem Stolz führt Marx diesen Vergleich an, denn **er** tat in der nachfolgend entwickelten Lösung dieses Problems einen Sprung, zu dem kein Ökonom vor ihm in der Lage war.)

Betrachten wir nochmals unsere Formel der Zirkulation des Kapitals:

## G - W - G´

An welcher Stelle kann überhaupt eine Wertveränderung vorgehen? Am Geld, mit welchem die Bewegung beginnt, offenbar nicht, denn dieses Geld stellt zunächst nur seinen eigenen Wert dar. Soweit mit dem Geld Ware gekauft wird, realisiert es *„als Kaufmittel oder Zahlungsmittel (...) nur den Preis der Ware, die es kauft oder zahlt“*, so daß auch der Prozeß G - W keine Wertveränderung ergeben kann. *„Ebensowenig kann die Veränderung aus dem zweiten Zirkulationsakt, dem Wiederverkauf der Ware, entspringen, denn dieser Akt verwandelt die Ware bloß aus der Naturalform zurück in die Geldform.“* (MEW 23 S. 181; oder AW III S. 190)

Die Veränderung muß also mit der Ware W vorgehen, die unser Kapitalist mit dem vorgeschossenen Geld (G) kauft. Allerdings kann die Veränderung nicht mit dem Wert dieser Ware vor sich gehen, *„denn es werden Äquivalente ausgetauscht, die Ware wird zu ihrem Werte bezahlt“*. Woraus kann die Veränderung dann entspringen? **Aus ihrem Gebrauchswert:**

*„Um aus dem Verbrauch einer Ware Wert herauszuziehen, müßte unser Geldbesitzer so glücklich sein, innerhalb der Zirkulationssphäre, auf dem Markt, eine Ware zu entdecken, deren Gebrauchswert selbst die eigentümliche Beschaffenheit besäße, Quelle von Wert zu sein, deren wirklicher Verbrauch also selbst Vergegenständlichung von Arbeit wäre, daher Wertschöpfung. **Und der Geldbesitzer findet auf dem Markt eine solche spezifische Ware vor - das Arbeitsvermögen oder die Arbeitskraft.**“* (ebenda, Hervorhebung v. Verf.)

*„Damit jedoch der Geldbesitzer die Arbeitskraft als Ware auf dem Markt vorfinde, müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein.“* (ebenda) Erstens: Die Arbeitskraft kann nur als Ware auf dem Markt gehandelt werden, wenn ihr Besitzer, also die Person, deren Arbeitskraft sie ist, über sie verfügen kann. Das ist beim Sklaven und beim hörigen Bauern nicht der Fall. (Wird der Sklave verkauft, so ist die verkaufte

Ware nicht seine Arbeitskraft, sondern er selbst als Person.) Es bedarf des Lohnarbeiters, der frei von persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen ist, der freier Eigentümer seiner Arbeitskraft ist. *„Er und der Geldbesitzer begegnen sich auf dem Markt und treten in Verhältnis zueinander als ebenbürtige Warenbesitzer, nur dadurch unterschieden, daß der eine Käufer, der andre Verkäufer, beide also juristisch gleiche Personen sind.“* (MEW 23 S. 182; oder AW III S. 191)

Zweitens muß dieser Lohnarbeiter in einer Lage sein, in der er gezwungen ist, *„seine Arbeitskraft selbst, die nur in seiner lebendigen Leiblichkeit existiert, als Ware“* feilzubieten (MEW 23 S. 183; oder AW III S. 192). Er täte dies nicht, wenn er selbst Eigentümer von Produktionsmitteln wäre, denn dann könnte er sein Leben als einfacher Warenproduzent fristen, müßte seine Arbeitskraft nicht verkaufen. Er muß also frei sein vom Besitz von Produktionsmitteln, frei von Waren, die er verkaufen könnte. Seine Arbeitskraft muß die einzige Ware sein, die er verkaufen kann, die er folglich verkaufen muß, um seine Existenz zu fristen.

Anders ausgedrückt: Die Verwandlung von Geld und Ware in Kapital *„kann nur unter bestimmten Umständen vorgehn, die sich dahin zusammenspitzen: Zweierlei sehr verschiedene Sorten von Warenbesitzern müssen sich gegenüber und in Kontakt treten, einerseits Eigner von Geld, Produktions- und Lebensmitteln, denen es gilt, die von ihnen geeignete (die sich von ihnen angeeignete, d. Verf.) Wertsumme zu verwerten durch Ankauf fremder Arbeitskraft; andererseits freie Arbeiter, Verkäufer der eignen Arbeitskraft und daher Verkäufer von Arbeit. Freie Arbeiter in dem Doppelsinn, daß weder sie selbst unmittelbar zu den Produktionsmitteln gehören, wie Sklaven, Leibeigene usw., noch auch die Produktionsmittel ihnen gehören, wie beim selbstwirtschaftenden Bauer usw., sie davon vielmehr frei, los und ledig sind.“* (MEW 23 S. 742; oder AW III S. 399)

Dieser im doppelten Sinne freie Lohnarbeiter war - wie wir in früheren Kapiteln gesehen haben - nicht immer da, sondern ist historisch entstanden. Er ist insbesondere hervor-

gebracht worden im Prozeß der ursprünglichen Akkumulation, durch die gewaltsame Verjagung der Bauern von ihrem Grund und Boden, also die Verwandlung der Bauern in Vagabunden, sowie die Blutgesetzgebung gegen die Vagabunden, das Hineinfoltern der Vagabunden in moderne Fabrikdisziplin, also die Verwandlung der Vagabunden in moderne Lohnarbeiter. (Letzteres als historisches Resultat; die massenhafte Verwandlung von Vagabunden in Leichen erscheint als Nebenprodukt oder als Mittel zum Zweck.)

Dieser Prozeß der ursprünglichen Akkumulation wird im 24. Kapitel des *Kapitals* I ausführlich dargestellt. (vgl. auch Kapitel III S. 58 ff. dieser Serie) Im 4. Kapitel, mit dessen Inhalt wir uns soeben befassen, läßt Marx die Frage, woher diese im doppelten Sinne freien Lohnarbeiter kommen, auf sich beruhen und wendet sich der Frage zu:

*„Diese eigentümliche Ware, die Arbeitskraft, ist nun näher zu betrachten. Gleich allen andren Waren besitzt sie einen Wert. Wie wird er bestimmt?“* (MEW 23 S. 184; oder AW III S. 194)

*„Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder andren Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit. Soweit sie Wert, repräsentiert die Arbeitskraft selbst nur ein bestimmtes Quantum in ihr vergegenständlichter gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit. Die Arbeitskraft existiert nur als Anlage des lebendigen Individuums. Ihre Produktion setzt also seine Existenz voraus. Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eignen Reproduktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln. Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel.“* (MEW 23 S. 184 f.; oder AW III S. 194)

*„Die Summe der Lebensmittel muß also hinreichen, das arbeitende Individuum als arbeitendes Individuum in*

*seinem normalen Lebenszustand zu erhalten. Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw., sind verschieden je nach den klimatischen und andren natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Andererseits ist der Umfang sog. notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes (die wiederum wesentlich vom Stand der Produktivkräfte abhängt, d. Verf.), unter andrem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den andren Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. Für ein bestimmtes Land, zu einer bestimmten Periode jedoch, ist der Durchschnitts-Umkreis der notwendigen Lebensmittel gegeben.“ (MEW 23 S. 185; oder AW III S. 195)*

*„Die letzte Grenze oder Minimalgrenze des Werts der Arbeitskraft wird gebildet durch den Wert einer Warenmasse, ohne deren tägliche Zufuhr der Träger der Arbeitskraft, der Mensch, seinen Lebensprozeß nicht erneuern kann, also durch den Wert der physisch unentbehrlichen Lebensmittel. Sinkt der Preis der Arbeitskraft auf dieses Minimum, so sinkt er unter ihren Wert, denn sie kann sich so nur in verkümmertem Form erhalten und entwickeln.“ (MEW 23 S. 187; oder AW III S. 197)*

Wohlgermerkt: Es muß unterschieden werden zwischen dem **Preis** der Ware Arbeitskraft, dem Lohn, einerseits und dem **Wert** dieser Ware andererseits. Wie wir in Kapitel VIII gesehen haben, unterscheiden sich Wert und Preis, auch wenn zwischen ihnen ein Zusammenhang besteht. Den Besonderheiten des Zusammenhangs von Wert und Preis im Falle der Arbeitskraft werden wir uns im nächsten Kapitel zuwenden. (Wir werden dann sehen, daß und warum der Preis der Arbeitskraft, der Lohn, nicht um den Wert herum schwankt und sich im Mittel in Höhe des Werts einpendelt, sondern die Tendenz hat, unter den Wert zu sinken.) Hier können wir aber bereits sagen: Können sich Arbeiter heute

Waren kaufen, die sie vor 50 Jahren noch nicht kaufen konnten (Kühlschränke, Autos etc.), so folgt daraus noch keineswegs, daß sich der Preis der Arbeitskraft im Verhältnis zum Wert günstig entwickelt hat. Vielmehr führt das Steigen der Produktivität und das vorhandene Warenangebot dazu, daß der Wert sich in einer größeren und vielfältigeren Ansammlung von Konsumgütern ausdrückt als zuvor: Der Besitz bestimmter Waren gilt als „normal“ oder gar „notwendig“, während das zu einem früheren Zeitpunkt nicht der Fall war. Dies eben ist das historische und moralische Moment bei der Bestimmung des Werts der Arbeitskraft, von dem Marx spricht. „Moralisch“ heißt hier nur, daß dieses Element von historisch gegebenen gesellschaftlichen Anschauungen und Ansprüchen abhängt, also von subjektiven Dingen, die freilich in letzter Instanz wiederum ökonomisch determiniert sind. Der Arbeiter kann also eine größere und vielfältigere Ansammlung von Konsumgütern erhalten als zuvor, und dennoch kann der Preis der Arbeitskraft zugleich unter den Wert gefallen sein.

Aber auch der Wert der Arbeitskraft selbst kann gefallen sein, obwohl sich dieser in einem „verbesserten Warenkorb“ ausdrückt: Der Wert dieses „Warenkorbes“ hängt ja ab von der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit, die zur Produktion dieser Waren erforderlich ist. Und die Zeit, die erforderlich ist, um eine gegebene Ansammlung von Waren herzustellen, sinkt mit der ständigen Steigerung der Produktivität. *„Der Wert der Arbeitskraft löst sich auf in den Wert einer bestimmten Summe von Lebensmitteln. Er wechselt daher auch mit dem Wert dieser Lebensmittel, d.h. der Größe der zu ihrer Produktion erheischten Arbeitszeit.“* (MEW 23 S. 186; oder AW III S. 196) Und bezüglich des Werts dieser Lebensmittel gilt, was für das Verhältnis von wechselnder Produktivität, Wert und Gebrauchswert immer gilt: *„Dieselbe Arbeit ergibt daher in denselben Zeiträumen stets dieselbe Wertgröße, wie immer die Produktivkraft wechsle. Aber sie liefert in demselben Zeitraum verschiedene Quanta (Mengen, d. Verf.) Gebrauchswerte.“* (MEW 23 S. 61)

Der Wert der Arbeitskraft besteht nicht nur aus der Summe von Lebensmitteln, die erforderlich sind, um den Arbeiter selbst am Leben zu erhalten: *„Der Eigentümer der Arbeitskraft ist sterblich. Soll also seine Erscheinung auf dem Markt eine kontinuierliche sein, wie die kontinuierliche Verwandlung von Geld in Kapital voraussetzt, so muß der Verkäufer der Arbeitskraft sich verewigen, ´wie jedes lebendige Individuum sich verewigt, durch Fortpflanzung´* (zitiert nach Petty, einem klassischen bürgerlichen Politökonom). *Die durch Abnutzung und Tod dem Markt entzogenen Arbeitskräfte müssen zum allermindesten durch eine gleiche Zahl neuer Arbeitskräfte beständig ersetzt werden. Die Summe der zur Produktion der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel schließt also die Lebensmittel der Ersatzmänner ein, d.h. der Kinder der Arbeiter, so daß sich diese Race eigentümlicher Warenbesitzer auf dem Warenmarkte verewigt.*“ (MEW 23 S. 185 f.; oder AW III S. 195 f.)

Mancher mag sich an Marx' scheinbar zynischer Ausdrucksweise stören. Der Arbeiter erscheint hier nur als „Träger von Arbeitskraft“, er braucht eine „Zufuhr von Waren“, um diese Arbeitskraft zu erhalten und um die „durch Abnutzung und Tod dem Markt entzogenen Arbeitskräfte“ zu erneuern usw. Eine derartige Sprache hat sicherlich schon zu Marxens Zeit provoziert, und sie provoziert heute, wo allenthalben und bei jeder Gelegenheit betont wird, der Mensch stehe im Mittelpunkt, noch viel mehr.

Doch zynisch ist nicht eine solche Sprache, die nur die Verhältnisse darstellt - und zwar ohne die Beschönigungen, an denen die Apologeten dieser Verhältnisse interessiert sind. Menschenverachtend sind diese Verhältnisse selbst. Marx sagte zu derlei süßlichen Einwänden kurz und knapp: *„Es ist eine außerordentlich wohlfeile Sentimentalität, diese aus der Natur der Sache fließende Wertbestimmung der Arbeitskraft grob zu finden (...).“* (MEW 23 S. 187; oder AW III S. 197) Man könnte meinen, Marx hätte unsere heutige DGB-Führung vorausgeahnt, die moralisierend jammert: *„Die Arbeitskraft darf keine Ware sein.“* Der Auffassung, daß die Arbeitskraft keine Ware sein darf, sind wir Marxisten

durchaus. Allerdings ziehen wir daraus den Schluß, dafür zu kämpfen, die bestehenden Verhältnisse revolutionär umzuwälzen, den Kapitalismus zu zerschlagen. Wer seinen Frieden mit der Ordnung des sich verwertenden Werts gemacht hat und zugleich süßlich jammert, die Arbeitskraft dürfe keine Ware sein, der betreibt Verkleisterung der Hirne, und zwar mit dem Ziel, diese Ordnung zu verewigen.



Nach alledem sind wir der Frage, wie auf der Grundlage des Austauschs gleicher Werte ein Mehrwert zustandekommen kann, schon bedeutend näher gekommen. Am Ende des 4. Kapitels resümiert Marx:

*„Wir kennen nun die Art und Weise der Bestimmung des Werts, welcher dem Besitzer dieser eigentümlichen Ware, der Arbeitskraft, vom Geldbesitzer gezahlt wird. Der Gebrauchswert, den letzterer seinerseits im Austausch erhält, zeigt sich erst im wirklichen Verbrauch, im Konsumtionsprozeß der Arbeitskraft.“* (MEW 23 S. 189; oder AW III S. 200) Also: Der Kapitalist schließt einen Vertrag mit dem Arbeiter, er kauft die Arbeitskraft und zahlt dafür deren Wert. (Daß der Lohn als Preis der Arbeitskraft dazu tendiert, unter den Wert der Arbeitskraft zu sinken, lassen wir vorerst außer acht. Die Berücksichtigung dieses Umstand ist **nicht** erforderlich, um den Mehrwert zu erklären, den der Kapitalist einsteckt.) Der Kapitalist zahlt den vollen Wert der Arbeitskraft, und er erhält ihren **Gebrauchswert**. Wie jeder Käufer einer Ware kann er diesen Gebrauchswert in der Konsumtion vernutzen. Der Konsumtionsprozeß der Arbeitskraft aber ist eben die Vernutzung der Arbeitskraft in der Produktion. Marx kündigt daher am Ende des 4. Kapitels an, in der weiteren Analyse die Sphäre der Zirkulation zu verlassen und sich *„in die verborgne Stätte der Produktion“* zu begeben. *„Hier wird sich zeigen, nicht nur wie das Kapital produziert, sondern auch wie man es selbst produziert, das Kapital. Das Geheimnis der Plusmacherei muß sich endlich enthüllen.“* (ebenda)

Doch vor dem Verlassen der Zirkulationssphäre versäumt Marx es nicht, zu würdigen, wie die Ziele der bürgerlichen Revolution in dieser Sphäre verwirklicht sind:

*„Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustauschs, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden (Garten Eden: nach der Bibel das Paradies, d. Verf.) der angeborenen Menschenrechte.“* (Marx spottet hier über die bürgerliche Ideologie von angeblich geschichtslosen, **natürlich** gegebenen Menschenrechten.) *„Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham.“* (Bentham, ein englischer Soziologe, wurde von Marx an anderer Stelle als „ein Genie in der bürgerlichen Dummheit“ bezeichnet. Er war Theoretiker der sogenannten Nützlichkeitsphilosophie - Utilitarismus -, wonach „von Natur aus“ ein jeder nur seinen eigenen Nutzen betreibe und damit das Wohl des Ganzen fördere. Im weiteren Zitat zeigt Marx den realen Kern dieser Theorie, daß nämlich die bürgerliche Gesellschaft auf Atomisierung des einzelnen hinausläuft, und spottet zugleich über das Dogma, wonach dies dem Wohl des Ganzen diene.) *„Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren (schließen einen Arbeitsvertrag, d. Verf.) als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt (Vertrag, d. Verf.) ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben.“* (Wiederum beißender Spott über die bürgerliche Ideologie, die die juristische Form des Arbeitsvertrags als eines Vertrags zwischen Gleichen als soziale Realität nimmt.) *„Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine.“* (Wieder beißender Spott: Der Arbeiter verfügt nur über seine Arbeitskraft, der Kapitalist „nur“ über das Geld, womit er Produktionsmittel und Arbeitskraft kaufen kann.) *„Bentham! Denn jedem von den beiden ist es nur um sich zu tun.“* (Dieser Bentham, dieses Genie in der bürgerlichen Dummheit, wäre heute, wo den Arbeitern al-

lenthalben eingehämmert wird, sie hätten auf „die Wirtschaft“, also auf das Kapital, Rücksicht zu nehmen, noch ein Fortschritt!) *„Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sonder Vorteils, ihrer Privatinteressen. Und eben weil so jeder nur für sich und keiner für den andern kehrt, vollbringen alle, infolge einer prästabilierten Harmonie der Dinge (bei Leibniz die von Gott im voraus festgelegte harmonische Ordnung der Welt, eben der „besten aller Welten“, vgl. Kapitel V S. 56, d. Verf.) oder unten den Auspizien (unter der schützenden Obhut, d. Verf.) einer allpfißigen Vorsehung, nur das Werk ihres wechselseitigen Vorteils, des Gemeinnutzens, des Gesamtinteresses.“* (MEW 23 S. 189 f.; oder AW III S. 201) (Der letzte Satz spottet über die bürgerliche Ökonomie, die lehrt, indem jeder sein Privatinteresse verfolge, werde dem Wohle des Ganzen gedient, wodurch ein angebliches gemeinsames Interesse von Lohnarbeiter und Kapitalist unterstellt wird.)

Im letzten Satz des 4. Kapitels deutet Marx an, daß sich in der Sphäre der Produktion herausstellen könnte, daß der angebliche Gemeinnutzen, das angebliche Gesamtinteresse, vielleicht doch eine recht einseitige Angelegenheit sein könnte:

*„Der ehemalige Geldbesitzer (er ist ja jetzt Warenbesitzer, hat für sein Geld Produktionsmittel und Arbeitskraft gekauft, hat den Prozeß G - W vollzogen, d. Verf.) schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andre scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigne Haut zu Markt getragen und nun nichts andres zu erwarten hat als die - Gerberei.“* (MEW 23 S. 191; oder AW III S. 201)

# WOHER KOMMT DER MEHRWERT?

## – 2. Abschnitt des 5. Kapitels von *Kapital* I – (MEW 23 S. 200 - 213; oder AW III S. 212 - 226)

Wenden wir uns also nun - wie angekündigt - der Sphäre der Produktion zu.

Marx geht vom Beispiel der kapitalistischen Herstellung von Garn aus. Baumwolle wird mithilfe einer Spindel zu Garn versponnen. Wie bestimmt sich der Wert des Garns, des Ergebnisses des Arbeitsprozesses?

*„Wir wissen, daß der Wert jeder Ware bestimmt ist durch das Quantum der in ihrem Gebrauchswert materialisierten Arbeit, durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit.“* (MEW 23 S. 201 oder AW III S. 213)

*„Zur Herstellung des Garns war zuerst sein Rohmaterial nötig, z.B. 10 Pfund Baumwolle. Was der Wert der Baumwolle, ist nicht erst zu untersuchen, denn der Kapitalist hat sie auf dem Markt zu ihrem Wert, z.B. zu 10 sh. (Schilling, englische Münze, d. Verf.) gekauft. In dem Preise der Baumwolle ist die zu ihrer Produktion erheischte Arbeit schon als allgemein gesellschaftliche Arbeit dargestellt. Wir wollen ferner annehmen, daß die in der Verarbeitung der Baumwolle verzehrte Spindelmasse, die uns alle andren aufgewandten Arbeitsmittel repräsentiert, einen Wert von 2 sh. besitzt.“* (ebenda)

Wie jede andere Produktion setzt die kapitalistische Produktion Arbeitsgegenstand und Arbeitsmittel voraus, zusammen als **Produktionsmittel** bezeichnet. (Zu den materiellen Bedingungen des Arbeitsprozesses im allgemeinen, unabhängig von seiner kapitalistischen Form, vgl. 1. Abschnitt des 5. Kapitels von Kapital I, MEW 23 S. 192 - 200; oder AW III S. 202 - 212)

**Arbeitsgegenstand** kann sowohl ein noch unbearbeitetes Naturprodukt sein (z.B. ein noch nicht gefangener Fisch im See oder Meer, noch nicht abgebautes Kupfer in einer Kupfermine usw.) als auch Rohmaterial, welches bereits bearbeitet wurde. In ersterem Fall verkörpert der Arbeitsgegenstand keinen Wert, da noch keine menschliche Arbeit „hingesteckt“ wurde. Im zweiten Fall ist die Größe seines Werts bestimmt durch die zur Produktion des Rohmaterials erforderliche Arbeitsmenge. In unserem Beispiel wird diese Arbeitsmenge verkörpert durch 10 sh., die beim Kauf der Baumwolle ausgegeben wurden. Die Baumwolle verschwindet bei der Verarbeitung zu Garn, und die 10 sh., die ihren Wert dargestellt haben, sind der erste Wertbestandteil des neuen Produkts, des Garns. Der Arbeiter überträgt also im Arbeitsprozeß den Wert des vernutzten Rohstoffes auf das neue Produkt.

**Arbeitsmittel** ist in unserem Fall die Spindel. Sie wird bei der Verarbeitung von 10 Pfund Baumwolle nicht vollständig verbraucht. Folglich wird auch nicht ihr gesamter Wert auf das neue Produkt, das Garn, übertragen, sondern nur ein Wertbestandteil, nämlich die „Spindelmasse“, von der Marx spricht, in unserem Beispiel im Wert von 2 sh.

Durch die Vernutzung von **Produktionsmitteln** (nämlich des Arbeitsgegenstandes und der Arbeitsmittel) wurden also in unserem Beispiel insgesamt 12 sh. (10 + 2) auf das neue Produkt, das Garn, übertragen. Dieser Wert, die 12 sh., wurden nicht in dem von uns untersuchten Arbeitsprozeß, der unmittelbaren Herstellung von Garn, geschaffen, sondern zu Beginn dieses Prozesses bereits vorgefunden. Sie wurden in früheren Arbeitsprozessen, nämlich bei Produktion der Baumwolle und der Spindel, geschaffen. Da diese Produkte allerdings erforderlich sind, um das Garn herzustellen, geht die zur ihrer Produktion erforderliche Arbeitsmenge in den Wert des Garns ein. Dasselbe in den Worten von Marx ausgedrückt: *„Die zur Produktion der Baumwolle erheischte Arbeitszeit ist Teil der zur Produktion des Garns, dessen Rohmaterial sie bildet, erheischten Arbeitszeit und deshalb im Garn enthalten. Ebenso verhält es sich mit der*

*Arbeitszeit, die zur Produktion der Spindelmasse erheischt ist, ohne deren Verschleiß oder Konsum die Baumwolle nicht versponnen werden kann.“ (MEW 23 S. 202; oder AW III S. 214. Konsum heißt hier „produktive Konsumtion“, nämlich Vernutzung von Produktionsmitteln im Produktionsprozeß.)*

Marx unterstellt nun, daß die Goldmasse von 12 sh., die erforderlich war, um die für den von uns untersuchten Arbeitsprozeß erforderlichen Produktionsmittel zu kaufen, das Produkt von zwei Arbeitstagen à 12 Stunden, also von 24 Arbeitsstunden, ist. Durch die Übertragung des Werts der vernutzten Produktionsmittel (Baumwolle und Spindelmasse) sind dann im Neuprodukt, im Garn, zunächst einmal zwei Arbeitstage à 12 Stunden bzw. 24 Arbeitsstunden vergegenständlicht. (MEW 23 S. 202; oder AW III S. 214)

Doch nicht nur die zu Beginn des Produktionsprozesses bereits in kristallisierter Form vorhandene Arbeitsmenge, die in den Rohstoffen und Arbeitsmitteln verdinglicht ist, bestimmt den Wert des Neuprodukts, sondern auch die lebendige Arbeit, die im Prozeß der Verarbeitung der Baumwolle zu Garn geleistet wird. Selbstredend kann uns diese Arbeit hier nur als abstrakte Arbeit interessieren: *„Sofern die Arbeit des Spinners (...) wertbildend ist, d.h. Wertquelle, ist sie durchaus nicht verschieden von der Arbeit des Kanonenbohrers, oder, was uns hier näher liegt, von den in den Produktionsmitteln des Garns verwirklichten Arbeiten des Baumwollpflanzers und des Spindelmachers.“ (MEW 23 S. 203; oder AW III S. 215 f.)* Marx unterstellt nun, daß in einer Stunde  $1 \frac{2}{3}$  Pfund Baumwolle versponnen, also in  $1 \frac{2}{3}$  Pfund Garn verwandelt werden. Demzufolge *„zeigen 10 Pfund Garn 6 eingesaugte Arbeitsstunden an.“ (MEW 23 S. 204; oder AW III S. 217)* Dies ist also in unserem Beispiel der durch den Spinnprozeß geschaffene Neuwert: 6 Stunden festgeronnener Arbeitszeit (unter der Voraussetzung, daß die Spinnarbeit einfache Arbeit, d.h. gesellschaftliche Durchschnittsarbeit ist). Der Gesamtwert der 10 Pfund Garn ist demnach in unserem Beispiel festgeronnene Arbeit in der Menge von  $2 \frac{1}{2}$  Arbeitstagen (2 Tage für die Produktion der

erforderlichen Rohstoffe und Arbeitsmittel + 1/2 Tag für das Verspinnen der Baumwolle zu Garn).

Haben wir oben unterstellt, daß geronnene einfache Arbeit in der Menge eines Arbeitstages à 12 Stunden sich in 6 sh. darstellt, so wurde in den 6 Stunden bzw. dem halben Arbeitstag, den unser Spinner brauchte, ein Neuwert von 3 sh. geschaffen. Der Gesamtwert der 10 Pfund Garn beträgt dann 15 sh., die sich wie folgt zusammensetzen:

12 sh. (= 2 Arbeitstage) für die Herstellung von Baumwolle und Spindelmasse + 3 sh. (= 1/2 Arbeitstag) für die Verarbeitung der Baumwolle zu Garn.

Unterstellen wir jetzt, daß der Tageswert der Arbeitskraft 3 sh. ist. Anders ausgedrückt: Der Durchschnittswert der täglich benötigten Lebensmittel eines Arbeiters beträgt 3 sh. Wird die Arbeitskraft zu ihrem Wert verkauft, erhält der Spinner also einen Lohn in Höhe des Wertes seiner Ware Arbeitskraft, so muß unser Kapitalist ihm für einen Arbeitstag à 12 Stunden 3 sh. bezahlen. Der Kapitalist hat somit 12 sh. für Produktionsmittel und 3 sh. für Arbeitskraft ausgegeben. Nach 6 Stunden Arbeit kann er 10 Pfund Garn zu einem Wert von 15 sh. in Empfang nehmen. Nun aber kommen wir zum entscheidenden Punkt: Der Kapitalist hat die Arbeitskraft des Spinners **für einen ganzen Tag** gekauft! *„Der Arbeiter findet daher in der Werkstätte die nötigen Produktionsmittel nicht nur für einen sechsständigen, sondern für einen zwölfständigen Arbeitsprozeß.“* (MEW 23 S. 208; oder AW III S. 221) In diesem zwölfständigen Arbeitsprozeß werden 20 Pfund Baumwolle zu 20 Pfund Garn versponnen. Das Endprodukt, die 20 Pfund Garn, stellen geronnene Arbeit von 5 Arbeitstagen dar, deren Goldausdruck 30 sh. beträgt. 24 sh. muß der Kapitalist für Baumwolle und Spindelmasse bezahlen, 3 sh. Lohn für 12 Stunden Arbeit. 27 sh. hat er bezahlt, 30 sh. hat er erhalten. Wie war das möglich?

*„(...) die vergangne Arbeit, die in der Arbeitskraft steckt, und die lebendige Arbeit, die sie leisten kann, ihre täglichen Erhaltungskosten und ihre tägliche Verausgabung, sind zwei ganz verschiedene Größen. Die erstere bestimmt ihren Tauschwert, die andre bildet ihren Gebrauchswert. Daß ein*

*halber Arbeitstag nötig, um ihn während 24 Stunden am Leben zu erhalten, hindert den Arbeiter keineswegs, einen ganzen Tag zu arbeiten. Der Wert der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß sind also zwei verschiedene Größen. Diese Wertdifferenz hatte der Kapitalist im Auge, als er die Arbeitskraft kaufte. Ihre nützliche Eigenschaft, Garn oder Stiefel zu machen, war nur eine conditio sine qua non (notwendige Bedingung, d. Verf.), weil Arbeit in nützlicher Form verausgabt werden muß, um Wert zu bilden. Was aber entschied, war der spezifische Gebrauchswert dieser Ware, Quelle von Wert zu sein und von mehr Wert, als sie selbst hat. Dies ist der spezifische Dienst, den der Kapitalist von ihr erwartet. Und er verfährt dabei den ewigen Gesetzen des Warenaustausches gemäß. (Dieser Satz enthält einerseits Spott über die bürgerlichen Ökonomen, die die Gesetze der Warenproduktion für ewig halten, andererseits den Hinweis darauf, daß das Wertgesetz in der warenproduzierenden Wirtschaft tatsächlich universell gilt und auch den Verkauf der Arbeitskraft regelt, d. Verf.) In der Tat, der Verkäufer der Arbeitskraft, wie der Verkäufer jeder andren Ware, realisiert ihren Tauschwert und veräußert ihren Gebrauchswert. Er kann den einen nicht erhalten, ohne den andren wegzugeben. Der Gebrauchswert der Arbeitskraft, die Arbeit selbst, gehört ebensowenig ihrem Verkäufer, wie der Gebrauchswert des verkauften Öls dem Ölhändler. Der Geldbesitzer hat den Tageswert der Arbeitskraft gezahlt; ihm gehört daher ihr Gebrauch während des Tages, die tagelange Arbeit. Der Umstand, daß die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Arbeitstag kostet (im zuvor angeführten Beispiel nämlich, d. Verf.), obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag wirken, arbeiten kann, daß daher der Wert, den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist als ihr eigener Tageswert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer.“ (MEW 23 S. 207 f.; oder AW III S. 220 f.)*

Natürlich sind die von Marx angeführten und von uns wiedergegebenen Zahlen willkürlich gewählt und durch andere ersetzbar. Unumstößlich ist allerdings im Kapitalismus

das durch diese Zahlen illustrierte **Mehrwertgesetz**, wonach der Gebrauch der Ware Arbeitskraft einen größeren Wert zutage fördert, als ihr Tauschwert beinhaltet. Dieses Ergebnis kann für uns nicht überraschend sein: Schon in Kapitel I haben wir gesehen, daß die Klassengesellschaft von der Geschichte an dem Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde, an dem aufgrund der gestiegenen Produktivität der Arbeit ein Mehrprodukt entstand. Ohne Existenz des Mehrprodukts keine Sklaverei, denn ohne Mehrprodukt kann man gefangene Feinde nicht für sich arbeiten lassen, sondern kann sie allenfalls aufessen. Der ersten geschichtlichen Form der Ausbeutung, ihrer rohesten, unverhülltesten, der Sklaverei, entsprach eine immer noch relativ niedrige (wenngleich gegenüber der Urgesellschaft gewachsene) Produktivität. Dem Übergang zur Feudalgesellschaft und dann wiederum dem Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Form der Ausbeutung liegt jeweils ein weiteres Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit zugrunde, folglich ein Wachsen des Mehrprodukts. Verwunderlich ist nach alledem nicht, daß es im Kapitalismus ein Mehrprodukt gibt, welches der Ausbeuter sich aneignet, sondern verwunderlich wäre das Gegenteil. Freilich hinderte ihr Klasseninteresse die bürgerlichen Ökonomen, das **Mehrwertgesetz** zu entdecken. Dessen Entdeckung blieb Marx vorbehalten.



An dieser Stelle wollen wir einen Fehler korrigieren, der uns in Kapitel VIII unterlaufen ist. Wir sagten dort auf Seite 96, daß wir es bei der einfachen Warenproduktion - im Gegensatz zur kapitalistischen - „im großen und ganzen“ nicht mit einem Mehrprodukt zu tun haben. Das ist ungenau. Was heißt „im großen und ganzen“? In welcher Hinsicht haben wir es mit Mehrprodukt zu tun und in welcher Hinsicht nicht?

Bereits in Kapitel II haben wir auf S. 18 ff. gesehen: Die Warenproduktion setzt einen bestimmten Grad der gesellschaftlichen Arbeitsteilung voraus, der seinerseits wiederum

einen bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte erfordert. Dieser Entwicklungsstand der Produktivkräfte beinhaltet, daß ein Mehrprodukt hergestellt wird. Überdies darf nicht übersehen werden, daß die einfache Warenproduktion keineswegs eine eigenständige Geschichtsepoche darstellt; sie ist vielmehr in die vorkapitalistischen Ausbeutergesellschaften „eingeschoben“ und entwickelt sich in deren Schoß. Ausbeutung aber setzt Mehrprodukt voraus. Auf dieser Stufe der geschichtlichen Entwicklung gab es also bereits ein Mehrprodukt.

Somit sind auch folgende Formulierungen in Kapitel VIII irreführend bzw. falsch: „*uneingeschränkte Warenproduktion ohne Kapitalismus ist auf Grundlage der Produktion eines Mehrprodukts unmöglich*“ (S. 91). „*Die einfache Warenproduktion ist ja unwiederbringlich vorbei; die Betriebe stellen ein Mehrprodukt her*“ (S. 93), „*Haben wir es mit Mehrprodukt zu tun (...), so kann die Wareneigenschaft des Produkts nicht beibehalten werden, ohne zugleich alle Gesetze der kapitalistischen Produktion und Zirkulation beizubehalten*“ (S. 97) Alle diese Formulierungen setzen fälschlich voraus oder legen zumindest nahe, daß die einfache Warenproduktion kein Mehrprodukt kannte. In Wirklichkeit aber setzt die einfache Warenproduktion Mehrprodukt voraus.

Wie kam es zu diesem Fehler? Durch Verabsolutierung der **logischen** Formel der einfachen Warenzirkulation. Die Existenz des Mehrprodukts spiegelt sich nämlich in der **logischen Formel** der einfachen Warenzirkulation ( $W - G - W$ ) **nicht** wider. Warum nicht?

Das von den einfachen Warenproduzenten hergestellte Mehrprodukt geht nicht in den Zirkulationsprozeß der einfachen Warenproduktion ein, sondern „verschwindet“ woanders. Es kommt beispielsweise zur Schatzbildung, d.h. Warenproduzenten horten Reichtümer, anstatt sie produktiv zu investieren. (Investierten sie produktiv, d.h. in Produktionsmittel und Arbeitskraft, so wären sie keine einfachen Warenproduzenten mehr, sondern Kapitalisten.) Und/oder das Mehrprodukt (bzw. ein Teil davon) wird von Kaufleuten

angeeignet, die die einfachen Warenproduzenten durch ungleichen Handel übervorteilen. (Vgl. Kapitel II, Seite 59 ff.) Daher erfordert die **logische** Darstellung der einfachen Warenzirkulation die Abstraktion von der Existenz eines Mehrprodukts.

Doch die Produktivkräfte entwickeln sich weiter, und bei einer gewissen Stufe dieser Entwicklung tritt ein qualitativer Sprung ein. Das in der Warenproduktion erzeugte Mehrprodukt „verschwindet“ jetzt nicht mehr, sondern es tritt in der Warenzirkulation in Erscheinung. Es wird nun von den Besitzern der Produktionsmittel als Kapital akkumuliert. Dieser Gegensatz zwischen einfacher und kapitalistischer Warenproduktion wird in Kapitel VIII auf Seite 96 **richtig** hervorgehoben: *„Einfache Warenproduktion und -zirkulation bedeutet, daß der Warenproduzent seine Ware verkauft, um ein Produkt zu erwerben, nach dem er ein Bedürfnis hat. Im Gegensatz zur kapitalistischen Warenproduktion dient diese Transaktion nicht der Anhäufung von Wert.“* Im Kapitalismus hingegen ist die Akkumulation von Mehrwert, wie oben gezeigt, Zweck der Warenproduktion und -zirkulation, und dies setzt voraus, daß die Arbeitskraft selbst zur Ware wird. (Den geschichtlichen Prozeß dieses Übergangs haben wir in den Kapiteln II und Kapitel VI dargestellt.)

Mit anderen Worten: Bei einem gewissen Entwicklungsstand der Produktivkräfte geht die einfache Warenproduktion **gesetzmäßig** in kapitalistische Warenproduktion über. Ist diese Stufe erreicht, so kann der Wirkungsbereich der kapitalistischen Gesetze nicht verlassen werden, ohne den Wirkungsbereich der Gesetze der Warenproduktion überhaupt zu verlassen bzw. - in der Übergangsgesellschaft Sozialismus - zunächst einmal bedeutend einzuschränken. Ein „Marktsozialismus“ ist daher unmöglich, ist ein Widerspruch in sich. Auch einfache Warenproduktion ohne Kapitalismus ist nicht mehr möglich, denn dies würde eine entsprechende Rückentwicklung der Produktivkräfte voraussetzen. Ein solches Zurückdrehen des Rades der Geschichte ist weder möglich noch erstrebenswert.

Unsere in Kapitel VIII geübte Kritik an den Sozialismus-Thesen der DKP sowie an Hans Heinz Holz ist somit auch in dieser Hinsicht im Ergebnis richtig. Holz' Forderung, den Kapitalismus zu beseitigen, die Warenproduktion jedoch beizubehalten, läuft darauf hinaus, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Das ist eine reaktionäre Utopie. Freilich ist Holz auf seine Art konsequent, wenn er mit dem Wert auch den Mehrwert erhalten will: „Nicht der Wert, nicht einmal der Mehrwert ist das Übel der kapitalistischen Produktionsweise (...).“ (Holz, Kommunisten Heute, S. 128; vgl. Kapitel VIII, S. 95) Wenn man den Wert beibehalten will, muß man beim heutigen Stand der Produktivkräfte auch den Mehrwert beibehalten und damit die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Doch diese Konsequenz ist eine antimarxistische und gegen das Proletariat gerichtete Konsequenz.



Marx:

*„Alle Bedingungen des Problems sind gelöst und die Gesetze des Warenaustausches in keiner Weise verletzt. Äquivalent wurde gegen Äquivalent ausgetauscht. Der Kapitalist zahlte als Käufer jede Ware zu ihrem Wert, Baumwolle, Spindelmasse, Arbeitskraft. Er tat dann, was jeder andre Käufer von Waren tut. Er konsumierte ihren Gebrauchswert. Der Konsumtionsprozeß der Arbeitskraft, der zugleich Produktionsprozeß der Ware, ergab ein Produkt von 20 Pfund Garn mit einem Wert von 30 sh. Der Kapitalist kehrt nun zum Markt zurück und verkauft Ware, nachdem er Ware gekauft hat. Er verkauft das Pfund Garn zu 1 sh. 6 d. (6 d: 6 Penny = ½ sh., er verkauft also das Pfund zu 1½ sh., da 30 : 20 = 1½, d. Verf.), keinen Deut über oder unter seinem Wert. Und doch zieht er 3 sh. mehr aus der Zirkulation heraus, als er ursprünglich in sie hineinwarf. Dieser ganze Verlauf, die Verwandlung des Geldes in Kapital, geht in der Zirkulationssphäre vor und geht nicht in ihr vor. Durch die Vermittlung der Zirkulation, weil bedingt durch den Kauf der Arbeitskraft auf dem Warenmarkt. Nicht in der Zirkulation,*

denn sie leitet nur den Verwertungsprozeß ein, der sich in der Produktionssphäre zuträgt. Und so ist *´tout pour le mieux dans le meilleur des mondes possibles´*.“ (MEW 23 S. 209; oder AW III S. 222. Der letzte Satz „So ist alles aufs beste bestellt in der besten aller Welten.“ ist ein Zitat aus Voltaires satirischem Roman *Candide*. Voltaire verspottete mit diesem im Roman häufig wiederholten Ausspruch die Metaphysik des Leibniz. Leibniz zufolge leben wir „in der besten aller Welten“, weil die gegenteilige Annahme der theologischen Voraussetzung, die Welt sei von einem allmächtigen, allwissenden, allgütigen und allweisen Gott geschaffen worden, widerspräche; vgl. auch Kapitel V S. 56)

Lächerlich also die Vorstellung, die Aneignung des Mehrwerts durch den Kapitalisten sei eine „ungerechte Verteilung“. Diese Verteilung entspricht der Logik der bürgerlichen Ordnung, ihren ökonomischen Gesetzen, ihren Produktionsverhältnissen, ihrer Eigentumsordnung. Diese Verteilung ist gesetzmäßig innerhalb dieser Produktionsweise. Es wäre daher reine Donquichotterie, eine solche **Verteilung als solche** anzugreifen, ohne die bürgerlichen Produktionsverhältnisse in Frage zu stellen: Im Sozialismus gibt es keine Verteilung zwischen Arbeiter und Kapitalist mehr, da keine Kapitalisten, und im Kapitalismus ist die Aneignung des Mehrwerts durch den Kapitalisten so gesetzmäßig wie das Fallen des Steines nach unten. Ausdrücklich wandte sich Marx z.B. gegen einen gewissen Wagner: *„Dunkelmann schiebt mir unter, daß ´der von den Arbeitern **allein** produzierte **Mehrwert** den kapitalistischen Unternehmern **ungebührlicher Weise** verbliebe´*. (...) Nun sage ich das direkte Gegenteil; nämlich, daß die Warenproduktion notwendig auf einem gewissen Punkt zur *´kapitalistischen´* Warenproduktion wird, und daß nach dem sie beherrschenden **Wertgesetz** der *´Mehrwert´* dem Kapitalisten gebührt und nicht dem Arbeiter.“ (Marx, Randglossen zu Adolph Wagners „Lehrbuch der politischen Ökonomie“, MEW 19 S. 382, Hervorhebungen von Marx) Eine Beschwerde über die „Ungebühr“ des Kapitalisten, der sich den Mehrwert aneignet, wäre in Wirklichkeit kapitalistische Apologie, denn so wür-

de der Eindruck hervorgerufen, es könne im Kapitalismus auch anders sein. Marx erklärte daher: „*Statt des konservativen Mottos: 'Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!' sollte sie (die Arbeiterklasse, d. Verf.) auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: 'Nieder mit dem Lohnsystem!'*“ (Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW 16 S. 152; oder AW III S. 127 f.)

Statt über „ungerechte Verteilung“ zu jammern, die angeblich durch eine „gerechte“ Verteilung des Arbeitsprodukts zwischen Kapitalist und Arbeiter ersetzt werden könne, müssen Logik und Mechanismus der kapitalistischen Produktion untersucht werden, um die kapitalistische Ausbeutung aufzudecken, und muß für die Beseitigung dieser Verhältnisse gekämpft werden.

Um einem möglichen Mißverständnis vorzubeugen: Damit sagen wir keinesfalls, die Lohnarbeiter könnten nicht um die Höhe ihres Lohnes und damit um die jeweilige Verteilung der von ihnen geschaffenen Werte zwischen sich und den Kapitalisten kämpfen. Wir werden im nächsten Kapitel sehen, daß und warum sie diesen Kampf führen können und müssen und welchen Gesetzmäßigkeiten er unterliegt.

Wir wollen an dieser Stelle nur hervorheben, daß der Kampf um die Höhe des Lohnes **nichts** daran ändern kann, daß die Kapitalisten sich den von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert ohne Äquivalent aneignen, daß diese Ordnung der Dinge bei kapitalistischen Produktionsverhältnissen **gesetzmäßig** ist.

Marx: „(...) *sofern jede einzelne Transaktion fortwährend dem Gesetz des Warenaustausches entspricht, der Kapitalist stets die Arbeitskraft kauft, der Arbeiter sie stets verkauft, und wir wollen annehmen selbst zu ihrem wirklichen Wert, schlägt offenbar das auf Warenproduktion und Warenzirkulation beruhende Gesetz der Aneignung oder Gesetz des Privateigentums durch seine eigne, innere, unvermeidliche Dialektik in sein direktes Gegenteil um. Der Austausch von Äquivalenten, der als die ursprüngliche Operation erschien, hat sich so gedreht, daß nur zum Schein ausgetauscht wird, indem erstens der gegen Arbeitskraft ausgetauschte Kapitalteil selbst nur ein Teil des ohne Äquivalent angeeigneten fremden Arbeitsproduktes* (des Mehr-

werts, d. Verf.) **ist und zweitens von seinem Produzenten, dem Arbeiter, nicht nur ersetzt, sondern mit neuem Surplus** (Mehrwert, d. Verf.) **ersetzt werden muß.** (Der Arbeiter erarbeitet für den Kapitalisten nicht nur einen Wert, dessen Größe dem Lohn entspricht, den der Kapitalist ihm zahlt, sondern eben auch noch den Mehrwert, den der Kapitalist sich ohne Gegenleistung, ohne Äquivalent aneignet. D. Verf.) *Das Verhältnis des Austausches zwischen Kapitalist und Arbeiter wird also **nur ein dem Zirkulationsprozeß angehöriger Schein, bloße Form, die dem Inhalt selbst fremd ist und ihn nur mystifiziert.** Der beständige Kauf und Verkauf der Arbeitskraft ist die Form. Der Inhalt ist, daß der Kapitalist einen Teil der bereits vergegenständlichten fremden Arbeit, die er sich unaufhörlich ohne Äquivalent aneignet, stets wieder gegen größeres Quantum lebendiger fremder Arbeit umsetzt. Ursprünglich* (nämlich bei Betrachtung der einfachen Warenproduktion, vgl. Kapitel VIII, d. Verf.) *erschien uns das Eigentumsrecht gegründet auf eigne Arbeit. Wenigstens mußte diese Annahme gelten, da sich nur gleichberechtigte Warenbesitzer gegenüberstehn, das Mittel zur Aneignung fremder Ware aber nur die Veräußerung der eignen Ware, und letztere nur durch Arbeit herstellbar ist. Eigentum erscheint jetzt auf Seite des Kapitalisten als das Recht, fremde unbezahlte Arbeit oder ihr Produkt, auf der Seite des Arbeiters als Unmöglichkeit, sich sein eignes Produkt anzueignen. Die Scheidung zwischen Eigentum und Arbeit wird zur notwendigen Konsequenz eines Gesetzes, das scheinbar von ihrer Identität ausging.“* (Kapital I, MEW 23 S. 609 f., Hervorhebungen v. Verf.)

In der Tat: Der einfache Warenproduzent kann sich nur die Früchte **seiner** Arbeit aneignen. Der kapitalistische Warenproduzent hingegen **läßt** arbeiten und eignet sich die Früchte der Arbeit „seiner“ Lohnarbeiter an, während letztere **kein** Eigentumsrecht an den Produkten ihrer Arbeit erwerben.

Nochmals zurück zur Bildung des Wertes der kapitalistisch produzierten Waren. Der Wert ist vergegenständlichte abstrakte Arbeit, deren Menge in Arbeitszeit gemessen wird.

*„Ob in den Produktionsmitteln enthalten oder durch die Arbeitskraft zugesetzt, die Arbeit zählt nur noch in ihrem Zeitmaß. Sie beträgt so viele Stunden, Tage usw.“ (MEW 23 S. 210; oder AW III S. 223)*

Zu berücksichtigen ist jedoch, daß der Wert nicht bestimmt ist durch die individuell verausgabte Menge von Arbeit, sondern durch die gesellschaftlich erforderliche. Deshalb fährt Marx fort: *„Sie zählt jedoch nur, soweit die zur Produktion des Gebrauchswerts verbrauchte Zeit gesellschaftlich notwendig ist. Es umfaßt dies Verschiednes. Die Arbeitskraft muß unter normalen Bedingungen funktionieren. Ist die Spinnmaschine das gesellschaftlich herrschende Arbeitsmittel für die Spinnerei, so darf dem Arbeiter nicht ein Spinnrad in die Hand gegeben werden. Statt Baumwolle von normaler Güte muß er nicht Schund erhalten, der jeden Augenblick reißt. In beiden Fällen würde er mehr als die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur Produktion eines Pfundes Garn verbrauchen, diese überschüssige Zeit aber nicht Wert oder Geld bilden. Der normale Charakter der gegenständlichen Arbeitsfaktoren hängt jedoch nicht vom Arbeiter, sondern vom Kapitalisten ab. Fernere Bedingung ist der normale Charakter der Arbeitskraft selbst. In dem Fach, worin sie verwandt wird, muß sie das herrschende Durchschnittsmaß von Geschick, Fertigkeit und Raschheit besitzen. Aber unser Kapitalist kaufte auf dem Arbeitsmarkt Arbeitskraft von normaler Güte. Diese Kraft muß in dem gewöhnlichen Durchschnittsmaß der Anstrengung, mit dem gesellschaftlich üblichen Grad von Intensität verausgabt werden. Darüber wacht der Kapitalist ebenso ängstlich, als daß keine Zeit ohne Arbeit vergeudet wird. Er hat die Arbeitskraft für bestimmte Zeitfrist gekauft. Er hält darauf, das Seine zu haben. Er will nicht bestohlen sein. Endlich - und hierfür hat derselbe Herr einen eignen code pénal (ein eignes Strafgesetzbuch, d. Verf.) - darf kein zweckwidriger Konsum von Rohmaterial und Arbeitsmitteln stattfinden, weil vergeudetetes Material oder Arbeitsmittel überflüssig verausgabte Quanta (Mengen, d. Verf.) vergegenständlichter Arbeit darstellen,*

*also nicht zählen und nicht in das Produkt der Wertbildung eingehn.“ (ebenda)*

Hieraus folgt unter anderem, daß Antreiberei und Arbeitshetze der kapitalistischen Produktion gesetzmäßig innewohnen, also ihren Gesetzen geschuldet sind und nicht etwa der zufälligen Bosheit dieses oder jenes Kapitalisten. Treibt der Kapitalist weniger an, als es im gesellschaftlichen Mittel geschieht, so muß er mehr Arbeitskraft kaufen als sein im durchschnittlichen Maße antreibender Konkurrent, um dieselbe Wertmenge produzieren zu lassen. Sein Kapital wirft (bei sonst gleichen Bedingungen) geringeren Mehrwert ab, als im gesellschaftlichen Mittel abgeworfen wird. Treibt er mehr an, als gesellschaftlich üblich, so erhält er durch die Vernutzung einer gegebenen Menge von Arbeitskraft größeren Wert als im gesellschaftlichen Mittel und folglich auch größeren Mehrwert.

Was die Notwendigkeit betrifft, mit Rohstoffen und Arbeitsmitteln sparsam zu wirtschaften, so weist Marx darauf hin, daß wir es hier mit einem wesentlichen Grund dafür zu tun haben, warum die Lohnarbeit der Sklavenarbeit ökonomisch überlegen ist: *„Dies ist einer der Umstände, die auf Sklaverei gegründete Produktion verteuern. Der Arbeiter soll sich hier, nach dem treffenden Ausdruck der Alten (nämlich der römischen Sklavenhalter, d. Verf.), nur als instrumentum vocale (sprachbegabtes Werkzeug, d. Verf.) von dem Tier als instrumentum semivocale (stimmbegabtem Werkzeug, d. Verf.) und dem toten Arbeitszeug als instrumentum mutum (stummem Werkzeug, d. Verf.) unterscheiden. Er selbst aber läßt Tier und Arbeitszeug fühlen, daß er nicht ihresgleichen, sondern ein Mensch ist. Er verschafft sich das Selbstgefühl seines Unterschieds von ihnen, indem er sie mißhandelt und con amore (mit Vorliebe, d. Verf.) verwüstet. Es gilt daher als ökonomisches Prinzip in dieser Produktionsweise, nur die rohsten, schwerfälligsten, aber grade wegen ihrer unbehilflichen Plumpeheit schwer zu ruinierenden Arbeitsinstrumente anzuwenden. Bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs fand man daher in den am Meerbusen von Mexiko liegenden Sklavenstaaten Pflüge altchinesischer Konstruktion, die den Boden*

*aufwühlen wie ein Schwein oder Maulwurf, aber ihn nicht spalten und wenden (...). In seinem 'Seaboard Slave States' (...) erzählt Olmsted (nordamerikanischer Landwirt und Gartenarchitekt, der hier über die Südstaaten der USA schreibt, deren Produktion vor dem Bürgerkrieg vorwiegend auf Sklavenarbeit beruhte, d. Verf.) u.a.: 'Man hat mir hier Werkzeuge gezeigt, mit denen bei uns kein vernünftiger Mensch seinen Arbeiter belasten würde, dem er Lohn zahlt. Ihr außerordentliches Gewicht und ihre Plumpheit müssen nach meiner Ansicht die Arbeit mit ihnen um mindestens 10 Prozent schwerer machen als mit den gewöhnlich bei uns verwendeten. Wie man mir jedoch versichert, ist es bei der fahrlässigen und klobigen Art, in der sie von den Sklaven anscheinend benutzt werden, nicht möglich, ihnen mit gutem Erfolg leichtere oder weniger derbe Werkzeuge anzuvertrauen; solche Werkzeuge, wie wir sie ständig, und zwar mit gutem Gewinn für uns, unseren Arbeitern anvertrauen, würden auf einem Kornfeld in Virginia nicht einen Tag überdauern - obwohl der Boden leichter und steinfreier ist als der unsere. Gleichfalls wurde mir auf meine Frage, warum auf den Farmen so allgemein Pferde durch Maultiere ersetzt werden, als erster und zugestandenermaßen ausschlaggebender Grund angegeben, daß Pferde die Behandlung nicht ertragen, die sie von den Negern ständig und zwangsläufig erfahren. Pferde werden von ihnen nach kurzer Zeit lahm gemacht und zu Krüppeln geschlagen, während Maultiere Prügel und hie und da den Ausfall von ein oder zwei Fütterungen aushalten, ohne körperlich geschädigt zu werden. Sie erkälten sich auch nicht und werden nicht krank, wenn sie vernachlässigt und überarbeitet werden. Doch ich brauche gar nicht weiter zu gehen als zum Fenster des Zimmers, in dem ich schreibe, um fast zu jeder Zeit eine Behandlung des Viehs zu sehen, die wohl bei jedem Farmer im Norden zur sofortigen Entlassung des Treibers führen würde.'* (MEW 23 S. 210 f.; oder AW III S. 224 f.)

Ab einem bestimmten Grad der Entwicklung der Produktivkräfte ist die Ausbeutung nur noch in der fortgeschrittensten Form der Lohnarbeit möglich, während sich frühere

Formen - neben der Sklaverei auch die Leibeigenschaft - ökonomisch überholt haben. Die weitere Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb der kapitalistischen Produktion führt schließlich dazu, daß viele Arbeiten einen Arbeiter erfordern, der in hohem Maße an seiner Tätigkeit und deren Ergebnis interessiert ist. Deshalb entwickeln die Manager des Kapitals Strategien, um „das Gold in den Köpfen der Beschäftigten zu nutzen“: Entscheidungskompetenzen sollen nach unten verlagert werden, Arbeiterkollektive sollen Probleme des Produktionsprozesses diskutieren, für das ganze Unternehmen denken und handeln usw. Letztlich müssen derartige Ziele des Kapitals aber daran scheitern, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse dem Arbeiter immer wieder vor Augen führen, daß die Produktion nicht an seinen Interessen ausgerichtet ist, sondern an der Selbstverwertung des Kapitals. So werden die Widersprüche der kapitalistischen Ordnung mit der Entwicklung der Produktivkräfte immer schärfer. (Vgl. hierzu theoretisches Organ der KPD *Weg der Partei* Nr. 2/93: Zum 175. Geburtstag von Karl Marx)

**VERSTÄNDNISFRAGEN ZU DEN SEITEN 7 BIS 37:**

Durch den Versuch, die nachstehenden Fragen zu beantworten, können die Leserinnen und Leser überprüfen, ob sie sich wesentliche Kernpunkte des vorstehenden Textes angeeignet haben. Wenn die Beantwortung einer Frage Schwierigkeiten macht, empfiehlt es sich, die betreffenden Ausführungen nochmals nachzulesen:

- ☞ Wie lauten die Zirkulationsformeln der einfachen Warenproduktion und des Kapitals?
- ☞ Warum ist die Bewegung des Kapitals maßlos? Was sind Maß und Ziel der einfachen Warenproduktion?
- ☞ Was ist der Zweck der kapitalistischen Produktion? Warum ist der Konsum der Kapitalisten nicht der letzte Zweck der kapitalistischen Produktion?
- ☞ Entspringt der Mehrwert aus der Zirkulation oder nicht?
- ☞ An welcher Stelle des Zirkulationsprozesses des Kapitals geht die mehrwertbildende Veränderung vor sich? Mit welcher Größe geht sie vor sich?
- ☞ Was ist der Wert der Arbeitskraft? Worin liegt ihr Gebrauchswert?
- ☞ Warum ist der Kapitalist zu Antreiberei und Arbeitshetze gezwungen?

## Philosophischer Einschub:

### Zum Verhältnis von dialektischem und formallogischem Widerspruch

Wir kommen hier zurück zu Marx' Satz, wonach das Kapital nicht aus der Zirkulation entspringen und ebenso wenig aus der Zirkulation nicht entspringen kann, daß es zugleich in ihr und nicht in ihr entspringen muß. Sind derartige Sätze nicht reiner Widersinn? Bestätigen sie nicht das Vorurteil des Spießers, wonach die Dialektik nur sophistische Kunstgriffe beinhalte, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hätten?

Dies wäre dann der Fall, wenn die Dialektiker behaupten würden, ein Ding wäre **in ein und derselben Hinsicht** es selbst und zugleich seine Negation, eine Aussage wäre **in ein und derselben Hinsicht** sowohl wahr als auch falsch, **in ein und derselben Hinsicht** würde sowohl ja als auch nein gelten. Das ist aber nicht der Fall. Dialektiker - sofern sie wirklich Dialektiker sind und keine Sophisten - sind stets bestrebt herauszuarbeiten, **in welcher Hinsicht** ein Ding ist und **in welcher Hinsicht** es seine Negation ist, **in welcher Hinsicht** eine Aussage wahr und **in welcher Hinsicht** sie falsch ist, **in welcher Hinsicht** ja und **in welcher Hinsicht** nein gilt. Die Ware z.B. ist sowohl Gebrauchswert als auch Nicht-Gebrauchswert (vgl. Kapitel VIII S. 12). Aber ist sie in ein und derselben Hinsicht sowohl das eine als auch das andere? Keineswegs. Sie ist Gebrauchswert vom Standpunkt ihres Nichtbesitzers (nämlich ihres potentiellen Käufers), sie ist Nicht-Gebrauchswert vom Standpunkt ihres Besitzers (nämlich ihres Produzenten).

Wenn Marx erklärte, das Kapital könne weder in der Zirkulation entstehen noch in der Zirkulation nicht entstehen, so beinhaltet dieser Satz keinesfalls die Lösung des Problems, sondern es handelt sich erst um die Aufgabenstellung. Gefordert ist eine Lösung, die zeigt, wie das Kapital sowohl in der Zirkulation entsteht als auch in der Zirkulati-

on nicht entsteht, ohne daß dabei die Gesetze der formalen Logik verletzt werden. Zu zeigen ist, **in welcher Hinsicht** das Kapital nicht in der Zirkulation entsteht und **in welcher Hinsicht** es in der Zirkulation entsteht.

Wir haben gesehen, wie Marx das Problem gelöst hat: Das Kapital entsteht **nicht in der Zirkulation, sondern in der Produktion**. Dies ist nur möglich bei produktiver Nutzung eines Gebrauchswertes, der neue Werte schafft. Dieser Gebrauchswert ist die Arbeitskraft als Ware. Diese Ware zirkuliert auf dem Markt. Das Kapital kann nicht entstehen ohne Zirkulation dieser Ware Arbeitskraft, es entsteht **in dieser Hinsicht in der Zirkulation, nämlich vermittelt durch die Zirkulation**. (Diese Lösung kann nicht gefunden werden ohne das empirische Studium der Fakten! Die materialistische Dialektik ist alles andere als eine Summe von Kunstgriffen, mittels derer auf spekulativem Wege Lösungen „im reinen Reiche des Gedankens“ gefunden werden sollen.)

Wir können die Lösung in dem Satz zusammenfassen: Das Kapital entsteht in der Produktion vermittelt der Zirkulation der Arbeitskraft. Damit sind die Gesetze der formalen Logik in keiner Weise verletzt, denn es wird keineswegs behauptet, das Kapital entstehe in ein und derselben Hinsicht sowohl in der Zirkulation als auch nicht in der Zirkulation.

Folgerichtiges Denken muß klar zwischen dialektischen und formallogischen Widersprüchen unterscheiden. Dialektische Widersprüche wohnen ausnahmslos allen Dingen und Prozessen inne und müssen durch die dialektische Analyse aufgedeckt werden. Ein formallogischer Widerspruch hingegen ist stets ein Beweis dafür, daß die betreffende Gedankenkonstruktion die Wirklichkeit **nicht** adäquat widerspiegelt. Folgerichtiges Denken muß formallogische Widersprüche restlos beseitigen. Die formale Logik ist also durch die Dialektik keinesfalls beseitigt, sondern ist in sie eingebettet. (vgl. z.B. Fogarasi, Bela, Dialektische Logik, Berlin 1954, S. 52 ff.)

Welches aber ist der Anwendungsbereich der formalen Logik? Es ist die Ruhe, die Abstraktion von der Bewegung. Hier, bei Abstraktion von der Bewegung, dürfen keine Widersprüche in Erscheinung treten.

Darf folgerichtiges Denken aber von der Bewegung abstrahieren? Gibt es Ruhe? Wir haben doch in Kapitel V gesehen, daß die Bewegung universell ist, daß es einen Zustand ohne Bewegung nicht gibt, daß die Welt sich bewegende Materie ist.

Letzteres ist uneingeschränkt richtig, und dennoch können und müssen Dialektiker in gewisser Hinsicht von der Bewegung abstrahieren, hat die philosophische Kategorie der „Ruhe“ ihren Stellenwert. Und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen „ontologisch“, denn die Ruhe wohnt in gewisser Hinsicht der objektiven Realität inne, zum zweiten erkenntnistheoretisch, denn der Begriff der Ruhe ist ein notwendiges Moment bei der Erkenntnis der objektiven Welt durch das denkende Subjekt. (Mit ontologisch meinen wir: in Bezug auf das Sein betrachtet. Wir setzen ontologisch hier und in der Folge in Anführungszeichen, da unter Ontologie philosophiegeschichtlich ein Zweig der Metaphysik verstanden wird und der Marxismus einer solchen Ontologie unversöhnlich gegenübersteht; vgl. zu diesem Zusammenhang Kapitel VII S. 96 f. und 102 f.)

### **Zur ontologischen Bedeutung des Begriffs der Ruhe**

Betrachten wir einen Stein, der „bewegungslos“ auf der Erde liegt. Der Stein ist in Wirklichkeit keineswegs bewegungslos, weder nach dem Makro- noch nach dem Mikrokosmos hin. Nach dem Makrokosmos hin bewegt sich der Stein beispielsweise mit der Erde um die Sonne. Nach dem Mikrokosmos hin bewegen sich beispielsweise innerhalb des Steines die Elektronen um die Atomkerne. Von diesen (und von weiteren) Bewegungen können wir abstrahieren, denn sie ändern nichts daran, daß das Bezugssystem „Stein“ sich in gewisser relativer Ruhe zum Bezugssystem

„Erde“ befindet. Wir haben es also nicht mit einem Verschwinden der Bewegung zu tun, sondern mit Bewegungen, von denen wir zum Erfassen eines bestimmten Zusammenhangs abstrahieren können und müssen. In dieser Hinsicht erscheint die Ruhe als „Spezialfall der Bewegung“ (Plechanow). Sie ist nicht nur eine subjektive Vorstellung, sondern eine Zustandsform des materiellen Seins, freilich nur eine relative: Ein Ding ist **niemals absolut** unbewegt, sondern **immer nur relativ**, d.h. immer nur bezogen auf ein anderes Ding. Die Bewegung ist absolut, die Ruhe ist relativ. Weil die Ruhe aber als relative Kategorie dem materiellen Sein innewohnt, muß sie vom folgerichtigen Denken unbedingt beachtet werden. Die Annahme, die formale Logik sei per se (aus sich selbst heraus) metaphysisch, eine Annahme, zu der Hegel mitunter neigte, ist eindeutig falsch. Die formale Logik wird nur metaphysisch bei Überschreiten ihres Geltungsbereichs, nämlich dann, wenn nicht nur gesagt wird, daß ein Ding nicht in ein und derselben Hinsicht es selbst und seine Negation sein kann, daß eine Aussage nicht in ein und derselben Hinsicht wahr und falsch sein kann (was uneingeschränkt richtig ist!), sondern wenn darüber hinaus geleugnet wird, daß ein Ding **überhaupt** es selbst und seine Negation, daß eine Aussage **überhaupt** wahr und falsch sein kann.

### Zur erkenntnistheoretischen Bedeutung des Begriffs der Ruhe

Darüber hinaus ist die „Ruhe“ auch eine erkenntnistheoretisch bedingte Kategorie, beruht der Begriff der Ruhe nämlich auf der relativen Nichtidentität von Denken und Sein. (vgl. Kapitel V Seite 154 ff.) Unser Denken kann die vielfältigen Bewegungen des materiellen Seins nie lückenlos erfassen, sondern sich ihnen nur nach und nach annähern. Dabei wird von dieser und jener Bewegung zunächst abstrahiert, stellt sich der jeweilige Denker dieses und jenes Ding zunächst „in Ruhe“ vor, um nach und nach zu

konkreteren Betrachtungsweisen aufzusteigen, die die Bewegung der Welt immer besser, immer adäquater widerspiegeln. In dieser Hinsicht erweist sich die Ruhe als eine notwendige Kategorie des Denkens, deren Beschränktheit jedoch vom folgerichtigen Denken erkannt werden muß, um diese Beschränktheit nach und nach - jedoch nie vollständig - überwinden zu können.

Als Beispiel sei angeführt, wie Lenin das bereits von den antiken griechischen Philosophen diskutierte Problem des „fliegenden Pfeils“ löste.

Die Problemstellung:

Ein fliegender Pfeil befindet sich zu jedem Moment seines Fluges an einem bestimmten Ort. Was sich aber an einem bestimmten Ort befindet, ruht an diesem Ort. Also ruht der Pfeil zu jedem Moment seines Fluges, und dennoch bewegt er sich. Bei dieser Gedankenkonstruktion ergibt sich ein formallogischer Widerspruch: Der Pfeil ruht und bewegt sich in ein und derselben Hinsicht.

Lenin zitiert zustimmend Hegel: *„Was die Schwierigkeit macht, ist immer das Denken, weil es die in der Wirklichkeit verknüpften Momente eines Gegenstandes in ihrer Unterscheidung auseinanderhält.“* (Hegel, nach Lenin, Konspekt zu Hegels „Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie“, LW 38, S. 246) In der Tat: Die Vorstellung einzelner, voneinander getrennter „Momente“ des Pfeilfluges ist eine Abstraktion, die das Denken vornimmt, zwar eine notwendige (im Sinne von unvermeidliche) Abstraktion, aber eine Abstraktion, die relative Nichtidentität von Denken und Sein beinhaltet.

Lenin:

*„Wir können die Bewegung nicht vorstellen, ausdrücken, ausmessen, abbilden, ohne das Kontinuierliche zu unterbrechen, ohne zu versimpeln, zu vergrößern, ohne das Lebendige zu zerstückeln, abzutöten. Die Abbildung der Bewegung durch das Denken ist immer eine Vergrößerung, ein Abtöten - und nicht nur die Abbildung durch das Denken, sondern auch durch die Empfindung, und*

*nicht nur die Abbildung der Bewegung, sondern auch die jedes Begriffes.“*

(ebenda, Hervorhebung von Lenin)

Lenin weist noch darauf hin, daß bereits Aristoteles folgende Lösung des Problems vom fliegenden Pfeil gab: „*der Irrtum entspringe aus der Annahme, ´die Zeit bestehe aus den Jetzt´*“ (ebenda), also aus der Verabsolutierung der „Momente“, aus der vergrößernden Vorstellung, die Zeit sei eine Summe von „Momenten“, von Augenblicken, eine Summe von verschiedenen und voneinander getrennten „Jetzt“.

Somit fördert die **dialektische Auflösung** des formallogischen Widerspruchs einen realen, der Wirklichkeit innewohnenden, einen dialektischen Widerspruch zutage, nämlich den Widerspruch zwischen der Bewegung und ihrer Erkenntnis. (vgl. Narski, I.S., Dialektischer Widerspruch und Erkenntnislogik, Berlin 1973, S. 137)

### **Zum Stellenwert von Paradoxien im Erkenntnisprozeß**

Hier zeigt sich, welchen Stellenwert Paradoxien im Erkenntnisprozeß haben. Unter Paradoxon wird zunächst einmal eine Widersinnigkeit verstanden. Doch sofern es sich nicht einfach nur um Unsinn bzw. um einen rein subjektiv bedingten Denkfehler handelt, ist ein Paradoxon stets ein Hinweis auf einen dialektischen Widerspruch, der noch nicht oder noch nicht genügend analysiert ist. Es kommt dann darauf an, das Paradoxon für den Erkenntnisprozeß fruchtbar zu machen, indem der scheinbar gegebene formallogische Widerspruch aufgelöst und der zugrundeliegende dialektische Widerspruch aufgedeckt wird. Nämlich: Zunächst haben wir die Aussage: Sowohl A als auch Nicht-A. Dies scheint ein formallogischer Widerspruch zu sein, aber nur deshalb, weil noch nicht erkannt ist, in welcher Hinsicht A gilt und in welcher Hinsicht Nicht-A gilt. Die Aufgabe besteht darin, letzteres aufzudecken.

Beispiel (zu diesem Beispiel vgl. auch Kapitel V S. 125 ff. und 219 ff.):

Das Bewußtsein ist Produkt der Materie. Es ist also materiell. Das Ideelle ist somit materiell. Es existiert folglich nur Materielles. Dennoch wird in der Erkenntnistheorie Materielles und Ideelles **entgegengesetzt** (und zwar nicht nur als Verhältnis eines Teiles zum Ganzen).

Das Paradoxon löst sich wie folgt:

Das Bewußtsein ist materiell und nicht materiell, aber nicht in ein und derselben Hinsicht.

Das Bewußtsein ist materiell: Keinerlei Bewußtsein ohne Materie, die es hervorbringt. (Und zwar in doppeltem Sinne: Kein Bewußtsein ohne physiologischen und somit materiellen Apparat der Widerspiegelung und kein Bewußtsein ohne Materie, die widergespiegelt wird.)

Das Bewußtsein ist nicht materiell: Nehmen wir das Abbild (z.B. Empfindungen, Gefühle, Begriffe, Urteile, Schlüsse) für sich allein, so haben wir eine Abstraktion, weil ja gerade vom materiellen Abbildungsprozeß abstrahiert wird. Ohne diese Abstraktion ist keine Wissenschaft möglich, denn die Wissenschaft muß von den zufälligen Begriffen, Urteilen, Schlüssen usw. konkreter einzelner Subjekte abstrahieren und zu objektiv begründeten Begriffen, Urteilen, Schlüssen gelangen; objektiv insoweit, als sie sich der objektiven Realität möglichst weitgehend annähern. Nimmt man aber diese Abstraktion vor, ohne sich vollauf dessen bewußt zu sein, **daß** man eine Abstraktion vornimmt, so landet man im Idealismus.

In der Erkenntnistheorie wird diese Abstraktion auf die Spitze getrieben. Hier kommt es gerade darauf an, das Materielle einerseits und das Ideelle andererseits (genauer: einen Ausschnitt des Bewußtseins, das kognitive, also das **wissensmäßige** Element des Bewußtseins unter Ausschaltung von Emotionen usw., und dies wiederum vom konkret denkenden Subjekt losgelöst) absolut gegenüberzustellen. „Das Ideelle“ der Erkenntnistheorie ist also nicht das konkrete Bewußtsein konkreter Subjekte, sondern in verschiedener Hinsicht eine Abstraktion daraus.

Doch auch die „ontologische“ Betrachtung kommt ohne die Gegenüberstellung von Materie und Bewußtsein nicht aus. Dies liegt freilich nicht etwa daran, daß sich in der Wirklichkeit Materielles und Ideelles in dem Sinne gegenüberstünden, daß sie zwei getrennte Bereiche des Seins wären. Die Einheit des Seins besteht vielmehr in seiner Materialität, und das Bewußtsein ist nur eine Eigenschaft einer bestimmten Bewegungsform bzw. Zustandsform der Materie. Doch das Denken kann sich der Wirklichkeit nur nähern, indem es Materielles und Ideelles entgegensetzt. Da es sich in der Wirklichkeit aber nicht um zwei Bereiche handelt, die sich gegenüberstünden, kann sich bei „ontologischer“ Betrachtung nur ein solches Denken der Wirklichkeit adäquat nähern, welches das Materielle und das Ideelle nur relativ, keineswegs aber absolut gegenüberstellt. In dieser Relativität der gedachten Gegenüberstellung muß aber Absolutes liegen. Warum? Weil das Bewußtsein eben nur eine Eigenschaft einer Bewegungsform der Materie ist. Vergeht etwa ein Stein, so geht er in eine andere Zustandsform der Materie über, z.B. in Sand. Beim Tode eines Menschen hingegen vergeht das Bewußtsein als Bewußtsein dieses konkreten Subjekts spurlos. Das Bewußtsein der Erdenmenschen wird mit dem Untergang der Erde spurlos verschwinden. Doch ist das Bewußtsein insoweit ein notwendiges Attribut der Materie, als die Materie unter ganz bestimmten Bedingungen, bei ganz bestimmten Zustands- bzw. Bewegungsformen, mit Notwendigkeit Bewußtsein hervorbringt. *„(...) wir haben die Gewißheit, daß die Materie in allen ihren Wandlungen ewig dieselbe bleibt, daß keins ihrer Attribute je verloren gehen kann, und daß sie daher auch mit derselben eisernen Notwendigkeit, womit sie auf der Erde ihre höchste Blüte, den denkenden Geist, wieder ausrotten wird, ihn anderswo und in andrer Zeit wieder erzeugen muß.“* (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 327; vgl. auch Kapitel V S. 191 f.)

# DAS KAPITAL ALS PRODUKTIONSVERHÄLTNIS: LOHNARBEIT UND KAPITAL

Wir haben oben gesehen: Das Kapital ist Wert, der dazu bestimmt ist, sich zu verwerten. In Kapitel VIII haben wir gesehen, daß der Wert ein Produktionsverhältnis ist. Da das Kapital Wert und der Wert ein Produktionsverhältnis ist, müßte auch das Kapital ein Produktionsverhältnis sein, und zwar ein von der einfachen Warenproduktion zu unterscheidendes Produktionsverhältnis, da Kapital ein spezifischer Wert ist.

Wiederholen wir kurz: Der Wert ist ein gesellschaftliches Verhältnis der Warenproduzenten. Das Verhältnis zwischen den Warenproduzenten ist jedoch im Verhältnis der Waren verborgen. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen erscheinen als Beziehungen von Dingen. Die Bewegung der Dinge, nämlich der von den Warenproduzenten hergestellten Produkte, beherrscht als objektive Gewalt die Produzenten. „Personifizierung der Sachen“, „Versachlichung der Personen“.

Was für ein Produktionsverhältnis ist nun das Kapital?

Es ist ebenfalls ein Verhältnis zwischen Personen, nämlich zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter. Es erscheint ebenfalls in sachlicher Form: Auf der einen Seite Kapital in der Form sachlichen Reichtums, auf der anderen Seite Arbeitslohn.

Gehen wir zunächst vom Arbeitslohn aus:

Die Lohnarbeit löst sich auf im Arbeitslohn, denn er ist alles, was von den Bemühungen des Lohnarbeiters für ihn selbst übriggeblieben ist. Über den untrennbaren Zusammenhang von Lohnarbeit und Arbeitslohn sagt Marx:

*„Wäre die Arbeit nicht als Lohnarbeit bestimmt, so erschiene die Art, wie sie an den Produkten teilnimmt (gemeint: wie der Arbeiter an der Konsumtion der Produkte teilnimmt, d. Verf.), nicht als Arbeitslohn, wie z.B. in der Sklaverei.“ (Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13 S. 626; oder AW II S. 479)*

Der Arbeitslohn ist eine Ansammlung von Sachen, nämlich von Geldware. Diese Geldware tauscht der Lohnarbeiter in eine Ansammlung von Lebensmitteln, welche er zum Leben braucht.

Der Arbeitslohn ist nicht ein Anteil des Arbeiters an dem von ihm geschaffenen Neuwert. Die Höhe des Arbeitslohns wird im Arbeitsvertrag festgelegt, bevor der Arbeiter überhaupt zu arbeiten anfängt. Ob der Kapitalist die Ware nachher zu ihrem Wert, über oder unter ihrem Wert oder vielleicht gar nicht verkaufen kann, hat hiermit nichts zu tun. Der Arbeitslohn ist der Gegenwert für die Arbeitskraft, die der Arbeiter dem Kapitalisten verkauft.

*„Der Arbeitslohn ist also nicht ein Anteil des Arbeiters an der von ihm produzierten Ware. Der Arbeitslohn ist der Teil schon vorhandner Ware, womit der Kapitalist eine bestimmte Summe produktiver Arbeitskraft an sich kauft.*

*Die Arbeitskraft ist also eine Ware, die ihr Besitzer, der Lohnarbeiter, an das Kapital verkauft. Warum verkauft er sie? Um zu leben.*

*Die Betätigung der Arbeitskraft, die Arbeit, ist aber die eigne Lebenstätigkeit des Arbeiters, seine eigne Lebensäußerung. Und diese **Lebenstätigkeit** verkauft er an einen Dritten, um sich die nötigen **Lebensmittel** zu sichern. (An einen „Dritten“: nicht an den Besitzer dieser Lebensmittel, sondern an den Besitzer von Geld, welches er durch diesen Verkauf als Arbeitslohn erhält und womit er dann diese Lebensmittel kaufen kann, d. Verf.) Seine Lebenstätigkeit ist für ihn also nur ein Mittel, um existieren zu können. Er arbeitet, um zu leben. Er rechnet die Arbeit nicht selbst in sein Leben ein, sie ist vielmehr ein Opfer seines Lebens. Sie ist eine Ware, die er an einen Dritten zugeschlagen hat. Das Produkt seiner Tätigkeit ist daher auch nicht der Zweck seiner Tätig-*

keit. Was er für sich selbst produziert, ist nicht die Seide, die er webt, nicht das Gold, das er aus dem Bergschacht zieht, nicht der Palast, den er baut. Was er für sich selbst produziert, ist der **Arbeitslohn**, und Seide, Gold, Palast lösen sich für ihn auf in ein bestimmtes Quantum von Lebensmitteln, vielleicht in eine Baumwolljacke, in Kupfermünze und in eine Kellerwohnung. Und der Arbeiter, der zwölf Stunden webt, spinnst, bohrt, dreht, baut, schaufelt, Steine klopft, trägt, usw. - gilt ihm dies zwölfstündige Weben, Spinnen, Bohren, Drehen, Bauen, Schaufeln, Steinklopfen als Äußerung seines Lebens, als Leben? Umgekehrt. Das Leben fängt da für ihn an, wo diese Tätigkeit aufhört, am Tisch, auf der Wirtshausbank, im Bett. Die zwölfstündige Arbeit dagegen hat ihm keinen Sinn als Weben, Spinnen, Bohren usw., sondern als **Verdienen**, das ihn an den Tisch, auf die Wirtshausbank, ins Bett bringt. Wenn der Seidenwurm spänne, um seine Existenz als Raupe zu fristen, so wäre er ein vollständiger Lohnarbeiter.“ (Marx, Lohnarbeit und Kapital, MEW 6 S. 400 f.; oder AW I S. 566 f.; Hervorhebungen von Marx)

Die Arbeit des Lohnarbeiters ist abstrakte Arbeit, ihre konkrete Form interessiert also nicht. Im Gegensatz zum selbständigen Warenproduzenten gehört dem Lohnarbeiter jedoch das Produkt dieser Arbeit nicht, kann er den Tauschwert der von ihm produzierten Ware also nicht realisieren, da er bereits vorher seine Arbeitskraft an den Kapitalisten verkauft hat.

Heute erscheint es den meisten Menschen als selbstverständlich, daß die Arbeit nur Mittel zum Zweck ist. „Das ist nun mal so.“ Es ist aber nicht von Natur aus so. Es ist so in der bürgerlichen Gesellschaft. Arbeit ist, wie wir bereits in Kapitel I gesehen haben, planmäßige Einwirkung des Menschen auf die Natur. Man ist mit den Verhältnissen nicht zufrieden und verändert sie. Man macht die natürliche Umwelt seinen eigenen Bedürfnissen nutzbar. Dies ist im doppelten Sinne befriedigend: Zum einen in der Aneignung des Produkts dieser Tätigkeit, zum andern aber in dieser Tätigkeit selbst. Denn es ist per se (für sich genommen) befriedigend, weil schöpferisch, die objektive Welt gemäß einem Plan,

den man als gestaltendes Subjekt zuvor gefaßt hat, umzugestalten. Das ist Lebenstätigkeit, Lebensäußerung. Diese Lebensäußerung hat der Lohnarbeiter bereits vor Arbeitsbeginn an den Kapitalisten verkauft. Dem Kapitalisten gehört nicht erst das Produkt, sondern bereits die Arbeitskraft, und er bestimmt über die Verwertung dieser Arbeitskraft, über ihre Vernutzung im Produktionsprozeß. Für den Kapitalisten ist die Arbeitskraft eine sachliche Voraussetzung der Plusmacherei, für die die Produktion nur Mittel zum Zweck ist; **eine** sachliche Voraussetzung neben Arbeitsgegenstand und Arbeitsmitteln, über die der Kapitalist ebenso verfügt wie über die Arbeitskraft. (Das bürgerliche Arbeitsrecht formuliert diesen Zusammenhang, indem es vom „Direktionsrecht“ des „Arbeitgebers“ spricht - der Kapitalist kann „seiner“ Arbeiter „dirigieren“ - und die Lohnarbeit als „fremdbestimmte Arbeit“ definiert.)

Natürlich haben die Kapitalisten ein elementares Interesse daran, daß ein möglichst großer Teil der Arbeiterklasse sich Illusionen über die bittere Wahrheit macht, daß sie ihre schöpferische Kraft und den mit der Betätigung dieser Kraft verbundenen Genuß an das Kapital verkauft haben wie Esau sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht. Diese Arbeiter lassen sich besser auspressen und mitunter auch im Interesse der Kapitalisten zum Aufseher über andere Arbeiter machen. Gar nicht zu reden davon, daß die Kapitalisten auf die schöpferische Kraft der Arbeiter um so mehr angewiesen sind, je höher die Produktivkräfte entwickelt sind („Das Gold in den Köpfen der Beschäftigten nutzen“), und diese schöpferische Kraft wird um so williger verausgabt, je größer die Illusion über die eigene Lage. Die realen Verhältnisse lassen zwar immer wieder Illusionen platzen, doch solange letztere anhalten, vermag das Kapital sie zu nutzen.

Von vornherein ist die kapitalistische Form der Ausbeutung **verschleiert** durch die juristische Form des Arbeitsvertrags als eines Vertrages zwischen Gleichen, bei dem gleiche Werte getauscht werden. Dadurch unterscheidet sich die kapitalistische Ausbeutung von früheren Formen der Ausbeutung. In der Sklaverei ist das Ausbeutungsverhältnis

offensichtlich, da alles, was der Sklave erarbeitet, ohne weiteres seinem Herrn gehört. Im Feudalismus eignet sich der Feudalherr die Grundrente ohne Gegenleistung an.

Der Sklave ist „mitsamt seiner Arbeitskraft ein für allemal an seinen Eigentümer verkauft. Er ist eine Ware, die von der Hand des einen Eigentümers in die des andern übergehen kann. Er **selbst** ist eine Ware, aber die Arbeitskraft ist nicht **seine** Ware.“ Auch der Leibeigene erhält keinen „Lohn vom Eigentümer des Grund und Bodens: der Eigentümer des Grund und Bodens erhält vielmehr von ihm einen Tribut.

Der Leibeigene gehört zum Grund und Boden und wirft dem Herrn des Grund und Bodens Früchte ab. Der **freie** Arbeiter dagegen verkauft sich selbst, und zwar stückweis. Er versteigert 8, 10, 12, 15 Stunden seines Lebens, einen Tag wie den andern, an den Meistbietenden, an den Besitzer der Rohstoffe, der Arbeitsinstrumente und Lebensmittel, d.h. an den Kapitalisten. Der Arbeiter gehört weder einem Eigentümer noch dem Grund und Boden an, aber 8, 10, 12, 15 Stunden seines täglichen Lebens gehören dem, der sie kauft. Der Arbeiter verläßt den Kapitalisten, dem er sich vermietet, sooft er will, und der Kapitalist entläßt ihn, sooft er es für gut findet, sobald er keinen Nutzen oder nicht den beabsichtigten Nutzen mehr aus ihm zieht. Aber der Arbeiter, dessen einzige Erwerbsquelle der Verkauf der Arbeitskraft ist, kann nicht die **ganze Klasse der Käufer**, d.h. die **Kapitalistenklasse** verlassen, ohne auf seine Existenz zu verzichten. **Er gehört nicht diesem oder jenem Kapitalisten, aber der Kapitalistenklasse**, und es ist dabei seine Sache, sich an den Mann zu bringen, das heißt in dieser Kapitalistenklasse einen Käufer zu finden.“ (ebenda, MEW 6 S. 401; oder AW I S. 567 f.; Hervorhebungen von Marx)

Wir sehen: Der Umstand, daß der Lohnarbeiter nicht einem einzelnen Kapitalisten gehört, sondern der Klasse der Kapitalisten, trägt nicht nur zur Verschleierung der Ausbeutung bei, sondern schenzt dem Lohnarbeiter auch noch die Mühe zu, einen Ausbeuter zu finden. Das größte Unglück liegt in dem Schicksal, keinen Ausbeuter zu finden.

Wir sehen ferner: Das Kapital ist ein spezielles, historisch bestimmtes Verhältnis zwischen Ausbeutern und Produzenten. Der Umstand, daß dieses Verhältnis auf der allgemeinen Grundlage der Warenproduktion basiert, in die Warenproduktion eingebettet ist, **verschleiert** das persönliche Verhältnis von Ausbeuter und Ausgebeutetem.

Wie wir gesehen haben, löst die Lohnarbeit sich auf im Arbeitslohn, letztlich in einer Ansammlung von Sachen, die der Arbeiter zum Leben braucht. Auch auf der Seite des Kapitalisten erscheint das Kapital nicht als Verhältnis, sondern als tote Sache bzw. als Ansammlung von toten Sachen.

*„Das Kapital besteht aus Rohstoffen, Arbeitsinstrumenten und Lebensmitteln aller Art (natürlich muß nicht just der Ausbeuter, der mich beschäftigt, Lebensmittel parat haben, denn er zahlt in Geld, doch die **Klasse** der Ausbeuter besitzt auch die Lebensmittel, gegen die der Arbeitslohn getauscht wird, d. Verf.), die verwandt werden, um neue Rohstoffe, neue Arbeitsinstrumente und neue Lebensmittel zu erzeugen. Alle diese seine Bestandteile sind Geschöpfe der Arbeit, Produkte der Arbeit, **aufgehäuften** Arbeit. Aufgehäuften Arbeit, die als Mittel zu neuer Produktion dient, ist Kapital.*

*So sagen die Ökonomen. (Gemeint: der klassischen bürgerlichen Ökonomie, speziell Ricardo, d. Verf.)*

*Was ist ein Negersklave? Ein Mensch von der schwarzen Rasse. Die eine Erklärung ist die andre wert.*

*Ein Neger ist ein Neger. In bestimmten Verhältnissen wird er erst zum Sklaven. Eine Baumwollspinnmaschine ist eine Maschine zum Baumwollspinnen. Nur in bestimmten Verhältnissen wird sie zu **Kapital**. Aus diesen Verhältnissen herausgerissen, ist sie so wenig Kapital, wie Gold an und für sich **Geld** oder der Zucker der Zuckerpreis ist.*

(Der folgende Passus ist für die Leserinnen und Leser des Kapitel VII nichts Neues, sondern Wiederholung, d. Verf.)

*In der Produktion wirken die Menschen nicht allein auf die Natur, sondern auch aufeinander. Sie produzieren nur, indem sie auf eine bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Tätigkeiten gegeneinander austauschen. Um zu produ-*

zieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander, und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse findet ihre Einwirkung auf die Natur, findet die Produktion statt.

Je nach dem Charakter der Produktionsmittel werden natürlich diese gesellschaftlichen Verhältnisse, worin die Produzenten zueinander treten, die Bedingungen, unter welchen sie ihre Tätigkeiten austauschen und an dem Gesamtakt der Produktion teilnehmen, verschieden sein. Mit der Erfindung eines neuen Kriegsinstruments, des Feurgewehrs, änderte sich notwendig die ganze innere Organisation der Armee, verwandelten sich die Verhältnisse, innerhalb deren Individuen eine Armee bilden und als Armee wirken können, änderte sich auch das Verhältnis verschiedner Armeen zueinander.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse, worin die Individuen produzieren, **die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse ändern sich also, verwandeln sich mit der Veränderung und Entwicklung der materiellen Produktionsmittel, der Produktionskräfte** (in späterer Terminologie: Produktivkräfte, d. Verf.). **Die Produktionsverhältnisse in ihrer Gesamtheit bilden das, was man die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Gesellschaft nennt, und zwar eine Gesellschaft auf bestimmter, geschichtlicher Entwicklungsstufe**, eine Gesellschaft mit eigentümlichem, unterscheidendem Charakter. Die **antike** Gesellschaft, die **feudale** Gesellschaft, die **bürgerliche** Gesellschaft sind solche Gesamtheiten von Produktionsverhältnissen, deren jede zugleich eine besondere Entwicklungsstufe in der Geschichte der Menschheit bezeichnet.

(Hier endet die Passage, die von den Leserinnen und Lesern des Kapitel VII als Wiederholung zu betrachten ist, d. Verf.)

Auch das **Kapital** ist ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis. **Es ist ein bürgerliches Produktionsverhältnis**, ein Produktionsverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft. Die Lebensmittel, die Arbeitsinstrumente, die Rohstoffe, woraus das Kapital besteht, sind sie nicht unter gegebenen gesell-

*schaftlichen Bedingungen, in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgebracht und aufgehäuft worden? Werden sie nicht unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen zu neuer Produktion verwandt? Und macht nicht eben dieser bestimmte gesellschaftliche Charakter die zu neuer Produktion dienenden Produkte zu **Kapital**?*

*Das Kapital besteht nicht nur aus Lebensmitteln, Arbeitsinstrumenten und Rohstoffen, nicht nur aus materiellen Produkten; es besteht ebenso sehr aus **Tauschwerten**. (Dies versteht sich nach den obigen Ausführungen von selbst: Das Kapital ist Wert. Erscheint das Kapital in Gestalt bestimmter Sachen, so nehmen diese Sachen die Wertform an. D. Verf.) Alle Produkte, woraus es besteht, sind **Waren**. Das Kapital ist also nicht nur eine Summe von materiellen Produkten, es ist eine Summe von Waren, von Tauschwerten, von **gesellschaftlichen Größen**.*

*Das Kapital bleibt dasselbe, ob wir an die Stelle von Wolle Baumwolle, an die Stelle von Getreide Reis, an die Stelle von Eisenbahnen Dampfschiffe setzen, vorausgesetzt nur, daß die Baumwolle, der Reis, die Dampfschiffe - der Leib des Kapitals - denselben Tauschwert haben, denselben Preis wie die Wolle, das Getreide, die Eisenbahnen, worin es sich vorher verkörperte. Der Körper des Kapitals kann sich beständig verwandeln, ohne daß das Kapital die geringste Veränderung erlitte.*

*Aber wenn jedes Kapital eine Summe von Waren, d.h. von Tauschwerten ist, so ist noch nicht jede Summe von Waren, von Tauschwerten Kapital (...).*

*Wie nun wird eine Summe von Waren, von Tauschwerten zu Kapital?*

*Dadurch, daß sie als selbständige gesellschaftliche **Macht**, d.h. als die Macht **eines Teils der Gesellschaft** sich erhält und vermehrt durch den **Austausch gegen die unmittelbare, lebendige Arbeitskraft**. Die Existenz einer Klasse, die nichts besitzt als die Arbeitsfähigkeit, ist eine notwendige Voraussetzung des Kapitals.*

Die Herrschaft der aufgehäuften, vergangnen, vergegenständlichten Arbeit über die unmittelbare, lebendige Arbeit macht die aufgehäufte Arbeit erst zum Kapital.

Das Kapital besteht nicht darin, daß aufgehäuften Arbeit der lebendigen Arbeit als Mittel zu neuer Produktion dient. Es besteht darin, daß die lebendige Arbeit der aufgehäuften als Mittel dient, ihren Tauschwert zu erhalten und zu vermehren.

Was geht vor in dem Austausch zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter?

Der Arbeiter erhält im Austausch gegen seine Arbeitskraft Lebensmittel, aber der Kapitalist erhält im Austausch gegen seine Lebensmittel Arbeit, die produktive Tätigkeit des Arbeiters, die schöpferische Kraft, wodurch der Arbeiter nicht nur ersetzt, was er verzehrt, sondern **der aufgehäuften Arbeit einen größeren Wert gibt, als sie vorher besaß**. Der Arbeiter empfängt einen Teil der vorhandenen Lebensmittel vom Kapitalisten. Wozu dienen ihm diese Lebensmittel? Zur unmittelbaren Konsumtion. Sobald ich aber Lebensmittel konsumiere, gehen sie mir unwiederbringlich verloren, es sei denn, daß ich die Zeit, während welcher mich diese Mittel am Leben erhalten, benutze, um neue Lebensmittel zu produzieren, um während des Verzehens an die Stelle der in der Konsumtion untergehenden Werte neue Werte durch meine Arbeit zu schaffen. Aber eben diese reproduktive edle Kraft tritt der Arbeiter ja ab an das Kapital im Austausch gegen empfangene Lebensmittel. Er hat sie also für sich selbst verloren.

Nehmen wir ein Beispiel: Ein Pächter gibt seinem Tagelöhner 5 Silbergroschen per Tag. Für die 5 Silbergroschen arbeitet dieser auf dem Felde des Pächters den Tag hindurch und sichert ihm so eine Einnahme von 10 Silbergroschen. Der Pächter erhält nicht nur die Werte ersetzt, die er an den Tagelöhner abzutreten hat; er verdoppelt sie. Er hat also die 5 Silbergroschen, die er dem Tagelöhner gab, auf eine fruchtbare, produktive Weise angewandt, konsumiert. Er hat für die 5 Silbergroschen eben die Arbeit und Kraft des Tagelöhners gekauft, welche Bodenprodukte von doppeltem

Wert erzeugt und aus 5 Silbergroschen 10 Silbergroschen macht. Der Tagelöhner dagegen erhält an der Stelle seiner Produktivkraft, deren Wirkungen er eben dem Pächter abgetreten hat, 5 Silbergroschen, die er gegen Lebensmittel austauscht, welche Lebensmittel er rascher oder langsamer konsumiert. Die 5 Silbergroschen sind also auf eine doppelte Weise konsumiert worden, **reproduktiv** für das Kapital, denn sie sind gegen eine Arbeitskraft ausgetauscht worden, die 10 Silbergroschen hervorbrachte, **unproduktiv** für den Arbeiter, denn sie sind gegen Lebensmittel ausgetauscht worden, die für immer verschwunden sind und deren Wert er nur wieder erhalten kann, indem er denselben Tausch mit dem Pächter wiederholt. **Das Kapital setzt also die Lohnarbeit, die Lohnarbeit setzt das Kapital voraus. Sie bedingen sich wechselseitig; sie bringen sich wechselseitig hervor.**

Ein Arbeiter in einer Baumwollfabrik, produziert er nur Baumwollstoffe? Nein, er produziert Kapital. Er produziert Werte, die von neuem dazu dienen, seine Arbeit zu kommandieren und vermittelt derselben neue Werte zu schaffen.

Das Kapital kann sich nur vermehren, indem es sich gegen Arbeitskraft austauscht, indem es Lohnarbeit ins Leben ruft. Die Arbeitskraft des Lohnarbeiters kann sich nur gegen Kapital austauschen, indem sie das Kapital vermehrt, indem sie die Macht verstärkt, deren Sklavin sie ist. **Vermehrung des Kapitals ist daher Vermehrung des Proletariats, d.h. der Arbeiterklasse.**

Das Interesse des Kapitalisten und des Arbeiters ist also **dasselbe**, behaupten die Bourgeois und ihre Ökonomen. Und in der Tat! Der Arbeiter geht zugrunde, wenn ihn das Kapital nicht beschäftigt. Das Kapital geht zugrunde, wenn es die Arbeitskraft nicht ausbeutet, und um sie auszubeuten, muß es sie kaufen. Je rascher sich das zur Produktion bestimmte Kapital, das produktive Kapital, vermehrt, je blühter daher die Industrie ist, je mehr sich die Bourgeoisie bereichert, je besser das Geschäft geht, um so mehr Arbeiter braucht der Kapitalist, um so teurer verkauft sich der Arbeiter.

Die unerläßliche Bedingung für eine passable Lage des Arbeiters **ist also möglichst rasches Wachsen des produktiven Kapitals.**

Aber was ist Wachstum des produktiven Kapitals? Wachstum der Macht der aufgehäuften Arbeit über die lebendige Arbeit. Wachstum der Herrschaft der Bourgeoisie über die arbeitende Klasse. Wenn die Lohnarbeit den sie beherrschenden fremden Reichtum, die ihr feindselige Macht, das Kapital, produziert, strömen ihr Beschäftigungs-, d.h. Lebensmittel von derselben zurück, unter der Bedingung, daß sie sich von neuem zu einem Teil des Kapitals macht, zum Hebel, der von neuem dasselbe in eine beschleunigte Bewegung des Anwachsens schleudert.

**Die Interessen des Kapitals und die Interessen der Arbeiter sind dieselben, heißt nur: Kapital und Lohnarbeit sind zwei Seiten eines und desselben Verhältnisses.** (Nämlich des Kapitalverhältnisses oder des Systems der Lohnarbeit, was wiederum ein und dasselbe ist, d. Verf.) **Die eine bedingt die andre, wie der Wucherer und Verschwender sich wechselseitig bedingen.**

Solange der Lohnarbeiter Lohnarbeiter ist, hängt sein Los vom Kapital ab. Das ist die vielgerühmte Gemeinsamkeit des Interesses von Arbeiter und Kapitalist.“

(ebenda, MEW 6 S. 407 ff.; oder AW I S. 574; Hervorhebungen von Marx)

In diesem langen Zitat finden wir die wesentlichen Bestimmungen des Kapitalverhältnisses. Wenn die klassische bürgerliche Ökonomie sagte, Kapital ist aufgehäuften Arbeit, die als Mittel zu neuer Produktion dient, so stimmt das natürlich, doch mit dieser Aussage ist - wie Marx zeigt - das Wesen des Kapitalverhältnisses noch nicht einmal berührt. Bei **jeder beliebigen** Produktion dient aufgehäuften Arbeit als Mittel zu neuer Produktion, denn Voraussetzung **jeglicher** Produktion ist, daß sachliche Produktionsmittel vorhanden sind. Voraussetzung der **kapitalistischen** Produktion ist die Spaltung der Gesellschaft in zwei Hauptklassen: Die eine Klasse verfügt über die Arbeitskraft, die andere Klasse verfügt über die sachlichen Produktionsmittel **und** über die Le-

bensmittel, mit denen Arbeitskraft gekauft wird. Die sachlichen Produktionsvoraussetzungen sind Nichtarbeitern zugeteilt, während die Arbeiter nur ihre Arbeitskraft besitzen. Erst die Spaltung der Gesellschaft in diese zwei Klassen, erst dieses Produktionsverhältnis zwischen Arbeitern und Kapitalisten macht die Produktions- und Lebensmittel zu **Kapital**. Und dieses Produktionsverhältnis, das Kapitalverhältnis, beinhaltet, daß „lebendige Arbeit der aufgehäuften Arbeit als Mittel dient, ihren Tauschwert zu erhalten und zu vermehren“. Dadurch ist die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit ökonomisch bedingt. Marx' ironische Bemerkung über „gemeinsame Interessen von Arbeiter und Kapitalist“ weist darauf hin, daß klassenbewußtes Proletariat und Bourgeoisie in Wirklichkeit **keine gemeinsamen Interessen** haben, daß Lohnarbeit und Kapital sich lediglich **gegenseitig bedingen**.

Kapital ist aufgehäufter Arbeit, nämlich eine Summe von Werten. Indem die Kapitalisten die Verfügungsgewalt über diese Werte, diese kristallisierte, vergegenständlichte Arbeit haben, können sie die lebendige Arbeit kommandieren und sich das aus dieser lebendigen Arbeit resultierende Mehrprodukt aneignen. Dieses wird dem Kapital zugeschlagen und mehrt es, mehrt daher die Macht der Kapitalisten über die Arbeiter.

Daß Kapital Wert ist, also kristallisierte, vergegenständlichte Arbeit, zeigt, daß es die Arbeiter sind, die das Kapital produzieren. Sie tun es, indem sie diese Werte schaffen. Sie produzieren also die Macht, die über ihnen thront und sie beherrscht.

Für den einzelnen Arbeiter ist es wie schon gesagt das größte Unglück, keinen Ausbeuter zu finden, denn gemäß der Logik der Warenproduktion heißt das, daß er seine Ware Arbeitskraft nicht verkaufen kann und folglich ohne Lebensmittel bleibt. Auf Grundlage der Logik der Warenproduktion ist also „rasches Wachstum des produktiven Kapitals“ Voraussetzung für eine passable Lage des Arbeiters. Daß Marx diese Aussage ausdrücklich auf „produktives“ Kapital beschränkte (zu einem Zeitpunkt, als das produktive Kapital die Hauptform des Kapitals war!), zeigt seine außerordentli-

che analytische Schärfe: Heute wächst das Kapital zwar, doch vorwiegend das **spekulative**, während des produktive dahinkümmert. Das Wachsen des spekulativen Kapitals aber führt keineswegs zu einer einigermaßen passablen Lage des Arbeiters. Wir werden dieser Frage in späteren Kapiteln näher nachgehen.

Literatur: Marx, Lohnarbeit und Kapital (MEW 6 S. 397 - 423;  
oder AW I S. 551 -593)

# DIE BESEITIGUNG DES KAPITALVERHÄLTNISSSES

Wachsen des produktiven Kapitals ist also für die Arbeiter noch am günstigsten, verstärkt aber die Macht, der sie unterworfen sind und von der sie ausgebeutet werden. Dafür sorgt die Logik der Warenproduktion. Die Arbeiterklasse kann diesem Teufelskreis nur entfliehen, indem sie die Logik der Warenproduktion durchbricht. Dies geschieht, indem den Kapitalisten die Verfügung über die sachlichen Mittel der Produktion entrissen wird und die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt werden. Die Produktion ist dann **unmittelbar** gesellschaftliche Produktion, die Produkte nehmen nicht mehr die Wertform an.

Damit wird zugleich das Kapitalverhältnis, das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, beseitigt. Das Kapital kann nicht beseitigt werden ohne Beseitigung der Lohnarbeit. Die Lohnarbeit muß zusammen mit dem Kapital fallen.

Der letzte Satz beinhaltet: Wenn das Proletariat das Kapital beseitigt, hebt es zugleich sich selbst auf, nämlich als Klasse von Lohnarbeitern. Diese Schlußfolgerung kann für uns nicht überraschend sein. Wir haben gesehen, daß Kapital ein Verhältnis ist, welches die Lohnarbeit einschließt. Man kann nicht das eine beseitigen und das andere verewigen.

Marx hat diesen Zusammenhang in der *Heiligen Familie* herausgearbeitet:

*„Proletariat und Reichtum (mit Reichtum ist hier die Produktionsmittel besitzende Klasse, also die Bourgeoisie, gemeint, d. Verf.) sind Gegensätze. Sie bilden als solche ein Ganzes. Sie sind beide Gestaltungen der Welt des Privateigentums. Es handelt sich um die bestimmte Stellung, die beide in dem Gegensatz einnehmen. Es reicht nicht aus, sie für zwei Seiten eines Ganzen zu erklären.*

Das Privateigentum (nämlich Privateigentum an den sachlichen Voraussetzungen der Produktion; Privateigentum ist daher hier ein Synonym von Kapital, d. Verf.) als Privateigentum, als Reichtum, ist gezwungen, **sich selbst** und damit seinen Gegensatz, das Proletariat, im **Bestehen** zu erhalten. Es ist die **positive** (d.h. die Verhältnisse bewahrende, d. Verf.) Seite des Gegensatzes, das in sich selbst befriedigte Privateigentum.

Das Proletariat ist umgekehrt als Proletariat gezwungen, sich selbst und damit seinen bedingenden Gegensatz, der es zum Proletariat macht, das Privateigentum, aufzuheben. Es ist die **negative** (nämlich die Verhältnisse infragestellende und letztlich umwälzende, d. Verf.) Seite des Gegensatzes, seine Unruhe in sich, das aufgelöste und sich auflösende Privateigentum.

Die besitzende Klasse und die Klasse des Proletariats stellen dieselbe menschliche Selbstentfremdung dar. (Denn auch der Kapitalist ist nur Vollstrecker der Kapitalbewegung, auch er ist der sachlichen Macht des Kapitals unterworfen, siehe Kapitel VII S. 111 ff., d. Verf.). Aber die erste Klasse fühlt sich in dieser Selbstentfremdung wohl und bestätigt, weiß die Entfremdung als **ihre eigne Macht** und besitzt in ihr den **Schein** einer menschlichen Existenz; die zweite fühlt sich in der Entfremdung vernichtet, erblickt in ihr ihre Ohnmacht und die Wirklichkeit einer unmenschlichen Existenz. Sie ist, um einen Ausdruck von Hegel zu gebrauchen, in der Verworfenheit die **Empörung** über diese Verworfenheit, eine Empörung, zu der sie notwendig durch den Widerspruch ihrer menschlichen **Natur** mit ihrer Lebenssituation, welche die offenherzige, entschiedene, umfassende Verneinung dieser Natur ist, getrieben wird.

Innerhalb dieses Gegensatzes ist der Privateigentümer also die **konservative**, der Proletarier die **destruktive** Partei. Von jenem geht die Aktion des Erhaltens des Gegensatzes, von diesem die Aktion seiner Vernichtung aus.

Das Privateigentum treibt allerdings sich selbst in seiner nationalökonomischen Bewegung zu seiner eignen Auf-

*lösung fort, aber nur durch eine von ihm unabhängige, bewußtlose, wider seinen Willen stattfindende, durch die Natur der Sache bedingte Entwicklung, nur indem es das Proletariat **als** Proletariat erzeugt, das seines geistigen und physischen Elends bewußte Elend, die ihrer Entmenschung bewußte und darum sich selbst aufhebende Entmenschung. Das Proletariat vollzieht das Urteil, welches das Privateigentum durch die Erzeugung des Proletariats über sich selbst verhängt, wie es das Urteil vollzieht, welches die Lohnarbeit über sich selbst verhängt, indem sie den fremden Reichtum und das eigne Elend erzeugt. Wenn das Proletariat siegt, so ist es dadurch keineswegs zur absoluten Seite der Gesellschaft geworden, denn es siegt nur, indem es sich selbst und sein Gegenteil aufhebt. Alsdann ist ebensowohl das Proletariat wie sein bedingender Gegensatz, das Privateigentum, verschwunden.“ (MEW 2 S. 37 f.; oder AW I S. 112 f.; Hervorhebungen von Marx)*

Was ist das für eine „menschliche Natur“, die mit der Lohnarbeit nicht vereinbar ist? Es ist das menschliche Bedürfnis nach **schöpferischer Tätigkeit**, entstanden im Prozeß der Menschwerdung, für den die Arbeit das in letzter Instanz entscheidende Moment ist. (vgl. Kapitel I S. 7 ff. und Kapitel VIII S. 163 ff.) Die Lohnarbeiter können sich letztlich nicht damit abfinden, daß sie diese elementare Lebenstätigkeit für sich selbst verloren haben, daß die Arbeit kein Ausdruck, sondern ein Opfer ihres Lebens geworden ist. (Vgl. hierzu das betreffende oben angeführte Zitat aus *Lohnarbeit und Kapital*.)

Die letzten beiden Sätze im zuletzt angeführten Zitat beziehen sich auf den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus. Sie behandeln nicht die Probleme der Übergangsperiode, des Sozialismus. Der Prozeß der Selbstaufhebung des Proletariats ist wesentlicher Inhalt dieser Periode. Mit der Besitzergreifung der sachlichen Produktionsmittel durch den proletarischen Staat kann nicht schlagartig alles beseitigt werden, was an das System der Lohnarbeit erinnert. Es bleibt vorerst noch „etwas“ davon zurück. Man ist nicht auf einen Schlag in einer Gesellschaft vereinter und

emanzipierter Produzenten. Es ist hier noch mehr oder weniger Lohnarbeitermentalität vorhanden, und das bedingt das Zurückgreifen auf Mittel der alten Gesellschaft, des Systems der Lohnarbeit: Bezahlung nach Leistung, klassenmäßige Unterschiede von oben und unten, von ausführenden und leitenden Funktionen. Bleibt von der Kategorie der Lohnarbeit noch „etwas“ zurück, so kann auch die Kategorie des Kommandos über die Arbeit anderer noch nicht vollständig überwunden werden.

Zwar ist das Kapitalverhältnis dann im großen und ganzen beseitigt, weil die Verwertung des Werts im Sozialismus nicht mehr der alleinige und auch nicht der hauptsächliche Zweck der Produktion ist. Daß diese Kategorie noch nicht restlos verschwunden ist, sondern etwas davon noch in der sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung zum Ausdruck kommt, in der Notwendigkeit nämlich, die sozialistische Wirtschaft so einzurichten, daß die meisten Betriebe zur Erwirtschaftung betrieblicher Gewinne gezwungen sind, die wiederum **eine** (nicht die einzige) Quelle der betrieblichen Akkumulation sind, darauf werden wir in einem späteren Kapitel eingehen. (vgl. hierzu auch Rote Reihe Band 1, *Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion* scheiterte) Hier wollen wir vor allem untersuchen, in welcher Hinsicht die Kategorie des Kommandos über die Arbeit anderer vorerst noch erhalten bleibt:

Dieses Kommando wird zwar nicht mehr von den mittlerweile entmachteten und enteigneten ehemaligen Kapitalisten ausgeübt, sondern - soweit noch erforderlich - von Funktionären, die die Arbeiterbewegung selbst hervorgebracht oder zumindest in ihre Funktionen eingesetzt hat. Doch damit ist der Unterschied von „oben“ und „unten“, von leitenden und ausführenden Funktionen nicht beseitigt. Der Umstand, daß die Arbeiterklasse an der Macht dessen noch bedarf, ist Ausdruck davon, daß sie den Prozeß ihrer Selbstaufhebung als Klasse von Lohnarbeitern noch nicht abgeschlossen hat. Solange dieser Prozeß nicht abgeschlossen ist, besteht die Tendenz, daß ein mehr oder minder großer Teil der „Kommandoinhaber“, der Leitenden, klassenmäßige

Interessen herausentwickelt, die auf Bewahrung und Ausweitung des klassenmäßigen Unterschieds von leitenden und ausführenden Funktionen gerichtet sind. Auf der Grundlage dieser ökonomisch gegebenen Tendenz kann sich aus den Reihen dieser „Kommandoinhaber“ eine neue ausbeutende Klasse entwickeln, während die Arbeiterklasse wieder im vollen Sinne zu einer Klasse von Lohnarbeitern wird. Dies ist der Prozeß revisionistischer Entartung.

Im Sozialismus ist der Gegensatz von oben und unten zwar noch ein klassenmäßiger Gegensatz, aber schon kein Gegensatz zweier Klassen mehr. Da die proletarische Macht darauf gerichtet ist, alle Klassenunterschiede zu beseitigen, ist sie einerseits stets bestrebt, klassenbewußte Arbeiter in leitende Funktionen zu heben, damit sie diesen Prozeß fördern, andererseits Funktionäre, die diesen Prozeß hemmen, aus ihren leitenden Stellungen zu entfernen. Mit derartigen Maßnahmen wird allerdings die Scheidung in leitende und ausführende Funktionen als solche noch nicht beseitigt. Sie wird teilweise beseitigt, indem Arbeiter Leitungsfunktionen übernehmen, **ohne** zugleich ihre ausführenden Tätigkeiten in der Produktion aufzugeben. In strategischer Hinsicht ist letzteres Element das Element, das auf den Kommunismus hinweist, doch wird es vor Erreichen des Kommunismus nicht absolut.



## ZUM KLASSENKAMPF IM SOZIALISMUS UND ZUR GEFAHR REVISIONISTISCHER ENTARTUNG

Stalin beschrieb die Fäulniserscheinungen innerhalb der sozialistischen Sowjetunion, die auf dem Gegensatz von oben und unten, von Führern und Geführten, beruhen, sehr deutlich. 1928 sagte er z.B.:

*„Die Tatsache, daß sich bei uns eine Gruppe von Führern herausgebildet hat, die sehr hoch gestiegen sind und große Autorität genießen - diese Tatsache ist natürlich an sich eine große Errungenschaft unserer Partei. Es ist klar, daß ohne das Vorhandensein einer solchen autoritativen Gruppe von Führern die Leitung des großen Landes undenkbar wäre. Aber die Tatsache, daß die Führer sich bei ihrem Aufstieg von den Massen entfernen und die Massen beginnen, von unten zu ihnen aufzuschauen, ohne daß sie es wagen, sie zu kritisieren - diese Tatsache muß eine gewisse Gefahr der Lösung der Führer von den Massen und der Entfernung der Massen von den Führern heraufbeschwören. Diese Gefahr kann dazu führen, daß die Führer überheblich werden und sich für unfehlbar halten. Aber was kann daran gut sein, wenn die führenden Spitzen überheblich werden und anfangen, von oben auf die Massen herabzuschauen? Es ist klar, daß das zu nichts anderem führen kann als zum Untergang der Partei.“* (SW 11 S. 28 f.)

Genau dazu hat es auch geführt.

1927 hatte Stalin erklärt:

*„Worin besteht die Schwäche unseres Staatsapparats? Im Vorhandensein bürokratischer Elemente, die seine Arbeit verderben und entstellen. Um den Bürokratismus aus dem Staatsapparat zu vertreiben - und man kann ihn nicht in ein, zwei Jahren vertreiben -, muß man den Staatsapparat systematisch verbessern, ihn den Massen näherbringen, ihn durch neue, der Sache der Arbeiterklasse ergebene Leute*

*auffrischen, ihn im Geiste des Kommunismus umgestalten, nicht aber ihn zerbrechen, nicht aber ihn diskreditieren. (...)*

*Da haben wir einen Arbeiter, einen Werkzeugschlosser, der auf einen bestimmten Posten im Betrieb befördert wurde, weil er ein fähiger und unbestechlicher Mensch ist. Er arbeitet ein, zwei Jahre, arbeitet ehrlich, schafft Ordnung, beseitigt Mißwirtschaft und Verschwendung. Aber dieses sein Wirken berührt die **Interessen** einer bestimmten trauten Kumpanei von 'Kommunisten', es stört ihre Ruhe. Und was geschieht? Die traute Kumpanei von 'Kommunisten' wirft ihm Knüppel zwischen die Beine und zwingt ihn auf diese Weise zur 'Rückbeförderung'. 'Du wolltest klüger sein als wir, wolltest nicht, daß wir in Ruhe leben und unser Schäfchen ins trockne bringen - zurück mit dir, mein Lieber!'*

*Da haben wir einen anderen Arbeiter, ebenfalls Werkzeugschlosser, Einrichter von Bolzenschneidemaschinen, der auf einen bestimmten Posten im Betrieb befördert worden ist. Er arbeitet eifrig und ehrlich. Aber durch diese Arbeit stört er manchen in seiner Ruhe. Und was geschah? Man fand einen Anlaß, den 'unruhigen' Genossen loszuwerden. Wie ist nun diesem, auf verantwortliche Arbeit beförderten Genossen beim Abgang zumute, welches Gefühl erfüllt ihn? Das folgende: 'Überall, wo man mich hingestellt hat, war ich bemüht, das mir erwiesene Vertrauen zu rechtfertigen. Aber diese Beförderung hier, die mir so übel mitgespielt hat, die werde ich nie vergessen. Man hat mich mit Schmutz beworfen. Mein Wunsch, alles ans Tageslicht zu bringen, ist ein frommer Wunsch geblieben. Weder das*

*Betriebskomitee noch die Werkverwaltung, noch die Zelle wollten mich auch nur anhören. Für eine Beförderung bin ich nicht mehr zu haben, und wenn man mich mit Gold überschüttete - ich gehe nirgends mehr hin.'* (...)

*Aber das ist doch eine Schmach für uns, Genossen!*

*Wie kann man solche Schändlichkeiten dulden?*

*Die Aufgabe der Partei besteht darin, im Kampf gegen den Bürokratismus und für die Verbesserung des Staatsapparats solche Schändlichkeiten, von denen ich eben gesprochen habe, mit glühendem Eisen aus unserer Partei auszubrennen.“*

(SW 10 S. 278 ff., Hervorhebung v. Verf.)

Stalin hatte einen klaren Klassenstandpunkt, stand auf der Seite der Arbeiterklasse, kämpfte gegen diejenigen, die das Kommando über fremde Arbeit als sozialökonomische Kategorie aufrechterhalten wollten. Das in diesem Zitat von uns hervorgehobene Wort, Interessen, deutet darauf hin, was derartigen Erscheinungen zugrunde lag. Interessen, das sind klassenmäßige Interessen. Zwar gab es die Bourgeoisie nicht mehr, zwar gab es keine zwei Klassen von Leitenden und Ausführenden, doch klassenmäßige Unterschiede, die auf noch nicht überwundenen Arbeitsteilungen und Strukturen der alten Gesellschaft beruhten, die gab es noch, und diesen Unterschieden entsprachen klassenmäßige Interessen.

Die Interessen, die aus dem Unterschied von oben und unten, aus noch bestehenden hierarchischen Strukturen entspringen, diese Interessen bringen auch den Bürokratismus im Staatsapparat auf der einen Seite und den Kampf gegen den Bürokratismus auf der anderen Seite hervor. Aus eben diesem Grunde aber kann dieser Bürokratismus nicht restlos beseitigt werden, solange von diesen klassenmäßigen Unterschieden noch etwas vorhanden ist. Und andererseits: Wenn davon nichts mehr vorhanden ist, dann wird es auch keinen Staat mehr geben, sondern die klassen- und staatslose kommunistische Gesellschaft. Daher ist es eine Illusion, anzunehmen, man könne den Bürokratismus im sozialistischen Staatsapparat **restlos** beseitigen. Eine solche Illusion dient

letztlich auch nicht dem Kampf gegen den Bürokratismus. Sie mag zunächst einmal beflügelnd wirken, doch je deutlicher man sieht, daß man das gestellte Ziel nicht erreicht, desto mehr kann dann nach und nach Resignation eintreten. Man muß sich realistische Ziele stellen.

Auch im sozialistischen Albanien wurde die Losung der „Ausrottung des Bürokratismus“ ausgegeben, eine Losung, die innerhalb des Sozialismus, der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, illusorisch ist. Vgl. z.B. Agim Popa in *Albanien Heute*, 5/78. Dieser Artikel führt auch ein Zitat Enver Hoxhas an, in dem es heißt, man müsse dafür kämpfen, „(...) daß die Diktatur des Proletariats, nachdem sie errichtet worden ist, in allen ihren Kettengliedern und in jeder Hinsicht stets rein, unangetastet und unerschütterlich erhalten bleibt (...).“ Die Vorstellung einer solchen „Reinheit“ ist ebenfalls illusorisch. Lenin sagte in einem anderen Zusammenhang sehr deutlich: „*Reine Erscheinungen gibt es weder in der Natur noch in der Gesellschaft und kann es auch nicht geben - das lehrt gerade die Marxsche Dialektik, die uns zeigt, daß der Begriff der Reinheit selbst eine gewisse Beschränktheit und Einseitigkeit der menschlichen Erkenntnis ist, die einen Gegenstand nicht restlos in seiner ganzen Kompliziertheit erfaßt.*“ (LW 21 S. 231) Schon gar gilt dies in Bezug auf den Sozialismus, der sowohl Erscheinungen der noch nicht vollständig vernichteten alten Gesellschaft als auch des sich entwickelnden Kommunismus enthält. Die Vorstellung einer „reinen“ proletarischen Macht verstellt geradezu den Blick auf die teilweise gegensätzlichen Klassenkräfte und Interessen, die sich innerhalb des Apparats dieser Macht gegenüberstehen.

Doch zurück zur Sowjetunion. 1927 hatte Stalin also gesagt, man könne das Ziel der Vertreibung des Bürokratismus aus dem Staatsapparat nicht in ein oder zwei Jahren erreichen. Doch zehn Jahre später, 1937, mußte er Beispiele folgender Art anführen, in diesem Falle nicht den Staats-, sondern den Parteiapparat betreffend:

*„Ein anderes Beispiel. Ich meine das Beispiel mit Genossin Nikolajenko. Wer ist Genossin Nikolajenko? Genos-*

*sin Nikolajenko ist ein einfaches Parteimitglied. Sie gehört zu den gewöhnlichen 'kleinen Leuten'. Ein ganzes Jahr lang gab sie Signale über die schlimme Lage in der Parteior-  
ganisation von Kiew, enthüllte die Sippenwirtschaft, das kleinbürgerlich-spießerhafte Herangehen an die Funktionäre, die Unterdrückung der Selbstkritik, das Überhandnehmen der trotzkistischen Schädlinge. Man suchte sie sich vom Leibe zu halten wie eine zudringliche Fliege. Und um sie schließlich loszuwerden, schloß man sie kurzerhand aus der Partei aus. Weder die Kiewer Organisation noch das ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine (Bolschewiki) halfen ihr, die Wahrheit an den Tag zu bringen. Erst das Eingreifen des Zentralkomitees der Partei half, diesen verworrenen Knäuel zu entwirren. Und was stellte sich nach der Untersuchung der Sache heraus? Es stellte sich heraus, daß Genossin Nikolajenko recht hatte, die Kiewer Organisation aber unrecht. Nicht mehr und nicht weniger. Aber wer ist Genossin Nikolajenko? Sie ist natürlich nicht Mitglied des ZK, sie ist nicht Volkskommissar, sie ist nicht Sekretär der Kiewer Gebietsorganisation, sie ist nicht einmal Sekretär irgendeiner Zelle, sie ist nur ein schlichtes, einfaches Parteimitglied. Wie Sie sehen, stehen einfache Menschen der Wahrheit mitunter bedeutend näher als manche hohe Institutionen. Man könnte noch Dutzende und Hunderte solcher Beispiele anführen.“*

(SW 14 S. 155)

In der gleichen Rede deckte Stalin auf, wie führende Funktionäre ihre Mitarbeiter „meistens“ (!!!) auswählten:  
*„Meistens erfolgt die Auswahl der Mitarbeiter nicht nach objektiven Gesichtspunkten, sondern nach zufälligen, subjektiven, spießerhaft-kleinbürgerlichen Gesichtspunkten. Meistens sucht man sich sogenannte Bekannte, Freunde, Landsleute, persönlich ergebene Leute, Meister in der Lobpreisung ihrer Vorgesetzten aus - ohne Rücksicht auf ihre politische und fachliche Eignung.“*

*Es ist klar, daß auf diese Weise statt einer führenden Gruppe verantwortlicher Funktionäre eine Sippschaft einander nahestehender Leute, eine Innung herauskommt, deren*

Mitglieder darauf bedacht sind, in Frieden zu leben, einander nicht weh zu tun, nicht aus der Schule zu plaudern, einander zu lobpreisen und der Zentrale von Zeit zu Zeit völlig nichtssagende und Übelkeit erregende Berichte über Erfolge einzusenden.

Es ist nicht schwer zu begreifen, daß es bei einer solchen Sippenwirtschaft weder für Kritik an den Mängeln der Arbeit noch für Selbstkritik der Leiter der Arbeit Platz geben kann.

Es ist klar, daß eine solche Sippenwirtschaft einen günstigen Boden abgibt für die Züchtung von Speichelleckern, von Leuten, die jeglichen Gefühls eigener Würde bar sind und deshalb mit dem Bolschewismus nichts gemein haben.

Nehmen wir zum Beispiel die Genossen Mirsojan und Wainow. Der eine ist Sekretär der Regionsparteiorganisation von Kasachstan, der andere ist Sekretär der Jaroslawler Gebietsparteiorganisation. Diese Genossen sind nicht unsere schlechtesten Funktionäre. Wie aber wählen sie ihre Mitarbeiter aus? Der eine hat aus Aserbaidshan und vom Ural, wo er früher arbeitete, 30 -40 ´seiner´ Leute nach Kasachstan mitgeschleppt und sie auf verantwortliche Posten in Kasachstan gestellt. Der andere hat aus dem Donezbecken, wo er früher arbeitete, ebenfalls mehr als ein Dutzend ´seiner´ Leute nach Jaroslawl mitgeschleppt und sie ebenfalls auf verantwortliche Posten gestellt. Genosse Mirsojan hat also seine eigene Innung. Eine eigene Innung hat auch Genosse Wainow. Hätte man nicht, geleitet von dem bekannten bolschewistischen Grundsatz von der Auswahl und Verteilung der Kader, an Ort und Stelle Mitarbeiter auswählen können? Natürlich hätte man das gekonnt. **Warum aber haben sie das nicht getan? Weil sie den bolschewistischen Grundsatz von der Auswahl der Mitarbeiter verletzen**, der die Möglichkeit einer spießhaft-kleinbürgerlichen Methode der Auswahl, die Möglichkeit einer Auswahl der Mitarbeiter vom Standpunkt der Sippen- und Vetternwirtschaft ausschließt. **Außerdem** wollten sich diese Genossen, als sie sich persönlich ergebene Leute als Mitarbeiter heranholten, of-

*fenbar ein Milieu schaffen, das ihnen eine gewisse Unabhängigkeit sowohl gegenüber den örtlichen Funktionären als auch gegenüber dem ZK der Partei sichern sollte.“*

(SW 14 S. 147 f., Hervorhebungen v. Verf.)

Auch in der revisionistischen DDR waren derartige Seilschaften bekanntlich eine durchgängige Erscheinung, freilich mit dem Unterschied zur zu Zeiten Stalins noch sozialistischen Sowjetunion, daß dagegen kein Kampf mehr möglich war, daß das Proletariat endgültig von der Macht verdrängt war. In der sozialistischen Sowjetunion gab es nicht nur solche Erscheinungen, sondern auch den Kampf dagegen. Stalin deckte derartige Erscheinungen schonungslos auf, er scheute nicht vor der Feststellung zurück, daß die führenden Funktionäre „meistens“ ihre Mitarbeiter so auswählten, und er kämpfte mit klarem Klassenstandpunkt dagegen. Doch aus heutiger Sicht muß man sagen, daß seine Analyse derartiger Zustände unzureichend war. Die „Verletzung“ bestimmter „Prinzipien“ konnte nicht der letzte Grund für solche Verhaltensweisen von Funktionären sein, denn die Menschen handeln letztlich nicht so oder anders, weil sie Prinzipien befolgen oder nicht befolgen, sondern ihr Handeln ist von ihren Interessen bestimmt. Das schimmert auch im letzten Satz des Stalin-Zitats durch, wo nach dem Wort „außerdem“ Interessen angedeutet werden. Doch eine klare Analyse der sozialökonomischen Verhältnisse, aus denen aufgrund ihrer relativen Rückständigkeit gesetzmäßig gegen das Proletariat gerichtete Interessen entstehen müssen, ist das nicht.

Das kann man den damals handelnden Revolutionären nicht vorwerfen. Aus heutiger Sicht, im Rückblick, ist es tausendmal leichter, diese Fragen zu analysieren. Diese Aufgabe muß dann aber auch geleistet werden; man darf bei früheren Antworten auf diese Probleme nicht stehenbleiben, wenn und soweit sie sich als unzureichend erwiesen haben.

Im Revisionismus strebt die politische Macht nicht mehr die Aufhebung der Klassenunterschiede an. Hier ist der Gegensatz von oben und unten wieder ein Gegensatz

zweier Klassen geworden. Dies schließt nicht aus, daß die neue herrschende Klasse einzelne aus dieser Klasse verbannt und daß umgekehrt willfähige Arbeiter neu in diese Klasse aufsteigen können, doch der Klassengegensatz als solcher wird von den Herrschenden mit Zähnen und Klauen verteidigt.

Der Gefahr der revisionistischen Entartung einer sozialistischen Gesellschaft kann man nicht dadurch begegnen, daß der Sozialismus durch einen Willensakt ein für allemal alle Reste von Lohnarbeit und alle Reste des Kommandos über die Arbeit anderer beseitigt. Reste des Kommandos über die Arbeit anderer sind in dem Maße als Krücke erforderlich, wie der Prozeß der Selbstaufhebung des Proletariats noch nicht abgeschlossen ist. Sie sind also aufgrund des Entwicklungsstandes der Gesellschaft objektiv notwendig. Die Kommunisten müssen gleichzeitig auf die restlose Überwindung all dieser Kategorien der Klassengesellschaft hinarbeiten **und** ihre zeitweilige Berechtigung anerkennen und praktisch in Rechnung stellen, solange und in dem Ausmaß wie der gesellschaftliche Zustand es jeweils erfordert. Der ideale kommunistische Funktionär übt das „Kommando“ in dem Maße aus, wie die Zustände es erfordern, und arbeitet zugleich auf eine solche Veränderung der Zustände hin, die die Notwendigkeit eines solchen „Kommandos“ reduziert. Freilich ist das Problem mit dieser Überlegung nicht gelöst, sondern es stellt sich die Frage, wie man die Herauentwicklung solcher Funktionäre fördern und andererseits die Herauentwicklung von Leitern, die gegen die Arbeiter gerichtete Klasseninteressen verfolgen, hemmen kann. Auch dies ist wiederum nur ein Teilproblem; strategisch entscheidend ist die Frage, auf welche Weise der Prozeß der Selbstaufhebung der Lohnarbeit dadurch ins Werk gesetzt und beschleunigt werden kann, daß immer mehr Arbeiter unmittelbar an der Leitung der Produktion und überhaupt aller gesellschaftlicher Angelegenheiten beteiligt werden, und zwar **ohne** dadurch zu speziellen „Leitern“ zu werden, ohne Beendigung ihrer Tätigkeit in der unmittelbaren Produktion. In

dem Maße, wie dies geschieht, entfällt die Notwendigkeit einer Schicht von Leitenden. Nur so kann der Sozialismus sich behaupten und in Richtung Kommunismus entwickeln, nicht etwa dadurch, daß die „guten Funktionäre“ in regelmäßigen Abständen den „schlechten“ Schandhüte aufsetzen, wie Mao tse-tung es lehrte und praktizierte. **So** werden die klassenmäßigen Unterschiede zwischen Führern und Geführten nicht aufgehoben, sondern diejenigen Leiter, die sich im Machtkampf innerhalb der Leitenden durchsetzen, bestimmen, daß **sie** die „Guten“ und die anderen die „Schlechten“ sind, während das Proletariat nichts zu bestellen hat.

Die im Sinne des obigen Zitats aus der *Heiligen Familie* „destruktive“ Partei, die Kraft nämlich, deren Streben aufgrund ihrer Lage auf die Beseitigung aller Klassenunterschiede gerichtet ist, ist auch hier die Arbeiterklasse. Sie kann sich letztlich nicht damit abfinden, daß andere über sie bestimmen, während sie den gesellschaftlichen Reichtum schafft. Will die kommunistische Partei in revolutionärer Weise diejenigen Kräfte bündeln, die in Richtung Kommunismus weisen, so muß sie ihre Wurzeln vor allem in der Arbeiterklasse haben. Doch aufgrund der unter der proletarischen Macht gegebenen „Durchlässigkeit“ zwischen „oben und unten“ ist diese Bestimmung durchaus widersprüchlich: Es werden ja „Ausführende“ in „Leitende“ verwandelt und umgekehrt, ohne daß allein dadurch die Arbeitsteilung zwischen leitenden und ausführenden Funktionen beseitigt wird.

Auch die Bestimmung, daß die Arbeiter die negative, auf Beseitigung aller klassenmäßigen Unterschiede drängende Kraft sind, ist nicht absolut. Auch bei Arbeitern im Sozialismus gibt es die Tendenz, sich nicht um gesellschaftliche Angelegenheiten kümmern zu wollen. Diese Tendenz wird sowohl von den Umständen als auch den psychischen Strukturen hervorgerufen. Die Umstände sind so, daß es noch einer **besonderen** Anstrengung bedarf, sich um gesellschaftliche Angelegenheiten zu kümmern. (Z.B. weil die allseitige

Ausbildung der Arbeiter noch nicht genug entwickelt ist, weil die Arbeit mitunter noch ermüdend und zermürbend ist, weil die Arbeitszeit trotz Verkürzung noch länger sein muß als wünschenswert, weil die gesellschaftlichen Einrichtungen zur Regelung des Reproduktionsbereichs noch nicht genügend entwickelt sind usw.) Zudem weisen viele Menschen infolge des Erbes der kapitalistischen Zustände noch psychische Strukturen auf, die die verantwortliche Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben mitunter als zusätzliche Belastung erscheinen lassen.

Gibt es aber bei Arbeitern die Tendenz, sich nicht um die Leitung gesellschaftlicher Angelegenheiten kümmern zu wollen, sich im in gewisser Weise als bequem empfundenen Dasein als Lohnarbeiter einzurichten, so existiert als logische Kehrseite bei Leitern die Tendenz, mit der bestehenden Konzentration von Entscheidungsbefugnissen in ihrer Hand und der damit verbundenen privilegierten Stellung zufrieden zu sein, so daß sie gar keine revolutionäre Veränderung der bestehenden Zustände mehr wollen. Dies kann als „Verteidigung des Sozialismus“ dargestellt werden, und in Wirklichkeit verteidigt man die negativen, aus der alten Gesellschaft kommenden Merkmale, die die positiven nach und nach ersticken können. Die rückständigen Seiten der Umstände werden so konserviert, die gesellschaftliche Selbsttätigkeit und Selbstveränderung der arbeitenden Massen wird verhindert, der Sozialismus wird letztendlich zu Fall gebracht, auch wenn seine äußere Hülle - im Revisionismus - in vielem noch erhalten bleibt.

Die Arbeiterklasse, die dann wieder im vollen Sinne Proletariat, Klasse von Lohnarbeitern, geworden ist, ist zwar immer noch „destruktive“, die Gesellschaft sprengende Kraft. Doch ihr fehlt ihre politische Partei, die es vermag, diese Sprengkraft in revolutionärer Weise zu bündeln, als Waffe zur Abschaffung aller Klassenunterschiede zu nutzen. Ihre ehemalige Partei hat sich in die Partei derjenigen verwandelt, die ihr im Nacken sitzen, ihre Arbeitskraft kommandieren. Wirkt aber die Sprengkraft des Proletariats nicht

revolutionär, so kann sie von der Bourgeoisie des In- und Auslands genutzt werden, und zwar zur Sprengung der formal gewordenen Hülle früherer sozialistischer Zustände, zur Beseitigung der revisionistischen Ordnung und zur Wiederherstellung des Kapitalismus.

**Literatur zur Frage der Widersprüche im Sozialismus und der Gefahr revisionistischer Entartung einer sozialistischen Gesellschaft:**

**Theoretisches Organ der KPD 1-2/92, S. 3 ff.:**

Sind revisionistische Regimes fortschrittlich?

**Rote Reihe Band 1:**

Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte



Die Probleme der Übergangsgesellschaft, des Sozialismus, seien hier nur kurz angerissen; sie werden in einem späteren Kapitel behandelt. Entscheidend ist für uns an dieser Stelle: Mit dem Erreichen des Kommunismus bleibt von klassenmäßigen Verhältnissen nichts mehr übrig, bleibt weder von der Kategorie der Lohnarbeit noch von der Kategorie des Kommandos über die Arbeit anderer etwas übrig.

Die Produktion und überhaupt alle gesellschaftlichen Angelegenheiten werden nun im vollen Sinne von der Gesellschaft geleitet, von einer nicht-staatlichen Vereinigung selbstbewußter Individuen. Hier wird das verwirklicht, was die Kapitalisten heute aufgrund der hochentwickelten Produktivkräfte anzustreben gezwungen sind, aber nicht erreichen können, weil die Fesseln des Kapitalverhältnisses es verhindern: Das Gold in den Köpfen der Produzenten wird freigesetzt, wird zur mächtigsten Produktivkraft überhaupt! Die Arbeit ist für diese Produzenten nicht mehr ein „Opfer ihres Lebens“, sie arbeiten nicht mehr, um zu leben, das Leben fängt nicht da an, wo die Arbeit endet. Zweck ihrer kollektiven Arbeit ist sowohl ihr kollektives Produkt als auch die schöpferische Tätigkeit, die nun keinem andern mehr gehört, sondern ihnen selbst. Dies gilt - wenn eine sozialisti-

sche Gesellschaft sich positiv, nämlich in Richtung Kommunismus entwickelt - in wachsendem Maße zwar auch schon im Sozialismus, in vollem Sinne aber erst im Kommunismus. Dann wird die Arbeit „*das erste Lebensbedürfnis*“, wie Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* sagte. (MEW 19 S. 21; oder AW IV S. 389)

Letzteres mag heute für viele utopisch klingen, ist es aber nicht. Vorausgesetzt ist hier eine schöpferische Arbeit für sich selbst, für die Gesellschaft, die den Zwangscharakter der Lohnarbeit vollständig verloren hat. Eine Arbeit, die auf einem hohen technischen und wissenschaftlichen Niveau geleistet wird, denn Mechanisierung und Automation haben den allergrößten Teil stupider, entnervender und zermürbender Arbeiten überflüssig gemacht, und was davon noch übrigbleiben mag, wird so verteilt, daß es den einzelnen wenig trifft. Überhaupt gilt im Kommunismus, daß der einzelne im Verlauf seines Lebens nicht auf einen engen Kreis von Tätigkeiten beschränkt bleibt, sondern Gelegenheit hat, sich ständig neue Fertigkeiten anzueignen und diese anzuwenden. Dies entspricht dem hohen Entwicklungstempo der Produktivkräfte. Schon heute, unter kapitalistischen Verhältnissen, macht dieses Tempo ständig diese oder jene Teilfunktion überflüssig und macht andererseits ständig die Herausbildung neuer Fähigkeiten und Fertigkeiten erforderlich. Unter kapitalistischen Umständen aber ist dies ein Unglück für diejenigen, deren Teilfunktion „überflüssig“ wird und die folglich ins Heer der Arbeitslosen eingereiht werden. Im Kommunismus verwandelt sich dieser Fluch in einen Segen, nämlich in die Möglichkeit, „*die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit*“ zu überwinden (Marx, *Kritik des Gothaer Programms*, ebenda).

Daß die Arbeit selbst zu einem wichtigen Bedürfnis geworden ist, hat noch eine weitere wesentliche Voraussetzung, nämlich die drastische Verkürzung der auf die Produktion selbst angewandten Zeit. Dies ist möglich geworden durch die bewußte Anwendung des **Gesetzes der Ökonomie der Zeit** durch die kommunistische Gesellschaft (vgl. Kapitel VIII, S. 44 f.).

„Die wirkliche Ökonomie - Ersparung - besteht in Ersparung von Arbeitszeit; (Minimum (und Reduktion zum Minimum) der Produktionskosten); diese Ersparung aber identisch mit Entwicklung der Produktivkraft. Also keineswegs Entsagen vom Genuß, sondern Entwickeln von power (Kraft, d. Verf.), von Fähigkeiten zur Produktion und daher sowohl der Fähigkeiten wie der Mittel des Genusses. (wird weiter unten erläutert, d. Verf.) Die Fähigkeit des Genusses ist Bedingung für denselben, also erstes Mittel desselben, und diese Fähigkeit ist Entwicklung einer individuellen Anlage, Produktivkraft. Die Ersparung von Arbeitszeit gleich Vermehren der freien Zeit, d.h. Zeit für die volle Entwicklung des Individuums, die selbst wieder als die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit. (...) Die freie Zeit - die sowohl Mußzeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist - hat ihren Besitzer natürlich in ein andres Subjekt verwandelt, und als dies andre Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß. Es ist dieser zugleich Disziplin, mit Bezug auf den werdenden Menschen betrachtet, wie Ausübung, Experimentalwissenschaft, materiell schöpferische und sich vergegenständlichende Wissenschaft mit Bezug auf den gewordenen Menschen (der aufgrund dieser Umwälzung veränderte Mensch nutzt die erworbenen Kenntnisse zur planmäßigen Umgestaltung von Natur und Gesellschaft, d. Verf.), in dessen Kopf das akkumulierte Wissen der Gesellschaft existiert.“ (Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42 S. 607; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 599 f.)

„Disziplin, mit Bezug auf den werdenden Menschen betrachtet“: Die Sache selbst, die im Produktionsprozeß zu beachtenden objektiven Gesetze erfordern eine gewisse Disziplin, die den Menschen zur Entwicklung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten zwingt. Disziplin erfordert auch die in hohem Maße arbeitsteilige Produktion freier Produzenten, deren Arbeit weder durch Warenkategorien noch durch hierarchische Strukturen, sondern durch ihre eigene Einsicht in die Gesetze der Natur und in die Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Zusammenarbeit bestimmt wird.

Diese freiwillige Disziplin prägt den Menschen. Daß Marx in diesem Zusammenhang vom „werdenden Menschen“ spricht, braucht uns nicht zu wundern: Aus Kapitel VII wissen wir ja, daß das menschliche Wesen das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist und daß die Basis dieses Ensembles die Produktionsverhältnisse sind. Hier also wird das menschliche Wesen in erster Linie produziert.

Das ist auch im Kommunismus so; im Kommunismus allerdings gewinnen die menschliche Tätigkeit und die gesellschaftlichen Verhältnisse **außerhalb** der Produktion größere Bedeutung als jemals zuvor:

*„Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Notwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten (vereinigten, d. Verf.) Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.“* (Marx, Kapital III, MEW 25 S. 828)

Wir sehen: Eine **Verabsolutierung** des Marxschen Wortes von der Arbeit als „erstem Lebensbedürfnis“, die Entwicklung einer Art Arbeitsreligion, ein Bild vom Kommunismus als einer Super-Arbeitsgesellschaft, in der die Helden der Arbeit miteinander wetteifern, würde dem Geiste des Marxismus diametral entgegenlaufen. Ein Kommunismus-Bild, wie es von den Revisionisten an der Macht zunehmend propagiert wurde: Kein Wunder, **sie** wollten eine Gesellschaft verewigen, in der **sie** das Kommando über Lohnarbeit ausübten.

Marx sagt klipp und klar: Das „wahre Reich der Freiheit“ beginnt „jenseits“ der Produktion, und nur **auf der Grundlage**, daß dieses Reich immer größer wird, kann die Tätigkeit **innerhalb der Produktion** zu einem der wichtigsten Bedürfnisse des kommunistischen Menschen werden. In der Tat werden die Grenzen zwischen diesen beiden Bereichen an Starrheit verlieren. Zunehmend mehr „freie menschliche Kraftentfaltung“ innerhalb der Produktion, denn die umfangreiche schöpferische „Mußezeit“ läßt den Produzenten ja als ein „ganz andres Subjekt“ in den Bereich der Produktion wieder eintreten. Aber kein völliges Zusammenfallen der beiden Bereiche, denn es verbleibt die „Disziplin“, die im Bereich der unmittelbaren Produktion durch die Sache selbst geschuldet ist, wodurch allerdings der andere Bereich erst als ein **besonderes** Reich der Freiheit erfahren werden kann.

Überdies ist im „Freizeit-Bereich“ (um ein heutiges Wort zu verwenden, das im Kommunismus, der die starre Gegenüberstellung von Arbeit und Freizeit überwunden hat, freilich nicht mehr paßt) eine schöpferische „Kraftentfaltung, die sich als Selbstzweck gilt“ (nämlich statt ausschließlichen oder weit überwiegenden passiven Konsumierens!) nur **des-halb** möglich, weil die Verhältnisse **in der Produktion** einen schöpferischen Menschen hervorgebracht haben. Wäre dies nicht der Fall, so könnte der „Freizeit-Bereich“ auch nicht als Reich der Freiheit erfahren werden, sondern bliebe so borniert, wie die Freizeit„gestaltung“ heute großenteils ist, eben weitgehend auf passives Konsumieren beschränkt.

Denn wie soll der Mensch im „Freizeit-Bereich“ schöpferisch gestalten, wenn er es in der Produktion nicht tun kann? Das Freizeit-Verhalten ist stets nur Widerspiegelung (freilich dialektische Widerspiegelung) der Produktionsverhältnisse. So ergibt sich, daß die Arbeit dem Menschen im Kommunismus im wahrsten Sinn des Wortes zum „ersten Lebensbedürfnis“ wird, denn ohne „zuerst“ dieses Bedürfnis zu befriedigen, ist keine schöpferische Gestaltung der Freizeit, kein „Reich der Freiheit“ außerhalb der Produktionssphäre möglich: Zum einen, weil die sachlichen Bedingungen dieses „Reiches der Freiheit“ zuerst in der Produktion geschaffen werden müssen, zum andern, weil die psychischen Strukturen, die den Menschen das Genießen dieses „Reiches der Freiheit“ ermöglichen, ebenfalls „zuerst“ in der Produktionssphäre produziert werden. (Dieses „zuerst“ ist hauptsächlich ein logisches und nur in eingeschränktem Sinne ein zeitliches „zuerst“.) Eben in diesem Sinne ist Marx´ Hinweis im vorletzten Zitat zu verstehen, daß die Entwicklung von Produktivkraft, von Fähigkeiten zur Produktion, nicht nur die (sachlichen) Mittel, sondern auch die Fähigkeiten des Genusses hervorbringt.

*„Es versteht sich von selbst, daß die time of labour (Arbeitszeit, d. Verf.) selbst, dadurch, daß sie auf normales Maß beschränkt, ferner nicht mehr für einen andren, sondern für mich selbst geschieht, zusammen mit der Aufhebung der sozialen Gegensätze zwischen master and men (etwa: dem Chef und seinen Leuten, d. Verf.) etc., als wirklich soziale Arbeit, endlich als Basis der disposable time (freien Zeit, d. Verf.) einen ganz andren, freiern Charakter erhält, und daß die time of labour eines man, der zugleich der man of disposable time ist, viel höhere Qualität besitzen muß als die des Arbeitstiers.“ (Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3, S. 253)*

Ein wesentlicher Bestandteil beim Übergang von den bornierten bürgerlichen Verhältnissen, eben dem Kapitalverhältnis, zu kommunistischen Verhältnissen besteht darin, daß die Steigerung der Produktivität zur Verkürzung der Ar-

beitszeit führt, diese wiederum zu höherer Qualifizierung der Arbeit der „Unteren“ und damit zur Beseitigung des Unterschieds von oben und unten wie auch zur Beseitigung von Formen der vertikalen Arbeitsteilung, die in der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, im Sozialismus, zunächst noch bis zu einem bestimmten Grade unvermeidlich sind. Mit der zunehmenden Beseitigung des Zwangscharakters der Arbeit und der sozialen Unterschiede handeln und denken immer mehr Menschen in immer höherem Maße für das Ganze, für die ganze Gesellschaft.

# DIE GESCHICHTLICHE AUFGABE DER ARBEITERKLASSE

*„Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen (die entwickelten Produktivkräfte, d. Verf.); sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden - die modernen Arbeiter, die **Proletarier**.“*

(Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4 S. 468; oder AW I S. 423. Es braucht nicht zu verwundern, daß hier nur von Männern, nicht von Frauen die Rede ist. Marx und Engels beschrieben das, was war. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Kapitalismus erst damit begonnen, Massen von Frauen als Lohnarbeiterinnen in den Produktionsprozeß zu werfen, und zum anderen brauchte es inmitten einer patriarchalischen Gesellschaft seine Zeit, bis Frauen innerhalb der Arbeiterorganisationen eine auch nur bescheidene Rolle einnehmen konnten.)

Wir sehen: Es bedarf nicht nur objektiver Bedingungen, um den Kapitalismus zu überwinden. Es bedarf auch einer subjektiven Kraft. Diese subjektive Kraft ist die Arbeiterklasse.

Wenn die Marxisten *„dem Proletariat diese weltgeschichtliche Rolle zuschreiben, so geschieht dies keineswegs (...), weil sie die Proletarier für **Götter** halten. Vielmehr umgekehrt. Weil die Abstraktion von aller Menschlichkeit, selbst von dem **Schein** der Menschlichkeit, im ausgebildeten Proletariat (d.h. im historisch herausgebildeten Proletariat, in der Klasse der modernen Lohnarbeiter, d. Verf.) praktisch vollendet ist, weil in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ih-*

*rer unmenschlichsten Spitze zusammengefaßt sind, weil der Mensch in ihm sich selbst verloren, aber zugleich nicht nur das theoretische Bewußtsein dieses Verlustes gewonnen hat, sondern auch unmittelbar durch die nicht mehr abzuweisende, nicht mehr zu beschönigende, absolut gebieterische **Not** - den praktischen Ausdruck der **Notwendigkeit** - zur Empörung gegen diese Unmenschlichkeit gezwungen ist, darum kann und muß das Proletariat sich selbst befreien. Es kann sich aber nicht selbst befreien, ohne seine eigenen Lebensbedingungen aufzuheben. (D.h. die Lohnarbeit aufzuheben, d. Verf.) Es kann seine eigenen Lebensbedingungen nicht aufheben, ohne **alle** unmenschlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft, die sich in seiner Situation zusammenfassen, aufzuheben. (Mit dem Kapitalverhältnis als Basis dieser Lebensbedingungen, d. Verf.) Es macht nicht vergebens die harte, aber stählende Schule der **Arbeit** durch. Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen **vorstellt**. Es handelt sich darum, **was es ist** und was es diesem **Sein** gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eignen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet.“*

(Marx, Die Heilige Familie, MEW 2 S. 38; oder AW I S. 113 f.; Hervorhebungen v. Marx)

Die geschichtliche **Notwendigkeit** besteht darin, die Produktivkräfte zu befreien. (Nämlich: Bei Entwicklung der Geschichte in **aufsteigender** Linie ist diese Befreiung notwendig.) Dazu aber bedarf es einer subjektiven Kraft, die **Not leidet**, solange diese Umwälzung nicht vollzogen ist: Die **Not als praktischer (d.h. subjektiver und zur praktischen Umwälzung zwingender) Ausdruck der objektiven Notwendigkeit**.

Erst im modernen Proletariat hat die Geschichte eine Klasse hervorgebracht, die durch ihre eigene Befreiung die ganze Gesellschaft befreien kann. Die römischen proletarii

z.B. waren weitgehend eine parasitäre Klasse. Die Sklaven waren in ihrer ganzen Lebenslage zu gedrückt, die leibeigenen Bauern ebenfalls noch zu gedrückt, da persönlich abhängig, und zudem an die Scholle gebunden. Der geschichtliche Fortschritt bestand in Klassengesellschaften bisher stets darin, daß eine rohere Form der Ausbeutung durch eine fortgeschrittenere abgelöst wurde, entsprechend dem entwickelteren Stand der Produktivkräfte. Als höchste Form der Ausbeutergesellschaft wurde schließlich die kapitalistische hervorgebracht. Heute zeigen unter anderem die weitgehend fruchtlosen Bemühungen der Kapitalsvertreter, „das Gold in den Köpfen der Beschäftigten zu nutzen“, daß das Kapitalverhältnis den Produktivkräften zu eng geworden ist und gesprengt werden muß, um dem Stand der Produktivkräfte Rechnung zu tragen.

Der Marxismus ist alles andere als eine vom Boden der Tatsachen abhebende Schwärmerei für das Glück der Menschen. Wenn der Marxismus die Beseitigung jeglicher Form von Ausbeutung zum aktuellen Programm erklärt, so tut er das auf der Grundlage des wissenschaftlichen Nachweises, daß die materiellen Bedingungen dafür durch einen langen geschichtlichen Prozeß vorbereitet worden sind. Zwei Marx-Zitate über Ricardo sollen belegen, daß der Marxismus mit einem träumerischen, lebensfremden Schwärmen für illusorische edle Ziele nicht das Geringste gemein hat:

*„Was ihm (Ricardo, d. Verf.) vorgeworfen wird, daß er, um die ‘Menschen’ unbekümmert, bei Betrachtung der kapitalistischen Produktion nur die Entwicklung der Produktivkräfte im Auge hat - mit welchen Opfern an Menschen und Kapital**werten** immer erkaufte -, ist gerade das Bedeutende an ihm. Die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit ist die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals. Eben damit schafft es unbewußt die materiellen Bedingungen einer höhern Produktionsform.“* (Kapital III, MEW 25, S. 269, Hervorhebung von Marx)

„Die Menschen“ als eine Ansammlung souveräner Subjekte gibt es eben nicht, sondern eine solche Vorstellung ist eine subjektivistische Illusion (vgl. Kapitel VII).

„Er (Ricardo, d. Verf.) will die Produktion der Produktion halber, und dies ist recht. Wollte man behaupten, wie es sentimentale Gegner Ricardos getan haben, daß die Produktion nicht als solche der Zweck sei, so vergißt man, daß Produktion um der Produktion halber nichts heißt als Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte, also Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck. Stellt man, wie Sismondi (ein vom kleinbürgerlichen Standpunkt ausgehender Ökonom, d. Verf.) das Wohl der einzelnen diesem Zweck gegenüber, so behauptet man, daß die Entwicklung der Gattung aufgehalten werden muß, um das Wohl der einzelnen zu sichern, daß also z.B. kein Krieg geführt werden dürfe (also auch kein revolutionärer, objektiv auf Befreiung der Produktivkräfte gerichteter Krieg, wie z.B. der amerikanische Bürgerkrieg, der den Sieg des Kapitalismus über die Sklaverei brachte, d. Verf.), worin einzelne jedenfalls kaputtgehn. (Sismondi hat nur recht gegen die Ökonomen, die diesen Gegensatz vertuschen, leugnen.) **Daß diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch, obgleich sie sich zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschenindividuen und ganzer Menschenklassen macht, schließlich diesen Antagonismus durchbricht** (nämlich den Gegensatz zwischen dem Fortschritt der Gattung Mensch und dem Ruin vieler Einzelner, d. Verf.) und zusammenfällt mit der Entwicklung des einzelnen Individuums, daß also die höhere Entwicklung der Individualität nur durch einen historischen Prozeß erkaufte wird, worin die Individuen geopfert werden, wird nicht verstanden (...). Die Rücksichtslosigkeit Ricardos war also nicht nur wissenschaftlich ehrlich, sondern wissenschaftlich geboten für seinen Standpunkt. (Sein Standpunkt war der des damals aufsteigenden industriellen Kapitals, und da dessen Aufstieg die Entwicklung der Produktivkräfte förderte, konnte Ricardo auf Grundlage dieses Standpunkts Wissenschaftler sein, d. Verf.)

*Es ist ihm aber deshalb auch ganz gleichgültig, ob die Fortentwicklung der Produktivkräfte Grundeigentum totschrägt oder Arbeiter. Wenn dieser Fortschritt das Kapital der industriellen Bourgeoisie entwertet, so ist es ihm ebenso willkommen. Wenn die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit das vorhandne capital fixe (Maschinerie und Produktionsanlagen, d. Verf.) um die Hälfte entwertet, was liegt dran, sagt Ricardo. Die Produktivität der menschlichen Arbeit hat sich verdoppelt. Hier ist also wissenschaftliche Ehrlichkeit. Wenn die Auffassung Ricardos im ganzen im Interesse der industriellen Bourgeoisie ist, so nur, weil und soweit deren Interesse koinzidiert (zusammenfällt, d. Verf.) mit dem der Produktion oder der produktiven Entwicklung der menschlichen Arbeit. Wo sie in Gegensatz dazu tritt, ist er ebenso rücksichtslos gegen die Bourgeoisie, als er es sonst gegen das Proletariat und die Aristokratie ist.“ (Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2, S. 111 f., Hervorhebung v. Verf.)*

Dieses Zitat ist in verschiedener Hinsicht außerordentlich lehrreich:

Marx sieht also letztlich „die Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck“ an. Im Gegensatz zu bürgerlichen Humanisten stellt er dabei in Rechnung, daß diese Entwicklung materieller Voraussetzungen bedarf. Der Kapitalismus, solange er aufsteigender Kapitalismus ist, schafft diese Voraussetzungen, nämlich die Produktivkräfte, die den Kommunismus ermöglichen. In dieser aufsteigenden Periode des Kapitalismus ist daher die „Produktion um der Produktion willen“ fortschrittlich. Etwas ganz anderes ist das heute. Heute sind die Produktivkräfte, die die „Entwicklung der menschlichen Natur als Selbstzweck“ ermöglichen, längst geschaffen, doch eine kleine Handvoll von Monopolkapitalisten verfügt über diese Produktivkräfte. Wenn z.B. eine ICE-Trasse deshalb errichtet wird, weil einige Großbanken und Versicherungen daran profitieren, dann ist eine solche Produktion um der Produktion willen reaktionär.

Solange der geschichtliche Fortschritt das Opfer vieler einzelner Individuen erforderte, war dies unvermeidlich, und keinerlei süßliches Moralisieren vermochte an dieser Notwendigkeit des geschichtlichen Verlaufs etwas zu ändern. Marx wandte sich sowohl gegen diejenigen, die diese Notwendigkeit mit süßlichen Moralsprüchen bejammerten, also auch gegen diejenigen, die diesen Antagonismus zwischen dem Wohl einzelner und dem Wohl der Menschheit **vertuschen wollten**. Ist man der Wahrheit verpflichtet, so darf man nicht vertuschen, daß die betreffenden Fortschritte dadurch erkaufte wurden, daß viele Individuen geopfert wurden. (Marx selbst z.B. mußte seine Familie und seine Gesundheit seinem großen Werk opfern.)

Solange der Kapitalismus die Voraussetzungen einer höheren Gesellschaftsform schuf, hatte er seine geschichtliche Berechtigung und Notwendigkeit. *„Als Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt er (der Kapitalist, d. Verf.) rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen, daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip **die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist.**“* (Kapital I, MEW 23 S. 618, Hervorhebung v. Verf.)

Diese Produktivkräfte sind wie gesagt heute in den entwickelten Industrieländern durch den Kapitalismus längst hervorgebracht. Es gibt jedoch keinen Automatismus, der an einem bestimmten Punkt von selbst zum Sieg des Sozialismus und Kommunismus führen würde. Dieser geschichtliche Fortschritt muß durch das Handeln von Menschen erkämpft werden - oder er bleibt aus. In letzterem Fall werden die für eine höhere Gesellschaftsordnung reifen Produktivkräfte überreif, gehen in Fäulnis über, und mit ihnen fault die ganze Gesellschaft. Wir werden in einem späteren Kapitel sehen, daß der monopolistische Kapitalismus, mit dem wir es heute zu tun haben, faulender, überreifer Kapitalismus ist.

# WOZU BRAUCHT DIE ARBEITERKLASSE EINE POLITISCHE PARTEI?

Nun war es auch bei allen früheren Wechseln von Gesellschaftsformationen so, daß diesen Wechseln ein höherer Entwicklungsgrad der Produktivkräfte zugrundelag, daß die jeweiligen Übergänge aber von handelnden Menschen erkämpft werden mußten. Dabei handelten diese Menschen jedoch auf der Grundlage von **ideologischen Vorstellungen**: So glaubten z.B. die bürgerlichen Revolutionäre an eine über den Klassen stehende Vernunft, an eine über den Klassen stehende Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Jakobiner glaubten, sie würden die römische Republik wiedererrichten. (vgl. Kapitel IV S. 108 f.) Cromwell glaubte an seinen protestantischen Gott und an die Prädestination (vgl. Kapitel III S. 51 ff. und Kapitel IV S. 51 ff.). Und so weiter.

Bei allen früheren Umwälzungen aber ging es jeweils um den Wechsel von einer Ausbeuterordnung zu einer anderen (bzw., beim Niedergang der Urgesellschaft, um den Übergang zur Klassengesellschaft). Die verschiedenen Ausbeuterklassen, die die Geschichte kennt, waren in der Lage, sich verschiedener Ideologien zu bedienen, um die Macht zu ergreifen und die Gesellschaft nach ihren Interessen umzugestalten. Diesmal aber, bei der sozialistischen und kommunistischen Umwälzung, geht es um die Beseitigung der Ausbeutergesellschaft überhaupt. Es geht um den Übergang zu einer Gesellschaft, in der die Menschen sowohl „ihren Stoffwechsel mit der Natur“ (Marx) als auch ihre eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse **bewußt** einrichten. Dies ist nicht möglich auf der Grundlage einer **Ideologie**. Dieser Übergang erfordert ein Bewußtsein, welches die Verhältnis-

se nicht ideologisch verzerrt, sondern wissenschaftlich widerspiegelt.

(Der Begriff Ideologie wird in verschiedener Bedeutung gebraucht. Marx und Engels bezeichneten damit eine aufgrund von Klasseninteressen **verzerrte und damit in hohem Maße inadäquate** Widerspiegelung der Wirklichkeit - vgl. hierzu Kapitel VII S. 76 ff. Lenin spricht allerdings von „sozialistischer Ideologie“ und meint damit die wissenschaftliche Theorie der Arbeiterklasse. Sie ist **keine** Ideologie im ursprünglichen Sinn des Wortes.)

Die Arbeiterklasse kann die kapitalistischen Verhältnisse also nur dann überwinden, wenn sie von einer wissenschaftlichen Theorie geleitet wird. Die spontane Arbeiterbewegung aber kann eine solche Theorie nicht hervorbringen. Die Arbeiter sind zu sehr damit befaßt, ihre an die Kapitalisten verkaufte Arbeitskraft für deren Interessen zu verausgaben. Diese Theorie ist von Wissenschaftlern hervorgebracht worden, von Marx und Engels. Diese Wissenschaftler konnten diese Theorie allerdings nur hervorbringen, weil sie den Standpunkt der Arbeiterklasse einnahmen, welcher zugleich der Standpunkt des historischen Fortschritts war.

Aber auch nachdem sie einmal geschaffen wurde, drängt sich diese Theorie der Arbeiterbewegung nicht spontan auf. Diese Theorie spiegelt zwar das grundlegende Interesse der Arbeiterklasse wider, das System der Lohnarbeit und damit das Kapital zu beseitigen. Doch auch die bürgerliche Ideologie wirkt auf die Arbeiterklasse, und beim spontanen Verlauf der Dinge wirkt sie stärker. Auch dies hat materielle Wurzeln. Die ökonomische Analyse des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital hat ja u.a. gezeigt: Solange das Kapitalverhältnis nicht umgewälzt ist, ist der Arbeiter zunächst einmal gezwungen, überhaupt einen Ausbeuter zu finden. Dieser einfache Umstand ist bereits Einfallstor für die bürgerliche Ideologie. (Heute ganz aktuell: „Standort sichern“ durch Wahrung der Interessen des Kapitals!) Weiter sind die Arbeiter beim Verkauf ihrer Arbeitskraft zunächst einmal **Konkurrenten**. Sie bieten ja die gleiche Ware an, und der Kreis der Abnehmer, der Kapitalisten, ist begrenzt.

Sind die Arbeiter also einerseits gesetzmäßig **Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft**, so sind sie andererseits eben **eine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft**, die in gewisser Weise die Borniertheit dieser Gesellschaft widerspiegelt: Als Verkäufer der Ware Arbeitskraft sind sie in einem bürgerlichen Produktionsverhältnis befangen.

Die Arbeiterklasse kann sich nur dann auf die Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe heben, sie kann nur dann ihr objektives Klasseninteresse, die Beseitigung des Kapitalverhältnisses, begreifen und verwirklichen, wenn die Arbeiterbewegung mit der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus verbunden wird. Oder, um eine Ausdrucksweise von Marx (der die Begriffe an sich und für sich bei Hegel entlehnt hat) zu benutzen: Die Klasse an sich (so, wie sie zunächst einmal ist) muß sich in eine Klasse für sich (eine Klasse, die bewußt für ihre Klasseninteressen kämpft) verwandeln. Diese **Verwandlung der Klasse an sich in eine Klasse für sich** kann nicht erfolgen ohne eine **politische Partei der Arbeiterklasse**, die vom wissenschaftlichen Sozialismus geleitet wird. Diese Partei ist die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung.

Engels schrieb 1889 in einem Brief:

*„Daß das Proletariat seine politische Herrschaft, die einzige Tür in die neue Gesellschaft, nicht erobern kann ohne gewaltsame Revolution, darüber sind wir einig. Damit am Tag der Entscheidung das Proletariat stark genug ist zu siegen, ist es nötig - und das haben Marx und ich seit 1847 vertreten -, daß es eine besondere Partei bildet, getrennt von allen andern und ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei.“*

(MEW 37, S. 326)

Deshalb traten Marx und Engels 1847 in den bisherigen „Bund der Gerechten“ ein, der sich fortan Bund der Kommunisten nannte, und nahmen entscheidenden Einfluß auf ihn. (vgl. Engels, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, MEW 8 S. 577 ff., insbesondere S. 585)

Im März 1850 forderten sie in der Ansprache der Zentralbehörde an den Bund nachdrücklich, daß der Bund aus-

schließlich proletarische und keinerlei andere Klasseninteressen vertreten sollte:

*„Im gegenwärtigen Augenblicke, wo die demokratischen Kleinbürger überall unterdrückt sind (nach der Niederlage der bürgerlichen 1848er Revolution, d. Verf.), predigen sie dem Proletariat im allgemeinen Einigung und Versöhnung, sie bieten ihm die Hand und streben nach der Herstellung einer großen Oppositionspartei, die alle Schattierungen in der demokratischen Partei umfaßt, das heißt, sie streben danach, die Arbeiter in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der die allgemein sozialdemokratischen Phrasen vorherrschend sind (d.h. unbestimmte und unverbindliche „sozialistische“ Phrasen ohne politische Kontur und ohne wissenschaftliche Grundlage, d. Verf.), hinter welchen ihre besondern Interessen sich verstecken, und in der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen. Eine solche Vereinigung würde allein zu ihrem Vorteile und ganz zum Nachteile des Proletariats ausfallen. Das Proletariat würde seine ganze selbständige, mühsam erkaufte Stellung verlieren und wieder zum Anhängsel der offiziellen bürgerlichen Demokratie herabsinken. Diese Vereinigung muß also auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Statt sich abermals dazu herabzulassen, den bürgerlichen Demokraten als beifallklatschender Chor zu dienen, müssen die Arbeiter, vor allem der Bund, dahin wirken, neben den offiziellen Demokraten eine selbständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei herzustellen und jede Gemeinde zum Mittelpunkt und Kern von Arbeitervereinen zu machen, in denen die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert werden.“*

(MEW 7 S. 248 f.; oder AW II S. 131 f.)

Der Bund sollte so breit und so offen wie möglich in der Klasse wirken und alles Sektiererische und Geheimbündlerische, das seiner Vorläuferorganisation, dem „Bund der Gerechten“, anhaftete, abstreifen, zugleich aber so geheim organisiert sein, wie es nötig war, um sich vor den Schlägen der Konterrevolution zu schützen. Ferner wirkten

Marx und Engels jeglichem Autoritätsglauben an die Führer, den Weitling innerhalb des „Bundes der Gerechten“ gepflegt hatte und den Lassalle später im „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ förderte, entschieden entgegen. So schrieb Marx 1877 in einem Brief:

*„Der erste Eintritt von Engels und mir in die geheime Kommunistengesellschaft geschah nur unter der Bedingung, daß alles aus den Statuten entfernt würde, was dem Autoritätsglauben förderlich. (Lassalle wirkte später grade in der entgegengesetzten Richtung.)“*

(MEW 34, S. 308)

Programmatistische Grundlage des Bundes der Kommunisten wurde das von Marx und Engels verfaßte, 1848 erschienene *Manifest der Kommunistischen Partei*. Der Kampf gegen sektenhafte Züge und Tendenzen kommt im Abschnitt *„Proletarier und Kommunisten“* wie folgt zum Ausdruck:

*„Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien.*

*Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.*

*Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.*

*Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.*

*Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.*

*Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Prole-*

*tariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschafft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.* (Heute gibt es freilich außer der kommunistischen Partei keine andere, die dieses Ziel verfolgt; d. Verf.)

*Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind.*

*Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“*

(Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4 S. 474 f.; oder AW I S. 429 f.)

Das Interesse der Gesamtbewegung des Proletariats wurde von Marx und Engels in folgendem, nach wie vor überaus aktuellen Satz zusammengefaßt:

*„Es kann sich für uns nicht um Veränderung des Privateigentums handeln, sondern nur um seine Vernichtung, nicht um Vertuschung der Klassengegensätze, sondern um Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der bestehenden Gesellschaft, sondern um Gründung einer neuen.“*

(Ansprüche der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850, MEW 7 S. 248; oder AW II S. 131)

Diese Einsicht erwächst in der Arbeiterklasse nicht spontan, sondern sie ist Ergebnis der Wissenschaft und muß von der proletarischen Partei in die Klasse hineingetragen werden. Deshalb ist jegliche Mystifizierung und Verklärung der Arbeiterklasse an sich, jede Form von Proletkult, zu der insbesondere manche Intellektuelle mitunter neigen, dem Marxismus zutiefst fremd. Wie immer eine solche Verklärung sich darstellen mag, letztlich verherrlicht sie die relative Borniertheit der Klasse an sich, anstatt die Notwendigkeit der Entwicklung zur Klasse für sich herauszuarbeiten. Mitunter drückt ein solcher Proletkult das schlechte Gewissen von Intellektuellen darüber aus, daß sie keine Arbeiter sind (anstatt daß sie sich den Standpunkt der Arbeiterklasse erarbeiten und die Arbeiterbewegung um ihr Wissen und ihre Fähigkeiten bereichern). Manchmal aber ist der Proletkult sogar ein wichtiges Mittel der Gegner des Marxismus, um das

Erstarken der Arbeiterbewegung zu behindern, nämlich dann, wenn politisch einflußreiche Kräfte das Hohelied der spontanen Bewegung singen, um die Formierung einer organisierten Arbeiterpartei zu behindern.

Das taten Anfang des Jahrhunderts die Menschewiki und insbesondere die sogenannten Ökonomen, gegen die Lenins Schrift *Was tun* gerichtet war, in der er die Notwendigkeit des sozialistischen Bewußtseins und die Rolle der kommunistischen Partei in klassischer Weise herausarbeitete. Wie Lenin zeigte, setzte die Demagogie dieser Feinde der proletarischen Partei geschickt an einigen richtig beobachteten Tatsachen an. So schrieb eine menschewistische Zeitung:

*„Es ist schlimm (...), wenn die Menge stumm, unaufgeklärt ist, wenn die Bewegung nicht von unten kommt. Man sehe sich das an: Die Studenten verlassen die Universitätsstadt und fahren für die Feiertage oder die Sommerferien nach Hause - und die Arbeiterbewegung kommt zum Stillstand. Kann denn eine Arbeiterbewegung, die von außen angetrieben wird, eine wirkliche Kraft darstellen? In keiner Weise... Sie hat noch nicht gelernt, auf eigenen Füßen zu gehen, sie wird noch am Gängelband geführt. Und so ist es in allem: Die Studenten sind fort - und alles steht still; man hat die Fähigsten herausgegriffen, den Rahm abgeschöpft - und die Milch wird sauer; das 'Komitee' ist verhaftet, und bis ein neues zustande kommt, tritt wieder Stillstand ein; und wer weiß, was für ein Komitee zustande kommt, vielleicht wird es dem bisherigen absolut nicht ähnlich sehen; jenes hat dies gesagt, dieses wird das Gegenteil sagen. Der Zusammenhang zwischen gestern und heute geht verloren, die Erfahrung der Vergangenheit ergibt keine Lehre für die Zukunft. **Und all das nur, weil die Wurzeln in der Tiefe, in der Menge fehlen; nicht ein Hundert Dummköpfe ist am Werk, sondern ein Dutzend Schlauköpfe.** Ein Dutzend kann immer vom Hecht geschnappt werden, erfaßt aber die Organisation die Menge, kommt alles aus der Menge - dann vermag bei allem Eifer niemand die Sache zu zerstören.“* (Lenin, *Was tun*, LW 5 S. 476; oder LAW I S. 462; Hervorhebung v. Verf.)

Lenin antwortete:

*„Die Tatsachen sind richtig geschildert. Das Bild unserer Handwerkserei (politisch planloses Agieren, d. Verf.) ist nicht übel. Aber die Schlußfolgerungen sind sowohl ihrem Unverstand als auch ihrer politischen Taktlosigkeit nach der ‘Rabotschaja Mysl’ (menschewistische Zeitung, d. Verf.) würdig. Sie sind der Gipfel der Unvernunft, denn der Verfasser verwechselt die philosophische und die sozialhistorische Frage nach den ‘Wurzeln’ der Bewegung in der ‘Tiefe’ mit der technisch-organisatorischen Frage, wie der Kampf gegen die Gendarmen besser zu führen ist. Sie sind der Gipfel politischer Taktlosigkeit, denn anstatt sich von den schlechten Führern abzuwenden und an die guten Führer zu appellieren, wendet sich der Verfasser von den Führern überhaupt ab und appelliert an die ‘Menge’ (...). Der Anschaulichkeit halber will ich versuchen, mit einem Beispiel zu beginnen. Nehmen wir die Deutschen (gemeint ist: die deutsche Arbeiterbewegung, d. Verf.). Man wird doch hoffentlich nicht leugnen wollen, daß ihre Organisation die Menge erfaßt, daß alles von der Menge ausgeht, daß ihre Arbeiterbewegung gelernt hat, auf eigenen Füßen zu gehen? Und wie versteht diese millionenköpfige Menge es trotzdem, ihr ‘Dutzend’ bewährter politischer Führer zu schätzen, wie fest hält sie zu ihnen! Im Parlament kam es wiederholt vor, daß Abgeordnete der feindlichen Parteien die Sozialisten hänselten: ‘Schöne Demokraten seid ihr! Nur in Worten habt ihr eine Bewegung der Arbeiterklasse, in Wirklichkeit aber tritt immer dieselbe Führersippe auf. Immer derselbe Bebel, derselbe Liebknecht, jahraus, jahrein, von einem Jahrzehnt zum anderen. Eure angeblich gewählten Abgeordneten der Arbeiterschaft sind noch weniger absetzbar als die vom Kaiser eingesetzten Beamten!’ Doch die Deutschen hatten nur ein verächtliches Lächeln für diese demagogischen Versuche übrig, die ‘Menge’ gegen die ‘Führer’ auszuspielen, in der Menge schlechte und eitle Instinkte zu entfachen, der Bewegung durch Erschütterung des Vertrauens der Masse zu einem ‘Dutzend Schlauköpfen’ die Widerstandsfähigkeit und Festigkeit zu rauben. Das politische Denken der Deutschen*

*ist schon entwickelt genug, sie haben genügend politische Erfahrung gesammelt, um zu verstehen, daß es ohne ein 'Dutzend' talentvoller (Talente aber kommen nicht zu Hunderten zur Welt), bewährter Führer, die mit den notwendigen Kenntnissen ausgerüstet sind, eine lange Schule durchgemacht haben und die ausgezeichnet zusammenarbeiten, in der heutigen Gesellschaft keinen beharrlichen Kampf einer Klasse geben kann. Die Deutschen haben auch in ihrer Mitte Demagogen gesehen, die einem 'Hundert Dummköpfen' schmeichelten, indem sie sie über das 'Dutzend Schlauköpfe' stellten, die der 'schwierigen Faust' der Masse schmeichelten, sie (wie Most oder Hasselmann) (Führer der Lassalleaner, d. Verf.) zu unüberlegten 'revolutionären' Aktionen anstachelten und Mißtrauen gegen die bewährten und standhaften Führer säten. Und nur dank dem unentwegten und unversöhnlichen Kampf gegen alle demagogischen Elemente innerhalb des Sozialismus ist der deutsche Sozialismus so gewachsen und erstarkt. Zu einer Zeit, wo die ganze Krise der russischen Sozialdemokratie daraus zu erklären ist, daß die spontan erwachten Massen keine genügend geschulten, durchgebildeten und erfahrenen Führer besitzen, verkünden unsere Neunmalklugen mit der Tiefgründigkeit des dummen Hans: 'Es ist schlimm, wenn die Bewegung nicht von unten kommt'!*

*'Ein Komitee aus Studenten taugt nichts, es ist nicht widerstandsfähig.' - Sehr richtig. Aber hieraus muß der Schluß gezogen werden, daß man ein Komitee aus Berufs**revolutionären** braucht, einerlei, ob es ein Student oder ein Arbeiter versteht, sich zum Berufsrevolutionär zu entwickeln. Ihr aber zieht den Schluß, die Arbeiterbewegung dürfe keinen Antrieb von außen erhalten! In eurer politischen Einfaht merkt ihr nicht einmal, daß ihr damit unseren Ökonomen (die Ökonomen versuchten, den Kampf der Arbeiter auf den ökonomischen Kampf zu beschränken, d. Verf.) und unserer Handwerkskerei in die Hände spielt. Worin bestand, mit Verlaub zu fragen, der 'Antrieb', den unsere Studenten unseren Arbeitern gegeben haben? **Einzig und allein** darin, daß der Student dem Arbeiter die Bruchstücke politischen*

Wissens übermittelte, die er selber besaß, die Brocken sozialistischer Ideen, die ihm zugefallen waren (denn die geistige Hauptnahrung des heutigen Studenten, der legale Marxismus, konnte ja nichts als das A b c, als Brocken geben). (Legal der Marxismus: Damals eine Strömung, die vom Marxismus nur das nahm, was sie nehmen konnte, ohne dabei mit den Interessen der russischen Bourgeoisie in Konflikt zu geraten, d. Verf.) **Dieser** 'Antrieb von außen' war für unsere Bewegung nicht zu stark, sondern, im Gegenteil, zu schwach, heillos und sträflich schwach, denn wir schmorten nur zu sehr im eigenen Saft, beteten überaus sklavisch den elementaren 'ökonomischen Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und gegen die Regierung' an. Mit **diesem** Antrieb müssen wir Berufsrevolutionäre uns in hundertmal stärkerem Maße beschäftigen und werden dies auch tun. Aber eben weil ihr ein so niederträchtiges Wort wie 'Antrieb von außen' wählt, das unbedingt im Arbeiter (wenigstens im Arbeiter, der ebenso unentwickelt ist, wie ihr es seid) Mißtrauen gegen **alle** weckt, die ihm politisches Wissen und revolutionäre Erfahrung von außen bringen, das instinktiv bei ihm den Wunsch hervorruft, **allen** solchen Leuten die Tür zu weisen - eben darum seid ihr **Demagogen**, die Demagogen aber sind die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse."

(Lenin, Was tun, LW 5 S. 477 ff.; oder LAW I S. 462 ff.; Hervorhebungen v. Lenin)

Damit sagt Lenin nicht etwa, die Arbeiterbewegung müsse von Intellektuellen geführt werden, wie dies immer wieder von interessierten Intellektuellen zurechtgefälscht worden ist. Er sagt aber, daß die Arbeiterklasse von ihrer Partei geführt werden muß, daß diese Partei vom wissenschaftlichen Sozialismus geleitet sein muß und daß dieser wissenschaftliche Sozialismus von den Arbeitern nicht auf spontanem Wege aus ihrer Mitte heraus geschaffen, entwickelt und angewandt werden kann, sondern daß es hierzu wiederum der Partei bedarf. In diese Partei wiederum gehören alle diejenigen, die sich auf den Standpunkt der Arbeiterklasse und des wissenschaftlichen Sozialismus stellen. Freilich muß die Partei ihre Wurzeln hauptsächlich in der

Arbeiterklasse haben, denn sonst vergrößert sich die Gefahr von Schwankungen, die sogar zur Zerstörung der Partei führen können.

Klipp und klar sagt Lenin an anderer Stelle in *Was tun*, „daß die Arbeiter ein sozialdemokratisches (die revolutionären Parteien der Arbeiterklasse hießen damals noch sozialdemokratisch, d. Verf.) Bewußtsein **gar nicht haben konnten**. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches (Trade-Unions: Gewerkschaften, d. Verf.) Bewußtsein hervorzubringen vermag, d.h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u.a.m. Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an.“

(LW 5 S. 385 f.; oder LAW I S. 373; Hervorhebung v. Lenin)

Und:

„Das beweist (...), daß **jede** Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des ‚bewußten Elements‘, der Rolle der Sozialdemokratie (Anmerkung siehe oben, also der Rolle der revolutionären Vorhutpartei, d. Verf.), zugleich - **ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht - die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet**.“ (LW 5 S. 393 f.; oder LAW I S. 373; Hervorhebung v. Lenin)

Und schließlich:

„Kann nun von einer selbständigen, von den Arbeitermassen im Verlauf ihrer Bewegung selbst ausgearbeiteten Ideologie keine Rede sein, so kann die Frage nur so stehen:

*bürgerliche oder sozialistische Ideologie.* (zum hier gebrauchten Ideologie-Begriff siehe oben S. 93, d. Verf.) *Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine ´dritte´ Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen (Lenin meint hier: innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; **zuvor** gab es selbstverständlich Ideologien anderer Klassen, d. Verf.), wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassengegensätzen zerfleischt wird, niemals eine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann). Darum bedeutet jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie, **jedes Abschwenken** von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie. Man redet von Spontaneität. Aber die **spontane** Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie (...).*“ (LW 5 S. 395 f.; oder LAW I S. 375; Hervorhebungen v. Lenin)

Wohlgermerkt: Die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung **kann nicht nur** zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie führen, es besteht **nicht nur die Gefahr**, daß sie dazu führt, sondern sie führt **gesetzmäßig** dazu.

Die Arbeiterklasse braucht ihre Partei, diese Partei muß auf dem wissenschaftlichen Sozialismus fußen, und sie muß eine wirkliche, reale, materielle Kraft sein, eine organisierte Kraft, die über einen organisierten Apparat verfügt. Es ist heute sehr wichtig, dies zu betonen, da heute die Abneigung gegen Organisiertheit im allgemeinen und Partei im besonderen weit verbreitet ist. Doch alle geschichtlichen Erfahrungen zeigen: Ohne eine solche organisierte Kraft kann die Arbeiterbewegung keine wirklichen Fortschritte machen. Und die Geschichte zeigt auch: Diese organisierte Kraft muß von denen, die deren Notwendigkeit erkennen, bewußt geschaffen werden. Sie wächst nicht aus der spontanen Bewegung heraus. An ihrer bewußten Schaffung muß mit aller Kraft gearbeitet werden. Noch sind es wenige, die die Notwendigkeit einer solchen Kraft erkennen. Um so größer ist die Verpflichtung für jeden, der diese Notwendigkeit erkannt hat, mit Hand anzulegen.

Nun zeigt die Geschichte freilich auch, daß sich innerhalb einer solchen Organisation auch klassenfremde Triebkräfte entwickeln können. Kämpft man dagegen nicht an, so kann eine Organisation der Arbeiterklasse sich zu einem Instrument gegen die Arbeiterklasse entwickeln, auch wenn sie sich formal noch als Instrument der Arbeiterklasse bezeichnet. Aus dieser Gefahr und den entsprechenden geschichtlichen Erfahrungen darf allerdings nicht der Schluß gezogen werden, auf eine solche Organisation zu verzichten, denn ohne Organisationen und ohne Partei geht es nicht. Man muß vielmehr die Quellen solcher Fehlentwicklungen studieren, um ihnen entgegenwirken zu können.

Ohne weiteres leuchtet ein, daß der Druck der Bourgeoisie von außen dazu führen kann, daß die Partei nach und nach von den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse abbrückt, sich mit dem Kapitalismus tendenziell ausöhnt. Aber auch innerhalb der Partei gibt es Wirkungskräfte, bei deren Überhandnehmen der revolutionäre Charakter der Partei gefährdet werden oder gar verlorengehen kann. Der Zusammenhalt einer Vorhutpartei der Arbeiterklasse ist zunächst und vor allem auf das revolutionäre Bewußtsein ihrer Mitglieder gegründet, doch dies allein reicht für die Organisiertheit nicht aus, da die Partei inmitten eines Ensembles **bürgerlicher** Verhältnisse arbeiten muß. Sie muß sich daher auch verschiedener Mittel der bürgerlichen Gesellschaft bedienen, so z.B. verschiedener Formen der Arbeitsteilung, die der bürgerlichen Gesellschaft entlehnt sind. (Diese Gesellschaft hat eben den allseitig entwickelten Menschen **nicht** hervorgebracht, er wird erst Produkt des Kommunismus sein, die kommunistische Partei aber wirkt nicht im Kommunismus - dann wird sie nicht mehr nötig sein.) Zu diesen Formen der bornierten Arbeitsteilung, derer man sich bis zu einem gewissen Grade bedienen muß, gehört auch die Scheidung in leitende und ausführende Funktionen und damit verbundene hierarchische Strukturen. Innerhalb der kommunistischen Partei können und müssen solche Arbeitsteilungen und Strukturen erheblich stärker eingeschränkt werden als irgendwo sonst in der bürgerlichen Gesellschaft,

doch wäre es eine Illusion, anzunehmen, man könnte sie inmitten einer bürgerlichen Gesellschaft **vollständig** überwinden. Die Organisationen der Arbeiterbewegung und auch die kommunistische Partei sind keine Inseln, die mit der Gesellschaft, in der sie sich befinden, nichts zu tun hätten. Wir sagten oben, daß das Proletariat eine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist, die bis zu einem gewissen Grad die Borniertheit dieser Gesellschaft widerspiegelt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß auch die bewußte Vorhutorganisation dieser Klasse diese Borniertheit in einem gewissen Maße widerspiegeln muß.

Die Partei muß die negative Wirkung, die von solchen Mitteln der alten Gesellschaft ausgehen, einschränken, vor allem durch die kommunistische Selbsttätigkeit der Mitglieder. Wird dieser Kampf nicht dauerhaft, allseitig und energisch genug geführt, so kann es nach und nach dazu kommen, daß die Parteimitglieder ihre Selbsttätigkeit einbüßen und weitgehend auf Anweisungen der Führer warten, daß die Parteiführer die Mitglieder als Manövriermasse betrachten und behandeln und daß - nach außen - die Partei die parteilosen Menschen als Manövriermasse betrachtet und behandelt. Die Partei hört dann auf, Instrument der Klasse zu sein. Sie verkümmert entweder zu einer Sekte, oder sie entwickelt sich zu einem Instrument der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse. Bei Parteien an der Macht beinhaltet eine solche Entwicklung, daß die Partei dann nicht mehr die Beseitigung aller Klassenunterschiede und damit auch die Selbstaufhebung der Arbeiterklasse anstrebt, sondern die Unterschiede von oben und unten bewahren will, sich zur Partei einer neuen Ausbeuterklasse entwickelt.

In der *Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang* - (S. 46) schreibt Stalin, daß Lenin in *Was tun* „als erster in der Geschichte des marxistischen Denkens die ideologischen Quellen des Opportunismus bis auf den Grund bloßlegte, indem er aufzeigte, daß sie vor allem in der Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung und in der Herabminderung der Rolle des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterbewegung bestehen“. Damit wird etwas Richtiges gesagt,

und dennoch enthält dieser Satz - aus heutiger Sicht - eine gewisse Einengung bzw. Übertreibung. Dies zeigt sich vielleicht noch deutlicher im letzten Satz des folgenden Stalin-Zitats aus dem Jahr 1904: *„Wir müssen das Proletariat bis zum Bewußtsein der wahren Klasseninteressen, bis zur Erkenntnis des sozialistischen Ideals heben, nicht aber dieses Ideal gegen Kleinigkeiten eintauschen oder es der spontanen Bewegung anpassen. Lenin hat die theoretische Basis geschaffen, auf der denn auch diese praktische Schlußfolgerung beruht. **Man braucht nur diese theoretische Voraussetzung anzunehmen, und keinerlei Opportunismus wird an einen herankommen können.**“* (SW 1 S. 51, Hervorhebung v. Verf.)

Der letzte Satz ist falsch. Der Opportunismus wurzelt letztlich nicht in theoretischen Sätzen oder in der Leugnung theoretischer Sätze, sondern in klassenmäßigen Interessen, in imperialistischen Ländern insbesondere im klassenmäßigen Interesse der Arbeiteraristokratie, die sich wiederum dem Monopolkapital unterordnet. (Wir werden das in einem späteren Kapitel im einzelnen sehen.) Die Annahme eines theoretischen Satzes kann somit für sich allein noch keine absolute Waffe gegen jeglichen Opportunismus sein. Beschränken wir uns aber auf die theoretische Betrachtung des Verhältnisses von Partei und Klasse, so kann der Opportunismus die Bestimmung dieses Verhältnisses **in zweierlei Hinsicht** verzerren. Er kann zum einen die Spontaneität anbeten und damit die Rolle der Vorhutpartei des Proletariats bzw. der sozialistischen Bewußtheit herabmindern. Ebenso wie im Verhältnis von Partei und Klasse die Klasse theoretisch verabsolutiert werden kann, kann andererseits auch die Partei verabsolutiert werden. Eine derartige Revision des Marxismus-Leninismus erweckt dann den Anschein, die Notwendigkeit der führenden Rolle der Arbeiterpartei besonders eindringlich zu betonen; sie tut dies aber nur, um zu vertuschen, daß diese Partei auf dem Wege ist, sich von der Klasse loszulösen und andere Klasseninteressen zu vertreten. Die geschichtliche Erfahrung der Entartung ehemals kommunistischer Parteien zeigt dies eindringlich. Stalin stand diese

historische Erfahrung nicht zur Verfügung. Heute aber müssen allseitig die Lehren aus dieser Erfahrung gezogen werden, und dies beinhaltet auch, **jegliche** Einseitigkeit in der Bestimmung der ideologischen Quellen des Opportunismus zu überwinden. Lenin hat in *Was tun* keineswegs **alle** ideologischen Quellen von **jeglichem** Opportunismus aufgedeckt, sondern diejenige Hauptquelle desjenigen Opportunismus, der damals die Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung am stärksten behinderte. Freilich hat der Kampf gegen einen derartigen Opportunismus, der die Rolle der Bewußtheit bzw. der proletarischen Partei herabmindert, **stets** große Bedeutung.

Die soeben genannten **beiden** Möglichkeiten des Opportunismus gibt es bereits in der Periode der **Schaffung** einer politischen Partei der Arbeiterklasse. Mitunter treten sie in subtiler Form auf. Man kann die richtige Feststellung, daß die Partei Instrument des Klassenkampfes ist, demagogisch auf solche Weise verabsolutieren, daß die erforderlichen besonderen Anstrengungen zum Aufbau einer solchen Partei und ihres Apparats gezeugnet und sabotiert werden (was freilich auf Dauer nachhaltig den Klassenkampf hemmt und behindert, der als allein spontan geführter Kampf über ein gewisses eng begrenztes Niveau nicht hinauskommt). Man kann andererseits die richtige Feststellung, daß es zum Aufbau einer solchen Partei besonderer und zwar höchst energischer Anstrengungen bedarf, die sich nicht vorwiegend am Gang der spontanen Bewegung orientieren, derart verabsolutieren, daß die Partei der Arbeiterbewegung entgegengesetzt und letztlich **nicht** als ein Instrument des Klassenkampfes, also gar nicht als Partei des Proletariats, aufgebaut wird.

#### **Fassen wir zusammen:**

Das Verhältnis von Partei und Arbeiterbewegung muß allseitig bestimmt werden:

Die proletarische Vorhutpartei ist Instrument der Arbeiterklasse. Die Arbeiterbewegung kann ohne ihre Partei keine nachhaltigen Fortschritte machen. Doch die spontane

Bewegung bringt die Partei nicht hervor. Diejenigen, die deren Notwendigkeit erkannt haben, müssen sie bewußt schaffen und stärken. Dies setzt eine ganze Reihe von besonderen Anstrengungen und Aktivitäten voraus, die sich unmittelbar an der Schaffung und Stärkung der Partei selbst orientieren - es kann keineswegs nebenher geschehen, sozusagen als Nebenprodukt der allgemeinen Beteiligung am Klassenkampf.

Zugleich aber kann die Partei nicht abseits vom Klassenkampf geschaffen und entwickelt werden. Zu jedem Zeitpunkt der Parteientwicklung muß bewußt darauf geachtet werden, daß die Partei ein Instrument des Klassenkampfes bleibt. Grundsätzlich besteht stets die Gefahr, daß sie sich zu etwas anderem entwickeln kann.

Um zu erstarken, braucht die Arbeiterbewegung eine revolutionäre Orientierung, braucht sie eine Partei, die den wissenschaftlichen Sozialismus auf die konkreten Probleme des Klassenkampfes anzuwenden versteht. Um dies zu können, muß eine solche Partei vor allem folgende Voraussetzungen erfüllen: Sie muß innerhalb und als Instrument des Klassenkampfes aufgebaut und entwickelt werden. Sie muß den wissenschaftlichen Sozialismus auf die Höhe der Zeit bringen. Sie muß gewährleisten, daß die Kommunistinnen und Kommunisten sich möglichst große Kenntnisse in dieser Wissenschaft aneignen und es lernen, sie im praktischen Kampf anzuwenden. Das eben heißt es, die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung zu schaffen.

Der wissenschaftliche Sozialismus verliert seine Lebenskraft und verwandelt sich auf Dauer in eine Sektenideologie, wenn er nicht mit der Arbeiterbewegung verbunden wird. Daher ist der Aufbau der kommunistischen Partei außerhalb des Klassenkampfes und losgelöst von ihm nicht möglich. Umgekehrt bleibt die Arbeiterbewegung ziel- und orientierungslos, kann sie das Ziel der Beseitigung des Kapitalverhältnisses nicht erreichen, wenn sie nicht mit dem wissenschaftlichen Sozialismus verbunden wird. Der theoreti-

sche Kampf, der beharrlich und systematisch geführte Kampf gegen alle bürgerlichen, kleinbürgerlichen und opportunistischen Theorien und Anschauungen innerhalb und außerhalb der Arbeiterklasse, ist daher ein wesentlicher Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes. Dies arbeitete Engels 1874 in seiner „Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu ‘Der deutsche Bauernkrieg’“ sehr klar heraus:

*„Die deutschen Arbeiter haben vor denen des übrigen Europas zwei wesentliche Vorteile voraus. Erstens, daß sie dem theoretischsten Volk Europas angehören und daß sie sich den theoretischen Sinn bewahrt haben, der den sogenannten ‘Gebildeten’ Deutschlands so gänzlich abhanden gekommen ist. (Davon kann heute leider keine Rede mehr sein, da die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung durch Revisionismus und Opportunismus weitgehend zerstört worden ist; sie muß neu geschaffen werden. D. Verf.) Ohne Vorauszugang der deutschen Philosophie, namentlich Hegels, wäre der deutsche wissenschaftliche Sozialismus - der einzige wissenschaftliche Sozialismus, der je existiert hat (bis zu diesem Zeitpunkt, d. Verf.) - nie zustande gekommen. Ohne theoretischen Sinn unter den Arbeitern wäre dieser wissenschaftliche Sozialismus nie so sehr in ihr Fleisch und Blut übergegangen, wie dies der Fall ist. Und welcher unermeßlicher Vorzug dies ist, zeigt sich einerseits an der Gleichgültigkeit gegen alle Theorie, die eine der Hauptursachen ist, weshalb die englische Arbeiterbewegung, trotz aller ausgezeichneten Organisation der einzelnen Gewerke, so langsam vom Flecke kommt, und andererseits an dem Unfug und der Verwirrung, die der Proudhonismus (eine kleinbürgerliche Ideologie, d. Verf.) in seiner ursprünglichen Gestalt bei Franzosen und Belgiern, in seiner durch Bakunin (ein russischer Anarchist, d. Verf.) weiter karikierten Form bei Spaniern und Italienern angerichtet hat.*

*Der zweite Vorteil ist der, daß die Deutschen in der Arbeiterbewegung der Zeit nach ziemlich zuletzt gekommen sind. Wie der deutsche theoretische Sozialismus nie vergessen wird, daß er auf den Schultern Saint-Simons, Fouriers*

*und Owens steht (vgl. Kapitel VI, S. 51 f.), dreier Männer, die bei aller Phantasterei und bei allem Utopismus zu den bedeutendsten Köpfen aller Zeiten gehören und zahllose Dinge genial antizipierten (vorwegnahmen, d. Verf.), deren Richtigkeit wir jetzt wissenschaftlich nachweisen - so darf die deutsche praktische Arbeiterbewegung nie vergessen, daß sie auf den Schultern der englischen und französischen Bewegung sich entwickelt hat, ihre teuer erkauften Erfahrungen sich einfach zunutze machen, ihre damals meist unvermeidlichen Fehler jetzt vermeiden konnte. Ohne den Vorgang der englischen Trade-Unions (Gewerkschaften, d. Verf.) und der französischen politischen Arbeiterkämpfe, ohne den riesenhaften Anstoß, den namentlich die Pariser Kommune gegeben, wo wären wir jetzt?*

*Man muß den deutschen Arbeitern nachsagen, daß sie die Vorteile ihrer Lage mit seltnem Verständnis ausgebeutet haben. **Zum erstmal, seit eine Arbeiterbewegung besteht, wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin - nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) - im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt. In diesem sozusagen konzentrischen Angriffe liegt gerade die Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung.***

*Einerseits durch diese ihre vorteilhafte Stellung, andererseits durch die insularen Eigentümlichkeiten der englischen und die gewaltsame Niederhaltung der französischen Bewegung sind die deutschen Arbeiter für den Augenblick in die Vorhut des proletarischen Kampfes gestellt worden. (Das heißt, die deutsche Arbeiterbewegung war zum damaligen Zeitpunkt die fortgeschrittenste in der Welt, d. Verf.) Wie lange die Ereignisse ihnen diesen Ehrenposten lassen werden, läßt sich nicht vorhersagen. Aber solange sie ihn einnehmen, werden sie ihn hoffentlich so ausfüllen, wie es sich gebührt. Dazu gehören verdoppelte Anstrengungen auf jedem Gebiet des Kampfes und der Agitation. Es wird namentlich die Pflicht der Führer sein, sich über alle theoretischen Fragen mehr und mehr aufzuklären, sich mehr und mehr von dem Einfluß überkommener, der alten Weltan-*

*schauung angehöriger Phrasen zu befreien und stets im Auge zu behalten, daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d.h. studiert werden will. Es wird darauf ankommen, die so gewonnene, immer mehr geklärte Einsicht unter den Arbeitermassen mit gesteigertem Eifer zu verbreiten, die Organisation der Partei wie der Gewerksgenossenschaften (Gewerkschaften, d. Verf.) immer fester zusammenzuschließen.“*  
(Engels, MEW 18, S. 516 f.; Hervorhebungen v. Verf.)

### **Literatur zum Verhältnis Partei – Klasse:**

Lenin, Was tun

Stalin, Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang, Kapitel II Abschnitt 2

Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, Kapitel VIII

Theoretisches Organ der KPD 1-2/92, Seite 52 ff.: Parteaufbau und Kampf gegen den modernen Revisionismus

## VERSTÄNDNISFRAGEN ZU DEN SEITEN 47 BIS 107:

- ☞ Inwiefern ist das Kapital ein Produktionsverhältnis?
- ☞ Inwiefern erscheint dieses Verhältnis in sachlicher Form?
- ☞ Warum hat der Lohnarbeiter im allgemeinen an seiner Arbeit kein Interesse?
- ☞ Worin unterscheidet sich das Kapitalverhältnis von früheren Ausbeutungsverhältnissen?
- ☞ „Aufgehäuften Arbeit, die als Mittel zu neuer Produktion dient, ist Kapital.“ Erstens: Stimmt das?  
Zweitens: Ist das Kapital damit richtig definiert?
- ☞ Wer produziert das Kapital?
- ☞ Warum kann die aufgehäuften Arbeit die lebendige kommandieren? Wie kann dieser Zustand beendet werden?
- ☞ Warum und in welcher Hinsicht spiegelt die Arbeiterklasse die Borniertheit der bürgerlichen Gesellschaft wider? Warum drängt sich der Arbeiterklasse bei spontanem Verlauf die bürgerliche Ideologie auf?  
Warum drängt sich ihr der wissenschaftliche Sozialismus nicht spontan auf?
- ☞ Warum braucht die Arbeiterklasse eine politische Partei?  
Welche Aufgaben hat sie? Warum und wie droht die Gefahr, daß eine solche Partei die Farbe wechseln kann?
- ☞ Was geschieht mit dem Proletariat, wenn es das Kapitalverhältnis aufhebt?
- ☞ Was bleibt vom Kapitalverhältnis im Sozialismus vorerst noch bestehen?
- ☞ Was ist letztlich notwendig, um alle Reste von Lohnarbeits-Verhältnissen zu beseitigen?
- ☞ Warum und in welcher Hinsicht ist die Arbeit im Kommunismus erstes Lebensbedürfnis?

## ANHANG

### NOCHMALS ZUR FRAGE DES OBJEKTIVISMUS

In Kapitel V, insbesondere S. 129 ff. und 226 ff., haben wir gezeigt, daß die sowjetischen Revisionisten Anfang der 60er Jahre **jegliche** Betrachtung des Bewußtseins als eines Materiellen mit dem Bannstrahl belegten. Wir haben gezeigt, daß dies ihrem Klasseninteresse entsprach, der Selbsttätigkeit von Subjekten, die die Geschichte gestalten, entgegenzuwirken und der Arbeiterklasse auf ewig die Rolle zuzuweisen, von anderen „erzogen“, „geführt“ und faktisch beherrscht zu werden.

Der Genauigkeit halber sei hier angemerkt:

Die Aussage, daß das Bewußtsein **in keinerlei Hinsicht** materiell sei, läuft dem schöpferischen Geist des Marxismus derart offenkundig zuwider, daß sie später von Philosophen des revisionistischen Lagers durchaus relativiert wurde. So sagt z.B. Narski: *„Das Bewußtsein ist materiell, denn es ist das Produkt der Materie, und es ist zugleich ideell, denn es unterscheidet sich von der Materie, die es hervorbringt und die durch die Beziehung, die durch ihr Produkt erzeugt wird, bestimmt wird. Die Materie erzeugt das Bewußtsein als ihr materielles und immaterielles Produkt. Das Materielle ist und ist nicht Materie.“* (Narski, I.S., *Dialektischer Widerspruch und Erkenntnislogik*, Berlin 1973, S. 245 f.)

Unserer Meinung nach ist es durchaus angebracht, hervorzuheben, daß der Begriff „materiell“ nicht ohne weiteres mit dem Begriff „Materie“ gleichgesetzt werden kann. Das ist jedenfalls dann richtig, wenn damit zum Ausdruck gebracht wird, daß das Bewußtsein „lediglich“ die **Eigenschaft einer bestimmten Bewegungsform der Materie** ist. (vgl. Kapitel V S. 125) Falsch aber ist es, das Bewußtsein **auf ein und derselben Ebene** als **sowohl materiell als auch immateriell** zu betrachten: Dies führt zum Dualismus, zur Annahme zweier Bereiche des Seins. (Im Grunde genommen handelt es sich hier um einen formallogischen Widerspruch, denn das Bewußtsein kann nicht **in ein und derselben Hinsicht** sowohl materiell als auch das Gegenteil davon, ideell, sein; vgl. hierzu auch S. 48 ff.) Betrachten wir die Sache „ontologisch“, so ist das Bewußtsein **ausschließlich materiell**, denn alles, was ist, ist materiell. Als immateriell erscheint das Bewußtsein nur bei erkenntnistheoretischer Betrachtung,

nämlich dann, wenn unser Denken die erkenntnistheoretische Abstraktion vornimmt, das Resultat der Widerspiegelung vom materiellen Prozeß der Widerspiegelung zu trennen. Das ist insofern eine Abstraktion, als Resultat und Prozeß der Widerspiegelung in der Wirklichkeit nie getrennt sind. (vgl. Kapitel V S. 127)

Wenn Narski trotz seines offenkundigen Bestrebens, die Frage differenziert zu behandeln, solche Fehler unterlaufen, so hat das handfeste klassenmäßige Wurzeln. Narski erkennt das Bewußtsein **nur insoweit** als materiell an, als es auf materiellem Wege hervorgebracht wird, nicht aber insoweit, als es - einmal hervorgebracht - der materiellen Welt in gewisser Weise angehört und materiell wirkt, zwar nicht für sich allein (für sich allein existiert es gar nicht), wohl aber in untrennbarer Einheit mit der materiellen, stofflichen, sinnlich wahrnehmbaren **Tätigkeit** der Subjekte. Noch deutlicher wird dies an anderer Stelle (S. 271), wo Narski sagt, daß die „*Materialität des Bewußtseins (...) zumindest auf der Ebene seiner Entstehung und als Quelle seines Inhalts unbestreitbar ist*“. Mit der verschämten Wendung „zumindest“ sucht Narski notdürftig zu verschleiern, daß er die Materialität des Bewußtseins „auf der Ebene“ des Wirkenden, Wirklichen eben **nicht** oder allenfalls formal anerkennt. (vgl. Kapitel V S. 132) (Ein **verschämtes** Eingeständnis dessen, daß das Bewußtsein in gewisser Hinsicht materiell wirkt, liegt vermutlich in dem oben zitierten Hinweis Narskis, daß die Materie auch „*durch die Beziehung, die durch ihr Produkt erzeugt wird, bestimmt wird*“. Dieses Kauderwelsch meint vermutlich, daß das Bewußtsein als Produkt der Materie in seiner Einheit mit materieller Tätigkeit des Subjekts die Materie auch verändert. Auch dabei ist aber bezeichnend, daß Hinweise auf die schöpferische Rolle des Subjekts dem revisionistischen Philosophen nur in derart verklausulierter Form erträglich scheinen.)

## NOCHMALS ZUR FRAGE DES BIOLOGISMUS

In Kapitel VIII S. 157 ff. haben wir in der Antwort auf die Stellungnahme eines Lesers den Biologismus kritisiert, eine Ideologie, die den Menschen auf seine physiologischen Funktionen **reduziert** und die Produktion der menschlichen Persönlichkeit **in der Gesellschaft** faktisch leugnet. In diesem Zusammenhang mag interessant sein, daß sich die großbürgerliche *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (23.4.97) kürzlich veranlaßt sah, auf durchaus zu-

treffende Weise gegen die sogenannte Neurophilosophie zu polemisieren.

Was ist die „Neurophilosophie“? „Die ‚Neurophilosophen‘ glauben, nur noch von Nervenbahnen und elektrochemischen Impulsen sprechen zu sollen. Ihre prominentesten Vertreter, Paul und Patricia Churchland, wollen nicht nur den Geist als philosophisches Thema abschaffen, sondern mit ihm die gesamte Alltagspsychologie.

Das vertraute Vokabular des Denkens, Empfindens und Fühlens, mit dem wir unsere inneren Zustände benennen, beruht nach ihrer Ansicht auf einer eingefleischten, aber falschen Theorie. Begriffe wie ‚Liebe‘, ‚Zorn‘ oder ‚Angst‘, ‚glauben‘, ‚wollen‘ und ‚wünschen‘ sollten ebenso verschwinden wie ehemals das Vokabular der Alchemie und des Dämonenglaubens.“ (FAZ) Alles nur passive Reflexe auf physiologische Vorgänge. Man erforsche und beschreibe diese physiologischen Vorgänge, und dann hat man das Ganze in der Hand, jenseits der Physiologie existiert nichts!

Das gefällt dem Autor der FAZ nicht - womit er durchaus recht hat. Womit aber setzt er sich zur Wehr?

„Die Begriffe der Alltagspsychologie umfassen nicht nur die innere Welt des Subjekts, sondern sie spiegeln auch die Gesellschaft, in der es lebt.“ Richtig! Wäre nur zu ergänzen: Nicht nur „Begriffe der Alltagspsychologie“, sondern vor allem die durch diese Begriffe (mehr oder minder adäquat) **widergespiegelte psychische Verfaßtheit der Subjekte** ist ihrerseits eine Widerspiegelung der Gesellschaft, in der diese Subjekte leben. Und damit ist der Autor - ohne es zu merken - in unmittelbarer Nähe des historischen Materialismus gelandet. Er muß beim geistigen Arsenal des Marxismus, beim geistigen Arsenal des historischen Materialismus Anleihen machen, um sich gegen die „Neurophilosophie“ zur Wehr zu setzen!

Doch es kommt noch besser:

„Mittlerweile gibt es eine Fülle von Untersuchungen, die belegen, daß Emotionen und Empfindungen historische Veränderungen durchlaufen. Sie sind nicht nur Produkte von Nervenreizungen, sondern werden auch mit Sinn aufgeladen, reflektiert und bewertet, stehen also im Schnittpunkt von Gehirn, Körper und Kultur. Diese Überformungen können bewirken, daß Liebe oder Schmerz in unterschiedlichen Epochen und Gesellschaften unterschiedlich erlebt werden - ein Rückkoppelungseffekt, der sich möglicherweise auch neuropsychologisch auswirkt.“ (FAZ)

Sicherlich ist hier aus unserer Sicht nicht jede Formulierung bis zuletzt präzise, doch unverkennbar ist, daß der Autor sich der Sichtweise nähert, das menschliche Wesen als das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse zu bestimmen.

Und weiter:

*„Aber die Geschichte der Angst, des Schmerzes oder der Melancholie spielt in den Untersuchungen der neurologisierenden Philosophen kaum eine Rolle. Statt dessen erzählen sie häufig nur die neuesten Erkenntnisse der Hirnforschung nach und suchen sie mit begrifflichen Liquidierungsphantasien an Radikalität zu überbieten.“* (FAZ) Eine sehr schöne Kritik des Biologismus, der wir uns nur anschließen können.

Der FAZ-Autor benennt auch die ideologische Nachbarschaft einer solchen Konzeption: den Positivismus. *„Das hier aufleuchtende Pathos der tabula rasa stammt aus dem Museum, Abteilung Positivismus. Schon die Mitglieder des Wiener Kreises haben ‘Seele’ und ‘Geist’ zum Wortgeklingel erklärt, weil sie die Nebelschwaden der Metaphysik vertreiben wollten, die aus solchen Begriffen hervorstiegen.“*

Der Positivismus erkennt nur „positive Tatsachen“ im Sinne von empirischen Wahrnehmungen an, leugnet also die rationale Erkenntnis und damit auch die Gesetze der objektiven Welt, die von der rationalen Erkenntnis aufgedeckt werden. Er ist plattester Empirismus. In diesem Sinne nimmt er den menschlichen Geist als „tabula rasa“, als leere Wachstafel. Er leugnet damit, daß das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse diese Wachstafel beschreibt, daß diese Tafel somit keineswegs leer ist und ihr Inhalt nur auf Grundlage des Studiums dieses Ensembles zutreffend erfaßt werden kann. Die modernen Biologen, die „Neurophilosophen“, leugnen dies ebenfalls. In der Tat: „Museum, Abteilung Positivismus“.

Man braucht den menschlichen Geist und die menschliche „Seele“ (im Sinne von psychischer Gerichtetheit des jeweiligen Individuums) nicht zum Wortgeklingel zu erklären, um die „Nebelschwaden der Metaphysik zu vertreiben“. Man muß sie nur dialektisch-materialistisch begreifen. Der Geist ist das höchste Produkt der Materie, doch die physiologische Beschaffenheit des menschlichen Körpers liefert bei der Produktion des Geistes nur die „Hardware“. Die „Software“ wird durch das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse eingerichtet.

# **DIE WELT BEGREIFEN UND VERÄNDERN**

**Lohnkampf und Kampf um  
Arbeitszeitverkürzung**

**Wie in den Gewerkschaften  
arbeiten?**

**Zur Dialektik von Tageskampf und  
Zielen der Arbeiterbewegung**

Kapitel X

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zur Zitierweise:**

<b>MEW:</b>	Marx-Engels-Werke
<b>AW:</b>	Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
<b>LW:</b>	Lenin-Werke
<b>LAW:</b>	Lenin, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1988
<b>SW:</b>	Stalin-Werke
<b>f.:</b>	und die folgende Seite
<b>ff.:</b>	und die folgenden Seiten

# Inhalt

Vorbemerkung zu diesem Kapitel .....	3
Klassenkampf oder Verteilungskampf? .....	7
Wozu braucht man Gewerkschaften? .....	22
In den Gewerkschaften arbeiten! .....	31
Wie in den Gewerkschaften arbeiten? .....	41
Über linkssektiererische Fehler der KPD in der Gewerkschaftsarbeit vor und nach der faschistischen Machtergreifung .....	48
Die Einheitsfront .....	53
Revolutionäre Führung des Tageskampfes .....	55
Zum dialektischen Verhältnis von Tageskampf und Ziel der Arbeiterbewegung .....	55
Klassenkampf ist Machtkampf und muss allseitig geführt werden .....	65
Konstantes und variables Kapital .....	72
Die Mehrwertrate .....	76
Die zwei Methoden zur Erhöhung der Mehrwertrate .	82
Absoluter Mehrwert .....	84
Relativer Mehrwert .....	92
Verständnisfragen .....	96



## VORBEMERKUNG ZU DIESEM KAPITEL:

Dieses Kapitel setzt die in den Kapiteln VIII und IX begonnene Darstellung der marxistischen politischen Ökonomie fort. Grundsätzlich sollen alle Kapitel aus sich selbst heraus verständlich sein. Wie bei Kapitel IX entsprechend, müssen wir auch hier die Einschränkung machen, daß die ökonomischen Ausführungen dieses Kapitels ohne vorherige Lektüre der Kapitel VIII und IX oder sonstige Vorkenntnisse nicht vollständig begriffen werden können.

Dieses Kapitel legt insbesondere dar, wie das jeweilige Neuprodukt zwischen Arbeitern und Kapitalisten verteilt wird und warum das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, warum der Klassenkampf über die jeweilige Verteilung entscheidet. In diesem Zusammenhang behandelt das Kapitel die Gewerkschaften und den gewerkschaftlichen Kampf, darüber hinaus dann generell die dialektische Verbindung zwischen dem jeweiligen Tageskampf und dem Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung sowie die Notwendigkeit, den proletarischen Klassenkampf **allseitig** zu führen.



# KLASSENKAMPF ODER VERTEILUNGSKAMPF?

„Der Klassenkampf ist überholt“, heißt es heute. Wenn die Gewerkschaftsspitzen überhaupt noch von Kampf reden, dann von „Verteilungskampf“.

Faßt man Tarifeinsetzungen ausschließlich als Verteilungskämpfe auf, so verbindet sich damit häufig die Vorstellung, der Arbeiter erhalte als Arbeitslohn den Wert seiner Arbeit, über dessen Größe im einzelnen gestritten werden könne. (Sofern die Existenz eines objektiven Werts nicht überhaupt geleugnet wird, vgl. Kapitel VIII S. 36 ff.)

Wir haben in Kapitel IX dargestellt, daß der Lohnarbeiter dem Kapitalisten seine **Arbeitskraft** verkauft, **nicht aber** seine **Arbeit**. Die Vertreter der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie bis hin zu ihren besten Vertretern - Adam Smith und David Ricardo - haben das anders gesehen. Sie sahen den Lohn als den **Wert der Arbeit** an. Doch wenn die Kapitalisten den Arbeitern wirklich den Wert ihrer Arbeit bezahlen würden, wo wäre dann die Quelle des Mehrwerts, den der Kapitalist in die Tasche steckt? Es könnte diesen Mehrwert gar nicht geben. Vom Wert des fertigen Arbeitsprodukts wären lediglich die Kosten für die Produktionsmittel abzuziehen, die der Kapitalist vorgeschossen hat, und der gesamte Neuwert müßte an den Arbeiter fließen. Das ist aber freilich nicht der Fall. Den Mehrwert gibt es, und er ist die Quelle der Bereicherung des Kapitalisten. „*Mehrwert ist nichts als unbezahlte Arbeit.*“ (Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2, S. 34). Es gäbe ihn nicht, und die Kapitalisten könnten sich somit nicht bereichern, wenn die Arbeiter als Lohn den Wert ihrer Arbeit erhielten.

Die Annahme der bürgerlichen Ökonomen, der Arbeiter erhalte als Lohn den Wert seiner Arbeit, führte somit zu unlösbaren Problemen. Wie wir gesehen haben, ist der Wert

einer Ware bestimmt durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich erforderliche Arbeitszeit. *„Wieviel Arbeit aber steckt in der Arbeit eines Arbeiters für einen Tag, eine Woche, einen Monat, ein Jahr? Die Arbeit eines Tags, einer Woche, eines Monats, eines Jahrs. Wenn die Arbeit das Maß aller Werte ist, so können wir den ´Wert der Arbeit´ eben nur ausdrücken in Arbeit. Wir wissen aber absolut nichts über den Wert einer Stunde Arbeit, wenn wir nur wissen, daß er gleich einer Stunde Arbeit ist. Damit sind wir also kein Haar breit näher am Ziel; wir drehen uns in einem fort im Kreise.“* (Engels, Einleitung zu Marx´ Lohnarbeit und Kapital, MEW 6 S. 595; oder AW I S. 556)

Die klassische bürgerliche Ökonomie versuchte, diesen Widerspruch zu lösen, indem sie *„statt der Produktionskosten der Arbeit selbst, die leider nicht zu ermitteln sind“, „die Produktionskosten des **Arbeiters**“* (ebenda; Hervorhebung von Engels) untersuchte. Diese lassen sich ermitteln, wir haben es in Kapitel IX getan. Es sind die Kosten der Konsumgüter, die der Lohnarbeiter braucht, um seine Arbeitskraft zu reproduzieren. Dieser Ansatz der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie war also an sich richtig, doch die Ökonomen hielten zugleich an dem Dogma fest, der Lohnarbeiter verkaufe seine Arbeit. So aber kamen sie aus dem formallogischen Widerspruch, in dem sie sich verheddert hatten, nicht heraus. *„In den zwölf Stunden Arbeit wird ein Neuwert von sechs Mark geschaffen. Also in sechs Stunden drei Mark - die Summe, die der Arbeiter für zwölfstündige Arbeit erhält. Für zwölfstündige Arbeit erhält der Arbeiter als gleichen Gegenwert das Produkt von sechs Stunden Arbeit. Entweder also hat die Arbeit zwei Werte, wovon der eine doppelt so groß wie der andre, oder zwölf sind gleich sechs! In beiden Fällen kommt reiner Widersinn heraus.* (Engels' Zahlenbeispiele sind natürlich willkürlich gewählt, sie illustrieren aber etwas Allgemeingültiges: Erhielte der Arbeiter den gesamten Neuwert, so bliebe den Kapitalisten nichts übrig, womit er sich bereichern könnte, d. Verf.)

*Wir mögen uns drehen und wenden wie wir wollen, wir kommen nicht heraus aus diesem Widerspruch, solange wir vom Kauf und Verkauf der Arbeit und vom Wert der Arbeit sprechen. Und so ging es den Ökonomen auch. Der letzte Ausläufer der klassischen Ökonomie, die Ricardosche Schule, ging großenteils an der Unlösbarkeit dieses Widerspruchs zugrunde. Die klassische Ökonomie hatte sich in eine Sackgasse festgerannt. Der Mann, der den Weg aus dieser Sackgasse fand, war Karl Marx.*

*Was die Ökonomen als die Produktionskosten ´ der Arbeit ´ angesehen hatten, waren die Produktionskosten nicht der Arbeit, sondern des lebendigen Arbeiters selbst. Und was dieser Arbeiter dem Kapitalisten verkaufte, war nicht seine Arbeit.“ (Engels, ebenda; MEW 6 S. 596 f.; oder AW I S. 558)*

Der Arbeiter verkauft dem Kapitalisten seine **Arbeitskraft**. Dies tut er, bevor er mit der Arbeit beginnt. Sobald die Arbeit beginnt, gehört dem Arbeiter seine Arbeitskraft nicht mehr. Der Kapitalist kann sowohl über diese Arbeitskraft verfügen, die Kommandogewalt über die Arbeit des Lohnarbeiters ausüben, als auch sich die Produkte dieser Arbeit aneignen.

Es waren **klassenmäßige** Schranken, die die bürgerlichen Ökonomen am Begreifen dieses Zusammenhangs hinderten. Erst die Erkenntnis dieses Zusammenhangs ermöglicht es nämlich, die Quelle der Bereicherung des Kapitalisten aufzudecken. Diese Quelle liegt darin, daß der Gebrauch der Arbeitskraft mehr Wert zutage fördert, als die Produktion dieser Arbeitskraft kostet, und diese Differenz, die der Kapitalist einsteckt, ist eben der Mehrwert. Die Akkumulation (Anhäufung) des Kapitals beruht auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Diesen Zusammenhang **wollten** die bürgerlichen Ökonomen nicht erkennen.

Die Theorie, daß der Arbeiter den Wert seiner Arbeit als Lohn erhalte, tritt heute vor allem in Form der „Theorie der Produktionsfaktoren“ auf. Die drei „Produktionsfaktoren“ seien Kapital, Arbeit und Boden. Alle diese drei Fakto-

ren seien für die Produktion erforderlich. Kapitalist, Arbeiter und Grundeigentümer erhalten angeblich für den „Verdienst“, daß ihr jeweiliger Faktor zur Produktion beitrage, eine bestimmte Summe Geldes, die diesem Verdienst entspreche, nämlich Profit und Zins als Frucht des Kapitals, Lohn als Frucht der Arbeit und Grundrente als Frucht des Bodens.

Diese Theorie ist absurd. Das Kapital ist eine Ansammlung von Werten, die aber nicht von den Kapitalisten, sondern von den Lohnarbeitern geschaffen wurden. Der „Verdienst“ des Kapitalisten besteht darin, daß er über die von der Arbeiterklasse geschaffenen Produktionsmittel verfügt und dadurch die Möglichkeit hat, sich den von den Arbeitern immer wieder neu geschaffenen Mehrwert anzueignen, sein Kapital ohne eigene Arbeit zu mehren (siehe insbesondere auch Kapitel IX). Grund und Boden wiederum hat keinen Wert, solange keine Arbeit darauf verwendet worden ist. (Warum unter kapitalistischen Umständen der Grundbesitzer „aus dem Boden“ dennoch einen Ertrag ziehen kann, werden wir in Kapitel XII betrachten.)

Die einfache Wahrheit ist: Das Proletariat ist alleiniger Produzent des Kapitals. Das Kapital leistet keine Arbeit, sondern **ist** aufgehäuften Arbeit. Das Kapital ist, wie wir aus Kapitel IX wissen, ein **Produktionsverhältnis**, nämlich das Verhältnis von Lohnarbeitern und Kapitalisten: „(...) *das Kapital ist kein Ding, sondern ein bestimmtes, gesellschaftliches, einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation angehöriges Produktionsverhältnis, das sich an einem Ding darstellt und diesem Ding einen spezifischen gesellschaftlichen Charakter gibt.*“ (Marx, Kapital III, MEW 25, S. 822) Die klassischen bürgerlichen Ökonomen konnten das nicht sehen, und die heutigen Speichellecker des Kapitals, die jeden Anspruch an Wissenschaftlichkeit begraben haben, können es schon gar nicht. Sie nehmen die Erscheinung für das Wesen.

Die Theorie der Produktionsfaktoren geht auf den französischen Ökonomen Jean Baptiste Say (1767 - 1832) zurück, den Vater der Vulgärökonomie. Marx wies darauf hin,

daß diese Theorie „*sehr gute Dienste für die Apologetik*“ leistet, nämlich für die Vertuschung der unlösbaren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. (Apologie oder Apologetik kommt aus dem Griechischen und bedeutet Verteidigungsrede. Man versteht darunter eine beschönigende Darstellung, die sich nicht an der Wirklichkeit orientiert. Die Apologeten des Kapitals verteidigen den Kapitalismus um jeden Preis, vertuschen seine unlösbaren Widersprüche. Es geht ihnen daher nicht um ehrliche wissenschaftliche Forschung. Apologie und Wissenschaftlichkeit schließen sich aus.) Marx verspottete diese apologetische Theorie wie folgt:

„Denn z.B. in (in den Formen, d. Verf.) *Erde-Rente, Kapital-Zins, Arbeit-Arbeitslohn* (nämlich: „aus der Erde“ komme die Grundrente, „aus dem Kapital“ der Zins und „aus der Arbeit“ der Arbeitslohn, d. Verf.) *stehn sich die verschiedenen Formen des Mehrwerts und Gestalten der kapitalistischen Produktion nicht entfremdet, sondern fremd und gleichgültig, als bloß verschieden, ohne Gegensatz gegenüber. Die verschiedenen Revenues* (Einkünfte, nämlich Grundrente, Zins und Lohn, d. Verf.) *fließen* (dieser apologetischen Theorie zufolge, d. Verf.) *aus ganz verschiedenen Quellen, die eine aus der Erde, die andre aus dem Kapital, die andre aus der Arbeit. Sie stehn also* (wieder in der verfälschenden Darstellung dieser Apologeten, d. Verf.) *in keinem feindlichen, weil überhaupt in keinem innren Zusammenhang. Wirken sie nun doch in der Produktion zusammen, so ist das* (diesen Apologeten zufolge, d. Verf.) *ein harmonisches Wirken, der Ausdruck von Harmonie, wie ja z.B. der Bauer, der Ochse, der Pflug und die Erde in der Agrikultur* (Landwirtschaft, d. Verf.), *dem wirklichen Arbeitsprozesse, trotz ihrer Verschiedenheit, harmonisch zusammenarbeiten. Soweit ein Gegensatz zwischen ihnen stattfindet, entspringt er* (den Apologeten zufolge, d. Verf.) *bloß aus der Konkurrenz, welcher der Agenten* (der handelnden Personen, vom lateinischen agere = handeln, agieren, d. Verf.) *mehr vom Produkt sich aneignen soll, vom Wert, den sie zusammen schufen, und kommt es dabei gelegentlich zur Keilerei, so zeigt sich dann doch*

*schließlich als Endresultat dieser Konkurrenz zwischen Erde, Kapital und Arbeit, daß, indem sie sich (...) untereinander stritten über die Teilung, sie durch ihren Wetteifer den Wert des Produkts so vermehrt haben, daß jeder einen größeren Fetzen bekommt, so daß ihre Konkurrenz selbst nur als der stachelnde Ausdruck ihrer Harmonie erscheint.“*

(Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.3, S. 493 f.; vgl. auch Kapital III, MEW 25, S. 822 ff.)

Diese apologetische Theorie betrachtet das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital **nicht als Produktionsverhältnis**. Sie unterläßt konsequent jegliche Analyse des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital **im** Produktionsprozeß, wie wir sie in Kapitel IX vorgenommen haben. Sie unterläßt diese Analyse deshalb, weil damit der innere Zusammenhang von Lohnarbeit und Kapital dem Blickfeld entzogen wird, und in Ermangelung der Darstellung dieses inneren Zusammenhangs unterbleibt auch der Blick auf deren **feindlichen** Zusammenhang. Lohnarbeit und Kapital stehen in der Darstellung dieser Apologeten *„in keinem feindlichen, weil überhaupt in keinem innren Zusammenhang“*: Ohne inneren Zusammenhang kein feindlicher Zusammenhang, d.h. kein Kampf der Gegensätze - und deshalb suchen die Apologeten des Kapitals den Blick auf den **inneren Zusammenhang** von Lohnarbeit und Kapital zu verstellen. Die Analyse des inneren Zusammenhanges aber zeigt, daß die Lohnarbeit das Kapital produziert, welches ihr dann als feindselige, sie beherrschende Macht gegenübertritt. (vgl. Kapitel IX S. 49 - 61) Das Kapital speist sich nämlich ausschließlich aus dem von den Lohnarbeitern geschaffenen und von den Kapitalisten ohne Äquivalent (ohne Gegenleistung) angeeigneten Mehrwert.

Bemerkenswert übrigens, daß die bürgerlichen Apologeten gerne unterstellen, daß das Kapital Zins „abwirft“. Diese Vorstellung ist ihnen noch lieber als die, daß es Profit abwirft. Warum? Weil sie sich besonders gerne in den entfremdetsten Erscheinungsformen herumtreiben, in denen die unbezahlte Mehrarbeit als Quelle jeglichen Gewinns der Kapitalisten aus der Vorstellung völlig verbannt ist: *„Gerade in*

der Form: Kapital - Zins fällt alle Vermittlung fort, und ist das Kapital auf seine allgemeinste, aber darum auch aus sich selbst unerklärliche und absurde Formel reduziert.“ (ebenda, S. 825 f.) Der **Produktionsprozeß** wird dem Blick hier völlig entzogen. Wie es zu dieser Formel kommt, wie der Zins zu erklären ist und in **welchem** Zusammenhang zum Produktionsprozeß er steht, werden wir in Kapitel XII betrachten.

Was nun die Grundrente betrifft, die Revenue (Einkunft) des Grundbesitzers, so müssen wir hinsichtlich der Einzelheiten ebenfalls auf Kapitel XII verweisen. An dieser Stelle sei aber kurz vorweggenommen, daß die Grundrente sich ebenfalls aus dem Mehrwert speist, welcher von den Lohnarbeitern geschaffen wird, also ebenfalls nicht beziehungslos neben der Lohnarbeit steht. Ist der industrielle Kapitalist nämlich nicht der Besitzer des Grund und Bodens, auf dem er produzieren läßt, so muß er dem Grundbesitzer Pacht zahlen, und diese kann er nur aus dem Mehrwert entnehmen, den „seine“ Lohnarbeiter geschaffen haben. Somit ergibt sich, daß der industrielle Profit sich nicht „aus dem Kapital“ speist und die Grundrente nicht „aus dem Grund und Boden“, sondern daß die Einkünfte sowohl des industriellen Kapitalisten als auch des Grundeigentümers sich nur aus der Lohnarbeit speisen, aus der Ausbeutung des Lohnarbeiters. Dasselbe gilt für den Zins, die Revenue des Bankkapitals, und für den kaufmännischen Profit, wie wir in Kapitel XII im einzelnen sehen werden.

Aus eben diesen Gründen ist der Lohn keinesfalls der „Preis der Arbeit“. Wäre er das, so könnte die Arbeit keine Früchte abwerfen, die als Profit, Zins und Grundrente erscheinen, da sie im Lohn voll bezahlt wäre. Preis bzw. Wert sind Begriffe, die sich **aus der Arbeit ableiten**. „Wert der Arbeit“ oder „Preis der Arbeit“ sind somit widersinnige Begriffe: „(...) 'Preis der Arbeit' ist ebenso irrationell wie ein gelber Logarithmus. Aber hier ist der Vulgärökonom erst recht befreit, da er nun bei der tiefen Einsicht des Bürgers angelangt ist, daß er Geld für die Arbeit zahlt (...)“, womit dann das Ausbeutungsverhältnis glücklich dem Blick entzogen ist. (ebenda, S. 826)

Erst die Analyse der Produktionsverhältnisse ermöglicht es, die Ausbeutung der Lohnarbeiter als Revenuequelle (Einkommensquelle) sowohl des industriellen als auch des kaufmännischen Kapitalisten als auch des Bankkapitalisten als auch des Grundeigentümers zu begreifen. Eben deshalb unterlassen es die Apologeten der bürgerlichen Ordnung konsequent, die Produktionsverhältnisse zu betrachten, eben deshalb beschränken sie sich auf die Betrachtung der **Verteilungsverhältnisse**, losgelöst von der Produktion. So aber können auch die Verteilungsverhältnisse nicht wirklich begriffen werden, lediglich die Erscheinungen an der Oberfläche der Dinge können beschrieben werden, und **hier**, bei der dieser oberflächlichen Betrachtung, erscheinen die Quellen des Reichtums in der Form Kapital - Profit (Unternehmergeinn plus Zins), Boden - Grundrente, Arbeit - Arbeitslohn. In Wirklichkeit verhalten sie sich „gegenseitig etwa wie Notariatsgebühren, rote Rüben und Musik“. (ebenda, S. 822) In Wirklichkeit beinhalten die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, daß die gesellschaftlichen Produktionsmittel so „verteilt“ sind, daß die Bourgeoisie alle und das Proletariat keine hat (von einfachen Warenproduzenten einmal abgesehen). Aus dieser „Verteilung“ der sachlichen Voraussetzungen der Produktion folgt wiederum, daß das gesamte von der Arbeiterklasse hergestellte Produkt von der Kapitalistenklasse und den Grundeigentümern angeeignet wird. Und nur in der Höhe, in der die Arbeiter ihren Lohn durchsetzen können, können sie dem Kapital einen Anteil des von ihnen geschaffenen Werts abtrotzen.

In der Theorie der Produktionsfaktoren hingegen erscheint die Verteilung als etwas Selbständiges, von der gesellschaftlichen Produktion Unabhängiges, und so wird der Schein der Harmonie der Klasseninteressen geschaffen.

Wir sehen: Es ist keineswegs neu, wenn bürgerliche Ideologen von Verteilungskämpfen reden (so weit sie überhaupt noch von Arbeiterkämpfen reden) und den Klassenkampf für überholt erklären. Genau in diesem Sinne fassen übrigens auch die Führer der DGB-Gewerkschaften Tarif-

kämpfe auf: Keineswegs als Kämpfe, die auf dem in den **Produktionsverhältnissen** wurzelnden unversöhnlichen Interessengegensatz von Lohnarbeit und Kapital beruhen, sondern als Auseinandersetzung um die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts zwischen zwei Klassen, die angeblich grundsätzlich gleiche Interessen haben. Die Illusion gleicher Interessen von Arbeitern und Kapitalisten verfliegt sofort, sobald man die Produktionssphäre betrachtet.

*„Die sogenannten Verteilungsverhältnisse entsprechen also und entspringen aus historisch bestimmten, spezifisch gesellschaftlichen Formen des Produktionsprozesses und der Verhältnisse, welche die Menschen im Reproduktionsprozeß ihres menschlichen Lebens untereinander eingehen. Der historische Charakter dieser Verteilungsverhältnisse ist der historische Charakter der Produktionsverhältnisse, wovon sie nur eine Seite ausdrücken.“* (Kapital III, MEW 25, S. 890)

Die Verteilungsverhältnisse drücken also nur **eine Seite** der Produktionsverhältnisse aus, sind nur ihre Widerspiegelung in einem Teilbereich der Gesellschaft. Damit wird deutlich, daß das Ziel einer „sozialen Gerechtigkeit“, einer „gerechteren Verteilung“ **auf Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse** eine lächerliche Illusion ist, die die bürgerliche Ordnung beschönigt und damit den Interessen der Kapitalisten dient.

An anderer Stelle spottet Marx über die Vorstellung, *„daß die Distribution (Verteilung, d. Verf.) als selbständige, unabhängige Sphäre neben der Produktion haust“*. (Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW 13 S. 621; oder AW II S. 473). Er hält dieser Vorstellung entgegen: *„Die Gliederung der Distribution ist vollständig bestimmt durch die Gliederung der Produktion. Die Distribution ist selbst ein Produkt der Produktion, nicht nur dem Gegenstand nach, daß nur die Resultate der Produktion distribuiert werden können, sondern auch der Form nach, daß die bestimmte Art der Teilnahme an der Produktion die besondern Formen der Distribution, die Form, worin an der Distribution teilgenommen wird, bestimmt. Es ist durchaus eine Illusion, in der*

*Produktion Erde, in der Distribution Grundrente zu setzen etc.“ (ebenda; MEW 13 S. 627; oder AW II S. 480).*

Der Lohnarbeiter ist **nicht deshalb** Lohnarbeiter, weil er - im Vergleich zum Kapitalisten - weniger konsumieren kann, sondern aufgrund seiner Stellung zu den Produktionsmitteln: Er ist aller Produktionsmittel beraubt, während der Kapitalist Produktionsmittel besitzt. Erst aus dem hieraus resultierenden Produktionsverhältnis leiten sich bestimmte Verteilungsverhältnisse ab.



Dieser Zusammenhang zwischen Produktion und Distribution ist im übrigen auch bei der Betrachtung der Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Kommunismus, des Sozialismus, zu beachten, ebenso bei der Betrachtung des Revisionismus, also einer Gesellschaft, die dem Schein nach sozialistisch ist, in Wirklichkeit aber den kommunistischen Keim eingebüßt hat und sich gesetzmäßig zum Kapitalismus zurückentwickelt. Nehmen wir die revisionistische DDR, so lag das Übel dieser Gesellschaft nicht etwa darin, daß die Herrschenden hinsichtlich der Verteilung Privilegien hatten, während die Produktion vergesellschaftet gewesen wäre. In Wirklichkeit hatte eine sehr kleine Gruppe die gesamte Kommandogewalt bezüglich der Produktion in ihren Händen konzentriert und wachte sorgsam darüber, daß diese Kommandogewalt auf immer in ihren Händen bzw. den Händen ihrer Nachfolger bleiben sollte. Erst auf der Grundlage derartiger Produktionsverhältnisse - die also alles andere als vergesellschaftete Produktion beinhalteten - konnte die herrschende Klasse Privilegien bezüglich der Verteilung genießen.

In der sozialistischen Sowjetunion vergrößerten sich in den 30er Jahren die Einkommensunterschiede drastisch, eine Tatsache, an die in der Regel falsche Schlußfolgerungen geknüpft werden. Die offenen und versteckten Apologeten der bürgerlichen Gesellschaft (unter letzteren insbeson-

dere die Trotzlisten) nutzen diese Tatsache, um zu behaupten, in der Sowjetunion sei die Arbeiterklasse immer (bzw. seit den 30er Jahren) ausgebeutet worden. Daraus wird dann entweder gefolgert, der Sozialismus bringe der Arbeiterklasse nichts, oder aber, es habe noch nie Sozialismus gegeben. Die Verteidiger der sozialistischen Sowjetunion hingegen haben häufig derartige Fakten wie die ab den 30er Jahren einsetzenden enormen Einkommensunterschiede schlichtweg abgestritten. Das Abstreiten von Fakten aber drückt nur theoretische Hilflosigkeit aus und leitet dem Gegner Wasser auf seine Mühlen. Betrachtet man die Dinge marxistisch, so muß man zunächst die **Produktionsverhältnisse** untersuchen, um die **Verteilungsverhältnisse** begreifen zu können.

Um zum Kommunismus voranschreiten zu können, ist ein hoher Entwicklungsgrad der Produktivkräfte erforderlich. Die Sowjetunion war aber bezüglich des Entwicklungsgrades der Produktivkräfte ein rückständiges Land. Um die Arbeitermacht überhaupt behaupten zu können, mußte daher in Rekordzeit eine Industrialisierung durchgeführt werden, und dies mit einer Arbeiterklasse, deren größter Teil noch wenige Jahre zuvor Bauern waren. Das Tempo der Industrialisierung mußte schon deshalb enorm sein, weil abzusehen war, daß der Imperialismus dem Land recht bald einen Krieg aufzwingen würde. So wurde denn in 10 bis 12 Jahren ein industrieller Fortschritt erzielt, für den die kapitalistischen Länder 100 Jahre oder länger gebraucht hatten.

Es war nicht möglich, gleichzeitig die klassenmäßigen Unterschiede zwischen Leitenden und Ausführenden weiter abzubauen. Ganz im Gegenteil mußten die Kommandostrukturen in der Wirtschaft ausgebaut und gestärkt werden, und auf großen Teilen der Arbeiterklasse lastete ein enormer Druck. Um also die Arbeitermacht und damit die Perspektive des Kommunismus zu behaupten, mußten Mittel gewählt werden, die dem kommunistischen Ziel der Beseitigung aller Klassenunterschiede direkt entgegengesetzt waren. Derartige Produktionsverhältnisse bedingten aber entsprechende Verteilungsverhältnisse, also wachsende Einkommensunter-

schiede. Natürlich war dies eine ernste Gefahr für den Sozialismus, aber andernfalls wäre er mit Sicherheit liquidiert worden.

Verschärft wurde die Situation dadurch, daß während des Krieges die Kommandostrukturen nicht abgebaut werden konnten, sondern im Gegenteil noch weiter verstärkt werden mußten. So konnte die Schicht von Leitenden ihre Privilegien noch weiter ausbauen. Die Arbeitermacht konnte sie eine Zeitlang noch daran hindern, sich zur neuen herrschenden Klasse zu emanzipieren; es war vor allem Stalin, der in grundlegenden Fragen (gerade auch bezüglich der Produktion) Entscheidungen durchdrückte, die im Interesse der Arbeiterklasse lagen. Doch eine Arbeitermacht, deren Existenz in gewisser Weise von einer Person abhängt, ist natürlich schwach. Es bedurfte nur noch des Todes Stalins, damit diese Schicht alle Hemmungen abwerfen und sich zur neuen herrschenden Klasse emanzipieren konnte. Das geschah zwar nicht ohne Widerstand, jedenfalls aber ohne Bürgerkrieg.

Nun wuchsen die Privilegien dieser Leute bezüglich der Distribution ins Maßlose. Beispielsweise ließ Chruschtschow nach Angaben von Varga für sich in zehn Jahren 13 luxuriöse Wohnbauten durchführen; auf der Krim wurde am Ufer des Meeres eine neue Residenz für ihn gebaut, und allein die Befestigung des Meeresufers erforderte eine Summe von 8 Millionen Rubeln. Derartige Verteilungsverhältnisse spiegelten aber nur die Produktionsverhältnisse wider: Die bestehende Macht strebte in keiner Weise mehr den Abbau der Klassenunterschiede an, sondern die Herrschenden verfolgten im Gegenteil mit allen Mitteln das Ziel, ihre Klassenprivilegien zu verewigen und auszubauen. Damit aber unterschied sich die Situation wesentlich von der der 30er Jahre. Damals drückten die hohen Einkommensunterschiede vor allem den niedrigen Stand der Produktivkräfte aus; sie waren im großen und ganzen im Interesse der Arbeiterklasse, denn sie entsprachen im wesentlichen den Produktionsverhältnissen, die notwendig waren, um den So-

zialismus zu behaupten und **später** auf den Abbau der Klassenunterschiede Kurs nehmen zu können. Nun, in den 50er Jahren, hätte dies aufgrund des erreichten Entwicklungsstandes der Produktivkräfte geschehen können, und es hätte geschehen **müssen**, damit die gesellschaftliche und politische Ordnung den Charakter einer Arbeitermacht bewahrte.

Doch die privilegierte Schicht war aufgrund der erforderlichen Kompromisse sehr stark geworden, und **ihr Klasseninteresse** stand einer solchen Orientierung diametral entgegen und brachte den Sozialismus zu Fall. Die Arbeiterklasse aber spürte nach und nach, daß sie nun nicht mehr für eigene Interessen, sondern für die einer neuen Ausbeuterklasse arbeitete. Damit wurde die Hauptproduktivkraft, die schöpferische Kraft der Arbeiterklasse, nachhaltig beschädigt, und dies wiederum brachte letztlich die Herrschaft der Revisionisten zu Fall und führte zur Restauration einer offen bürgerlichen Macht.

*„Aber jede bestimmte historische Form dieses Prozesses (nämlich des Produktionsprozesses, d. Verf.) entwickelt weiter die materiellen Grundlagen und gesellschaftlichen Formen desselben. Auf einer gewissen Stufe der Reife angelangt, wird die bestimmte historische Form abgestreift und macht einer höhern Platz. Daß der Moment einer solchen Krise gekommen, zeigt sich, sobald der Widerspruch und Gegensatz zwischen den Verhältnissen, daher auch der bestimmten historischen Gestalt der ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse einerseits und den Produktivkräften, der Produktionsfähigkeit und der Entwicklung ihrer Agentien (Triebkräfte, d. Verf.) andererseits, Breite und Tiefe gewinnt. Es tritt dann ein Konflikt zwischen der materiellen Entwicklung der Produktion und ihrer gesellschaftlichen Form ein.“* (Kapital III, MEW 25, S. 891)

Trotz der - gemessen am kommunistischen Ziel - extrem hohen Einkommensunterschiede in der Sowjetunion der 30er Jahre entsprachen diese Verhältnisse dem Stand der Produktivkräfte, weil diese Produktivkräfte Produktionsverhältnisse erforderten, die eben im großen und

ganzen solche Verteilungsverhältnisse hervorbrachten. Unter anderen Umständen, nämlich bei einem höheren Niveau der Produktivkräfte, wären derart hohe Einkommensunterschiede mit der Existenz des Sozialismus unvereinbar, unter diesen Umständen aber waren sie es eben nicht. Je weiter die Produktivkräfte sich jedoch entwickelten, desto mehr hätten die Klassenunterschiede hinsichtlich Produktion **und** Konsumtion abgebaut werden müssen. Da der wachsende Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nicht revolutionär gelöst wurde, wurde er konterrevolutionär „gelöst“: Jegliche Orientierung auf den Kommunismus, auf die Abschaffung aller Klassenunterschiede, wurde beseitigt. Damit aber gingen die Produktivkräfte in Fäulnis über. Die unüberwindbare Stagnation und Fäulnis der revisionistischen Gesellschaftsordnung setzte ein. Dies war unvermeidlich, nachdem der „Konflikt zwischen der materiellen Entwicklung der Produktion und ihrer gesellschaftlichen Form“ nicht revolutionär gelöst worden war (durch einen Kurs auf Reduzierung der klassenmäßigen Unterschiede), sondern konterrevolutionär „gelöst“ worden war (durch Errichtung einer neuen Klassenherrschaft über die Arbeiterklasse). Diese Lösung im Interesse der Privilegierten war deshalb eine Scheinlösung, weil sie dem Charakter der Produktivkräfte nicht entsprach.

(vgl. zu alledem: Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte, Zeitungsverlag Roter Morgen, Rote Reihe Band 1, Stuttgart 1996)

Die revisionistischen Regimes mußten untergehen, doch der Kapitalismus erscheint nur vorübergehend als Sieger. In den entwickelten kapitalistischen Ländern wird der Widerspruch zwischen den Produktivkräften einerseits und den Verteilungsverhältnissen und den ihnen entsprechenden Produktionsverhältnissen andererseits immer schärfer. Das Trommeln der Manager des Kapitals, man müsse das Gold in den Köpfen der Beschäftigten freisetzen, zeigt an, daß die gesellschaftliche Leitung der Produktion immer dringender wird. Andererseits werden die Menschen immer mehr ent-

mündigt, und das Konsumniveau wird gedrückt. So aber kann man kein „Gold in den Köpfen freischaufeln“. Wer sich entmündigt und ausgebeutet fühlt, der setzt keine schöpferischen Kräfte frei. Die Enteignung des Kapitals und die Vergesellschaftung der Produktion sind erforderlich, um die Produktivkräfte zu befreien. *„Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalwerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß (...).“* (Kapital III, MEW 25, S. 260)

(Zur Widerspiegelung letzteren Umstands im heutigen Arbeiterbewußtsein vgl.: Rugenberg, Franz, Warum der Kapitalismus scheitern muß, Zeitungsverlag Roter Morgen, Blaue Reihe, Imperialismus konkret Band 1, Stuttgart 1997, S. 198 - 217)

# WOZU BRAUCHT MAN GEWERKSCHAFTEN?

Wir haben gesehen, daß die Verteilungsverhältnisse aus den Produktionsverhältnissen entspringen. Kann man daraus schließen, daß man sich für die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht zu interessieren brauche, da die jeweilige Verteilung am grundlegenden Produktionsverhältnis zwischen diesen beiden Klassen ohnehin nichts ändert? Daß folglich der Kampf um Löhne und Arbeitsbedingungen keine Berechtigung habe?

Eine derartige These ist dem Marxismus völlig fremd. Marx setzte sich in *Lohn, Preis und Profit* mit einer derartigen Auffassung auseinander. Die Schrift beruht auf einem Vortrag, den er 1865 vor dem Zentralrat der I. Internationale hielt. John Weston, ein Mitglied des Zentralrats, hatte nachzuweisen versucht, daß eine allgemeine Erhöhung des Arbeitslohns den Arbeitern nichts nütze und daß Gewerkschaften folglich „schädlich“ wirkten. Marx erklärte diese Auffassungen für „*theoretisch falsch und praktisch gefährlich*“. (Marx, *Lohn, Preis und Profit*, MEW 16, S. 103; oder AW III S. 69)

Was kann zwischen Lohnarbeiter und Kapitalist überhaupt aufgeteilt werden? Offenkundig nicht der gesamte Wert der produzierten Waren. Ein Teil dieses Werts ist ja Ersatz für die verbrauchten Produktionsmittel, deren Wert in früheren Produktionsprozessen geschaffen wurde und im jeweils letzten Produktionsprozeß nur auf die hierin geschaffenen Waren **übertragen** wird. Nur der **Neuwert**, der im jeweils letzten Produktionsprozeß geschaffen wird, kann verteilt werden.

Betrachtet man den **einzelnen** Zirkulationsakt isoliert, so wird zwar nicht **dieser** Wert verteilt, denn der Arbeiter er-

hält seinen Lohn grundsätzlich unabhängig von der Realisierung des von ihm geschaffenen Werts durch den Kapitalisten. Sind die produzierten Waren am Tag der Lohnzahlung noch nicht verkauft, so muß der Kapitalist die Löhne vorschießen, ebenso wie er die Kosten für die Produktionsmittel vorschießen mußte. Betrachtet man aber die Bewegung im Ganzen, so erweist sich der von den Arbeitern geschaffene Neuwert als diejenige Quelle, aus der sich sowohl die Löhne der Arbeiter als auch die Profite der Kapitalisten ausschließlich speisen.

Marx: *„Dieser gegebne, durch seine (des Lohnarbeiters, d. Verf.) Arbeitszeit bestimmte Wert ist der einzige Fonds, wovon beide, er und der Kapitalist, ihre respektiven (jeweiligen, d. Verf.) Anteile oder Dividenden ziehn können, der einzige Wert, der in Arbeitslohn und Profit geteilt werden kann. (...) Da Kapitalist und Arbeiter nur diesen begrenzten Wert zu teilen haben, d.h. den durch die Gesamtarbeit des Arbeiters gemessenen Wert, so erhält der eine desto mehr, je weniger dem andern zufällt, und umgekehrt.“* (ebenda; MEW 16 S. 139 f.; oder AW III S. 112 f.) Wir sehen: Betrachtet man die Verteilung nicht isoliert von der Produktion und nicht durch die Brille apologetischer Theorien, so zeigt sich, daß die Interessen von Lohnarbeiter und Kapitalist auch hinsichtlich der Verteilung **direkt entgegengesetzt** sind. Steht der geschaffene Neuwert einmal fest, so kann jeder von den beiden nur den Teil davon bekommen, den der andere **nicht** bekommt. Nämlich: Der Lohn ist der Teil des Neuwerts, den der Arbeiter erhält, der Mehrwert ist der Teil des Neuwerts, den der Kapitalist erhält.

Aber immerhin: Ist der Wert einer Ware, und folglich auch der Wert der Ware Arbeitskraft, nicht eine objektive Kategorie? Sind es folglich nicht unabdingbare ökonomische Gesetze, die diesen Wert und damit letztlich auch den Lohn bestimmen? Kämpft man nicht gegen Windmühlenflügel, wenn man mit subjektiven Anstrengungen auf die Höhe des Lohns Einfluß nehmen will?

Zunächst einmal: Wie wir wissen (vgl. Kapitel VIII), fällt der Wert einer beliebigen Ware nicht unmittelbar mit dem

Preis zusammen. Vielmehr schwankt der Preis um den Wert. Letzteres ist zwar objektiv bedingt, kommt aber nicht ohne subjektive Aktivitäten der handelnden Personen zustande: Der Verkäufer bemüht sich um einen möglichst hohen Preis, der Käufer um einen möglichst niedrigen Preis. Das ist bei der Ware Arbeitskraft grundsätzlich nicht anders. Der Kapitalist schert sich nicht im geringsten um die Frage, welche Lebensmittel der Arbeiter zum Leben braucht, was sie kosten und wie folglich der Wert der Arbeitskraft zu bestimmen ist. Ihn interessiert nur, daß der Lohn möglichst niedrig ist, denn je niedriger die Löhne, desto höher der Profit. Das Interesse der Lohnarbeiter ist genau entgegengesetzt. Es obliegt ihnen, für ihr Interesse zu kämpfen, genau wie der Kapitalist für sein Interesse kämpft.

Allerdings gibt es „gewisse eigentümliche Merkmale, die den Wert der Arbeitskraft (...) vor dem Wert aller andern Waren auszeichnen. Der Wert der Arbeitskraft wird aus zwei Elementen gebildet - einem rein physischen und einem historischen oder gesellschaftlichen. Seine äußerste Grenze ist durch das physische Element bestimmt, d.h. um sich zu erhalten und zu reproduzieren, um ihre physische Existenz auf die Dauer sicherzustellen, muß die Arbeiterklasse die zum Leben und zur Fortpflanzung absolut unentbehrlichen Lebensmittel erhalten. Der Wert dieser unentbehrlichen Lebensmittel bildet daher die äußerste Grenze des Werts der Arbeit. (Marx hat zuvor erklärt, daß es richtig „Wert der Arbeitskraft“ heißen muß und daß er „Wert der Arbeit“ nur als „landläufigen Vulgärausdruck“ für ersteres benutzt, d. Verf.) (...) Außer durch dies rein physische Element ist der Wert der Arbeit in jedem Land bestimmt durch einen traditionellen Lebensstandard. Er betrifft nicht das rein physische Leben, sondern die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, entspringend aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, in die die Menschen gestellt sind und unter denen sie aufwachsen (...).

Was aber die Profite angeht, so gibt es kein Gesetz, das ihr Minimum bestimmte. Wir können nicht sagen, was die äußerste Grenze ihrer Abnahme sei. Und warum können wir diese Grenze nicht feststellen? Weil wir, obgleich wir das

*Minimum der Arbeitslöhne feststellen können, nicht ihr Maximum feststellen können. Wir können nur sagen, daß mit gegebenen Grenzen des Arbeitstags das Maximum des Profits dem physischen Minimum des Arbeitslohns entspricht; und daß mit gegebenem Arbeitslohn das Maximum des Profits einer solchen Verlängerung des Arbeitstags entspricht, wie sie mit den Körperkräften des Arbeiters verträglich ist. Das Maximum des Profits ist daher begrenzt durch das physische Minimum des Arbeitslohns und das physische Maximum des Arbeitstags. Es ist klar, daß zwischen den beiden Grenzen dieser Maximalprofitrate eine unendliche Stufenleiter von Variationen möglich ist. Die Fixierung ihres faktischen Grads erfolgt nur durch das unaufhörliche Ringen zwischen Kapital und Arbeit, indem der Kapitalist ständig danach strebt, den Arbeitslohn auf sein physisches Minimum zu reduzieren und den Arbeitstag bis zu seinem physischen Maximum auszuweiten, während der Arbeiter ständig in der entgegengesetzten Richtung drückt.*

*Die Frage löst sich auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden.“*

(ebenda; MEW 16 S. 147 ff.; oder AW III S. 122 ff.)

Der Klassenkampf beeinflusst nicht nur den Preis der Ware Arbeitskraft, sondern bereits ihren Wert. Der „traditionelle Lebensstandard“ kann verändert werden, und genau daran - nämlich an einer **Verringerung** des als normal angesehenen Lebensstandards - arbeitet das Kapital heute mit allen Mitteln. Der Propagandafeldzug, der in allen Medien geführt wird, gehört dazu, und da ist jedes „Argument“, so abgegriffen und verlogen es denn ist, gerade recht: „Standort sichern“, „Solidarität mit den Arbeitslosen“, „Osten aufbauen“ usw. - und dahinter steht immer nur das eine: Gürtel enger schnallen und dadurch DEN PROFIT ERHÖHEN!

Bemüht sich die eine Seite, so wird die andere Seite verlieren, wenn sie nicht wenigstens entsprechende subjektive Bemühungen in die Waagschale wirft. „Die Frage löst sich auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden.“ Es gibt kein „ehernes Lohngesetz“, von dem z.B. Lassalle schwadronierte. Das Geschwätz von einem „eher-

nen Lohngesetz“ ist nur geeignet, die Arbeiterklasse vom Kampf für ihre ökonomischen Interessen abzuhalten.

Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß auf Grundlage des Systems der Lohnarbeit das ökonomische Übergewicht des Kapitals ständig größer wird. Der Prozeß der Akkumulation (= Anhäufung) von Kapital führt nämlich dazu, daß der Kapitalteil, der in Form von Produktionsmitteln angelegt wird, immer mehr zunimmt im Vergleich zu dem Kapitalteil, der in Löhne investiert wird. Wir werden diesen Zusammenhang im nächsten Kapitel näher betrachten. Vorläufig können wir hierzu festhalten: *„Im Fortschritt der Industrie hält (...) die Nachfrage nach Arbeit nicht Schritt mit der Akkumulation des Kapitals.“* (ebenda; MEW 16 S. 151; oder AW III S. 126) Damit wächst das Heer der Arbeitslosen und folglich die Konkurrenz unter den Arbeitern. Die Löhne haben daher die Tendenz, unter den Wert der Ware Arbeitskraft zu sinken. Die Arbeitskraft ist somit die einzige Ware, deren Preis nicht um den Wert herum pendelt, sondern tendenziell unter den Wert sinkt.

Literaturhinweis: Aktuelles empirisches Material zum Thema „Wert und Preis der Arbeitskraft“ (freilich nur bis 1989) findet sich bei Waffenschmidt, Karl, Kapitalismus, Zeitungsverlag Roter Morgen, Stuttgart 1990, S. 42 - 66.

Marx: *„Diese wenigen Andeutungen werden genügen, um zu zeigen, daß die ganze Entwicklung der modernen Industrie die Waagschale immer mehr zugunsten des Kapitalisten und gegen den Arbeiter neigen muß und daß es folglich die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion ist, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken oder den Wert der Arbeit (siehe Anmerkung oben: nur als landläufiger Vulgärbegriff für „Wert der Arbeitskraft“ gebraucht, d. Verf.) mehr oder weniger bis zu seiner Minimalgrenze zu drücken. Da nun die Tendenz der **Dinge** in diesem System solcher Natur ist, besagt das etwa, daß die Arbeiterklasse auf ihren Widerstand gegen die Gewalttaten des Kapitals verzichten und ihre Versuche aufgeben soll, die gelegentlichen Chancen zur vorübergehenden Besserung ihrer Lage auf die bestmögliche Weise auszunut-*

*zen? Täte sie das, sie würde degradiert werden zu einer unterschiedslosen Masse ruiniertes armer Teufel, denen keine Erlösung mehr hilft. (...) Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammentreffen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.“*

(Lohn, Preis und Profit, MEW 16 S. 151 f.; oder AW III S. 126 f.)

Eine Klasse, die es nicht versteht, für ihre unmittelbaren Tagesinteressen zu kämpfen, ist selbstverständlich schon gar nicht in der Lage, die Macht zu ergreifen und die Gesellschaft grundlegend umzugestalten. Die reaktionären Gewerkschaftsführer freilich sind bestrebt, in der Arbeiterklasse den Geist der sogenannten Sozialpartnerschaft zu pflegen, die Vorstellung angeblich gemeinsamer Interessen von Arbeitern und Kapitalisten. Insbesondere wird ein betriebsbornierter Standpunkt gepflegt, demzufolge die Arbeiter „ihren“ Kapitalisten im Konkurrenzkampf gegen andere Kapitalisten unterstützen sollten. Dem dienen z.B. auch Öffnungsklauseln in Tarifverträgen: Bei Bedarf müsse man eben den „eigenen“ Kapitalisten durch Lohnverzicht im Konkurrenzkampf unterstützen. Nicht Klasse gegen Klasse, sondern Arbeiter und Kapitalisten eines Betriebes gegen Arbeiter und Kapitalisten der anderen Betriebe. Dabei verlieren letztlich die Arbeiter und kleinen Angestellten **aller** Betriebe. Das gleiche gilt im internationalen Maßstab. Läßt sich die Arbeiterklasse auf Lohnverzicht und schlechtere Arbeitsbedingungen ein, um die deutschen Kapitalisten gegen die ausländischen zu unterstützen, so läßt sie sich vor den Karren des Kapitals spannen und handelt gegen ihre eigenen Interessen. In **allen** kapitalistischen Ländern verlangen die Kapitalisten von den Arbeitern, den Gürtel enger zu schnallen, um sie im internationalen Konkurrenzkampf zu unterstützen. Läßt sich die Arbeiterklasse darauf ein, so werden sich ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen in **allen** Ländern immer weiter verschlechtern. Der Kampf gegen eine derartige Demagogie des Kapitals und der reaktionären Gewerkschaftsführer ist daher wesentlicher Bestandteil des Klassenkampfes, ist Vorausset-

zung dafür, daß das klassenbewußte Proletariat selbstbewußt seine eigenen Interessen vertritt, anstatt sich vor den Karren des Kapitals spannen zu lassen.

Marx schloß seinen Vortrag vor dem Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation mit folgenden drei Punkten:

*„1. Eine allgemeine Steigerung der Lohnrate würde auf ein Fallen der allgemeinen Profitrate hinauslaufen, ohne jedoch, allgemein gesprochen, die Warenpreise zu beeinflussen.“*

Dies übrigens auch als Antwort auf die heute übliche Kapitals-Demagogie von der Lohn-Preis-Spirale. Hiernach hätten die Arbeiter angeblich nichts von Lohnerhöhungen, da dann die Preise für ihre Konsumgüter steigen würden. Der Preis wird aber in Wirklichkeit nicht kalkulatorisch festgelegt, als gegebener Prozentaufschlag auf das vorgeschossene Kapital. Vielmehr versucht jeder Warenverkäufer stets, den maximalen Preis herauszuschlagen. Welcher Preis am Markt erzielt werden kann, das hängt wiederum vom Verhältnis von Angebot und Nachfrage ab. Erhalten z.B. die Arbeiter in einer Maschinenfabrik mehr Lohn, so wird das Argument des Maschinenverkäufers, er habe mehr Lohn zahlen müssen, den Käufer keinen Deut interessieren. Resultat ist nur, daß der Profit des Kapitalisten geschmälert ist, weil die Arbeiter höheren Lohn erkämpfen konnten.

*„2. Die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion geht dahin, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken.“*

*3. Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“*

(ebenda; MEW 16 S. 152; oder AW III S. 128)

Wenden wir letzteres auf die heutigen DGB-Gewerkschaften an, so liegt auf der Hand, daß diese keine Klassengewerkschaften des Proletariats sind. Ihre Spitzen bestehen aus Millionären, die auf vielerlei Weise mit dem Kapital verflochten sind und zu diesem gehören. Nicht nur, daß derartige Gewerkschaftsführer sich auf einen „Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems **beschränken**“ würden. Sie tun vielmehr alles, um einen konsequenten Kampf Klasse gegen Klasse zu verhindern. Die Spitzen dieser Gewerkschaften tun dies bewußt mit dem Ziel, den Kapitalismus zu verewigen.

Folgt daraus, daß Marxisten dazu aufrufen müßten, die DGB-Gewerkschaften zu verlassen? Ganz im Gegenteil. Klassengewerkschaften der Arbeiterklasse existieren derzeit nicht, und der Verzicht auf Arbeit in den DGB-Gewerkschaften bedeutet Verzicht auf gewerkschaftliche Arbeit überhaupt. Die Marxisten müssen heute darauf hinwirken, daß die kämpferischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den DGB-Gewerkschaften bleiben und daß sie in wachsendem Maße den Kampf selbst in die Hand nehmen und organisieren. Ab einer gewissen Zuspitzung des Kampfes werden sie dabei allerdings auf den erbitterten Widerstand der Spitzen und ihres Apparats stoßen. Diese versuchen zwar nicht, alle Kämpfe abzuwürgen; eine gewisse gewerkschaftliche Bewegung ist auch in ihrem Interesse, da sie im Falle des Niedergangs und Zerfalls der Gewerkschaften ihre eigenen Pfründe verlieren würden. Doch die Bewegung muß sich aus ihrer Sicht in einem sehr engen Rahmen halten, den sie selbst stecken. Das Tischtsch zwischen Gewerkschaften und Kapital darf aus ihrer Sicht nicht zerschnitten, der Rahmen der sogenannten Sozialpartnerschaft nicht verlassen werden, die Unversöhnlichkeit des Klassen Gegensatzes darf nicht in Erscheinung treten. Sobald eine Zuspitzung des Kampfes droht, der den Interessen der reaktionären Gewerkschaftsführer zuwiderläuft, werden diese alles tun, um den klassenkämpferischen Gewerkschaftern Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Auch dies ist aber

X-30

kein Argument gegen die Arbeit in den Gewerkschaften.  
Man kann sich die Kampfbedingungen nicht aussuchen. So  
schwierig der gewerkschaftliche Kampf heute ist, anders ist  
ein Fortschritt der Arbeiterbewegung nicht möglich.

# IN DEN GEWERKSCHAFTEN ARBEITEN!

Lenin setzte sich 1920 in seiner Schrift „Der ‘linke Radikalismus’, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ mit der überaus schädlichen Auffassung auseinander, man solle auf die Arbeit in Gewerkschaften verzichten, die von reaktionären, arbeiterfeindlichen Kräften beherrscht werden. Lenin zeigte auf, daß eine solche Haltung gerade dazu führt, die Arbeiter an derartige reaktionäre Kräfte auszuliefern. Lenins Argumente sind noch heute von aktueller Bedeutung. Wir wollen daher ein längeres Zitat zu dieser Frage anführen.

*„(...) den Kampf gegen die opportunistischen und sozialchauvinistischen Führer (sozialchauvinistisch: sozialistische Phrasen, aber eine nationalistische Politik, die der Bourgeoisie nützt; damals: Befürwortung des imperialistischen Krieges der jeweils eigenen Bourgeoisie, d. Verf.) führen wir, um die Arbeiterklasse für uns zu gewinnen. Diese höchst elementare und ganz augenfällige Wahrheit zu vergessen wäre eine Dummheit. Und gerade diese Dummheit begehen die ‘linken’ deutschen Kommunisten, die **aus der Tatsache**, daß die **Spitzen** der Gewerkschaften reaktionär und konterrevolutionär sind, den Schluß ziehen, daß man ... aus den Gewerkschaften austreten!!, die Arbeit in den Gewerkschaften ablehnen!! und neue, **ausgeklügelte** Formen von Arbeiterorganisationen schaffen müsse!! Das ist eine so unverzeihliche Dummheit, daß sie dem größten Dienst gleichkommt, den Kommunisten der Bourgeoisie erweisen können. Denn unsere Menschewiki (die opportunistischen Sozialisten in Rußland, d. Verf.) sind wie alle opportunistischen, sozialchauvinistischen und kautskyanischen (Kautsky: theoretischer Führer der II. Internationale, Revisionist, d. Verf.) Führer der Gewerkschaften nichts anderes als ‘Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung’ (...).*

*Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heißt die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer (...) überlassen.*

*Gerade die absurde 'Theorie', wonach sich die Kommunisten an den reaktionären Gewerkschaften nicht beteiligen dürfen, zeigt am deutlichsten, wie leichtfertig sich diese 'linken' Kommunisten zur Frage der Beeinflussung der 'Massen' verhalten und wie sie mit ihrem Geschrei von den 'Massen' Mißbrauch treiben. (Die „Linken“ pflegten zu schreien, die Massen würden sich bereits von den reaktionären Führern lösen, doch das war stets nur ein **Teil** der Arbeitermassen; eine revolutionäre Politik muß aber darauf berechnet sein, die Klasse oder doch den größten Teil davon auf revolutionärer Grundlage zu einen, und diesem Ziel dient es eben nicht, wenn man diejenigen „Massen“, die noch unter dem Einfluß reaktionärer Führer stehen, einfach außer acht läßt. D. Verf.) Will man der 'Masse' helfen und sich die Sympathien, die Zuneigung, die Unterstützung der 'Masse' erwerben, so darf man sich nicht fürchten vor Schwierigkeiten, darf man sich nicht fürchten vor den Schikanen, den Fußangeln, den Beleidigungen und Verfolgungen seitens der 'Führer' (die als Opportunisten und Sozialchauvinisten in den meisten Fällen direkt oder indirekt mit der Bourgeoisie und der Polizei in Verbindung stehen) und muß unbedingt **dort arbeiten, wo die Massen sind**. Man muß jedes Opfer bringen und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in allen denjenigen - und seien es auch die reaktionärsten - Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt. Die Gewerkschaften und die Arbeitergenossenschaften (diese wenigstens mitunter) sind aber gerade Organisationen, die Massen erfassen. (...)*

*Gerade in den proletarischen Massen, den 'unteren Schichten', unter den Rückständigen, nimmt das Klassenbewußtsein und das Streben nach Organisation zu. Millionen von Arbeitern in England, Frankreich, Deutschland gehen zum **erstenmal** von der vollständigen Unorganisiertheit zur*

elementaren, untersten, einfachsten (für diejenigen, die noch durch und durch von bürgerlich-demokratischen Vorurteilen erfüllt sind), zugänglichsten Organisationsform, nämlich zu den Gewerkschaften über, während die revolutionären, jedoch unvernünftigen linken Kommunisten danebenstehen, 'Masse! Masse!' schreien - und **sich weigern, innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten!!** Sie tun das unter dem Vorwand, die Gewerkschaften seien 'reaktionär'!!, und klügeln eine nagelneue, blitzsaubere 'Arbeiter-Union' aus, die unbefleckt ist von bürgerlich-demokratischen Vorurteilen und frei von den Sünden zünftlerischer, eng beruflicher Beschränktheit, eine 'Arbeiter-Union', die angeblich eine Massenorganisation werden (werden!) soll und die als Aufnahmebedingung nur (nur!) die 'Anerkennung des Rätensystems und der Diktatur' (des Proletariats, d. Verf.) (...) fordert!!

Einen schlimmeren Unverstand, einen größeren Schaden für die Revolution, als ihn die 'linken' Revolutionäre anrichten, kann man sich gar nicht ausdenken! (...) Denn die ganze Aufgabe der Kommunisten besteht darin, daß sie es verstehen, die Rückständigen zu **überzeugen, unter** ihnen zu arbeiten, und sich nicht durch ausgeklügelte, kindische 'linke' Losungen von ihnen **absondern**.

Kein Zweifel, die Herren Gompers, Henderson, Jouhaux und Legien (reaktionäre, sozialchauvinistische Gewerkschaftsführer der sozialdemokratischen II. Internationale, d. Verf.) sind solchen 'linken' Revolutionären sehr dankbar, die wie die deutsche 'grundsätzliche' Opposition (links-sektiererische Kommunisten in Deutschland, d. Verf.) (der Himmel bewahre uns vor solcher 'Grundsätzlichkeit'!) (...) den Austritt aus den reaktionären Gewerkschaften und die Ablehnung der Arbeit in ihnen predigen. Kein Zweifel, die Herren 'Führer' des Opportunismus werden zu allen möglichen Kniffen der bürgerlichen Diplomatie greifen, werden die Hilfe der bürgerlichen Regierungen, der Pfaffen, der Polizei, der Gerichte in Anspruch nehmen, um die Kommunisten nicht in die Gewerkschaften hineinzulassen, um sie auf jede Art und Weise aus den Gewerkschaften zu verdrängen, um ihnen die Arbeit in den Gewerkschaften mög-

lichst zu verleiden, um sie zu beleidigen, gegen sie zu hetzen und sie zu verfolgen. Man muß all dem widerstehen können, muß zu jedwedem Opfer entschlossen sein und sogar - wenn es sein muß - alle möglichen Schliche, Listen und illegalen Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten. Unter dem Zarismus hatten wir bis 1905 keinerlei 'legale Möglichkeit', als aber Subatow von der Ochrana (Ochrana: zaristische Geheimpolizei; Subatow war also ein Spitzel der Geheimpolizei, d. Verf.) Arbeiterversammlungen und Arbeitervereine der Schwarzhunderter (prozaristische, höchst reaktionäre Richtung, d. Verf.) inszenierte, um Revolutionäre einzufangen und den Kampf gegen sie zu führen, da schickten wir in diese Versammlungen und Vereine Mitglieder unserer Partei (...), die mit der Masse Verbindung herstellten, es geschickt verstanden, Agitation zu treiben, und die Arbeiter dem Einfluß der Subatow-Leute entrissen. Natürlich, in Westeuropa, das besonders stark durchdrungen ist von besonders stark eingewurzelten legalistischen, konstitutionellen (an der Verfassung und sonstigen bürgerlichen Rechtsnormen klebenden, d. Verf.), bürgerlich-demokratischen Vorurteilen, läßt sich so etwas schwerer durchführen. Aber man kann und muß es durchführen, und zwar systematisch durchführen.

Das Exekutivkomitee der III. Internationale muß meiner Ansicht nach sowohl allgemein die Politik der Nichtbeteiligung an den reaktionären Gewerkschaften (unter ausführlicher Begründung, warum eine solche Nichtbeteiligung unvernünftig und für die Sache der proletarischen Revolution außerordentlich schädlich ist) als auch besonders das Verhalten einiger Mitglieder der Kommunistischen Partei Hollands, die - einerlei, ob direkt oder indirekt, offen oder versteckt, ganz oder teilweise - diese falsche Politik unterstützt haben, direkt verurteilen und dem nächsten Kongreß der Kommunistischen Internationale vorschlagen, dasselbe zu tun.“

(Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“; LW 31 S. 37 ff.; oder LAW V S. 502 ff.; Hervorhebungen von Lenin)

Stalin schrieb 1925:

*„Die Gewerkschaften und die Parteien im Westen sind etwas anderes als die Gewerkschaften und die Partei bei uns in Rußland. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Parteien im Westen stimmen bei weitem nicht mit den gegenseitigen Beziehungen überein, die sich bei uns in Rußland herausgebildet haben. Die Gewerkschaften sind bei uns später als die Partei und um die Partei der Arbeiterklasse entstanden. Bei uns gab es noch keine Gewerkschaften, als die Partei und ihre Organisationen bereits nicht nur den politischen, sondern auch den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse, die kleinen und kleinsten Streiks mit inbegriffen, leiteten. Dadurch erklärt sich hauptsächlich jene außergewöhnliche Autorität, die unsere Partei unter den Arbeitern vor der Februarrevolution im Vergleich zu jenen Keimen der Gewerkschaften besaß, die bei uns damals hie und da bestanden.*

(...)

*Unter ganz anderen Verhältnissen entwickelten sich die Gewerkschaften im Westen Europas. Erstens sind sie dort lange vor der Partei der Arbeiterklasse entstanden und erstarkt. Zweitens haben sich dort die Gewerkschaften nicht um die Partei der Arbeiterklasse entwickelt, sondern umgekehrt, die Parteien der Arbeiterklasse sind selbst aus den Gewerkschaften hervorgegangen. Drittens mußten sich die Parteien, da das Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes, das der Arbeiterklasse am nächsten liegt, von den Gewerkschaften sozusagen bereits erobert war, hauptsächlich mit dem politisch-parlamentarischen Kampf befassen, was auf den Charakter ihrer Arbeit und auf ihr Ansehen in den Augen der Arbeiterklasse zurückwirken mußte. Und gerade weil die Parteien dort später als die Gewerkschaften entstanden, gerade weil die Gewerkschaften lange vor den Parteien geschaffen wurde und eigentlich auch die Hauptfestungen des Proletariats in seinem Kampf gegen das Kapital darstellten - gerade*

*deshalb sahen sich die Parteien, die sich nicht auf die Gewerkschaften stützten, als selbständige Kraft in den Hintergrund gedrängt.*

*Hieraus folgt aber, daß die kommunistischen Parteien, wenn sie zu einer wirklichen Massenkraft werden wollen, die fähig ist, die Revolution voranzutreiben, eine enge Verbindung mit den Gewerkschaften herstellen und sich auf sie stützen müssen.*

*Diese Besonderheit der Lage im Westen nicht in Betracht ziehen heißt ganz bestimmt die Sache der kommunistischen Bewegung zugrunde richten.*

*Dort im Westen gibt es heute noch immer einzelne 'Kommunisten', die diese Besonderheit nicht begreifen wollen und die nach wie vor für die antiproletarische und anti-revolutionäre Losung 'Heraus aus den Gewerkschaften!' Reklame machen. Es muß gesagt werden, daß niemand der kommunistischen Bewegung im Westen so viel Schaden zufügen kann wie diese und ähnliche 'Kommunisten'. Diese Leute gedenken, die Gewerkschaften von außen her 'zu attackieren', da sie diese für ein feindliches Lager halten. Sie begreifen nicht, daß bei einer solchen Politik die Arbeiter diese Leute eben als Feinde betrachten werden. Sie begreifen nicht, daß die Arbeiter in ihrer Masse die Gewerkschaften - ob sie nun gut oder schlecht sind - dennoch als ihre Festungen betrachten, die ihnen helfen, den Arbeitslohn, den Arbeitstag usw. zu wahren. Sie begreifen nicht, daß eine solche Politik das Eindringen der Kommunisten in die Millionenmassen der Arbeiterklasse nicht erleichtert, sondern ihm Abbruch tut.*

*'Ihr attackiert meine Festung', kann der Durchschnittsarbeiter aus der Masse solchen 'Kommunisten' sagen. 'Ihr wollt das Werk zerstören, an dem ich jahrzehntelang gebaut habe, und mir beweisen, daß der Kommunismus besser ist als der Trade-Unionismus (das Nur-Gewerkschaftertum, d. Verf.). Ich weiß nicht, vielleicht habt ihr auch recht in euren theoretischen Berechnungen bezüglich des Kommunismus - wie soll ich einfacher Arbeiter mich auskennen in euren Theorien - ich weiß aber das eine, daß ich meine Festungen,*

*die Gewerkschaften, habe. Sie haben mich in den Kampf geführt, sie haben mich - recht und schlecht - gegen die Angriffe der Kapitalisten verteidigt, und jeder, der diese Festungen zu zerstören gedenkt, zerstört mein eigenes Arbeiterwerk. Hört auf, meine Festungen zu attackieren, tretet in die Gewerkschaften ein, arbeitet dort fünf Jahre oder noch länger, helft, sie zu verbessern und zu festigen, und ich werde dann sehen, was ihr für Kerle seid, und wenn ihr euch wirklich als tüchtige Kerle erweist, so werde ich mich natürlich nicht weigern, euch zu unterstützen' usw.*

*So oder ungefähr so begegnet der heutige Durchschnittsarbeiter des Westens den Antigewerkschaftlern.*

*Wer diese Besonderheit in der Psychologie des europäischen Durchschnittsarbeiters nicht begriffen hat, der wird auch nichts von der gegenwärtigen Lage unserer kommunistischen Parteien begreifen.*

*Worin liegt die Stärke der Sozialdemokratie im Westen?*

*Darin, daß sie sich auf die Gewerkschaften stützt.*

*Worin liegt die Schwäche unserer kommunistischen Parteien im Westen?*

*Darin, daß sie noch keine enge Verbindung mit den Gewerkschaften hergestellt haben und daß gewisse Elemente dieser kommunistischen Parteien gar keine enge Verbindung mit den Gewerkschaften herstellen wollen.*

*Daher besteht die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien des Westens im gegenwärtigen Moment darin, die Kampagne für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu entfalten und zu Ende zu führen, ausnahmslos allen Kommunisten zur Pflicht zu machen, in die Gewerkschaften einzutreten, dort eine systematische geduldige Arbeit im Interesse des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse gegen das Kapital zu leisten und dadurch zu erreichen, daß die kommunistischen Parteien sich auf die Gewerkschaften stützen können.“*

*(SW 7, S. 88 ff.)*

Natürlich unterscheidet sich die heutige Lage von der damaligen in Deutschland. Der Standpunkt, den Stalin damals dem „Durchschnittsarbeiter“ zuschrieb, ist heute in

etwa eher der Standpunkt relativ weniger Arbeiter, die unter den heutigen Bedingungen als die klassenbewußteren angesehen werden müssen. Die Verhältnisse werden sich allerdings mit der weiteren Zuspitzung der kapitalistischen Krise ändern, die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes wird sich immer breiteren Massen von Arbeitern gebieterrisch stellen. Um so notwendiger aber ist es, daß die Kommunistinnen und Kommunisten in dieser Situation in den Gewerkschaften arbeiten, daß sie ihre Kolleginnen und Kollegen ebenfalls für diese Arbeit zu gewinnen suchen, um so dümmere ist eine „Taktik“, die auf die Arbeit in den Gewerkschaften verzichtet.

Es gibt heute verschiedene Kräfte und Strömungen, die die Arbeit in den Gewerkschaften erklärtermaßen oder in der Praxis ablehnen. So erklärt z.B. der Anarchosyndikalismus, allein die „direkte Aktion“ bewege etwas. Unter dieser Phrase verbirgt sich, daß eine zähe und langfristige Arbeit, die den Einfluß des Reformismus nach und nach zurückdrängt, abgelehnt wird. Unter direkten Aktionen werden dabei z.B. verstanden: Besetzung, Boykott, Streiks, aber auch kleine Sabotageaktionen, krank feiern, um Forderungen durchzusetzen, die Kunden abspenstig machen (z.B. durch Infoflugblätter im Supermarkt, an außerbetrieblichen Punkten, mit denen der Chef Berührung hat, usw.). Viele dieser sogenannten direkten Aktionen tragen individuellen Charakter, sind gerade **nicht** darauf berechnet, die Organisierung und Kampfkraft der **Klasse** zu steigern. Streiks werden zwar in Worten anerkannt, der Generalstreik wird sogar zum entscheidenden Mittel verklärt, mit dem man den Kapitalismus angeblich in die Knie zwingen könne, was der Generalstreik allein natürlich durchaus **nicht** kann. Doch die zähe und langfristige politische und organisatorische Arbeit, die zur **Vorbereitung** von Streikaktionen erforderlich ist, wird negiert. Sind die Arbeitermassen zur „direkten Aktion“ nicht bereit, so handeln die „Revolutionäre“ stellvertretend für sie. In letzter Konsequenz läuft die Taktik der „direkten Aktion“ somit auf eine Summe vereinzelter Terrorakte von angeblichen Revolutionären hinaus, die von der Masse losgelöst

sind und die Massen dem Einfluß des Reformismus überlassen. Andererseits befördert gerade der Reformismus derartige anarchistische Tendenzen, die sich als radikale Absage an den Reformismus darstellen.

Weltanschauliche Grundlage derartiger Strömungen ist die grundfalsche und unmarxistische Anschauung, die Geschichte werde nicht von den Massen, sondern von einzelnen „Helden“ gemacht. Eine psychische Wurzel besteht darin, daß die mühevollste Kleinarbeit gescheut wird und daß man aus diesem Grund zur pseudorevolutionären Phrase oder Aktion greift. Besonders gefährlich ist, daß derartige Strömungen in Teilen der Jugendbewegung Einfluß errungen haben, indem sie an der Ungeduld mancher Jugendlichen ansetzen, an sich also an einer positiven Eigenschaft, die darauf basiert, daß die betreffenden Jugendlichen sich mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen nicht abfinden wollen, diese ändern wollen. Diese positive Eigenschaft wird dann aber negativ gewendet, indem die zähe und hartnäckige Kleinarbeit, die zur Änderung der Verhältnisse zwingend erforderlich ist, abgelehnt und durch pseudoradikale Phrasen oder Aktionen ersetzt wird. (Hierzu gehört z.B. auch die scheinradikale Ablehnung jeglicher parlamentarischer Kampfformen, z.B. der Teilnahme an Wahlen und der damit verbundenen politischen Möglichkeiten.) Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten ist es, den betreffenden Menschen den einzig möglichen Weg zur revolutionären Veränderung der Verhältnisse zu zeigen, der mühsame Kleinarbeit unabdingbar voraussetzt.

Schon Lenin wies auf den untrennbaren Zusammenhang von Reformismus einerseits und dem Anbeten scheinradikaler individueller Aktionen (bis hin zum Terrorismus) hin. Die einen beten den spontanen ökonomischen Kampf der Massen an, der allein aus sich selbst heraus die bürgerliche Ordnung nicht erschüttern kann. Die anderen beten vereinzelte spontane Terrorakte angeblicher Revolutionäre an, die die bürgerliche Ordnung ebenfalls nicht ins Wanken bringen können. (vgl. Lenin, Was tun, LW 5 S. 431 ff.; oder LAW 1 S. 413 f.) Erforderlich ist der organisierte Kampf der

Arbeitermassen, der von der politischen Partei des Proletariats geleitet wird, welche sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus stützt. Diese Partei wird aber nicht imstande sein, diesen Kampf zu leiten, wenn sie nicht in den bestehenden Gewerkschaftsorganisationen verankert ist.

# WIE IN DEN GEWERKSCHAFTEN ARBEITEN?

Wie aber soll man in den Gewerkschaften auf revolutionäre Art arbeiten? Das ist natürlich gar nicht so einfach in einer Situation, in der die Spitzen dieser Gewerkschaften auf der Seite des Kapitals stehen und daher alle ihre Machtmittel einsetzen, um eine Zuspitzung des Kampfes gegen das Kapital zu vermeiden und um die klassenbewußten und revolutionären Kräfte zu isolieren. Wir wollen im folgenden ganz grob skizzieren, wie revolutionäre Klassenpolitik in den Gewerkschaften unserer Meinung nach aussehen muß. Die folgenden Darlegungen zur konkreten Taktik der Arbeit in den Gewerkschaften sind freilich prinzipieller Natur und bedürfen in vielen Fragen einer genaueren Ausarbeitung, die den Rahmen dieses Kapitels aber sprengen würde.

Auf keinen Fall darf man die „Entlarvung“ der reaktionären Führer als Hauptaufgabe, als Selbstzweck betrachten. Zweck der Gewerkschaft ist die Verfechtung der Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten gegen das Kapital, ist der Kampf gegen das Kapital. Die reaktionären Führer der Gewerkschaften werden in erster Linie nicht durch Propaganda der Revolutionäre „entlarvt“, sondern sie entlarven sich selbst durch ihre Taten, dadurch, daß sie dem Kampf der Arbeiter und kleinen Angestellten in den Arm fallen und diesen Kampf abzuwürgen versuchen. Dazu muß sich dieser Kampf aber erst einmal bis zu einem gewissen Grad entfalten. Dieser Kampf wird nicht um fernliegende Ziele geführt, um Revolution und Sozialismus, sondern um die unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiterklasse.

Die erste Aufgabe von klassenkämpferischen und kommunistischen Kräften in den Gewerkschaften besteht daher nicht darin, aufzuklären, zu entlarven, die Verhältnisse zu interpretieren, sondern gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen den Klassengegner zu bekämpfen, an der Veränderung der Verhältnisse zu arbeiten, und sei es zunächst nur für bescheidenste Ziele. Jeder bescheidene Kampfschritt um bescheidenste Ziele, der von den Kolleginnen und Kollegen tatsächlich ergriffen wird, bringt die Sache voran, im Gegensatz zu den kühnsten und kämpferischsten Aktionen, die in den Köpfen einzelner erdacht, aber nicht verwirklicht werden. **Der** Kommunist, der unter seinen Kolleginnen und Kollegen vor allem als Lehrer, als Ideologe, als Besserwisser auftritt, wird sich nicht verankern. Verankern wird sich nur derjenige Kommunist, wird sich nur diejenige Kommunistin, der bzw. die zunächst und vor allem an der Seite der Kolleginnen und Kollegen kämpft. Die Kommunistin, der Kommunist zeichnen sich allerdings dadurch aus, daß sie um die Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes wissen, daß sie die Tricks, Einschüchterungs-, Ablenkungs- und Bestechungsmanöver der Kapitalisten und der reaktionären Gewerkschaftsführer daher in der Regel früher durchschauen als die meisten der Kolleginnen und Kollegen, daß sie auf dieser Grundlage die Möglichkeit haben, auf eine konsequente Kampfführung hinzuwirken, den Opportunismus so anzugreifen, daß sie zeigen, daß dieser den Kampf für die elementaren Tagesinteressen der Arbeiterinnen und Arbeiter behindert. Kommunistinnen und Kommunisten vertreten in den Tageskämpfen die Interessen der Gesamtbewegung und der ganzen Arbeiterklasse. In den Kämpfen gewinnen sie die Fortschrittlichsten für den Kommunismus und die kommunistische Partei.

In den Kämpfen um die Tagesinteressen kann auf selbständige Kampfmaßnahmen nicht verzichtet werden. Zwar muß man in offiziellen gewerkschaftlichen Institutionen dafür kämpfen, daß Kampfmaßnahmen ergriffen werden, in der Regel aber werden die reaktionären Führer bei einer gewissen Zuspitzung der Kämpfe in der Lage sein, den Apparat

„zurückzupfeifen“. Dann muß man bereit sein, den Gewerkschaftslegalismus zu durchbrechen, sofern eine genügend große Anzahl von Kolleginnen und Kollegen die Notwendigkeit erkannt hat. Würde man am Gewerkschaftslegalismus kleben, so würde man den reaktionären Führern die Möglichkeit geben, jeden beliebigen Kampf ab einer bestimmten Zuspitzung abzuwürgen. Würde man z.B. den Kolleginnen und Kollegen erklären, daß sie nicht streiken dürfen, weil die Führung nicht mitmachen will, so würde man faktisch das Geschäft der reaktionären Führer betreiben. Man muß im Gegenteil daran mitwirken, solche Kämpfe zu organisieren.

Ein grober Fehler wäre es, jeglichen Kampf um Funktionen im Gewerkschaftsapparat oder gar im Betriebsrat und Vertrauensleutekörper abzulehnen. Solche Positionen können nützlich sein, sind für Kommunistinnen und Kommunisten aber andererseits auch kein Selbstzweck. Es hat mit fortschrittlicher Politik in Betrieb und Gewerkschaft nichts zu tun, wenn man ausschließlich in Gremien Fäden ziehen will, „Interessen vertreten“ und „Fürsorge für die Kollegen treiben“ will. Positionen in Vertrauensleutekörper, Betriebsrat und Gewerkschaftsapparat sind nützlich, wenn sie der Mobilisierung der Kollegen dienen. Also dafür, daß Kolleginnen und Kollegen **selbst für ihre Interessen kämpfen**. Stellvertreterpolitik und revolutionäre Politik schließen sich aus. Wer losgelöst vom Kampf der Massen Stellvertreterpolitik betreibt, der versackt auf Dauer in Mauseheleien in Gremien und nützt dem Kampf der Klasse nicht, sondern schadet ihm dann eher. Dazu kann es auch kommen, wenn jemand die besten Absichten verfolgt, aber ohne genügenden Rückhalt bei den Kolleginnen und Kollegen Funktionen in Betrieb und Gewerkschaft erobert. Man muß also nüchtern die Kräfteverhältnisse einschätzen und genau abwägen, bevor man entscheidet, ob man um eine bestimmte Funktion kämpft.

Sollen die klassenkämpferischen Kräfte danach streben, die Gewerkschaften zu erobern? Gewiß. Die Arbeiterklasse braucht Klassengewerkschaften. Die Losung der Eroberung

der Gewerkschaften wäre nur dann falsch, wenn man darunter verstünde, man könne die reaktionären Führer demokratisch abwählen und die von ihnen beherrschte Gewerkschaftsbürokratie entmachten. Das wäre natürlich illusionär. Solange Gewerkschaftssekretäre und andere Funktionäre mit Hochschulstudium per Zeitungsannonce gesucht werden, ist da mit „Demokratie“ nicht viel zu machen. Eher wird die reaktionäre Gewerkschaftsführung die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder ausschließen, als sich ihrem Willen zu beugen. Sie ist selbst ein Teil des Machtapparats des Monopolkapitals und kann nur bei einer beträchtlichen Zuspitzung des Klassenkampfes, in einer revolutionären Krise oder bei Heranreifen einer revolutionären Krise entmacht werden.

Und doch wäre es ein grober Fehler, die Losung von der Notwendigkeit der Eroberung der Gewerkschaften abzulehnen. Für uns heißt Eroberung der Gewerkschaften: Isolierung der reaktionären Gewerkschaftsführung und -bürokratie durch die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und Übernahme der Gewerkschaftsführung durch ihre fortgeschrittensten Vertreter. Wann das sein wird, können wir nicht voraussagen. Das hängt von der Verschärfung der Klassenkämpfe und dem Heranreifen einer revolutionären Situation sowie von der guten Arbeit der Kommunistinnen und Kommunisten ab.

Bereits heute treten viele fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen enttäuscht aus den Gewerkschaften aus. Bei Zuspitzung des Klassenwiderspruchs und fortgesetztem Verfall der reaktionären Führungen werden sich derartige Tendenzen noch verstärken. Das Verhalten dieser Kolleginnen und Kollegen ist verständlich, aber falsch. Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten ist es, sie davon zu überzeugen, in den Gewerkschaften zu verbleiben bzw. wieder einzutreten und dort für klassenkämpferische Arbeit, gegen die reaktionären Führer zu kämpfen. Zugleich muß die betriebliche und gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit allen Kolleginnen und Kollegen angestrebt werden, auch mit den Nichtorganisierten. Gerade im gemeinsamen Kampf können

und müssen die Nichtorganisierten von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation überzeugt werden. Es ist notwendig, der reaktionären Konzeption entgegenzutreten, nach der Gewerkschaften eine Art Versicherungsverein für Mitglieder seien, für die Interessen von nichtorganisierten Kolleginnen und Kollegen aber nicht einzutreten hätten. Eine derartige Konzeption führt zur Spaltung der Arbeiterklasse und nützt dem Kapital.

Bei Zuspitzung des Klassenkampfes werden die reaktionären Gewerkschaftsführer zunehmend klassenkämpferische und revolutionäre Kräfte aus den Gewerkschaften ausschließen. Ausschlußterror gegen Massen von klassenkämpferischen Gewerkschaftern wird ihre Waffe sein, um der wachsenden Kämpfe Herr zu werden. Das haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auch in der Weimarer Republik getan. Es wäre nun ein grober Fehler, wollten die klassenkämpferischen Kräfte darauf mit der Spaltung der Gewerkschaft, mit der Bildung von roten Klassengewerkschaften antworten. Die Arbeiterklasse braucht eine einheitliche Gewerkschaft. Ein rote Klassengewerkschaft wäre nur dann ein Fortschritt, wenn nur noch ein sehr kleiner Teil der Arbeiterklasse den reaktionären Gewerkschaftsführern folgen würde - aber das wäre dann faktisch die Eroberung und nicht die Spaltung der Gewerkschaften. Eine reale Spaltung der Gewerkschaften nützt der Bourgeoisie.

Wie also auf Ausschlußterror antworten? Politisch gegen die Ausschlüsse kämpfen, die reaktionären Führer entlarven, vor allem aber - und das ist bei sich zuspitzenden Kämpfen ohnehin erforderlich - die selbständige Organisation der Klassenkämpfe innerhalb der Gewerkschaften, aber auch gemeinsam mit ausgeschlossenen Kolleginnen und Kollegen vorantreiben und auf eine höhere Stufe heben. Selbständige Kampfführung darf aber keineswegs bedeuten, daß Mitgliedschaft und Kampf **innerhalb** der Gewerkschaften nur noch formal wird, daß faktisch doch eine Gegen-gewerkschaft aufgebaut wird. Gerade die Erfahrungen der Weimarer Republik und der Machtergreifung des Faschismus zeigen dies nachdrücklich. So erklärte Dimitroff in sei-

nem Bericht auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1935: „Ende 1932 waren nur zehn Prozent der Parteimitglieder (der KPD, d. Verf.) in den Freien Gewerkschaften (dem ADGB, dem Vorläuferverband des DGB, d. Verf.), obwohl die Kommunisten nach dem VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale an der Spitze einer ganzen Reihe von Streiks standen. In der Presse schrieben unsere (deutschen, d. Verf.) Genossen, es sei notwendig, neunzig Prozent unserer Kräfte der Arbeit in den Gewerkschaften zu widmen, aber in der Praxis wurde alles auf die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition konzentriert, die faktisch danach strebte, die Gewerkschaften zu ersetzen. Und nach der Machtübernahme Hitlers? Im Laufe von zwei Jahren weigerten sich viele unserer Genossen hartnäckig und systematisch, die richtige Losung des Kampfes für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften anzunehmen.“ (in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Verlag Marxistische Blätter Frankfurt 1971, S. 113 f.)

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) sollte ihrer eigenen Konzeption nach eigentlich **innerhalb der Gewerkschaften arbeiten, diese aber nicht ersetzen**. In der Praxis aber entwickelte sich nach und nach die Haltung, die RGO als Keim neuer, revolutionärer Gewerkschaften aufzufassen. So schrieb z.B. Ulbricht, damals Mitglied des Politbüros der KPD, im Juli 1931: „Der ADGB ist schon nicht mehr der **Allgemeine** Deutsche Gewerkschaftsbund, denn im stürmischen Tempo wächst die RGO zum roten Gewerkschaftsbund (...).“ (Walter Ulbricht, Zum Kongreß des ADGB, in: Betrieb und Gewerkschaft, Organ des Reichskomitees der RGO, 3. Jahrgang, 7)

Faktisch lief eine solche Konzeption darauf hinaus, die RGO zu einer kommunistischen Richtungsgewerkschaft zu machen. Das bedeutete aber andererseits, den ADGB als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft anzuerkennen und die dort organisierten Kolleginnen und Kollegen dem Einfluß der reaktionären sozialdemokratischen Führer zu überlassen. Wem nutzten derartige grobe Fehler der KPD?

Sie erleichterten es der sozialdemokratischen Führung, die Spaltung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten, und das nutzte letztlich den Faschisten.

# ÜBER LINKSSEKTIERERISCHE FEHLER DER KPD IN DER GEWERKSCHAFTSARBEIT VOR UND NACH DER FASCHISTISCHEN MACHTERGREIFUNG

Wilhelm Pieck setzte sich 1935 in seinem Bericht auf der Brüsseler Konferenz der KPD mit sektiererischen Fehlern der KPD vor und nach der faschistischen Machtergreifung auseinander.

Am 1. Mai 1933 hatten die sozialdemokratischen Führer der ADGB-Gewerkschaften die Arbeiter aufgefordert, unter der Hakenkreuzfahne zu demonstrieren. Am 2. Mai hatten die Faschisten die Gewerkschaftshäuser besetzt und den ADGB verboten. Sie hatten die sogenannte Arbeitsfront gegründet, eine faschistische Staats“gewerkschaft“, in der die Arbeiter unter Zwang Mitglied werden mußten. In Piecks Rede heißt es:

*„Einen sehr ernsten Teil in unseren Bestrebungen zur Schaffung der Einheitsfront nehmen die Fragen des Wiederaufbaus der freien Gewerkschaften ein (...).*

*Da in Deutschland die reformistischen Gewerkschaftsorganisationen zerschlagen und deren Mitglieder zwangsweise in die Arbeitsfront eingereiht wurden, ist es klar, daß wir die Hauptarbeit zur Popularisierung und zum Kampfe um diese Losung in der Arbeitsfront zu leisten haben. (Die **Hauptarbeit** also in der faschistischen Arbeitsfront!! D. Verf.)*

*Aber damit sieht es noch sehr schlecht aus, weil sehr starke Hemmungen bei unseren Genossen vorhanden sind, die es für unter ihrer revolutionären Würde halten, Funktionen in der Arbeitsfront anzunehmen.*

*Schon in der legalen Zeit stand es ziemlich schlecht mit unserer Gewerkschaftsarbeit, die sich besonders in den Krisenjahren noch mehr verschlechterte. Es waren die starken sektiererischen Tendenzen in unserer Partei, die dieser Arbeit in den Gewerkschaften entgegenwirkten. Indem wir uns von dieser Arbeit isolierten, isolierten wir uns auch gleichzeitig von der Masse der freigewerkschaftlich (nämlich im ADGB, d. Verf.) organisierten Arbeiter. Wir erleichterten dadurch der reformistischen Gewerkschaftsbükratie ihre Politik des Ausweichens vor allen ernsten Kämpfen. Wir haben zwar mit Recht die Brandler-Parole 'Zwingt die Bonzen!' und ihre Schlußfolgerung bekämpft, daß nichts zu machen sei, wenn von den Gewerkschaftsbükraten die Kampfforderungen abgelehnt werden.' Brandler, bis 1923 ein rechtsopportunistischer Führer der KPD, hatte die KPD auf den Gewerkschaftslegalismus verpflichten wollen: Man müsse die Bonzen zu Kampfschritten zwingen, und wenn das nicht gelinge, könne man eben nicht kämpfen. „Wir versäumten aber, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für die Kampfforderungen und für den Kampf zu gewinnen; nur dann hatte es einen Sinn, an die Gewerkschaftsbükratie mit Forderungen heranzutreten.“ Die Kritik an der Losung „Zwingt die Bonzen!“ darf also nicht beinhalten, daß man an die Gewerkschaftsbükratie keine Forderungen stellen dürfe. Man kann und muß Forderungen an sie stellen, aber auf der Grundlage, daß man selbständig an die Mitglieder appelliert und diese mobilisiert, und man darf die Frage, ob man kämpft, nicht von der Reaktion der Gewerkschaftsbükratie abhängig machen. „Aber unsere Genossen wichen diesen Schwierigkeiten meist aus und verzichteten auf einen beharrlichen Kampf innerhalb der Gewerkschaften.*

*Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition wurde von unseren Genossen immer mehr in eine Gewerkschaft verwandelt, wodurch unsere Arbeit in den freien Gewerkschaft-*

ten noch mehr beengt wurde. So richtig es war, daß wir die von der Gewerkschaftsbürokratie aus den Verbänden ausgeschlossenen Gewerkschaftskollegen zusammenfaßten, um gemeinsam mit den oppositionellen Arbeitern in den Gewerkschaften für die Wiederaufnahme zu kämpfen, so falsch war es, aus diesen Organisationen der Ausgeschlossenen rote Verbände zu machen. Wir haben uns damit die Schaffung der Einheitsfront mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern sehr erschwert.“ Wenn die KPD 1932 ca. 360.000 Mitglieder hatte und fast 6.000.000 Wählerstimmen bekam und trotzdem die faschistische Machtergreifung nicht verhindern konnte, dann vor allem wohl deshalb, weil derartige „linke“ Fehler die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse behinderten, weil derartige Fehler den sozialdemokratischen Führern deren Geschäft der Spaltung der Arbeiterklasse erleichterten.

„Das mußte sich besonders nach der Aufrichtung der Hitlerdiktatur bemerkbar machen, als diese den Schlag gegen die freien Gewerkschaften führte. Obwohl wir sofort, am 2. Mai 1933, unter der Losung 'Verteidigt die Gewerkschaften!' den Kampf gegen die faschistischen Kommissare (Staatsbeauftragte, die an die Spitze der Gewerkschaften gestellt wurden, d. Verf.) und gegen die Entrechtung und Zerschlagung der Gewerkschaften aufzunehmen versuchten, gelang es uns nicht, eine breite Bewegung zustande zu bringen. Die Erklärung dafür lag in der Tatsache, daß wir aufgrund unserer sektiererischen Politik nicht in den freien Gewerkschaften verankert waren, keinen Kontakt mit den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern hatten und deshalb nicht die Einheitsfront mit ihnen herzustellen vermochten.

Als nach Aufrichtung der Hitlerdiktatur die ersten Versuche zu einer richtigen Gewerkschaftspolitik auftauchten und an die Kommunisten und RGO-Anhänger Aufforderungen zum Eintritt in die freien Gewerkschaften gerichtet wurden, nahm das Zentralkomitee (der KPD, d. Verf.) in einem Beschluß vom August 1933 dagegen Stellung. Es heißt in diesem Beschluß, daß 'durch zu langes Festhalten bzw. Nichtabsetzen kurzfristiger Aktionslosungen ... ('Rettet die

*Gewerkschaften' durch eine direkte Kampagne gegen Aus-  
tritte aus den 'gleichgeschalteten' Organisationen, durch die  
irreführende Losung des 'antifaschistischen' ADGB, während  
Hunderttausende von früheren Gewerkschaftsmitgliedern im  
Begriff waren, ihre Gewerkschaftsbücher zu zerreißen) ...  
das Auftreten liquidatorischer Stimmungen in der RGO be-  
günstigt wurde.“ Das ZK hatte also im August 1933 erklärt,  
die Losung „Rettet die Gewerkschaften!“ hätte nur als kurz-  
fristige Losung getaugt, es wäre rechtsopportunistisch gewe-  
sen und hätte der RGO geschadet, an einer solchen Losung  
und Politik festzuhalten. Pieck brandmarkt diese Haltung zu  
Recht als groben linkssektiererischen Fehler. „Weiter wird in  
dem Beschluß zur Gewerkschaftsfrage folgende Aufforde-  
rung erlassen: 'Es ist jetzt unabweisbare Klassenpflicht aller  
Arbeiter, die RGO, jede Betriebsgruppe, jeden roten Ver-  
band durch aktive Mitgliedschaft sofort und bedingungslos  
zu unterstützen und unter Führung der RGO den Kampf ge-  
gen die Pläne der Unternehmer und Faschisten an allen  
Fronten aufzunehmen.'*

*Mit der von uns herausgegebenen Losung der Schaf-  
fung 'unabhängiger Klassengewerkschaften' setzten wir die  
alte, sektiererische Linie fort, anstatt die RGO-Gruppen und  
die roten Verbände in den neu aufgebauten freigewerkschaft-  
lichen Gruppen aufgehen zu lassen. Es war nur zu natürlich,  
daß es uns mit dieser sektiererischen Linie nicht gelang,  
auch nur in nennenswertem Maße Gruppen der unabhängi-  
gen Klassengewerkschaften aufzubauen. Wir sind kaum über  
den Kreis der bisherigen RGO-Mitglieder hinausgekommen.*

*Die Ursache lag auch darin, daß wir keine Oppositi-  
onsarbeit in der Deutschen Arbeitsfront leisteten. Das bestä-  
tigte sich auch bei den Vertrauensrätewahlen im Jahre 1934.  
Die damaligen Erfolge wurden nur dort erzielt, wo unsere  
Genossen zusammen mit den freigewerkschaftlichen Arbei-  
tern, die zwangsweise in der Arbeitsfront waren, den Kampf  
gegen die Unternehmerkandidaten führten und, wenn auch  
noch zaghaft, versuchten, dabei Positionen zu erringen. Die-  
se Erfolge wären zweifellos noch bedeutend breiter gewe-*

sen, wenn eine solche Einstellung allgemein in unserer Partei vorhanden gewesen wäre.

*Gegen die Beschlüsse des EKKI-Präsidiums (EKKI: Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, d. Verf.) vom Juli 1934, in denen die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der freien Gewerkschaften klar formuliert war, bestanden auch in der Parteiführung sehr starke sektiererische Bedenken. In der 'Roten Fahne' (dem Zentralorgan der KPD, d. Verf.) wurde diese Losung anfänglich verschwiegen und dann durch die sektiererische Losung 'Erst Aktionseinheit, dann Gewerkschaftseinheit' ersetzt." Mit dieser Losung sagte man den ehemals im ADGB organisierten Arbeitern, sie sollten erst „beweisen“, daß sie „gute“ Gewerkschafter seien, bevor man mit ihnen die Gewerkschaftseinheit herstellen könne. Durch eine solche sektiererische Haltung schiebt man die Gewerkschaftseinheit freilich auf den St. Nimmerleinstag hinaus - oder auf den Tag, an dem man sich im KZ wiedertrifft.*

(Zitate aus: Die Brüsseler Konferenz der KPD, Verlag Marxistische Blätter Frankfurt/Main 1975, S. 107 ff.)

# DIE EINHEITSFRONT

Stellt man derartige Vorbedingungen an die Gewerkschaftseinheit, so steht das im krassen Gegensatz zur Einheitsfronttaktik, einer Taktik, die Kommunistinnen und Kommunisten bei jeder politischen Arbeit stets anwenden müssen, wenn sie nicht ins Sektierertum abgleiten wollen.

Im Programm der KPD heißt es dazu:

*„Die arbeitenden Menschen sind beständig gezwungen, Abwehrkämpfe gegen die Angriffe des Kapitals auf ihre Lebenslage zu führen, z.B. gegen Entlassungen, Rationalisierung, Reallohnsenkungen, Sozialabbau. Die Kommunistinnen und Kommunisten nehmen mit allen ihren Kräften an diesen Kämpfen teil. In der Aktion fördern sie die Einheit und die gemeinsame Frontstellung der arbeitenden Menschen. Deshalb treten sie auch für die Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Nationalitäten ein. Wir werden gemeinsam ausgebeutet und haben den selben Gegner.*

*Um wirklich die ganze Kraft für die Interessen der arbeitenden Menschen einzusetzen, gegen den Gegner zu richten und sich nicht spalten zu lassen, **muß die einheitliche Aktion alle erfassen, die für das Ziel der Aktion kämpfen wollen, und zwar unabhängig von ihrer Weltanschauung, religiösen oder politischen Überzeugung.** In der Aktion erkennt man die, die nur große Reden schwingen, und die, die mit Taten vorangehen.“*

(Programm der KPD, S. 43 f.; Hervorhebung v. Verf. Der Begriff „arbeitende Menschen“ schließt hier auch arbeitslose Kolleginnen und Kollegen ein - so ausdrücklich das Programm der KPD.)

Die Einheitsfront ist mehr als eine Taktik. Ihr liegt die grundlegende Auffassung des dialektischen und historischen Materialismus zugrunde, daß das gesellschaftliche Sein der Menschen ihr Bewußtsein bestimmt. Zwar kommt es nicht selten vor, daß Menschen politische, religiöse und sonstige Überzeugungen haben, die ihren materiellen Interessen ent-

gegenstehen, doch das elementare Bestreben, ihren Interessen gemäß zu handeln, kann sie in der praktischen Aktion in Widerspruch zu diesen Ideen führen und kann dann nach und nach auch zur Umwälzung dieser Ideen führen. Folglich müssen Kommunistinnen und Kommunisten in der praktischen Aktion an den **Interessen** der Ausgebeuteten und Unterdrückten anknüpfen und dürfen keinesfalls die trennenden Ideen in den Vordergrund rücken. Wer meint, **zuerst** müßten durch Meinungskampf falsche Ideen beseitigt werden und erst **dann** könne man in eine gemeinsame Aktion treten, der gibt den dialektisch-materialistischen Standpunkt radikal preis und stellt sich auf den Boden des Idealismus. Man betrachtet dann nämlich den Kampf der Ideen als letzte Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Politisch führt eine solche Haltung zur Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse und nützt der Bourgeoisie.

# REVOLUTIONÄRE FÜHRUNG DES TAGESKAMPFES.

## ZUM DIALEKTISCHEN VERHÄLTNIS VON TAGESKAMPF UND ZIEL DER ARBEITERBEWEGUNG

Solange der unmittelbare Kampf für den Sozialismus, also die sozialistische Revolution, nicht als Tagesaufgabe ansteht, sind alle Tageskämpfe zunächst einmal lediglich Kämpfe für eine Verbesserung bzw. gegen eine Verschlechterung der Lage der arbeitenden Menschen **innerhalb des Kapitalismus**, sind also Kämpfe um Reformen. Zieht man daraus die Schlußfolgerung, in den Tageskampf nur solche Vorstellungen und Losungen hineinzutragen, die **mit dem Kapitalismus grundsätzlich vereinbar sind**, so bedeutet das, die Vorherrschaft des Reformismus in der Arbeiterbewegung und damit den Kapitalismus zu verewigen. Eine solche Konzeption ist revisionistisch. Sie trennt die realen Kämpfe vom Ziel der Arbeiterbewegung, führt also dazu, daß die sozialistische Perspektive der Abschaffung der Lohnarbeit mit den realen Kämpfen nichts mehr zu tun hat. Die sozialistische Perspektive wird damit zu einer Angelegenheit von unverbindlichen Sonntagspredigten, von Propagandaphrasen,

wird also faktisch und früher oder später dann auch offiziell aufgegeben. Eine solche Konzeption führt dazu, den geistigen Horizont der Arbeiterbewegung auf das zu beschränken, was innerhalb des Kapitalismus „machbar“ ist - und „machbar“ für die Arbeiter ist **innerhalb** des Kapitalismus immer weniger, je mehr sich die kapitalistische Krise zuspitzt. Die reformistischen Tageslosungen werden dann immer bescheidener.

Die Arbeiterklasse braucht auch im Tageskampf eine geistige Orientierung, deren Logik **nicht** die Logik der Kapitalverwertung ist. Das heißt nicht, jeglichen Kompromiß abzulehnen. Zeigt der Kampf Klasse gegen Klasse, daß bestimmte Forderungen zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgrund des gegebenen Kräfteverhältnisses nicht durchsetzbar sind, dann ist es vernünftig, sich zeitweilig auf einen Kompromiß einzulassen. Doch muß der Kampf von Anfang an **allein von den Interessen der Arbeiterklasse ausgehend** geführt werden - dann erhält man Reformen als Abfallprodukt eines revolutionär geführten Kampfes. Der Reformismus hingegen sucht von Anfang an eine „Lösung“, die mit den Kapitalsinteressen vereinbar ist - und das kann nur eine Lösung **gegen die Arbeiter** sein.

Fordern die Arbeiter z.B. Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, so würde die Durchsetzung dieser Forderungen den Profit schmälern und die „eigenen“ Kapitalisten im Kampf gegen die Kapitalisten des Auslands schwächen. Der revolutionäre Standpunkt besteht darin, daß die Profit- und Wettbewerbsinteressen des Kapitals die Arbeiterklasse nichts angehen. Die Reformisten hingegen erklären, man müsse auf diese Interessen des Kapitals Rücksicht nehmen. Der reformistische, von Klassenzusammenarbeit ausgehende Standpunkt richtet sich **gegen** einen konsequenten Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der Zuspitzung der kapitalistischen Krise werden auch die bescheidensten Tagesinteressen der Arbeiterklasse immer weniger vereinbar mit dem kapitalistischen System als solchem. (Wir werden das in den folgenden beiden Kapi-

teln im einzelnen sehen). Konsequenter geführte Tageskämpfe für die Interessen der Arbeiterklasse stellen daher die Existenz des kapitalistischen Systems zunehmend infrage. Für die Reformisten beinhaltet dies die Notwendigkeit, die Kämpfe möglichst frühzeitig abzuwürgen. Für Revolutionäre beinhaltet dies die Notwendigkeit, mit aller Kraft an der weiteren Entfaltung dieser Kämpfe zu arbeiten.

Revolutionäre Führung des Tageskampfes bedeutet, an den Tagesinteressen der Arbeiter und kleinen Angestellten anknüpfen und darauf hinwirken, daß der Kampf für diese Interessen ohne Rücksicht auf die Interessen des Kapitals geführt wird. Dazu muß man einen geistigen Standpunkt außerhalb des kapitalistischen Systems haben. Folglich ist es notwendig, innerhalb des jeweiligen Kampfes Losungen und Vorstellungen zu entwickeln, die in geeigneter und für die Massen verständlicher Weise auf die Notwendigkeit der Sprengung dieses Systems hinweisen.

Lenin wandte sich scharf gegen die Auffassung, man müsse sich im Tageskampf auf das beschränken, was für die Bourgeoisie annehmbar und innerhalb des Kapitalismus durchsetzbar ist:

*„Die Sozialdemokratie (die revolutionären Parteien der Arbeiterklasse nannten sich damals noch sozialdemokratisch, d. Verf.) muß rücksichtslos gegen diejenige bürgerliche Lüge kämpfen, die auch von manchen Opportunisten innerhalb der Sozialdemokratischen Partei verbreitet wird und die darin besteht, als ob es ‘unpraktisch’ wäre, revolutionär hohe Sätze der Vermögens- und Einkommenssteuer zu propagieren. Im Gegenteil, es ist die einzig praktische und die einzig sozialistische Politik:*

*Erstens müssen wir uns nicht dem anpassen, was für die Reichen ‘annehmbare’ ist, sondern an die breiten Massen der Armen und Besitzlosen appellieren, die sich zum großen Teile gleichgültig oder mißtrauisch zu der Sozialdemokratischen Partei verhalten, in hohem Maße eben wegen ihres opportunistischen und reformistischen Charakters.*

*Zweitens besteht die einzige Methode, von der Bourgeoisie Konzessionen zu bekommen, nicht in ‘Abmachun-*

gen' mit ihr, nicht im 'Anpassen' an ihre Interessen oder ihre Vorurteile, sondern in der Vorbereitung und Sammlung der revolutionären **Kräfte** der Massen **gegen sie**. Je größer der Teil des Volkes sein wird, den wir zu überzeugen imstande sein werden, daß die revolutionär hohen Sätze der Steuer gerecht sind und daß es wirklich notwendig ist, solche im Kampf zu erringen, desto eher wird die Bourgeoisie zu Konzessionen bereit sein, wir aber werden alle, auch die geringsten Konzessionen ausnutzen zum standhaften Kampfe für die volle Expropriierung (Enteignung, d. Verf.) der Bourgeoisie.“

(LW 23, S. 139; Hervorhebungen von Lenin)

Ob eine bestimmte Forderung oder Losung revolutionär oder reformistisch ist, hängt oftmals davon ab, in welchem politischem Zusammenhang sie aufgestellt wird.

Nehmen wir die Losung: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen!“

Diese Losung ist dann **reformistisch**, wenn damit die Illusion verbunden wird, man könne eine „gerechtere“ Verteilung der Krisenfolgen erreichen, indem man die Reichen auf das Elend der Massen hinweist und an ihren „Gerechtigkeitssinn“ appelliert. Diese Losung ist **revolutionär**, wenn man sie mit konkreten Forderungen verbindet und sie zur Organisierung eines konkreten Kampfes nutzt.

Oder nehmen wir die Losung „Arbeit für alle!“

Diese Losung ist dann **reformistisch**, wenn sie mit der Illusion verbunden wird, daß es im Kapitalismus Arbeit für alle geben könne. Soll uns aber der Umstand, daß dies unmöglich ist, davon abhalten, auf diesem minimalen Lebensrecht der arbeitenden Menschen zu beharren? Keineswegs. Wir müssen dieses Recht offensiv vertreten, müssen den Kapitalismus anprangern, der den arbeitenden Menschen in zunehmendem Maße dieses Recht nimmt, und müssen die Menschen für konkrete Kampfziele mobilisieren. Das ist dann eine **revolutionäre** Orientierung.

In krassem Gegensatz zur kommunistischen Taktik der revolutionären Führung des Tageskampfes steht die trotzki-

stische Konzeption der „Übergangsforderungen“. Der Trotzismus ist in Deutschland „linkes“ Anhängsel der Sozialdemokratie. Folglich wird die politische Auseinandersetzung mit trotzkistischen Konzeptionen in Zukunft einige Bedeutung gewinnen, denn der Trotzismus wird versuchen, mit scheinradikalen Phrasen dem Abwendungsprozeß breiter Massen von der Sozialdemokratie entgegenzuwirken. Diese Auseinandersetzung wird gerade in Betrieb und Gewerkschaft eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Wir wollen daher auf die scheinrevolutionäre trotzkistische Konzeption der „Übergangsforderungen“ etwas näher eingehen.

Diese Konzeption beruht auf Trotzki's „Übergangsprogramm“ aus dem Jahr 1938. Die Trotzisten geben vor, „*systemsprengende Forderungen*“ zu entwickeln. Im Kampf für diese Forderungen werde sich die Machtfrage von selbst „aufdrängen“. Trotzki schrieb: „*Man muß der Masse helfen, bei ihrem täglichen Kampf die Brücke zwischen ihren augenblicklichen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution zu finden. Diese Brücke sollte aus einem System von **Übergangsforderungen** bestehen, welche von den heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewußtsein der breiten Schichten der Arbeiterklasse ausgehen und unbeirrbar zu ein und demselben Schluß führen: zur Eroberung der Macht durch das Proletariat.*“ (Trotzki, Das Übergangsprogramm. Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale, Ausgabe GIM Frankfurt/Main 1974, S. 14; Hervorhebung von Trotzki)

Trotzki's „Übergangsforderungen“ lenken davon ab, daß das Proletariat **die bürgerliche Macht zerschlagen muß**, um selbst die Macht zu ergreifen. Laut Trotzki werfen Sitzstreiks, Betriebsbesetzungen, insbesondere Fabrikkomitees, die aus diesen Kampfformen hervorgegangen sind, „die Machtfrage auf“. „*Sobald in einer Fabrik ein Komitee entstanden ist, ist faktisch eine Doppelherrschaft errichtet worden.*“ (Trotzki, ebenda S. 18) Fabrikkomitees durchbrechen Trotzki zufolge das Geschäftsgeheimnis, und dies sei „*der erste Schritt zu einer echten Kontrolle der Industrie*“ (S. 19), zu einer „*Arbeiterkontrolle*“ (S. 20). Da haben wir denn eine

wesentliche Übergangsforderung: Kontrolle über die Geschäftsbücher, und das ist dann auch schon der Beginn der „Arbeiterkontrolle über die Industrie“. Wunderbar, haben wir doch alles schon! Oder sitzen etwa keine „Arbeitnehmersvertreter“ in den Aufsichtsräten? Trotzki's „Doppelherrschaft“ läuft auf Co-Management mit dem Kapital hinaus.

Natürlich ist gegen die Forderung nach Offenlegung der Geschäftsbücher nichts zu sagen, natürlich ist es sinnvoll und notwendig, Bilanzen zu studieren usw. Falsch und schädlich wird die Sache aber eben dann, wenn man in einer nichtrevolutionären Situation die Illusion verbreitet, die Arbeiter könnten durch Beteiligung an der Führung des Betriebes die Machtfrage stellen. In einer solchen Situation sind die Arbeiter in einer schwächeren Position, und wenn sie sich aus dieser Position heraus an der Führung des Betriebes beteiligen, so läuft das darauf hinaus, daß sie sich den Gesetzen der kapitalistischen Produktion unterwerfen und der Bourgeoisie unterordnen, so radikal die betreffenden Phrasen auch sein mögen.

Trotzki's „Übergangsforderungen“ gipfeln in der Forderung nach einer Arbeiter- und Bauernregierung, die eine von der Bourgeoisie unabhängige Regierung sein soll. Trotzki richtet an die Sozialdemokratie, die „Stalinisten“, die Anarchisten die Aufforderung, mit der Bourgeoisie zu brechen und die Macht zu ergreifen. (ebenda, S. 33) Trotzki'sten in der BRD haben dies angewandt, indem sie eine „Arbeiteralleinregierung der SPD“ forderten, also eine SPD-Regierung ohne Koalitionspartner. Die seinerzeitige trotzkistische Organisation GIM (mittlerweile in die VSP aufgelöst) setzte 1985 noch einen drauf, indem sie eine Regierung forderte, die „von den heutigen Massenparteien der Arbeiterbewegung geführt wird“ - und damit offenbar neben der SPD die Grünen meinte! Eine solche Regierung soll also - den Trotzki'sten zufolge - der Übergang zur Eroberung der Macht durch das Proletariat sein!

Die trotzkistische Konzeption der „Übergangsforderungen“ läuft darauf hinaus, das Proletariat vom konsequent ge-

fürten Kampf für seine Interessen **abzuhalten**. Sie **verhindert**, daß der Tageskampf mit der Perspektive der sozialistischen Revolution verbunden wird. Sie ersetzt die Perspektive der Zerschlagung der bürgerlichen Macht durch die politische Unterordnung unter die sozialdemokratische Variante der Politik des Kapitals und gibt dies als „Doppelherrschaft“ aus.

Natürlich ist es in einer **revolutionären Situation** notwendig, **wirkliche Übergangsforderungen aufzustellen**. Lösungen, die die **konkreten Formen** beschreiben, **wie** der Bourgeoisie die Macht tatsächlich entrissen wird. Im Programm der Kommunistischen Internationale hieß es dazu:

*„Im Falle eines **revolutionären Aufschwunges**, wenn die herrschenden Klassen desorganisiert, die Massen im Zustande revolutionärer Gärung sind, wenn die Mittelschichten dem Proletariat zuneigen und die Massen sich kampf- und opferbereit erweisen, hat die proletarische Partei die Aufgabe, die Massen zum Frontalangriff gegen den bürgerlichen Staat zu führen. Erreicht wird dies durch die Propagierung stufenweise gesteigerter Übergangslösungen (Arbeiterräte, Arbeiterkontrolle der Produktion, Bauernkomitees zur gewaltsamen Aneignung des grundherrlichen Bodens, Entwaffnung der Bourgeoisie und Bewaffnung des Proletariats usw.) und durch die Organisierung von Massenaktionen, denen alle Zweige der Agitation und Propaganda der Partei untergeordnet werden müssen, die Parlamentstätigkeit mit eingeschlossen. Solche Massenaktionen sind: Streiks, Streiks in Verbindung mit Demonstrationen, Streiks in Verbindung mit bewaffneten Demonstrationen und schließlich der Generalstreik, vereint mit dem bewaffneten Aufstand gegen die Staatsgewalt der Bourgeoisie. Diese höchste Form des Kampfes folgt den Regeln der Kriegskunst, setzt einen Feldzugsplan, einen Offensivcharakter der Kampfhandlungen, unbegrenzte Hingabe und Heldenmut des Proletariats voraus. Aktionen dieser Art haben als absolute Vorbedingung die Organisierung der breiten Massen in Kampfformationen, die schon durch ihre Form die größten Massen der Werktätigen erfassen und in Bewegung setzen müssen*

(Arbeiter- und Bauernräte, Soldatenräte usw.), und die Steigerung der revolutionären Arbeit in Heer und Flotte.

Beim Übergang zu neuen, schärferen Losungen muß die folgende Grundregel der politischen Taktik des Leninismus die Richtschnur sein: die Partei muß es verstehen, die Massen an die revolutionären Positionen so heranzuführen, daß sie sich durch ihre eigene Erfahrung von der Richtigkeit der Parteilinie überzeugen. Wird diese Regel nicht befolgt, so führt das unausbleiblich zur Trennung von den Massen, zum Putschismus und zur ideologischen Entartung des Kommunismus in 'linken' Doktrinarismus, in kleinbürgerliches 'revolutionäres' Abenteuerertum. Nicht weniger verderblich ist es, wenn die Partei des Proletariats den Höhepunkt der revolutionären Entwicklung, der kühnen und entschlossenen Angriff auf den Feind erheischt, ungenützt läßt. Eine solche Gelegenheit verstreichen lassen, ohne zum Aufstand überzugehen, heißt, die Initiative dem Gegner überlassen und die Revolution der Niederlage entgegenführen.“

(Programm der Kommunistischen Internationale, beschlossen 1928)

Man vergleiche diese marxistisch-leninistische Taktik mit der Konzeption der Trotzlisten, die uns eine SPD-Alleinregierung oder eine SPD-Grünen-Regierung als „Doppelherrschaft“, als „Übergangsform zum Sozialismus“ verkaufen wollen! Die Frechheit, mit der diese Betrüger sich als „Revolutionäre“ aufspielen, ist frappierend.

Weiter hieß es im Programm der Kommunistischen Internationale:

„Wenn **kein revolutionärer Aufschwung** vorhanden ist, müssen die kommunistischen Parteien, ausgehend von den Tagesnöten der Werktätigen, Teillosungen und Teilforderungen aufstellen und sie mit den Hauptzielen der Kommunistischen Internationale verknüpfen. Hierbei dürfen aber die Parteien nicht solche Übergangslosungen aufstellen, die das Vorhandensein einer revolutionären Situation zur Voraussetzung haben und in einer anderen Situation zur Losung des Verwachsens mit dem System kapitalistischer Organisationen werden (z.B. die Losung der Produktionskon-

trolle und ähnliche). Teilforderungen und Teillosungen sind die absolute Bedingung einer richtigen Taktik, während eine Reihe von Übergangslosungen untrennbar an das Vorhandensein einer revolutionären Situation gebunden sind. 'Prinzipiell' die Aufstellung von Teilforderungen und Übergangslosungen abzulehnen, ist jedoch ebenfalls mit den Grundsätzen des Kommunismus unvereinbar, da eine Taktik dieser Art die Partei praktisch zur Passivität verurteilt und von den Massen isoliert. Die Taktik der Einheitsfront als Mittel des erfolgreichen Kampfes gegen das Kapital, der Klassenmobilisierung der Massen und der Entlarvung und Isolierung der reformistischen Führer ist so ein wesentlicher Bestandteil der Taktik der Kommunistischen Internationale während der ganzen vorrevolutionären Periode.

Die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik und die Gewinnung der Massen im allgemeinen hat die systematische, beharrliche Arbeit in den Gewerkschaften und in den anderen Massenorganisationen des Proletariats zur Voraussetzung. Die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, selbst zur reaktionärsten - wenn sie nur Massencharakter hat - ist die unmittelbare Pflicht jedes Kommunisten. Nur durch stete, konsequente Arbeit in Gewerkschaft und Betrieb zur standhaften und energischen Verteidigung der Arbeiterinteressen und durch rücksichtslosen Kampf gegen die reformistische Bürokratie kann die Führung des Kampfes der Arbeiter erobert, können die gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen für die Partei gewonnen werden.

Im Gegensatz zu den Spaltungsversuchen der Reformisten vertreten die Kommunisten die Einheit der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern und in der ganzen Welt auf der Grundlage des Klassenkampfes und unterstützen allseits die Arbeit der Roten Gewerkschaftsinternationale.“

(ebenda)

Die obigen Ausführungen bezüglich der Teilforderungen und Teillosungen in einer nicht-revolutionären Situation sind eine entschiedene Absage an die konterrevolutionäre Taktik der Trotzkisten, in nicht-revolutionären Situationen „Übergangslosungen“ als Aktionslosungen für den Tageskampf

aufzustellen. Treffend wird analysiert, daß dies auf ein „Verwachsen mit dem System kapitalistischer Organisationen“ orientiert. Tatsächlich ist die „Produktionskontrolle“ der Trotzlisten nichts weiter als eine „linke“, „radikaler“ formulierte Form der Mitbestimmung. Demgegenüber stellt das Komintern-Programm die Aufgabe, „ausgehend von den Tagesnöten der Werktätigen, Teillosungen und Teilforderungen aufzustellen“, und diese sind mit den „Hauptzielen der Kommunistischen Internationale“, in entwickelten kapitalistischen Ländern also mit dem Ziel des Sozialismus, zu verbinden.

Das bedeutet:

Losungen, die den Rahmen des Kapitalismus sprengen, müssen auch in nicht-revolutionären Situationen aufgestellt werden, aber **keinesfalls** als Aktionslosungen, sondern nur als Propagandalosungen, wobei klargestellt werden muß, daß die Verwirklichung dieser Losungen eine andere, eine revolutionäre Situation voraussetzt.

In revolutionären Situationen können und müssen solche Losungen als Aktionslosungen aufgestellt werden. Sie werden dann zu wirklichen Übergangsforderungen, mobilisieren die Massen zum unmittelbaren Angriff auf den bürgerlichen Staat und den Kapitalismus.

Ferner ist der Hinweis auf die Notwendigkeit systematischer, beharrlicher Arbeit in den Gewerkschaften - auch in den reaktionärsten Gewerkschaften, sofern sie nur Massencharakter haben - sowie die Orientierung gegen alle Versuche, die Gewerkschaften zu spalten, nach wie vor von großer aktueller Bedeutung.

### **Literatur:**

Theoretisches Organ der KPD „Weg der Partei“ 2/1988:

Die revolutionäre Führung des Tageskampfes

# KLASSENKAMPF IST MACHTKAMPF UND MUSS ALLSEITIG GEFÜHRT WERDEN

**Immer**, sowohl in revolutionären als auch in nicht-revolutionären Situationen, ist der Klassenkampf **Machtkampf**. Um siegen zu können, genügt es nicht, über richtige Ideen, über eine richtige Theorie zu verfügen, wenngleich letzteres unabdingbare Voraussetzung ist. Revolutionäre Führer des Proletariats müssen für **jeden** einzelnen Kampf eine richtige Taktik ausarbeiten, die insbesondere auch auf einer nüchternen Einschätzung der **Kräfteverhältnisse** der kämpfenden Seiten beruht.

Besonders deutlich wird dies, wenn man den bewaffneten Aufstand des revolutionären Proletariats gegen die Bourgeoisie und ihren Staat betrachtet, den Aufstand mit dem Ziel, die bürgerliche Macht zu stürzen und die proletarische zu errichten. Lenin schrieb hierüber:

*„Doch der bewaffnete Aufstand ist eine **besondere Form des politischen Kampfes**, die besonderen Gesetzen unterworfen ist, und diese müssen gründlich durchdacht werden. Wunderbar plastisch hat Karl Marx diese Wahrheit ausgedrückt, als er schrieb, daß der bewaffnete **‘Aufstand eine Kunst ist genau wie der Krieg’**.*

*Die wichtigsten Regeln dieser Kunst sind nach Marx:*

1. **Nie** mit dem Aufstand **spielen**, hat man ihn aber einmal begonnen, so muß man genau wissen, daß man **bis zu Ende gehen** muß.

2. *Am entscheidenden Ort und im entscheidenden Augenblick muß ein **großes Übergewicht an Kräften** konzentriert werden, denn sonst wird der Feind, der besser ausgebildet und organisiert ist, die Aufständischen vernichten.*
3. *Sobald der Aufstand begonnen hat, gilt es, mit der größten **Entschiedenheit** zu handeln und unter allen Umständen und unbedingt die **Offensive** zu ergreifen. 'Die Defensive ist der Tod der bewaffneten Erhebung.'*
4. *Man muß bestrebt sein, den Feind zu überraschen und den Augenblick abzapfen, wo seine Truppen zerstreut sind.*
5. *Es gilt, **täglich** (handelt es sich um **eine** Stadt, so können wir sagen stündlich) wenn auch kleine Erfolge zu erreichen und dadurch um jeden Preis das '**moralische Übergewicht**' festzuhalten."*

(LW 26 S. 166 f., Hervorhebungen von Lenin)

Spricht man über den bewaffneten Aufstand, so ist ohne weiteres ersichtlich, daß die Führer des Proletariats generalstabsmäßig agieren müssen, daß sie über einen Feldzugsplan verfügen müssen, der das Kräfteverhältnis der Kämpfenden aufs genaueste in Rechnung stellt. **Das selbe gilt aber für jede Klassenaktion, und sei es der bescheidenste Kampf um betriebliche Forderungen, um Arbeitspausen, Toilettenpapier usw.** Man führt den Klassenkampf nicht zum Zeitvertreib, sondern um den Klassengegner zu besiegen. In jedem einzelnen Kampf muß angestrebt werden, daß das Resultat eine Stärkung der eigenen Kräfte und eine Schwächung der Kräfte des Gegners ist, unabhängig davon, ob das konkrete Ziel ganz, nur teilweise oder gar nicht erreicht werden kann. Die Stärkung der eigenen Kräfte kann aber nur dann erreicht werden, wenn man Klassenkampf konsequent als Machtkampf betrachtet, wenn die Führer dieses Kampfes an alle Fragen wie Militärführer, wie Offiziere herangehen. Dazu müssen sie den Zustand und die Kampfkraft der eigenen Truppe kennen, müssen sie wissen, wie man diesen Zu-

stand verbessern, die Kampfkraft erhöhen kann, was zur Erziehung und Ausbildung der Truppe nötig ist. Dazu gehört ein ungeschminktes Bild von den Schwächen der eigenen Truppe. In gleicher Weise muß man die Stärken und Schwächen der Gegenseite kennen. Man muß die Waffen der Bourgeoisie und ihres Staates (ihre Propaganda, ihre ökonomische Macht, ihre Agenten, ihre Spaltungsversuche, ihre politische Macht, ihre polizeilichen und militärischen Mittel usw.) klar vor Augen haben. Unabhängig davon, um welchen Kampf es geht, müssen die Kräfteverhältnisse und ihre Entwicklung genauestens studiert werden, müssen die Schwachpunkte des Gegners und die Stärken der eigenen Seite optimal genutzt werden, um einen möglichst erfolgreichen Angriff zu führen. Erforderlichenfalls muß der Rückzug ebenso generalstabsmäßig geplant und organisiert werden, damit eine Niederlage verhindert wird, damit die eigenen Kräfte möglichst wenig geschwächt und möglichst sogar auch hier gestärkt werden, indem die Lehren aus der Situation gezogen werden, die für den Sieg noch nicht ausgereicht hat. Es ist notwendig, auch schwierige Zeiten der Defensive zu überstehen, bereits während der Defensive Angriffspunkte zu suchen, die Truppen zu sammeln und wieder zu formieren, um erneut zur Offensive übergehen zu können.

Es ist klar, daß es im Klassenkampf nicht immer Siege geben kann, daß man unter den Bedingungen der ökonomischen und politischen Macht der Bourgeoisie sogar häufiger Niederlagen hinnehmen muß als Siege erringen kann. Doch Niederlagen können die Quelle von Siegen sein und umgekehrt. Bereits Marx und Engels schrieben im *Manifest der Kommunistischen Partei*: „Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“ (MEW 4 S. 471) Dieses Resultat aber kann - besonders unter den Bedingungen des Imperialismus - nur erreicht werden, wenn die Kämpfe aufgrund einer fundierten Strategie und Taktik geführt werden, die in gewisser Weise militärischer Strategie und Taktik ähnelt. Dieser militärische Aspekt des Klassen-

kampfes wird von der Masse der Linken und oft auch von Kommunisten unterschätzt. Man geht in den Kampf ohne Plan, nur mit guten Vorsätzen, und erklärt das Scheitern dann mit der angeblichen „Rückständigkeit der KollegInnen“ oder mit „den Gewerkschaftsführern“ usw. Grund des Scheiterns ist aber häufig die eigene Naivität, zwar von Klassenkampf zu reden, aber nicht daran zu denken, daß es sich wirklich um **Kampf** handelt.

Es genügt insbesondere nicht, erstrebenswerte Ziele zu verfolgen. Man muß auch bei kleinsten betrieblichen Kämpfen wissen, ob und wie viele KollegInnen diesen Kampf mit welchem Kraftaufwand wirklich zu führen bereit sind, wie heftig die Reaktion der Gegenseite sein wird, ob das Kräfteverhältnis es sinnvoll erscheinen läßt, diesen Kampf aufzunehmen. Lautet die Antwort nein, so bedeutet dies nicht, daß man die Hände in den Schoß legen soll. Man muß dann entweder den Kampf für **andere** konkrete Ziele aufnehmen und/oder überlegen, was man tun kann, um das Kräfteverhältnis in Bezug auf **dieses** Kampfziel zu ändern. Dies kann z.B. geschehen, indem man mit den KollegInnen diskutiert, sie über ihre Rechte aufklärt, ihnen Mut macht, indem man sagt, daß andere auch die Faust in der Tasche ballen usw. Wo immer möglich, sollte es nicht bei Propaganda bleiben, sondern sollte die Propaganda möglichst unmittelbar mit Organisation verbunden werden, und sei es zunächst im kleinsten und bescheidensten Rahmen, indem man z.B. in der Mittagspause mehrere Kollegen an einen Tisch bringt, um gemeinsam zu beratschlagen, was man **tun** kann. Dies ist ebenfalls eine äußerst wichtige Schlußfolgerung aus der Erkenntnis, daß Klassenkampf Machtkampf ist: **Wo immer möglich, ist Propagieren mit Organisieren zu verbinden.** Unorganisiert kann man keinerlei Machtpositionen erringen, behaupten und ausbauen.

Ein grober Fehler wäre es, den betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf auf ökonomische Ziele zu beschränken, anstatt auch **politisch** zu kämpfen. Im politischen Kampf lernt die Arbeiterklasse, daß sie **auf Staatsangelegenheiten Einfluß nehmen** muß. Der Kampf muß freilich so ge-

führt werden, daß keine Illusionen in Bezug auf den bürgerlichen Staat als Machtinstrument der Bourgeoisie gefördert werden, daß diese Illusionen vielmehr nach und nach zertrümmert werden. Die höchste Form des politischen Kampfes ist der militärische Kampf um die Staatsmacht.

Der Kampf um die Gesetzgebung in Bezug auf Reallöhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen ist ökonomischer Kampf, der zugleich politisch ist, da er sich gegen den Staat richtet. Wichtige Bestandteile des politischen Kampfes sind auch der demokratische Kampf - also der Kampf für die Verteidigung bzw. Ausweitung demokratischer Rechte, der Kampf gegen Reaktion und Faschismus - sowie der Kampf für die Verteidigung des Friedens, gegen Kriegsvorbereitungen aller Art. In diesen Kämpfen vertritt die Arbeiterklasse **ihre besonderen Interessen**. Dies schließt keinesfalls aus, sondern setzt im Gegenteil voraus, daß sie dabei Bündnisse mit anderen Teilen der Bevölkerung eingeht, die teilweise aus anderen Gründen diesen Kampf führen. Das Proletariat muß dabei aber **seine Hegemonie in diesen Kämpfen** anstreben, muß bei allen erforderlichen Kompromissen anstreben, **diese Kämpfe politisch, ideologisch und organisatorisch zu führen**. Beispielsweise kämpft das Proletariat für Vereinigungs-, Versammlungs-, Demonstrations-, und Meinungsfreiheit, weil es diese Freiheiten im Kampf für **seine** Interessen benötigt, ebenso wie ein wirkliches und nicht tausendfach durchlöcherteres und ausgehöhltes Streikrecht. Dies schließt keinesfalls Bündnisse mit Menschen aus, die **aus anderen Gründen** für diese Rechte eintreten, doch muß das Proletariat um **seine** Führung kämpfen. Haben andere Kräfte die Führung, so können dauerhafte Erfolge nicht erzielt werden. So kapitulierte die kleinbürgerliche Friedensbewegung, die große Demonstrationen gegen den US-Imperialismus auf die Beine gestellt hatte, als es um militärische Aggressionen **des eigenen, des deutschen Imperialismus** ging.

Auch der **theoretische Kampf** als der dritte Hauptbestandteil des Klassenkampfes (neben ökonomischem und politischem) ist **Machtkampf**. Hier geht es darum, wer in der öffentlichen Meinung dominiert. „*Ehe das Proletariat seine*

*Siege auf Barrikaden und in Schlachtlinien erricht, kündigt es seine Herrschaft durch eine Reihe intellektueller Siege an.*“ (Marx) Auch dieser Kampf muß mit aller Zähigkeit und Konsequenz geführt werden, gegen die bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie, gegen die Opportunisten aller Schattierungen. Auch hier darf dem Gegner kein Millimeter Boden freiwillig überlassen werden. Die Marxisten haben in diesem Kampf gegenüber allen ihren Gegnern den entscheidenden Vorteil, daß sie allein die Möglichkeit haben, **sich uneingeschränkt an der objektiven Realität zu orientieren**, da diese Orientierung den Interessen des klassenbewußten Proletariats entspricht.

Der proletarische Klassenkampf muß **nicht nur auf allen Gebieten, sondern auch in allen Formen** geführt werden, die der Sache unter den jeweils gegebenen Bedingungen nutzen. So muß er beispielsweise entsprechend den gegebenen Möglichkeiten parlamentarisch und außerparlamentarisch, legal und illegal, national und international geführt werden. **Keine** Form ist Selbstzweck, **jede** Form orientiert sich an den jeweiligen Erfordernissen des proletarischen Klassenkampfes und seiner Ziele und an den jeweiligen Bedingungen, unter denen dieser Kampf geführt wird.

So wäre es Verrat an den Zielen des revolutionären Proletariats, den Klassenkampf auf **parlamentarischen** Kampf zu konzentrieren und den außerparlamentarischen zu vernachlässigen, zu einem Anhängsel des parlamentarischen zu machen. Das Parlament ist Instrument der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, nicht Instrument ihrer Zerschlagung. Doch es wäre ebenso falsch, auf parlamentarische Möglichkeiten des Kampfes zu verzichten, da das Parlament eine Tribüne des proletarischen Klassenkampfes sein kann und da bereits der Wahlkampf als solcher Möglichkeiten eröffnet.

Es wäre grundfalsch, auf **legale** Möglichkeiten des Kampfes zu verzichten. Wie oben gesehen, bestehen legale Möglichkeiten selbst in der finstersten faschistischen Diktatur und müssen auch dann unbedingt genutzt werden, so gering sie auch sein mögen. Geradezu verderblich aber wäre

es, den Kampf auf legale Formen zu **beschränken**. Eine solche Beschränkung würde bedeuten, den Klassenkampf auf den Rahmen zu beschränken, den die Bourgeoisie und ihr Staat zulassen, und innerhalb **dieses** Rahmens kann die bürgerliche Ordnung selbstverständlich nicht gestürzt werden. Außerdem ist auch die demokratischste bürgerliche Republik Organ der Klassenherrschaft der Bourgeoisie und wird - sofern es vom Standpunkt des Machterhalts der Bourgeoisie erforderlich ist - zur gewaltsamen Unterdrückung der revolutionären Kräfte mit dem Ziel ihrer Zerschlagung übergehen. Es wäre tödlich, würden sich die revolutionären Kräfte nicht von Anfang an darauf einstellen.

Der Klassenkampf wird in **nationaler** Form geführt, da die Arbeiterklasse eines jeden Landes mit ihrer eigenen Bourgeoisie fertig werden muß. Sie kann aber nicht siegen ohne die Unterstützung des Proletariats anderer Länder, und dies macht den Kampf auch der Form nach bis zu einem gewissen Grad **auch international**. Dies gilt nicht nur in einer revolutionären Situation, in der das aufständische Proletariat eines Landes oder einer Gruppe von Ländern die Unterstützung des Weltproletariats benötigt, sondern z.B. auch bei Streikkämpfen, wenn die Bourgeoisie versucht, Arbeiter anderer Länder als Streikbrecher einzusetzen. Mit der Internationalisierung des Kapitals, der Entstehung mächtiger multinationaler Konzerne und supranationaler staatlicher Organisationen wächst die Notwendigkeit, auch den ökonomischen Kampf auf internationaler Ebene zu **organisieren**. So versucht die Bourgeoisie, die Löhne und Arbeitsbedingungen in jedem Land mit der Erpressung zu drücken, andernfalls würde das Kapital ins Ausland abwandern und die Arbeiter in die Arbeitslosigkeit entlassen. Diesem Druck muß durch internationale Organisation des proletarischen Klassenkampfes entgegengetreten werden. Der internationale Charakter des Klassenkampfes kommt auch darin zum Ausdruck, daß proletarische Parteien vieler Länder ihre Erfahrungen austauschen und internationale Solidaritätsaktionen für gefangene Kämpfer organisieren.

# KONSTANTES UND VARIABLES KAPITAL

Wir kommen nun wieder zur Analyse der ökonomischen Bewegungsgesetze des Kapitalismus zurück. Diese Analyse wird weiteren Aufschluß darüber geben, wie der **betriebliche und gewerkschaftliche Kampf um die ökonomischen Tagesinteressen** der Arbeiterinnen und Arbeiter geführt werden muß.

Betrachten wir den Wert einer kapitalistisch produzierten Ware, so setzt sich dieser Wert aus drei Bestandteilen zusammen:

Wir haben **erstens** den Wertbestandteil, der durch den Wert der in dem betreffenden Produktionsprozeß vernutzten Produktionsmittel bestimmt ist. In unserem Beispiel in Kapitel IX S. 25 ff. waren das Baumwolle und Spindelmasse. Allgemein können wir sagen: Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge, Arbeitsgebäude, Hilfsstoffe wie Feuerungstoffe, Schmieröl usw.

Ein Teil dieser Produktionsmittel wird im jeweiligen Produktionsprozeß jeweils vollständig vernutzt, und folglich geht sein Wert vollständig in das neue Produkt ein. Es handelt sich z.B. um die jeweils vernutzten Rohstoffe, Strom, Feuerungstoffe, Schmieröl etc. Die marxistische politische Ökonomie bezeichnet diesen Teil des Kapitals als **zirkulierendes Kapital**, die bürgerliche Betriebswirtschaftslehre spricht von Betriebsmitteln.

Andere Produktionsmittel werden nur nach und nach vernutzt, und folglich geht immer nur ein bestimmter Teil des Werts dieser Produktionsmittel in das jeweilige Neuprodukt ein, nach und nach aber der gesamte Wert. Es handelt sich z.B. um Maschinen, Werkzeuge, Arbeitsgebäude etc. Die marxistische politische Ökonomie spricht hier von **fixem Kapital**, die bürgerliche Betriebswirtschaftslehre von Sachanlagevermögen.

(Um ein mögliches Mißverständnis zu vermeiden: Vorausgesetzt ist freilich immer, daß nur in dem Ausmaß Produktionsmittel vernutzt werden, wie das zum gegebenen Zeitpunkt gesellschaftlich erforderlich ist: Wertgesetz! Vernutzte Produktionsmittel, deren Verbrauch vom gesellschaftlichen Standpunkt aus unnötig ist, erhöhen den Wert des Neuprodukts natürlich nicht.)

In dem Maße also, wie der Gebrauchswert eines Produktionsmittels im Produktionsprozeß aufgezehrt wird, geht sein Tauschwert in das Neuprodukt ein. Es ist kein besonderer Teil des Arbeitstags, an dem der Arbeiter den Tauschwert der vernutzten Produktionsmittel auf das Neuprodukt überträgt. Er arbeitet auch nicht etwa *„doppelt in derselben Zeit, nicht einmal, um der Baumwolle durch seine Arbeit einen Wert zuzusetzen, und das andermal, um ihren alten Wert zu erhalten (...). Sondern durch bloßes Zusetzen von neuem Wert erhält er den alten Wert.“* (Marx, Kapital I, MEW 23 S. 214; oder AW III S. 227) Dieser Wert wird ja eben nicht in dem aktuellen Produktionsprozeß geschaffen, sondern ist in früheren Produktionsprozessen geschaffen worden. Der Kapitalist hat diese Produktionsmittel bereits vor der Produktion kaufen, ihren Wert also vorschießen müssen.

Diesen Wertbestandteil des Neuprodukts, der dem Wert der vernutzten Produktionsmittel entspricht, bezeichnet Marx als **konstantes Kapital**. Das konstante Kapital hat also vor der Produktion die Naturalform der Produktionsmittel; es besteht aus dem zirkulierenden und dem fixen Kapital, wobei letzteres - wie gesagt - immer nur sukzessive (nach und nach) in den Wert der neuen Produkte eingeht.

Marx wählt die Bezeichnung „konstantes Kapital“ deshalb, weil dieser Bestandteil des Kapitals seine Wertgröße im Produktionsprozeß nicht verändert bzw. erhöht. *„Der Teil des Kapitals also, der sich in Produktionsmittel, d.h. in Rohmaterial, Hilfsstoffe und Arbeitsmittel umsetzt, verändert seine Wertgröße nicht im Produktionsprozeß. Ich nenne ihn daher konstanten Kapitalteil, oder kürzer: konstantes Kapital.“* (ebenda, MEW 23 S. 223; oder AW III S. 238)

Der **zweite** Wertbestandteil des kapitalistisch hergestellten Produkts ist der Teil des Kapitals, der für Löhne ausgegeben wird. Marx nennt diesen Wertbestandteil **variables Kapital**.

Die Summe des konstanten und des variablen Kapitals ergibt in unserer Zirkulationsformel  $G - W - G'$

$G$ ,

also das Kapital, das **vor** der Produktion vorhanden ist. Das Kapital hat zunächst Geldform, und mit diesem Geld kauft der industrielle Kapitalist zweierlei Waren: Erstens Produktionsmittel, deren Wert das konstante Kapital ist, und zweitens Arbeitskraft, deren Wert das variable Kapital ist.  $G$  setzt sich also aus  $c$  und  $v$  zusammen:

$$G = c + v$$

Warum wird das variable Kapital als solches bezeichnet?

*„Der in Arbeitskraft umgesetzte Teil des Kapitals verändert dagegen (nämlich im Gegensatz zum konstanten Kapital, d. Verf.) seinen Wert im Produktionsprozeß. Er reproduziert sein eignes Äquivalent und einen Überschuß darüber, Mehrwert, der selbst wechseln, größer oder kleiner sein kann. Aus einer konstanten Größe verwandelt sich dieser Teil des Kapitals fortwährend in eine variable. Ich nenne ihn daher variablen Kapitalteil, oder kürzer: variables Kapital.“* (ebenda, MEW 23 S. 224; oder AW III S. 238)

Gerade diese Verwandlung bewirkt, daß der Wert der kapitalistisch produzierten Ware höher ist als der Wert, den der Kapitalist ursprünglich vorgeschossen hat. Ursprünglich vorgeschossen hat er  $G = c + v$ . Diese Größe  $c + v$  ist sowohl der Wert des ursprünglich in Geldform vorhandenen Kapitals  $G$  als auch der Wert der Waren, die von diesem Geld gekauft wurden, nämlich Produktionsmittel und Arbeitskraft. Bei Beendigung der Produktion sind Waren vorhanden, deren Wert höher ist:

Er beträgt nämlich  $c + v + m$ , wobei  $m$  für Mehrwert steht. Der Mehrwert ist der dritte Wertbestandteil eines kapitalistisch hergestellten Produkts. Wird dieses Produkt zu seinem Wert verkauft, so ist auch

$$G' = c + v + m .$$

Die marxistischen Begriffe „konstantes Kapital“ und „variables Kapital“ sind für das Verständnis der kapitalistischen Produktion von großer Bedeutung. Warum? Sie deken auf, woher der Mehrwert stammt: Nicht etwa aus dem Kapitalteil, der für Produktionsmittel verausgabt wird. Deren Wert wird ja lediglich auf das Neuprodukt **übertragen**, kein Fitzelchen neuer Wert kommt hier hinzu. **Nur der variable Teil des Kapitals kann sich verwerten**, nur er besitzt die Zauberkraft, zu einem größeren Wert zu werden. Warum? Weil dieser Teil dazu verwandt wird, um **Arbeitskraft** zu kaufen. Die Arbeitskraft aber fördert in ihrem Gebrauch, in ihrer Vernutzung im Produktionsprozeß, einen Wert zutage, der höher ist, als ihr Tauschwert beträgt.

# DIE MEHRWERTRATE

Um Mißverständnisse zu vermeiden, wollen wir die Begriffe „Wert des Neuprodukts“ und „Neuwert“ nochmals klar voneinander scheiden:

Der Wert des Neuprodukts beträgt  $c + v + m$ .  $c$  aber ist kein neuer Wert, er ist nicht in der jeweils betrachteten Produktion geschaffen worden, sondern hat zu Beginn dieser Produktion bereits bestanden, nämlich in Gestalt der jeweiligen Produktionsmittel, die in einem früheren Produktionsprozeß produziert wurden. Ihr Wert wurde auf das Neuprodukt lediglich übertragen.  $c$  ist zwar Bestandteil des Wertes des Neuprodukts, nicht aber des Neuwerts. Der Neuwert besteht aus  $v + m$ . Marx: *„Das im Prozeß wirklich neu erzeugte Wertprodukt ist also verschieden von dem aus dem Prozeß erhaltenen Produktenwert (...).“* (ebenda, MEW 23 S. 227; oder AW III S. 242)

Wollen wir wissen, wie der von den Lohnarbeitern geschaffene Neuwert zwischen Kapitalist und Arbeitern aufgeteilt wird, so müssen wir folglich vom konstanten Kapitalteil  $c$  vollständig abstrahieren. Dann verbleibt  $v + m$ .  $v$  wird vom Kapitalisten verausgabt, um den Arbeitern die Löhne zu zahlen. Die Größe von  $v$  entspricht somit dem Teil des Neuwerts, der den Arbeitern zufließt.  $m$  ist der Teil des Neuwerts, den der Kapitalist sich aneignet.

Das zahlenmäßige Verhältnis von  $v$  und  $m$  gibt Aufschluß über die Verteilung des Neuwerts zwischen Arbeiter und Kapitalist. Der Quotient (das Verhältnis, der Bruch)

$$m : v$$

wird daher als Mehrwertrate oder Ausbeutungsrate bezeichnet. Nehmen wir an, der Arbeiter würde in einer Stunde einen Neuwert von 40 Mark schaffen und 20 Mark als Lohn erhalten.

Die Mehrwertrate, von Marx als  $m'$  bezeichnet, wäre dann

$$m' = \frac{m}{V} = \frac{20 \text{ Mark}}{20 \text{ Mark}} = 100 \%$$

Gehen wir von einem achtstündigen Arbeitstag aus, dann würde der Arbeiter für einen Arbeitstag  $8 \times 20 \text{ Mark} = 160 \text{ Mark}$  erhalten. Da er pro Stunde einen Neuwert von 40 Mark schafft, würde er vier Stunden brauchen, um den Gegenwert für das variable Kapital zu schaffen, das er als Lohn ausgezahlt bekommt. In den anderen vier Stunden würde er dann unbezahlte Arbeit leisten, aus der der Ausbeuter einen Mehrwert von  $4 \times 40 \text{ Mark} = 160 \text{ Mark}$  erhält.

Den Teil des Arbeitstags, in dem das variable Kapital reproduziert wird, in dem der Arbeiter also den Wertbestandteil herstellt, der für den Kapitalisten Wertersatz des an den Arbeiter ausgezahlten Lohns ist, bezeichnet Marx als „notwendige Arbeitszeit“, die in dieser Zeit geleistete Arbeit als „notwendige Arbeit“: *„Notwendig für den Arbeiter, weil unabhängig von der gesellschaftlichen Form seiner Arbeit. Notwendig für das Kapital und seine Welt, weil das beständige Dasein des Arbeiters ihre Basis.“*

*Die zweite Periode des Arbeitsprozesses, die der Arbeiter über die Grenzen der notwendigen Arbeit hinaus schanzt, kostet ihm zwar Arbeit, Verausgabung von Arbeitskraft, bildet aber keinen Wert für ihn. Sie bildet Mehrwert, der den Kapitalisten mit allem Reiz einer Schöpfung aus Nichts anlacht. (Ironische Anspielung auf die religiöse Mythologie, wonach Gott die Welt „aus dem Nichts“ erschaffen habe. Ebenso entspringt der Mehrwert für den Kapitalisten „aus dem Nichts“: Er muß kein Äquivalent geben und keine Arbeit leisten, um sich diesen Wert anzueignen, d. Verf.) Diesen Teil des Arbeitstags nenne ich Surplusarbeitszeit, und die in ihr verausgabte Arbeit: Mehrarbeit (surplus labour). **So entscheidend es für die Erkenntnis des Werts überhaupt, ihn als bloße Gerinnung von Arbeitszeit, als***

**bloß vergegenständlichte Arbeit, so entscheidend ist es für die Erkenntnis des Mehrwerts, ihn als bloße Gerinnung von Surplusarbeitszeit, als bloß vergegenständlichte Mehrarbeit zu begreifen.** Nur die Form, worin diese Mehrarbeit dem unmittelbaren Produzenten, dem Arbeiter, abgepreßt wird, unterscheidet die ökonomischen Gesellschaftsformationen, z. B. die Gesellschaft der Sklaverei von der der Lohnarbeit.“ (ebenda, MEW 23 S. 231; oder AW III S. 246 f.; Hervorhebung v. Verf.)

Es ist schwierig, die aktuelle Mehrwertrate präzise zu errechnen, da die bürgerliche Statistik alles tut, um das hierfür erforderliche Zahlenmaterial zu verschleiern. Im 1990 erschienen Buch *Kapitalismus* (S. 79 - 83) versuchte Waffenschmidt anhand zugänglicher Daten eine Berechnung und kam zu einer aktuellen Mehrwertrate in der BRD von

$$m' = 404 \% .$$

„Anders ausgedrückt: wenn ein Arbeiter 1 Stunde für seine Reproduktion arbeitet, arbeitet er 4,04 Stunden oder 4 Stunden und 2 Minuten für den Mehrwert. D.h. der Arbeiter arbeitet von acht Stunden rund 1 1/2 Stunden für sich und 6 1/2 Stunden für das Kapital.

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dieses Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit aber noch größer zuungunsten der Arbeiter, insbesondere in Großbetrieben.

Die Arbeiterklasse hat das allergrößte Interesse, den Grad ihrer Ausbeutung zu erfassen. Deswegen sind solche Berechnungen bei all denen verpönt, die die Gesellschaft der Ausbeutung verteidigen.

Für 1951 stellte das Deutsche Wirtschaftsinstitut eine Mehrwertrate von insgesamt 350 % fest. Für 1936 von 342 %. (DIW- Bericht Februar 1956) Auch daraus ist zu ersehen, daß die Mehrwertrate heute mit Sicherheit höher liegt als die äußerst vorsichtig herausgerechneten 404 %.“ (Waffenschmidt, Karl, *Kapitalismus*, Zeitungsverlag Roter Morgen Stuttgart 1980, S. 83)

Sie dürfte schon deshalb höher liegen, weil Waffenschmidt bei seiner „äußerst vorsichtigen“ Berechnung von **Bruttolöhnen** und -gehältern ausging. Davon aber zieht der Staat so einiges ab, und der größte Teil dieser Abzüge kommt wiederum der Kapitalistenklasse zugute. Auch dies ist ein Mechanismus, durch den die wirkliche Höhe der Ausbeutungsrate vertuscht wird. Eine exakte Berechnung ist aber hier deshalb unmöglich, weil man aufgrund der Undurchsichtigkeit der Finanzschiebereien des Staates nicht genau sagen kann, wie groß der Teil der staatlichen Abzüge ist, der der Kapitalistenklasse zugute kommt.

Unabhängig davon zeigt sich hier besonders deutlich, daß der Lohnkampf heute in hohem Maße unmittelbar auch ein politischer Kampf, ein Kampf gegen den Staat ist. So ist es erforderlich, gegen zunehmende steuerliche Ausplünderung zu kämpfen, um das Lohnniveau zu verteidigen. Demzufolge müssen auch entsprechende Forderungen gegen den Staat aufgestellt und muß für diese Forderungen gekämpft werden. Dies darf freilich nicht mit der Illusion verbunden werden, der Staat sei klassenneutral. Er ist Instrument des Kapitals, doch zu seinen Aufgaben gehört es, im Interesse des Kapitals dafür Sorge zu tragen, daß der Unmut in der Arbeiterklasse nicht zu hoch wird. Kämpft man also z.B. gegen hohe Besteuerung der arbeitenden Menschen und für hohe Besteuerung des Kapitals, so geht man politisch in die Offensive und bringt die Vertreter des Staates in eine Zwickmühle. Bei einer gewissen Ausdehnung des Kampfes müssen sie entweder bestimmte Zugeständnisse machen, was aber ab einem gewissen Punkt mit grundlegenden Interessen des Kapitals unvereinbar wird, oder sie tragen selbst dazu bei, das Märchen vom angeblich klassenneutralen Staat zu begraben.

Auch hier zeigt sich wieder, daß bei richtiger Kampfführung Reformen als Abfallprodukt des revolutionär geführten Tageskampfes abfallen können und dem revolutionären Kampf dann nutzen.

Lenin: „Jede Reform ist eben nur insoweit eine Reform (und keine reaktionäre bzw. keine konservative Maßnahme), als sie einen gewissen Schritt, eine 'Etappe' zum Besseren bedeutet. Aber **jede** Reform in der kapitalistischen Gesellschaft hat einen **doppelten** Charakter. Die Reform ist ein Zugeständnis, das die herrschenden Klassen machen, **um** den revolutionären Kampf aufzuhalten, zu schwächen oder zu unterdrücken, um die Kraft und Energie der revolutionären Klassen zu zersplittern, ihr Bewußtsein zu trüben usw.

Darum wird die revolutionäre Sozialdemokratie (damals die revolutionären politischen Parteien des Proletariats, d. Verf.), ohne es im geringsten abzulehnen, die Reformen zwecks Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes auszunutzen ('wir nehmen auch Abschlagszahlung', sagte Friedrich Engels), die halbschlächtigen bürgerlich-reformistischen Losungen auf keinen Fall 'zu den ihren machen'.

(...)

Die Sozialdemokratie betrachtet die Reformen als **Nebenprodukt** des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats und nützt die Reformen als solches aus.“

(LW 12, S. 230 f., Hervorhebungen von Lenin)

Der Doppelcharakter, den Reformen in der bürgerlichen Gesellschaft haben müssen, darf keineswegs als Vorwand genommen werden, um den Kampf um Reformen abzulehnen. Seitens der Herrschenden ist die Reform ein Versuch, den Kampf abzuwürgen, zugleich aber ist die Reform Ausdruck dessen, daß die Herrschenden diesen Versuch nötig haben, ist also Ausdruck einer gewissen Stärke des Proletariats. Diese Stärke kann das Proletariat aber nur gewinnen, indem es für seine Interessen kämpft. Den Kampf um Reformen abzulehnen wäre genauso falsch, wie es falsch wäre, sich mit Reformen zu begnügen: In beiden Fällen erreichen die Herrschenden ihr Ziel, den Kampf des Proletariats aufzuhalten, zu schwächen, zu unterdrücken, das Bewußtsein der Arbeiterklasse zu trüben.

In Bezug auf Forderungen gegen den Staat heißt das: Verbindet man solche Forderungen mit der Vorstellung, der Staat sei klassenneutral und könne der Arbeiterklasse nüt-

zen, so schadet man dem revolutionären Klassenkampf. Man schadet ihm aber auch, wenn man die Losung verbreitet, man dürfe keine Forderungen an den Staat stellen. Jeder betriebliche und gewerkschaftliche Kampf beinhaltet, daß man Forderungen gegen die Kapitalisten stellt (z.B. nach höheren Löhnen, kürzeren Arbeitszeiten, besseren Arbeitsbedingungen usw.). Es wäre offenkundig absurd, mit dem Argument, daß Arbeiter und Kapitalisten entgegengesetzte Interessen haben, auf einen solchen Kampf und auf solche Forderungen zu verzichten. Genauso absurd und schädlich wäre es aber, mit dem Argument, daß der Staat Instrument des Kapitals ist, darauf zu verzichten, Forderungen an den Staat zu richten und für diese Forderungen zu kämpfen. Dies gilt sowohl für den ökonomischen wie für den politischen Kampf.

# DIE ZWEI METHODEN ZUR ERHÖHUNG DER MEHRWERTRATE

Kapital ist Wert, der dazu bestimmt ist, sich zu verwerten. Das Streben der Kapitalisten nach einer möglichst hohen Mehrwertrate liegt also im Wesen des Kapitals begründet. Der Kapitalist als Person ist lediglich Vollstrecker der Kapitalsbewegung (vgl. Kapitel IX).

Will der Kapitalist die Mehrwertrate erhöhen, so gibt es hierfür zwei Möglichkeiten. Gehen wir von einem Arbeitstag von 8 Stunden aus, und unterstellen wir der Einfachheit halber, daß 4 Stunden davon notwendige Arbeit sind, daß also innerhalb dieser vier Stunden der Gegenwert für das verausgabte variable Kapital geschaffen wird. In den andern vier Stunden wird dann der Mehrwert produziert.

Die erste Methode zur Erhöhung der Mehrwertrate besteht in der Verlängerung des Arbeitstags. Werden z.B. bei gleichem Lohn 9 Stunden gearbeitet, so eignet sich der Kapitalist an einem Arbeitstag nun den Wert, der in 5 Stunden Arbeit geschaffen wird, ohne Zahlung eines Äquivalents an, während er sich vorher nur den in 4 Stunden geschaffenen Wert unentgeltlich angeeignet hatte.

Die zweite Methode besteht darin, daß bei gleichbleibender Länge des Arbeitstags das Verhältnis von notwendiger Arbeit und Surplusarbeit zuungunsten des Arbeiters verändert wird. Zum Beispiel: Der Arbeiter arbeitet nur noch 3 Stunden für sich, 5 Stunden für den Kapitalisten.

Marx nennt den durch absolute Verlängerung der Arbeitszeit geschaffenen Mehrwert absoluten Mehrwert, den bei gleichbleibender absoluter Arbeitszeit durch Verlänge-

zung der Surplusarbeitszeit bzw. Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit geschaffenen Mehrwert relativen Mehrwert.

Betrachten wir im folgenden diese beiden Methoden zur Erhöhung der Mehrwertrate etwas genauer.

# ABSOLUTER MEHRWERT

Mehrarbeit für die Ausbeuter hat es gegeben, seitdem es Ausbeutergesellschaften gibt. *„Indes ist klar, daß, wenn in einer ökonomischen Gesellschaftsformation nicht der Tauschwert, sondern der Gebrauchswert des Produkts vorwiegt, die Mehrarbeit durch einen engern oder weitern Kreis von Bedürfnissen beschränkt ist, aber kein schrankenloses Bedürfnis nach Mehrarbeit aus dem Charakter der Produktion selbst entspringt.“* (Kapital I, MEW 23, S. 250). Anders im Kapitalismus. Wie wir in Kapitel IX gesehen haben, ist die Bewegung des Kapitals **maßlos**. Sie hat auch kein Maß in der Befriedigung der Bedürfnisse der Ausbeuter, denn die Produktion dient nicht hauptsächlich der Befriedigung dieser Bedürfnisse. Zweck der Produktion ist die Akkumulation von Wert, die Plusmacherei als solche.

Zwar nahm im Altertum Überarbeit - wo sie vorkam - die entsetzlichsten Formen an und führte dann oft zum Tode durch Überarbeitung, doch waren dies Ausnahmen. Den diesbezüglichen krassen Gegensatz zwischen dem Altertum und der modernen kapitalistischen „Zivilisiertheit“ zeigt Marx am Beispiel der Erfindung der Wassermühle zum Mahlen des Getreides, die von Antipatros, einem griechischen Dichter aus der Zeit des Cicero, als *„Befreierin der Sklavinnen und Herstellerin des goldnen Zeitalters“* (ebenda, MEW 23 S. 430 f.; oder AW III S. 375) gepriesen wurde. Antipatros dichtete:

SCHONET DER MAHLENDEN HAND, O MÜLLERINNEN, UND SCHLAFET  
 SANFT! ES VERKÜNDE DER HAHN EUCH DEN MORGEN UMSONST!  
 DÄO HAT DIE ARBEIT DER MÄDCHEN DEN NYMPHEN BEFOHLEN,  
 UND ITZT HÜPFEN SIE LEICHT ÜBER DIE RÄDER DAHIN,  
 DASS DIE ERSCHÜTTERTEN ACHSEN MIT IHREN SPEICHEN SICH WÄLZEN,  
 UND IM KREISE DIE LAST DREHEN DES WÄLZENDEN STEINS.  
 LASST UNS LEBEN DAS LEBEN DER VÄTER, UND LAß T UNS DER GABEN

### ARBEITSLOS UNS FREUN, WELCHE DIE GÖTTIN UNS SCHENKT.

Wohlgermerkt: Die Müllerinnen, die hier besungen werden, die Müllerinnen, denen die Erfindung der Wassermühle zum Vorteil gereichte, waren griechische Sklavinnen. Marx kommentierte: „*Die Heiden, ja die Heiden! Sie begriffen (...) nichts von politischer Ökonomie und Christentum. Sie begriffen u.a. nicht, daß die Maschine das probateste (erprobteste, bewährteste, d. Verf.) Mittel zur Verlängerung des Arbeitstags ist. Sie entschuldigten etwa die Sklaverei des einen als Mittel zur vollen menschlichen Entwicklung des andren. Aber Sklaverei der Massen predigen, um einige rohe oder halbgebildete Parvenüs (Emporkömmlinge, d. Verf.) zu 'eminent spinners' (hervorragenden Spinnern, nämlich Spinnereiunternehmen, d. Verf.), 'extensive sausage makers' (bedeutenden Wurstfabrikanten, d. Verf.) und 'influential shoe black dealers' (einflußreichen Schuhwichshändlern, d. Verf.) zu machen, dazu fehlte ihnen das spezifisch christliche Organ.*“ (ebenda, MEW 23 S. 431; oder AW III S. 375)

Und die Arbeitslosigkeit als Folge technischer Neuerungen wird von den modernen Lohnarbeitern etwas anders erfahren und weniger bejubelt als seinerzeit von den Müllerinnen, die von der Wassermühle „arbeitslos“ gemacht wurden.

Die Bewegung des Kapitals ist maßlos. „*Der Kapitalist hat*“ daher „*seine eigne Ansicht über (...) die notwendige Schranke des Arbeitstags. Als Kapitalist ist er nur personifiziertes Kapital. Seine Seele ist die Kapitaleseele. Das Kapital hat aber einen einzigen Lebenstrieb, den Trieb, sich zu verwerten, Mehrwert zu schaffen, mit seinem konstanten Teil, den Produktionsmitteln, die größtmögliche Masse Mehrarbeit einzusaugen. Das Kapital ist verstorbene Arbeit, die sich nur vampyrmäßig belebt durch Einsaugung lebendiger Arbeit und um so mehr lebt, je mehr sie davon einsaugt. Die Zeit, während deren der Arbeiter arbeitet, ist die Zeit, während deren der Kapitalist die von ihm gekaufte Arbeitskraft konsumiert. Konsumiert der Arbeiter seine disponible Zeit für sich selbst, so bestiehlt er den Kapitalisten.*“

*Der Kapitalist beruft sich also auf das Gesetz des Warenaustausches. Er, wie jeder andre Käufer, sucht den größtmöglichen Nutzen aus dem Gebrauchswert seiner Ware herauszuschlagen. Plötzlich aber erhebt sich die Stimme des Arbeiters, die im Sturm und Drang des Produktionsprozesses verstummt war:*

*Die Ware, die ich dir verkauft habe, unterscheidet sich von dem andren Warenpöbel dadurch, daß ihr Gebrauch Wert schafft und größeren Wert, als sie selbst kostet. Dies war der Grund, warum du sie kauftest. Was auf deiner Seite als Verwertung von Kapital erscheint, ist auf meiner Seite überschüssige Verausgabung von Arbeitskraft. Du und ich kennen auf dem Marktplatz nur ein Gesetz, das des Warenaustausches. Und der Konsum der Ware gehört nicht dem Verkäufer, der sie veräußert, sondern dem Käufer, der sie erwirbt. Dir gehört daher der Gebrauch meiner täglichen Arbeitskraft. Aber vermittelst ihres täglichen Verkaufspreises muß ich sie täglich reproduzieren und daher von neuem verkaufen können. Abgesehen von dem natürlichen Verschleiß durch Alter usw., muß ich fähig sein, morgen mit demselben Normalzustand von Kraft, Gesundheit und Frische zu arbeiten, wie heute. Du predigst mir beständig das Evangelium der 'Sparsamkeit' und 'Enthaltung'. Nun gut! Ich will wie ein vernünftiger, sparsamer Wirt mein einziges Vermögen, die Arbeitskraft, haushalten und mich jeder tollen Verschwendung derselben enthalten. Ich will täglich nur so viel von ihr flüssig machen, in Bewegung, in Arbeit umsetzen, als sich mit ihrer Normaldauer und gesunden Entwicklung verträgt. Durch maßlose Verlängerung des Arbeitstags kannst du in einem Tage ein größeres Quantum meiner Arbeitskraft flüssig machen, als ich in drei Tagen ersetzen kann. Was du so an Arbeit gewinnst, verliere ich an Arbeitssubstanz. Die Benutzung meiner Arbeitskraft und die Beraubung derselben sind ganz verschiedene Dinge. (...) Ich verlange also einen Arbeitstag von normaler Länge, und ich verlange ihn ohne Appell an dein Herz, denn in Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf. Du magst ein Musterbürger sein, viel-*

*leicht Mitglied des Vereins zur Abschaffung der Tierquälerei und obendrein im Geruch der Heiligkeit stehn, aber dem Ding, das du mir gegenüber repräsentierst (nämlich dem Kapital, d. Verf.), schlägt kein Herz in seiner Brust. Was darin zu pochen scheint, ist mein eigener Herzschlag. (Weil alles Kapital vom Lohnarbeiter produziert wurde, d. Verf.) Ich verlange den Normalarbeitstag, weil ich den Wert meiner Ware verlange, wie jeder andre Verkäufer.*

*Man sieht: Von ganz elastischen Schranken abgesehn, ergibt sich aus der Natur des Warenaustausches selbst keine Grenze des Arbeitstags, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie (unlösbarer Gegensatz, d. Verf.) statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar - ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.“*

*(ebenda, MEW 23 S. 247 ff.; oder AW III S. 264 ff.)*

Heute haben wir es mit einer höchst aggressiven Propaganda des Kapitals zu tun, derzufolge die Arbeiter „faul“ seien, wenn sie sparsam mit ihrer Arbeitskraft wirtschaften. Demnach ist angeblich „faul“, wer sich gegen Überstunden wehrt, wer bei Krankheit zuhause bleibt, wer als Arbeitsloser nicht **jede** Arbeit annimmt, sei es auch zu noch so schlechten Bedingungen, usw. Derartige Auffassungen gehen offenkundig nicht von dem Bestreben aus, die produktiven Fähigkeiten der arbeitenden Menschen zu erhalten und zu fördern, sondern sie gehen einzig und allein vom Interesse des Kapitals aus, möglichst viel Mehrwert einzusaugen. Nichts-

destoweniger haben derartige demagogische Auffassungen heute beträchtliche Wirkung, auch auf Teile der Arbeiterklasse. Doch derjenige Arbeiter, der in den Ruf einstimmt, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger usw. seien „faul“, handelt gegen seine eigenen Interessen. Schon morgen kann er selbst in einer Lage sein, in der er dem Vorwurf der „Faulheit“ ausgesetzt wird. Es ist notwendig, einer derartigen Propaganda des Kapitals entgegenzuwirken und selbstbewußt die Positionen des klassenbewußten Proletariats zu vertreten. Auch ein solcher Meinungskampf ist ein bedeutender Bestandteil des Klassenkampfes.



Der Kampf um Verkürzung des Arbeitstags verlief teilweise sehr verwickelt. In der Frühzeit des Kapitalismus führte das Streben der Kapitalisten oft zu einer derartigen Verlängerung des Arbeitstags, daß die physische Zerrüttung der Arbeiter den Bestand der Arbeiterklasse und damit der kapitalistischen Produktionsweise gefährdete. Dies rief den Staat als ideellen Gesamtkapitalisten auf den Plan, dessen Aufgabe es nun war, dem vampirischen Heißhunger der einzelnen Kapitalisten nach Mehrarbeit im Interesse der gesamten Kapitalistenklasse Schranken aufzuerlegen. Dies geschah freilich, wie Marx im 1. Band des *Kapitals* zeigte, zögerlich genug. Entscheidend für die Verkürzung des Arbeitstags war der Kampf der Arbeiter.

Auch hier sehen wir im übrigen wieder, daß ein konsequent geführter gewerkschaftlicher Kampf sich auch gegen den Staat richten muß, daß z.B. Forderungen nach gesetzlicher Begrenzung der Arbeitszeit erhoben und gegen den Staat verfochten werden müssen bzw. daß gegen die Verschlechterung gesetzlicher Regelungen zur Begrenzung der Arbeitszeit gekämpft werden muß.

Das Kapital selbst hat keine immanenten (ihm innewohnenden) Schranken, die in irgendeiner Weise Rücksicht auf Leib und Leben des Arbeiters nehmen würden. Nur der Widerstand der Arbeiter ist eine Schranke für die Steigerung

der Ausbeutung. „Das Kapital ist (...) rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird. Der Klage über physische und geistige Verkümmrung, vorzeitigen Tod, Tortur der Überarbeit, antwortet es: Sollte diese Qual uns quälen, da sie unsre Lust (den Profit) vermehrt? Im großen und ganzen hängt dies aber auch nicht vom guten oder bösen Willen des einzelnen Kapitalisten ab. Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend.“ (ebenda, S. 285 f.)

Letzterer Gedanke ist überaus wichtig, und zwar nicht nur in Bezug auf die Länge des Arbeitstags, sondern generell. Zum einen: Kein Kapitalist kann sich eine den Notwendigkeiten der Kapitalverwertung widersprechende „Menschlichkeit“ gegenüber „seinen“ Arbeitern leisten. Die Konkurrenz zwingt ihn bei Strafe des Untergangs, den Notwendigkeiten der optimalen Verwertung des Kapitals Rechnung zu tragen, die Kapitalsbewegung zu vollstrecken. Zum anderen: Es wäre eine verkürzte Sicht, letztlich eine Verkennung des **Wesens des Kapitals**, wollte man die Konkurrenz als letzten Grund für das betreffende Verhalten der Kapitalsvertreter sehen. Die Konkurrenz ist zwar dem Kapital wesenseigen, doch die Konkurrenz ist nicht der **letzte** Grund dafür, daß die Kapitalsvertreter ohne Rücksicht auf irgendeine „Menschlichkeit“ die optimale Kapitalsverwertung anstreben. Das sagt Marx auch an anderer Stelle sehr deutlich: „(...) die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermitteltst progressiver Akkumulation (fortwährender Anhäufung, d. Verf.).“ (ebenda, S. 618) „Die Konkurrenz exequiert (führt aus, setzt durch, bringt zum Durchbruch, d. Verf.) die innren Gesetze des Kapitals; macht sie zu Zwangsgesetzen dem einzelnen Kapital gegenüber, aber **sie erfindet sie nicht**. Sie realisiert sie. **Sie daher einfach aus der Konkurrenz erklären wollen, heißt zuge-**

**ben, daß man sie nicht versteht.“** (Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42 S. 644; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 638, Hervorhebungen v. Verf.) Welches aber sind die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion, die dem einzelnen Kapitalisten vermittels der Konkurrenz aufgezwungen werden? Letztlich und vor allem das Mehrwertgesetz, das Gesetz der Plusmacherei, die Notwendigkeit der Verwertung des Kapitals. Dies ist die tiefste Bestimmung des Kapitals, daß es zu verwertender Wert ist und daß seine Verwertungsbewegung maßlos ist.



Aus obigem folgt jedoch nicht, daß es keine ökonomischen Umstände gäbe, die den Kampf der Arbeiter für einen Normalarbeitstag begünstigen. Neben außerordentlich ungünstigen Umständen, die eben im Wesen des Kapitalverhältnisses begründet sind, gibt es in der Tat auch günstige: *„Indes begreift man, daß (...) ein Knotenpunkt eintreten muß, wo Ausdehnung des Arbeitstags und Intensität der Arbeit einander ausschließen, so daß die Verlängerung des Arbeitstags nur mit schwächerem Intensitätsgrad der Arbeit und umgekehrt ein erhöhter Intensitätsgrad nur mit Verkürzung des Arbeitstags verträglich bleibt.“* (Kapital I, MEW 23 S. 432; oder AW III S. 376) Die Arbeitsintensität wird durch den Aufwand von Arbeitsenergie innerhalb eines bestimmten Zeitraums bestimmt. Marx bezog sich in obigem Zitat auf eintönige Arbeiten, bei denen ständig gleiche Handgriffe wiederholt werden müssen. Entsprechendes gilt aber bei qualifizierten Arbeiten, die einen für eine gewisse Kreativität „freien Kopf“ erfordern, oder bei Arbeiten, die einen hohen Grad an Aufmerksamkeit erfordern, insbesondere dann, wenn Fehler infolge des Nachlassens der Aufmerksamkeit zu großen Schäden führen können.

Derartigen ökonomischen Tendenzen, die den Kampf der Lohnarbeiter für die Verkürzung des Arbeitstags begünstigen, stehen freilich ständig die Bemühungen des Kapitals um **Verlängerung** entgegen, und das Kapital ist dabei sehr

erfindungsreich. Dabei geht es nicht nur um die Länge des **Arbeitstags**. Geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Streichung von Feiertagen unter windigen Begründungen, Anrechnung von Urlaub auf Kuren, die durch gesundheitliche Zerrüttung aufgrund jahrzehntelanger Lohnarbeit notwendig geworden sind, Nacharbeiten von Krankheitstagen mittels Überstunden, das sind nur einige Beispiele. In allen diesen Kämpfen steht der Arbeiterklasse unmittelbar auch der bürgerliche **Staat** gegenüber.

Von „normalen“ Überstunden gar nicht zu reden. Massenweise Überstunden bei gleichzeitiger hoher Arbeitslosigkeit, das erscheint als schreiender Widerspruch, entspricht aber der Logik der Kapitalverwertung: *„Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve (der Arbeitslosen, d. Verf.), während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt.“* (ebenda, S. 665) Nach dem Motto: Es stehen genug Arbeitsuchende vor den Fabrikatoren! Und zum andern sind niedrige Löhne ein *„Sporn zur Verlängerung der Arbeitszeit“* (S. 570), um durch Überstunden die gesellschaftlich gegebenen Konsumbedürfnisse einigermaßen abdecken zu können.

### **Literatur zur Frage absoluter Mehrwert, Länge des Arbeitstags:**

**Kapital I, 5. bis 9. Kapitel** (MEW 23 S. 192 - 330;  
in Auszügen: AW III S. 202 - 272)

**Waffenschmidt, Kapitalismus**, S. 92 - 100  
(mit aktuellen empirischen Daten, freilich nur bis 1990)

# RELATIVER MEHRWERT

Beide Methoden der Steigerung der Mehrwertrate, absoluter und relativer Mehrwert, werden immer gleichzeitig angewandt. In der ersten Entwicklungsperiode des Kapitalismus lag das Schwergewicht beim absoluten Mehrwert. Schließlich stieß aber, wie oben gesagt, die Verlängerung der Arbeitszeit auf Hemmnisse, trat im Gegenteil Verkürzung ein. Zugleich entwickelte sich die Arbeitsproduktivität immer schneller. Die Hauptmethode der Steigerung der Mehrwertrate wurde dadurch der relative Mehrwert.

Unterstellen wir, daß der Arbeitstag acht Stunden beträgt und daß der Arbeiter vier Stunden davon benötigt, um einen Wert zu schaffen, der dem Wert der Lebensmittel entspricht, welche er für seinen Lohn kaufen kann. Die Mehrwertrate beträgt also 100 %. Nun trete eine allgemeine Steigerung der Produktivität um 100 % ein, wobei hier gleichgültig ist, in welchem Ausmaß diese Produktivitätssteigerung durch Steigerung der Arbeitshetze und in welchem Ausmaß sie durch technische Neuerungen zustande kommt. Betrug die notwendige Arbeit vorher vier von acht Stunden, so sind es jetzt nur noch 2. Dabei ist unterstellt, daß der Arbeiter die gleiche Menge und Qualität an Gebrauchswerten erhält wie zuvor, doch deren Wert ist auf 50 % des vorherigen Werts gefallen. Die Surplusarbeitszeit beträgt nun 6 von acht Stunden, die Mehrwertrate beträgt  $6 : 2 = 300 \%$ . Durch die Produktivitätssteigerung um 100 % ist die Ausbeutungsrate also bei gleichbleibendem Konsumniveau des Arbeiters von 100 % auf 300 % gestiegen.

Steigerung der Produktivität aber tritt im Kapitalismus so gut wie immer ein. Dies liegt im Streben des Kapitals nach größtmöglichem Profit. Auch in dieser Hinsicht ist es die Konkurrenz, die den einzelnen Kapitalisten zwingt, diesem Streben nach optimaler Verwertung des Kapitals durch Steigerung der Produktivität Rechnung zu tragen. Verwendet

ein einzelner Kapitalist eine fortgeschrittenere Technik als seine Konkurrenten, so erzielt er einen Extramehrwert: Der Wert des Produkts wird ja bestimmt durch die gesellschaftlich erforderliche Arbeitsmenge, unser Extraprofitteur muß aber individuell weniger lebendige Arbeitskraft anwenden und bezahlen, als im gesellschaftlichen Mittel erforderlich ist. Er verkauft die Produkte trotzdem zum Marktpreis. Allerdings müssen seine Konkurrenten - um nicht auf der Strecke zu bleiben - früher oder später die gleiche technische Neuerung anwenden und die Produktivität ebenfalls steigen. Dann ist die gesellschaftlich erforderliche Arbeitszeit geringer geworden und damit der Wert und letztlich der Preis des Produkts gesunken. Unser Neuerer-Kapitalist zieht jetzt keinen Extramehrwert mehr. Doch bis seine Konkurrenten nachgezogen haben, kann er sich des Extramehrwerts erfreuen.

Wie gesagt: Steigerung der Produktivität tritt im Kapitalismus so gut wie immer ein. Und so gut wie immer verändert diese Produktivitätssteigerung die Ausbeutungsrate, das Verhältnis von Surplusarbeitszeit und notwendiger Arbeitszeit, zugunsten der Kapitalisten und zuungunsten der Arbeiter. Die Kapitalisten denken ja gar nicht daran, die Arbeiter freiwillig an der gestiegenen Produktivität partizipieren (teilhaben) zu lassen. Das widerspräche dem maßlosen Streben des Kapitals nach optimaler Selbstverwertung. Und selbst wenn die Arbeiter ausnahmsweise eine gewisse Erhöhung des Reallohns (also Erhöhung der Quantität bzw. Qualität der erhaltenen Konsumgüter) erzwingen können, kann dies mit einer Steigerung der Ausbeutungsrate einhergehen. Gehen wir von obigem Beispiel aus, und nehmen wir an, daß die Arbeiter bei Steigerung der Arbeitsproduktivität um 100 % erreichen, daß sie einen Lohn erhalten, dessen Wert dem Produkt von drei Arbeitsstunden entspricht. Sie haben ursprünglich 4 Stunden für sich gearbeitet und tun es nun 3, aber bei verdoppelter Produktivität, folglich erhalten sie nun Gebrauchsgegenstände, für deren Produktion vor Produktivitätssteigerung  $2 \times 3 = 6$  Arbeitsstunden notwendig waren.

Das Quantum an Gebrauchsgegenständen, das sie erhalten, hat sich also um 50 % erhöht. Dennoch hat sich die Ausbeutungsrate von ursprünglich  $4 : 4 = 100 \%$  auf  $5 : 3 = 166,67 \%$  erhöht.

Somit steigert jede wissenschaftliche Entdeckung, jede technische Neuerung die Macht der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse. Der Bestandteil des Neuwerts, der dem Kapital einverleibt wird und als vergegenständlichte, tote Arbeit die lebendige kommandiert, wird immer größer. Dies ist, wie wir gesehen haben, sogar bei gleichbleibendem oder steigendem Konsumniveau der Arbeiter der Fall. Diese Form der Verelendung des Arbeiters wird als **relative Verelendung** bezeichnet.

Davon zu unterscheiden ist die **absolute Verelendung**. Darunter versteht der Marxismus, daß die Quantität bzw. Qualität der Gebrauchsgegenstände, die der Arbeiter erhält, sich verringert bzw. verschlechtert. Die Reallöhne sinken also. (Davon zu unterscheiden sind die Nominallöhne, die trotzdem noch steigen können, doch durch Teuerung, steuerliche und andere Abzüge können die Reallöhne auch bei steigenden Nominallöhnen sinken.) Während relative Verelendung so gut wie immer eintritt, ist das bei der absoluten Verelendung nicht der Fall. Wohl aber gibt es eine anhaltende **Tendenz** zur absoluten Verelendung. Die Gesetze, die diese Tendenz hervorrufen, werden wir in den folgenden Kapiteln untersuchen.

Insbesondere dann, wenn durch Kriege und Krisen eine ungeheure absolute Verelendung eingetreten ist und in gewaltigem Ausmaß Produktivkräfte vernichtet wurden, kann es in der Folgezeit zu einer Periode der relativen Verbesserung der Lage der Arbeiter - ausgehend von einem sehr niedrigen Konsumniveau - kommen. Das war in Deutschland in einer relativ langen Periode nach dem 2. Weltkrieg der Fall. Voraussetzung hierfür war allerdings auch, daß der US-Imperialismus aus politischen Gründen - nämlich um Westdeutschland als Speerspitze des Kalten Krieges zu nutzen - enorme Kapitalmengen nach Westdeutschland pumpte

(Marshall-Plan). Hinzu kamen sehr günstige Exportbedingungen für das westdeutsche Kapital. Seit mehreren Jahren aber tritt wieder absolute Verelendung ein. Selbst die DGB-Führung gibt heute zu, daß seit 1992 die Reallöhne permanent sinken. Freilich aber hängen die Auswirkungen absoluter Verelendung entscheidend auch davon ab, von welchem Niveau ausgehend die Reallöhne sinken, auch die Auswirkungen auf das Bewußtsein der Arbeiterklasse. Doch die fortschreitende Bewegung der absoluten Verelendung muß früher oder später zu revolutionären Situationen führen. (vgl.: „Politiker des Kapitals diskutieren über revolutionäre Situationen“, in: Rugenberg, Franz, Blaue Reihe, Imperialismus konkret, Band 1, S. 216 f.)

Die absolute Verelendung kann verschiedene Formen annehmen. Hierzu gehören z.B. auch die Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates auf soziale Rechte der Arbeiter und Angestellten wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitslosenversicherung, Sozialleistungen usw. Es handelt sich hier faktisch um Lohnbestandteile, und ihre Kürzung bedeutet faktisch eine Kürzung des Reallohns. Hierzu gehört ferner auch die steuerliche Ausplünderung und die ständige Steigerung desjenigen Teils des Steueraufkommens der Arbeiterklasse, der für Zwecke des Kapitals verwendet wird. All die Abwehrkämpfe des Proletariats, die sich gegen derartige Angriffe auf seine Lebenslage richten, sind unmittelbar auch politische Kämpfe, da sie sich gegen den **Staat** richten.

### **Literatur zum relativen Mehrwert:**

**Kapital I, 8. Kapitel** (MEW 23 S. 245 - 320;  
in Auszügen: AW III S. 262 - 272)

und **10. - 13. Kapitel** (MEW 23 S. 331 - 530;  
in Auszügen: AW III S. 273 - 397)

Die **Kapitel 14 - 16** (MEW 23 S. 531 - 556) enthalten dann  
nochmals Analysen zum absoluten und relativen Mehrwert.

**Waffenschmidt, Kapitalismus**, S. 102 - 165, enthält aktuelle  
empirische Daten zum Reallohn, zur relativen und absoluten  
Verelendung (freilich nur bis 1990).

**VERSTÄNDNISFRAGEN:**

- ☞ Was besagt die Theorie der Produktionsfaktoren? Warum ist sie apologetisch?
- ☞ Was ist der Unterschied zwischen dem Wert des Neuprodukts und dem Neuwert? Welcher Wert wird zwischen Arbeiter und Kapitalist aufgeteilt? Wodurch wird diese Aufteilung bestimmt?
- ☞ Was ist die Aufgabe einer Gewerkschaft? Wie muß man in den heutigen Gewerkschaften arbeiten?
- ☞ Aus welchen Bestandteilen setzt sich der Wert einer kapitalistisch produzierten Ware zusammen?
- ☞ Was versteht man unter konstantem und variablem Kapital? Warum hat Marx diese Bezeichnungen gewählt?
- ☞ Was ist die Mehrwerttrate?
- ☞ Mit welchen Methoden kann der Kapitalist die Mehrwerttrate erhöhen?
- ☞ Was versteht man unter absoluter und relativer Verelendung der Arbeiterklasse? Warum kann es auch bei Verbesserung der Quantität und Qualität der Konsumgüter zu relativer Verelendung kommen? Warum findet relative Verelendung fast immer statt?
- ☞ Warum hat das Kapital keine immanenten Schranken, aufgrund derer es auf Leib und Leben des Arbeiter Rücksicht nehmen müßte?
- ☞ Warum ist der Kapitalist gezwungen, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten? Welcher Wesensbestandteil des Kapitals treibt zu dieser Bewegung, und vermittels welches äußeren Faktors setzt sich diese Bewegung durch?

**DIE WELT BEGREIFEN**

**UND VERÄNDERN**

**Die Profitrate und ihr  
tendenzieller Fall  
Warum der Kapitalismus  
untergehen muß**

Kapitel XI

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zur Zitierweise:**

<b>MEW:</b>	Marx-Engels-Werke
<b>AW:</b>	Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
<b>LW:</b>	Lenin-Werke
<b>LAW:</b>	Lenin, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1988
<b>SW:</b>	Stalin-Werke
<b>f.:</b>	und die folgende Seite
<b>ff.:</b>	und die folgenden Seiten

# Inhalt

Vorbemerkung zu diesem Kapitel .....	5
<b>I Begriff der Profitrate .....</b>	<b>7</b>
Mehrwertrate und Profitrate .....	8
Kommt der Profit „aus der Arbeit“ oder „aus dem Kapital“? (Produktionspreis und Kostpreis. Mehrwert und Profit) ...	11
„Just in time.“ Warum das Kapital „flexible“ Arbeitskraft liebt (Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals. Die Jahresprofitrate) .....	14
Warum das Kapital Heißhunger nach Überstunden hat, Arbeitsschutz aber fürchtet. (Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals) .....	16
<b>II Die Durchschnittsprofitrate .....</b>	<b>21</b>
Verwandlung des Werts in den Produktionspreis .....	22
Philosophischer Einschub: Nochmals zur Dialektik von Wesen und Erscheinung .....	34
Der geschichtliche Prozess der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate .....	39
Die Rolle der Konkurrenz bei der Ausglei chung der Profitraten .....	42
„Freiheit statt Sozialismus“? Marx über die Konkurrenz ..	49
Philosophischer Einschub: Zum dialektischem Verhältnis von Relativem und Absolutem .....	54
Durchschnittsprofitrate und Monopolprofit .....	58

<b>III Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate .....</b>	<b>67</b>
Das Gesetz als solches (Kapital III, 13. Kapitel) .....	68
Entgegenwirkende Ursachen (Kapital III, 14. Kapitel) .....	73
Zur Rolle der Sozialdemokratie .....	74
Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes. Warum Krisen im Kapitalismus unvermeidlich sind (Kapital III, 15. Kapitel) .....	76
Rosa Luxemburgs falsche Akkumulationstheorie .....	82
<b>IV Gibt es Wachstum im Kommunismus? .....</b>	<b>91</b>
Erweiterte Reproduktion .....	92
Marx über die Einsparung von Arbeit im Kommunismus	95
„Die natürlichen Grenzen des Wachstums“ – eine reaktionäre, apologetische Theorie .....	101
Negatives „Werte“wachstum und steigender Nutzeffekt im Kommunismus .....	103
Verständnisfragen .....	113

## VORBEMERKUNG ZU DIESEM KAPITEL

Dieses Kapitel setzt die Darstellung der marxistischen politischen Ökonomie fort, die mit Kapitel VIII begonnen und mit den Kapitel IX und X fortgeführt wurde. Die Kapitel zur politischen Ökonomie stellen eine Einheit dar. Hier gilt nicht ohne weiteres, was die Kapitel dieser Serie ansonsten anstreben, daß nämlich jedes für sich selbst im wesentlichen verständlich sein soll.

Kernpunkt dieses Kapitels ist Abschnitt III, nämlich die Darstellung des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate sowie der Folgen dieses Gesetzes. Die Analyse dieses objektiv wirkenden Gesetzes zeigt, warum der Kapitalismus keine Zukunft hat. Jede technische Neuerung, jegliches Wachstum der Produktion unterminiert die kapitalistische Ordnung. Dem stellt das Kapitel in Abschnitt IV gegenüber, welche Folgen wissenschaftlicher und technischer Fortschritt bei unmittelbar gesellschaftlicher Produktion, also im Kommunismus, haben werden.

Zunächst aber zeigt das Kapitel in Abschnitt I, was die Profitrate ist, und in Abschnitt II, warum sich eine Durchschnittsprofitrate herausbildet. Das in Kapitel VIII dargestellte Wertgesetz, wonach der Preis einer Ware um ihren Wert herum schwankt, wird bei kapitalistischer Produktion durch das Gesetz der Durchschnittsprofitrate modifiziert: Hier schwanken die Preise nicht mehr um den Wert, sondern um den Produktionspreis.



# **I. BEGRIFF DER PROFITRATE**

## MEHRWERTRATE UND PROFITRATE

Wir haben uns in Kapitel X mit der Mehrwertrate befaßt. Wir haben gesehen, daß die Mehrwertrate den Grad der Ausbeutung zum Ausdruck bringt. Sie ist der Quotient (das Verhältnis, der Bruch) aus dem Teil des Neuwerts, den die Kapitalisten sich als Mehrwert aneignen, und dem Teil, den die Arbeiter als Lohn erhalten. Wir haben gesehen, daß dieser Quotient mit dem Fortschritt der Produktivität immer größer wird, in Deutschland heute aller Wahrscheinlichkeit nach weit über 400 % beträgt. Man könnte daraus schließen, daß vorgeschossenes Kapital sich heute in geradezu märchenhaften Prozentsätzen verwertet. Dieser Schluß aber wäre voreilig. Die Bäume des Kapitals wachsen nicht in den Himmel.

Um die Verteilung des Neuwerts zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu untersuchen, mußten wir vom konstanten Kapitalteil abstrahieren. Dieser Kapitalteil ist ja kein Bestandteil des Neuwerts, sondern der betreffende Wert ist zu Beginn des jeweils betrachteten Produktionsprozesses bereits vorhanden und wird auf das Neuprodukt lediglich übertragen. Wenn wir aber betrachten wollen, wie das Kapital insgesamt sich verwertet, dann dürfen wir von diesem Kapitalteil **nicht** abstrahieren. Der Umstand, daß der konstante Kapitalteil keinen Mehrwert abwirft, ändert nämlich nichts daran, daß der Kapitalist den konstanten Kapitalteil ebenso wie den variablen investieren muß, um sein Kapital zu verwerten. Wollen wir also ermitteln, zu welcher Profitrate sich ein vorgeschossenes Kapital verwertet, so dürfen wir uns nicht auf die Betrachtung des Quotienten

$$\frac{m}{v}$$

beschränken, der die Mehrwertrate ausdrückt, sondern müssen den Quotienten

$$\frac{m}{c + v}$$

betrachten; letzterer drückt die Profitrate aus.

Die Analyse dieses Quotienten zeigt, warum die Bäume des Kapitals nicht in den Himmel wachsen. Unterstellen wir eine Mehrwertrate von 100 %, der Arbeiter leiste also an einem achtstündigen Arbeitstag 4 Stunden notwendige und 4 Stunden Surplusarbeit. (Surplusarbeit: unbezahlte Mehrarbeit; vgl. Kapitel X S. 78 f.) Unterstellen wir weiter, das konstante Kapital sei genauso groß wie das variable, ein Kapital von 100 (z.B. 100 Mark) setze sich aus 50 % konstantem Kapital und 50 % variablem Kapital zusammen. (Das wird so ausgedrückt: 50 c + 50 v.) Schießt der Kapitalist also v in Höhe von 100 Mark vor, so muß er ebenfalls c in Höhe von 100 Mark vorschießen und erhält dann als Profitrate

$$\frac{m}{c + v} = \frac{100 \text{ Mark}}{100 \text{ Mark} + 100 \text{ Mark}} = 50 \%$$

Nehmen wir jetzt an, das Verhältnis von konstantem und variablem Kapital betrage 3 : 1, die Zusammensetzung sei also 75 c + 25 v. Hat unser Kapitalist wieder 200 Mark zum Investieren zur Verfügung, so muß er jetzt 150 Mark als konstantes Kapital und kann nur noch 50 Mark als variables Kapital investieren. Doch nur das variable Kapital wirft Mehrwert ab. Bleibt die Mehrwertrate bei 100 %, so wirft der variable Kapitalteil von 50 Mark hier nur 50 Mark Mehrwert ab. Wir erhalten also als Profitrate

$$\frac{m}{c + v} = \frac{50 \text{ Mark}}{150 \text{ Mark} + 50 \text{ Mark}} = 25 \%$$

Die Verdreifachung des Verhältnisses von konstantem und variablem Kapital hat hier zu einer Halbierung der Profitrate geführt. Will unser Kapitalist (bei dem hier zugrundegelegten Zahlenbeispiel) trotz Verdreifachung des Verhältnisses von konstantem und variablem Kapital die Profitrate von 50 % halten, so müßte er die Mehrwertrate von 100 % auf 200 % verdoppeln. Dann nämlich würde er auf den investierten variablen Kapitalteil von 50 Mark den doppelten Mehrwert erhalten, nämlich 100 Mark.

Die Profitrate wäre dann

$$\frac{m}{c + v} = \frac{100 \text{ Mark}}{150 \text{ Mark} + 50 \text{ Mark}} = 50 \%$$

Die Zusammensetzung des Kapitals in seinen konstanten und variablen Teil wird als organische Zusammensetzung des Kapitals bezeichnet, das Wachsen des konstanten Kapitalteils in Verhältnis zum variablen als Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Infolge des technischen Fortschritts erhöht sich die organische Zusammensetzung des Kapitals so gut wie ständig. Wir werden später darauf zurückkommen, daß dies tendenziell in Richtung des Fallens der Profitrate wirkt, daß dem aber andere Wirkungslinien entgegenstehen. Bereits hier haben wir gesehen: Mit dem Steigen der Mehrwertrate kann einem aus der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals resultierenden Fallens der Profitrate entgegengewirkt werden. Bevor wir uns diesen Fragen zuwenden, wollen wir aber einige andere Probleme betrachten, die mit der Profitrate zusammenhängen.

# KOMMT DER PROFIT „AUS DER ARBEIT“ ODER „AUS DEM KAPITAL“?

## (PRODUKTIONSPREIS UND KOSTPREIS. MEHRWERT UND PROFIT)

*„Der Wert jeder kapitalistisch produzierten Ware  $W$  stellt sich dar in der Formel:  $W = c + v + m$ . Ziehn wir von diesem Produktenwert den Mehrwert  $m$  ab, so bleibt ein bloßes Äquivalent oder ein Ersatzwert in Ware für den in den Produktionselementen verausgabten Kapitalwert  $c + v$ .“* (Marx, Kapital III, MEW 25, S. 34)

Die Summe  $c + v$  bringt zum Ausdruck, was die Produktion der Ware den Kapitalisten kostet. Marx bezeichnet diese Summe daher als den **kapitalistischen Kostpreis**. Der Kapitalist muß ja lediglich den Preis der Produktionsmittel vorschießen, das konstante Kapital, und den Preis der Arbeitskraft, das variable Kapital. Den Wertbestandteil  $m$  erhält er ohne Gegenleistung. Die Gesellschaft jedoch kostet die Produktion der betreffenden Ware mehr. Gesellschaftlich muß sowohl der Wert der Produktionsmittel ( $c$ ) erarbeitet werden als auch der gesamte Neuwert ( $v + m$ ). Die zur Herstellung der betreffenden Ware erforderliche gesellschaftliche Arbeit wird durch den Wertausdruck  $c + v + m$  bezeichnet; dieser Wertausdruck bezeichnet die **gesellschaftlichen Produktionskosten**, die gesellschaftlich zur Herstellung dieser Ware zu leistende Arbeit. Diesen Wertausdruck nennt Marx **Produktionspreis**. *„Was die Ware dem Kapitalisten kostet, und was die Produktion der Ware selbst kostet, sind allerdings zwei ganz verschiedene Größen. Der aus Mehrwert bestehende Teil des Warenwerts kostet dem Kapitalisten nichts, eben weil er dem Arbeiter unbezahlte Arbeit kostet.(...) Die kapitalistische Kost der Ware mißt sich an der Ausgabe in **Kapital**, die wirkliche Kost der Ware an der Ausgabe in **Arbeit**.“* (ebenda, Hervorhebungen von Marx)

Entscheidend für den Kapitalisten ist letztlich die **Profitrate**. Ihn muß vor allem interessieren, wieviel er zu Beginn der Produktion vorschießen muß und wieviel Geld letztlich herauskommt. Vorschießen muß er sowohl den konstanten als auch den variablen Kapitalteil. Der Umstand, daß diese beiden Kapitalteile „im Wertbildungsprozeß der Ware und daher auch im Verwertungsprozeß des Kapitals eine funktionell verschiedene Rolle“ spielen (ebenda, S. 42), daß nämlich **nur der variable Kapitalteil** goldene Eier abwirft, dieser Umstand bleibt dem Kapitalisten verborgen: „Denn diese Elemente gehn gleichmäßig in die Bildung des Kostpreises ein.“ (ebenda, S. 45) „Obgleich nur der variable Teil des Kapitals Mehrwert schafft, so schafft er ihn unter der Bedingung, daß auch die andren Teile vorgeschossen werden, die Produktionsbedingungen der Arbeit.“ (S. 52)

„Mehrwert und Rate des Mehrwerts sind relativ, das Unsichtbare und das zu erforschende Wesentliche, während Profitrate und daher die Form des Mehrwerts als Profit sich auf der Oberfläche der Erscheinungen zeigen.“ (S. 53) Freilich liegt es nur im Interesse der Arbeiterklasse, das Wesentliche zu erforschen, während der Zusammenhang seines Gewinns „mit den besondern Bestandteilen des Kapitals“ den Kapitalisten nicht nur nicht interessiert, „sondern es sein Interesse ist, sich blauen Dunst über (...) diesen innern Zusammenhang vorzublasen.“ (ebenda) Denn er hat gewiß kein Interesse, sich zu verdeutlichen, daß sein Gewinn aus der Arbeit seiner Arbeiter kommt; für ihn kommt sein Gewinn aus seinem Kapital.

„Indem alle Teile des Kapitals gleichmäßig als Quelle des überschüssigen Werts (Profits) erscheinen, wird das Kapitalverhältnis mystifiziert.“ (S. 55) Marx weist weiter darauf hin, daß eine solche Mystifikation gesetzmäßig ist bei der während des kapitalistischen Produktionsprozesses vor sich gehenden „Verkehrung von Subjekt und Objekt“: „Einerseits wird der Wert, die vergangne Arbeit, die die lebendige beherrscht, im Kapitalisten personifiziert; andererseits erscheint umgekehrt der Arbeiter als bloß gegenständliche Arbeitskraft, als Ware.“ (ebenda) Daß der Kapitalist, die Personifikation der toten Arbeit, die die lebendige beherrscht, sich darüber täuschen muß, daß sein Gewinn nur aus der lebendi-

gen Arbeit seiner Arbeiter kommt, daß er glauben muß, sein Gewinn komme aus seinem Kapital, daß er seine Arbeiter nur als gegenständliche Produktionsbedingung sehen kann (auf gleicher Stufe wie Maschinen und Produktionsanlagen, denn beide muß er gleichermaßen bezahlen), das ist gesetzmäßig. *„In dem Prozeß der Zirkulation vergißt er den Produktionsprozeß. Das Realisieren des Werts der Waren - worin das Realisieren ihres Mehrwerts eingeschlossen - gilt ihm als Machen dieses Mehrwerts.“* (ebenda, S. 147) Der Kapitalist ist der „Macher“, in seiner Vorstellung macht er den Gewinn, beileibe nicht der Arbeiter.

**Literatur:**

**Kapital III, Kapitel 1 und 2:** MEW 25, S. 33 - 58

## „JUST IN TIME.“ WARUM DAS KAPITAL „FLEXIBLE“ ARBEITSKRAFT LIEBT.

### (UMSCHLAGSGESCHWINDIGKEIT DES KAPITALS. DIE JAHRESPROFITRATE)

Bei unseren Betrachtungen der Profitrate haben wir bisher davon abgesehen, wie oft ein bestimmtes Kapital in einem bestimmten Zeitraum umschlägt. Das ist aber für den Kapitalisten höchst bedeutsam. Hat er z.B. 10.000 DM vorgeschossen, und sind durch die Arbeit seiner Arbeiter Waren im Wert von 11.000 DM geschaffen worden, so ist für ihn wichtig, daß diese Waren nicht nur auf Halde liegen, sondern auch verkauft werden. Erst dann, wenn dieser Wert wieder Geldform angenommen hat, also in Form von  $G'$  in seine Tasche zurückgewandert ist, erst dann kann er wieder investieren, und der Kreislauf beginnt von neuem. Wichtig ist dabei nicht nur, **daß** die produzierten Waren verkauft, Wertersatz des vorgeschossenen Werts nebst Mehrwert also realisiert werden, sondern auch, **in welchem Zeitraum** das geschieht. Es macht offenbar einen gewaltigen Unterschied, ob das Kapital von 10.000 DM, das wir vorausgesetzt haben, in einem Jahr einmal oder - sagen wir - fünfmal umschlägt. Unterstellen wir, daß es bei jedem Umschlag 1.000 DM Profit abwirft, so erhalten wir in ersterem Fall einen Jahresprofit von 1.000 DM und eine Jahresprofitrate von  $1.000 \text{ DM} : 10.000 \text{ DM} = 10 \%$ , in zweiterem Fall einen Jahresprofit von 5.000 DM und eine Jahresprofitrate von  $5.000 \text{ DM} : 10.000 \text{ DM} = 50 \%$ . Dabei haben wir der Einfachheit halber im zweiten Fall, beim fünfmaligen Umschlag innerhalb eines Jahres, unterstellt, daß jeweils nur die ursprünglichen 10.000 DM wieder investiert werden, nicht aber der jeweils erzielte Profit. Würde man davon ausgehen, daß jedesmal nicht nur das ursprüngliche  $G$ , sondern das jeweilige  $G'$  neu investiert wird, so wäre bei fünfmaligem Umschlag der Jahresprofit höher als 5.000 DM und die Jahresprofitrate höher als 50 %.

Nach alledem ist deutlich, warum die Kapitalisten volle Warenlager fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Die Verlängerung der Umlaufzeit drückt empfindlich auf die Jahresprofitrate. Und umgekehrt: Je kürzer die Umlaufzeit, je höher die Umlaufgeschwindigkeit, desto höher die Jahresprofitrate. Das ist der Grund, warum die Arbeitskraft den Kapitalisten um so lieber ist, je flexibler sie ist. Je mehr der Arbeiter seine Lebensführung den jeweiligen Erfordernissen der Kapitalverwertung anpaßt, desto höher der Jahresprofit. Daher so klangvolle Flexibilisierungsprogramme wie „just in time“. Das Kapitalistenideal besteht diesbezüglich darin, daß es **gar keine** Warenlager gibt. Gearbeitet wird nur auf Bestellung.

Das Paradies für die Kapitalisten wäre, so könnte man meinen, ein unbeschränktes hire and fire. Keinerlei Kündigungsschutz. Doch abgesehen von der Kampfkraft der Arbeiterklasse steht dem eine immanente Schranke entgegen: Der Kapitalist braucht in der Regel eine bestimmte Stammebelegschaft von qualifizierten Arbeitern, die auf lange Sicht im betreffenden Betrieb arbeiten. Je weniger Qualifikation eine bestimmte Arbeit aber erfordert, desto größer das Interesse des Kapitals, ohne Rücksicht auf irgendeinen Kündigungsschutz einstellen und entlassen zu können. Daher wird heute, angesichts der Schwäche der Arbeiterbewegung, der Ruf nach „Deregulierung“, also nach Streichung staatlicher Bestimmungen, die den Arbeiter schützen, auch im Bereich des Kündigungsschutzes immer lauter. Derartige soziale Rechte wurden von der Arbeiterklasse erkämpft, und sie können - wenn ihr Widerstand nicht groß genug ist - ihr auch wieder genommen werden. Derartige Frage sind reine Machtfragen; sie werden vom Kräfteverhältnis der beiden Seiten entschieden.

### **Literatur:**

- **Kreislauf und Umschlag des Kapitals: Kapital II,**  
**1. und 2. Abschnitt:** MEW 24, S. 31 - 350
- **Zur Wirkung des Umschlags auf die Profitrate: Kapital III,**  
**4. Kapitel:** MEW 25, S. 80 - 86

## WARUM DAS KAPITAL HEISSHUNGER NACH ÜBERSTUNDEN HAT, ARBEITSSCHUTZ ABER FÜRCHTET.

### (ÖKONOMIE IN DER ANWENDUNG DES KONSTANTEN KAPITALS)

Wie wir gesehen haben, täuscht der Kapitalist sich zwar gerne über die Tatsache, daß nur der variable Kapitalteil seinen Gewinn abwirft. Diese Selbsttäuschung hindert ihn nicht daran, sorgsamst auf Reduzierung des keinen Mehrwert abwerfenden, insgesamt aber unvermeidlichen konstanten Kapitalteils bedacht zu sein. Die diesbezüglichen Bemühungen des Kapitalisten behandelt Marx im 5. Kapitel von *Kapital III „Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals“*.

Vor allem ist hier der Heißhunger des Kapitals nach Überstunden hervorzuheben. Wir haben schon in Kapitel X bei der Behandlung des absoluten Mehrwerts gesehen, daß der Kapitalist ein Interesse an der Verlängerung des Arbeitstags hat, und zwar auch dann, wenn die Überstunden bezahlt werden. Unterstellen wir eine Mehrwertrate von 400 % und einen stündlichen Neuwert von 100 DM, so sackt der Kapitalist in jeder Arbeitsstunde 80 DM Mehrwert ( $80 : 20 = 400 \%$ ) ein. Bei einem Arbeitstag von acht Stunden sackt er also  $8 \times 80 \text{ DM} = 640 \text{ DM}$  ein, bei einem Arbeitstag von zehn Stunden aber  $10 \times 80 \text{ DM} = 800 \text{ DM}$ . Noch deutlicher wird der Vorteil, den der Kapitalist aus Überstunden zieht, wenn man das gesamte vorgeschossene Kapital, also auch den konstanten Kapitalteil, in Betracht zieht:

*„Die Vermehrung des absoluten Mehrwerts oder die Verlängerung der Mehrarbeit und darum des Arbeitstags, bei gleichbleibendem variablem Kapital, also bei Anwendung derselben Arbeiteranzahl zu nominell demselben Lohn - wobei es gleichgültig, ob die Überzeit bezahlt wird oder nicht - senkt relativ den Wert des konstanten Kapitals gegenüber*

dem Gesamtkapital und dem variablen Kapital und erhöht dadurch die Profitrate, auch abgesehen von dem Wachstum und der Masse des Mehrwerts und der möglicherweise steigenden Rate des Mehrwerts. Der Umfang des fixen Teils des konstanten Kapitals (nämlich des Teils des konstanten Kapitals, der nicht mit einem Mal verbraucht wird, dessen Wert also erst nach vielen Umschlagperioden in Geldform zum Kapitalisten zurückfließt, also des Anlagevermögens, d. Verf.), Fabrikgebäude, Maschinerie etc. bleibt derselbe, ob 16 oder 12 Stunden damit gearbeitet wird. Die Verlängerung des Arbeitstags erheischt keine neue Auslage in diesem, dem kostspieligsten Teil des konstanten Kapitals. Es kommt hinzu, daß der Wert des fixen Kapitals so in einer kürzern Reihe von Umschlagsperioden reproduziert, also die Zeit verkürzt wird, für die es vorgeschossen werden muß, um einen bestimmten Profit zu machen. Die Verlängerung des Arbeitstags steigert daher den Profit, selbst wenn die Überzeit bezahlt, und bis zu einer gewissen Grenze, selbst wenn sie höher bezahlt wird als die normalen Arbeitsstunden. Die stets wachsende Notwendigkeit der Vermehrung des fixen Kapitals im modernen Industriesystem war daher ein Hauptstachel zur Verlängerung des Arbeitstags für profitwütige Kapitalisten.“ (Kapital III, MEW 25, S. 87) Marx zitiert aus einem Bericht eines Fabrikinspektors: „Da in allen Fabriken ein sehr hoher Betrag von fixem Kapital in Gebäuden und Maschinen steckt, so wird der Gewinn um so größer sein, je größer die Anzahl der Stunden, während deren diese Maschinerie in Arbeit gehalten werden kann.“ (ebenda) Heute heißt das: Maschinenlaufzeiten erhöhen.

„Eine ganze Reihe laufender Unkosten bleibt sich beinahe oder ganz gleich bei längrem wie bei kürzrem Arbeitstag. Die Aufsichtskosten sind geringer für 500 Arbeiter bei 18 Arbeitsstunden als für 750 bei 12 Stunden.“ Wieder zitiert Marx aus einem Bericht eines Fabrikinspektors: „Die Betriebskosten einer Fabrik bei zehnstündiger Arbeit sind beinahe gleich hoch wie bei zwölfstündiger.“ Weiter Marx: „Staats- und Gemeindesteuern, Feuerversicherung, Lohn verschiedner ständiger Angestellter, Entwertung der Maschinerie und verschiedene andre Unkosten einer Fabrik laufen unverändert voran bei langer oder kurzer Arbeitszeit; im

*Verhältnis wie die Produktion abnimmt, steigen sie gegenüber dem Profit.“ (ebenda, S. 88)*

Als weiteres Beispiel für die „Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals“ ist anzuführen:

*„Diese Ökonomie erstreckt sich auf Überfüllung enger, ungesunder Räume mit Arbeitern, was auf kapitalistisch Ersparung an Baulichkeiten heißt; Zusammendrängung gefährlicher Maschinerie in denselben Räumen und Versäumnis von Schutzmitteln gegen die Gefahr; Unterlassung von Vorsichtsmaßregeln in Produktionsprozessen, die ihrer Natur nach gesundheitswidrig oder wie in Bergwerken mit Gefahr verbunden sind usw. Gar nicht zu sprechen von der Abwesenheit aller Anstalten, um dem Arbeiter den Produktionsprozeß zu vermenschlichen, angenehm oder nur erträglich zu machen. Es würde dies vom kapitalistischen Standpunkt eine ganz zweck- und sinnlose Verschwendung sein. Die kapitalistische Produktion ist überhaupt, bei aller Knauserie, durchaus verschwenderisch mit dem Menschenmaterial, ganz wie sie andererseits (...) sehr verschwenderisch mit den materiellen Mitteln umgeht und auf der einen Seite für die Gesellschaft verliert, was sie auf der andern für den einzelnen Kapitalisten gewinnt.“ (ebenda, S. 97)*

Verschwenderisch mit dem Menschenmaterial wie auch mit den natürlichen Ressourcen. Maßnahmen zum Schutz der Umwelt beispielsweise kosten Geld und sind vom Standpunkt des Kapitals meist eine unproduktive Verschwendung von konstantem Kapital. Etwas anderes kann gelten, wenn durch ökologische Maßnahmen Rohstoffe eingespart und damit die Ausgaben an konstantem Kapital reduziert werden. Aber auch dann stellt sich im Einzelfall noch die Frage, ob sich das vom borniert bürgerlichen Standpunkt aus rechnet, da in der Regel der **kurzfristige** Profit ausschlaggebend ist, und Investitionen, die sich nur sehr langfristig rechnen würden, fallen dann oft unter den Tisch. Daher kommt bei kapitalistischer Produktion allenfalls ein kleiner Teil der technisch machbaren Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zur Anwendung, und bereits die Forschung in diesem Bereich wird durch die kapitalistischen Verhältnisse massiv behindert: Es muß ja Geld da sein, um nachhaltig forschen zu können. Auch häufige Unglücksfälle

mit Toten und Verletzten, die auf Verschleiß von konstantem Kapital zurückzuführen sind, sind erst dann Grund zu (häufig unzureichenden) neuen Investitionen, wenn der Ruf des Unternehmens und damit perspektivisch der Profit Schaden leidet. Der Staat schreitet - mit Arbeitsschutzbestimmungen, ökologischen Auflagen usw. - nur dann ein, wenn entweder solche Schäden entstehen, die den Profit der ganzen Kapitalistenklasse beeinträchtigen, oder wenn die Empörung der Öffentlichkeit solche Wellen schlägt, daß auf längere Sicht die Existenz der kapitalistischen Ordnung bedroht ist.

**Literatur:**

**Kapital III, 5. Kapitel:** MEW 25, S. 87 - 114



# **II. DIE DURCHSCHNITTSPROFITRATE**

## VERWANDLUNG DES WERTS IN DEN PRODUKTIONSPREIS

Die organische Zusammensetzung des Kapitals, also das Verhältnis des vorgeschossenen konstanten und variablen Kapitalteils, muß in verschiedenen Industriezweigen notwendigerweise unterschiedlich sein. Je größer der Bestandteil von  $c$  bzw. je kleiner der Bestandteil von  $v$ , desto größer das von einem bestimmten Quantum Arbeit in Bewegung gesetzte Quantum Produktionsmittel, desto höher also die Arbeitsproduktivität. Marx bezeichnet daher Kapitale, die anteilig mehr konstantes, folglich weniger variables Kapital enthalten als im gesellschaftlichen Durchschnitt, als Kapitale von **höherer** organischer Zusammensetzung. Kapitale, bei denen der konstante Teil einen niedrigeren und der variable folglich einen höheren Prozentsatz ausmachen als im gesellschaftlichen Mittel, bezeichnet er als Kapitale von **niedrigerer** organischer Zusammensetzung. (ebenda, S. 173) Ohne weiteres leuchtet z.B. ein, daß man in der Stahlproduktion einen weitaus größeren Teil des Kapitals für Produktionsmittel aufwenden muß als in der Brathendl-Produktion.

Unterstellen wir gleiche Mehrwertraten, so wäre beim Verkauf der Waren zu ihren Werten die Profitrate dort am niedrigsten, wo die organische Zusammensetzung und damit die Produktivität am höchsten ist, und umgekehrt. Das würde aber z.B. dazu führen, daß kein Kapital in die Stahlproduktion flösse, da es sich dort besonders schlecht verwenden würde. Verschiedene notwendige Produktionszweige, und zwar gerade diejenigen mit hoher Produktivität, würden also unter chronischem Kapitalmangel leiden bzw. es flösse gar kein Kapital in diese Zweige. Die Erfahrung zeigt aber, daß es der Kapitalismus ab einem bestimmten Entwicklungsgrad auch zur Schwerindustrie gebracht hat; allgemein gesprochen: daß eine Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf alle Zweige der Produktion stattfindet, auch auf diejenigen Zweige, bei denen eine hohe organische Zusammensetzung des Kapitals unvermeidlich ist. Dies wäre nicht möglich, wenn die kapitalistisch hergestellten Waren im Mittel zu ihrem Wert verkauft würden. „*Es scheint*

also, daß die Werttheorie hier unvereinbar ist mit der wirklichen Bewegung, unvereinbar mit den tatsächlichen Erscheinungen der Produktion und daß daher überhaupt darauf verzichtet werden muß, die letzteren zu begreifen.“ (Kapital III, MEW 25, S. 162) In diesem Dilemma bewegte sich die politische Ökonomie, bis Marx das betreffende Problem löste: Die einen hielten an der These fest, daß die Waren nicht nur in der einfachen, sondern auch in der kapitalistischen Warenproduktion im Mittel zu ihren Werten verkauft werden. Dadurch entfernten sie sich aber von den Fakten. Die anderen akzeptierten die Fakten um den Preis, daß sie das Wertgesetz und damit jeden Versuch des theoretischen Begreifens über Bord warfen. Wie aber löst sich dieses Problem?

Verdeutlichen wir zunächst die Problemstellung anhand eines von Marx auf Seite 165 von *Kapital III* gegebenen Zahlenbeispiels, bei dem vorausgesetzt wird, daß die Waren zu ihren Werten verkauft werden. Der Einfachheit halber ist hier eine in allen Fällen gleiche Mehrwertrate, nämlich von 100 %, und ein Kapital von 100 (z.B. 100 DM) unterstellt. Unter „Kapitale“ wird die organische Zusammensetzung des jeweiligen Kapitals erfaßt; „80 c + 20 v“ bedeutet z.B., daß 80 DM in konstantes und 20 DM in variables Kapital investiert werden.

	Kapitale	Mehrwertrate	Mehrwert	Produktwert	Profitrate
I.	80c + 20v	100%	20	120	20%
II.	70c + 30v	100%	30	130	30%
III.	60c + 40v	100%	40	140	40%
IV.	85c + 15v	100%	15	115	15%
V.	95c + 5v	100%	5	105	5%

Vorgeschossene Kapitale gleicher Größe werfen bei gleicher Mehrwertrate und unterschiedlicher organischer Zusammensetzung also sehr unterschiedliche Profite ab, sofern die hergestellten Waren zu ihren Werten verkauft werden. Würden die Waren zu ihren Werten verkauft, so würde das Kapital in solche Produktionszweige strömen, in denen hohe Profitraten erzielt werden können, also in Branchen mit niedriger organischer Zusammensetzung, während es aus den Zweigen mit hoher organischer Zusammensetzung flüchten bzw. gar nicht erst dorthin strömen würde.

Nun ist es rechnerisch kein Problem, aus den verschiedenen organischen Zusammensetzungen und aus den verschiedenen Profitraten eine durchschnittliche organische Zusammensetzung und eine durchschnittliche Profitrate herauszurechnen. In unserem Zahlenbeispiel wäre die durchschnittliche Zusammensetzung  $78c + 22v$ , die durchschnittliche Profitrate also 22 %. Diese rechnerische Möglichkeit wird zur ökonomischen Wirklichkeit, denn: *„Diese verschiedenen Profitraten werden durch die Konkurrenz zu einer allgemeinen Profitrate ausgeglichen, welche der Durchschnitt aller dieser verschiedenen Profitraten ist.“* (S. 167)

Wir werden weiter unter sehen, wie „die Konkurrenz“ dies bewirkt. Zunächst wollen wir durch Fortführung unseres obigen Zahlenbeispiels das Resultat dieser Ausgleichung verdeutlichen. Wieder unterstellen wir eine Mehrwertrate von 100 %, doch jetzt werden die unterschiedlichen Profitraten zu einer einheitlichen ausgeglichen. Grundsätzlich orientieren wir uns an dem von Marx in MEW 25 auf S. 166 gegebenen Zahlenbeispiel, das wir jedoch in einer Hinsicht vereinfachen: Marx weist darauf hin und legt in seinem Zahlenbeispiel zugrunde, daß in der Regel (außer mitunter bei Kapitalen mit sehr niedriger organischer Zusammensetzung) nur ein Teil, und zwar meist ein kleiner Teil von  $c$ , innerhalb **eines** Produktionsprozesses in den Wert des Neuprodukts eingeht, da das fixe Kapital (Maschinen, Produktionsanlagen usw.) nur über längere Zeit, bei der Herstellung vieler Produkte, verbraucht wird. Marx zeigt, daß es bezüglich der Profitrate gleichgültig ist, zu welchem Anteil  $c$  aus fixem und aus zirkulierendem Kapital besteht. (S. 165 f.)

(Zum Begriff des fixen und zirkulierenden Kapitals vgl. Kapitel X S. 26 f.) Dies ist aus folgendem Grund gleichgültig: In Bezug auf die Profitrate spielt es keine Rolle, ob ein Wertbestandteil von  $c$  nur nach und nach - sagen wir: nur in 5 Jahren vollständig - in den Wert des Neuprodukts eingeht oder ob er zwar sofort in voller Höhe in den Wert des Neuprodukts eingeht, dann aber für neue Produktion gleich wieder vorgeschossen werden muß: Zu einem gegebenen Zeitpunkt ist er so oder so vorgeschossen. Wir wollen in der folgenden Tabelle daher der Einfachheit halber unterstellen, daß jeweils der **gesamte** Wert von  $c$  in den Wert des Neuprodukts eingeht, obwohl dies natürlich nicht so ist.

	<b>Kapitale</b>	<b>Mehr- wert</b>	<b>Wert der Waren</b>	<b>Kost- preis der Waren</b>	<b>Preis der Waren</b>	<b>Profit- rate</b>	<b>Abwei- chung des Preises vom Wert</b>
<b>I.</b>	80c + 20v	20	120	100	122	22%	+ 2
<b>II.</b>	70c + 30v	30	130	100	122	22%	- 8
<b>III.</b>	60c + 40v	40	140	100	122	22%	- 18
<b>IV.</b>	85c + 15v	15	115	100	122	22%	+ 7
<b>V.</b>	95c + 5v	5	105	100	122	22%	+ 17

Auf jedes vorgeschossene Gesamtkapital von 100 wird also ein Profit von 22 erzielt, überall beträgt die Profitrate 22 %. Da wir von 5 Kapitalen im Wert von jeweils 100 ausgehen, beträgt der Gesamtprofit dieser 5 Kapitale  $5 \times 22 = 110$ . 110 beträgt auch der Gesamtmehrwert, der in diesen 5 Produktionszweigen erzielt wird. Wir sehen, daß Quelle des Profits einzig und allein der Mehrwert ist: Der in den einzelnen Zweigen erzielte Mehrwert wird lediglich unter den Zweigen umverteilt, so daß jedes Kapital - unabhängig von seiner organischen Zusammensetzung - den gleichen Profit erzielt. Insgesamt werden Preise von 610 realisiert, und 610 beträgt auch die Summe aller Werte, die in den 5 Produktionszweigen geschaffen werden. Bei aller Umverteilung zwischen den Kapitalisten der 5 Zweige können diese insgesamt also nur Preise in Höhe der Summe der in den 5 Zweigen produzierten Werte erzielen.

Wir sehen dabei von den Preisschwankungen entsprechend dem jeweiligen Verhältnis von Angebot und Nachfrage ab, da diese Schwankungen sich im gesellschaftlichen Mittel ausgleichen. **Im Unterschied zur einfachen Warenproduktion, wo die Preise um den Warenwert schwanken, schwanken sie hier, bei kapitalistischer Produktion, um den Produktionspreis.** Daß und wie dabei der Begriff des Produktionspreises gegenüber der Darstellung zu Beginn dieses Kapitels modifiziert werden muß, werden wir gleich sehen.

Daß die Umverteilung unter den Kapitalien der verschiedenen Branchen **keinesfalls eine Erscheinung jenseits des Wertgesetzes ist**, sondern daß einzig und allein der in den verschiedenen Branchen produzierte Gesamtwert umverteilt wird, können wir in unserem Zahlenbeispiel auch daraus ersehen, daß die Abweichungen der Preise von den Werten ( $+ 2 - 8 - 18 + 7 + 17 = 0$ ) sich insgesamt ausgleichen.

**Im Ganzen gesehen** können also nur Preise in Höhe der Werte realisiert werden, lediglich in Bezug auf die **Verteilung** des Mehrwerts auf die verschiedenen Kapitale wirkt das Wertgesetz bei kapitalistischer Produktion in modifizierter Form. *„Obgleich daher die Kapitalisten der verschiedenen Produktionsphären beim Verkauf ihrer Waren die in der Produktion dieser Waren verbrauchten Kapitalwerte*

zurückzieh'n (zurückerhalten, d. Verf.), so lösen sie nicht den in ihrer eignen Sphäre bei der Produktion dieser Waren produzierten Mehrwert und daher Profit ein, sondern nur so viel Mehrwert und daher Profit, als vom Gesamtmehrwert oder Gesamtprofit, der vom Gesamtkapital der Gesellschaft in allen Produktionssphären zusammengenommen, in einem gegebenen Zeitabschnitt produziert wird, bei gleicher Verteilung auf jeden aliquoten Teil (im ganzen ohne Rest aufgehenden Teil, d. Verf.) des Gesamtkapitals fällt. Pro 100 zieht jedes vorgeschobne Kapital, welches immer seine Zusammensetzung, in jedem Jahr oder andern Zeitabschnitt den Profit, der für diesen Zeitabschnitt auf 100 als den sovielsten Teil des Gesamtkapitals kommt. Die verschiedenen Kapitalisten verhalten sich hier, soweit der Profit in Betracht kommt, als bloße Aktionäre einer Aktiengesellschaft, worin die Anteile am Profit gleichmäßig pro 100 verteilt werden und daher für die verschiedenen Kapitalisten sich nur unterscheiden nach der Größe des von jedem in das Gesamtunternehmen gesteckten Kapitals, nach seiner verhältnismäßigen Beteiligung am Gesamtunternehmen, nach der Zahl seiner Aktien.“ (S. 168) „Es ist klar, daß der Durchschnittsprofit nichts sein kann als die Gesamtmasse des Mehrwerts, verteilt auf die Kapitalmassen in jeder Produktionssphäre nach Verhältnis ihrer Größen. Es ist das Ganze der realisierten unbezahlten Arbeit, und diese Gesamtmasse stellt sich dar, ebensogut wie die bezahlte tote und lebendige Arbeit, in der Gesamtmasse von Waren und Geld, die den Kapitalisten zufällt.“ (S. 183)

Mit der Herausbildung des Durchschnittsprofits ist auch der Begriff des Produktionspreises gegenüber der Bestimmung, die wir zu Beginn dieses Kapitels entwickelt haben, modifiziert. „Der Produktionspreis der Ware ist also gleich ihrem Kostpreis plus dem, entsprechend der allgemeinen Profitrate, prozentig ihm zugesetzten Profit oder gleich ihrem Kostpreis plus dem Durchschnittsprofit.“ (S. 167) Der Produktionspreis ist „verwandelte Form des Werts“. (S. 173)

Auch bezüglich der Bestimmung des Kostpreises ist eine Modifikation eingetreten: „Ursprünglich wurde angenommen, daß der Kostpreis einer Ware gleich sei dem **Wert** der in ihrer Produktion konsumierten Waren. Der Produktionspreis einer Ware ist aber für den Käufer derselben ihr

*Kostpreis und kann somit als Kostpreis in die Preisbildung einer andren Ware eingehn.“* (S. 174, Hervorhebung von Marx) Kauft ein Kapitalist nämlich Produktionsmittel (Rohstoffe, Maschinen usw.), so zahlt er nicht deren Wert, sondern deren Produktionspreis, und folglich geht nicht der Wert, sondern der - im vorherigen Zitat neu definierte - Produktionspreis dieser Produktionsmittel in den Kostpreis der Waren ein, die dieser Kapitalist dann herstellen läßt.

Wir haben hier Beispiele dafür, daß die zunächst gewonnenen Begriffe für Marx keineswegs endgültige sind, sondern daß die von ihm verwandten Begriffe in Bewegung sind, in einer Bewegung, die die Bewegung der Dinge widerspiegelt, vgl. Kapitel VIII S. 134.

So warnt Engels vor dem *„Mißverständnis, daß Marx da definieren will, wo er entwickelt, und daß man überhaupt bei Marx nach fix und fertigen, ein für allemal gültigen Definitionen suchen dürfe“*. (Engels, Vorwort zum 3. Band des *Kapitals*, MEW 25, S. 20)

Unverändert aber gilt, daß *„in der Gesellschaft selbst - die Totalität aller Produktionszweige betrachtet - die Summe der Produktionspreise der produzierten Waren gleich der Summe ihrer Werte“* ist. (Marx, *Kapital III*, MEW 25, S. 169) Dementsprechend gilt unverändert, *„daß, was in der einen Ware zuviel, in der andren zuwenig für Mehrwert eingeht und daß daher auch die Abweichungen vom Wert, die in den Produktionspreisen der Waren stecken, sich gegeneinander aufheben.“* (S. 171) Nebenbei bemerkt: Im anschließenden Satz trifft Marx eine allgemeine, für den Kapitalismus überhaupt zutreffende Feststellung: *„Es ist überhaupt bei der ganzen kapitalistischen Produktion immer nur in einer sehr verwickelten und annähernden Weise, als nie festzustellender Durchschnitt ewiger Schwankungen, daß sich das allgemeine Gesetz als die beherrschende Tendenz durchsetzt.“* (ebenda)

In der Durchschnittsprofitrate sind nicht nur diejenigen Unterschiede ausgelöscht, die sich aus der unterschiedlichen organischen Zusammensetzung des Kapitals in den verschiedenen Produktionszweigen ergeben, sondern auch diejenigen Unterschiede bezüglich der Jahresprofitrate, die

sich daraus ergeben, daß das Kapital aufgrund der natürlichen Bedingungen der Produktion und Zirkulation in einem Produktionszweig schneller umschlägt als das in einem anderen Zweig angewandte Kapital: *„Da die allgemeine Profitrate gebildet wird durch den Durchschnitt der verschiedenen Profitraten auf je 100 vom vorgeschloßnen Kapital in einem bestimmten Zeitraum, sage in einem Jahr, so ist darin auch der durch den Unterschied der Umschlagszeiten für verschiedene Kapitale hervorgebrachte Unterschied ausgelöscht. Aber diese Unterschiede gehn bestimmend ein in die verschiedenen Profitraten der verschiedenen Produktions-sphären, durch deren Durchschnitt die allgemeine Profitrate gebildet wird.“* (S. 171)

An dieser Stelle sei einem möglichen Mißverständnis entgegengetreten. **Keineswegs werden alle Gewinne zwischen allen Kapitalisten ausgeglichen.** Produziert z.B. ein Kapitalist aufgrund höherer Produktivität die gleichen Waren billiger als sein Konkurrent innerhalb derselben Branche, so schlägt er diesen aus dem Felde. Oder: Gelingt es ihm durch Zufälle oder subjektive Anstrengungen, daß sein Kapital schneller umschlägt als das der anderen Kapitalisten gleicher Branche, so erzielt er einen Extraprofit. Oder: Preßt er seinen Arbeitern eine höhere Mehrwertrate ab als seine Konkurrenten gleicher Branche, so ist er diesen gegenüber im Vorteil. Ebenso, wenn er sparsamer in der Verausgabung konstanten Kapitals ist als seine Konkurrenten des gleichen Produktionszweiges, weil er beispielsweise weniger für „unnötige“ Arbeitsschutz- oder Umweltschutzmaßnahmen ausgibt. Hinsichtlich aller derartiger Fälle wirkt das Wertgesetz **ohne Modifikation.** Die Modifikation, die sich aus der Bildung der Durchschnittsprofitrate ergibt, bezieht sich **ausschließlich** darauf, daß **diejenigen** Unterschiede ausgeglichen werden, die sich aus unterschiedlicher organischer Zusammensetzung und unterschiedlichen Umlaufgeschwindigkeiten ergeben, welche auf der unterschiedlichen technischen Natur der verschiedenen Produktionszweige beruhen, letztlich in der *„spezifischen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit (...) in jeder besondern Produktionssphäre“* wurzeln. (S. 173)



Ursprünglich waren wir davon ausgegangen: *„Mehrwert und Profit waren identisch, der Masse nach betrachtet. Die Profitrate jedoch ist von vornherein unterschieden von der Rate des Mehrwerts, was zunächst nur als andre Form der Berechnung erscheint (...).“* (S. 176) Nämlich: Bei der Berechnung der Mehrwertrate haben wir den Mehrwert auf das vorgeschossene variable Kapital bezogen, bei der Berechnung der Profitrate auf das vorgeschossene Gesamtkapital. Nun aber, nach Herausbildung der Durchschnittsprofitrate, fallen Mehrwert und Profit auch der Masse nach betrachtet auseinander. *„Es ist jetzt nur noch Zufall, wenn der in einer besondern Produktionssphäre wirklich erzeugte Mehrwert und daher Profit mit dem im Verkaufspreis der Ware enthaltenen Profit zusammenfällt. (Es ist der Fall bei einem Kapital, dessen organische Zusammensetzung zufällig identisch ist mit der organischen Zusammensetzung des Gesamtkapitals, d. Verf.) In der Regel sind Profit und Mehrwert, und nicht bloß ihre Raten, nun wirklich verschiedene Größen. Bei gegebenem Exploitationsgrad (Ausbeutungsgrad, also Mehrwertrate, d. Verf.) der Arbeit ist jetzt die Masse des Mehrwerts, die in einer besondern Produktionssphäre erzeugt wird, wichtiger für den Gesamtdurchschnittsprofit des gesellschaftlichen Kapitals, also für die Kapitalistenklasse überhaupt, als direkt für den Kapitalisten innerhalb jedes besondern Produktionszweigs.“* (S. 177) Nämlich: Das einzelne Kapital unterliegt der Wirkung der Ausgleichung der Profitraten, die sich entsprechend der organischen Zusammensetzung des Gesamtkapitals bilden. Die organische Zusammensetzung der Gesamtkapitale ergibt sich aber als Komplex der organischen Zusammensetzung der Einzelkapitale: *„Die allgemeine Profitrate ist also durch zwei Faktoren bestimmt: 1. durch die organische Zusammensetzung der Kapitale in den verschiedenen Sphären der Produktion, also durch die verschiedenen Profitraten der einzelnen Sphären; 2. durch die Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals auf diese verschiedenen Sphären, also durch die relative Größe des in jeder besondern Sphäre, und daher zu einer besondern Profitrate, angelegten Kapitals; d.h. durch den verhältnismäßigen Massenanteil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, den jede besondre Produktionssphäre verschluckt.“* (S. 172)

Nun bekommt aber der einzelne Kapitalist nicht mit, daß und wie die organische Zusammensetzung seines Einzelkapitals zur organischen Zusammensetzung des Gesamtkapitals und damit zur Durchschnittsprofitrate beiträgt, und es interessiert ihn auch nicht: *„Der wirkliche Größenunterschied zwischen Profit und Mehrwert - nicht nur zwischen Profitrate und Mehrwertsrate - in den besondern Produktionssphären versteckt nun völlig die wahre Natur und den Ursprung des Profits, nicht nur für den Kapitalisten, der hier ein besonderes Interesse hat, sich zu täuschen, sondern auch für den Arbeiter. Mit der Verwandlung der Werte in Produktionspreise wird die Grundlage der Wertbestimmung selbst dem Auge entrückt.“* (S. 177 f.) Es erscheint so, daß jeder Teil des Kapitals, der konstante und der variable, *„gleichmäßig Profit abwerfe“*, und diese Ansicht *„drückt eine praktische Tatsache aus“* (S. 179). Aufgrund der Ausgleichung der Profitraten **ist** es für den Einzelkapitalisten so, wengleich auch im Ganzen nur der Gesamtmehrwert auf die Einzelkapitale verteilt werden kann und dieser allein aus dem insgesamt angewandten variablen Kapital, nämlich der Arbeitskraft, entspringt.

*„Der einzelne Kapitalist (oder auch die Gesamtheit der Kapitalisten in jeder besondern Produktionssphäre), dessen Blick borniert ist, glaubt mit Recht, daß sein Profit nicht allein aus der von ihm oder in seinem Zweig beschäftigten Arbeit herstamme. Es ist dies ganz richtig für seinen Durchschnittsprofit. Wieweit dieser Profit vermittelt ist durch die Gesamtexploitation der Arbeit durch das Gesamtkapital, d.h. durch alle seine Kapitalistengenossen, dieser Zusammenhang ist ihm ein vollständiges Mysterium, um so mehr, als selbst die Bourgeoisstheoretiker, die politischen Ökonomen, es bis jetzt nicht enthüllt hatten. Ersparung an Arbeit - nicht nur an der Arbeit, notwendig um ein bestimmtes Produkt zu produzieren, sondern auch an der Anzahl der beschäftigten Arbeiter - und größte Anwendung toter Arbeit (konstantes Kapital) erscheint als ökonomisch ganz richtige Operation und scheint von vornherein in keiner Weise die allgemeine Profitrate und den Durchschnittsprofit anzugreifen. Wie sollte daher die lebendige Arbeit ausschließlich Quelle des Profits sein, da Verminderung der zur Produktion nötigen Men-*

*ge Arbeit nicht nur nicht den Profit anzugreifen scheint, sondern vielmehr unter gewissen Umständen als nächste Quelle zur Vermehrung des Profits erscheint, wenigstens für den einzelnen Kapitalisten?“ (S. 179 f.)*

*„Der Umstand, daß hier (nämlich von Marx im 3. Band des Kapitals, d. Verf.) zum erstenmal dieser innere Zusammenhang enthüllt ist; daß (...) die bisherige Ökonomie entweder gewaltsam von den Unterschieden zwischen Mehrwert und Profit, Mehrwertsrate und Profitrate abstrahierte, um die Wertbestimmung als Grundlage festhalten zu können, oder aber mit dieser Wertbestimmung allen Grund und Boden wissenschaftlichen Verhaltens aufgab, um an jenen in der Erscheinung auffälligen Unterschieden festzuhalten - diese Verwirrung der Theoretiker zeigt am besten, wie der im Konkurrenzkampf befangne, seine Erscheinungen in keiner Art durchdringende praktische Kapitalist durchaus unfähig sein muß, durch den Schein hindurch das innere Wesen und die innere Gestalt dieses Prozesses zu erkennen.“ (S. 178)*

Doch die Täuschung der Kapitalisten ändert nichts daran, daß im ganzen ihr Profit allein aus dem Mehrwert entspringt und daß nur so viel Mehrwert unter ihnen verteilt werden kann, wie zuvor produziert wurde. Ihre Täuschung mag subjektiv angenehm für sie sein, erhöht aber nicht ihre Profitrate.

*„Die allgemeine Profitrate ist in der Tat bestimmt 1. durch den Mehrwert, den das Gesamtkapital produziert, 2. durch das Verhältnis dieses Mehrwerts zum Wert des Gesamtkapitals, und 3. durch die Konkurrenz, aber nur soweit, als diese die Bewegung ist, wodurch die in besondern Produktionssphären angelegten Kapitale gleiche Dividenden aus diesem Mehrwert, im Verhältnis zu ihren relativen Größen zu ziehn suchen.“ (S. 380) Punkt 1 beinhaltet, daß nur der vorhandene Gesamtmehrwert verteilt werden kann, Punkt 2 beinhaltet, daß dieser Gesamtmehrwert in Verhältnis gesetzt wird zum angewandten Gesamtkapital und sich so die Durchschnittsprofitrate ergibt. Die Einschränkung „aber nur insoweit“ bei Punkt 3 beinhaltet, daß die Bewegung der Konkurrenz nicht die Größe der Durchschnittsprofitrate beeinflußt, sondern lediglich deren Bildung bewirkt.*

## Philosophischer Einschub

### Nochmals zur Dialektik von Wesen und Erscheinung

*„Wenn, wie der Leser zu seinem Leidwesen erkannt hat, die Analyse der wirklichen, innern Zusammenhänge des kapitalistischen Produktionsprozesses ein sehr verwickeltes Ding und eine sehr ausführliche Arbeit ist; wenn es ein Werk der Wissenschaft ist, die sichtbare, bloß erscheinende Bewegung auf die innere wirkliche Bewegung zu reduzieren, so versteht es sich ganz von selbst, daß in den Köpfen der kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsagenten sich Vorstellungen über die Produktionsgesetze bilden müssen, die von diesen Gesetzen ganz abweichen, und nur der bewußte Ausdruck der scheinbaren Bewegung sind.“ (Kapital III, MEW 25 S. 324)*

Die von der Analyse aufgezeigte innere Bewegung ist wirklich! Nämlich: die wirkenden Triebkräfte sind nicht sichtbar und können erst durch die Analyse erschlossen werden. Die Erscheinungen an der Oberfläche der Dinge sind allerdings auch wirklich, doch die innere Bewegung ist es in einem tieferen Sinne. Wesen und Erscheinung sind zwei Seiten ein und derselben objektiven Realität, ihrer inneren und ihrer äußeren Seite. (vgl. Kapitel VIII, S. 121)

Marx konnte das Problem der Durchschnittsprofitrate, an dem alle vorherigen Ökonomen scheiterten, zum einen deshalb lösen, weil er den Standpunkt der Arbeiterklasse einnahm. Dieser Standpunkt war notwendige, allerdings nicht hinreichende Bedingung, um dieses Problem lösen zu können. Wie oben gezeigt, müssen nicht nur die Kapitalisten, die daran ein Interesse haben, sondern auch die Arbeiter der Illusion unterliegen, der konstante und variable Kapitalteil werfe gleichermaßen Profit ab, und in der Erscheinung **ist** es ja tatsächlich so, nämlich auf der Ebene des **einzelnen** Kapitals betrachtet. Marx konnte dieses Problem deshalb lösen, weil er über eine in letzter Konse-

quenz wissenschaftliche Weltanschauung und Methode verfügte. Hier ist insbesondere wichtig, daß diese Weltanschauung und Methode die Beziehung von Wesen und Erscheinung adäquat widerspiegelt. Hinsichtlich des Gewinns der Kapitalisten bringt der Mehrwert das Wesen der Sache zum Ausdruck, der Profit die Erscheinung. Jeglicher Profit entspringt dem Mehrwert, dem unbezahlten Teil des vom Arbeiter geschaffenen Neuwerts, und daher hat sich eine Betrachtung, die das Wesen erfassen will, zunächst und vor allem an der **Produktion** zu orientieren. Der 1. Band des *Kapitals* befaßt sich daher mit dem Produktionsprozeß des Kapitals, und zwar „als unmittelbarer Produktionsprozeß, bei dem noch von allen sekundären Einwirkungen ihm fremder Umstände abgesehen wurde. Aber dieser unmittelbare Produktionsprozeß erschöpft nicht den Lebenslauf des Kapitals. Er wird in der wirklichen Welt ergänzt durch den **Zirkulationsprozeß**, und dieser bildete den Gegenstand der Untersuchungen des zweiten Buchs (nämlich des zweiten Bandes des *Kapitals*, d. Verf.).“ (Marx, *Kapital* III, MEW 25, S. 33) „Indem jedes der beiden ersten Bücher sich nur mit **einer** der beiden Hauptseiten dieses Prozesses beschäftigte, wurde es dadurch dem Inhalt nach ergänzungsbedürftig, der Form nach einseitig und abstrakt.“ (Engels, MEW 22, S. 437, Hervorhebung von Engels) Die jeweiligen Abstraktionen der beiden ersten Bücher sind wissenschaftliche Abstraktionen, notwendig als Durchgangsstufen, um die konkrete Wirklichkeit zu erfassen. Blicke man aber bei diesen Abstraktionen stehen, so verkämen sie zu schlechten, unwissenschaftlichen Abstraktionen. Beispielsweise könnte dann nicht begriffen werden, wie der Profit des Kapitalisten wirklich zustandekommt, und die Begriffe Wert und Mehrwert würden sich in Dogmen verwandeln, unfähig, die wirklichen Vorgänge zu erklären.

Daher der 3. Band, der die „*Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozeß*“ behandelt. „*Worum es sich in diesem dritten Buch handelt, kann nicht sein, allgemeine Re-*

*flexionen über diese Einheit anzustellen. Es gilt vielmehr, die konkreten Formen aufzufinden und darzustellen, welche aus dem **Bewegungsprozeß des Kapitals, als Ganzes betrachtet**, hervowachsen. In ihrer wirklichen Bewegung treten sich die Kapitale in solchen konkreten Formen gegenüber, für die die Gestalt des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozeß, wie seine Gestalt im Zirkulationsprozeß, nur als besondere Momente erscheinen. Die Gestaltungen des Kapitals, wie wir sie in diesem Buch entwickeln, nähern sich also schrittweis der Form, worin sie auf der Oberfläche der Gesellschaft, in der Aktion der verschiedenen Kapitale aufeinander, der Konkurrenz, und im gewöhnlichen Bewußtsein der Produktionsagenten (Agenten: handelnde Personen, d. Verf.) selbst auftreten.“ (Kapital III, MEW 25, S. 33, Hervorhebung von Marx)*

Wir nutzen an dieser Stelle die Gelegenheit, die Betrachtungen zu vertiefen, die wir in Kapitel V S. 90 ff. sowie in Kapitel VIII S. 120 ff. über die Beziehung von Wesen und Erscheinung vorgenommen haben.

Wir hatten in Kapitel V gesehen: In letzter Instanz beruht das folgerichtige, wissenschaftliche Denken ausschließlich auf den Daten der sinnlichen Wahrnehmung; ein Denken, das sich nicht in letzter Instanz hierauf stützt, ist metaphysisch. Sobald die mit Kant einsetzende Kritik der Metaphysik allerdings zur bürgerlichen Mode verkommen war, mündete sie in einen platten Empirismus, der die Daten der sinnlichen Wahrnehmung ohne weiteres mit der Wirklichkeit **gleichsetzte**, als **einzige** Erkenntnisquelle anerkannte und damit die Bedeutung der theoretischen Erkenntnis herabminderte. Auf der einen Seite also Metaphysik bzw. Dogmatismus: Das einmal anerkannte Dogma ist absolute Wahrheit, ist die Erkenntnis „des Wesens“, und die Tatsachen brauchen einen nicht zu scheren - man hat „das Wesen“ ja erkannt! Auf der anderen Seite Empirismus: Wozu braucht man eine theoretische Wissenschaft, einen Begriff des Wesens: Man hat ja die sinnlich wahrgenommenen Tatsachen! Jeder Versuch, hinter der sinnli-

chen Erkenntnis ein mit ihnen **nicht unmittelbar** zusammenfallendes Wesen erkennen zu wollen, ist den Empiristen zufolge Metaphysik.

Der Marxismus ist mit Dogmatismus **und** Empirismus gleichermaßen unvereinbar, und Marx' Analyse der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate ist in dieser Hinsicht ein glänzendes Beispiel marxistischer Dialektik. Die Erscheinung ist wesentlich, das Wesen muß erscheinen, doch Erscheinung und Wesen fallen **nicht unmittelbar** zusammen; sie sind identisch, doch in dieser Identität liegt Nicht-Identität.

Die Empiristen stützen sich durchaus auf Fakten, wenn sie sagen, der Profit des einzelnen Kapitalisten entspringe nicht allein dem Mehrwert, der in seinem Betrieb produziert werde. Doch sie gehen in die Irre, wenn sie daraus schließen, der Profit insgesamt entspringe nicht dem Mehrwert. Sie stützen sich durchaus auf Fakten, wenn sie sagen, daß die kapitalistisch hergestellten Waren im Mittel **nicht** zu ihren Werten verkauft werden. Doch sie gehen in die Irre, wenn sie daraus schließen, die Wertbestimmung sei gegenstandslos.

Andererseits: Die Dogmatiker des Wertgesetzes haben zwar damit recht, grundsätzlich am Wertgesetz festzuhalten. Aber **ihre** Auffassung des Wertgesetzes entspricht einer vergangenen Periode, der Periode der einfachen Warenproduktion. Das Wertgesetz reguliert auch die kapitalistische Produktion, aber in komplizierterer Weise. Ihre Auffassung des Wertgesetzes ist in schlechtem Sinne **abstrakt**, entspricht nicht den Tatsachen. Damit sind sie Dogmatiker, die einen „Wesensbegriff“ hüten, der mit den Tatsachen immer offenkundiger auf Kriegsfuß steht.

Die Marxsche Analyse der Wirkung des Wertgesetzes im Kapitalismus steht turmhoch sowohl über der einen als auch der anderen Auffassung. Nur sie ist wissenschaftlich. Sie erforscht das Wesen, aber das wirkliche Wesen der Dinge; sie entwickelt keinen dogmatischen, metaphysischen Wesensbegriff, sondern einen Wesensbegriff, der in

letzter Instanz auf den Daten der sinnlichen Wahrnehmung beruht, dabei jedoch nicht stehenbleibt, sondern diese Daten mittels theoretischen Denkens verarbeitet. Doch die Marxsche Methode gibt sich auch mit dem so ermittelten Wesen nicht zufrieden, sondern steigt vom Abstrakten zum Konkreten auf; sie deckt auf, daß der Profit dem Wesen nach zwar ausschließlich aus dem Mehrwert entspringt, daß die Erscheinungen auf der Oberfläche der Dinge sich aber anders darstellen, weil der Profit des Einzelkapitals vermittelt ist durch die Ausgleichung der Profitraten im Zirkulationsprozeß. So kann die Tatsache erklärt werden (und diese Tatsache ist ja **keine** Illusion), daß der Profit des einzelnen Kapitalisten bezogen ist auf die Summe des von ihm vorgeschossenen **Gesamtkapitals**. Diese Tatsache kann erklärt werden, ohne an der Feststellung zu rütteln, daß der Profit allein aus dem variablen Kapitalteil entspringt, also aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse.

## DER GESCHICHTLICHE PROZESS DER HERAUSBILDUNG DER DURCHSCHNITTSPROFITRATE

*„Die ganze Schwierigkeit (bezüglich der Durchschnittsprofitrate, d. Verf.) „kommt dadurch hinein, daß die Waren nicht einfach als **Waren** ausgetauscht werden, sondern als **Produkt von Kapitalen**, die im Verhältnis zu ihrer Größe, oder bei gleicher Größe, gleiche Teilnahme an der Gesamtmasse des Mehrwerts beanspruchen. Und der Gesamtpreis der von einem gegebenen Kapital in einer gegebenen Zeitfrist produzierten Waren soll diese Forderung befriedigen. Der Gesamtpreis dieser Waren ist aber bloß die Summe der Preise der einzelnen Waren, die das Produkt des Kapitals bilden.“ (Kapital III, MEW 25, S. 184 f., Hervorhebungen von Marx)*

Um den springenden Punkt bei der Verwandlung des Werts in den Produktionspreis herauszuarbeiten, legt Marx nun die Fiktion zugrunde, *„die Arbeiter selbst seien im Besitz ihrer respektiven Produktionsmittel und tauschen ihre Waren miteinander aus“* (S. 185). Jeder Arbeiter erhalte dann beim Verkauf der von ihm produzierten Waren den gesamten Neuwert, kapitalistisch formuliert:  $v + m$ . Den konstanten Teil des Kapitals, um wieder kapitalistisch zu formulieren, also  $c$ , muß er zunächst vorschießen und bekommt er dann beim Verkauf der Waren wieder heraus. Nicht bei der einzelnen Ware, da in der Regel nur ein Bruchteil der Produktionsmittel verschlissen wird und folglich in den Wert des Neuprodukts eingeht, aber sukzessive (nach und nach). Hat also ein Arbeiter mehr Auslagen als der andere, *„so sind diese ersetzt durch den größern Wertteil seiner Ware, der diesen 'konstanten' Teil ersetzt, und er hat daher auch wieder einen größern Teil des Gesamtwerts seines Produkts rückzuverwandeln in die stofflichen Elemente dieses konstanten Teils, während“* ein anderer Arbeiter, der aufgrund der technischen Natur seiner Arbeit stets weniger in Produktionsmittel investieren muß, *„wenn er weniger dafür einkassiert, dafür auch um so weniger rückzuverwandeln hat. **Die***

***Verschiedenheit der Profitrate wäre unter dieser Voraussetzung also ein gleichgültiger Umstand, ganz wie es heute für den Lohnarbeiter ein gleichgültiger Umstand ist, in welcher Profitrate das ihm abgepreßte Quantum Mehrwert sich ausdrückt (...).***“ (S. 186, Hervorhebung v. Verf.)

Warum wäre die Verschiedenheit der „Profitrate“, die sich unter dieser Voraussetzung ja auch rechnerisch ermitteln ließe, hier „ein gleichgültiger Umstand“? Auch der Kapitalist bekommt das vorgeschossene konstante Kapital zurück, hier aber ist die Größe dieses Kapitalteils kein gleichgültiger Umstand. Wo liegt der Unterschied? Im Kapitalismus ist der letztliche Zweck der Produktion die Verwertung des vorgeschossenen Kapitals. Und damit läßt der Umstand, daß das vorgeschossene konstante Kapital vollständig wieder zurückfließt, die Höhe dieses Kapitalteils bzw. sein Verhältnis zum Gesamtkapital **nicht** gleichgültig erscheinen: Es kommt darauf an, zu welchem Prozentsatz das vorgeschossene Gesamtkapital sich verwertet, und da nur das variable Kapital Profit abwirft, sinkt die Höhe der Profitrate, je größer der konstante Kapitalteil.

*„Der Austausch von Waren zu ihren Werten oder annähernd zu ihren Werten erfordert also eine viel niedrigere Stufe als der Austausch zu Produktionspreisen, wozu eine bestimmte Höhe kapitalistischer Entwicklung nötig ist. (...)*

*Abgesehn von der Beherrschung der Preise und der Preisbewegung durch das Wertgesetz, ist es also durchaus sachgemäß, die Werte der Waren nicht nur theoretisch, sondern historisch als das prius (das Frühere, und zwar eben logisch **und** historisch betrachtet, d. Verf.) der Produktionspreise zu betrachten. Es gilt dies für Zustände, wo dem Arbeiter die Produktionsmittel gehören, und dieser Zustand findet sich, in der alten wie in der modernen Welt, beim selbstarbeitenden gundbesitzenden Bauer und beim Handwerker.“* (S. 186)

Hier zeigt sich deutlich: Das Wertgesetz in seiner ursprünglichen Form, wie wir es in Kapitel VIII behandelt haben, ist das Gesetz der einfachen Warenproduktion. Das Wertgesetz in verwandelter Form, das Pendeln der Preise um den Produktionspreis statt um den Wert, ist Gesetz der kapitalistischen Warenproduktion. Die Verwandlung des er-

steren in das zweite ist ein historischer Prozeß, der eine gewisse Zeitspanne benötigt. Die Entwicklung des Kapitalismus beginnt mit der Leichtindustrie, und erst ab einem späteren Zeitpunkt entwickelt sich die Schwerindustrie. Dies liegt daran, daß die Schwerindustrie einen weit höheren Grad der organischen Zusammensetzung des Kapitals erfordert als die Leichtindustrie, man denke z.B. an ein Stahlwerk. Zunächst werden die Waren im gesellschaftlichen Mittel zu ihren Werten verkauft, und folglich wäre die Investition in einen Produktionszweig mit hoher organischer Zusammensetzung nicht profitabel. Nur in dem Maße, in dem der Verkauf der Waren zu ihrem Wert durch den Verkauf zum Produktionspreis abgelöst wird, wird die Investition in Zweige der Schwerindustrie profitabel. Diese Verwandlung des Werts in den Produktionspreis wird letztlich durch das Bedürfnis nach Produkten, deren Produktion Kapital von hoher organischer Zusammensetzung erheischt, und folglich durch die Möglichkeit, in diesen Zweigen Profite zu erzielen, bewirkt.

Die Sowjetunion konnte den Aufbau der Schwerindustrie in einem Maße, zu dem der Kapitalismus 100 Jahre oder länger brauchte, in ca. 12 Jahren bewirken. Dies beweist, daß dort nicht das Wertgesetz der bestimmende Regulator der Produktion war. Die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion wurde nicht vom Profitstreben einzelner Privater, sondern von bewußt gesetzten gesellschaftlichen Zielen bestimmt. Der rasche Aufbau der Schwerindustrie lag im Interesse der Arbeiterklasse.

## DIE ROLLE DER KONKURRENZ BEI DER AUSGLEICHUNG DER PROFITRATEN

Wir sagten oben, daß die verschiedenen Profitraten **durch die Konkurrenz** zu einer allgemeinen Profitrate ausgeglichen werden. Es ist nun zu untersuchen, wie dies geschieht.

*„Was die Konkurrenz, zunächst in einer Sphäre, fertigbringt, ist die Herstellung eines gleichen Marktwerts und Marktpreises aus den verschiedenen individuellen Werten der Waren. Die Konkurrenz der Kapitale in den verschiedenen Sphären aber bringt erst hervor den Produktionspreis, der die Profitraten zwischen den verschiedenen Sphären egalisiert (gleichmacht, d. Verf.). Zu dem letztren ist höhere Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise erheischt als zu dem frühern.“* (Kapital III, MEW 25, S. 190; vgl. auch: Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2, S. 205 )

Festzuhalten ist also: Die Konkurrenz wirkt innerhalb eines Produktionszweiges und zwischen verschiedenen Produktionszweigen **unterschiedlich**. Innerhalb eines Produktionszweiges gilt: Unterschiedliche Produzenten verwenden auf die gleiche Ware unterschiedlich viel individuelle Arbeitszeit, doch die Konkurrenz bringt einen einheitlichen Marktwert hervor. Derjenige Kapitalist, der die gleiche Ware innerhalb kürzerer Zeit produzieren läßt bzw. der weniger Materialkosten aufwendet (die eine geringere Menge vergangener Arbeit repräsentieren), erzielt einen größeren Profit. Zwischen verschiedenen Sphären gilt: Ausgleichung der unterschiedlichen Profitraten, die sich andernfalls aus unterschiedlicher organischer Zusammensetzung ergäben.

Warum diese Ausgleichung? Ist die Konkurrenz der letzte Grund dafür? Nein. Das Wesen des Kapitals besteht darin, daß es sich selbst verwertender Wert ist, und es widerspräche seinem Wesen, in einen Produktionszweig zu strömen, in dem es aufgrund natürlicher Bedingungen weniger Profit herauschlagen könnte als in einem anderen.

*„Die Konkurrenz der Kapitalien sucht so jedes Kapital als Stück des Gesamtkapitals zu behandeln und danach seine Partizipation (Teilnahme, d. Verf.) am Mehrwert und da-*

her auch Profit zu regulieren. *Plus ou moins* (mehr oder weniger, d. Verf.) gelingt das der Konkurrenz durch ihre Ausgleichungen. (Den Mechanismus dieser Ausgleichungen werden wir sogleich sehen, nämlich im nachfolgenden Marx-Zitat - MEW 25 S. 218 - sowie in der darauf folgenden durch **Fettdruck** hervorgehobenen Passage, d. Verf.) (*Die Ursachen, warum sie in einzelnen Sphären auf besondere Hindernisse stößt, hier nicht zu untersuchen.*) (Auf diese „besondern Hindernisse“ gehen wir **nach** der durch Fettdruck hervorgehobenen Passage ein, d. Verf.) *Es heißt dies aber zu deutsch nichts, als daß die Kapitalisten das Quantum unbezahlter Arbeit, das sie der Arbeiterklasse auspressen - oder die Produkte dieses Quantums Arbeit -, bestrebt sind (dies Streben ist aber die Konkurrenz), untereinander zu verteilen, nicht in dem Verhältnis, worin ein **besondres** Kapital unmittelbar Surplusarbeit produziert, sondern im Verhältnis, **erstens**, worin dies besondere Kapital einen aliquoten Teil des Gesamtkapitals bildet, **zweitens**, im Verhältnis, worin das Gesamtkapital selbst Surplusarbeit produziert. Die Kapitalisten teilen sich brüderlich-feindlich in die Beute der angeeigneten fremden Arbeit, so daß im Durchschnitt der eine soviel unbezahlte Arbeit aneignet wie der andre.“* (Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2, S. 23; Hervorhebungen von Marx)

Wir sehen: Die Konkurrenz ist dem Kapital wesenseigen, aber deshalb, weil es nach maximaler Verwertung des vorgeschossenen Wertes strebt. Das Streben nach Verwertung des Werts ist das logisch Vorgeordnete. Die Konkurrenz kann auch nicht etwa die Höhe der Durchschnittsprofitrate bestimmen. Da einzige Quelle des Profits der Mehrwert ist, hängt die Höhe der Durchschnittsprofitrate erstens vom gesellschaftlichen Gesamtmehrwert ab, der nach den Regeln der Konkurrenz lediglich auf die Einzelkapitalisten verteilt werden kann, dessen Höhe aber von der Konkurrenz nicht im geringsten beeinflusst werden kann. Die Durchschnittsprofitrate hängt zweitens ab von der organischen Zusammensetzung des Gesamtkapitals, die aber ebenfalls von der Konkurrenz nicht beeinflusst wird. „Was aber die Konkurrenz **nicht** zeigt, das ist die Wertbestimmung, die die Bewegung der Produktion beherrscht; das sind die Wer-

*te, die hinter den Produktionspreisen stehn und sie in letzter Instanz bestimmen.“ (Kapital III, MEW 25, S. 219; Hervorhebung von Marx)*

*Wie geschieht nun die Ausgleichung der Profitraten zwischen den Zweigen? (...) durch fortwährende Übertragung von Kapital aus einer Sphäre in die andre, wo augenblicklich der Profit über dem Durchschnitt steht; wobei jedoch in Betracht kommen die mit dem Wechsel der mageren und fetten Jahre, wie sie in einem gegebenen Industriezweig innerhalb einer gegebenen Epoche einander folgen, verbundenen Profitschwankungen. (Das heißt, der Kapitalist weiß, daß es im Laufe der Zeit einen gewissen Ausgleich gibt und wirft nach einem „mageren Jahr“ nicht gleich die Flinte ins Korn, d. Verf.) Diese ununterbrochne Aus- und Einwanderung des Kapitals, die zwischen verschiedenen Sphären der Produktion stattfindet, erzeugt steigende und fallende Bewegungen der Profitrate, die sich gegenseitig mehr oder weniger ausgleichen und dadurch die Tendenz haben, die Profitrate überall auf dasselbe gemeinsame und allgemeine Niveau zu reduzieren.“ (ebenda, S. 218)*

Dieser Mechanismus kann mit dem Mechanismus der Wirkung des Wertgesetzes als Regulator der Produktion verglichen werden (vgl. Kapitel VIII S. 29 ff.):

**Besteht bei einfacher Warenproduktion Überschuß an einer Ware, so sinkt der Preis unter den Wert, und folglich wird weniger produziert. Besteht Mangel, so steigt der Preis über den Wert, und folglich wird mehr produziert. Im Mittel schwanken die Preise um den Wert. Die Konkurrenz erscheint als die Triebkraft, die das Steigen und Fallen der Preise und damit die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die verschiedenen Produktionszweige zustandebringt. Dem Wesen der Sache nach aber ist es die Wertbestimmung, ist es das Wertgesetz, das sich vermittels des jeweiligen Verhältnisses von Angebot und Nachfrage durchsetzt: Der einfache Warenproduzent produziert im Normalfall nur dann dauerhaft in einem Produktionszweig, wenn er im Austausch Werte erhalten kann, die dem Wert seiner Produkte entsprechen.**

**Entsprechendes gilt nun hier bei kapitalistischer Warenproduktion, denn der Kapitalist läßt nur dann dauerhaft in einem Produktionszweig produzieren, wenn er den Pro-**

duktionspreis auf dem Markt realisieren kann. Besteht ein Bedürfnis an Waren, die in einem Zweig mit hoher organischer Zusammensetzung produziert werden, und kann dieses Bedürfnis infolge von Warenknappheit nicht ausreichend befriedigt werden, so steigt der Preis über den Wert, und zwar so lange, bis der Produktionspreis erreicht ist. Besteht Überangebot von Waren, die in einem Zweig mit niedriger organischer Zusammensetzung produziert werden, so sinkt der Preis unter den Wert, und zwar so lange, bis der Produktionspreis erreicht ist. Auch hier erscheint die Konkurrenz als die Triebkraft, die diese Wirkung erzielt, dem Wesen der Sache nach ist es aber die dem Kapital immanente (ihm innewohnende) Eigenschaft, im Normalfall nur dann innerhalb eines Produktionszweigs dauerhaft zur Anwendung zu kommen, wenn es sich zumindest zur Durchschnittsprofitrate verwerten kann, und diese Eigenschaft des Kapitals wirkt vermittels der Konkurrenz.

**So erscheint die Konkurrenz im Bereich der einfachen Warenproduktion als Ursache des Mechanismus, der die Preise um den Wert herum schwanken läßt, bei kapitalistischer Produktion als Ursache des Mechanismus, der sie um den Produktionspreis herum schwanken läßt.**

Die letztere Wirkungsweise der Konkurrenz stößt allerdings auf eine praktische Schwierigkeit, auf die Marx hingewiesen hat. Es ist nämlich praktisch keineswegs immer möglich, fixes Kapital (Anlagevermögen) von einem Zweig in einen anderen zu übertragen. In der Tat: Wirft ein Stahlwerk nicht mehr genug Profit ab, so kann man kaum die Hochöfen verkaufen, um dann woanders zu investieren. Wie also wirkt die Konkurrenz in denjenigen Fällen ausgleichend auf die Profitraten, in denen freier Kapitalfluß von einem Produktionszweig in einen anderen aus praktischen Gründen kaum möglich ist?

Marx verweist auf die *„Kompensationsgründe des Kapitalisten“*: *„Sobald die kapitalistische Produktion einen gewissen Entwicklungsgrad erreicht hat, geht die Ausgleichung zwischen den verschiedenen Profitraten der einzelnen Sphären zu einer allgemeinen Profitrate keineswegs bloß noch vor sich durch das Spiel der Attraktion und Repulsion (Anziehung und Abstoßung, d. Verf.), worin die Marktpreise Ka-*

pital anziehen oder abstoßen. Nachdem sich die Durchschnittspreise und ihnen entsprechende Marktpreise für eine Zeitlang befestigt haben, tritt es in das **Bewußtsein** der einzelnen Kapitalisten, daß in dieser Ausgleichung **bestimmte Unterschiede** ausgeglichen werden, so daß sie dieselben gleich in ihrer wechselseitigen Berechnung einschließen. In der Vorstellung der Kapitalisten leben sie und werden von ihnen in Rechnung gebracht als Kompensationsgründe. Die Grundvorstellung dabei ist der Durchschnittsprofit selbst, die Vorstellung, daß Kapitale von gleicher Größe in denselben Zeitfristen gleich große Profite abwerfen müssen.“ (S. 219; Hervorhebungen von Marx) So wird z.B. als normal angesehen, daß Kapitalanlagen, die größeren Gefahren ausgesetzt sind, eine Entschädigung durch Preisaufschlag erhalten. Soweit diese Gefahren versichert werden, muß die Versicherungsprämie durch einen Preisaufschlag ausgeglichen werden.

„In der Praxis kommt dies alles darauf hinaus, daß jeder Umstand, der eine Kapitalanlage - und alle gelten für gleich notwendig, innerhalb gewisser Schranken - weniger und eine andre mehr profitlich macht, als ein für allemal gültiger Kompensationsgrund in Rechnung gebracht wird, ohne daß es immer von neuem wieder der Tätigkeit der Konkurrenz bedürfte, um die Berechtigung solchen Motivs oder Berechnungsfaktors darzutun. Nur vergißt der Kapitalist - oder sieht vielmehr nicht, da die Konkurrenz ihm das nicht zeigt -, daß alle diese, in der wechselseitigen Berechnung der Warenpreise verschiedener Produktionszweige von den Kapitalisten gegeneinander geltend gemachten Kompensationsgründe sich bloß darauf beziehen, daß sie alle, pro rata ihres Kapitals (dem Anteil ihres Kapitals am gesellschaftlichen Gesamtkapital entsprechend, d. Verf.), gleich großen Anspruch haben auf die gemeinschaftliche Beute, den Totalmehrwert. Ihnen **scheint** vielmehr, da der von ihnen einkassierte Profit verschieden von dem von ihnen ausgepreßten Mehrwert, daß seine Kompensationsgründe nicht die Beteiligung am Gesamtmehrwert ausgleichen, sondern **den Profit selbst schaffen**, indem dieser einfach aus dem so oder so motivierten Aufschlag auf den Kost-

preis der Waren herstamme.“ (S. 220; Hervorhebungen von Marx)

Es gibt noch einen anderen, heute äußerst wichtigen Faktor, der das Wandern des Kapitals zwischen verschiedenen Produktionszweigen bewirkt und somit auch auf die Ausgleichung der Profitraten hinwirkt, nämlich das Kreditwesen. Ricardo konnte sich - wie Marx zeigt - dem Gesetz der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate deshalb im Gegensatz zu Adam Smith nähern (ohne es freilich richtig zu begreifen), „weil zu seiner Zeit das Kreditwesen entwickelter war als zur Zeit Smiths.“ (Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2., S. 207)

Ricardo:

„Es gibt vielleicht keinen noch so reichen Fabrikanten, der sein Unternehmen auf jene Ausdehnung beschränkt, die ihm seine Mittel (nämlich sein Eigenkapital, d. Verf.) gestatten: er besitzt immer einen Teil dieses nicht festgelegten Kapitals (nämlich des Kapitals, für das seine Eigentümer derzeit keine industrielle Verwendung haben, das sie folglich bei den Banken deponieren und das die Banken als Kredit solchen Industriellen zur Verfügung stellen, die es in der Produktion verwenden können, d. Verf.), der sich entsprechend der Entwicklung der Nachfrage nach seinen Waren vergrößert oder verringert. Sobald die Nachfrage nach Seide steigt und nach Tuch sinkt, wandert der Tuchfabrikant mit seinem Kapital nicht etwa in die Seidenindustrie, sondern er entläßt einige seiner Arbeiter und stellt seine Nachfrage nach Anleihen bei Bankiers und Geldleuten ein. Der Fall des Seidenfabrikanten liegt hingegen gerade umgekehrt. Er **leiht mehr und Kapital wird so von einem in den anderen Zweig übertragen, ohne daß für einen Fabrikanten die Notwendigkeit entsteht, seine übliche Beschäftigung aufzugeben.**“

(Ricardo, zitiert nach Marx, ebenda S. 208, Hervorhebungen von Ricardo)

Marx:

„Es ist also der **Kredit**, worin das Kapital der ganzen Kapitalistenklasse jeder Sphäre zur Disposition gestellt wird, nicht im Verhältnis zum Kapitaleigentum der Kapitalisten dieser Sphäre, sondern zur ihren Produktionsbedürfnissen

(...).“ (Marx, ebenda. Mit dem politökonomischen Wesen des Kredits werden wir uns im nächsten Kapitel befassen.)

Was Ricardo schon zu seiner Zeit sagte, daß nämlich kaum ein Industrieller ohne Kredit auskommt, gilt heute um so mehr. Heute kann kein industrielles Unternehmen ohne mehr oder weniger ständig in Anspruch genommenen Bankkredit wirtschaften (es sei denn, das betreffende Industrie-monopol übt selbst faktisch Bankfunktionen aus). Somit entscheiden letztlich die Banken über die Produktion. Entscheidender Maßstab für die Kreditvergabe ist die Prognose, mit welcher Wahrscheinlichkeit das verliehene Geld zurückfließt nebst einem Zins in bestimmter Höhe. Die Banken sind daran interessiert, nur solche Zweige zu kreditieren, aus denen sich nach ihrer Erwartung ein Profit in bestimmter Höhe ziehen läßt, möglichst ein Monopolprofit. Je höher nämlich der industrielle Profit ist, desto höher kann auch der Zins sein, da der Zins sich ausschließlich aus dem industriellen Profit speist. (Wir werden das im nächsten Kapitel sehen.) Besteht aber in einem Produktionszweig nachhaltig Überangebot, so werden sich die Banken mit neuen Investitionen zurückhalten, selbst auf die Gefahr hin, das dort bereits investierte Kapital zu verlieren: „Man wirft schlechtem Geld kein gutes hinterher.“ Damit lösen sich bestimmte Probleme der Übertragbarkeit von Kapital aus einer Branche in eine andere: Wird z.B. das Stahlwerk nicht mehr kreditiert, so geht es eben pleite; die Hochöfen können dann zwar nicht versilbert und die darin verkörperten Werte nicht woanders investiert werden, doch unabhängig davon ist das Resultat, daß dort nicht mehr produziert wird. Das alte Kapital mag dann untergehen, aber neues wird dort dann jedenfalls nicht mehr investiert.

Freilich gibt es im monopolistischen Kapitalismus, dem die Banken ihre bestimmende Rolle verdanken, auch eine entgegengesetzte Wirkung, derzufolge die Profitraten in anderer Beziehung **auseinanderfallen**. Dazu Näheres weiter unten.

## „FREIHEIT STATT SOZIALISMUS“? MARX ÜBER DIE KONKURRENZ

Marx gibt in den *Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie* (MEW 42 S. 549 - 552 und S. 327; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 542 bis 545 und S. 316 f.) eine Analyse der Konkurrenz. Wir wollen hier einige Gedanken herausgreifen.

Marx weist darauf hin, daß die Konkurrenz historisch als Auflösung von Zunftzwang etc. und überhaupt als Beseitigung der Einmischung des Staates in das Wirtschaftsleben in Erscheinung trat. (Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 549; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 542) Nichteinmischung des Staates in das Wirtschaftsleben („laissez faire, laissez passer!“) war eine fortschrittliche Forderung der Physiokraten, einer ökonomischen Schule, die im Frankreich des 18. Jahrhunderts im Vorfeld der bürgerlichen Revolution wirkte und Anteil an deren ideologischer Vorbereitung hatte. Die Physiokraten hatten auch bedeutenden Anteil an der Entwicklung der bürgerlichen politischen Ökonomie als Wissenschaft. (Begründer der physiokratischen Schule war der Ökonom und Arzt Quesnay, 1694 - 1774).

Die Verwirklichung der Forderung nach Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft führte zu der bürgerlichen Illusion, die Konkurrenz sei „*die absolute Daseinsform der freien Individualität in der Sphäre der Produktion und des Austauschs*“ (ebenda), sie sei die Beseitigung aller Grenzen und Schranken, die dieser freien Individualität vorher im Wege standen. Marx zeigt, daß dies in verschiedener Hinsicht falsch ist.

Zunächst einmal: Man kann sich nicht damit begnügen, die Konkurrenz rein negativ zu bestimmen, als Abwesenheit äußerer, der Konkurrenz nicht angehöriger Zwänge: „*Sie ist nur negativ verstanden worden: d.h. als Negation von Monopolen, Korporation, gesetzlichen Regulationen etc. Als Negation der feudalen Produktion. Sie muß aber doch auch etwas **für sich** sein, da bloß 0 leere Negation ist,*

*Abstrahieren von einer Schranke, die z.B. in der Form von Monopol, natürlichen Monopolen etc. sofort wieder aufersteht.“ (ebenda, MEW 42 S. 327; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 317; Hervorhebung von Marx) In der Tat: Heute wird jeder Produktionszweig von Monopolen beherrscht, und dennoch ist die Konkurrenz nicht beseitigt.*

Was also ist die Konkurrenz „für sich“?

*„Begrifflich ist die **Konkurrenz** nichts als die innre **Natur des Kapitals**, seine wesentliche Bestimmung, erscheinend und realisiert als Wechselwirkung der vielen Kapitalien aufeinander, die innre Tendenz als äußerliche Notwendigkeit.“ (ebenda, Hervorhebungen von Marx)*

Sie ist also die **Erscheinungsform** der **inneren Natur des Kapitals**. Die innere Natur, das Wesen des Kapitals besteht darin, daß Kapital Wert ist, dessen Bestimmung darin besteht, sich zu verwerten, und zwar zu einer bestimmten Profitrate, im Normalfall nicht unter der Durchschnittsprofitrate. Diese innere Natur **erscheint** als Wechselwirkung der vielen Kapitale aufeinander, und diese Wechselwirkung ist eben die Konkurrenz.

Die Erscheinung des Wesens des Kapitals als Konkurrenz ist nicht zufällig, sondern ihrerseits notwendig:

*„Kapital existiert und kann nur existieren als viele Kapitalien, und seine Selbstbestimmung erscheint daher als Wechselwirkung derselben aufeinander.“(ebenda)*

Nachdem bestimmt ist, was die Konkurrenz **für sich** ist, fällt auch die bürgerliche Illusion, die Konkurrenz sei die Beseitigung von Schranken überhaupt. Die Konkurrenz hob nicht alle Schranken auf, sondern nur diejenigen, die **dem Kapital** im Wege standen. Von einem höheren Gesichtspunkt aus - eben vom kommunistischen - lassen sich reichlich Schranken der bürgerlichen Produktionsweise aufdecken, doch vom Standpunkt des Kapitals erscheinen sie eben nicht als Schranken, da sie seine Freiheit, seine Bewegung, nicht hemmen, sondern konstituieren (begründen). Ebenso wenig haben z.B. die Zünfte die zunftmäßigen Beschränkungen als äußere Schranken aufgefaßt, sondern diese Schranken waren der zunftmäßigen Produktion immanent, sie waren ihr gemäß. Erst mit einem gewissen Entwicklungsstand der Produktivkräfte mußten sie fallen.

Die Vorstellung, in der Konkurrenz seien die Individuen „frei“, liegt völlig neben der Realität: *„Nicht die Individuen sind frei gesetzt in der freien Konkurrenz; sondern das Kapital ist frei gesetzt.“* (ebenda, MEW 42 S. 550; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 544) Die Individuen - auch die Kapitalisten - sind der Verwertungslogik des Kapitals unterworfen. Diese Verwertungslogik setzt sich durch in Form der Konkurrenz: *„Die freie Konkurrenz ist die Beziehung des Kapitals auf sich selbst als ein andres Kapital, d.h. das reelle Verhalten des Kapitals als Kapitals.“* (ebenda, MEW 42 S. 550; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 543) Die freie Konkurrenz ist *„die freie Entwicklung der auf das Kapital gegründeten Produktionsweise (...).“* (ebenda) *„Es ist eben nur die freie Entwicklung auf einer bornierten Grundlage - der Grundlage der Herrschaft des Kapitals. Diese Art individueller Freiheit ist daher zugleich die völligste Aufhebung aller individuellen Freiheit und die völlige Unterjochung der Individualität unter gesellschaftliche Bedingungen, die die Form von sächlichen Mächten, ja von übermächtigen Sachen - von den sich beziehenden Individuen selbst unabhängigen Sachen - annehmen.“* (ebenda, MEW 42 S. 551; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 545. „Übermächtige Sachen“: vgl. die Ausführungen zum Warenfetischismus in Kapitel VIII, S. 101 ff.)

Diese Produktionsweise wird als Freiheit empfunden, solange *„die auf dem Kapital ruhnde Produktion die notwendige, daher die angemessenste Form für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft“* ist. (ebenda, MEW 42 S. 550; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 544) Es war wie gesagt ein historischer Prozeß, der dazu führte. *„Solange das Kapital schwach ist, sucht es selbst noch nach den Krücken vergangener oder mit seinem Erscheinen vergehender Produktionsweisen. (Z.B. nach den Krücken zunftmäßiger Produktion, d. Verf.) Sobald es sich stark fühlt, wirft es die Krücken weg und bewegt sich seinen eignen Gesetzen gemäß. Sobald es anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind.“* (ebenda,

MEW 42 S. 551; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 544 f.) Eine wahrhaft geniale Voraussicht des monopolistischen Kapitalismus als eines in Fäulnis begriffenen Kapitalismus, der den Keim der Negation des Kapitals und damit auch der Konkurrenz in sich birgt, allerdings noch auf der Grundlage des kapitalistischen Profitsystems, dessen innere Widersprüche vom Monopol auf die Spitze getrieben werden.

Zu beachten ist dabei, daß Marx hier von Formen spricht, die die Konkurrenz **zügeln**, nicht etwa sie beseitigen. Eine vollständige **Beseitigung** der Konkurrenz ist im Kapitalismus, auch im monopolistischen Kapitalismus, nicht möglich, denn: *„Die freie Konkurrenz ist die reelle Entwicklung des Kapitals. Durch sie wird als äußerliche Notwendigkeit für das einzelne Kapital gesetzt, was der Natur des Kapitals entspricht, der auf das Kapital gegründeten Produktionsweise, was dem Begriff des Kapitals entspricht. Der wechselseitige Zwang, den in ihr die Kapitalien aufeinander, auf die Arbeit etc. ausüben (die Konkurrenz der Arbeiter unter sich ist nur eine andre Form der Konkurrenz der Kapitalien), ist die **freie**, zugleich **reale** Entwicklung des Reichtums als Kapital.“* (ebenda, MEW 42 S. 550; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 544, Hervorhebungen von Marx)

Nebenbei zeigt sich hier, wie absurd die insbesondere vom Maoismus herkommende Auffassung ist, revisionistische Länder, in denen die ökonomische Konkurrenz weitgehend beseitigt ist, seien kapitalistisch. Der zutreffende Hinweis, die Arbeiterklasse werde im Revisionismus ausgebeutet und unterdrückt, macht die Sache nicht besser: Nicht jede Ausbeutergesellschaft ist kapitalistisch! Wie oben zitiert: Die innere Natur des Kapitals kann nur *„als Wechselwirkung der vielen Kapitale aufeinander“* erscheinen, das Kapital kann nur *„existieren als viele Kapitalien“* (ebenda, MEW 42 S. 327; oder Ausgabe Dietz 1974 S. S. 317). In der Hoffnung, den Revisionismus damit moralisch am Boden zerstört zu haben, konstruieren die Maoisten also einen „Kapitalismus“, der kein Kapitalismus ist.

*„Sobald übrigens die Illusion über die Konkurrenz als die angebliche absolute Form der freien Individualität verschwindet, ist dies ein Beweis, daß die Bedingungen der Konkurrenz, d.h. der auf das Kapital gegründeten Produkti-*

on, schon als **Schranken** gefühlt und gedacht werden, und es daher schon **sind** und mehr und mehr werden. Die Behauptung, daß die freie Konkurrenz = letzter Form der Entwicklung der Produktivkräfte und daher der menschlichen Freiheit, heißt nichts, als daß die Middle-class-Herrschaft (Mittelstandsherrschaft, d. Verf.) das Ende der Weltgeschichte ist - allerdings ein angenehmer Gedanke für die Parvenus (Emporkömmlinge, d. Verf.) von vorgestern.“ (ebenda, MEW 42 S. 552; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 545; Hervorhebungen von Marx) Heute freilich, im monopolistischen Kapitalismus, in dem die Monopole und ihr Staat nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die Mittelschichten und selbst die nichtmonopolistische Bourgeoisie berauben, heute ist ein solcher Gedanke schon in sehr hohem Maße ad absurdum geführt. Freilich hindert dies die Reaktionäre nicht, fortwährend von der angeblichen Alternative „Freiheit oder Sozialismus“ zu quaken. Sie finden dankbare Abnehmer bei denjenigen Vertretern der Mittelschichten und natürlich der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, bei denen die Furcht vor der Arbeiterklasse größer ist als die Wut über die Ausplünderung durch die Monopole.

Zugleich quasseln die Vertreter der Monopole und ihre Politiker um so mehr von „Beschränkung“ der Einmischung des Staates in die Wirtschaft, je mehr die Monopole mittels ihres Staates eine solche Einmischung vollziehen. Doch freilich liegt es nicht in der Macht der Vertreter des Kapitals, ihrer verfallenden Gesellschaftsordnung durch Beschwörung liberaler Formeln, die vor 200 Jahren aktuell waren, auch nur einen Hauch jugendlicher Frische zurückgeben zu können. Die Zeiten der Physiokraten sind längst vorbei. Der Kapitalismus vegetiert in Altersschwäche dahin, und diejenigen seiner Speichellecker, die sich Ökonomen nennen, können allenfalls den entsprechenden Altersstarrsinn beisteuern.

Es gibt somit auch keinen Neoliberalismus. Zwar gibt es weltweit derzeit eine enorme Privatisierungswelle gemäß dem alten Motto der Monopole „Verluste verstaatlichen, Gewinne privatisieren“. Doch daran ist nichts liberal. Der Liberalismus war eine Bewegung des damals **aufsteigenden** Kapitalismus, des Konkurrenzkapitalismus, und diese Bewegung richtete sich gegen den feudalen Staat. Heute aber ist

der Kapitalismus im Niedergang begriffen, die Monopole herrschen, und sie nutzen ihren Staat zur Einmischung in das gesamte wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Leben. An dieser Herrschaft ist nichts Liberales, nichts Freiheitliches. „*Monopole, Oligarchie* (die Herrschaft weniger, d. Verf.), *das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen - all das erzeugte jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus zu kennzeichnen.*“ (Lenin, Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus, LW 22, S. 305; oder LAW II S. 766)

Die Monopole nutzen auch bei Privatisierungen ihren Staat, und zwar in diesem Falle dazu, sich staatliche Unternehmen für einen Apfel und ein Ei in den Rachen werfen zu lassen, nachdem diese Unternehmen mit staatlichen Subventionen, also mit Steuergeldern, profitabel gemacht worden sind. Die Monopole werden andererseits auch weiterhin „Verluste verstaatlichen“ und damit der Gesellschaft aufbürden.

## Philosophischer Einschub:

### Zum dialektischem Verhältnis von Relativem und Absolutem

Obige Ausführungen über die Konkurrenz geben Gelegenheit zu einer kurzen Überlegung bezüglich der Begriffe Relatives und Absolutes.

Betrachten wir ein Ding „relativ“, so betrachten wir es **bezogen auf ein anderes Ding oder auf mehrere andere Dinge**. Das Wort „relativ“ kommt vom lateinischen *relatio* = Beziehung, Verhältnis. Betrachten wir ein Ding „absolut“, so betrachten wir es **losgelöst von anderen Dingen, für sich**. Das Wort „absolut“ kommt vom lateinischen *absolutus* = losgelöst.

Thesen:

Das Relative ist absolut. Das Absolute ist relativ.

Gehen wir vom ersten Satz aus. **Das Relative ist absolut:** Jedes Ding ist relativ, ist nämlich bezogen auf viele andere, hat sein derzeitiges So-Sein durch die Einwirkung vieler anderer. Da dies ausnahmslos für jedes Ding gilt, ist das Relative absolut.

Und dennoch ist jedes Ding nicht nur bestimmt durch andere, sondern stellt auch für sich etwas dar. In dieser Hinsicht ist es auch absolut, nämlich nicht nur bezogen auf andere Dinge. Doch das, was es für sich ist, dieses Absolute, ist bedingt durch die Einwirkung der anderen Dinge auf dieses Ding. **Das Absolute ist folglich relativ.**

Die Konkurrenz ist „etwas für sich“, sie ist also nicht nur insoweit etwas, als sie auf anderes bezogen ist (z.B. auf das Wegfallen feudaler Beschränkungen), sie ist insoweit absolut. Doch was ist dieses Absolute? Die innere Natur des Kapitals, seine wesentliche Bestimmung, nämlich zu verwertender Wert zu sein, nach Verwertung zu streben. Doch dieses Absolute ist insoweit relativ, als es nur erscheinen kann in der **Bezogenheit** eines jeden Kapitals auf andere Kapitalien.

Lenin: „Für die objektive Dialektik ist **im Relativen Absolutes enthalten**. Für den Subjektivismus und die Sophistik ist das Relative nur relativ und schließt das Absolute aus.“ (Zur Frage der Dialektik, LW 38, S. 339; oder LAW II S. 622; Hervorhebungen von Lenin) Damit leisten Subjektivismus und Sophistik der Bourgeoisie gute Dienste; im gegebenen Fall tragen sie zur Verklärung der Konkurrenz bei und vertuschen ihr inneres Wesen, die Profitgier des Kapitals.

Der Relativist leugnet das Absolute, betrachtet die Dinge **ausschließlich** in ihren verschiedenen Beziehungen zu anderen Dingen, leugnet, daß sie auch **für sich** etwas sind. Er betrachtet den Unterschied zwischen Relativem und Absolutem fälschlich als absolut. (Sein Relativismus schlägt also hier in Überbetonung des Absoluten um! Er betrachtet nämlich eine Beziehung als absolut, die in Wirklichkeit relativ ist.) Damit verstellt er den Blick auf das Wesen der Dinge. Für den Dialektiker ist der Unterschied zwischen Absolutem und Relativem relativ. Der Dialektiker zeigt auf, daß die Dinge auch für sich etwas sind, daß sie Absolutes enthalten. Zugleich zeigt er, daß sie bestimmt sind durch die Einwirkung der anderen Dinge, daß dieses Absolute also relativ ist. **Im Relativen ist Absolutes enthalten.**

In seinem Konspekt zu Hegels Logik führt Lenin folgenden Satz Hegels an: „Das absolute Wesen... hat kein Dasein. Aber es muß zum Dasein übergehen.“ (Konspekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik“, LW 38, S. 119) Der Hegelsche Begriff „Dasein“ kann in etwa mit „Welt der Erscheinungen“ übersetzt werden. Dann ergibt sich in etwa: Das **absolute** Wesen der Dinge fällt mit der Welt der Erscheinungen nicht unmittelbar zusammen. Es muß eine ihm gegenüber selbständige Erscheinungsform annehmen. In unserem Beispiel: Das **absolute Wesen** des Kapitals ist die Verwertungsbewegung, das Profitstreben, und diese Verwertungsbewegung **tritt in Erscheinung** in Form der

Konkurrenz, **in Form des Bezugs** eines Kapitals auf die anderen Kapitalien, tritt also **relativ** in Erscheinung.

Nehmen wir den Wert und seinen selbständigen Ausdruck als Tauschwert. (vgl. Kapitel VIII S. 50 - 61 und 122 - 131) Für sich genommen („absolut“) ist der Wert vergegenständlichte abstrakte Arbeit. Er erscheint jedoch als Tauschwert, nimmt die Wertform an. Die Analyse der einfachen Wertform zeigt, daß der Wert einer Ware **relativ** ausgedrückt wird, nämlich **durch Bezugnahme** auf den Gebrauchswert einer anderen Ware: 20 Ellen Leinwand = 1 Rock. Hier sind die 20 Ellen Leinwand **in relativer Wertform**, d.h. ihr Wert **erscheint** nicht als das, was er für sich ist, nämlich nicht als dasjenige Quantum abstrakter Arbeit, das zur Herstellung der 20 Ellen Leinwand gesellschaftlich erforderlich ist, sondern er erscheint **bezogen auf** den Gebrauchswert des 1 Rockes. Der Leinwandverkäufer hat Bedarf an dem Rock, und indem er im Austausch den 1 Rock als Äquivalent für die 20 Ellen Leinwand erhält, wird der gesellschaftliche Charakter seiner Arbeit, die zunächst Privatarbeit war, nachträglich anerkannt.

Der betreffende Widerspruch wohnt im Keim bereits jeder einzelnen Ware inne, die nämlich sowohl Gebrauchswert als auch Wert ist. Dieser wesensmäßige Widerspruch der Ware tritt im Austausch in Erscheinung: Im Austausch nämlich treten zwei Waren in Beziehung, und der Gebrauchswert der einen dient als Wertausdruck der anderen. Hat die Wertform das Entwicklungsstadium der Geldform erreicht, so nimmt nur noch die Geldware die Äquivalentform an, **alle anderen Waren** aber nehmen relative Wertform an. Nämlich: Der Wert aller anderen Waren wird **relativ zur Geldware** ausgedrückt, d.h. er wird ausgedrückt in einem bestimmten Quantum der Geldware. Dies geschieht bereits vor dem Austausch in der Preisform: In der Preisform dient ein **vorgestelltes, ideelles** Quantum der Geldware als Wertausdruck der in relativer Wertform befindlichen Ware.

## DURCHSCHNITTSPROFITRATE UND MONOPOLPROFIT

Das Problem des theoretischen Verhältnisses von Durchschnittsprofitrate und Monopolprofit gehört thematisch zum monopolistischen Kapitalismus, zum Imperialismus, der Gegenstand späterer Kapitel sein wird. Dennoch wollen wir schon hier zu dieser Frage kommen, um die theoretischen Probleme der Profitrate zusammenhängend zu betrachten.

Schon im Konkurrenzkapitalismus kam es vereinzelt zu Monopolen, zur Beherrschung eines Industriezweigs durch ein Unternehmen oder eine Gruppe von Unternehmen, die Absprachen, z.B. Preisabsprachen, trafen. Die Monopole sind aufgrund ihrer Monopolstellung in der Lage, einen besonderen Profit zu erzielen, den sogenannten Monopolprofit. Mit dem Übergang zum monopolistischen Kapitalismus tritt dies nicht nur vereinzelt, sondern durchgängig auf. Findet auf dieser Grundlage eine Ausgleichung zwischen den Profitraten verschiedener Produktionszweige noch statt? Im welchem Verhältnis steht der Durchschnittsprofit zum Monopolprofit? Schließen die beiden Begriffe sich nicht aus?

Marx hat an zwei Stellen des 3. Bandes des *Kapitals* Hinweise gegeben, die bei der Lösung dieses Problems von Nutzen sind:

*„Es kann (...) gesagt werden, daß überall, wo ein Durchschnittsprofit hergestellt wird, also eine allgemeine Profitrate - in welcher Weise auch immer dies Resultat hervorgebracht worden sei - dieser Durchschnittsprofit nichts anderes sein kann als der Profit auf das gesellschaftliche Durchschnittskapital, dessen Summe gleich der Summe der Mehrwerte, und daß die durch Zuschlag dieses Durchschnittsprofits auf die Kostpreise hervorgebrachten Preise nichts anderes sein können als die in Produktionspreise verwandelten Werte.“* Dies haben wir oben bereits gesehen, doch nun fährt Marx fort: *„Es würde nichts ändern, wenn Kapitale in bestimmten Produktionssphären aus irgendwelchen Gründen nicht dem Prozeß der Ausgleichung un-*

terworfen würden. Der Durchschnittsprofit wäre dann berechnet auf den Teil des Gesellschaftskapitals, der in den Ausgleichungsprozeß eingeht.“ (Kapital III, MEW 25, S. 183)

Treten also **vereinzelt** Monopole auf, so fallen diese einfach aus dem Ausgleichungsprozeß heraus, und die Durchschnittsprofitrate wird unter den anderen Kapitalen gebildet.

*„Findet endlich die Ausgleichung des Mehrwerts zum Durchschnittsprofit in den verschiedenen Produktionssphären ein Hindernis an künstlichen oder natürlichen Monopolen (...), so daß ein Monopolpreis möglich würde, der über den Produktionspreis und über den Wert der Waren stiege, auf die das Monopol wirkt, so würden die durch den Wert der Waren gegebenen Grenzen dadurch nicht aufgehoben. Der Monopolpreis gewisser Waren würde nur einen Teil des Profits der andern Warenproduzenten auf die Waren mit dem Monopolpreis übertragen. Es fände indirekt eine örtliche Störung in der Verteilung des Mehrwerts unter die verschiedenen Produktionssphären statt, die aber die Grenze dieses Mehrwerts selbst unverändert ließe. Ginge die Ware mit Monopolpreis in den notwendigen Konsum des Arbeiters ein, so würde sie den Arbeitslohn erhöhen und dadurch den Mehrwert vermindern, falls der Arbeiter nach wie vor den Wert seiner Arbeitskraft bezahlt erhielte. Sie könnte den Arbeitslohn unter den Wert der Arbeitskraft herabdrücken, aber dies nur, soweit jener über der Grenze seines physischen Minimums stände. In diesem Falle würde der Monopolpreis durch Abzug am realen Arbeitslohn (d.h. der Masse der Gebrauchswerte, die der Arbeiter durch dieselbe Masse Arbeit erhielte) und an dem Profit der andern Kapitalisten bezahlt.“* (ebenda, S. 868 f.)

Die Monopole eignen sich einen Teil der Produktionspreise an, der „eigentlich“ (bei „normaler“ Ausgleichung der Profitraten) den nichtmonopolistischen Unternehmen „zusteht“. Quelle des Monopolprofits kann insoweit sein, daß die nichtmonopolistischen Unternehmen gleicher Branche aufgrund des Drucks der Konkurrenz des Monopols **unter** dem Produktionspreis verkaufen müssen, um überhaupt überleben zu können, und was ihnen verlorengelht, fließt dem Monopol durch über dem Produktionspreis liegende

Preise zu. Quelle kann ferner sein, daß das monopolistische Unternehmen seinen Lieferanten (z.B. Autozulieferern) einen geringeren Preis als den Produktionspreis zahlt. In diesen beiden Fällen findet also eine Umverteilung zwischen dem Monopol und den nichtmonopolistischen Unternehmen einer anderen Branche statt. Quelle kann ferner sein (und ist es im monopolistischen Kapitalismus stets), daß die werktätigen Massen als Konsumenten für die Produkte einen höheren Preis als den Produktionspreis zahlen müssen. Im monopolistischen Kapitalismus führt das in der Regel zum Sinken des Lohns unter den Wert der Arbeitskraft. Hier gewinnen die Monopole, was den werktätigen Konsumenten verlorengeht. (Eine weitere bedeutende Quelle des Monopolprofits, die Ausplünderung der abhängigen Länder, werden wir erst in einem späteren Kapitel behandeln.)

In jedem Falle findet also aufgrund der Monopolstellung eine **Umverteilung** der Produktionspreise (und folglich auch der Werte) zugunsten der Monopole statt. Die Summe der gesellschaftlich produzierten Werte (die ja, wie oben gezeigt, mit der Summe der Produktionspreise exakt zusammenfällt), ändert sich durch das Auftreten von Monopolen nicht und kann sich nicht ändern: Nur diejenigen Werte können umverteilt werden, die zuvor produziert wurden.

Was aber, wenn nicht mehr einzelne Monopole aus der Ausgleichung der Profitrate herausfallen? Was, wenn alle Wirtschaftszweige von Monopolen beherrscht werden, wie es heute der Fall ist?

Sofern es dann noch eine Durchschnittsprofitrate der nichtmonopolistischen Unternehmen geben sollte, verliert diese jedenfalls an Bedeutung, da in erster Linie nicht sie, sondern die Profitrate der Monopole die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige reguliert.

Hilferding geht davon aus, daß sich zwei unterschiedliche Profitraten herausbilden, die der Monopole und die der nichtmonopolistischen Unternehmen. Die Durchschnittsprofitrate hat sich nämlich nach Hilferding „geändert. Sie ist verschieden für die große kartellierte Industrie und für die kleinen von ihr in Abhängigkeit geratenen Sphären der Kleinindustrie, deren Kapitalisten sie eines Teiles des Mehr-

werts beraubt (...).“ (Hilferding, Rudolf, Das Finanzkapital, Ausgabe Dietz 1947, S. 313)

Mit Recht hat Oelßner darauf hingewiesen, daß der Monopolprofit „*nicht nur aus dem Mehrwert der nicht kartellierten Industrien (stammt), sondern (...) auch ein Tribut der Konsumenten an das Monopolkapital*“ (ist) (Vorwort zur o.g. Auflage des Finanzkapitals, S. XI), was Hilferding an der soeben zitierten Stelle nicht berücksichtigt. Darüber hinaus kann es im entwickelten Monopolkapitalismus bei zwei fest umrissenen Durchschnittsprofitraten - einer für das monopolistische und einer für das nichtmonopolistische Kapital - nicht bleiben. Im monopolistischen Kapitalismus gibt es vielfache Abhängigkeiten und Herrschaftsverhältnisse, auch **innerhalb** des monopolistischen Kapitals. Auf Grundlage derartiger hierarchischer Strukturen **muß sich ein abgestuftes, ein hierarchisches Gefüge von Profitraten herausbilden, entsprechend der Stärke der jeweiligen Kapitalien.** Stärke ist zunächst ökonomische Stärke, aus dieser erwächst aber politische Macht, beispielsweise in Form von Sonderbeziehungen zum Staatsapparat, der die Profitrate der betreffenden Kapitale durch Subventionen, Staatsaufträge, Steuerbefreiungen usw. erhöht.

Der empirische Nachweis für hierarchisch gestaffelte Profitraten ist nicht einfach, da Bilanzen oft gefälscht sind und zudem einige Informationen, die für eine exakte Berechnung der Profitrate erforderlich wären, nicht enthalten. Der isw-Report Nr. 31 (sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München) versucht allerdings einen unserer Meinung nach durchaus überzeugenden „*indirekten Nachweis der Profitratenhierarchie*“: Man greift auf Daten zurück, die zwar für eine Berechnung der Profitrate nicht ausreichen, die aber durchaus ausreichen, um auf unterschiedliche Profitraten in Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung **schließen** zu lassen. **Unter anderem** werden Bankschulden einerseits, Finanzanlagen andererseits in Prozent der Bilanzsumme **für kleine, mittlere und große Unternehmen** aufgeschlüsselt. („Kleine“ Unternehmen: Jahresumsatz bis DM 10 Mio.; „mittlere“ Unternehmen: Jahresumsatz zwischen DM 10 Mio. und DM 100 Mio.; „große“ Unternehmen: über 100 Mio. DM Jahresumsatz.) Dabei ergibt sich für das Jahr 1989:

Kleine Unternehmen hatten Bankschulden in Höhe von 32,0 % der Bilanzsumme, mittlere Unternehmen in Höhe von 24,3 % und große Unternehmen in Höhe von 7,6 %. Und andererseits die Finanzanlagen (Wertpapierbesitz plus Beteiligungsbesitz): Kleine Unternehmen verfügten über Anlagen in Höhe von 7,0 % der Bilanzsumme, mittlere in Höhe von 4,5 % und große in Höhe von 17,9 %. Hier fällt die Zahl bei den mittleren zwar aus der Reihe, betrachten wir aber den „Zinsüberschuß“ (Zinserträge abzüglich Zinsaufwand), so stimmt das Bild wieder: Kleine Unternehmen: minus 2,0; mittlere: minus 1,2; große: + 0,1. Je größer ein Betrieb, desto weniger Profit muß er als Zins den Banken abgeben, desto mehr Profit zieht er selbst aus Finanzgeschäften. Und selbstverständlich sind die drei Gruppen hier willkürlich bestimmt, gibt es ein Gefälle innerhalb jeder der drei Gruppen. Je größer ein Industrieunternehmen der dritten Gruppe, desto mehr übt es Bankfunktionen aus. Spaßhaft, aber durchaus zutreffend bezeichnet man Siemens als Bank mit angeschlossener Elektrowerkstatt, Daimler-Benz als Bank mit angeschlossener Autowerkstatt. So übrigens auch die Bundesbank: *„zunehmende Übernahme von Bankfunktionen durch Großunternehmen und Konzerne im Rahmen eines systematischen Finanzmanagements“*. (Monatsbericht der Bundesbank 10/1992, zitiert nach isw-Heft 32, S. 7)

Wie gesagt: Aus den genannten und anderen in der Untersuchung des isw enthaltenen Zahlen läßt sich die Profitrathierarchie nicht unmittelbar nachweisen, es läßt sich aber mittelbar darauf schließen.

Folgt aus der Hierarchie der Profitraten im monopolistischen Kapitalismus, daß sich die von Marx untersuchte Ausgleichung der Profitraten zu einer Durchschnittsprofitrate durch die Entwicklung zum monopolistischen Kapitalismus überlebt hat? Keineswegs. Eine Ausgleichung der Profitraten findet nach wie vor **in dem Sinne** statt, daß die Höhe des individuellen Profits eines Kapitals **nicht** von der organischen Zusammensetzung des Kapitals in der betreffenden Branche reguliert wird. Würde sie dadurch reguliert, so fände eine Kapitalflucht aus den Zweigen mit hoher organischer Zusammensetzung statt. Das ist aber offenkundig nicht der Fall. Das von Marx analysierte Gesetz der Ausgleichung der Profitraten beinhaltet ja von vornherein nicht etwa, daß alle

Profitraten aller Kapitale ausgeglichen werden, sondern daß **nur diejenigen** Unterschiede ausgeglichen werden, die auf der unterschiedlichen organischen Zusammensetzung in den verschiedenen Zweigen beruhen, sowie diejenigen Unterschiede, die auf verschiedenen Umschlags- geschwindigkeiten beruhen, welche in natürlichen Bedingungen des jeweiligen Produktionszweigs wurzeln. **Diese** Unterschiede werden auch im monopolistischen Kapitalismus ausgeglichen. Auf Grundlage **dieser** Umverteilung des Mehrwerts findet dann eine weitere Umverteilung statt, und zwar nach der ökonomischen und politischen Macht der betreffenden Monopole.

Marx ging ganz ausdrücklich **nicht** von einer einheitlichen Profitrate **innerhalb eines Produktionszweiges** aus. Er wies vielmehr darauf hin, daß Ricardo diesbezüglich zwei Sätze aufstellte, „die nicht nur **nicht dieselbe**, sondern die **entgegengesetzte** Wirkung der Konkurrenz ausdrücken“: „Der erste ist, daß die Produkte derselben Sphäre sich zu **einem und demselben Marktwert** verkaufen, daß die Konkurrenz also **verschiedne Profitraten, Abweichungen** von der allgemeinen Profitrate, erzwingt.“ (Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2, S. 204, Hervorhebungen von Marx) Wenn nämlich Verkauf zu gleichen Preisen, so erzielt dasjenige Kapital eine höhere Profitrate, das produktiver produzieren läßt, in der Regel aber wird das größere Kapital früher die Möglichkeit haben, modernere Produktionstechniken anzuwenden. „Die zweite (nämlich der ersteren **entgegengesetzte** Wirkung der Konkurrenz, d. Verf.) ist, daß die **Profitrate** für jede Kapitalanlage **dieselbe** sein muß oder daß die Konkurrenz eine **allgemeine Profitrate** schafft. Das erste Gesetz gilt für die verschiedenen selbständigen Kapitalien, die in **derselben Produktionssphäre** angelegt sind. Das zweite gilt für die Kapitalien, sowie sie **in verschiedenen Produktionssphären** angelegt sind. Durch die erste Aktion schafft die Konkurrenz den **Marktwert**, d.h. **denselben Wert für Waren derselben** Produktionssphäre, obgleich dieser **identische Wert** **differente** (unterschiedliche, d. Verf.) **Profite** erzeugen muß, also **denselben Wert trotz oder vielmehr durch differente Profitraten**. Durch die zweite Aktion (die übrigens auch anders bewerkstelligt wird; das ist die Konkurrenz der

Kapitalisten in den **verschiednen** Sphären, die das Kapital aus der einen in die andre wirft, während die andre Konkurrenz, soweit sie sich nicht auf die Käufer bezieht, unter den Kapitalien **derselben** Sphäre stattfindet) schafft die Konkurrenz den **Kostenpreis** (in späterer Terminologie **Produktionspreis**, d. Verf.), d.h. **dieselbe Profitrate** in den verschiedenen Produktionssphären, obgleich diese **identische Profitrate** der Ungleichheit der Werte widerspricht (d.h. nicht möglich wäre, wenn die Waren zu ihren Werten verkauft würden, da sich dann bei gleicher Größe der Kapitalien in unterschiedlichen Produktionssphären ungleiche Werte der Produkte und damit unterschiedliche Profitraten ergäben, d. Verf.), also nur durch von den Werten **unterschiedne prices** (unterschiedene Preise, d. Verf.) erzwungen werden kann.“ (ebenda, von Marx)

Marx drückt im folgenden noch seine Verwunderung aus, daß Ricardo „diese Doppelbestimmung nicht herausfühlt“, obwohl er seiner Theorie durchaus zutreffend „**gleichen Wert oder Preis mit ungleicher Profitrate und gleiche Profitrate mit ungleichen Werten**“ zugrundelegt. (ebenda, Hervorhebungen von Marx)

**Unterschiedliche Profitraten innerhalb eines Produktionszweiges sind also keineswegs eine neue Erscheinung, die der monopolistische Kapitalismus hervorgebracht hätte. Es hat sie vielmehr im Kapitalismus immer gegeben.** Das Monopol vergrößert lediglich die Ungleichheit, die Differenzierung zwischen verschiedenen Profitraten innerhalb eines Produktionszweiges. Neu ist im monopolistischen Kapitalismus also nicht etwa der Mechanismus, nach welchem ein größeres Kapital eine höhere Profitrate ausschlägt als das kleinere. Neu ist nur das **Ausmaß**, in dem die Größe und Stärke der einzelnen Kapitale auseinanderfallen. Doch ändert sich nichts daran, daß ein Kapital einer bestimmten Größenordnung in allen Produktionszweigen in etwa gleiche Profitraten erzielen muß.

Es trifft nach alledem nicht den Kern der Sache, wenn Stalin sagt: „Der moderne Kapitalismus, der monopolistische Kapitalismus kann sich mit dem Durchschnittsprofit nicht begnügen, der angesichts der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals noch dazu die Tendenz hat zu

*fallen. Der moderne monopolistische Kapitalismus fordert nicht Durchschnittsprofit, sondern ein Maximum an Profit, das nötig ist, um die erweiterte Reproduktion mehr oder weniger regulär zu verwirklichen.“ (Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15, S. 329) Richtig ist zwar folgendes: Wenn wir aus allen Kapitalen einer Gesellschaft rein rechnerisch einen durchschnittlichen Profit ermitteln, dann können sich die Monopole mit einem Profit in dieser Höhe natürlich nicht begnügen, da sie einen höheren Profit erzielen können und müssen als die nicht-monopolistischen Unternehmen. Dennoch findet nach wie vor eine solche Ausgleichung statt, die die auf unterschiedlicher organischer Zusammensetzung beruhenden Unterschiede der Profitraten auslöscht. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun, nur in der Erscheinung durchdringen sich die Auswirkungen der beiden Bewegungen.*

**Literatur** zur Durchschnittsprofitrate:

- **Kapital III, Kapitel 8 - 12:** MEW 25, S. 151 - 220
- **Engels, Ergänzung zum 3. Band des Kapitals,**  
**I. Wertgesetz und Profitrate:** MEW 25, S. 898 - 917



# **III.**

## **DAS GESETZ DES TENDENZIELLEN FALLS DER PROFITRATE**

## DAS GESETZ ALS SOLCHES

### (KAPITAL III, 13. KAPITEL)

Wir haben oben gesehen, daß eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals nur ein anderer Ausdruck für gestiegene Produktivität ist. Wächst innerhalb der Summe  $c + v$  der Anteil von  $c$  gegenüber  $v$ , so bedeutet dies, daß weniger lebendige Arbeit erforderlich ist, um in Form von Produktionsmitteln gegebene tote, vergegenständlichte Arbeit anzuwenden. Die Produktivität steigt aber so gut wie immer. Stachel des Steigens der Produktivität ist das Profitstreben des Kapitals: Produziert ein Kapitalist produktiver als seine Konkurrenten, so heißt dies: Zur Produktion einer bestimmten Ware wird individuell weniger Arbeit aufgewandt als im gesellschaftlichen Mittel. Verkauft der Kapitalist die Ware zum Marktpreis, so erzielt er einen Extraprofit, da sein Kostpreis geringer ist als der seiner Konkurrenten.

Früher oder später ziehen die Konkurrenten aber nach. Damit hat sich die zur Produktion dieser Ware gesellschaftlich erforderliche Arbeitsmenge verringert. Mit andern Worten: Die Produktivität ist gestiegen. Nun erzielt unser Neuer-Kapitalist keinen Extraprofit mehr, da alle Kapitalisten der Branche die Neuerung eingeführt haben. Da der ökonomische Inhalt der Neuerung darin besteht, daß weniger lebendige Arbeitskraft erforderlich ist, um mehr tote anzuwenden, da sich also die organische Zusammensetzung erhöht hat, sinkt bei gleichbleibender Größe des investierten Kapitals und bei gleichbleibender Mehrwertrate die Mehrwertmasse. Haben wir z.B. ursprünglich eine Zusammensetzung von  $50 c + 50 v$ , so beläuft sich der Produktwert bei einer angenommenen Mehrwertrate von 100 % auf  $50 c + 50 v + 50 m$ . Erhöht sich die organische Zusammensetzung des Kapitals auf  $60 c + 40 v$ , so verringert sich der Produktwert nun bei gleichbleibender Mehrwertrate auf  $60 c + 40 v + 40 m$ . Die Mehrwertmasse, die das vorgeschossene Kapital von 100 abwirft, reduziert sich also durch diese Produktivitätssteigerung von 50 auf 40. Geht diese Bewegung nur in **einer**

Branche vor sich, so ist das für den Profit weitgehend un-  
schädlich: Die Produkte werden ja nicht zu ihren Werten,  
sondern zu ihren Produktionspreisen verkauft, und was den  
Kapitalisten dieser Branche an Mehrwert verloren geht, das  
fließt ihnen infolge der Ausgleichung der Profitraten aus an-  
deren Branchen weitgehend zu. (Nicht vollständig, denn  
durch das Sinken der Profitrate in **einem** Produktionszweig  
sinkt auch die Durchschnittsprofitrate geringfügig.) Jedoch:  
Produktivitätssteigerung und folglich Erhöhung der organi-  
schen Zusammensetzung findet in **allen** Branchen statt. Die  
organische Zusammensetzung des **gesellschaftlichen**  
**Gesamtkapitals** erhöht sich. **Folglich sinkt bei gleichbleiben-**  
**der Mehrwertrate die Durchschnittsprofitrate.**

Wir sehen also: Das Streben aller einzelnen Kapitali-  
sten, ihren Profit durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität  
und folglich der organischen Zusammensetzung ihres Kapi-  
tals zu vergrößern, führt gesamtgesellschaftlich zum gegen-  
teiligen Resultat: Zum Sinken der Profitrate. Vom Standpunkt  
der Konkurrenz aus ist es für den einzelnen Kapitalisten frei-  
lich sinnvoll und notwendig, die organische Zusammenset-  
zung zu erhöhen, denn dies verschafft ihm vorübergehend  
tatsächlich eine höhere Profitrate. Doch bald stoßen alle ein-  
zelnen Kapitalisten sehr praktisch auf das Problem, daß „*al-*  
*les in der Konkurrenz und daher im Bewußtsein der Agenten*  
*der Konkurrenz* (der auf Grundlage der Konkurrenz agieren-  
den Personen, d. Verf.) *sich verkehrt darstellt*“ (Kapital III,  
MEW 25, S. 235): Das **gegenteilige** Resultat wird erzielt. Der  
Kapitalist **muß** die Dinge aber vom Standpunkt der Konkur-  
renz aus betrachten, da er sich in ihr behaupten muß.

„*Die progressive* (voranschreitende, d. Verf.) *Tendenz*  
*der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist also nur ein der*  
***kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck***  
*für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen*  
*Produktivkraft der Arbeit.*“ (ebenda, S. 223, Hervorhebung  
von Marx) Damit verwandelt sich ein Segen in einen Fluch:  
An sich wäre das Steigen der Arbeitsproduktivität ja ein Vor-  
teil für die Menschheit. Dieses Steigen hat bei kapitalisti-  
scher Produktion nur den Haken, daß sich die Verwer-  
tungsbedingungen des Kapitals verschlechtern. Die ganze  
Produktion ist aber - wie wir gesehen haben - unter kapitali-

stischen Bedingungen nur eine Veranstaltung zum Zwecke der Verwertung des Kapitals. Wenn das Kapital sich infolge sinkender Profitraten schlechter verwerten kann, so muß dies also die Produktion hemmen. Wir werden noch sehen, daß dies tatsächlich der Fall ist.

Die klassische politische Ökonomie sah das Phänomen des Sinkens der Profitrate, konnte das betreffende Gesetz aber nicht entdecken, da der Klassenstandpunkt der bürgerlichen Ökonomen sie daran hinderte. Das Gesetz, wonach sich das Sinken der Profitrate *„aus dem Wesen der kapitalistischen Produktionsweise als eine selbstverständliche Notwendigkeit“* (ebenda) ergibt, beinhaltet schließlich ein vernichtendes Urteil über die Perspektiven der kapitalistischen Produktionsweise selbst: Sie ist zum Untergang verurteilt. Das Gesetz des Sinkens der Profitrate bildet das *„Mysterium (...) ,um dessen Lösung sich die ganze politische Ökonomie seit Adam Smith dreht“* (ebenda), ohne daß sie es lösen konnte. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß sie sogar *„um den Unterschied von konstantem und variablem Kapital zwar herumtappte, ihn aber nie bestimmt zu formulieren verstand; daß sie den Mehrwert nie getrennt vom Profit“* darstellte. (ebenda)

Die sinkende Profitrate kann durchaus mit steigender Profitmasse einhergehen und tut es in der Regel auch: Zum einen aufgrund der steigenden Mehrwertrate, zum anderen soweit die Akkumulation (Anhäufung) des Kapitals zu einer größeren Masse des angewandten variablen Kapitals führt, wobei letzteres freilich keine absolute Bewegung ist. (vgl. hierzu die nachfolgenden Kapitel) *„Im Fortschritt des Produktions- und Akkumulationsprozesses **muß** also die Masse der aneignungsfähigen und angeeigneten Mehrarbeit und daher die absolute Masse des vom Gesellschaftskapital (vom gesellschaftlichen Gesamtkapital, d. V.) angeeigneten Profits wachsen. Aber dieselben Gesetze der Produktion und Akkumulation steigern, mit der Masse, den Wert des konstanten Kapitals in zunehmender Progression rascher als den des variablen, gegen lebendige Arbeit umgesetzten Kapitalteils. Dieselben Gesetze produzieren also für das Gesellschaftskapital eine wachsende absolute Profitmasse und eine fallende Profitrate.“* (S. 229, Hervorhebung von Marx)

Das Wachsen der Profitmasse vermag die aus dem Sinken der Profitrate erwachsenden Widersprüche der kapitalistischen Produktion nicht abzumildern. Wie gesagt: Zweck ist die Verwertung als solche, also die Verwertung zu einer bestimmten Profitrate. Das Monopol ist so gesehen die letzte Ausflucht des Kapitals. Durch die Monopolstellung soll trotz sich verschlechternder Verwertungsbedingungen eine gewisse Profitrate erreicht werden. Mit der Einschränkung der Konkurrenz wird damit die kapitalistische Produktionsweise als Ganze freilich weiterhin untergraben. Das Profitsystem führt sich zunehmend selbst ad absurdum.

Empirisches Material zum Sinken der Profitrate des verarbeitenden Gewerbes in der BRD findet sich bei Waffenschmidt, Karl, *Kapitalismus*, S. 91. Demnach sank diese Profitrate zwischen 1951 und 1981 von 35,2 % auf 8,3 %. Waffenschmidt: „Die *Nettoprofitrate* sinkt in den Krisen auf einen Tiefpunkt, steigt dann kurzfristig wieder an, um erneut in der nächsten Krise auf einen noch niedrigeren Tiefpunkt zu fallen.“

Empirisches Material zum Sinken der Profitrate findet sich ferner in *Roter Morgen* 9/95, S. 4. (abgedruckt in: *Rugenberg, Franz, Blaue Reihe, Imperialismus konkret*, Heft 1 S. 140 ff.) Eine exakte Berechnung der Profitrate ist nicht möglich, da die bürgerliche Statistik die hierzu erforderlichen Daten nicht bereitstellt. Anhand der vorliegenden Daten nahm der *Rote Morgen* eine hilfswiese Berechnung vor, die in Bezug auf Westdeutschland zu folgenden Resultaten führte:

Jahr	Profitrate
1960	14,16%
1970	9,09%
1980	5,44%
1990	6,38%
1993	5,21%

Im übrigen sinkt die Profitrate auch durch verschiedene Bemühungen der Kapitalisten, die aus der Verschärfung des Konkurrenzkampfes bzw. dem Schrumpfen der Märkte resultieren. So führt die Zuspitzung des Konkurrenzkampfes zu steigenden Ausgaben in Werbung. Doch alle Werbung vermag die jeweils gegebene Konsumtionskraft nicht zu beeinflussen; was der eine Kapitalist an Marktanteilen gewinnt, verliert der andere. Die wachsenden Investitionen in Werbung ändern nichts an der Masse des gesamtgesellschaftlich produzierten Mehrwerts, und nur dieser kann verteilt werden. Unproduktive Ausgaben in Werbung tragen somit zum Sinken der Profitrate bei.

## ENTGEGENWIRKENDE URSACHEN

### (*KAPITAL III, 14. KAPITEL*)

Zieht man die enorme Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus in Betracht, so drängt sich die Frage auf, warum die Profitrate nicht wesentlich rascher sinkt, als dies tatsächlich der Fall ist. Offenbar muß es entgegenwirkende Ursachen geben.

Und die gibt es auch.

In erster Linie kann dem Sinken der Profitrate durch das Steigen der Mehrwertrate entgegengewirkt werden. Wir haben schon im ersten Abschnitt dieses Kapitels diesen Zusammenhang an einem Zahlenbeispiel verdeutlicht. Die Methoden zur Steigerung der Mehrwertrate haben wir in Kapitel X untersucht. Wir sehen nun: Wenn die Kapitalisten den Druck auf die Arbeiterklasse verschärfen, so tun sie das letztlich nicht aufgrund boshafter Gesinnung und schlechten Charakters, sondern weil die sinkenden Profitraten sie zwingen, diesem Sinken durch Steigerung der Mehrwertraten entgegenzuwirken. (Daß man beim Betreiben dieses Geschäfts einen schlechten Charakter herausbilden muß, steht auf einem anderen Blatt.)

Verlängerung der Arbeitszeit, Intensivierung der Arbeit und Drücken des Lohnes unter den Wert der Arbeitskraft - das sind die Hauptmittel des Kapitals zur Erhöhung der Mehrwertrate.



## ZUR ROLLE DER SOZIALDEMOKRATIE

Von diesem Punkt aus ist auch auf das übliche sozialdemokratische Lamento zu antworten, die Profite würden doch ständig steigen, die „Vernunft“ würde also den Kapitalisten gebieten, den Arbeitern auch etwas zu lassen, um den sozialen Frieden nicht zu gefährden. Natürlich steigt die Profit**masse** enorm, entscheidend ist aber das Fallen der Profit**rate**, und dieses Fallen **gebietet** es dem Kapital gesetzmäßig, die Lebensbedingungen des Proletariats anzugreifen. Das sozialdemokratische Lamento dient lediglich dem Zweck, diese Gesetzmäßigkeit zu vertuschen und die Arbeiter und kleinen Angestellten darauf zu verträsten, die Kapitalisten würden irgendwann schon „zu Vernunft kommen“.

Freilich müssen die sozialdemokratischen Berufslamentierer sich dabei auch selbst täuschen, denn der psychische Verdrängungsmechanismus verhindert bei ihnen wie überhaupt bei allen Verfechtern der kapitalistischen Produktionsweise, daß sie sich über die Wirkung des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate klar werden: *„Die Ökonomen also, die wie Ricardo die kapitalistische Produktionsweise für die absolute halten, fühlen hier, daß diese Produktionsweise sich selbst eine Schranke schafft, und schieben daher diese Schranke nicht der Produktion zu, sondern der Natur (...). Das Wichtige aber in ihrem Horror vor der fallenden Profitrate ist das Gefühl, daß die kapitalistische Produktionsweise an der Entwicklung der Produktivkräfte eine Schranke findet, die nichts mit der Produktion des Reichtums als solcher zu tun hat; und diese eigentümliche Schranke bezeugt die Beschränktheit und den nur historischen, vorübergehenden Charakter der kapitalistischen Produktionsweise; bezeugt, daß sie keine für die Produktion des Reichtums absolute Produktionsweise ist, vielmehr mit seiner Fortentwicklung auf gewisser Stufe in Konflikt tritt.“* (Kapital III, MEW 25, S. 252)

Allerdings war es trotz seiner klassenbedingten Selbsttäuschung eine große Leistung Ricardos, in der Periode des noch aufsteigenden Kapitalismus die Unvermeidlichkeit des Fallens der Profitrate herauszuwittern. Heute, wo der Kapitalismus auf dem Krankenbett dahinsiecht, bedarf es enormer Verdrängungskünste, um die Unvermeidlichkeit der ständi-

gen Verschlechterung der Kapitalverwertungsbedingungen zu „übersehen“. Die Sozialdemokratie als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielt hier eine besondere Rolle: Einerseits moralisiert sie über die hohe Profitmasse (und vertuscht dabei, daß die sinkende Profitrate das grundsätzlich unlösbare Problem des Kapitals ist), andererseits wirkt sie kräftig an relativen und zeitweiligen Lösungen mit, indem sie der Arbeiterklasse „Verantwortung für die Volkswirtschaft“ und folglich Lohnverzicht predigt, also auf die Erhöhung der Mehrwertrate abzielt, um dem Sinken der Profitrate entgegenzuwirken. Besonders tun sich hier die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hervor.



Dem Sinken der Profitrate kann weiter durch Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals entgegengewirkt werden, wie wir sie oben beschrieben haben. Gespart wird z.B. am Arbeits- und Umweltschutz, dabei werden Unfalltote und -verstümmelte sowie die Ruinierung unserer natürlichen Umwelt inkauf genommen.

Marx nennt noch weitere Faktoren, die dem Sinken der Profitrate entgegenwirken (S. 245 - 250), auf die wir hier aber nicht eingehen.

Insgesamt können wir resümieren, *„daß dieselben Ursachen, die das Fallen der allgemeinen Profitrate hervorbringen, Gegenwirkungen hervorrufen, die diesen Fall hemmen, verlangsamen und teilweise paralysieren (teilweise aufheben, d. Verf.). Sie heben das Gesetz nicht auf, schwächen aber seine Wirkung ab. Ohne das wäre nicht das Fallen der allgemeinen Profitrate unbegreiflich, sondern umgekehrt die relative Langsamkeit dieses Falls. **So wirkt das Gesetz nur als Tendenz, dessen Wirkung nur unter bestimmten Umständen und im Verlauf langer Perioden schlagend hervortritt.**“* (ebenda, S. 249, Hervorhebung v. Verf.)

## ENTFALTUNG DER INNEREN WIDERSPRÜCHE DES GESETZES.

### WARUM KRISEN IM KAPITALISMUS UNVERMEIDLICH SIND

#### (KAPITAL III, 15. KAPITEL)

*„Fall der Profitrate und beschleunigte Akkumulation sind insofern nur verschiedene Ausdrücke desselben Prozesses, als beide die Entwicklung der Produktivkraft ausdrücken.“* (ebenda, S. 251) Steigende Produktivität drückt sich nämlich zum einen aus in erhöhter organischer Zusammensetzung des Kapitals und der daraus folgenden Tendenz zum Fall der Profitrate, zum andern kann der sachliche Reichtum, den steigende Produktivität bedeutet, unter kapitalistischen Bedingungen nichts anderes als eine Anhäufung (= Akkumulation) von Kapital sein. Nämlich: Der Mehrwert (genauer: der Teil des Mehrwerts, den der Kapitalist nicht als Person konsumiert) wird zum Kapital geschlagen und neu investiert. Dieser Teil ist freilich der größte Teil, denn bei aller Prasserei wird der Kapitalist schon durch die Konkurrenz zur Akkumulation gezwungen.

*„Die Akkumulation ihrerseits beschleunigt den Fall der Profitrate, sofern mit ihr die Konzentration der Arbeiten auf großer Stufenleiter und damit eine höhere Zusammensetzung des Kapitals gegeben ist. Andererseits beschleunigt der Fall der Profitrate wieder die Konzentration des Kapitals (Anwachsen des Kapitalumfangs durch Anhäufung von Mehrwert innerhalb desselben Kapitals, d. Verf.) und seine Zentralisation (Anwachsen des Kapitalumfangs durch Vereinigung mehrerer Kapitale zu **einem** größeren Kapital, d.h. die größeren oder stärkeren Kapitale schlucken die kleineren oder schwächeren, d. Verf.) durch die Enteignung der kleinen Kapitalisten, durch die Expropriation (Enteignung, d. Verf.) des letzten Rests der unmittelbaren Produzenten (der einfa-*

chen Warenproduzenten, d. Verf.), bei denen noch etwas zu expropriieren ist. Dadurch wird andererseits die Akkumulation, der Masse nach, beschleunigt, obgleich mit der Profitrate die Rate der Akkumulation fällt.“ (ebenda)

Wie oben schon gesagt, kann indessen das Steigen der Profitmasse diejenigen Probleme, die aus dem Sinken der Profitrate erwachsen, nicht lösen:

„Andererseits, soweit die Rate der Verwertung des Gesamtkapitals, die Profitrate, der Stachel der kapitalistischen Produktion ist (wie die Verwertung des Kapitals ihr einziger Zweck), verlangsamt ihr Fall die Bildung neuer selbstständiger Kapitale und erscheint so als bedrohlich für die Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses; er befördert Überproduktion, Spekulation, Krisen, überflüssiges Kapital neben überflüssiger Bevölkerung.“ (S. 251 f.) „Er scheint so als bedrohlich“: Damit sagt Marx, dies **ist** nicht nur bedrohlich, sondern die Bedrohung der kapitalistischen Produktionsweise, die aus ihr selbst entspringt, tritt nun auch für Verfechter dieser Produktionsweise **in Erscheinung**, was freilich nicht bedeutet, daß sie das Wesen der betreffenden Prozesse verstehen könnten. Sie fühlen aber die Bedrohung als solche. Dies ist z.B. der Grund für hektische Aktivitäten der Politiker des Kapitals, Krisenfolgen einzudämmen. Die Monopole werden durch die Krisen immer reicher, allein von daher wäre kein Grund zur Beunruhigung, doch das System als solches wird durch die Krisen infrage gestellt, und das ist der Grund für hektische Bemühungen von Regierungen, für zunehmende Regierungswechsel usw. Doch alle diese Bemühungen sind für die Katz´, denn die guten Leute kämpfen wie Don Quichotte gegen Windmühlenflügel. (Immerhin werden sie dafür nicht schlecht bezahlt.)

Naiv wäre z.B. die Annahme, die Superreichen könnten die Vorteile, die sie aus der Krise ziehen können, zur weiteren Steigerung ihres Konsums nutzen und sich damit zufriedengeben, zu konsumieren statt zu akkumulieren. Zwar steigern sie ihre parasitäre Konsumtion tatsächlich ins Unermeßliche (vgl. z.B. Waffenschmidt, *Imperialismus*, S. 206 - 213), doch das ist keine Lösung des Problems. „Man muß es nie vergessen, daß die Produktion dieses Mehrwerts - und die Rückverwandlung eines Teils desselben in Kapital,

*oder die Akkumulation, bildet einen integrierenden Teil dieser Produktion des Mehrwerts - der unmittelbare Zweck und das bestimmende Motiv der kapitalistischen Produktion ist. Man darf diese daher nie darstellen als das, was sie nicht ist, nämlich als Produktion, die zu ihrem unmittelbaren Zweck den Genuß hat oder die Erzeugung von Genußmitteln für den Kapitalisten. Man sieht dabei ganz ab von ihrem spezifischen Charakter, der sich in ihrer ganzen innern Kerngestalt darstellt.“* (Kapital III, MEW 25, S. 253 f.)

Zweck der ganzen Veranstaltung ist die Verwertung des Kapitals, Stachel ist die Profitrate, und wenn keine adäquate Profitrate zu erzielen ist, führt die kapitalistische Produktionsweise sich selbst ad absurdum. (Was freilich nicht heißt, daß sie von selbst zusammenbricht. Wie wir aus Kapitel IX wissen, bedarf es dazu subjektiver Anstrengungen der revolutionären Klasse.)

Zweck ist die Produktion des Mehrwerts, doch „die Rückverwandlung eines Teils desselben in Kapital bildet einen integrierenden Teil dieser Produktion des Mehrwerts“. Alle Bände des *Kapitals* enthalten Hinweise auf die Unvermeidlichkeit der Wirtschaftskrisen im Kapitalismus, aber im dritten Band, in dem die Einheit von Produktion und Zirkulation behandelt wird, und speziell im 15. Kapitel, in dem die Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate analysiert wird, finden wir die wichtigsten Hinweise über den tiefsten und letzten Grund der Krisen. Von besonderer Bedeutung ist das folgende Zitat:

*„Sobald das auspreßbare Quantum Mehrarbeit in Waren vergegenständlicht ist, ist der Mehrwert produziert. Aber mit dieser Produktion des Mehrwerts ist nur der erste Akt des kapitalistischen Produktionsprozesses, der unmittelbare Produktionsprozeß beendet. Das Kapital hat soundsoviel unbezahlte Arbeit eingesaugt. Mit der Entwicklung des Prozesses, der sich im Fall der Profitrate ausdrückt, schwillt die Masse des so produzierten Mehrwerts ins Ungeheure. Nun kommt der zweite Akt des Prozesses. Die gesamte Warenmasse, das Gesamtkapital, sowohl der Teil, der das konstante und variable Kapital ersetzt, wie der den Mehrwert darstellt, muß verkauft werden. Geschieht das nicht oder nur zum Teil oder nur zu Preisen, die unter den Produktionspreisen stehn, so*

ist der Arbeiter zwar exploitiert, aber seine Exploitation realisiert sich nicht als solche für den Kapitalisten, kann mit gar keiner oder nur teilweiser Realisation des abgepreßten Mehrwerts, ja mit teilweisem oder ganzem Verlust seines Kapitals verbunden sein. **Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch.** Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die andren durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und **durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztre ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse** (widersprüchlicher, gegensätzlicher Verteilungsverhältnisse, d. Verf.), **welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter. Diese ist Gesetz für die kapitalistische Produktion**, gegeben durch die beständigen Revolutionen in den Produktionsmethoden selbst, die damit beständig verknüpfte Entwertung von vorhandenem Kapital, den allgemeinen Konkurrenzkampf und die Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloß als Erhaltungsmittel und bei Strafe des Untergangs. (Nämlich des Untergangs des einzelnen Kapitalisten, der diesen Zwängen nicht ausreichend Rechnung trägt und der damit unter den Rädern der Konkurrenz zermalmt wird, d. Verf.) Der Markt muß daher beständig ausgedehnt werden, so daß seine Zusammenhänge und die sie regelnden Bedingungen immer mehr die Gestalt eines von den Produzenten unabhängigen Naturgesetzes annehmen, immer unkontrollierbarer werden. Der innere Widerspruch sucht sich auszugleichen durch Ausdehnung des äußern Feldes der Produktion. Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen. Es ist auf dieser wider-

*spruchsvollen Basis durchaus kein Widerspruch, daß Übermaß von Kapital verbunden ist mit wachsendem Übermaß von Bevölkerung; denn obgleich, beide zusammengebracht, die Masse des produzierten Mehrwerts sich steigern würde, steigert sich eben damit der Widerspruch zwischen den Bedingungen, worin dieser Mehrwert produziert, und den Bedingungen, worin er realisiert wird.“* (ebenda, S. 254 f., Hervorhebungen v. Verf.)

Der Mehrwert kann nur realisiert werden, wenn die hergestellten Waren verkauft werden. Um die Waren verkaufen zu können, muß nicht nur ein Bedürfnis danach vorhanden sein, sondern die Träger dieses Bedürfnisses müssen auch bezahlen können. Ihre Zahlungsfähigkeit ist wiederum durch ihre klassenmäßige Stellung in der Gesellschaft bedingt. „(...) daß das ‘gesellschaftliche Bedürfnis’, d.h. das, was das Prinzip der Nachfrage regelt, wesentlich bedingt ist durch das Verhältnis der verschiedenen Klassen zueinander und durch ihre respektive (dementsprechende, d. Verf.) ökonomische Position (...)“ (ebenda, S. 191) Nicht irgendeine Nachfrage interessiert, sondern nur die **zahlungsfähige** Nachfrage. Doch wir haben es mit antagonistischen Produktionsverhältnissen zu tun: Die einen verfügen über Kapital, die anderen nur über ihre Arbeitskraft, und folglich können die ersteren die Arbeit der letzteren kommandieren. Diesen antagonistischen Produktionsverhältnissen entsprechen antagonistische Verteilungsverhältnisse. Die Lohnarbeiter können allenfalls den Wert ihrer Arbeitskraft als Lohn erhalten, und dadurch ist ihre Konsumtionskraft eng begrenzt. Wir haben überdies gesehen: Um dem Sinken der Profitrate entgegenzuwirken, **muß** das Kapital danach streben, den Lohn möglichst weit unter den Wert der Arbeitskraft zu drücken. Damit aber schränkt es die Konsumtionskraft der Masse der Bevölkerung noch mehr ein, und damit die Bedingungen seiner eigenen Realisation. Die Flucht ins Ausland kann das Problem verlagern, hinausschieben, aber nicht lösen. Wenn das Kapital die ganze Welt beherrscht, können sich die Kapitalisten der verschiedenen Länder zwar gegenseitig Märkte abjagen, aber nur die vorhandenen Märkte. Sie selbst sind es aber, die diese Märkte untergraben: Nachdem sie durch ihr eigenes Profitstreben zunächst ihren inneren Markt einge-

engt haben, wiederholen sie durch Ausplünderung der ganzen Welt das Spielchen in globalem Rahmen.

*„Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“* (ebenda, S. 501) Marx nimmt hier nicht etwa - wie man bei oberflächlicher Lektüre meinen könnte - den Standpunkt der sogenannten Unterkonsumtionstheorie ein, die - wie wir etwas weiter unten sehen werden - von der Sozialdemokratie vertreten wird. Diese vulgäre Theorie unterstellt, durch einen Willensakt könne man die Konsumtionskraft steigern und damit die Krisen innerhalb der kapitalistischen Ordnung beseitigen. Diese Theorie dient somit dazu, die verarmenden Massen zu verträsten und vom Kampf abzuhalten. Marx hingegen zeigt, daß die Unterkonsumtion der Massen auf Verteilungsverhältnissen beruht, die unter kapitalistischen Bedingungen unvermeidlich sind, weil sie den **Produktions**verhältnissen entsprechen. Die Vorstellung, man könne die Unterkonsumtion der Massen beseitigen, ohne die kapitalistischen **Produktions**verhältnisse zu beseitigen, ist vollständige Illusion. Die Konsumtionskraft der Massen ist im Kapitalismus, um auf das oben angeführte lange Zitat zurückzukommen, *„bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft“*. Nämlich: Nicht durch die absolute Produktionskraft, denn der Mehrwert, dessen Anhäufung Selbstzweck aller kapitalistischen Produktion ist, kann ohne Verkauf, folglich ohne Nachfrage, nicht realisiert werden. Bevor man etwas verschenkt, werden Produkte und Produktionsmittel lieber vernichtet und wird die Produktion eingeschränkt. Nicht durch die absolute Konsumtionskraft, denn nur zahlungsfähige Nachfrage ermöglicht die Realisation des Werts und damit die Verwertung des Kapitals. Mag nicht-zahlungsfähige Nachfrage in Masse vorhanden sein, mögen Menschen hungern und verhungern: Bevor man etwas verschenkt, wird lieber vernichtet. Dies entspringt letztlich nicht subjektiver Bosheit der Kapitalisten, sondern der objektiven Logik der kapitalistischen **Produktionsverhältnisse**.

## ROSA LUXEMBURGS FALSCHER AKKUMULATIONSTHEORIE

An der oben zitierten Stelle über „den letzten Grund aller wirklichen Krisen“ geht Marx von der Annahme aus: *„Denken wir uns die ganze Gesellschaft bloß aus industriellen Kapitalisten und Lohnarbeitern zusammengesetzt.“* (S. 500) Diese theoretische Fiktion, die Marx vornahm, um den Prozeß der kapitalistischen Akkumulation in reiner Form, allein auf seiner eigenen Grundlage, darzustellen, hielt Rosa Luxemburg für *„irreführend“*. Ihrer Meinung nach kann die kapitalistische Produktion allein auf ihrer eigenen Grundlage **gar nicht** vonstatten gehen, sondern diese Akkumulation bedürfe *„dritter Personen“* eines *„nichtkapitalistischen Raumes“*. Diese seien die Abnehmer des überschüssigen Produktes.

Rosa Luxemburgs Kritik der Marxschen Akkumulationstheorie liegt neben der Sache. Marx' theoretische Fiktion, die Gesellschaft bestehe nur aus Lohnarbeitern und Kapitalisten, zeigt gerade auf, daß und wie die Akkumulation des Kapitals allein auf ihrer eigenen Grundlage vonstatten gehen kann und muß: nämlich unter gewaltigen Erschütterungen, um den Preis periodischer Vernichtung von Waren und Produktionsmitteln in Wirtschaftskrisen und in noch gewaltigerem Ausmaß in verheerenden Kriegen. Doch sie **geht** vonstatten, solange die Arbeiterklasse als subjektive Kraft der kapitalistischen Produktionsweise kein Ende setzt. Bereits ohne Verwirklichung eines solchen „reinen Kapitalismus“ werden die Katastrophen immer verheerender - man nehme den Hitlerfaschismus und den 2. Weltkrieg -, doch zu einem automatischen Zusammenbruch kommt es nicht. Die furchtbaren Opfer, die die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt im 2. Weltkrieg bringen mußten, ermöglichten den westdeutschen Monopolen sogar eine vorübergehende Periode krisenfreier Akkumulation. (Freilich in Verbindung mit anderen Faktoren, insbesondere durch künstliches, politisch bedingtes Hineinpumpen US-amerikanischen Kapitals mit dem Ziel, Westdeutschland als Speerspitze des kalten Krieges aufzupäppeln.)

Aus Rosa Luxemburgs falscher Akkumulationstheorie folgte eine falsche Imperialismustheorie. Ihr zufolge ist Im-

perialismus nur „*politischer Ausdruck der Kapitalakkumulation*“; letztere drücke sich nämlich im Konkurrenzkampf um die „*Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus*“ aus. Damit wird das Monopol als ökonomischer Grund des Imperialismus nicht begriffen, und der Kampf der Monopolgruppen der verschiedenen Länder mit dem Ziel, den jeweiligen Konkurrenten ökonomisch, politisch und militärisch zu unterwerfen, wird begrifflich gar nicht als Wesensbestandteil des Imperialismus erfaßt.

Rosa Luxemburgs falsche Akkumulationstheorie führt logischerweise zu den absurden Annahmen, der Kapitalismus sei erst dann zum Untergang verurteilt, wenn der gesamte nichtkapitalistische Raum aufgesogen, vom Kapitalismus einverleibt sei, dann aber erfolge der Zusammenbruch des Kapitalismus sozusagen automatisch. Beide Annahmen sind objektiv geeignet, den proletarischen Klassenkampf zu desorientieren. Erstere Annahme würde die proletarische Revolution auf den St. Nimmerleinstag verschieben, denn einen „nichtkapitalistischen Raum“ wird es immer geben, seien es die Reste einfacher Warenproduzenten in den kapitalistischen Ländern, seien es industriell wenig entwickelte Länder. Zweitere Annahme ist geeignet, die Rolle sozialistischer Bewußtheit gegenüber der spontanen Entwicklung der Arbeiterbewegung herabzumindern, was Rosa Luxemburg ja auch getan hat. So griff sie z.B. Lenins Parteitheorie an. (vgl. z.B. LW 7, S. 480 ff.)

Hier zeigt sich, wie theoretische Fehler sich fortpflanzen und in der Praxis auswirken können: Die falsche Akkumulationstheorie führte zur fälschlichen Annahme eines automatischen Zusammenbruchs des Kapitalismus, dies führte wiederum zur Überschätzung der spontanen Massenbewegung und zur Unterschätzung der Rolle der zielklaren proletarischen Vorhutpartei. Die Revolutionärin Rosa Luxemburg steht himmelweit über dem Opportunisten und Verräter Kautsky, den sie bekämpfte, doch eine gewisse objektivistische Sichtweise von der „Geschichte, die ihren Gang geht“, teilte sie mit ihm. Diese Fehler trugen wiederum dazu bei, daß die deutschen Vorkriegslinken den Kampf gegen den Revisionismus innerhalb der SPD zwar führten, aber nicht mit dem Ziel, die Revisionisten aus der Partei zu entfernen.

Dieses Ziel verfolgten die revolutionären Kräfte erst, als die sozialdemokratischen Abgeordneten (mit Ausnahme Karl Liebknechts) 1914 im Reichstag für die Kriegskredite gestimmt hatten. Diese Verzögerung wiederum führte dazu, daß die Vorhut des Proletariats 1918 beim Entstehen einer revolutionären Situation zu schwach war, um diese Situation für den Sieg der proletarischen Revolution zu nutzen, daß die Revolution vielmehr im Blut erstickt wurde - und zwar auf Betreiben der revisionistischen Führer der Sozialdemokratie (Hierzu näheres in einem späteren Kapitel).

### **Literatur:**

Eine Kritik an Rosa Luxemburgs falscher Akkumulationstheorie findet sich in:

**Kurt Sauerland, Der dialektische Materialismus**, Berlin, 1932  
S. 139 ff.



Naiv oder demagogisch ist der Vorschlag, das Kapital möge im eigenen Interesse die Löhne erhöhen oder in der Krise mehr Leute einstellen, um Konsumtionskraft zu schaffen. Das Kapital folgt nur seiner Verwertungslogik, und die Erhöhung der Löhne läuft dieser Verwertungslogik entgegen, denn sie schmälert von vornherein den Mehrwert, mögen die Produkte später realisiert werden oder nicht. Ebenso widerspricht es der Verwertungslogik, bei Absatzkrisen neu einzustellen; vielmehr sind Entlassungen das Gebot der Stunde. Es liegt nicht an Dummheit oder Unvernunft oder subjektiver Maßlosigkeit der Kapitalisten, daß sie durch ihr Profitstreben die Konsumtionskraft verringern und damit die Verwertungsbedingungen des Kapitals untergraben. Sie tun dies vielmehr deshalb, weil die objektive Verwertungslogik des Kapitals selbst sie dazu zwingt.

Speziell die Sozialdemokratie meldet sich in der Krise stets mit dem „klugen Vorschlag“ zu Wort, im Interesse „der Volkswirtschaft“, also des Kapitals selbst, müßten die Löhne erhöht werden. Damit soll der Eindruck erweckt werden, es sei möglich, die Interessen von Arbeit und Kapital vernünftig in Übereinklang zu bringen und damit die Krise zu lösen.

Die Sozialdemokratie betreibe dieses Geschäft, und die Arbeiter selbst bräuchten somit nicht für höhere Löhne zu kämpfen, sondern sollten sich damit begnügen, SPD zu wählen. In der Praxis betreiben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dann - der Verwertungslogik des Kapitals entsprechend - eine Politik der **Senkung** der Reallöhne.

Das Demagogische an derartigen Sonntagspredigten der Sozialdemokratie liegt daran, daß hier mit dem für jeden offenkundigen und schreienden Widerspruch des Kapitalismus spekuliert wird, daß nämlich **zugleich** höchster Reichtum und bittere Armut vorhanden sind, und eine klassenlose Vernunft soll diesen Widerspruch nun auflösen. Natürlich wird jeder vernünftige Mensch sagen: Soll der Reichtum doch zur Befriedigung der Bedürfnisse genutzt werden. Die einzige „kleine“ Schwierigkeit dabei, die die Sozialdemokratie freilich gerne vergessen lassen möchte: Diese vernünftige Lösung ist allein durch Änderung der Konsumtionsverhältnisse nicht zu erreichen, sondern nur durch Veränderung der Produktionsverhältnisse, die diese Konsumtionsverhältnisse hervorbringen, nur durch Beseitigung des Kapitalverhältnisses, durch Errichtung einer Gesellschaft, in der die Produktion an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert wird.

Naiv oder demagogisch ist auch der Vorschlag, der Staat müsse zur Lösung der Krise den Kapitalisten weitere Finanzmittel zuschustern, damit diese investieren. Die Krise liegt, wie wir gesehen haben, nicht an einem Mangel, sondern an einem **Übermaß** an Kapital. Kapital wird nicht eingesetzt, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um sich zu verwerten, und zwar zu einer gewissen Profitrate. Die Krise wurzelt darin, daß das vorhandene Gesamtkapital auf Schranken seiner Verwertung stößt. Der Schlachtruf, man müsse den Kapitalisten Mittel zuschustern, dient nur zur weiteren Umverteilung zulasten der Armen und zu Gunsten der Reichen, doch die Krise kann dadurch nicht gelöst, sondern nur verschärft werden, denn bei verschlechterten Verwertungsbedingungen ist dann noch mehr Kapital vorhanden.

*„Die **wahre Schranke** der kapitalistischen Produktion ist **das Kapital selbst**, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Mo-*

*tiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das **Kapital** ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die **Gesellschaft** der Produzenten sind.“ (Kapital III, MEW 25, S. 260, Hervorhebungen von Marx)*

Der Widerspruch, daß einerseits Arbeitslosigkeit, Armut und Entbehrung wachsen, während andererseits Produktionsmittel brachliegen oder vernichtet werden, Kapital, also vergegenständlichte Arbeit, nicht produktiv angewandt wird, der Widerspruch, daß Arbeit und die sachlichen Bedingungen der Arbeit, die Produktionsmittel, nicht zusammenkommen, dieser schreiende Widerspruch liegt im Kapital selbst:

*„Es werden nicht zuviel Lebensmittel produziert im Verhältnis zur vorhandenen Bevölkerung. Umgekehrt. Es werden zuwenig produziert, um der Masse der Bevölkerung anständig und menschlich zu genügen.*

*Es werden nicht zuviel Produktionsmittel produziert, um den arbeitsfähigen Teil der Bevölkerung zu beschäftigen. Umgekehrt. Es wird erstens ein zu großer Teil der Bevölkerung produziert, der tatsächlich nicht arbeitsfähig, der durch seine Umstände auf Ausbeutung der Arbeit anderer angewiesen ist oder auf Arbeiten, die nur innerhalb einer miserablen Produktionsweise als solche gelten können. Es werden zweitens nicht genug Produktionsmittel produziert, damit die ganze arbeitsfähige Bevölkerung unter den produktivsten Umständen arbeite, also ihre absolute Arbeitszeit verkürzt würde durch die Masse und Effektivität des während der Arbeitszeit angewandten konstanten Kapitals.*

*Aber es werden periodisch zuviel Arbeitsmittel und Lebensmittel produziert, um sie als Exploitationsmittel der Arbeiter **zu einer gewissen Rate des Profits** fungieren zu lassen. Es werden zuviel Waren produziert, um den in ihnen enthaltenen Wert und darin eingeschlossenen Mehrwert unter den durch die kapitalistische Produktion gegebenen Verteilungsbedingungen und Konsumtionsverhältnissen realisieren und in neues Kapital rückverwandeln zu können, d.h. um diesen Prozeß ohne beständig wiederkehrende Explosionen auszuführen.*

*Es wird nicht zuviel Reichtum produziert. Aber es wird periodisch zuviel Reichtum in seinen kapitalistischen, gegensätzlichen Formen produziert.*

*Die Schranke der kapitalistischen Produktionsweise tritt hervor:*

1. *Darin, daß die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit im Fall der Profitrate ein Gesetz erzeugt, das ihrer eignen Entwicklung auf einen gewissen Punkt feindlichst gegenübertritt und daher beständig durch Krisen überwunden werden muß. (Nämlich durch Vernichtung von Waren und Produktionsmitteln und durch Raubbau mit der lebendigen Arbeitskraft, d. Verf.).*
2. *Darin, daß die Aneignung unbezahlter Arbeit, und das Verhältnis dieser unbezahlten Arbeit zur vergegenständlichten Arbeit überhaupt, oder, kapitalistisch ausgedrückt, **daß der Profit und das Verhältnis dieses Profits zum angewandten Kapital, also eine gewisse Höhe der Profitrate über Ausdehnung oder Beschränkung der Produktion entscheidet**, statt des Verhältnisses der Produktion zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen, zu den Bedürfnissen gesellschaftlich entwickelter Menschen. Es treten daher Schranken für sie ein schon auf einem Ausdehnungsgrad der Produktion, der umgekehrt unter der andren Voraussetzung (nämlich bei unmittelbar gesellschaftlicher Produktion, d. Verf.) weitaus ungenügend erschiene. Sie kommt zum Stillstand, nicht wo die Befriedigung der Bedürfnisse, sondern wo die Produktion und Realisierung von Profit diesen Stillstand gebietet.“ (ebenda, S. 268 f., Hervorhebungen v. Verf.)*

Es ist die **Konkurrenz, die den Mechanismus bewirkt**, welcher die Profitrate tendenziell sinken läßt, denn die Konkurrenz zwingt die Kapitalisten zu Investitionen in konstantes Kapital, um ihre individuelle Profitrate zu erhöhen. Dies kann aber nur vorübergehend gelingen, denn da diese Bewegung allgemein ist, drückt die dadurch bewirkte Erhöhung der organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals die Durchschnittsprofitrate. Wie schon beim Gesetz der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate

**bliebe man jedoch auch hier an der Erscheinung kleben und könnte nicht zum Wesen der Dinge durchdringen, wollte man sich mit der Feststellung begnügen, daß die Konkurrenz den betreffenden Mechanismus bewirkt:**

*„A. Smith erklärte das Fallen der Profitrate mit dem Wachsen des Kapitals aus der Konkurrenz der Kapitalien unter sich. Darauf wurde ihm von Ricardo entgegnet, daß die Konkurrenz zwar die Profite in den verschiedenen Geschäftszweigen auf ein Durchschnittsniveau reduzieren kann, die Rate ausgleichen kann, aber diese Durchschnittsrate selbst nicht herabdrücken kann. Der A. Smithsche Satz ist insofern richtig, als in der Konkurrenz - der Aktion von Kapital auf Kapital - die dem Kapital immanenten Gesetze, seine tendencies (Tendenzen, d. Verf.) erst realisiert werden. Er ist aber falsch in dem Sinn, worin er ihn versteht, als ob die Konkurrenz dem Kapital äußere, von außen hereingebrachte Gesetze auferlege, die nicht seine eignen Gesetze sind. Die Konkurrenz kann die Profitrate in allen Zweigen der Industrie, d.h. die Durchschnittsprofitrate nur permanent herabdrücken, wenn ein allgemeiner Fall und nur insofern ein allgemeiner und permanenter, als Gesetz wirkender Fall der Profitrate auch **vor** der Konkurrenz und ohne Rücksicht auf die Konkurrenz begreiflich ist. Die Konkurrenz exequiert (führt aus, vollstreckt, d. Verf.) die innren Gesetze des Kapitals; macht sie zu Zwangsgesetzen dem einzelnen Kapital gegenüber, aber sie erfindet sie nicht. Sie realisiert sie. Sie daher einfach aus der Konkurrenz erklären wollen, heißt zugeben, daß man sie nicht versteht.“*

(Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 644; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 637; Hervorhebung von Marx)

Wodurch aber wird der Fall der Profitrate dem Wesen der Sache nach hervorgebracht? Durch die inneren Widersprüche des Kapitals, durch seine Beschränktheit, wie oben gezeigt. Dadurch, daß die Selbstverwertung des Kapitals „Motiv und Zweck der Produktion“ ist, daß die „Produktion nur Produktion für das **Kapital** selbst ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die **Gesellschaft der Produzenten sind**“ (Kapital III, MEW 25, S. 260, Hervor-

hebungen von Marx). Die dadurch bedingte Beschränkung der Produktion muß um so krasser in Erscheinung treten, je entwickelter die Produktivkräfte sind:

*„In schneidenden Widersprüchen, Krisen, Krämpfen drückt sich die wachsende Unangemessenheit der produktiven Entwicklung der Gesellschaft zu ihren bisherigen Produktionsverhältnissen aus. Gewaltsame Vernichtung von Kapital, nicht durch ihm äußere Verhältnisse, sondern als Bedingung seiner Selbsterhaltung, ist die schlagendste Form, worin ihm advice (Rat, d. Verf.) gegeben wird, to be gone and to give room to a higher state of social production (abzutreten und einem höheren Stadium der gesellschaftlichen Produktion Raum zu geben, d. Verf.).“* (Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42, S. 642; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 635 f.)

Wir werden in Kapitel XIII sowohl auf die Wirtschaftskrisen als auch auf den widersprüchlichen Prozeß der Akkumulation des Kapitals zurückkommen.

**Literatur** zum Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate:

**Kapital III, Kapitel 13 - 15:** MEW 25, S. 221 - 277

aktuelles empirisches Material bei:

**Rugenberg, Franz, Blaue Reihe Heft 1, Imperialismus konkret,**  
S. 139 - 197 und 7 - 27, insbesondere 139 - 172



## **IV.**

# **GIBT ES WACHSTUM IM KOMMUNISMUS?**

## ERWEITERTE REPRODUKTION

Mit der Beseitigung des Kapitals entfällt die Schranke, die das Kapital der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Reichtums auferlegt. Wie aber stellt sich die Frage der Akkumulation gesellschaftlichen Reichtums bei unmittelbar gesellschaftlicher Produktion? Gibt es dort beständiges Wachstum, oder endet dieses Wachstum an einem bestimmten Punkt? Und warum führt das Wachstum dort nicht zu den gleichen Problemen wie im Kapitalismus?

Wir werden diese Frage in Bezug auf den Kommunismus betrachten. Was den Sozialismus betrifft, die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, so gelten dieselben Ausführungen, jedoch modifiziert und mit Einschränkungen, da dieser erst den Keim des Kommunismus und „daneben“ Überreste der alten Gesellschaft enthält. Auf diese besonderen Probleme der Übergangsgesellschaft gehen wir hier nicht ein.

Was bedeutet Akkumulation im Kommunismus? Sie bedeutet letztlich, daß die Produktion von Produktionsmitteln schneller wächst als die Produktion von Konsumtionsmitteln. Es ist nicht etwa so, daß die verbrauchten Produktionsmittel nur ersetzt werden, während der gesamte Neuwert in die Konsumtion der vereinten Produzenten einfließt (einfache Reproduktion). Vielmehr findet auch im Kommunismus erweiterte Reproduktion statt, d.h. nur ein Teil des Neuwerts (kapitalistisch ausgedrückt: nur ein Teil der Summe „ $v + m$ “) wird von den Produzenten konsumiert („ $v$ “), während ein anderer Teil zur erweiterten Reproduktion der verbrauchten Produktionsmitteln verwandt wird. Die Reproduktion der Produktionsmittel speist sich nicht nur aus „ $c$ “, dem **einfachen** Ersatz für das verbrauchte „konstante Kapital“, sondern es gibt auch hier ein Mehrprodukt, aus dem sich die **erweiterte** Reproduktion speist. - „Wert“, „konstantes Kapital“, „variables Kapital“ und „Mehrwert“ setzen wir hier in Anführungszeichen, da die gesellschaftlichen Verhältnisse, die diesen Kategorien kapitalistischen Inhalt geben, im Kommunismus vollständig entfallen sind. Dies ändert nichts daran, daß das gesellschaftliche Pro-

dukt sich in Produktionsmittel und Konsumtionsmittel gliedert und daß es ein Mehrprodukt gibt, welches in die erweiterte Reproduktion fließt. Der Einfachheit halber verwenden wir dafür die kapitalistischen Begriffe, nur eben in Anführungszeichen.

Marx bejaht die Notwendigkeit der erweiterten Reproduktion bei vergesellschafteter Produktion ganz entschieden. So wendet er sich in der *Kritik des Gothaer Programms* gegen Lassalles Phrase, der Arbeiter solle den „*unverkürzten Arbeitsertrag*“ erhalten. Marx legt dar, **was** vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt abzuziehen ist, bevor eine individuelle Verteilung stattfinden kann. Die ersten beiden Posten, die Marx zufolge abzuziehen sind, lauten: „*Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel. Zweitens: zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion.*“ (MEW 19 S. 19; oder AW V S. 386)

Nun stellt sich die Frage: Wozu überhaupt eine erweiterte Reproduktion? Wozu Akkumulation? Kann man sich nicht auf einem bestimmten Grad der Produktion und Konsumtion mit diesem Grad bescheiden? Kann man sich nicht damit begnügen, die vorhandenen Produktionsmittel lediglich zu ersetzen und damit das gegebene Konsumniveau zu halten? In Kapitel VIII haben wir gesehen, daß die kommunistische Gesellschaft Arbeitszeit einsparen will, um den Gesellschaftsgliedern möglichst viel vom Produktionsprozeß freie Zeit zur Verfügung zu stellen. Steht dem das Ziel der erweiterten Reproduktion, des Wachstums, nicht entgegen?

Wie kann die kommunistische Gesellschaft erreichen, daß die Arbeitszeit der Gesellschaftsglieder verkürzt wird? Offenbar dadurch, daß eine geringere Menge lebendiger Arbeit eine größere Menge von in den Produktionsmitteln vergegenständlichter Arbeit anwendet. Das heißt aber nichts anderes als: durch Steigerung der Produktivität! Kapitalistisch ausgedrückt also: Durch Erhöhung der organischen Zusammensetzung des „Kapitals“, durch Vermehrung des „konstanten Kapitals“ in seinem Verhältnis zum „variablen Kapital“. Betrachtet man die Sache allein von den natürlichen Voraussetzungen der Produktion (nämlich Produktionsmittel und lebendige Arbeit), so läuft jede derartige Veränderung darauf hinaus, daß lebendige Arbeit eingespart wird,

daß weniger lebendige Arbeit angewandt werden muß, um ein bestimmtes Produkt gegebener Quantität und Qualität herzustellen. **Nur im Kapitalismus** wendet sich dieser Prozeß gegen den Arbeiter, weil Zweck der Produktion hier die Verwertung von Kapital ist, weil mit der Erhöhung der organischen Zusammensetzung die Profitrate tendenziell fällt und weil dem nur zulasten des Arbeiters entgegengewirkt werden kann. **Bei unmittelbar gesellschaftlicher Produktion** fällt diese Schranke ja gerade weg. Begriffe wie Profit und Profitrate sind hier völlig gegenstandslos, da sich die gesamte Produktion jetzt an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert, nicht aber an der Verwertung von Wert. Der Wertbegriff selbst ist hier gegenstandslos geworden.

Wir sehen also: Die Steigerung der Produktivität, der größere Anteil der angewandten vergegenständlichten Arbeit gegenüber der lebendigen, steht dem Ziel der Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur nicht entgegen, sondern ist **Voraussetzung** dafür. Das aber setzt voraus, daß ein ständig wachsender Teil des gesellschaftlichen Produkts in Erneuerung und Verbesserung der Produktionsmittel investiert wird, welche dann wiederum den Menschen „Arbeit abnehmen“.

## MARX ÜBER DIE EINSPARUNG VON ARBEIT IM KOMMUNISMUS

*„Der Austausch von lebendiger Arbeit gegen vergegenständlichte (nämlich im Kapitalismus, d. Verf.), d.h. das Setzen der gesellschaftlichen Arbeit in der Form des Gegensatzes von Kapital und Lohnarbeit - ist die letzte Entwicklung des **Wertverhältnisses** und der auf dem Wert beruhenden Produktion. Ihre Voraussetzung ist und bleibt - die Masse unmittelbarer Arbeitszeit, das Quantum angewandter Arbeit als der entscheidende Faktor der Produktion des Reichtums. (Das zeigt sich am Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate in besonders drastischer Weise: Vermehrte Anwendung vergegenständlichter Arbeit im Verhältnis zur lebendigen bringt dem Arbeiter keine Vorteile, sondern führt zu gewaltigen Katastrophen, d. Verf.) In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums (nämlich im Kommunismus, d. Verf.) abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit als von der Macht der Agentien (hier: der sachlichen Triebkräfte der Produktion, d. Verf.), die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder - deren powerfull effectiveness (machtvolle Wirkung, d. Verf.) - selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion. (Die Entwicklung dieser Wissenschaft, besonders der Naturwissenschaft, und mit ihr aller andren, steht selbst wieder im Verhältnis zur Entwicklung der materiellen Produktion.) (Trotz Fortschreitens der Produktivität, trotz qualitativer Verbesserung der Produktionsmittel, oder vielmehr: gerade infolge des Fortschreitens der Produktivität, sinkt im Kommunismus der „Wert“ - kapitalistisch formuliert - dieser Produktionsmittel, da ihre Produktion ebenso wie die der Konsumtionsmittel immer weniger Arbeitszeit erfordert, d. Verf.) Die Agrikultur z.B. wird bloße Anwendung der Wissenschaft des materiellen Stoffwechsels, wie er am vorteilhaftesten zu regulieren für den*

ganzen Gesellschaftskörper. (Was erst möglich wird mit dem Wegfall der Verwertung von Wert als Triebkraft der Produktion; denn dann kommt es in der Landwirtschaft nicht mehr darauf an, aus einem gegebenen Stück Land möglichst viel herauszuholen, ohne Rücksicht darauf, ob der Boden dabei ruiniert wird; d. Verf.) *Der wirkliche Reichtum manifestiert sich vielmehr - und dies enthüllt die große Industrie - im ungeheuren Mißverhältnis zwischen der angewandten Arbeitszeit und ihrem Produkt wie ebenso im qualitativen Mißverhältnis zwischen der auf eine reine Abstraktion reduzierten Arbeit (weil der Anteil der lebendigen Arbeit im Verhältnis zu den angewandten Produktionsmitteln auf ein Minimum gedrückt wird, d. Verf.) und der Gewalt des Produktionsprozesses, den sie bewacht. Die Arbeit erscheint nicht mehr so sehr als in den Produktionsprozeß eingeschlossen, als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst verhält (...). Er (der Arbeiter, d. Verf.) tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein. In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft (d.h. das Individuum eignet sich das gesellschaftlich vorhandene Wissen und die betreffenden Fertigkeiten bezüglich der Produktion an, d. Verf.), sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper - in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint. **Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht**, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffne. Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert (das Maß) des Gebrauchswerts. Die **Surplusarbeit der Masse** hat aufgehört, Bedingung für die Entwicklung des allgemeinen Reichtums zu sein, ebenso wie die **Nichtarbeit der Wenigen** für die Entwicklung der allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes. (Die Trennung von Kopf- und Handarbeit wird beseitigt, d. Verf.) Damit*

*bricht die auf dem Tauschwert ruhnde Produktion zusammen, und der unmittelbare materielle Produktionsprozeß erhält selbst die Form der Notdürftigkeit und Gegensätzlichkeit abgestreift. (Die menschliche Tätigkeit ist dann darauf gerichtet, die Gesetze anzuwenden, die dem Produktionsprozeß selbst innewohnen, ohne von der früheren gesellschaftlichen **Form** dieses Prozesses, der Produktion und Realisation von **Wert**, abgelenkt zu werden, d. Verf.) Die freie Entwicklung der Individualitäten, und daher nicht das Reduzieren der notwendigen Arbeitszeit, um Surplusarbeit zu setzen, sondern überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordne Zeit und geschaffnen Mittel entspricht.*

*Das Kapital ist selbst der prozessierende (voranschreitende, sich verschärfende, d. Verf.) Widerspruch (dadurch), daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt. Es vermindert die Arbeitszeit daher in der Form der notwendigen, um sie zu vermehren in der Form der überflüssigen; setzt daher die überflüssige in wachsendem Maß als Bedingung (...) für die notwendige. (Das erleben wir heute in krassesten Formen: Um jeden Preis, mit allen Mitteln „Arbeitsplätze schaffen“ heißt heute der verzweifelte Schlachtruf, doch ohne Kapital wäre die Verringerung notwendiger Arbeitszeit ein Segen für die Menschheit, d. Verf.) Nach der einen Seite hin ruft es also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der andren Seite will es diese so geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffnen Wert als Wert zu erhalten. Die Produktivkräfte und gesellschaftlichen Beziehungen - beides verschiedene Seiten der Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums - erscheinen dem Kapital nur als Mittel und sind für es nur Mittel, um von seiner bornierten Grundlage aus zu produzie-*

*ren. In fact (tatsächlich, d. Verf.) aber sind sie die materiellen Bedingungen, um sie in die Luft zu sprengen.“* (Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 600 ff.; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 592 ff.; Hervorhebungen von Marx)

Verminderung der Arbeitszeit bedeutet im Kapitalismus, daß der Wertbestandteil  $v$  des gesellschaftlichen Produkts verringert wird, daß also die Konsumtionskraft der Produzentinnen und Produzenten immer mehr verringert wird. (Es sei denn, die Arbeiterklasse kann aufgrund ihrer Kampfkraft dem Kapital Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich abtrotzen. Statt dessen schlagen die Führer der DGB-Gewerkschaften Arbeitszeitverkürzung bei Lohnverzicht vor, „aus Gründen der Solidarität“, um „Arbeitsplätze zu teilen“, wie sie sagen.) Der Mensch wird durch die Maschine verdrängt - das krasse und extreme Gegenteil der obigen Schilderung kommunistischer Verhältnisse.

Verminderung der Arbeitszeit bedeutet im Kommunismus, daß der Mensch die ständig sich verbessernden Produktivkräfte beherrscht. Die Arbeitszeit wird auf ein Minimum gedrückt, doch der Bestandteil „ $v$ “ des gesellschaftlichen Produkts wird hier keineswegs auf ein Minimum gedrückt; die Konsumtionskraft wächst vielmehr. Da die Verwertung von Kapital keine Triebkraft der Produktion mehr ist, gibt es keinen Mechanismus mehr, der den Bestandteil „ $v$ “ als Folge der Verminderung der Arbeitszeit ebenfalls vermindert.

Freilich setzt dies - wie oben gesagt - eine ständige Verbesserung der Produktivität voraus, ständige Verbesserung der sachlichen Voraussetzungen der Produktion, der Produktionsmittel, und folglich erweiterte Reproduktion, rascheres Wachsen der Produktion von Produktionsmitteln als von Konsumtionsmitteln. Dieses raschere Wachstum und folglich die ständige Revolutionierung der Produktion führt **heute** zu verheerenden Folgen für die Arbeiterklasse, insbesondere zur Massenarbeitslosigkeit; bei vergesellschafteter Produktion wird sie Voraussetzung für die allseitige Entwicklung des Arbeiters sein:

*„Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandne Form eines Produktionsprozesses nie als defini-*

tiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war. Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andre Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den andern. Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters. Andererseits reproduziert sie in ihrer kapitalistischen Form die alte Teilung der Arbeit mit ihren knöchernen Partikularitäten (Beschränkung auf enge Teilfunktionen, d. Verf.). Man hat gesehn, wie dieser absolute Widerspruch alle Ruhe, Festigkeit, Sicherheit der Lebenslage des Arbeiters aufhebt, ihm mit dem Arbeitsmittel beständig das Lebensmittel aus der Hand zu schlagen und mit seiner Teilfunktion ihn selbst überflüssig zu machen droht; wie dieser Widerspruch im ununterbrochnen Opferfest der Arbeiterklasse, maßlosester Vergeudung der Arbeitskräfte und den Verheerungen gesellschaftlicher Anarchie sich auslebt. Dies ist die negative Seite. Wenn aber der Wechsel der Arbeit sich jetzt nur als überwältigendes Naturgesetz und mit der blind zerstörenden Wirkung eines Naturgesetzes durchsetzt, das überall auf Hindernisse stößt, macht die große Industrie durch ihre Katastrophen selbst es zur Frage von Leben oder Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen. Sie macht es zu einer Frage von Leben oder Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsbedürfnis des Kapitals in Reserve gehaltenen, disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität (Verfügbarkeit, d. Verf.) des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösen-

*de Betätigungsweisen sind. (...) unterliegt es keinem Zweifel, daß die unvermeidliche Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse auch dem technologischen Unterricht, theoretisch und praktisch, seinen Platz in den Arbeiterschulen erobern wird. Es unterliegt ebensowenig einem Zweifel, daß die kapitalistische Form der Produktion und die ihr entsprechenden ökonomischen Arbeiterverhältnisse (Verhältnisse, unter denen die Arbeiter arbeiten und leben müssen, d. Verf.) im diametralsten Widerspruch stehn mit solchen Umwälzungsfermenten und ihrem Ziel, der Aufhebung der alten Teilung der Arbeit.“ (Kapital I, MEW 23, S. 510 ff.)*

Der technische Fortschritt tendiert dazu, die alte Form der Arbeitsteilung zu sprengen, die kapitalistischen Verhältnisse lassen dies aber nicht zu. Wenn etwa die Computertechnologie, die Robotertechnik usw. gesellschaftliche Teilfunktionen der Arbeit überflüssig machen, so machen sie unter kapitalistischen Verhältnissen auch diejenigen Arbeiter „überflüssig“, die an diese Teilfunktionen gekettet sind. Bei vergesellschafteter Produktion wird die Wirkung derartiger technischer Entwicklung auf die Arbeiterinnen und Arbeiter gerade entgegengesetzt sein. Der technische Fortschritt bietet ihnen dann die Möglichkeit, andere Tätigkeiten auszuüben, die durch die neuen Produktionstechniken erforderlich geworden sind, und dabei ihre Fähigkeiten fortzuentwickeln. Körperlich und psychisch zermürende Arbeiten werden rasch überflüssig gemacht oder zumindest auf ein Minimum reduziert und unter vielen verteilt. Die Arbeit der breiten Massen - und nicht nur einiger Techniker und Wissenschaftler - wird hochqualifizierte Arbeit sein. Mit dem Voranschreiten dieses Prozesses in der sozialistischen Gesellschaft wird der Unterschied von Kopf- und HandarbeiterInnen aufgehoben und die Existenz einer besonderen Schicht zur Leitung von Produktion und Gesellschaft nach und nach überflüssig gemacht.

Der Kommunismus wird aber nicht etwa das Ende der menschlichen Entwicklung sein, sondern in ihrem vollen Sinne - als bewußte Herauentwicklung menschlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten - erst ihr Anfang.

## „DIE NATÜRLICHEN GRENZEN DES WACHSTUMS“ - EINE REAKTIONÄRE, APOLOGETISCHE THEORIE

Seit jeher allerdings haben Verfechter der kapitalistischen Produktionsweise behauptet, das industrielle Wachstum stoße auf **natürliche** Grenzen. Die vorhandenen Wachstumsprobleme seien also keine Wachstumsprobleme **des Kapitalismus**, sondern die Menschheit stoße nun einmal auf einem bestimmten Entwicklungsstand der Produktion auf diese Probleme. Eine solche Argumentation dient dazu, die tiefen und unlösbaren Widersprüche des Kapitalismus zu vertuschen. Heute, wo das Profitstreben des Kapitals zu Umweltkatastrophen gigantischen Ausmaßes geführt hat und noch schlimmere vorbereitet, ja den Planeten als Lebensraum für den Menschen zerstören kann, wenn diesem Profitstreben nicht entgegengetreten wird, heute haben derartige apologetische Theorien natürlich Hochkonjunktur (z.B. Club of Rome). „Der Mensch an sich“ ist schuld, „die Industriegesellschaft“, „das Wachstum“, was auch immer - nur nicht der Kapitalismus.

Derartige Leute werden nun einwenden: „Ihr wollt also auch im Kommunismus Wachstum, erweiterte Reproduktion? Also werden die Leute auch im Kommunismus den Hals nicht vollkriegen, werden sie nicht bereit sein, sich zu scheiden, werden sie fortfahren, den Planeten zu zerstören.“

Wir antworten: Die kommunistische Gesellschaft wird sich dessen bewußt sein, daß die natürlichen Ressourcen beschränkt sind, daß also sparsam mit ihnen gewirtschaftet werden muß. Auch mit natürlichen Ressourcen, auf die noch gar keine Arbeit verwandt worden ist, die also - kapitalistisch gesprochen - noch keine Werte verkörpern. Was aber ist erforderlich, um den Wunsch nach sparsamem Umgang mit natürlichen Ressourcen in die Tat umzusetzen? Offenkundig eine Verbesserung der Produktivkräfte, die Entwicklung neuer Produktionstechniken und Produktionsmittel, die zur Herstellung des gleichen Produkts **weniger** Verbrauch an natürlichen Ressourcen erfordern und die Um-

welt im maximal möglichem Maße schonen. Mit anderen Worten: Die verbrauchten Produktionsmittel dürfen nicht nur ersetzt werden, sondern es müssen neue, qualitativ bessere entwickelt werden. Es muß also zunehmend in die Entwicklung von Produktionsmitteln und -techniken investiert werden. Der Kapitalist tut dies freilich nur dann, wenn sich dies individuell für ihn rechnet. Es rechnet sich nicht, solange er natürliche Ressourcen verbraten kann, die ihn nichts kosten, weil noch keine Arbeit darin verkörpert ist, und wenn er Umweltschäden der Gesellschaft aufhalsen kann. Erst die kommunistische Gesellschaft (und als sich entwickelnder kommunistischer Keim zuvor die sozialistische Gesellschaft) wird über einen gesamtgesellschaftlichen und langfristigen Rentabilitätsbegriff verfügen, der nicht durch bornierte Wertbetrachtungen eingeschränkt ist und der es sinnvoll und notwendig erscheinen läßt, in Produktionsmittel und -techniken zu investieren, die einen schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen ermöglichen.

Als Resultat erhalten wir: Der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen durch eine kommunistische Gesellschaft setzt ebenfalls erweiterte Reproduktion voraus, setzt ständige Verbesserung der Produktivkräfte voraus, setzt also genau das voraus, was die alternativen Ideologen uns als Garant der Zerstörung des Planeten verkaufen wollen. Was sie uns predigen, läuft letztlich immer nur auf eines hinaus: Konsumverzicht! Nun können aber die LohnarbeiterInnen so viel auf Konsum verzichten, wie nur denkbar ist, die Kapitalisten wird dies in keiner Hinsicht zu Investitionen in die Schonung der Umwelt veranlassen, denn das läuft der kapitalistischen Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals entgegen. Die Predigt des Konsumverzichts durch diese Ideologen ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Ausdruck des Kapitalinteresses, die Mehrwertrate zu erhöhen, um dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken. So soll z.B. die Ökosteuer den werktätigen KonsumentInnen nehmen, um den Monopolen zu geben.

## NEGATIVES „WERTE“WACHSTUM UND STEIGENDER NUTZEFFEKT IM KOMMUNISMUS

Wir wollen das Problem des Wachstums im Kommunismus im folgenden etwas genauer betrachten, was allerdings einige kompliziertere Überlegungen unumgänglich macht.

Der 3. Abschnitt des 2. Bandes des *Kapitals* (MEW 24, S. 351 - 518) enthält Marx' Theorie der Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Er ist wohl der am schwierigsten zu lesende Teil des Gesamtwerks. Engels: „(...) *ausgezeichnet dem Inhalt nach, aber furchtbar schwerfällig der Form nach, weil 1. zusammengeflickt aus zwei Bearbeitungen, die nach zwei verschiedenen Methoden verfahren, und 2. weil Bearbeitung Nr. 2 in einem Krankheitszustand gewaltsam zu Ende geführt wurde, wo das Hirn an chronischer Schlaflosigkeit litt.*“ (Engels, Brief an Victor Adler, MEW 39, S. 436)

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß zu Marx' Lebzeiten nur der erste Band des *Kapitals* erschien, den zweiten und dritten hatte Marx aus Zeitgründen noch nicht für die Publikation fertiggestellt. Diese Arbeit wurde nach Marx' Tod von Engels vorgenommen, der in seinen letzten zehn Lebensjahren den größten Teil seiner Arbeitskraft darauf verwandte. Der z.T. schwerfällige Stil der Darlegungen ist daraus zu erklären, daß Engels auf rein stilistische Veränderungen verzichtete. Der vierte Band des *Kapitals*, die *Theorien über den Mehrwert* (MEW 26.1, 26.2 und 26.3), konnte auch von Engels nicht mehr herausgegeben werden. Sie wurden zuerst von Kautsky herausgegeben, allerdings teilweise mit Verfälschungen, und später in der Sowjetunion.

Der teilweise schwerfällige Stil der *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, aus denen wir des öfteren zitieren, ist ebenfalls daraus zu erklären, daß sie zu Marx' Lebzeiten nicht erschienen und von ihm nicht zur Publikation fertiggestellt wurden. Nur einen kleinen Teil davon überarbeitete er; dieser erschien als *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (MEW 13, S. 7 - 160), und zwar **vor** dem *Kapital*. Zu diesem Zeitpunkt verfolgte Marx noch einen anderen Plan der Gesamtdarstellung als später im *Kapital*.

Worum geht es nun bei den Reproduktionstheorien im 2. Band des *Kapitals*? Marx betrachtet hier die Reproduktion und den Umlauf des gesellschaftlichen Gesamtkapitals sowohl nach ihrer stofflichen als auch nach ihrer wertmäßigen Seite. Hinsichtlich der stofflichen Seite kann man hauptsächlich zwei Kategorien der Naturalform unterscheiden: Produktionsmittel und Konsumtionsmittel. Den Produktionsbereich, der Produktionsmittel herstellt, nennt Marx Abteilung I, den Bereich, der Konsumtionsmittel herstellt, Abteilung II der Produktion. Nun tritt beispielsweise das Teilprodukt der Abteilung I, das man wertmäßig als  $v$  erfassen kann (nämlich der Lohn der Arbeiter in Abteilung I), in der Naturalform von Produktionsmitteln auf, da ja in der ganzen Abteilung I nur Produktionsmittel hergestellt werden.  $v$  repräsentiert aber andererseits den Teil des Neuwerts, der zur Konsumtion der Arbeiter dient. Doch die Konsumenten verderben sich bei dem Versuch, Maschinen zu verspeisen, Zähne und Magen, und kleiden kann man sich mit Maschinen auch nicht. Folglich muß in Abteilung II eine bestimmte Menge von Konsumtionsmitteln hergestellt werden, die hinsichtlich ihrer Quantität, wertmäßig betrachtet, dem  $v$  der ersten Abteilung entspricht; andererseits muß die Abteilung I auch diejenigen Produktionsmittel liefern, die zum Ersatz der in Abteilung II verbrauchten Produktionsmittel benötigt werden, denn die Abteilung II selbst produziert keine Produktionsmittel. Dieses Beispiel zeigt, daß es einen gewissen Austausch zwischen den beiden Abteilungen geben muß, der bestimmten Gesetzen folgt. Die Erforschung dieser Gesetze ist der Inhalt des 3. Abschnitts des 2. Bandes.

Von besonderer Bedeutung sind diese Reproduktionstheorien deshalb, weil sie nicht nur für den Kapitalismus gelten, sondern auch für Sozialismus und Kommunismus (wenngleich hier - wie oben schon geschehen - natürlich nur in Anführungszeichen von „ $c$ “, „ $v$ “ und „ $m$ “ gesprochen werden kann). Die Kapitalisten freilich kennen diese Gesetze nicht, rechnen nicht mit ihnen und interessieren sich nicht für sie; im Kapitalismus können diese Gesetze sich nur recht und schlecht mittels des Wertgesetzes durchsetzen. Im Sozialismus und Kommunismus wirken sie vermittels bewußter gesellschaftlicher Planung.

Auf den weiten Geltungsbereich dieser Gesetze haben Lenin und Stalin hingewiesen (vgl. Lenin, Bemerkungen zu Bucharins „Ökonomik der Übergangsperiode“, Ausgabe VTK Frankfurt/Gelsenkirchen 1981, S. 26; sowie Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15, S. 372 ff.), und bereits Marx selbst hat dies an zwei Stellen hervorgehoben: **„Wäre die Produktion gesellschaftlich statt kapitalistisch, so ist klar, daß diese Produkte der Abteilung I unter die Produktionszweige dieser Abteilung, zum Behuf der Reproduktion, nicht minder beständig wieder als Produktionsmittel verteilt würden, ein Teil direkt in der Produktionssphäre bliebe, wo er als Produkt herauskam, ein anderer Teil dagegen nach andren Produktionsstätten entfernt würde, und so ein beständiges Hin und Her zwischen den verschiedenen Produktionsstätten dieser Abteilung stattfände.“** (Kapital II, MEW 24, S. 423, Hervorhebung v. Verf.) Also ein Hin und Her nicht nur zwischen den beiden Abteilungen, sondern auch innerhalb jeder Abteilung, ein Hin und Her, das im Sozialismus und Kommunismus planmäßig organisiert sein will.

An anderer Stelle reißt Marx ein Teilproblem an, das damit zusammenhängt: **„Auf Basis gesellschaftlicher Produktion ist zu bestimmen der Maßstab, worin diese Operationen, die während längerer Zeit Arbeitskraft und Produktionsmittel entziehen, ohne während dieser Zeit ein Produkt als Nutzeffekt zu liefern, ausgeführt werden können, ohne die Produktionszweige zu schädigen, die kontinuierlich oder mehrmals während des Jahrs nicht nur Arbeitskraft und Produktionsmittel entziehen, sondern auch Lebensmittel und Produktionsmittel liefern. Bei gesellschaftlicher ebenso wie bei kapitalistischer Produktion werden nach wie vor die Arbeiter in Geschäftszweigen von kürzern Arbeitsperioden nur für kürzre Zeit Produkte entziehen, ohne Produkte wieder zu geben; während die Geschäftszweige mit langen Arbeitsperioden für längre Zeit fortwährend entziehen, bevor sie zurückgeben. Dieser Umstand entspringt also aus den sachlichen Bedingungen des betreffenden Arbeitsprozesses, nicht aus seiner gesellschaftlichen Form.“** (ebenda, S. 358, Hervorhebungen von uns) Wir wollen hier nicht bei Einzelheiten verweilen, sondern wir wollen auf einen Punkt hinaus:

Marx hebt klar hervor, daß die Gesellschaft mit „c“, „v“ und „m“ der verschiedenen Zweige der Produktion, mit ihrer jeweiligen stofflichen Form sowie der jeweils verausgabten Arbeitsmenge sowie mit den Relationen zwischen dieser Naturalform und dieser Menge noch rechnen muß, wenn Ware, Wert und Kapital längst Begriffe für Historiker sind, genauer gesagt: daß die Gesellschaft dann endlich wirklich mit diesen Kategorien rechnen wird, anstatt von elementar wirkenden Gesetzen beherrscht zu werden, daß sie diese Gesetze dann bewußt anwenden wird.

Marx hat gezeigt, daß die Summe  $v + m$  der ersten Abteilung **bei einfacher Reproduktion** dem konstanten Kapital (c) der zweiten Abteilung gleich sein muß. Das wird wie folgt ausgedrückt:  $I (v + m) = II c$ . Der Grund hierfür: Die Abteilung II selbst produziert keine Produktionsmittel, sondern nur Konsumtionsmittel, folglich müssen die Produktionsmittel, die in Abteilung II verbraucht werden, in Abteilung I reproduziert werden. Der Wertbestandteil c der in Abteilung I produzierten Waren (I c) dient aber zur einfachen Reproduktion in Abteilung I selbst, zum Ersatz der in Abteilung I verbrauchten Produktionsmittel. Folglich kann nur der Wertbestandteil  $v + m$  der in Abteilung I hergestellten Produkte -  $I (v + m)$  -, der ja in der Naturalform von Produktionsmitteln auftritt, zum Ersatz der in Abteilung II verbrauchten Produktionsmittel dienen, und wenn diese vollständig ersetzt werden sollen, so muß der eine Wert dem andern gleich sein.

Sollen nun die Produktionsmittel in Abteilung I und in Abteilung II nicht nur wertmäßig ersetzt werden, sondern einen höheren Wert annehmen, soll im Bereich der Produktionsmittel Wert akkumuliert werden (**erweiterte Reproduktion**), so kann dieser zusätzliche Wert, der ja ebenfalls die Naturalform von Produktionsmitteln haben muß, auch nur aus den Wertbestandteilen  $v + m$  der ersten Abteilung kommen, wie Marx ebenfalls nachwies. Mit anderen Worten: **Bei erweiterter Reproduktion muß  $I (v + m)$  größer sein als  $II c$ , und dies gilt auch im Kommunismus. Dieses Gesetz ist letztlich gemeint, wenn wir von Wachstum oder Akkumulation oder erweiterter Reproduktion sprechen, und es gilt**

### **unabhängig von der gesellschaftlichen Form des Produktionsprozesses.**

Der „Wert“bestandteil „m“ des gesellschaftlichen Produkts im Kommunismus unterscheidet sich aber freilich grundlegend vom kapitalistischen Mehrwert, dessen Selbstzweck die Selbstverwertung des vorgeschossenen Kapitals ist, der vom gesellschaftlichen Nutzen losgelöst oder jedenfalls nur soweit mit irgendeinem gesellschaftlichen Nutzen verbunden ist, soweit dies zwingend erforderlich ist, um den Mehrwert zu realisieren. Im Kommunismus ist die Produktion von vornherein und unmittelbar als gesellschaftliche Produktion gesetzt. Die Gesellschaft entscheidet bewußt, ob eine bestimmte Arbeitsmenge zur Erreichung eines bestimmten Nutzeffekts verausgabt werden soll, und Maßstab dieser Entscheidung ist einerseits das Streben, mit Arbeitszeit sparsam umzugehen, andererseits das Streben, das Bedürfnis nach Produkten zu befriedigen. Dieser Unterschied zum kapitalistischen Mehrwert ist der entscheidende Grund, warum es Probleme, die den aus dem Fall der Profitrate resultierenden Krisen analog sind, bei vergesellschafteter Produktion nicht geben kann. Die Akkumulation ist hier kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.

Dennoch wird es auch im Kommunismus Akkumulation und folglich auch ein Mehrprodukt geben: Die Gesellschaft der vereinten Produzenten ist daran interessiert, daß **mehr** produziert wird als das, was zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel und Konsumtionsmittel **auf der bisherigen Stufenleiter** benötigt wird. Ohne erweiterte Reproduktion könnte die Gesellschaft allenfalls den bisherigen Zustand reproduzieren, sie würde also auf der Stelle treten. Wachsende Bedürfnisse könnten nicht befriedigt werden, die Produktivkräfte könnten nicht verbessert werden. Ohne ständige Verbesserung der Produktivkräfte ist aber auch die Einsparung von Arbeitszeit und natürlichen Ressourcen nicht möglich.

Die Erzielung eines Mehrprodukts ist also im gesamtgesellschaftlichen Maßstab erforderlich. Doch das gesamtgesellschaftliche Mehrprodukt kann sich nur aus den von den einzelnen Produktionseinheiten produzierten Mehr-

produktionen zusammensetzen. Folglich ist die Gesellschaft daran interessiert, daß die einzelnen Produktionsstätten rentabel arbeiten, daß sie nicht ohne zwingenden Grund kein Mehrprodukt oder ein zu geringes Mehrprodukt erwirtschaften. Der kommunistische Begriff von Rentabilität ist freilich ein völlig anderer als der kapitalistische. Der kapitalistische bezieht sich auf die Verwertung des einzelbetrieblich vorgeschossenen Kapitals, unabhängig von einem gesellschaftlichen Nutzeffekt. Rentabilität hat im Kommunismus in Bezug auf den Einzelbetrieb lediglich messende, nicht aber stimulierende Funktion, da die Produktion der Gesellschaft nur noch auf einheitliche Rechnung erfolgt und das einzelbetriebliche Mehrprodukt lediglich eine Rechengröße ist, aber keine Größe, die dem Betrieb individuell zufließt und diesem als Mittel zur Akkumulation dient. (Was im Sozialismus in eingeschränktem Maße noch der Fall ist, vgl. hierzu die bisher erschienenen beiden Bände der Serie „Hat der Sozialismus Zukunft“ innerhalb der Roten Reihe [Band 1 und 3] des Verlags Roter Morgen.)

Wie soll die Rentabilität gewährleistet werden? Im Kapitalismus wird sie über das Wertgesetz gewährleistet. Arbeitet ein Betrieb nicht rentabel, so kann er im Konkurrenzkampf nicht bestehen. Das letzte Wort ist der Konkurs, die Vernichtung bzw. Ausschachtung von Produktionsmitteln und die Entlassung von Arbeiterinnen und Arbeitern, also das Brachliegen lebendiger Arbeitskraft. Die kapitalistische Rentabilität ist also vom gesamtgesellschaftlichen Standpunkt aus alles andere als effektiv. Die kommunistische Gesellschaft geht anders vor: Bis zu einem gewissen Grad tut sie zwar zunächst (bewußt) das, was das Wertgesetz im Kapitalismus (elementar) auch tut: Sie vergleicht die betrieblich erforderliche Arbeitsmenge (Aufwand an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit) mit der gesellschaftlich durchschnittlich erforderlichen. Sie tut dies aber nicht, um einzelne Betriebe zu ruinieren. Ist der betrieblich zur Herstellung eines bestimmten Produkts erforderliche Aufwand an Arbeitszeit oder Material unter gleichen Bedingungen höher als der im gesellschaftlichen Mittel erforderliche, so müssen die Ursachen herausgefunden werden, um sie abzustellen. Hier besteht keinerlei klassenmäßiges Interesse, die betref-

fenden Daten zu fälschen, weil im Kommunismus alle Klassenunterschiede beseitigt sind. Die ganze Gesellschaft hat ein Interesse an sparsamem Einsatz von Arbeit und Material, so daß auch keine einzelbetriebliche Stimulierung und folglich keine Wertkategorien mehr erforderlich sind, um einen solchen sparsamen Einsatz, um eine kommunistische Rentabilität herbeizuführen. Marx: „(...) *bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird.*“ (Kapital III, MEW 25, S. 859) Selbstverständlich ist dies ein „Wert“ in Anführungszeichen, in dem Sinne, wie wir ihn oben verwandt haben: Die Berechnung der Arbeitszeit, die für einen bestimmten Nutzeffekt verwandt wird. Die Wertform und alle gesellschaftlichen Beziehungen, die sie hervorbringen, sind spurlos verschwunden.

Es kann verschiedene Gründe geben, warum eine betriebliche Einheit weniger rentabel arbeitet als im gesellschaftlichen Mittel. Handelt es sich um relativ rückständige Produktionstechniken, so muß dies herausgefunden werden, um die gesellschaftlich entwickelten Techniken und Arbeitsweisen anzuwenden. Daran sind im Kommunismus alle interessiert, sowohl die Arbeiter des betreffenden Betriebes als auch die in anderen Betrieben. Handelt es sich um **natürliche** Produktionsbedingungen, die in der betreffenden betrieblichen Einheit einen geringeren Nutzeffekt ermöglichen als anderswo, so muß die Gesellschaft entscheiden: Sie kann diese Produktion an dieser Stelle einstellen oder die geringere Produktivität bewußt in Kauf nehmen, wenn andernfalls nicht genügend Produkte dieser Art hergestellt werden, um das gesellschaftliche Bedürfnis zu befriedigen. Auch in ersterem Fall - bei Einstellung der Produktion - ergibt sich für die Arbeiterinnen und Arbeiter dieser betrieblichen Einheit kein Nachteil; die Gesellschaft wird ihnen die Möglichkeit geben, sich weiter zu qualifizieren und ihre schöpferischen Fähigkeiten fortzuentwickeln, um andere Tätigkeiten auszuüben. Auch unter diesem Gesichtspunkt besteht für sie also kein

Interesse, geringere Produktivität zu vertuschen. Der Gesichtspunkt von Arbeitszurückhaltung und ihrer Vertuschung kommt ebenfalls nicht mehr in Betracht, da die Arbeit nicht mehr Lohnarbeit ist und somit ihren Zwangscharakter verloren hat, vielmehr zum Lebensbedürfnis geworden ist. (vgl. hierzu Kapitel IX S. 77 ff.)

Wir haben bereits in Kapitel VIII (S. 42 f.) gesehen, warum die kommunistische Gesellschaft an einem möglichst sparsamen Einsatz von unmittelbar angewandter Arbeit und von Material, also von früher angewandter Arbeit, interessiert ist: Die gesellschaftliche Gesamtarbeit als gleichbleibend unterstellt, ist das gesellschaftliche Gesamtprodukt, der gesellschaftliche Nutzeffekt, um so größer, je sparsamer die Arbeit eingesetzt wird. Das gesellschaftliche Gesamtprodukt als gleichbleibend unterstellt, ist die gesellschaftlich erforderliche Gesamtarbeit um so geringer, je sparsamer die Arbeit eingesetzt wird. Die kommunistische Gesellschaft ist aber bestrebt, den Gesellschaftsgliedern ein Güterangebot zur Verfügung zu stellen, das die allseitige Entwicklung aller Gesellschaftsglieder sichert, und ihnen zugleich möglichst viel vom Produktionsprozeß freie Zeit zur Verfügung zu stellen. Die Sache läuft also auf das Gesetz der Ökonomie der Zeit hinaus.

Jetzt scheint allerdings folgender Widerspruch zu bestehen:

Einerseits gehen wir von maximaler Zeitersparnis aus, und diese soll zustande kommen durch die Befreiung und Entwicklung der Produktivkräfte, durch Erhöhung der Produktivität. „Wert“mäßig betrachtet heißt dies: Um den gleichen Nutzeffekt zu erzielen, muß weniger Arbeit verausgabt werden, die Produkte sinken - kapitalistisch gesprochen - im „Wert“. Der kommunistischen Gesellschaft ist dies aber gerade willkommen. So weit so gut.

Doch andererseits sagten wir, daß das Mehrprodukt, die Größe „m“, von entscheidender Bedeutung ist, um die Akkumulation, d.h. die erweiterte Reproduktion, und damit überhaupt die Entwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten. Doch wie ist die Einsparung von Arbeit möglich, wenn scheinbar auf jeder Stufe der Produktion ein größerer „Wert“ produziert werden muß als auf der vorherigen, also mehr Ar-

beit verausgabt werden muß? Gerät der Kommunismus dann nicht doch in die gleichen Probleme wie der Kapitalismus, und ist die Einsparung von Arbeitszeit nicht eine schöne Fiktion?

Die marxistische Antwort ist einfach: Die „Wert“bestandteile „c“, „v“ und „m“ des gesellschaftlichen Produkts müssen bei der Darstellung der Reproduktion auf einem **gegebenen** Niveau der Produktivität betrachtet werden, also unter Abstraktion von der ständigen Steigerung der Produktivität und dem damit verbundenen „Wertverfall“. Marx wies darauf hin, „(...) daß die Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter (...) (also Akkumulation, erweiterte Reproduktion, d. Verf.) mit der absoluten Größe des Produkts nichts zu tun hat, daß sie für eine gegebene Warenmasse nur ein verschiedenes Arrangement oder verschiedene Funktionsbestimmung der verschiedenen Elemente des gegebenen Produkts voraussetzt, dem Wertumfang nach also zunächst nur einfache Reproduktion ist. (nämlich in dem von Marx zuvor gewählten Zahlenbeispiel, d. Verf.) Nicht die Quantität, sondern die qualitative Bestimmung der gegebenen Elemente der einfachen Reproduktion ändert sich, und diese Änderung ist die materielle Voraussetzung der später folgenden Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter.“ (Kapital II, MEW 24, S. 501)

Das Gesetz, wonach  $I (v + m)$  bei erweiterter Reproduktion größer sein muß als  $II c$ , gilt auch im Kommunismus, doch es betrifft das „Arrangement der verschiedenen Elemente des gegebenen Produkts“, und dieses Arrangement ändert nichts daran, daß das gesellschaftliche Gesamtprodukt im Kommunismus fortlaufend im „Wert“ sinkt. Gleichzeitig erhöht sich der Gebrauchswert der Produkte, der gesellschaftliche Nutzeffekt. **Damit zerplatzen alle „tiefsinnigen“ Theorien über die „natürlichen Grenzen des Wachstums“ wie Seifenblasen:** Betrachtet man die Sache „wertmäßig“, so wird der Kommunismus kein Nullwachstum, sondern ein negatives Wachstum haben. Während das gesellschaftliche Gesamtprodukt im „Wert“ sinkt (was dann nur noch heißt, daß die verausgabte Arbeitszeit abnimmt, die unter kommunistischen Umständen absurde Redeweise, dies sei ein Sinken des „Wertes“, wird dann natürlich entfallen

sein), werden die Konsumgüter, die real produziert werden, in Qualität und bei Bedarf in Quantität zunehmen. Und: Die ständige Verbesserung der Technik wird es ermöglichen, daß der Verbrauch der hierzu benötigten Naturstoffe immer sparsamer gehandhabt werden wird. Doch jeder Fortschritt in dieser Richtung erfordert, daß nicht nur die verbrauchten Produktionsmittel ersetzt, sondern neue, qualitativ bessere entwickelt werden und daß verbesserte Produktionstechniken entwickelt werden.

Also: Bei jedem gegebenen Stand der Produktivkräfte besteht im Kommunismus absolute Notwendigkeit eines Mehrprodukts, absolute Notwendigkeit einer Akkumulation, eines „Wert“zuwachses. Doch in der Entwicklung betrachtet führt dies zu einem „Wert“verfall, was nur heißt, daß immer weniger Arbeitsmenge verausgabt werden muß, während gleichzeitig der Gebrauchswert von Produktions- und Konsumtionsmitteln sich erhöht.

## VERSTÄNDNISFRAGEN:

- ☞ Was ist der Unterschied von Mehrwertrate und Profitrate?
- ☞ Warum beeinflußt die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals die Profitrate? Wie versucht der Kapitalist, die Umschlagsgeschwindigkeit zu erhöhen?
- ☞ Welche Vorteile haben Überstunden für den Kapitalisten?
- ☞ Warum scheut der Kapitalist Arbeitsschutz- und Umweltschutzmaßnahmen?
- ☞ Warum schwanken die Preise bei kapitalistischer Produktion nicht mehr um den Wert? Um welchen Punkt schwanken sie?
- ☞ Welche Rolle spielt die Konkurrenz innerhalb eines Produktionszweiges, und welche spielt sie zwischen unterschiedlichen Produktionszweigen?
- ☞ Was bedeutet Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals? Warum ist diese Erhöhung in Bezug auf das gesellschaftliche Gesamtkapital gesetzmäßig?
- ☞ Warum mußte die Entwicklung des Kapitalismus zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate führen?
- ☞ Wie erzielen die Monopole einen Monopolprofit? Zu wessen Lasten geht dieser Monopolprofit? In welchem logischen Verhältnis stehen die Begriffe Monopolprofit und Durchschnittsprofitrate?
- ☞ Warum bringt die kapitalistische Produktion gesetzmäßig die Tendenz des Fallens der Profitrate hervor?
- ☞ Wie wirken die Kapitalisten dieser Tendenz entgegen?
- ☞ Warum führt die kapitalistische Produktion gesetzmäßig zu Krisen?
- ☞ Was bedeutet erweiterte Reproduktion?
- ☞ Warum gibt es auch im Kommunismus erweiterte Reproduktion? Warum führt die Akkumulation dort nicht zu Krisen?



# **DIE WELT BEGREIFEN UND VERÄNDERN**

**Handelskapital, Bankkapital,  
Aktienwesen**

**Zur Lage der Angestellten**

**Kapitalistisches Grundeigentum**

Kapitel XII

## Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### oder:

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## Zur Zitierweise:

- MEW:** Marx-Engels-Werke  
**AW:** Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989  
**LW:** Lenin-Werke  
**LAW:** Lenin, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1988  
**SW:** Stalin-Werke  
**Hilferding:** Hilferding, Rudolf, Das Finanzkapital: Ausgabe Dietz Berlin 1947 oder Ausgabe Europäische Verlagsanstalt („EVA“) Frankfurt am Main/Köln 1974  
**f.:** und die folgende Seite  
**ff.:** und die folgenden Seiten

# Inhalt

<b>I Das Handelskapital .....</b>	<b>5</b>
Welche gesellschaftliche Funktion übt das Handelskapital aus? .....	7
Woher stammt der Profit des Handelskapitalisten? .....	9
Streit um die Verteilung des Mehrwerts zwischen industriellem und kaufmännischem Kapitalisten .....	15
Zunahme der Zirkulationskosten: Indiz für den wachsenden Parasitismus .....	17
<b>II Zur klassenmäßigen Zuordnung der Angestellten ...</b>	<b>19</b>
<b>III Das Leihkapital als Form des zinstragenden     Kapitals .....</b>	<b>35</b>
Die Bank als Zahlungsvermittler .....	35
Das Kreditgeschäft der Banken .....	37
Das Sinken der Verwertungsrate des Leihkapitals und die Versuche der Banken, dem entgegenzuwirken .....	43
Der Fetischcharakter des Geldes wird im Kreditwesen rein herausgearbeitet .....	52
Das Kreditwesen treibt die menschliche Selbstentfremdung auf die Spitze .....	57
Das Kreditwesen - Enteignung des Privateigentümers ..	63
<b>IV Das fiktive Kapital als Form des zinstragenden     Kapitals (Aktien und andere Wertpapiere) .....</b>	<b>67</b>
Der Wechsel. Das Diskontgeschäft der Banken .....	68
Zum Begriff des fiktiven Kapitals .....	70
Was ist eine Aktiengesellschaft? .....	72
Die Aktiengesellschaft: Sprengung des Privateigentums innerhalb der kapitalistischen Ordnung .....	75

Im Börsencrash tritt der Charakter der Aktie als fiktives Kapital in Erscheinung .....	83
Die Aktie: Demokratisierung des Kapitals? .....	97
Die verschiedenen Arten von Wertpapieren .....	101
Die Mystifikation des Kapitals wird im fiktiven Kapital auf die Spitze getrieben .....	105
Wachsende Macht der Banken durch Zunahme der Spekulationsgeschäfte .....	107
Die sinkende Profitrate führt zur Flucht in die Spekulation .....	118
<b>V Das kapitalistische Grundeigentum .....</b>	<b>125</b>
Die Grundrente .....	126
Zur Wohnungsfrage .....	134
Verständnisfragen .....	139

## I.

## DAS HANDELSKAPITAL

Im bisherigen Buch haben wir Kapital ausschließlich in der Form des **industriellen** Kapitals betrachtet, als in der Industrie investiertes Kapital (nachfolgend auch als „produktives Kapital“ bezeichnet). Das hatte seinen Grund darin, daß Mehrwert ausschließlich in der Produktion geschaffen wird. Doch es gibt in der kapitalistischen Gesellschaft auch Handelskapital und Bankkapital. Wenden wir uns zunächst dem Handelskapital zu.

Das kaufmännische oder Handelskapital ist älter als das industrielle. In gewisser Hinsicht ist das letztere aus dem ersteren geschichtlich hervorgegangen; wir haben dies in Kapitel II (Seite 58-67) gesehen. Dort haben wir auch die Quelle des Profits des früh- bzw. vorkapitalistischen Handels aufgezeigt: Die Kaufleute **überteilten** einerseits die Handwerker sowie die Bevölkerung weniger entwickelter Länder als Lieferanten, andererseits die Feudalherren als Abnehmer, wobei letztere freilich die hörigen bzw. leibeigenen Bauern schröpften. (Noch früher, in der Antike, überteilten die Kaufleute die Sklavenhalter als Abnehmer von Luxusprodukten.) Der auf diese Weise zustandegekommene kaufmännische Profit beruhte **nicht auf dem Wertgesetz**, nicht auf dem Austausch gleicher Werte. Mit dem Sieg der bürgerlichen Ordnung wurde das Wertgesetz jedoch zum allgemeinen Gesetz der Warenproduktion und damit auch des Warenaustauschs.

In Kapitel VIII haben wir gesehen, wie der Gewinn des **industriellen** Kapitalisten auf der Basis des Austauschs gleicher Werte erklärt werden kann und erklärt werden muß: Der industrielle Kapitalist kauft die Arbeitskraft der Lohnar-

beiterInnen zu ihrem Tauschwert, damit gehört ihm ihr Gebrauchswert, und im Gebrauch der Arbeitskraft, in ihrer produktiven Vernutzung im Arbeitsprozeß, bringt sie einen größeren Wert hervor, als sie selbst darstellt. In Kapitel IX (S. 11) sagten wir: *„Wie der Gewinn des modernen Handelskapitalisten auf dieser Basis (nämlich auf der Basis des Austauschs gleicher Werte) erklärt werden kann, dazu in einem späteren Kapitel.“* Diese Erklärung soll nun erfolgen.

## WELCHE GESELLSCHAFTLICHE FUNKTION ÜBT DAS HANDELSKAPITAL AUS?

Wenn der industrielle Kapitalist Waren hat herstellen lassen, dann muß er diese noch verkaufen, um den von den Arbeitern und Arbeiterinnen geschaffenen Mehrwert als Profit realisieren zu können. Beim Verkauf, in der Zirkulations-sphäre, werden nur Kosten verausgabt, ohne daß Werte geschaffen werden. Diese Kosten sind aber für den Kapitalisten notwendig, da er sonst den bereits geschaffenen Mehrwert nicht realisieren kann. Jedoch zieht es der industrielle Kapitalist oftmals vor, den Verkauf der Waren an den Konsumenten nicht selbst zu betreiben, sondern die Waren einem Mittelsmann, dem Handelskapitalisten, zu verkaufen, der sie dann an den Konsumenten weiterverkauft.

Der Kaufmann kauft also Waren, um sie wieder zu verkaufen. Das von ihm investierte Kapital wird nicht zur Produktion verwendet. *„Das Kaufmannskapital schafft daher weder Wert noch Mehrwert, d.h. nicht direkt.“* (Marx, Kapital III, MEW 25 S. 291)

Welchen Vorteil zieht der industrielle Kapitalist daraus, daß er die Waren nicht selbst an den Konsumenten verkauft, sondern den Verkauf dem Handelskapitalisten überläßt, der als *„Zirkulationsagent des industriellen Kapitals“* (ebenda, S. 301) fungiert?

*„Sofern es (das Kaufmannskapital, d. Verf.) zur Abkürzung der Zirkulationszeit beiträgt, kann es indirekt den vom industriellen Kapitalisten produzierten Mehrwert vermehren helfen.“* (ebenda, S. 291) Der Industrielle muß dann nämlich nicht warten, bis sich ein Konsument findet; er kann die Waren sogleich losschlagen, zu Geld machen und das so erhaltene Geld wieder in neue Produktion investieren. Durch Verkürzung der Umlaufzeit des Kapitals erhöht sich die Jahresprofitrate. (vgl. Kapitel XI S. 14 f.) *„Soweit es den Markt ausdehnen hilft und die Teilung der Arbeit zwischen den Kapitalen vermittelt, also das Kapital befähigt, auf größrer Stu-*

*fenleiter zu arbeiten, befördert seine Funktion die Produktivität des industriellen Kapitals und dessen Akkumulation. Soweit es die Umlaufzeit abkürzt, erhöht es das Verhältnis des Mehrwerts zum vorgeschobnen Kapital, also die Profitrate (wie gesagt: die Jahresprofitrate, d. Verf.). Soweit es einen geringern Teil des Kapitals als Geldkapital in die Zirkulationssphäre einbannt, vermehrt es den direkt in der Produktion angewandten Teil des Kapitals.“ (Kapital III, MEW 25 S. 291) Der letzte Satz bezieht sich auf die reinen Zirkulationskosten, also Kosten, die im Zirkulationsprozeß selbst entstehen, ohne daß dabei Waren produziert werden: Unterhalt von Handelskontoren, Kosten für Buchführung und Korrespondenz, für Werbung sowie der größte Teil der Ausgaben für die Bezahlung der kommerziellen LohnarbeiterInnen, nämlich der Angestellten des Handelskapitalisten. Diese Kosten muß der industrielle Kapitalist nicht selbst aufbringen, und das dadurch eingesparte Kapital kann er in der Produktion investieren.*

## WOHER STAMMT DER PROFIT DES HANDELSKAPITALISTEN?

Der Handelskapitalist übernimmt die unproduktive Tätigkeit des Verkaufens nicht deshalb, um dem industriellen Kapitalisten einen Gefallen zu tun. Wenn er sein Kapital verwendet, um Handelsgebäude einzurichten, kommerzielle LohnarbeiterInnen einzustellen usw., dann erwartet er, daß sich diese Kosten nicht nur amortisieren, sondern daß er darüber hinaus noch einen Profit erzielt, dessen Rate im Durchschnitt genau so hoch ist wie die des industriellen Kapitals. Könnte er eine solche Durchschnittsprofitrate im Handel nicht erzielen, dann würde er es vorziehen, sein Kapital in der Industrie anzulegen. Wie soll er diesen Profit jedoch erzielen, wenn in der Zirkulationssphäre weder Wert noch Mehrwert geschaffen werden?

Er verlangt vom industriellen Kapitalisten, daß dieser ihm einen Teil des von den industriellen Arbeitern und Arbeiterinnen geschaffenen Mehrwerts abtritt: *„Das Kaufmannskapital geht also ein in die Ausgleichung des Mehrwerts zum Durchschnittsprofit, obgleich nicht in die Produktion dieses Mehrwerts. Daher enthält die allgemeine Profitrate bereits den Abzug vom Mehrwert, der dem Kaufmannskapital zukommt, also einen Abzug vom Profit des industriellen Kapitals.“* (ebenda, S. 297)

Der Begriff des Produktionspreises erfährt damit gegenüber der Darstellung in Kapitel XI, wo wir vom Kaufmannskapital noch abstrahiert haben, eine erneute Modifikation. Wir haben dort **nur** die Ausgleichung unter den **industriellen** Kapitalisten betrachtet. Jetzt sehen wir, daß auch das kaufmännische Kapital, in dessen Anwendungsbereich **gar kein Mehrwert** geschaffen wird, an der Verteilung des Gesamtmehrwerts unter den Kapitalen teilnimmt. Der Durchschnittsprofit bezieht sich auf dieser Stufe der Analyse also nicht mehr allein auf das gesamtgesellschaftliche **industriell-**

**le Kapital, sondern auf das industrielle Kapital zuzüglich des kaufmännischen Kapitals.**

Marx gibt ein Zahlenbeispiel:

„Gesetzt, das während des Jahres vorgeschobne industrielle Gesamtkapital sei  $= 720 c + 180 v = 900$  (etwa Millionen Pfd. St.) und  $m'$  (die Mehrwertrate, d. Verf.)  $= 100\%$ . Das Produkt also  $= 720 c + 180 v + 180 m$ . Nennen wir dann dies Produkt oder das produzierte Warenkapital  $W$ , so ist sein Wert oder Produktionspreis (da beide für die Totalität der Waren zusammenfallen) (vgl. Kapitel XI S. 29; d. Verf.)  $= 1080$  und die Rate des Profits für das gesamte Kapital von  $900 = 20\%$ . ( $180 : 900 = 20\%$ , d. Verf.) Diese  $20\%$  sind nach dem früher Entwickelten (vgl. Kapitel XI, d. Verf.) die Durchschnittsprofitrate, da der Mehrwert hier nicht auf dieses oder jenes Kapital von besondrer Zusammensetzung, sondern auf das gesamte industrielle Kapital mit seiner Durchschnittszusammensetzung berechnet ist. Also  $W = 1080$  und die Profitrate  $= 20\%$ . Wir wollen aber nun annehmen, daß außer diesen  $900$  Pfd. St. industrielles Kapital noch  $100$  Pfd. St. Kaufmannskapital hinzukommt, welches pro rata (entsprechend dem Anteil, d. Verf.) seiner Größe denselben Anteil am Profit hat wie jenes. Nach der Voraussetzung ist es ein Zehntel des Gesamtkapitals von  $1000$ . (Das Gesamtkapital beträgt dann nämlich  $900$  industrielles Kapital plus  $100$  Kaufmannskapital, d. Verf.) Es (das Kaufmannskapital, d. Verf.) beteiligt sich also mit  $1/10$  am Gesamtmehrwert von  $180$  und erhält so einen Profit zur Rate von  $18\%$ . In der Tat also ist der zwischen den andren  $9/10$  des Gesamtkapitals zu verteilende Profit nur noch  $= 162$  oder auf das Kapital von  $900$  ebenfalls  $= 18\%$ . Der Preis also, wozu  $W$  von den Besitzern des industriellen Kapitals von  $900$  an die Warenhändler verkauft wird, ist  $= 720 c + 180 v + 162 m = 1062$ . Schlägt der Kaufmann also auf sein Kapital von  $100$  den Durchschnittsprofit von  $18\%$ , so verkauft er die Waren zu  $1062 + 18 = 1080$ , d.h. zu ihrem Produktionspreis oder, das gesamte Warenkapital betrachtet, zu ihrem Wert, obgleich er seinen Profit nur in der Zirkulation und durch sie macht und nur durch den Überschuß sei-

nes Verkaufspreises über seinen Kaufpreis. Aber dennoch verkauft er die Waren nicht über ihrem Wert oder nicht über ihrem Produktionspreis, eben weil er sie unter ihrem Wert oder unter ihrem Produktionspreis von den industriellen Kapitalisten gekauft hat.

In die Bildung der allgemeinen Profitrate geht also das Kaufmannskapital bestimmend ein pro rata des Teils, den es vom Gesamtkapital bildet. Wenn also im angegebenen Fall gesagt wird: die Durchschnittsprofitrate ist = 18 %, so wäre sie = 20 %, wenn nicht 1/10 des Gesamtkapitals Kaufmannskapital wäre und dadurch die allgemeine Profitrate um 1/10 herabgesetzt worden. Es tritt damit auch eine nähere, einschränkende Bestimmung des Produktionspreises ein. Unter Produktionspreis ist nach wie vor zu verstehen der Preis der Ware = ihren Kosten (dem Wert des in ihr enthaltenen konstanten + variablen Kapitals) + dem Durchschnittsprofit darauf. Aber dieser Durchschnittsprofit ist jetzt anders bestimmt. Er ist bestimmt durch den Gesamtprofit, den das totale produktive Kapital (das in der Industrie angelegte Kapital, d. Verf.) erzeugt; aber nicht berechnet auf dies produktive Totalkapital, so daß, wenn dies wie oben = 900 und der Profit 180, die Durchschnittsprofitrate =  $180/900 = 20\%$  wäre, sondern berechnet auf das totale produktive + Handelskapital, so daß, wenn 900 produktives und 100 Handelskapital, die Durchschnittsprofitrate =  $180/1000 = 18\%$  ist. (Im MEW-Band heißt es:  $18/1000 = 18\%$ ; offenbar ein Schreib- oder Druckfehler, d. Verf.) Der Produktionspreis ist also =  $k$  (den Kosten) + 18, statt =  $k + 20$ . In der Durchschnittsprofitrate ist bereits der auf das Handelskapital fallende Teil des Gesamtprofits eingerechnet. Der wirkliche Wert oder Produktionspreis des gesamten Warenkapitals ist daher =  $k + p + h$  (wo  $h$  der kommerzielle Profit). ( $k$  ist hier das von den industriellen Kapitalisten vorgeschossene Gesamtkapital, konstantes plus variables, also deren Kosten,  $p$  ist der industrielle Profit, d. Verf.) Der Produktionspreis oder der Preis, wozu der industrielle Kapitalist als solcher verkauft (nämlich an den Handelskapitalisten, d. Verf.), ist also kleiner als der wirkliche Produktionspreis der Ware

(weil ja von letzterem der Handelskapitalist den Teil bekommen muß, aus dem sich der Handelsprofit speist, dessen Durchschnittsprofitrate mit der des industriellen Kapitals identisch ist, d. Verf.); oder, wenn wir die Gesamtheit der Waren betrachten, so sind die Preise, wozu die industrielle Kapitalistenklasse sie verkauft, kleiner als ihre Werte. So im obigen Fall: 900 (Kosten) + 18 % auf 900 oder  $900 + 162 = 1062$ . Indem nun der Kaufmann Ware, die ihm 100 kostet, zu 118 verkauft, schlägt er allerdings 18 % auf; aber da die Ware, die er zu 100 gekauft hat, 118 wert ist, verkauft er sie deswegen nicht über ihrem Wert.“

(Kapital III, MEW 25 S. 295 ff.)

Es ist also „nur Schein, daß der merkantile (kaufmännische, d. Verf.) Profit bloßer Zuschlag, nominelle Erhöhung des Preises der Waren über ihren Wert“ wäre. (ebenda, S. 293) Schließlich hat der Verkäufer einer Ware nicht die Macht, durch willkürliche Entscheidung den Preis **über** dem Wert anzusetzen. Man muß durch die Erscheinung hindurch zum Wesen vordringen, um zu begreifen, daß Quelle des Profits sowohl des industriellen als auch des Handelskapitalisten die unbezahlte Mehrarbeit der industriellen Arbeiter und Arbeiterinnen ist. Der kaufmännische Profit ist nämlich, wie gesehen, der Teil des Mehrwerts, den der industrielle Kapitalist an den Kaufmann abtreten muß. Dadurch sinkt wie gesagt der Durchschnittsprofit bzw. der Produktionspreis. Unser soeben modifizierter Begriff des Produktionspreises berücksichtigt eben diesen Umstand; dabei ergibt sich dann, daß die Summe der gesamtgesellschaftlich produzierten Werte größer ist als die Summe der von den industriellen Kapitalisten gesamtgesellschaftlich realisierten Produktionspreise - in Abweichung von unserer Darstellung in Kapitel XI, die eben vom kaufmännischen Profit noch abstrahiert.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei angemerkt, daß die betreffenden Ausgleichungen unter den Industrie- und Handelskapitalisten nicht etwa so zustandekommen, daß irgendein Ausschuß der Kapitalistenklasse Berechnun-

gen der obigen Art vornimmt. Vielmehr bilden sich die Preise elementar hinter dem Rücken der Produzenten (vgl. Kapitel VIII), und es ist Aufgabe der politischen Ökonomie, aufzuzeigen, welche Gesetze sich dabei letztlich durchsetzen, wenn man von allen Zufälligkeiten der Preisschwankungen abstrahiert.

*„Wir wollen den Ausdruck Produktionspreis in dem oben entwickelten nähern Sinn beibehalten. Es ist dann klar, daß der Profit des industriellen Kapitalisten gleich dem Überschuß des Produktionspreises der Ware über ihren Preis und daß, im Unterschied von diesem industriellen Profit, der kommerzielle Profit gleich dem Überschuß des Verkaufspreises über den Produktionspreis der Ware, welcher ihr Kaufpreis für den Kaufmann ist; daß aber der wirkliche (nämlich vom Konsumenten zu zahlende, d. Verf.) Preis der Ware = ihrem Produktionspreis + dem merkantilen (kommerziellen) Profit ist. Wie das industrielle Kapital nur Profit realisiert, der als Mehrwert schon im Wert der Ware steckt, so das Handelskapital nur, weil der ganze Mehrwert oder Profit noch nicht realisiert ist in dem vom industriellen Kapital realisierten Preis der Ware. Der Verkaufspreis des Kaufmanns steht so über dem Einkaufspreis, nicht weil jener über, sondern weil dieser unter dem Totalwert steht. (Anders ausgedrückt: Der Preis, den der Kaufmann dem Industriellen zahlt, steht **unter** dem Wert der Ware; ein Teil des Mehrwerts ist somit zu diesem Zeitpunkt noch nicht realisiert und ist dem Kaufmann zur Realisation überlassen, d. Verf.)*

*Das Kaufmannskapital geht also ein in die Ausgleichung des Mehrwerts zum Durchschnittsprofit, obgleich nicht in die Produktion dieses Mehrwerts. Daher enthält die allgemeine Profitrate bereits den Abzug vom Mehrwert, der dem Kaufmannskapital zukommt, also einen Abzug vom Profit des industriellen Kapitals.*

*Es folgt aus dem Bisherigen:*

- 1. Je größer das Kaufmannskapital im Verhältnis zum industriellen Kapital, desto kleiner die Rate des industriellen Profits und umgekehrt.*

2. Wenn es sich im ersten Abschnitt (bzw. in Kapitel XI, d. Verf.) zeigte, daß die Profitrate immer eine kleinere Rate ausdrückt als die Rate des wirklichen Mehrwerts, d.h. den Exploitationsgrad (Ausbeutungsgrad, d. Verf.) der Arbeit immer zu klein ausdrückt, z.B. im obigen Fall  $720 c + 180 v + 180 m$ , eine Rate des Mehrwerts von 100 %, als eine Profitrate von nur 20 %, so weicht dies Verhältnis noch mehr ab, soweit nun die Durchschnittsprofitrate selbst, bei Einrechnung des dem Kaufmannskapital zufallenden Anteils, wieder kleiner erscheint, hier als 18 % statt 20 %. Die Durchschnittsrate des Profits des direkt exploitierenden Kapitalisten (eben des industriellen Kapitalisten, d. Verf.) drückt also die Rate des Profits kleiner aus, als sie wirklich ist.“ (Kapital III, MEW 25 S. 297 f.)

Nämlich: Die Profitrate ist von vornherein kleiner als die Mehrwertrate, da der Mehrwert in der Profitrate nicht auf den Neuwert, sondern auf das vorgeschossene Gesamtkapital einschließlich seines konstanten Teils bezogen ist und folglich nicht etwa die Verteilung des Neuwerts zwischen Kapitalist und Arbeiter zum Ausdruck bringt. (zum Begriff des Neuwerts in Abgrenzung zum Wert des Neuprodukts vgl. Kapitel X S. 77) **Daher** drückt die Profitrate den Ausbeutungsgrad ohnehin schon wesentlich kleiner aus, als er wirklich ist. Beziehen wir den kommerziellen Profit in die Betrachtung ein, so zeigt sich, daß die industrielle Profitrate den Grad der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse noch stärker verzerrt darstellt, nämlich in noch stärkerem Maße verkleinert, weil sie nur den Teil des Mehrwerts in Anrechnung bringt, den sich der **industrielle** Kapitalist ohne Äquivalent aneignet, nicht aber den Teil, den sich der **Handelskapitalist** ohne Äquivalent aneignet.

## STREIT UM DIE VERTEILUNG DES MEHRWERTS ZWISCHEN INDUSTRIELLEM UND KAUFMÄNNISCHEM KAPITALISTEN

Da industrieller und kaufmännischer Kapitalist nur die vorhandene Mehrwertmasse unter sich aufteilen, die Höhe ihres jeweiligen Profits also bei gegebener Mehrwertmasse von der Quote dieser Verteilung abhängt, gibt es zwischen ihnen einen ständigen Kampf um die Verteilung der Beute. Steht ein mächtiges Industriemonopol kleineren Handelskapitalisten gegenüber, so kann sich das Industriemonopol einen Teil des Profits, der „eigentlich“ dem Handelskapital „zusteht“, als Monopolprofit aneignen. (vgl. Kapitel XI S. 58 ff.) Dies ist z.B. der Fall beim Verhältnis der Automobilmonopole zu ihren Vertragshändlern. In letzter Zeit senkten Opel, VW, Mercedes und Co. die Handelsspannen, um einen größeren Teil des Mehrwerts in ihre eigenen Taschen zu stecken. Sie konnten damit ihre industrielle Profitrate anheben, die Profitrate der Händler aber sank. Dies konnten nur die kapitalkräftigsten Handelshäuser überleben. Vielen kleineren wurde die Lizenz entzogen, weil sie die Auflagen der Automobilkonzerne zu den neuen Bedingungen nicht mehr erfüllen konnten.

Die Automobilkonzerne gehören zu den mächtigsten Monopolen. Sie üben eine schonungslose Diktatur über die Automobilhandelsbetriebe aus, die immerhin 500.000 Beschäftigte und einen Jahresumsatz von 250 Milliarden DM haben. Die Vertragshändler müssen peinlich detaillierte Auflagen erfüllen, wenn sie ihre Lizenzen behalten wollen. Verlieren sie die Lizenz, so dürfen sie keinen Neuwagen der großen Monopole verkaufen. Formal selbständig, sind diese Handelsunternehmen in Wirklichkeit „Leibeigene“, wie der Vorsitzende des Verbandes der Autorisierten Servicebetriebe Deutschlands erklärte.

(vgl. Frankfurter Rundschau 6.9.1997)

Umgekehrt gibt es in der Konsumgüterindustrie auch den Fall, daß mächtige Handelsmonopole über industrielle Unternehmen herrschen, z.B. in der Nahrungsmittelbranche.

## **ZUNAHME DER ZIRKULATIONSKOSTEN: INDIZ FÜR DEN WACHSENDEN PARASITISMUS**

Betrachten wir nun die Zirkulationskosten, so muß unterschieden werden zwischen den reinen Zirkulationskosten und denjenigen Kosten, die durch die Fortsetzung des Produktionsprozesses in der Zirkulationssphäre bedingt sind. Zu letzteren gehören die notwendigen Kosten für Transport, Aufbewahrung, Verpackung. Jedes Produkt ist erst dann gebrauchsfertig, stellt also erst dann einen Gebrauchswert dar, wenn es sich in den Händen der KonsumentInnen befindet. Die notwendigen Arbeiten im Bereich des Transports, der Verpackung usw. setzen den Waren somit Wert zu. Es sind Arbeiten im Produktions-, nicht im Zirkulationsbereich.

Auch ein Teil der reinen Zirkulationskosten entsteht unabhängig von der Gesellschaftsform. Durch die betreffenden Arbeiten wird zwar kein Wert geschaffen, doch diese Arbeiten sind in jeder Gesellschaftsordnung erforderlich, z.B. Buchführung. Doch den überwiegenden und ständig wachsenden Teil der Zirkulationskosten machen im Kapitalismus diejenigen Kosten aus, die auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst beruhen, insbesondere auf Konkurrenz und Spekulation. Das sich verschärfende Marktproblem führt dazu, daß sich gewaltige Warenvorräte ansammeln und der Warenweg immer länger und verschlungener wird (Zwischenhandel), was wiederum zu einem riesigen unproduktiven Aufwand führt. Ein immer größerer Teil der Kosten für Transport, Aufbewahrung und Verpackung der Waren verwandelt sich in reine Zirkulationskosten, die der kapitalistischen Organisation der Wirtschaft geschuldet sind. (Es handelt sich z.B. um unnötig lange Transportwege, aufwendige Verpackung aus Werbezwecken usw.). Gewaltige Ausgaben für Werbung, Marketing, public relations usw. sind verzweifelte Bemühungen, dem auf den inneren Widersprüchen des Profitsystems beruhenden Schrumpfen der Märkte entgegenzuwirken. Doch was der eine Kapitalist an Markt-

anteilen gewinnt, verliert der andere. Das ständige Wachsen derartiger Ausgaben ist Ausdruck der sich vertiefenden und unlösbaren Widersprüche der kapitalistischen Ordnung. Das Anwachsen derartiger Kosten trägt zum Sinken der Profitrate bei, unabhängig davon, ob derartige Zirkulationskosten von den industriellen Kapitalisten unmittelbar getragen werden oder auf Handelskapitalisten übertragen werden, die dann aber anteilmäßig am gesellschaftlich produzierten Mehrwert partizipieren (teilhaben).

Die ständige Zunahme der Zirkulationskosten ist ein Zeichen für den immer stärker werdenden Parasitismus der kapitalistischen Ordnung. Die Monopole sind bestrebt, durch Durchsetzung von Monopolpreisen der Tendenz zum Sinken der Profitrate, die durch das Wachsen dieser unproduktiven Kosten verstärkt wird, entgegenzuwirken. Die unproduktiven Handelskosten drücken somit schwer auf die arbeitenden KonsumentInnen. Doch die Begrenztheit des Marktes bzw. der Konsumkraft der arbeitenden Bevölkerung ist eine Schranke für diese Bestrebungen der Monopole. Sie können durch Monopolpreise dem Fall ihrer Profitrate zwar entgegenwirken, ihn aber nicht dauerhaft verhindern.

Das zeitweilige Wachsen des Anteils der Beschäftigten im Handel, in den Banken und Versicherungen gegenüber dem Anteil der in der Industrie Beschäftigten wurde von beflissenen Apologeten des Kapitalismus zum Anlaß genommen, das Ende der Arbeiterklasse zu prophezeien. Doch ohne Produktion wird kein Mehrwert geschaffen und kann kein Mehrwert verteilt werden; ohne produzierende Arbeiterklasse kann folglich auch die Bourgeoisie nicht existieren. Die Bestrebungen der Bourgeoisie, dem Sinken der Profitrate entgegenzuwirken, haben bereits dazu geführt, daß die genannte Tendenz rückläufig ist, weil in den unproduktiven Sektoren massiv Arbeitsplätze wegrationalisiert werden.

Literatur:

**Marx, Kapital III, Kapitel 16 bis 18**, MEW 25 S. 278 - 326

## II.

ZUR KLASSENMÄSSIGEN  
ZUORDNUNG DER  
ANGESTELLTEN

Die richtige klassenmäßige Zuordnung der Angestellten ist von großer Bedeutung, da das klassenbewußte Proletariat und seine Partei wissen müssen, welche Schichten von Angestellten zur Arbeiterklasse gehören, welche am ehesten als Bündnispartner gewonnen werden können, welche vielleicht neutralisiert werden können, welche eher zur Bourgeoisie neigen werden und welche Bestandteil der Bourgeoisie sind. Wir werden in diesem Abschnitt von den kaufmännischen Angestellten ausgehen und uns abschließend mit der klassenmäßigen Zuordnung technischer Angestellter befassen.

*„Ganz wie das industrielle Kapital dadurch Profit macht, daß es in den Waren steckende und realisierte Arbeit verkauft, für die es kein Äquivalent bezahlt hat, so das merkantile (kaufmännische, d. Verf.) Kapital dadurch, daß es dem produktiven Kapital die unbezahlte Arbeit, die in der Ware steckt (in der Ware, soweit das in ihrer Produktion ausgelegte Kapital als aliquoter Teil des gesamten industriellen Kapitals fungiert) (der Hinweis in der Klammer bezieht sich auf die Ausgleichung der Profitraten, d. Verf.), nicht ganz zahlt, dagegen beim Verkauf der Waren diesen noch in den Waren steckenden und von ihm unbezahlten Teil sich zahlen läßt. Das Verhältnis des Kaufmannskapitals zum Mehrwert ist ein anderes als das des industriellen Kapitals. Das*

letztere produziert den Mehrwert durch direkte Aneignung unbezahlter fremder Arbeit. Das erstere eignet sich einen Teil dieses Mehrwerts an, indem es diesen Teil vom industriellen Kapital auf sich übertragen läßt.

*Es ist nur durch seine Funktion der Realisierung der Werte, daß das Handelskapital im Reproduktionsprozeß als Kapital fungiert und daher, als fungierendes Kapital, aus dem vom Gesamtkapital erzeugten Mehrwert zieht. Die Masse seines Profits hängt ab für den einzelnen Kaufmann von der Masse Kapital, die er in diesem Prozeß anwenden kann, und er kann um so mehr davon anwenden, im Kaufen und Verkaufen, je größer die unbezahlte Arbeit seiner Kommis (kaufmännischen Angestellten, d. Verf.). **Die Funktion selbst, kraft deren sein Geld Kapital ist, läßt der kaufmännische Kapitalist größtenteils durch seine Arbeiter verrichten. Die unbezahlte Arbeit dieser Kommis, obgleich sie nicht Mehrwert schafft, schafft ihm aber Aneignung von Mehrwert, was für dies Kapital dem Resultat nach ganz dasselbe; sie ist also für es Quelle des Profits. Das kaufmännische Geschäft könnte sonst nie auf großer Stufenleiter, nie kapitalistisch betrieben werden.***

*Wie die unbezahlte Arbeit des Arbeiters dem produktiven Kapital direkt Mehrwert, schafft die unbezahlte Arbeit der kommerziellen Lohnarbeiter dem Handelskapital einen Anteil an jenem Mehrwert.“*

(Kapital III, MEW 25 S. 304 f., Hervorhebung v. Verf.)

Der Handelskapitalist verrichtet die Tätigkeiten, die mit dem Verkauf der Waren verbunden sind, genauso wenig selbst, wie der industrielle Kapitalist an der Maschine steht. Ebenso wie dieser stellt er Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen ein, die für ihn tätig sind.

Hinsichtlich der gesellschaftlichen Funktion von kaufmännischen Angestellten macht es keinen Unterschied, ob sie in einem Handelsunternehmen oder im Handelsapparat einer Industriefirma tätig sind. Der monopolistische Kapitalismus hat riesige Industriekonzerne hervorgebracht, für die es oftmals von

Vorteil ist, einen eigenen Handels- und Absatzapparat zu unterhalten. Die im Handelsapparat eines Industrieunternehmens beschäftigten Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen verhelfen dem industriellen Kapitalisten dazu, daß er sich auch den Teil des von seinen IndustriearbeiterInnen geschaffenen Mehrwerts aneignen kann, den er andernfalls an das Handelskapital abtreten müßte.

Die wachsende Monopolisierung führt auch dazu, daß häufig die Funktion des Handels entfällt, weil viele verschiedene Produkte innerhalb **eines** Konzern hergestellt werden. *„Ein anderer Vorteil der Kombination (mehrerer Produktionszweige innerhalb eines Konzerns, d. Verf.) entspringt aus der Ersparung des Handelsprofits. Dieser kann ausgeschaltet werden und um diesen Betrag vermehrt sich der industrielle Profit. Die Ausschaltung des Handelsprofits ist möglich durch die fortgeschrittene Konzentration. Die Funktion des Handels, die in den einzelnen kapitalistischen Betrieben zersplitterte Funktion zu konzentrieren und so den anderen industriellen Kapitalisten die Befriedigung ihres Bedarfes in dem ihnen entsprechenden Quantum zu ermöglichen, ist nicht mehr notwendig. (...) sobald es sich um große konzentrierte Betriebe handelt, die gleichartige Güter (Massengüter) produzieren, wo die Produktion des einen den Bedarf des anderen deckt (...), wird der Handel überflüssig.“* (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 257 f.; oder Ausgabe EVA S. 264)

Hier zeigt sich, daß die wachsende Monopolisierung **wachsende Vergesellschaftung der Produktion** zum Ausdruck bringt, die freilich vorerst innerhalb des engen Rahmens des Kapitalismus stattfindet. Die Vorteile, die sich aus dieser Vergesellschaftung ergeben, kommen unter dieser Voraussetzung nicht der Gesellschaft, sondern dem privaten Profit der Monopole zugute.

Ebenso wie die IndustriearbeiterInnen vom industriellen Kapitalisten ausgebeutet werden, werden die kommerziellen LohnarbeiterInnen vom Handelskapitalisten ausgebeutet: *„Der kommerzielle Arbeiter produziert nicht direkt Mehrwert. Aber der Preis seiner Arbeit ist durch den Wert seiner Arbeitskraft, also deren Produktionskosten, bestimmt, während die Ausübung dieser Arbeitskraft, als eine Anspannung, Kraftäußerung und Abnutzung, wie bei jedem andren Lohnarbeiter, keineswegs durch den Wert seiner Arbeitskraft*

*begrenzt ist. Sein Lohn steht daher in keinem notwendigen Verhältnis zu der Masse des Profits, die er dem Kapitalisten realisieren hilft. Was er dem Kapitalisten kostet und was er ihm einbringt, sind verschiedene Größen. Er bringt ihm ein, nicht indem er direkt Mehrwert schafft, aber indem er die Kosten der Realisierung des Mehrwerts vermindern hilft, soweit er, zum Teil unbezahlte, Arbeit verrichtet.“ (Kapital III, MEW 25 S. 311)*

Mit dieser unbezahlten Arbeit verhält es sich in gewisser Hinsicht ebenso wie bei den IndustrieproletarierInnen. Ein kaufmännische Lohnarbeiter muß - sagen wir - vier Stunden am Tag arbeiten, um seinem Kapitalisten den Gegenwert für das variable Kapital (Gehalt) zu verschaffen; dann würde seine Arbeit in den restlichen vier Stunden dem Kapitalisten Profit verschaffen. Ein Unterschied liegt jedoch darin, daß das Handelskapital seinen Profit nicht direkt aus der unbezahlten Arbeit der Handelsangestellten zieht, da diese keinen Mehrwert schaffen, sondern aus einem Teil der unbezahlten Arbeit der vom Industriekapitalisten ausgebeuteten Arbeiter und Arbeiterinnen. Doch die unbezahlte Arbeit der kaufmännischen LohnarbeiterInnen ist Voraussetzung dafür, daß der Handelskapitalist den Teil des noch nicht realisierten Mehrwerts der Waren, den der Industriekapitalist ihm zur Realisierung überlassen hat, auch tatsächlich realisieren kann.

*„Nach einer Seite hin ist ein solcher kommerzieller Arbeiter Lohnarbeiter wie ein anderer. Erstens, insofern die Arbeit gekauft wird vom variablen Kapital des Kaufmanns, nicht von dem als Revenue verausgabten Geld (der Kapitalist verausgabte dieses Geld nicht zu seiner persönlichen Lebensführung, d. Verf.), und daher auch nur gekauft wird nicht für Privatbedienung (also z.B. nicht für eine Tätigkeit als persönlicher Chauffeur, Koch oder Gärtner des Kapitalisten, d. Verf.), sondern zum Zweck der Selbstverwertung des darin vorgeschobenen Kapitals. Zweitens, sofern der Wert seiner Arbeitskraft und daher sein Arbeitslohn bestimmt ist, wie bei allen anderen Lohnarbeitern, durch die Produktions- und Re-*

*produktionskosten seiner spezifischen Arbeitskraft, nicht durch das Produkt seiner Arbeit.*

*Aber es muß zwischen ihm und den direkt vom industriellen Kapital beschäftigten Arbeitern derselbe Unterschied stattfinden, der zwischen dem industriellen Kapital und dem Handelskapital und daher zwischen dem industriellen Kapitalisten und dem Kaufmann stattfindet. Da der Kaufmann als bloßer Zirkulationsagent weder Wert noch Mehrwert produziert (denn der Zusatzwert, den er den Waren durch seine Unkosten zusetzt, löst sich auf in Zusatz vorher existierenden Werts) (weil dieser Wert nämlich, wie wir wissen, bereits vorher, im Produktionsprozeß, geschaffen wurde, d. Verf.) (...), so können auch die von ihm in denselben Funktionen beschäftigten merkantilen Arbeiter unmöglich unmittelbar Mehrwert für ihn schaffen.“ (Kapital III, MEW 25 S. 303 f.)*

Die Funktion des kaufmännischen Arbeiters ist unproduktiv, d.h. nicht wertschaffend, gleichwohl aber „eine notwendige Funktion, weil der Reproduktionsprozeß selbst unproduktive Funktionen einschließt“. (Kapital II, MEW 24 S. 133 f.) Ohne unproduktive Zirkulation könnte es eben auch keine Produktion geben.

„Welches immer seine (des kommerziellen Lohnarbeiters, d. Verf.) Zahlung, als Lohnarbeiter arbeitet er einen Teil seiner Zeit umsonst. Er erhält vielleicht täglich das Wertprodukt von acht Arbeitsstunden und fungiert während zehn. (willkürliches und veränderbares Zahlenbeispiel, d. Verf.) Die zwei Stunden Mehrarbeit, die er verrichtet, produzieren ebensowenig Wert wie seine acht Stunden notwendige Arbeit, obgleich vermittelt dieser letzteren ein Teil des gesellschaftlichen Produkts auf ihn übertragen wird. Erstens wird nach wie vor, gesellschaftlich betrachtet, eine Arbeitskraft während zehn Stunden in dieser bloßen Zirkulationsfunktion vernutzt. Sie ist für nichts anderes verwendbar, nicht für produktive (d.h. wertschaffende, d. Verf.) Arbeit. Zweitens aber zahlt die Gesellschaft diese zwei Stunden Mehrarbeit nicht, obgleich sie von dem Individuum, das sie verricht-

*tet, verausgabt werden. Die Gesellschaft eignet sich dadurch kein überschüssiges Produkt oder Wert an. Aber die Zirkulationskosten, die er repräsentiert, vermindern sich um ein Fünftel, von zehn Stunden auf acht. Die Gesellschaft zahlt kein Äquivalent für ein Fünftel dieser aktiven Zirkulationszeit, deren Agent er ist. Ist es aber der Kapitalist, der diesen Agenten anwendet, so vermindern sich durch Nichtzahlung der zwei Stunden die Zirkulationskosten **seines** Kapitals, die einen Abzug von seiner Einnahme bilden. Für ihn ist es ein positiver Gewinn, weil sich die negative Schranke der Verwertung seines Kapitals enger zieht.“*

(Kapital II, MEW 24 S. 134, Hervorhebung von Marx)

Der Arbeitslohn der kommerziellen LohnarbeiterInnen wird ebenso wie der der IndustrieproletarierInnen durch den Wert ihrer Arbeitskraft bestimmt. Daran ändert sich durch die Bezeichnung „Gehalt“ nichts. Die kommerziellen LohnarbeiterInnen gehören jedoch mitunter „zu der besser bezahlten Klasse von Lohnarbeitern, zu denen, deren Arbeit geschickte Arbeit ist, über der Durchschnittsarbeit“.

(Kapital III, MEW 25 S. 311) Sie verkaufen also ebenso wie die IndustrieproletarierInnen ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten. Wenn sie einen höheren Lohn erhalten als letztere, dann deshalb, weil ihre Arbeit qualifiziertere Arbeit ist, also aus dem gleichen Grund, aus dem etwa ein Facharbeiter einen höheren Lohn erhält als ein ungelernter Arbeiter.

Schon Marx wies aber darauf hin, daß die kapitalistische Produktionsweise die Tendenz zur Einebnung dieses Unterschieds beinhaltet. Er sagte, daß der Lohn der kommerziellen Lohnarbeiter „die Tendenz“ hat „zu fallen, selbst im Verhältnis zur Durchschnittsarbeit, im Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise. Teils durch Teilung der Arbeit innerhalb des Kontors; daher nur einseitige Entwicklung der Arbeitsfähigkeit zu produzieren ist und die Kosten dieser Produktion dem Kapitalisten zum Teil nichts kosten, sondern das Geschick des Arbeiters sich durch die Funktion selbst entwickelt und um so rascher, je einseitiger es mit der Teilung der Arbeit wird. Zweitens, weil die Vorbildung, Han-

*dels- und Sprachkenntnisse usw. mit dem Fortschritt der Wissenschaft und Volksbildung immer rascher, leichter, allgemeiner, wohlfeiler reproduziert werden, je mehr die kapitalistische Produktionsweise die Lehrmethoden usw. auf Praktische richtet. Die Verallgemeinerung des Volksunterrichts erlaubt, diese Sorte aus Klassen zu rekrutieren, die früher davon ausgeschlossen, an schlechte Lebensweise gewöhnt waren. Dazu vermehrt sie den Zudrang und damit die Konkurrenz. Mit einigen Ausnahmen entwertet sich daher im Fortgang der kapitalistischen Produktion die Arbeitskraft dieser Leute; ihr Lohn sinkt, während ihre Arbeitsfähigkeit zunimmt. Der Kapitalist vermehrt die Zahl dieser Arbeiter, wenn mehr Wert und Profit zu realisieren ist. Die Zunahme dieser Arbeit ist stets Wirkung, nie Ursache der Vermehrung des Mehrwerts.“*

(Kapital III, MEW 25 S. 311 f.)

In einer Fußnote zu dieser Stelle bemerkte Engels:

*„Wie diese 1865 geschriebne Prognose der Schicksale des **kommerziellen Proletariats** sich seitdem bewährt hat, davon können die Hunderte deutscher Kommis (kaufmännischer Lohnarbeiter, d. Verf.) ein Liedchen singen, die, in allen kommerziellen Operationen und in 3-4 Sprachen bewandert, in der Londoner City vergebens ihre Dienste um 25 Schill. die Woche anbieten - weit unter dem Lohn eines geschickten Maschinenschlossers.“*

(ebenda, S. 312, Hervorhebung v. Verf.)

Man beachte, daß Engels vom **kommerziellen Proletariat** sprach.

Aber ist das denn richtig? Wäre es nicht richtiger, LohnarbeiterInnen nur dann im engen Sinne zum Proletariat zu zählen, wenn sie Wert und Mehrwert produzieren?

Wollte man das tun, so käme man unweigerlich zu den absurdesten Schlußfolgerungen. Fährt etwa ein Lokomotivführer an einem Tag einen Güterzug, am nächsten Tag einen Personenzug, so müßte man ihn am ersten Tag zum Proletariat zählen, da seine Arbeit den Waren beim Transport Wert zusetzt (vgl. Kapital II, MEW 24 S. 151), am zweiten Tag

aber nicht, da seine Arbeit als Dienstleistung keine Werte schafft. Oder nehmen wir eine Industriearbeiterin, die eine Zeitlang aus dem Berufsleben ausscheidet, um die Kinder aufzuziehen, und dann wieder arbeiten geht, allerdings als Kassiererin im Supermarkt. Sie wäre zuerst also Proletarierin, anschließend muß man sie ja wohl als proletarische Hausfrau betrachten, und dann - steigt sie in eine lohnabhängige Mittelschicht auf? Zu derartigen Absurditäten gelangt man, wenn man die Zugehörigkeit zum Proletariat davon abhängig macht, ob der betreffende Lohnarbeiter, die betreffende Lohnarbeiterin Wert und Mehrwert schafft.

Gerade das Beispiel der Kassiererin im Supermarkt zeigt, daß manche kommerziellen Lohnarbeiter und **insbesondere kommerzielle Lohnarbeiterinnen** zu den am schlechtesten bezahlten Schichten des Proletariats gehören, deren Arbeit noch dazu besonders eintönig, ermüdend und entnervend ist. Dazu gehören z.B. auch die Verkäuferinnen und Verkäufer in den großen Warenhäusern. Übrigens liegen die untersten Gehaltstarife **unter** den untersten Lohnтарифen.

Bei der klassenmäßigen Zuordnung von Angestellten können wir also nicht davon ausgehen, ob sie Wert und Mehrwert schaffen, sondern nur davon, ob und in welchem Maße sich ihre Arbeits- und Lebensbedingungen denen des Industrie proletariats angenähert haben.

**Der Begriff des Angestellten ist überhaupt in klassenmäßiger Hinsicht völlig irreführend.** So haben Spitzenmanager, die - wie wir noch sehen werden - zur Bourgeoisie und teilweise gar zur Monopolbourgeoisie gehören, formal den Status eines Angestellten, sind sie der irreführenden juristischen Form nach lohnabhängig. Andererseits haben bedeutende Teile des Proletariats Angestelltenstatus, in einzelnen Fällen auch industrielle ArbeiterInnen (so bei Bahn und Post; hier haben industrielle ArbeiterInnen manchmal sogar noch Beamtenstatus, wengleich dies infolge der Privatisierung nach und nach abgebaut wird).

Trotz der gewaltigen Veränderungen, die die soziale Stellung der Masse der Angestellten erfahren hat, verbleiben gewisse Besonderheiten, durch die sich ihre Arbeitsbedingungen von denen der meisten Arbeiter und Arbeiterinnen unterscheiden:

Angestellte unterliegen oft keiner solch direkten Kontrolle wie Arbeiterinnen und Arbeiter; es gibt im Büro oft keine Stechuhr (allerdings bei Einführung von Gleitzeit dann wiederum doch); ein Arztbesuch bedeutet keine Lohn einbuße; Gespräche während der Arbeitszeit sind kein Problem; im Büro läuft kein Vorarbeiter rum, der einen anbrüllt, usw. Die Kontrolle erfolgt mehr indirekt, über den persönlichen Kontakt mit dem Vorgesetzten, der häufig „verbindlich“ bleibt und an die „Leistungsfähigkeit“ seiner „Mitarbeiter“ appelliert. Diese Kontrolle ist in der Regel nicht weniger wirksam, oftmals wirksamer, doch der „menschliche Kontakt“ verdeckt das Ausbeutungsverhältnis. In manchen Fällen arbeiten der Chef und der bzw. die Angestellte eng zusammen. Nehmen wir die eingespielte Zusammenarbeit zwischen dem Chef und seiner Sekretärin, die einen Überblick über die wichtigsten Vorgänge im Büro hat, den Chef an wichtige Dinge erinnert, die genau weiß, worauf es im betrieblichen Ablauf ankommt usw. und die bei alledem das - durchaus zutreffende - Gefühl hat, im Büro eine nicht unwichtige Rolle zu spielen.

Wie sind die Besonderheiten in den Arbeitsbedingungen von Angestellten nun zu beurteilen?

Teils handelt es sich um echte Privilegien gegenüber dem Industrieproletariat. Hier sind zum einen die Angestellten mit leitenden Funktionen oder in sonstigen Vertrauensstellungen zu nennen, die auch ein entsprechend hohes Gehalt beziehen (etwa Abteilungsleiter oder Prokuristen), die meist zur gehobenen Mittelschicht gehören. Bei solchen Angestellten kann nicht die Rede davon sein, daß sie ebenso wie die IndustrieproletarierInnen ihre Arbeitskraft verkaufen. Sie erhalten einen Gewinnanteil. Den Begriff Gewinnanteil

darf man nicht falsch verstehen: Es geht hier nicht um die **Form** der Entlohnung, sondern darum, ob das Gehalt der Wert der jeweiligen - mitunter hoch qualifizierten - Arbeitskraft ist oder ob der Betreffende darüber hinaus vom Profit mitzehrt. Manchmal erhalten Angestellte eine Prämie, wenn sie eine bestimmte Arbeitsleistung nachweisen können. Hierbei handelt es sich dann nicht um einen Gewinnanteil, wenn diese Angestellten mit ihrem Gehalt nur dann einigermaßen hinkommen, wenn sie besonders intensiv arbeiten und sich damit die Prämie sichern; es handelt sich dann eher um eine versteckte Form des Akkords.

Einige Angestellte - etwa ein bestimmter Teil der Bank- und Versicherungsangestellten - haben bei ihrer Tätigkeit ständigen direkten Kontakt mit der Bourgeoisie bzw. dem gehobenen Mittelstand und müssen in ihrem ganzen Verhalten den Anforderungen der Bourgeoisie Rechnung tragen. Wir sprechen hier nicht von denjenigen Bank- und Versicherungsangestellten, die in den großen Schalterräumen beschäftigt sind und deren Arbeits- und Lebensbedingungen denen des Industrieproletariats in gewisser Hinsicht angenähert sind. Bei ihnen muß man allerdings im einzelnen unterscheiden, ob sie im Rahmen des in den betreffenden Unternehmen bestehenden hierarchischen Systems die Chance zum Aufstieg in eine leitende Position haben oder nicht. Grundsätzlich kann man diejenigen Angestellten, die eine solche Chance haben, nicht zur Arbeiterklasse rechnen. Sie haben ebenso wie Kleineigentümer ein persönliches ökonomisches Interesse an ihrer Arbeit, wodurch sie sich vom Proletariat unterscheiden. Da sie hoffen, daß sie aufsteigen können, wenn sie die Wertschätzung ihrer Vorgesetzten genießen, sind sie zu einem konsequenten Kampf gegen den Unternehmer meist nicht bereit.

**Ein recht großer Teil der Angestellten unterscheidet sich nur durch geringe Privilegien und das etwas bessere Einkommen vom Proletariat. Dieser Teil gehört zu den unteren Mittelschichten, ist potentieller Bündnispartner des Proletariats. Ein anderer nicht unerheblicher Teil der Ange-**

**stellen muß zum Proletariat gezählt werden, wobei die Übergänge fließend sind. Die fortschreitende technische Revolution gerade auch im Bürobereich beinhaltet eine starke Tendenz zur Proletarisierung der Angestellten.**

Da andererseits insgesamt noch ein großer Teil der Angestellten zu den Mittelschichten gezählt werden muß, wengleich sich die Lage der meisten von ihnen im Laufe des 20. Jahrhunderts immer mehr verschlechtert hat, herrscht in den Büros nicht selten eine Atmosphäre der gegenseitigen Konkurrenz und des gegenseitigen Mißtrauens, die ein gemeinsames Vorgehen zur Wahrnehmung der Interessen der Beschäftigten sehr erschwert.

Es muß jedoch gesagt werden, daß keineswegs alle Besonderheiten, durch die sich Angestellte von IndustriearbeiterInnen unterscheiden, Privilegien sind. Nehmen wir die Gleitzeit: Als in Büros Gleitzeit eingeführt wurde, wurde dies von der Bourgeoisie als soziale Errungenschaft hingestellt, die es den Angestellten ermögliche, die Arbeitszeit gemäß ihren individuellen Wünschen zu wählen. Aber abgesehen davon, daß mit der Gleitzeit die Stechuhr im Büro damit dann doch eingeführt war, ist Gleitzeit in vielen Fällen ein Mittel der Bourgeoisie, mit dem sie die Beschäftigten zwingt, die individuelle Arbeitszeit den jeweiligen Erfordernissen des Arbeitsablaufs im Büro und damit der Kapitalverwertung anzupassen; wenn viel Arbeit ansteht, müssen sie anwesend sein, wenn wenig Arbeit ansteht, dürfen sie abfeiern. Diese Vorteile der Gleitzeit für das Kapital zeigen sich auch daran, daß Gleitzeit mittlerweile auch in Produktionsbetrieben eingeführt wird, sofern dies vom Ablauf des Arbeitsprozesses her möglich ist. (vgl. Kapitel XI S. 14 f. zur „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit)

Auch ist eine ins einzelne gehende Kontrolle der Angestelltentätigkeit für die Bourgeoisie oftmals schon deshalb nicht nötig, weil von Angestellten häufig die Bewältigung eines bestimmten Arbeitsquantums verlangt wird - und ob sie dieses Quantum dann bewältigen oder nicht, ist leicht kontrollierbar, auch ohne besondere Aufpasser einzusetzen. An-

gestellte können dann ruhig mal für eine Stunde zum Arzt gehen oder sich bei der Arbeit unterhalten - sie müssen dann eben sehen, wie sie mit ihrem Arbeitspensum klarkommen. Wer feste Arbeitszeiten hat, kann (wenn er bzw. sie nicht zu Überstunden gezwungen ist) normalerweise pünktlich nach Hause gehen - für Beschäftigte mit Gleitzeit ist dies oft nicht möglich. Nehmen wir nur die Sekretärin, die kurz vor Feierabend „noch schnell mal eben“ einen wichtigen Brief fertigmachen soll. Und bei **einem** Brief bleibt es dann oft nicht. Häufig werden Angestellte auf diese Weise zu unbezahlten Überstunden gezwungen.

Durch die Einführung der Computertechnologie im Büro hat die Arbeit vieler Angestellter im übrigen Akkordcharakter angenommen - ohne daß sie freilich nach Akkord bezahlt werden. Die Kontrollierbarkeit des geleisteten Arbeitsquantums steigt im gleichen Maße wie die Eintönigkeit und Stumpfsinnigkeit der Arbeit, die zu großen physischen und psychischen Belastungen führt. Hier sind die gegenüber IndustriearbeiterInnen angeblich besseren Arbeitsbedingungen vollends illusorisch geworden. Wie soeben schon zitiert: *„daher nur einseitige Entwicklung der Arbeitsfähigkeit zu produzieren ist und die Kosten dieser Produktion dem Kapitalisten zum Teil nichts kosten, sondern das Geschick des Arbeiters sich durch die Funktion selbst entwickelt und um so rascher, je einseitiger es mit der Teilung der Arbeit wird. (...) Mit einigen Ausnahmen entwertet sich daher im Fortgang der kapitalistischen Produktion die Arbeitskraft dieser Leute; ihr Lohn sinkt, während ihre Arbeitsfähigkeit zunimmt.“*

Man muß also bei den verschiedenen Gruppen von Angestellten im einzelnen sehr genau unterscheiden, ob und in welchem Maße sie wirklich Privilegien genießen oder ob bestimmte Besonderheiten, die mit ihrer Tätigkeit verbunden sind, lediglich von der Bourgeoisie als Privilegien hingestellt werden. So kann es bei oberflächlicher Betrachtung als Privileg erscheinen, wenn Angestellte bei der Arbeit „saubere Kleidung tragen“. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus,

daß das Tragen eines Anzugs oder als „modisch“ anerkannter und geforderter Kleider lästiger Zwang ist, der zudem kostspielig ist und den Lebensstandard drückt. Die Bourgeoisie ist stets bestrebt, solche Unterschiede zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen einerseits und Angestellten andererseits zur Spaltung auszunutzen und auf beiden Seiten den Eindruck entstehen zu lassen, die Angestellten seien „etwas Besseres“. Die ideologische Einwirkung der Bourgeoisie auf die Angestellten wird dadurch begünstigt, daß zwar ständig Angestellte durch Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und ihrer Lebenslage von den Mittelschichten ins Proletariat absinken, sich aber mit dieser Entwicklung nicht abfinden wollen und an vielen kleinbürgerlichen Vorstellungen und Gewohnheiten festhalten. Deshalb muß man bei der Einschätzung der Angestellten neben ihrer objektiven Lage in Rechnung stellen, daß ihr Bewußtsein mitunter hinter ihrer realen Klassenlage zurückbleibt, und man muß versuchen, dem entgegenzuwirken.

Hilferding schrieb, nachdem er auf die Verschlechterung der objektiven Lage der Angestellten eingegangen war:

*„Es dauert aber längere Zeit, bis diese Wirkungen auf die politische Stellung dieser Schicht sich geltend machen. Hervorgegangen und sich rekrutierend aus bürgerlichen Kreisen leben sie zunächst ganz in ihrer alten Ideologie. Es sind die Kreise, in denen die Angst vor dem Herabsinken ins Proletariat das Bestreben lebendig erhält, nur ja nicht als Proletarier zu gelten. Es sind zugleich die Kreise, wo der Haß gegen das Proletariat am intensivsten ist, die Verabscheuung der proletarischen Kampfmittel am größten.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 485; oder Ausgabe EVA S. 477)

Dies schrieb Hilferding zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Entsprechende Erscheinungen sind auch heute noch festzustellen, wobei hier sicherlich eine entscheidende Rolle spielt, daß das Klassenbewußtsein des Proletariats derzeit insgesamt schwach entwickelt ist. Doch das wird sich ändern, und die objektiven Bedingungen dafür, daß ein sehr

großer Teil der Angestellten dann auf die Seite des industriellen Proletariats treten kann, sind heute gegeben. Die technische Revolution wird die Lebenslage der Masse der Angestellten weiter drücken und damit revolutionäres Potential schaffen. Wie schon gesagt, sind davon überwiegend Frauen betroffen, die in vielerlei Hinsicht gute Gründe haben, gegen die bestehende Ordnung zu kämpfen.



Der Vollständigkeit halber sei kurz auf die **technischen Angestellten** eingegangen.

Diejenigen TechnikerInnen, die direkt produzieren und **nicht** an Leitungs- und Organisationstätigkeiten beteiligt sind, sind besonders qualifizierte **ArbeiterInnen**, gehören also zum Industrieproletariat. Sie repräsentieren bereits heute das zukünftige hohe Durchschnittsqualifikationsniveau der Arbeiterklasse im Sozialismus bzw. der ProduzentInnen im Kommunismus (vgl. Kapitel XI S. 95 ff.).

In der Regel aber besteht die eigentliche Aufgabe des **technischen und Ingenieurpersonals** in **Leitungs- und Organisationstätigkeit**. Auch dann, wenn die betreffenden Personen mitunter an der Produktion teilnehmen, Wert und Mehrwert schaffen, geschieht das mit Unterbrechungen und ist mit Leitungs- und Organisationstätigkeit verbunden. Zwar leisten diese LohnarbeiterInnen in der Regel unbezahlte Mehrarbeit und werden vom Kapitalisten ausgebeutet; gleichzeitig sind sie aber Stellvertreter des Kapitalisten bei der Leitung der Produktion. Die Aufgabe des Ingenieurs ist es vor allem, Methoden zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zu finden. *„Aber alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, die auf dieser (kapitalistischen, d. Verf.) Grundlage erwachsen, sind zugleich Methoden der gesteigerten Produktion des Mehrwerts oder Mehrprodukts, welches seinerseits das Bildungselement der Akkumulation. Sie sind also zugleich Methoden der Produktion von Kapital durch Kapital oder Methoden seiner beschleunigten Akkumulation.“* (Kapital I, MEW 23, S. 652 f.)

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen heißt das Rationalisierung, die im Kapitalismus mit Steigerung der Arbeitshetze und Verschärfung der Ausbeutung sowie mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden ist. Daher steht die wissenschaftlich-technische Intelligenz von ihrer Stellung in der kapitalistischen Produktion her gesehen im Widerspruch zur Arbeiterklasse und dient dem Kapital.

Daraus folgt aber natürlich nicht, daß jeder Ingenieur ein erbitterter Feind der Arbeiterklasse wäre. Im Gegenteil verbessern sich die Voraussetzungen, einen Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz als Bündnispartner der Arbeiterklasse zu gewinnen, da bei vielen technischen Angestellten der Qualifikationsgrad der Arbeit sinkt und die Arbeitslosenquote - gerade auch bei Ingenieuren - relativ hoch ist.

Literatur:

**Theoretisches Organ der KPD „Weg der Partei“ 2/1980:**  
Zur Lage der Angestellten



# III.

## DAS LEIHKAPITAL ALS FORM DES ZINSTRAGENDEN KAPITALS

### DIE BANK ALS ZAHLUNGSVERMITTLER

Die Banken, heute mächtige Monopolinhaber, „die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen“ (Lenin, Der Imperialismus als höchste Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 214; oder LAW II S. 670), fungierten früher als bescheidene Zahlungsvermittler der industriellen und kommerziellen Kapitalisten. Sie übten die „bloß technische Operation des Geldzahlens und des Geldeinkassierens“ aus. (Kapital III, MEW 25 S. 328) Diese Operation „bildet Arbeit für sich, die, soweit das Geld als Zahlungsmittel fungiert, Bilanzrechnungen, Akte der Ausgleichung nötig macht. Diese Arbeit ist eine Zirkulationskost, keine wertschaffende Arbeit. (Der Begriff Zirkulationskost beinhaltet: Es handelt sich um notwendige, unproduktive Arbeiten im Bereich der Zirkulation, und diese Arbeiten verursachen Kosten. D. Verf.) Sie wird dadurch abgekürzt (und die Kosten werden dadurch gemindert, d Verf.), daß sie von einer besondern Abteilung von Agenten oder Kapitalisten für die ganze übrige Kapitalistenklasse ausgeführt wird.“ (Kapital III, MEW 25 S. 328)

Diese bescheidene Funktion der Banken führte allerdings dazu, daß sie immer mehr Kapital der industriellen und kaufmännischen Kapitalisten in ihren Händen ansammelten:

*„Ein bestimmter Teil des Kapitals muß beständig als Schatz, potentielles Geldkapital, vorhanden sein: Reserve von Kaufmitteln, Reserve von Zahlungsmitteln, unbeschäftigtes, in Geldform seiner Anwendung harrendes Kapital; und ein Teil des Kapitals strömt beständig in dieser Form zurück. Dies macht, außer Einkassieren, Zahlen und Buchhalten, Aufbewahrung des Schatzes nötig, was wieder eine besondere Operation ist.“* (Kapital III, MEW 25 S. 328)

Unter „Schatz“ versteht die politische Ökonomie eine Ansammlung von Werten, deren Zweck - jedenfalls zum gegebenen Zeitpunkt - weder der Konsum noch die Verwertung dieser Werte ist. Diese Werte werden gehortet.

## DAS KREDITGESCHÄFT DER BANKEN

Doch Kapital will sich verwerten, will nicht dauerhaft in Schatz verwandelt sein. Ist diese Verwandlung im Rahmen des Zirkulationsprozesses für einen gewissen Zeitraum erzwungen, so gilt es, diesen Zeitraum möglichst kurz zu halten, die Rückverwandlung des Schatzes in Kapital zu bewirken. Das Geld, das ein Kapitalist zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht als Kapital anwenden kann, kann ein anderer anwenden. Dazu muß der Geldbesitzer demjenigen, der das Geld als Kapital nutzen kann, dieses Geld als Kredit gewähren. *„Der Geldbesitzer, der sein Geld als zinstragendes Kapital verwerten will, veräußert es an einen dritten, wirft es in Zirkulation, macht es zur Ware **als Kapital**; nicht nur als Kapital für ihn selbst, sondern auch für andre; es ist nicht bloß Kapital für den, der es veräußert, sondern es wird dem dritten von vornherein als Kapital ausgehändigt, als Wert, der den Gebrauchswert besitzt, Mehrwert, Profit zu schaffen; als ein Wert, der sich in der Bewegung forterhält und zu seinem ursprünglichen Ausgeber, hier dem Geldbesitzer, nachdem er fungiert hat, zurückkehrt; also sich nur für eine Zeitlang von ihm entfernt, aus dem Besitz seines Eigentümers nur zeitweilig in den Besitz des fungierenden Kapitalisten tritt, also weder weggezahlt noch verkauft, sondern nur ausgeliehen wird; nur entäußert wird, unter der Bedingung, nach einer bestimmten Zeitfrist erstens zu seinem Ausgangspunkt zurückzukehren, zweitens aber als realisiertes Kapital zurückzukehren, so daß es seinen Gebrauchswert, Mehrwert zu produzieren, realisiert hat.“* (ebenda, S. 355 f., Hervorhebung von Marx)

*„Es ist also der **Kredit**, worin das Kapital der ganzen Kapitalistenklasse jeder Sphäre (jedem Produktionszweig, d. Verf.) zur Disposition gestellt wird, nicht im Verhältnis zum Kapitaleigentum der Kapitalisten dieser Sphäre, sondern zu ihren Produktionsbedürfnissen (...).“* (Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2 S. 208, Hervorhebung von Marx)

Was geschieht also, wenn die Bank dem Industriellen oder Handelskapitalisten einen Kredit gewährt? Sie verkauft ihm den Gebrauchswert der Nutzung eines bestimmten Kapitals innerhalb eines bestimmten Zeitraums. Der Kaufpreis ist der Zins, den der Industrielle oder Kaufmann der Bank zu zahlen hat. Woraus fließt dieser Zins? Aus dem Profit, den der Industrielle oder Handelskapitalist aus der Anwendung dieses Kapitals zieht, und dieser Profit speist sich, wie wir aus den Kapiteln IX und X wissen, ausschließlich aus Mehrwert, aus der unbezahlten Arbeit der industriellen Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen. **Diese Feststellung ist wichtig: Wir wußten bereits, daß sich sowohl der industrielle als auch der kaufmännische Profit allein aus dem Mehrwert speisen. Nun wissen wir es auch vom Zins, den die Industrie- und Handelskapitalisten an die Banken zahlen. Auch dieser Zinsgewinn der Banken entstammt einzig und allein aus der unbezahlten Mehrarbeit der Arbeiterklasse.**

*„Der Gebrauchswert des ausgeliehenen Geldes ist: als Kapital fungieren zu können und als solches unter durchschnittlichen Umständen den Durchschnittsprofit zu produzieren.“* (Kapital III, MEW 25 S. 364) Diesen Gebrauchswert nutzt der industrielle oder kaufmännische Kapitalist während des Zeitraumes, für den die Bank ihm dieses Kapital zur Nutzung überlassen hat. Was zahlt er der Bank nun als Zins? Im Normalfall einen Betrag, der geringer ist als der Profit, den er gezogen hat, denn sonst hätte die ganze Operation für ihn keinen Vorteil.

Das als Kredit von der Bank weggegebene Geld wurde also in doppeltem Sinne in Kapital rückverwandelt: Sowohl für die Bank, denn sie zieht den Zins daraus, als auch für den industriellen oder kaufmännischen Kreditnehmer, denn er zieht den industriellen oder Handelsprofit, von dem er freilich einen Teil als **Zins an die Bank abgeben muß**.

Es kann zwischen langfristigem und kurzfristigem Kredit unterschieden werden:

Der kurzfristige Kredit dient dem industriellen Kapitalisten zu Investitionen in zirkulierendes Kapital. Er wird daher auch oft Betriebsmittelkredit genannt. Die Banken gewähren

ihn heute meist in Form einer sogenannten Kreditlinie: Bis zu einer bestimmten Höhe kann das Industrieunternehmen je nach Bedarf Kredit in Anspruch nehmen.

Der langfristige Kredit dient zu Investitionen in fixes Kapital. Die Bank sichert sich bei langfristigen Krediten in der Regel gegen Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers, indem sie sich den Zugriff auf die betreffenden Produktionsmittel garantieren läßt, z.B. Sicherungsübereignung der mittels des Kredits erworbenen Maschinen. Große Bedeutung für das Kreditgeschäft hat die Besicherung durch Grundschulden und Hypotheken, also die Möglichkeit der Bank, Zugriff auf den Grund und Boden des Kreditnehmers zu nehmen, ebenso die Verpfändung von Wertpapieren.

Worin besteht der Gewinn der Bank aus dem Kreditgeschäft? In der Differenz des Zinses, den sie von ihrem Kreditnehmer erhält, und des Zinses, den sie demjenigen zahlen muß, von dem sie ihrerseits das Geld ausgeliehen hat. Die Banken bezeichnen diese Differenz zwischen dem ersteren und dem letzteren Zinsfuß als „Marge“. Da klar ist, daß die Bank das genommene Geld nicht als Schatz horten, sondern ihrerseits als Kredit geben will, verlangt der Leiher dafür, daß er der Bank das Geld überläßt, seinerseits Zinsen. Diese aber müssen geringer sein als die Zinsen, die die Bank erhält, da die Bank aus dem Kreditgeschäft sonst keinen Gewinn ziehen und es folglich nicht betreiben würde. Um den Reingewinn der Bank aus dem Kreditgeschäft zu ermitteln, sind von dieser Differenz freilich noch die Kosten abzuziehen, die beim Betreiben des Bankgeschäfts entstehen, wie Kosten zur Errichtung und Erhaltung von Bankgebäuden, die Gehälter der Bankangestellten usw.

Die Fremdmittel, die die Bank hereinnimmt, werden als Depositen bezeichnet. (Das Wort kommt vom lateinischen depositum = das Niedergelegte; dieses Kapital wird bei der Bank „niedergelegt“.) Die Höhe der Zinsen auf von der Bank aufgenommene Depositen hängt unter anderem davon ab, für welchen Zeitraum diese Mittel bei der Bank festgelegt sind. Je langfristiger sie festgelegt sind, desto vor-

teilhafter für die Bank und desto höher der Zins: Diese Gelder kann die Bank ja ihrerseits als langfristigen Kredit aus der Hand geben, ohne Gefahr zu laufen, daß die Anleger die betreffenden Depositen kurzfristig zurückfordern. Am niedrigsten sind die Zinsen für sogenannte Sichteinlagen, also Gelder, die beim Vorzeigen der Schuldkunde sofort zu zahlen sind.

Wodurch bestimmt sich die Höhe des Anteils des Profits, den der industrielle oder kaufmännische Kreditnehmer als Zins an die Bank abtreten muß, also das Verhältnis, in welchem Industrie- bzw. Handelskapital einerseits und Bankkapital andererseits sich den Mehrwert teilen? Durch das Verhältnis von Nachfrage nach Krediten und Angebot an Krediten.

Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt das Schwanken **aller** Preise, doch sie schwanken um einen bestimmten Punkt herum, in der einfachen Warenproduktion um den Wert der Ware, in der kapitalistischen Produktion um den Produktionspreis. Man könnte annehmen, auch hier, bei der Bestimmung der Höhe des Zinsfußes, gebe es ein vergleichbares diese Höhe regelndes Gesetz, und Angebot und Nachfrage würden nur das Schwanken um den betreffenden Punkt herum regeln. Dem ist aber nicht so: *„Die Konkurrenz bestimmt hier nicht die Abweichungen vom Gesetz, sondern es existiert kein Gesetz der Teilung außer dem von der Konkurrenz diktierten, weil (...) keine ‘natürliche’ Rate des Zinsfußes existiert. Unter der natürlichen Rate des Zinsfußes versteht man vielmehr die durch die freie Konkurrenz festgesetzte Rate. Es gibt keine ‘natürlichen’ Grenzen der Rate des Zinsfußes. Wo die Konkurrenz nicht nur die Abweichungen und Schwankungen bestimmt, wo also beim Gleichgewicht ihrer gegeneinander wirkenden Kräfte überhaupt alle Bestimmung aufhört, ist das zu Bestimmende etwas an und für sich Gesetzloses und Willkürliches.“* (Kapital III, MEW 25 S. 369)

Wie kommt es, daß hier kein Gesetz der Teilung außer dem von Angebot und Nachfrage herrscht? Ist hier etwa das

Wertgesetz ausgehebelt, die subjektive Werttheorie doch bestätigt?

Das Wertgesetz ist das Gesetz der Waren**produktion**. Mögen in der **Zirkulationssphäre** Angebot und Nachfrage auf die Preise wirken, so daß die Preise mal über, mal unter dem Wert liegen: Das Wertgesetz wirkt **in der Produktion**, es bewirkt, daß die Produktion steigt, wenn die Preise über dem Wert liegen, daß die Produktion sinkt, wenn sie unter dem Wert liegen, daß somit der Wert zum Dreh- und Angelpunkt wird, um den herum die Preise schwanken. Das Geringel zwischen Bankkapital einerseits und industriellem bzw. kaufmännischem Kapital andererseits um die Verteilung des Mehrwerts ist **kein** Vorgang der Produktion. Die Beute, um deren Verteilung sie streiten, ist der Mehrwert, doch dieser Mehrwert wird **in der Produktion** geschaffen, gemäß den Gesetzen der kapitalistischen **Produktion** und unabhängig vom Verteilungsstreit zwischen Bank und Industriellem oder Kaufmann. Das Wertgesetz kann daher die Verteilung der Beute zwischen diesen beiden Teilen der Kapitalistenklasse nicht regeln. Die Verteilung kann allein geregelt werden durch das Verhältnis von Angebot an Krediten und Nachfrage nach Krediten.

Aus alledem folgt keineswegs, daß die im Bankgeschäft erzielte Verwertungsrate etwa keinen Gesetzen unterliegt: *„Für das Kapital ist aber der Bankbetrieb eine Anlage wie jede andere. Es wird in diese Sphäre nur strömen, wenn es in dieser die gleiche Verwertungsmöglichkeit finden wird wie in einer industriellen oder kommerziellen Sphäre. Sonst würde Kapital aus dieser Sphäre abfließen. Andererseits ist aber der Gewinn der Bank das Gegebene. (Er ist nämlich die feste Größe, die sich bei gegebenem Umfang der ausgelegten Kredite aus der Höhe des Zinsfußes ergibt, der sich wiederum aus dem Verhältnis von Angebot an Krediten und Nachfrage nach Krediten ergibt. Das bezieht sich sowohl auf Gelder, die die Bank als Depositen aufnimmt, als auch auf Gelder, die sie als Kredite herauslegt, d. Verf.) Das Eigenkapital der Bank muß also so bemessen werden, daß der Ge-*

*winn, auf das Eigenkapital berechnet, gleich dem Durchschnittsprofit auf dieses Kapital ist. Gesetzt den Fall, eine Bank habe die Verfügung über ein Leihkapital von 100 Millionen Mark. Sie macht damit einen Bruttogewinn von 6 Millionen und einen Reingewinn von 2 Millionen. Das Eigenkapital der Bank kann dann bei einer Profitrate von 20 % 10 Millionen betragen, während ihr 90 Millionen als Depo- siten zur Verfügung stehen werden.“ (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 223 f.; oder Ausgabe EVA S. 233 f.)*

Wir sehen hier: Die Höhe der im Kreditgeschäft zu erzielenden Verwertungsrate des Kapitals hängt wesentlich auch vom Verhältnis des Eigenkapitals und der Depositen ab, mit denen die Bank agiert. Wir kommen auf diesen Punkt zurück.

## DAS SINKEN DER VERWERTUNGSRATE DES LEIHKAPITALS UND DIE VERSUCHE DER BANKEN, DEM ENTGEGENZUWIRKEN

**Im Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus hat der Zinsfuß die Tendenz zu fallen.** Das liegt letztlich am tendenziellen Fall der Profitrate des industriellen und kaufmännischen Kapitals. (vgl. Kapitel XI S. 67 ff.) Da der Zins aus Krediten an Industrie- und Handelsunternehmen ja aus dem in diesen Unternehmen erzielten Profit fließt, muß der Fall der Profitrate auch den Zinsfuß drücken. Zu diesem unmittelbaren Zusammenhang zwischen fallender Profitrate und fallendem Zinsfuß kommt ein mittelbarer hinzu: Der Fall der Profitrate, die wachsenden Schwierigkeiten, Kapital in der Produktion zu einer akzeptablen Profitrate anzulegen - anders ausgedrückt: der wachsende Kapitalüberschuß - führt zur fieberhaften Suche nach anderen Anlagemöglichkeiten. Dies führt unter anderem dazu, daß sich innerhalb der Kapitalistenklasse die Gruppe der Rentiers vergrößert, d.h. derjenigen kapitalistischen Eigentümer und Eigentümerinnen von Geldkapital, die nicht produktiv investieren, nicht als Unternehmer tätig sind. Deren Kapital wird - abgesehen von Spekulation in Aktien usw. - in den Händen der Banken konzentriert. Damit wächst das Leihkapital, das Angebot an Leihkapital vergrößert sich also, und bei gleichbleibender Nachfrage sinkt der Zinsfuß.

Allerdings kann es in imperialistischen Ländern auch zu gelegentlichen Hochzinsphasen kommen. Drastisches Beispiel ist die Entwicklung der Zinsen in den USA zur Zeit der Regierung Reagans:

Die Regierung Reagan kurbelte die Rüstungsproduktion in gigantischem Ausmaß an, um den Krisenfolgen entgegenzutreten. Damit wurden Arbeiter beschäftigt, die weder direkt noch indirekt (nämlich über die Herstellung von Produktionsmitteln für die Konsumgüterindustrie) Konsumgüter herstellten. Die Staatnachfrage nach Rüstungsgütern drückte die Überproduktion.

Dieses Programm wurde vor allem dadurch finanziert, daß ausländisches Kapital in die USA strömte. Durch die steigende Nachfrage nach Kapital stiegen die Zinsen.

Für den US-Imperialismus hatte diese Entwicklung zudem den Vorteil wachsender militärischer Stärke, die er im Kampf mit seinen Konkurrenten einsetzen kann. Doch der Preis ist rapide Zunahme der ökonomischen Fäulnis. Binnen kurzer Zeit verwandelten sich die USA aus einem Gläubiger in einen Schuldner gigantischen Ausmaßes, und das US-Außenhandelsdefizit ist wohl irreparabel. Hohe Zinsen sind alles andere als ein Allheilmittel für faulende monopolkapitalistische Wirtschaften.

Das tendenzielle Fallen des Zinsfußes kann sich also durchaus in höchst widersprüchlichen Bewegungen vollziehen, die Perioden extrem hoher Zinsen in einzelnen imperialistischen Ländern keinesfalls ausschließen. Dies ändert nichts daran, daß die Bewegung des Zinsfußes langfristig und international gesehen eine fallende ist.

Im monopolistischen Kapitalismus nutzen die Großbanken zwar ihre beherrschende Rolle, indem sie den industriellen und kaufmännischen Kreditnehmern einen wachsenden Teil des Profits als Zins abnehmen. Die Quote des Profits, der in den Händen der industriellen und kaufmännischen Unternehmer bleibt, verkleinert sich dann. In dem Maße, wie den Banken das gelingt, sinkt der Zinsfuß langsamer als die industrielle und kommerzielle Durchschnittsprofitrate. Absolute Schranke für derartige Bestrebungen der Banken ist jedoch die jeweilige Höhe der industriellen Durchschnittsprofitrate selbst. Mag der Zinsfuß auch langsamer fallen als die Durchschnittsprofitrate, tendenziell fallen muß er. **„Die Zinsraten sind also Symptome, wonach man den ungefähren Stand der Profitrate beurteilen kann.“** (Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2 S. 225)

Die gewiß märchenhaften Profitmassen, die die Großbanken heute einheimsen, dürfen nicht den Blick dafür trüben, daß letztere vor dem unlösbaren Problem stehen, ihre eigene Verwertungsrate zu halten - und die sich gewaltig verschärfende Konkurrenz **zwischen** den Großbanken im nationalen und internationalen Rahmen ist der Stachel, der

ihnen dabei im Genick sitzt. Ihre kleinen, aber massenhaft und ständig angewandten gewinnbringenden Betrügereien, die immer wieder mal in höchstrichterlichen Urteilen als rechtswidrig gebrandmarkt werden - wie z.B. verspätetes Buchen von Gutschriften, um sich an den Zinsen „zu wärmen“ - sind nur **ein** (durchaus untergeordneter) Ausdruck ihrer Zwangslage.

Ein wichtiges Mittel, um dem Sinken der Verwertungsrate des Leihkapitals entgegenzuwirken, ist - wie schon gesagt - die Verringerung des Anteils des Eigenkapitals am angewandten Gesamtkapital; andersherum ausgedrückt: die Vergrößerung des Anteils an Depositen. Ab einem gewissen Punkt verstärkt diese Entwicklung jedoch die Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems beträchtlich. Verlangen viele Einleger ihr Geld zurück, so wird die Bank um so rascher zahlungsunfähig, je kleiner der Anteil des Eigenkapitals ist. Zudem ermuntert die Perspektive, scheinbar schrankenlos auf Pump wirtschaften zu können, zu immer windigeren und riskanteren Geschäften - und wehe, wenn ein solch aufgeblähter Koloß zusammenbricht: dann purzeln mit ihm viele andere, und leicht kann eine Lawine losgetreten werden, die die gesamte bürgerliche Ordnung in Strudeln bringt. Daher versucht der Staat im Interesse der gesamten Bourgeoisie bzw. der kapitalistischen Ordnung als Ganzes, der Verminderung der Rate des Eigenkapitals entgegenzuwirken.

§ 10 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) sieht vor: *„Die Kreditinstitute müssen im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern, insbesondere zur Sicherheit der ihnen anvertrauten Vermögenswerte, ein angemessenes haftendes Eigenkapital haben. Das Bundesaufsichtsamt (staatliche Bankenaufsicht, d. Verf.) stellt im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank Grundsätze auf, nach denen es für den Regelfall beurteilt, ob die Anforderungen des Satzes 1 erfüllt sind; die Spitzenverbände der Kreditinstitute sind vorher anzuhören.“* In den derzeit geltenden „Grundsätzen“ heißt es, das prozentuale „Verhältnis zwischen dem haftenden Eigenkapital und den gewichteten

*Risikoaktiva*“ dürfe 8 % nicht unterschreiten. Das Gerangel geht dann unter anderem um die Frage, was alles unter „Risikoaktiva“ zu fassen ist und was zum Eigenkapital zu zählen ist. Die Banken üben ständigen Druck aus, daß diese Begriffe in ihrem Sinne definiert und umdefiniert werden. (Sie haben z.B. durchgesetzt, daß stille Reserven zum Eigenkapital zählen, daß andererseits Patronatserklärungen - also Erklärungen herrschender Unternehmen, für die Verbindlichkeiten der von ihnen beherrschten Unternehmen aufzukommen - nicht zu den „Risikoaktiva“ zu zählen sind.) Real dürfte der **Anteil des Eigenkapitals nicht höher als 4 - 5 % sein, vermutlich eher geringer.**

Ein juristischer Kommentar zum KWG aus dem Jahr 1961 läßt erahnen, mit welch harten Bandagen die Banken hier kämpfen: „Der § 10 ist primär von dem Leitgedanken des KWG geprägt, die Kreditinstitute durch gewisse Strukturnormen zu einer ihre Funktionsfähigkeit gewährleistenden Geschäftsgestaltung zu zwingen.“ Zu **zwingen!** Ohne „Zwang“ sind die Banken zu einer „Geschäftsgestaltung“, die „ihre Funktionsfähigkeit gewährleistet“, offenkundig nicht bereit. „Die Banken sind ihrem Wesen nach Betriebe, die nahezu ausschließlich mit Fremdkapital arbeiten. Überdies hat die geschichtliche Entwicklung des deutschen Geldwesens die spezifische Eigenkapitalknappheit noch verstärkt.“ (Szagunn/Wohlschies, Gesetz über das Kreditwesen, Kommentar, Stuttgart Berlin Köln 1961, § 10 Randziffer 1) Man kann sich vorstellen, wie „einschneidend“ der staatliche „Zwang“ ausgeübt wird, wenn von vornherein konstatiert wird, daß die Banken „ihrem Wesen nach“ „nahezu ausschließlich mit Fremdkapital arbeiten“, und in Deutschland schon überhaupt.

Und weiter:

*„Die Konsolidierung der Bank-an-Bank-Beteiligungen ist ein sehr altes Problem der Bankenaufsicht. Zu keiner Zeit wurde es als befriedigend empfunden, daß es den Banken möglich ist, durch die Beteiligung an anderen Banken das dem Bankbetrieb gewidmete Eigenkapital doppelt oder sogar mehrfach als Grundlage für Bankgeschäfte zu nutzen.*

*Banken haben im Vergleich zu anderen Wirtschaftsunternehmen ein geringes Eigenkapital. Es entspricht zwar ihrem Wesen, primär mit Fremdkapital zu arbeiten. Um so mehr Gewicht hat aber die Möglichkeit, Eigenkapital auf dem Wege der Beteiligungen an anderen Banken doppelt oder mehrfach zu nutzen und auf diesem Wege 'Kreditketten' oder 'Kreditpyramiden' aufzubauen.*" (ebenda, § 10 a Randziffer 2) Im weiteren wird dann (also schon 1961) darauf hingewiesen, daß diese „Pyramiden“ häufig auch im internationalen Rahmen gebaut werden. - Nun, mag den Vertretern der reinen Lehre der bürgerlichen Ökonomie ein solcher „Pyramidenbau“ auch als noch so „unbefriedigend“ erscheinen: Sie werden die Banken auch in Zukunft nicht daran hindern können. Auch aus diesem Grund liegt der Anteil des Eigenkapitals **weit unterhalb** der offiziell angegebenen Grenze von derzeit 8 %.

Die wachsenden Schwierigkeiten, dem Sinken der Profitrate entgegenzuwirken, sorgen nach und nach für ein Klima, in welchem Bemühungen, die Verringerung der Quote des Eigenkapitals der Banken in Grenzen zu halten, immer mehr als „kleinliche Bedenkenträgerei“ denunziert und vereitelt werden. Dem Fetisch Kapitalverwertung muß gehuldet werden, und Ketzer werden nicht geduldet.

Betrachten wir die Veränderungen an Depositen einerseits und Eigenkapital andererseits im Bilanzvergleich 1996/1997 für die Deutsche Bank (Konzern), die Dresdner Bank (Konzern) und die Commerzbank (Konzern), so ergeben sich folgende Zahlen:

Die Deutsche Bank erhöhte das Eigenkapital von 24,125 Milliarden Mark auf 26,462 Milliarden Mark, also um 9,7 %, während sich die „fremden Gelder“ von 776,963 auf 986,312 Milliarden Mark erhöhten, also um 26,9 %.

Die Dresdner Bank erhöhte das Eigenkapital von 15,222 Milliarden Mark auf 18,965 Milliarden Mark, also um 24,5 %, während sich die „fremden Gelder“ von 361,733 Milliarden Mark auf 442,180 Milliarden Mark erhöhten, also um 22,2 %. Hier wuchsen die Depositen offiziell zwar prozentual etwas geringer als das Eigenkapital, ab-

solut aber immer noch bedeutend stärker, das Eigenkapital nämlich um 3,734 Milliarden Mark, die Depositen um 80,447 Milliarden Mark.

Die Commerzbank erhöhte das Eigenkapital von 13,513 Milliarden Mark auf 16,496 Milliarden Mark, also um 22,1 %, während sich die „fremden Gelder“ von 411,819 Milliarden Mark auf 473,513 Milliarden Mark erhöhten, also um 15,%. Auch hier zwar stärkeres prozentuales Wachstum des Eigenkapitals, absolut aber wuchs es lediglich um 2,983 Milliarden Mark, während die Depositen um 61,694 Milliarden Mark wuchsen.

(Quelle: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 9/98)

Die in der Bilanz enthaltenen Zahlen verdecken freilich diejenigen Verringerungen der Quote des Eigenkapitals, die sich daraus ergeben, daß die Banken laxere und damit für sie günstigere Bewertungskriterien durchsetzen.

Doch das ständige Streben der Banken, den Anteil des Eigenkapitals zu verringern, kann dem Sinken der Verwertungsrate des Bankkapitals nicht nachhaltig entgegenwirken. *„Die Eigenkapitalrendite - berechnet als Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital - verringerte sich bei allen drei Kreditinstituten. Sie lag bei der Dresdner Bank bei 8,90 % (10,38 % im Vorjahr), bei der Commerzbank bei 8,11 % (8,98 % im Vorjahr) und bei der Deutschen Bank bei 5,59 % (9,96 % im Vorjahr).“* (Quelle: ebenda) Die deutlich niedrigere Verwertungsrate bei der Deutschen Bank mag daraus zu erklären sein, daß diese es am besten verstand, Gewinne zu verstecken, doch unabhängig davon zeigen die Zahlen, daß die Verwertungsrate des Eigenkapitals sinkt. (Die betreffenden Zahlen beziehen sich nicht nur auf das Kreditgeschäft, sondern auf das Gesamtgeschäft der betreffenden Banken, doch es ist die fallende Verwertungsrate des Leihkapitals, die empfindlich auf die Gesamtverwertungsrate des Bankkapitals drückt.)

Es kommt hinzu, daß die Verwertungsrate des Eigenkapitals nicht die einzige für die Vorstände der Großbanken bedeutende Größe ist. Sie haben sich daran gewöhnt, das fremde Kapital, worüber sie verfügen, nicht minder als ihr

„eigenes“ zu betrachten als das Eigenkapital. Die Verwertungsrate des angewandten Gesamtkapitals dürfte für sie mindestens genau so bedeutend sein wie die Verwertungsrate des Eigenkapitals, wenn nicht bedeutender.

In einer Untersuchung der Bundesbank über die Ertragslage der deutschen Banken im August 1997 wurden einige Fakten genannt, die einerseits deutlich machen, mit welchen Problemen die scheinbar allmächtigen Geldhäuser zu kämpfen haben, und andererseits, mit welchen Mitteln sie dem Sinken der Verwertungsrate entgegenwirken (Angaben nach *Frankfurter Rundschau* 14.8.97 und *Handelsblatt* 14.8.97):

Seit 1990 sind „mehr als 1.000 Häuser aus dem Wettbewerb ausgeschieden oder haben fusioniert.“ (HB) 3.517 Banken waren es zum Zeitpunkt dieser Untersuchung noch. Der Zentralisationsprozeß führte allerdings keineswegs zu einer Abschwächung, sondern zu einer Verstärkung der Konkurrenz. „Vielmehr könnten die Kunden über höhere Einlagenzinsen und günstigere Preise zumindest für einen Teil der Dienstleistungen von einer verschärften Konkurrenzsituation profitieren.“ (FR) Dies mag verwunderlich klingen, da die Einlagen bei Banken heute geringer verzinst werden als noch vor einigen Jahren, aber das Zinsniveau ist insgesamt gesunken, und die Zinsen auf Depositen sind aufgrund der wachsenden Konkurrenz zwischen den Banken offenbar geringer gesunken als die Zinsen auf Bankkredite. „Die erwähnte höhere Verzinsung von Einlagen hinterließ 1996 tiefe Spuren in der Ertragsrechnung der Kreditinstitute. Zwar erreichte der Zinsüberschuß (also der Ertrag aus dem Kreditgeschäft, d. Verf.) als wichtigste Ertragsquelle des (Bank-)Gewerbes mit 141 Milliarden Mark (plus sechs Prozent) (nämlich gegenüber dem Vorjahr 1995, d. Verf.) absolut gesehen einen Rekordwert. Dies ist jedoch im wesentlichen auf die starke Ausweitung des Geschäftsvolumens um 950 Milliarden auf gut 8,5 Billionen Mark zurückzuführen. Die Zinsspanne (...) dagegen fiel der Bundesbank zufolge auf den ‘historischen’ Tiefstand von 1,65 (1,76) Prozent. (In Klammern wieder die Vergleichszahl aus 1995, d. Verf.) Diese Aussage

bezieht sich auf den Zeitraum seit 1968, das Jahr der erstmaligen Berechnung dieser Marge.“ (FR) Also Rekordergebnis der Profitmasse nach, aber „historischer“ Tiefstand der Gewinnmarge, also der Zinsspanne, und letzteres muß natürlich empfindlich auf die Verwertungsrate des Leihkapitals drücken.

„**Die stärksten Einbußen** (bezüglich der Marge, d. Verf.) mußten, wie schon 1995, die Großbanken mit einem Rückgang auf 1,71 (1,93) % hinnehmen.“ (HB; in Klammern wieder die Zahl aus 1995) Sie liegen also bezüglich der Marge noch besser als der Bankendurchschnitt, doch der Vorsprung hat sich verringert. Der Kapitalüberschuß drückt auf die Zinsen, und **das** geht den Großbanken nicht anders als den anderen.

Eine Reaktion ist das „lean banking“ - auf deutsch: massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen in Banken. Rapide Verringerung des Personals soll die Kosten des Bankbetriebs reduzieren und damit den sinkenden Verwertungsraten entgegenwirken, auch wenn dabei der Service für den Kunden, der dann gar nicht mehr als König gilt, massiv verschlechtert wird.

Das Verhältnis der Verwaltungskosten der Banken zum durchschnittlichen Geschäftsvolumen betrug 1995 1,38 % und verringerte sich 1996 auf 1,29 % - und das trotz der „hohen Investitionen in die Datenverarbeitung und den Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologie“, die als „Kostentreiber“ im Bereich des fixen Kapitals wirken: „Ausschlaggebend für die Entspannung war nach Angaben der Bundesbank die moderate Zunahme der Personalaufwendungen“ (HB), die lediglich um 2,6 % gestiegen waren - bei wesentlich stärkerer Ausweitung des Geschäftsvolumens! Auch der größte Teil des Bankpersonals wird ausgebeutet, leistet unbezahlte Mehrarbeit, auch wenn diese Angestellten - ebenso wie die Handelsangestellten - keinen Wert und Mehrwert produzieren, und die genannten Bestrebungen sind gerade Bestrebungen zur Steigerung der Ausbeutungsrate. Den Begriff Ausbeutungsrate haben wir bisher - nämlich bei der Betrachtung des industriellen Kapitals - als

Synonym zum Begriff Mehrwertrate benutzt, doch hier - wie auch beim kommerziellen Lohnarbeiter - gewinnt ersterer einen umfassenderen Sinn als letzterer: Die unbezahlte Arbeit der Bankangestellten bzw. der Handelsangestellten schafft zwar keinen Mehrwert, ermöglicht aber die Realisierung des Bankgewinns bzw. des Handelsprofits; sie bringt dem Bank- bzw. Handelskapital mehr ein, als sie kostet. Es versteht sich von selbst, daß der Anteil der unbezahlten Mehrarbeit sich enorm vergrößert, wenn unbezahlte Überstunden geleistet werden - kein Wunder, daß dies die Situation der Banken „entspannt“, wie das *Handelsblatt* zufrieden feststellt: Es wirkt dem Sinken der Kapitalverwertungsrate im Kreditgeschäft entgegen.

1996 verblieb den Banken ein „*Betriebsergebnis von 43,9 Mrd. DM; das sind 3,2 Mrd. DM mehr als vor Jahresfrist. Der Zuwachs reichte nicht aus, um einen neuerlichen Rückgang der Betriebsergebnisquote zu verhindern (0,51 %).*“ (HB)

In anderen Bereichen des Bankgeschäfts sah es allerdings weit besser aus: „*Im Provisionsgeschäft hat der Überschuß - ungeachtet des verschärften Wettbewerbs, beflügelt vor allem durch die günstige Entwicklung bei Aktien und Investmentzertifikaten sowie in der Vermögensverwaltung - weiter überdurchschnittlich um knapp 8 % auf 29,2 Mrd. DM zugenommen. Nach Berechnungen der Bundesbank ist der Überschuß im zinsunabhängigen Geschäft im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre um 8,4 %, im Zinsgeschäft aber lediglich um 5,8 % gewachsen.*“ (HB) Man könnte meinen, ein Wachsen um 5,8 % wäre immerhin auch nicht so schlecht, doch es darf nie vergessen werden, daß der Ertrag ja in Relation zum angewandten Gesamtkapital gesetzt werden muß, und da sind die 5,8 % Gewinnzuwachs im „Zinsgeschäft“ innerhalb von zehn Jahren wohl alles andere als rosig. Aber, gottlob, man hat ja das „zinsunabhängige Geschäft“, den Handel mit Wertpapieren: zum einen für die Kunden, als Provisionsgeschäft der Bank, zum anderen im eigenen Namen. Hierauf werden wir im Abschnitt über das fiktive Kapital zurückkommen.

## DER FETISCHCHARAKTER DES GELDES WIRD IM KREDITWESEN REIN HERAUSGEARBEITET

*„Im zinstragenden Kapital erreicht das Kapitalverhältnis seine äußerlichste und fetischartigste Form. Wir haben hier  $G - G'$ , Geld, das mehr Geld erzeugt, sich selbst verwertenden Wert, ohne den Prozeß, der die beiden Extreme vermittelt.“ (Kapital III, MEW 25 S. 404)*

Der Produktionsprozeß, der der Verwertung des Geldes zugrundeliegt, wie auch der Zirkulationsprozeß der Ware, welcher die Realisierung des Mehrwerts ermöglicht, wird in dieser Formel völlig ausgeblendet.

*„Das Kapital erscheint als mysteriöse und selbstschöpferische Quelle des Zinses, seiner eignen Vermehrung. Das **Ding** (Geld, Ware, Wert) ist nun als bloßes Ding schon Kapital, und das Kapital erscheint als bloßes Ding; das Resultat des gesamten Reproduktionsprozesses erscheint als eine, einem Ding von selbst zukommende Eigenschaft; es hängt ab von dem Besitzer des Geldes, d.h. der Ware in ihrer stets austauschbaren Form, ob er es als Geld verausgaben oder als Kapital vermieten will. Im zinstragenden Kapital ist daher dieser automatische Fetisch rein herausgearbeitet, der sich selbst verwertende Wert, Geld heckendes Geld, und trägt es in dieser Form keine Narben seiner Entstehung mehr. Das gesellschaftliche Verhältnis ist vollendet als Verhältnis eines Dings, des Geldes, zu sich selbst. (Das dingliche Verhältnis des Zinses zum als Kredit weggegebenen Kapital verdeckt das persönliche Verhältnis des Kreditgebers zum industriellen Kapitalisten und schon gar zu dessen Arbeitern, aus deren unbezahlter Mehrarbeit der Zins in Wirklichkeit fließt. D. Verf.) Statt der wirklichen Verwandlung von Geld in Kapital zeigt sich hier nur ihre inhaltlose Form. Wie bei der Arbeitskraft wird der Gebrauchswert des Geldes hier der, Wert zu schaffen, größeren Wert, als der in ihm selbst enthalten ist. Das Geld als solches ist bereits potentiell sich verwertender Wert und wird als solcher verliehen, was*

*die Form des Verkaufens für diese eigentümliche Ware ist. (Nämlich: Der Kredit ist das Verkaufen des Gebrauchswerts des Geldes als Kapital für einen bestimmten Zeitraum, d. Verf.) Es wird ganz so Eigenschaft des Geldes, Wert zu schaffen, Zins abzuwerfen, wie die eines Birnbaums, Birnen zu tragen. Und als solches zinstragendes Ding verkauft der Geldverleiher sein Geld. Damit nicht genug. Das wirklich fungierende Kapital (...) stellt sich selbst so dar, daß es den Zins nicht als fungierendes Kapital, sondern als Kapital an sich, als Geldkapital abwirft. (Nämlich: Ist das Leihkapital an den industriellen Kapitalisten verliehen, so verwandelt es sich in fungierendes Kapital, doch da der Zins unabhängig vom Fungieren dieses Kapitals zu zahlen ist, scheint dies Kapital vom Standpunkt des Verleihers nicht als in der Produktion fungierendes Kapital Zins abzuwerfen, sondern aufgrund seiner Eigenschaft, Geld zu sein. D. Verf.)*

*Es verdreht sich auch dies: Während der Zins nur ein Teil des Profits ist, d.h. des Mehrwerts, den der fungierende Kapitalist dem Arbeiter auspreßt, erscheint jetzt umgekehrt der Zins als die eigentliche Frucht des Kapitals, als das Ursprüngliche, und der Profit, nun in die Form des Unternehmergewinns verwandelt, als bloßes im Reproduktionsprozeß hinzukommendes Accessorium und Zutat.“ (ebenda S. 405; Accessorium: Beiwerk)*

Der Zins kann nur aus dem Mehrwert fließen, doch in der Erscheinung stellt er sich als bloße Frucht des Kapitals dar, und der Gewinn des industriellen Unternehmens erscheint vom Standpunkt der „geldgebenden“ Banken nur noch als Beiwerk dessen, daß das Leihkapital ihnen Zins abwirft.

*„In  $G - G'$  haben wir die begriffslose Form des Kapitals, die Verkehrung und Versachlichung der Produktionsverhältnisse in der höchsten Potenz: zinstragende Gestalt, die einfache Gestalt des Kapitals, worin es seinem eignen Reproduktionsprozeß vorausgesetzt ist (der Reproduktionsprozeß wird hier der Betrachtung entzogen, d. Verf.); Fähigkeit des Geldes, resp. der Ware, ihren eignen Wert zu verwerten, unab-*

*hängig von der Reproduktion - die Kapitalmystifikation in der grellsten Form.“ (ebenda, S. 405)*

Warum „**begriffslose Form**“? Weil in dieser Form jegliches Begreifen, ja jegliche Ahnung dessen, daß alles Kapital **durch Arbeit** geschaffen wird, ausgeschlossen ist. **Verkehrung der Verhältnisse**: Dem Scheine nach muß zuerst Kapital in Form von Geld da sein, bevor überhaupt gearbeitet werden kann. Und in gewisser Hinsicht ist es in der kapitalistischen Wirtschaft ja auch so. Daß Kapital letztlich allein durch Arbeit geschaffen wird, entzieht sich dem Blick.

Das Begreifen dieser Zusammenhänge ist von großer praktischer Bedeutung. Die bürgerliche Ideologie hält der Arbeiterklasse heute ja in äußerst aggressiver Form vor, sie müsse für die Gnade, sich ausbeuten zu lassen, zutiefst dankbar sein, denn ohne Finanzmittel wäre sie ein Nichts. Der soeben beschriebene Mechanismus, der den Geld- und Kapitalsfetisch auf die Spitze treibt, ist die Grundlage dafür, daß eine derart verquere Sicht der Dinge derartig enorme Wirkung haben kann. Es ist folglich von großer Bedeutung, einen klaren Begriff sowohl von den wesentlichen Zusammenhängen zu gewinnen als auch von den Mechanismen, die den genannten Schein bewirken. Es gilt, den bürgerlichen Mystifikationen die wissenschaftliche Betrachtung der betreffenden Zusammenhänge entgegenzuhalten. **Eine** wichtige Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse sich ihrer Kraft wieder bewußt wird, besteht darin, daß die einzig wissenschaftliche Sichtweise dieser Zusammenhänge nach und nach wieder zum geistigen Gemeingut des größten Teils der Arbeiterklasse wird, die Erkenntnis nämlich, daß die Arbeiterklasse alle Werte schafft, daß alles Kapital aus dem Mehrwert, der unbezahlten Arbeit der Arbeiterinnen und Arbeiter, stammt, daß das Kapital folglich in letzter Analyse von der Arbeiterklasse abhängig ist und nicht umgekehrt.

Die bürgerlichen Ideologen freilich tun alles, um den Blick auf diesen im Grunde recht einfachen Zusammenhang zu verstellen: „Für die Vulgärökonomie, die das Kapital als selbständige Quelle des Werts, der Wertschöpfung, darstel-

*len will, ist natürlich diese Form (nämlich die Form G - G', d. Verf.) ein gefundnes Fressen, eine Form, worin die Quelle des Profits nicht mehr erkenntlich und worin das Resultat des kapitalistischen Produktionsprozesses - getrennt vom Prozeß selbst - ein selbständiges Dasein erhält.“ (ebenda, S. 405 f.)*

Eine andere Spielart der bürgerlichen Ideologie betrachtet die wachsende Bedeutung des Kreditwesens innerhalb der bürgerlichen Ordnung losgelöst von dieser und versucht den Eindruck zu erwecken, man könne die tiefen Widersprüche der bürgerlichen Ordnung lösen, indem man lediglich das Leihkapital „abschafft“. So unterschied die demagogische Propaganda der Hitlerfaschisten zwischen dem angeblich bösen „raffenden“ und dem angeblich guten „schaffenden“ Kapital, wobei mit ersterem das Leihkapital, mit zweiterem das industrielle Kapital gemeint war. Im Parteiprogramm der NSDAP hieß es: *„Der Leihzins ist die teuflische Erfindung des Großleihkapitals, der Leihzins ermöglicht allein das träge Drohnenleben einer Minderzahl von Geldmächtigen auf Kosten der schaffenden Völker.“* Damit wird zum einen vertuscht, daß bereits das industrielle Kapital das „träge Drohnenleben“ der industriellen Kapitalisten auf Kosten der schaffenden Arbeiterklasse ermöglicht und verwirklicht, zum anderen, daß die Logik der Entwicklung des industriellen Kapitals dazu führen mußte, daß das „Großleihkapital“ immer größere Bedeutung gewann.

Auf diese Weise sollte ein von vielen Menschen als besonders ungerecht empfundener Auswuchs, eine Erscheinung der kapitalistischen Ordnung von dieser **losgelöst** und irrational „erklärt“ werden („teuflische Erfindung“), um die verfaulende bürgerliche Ordnung im Ganzen aus der Schußlinie zu nehmen. Dieser Auswuchs wurde in der Phrase scharf „angegriffen“, damit sich die Empörung nicht gegen die bürgerliche Ordnung selbst richtete, die derartige Auswüchse bei einem gewissen Entwicklungsgrad gesetzmäßig hervorbringt, damit die Empörung wirkungslos verpuffte bzw. sich sogar gegen diejenigen richtete, die die bürgerliche

XII-56

Ordnung beseitigen wollten (zum Beispiel „raffendes Kapital = Judentum = Bolschewismus“). Die Hitler-Faschisten waren Meister in derartiger Demagogie.

## DAS KREDITWESEN TREIBT DIE MENSCHLICHE SELBSTENTFREMDUNG AUF DIE SPITZE

Es könnte andererseits scheinen, das Kreditwesen wirke der menschlichen Selbstentfremdung, der Herrschaft der von Menschen gemachten Sachen über diese Menschen, entgegen. (zu dieser Selbstentfremdung vgl. Kapitel VIII S. 101 f.) Fehlt es einem Menschen an materiellen Mitteln zur Produktion oder Konsumtion, so kann er zu einem anderen Menschen in ein persönliches Verhältnis, nämlich ein Kreditverhältnis, treten, das es ihm ermöglicht, dennoch zu produzieren oder zu konsumieren. Persönliches Verhältnis insofern, als die Kreditvergabe von der persönlichen Entscheidung des Kreditgebers abhängt, der sich wiederum davon leiten läßt, ob er dem Kreditnehmer persönlich vertraut, nämlich darauf vertraut, daß er den Kredit zurückzahlen wird. Insoweit sind dem Scheine nach die sachlichen Verhältnisse der warenproduzierenden Ordnung wieder in persönliche zurückverwandelt.

*„Die **St. Simonisten** (vgl. Kapitel VI S. 51 f., d. Verf.), von diesem **Schein** getäuscht, betrachten die Entwicklung von Geld, Wechselbriefen, Papiergeld, papiernen Repräsentanten des Geldes, **Kredit, Bankwesen** als eine stufenweise Aufhebung der Trennung des Menschen von der Sache, des Kapitals von der Arbeit, des Privateigentums vom Gelde und des Geldes vom Menschen, der Trennung des Menschen vom Menschen. Das organisierte **Bankwesen** ist daher ihr Ideal.“* (Marx, MEW Ergänzungsband I, S. 448, Hervorhebungen von Marx)

Heute freilich ist offensichtlich, in welchem grandiosem Ausmaß die St. Simonisten sich damit getäuscht haben. Marx deckte diese Täuschung bereits 1844 auf analytischem Wege auf. Seine brillante Analyse zeigt eindrucksvoll, daß das Kreditwesen im allgemeinen, das Bankwesen im besonderen die Entfremdung lediglich auf eine noch höhere Stufenleiter treibt:

„Aber diese Aufhebung der Entfremdung, diese **Rückkehr** des Menschen zu sich selbst und daher zum andern Menschen ist nur ein **Schein**, sie ist eine um so **infamere und extremere** Selbstentfremdung, Entmenschung, als ihr Element nicht mehr Ware, Metall, Papier, sondern das **moralische** Dasein, das **gesellige** Dasein, das **Innere** der menschlichen Brust selbst ist; als sie unter dem Schein des **Vertrauens** des Menschen zum Menschen, das höchste **Mißtrauen** und die völlige Entfremdung ist.“ Der **Schein** des höchsten Vertrauens: Das Wort Kredit kommt vom lateinischen credere = glauben. Der Kreditgeber **glaubt**, das er das geborgte Geld zurückerhält, sonst würde er den Kredit nicht vergeben. Dem Anschein nach ist der Kredit also auf dem Vertrauen zwischen Menschen begründet. „Was konstituiert (begründet, d. Verf.) das Wesen des **Kredits**? Wir sehn hier (nämlich bei der Betrachtung des Kredits als **persönliches** Verhältnis zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer, d. Verf.) ganz vom **Inhalt** des Kredits ab, der wieder das Geld ist. Wir sehn also vom **Inhalt** dieses Vertrauens ab, wonach ein Mensch den andern dadurch **anerkennt**, daß er ihm Werte vorschießt und - im besten Fall, wenn er sich nämlich den Kredit nicht zahlen läßt, d.h. kein Wucherer ist (keine Zinsen nimmt, d. Verf.) - seinem Mitmenschen das Vertrauen schenkt, daß er kein Spitzbube, sondern ein 'guter' Mann ist. Unter einem 'guten' Mann versteht der Vertrauende hier, wie Shylock (Wucherer in Shakespeares „Kaufmann von Venedig“, d. Verf.), einen 'zahlbaren' (zahlungsfähigen, d. Verf.) Mann. - Der Kredit ist unter 2 Verhältnissen und unter 2 verschiedenen Bedingungen denkbar. Die 2 Verhältnisse sind: Einmal, ein Reicher kreditiert einem Armen, den er für fleißig und ordentlich hält. Diese Art von Kredit gehört in den romantischen, sentimental Teil der Nationalökonomie, zu ihren Verirrungen, Exzessen, **Ausnahmen**, nicht zu der **Regel**. Allein selbst diese Ausnahme unterstellt, diese romantische Möglichkeit zugegeben, so gilt das Leben des Armen und sein Talent wie Tätigkeit dem Reichen für eine **Garantie** der Rückerstattung des geliehenen Geldes; d.h. also, alle sozialen Tugenden des Armen, der Inhalt seiner Lebens-

tätigkeit, sein Dasein selbst, repräsentiert dem Reichen das *Remboursement* (die erhoffte Rückzahlung, d. Verf.) seines Kapitals mit den gewöhnlichen Zinsen. Der Tod des Armen ist daher für den Kreditierenden der schlimmste Fall. Er ist der Tod seines Kapitals samt Zinsen. (Dieses Risiko kann freilich abgewendet werden durch sicherungsweise Abtretung der Rechte aus einer Lebensversicherung, was die Banken ausgezeichnet wissen. Welch eine Sorge um das Leben ihres Kreditnehmers! Welch menschliches Verhältnis! D. Verf.) Man bedenke, was in der **Schätzung** (Wertschätzung, d. Verf.) eines Menschen in **Geld**, wie sie im Kreditverhältnis geschieht, für eine Niederträchtigkeit liegt. Es versteht sich von selbst, daß der Kreditierende, außer den **moralischen** Garantien auch die Garantie des **juristischen** Zwangs und noch mehr oder minder **reale Garantien** (Kreditsicherheiten, d. Verf.) für seinen Mann hat. Ist nun der, dem kreditiert wird, selbst vermögend, so wird der **Kredit** bloß zu einem erleichternden **Vermittler** des Austauschs, d.h. es ist das **Geld** selbst in eine ganz **ideale** Form erhoben (der materiellen Geldware entkleidet, d. Verf.). Der **Kredit** ist das **nationalökonomische** Urteil über die **Moralität** eines Menschen. (Der Kreditgeber stellt sich nämlich die Frage, ob der Kreditnehmer für diesen oder jenen Kredit „gut“ ist! Sprache ist manchmal verräterisch. D. Verf.) Im Kredit ist statt des Metalls oder des Papiers der **Mensch** selbst der **Mittler** des Tausches geworden, aber nicht als Mensch, sondern als das **Dasein eines Kapitals** und der Zinsen. Das Medium des Austauschs ist also allerdings aus seiner materiellen (hier im Sinne von sachlichen, d. Verf.) Gestalt in den Menschen zurückgekehrt und zurückversetzt, aber nur weil der Mensch selbst außer sich versetzt in sich selbst zu einer materiellen Gestalt geworden ist (als geldwerte Sache betrachtet wird, d. Verf.). Nicht das Geld ist im Menschen innerhalb des Kreditverhältnisses aufgehoben, sondern der Mensch selbst ist in **Geld** verwandelt, oder das Geld ist in ihm **inkorporiert** (verkörpert, d. Verf.). Die **menschliche Individualität**, die menschliche **Moral** (man spricht von **Zahlungsmoral**, d. Verf.) ist sowohl selbst zu einem Handelsartikel geworden,

wie zum **Material**, worin das Geld existiert. Statt Geld, Papier ist mein eignes persönliches Dasein, mein Fleisch und Blut, meine gesellige Tugend und Geltung die Materie, der Körper des **Geldgeistes**. Der Kredit scheidet den Geldwert nicht mehr in Geld, sondern in menschliches Fleisch und in menschliches Herz. (Nicht sachliche, sondern persönliche Kriterien liegen der Unterscheidung zugrunde, ob jemand kreditwürdig ist oder nicht; d. Verf.) So sehr sind alle Fortschritte und Inkonsequenzen innerhalb eines falschen Systems (nämlich des Systems der Warenproduktion, welches den Menschen den von ihm gemachten Sachen unterwirft, d. Verf.) der höchste Rückschritt und die höchste Konsequenz der Niedertracht. - Innerhalb des Kreditsystems betätigt sich seine (nämlich dieses Systems, d. Verf.) Menschen entfremdete Natur unter dem Schein der höchsten national-ökonomischen Anerkennung des Menschen auf doppelte Weise: 1. Der Gegensatz zwischen Kapitalist und Arbeiter, großem und kleinem Kapitalist wird noch größer, indem der Kredit nur dem gegeben wird, der schon hat und eine neue Chance der Akkumulation für den Reichen ist, oder indem der Arme im zufälligen Belieben und Urteil des Reichen über ihn seine **ganze** Existenz bestätigt oder verneint, sie völlig von diesem Zufall abhängig sieht; 2. indem die wechselseitige Vorstellung, Heuchelei und Scheinheiligkeit bis auf die Spitze getrieben werden, daß über den Kreditlosen nun außer dem einfachen Urteil, daß er arm ist, nun auch das demoralische (ihm seine „Moral“ absprechende und ihn damit im wahrsten Sinn des Wortes demoralisierende, d. Verf.) Urteil, daß er kein Vertrauen, keine Anerkennung besitzt, also ein geselliger Paria (Paria: unterste Kaste in Indien, deren Angehörige als unrein gelten; geselliger Paria also: ein in der Gesellschaft lebender und zugleich von ihr Ausgestoßener, d. Verf.), ein schlechter Mensch ist, hinzukommt; und indem der Arme zu seiner Entbehrung diese Erniedrigung und die erniedrigende **Bitte** um Kredit bei dem Reichen hinzubekommt; 3. indem durch diese ganz **ideelle** Existenz des Geldes die **Falschmünzerei** von dem Menschen an keinem andern Stoff, sondern nur mehr an seiner eignen Person vor-

genommen werden kann (statt Münzen zu fälschen, täuscht man Kredit“würdigkeit“ vor, d. Verf.), er selbst sich zu einer falschen Münze machen (als „falscher Fünziger“ wird im Volksmund eine wenig vertrauenswürdige Person bezeichnet, d. Verf.), Kredit erschleichen, erlügen etc. muß und dieses Kreditverhältnis - sowohl nach Seite des Vertrauenden, als dessen, der das Vertrauen braucht - zum Handelsgegenstand, Gegenstand des wechselseitigen Betrugs und Mißbrauchs wird. Hier zeigt sich dann noch brillant das **Mißtrauen** als die Basis dieses nationalökonomischen Vertrauens; das mißtrauische Abwägen, ob der Kredit geschenkt (vergeben, d. Verf.) werden soll oder nicht, die Espionage (Ausspähung, heute z.B. durch die Schufa oder sonstige Spitzeldienste, die die Banken über Kredit“würdigkeit“ oder “-unwürdigkeit“ ihrer Kunden informieren, d. Verf.) nach den Geheimnissen des Privatlebens etc. des Kreditsuchenden; das Verraten momentaner Übelstände, um einen Rivalen durch plötzliche Erschütterung seines Kredits zu stürzen etc. Das ganze System des Bankerutts, die Scheinunternehmungen etc. ... Im **Staatskredit** hat der Staat ganz dieselbe Stellung, die oben der Mensch... Im Spiel mit Staatspapieren zeigt sich, wie er zum Spielzeug der Handelsleute geworden ist etc.

(...) Das **Kreditsystem** hat endlich seine Vollendung im **Bankwesen**. Die Schöpfung des Bankiers, die Staatsherrschaft der Bank (Herrschaft der Banken über den Staat vermittelt des Kredits, d. Verf.), die Konzentration des Vermögens in diesen Händen, dieser nationalökonomische Areopag der Nation (Areopag: ein Hügel bei Athen, auf dem das höchste Regierungs- und Gerichtsorgan tagte, d. Verf.), ist die würdige Vollendung des Geldwesens. Indem im Kreditsystem die **moralische Anerkennung eines Menschen**, wie das **Vertrauen zum Staat** etc. die Form des **Kredits** erhielt, tritt das Geheimnis, welches in der Lüge der moralischen Anerkennung liegt, die **unmoralische** Niedertracht dieser Moralität, wie die Scheinheiligkeit und der Egoismus in jenem Vertrauen zum Staat hervor und zeigt sich als das, was es wirklich ist.“

(Marx, MEW Ergänzungsband I, S. 448 ff., Hervorhebungen von Marx)

Unabhängig von der jeweiligen Höhe der Staatsschulden gelten Staatsanleihen als „mündelsicher“, d.h. ein Vormund darf nach bürgerlichem Recht das Vermögen seines Mündels in Staatsschuldscheinen anlegen. Welch eine „Sicherheit“! Was die Banken angeht, so haben **sie** freilich allen Grund, dem Staat als ihrem Schuldner zu vertrauen: Sie bestimmen, wann und in welcher Höhe der Staat Schulden bei ihnen aufnimmt und Zinsen zu zahlen hat, und sie bestimmen auch, wann und zu welchen Bedingungen der Staatsbankrott verkündet wird. Einem Schuldner, den man derart in der Hand hat, kann man freilich „vertrauen“, so gut wie man sich selbst vertraut...

## DAS KREDITWESEN - ENTEIGNUNG DES PRIVATEIGENTÜMERS

Im Kreditwesen fallen Eigentum an Kapital und Verfügung über Kapital auseinander; in gewisser Weise wird der Eigentümer enteignet, wie wir im folgenden sehen werden.

Der Kredit bietet dem einzelnen Kapitalisten - und zwar einerseits der Bank, die Depositen aufnimmt, andererseits auch dem Unternehmen, welches Bankkredit in Anspruch nimmt - *„eine innerhalb gewisser Schranken absolute Verfügung über fremdes Kapital und fremdes Eigentum und dadurch über fremde Arbeit. Verfügung über gesellschaftliches, nicht eignes Kapital, gibt ihm Verfügung über gesellschaftliche Arbeit. Das Kapital selbst, das man wirklich oder in der Meinung des Publikums besitzt, wird nur noch die Basis zum Kreditüberbau. Es gilt dies besonders im Großhandel (heute nicht minder in der Industrie, aber vor allem in den Banken selbst, die vorwiegend mit Depositen operieren, d. Verf.), durch dessen Hände der größte Teil des gesellschaftlichen Produkts passiert (hindurchgeht, d. Verf.). Alle Maßstäbe, alle mehr oder minder innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise noch berechtigten Explikationsgründe (Erklärungsgründe, nämlich die vorgeschobene Behauptung, der Profit sei der Lohn für das Risiko, das der Unternehmer trage, d. Verf.) verschwinden hier. Was der spekulierende Großhändler riskiert, ist gesellschaftliches, nicht **sein** Eigentum. Ebenso abgeschmackt wird die Phrase vom Ursprung des Kapitals aus der Ersparung, da jener gerade verlangt, daß **andre** für ihn sparen sollen. (...) Der andren Phrase von der Entsagung (der Kapitalist mußte angeblich dem Konsum „entsagen“, um es „zu etwas zu bringen, d. Verf.) schlägt sein Luxus, der nun auch selbst Kreditmittel wird, direkt ins Gesicht. Vorstellungen, die auf einer minder entwickelten Stufe der kapitalistischen Produktion noch einen Sinn haben, werden hier völlig sinnlos. Das Gelingen und Mißlingen führen hier gleichzeitig zur Zentralisation der Kapitale*

(Zentralisation: Bildung größerer Kapitale, indem die großen die kleinen schlucken oder beherrschen; nämlich: ist ein Unternehmen erfolgreich, so trägt es zur Zentralisation bei, indem es andere Kapitale schluckt oder beherrscht, ist es erfolglos, so trägt es bei, indem sein Kapital durch andere geschluckt oder beherrscht wird; d. Verf.) *und daher zur Expropriation* (Enteignung, d. Verf.) *auf der enormsten Stufenleiter. Die Expropriation erstreckt sich hier von den unmittelbaren Produzenten* (nämlich Verwandlung von kleinen Warenproduzenten in Lohnarbeiter, d. Verf.) *auf die kleineren und mittleren Kapitalisten selbst.* (Nämlich nicht nur, indem sie ruiniert werden, sondern auch, indem sie gezwungen sind, ihr Kapital den Banken zur Verfügung zu stellen, die es dann wiederum großen Industrie- und Handelskonzernen zur Verfügung stellen, d. Verf.) *Diese Expropriation ist der Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktionsweise* (die nämlich große Massen freier Lohnarbeiter benötigt; siehe insbesondere die ursprüngliche Akkumulation, Kapitel III S. 58 ff.; d. Verf.); *ihre Durchführung ist ihr Ziel, und zwar in letzter Instanz die Expropriation aller einzelnen von den Produktionsmitteln, die mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion aufhören, Mittel der Privatproduktion und Produkte der Privatproduktion zu sein, und die nur noch Produktionsmittel in der Hand der assoziierten Produzenten, daher ihr gesellschaftliches Eigentum, sein können, wie sie ihr gesellschaftliches Produkt sind. Diese Expropriation stellt sich aber innerhalb des kapitalistischen Systems selbst in gegensätzlicher Gestalt dar, als Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums durch wenige; und der Kredit gibt diesen wenigen immer mehr den Charakter reiner Glücksritter.* (Kapital III, MEW 25 S. 454 ff., Hervorhebungen von Marx)

In diesem Zusammenhang spricht Marx auch davon, daß das Kreditwesen die „*latente* (verborgene, d. Verf.) *Aufhebung des Kapitaleigentums*“ enthält. (ebenda, S. 457) Der Eigentümer verfügt nicht mehr über sein Kapital, und der verfügt ist nicht Eigentümer. Der Eigentümer gibt sein Kapital, also einen realen Wert, im Austausch gegen eine bloße

Forderung. Er kann über sein Kapital dann nicht mehr verfügen. Die Banken verfügen über fremdes Kapital.

Verleihen sie dieses an industrielle und kommerzielle Kapitalisten, so verfügen diese nun über dieses Kapital, doch keineswegs uneingeschränkt: Indem letztere von ihren „Kreditgebern“ abhängig werden und die Banken über die Produktionsmittel der Industriellen verfügen, wird die Verfügungsgewalt der Banken über fremdes Kapital auf die Spitze getrieben, wie wir in Kapitel XIV sehen werden. Diese Verfügungsgewalt üben die Banken zum allergrößten Teil aufgrund von fremdem Kapital aus, dessen Eigentümer die Verfügungsgewalt darüber verloren haben. Die Banken können nur deshalb als „Kreditgeber“ erscheinen, weil sie „Kreditnehmer“ sind, aber dieser elementare Zusammenhang entzieht sich dem bürgerlichen Blick; die Banken können geben oder nehmen, sie entscheiden über Aufnahme, Fortsetzung und Beendigung der Produktion. Die Selbstherrlichkeit der Bank gleicht der Selbstherrlichkeit des Katholikengottes, von dem die Kirche im Totengebet sagt: „Der Herr hat gegeben, der Herr hat genommen, der Name des Herrn sei gebenedeit.“

Literatur zum zinstragenden Kapital:

**Marx, Kapital III, Kapitel 21 bis 36, MEW 25 S. 350 - 626**



# IV.

## DAS FIKTIVE KAPITAL ALS FORM DES ZINSTRAGENDEN KAPITALS (AKTIEN UND ANDERE WERTPAPIERE)

Ist Kapital vorhanden, so besteht der Zwang zu seiner Verwertung. Würde es nicht verwertet, so würde es aufhören, Kapital zu sein. Die Banken konzentrieren im Laufe der Zeit immer mehr Geldmittel in ihren Händen. Wären sie gezwungen, diese Geldmittel allein als Leihkapital zu verwenden, so würde das Angebot an Leihkapital immer größer werden. Unterstellt man alle anderen Faktoren als gleichbleibend, so würde das den Zinssatz immer massiver nach unten drücken. Doch die Banken haben noch andere Möglichkeiten, Kapital zu verwerten. Insbesondere können sie mit „Wertpapieren“ (Effekten) handeln. Das heute bedeutendste Wertpapier ist die **Aktie**. Bevor wir uns mit der Aktie befassen, wollen wir uns einem anderen Wertpapier zuwenden: dem **Wechsel**.

## DER WECHSEL.

### DAS DISKONTGESCHÄFT DER BANKEN

Der Wechsel - einst das wichtigste Wertpapier der bürgerlichen Gesellschaft - hat heute stark an Bedeutung verloren. Wenn wir uns dennoch zunächst mit dem Wechsel befassen, so deshalb, weil er nicht nur historisch, sondern auch logisch den anderen Wertpapieren vorangeht, das politökonomische Begreifen des Wechsels das Begreifen der anderen Wertpapiere also erleichtert.

Nicht nur die Banken gewähren Kredite; die industriellen und Handelskapitalisten gewähren sich auch gegenseitig Kredite. Ein industrieller Kapitalist kann die Umlaufzeit seines Kapitals verkürzen, indem er einem anderen Industriekapitalisten oder einem Kaufmann, die andernfalls zu diesem Zeitpunkt nicht kaufen würden, seine Waren verkauft und den Kaufpreis stundet. (kommerzieller Kredit) Der kaufende Industrielle oder Kaufmann stellt einen Wechsel aus, also einen Schuldschein, ein Zahlungsverprechen. Der Wechsel hat einen Verfalltag; wird er seinem Aussteller am Verfalltag vorgelegt, so muß dieser zahlen. Der Wechsel ist ein zinstragendes Papier: Der kreditierte Kaufpreis wird bis zur Fälligkeit des Wechsels verzinst. Der Betrag, auf den der Wechsel ausgestellt ist, beinhaltet bereits die zu zahlenden Zinsen. (Kaufpreis plus Zinsen bis zum Verfalltag)

Der jeweilige Inhaber kann den Wechsel auch vor seinem Verfalltag in Bargeld verwandeln, indem er ihn an einen Dritten abtritt. Er kann damit auch die Kaufpreisforderungen begleichen, die dieser Dritte gegen ihn hat. Freilich kann dieser Dritte selbst entscheiden, ob er den Wechsel „akzeptiert“, also als Erfüllung seiner Kaufpreisforderung anerkennt, oder ob er auf Zahlung von Bargeld besteht. Seine Entscheidung wird davon abhängen, ob er den Aussteller des Wechsels als kreditwürdig ansieht. Das Risiko, ob der

Wechsel am Verfalltag wirklich eingelöst wird, trägt sein jeweiliger Inhaber.

Akzeptiert der Dritte den Wechsel, so zieht er die Zinsen für die Zeit ab, innerhalb derer der Wechsel noch zu laufen hat. Das nennt man diskontieren. *„Es hängt also vom jedesmaligen Zinsfuß ab, wie groß der Abzug ist von der Summe, die der Wechsel vorstellt.“* (Kapital III, MEW 25 S. 487) Auch der Dritte kann wiederum an einen Vierten abtreten, und so weiter, so daß in der Anfangszeit des Kapitalismus auf einem Wechsel oftmals viele zeitweilige Inhaber verzeichnet waren, bevor er am Verfalltag eingelöst wurde.

Das Diskontgeschäft wurde schließlich zu einer der Grundoperationen der Banken. Der Industriekapitalist, der seine Ware auf Kredit verkauft, übergibt den vom Käufer ausgestellten Wechsel an die Bank, die nach Abzug eines bestimmten Satzes - eben des jeweiligen Diskontsatzes - die Wechselsumme sofort an den Verkäufer auszahlt. **Dadurch verwandelt sich der kommerzielle Kredit in einen Bankkredit:** Faktisch gibt nun die Bank dem Aussteller des Wechsels Kredit. Sie trägt das Risiko, ob der Wechsel am Verfalltag eingelöst wird, streicht aber auch die Zinsen ein.

## ZUM BEGRIFF DES FIKTIVEN KAPITALS

Der Wechsel ist **nicht Geld**, sondern lediglich ein **Zahlungsversprechen** seines Ausstellers. Er ist ein Schuldschein, ein Kreditpapier. Wie schon gesagt, kommt das Wort Kredit vom lateinischen credere = glauben bzw. creditum = geglaubt. Wer Geld ausgeliehen hat, hat **geglaubt**, daß er es zurückbekommt. Ebenso hat derjenige, der nicht gegen Geld, sondern gegen Wechsel verkauft hat, bzw. derjenige, der den Wechsel diskontiert hat, **geglaubt**, daß er am Zahlungstag Geld erhalten wird. Er hat noch kein Geld erlangt, sondern nur den Rechtsanspruch auf Zahlung. Ist der Aussteller am Zahlungstag zahlungsunfähig, dann war der Glaube des Wechselinhabers auf Sand gebaut. Er erhält dann kein Geld.

*„Im großen und ganzen fungiert das Geld hier (beim Wechsel, d. Verf.) nur als Zahlungsmittel, d.h. die Ware wird verkauft nicht gegen Geld, sondern gegen ein schriftliches Versprechen der Zahlung an einem bestimmten Termin. (...) Bis zu ihrem Verfall- und Zahlungstage zirkulieren solche Wechsel selbst wieder als Zahlungsmittel; und sie bilden das eigentliche Handelsgeld. (Wenn nämlich industrielle und kommerzielle Kapitalisten untereinander mit Wechseln zahlen, d. Verf.) Soweit sie schließlich durch Ausgleichung von Forderung und Schuld sich aufheben, fungieren sie absolut als Geld, indem dann keine schließliche Verwandlung in Geld stattfindet.“ (ebenda, S. 413)*

Der Wechsel ist **fiktives Kapital**. Er ist nicht Geld und daher kein reales Kapital. Er **kann** sich verwandeln in reales Kapital und tut das auch, wenn Wechsel diskontiert oder eingelöst werden. Es kann jedoch auch eine Störung eintreten, die verhindert, daß das fiktive Kapital sich in reales Kapital rückverwandelt: Bei Zahlungsunfähigkeit des Ausstellers wird der Wechsel wertlos.

Das fiktive Kapital wirft, wie wir beim Wechsel bereits gesehen haben, Zinsen ab. Es ist also eine besondere Form

des zinstragenden Kapitals. Im folgenden werden wir außer dem Wechsel andere Formen des fiktiven Kapitals und deren Eigenheiten betrachten, vor allem die Aktie.

## WAS IST EINE AKTIENGESELLSCHAFT?

**Auch die Aktie ist fiktives Kapital.** Auch sie ist ein **Zahlungsversprechen**. Sie unterscheidet sich vom Wechsel jedoch dadurch, daß dem Inhaber der Aktie nicht die Zahlung eines bestimmten Kapitals zu einem bestimmten Termin versprochen wird, sondern **immer wiederkehrende Zahlungen von Erträgen aus einem bestimmten Kapital, und zwar Zahlungen, deren Höhe vorher nicht bestimmt ist.**

Die Aktiengesellschaft ist eine bestimmte Unternehmensform. Nahezu alle Großbanken, großen Industrie- und Handelsunternehmen sind heute Aktiengesellschaften. Das Eigenkapital einer Aktiengesellschaft besteht aus den Beiträgen der Teilhaber. Jeder Teilhaber erhält entsprechend der Höhe des von ihm eingebrachten Beitrags zum Kapital der Aktiengesellschaft Aktien. Die Höhe des ursprünglich eingebrachten Kapitals ist der **Nominalwert (oder Nennwert)** der Aktie. (Seit April 1998 müssen Aktien nicht mehr auf ihren Nominalwert, sondern können statt dessen auch auf einen bestimmten Anteil am Grundkapital der Gesellschaft lauten.)

Die Aktie ist **kein** Anspruch auf Rückzahlung des in die Gesellschaft eingebrachten Kapitals. Sie ist ein Wertpapier, das **zur Teilnahme an der Gewinnverteilung des Unternehmens berechtigt**. Das Einkommen, das der Aktienbesitzer bezieht, heißt **Dividende**. Die Dividende wird gemäß den Beschlüssen der Hauptversammlung jeweils als ein bestimmter Prozentsatz auf ihr nominelles Kapital an die Aktionäre ausgeschüttet. Entsprechend der Höhe seines Anteils am Kapital der Aktiengesellschaft erhält der Aktionär also jeweils einen bestimmten Anteil des Profits.

Wer Aktien kauft, hätte das gleiche Geld bei einer Bank deponieren und feste Zinsen einstreichen können. Doch der Zinsfuß der Banken befriedigt ihn nicht; er hofft, daß die Dividenden, die die Aktiengesellschaft ausschütten wird, höher sind als der Zinsgewinn bei Bankeinlagen. Deshalb geht er das Risiko ein, daß die Dividenden auch niedri-

ger sein können oder - im Extremfall - die Aktiengesellschaft zahlungsunfähig wird und die Aktien wertlos werden.

Aktien können aber auch verkauft werden. Sie werden an der Börse gehandelt. Der jeweilige Marktwert der Aktien, der an der Börse notiert wird, wird als deren **Kurs** bezeichnet. Die Aktien werden also nicht zu ihrem Nominalwert gehandelt, sondern zu ihrem Kurs.

Der Kurs hängt ab vom Verhältnis des Angebots an den betreffenden Aktien und der Nachfrage nach ihnen. Das Wertgesetz kann diesen Kurs ebensowenig regulieren, wie es die Verteilung des Mehrwerts zwischen industriellem Kapitalisten und Bank reguliert, denn die Geschäfte zwischen Aktienkäufern und -verkäufern haben keine unmittelbaren Rückwirkungen auf die Produktion. Die Produktion reagiert nicht unmittelbar auf Abweichungen der Aktienpreise von dem fungierenden Kapital, das diese Aktien angeblich verkörpern.

Wenn Angebot und Nachfrage also die Aktienkurse regulieren, wovon hängen dann Angebot und Nachfrage ab? Möglicherweise von der Höhe der zuletzt ausgeschütteten Dividenden. Waren die Dividenden hoch, so mag angenommen werden, daß sie auch künftig hoch sein werden. Die Nachfrage wächst. Waren sie niedrig, so mögen Aktionäre am Verkauf interessiert sein, um ihr Geld lieber anders anzulegen. Es mag aber auch andere Überlegungen geben, aufgrund derer auf künftig hohe oder niedrige Dividenden geschlossen wird. Solche Überlegungen können auf realen Kenntnissen über die Profitperspektiven der betreffenden Aktiengesellschaft beruhen, sie können aber auch höchst subjektiv sein, auf bestimmten Stimmungen an der Börse beruhen usw.

Heute werden Aktien nicht vorwiegend mit dem Ziel gekauft, dauerhaft Anteile am Profit der betreffenden Aktiengesellschaft zu erhalten. Der Spekulant kauft sie, um einen Spekulationsgewinn zu erzielen. Er will billig einkaufen und teuer verkaufen. Woher speist sich dieser Spekulationsgewinn?

Zwar speist sich die **Dividende** allein aus dem Profit der Aktiengesellschaft, doch da Spekulanten nicht um der Dividende willen kaufen und verkaufen, sondern mit dem Ziel, **aus den Kursunterschieden Spekulationsgewinne zu schlagen**, speist sich **dieser Gewinn nicht** aus der Dividende und somit **nicht** aus dem Profit der Aktiengesellschaft. Soweit steigende Kurse auf steigenden Profitraten der betreffenden Aktiengesellschaften beruhen, besteht zumindest noch ein mittelbarer Zusammenhang zwischen dem Profit der Aktiengesellschaft und den Spekulationsgewinnen aufgrund gestiegener Kurse. Doch dieses Element tritt in den Hintergrund: Die Spekulanten wollen die Zufälligkeiten des Steigens und Fallens von Aktienkursen nutzen; sie wollen billig kaufen und teuer verkaufen. Gelingt es dem einen, Aktien zu niedrigen Kursen zu kaufen und zu hohen Kursen zu verkaufen, so hat der andere Pech: Seine Erwartungen auf Kurssteigerungen erfüllen sich nicht; er muß billiger verkaufen, als er gekauft hat. Dieser Spekulationsgewinn kann also nur so zustandekommen, daß die Spekulanten sich gegenseitig übervorteilen. Es handelt sich um **bloße Umverteilung bereits vorhandenen Profits - mittels dessen die Aktienkäufe nämlich finanziert werden - innerhalb der Bourgeoisie**. (Angeichts der Größenordnungen kann insoweit getrost vernachlässigt werden, daß auch Angehörige der Mittelschichten und in seltenen Fällen auch der Arbeiterklasse Aktien erwerben.)

Was also der eine Spekulant gewinnt, das verliert der andere, jedenfalls auf lange Sicht betrachtet. Vorübergehend können zwar durchaus alle gewinnen, bei allgemein steigenden Kursen nämlich; doch die Bäume wachsen nicht in den Himmel, die Kurse können nicht in alle Ewigkeit nur steigen. Wie ein anhaltendes Spekulationsfieber den Börsencrash vorbereiten kann, werden wir weiter unten sehen. Betrachten wir zunächst die Produktions- und Verhältnisse, die mit dem Aktienwesen verbunden sind, etwas genauer.

## DIE AKTIENGESELLSCHAFT: SPRENGUNG DES PRIVATEIGENTUMS INNERHALB DER KAPITALISTISCHEN ORDNUNG

Der Übergang zur Aktiengesellschaft war kein Zufall, sondern Ausdruck der wachsenden Vergesellschaftung der Produktion. Die steigende Produktivkraft der Arbeit erfordert in wachsendem Maße die Überwindung der Anarchie der Produktion, der kapitalistischen Konkurrenz, erfordert die einheitliche Planung und Leitung der Produktion. Dazu ist grundsätzlich die Sprengung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erforderlich. Innerhalb der kapitalistischen Ordnung aber ermöglicht das Aktienwesen die Zusammenfassung vieler Kapitale und damit gewaltige Investitionen, zu denen Privatkapitalisten nicht fähig sind. (vgl. Engels, Anti-Dühring, MEW 20 S. 259 f.; oder AW V S. 304) Die Bildung von Aktiengesellschaften ermöglichte „*ungeheure Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und Unternehmungen, die für Einzelkapitale unmöglich waren. Solche Unternehmungen zugleich, die früher Regierungsunternehmen waren, werden gesellschaftliche.*“ (Kapital III, MEW 25 S. 452) Letzteres bedeutet: Unternehmungen, die vorher nur vom Staat betrieben werden konnten, weil nämlich kein Privatkapitalist die erforderlichen Investitionen tätigen konnte, werden nun von Aktiengesellschaften übernommen.

*„Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. **Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.**“* (Kapital III, MEW 25 S. 452, Hervorhebung v. Verf.) Daher

bezeichnet Marx das Aktienwesen auch als „*Aufhebung der kapitalistischen Privatindustrie auf Grundlage des kapitalistischen Systems selbst.*“ (ebenda S. 454)

Diese Feststellung ist sehr wichtig. Die Beseitigung des Privateigentums durch die Aktiengesellschaft kündigt das Ende der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt an. Konkurrenz wird ersetzt durch gesellschaftliche Zusammenarbeit - aber freilich nur in der engen, bornierten, kümmerlichen Form, den die kapitalistische Produktionsweise ermöglicht. Sie selbst wird nicht beseitigt, und die Konkurrenz wird nur auf höherer Stufenleiter fortgesetzt und teilweise in anderen Formen ausgetragen. Diese bornierte Form der Ver-gesellschaftung, die innerhalb dieser Produktionsverhältnisse nur möglich ist, trägt zwar schlecht und recht, so weit es eben geht, den Erfordernissen der Produktivkräfte Rechnung, doch die Widersprüche dieser Produktionsverhältnisse lösen sich dadurch nicht, sondern werden vielmehr krasser, werden auf die Spitze getrieben, wie wir in der Folge sowie in den Kapiteln XIII und XIV sehen werden.

Halten wir an dieser Stelle zunächst fest: Wir haben bisher, auch in früheren Kapiteln, der Einfachheit halber oft von „dem Kapitalisten“ gesprochen. Wir müssen nun feststellen, daß dieser „Kapitalist“ heute bei größeren Unternehmen gar **kein Individuum ist, sondern eine Gesellschaft.** (Bei monopolistischen Unternehmen handelt es sich in aller Regel um eine Aktiengesellschaft). Das kapitalistische Gesellschaftsunternehmen unterliegt freilich den gleichen ökonomischen Gesetzen und den daraus erwachsenden Zwängen wie zuvor der Privateigentümer im engen Sinne, der Familienkapitalist. Die großen Gesellschaften, die weltumspannenden Konzerne üben zwar eine Macht aus, von der der frühere Privateigentümer noch nicht einmal träumen konnte, doch die gesellschaftlichen Widersprüche sind noch schärfer, die „Luft noch dünner“, der Handlungsspielraum noch geringer geworden. Weiß man all das, so ist es unschädlich, bei der Beschreibung bestimmter gesellschaftlicher Zusammenhänge von „dem Kapitalisten“ zu sprechen, was wir auch weiterhin mitunter tun werden.

„Verwandlung des wirklich fungierenden Kapitalisten in einen bloßen Dirigenten, Verwalter fremden Kapitals, und der Kapitaleigentümer in bloße Eigentümer, bloße Geldkapitalisten. Selbst wenn die Dividenden, die sie beziehen, den Zins und Unternehmergewinn, d.h. den Totalprofit einschließen (denn das Gehalt des Dirigenten ist, oder soll sein, bloßer Arbeitslohn einer gewissen Art geschickter Arbeit, deren Preis im Arbeitsmarkt reguliert wird, wie der jeder andren Arbeit), so wird dieser Totalprofit nur noch bezogen in der Form des Zinses, d.h. als bloße Vergütung des Kapitaleigentums, das nun ganz so von der Funktion im wirklichen Reproduktionsprozeß getrennt wird wie diese Funktion, in der Person des Dirigenten, vom Kapitaleigentum. Der Profit stellt sich so dar (nicht mehr nur der eine Teil desselben, der Zins, der seine Rechtfertigung aus dem Profit des Borgers zieht) (also nicht nur der Profit des Leihkapitals, der sich daraus erklärt, daß dieses Kapital nicht verliehen würde, wenn es nicht einen Teil des Profits ziehen könnte, d. Verf.) als bloße Aneignung fremder Mehrarbeit, entspringend aus der Verwandlung der Produktionsmittel in Kapital, d.h. aus ihrer Entfremdung gegenüber den wirklichen Produzenten, aus ihrem Gegensatz als fremdes Eigentum gegenüber allen wirklich in der Produktion tätigen Individuen, vom Dirigenten bis herab zum letzten Tagelöhner. In den Aktiengesellschaften ist die Funktion getrennt vom Kapitaleigentum, also auch die Arbeit gänzlich getrennt vom Eigentum an den Produktionsmitteln und an der Mehrarbeit. Es ist dies Resultat der höchsten Entwicklung der kapitalistischen Produktion ein notwendiger Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten, aber nicht mehr als das Privateigentum vereinzelter Produzenten, sondern als das Eigentum ihrer als assoziierter (miteinander verbundener, d. Verf.), als unmittelbares Gesellschaftseigentum. Es ist andererseits Durchgangspunkt zur Verwandlung aller mit dem Kapitaleigentum bisher noch verknüpften Funktionen im Reproduktionsprozeß in bloße Funktionen der assoziierten Produzenten, in gesellschaftliche Funktionen.“

(Kapital III, MEW 25 S. 452 f.)

Die nominellen Kapitaleigentümer werden von der Leitung der Produktion vollständig getrennt, in gewisser Hinsicht **enteignet**, denn sie **verfügen nicht mehr über ihr Eigentum**. Klangvolle Namen wie Siemens, Krupp, Thyssen, Bosch zieren zwar noch die Hauptportale der Verwaltungen, doch ihre Nachkommen sind Rentiers geworden, von der Leitung der Produktion vollständig getrennt, die aufgrund der ihnen verbliebenen Rententitel ein parasitäres Leben führen. In dieser Hinsicht wird der Ausbeutungscharakter des Kapitalismus deutlicher, denn der Vorwand, sie müßten deshalb viel Geld bekommen, weil sie in der Leitung der Produktion „Verantwortung tragen“, entfällt völlig. Ferner ist klar, daß das von ihnen eingestrichene Geld **in keiner Hinsicht** der Erweiterung der Produktion und damit indirekt auch gesellschaftlichen Zwecken dient, sondern allein ihrem privaten Konsum. *„Alle gesellschaftlichen Funktionen des Kapitalisten werden jetzt von besoldeten Angestellten versehen. Der Kapitalist hat keine gesellschaftliche Tätigkeit mehr, außer Revenuen-Einstreichen, Kupon-Abschneiden und Spielen an der Börse, wo die verschiedenen Kapitalisten untereinander sich ihr Kapital abnehmen.“* (Engels, Anti-Dühring, MEW 20 S.259; oder AW V S. 305) Ein Kupon ist ein Teil eines Wertpapiers, den man abschneiden muß, um die Forderung einzuziehen. Das Wort „Kupon-Abschneider“ soll zum Ausdruck bringen, daß die nominellen Eigentümer nicht mehr als Kapitalisten fungieren, sondern nur noch ihren parasitären Konsum pflegen: Ihre einzige „Arbeit“ besteht im Kupon-Abschneiden.

Allerdings erhalten die „Dirigenten“, die führenden Manager, weit mehr als den *„bloßen Arbeitslohn einer gewissen Art geschickter Arbeit“*. Formell nur *„Verwalter fremden Kapitals“*, sind sie es, die über dieses Kapital verfügen, und die Top-Manager der großen Konzerne sind die eigentlichen Machthaber, die Führer der Monopolbourgeoisie. Ihre sogenannten Gehälter entsprechen dieser gesellschaftlichen Stellung.

*„Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie (auf den ersten Blick, d. Verf.) als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert daher die Staatseinmischung heraus. Er reproduziert eine neue Finanzaristokratie, eine neue Sorte Parasiten in Gestalt von Projektenmachern, Gründern und bloß nominellen Direktoren; ein ganzes System des Schwindels und Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienaussgabe und Aktienhandel. Es ist Privatproduktion ohne die Kontrolle des Privateigentums.“*

(Kapital III, MEW 25 S. 454)

Das Anwachsen der Anzahl von Schwindlern, die auf betrügerische Projekte Finanzmittel aufnehmen, ist ein unvermeidlicher Ausdruck der Fäulnis der kapitalistischen Ordnung, ebenso das Anwachsen der Zahl von bloß nominellen Geschäftsführern, Direktoren, Verwaltungs- und Aufsichtsräten und sonstigen Titelträgern, die für Nichtstun horrende Gehälter kassieren. *„Auf Basis der kapitalistischen Produktion entwickelt sich bei Aktienunternehmungen ein neuer Schwindel mit dem Verwaltungslohn, indem neben und über dem wirklichen Dirigenten eine Anzahl Verwaltungs- und Aufsichtsräte auftritt, bei denen in der Tat Verwaltung und Aufsicht bloßer Vorwand zur Plünderung der Aktionäre und zur Selbstbereicherung wird.“* (ebenda, S. 403)

Die wirklichen „Dirigenten“ aber, die Machthaber der großen Konzerne, konzentrieren die Verfügungsgewalt über gewaltige Ansammlungen von Produktionsmitteln und damit gewaltige ökonomische und politische Macht in ihren Händen, und darin äußert sich der Fäulnisgrad der kapitalistischen Produktionsverhältnisse noch krasser: wachsende Vergesellschaftung, aber dergestalt, daß sich die Herrschaft über die Gesellschaft in immer weniger Händen konzentriert. *„Von noch viel größerer Wucht aber wird das eine Aktiengesellschaft beherrschende Großkapital, wenn es sich nicht*

mehr um eine einzelne Aktiengesellschaft, sondern um ein System voneinander abhängiger Gesellschaften handelt. Ge-  
 setzt Kapitalist N beherrsche mit 5 Millionen Aktienbesitz die Aktiengesellschaft A, deren Aktienkapital 9 Millionen be-  
 trage. Diese Gesellschaft gründe eine Tochtergesellschaft B mit 30 Millionen Aktienkapital, von denen sie 16 Millionen  
 im Portefeuille behält (also Aktien im Nennwert von 16 Mil-  
 lionen selbst hält, d. Verf.). Um das Geld für diese 16 Millio-  
 nen einzahlen zu können, gäbe A für 16 Millionen festver-  
 zinsliche Obligationen aus, die kein Stimmrecht besitzen  
 (also Schuldverschreibungen, Zahlungstitel, die im Unter-  
 schied zur Aktie kein Stimmrecht des Inhabers in der Aktio-  
 närsversammlung begründen, d. Verf.). N beherrscht jetzt  
 mit seinen 5 Millionen beide Gesellschaften, also ein Kapital  
 von 39 Millionen. A und B können jetzt nach denselben  
 Prinzipien neue Gesellschaften gründen, so daß N mit ei-  
 nem verhältnismäßig geringen Kapital das Kommando über  
 außerordentlich große fremde Kapitalssummen erhält. **Mit  
 der Entwicklung des Aktienwesens bildet sich eine eigene  
 Finanztechnik aus, deren Aufgabe es ist, möglichst gerin-  
 gem eigenen Kapital die Beherrschung möglichst großen  
 fremden Kapitals zu sichern.**“ (Hilferding, Ausgabe Dietz S.  
 140; oder Ausgabe EVA S. 155, Hervorhebung v. Verf.) „Es  
 bildet sich ein Kreis von Personen heraus, die vermöge ihrer  
 eigenen Kapitalmacht oder aber als Vertreter der konzen-  
 trierten Macht fremden Kapitals (Bankdirektoren) als Auf-  
 sichtsräte in einer großen Anzahl von Aktiengesellschaften  
 vertreten sind. **Es entsteht so eine Art von Personalunion,  
 einmal zwischen den verschiedenen Aktiengesellschaften  
 untereinander und sodann zwischen diesen und den Ban-  
 ken, ein Umstand, der für die Politik dieser Gesellschaften  
 von größtem Einfluß sein muß, weil zwischen den verschie-  
 denen Gesellschaften ein gemeinsames Besitzinteresse sich  
 bildet.**“ (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 142; oder Ausgabe  
 EVA S. 157) Die Herausbildung einer solchen die gesamte  
 Wirtschaft beherrschenden Finanzoligarchie (Oligarchie:  
 Herrschaft weniger) muß bestimmenden Einfluß auf alle ge-

sellschaftlichen Bereiche haben. Wir werden darauf in Kapitel XIV zurückkommen.

*„Die Trennung des Kapitaleigentums von seiner Funktion ist auch auf die Führung des Betriebes von Einfluß. Für die Leiter der Aktiengesellschaft können bis zu einem gewissen Grade die Interessen des Eigentümers auf Erzielung eines möglichst großen und raschen Profits, der Drang zum Raubbau, der in jeder Kapitalistenseele schlummert, zurücktreten hinter die rein technischen Erfordernisse, die der Betrieb stellt. Sie werden in energischerer Art, als es der Privatunternehmer tut, die Ausgestaltung des Betriebes, die Modernisierung veralteter Einrichtungen, auch die Führung des Konkurrenzkampfes um Eroberung neuer Gebiete betreiben, trotz der Opfer, die die Befriedigung ihrer Forderungen die Aktionäre kostet. Es wird bei der Verwaltung des fremden Kapitals ein energischerer, kühnerer und rationellerer, von persönlichen Rücksichten freierer Zug sich geltend machen, um so mehr, als eine solche Politik auch die Zustimmung der großen, herrschenden Aktionäre in der Regel finden wird, die die vorübergehenden Einschränkungen ihres Profits leicht ertragen können, während sie schließlich in erhöhtem Kurs und erhöhtem Profit auch die Früchte der Opfer einheimen, die die kleinen Aktionäre, die schon längst ihren Besitz veräußert haben, gleichfalls bringen mußten.*

*Die Aktiengesellschaft ist darin dem Individualunternehmen überlegen, daß bei ihr die rein ökonomischen Bedingungen und Bedürfnisse sich durchsetzen auch gegen die Bedingungen des individuellen Eigentums, die unter Umständen in Widerspruch zu den technisch-ökonomischen Erfordernissen geraten können.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S.154; oder Ausgabe EVA S. 167 f.)

Es ist wichtig, sich auch letzteres klarzumachen, um eine **verabsolutierte** Vorstellung von der Fäulnis der kapitalistischen Ordnung zu vermeiden. Das Aktienwesen **ist** Ausdruck der Fäulnis, zugleich aber auch Instrument, um trotz dieser Fäulnis ein gewisses Funktionieren der kapitalisti-

schen Produktionsweise - sei es auch recht und schlecht, mit furchtbaren Krisen und Katastrophen - zu ermöglichen. Die Produktivkräfte **werden** gehemmt, aber die Annahme, es gäbe keinerlei Entwicklung der Produktivkräfte mehr, wäre falsch. Einer solchen falschen Annahme muß auch deshalb entgegengetreten werden, weil sie die irrige und in der Praxis schädliche Vorstellung von einem automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus fördern könnte.

Andererseits werden die im letzten Hilferding-Zitat geschilderten die Produktivkräfte fördernden Züge des Aktienwesens mit zunehmender Fäulnis der kapitalistischen Ordnung teilweise wieder konterkariert - der 1986 geprägte Begriff „shareholder value“ beinhaltet ja gerade, daß der kurzfristig aufgefaßte Profit der bestimmenden Aktionäre wieder zunehmend in den Vordergrund tritt. Setzen die Aktionäre hohe Entnahmen in Form hoher Dividenden durch, so werden der Gesellschaft Mittel entzogen, die für eine weitreichende Unternehmensstrategie erforderlich wären.

Im übrigen: Wenn das Aktienwesen zu einer gewissen Weiterentwicklung der Produktivkräfte trotz der Fäulnis der bürgerlichen Ordnung beiträgt, so ist andererseits zu berücksichtigen, daß - wie wir aus Kapitel XI wissen - jede Steigerung der Produktivität innerhalb dieser Ordnung in Richtung des Sinkens der Profitrate wirkt und damit die Krise dieser Gesellschaftsordnung vertieft.

## IM BÖRSENCRASH TRITT DER CHARAKTER DER AKTIE ALS FIKTIVES KAPITAL IN ERSCHEINUNG

Wir haben oben gesehen, daß der **Wechsel** nicht reales, sondern fiktives Kapital ist. Und zwar deshalb, weil er lediglich ein Zahlungsverprechen ist. Doch immerhin: Er lautet auf eine bestimmte Kapitalsumme, die an einem bestimmten Tag zu zahlen ist. Weiß man, daß das Unternehmen, welches den Wechsel ausgestellt hat, gut dasteht, so kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß das fiktive Kapital sich am Zahlungstag in reales Kapital rückverwandeln wird, und zwar exakt in der Nominalhöhe des Wechsels. **Das ist bei der Aktie anders.**

Angeblich repräsentiert die Aktie einen Anteil des Kapitals der Aktiengesellschaft. Der beherrschende Aktionär bzw. die beherrschenden Aktionäre können zwar in der Tat die Geschäftspolitik bestimmen. Die einzelne Aktie aber gibt ihrem Inhaber **keinerlei** Möglichkeit, auf den Anteil des Kapitals, den sie ihm angeblich verbrieft, Zugriff zu nehmen. Er kann lediglich Dividenden einstreichen, hat aber als Kleinaktionär noch nicht einmal Einfluß auf die Festsetzung ihrer Höhe. „Der Kapitalwert dieses Papiers“ ist „rein illusorisch.“ (Kapital III, MEW 25 S. 484) Die Aktie kann zwar verkauft werden, aber nicht zu ihrem Nominalwert, sondern zu ihrem Kurs. Der Kurs der Aktie entspricht nicht - und wenn, dann nur zufällig einmal - dem Kapitalwert, den die Aktie angeblich repräsentiert. Die Aktien **scheinen** selbständiges Vermögen zu sein, das **unabhängig von dem im realen Unternehmen vorhandenen Kapital existiert**. Sie haben ihren eigenen Markt, die Börse, und ihre eigene Preisbildung. Die Aktiengesellschaften **scheinen** also doppelt zu existieren: einmal als reale Unternehmen, deren Kapital in Maschinen, Betriebsgebäuden usw. verkörpert ist, zum anderen aber als Papiere, die wechselnden Wert verkörpern und zu ihrem jeweiligen Marktwert in Geld verwandelt werden können.

*„Aber dies Kapital existiert nicht doppelt, einmal als Kapitalwert der Eigentumstitel, der Aktien, und das andre Mal als das in jenen Unternehmungen wirklich angelegte oder anzulegende Kapital. Es existiert nur in jener letzteren Form, und die Aktie ist nichts als ein Eigentumstitel, pro rata (entsprechend der Höhe der Einlage im Verhältnis zum Gesamtkapital, d. Verf.), auf den durch jenes zu realisierenden Mehrwert. A mag diesen Titel an B, und B ihn an C verkaufen. Diese Transaktionen ändern nichts an der Natur der Sache. A oder B hat dann seinen Titel in Kapital, aber C sein Kapital in einen bloßen Eigentumstitel auf den von dem Aktienkapital zu erwartenden Mehrwert verwandelt.*

*Die selbständige Bewegung des Werts dieser Eigentumstitel (nämlich die Kursschwankungen, d. Verf.), nicht nur der Staatseffekten (vom Staat ausgegebenen Schuldscheine, wir kommen später darauf zurück, d. Verf.), sondern auch der Aktien, bestätigt den Schein, als bildeten sie wirkliches Kapital neben dem Kapital oder dem Anspruch, worauf sie möglicherweise Titel sind. Sie werden nämlich zu Waren, deren Preis eine eigentümliche Bewegung und Festsetzung hat. (Wie wir oben sagten: Der Preis dieser Papiere bildet sich unabhängig vom Kapitalwert, den sie nominell verkörpern. Diese Papiere werden aber - wohlgemerkt! - real zu Waren. D. Verf.) Ihr Marktwert erhält eine von ihrem Nominalwert verschiedene Bestimmung, ohne daß sich der Wert (wenn auch die Verwertung) des wirklichen Kapitals änderte.“*

(Kapital III, MEW 25 S. 484 f.)

Wie bildet sich nun der Marktwert dieser Papiere?

Durch Angebot und Nachfrage, wie wir bereits wissen. Es muß aber bestimmte Überlegungen geben, die dazu führen, daß jemand Aktien verkaufen oder kaufen will.

Wie schon gesagt, sind Aktien Titel (Titel = Rechtsanspruch) auf **künftig** von der Aktiengesellschaft zu realisierenden Mehrwert. Was in der Zukunft geschehen wird, weiß man nicht, aber die Börsenspekulanten können sich immerhin daran orientieren, wie hoch die Dividenden **zum gegebenen Zeitpunkt** sind. Das wäre immerhin eine Spekulation,

die bekannte handfeste Tatsachen berücksichtigt. Daß ganz anders und um so verrückter spekuliert wird, je größer der Überschuß an Kapital und je spürbarer der „Anlagezwang“, der Zwang zur Verwertung dieses Kapitals, ist, werden wir später erörtern. Unterstellen wir zunächst einmal „vernünftige“ Spekulanten, die von der Höhe der derzeitigen Dividenden auf die Höhe der künftigen Dividenden schließen und sich daran orientieren.

*„In der kapitalistischen Gesellschaft wird (...) jeder regelmäßig (jährlich) wiederkehrende Ertrag als Revenue (Einkunft, Ertrag, d. Verf.) eines Kapitals aufgefaßt, dessen Größe gleich ist dem zu dem herrschenden Zinsfuß kapitalisierten Ertrag.“* (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 159; oder Ausgabe EVA S. 173) Der Wert der betreffenden Rechtstitel bzw. der sie verkörpernden Papiere ist *„stets nur der kapitalisierte Ertrag, d.h. der Ertrag, berechnet auf ein illusorisches Kapital nach dem bestehenden Zinsfuß“*. (Kapital III, MEW 25 S. 485) Ein Geldbetrag in Höhe dieses illusorischen Kapitals muß als Kaufpreis gezahlt werden, will man den betreffenden Rechtstitel erwerben.

Dementsprechend ist der Marktpreis, der Kurs einer Aktie - wie wir gesehen haben - nicht gleich dem ursprünglich in Industriekapital verwandelten Geldkapital, also dem Betrag, zu dem ursprünglich eine Einlage geleistet wurde und auf den der Nennwert der Aktie lautet. Der Marktpreis ist vielmehr der kapitalisierte Ertragstitel, wobei die derzeitige Höhe der Dividende zugrundegelegt wird.

Verdeutlichen wir dies anhand von folgendem Zahlenbeispiel (wobei wir teilweise einem von Marx gegebenen Zahlenbeispiel folgen, vgl. MEW 25 S. 485):

Der Nominalwert einer Aktie betrage 100 Mark, d.h. ursprünglich wurden 100 Mark Einlage in die Aktiengesellschaft geleistet. Die Gesellschaft schüttele jährlich 5 % Dividende aus, der jährliche Ertrag betrage also 5 Mark. Der Zinsfuß liege ebenfalls bei 5 %. Will man also durch eine Einlage bei der Bank 5 Mark Zinsen pro Jahr erzielen, so muß man bei diesem Zinsfuß 100 Mark einzahlen. Kapitalisiert man den Ertrag der Aktie unter Zugrundelegung des ge-

gebenen Zinsfußes, so erhält man ein **fiktives Kapital** von 100 Mark. Dieses fiktive Kapital entspricht hier zufällig dem realen, in dessen Höhe der Geldanleger dem fungierenden Kapitalisten Kapital zur Verfügung gestellt hat. Der Marktwert der Aktie entspricht zufällig ihrem Nominalwert.

Nun erhöhe sich aber die jährliche Dividende auf 10 %. Die Aktie wirft folglich 10 Mark ab. Kapitalisiert man den jährlichen Ertrag von 10 Mark - wieder unter Zugrundelegung des Zinsfußes von 5 % - so erhält man ein **fiktives Kapital** von 200 Mark: Man müßte nämlich 200 Mark bei der Bank anlegen, um jährlich 10 Mark Zinsen zu erhalten. Der Marktwert (also der Kurs) der Aktie zum Nominalwert von 100 Mark steigt auf 200 Mark. Entsprechend würde der Kurs bei gleichbleibendem Zinsfuß sinken, wenn die Dividende sinken würde.

Unterstellen wir aber die Dividende als gleichbleibend, so steigt der Kurs der Aktien, wenn die Bankzinsen fallen, und umgekehrt: Nehmen wir z.B. an, die Dividende bleibt bei 5 % jährlich, der Zinsfuß fällt aber von 5 % auf 2,5 %. Dann müßte man bei der Bank 200 Mark anlegen, um einen Ertrag von 5 Mark jährlich zu erhalten, den aber die Aktie zum Nennwert von 100 Mark abwirft. Ihr Kurs steigt folglich auf 200 Mark.

Diese Zahlenbeispiele sind insoweit vereinfacht, als die Aktienkäufer vielleicht nicht mit dem gleichen Ertrag zufrieden sind, den sie beim Kauf festverzinslicher und damit verhältnismäßig sichererer Papiere erhalten könnten. Sie wollen eine Risikoprämie. Die Kurse sind dann etwas niedriger als in obigem Zahlenbeispiel. Das ändert aber nichts am Grundprinzip: **Die Kurse steigen bei steigenden Dividenden und fallen bei sinkenden Dividenden, den Zins als gleichbleibend unterstellt. Sie steigen bei sinkenden Zinsen und fallen bei steigenden Zinsen, die Dividenden als gleichbleibend unterstellt.** Bei alledem sind - wie oben schon einschränkend festgestellt - jeweils „solide“ Spekulanten unterstellt.

**Daß** es sich hier um Spekulation handelt, ist klar, denn niemand kann wirklich wissen, wie die Dividenden und die

Zinsen sich entwickeln werden. *„Der Marktwert dieser Papiere ist zum Teil spekulativ, da er nicht nur durch die wirkliche Einnahme, sondern durch die erwartete, vorweg berechnete bestimmt ist.“* (Kapital III, MEW 25 S. 485) *„Die Börsenspekulation hat den Charakter von Spiel und Wette.“* (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 170; oder Ausgabe EVA S. 183)

Mit Recht wendet sich Hilferding gegen die apologetische, also den Kapitalismus beschönigende Betrachtung, die die Börsenspekulation als „unmoralisch“ verdammt, ohne den Kapitalismus als solchen in Frage zu stellen. (vgl. Ausgabe Dietz S. 172 f.; oder Ausgabe EVA S. 185) Dann käme man zu „guten“ Kapitalisten, die in die Produktion investieren, und zu „schlechten“, die spekulieren, weil sie halt eben unmoralisch seien. Doch die Spekulation ist im Kapitalismus notwendig, unvermeidlich, und sie nimmt bei einer bestimmten Entwicklungsstufe gesetzmäßig zu. Der Überfluß an Kapital, der wiederum mit der im Kapitalismus unvermeidlichen Einschränkung des Konsums der Massen einhergeht (vgl. Kapitel XI), führt zur Aufblähung der Spekulation, da das überschüssige Kapital irgendwie angelegt werden muß. Zum anderen war es die Entwicklung des Kapitalismus selbst, die gesetzmäßig zum Aktienwesen führte, das Aktienwesen aber braucht einen Markt, auf dem die Aktien gehandelt werden, eben die Börse: *„Mit der Entstehung dieses Marktes des fiktiven Kapitals ist die Möglichkeit der Spekulation gegeben. Andererseits ist die Spekulation nötig, um diesen Markt stets aufnahmebereit zu machen und dadurch erst dem Geldkapital als Geldkapital die Möglichkeit zu geben, sich stets in fiktives Kapital und aus fiktivem Kapital wieder in Geldkapital zu verwandeln. Denn dadurch, daß durch Kaufen und Verkaufen Differenzgewinne gemacht werden können, ist der fortwährende Anreiz zum Kaufen und Verkaufen gegeben, ist also das beständige Dasein eines aufnahmebereiten Marktes verbürgt.“* (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 173; oder Ausgabe EVA S. 186) Man kann die Spekulation nicht abschaffen, ohne den Kapitalismus abzuschaffen.

Doch bisher sprachen wir nur von „soliden“ Spekulanten. Wir verstanden darunter solche, die ihren Käufen und Verkäufen von Aktien mehr oder weniger fundierte Prognosen über die künftige Gewinnentwicklung des betreffenden Unternehmens und über den künftigen Aktienkurs zugrunde legen. Diese Spezies ist mehr oder weniger am Aussterben. Die Zocker sind im Vormarsch.

Liegt das an genetischen Veränderungen, die die Spiel Leidenschaft befördern? Mitnichten. Es liegt am soeben erwähnten Kapitalüberfluß. Kapitalüberfluß heißt aber nur, daß es immer schwieriger wird, Kapital zu einer akzeptablen Profitrate anzuwenden. Es ist also letztlich das tendenzielle Sinken der Profitrate, das die Spiel Leidenschaft befördert. Bietet die produktive Anlage keine Aussicht auf eine akzeptable Profitrate, so wird jeder Strohalm ergriffen. Die Herrschaften sprechen selbst von **Anlagezwang**, geben also zu, daß sie **zwanghaft** handeln. Und dieser Zwang ist objektiv bedingt, eben durch das Sinken der Profitrate.

Die Spekulation eignet sich zum Ausleben dieser Zwänge besonders gut, denn hier ist vieles psychologisch bedingt. Aktien steigen allein deshalb, weil viele hoffen, daß sie mit diesen Aktien ein gutes Geschäft machen können. So entsteht Spekulationsfieber, eine „Börsenhausse“: Die Spekulanten schaukeln sich gegenseitig hoch. Manche tun auch das ihre, um solche Stimmungen gezielt anzuheizen.

Die ökonomische Grundlage dafür, daß das Objektive hier in Subjektives umschlägt, daß nämlich subjektive Stimmungen scheinbar ökonomische Gesetze bestimmen, besteht darin, daß der Wert des Papiers sich vom Wert der Produktionsmittel, die es angeblich verkörpert, gelöst hat. Dadurch ist es möglich, daß subjektive Faktoren, die mit der Produktion nichts zu tun haben, zu realem Steigen der Kurse führen. Die quantitative Diskrepanz zwischen realem und fiktivem Kapital wird dadurch jedoch immer größer. Auf dem Höhepunkt der Fieberhausse (d.h. hoher Kurse infolge des Spekulationsfiebers) schlägt das Objektive zurück. Die Spekulanten werden mit der Tatsache konfrontiert, daß ihre subjektiven Stimmungen zwar die Kurse bestimmen, jedoch

die in der Produktion geschaffenen Werte nicht zu beeinflussen vermögen, auch wenn die Spieler diesen politökonomischen Inhalt des Geschehens nicht begreifen. Es kommt zum Börsencrash, die Aktienkurse purzeln. Unmittelbar ausgelöst wird der Crash zumeist wieder durch subjektive Faktoren: Einige bekommen kalte Füße und stoßen ihre Aktien ab, viele andere folgen, und die Lawine ist nicht mehr aufzuhalten.

Zynisch, aber zutreffend witzelte der Altspekulant André Kostolany: „Die ganze Börse hängt nur davon ab, ob es mehr Aktien als Idioten oder mehr Idioten als Aktien gibt.“ Im Spekulationsfieber gibt es weit mehr Idioten als Aktien, und das treibt die Kurse nach oben. Die Folge ist letztlich ein Crash wie am berühmten „Schwarzen Freitag“ von 1929 oder am 19. Oktober 1987. Der 19. und 20. Oktober 1987 brachten an den Börsen weltweit Kursverluste von über 1 Billion Dollar.

Wir haben gesehen: Das Aktienkapital **scheint** doppelt zu existieren, einmal als industriell fungierendes und einmal als fiktives Kapital. Diese scheinbare Verdoppelung beinhaltet die Möglichkeit des quantitativen Auseinanderfallens, wenn nämlich Aktien zu Kursen gehandelt werden, die weit höher sind als das industriell fungierende Kapital, das von diesen Aktien angeblich verkörpert wird. Diese Möglichkeit ist gegeben, weil - wie schon gesagt - die Produktion nicht unmittelbar auf Abweichungen der Aktienkurse von dem fungierenden Kapital reagiert. Diese Möglichkeit wird zur Notwendigkeit bei entsprechendem Fallen der industriellen Profitrate, anders ausgedrückt, bei Kapitalüberschuß: Große Kapitalmassen können in der Industrie und im Handel nicht mehr zu akzeptablen Profitraten angewandt werden und strömen daher in die Spekulation. Eventuelles Wissen der Spekulanten um den schmalen Grad, auf dem sie sich bewegen, ändert daran nichts, denn der Anlagezwang hat objektive Wurzeln im Kapitalüberschuß.

Der Wochenbericht 26/98 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) teilte mit: „*Die international tätigen Finanzintermediäre, die sich in Asien engagierten, haben diese Gefahren* (Gefahren nämlich, die zur Asienkrise

führten, d. Verf.) - *anders als ex post* (hinterher, d. Verf.) geäußert - *durchaus gekannt und bereits früh darauf reagiert.* Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) weist z.B. bereits für 1994 bei einem weiteren Anstieg der gesamten Kreditaufnahme in Thailand eine deutliche Umschichtung zu einer mehr kurzfristigen Bereitstellung der Finanzmittel aus.“ Mit anderen Worten: Die großen Kreditgeber fingen bereits damals an, den Braten zu riechen, und schichteten langfristige in kurzfristige Kredite um, um rechtzeitig abspringen zu können. Nur: Als es so weit war, hatten sie den Zeitpunkt verpaßt. Sie waren nicht abgesprungen, obwohl sie sich die Möglichkeit dazu geschaffen hatten. Dummheit? Diese Erklärung wäre zu kurz gegriffen. Kapitalüberschuß ist Kapitalüberschuß, und Anlagezwang ist Anlagezwang. Sie **müssen** nach jedem Strohalm greifen, um das überschüssige Kapital anzulegen. Und so lange es funktioniert, so lange man gute Spekulationsgewinne machen kann, ist die Welt für sie ja in Ordnung. Die Mentalität der Spekulanten erinnert an den Witz von demjenigen, der im 20. Stock aus dem Fenster springt und auf Höhe des 3. Stocks sagt, bis jetzt sei ja alles gut gegangen. Doch nochmals: Diese Mentalität ist objektiv determiniert, und Kostolany's „Idioten“ werden unter den Bedingungen der faulenden kapitalistischen Ordnung gesetzmäßig produziert.

Die Deutsche Bank pumpte noch zwischen Januar und September 1997 37 Milliarden DM nach Südostasien. „Zu Hause war nichts los“, erklärte ihr Chefvolkswirt. (*Spiegel* 12.1.98) Eine völlig präzise und den Sachverhalt korrekt beschreibende Erklärung: „Zu Hause“ war eine Anlage zu akzeptablen Verwertungsraten nicht möglich, und die Verwertung von Kapital ist sein einziger Sinn und Zweck, nicht etwa so „irrationale“ (vom Standpunkt des Kapitals und seiner Funktionäre in der Tat irrationale!) Motive wie die Befriedigung von Konsumbedürfnissen, die „Schaffung von Arbeitsplätzen“ oder dergleichen. In Südostasien hingegen bestand die **Chance** einer Verwertung zu akzeptablen Verwertungsraten, und mangels anderer Chancen mußte man das Risiko, dieses Geld schlichtweg in den Sand zu set-

zen, eben sehenden Auges in Kauf nehmen. Da mußte man auch im Nachhinein nichts bedauern - schließlich hatte man sich „rational“ verhalten.

Die Voraussicht, daß der Crash heranreift, schützt also vor Schaden nicht. Im übrigen muß die wachsende Diskrepanz zwischen industriell erwirtschafteten Profiten und Spekulationsgewinnen stets bereits lange vor einem Crash als sinkende Verwertungsrate des in Aktien angelegten Kapitals in Erscheinung treten. Der Aktionär bezieht die Dividende ja nicht auf den Nennwert der von ihm gehaltenen Aktie, sondern auf den Preis, den er bei Erwerb der Aktie zahlen mußte. Steigt der Kurs einer Aktie, weil infolge einer steigenden Profitrate der Aktiengesellschaft höhere Dividenden ausgeschüttet werden, so besteht hier keine Diskrepanz: die Aktionäre erhalten in diesem Fall deshalb mehr Dividende, weil mehr Profite zu verteilen sind, und ein steigender Kurs spiegelt in diesem Falle nur die gesunde Entwicklung des betreffenden industriellen Unternehmens wider. Steigen die Kurse aber infolge des Spekulationsfiebers, so muß man beim Kauf einer Aktie mehr Geld ausgeben, ohne daß dem steigende Dividenden bzw. eine steigende Profitrate der Aktiengesellschaft entsprechen. Bezieht man den gestiegenen Kaufpreis der Aktie nun auf die gleichbleibende, gefallene oder jedenfalls nicht im gleichen Ausmaß gestiegene Dividende, so ist die Verwertungsrate des zum Kauf der Aktie verwandten Kapitals gefallen. Doch da die Spekulanten nicht um der Dividende willen, sondern um des Spekulationsgewinns willen kaufen, bemerken sie diesen Indikator der „Überhitzung“ der Börse nicht oder nehmen ihn jedenfalls nicht ernst. Umgekehrt verstärkt eine solche Entwicklung den spekulativen Charakter des Aktienmarkts, denn diejenigen, die um der Dividende willen kaufen, ziehen sich dann zunehmend aus diesem Markt zurück.

### **Was geschieht im Börsencrash?**

In der Fieberhause hat sich die Schere zwischen den beiden scheinbar selbständigen Daseinsformen des Aktienkapitals bis zur Zerreißprobe geöffnet. Die im Crash plötzlich einsetzende subjektive Fluchtbewegung aus dem fikti-

ven Kapital drückt nur die objektive Tatsache aus, daß das in der Aktiengesellschaft investierte Kapital dem Wesen nach **nicht** doppelt existiert. Die quantitative Diskrepanz wird beseitigt, indem schlagartig enorme Massen fiktiven Kapitals vernichtet werden.

Zwar gehen hier unmittelbar nur fiktive Werte zugrunde. Die Gesellschaft war z.B. am Abend des 19. Oktober 1987 nicht ärmer an Produktionsmitteln und an Kenntnissen und Fähigkeiten der arbeitenden Menschen als einen Tag zuvor. Doch bevor über 1 Billion Dollar an fiktivem Kapital verloren werden konnten, mußten sie erst einmal aus realem Kapital in fiktives Kapital verwandelt werden, und die hierfür erforderlichen realen Kapitalwerte mußten erst einmal in der Produktion erarbeitet werden. Die Finanzmittel, die im Börsenspiel verpulvert wurden, waren **der Produktion entzogen** worden. Sie waren produziert worden in Milliarden und Abermilliarden Stunden unbezahlter Mehrarbeit (surplus labour; vgl. Kapitel X S. 78 f.). Das zeigt, wie reich diese Gesellschaft sein könnte, wenn die gesellschaftlichen Mittel nicht in den Händen einiger Kapitalmagnaten konzentriert wären, sondern der Gesellschaft selbst zur Verfügung stünden; reich nicht an fiktiven Werten, mit denen spekuliert wird, sondern an Produktions- und Konsumtionsmitteln für die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Im Kapitalismus aber ist Gesetz, „daß der Profit und das Verhältnis dieses Profits zum angewandten Kapital, also eine gewisse Höhe der Profitrate über Ausdehnung oder Beschränkung der Produktion entscheidet“. (Kapital III, MEW 25 S. 269) Ist - gemessen an diesem Maßstab - zu viel Kapital vorhanden, so besteht die objektive Notwendigkeit seiner Vernichtung. Die Vernichtung von Kapital gefällt seinen Eignern nicht, und so suchen sie verzweifelt nach Mitteln und Wegen, dem zu entgehen. Die Spekulation, die Verwandlung fungierenden Kapitals in fiktives Kapital, ist ein solcher Versuch. In der Fieberhause scheint der Versuch erfolgreich, doch im Crash werden die Akteure auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Die Vernichtung von Kapital erfolgt nun doch,

lediglich auf einem Umweg: Zunächst Verwandlung in fiktives Kapital und dann Vernichtung von fiktivem Kapital.

Freilich trifft der Crash nicht alle Anleger in gleichem Maße. Vielmehr tritt in aller Regel ein, was der US-amerikanische Börsenkönig Dow zynisch wie folgt formulierte: „Am Ende eines Booms wandern die Aktien von den Profis zu den Dienstmädchen.“ Dienstmädchen ist hier nicht wörtlich gemeint; für Leute wie Dow sind auch spekulierende Kleinkapitalisten und Yuppies „Dienstmädchen“.

„Profis“ haben eher die Möglichkeit, rechtzeitig Aktien abzustoßen, während dem „kleinen Mann“ mit Hinweis auf die ja immer noch steigenden Kurse noch Aktien aufgeschwatzt werden. Unter die Kategorie des „kleinen Mannes“ fällt hier durchaus auch der kleine Kapitalist, der durch den Gang zur Börse auch einmal etwas von den Maximalprofiten erhaschen will, die sonst nur die Monopole raffen. Im Gegensatz zu den Großanlegern können die „Dienstmädchen“ auch bei den ersten Anzeichen der Krise nicht abstoßen, weil die Broker dann einfach nicht mehr ans Telefon gehen.

Schon Marx hatte geschrieben:

*„Da das Eigentum hier in der Form der Aktie existiert, wird seine Bewegung und Übertragung reines Resultat des Börsenspiels, wo die kleinen Fische von den Haifischen und die Schafe von den Börsenwölfen verschlungen werden.“* (Kapital III, MEW 25 S. 456) Das ist nicht nur im Crash so, im Crash wird es nur am offensichtlichsten.

Doch man täusche sich nicht: Der Crash kann auch mächtige Monopole in die Kategorie der „kleinen Fische“ verstoßen und gar ruinieren. Die Banken scheffeln zwar paradoxerweise gerade im Crash enorme Geldmengen in Form von Provisionszahlungen, da auch bei jedem Panikverkauf, den sie für Kunden tätigen, Provision anfällt. Doch andererseits verlieren auch die Banken: zum einen durch die Vernichtung fiktiven Kapitals in ihrem Besitz, zum anderen durch den Ruin von Kunden, denen sie Kredite gegeben hatten. Bei einer gewissen Heftigkeit des Crashes können sogar

Großbanken in den Ruin getrieben werden - mit all den Folgen, die dies für die Wirtschaft hat.

**Wie steht es nun mit den Rückwirkungen des Crashes auf die Produktion?** Gibt es überhaupt solche Rückwirkungen? Schließlich beeinträchtigen Börsencrashes das in der Produktion fungierende Kapital nicht unmittelbar.

Sie beeinträchtigen allerdings sein Funktionieren nachhaltig. Die Entwertung von fiktivem Kapital bedeutet reale Entwertung von Vermögen in Form von Forderungen. Der Kurs einer Aktie verwandelt sich im Falle ihres Verkaufs ja in eine Kaufpreisforderung, und Kursverfall bedeutet Entwertung dieser potentiellen Forderungen. Der Kurs von Aktien bestimmt also das Vermögen und damit die Zahlungsfähigkeit ihrer Eigner.

Die rapide Entwertung dieses Vermögens durch einen Crash drückt daher auf die Konsumnachfrage und vor allem auf die Investitionsnachfrage und hemmt somit die Verwertung des produktiven Kapitals. Es kommt hinzu, daß der Kreditrahmen sich verengt, und auch über Aktienemissionen ist nach dem Crash kein Geld zu bekommen. Industrieunternehmen, die große Mengen fiktiven Kapitals durch den Crash verloren haben, können unter den Zwang geraten, durch Einschränkung der Produktion Geldmittel flüssig zu machen. Dieser Zwang wird um so größer, wenn sie Kredite zum Kauf von Aktien aufgenommen hatten und diese Kredite nun trotz Entwertung der Aktien zurückzahlen müssen.

**Stets also hat der Crash negative Rückwirkungen auf die Produktion.** *„Dies fiktive Geldkapital ist in Krisen enorm vermindert und damit die Macht seiner Eigner, Geld darauf im Markt aufzunehmen. Die Verminderung der Geldnamen dieser Wertpapiere im Kurszettel hat jedoch nichts zu tun mit dem wirklichen Kapital, das sie vorstellen, dagegen sehr viel mit der Zahlungsfähigkeit seiner Eigner.“* (Kapital III, MEW 25 S. 510)

Die Auswirkungen von Finanzkrisen auf die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Produktion sind allerdings unterschiedlich stark. Beim Crash 1987 waren die Folgen vergleichsweise harmlos; eine langanhaltende Boomerperiode

folgte. Angesichts der heute ohnehin schon stark zugespitzten krisenhaften Entwicklung des kapitalistischen Welt-systems wird der nächste weltweite Crash aller Wahrscheinlichkeit nach weit schwerwiegendere Folgen haben.

Im übrigen wirkt nicht nur der Crash, der schlagartig, katastrophenhaft hereinbrechende Verfall der Kurse, negativ auf die Produktion, sondern auch ein langanhaltender schleichender Verfall der Kurse.

Immer nach einem Börsencrash dämmert den Apologeten des Kapitalismus die längst verdrängte Einsicht, daß Werte nur in der Produktion geschaffen werden. So äußerte Dr. Claus Köhler vom Direktorium der Deutschen Bundesbank bei der Vorstellung des Jahresberichts 1987 der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wertpapierbörsen: *„Die Finanzmärkte mit ihren Börsen sind dazu da, die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen und Haushalte finanziell zu begleiten. Man hat den Eindruck, daß die Märkte, vor allem die internationalen Märkte, im letzten Jahr darüber hinausgegangen sind.“* Unter dem Eindruck des Crashes predigte er „den Finanzmärkten“ also Moral. „Die Finanzmärkte“ werden beeindruckt gewesen sein...

Professor Lester Thurow, Chef der Sloan School of Management am Massachusetts Institute of Technology: *„Jedes elementare Wirtschaftslehrbuch wird Ihnen sagen, daß das Finanzwesen dazu da ist, der Industrie zu dienen; wir sind jetzt damit zu gange, die Industrie zu einem Spielzeug des Finanzwesens zu machen.“* (zitiert nach Welzk, Stefan, Vom Börsencrash zur Wirtschaftskrise, Stuttgart 1988, S. 59)

Es fehlt den Herrschaften nicht an Selbsterkenntnis. Es fehlt an einem Ausweg innerhalb ihres eigenen Systems. *„Der Kapitalismus ist so weit entwickelt, daß die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor ‘herrscht’ und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den ‘Genies’ der Finanzmächenschaften zufallen. Diesen Mächenschaften und Schwindeleien liegt die Vergesellschaftung der Produktion zugrunde, aber der gewaltige Fortschritt der Menschheit, die*

*sich bis zu dieser Vergesellschaftung emporgearbeitet hat, kommt den - Spekulanten zugute.*“ (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 211; oder LAW II S. 666 f.) Der Ausweg, den Lenin vorschlug, ist für die Apologeten des Kapitals und ihre Auftraggeber freilich nicht gangbar.

## DIE AKTIE: DEMOKRATISIERUNG DES KAPITALS?

Nach alledem versteht sich von selbst, wie verlogen die apologetische Predigt ist, die Aktie sei die „Demokratisierung des Kapitals“, die Bildung von „Volkskapital“. Schließlich könne jeder Aktien erwerben und damit „Unternehmer werden“. Natürlich kann man bereits mit geringen Geldsummen Aktien erwerben, aber außer dem Kassieren von Dividenden kann man mit diesen Aktien nichts „unternehmen“, als sie wieder zu verkaufen: Um realen Einfluß auf das Unternehmen zu haben, braucht man zumindest mal eine satte Sperrminorität, und das ist für Kleinanleger utopisch.

Bereits Hilferding schrieb:

*„Während nach der kleinbürgerlichen Theorie die Aktien die ‘Demokratisierung des Kapitals’ bedeuten sollen, sucht die kleinbürgerliche Praxis - immer noch vernünftiger - den Aktienbesitz auf die Kapitalisten zu beschränken. Die Vertreter der großkapitalistischen Praxis schließen sich bereitwilligst diesen Warnungen an, in dem angenehmen Bewußtsein, daß sie nicht allzuviel nützen werden. ‘Wer festen Zins zum Leben braucht’, meint der Sachverständige Arnold, ‘der darf keine Aktien kaufen.’ Die schwankenden Erträge einer Aktie, wird dann im folgenden ausgeführt, sind für den, der seine Zinsen zum Leben braucht, nur eine Quelle von Kapitalverlusten, weil ihn hohe Dividenden meist zu einer Erhöhung seines Etats veranlassen; er benützt hohe Kurse nicht zum Verkauf, sondern tut das in der Regel erst dann, wenn er durch kleine Dividenden und niedrige Kurse ängstlich geworden ist (und das wird er immer, weil er keinen Einblick in die wirkliche Lage des Geschäftes hat und daher dem Kurs, dem ‘Urteil’ der Börse, glauben muß) oder aus sonstwelchen Anlässen verkaufen muß.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 179; oder Ausgabe EVA S. 191)

Der Kleinaktionär bringt dem Großkapital in verschiedener Hinsicht Vorteil. Er stellt den großen Aktiengesellschaften Mittel für Investitionen zur Verfügung. Die großen Spekulanten prellen ihn, ziehen ihre Gewinne aus seinen Verlusten. Und nicht zu vergessen der Vorteil, den die Bourgeoisie daraus zieht, daß Kleinanleger durch die Hoffnung auf Sicherheit durch Aktienbesitz oder durch die Hoffnung auf die „schnelle Mark“ oder durch das Gefühl von Freiheit und Abenteuer ideologisch an den Kapitalismus gebunden werden.

Vor allem aber: Rein juristisch können Kleinaktionäre in „ihren“ Unternehmen zwar mitbestimmen, da das Eigentum an jeder Aktie **ein** Stimmrecht auf der Hauptversammlung ergibt. Tatsächlich aber übertragen sie in aller Regel ihr Stimmrecht auf die Bank, die die Aktien in ihren Depots verwaltet. Hinsichtlich ihrer Möglichkeit zur Einflußnahme eignen sie sich damit zugunsten der Bank selbst, und dafür zahlen sie der Bank noch Provision. Das sogenannte **Depotstimmrecht** der Banken, vor allem der Großbanken, verstärkte deren Möglichkeit, Gesellschaften mit relativ wenig eigenem Aktienbesitz zu beherrschen. So schlug die Streuung des Aktienbesitzes in ihr Gegenteil um, in noch stärkere Konzentration der Verfügungsgewalt in den Händen der Finanzmagnaten.

*„Nach der Bundesbank-Depot-Untersuchung steckte das dort betrachtete Aktienkapital 1994 zu 55 % in den Kundendepots der Banken. Weitere 8 % bis 9 % besaßen die Banken selbst, so daß nur 37 % dieses Aktienkapitals voll in der Verfügungsgewalt von Nichtbanken lag. (...) Neben der annähernden Zwei-Drittel-Mehrheit des Bankeneinflusses behaupten sich (...) in erster Linie noch die Produzierenden Unternehmen, die 22 % des Aktienvermögens autonom verwalten (Industriekapital, das in Aktienbesitz zur Beherrschung anderer Unternehmen verwandelt wurde, d. Verf.), und ausländische Eigner (wahrscheinlich v.a. Muttergesellschaften hiesiger Töchter) mit knapp 8 %. Die Privatpersonen und der Staat als Eigner konzentrieren nur jeweils 3 % der vollen Aktienverfügungsgewalt auf sich. Im Fall der*

*Privatpersonen dürfte das vor allem die Größtpakete der (Ex-) Industriellenfamilien betreffen.“*

(isw Report Nr. 32, sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München, S. 16)

Der Streubesitz von Kleinaktionären spielt also tatsächlich eine bedeutende Rolle: nämlich bei der voranschreitenden Zentralisation der Macht in den Händen immer weniger Finanzoligarchen.

Seit März 1998 dürfen Banken in einer Hauptversammlung nicht mehr für ihre Kunden abstimmen, wenn sie zugleich Stimmen aus einer Eigenbeteiligung an der Aktiengesellschaft von mehr als fünf Prozent ausüben, jedoch bezieht sich dies **ausdrücklich nicht auf Einzelvollmachten**. Kaum jemand wagte es, diese „Reform“ als „Demokratisierung des Aktienrechts“ anzupreisen. Ganz im Gegenteil erklärten bürgerliche Kommentatoren, es handle sich nicht um eine wirkliche Reform, sondern bloß um eine „Beruhigungsspielle“; am Depotstimmrecht der Banken sei „kein grundsätzlicher Abstrich erfolgt“. (Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 10/98)

Im „Gegenzug“ schanzte die gleiche Reform des Aktienrechts den Banken bedeutende neue Vorteile zu. Die Verjährungsfrist bei fehlerhaften Informationen der Bankkunden über Wertpapiere sank von 30 Jahren auf drei Jahre. Die Haftung der Banken für falsche Informationen in Börsenzulassungsprospekten und Firmenberichten wurde von fünf auf drei Jahre verkürzt. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen sprach von einem „Frontalangriff auf den Anlegerchutz“, und auch die Schutzgemeinschaften der Aktienbesitzer protestierten lauthals - vergeblich. (FR 6.3.98)

Bei den Kleinanlegern handelt es sich in aller Regel um Kleinkapitalisten sowie um Angehörige von Mittelschichten alten und neuen Zuschnitts: Handwerker, Händler, Ärzte, Rechtsanwälte etc.; die Aufblähung der Finanzwirtschaft selbst führte zur Entstehung bzw. zum Anwachsen neuer Berufe wie Geldmanager und Anlageberater, Banker, Broker, Makler, Steuerberater, Versicherungsagent. So entstand die Schicht der sogenannten Yuppies (Young Urban Professionals). Zu den Kleinanlegern gehören ferner höhere Ange-

stellte und Manager, die Kapitalfunktionen ausüben, Provisionen und Gewinnbeteiligungen einstreichen. 1997 waren in Deutschland 4,1 Millionen Privatleute Aktienbesitzer - 7,4 % der Bevölkerung im Westen und 2,3 % der Bevölkerung im Osten. (FR 27.3.98)

ArbeiterInnen und kleine Angestellte legen ihre Spargroschen sehr selten in Aktien an. Allerdings geben Unternehmen mitunter „Vorzugsaktien“ an die Belegschaft aus. Das führt dazu, daß sie weniger Löhne zahlen: Diese „Leistung des Arbeitgebers“ ist faktisch ein Lohnbestandteil, doch die Gelder stehen weiterhin dem Unternehmen zur Verfügung. Zugleich versucht man den ArbeiterInnen und kleinen Angestellten einzureden, „als Aktionäre“ seien sie nun am Erfolg des Unternehmens interessiert. Rüdiger von Rosen, Geschäftsführer des Deutschen Aktieninstituts, schwärmte, die Belegschaftsaktie sei „*das optimale Instrument, die Mitarbeiter am Ertrag und an der Substanz des Unternehmens zu beteiligen und somit die Shareholder-Value-Orientierung auch unterhalb der Führungsebenen zu verankern.*“ (FR 27.3.98) Den ArbeiterInnen und Angestellten soll also eingeredet werden, sie seien kleine Kapitalisten. In dem Maße, wie das gelingt, wird der solidarische Zusammenschluß gegen das Kapital nachhaltig behindert. Es ist daher notwendig, derartige Manöver des Kapitals als das zu entlarven, was sie sind. (1997 besaßen 2,9 % der „Arbeitnehmer“ im Westen und 0,8 % der „Arbeitnehmer“ im Osten Belegschaftsaktien; FR ebenda.)

## DIE VERSCHIEDENEN ARTEN VON WERTPAPIEREN

Zwei Wertpapiere (Effekten) haben wir bereits kennengelernt: den Wechsel und die Aktie. Es gibt noch weitere.

Die Effekten *„zerfallen in zwei Hauptgruppen: Geldanweisungen, die nichts anderes darstellen als Schuldscheine, also Kreditpapiere, die auf die Geldsumme lauten, auf die sie ausgestellt sind; deren Hauptrepräsentant ist der Wechsel. Die zweite Gruppe wird dargestellt von Papieren, die nicht die Geldsumme, sondern deren Ertrag repräsentieren; sie zerfallen wieder in zwei Unterabteilungen, in die festverzinslichen Papiere - Staatsschuldscheine und Obligationen - und in die Dividendenpapiere, Aktien.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 159 / Ausgabe EVA S. 173)

Der Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Hauptgruppe ist folgender:

*„Die Papiere der ersten Gruppe sind Schuldscheine. Sie sind ihrer überwiegenden Mehrheit nach entstanden aus Akten der Zirkulation, aus Warenübertragung ohne Dazwischenkunft des Geldes, das hier nur als Zahlungsmittel fungiert hat. Sie haben als Kreditgeld das bare Geld ersetzt. Ihr Handel auf der Börse (oder ihr Ankauf durch die Bank, d. Verf.) bedeutet nur die Übertragung der Kreditgewährung von dem einen auf den andern.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 161 / Ausgabe EVA S. 175)

*„(...) bei den Kreditpapieren ist die Geldsumme das Primäre; Geld oder Wert von gleicher Größe ist wirklich verliehen worden und trägt nun Zinsen. Diese Papiere zirkulieren nur eine bestimmte Zeit - sie finden ihr Ende, wenn das Kapital zurückgezahlt wird. Damit ist der Wechsel verfallen. Daß ständig Wechsel im Umlauf sind, hindert nicht, daß der einzelne Wechsel ständig verfällt und damit das ausgeliehene Kapital an den Ausleiher zurückfließt. Dieser hält dann die Geldsumme wieder in Händen und kann sie von neuem ausleihen. Der Verfall des Wechsels, also der ständige Rück-*

*fluß des Kapitals zu seinem Eigentümer, ist hier die Bedingung der ständigen Erneuerung des Prozesses.*

*Anders in der zweiten Gruppe: Hier ist das Geld definitiv weggegeben; bei den Staatspapieren kann es längst unproduktiv verzehrt sein, also gänzlich verschwunden sein, bei den Industripapieren ist es im Ankauf von konstantem und variablem Kapital ausgegeben, es hat als Kaufmittel gedient, sein Wert ist nun vorhanden in den Elementen des produktiven Kapitals, die Geldsumme ist in den Händen der Verkäufer und kehrt nicht mehr zu ihrem Ausgangspunkt zurück. Die Aktien können dieses Geld schon deshalb nicht mehr repräsentieren, weil dieses Geld in die Hände der Warenverkäufer (der Verkäufer der Elemente des produktiven Kapitals) übergegangen ist, deren Eigentum es damit wurde. Sie repräsentieren aber auch durchaus nicht das produktive Kapital selbst. Denn erstens haben die Aktienbesitzer keinen Anspruch auf irgendeinen Teil des produktiven Kapitals, sondern nur auf das Erträgnis, und zweitens repräsentiert die Aktie nicht irgendeinen konkreten Gebrauchswert nach Art der Warrants oder Ladescheine, wie es sein müßte, wenn die Aktie wirklich einen Anteil an dem produktiv fungierenden Kapital darstellte, sondern sie gibt nur Anspruch auf eine Geldsumme.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 159 f. oder Ausgabe EVA S. 173 f.)

Papiere der erste Unterabteilung der zweiten Hauptgruppe verkörpern den Rechtsanspruch auf künftige Erträge, deren Höhe als feststehend zugesichert wird. Um den ökonomischen Inhalt der zweiten Untergruppe zu erfassen, muß folgendes begriffen werden:

*„Die Form des zinstragenden Kapitals bringt es mit sich, daß jede bestimmte und regelmäßige Geldrevenue als Zins eines Kapitals erscheint, sie mag aus einem Kapital entspringen oder nicht. Erst wird das Geldeinkommen in Zins verwandelt, und mit dem Zins findet sich dann auch das Kapital, woraus es entspringt.“*

(Kapital III, MEW 25 S. 482)

Oder, wie oben schon zitiert:

*„In der kapitalistischen Gesellschaft wird aber (...) jeder regelmäßig (jährlich) wiederkehrende Ertrag als Revenue eines Kapitals aufgefaßt, dessen Größe gleich ist dem zu dem herrschenden Zinsfuß kapitalisierten Ertrag.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 159 / Ausgabe EVA S. 173)

Das haben wir bereits bei der Aktie gesehen: Der jeweilige Kaufpreis oder Kurswert derartiger Papiere ist der kapitalisierte Ertrag. Er hängt zum einen ab vom Ertrag, den das betreffende Papier zum gegebenen Zeitpunkt abwirft, zum anderen vom gegebenen Zinssatz (von irrationalen Erwartungen der Spekulanten einmal abgesehen).

Der jeweilige Preis der Wertpapiere der zweiten Untergruppe - die ja gar nicht auf einen bestimmten **Kapital**betrag lauten - bildet sich also durch Kapitalisierung der regelmäßig fließenden Geldeinnahme zum jeweils gegebenen Durchschnittszinsfuß, zu dem bei einer Bank Geld festverzinslich angelegt werden könnte:

*„Die Sache ist einfach: Gesetzt, der Durchschnittszinsfuß sei 5 % jährlich. Eine Summe von 500 Pfd. St. würde also jährlich, wenn in zinstragendes Kapital verwandelt, 25 Pfd. St. einbringen. Jede feste jährliche Einnahme von 25 Pfd. St. wird daher als Zins eines Kapitals von 500 Pfd. St. betrachtet. Dies ist und bleibt jedoch eine rein illusorische Vorstellung, außer in dem Fall, daß die Quelle der 25 Pfd. St., sei diese nun ein bloßer Eigentumstitel resp. Schuldforderung oder sei sie ein wirkliches Produktionselement, wie etwa ein Grundstück, direkt übertragbar ist oder eine Form erhält, worin sie übertragbar wird.“*

(Kapital III, MEW 25 S. 482)

Der durch Kapitalisierung regelmäßiger Einnahmen gebildete Kapitalbetrag ist illusorisch, denn das betreffende Kapital ist fiktiv, existiert nicht. Im Falle von Aktien existiert es jedenfalls nicht für den Aktionär, denn er kann auf dieses Kapital nicht Zugriff nehmen. Immerhin existiert es als funktionierendes Kapital der Aktiengesellschaft. Im Falle von Staatsanleihen existiert es überhaupt nicht mehr: *„Der Staat hat*

*seinen Gläubigern jährlich ein gewisses Quantum Zins für das geborgte Kapital zu zahlen. Der Gläubiger kann hier nicht seinem Schuldner aufkündigen, sondern nur die Forderung, seinen Besitztitel darüber, verkaufen. Das Kapital selbst ist aufgegessen, verausgabt vom Staat. Es existiert nicht mehr.*“ (ebenda) Hier wird der fiktive Charakter besonders deutlich, Kapital ist aber bereits fiktiv, wenn es zwar in anderer Hand real existiert, aber seitens des Inhabers des betreffenden Papiers nicht greifbar ist. Es ist - wie oben gesehen - in gewisser Weise schon fiktiv, wenn Geld ohne handfestes Äquivalent als Kredit aus der Hand gegeben wird, also im „Glauben“, entsprechend hohes Kapital zurückzuerhalten. Hier wird eine handfeste Ware bereits durch einen bloßen Schuldtitel, eine Forderung, ersetzt.

So ist denn *„das zinstragende Kapital überhaupt die Mutter aller verrückten Formen“* (Kapital III, MEW 25 S. 483). Beispielsweise auch der verrückten Form, daß *„Schulden in der Vorstellung des Bankiers als Waren erscheinen können“*. (ebenda) Nämlich: Das als Kredit aus der Hand gegebene Kapital verwandelt sich für die Bank in eine bloße Forderung gegen den industriellen Kapitalisten. Für letzteren erscheint diese Forderung als Schuld. Das Kapital dient ihm aber zur kapitalistischen Produktion von Waren, und die Waren - einmal vorhanden - erscheinen dem Bankier als Sicherheit für seine Kreditforderung. Die Schulden des Industrieunternehmens erscheinen dem Bankier also als Waren.

## DIE MYSTIFIKATION DES KAPITALS WIRD IM FIKTIVEN KAPITAL AUF DIE SPITZE GETRIEBEN

Das Kapital ist, wie wir aus Kapitel IX wissen, ein **Verhältnis**, nämlich das **Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital**. Es speist sich ausschließlich aus der unbezahlten Mehrarbeit der Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen.

Davon ist beim fiktiven Kapital nichts mehr zu sehen.

*„Auf der Börse erscheint das kapitalistische Eigentum in seiner reinen Form als Ertragstitel, in den das Ausbeutungsverhältnis, die Aneignung der Mehrarbeit, begrifflos verwandelt ist. Das Eigentum hört auf, irgendein bestimmtes Produktionsverhältnis auszudrücken, und wird eine Ertragsanweisung, die ganz unabhängig erscheint von irgendeiner Tätigkeit. Das Eigentum ist losgelöst von jeder Beziehung zur Produktion, zum Gebrauchswert. Der Wert jedes Eigentums erscheint bestimmt vom Wert des Ertrages, eine rein quantitative Beziehung. Die Zahl ist alles (z.B. Aktienkurse, d. Verf.) und die Sache nichts. Die Zahl allein ist das Wirkliche, und da das Wirkliche keine Zahl ist, so ist der Zusammenhang mystischer als der Glaube der Pythagoräer. (Hilferding meint den sich auf die Seiten eines rechtwinkligen Dreiecks beziehenden Lehrsatz des Pythagoras: a im Quadrat + b im Quadrat = c im Quadrat, d. Verf.) Alles Eigentum ist Kapital und Nichteigentum, Schulden sind, wie jede Staatsanleihe beweist, ebenso Kapital, und alles Kapital ist gleich und verkörpert sich in den bedruckten Papierzetteln, die auf der Börse hoch- und niedergehen. Die wirkliche Wertbildung ist ein Vorgang, der ganz der Sphäre der Eigentümer entrückt bleibt und auf völlig rätselhafte Weise ihr Eigentum bestimmt.*

*Die Größe des Eigentums scheint nichts zu tun zu haben mit der Arbeit; ist schon in der Profitrate der unmittelbare Zusammenhang von Arbeit und Kapitalertrag verhüllt, so vollends in der Zinsrate. Die scheinbare Verwandlung alles Kapitals in zinstragendes Kapital, das die Form des fiktiven*

*Kapitals mit sich bringt, löscht vollends jede Einsicht in den Zusammenhang aus. Es erscheint absurd, den Zins, der stets wechselt und in der Tat unabhängig von den unmittelbaren Vorgängen in der Produktion wechseln kann, in Zusammenhang mit der Arbeit zu bringen. Er erscheint als Folge des Kapitaleigentums als solchen, als (...) Frucht des mit Produktivität begabten Kapitals. Es ist wechselnd, unbestimmt, und mit ihm wechselt der 'Wert des Eigentums', eine verrückte Kategorie. (Verrückt, denn Wert kann - wie wir aus Kapitel VIII wissen - normalerweise nur als Tauschwert erscheinen. Doch der Wert der Aktien und damit das Vermögen ihrer Eigentümer verändert sich auch ohne Transaktionen dieser Aktien, durch bloßen Kurswechsel. D. Verf.) Dieser Wert erscheint ebenso rätselhaft, unbestimmt, wie die Zukunft. Der bloße Zeitablauf scheint Zinsen zu bringen, und Böhm-Bawerk macht aus diesem Schein seine Theorie des Kapitalzinses.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 189 f. oder Ausgabe EVA S. 201 f.)

Böhm-Bawerk war ein Vulgärökonom, der an der Erscheinung klebte, wie alle Vulgärökonomien das tun. Das ist ja auch angenehm für die Bourgeoisie und insbesondere für die Spekulanten. Warum sollten sie daran interessiert sein, den Gewinn aus der Arbeit herzuleiten?

Daran kann und muß nur die Arbeiterklasse interessiert sein, denn nur so kann sie die Wurzel ihrer miserablen Lage in der bürgerlichen Gesellschaft erkennen und ausmerzen, indem sie diese Gesellschaftsordnung sprengt. Doch wir haben gesehen: Je mehr wir uns den Erscheinungen an der Oberfläche dieser Gesellschaft nähern, desto verdeckter wird das an sich höchst einfache ökonomische Grundverhältnis dieser Gesellschaft, die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Ohne gründliches Studium des Marxismus kann man den heute außerordentlich komplizierten Mechanismus dieser Ausbeutung nicht wirklich begreifen. Dieses gründliche Begreifen ist aber erforderlich, um den Vorurteilen der öffentlichen Meinung, die ja auf Tatsachen zu beruhen scheinen, fundiert entgegentreten zu können.

## WACHSENDE MACHT DER BANKEN DURCH ZUNAHME DER SPEKULATIONSGESCHÄFTE

Die Börse ist nicht etwa Kapitalmarkt, wie oft fälschlich behauptet wird, sondern der Spielplatz, an dem mit Wertpapieren spekuliert wird. Mit der Entwicklung des Bankwesens trat die Bank aber in Konkurrenz zur Börse.

Die Banken handeln im Auftrage ihrer Kunden mit Wertpapieren und kassieren dafür Provision. So entzieht *„die Großbank der Börse einen Teil ihrer Funktion und wird selbst zum Markt für die Effekten; der Börse bleibt nur ein Restbetrag übrig, der bei den Banken nicht zum Ausgleich kommt. ‘Eine Großbank stellt in sich ein Quantum von Angebot und Nachfrage dar, wie es früher ein bedeutender Börsenplatz allein repräsentierte.’ (Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie 1905)*

*Mit der fortschreitenden Konzentration des Bankwesens wächst die Macht der Großbanken über die Börse außerordentlich (...). ‘Wie sich die Verhältnisse an der Börse entwickelt haben, muß man ja heute, statt von einer Tendenz der Börse, viel eher von einer Tendenz der Großbanken reden, weil diese die Börse immer mehr zu ihrem abhängigen Werkzeug gemacht haben und deren Bewegungen nach ihrem eigenen Belieben lenken. Wie im vergangenen Frühjahr (1907, d.Verf.) die viel erörterte ungünstige Konjunkturprognose einer Großbank den äußeren Anstoß zu dem damaligen plötzlichen Kursrückgang gegeben hatte, dessen innere Ursachen allerdings natürlich viel tiefer lagen, so sind es in dieser Woche umgekehrt Stimulationen und Beruhigungsversuche der Hautebanque gewesen, die die Stimmung der Börse ausgewechselt und sie, die bisher nur für die ungünstigen Momente Aufmerksamkeit hatte, jetzt auch für die günstigen empfänglich gemacht haben.’ (Frankfurter Zeitung vom 21. Juni 1907)*

*Zu diesem starken Einfluß auf die Kursentwicklung kommt aber hinzu, daß die Banken durch ihre zunehmende*

*Verbindung mit der Industrie die Verhältnisse der einzelnen Unternehmungen genau kennen, die Ergebnisse voraussehen, eventuell unter Umständen deren Höhe nach ihren Wünschen beeinflussen können, alles Momente, die den Banken gestatten, bei ihren Spekulationen mit großer Sicherheit zu operieren.* (Natürlich nur relativ, im Vergleich zu anderen Spekulanten, d. Verf.)

*Mit dieser Entwicklung der Großbanken ist natürlich ein Rückgang in der Bedeutung der Börsen verbunden.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 188 f.; oder Ausgabe EVA S. 199 ff.)

Der Fremdhandel mit Effekten umfaßt heute Operationen wie die Vermittlung von Käufen und Verkäufen weltumspannender Konzerne sowie die Vermittlung von Fusionen zwischen solchen Konzernen. Die Übernahme ganzer Konzerne ist heute das wichtigste Mittel der Verwertung des Kapitalüberschusses. Spekulationsobjekt sind nun nicht mehr einzelne Aktienpakete, sondern ganze Konzerne. Oftmals geht es dem Übernehmer darum, die übernommenen Unternehmen auszuschlachten und danach wieder abzustoßen.

Bei Firmenübernahmen fallen für die vermittelnden Banken horrenden Provisionen an, ganz abgesehen vom Machtfaktor, der mit der Vermittlung derartiger Transaktionen verbunden ist. Erfolgt die Übernahme auf Kreditbasis, so streicht die finanzierende Bank überdies enorme Zinsgewinne ein.

„Investmentbanking“ werden die betreffenden Operationen der Bank genannt. Das Investmentgeschäft, also die Tätigkeiten der Bank in Bezug auf die Spekulation mit Unternehmen und ganzen Konzernen, ist ein bedeutendes Mittel, um dem Fall der Verwertungsrate des Bankkapitals entgegenzuwirken. Die zunehmende Bedeutung des Investmentgeschäfts zeigt die enorme Fäulnis der bürgerlichen Ordnung besonders drastisch.

Satte Gewinne für die Banken kommen auch durch ihre Vermittlerrolle bei der Ausgabe (Emission) von Aktien

und anderen Effekten zustande. Gibt ein Industrie- oder Handelsunternehmen Aktien aus, so werden diese Aktien in aller Regel durch Banken an der Börse plaziert. Diese Banken streichen den **Gründergewinn** oder zumindest den größten Teil davon ein. Der Gründergewinn entsteht nicht nur bei der erstmaligen Ausgabe von Aktien, also der Gründung einer Aktiengesellschaft, sondern auch bei jeder Kapitalerhöhung durch Ausgabe weiterer Aktien.

Der Gründergewinn entspringt aus der Verwandlung des realen Kapitals der Aktionäre in fiktives Kapital. Die Aktienkäufer geben reales Kapital aus der Hand, welches nunmehr als produktives Kapital im Unternehmen fungiert, ihnen selbst bleibt aber nur fiktives Kapital, Gewinnerwartung. Der Wert der insgesamt ausgegebenen Aktien ist aber nicht identisch mit dem Gesamtwert des im Unternehmen produktiv angelegten Kapitals, sondern ist - wie wir gesehen haben - kapitalisierte Gewinnerwartung. Letztere ist weit höher als die Gesamtheit des im Unternehmen real verkörperten Kapitals. Die Differenz zwischen diesen beiden Größen - dem Volumen der insgesamt ausgegebenen Aktien einerseits und dem in der Aktiengesellschaft produktiv angelegten Kapital andererseits - ist eben der Gründergewinn.

Er entsteht keineswegs nur dann, wenn die Spekulanten im Fieberwahn übertrieben hohe Gewinnerwartungen hegen. Er entsteht auch dann, wenn tatsächlich nur Aktien im Gesamtwert des kapitalisierten **derzeitigen** Gewinns ausgegeben werden. Hilferding, der den Gründergewinn erstmals ökonomisch erklärt hat, gibt ein Zahlenbeispiel (Ausgabe Dietz S. 126 ff.; oder Ausgabe EVA S. 142 ff.):

*„Nehmen wir ein industrielles Unternehmen mit einer Million Mark Kapital. Der Durchschnittsprofit sei 15 Prozent, der herrschende Zinsfuß 5 Prozent. Das Unternehmen wirft einen Profit von 150.000 Mark ab.“* Dieser jährliche Gewinn von 150.000 Mark ist nunmehr zu kapitalisieren, und zwar unter der Voraussetzung eines Zinsfußes von 5%. Wie hoch muß ein Kapital sein, das bei einem Zinsfuß von 5% jährlich 150.000 Mark abwirft? Drei Millionen Mark.

Die Zinsformel lautet nämlich:

$$Z = \frac{K \times i \times p}{100}$$

wobei K das Kapital, i die Anzahl der Jahre und p der Zinsfuß ist. Dann ergibt sich in unserem Beispiel:

$$Z = \frac{3.000.000 \times 1 \times 5}{100} = 150.000$$

Lösen wir die Formel nach K hin auf, so erhalten wir die **allgemeine Formel für die Kapitalisierung eines regelmäßigen**

$$\text{Größe des fiktiven Kapitals} = \frac{\text{jährliches Geldeinkommen} \times 100}{\text{Durchschnittszinsfuß für Bank-einlagen}} = \frac{150.000 \times 100}{5} = 3.000.000$$

**abfallenden Geldeinkommens aus einem Recht oder einer Sache:**

Werden also Aktien in einer Höhe ausgegeben, die nicht nur der kapitalisierten Gewinnerwartung besonders optimistischer Aktionäre entspricht, sondern sich ganz solide aus der Kapitalisierung der **derzeitigen** Gewinne errechnet, so wäre das Gesamtvolumen der emittierten Aktien drei Millionen Mark. Das ist kein Zaubertrick, sondern beruht ganz einfach darauf, daß die Aktiengesellschaft den Aktionären keinen Durchschnittsprofit als Dividende ausschüttet, sondern eben nur einen Betrag, der sich am Zinsfuß orientiert. Letzterer muß, wie wir wissen, niedriger sein als die Durchschnittsprofitrate, da der Zins sich aus dem industriellen Profit speist, ein Teil davon ist.

Allerdings wird die Dividende normalerweise etwas höher sein müssen als der Zinsfuß, den Banken bei festverzinslichen Anleihen gewähren. Andernfalls würden die Anleger den Kauf festverzinslicher und damit sichererer Anleihen vorziehen. Hilferding unterstellt daher weiter, daß die Aktionäre bei einer Gewinnerwartung von 5 % die Aktien vielleicht nicht kaufen, daß die Dividende bei einem Zinssatz von 5 % schon 7 % betragen muß. Er legt ferner zugrunde, daß vom Gesamtwert der ausgegebenen Aktien der Form der Aktiengesellschaft geschuldete zusätzliche Verwaltungskosten, Tantiemen usw. abgezogen werden müssen, die aus dem Profit der Aktiengesellschaft zu bestreiten sind und folglich nicht in die Dividende eingehen können. Legt man statt der ursprünglich errechneten drei Millionen rund 1.900.000 Mark zugrunde, - und dann wäre Platz für eine Dividende von 7 % **und** für höhere Ausgaben der Gesellschaft - so wäre der Gesamtwert der ausgegebenen Aktien immer noch bedeutend höher als das im Unternehmen vorhandene fungierende Kapital von 1.000.000 Mark. Die Differenz von 900.000 Mark wäre der Gründergewinn.

Der Gründergewinn beträgt also in unserem Beispiel - das auf sehr vorsichtiger Berechnung beruht! - 90 % des im Unternehmen fungierenden Kapitals. Er wird häufig weit höher liegen.

*„Es entspinnt sich (...) eine Art Kampf um die Verteilung des Gründergewinnes zwischen der Gesellschaft und der Bank und damit ein neues Motiv für die Bank, ihre Herrschaft über das Unternehmen zu sichern.“* (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 157; oder Ausgabe EVA S. 171)

Im Normalfall werden die Aktien von einem Bankenkonsortium an der Börse plaziert. Das Bankenkonsortium schießt Kapital vor, welches der Aktiengesellschaft als fungierendes Kapital dient. Aus der Durchschnittsprofitrate können Dividenden gezahlt werden, und durch Kapitalisierung der Dividenden entstehen Aktienkurse. Das Konsortium erhält das vorgeschossene Kapital zurück, aber vermehrt um den Gründergewinn.

Rechtlich ist es der Aktiengesellschaft in bestimmten Fällen zwar möglich, die Beauftragung von Banken zu umgehen, doch dies stößt auf bedeutende Schwierigkeiten. Hat die Gesellschaft nicht bereits einen „guten Namen“, so wird der Kauf dieser Aktien als riskant erscheinen. Um den Aktionären das Risiko zu vergolden, muß dann von Anfang an eine besonders hohe Dividende ausgeschüttet werden.

Stellt man dem „Anteil des Zinsüberschusses am Rohertrag“ den „Anteil des Provisionsüberschusses“ gegenüber („Zinsüberschuß ist der reine Zinsgewinn, also die von den Banken kassierten Zinsen abzüglich der für Depositen gezahlten Zinsen; „Provisionsüberschuß“ sind die Gewinne, die die Banken aus dem „Fremdgeschäft“ ziehen, also aus dem Geschäft auf Rechnung ihrer Kunden; „Rohertrag“ ist die Summe von Zinsüberschuß und Provisionsüberschuß), so ergeben sich im Bilanzvergleich der Jahre 1996 und 1997 für die Konzerne der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank folgende Zahlen:

Bei der Deutschen Bank fiel der Anteil des Zinsüberschusses von 58,04 % auf 52,05 %, während der Anteil des Provisionsüberschusses dementsprechend von 41,96 % auf 47,95 % stieg. Bei der Dresdner Bank fiel der Anteil des Zinsüberschusses von 62,63 % auf 58,29 % und stieg der Anteil des Provisionsüberschusses von 37,37 % auf 41,71 %. Bei der Commerzbank fiel der im Verhältnis relativ hohe Anteil des Zinsüberschusses von 72,21 % nur geringfügig auf 71,46 % und stieg dementsprechend der relativ niedrige Anteil des Provisionsüberschusses von 27,79 % nur auf 28,54 %.

(Quelle: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 9/98)

Der Bilanzposten „Provisionsüberschuß“ enthält insbesondere den Gewinn aus dem Investmentgeschäft und auch den Gründergewinn. (Der Begriff „Gründergewinn“ - ursprünglich von der bürgerlichen Wirtschaftspraxis entwickelt - wird heute nur noch von der marxistischen politischen Ökonomie verwandt. Nachdem durch Hilferding aufgedeckt war, daß **die Banken** diesen Gewinn einstecken, scheute die bürgerliche Wirtschaftssprache diesen Begriff.)

Macht und Bedeutung der Commerzbank (Bilanzsumme 1997: 516,937 Milliarden Mark) sind heute weit geringer als die

Macht und Bedeutung der Deutschen Bank (Bilanzsumme 1997: 1.093,529 Milliarden Mark) und der zum Imperium der mächtigen Allianz gehörenden Dresdner Bank (Bilanzsumme 1997: 676,885 Milliarden Mark). Es fällt auf, daß der Anteil des „Provisionsüberschusses“ bei der Commerzbank weit geringer ist als bei Deutscher und Dresdner Bank und im Gegensatz zum Anteil bei den beiden anderen derzeit auch kaum steigt.

Chase Manhattan, die noch führende Bank der USA, steigerte im zweiten Quartal des Jahres 1998 die Einkünfte aus Provisionen im Investmentgeschäft um 55 % auf 438 Millionen Dollar. Die Nettogewinne insgesamt waren in diesem Zeitraum „nur“ um 16 % gestiegen und betragen 1,07 Milliarden Dollar. Die Provisionen aus dem Investmentgeschäft machten davon also über 40 % aus. Citicorp, die sich nach der Fusion mit Travelers anschickt, die Chase Bank zu überholen, meldete für das zweite Quartal 1998 einen Anstieg der Gewinne um 7 % auf 1,10 Milliarden Dollar, und auch hier ist es das Wertpapiergeschäft, das „die Sache herausreißt“: *„Gute Ergebnisse aus dem Geschäft mit Wertpapieren und Risikokapital glichen einen Rückgang der Gewinne im globalen Privatkundengeschäft sowie ein stagnierendes Quartal im Firmenkundenbereich aus.“* (Handelsblatt 23.7. 98. Nur am Rande sei auf die bemerkenswerte Mentalität der Handelsblatt-Autoren hingewiesen, für die ein „Quartal stagniert“ - wie macht „das Quartal“ das eigentlich? - , wenn in einem Geschäftsbereich die Gewinne nicht gesteigert werden.)

In zunehmendem Maße betreiben die Banken auch Eigenhandel mit Effekten, also Handel auf eigene Rechnung. Würden sie die gewaltigen Geldmengen, die sie in ihren Händen konzentriert haben, nur im Kreditgeschäft anlegen, so würde - wie oben gezeigt - das Verhältnis von Angebot an Krediten und Nachfrage nach Krediten für die Banken immer ungünstiger, was den Zinsfuß nachhaltig drücken würde. Folglich flüchten immer größere Teile des Bankkapitals in fiktives Kapital, werden in Effekten angelegt.

Der „Anteil des Eigenhandels am Betriebsergebnis“ stieg im Konzern der Deutschen Bank im Bilanzvergleich 1996/1997 von 34,99 % auf 87,23 %, bei der Dresdner Bank stieg er von 23,48 % auf 43,70 %, bei der Commerzbank fiel er von 24,21 % auf

1,95 %. (Quelle: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 9/98)  
 Das „Betriebsergebnis“ ist der Jahresüberschuß vor Steuern, Abschreibungen etc. Bei der Deutschen Bank ist somit der Anteil des Eigenhandels am erwirtschafteten Gewinn ganz gewaltig gestiegen, bei der Dresdner Bank ist er immer noch enorm gestiegen, bei der Commerzbank ist er nahezu bedeutungslos geworden. Man kann schließen: Um so größer und mächtiger eine Bank, desto größer sind derzeit die Möglichkeiten und der Zwang zum Eigenhandel mit Effekten.

*„Alle diese Papiere stellen in der Tat nichts vor als akkumulierte Ansprüche, Rechtstitel, auf künftige Produktion, deren Geld- oder Kapitalwert entweder gar kein Kapital repräsentiert, wie bei den Staatsschulden, oder von dem Wert des wirklichen Kapitals, das sie vorstellen, unabhängig reguliert wird (nämlich durch den Markt, auf dem diese Papiere gehandelt werden, d. Verf.).*

*In allen Ländern kapitalistischer Produktion existiert eine ungeheure Masse des sog. zinstragenden Kapitals oder moneyed capital in dieser Form. Und unter Akkumulation des Geldkapitals ist zum großen Teil nichts zu verstehn als Akkumulation dieser Ansprüche auf die Produktion, Akkumulation des Marktpreises, des illusorischen Kapitalwerts dieser Ansprüche.*

(Kapital III, MEW 25 S. 486)

Seitdem Marx dies schrieb, sind sowohl die Masse des fiktiven Kapitals als auch ihr Anteil am zinstragenden Kapital enorm gewachsen.

*„Der größte Teil des Bankierkapitals ist daher rein fiktiv und besteht aus Schulforderungen (Wechseln), Staatspapieren (die vergangnes Kapital repräsentieren) und Aktien (Anweisungen auf künftigen Ertrag). Wobei nicht vergessen werden muß, daß der Geldwert des Kapitals, den diese Papiere in den Panzerschränken des Bankiers vorstellen, selbst soweit sie Anweisungen auf sichere Erträge (wie bei den Staatspapieren) oder soweit sie Eigentumstitel auf wirkliches Kapital (wie bei den Aktien), durchaus fiktiv ist und von dem Wert des wirklichen Kapitals, das sie wenigstens teilweise*

*vorstellen, abweichend reguliert wird; oder wo sie bloße Forderung auf Erträge vorstellen und kein Kapital, die Forderung auf denselben Ertrag in beständig wechselndem fiktivem Geldkapital sich ausdrückt. Außerdem kommt noch hinzu, daß dies fiktive Bankierkapital größtenteils nicht sein Kapital, sondern das des Publikums vorstellt, das bei ihm deponiert, sei es mit, sei es ohne Zinsen.“*

(ebenda, S. 487)

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß auch mit Devisen spekuliert wird, also mit den Kursschwankungen der verschiedenen nationalen Währungen. Das Devisengeschäft - Spekulation im eigenen Namen oder auf Rechnung der Kunden - macht einen nicht unerheblichen Teil des Bankgeschäfts aus.

Die Banken sind die größten Spekulanten der Weltgeschichte, wobei sie vorwiegend nicht mit eigenen, sondern mit fremden Werten spekulieren. So wird man reich und mächtig.

Durch den Ankauf von Staatspapieren sowie die Vergabe von Staatskrediten wächst ihr unmittelbarer Einfluß auf den Staat. Durch den Ankauf von Aktienpaketen gewinnen die Banken bestimmenden Einfluß auf Industrie- und Handelsunternehmungen und diktieren - wenn ihr Anteil groß genug ist - deren Geschäftspolitik. Jede Großbank gebietet heute über ein eigenes Industrie- und Handelsimperium. Wir werden darauf in Kapitel XIV zurückkommen.

## DIE SINKENDE PROFITRATE FÜHRT ZUR FLUCHT IN DIE SPEKULATION

Der wachsende Anteil der Investitionen in fiktives Kapital ist letztlich durch den tendenziellen Fall der Profitrate verursacht. Deren Fall drückt - wie gesehen - auch auf die im Kreditgeschäft zu erzielende Profitrate. Aus diesem Grunde hat das Bankkapital die Tendenz, vom Kreditgeschäft ins Wertpapiergeschäft zu flüchten.

Kommen wir kurz zurück zum Bericht der Bundesbank über das Bankengeschäftsjahr 1996. Für das *Handelsblatt* bestand ein wesentliches, von ihm hervorgehobenes Resümee in folgender Prognose für 1997: „*Dem guten Bankjahr 1996 wird ein nicht minder gutes Jahr 1997 folgen. Die Bundesbank rechnet zwar mit anhaltendem Druck auf die Zinsmarge. Sie erwartet aber, daß die Institute erneut stark von der Entwicklung an den Wertpapiermärkten profitieren werden.*“ (HB 14.8.97) Eine klare Aussage: Man ging davon aus, daß es auch weiter mit dem „Zinsgeschäft“ nicht rosig aussehen würde, daß aber der Handel mit Wertpapieren weiter für eine insgesamt befriedigende Geschäftsentwicklung sorgen würde.

Unmittelbar lag dem freilich ein besonders niedriger Zinsfuß zugrunde. Der Zinsfuß ist nicht immer so niedrig. Zwar sinkt der Zinsfuß tendenziell, doch die langfristige Abwärtsbewegung vollzieht sich in der Form eines ständigen Auf und Ab. Der zu diesem Zeitpunkt besonders niedrige Zinsfuß ließ also erwarten, daß es früher oder später zu einem vorübergehenden Steigen kommen würde. Steigende Zinsen führen aber zum Sinken der Aktienkurse. In der gleichen Ausgabe des *Handelsblatts* wurde daher die Befürchtung geäußert, die Aktienkurse würden künftig sinken. Man erwartete nämlich, die Bundesbank werde die Leitzinsen erhöhen. (Den Grund für diese Erwartung werden wir gleich darstellen.) Ein gewisser Lomax, Sprecher einer Investmentbank, also einer Bank, die ihre Gewinne aus der Spekulation

und nicht aus dem Kreditwesen zieht, jammerte im *Handelsblatt* (14.8.97): „*Der Trend niedriger Zinsen, einer schwachen D-Mark und einer exportgestützten Hausse (hohe Aktienkurse, d. Verf.) scheint nun zu Ende zu sein. Die Bundesbank wird einer weiteren D-Mark-Schwäche mit strafferer Geldpolitik entgegentreten. Die D-Mark wird sich stabilisieren. Damit fällt einer der wichtigsten Haussegründe weg*“, sagte Lomax.“ Die Perspektive steigender Zinsen mußte einem Lomax als Vertreter des fiktiven Kapitals als Schreckgespenst erscheinen.

Wie kommt es, daß das Steigen des Zinsfußes teils erhofft, teils befürchtet wurde? Was für unterschiedliche Interessen oder Triebkräfte sind hier am Wirken?

Zunächst einmal: Unabhängig vom Auf und Ab der Zinsen besteht - wie wir wissen - langfristig die Tendenz zum Sinken des Zinsfußes, beruhend nämlich auf dem Sinken der industriellen Profitrate. Diese Tendenz bewirkt die Flucht von immer mehr Kapital in die Spekulation. Immer mehr Kapital wird der Produktion entzogen, verwandelt sich aber nicht in Leihkapital, sondern in fiktives Kapital. Dies treibt die Aktienkurse in die Höhe. Doch diese Flucht in die Spekulation ist, wie wir gesehen haben, eine Scheinlösung, da das Auseinanderklaffen von fiktivem und fungierendem Kapital auf Dauer zur Entwertung von ersterem führen muß. Entweder schleichend oder katastrophenhaft im Börsencrash.

Börsencrashes tragen zur Destabilisierung der bürgerlichen Ordnung bei. Die Bundesbank bzw. die Europäische Zentralbank als Notenbank gilt als Instrument, das den Börsencrash verhindern könne. Die bürgerlichen Ökonomen glauben nämlich, die Notenbank könne durch ihre Geldmengen- bzw. Zinspolitik das Auf und Ab der Zinsen einerseits und damit auch der Aktienkurse andererseits steuern. Vordergründig gesehen stimmt das auch:

Die Bundesbank als Notenbank legt die Zinsen fest, zu denen sie den Geschäftsbanken Kredit gibt, und damit nimmt sie auch bestimmenden Einfluß auf die jeweilige

Höhe des Zinsfußes, zu dem die Geschäftsbanken Industrie- und Handelsunternehmen kreditieren. Entsprechende Operationen wird nach der Währungsunion die Europäische Zentralbank ausüben. Sind die Zinsen niedrig, so steigt die Nachfrage nach Krediten einerseits, zugleich aber wird das Spekulationsgeschäft **noch stärker angekurbelt**, da Finanzanlagen in Wertpapieren - insbesondere Aktien - sich weit besser verzinsen. Die Nachfrage nach Krediten, die in der Produktion investiert werden, wird ja auch bei niedrigen Zinsen durch das tendenzielle Sinken der industriellen Profitrate gedrückt. (Das zeigt sich auch daran, daß die Industriekonzerne selbst Spekulation betreiben. Das Spekulationsgeschäft macht einen um so höheren Anteil ihrer gesamten Investitionen aus, je mehr Geldmittel sie angehäuft haben. So wird Siemens spaßhaft, aber durchaus zutreffend als Bank mit angeschlossener Elektroabteilung bezeichnet.) **Der Anreiz zur Spekulation ist heute in der Regel stärker als der von niedrigen Zinsen ausgehende Anreiz zu produktiven Investitionen.**

Das Steigen der Aktienkurse muß notwendigerweise an einen Punkt führen, an dem Spekulanten kalte Füße bekommen und Aktien abstoßen, und tendenziell droht dann immer ein Börsencrash. Der Theorie der bürgerlichen Ökonomen zufolge wirkt die Notenbank dem entgegen, indem sie bei „Überhitzung“ der Börse die Zinsen erhöht und damit eine „Abkühlung“ bewirkt, also ein **langsames** Sinken der Aktienkurse. Der Crash soll so vermieden werden. Doch wohin soll das Kapital fließen, das nun aus der Spekulation abfließt? In die Produktion? Die Verteuerung von Krediten macht produktive Investitionen bei ohnehin sinkenden Profitraten ganz gewiß nicht attraktiv. Dieses Kapital wird also eher in festverzinsliche Papiere fließen.

Hinzu kommt folgendes:

Steigende Leitzinsen der Notenbank bedeuten gleichzeitig, daß diese weniger Geld in Umlauf bringt: Die Nachfrage nach Geld geht ja zurück. Durch die geringere Geldmenge steigt der Kurs der Mark bzw. des Euro gegenüber anderen Währungen. Die Mark bzw. der Euro wird dann „här-

ter“. Damit werden aber deutsche bzw. europäische Waren im Ausland teurer, und der Export geht zurück. Dies wiederum hemmt die inländische bzw. europäische Industrieproduktion zusätzlich und fördert damit die Flucht in die Spekulation.

Die scheinbar unabhängige Notenbank mag sich in ihren „geldmengenpolitischen und zinspolitischen Entscheidungen“ noch so souverän fühlen: Ihr Handeln wird von den unlösbaren Widersprüchen der kapitalistischen Ordnung diktiert, anstatt diese Widersprüche zu regulieren oder gar zu beherrschen. Was immer sie tut: Es ist falsch. Bei niedrigen Zinsen und großer Geldmenge fördert sie die Spekulation und hemmt damit die Produktion. Bei hohen Zinsen und geringer Geldmenge mag sie vorübergehend die Spekulation hemmen, doch sie hemmt die Produktion aufgrund verteuerter Kredite und sinkenden Exports noch mehr und fördert damit die Spekulation mittelfristig noch mehr. Kein Wunder: Um wirklich die Produktion zu fördern, müßte sie die Ursachen abstellen, die zum tendenziellen Fall der Profitrate führen. Doch diese Ursachen liegen in der bürgerlichen Ordnung selbst.

Paradoxerweise jubeln führende Bankenvertreter nicht selten über niedrige Zinsen, weil diese das Spekulationsgeschäft fördern. So erklärte der Chefökonom der Bayerischen Vereinsbank Hüfner: *„Deutschland kann aufatmen: Zinsen und Inflation bleiben im Keller, die Wirtschaft wächst kräftig.“* (Zeitschrift *Capital*, Mai 98) „Die Wirtschaft“, deren Wachstum Hüfner bejubelte, ist die Spekulation in Effekten. Niedrige Zinsen bejubelte er deshalb, weil sie günstig für die Spekulation sind. Der Herr Chefökonom ahnte anscheinend nicht, daß er damit letztlich die fallenden Profitraten bejubelte, welche in letzter Analyse die Ursache niedriger Zinsen sind, daß er damit weiter die wachsende Schere zwischen Spekulation und Produktion und damit den nächsten Crash bejubelte.

Das Anwachsen der Spekulation beruht - wie schon mehrfach gesagt - nicht etwa auf einer rein subjektiv determinierten Unmoral der Spekulanten, sondern auf dem wach-

senden Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der Produkte. Es wird für Kapitalanleger immer schwerer, die gewaltigen Finanzmittel, die sich in ihren Händen befinden, innerhalb der Produktion zu verwerten, denn kapitalistische Verwertung beinhaltet die Einengung der Konsumfähigkeit der breiten Massen und engt damit die Märkte ein. Der Versuch, mit Zinspolitik, mit Geldmengenpolitik oder auch mit Moralpredigten gegen die Spekulationswut anzugehen, ist daher ein Kampf gegen Windmühlenflügel.

Führende Vertreter der Großbanken sagen immer häufiger, das „Kreditgeschäft“ lohne sich kaum mehr. Angesichts des noch bestehenden gewaltigen Volumens des Kreditgeschäfts sind derartige Sprüche zwar durchaus überspitzt: die Investitionen der Banken in Kredite übersteigen die Investitionen in Wertpapiere noch bei weitem. Derartige Sprüche drücken aber durchaus zutreffend aus, daß diese Herrschaften angesichts der mit dem Fall der industriellen Profitrate verbundenen Sinken der Zinsmarge ihre Zukunft in zunehmendem Maße im Effektengeschäft sehen.

Die Deutsche Bank wies Ende 1997 ein Konzern-Kreditvolumen von 429,4 Milliarden Mark und eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 9,1 % aus. (Gegenüber dem Vorjahr waren hier allerdings durch Wertpapiere unterlegte Kreditforderungen aus diesem Bilanzierungsposten herausgenommen worden, so daß die reale Steigerung etwas höher sein dürfte.) Die Dresdner Bank bezifferte ihr gesamtes Kreditvolumen auf 289,881 Milliarden Mark und die Steigerung gegenüber dem Vorjahr auf 15,4 %. **Der Wertpapierbestand war bei beiden zwar deutlich niedriger als das Kreditvolumen, war aber gegenüber dem Vorjahr in wesentlich höheren Raten gestiegen:** Bei der Deutschen Bank betrug er 249,738 Milliarden Mark und war um 40,7 % gestiegen, bei der Dresdner Bank belief er sich auf 121,081 Milliarden Mark und war um 37,3 % gestiegen. (Quelle: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 9/98) Angesichts dieser Zuwachsraten bei den Effekten sind die Zuwachsraten des Kreditvolumens doch recht gering.

Stellen wir wieder die Commerzbank gegenüber, so ergibt sich im Bilanzvergleich 1996/1997:

Das Konzern-Kreditvolumen stieg von 309,458 Milliarden Mark auf 358,029 Milliarden Mark, mithin um 15,7 %, also stärker als bei den beiden anderen, bedeutend stärker als bei der Deutschen Bank. Absolut war und ist das Kreditvolumen höher als bei der weit bedeutenderen Dresdner Bank. Der Wertpapierbestand stieg um 31,9 % auf 86,137 Milliarden Mark, also geringer als bei den beiden anderen, und absolut lag er **weit** unter dem der Deutschen Bank. Auch hier zwar stärkerer Anstieg des Wertpapierbestandes als des Kreditvolumens (ersterer prozentual ungefähr doppelt so hoch wie letzterer), doch im Vergleich zu den mächtigeren Banken ergibt sich, daß letztere sehr viel schneller aus dem Kreditgeschäft ins Effektingeschäft flüchten.

Stellen wir die festverzinslichen Anlagen einerseits und die Aktien sowie anderen nicht festverzinslichen Anlagen andererseits einander gegenüber, so ergibt sich im Bilanzvergleich 1996/1997 für Deutsche, Dresdner und Commerzbank:

**Deutsche Bank:** Die festverzinslichen Wertpapieranlagen stiegen um 50,4 % von 137,633 Milliarden DM auf 206,958 Milliarden DM, die nicht festverzinslichen um 14,9 % von 27,517 Milliarden DM auf 31,630 Milliarden DM. (Wechsel und andere Schuldtitel fielen von 12,303 Milliarden Mark auf 11,150 Milliarden Mark.)

**Dresdner Bank:** Die Festverzinslichen stiegen um 38,7 % von 73,763 Milliarden DM auf 102,317 Milliarden DM, die nicht Festverzinslichen um 56,5 % von 11,190 Milliarden DM auf 17,508 Milliarden DM. (Wechsel und andere Schuldtitel fielen von 3,208 Milliarden Mark auf 1,256 Milliarden Mark.)

**Commerzbank:** Die Festverzinslichen stiegen um 29,7 % von 54,152 Milliarden Mark auf 70,258 Milliarden Mark, die nicht Festverzinslichen um 14,7 % von 8,633 Milliarden Mark auf 9,898 Milliarden Mark. (Wechsel und andere Schuldtitel stiegen hier immerhin von 2,543 Milliarden Mark auf 5,981 Milliarden Mark.)

(Quelle: ebenda)

Da der Anteil der nicht festverzinslichen Papiere noch weit geringer ist als der Anteil der festverzinslichen, könnte es scheinen, als würde sich das Spekulationsrisiko der Großbanken doch in Grenzen halten. Nun darf man sich in der Tat kein übersteigertes Bild machen, das Finanzsystem sei bereits derart untergraben, daß es binnen kürzester Frist vollständig zusammenbrechen müsse. Andererseits hat auch die Anlage in festverzinslichen Papieren durchaus spekulativen Charakter, wenn die Zahlungsfähig-

keit des Emittenten zweifelhaft ist. (Der größte Teil dürften Staatsanleihen sein, und wie „sicher“ ist schon dieser Staat?!) Für die riskantesten Anlagen erhält man die höchsten Zinsen.

Allerdings ist die Anlage in nicht festverzinslichen Papieren grundsätzlich die riskantere Spekulation, und hier läßt sich feststellen:

Der Anstieg der Festverzinslichen ist bei der Dresdner Bank prozentual weit geringer als der Anstieg der nicht Festverzinslichen. Umgekehrt bei der Commerzbank. Die Deutsche Bank scheint mit dem hohen Anstieg der Festverzinslichen insoweit aus dem Rahmen zu fallen, doch hier ist wieder zu berücksichtigen, daß die Deutsche Bank mit Wertpapieren unterlegte Kreditforderungen 1997 im Gegensatz zur Vorjahresbilanz nicht unter dem Posten Kreditvolumen und folglich wohl unter dem Posten Wertpapierbestand berücksichtigte, das Bild insoweit also verzerrt ist. - Im übrigen zeigt sich hier, daß Wechsel und sonstige Schuldtitel - also verhältnismäßig sichere Papiere - für das Geschäft der Großbanken fast bedeutungslos geworden sind und daß ihre Bedeutung gerade bei Deutscher und Dresdner Bank weiter abnimmt.

Allgemein läßt sich wohl sagen: Je stärker und mächtiger eine Bank, desto größer der Zwang zu riskanteren Spekulationsgeschäften.

Zwar kann, wie wir gesehen haben, ein Spekulant nur gewinnen, was der andere verliert, die Großbanken aber wäñnen sich in alle Ewigkeit auf der Gewinnerseite und kommen zu dem Schluß, Kredite für Investitionen in der Industrie würden sich „immer weniger lohnen“. Wäre es dann nicht am „zukunftsträchtigen“, die Produktion einzustellen und sich nur noch mit Spekulation zu befassen?

Selbstverständlich haben die Akteure nicht die Möglichkeit, die Absurdität des Geschehens zu erkennen und Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Die Akteure sind selbst die Getriebenen, getrieben vom Verwertungszwang des Kapitals, getrieben von dem verzweifelt Bemühen, dem Kapital trotz fallender industrieller Profitraten und damit verbundener fallender Zinsraten „befriedigende“ Verwertungsraten zu sichern.

Der Kredit war einst ein mächtiges Mittel der Beschleunigung des Wachstums der kapitalistischen Industrie und hatte insoweit durchaus fortschrittlichen Charakter: *„Das Kreditwesen beschleunigt (...) die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts, die als materielle Grundlagen der neuen Produktionsform bis auf einen gewissen Höhegrad herzustellen, die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise ist.“* (Kapital III, MEW 25 S. 457). Die zunehmende Tendenz „des Kreditgewerbes“, aus dem Kreditgeschäft in das Effektengeschäft, aus dem Leihkapital ins fiktive Kapital zu flüchten, zeigt den enormen Fäulnisgrad der bürgerlichen Ordnung. Diese Gesellschaftsordnung hat keine Zukunft mehr.



## V.

# DAS KAPITALISTISCHE GRUNDEIGENTUM

Produziert der industrielle Kapitalist nicht auf eigenem Grund und Boden, so muß er dem Grundeigentümer Pacht zahlen. Die Pacht zahlt er ausschließlich aus dem industriellen Profit, der aus der unbezahlten Mehrarbeit der LohnarbeiterInnen entspringt. Ebenso wie er dem Handelskapitalisten einen Teil des industriellen Profits abtreten muß, muß er auch dem Grundeigentümer einen Teil abtreten.

Die Pacht enthält die Grundrente, mit der wir uns so gleich befassen werden, kann aber noch andere Elemente enthalten. *„Ist auf der gepachteten Bodenfläche bereits Kapital angelegt worden, zum Beispiel in Wirtschaftsgebäuden oder Bewässerungsanlagen, so muß der Pächter an den Grundeigentümer außer der Grundrente einen jährlichen Zins für dieses Kapital entrichten.“* (Politische Ökonomie, Lehrbuch, Moskau 1954, Ausgabe Dietz Verlag Berlin 1955, S. 208) Ließe der Grundeigentümer nämlich selbst produzieren, so wäre es sein fixes Kapital, auf welches als Bestandteil des Gesamtkapitals Durchschnittsprofit abfiel. Er überläßt es aber dem Pächter, der diese Investition in fixes Kapital spart, dafür dann aber auf dieses fremde Kapital, das ihm auf Zeit geliehen ist, in entsprechender Höhe Zins zahlen muß.

## DIE GRUNDRENTE

Eine andere ökonomische Kategorie aber ist die **Grundrente**. Sie basiert nicht darauf, daß irgendwelches Kapital investiert wurde, also irgendwann einmal Arbeit geleistet wurde, die dieses Kapital als Mehrwert produziert hätte. Sie basiert einzig und allein auf dem Eigentum an Grund und Boden.

*„Die kapitalistische Grundrente spiegelt die Beziehungen zwischen den drei Klassen der bürgerlichen Gesellschaft wider, nämlich zwischen Lohnarbeitern, Kapitalisten und Grundeigentümern. Der durch die Arbeit der Lohnarbeiter geschaffene Mehrwert fällt zunächst dem kapitalistischen Pächter (also dem Industrie- oder Agrarkapitalisten, d. Verf.) zu. Ihm verbleibt ein Teil des Mehrwerts in Form des Durchschnittsprofits auf sein Kapital. Den anderen Teil des Mehrwerts, der einen Überschuß über den Durchschnittsprofit bildet, muß der Pächter in Form der Grundrente an den Grundeigentümer zahlen.“* (ebenda S. 208)

Wie kommt es, daß der Grundeigentümer ohne eigene Arbeit und ohne direkte Ausbeutung fremder Arbeit eine Zahlung erhält?

*„Das bloße juristische Eigentum am Boden schafft dem Eigentümer keine Grundrente. Wohl aber gibt es ihm die Macht, seinen Boden solange der Exploitation (Ausbeutung, hier im Sinne von Nutzung, d. Verf.) zu entziehen, bis die ökonomischen Verhältnisse eine Verwertung desselben erlauben, die ihm einen Überschuß abwirft, sei es, daß der Boden zur eigentlichen Agrikultur verwandt werde, sei es zu andren Produktionszwecken, wie Bauten etc.“*

(Kapital III, MEW 25 S. 765)

Die an den Grundeigentümer zu zahlende Grundrente ist weder ein vom Käufer zu tragender Aufschlag auf den Wert der Ware noch ein Abschlag vom Produktionspreis, den der individuelle Kapitalist als Verkäufer seiner Waren zu tragen hätte. Es geht vielmehr ein anderer Prozeß vor sich:

In der landwirtschaftlichen Produktion ist die organische Zusammensetzung des Kapitals niedrig, der Mehrwert in Bezug auf das angewandte Gesamtkapital also relativ hoch. „Im Normalfall“ würde der über den Durchschnittsprofit hinaus erzielte Mehrwert in Produktionszweige mit hoher organischer Zusammensetzung abfließen. Hier aber saugt die Grundrente einen Teil dieses „überschüssigen“ Mehrwerts auf: *„In der Industrie gleichen sich diese verschiedenen Massen von Mehrwert zum Durchschnittsprofit aus und verteilen sich auf die einzelnen Kapitale gleichmäßig als auf aliquote Teile des Gesellschaftskapitals. (vgl. Kapitel XI, d. Verf.) Das Grundeigentum, sobald die Produktion Grund und Boden braucht, sei es zur Agrikultur, sei es zur Extraktion von Rohstoffen, hindert diese Ausgleichung für die im Boden angelegten Kapitale und fängt einen Teil des Mehrwerts ab, der sonst in die Ausgleichung zur allgemeinen Profitrate eingehn würde. Die Rente bildet dann einen Teil des Werts, spezieller des Mehrwerts der Waren, der nur statt der Kapitalistenklasse, die ihn aus den Arbeitern extrahiert hat (herausgezogen, den Arbeitern abgepreßt hat; d. Verf.), den Grundeigentümern zufällt, die ihn aus den Kapitalisten extrahieren.“* (Kapital III, MEW 25 S. 779 f.)

Grundeigentum ist somit *„eine Quelle von Revenue (eine Einkommensquelle, d. Verf.). Es ist ein Titel (Rechtsanspruch, d. Verf.), ein Mittel, das den Eigentümer der Produktionsbedingung befähigt, in der Produktionssphäre, worin der Gegenstand seines Eigentums als Produktionsbedingung eingeht, den Teil der vom Kapitalisten erpreßten unbezahlten Arbeit sich anzueignen, der sonst als Überschuß über den gewöhnlichen Profit in die Kapitalkasse geworfen würde (nämlich zur Verteilung unter alle Kapitalisten gemäß dem Gesetz der Durchschnittsprofitrate zur Verfügung stünde, d. Verf.). Dies Eigentum ist ein Mittel, diesen Prozeß, der in den übrigen kapitalistischen Produktionssphären stattfindet, zu verhindern und den in dieser besondern Produktionssphäre erzeugten Mehrwert in ihr selbst festzuhalten, so daß er sich jetzt teilt zwischen dem Kapitalisten und dem Grundeigentü-*

*mer. Dadurch wird Grundeigentum eine Anweisung auf unbezahlte Arbeit, Gratisarbeit, wie Kapital es ist. Und wie im Kapital die vergegenständlichte Arbeit des Arbeiters als Macht über ihn erscheint, so erscheint im Grundeigentum der Umstand, daß es seinen Eigentümer befähigt, einen Teil der unbezahlten Arbeit dem Kapitalisten abzunehmen, so, daß das Grundeigentum eine Quelle von Wert ist.“*

(Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2 S. 36 f.)

Dabei ist unterstellt, daß der Kapitalist auf fremdem Grund und Boden produzieren läßt. Ist der Kapitalist aber Eigentümer des Bodens, auf dem er produzieren läßt, so streicht er die Grundrente selbst ein.

Es muß zwischen verschiedenen Formen der Grundrente unterschieden werden:

Die **absolute Grundrente** entspringt aus dem Privateigentum an Grund und Boden schlechthin.

Die **Differentialrente** entspringt aus folgendem: In der Industrie wird Kapital normalerweise nur unter Bedingungen angewandt, unter denen es Durchschnittsprofit abwirft. Ist dieser nicht zu erzielen, so fließt es in andere Produktionszweige. Angesichts der Beschränktheit des Bodens findet ein entsprechender Vorgang in Bezug auf den Boden aber nicht statt. Hier müssen auch die schlechtesten Böden genutzt werden und die absolute Grundrente abwerfen. Da bessere Böden ertragreicher sind als die schlechteren, werfen sie über die absolute Grundrente hinaus eine zusätzliche Grundrente ab, eben die Differentialrente.

Absolute Grundrente und Differentialrente bezeichnet Marx als „die einzig normalen“ „Formen der Rente“. (Kapital III, MEW 25 S. 772) „Außerhalb derselben kann die Rente nur auf eigentlichem Monopolpreis beruhen, der weder vom Produktionspreis noch vom Wert der Waren, sondern vom Bedürfnis und der Zahlungsfähigkeit der Käufer bestimmt ist (...).“ (ebenda) Das Schwanken der Marktpreise hängt ab von Angebot und zahlungsfähiger Nachfrage, und wenn die Nachfrage das Angebot weit überwiegt, kommen Monopolpreise zustande. So entsteht unter bestimmten Umständen die **Monopolrente**.

Dies ist bei Wohnraum häufig der Fall: Wie wir gleich sehen werden, wächst die Nachfrage nach Wohnraum stets schneller als das Angebot. Das Mißverhältnis von Nachfrage und Angebot wird zudem durch Spekulanten vergrößert, die Grund und Boden zu Spekulationszwecken erwerben.

Wir wollen die ökonomische Kategorie der Grundrente hier nicht näher untersuchen, sondern vor allem auf einen Punkt hinweisen:

**„Alle Grundrente ist Mehrwert, Produkt von Mehrarbeit.“**

(Kapital III, MEW 25 S. 647)

Sie fließt ja aus dem industriellen Profit, der sich allein aus dem Mehrwert speist.

Nachdem wir bereits gesehen haben, daß neben dem industriellen Profit auch der Handelsprofit und der von Industrie- und Handelsunternehmen an die Banken gezahlte Zins ausschließlich aus dem Mehrwert fließen, sehen wir das gleiche nun auch in Bezug auf die Grundrente. **Ebenso wie alle Teile der Kapitalistenklasse ziehen auch die Grundeigentümer ihren Gewinn ausschließlich aus der unbezahlten Mehrarbeit des Proletariats.** (Dabei ist freilich kapitalistische Produktion unterstellt. Betrachten wir die Gesellschaft als Ganzes, so speist sich ein kleiner Teil der Grundrente aus der Arbeit von kleinen WarenproduzentInnen, die auf fremdem Boden selbst arbeiten und Pacht zahlen müssen. Die steigende Grundrente, oft in Form der Monopolrente, trägt häufig zu ihrem ökonomischen Ruin entscheidend bei.)

In <sup>Kapitel VIII</sup> hatten wir auf Seite 18 aus einem Brief von Marx an Engels zitiert. Marx hatte über den 1. Band des *Kapitals* geschrieben: *„Das Beste an meinem Buch ist 1. (darauf beruht **alles** Verständnis der facts) (Tatsachen, d. Verf.) der gleich im **Ersten** Kapitel hervorgehobne **Doppelcharakter der Arbeit**, je nachdem sie sich in Gebrauchswert oder Tauschwert ausdrückt; 2. die Behandlung des **Mehrwerts unabhängig von seinen besondern** Formen als Profit, Zins, Grundrente etc.“* (MEW 31, S. 326; Hervorhebungen von Marx) Was den 2. Punkt angeht, hatten wir auf ein späteres Kapitel verwiesen. Hier sehen wir nun, was Marx mit

dem 2. Punkt meinte: Der 1. Band des *Kapitals* hält sich nicht mit der Analyse auf, wie der Mehrwert auf die verschiedenen Abteilungen der Ausbeuterklassen **verteilt wird**, sondern er zeigt, wie dieser Mehrwert **zustandekommt**: er wird durch die Arbeiterklasse in der Produktion geschaffen und von den Industriekapitalisten ohne Zahlung eines Äquivalents angeeignet. Damit hatte Marx **die Grundlage gelegt**, um die verschiedenen Erscheinungsformen des Mehrwerts als industrieller Profit, Handelsprofit, Zins und Grundrente erklären zu können. Freilich **waren** letztere damit noch nicht erklärt. Diese Erklärung erfolgte im 3. Band des *Kapitals*.

Zurück zur Grundrente. Um die Grundrente einzuziehen, muß der Grundeigentümer weder arbeiten noch als Unternehmer arbeiten lassen. „*Die Grundrente ist ein **Tribut**, den die Gesellschaft im Kapitalismus den Großgrundbesitzern zahlen muß.*“ (Politische Ökonomie, Lehrbuch, S. 214) Eine Gesellschaft, die auf Privateigentum beruht, verwandelt notwendigerweise auch den Boden in Privateigentum und begründet damit die ökonomische Kategorie der Grundrente.

„*Die kapitalistische Produktionsweise vorausgesetzt, ist der Kapitalist nicht nur ein notwendiger Funktionär, sondern der herrschende Funktionär der Produktion. (Dabei ist selbstverständlich der als Unternehmer tätige Kapitalist vorausgesetzt, der - wie oben gezeigt - heute weitgehend durch Manager ersetzt ist, die formal Gehaltsempfänger sind, d. Verf.) Dagegen ist der Grundeigentümer in dieser Produktionsweise ganz überflüssig. Alles was für sie nötig ist, ist, daß der Grund und Boden **nicht** common property (Gemeineigentum, d. Verf.) ist, daß er der Arbeiterklasse als ihr **nicht gehörige** Produktionsbedingung gegenübersteht, und dieser Zweck wird vollständig erreicht, wenn er Staatseigentum wird, der Staat also die Grundrente bezieht. Der Grundeigentümer, ein so wesentlicher Funktionär der Produktion in der antiken und mittelalterlichen Welt (also in der Sklavenhaltergesellschaft und im Feudalismus, d. Verf.), ist in der industriellen a useless superfetation (ein nutzloser Auswuchs, d. Verf.). Der radikale Bourgeois (...) geht daher theoretisch zur*

*Leugnung des privaten Grundeigentums fort, das er in der Form des Staatseigentums zum common property der Bourgeoisie, des Kapitals, machen möchte. (Damals! d. Verf.) In der Praxis fehlt jedoch die Courage, da der Angriff auf eine Eigentumsform - eine Form des Privateigentums an Arbeitsbedingungen - sehr bedenklich für die andre Form würde.“*

(Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2 S. 38 f.)

Heute freilich würde der Ruf nach kapitalistischer Verstaatlichung des Grundeigentums bereits als Hochverrat aufgefaßt. Zum einen deshalb, weil die bürgerliche Ordnung brüchiger geworden ist und bereits das Reden über die Abschaffung **einer** Form des Privateigentums als Gotteslästerung aufgefaßt würde. Zum anderen, weil - wie wir sogleich sehen werden - der „Anlagezwang“ dazu geführt hat, daß immer größere Mengen von Kapital in der Form von Grundeigentum „geparkt“ werden und dabei auch noch gewaltig vermehrt werden - aufgrund des Steigens der Bodenpreise.

Das theoretische Verständnis der Grundrente ist auch der Schlüssel, um den **Bodenpreis** zu begreifen. Solange auf Grund und Boden keine Arbeit verwendet worden ist, verkörpert er auch keinen Wert. Dennoch hat er einen Preis, kann er gekauft und verkauft werden. Das liegt daran, daß er Grundrente abwirft. Wie wir oben gesehen haben, kann in der bürgerlichen Gesellschaft jeder Gegenstand und jedes Recht, der bzw. das regelmäßige Erträge abwirft, verkauft werden, und zwar zu einem Kaufpreis, der sich als zum jeweiligen Zinsfuß kapitalisierter Ertrag errechnet. Die Frage lautet: Wie hoch müßte ein Kapital sein, das - bei der Bank als Deposite angelegt - beim gegenwärtigen Zinsfuß diesen Ertrag abwirft? Dieser Betrag ist dann der Kaufpreis.

**Der Bodenpreis ist also kapitalisierte Grundrente.** Er ist gleich dem Geldbetrag, der, bei einer Bank deponiert, in Form des Zinses einen Betrag in Höhe der Rente abwürfe, die das betreffende Grundstück in gleicher Zeit abwirft. (vgl. hierzu die Formel des fiktiven Kapitals auf S. 112. Das „jährliche Geldeinkommen“ ist hier die jährlich anfallende Grundrente.)

**Der Bodenpreis hängt somit ab von der Höhe der Grundrente und von der Höhe des Zinsfußes. Je höher die Grundrente, desto höher ist bei gleichbleibendem Zinsfuß der Bodenpreis, und umgekehrt. Je höher der Zinsfuß, desto niedriger ist bei gleichbleibender Grundrente der Bodenpreis, und umgekehrt.**

Da der Zinsfuß - wie oben gesehen - die Tendenz zum Fallen hat, haben die Bodenpreise die Tendenz zum Steigen. Der Boden wird damit in zunehmendem Maße Spekulationsobjekt, und zwar um so mehr, je schwieriger die produktive Anlage eines Kapitals zu befriedigender Profitrate wird. Die Allianz-Versicherung zum Beispiel, neben der Deutschen Bank größter und mächtigster Konzern der BRD, besitzt 16 Millionen Quadratmeter Fläche in bester Lage. Insgesamt kommt sie auf 55.000 Mieteinheiten, davon über 30.000 Wohnungen. Warum? Der ehemalige Allianz-Gewaltige Schieren brachte es auf den Punkt: „Anlagenzwang“. (Schmid, Fred, Geld und Macht der Deutschen Bank und Allianz-Versicherung, in: isw Report Nr. 31) Dabei geht es nur am Rande um Verwertung durch Vermietung, in erster Linie um den Spekulationsgewinn durch steigende Bodenpreise.

Je mehr Kapital in die Spekulation mit Grund und Boden flüchtet, desto mehr wird diese Form der Spekulation zur Mode. Die steigende Nachfrage trägt dann zusätzlich zum Steigen der Bodenpreise bei.

Und wer mit Bodenpreisen spekuliert, überlegt sich gut, ob er überhaupt vermietet: „*Leerstehende Wohnungen lassen sich in der Regel erheblich schneller verkaufen als vermietete und bringen zudem meist auch noch höhere Preise*“, weiß die *Wirtschaftswoche* (14.8.97). So kann es profitabel sein, Wohnraum leerstehen zu lassen. Und **wenn** man als Spekulant schon vermietet, dann nur zu entsprechend horrenden Mieten: Schließlich erschwert die Vermietung das Spekulationsgeschäft, und das muß dann wenigstens durch besonders hohe Mieten ausgeglichen werden.

All dies trägt dazu bei, daß die Wohnungsnot immer drückender wird.

Literatur zur Grundrente:

**Marx, Kapital III, Kapitel 37 bis 47, MEW 25 S. 627 - 821**

## ZUR WOHNUNGSFRAGE

Im Zusammenhang mit der Grundrente steht die Wohnungsfrage, auf die wir hier wegen ihrer großen praktischen Bedeutung gesondert eingehen.

1872 und 1873 schrieb Engels einige Artikel zur Wohnungsfrage, in denen er sich insbesondere mit Überlegungen kleinbürgerlicher Ideologen zur Wohnungsfrage auseinandersetzte.

Unter anderem trat er der falschen Auffassung gegenüber, die Wohnungsfrage sei eine reine Arbeiterfrage. Daß sie dies **nicht** ist, zeigt sich heute beispielsweise daran, daß in manchen Großstädten bedeutende Teile des Mittelstands angesichts der hohen Mieten große Probleme haben, eine Wohnung zu finden. Aber schon vom theoretischen Ansatz her ist die Auffassung, was der Lohnarbeiter gegenüber dem Kapitalisten sei, sei der Mieter gegenüber dem Vermieter, „total falsch“, wie Engels sagte (Zur Wohnungsfrage, MEW 18, S. 215):

*„Bei der Wohnungsfrage haben wir zwei Parteien einander gegenüber, den Mieter und den Vermieter oder Hauseigentümer. Der erstere will vom letztern den zeitweiligen Gebrauch einer Wohnung kaufen; er hat Geld oder Kredit - wenn er auch diesen Kredit dem Hauseigentümer selbst wieder zu einem Wucherpreise, einem Mietzuschlag, abkaufen muß. Es ist ein einfacher Warenverkauf; es ist nicht ein Geschäft zwischen Proletarier und Bourgeois, zwischen Arbeiter und Kapitalisten; der Mieter - selbst wenn er Arbeiter ist - tritt als **vermögender Mann** auf, er muß seine ihm eigentümliche Ware, die Arbeitskraft, schon verkauft haben, um mit ihrem Erlös als Käufer des Nießbrauchs einer Wohnung auftreten zu können, oder er muß Garantien für den bevorstehenden Verkauf dieser Arbeitskraft geben können. Die eigentümlichen Resultate, die der Verkauf der Arbeitskraft an den Kapitalisten hat, fehlen hier gänzlich. Der Kapitalist läßt die gekaufte Arbeitskraft erstens ihren Wert wieder erzeugen, zweitens aber einen Mehrwert, der vorläufig und vorbe-*

haltlich seiner Verteilung unter die Kapitalistenklasse (nämlich gemäß dem Gesetz der Durchschnittsprofirate, d. Verf.), in seinen Händen bleibt. Hier wird also ein überschüssiger Wert erzeugt, die Gesamtsumme des vorhandenen Werts wird vermehrt. Ganz anders beim Mietgeschäft. Um wieviel auch der Vermieter den Mieter übervorteilen mag, es ist immer nur ein Übertragen bereits **vorhandenen**, vorher **erzeugten** Werts, und die Gesamtsumme der von Mieter und Vermieter **zusammen** besessenen Werte bleibt nach wie vor dieselbe. Der Arbeiter, ob seine Arbeit vom Kapitalisten unter, über oder zu ihrem Wert bezahlt wird, wird immer um einen Teil seines Arbeitsprodukts geprellt; der Mieter nur dann, wenn er die Wohnung über ihren Wert bezahlen muß. Es ist also eine totale Verdrehung des Verhältnisses zwischen Mieter und Vermieter, es mit dem zwischen Arbeiter und Kapitalisten gleichstellen zu wollen. Im Gegenteil, wir haben es mit einem ganz gewöhnlichen Warengeschäft zwischen zwei Bürgern zu tun, und dies Geschäft wickelt sich ab nach den ökonomischen Gesetzen, die den Warenverkauf überhaupt regeln, und speziell den Verkauf der Ware: Grundbesitz. Die Bau- und Unterhaltskosten des Hauses oder des betreffenden Hausteils kommen zuerst in Anrechnung; der durch die mehr oder weniger günstige Lage des Hauses bedingte Bodenwert kommt in zweiter Linie; der augenblickliche Stand des Verhältnisses zwischen Nachfrage und Angebot entscheidet schließlich.“

(ebenda, MEW 18 S. 216)

Der Mieter kauft den Gebrauchswert seiner Wohnung für eine bestimmte Zeit, und ist er Arbeiter, so bezahlt er aus seinem Lohn, also mit Geld, das vorher als variables Kapital seinem Ausbeuter gehört hatte.

Der kleinbürgerliche Ideologe, gegen den Engels sich wandte, fand es ungerecht, daß „das einmal gebaute Haus (...) als ewiger Rechtstitel auf einen bestimmten Bruchteil der gesellschaftlichen Arbeit“ dienen sollte, „wenn auch der wirkliche Wert des Hauses längst schon mehr als genügend in der Form des Mietzinses an den Besitzer gezahlt wurde. So kommt es, daß ein Haus, welches z.B. vor 50 Jahren ge-

*baut wurde, während dieser Zeit in dem Ertrag seines Mietzinses zwei-, drei-, fünf-, zehnmal usw. den ursprünglichen Kostenpreis deckte.“ (zitiert in MEW 18 S. 216 f.) Engels zeigte, daß solche Erwägungen von keinerlei ökonomischer Sachkenntnis getrübt waren:*

*„Erstens wird vergessen, daß die Hausmiete nicht nur die Kosten des Hausbaus zu verzinsen, sondern auch Reparaturen und den durchschnittlichen Betrag schlechter Schulden, unbezahlter Mieten, sowie des gelegentlichen Leerstehens der Wohnung zu decken, und endlich das in einem vergänglichen, mit der Zeit unbewohnbar und wertlos werdenden Hause angelegte Baukapital in jährlichen Raten abzutragen hat. Zweitens wird vergessen, daß die Wohnungsmiete ebenfalls den Wertaufschlag des Grundstücks, auf dem das Haus steht, mit zu verzinsen hat, daß also ein Teil davon in Grundrente besteht. Unser Proudhonist (Proudhon: kleinbürgerlicher Ideologe, an dessen Theorien Engels' Kontrahent sich anlehnte; d. Verf.) erklärt zwar sogleich, daß dieser Wertaufschlag, da er ohne Zutun des Grundeigentümers bewirkt, von Rechts wegen nicht ihm, sondern der Gesellschaft gehört; er übersieht aber, daß er damit in Wirklichkeit die Abschaffung des Grundeigentums verlangt (...).“*

(Engels, ebenda)

Engels weist also darauf hin, daß aus der Miete angewandtes Kapital verzinst, die Grundrente bezahlt und im übrigen auch ständig entstehende Kosten gedeckt werden müssen. Er ist natürlich weit davon entfernt, den Umstand, daß Kapital Zinsen und Boden Grundrente abwirft, zum Ausfluß ewiger Gerechtigkeit zu erklären. Er sagt nur: Das ist **innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft** gesetzmäßig und nicht zu ändern.

Das Wohnungsproblem muß sich um so mehr zuspitzen, je mehr Boden zum Spekulationsobjekt wird. Und je mehr dies geschieht, desto mehr Menschen werden wohnungslos oder müssen unter den unwürdigsten Bedingungen wohnen; desto mehr wird der Mieter auch unter Zugrundelegung des Wertgesetzes vom Vermieter geprellt, muß er also mehr bezahlen als den Wert der Nutzung seiner Wohnung.

Doch wie kann dem abgeholfen werden?

*„Daß der heutige Staat der Wohnungsplage weder abhelfen kann noch will, ist sonnenklar. Der Staat ist nichts als die organisierte Gesamtmacht der besitzenden Klassen, der Grundbesitzer und Kapitalisten gegenüber den ausgebeuteten Klassen, den Bauern und Arbeitern. Was die einzelnen Kapitalisten (und diese kommen hier allein in Frage, da in dieser Sache auch der beteiligte Grundbesitzer zunächst in seiner Eigenschaft als Kapitalist auftritt) (als Vermieter will er nicht nur Grundrente, sondern auch Verzinsung des von ihm vorgeschossenen Kapitals für den Wohnungsbau nebst sukzessivem Rückfluß des Kapitals, d. Verf.) nicht wollen, das will auch ihr Staat nicht. Wenn also die **einzelnen** Kapitalisten die Wohnungsnot zwar beklagen, aber kaum zu bewegen sind, ihre erschreckendsten Konsequenzen oberflächlich zu vertuschen, so wird der **Gesamtkapitalist**, der Staat, auch nicht viel mehr tun. Er wird höchstens dafür sorgen, daß der einmal üblich gewordene Grad oberflächlicher Vertuschung überall gleichmäßig durchgeführt wird.“*

(Engels, ebenda S. 257 f.)

Das heißt nicht, daß man an den Staat keine Forderungen stellen kann. Man kann und muß z.B. fordern, daß der Staat das kümmerliche Wohngeld nicht abschafft, sondern aufstockt. Wie weit man das durchsetzen kann, ist aber allein eine Machtfrage. Da hilft kein Appellieren an Moral und Gerechtigkeit. Und **lösen** wird der Staat die Wohnungsfrage keineswegs.

*„Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst.“*

(ebenda S. 263)

Denn es ist klar, *„daß eine Gesellschaft nicht ohne Wohnungsnot bestehen kann, in der die große arbeitende Masse auf Arbeitslohn, also auf die zu ihrer Existenz und Fortpflanzung notwendige Summe von Lebensmitteln, ausschließlich angewiesen ist; in der fortwährend neue Verbesserungen der Maschinerie usw. Massen von Arbeitern außer Arbeit setzen; in der heftige, regelmäßig wiederkehrende in-*

*dustrielle Schwankungen einerseits das Vorhandensein einer zahlreichen Reservearmee von unbeschäftigten Arbeitern bedingen, andererseits zeitweilig die große Masse der Arbeiter arbeitslos auf die Straße treiben; in der Arbeiter massenhaft in den großen Städten zusammengedrängt werden, und zwar rascher, als unter den bestehenden Verhältnissen Wohnungen für sie entstehen, in der also für die infamsten Schweineställe sich immer Mieter finden müssen; in der endlich der Hausbesitzer, in seiner Eigenschaft als Kapitalist, nicht nur das Recht, sondern, vermöge der Konkurrenz, auch gewissermaßen die Pflicht hat, aus seinem Hauseigentum rücksichtslos die höchsten Mietpreise herauszuschlagen. In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann mit- samt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund aus umgewälzt wird.“*

(ebenda S. 236)

## VERSTÄNDNISFRAGEN:

- ☞ Wie entsteht der Profit des Handelskapitalisten?
- ☞ Gehören Angestellte zur Arbeiterklasse?
- ☞ Was verkauft die Bank, wenn sie einen Kredit vergibt?
- ☞ Warum beschleunigte das Kreditwesen die Entwicklung des Kapitalismus?
- ☞ Warum hat der Zinsfuß die Tendenz zu fallen?
- ☞ Wie versuchen die Banken, dieser Tendenz entgegenzuwirken?
- ☞ Warum fließt immer mehr Kapital in die Spekulation?
- ☞ Was ist eine Aktie?
- ☞ Inwiefern ist die Aktiengesellschaft die Sprengung des Privateigentums innerhalb der bürgerlichen Ordnung selbst?
- ☞ Wie kommt es zum Börsencrash?
- ☞ Worauf beruht die Grundrente? Woraus speist sie sich letztlich?
- ☞ Was ist absolute Grundrente, was ist Differentialrente?
- ☞ Wie kommt es zur Wohnungsnot?  
Wie kann die Wohnungsfrage gelöst werden?



# **DIE WELT BEGREIFEN UND VERÄNDERN**

**Marxistische Krisentheorie**

**Der Grundwiderspruch des  
Kapitalismus**

**Warum Massenarbeitslosigkeit im  
Kapitalismus unvermeidlich ist**

Kapitel XIII

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zur Zitierweise:**

<b>MEW:</b>	Marx-Engels-Werke
<b>AW:</b>	Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
<b>LW:</b>	Lenin-Werke
<b>LAW:</b>	Lenin, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1988
<b>SW:</b>	Stalin-Werke
<b>f.:</b>	und die folgende Seite
<b>ff.:</b>	und die folgenden Seiten

# Inhalt

## **I Grundzüge der marxistischen Krisentheorie ..... 5**

Bereits die einfache Warenproduktion beinhaltet die Möglichkeit von Krisen .....	5
Warum Krisen im Kapitalismus unvermeidlich sind .....	13
Der grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise .....	17
Jede Entwicklung der Produktivkräfte verschärft den grundlegenden Widerspruch des Kapitalismus .....	29
Bürgerliche Versuche, die Krise zu überwinden .....	34
Das Erscheinungsbild der Krise .....	38
Die objektive Funktion der Krise .....	41
Die Phasen des Krisenzyklus .....	43
Veränderungen des Zyklus. Die Krise wird chronisch. ....	47
Die allgemeine Krise des imperialistischen Weltsystems ..	51
Die revolutionäre Krise .....	54

## **II Warum Massenarbeitslosigkeit im Kapitalismus unvermeidlich ist ..... 60**

Verständnisfragen .....	72
-------------------------	----



# I.

## GRUNDZÜGE DER MARXISTISCHEN KRISENTHEORIE

### BEREITS DIE EINFACHE WARENPRODUKTION BEINHÄLTET DIE MÖGLICHKEIT VON KRISEN

Mit dem Übergang zur maschinellen Großindustrie wurden periodische, also immer wiederkehrende Wirtschaftskrisen zu einer unvermeidlichen Erscheinung der kapitalistischen Produktionsweise. Unter Krisen verstehen wir zunächst und vor allem Überproduktionskrisen. Die Krise drückt sich vor allem darin aus, daß Massen von Waren keinen Absatz finden.

Die **Möglichkeit** derartiger Krisen ist allerdings nicht erst in der kapitalistischen Produktion, sondern bereits in der einfachen Warenproduktion angelegt. Dies wollen wir als erstes zeigen. (vgl. zum folgenden: Kapitel VIII Seite 48 bis 73 und 123 bis 129)

Die einzelne Ware birgt den Widerspruch von Gebrauchswert und Wert in sich. Im Austauschprozeß erscheint dieser Widerspruch im Verhältnis **zweier** Waren. Der Wert einer Ware wird nun ausgedrückt im Gebrauchswert einer anderen:

20 Ellen Leinwand = 1 Rock

Der Rock befindet sich in Äquivalentform. Nicht sein Wert wird ausgedrückt, sondern er dient als Wertausdruck der 20 Ellen Leinwand. Wir betrachten den Prozeß hier vom

### XIII-6

Standpunkt des Produzenten der 20 Ellen Leinwand. Er hat die Leinwand nicht für eigene, sondern für gesellschaftliche Bedürfnisse produziert. Der gesellschaftliche Charakter seiner Produktion wird anerkannt, indem er im Austausch eine Ware erhält, die **für ihn** Gebrauchswert darstellt, hier der 1 Rock. **Deshalb** dient der Gebrauchswert des Rockes hier als Wertausdruck der 20 Ellen Leinwand, sobald dieses Tauschgeschäft zustandekommt.

Wir haben in Kapitel VIII weiter gesehen:

Die Bedürfnisse des Warenaustausches führen unvermeidlich zur Herausbildung einer **Geldware**, also einer Ware, die **stets** in Äquivalentform treten kann, die stets als Wertausdruck aller anderen Waren dienen kann. *„Die historische Ausweitung und Vertiefung des Austausches entwickelt den in der Warennatur schlummernden Gegensatz von Gebrauchswert und Wert. Das Bedürfnis, diesen Gegensatz für den Verkehr äußerlich darzustellen, treibt zu einer selbständigen Form des Warenwerts und ruht und rastet nicht, bis sie endgültig erzielt ist durch die Verdopplung der Ware in Ware und Geld.“* (Marx, Kapitel I, MEW 23 S. 102)

Verdopplung der Ware in Ware und Geld: Die Geldware war zunächst eine Ware wie jede andere auch, doch durch ihre Herausbildung zur Geldware, zur einzigen Ware, die stets **allen** anderen Waren in Äquivalentform gegenübertritt kann, nimmt sie in der Warenwelt eine ganz besondere Stellung ein. Der Widerspruch von Gebrauchswert und Wert stellt sich in der einzelnen Ware nun dar als Widerspruch zwischen ihrem Gebrauchswert und ihrem Preis, also einem bestimmten Quantum der Geldware. **Vor** dem Austausch ist dieses Quantum der Geldware, welches den Preis der betreffenden Ware darstellt, nur **ideell**, spukt es nur im Kopf des Warenproduzenten, doch **im Austausch** muß die betreffende Ware real gegen das betreffende Quantum der Geldware ausgetauscht werden. Dieser Prozeß eben kann scheitern, und geschieht dies massenhaft, so haben wir es mit einer Krise zu tun.

Wie kommt es zum Scheitern dieses Austauschprozesses?

Mit dem Auftreten des Geldes stellt sich jeder Austausch als Kauf und Verkauf dar. Der Warenproduzent gibt seine Ware weg und nimmt dafür Geld entgegen. Er hat von vornherein in der Absicht produziert, genau dies zu tun; seine Ware hat für ihn keinen Gebrauchswert. Er will den von ihm produzierten Wert in Geldform realisieren, indem er ein bestimmtes Quantum der Geldware entgegennimmt. Diese Geldware tritt seiner Ware als Äquivalent gegenüber; ihr Gebrauchswert dient als Wertausdruck seiner Ware. Die Geldware hat für unseren Warenproduzenten **deshalb** Gebrauchswert, weil sie als allgemeines Äquivalent dient, weil man also im Austausch gegen die Geldware **beliebige** andere Ware erhalten kann. Eben deshalb kann man Geld „immer brauchen“.

Unser Warenproduzent ist also stets bereit, den betreffenden Austausch zu vollziehen. Doch um ihn vollziehen zu können, muß er auf eine Person treffen, die zwei Voraussetzungen erfüllt: Sie muß erstens ein Bedürfnis nach der von ihm produzierten Ware haben, seine Ware muß also für diese zweite Person Gebrauchswert darstellen. Und zweitens muß diese Person Geldware in einem Quantum besitzen, das ihr diese Austauschaktion ermöglicht. Erst wenn **beide** Voraussetzungen gegeben sind, kommt der betreffende Austausch - Kauf und Verkauf - zustande. Stößt unser Warenproduzent nur auf Personen, die entweder nicht kaufen wollen, weil die betreffende Ware keinen Gebrauchswert für sie hat, oder nicht kaufen können, weil sie nicht genug Geldware besitzen, so bleibt er auf seiner Ware sitzen.

*„Bei der Warenproduktion ist das Verwandeln des Produkts in Geld, der Verkauf, conditio sine qua non (notwendige Bedingung, d. Verf.). Die unmittelbare Produktion für das eigene Bedürfnis fällt fort. (Als Motiv der Produktion, d. Verf.) Mit dem Nichtverkauf ist hier Krise da.“*

(Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2 S. 509 f.)

Die Möglichkeit des Auseinanderfallens von Kauf und Verkauf ist bereits angelegt in der Verdoppelung der Ware in Ware und Geld, und diese Verdoppelung ist angelegt in dem

jeder Ware innewohnenden Widerspruch, Gebrauchswert und Wert zu verkörpern.

*„Wenn z.B. Kauf und Verkauf - oder die Bewegung der Metamorphose (Verwandlung: an die Stelle der Ware tritt Geld und umgekehrt, d. Verf.) der Ware - die Einheit zweier Prozesse oder vielmehr den Verlauf eines Prozesses durch zwei entgegengesetzte Phasen darstellt, also wesentlich die Einheit beider Phasen ist, so ist sie ebenso wesentlich die Trennung derselben und ihre Verselbständigung gegeneinander. Da sie nun doch zusammengehören, so kann die Verselbständigung der zusammengehörigen Momente nur gewaltsam **erscheinen**, als zerstörender Prozeß. Es ist grade die **Krise**, worin ihre Einheit sich betätigt, die Einheit der Unterschiedenen. Die Selbständigkeit, die die zueinander gehöri-gen und sich ergänzenden Momente gegeneinander annehmen, wird gewaltsam vernichtet. Die Krise manifestiert also die Einheit der gegeneinander verselbständigten Momente. Es fände keine Krise statt ohne diese innere Einheit der scheinbar gegeneinander Gleichgültigen. Aber nein, sagt der apologetische Ökonomist (der bürgerliche Ökonom, der die Warenproduktion verklären und ihre Widersprüche vertuschen will, d. Verf.). Weil die Einheit stattfindet, kann **keine** Krise stattfinden. Was wieder nichts heißt, als daß die Einheit Entgegengesetzter den Gegensatz ausschließt.“*

(Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2 S. 501, Hervorhebungen von Marx)

Die Einheit der entgegengesetzten Pole des Austauschprozesses schließt **nach Auffassung dieser Apologeten** ihren Gegensatz aus. **Marx hingegen** zeigt, daß **diese Einheit diesen Gegensatz beinhaltet**. Sicherlich: Kein Kauf ohne Verkauf, kein Verkauf ohne Kauf. Sehr wohl aber kann es Verkäufer geben, die nicht verkaufen können, oder Kaufinteressenten, die nicht kaufen können, weil das Angebot nicht groß genug ist oder weil sie nicht über genug Geld verfügen.

Diese Einheit der beiden Pole Kauf und Verkauf **muß** ihren Gegensatz enthalten, da die Ware in Ware und Geld verdoppelt ist und Ware und Geld eben **nicht** zusammenfallen,

sondern sich gegenüberstehen. Dies ist so, weil bereits in der einzelnen Ware der Gegensatz von Gebrauchswert und Wert enthalten ist, weil der Wert Ausdruck des Widerspruchs ist, daß Warenproduktion Privatproduktion, zugleich aber gesellschaftliche Produktion ist.

Der betreffende Widerspruch tritt in der Krise als Antagonismus in Erscheinung: Waren verselbständigen sich gegenüber dem Geld, das heißt: sie werden nicht in Geld ausgetauscht. Geld verselbständigt sich gegenüber der Ware, d.h. es wird gehortet und nicht in Ware ausgetauscht. Damit geht der Warenwert unter, die Waren fallen aus dem Zirkulationsprozeß heraus. Durch den Untergang dieser Waren wird die Einheit der beiden entgegengesetzten Pole **gewalt-sam** wiederhergestellt: Nur diejenigen Waren bleiben als solche bestehen, deren Einheit mit Geld durch künftige Austauschprozesse realisiert werden kann. Diese Überlegung ist sehr wichtig, denn sie zeigt die objektive Funktion der Krisen. Wir werden auf diesen Punkt zurückkommen.

Die bürgerlichen Ökonomen wittern, daß in den Krisen der grundlegende Widerspruch der Warenproduktion in Erscheinung tritt, und versuchen gerade deshalb, diesen Widerspruch zu leugnen. Wenn es ihnen möglich ist, ohne sich lächerlich zu machen, leugnen sie die Notwendigkeit kapitalistischer Krisen überhaupt. Das taten z.B. die bürgerlichen Ideologen in der BRD in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, als es vorübergehend nicht zu Wirtschaftskrisen kam. Das tat bereits Ricardo; das englische Kolonialmonopol garantierte Absatzmärkte, zögerte damit den Ausbruch von Wirtschaftskrisen hinaus und gab den englischen Ökonomen vorübergehend die Möglichkeit zu behaupten, die kapitalistische Produktion könne nicht zu Krisen führen. Ricardo stützte sich dabei bezeichnenderweise auf den Vulgärökonom Say, obwohl er ansonsten turmhoch über ihm stand, doch da, wo Ricardo zur Apologie hinabsank, näherte er sich dem Vulgärökonom:

„Produkte‘ heißt es bei Ricardo nach Say, ‘werden stets gekauft durch Produkte oder durch Dienste; Geld ist nur das Medium, wodurch der Austausch bewirkt wird.“

(ebenda S. 501)

Marx bemerkt hierzu:

*„Hier wird also erstens **Ware**, in der der Gegensatz von Tauschwert und Gebrauchswert existiert, in bloßes Produkt (Gebrauchswert) und daher der Austausch von Waren in bloßen Tauschhandel von Produkten, bloßen Gebrauchswerten, verwandelt. (Ricardo, der einfach von „Produkten“ spricht, leugnet hier nämlich bereits den Gegensatz von Gebrauchswert und Wert, und er braucht dies, um die Widersprüche, die zu Krisen führen, unter den Tisch fallen zu lassen. D. Verf.) Es wird (von Ricardo, d. Verf.) nicht nur hinter die kapitalistische Produktion, sondern sogar hinter die bloße Warenproduktion zurückgegangen, und das verwickelteste Phänomen der kapitalistischen Produktion - die Weltmarktkrise - dadurch weggeleugnet, daß die erste Bedingung der kapitalistischen Produktion, nämlich daß das Produkt Ware sein, sich daher als Geld darstellen und den Prozeß der Metamorphose (der Verwandlung in Geld, d. Verf.) durchmachen muß, weggeleugnet wird. Statt von Lohnarbeit zu sprechen, wird von 'services' (Dienstleistungen, d. Verf.) gesprochen, ein Wort, worin die spezifische Bestimmtheit der Lohnarbeit und ihres Gebrauchs - nämlich den Wert der Waren, wogegen sie ausgetauscht wird, zu vergrößern, Surpluswert zu erzeugen - wieder weggelassen wird und dadurch das spezifische Verhältnis, worin sich Geld und Ware in Kapital verwandeln. 'Service' ist die Arbeit bloß als **Gebrauchswert** gefaßt (eine Nebensache in der kapitalistischen Produktion), ganz wie in dem Wort 'Produkt' das Wesen der **Ware** und der in ihr liegende Widerspruch unterdrückt wird. **Geld** wird dann auch konsequent als bloßer Vermittler des Produktaustauschs gefaßt, nicht als eine wesentliche und notwendige Existenzform der Ware, die sich als Tauschwert - allgemeine gesellschaftliche Arbeit - darstellen muß. Indem durch die Verwandlung der Ware in bloßen Gebrauchswert (Produkt) das Wesen des Tauschwerts weggestrichen wird, kann ebenso leicht das **Geld** als eine wesentliche und im Prozeß der Metamorphose gegen die ursprüngliche Form der Ware **selbständige** Gestalt derselben geleugnet werden oder muß vielmehr geleugnet werden.“*

(ebenda S. 501 f., Hervorhebungen von Marx)

Erinnern wir uns hier an Kapitel VIII Seite 48 - 73: **Das Geld ist selbst Ware**, Träger von Wert, und haben wir es mit wertlosem Papiergeld zu tun, so kann dieses nur in dem Ausmaß als Geld fungieren, wie es werthaltiges Gold **vertritt**. Indem Ricardo dies hier „vergißt“, indem er das Geld zum bloßen „Medium“ verklärt, welches „den Austausch bewirkt“, begeht er den gleichen Fehler wie später Hilferding, bei dem das Geld ohne Wert in die Zirkulation eintritt und einen mystischen „Zirkulationswert“ verkörpert, den es auf dieser Welt indessen nicht gibt, da Werte stets in der Produktion geschaffen werden. (Hilferding, Rudolf, Das Finanzkapital, Ausgabe Dietz Verlag Berlin 1947 S. 49; oder Ausgabe Europäische Verlagsanstalt Frankfurt am Main/Köln 1974 S. 67 .- vgl. Kapitel VIII S. 71) Sowohl Ricardo als auch Hilferding vertuschen damit die unlösbaren Widersprüche der warenproduzierenden Ordnung: Hilferding zufolge kommt im Papiergeld „der rein gesellschaftliche Charakter“ der Geldfunktion zum Ausdruck (ebenda), und damit vertuscht er, daß Warenproduktion eben **nicht unmittelbar** gesellschaftliche Produktion ist; er braucht das für seine Illusion vom „organisierten Kapitalismus“, der angeblich in den Sozialismus hinüberwächst. Ricardos Gerede über „Produkte“ und „Dienste“ lenkt davon ab, daß die Produkte als Waren produziert werden und daß die Arbeitskraft, die „Dienste“ leistet, als Ware gekauft und verkauft wird. Damit wird der Blick auf die Verdopplung der Ware in Ware und Geld verstellt.

Sowohl Ricardo als auch Hilferding leugnen faktisch, daß der Wert in der Wertform selbständige Gestalt gegenüber seinem wesensmäßigen Gehalt, abstrakte Arbeit zu verkörpern, annimmt. Die entwickelte Wertform ist aber die Geldform bzw. Preisform, und damit leugnen sie, daß das Geld gegenüber der Ware selbständige Gestalt annimmt, daß also keineswegs unmittelbare und jederzeitige Austauschbarkeit gegeben ist. Damit leugnen sie die Möglichkeit (Ricardo) bzw. Unvermeidlichkeit (Hilferding) von Krisen im Kapitalismus.

*„Hier werden also die Krisen dadurch wegräsoniert, daß die ersten Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion, das Dasein des Produkts als Ware, die Verdopplung der Ware*

*in Ware und Geld, die daraus hervorgehenden Momente der Trennung (dieser beiden Elemente, d. Verf.) im Warenaustausch, endlich die Beziehung zwischen Geld oder Ware zur Lohnarbeit vergessen oder geleugnet werden.*

*Nicht besser sind übrigens die Ökonomen (wie J. St. Mill z.B.) (englischer Ökonom, Vulgarisator der Ricardoschen Lehre und positivistischer Philosoph; zum Positivismus vgl. Kapitel IX S. 118; d. Verf.), die die Krisen aus diesen einfachen, in der Metamorphose der Waren enthaltenen **Möglichkeiten** der Krise - wie der Trennung von Kauf und Verkauf - erklären wollen. Diese Bestimmungen, die die Möglichkeit der Krise erklären, erklären noch lange nicht ihre Wirklichkeit, noch nicht, **warum** die Phasen des Prozesses in solchen Konflikt treten, daß nur durch eine Krise, durch einen gewaltsamen Prozeß, ihre innre Einheit sich geltend machen kann. Diese **Trennung** erscheint in der Krise, es ist die Elementarform derselben. Die Krise aus dieser ihrer Elementarform **erklären** heißt die Existenz der Krise dadurch erklären, daß man ihr Dasein in seiner abstraktesten Form ausspricht, also die Krise durch die Krise erklären.“*

(ebenda S. 502, Hervorhebungen von Marx)

Die in der einfachen Warenproduktion enthaltene Möglichkeit der Krisen muß zwar zunächst begriffen werden, um die kapitalistischen Krisen begreifen zu können. Doch die Wirklichkeit und Unvermeidlichkeit der kapitalistischen Krisen sind mit ersterem noch nicht begriffen.

Wenden wir uns also der Frage zu, warum Krisen **im Kapitalismus unvermeidlich** sind.

## WARUM KRISEN IM KAPITALISMUS UNVERMEIDLICH SIND

Marx zitiert zunächst wieder Ricardo, um ihn sodann zu widerlegen:

*„‘Kein Mann’, sagt Ricardo, ‘produziert, außer in der Absicht zu konsumieren **oder** zu **verkaufen**, und er verkauft niemals, außer mit der Absicht, irgendeine andre Ware zu **kaufen**, die unmittelbar nützlich für ihn sein mag oder zu **künftiger Produktion** beitragen mag. Indem er produziert, wird er also notwendig entweder der Konsument seiner eignen Güter (...) oder der Käufer und Konsument der Waren irgendeiner andren Person. Man kann nicht unterstellen, daß er für **längere Zeit** nicht unterrichtet sein wird über die Waren, die er am vorteilhaftesten produzieren kann, um den von ihm verfolgten Zweck zu erreichen, nämlich den **Besitz anderer Güter**, und **daher** ist es nicht wahrscheinlich, daß er **fortwährend** (...) eine Ware produzieren wird, für die keine Nachfrage vorhanden ist.“*

(Ricardo, zitiert nach Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2 S. 503, Hervorhebungen von Marx)

Ricardo zufolge verhindert der heilige Markt also Krisen. Marx antwortet:

*„Es ist dies kindisches Geschwätz eines Say, aber nicht Ricardos würdig. Zunächst produziert kein Kapitalist, um sein Produkt zu konsumieren. Und wenn wir von der kapitalistischen Produktion sprechen, heißt es mit Recht: ‘Kein Mann produziert in der Absicht, sein Produkt zu konsumieren’, selbst wenn er Teile seines Produkts wieder zur industriellen Konsumtion verwendet. (Letzteres heißt, daß er diese Teile konsumiert, indem er sie als Produktionsmittel in der Produktion vernutzt bzw. durch seine Arbeiter vernutzen läßt. D. Verf.) Aber hier handelt es sich um die Privatkonsumtion. Vorhin wurde (von Ricardo, d. Verf.) vergessen, daß das Produkt Ware ist. Jetzt wird sogar die gesellschaftliche Teilung der Arbeit vergessen. In Zuständen, wo Männer für sich selbst pro-*

duzieren, gibt es in der Tat keine Krisen, aber auch keine kapitalistische Produktion. Wir haben auch nie gehört, daß die Alten mit ihrer Sklavenproduktion jemals Krisen kannten, obgleich einzelne Produzenten, auch unter den Alten, bankrott machten. Der erste Teil der Alternative ist Unsinn. (Daß nämlich jemand in einer warenproduzierenden Gesellschaft in der Absicht produziert, sein Produkt zu konsumieren, d. Verf.) Ebenso der zweite. Ein Mann, der produziert hat, hat nicht die Wahl, ob er verkaufen will oder nicht. Er **muß** verkaufen. In den Krisen tritt nun grade der Umstand ein, daß er nicht verkaufen kann oder nur unter dem Kostenpreis oder gar mit positivem Verlust verkaufen muß. Was nützt es ihm und uns also, daß er produziert hat, um zu verkaufen? Es handelt sich grade darum zu wissen, was diese seine gute Absicht durchkreuzt.

Ferner:

‘Es **verkauft** niemand, außer mit der Absicht, irgendeine andre Ware zu **kaufen**, die unmittelbar nützlich für ihn sein mag oder zu künftiger Produktion beitragen mag.’

Welche gemüthliche Verkündung der bürgerlichen Verhältnisse! Ricardo vergißt sogar, daß jemand **verkaufen** kann, um zu **zahlen** (um Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, d. Verf.), und daß diese Zwangsverkäufe eine sehr bedeutende Rolle in den Krisen spielen. Die nächste Absicht des Kapitalisten beim Verkaufen ist, seine Ware oder vielmehr sein Warenkapital wieder in **Geldkapital** zu verwandeln und seinen Gewinn damit zu **realisieren**. Der Konsum - die Revenue - ist dabei durchaus nicht Leitpunkt für diesen Prozeß, was sie allerdings für den ist, der bloß **Waren** verkauft, um sie in Lebensmittel zu verwandeln. Dies ist aber nicht die kapitalistische Produktion, bei der die Revenue als Resultat, nicht als bestimmender Zweck erscheint. Es **verkauft** jedermann zunächst, um zu verkaufen, d.h. um Ware in Geld zu verwandeln.“

(Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2 S. 503 f.)

Selbst der einfache Warenproduzent hat beim Akt des Verkaufs unmittelbar nicht die Konsumtion, sondern den Ver-

kauf als solchen, die Verwandlung von Ware in Geld, im Auge. Der letztliche Zweck der einfachen Warenproduktion besteht aber immerhin darin, Produkte zu kaufen, die konsumiert werden. Anders bei der kapitalistischen Warenproduktion: Hier ist die Akkumulation des Kapitals Selbstzweck der Produktion. Damit aber wird die Vorstellung, „der Markt“ werde Krisen schon verhindern, besonders absurd.

Diese Vorstellung verwechselt im übrigen Bedürfnis mit zahlungsfähiger Nachfrage, wie Marx weiter zeigt. In der Krise besteht auf Seiten der Arbeiterklasse nicht weniger Bedarf an Nahrungsmitteln, Kleidern, Wohnraum usw., doch sinkende Löhne und Arbeitslosigkeit machen die Befriedigung dieser Bedürfnisse in zunehmendem Maße unmöglich, unabhängig davon, daß die betreffenden Produkte auf dem Markt vorhanden sind. *„Was hat die Überproduktion überhaupt mit den absoluten Bedürfnissen zu tun? Sie hat es nur mit den zahlungsfähigen Bedürfnissen zu tun. Es handelt sich nicht um absolute Überproduktion - Überproduktion an und für sich im Verhältnis zu der absoluten Bedürftigkeit oder dem Wunsch nach dem Besitz der Waren. In diesem Sinn existiert weder partielle noch allgemeine Überproduktion.“* (ebenda S. 507) Kapitalistische Überproduktion bedeutet lediglich, daß die **Anzahl der Produkte die zahlungsfähige Nachfrage übersteigt**. Das Bedürfnis nach diesen Produkten kann dennoch vorhanden sein und ist vorhanden bei den unmittelbaren Produzentinnen und Produzenten von Nahrungsmitteln, Kleidern, Wohnungen usw. Sie *„haben sie produziert und haben sie doch nicht.“* (ebenda, S. 508)

Um dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken, **müssen** die Kapitalisten bestrebt sein, die Löhne und Gehälter der ArbeiterInnen und kleinen Angestellten zu drücken. In dem Maße, wie ihnen dies gelingt, beschränken sie die zahlungsfähige Nachfrage nach Konsumgütern und damit letztlich auch nach denjenigen Produktionsmitteln, welche zur Herstellung dieser Konsumgüter erforderlich sind. Damit produzieren sie die Krise. Krisen sind daher im Kapitalismus **unvermeidlich**. (Zwar werden auch solche Produktionsmittel produziert, die

nur wieder in der Produktion von Produktionsmitteln Verwendung finden. Jedoch zeigt alle Erfahrung, daß der wechselseitige Austausch von konstantem Kapital gegen konstantes Kapital kein perpetuum mobile ist, welches den Kapitalismus trotz des Drückens des Konsumniveaus der Massen gegen Krisen und die Verschärfung dieser Krisen schützt. Das kann auch nicht so sein, da wachsende Investitionen in konstantes Kapital das Sinken der Profitrate fördern und damit die Verwertungsbedingungen des Kapitals verschlechtern, also gerade diejenigen Triebkräfte der Entwicklung verstärken, die die Krise hervorrufen.)

## DER GRUNDLEGENDE WIDERSPRUCH DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSWEISE

Worauf beruht die Unvermeidlichkeit der Krisen bei kapitalistischer Produktion in letzter Analyse? Folgen wir der Darstellung dieses Zusammenhangs, die Engels im „Anti-Dühring“ gibt:

*„In der Warenproduktion, wie sie sich im Mittelalter entwickelt hatte, konnte die Frage gar nicht entstehen, wem das Erzeugnis der Arbeit gehören sollte. Der einzelne Produzent hatte es, in der Regel aus ihm gehörenden, oft selbst erzeugtem Rohstoff, mit eignen Arbeitsmitteln und mit eigener Handarbeit oder der seiner Familie hergestellt. Es brauchte gar nicht erst von ihm angeeignet zu werden, es gehörte ihm ganz von selbst. Das Eigentum der Produkte beruhte also **auf eigener Arbeit**. Selbst wo fremde Hülfe gebraucht ward, blieb diese in der Regel Nebensache und erhielt häufig außer dem Lohn noch andre Vergütung: der zünftige Lehrling und Geselle arbeiteten weniger wegen der Kost und des Lohns, als wegen ihrer eignen Ausbildung zur Meisterschaft. Da kam die Konzentration der Produktionsmittel in großen Werkstätten und Manufakturen (vgl. Kapitel VI), ihre Verwandlung in tatsächlich gesellschaftliche Produktionsmittel. Aber die gesellschaftlichen Produktionsmittel und Produkte wurden behandelt, als wären sie nach wie vor die Produktionsmittel und Produkte einzelner. Hatte bisher der Besitzer der Arbeitsmittel sich das Produkt angeeignet, weil es in der Regel sein eignes Produkt und fremde Hilfsarbeit die Ausnahme war, so fuhr jetzt der Besitzer der Arbeitsmittel fort, sich das Produkt anzueignen, obwohl es nicht mehr **sein** Produkt war, sondern ausschließlich Produkt **fremder Arbeit**. So wurden also die nunmehr gesellschaftlich erzeugten Produkte angeeignet nicht von denen, die die Produktionsmittel wirklich in Bewegung gesetzt und die Produkte wirklich erzeugt hatten, sondern vom **Kapitalisten**. (Der Übergang von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion, d. Verf.) Produktionsmittel und Produktion*

*sind wesentlich gesellschaftlich geworden. (Das heißt in diesem Zusammenhang: Die Produktion setzt das gesellschaftliche Zusammenwirken vieler Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb eines Betriebes voraus, d. Verf.) Aber sie werden unterworfen einer Aneignungsform, die die Privatproduktion einzelner zur Voraussetzung hat, wobei also jeder sein eignes Produkt besitzt und zu Markte bringt. Die Produktionsweise wird dieser Aneignungsform unterworfen, obwohl sie deren Voraussetzung aufhebt. (Die Voraussetzung nämlich, daß im wesentlichen jeder individuell produziert, losgelöst von der Arbeit anderer. An die Stelle dieser Voraussetzung der einfachen Warenproduktion tritt die gesellschaftliche Organisation, das gesellschaftliche Zusammenwirken vieler unmittelbarer ProduzentInnen innerhalb eines Betriebs oder - im monopolistischen Kapitalismus auf noch höherer Stufenleiter - innerhalb eines Konzerns. D. Verf.) In diesem Widerspruch, der der neuen Produktionsweise ihren kapitalistischen Charakter verleiht, **liegt die ganze Kollision der Gegenwart bereits im Keim.** Je mehr die neue Produktionsweise auf allen entscheidenden Produktionsfeldern und in allen ökonomisch entscheidenden Ländern zur Herrschaft kam und damit die Einzelproduktion bis auf unbedeutende Reste verdrängte, **desto greller mußte auch an den Tag treten die Unverträglichkeit von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung.***

*Die ersten Kapitalisten fanden, wie gesagt, die Form der Lohnarbeit bereits vor. Aber Lohnarbeit als Ausnahme, als Nebenbeschäftigung, als Aushilfe, als Durchgangspunkt. Der Landarbeiter, der zeitweise tagelöhnern ging, hatte seine paar Morgen eignes Land, von denen allein er zur Not leben konnte. Die Zunftordnungen sorgten dafür, daß der Geselle von heute in den Meister von morgen übergang. Sobald aber die Produktionsmittel in gesellschaftliche verwandelt und in den Händen von Kapitalisten konzentriert wurden, änderte sich dies. Das Produktionsmittel wie das Produkt des kleinen Einzelproduzenten wurden mehr und mehr wertlos; es blieb ihm nichts übrig, als zum Kapitalisten auf Lohn zu gehn. Die Lohnarbeit, früher Ausnahme und Aushilfe, wurde Regel und Grundform der ganzen Produktion; früher Nebenbeschäfti-*

gung, wurde sie jetzt ausschließliche Tätigkeit des Arbeiters. Der zeitweilige Lohnarbeiter verwandelte sich in den lebenslänglichen. Die Menge der lebenslänglichen Lohnarbeiter wurde zudem kolossal vermehrt durch den gleichzeitigen Zusammenbruch der feudalen Ordnung. Auflösung der Gefolgschaften der Feudalherren, Vertreibung von Bauern aus ihren Hofstellen etc. Die Scheidung war vollzogen zwischen den in den Händen der Kapitalisten konzentrierten Produktionsmitteln hier und den auf den Besitz von nichts als ihrer Arbeitskraft reduzierten Produzenten dort. **Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung tritt an den Tag als Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie.**“

(Engels, Anti-Dühring, MEW 20 S. 251 ff.; oder AW V S. 295 ff.; Hervorhebungen von Engels)

Wie wir wissen (vgl. Kapitel VIII), ist Warenproduktion **nur mittelbar**, nämlich vermittelt über den Markt, gesellschaftliche Produktion, unmittelbar aber Privatproduktion von Produzenten, die für einen unbekanntem Markt produzieren, die erst ex post (hinterher, also **nach** erfolgter Produktion), auf dem Markt, erfahren, ob die Gesellschaft ihre Produktion als gesellschaftliche anerkennt. „*Es herrscht Anarchie der gesellschaftlichen Produktion.*“ (Engels, ebenda, MEW 20 S. 253; oder AW V S. 298) Diese Anarchie wurde zur Zeit des ausgehenden Mittelalters noch gemildert durch Schranken, die der Warenproduktion fremd waren, ihr von außen auferlegt wurden, z.B. durch Vorschriften der Zünfte. (vgl. Kapitel II S. 43 ff.) Mit dem Sieg der kapitalistischen Ordnung wurden diese Schranken gesprengt. (vgl. Kapitel XI S. 51 ff.) Damit aber „*traten auch die bisher schlummernden Gesetze der Warenproduktion offener und mächtiger in Wirksamkeit. Die alten Verbände (eben z.B. Zünfte, d. Verf.) wurden gelockert, die alten Abschließungsschranken durchbrochen, die Produzenten mehr und mehr in unabhängige, vereinzelte Warenproduzenten verwandelt. Die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion trat an den Tag und wurde mehr und mehr auf die Spitze getrieben. Das Hauptwerkzeug aber, womit die kapitalistische Produktionsweise diese Anarchie in der gesell-*

*schaftlichen Produktion steigerte, war das grade Gegenteil der Anarchie: die steigende Organisation der Produktion als gesellschaftlicher in jedem einzelnen Produktionsetablisement (Betrieb, d. Verf.). Mit diesem Hebel machte sie der alten friedlichen Stabilität ein Ende. Wo sie in einem Industriezweig eingeführt wurde, litt sie keine ältere Methode des Betriebs neben sich. Wo sie sich des Handwerks bemächtigte, vernichtete sie das alte Handwerk. Das Arbeitsfeld wurde ein Kampfplatz. (...) Die große Industrie endlich und die Herstellung des Weltmarkts haben den Kampf universell gemacht und gleichzeitig ihm eine unerhörte Heftigkeit gegeben. Zwischen einzelnen Kapitalisten wie zwischen ganzen Industrien und ganzen Ländern entscheidet die Gunst der natürlichen oder geschaffenen Produktionsbedingungen über die Existenz. Der Unterliegende wird schonungslos beseitigt. Es ist der Darwinsche Kampf ums Einzeldasein, aus der Natur mit potenziertem Wut übertragen in die Gesellschaft. Der Naturzustand des Tiers erscheint als Gipfelpunkt menschlicher Entwicklung. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung reproduziert sich als **Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft.**“ (Engels, ebenda, MEW 20 S. 254 f.; oder AW V S. 299 f.; Hervorhebung von Engels)*

Während also die Anarchie der Produktion auf die Spitze getrieben wurde, trat andererseits der gesellschaftliche Charakter der Produktion deutlicher in Erscheinung - ein schreiender Widerspruch, der zwar im Keim bereits in der einfachen Warenproduktion angelegt ist, nun aber eine ganz andere Zuspitzung erfuhr.

*„Wir sahen, wie die aufs höchste gesteigerte Verbesserungsfähigkeit der modernen Maschinerie, vermittelt der Anarchie der Produktion in der Gesellschaft, sich verwandelt in ein Zwangsgebot für den einzelnen industriellen Kapitalisten, seine Maschinerie stets zu verbessern, ihre Produktionskraft stets zu erhöhen. In ein ebensolches Zwangsgebot verwandelt sich für ihn die bloße faktische Möglichkeit, seinen Produktionsbereich zu erweitern. Die enorme Ausdehnungskraft*

*der großen Industrie, gegen die diejenige der Gase ein wahres Kinderspiel ist, tritt uns jetzt vor die Augen als ein qualitatives und quantitatives Ausdehnungsbedürfnis, das jedes Gegendrucks spottet. Der Gegendruck wird gebildet durch die Konsumtion, den Absatz, die Märkte für die Produkte der großen Industrie. Aber die Ausdehnungsfähigkeit der Märkte, extensive wie intensive, wird beherrscht zunächst durch ganz andere, weit weniger energisch wirkende Gesetze. Die Ausdehnung der Märkte kann nicht Schritt halten mit der Ausdehnung der Produktion. Die Kollision wird unvermeidlich, und da sie keine Lösung erzeugen kann, solange sie nicht die kapitalistische Produktionsweise selbst sprengt, wird sie periodisch. Die kapitalistische Produktion erzeugt einen neuen 'fehlerhaften Kreislauf'."*

(ebenda, MEW 20 S. 256 f.; oder AW V S. 301 f.; Hervorhebung von Engels)

Dieser fehlerhafte Kreislauf kann, wie die weiteren Ausführungen von Engels im einzelnen zeigen werden, nur beendet werden, indem der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung gelöst wird. Er kann nur gelöst werden, indem die private Aneignung durch gesellschaftliche ersetzt wird, durch die kollektive Aneignung des gesellschaftlichen Produkts durch die vereinten ProduzentInnen. Dies beinhaltet, daß die ProduzentInnen die Produktion von vornherein mittels eines kollektiv erstellten Planes, der sich an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert, regeln, daß also die Anarchie der Produktion beseitigt wird. Solange dies nicht geschieht, sind periodisch wiederkehrende Krisen unvermeidlich.

**Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ist der grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise.** Genauer gesprochen: Der bereits der einfachen Warenproduktion innewohnende Widerspruch wird im Kapitalismus auf die Spitze getrieben, der Widerspruch nämlich, daß Warenproduktion gesellschaftliche Produktion ist, unmittelbar aber Privatproduktion. Er wird auf die Spitze getrieben, indem der gesell-

schaftliche Charakter der Produktion deutlicher hervortritt, die private Aneignung aber bleibt.

*„In den Krisen kommt der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung zum gewaltsamen Ausbruch. Der Warenumlauf ist momentan vernichtet; das Zirkulationsmittel, das Geld, wird Zirkulationshindernis (weil alle Geld horten wollen, d. Verf.); alle Gesetze der Warenproduktion und Warenzirkulation werden auf den Kopf gestellt. Die ökonomische Kollision hat ihren Höhepunkt erreicht: **die Produktionsweise rebelliert gegen die Austauschweise, die Produktivkräfte rebellieren gegen die Produktionsweise, der sie entwachsen sind.***

*Die Tatsache, daß die gesellschaftliche Organisation der Produktion innerhalb der Fabrik sich zu dem Punkt entwickelt hat, wo sie unverträglich geworden ist mit der neben und über ihre bestehenden Anarchie der Produktion in der Gesellschaft - diese Tatsache wird den Kapitalisten selbst handgreiflich gemacht durch die gewaltsame Konzentration der Kapitale, die sich während der Krisen vollzieht vermittelt des Ruins vieler großer und noch mehr kleiner Kapitalisten. Der gesamte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Sie kann diese Masse von Produktionsmitteln nicht mehr alle in Kapital verwandeln; sie liegen brach, und ebendeshalb muß auch die industrielle Reservearmee (von unbeschäftigten Lohnarbeitern, d. Verf.) brachliegen. Produktionsmittel, Lebensmittel, disponible Arbeiter, alle Elemente der Produktion und des allgemeinen Reichtums sind im Überfluß vorhanden. Aber 'der Überfluß wird Quelle der Not und des Mangels' (Fourier), weil er es grade ist, der die Verwandlung der Produktions- und Lebensmittel in Kapital verhindert. Denn in der kapitalistischen Gesellschaft können die Produktionsmittel nicht in Tätigkeit treten, es sei denn, sie hätten sich zuvor in Kapital, in Mittel zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verwandelt. Wie ein Gespenst steht die Notwendigkeit der Kapitaleigenschaft der Produktions- und Lebensmittel zwischen ihnen und den Arbeitern. Sie allein verhindert das Zusammentreten der sachlichen und der persönlichen Hebel*

*der Produktion; sie allein verbietet den Produktionsmitteln zu fungieren, den Arbeitern, zu arbeiten und zu leben.“*

(ebenda, MEW 20 S. 257 f.; oder AW V S. 303 f.; Hervorhebung von Engels)

In der Tat: Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind da und könnten arbeiten, und mit dem Produkt ihrer Arbeit könnten sie ihre Bedürfnisse befriedigen. Die Produktionsmittel sind ebenfalls da, sie wurden von Arbeiterinnen und Arbeitern produziert und könnten von ihnen zur weiteren Produktion genutzt werden. Doch Massen von ArbeiterInnen sind arbeitslos, Massen von Produktionsmitteln liegen brach. Warum? Die Notwendigkeit der Kapitaleigenschaft der Produktions- und Lebensmittel steht wie ein Gespenst zwischen diesen und den ArbeiterInnen. In der Krise tritt der Widerspruch zwischen den entwickelten Produktivkräften und den sie einengenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen besonders kraß in Erscheinung. Kein Wunder, daß die Apologeten der bürgerlichen Ordnung die Notwendigkeit der Krise wegdiskutieren wollen. Wenn die darbenenden Massen **diesen** Zusammenhang zwischen ihrer Lage und der kapitalistischen Ordnung **begreifen**, so ist letztere in höchster Gefahr!

*„Einesteils also wird die kapitalistische Produktionsweise ihrer eignen Unfähigkeit zur fernern Verwaltung dieser Produktivkräfte überführt. Andererseits drängen diese Produktivkräfte selbst mit steigender Macht nach Aufhebung des Widerspruchs, nach ihrer Erlösung von ihrer Eigenschaft als Kapital, **nach tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftlicher Produktivkräfte.***

*Es ist dieser Gegendruck der gewaltig anwachsenden Produktivkräfte gegen ihre Kapitaleigenschaft, dieser steigende Zwang zur Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Natur, der die Kapitalistenklasse selbst nötigt, mehr und mehr, soweit dies innerhalb des Kapitalverhältnisses überhaupt möglich ist, sie als gesellschaftliche Produktivkräfte zu behandeln. Sowohl die industrielle Hochdruckperiode mit ihrer schrankenlosen Kreditaufblähung, wie der Krach selbst durch den Zusammenbruch großer kapitalistischer Etablissements, treiben zu derjenigen Form der Vergesellschaftung größerer Massen von*

*Produktionsmitteln, die uns in den verschiedenen Arten von Aktiengesellschaften gegenübertritt. Manche dieser Produktions- und Verkehrsmittel sind von vornherein so kolossal, daß sie, wie die Eisenbahnen, jede andre Form kapitalistischer Ausbeutung ausschließen. Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form nicht mehr: der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, muß ihre Leitung übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum tritt zuerst hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post, Telegraphen, Eisenbahnen.*

*Wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur fernern Verwaltung der modernen Produktivkräfte aufdeckten, so zeigt die Verwandlung der großen Produktions- und Verkehrsanstalten in Aktiengesellschaften und Staatseigentum die Entbehrlichkeit der Bourgeoisie für jenen Zweck. Alle gesellschaftlichen Funktionen des Kapitalisten werden jetzt von besoldeten Angestellten versehen. Der Kapitalist hat keine gesellschaftliche Tätigkeit mehr, außer Revenuen-Einstreichen, Kupon-Abschneiden und Spielen an der Börse, wo die verschiedenen Kapitalisten untereinander sich ihr Kapital abnehmen. Hat die kapitalistische Produktionsweise zuerst Arbeiter verdrängt, so verdrängt sie jetzt die Kapitalisten und verweist sie, ganz wie die Arbeiter, in die überflüssige Bevölkerung, wenn auch zunächst noch nicht in die industrielle Reservearmee.*

*Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier.*

*Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.*

*Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions-, Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Und dies kann nur dadurch geschehn, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder andern Leitung außer der ihrigen erwachsenen Produktivkräften. Damit wird der gesellschaftliche Charakter der Produktionsmittel und Produkte, der sich heute gegen die Produzenten selbst kehrt, der die Produktions- und Austauschweise periodisch durchbricht und sich nur als blindwirkendes Naturgesetz gewalttätig und zerstörend durchsetzt, von den Produzenten mit vollem Bewußtsein zur Geltung gebracht und verwandelt sich aus einer Ursache der Störung und des periodischen Zusammenbruchs in den mächtigsten Hebel der Produktion selbst.*

*Die gesellschaftlich wirksamen Kräfte wirken ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewaltsam, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen. Haben wir sie aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserm Willen zu unterwerfen und vermittelst ihrer unsre Zwecke zu erreichen. Und ganz besonders gilt dies von den heutigen gewaltigen Produktivkräften. Solange wir uns hartnäckig weigern, ihre Natur und ihren Charakter zu verstehn - und gegen dieses Verständnis sträuben sich die kapitalistische Produktionsweise und ihre Verteidiger - , solange wirken diese Kräfte sich aus trotz uns, gegen uns, solange beherrschen sie uns, wie wir das ausführlich dargestellt haben. Aber einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der assoziierten (vereinten, d. Verf.) Produzenten aus dämonischen Herrschern in willige Diener verwandelt werden. Es ist dies der Unterschied zwischen der zerstörenden*

*Gewalt der Elektrizität im Blitze des Gewitters und der gebändigten Elektrizität des Telegraphen und des Lichtbogens; der Unterschied der Feuersbrunst und des im Dienst des Menschen wirkenden Feuers. Mit dieser Behandlung der heutigen Produktivkräfte nach ihrer endlich erkannten Natur tritt an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen; damit wird die kapitalistische Aneignungsweise, in der das Produkt zuerst den Produzenten, dann aber auch den Aneigner knechtet, ersetzt durch die in der Natur der modernen Produktionsmittel selbst begründete Aneignungsweise der Produkte: einerseits direkt gesellschaftliche Aneignung als Mittel zur Erhaltung und Erweiterung der Produktion, andererseits direkt individuelle Aneignung als Lebens- und Genußmittel.*

*Indem die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr die große Mehrzahl der Bevölkerung in Proletarier verwandelt, schafft sie die Macht, die diese Umwälzung, bei Strafe des Untergangs, zu vollzieh genötigt ist. Indem sie mehr und mehr auf Verwandlung der großen, vergesellschafteten Produktionsmittel in Staatseigentum drängt, zeigt sie selbst den Weg an zur Vollziehung dieser Umwälzung. **Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.** Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußern Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der*

*sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unsrer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren (unterdrücken, d. Verf.), das eine besondere Repressionsgewalt (Unterdrückungsgewalt, d. Verf.), einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt - die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft - ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht 'abgeschafft', **er stirbt ab**. Hieran ist die Phrase vom 'freien Volksstaat' zu messen (damals eine landläufige Losung der revolutionären deutschen Sozialdemokratie, d. Verf.), also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit; hieran ebenfalls die Forderung der sogenannten Anarchisten, der Staat solle von heute auf morgen abgeschafft werden.“*

(ebenda, MEW 20 S. 258 ff.; oder AW V S. 304 ff.; Hervorhebungen von Engels)

Die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft, der erste Akt, in welchem der Staat (nun als sozialistischer Staat) wirklich und nicht nur in der Phrase als Repräsentant der Gesellschaft auftritt, ist zugleich sein letzter! Dieser geniale Satz zeigt zugleich die Bedeutung und die Grenzen der Staatlichkeit bei dem infragestehenden Umwälzungsprozeß der Produktionsverhältnisse. Dieser Satz geht vom **geschichtlichen** Standpunkt aus, und hier erscheint dieser Übergang als ein **Augenblick**. Vom Standpunkt der Personen, die diese Umwälzung erleben, währt dieser „Augenblick“

indessen reichlich lange. Die Analyse des komplizierten Zustands dieser Übergangsperiode, darunter auch des Staates in dieser Übergangsperiode, gehört nicht hierher und würde den Rahmen dieses Kapitels sprengen. (InteressentInnen seien hingewiesen auf: Peter Urban, Über die innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft wirkenden sozialökonomischen Triebkräfte, und: Peter Urban, Antwort auf die Ausführungen des Genossen Steigerwald, beides in: Hat der Sozialismus Zukunft, Bd. 2, Eine kontroverse Diskussion über den Sozialismus, Zeitungsverlag Roter Morgen, 1998)

Nur so viel sei hier gesagt: In dem Maße, wie dieser Übergangstaat zu einem bestimmten Zeitpunkt **noch nicht** abgestorben ist, ist dies Beweis dafür, daß der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung **noch nicht vollständig gelöst ist**, daß die Produktion noch nicht vollends unter der Leitung der vereinten ProduzentInnen steht - auch dies liegt in der Logik der Engelsschen Ausführungen.

Wenden wir uns nun aber wieder der Frage zu, wie der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung in der kapitalistischen Gesellschaft wirkt, insbesondere wie er in den Krisen zum Ausdruck kommt.

## JEDE ENTWICKLUNG DER PRODUKTIVKRÄFTE VERSCHÄRFT DEN GRUNDLEGENDEN WIDERSPRUCH DES KAPITALISMUS

Ricardo konnte sich in seinen Illusionen vom krisenfreien Kapitalismus wiegen, solange England im Besitz des Kolonialmonopols war und die Einschränkung des inneren Marktes daher die Ausweitung der Produktion nicht nachhaltig hemmte. Doch mit dem Zusammenbruch des englischen Kolonialmonopols mußten zyklische Krisen einsetzen. Engels schrieb 1892:

*„Die kapitalistische Produktion **kann nicht** stabil werden, sie muß wachsen und sich ausdehnen, oder sie muß sterben. Schon jetzt, die bloße Einschränkung von Englands Löwenanteil an der Versorgung des Weltmarkts heißt Stockung, Elend, Übermaß an Kapital hier, Übermaß an unbeschäftigten Arbeitern dort. Was wird erst sein, wenn der Zuwachs der jährlichen Produktion vollends zum Stillstand gebracht ist?*

*Hier ist die verwundbare Achillesferse der kapitalistischen Produktion. Ihre Lebensbedingung ist die Notwendigkeit fortwährender Ausdehnung, und diese fortwährende Ausdehnung wird jetzt unmöglich. Die kapitalistische Produktion läuft aus in eine Sackgasse. Jedes Jahr bringt England dichter vor die Frage: Entweder die Nation geht in Stücke oder die kapitalistische Produktion. Welches von beiden muß dran glauben?“*

(Engels, Vorwort zur englischen Ausgabe der 'Lage der arbeitenden Klasse', MEW 22 S. 276; Hervorhebungen von Engels)

Jede Entwicklung der Produktivkräfte verschärft den der kapitalistischen Produktion innewohnenden Widerspruch und verschärft damit auch die Krisen. Entwicklung der Produktivkräfte bedeutet unter kapitalistischen Bedingungen Fall der Profitrate und verschlechtert damit die Verwertungsbedingungen des Kapitals (siehe Kapitel XI), verschärft also den Widerspruch zwischen den gewaltigen Produktivkräften und

dem engen Korsett, in welches die private Aneignungsform diese Produktivkräfte einzwängt. *„Die ungeheure Produktivkraft, im Verhältnis der Bevölkerung, die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise sich entwickelt und, wenn auch nicht im selben Verhältnis, das Wachsen der Kapitalwerte (nicht nur ihres materiellen Substrats), die viel rascher wachsen als die Bevölkerung, widerspricht der, relativ zum wachsenden Reichtum, immer schmaler werdenden Basis, für die diese ungeheure Produktivkraft wirkt, und den Verwertungsverhältnissen dieses schwellenden Kapitals. Daher die Krisen.“* (Marx, Kapital III, MEW 25 S. 277)

Dieser Widerspruch wird verschärft durch die wachsende Konzentration und Zentralisation des Kapitals: Konzentration bedeutet die Ansammlung von immer mehr Kapital in einer Hand auf dem Wege der Akkumulation. Zentralisation bedeutet, daß einzelne Kapitale im immer schärferen Konkurrenzkampf von anderen geschluckt und einverleibt werden. Beide Entwicklungslinien sind unvermeidlich, und beide führen zur Zusammenballung immer größerer Kapitalmassen, mithin zur Produktion auf immer höherer Stufenleiter, zur immer höheren Entwicklung der Produktivkräfte und somit zur Verschärfung der Krisen.

Marx drückt diesen Zusammenhang wie folgt aus:

*„Fall der Profitrate und beschleunigte Akkumulation sind insofern nur verschiedene Ausdrücke desselben Prozesses, als beide die Entwicklung der Produktivkraft ausdrücken. Die Akkumulation ihrerseits beschleunigt den Fall der Profitrate, sofern mit ihr die Konzentration der Arbeiten auf großer Stufenleiter und damit eine höhere (organische, d. Verf.) Zusammensetzung des Kapitals gegeben ist. Andererseits beschleunigt der Fall der Profitrate wieder die Konzentration des Kapitals und seine Zentralisation durch die Enteignung der kleinern Kapitalisten, durch die Expropriation (Enteignung, d. Verf.) des letzten Rests der unmittelbaren Produzenten (einfachen Warenproduzenten, d. Verf.), bei denen noch etwas zu expropriieren ist. Dadurch wird andererseits die Akkumulation, der Masse nach, beschleunigt, obgleich mit der Profitrate die Rate der Akkumulation fällt.“*

*Andrerseits, soweit die Rate der Verwertung des Gesamtkapitals, die Profitrate, der Stachel der kapitalistischen Produktion ist (wie die Verwertung des Kapitals ihr einziger Zweck), verlangsamt ihr Fall die Bildung neuer selbständiger Kapitale und erscheint so als bedrohlich für die Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses; er befördert Überproduktion, Spekulation, Krisen, überflüssiges Kapital neben überflüssiger Bevölkerung.“*

(Kapital III, MEW 25 S. 251 f.; „überflüssige“ Bevölkerung natürlich nur **vom Standpunkt der Verwertung des Kapitals**)

*„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“*

(Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4 S. 468; oder AW I S. 423)

Da die vorhandenen Märkte beschränkt sind, vermindert sich mit der Eroberung neuer und der gründlicheren Ausschöpfung alter Märkte die Möglichkeit, Krisen vorzubeugen, und jeder Markt, den ein Kapitalist dem anderen, ein Monopol dem anderen, ein imperialistischer Staat dem anderen abjagt, verschlechtert die Chancen des anderen Kapitalisten, des anderen Monopols, des anderen Imperialismus; ein solcher Vorgang mildert also nicht die Krise des kapitalistischen Welt-systems als solchem. Immer aber wirkt der Widerspruch, der die Krise neu hervorbringt bzw. verschärft:

*„Der Widerspruch, ganz allgemein ausgedrückt, besteht darin, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, abgesehen vom Wert und dem in ihm eingeschloßnen Mehrwert, auch abgesehen von den gesellschaftlichen Verhältnissen, innerhalb deren die kapitalistische Produktion stattfindet; während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maße (d.h. beschleunigten Anwachs dieses Werts) zum Ziel hat. (Ersteres,*

die Tendenz nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, wird erst im Kommunismus auf keinerlei in den Produktionsverhältnissen begründete Schranken mehr stoßen, wenn nicht mehr die Akkumulation von Wert Selbstzweck der Produktion ist und freie menschliche Kraftentfaltung Selbstzweck geworden ist. D. Verf.) *Ihr* (der kapitalistischen Produktionsweise, d. Verf.) *spezifischer Charakter ist auf den vorhandenen Kapitalwert als Mittel zur größtmöglichen Verwertung dieses Werts gerichtet. Die Methoden, wodurch sie dies erreicht, schließen ein: Abnahme der Profitrate, Entwertung des vorhandenen Kapitals und Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit auf Kosten der schon produzierten Produktivkräfte.* (Vernichtung von Produktivkräften, um einen neuen Aufschwung der Produktion zu ermöglichen, d. Verf.)

*Die periodische Entwertung des vorhandenen Kapitals, die ein der kapitalistischen Produktionsweise immanentes (ihr innewohnendes, d. Verf.) Mittel ist, den Fall der Profitrate aufzuhalten und die Akkumulation von Kapitalwert durch Bildung von Neukapital zu beschleunigen, stört die gegebenen Verhältnisse, worin sich der Zirkulations- und Reproduktionsprozeß des Kapitals vollzieht, und ist daher begleitet von plötzlichen Stockungen und Krisen des Produktionsprozesses.*

*Die mit der Entwicklung der Produktivkräfte Hand gehende relative Abnahme des variablen Kapitals gegen das konstante gibt dem Anwachs der Arbeiterbevölkerung einen Stachel, während sie fortwährend künstliche Übervölkerung schafft. („Künstliche“ Übervölkerung meint: Es gibt nur dann „zu viele“ Menschen, wenn man vom bornierten Maßstab der Kapitalverwertung ausgeht. D. Verf.) Die Akkumulation des Kapitals, dem Wert nach betrachtet, wird verlangsamt durch die fallende Profitrate, um die Akkumulation des Gebrauchswerts noch zu beschleunigen, während diese wieder die Akkumulation, dem Wert nach, in beschleunigten Gang bringt.* (Dieser Widerspruch findet seine Lösung nur im Kommunismus bzw. - als Übergangsprozeß - im Sozialismus, wo beständiges Sinken des „Werts“ der Produkte nur noch heißt, daß auf die Produktion eines bestimmten Gebrauchs-

werts immer weniger Arbeit verwandt werden muß; der Wert und alle mit ihm verbundenen Kategorien sind dann entfallen. Negatives „Werte“wachstum bei steigendem Nutzeffekt für die Gesellschaft, vgl. Kapitel XI S. 103 ff. Hier zeigt sich, daß die Produktivkräfte der gegebenen bürgerlichen Gesellschaft bereits auf den Kommunismus hinweisen; im Kommunismus aber wird wachsende Produktion von Gebrauchswerten bei fallendem „Wert“ des Arbeitsprodukts erreicht ohne künstliche Vernichtung von Produktions- und Konsumtionsmitteln. Dies ist deshalb möglich, weil die Entwicklung der Produktivkräfte dann nicht auf die Schranke des Kapitals und der Notwendigkeit seiner Verwertung stößt. D. Verf.)

*Die kapitalistische Produktion strebt beständig, diese ihr immanenten Schranken zu überwinden, aber sie überwindet sie nur durch Mittel, die ihr diese Schranken aufs neue und auf gewaltigerm Maßstab entgegenstellen. (Z.B. durch Eroberung neuer Märkte, was vorübergehend Steigerung der Produktion ermöglicht, doch auch diese Märkte sind irgendwann erschöpft. Z.B. durch Bildung größerer Kapitale und schließlich weltumspannender Monopole durch Konzentration und Zentralisation des Kapitals, doch die Produktion auf höherer Stufenleiter, die diesen neuen Kapitalen möglich ist, verschärft das Problem des Absatzes auf der Grundlage bornierter kapitalistischer Konsumtionsverhältnisse, also des im Kapitalismus unvermeidlichen Unterkonsums der Massen. D. Verf.)*

*Die **wahre Schranke** der kapitalistischen Produktion ist **das Kapital selbst**, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das **Kapital** ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die **Gesellschaft** der Produzenten sind.“*

(Kapital III, MEW 25 S. 259 f., Hervorhebungen von Marx)

## BÜRGERLICHE VERSUCHE, DIE KRISE ZU ÜBERWINDEN

Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind zur Fessel der Produktivkräfte geworden; **dies** ist - wie wir gesehen haben - die Wurzel der kapitalistischen Krisen, und ohne Lösung dieses Widerspruchs, also ohne Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, können diese Krisen nicht überwunden werden. Das ist aber nicht möglich, ohne die warenproduzierende Ordnung selbst zu sprengen: Die warenproduzierende Ordnung enthält im Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert, der jeder einzelnen Ware innewohnt und in jedem Austausch zweier Waren bzw. in jedem Verkauf bzw. Kauf einer Ware zum Ausdruck kommt, bereits die Möglichkeit der Krisen; die warenproduzierende Ordnung ist es, die ab einem bestimmten Entwicklungspunkt die kapitalistische Produktion gesetzmäßig hervorgebracht hat.

Die bürgerlichen Apologeten leugnen und vertuschen die Widersprüche, die im Wesen der warenproduzierenden Ordnung im allgemeinen und der kapitalistischen Ordnung im besonderen wurzeln. Anstatt die Widersprüche im Wesen der Dinge zu untersuchen, befassen sie sich mit Widersprüchen auf der Oberfläche der **Erscheinungen** und schlagen Mittel zur Lösung letzterer vor. Die betreffenden Lösungsversuche sind zum Scheitern verurteilt, denn die Widersprüche auf der Oberfläche der Erscheinungen können nicht gelöst werden, ohne die Widersprüche im Wesen der Dinge selbst zu lösen.

Klebt man an der Oberfläche der Erscheinungen, so sieht man in der Krise vor allem den Widerspruch zwischen Angebot und zahlungsfähiger Nachfrage. Einige Apologeten des Kapitals schlagen daher vor, durch **Lohnerhöhung** die Nachfrage zu fördern. Dabei übersehen sie das Wesensmerkmal des Kapitals, seinen Zwang zur Selbstverwertung. Andere Apologeten des Kapitals schlagen **Lohnsenkung** vor, um dem Sinken der Produktion in der Krise entgegenzuwirken. Dabei übersehen sie, daß der innere Markt durch Lohnsenkung weiter einge-

engt wird und damit die Verwertungsbedingungen des Kapitals weiter verschlechtert werden.

Die Kapitalisten nutzen die Krise stets für weitere Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Massen, und letztere können sich nur zur Wehr setzen, indem sie um den Lohn und um die Länge der Arbeitszeit kämpfen. In aller Regel werden dies Abwehrkämpfe gegen das Kapital sein. Nur in dem Maße, wie die ArbeiterInnen und kleinen Angestellten dabei erfolgreich sind, können sie eine ständige Verschlechterung ihrer Lage verhindern. Doch unabhängig vom Kräfteverhältnis der kämpfenden Klassen kann der Kampf um den Lohn und um die Länge der Arbeitszeit die Krise nicht lösen; erst der Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung wird ihr ein Ende setzen. (Zu den Apologeten des Kapitals, die die Krisen durch Lohnerhöhung oder Lohnsenkung lösen wollen, vgl. einen Artikel aus dem Roten Morgen 20/97, der auf den Seiten 79 ff. dieses Kapitels nachgedruckt ist)

Einige Apologeten des Kapitals fordern den **Staat** auf, die Krise zu lösen, indem er „**Arbeitsplätze schafft**“. Letztlich unterstellen sie dabei, der Staat sei eine über die Gesellschaft erhabene Macht, die die von der Gesellschaft geschlagenen Wunden heilen könne. Doch der bürgerliche Staat ist Produkt der bürgerlichen Klassenverhältnisse, Produkt des Klassenantagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Er ist das Machtinstrument der Bourgeoisie und dient ihr dazu, ihre Macht möglichst lange zu behaupten, obwohl die bürgerliche Herrschaft in Anbetracht der entwickelten Produktivkräfte überreif für ihren Sturz ist, da die bornierten bürgerlichen Produktionsverhältnisse diesen Produktivkräften nicht mehr entsprechen. Wirkt der Staat vorübergehend ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus entgegen, die die Vernichtung von Produktivkräften erfordern, so muß er finanzielle Mittel aufwenden, die er im wesentlichen nur der Arbeiterklasse oder der Bourgeoisie entziehen kann. Entzieht er sie der Bourgeoisie, so handelt er seinem Zweck, deren Interessen zu fördern, entgegen. Er kann dies nur unter beträchtlichem Druck der arbeitenden Massen vorübergehend tun und dann auch nur

deshalb, weil das auf Machterhaltung der gesamten Kapitalistenklasse gerichtete Interesse es in einer solchen Situation erfordern kann, daß bürgerliche Einzelinteressen vorübergehend zurücktreten, also in seiner Eigenschaft als „*ideeller Gesamtkapitalist*“ (Engels). Ein solches Agieren des Staates ist aber dauerhaft und im großen und ganzen gesehen nicht möglich, denn das liefe dem Gesetz der Kapitalverwertung - dem grundlegenden Gesetz kapitalistischer Produktionsweise - entgegen. Dieses Gesetz findet seine subjektive Widerspiegelung in den bornierten bürgerlichen Einzelinteressen, und letztere - die heute ja Interessen gewaltiger und oftmals weltumspannender Monopole sind - setzen sich gegen politisch motivierte, auf Machterhalt gerichtete Bestrebungen, das Lebensniveau der Massen zu sichern, durch. Entzieht der Staat - was in der Regel der Fall ist - die zur künstlichen Förderung „der Konjunktur“ erforderlichen Mittel aber der Arbeiterklasse, so trägt er nicht nur zu ihrer weiteren Verelendung, sondern auch zur Einengung der Märkte und damit zur Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals bei.

Allerdings besteht zeitweilig die Möglichkeit, durch **Aufblähung des Kredits** Krisenfolgen künstlich hinauszuschieben. Dies geschieht im **nationalen und internationalen** Rahmen:

Die Banken geben sehr gern Kredite an den Staat, da sich ihre unmittelbare Kontrolle des Staates dadurch verstärkt und da der staatlich garantierte Zins- und Tilgungsdienst für sie eine sichere Profitquelle ist. Der Staat kann die wachsenden Zinsen nur durch steuerliche Ausplünderung der arbeitenden Massen aufbringen. Eine schrankenlose Aufblähung der Kredite lassen die Banken nicht zu, da die Schuldtitel ab einem gewissen Punkt illusorisch würden und das vorgeschossene Kapital für sie verloren wäre. Die Kreditaufnahme durch den Staat kann also die Krisenfolgen, darunter auch die Verelendung der arbeitenden Massen, hinauszögern und hat dies auch getan. Ab einem bestimmten Punkt aber bricht die Krise dann mit um so größerer Wucht herein. Diesen Prozeß erleben wir in Deutschland seit einigen Jahren.

Durch Vergabe von Krediten in Länder, die ökonomisch gegenüber den imperialistischen Ländern zurückgeblieben

sind, haben die Großbanken die Herrschaft über ganze Kontinente gewonnen (Asien, Afrika, Lateinamerika) und plündern sie diese Kontinente hemmungslos aus. Durch Einbeziehung in das kapitalistische Weltsystem wurde die eigene ökonomische Struktur dieser Länder vernichtet und wurden sie in die krisenhafte kapitalistische Weltwirtschaft eingegliedert, allerdings als deren schwächste Glieder, die von den Krisenfolgen am heftigsten geschüttelt werden. Die Krisenfolgen in den betreffenden Ländern wurden zwar durch Kreditvergabe vorübergehend abgemildert, solange die Kredite weiter aufgestockt wurden. Sobald aber der Punkt eintrat, an dem die betreffenden Kredite von den Banken als „notleidend“ angesehen wurden, betrieben und betreiben der Internationale Währungsfonds und die Weltbank als Poolführer der Monopole die Zwangsvollstreckung und nutzen das imperialistische Militär erforderlichenfalls als Gerichtsvollzieher. Während Millionen hungern und verhungern, jagt eine Konferenz der Monopolherren über die „internationale Schuldenkrise“ die andere, Konferenzen, bei denen es allein um die Frage geht, wie man noch am meisten Profit aus den Ländern herausholen kann, die man selbst ökonomisch ruiniert hat.

Durch die Ruinierung ganzer Kontinente untergraben die kapitalistischen Monopole zugleich ihren eigenen Wirtschaftsraum und verschärfen die Todeskrise des kapitalistischen Weltsystems.

## DAS ERSCHEINUNGSBILD DER KRISE

Die Krise umfaßt meist alle Bereiche der kapitalistischen Wirtschaft: Industrie und Handel, Banken und Börse, Kredit und Geldumlauf.

Der Krise geht gewöhnlich eine Periode des Aufschwunges voraus, in der die Industrieproduktion steigt. Die Waren werden zu Preisen verkauft, die den Kapitalisten einen für sie akzeptablen Profit bringen. Die Aktienkurse steigen. Plötzlich tritt aber eine Stockung im Warenabsatz ein, der ein jähes Absinken der Konjunktur folgt. Unverkaufte Waren stapeln sich. Sobald sich die Waren nicht mehr in Geld verwandeln lassen, beginnt die Jagd der Kapitalisten nach Geld. „Rette sich, wer kann! Schnell versilbern, was sich versilbern läßt!“

*„Eben noch erklärte der Bürger in prosperitätstrunknem Aufklärungsdünkel das Geld für leeren Wahn. Nur die Ware ist Geld. Nur das Geld ist Ware! gellt's jetzt über den Weltmarkt. Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schreit seine Seele nach Geld, dem einzigen Reichtum.“*

(Kapital I, MEW 23 S. 152)

Da Waren unverkäuflich werden, geht die Produktion zurück. Konkurse und gerichtliche Zwangsvergleiche (ab 1999: Insolvenzen) von kapitalistischen Unternehmen sowie von Kleinproduzenten nehmen zu. Massenentlassungen und Betriebsstillegungen sind auf der Tagesordnung. Die Arbeitslosigkeit wächst. Auf der einen Seite Überangebot an gesellschaftlichem Reichtum, auf der anderen Seite bankrotte Kapitalisten und vor allem darben- de Arbeiterinnen und Arbeiter.

Das Kreditwesen kann zwar vorübergehend zur Aufrechterhaltung einer künstlichen Konjunktur beitragen und damit den Ausbruch der Krise hinauszögern, doch bricht sie dann zu einem späteren Zeitpunkt um so heftiger aus. Finden Kauf und Verkauf der Kapitalisten untereinander auf Kredit statt, werden Industrie- und Handelskapitalisten von Banken kreditiert, so wird die Ausdehnung der Produktion über die Nachfrage hinaus gefördert. Bricht die Krise aber aus, so können viele Kapitalisten und kleine Warenproduzenten und -

händler ihre Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen, da sie ihre Waren nicht in Geld verwandeln können. Und wenn sie Waren in Geld verwandeln können, dann nur zu reduzierten Preisen, so daß sie ihre Verpflichtungen nicht vollständig erfüllen können. Es tritt eine Kettenreaktion ein: Die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners führt zur Zahlungsunfähigkeit seines Gläubigers, der seinerseits Zahlungen zu leisten hat und als Schuldner zahlungsunfähig wird, usw. Die Banken werden bei der Vergabe von Krediten, die sie noch kurz zuvor den Kunden geradezu aufzudrängen versuchten, höchst vorsichtig und mißtrauisch.

Das Kreditwesen kann also die Krise zwar verschärfen, es wäre aber falsch, es als die Ursache der Krise anzusehen. Ursache ist vielmehr die kapitalistische Produktionsweise selbst. *„Wenn das Kreditwesen als Haupthebel der Überproduktion und Überspekulation im Handel erscheint, so nur, weil der Reproduktionsprozeß, der seiner Natur nach elastisch ist, hier bis zur äußersten Grenze forciert wird, und zwar deshalb forciert wird, weil ein großer Teil des gesellschaftlichen Kapitals von den Nicht-eigentümern desselben angewandt wird, die daher ganz anders ins Zeug gehen als der ängstlich die Schranken seines Privatkapitals erwägende Eigentümer, soweit er selbst fungiert. Es tritt damit nur hervor, daß die auf den gegensätzlichen Charakter der kapitalistischen Produktion gegründete Verwertung des Kapitals die wirkliche, freie Entwicklung nur bis zu einem gewissen Punkt erlaubt, also in der Tat eine immanente Fessel und Schranke der Produktion bildet, die beständig durch das Kreditwesen durchbrochen wird. Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts, die als materielle Grundlagen der neuen Produktionsform bis auf einen gewissen Höhegrad herzustellen, die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise ist. Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise.“* (Kapital III, MEW 25 S. 457)

Die Aktienkurse beginnen zu fallen. An der Börse herrscht Panikstimmung, es kann zum Börsencrash kommen.

Wir reden hier nicht von der **selbständigen** Finanzkrise, die - wie in Kapitel XII gezeigt - unabhängig von aktuellen Bewegungen der Produktion und des Warenabsatzes entstehen kann und auf die Produktion dann lediglich **zurückwirkt**:  
*„Die Geldkrise (...) als besondere Phase jeder allgemeinen Produktions- und Handelskrise (nämlich jene Phase, in der allgemeine Flucht in das Geld stattfindet, d. Verf.), ist wohl zu unterscheiden von der speziellen Sorte der Krise, die man auch Geldkrise (heute: Finanzkrise, d. Verf.) nennt, die aber selbständig auftreten kann, so daß sie auf Industrie und Handel nur rückschlagend wirkt. Es sind dies Krisen, deren Bewegungszentrum das Geld-Kapital ist, und daher Bank, Börse, Finanz ihre unmittelbare Sphäre.“* (Kapital I, MEW 23 S. 152)

Letztere Krisen wurzeln zwar, wie ebenfalls in Kapitel XII gesehen, letztlich auch in den Widersprüchen der kapitalistischen **Produktionsweise**, doch unmittelbarer Anlaß für den Ausbruch derartiger Finanzkrisen sind oft Vorgänge **außerhalb** der Produktion. Hier geht es uns aber vor allem um solche Krisen, deren Ausbruch **unmittelbar** im Widerspruch zwischen der Ware und ihrem Geldausdruck wurzelt und die **Überproduktionskrisen** sind.

*„Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.“* (Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW 4 S. 468; oder AW I S. 422 f.)

## DIE OBJEKTIVE FUNKTION DER KRISE

*„Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen (Ausbrüche, d. Verf.), die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen.“*

(Kapital III, MEW 25 S. 259)

Es ist mehr Kapital vorhanden, als fungieren kann. Die objektive Funktion der Krise besteht folglich darin, diese Diskrepanz durch Vernichtung von Kapital vorübergehend zu beseitigen.

*„Wenn von **Zerstörung von Kapital** durch Krisen die Rede ist, so ist zweierlei zu unterscheiden.*

*Insofern der Reproduktionsprozeß stockt, der Arbeitsprozeß beschränkt wird oder stellenweise ganz stillgesetzt, wird **wirkliches** Kapital vernichtet. Die Maschinerie, die nicht gebraucht wird, ist nicht Kapital. Die Arbeit, die nicht exploitiert wird, ist soviel wie verlorne Produktion. Rohmaterial, das unbenutzt daliegt, ist kein Kapital. Gebäulichkeiten (Produktionsgebäude, d. Verf.), die entweder unbenutzt bleiben (ebenso wie neugebaute Maschinerie) oder unvollendet bleiben, Waren, die verfaulen im Warenlager, alles dies ist Zerstörung von Kapital. Alles das beschränkt sich auf Stockung des Reproduktionsprozesses und darauf, daß die **vorhandnen** Produktionsbedingungen nicht wirklich als Produktionsbedingungen wirken, in Wirksamkeit gesetzt werden. Ihr Gebrauchswert und ihr Tauschwert geht dabei zum Teufel.*

*Zweitens aber meint **Zerstörung des Kapitals** durch Krisen Depreziation (Entwertung, d. Verf.) von **Wertmassen**, die sie hindert, später wieder ihren Reproduktionsprozeß als Kapital auf derselben Stufenleiter zu erneuern. Es ist der ruinierende Fall der Warenpreise. Damit werden keine Gebrauchswerte zerstört. Was der eine verliert, gewinnt der andre. Als Kapitalien wirkende Wertmassen werden verhindert, in derselben Hand sich als **Kapital** zu erneuern. Die alten Kapitalisten machen bankrott.“*

(Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2 S. 496, Hervorhebungen von Marx)

Sowohl Produktionsmittel als auch noch nicht verkaufte Waren sind Existenzformen des industriellen Kapitals. Durch Preissenkungen wird also Kapital teilweise entwertet; es verliert an Wert. Dies gilt sowohl für die Konsumgüter als auch für Maschinen, Rohstoffe usw., deren Wert fällt. Ferner beschleunigt die Krise die Zentralisation des Kapitals; eine Reihe von Einzelkapitalien wird von stärkeren geschluckt, wobei die bankrotten Betriebe in aller Regel unter Wert verkauft werden. Auch wenn sie ausgeschlachtet bzw. zerstückelt werden, wird die sogenannte Konkursware weit unter Wert verkauft. Neben dieser Entwertung findet aber auch Vernichtung der betreffenden Gebrauchswerte statt, etwa durch dauerhafte Stilllegung von Produktionsmitteln, Abriß von Produktionsanlagen, Zerstörung von Warenkapital.

Die gleiche objektive Funktion hat die Vernichtung von fikktivem Kapital im Börsencrash. (vgl. Kapitel XII S. 83 ff.) In diesem Fall ist das vernichtete Kapital zwar kein industriell fungierendes Kapital, aber ehemaliges industriell fungierendes Kapital, welches zunächst in fiktives Kapital verwandelt worden war und dann im Crash vernichtet wird.

Die massenhafte Vernichtung von Kapital in der Krise hat zur Folge, daß sich die gesamtgesellschaftlich produzierte Mehrwertmasse nun auf ein geringeres Gesamtkapital bezieht als vor der Krise. Außerdem drücken die Kapitalisten in der Krise den Lohn, wodurch sich die Mehrwertrate erhöht. Beide Faktoren wirken dem Fall der Profitrate entgegen bzw. bewirken ein vorübergehendes Steigen der Profitrate, mithin eine vorübergehende Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals.

Mit anderen Worten:

Durch Vernichtung von Kapital werden die entwickelten Produktivkräfte gewaltsam in das enge Korsett gepreßt, welches die kapitalistischen Produktionsverhältnisse vorschreiben. Es kann nur so viel Reichtum vorhanden sein, wie als Kapital verwertet werden kann. Die Krise ist die Form, in welcher der Widerspruch zwischen den entwickelten Produktivkräften und den bornierten Produktionsverhältnissen sich bewegen kann. Je krasser dieser Widerspruch, desto verheerender die Krisen. Auch Kriege erfüllen die objektive Funktion, in gewaltigem Ausmaß Kapital zu vernichten.

## DIE PHASEN DES KRISENZYKLUS

Die kapitalistischen Überproduktionskrisen wiederholen sich meist in bestimmten Abständen, heute etwa alle 5 Jahre. Ein Krisenzyklus besteht aus vier Phasen: Krise, Depression, Belebung und Aufschwung. Wir wollen diese Phasen im folgenden grob schematisch skizzieren. Wir werden im nächsten Abschnitt sehen, daß es Abweichungen von diesem Schema gibt.

Die **Krise** ist gekennzeichnet durch Stocken des Absatzes, Massenentlassungen und Betriebsstillegungen, Rückgang der Industrieproduktion, Fallen der Preise.

Auf die Krise folgt die **Depression**. Die Industrieproduktion stagniert, der Markt ist noch sehr begrenzt, die Preise sind niedrig. Doch die Kapitalisten versuchen, durch Senkung der Produktionskosten einen Ausweg aus der Stagnation zu finden. Dies können sie vor allem durch Steigerung der Ausbeutung erreichen: Weiteres Drücken des Lohnes, Steigerung der Arbeitsintensität und Arbeitshetze. Ferner durch Rationalisierung, also Einführung technischer Neuerungen, die in aller Regel für die Arbeiter und Arbeiterinnen ebenfalls Steigerung der Arbeitshetze bedeuten.

Aufgrund der Erneuerung des fixen Kapitals (Anlagevermögens) erhalten die Produktionszweige, die die betreffenden Produktionsmittel herstellen, Aufträge. Die betreffenden Unternehmen haben dadurch höheren Bedarf an Rohstoffen und sonstigem Material. Die Depression geht allmählich in die Phase der Belebung über.

In der Phase der **Belebung** wächst die Industrieproduktion und erreicht normalerweise den Stand **vor** der Krise.

In der Phase des **Aufschwungs** überschreitet die Produktion den vor der Krise erreichten Höchststand. Die Preise steigen, die Kaufleute kaufen in der Hoffnung auf weiteren Preisanstieg viele Waren, was die Industriekapitalisten zu weiterer Ausweitung der Produktion veranlaßt. Vor dem Ausbruch der Krise erreicht die Produktion einen neuen Höchststand. Es besteht bereits Überproduktion, jedoch in verdeckter Form, ver-

borgen durch Kredit und Spekulation. Schließlich bricht eine neue Krise aus.

Warum kehren die Krisen **periodisch** wieder? Marx zeigte, daß der Grund in der Erneuerung des fixen Kapitals liegt.

Das industrielle Kapital gliedert sich in fixes und zirkulierendes Kapital. (Diese Bestimmung ist zwar weniger wichtig als die Einteilung in konstantes und variables Kapital, hat aber - wie wir auch anhand der folgenden Betrachtung sehen werden - ebenfalls ihre Bedeutung.)

**Fixes Kapital** (in heutiger bürgerlicher Terminologie: Anlagevermögen) heißt der Teil des konstanten Kapitals, dessen Wert auf das Produkt nicht einmal, sondern stückweise, sukzessiv (nach und nach), im Verlauf **mehrerer** Umschlagsperioden übertragen wird. (Umschlagsperiode ist **eine** Periode der Verwandlung von Geld in Ware und Rückverwandlung der Ware in Geld, also des Prozesses  $G - W - G'$ , vgl. Kapitel IX S. 13.) Der Kapitalist erhält also nach Ablauf einer Umschlagsperiode im Wert der jeweils produzierten Waren nur einen **Bruchteil** des Gegenwerts des vorfinanzierten Anlagevermögens, weil dieses in dieser Umschlagsperiode eben nur zu einem Bruchteil verbraucht wurde.

Das **zirkulierende Kapital** setzt sich zusammen aus dem variablen Kapital und jenem Teil des konstanten Kapitals, dessen Wert auf die Ware im Verlauf **einer** Umschlagsperiode **vollständig** übertragen wird (Betriebsmittel, also z.B. Roh-, Brenn- und Hilfsstoffe). Nach einer Umschlagsperiode erhält der Kapitalist im Wert der produzierten Waren den **vollen** Gegenwert dieser Betriebsmittel wie auch der Arbeitskraft für diesen Zeitraum (Löhne), da sowohl diese Betriebsmittel als auch die Arbeitskraft in dieser Umschlagsperiode **voll** verbraucht wurden. (Der Mehrwert spielt in dieser Betrachtung keine Rolle; hier geht es nur darum, wie die vorgeschossenen Größen  $c$  und  $v$  reproduziert werden.)

(Vgl. Kapitel X S. 73 f., wo allerdings aufgrund einer ungenauen Formulierung der Eindruck entstehen konnte, unter zirkulierendem Kapital sei nur der zirkulierende Teil des konstanten Kapitals zu verstehen. Das zirkulierende Kapital besteht

aber wie gesagt aus dem zirkulierenden Teil des konstanten Kapitals **zuzüglich** dem variablen Kapital.)

Das fixe Kapital fungiert also während **vieler** Umschlagsperioden und wird normalerweise erst nach einigen Jahren ersetzt. **Die Erneuerung des fixen Kapitals beginnt in der Regel während der Phase der Depression und bildet die Grundlage für das Einsetzen des Aufschwungs.** Diejenigen Kapitalisten nämlich, die in der Krise nicht untergegangen sind, finden auch während der Depression nur einen recht engen Markt mit niedrigem Preisniveau vor. Um trotz dieser Bedingungen eine befriedigende Profitrate zu erzielen, versuchen sie, durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität ihre Produktionskosten zu senken. Zu diesem Zweck rationalisieren sie, führen also neue Maschinerie und Techniken ein. Die Entscheidung zur Erneuerung des fixen Kapitals wird ihnen dadurch erleichtert, daß auch die Preise für Produktionsmittel in der Krise gefallen sind. Die Folge ist eine wachsende Nachfrage in der Produktionsmittel produzierenden Industrie. Wenn dort Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt werden, wächst auch die Nachfrage nach Konsumgütern; ein allgemeiner Aufschwung wird eingeleitet. Auf diese Weise bildet die Erneuerung des fixen Kapitals die Grundlage des Krisenzyklus.

In den Worten von Marx:

*„In demselben Maße also, worin sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise der Wertumfang und die Lebensdauer des angewandten fixen Kapitals entwickelt, entwickelt sich das Leben der Industrie und des industriellen Kapitals in jeder besondern Anlage zu einem vieljährigen, sage im Durchschnitt zehnjährigen. Wenn einerseits die Entwicklung des fixen Kapitals dieses Leben ausdehnt, so wird es andererseits abgekürzt durch die beständige Umwälzung der Produktionsmittel, die ebenfalls mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise beständig zunimmt. Mit ihr daher auch der Wechsel der Produktionsmittel und die Notwendigkeit ihres beständigen Ersatzes infolge des moralischen Verschleißes (der Begriff des moralischen Verschleißes wird nach diesem Zitat erklärt, d. Verf.), lange bevor sie phy-*

*sisch ausgelebt sind. Man kann annehmen, daß für die entscheidendsten Zweige der großen Industrie dieser Lebenszyklus jetzt im Durchschnitt ein zehnjähriger ist. (heute ein fünfjähriger, d. Verf.) Doch kommt es hier nicht auf die bestimmte Zahl an. Soviel ergibt sich: Durch diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Überstürzung, Krise durchmacht. Es sind zwar die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedene und auseinanderfallende. Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch - die ganze Gesellschaft betrachtet - mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus.“*

(Kapital II, MEW 24 S. 185 f.)

Unter **moralischem Verschleiß** von Produktionsmitteln verstehen wir, daß die technische Entwicklung bestehende Produktionsmittel überholt, bevor sie physisch verschlissen sind. Würde der Kapitalist die Produktion mit ihnen fortsetzen, so würde er teurer produzieren als im gesellschaftlichen Mittel und möglicherweise Verluste machen, jedenfalls aber keinen Durchschnittsprofit erwirtschaften. In einer individuellen Arbeitsstunde des betreffenden Betriebs würde nämlich weniger Wert geschaffen als in einer Stunde gesellschaftlich notwendiger Arbeit. (vgl. Kapitel VIII S. 24 f.) Um dies zu verhindern, ist der Kapitalist also gezwungen, diejenigen Produktionsmittel zu nutzen, die dem technischen Standard entsprechen.

**Der Grund dafür, daß der Zyklus sich im Laufe der Zeit verkürzt hat, liegt in der Beschleunigung der technischen Entwicklung.** Der moralische Verschleiß des fixen Kapitals tritt heute früher ein als zu Marx' Zeiten.

## VERÄNDERUNGEN DES ZYKLUS. DIE KRISE WIRD CHRONISCH.

Unter dem Einfluß verschiedener Faktoren kann sich der Zyklus im konkreten Fall anders darstellen als oben in schematischer Form skizziert.

Solange das englische Kolonialmonopol anhielt, entwickelte sich der englische Kapitalismus ohne Krisen im Sinne von absolutem Rückgang der Produktion. Der Grund lag in einem äußeren Faktor, eben in dem praktisch unbegrenzten äußeren Markt, den das Kolonialmonopol garantierte. Mit dem Wegfall dieses Faktors stellten sich zyklische Krisen ein.

In der Nachkriegsentwicklung des westdeutschen Imperialismus lassen sich über ein Vierteljahrhundert fast keine Krisen im oben skizzierten Sinne feststellen. Zwar gab es vier- bis fünfjährige Zyklen, doch in der gesamten Periode von 1950 bis 1975 beinhaltete der Tiefpunkt der Industrieproduktion nur ein einziges Mal, nämlich 1966/67, ein **absolutes Sinken** der Industrieproduktion (um 2 %), ansonsten bedeutete der Tiefpunkt des Zyklus lediglich ein **Sinken der Zuwachsrate**: Die Industrieproduktion wuchs also auch auf dem Tiefpunkt, nur langsamer als in den anderen Phasen des Zyklus. Erst 1975 setzten wieder „normale“ zyklische Krisen ein, die die Produktion ungefähr alle 5 Jahre absolut sinken ließen.

Wer in dieser krisenfreien Periode an der marxistischen Krisentheorie festhielt, wurde von den Apologeten des Kapitals als hoffnungsloser Dogmatiker angegriffen, der offenkundige Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen wolle. Auf dem Höhepunkt des Aufschwungs vor der Krise von 1974/75 verkündete die damals regierende SPD ein „Langzeitprogramm“, in dem bis weit in die 80er Jahre hinein ständig steigende Wachstumsraten vorausgesagt und sogar bis auf die Stellen hinter dem Komma „berechnet“ worden waren. Es sollte Grundlage für eine großzügige Fortschreibung sozialdemokratischer Reformpolitik sein - aus dem Wunsch heraus, den LohnsklavInnen ständig einige Brocken hinzuwerfen, damit diese nicht an der

Kette der Lohnsklaverei rütteln. Dieser Wunsch allerdings zerplatzte an der kapitalistischen Realität wie Seifenblasen, und das „Langzeitprogramm“ wanderte bald nach seiner Erstellung in den Papierkorb.

Grob schematisiert lassen sich die Gründe für die weitgehend krisenfreie Nachkriegsentwicklung des westdeutschen Imperialismus wie folgt zusammenfassen: Im Krieg war Kapital in gewaltigem Ausmaß vernichtet worden, andererseits waren die technischen Grundlagen für die Wiederaufnahme einer hochentwickelten Industrieproduktion vorhanden. Aus politischen Gründen, um nämlich Westdeutschland als Speerspitze gegen das sozialistische Lager aufzupäppeln, pumpte der US-Imperialismus als „Wiederaufbauhilfe“ getarntes Kapital (Marshall-Plan) nach Westdeutschland. Die Lohnkosten waren durch Faschismus und Krieg gewaltig gedrückt worden; selbst bei steigenden Löhnen waren die Kosten der Arbeitskraft für das Kapital immer noch sehr billig, die Profitrate entsprechend hoch. Schließlich gestaltete sich die Entwicklung der internationalen Märkte günstig für das westdeutsche Kapital; zu Beginn der 50er Jahre setzt eine gewaltige Exportoffensive ein.

Diese für das westdeutsche Kapital günstigen Umstände hatten sich Mitte der 70er Jahre weitgehend verbraucht, so daß der „normale“ Krisenzyklus einsetzte.

Doch auch der heutige Krisenzyklus unterscheidet sich von dem oben skizzierten, allerdings nach der anderen Seite hin: Erstmals 1994 blieb der turnusmäßige „fällige“ Aufschwung aus, jedenfalls im oben bezeichneten Sinne des Begriffs Aufschwung. Zwar nahm die Industrieproduktion zu, doch selbst auf dem Höhepunkt dieses „Aufschwungs“ blieb sie unter dem Höchsteniveau des Aufschwungs des vorherigen Zyklus. Es war also ein Aufschwung im Abschwung. Am 10.1.1995 bezeichnete das *Handelsblatt* die damalige Konjunkturphase als den „*schwächsten Aufschwung aller Zeiten*“.

1992/93 war die Industrieproduktion gegenüber 1991 eingebrochen. 1994 begann ein Aufschwung gegenüber dem Niveau von 1993. Doch auch auf dem Höhepunkt des Aufschwungs blieb die Produktion **unter** dem Niveau der Industrieproduktion des Jahres 1991. Anfang 1995 stagnierte die Produktion wieder, und seit dem August 1995 fiel sie, und zwar bis unter das Niveau des Vorjahres.

Es war das erste Mal in der Geschichte der BRD, daß das Niveau der Produktion vor Ausbruch der Krise nicht mehr überschritten und noch nicht einmal erreicht werden konnte. Hinzu kam, daß in der Phase des Aufschwungs erstmals die Zahl der Arbeitslosen nicht zurückging, sondern stieg. Auch die Reallöhne stiegen erstmals während des Aufschwunges nicht, sondern sanken sogar schneller als in der Krise.

Das war kein Ausrutscher, sondern Programmansage für die Zukunft. Stefan Baron, Chefredakteur der *Wirtschaftswache* (den Lesern des Kapitels VIII als Bewunderer von „Franzi“ bekannt), schrieb damals (WiWo 4.1.96): *„Diese Gesellschaft ist verbraucht, erstarrt, risikoscheu und selbstgefällig, kurz: alt geworden - ihre Zeit ist abgelaufen.“* Er meinte damit zwar, daß zu viel Sozialleistungen verteilt würden, doch mit dem zitierten Satz beschrieb er den Fäulnisgrad des Kapitalismus in Deutschland unfreiwillig höchst zutreffend. Der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen ist so heftig geworden, daß die Industrieproduktion trotz vorübergehender Aufschwünge auf Dauer gesehen sinkt, daß es nur noch Aufschwünge innerhalb des Abschwungs gibt. **Die Krise ist chronisch geworden.**

Wenn wir von chronischer Krise sprechen, so schließt das also ein vorübergehendes Steigen der Industrieproduktion keinesfalls aus. *„Permanente Krisen gibt es nicht.“* (Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26.2 S. 497) Dies gilt nach wie vor, denn es gibt nach wie vor Zyklen, und in der eigentlichen Phase der Krise wird nach wie vor Kapital vernichtet, was den Kapitalüberschuß mildert und somit die Verwertungsbedingungen vorübergehend verbessert, dem Sinken der Profitrate entgegenwirkt. Woran aber liegt es, wenn ein Aufschwung das

Niveau der Industrieproduktion des vorherigen Aufschwunges nicht mehr erreicht? Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte beinhaltet eine so hohe organische Zusammensetzung des Kapitals, mithin eine derartig starke Tendenz zum Fall der Profitrate, daß die widerspruchsmildernde Wirkung der Krisen immer schwächer wird. Das Marktproblem besteht im Kapitalismus zwar immer, da die Verwertungsbewegung des Kapitals zur Einengung der Märkte führt. Während dieses Problem aber früher nur in der Phase der Krise akut war, wird es jetzt chronisch.

**In diesem Sinne** können wir davon sprechen, daß die Krise chronisch geworden ist.

Einen Zustand chronischer Unterauslastung der Betriebe und chronischer Massenarbeitslosigkeit hatten die kapitalistischen Länder bereits in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen erreicht. Dieser Zustand in Verbindung mit weiteren Faktoren wurde von der Kommunistischen Internationale damals als „allgemeine Krise des Kapitalismus“ bezeichnet. Damit war eine allgemeine Krise des imperialistischen Welt-systems gemeint. Einen derartigen Zustand hat das imperialistische Weltsystem auch heute wieder erreicht. Wir wollen diese Krise hier zwar nicht im einzelnen analysieren, doch wir wollen die wichtigsten Merkmale dieser Krise im folgenden Abschnitt kurz skizzieren.

## DIE ALLGEMEINE KRISE DES IMPERIALISTISCHEN WELTSYSTEMS

Die allgemeine Krise des imperialistischen Weltsystems ist eine umfassende Krise aller gesellschaftlichen Bereiche. Sie ist eine ökonomische, politische, ökologische, kulturelle, ideologische, moralische und psychische Krise. (Imperialismus ist, wie wir im nächsten Heft sehen werden, monopolistischer Kapitalismus, zugleich faulender, im Niedergang befindlicher Kapitalismus.)

Die Grundlage der Krise liegt in der kapitalistischen Produktionsweise, in dem immer schärferen Widerspruch zwischen den hochentwickelten Produktivkräften und den sie hemmenden Produktionsverhältnissen. Dieser Widerspruch zeigt sich in den zyklischen und tendenziell chronisch werdenden Überproduktionskrisen wie auch in Strukturkrisen, die auf folgendem basieren: Der technische Fortschritt erfordert die Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeitskraft zwischen den verschiedenen Zweigen der Produktion, doch diese Umverteilung kann unter kapitalistischen Bedingungen nicht planmäßig erfolgen, sondern nur in krisenhafter und chaotischer Form (heute z.B.: Stahl, Schiffbau).

Die kapitalistischen Länder versuchten und versuchen, ihr Marktproblem zu mildern, indem sie andere Länder als Wirtschaftsgebiet erobern. Soweit sich entwickelte Länder dabei als Konkurrenten gegenüber treten, kann der eine nur gewinnen, was der andere verliert, so daß sich die Krise des Imperialismus dadurch insgesamt nicht mildert. Soweit die entwickelten Länder ihre Krise vorübergehend mildern konnten, indem sie wenig entwickelte Länder in ihren Würgegriff nahmen, exportierten sie die Krise nur in diese Länder. Sie haben den größten Teil dieser Länder in den Ruin getrieben und damit ihr eigenes Wirtschaftsgebiet wiederum eingeengt. Diese Krise schlägt somit auf die entwickelten Länder zurück. Der Kampf der hungernden und verhungerten Bevölkerung in den wenig entwickelten Ländern wird zu einer immer stärker-

ren Bedrohung des imperialistischen Weltsystems. Dies gilt um so mehr, wenn es gelingt, diesen Kampf mit dem Kampf der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern zu einem gemeinsamen Strom zu vereinen. Die Bedingungen dafür wachsen heran: Während in den unterentwickelten Ländern Milliarden in unvorstellbarem Elend leben müssen, nehmen Not und Elend der arbeitenden Menschen auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu.

Ein Bestandteil der ökonomischen Krise ist die Finanzkrise. Hierunter sind zum einen die Krisen zu verstehen, die aus der Spekulation erwachsen. Börsencrashes z.B. können die industriellen Krisen unter bestimmten Umständen gewaltig verschärfen. Zum anderen die Finanzkrisen der staatlichen Haushalte, die von den Monopolen als Selbstbedienungsladen benutzt werden. Je mehr diese Krise sich verschärft, desto weniger kann der Staat bestimmte allgemein-gesellschaftliche Aufgaben erfüllen wie die Garantie eines umfassenden Verkehrs- und Postnetzes, von Sozialversicherungen, öffentlicher Gesundheitsversorgung usw. Die arbeitenden Menschen leiden unter der Ausdünnung bzw. dem Zusammenbruch derartiger Bereiche, der in den unterentwickelten Ländern bereits katastrophale Folgen angenommen, aber auch in den entwickelten Industrieländern begonnen hat.

Organisierte Kriminalität ist zu einem wesentlichen Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft geworden und wächst zunehmend mit der „normalen“ Wirtschaft und mit dem Staatsapparat.

Immer weniger Menschen vertrauen den bürgerlichen Parteien und Politikern. Korruption und Skandale nehmen zu bzw. können immer schlechter vertuscht werden. Zunehmend wechseln Regierungen sich ab. Die vom Kapital beherrschten Länder werden immer schwerer regierbar; in den schwächeren Kettengliedern des imperialistischen Weltsystems sprechen die bürgerlichen Ideologen zunehmend von „Unregierbarkeit“.

Die Umweltkrise bedroht die Existenz der menschlichen Gattung.

Der allgemeine gesellschaftliche Verfall drückt sich auch in Kultur und Wissenschaft aus. Die bürgerliche Philosophie wird immer absurder, verkommt insbesondere zur After-Philosophie des subjektiven Idealismus, der jegliche objektive Realität leugnet. Lebensstil und Mentalität der vom Bürgertum und seinem Verfall beeinflussten Menschen werden zunehmend von schrankenlosem Individualismus, Egoismus und Egozentrismus geprägt. Die Null-Bock- und No-future-Mentalität spiegelt die Perspektiv- und Wertelosigkeit dieser Gesellschaft wider. Verwahrlosung und Verrohung nehmen zu. Zunehmend wird die Individualisierung und Vereinzelung der Menschen sehr leidvoll erfahren. Familiäre Bindungen verfallen, Kinder verwahrlosen physisch und/oder psychisch.

Die Menschen leiden zunehmend an physischen und psychischen Erkrankungen, die gesellschaftlich bedingt sind. Auch im Vorfeld psychischer Erkrankungen nimmt die Zerfahrenheit und Orientierungslosigkeit der Menschen zu, da die Grundhektik wächst und eine Unmenge sinnloser Reize auf die völlig überforderten Sinnesorgane einprasselt.

Der von den unlösbaren Widersprüchen der Kapitalverwertung ausgehende gesellschaftliche Verfall wirkt auch auf die Arbeiterklasse. Sie kann dieser zersetzenden Wirkung nur entgehen, indem sie sich im Kampf für ihre Klasseninteressen organisiert und im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften dem faulenden kapitalistischen System letztlich den Todesstoß versetzt.

## DIE REVOLUTIONÄRE KRISE

Es gibt **keinen** Punkt, an dem das kapitalistische System von selbst zusammenbricht. Es kann nur durch die subjektiven Anstrengungen der revolutionären Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften revolutionär zerschlagen werden.

Eine Revolution setzt das Vorhandensein einer revolutionären Situation (revolutionären Krise) voraus. Eine solche Situation kann nicht aufgrund subjektiver Anstrengungen geschaffen werden, sondern sie entsteht aufgrund objektiver Entwicklungslinien.

*„Für den Marxisten unterliegt es keinem Zweifel, daß eine Revolution ohne revolutionäre Situation unmöglich ist, wobei nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution führt. Welches sind, allgemein gesprochen, die Merkmale einer revolutionären Situation? Wir gehen sicherlich nicht fehl, wenn wir folgende drei Hauptmerkmale anführen:*

1. *Für die herrschenden Klassen ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten; die eine oder andere Krise der ‘oberen Schichten’, eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riß entstehen läßt, durch den sich die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen Bahn bricht. Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht, daß die ‘unteren Schichten’ in der alten Weise ‘nicht leben wollen’, es ist noch erforderlich, daß die ‘oberen Schichten’ in der alten Weise ‘nicht leben können’.*
2. *Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich über das gewöhnliche Maß hinaus.*
3. *Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen, die sich in der ‘friedlichen’ Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen sowohl durch die ganze Krisensituation **als auch durch die ‘oberen Schichten’ selbst** zu selbständigem historischem Handeln gedrängt werden.*

*Ohne diese objektiven Veränderungen, die unabhängig sind vom Willen nicht nur einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch einzelner Klassen, ist eine Revolution - in der Regel - unmöglich. Die Gesamtheit dieser objektiven Veränderungen wird denn auch revolutionäre Situation genannt.“*

(Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, LW 21 S. 206 f., Hervorhebungen von Lenin)

Lenin weist weiter darauf hin, daß „*nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution hervorgeht, sondern nur aus einer solchen Situation, in der zu den oben aufgezählten objektiven Veränderungen noch eine subjektive hinzukommt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären **Klasse** zu revolutionären Massenaktionen, genügend **stark**, um die alte Regierung zu stürzen (oder zu erschüttern), die niemals, nicht einmal in einer Krisenepoche, 'zu Fall kommt', wenn man sie nicht 'zu Fall bringt'.*“

(ebenda S. 207, Hervorhebungen von Lenin)

Da eine revolutionäre Situation unter anderem beinhaltet, daß die Herrschenden nicht mehr in der alten Weise regieren können, kann das Resultat **in keinem Fall** darin bestehen, daß alles beim Alten bleibt. Wenn die Revolution nicht siegt, dann siegt die Konterrevolution, dann geht die Bourgeoisie zu terroristischen Formen ihrer Klassenherrschaft über.

Ob die Revolution oder die Konterrevolution siegt, hängt entscheidend davon ab, ob eine zielklare und organisierte marxistisch-leninistische Partei in erforderlichem Maße in der Arbeiterklasse verankert ist und Einfluß auf andere fortschrittliche Teile der Bevölkerung nimmt. Eine solche Partei muß ihre gesamte Arbeit so durchführen, daß sie in der Lage ist, die Arbeiterklasse in einer revolutionären Situation zum entscheidenden Sturmangriff und zum Siege zu führen.

Sind die Kräfte in einer revolutionären Situation dennoch zu schwach, um den Sieg zu erringen, so hat eine solche Partei folgende Aufgaben: Sie muß an den Kämpfen der Massen energisch teilnehmen und diese Kämpfe dort **führen**, wo sie dazu in der Lage ist. Sie muß sich gleichzeitig auf die Möglichkeit eines geordneten Rückzuges einstellen und - sofern dieser erforderlich wird - alles in ihren Kräften stehende tun, um den

geordneten Rückzug der kämpfenden Massen zu organisieren. Sie muß Vorsorge tragen, daß sie in einem solchen Fall von den Kräften der Konterrevolution nicht zerschlagen wird, daß vielmehr die Bedingungen geschaffen werden, die revolutionären Kräfte erneut zu sammeln, um in einem späteren Anlauf siegen zu können.

Da die Entwicklung der verschiedenen Länder ungleichmäßig verläuft, entsteht eine revolutionäre Situation niemals in allen Ländern zugleich, sondern immer nur in einem Land oder in einer Gruppe von Ländern. Die proletarische Revolution ist daher zwar ihrem Inhalt nach international, ist eine Weltrevolution, sie ist aber ihrer Form nach national.

Bereits Marx und Engels erklärten: *„Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“* (Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW 4 S. 473; oder AW I S. 428)

Zwar gingen Marx und Engels zu ihrer Zeit noch davon aus, daß die sozialistische Revolution in den fortgeschrittensten Industrieländern **gleichzeitig** beginnen würde, wenngleich sie sich in den verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Tempo entwickeln würde. (vgl. z.B. Engels, Grundsätze des Kommunismus, MEW 4 S. 374) Doch der Imperialismus, der monopolistische Kapitalismus (zum Imperialismus: Kapitel XIV), verstärkte die ungleichmäßige Entwicklung der verschiedenen kapitalistischen Länder. *„Jetzt muß man von der Möglichkeit eines solchen Sieges (der Revolution in **einem** Land, d. Verf.) ausgehen, denn der ungleichmäßige und sprunghafte Charakter der Entwicklung der verschiedenen kapitalistischen Länder unter den Verhältnissen des Imperialismus, die Entwicklung der katastrophalen Widersprüche innerhalb des Imperialismus, die unausweichlich zu Kriegen führen, das Anwachsen der revolutionären Bewegung in allen Ländern der Welt - all das macht den Sieg des Proletariats in einzelnen Ländern nicht nur möglich, sondern auch notwendig.“* (Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, SW 6 S. 94)

Das bedeutet allerdings nicht, daß man lediglich ein Land für sich betrachten darf, wenn man untersuchen will, in welchem Tempo die Bedingungen der Revolution heranwachsen. Ganz im Gegenteil „*muß man die proletarische Revolution vor allem als Ergebnis der Entwicklung der Widersprüche im Weltsystem des Imperialismus betrachten, als Ergebnis dessen, daß die Kette der imperialistischen Weltfront in diesem oder jenem Lande reißt.*“ (Stalin, ebenda S. 86)

Als beliebiges Beispiel dafür, welche zufällige Faktoren dazu führen können, daß diese Kette zu einem gegebenen Zeitpunkt gerade an diesem oder jenem Punkt besonders schwach wird, sei die Mexiko-Krise 1994 angeführt:

Aufgrund hoher Zinsen und Kurse sowie hochverzinslicher Staatsanleihen waren 150 Milliarden Dollar Auslandskapital nach Mexiko geflossen. Als 1994 anderswo höhere Renditen lockten, wanderte ein großer Teil dieses Kapitals schlagartig wieder ab. Unmengen von Pesos wurden in andere Währungen getauscht. Der Peso mußte binnen kurzer Zeit um 50 % abgewertet werden. Damit wurden US-Anlagen in Mexiko in einem solchen Ausmaß entwertet, daß auch der Dollar unter Druck geriet. Um den Kurs des Peso zu stabilisieren und den Umtausch der mexikanischen Staatsschulden zu ermöglichen, gewährten der Internationale Währungsfonds und die US-Regierung 50 Milliarden Dollar neue Kredite und zwangen der mexikanischen Wirtschaft ihre Bedingungen auf. Die Zinsen stiegen bis auf 50 %, die Inflation stieg, die Reallöhne sanken enorm, Firmenzusammenbrüche mehrten sich, die Arbeitslosigkeit nahm rapide zu. Die arbeitenden Menschen mußten die Krise bezahlen - im Interesse der US-Spekulanten.

Derartige Entwicklungen, die ihren Grund nicht in erster Linie in den jeweils unmittelbar betroffenen Ländern haben, sondern eben in „*der Entwicklung der Widersprüche im Weltsystem des Imperialismus*“, werden immer wieder dazu führen, daß mal in diesem, mal in jenem Lande oder in einer Gruppe von Ländern die Bedingungen einer revolutionären Krise heranreifen, nicht aber zum gleichen Zeitpunkt überall.

„*Die Front des Kapitals wird dort reißen, wo die Kette des Imperialismus am schwächsten ist (...).*“ (Stalin, ebenda S. 86)

Wie die Geschichte gezeigt hat, können dies unter bestimmten Umständen durchaus weniger entwickelte Länder sein, wenngleich es dort sehr viel schwerer ist als in den entwickelten, die Revolution nach der Machtergreifung des Proletariats fortzuführen.

Also: Gerade das Geflecht der kapitalistischen Widersprüche **im internationalen Maßstab** führt dazu, daß die Revolution zu einem bestimmten Zeitpunkt nur in **einem** bestimmten Land oder nur in einer Gruppe von Ländern siegt.

Daher wandte sich Lenin in aller Entschiedenheit gegen „die falsche Auffassung von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in **einem** Lande“. (Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, LW 21 S. 345; oder LAW II S. 618; Hervorhebung von Lenin) Und: „Die Entwicklung des Kapitalismus geht höchst ungleichmäßig in den verschiedenen Ländern vor sich. Das kann nicht anders sein bei der Warenproduktion. Daraus die unvermeidliche Schlußfolgerung: Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in **allen** Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben.“ (Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, LW 23 S. 74; oder LAW II S. 773; Hervorhebung von Lenin)

Demgegenüber predigen die Trotzlisten eine **der Form nach internationale** Weltrevolution, die angeblich in allen Ländern oder doch zumindest in den meisten Ländern **zugleich** siegen soll. Da dies aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung der verschiedenen Länder nicht möglich ist, läuft eine solche Konzeption darauf hinaus, die Revolution in jedem einzelnen Land auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben, entstehende revolutionäre Situationen ungenutzt zu lassen und der Konterrevolution den Weg zu bereiten.

In den Sozialismus-Thesen der **DKP**, die im August 1997 veröffentlicht und im Mai 1998 vom DKP-Parteitag „als Grundlage für die weitere Diskussion“ bestätigt wurden, heißt es: „Der kommende sozialistische Anlauf kann sich mit Aussicht auf dauerhaften Erfolg nicht nur im nationalen Rahmen, sondern muß sich

*in unserer Region gesamteuropäisch entwickeln.“* Doch niemand kann garantieren, daß die sozialistische Revolution gleichzeitig in allen Ländern Europas siegen wird. Die sogenannte europäische Integration der Imperialisten **verschärft und vertieft gerade die ungleichmäßige Entwicklung der einzelnen Länder.** Es ist daher eher unwahrscheinlich, daß eine revolutionäre Situation gleichzeitig in ausnahmslos allen europäischen Ländern entstehen wird. Nach wie vor muß man das nehmen, was man bekommen kann, und darf nicht abwarten, bis die Bedingungen für eine Revolution **überall** herangereift sind. Natürlich muß sich eine siegreiche Arbeitermacht in einem Land oder in einigen Ländern als Brückenkopf für die proletarische Revolution in der ganzen Welt (und nicht nur in Europa!) verstehen, aber wie schnell sich der Funke ausbreiten wird, das hängt auch von vielen Faktoren ab, auf die man keinen Einfluß hat.

Der Sozialismus sei „nur gesamteuropäisch“ möglich? Ohne Fürstentum Monaco ist also nichts zu machen? Das meinen die AutorInnen der DKP-Thesen doch wohl nicht im Ernst!?

# II.

## WARUM MASSENARBEITSLOSIGKEIT IM KAPITALISMUS UNVERMEIDLICH IST

(DAS ALLGEMEINE GESETZ DER  
KAPITALISTISCHEN AKKUMULATION - *KAPITAL*  
I, 23. KAPITEL)

Akkumulation (Anhäufung) des industriellen Kapitals erfolgt, indem Mehrwert zum Kapital geschlagen und als Mittel zu neuer Produktion benutzt wird, deren Zweck wiederum die Produktion neuen Mehrwerts ist, der wiederum zum Kapital geschlagen wird, um erneut verwertet zu werden. Zweck der ganzen Veranstaltung ist die Selbstverwertung des Kapitals als fortlaufender Prozeß.

Man könnte nun meinen, indem immer mehr Kapital angewandt wird, werde auch immer mehr Arbeitskraft benötigt und würden immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Wäre dies so, so würde das zwar nichts daran ändern, daß die ArbeiterInnen ihr Leben als LohnsklavInnen fristen müssen, doch wäre die materielle Existenz dieser LohnsklavInnen einigermaßen gesichert. Dies anzunehmen wäre

jedoch ein schwerer Irrtum. Es stimmt, wie man heute auch in Deutschland unschwer sehen kann, mit den Tatsachen nicht überein. Dennoch glauben auch heute noch viele, die wachsende Arbeitslosigkeit sei mehr oder weniger ein Betriebsunfall, subjektiven Fehlern der Politiker oder Unternehmer geschuldet usw. Diese Auffassung ist sehr schädlich, denn sie führt dazu, daß man bestrebt ist, die angeblich subjektiven oder zufälligen Ursachen der wachsenden Arbeitslosigkeit abzustellen, anstatt die Wurzel in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu erkennen und zu bekämpfen. Es ist daher zu zeigen, warum die Akkumulation des Kapitals sich **mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes** gegen die Arbeiterklasse richtet und im Laufe der Entwicklung immer mehr ArbeiterInnen und kleinen Angestellten selbst einigermaßen erträgliche Existenzbedingungen als LohnsklavInnen zunehmend entreißen muß.

Wird mehr industrielles Kapital angewandt, so bedeutet das keineswegs zwingend, daß mehr Arbeitskraft angewandt wird: Wie wir wissen, steigt die organische Zusammensetzung des Kapitals, so daß es durchaus möglich ist, daß **mehr** fungierendes Kapital weniger Arbeiter benötigt. Es kommt hinzu, daß die Verwertungsprobleme dazu führen, daß immer mehr industrielles Kapital sich in fiktives Kapital verwandelt und somit der Produktion entzogen wird. Letzteres haben wir in Kapitel XII betrachtet; hier wollen wir davon absehen. Wir wollen hier ausschließlich betrachten, welche Folgen die mit der Akkumulation des industriellen Kapitals verbundene Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals für die Arbeiterklasse hat. Diese Folgen werden aber selbstverständlich in dem Maße noch bedeutend verschärft, wie Kapital der Produktion entzogen wird.

*„Da die Nachfrage nach Arbeit nicht durch den Umfang des Gesamtkapitals, sondern durch den seines variablen Bestandteils bestimmt ist, fällt sie also progressiv mit dem Wachstum des Gesamtkapitals (weil dieses Wachstum mit Erhöhung der organischen Zusammensetzung einhergeht, d. Verf.), statt (...) verhältnismäßig mit ihm zu wachsen. Sie fällt*

*relativ zur Größe des Gesamtkapitals und in beschleunigter Progression mit dem Wachstum dieser Größe. Mit dem Wachstum des Gesamtkapitals wächst zwar auch sein variabler Bestandteil, oder die ihm einverleibte Arbeitskraft, aber in beständig abnehmender Proportion. Die Zwischenpausen, worin die Akkumulation als bloße Erweiterung der Produktion auf gegebener technischer Grundlage wirkt (also ohne Veränderung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals, d. Verf.), verkürzen sich.“*

(Kapital I, MEW 23 S. 658)

Steigende organische Zusammensetzung des Kapitals heißt nämlich, daß der Anteil des variablen Kapitals am angewandten Gesamtkapital geringer wird; vgl. Kapitel XI. Wir haben also zwei sich gegenseitig einschränkende Entwicklungslinien: Die Vergrößerung des angewandten industriellen Kapitals wirkt in der Richtung, daß **mehr** ArbeiterInnen beschäftigt werden, die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals wirkt in der Richtung, daß **weniger** ArbeiterInnen beschäftigt werden.

*„Mit der Größe des bereits funktionierenden Gesellschaftskapitals und dem Grad seines Wachstums, mit der Ausdehnung der Produktionsleiter und der Masse der in Bewegung gesetzten Arbeiter, mit der Entwicklung der Produktivkraft ihrer Arbeit, mit dem breiteren und volleren Strom aller Springquellen des Reichtums dehnt sich auch die Stufenleiter, worin größere Attraktion der Arbeiter durch das Kapital (das Kapital zieht ArbeiterInnen in den Produktionsprozeß herein, d. Verf.) mit größerer Repulsion derselben (das Kapital stößt ArbeiterInnen aus dem Produktionsprozeß hinaus, d. Verf.) verbunden ist, nimmt die Raschheit der Wechsel in der organischen Zusammensetzung des Kapitals und seiner technischen Form zu, und schwillt der Umkreis der Produktionsphären, die bald gleichzeitig, bald abwechselnd davon ergriffen werden. Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eignen relativen Überzähligmachung. Es ist dies ein der kapitalistischen Pro-*

*duktionsweise eigentümliches Populationsgesetz (Bevölkerungsgesetz, d. Verf.), wie in der Tat jede besondere historische Produktionsweise ihre besondern, historisch gültigen Populationsgesetze hat. Ein abstraktes Populationsgesetz existiert nur für Pflanze und Tier, soweit der Mensch nicht geschichtlich eingreift.“*

(ebenda S. 659 f.)

Letzteres bezieht sich auf diejenigen bürgerlichen Apologeten, die behaupten, es sei **von Natur** her gegeben, daß immer wieder überzählige Menschenmassen produziert werden. (Der Krieg erscheint dann als segensreiche Institution zur Vernichtung derselben.) Sind zu viele Menschen da, so ist dies **gesellschaftlich** bedingt, der kapitalistischen Produktionsweise geschuldet, für die ein Mensch nur dann produktiv ist, wenn er der Kapitalverwertung dient. Der wachsende Reichtum führt mit steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals zu der Tendenz, Menschen aus dem Produktionsprozeß hinauszuschleudern; sie sind dann aus kapitalistischer Sicht überzählig.

Allerdings ist dies wie gesagt nur eine von zwei Tendenzen. Solange das industriell angewandte Kapital wächst, gibt es zugleich die Tendenz, Menschen in den Produktionsprozeß hineinzuziehen. Welche Tendenz überwiegt?

Das hängt vom Fäulnisgrad der kapitalistischen Ordnung ab, von der Zuspitzung des Widerspruchs zwischen kapitalistischen Produktionsverhältnissen und entwickelten Produktivkräften. Je entwickelter die Produktivkräfte, desto krasser dieser Widerspruch, desto höher die organische Zusammensetzung des Kapitals, desto stärker die Tendenz zur Abstoßung von Arbeitskräften. Dies wirkt freilich nicht in allen Ländern gleich; wie oben gesehen, konnten die entwickelten Länder ihre Krise bis zu einem gewissen Grad auf die unterentwickelten abwälzen. Wie wir aber auch gesehen haben, schlägt die Krise ab einem gewissen Punkt auf die entwickelten Länder zurück.

Es ist nun weiterhin folgender Gesichtspunkt zu berücksichtigen:

*„Bisher wurde unterstellt, daß der Zu- oder Abnahme des variablen Kapitals genau die Zu- oder Abnahme der beschäftigten Arbeiterzahl entspricht.*

*Bei gleichbleibender oder selbst verminderter Zahl der von ihm kommandierten Arbeiter wächst jedoch das variable Kapital, wenn der individuelle Arbeiter mehr Arbeit liefert und daher sein Arbeitslohn wächst, obgleich der Arbeitspreis gleichbleibt oder selbst sinkt (der Arbeiter erhält in dieser Variante absolut mehr Lohn, doch relativ zum größeren Quantum der geleisteten Arbeit sinkt sein Lohn, d. Verf.), nur langsamer, als die Arbeitsmasse steigt. Der Zuwachs des variablen Kapitals wird dann Index von mehr Arbeit (indem die beschäftigten ArbeiterInnen länger und/oder intensiver arbeiten müssen, d. Verf.), aber nicht von mehr beschäftigten Arbeitern. Jeder Kapitalist hat das absolute Interesse, ein bestimmtes Arbeitsquantum aus kleinerer, statt ebenso wohlfeil (billig, d. Verf.) oder selbst wohlfeiler aus größerer Arbeiterzahl auszupressen. In dem letzten Fall wächst die Auslage von konstantem Kapital verhältnismäßig zur Masse der in Fluß gesetzten Arbeit, im ersten Fall viel langsamer. (Es handelt sich um „Ökonomie bei der Anwendung des konstanten Kapitals“, vgl. Kapitel XI S. 16 ff. D. Verf.) Je größer die Stufenleiter der Produktion, desto entscheidender dies Motiv. Seine Wucht wächst mit der Akkumulation des Kapitals.*

*Man hat gesehen, daß die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und Produktivkraft der Arbeit - zugleich Ursache und Wirkung der Akkumulation - den Kapitalisten befähigt, mit derselben Auslage von variablem Kapital mehr Arbeit durch größere extensive oder intensive Exploitation der individuellen Arbeitskräfte flüssig zu machen. Man hat ferner gesehen, daß er mit demselben Kapitalwert mehr Arbeitskräfte kauft, indem er progressiv (fortgesetzt, d. Verf.) geschicktere Arbeiter durch ungeschicktere, reife durch unreife, männliche durch weibliche, erwachsene Arbeitskraft durch jugendliche oder kindliche verdrängt. (Letzteres stößt mit zunehmender Entwicklung der Produktivkräfte allerdings auf gewisse Grenzen, da **auch** hochqualifizierte Arbeitskräfte erforderlich werden. - Wenn Marx in vorstehendem Zusammen-*

hang weibliche Arbeitskraft pauschal mit wenig qualifizierter gleichsetzte, so deshalb, weil dies zu diesem Zeitpunkt in aller Regel so war. Heute ist weibliche Arbeitskraft oft qualifiziert und dennoch billiger als entsprechende männliche - die Bourgeoisie nutzt auch in dieser Hinsicht die patriarchalische Struktur der Gesellschaft, die älter ist als der Kapitalismus. D. Verf.)

*Einerseits macht also, im Fortgang der Akkumulation, größeres variables Kapital mehr Arbeit flüssig, ohne mehr Arbeiter zu werben, andererseits macht variables Kapital von derselben Größe mehr Arbeit mit derselben Masse Arbeitskraft flüssig und endlich mehr niedere Arbeitskräfte durch Verdrängung höherer.*

*Die Produktion einer relativen Übervölkerung oder die Freisetzung von Arbeitern geht daher noch rascher voran als die ohnehin mit dem Fortschritt der Akkumulation beschleunigte technische Umwälzung des Produktionsprozesses und die entsprechende proportionelle Abnahme des variablen Kapitalteils gegen den konstanten. Wenn die Produktionsmittel, wie sie an Umfang und Wirkungskraft zunehmen, in geringerem Grad Beschäftigungsmittel der Arbeiter werden (weil mit dem Fortschritt der Produktivität immer weniger lebendige Arbeitskraft erforderlich wird, um in Produktionsmitteln vergenständlichte vergangene Arbeitskraft zu kommandieren, d. Verf.), wird dies Verhältnis selbst wieder dadurch modifiziert, daß im Maß, wie die Produktivkraft der Arbeit wächst, das Kapital seine Zufuhr von Arbeit rascher steigert als seine Nachfrage nach Arbeitern (weil die Beschäftigten mehr Arbeit abliefern müssen, die Anzahl der Beschäftigten also mit Ansteigen des variablen Kapitals nicht in gleichem Maße steigt; d. Verf.). **Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse (Überstunden und zunehmende Arbeitshetze; d. Verf.) schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt. Die Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müßiggang durch Überarbeit des andren Teils und umgekehrt, wird Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten***

***und beschleunigt zugleich die Produktion der industriellen Reservearmee (von Arbeitslosen, d. Verf.) auf einem dem Fortschritt der gesellschaftlichen Akkumulation entsprechenden Maßstab.“***

(ebenda S. 664 ff.; Hervorhebungen v. Verf.)

**Je fortgeschrittener der Prozeß der Akkumulation des Kapitals, desto stärker die Tendenz zum Wachsen der Massenarbeitslosigkeit! Je größer die Massenarbeitslosigkeit, desto stärker der Druck auf die Beschäftigten zur Überarbeit, was wiederum die Massenarbeitslosigkeit verstärkt!**

*„Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen.“*

(ebenda S. 666)

Das durch den Zyklus regulierte Auf und Ab der Löhne erfolgt jedoch auf der Grundlage einer wachsenden industriellen Reservearmee von Arbeitern und Arbeiterinnen, so daß der Druck auf die gesamte Arbeiterklasse langfristig zunimmt und die Reallöhne sinken, von besonderen Situationen wie etwa in Nachkriegsdeutschland abgesehen:

*„Die industrielle Reservearmee drückt während der Perioden der Stagnation und mittleren Prosperität auf die aktive Arbeiterarmee und hält ihre Ansprüche während der Periode der Überproduktion und des Paroxysmus (äußerste Anspannung; hier: fieberhafte Produktion, die bereits versteckte Überproduktion beinhaltet, d. Verf.) im Zaum. Die relative Übervölkerung ist also der Hintergrund, worauf das Gesetz von Nachfrage und Zufuhr von Arbeit sich bewegt. Sie zwingt den Spielraum dieses Gesetzes in die der Exploitationsgier und Herrschsucht des Kapitals absolut zusagenden Schranken ein. Es ist hier der Ort, auf eine der Großtaten der ökonomischen Apologetik zurückzukommen. Man erinnert sich, daß, wenn durch Einführung neuer oder Ausdehnung alter Maschinerie ein Stück variables Kapital in konstantes verwandelt wird, der ökonomische Apologet diese Operation, welche Kapital 'bindet' und ebendadurch Arbeiter 'freisetzt', umgekehrt*

so deutet, daß sie Kapital für den Arbeiter freisetzt. (Der technische Fortschritt soll angeblich dem Arbeiter dienen, indem durch Anschaffung neuer Maschinen „Arbeitsplätze geschaffen“ werden. D. Verf.) Erst jetzt (nämlich nach den vorherigen Ausführungen, d. Verf.) kann man die Unverschämtheit des Apologeten vollständig würdigen. Was freigesetzt wird, sind nicht nur die unmittelbar durch die Maschine verdrängten Arbeiter, sondern ebenso ihre Ersatzmannschaft und das, bei gewohnter Ausdehnung des Geschäfts auf seiner alten Basis, regelmäßig absorbierte Zuschußkontingent. (Nämlich: Ohne diese Neuerung würde der jetzige Arbeiter bzw. die jetzige Arbeiterin spätestens zum Zeitpunkt seines bzw. ihres natürlichen Ausscheidens durch eine(n) andere(n) ersetzt, und normale Ausweitung des Geschäfts ohne Erneuerung des konstanten Kapitals würde zusätzlich zu Neueinstellungen führen. All dies fällt nun weg. D. Verf.) Sie sind jetzt alle ‘freigesetzt’, und jedes neue funktionslustige Kapital kann über sie verfügen. Ob es sie oder andre attrahiert (anzieht, also in den Arbeitsprozeß eingliedert, d. Verf.), die Wirkung auf die allgemeine Arbeitsnachfrage wird Null sein, solange dies Kapital gerade hinreicht, um den Markt von ebensoviel Arbeitern zu befreien, als die Maschinen auf ihn geworfen. Beschäftigt es eine geringere Zahl, so wächst die Menge der Überzähligen; beschäftigt es eine größere, so wächst die allgemeine Arbeitsnachfrage nur um den Überschuß der Beschäftigten über die ‘Freigesetzten’. Der Aufschwung, den Anlage suchende Zusatzkapitale sonst der allgemeinen Arbeitsnachfrage gegeben hätten, ist also in jedem Fall insoweit neutralisiert, wie die von der Maschine aufs Pflaster geworfenen Arbeiter reichen. D.h. also, der Mechanismus der kapitalistischen Produktion sorgt dafür, daß der absolute Zuwachs von Kapital von keiner entsprechenden Steigerung der allgemeinen Arbeitsnachfrage begleitet ist. Und dies nennt der Apologet eine Kompensation für das Elend, die Leiden und den möglichen Untergang der deplacierten Arbeiter während der Übergangsperiode, welche sie in die industrielle Reservearmee bannt! Die Nachfrage nach Arbeit ist nicht identisch

*mit dem Wachstum des Kapitals, die Zufuhr der Arbeit nicht mit dem Wachstum der Arbeiterklasse, so daß zwei voneinander unabhängige Potenzen aufeinander einwirkten. Les dés sont pipés. (Die Würfel sind gefälscht. D. Verf.) Das Kapital agiert auf beiden Seiten zugleich. Wenn seine Akkumulation einerseits die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, vermehrt sie andererseits die Zufuhr von Arbeitern durch deren 'Freisetzung', während zugleich der Druck der Unbeschäftigten die Beschäftigten zur Flüssigmachung von mehr Arbeit zwingt, also in gewissem Grad die Arbeitszufuhr von der Zufuhr von Arbeitern unabhängig macht. (Der Druck der Arbeitslosigkeit zwingt die Beschäftigten zu Überarbeit, so daß das Kapital die Nachfrage nach Arbeit bis zu einem bestimmten Grad ohne Einstellung neuer ArbeiterInnen befriedigen kann, d. Verf.) Die Bewegung des Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit auf dieser Basis vollendet die Despotie des Kapitals. Sobald daher die Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie es angeht, daß im selben Maß, wie sie mehr arbeiten, mehr fremden Reichtum produzieren und die Produktivkraft ihrer Arbeit wächst, sogar ihre Funktion als Verwertungsmittel des Kapitals immer prekärer (unsicherer, d. Verf.) für sie wird; sobald sie entdecken, daß der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der relativen Übervölkerung abhängt (mehr Arbeitssuchende, als unter kapitalistischen Verhältnissen beschäftigt werden können, d. Verf.); sobald sie daher durch Trade's Unions (Gewerkschaften, d. Verf.) usw. eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen (eine dringende Aufgabe von Gewerkschaften! d. Verf.), um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zetert das Kapital und sein Sykophant (Speichellecker, d. Verf.), der politische Ökonom, über Verletzung des 'ewigen' und sozusagen 'heiligen' Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr. Jeder Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten stört nämlich das 'reine' Spiel jenes Gesetzes.“*

(ebenda S. 668 ff.)

Ebenso predigen sie heute, man müsse Lohnverzicht üben, damit „die Unternehmer Arbeitsplätze schaffen“ können. Die Unverschämtheit dieser Apologeten läßt sich nach obigen Ausführungen ebenfalls erst voll ermessen: Die Kapitalisten werden dann die Einsparungen an variablem Kapital nutzen, um in konstantes Kapital zu investieren, um also **Arbeitsplätze wegzurationalisieren**.

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

*„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee (der Arbeitslosen, d. Verf.). Die disponible (für das Kapital verfügbare, d. Verf.) Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung (das heißt, daß dauerhaft ein weit größeres Angebot an Arbeitskraft besteht, als vom Kapital verwertbar ist, und daß dieses Überangebot wächst, d. Verf.), deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse (die in tiefstes Elend gestoßene Schicht, d. Verf.) und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus (die selbst von der offiziellen bürgerlichen Statistik festgestellte Armut, d. Verf.). **Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.** Es wird gleich allen andren Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört. (Modifikationen, die z.B. das vorübergehende Ausbleiben von Krisen nebst Steigen der Reallöhne in Nachkriegsdeutschland ermöglicht haben, d. Verf.)“*

(ebenda S. 673 f., Hervorhebung von Marx)

*„Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß. Das Gesetz endlich,*

*welches die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen (nach der griechischen Sage, d. Verf.). Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produziert.“*

(ebenda S. 675)

Es zeigt sich, wie beschränkt eine Konzeption ist, die die Arbeiterbewegung auf einen bloßen Lohnkampf bzw. auf bloße Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems eingehen will. So wichtig der Kampf um Löhne und Arbeitsbedingungen ist, er vermag nichts daran zu ändern, daß Löhne und Arbeitsbedingungen im Kapitalismus in aller Regel **gedrückt** werden, aufgrund objektiv wirkender Gesetze. Der Kampf um Löhne, Arbeitsbedingungen und Reformen ist notwendiger **Abwehrkampf**, kann aber nur dann dazu beitragen, eine ständige **Verschlechterung** der Lage der Arbeiterklasse zu verhindern, wenn er zugleich Schule für einen höheren Kampf ist, für den Kampf gegen einen Gesellschaftszustand, in dem die Arbeiterklasse ihr eigenes Produkt als Kapital produziert und damit gezwungen ist, ihre eigene Verelendung zu produzieren. Daher wenden sich auch diejenigen, die - wie z.B. die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer - die Arbeiterbewegung auf den Lohnkampf reduzieren wollen, in der Praxis gegen diesen Kampf: Man solle SPD wählen, und die Regierung werde dann für höhere Löhne sorgen, oder: die Arbeiter und Arbeiterinnen müßten zwar für höhere Löhne kämpfen, aber nicht gerade jetzt, oder wie auch immer die demagogischen Losungen lauten mögen. Die Herrschaften fürchten die Eigenynamik, die ein konsequent geführter Kampf für die Tagesinteressen der ArbeiterInnen mit sich bringt. Zurecht, denn die kapitalistische Ordnung ist morsch und brüchig geworden.

*„Die ganze Bewegungsform der modernen Industrie erwächst also aus der beständigen Verwandlung eines Teils der Arbeiterbevölkerung in unbeschäftigte oder halbbeschäftigte Hände. („Hände“ nannten die englischen Kapitalisten zu Marx´ Zeiten ihre ArbeiterInnen. D. Verf.) Die Oberflächlichkeit der (bürgerlichen, d. Verf.) politischen Ökonomie zeigt sich u.a. darin, daß sie die Expansion und Kontraktion des Kredits, das bloße Symptom der Wechselperioden des industriellen Zyklus, zu deren Ursache macht. Ganz wie Himmelskörper, einmal in eine bestimmte Bewegung geschleudert, dieselbe stets wiederholen, so die gesellschaftliche Produktion, sobald sie einmal in jene Bewegung wechselnder Expansion und Kontraktion geworfen ist. Wirkungen werden ihrerseits zu Ursachen, und die Wechselfälle des ganzen Prozesses, der seine eignen Bedingungen stets reproduziert, nehmen die Form der Periodizität an. Ist letztere einmal konsolidiert (verfestigt, d. Verf.), so begreift selbst die politische Ökonomie die Produktion einer relativen, d.h. mit Bezug auf das mittlere Verwertungsbedürfnis des Kapitals überschüssigen Bevölkerung als Lebensbedingung der modernen Industrie.“*

(Kapital I, MEW 23 S. 662)

Vom Standpunkt der bürgerlichen Ökonomen liest sich das dann so, daß Arbeitslosigkeit eben hingenommen werden müsse, da sie mit dem Florieren der Wirtschaft untrennbar verbunden sei. Richtig ist daran, daß sie untrennbarer Bestandteil des **kapitalistischen** Wirtschaftens ist. Die bürgerlichen Ökonomen können freilich leichten Herzens einfordern, daß zugunsten „der Wirtschaft“ dieses Opfer gebracht werde, denn es trifft ja nicht ihre Klasse, sondern die Arbeiterklasse.

Letztere wiederum kann diesen Zustand nicht ändern, ohne die kapitalistische Produktionsweise selbst in die Luft zu sprengen. Will die Arbeiterklasse die beständige Reproduktion der gegebenen Bedingungen mit den für sie damit verbundenen Folgen nicht mehr hinnehmen, so muß sie - um Marx´ Vergleich mit Himmelskörpern aufzugreifen - die Bewegung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus der gegebenen Bahn herausreißen und sie in eine andere Bahn hineinschleudern.

## VERSTÄNDNISFRAGEN:

- ☞ Warum besteht bereits bei einfacher Warenproduktion die Möglichkeit von Krisen?
- ☞ Warum wird diese Möglichkeit bei kapitalistischer Warenproduktion zur Notwendigkeit?
- ☞ Was ist der grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise? Wie kann er gelöst werden?
- ☞ Was sind die Phasen des Krisenzyklus?
- ☞ Welche Funktion hat die Krise für die kapitalistische Produktionsweise? Warum wird in der Krise Kapital vernichtet? In welchen Formen wird es vernichtet?
- ☞ Wie und warum hat sich der Krisenzyklus in der BRD verändert?
- ☞ Worin drückt sich die allgemeine Krise des imperialistischen Weltsystems aus?
- ☞ Was sind die Merkmale einer revolutionären Krise? Worin bestehen die Aufgaben der Partei der Arbeiterklasse in einer revolutionären Krise?
- ☞ Warum kann die Revolution zu einem bestimmten Zeitpunkt nur in einem Land oder in einer Gruppe von Ländern siegen?
- ☞ Warum führt der Kapitalismus gesetzmäßig zu Massenarbeitslosigkeit?

# **DIE WELT BEGREIFEN UND VERÄNDERN**

## **Der Imperialismus**

Kapitel XIV

## Zur Zitierweise:

- MEW:** Marx-Engels-Werke
- AW:** Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
- LW:** Lenin-Werke
- LAW:** Lenin, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1988
- SW:** Stalin-Werke
- Hilferding:** Hilferding, Rudolf, Das Finanzkapital, Ausgabe Dietz, Berlin 1947, oder Ausgabe Europäische Verlagsanstalt (EVA), Frankfurt am Main/Köln 1974
- Rugenberg:** Rugenberg, Franz, Imperialismus konkret Band 1, Warum der Kapitalismus scheitern muß, Zeitungsverlag Roter Morgen, Stuttgart 1997
- Schmid:** Schmid, Fred, Geld und Macht der Deutschen Bank und Allianz-Versicherung, isw-Report Nr. 31, April 1997, Hg.: sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
- Waffenschmidt:** Waffenschmidt, Karl, Imperialismus, Zeitungsverlag Roter Morgen, Stuttgart 1990
- Wagner:** Wagner, Lion, Krieg und Gesellschaftssystem, Studien zur bewaffneten politischen Gewalt und zur politischen Nichtgewalt, Ditzingen 1998
- f.:** und die folgende Seite
- ff.:** und die folgenden Seiten

# Inhalt

Vorbemerkung zu diesem Kapitel .....	5
Lenins Definition des Imperialismus .....	7
<b>I Konzentration und Zentralisation des Kapitals .....</b>	<b>9</b>
<b>II Das Monopol .....</b>	<b>21</b>
Der sozialökonomische Inhalt des Übergangs zum Monopol .....	25
Monopol und Konkurrenz .....	46
Die Beseitigung sachlicher Abhängigkeitsverhältnisse steht auf der Tagesordnung .....	59
<b>III Die neue Rolle der Banken im monopolistischen     Kapitalismus .....</b>	<b>63</b>
<b>IV Finanzkapital und Finanzoligarchie .....</b>	<b>71</b>
<b>V Der Kapitalexport .....</b>	<b>89</b>
<b>VI Die Aufteilung der Welt und der Kampf um     Neuaufteilung. Warum Kriege im     Imperialismus unvermeidlich sind .....</b>	<b>121</b>
Die apologetische Ultraimperialismus-Theorie .....	125
Die Konkurrenz kann im Rahmen des Kapitalismus nicht beseitigt werden .....	129
Friedliche und nichtfriedliche Formen des Kampfes um die Weltherrschaft .....	134
Militaristische Ideologie .....	158
<b>VII Imperialismus: Reaktion auf der ganzen Linie ....</b>	<b>163</b>
Das Ende des Liberalismus .....	172
Zu den ökonomischen Funktionen des imperialistischen Staates .....	179

**VIII Der Opportunismus in der Arbeiterbewegung –  
ein gesetzmäßiges Produkt des Imperialismus... 199**

Die seit Jahrzehnten andauernde Vorherrschaft des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung und die Aufgaben des Kommunismus .....	211
Verständnisfragen .....	223
Literatur zum Imperialismus .....	225

## Vorbemerkung zu diesem Kapitel

Dieses Kapitel will eine systematische Darstellung der marxistisch-leninistischen Imperialismus-Theorie geben und auf dieser Grundlage aktuelle Entwicklungen untersuchen. Es erhebt keineswegs den Anspruch, den heutigen Zustand des Imperialismus und seine Entwicklungstendenzen umfassend zu analysieren. Für die hierfür erforderlichen Arbeiten kann es nur Anstöße geben.

Bezüglich der Rolle des Staates im heutigen Monopolkapitalismus konnten nur einige grundlegende Tendenzen skizziert werden. Besonders hier sind noch gründliche Untersuchungen erforderlich.



# LENINS DEFINITION DES IMPERIALISMUS

*„Würde eine möglichst kurze Definition des Imperialismus verlangt, so müßte man sagen, daß der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist. Eine solche Definition enthielte die Hauptsache, denn auf der einen Seite ist das Finanzkapital das Bankkapital einiger weniger monopolistischer Großbanken, das mit dem Kapital monopolistischer Industriellenverbände verschmolzen ist, und auf der anderen Seite ist die Aufteilung der Welt der Übergang von einer Kolonialpolitik, die sich ungehindert auf noch von keiner kapitalistischen Macht eroberte Gebiete ausdehnt, zu einer Kolonialpolitik der monopolistischen Beherrschung des Territoriums der restlos aufgeteilten Erde.*

*Doch sind allzu kurze Definitionen zwar bequem, denn sie fassen das Wichtigste zusammen, aber dennoch unzulänglich, sobald aus ihnen speziell die wesentlichen Züge der zu definierenden Erscheinung abgeleitet werden sollen. Deshalb muß man - ohne zu vergessen, daß alle Definitionen überhaupt nur bedingte und relative Bedeutung haben, da eine Definition niemals die allseitigen Zusammenhänge einer Erscheinung in ihrer vollen Entfaltung umfassen kann - eine solche Definition des Imperialismus geben, die folgende fünf seiner grundlegenden Merkmale enthalten würde: 1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses 'Finanzkapitals'; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung*

*der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trust begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 270 f.; oder LAW II S. 729 f.)

# I.

## KONZENTRATION UND ZENTRALISATION DES KAPITALS

Im 24. Kapitel des ersten Bandes des *Kapitals* untersucht Marx den Prozeß der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation, nämlich die gewaltsame Trennung der unmittelbaren ProduzentInnen von ihren Produktionsmitteln. (vgl. Kapitel III S. 58 - 64) Diese ursprüngliche Akkumulation war eine wesentliche Voraussetzung des Übergangs von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion, denn letztere setzt voraus, daß die unmittelbaren ProduzentInnen von den Produktionsmitteln getrennt sind, daß sie folglich gezwungen sind, ihre Arbeitskraft - das einzige, was sie besitzen - an die Besitzer der Produktionsmittel zu verkaufen.

Wie Marx weiter zeigt, setzt sich der Prozeß der Enteignung (Expropriation), die den Kapitalismus erst ermöglicht hat, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung fort. Die Enteigner (Expropriateurs) sind zunächst weiterhin Kapitalisten, doch auch die Enteigneten, die Opfer dieses Prozesses, sind nun Kapitalisten: „*Je ein Kapitalist schlägt viele tot.*“ Die innere Logik des Prozesses führt schließlich dazu, daß die Kapitalistenklasse durch die revolutionäre Arbeiterklasse selbst enteignet wird - eben dies bezeichnet Marx als die „**geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation**“. (Kapital I, MEW 23 S. 789)

Im dritten Band des *Kapitals* sagt Marx über diesen Prozeß der „*Zentralisation der Kapitale und daher*“ der „*Expropriation auf der enormsten Stufenleiter*“:

*„Die Expropriation erstreckt sich hier von den unmittelbaren Produzenten auf die kleineren und mittleren Kapitalisten selbst. Diese Expropriation ist der Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktionsweise; ihre Durchführung ist ihr Ziel, und zwar in letzter Instanz die Expropriation aller einzelnen von den Produktionsmitteln, die mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion aufhören, Mittel der Privatproduktion und Produkt der Privatproduktion zu sein, und die nur noch Produktionsmittel in der Hand der assoziierten (vereinten, miteinander verbundenen, d. Verf.) Produzenten, daher ihr gesellschaftliches Eigentum, sein können, wie sie ihr gesellschaftliches Produkt sind. Diese Expropriation stellt sich aber innerhalb des kapitalistischen Systems selbst in gegensätzlicher Gestalt dar, als Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums durch wenige (...).“*

(Kapital III, MEW 25 S. 455 f.)

Wenn Marx hier von einem „Ziel“ der kapitalistischen Produktionsweise spricht, so nicht etwa im Sinne einer teleologischen Vorstellung von der „Geschichte, die ihre Zwecke durcharbeitet“ (vgl. Kapitel V S. 140 und Kapitel VII S. 102 f.), sondern nur in dem Sinne, daß der Gang der kapitalistischen Akkumulation unabhängig vom Willen der Beteiligten auf dieses Ziel hinausläuft. Dieses Ziel kann zwar nicht erreicht werden ohne Bewußtsein, Willen und entsprechende Kraftanstrengungen der revolutionären Klasse, doch ist diese Entwicklungsrichtung **in dem Sinne objektiv**, daß eine Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft ohne diesen Übergang unmöglich ist, daß die Gesellschaft ab einem bestimmten Entwicklungsstadium bei Ausbleiben dieses Übergangs gesetzmäßig in Fäulnis und Zersetzung übergehen muß: Eine Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft ist objektiv nur möglich, wenn die Expropriation auf die Spitze getrieben wird, auf welcher der Inhalt dieses Prozesses ins Gegenteil umschlägt und das Eigentum der ProduzentInnen wiederhergestellt wird, doch nun auf qualitativ höherer Ebene, nicht als zersplittertes Privateigentum vieler voneinander isolierter ProduzentInnen, sondern als kollektives Eigentum der assoziierten ProduzentInnen.

Zurück zum 24. Kapitel des ersten Bandes des *Kapitals*:  
 „Worauf kommt die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, d.h. seine historische Genesis (Entstehungsgeschichte, d. Verf.), hinaus? Soweit sie nicht unmittelbare Verwandlung von Sklaven und Leibeignen in Lohnarbeiter, also bloßer Formwechsel (nämlich Wechsel der **Formen** der Ausbeutung, d. Verf.) ist, bedeutet sie nur die Expropriation der unmittelbaren Produzenten, d.h. die Auflösung des auf eigener Arbeit beruhenden Privateigentums.

Privateigentum, als Gegensatz zum gesellschaftlichen, kollektiven Eigentum, besteht nur da, wo die Arbeitsmittel und die äußeren Bedingungen der Arbeit Privatleuten gehören. Je nachdem aber diese Privatleute die Arbeiter oder die Nichtarbeiter sind, hat auch das Privateigentum einen andern Charakter. Die unendlichen Schattierungen, die es auf den ersten Blick darbietet, spiegeln nur die zwischen diesen beiden Extremen liegenden Zwischenzustände wider.

Das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln ist die Grundlage des Kleinbetriebs, der Kleinbetrieb eine notwendige Bedingung für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der freien Individualität des Arbeiters selbst. Allerdings existiert diese Produktionsweise auch innerhalb der Sklaverei, Leibeigenschaft und anderer Abhängigkeitsverhältnisse. Aber sie blüht nur, schnell nur ihre ganze Energie, erobert nur die adäquate klassische Form, wo der Arbeiter freier Privateigentümer seiner von ihm selbst gehandhabten Arbeitsbedingungen ist, der Bauer des Ackers, den er bestellt, der Handwerker des Instruments, worauf er als Virtuose spielt.

Diese Produktionsweise unterstellt Zersplitterung des Bodens und der übrigen Produktionsmittel. Wie die Konzentration des letzteren, so schließt sie auch die Kooperation, Teilung der Arbeit innerhalb derselben Produktionsprozesse, gesellschaftliche Beherrschung und Regelung der Natur, freie Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte aus. Sie ist nur verträglich mit engen naturwüchsigen Schranken der Produktion und der Gesellschaft. Sie verewigen wollen hieße, wie Pecqueur (französischer Ökonom und utopischer Sozialist, d.

Verf.) mit Recht sagt, 'die allgemeine Mittelmäßigkeit dekretieren'. Auf einem gewissen Höhepunkt bringt sie die materiellen Mittel ihrer eignen Vernichtung zur Welt. (Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte setzt nämlich dann den Übergang zur **kapitalistischen** Warenproduktion auf die Tagesordnung, d. Verf.) Von diesem Augenblick regen sich Kräfte und Leidenschaften im Gesellschaftsschoße, welche sich von ihr gefesselt fühlen. Sie muß vernichtet werden, sie wird vernichtet. Ihre Vernichtung, die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte, daher des zwerghaften Eigentums vieler in das massenhafte Eigentum weniger, daher die Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, diese furchtbare und schwierige Expropriation der Volksmasse bildet die Vorgeschichte des Kapitals. Sie umfaßt eine Reihe gewaltsamer Methoden, wovon wir nur die epochemachenden als Methoden der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals Revue passieren ließen. (eben im 24. Kapitel des 1. Bandes des Kapitals, d. Verf.) Die Expropriation der unmittelbaren Produzenten wird mit schonungslosestem Vandalismus und unter dem Trieb der infamsten, schmutzigsten, kleinlichst gehässigsten Leidenschaften vollbracht. Das selbsterarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des einzelnen, unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, welches auf Exploitation fremder, aber formell freier Arbeit beruht. (Ausbeutung fremder, aber formell freier Arbeit: vgl. Kapitel IX S. 51 - 63; d. Verf.)

Sobald dieser Umwandlungsprozeß nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat, sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eignen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete (hier im Sinn von „genutzte“, d. Verf.), also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigentümer,

eine neue Form. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist.

Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren (für ihre Privatzwecke in Beschlag nehmen, d. Verf.) und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert. (Die Enteigner werden enteignet, d. Verf.)

Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Nega-

*tion. (Negation der Negation: vgl. Kapitel V S. 185 - 199) Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.“*

(Marx, Kapital I, MEW 23 S. 789 ff.; oder AW III S. 452 ff.)

Das Eigentum der ProduzentInnen wird wiederhergestellt, doch wie gesagt nicht als schlechte Negation, nicht als Wiederkehr des Privateigentums zersplitterter, sondern als Eigentum miteinander verbundener ProduzentInnen. Es ist die soziale Revolution der vereinten ProduzentInnen, der revolutionären Arbeiterklasse nämlich, die diese Negation der Negation vollzieht, doch dieser Akt wird vorbereitet durch einen fortwährenden Prozeß der Enteignung von Kapitalisten durch andere Kapitalisten **innerhalb** der kapitalistischen Ordnung.

Was wir in diesem Kapitel behandeln wollen, ist nicht der Umschlag zum gesellschaftlichen Eigentum der assoziierten ProduzentInnen, sondern der durch die fortschreitende Expropriation **innerhalb** der kapitalistischen Ordnung bedingte **Fäulnisprozeß** sowie die Gesetze des entsprechenden gesellschaftlichen Zustands, eines Zustands, der - wie oben zitiert - durch „Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums durch wenige“ charakterisiert ist. Es handelt sich **deshalb** um einen Fäulnisprozeß, weil - wie die wachsende Vergesellschaftung durch Expropriation von immer mehr Kapitalisten anzeigt - **der gesellschaftliche Zustand reif ist für den Übergang der Produktionsmittel in die Hände der Gesellschaft selbst, nämlich der vereinten ProduzentInnen, dieser Übergang aber eben noch nicht vollzogen**, vorerst noch ausgeblieben ist.

Ökonomischer Ausdruck dieser Fäulnis ist - wie wir im nächsten Kapitel sehen werden - zunächst und vor allem das **Monopol**. Das Monopol wird vor allem durch den Prozeß der **Konzentration und Zentralisation des Kapitals** hervorgebracht.

**Konzentration** ist das Anwachsen des Kapitalumfangs in den Händen einzelner Kapitalisten oder Kapitalgruppen. Die-

ser Prozeß vollzieht sich durch die Akkumulation des Kapitals, d.h. durch fortlaufende Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital.

**Zentralisation** ist „Konzentration bereits gebildeter Kapitale, Aufhebung ihrer individuellen Selbständigkeit, Expropriation von Kapitalist durch Kapitalist, Verwandlung vieler kleineren in weniger größere Kapitale. Dieser Prozeß unterscheidet sich von dem ersten (nämlich der Konzentration, d. Verf.) dadurch, daß er nur veränderte Verteilung der bereits vorhandenen und funktionierenden Kapitale voraussetzt, sein Spielraum also durch das absolute Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums oder die absoluten Grenzen der Akkumulation nicht beschränkt ist. Das Kapital schwillt hier in einer Hand zu großen Massen, weil es dort in vielen Händen verlorenght. Es ist die eigentliche Zentralisation im Unterschied zur Akkumulation und Konzentration.

(...)

Der Konkurrenzkampf wird durch Verwohlfelierung (Verbilligung, d. Verf.) der Waren geführt. Die Wohlfeilheit der Waren hängt, *ceteris paribus* (unter sonst gleichen Umständen, d. Verf.), von der Produktivität der Arbeit, diese aber von der Stufenleiter der Produktion ab. (Je höher die Produktivität, desto billiger kann der betreffende Kapitalist ein bestimmtes Quantum einer bestimmten Ware produzieren lassen, d. Verf.) Die größeren Kapitale schlagen daher die kleineren. Man erinnert sich ferner, daß mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise der Minimalumfang des individuellen Kapitals wächst, das erheischt ist, um ein Geschäft unter seinen normalen Bedingungen zu betreiben. (Man benötigt nämlich Kapital einer bestimmten Größenordnung, um die erforderliche Maschinerie kaufen zu können, und mit fortschreitender Entwicklung der Produktivkräfte wächst dieses Minimum, d. Verf.) Die kleineren Kapitale drängen sich daher in Produktionssphären, deren sich die große Industrie nur noch sporadisch oder unvollkommen bemächtigt hat. **Die Konkurrenz rast hier im direkten Verhältnis zur Anzahl und im umgekehrten Verhältnis zur Größe der rivalisierenden Kapitale** (Darauf werden wir zurückkommen, d. Verf.). Sie endet stets

*mit Untergang vieler kleineren Kapitalisten, deren Kapitale teils in die Hand des Siegers übergehn, teils untergehn. Abgesehn hiervon bildet sich mit der kapitalistischen Produktion eine ganz neue Macht, das Kreditwesen, das in seinen Anfängen verstohlen, als bescheidne Beihilfe der Akkumulation, sich einschleicht, durch unsichtbare Fäden die über die Oberfläche der Gesellschaft in größern oder kleinern Massen zersplitterten Geldmittel in die Hände individueller oder assoziiierter Kapitalisten zieht (assoziiierter Kapitalisten: in Gesellschaften, insbesondere Aktiengesellschaften, zusammengeschlossener Kapitalisten, d. Verf.), aber bald eine neue und furchtbare Waffe im Konkurrenzkampf wird und sich schließlich in einen ungeheuren sozialen Mechanismus zur Zentralisation der Kapitale verwandelt.*

*Im Maß wie die kapitalistische Produktion und Akkumulation, im selben Maß entwickeln sich Konkurrenz und Kredit, die beiden mächtigsten Hebel der Zentralisation. Daneben vermehrt der Fortschritt der Akkumulation den zentralisierbaren Stoff, d.h. die Einzelkapitale, während die Ausweitung der kapitalistischen Produktion, hier das gesellschaftliche Bedürfnis, dort die technischen Mittel jener gewaltigen industriellen Unternehmungen schafft, deren Durchführung an eine vorgängige Zentralisation des Kapitals gebunden ist. Heutzutage ist also die gegenseitige Attraktionskraft (Anziehungskraft, d. Verf.) der Einzelkapitale und die Tendenz zur Zentralisation stärker als je zuvor.“*

(Kapital I, MEW 23 S. 654 f.; Hervorhebung v. Verf.)

Das schrieb Marx 1867! In welch gewaltigem Maße ist die Tendenz zur Zentralisation seitdem gewachsen!

**Konkurrenz und Kreditwesen sind also die mächtigsten Hebel der Zentralisation:** Die Konkurrenz, weil sie ständig zum Untergang selbständiger Kapitale führt, welche zumindest teilweise von anderen Kapitalen einverleibt werden, das Kreditwesen, weil es bewirkt, daß kapitalistische Unternehmungen nicht nur das eigene, sondern auch fremdes Kapital anwenden können. Durch den Fortschritt der Akkumulation wird die Zentralisation weiter beschleunigt, da dadurch mehr Kapital vorhanden und somit zentralisierbar ist.

Die Konkurrenz verschärft sich indessen durch den **Fall der Profitrate** oder, anders ausgedrückt, **die wachsenden Verwertungsprobleme des Kapitals**, den chronischen **Kapitalüberschuß**. Die steigende Produktivität bewirkt nämlich, daß zunehmend mehr Kapital da ist, als zu für die Kapitalisten akzeptablen Profitraten verwertet werden kann. (Zum tendenziellen Fall der Profitrate, seinen Ursachen und Folgen vgl. Kapitel XI S. 66 - 89) Der **Kapitalüberschuß** führt dazu, daß immer mehr Kapital in den Händen der Banken konzentriert wird, was durch Ausweitung des Kreditwesens wiederum die Zentralisation beschleunigt. Der Fall der Profitrate beschleunigt sich unter sonst gleichbleibenden Umständen mit der Steigerung der Produktivität. Trotz Fallens der Profitrate steigt aber in der Regel die Profitmasse, was Fortschritt der Akkumulation bedeutet und somit wiederum die Zentralisation verstärkt.

Es sind also mächtige und unüberwindliche Triebkräfte, die die Zentralisation des Kapitals bewirken und im Fortgang der kapitalistischen Entwicklung fortwährend beschleunigen.

Resultat dieses Prozesses ist die *„Verwandlung vieler kleineren in weniger größere Kapitale“*. Ab einem bestimmten Punkt dieser Entwicklung bilden sich Kapitale oder Kapitalgruppen, die in einer bestimmten Branche den Markt beherrschen. Derartige Kapitale oder Kapitalgruppen bezeichnen wir als **Monopole**. Wir werden den Begriff des Monopols im nächsten Kapitel systematisch entwickeln. Halten wir hier fest, daß Marx - wie oben zitiert - darauf hinwies, daß *„die Konkurrenz“ „im direkten Verhältnis zur Anzahl und im umgekehrten Verhältnis zur Größe der rivalisierenden Kapitale“ „rast“*. Das Monopol, durch die Konkurrenz hervorgebracht, hat die Tendenz, die Konkurrenz zu hemmen, allerdings nur in gewisser Hinsicht, wie wir noch sehen werden.

In Kapitel XIII haben wir gesehen, daß kapitalistische Produktion gegenüber der einfachen Warenproduktion in gewisser Hinsicht ein Fortschritt an Vergesellschaftung ist: weil nämlich **viele** ProduzentInnen unter dem Kommando **eines** Kapitals zusammenarbeiten. Durch Konzentration und Zentralisation des Kapitals verstärkt sich diese Tendenz der Vergesellschaftung ungeheuer. Dies eben meint Marx, wenn er -

wie oben zitiert - sagt, daß sich Hand in Hand mit der Zentralisation oder Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige *„die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes“* entwickeln. Das aber bedeutet: **Mit der Zentralisation des Kapitals und insbesondere mit dem Übergang zum Monopol verschärft sich der grundlegende Widerspruch des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, enorm.** (Zu diesem Widerspruch vgl. Kapitel XIII S. 17 ff.)

So weist Marx, wie ebenfalls oben zitiert, gleich im nachfolgenden Satz darauf hin, daß die **Kapitalmagnaten, deren Zahl ständig sinkt, alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren.** Die gewaltigen Vorteile, die der Prozeß der Vergesellschaftung mit sich bringt, nutzen nicht der Gesellschaft, sondern diesen wenigen Kapitalmagnaten. Zugleich **wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber zugleich auch der Empörung der ausgebeuteten und geknechteten Arbeiterklasse.** Die Gesellschaft entartet zunehmend, weil die Hülle des Privateigentums, das enge Korsett der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die Notwendigkeit, Reichtum als Kapital zu produzieren, in immer schrofferen Widerspruch zum gesellschaftlichen Charakter der Produktion gerät. Dieser Widerspruch kann nur gelöst werden durch die revolutionäre Sprengung dieser Hülle, durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. So lange dies nicht geschieht, ist der Fäulnis- und Entartungsprozeß der Gesellschaft unvermeidlich.

Und auch dies sei hier vorweggenommen (und wird weiter unten näher erläutert): Die Periode des monopolistischen Kapitalismus bezeichnen wir auch als **Imperialismus**. Das Wort Imperialismus kommt vom lateinischen imperare = herrschen. Wie Marx sagt, wachsen die Elemente des Drucks, der Knechtschaft. Der Druck und die Herrschaftsbestrebungen gehen von den Monopolen aus. Sie **können** Druck ausüben und nach Herrschaft streben, weil sie über gewaltige Kapitalien und damit über enorme gesellschaftliche Macht verfügen. Sie **müssen** mit Druck und Herrschaft regieren, weil sie schwach sind, weil ihre Macht auf tönernen Füßen steht: Der Sprengkraft, die vom enorm zugespitzten Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ausgeht, können sie nämlich dauerhaft nichts entgegensetzen. Historisch gesehen sind ihre Machtbestrebungen der verzweifelte Versuch, das Rad der Geschichte aufzuhalten. Der Imperialismus ist, wie Lenin sagte, der „Vorabend der sozialistischen Revolution“. (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 191; oder LAW II S. 645) Freilich muß der Begriff „Vorabend“ hier im historischen Sinne aufgefaßt werden. Dieser Vorabend kann durchaus einige Generationen andauern - schließlich erfolgte der Übergang zum Imperialismus in den führenden Industrienationen am Anfang des 20. Jahrhunderts.

Das Wort Imperialismus wurde früher auch von bürgerlichen Ökonomen und Politikern benutzt. Heute benutzen im wesentlichen nur noch MarxistInnen dieses Wort. Die Apologeten des Kapitals scheuen sich, das Machtstreben der Monopole durch Benutzung dieses Wortes zuzugeben.



# II.

## DAS MONOPOL

Ein Ergebnis der Konzentration und Zentralisation der Produktion ist die **Kombination**, nämlich die Vereinigung von Kapitalien verschiedener Produktionszweige. Eine solche Vereinigung von Unternehmen „kann in doppelter Form stattfinden. Entweder die Unternehmungen behalten formell ihre Selbständigkeit, und ihre Gemeinsamkeit wird nur durch Vertrag festgelegt. Wir haben es sodann mit einer Interessengemeinschaft zu tun. Gehen aber die Unternehmungen in ein neues Unternehmen auf, so nennen wir dieses eine Fusion.

Sowohl Interessengemeinschaft als Fusion können nun entweder partiell sein - sie lassen dann die freie Konkurrenz in dem betreffenden Industriezweig bestehen - oder sie können monopolistisch sein.“

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 260; oder Ausgabe EVA S. 266)

Die Kombination verstärkt die Überlegenheit der großen Unternehmen gegenüber den kleinen und führt direkt ans Monopol heran. Das **Kartell** bedeutet bereits den Übergang zum Monopol:

„Eine Interessengemeinschaft möglichst aller Unternehmungen (einer Branche, d. Verf.) zum Zweck, durch möglichst vollständige Ausschließung der Konkurrenz die Preise und damit den Profit zu erhöhen, ist das Kartell. Das Kartell ist also eine monopolistische Interessengemeinschaft.

Eine Fusion mit demselben Zweck, der durch dasselbe Mittel erreicht werden soll, ist der Trust. Der Trust ist also eine monopolistische Fusion.“

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 260 f.; oder Ausgabe EVA S. 267)

Halten wir fest, daß zum Wesen des Monopols die zumindest partielle **Ausschaltung der freien Konkurrenz** gehört. Dies erfolgt durch gemeinsame Preispolitik der bestimmenden Unternehmen, sofern man es noch mit mehreren bestimmenden Unternehmen zu tun hat. Monopol setzt also nicht zwingend voraus, daß eine bestimmte Branche nur noch von **einem** Konzern beherrscht wird, wenngleich dies natürlich auch der Fall sein **kann**. Es kann jedoch durchaus noch mehrere voneinander unabhängige Unternehmen geben, die sich dann aber auf gemeinsame Preispolitik einigen. Dies bedeutet in der Regel die Festsetzung von hohen Monopolpreisen, um den Profit zu erhöhen (vgl. dazu Kapitel XI S. 58 - 66). Es kann zeitweilig aber auch beinhalten, daß niedrige Dumpingpreise festgesetzt werden, um nichtmonopolistische Unternehmen zu ruinieren.

Von hier aus ist auf den mitunter vorgebrachten Einwand zu antworten, man habe es in der Regel nicht mit Monopolen, sondern mit **Oligopolen** zu tun, da es in den meisten Branchen zwar wenige, aber noch mehrere bestimmende Unternehmen gebe. (Monopol heißt wörtlich **ein** Pol, Oligopol heißt **wenige** Pole.) Der Monopolbegriff der politischen Ökonomie beinhaltet nämlich nicht zwingend, daß ein Industriezweig nur noch von **einem** Konzern beherrscht wird. **Wesentlich ist die Ausschaltung der freien Konkurrenz durch Preisabsprachen.**

Um ein Monopol im Sinne der politischen Ökonomie handelt es sich auch dann, wenn in einem Wirtschaftszweig zwar noch einige Unternehmen der monopolistischen Vereinigung nicht angehören, aber gezwungen sind, sich nach den von der Vereinigung festgesetzten Preisen zu richten. In diesem Sinne erklärte Hilferding in einer Fußnote:

*„Es ist dabei zu beachten, daß man es **bereits dann mit einer monopolistischen Vereinigung zu tun hat, wenn diese für die Preisbestimmung auf dem Markte ausschlaggebend ist.** Daß daneben noch einige selbständige Unternehmungen existieren, die in ihren Preisen sich immer nach der Preisfestsetzung der Vereinigung richten, ändert nichts an der Tat-*

sache, daß in diesem Produktionszweig die freie Konkurrenz im theoretisch-ökonomischen Sinne nicht mehr existiert.“

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 260; oder Ausgabe EVA S. 266 f., Hervorhebung v. Verf.)

Wenn aber die bestimmenden Unternehmungen eines Geschäftszweiges die Preise festsetzen, wie soll dann geregelt werden, wer welche Marktanteile erhält? Es kann dann ja nicht mehr durch das Steigen und Sinken der Preise, durch die freie Konkurrenz, geregelt werden. Es bedarf dann einer bewußten Regelung, die zwischen diesen Unternehmen getroffen wird, sofern wir es noch mit **mehreren selbständigen** Unternehmen zu tun haben. Und diese Regelung **wird** getroffen: Die monopolistischen Unternehmen treffen Absprachen nicht nur über die Preise, sondern auch über die Marktanteile, die jeder einzelne erhalten soll und die von den anderen respektiert werden - jedenfalls bis auf weiteres. Bis zu einem gewissen Grade handelt es sich damit bereits nicht mehr um Produktion für einen unbekanntem Markt, ist also die Warenproduktion auch insoweit untergraben.

Die **Aktiengesellschaft** ist die ideale Form, gewaltige Mengen von Kapital unter einheitlicher Kommandogewalt zusammenzufassen („**kapitalistische Vergesellschaftung**“), so daß es dazu kommen kann, daß eine solche Gesellschaft einen ganzen Wirtschaftszweig beherrscht. Doch muß es nicht immer gleich eine einzelne Gesellschaft sein, die alleine den Ton angibt. Es gibt verschiedene Formen monopolistischer Vereinigungen mehrerer Unternehmen auf höherer Stufenleiter als das Kartell. Solche Formen sind Syndikate, Trusts und Konzerne.

Das **Syndikat** ist eine monopolistische Organisation, in welcher der Absatz der Waren und manchmal auch der Ankauf von Rohstoffen durch eine gemeinsame Stelle vorgenommen wird. **Trusts** sind Vereinigungen verschiedener Betriebe der selben Branche unter gemeinsamer Leitung. Um einen **Konzern** handelt es sich, wenn mehrere Unternehmen **verschiedener** Geschäftszweige in der Hand einer Gruppe des Monopolkapitals vereinigt sind. Auch insoweit erweist sich das

Aktienwesen als ideale Form der Zentralisation des Kapitals: Trusts und Konzerne können auf dem Wege der Beherrschung vieler Aktiengesellschaften durch eine Gruppe von Monopolisten entstehen.

*„Die wichtigsten Ergebnisse der Geschichte der Monopole sind (...): 1. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts - die höchste, äußerste Entwicklungsstufe der freien Konkurrenz; kaum merkliche Ansätze zu Monopolen. 2. Nach der Krise von 1873 weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine dauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen sind. 3. Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900 - 1903: Die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden.“* (Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, LW 22 S. 206; oder LAW II S. 661) Heute haben wir es mit weltumspannenden Konzernen zu tun, die Kartellabsprachen untereinander treffen und wiederum brechen, wenn das Kräfteverhältnis sich geändert hat.

## DER SOZIALÖKONOMISCHE INHALT DES ÜBERGANGS ZUM MONOPOL

Engels schrieb in einer Anmerkung im dritten Band des *Kapitals*:

*„Der täglich wachsenden Raschheit, womit auf allen großindustriellen Gebieten heute die Produktion gesteigert werden kann, steht gegenüber die stets zunehmende Langsamkeit der Ausdehnung des Markts für diese vermehrten Produkte. Was jene in Monaten herstellt, kann dieser kaum in Jahren absorbieren (aufnehmen, d. Verf.). (...) Die Folgen sind allgemeine chronische Überproduktion, gedrückte Preise, fallende und sogar ganz wegfallende Profite; kurz, die altgerühmte Freiheit der Konkurrenz ist am Ende ihres Lateins und muß ihren offenbaren skandalösen Bankrott selbst ansagen. Und zwar dadurch, daß in jedem Land die Großindustriellen eines bestimmten Zweigs sich zusammentun zu einem Kartell zur Regulierung der Produktion. Ein Ausschuß setzt das von jedem Etablissement (einzelnen Unternehmen, d. Verf.) zu produzierende Quantum fest und verteilt in letzter Instanz die einlaufenden Aufträge. In einzelnen Fällen kam es zeitweise sogar zu internationalen Kartellen (heute gang und gäbe, d. Verf.), so zwischen der englischen und deutschen Eisenproduktion. Aber auch diese Form der Vergesellschaftung der Produktion genügte noch nicht. Der Interessengegensatz der einzelnen Geschäftsfirmen durchbrach sie nur zu oft und stellte die Konkurrenz wieder her. So kam man dahin, in einzelnen Zweigen, wo die Produktionsstufe dies zuließ, die gesamte Produktion dieses Geschäftszweigs zu **einer** großen Aktiengesellschaft mit einheitlicher Leitung zu konzentrieren.“*

(Engels, MEW 25 S. 453 f.; Hervorhebung von Engels)

Warum ist die „altgerühmte Freiheit der Konkurrenz am Ende ihres Lateins“ angelangt, wie bereits Engels sagte? „Allgemeine chronische Überproduktion, gedrückte Preise, fallende oder sogar ganz wegfallende Profite“ sind es, die die Aufteilung des Marktes unter den stärksten Kapitalen erzwingen.

**Das Monopol ist der verzweifelte Versuch des Kapitals, sich dem Fall der Profitrate entgegenzustemmen.** Marx hatte schon 1858 geschrieben: „Sobald es (das Kapital, d. Verf.) anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind.“ (Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 551; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 544 f.; vgl. auch Kapitel XI S. 42 f.)

**Beschleunigte Steigerung der Produktionsfähigkeit infolge wachsender Produktivität, während unter kapitalistischen Verhältnissen keine Möglichkeit einer auch nur halbwegs entsprechenden Ausdehnung des Marktes besteht; daraus folgender Kapitalüberschuß, Fall der Profitrate - das ist der Zusammenhang, der das Kapital bei einer bestimmten Stufenleiter dieses Prozesses zur Flucht aus der freien Konkurrenz in das Monopol zwingt.** ( zu diesem Prozeß vgl. insbesondere Kapitel III, MEW 25 S. 254 f.; Kapitel XI S. 76 - 81) Das Monopol ist Ausdruck und Folge des Verfaulungsprozesses der Kapitalismus, denn beschleunigte Steigerung der Produktionsfähigkeit infolge wachsender Produktivität wäre kein Problem bei unmittelbar gesellschaftlicher Produktion, sondern würde der Gesellschaft der assoziierten ProduzentInnen ganz im Gegenteil zum Nutzen gereichen. (vgl. Kapitel XI S. 91 - 112) Die Produktivkräfte selbst sind es, die den Übergang zur unmittelbar gesellschaftlichen Produktion erfordern. **Das Monopol ist voranschreitende Vergesellschaftung unter Beibehaltung der engen Hülle des Privateigentums, unter Beibehaltung der engen Hülle der Kapitalverwertung als dem einzigen Zweck der Produktion,** ein auf die Spitze getriebener Widerspruch.

Daher sagte Engels in der Anmerkung im 3. Band des *Kapitals*, aus der wir oben zitiert haben, weiter, nachdem er den Übergang von der freien Konkurrenz zum Monopol anhand eines Beispiels gezeigt hatte, daß damit „der künftigen

*Expropriation durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, auf erfreulichste vorgearbeitet“ ist. (MEW 25 S. 454) Die bedauerliche Tatsache, daß diese Expropriation bis heute nicht vollzogen ist, ändert nichts an der Richtigkeit dieser Feststellung: Das Monopol setzt diesen Übergang, die Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die assoziierten ProduzentInnen, **objektiv** auf die Tagesordnung, allerdings bei Strafe wachsender Fäulnis, solange dieser Übergang **nicht** vollzogen wird. **Monopolistischer Kapitalismus ist faulender Kapitalismus.***

*„Wenn aus einem Großbetrieb ein Mammutbetrieb wird, der planmäßig, auf Grund genau errechneter Massendaten, die Lieferung des ursprünglichen Rohmaterials im Umfang von zwei Dritteln oder drei Vierteln des gesamten Bedarfs für Dutzende von Millionen der Bevölkerung organisiert; wenn die Beförderung dieses Rohstoffs nach den geeignetsten Produktionsstätten, die mitunter Hunderte und Tausende Meilen voneinander entfernt sind, systematisch organisiert wird; wenn von einer Zentralstelle aus alle aufeinanderfolgenden Stadien der Verarbeitung des Materials bis zur Herstellung der verschiedenartigsten Fertigprodukte geregelt werden; wenn die Verteilung dieser Produkte auf Dutzende und Hunderte von Millionen Konsumenten nach einem einzigen Plan geschieht (Petroleumabsatz in Amerika wie in Deutschland durch den amerikanischen ‘Petroleumtrust’) - dann wird es offensichtlich, daß wir es mit einer Vergesellschaftung der Produktion zu tun haben und durchaus nicht mit einer bloßen ‘Verflechtung’ (bürgerliche Ökonomen hatten versucht, den Inhalt der Entwicklung durch Vokabeln wie „Verflechtung“ zu vertuschen, d. Verf.); daß privatwirtschaftliche und Privateigentumsverhältnisse eine Hülle darstellen, die dem Inhalt bereits nicht mehr entspricht und die daher unvermeidlich in Fäulnis übergehen muß, wenn ihre Beseitigung künstlich verzögert wird, eine Hülle, die sich zwar verhältnismäßig lange in diesem Fäulniszustand halten kann (wenn schlimmstenfalls die Gesundheit von dem opportunistischen Geschwür auf sich warten lassen sollte), die aber dennoch unvermeidlich beseitigt werden wird.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 308; oder LAW II S. 769)

Wie wir wissen, ist Warenproduktion einerseits gesellschaftliche Produktion, andererseits Privatarbeit. (vgl. Kapitel VIII) Dieser Widerspruch verschärft sich mit dem Übergang zur kapitalistischen Warenproduktion: Fortschritt der Vergesellschaftung, da wir es mit Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik zu tun, aber weiterhin Anarchie der Produktion in der gesamten Gesellschaft. (vgl. Kapitel XIII 22 S. 20) Dieser Widerspruch verschärft sich im monopolistischen Kapitalismus erneut:

1. Die Unternehmen bzw. Konzerne, innerhalb derer Organisation herrscht, werden wesentlich größer, erstrecken sich mitunter über mehrere Erdteile.
2. Der Bereich der Organisation vergrößert sich ferner durch Aufteilung der Märkte zwischen mehreren Konzernen, dies erleichtert die Planung des Absatzes.
3. Vielfach erfolgt Produktion auf Bestellung, insbesondere seitens des Staates, statt für einen unbekanntem Markt.
4. Wachsende Vergesellschaftung der Arbeitskraft, indem sie für mehrere Produktionszweige zur Verfügung steht. Im Sozialismus bzw. Kommunismus wäre dies ein gewaltiger Fortschritt für die ProduzentInnen, da mit allseitiger Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten verbunden; die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit wird beseitigt. Solange die Arbeitskraft Ware bleibt, bedeutet dies jedoch wachsende **Verfügbarkeit für das Kapital** unter der Knute steigender Arbeitslosigkeit.
5. Die Vergesellschaftung der Arbeit innerhalb eines Betriebs erreicht durch Methoden wie Gruppenarbeit ein höheres Niveau. (vgl. „Zum 175. Geburtstag von Karl Marx“, in: Weg der Partei, Theoretisches Organ der KPD, 2/1993)

Die wachsende Vergesellschaftung erfolgt jedoch innerhalb des allgemeinen Milieus des **Privatinteresses** bzw. der **Anarchie der Produktion**. Anders ausgedrückt: Der Widerspruch, daß Warenproduktion einerseits gesellschaftliche, andererseits Privatproduktion ist, verschärft sich erneut.

Der von Lenin im zuletzt angeführten Zitat benannte schlimmste Fall ist eingetreten, das „opportunistische Geschwür“ ist sogar kräftig gewuchert. In welchem inneren Zusammenhang der Opportunismus in der Arbeiterbewegung mit dem Imperialismus steht, darauf werden wir später eingehen.

Solange die Hülle des Privateigentums nicht gesprengt ist, kommen die mit dem Fortschritt der Vergesellschaftung einhergehenden gewaltigen Vorteile nicht den unmittelbaren ProduzentInnen des gesellschaftlichen Reichtums zugute, sondern einigen wenigen Monopolisten. Die Lage der unmittelbaren ProduzentInnen verbessert sich nicht nur nicht, sondern sie verschlechtert sich mit der wachsenden Vergesellschaftung. Dies wollen wir nun anhand einiger willkürlich herausgegriffener Beispiele zeigen.



### **Beispiel 1: das europäische Zementkartell**

1994 verhängte die Europäische Kommission gegen ein Kartell von 33 europäischen Zementherstellern Geldbußen in Höhe von insgesamt einer halben Milliarde DM. (Frankfurter Rundschau 1.12.94) Die 33 Unternehmen (darunter die deutschen Unternehmen Heidelberger Zement und Dyckerhoff) hatten zwischen 1982 und 1992 nachweisbar den europäischen Zementmarkt unter sich aufgeteilt, indem sie Regionen als ihre Einflußsphären absteckten, ihre Produktionsmengen planten und gemeinsam mit überhöhten Preisen Monopolprofite erzielten. Auch acht nationale Branchenverbände von Zementherstellern wurden verurteilt.

Europa ist in den meisten Branchen unter Monopole aufgeteilt. Auch in anderen Branchen kam es zu Geldbußen der Europäischen Kommission, so z.B. gegen das Kartonenkartell unter Führung von Tetra Pak, das Plastikkartell von 15 Chemieunternehmen, gegen Soda-Kartelle, Pharma-Kartelle, Chemifaser-Kartelle usw. Nur ein Bruchteil der bestehenden Kartelle wird aufgedeckt.

Es könnte scheinen, nationale und europäische Kartellbehörden würden gegen Kartelle kämpfen. Das Gegenteil ist der Fall: Kartellabsprachen werden nur als Ordnungswidrigkeit „geahndet“, obwohl die Kartelle die KonsumentInnen in einen brutalen Würgegriff nehmen und ihnen enorme Summen abpressen, die als Monopolprofite in den Händen der Kartellisten landen - das ist Wirtschaftskriminalität schwersten Ausmaßes, von einer ganz anderen Dimension als ein Raubüberfall oder gar ein Ladendiebstahl. Doch nicht nur, daß die Verbrecher nicht ins Gefängnis müssen - sie müssen, selbst wenn sie ertappt werden, noch nicht einmal die Beute abgeben. Im Falle des Zementkartells schöpfte die europäische Kommission nur bis zu 4 % des Umsatzes von 1992 ab, also nur eines einzigen Jahres, obwohl Kartellabsprachen über 10 Jahre nachgewiesen worden waren. Solche „Bußgelder“ sind geradezu eine Ermutigung zu Kartellbildungen.

Dies zeigte sich 1999, als das Bundeskartellamt im *„größten Verfahren seiner Geschichte“* (Frankfurter Rundschau 4.11.99) gegen 33 Unternehmen der Transportbetonbranche Bußgelder in Gesamthöhe von 255 Millionen DM verhängte: Bei einem Großteil der „Sünder“ handelte es sich um „alte Bekannte“, die bereits früher ertappt worden waren. So war z.B. Heidelberger Zement wieder mit dabei. So „wirksam“ war die „Bestrafung“ gewesen. In den Kartellverabredungen war geregelt worden, *„welches Unternehmen welches Projekt mit welchen Mengen beliefern durfte“*. *„An den wettbewerbseinschränkenden und flächendeckenden Vereinbarungen seien rund 50 Firmen und damit fast alle wichtigen Unternehmen der Branche beteiligt gewesen“*, sagte der Präsident des Bundeskartellamtes. (FR 4.11.99)

Baukartelle eignen sich mit Monopolpreisen Milliarden an Steuergeldern an. Der deutsche Staat gab 1993 etwa 106 Milliarden DM für Bauinvestitionen aus - mindestens 10 % davon dürften auf Monopolpreise durch Kartellabsprachen zurückzuführen sein. Die Medienmonopole greifen die Ausplünderung der Staatsfinanzen durch ihre Bau- und Zementbrüder kaum an, obwohl diese eine nicht zu unterschätzende Ursache für die Zerrüttung der Staatsfinanzen darstellen. Sie kon-

zentrieren sich lieber auf die Frage des „Mißbrauchs“ von Steuergeldern durch Arbeitslose.

(vgl. Rugenberg, Seite 81 f.)

### **Beispiel 2: das europäische Röhrenkartell**

1998 belegte die EU-Kommission zehn europäische Hersteller von Röhren in Wärmekraftwerken, darunter drei deutsche Unternehmen, wegen Preisabsprachen mit Geldbußen von insgesamt 184 Millionen DM. Nur ein einziger Konkurrent in Europa, ein schwedisches Unternehmen, war dem Kartell ferngeblieben. Die anderen versuchten gemeinschaftlich, dieses Unternehmen zu ruinieren. *„Es ist schwierig, sich ein schlimmeres Kartell vorzustellen“*, sagte EU-Wettbewerbskommissar van Miert. (Frankfurter Rundschau 23.10.98) Das mag an seinem beschränkten Vorstellungsvermögen liegen.

### **Beispiel 3: EU-Kommission will Übernahme des portugiesischen Bankensystems durch spanische Finanzgruppen erzwingen**

Es ist im übrigen lächerlich, wenn sich ausgerechnet die EU-Kommission als „Hüter des freien Wettbewerbs“ darstellen will:

Sie hat Portugal vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt, weil die portugiesische Regierung die Übernahme der portugiesischen Champalimaud-Bankengruppe durch die spanische Finanzgruppe Banco Santander Central Hispano verboten hatte. (Frankfurter Rundschau 4.11.99) Die portugiesische Regierung hatte dieses Verbot damit begründet, daß durch die Übernahme das portugiesische Bankensystem vollständig unter die Kontrolle spanischer Finanzgruppen geraten würde. Die EU-Kommission spricht einem Mitgliedsstaat der EU ausdrücklich das Recht ab, eine Fusion mit europaweiter Bedeutung zu blockieren. Hierauf wird die Klage gestützt.

Damit erweist sich der EU-Apparat nicht nur als staatliches Instrumentarium zum weiteren Vorantreiben der Mono-

polisierung im europäischen Maßstab, als Instrument der stärkeren Monopole bei der Herrschaftsausübung über schwächere. Er erweist sich auch als Instrument, kleineren und schwächeren Mitgliedsstaaten jeden Rest an Souveränität zu nehmen.

Man darf getrost annehmen, daß die Europäische Kommission gegen die portugiesische Regierung, die in diesem Falle eine weitere Monopolisierung **verhindern** wollte, wirksamere Maßnahmen ergreift als gegen das europäische Zement- oder Röhrenkartell, welche Monopolbildung **betreiben**...

#### **Beispiel 4: die „Mautstraße“ von Microsoft**

Microsoft hat bei Betriebssystemen für Personalcomputer einen Weltmarktanteil von 82 %, bei Textverarbeitungsprogrammen von 64 % und bei Bürosoftware von 67 %.

IBM kontrolliert 60 % des Weltmarkts für Großrechner. Den Weltmarkt für Silizium, das Rohmaterial für Chips, kontrollieren acht Unternehmen aus Japan und Deutschland, den Weltmarkt für Nicht-Silizium-Halbleiter kontrolliert Sumitomo-Electric zu 75 %. Das Quarzglas für die Fotomasken, mit deren Hilfe die Schaltkreismuster auf den Chips erzeugt werden, stammt zu 90 % von der japanischen Firma Shin-Etsu.

Die Wirtschaftswoche jammerte, daß die Kommunikationsschlagadern der Wirtschaft von morgen zu einer „Mautstraße“ von Microsoft werden, und rief nach dem Staat. Ein Zeichen extremer Hilflosigkeit, denn gerade die jeweiligen Staaten beschleunigen im Bereich der Elektronikindustrie durch massive staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung die Monopolisierung der mächtigsten Elektronik-Konzerne. Das gilt für Japan, für die USA, Deutschland und Frankreich. Das kann auch nicht anders sein, denn die modernste Technologie kann nicht mehr auf Grundlage der freien Konkurrenz betrieben werden, und selbst die mächtigsten Monopole bedürfen der Hilfe des Staates, um die erforderlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung tätigen zu können. Sie nehmen über den Staat weitere gesellschaftliche

Mittel entgegen, um die Gesellschaft noch besser knebeln und ausbeuten zu können. Das läßt sich nur ändern, indem die in hohem Maße vergesellschaftete Wirtschaft den Händen einiger Kapitalmagnaten entrissen und von der Gesellschaft in Besitz genommen wird.

(vgl. Rugenberg, S. 79 f.)

### **Beispiel 5: Automonopole unterdrücken fortschrittliche Technik**

Der US-Erfinder Amory Lovins hat Pläne für ein Auto vorgelegt, das 0,4 bis 1,6 Liter auf 100 km verbraucht. Erstens ist es möglich, durch den Einsatz von neuen Werkstoffen statt Stahl das Gewicht auf 400 kg zu reduzieren. (Durchschnitt heute 1.000 bis 1.600 kg) Die Karosserie würde dann in einem Stück der gewünschten Farbe aus dem Ofen kommen, statt in einem aufwendigen Produktionsprozeß gestanzt, geschweißt und lackiert zu werden. Zweitens setzt Lovins zusätzlich zum Otto- oder Dieselmotor noch einen Elektromotor ein, der die beim Bremsen nutzlos verpuffende Energie zu 70 % wiedergewinnt. 1994 testeten StudentInnen in Los Angeles einen Prototyp dieses Autos und kamen auf 1,2 l pro 100 km. (Frankfurter Rundschau 14.9.95) Ein solches Leichtbauauto könnte auch mit Solarenergie betrieben werden. Das alles käme einer technischen Revolution gleich. Solche Autos könnten auch ein wirksames Mittel sein, um der Klimakatastrophe entgegenzuwirken.

Greenpeace hat den Renault Twingo, einen 5-Sitzer mit 50 PS, so umbauen lassen, daß er drei Liter auf 100 km verbraucht. **Die Ingenieure und Konstrukteure, die den Wagen gebaut haben, wollten ungenannt bleiben, weil sie Repressionen seitens der Automobilindustrie befürchten!** (Es gibt vielfältige und oft sehr unfeine Mittel, mit denen die Imperialisten ihre Herrschaft ausüben...)

Die Autokonzerne wollten das Thema vom Tisch haben. Entweder wollten sie „beweisen“, daß ein Öko-Auto zu viel kostet (so die Taktik von Opel), oder sie versprachen, daß

man es bis zum Jahr 2000 bauen würde. Wobei sie nicht ver-  
gaßen hinzuzufügen, daß kaum einer so ein Sparauto kaufen  
würde. Wofür sie dann selbst sorgen: Das Swatch-Auto von  
Mercedes z.B., ein Zweisitzer mit Platz für einen Kasten Mine-  
ralwasser, wird wohl bestenfalls als Einkaufsauto für die  
Direktorengattin taugen.

Die revolutionäre Entwicklung der Auto-Technik wird  
von den Auto-Monopolen unterdrückt. Würde sie doch be-  
deuten, daß gewaltige Produktionskapazitäten entwertet wür-  
den. Würde sie doch die Extraprofite aus der Produktion von  
überdimensionierten Automobilen in Frage stellen, die an den  
Bedürfnissen der herrschenden Klasse orientiert sind. Würde  
sie doch auch den Umfang der Profite der Ölmonopole ver-  
mindern. Die Anwendung dieser Technik würde unter kapita-  
listischen Bedingungen außerdem wahrscheinlich viele Arbeits-  
plätze kosten. Sie sprengt den engen Rahmen, den das Kapital  
steckt. Die Ersparnis an gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit  
kann erst nach einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel  
zum Nutzen der arbeitenden Menschen ausschlagen.

Im übrigen liegt die Zukunft des Verkehrswesens nicht  
nur bei einem revolutionär verbesserten Auto. Sie ist nicht nur  
eine Frage des Ressourcen-Verbrauchs. Der Individualverkehr  
selbst stößt immer mehr an seine Grenzen. Er ist für das Kapi-  
tal die profitabelste Lösung, aber für den einzelnen Käufer, die  
einzelne Käuferin wie auch vom gesamtgesellschaftlichen  
Standpunkt aus wesentlich teurer als ein Verkehrssystem, das  
in erster Linie als öffentliches Verkehrswesen organisiert ist.  
Doch die Interessen der Autokonzerne erfordern die Unter-  
drückung und Behinderung des öffentlichen Verkehrswesens.  
Seit 1970, so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung,  
ist die gesamte Steigerung der Verkehrsleistung dem Straßen-  
verkehr zugute gekommen. (Frankfurter Rundschau 14.9.95)  
Insofern sind die Sparautos die „ökologische“ Variante, die die  
Probleme lösen soll, die der Individualverkehr erzeugt. Allein  
auf sie zu setzen, wäre falsch. Kombiniert mit einem energi-  
schen Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens dagegen könn-  
ten sie eine technische Voraussetzung für ein modernes

Verkehrssystem darstellen. Darüber hinaus stellt sich auch die Frage nach Formen der Vergesellschaftung des Besitzes und der Nutzung von Autos. In breitem Maßstab anwendbar sind alle diese notwendigen Entwicklungen erst, wenn die Produktionsmittel vergesellschaftet und das Kapital enteignet ist.

Im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise werden die Mittel zur Lösung der Probleme schon entwickelt. Aber diese Mittel können erst ausreichend zur Entfaltung kommen, wenn die Fesseln des Kapitals gesprengt sind.

(vgl. Rugenberg, S. 75 f.)

### **Beispiel 6: Pleite des Euro-Tunnels, Pleite des Privateigentums**

Der sogenannte Euro-Tunnel, ursprünglich auf 45 Milliarden Francs veranlagt, hatte schließlich 90 Milliarden gekostet. Das nötige Kapital war bei Banken und Aktionären aufgenommen worden. Dann ging die britisch-französische Betreibergesellschaft pleite. Zu diesem Zeitpunkt beliefen sich die Schulden bei den Banken auf 68 Milliarden Francs. Die Aktienkurse sanken rapide: Eine Aktie kostete am Anfang 35 Francs, nach der Pleite nur noch 8,90 Francs. Die Banken ließen die noch ausstehenden Kredite in Aktien umwandeln und übernahmen so extrem billig die Kapitalmehrheit.

Von Anfang an hatte das Tunnel-Projekt in erster Linie den Banken gedient, die ein gigantisches Anlageobjekt gefunden hatten, ferner den am Bau beteiligten Industriekonzerne. Von Anfang an hatte festgestanden, daß die Ware Euro-Tunnel niemals rentabel verkauft werden konnte. Die ausgestreuten Illusionen über künftige Super-Gewinne hatten nur dazu gedient, auf betrügerische Weise Kapital flüssig zu machen. Nicht nur die Aktionäre bezahlten für die Möglichkeit der Banken und Konzerne, Kapitalüberschuß zu verwerten, sondern auch die arbeitenden Menschen, denn Banken und Aktionäre wälzten ihre Verluste auf den Steuerzahler ab.

(vgl. Rugenberg, S. 73 f.)

### **Beispiel 7: VW untersagt italienischen Händlern Verkäufe an deutsche Kunden**

Die Automobilmonopole wickeln den Vertrieb ihrer Wagen ausschließlich über die ihnen angeschlossenen Vertragshändler ab. Mit anderen Worten: Wer sich ihnen nicht unterwirft, wird nicht beliefert. Derartige monopolistische Praktiken werden wohlgerne völlig offen betrieben und sind legal. Keine Kartellbehörde schreitet hier ein.

VW untersagte seinen Händlern in Italien, VWs und Audis, die dort billiger zu haben sind als in Deutschland, an deutsche KundInnen zu verkaufen. Dafür verhängte die EU-Kommission ein Bußgeld von 202 Millionen DM. Sie griff damit freilich nur einen krassen Auswuchs des Monopolismus an, keineswegs diesen selbst. Doch selbst diese überaus milde Sanktion für einen groben Auswuchs, die mit Wiederherstellung eines freien Handels gewiß nichts zu tun hat, war dem VW-Vorstand unbegreiflich. Er sah darin eine „politische Strafe“, die mit der Ökonomie nichts zu tun habe, gewissermaßen also die übliche Unterdrückung der armen Deutschen durch das böse Ausland. Es fehlte auch nicht der Hinweis, daß man das Bußgeld aus Rückstellungen, also durch den Steuerzahler, bezahlen läßt. Was wiederum legal ist. Die „Sanktion“ ging also ins Leere bzw. richtete sich gegen die Allgemeinheit anstatt gegen den Monopolisten.

(vgl. Roter Morgen 2/98)

### **Beispiel 8: Monopolisierung in der Lebensmittel-Branche**

Die zehn größten Lebensmittelhändler in Europa hatten Mitte 1998 einen Anteil von 36,2 % am 1,5 Billionen schweren Markt. Branchenführer war die deutsch-schweizerische Metro, die allein 7 % des europäischen Marktes abdeckte. Rewe lag mit 57 Milliarden auf Platz 3, Aldi mit 48 Milliarden auf Platz 7 und Edeka mit 46 Milliarden auf Platz 8. (FR 24.8.98)

Die Frankfurter Rundschau kommentierte:

*„Die großen Handelskonzerne teilen den Markt für Lebensmittel unter sich auf. (...) Verlierer sind überall zunächst mittelständische Handelsketten (ganze Handelsketten werden also bereits dem „Mittelstand“ zugeordnet! D. Verf.) und Nahrungsmittel-Hersteller, die sich einem machtvollen Konditionen-Diktat unterworfen sehen. Der Verbraucher spürt es dagegen vorerst allenfalls an der schmaleren Palette der Supermarkt-Anbieter in seiner Nähe. Bei den Preisen wirkt der härtere internationale Wettbewerb der Großen untereinander dagegen noch bremsend. **Das könnte sich allerdings spätestens dann ändern, wenn die Konzerne ihre Terrains abgesteckt haben und ans Kassieren gehen.** (Schöne Aussichten!. D. Verf.) Die europäischen Kartellwächter in Brüssel tun sich mit der Konzentration (es müßte heißen: Zentralisation, d. Verf.) im Handel offenbar noch schwerer als mit den Zusammenschlüssen in der Industrie. (Das bedeutet, sie erwecken noch weniger den Anschein, gegen diese Zentralisation etwas zu unternehmen, d. Verf.) Bislang haben sie keine der grenzüberschreitenden Fusionen verhindern können.“ (Hervorhebung v. Verf.)*

Es ist ein interessantes Beispiel der Verlogenheit der imperialistischen Ideologie, daß die bürgerliche Presse einerseits unverhohlen mitteilt, wie die Monopole die Märkte aufteilen, Kartelle bilden und Monopolpreise festsetzen, daß also die vielgerühmte Marktwirtschaft allenfalls noch am Rande existiert, während zugleich jeder, der das stereotype Glaubensbekenntnis zur „Marktwirtschaft“ nicht mitmacht, als „Extremist“ oder Schlimmeres gilt.

Auch in der Lebensmittelbranche zeigt sich, daß Monopolisierung keineswegs das Ende, sondern vielmehr die Zuspitzung des Konkurrenzkampfes bedeutet. Die US-amerikanische Monopolgruppe Wal-Mart sagte den deutschen Konzernen im Einzelhandel den Kampf an. *„Mit der Übernahme von mehreren Wertkauf-Einkaufszentren und Spar-Filialen brachen die US-Amerikaner einen unglaublich harten Preiswettbewerb vom Zaun. (...) Ein Ausweg schien sich aus deutscher Sicht im*

*Ausland aufzutun.*“ (Süddeutsche Zeitung 3.9.99). Es ist schließlich egal, wo die Profite erwirtschaftet werden. Metro und Aldi erzielen „jeweils gut ein Drittel ihres Geschäftsvolumens im Ausland“ (SZ).



Genug der Beispiele. Ziehen wir einige Schlußfolgerungen.

**Das Monopol hemmt die Entwicklung der Produktivkräfte.** Nicht etwa in dem Sinne, daß es keine Weiterentwicklung der Produktivkräfte mehr gäbe. Ganz im Gegenteil, wir erleben heute eine rasantere technische Entwicklung als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte. Doch diese Entwicklung wird nur dann und nur in dem engen Rahmen industriell genutzt, wenn bzw. soweit es den Profiten der Monopole dient. Damit entwickeln sich die Produktivkräfte in einer ganz bestimmten Richtung, in der die negativen Auswirkungen für die Menschen in aller Regel weit größer sind als der Nutzen. Letzteres zeigt sich besonders drastisch an der immer stärker werdenden Tendenz, die natürliche Umwelt des Menschen zu zerstören, zu Nutz und Frommen der Monopolprofite. Dies ist allgemein bekannt und wird von allen „Verantwortlichen“ lautstark bejammert, doch nichts wird dagegen unternommen, da die Notwendigkeit der Kapitalverwertung auf Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln absolut zwingend ist. Technischer Fortschritt, der den arbeitenden Menschen nutzen, aber die Profite der Monopole beeinträchtigen würde, wird unterbunden. Das beginnt bereits damit, daß die Monopole die erforderlichen Mittel für die Forschung nicht zur Verfügung stellen. Kommt es doch zu entsprechenden Entdeckungen und Erfindungen, so verfügen die Monopole über vielerlei Möglichkeiten zu verhindern, daß sie von der Gesellschaft genutzt werden können. Die Glühbirne, die praktisch nicht kaputtgeht, ist längst entwickelt, doch das Patent wurde von Monopolen aufgekauft und in sicheren Tresoren eingesperrt. Lenin führte folgendes Beispiel an: „In Amerika hat ein

*gewisser Owens eine Flaschenmaschine erfunden, die eine Revolution in der Flaschenherstellung herbeiführt. Das deutsche Kartell der Flaschenfabrikanten kauft Owens' Patente auf und legt sie in das unterste Schubfach, um ihre Auswertung zu verhindern.*" (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 281; oder LAW II S. 740)

Wir erhalten das Resultat, daß sich nicht selten rückständige Technik gegenüber der fortgeschritteneren durchsetzt - und zwar selbst dann, wenn das fortgeschrittenere Produkt billiger produziert werden könnte und daher im Einzelfall profitabler wäre. Im vormonopolistischen Kapitalismus wäre letzteres unmöglich: Das Wertgesetz bzw. die freie Konkurrenz würde bewirken, daß einzelne Unternehmer eben doch die fortgeschrittenere Technik anwenden und die anderen dadurch in Nachteil kommen, letztlich nachziehen müssen oder untergehen. **Doch eben die freie Konkurrenz wird von den Monopolen eingeschränkt.** Die monopolistischen Unternehmen nutzen ihre ökonomische und politische Macht, um Konkurrenten auszuschalten, die sie bei freier Konkurrenz nicht aus dem Felde schlagen könnten, weil letztere kostengünstiger produzieren. So nutzen Monopole ihre politische Macht, indem sie die wirksame Ahndung von Kartellbildungen, deren Ziel die Erpressung der Gesellschaft ist, verhindern. Flankiert werden derlei legale Maßnahmen durch kriminelle - man überlege nur, aus welchen Gründen die Konstrukteure des im Auftrag von Greenpeace gebauten Öko-Autos ungenannt bleiben wollten.

*„Wohin man auch blickt, auf Schritt und Tritt findet man Aufgaben, die **sofort** zu lösen die Menschheit durchaus imstande wäre. Der Kapitalismus aber steht hindernd im Wege. Er hat Berge von Reichtümern angehäuft - und die Menschen zu **Sklaven** dieses Reichtums gemacht. Er hat komplizierteste Probleme der Technik gelöst - jedoch die Verwirklichung technischer Verbesserungen infolge des Elends und der Unwissenheit von Millionen, infolge des engstirnigen Geizes einer Handvoll Millionäre gehemmt.“*

(Lenin, Zivilisierte Barbarei, LW 19 S. 380; Hervorhebungen von Lenin)

Einschränkung der freien Konkurrenz - das heißt anders formuliert: **Der Wirkungsbereich des Wertgesetzes wird durch das Monopol eingeschränkt.** Dies wirkt sich auch so aus, daß bestimmte Produkte nicht mehr angeboten werden, obwohl ein Bedürfnis danach besteht.

Betrachten wir letzteres anhand einiger Beispiele, die sinigerweise von der BILD-Zeitung (1.2.95) aufgedeckt wurden. (Nicht immer lügt BILD, manchmal öffnet das Blatt auch ein Ventil zum folgenlosen Abreagieren eines berechtigten Zornes breiter Massen.) Eine Ersatzklinge für das Elektro-Messer von Moulinex kostete 32 DM und war damit teurer als das ganze Gerät (29,90 DM). Ein Mixer von Krups kostete 79,50 DM, ein Ersatz-Mixaufsatz aus Plastik brachte es auf 40,40 DM. Die Ersatz-Fernbedienung eines Blaupunkt-Videorecorders (Preis: 1.200 DM) kam auf über ein Viertel davon, nämlich auf 315 DM. Die Ersatzbodendüse eines Staubsaugers von Siemens (199 DM) kostete 44,50 DM. Den Vogel schoß die Zukunftsbranche Telekommunikation ab: ein Handy von Nokia kostete 499 DM, eine Ersatz-Aufladebuchse kam auf 450 DM. (vgl. Roter Morgen 5 und 7/95)

Wie ist es möglich, daß ein Teil mehr kostet als die Summe vieler Teile? Indem für Ersatzteile enorm hohe Monopolpreise festgesetzt werden. Und dies wiederum ist möglich durch die Monopolstellung der Hersteller: Man muß entweder das teure Ersatzteil kaufen oder das ganze Gerät wegwerfen. Letzteres wird dem Käufer, der Käuferin häufig bewußt nahegelegt: Man kaufe lieber ein neues Elektromesser als das tatsächlich teurere Ersatzteil. Das Kapital nutzt die Abhängigkeit der KundInnen, um Monopolprofit aus ihnen herauszupressen. Zugleich werden gesellschaftliche Mittel vergeudet: Die Herstellung des Ersatzteiles würde ja wesentlich weniger Arbeitszeit erfordern als die Herstellung des ganzen Produkts. Derartige Verschwendungen gesellschaftlicher Arbeitskraft werden im vormonopolistischen Kapitalismus durch die Wirkung des Wertgesetzes verhindert: Bei freier Konkurrenz würden sich AnbieterInnen finden, die die entsprechenden Ersatzteile anbieten, um sich einen entsprechenden Markt zu erkämpfen. Die Monopolstellung von Anbietern verhindert dies

jedoch. Das Wertgesetz bewirkt schlecht und recht, wenn auch unter Krisen, Erschütterungen und Vergeudungen gesellschaftlicher Produktivkräfte, eine gewisse Orientierung der Produktion an gesellschaftlichen Bedürfnissen. Die zunehmende Einschränkung des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes durch das Monopol führt dazu, daß das Wertgesetz diese Funktion immer weniger erfüllen kann.

Bereits in Kapitel XI (S. 58 ff.) haben wir gesehen: Aufgrund seines ökonomischen Übergewichts setzt das Monopol eine durchgängige Abweichung des Verkaufspreises vom Produktionspreis durch. Produktionspreis bedeutet hier: Konstantes Kapital + variables Kapital + Durchschnittsprofit. Der Monopolpreis ist durchgängig höher, und hierzu bedarf es nicht erst politischer Machtmittel (die aber natürlich auch wirken), sondern dies kommt bereits zustande durch Preisbildung entsprechend Angebot und Nachfrage. Die beherrschende Stellung als Anbieter gibt dem Monopol die Möglichkeit, Preise über dem Produktionspreis zu diktieren, die beherrschende Stellung als Abnehmer gibt dem Monopol die Möglichkeit, Preise unter dem Produktionspreis zu diktieren. Der Mechanismus der Preisbildung über Angebot und Nachfrage wird hier nicht verletzt, sondern genutzt, um Monopolprofite zu erzielen. Der Monopolprofit kommt also zustande **auf Grundlage des allgemeinen Milieus des „Marktes“**.

Daraus ist im übrigen auch ersichtlich: Ein „Marktsozialismus“, der auf „Austausch gleicher Werte“ basiert, ist ein Ding der Unmöglichkeit:

„Markt“ kann ja hier nur bedeuten: von staatlichen Instanzen und Einflußnahmen weitgehend freie Preisbildung. Was sind dann „gleiche Werte“? Das Wertgesetz in der vor-kapitalistischen Form - Pendeln des Preises um den **Wert** - ist mit der Durchsetzung des Kapitalismus ohnehin überholt; nun pendeln die Preise um den **Produktionspreis** (=  $c + v +$  Durchschnittsprofit). Doch auf Grundlage der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate findet zugunsten der Monopole eine weitere Umverteilung statt, und diese Umverteilung setzt Ausübung politischer Macht und Beziehungen zum Staat nicht voraus - wenngleich diese hinzukommen -, sondern erfolgt

bereits auf der Grundlage einer „freien“ Preisbildung auf dem „Markt“ - das Monopol spielt hier „nur“ seine marktbeherrschende Stellung aus. Zerschlagung der Monopole durch die sozialistische Revolution kann nun aber nicht heißen, daß der erreichte Grad der **Vergesellschaftung der Produktion** zurückgenommen wird - dies wäre utopisch und reaktionär. Nimmt man also bei gegebenem Stand der Vergesellschaftung den „Markt“ in Kauf, also „freie“, von staatlichen Zentralstellen unabhängige Preisbildung seitens relativ selbständiger (wenn auch vorwiegend staatlicher) Betriebe, so hat man eben keinen Austausch gleicher Werte, auch keinen Austausch gleicher Produktionspreise, sondern auf Grundlage der Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate eine weitere Umverteilung der Werte, die zu Lasten kleinerer Betriebe sowie zu Lasten der unmittelbaren ProduzentInnen als KonsumentInnen den großen Betrieben Monopolprofite zuschanzt. Man braucht allerdings keine sozialistische Revolution, um einen solchen Zustand zu erreichen. Wir haben ihn bereits.

An dieser Stelle sei eine Ungenauigkeit in Kapitel XI auf S. 64 korrigiert. Dort haben wir geschrieben: *„Neu ist im monopolistischen Kapitalismus also nicht etwa der Mechanismus, nach welchem ein größeres Kapital eine höhere Profitrate ausschlägt als das kleinere. Neu ist nur das **Ausmaß**, in dem die Größe und Stärke der einzelnen Kapitale auseinanderfallen.“* Daran ist richtig, daß nicht erst im monopolistischen Kapitalismus, sondern bereits zuvor ein größeres Kapital eine höhere Profitrate erzielte als ein kleineres. Falsch ist, daß der betreffende Mechanismus sich mit dem Übergang zum monopolistischen Kapitalismus nicht geändert habe:

Bereits im vormonopolistischen Kapitalismus galt und im monopolistischen gilt weiterhin: Wer zur Herstellung eines bestimmten Produkts individuell mehr Arbeitszeit verbraucht, als gesellschaftlich erforderlich ist, kann trotzdem nur den Wert realisieren, der aufgrund der **gesellschaftlich erforderlichen** Arbeitszeit gebildet wird. Doch im monopolistischen Kapitalismus tritt ein weiterer Mechanismus hinzu: Der Verkaufspreis

entspricht nun **nicht mehr** im Mittel der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, also nicht dem Wert, auch nicht dessen modifizierter Form, dem Produktionspreis (= gesellschaftlich erforderliches  $c$  + gesellschaftlich erforderliches  $v$  + Durchschnittsprofit). Der Monopolpreis wird nicht durch Mechanismen im Bereich der Produktion gebildet (das größere Kapital kann modernere Technik anwenden und somit kostengünstiger produzieren), sondern durch Mechanismen im Bereich der Zirkulation, durch Preisdiktat der Monopole aufgrund ihrer „marktbeherrschenden“ Stellung. Die Monopole nutzen hier also ihr ökonomisches Übergewicht **mittels des Mechanismus der Preisbildung über Angebot und Nachfrage**, wobei allerdings durch die Monopolstellung ein **Übergewicht des monopolistischen Anbieters bzw. des monopolistischen Abnehmers** festgeschrieben ist. Dies ist nicht nur eine quantitative Zunahme des zuerst genannten Mechanismus, sondern eine neue Qualität der ungleichmäßigen Entwicklung der einzelnen Kapitale entsprechend ihrer Größe. Daß der Monopolpreis mittels Mechanismen zustandekommt, die nicht im Bereich der Produktion, sondern im Bereich der Zirkulation wirken (wenngleich sie natürlich auf dem erreichten Grad der Vergesellschaftung der **Produktion** beruhen), daß nun rückschrittlichere Produktionstechniken gegenüber fortgeschritteneren triumphieren können, daß eine gewaltige Verschwendung von Produktivkräften stattfindet - all dies ist Ausdruck des Verfallungsprozesses des Kapitalismus.

Eine weitere Schlußfolgerung:

**Die Monopole bauen planmäßig Überkapazitäten auf, produzieren bewußt über die Nachfrage hinaus.** Auch dies wäre im vormonopolistischen Kapitalismus nicht möglich. Überproduktion würde bestraft durch Fallen der Preise unter den Wert bzw. Produktionspreis, durch Unverkäuflichkeit der Produkte, letztlich durch Ruinierung von Produzenten. Bewußte Überproduktion wäre schlichtweg eine Eselei. Hier aber rechnet sich die bewußte Überproduktion mitunter ausgezeichnet. Der Grund hierfür liegt nicht hauptsächlich darin, daß Monopole unter Nutzung des Mechanismus der Preisbildung über Angebot und Nachfrage Monopolpreise festsetzen

können. Blicke es allein hierbei, so wäre ihr Profit höher, wenn das Aufbauen von Überkapazitäten unterbliebe. Die bei gegebener zahlungsfähiger Nachfrage erzielbaren Monopolpreise blieben unverändert, doch die Kosten der Produktion wären geringer. Hier ist entscheidend, daß die Monopole ihre **politische Machtstellung** nutzen: Sie zwingen den Staat zur Bezahlung von Produkten, an denen kein gesellschaftliches Interesse besteht. Als Beispiel kann die staatliche Subventionierung von Atomkraftwerken dienen, die dann ein Überangebot an Strom produzieren.

Dies zeigt besonders drastisch, in welchem Ausmaß **die Warenproduktion bereits untergraben ist**. Der Produzent einer Ware interessiert sich zwar nicht unmittelbar, wohl aber mittelbar für ihren Gebrauchswert, denn wenn sich keine Käufer finden, für die die betreffende Ware Gebrauchswert hat, kann er sie nicht verkaufen. So ist der Warenproduzent mittelbar zu einer gewissen Orientierung an gesellschaftlichen Interessen gezwungen. (vgl. Kapitel VIII Seite 10 f.) Doch die Vergesellschaftung der Produktion hat einen Grad erreicht, an dem viele Produkte nicht mehr von privaten Abnehmern finanziert werden können, sondern nur noch von der Gesellschaft, vertreten vom Staat. Da aber andererseits das Privateigentum an Produktionsmitteln und die private Aneignung der Produkte noch verblieben ist, gibt dieser hohe Grad der Vergesellschaftung den Monopolen die Möglichkeit, den Konsumenten zwecks Durchsetzung ihrer privaten Profitinteressen als Geisel zu nehmen und aller Freiheit zu berauben, häufig sogar der Freiheit, über Kauf oder Nicht-Kauf zu entscheiden. Man **muß** z.B. den unwirtschaftlich produzierten Strom abnehmen, da man keine andere Wahl hat. Daran ändert auch die sogenannte Liberalisierung auf dem Strommarkt nichts wesentliches: Wer sich hinsichtlich seines privaten Stromkonsums für andere Anbieter entscheidet, muß als Steuerzahler über Subventionen nach wie vor den unwirtschaftlichen Atomstrom finanzieren.

Die Untergrabung der Warenproduktion zeigt sich auch daran, daß die Monopole in weiten Bereichen **nicht mehr für einen unbekanntem Markt** produzieren, und insbesondere

dann nicht, wenn sie sich diesen „Markt“ selbst schaffen, indem nämlich ihre Interessenvertreter an den entsprechenden Stellen der Beschaffungsapparate des Staates sitzen, z.B. in der Rüstungsproduktion, und die Monopole sich somit gewissermaßen selbst Aufträge erteilen.

Trotz alledem wird der Wirkungsbereich des Wertgesetzes lediglich eingeschränkt und ist die Planbarkeit des Absatzes für die Monopole relativ. Schließlich produzieren sie nicht nur für den Staat, sondern nach wie vor in erster Linie für private Abnehmer, deren Nachfrage von ihrer Kaufkraft abhängt, und auch der Staat kann ihnen nicht schrankenlos geben, sondern nur so viel, wie er der arbeitenden Bevölkerung abgepreßt hat. Schließlich ist die Konkurrenz nicht beseitigt, sondern geht lediglich auf höherer Stufenleiter vorstatten, z.B. zwischen den Monopolen in nationalem und internationalem Rahmen, auch bestehen unter der Herrschaft der Monopole zahlreiche Mittel- und Kleinbetriebe weiter. Das Monopol mildert nicht, sondern verstärkt den chaotischen Charakter der kapitalistischen Produktion. Die Anarchie der Produktion wird durch das Monopol nicht beseitigt, sondern trotz aller Planung eher auf die Spitze getrieben. Beispielsweise schätzte das Prognos-Institut 1971 den Rohstahlbedarf der EG für das Jahr 1985 auf 170 Millionen Tonnen, und es wurden entsprechende Kapazitäten aufgebaut. 1985 lag er aber tatsächlich bei nur 120 Millionen Tonnen, mit bereits damals rapide sinkender Tendenz. Das Wertgesetz regulierte und reguliert weiter den Abbau der betreffenden Kapazitäten. Subventionen des Staates konnten und können einen solchen Prozeß lediglich verlangsamen. Der Staat tut dies mit dem Ziel, soziale Unruhen zu verhindern.

## MONOPOL UND KONKURRENZ

Marx schrieb bereits 1847:

*„In der Praxis des Lebens findet man nicht nur Konkurrenz, Monopol und ihren Widerstreit, sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. Das Monopol erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol. Die Monopolisten machen sich Konkurrenz, die Konkurrenten werden Monopolisten. Wenn die Monopolisten die Konkurrenz unter sich durch partielle Assoziationen einschränken, so wächst die Konkurrenz unter den Arbeitern, und je mehr die Masse der Proletarier gegenüber den Monopolisten einer Nation wächst, um so zügelloser gestaltet sich die Konkurrenz unter den Monopolisten der verschiedenen Nationen. Die Synthese ist derart beschaffen, daß das Monopol sich nur dadurch aufrechterhalten kann, daß es beständig in den Konkurrenzkampf eintritt.“*

(Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4 S. 163 f.)

Ca. 50 Jahre vor dem Übergang zum monopolistischen Kapitalismus arbeitete Marx also auf begrifflichem Wege die dialektische Beziehung von Monopol und Konkurrenz heraus!

**„Die Konkurrenz erzeugt das Monopol.“** Die Konkurrenz ist nämlich Voraussetzung für den Prozeß der Zentralisation des Kapitals, der wiederum an einem bestimmten Punkt zum Monopol führt. (vgl. MEW 23 S. 655, zitiert auf S. 16 dieses Kapitels, wonach die Konkurrenz neben dem Kredit einer der beiden „mächtigsten Hebel der Zentralisation“ ist.)

**„Die Konkurrenten werden Monopolisten.“**

**„Das Monopol erzeugt die Konkurrenz.“** Erstens endet durch Kartellabsprachen die Konkurrenz zwischen den Kartellbrüdern nicht. Sie kämpfen weiter um die vorteilhaftesten Märkte und um eine größere Quote; bei veränderten Kräfteverhältnissen werden Forderungen nach Neuaufteilung des Marktes gestellt, verbunden mit der Drohung, das Kartell zu sprengen. Zweitens herrscht Konkurrenz zwischen den Monopolen im nationalen und internationalen Rahmen, drittens herrscht Konkurrenz zwischen den Monopolen und den

nichtmonopolistischen Unternehmen sowie zwischen den nichtmonopolistischen Unternehmen.

**„Die Monopolisten machen sich Konkurrenz.“** Je stärker ein Monopol, desto größer der Zwang zur Kapitalanlage bei beschränktem Markt bzw. Weltmarkt, desto stärker die Konkurrenz zwischen den Monopolisten.

**„Wenn die Monopolisten die Konkurrenz unter sich durch partielle Assoziationen einschränken, so wächst die Konkurrenz unter den Arbeitern.“** Die „Assoziationen“, die Übereinkünfte zwischen den Kartellbrüdern sind stets nur partiell, inhaltlich und zeitlich beschränkt. So weit sich diese Übereinkünfte auf den Arbeitsmarkt beziehen, können die ArbeiterInnen die Konkurrenz zwischen den Ausbeutern schlechter nutzen, wächst der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen und folglich die Konkurrenz zwischen den VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft.

**„Je mehr die Masse der Proletarier gegenüber den Monopolisten einer Nation wächst, um so zügelloser gestaltet sich die Konkurrenz unter den Monopolisten der verschiedenen Nationen.“** Je größer die Masse der Proletarier im allgemeinen und der industriellen Reservearmee im besonderen, desto gefährdeter die Herrschaft der Monopole, der kapitalistischen Ordnung im Ganzen, desto größer der Druck, horrenden Extraprofite durch Ausplünderung der ganzen Welt einzuheimsen, unter anderem auch zu dem Zweck, eine Oberschicht der Arbeiterklasse zu bestechen, anderen zumindest einige Brosamen zuzuwerfen und die Klasse zu spalten. In diesem Zusammenhang ist eine Äußerung von Cecil Rhodes aus dem Jahre 1895 interessant, die sein Freund, der Journalist Stead, wiedergab und die von Lenin zitiert wurde. Rhodes war englischer Politiker, und damals war Imperialismus noch kein allgemeines Schimpfwort, damals bekannten sich bürgerliche Politiker offen dazu, „Imperialisten“ zu sein. Dieser Rhodes also sagte: *„Ich war gestern im Ostende von London (Arbeiterviertel) und besuchte eine Arbeitslosenversammlung. Und als ich nach den dort gehörten wilden Reden, die nur ein Schrei nach Brot waren, nach Hause ging, da war ich von der Wichtigkeit des Imperialismus mehr denn je überzeugt... Mei-*

ne große Idee ist die Lösung des sozialen Problems, d.h., um die vierzig Millionen Einwohner des Vereinigten Königreichs vor einem mörderischen Bürgerkrieg zu schützen, müssen wir Kolonialpolitiker neue Ländereien erschließen, um den Überschuß an Bevölkerung aufzunehmen, und neue Absatzmärkte schaffen für die Waren, die sie in ihren Fabriken und Minen erzeugen. Das Empire (das britische Weltreich, d. Verf.), das habe ich stets gesagt, ist eine Magenfrage. Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden.“ (zitiert nach Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 261; oder LAW II S. 719) So aber dachten freilich die Imperialisten **aller** Länder und **mußten** sie aufgrund der Interessen der von ihnen vertretenen Monopole denken, und dies wiederum verschärfte die **Konkurrenz** zwischen den Imperialisten der verschiedenen Länder. Auf diesen Punkt - insbesondere auf die Auswirkungen des Imperialismus auf die Arbeiterbewegung - werden wir zurückkommen.

Lenin schrieb zur Frage der Dialektik von Monopol und Konkurrenz:

*„Die freie Konkurrenz ist die Grundeigenschaft des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt; das Monopol ist der direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz, aber diese begann sich vor unseren Augen zum Monopol zu wandeln, indem sie die Großproduktion schuf, den Kleinbetrieb verdrängte, die großen Betriebe durch noch größere ersetzte, die Konzentration der Produktion und des Kapitals so weit trieb, daß daraus das Monopol entstand und entsteht, nämlich: Kartelle, Syndikate, Trusts und das mit ihnen verschmelzende Kapital eines Dutzends von Banken, die mit Milliarden schalten und walten. Zugleich aber beseitigen die Monopole nicht die freie Konkurrenz, aus der sie erwachsen, sondern bestehen über und neben ihr und erzeugen dadurch eine Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche, Reibungen und Konflikte. Das Monopol ist der Übergang vom Kapitalismus zu einer höheren Ordnung.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 270; oder LAW II S.728 f.)

Der monopolistische Kapitalismus **ist noch** Kapitalismus, wie Lenin betont, der Übergang zu einer höheren Ordnung ist noch nicht vollzogen, und deshalb ist die Einschränkung der freien Konkurrenz nur ein Fortschritt als Vorbereitung der **künftigen** Entwicklung, der Beseitigung des Kapitalismus, ist sie aber **auf Grundlage der kapitalistischen Ordnung** eine **rapide Verschlechterung der Situation**, eine Zuspitzung der Widersprüche, wachsende Vergeudung von Produktivkräften, eine Verschärfung der Anarchie der Produktion, eine Zunahme der Fäulnis und des Drucks auf die arbeitenden Massen.

Der monopolistische Kapitalismus **ist noch** Kapitalismus, und deshalb kann er die freie Konkurrenz nicht vollends beseitigen, denn: *„Die freie Konkurrenz ist die reelle Entwicklung des Kapitals. Durch sie wird als äußerliche Notwendigkeit für das einzelne Kapital gesetzt, was der Natur des Kapitals entspricht, der auf das Kapital gegründeten Produktionsweise, was dem Begriff des Kapitals entspricht. Der wechselseitige Zwang, den in ihr die Kapitalien aufeinander, auf die Arbeit etc. ausüben (die Konkurrenz der Arbeiter unter sich ist nur eine andre Form der Konkurrenz der Kapitalien), ist die **freie**, zugleich **reale** Entwicklung des Reichtums als Kapital.“* (Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 550; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 544; Hervorhebungen von Marx; vgl. auch Kapitel XI S. 50) Das monopolistische Kapital **ist** Kapital, sein Wesen hat sich nicht geändert, es ist der Zwang zur Selbstverwertung, und dieses Wesen **erscheint** im Zwang, den die Kapitalien aufeinander ausüben, also in der **Konkurrenz**. Nach wie vor kann Reichtum nur als Kapital produziert werden - mit all den Folgen, die das für die Gesellschaft auf Grundlage gewaltig gewachsener Produktivität haben muß. *„Begrifflich ist die **Konkurrenz** nichts als die innre **Natur des Kapitals**, seine wesentliche Bestimmung, erscheinend und realisiert als Wechselwirkung der vielen Kapitalien aufeinander, die innre Tendenz (nämlich die Tendenz der Profitmacherei, der Verwertung des Werts, d. Verf.) als **äußerliche Notwendigkeit**. (Kapital existiert und kann nur existieren als viele Kapitalien, und seine Selbstbestimmung erscheint daher als Wechselwirkung derselben aufeinander.)“* (ebenda,

MEW 42 S. 327; oder Ausgabe Dietz 1947 S. 317; Hervorhebungen von Marx)

**Wird das Kapital monopolistisch, so wird die Konkurrenz einerseits eingeschränkt, andererseits ungeheuer verstärkt; man könnte sagen, im Hegelschen doppelten Sinne aufgehoben: die freie Konkurrenz wird einerseits eingeschränkt, zugleich aber wird die Konkurrenz auf eine höhere Stufe gehoben, nimmt der Konkurrenzkampf der Monopole eine ungeheure Heftigkeit an und wird er in wachsendem Maße nicht durch freie Konkurrenz auf dem Markt ausgetragen, sondern durch Machtausübung verschiedener Art.**

Auch in den Bereichen, in denen das Monopol den Wirkungsbereich des Wertgesetzes einengt, die Schranken der Warenproduktion partiell durchbricht, muß die **Form** der Warenproduktion aufrechterhalten werden. Wenn Rüstungsmonopole sich über ihre Lobbyisten im staatlichen Zuteilungsapparat selbst Aufträge geben, wird die Form eines Tauschgeschäfts, die Form der Ware-Geld-Beziehung, die Form (und sei sie auch noch so fadenscheinig) eines Austauschs gleicher Werte gewahrt. Wenn der Staat Monopolen Subventionen gibt, die allein deren Eigeninteressen dienen, wird diese Form ebenfalls gewahrt, denn man erhält die Fiktion aufrecht, die Subventionsempfänger würden im „Austausch“ etwas tun, was dem öffentlichen Interesse dient, z.B. „Arbeitsplätze schaffen“. Lenin schrieb, daß *„die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor ‘herrscht’ und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist“*. (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 211; oder LAW II S. 666) Das beinhaltet aber eben auch, daß die Warenproduktion **der Form nach** immer noch Grundlage der gesamten Wirtschaft ist. Sie ist durch das Ausmaß der Vergesellschaftung der Produktion zwar dem Inhalt nach in relativ hohem Maße **untergraben**, doch auch dem Inhalt nach ist sie **noch nicht vollends beseitigt**; der Wirkungsbereich des Wertgesetzes ist lediglich **eingeschränkt**.

Lenin wandte sich entschieden gegen die Behauptung Bucharins, das Monopol, der Imperialismus, gestalte den Kapitalismus von Grund aus um. Die betreffende Frage war und ist von großer praktischer Bedeutung, wie Lenin zeigte:

*„Hätten wir es mit einem einheitlichen Imperialismus zu tun, der den Kapitalismus durch und durch umgeformt hätte, dann wäre unsere Aufgabe hunderttausendmal leichter. Es würde sich dann ein System ergeben, wo alles allein dem Finanzkapital untergeordnet wäre. Dann brauchte man nur die Spitze zu entfernen und das übrige dem Proletariat zu übergeben. Das wäre außerordentlich angenehm, aber so etwas gibt es in der Wirklichkeit nicht. In der Wirklichkeit ist die Entwicklung derart, daß man ganz anders vorgehen muß. **Der Imperialismus ist ein Überbau über dem Kapitalismus.***

*Wenn er zerfällt (durch die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat, welches die kapitalistischen Monopole zerschlägt, d. Verf.), haben wir es mit dem Zerfall der Spitze und der Bloßlegung des Fundaments zu tun.“*

(Lenin, VIII. Parteitag der KPR(B), Bericht über das Parteiprogramm, LW 29 S. 153 f.; oder LAW V S. 11; Hervorhebung von Lenin)

Es ist sicher kein Zufall, daß Bucharin später die absurde Theorie vertrat, die Kulaken, also Großbauern, die LandarbeiterInnen ausbeuteten, könnten friedlich in den Sozialismus hineinwachsen. Predigt man die Illusion, mit der Entfernung der imperialistischen Spitzen der kapitalistischen Ordnung wäre diese Ordnung insgesamt besiegt, so pflegt man ein höchst idyllisches und wirklichkeitsfremdes Bild der proletarischen Revolution und der Aufgaben der proletarischen Diktatur, beschönigt und verharmlost man den Widerstand, den die gesamte bürgerliche Klasse während dieses Prozesses leisten wird und der durch die Diktatur des Proletariats gebrochen werden muß.

Lenins Ausführungen zeigen auch, daß es falsch wäre, **vor** Übernahme der politischen Macht durch das Proletariat den Stoß **allein** gegen „die Monopole“ zu richten. Es ist zwar durchaus ein Gebot vernünftiger Taktik, den **Hauptstoß** gegen sie zu richten, doch wäre es Opportunismus, **allein** die Mono-

pole „bekämpfen“ zu wollen und dabei zu vergessen, daß die Herrschaft der Monopole auf einem breiten Fundament des Kapitalismus und der Warenproduktion **fußt**.

Willi Gerns erklärte in einem Artikel in der DKP-Zeitung *Unsere Zeit* vom 2.10.98, in welchem er die Entwicklung der Programmatik der DKP darlegte, es sei unter den heutigen Bedingungen „*notwendig, die ganze Kraft auf den Kampf gegen das Monopolkapital zu konzentrieren*“. Auf Grundlage einer solchen Orientierung kann man den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung als solche nicht führen. Das Monopol steht zwar heute an der Spitze dieser bürgerlichen Ordnung, doch diese Ordnung erschöpft sich nicht durch das Monopol, und folglich kann der Kampf gegen die bürgerliche Ordnung nicht allseitig und erschöpfend geführt werden, wenn man ihn auf den Kampf gegen das Monopol reduziert. Man kann aber auch das Monopol nicht wirksam bekämpfen, wenn man nicht die Basis bekämpft, die es gesetzmäßig hervorgebracht hat und auf der es nach wie vor fußt.

Die Unterbetonung der fortbestehenden Konkurrenz wäre im übrigen auch deshalb schädlich, weil der Gegner dann monolithisch und gewissermaßen unüberwindlich erschiene.

1917 schrieb Lenin bei der Überarbeitung des Programms der SDAPR (B):

*„Der Imperialismus gestaltet in Wirklichkeit den Kapitalismus nicht von Grund aus um, **und er kann es auch nicht**. Der Imperialismus kompliziert und verschärft die Widersprüche des Kapitalismus, er ‘verknötet’ die Monopole mit der freien Konkurrenz, aber den Austausch, den Markt, die Konkurrenz, die Krisen usw. **beseitigen kann** der Imperialismus **nicht**.*

*Der Imperialismus ist der im Ableben begriffene, aber noch nicht abgelebte, der sterbende, aber noch nicht gestorbene Kapitalismus. Nicht reine Monopole, sondern Monopole neben dem Austausch, dem Markt, der Konkurrenz, den Krisen - das ist überhaupt die wesentlichste Eigenart des Imperialismus.*

*Darum ist es theoretisch falsch, die Analyse des Austauschs, der Warenproduktion, der Krisen usw. überhaupt zu streichen und sie durch die Analyse des Imperialismus **als eines Ganzen** zu 'ersetzen'. Denn ein solches Ganzes gibt es nicht. Es gibt einen **Übergang** von der Konkurrenz zum Monopol, und daher wird ein Programm, das die allgemeine Analyse des Austauschs, der Warenproduktion, der Krisen usw. beibehält und eine Charakteristik der **heranwachsenden Monopole** hinzufügt, viel richtiger sein, die Wirklichkeit viel exakter wiedergeben. Gerade diese Verkoppelung der einander widersprechenden 'Prinzipien' - Konkurrenz und Monopol - ist für den Imperialismus wesentlich, gerade sie bereitet den Zusammenbruch, d.h. die sozialistische Revolution vor."*

(Lenin, Vorwort zu der Broschüre „Materialien zur Revision des Parteiprogramms“, LW 24 S. 465 f.; Hervorhebungen von Lenin)

Zwar ist die Monopolisierung gegenüber dem Zeitpunkt, zu dem Lenin dies schrieb, ungeheuer vorangeschritten - auch wenn man die damaligen fortgeschrittenen Industrieländer zugrundelegt - doch das bedeutet nur, daß die sich aus dem Verhältnis von Monopol und Konkurrenz ergebenden „*Widersprüche, Reibungen und Konflikte*“ unvergleichlich krasser und schroffer geworden sind, keineswegs aber, daß das Monopol absolute Seite des Widerspruchs von Monopol und Konkurrenz geworden wäre. Nach wie vor ist der Imperialismus Überbau über dem alten Kapitalismus, ist er „*der sterbende, aber noch nicht gestorbene Kapitalismus*“ und kann er nichts anderes sein.

Was nun die Frage betrifft, daß der **Hauptstoß** gegen die Monopole gerichtet werden muß, so bedeutet dies keinesfalls, daß die nichtmonopolistische Bourgeoisie als im fortschrittlichen Sinne „antimonopolistische“ Kraft betrachtet werden darf. Bei aller Erbitterung, die die Herrschaftsausübung der Monopole über sie bei diesen Teilen der Bourgeoisie hervorruft, haben letztere nicht die Möglichkeit, wirkungsvoll gegen erstere zu kämpfen, da sie von ihnen abhängig sind und da der Kapitalismus nur noch auf Grundlage der Herrschaft der

Monopole möglich ist. Der kleine Krauter mag also über den Druck des Monopols noch so sehr schimpfen, er kann gegen das Monopol nicht wirklich kämpfen, ohne die kapitalistische Ordnung selbst zu untergraben, was aber seinem Klasseninteresse widerspräche. Er muß - seinem Klasseninteresse folgend - vielmehr bestrebt sein, die Folgen des Drucks, den das Monopol auf ihn ausübt, zu mildern, indem er den Druck auf die von ihm Ausgebeuteten verstärkt. Es ist also zumindest irreführend, wenn Willi Gerns in Zusammenhang mit der Betonung der Notwendigkeit eines „breiten antimonopolistischen Bündnisses“ erklärt: „Ökonomisch geraten sogar kleine und mittlere Unternehmer in bestimmtem Maße in Widerspruch zum Monopolkapital und seinem Staat.“ (UZ ebenda)

Lenin erklärte:

*„Ist das Monopol einmal zustande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit **alle** Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen ‘Details’.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 241; oder LAW II S. 698; Hervorhebung von Lenin)

*„Einerseits die gigantischen Ausmaße des in wenigen Händen konzentrierten Finanzkapitals (zum Begriff des Finanzkapitals weiter unten, d. Verf.), das sich ein außergewöhnlich weitverzweigtes und dichtes Netz von Beziehungen und Verbindungen schafft, durch das es sich die Masse nicht nur der mittleren und kleinen, sondern selbst der kleinsten Kapitalisten und Unternehmer unterwirft; andererseits der verschärfte Kampf mit den anderen nationalstaatlichen Finanzgruppen um die Aufteilung der Welt und um die Herrschaft über andere Länder - all dies führt zum geschlossenen Übergang aller besitzenden Klassen auf die Seite des Imperialismus. ‘Allgemeine’ Begeisterung für seine Perspektiven, wütende Verteidigung des Imperialismus, seine Beschönigung in jeder nur möglichen Weise - das ist das Zeichen der Zeit.“*

(ebenda, LW 22 S. 290; oder LAW II S. 750)

Vorstellungen von einer „antimonopolistischen Demokratie“ und einer „Zurückdrängung der Macht der Monopole“ **ohne Sturz der bürgerlichen Ordnung**, wie sie von der DKP seit ihrer Gründung propagiert wurden, sind daher eine gefährliche Illusion. Und auch die Vorstellung, Teile der Bourgeoisie seien am Imperialismus nicht interessiert, man könne sie gegen den Imperialismus mobilisieren usw., haben mit der Wirklichkeit nichts gemein.

Dies ist auch folgender Formulierung in den Sozialismus-Thesen der DKP vom August 1997 entgegenzuhalten: *„Das hauptsächliche Hindernis für den gesellschaftlichen Fortschritt stellt die ökonomische und politische Macht der Monopolbourgeoisie dar. Die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Herrschaft dieses mächtigsten Teils der Bourgeoisie ist deshalb die entscheidende Voraussetzung für die Öffnung des Weges zum Sozialismus.“* Es ist nicht möglich, die Macht der Monopole **innerhalb des Systems der bürgerlichen Ordnung**, ohne deren Sturz „zurückzudrängen“, und schon gar nicht auf friedlichem Wege, auf einem „Weg ohne Bürgerkrieg“, den die DKP bereits in ihrer Grundsatzerklärung von 1969 propagierte. (vgl. Willi Gerns, in UZ v. 2.10.98) Damit sagen wir nicht, daß nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse **auf einen Schlag** das **gesamte** kapitalistische Eigentum enteignet werden muß, aber wir sagen, daß die Macht der Monopole durch eine Bewegung, die sich gegen den Kapitalismus als ganzen richtet, **auf revolutionärem Wege zerschlagen** werden muß. Ein Kapitalismus ohne „ökonomische und politische Macht der Monopolbourgeoisie“ ist in den fortgeschrittenen Industrieländern längst nicht mehr möglich; deren Macht kann folglich innerhalb des Systems der bürgerlichen Ordnung nicht „zurückgedrängt“ werden.

Ein Beispiel für die DKP-Strategie der allmählichen „Zurückdrängung“ der Monopole ist die Haltung der DKP zur Frage eines vereinigten Europa.

In einem Beschluß des Parteivorstandes der DKP vom Juni 1997 heißt es:

*„Als internationalistische Partei tritt die DKP für ein vereinigtes Europa ein. Dieses Europa muß solidarisch, demokratisch, sozial und friedlich sein. Deshalb leistet die DKP Widerstand gegen eine Politik, die das Europa der Konzerne und Banken festigt, eine Festung Europa errichtet und auf ein Europa unter Hegemonie des deutschen Imperialismus hinausläuft.“ (UZ 30.10.98)*

Die Macht der Banken und Konzerne ist nicht eine bloße **Politik**, sondern sie basiert auf den heutigen materiellen Verhältnissen der kapitalistischen Ordnung. Der Traum von einem „solidarischen, demokratischen, sozialen und friedlichen Europa“ ist eine Apologie der bürgerlichen Ordnung, wenn nicht klargestellt wird, daß ein solches Europa ohne Sturz dieser Ordnung nicht zu erreichen ist. Und genau das stellt der DKP-Vorstand eben **nicht** klar. Statt dessen legt er die Vorstellung nahe, durch „Widerstand“ gegen eine bestimmte „Politik“, die im Interesse der Banken und Konzerne liege, könne ein solches Europa erreicht werden. („Deshalb“, weil nämlich die DKP für ein solidarisches, demokratisches usw. Europa eintritt, leiste sie „Widerstand“ gegen eine solche „Politik“.)

Ohne revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse kann aber ein vereinigtes Europa nur im Interesse der stärksten europäischen Monopole sein, insbesondere der deutschen. Es ist daher grundfalsch, für ein vereinigtes Europa einzutreten, ohne zugleich die Frage der sozialistischen Revolution aufzuwerfen. Doch auch in einem solchen Zusammenhang wäre die Losung eines vereinigten Europa falsch, da eine wirklich internationalistische Partei für den Sieg des Sozialismus und der Demokratie, für die Befreiung vom Imperialismus **auf der ganzen Welt** eintritt. *„Die Vereinigten Staaten der Welt (nicht aber Europas) sind jene staatliche Form der Vereinigung und der Freiheit der Nationen, die wir mit dem Sozialismus verknüpfen - solange nicht der vollständige Sieg des Kommunismus zum endgültigen Verschwinden eines jeden, darunter auch des demokratischen, Staates geführt haben wird. Als selbständige Losung wäre jedoch die Losung Vereinigte Staaten der Welt wohl kaum richtig, denn erstens fällt sie mit dem Sozialismus zusammen, und zweitens könnte sie die falsche Auffassung von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in **einem** Lande und eine falsche Auffassung von den Beziehungen eines solchen Landes zu den übrigen entstehen lassen.“* (Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, LW 21, S. 345; oder LAW II S. 618; Hervorhebung von Lenin).

Also: Gerade **weil** wir Internationalisten sind, können wir **nicht** für die vereinigten Staaten von Europa eintreten, sondern dann schon eher für die vereinigten Staaten der Welt, aber **nur** in Zusammenhang mit dem Sozialismus. Doch auch letzteres wäre als eigenständige Losung falsch, weil das mit Sieg der sozialistischen Weltrevolution gleichbedeutend ist, die aber nicht auf der ganzen Welt gleichzeitig siegen wird; vielmehr wird sie zunächst in einzelnen Ländern oder gar nur in einem Lande siegen. Doch vulgärster Opportunismus ist es, von einem „vereinigten Europa“ zu sprechen, ohne das in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Sieg des Sozialismus zu bringen.

Die DKP erklärt weiter, sie lehne „das Maastricht-Europa“ ab, und zwar deshalb, „weil die DKP für ein demokratisches vereinigtes Europa ist“. (UZ 30.10.98) „Ohne Bruch mit der Profitlogik, wie sie in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam zum Ausdruck kommt, ist kein alternatives Europa-Projekt zu verwirklichen. Ein neues Vertragswerk muß darauf orientiert sein, die Macht der Konzerne und der Banken einzuschränken (...).“ (ebenda) Das ist an Inkonsequenz kaum zu überbieten:

Ein „alternatives Europa-Projekt“ kann nur der Sozialismus sein, den die DKP hier aber weder nennt noch auch meint - **eingeschränkte** Macht der Banken und Konzerne heißt ja, daß diese **noch Macht haben**. Dennoch soll auf dieser Grundlage „mit der Profitlogik“ gebrochen werden. Wie? Durch „ein neues Vertragswerk“, welches nach Lage der Dinge aber nur die Vertreter der Banken und Konzerne abschließen könnten. Was ist das andere als eine **Beschönigung des Imperialismus?!**

*„Die Fragen, ob eine Änderung der Grundlagen des Imperialismus durch Reformen möglich sei, ob man vorwärts gehen solle, zur weiteren Verschärfung und Vertiefung der durch ihn erzeugten Widersprüche, oder rückwärts, zu deren Abstumpfung, das sind Kernfragen der Kritik des Imperialismus. Da zu den politischen Besonderheiten des Imperialismus die Reaktion auf der ganzen Linie sowie die Verstärkung der nationalen Unterdrückung in Verbindung mit dem Druck der Finanzoligarchie und mit der Beseitigung der freien Konkurrenz gehören, so tritt mit Beginn des 20. Jahrhunderts in fast allen imperialistischen Ländern eine kleinbürgerlich-demokratische Opposition gegen den Imperialismus auf. Und der*

*Bruch Kautskys (des theoretischen Führers der II. Internationale, d. Verf.) und der weitverbreiteten internationalen Strömung des Kautskyanertums mit dem Marxismus (unter gleichzeitiger Beibehaltung des „Marxismus“ in der Phrase, d. Verf.) besteht gerade darin, daß Kautsky es nicht nur unterlassen, es nicht verstanden hat, dieser kleinbürgerlichen, reformistischen, ökonomisch von Grund aus reaktionären Opposition entgegenzutreten, sondern sich im Gegenteil praktisch mit ihr vereint hat.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 292; oder LAW II S. 751 f.)

„Von Grund aus reaktionär“ ist diese „Opposition“ gegen den Imperialismus deshalb, weil ihr ökonomisches Programm letztlich - ob dies ausgesprochen wird oder nicht - darin besteht, daß vom Monopol zurück zur freien Konkurrenz gegangen werden soll, die Vergesellschaftung also zurückgedreht werden soll, anstatt auf Grundlage der fortgeschrittenen Vergesellschaftung zum Sozialismus voranzuschreiten. Doch die Rückkehr zur freien Konkurrenz ist unmöglich, da die Entwicklung der Produktivkräfte nicht zurückgedreht werden kann. Zugleich vertuschen derartige „Reform“konzeptionen die tiefen Widersprüche des Imperialismus, da dem Blickfeld entzogen wird, daß der enorme Grad der Vergesellschaftung der Produktion auf Grundlage der Beibehaltung des Privateigentums **gesetzmäßig** die Fäulnis hervorbringt, die dem monopolistischen Kapitalismus innewohnt.

*„Kautsky hat mit dem Marxismus gebrochen, da er für die Epoche des Finanzkapitals ein 'reaktionär gewordenes Ideal', die 'friedliche Demokratie', das 'bloße Gewicht der ökonomischen Faktoren' predigt - denn **objektiv** zerrt uns dieses Ideal zurück, vom monopolistischen zum nicht-monopolistischen Kapitalismus, ist es ein reformistischer Betrug.“*

(Lenin, ebenda, LW 22 S. 294; oder LAW II S. 754; Hervorhebung von Lenin. „Betrug“ eben deshalb, weil dieser Rückschritt objektiv nicht möglich ist.)

## DIE BESEITIGUNG SACHLICHER ABHÄNGIGKEITSVERHÄLTNISSE STEHT AUF DER TAGESORDNUNG

Wir sprachen im letzten Abschnitt von der Einschränkung des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes durch die Monopole. Wir haben zugleich gesehen, daß nach wie vor gegensätzliche Interessen aufeinanderprallen, und sogar weitaus heftiger als im vormonopolistischen Kapitalismus. Teils wird der Kampf seitens der Monopole mit außerökonomischen Mitteln ausgetragen, wobei es allerdings ihre ökonomische Stärke ist, die ihnen diese Mittel an die Hand gibt. Dieses Element tritt besonders klar in Erscheinung, wenn Monopole sich der Staatsmacht bedienen, um ihre Konkurrenten niederzuhalten.

In verquerer Form kommt hier zum Ausdruck, daß die hochentwickelten Produktivkräfte die Beseitigung sachlicher Abhängigkeitsverhältnisse auf die Tagesordnung gesetzt haben. Das warenproduzierende *„Individuum besitzt die gesellschaftliche Macht unter der Form einer Sache. Raubt der Sache diese gesellschaftliche Macht, und ihr müßt sie Personen über die Personen geben.“* (Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42 S. 91; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 75) Doch nicht ein derartiger Übergang steht historisch auf der Tagesordnung, die Rückkehr zu persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen, die ja ihrerseits durch die Warenproduktion, durch sachliche Abhängigkeitsverhältnisse, abgelöst worden waren. Was ansteht, ist der Übergang zu einer dritten, höheren Formation, in der sowohl persönliche als auch sachliche Abhängigkeitsverhältnisse beseitigt sind: *„Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe.“* (ebenda) Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse können und müssen allerdings während des Übergangs zu dieser dritten Stufe vorübergehend eine Rolle spielen,

nämlich als Krücken der Übergangsgesellschaft Sozialismus, Krücken, die erforderlich sind, um die warenproduzierenden Verhältnisse zu zerschlagen. Diese Krücken können sich ihrerseits verselbständigen und den Übergang zum Kommunismus verhindern, wie das in der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern geschehen ist. Ist die Möglichkeit des Übergangs zum Kommunismus durch revisionistische Entartung beseitigt, dann nehmen die persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse (Staatlichkeit, Hierarchien) rein parasitären Charakter an, werden sie reaktionärer als die warenproduzierenden Verhältnisse, zu deren Zerschlagung sie einst errichtet worden waren. (Vgl. hierzu: Eine kontroverse Diskussion über den Sozialismus, Zeitungsverlag Roter Morgen Stuttgart 1998, insbesondere Seiten 17 - 32 und 136 - 139. Vgl. auch Kapitel II Seite 17 - 22).

Was uns aber an dieser Stelle vor allem interessiert: Die Entwicklung des Kapitalismus **auf seiner eigenen Grundlage** bringt ihrerseits in zunehmendem Maße das parasitäre, reaktionäre Element der **persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse auf der Grundlage der Fortexistenz des Privatinteresses** hervor. Dies ist gerade der Inhalt der spezifischen Herrschaftsformen, derer sich die Monopole bedienen. Wenn der Wirkungsbereich des Wertgesetzes eingeschränkt wird, so nicht etwa, um bewußte Regelungen **seitens der Gesellschaft** teilweise zu ermöglichen; vielmehr wird das ökonomische Regulatorisch durch ein **Herrschaftsverhältnis** ersetzt, welches Privatinteressen dient. (vgl. Lenin, LW 22 S. 211; oder LAW II S. 667)

Es gibt also eine gewisse Annäherung zwischen den Formen der Herrschaft der kapitalistischen Monopole und der Herrschaft der Revisionisten. Es gibt allerdings auch Unterschiede: Der Herrschaft der Revisionisten in der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern war eine Periode der Diktatur des Proletariats vorausgegangen, innerhalb derer die warenproduzierenden Verhältnisse in hohem Maße zerschlagen worden waren. Die kapitalistischen Monopole entwickelten sich hingegen auf der Grundlage der Warenproduktion. Sie

können daher die Form der Warenproduktion - wie oben gezeigt - nicht abstreifen. Auch da, wo persönliche Machtverhältnisse genutzt werden, um Monopolprofite zu erwirtschaften, bleibt in aller Regel die Form bestehen, daß Profit über den Verkauf von Waren realisiert werden muß, und sei der betreffende Inhalt auch noch so sehr ausgehöhlt.

Die sachlichen Abhängigkeiten sind - wenn man genau hinsieht - nicht wirklich durch persönliche Abhängigkeiten **ersetzt**, vielmehr werden persönliche Abhängigkeiten in den Dienst dieser Sachzwänge gestellt: *„Was die Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank und der Allianz betrifft, so üben diese ihre persönliche Macht allerdings nur als fleischgewordene Repräsentanten des von ihnen vertretenen Kapitals aus. Letztlich sind die sogenannten Sachzwänge, ist die sachliche Gewalt der Notwendigkeiten der Kapitalverwertung immer noch vorherrschend, dienen die persönlichen Herrschaftsverhältnisse nur dazu, diese sachlichen Notwendigkeiten noch reibungsloser durchzusetzen.“* (Urban, in: Eine kontroverse Diskussion über den Sozialismus, a.a.O., S. 88)

Die persönliche Macht der Monopolherren dient also nicht etwa irgendwelchen vom Verwertungszwang des Kapitals losgelösten Privatinteressen, sondern gerade der **optimalen Durchsetzung der sachlichen Verwertungsbeziehung** des Kapitals. Daß die Durchsetzung des sachlichen Verwertungsinteresses in wachsendem Maße persönlicher statt sachlicher Abhängigkeitsverhältnisse bedarf, ist Ausdruck der Fäulnis der kapitalistischen Ordnung. Die Ersetzung persönlicher durch sachliche Abhängigkeitsverhältnisse war ja gerade der emanzipatorische Inhalt der Warenproduktion, bei aller Beschränktheit, der eine Emanzipation des Individuums innerhalb der bürgerlichen Ordnung unterworfen ist. (Vgl. hierzu wieder Kapitel II Seite 17 f.) Der faulende, der monopolistische Kapitalismus fällt hinter die bereits erreichte Stufe der Emanzipation zurück, indem vorbürgerliche Formen persönlicher Abhängigkeit restauriert werden, um den Verwertungsprozeß des Kapitals trotz tendenziell fallender Profitraten recht und schlecht noch zu gewährleisten.

So unterscheidet sich denn auch die verlogene Ideologie der Revisionisten an der Macht von derjenigen des kapitalistischen Monopols: Erstere dreht sich um die Vorstellung von „Fürsorge“ - nämlich „der Partei“ und des Staates bzw. ihrer Funktionäre für die arbeitenden Menschen - , letztere um die Vorstellung von „Freiheit“, auch wenn diejenige Freiheit, die die kapitalistische Ordnung überhaupt bieten kann - Freiheit von **persönlichen** Abhängigkeitsverhältnissen - unter der Herrschaft der Monopole zunehmend beseitigt wird.

# III.

## DIE NEUE ROLLE DER BANKEN IM MONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS

In Kapitel XI haben wir gesehen, daß wachsende Produktivität im Kapitalismus gleichbedeutend ist mit steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals. Mit anderen Worten: Ein immer größerer Anteil des Kapitals muß in konstantes Kapital investiert werden. Es ist indessen nicht der zirkulierende Anteil des konstanten Kapitals, der immer größere Investitionen erfordert, sondern der fixe, das Anlagevermögen. (vgl. Kapitel XIII S. 47 f.) Diese ständig wachsenden Investitionen müssen vom Kapitalisten vorgeschossen werden und fließen jeweils im Verlauf mehrerer Jahre nach und nach an den Kapitalisten zurück. Während also **der fixe Anteil** des Kapitals im Verhältnis zum zirkulierenden stets **größer wird**, wächst im Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals zugleich die **Größe** der einzelnen Kapitale und insbesondere der monopolistischen Kapitale. Es werden immer gewaltigere Summen, die an fixem Kapital vorgeschossen werden müssen. Dies aus eigenen Mitteln zu bewirken, übersteigt die Möglichkeiten der einzelnen industriellen Unternehmen, und zwar auch der monopolistischen. Die Bedeutung des Kredits steigt. Daß der **Kredit als Schmieröl der Kapitalverwertung** immer wichtiger wird, ist wiederum Ausdruck der **voranschreitenden**

**Vergesellschaftung.** Der Kredit wird gewährt aus **gesellschaftlichen** Mitteln, die in den Händen der Banken gesammelt wurden.

Im gleichen Maße wie die Kreditbedürfnisse wachsen auch die Möglichkeiten der Banken, erstere zu befriedigen. Mit dem Wachsen des insgesamt vorhandenen Kapitals wächst auch das in den Händen der Banken konzentrierte Geldkapital, das diese zunächst als bloße Zahlungsvermittler verwalten. (vgl. Kapitel XII S. 35 f.) Ebenso wie beim industriellen und Handelskapital geht aber auch im Bankwesen der Prozeß der Konzentration und Zentralisation vonstatten. Immer größere Geldmengen sammeln sich somit in den Händen von immer weniger Banken.

*„In dem Maße, wie sich das Bankwesen und seine Konzentration in wenigen Institutionen entwickeln, wachsen die Banken aus bescheidenen Vermittlern zu allmächtigen Monopolinhabern an, die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen. Diese Verwandlung zahlreicher bescheidener Vermittler in ein Häuflein Monopolisten bildet einen der Grundprozesse des Hinüberwachsens des Kapitalismus in den kapitalistischen Imperialismus (...).“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 214; oder LAW II S. 670)

Wie schon angedeutet, verändert der Kredit in dem Maße seinen Charakter, wie es sich um die Kreditierung fixen Kapitals handelt. Der Inhalt dieser Veränderung soll im folgenden näher betrachtet werden.

*„Geldkapital, das in fixes Kapital verwandelt worden ist, ist damit für längere Zeit gebunden, es muß lange Zeit vorgeschossen bleiben. Die Leihkapitalien aber, die der Bank zur Verfügung stehen, müssen zum größten Teil jederzeit ausbezahlt werden können.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 102; oder Ausgabe EVA S. 118)

Daraus folgt:

*„Es muß daher die Bank, die fixes Kapital zur Verfügung stellt, immer schon eine gewisse Ausdehnung haben, die mit der Expansion der industriellen Unternehmungen wachsen und noch rascher wachsen muß als diese. Zugleich wird eine Bank sich nicht (gemeint ist: nicht nur, d. Verf.) an einem Unternehmen beteiligen können, sondern die Tendenz haben, durch mehrfache Beteiligung ihr Risiko zu verteilen. Dies wird schon deshalb der Fall sein, weil dadurch die Rückflüsse auf diese Vorschüsse regelmäßiger eingehen werden.*

*Mit dieser Art der Kreditgewährung ändert sich aber zugleich die Stellung der Banken zur Industrie. Solange die Banken nur den Zahlungsverkehr vermitteln, interessiert sie eigentlich nur der momentane Stand des Unternehmens, seine momentane Zahlungsfähigkeit. Sie lösen die Wechsel ein (vgl. Kapitel XII S. 68 f., d. Verf.), die nach dieser Prüfung gut sind, sie bevorschussen die Waren, lombardieren die Aktien (plazieren sie an der Börse, d. Verf.), die nach dem augenblicklichen Stand des Marktes zu normalen Preisen verkäuflich sind. Ihr eigentliches Wirkungsfeld ist demnach auch mehr das kommerzielle Kapital als das industrielle und daneben die Befriedigung der Ansprüche der Börse. Auch ihr Verhältnis zur Industrie bezieht sich weniger auf den Produktionsprozeß als vielmehr auf den Verkauf der Industriellen an den Großkaufmann (Kreditieren des Kaufpreises, den der Kaufmann dem Industriellen zahlen muß, d. Verf.). **Anders wenn die Bank dazu übergeht, dem Industriellen Produktionskapital zur Verfügung zu stellen.** Dann bleibt ihr Interesse nicht mehr auf den augenblicklichen Zustand des Unternehmens und die augenblickliche Marktlage beschränkt, sondern jetzt handelt es sich vielmehr um das fernere Geschick des Unternehmens, um die künftige Gestaltung der Marktlage. Aus dem augenblicklichen wird ein dauerndes Interesse, und je größer der Kredit, je mehr vor allem der Anteil des in fixes Kapital verwandelten Leihkapitals überwiegt, desto größer und desto bleibender dieses Interesse.*

*Gleichzeitig wächst aber der Einfluß der Bank auf das Unternehmen.*

Solange der Kredit nur vorübergehend war, solange also das Unternehmen nur sein zirkulierendes Kapital von der Bank kreditiert erhielt, so lange war auch die Lösung dieser Beziehung verhältnismäßig leicht. Nach Ablauf der Umschlagsperiode (**eine** Periode, in der sich die Zirkulation G-W-G' vollzieht, d. Verf.) konnte das Unternehmen den Kredit zurückzahlen, einen anderen Kreditgeber sich aussuchen. Das hört auf, wenn auch ein Teil des fixen Kapitals kreditiert ist. Die Verpflichtung läßt sich dann erst nach längerer Zeit lösen. Das Unternehmen bleibt an die Bank gebunden. In diesem Verhältnis pflegt aber die Bank der stärkere Teil zu sein. Die Bank verfügt immer über das Kapital in seiner flüssigen, stets schlagfertigen Form, über Geldkapital. Das Unternehmen aber ist angewiesen auf die Rückverwandlung der Ware. Stockt der Zirkulationsprozeß oder sinken die Verkaufspreise, so ist zuschüssiges Kapital notwendig, das auf dem Wege des Kredits zu beschaffen ist. Denn mit der Ausdehnung des Kreditwesens ist der Umfang des Kapitals eines jeden Unternehmens auf das Mindestmaß beschränkt, erfordert jede plötzlich eintretende Notwendigkeit einer Vermehrung der flüssigen Mittel eine Kreditoperation, deren Versagung für das Unternehmen den Bankerott bedeuten könnte. Es ist die Verfügung über das Geldkapital, was der Bank die Übermacht gibt gegenüber dem Unternehmen, dessen Kapital als Produktions- oder Warenkapital festgelegt ist. Dazu kommt die Übermacht des Kapitals der Bank, die sie relativ unabhängig der einzelnen Transaktion gegenüber macht, während für das Unternehmen von dieser Transaktion vielleicht alles abhängt.“

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 103 f.; oder Ausgabe EVA S. 118 ff.; Hervorhebung v. Verf.)

Die Bank erhält die Möglichkeit, „sich zunächst über die Geschäftslage der einzelnen Kapitalisten **genau zu informieren**, dann sie zu **kontrollieren**, sie durch Erweiterung oder Schmälerung, Erleichterung oder Erschwerung des Kredits zu beeinflussen und schließlich ihr Schicksal **restlos zu bestimmen**, die Höhe ihrer Einkünfte zu bestimmen, ihnen Kapital zu entziehen oder ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Kapital rasch und in großem Umfang zu erhöhen usw.“

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 218; oder LAW II S. 675; Hervorhebungen von Lenin)

*„Aus Handels- und Industriekreisen werden oft Klagen über den ‘Terrorismus’ der Banken laut. Es ist nicht verwunderlich, daß derartige Klagen laut werden, wenn die Großbanken so ‘kommandieren’, wie folgendes Beispiel zeigt. Am 19. November 1901 wandte sich eine der sogenannten Berliner D-Banken (die Namen der vier größten Banken Berlins fangen mit dem Buchstaben D an) an den Vorstand des Nordwestmitteldeutschen Zementsyndikats mit folgendem Brief: ‘Nach der im Reichsanzeiger vom 18. cr. veröffentlichten Bekanntmachung Ihrer Gesellschaft müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß in der am 30. des Monats stattfindenden Generalversammlung Beschlüsse gefaßt werden, die geeignet sein können, Veränderungen uns nicht genehmer Art in Ihrem Geschäftsbetrieb herbeizuführen. Aus diesem Grunde müssen wir zu unserem lebhaften Bedauern den Ihnen eingeräumten Kredit hiermit zurückziehen... Wenn indes in der angegebenen Generalversammlung nichts beschlossen wird, was uns nicht genehm ist, und wir in dieser Beziehung durch uns konvenierende Garantien auch für die Zukunft geschützt sind, so erklären wir uns gern bereit, wegen Gewährung eines neuen Kredits mit Ihnen in Verhandlung zu treten.’*

*Im Grunde genommen sind das die alten Klagen des Kleinkapitals über den Druck des Großkapitals, nur ist hier ein ganzes Syndikat in die Kategorie der ‘Kleinen’ geraten! **Der alte Kampf zwischen Klein- und Großkapital wiederholt sich auf einer neuen, unvergleichlich höheren Entwicklungsstufe.**“*

(Lenin, ebenda, LW 22 S. 227 f.; oder LAW II S. 684 f.; Hervorhebung v. Verf.)

Der Einfluß der Banken auf die Industrieunternehmen beschleunigt den Zentralisationsprozeß des industriellen Kapitals. Eine Bank kann an einem Konkurrenzkampf zwischen mehreren Industrieunternehmen, die alle von ihr kreditiert werden, kein Interesse haben. Siegt nämlich ein Unternehmen, so bedeutet dies zugleich „die Niederlage anderer, an

denen die Bank gleichfalls interessiert war. Die anderen Unternehmen haben starken Kredit in Anspruch genommen, und das geliehene Kapital ist jetzt gefährdet. Der Konkurrenzkampf selbst war eine Zeit des Verlustes für alle Unternehmungen. Die Bank mußte ihre Kredite einschränken, auf gewinnbringende Finanzgeschäfte verzichten. Der Sieg des einen Unternehmens entschädigt sie dafür durchaus nicht. Ein so starkes Unternehmen ist ein Widerpart, an dem die Bank nicht allzuviel verdienen kann. Sobald die konkurrierenden Werke ihre Kunden sind, hat die Bank von deren Konkurrenz daher nur Nachteile zu erwarten. Daher ist das Streben der Banken nach Ausschaltung der Konkurrenz zwischen Werken, an denen sie beteiligt ist, ein absolutes. Jede Bank aber hat auch das Interesse an möglichst hohem Profit. Dieser wird unter sonst gleichen Umständen wieder den höchsten Stand erreichen bei völliger Ausschaltung der Konkurrenz in einem Industriezweig. Daher das Streben der Banken nach Herstellung des Monopols. (Was freilich niemals völlige Ausschaltung der Konkurrenz bedeutet; die Hilferdingsche Formulierung im vorhergehenden Satz ist also verabsolutierend und falsch, d. Verf.) Es treffen so die Tendenzen des Bankkapitals mit denen des Industriekapitals nach Ausschaltung der Konkurrenz zusammen. Zugleich aber erhält das Bankkapital immer mehr Macht, dieses Ziel durchzusetzen, selbst gegen den Willen einzelner Unternehmungen, die, auf ihre besonders günstige Einrichtung gestützt, den Konkurrenzkampf vielleicht noch vorziehen würden.“

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 250; oder Ausgabe EVA S. 257)

Die Bank ist zum einen deshalb an hohen Profiten ihrer industriellen Kunden interessiert, weil der Zins aus dem industriellen Profit gezahlt wird, hohe Zinsen also hohe Profitraten voraussetzen, zum anderen deshalb, weil der Gründergewinn, den bei Emission neuer Aktien im Normalfall zum größten Teil die Bank einstreicht, unter sonst gleichen Umständen von der Höhe des Profits abhängt. (vgl. Kapitel XII S. 107 ff.) Fusionen sind daher für die Bank, die hinter den fusionierenden Unternehmen steht, immer günstig. „Wo der Ausschluß der Konkur-

*renz durch Fusion zustande kommt, wird ein neues Unternehmen gegründet. Dieses Unternehmen kann auf erhöhten Profit rechnen. Dieser erhöhte Profit kann kapitalisiert werden und Gründergewinn bilden.“* (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 303; oder Ausgabe EVA S. 307)

Die Ausschaltung der freien Konkurrenz von Industrieunternehmen durch die sie beherrschende Bank bedeutet freilich nicht, daß die Bank ein friedliches Nebeneinander dieser Unternehmen gewährleistet. Vielmehr erfolgt der Prozeß der Zentralisation, innerhalb dessen „je ein Kapitalist viele tötet“, jetzt nicht auf der Grundlage freier Konkurrenz, sondern auf der Grundlage des Diktats der kreditierenden Bank - auch hier persönliche Abhängigkeitsverhältnisse außerhalb der freien Konkurrenz, die aber letztlich auf sachlicher Abhängigkeit beruhen, auf einer Form der Abhängigkeit, die die warenproduzierende, kapitalistische Ordnung auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung gesetzmäßig hervorbringt.

Bei derartigen Fusionen bleiben nicht nur die untergegangenen bzw. ihrer Eigenständigkeit beraubten Einzelkapitale auf der Strecke, sondern auch LohnarbeiterInnen. Denn die sogenannten Synergie-Effekte, die das Steigen der Profitrate und der Aktienkurse aufgrund von Fusionen wesentlich bewirken, beinhalten auf der anderen Seite, daß ArbeiterInnen entlassen und der industriellen Reservearmee eingegliedert werden. Für die betroffenen ArbeiterInnen ist dabei völlig unerheblich, ob es sich um „freundliche“ oder „feindliche“ Übernahmen handelt. Eine „freundliche“ Übernahme unterscheidet sich von einer „feindlichen“ nur dadurch, daß das Management des schwächeren Unternehmens bei ersterer zustimmt. Dieses Management hat dann in der Regel bezüglich der eigenen Existenz gewisse „Garantien“ erhalten, wobei sich freilich erst in der Zukunft zeigen wird, wie viel sie wert sind.

Wir haben gesehen, daß der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des industriellen Kapitals den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Bankkapitals befördert und daß letzterer wiederum ersteren befördert. Der von den Banken beschleunigte Zentralisationsprozeß des industriellen Kapitals wirkt wiederum auf das Bankwesen zurück.

*„Das Kartell oder der Trust ist ein Unternehmen von größter Kapitalkraft. In den gegenseitigen Abhängigkeitsbeziehungen kapitalistischer Unternehmungen entscheidet vor allem die Kapitalstärke darüber, welches Unternehmen von dem anderen in Abhängigkeit gerät. Eine weit fortgeschrittene Kartellierung wirkt von vornherein dahin, daß auch die Banken sich zusammenschließen und sich vergrößern, um dem Kartell oder Trust gegenüber nicht in Abhängigkeit zu geraten. Die Kartellierung selbst befördert so den Zusammenschluß der Banken, wie umgekehrt der Zusammenschluß der Banken die Kartellierung.“ (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 302; oder Ausgabe EVA S. 306)*

## IV.

# FINANZKAPITAL UND FINANZOLIGARCHIE

„Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. (Richtiger: Die den Eigentümer faktisch seiner Eigentümerposition beraubt, indem sie über dessen Einlagen verfügt; vgl. Kapitel XII S. 63 ff., d. Verf.) Andererseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. **Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.** Den Eigentümern gegenüber behält es stets Geldform, ist von ihnen in Form von Geldkapital, zinstragendem Kapital, angelegt und kann von ihnen stets in Geldform zurückgezogen werden. In Wirklichkeit aber ist der größte Teil des so bei den Banken angelegten Kapitals in industrielles, produktives Kapital (Produktionsmittel und Arbeitskraft) verwandelt und im Produktionsprozeß fixiert. Ein immer größerer Teil des in der Industrie verwendeten Kapitals ist **Finanzkapital, Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen.**“

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 305 f.; oder Ausgabe EVA S. 309., Hervorhebungen v. Verf.)

„Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen“ - Lenin zitiert dies zustimmend und weist darauf hin, daß „diese Definition insofern unvollständig“ ist, „als ihr der Hinweis auf eines der wichtigsten Mo-

mente fehlt, nämlich auf die Zunahme der Konzentration der Produktion und des Kapitals in einem so hohen Grade, daß die Konzentration zum Monopol führt und geführt hat.“ Er kennzeichnet sodann Entstehungsgeschichte und Inhalt des Begriffs Finanzkapital wie folgt: „**Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie - das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.**“

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 230; oder LAW II S. 687)

Man muß sich vor Augen halten, daß es **ein und dasselbe** monopolistische Kapital ist, über welches die Banken verfügen und welches in der Industrie angewandt wird. Eben deshalb betont Lenin die Begriffe „Verschmelzung“ bzw. „Verwachsen des Bankkapitals mit dem Industriekapital“ und spricht vom „Hinüberwachsen der Banken in Institutionen von wahrhaft ‘universalem Charakter’.“ (Lenin, ebenda, LW 22 S. 226; oder LAW II S. 683)

Der Zwang zur Verwertung des Finanzkapitals als eines **monopolistischen Kapitals in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen** ist Motor weiterer Monopolisierung, beispielsweise von Fusionen, „freundlichen“ und „feindlichen“ Übernahmen usw., und damit des Wachsens der industriellen Reservearmee. Werden im Zuge derartiger Prozesse Arbeitsplätze vernichtet, so lenken manche bürgerliche Medien (insbesondere BILD) die Empörung gerne einseitig gegen „die Banken“ **als Kreditgeber**, um davon abzulenken, daß es die Bewegung **ein und desselben Kapitals** ist, welche sich gegen die Arbeiterklasse richtet, die Logik der **industriellen Verwertung des Kapitals der Banken**. Die ArbeiterInnen erscheinen dann als BittstellerInnen, die von der Gnade der Kreditgewährung abhängig sind, und das Wesen der Sache, daß die Banken nämlich ihren Profit aus der Arbeit ersterer ziehen, also von deren Arbeit abhängig sind - und nicht umgekehrt, wie es sich in der Erscheinung darstellt - wird dem Blickfeld entzogen. Das industrielle Kapital wieder-

um erscheint dann als eine vom Bankkapital losgelöste Macht, und der Antagonismus zwischen seinen Interessen und denen der ArbeiterInnen wird geleugnet. Eine derartige Propaganda bürgerlicher Medien spielte z.B. eine gewisse Rolle dabei, daß Ende 1999 der Belegschaft der Holzmann AG Lohnkürzung bei verlängerter Arbeitszeit aufs Auge gedrückt werden konnte, wobei der hierdurch erzielte zusätzliche Mehrwert selbstredend unmittelbar den Banken zupaß kam. Man kann und muß eine derartige bürgerliche Propaganda im Sinne der Arbeiterklasse nutzen, um die berechtigte Empörung gegen die Banken zu schüren, doch man muß zugleich klarmachen, daß es sich **um ein und dasselbe** Kapital handelt, welches den ArbeiterInnen gegenübersteht. Dies zu vermitteln ist wichtig, um der Vorstellung entgegenzuwirken, man müsse dem industriellen Kapital Zugeständnisse machen, damit es „gegen die Banken“ gestärkt werde. Es ist wichtig, um die Einsicht wachsen zu lassen, daß Aktionen wie Streiks und Betriebsbesetzungen unter der Losung „Forderungsverzicht der Banken“ wirksame Mittel sein können, um Arbeitsplätze zu kämpfen, da sich derartige Kampffaktionen **direkt gegen das Kapital der Banken richten**, welches **in der Industrie angewandt** wird. Ohne derartige Orientierung kann eine bloße Empörung über die Banken als Kreditgeber leicht in Ohnmacht und Resignation münden, was die bürgerliche Propaganda ja gerade bezweckt.

Der Zwang zur Verwertung des Finanzkapitals als eines **monopolistischen Kapitals in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen** ist (wie wir noch sehen werden) Motor der Aggressivität des Imperialismus nach innen und außen, des gewaltigen Anwachsens des Kapitalexports, des Kampfes der Monopolgruppen und imperialistischen Staaten um das Wirtschaftsgebiet, um Hegemonie, um Weltherrschaft, ist die Triebkraft imperialistischer Kriege, ist die Wurzel von Reaktion und Faschismus. Diese Aggressivität entspringt der Fäulnis des Kapitalismus in seinem monopolistischen Stadium, der Überreife für den Übergang zur unmittelbar gesellschaftlichen Produktion.

Diese Fäulnis drückt sich insbesondere auch im Wachsen des fiktiven Kapitals aus. (zum Begriff des fiktiven Kapital vgl. Kapitel XII S. 67 ff.) Verschmelzung des Bank- und Industriekapitals erfolgt auch dergestalt, daß Industriekonzerne zu „Banken“ werden, die große Mengen fiktiven Kapitals in ihren Händen konzentrieren, daß auch sie Finanzimperien errichten, indem sie überschüssiges Kapital zu Finanzanlagen nutzen, statt es produktiv zu investieren.

Fiktives Kapital ist vor allem Aktienkapital. Durch Halten eines entsprechend großen Anteils beherrscht man ein Unternehmen, sei es eine Bank, ein Industrie- oder Handelsunternehmen. Dies ist heute die hauptsächliche Technik, mittels derer das Finanzkapital Unternehmen beherrscht - weit bedeutender als die Kreditgewährung durch die Banken. Dieser Umstand ist übrigens Grundlage dafür, daß Finanzkapital heute auch als Verschmelzung oder Verwachsen monopolistischer **Versicherungskonzerne** mit der Industrie erscheint.

Die **beiden Machtblöcke**, die sich heute in Deutschland gegenüberstehen, werden von einer Bank und von einer Versicherung beherrscht, nämlich **von der Deutschen Bank und von der Allianz**. Der Umstand, daß die Allianz als Versicherungsunternehmen unmittelbar kein Kreditgeschäft betreibt, hemmt sie keineswegs: Das Versicherungsgeschäft gab und gibt ihr die Möglichkeit, noch rascher Kapital anzusaugen als die Großbanken, und die Technik der Herrschaft über Unternehmen durch Halten von Aktienpaketen steht ihr nicht minder zur Verfügung als den Großbanken. Im übrigen: Wozu muß man eine Bank **sein**, wenn man Banken **kaufen** kann? Der ehemalige und langjährige Allianz-Gewaltige Wolfgang Schieren erklärte mit „sympathischer Bescheidenheit“: *„Da wir in fast alle deutsche Banken nach und nach investiert haben, sind im Laufe der Jahrzehnte aus Päckchen Packerln geworden.“* (zitiert nach Schmid, S. 7) Die Dresdner Bank, zweitgrößter Bankkonzern Deutschlands, steht heute unter dem bestimmenden Einfluß der Allianz. Die Allianz war auch die treibende Kraft der Fusion zwischen der Bayerischen Vereinsbank und der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-

bank 1997/98, mithin des zu diesem Zeitpunkt viertgrößten Bankkonzerns, mit dem fünftgrößten. So wie die Banken im Imperialismus traditionell den Zusammenschluß von unter ihrem Einfluß stehenden Industrie- und Handelsunternehmen betreiben und damit den Zentralisationsprozeß des Industrie- und Handelskapitals befördern, so beförderte ein Versicherungsgigant in diesem Fall die Zentralisation des Bankkapitals.

1971 strich die Allianz „nur“ 3,5 Milliarden Mark an Versicherungsprämien ein - 1996 waren es bereits 75 Milliarden Mark, dazu kommen 30 Milliarden Mark des Schwesterunternehmens Münchner Rück, also einer Rückversicherung, einer Versicherung der Versicherer. (Schmid, S. 2) **„Arbeitstächlich“ hat die Allianz nach eigenen Angaben derzeit 150 Millionen Mark neu zu „parken“; dazu kommen ca. 50 Millionen Mark der Münchner Rück. Pro Jahr sind das etwa 50 Milliarden Mark an neuen Kapitalanlagen.** (vgl. Schmid, S. 3) 1998 bezifferte die Allianz den Gesamtwert ihrer Kapitalanlagen auf 469,5 Milliarden Mark. (Werbebrochure „Euro, Die Allianz für Europa“)

*„Die Allianz besitzt das größte Aktien-Portefeuille ganz Europas. Ihre Fangarme hat die ‘Krake’ (Branchenjargon) bislang vor allem über die deutsche Wirtschaft ausgebreitet. Da sie sich weitgehend auf erste Adressen konzentriert, bringt sie es dort teilweise zu ansehnlichen Anteilen.“* (Schmid, S. 6)

Der Anteil an der Dresdner Bank war bereits 1992 so „ansehnlich“, daß der Allianz damals ein Abmahnungsschreiben des Bundeskartellamts ins Haus flatterte. Dahinter dürfte - so vermuten wir - die Deutsche Bank gestanden haben. Die Sache ging aber aus wie das Hornberger Schießen: Die Allianz übertrug Anteile auf die Münchner Rück, und die Kartellbehörde gab sich zufrieden.

Ein bedeutender Teil des Allianz-Vermögens ist auch in Staatsanleihen angelegt. Damit wächst der unmittelbare Einfluß der Allianz auf den Staat.

Die dem Monopol innewohnende Fäulnis und das aus dieser Fäulnis resultierende gewaltige Anwachsen des fiktiven

Kapitals führte zur Entstehung von **Investmentfonds und Vermögensverwaltungsgesellschaften**. Dabei handelt es sich um Unternehmen, die fremdes Kapital sammeln und mittels spekulativer Finanzanlagen verwerten. Dabei kann es sich um eigenständige Unternehmen bzw. Konzerne handeln, die **nur** dieses Geschäft betreiben, oder auch um einen entsprechenden Geschäftszweig einer Großbank oder eines Versicherungsgiganten. 1998 gründeten die Allianz und die Dresdner Bank eine gemeinsame Gesellschaft namens Allianz Management Service GmbH, die die Vermögensverwaltung beider Finanzkonzerne zusammenfaßt. Für den Dresdner Bank-Chef Walter war dies „*ein sehr sinnvoller Schritt in Richtung auf eine angestrebte Fusion*“. (Wirtschaftswoche 24.9.98) Im November 1999 stieg die Allianz durch die Übernahme von 70 % des US-Vermögensverwalters Pimco zum sechstgrößten Vermögensverwalter der Welt auf. Zu diesem Zeitpunkt verwaltete sie 647 Milliarden US-Dollar.

Die Vermögensbürokraten der Großbanken, Versicherungsgiganten und Investmentfonds verwalten fremdes Eigentum, indem sie damit spekulieren. Die Kapitalisten, die ihr Geld fremden Vermögensverwaltern zur Verfügung stellen, verwandeln sich in Glücksritter, die das durch Ausbeutung gewonnene Kapital professionellen Spielerorganisationen anvertrauen. Sie spekulieren nicht einmal mehr selbst, sie lassen spekulieren. Mit der Aktiengesellschaft wurden das Kapitaleigentum und die Leitung der Produktion getrennt, in den Vermögensverwaltungsgesellschaften vollzieht sich die Trennung des Eigentums an fiktivem Kapital von der Verwaltung dieses Kapitals. Diese Stufe des Privateigentums beinhaltet also, daß sich sowohl Industrie- als auch Bank- und Versicherungskapital - denn sie alle betreiben Vermögensverwaltung - als Dienstleistungsunternehmen für den Freizeitpark der golfspielenden und hobbyfliegenden Vermögensbesitzer betätigen, von Nichtarbeitern, die ausgerechnet der Arbeiterklasse in Deutschland vorrechnen, sie sei der „Freizeitweltmeister“. Die monopolistischen Spielerorganisationen aber konzentrieren in ihren Händen in bislang ungeahntem

Ausmaß Kapital und Macht, und zwar nicht nur im nationalen, sondern im internationalen Rahmen, wie wir im Kapitel über den Kapitalexport noch sehen werden. Sie spielen mit internationalen Finanzimperien, sind in der Tat „global player“, wie die Bourgeoisie selbst es nennt.

Finanzkapital ist heute **nicht nur** Kapital in der Verfügung von **Banken**, es sei denn, man faßt den Begriff Banken weiter und schließt Versicherungsmonopole, die großen Investmentinstitute, die Industrie- und Handelsmonopole, soweit sie „Bank“funktionen ausüben, ein. **Finanzkapital ist monopolistisches Kapital in Geldform, welches für Finanzanlagen - und zwar letztlich für Finanzanlagen in Industrieunternehmen - verwendet wird und sich damit in industrielles Kapital verwandelt.** Diese Finanzanlagen können sich als Kreditvergabe darstellen oder als Ankauf von Aktien oder anderen Beteiligungsrechten. Das Kapital in Geldform kann sich in den Händen von Banken, Versicherungen, Investmentfonds, Industrie- oder Handelsunternehmen befinden. Unmittelbare Anlageobjekte können wiederum Banken, Versicherungen, Industrie- oder Handelsunternehmen sein oder auch der Staat, so daß es unwichtig zu sein scheint und für den einzelnen Anleger auch unwichtig ist, ob in der Industrie oder anderswo angelegt wird. Doch eine Anlage in Banken oder Versicherungen wirft hauptsächlich deshalb Gewinne ab, weil diese Banken oder Versicherungen in der Lage sind, sich in der Industrie geschaffenen Mehrwert anzueignen (allerdings auch Lohnbestandteile, die zuvor variables Kapital waren, soweit nämlich LohnarbeiterInnen Zinsen an Banken und Prämien an Versicherungen zahlen). **Für das Finanzkapital im ganzen ist daher nach wie vor die industrielle Verwendung des angelegten Kapitals wesentlich**, denn nach wie vor wird nur in der Produktion Mehrwert geschaffen und ist der Mehrwert die wesentliche Quelle des Profits. (vgl. hierzu Kapitel XII)

Besonders wirkungsvoll beim Aufbau von Finanzimperien ist das Schachtelungssystem, welches bereits 1904 von einem deutschen bürgerlichen Ökonomen namens Hans Gideon Heymann beschrieben wurde:

*„Der Leiter kontrolliert die Muttergesellschaft, diese die Tochtergesellschaft, diese wieder die Enkel usw., so daß man mit nicht allzu großem Kapital Riesengebiete der Produktion beherrschen kann: denn wenn immer die Herrschaft über 50 % des Kapitals zur Kontrolle genügt, so braucht der Leiter nur 1 Mill. zu besitzen, um schon 8 Mill. Kapital bei den Enkelgesellschaften kontrollieren zu können. Schachtelt er noch weiter, so kommt er auf 16 Mill., 32 Mill. usw.“*

(Heymann, zitiert nach Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, LW 22 S. 231; oder LAW II S. 688)

Lenin fügt hinzu: *„In Wirklichkeit aber zeigt die Erfahrung, daß der Besitz von 40 % der Aktien genügt, um die Kontrolle über eine Aktiengesellschaft zu haben, denn ein gewisser Teil der zersplitterten Kleinaktionäre hat in der Praxis gar nicht die Möglichkeit, an den Generalversammlungen teilzunehmen usw.“* (Lenin, ebenda) *„Beherrschen können wir ein Unternehmen auch bei einer Beteiligung von fünf Prozent“*, soll ein früherer Vorstandssprecher der Allianz dem damaligen Kartellamtschef Wolfgang Kartte einmal ausgeplaudert haben. (nach: Schmid, S. 7) Sicherlich nicht immer, aber bei günstigen Umständen.

Ein derartiges *„Wirtschaften‘ der kapitalistischen Monopole im allgemeinen Milieu der Warenproduktion und des Privateigentums“* führt *„unvermeidlich zur Herrschaft der Finanzoligarchie“*. (Lenin, ebenda, LW 22 S. 230; oder LAW II S. 687) **Oligarchie bedeutet die Herrschaft einiger weniger, und tatsächlich sind es in Ländern wie Deutschland heute maximal einige Handvoll Finanzmagnaten, die die reale Herrschaft ausüben.** Diese wirklichen Machthaber haben natürlich kein Interesse daran, daß diese Oligarchie als solche erkannt wird, und so haben sie ihre Macht unter anderem dazu genutzt, ein Klima zu schaffen, im welchem diejenigen, die von dieser Oligarchie sprechen, als wirklichkeitsfremde Spinner erscheinen. („Wir haben doch eine parlamentarische Demokratie...!“) Um so bemerkenswerter ist es heute, daß noch 1914 der Herausgeber der bürgerlichen deutschen Zeit-

schrift „Die Bank“, ein gewisser Lansburgh, diese Oligarchie beschrieb sowie die unvermeidliche Verkleinerung der Anzahl der Oligarchen voraussagte und beklagte! Lansburgh kommentierte nämlich die Kapitalerhöhung der damals mit der Deutschen Bank heftig konkurrierenden Disconto-Gesellschaft (der Kampf endete 1929 mit einer Fusion) auf 300 Millionen Mark (aus heutiger Sicht ein „Pappenstiel“!) wie folgt: *„Weitere Banken werden auf dem beschrittenen Wege nachfolgen, und aus den 300 Personen, die heute Deutschland wirtschaftlich regieren, werden mit der Zeit 50, 25 oder noch weniger werden. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die neueste Konzentrationsbewegung sich auf das Bankwesen beschränken wird. Die engeren Beziehungen zwischen einzelnen Banken führen naturgemäß auch eine Annäherung zwischen den von ihnen patronisierten Industriekonzernen herbei... und eines Tages werden wir aufwachen und uns die Augen reiben: Neben uns lauter Trusts, vor uns die Notwendigkeit, die Privatmonopole durch Staatsmonopole abzulösen. Und doch haben wir uns im Grunde nichts anderes vorzuwerfen, als daß wir der Entwicklung der Dinge ihren freien, durch die **Aktie** ein wenig beschleunigten Gang gelassen haben.“* (Lansburgh, zitiert nach Lenin, ebenda, LW 22 S. 219; oder LAW II S. 675; Hervorhebung von Lansburgh)

Derart ehrliche Stimmen bürgerlicher Publizisten wird man heute suchen können wie Stecknadeln im Heuhaufen! Doch welcher bürgerliche Publizist, der über die unermeßliche Machtfülle der Finanzoligarchie öffentlich **erschrickt**, wird sich heute noch als solcher halten können!

Lenin kommentierte Lansburghs Äußerungen seinerzeit wie folgt:

*„Das ist ein Musterbeispiel für die Hilflosigkeit der bürgerlichen Publizistik, von der sich die bürgerliche Wissenschaft nur durch einen geringeren Grad von Aufrichtigkeit und durch das Bestreben unterscheidet, das Wesen der Dinge zu vertuschen, den Wald durch Bäume zu verdecken. Man ‘reibt sich die Augen’, bestürzt über die Folgen der Konzentration, man macht der Regierung des kapitalistischen Deutschlands oder*

*der kapitalistischen 'Gesellschaft' ('uns') 'Vorwürfe', man fürchtet die 'Beschleunigung' der Konzentration durch die Einführung von Aktien, wie der deutsche 'Kartell'spezialist Tschierschky, der die amerikanischen Trusts fürchtet und die deutschen Kartelle 'vorzieht', weil sie angeblich 'den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt... nicht so überstürzen wie die Trusts' - ist das nicht Hilflosigkeit?'"*

(Lenin, ebenda, LW 22 S. 249 f.; oder LAW II S. 676)

Ein Merkmal der Finanzoligarchie ist die Personalunion zwischen den Spitzen der Bank- sowie der Industrie- und Handelsmonopole:

*„Zugleich entwickelt sich sozusagen eine Personalunion der Banken mit den größten Industrie- und Handelsunternehmungen, eine beiderseitige Verschmelzung durch Aktienbesitz, durch Eintritt der Bankdirektoren in die Aufsichtsräte (oder die Vorstände) der Handels- und Industrieunternehmungen und umgekehrt.“*

(Lenin, ebenda, LW 22 S. 224; oder LAW II S. 681)

Und schon damals war auch der Staat mit von der Partie:

*„Die 'Personalunion' der Banken mit der Industrie findet ihre Ergänzung in der 'Personalunion' der einen wie der anderen Gesellschaften mit der Regierung. Jeidels (ebenfalls ein bürgerlicher Publizist, d. Verf.) schreibt: 'Freiwillig werden Aufsichtsratsstellungen gewährt an Personen mit gutklingenden Namen, auch ehemaligen Staatsbeamten, die im Verkehr mit den Behörden manche Erleichterung (!!)' (die Ausrufezeichen stammen von Lenin, d. Verf.) schaffen können' ... 'Im Aufsichtsrat einer Großbank sieht man gewöhnlich... ein Parlamentsmitglied oder ein Mitglied der Berliner Stadtverwaltung'.“*

(Lenin, ebenda, LW 22 S. 225; oder LAW II S. 681 f.)

Um einen groben Überblick zu bieten, wie sehr die Anzahl der Finanzoligarchen mittlerweile geschrumpft ist, verweisen wir nun zunächst auf ein Schaubild, das wir der 1997 erschienenen Arbeit Schmids entnommen und diesem Kapitel in einer separaten Tasche beigefügt haben. Es zeigt die Finanzimperien der Deutschen Bank und der Allianz in ihrer wech-

selseitigen Verflechtung. An der Gesamtsituation hat sich in der Zwischenzeit nichts geändert, auch wenn ein Teil der Angaben mittlerweile bereits überholt ist - so ist die Fusion der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank mit der Bayerischen Vereinsbank (Einflußbereich: Allianz) in der Darstellung noch nicht berücksichtigt.

Die Zahlen in der Darstellung bezeichnen die prozentuale Beteiligung am betreffenden Unternehmen. Zu beachten ist, daß auch zahlenmäßig relativ kleine Beteiligungen - 10 % und weniger - in der Regel zumindest Sperrminoritäten sind, aufgrund derer mißliebige Entscheidungen blockiert werden können, die mitunter aber sogar die Herrschaft über das betreffende Unternehmen garantieren können.

Die folgende Tabelle (Quelle: Schmid, Seite 18) bietet einen Überblick über die Beherrschung großer Industriekonzerne durch die Großbanken. Sie bezieht sich auf die Hauptversammlungen der betreffenden Unternehmen im Jahre 1992. Die Spalte „HV-Präsenz“ gibt den Prozentsatz des auf der Hauptversammlung vertretenen Kapitals an. Der untere Teil der Tabelle stellt die Mehrheitsverhältnisse auf den Hauptversammlungen der betreffenden Großbanken selbst dar.

**BEHERRSCHENDER EINFLUSS:**

Stimmrechtsanteile der Banken/Großbanken in den Hauptversammlungen großer Konzerne  
(1992 in % der vertretenen Stimmen)

Konzern	HV-Präsenz	Deutsche Bank	Dresdner Bank	Commerzbank	Bayer. Hypo + Bayer. Vereinsbank	Summe Großbanken	Alle Banken
Siemens	52,7	17,6	12,4	4,5	12,7	43,2	95,9
VW	38,3	5,9	6,7	2,4	4,4	19,4	44,1
Hoechst	71,4	9,0	32,8	27,7	4,5	74,0	98,5
BASF	50,4	18,6	17,6	4,2	12,3	52,7	94,7
Bayer	50,2	19,0	17,9	4,8	7,4	49,1	91,3
Thyssen	67,7	7,2	9,3	2,0	4,7	23,2	45,4
VEBA	53,4	13,0	25,3	3,7	7,0	49,0	90,9
Mannesmann	37,2	15,9	18,8	4,1	8,3	47,1	98,1
MAN	72,1	7,1	9,5	2,3	6,3	25,2	48,2
Preussag	69,0	9,9	6,4	1,9	2,7	20,9	99,5
VIAG	69,7	4,6	7,1	1,7	15,4	28,8	49,1
Degussa	73,3	6,5	25,1	2,3	4,6	38,5	60,7
Linde	60,0	23,7	13,1	21,2	11,7	69,7	99,1
Schering	37,4	14,1	19,9	6,7	9,7	50,4	94,5
Deutsche Bank	46,8	32,1	14,1	3,0	5,6	54,8	94,8
Dresdner Bank	74,6	4,7	44,2	4,8	10,5	64,2	91,3
Commerzbank	48,2	13,4	16,4	18,5	7,4	55,7	97,6
Bay. Vereinsbk.	56,0	8,8	10,3	3,4	35,6	58,1	84,7
Bay. Hypobank	68,9	5,9	10,2	5,7	34,6	56,4	92,1

Quelle: isw-report 31

Was nun Deutsche Bank und Allianz betrifft, so muß betont werden, daß es auch zwischen den beiden von diesen Giganten beherrschten Hauptblöcken des deutschen Finanzkapitals kartellartige Verbindungen gibt, ebenso wie andererseits auch knallharte Konkurrenz. Das Ausmaß der Durchdringung der verschiedenen Blöcke wurde erst 1994 durch eine von der Umweltorganisation Robin Wood herausgegebene Studie bekannt. (Henrik Paulitz, Manager der Klimakatastrophe, Göttingen 1994) Wir verweisen im folgende auf einige Daten, mitgeteilt von Rugenberg, S. 43. Wir haben nicht überprüft, inwieweit diese Daten sich mittlerweile geändert haben - darauf kommt es uns hier auch nicht an, sondern nur auf Art und Größenordnungen der betreffenden Verflechtungen.

Die Dresdner Bank hielt 10 % an der Allianz, und umgekehrt hielt die Allianz direkt 22,7 % an der Dresdner Bank. Dazu kommen nochmals 24 % über die Frankfurter Gesellschaft für Finanzwerte, die Vermo, und über ihren Schwesterkonzern Münchner Rück nochmals 24 %, zusammen also 47 %. Die Dresdner Bank wird also von der Allianz kontrolliert.

Die Deutsche Bank hielt 10 % an der Allianz, umgekehrt hielt die Allianz 10 % an der Deutschen Bank. Die Deutsche Bank kontrolliert sich über das Depotstimmrecht - wie in der zuletzt angeführten Tabelle gesehen - selbst.

Die Allianz, die größte Versicherung Europas, gehörte zu 25 % der Münchner Rück, der weltweit größten Versicherung von Versicherungen. An der Münchner Rück war wiederum die Allianz zu 25 % beteiligt. An den beiden über Kreuz verflochtenen Versicherungen waren die Deutsche und Dresdner Bank mit jeweils 10 %, die Bayerische Vereinsbank mit 10 % und die Bayern-Hypo mit 5 % beteiligt.

Deutsche und Dresdner Bank waren nicht direkt wechselseitig verflochten, wohl aber über die Allianz und gemeinsame Industriebeteiligungen wie Mercedes, Metallgesellschaft, Heidelberger Zement, Hapag-Lloyd usw. indirekt.

Die Kapitalverflechtung wird auch personell repräsentiert. Von den insgesamt zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Deutschen Bank und der Allianz Holding AG (ohne Arbeit-

nehmervorteiler) saßen vier in beiden Aufsichtsräten. Der Vorstandsvorsitzende der Allianz Holding saß ebenfalls im Aufsichtsrat der Deutschen Bank, während der Vorsitzende des Beraterkreises der Deutschen Bank im Aufsichtsrat der Allianz Holding saß. Insgesamt saßen im Aufsichtsrat der Allianz Holding sechs Vertreter der Deutschen Bank und im Aufsichtsrat der Deutschen Bank fünf Vertreter der Allianz. Weitere drei Aufsichtsratsmitglieder der Allianz Holding saßen auch im Aufsichtsrat der Dresdner Bank, ebenso der Aufsichtsratsvorsitzende der Münchner Rück.

Wir haben gesehen, daß Lansburgh 1914 befürchtete, daß die Zahl derer, die Deutschland wirtschaftlich regieren, auf 25 oder weniger sinken würde. Diese Prophezeiung ist mittlerweile offenbar Wirklichkeit geworden. Ohne nähere Analyse lassen die wenigen soeben aufgeführten, sich freilich in den Einzelheiten ständig verändernden Fakten umrißartig erkennen, wo die Finanzoligarchie sitzt. In diesem wirklichen Machtzentrum wird Politik gemacht. Hier werden mit Investitionen und Krediten die Weichen der ökonomischen Entwicklung gestellt. Hier werden die Entscheidungen der Bundesregierung vorbereitet und über die tausend Kanäle von Ausschüssen, Hearings, Kontakten, direkten Vertretern in Berlin usw. in Bundespolitik umgesetzt.

Wohlgermerkt: Die Finanzoligarchie ist keine Klasse. Sie ist die Spitze einer sehr viel größeren Schicht der Funktionäre des Finanzkapitals, einer Schicht, die nach Macht und Einfluß ihrerseits pyramidenförmig strukturiert ist, wobei die Stellung der einzelnen Finanzmagnaten innerhalb dieser Hierarchie variabel ist. Die Finanzkapitalisten wiederum sind die führende Schicht der bürgerlichen Klasse.

Von Zeit zu Zeit jammern bürgerliche Publizisten und Parteien über „Behinderung des Wettbewerbs durch die Bankenmacht“ usw. Einerseits gehört Klappern zum Geschäft, andererseits drückt derartiges Gejammer die dumpfe, wenn auch in hohem Maße verdrängte Ahnung aus, daß das Ausmaß der Monopolisierung - nun, sagen wir, ein reichlich unangenehmes Problem für die bürgerliche Ordnung darstellt. Auch eine vage Vorstellung vom bevorstehenden Untergang

dieser Ordnung mag tief im Unterbewußtsein mancher ihrer Repräsentanten schlummern, doch derartige Ängste dürfen das Tagesgeschäft des Profits natürlich nicht hemmen. Kartellämter haben trotz ihrer Ohnmacht eine wichtige Funktion für die bürgerliche Ordnung, dienen nämlich der Beruhigung des Gewissens, ähnlich wie die segensreiche Einrichtung der Beichte in der katholischen Kirche. Es gibt eine gesellschaftliche Instanz, der Sünden wider den heiligen Markt gebeichtet werden können, diese vergibt die Sünden und verhängt milde Bußen. Wer naiv genug ist, kann hoffen, daß die „Sünder“ sich bessern, was diese aber gar nicht können, weil die „Marktwirtschaft“ durch den nach Vergesellschaftung schreienden Grad der Zentralisation des Kapitals längst untergraben ist. Wenn Kartellämter ausnahmsweise wirklich Kartelle und Fusionen verhindern, so kann man sicher sein, daß dies im Interesse eines noch mächtigeren Konkurrenten geschieht.

Als Beispiel für die üblichen, den Imperialismus beschönigenden Reformpredigten sei aus einem Artikel der Süddeutschen Zeitung (7.2.95) mit der Überschrift „Bankenmacht lähmt den Wettbewerb“ zitiert. Autor: Prof. Dr. Uwe Jens, damals wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Jens nennt einige Fakten über persönliche Überkreuzverflechtungen bei Vorständen und Aufsichtsräten und fährt dann fort:

*„Entlastet nun der Vorstand der Allianz, zusammen mit dem der Dresdner Bank, auf der Hauptversammlung der Münchner Rück deren Vorstand, dann erwartet selbstverständlich der Vorstand der Allianz, daß er auf seiner Hauptversammlung Entlastung durch den Vorstand der Münchner Rück und der Dresdner Bank erfährt. (Entlastung bedeutet hier, daß dem Vorstand eine ordentliche Geschäftsführung bescheinigt wird, und das bedeutet faktisch, daß seine Geschäftspolitik durch die Aktionärsversammlung grundsätzlich gebilligt wird, d. Verf.) Das geht auch, denn die Münchner Rück hält an der Allianz 25 % und die Dresdner Bank zehn Prozent. Anzumerken bleibt, daß die Allianz an der Dresdner Bank erklärtermaßen 23 % besitzt. Zusammen mit der Münchner Rück sind in einer Zwischenholding weitere Anteile geparkt.*

*Es sind ausreichend Anteile, um auch hier den Vorstand sicher zu entlasten.*

*Was bedeutet ein solches Beispiel für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft? Allein durch diese Abschottung und durch die Zugehörigkeit zu diesem exklusiven Zirkel ist die Entlastung sicher. Zugang zu diesem 'erlauchten' Kreis erhält man nicht, weil man tüchtig ist, sondern weil man angenommen wird. Gesetze des Marktes, nach denen der Tüchtigere eine Chance erhält, gelten nicht mehr. (Auch im vormonopolistischen Kapitalismus entschied das blindwirkende Wertgesetz nicht nach „Tüchtigkeit“, doch diese Einsicht kann man von dem gelehrten Professor natürlich nicht erwarten. D. Verf.)*

*Also nicht der Erfolgreiche hat eine Chance, sondern der Wohlgelittene, der Anpasser. Damit wird der Wettbewerb um Führungspositionen, eine treibende Kraft der Marktwirtschaft, in einem ganz zentralen Bereich ausgeschaltet. Das schadet der Volkswirtschaft insgesamt.*

*(...)*

*Diese Strukturen zeigen, wie die Macht und der Einfluß der Banken die Wettbewerbsfähigkeit lähmen. Darum geht es bei dem (damaligen, d. Verf.) Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion: Banken und Versicherungen sollen sich auf ihre eigentliche Aufgabe in der Volkswirtschaft konzentrieren und sich von ihrem Industriebesitz trennen. Es geht um mehr Transparenz durch Offenlegungspflichten und mehr Rechte der Aktionäre sowie eine deutlich verschärfte Haftung der Vorstände. Deshalb muß auch das bisherige Depotstimmrecht modifiziert und durch eine neue Institution der Aktionärsvertretung ergänzt werden. Die bisherige Handhabung widersprach dem Eigentümerinteresse der Aktionäre; sie wurden auf legale Weise faktisch enteignet. Ihre Rechte aus dem Eigentum an Aktien kamen nicht mehr zur Geltung.*

*Also kein Sozialismus durch die Hintertür, sondern knallharte Marktwirtschaft durch den Haupteingang. Denn gerade die kleineren Kapitalgeber, aber auch ausländische Investoren, müssen wissen, was mit ihrem Geld geschieht. Sonst steigt das Mißtrauen gegen die deutsche Wirtschaft und es*

*fehlen ihr die Investitionsmittel, um im Wettbewerb zu bestehen. Weitere Maßnahmen sollen über die Stärkung der Stellung der Wirtschaftsprüfer die Rechte der Aktionäre stärken. Also mehr Markt, weniger Verkrustung. Das wird eine spannende Diskussion.“*

Sieh mal einer an: Die „Wettbewerbsfähigkeit“, sprich, die freie Konkurrenz soll wiederhergestellt werden! „Knallharte Marktwirtschaft“ ist die Parole! Die Banken sollen sich „auf ihre eigentliche Aufgabe in der Volkswirtschaft“ (!?) zurückziehen! Derart „geniale“ Reformen wie die des Depotstimmrechtes sollen diesen hehren Zielen den Weg ebnen. Letztere ist 1998 übrigens Wirklichkeit geworden, und sie war so beschaffen, daß unseres Wissens kein bürgerlicher Kommentator es wagte, sie als einen Schritt zu „mehr Wettbewerb“ anzupreisen. (vgl. Kapitel XII S. 99)

Trotz all seiner Hilflosigkeit und bürgerlichen Borniertheit muß man einem Lansburgh zugestehen, daß er die unvermeidliche Verkleinerung des die Finanzoligarchie darstellenden Personenkreises sehr gut vorausgesehen hat. „Reform“projekte vom Schlage des SPD-Professors Jens liegen angesichts der bestehenden Machtfülle dieser Oligarchie Lichtjahre von der Realität entfernt.

*„Bürgerliche Gelehrte und Publizisten treten als Verteidiger des Imperialismus gewöhnlich in etwas verkappter Form auf, indem sie die völlige Herrschaft des Imperialismus und seine tiefen Wurzeln vertuschen, dafür aber Einzelheiten und nebensächliche Details (im gegebenen Fall etwa das Problem der Entlastung auf Hauptversammlungen, d. Verf.) in den Vordergrund zu rücken versuchen, um durch ganz unernste 'Reform'projekte von der Art einer Polizeiaufsicht über die Trusts oder Banken u.a. die Aufmerksamkeit vom Wesentlichen abzulenken.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 291; oder LAW II S. 750)

Reformprojekte, die die Möglichkeit einer Rückkehr zum Überwiegen der freien Konkurrenz vorgaukeln, sind gleichermaßen utopisch wie reaktionär. Utopisch, weil nicht zu verwirklichen: Schließlich **war** es die freie Konkurrenz, die über

Konzentration und Zentralisation des Kapitals das Monopol **gesetzmäßig** hervorbringen **mußte**. Und reaktionär, weil die Hoffnung auf Rückabwicklung dieses Prozesses den Wunsch beinhaltet, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, den erzielten Fortschritt der Produktivität menschlicher Arbeit und der Vergesellschaftung der Produktion zurückzunehmen. **Es gilt nicht zurückzumarschieren, sondern nach vorne, zur Verwaltung und Beherrschung der in hohem Maße vergesellschafteten Produktion durch die Gesellschaft selbst.**

Und auch die DKP, die die Macht der Monopole friedlich zurückdrängen will, muß es sich gefallen lassen, daß derartig hohle Phrasen an der Wirklichkeit der heute bestehenden ökonomischen, politischen, publizistischen und militärischen Machtfülle der Finanzoligarchie gemessen werden. Freilich steht diese Macht auf sehr, sehr dünnem Eis, doch so lange sie nicht zerschlagen ist, wird sie konsequent ausgeübt. Derartige reformistische Träumereien kommen der Finanzoligarchie zu paß, deren Machtausübung dadurch verharmlost, verniedlicht, vertuscht wird.

*„Seltener treten zynische, offene Imperialisten auf, die den Mut haben, auszusprechen, wie unsinnig es ist, die Grundeigenschaften des Imperialismus reformieren zu wollen.“*

(Lenin, ebenda)

Als Beispiel für letzteres soll uns der BILD-Kolumnist Martin dienen: *„Der historische Prozeß besteht darin, daß die Guten und Fleißigen herrschen, während die Dummen und Faulen untergehen. Die einen leben in Saus und Braus, die anderen müssen dienen oder verrecken. Es ist der Prozeß der natürlichen Auslese. Es ist ein Gesetz, das im Dschungel genau so gilt wie in Düsseldorf und Dresden.“* (Paul C. Martin, Zahlmeister Deutschland, Berlin 1992, S. 237). Wer also „zu dumm“ oder „zu faul“ ist, Produktionsmittel zu besitzen, die andere geschaffen haben, oder als Rentnerkapitalist zu schmarnutzen, der muß dieser Logik zufolge „dienen oder verrecken“.

# V.

## DER KAPITALEXPORTE

*„Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von **Waren** kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von **Kapital** kennzeichnend geworden.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 244; oder LAW II S. 702; Hervorhebungen von Lenin)

Hilferding gibt folgende Definition des Kapitalexports:

*„Wir verstehen unter Kapitalexport die Ausfuhr von Wert, der bestimmt ist, im Ausland Mehrwert zu hecken. Es ist dabei wesentlich, daß der Mehrwert zur Verfügung des inländischen Kapitals bleibt. (...) Dieses Kapital bildet dann einen Posten in der nationalen ‘Forderungsbilanz’, der jedes Jahr fällige Mehrwert in der nationalen Zahlungsbilanz. Der Kapitalexport vermindert pro tanto (entsprechend seiner Größe, seines Anteils am jeweiligen nationalen Kapital, d. Verf.) die einheimische Kapitalmenge und vermehrt die nationale Revenue (Einkommen; hier das Einkommen der Kapital exportierenden Kapitalisten, d. Verf.) um den erzeugten Mehrwert.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 429 f.; oder Ausgabe EVA S. 426)

Der Unterschied zum Warenexport besteht also zunächst in folgendem: Beim Warenexport wird der Mehrwert in dem Lande geschaffen, das die Ware exportiert. In dem Land, in das die Ware exportiert wird, wird der Wert einschließlich des Mehrwerts der Ware lediglich realisiert. **Beim Kapitalexport wird der Mehrwert hingegen in dem Lande geschaffen, in das Kapital exportiert wird.**

Kapitalexport kann unterschiedliche Formen annehmen. Zum einen kann produktives Kapital unmittelbar im Ausland investiert werden: Der exportierende Kapitalist kauft im Ausland Produktionsmittel und Arbeitskraft. Er errichtet Fabriken oder erwirbt „Konzessionen“ (Rechte) zum Abbau von Rohstoffen usw. Ebenso können im Ausland Handelsunternehmen und Banken errichtet werden, meist als Töchter inländischer Unternehmen. Ferner kann eine Bank Kredite an ausländische Unternehmen geben. Schließlich - und diese Variante ist heute die vorherrschende - können ausländische Wertpapiere gekauft werden; hier handelt es sich im wesentlichen um den Erwerb ausländischer Aktien sowie Staatsanleihen.

Selbstverständlich gibt es mannigfaltige Kombinationen der soeben benannten Grundformen. Typisch ist z.B., daß bei einer Staatsanleihe *„zur Bedingung gemacht (wird), daß ein Teil der Anleihe zum Kauf von Erzeugnissen des kreditgebenden Landes, vor allem von Waffen, Schiffen usw. verausgabt wird. (...) Der Kapitalexport wird zu einem Mittel, den Warenexport zu fördern.“* (Lenin, LW 22 S. 248; oder LAW II S. 706) Bei dieser Konstellation zeigt sich der Charakter *„monopolistischer Prinzipien“* sehr deutlich: *„An Stelle der Konkurrenz auf offenem Markt tritt die Ausnutzung der ‘Verbindungen’ zum Zweck eines profitablen Geschäftes.“* (Lenin, ebenda)

Oder:

*„(...) eine deutsche Großbank gründet eine Filiale im Auslande; diese vermittelt eine Anleihe, deren Erlös zur Errichtung einer Elektrizitätsanlage verwendet wird; die Errichtung wird der Elektrizitätsgesellschaft übertragen, mit der die Bank in der Heimat in Verbindung steht. Oder der Prozeß vereinfacht sich noch. Die ausländische Bankfiliale gründet im Ausland ein industrielles Unternehmen, emittiert die Aktien in der Heimat und überträgt die Lieferungen wieder denjenigen Unternehmungen, mit denen die Hauptbank in Verbindung steht. Auf größtem Maßstab vollzieht sich der Vorgang, sobald die Anleihegeschäfte der Staaten in den Dienst der Beschaffung von Industrielieferungen gestellt werden. Es ist die*

*innige Verbindung von Bank- und Industriekapital, die diese Entwicklung des Kapitalexports rasch fördert.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 430 f.; oder Ausgabe EVA S. 427)

Kapitalexport gab es zumindest in England auch im vor-monopolistischen Kapitalismus in beträchtlichem Ausmaß (vgl. Marx, Kapital I, MEW 23 S. 638 f.), doch nahm er dort mit dem Übergang zum Monopol nochmals gewaltig zu. Der Grund für den qualitativen Sprung des Kapitalexports beim Übergang zum monopolistischen Kapitalismus liegt darin, daß das Problem des Kapitalüberschusses - anders formuliert: das Problem fallender Profitraten - durch diesen Übergang seinerseits einen qualitativen Sprung erfährt. Die Produktivität wächst sehr viel rascher als im vormonopolistischen Kapitalismus, während die Aufnahmefähigkeit der Märkte sehr begrenzt bleibt.

*„Überproduktion von Kapital heißt nie etwas anderes als Überproduktion von Produktionsmitteln - Arbeits- und Lebensmitteln -, die als Kapital fungieren können, d.h. zur Ausbeutung der Arbeit zu einem gegebenen Exploitationsgrad angewandt werden können; indem das Fallen dieses Exploitationsgrads unter einen gegebenen Punkt Störungen und Stockungen des kapitalistischen Produktionsprozesses, Krisen, Zerstörung von Kapital hervorruft. Es ist kein Widerspruch, daß diese Überproduktion von Kapital begleitet ist von einer mehr oder minder großen relativen Überbevölkerung. Dieselben Umstände, die die Produktivkraft der Arbeit erhöht, die Masse der Warenprodukte vermehrt, die Märkte ausgedehnt, die Akkumulation des Kapitals, sowohl der Masse wie dem Wert nach, beschleunigt und die Profitrate gesenkt haben, dieselben Umstände haben eine relative Überbevölkerung erzeugt und erzeugen sie beständig, eine Überbevölkerung von Arbeitern, die vom überschüssigen Kapital nicht angewandt wird wegen des niedrigen Exploitationsgrads der Arbeit, zu dem sie allein angewandt werden könnte, oder wenigstens wegen der niedrigen Profitrate, die sie bei gegebenem Exploitationsgrad abwerfen würde.*

**Wird Kapital ins Ausland geschickt, so geschieht es nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden könnte. Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Auslande beschäftigt werden kann.** Dies Kapital ist aber absolut überschüssiges Kapital für die beschäftigte Arbeiterbevölkerung und für das gegebne Land überhaupt. Es existiert als solches neben der relativ überschüssigen Bevölkerung, und dies ist ein Beispiel, wie die beiden nebeneinander existieren und sich wechselseitig bedingen.“

(Marx, Kapital III, MEW 25 S. 266, Hervorhebung v. Verf.)

Wir wissen aus Kapitel XI: Steigende Produktivität bedeutet Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Bei gleichbleibender Mehrwertrate (= Exploitationsrate oder Exploitationsgrad) sinkt dann die Profitrate. Ein gegebener Exploitationsgrad kann also bei einer gegebenen organischen Zusammensetzung des Kapitals den Kapitalisten noch befriedigend erscheinen, nach Erhöhung der organischen Zusammensetzung aber nicht mehr, da nun ein höherer Exploitationsgrad erforderlich wäre, um einen Fall der Profitrate zu verhindern. Gelingt es nicht, den Exploitationsgrad im Inland im entsprechenden Ausmaß zu erhöhen, so schaut das Kapital sich nach Anlagemöglichkeiten im Ausland um: „Nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden könnte“, sondern weil dieses Kapital im Inland dann nur auf Grundlage einer gefallen und nicht mehr akzeptablen Profitrate angewandt werden könnte.

**Ginge es um die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, so gäbe es freilich keinen Grund, Kapital ins Ausland zu transferieren. Doch solange der Kapitalismus besteht, solange das Arbeitsprodukt Kapital ist, besteht der einzige Zweck der Produktion in der Verwertung dieses Kapitals zu befriedigenden Profitraten. Kapital ist daher niemals national, sondern läßt sich dort nieder, wo die größten Profitraten winken.** „Solange der Kapitalismus Kapitalismus bleibt, wird der Kapitalüberschuß nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Lande ver-

wendet - denn das würde eine Verminderung der Profite der Kapitalisten bedeuten -, sondern zur Steigerung der Profite durch Kapitalexport ins Ausland, in rückständige Länder. In diesen rückständigen Ländern ist der Profit gewöhnlich hoch, denn **es gibt dort wenig Kapital, die Bodenpreise sind verhältnismäßig nicht hoch, die Löhne niedrig und die Rohstoffe billig**. Die Möglichkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß eine Reihe rückständiger Länder bereits in den Kreislauf des Weltkapitalismus hineingezogen ist, die Hauptlinien der Eisenbahnen bereits gelegt oder in Angriff genommen, die elementaren Bedingungen der industriellen Entwicklung gesichert sind usw.“ (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 245; oder LAW II S. 703; Hervorhebung v. Verf.) Oder die Infrastruktur und die industrielle Basis werden erst durch von den Finanzkapitalisten vergebene Kredite geschaffen, und dann wird die gesamte ökonomische Struktur des betreffenden Landes darauf ausgerichtet, über Exporte die Devisen zu erwirtschaften, die für Zins und Tilgung erforderlich sind.

Der aus dem Kapitalexport fließende Extraprofit ist eine wesentliche Quelle des **Monopolprofits**. (vgl. Kapitel XI S. 58 ff., wo auf eine spätere Behandlung **dieser** Quelle des Monopolprofits verwiesen wurde.)

**Natürlich enthebt der Kapitalexport die exportierenden Unternehmen nicht des Problems, die produzierten Werte zu realisieren, löst er keinesfalls das Problem, daß die Märkte sich niemals so stark ausdehnen können, wie die Steigerung der Produktionsfähigkeit und die Notwendigkeiten der Kapitalverwertung es erfordern.** Zum einen aber erweitert die Herstellung des Weltmarktes für die Anlage von fiktivem Kapital die Anwendung desselben - auf diesen Punkt werden wir zurückkommen. Zum anderen bietet auch der Export produktiven Kapitals dem Exporteur hinsichtlich der Realisierung der produzierten Werte gegenüber dem bloßen Warenexport gewichtige Vorteile:

Schranke für den Warenexport ist stets die Konsumtionsfähigkeit (= zahlungsfähige Nachfrage) des Empfängerlandes. Findet aber Kapitalexport statt, so müssen die in dem

betreffenden Land produzierten Waren keineswegs dort verkauft werden, sondern können ihrerseits exportiert werden. *„Für den Absatz aber kommt durchaus nicht der (für die Anwendung des Kapitals, d. Verf.) neuerschlossene Markt allein in Betracht. Vielmehr wendet sich das Kapital auch in diesen neuen Gebieten Produktionszweigen zu, deren Absatz auf dem Weltmarkt gesichert ist. Die Kapitalisierung Südafrikas zum Beispiel ist völlig losgelöst von der Aufnahmefähigkeit Südafrikas, da der Hauptproduktionszweig, die Ausbeutung der Goldminen, in seiner Absatzmöglichkeit geradezu unbeschränkt ist und die Kapitalisierung hier nur abhängt von der natürlichen Ausdehnungsfähigkeit des Abbaues und dem Vorhandensein einer genügenden Arbeiterbevölkerung.“* (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 433; oder Ausgabe EVA S. 429 f.) Letzteres ist insofern ein extremes Beispiel, als es sich um die Produktion der Geldware handelt. Doch ist etwa auch *„die Ausbeutung von Kupferlagern unabhängig von der Konsumtionskraft der Kolonie (bzw. des Abbaulandes, d. Verf.).“* (ebenda)

Der Kapitalexport ermöglicht somit die Nutzung des Empfängerlandes für Monopolprofite der Exporteure ohne auch nur einigermaßen proportionale industrielle Entwicklung des Empfängerlandes. Die Ausplünderung der industriell wenig entwickelten Länder über Kapitalexport **behindert im Gegenteil die Entwicklung dieser Länder nachhaltig**. Entwickelt werden nur ganz bestimmte Industriezweige, die den Monopolen die höchsten Profite versprechen, und die Produkte kommen den Ländern, in denen produziert wird, in aller Regel nicht zugute. Zugleich werden überkommene Einkommensquellen ruiniert, insbesondere die Landwirtschaft. Unzählige Menschen werden in tiefstes Elend gestürzt. Jährlich verhungern heute ca. 120 Millionen Menschen.

Andererseits kann die Aufnahmefähigkeit des Empfängerlandes für die dort produzierten Waren durch Kredite aus dem exportierenden Land gesteigert werden, und der tendenzielle Fall des Zinsfußes erleichtert diese Möglichkeit. (vgl. Hilferding S. 429). Auf diese Weise steigt zugleich die Abhängigkeit des Empfängerlandes vom exportierenden Land.

Im Kapitalexport tritt die dem Monopol innewohnende Fäulnis besonders deutlich in Erscheinung. **Wachsender Kapitalexport ist Ausdruck verschlechterter Kapitalverwertungsbedingungen im exportierenden Land, ist also Ausdruck des zugespitzten Widerspruchs zwischen der aufgrund gesteigerter Produktivität gewachsenen Produktionsfähigkeit, den Produktionsbedürfnissen des Kapitals einerseits und der im Kapitalismus unvermeidlichen Konsumtionsbeschränkung der Massen andererseits.** Er ist also Ausdruck der Überreife des gesellschaftlichen Zustands für den Übergang zur unmittelbar gesellschaftlichen Produktion, zur Planung und Leitung der Produktion und Verteilung durch die Gesellschaft assoziierter ProduzentInnen. **Die Fäulnis, die aus dem einstweiligen Ausbleiben dieses Übergangs resultiert, drängt im Kapitalexport nach außen.**

Der Fäulnisprozeß des Kapitalismus drückt sich im besonderen auch darin aus, daß **Kapital sich durch den Export in wachsendem Maße in fiktives Kapital verwandelt.** Kapitalexport erfolgt nämlich mittlerweile überwiegend in der Form des Kaufes von Wertpapieren, vor allem Aktien und Staatsanleihen. Lenin schrieb:

*„Der Imperialismus bedeutet eine ungeheure Anhäufung von Geldkapital in wenigen Ländern, das, wie wir gesehen haben, 100 bis 150 Milliarden Francs in Wertpapieren erreicht. (Ende 1997 waren es nach Angaben des bürgerlichen Wirtschaftsmagazins Capital 8/98 bereits 50 Billionen Dollar, siehe weiter unten. D. Verf.) Daraus ergibt sich das außergewöhnliche Anwachsen der Klasse, oder, richtiger, der Schicht der Rentner, d.h. Personen, die vom ‘Kuponschneiden’ leben (zum Begriff des „Kupon-Abschneiders“ vgl. Kapite XII S. 78), Personen, die von der Beteiligung an irgendeinem Unternehmen völlig losgelöst sind, Personen, deren Beruf der Müßiggang ist. Die Kapitalausfuhr, eine der wesentlichsten ökonomischen Grundlagen des Imperialismus, verstärkt diese völlige Isolierung der Rentnerschicht von der Produktion noch mehr und drückt dem ganzen Land, das von der Ausbeutung der Arbeit einiger überseeischer Länder und Kolonien lebt, den Stempel des Parasitismus auf.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S. 281; oder LAW II S. 741)

Mit Rentnern sind also hier nicht etwa Werktätige im Ruhestand gemeint, sondern diejenige Schicht der Bourgeoisie, die von den Einkünften aus fiktivem Kapital lebt. Bereits zu Zeiten Lenins wurde der Begriff „Rentnerstaat“ „daher in der ökonomischen Literatur über den Imperialismus allgemein gebräuchlich“. (Lenin, ebenda, LW 22 S. 282; oder LAW II S. 742) Auch heute ist in diesem Zusammenhang in der kapitalismuskritischen Literatur mitunter von „**Rentnerkapitalismus**“ die Rede. Rentnerkapitalismus ist ein Kapitalismus, der sich statt mit produktiven Investitionen überwiegend mit der finanziellen Anlage des schon erwirtschafteten Reichtums beschäftigt, und dies trifft heute auf alle imperialistischen Länder zu, in ganz besonderem Ausmaß auf die USA, Großbritannien, Deutschland und Japan. Indem der „Rentnerkapitalismus“ das Interesse an der Produktion in gewisser Weise verloren hat, zeigt er an, daß er keine Zukunft mehr hat, daß eine Entwicklung der Gesellschaft in aufsteigender Linie mit dem Kapitalismus nicht mehr vereinbar ist. Freilich ist das Desinteresse an der Produktion nur relativ: Trotz scheinbarer Umkehr der Verhältnisse „arbeitet“ Geld nämlich immer noch nicht, und daher können die finanzkapitalistischen „Rentner“ die Industrie nicht aus ihrem Griff lassen. Dieser Griff aber wird zunehmend zum Würgegriff. Wenn sich die Finanzanleger z.B. nicht dafür interessieren, ob Gewinne aus Entnahmen langfristig Profite versprechende Investitionen verhindern, tun sie objektiv das ihre, um die ökonomischen Grundlagen ihrer eigenen Klassenherrschaft weiter zu untergraben. „Carpe diem“, sagten die römischen Sklavenhalter in der Phase ihres Niedergangs, genieße - wörtlich: raube - den Tag, und unter dem kapitalistischen Modewort „shareholder value“ wird das parasitäre Nach-mir-die Sintflut-Verhalten zur Unternehmens-„Philosophie“ verklärt. (vgl. Kapitel XII S. 80)

Bemerkenswert ist, daß auch einzelne Industriekonzerne den überwiegenden Teil ihrer Gewinne dauerhaft aus Finanzanlagen ziehen. Dies trifft in Deutschland z.B. auf Siemens zu,

in den USA auf General Motors und Ford, und zwar bereits seit Beginn der 70er Jahre.

Im Januar 1999 forderte der Siemens-Vorstand die Aktionäre auf, auf der Hauptversammlung am 18. Februar einer Erhöhung des genehmigten Kapitals von nominal 150 Millionen DM auf nominal 500 Millionen DM zuzustimmen. In Kurs"werten" ausgedrückt entsprachen die nominalen 500 Millionen DM einem Volumen von 12 Milliarden DM, die Erhöhung um nominal 350 Millionen DM also einem Volumen von 8,4 Milliarden DM. Die Begründung lautete, Siemens müsse in der Lage sein, *„ohne Beanspruchung der Börse eigene Aktien der Gesellschaft kurzfristig für den Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen zur Verfügung zu haben“*. (Handelsblatt 8./9.1.99) Mit anderen Worten: Die neuen Aktien sollten als „Geld“ dienen, mit dem man sich in weitere Fremdunternehmen einkaufen wollte. *„Für die Bildung immer größerer Einheiten müßten weltweit immer höhere Gegenleistungen gezahlt werden, die oft nicht mehr in Geld erbracht werden könnten. Bestes Beispiel: die Fusion von Daimler-Benz und Chrysler. Die eigene Aktie wird immer mehr zu einer 'Währung' bei Akquisitionen. 'Wir können dann Akquisitionen gegen die Herausgabe von Siemens-Aktien tätigen', erläuterte Finanzvorstand Heinz-Joachim Neubürger die Pläne des Konzerns.“* (Handelsblatt)

Die Kapitalerhöhung um mehr als das dreifache sollte also allein dem Zweck dienen, die „Kriegskasse“ um 8,4 Milliarden Mark aufzustocken. Kriegskasse heißen im Jargon der Finanzhaie die finanziellen Mittel, die zum Kauf fremder Unternehmen bereitstehen, normalerweise also Geld, in zunehmendem Maße aber eben auch Aktien des eigenen Unternehmens. Das Aktienkapital wird nicht etwa erhöht, um Produktionsmittel zu erneuern und die Produktion auszuweiten, sondern nur zu dem Zweck, noch höheren Einsatz für das weltweite Spiel mit Unternehmen und ganzen Konzernen zu beschaffen, und dieser Einsatz besteht darin, daß man anderen „global players“ Zugriff auf das eigene Unternehmen gewährt.

Im März 1999 erhöhte die Deutsche Bank ihr Kapital um 6 Milliarden Mark - man wolle derzeit insbesondere die „*Position im Heimatmarkt Europa aktiv ausbauen*“, erklärte Vorstandssprecher Breuer.

Der Rentnerkapitalismus ist eine Veranstaltung zur Finanzanlage mit angeschlossener Produktion. ArbeiterInnen sind für das Kapital zu produktiv geworden, als daß es sie noch alle beschäftigen könnte, denn die hohe Produktivität drückt auf die Profitraten (vgl. Kapitel XI). So werden immer mehr entlassen, wird Produktivität stillgelegt, wird Kapital der Produktion entzogen und statt dessen zu Finanzanlagen genutzt. Dies kann die Krise des Kapitals freilich nicht dauerhaft mildern, da jeglicher Profit letztlich aus der Produktion von Mehrwert fließt, doch die verzweifelten Bemühungen der einzelnen Kapitale, sich durch Flucht aus produktiver Anlage dem Problem fallender Profitraten zu entziehen, zeigt das Ausmaß der Fäulnis.

Die von Lenin gekennzeichnete Tendenz hat sich später enorm verstärkt. Ein erneuter qualitativer Sprung trat in den 70er Jahren ein: Als Reaktion auf das Sinken der Profitraten in den Industriestaaten pumpt die Monopolbourgeoisie ungeheure Mengen von Kapital in die Staatshaushalte und Unternehmen der 3. Welt und ruinierte sie damit: Wer einmal zum Schuldklaven des internationalen Finanzkapitals geworden ist, blutet bei den verzweifelten Anstrengungen, Zins- und Tilgungsleistungen zu erbringen, unweigerlich aus und kann sich ohne revolutionäre, antiimperialistische Umwälzung aus diesem Würgegriff nie wieder befreien. Die Schwierigkeiten, Zins und Tilgung zu leisten, ermöglichen den imperialistischen Gläubigern den unmittelbaren Zugriff auf die Staatshaushalte der „Entwicklungsländer“, die auf Kosten der Völker „saniert“ werden. Die Völker der industriell wenig entwickelten Länder arbeiten zum allergrößten Teil für die imperialistischen Gläubiger.

Doch nicht nur industriell wenig entwickelte Länder sind Ziel des Kapitalexports; die Monopole exportieren mit Vorliebe gerade in die Länder ihrer imperialistischen Konkurrenten.

Während das „nationale“ Kapital eines Landes ins Ausland flüchtet, dringt Kapital aus dem Ausland ein, welches seinerseits auf der rastlosen Suche nach günstigen Anlagemöglichkeiten ist.

Dies kann dem Importland mitunter durchaus gelegen kommen. Während das Kapital der „eigenen“ Monopole ins Ausland flüchtet, lockt der Staat des Exporteurlandes nicht selten ausländisches Kapital an, um den Fäulnis**erscheinungen** im eigenen Lande vorübergehend entgegenzuwirken. Betrachten wir in diesem Zusammenhang den US-Imperialismus, Weltmeister im Kapitalexport, der zugleich gewaltige Mengen ausländischen Kapitals ins eigene Land zieht. So finanzierte die Regierung Reagan ihr gewaltiges Rüstungsprogramm vor allem durch den Zustrom ausländischen Kapitals, insbesondere in Form von Staatsanleihen. Dieses Programm wirkte vorübergehend den Krisenfolgen entgegen, denn Arbeiter konnten in einem Industriezweig beschäftigt werden, der weder direkt noch indirekt Konsumgüter herstellte und dessen „Nachfrage“ durch den Staat garantiert wurde. (vgl. Kapitel XII S. 43 f.)

So kann die gegenseitige Durchdringung mit Kapital vorübergehend als Kooperation erscheinen, die angeblich allen Beteiligten nütze, und hierauf wird mitunter die illusorische Auffassung gestützt, gerade aufgrund dieser gegenseitigen Durchdringung sei heute ein Krieg zwischen den imperialistischen Großmächten nicht mehr möglich. Auf Dauer tritt aber das Wesen dieser sogenannten Kooperation in Erscheinung: Sie ist eine Form des Konkurrenzkampfes der international führenden Monopole, die die Welt aufteilen und entsprechend der Veränderung der Kräfteverhältnisse umverteilen. Die gegenseitige Durchdringung mit Kapital verschärft auf Dauer die Widersprüche zwischen den Monopolgruppen und imperialistischen Großmächten, verstärkt die Bestrebungen der Herkunftsstaaten der exportierenden Monopole, zwecks Sicherung der Verwertung des exportierten Kapitals Druck und Herrschaft auszuüben, und bei einer gewissen Zuspitzung entladen sich diese Widersprüche im Krieg. Kapitalimport kann - wie gerade das Beispiel USA zeigt - dem stärkeren Land auch

die Möglichkeit eröffnen, durch Abwertung der eigenen Währung den Monopolen der Exportländer Kapital abzujagen, was ebenfalls die Widersprüche enorm verschärft. Wir kommen auf letzteres zurück.

Im Interesse des Finanzkapitals, im Interesse des Kapital-exports wurden nationale Beschränkungen des Kapital- und Geldverkehrs nach und nach niedrigerissen. Um dem Finanzkapital die Risiken aus Währungsschwankungen aus dem Weg zu räumen, wurden Dollar-Zonen, Francs-Zonen, Sterling-Zonen geschaffen; mit dem Euro entstand eine „DM-Zone“. Der Internationale Währungsfonds ist Instrument des Kapitalexports und der Sicherung der Profite aus dem Kapitalexport; der Kern der Auflagen des IWF besteht darin, daß die nationalen Märkte für Kapitalexport geöffnet werden, daß Staatsunternehmen privatisiert und vom ausländischen Kapital übernommen werden können, daß Gewinnsteuern gesenkt werden und daß im Interesse der Kapitalexporteure Sozialabbau durchgesetzt und Entlassungen beim Staat vorgenommen sowie Löhne gesenkt werden. Der deutsche Staat unterstützt den Kapitalexport auf verschiedene Weise. Unter anderem hat er mit anderen Staaten Doppelbesteuerungsabkommen des Inhalts getroffen, daß exportiertes Kapital, welches im Ausland besteuert wird, in Deutschland nicht besteuert wird - das ist faktisch eine Subvention der Kapitalflucht und der Vernichtung von Arbeitsplätzen, finanziert durch Steuererhöhungen für die Massen, durch Streichen von Sozialleistungen, durch Privatisierungen usw.

Sucht man in bürgerlichen Statistiken nach Zahlen zum Kapitalexport, so darf man sich nicht mit den sogenannten **Direktinvestitionen** bescheiden. Bei ihnen handelt es sich nach einer Definition des Internationalen Währungsfonds um alle Investitionen, die eine *„dauerhafte Beteiligung an einem Unternehmen, das im Ausland tätig ist, mit dem Ziel einer Teilhabe an der Unternehmensführung darstellen“*. In Deutschland werden darunter alle direkten Beteiligungen in Höhe von mindestens 20 % verstanden. Auch die sogenannten Direktinvestitionen sind keineswegs überwiegend Investi-

tionen in produktives Kapital. Vielmehr sind die Produktionsanlagen in der Regel bereits vorhanden, durch den Verkauf von Aktien zum jeweiligen Tageskurs wechselt lediglich der Inhaber. Es handelt sich um Spekulation auf hoher Stufenleiter.

Die „Direktinvestitionen“ machen nur einen relativ geringen Teil des gesamten Kapitalexports aus. Letzterer erscheint unter der Rubrik „Vermögensstatus“ oder auch „Auslandsvermögen“ unter „**Aktiva**“, während der Kapitalimport dort unter „**Passiva**“ erscheint. Die Differenz zwischen „Aktiva“ und „Passiva“, also zwischen Kapitalexport und Kapitalimport, wird in diesen Statistiken als „Saldo“ erfaßt. Man darf nicht annehmen, dieser „Saldo“ sei Indikator der ökonomischen Stärke eines imperialistischen Landes. Er ist für sich genommen vielmehr weitgehend nichtssagend. **Die Größe des Kapitalexports ist Indikator der aggressiven Stärke eines imperialistischen Landes. Sowohl die Größe des Kapitalexports als auch die des Kapitalimports sind Indikatoren des Grades der Fäulnis eines imperialistischen Landes.**

Betrachten wir die folgenden beiden Tabellen. Die erste zeigt den gewaltigen Anstieg des Kapitalexports und -imports der BRD, Japans und der USA zwischen 1980 und 1988 (in Milliarden US-Dollar), die zweite den Anstieg des Kapitalexports und -imports der BRD zwischen 1990 und 1996 (in Milliarden DM):

## ENTWICKLUNG DES AUSLANDSVERMÖGENS WICHTIGER INDUSTRIELÄNDER

Mrd. US-Dollar, Stand am Jahresende

Jahr	Bundesrepublik Deutschland			Japan			Vereinigte Staaten von Amerika		
	Aktiva	Pass- iva	Saldo	Aktiva	Passi- va	Saldo	Aktiva	Passi- va	Saldo
1980	256	223	33	160	148	12	607	501	106
1981	254	221	33	209	198	11	720	579	141
1982	260	223	37	228	203	25	825	688	137
1983	250	210	40	272	235	37	873	784	89
1984	252	201	52	341	267	74	896	893	3
1985	346	289	58	438	308	130	950	1.061	- 111
1986	497	404	93	727	547	180	1.073	1.341	- 268
1987	655	495	159	1.072	831	241	1.170	1.548	- 378
1988	682	476	206	1.469	1.178	292	1.254	1.786	- 533

Quelle: Deutsche Bundesbank (wird dort anscheinend nicht fortgeschrieben), Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen

## VERMÖGENSSTATUS DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND GEGENÜBER DEM AUSLAND

Mrd. DM, Stand am Jahresende

Jahr	Aktiva	Passiva	Saldo
1990	1.623	1.121	501
1991	1.731	1.258	473
1992	1.893	1.468	425
1993	2.219	1.864	355
1994	2.218	1.915	301
1995	2.365	2.203	162
1996	2.628	2.484	144
1997	3.123	2.997	127
1998	3.696	3.649	47

*Quellen: bis 1996: Statistisches Jahrbuch; 1997 und 1998:  
Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 76/1999;  
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen*

Für die USA und Japan liegen uns keine Zahlen bezüglich des gesamten Kapitalexports und -imports ab 1988 vor, aber folgende Zahlen über den

### **Bestand der „Direktinvestitionen“ Ende 1996:**

USA: 794 Milliarden Dollar  
Japan: 330 Milliarden Dollar  
Deutschland: 257 Milliarden Dollar

(Quelle bezüglich USA und Japan: Seitz, Konrad, Wettlauf ins 21. Jahrtausend: Die Zukunft Europas zwischen Amerika und Asien, Berlin 1998. Quelle bezüglich Deutschland: Deutsche Bundesbank, Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Mai 1998)

Über die **in den Jahren 1985 bis 1996 jeweils neu getätigten „Direktinvestitionen“** liegen uns für Japan, die USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich folgende Zahlen vor:

### DIE FÜNF GRÖSSTEN INVESTORLÄNDER

Mrd. US-Dollar

	Japan	USA	GB	Deutschland	Frankreich
<b>1985 - 1990</b> (jährlicher Durchschnitt)	28	22	25	13	14
<b>1991</b>	32	33	16	24	24
<b>1992</b>	17	39	19	20	31
<b>1993</b>	14	75	26	15	21
<b>1994</b>	18	51	28	17	23
<b>1995</b>	23	93	42	35	19
<b>1996</b>	23	85	53	29	25

(Quelle: Seitz, a.a.O.)

Mitte der 80er Jahre wuchs der Kapitalexport Deutschlands, Japans und der USA rasch - ein Symptom dessen, daß das Problem fallender Profitraten recht akut geworden war. Auch in der Folgezeit stieg der deutsche Kapitalexport stetig, und aus den Zahlen über den Anstieg der Direktinvestitionen bis 1996 läßt sich schlußfolgern, daß sich der Anstieg des Kapitalexports der USA beschleunigte. Ende 1997 beliefen sich die US-Investitionen im Ausland ohne Kredite auf 4.500 Mrd. US-Dollar und stiegen bis Ende 1998 auf 4.900 Mrd. US-Dollar, während die Auslandsinvestitionen in die USA Ende

1997 5.500 Mrd. Mrd. US-Dollar betrug und bis Ende 1998 auf 6.200 Mrd. US-Dollar anwuchs. (Wall Street Journal 1.7.1999) Die führende Stellung der USA bezüglich des Kapitalexports - in den 90er Jahren haben die USA Japan überholt - zeigt an, daß sie die stärkste und aggressivste imperialistische Macht ist.

Die Größe des Kapitalimports der USA übertrifft seit Mitte der 80er Jahre die Größe ihres Kapitalexports. In der BRD stieg der Kapitalimport in den 90er Jahren stärker als der Kapitalexport und erreichte 1998 nahezu dessen Größe.

Der gewaltige Anstieg des Kapitalimports der USA wie auch das enorme Außenhandelsdefizit zeigen, daß der Verfallungsprozeß des Kapitalismus dort besonders weit vorangeschritten ist. Das Außenhandelsdefizit entspringt letztlich aus dem Kapitalexport; ein bedeutender Teil der Warenexporte in die USA wird von Lieferunternehmen bestritten, in welchen aus den USA exportiertes Kapital steckt.

Der größte Teil des Kapitalimports der USA wurde von japanischen Kapitalexporthen bestritten. Abwertungen des Dollars waren ein aggressiver Akt des US-Imperialismus, durch den dieser Schulden bei ausländischen Kapitalexporthen verringerte. Der Verfall des Dollars hatte nämlich die Folge, daß die Dollar-Überschußländer wirtschaftlich geschwächt wurden. Nehmen wir als willkürliches Beispiel an, der in Japan durch Exportüberschüsse angehäufte Dollarüberschuß hätte sich innerhalb eines bestimmten Zeitraumes verdoppelt, in Yen ausgedrückt wäre dieser Betrag aber etwa gleich hoch geblieben. Über den Verfall der Wechselkurse hätte sich der US-Imperialismus dann einen Teil des in Japan produzierten Mehrwerts angeeignet. Oder: Japanisches Kapital wird in Dollar umgewandelt und in die USA exportiert. Der Dollar falle gegenüber dem Yen auf die Hälfte seines Wertes. Dann hätte sich der Wert des in die USA exportierten japanischen Kapitals halbiert. In beiden Fällen hätten US-Monopole japanischen Monopolen gewaltige Mengen Kapital abgenommen.

Durch den Dollarverfall schädigten die US-Imperialisten ihre imperialistischen Konkurrenten, insbesondere Japan. Dies

war ihnen aber - abgesehen von ihrer militärischen Stärke - nur möglich, weil der Dollar weitgehend noch Leitwährung der kapitalistischen Welt ist. Der Euro soll ihm nach dem Willen der Finanzoligarchie Europas diese Rolle streitig machen. Durch die Schaffung der „DM-Zone“ Euro soll erreicht werden, daß ein Großteil des Kapitals, das ansonsten in die USA fließen würde, in die Euro-Zone fließt bzw. von den USA in die Euro-Zone abfließt. Die Finanzoligarchie Europas baut dabei auf die Hoffnung, daß die Kapitalexporthoren den Euro für härter halten werden als den Dollar und daß sie im Falle des Exports in die Euro-Zone somit keine derart hohen Verluste durch Abwertung befürchten werden. Man möchte selbst tun, was bisher den US-Imperialisten vorbehalten war: ausländisches Kapital anlocken und für eigene Zwecke nutzen, ggf. durch Kursverfall den Exporteuren Mehrwert abjagen. In dem Maße, wie die Europa beherrschenden Monopole diese Pläne realisieren können, würden sich die diesbezüglichen Möglichkeiten der US-Monopole verringern. Das würde freilich die Krise und die sozialen Widersprüche in den USA verschärfen und den angeschlagenen US-Imperialismus noch aggressiver machen.

In welchem Maße die Finanzoligarchie Europas diese Pläne verwirklichen kann, bleibt abzuwarten. In jedem Falle werden sich die Widersprüche zwischen USA und EU durch den Kampf um die Leitwährung bedeutend verschärfen.

Die Allianz teilte 1998 in einer Werbebroschüre mit: *„So wird der Euro-Kapitalmarkt zum zweitgrößten Aktien- und Rentenmarkt der Welt. Zudem hat der Euro die Chance, als Leitwährung führend neben dem Dollar zu sein. Dazu erhöhen sich Planungs- und Kalkulationssicherheit durch den Wegfall von Kursschwankungen.“* („Euro. Die Allianz für Europa“) Der Euro liegt im Interesse des europäischen Rentnerkapitals, indem er Spekulanten vom Risiko der Kursschwankungen innerhalb der Euro-Zone befreit. Er ist Instrument insbesondere des deutschen Imperialismus, unter dessen Vorherrschaft Europa den USA den ökonomischen Krieg erklärt. Was Deutschland in zwei Weltkriegen nicht geschafft hat, soll

nun ökonomisch bewerkstelligt werden. Doch freilich muß dies auf Dauer auch die Gefahr eines militärisch geführten Krieges, und zwar eines Weltkrieges, hervorrufen. Darauf werden wir zurückkommen.

Nochmals zurück zu obigen Tabellen. Man unterstelle einmal, das jeweils exportierte Kapital verwerde sich lediglich zu 4 oder 5 % pro Jahr. Man kann sich dann errechnen, welchen Profit die Monopole der betreffenden imperialistischen Länder aus dem Kapitalexport ziehen. Und man gewinnt dann eine Vorstellung, wie stark die Profitinteressen sind, die den Kampf der Monopole der verschiedenen imperialistischen Länder bestimmen.

Nach Angaben des bürgerlichen Wirtschaftsmagazins Capital (8/98) waren Ende 1997 rund 50 Billionen Dollar Finanzanlagen weltweit investiert; hier ist nicht der Kapitalexport im ganzen erfaßt, sondern nur Anlagen in Wertpapieren, vor allem also Aktien und Staatsanleihen. Von diesen 50 Billionen Dollar waren: 10,360 Billionen US-Aktien, 9,820 Billionen US-Dollar-Anleihen, 8,740 Billionen Dollar europäische und sonstige Anleihen, 7,365 Billionen Dollar europäische und sonstige Aktien - damit sind die größten Posten erfaßt. Das großbürgerliche Magazin schrieb: *„Die Welt wächst mit dramatischem Tempo zusammen. (Der Begriff „Welt“ ist für diese Leute identisch mit „Anlagesphären für Finanzkapital“, d. Verf.) Multinationale Konzerne sprengen Landesgrenzen und führen die altbewährte Aktienauswahl nach Ländern ad absurdum. Bestes Beispiel: der Schweizer Konsumgigant Nestlé. Nur 1,5 Prozent seines Umsatzes von 70 Milliarden Franken erzielt das Unternehmen im Land der Eidgenossen. Der Firmensitz in der Schweiz spielt für Anleger keine Rolle.“* (Capital, ebenda) Von *„Nestlésisierung der Wirtschaft“* spricht das Magazin in diesem Zusammenhang. *„Institutionelle Anleger wie Versicherungen oder Fonds in der ganzen Welt erwerben mehr und mehr ausländische Papiere.“* (ebenda)

Firmenanteile, ja ganze Unternehmen werden gekauft, um kurz danach wieder verkauft zu werden, wenn anderswo eine höhere Profitrate winkt. Kurzfristige Staatsanleihen wer-

den heute gekauft und morgen wieder abgestoßen - ein wesentlicher Faktor bei der Mexiko-Krise (vgl. Kapitel XIII S. 57), die sich in dieser oder jener Form in diesem oder jenem Land jederzeit wiederholen kann.

Beim „Aktien-Forum 93“ schlug der Finanzvorstand von Siemens, Karl-Heinz Baumann, Alarm. Ihm zufolge zeichnet sich *„bei der Vermögensanlage (...) eine Superkonzentration der Entscheidungen auf 200 bis 300 weltweit tätige Manager ab.“* (Süddeutsche Zeitung 29.10.93) Baumann zufolge *„liegen immer mehr Aktien (...) in den Händen sogenannter institutioneller Anleger, also bei großen Fonds, bei Versicherern, bei Pensionskassen und Banken.“* (ebenda) An der Siemens AG habe diese Gruppe damals vermutlich 40 % des Kapitals gehalten; 1986 habe die Quote demgegenüber erst 24 und 1990 erst 35 % betragen. Dabei handle es sich um einen Trend, der die ganze Wirtschaft betreffe. Für die Industrie bringe die Entwicklung zwar auch Vorteile mit sich. Doch in den USA beispielsweise würden bereits einige Fonds versuchen, die Geschäftspolitik großer Unternehmen zu beeinflussen und *„ihre speziellen Wünsche durchzudrücken“*. *„Ob diese Wünsche in jedem Fall auch identisch mit den Interessen der Einzelaktionäre sind, wird sich noch erweisen müssen“*, jammerte Baumann. (ebenda)

Er wird gewußt haben, wovon er sprach. Wie oben gesagt, zieht Siemens selbst den größten Teil seines Profits aus Finanzanlagen. Wenn Manager eines solchen Unternehmens klagen, sie könnten ihrerseits durch das Eingreifen internationaler Spekulanten unter die Räder kommen, dann zeigt das, was die Stunde geschlagen hat. Erinnern wir uns an den auf S. 71 zitierten Hinweis Lenins auf die Klagen aus Handels- und Industrieunternehmen über den „Terrorismus“ der Banken und an Lenins Kommentar, das seien zwar einerseits die altbekannten Klagen des Kleinkapitals über den Druck des Großkapitals, doch sei mittlerweile ein ganzes Syndikat in die Kategorie der „Kleinen“ geraten. Seitdem Lenin dies schrieb, ist erneut eine höhere Entwicklungsstufe eingetreten. Siemens ist nicht irgendwer, und Siemens klagt über Diktate von **weltweit**

tätigen Banken, Versicherungsgesellschaften und Investmentfonds, die von 200 bis 300 Managern dirigiert werden!

Das im Fallen der industriellen Profitrate wurzelnde Sinken des Zinsfußes und der damit verbundene Fall der Verwertungsrate des Leihkapitals veranlaßt die Großbanken der imperialistischen Länder, ihr Glück zunehmend in der spekulativen Anlage von Finanzmitteln zu suchen - sowohl als Eigengeschäft als auch als Provisionsgeschäft für die Kunden. (vgl. Kapitel XII S. 107 - 123) Die Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen (24/1998) spricht vom „*decline of commercial banking*“ - Niedergang des herkömmlichen Bankgeschäfts, also des Kreditgeschäfts - und fährt fort: „*Nicht zuletzt an der Spitze der Deutschen Bank scheint die Ansicht vorzuherrschen, daß die Zukunft im Investment Banking und nicht bei der traditionellen Finanzintermediation (Kreditgeschäft, d. Verf.) liegt.*“

Das sogenannte Investmentbanking gewinnt innerhalb des Bankgeschäfts immer größeren Stellenwert: der Handel mit Wertpapieren und insbesondere mit Unternehmen, das Vermitteln des Kaufens und Verkaufens sowie des Fusionierens ganzer Konzerne. **Der allein mit der Absicht, aus den Kursdifferenzen Gewinne zu erzielen, betriebene Handel mit ganzen Konzernen ist die parasitärste Sumpflüte des Finanzkapitals, und diese Sumpflüte wird durch den Kapitalexport und seine ungeheure Ausdehnung internationalisiert. Das zeigt überaus drastisch, wie dringlich die Aufgabe geworden ist, die Produktionsmittel von ihrer Eigenschaft zu erlösen, Kapital zu sein.**

Das Investmentgeschäft in der Form des Fremdgeschäfts für Kunden beinhaltet nicht nur die auf S. 79 f. beschriebene Variante, bei welcher der Kapitaleigentümer die Verwaltung seines Kapitals vollständig aus der Hand gibt. Wichtiger ist die Variante, bei der das Investmentunternehmen als Makler und Berater des noch bis zu einem gewissen Grade selbständig spekulierenden Kapitalisten fungiert. Besonders hier tobt ein gnadenloser Konkurrenzkampf zwischen den wenigen weltweit tätigen Monopolen, die das Investmentgeschäft beherr-

schen. Ein Ausdruck dieses Kampfes ist das gegenseitige Abwerben von leitenden „Angestellten“ mit millionenschweren Verbindungen zu lukrativen Kunden. So machte Mitte 1998 die Abwerbung Frank Quattrones, bis dahin Investmentpapst der Deutschen Bank, nebst seines Mitarbeiterstabes durch die Credit Suisse First Boston Schlagzeilen. Laut Spiegel (13.7.98) hatte Quattrone bei der Deutschen Bank bis dahin 30 Millionen Dollar jährlich verdient, die Credit Suisse First Boston garantierte ihm allein aber 435 Millionen Mark in drei Jahren. (Der größte Teil der betreffenden Zahlungen dürfte allerdings kein festes Gehalt sein, sondern Provisionen.) Das „bescheidene“ Einkommen Quattrones bei der Deutschen Bank war höher als die Summe der Gehälter der Vorstandsmitglieder seines Arbeitgebers. Allein dieser Umstand spricht Bände über den Stellenwert des Investmentgeschäfts in der Deutschen Bank.

Ende 1998 schluckte die Deutsche Bank die achtgrößte US-Bank Bankers Trust, ein reines Investment-Unternehmen. Der Zweck bestand darin, im strategisch entscheidenden Investmentgeschäft gegenüber der internationalen, insbesondere gegenüber der US-Konferenz aufzuholen. Denn man war alles andere als zufrieden: *„Seit 1989 hat Deutschlands wichtigstes Kreditinstitut zwischen sieben und zehn Milliarden D-Mark ins Investmentbanking investiert - und, man mag es kaum so formulieren, mehr oder minder in den Sand gesetzt.“* (Handelsblatt 27.28.11.98) Die Masse der Investitionen der letzten zehn Jahre im Investmentbanking der Deutschen Bank sei nämlich faktisch verloren gegangen. *„Lediglich im Handel mit Anleihen und Währungen hat sie sich Ansehen und Marktanteile verschaffen können. Im Geschäft mit Aktien und in der Beratung bei Fusionen oder Firmenübernahmen sowie in den USA hat das Haus vor allem Niederlagen einstecken müssen.“* (ebenda) Es mag dahingestellt sein, ob diese Aussagen in dieser Schärfe zutreffen oder überspitzt sind. Für unsere Zwecke ist wichtig, klar zu sehen, daß die Spitzen „unserer“ Wirtschaft, selbst die Deutsche Bank, keineswegs Halbgötter sind, daß sie in Wirklichkeit weit davon entfernt sind, die Verhältnisse zu beherrschen, sondern vielmehr von ihnen

beherrscht werden, daß sie die Getriebenen sind. Angesichts ihres Zurückbleibens gegenüber ihren US-Konkurrenten riskiere die Deutsche Bank ihre „*Stellung als führende Adresse in Europa*“, orakelte das *Handelsblatt*. (ebenda) Durch den Kauf von Bankers Trust konnte sie zwar in bestimmten Teilbereichen des Investmentgeschäfts die weltweite Spitzenposition erklimmen, nämlich in der Vermögensverwaltung und in der Aufbewahrung von Wertpapieren. (vgl. ebenda) Doch wichtiger sind das Aktien-, Anleihe- und Beratungsgeschäft, und in diesen Sektoren, so vermutet das *Handelsblatt*, hat der Kauf von Bankers Trust die Stellung der Deutschen Bank auf dem US-Markt nicht wesentlich verstärkt. Allerdings blieb es nicht beim Kauf von Bankers Trust. Der Erwerb der belgischen Tochter von Crédit Lyonnais folgte auf dem Fuße, und die „Kriegskasse“ wurde umgehend mittels diverser Finanzoperationen für weitere Raubzüge frisch aufgefüllt - unter anderem durch eine Umwandlung von bestehenden Beteiligungen der Deutschen Bank in eine neue Rechtsform, eine AG & Co. KG, zwecks legaler Steuerhinterziehung.

Der Siegeszug des Investmentgeschäfts ist der Siegeszug der Spekulation gegenüber der Produktion. Nur „Ewiggestrige“ interessieren sich noch für die Produktion bzw. für produktiv verwandte Kredite - der „moderne Banker“ jongliert lieber mit Unternehmen, als deren Produktion zu kreditieren. **Dieser Siegeszug der Spekulation ist freilich der Leichenzug der kapitalistischen Ordnung**, denn alle Spekulationsgewinne sind letztlich auf Sand gebaut, wenn ihnen nicht reale, in der industriellen Produktion erwirtschaftete Gewinne entsprechen. Nach wie vor ist Finanzkapital **letztlich** Kapital in der Verfügung der monopolistischen Anleger und **in industrieller Verwendung**, doch indem die spekulierenden Anleger sich für kurzfristige Kursgewinne interessieren anstatt für die langfristigen Profitperspektiven der von ihnen beherrschten Industrieunternehmen, untergraben sie die Quelle, aus denen ihre Profite fließen. Die sich öffnende Schere zwischen Produktion und Spekulation führt letztlich zu gewaltigen Crashes und fürchterlichen Krisen, die ihrerseits das herannahende Ende

der kapitalistischen Produktionsweise einläuten (vgl. Kapitel XII S. 83 - 96).

Schon 1916 hatte Lenin geschrieben: *„Der Kapitalismus ist so weit entwickelt, daß die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor ‘herrscht’ und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den ‘Genies’ der Finanzmachenschaften zufallen. Diesen Machenschaften und Schwindeleien liegt die Vergesellschaftung der Produktion (die z.B. in Fusionen weltweit agierender Konzerne zutage tritt, d. Verf.) zugrunde, aber der gewaltige Fortschritt der Menschheit, die sich bis zu dieser Vergesellschaftung emporgearbeitet hat, kommt den - Spekulanten zugute.“* (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 211; oder LAW II S. 666 f.) Die Fäulnis der bürgerlichen Ordnung, die hier zutage tritt, hat gegenüber damals ungeheuer zugenommen.

Die horrenden Einkommen derjenigen von diesen „Finanzgenies“, die als führende Investment-Gurus in Großbanken „angestellt“ sind, sowie ihr verkommener Lebensstil sind nur **ein** Ausdruck dieser Fäulnis, und zwar ein **höchst untergeordneter**. Der Spiegel (13.7.98) beschreibt diesen Ausdruck der Fäulnis wie folgt:

*„Insgesamt gibt es etwa ein Dutzend Banker in London und New York, die 100 Millionen Dollar oder mehr im Jahr verdienen‘, sagt Arnaud Mende, Personalberater der Headhunter-Agentur Russel Reynolds Associates. Doch auch unterhalb der Weltliga wird anständig bezahlt.*

*Leitende Berater bei Firmenzusammenschlüssen und Konzernübernahmen (...) verdienen in den USA inzwischen oft mehr als 10 Millionen Dollar. Meist garantieren die Banken nur 150.000 bis 200.000 Dollar, der Rest sind umsatz- oder gewinnabhängige Bonus-Zahlungen.*

*Auch in Deutschland werden im Investmentbanking mittlerweile bis zu 3 Millionen Mark pro Jahr kassiert. Mende schätzt, daß sich die Spitzengehälter in den USA seit 1990 mindestens verdreifacht, in Deutschland sogar versiebenfacht haben.*

(...)

*So bildete sich jene eigenständige Investmentkultur, die heute weltweit auf Standards setzt. Exzessive Feste und teure Mitarbeiter-Reisen sind eine Selbstverständlichkeit, auch der lockere Umgangston gehört für die Jungs im heißen Geldgewerbe einfach dazu.*

(...)

*Der Chef der Abteilung Global Markets (von Morgan Grenfell, d. Verf.), Edson Mitchell, der am liebsten im Privatjet fliegt, organisierte 'Abteilungsausflüge' auf die Insel Phuket vor Thailand und zum Lago Maggiore. Weil es in Italien keine passable Reggae-Band gab, ließ er eine einfliegen - aus Florida. Alles auf Spesenrechnung, versteht sich.*

*Andere Gruppen-Treffen führten die Morgan-Grenfell-Mitarbeiter nach Hongkong, Orlando oder La Manga in Südspanien. Dort, so weiß das 'Wall Street Journal', war der Schnapsvorrat des Ortes erschöpft, bevor der offizielle Seminar-Teil des Meetings beendet war.*

*Zur Weihnachtsfeier mieteten Morgan-Grenfell-Leute die Londoner Disko Equinox. Dort amüsierten sie sich mit attraktiven Hostessen zweier 'Event-Agenturen', die angeblich nur deshalb so leicht bekleidet waren, damit sie nicht mit den Mitarbeiterinnen und Ehefrauen der Banker verwechselt werden konnten.*

*Das sei schon ein Bruch der Traditionen im Bankgewerbe, gestand ein Sprecher aus London ein. Doch mit Sex habe das Ganze nichts zu tun. Die Damen hätten nur das Essen serviert.*

*In den USA werden derlei Rechtfertigungen nur mit einem Grinsen quittiert. Dort wird ganz anders gefeiert - größer, dreister, obszöner.*

*Zum Spaß, so der Ex-Investmentbanker Frank Partnoy in seinem Buch 'Blood in the water on Wall Street', ließen seine Kollegen Sekretärinnen halb nackt durch die Büros rennen, sie inszenierten Strip-Shows auf dem Trading-floor, sie besoffen sich beim Tontaubenschießen.*

*Auch für ihre Kunden stellen die Investmentbanker so manches auf die Beine. Quatrones Team hat erst kürzlich - zur Kontaktpflege - 100 Kunden in die Sierra Nevada zum Skifahren geladen. 'Da war alles vom Feinsten', berichteten Teilnehmer.*

*Andere Banken sind sogar noch großzügiger - sie fliegen ihre Geschäftspartner mit Helikoptern zur Eiger-Nordwand, wenn sich damit die Chancen auf einen Beratungsvertrag erhöhen. Und immer sind ganze Teams dabei, und immer geht's um beides - Geschäft und Genuß.*

*Der gleichermaßen stressige wie spaßige Arbeitsalltag schweißt die Teams zusammen. Nach dem Motto 'Einer für alle, alle für einen' wechseln die Banker immer seltener allein den 'Club' (ihren „Arbeitgeber“, d. Verf.) - meist bringen sie einen großen Teil der Mannschaft mit.*

*Erst vor kurzem wilderte die amerikanische Investmentbank Donaldson, Lufkin & Jenrette bei der Schweizer UBS. Der Star des Teams, Richard J. Barrett, rückte mit 23 weiteren Mitarbeitern bei seinem neuen Arbeitgeber an. Und so wird es weitergehen: Von der UBS werden zur Zeit Teams aufgekauft; ABN Amro ist an einer ganzen Gruppe von Analysten der Deutschen Bank interessiert.*

*Für den amerikanischen Bankenhistoriker Ron Chernow ist der schnelle Wechsel der Topmitarbeiter ein klarer Beleg für den Machtverlust der Banken. (Da irrt er. Darauf werden wir zurückkommen, d. Verf.) Einst waren die 'Merchant Banks', die Vorläufer der heutigen Investmentbanken, feinste Adressen im honorigen Geldgewerbe. Sie hatten es nicht nötig, ihre Firmennamen an ihre Fassaden zu schrauben.*

*Dean Winter, Warburg, Barings, Morgan Grenfell, First Boston - sie waren die Kirchen der Wall Street und der Londoner City. Die Gläubigen, reiche Kaufleute und Unternehmer-Familien, blieben 'ihrer Bank' über Generationen treu.*

*Heute sind aus den Kaufleuten und Industriellen 'customers' geworden, schnöde Kunden. Die huldigen nicht mehr ihrer Kirche, sondern den Priestern - den Investmentbankern und ihren Teams.*

So werden die horrenden Gehälter der Stars auch deswegen bezahlt, weil die ihren Kundenstamm gleich mitbringen. Einst mächtige Institute werden zu bloßen Hüllen, in denen sich die vagabundierenden Geldexperten vorübergehend und gegen gute Bezahlung einnisten (Wir werden gleich sehen, daß der letzte Satz falsch ist, d. Verf.).

Dennoch kann keiner auf die flüchtigen Topleute verzichten. 'Das sind Künstler', sagt Deutsche-Bank-Chef Breuer, der selbst einst Investmentbanker war."

Kann wirklich niemand auf diese Herrschaften verzichten? Die Arbeiterklasse, die alle Werte schafft, mit denen diese „Künstler“ jonglieren, kann auf diese Vögel sehr gut verzichten. Auf sie und auf die verrottete gesellschaftliche Ordnung, die sie repräsentieren.

Von dem von Chernow konstatierten „Machtverlust der Banken“ kann allerdings keine Rede sein. Richtig ist zwar, daß **persönliche Beziehungen** im Investmentgeschäft eine überaus wichtige Rolle spielen und Breuers „Künstler“ daher für die Banken und Investmentinstitute wegen ihrer Verbindungen sehr wichtig sind - auch dies ist verquere Ausdruck dessen, daß die Beseitigung **sachlicher Abhängigkeitsverhältnisse** auf der Tagesordnung steht. (vgl. S. 63 ff.) Eine relative Abhängigkeit der Banken von den „vagabundierenden Geldexperten“ ist sicher gegeben, doch andererseits sind diese Vagabunden letztlich austauschbar, und **nicht sie** herrschen über Wirtschaft und Politik, sondern die Institute. Es stimmt nicht, daß die „Kirchen“ unwichtig und die „Priester“ wichtig geworden seien, wie der Spiegel meint.

Die Schilderung des Lebensstils, der psychischen Triebkräfte und „moralischen Qualitäten“ der „Priester“ durch das angeführte Spiegel-Zitat führt allerdings treffend vor Augen, wie sich die objektive Fäulnis des monopolistischen Kapitalismus in der Persönlichkeit der führenden Investmentbanker widerspiegelt. Es ist gesetzmäßig, daß diese Leute einen ihrer Tätigkeit entsprechenden Lebensstil annehmen, eine entsprechende „Kultur“ und entsprechende „Sitten“ entwickeln. Letzteres trifft für die Funktionäre des Finanzkapitals im allgemei-

nen zu, auch wenn die Formen unterschiedlich sein können. Ihr parasitärer Konsum ist nicht nur Betätigung ihrer spezifischen Konsumbedürfnisse, sondern in erster Linie Statusgehabe; das Zur-Schau-Stellen des betreffenden gesellschaftlichen Status durch einen bestimmten Konsum ist wiederum Bedürfnis. Wer die ganze Welt ausbeutet, muß auch einen entsprechenden Konsum pflegen, da die psychische Struktur eines Individuums in sich wiederum eine gewisse Einheit darstellt. (Zum parasitären Konsum der Superreichen vgl. z.B. Waffenschmidt, S. 206 ff.)

Sozialdemokratisch ausgerichtete Kritiker des bestehenden gesellschaftlichen Zustands leiten aus dem parasitären Konsum der Superreichen oftmals die Forderung nach einer „gerechteren“ Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ab. Dies mag teils einem diffusen Gerechtigkeitsideal entspringen, teils der unterschwellig empfundenen und durchaus realistischen Angst vor dem Untergang dieser Gesellschaftsordnung. Wie auch immer motiviert, derartige Reformpredigten sind objektiv geeignet, die tiefen und unlösbaren Widersprüche des faulenden Kapitalismus zu vertuschen, der derartige Erscheinungen **gesetzmäßig** hervorbringt. Nicht nur, daß solche Reformprojekte den Funktionären des Finanzkapitals aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihres hieraus resultierenden Bewußtseins absurd vorkommen **müssen** - sie hätten auch gar nicht die Möglichkeit, auf Grundlage des Privateigentums eine andere Verteilung des Reichtums anzustreben. Das grundlegende und letztlich unlösbare Problem ihrer Klasse besteht darin, wie dem Fall der Profitrate entgegengesteuert werden kann. Eine relative und zeitweilige Lösung dieses Problems kann immer nur in verstärkter Ausbeutung der arbeitenden Massen liegen - im eigenen Land und international.

Die auch im Konsumverhalten zum Ausdruck kommende Schmarotzermentalität der Funktionäre des Finanzkapitals drückt auf die geistige Verfassung der ganzen Gesellschaft. Das Machen von Karriere gilt vielen als erster Lebensinhalt. Ellenbogen-Mentalität und Haste-was-biste-was-Moral sind keineswegs nur in der Bourgeoisie repräsentiert, sondern auch im

Kleinbürgertum und in Teilen der Arbeiterklasse. Bereits die Kinder werden in diesem Geiste beeinflusst. Konsum ist Voraussetzung gesellschaftlicher Geltung, und wer sich diesem Götzen nicht unterwerfen will oder kann, muß oftmals mit Ausgliederung und Ächtung rechnen. Eine von der Universität Bonn erstellte Studie zum Konsumverhalten von Kindern und Jugendlichen ergab, daß in Deutschland 90 % der befragten Jugendlichen das „Prestige“ als ein Auswahlkriterium beim Kauf eines größeren Produkts nannten; dieses Auswahlkriterium rangierte noch vor dem „Nutzen“ - 86 % - und dem Preis - 87 %. Insgesamt waren 14 kapitalistische Länder Europas Gegenstand der Studie, und das „Prestige“ als ein Auswahlkriterium lag in den meisten Ländern bei ca. 90 %. Es bedarf eigentlich nicht der Erwähnung, daß die Zeitschrift Sparkasse (10/1998), die die Studie kommentierte, vermerkte, derartige Ergebnisse seien „vor allem für Marketingstrategien“ „interessant“.

„Der Rentnerstaat ist der Staat des parasitären, verfaulenden Kapitalismus, und dieser Umstand muß sich unbedingt **in allen sozialpolitischen Verhältnissen der betreffenden Länder** im allgemeinen wie auch in den zwei Hauptströmungen der Arbeiterbewegung im besonderen **widerspiegeln**.“ (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 283; oder LAW II S. 743; Hervorhebungen v. Verf.) Auf die Wirkungen des parasitären gesellschaftlichen Zustands auf die Arbeiterklasse werden wir zurückkommen.

Das auf der Basis des Imperialismus entstehende geistig-moralische Klima und die auf dieser Grundlage heranwachsenden Bedürfnisse lassen wiederum neue Märkte entstehen, aufgrund derer sich Extraprofite erwirtschaften lassen. So ist **Kinderpornographie** nach Angaben der Kinderschutzorganisation „terre des hommes“ ein Markt mit einem weltweiten Jahresumsatz von rund 500 Milliarden Mark - wundert es, daß die vom Finanzkapital beherrschten Staaten **keinen** Kampf gegen diesen Markt führen und daß Pornographie im allgemeinen hoffähig gemacht wurde. Indem

der Imperialismus nach dem Prinzip „Teile und Herrsche!“ weltweit bewaffnete Auseinandersetzungen schürt, schafft er sich selbst einen riesigen Markt für legale und illegale **Waffengeschäfte**.

**Wirtschaftskriminalität** wird zunehmend zum Normalfall des kapitalistischen Wirtschaftens - fallende Profitraten **zwingen** die Anwender von Kapital zu illegalen Praktiken. *„Noch nie mußten Firmen in Deutschland so sehr fürchten, von ihresgleichen betrogen oder reingelegt zu werden. Das Fundament der Marktwirtschaft - der Leistungswettbewerb - droht von seinen wichtigsten Akteuren, den Unternehmen selbst, unterminiert zu werden.“* Abgesehen davon, daß die „Marktwirtschaft“ durch die Monopole längst unterminiert **ist**, ist dieses Eingeständnis der Wirtschaftswoche (3.7.97) durchaus interessant. Und: *„Kaum ein Wirtschaftsgesetz, das nicht gebrochen, kaum eine Verordnung, die nicht mißachtet würde.“* Das bürgerliche Magazin muß es wissen.

Der Kapitalexpert ist auch die entscheidende Grundlage dafür, daß das **organisierte Verbrechen** ungeheure Ausmaße angenommen hat und nach und nach mit dem Finanzkapital verschmilzt. Die Verbrecher zahlen ungehindert ganze Koffer voll Scheinen an den Bankenschaltern ein. Der sogenannte Kampf gegen Geldwäsche kann nichts anderes als eine verlogene Farce sein, wenn das politisch herrschende legale Finanzkapital aus diesen Geschäften seinerseits horrende Profite zieht. In der Schweiz wurde im November 1988 aufgedeckt, daß eine türkisch-libanesischer Mafiagruppe innerhalb von drei Jahren eine Milliarde Dollar allein auf Schweizer Konten einzahlte. (Frankfurter Rundschau 25.2.1989) Doch es sind immer nur einzelne „Fälle“, die aufgedeckt werden - der Eisberg selbst ist unangreifbar. Über die parasitären Staaten des Finanzkapitals in der Karibik und in Westeuropa (Schweiz, Luxemburg, Liechtenstein usw.) sowie über Hongkong fließen die Profite aus dem organisierten Verbrechen in die Industrieländer mit den jeweils höchsten Anlagegewinnen. Die *„Welthauptstadt des Geldwaschens“* liegt in den USA und heißt Miami. (Spiegel 19/1988) Ein ganzes Land wie Kolumbien -

das Zentrum der Kokainproduktion - wird durch die Drogenmafia wirtschaftlich beherrscht. Alle wissen es, doch niemand aus der Riege des internationalen Finanzkapitals hat Skrupel, mit den Mafiosi Finanzgeschäfte zu tätigen. Geld stinkt nicht.

*„Auf lange Sicht können wir nicht ausschließen, daß der organisierte Rauschgifthandel selbst Schlüsselindustrien beherrscht wie Kommunikation, High-Tech, Energie und Rüstung“*, schrieb die Wirtschaftswoche (15.9.1989) nach Angaben des Verfassungsschutzes. Wüßte man sonst nichts über Charakter und Zustand des heutigen Kapitalismus, diese Prognose von bürgerlicher Seite allein wäre Aussage genug.

(zum Thema Imperialismus und organisiertes Verbrechen vgl. Waffenschmidt, S. 214 f.)



# VI.

## DIE AUFTEILUNG DER WELT UND DER KAMPF UM NEUAUFTEILUNG. WARUM KRIEGE IM IMPERIALISMUS UNVERMEIDLICH SIND

*„Die Monopolverbände der Kapitalisten - die Kartelle, Syndikate und Trusts - teilen vor allem den ganzen Binnenmarkt unter sich auf, indem sie die Produktion des betreffenden Landes mehr oder weniger vollständig an sich reißen. Aber der Binnenmarkt hängt unter dem Kapitalismus untrennbar mit dem Außenmarkt zusammen. Der Kapitalismus hat längst den Weltmarkt geschaffen. Und in dem Maße, wie der Kapitalexport wuchs und die ausländischen und kolonialen Verbindungen und 'Einflußsphären' der riesigen Monopolverbände sich in jeder Weise erweiterten, kam es 'natürlicherweise' unter ihnen zu Abmachungen im Weltmaßstab, zur Bildung von internationalen Kartellen.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 250; oder LAW II S. 707)

Lenin führt das Beispiel an, wie AEG und der US-Elektrokonzern General Electric Co. (GEC) im Jahre 1907 einen

Vertrag über die Aufteilung der Welt schlossen. Dieser Vertrag beinhaltete: „Die GEC ‘erhält’ die Vereinigten Staaten und Kanada; der AEG werden Deutschland, Österreich, Rußland, Holland, Dänemark, die Schweiz, die Türkei und der Balkan ‘zugeteilt’. Besondere - natürlich geheime - Verträge werden über die ‘Tochtergesellschaften’ abgeschlossen, die in neue Industriezweige und in ‘neue’, formell noch unverteilte Länder eindringen. Erfindungen und Erfahrungen werden gegenseitig ausgetauscht.“ (Lenin, ebenda, LW 22 S. 252; oder LAW II S. 710)

Lenin zeigt weiter, wie die imperialistischen Staaten als die politischen Vertreter der Monopole der betreffenden Länder die Welt aufteilten. Die neue imperialistische Kolonialpolitik unterschied sich von der vormonopolistischen: In der vormonopolistischen Periode konnten die Kolonialherren unbesetzte Länder in Besitz nehmen, doch solche gab es nun nicht mehr. „Die Welt hat sich zum erstenmal als bereits aufgeteilt erwiesen, so daß in der Folge **nur noch** Neuaufteilungen in Frage kommen, d.h. der Übergang von einem ‘Besitzer’ auf den anderen, nicht aber die Besitzergreifung herrenlosen Landes.“ (Lenin, ebenda, LW 22 S. 259; oder LAW II S. 717; Hervorhebung von Lenin)

Aufteilung bedeutet also keineswegs, daß eine Umverteilung, eine Neuaufteilung nicht möglich wäre. Ebenso wenig wie das Monopol im nationalen Rahmen die Konkurrenz beendet, tut es das im internationalen Rahmen. **Eine Neuaufteilung ist nicht nur möglich, sondern unvermeidlich, wenn das Kräfteverhältnis sich geändert hat**, doch wird der Kampf nicht überwiegend im Rahmen der freien Konkurrenz ausgetragen, sondern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln; und wenn ökonomische und politische nicht mehr ausreichen, so werden militärische Mittel angewandt.

„Manche bürgerliche Schriftsteller (denen sich jetzt auch K. Kautsky (der theoretische Führer der II. Internationale, d. Verf.) zugesellt hat, der seiner marxistischen Einstellung (...) völlig untreu geworden ist) gaben der Meinung Ausdruck, daß die internationalen Kartelle, als eine der am klarsten ausge-

prägten Erscheinungsformen der Internationalisierung des Kapitals, die Erhaltung des Friedens zwischen den Völkern im Kapitalismus erhoffen lassen. Diese Ansicht ist theoretisch völlig unsinnig und praktisch ein Sophismus, eine unehrliche Methode, den schlimmsten Opportunismus zu verteidigen. Die internationalen Kartelle zeigen, bis zu welchem Grade die kapitalistischen Monopole jetzt angewachsen sind und **worum** der Kampf zwischen den Kapitalistenverbänden geht. Dieser letzte Umstand ist der wichtigste: nur er allein macht uns den historisch-ökonomischen Sinn des Geschehens klar, denn die **Form** des Kampfes kann wechseln und wechselt beständig aus verschiedenen, verhältnismäßig untergeordneten und zeitweiligen Gründen, aber das Wesen des Kampfes, sein **Klasseninhalt**, **kann** sich durchaus **nicht** ändern, solange es Klassen gibt. Selbstverständlich liegt es im Interesse z.B. der deutschen Bourgeoisie, auf deren Seite dem Wesen der Sache nach Kautsky übergegangen ist (...), den **Inhalt** des heutigen ökonomischen Kampfes (Teilung der Welt) zu vertuschen und bald diese, bald jene **Form** des Kampfes hervorzukehren. Denselben Fehler begeht Kautsky. Und es handelt sich natürlich nicht um die deutsche, sondern um die internationale Bourgeoisie. Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung 'nach dem Kapital', 'nach der Macht' vorgenommen - eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung; um zu begreifen, was vor sich geht, muß man wissen, welche Fragen durch Machtverschiebungen entschieden werden; ob diese Verschiebungen nun 'rein' ökonomischer Natur oder **außer-ökonomischer** (z.B. militärischer) Art sind, ist eine nebensächliche Frage, die an den grundlegenden Anschauungen über die jüngste Epoche des Kapitalismus nichts zu ändern vermag. Die Frage nach dem **Inhalt** des Kampfes und der Vereinbarungen zwischen den Kapitalistenverbänden durch die Frage

XIV-124

*nach der Form des Kampfes und der Vereinbarungen (heute friedlich, morgen nicht friedlich, übermorgen wieder nicht friedlich) ersetzen heißt zum Sophisten herabsinken.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 257 f.; oder LAW II S. 715 f.)

## DIE APOLOGETISCHE ULTRAIMPERIALISMUS- THEORIE

Kautsky stellte den Imperialismus als **eine bestimmte Politik** des Finanzkapitals dar. Unterstellt man dies als richtig, so wäre die Folge, daß unter der Herrschaft der Monopole bzw. der Finanzoligarchie auch eine andere, nichtimperialistische Politik möglich wäre. Auf diese Weise versuchte Kautsky zu vertuschen, daß der nach innen und außen gerichtete aggressive Charakter des Imperialismus nicht etwa eine beliebige und veränderbare **Politik** ist, sondern im **ökonomischen Wesen** des faulenden Kapitalismus wurzelt, nämlich im **Monopol**. Er vertuschte, daß das Streben nach Herrschaft über möglichst große Wirtschaftsgebiete auf der Welt (Rohstoffquellen, Warenabsatz- und Kapitalanlagesphären) im immer schärferen Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung wurzelt, im Gegensatz zwischen den Produktionsbedürfnissen des Kapitals und den eingeengten Konsumtionsmöglichkeiten der Massen, im Fall der Profitrate, was die Monopole gebieterisch dazu **zwingt**, ausländisches Wirtschaftsgebiet zu erobern, wobei sie aber auf die Monopole der anderen imperialistischen Länder stoßen, deren Handeln von den gleichen inneren Widersprüchen diktiert ist.

Bei seiner Charakterisierung imperialistischer „Politik“ rückte Kautsky *„willkürlich und unrichtig die Annexion von Agrargebieten in den Vordergrund“*. (LW 22 S. 272; oder LAW II S. 731) Lenin zeigte, daß Annexionen (militärische Besetzungen) nur **eine** Form imperialistischen Herrschaftstrebens sind und daß sich das Streben nach Annexionen wie das imperialistische Herrschaftstreiben überhaupt **keineswegs nur auf Agrargebiete** erstreckt: *„Für den Imperialismus ist gerade das Bestreben charakteristisch, nicht nur agrarische Gebiete, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren (Deutschlands Gelüste auf Belgien, Frankreichs auf Lothringen), denn erstens zwingt die abgeschlossene Aufteilung der Erde, bei einer **Neuaufteilung** die Hand nach je-*

**dem beliebigen** Land auszustrecken, und zweitens ist für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie, d.h. nach der Eroberung von Ländern, nicht so sehr direkt für sich als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung **seiner** Hegemonie (für Deutschland ist Belgien von besonderer Wichtigkeit als Stützpunkt gegen England; für England Bagdad als Stützpunkt gegen Deutschland usw.).“ (LW 22 S. 273; oder LAW II S. 732; Hervorhebungen von Lenin) Kautsky vertuschte die **Unvermeidlichkeit der Zuspitzung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten, ihr Streben nach Hegemonie, nach Schwächung und Beherrschung ihrer imperialistischen Konkurrenten.**

Um die idyllische Vorstellung von der Möglichkeit einer Ära des Friedens unter der Herrschaft des Finanzkapitals zu nähren, entwickelte Kautsky die Theorie des sogenannten Ultraimperialismus: „... ob es nicht möglich sei, daß die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setze. Eine solche neue Phase des Kapitalismus ist jedenfalls denkbar. Ob auch realisierbar, das zu entscheiden fehlen noch die genügenden Voraussetzungen.“ (Kautsky, zitiert nach Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 299; oder LAW II S. 759)

In theoretischer Hinsicht liegt dem insbesondere der Fehler zugrunde, im Verhältnis von Monopol und Konkurrenz das Monopol zumindest der Möglichkeit nach als absolut zu setzen, die Möglichkeit des Entfallens der Konkurrenz zu unterstellen. Doch die Konkurrenz kann weder im nationalen noch im internationalen Rahmen entfallen, da sie dem Kapital wesenseigen ist. Kautsky „vergaß“ dies, um die tiefen Widersprüche des Imperialismus zu vertuschen.

Lenin antwortete:

„Man nehme Indien, Indochina und China. Bekanntlich werden diese drei kolonialen und halbkolonialen Länder mit

einer Bevölkerung von (damals, d. Verf.) 600 - 700 Millionen Menschen vom Finanzkapital einiger imperialistischer Mächte - Englands, Frankreichs, Japans, der Vereinigten Staaten usw. - ausgebeutet. Angenommen, diese imperialistischen Staaten schlossen Bündnisse, ein Bündnis gegen ein anderes, um ihren Besitz, ihre Interessen und 'Einflußsphären' in den genannten asiatischen Ländern zu behaupten oder auszudehnen. Das wären 'interimperialistische' oder 'ultraimperialistische' Bündnisse. Angenommen, **sämtliche** imperialistischen Mächte schlossen ein Bündnis zur 'friedlichen' Aufteilung der genannten asiatischen Länder - das wäre ein 'international verbündetes Finanzkapital'. Es gibt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts faktische Beispiele eines derartigen Bündnisses, z.B. im Verhalten der Mächte zu China. Es fragt sich nun, ist die Annahme 'denkbar', daß beim Fortbestehen des Kapitalismus (und diese Bedingung setzt Kautsky gerade voraus) solche Bündnisse nicht kurzlebig wären, daß sie Reibungen, Konflikte und Kampf in jedweden und allen möglichen Formen ausschließen würden?

Es genügt, diese Frage klar zu stellen, um sie nicht anders als mit Nein zu beantworten. Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die **Stärke** der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, **nicht** denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine **gleichmäßige** Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben. (...)

'Interimperialistische' oder 'ultraimperialistische' Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit, und nicht in der banalen Spießberphantasie englischer Pfaffen (bezieht sich auf Hobson, der - wie Lenin zuvor gezeigt hatte - vor Kautsky eine ähnliche Theorie entwickelt hatte, d. Verf.) oder des deutschen 'Marxisten' Kautsky, **notwendigerweise** nur 'Atempausen' zwischen Kriegen - gleichviel, in welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer

*imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses **aller** imperialistischer Mächte. Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf **ein und demselben** Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 300 f.; oder LAW II S. 760 f.; Hervorhebungen von Lenin)

## DIE KONKURRENZ KANN IM RAHMEN DES KAPITALISMUS NICHT BESEITIGT WERDEN

Hilferdings 1910 erschienenes Werk „Das Finanzkapital“ stellte einerseits in einer Reihe von Fragen eine Weiterentwicklung des Marxismus dar, andererseits in einigen Fragen bereits eine Revision. Wie in Kapitel VIII S. 69 - 72 gezeigt, revidierte Hilferding die Marxsche Geldtheorie und damit partiell auch die Marxsche Werttheorie. Wie in Kapitel XIII S. 11 f. gezeigt, entwickelte er auf dieser Grundlage die apologetische Theorie von der Vermeidbarkeit kapitalistischer Krisen. Seine Theorie vom „organisierten Kapitalismus“, die mit Kautskys Ultra-imperialismus-Theorie enge Berührungspunkte hat, ist im Keim bereits in „Das Finanzkapital“ angelegt.

So heißt es dort:

*„Es entsteht aber die Frage, wo die Grenze der Kartellierung eigentlich gegeben ist. Und diese Frage muß dahin beantwortet werden, daß es eine absolute Grenze für die Kartellierung nicht gibt. (Das heißt mit anderen Worten, daß das Monopol absolut werden, die Konkurrenz also beseitigen könne, d. Verf.) Vielmehr ist eine Tendenz zu stetiger Ausbreitung der Kartellierung vorhanden. Die unabhängigen Industrien geraten, wie wir gesehen haben, immer mehr in Abhängigkeit von kartellierten, um schließlich von ihnen annektiert zu werden. Als Resultat des Prozesses ergäbe sich dann ein Generalkartell. (Und das wäre im internationalen Maßstab Kautskys Ultraimperialismus, d. Verf.) Die ganze kapitalistische Produktion wird bewußt geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen ihren Sphären bestimmt. Dann wird die Preisfestsetzung rein nominell und bedeutet nurmehr die Verteilung des Gesamtprodukts auf die Kartellmagnaten einerseits, auf die Masse aller anderen Gesellschaftsmitglieder andererseits. Der Preis ist dann nicht Resultat einer sachlichen Beziehung, die die Menschen eingegangen sind, sondern eine bloß rechnungsmäßige Art der Zuteilung von Sachen durch Personen an Personen. Das Geld spielt dann keine Rolle. Es*

*kann völlig verschwinden, da es sich ja um Zuteilung von Sachen handelt und nicht um Zuteilung von Werten. Mit der Anarchie der Produktion schwindet der sachliche Schein, schwindet die Wertgegenständlichkeit der Ware, schwindet also das Geld. Das Kartell verteilt das Produkt. Die sachlichen Produktionselemente sind wiederproduziert worden und werden zu neuer Produktion verwendet. Von dem Neuprodukt wird ein Teil auf die Arbeiterklasse und die Intellektuellen verteilt, der andere fällt dem Kartell zu zu beliebiger Verwendung. Es ist die bewußt geregelte Gesellschaft in antagonistischer Form. Aber dieser Antagonismus ist Antagonismus der Verteilung. Die Verteilung selbst ist bewußt geregelt und damit die Notwendigkeit des Geldes vorüber. Das Finanzkapital in seiner Vollendung ist losgelöst von dem Nährboden, auf dem es entstanden. Die Zirkulation des Geldes ist unnötig geworden, der rastlose Umlauf des Geldes hat sein Ziel erreicht, die geregelte Gesellschaft, und das Perpetuum mobile der Zirkulation findet seine Ruh'.*

(...)

*So erlischt im Finanzkapital der besondere Charakter des Kapitals. Das Kapital erscheint als einheitliche Macht, die den Lebensprozeß der Gesellschaft souverän beherrscht, als Macht, die unmittelbar entspringt aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln, den Naturschätzen und der gesamten akkumulierten vergangenen Arbeit, und die Verfügung über die lebendige Arbeit als unmittelbar entspringend aus den Eigentumsverhältnissen. Zugleich erscheint das Eigentum, konzentriert und zentralisiert in der Hand einiger größter Kapitalassoziationen, unmittelbar entgegengesetzt der großen Masse der Kapitallosen.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 318 ff.; oder Ausgabe EVA S. 321 ff.)

Bevor also Kautsky die Beseitigung der Widersprüche zwischen den Imperialisten im Weltmaßstab konstruierte, hatte Hilferding bereits die Beseitigung der Widersprüche zwischen den Kapitalen im nationalen Maßstab konstruiert. Bei diesem Unterfangen ging er so konsequent vor, daß er zugleich auch den Widerspruch zwischen Ware und Geld, die

Verdopplung der Ware in Ware und Geld wegkonstruierte und damit auch den der Ware innewohnenden Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert. Er war so konsequent, damit zugleich auch die Ware selbst wegzukonstruieren; das Finanzkapital beseitigte die sachlichen Verhältnisse und ersetzte sie durch persönliche Zuteilungen der Finanzoligarchen an den Rest der Bevölkerung. Er war so konsequent, damit - auf Grundlage der Herrschaft des Finanzkapitals - zugleich das Kapital wegzukonstruieren. („*So erlischt im Finanzkapital der besondere Charakter des Kapitals.*“) Ganz ausdrücklich löste seine Konstruktion das Finanzkapital „*vom Nährboden, auf dem es entstanden*“. Die Widersprüche der Produktion sind damit ebenfalls beseitigt, und es verbleiben Widersprüche bezüglich der Verteilung, basierend auf dem fortbestehenden Privateigentum der Finanzoligarchen an den Produktionsmitteln. - Es ist frappierend, daß Hilferding die Unsinnigkeit dieser Konstruktion nicht bemerkte, obwohl er in seiner Arbeit „Das Finanzkapital“ in vielen Dingen einen außerordentlichen Weitblick aufgrund scharfer marxistischer Analyse unter Beweis stellte. Aber zu diesem Zeitpunkt schlugen offenbar bereits zwei Seelen in seiner Brust - die des scharfsinnigen marxistischen Theoretikers und die des Opportunisten, der bestimmte, besonders scharfe Widersprüche der verfaulenden bürgerlichen Ordnung apologetisch glättet.

Wert erscheint stets als Tauschwert, bezieht sich nämlich auf anderen Wert. Er kann nur als das erscheinen, was er ist. Er ist Arbeit **nicht** in unmittelbar gesellschaftlicher Form, sondern Privatarbeit, deren gesellschaftlicher Charakter nur auf einem Umweg, vermittelt über den Markt, den Austausch, in Erscheinung treten kann, also unter Bezugnahme auf anderen Wert. (vgl. Kapitel VIII S. 48 - 100) Kapital ist ein spezifischer Wert, nämlich Wert, dessen Bestimmung darin liegt, sich zu verwerten, mehr Wert zu werden (vgl. Kapitel IX S. 7 - 21). Da Kapital Wert ist, kann es nur in Erscheinung treten, indem es sich auf anderes Kapital bezieht. Wie oben schon zitiert: „*Begrifflich ist die **Konkurrenz** nichts als die innre **Natur des** Kapitals, seine wesentliche Bestimmung, erscheinend und realisiert als Wechselwirkung der vielen Kapitalien aufeinander, die*

*innre Tendenz als äußerliche Notwendigkeit.*“ (Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42 S. 327; oder Ausgabe Dietz 1974 S. 317; Hervorhebungen von Marx) *„Kapital existiert und kann nur existieren als viele Kapitalien, und seine Selbstbestimmung erscheint daher als Wechselwirkung derselben aufeinander.“* (ebenda)

Wäre alles Kapital in einer Hand zentralisiert, so wäre es eben kein Kapital mehr, seine wesensmäßige Bestimmung wäre ausgelöscht. Hilferding räumt dies ausdrücklich ein und deckt damit unfreiwillig auf, warum Theorien vom „organisierten Kapitalismus“ und „Ultraimperialismus“ illusorisch sind. Auf ihrer eigenen Grundlage können Ware und Kapital nicht über sich selbst hinauswachsen, sondern müssen sich vielmehr stets reproduzieren. Sie können nur über sich hinauswachsen, indem die kapitalistischen Produktionsverhältnisse revolutionär gesprengt werden, und diese können nur revolutionär gesprengt werden durch eine Klasse, deren Existenz auf Grundlage dieser Produktionsverhältnisse unerträglich wird, nicht aber durch die bloße Selbstbewegung des Kapitals (vgl. Kapitel IX S. 62 - 64). Hilferdings absurde Konstruktion, wonach im Finanzkapital *„der besondere Charakter des Kapitals“* „erlischt“, ist apologetisch und verstellt den Blick auf das revolutionäre Subjekt, die Arbeiterklasse. Die objektive Bewegung des Kapitals selbst sei es, die dessen „besonderen Charakter“ zum „Erlöschen“ bringe.

Es sei noch auf die Kuriosität verwiesen, daß laut Hilferding unter dem Regime des Finanzkapitals *„die Effektspekulation als ein die Bankkrise verursachendes Moment eine stets geringere Rolle“* spielt. (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 398 f.; oder Ausgabe EVA S. 398) Die Banken selbst seien es, die der Spekulation den Boden entziehen: *„Immer mehr werden die Spekulationsbewegungen mit der wachsenden Macht der Banken von diesen beherrscht und nicht mehr die Banken von den Spekulationsbewegungen.“* (ebenda) Den analytischen Blick darauf, daß die Banken die größten Spekulanten werden würden, hatte Hilferding sich verstellt, indem er das „Erlöschen“ des „besonderen Charakters des Kapitals“ konstruiert hatte, seinen Zwang zur Selbstverwertung, den es nur

in Konkurrenz mit anderen Kapitalien und unter Bezugnahme auf diese betätigen kann.

Die Tendenz der partiellen Ersetzung sachlicher durch persönliche Abhängigkeitsverhältnisse, von der wir auf Seite 63 ff. sprachen, witterte Hilferding an der soeben zitierten Stelle durchaus richtig heraus, aber er verabsolutierte diese Tendenz und übersah völlig, daß die sachlichen Abhängigkeitsverhältnisse auf Basis der bürgerlichen Gesellschaft letztlich nicht überwunden werden können und daß folglich **die Warenproduktion, obwohl sie bereits untergraben ist, das allgemeine Milieu bleiben muß, innerhalb dessen sich die Herrschaftsbestrebungen des Finanzkapitals nur betätigen können.**

Ebenso finden wir bei Kautsky die Methode der falschen Verabsolutierung einer durchaus richtig konstatierten Tendenz: Kautsky landete bei der Fiktion eines einzigen Weltmonopols, indem er die bestehende Tendenz fortschreitender Monopolisierung verabsolutierte. Treffend antwortete Lenin:

*„Die Entwicklung bewegt sich in der Richtung zu Monopolen, also zu einem einzigen Weltmonopol, einem einzigen Welttrust. Das ist unzweifelhaft, aber ebenso nichtssagend wie etwa der Hinweis, daß ‘die Entwicklung sich in der Richtung’ zur Herstellung von Nahrungsmitteln im Laboratorium ‘bewegt’. In diesem Sinne ist die ‘Theorie’ des Ultra-imperialismus ebensolcher Unsinn, wie es eine ‘Theorie der Ultralandwirtschaft’ wäre.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 276; oder LAW II S. 735)

Leitet man aus der Tendenz der Monopolisierung ab, bei linear fortschreitender Bewegung müsse irgendwann ein einheitliches Weltmonopol hergestellt sein, so abstrahiert man davon, daß es sich gerade um die Monopolisierung **von Kapital** handelt. Das Wesen des Kapitals - der Zwang zur Selbstverwertung - kann wie gesagt nur erscheinen unter Bezugnahme auf anderes Kapital, die Konkurrenz ist also notwendige Erscheinungsform des Kapitals.

## FRIEDLICHE UND NICHTFRIEDLICHE FORMEN DES KAMPFES UM DIE WELTHERRSCHAFT

Die Realität hat die Verlogenheit der süßlichen Predigten von der Möglichkeit eines dauerhaften imperialistischen Friedens grausam unter Beweis gestellt, insbesondere in den beiden Weltkriegen.

Deutschland war später in die internationale Arena eingetreten als England, Frankreich und die USA und war daher bei der Aufteilung der Welt - gemessen an seiner zu Beginn des 20. Jahrhunderts erreichten ökonomischen Stärke - „zu kurz gekommen“. Aus Sicht der deutschen Monopole war damit eine Neuaufteilung im großen Stile notwendig, die nur durch Krieg zu erreichen war. Der erste Weltkrieg war das Ergebnis des Strebens des deutschen Imperialismus nach Neuaufteilung der Welt.

Reichskanzler Bethmann-Hollweg sandte am 9.9.1914 ein Kriegszielprogramm an seinen Stellvertreter Delbrück, in welchem es hieß:

*„Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen wird.“*

(nach Waffenschmidt, S. 73)

An Annexionen verlangte er von Frankreich:

*„In jedem Falle abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey.“* Die Eroberung der französischen Erzbecken von Briey und Longwy sowie von Erzvorkommen in der Normandie sollte die Rohstoffversorgung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie auf Dauer sichern. Schon vor dem ersten Weltkrieg hatten die deutschen Stahlmonopole mittels Kapitalexport versucht, maßgeblichen Einfluß auf die französische Hüttenindustrie zu erlangen. Bis 1914 waren mindestens 1/6 der Eisenerzvorkommen in Loth-

ringen und 90 % der neuen Erzgruben in der Normandie in den Besitz der deutschen Stahlmonopole übergegangen.

(Waffenschmidt, ebenda)

Belgien sollte zu einem deutschen Vasallenstaat werden, Luxemburg zum deutschen Bundesstaat. Im übrigen plante man die Gründung eines „mitteleuropäischen Zollverbandes“, dessen Ziele und Aufgaben wie folgt definiert wurden:

*„Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und evtl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“*

(zitiert ebenda)

Im Osten Europas war das Hauptziel die Schwächung Rußlands durch die Bildung „selbständiger“ Staaten wie Finnland, Ukraine, die baltischen Länder usw., die unter deutscher Vorherrschaft stehen sollten.

In Bezug auf die Kolonien strebte der deutsche Imperialismus in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreiches an.

Diese Kriegsziele entsprachen der Denkschrift der Wirtschaftsverbände an den Reichskanzler vom Mai 1915.

(Waffenschmidt, ebenda)

Auch Hugenberg, Generaldirektor von Krupp, formulierte in einer Stellungnahme im Namen des Zentralverbandes deutscher Industrieller im Mai 1915 im wesentlichen dieselben Kriegsziele, deckte aber darüber hinaus den Zusammenhang zwischen dem Imperialismus und dem Opportunismus in der Arbeiterbewegung in bemerkenswerter Weise auf. Er sagte: *„Denn wenn dieser Krieg für Deutschland nicht mit einem großen Erfolge, nicht mit einem großen Gewinn, nach allen Seiten ausläuft, der dem Volke diese großen Aufgaben stellt (der „Gewinn“ der Monopole, so entnehmen wir also*

der krausen Sprache Hugenbergs, stellt „dem Volke“ die „großen Aufgaben“, im imperialistischen Kriege zu bluten; d. Verf.), *dann werden die Verhältnisse nach dem Kriege noch weit schwieriger werden, als sie vorher je waren. Die Arbeiter, die aus dem Kriege zurückkommen, werden mit großen Ansprüchen an die Arbeitgeber herantreten, und wenn nicht auf der Grundlage eines großen Zuwachses an Gebiet und wirtschaftlicher Kraft auf dem Gebiete der Lohnfrage in weitherziger Weise verfahren werden kann, dann wird es zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen fürchterlichen Kampf geben, der die größten Schäden im Gefolge haben wird.*“ (zitiert nach Wagner, S. 445) Dies galt es zu verhindern, indem man reiche Beute machte und mit den daraus abfallenden Brosamen möglichst große Teile der Arbeiterklasse bestach, den Opportunismus päppelte. Und diese Logik des Imperialismus wirkt immer, unabhängig davon, ob die Beute zu einem bestimmten Zeitpunkt gerade auf friedlichem oder auf nicht-friedlichem Wege angestrebt wird. Diese Logik hatte bereits Cecil Rhodes formuliert: *„Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden.“* (vgl. S. 51)

Deutschland verlor den ersten Weltkrieg, weil die ökonomische Basis der Mittelmächte (Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien) gegenüber der Entente (Frankreich, Großbritannien, Rußland, USA etc.) zu schwach war. 1917 betrug die Produktion von Kohle, Eisen und Stahl der ersteren imperialistischen Koalition nur zwischen 30 und 40 % der letzteren, trotz der Eroberungen in Frankreich. Insbesondere spielte eine Rolle, daß die USA - gestützt auf ihr riesiges Wirtschaftspotential - mit Krediten, Waffen- und Warenlieferungen die Kriegsmaschinerie Frankreichs und Englands stützten und schließlich auch selbst in den Krieg eintraten.

Damit hatten sich die alteingesessenen imperialistischen Räuber gegen den Ansturm des Emporkömmlings behauptet und konnten ihren Anteil am Kuchen sogar vergrößern, da sie die deutschen Kolonien unter sich aufteilten. Die Widersprüche, die zum ersten Weltkrieg geführt hatten, wirkten damit nicht nur weiterhin, sondern hatten sich verschärft. Bei seinem zweiten Versuch, durch Krieg eine Neuaufteilung zu erzwin-

gen, stellte der zu spät gekommene deutsche Imperialismus alle früheren Verbrechen des Kapitalismus - und deren gab es viele, und sie waren ihrerseits von unerhörter Brutalität und Grausamkeit - noch weit in den Schatten, doch letztlich unterlag er erneut.

Im Vorfeld des zweiten Weltkrieges hatten England und Frankreich versucht, den deutschen Aggressor gegen das mittlerweile bestehende Land des Sozialismus, die Sowjetunion, zu lenken und selbst als lachender Dritter zuzusehen. (So schmeichelte der britische Lordsiegelbewahrer Lord Halifax Hitler in einem Gespräch am 19.11.1937, *„daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne.“* Zitiert nach Wagner, S. 421)

Die sowjetische Außenpolitik durchkreuzte die Pläne Englands und Frankreichs, indem die Sowjetunion mit dem faschistischen Deutschland einen Nichtangriffspakt schloß. Dieser wurde zwar später von Deutschland gebrochen, doch die Sowjetunion hatte eine Atempause gewonnen, und der Krieg begann zunächst als innerimperialistischer Krieg zwischen Deutschland sowie Frankreich und England.

Die Kriegsziele des deutschen Imperialismus waren im wesentlichen die gleichen wie im ersten Weltkrieg. Unter deutscher Vorherrschaft sollte ein „europäischer Großwirtschaftsraum“ entstehen, dem ein „afrikanischer Ergänzungsraum“ angegliedert sein sollte. Göbbels schrieb: *„Wenn dieser Krieg zu Ende ist, dann wollen wir die Herren über Europa sein... Dann werden wir endlich einmal zu den besitzenden Nationen gehören, dann werden wir Rohstoffe besitzen und Hilfsquellen, und dann wird ein großes Kolonialreich unser eigen sein...“* (zitiert nach Waffenschmidt, S. 77) Und dann wäre die Zeit gekommen gewesen, den großen Konkurrenten jenseits des Atlantik zum Kampf um die Weltherrschaft herauszufordern, den US-Imperialismus.

Die deutschen Armeen exportierten das deutsche Kapital nach ganz Europa. Unter ihrem Stiefel wurden die westeuropäischen Monopole gezwungen, ihre Aktien zu Schleuderpreisen an die deutschen Monopole zu verkaufen. Im Osten wurde ohne jegliche Entschädigung geraubt, so z.B. die Kohlegruben Polen, die Erdölquellen Rumäniens, die Rohstoffe der Sowjetunion; und auch die Eisenerzgruben Frankreichs und Belgiens rafften die deutschen Monopole ohne irgendeine Entschädigung.

Gustav Schlotterer, Leiter der Sonderabteilung „Vorbereitung und Ordnung“ im Reichswirtschaftsministerium, hielt am 3.10.1940 im „Großen Beirat der Reichsgruppe Industrie“ ein Referat, aus welchem sehr deutlich hervorgeht, daß der beschleunigte Export deutschen Kapitals ein wesentlicher Kriegsgrund war, daß die militärische Beherrschung Europas keineswegs Selbstzweck war oder etwa der Herrschaft der „arischen Rasse“ diene, sondern vor allem dem Export deutschen Kapitals. In Schlotterers Referat hieß es:

*„Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die deutschen Behörden hinter Ihnen stehen, wenn Sie sich im deutschen Interesse draußen betätigen. Der Erwerb von Kapitalbeteiligungen wird von uns dringend gewünscht. Es ist aber für uns nicht möglich, daß wir in dem Augenblick, in dem die Firma X in Belgien auftaucht und sich mit 50 % an der Firma Y beteiligen möchte, der belgischen Firma einfach den Befehl geben. Wenn dann die Dinge nun eben nicht gleich in einem Monat alle so sind, wie wir das gerne haben möchten, dann müssen wir uns eben etwas Zeit nehmen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß unsere wirtschaftliche Position in Europa im allgemeinen und die wirtschaftliche Position der einzelnen deutschen Wirtschaftsgruppen und der einzelnen deutschen Wirtschaftsunternehmungen so stark sind, daß sie in den nächsten Monaten und Jahren, wenn die europäische Großraumwirtschaft sich stärker herauskristallisiert, in geschickter Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden, durchaus Mittel und Wege finden werden, um ihren Willen durchzusetzen.“* Das von Schlotterer als Beispiel erwähnte

Belgien war im Mai 1940 militärisch unterworfen worden. Der faschistische Staat verstand sehr gut, daß die **kapitalistische** Unterwerfung eines entwickelten Industrielandes nicht **allein** mit militärischen Mitteln erfolgen konnte („können wir nicht einfach den Befehl geben“), daß die militärische Unterwerfung „lediglich“ höchst günstige Bedingungen für die ökonomische geschaffen hatte, wobei letztere in Form des **Kapitalexports** zu erfolgen hatte, der **noch nicht einmal unter diesen Bedingungen die Form des Kaufens und Verkaufens völlig abstreifen konnte**. Die vorherige militärische Unterwerfung der betreffenden Länder garantierte aber, daß es weitgehend bei der **Form** blieb, da die nichtdeutschen Monopole aufgrund des militärischen Herrschaftsverhältnisses wie gesagt zum Verkauf zu Schleuderpreisen gezwungen werden konnten.

Schlotterer weiter:

*„Da stehen uns im Grunde drei Mittel zur Verfügung:*

*Erstens die gegenseitige Kapitalverflechtung, insbesondere die Kapitalbeteiligungen an den Unternehmungen des Auslands, an den Unternehmungen der europäischen Länder. Wenn man also schon eine unangenehme Konkurrenz draußen hat, dann fragt es sich, ob man nicht auf diese Konkurrenz dadurch Einfluß bekommt, daß man sich eine Kapitalbeteiligung geben läßt, mit eigenen Leuten hineingeht und sich dadurch die Möglichkeit schafft, die Leitung des Betriebes zu kontrollieren oder mindestens zu beeinflussen. Es ist der Wunsch der höchsten Stellen, daß gerade die Methode der Kapitalbeteiligung von der deutschen Industrie auf das stärkste gepflegt wird. Ich bin mir durchaus im klaren darüber, daß das nicht immer einfach ist und daß man das nicht von heute auf morgen erreichen kann. Aber als Ziel für die nächsten Jahre sollten wir uns setzen, daß wir auf allen Gebieten kapitalmäßig möglichst tief in die Betriebe Europas, insbesondere Industriebetriebe, eindringen, damit wir die Dinge von dort aus steuern können. Dann wird statt einer Konkurrenz, einer wilden, unregelmäßigen Konkurrenz, mindestens ein geregelter Wettbewerb oder aber eine Zusammenarbeit entstehen.*

(„Zusammenarbeit“ heißt wohlgermerkt, daß die anderen sich dem Diktat der deutschen Monopole zu unterwerfen haben. „Wild“ und „ungeregelt“ ist eine Konkurrenz, wenn die Vorherrschaft der deutschen Monopole nicht hinreichend sicher garantiert ist. D. Verf.) *Es wird ihnen bekannt sein, meine Herren, daß wir für Kapitalbeteiligungen in Holland, Belgien, Frankreich und auch in Norwegen, in den nordischen Ländern und im Südosten die notwendigen Devisen bereitstellen. Sie können jeden Betrag haben. (Generaldirektor Zangen: Hört, hört!) Jawohl, dazu stehe ich, Sie können sich darauf verlassen. Wichtig ist für uns, daß Sie eindringen und daß wir auf diese Weise unseren Einfluß in den betreffenden Ländern (die wohlgermerkt militärisch bereits erobert waren, d. Verf.) geltend machen können.*

*Die zweite Methode besteht darin, meine Herren, daß man die Industrien dieser Länder in unsere Marktregelungen einbezieht... (Daß also die zu Nutz und Frommen der deutschen Monopole erlassenen Wirtschaftsgesetze dort gelten - es soll schließlich keine „wilde“ und „ungeregelte“ Konkurrenz herrschen. D. Verf.)*

*Die dritte Methode: Wo Kartelle oder Verbände nicht zu bilden sind - die Dinge werden auf den verschiedenen Gebieten verschieden liegen - da erhebt sich dann die Frage, ob man nicht mit allgemeinen Marktabsprachen, Gebietschutzabkommen usw. im Rahmen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft arbeiten kann... (Die eine oder andere Form monopolistischer Herrschaftsmethoden wird schon greifen, zumal dann, wenn der faschistische Staat den deutschen Monopolen Devisen in der jeweils gewünschten Höhe zur Verfügung stellt. D. Verf.)*

*Meine Herren! Aus den Ausführungen, die ich über dieses Problem gemacht habe, mögen Sie ersehen, daß wir uns die europäische Großraumwirtschaft im wesentlichen als ein Ergebnis der Initiative der Wirtschaft selber vorstellen.“*

Wilhelm Zangen, Leiter der Reichsgruppe Industrie, Chef des Mannesmann-Konzerns und Interessenvertreter der Deutschen Bank, eben jener Zangen, den Schlotterers Verspre-

chen, Devisen in gewünschter Höhe zur Verfügung zu stellen, so sehr in Aufregung versetzt hatte, bedankte sich wie folgt:

*„Wir begrüßen überhaupt die weitsichtige Politik, die Sie in den ganzen Fragen des europäischen Aufbaus (europäischer Aufbau! d. Verf.) hier eben geschildert haben und die Sie sich zur Grundlage machen, eine Politik, die, wenn wir Sie richtig verstanden haben, ausgerichtet ist nach den natürlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten und natürlichen wirtschaftlichen Grundsätzen... (Es war eben die „natürlichste“ Sache der Welt, daß die deutschen Monopole auf Grundlage des deutschen Militärstiefels und mit Devisen, die der faschistische Staat in unbegrenzter Menge zur Verfügung stellte, Europa „friedlich“ eroberten. D. Verf.) Und wenn Sie die Lenkung so auffassen, daß Sie sich des Wirtschaftens in den einzelnen Fragen enthalten, wie Sie es eben gesagt haben, dann werden Sie unsere ganze Unterstützung wie bisher auch in Zukunft finden.“* Mit dem letzten Satz stellte Zangen unmißverständlich klar, **wer** der Herr des Geschehens war - die „deutsche Wirtschaft“ - und **wer** Erfüllungsgehilfe war, dessen man sich bediente - der faschistische Staat.

(Zitate Schlotterers und Zangens nach Wagner, S. 441 f.)

In erster Linie durch die Anstrengungen der sozialistischen Sowjetunion wurde der deutsche Imperialismus erneut in die Knie gezwungen. Hauptsächlicher Nutznießer des zweiten Weltkrieges war der erst sehr spät in den Krieg eingetretene US-Imperialismus. Japan, Deutschland und Italien waren militärisch geschlagen, England und Frankreich geschwächt. Der US-Imperialismus trat die Vorherrschaft über Westeuropa und Japan an und verkündete eine „pax americana“, einen Frieden unter seinem Diktat. Hätte die Ultraimperialismus-Theorie irgendeine Aussicht, jemals zur Wirklichkeit zu werden, so wären die Bedingungen dafür in der durch den Ausgang des zweiten Weltkrieges entstandenen Lage optimal gewesen - von der Existenz eines sozialistischen Lagers einmal abgesehen, das aber seinerseits bald seinen sozialistischen Charakter abstreifte und in Zersetzung überging.

Doch bereits 1952 schrieb Stalin:

Westdeutschland und Japan „fristen jetzt unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus ein elendes Dasein. Ihre Industrie- und Landwirtschaft, ihr Handel, ihre Außen- und Innenpolitik, ihre ganze Lebensweise sind durch das amerikanische Besatzungs‘regime‘ gefesselt. Aber diese Länder waren doch gestern noch imperialistische Großmächte, die die Grundlagen der Herrschaft Englands, der USA und Frankreichs in Europa und Asien erschütterten. Wollte man annehmen, diese Länder würden nicht versuchen, wieder auf die Beine zu kommen, das ‘Regime‘ der USA zu durchbrechen und auf den Weg einer selbständigen Entwicklung vorzudringen - so hieße das, an Wunder glauben.“

(Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15 S. 325)

So ist es gekommen, wobei die zunehmende Konkurrenz zwischen dem US- und dem westdeutschen Imperialismus allerdings lange durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Sowjetunion verdeckt wurde. Mitte der 50er Jahre ging der Sozialismus dort unter, wenngleich er in der Phrase noch aufrechterhalten wurde, doch die warenproduzierende kapitalistische Ordnung wurde zunächst nicht wiederhergestellt. Bis Ende der 80er Jahre blieb ein Regime bestehen, das nicht in erster Linie auf sachlichen, sondern auf persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen beruhte. Dieses Regime übte die Herrschaft über seine Vasallenstaaten aus und plünderte die dortigen Völker aus. Es war seinerseits imperialistisch, doch nicht im engen Sinne des kapitalistischen Monopols, sondern in einem weiteren Sinne.

Bereits Lenin hatte zwischen einem engen und einem weiten Imperialismus-Begriff unterschieden:

„England und Frankreich haben im Siebenjährigen Krieg (1756 - 1763, d. Verf.) um Kolonien gekämpft, d.h. einen imperialistischen Krieg geführt (der ebenso auf der Basis der Sklaverei und der Basis des primitiven Kapitalismus wie auf der gegenwärtigen Basis des hochentwickelten Kapitalismus möglich ist).“

(Lenin, Über die Junius-Broschüre, LW 22 S. 316)

Imperialistisch im weiten Sinne waren z.B. die Kriege zwischen den römischen und karthagischen Sklavenhaltern. Imperialistisch im weiten Sinne sind alle Kriege und überhaupt alle auf Ausweitung des Machtbereichs über das eigene Land hinaus gerichteten Bestrebungen von Ausbeuterklassen, sofern diese Bestrebungen ausschließlich reaktionären Charakter haben. Imperialismus im engen Sinne setzt hingegen voraus, daß es sich um eine **kapitalistische** Ausbeuterklasse handelt und daß der Kapitalismus das Stadium des Monopols erreicht hat.

In der revisionistischen Sowjetunion war Zweck der Produktion nicht die Verwertung von Kapital. Grund imperialistischer Politik war folglich nicht eine Überproduktion bzw. Kapitalüberschuß. Im Gegenteil gab es chronische Unterproduktion als Ausdruck der spezifischen Fäulnis einer auf persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen basierenden Gesellschaftsordnung, die im schroffen Widerspruch zu den infolge der Industrialisierung der 30er Jahre relativ entwickelten Produktivkräften stand. Triebkraft imperialistischer Politik war die Ausbeutung angeblich befreundeter Völker zur Milderung der Folgen dieser Unterproduktion.

Da die Sowjetunion auch in dieser Fäulnisperiode über große ökonomische Ressourcen verfügte, insbesondere auch durch die Ausbeutung der von ihr abhängigen Länder, und da sie militärisch hochgerüstet war, war der Widerspruch zwischen ihr und dem US-Imperialismus über 30 Jahre lang der bestimmende zwischenimperialistische Widerspruch im Weltmaßstab. Trotz eines enormen Wettrüstens und ständiger Kriegsdrohungen zwischen den beiden Lagern kam es nicht zum Weltkrieg, und jeder der beiden Kontrahenten erkannte letztlich den Einflußbereich des anderen an, gestattete dem anderen, innerhalb seines Einflußbereichs militärisch „Ordnung zu schaffen“. So griff der Westen nicht militärisch ein, als die Warschauer-Pakt-Staaten in Prag einmarschierten und als die Sowjetunion in Afghanistan Krieg führte. Die Sowjetunion griff bei den verschiedenen Kriegen und militärischen Aggressionen des Westens und insbesondere des US-Imperialismus nicht ein.

Die Gründe für die „friedliche“ Form dieses Kampfes (so weit eben ein Kampf zwischen Imperialisten friedlich sein kann) liegen hauptsächlich in folgendem:

Da der sowjetischen Gesellschaft bei entwickelten Produktivkräften persönliche Abhängigkeitsverhältnisse zugrundelagen, entwickelte sich die ökonomische Fäulnis - die Tendenz der **Hemmung** der Produktivkräfte - in der Sowjetunion schneller als in der kapitalistischen Führungsmacht USA. Die Sowjetunion mußte im Falle eines Krieges eine Niederlage befürchten. Die westlichen Imperialisten wiederum konnten aufgrund der ökonomischen Schwäche der Sowjetunion in das von ihr beherrschte Lager ökonomisch eindringen und diese Länder ökonomisch und ideologisch zersetzen. Sie brauchten dazu keinen Krieg, und letztlich fielen diese Länder den westlichen Imperialisten wie reife Früchte in den Schoß.

Trotz alledem war diese Periode keineswegs eine Friedensperiode. Zwar blieb ein **Weltkrieg** aus, doch in ihren jeweiligen Einflußgebieten nahmen die imperialistischen Mächte wie gesagt erforderlichenfalls auch militärisch ihre Interessen wahr; insbesondere der US-Imperialismus nahm und nimmt sich das „Recht“, mit offenkundig an den Haaren herbeigezogenen Begründungen Länder zu überfallen, wann immer es ihm beliebt. (Korea, Libanon, Kuba, Vietnam, Iran, Grenada, Nicaragua, Panama, Libyen, Irak, Haiti, Sudan, Afghanistan) Die offen kolonialistische Abhängigkeit wurde zwar durch neokolonialistische bei formaler Unabhängigkeit der betreffenden Staaten ersetzt, doch dies war für die Imperialisten durchaus vorteilhaft: Zum einen wurde so den nationalen Befreiungskämpfen zunächst einmal die Spitze genommen, da diese Form der Abhängigkeit eine verdecktere ist. Zum anderen ist sie kaum weniger effektiv, da die formale Unabhängigkeit von Regierungen angesichts des ökonomischen Würgegriffs - insbesondere Verschuldung - keine Rolle spielt. Und schließlich entspricht diese Form den Interessen der kapitalistischen Rentiers aller imperialistischen Länder, denen daran gelegen ist, daß ihr fiktives Kapital in jedes beliebige Land exportiert werden kann.

Trotz der Beendigung des offenen Kolonialismus ist „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ein Begriff, der von imperialistischen Publizisten als hoffnungslos dogmatisch dargestellt wird, ein Relikt des angeblich hoffnungslos veralteten und durch die Tatsachen widerlegten Marxismus-Leninismus. Wer aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker offen ablehnt, der propagiert das Fremdbestimmungsrecht der Imperialisten über sie, und genau das tun dessen Publizisten: Irgendein Vorwand für ökonomische, politische und militärische Pressionen der Imperialisten findet sich immer. Das geschah übrigens auch in der imperialistischen Sowjetunion: In offener Abkehr vom Marxismus-Leninismus, der für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und Nationen eintritt, entwickelten die sowjetischen Revisionisten die sogenannte Breshnew-Doktrin von der „beschränkten Souveränität eines sozialistischen Landes“; damit wurde u.a. die militärische Aggression gegen die CSSR „gerechtfertigt“.

Bereits zu dem Zeitpunkt, als der Kampf zwischen dem Westen und dem sowjetischen Lager das internationale Bild hauptsächlich bestimmte, vollzog sich der Aufstieg Westdeutschlands und Japans, der Verlierer des letzten Weltkrieges. Innerhalb Westeuropas erreichte der westdeutsche Imperialismus mit ökonomischen Mitteln, was ihm im ersten und zweiten Weltkrieg nicht gelungen war: einen Wirtschaftsverband unter äußerlicher Gleichberechtigung, aber unter deutscher Vorherrschaft. Zugleich streckte er seine Fühler nach Osteuropa aus, bereits lange vor dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes. Mit diesem Zusammenbruch fiel das Außenwirtschaftsmonopol der betreffenden Staaten, das diesem Vordringen noch Schranken auferlegt hatte. Mit der Schaffung der „DM-Zone“ Euro wird - wie oben gezeigt - dem Dollar als alleiniger Weltleitwährung der Kampf angesagt. Zugleich wird sich die Vorherrschaft der deutschen Monopole über die Länder der Euro-Zone verstärken, da den Ländern mit niedrigerer Produktivität damit das Abwehrmittel der Währungsabwertung gegen den Warenexport ihrer Konkurrenten genommen ist.

Durch das gewaltige Anwachsen des Kapitalexports und die besondere Bedeutung, die Finanzanlagen gewonnen haben, erweiterten sich die Formen und Methoden der ökonomischen Aufteilung der Welt. Gestützt auf den Kapitalexport haben sich multinationale Konzerne entwickelt, die, ausgehend von ihrem Ursprungsland, im Rahmen einer internationalen Strategie ihre Produktions- und Finanzanlagen steuern. Die Wirtschaftswoche (16.9.94) schrieb:

*„Doch nicht nur der Größe nach sind viele Konzerne längst ganzen Staaten entwachsen. (...) Wie bei einem Menu à la carte picken sich die Manager weltweit agierender Wirtschaftsriesen in den einzelnen Ländern die Angebote heraus, die ihnen am meisten Gewinn versprechen. Produzieren, wo die Löhne niedrig, forschen, wo die Gesetze großzügig, und Gewinne dort ausweisen, wo wenig Steuern anfallen. Das grenzen- oder staatenlose Unternehmen, lange Zeit nur eine Vision von Managementgurus, ist real. (...)*

*Je mehr die supranationalen Konzerne 'ihre Betriebe über die Welt verteilen', klagt der US-Arbeitsminister Robert Reich, 'um so weniger Weisungsmacht und Kontrolle besitzt eine einzelne Regierung ihnen gegenüber'. (...)*

*Die Begriffe spiegeln den Machtverlust der Politik wider: Aus dem verdächtigen 'Multi' der sechziger Jahre wurde das 'trans-' oder 'supranationale Unternehmen', bei dem Politiker im Wettbewerb um Auslandsinvestitionen vorstellig werden.*

*Der damalige Streit um die Multis erscheint aus heutiger Sicht absurd, denn inzwischen ist die Internationalisierung der Wirtschaft in ganz andere Dimensionen vorgestoßen. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen stieg von 282 Milliarden Dollar im Jahr 1975 auf 2.125 Milliarden Dollar heute. Ein Drittel davon entfällt auf die 100 größten Unternehmen der Welt. Allein die Auslandsaktiva des britisch-niederländischen Ölkonzerns Royal Dutch/Shell schlagen mit rund 70 Milliarden Dollar zu Buche.*

*Die Zahl der transnationalen Unternehmen hat sich in den vergangenen 20 Jahren vervielfacht. Heute tummeln sich in der Welt rund 37.000 länderübergreifende Muttergesell-*

*schaften mit mehr als 200.000 Tochterunternehmen - zusammen verfügen sie über rund ein Drittel des weltweiten Privatvermögens. Ihr Umsatz erreicht 4.800 Milliarden Dollar - mehr als das gesamte Welthandelsvolumen.“*

Der Spiegel (39/1996) schrieb:

*„Eine begrenzte Zahl von imperialen Konzernen prägt so das neue Bild der Erde. Die 20 größten Unternehmen der Welt, darunter Mitsubishi (Nr. 1), die Royal Dutch/Shell (Nr. 10) und Daimler Benz (Nr. 17), setzen mehr um, als die 80 ärmsten Länder insgesamt erwirtschaften. Und die Menge an Waren, die sie kontrollieren, wächst gewaltig: Die Giganten der 'Global 500', die das amerikanische Magazin Fortune jährlich begutachtet, steigerten ihren Umsatz 1995 um elf Prozent; sie wuchsen damit viermal schneller als die Weltwirtschaft. Beim Gewinn legten die Multis noch mehr zu: fast 15 % im Jahr 1995 und sogar 62 % ein Jahr zuvor.“*

Doch gerade da setzt die Ultraimperialismus-Theorie erneut ein - wir sprechen hier nicht in erster Linie von einem Streit unter TheoretikerInnen, sondern von der landläufigen Illusion, Kriege zwischen Großmächten seien ein für allemal überwunden. Gestützt wird diese Illusion mitunter auf die Behauptung, **gerade weil** die multinationalen Konzerne in der ganzen Welt tätig seien, hätten sie keine nationalen Interessen, und folglich könne es nicht mehr zu Kriegen zwischen den mächtigsten Nationalstaaten kommen. Derartige Vorstellungen klingen auch im zuletzt angeführten Zitat aus der Wirtschaftswoche an, wo betont wird, ganze Regierungen seien den supranationalen Konzernen gegenüber machtlos, und suggeriert wird, die betreffenden Staaten hätten somit keine Bedeutung mehr. Daran ist natürlich richtig, daß die Regierungen derartigen Konzernen keine Befehle erteilen können, umgekehrt beherrschen aber sehr wohl die Finanzoligarchien ihre jeweiligen Regierungen.

Erinnern wir uns an die von Hilferding gegebene Definition des Kapitalexports, die wir auf Seite 94 zitiert haben: Der im Ausland geschaffene Mehrwert bleibt zur Verfügung des inländischen Kapitals. Multinationale Konzerne haben ihren

Stammsitz in einem bestimmten Land (in Ausnahmefällen allenfalls in zwei Ländern). **Kapital ist zwar keineswegs national, wenn es darum geht, aus dem eigenen Land zu flüchten, um irgendwo auf der Welt die derzeit günstigste Anlagensphäre zu finden. Es ist aber sehr wohl national, wenn es darum geht, den eigenen Staat zu mobilisieren, um die Interessen des ins Ausland geflüchteten Kapitals dort zu vertreten, sei es mit politischen oder erforderlichenfalls militärischen Mitteln.** Zugleich sind durch das gewaltig gewachsene Ausmaß des Kapitalexports neue Möglichkeiten der friedlichen Form des Kampfes um die Weltherrschaft entstanden: Die jeweiligen Konkurrenten können in noch stärkerem Maße als vorher von innen heraus durch Kapitalexport, Fusionen und Kooperationen unterhöhlt und dem eigenen Einfluß unterworfen sowie von außen durch starke Währungen oder auch durch Abwertungen im Importland geschwächt werden. Die Monopole bzw. Monopolgruppen der imperialistischen Länder benutzen ihren jeweiligen Staat als Instrument dieses Kampfes.

Eine theoretische Renaissance der Ultraimperialismus-Theorie findet sich bei **Sahra Wagenknecht, Kapital, Crash, Krise... Kein Ausweg in Sicht?, Bonn 1998.** Wagenknecht sagt zur Konkurrenz der großen Konzerne: *„Es ist eine verzerrte und in vieler Hinsicht gezügelte Konkurrenz. Aber natürlich bleibt es Konkurrenz, die im Extremfall darin endet, daß ein Gigant den anderen verschlingt.“* (S. 106) Einmal abgesehen davon, daß letzteres kein Extremfall, sondern der Normalfall der kapitalistischen Akkumulation ist: Diese Konkurrenz ist sicherlich insoweit „verzerrt“, als sie keine freie Konkurrenz, kein freies Spiel der Kräfte auf offenem Markt ist, aber deswegen ist sie keineswegs „gezügelt“, sondern im Gegenteil heftiger und brutaler geworden.

Es handelt sich dabei nicht etwa um einen zufällig falschen Zungenschlag Wagenknechts. An anderer Stelle sagt sie: *„Wer erst mal zu den Giganten gehört, hat keine ernsthafte Konkurrenz mehr zu fürchten.“* (S. 93) *„Fast jeder kooperiert mit jedem. Es gehört natürlich zur Öffentlichkeitsarbeit der Konzerne, so zu tun, als kämpfe man hart um jeden Kunden. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Man kämpft um möglichst hohe Renditen, und da liegt es*

*nahe, sich nicht zu sehr auf die Füße zu treten.*“ (S. 94) Richtig ist, daß fast jeder mit jedem kooperiert, doch das geschieht in der Absicht, den anderen über den Tisch zu ziehen, die Kooperation im geeigneten Zeitpunkt zu beenden und den „Kooperator“ möglichst zu schlucken. In den zuletzt angeführten beiden Zitate hingegen begegnet uns eine innerhalb der Monopole friedliche Welt, in welcher man gerade deshalb (???) dem Konkurrenten „nicht zu sehr auf die Füße treten“ will, weil (???) man um hohe Renditen (Profitraten) kämpft. Wie sich dies mit der Theorie Marx´ und Lenins und mit der kapitalistischen Wirklichkeit verträgt, bleibt das Geheimnis Wagenknechts.

Wagenknecht geht nicht so weit wie seinerzeit Hilferding, bei dem das Kapital im monopolistischen Stadium sein Wesen verliert und alle Widersprüche der kapitalistischen Produktion damit wegkonstruiert sind. So sagt sie: *„Und dieselben kapitalistischen Marktgesetze, die die Unternehmen zwingen, für zahlungskräftige Nachfrage zu produzieren, wirken darauf hin, diese Nachfrage zu reduzieren.“* (S. 106) Wie sich auf dieser Grundlage die Widersprüche zwischen den Monopolen abschwächen sollen, erklärt sie freilich nicht - es ließe sich auch keine Antwort finden. Im übrigen: „Verantwortlich“ für den von ihr benannten Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion ist ihr zufolge *„nicht der Markt als solcher, aber der kapitalistische Markt“*. (S. 106) Damit läßt sie theoretischen Spielraum für eine ominöse „sozialistische Marktwirtschaft“ - einen Widerspruch in sich (vgl. Kapitel VIII S. 74 - 100). So sagt sie, staatliche Betriebe - und damit meint sie ausdrücklich auch die der ihrer Auffassung nach sozialistischen DDR - könnten *„der gleichen Kosten-Kalkulation und Gewinnorientierung unterworfen werden wie private und funktionieren dann auch genauso.“* (S. 131) Ein „Problem“ (!) sieht sie dabei nur darin, daß dies in bestimmten Bereichen im Sozialismus nicht machbar, weil nicht mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu vereinbaren sei. Demzufolge wäre in Wagenknechts Sozialismus nicht nur die „Warenproduktion als solche“ bewahrt, sondern auch die vorrangige Orientierung der Betriebe auf den einzelbetrieblichen Gewinn (es ist kein Zufall, daß sie von Ulbrichts „Neuem Ökonomischem System der Planung und Leitung“ begeistert ist), von der lediglich - was ein „Problem“ sei - bestimmte Bereiche ausgenommen werden müßten. Ein schöner „Sozialismus“!

Bereits Wagenknechts „Markt als solcher“ geht an der Sache vorbei. Eine nichtkapitalistische Warenproduktion konnte es nur auf Grundlage eines niedrigeren Entwicklungsstandes der Produktivkräfte geben, doch die Entwicklung der Produktivkräfte bewirkte gesetzmäßig den Übergang von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion. Das Monopol ist der Beweis, daß die Warenproduktion historisch überholt ist, daß die Verhältnisse überreif sind für den Übergang zur gesellschaftlichen Leitung der Produktion. In dieser Situation von einem „Markt als solchem“ zu reden, der nicht verantwortlich für die Misere sei, ist eine krasse Beschönigung der Verhältnisse. Das will sie zwar nicht; so warnt sie, die PDS bestimme sich zwar in ihrer Programmatik *„als anti-kapitalistische Partei. Ich denke, daß sich damit auch die meisten Mitglieder unserer Partei identifizieren. Aber auch in der SPD gibt es viele linke Genossinnen und Genossen. Und ein bißchen Kapitalismuskritik steht selbst da noch im Parteiprogramm. Nur, das tangiert die aktuelle Politik nicht. Und wir müssen aufpassen, daß wir nicht den gleichen Weg gehen. Es gibt PDS-Mandatsträger, sogar Oberbürgermeister, die Dinge von sich geben, da wird mir, mit Verlaub, schlecht.“* (S. 27) Jedoch bejaht die PDS in ihrer Programmatik die Marktwirtschaft, und dem unterwirft sich eben auch Wagenknecht, indem sie zwischen einem angeblich schlechten kapitalistischen Markt und einem angeblich guten „Markt als solchem“ unterscheidet, indem sie vergißt, daß die einfache Warenproduktion den Kapitalismus und der Kapitalismus das Monopol hervorgebracht hat, welches aber nicht jenseits der Sphäre der Warenproduktion existiert, sondern auf deren Grundlage, was zu besonders heftigen Widersprüchen zwischen den Monopolen führt, anstatt diese Widersprüche zu „zügeln“. All dies sind keine zufälligen Versehen, sondern logische Konsequenz, wenn man sich in einer Partei wie der PDS arrangieren will.

Anfang 1996 überraschte der damalige Bundeskanzler Kohl die europäische Öffentlichkeit mit der Erklärung: *„Die Politik der europäischen Einigung ist in Wirklichkeit eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert.“* (BILD 13.2.96) Mit anderen Worten: Wenn Währungsunion und politische Union scheitern würden und damit der Weg des deutschen Imperialismus, seine Herrschaft über die anderen Länder mit

ökonomischen und politischen Mitteln zu verstärken, erschwert würde, dann würden wieder militärische Mittel in Europa aktuell. Kohls damalige rechte Hand Schäuble wurde noch deutlicher: *„Wir könnten in die alten Auseinandersetzungen zurückfallen. Und dann ist es in der Tat eine Frage von Krieg und Frieden im nächsten Jahrhundert. Wir müssen verhindern, daß die Fehler wiederholt werden, die in diesem Jahrhundert zu riesigen Katastrophen geführt haben.“* (Spiegel 7/96) Der britische Daily Telegraph brachte die Drohung auf den Punkt: *„Bitte, bitte, ihr spielt mit dem Feuer. Ihr müßt uns helfen, uns vor uns selbst zu schützen. Am besten, indem ihr genau das tut, was wir wollen.“* (nach Spiegel, ebenda)

Die Drohungen Kohls und Schäubles richteten sich gegen Frankreich und England. Es waren natürlich keine konkreten Kriegsdrohungen, doch die Vertreter der deutschen Monopole machten sehr deutlich, daß auf Dauer eben auch innerhalb Europas wieder Krieg in Betracht kommt, wenn es vom Standpunkt der von ihnen vertretenen Monopolgruppen notwendig wird, und ferner, daß es von diesem Standpunkt aus notwendig werden **kann**. Doch auch die mittlerweile zustandegekommene gemeinsame Währung (wenn auch ohne England) ist keinesfalls innerhalb Europas friedensstiftend. Durch diese Währung werden die Konkurrenten der deutschen Monopole weiter geschwächt, es wird einen Streit um deutsche Ausgleichszahlungen geben, damit nicht ganze Regionen Europas völlig ruiniert werden und soziale Unruhen entstehen usw. Diese Streitigkeiten werden auf dem Boden weiterhin fallender Profitraten und verstärkter Krisenanfälligkeit des Imperialismus stattfinden, was die vorauszusehenden gegenseitigen Schuldzuweisungen noch weit heftiger ausfallen lassen wird usw.

In erster Linie aber wird der Euro - wie im Kapitel über den Kapitalexport gezeigt - die Widersprüche zwischen dem US-Imperialismus und dem unter deutscher Vorherrschaft stehenden europäischen Imperialismus verschärfen, wobei Japan - das dann möglicherweise lieber in die Euro-Zone als in die Dollarzone Kapital exportieren wird - an die Seite Europas tre-

ten könnte. Angesichts der militärischen Dominanz der USA werden die europäischen Monopole noch geraume Zeit daran interessiert sein, den Kampf vorwiegend „friedlich“, also mit ökonomischen Mitteln, zu führen, um den Weltkrieg möglichst erst dann zu eröffnen, wenn der US-Imperialismus hinreichend ökonomisch geschwächt bzw. sein militärischer Vorsprung aufgeholt ist. Man wird daher auf dieser Seite des Atlantik bestrebt sein, die Phrase von der „Freundschaft“ mit den USA möglichst lange aufrechtzuerhalten. **Zugleich werden beide Seiten auch weiterhin militärische Mittel anwenden, um den Einfluß des Konkurrenten zurückzudrängen.** Dies kann die Form gemeinsamer Kriege annehmen, wie im Falle des Krieges gegen Jugoslawien 1999, wobei derartige Kriege unter NATO- oder UNO-Flagge geführt werden können. Es kann die Form von unter US- bzw. EU-Flagge geführter Stellvertreterkriege annehmen, nämlich militärischer Aggressionen gegen Länder, die enge wirtschaftliche Beziehungen mit dem jeweiligen Konkurrenten unterhalten. Im Zuge derartiger Entwicklungen wird die Gefahr eines Weltkrieges nach und nach wachsen.

1990 jubelte das proimperialistische Magazin Forbes (4/90): *„Zu schön, um wahr zu sein. Nach 2 verlorenen Weltkriegen stehen die Verlierer von Stalingrad und Iwo Jima als Sieger des Jahrhunderts fest. Deutschland und Japan wickeln fast 40 % der Weltexporte ab. Die USA und die UdSSR sind nur noch mit 16 % dabei. Von 35 Sortimenten, die auf dem Weltmarkt eine Rolle spielen, dominieren die Deutschen 16, die Japaner 5.“* Das Magazin spricht ganz offen vom „Endkampf um die Weltherrschaft“ und davon, daß man es „erstmal mit einem Krieg ohne Waffen und Rüstungsmaterial“ zu tun habe. Hitler habe den Glauben, „durch Finanzoperationen oder Handelsgeschäfte“ „auf friedlichem Wege die Welt erobern zu können“, für dekadent gehalten, indessen: *„Die Deutschen haben die Lektion gelernt.“* Dieses neue Credo spiegelte die Bedingungen der Nachkriegszeit wieder, unter denen der deutsche Imperialismus gezwungen war, den Krieg um Weltherrschaft mit „friedlichen“ Mitteln zu führen.

**Er behielt seine strategischen Ziele - Beherrschung Europas und schließlich Weltherrschaft - bei und mußte sie beibehalten, da sich das Finanzkapital eines jeden Landes in dem Maße, wie es ökonomisch erstarkt, letztlich nur durch den Sieg über seine internationale Konkurrenz behaupten kann,** doch er änderte seine Taktik. Durch die „europäische Eini-gung“ unter seiner Vorherrschaft sollte der US-Imperialismus ökonomisch bekämpft werden - jener große Konkurrent, der sowohl im ersten als auch im zweiten Weltkrieg zur Niederlage des deutschen Imperialismus entscheidend beitrug.

Doch Forbes jammerte zugleich, *„der moderne deutsch-japanische Kapitalist“* - die alte Achse ist nicht vergessen, und man denkt wohlgefällig an die Möglichkeit, sie wieder aufleben zu lassen! - könne sein Kapital aus den USA nicht zurück-holen und sei gezwungen, der Entwertung dieses Kapitals durch den Verfall des Dollars tatenlos zuzusehen: *„Es sind Dollarforderungen, die just das sind, was der deutsche Reichsbank-Präsident Hjalmar Schacht (an dieser Stelle erin- nert sich das Magazin also doch wehmütig an Hitlers Zeiten! D. Verf.) einmal ein 'hochverzinsliches Nichts' genannt hat. Die Sieger über Amerika sind zwar die Sieger, aber bezahlt werden sie immer wieder in Dollar (weil der Dollar eben Leit- währung ist, d. Verf.), die nichts anderes sind als Forderungen auf später zu zahlende Dollar, die mit Forderungen auf noch später zu zahlende Dollar 'getilgt' werden. (Gemeint ist: wachsende Verschuldung bei damals anhaltendem Kursverfall des Dollars, d. Verf.) Ja, Amerika zahlt mit dem Versprechen, zu zahlen. Die Yankees haben es dabei in der Hand, ihre Schulden, die auf eine Valuta lauten, die sie in jeder Menge selbst herstellen können, mit wertlosen Papierfetzen zu be- zahlen. Es muß nur das \$-Zeichen draufstehen.“* Und letztlich bestehe stets die Möglichkeit, daß *„das US-Government die Zahlungen an ausländische Gläubiger genauso achselzuckend einstellen (könnte) wie andere überschuldete Nationen davor auch.“* Und: *„Gegen den Schuldner USA kann nicht per Ka- nonenboot vollstreckt werden, wie dies früher internationaler Brauch war. Dazu ist Amerika auch im Fallen noch zu mächtig.“*

Schade, jammerschade! Man wähte sich ökonomisch schon als Sieger, als Weltherrscher (in Achse mit Japan!), weil der Verfaulungsprozeß des Kapitalismus in den US noch schneller voranschritt und man in das Terrain des Konkurrenten eindringen konnte. Doch dieser nutzte das Eindringen des Kapitals und der Waren der Sieger, um die Sieger durch Dollarverfall zu melken und damit in Verlierer zu verwandeln, und man konnte dagegen - leider, leider! - nichts tun, weil der in noch rascherem Tempo faulende US-Imperialismus militärisch immer noch der stärkere ist! So liefert das imperialistische Magazin ein schönes Lehrbeispiel dafür, daß ökonomische und militärische Aggression nur zwei **Formen** des Kampfes um die Weltherrschaft sind, die beide ihre jeweilige Funktion haben. Man darf sich von der jeweiligen **Form** des Kampfes - mal „friedlich“, mal militärisch - nicht blenden lassen, man darf über der Form nicht den **Inhalt** vergessen, den Kampf um Weltherrschaft, um das Wirtschaftsgebiet, um Anlagesphären für überschüssiges Kapital. Betrachtet man nur die Form, so erscheint derjenige Imperialismus, der aus bestimmten Gründen den Kampf zeitweilig nur oder vorwiegend mit ökonomischen Mitteln führt, als friedlich - und er wird sich immer so darstellen, weil das für ihn vorteilhaft ist. Doch die Analyse des **Inhaltes** des Kampfes zeigt, daß man es auf allen Seiten mit imperialistischen Räubern zu tun hat, die jederzeit bereit sind, die friedliche Form durch die militärische zu ersetzen, wenn ihnen das nutzt.

Während der deutsche Imperialismus auf das von Forbes dargestellte Problem eine ökonomische Antwort fand, den Euro, bereitet er zugleich die Möglichkeit militärischer Antworten vor:

Die militärische Zusammenarbeit mit dem französischen Imperialismus wird bereits seit geraumer Zeit gepflegt. Mitte 1999, unmittelbar nach dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien, in welchem USA und EU-Länder **indirekt** gegeneinander konkurrierten, beschlossen die 15 Staats- und Regierungschefs der EU, daß die EU einen eigenen Militärapparat schafft. In einer gemeinsamen Erklärung der deutschen und französi-

schen Regierung hieß es, „Europa“ müsse „die Mittel erhalten, um in Krisen eigenständig entscheiden und handeln zu können“. Das heißt im Klartext: In künftigen Kriegen will man die Möglichkeit haben, auch in militärischer Hinsicht nicht nur als Juniorpartner der USA zu agieren, sondern gegebenenfalls ohne und gegen sie. Bundeskanzler Schröder bezeichnete diesen Schritt als „nächstes großes Reformvorhaben der EU“ nach der Einführung des Euro. (Frankfurter Rundschau 31.5.99) In der Tat: **Der Euro ist ökonomisches Kampfmittel, die EU-Armee militärisches.**

Die konkreten Gründe, die zu unmittelbaren Kriegen zwischen imperialistischen Großmächten führen können, können heute mitunter sehr komplex und schwer durchschaubar sein. Neben „klassische“ Kriegsgründe können scheinbar so fernliegende treten wie Auf- und Abwertungen, Schaffung von Währungszonen usw., Operationen, die stets die Umverteilung des von den stärksten Monopolgruppen der verschiedenen Länder gerafften Mehrwerts zum Inhalt haben. Diese Monopolgruppen haben - wie schon gesagt - ihre politische und militärische Basis nach wie vor in ihren jeweiligen Nationalstaaten und setzen diese zur Wahrung ihrer Profitinteressen ein.

Die Stärkung der deutschen Monopole bzw. die Formierung der europäischen unter deutscher Vorherrschaft wird in Washington schon lange argwöhnisch verfolgt. Bereits die US-Aggressionen gegen Libyen und Irak richteten sich nicht zuletzt gegen deutsche und andere europäische Monopolgruppen, die Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern pflegten. Bei der Zerstückelung Jugoslawiens spielten die Interessen verschiedener imperialistischer Großmächte eine Rolle, die den nationalen Zwist der Völker Jugoslawiens schürten und für ihre Zwecke nutzten: Hinter Kroatien steht Deutschland, hinter Serbien Rußland, hinter Bosnien die USA. Der von den Imperialisten ausgehandelte Frieden war ein zeitweiliger Kompromiß zwischen ihnen, der jederzeit durch eine Forderung nach Neuaufteilung der Interessenssphären beendet werden kann.

Aufgrund der im zweiten Weltkrieg in aller Welt begangenen ungeheuren Verbrechen war der wiedererstarkte deutsche Imperialismus lange gezwungen, Militäreinsätze im Ausland weitgehend zu unterlassen. Diese Fesseln hat er mittlerweile abgeworfen. Nach und nach wird deutsches Militär in immer mehr Teile der Welt gesandt, und diese militärischen Aggressionen richten sich nicht nur gegen die betroffenen Völker, sondern auch gegen die imperialistischen Konkurrenten, vor allem die USA. Die Zeiten, in denen man tatenlos und zähneknirschend zusehen mußte, wie der US-Imperialismus militärisch seine Interessen wahrnahm - etwa im Golfkrieg -, will der deutsche Imperialist schnell vergessen.

**Der Kampf gegen den Militarismus, gegen die Vorbereitung und Führung imperialistischer Kriege ist eine wichtige Aufgabe der Arbeiterklasse. In diesem Kampf muß sie sich mit allen demokratischen und friedliebenden Kräften zusammenschließen und zugleich darum kämpfen, daß sie die politische Führung innehat, innerhalb dieses Kampfes ihre eigenen Klassenpositionen und ihre weiteren Ziele verfolgt. Dies beinhaltet den Kampf gegen den Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung, der sich der monopolistischen Bourgeoisie und insbesondere ihrem Militarismus anpaßt, der zwar vorgibt, „im allgemeinen“ für den Frieden zu sein, die imperialistischen Raubzüge seiner eigenen Bourgeoisie aber verteidigt.**

Die Aufgaben der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Militarismus, gegen Kriegsvorbereitungen und Kriege werden wir in späteren Kapiteln behandeln. An dieser Stelle sei nur folgendes gesagt:

Es ist die strategische Aufgabe des revolutionären Proletariats, dem imperialistischen Krieg den Bürgerkrieg entgegenzusetzen, den Krieg zur Zerschlagung des „eigenen“ Imperialismus. Der von der Arbeiterklasse geführte Kampf für den Frieden kann zwar ohne Zerschlagung des Imperialismus im günstigsten Falle diesen oder jenen konkreten Kriegsausbruch verhindern bzw. diesen oder jenen konkreten Krieg beenden, was selbstverständlich in jedem Fall außerordentlich wichtig ist,

kann aber nicht die Gefahr imperialistischer Kriege aus der Welt schaffen. Da der Imperialismus gesetzmäßig zum Kriege drängt, kann der imperialistische Krieg nur durch die Machtergreifung des Proletariats und die weltweite Zerschlagung des Imperialismus ins Museum der Geschichte verfrachtet werden. Die geschichtliche Situation stellt die Arbeiterklasse nicht vor die Frage, ob sie kämpfen will oder nicht. Sie stellt sie letztlich vor die Frage, für **wessen** Interessen sie kämpfen will: im imperialistischen Krieg für die Profiteure der Bourgeoisie oder in der proletarischen Revolution für ihre eigenen Klasseninteressen. Schon auch aus diesem Grunde ist die DKP-Konzeption eines „*Weges ohne Bürgerkrieg*“ (vgl. S. 58) eine höchst gefährliche Apologie der imperialistischen Verhältnisse - wer den Bürgerkrieg **gegen den Imperialismus** grundsätzlich ablehnt, der entwaffnet die Arbeiterklasse auch im Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

Gegenüber dem Gewaltapparat des imperialistischen Staates ist die Arbeiterklasse machtlos, wenn sie sich nicht darauf vorbereitet hat, in einer revolutionären Situation ebenfalls zu den Waffen zu greifen. Sie kann in einer solchen Situation nur siegen, wenn sie bereits zuvor einen beharrlichen Kampf gegen den Militarismus und alle imperialistischen Bestrebungen geführt hat, wenn sie insbesondere einen beharrlichen Kampf geführt hat, um die Armee der Bourgeoisie, die ja in ihrer Masse aus Arbeitern besteht, ideologisch zu zersetzen, wenn sie sich darauf vorbereitet hat, die Waffen der Bourgeoisie gegen diese selbst zu richten.

## MILITARISTISCHE IDEOLOGIE

Die dem Monopol innewohnende Fäulnis dringt nach außen, tritt gesetzmäßig in imperialistischen Raubzügen gegen die Völker der Welt in Erscheinung, die einmal „friedliche“, ein andermal gewalttätige Form annehmen. Auf dieser Grundlage bringt der monopolistische Kapitalismus gesetzmäßig eine reaktionäre, Herrschaft und Gewalt verherrlichende Ideologie hervor. Insbesondere das Militärwesen und alles, was damit zusammenhängt, wird glorifiziert, das Ausüben militärischer Gewalt, die Herrenallüren seitens der Offiziere und Generäle und der entsprechende Kadavergehorsam, der von den Mannschaften verlangt wird. Derartige „Wert“vorstellungen wirken auf die gesamte von den Imperialisten beherrschte Gesellschaft. Imperialistische Ideologie wirkt nicht nur in unmittelbar militärischen Formen, als Verherrlichung des Militärwesens. Legale und illegale Machtausübung, Verbrechen aller Art bilden einen Kernpunkt imperialistischer „Kultur“, sei es in verherrlichender, verharmlosender, scheinbar neutraler Art oder in Form der Darstellung des Kampfes „guter“ gegen „böse“ Gewalt unter dem Vorwand der angeblichen Ablehnung von Gewalt.

Wie offen oder versteckt die Imperialisten eines gegebenen Landes zu einem gegebenen Zeitpunkt ihre aggressiven Ziele propagieren, hängt vom nationalen und internationalen Kräfteverhältnis ab. Im Vergleich mit dem früheren lärmenden Auftreten des deutschen Militarismus erfolgte dessen Wiederverstärken nach dem zweiten Weltkrieg unter eher gedämpften Tönen. Unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg erklärte der spätere Kriegsminister (man spricht freilich zurückhaltend von „Verteidigungs“minister) Strauß demagogisch, wer in diesem Land noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen wolle, dem solle die Hand abfallen. Die Wiederbewaffnung wurde gegen den Widerstand breiter Teile der Bevölkerung durchgesetzt, wobei sich CDU/CSU einerseits und SPD andererseits in verteilten Rollen betätigten: Die erstere marschierte immer

voran, die letztere bremste dem Scheine nach, um den Widerstand der Bevölkerung zu lähmen und in ungefährliche Bahnen zu lenken, und letztlich stimmte sie immer denjenigen Maßnahmen zu, die politisch gerade durchsetzbar waren.

Die „Rechtfertigung“ der Vorbereitung und Durchführung von Kriegen kann sehr viele Schattierungen durchlaufen, immer der jeweiligen Situation angepaßt. Das beginnt beim imperialistischen Pazifismus, der vorgibt, man rüste nur, um den Frieden zu verteidigen, und endet bei der offenen Formulierung des Raubes, den man anstrebt. Letzterer kann sogar immer noch als „Verteidigung“ ausgegeben werden. So kämpften die Hitlerfaschisten angeblich im Osten für „Lebensraum des deutschen Volkes“, den die bösen Slaven verweigerten. Der Rassismus, die Ideologie der Überlegenheit gegenüber anderen Völkern und Rassen, wird zum Zwilling Bruder der militaristischen Ideologie. Sofern es sich um einen Krieg gegen andere Imperialisten handelt, kann der eigene verharmlost werden, indem einseitig der - tatsächlich existierende - räuberische Charakter des anderen betont wird. Auch die Verherrlichung des Krieges als Abenteuer ist Bestandteil der Palette.

Vom imperialistischen Pazifismus zu unterscheiden ist der ehrliche Pazifismus innerhalb des Volkes, der einerseits auf dem Wunsch nach Frieden und andererseits auf Illusionen über den Charakter des Imperialismus beruht. Dieser Pazifismus nutzt einerseits dem Imperialismus, weil er den Widerstand gegen die realen Kriegsvorbereitungen erschwert. Er schadet ihm andererseits, weil er der „Begeisterung“ für die Ziele der Imperialisten entgegenwirkt. Paradoxerweise ist auch der vom faulenden Kapitalismus erzeugte schrankenlose Individualismus ein gewisses Hemmnis für kriegerische Aktionen, weil der Individualist nicht einsieht, warum er seine Knochen für **irgend etwas** hinhalten soll. Andererseits bewirkt der Fortschritt der Produktivkräfte auch im militärischen Bereich eine voranschreitende Ersetzung des Menschen durch die Maschine: Massenvernichtungswaffen machen den Einsatz einer großen Anzahl von Soldaten vielfach unnötig. Allerdings ist auch diese Tendenz nicht absolut, denn die dauerhafte militärische

Beherrschung eines Terrains erfordert Bodentruppen, die dauerhafte militärische Beherrschung ist indessen erforderlich, um die günstigsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Eroberung zu schaffen. (vgl. die Ausführungen Schlotterers vor deutschen Industriemagnaten, S. 143 ff.)

Der wiedererstarkte deutsche Imperialismus kann nun wieder ohne die ihm in der Nachkriegsperiode auferlegten Beschränkungen Krieg und die Drohung mit Krieg als ein Mittel der Politik nutzen. Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr, erklärte 1992: *„Es muß für den Zeit- und Berufssoldaten selbstverständlich werden, jederzeit zum Einsatz außerhalb Deutschlands bereit zu sein. (...) Die Soldaten (müssen sich) mit dem Tod vertraut machen.“*

Oberstleutnant Herden, Bereichsleiter für Analysen und Risikoprognosen, benennt in den Nummern 2 und 3/1996 der Bundeswehrzeitschrift *„Truppenpraxis - Wehrausbildung“* ausdrücklich das Ziel einer *„notwendigen mentalen Bewußtseinsänderung“* bei Bürgern und Soldaten. Er malt das Bild einer im Chaos versinkenden Welt, in der sich die Armeen Europas zu behaupten haben. *„Das 21. Jahrhundert wird die Ära eines neuen Kolonialismus sein“*, erklärt er offen. Regionen, die dem internationalen Wettbewerb nicht mehr gewachsen sind, würden für die Kolonialmächte nur noch *„Ressourcenlieferanten und Absatzmärkte“* sein. Die Regierungen und Armeen der reichen Länder würden dann in militärische Aktion treten, *„wenn ihre wirtschaftlichen Interessen durch illegale Praktiken oder die Ausübung von Gewalt beeinträchtigt werden.“* Illegal ist demnach alles, was sich den Profitinteressen der Monopole und dem von den imperialistischen Ländern angemäßen Gewaltmonopol widersetzt.

Unter Nutzung rassistischer Ideologie malt Herden von den Einwohnern der Armenregionen das passende Feindbild: In ihrer Hoffnungslosigkeit beherrsche die zu kurz Gekommenen *„dumpfe Wut“*. Leben in Frieden sei ihnen *„das am wenigsten erstrebenswerte Dasein“*. (Man beachte die Verlogenheit des Imperialisten, der sich hier immer noch als Friedensfreund darstellt!) Die Feinde sind Menschen, die *„anders aus-*

*sehen, denken und handeln als Menschen im Westen“.* (Umgedreht heißt das: Feind ist jeder, der anders aussieht, denkt und handelt als die Imperialisten.) Den künftigen Gegnern der Bundeswehr erweist Herden nicht einmal mehr die „Ehre“, sie Soldaten zu nennen: *Der deutsche Soldat werde auf einen Feind stoßen, „der Gefallen am Töten gefunden hat, der sich nicht rational verhält, der zu unbeschreiblichen Greuelthaten fähig ist und seine Landsleute opfert, um zu überleben. Verrat ist ihm zur zweiten Natur geworden.“*

Die Bundeswehr müsse umfassend für diese „brutalen kleinen Kriege gegen die kleinen bösen Männer“ ausgebildet werden. Zu den „bösen Männern“ zählt folgender Archetyp: *„Er ist ein Mann, der im Frieden keine Zukunft sieht. (...) Er braucht den Krieg, um Beute zu machen, Leute zu ermorden und Frauen zu vergewaltigen.“* Ganz nebenbei erklärt Herden Länder südlich der Sahara und nicht näher bezeichnete slawische Staaten zu „Vergewaltigerzivilisationen“. Gezielt wird der künftige Gegner also entmenschlicht.

Und nachdem Herden „dem Feind“ unterstellt hat, nur aus Selbstzweck, aus Spaß an der Freude, Krieg zu führen, erklärt er selbst den Krieg zu einem Spiel: *„Auf dieser Ebene des Krieges geht es nur um Sieg und Niederlage. Man braucht Mut und Entschlossenheit, das Spiel zu spielen.“* Jetzt ist der Krieg auf einmal ein prickelndes **Spiel**, welches das Gefühl von Freiheit und Abenteuer sowie der eigenen „moralischen“ Überlegenheit bietet, welches Möglichkeiten eröffnet, „deutsche Mannestugenden“ wie „Mut und Entschlossenheit“ unter Beweis zu stellen.

Wir sehen: Da der deutsche Imperialismus wieder die Möglichkeit zu Militäreinsätzen im Ausland hat, bedient sich auch die Regierungspropaganda (die Zeitschrift, aus der wir zitierten, unterliegt der Aufsicht des "Verteidigungs"ministeriums!) wieder zunehmend der unverhüllt aggressiven und rassistischen Variante militaristischer Ideologie.



# VII.

## IMPERIALISMUS: REAKTION AUF DER GANZEN LINIE

Das Monopol ersetzt die freie Konkurrenz als Feld des Kampfes der Kapitale in hohem Maße durch Machtausübung, wie wir gesehen haben. An die Stelle sachlicher Abhängigkeitsverhältnisse treten bis zu einem bestimmten Ausmaß persönliche, auch wenn diese persönlichen in letzter Analyse nur Mittel der sachlichen Verwertungsbewegung des Kapitals sind. Dies ist ein Ausdruck der ökonomischen Fäulnis, nämlich des Widerspruchs, daß die hochentwickelten Produktivkräfte den Übergang zu einer Gesellschaftsordnung erfordern, in der die ProduzentInnen ihr Produkt beherrschen, dieser Übergang aber vorerst nicht vollzogen ist. Diese Fäulnis und die von ihr hervorgebrachten Herrschaftsverhältnisse wirken auf alle Poren der monopolkapitalistischen Gesellschaft.

Die Ordnung des Finanzkapitals selbst ist eine hierarchische. Wir finden bereits in der Erscheinung ein Schachtelungssystem vor, innerhalb dessen Unternehmen andere beherrschen und an dessen Spitze die Finanzoligarchie steht. Man spricht ganz offen von „herrschenden“ und „beherrschten Unternehmen“, von „Beherrschungsverträgen“ usw. Auch innerhalb der Finanz**oligarchie** geht es nicht demokratisch zu, sondern nach Macht und Einfluß. Innerhalb aller bedeutenden einzelnen Unternehmen finden wir ebenfalls eine Hierarchie vor - bei Banken, Versicherungen, Industrie- und Handelsunternehmen. Wer Karriere machen will, hat seinem Vorgesetzten zu gehorchen, und zwar in den spezifischen Formen, die der betreffende Vorgesetzte verlangt: Dies kann blinder Kadavergehorsam sein oder konstruktives Mitdenken, wo-

bei das Ausmaß, in welchem letzteres gefragt ist, wiederum exakt vorgegeben ist. Die Schlachtordnung des Militärs ist präzise widerspiegelt, bis hin zu solchen Einzelheiten, daß Begriffe wie „Stab“ und „Linie“ benutzt werden. Daß wir hier militärische Formen in nichtmilitärischen Bereichen vorfinden, muß uns nicht wundern: Wir haben ja gesehen, daß ökonomische, politische und militärische Formen des Kampfes der Monopole denselben Inhalt haben.

Ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie da durchgegriffen wird, liefert uns Wolfgang Schieren, lange Jahre der unumschränkte Herrscher über den Allianz-Konzern. Stellte sich jemand gegen seinen Willen, galt dies als Meuterei und wurde entsprechend bestraft. Schieren hatte den Finanzvorstand Friedrich Schiefer bereits zum Kronprinz gekürt, als dieser ihm in einer geschäftspolitischen Frage widersprach. Schiefer wurde degradiert und unehrenhaft aus der Allianz-Truppe ausgestoßen. (vgl. Schmid, S. 6)

Schieren, bei der Allianz als „der General“ bezeichnet, hatte sich als Offiziersanwärter freiwillig zum zweiten Weltkrieg gemeldet und galt auch später als Militärfanatiker. Überhaupt ist die Stellung eines Reserveoffiziers in aller Regel höchst vorteilhaft für den Aufstieg in den hierarchischen Apparaten des Finanzkapitals. Noch besser ist es, wenn man einer militaristischen Reserveoffiziersvereinigung und/oder einer entsprechenden studentischen Burschenschaft angehört - vorzugsweise schlagend - , und auch die Mitgliedschaft in einem Ritterorden oder dergleichen kommt gut an. Schulte-Noelle, Schierens Nachfolger an der Spitze der Allianz, ist ehemaliger Corpsstudent, und Ekkehard Wenger, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Uni Würzburg, vermutet, „daß es sich beim Allianz-Vorstand um einen elitären Geheim- und Amigo-Zirkel handelt“, der unter anderem auch den ehemaligen bayerischen Minister Tandler mit diversen Posten bedacht hatte. (nach Schmid, S. 6) Wenger hat beim Bundesverfassungsgericht Klage eingereicht und will die Allianz unter anderem zwingen bekanntzugeben, „wie viele Vorstandsmitglieder derselben Studentenverbindung angehören“. (ebenda) Die Erfolgsaussichten der Klage dürften wohl gering sein...

Minderheitenaktionäre, die sich auf Hauptversammlungen monopolistischer Aktiengesellschaften kritisch gegenüber der von den herrschenden Aktionären gebilligten Geschäftspolitik äußern, haben nichts zu lachen. Derartige Unbotmäßigkeiten werden in der Regel mit raschem Entzug des Rede-rechts geahndet - wo käme man hin, wenn jeder „Querulant“ sich stundenlang verbreiten könnte? -, und wer dann noch renitent ist, wird auch schon mal von rabiaten Ordnern aus dem Saal geschleift.

Eine Klasse, die in den eigenen Reihen derartige Strukturen errichtet, herrscht in entsprechender Weise über die Gesellschaft. Verachtung der Arbeiterklasse ist in diesen Kreisen vorausgesetzt, Interessenwahrnehmung seitens der Beschäftigten ist ein Dolchstoß in den Rücken der Oligarchen, die wiederum „Deutschland“ verkörpern, für „Deutschland“ einen Platz an der Sonne erkämpfen wollen. Und da immer weniger vom „niederen Volk“ dabei mitziehen, muß man eben den staatlichen Unterdrückungsapparat ausbauen, Polizei, Bundesgrenzschutz, Spitzelorgane usw., muß man die ohnehin spärlichen demokratischen Rechte weiter einschränken. Das Streikrecht etwa ist in der Bundesrepublik bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Doch das Finanzkapital stößt auf den Widerspruch, daß der entwickelte Grad der Produktivkräfte nicht die Knechtung der arbeitenden Menschen erfordert, sondern die Freisetzung ihrer schöpferischen Kräfte. Man trommelt von der Notwendigkeit, „das Gold in den Köpfen der Beschäftigten“ freizusetzen, doch dies setzt selbstbewußte ProduzentInnen voraus, die über ein hohes Maß an Kenntnissen und Fertigkeiten verfügen und sich dessen bewußt sind und die zumindest ein gewisses Maß an Befriedigung aus ihrer Tätigkeit ziehen. Dies ist unvereinbar mit geduckten ProduzentInnen, die nur aufgrund der über ihnen schwebenden Knute tätig werden. Folglich kann man nicht allein mit der Knute, sondern muß nach Möglichkeit mit einem hohen Maß an Betrug und Demagogie herrschen.

Dies ist ein wesentlicher Grund für die spezifische Verlogenheit der imperialistischen Ideologie: Der Druck, die Herr-

schaftsverhältnisse gegenüber den ProduzentInnen im eigenen Land müssen vertuscht werden, so lange und so gut es geht, und es muß eine Scheinwelt von Selbständigkeit, Individualität, Freiheit usw. vorgegaukelt werden. An allen Ecken und Enden kommt freilich ans Tageslicht, wie verlogen diese Plastikwelt ist und wie eng die Ketten sind, an die die ProduzentInnen und insbesondere die Arbeiterklasse gekettet sind. Je dünner das Eis, auf dem die Imperialisten sich bewegen, je drückender das Problem der fallenden Profitrate, welches vermittels der nationalen und internationalen Konkurrenz den Druck auf die einzelnen Monopole steigert, desto weniger Raum bleibt den Monopolen für die Pflege dieser Scheinwelt, desto stärker wird die Notwendigkeit, die über den ProduzentInnen schwebende Knute auch einzusetzen.

Von unschätzbarem Vorteil ist es für die Vertreter des Finanzkapitals, wenn es ihnen gelingt, einen möglichst großen Teil der Bevölkerung als Komplizen ihrer Raubzüge gegen andere Völker zu gewinnen. So sollen die arbeitenden Menschen in Deutschland „für Deutschland“ kämpfen statt für ihre eigenen Interessen, in Frankreich „für Frankreich“, in den USA „für Amerika“ usw. Eine unterdrückte Klasse, die an der Unterdrückung anderer Völker als Komplize teilnimmt, kann sich selbst nicht befreien.

Der englische Freihandels-Papst Cobden schrieb im 19. Jahrhundert: *„Is it possible, that we can play the part of despot and butcher there (in India), without finding our character deteriorate at home?“* („Ist es möglich, daß wir dort (in Indien) die Rolle des Despoten und Metzgers spielen können, ohne auch zuhause unseren Charakter zu erniedrigen?“ Zitiert nach Hilferding, Ausgabe Dietz S. 437; oder Ausgabe EVA S. 433) Der liberale englische Bourgeois war noch besorgt, daß „wir“ - also seine Klasse - „uns“ selbst beschmutzen könnten, indem „wir“ gegenüber anderen Völkern die Rolle des Despoten und Metzgers spielten. Derartige Sorgen dürfte man heute in der bürgerlichen Klasse höchst selten antreffen, doch das Proletariat - die Klasse, der historisch die Rolle des Totengräbers der kapitalistischen Ordnung zukommt - muß in den imperialistischen Ländern sehr darauf bedacht sein, sich

nicht gemeinsam mit der Bourgeoisie zu beschmutzen und zu erniedrigen, indem sie für das imperialistische sogenannte Vaterland, für die Unterjochung anderer Völker eintritt, anstatt dagegen zu kämpfen.

Das Überhandnehmen des Kapitalexports fordert die Einmischung seitens des Staates des Exporteurs sehr viel stärker heraus, als das bei bloßem Warenexport der Fall war. *„Es handelt sich dann um viel größere Interessen. Das Risiko ist viel größer, wenn in fremdem Lande Eisenbahnen gebaut, Land erworben, Hafenanlagen angelegt, Bergwerke gegründet und betrieben werden, als wenn bloß Waren gekauft und verkauft werden.“* (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 441; oder Ausgabe EVA S. 436) Das Risiko ist noch größer, wenn dort gigantische Finanzanlagen geparkt und durch alle möglichen Entwicklungen des Importlandes oder dritter Länder, durch bewußte Einwirkungen oder durch chaotische Einwirkungen des kapitalistischen Weltmarktes, gefährdet werden können.

Das kapitalexporthierende Land fordert gebieterisch, daß die inneren Verhältnisse des Importlandes so eingerichtet werden, daß das exportierte Kapital und die daraus gezogenen Profite maximal gesichert werden. *„Die Rückständigkeit der Rechtsverhältnisse (in industriell wenig entwickelten Importländern, d. Verf.) wird (...) zu einer Schranke, deren Überwindung auch mit gewaltsamen Mitteln das Finanzkapital immer stürmischer fordert. Dies führt zu immer schärfer werdenden Konflikten zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten und der Staatsgewalt der rückständigen Gebiete, zu immer dringender werdenden Versuchen, diesen Gebieten die dem Kapitalismus entsprechenden Rechtsverhältnisse aufzuzwingen, sei es mit Schonung oder aber mit Vernichtung der bisherigen Gewalten. Zugleich bringt die Konkurrenz um die so neu eröffneten Anlagesphären neue Gegensätze und Konflikte zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten selbst mit sich. In den neu erschlossenen Ländern selbst aber steigert der importierte Kapitalismus Gegensätze und erregt den immer wachsenden Widerstand der zu nationalem Bewußtsein erwachenden Völker gegen die Eindringlinge, der sich leicht zu gefährlichen Maßnahmen gegen das Fremdkapital*

steigern kann. (...) Daher der Ruf aller in fremden Ländern interessierten Kapitalisten nach der starken Staatsmacht, deren Autorität ihre Interessen auch in den fernsten Winkeln der Welt beschützt, der Ruf nach der Kriegsflagge, die überall gesehen werden muß, damit die Handelsflagge überall aufgepflanzt werden kann. Am wohlsten fühlt sich aber das Exportkapital bei völliger Beherrschung des neuen Gebietes durch die Staatsmacht seines Landes. Denn dann ist der Kapitalexport anderer Länder ausgeschlossen, es genießt eine privilegierte Stellung, und seine Profite erhalten womöglich noch die Garantie des Staates. **So wirkt der Kapitalexport für eine imperialistische Politik.**“ (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 441 f.; oder Ausgabe EVA S. 436 f.; Hervorhebung v. Verf.)

Imperialistische Politik wurzelt also stets in den ökonomischen Verhältnissen des Imperialismus, im Monopol, welches Ausdruck der Fäulnis ist, aufgrund derer das Kapital aggressiv nach außen drängt, um sich verwerthen zu können. Das ist in den „modernen“ Zeiten des Neokolonialismus nicht anders als zu Zeiten des klassischen Kolonialismus. Als der deutsche Imperialismus in China den Boxeraufstand niederschlug, erklärte der deutsche Kaiser, man sollte in einer Weise vorgehen, daß es auf Jahrhunderte hin keine Chinese wagen würde, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen. Als die Imperialisten verschiedener Länder 1960 in einer gemeinsamen Aktion Lumumba, den Präsidenten des unabhängigen Kongo, der die Unabhängigkeit zu wörtlich genommen hatte, ermordeten und den Widerstand der restlichen Regierung blutig niederschlugen, gebrauchten sie keine solchen „starken“ Worte - ihre Taten reichten ihnen aus.

Auch eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte des Kapitalismus, die ursprüngliche Akkumulation, wurde mit dem Export von Kapital in unterentwickelte Länder dort reproduziert: Brauchte man einheimische Arbeitskraft, so nahm man der erforderlichen Anzahl von Einheimischen gewaltsam ihr Land und damit ihre Einkommensquelle, um sie zu Fabrikarbeit für die Imperialisten zu zwingen:

„Das Land wird an die Eroberer abgetreten, wobei zugleich immer mehr die Tendenz sich geltend macht, es nicht an einzelne Einwanderer, sondern an große Landgesellschaften zu vergeben. Das ist namentlich der Fall, wenn es sich um Ausbeutung von Bergwerksprodukten handelt. Hier wird plötzlich nach den Methoden der ursprünglichen Akkumulation kapitalistischer Reichtum in der Hand weniger Kapitalmagnaten geschaffen, während die kleinen Ansiedler das Nachsehen haben. Man denke an die gewaltigen Reichtümer, die auf diese Weise in den Händen der Gruppe, die die Goldminen und Diamantenfelder des englischen Südafrika und in verkleinertem Maßstab in den Händen der deutschen Kolonialgesellschaften, die in engster Verbindung mit den Großbanken stehen, in Südwestafrika konzentriert werden. Die Expropriation schafft zugleich in den freigesetzten Eingeborenen ein Proletariat, das zum willenslosen Objekt der Ausbeutung werden muß. Die Expropriation selbst wird ermöglicht durch den Widerstand, den die Ansprüche der Eroberer naturgemäß bei den Eingeborenen finden müssen. Das gewalttätige Auftreten der Einwanderer schafft selbst die Konflikte, die das staatliche Eingreifen 'nötig' machen, und der Staat sorgt dann dafür, daß gründliche Arbeit gemacht wird. Das Streben des Kapitals nach widerstandslosen Ausbeutungsobjekten wird als 'Befriedung' des Gebietes nunmehr Staatszweck, für dessen Erfüllung die gesamte Nation, das heißt in erster Linie die proletarischen Soldaten und Steuerträger des Mutterlandes aufzukommen haben.

Wo die Expropriation nicht auf einmal so radikal gelingt, wird derselbe Zweck erreicht durch Einrichtung eines Steuersystems, das von den Eingeborenen Geldbeiträge in einer Höhe verlangt, die nur aufzubringen sind durch unablässige Arbeit im Dienst des fremden Kapitals. Diese Erziehung zur Arbeit hat seine Vollendung erreicht im Belgischen Kongo, wo neben der erdrückenden Besteuerung chronische Gewaltanwendung der infamsten Art, Betrug und Hinterlist die Mittel kapitalistischer Akkumulation darstellen. Die Sklaverei wird aufs neue ein ökonomisches Ideal und damit zugleich jener

*Geist der Bestialität, der sich aus den Kolonien auf die Träger der Kolonialinteressen der Heimat überträgt und hier seine widerlichen Orgien feiert.“*

(Hilferding; Ausgabe Dietz S. 436 f.; oder Ausgabe EVA S. 432 f.)

Die bislang widerlichsten Orgien feierten die Sklaverei und der Geist der Bestialität unter dem Hitlerfaschismus: Wer sich der Finanzoligarchie nicht unterwarf und wer nicht zur „arischen Herrenrasse“ gehörte, wurde zum rechtlosen Sklaven erklärt, den man etwa im ausdrücklich so genannten Programm „Vernichtung durch Arbeit“ einer für die Herrenrasse nützlichen Verwendung zuführte bis hin zur Verarbeitung der Haut zu Lampenschirmen. Bezeichnend ist, daß diese Spielart der Diktatur der Finanzoligarchie nicht nur terroristisch war, sondern auch in der Form der Willkür und Gesetzlosigkeit daherkam und mit dieser Form prahlte. So ist z.B. der Ausspruch Görings überliefert: „Wer Jude ist, bestimme ich.“ Hier ist sogar eine offizielle Zielsetzung des faschistischen Regimes - die Vernichtung der Juden - in die Willkür eines einzelnen Machthabers aufgelöst, der mit dieser Willkür öffentlich prahlen kann. Derartige Willkür ist wesentlicher Bestandteil der betreffenden Form der Machtausübung, denn die nahezu unumschränkte Herrschaft der Funktionäre des Regimes in deren Zuständigkeitsbereich ist eines der obersten Prinzipien dieses Regimes. Die oberste und dem Scheine nach vollends unbeschränkte Herrschaft übt „der Führer“ aus, angeblich nur von der „Vorsehung“ geleitet, die jedoch in der Wirklichkeit die höchst irdische Gestalt der Finanzoligarchie annimmt.

Unter der parlamentarischen Demokratie schützt der Staat die Verherrlicher dieses Regimes mit Polizeigewalt, finanziert er sie mit Wahlkampfkostenerstattung, päppeln Vertreter des Kapitals sie mit großzügigen Spenden. Kein Wunder, denn es ist dieselbe Finanzoligarchie, die herrscht, und sie ist sich dessen bewußt, daß sie unter bestimmten Umständen die bürgerlich-demokratische Form dieser Herrschaft wieder gegen die terroristische austauschen muß. Ob sie dabei just **die-sen** Abschaum nutzen oder auf wiederum andere Formen zu-

rückgreifen wird, mag dahinstehen - als flankierendes Mittel zum Kampf gegen die Arbeiterbewegung und alle fortschrittlichen Kräfte kann sie diesen Abschaum allemal gut gebrauchen.

*„Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. **Reaktion auf der ganzen Linie**, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet - das ist das Ergebnis dieser Tendenzen.“*

(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 302; oder LAW II S. 762; Hervorhebung v. Verf.)

## DAS ENDE DES LIBERALISMUS

Das aufsteigende Bürgertum hatte die Ideologie des Liberalismus hervorgebracht. Die liberale Bourgeoisie lehnte im Namen der Freiheit (liber heißt auf lateinisch frei) staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben ab. (vgl. Kapitel XI S. 49, wo die politökonomische Schule der Physiokraten erwähnt wird, eine wesentliche geistige Quelle des Liberalismus) *„Der Liberalismus war wirklich destruktiv, bedeutete in der Tat den ‘Umsturz’ der (absolutistischen, d. Verf.) Staatsgewalt und die Lösung der alten Bindungen (z.B. der zunftmäßigen Beschränkungen der Produktion, d. Verf.).“* (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 460; oder Ausgabe EVA S. 454) *„Sein Sieg bedeutete zunächst eine gewaltige Machtminderung der Staatsgewalt. Das ökonomische Leben sollte, wenigstens dem Prinzip nach, der staatlichen Regelung gänzlich entrückt sein und politisch der Staat sich auf die Überwachung der Sicherheit und die Herstellung der bürgerlichen Gleichheit beschränken.“* (ebenda)

Die vom Liberalismus verkündete Freiheit war freilich nur die Freiheit des Privateigentümers. Dennoch war das Banner des Liberalismus seinerzeit ein fortschrittliches, da es sich gegen den feudalen bzw. absolutistischen Staat richtete. Einschränkung muß betont werden, daß der Liberalismus in Deutschland im Vergleich mit England und insbesondere Frankreich ausgesprochen schwächlich daherkam, und zwar insbesondere deshalb, weil die Aufgabe der Schaffung der Nation in Deutschland noch bei einem relativ hohen Entwicklungsgrad der bürgerlichen Gesellschaft nicht gelöst war und das Bürgertum zur Lösung dieser Aufgabe den Staat brauchte. *„Das Bedürfnis der Schaffung des Nationalstaates mußte die Bourgeoisie von vornherein staatserhaltend machen.“* (Hilferding, Ausgabe Dietz S. 461; oder Ausgabe EVA S. 455) Der Liberalismus nannte sich daher in Deutschland schon früh „nationalliberal“.

Der Übergang zum Imperialismus war das Ende des Liberalismus. Dieser Übergang gab nämlich den Finanzoligar-

chen eine Macht über die Gesellschaft, von der früher die mächtigsten Fürsten nicht einmal träumen konnten. Dem entspricht die Ideologie des monopolistischen Kapitalismus, des Imperialismus, was Hilferding bereits 1909 (!) trotz einiger Ungenauigkeiten eindrucksvoll aufzeigte:

*„Diese Ideologie ist aber der des Liberalismus völlig entgegengesetzt; das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft; es hat keinen Sinn für die Selbständigkeit des Einzelkapitalisten, sondern verlangt seine Bindung; es verabscheut die Anarchie der Konkurrenz und will die Organisation, freilich nur, um auf immer höherer Stufenleiter die Konkurrenz aufnehmen zu können. Aber um dies durchzusetzen, um seine Übermacht zu erhalten und zu vergrößern, braucht es den Staat, der ihm (...) den inländischen Markt sichern, die Eroberung ausländischer Märkte erleichtern soll. (Märkte nicht nur für Waren-, sondern auch für Kapitalexport, überhaupt: Wirtschaftsgebiet. D. Verf.) Es braucht einen politisch mächtigen Staat, der in seiner Handelspolitik nicht auf die entgegengesetzten Interessen anderer Staaten Rücksicht zu nehmen braucht. Es bedarf schließlich eines starken Staates, der seine finanziellen Interessen im Ausland zur Geltung bringt, seine politische Macht einsetzt, um den kleineren Staaten günstige Lieferungsverträge und günstige Handelsverträge abzunütigen. Einen Staat, der überall in der Welt eingreifen kann, um die ganze Welt in Anlagesphären für sein Finanzkapital verwandeln zu können. Das Finanzkapital braucht endlich einen Staat, der stark genug ist, um Expansionspolitik treiben und neue Kolonien sich einverleiben zu können. (Natürlich nicht nur in Form des offenen, sondern heute vor allem des versteckten Kolonialismus, d.h. der Beherrschung scheinbar unabhängiger Staaten. Auch nicht nur Expansionspolitik gegenüber kleineren und schwächeren Ländern, sondern gerade auch gegenüber den imperialistischen Konkurrenten. D. Verf.) War der Liberalismus ein Gegner der staatlichen Machtpolitik, wollte er seine Herrschaft sichern gegenüber den alten Gewalten der Aristokratie und Bürokratie, indem er ihnen die staatlichen Machtmittel in möglichst geringem Umfang ge-*

währte, so wird die Machtpolitik ohne jede Schranke zur Förderung des Finanzkapitalismus, und es wäre dies der Fall, auch wenn die Ausgaben für den Militarismus (...) nicht unmittelbar gerade den mächtigsten kapitalistischen Schichten wichtigen Absatz mit meist monopolistischen Gewinnen sichern würden. (Was aber natürlich der Fall ist, denn das Rüstungsgeschäft bietet staatlich garantierten Maximalprofit, der nicht „am Markt verdient“ sein muß, d. Verf.)

*Das Verlangen nach Expansionspolitik aber revolutioniert auch die ganze Weltanschauung des Bürgertums. Es hört auf, friedlich und humanitär zu sein. (In gewisser Hinsicht eine Beschönigung, denn der Kapitalismus war nie friedlich und humanitär, doch die liberale Ideologie der aufsteigenden kapitalistischen Ära hatte in Teilen des Bürgertums diesbezügliche ideologische Illusionen hervorgebracht, und mit diesen wurde nun Schluß gemacht. D. Verf.) Die alten Freihändler glaubten an den Freihandel nicht nur als die richtigste ökonomische Politik, sondern auch als Ausgangspunkt einer Ära des Friedens. Das Finanzkapital hat diesen Glauben längst verloren. Es hält nichts von der Harmonie der kapitalistischen Interessen, sondern weiß, daß der Konkurrenzkampf immer mehr zu einem politischen Machtkampf wird. Das Friedensideal verblaßt, an Stelle der Idee der Humanität tritt das Ideal der Größe und Macht des Staates. Der moderne Staat aber ist entstanden als Verwirklichung des Strebens der Nationen zur Einheit. Der nationale Gedanke, der in der Konstituierung der Nation als Grundlage des Staates seine natürliche Grenze fand, da er das Recht aller Nationen auf eigene staatliche Gestaltung anerkannte und damit die Grenzen des Staates in den natürlichen Grenzen der Nation gegeben sah (wieder eine gewisse Beschönigung, denn dieses Ideal wurde zwar in der fortschrittlichen bürgerlichen Kultur gepflegt, doch in der Praxis erkannte die Bourgeoisie das Recht anderer Nationen nie an; d. Verf.), wird jetzt gewandelt zu dem Gedanken der Erhöhung der eigenen Nation über die anderen. Als Ideal erscheint es jetzt, der eigenen Nation die Herrschaft über die Welt zu sichern, ein Streben ebenso unbegrenzt wie das Pro-*

*fitstreben des Kapitals, dem es entsprang. Das Kapital wird zum Eroberer der Welt, und mit jedem neuen Lande erobert es die neue Grenze, die es zu überschreiten gilt. Dieses Streben wird zur ökonomischen Notwendigkeit, da jedes Zurückbleiben den Profit des Finanzkapitals senkt, seine Konkurrenzfähigkeit verringert und schließlich das kleinere Wirtschaftsgebiet zum Tributpflichtigen des größeren machen kann. Ökonomisch begründet, wird es ideologisch gerechtfertigt durch jene merkwürdige Umbiegung des nationalen Gedankens, der nicht mehr das Recht jeder Nation auf politische Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkennt und der nicht mehr Ausdruck ist des demokratischen Glaubenssatzes von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, auf nationalem Maßstab. Vielmehr spiegelt sich die ökonomische Bevorzugung des Monopols wider in der bevorzugten Stellung, die der eigenen Nation zukommen muß. Diese erscheint als auserwählt vor allen anderen. Da die Unterwerfung fremder Nationen auf Gewalt, also auf sehr natürlichem Wege vor sich geht (gemeint ist die militärische Form dieser Unterwerfung, d. Verf.), scheint die herrschende Nation diese Herrschaft ihren besonderen natürlichen Eigenschaften zu verdanken, also ihren Rasseeigenschaften. In der Rassenideologie ersteht so eine naturwissenschaftlich verkleidete Begründung des Machtstrebens des Finanzkapitals, das so die naturwissenschaftliche Bedingtheit und Notwendigkeit seiner Handlungen nachweist. An Stelle des demokratischen Gleichheitsideals ist ein oligarchisches Herrschaftsideal getreten.*

*Umfaßt aber dieses Ideal auf dem Gebiete der auswärtigen Politik scheinbar die ganze Nation, so schlägt es auf dem Gebiete der inneren in die Betonung des Herrenstandpunktes gegenüber der Arbeiterklasse um. Zugleich stärkt die zunehmende Macht der Arbeiter das Streben des Kapitals, die Staatsmacht als Sicherung gegen die proletarischen Forderungen noch weiter zu verstärken.“*

(Hilferding, Ausgabe Dietz S. 462 ff.; oder Ausgabe EVA S. 456 ff.)

Trotz einiger Ungenauigkeiten eine genial vorausschauende Analyse:

Die Monopole **müssen** sich den Staat unterordnen und als Mittel des international sich verschärfenden Kampfes um das Wirtschaftsgebiet nutzen. Sofern dieser Kampf militärisch geführt wird, bedarf es der Ideologie der „natürlichen Überlegenheit“ der eigenen Nation bzw. Rasse. Die Vorbereitung der Armee auf Einsätze überall in der Welt macht die Pflege eines Feindbildes von zu bekämpfenden „Untermenschen“ unumgänglich. Die damit verbundenen Exzesse sind notwendige Folge, auch wenn sie von der militärischen und politischen Führung heuchlerisch beklagt werden. Das Bekanntwerden dieser Exzesse - etwa von der Art, daß Bundeswehr-Soldaten Massaker „spielten“ - stört freilich, solange der Kampf noch vorwiegend „friedlich“, d.h. mit ökonomischen und politischen Mitteln geführt wird. Auch in diesem „friedlichen“ Rahmen muß das Finanzkapital jeglichen Gedanken an Selbstbestimmung der Nationen allerdings mit Füßen treten: Will eine kleine Nation z.B. der EU nicht beitreten bzw. sich ihr nicht unterordnen, dann sind das „Hinterwälder“, die mit (vorerst „nur“) ökonomischem Druck zur Raison gebracht werden müssen. Doch der Kampf wird in erster Linie gegen die imperialistischen Konkurrenten geführt. Ist aus Sicht des Finanzkapitals eine **militärische** Form dieses Kampfes erforderlich, dann werden auch „zivilisierte“ Völker in der Propaganda schnell zu „Untermenschen“. Man denke z.B. an die Propaganda des britischen Imperialismus im Falklandkrieg. In dem Maße, wie eine militärische Konfrontation z.B. mit dem US-Imperialismus für das deutsche Finanzkapital zur realistischen Perspektive würde, würden sich „unsere amerikanischen Freunde“ in der herrschenden Propaganda rasch in „Untermenschen“ verwandeln. Das gleiche kann aber auch in Bezug auf europäische Völker geschehen, wenn die ökonomische Beherrschung Europas auf Widerstand stößt. Man warte ab, wie sich die „Freundschaft“ mit England entwickeln wird, sollte England dauerhaft außerhalb der Euro-Zone verbleiben und

gar - was in diesem Fall die logische Konsequenz wäre - Vorposten des US-Imperialismus in Europa würde.

Und schließlich: Der Herrenstandpunkt des Finanzkapitals richtet sich im Inneren gegen die Arbeiterklasse. In totaler Umkehrung der wirklichen Verhältnisse wird diese in der bürgerlichen Propaganda zum bloßen „Kostenfaktor“, hängt sie am Tropf der Finanzmagnaten, ist ihr Wohl und Wehe von diesen abhängig.

*„Was gut für die deutsche Bank ist, ist gut für Deutschland!“* An Herrschaftsbewußtsein fehlt es den Finanzmagnaten gewiß nicht. Und dennoch: Sie selbst wissen recht gut, wie dünn das Eis ist, auf dem sie sich bewegen. Ihr Kampf gegen das Sinken der Profitrate ist ein verzweifelter Kampf, und die Konkurrenz wird auch für sie immer stärker. Wenn sie ihre Staatsmacht auch zur Abwehr „innerer Gefahren“ immer mehr verstärken, wenn z.B. das Europol-Statut eine allmächtige Polizei im rechtsfreien Raum vorsieht, wenn vorbereitet wird, daß Polizisten Strafen verhängen dürfen usw., dann sind das keine Zeichen ihrer Stärke, sondern ihrer Schwäche.

Und sie **sind** schwach. Das Monopol ist Ausdruck des Niedergangs der kapitalistischen Ordnung. Wird die Macht in immer weniger Händen konzentriert, so werden diese wenigen zwar immer mächtiger, doch ihre Macht wird immer brüchiger. Die Verhältnisse selbst setzen die Übernahme der Verfügungsgewalt der Gesellschaft über die in hohem Maße bereits vergesellschaftete Produktion immer drängender auf die Tagesordnung. Doch es bedarf eines Vollstreckers, der die überfällige Umwälzung vollzieht. Dieser Vollstrecker kann nur die revolutionäre, von ihrer politischen Partei geführte Arbeiterklasse sein.

Der imperialistische Staat greift in allen Bereichen zugunsten der Monopole in das gesellschaftliche Leben ein. Entsprechend dem Drang der Monopole nach Herrschaft statt nach Freiheit ist der Staat ständig bestrebt, die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und anderer Teile der Bevölkerung so weit einzuschränken, wie das unter dem gegebenen Kräfteverhältnisse möglich ist. Diese Bestrebungen finden eine

Schranke lediglich im demokratischen Kampf der Arbeiterklasse und anderer demokratischer Kräfte. Das Grundgesetz war bereits reaktionärer als die Weimarer Verfassung - als Beispiel sei die 5 %-Klausel angeführt, die kleineren Parteien den Zutritt zum Parlament verwehrt. Auch das Grundgesetz wurde beständig ausgehöhlt. Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß demokratische Rechte nur dann ausgehöhlt und abgeschafft werden, wenn eine starke Arbeiterbewegung das Kapital dazu zwingt. Im Gegenteil greifen die Monopole und ihr Staat auch rein vorsorglich demokratische Rechte an, damit sie in einer späteren Situation nicht genutzt werden können, und beseitigen sie, wenn der Widerstand der demokratischen Kräfte zu schwach ist. Als Beispiel seien die 1968 durch eine Große Koalition von CDU/CSU und SPD durchgepeitschten Notstandsgesetze genannt, die es unter anderem ermöglichen, auf legalem Wege die parlamentarische Demokratie faktisch zu beseitigen.

**Der demokratische Kampf gegen diese Bestrebungen der Finanzoligarchie ist sehr wichtig. Die Arbeiterklasse muß anstreben, in diesem Kampf die Führung zu übernehmen. Ohne die Schule des demokratischen Kampfes durchlaufen zu haben, wird die Arbeiterklasse in der Regel nicht in der Lage sein, den Kampf um die Staatsmacht und die Zerschlagung des Imperialismus zu führen.** Wir werden den demokratischen Kampf und die Aufgaben der Arbeiterbewegung in diesem Kampf in einem späteren Kapitel behandeln.

## ZU DEN ÖKONOMISCHEN FUNKTIONEN DES IMPERIALISTISCHEN STAATES

Der Staat ist heute den Monopolen schon allein aufgrund der horrenden Staatsschulden untergeordnet. 1950 betragen die Staatsschulden der BRD 18 Milliarden DM, 1997 bereits 2.221 Milliarden DM (2,221 Billionen DM). Sie waren damit mehr als doppelt so hoch wie die jährlichen Einnahmen des Staates. 1997 mußten die SteuerzahlerInnen 136 Milliarden DM Zinsen an die Gläubiger zahlen, hauptsächlich also an die Banken.

Die enorme Zunahme der **Staatsverschuldung** beruht in erster Linie darauf, daß mit Verschärfung der kapitalistischen Krise die Gewinnsteuern gesenkt und die Subventionen des Staates an das Kapital - insbesondere in Form von Investitionszuschüssen - gesteigert wurden. 1991 waren die staatlichen „Transfers zur Förderung unternehmerischer Aktivitäten“ erstmals höher als die Gewinnsteuern: Die Transferzahlungen des Staates beliefen sich auf 126,3 Milliarden DM, die Gewinnsteuern nur auf 114,5 Milliarden DM, die Differenz betrug also 11,8 Milliarden DM. 1995 zahlte der Staat bereits 46 Milliarden DM mehr „zur Förderung unternehmerischer Aktivitäten“, als er an Gewinnsteuern einnahm: Die Staats-transfers betragen 1995 120,3 Milliarden DM, die Gewinnsteuern aber nur noch 74,3 Milliarden DM. (Quellen: Statistisches Bundesamt und Monatsberichte der Deutschen Bundesbank) **Damit ist deutlich, daß der deutsche Staat heute ausschließlich von den arbeitenden Menschen finanziert wird und daß diese darüber hinaus über die Steuer noch Tributzahlungen an die Unternehmen leisten müssen.** Der Staat ist ein gewaltiges Mittel der Umverteilung zugunsten der Monopole und zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung.

Tiefere Ursache dieser Funktion des Staates ist der gesetzmäßige Fall der Profitrate. Kapital wird nur dann im Inland produktiv angewandt, wenn eine bestimmte Profitrate erzielt werden kann; andernfalls fließt Kapital ins Ausland ab, fließt

es in die Spekulation oder wird es vernichtet. Indem der Staat einerseits Gewinnsteuern senkt und andererseits mehr Subventionen gewährt, wirkt er dem Fall der Profitrate objektiv entgegen. Er kann diesen Fall freilich nicht aufhalten, aber mitunter vorübergehend verzögern oder doch seine Beschleunigung vorübergehend hemmen. Die in dieser Weise agierenden Politiker können sich einreden, dabei zum Wohle des Ganzen zu handeln, indem sie der Vernichtung von produktivem Kapital und damit zugleich von Arbeitsplätzen entgegenwirken, und diese ideologisch verzerrte Vorstellung ist für sie angenehm. Aus Sicht des Kapitalisten ist sein Profitinteresse ohnedies identisch mit dem Gemeinwohl. Der beschriebene Mechanismus bedarf also keineswegs zwingend der bewußten Korruption, wenngleich die Korruption andererseits in dem Ausmaß gesetzmäßig wächst, wie dieser Mechanismus wirkt: Warum sollten Politiker und Geschäftsleute in einer Gesellschaft, die das Privatinteresse, also den Eigennutz, zum höchsten Gut erklärt, nicht auch mittels bewußter Korruption ihre Vorteile wahrnehmen? Zu den oben beschriebenen Mechanismen kommt hinzu, daß die privaten Monopole sich in vielen Bereichen - etwa Rüstungsproduktion, Bauwesen - über ihre Lobbyisten im Staatsapparat selbst Aufträge zuschanzen und sich damit Profite sichern, die nicht „am Markt verdient“ werden müssen, die somit auch in keiner Weise über die Befriedigung eines natürlichen Bedürfnisses realisiert werden müssen, sondern über persönliche Beziehungen zustandekommen. All dies ist grundsätzlich legal, doch auf dem Boden einer derartigen Legalität muß gesetzmäßig die üppigste Korruption gedeihen.

Die objektive Funktion der Umverteilung von Revenuen (Einkommen) zugunsten der Monopole und zu Lasten der arbeitenden Menschen besteht also in der **Subvention der Profitraten**. Doch diese Medizin kann dauerhaft nicht wirken, da den Ursachen, die zum Fall der Profitraten führen, damit keinesfalls entgegengewirkt wird (zu diesen Ursachen siehe Kapitel XI).

Sicherlich: Senkt der Staat Unternehmenssteuern bzw. gewährt er Subventionen, so kann dies bei sonst gleichbleibenden Umständen zunächst dazu führen, daß andernfalls unbefriedigende Profitraten befriedigend werden und das betreffende Kapital nicht ins Ausland abfließt. Allerdings agieren **alle** imperialistischen Staaten so, so daß die Wirkungen in Bezug auf die nationalen Profitraten sich bis zu einem bestimmten Grade ausgleichen. Vor allem aber schlagen die Wirkungen dieser staatlichen Maßnahmen früher oder später ins Gegenteil um. **Staatsschulden sind künftige Ansprüche der Gläubiger auf Lohnsteuer**, denn Zins und Tilgung müssen aus künftigen Einnahmen des Staates bestritten werden, die wiederum nur von den arbeitenden Menschen kommen können. Wird deren steuerliche Ausplünderung verstärkt, so drückt dies auf ihre Kaufkraft und damit auf den inneren Markt, während die Produktivität und damit die Produktionsfähigkeit weiterhin wächst. Dies verschlechtert die Verwertungsbedingungen des Kapitals noch mehr bzw. beschleunigt den Fall der Profitrate. Der Fall der Profitrate im eigenen Land führt aber gesetzmäßig zum verstärkten Kapitalexport (siehe S. 96 ff.), zur Verwandlung von produktivem in fiktives Kapital und zur Vernichtung von Kapital (siehe Kapitel XII). Dies beinhaltet weiteres Wachsen der Arbeitslosigkeit. Je mehr produktives Kapital in fiktives Kapital verwandelt wird, desto mehr werden die Profitratensubventionen Subventionen von fikti-  
vem Kapital, welches in keiner Weise „Arbeitsplätze schafft“. Je größer die Zahl der Arbeitslosen, desto höher die staatlichen Ausgaben im Sozialbereich - es ist schließlich Aufgabe des Staates, die Folgen der Verelendung bis zu einem gewissen Grade zu mildern, um soziale Unruhen und letztlich die Revolution zu verhindern. Doch all dies steigert wiederum die Staatsverschuldung, und so kann der Staat auch dieser Aufgabe immer weniger gerecht werden: Er muß Sozialleistungen kürzen, um die Profitratensubventionen nicht verringern zu müssen, nach Möglichkeit erhöhen zu können. Denn nach bürgerlicher Logik ist die Subvention der Profitraten (auch wenn dies seitens der Bourgeois-Ideologen natürlich begrifflich

nicht so gefaßt wird) die einzige Möglichkeit, der Krise entgegenzuwirken - **alle** Bundesregierungen haben so agiert, unabhängig davon, von welcher Partei sie geführt wurden. Wie wir aber gesehen haben, wird damit letztlich die gegenteilige Wirkung erzeugt.

All diese Entwicklungen lassen den Staat den Vertretern der bürgerlichen Ordnung als immer wichtigeres Mittel erscheinen, die bürgerliche Wirtschaft am Leben zu erhalten. Auch in dieser Hinsicht ist der Liberalismus längst am Ende - die wachsenden Widersprüche der bürgerlichen Produktionsweise **erzwingen**, daß der Staat immer mehr in die Wirtschaft eingreift, und zwar zugunsten der Monopole. Dieses Wachsen der ökonomischen Bedeutung und Funktionen des Staates führt wiederum dazu, daß der Staatsapparat sich immer mehr aufbläht und daß die innerhalb des Staates sich betätigenden Privatinteressen sich immer ungehemmter geltend machen. Dies trifft sowohl auf die einzelnen Gliederungen und Behörden des Staates zu als auch auf die einzelnen Funktionäre in Politik und Verwaltung. So genehmigen sich führende Politiker doppelte und dreifache Bezüge, etwa als Mitglieder von Parlamenten und Magistraten, Parlamenten und Regierungen, als ehemalige Minister, die neben ihren fetten Pensionen aus früherer Ministertätigkeit Diäten und „Aufwandsentschädigungen“ als Parlamentarier und zugleich private Einkünfte, etwa als Manager, aus „Beraterverträgen“ (legale Bestechungsgelder als Lobbyisten) usw. beziehen. Hohe Einkünfte der führenden PolitikerInnen sind für die gesamte Bourgeoisie von Interesse, denn sie müssen entsprechende Privilegien genießen, müssen der bürgerlichen Klasse angehören, um deren Interessen auch zuverlässig zu vertreten. Doch je weniger die Politiker die Aufgaben erfüllen können, die sie im Rahmen der bürgerlichen Ordnung zu erfüllen haben, desto mehr wachsen auch gewisse Widersprüche zwischen den politischen Funktionären und den Vertretern „der Wirtschaft“, desto stärker wird die Tendenz in Monopolkreisen, mit der bestehenden parlamentarischen Ordnung unzufrieden zu sein. So hoch die Profitratensubventionen auch sein mögen: sie erscheinen den Monopol-

vertretern stets zu niedrig, und zwar um so mehr, je mächtiger die Triebkräfte wirken, die den Fall der Profitrate verursachen und beschleunigen. Da die Widersprüche der bürgerlichen Produktionsweise als reale Ursachen der wachsenden Misere sich dem bürgerlichen Blick entziehen, erscheinen aus Sicht der Wirtschaftsmagnaten die „Unfähigkeit“ der Politiker, die „Unbeweglichkeit“ des Parlamentarismus usw. als Ursache. Die parlamentarische Demokratie setzt die Konkurrenz von in verschiedenen Parteien organisierten PolitikerInnen voraus, die sich nur über Wahlen die fettesten Pfründe sichern können - dieser Umstand zwingt die PolitikerInnen, bestimmte Rücksichten auf WählerInnen zu nehmen, die nicht der Bourgeoisie und schon gar nicht der Monopolbourgeoisie angehören, und dieser Umstand wirkt als Hemmschuh, der der schrankenlosen Durchsetzung der Wünsche der Monopole entgegenwirkt. So wächst in bestimmten Kreisen der Monopole der Wunsch heran, den Parlamentarismus durch eine direktere Form der Monopolherrschaft zu ersetzen. Theoretischer Ausdruck derartiger Bestrebungen ist der sogenannte Neoliberalismus.

Einer seiner Protagonisten, der Nobelpreisträger von Hayek, propagierte eine Staatsform, in welcher dem Parlament eine gesetzgebende Versammlung übergeordnet ist, eine politische Oligarchie, die verhindern soll, daß *„die Übereinstimmung einer Mehrheit darüber, wie der Gewinn aus der Beraubung einer widersprechenden Minderheit zu verteilen ist“*, politisch agieren kann. (von Hayek, nach: Herbert Schui, *Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte*, München 1997) von Hayeks „Minderheit“, die von der Mehrheit ausgeplündert werde, ist die Bourgeoisie!

Milton Friedman - ein Klassiker des sogenannten Neoliberalismus - schlägt vor, daß Präsident und Vizepräsident als einzige Mitglieder der Regierung direkt gewählt werden sollen - mit der Folge, daß in ihrer Hand enorme Macht konzentriert und das Parlament faktisch gegenstandslos wird.

BILD-Schreiberling Martin, den wir schon auf S. 92 f. zitiert haben, stellt die Frage, wo es enden werde, daß in der

parlamentarischen Demokratie stets diejenige Partei „die Oberhand erhält, die der jeweiligen Menge von Faulen, die ja das gleiche Stimmrecht hatten wie die Fleißigen, den Himmel auf Erden versprach“. Und er gibt mit Sokrates die Antwort: „So darf man denn annehmen (Martin **hofft** das! D. Verf.), daß die Tyrannis aus keiner anderen Staatsform hervorgeht als aus der Demokratie; die ärgste und härteste Sklaverei aus der wohl größten Freiheit.“ (Paul C. Martin, Zahlmeister Deutschland, Berlin 1992, S. 239 f.)

Freilich ist auch diese Tendenz, das Streben nach einer **unverhüllten Form** der Diktatur der Finanzoligarchie, nicht absolut. Die Form der parlamentarischen Demokratie hat für die Monopole den Vorteil, Platz für die verschiedensten Illusionen zu schaffen, indem sie die Machtausübung der Finanzoligarchie vertuscht, und auch hier besteht bereits eine relativ direkte Unterordnung des Staates unter die Monopole, und zwar aufgrund der horrenden Staatsverschuldung heute mehr als je zuvor. Die Wirtschaftswoche schreibt: „Weil sich die Regierungen zur Finanzierung ihrer Schulden immer abhängiger gemacht haben von den Finanzmärkten, mischen sich die Großanleger immer ungenierter in die nationale Haushaltspolitik ein. Ihr Druck auf die Politiker wird zunehmend größer.“ (WiWo 14.10.94) Die „Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopole“, von der bereits Stalin sprach (Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15 S. 334), stellt sich schon unter der parlamentarischen Demokratie heute direkter dar als damals.

Mit dem weiteren Wachsen der Fäulnis werden dennoch die Bestrebungen von Monopolkreisen zunehmen, zu noch direkteren Formen der Machtausübung überzugehen. Ob und in welchem Ausmaß sich diese Bestrebungen durchsetzen, hängt nicht in erster Linie von der Entwicklung der Widersprüche innerhalb der Monopolbourgeoisie ab, sondern vom demokratischen Kampf insbesondere der Arbeiterklasse.

Es ist im übrigen frappierend, daß diejenigen, die die größte Unfreiheit fordern, die unmittelbarste Form der Herrschaft einer Oligarchie, sich als - Liberale bezeichnen! Sie ver-

suchen mit **der** Begründung, sich als Neoliberale zu verkaufen, daß sie den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft fordern - getreu der ideologischen Vorstellung, die gegebene Form des Staates sei Ursache des Sinkens der Profitraten. So schlug Friedman vor, das Problem der Staatsverschuldung zu lösen, indem man in die Verfassung einen Passus aufnimmt, wonach die Aufnahme von Schulden durch den Staat nicht zulässig ist. Es bedarf also ihm zufolge eines bloßen staatlichen Beschlusses, um die Staatsverschuldung zu beseitigen. Der „Liberaler“, der den Staat zurückdrängen will, versteigt sich hier zur Anbetung der ökonomischen Möglichkeiten des Staates.

Der sogenannte **Neoliberalismus** ist heute die vorherrschende ökonomische „Theorie“ der Bourgeoisie und hat insoweit den **Keynesianismus** abgelöst, der ungefähr bis Mitte der 70er Jahre vorherrschend war. Letzterer geht auf den US-Ökonomen Keynes zurück und entstand als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise 1929. Sowohl der Neoliberalismus als auch der Keynesianismus fordern die Einmischung des Staates in die kapitalistische Wirtschaft, aber auf unterschiedliche Weise. Der Keynesianismus will den Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion, zwischen dem Wachsen der Produktivität und dem Zurückbleiben der Märkte hinter der Produktionsfähigkeit, durch Stärkung der Nachfrage mittels Staatskrediten lösen, der Neoliberalismus durch unmittelbare Anhebung der Profitraten mittels Steuersenkungen für das Kapital. Diese beiden Varianten bürgerlicher Wirtschafts“theorie“ haben wir in Kapitel XIII S. 73 ff. im Artikel „Nachfragefetischisten gegen Angebotsfetischisten - eine falsche Alternative“ der Sache nach bereits vorgestellt. Die angebotenen „Lösungen“ beider Richtungen doktern - wie dort gezeigt - auf der Oberfläche der Erscheinungen herum und berühren nicht den im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise liegenden Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung.

Es ist kein Zufall, daß der Neoliberalismus den Keynesianismus gerade Mitte der 70er Jahre ablöste. Bis dahin nämlich waren die Profitraten nicht stark gefallen, und so bestand

Raum für die Finanzierung von Konjunkturprogrammen durch Staatskredite. Allerdings wich bereits dieser „Keynesianismus“ von Keynes' Lehren ab, denn Keynes forderte eine antizyklische Konjunkturpolitik durch **Erhöhung der Gewinnsteuern** und nicht - wie damals praktiziert - durch **Wachsen der Staatsschulden**. Keynes' Theorie ist utopisch und apologetisch, denn sie geht von der Voraussetzung aus, der bürgerliche Staat stehe über den Klassen und könne einem imaginären Gemeinwohl dienen. Sie geht ferner von der Voraussetzung aus, kapitalistische Produktion könne noch einem anderen Zweck dienen als der Verwertung von Kapital. Und auch der verwässerte Keynesianismus - Konjunkturprogramme in ansonsten unprofitablen Bereichen durch Staatsschulden - konnte nur praktiziert werden, solange die Durchschnittsprofitrate infolge der spezifischen Nachkriegsbedingungen (vgl. Kapitel XIII S. 47 f.) nicht stark fiel. Sobald sie stark zu fallen begann, verlangte die Logik der Kapitalverwertung, die Verschuldung des Staates verstärkt zur Subventionierung der Profitraten zu nutzen, und damit wurde der Neoliberalismus vorherrschend. Letzterer fordert keineswegs den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, sondern nur die konsequente Abkehr von allen Illusionen, der Staat könne dem Allgemeinwohl dienen, der Arbeitslosigkeit entgegenwirken, die Nachfrage fördern. Der Keynesianismus findet sich heute noch in den Sonntagspredigten der Sozialdemokratie, die aber nur bezwecken, den ArbeiterInnen und kleinen Angestellten einzureden, sie müßten für ihre Interessen nicht eintreten, da dies der von der Sozialdemokratie geführte bzw. beeinflusste Staat tun werde. (vgl. Kapitel XI S. 76 f.)

Auch Privatisierungen staatlicher Betriebe sollen nach Darstellung der neoliberalen Apologeten des Imperialismus „liberal“ sein, insofern sie angeblich einen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft beinhalten, doch derartige Privatisierungen sind auf Grundlage der Profitlogik erst möglich, nachdem **der Staat** verlustträchtige Unternehmen profitabel gemacht hat. Dies wiederum tut er im wesentlichen mit zwei Mitteln: Zum einen mit Subventionen, die mit wachsender Staatsverschul-

dung bzw. steuerlicher Ausplünderung der arbeitenden Massen finanziert werden. Zum anderen dadurch, daß Bereiche wie Bildungswesen, Gesundheitsversorgung, Post- und Verkehrsnetz usw. rigide ausgedünnt werden, Bereiche, in denen es um die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse geht, die aber nicht oder nicht in erforderlicher Höhe Profit abwerfen. Er tut es also, indem er durch verstärkte Umverteilung zugunsten der Monopole noch massiver in die Wirtschaft eingreift, indem er sich andererseits zunehmend aus Bereichen zurückzieht, in denen er - wenn auch recht und schlecht - bislang gewisse gesellschaftliche Interessen gewahrt hatte. Und wenn die Interessen der privaten Monopole es erfordern, dann wird auch wieder verstaatlicht. Verluste verstaatlichen, Gewinne privatisieren - das ist die Logik.

Lenin zitierte aus einem Artikel der deutschen bürgerlichen Zeitung „Die Bank“ aus dem Jahr 1912. Der Verfasser dieses Artikels erklärte, das staatliche *„Strommonopol wird in dem Moment kommen, in dem die Produzenten es brauchen werden; nämlich dann, wenn der nächste große Krach in der Elektrizitätsindustrie vor der Tür stehen wird, wenn die gewaltigen, teuren Stromwerke, die von den Privatkonzernen der Elektrizitätsindustrie jetzt allenthalben gebaut werden und für die ihnen Staaten, Kommunen und andere Verbände schon jetzt partielle Monopole gewähren, nicht mehr rentabel zu arbeiten in der Lage sind. Dann wird man mit den Wasserkraften herausrücken müssen; aber man wird sie nicht von Staats wegen in billige Elektrizität umsetzen können, sondern man wird sie wieder einem ‘staatlich kontrollierten Privatmonopol’ überantworten müssen, weil die gewaltigen Abfindungen und Entschädigungen, die man der Privatindustrie... zahlen mußte, die Grundrente eines... Strommonopols zu stark belasten würden. So war es beim Kalimonopol, so ist es beim Petroleummonopol, so wird es beim Strommonopol sein. Mögen doch unsere Staatssozialisten, die sich durch ein schönes Prinzip blenden lassen, endlich einsehen, daß in Deutschland (staatliche, d. Verf.) Monopole nie den Zweck und den Erfolg gehabt haben, dem Konsum zu nützen oder auch nur dem*

*Staat Anteil an dem Unternehmergewinn zu gewähren, sondern immer nur dazu gedient haben, verfahrenre Privatindustrien mit Staatshilfe zu sanieren.*“ (zitiert nach Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22 S. 254 f.; oder LAW II S. 712 f.)

Und Lenin kommentierte:

*„Zu solchen wertvollen Geständnissen sehen sich bürgerliche deutsche Ökonomen genötigt. Wir sehen hier anschaulich, wie sich in der Epoche des Finanzkapitals private und staatliche Monopole miteinander verflechten und die einen wie die anderen in Wirklichkeit bloß einzelne Glieder in der Kette des imperialistischen Kampfes zwischen den größten Monopolisten um die Teilung der Welt sind.“* (Lenin, ebenda, LW 22 S. 255; oder LAW II S. 713) Hintergrund des Rufes nach einem staatlichen Petroleummonopol war nämlich - wie Lenin zuvor gezeigt hatte - gewesen, daß die Deutsche Bank im Kampf um die Teilung des Petroleummarktes - in der bürgerlichen ökonomischen Literatur damals ganz offen als Kampf um die „Teilung der Welt“ bezeichnet - gegenüber Rockefellers Petroleumtrust vorerst den kürzeren gezogen und einen für sie unvorteilhaften Vertrag unterschrieben hatte, der allerdings seine Gültigkeit verlieren sollte, falls Deutschland durch Gesetz ein staatliches Petroleummonopol einführen würde. Nachdem dieses Projekt gescheitert war, hatte die Berliner Zeitschrift „Die Bank“ geschrieben, daß Deutschland den Petroleumtrust Rockefellers nur durch ein Strommonopol und Umsetzung der Wasserkraft in billige Elektrizität bekämpfen könne - dies war der Ausgangspunkt der oben zitierten Passage aus „Die Bank“.

Die Bemerkung über die „Staatssozialisten“ bezieht sich auf damalige Opportunisten, die in der bloßen Verstaatlichung durch den bürgerlichen Staat Schritte des Übergangs zum Sozialismus sahen. Zwar ist es in der Regel richtig, gegen Privatisierungen und ihre Folgen zu kämpfen, dies darf aber nicht dazu führen, den bürgerlichen Staat zum Repräsentanten des Allgemeinwohls zu verklären. Wenn er mittels Subventionen das Funktionieren bestimmter gesellschaftlicher Bereiche ge-

währleistet, die nicht profitabel genug sind, so tut er das als ideeller Gesamtkapitalist, der das Funktionieren der betreffenden gesellschaftlichen Bereiche **trotz** der Profitlogik zu gewährleisten hat. Das Bildungswesen etwa dient der Produktion, das Gesundheitswesen der Reproduktion der Ware Arbeitskraft, das Privatkapital aber will für die betreffenden Kosten nicht aufkommen und drückt sie über den Staat den arbeitenden Menschen auf. Wenn sich heute zeigt, daß der Staat das Funktionieren derartiger Bereiche immer schlechter gewährleisten kann, dann ist dies dem Tempo des Falles der Profitrate geschuldet, welches den Staat veranlaßt, immer mehr finanzielle Mittel als unmittelbare Profitratensubventionen zu verausgaben und sie folglich anderen Bereichen zu entziehen. Die Folgen des Rückzugs der Staates aus diesen Bereichen beschleunigen den gesellschaftlichen Verfall, verschärfen die allgemeine Krise des Kapitalismus (vgl. Kapitel XIII S. 51 ff.). Sie treffen in erster Linie die arbeitenden Menschen und rufen deren Widerstand hervor. Das Geschäft der Neo"liberalen" ist es, diesen Rückzug und diese Verschlechterung, Ausdruck der wachsenden Fäulnis der bürgerlichen Ordnung, als Siegeszug irgendeiner „Privatinitiative“ zu verklären. All dies ändert nichts daran, daß der Staat auch **zuvor** als Instrument des Kapitals und insbesondere der Monopole in diesen Bereichen tätig war, auch wenn der zunehmende Rückzug des Staates aus diesen Bereichen die Lage verschlechtert. Es ist wichtig, auch dies klar zu sehen: Sieht man nämlich in der Verstaatlichung durch den bürgerlichen Staat eine fortschrittliche Tendenz, so verkleistert man den Inhalt des Zusammenwirkens privater und staatlicher Monopole, nämlich Profitmaximierung und Kampf um die Weltherrschaft, und verstellt die sozialistische Perspektive - der „Staat an sich“, unabhängig von seinem Klassencharakter, soll das Heil bringen. (Auf die Frage, daß auch im Sozialismus nicht die „Verstaatlichung an sich“ den gesellschaftlichen Fortschritt bringt, wollen wir hier nicht eingehen. Vgl. hierzu insbesondere „Hat der Sozialismus Zukunft“ Band 1 und 2 in der Roten Reihe des Verlags Roter Morgen.)

Staatliche Subventionen werden auch vergeben, um die Folgen des blindwirkenden Wertgesetzes abzufedern bzw. die betreffenden Auswirkungen zu verzögern. Das auf dem Weltmarkt wirkende Wertgesetz führt dazu, daß sich die inländische Produktion in bestimmten Branchen aufgrund von gegenüber der ausländischen Konkurrenz schlechteren natürlichen Produktionsbedingungen nicht mehr rechnet. Als Beispiel können die deutsche Kohleproduktion, die deutsche Stahl- und die deutsche Werftenindustrie angeführt werden. Staatliche Subventionen in diesen Bereichen haben nie den Zweck verfolgt, die betreffende Produktion entgegen der Wirkung des Wertgesetzes dauerhaft am Leben zu erhalten, denn das wäre ein Faß ohne Boden gewesen und hätte der Profitlogik des Kapitals widersprochen. Der Abbau sollte aber verzögert werden, um im Interesse der Bourgeoisie soziale Unruhen zu verhindern. Zum anderen erfordert es das Interesse der Monopolbourgeoisie, einen gewissen Restbestand etwa an Stahlproduktion in jedem Falle zu garantieren, um zu verhindern, daß der deutsche Imperialismus in den betreffenden Bereichen vom Ausland abhängig wird. Stahl etwa wird in der Rüstung zwar in hohem Maße, aber eben nicht vollständig durch Elektronik ersetzt; für den Bau von Panzern und Kriegsschiffen braucht man immer noch Stahl. Die Gewährung der betreffenden Subventionen verschärft aber die Widersprüche zwischen den Monopolen der verschiedenen Branchen, denn was der eine erhält, kann der andere nicht mehr abgreifen. Der Fall der Durchschnittsprofitrate verstärkt die Position derer, die den radikalen Kahlschlag unrentabler Branchen fordern. Das zeigt nur, daß der Staat immer schlechter in der Lage ist, seine Funktionen als ideeller **Gesamtkapitalist** wahrzunehmen, daß das Wuchern des monopolistischen **Privatinteresses** den Staat bei Wahrnehmung dieser Funktionen zunehmend behindert. Und dies wiederum ist ein Indiz für das Ausmaß der Fäulnis.

Das nationale Interesse, das der Staat vorgibt, ist das Privatinteresse der nationalen Monopole, die im Konkurrenzkampf mit den ausländischen gestärkt werden sollen. Nichts

anderes steht etwa hinter dem Geschwätz, man müsse den „Standort Deutschland“ für das Kapital attraktiv machen, um „Arbeitsplätze zu schaffen“: Die in Deutschland arbeitenden Menschen sollen Lohnverzicht üben, um „ihren“ Kapitalisten Konkurrenzvorteile zu verschaffen. Zu diesem Zweck organisiert der Staat „konzertierte Aktionen“, „Bündnisse für Arbeit“ usw., deren einziger Zweck darin besteht, unter dem Vorwand der „Schaffung von Arbeitsplätzen“ Lohnverzicht durchzusetzen und damit durch Erhöhung der Mehrwertrate dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken. (vgl. Kapitel XI S. 74 f.) Ein derartiges Eingreifen des Staates in die Wirtschaft enthält übrigens Elemente der von Neo“liberalen“ geforderten Präsidialdiktatur, in der die Finanzoligarchie **unmittelbarer** herrscht: So ersetzen bereits unter Bundeskanzler Kohl sogenannte Kanzlerrunden zeitweise in bestimmten Bereichen das Kabinett, „Kanzlerrunden“, an denen Vertreter der Finanzoligarchie und der Gewerkschaftsspitzen teilnahmen. Letztere fungierten dabei faktisch als Spezialisten mit besonderen Kenntnissen über den Zustand der Arbeiterbewegung, Spezialisten, deren Aufgabe es war, zu beraten, wie und in welchem Ausmaß man Lohnraub durchsetzen konnte, ohne soziale Unruhen zu riskieren.

Daß es dem Staat bei alledem keineswegs darum geht, im Interesse des „Erhaltes von Arbeitsplätzen“ den „Industriestandort Deutschland“ zu stärken, zeigt sich bereits daran, daß er der Kapitalflucht nicht nur nicht entgegentritt, sondern sie erleichtert, etwa durch Doppelbesteuerungsabkommen. (vgl. Seite 105) Aufgabe des deutschen Staates ist es, für die deutschen Monopole möglichst günstige Kapitalverwertungsbedingungen zu schaffen, sei es in Deutschland oder im Ausland, und entsprechendes gilt für alle imperialistischen Staaten.

Die Subventionswirtschaft beschleunigt im übrigen die Monopolisierung, verstärkt die Herrschaft der Monopole und schenkt ihnen zusätzliche Vorteile gegenüber nichtmonopolistischen Unternehmen zu. 1995 beklagte Jan Kleinewefers die „zunehmende Degenerierung der Marktwirtschaft zur Subventionswirtschaft“ (Handelsblatt 14.6.1995; vgl. Rugenberg S. 106 f.).

Kleinewefers war Präsident des Verbandes des Deutschen Maschinen- und Anlagenbaus (VDMA), eines Verbandes vorwiegend mittelständischer Betriebe, die zu klein sind, um besondere Beziehungen zu den Subventionsvergabestellen des Staates aufzubauen. Eben aus diesem Grunde regte Kleinewefers sich auf, daß nicht „der Markt“ entscheidet; „ausschlaggebend“ sei „vielmehr die Fähigkeit, öffentliche Geldquellen anzuzapfen“. Und: „Es ist erstaunlich, in welchem Ausmaß die Bundesrepublik in Sonntagsreden als ein profiliert marktwirtschaftliches Land gepriesen wird, obwohl sie sich in der Praxis von den Strukturprinzipien eines solchen Ordnungskonzepts entfernt hat.“ Stimmt, aber das liegt eben an der Entwicklung der kapitalistischen Warenproduktion auf ihrer eigenen Grundlage, die gesetzmäßig das Monopol hervorbringt und ebenso gesetzmäßig zur Unterordnung des Staates unter die Monopole führt, was beinhaltet, daß die Monopole den Staat - sprich: die arbeitenden SteuerzahlerInnen - schröpfen und auf diese Weise Gewinne erzielen können, die sie nicht „am Markt“ erwirtschaften müssen. Kleinewefers, der sich darüber ärgert, daß die nicht-monopolistischen Unternehmen dies **nicht** können, verlangte ein „Subventionsbegrenzungsgesetz“. Dahinter verbirgt sich der Wunsch nach Rückkehr zum vormonopolistischen Kapitalismus - ein utopischer und reaktionärer Wunsch.

Wir haben gesehen, daß der monopolistische Kapitalismus immer mehr zum Rentnerkapitalismus geworden ist. Unterordnung des Staates unter die Monopole ist daher insbesondere Unterordnung unter das monopolistische Rentnerkapital. Dies ist ein wesentlicher Grund für die Einführung des Euro, wie oben gezeigt.

Diese Unterordnung imperialistischer Staaten und übernationaler Institutionen wie des Internationalen Währungsfonds (IWF), dessen Gelder sich aus Steuermitteln der an ihm beteiligten Staaten speisen, unter die Monopole drückt sich auch darin aus, daß ungeheure Mengen an Subventionen zur Absicherung des Kapitaleports der Spekulanten verausgabt werden. Wir wollen dies am Beispiel der Mexikokrise und der Asienkrise betrachten:

1995 stellte der IWF auf Drängen der US-Regierung Mexiko „über Nacht 50 Milliarden Dollar bereit. Damit wurden vor allem die Gelder amerikanischer Anleger gesichert, die in hochverzinslichen mexikanischen Schuldentiteln steckten. Das Anliegen der US-Regierung war klar, sie wollte ihre am Kapitalmarkt stark engagierten Bürger schützen. (...) Sie bekam jedoch Ärger mit den Europäern, die diese Praxis heftig kritisieren. Vor allem der ehemalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer wurde nie müde, diese 'Verführung zum Risiko' anzuprangern. Private Anleger, Banken, Investmentfonds könnten im Vertrauen auf das Auffangnetz des IWF immer höhere Summen in riskante Projekte und Länder stecken. Das haben sie nach dem Fall Mexiko auch getan, nämlich in Südostasien und Russland.“ (SZ 27.9.99) Die Süddeutsche Zeitung vergißt nur hinzuzufügen, daß „die Europäer“ die Mexiko-Aktion des IWF **deshalb** „kritisierten“, weil sie spekulierenden **US-Monopolen** zugutekam (welche das bürgerliche Blatt vornehm als „am Kapitalmarkt stark engagierte Bürger“ bezeichnet) anstatt **deutschen und französischen** Monopolen, keinesfalls aber deshalb, weil man die „Verführung zum Risiko“ etwa so verdammenswert fände...

Bis Anfang 1998 machte der IWF 100 Milliarden Dollar für Südkorea, 17,2 Milliarden Dollar für Thailand und 43 Milliarden Dollar für Indonesien locker. Die genannten Kredite dienten dazu, Zins und Tilgung für den Schuldenberg zu zahlen, den die Unternehmen und Staaten der südostasiatischen Länder aufgehäuft hatten. Den größten Anteil an den Auslandsschulden Südkoreas halten japanische Banken. Die japanischen Banken würden durch weitere Ausfälle in enorme Liquiditätsschwierigkeiten gestürzt, da sie seit dem Zusammenbruch der Immobilienspekulationen vor einigen Jahren bereits auf 600 Milliarden Dollar fauler Kredite sitzen. Die japanischen Banken hielten aber zu diesem Zeitpunkt 350 Milliarden Dollar US-Staatspapiere. Im Falle von Liquiditätsschwierigkeiten wären sie gezwungen gewesen, diese zu verkaufen. Das schlagartige und massenhafte Abstoßen von US-Staatsanleihen hätte deren Kurs ins Bodenlose fallen lassen, und die US-Regierung hätte dann ihren Kreditbedarf nur zu wesent-

lich höheren Zinsen befriedigen können. Aufgrund der dann rapide gestiegenen Zinsen für US-Staatsanleihen hätte das international spekulierende Finanzkapital US-Staatsanleihen gekauft und zu diesem Zweck US-Aktien massenhaft abgestoßen, was wiederum zu einem Crash der Wall Street und in der Folge zu einer Weltwirtschaftskrise hätte führen können. Die von den SteuerzahlerInnen der IWF-Staaten finanzierten Stützkredite an die südostasiatischen Länder entsprangen also den Interessen des internationalen, insbesondere aber des US- und des japanischen Imperialismus und dienten der Abwendung einer verheerenden Weltwirtschaftskrise.

In diesem Falle „kritisierten“ „die Europäer“ und der Bundesbankpräsident die „zum Risiko verführenden“ Praktiken des IWF allerdings nicht: Deutsche Banken haben bis Anfang 1998 insgesamt 128 Milliarden Dollar oder 220 Milliarden DM Kredite in die ostasiatische Krisenregion vergeben. Sie profitierten übrigens nicht nur von den Zahlungen des IWF, sondern auch von den seitens des deutschen Staates über die bundeseigene Hermes-Versicherung gewährten Bürgschaften für Exporte deutscher Konzerne. Die in Deutschland arbeitenden SteuerzahlerInnen stehen also für Verluste aus derartigen Exporten gerade, was wiederum bedeutet, daß sie die Rückzahlung der von den Banken für diese Exporte gewährten Kredite garantieren.

Diese Beispiele zeigen, daß die kapitalistische Weltwirtschaft nur noch auf der Grundlage funktioniert, daß die Monopole in mannigfacher Hinsicht in die Staatskassen greifen, daß insbesondere die Spekulanten die arbeitenden SteuerzahlerInnen als Geiseln nehmen. **Ohne Nutzung des Staates als Krücke könnte das Kapital nicht mehr laufen.** Wenn der Neo“liberalismus“ angesichts dessen das Lied von der „Privatinitiative“ und vom „Rückzug des Staates aus der Wirtschaft“ singt, dann ist das so ähnlich, als würde man bei einer Beerdigung der Leiche gute Gesundheit und langes Leben wünschen.

All dies bedeutet aber auch, daß die scheinbar bloß wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse immer stärker an die Wand des Staates stoßen und ohne den Kampf mit der

Staatsmacht nicht durchgesetzt werden können. Es gilt, diesen Kampf so zu führen, daß immer größere Teile der Klasse im Kampf **mit** der Staatsmacht das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Kampfes **um** die Staatsmacht gewinnen.



Da der Übergang zum monopolistischen Kapitalismus mit dem Wachsen der Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals einhergegangen ist und diese Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals gesetzmäßig weiterhin wachsen, mußte und **muß der Staat im Imperialismus eine immer größere ökonomische Rolle als Schmieröl der Kapitalverwertung spielen**. Dies ist völlig unabhängig davon, ob die jeweils handelnden Personen „neoliberale“, keynesianische oder irgendwelche anderen Ideen vertreten.

**Ökonomische Grundlage der Herrschaft des Finanzkapitals über den Staat ist der Bankkredit.** Die Bankkredite an den Staat machen den Staat von den Kreditgebern abhängig und erzeugen ein wachsendes Interesse des Finanzkapitals, die Haushaltsführung des Staates zu bestimmen, z.B. Ausgabenkürzungen bei Sozialleistungen und staatlichem Personal zu diktieren, und überhaupt die Politik zu bestimmen. So lange die Zinsen gezahlt werden können, sind die Bankkredite an den Staat für das Finanzkapital eine sichere Quelle der Kapitalverwertung - zulasten insbesondere der Arbeiterklasse.

Zum anderen **stellt der Staat dem - insbesondere monopolistischen - Kapital gesellschaftliche Mittel in Form von Steuermitteln zur Verfügung**, und zwar in Deutschland mittlerweile in einem Maße, welches die vom Kapital an den Staat gezahlten Steuern übersteigt, wie wir gesehen haben.

Was aber kettet den Staat so stark an das Kapital, daß er seine eigenen Finanzen untergräbt, sich also scheinbar selbst schadet, um dem Kapital zu dienen?

**Die Staatseinnahmen stammen notwendigerweise aus dem Prozeß der Verwertung des Kapitals.** Alle Steuereinnahmen, ob Gewinnsteuern, Lohnsteuern oder indirekte Steuern, sind an den Prozeß der Kapitalverwertung und an dessen Flo-

rieren gebunden. Der Staat hat also ein ökonomisches Eigeninteresse an möglichst hohen Profitraten des Finanzkapitals. Davon hängen Gewinnsteuern, Lohnsteuern und auch an den Warenabsatz gekoppelte Umsatzsteuern ab. Der Staat kann sich einbilden, daß das Wohl der Banken und Konzerne auch sein Wohl ist, weil er mit all seinen Einnahmen vom Florieren des Prozesses der Kapitalverwertung abhängt. Er kann sich auf dieser Grundlage auch einbilden, daß er, wenn er sich durch Einnahmeverzichte und Ausgaben zugunsten des Kapitals schadet, sich doch in Zukunft nutzen wird. Auch wenn er scheinbar gegen seine Interessen handelt, indem er das Kapital steuerlich schont, seine Gesetzesbrüche duldet usw., handelt er objektiv als Agent des Gesamtkapitals, insbesondere aber des Finanzkapitals.

Die Förderung des Kapitals zu Lasten der Staatsfinanzen hat etwas Spekulatives. Das spekulative Element aber ist Wesensmerkmal einer Wirtschaft, in der eben aufgrund der Privatinteressen des Kapitals, aufgrund der Produktion für einen unbekanntem Markt, keiner weiß, ob die verausgabten Mittel sich rentieren oder nicht. Das spekulative Element hat aber mit dem Übergang zur Herrschaft des Finanzkapitals erheblich zugenommen.

Da der Staat bzw. seine einzelnen Untergliederungen von den lokalen, regionalen und landesweiten usw. Verwertungsbedingungen des jeweiligen Kapitals abhängen, existiert **staatliche Konkurrenz um das Ausmaß der staatlichen Subventionierung der Profitraten. Die Konkurrenz um Standorte ist Konkurrenz um Steuereinnahmen.** Das fördert eine Subventionspraxis nach dem Motto: Geschenke erhalten die Freundschaft.

Auch das kettet den Staat ökonomisch an das Kapital und erzwingt seine Unterordnung unter die Monopole. Die Konkurrenz der Staaten bzw. Staatsgliederungen untereinander ist aber genausowenig die Grundursache der Krise der Staatsfinanzen, wie die Konkurrenz der Kapitale untereinander die Ursache ihrer Verwertungsschwierigkeiten ist. In der Konkurrenz der Staatsgliederungen um die bestmögliche Förderung für das Kapital drückt sich nur die ökonomische Funk-

tion des Staates als Hilfsmittel des Kapitals für dessen Zwecke aus.

Insbesondere gilt das in bezug auf die internationale Konkurrenz der imperialistischen Monopole untereinander. Die jeweiligen Staaten fördern die ökonomischen Interessen „ihrer“ Monopole, so gut sie können, um dem vorgeblichen Landesinteresse zu dienen.

Auf diesem ökonomischen Boden wirkt auch ein Geflecht persönlicher Beziehungen und Einflußnahmen, das die Unterordnung des Staates unter die Interessen des Finanzkapitals fördert.

Da der Staat zwecks Vertuschung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse als Vertreter des Gesamtwohls auftreten muß, kann er im großen und ganzen personell nicht über Personalunion zwischen dem Finanzkapital als Aufsichtsgremium und den Regierungsfunktionen geführt werden. Personalunion drückt im Verhältnis von Bank- und Industriekapital den Grad der realen Abhängigkeit aus. Sie ist im Staatsapparat nicht zweckmäßig, da die Regierungen als Vertreter des ganzen Volkes auftreten müssen, die vom Volk gewählt werden. Von daher ist Personalunion der Chefs von Banken und Regierungen hinderlich, Kontrolle über die reale Abhängigkeit und über Parteien zweckmäßiger.

Das Finanzkapital hat deshalb parallel zum Regierungsapparat einen Apparat zur ständigen Beeinflussung der Regierungstätigkeit errichtet. Es bereitet mit seinen Verbänden, seinen Lobbyistenbüros, seinen Industrie- und Handelskammern, aber auch seinen direkten Vertretern in Parteien, Parlamenten und Ministerien alle Regierungsentscheidungen vor.

Das Finanzkapital ist an **Nebenregierungen** interessiert, in denen auf der Spitzenebene von Interessenvertretern Regierungsentscheidungen direkt vorbereitet werden (Elefantenrunden, Bündnis für Arbeit, Kanzlerrunden, konzertrierte Aktion usw.). Die Beschlüsse werden dann von oben nach unten durchgestellt.

Begleitet wird das von einem System der finanziellen Zuwendungen von Monopolen an Parteien, an Einzelpersonen, einem System von persönlichen Zuwendungen in Form von

privaten Vergünstigungen, späteren Arbeitsplätzen, Beraterverträgen und Bestechungsgeldern. Alles zusammen ergibt objektiv eine Atmosphäre der direkten und indirekten Korruption, der sich Staatsvertreter um so schwerer entziehen können, je höher ihre Stellung ist. Wichtig ist hierbei, daß die Staatsfunktionäre nicht so gut bezahlt werden dürfen wie die direkten Funktionäre des Kapitals. Allein das schon korrumpiert indirekt.

Alle diese indirekten Methoden der Unterordnung des Staates unter die Interessen des Kapitals lassen den Staat nach außen als in gewisser Weise unabhängig **erscheinen**. Der Staat wird aber mit wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals immer offener als verlängerter Arm des Finanzkapitals in Erscheinung treten müssen. Die Illusionen, durch die Inbesitznahme der Regierung die Interessen der Arbeiterklasse vertreten zu können, durch einen Regierungswechsel einen Politikwechsel herbeiführen zu können, werden deshalb abnehmen.

Daß der Staat in wachsendem Maße als Schmieröl der Kapitalverwertung notwendig ist, daß über den Staat in wachsendem Maße gesellschaftliche Mittel an das Privatkapital fließen müssen, um die Kapitalverwertung recht und schlecht zu gewährleisten, ist **ein** Ausdruck der dem Monopol innewohnenden Fäulnis, die darauf beruht, daß die Hülle des Privateigentums, der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, angesichts der gewaltig vorangeschrittenen Vergesellschaftung der Produktion zu eng geworden ist. Diese Hülle muß gesprengt werden.

Die Fäulnis „der Wirtschaft“ ist ebenso wie die Fäulnis und Korruption auf Seiten des Staates Ausdruck dieser Überreife für den Übergang zur unmittelbar gesellschaftlichen Produktion. **Der Prozeß der Kapitalverwertung kann ohne den Staat, der ihn auf allen Ebenen durchdringt, nicht mehr funktionieren. Umgekehrt durchdringt die Logik der Kapitalverwertung wiederum die gesamte Tätigkeit des Staates.**

# VIII.

## DER OPPORTUNISMUS IN DER ARBEITERBEWEGUNG - EIN GESETZMÄSSIGES PRODUKT DES IMPERIALISMUS

Die Arbeiterklasse ist eine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft. Der geschichtlichen Tendenz nach ist sie Totengräber dieser Gesellschaft. Solange der Kapitalismus existiert, sind die ArbeiterInnen auch VerkäuferInnen ihrer Ware Arbeitskraft. Die Notwendigkeit der Verteidigung ihrer Lebensinteressen gegen das Kapital läßt Solidarität entstehen, doch ihre Konkurrenz in ihrer Eigenschaft als WarenverkäuferInnen wirkt tendenziell in Richtung Zersetzung dieser Solidarität. Solange diese Klasse existiert, hat der Opportunismus in dieser Klasse materielle Wurzeln. Welche Tendenz in der Arbeiterbewegung jeweils überwiegt, die revolutionäre oder die opportunistische, hängt von einer Reihe objektiver und subjektiver Faktoren ab.

Der Imperialismus verstärkt die materiellen Wurzeln des Opportunismus erheblich, da die enormen aus der Ausplünderung abhängiger Länder und besonders aus dem Kapitalexport gezogenen Monopolprofite den Monopolen die Möglichkeit geben, der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern einige Brosamen hinzuwerfen und insbesondere bestimmte privilegierte Schichten zu bestechen, um sich Ruhe an der

Heimatfront zu erkaufen. Soweit der ökonomische Spielraum - sprich: die Höhe der Profitrate - den Monopolen diese Möglichkeit gibt, ist das für sie natürlich sehr vorteilhaft und für die revolutionäre Arbeiterbewegung ein großes Problem.

Eine derartige Situation entwickelte sich in England in gewisser Hinsicht schon im vormonopolistischen Kapitalismus, nämlich aufgrund des englischen Industrie- bzw. Kolonialmonopols. Die Äußerungen von Engels und Marx zu dieser Situation sind daher für unser Thema - den Opportunismus im imperialistischen Stadium - von großer Bedeutung.

Engels schrieb 1858 in einem Brief an Marx, *„daß das englische Proletariat faktisch mehr und mehr verbürgert, so daß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat **neben** der Bourgeoisie zu besitzen. Bei einer Nation, die die ganze Welt exploitiert, ist das allerdings gewissermaßen gerechtfertigt.“* (MEW 29 S. 358; Hervorhebung von Engels) „Gerechtfertigt“ soll hier so viel heißen wie materiell erklärbar.

1872 schilderte Engels in einem Brief an Friedrich Adolph Sorge, wie Marx sich in bestimmten Kreisen der Arbeiterbewegung unbeliebt machte, indem er klar sagte, daß die englischen Arbeiterführer von der Bourgeoisie gekauft waren: *„Hales hat hier im Föderalrat (der I. Internationale, d. Verf.) großen Skandal geschlagen, Marx ein Tadelsvotum angehängt, weil er sagte, die englischen Arbeiterführer wären verkauft - aber eine hiesige englische und eine irische Sektion haben bereits protestiert und geben Marx recht.“* (MEW 33 S. 524) Hales war Mitglied des Generalrats der I. Internationale und zugleich englischer Gewerkschaftsführer. Marx bezeichnete die Führer der städtischen Arbeiter Englands in einem Brief an Sorge als *„Führerpack“* und *„Gesindel“*. (MEW 33 S. 635)

1881 teilte Engels Marx brieflich mit, daß er die Mitarbeit an einer englischen Arbeiterzeitung wegen ihrer opportunistischen Tendenzen aufgegeben hatte, unter anderem mit der Bemerkung, er könne nicht im Mitarbeiterstab einer Zeitung bleiben, *„die sich dazu hergibt, diese deutschen Gewerkschaften herauszustreichen, welche nur mit jenen schlechte-*

sten englischen vergleichbar sind, die es zulassen, sich von an die Bourgeoisie verkauften oder zumindest von ihr bezahlten Leuten führen zu lassen“.(MEW 35 S. 20; im Original auf englisch)

1882 schrieb Engels an Kautsky: „Sie fragen mich, was die englischen Arbeiter von der Kolonialpolitik denken? Nun, genau dasselbe, was sie von der Politik überhaupt denken: dasselbe, was die Bourgeois davon denken. Es gibt hier ja keine Arbeiterpartei, es gibt nur Konservative und Liberal-Radikale, und die Arbeiter zehren flott mit von dem Weltmarkts- und Kolonialmonopol Englands.“ (MEW 35 S. 357)

1889 schrieb Engels an Adolph Sorge: „Das Widerwärtigste hier (in England, d. Verf.) ist die den Arbeitern tief ins Fleisch gewachsne bürgerliche ‘respectability’ (Ehrbarkeit im Sinne von Spießigkeit, d. Verf.). Sozial ist die Gliederung der Gesellschaft in zahllose, unbestritten anerkannte Abstufungen, von denen jede ihren eignen Stolz, aber auch ihren angeborenen Respekt vor ihren ‘betters’ (Besseren, d. Verf.) und ‘superiors’ (Höheren, d. Verf.) hat, so alt und festgegründet, daß die Bourgeois noch immer das Ködern ziemlich leicht haben.“ (MEW 37 S. 321)

Andererseits schrieb Engels 1890 in einem Brief an Adolph Sorge über die englische Arbeiterbewegung: „Aber die Bewegung geht **unter** der Oberfläche fort, ergreift immer weitere Schichten, und grade meist unter der bisher stagnierenden **untersten** Masse, und der Tag ist nicht mehr fern, wo diese Masse plötzlich **sich selbst findet**, wo es ihr aufleuchtet, daß sie diese kolossale sich bewegende Masse ist (...).“ (MEW 37 S. 394 f.; Hervorhebungen von Engels) Auch die nahezu unumschränkte Vorherrschaft des Opportunismus bedeutet also nicht, daß der Opportunismus zur absoluten Seite geworden ist, selbst wenn es zeitweilig so scheint.

Engels verfocht die betreffenden Auffassungen über den Opportunismus in der englischen Arbeiterbewegung nicht nur in Briefen, sondern auch öffentlich. 1892 zitierte er im Vorwort zur deutschen Ausgabe der *Lage der arbeitenden Klasse in England* aus einem 1885 von ihm geschriebenen Artikel:

*„Solange Englands Industriemonopol dauerte, hat die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grad teilgenommen an den Vorteilen dieses Monopols. Diese Vorteile wurden sehr ungleich unter sie verteilt; die privilegierte Minderheit sackte den größten Teil ein, aber selbst die große Masse hatte wenigstens dann und wann vorübergehend ihr Teil. Und das ist der Grund, warum seit dem Aussterben des Owenismus es in England keinen Sozialismus gegeben hat. Mit dem Zusammenbruch des Monopols wird die englische Arbeiterklasse diese bevorrechtete Stellung verlieren. Sie wird sich allgemein - die bevorrechtete und leitende Minderheit nicht ausgeschlossen - eines Tages auf das gleiche Niveau gebracht sehen wie die Arbeiter des Auslandes. Und das ist der Grund, warum es in England wieder Sozialismus geben wird.“*

(MEW 2 S. 647)

In diesem Artikel spricht Engels übrigens ausdrücklich von einer „Aristokratie in der Arbeiterklasse“. (MEW 2 S. 645) Der Begriff **Arbeiteraristokratie** - von Lenin aufgegriffen - diente und dient der revolutionären Arbeiterbewegung im imperialistischen Stadium zur Kennzeichnung eben der privilegierten Minderheit der Klasse, die **Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterbewegung** ist.

Das Ausmaß des Opportunismus in den sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale zeigte sich bei Ausbruch des 1. Weltkrieges in aller Deutlichkeit, denn jede diese Parteien trat dafür ein, die jeweils eigene Bourgeoisie in ihrem Raubkrieg zu unterstützen. Das war vollständiger Verrat an der Sache der Arbeiterklasse, damit waren diese Parteien als revolutionäre Vorhutparteien des Proletariats liquidiert und in ein Werkzeug der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung verwandelt. Nur in Rußland stellte der revolutionäre Flügel, die Bolschewiki, die sich bereits zuvor auch formal von den Opportunisten, den Menschewiki, getrennt und eine eigene Partei gebildet hatten, die Mehrheit dar. In den westeuropäischen Ländern bildete der revolutionäre Flügel eine jeweils mehr oder minder starke Minderheit, die sich viel zu spät von den Opportunisten trennte und neue, kommunistische Parteien

bildete. Zuvor hatten die Revolutionäre die Opportunisten in den sozialdemokratischen Parteien zwar bekämpft, aber nicht mit dem Ziel ihrer Entfernung aus der Partei. Dieser Fehler war in Deutschland die Ursache dafür, daß die neue revolutionäre Partei, die KPD, bzw. ihre Vorläuferorganisation, der Spartakusbund, zu schwach war, um die bei und nach dem Ende des 1. Weltkrieges entstehenden revolutionären Situationen entscheidend zu nutzen. Nur in Rußland war - unter Führung Lenins - der Kampf gegen den Opportunismus in Theorie und Praxis durchgängig konsequent geführt worden. Nur in Rußland konnte die Arbeiterklasse daher die Macht ergreifen, und dies, obwohl sie eine kleine Minderheit der Bevölkerung darstellte.

In der Periode des heranziehenden Krieges **äußerte sich der Opportunismus insbesondere in der Vernachlässigung des Kampfes gegen den Militarismus, gegen die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie.** Dies trat zunächst in versteckter und demagogischer Form in Erscheinung. So argumentierten Opportunisten wie Vollmar - später ein offener Befürworter des imperialistischen Krieges - 1908 auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD, da *„der Militarismus ein Produkt des Kapitalismus ist und Kriege eine unvermeidliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung bilden, bedarf es keinerlei spezifischen Antimilitarismus“.* (mitgeteilt von Lenin, Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie, LW 15 S. 189) Man warte also auf die Revolution, die so ganz nebenbei auch das Problem des Militarismus lösen wird! Dies ist demagogisch, denn ohne Kampf gegen den Militarismus innerhalb der zum Imperialismus vorgeschrittenen bürgerlichen Ordnung wird es nie zur Revolution kommen. *„Aber eine radikale Lösung der Arbeiter- und der Frauenfrage beispielsweise, entgegnete man ihnen in Stuttgart, ist ja unter dem Kapitalismus auch nicht möglich, doch trotzdem kämpfen wir für Arbeiterschutz, für die Erweiterung der bürgerlichen Rechte der Frauen usw. Eine spezielle antimilitaristische Propaganda muß um so energischer betrieben werden, als die Fälle der Einmischung bewaffneter Kräfte*

*in den Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer häufiger werden und die Bedeutung des Militarismus nicht nur im heutigen Kampf des Proletariats, sondern auch im kommenden - im Augenblick der sozialen Revolution - immer klarer zutage tritt.“ (Lenin, ebenda, LW 15 S. 192) Wer den Militarismus nicht ständig bekämpft, und zwar insbesondere auch **innerhalb der imperialistischen Armee**, der wird weder in der Lage sein, einen imperialistischen Krieg zu verhindern oder wenigstens zu beenden, noch wird er in der Lage sein zu verhindern, daß die Armee die proletarische Revolution blutig niederschlägt.*

Doch schlimmer noch: Bereits auf dem Stuttgarter Parteitag 1908 „steht die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie, mit Bebel und Vollmar an der Spitze, hartnäckig auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokraten ihr Vaterland gegen einen Angriff verteidigen müßten und verpflichtet seien, an einem ‘Verteidigungskrieg’ teilzunehmen. Diese Einstellung verleitete Vollmar in Stuttgart zu der Erklärung: ‘Aber die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein’ - und den sozialdemokratischen Abgeordneten Noske (später, mit seinen eigenen Worten, der „Bluthund“ gegen die aufständischen Arbeiter, d. Verf.) dazu, im Reichstag zu verkünden, daß im Falle eines Krieges gegen Deutschland ‘die Sozialdemokraten hinter den bürgerlichen Parteien nicht zurückbleiben und die Flinte auf den Buckel nehmen werden’; von diesem Standpunkt aus war es für Noske nur noch ein Schritt bis zu der Erklärung: ‘Wir wünschen, daß Deutschland so gerüstet sei wie nur möglich.’“ (Lenin, ebenda, S. 189)

Es ist demagogisch, einen „Verteidigungs“krieg des „eigenen“ Imperialismus für gerecht zu erklären, denn der Umstand, welcher Imperialist militärisch als erster zu den Waffen greift und welcher folglich als „Verteidiger“ erscheint, ist höchst **zufällig**. Man bleibt mit einer solchen Position im Gestrüpp dieser Zufälligkeiten stecken und verstellt den Blick auf die wesensmäßige Ursache eines jeden imperialistischen Krieges, nämlich den Kampf um das Wirtschaftsgebiet zwecks Kapital-

verwertung, um die Aufteilung des geraubten Mehrwerts, um die Weltherrschaft, einen Kampf, der seitens **aller** Imperialisten geführt wird, völlig unabhängig davon, wer als erster zu den Waffen greift. Mit der Bejahung eines „Verteidigungs“krieges ordnet man sich der imperialistischen Bourgeoisie bereits vollständig unter. Übrigens griff tatsächlich der **deutsche** Imperialismus als erster zu den Waffen, was die Vollmar, Noske und Co. nicht daran hinderte, begeistert „die Flinte auf den Buckel zu nehmen“ oder vielmehr die Arbeiter zur Schlachtbank zu schicken.

Doch es gab auf dem Stuttgarter Parteitag auch einen opportunistischen Gegenpol auf der „linken“ Seite. *„Die zahlenmäßig kleine Gruppe der Anhänger Hervés“* verlangte: *„Auf jede Kriegserklärung muß das Proletariat mit dem Militärstreik und dem Aufstand antworten. Darauf soll denn auch in erster Linie die antimilitaristische Propaganda hinauslaufen.“* (mitgeteilt von Lenin, LW 15 S. 189) Lenin bezeichnete dies als *„anarchistische Phrasendrescherei“*. (ebenda) Er erklärte: *„Blinder Glaube an die Wunder wirkende Kraft jeder Action directe (zur „direkten Aktion“ vgl. Kapitel X S. 38 ff.); Herausgreifen dieser ‘unmittelbaren Einwirkung’ aus der allgemeinen sozialen und politischen Konjunktur ohne die geringste Analyse derselben; kurz, die ‘willkürlich-mechanische’ Auffassung sozialer Erscheinungen (wie Karl Liebknecht sagt) liegt hier auf der Hand.*

*Der Plan Hervés ist ‘sehr einfach’: Am Tag der Kriegserklärung desertieren alle sozialistischen Soldaten, die Reservisten aber streiken und bleiben zu Hause. Doch ‘ist der Reservistenstreik kein passiver Widerstand: bald würde die Arbeiterklasse zum offenen Widerstand übergehen, zum Aufstand, dessen Aussichten auf Erfolg um so größer sind, als die aktive Armee an den Landesgrenzen steht’ (Gustave Hervé, ‘Leur patrie’).*

*Darin besteht dieser ‘wirksame, praktische und direkte Plan’, und Hervé schlägt, von seinem Erfolg überzeugt, vor, jede Kriegserklärung mit Militärstreik und Aufstand zu beantworten.*

Wie sich eindeutig daraus ergibt, geht es hier gar nicht darum, ob das Proletariat, wenn es das für zweckmäßig hält, eine Kriegserklärung mit Streik und Aufstand beantworten kann. Der Streit wird vielmehr darum geführt, ob man das Proletariat durch Beschluß binden soll, **jeden** Krieg mit dem Aufstand zu beantworten. Diese Frage in dem zuletzt genannten Sinne entscheiden heißt, dem Proletariat die Möglichkeit nehmen, den Zeitpunkt des Entscheidungskampfes zu wählen, und dies seinem Gegner überlassen; nicht das Proletariat wählt, seinen eigenen Interessen entsprechend, den Zeitpunkt der Schlacht - wenn sein allgemeines sozialistisches Bewußtsein einen hohen Grad erreicht hat, seine Organisiertheit stark, der Anlaß günstig ist usw. - , nein, die bürgerlichen Regierungen könnten es auch dann zum Aufstand provozieren, wenn die Verhältnisse für das Proletariat ungünstig sind, zum Beispiel durch Erklärung eines solchen Krieges, der besonders geeignet ist, in breiten Bevölkerungsschichten patriotische und chauvinistische Gefühle auszulösen (tatsächlich war die Kriegsbegeisterung bei Kriegserklärung des deutschen Imperialismus auch in Teilen der Arbeiterklasse enorm! d. Verf.), der also das aufständische Proletariat isolieren würde. Ferner darf man nicht außer acht lassen, mit welcher Wut die Bourgeoisie, die, vom monarchistischen Deutschland bis zum republikanischen Frankreich und zu der demokratischen Schweiz, auch in Friedenszeiten die antimilitaristische Tätigkeit erbittert verfolgt, über jeden Versuch eines Militärstreiks im Kriegsfall, wo Kriegsgesetze, Kriegsstand, Kriegsgerichte usw. herrschen, herfallen würde.“

(Lenin, ebenda, S. 190 f.; Hervorhebung von Lenin)

In strategischer Hinsicht ist es Aufgabe des Proletariats, den imperialistischen Krieg mit dem Bürgerkrieg, mit der proletarischen Revolution zu beantworten. Doch den Zeitpunkt, zu dem man zum Angriff schreitet, darf man sich nicht vom Gegner diktieren lassen, diesen Zeitpunkt muß man aufgrund einer generalstabsmäßigen Analyse der Kräfte beider Seiten bestimmen. „Wenn das Proletariat es für zweckmäßig und geeignet erachtet, so kann es eine Kriegserklärung mit dem

*Militärstreik beantworten; es kann, neben anderen Mitteln zur Herbeiführung der sozialen Revolution, auch zum Militärstreik greifen. Aber es liegt nicht im Interesse des Proletariats, sich durch dieses 'taktische Rezept' zu binden.*" (ebenda, S. 191 f.)

Die Analyse dieser beiden Strömungen auf dem SPD-Parteitag 1908 zeigt exemplarisch, wie der rechte Opportunismus, das direkte Anbieten an die Interessen der Bourgeoisie, den „linken“ hervorruft, welcher der Bourgeoisie ebenfalls nützt: seien es „linke“ Phrasen, „direkte Aktion“, Anarchismus und individueller Terror welcher Spielart auch immer. In jeder Variante leugnet dieser „linke“ Opportunismus die Notwendigkeit einer zähen und systematischen Arbeit zur Hebung der revolutionären Aktivität der **Massen**, ersetzt sie durch geträumte oder reale Aktivitäten einzelner „Helden“, die dem proletarischen Klassenkampf allenfalls schaden und der Bourgeoisie Vorwände zur Unterdrückung der Massen liefern. Lenin führte gegen **beide** Varianten des Opportunismus einen zähen, systematischen und unversöhnlichen Kampf.

Bei Beginn des Weltkrieges brach das opportunistische Eitergeschwör der II. Internationale auf: Obwohl diese in Beschlüssen und Resolutionen offiziell die Notwendigkeit anerkannt hatte, revolutionär gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen, forderten die opportunistischen Führer die Arbeiter nun auf, auf die Arbeiter der jeweils anderen Länder zu schießen. Lenin zögerte nicht, den Verrat der Führer dieser Parteien und ihren Übergang auf die Seite der Bourgeoisie öffentlich beim Namen zu nennen. So erklärte er, daß *„die Opportunisten objektiv jenen Teil der Kleinbourgeoisie und gewisser Schichten der Arbeiterklasse darstellen, die mittels der imperialistischen Extraprofite **bestochen** wird und in **Kettenhunde** des Kapitalismus, in **Verderber** der Arbeiterbewegung verwandelt worden ist.*" (Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, LW 23 S. 107; oder LAW II S. 789; Hervorhebungen von Lenin) Lenin stellte *„diesen ökonomischen, diesen tiefsten Zusammenhang zwischen gerade der imperialistischen Bourgeoisie und dem Opportunismus, der*

jetzt (auf wie lange wohl?) über die Arbeiterbewegung den Sieg davongetragen hat“ (ebenda), deutlich heraus.

Lenin griff auch Kautsky, den theoretischen Führer der II. Internationale, unversöhnlich an, der sich immer noch als „Kämpfer gegen den Opportunismus“ ausgab, in Wirklichkeit aber dem Opportunismus ein „marxistisches“ Mäntelchen umzuhängen versuchte, um ihn bei den Arbeitern hoffähig zu machen, und damit die schlimmste und gefährlichste Strömung des Opportunismus darstellte. Den „Herren Kautskyanern“ hielt Lenin entgegen, „daß **ih**r jetzt in den imperialistischen Ländern Europas **die Lakaien** spielt für die Opportunisten, die dem Proletariat als Klasse **fremd** sind, die Diener, Agenten der Bourgeoisie, Schrittmacher ihres Einflusses sind, von denen sich die Arbeiterbewegung **befreien muß**, wenn sie nicht eine **bürgerliche Arbeiterbewegung** bleiben soll.“ (Lenin, ebenda, LW 23 S. 108; oder LAW II S. 790; Hervorhebungen von Lenin)

Lenin ging auf folgendes „Argument“ des Menschewiken (russischen Opportunisten) Martow ein:

„... Es wäre um die Sache der revolutionären Sozialdemokratie sehr schlecht, ja hoffnungslos bestellt, wenn sich von ihr die in der geistigen Entwicklung der 'Intelligenz' am nächsten stehenden und qualifiziertesten Gruppen der Arbeiter fatalerweise abwendeten und zum Opportunismus übergingen...“

(Martow, zitiert bei Lenin, LW 23 S. 108; oder LAW II S. 790)

In der Tat war man im vormonopolistischen Kapitalismus davon ausgegangen, daß gerade die sogenannte Arbeiterintelligenz am ehesten zur Aufnahme des Marxismus bereit war, da sie in geistiger Hinsicht die besten Voraussetzungen hatte. Da war auch durchaus etwas dran, doch der Imperialismus hatte materielle Ursachen hervorgebracht, die den Übergang des größten Teils gerade dieser Schichten auf die Seite des Opportunismus bewirkten. Lenin antwortete daher:

„Mit Hilfe des einfältigen Wörtchens 'fatalerweise' und einer 'kleinen Schiebung' wird die **Tatsache umgangen**, daß

**gewisse** Schichten der Arbeiter zum Opportunismus und zur imperialistischen Bourgeoisie **übergegangen sind!** Die Sophisten des OK (Organisationskomitee der Menschewiki, d. Verf.) brauchen diese Tatsache ja nur **zu umgehen!** Sie versuchen die Sache mit jenem 'amtlichen Optimismus' abzutun, mit dem jetzt auch der Kautskyaner Hilferding und viele andere paradien: die objektiven Bedingungen verbürgen ja die Einheit des Proletariats und den Sieg der revolutionären Strömung! Wir sind ja in Bezug auf das Proletariat 'Optimisten'!

Aber in Wirklichkeit sind sie, alle diese Kautskyaner, Hilferding, die OK-Leute, Martow und Co., **Optimisten** ... in bezug auf den **Opportunismus**. Das ist des Pudels Kern!"

(Lenin, ebenda; Hervorhebungen von Lenin)

„Amtlicher Optimismus“ in bezug auf „die Arbeiterklasse“, faktisch in Bezug auf die Arbeiteraristokratie - hier wurde der Proletkult (vgl. Kapitel IX S. 93 ff.) als direktes Vehikel des schlimmsten Opportunismus eingesetzt.

„Und es ist daher unsere Pflicht, wenn wir Sozialisten bleiben wollen, **tiefer**, zu den **untersten**, zu den wirklichen Massen zu gehen: darin liegt die ganze Bedeutung des Kampfes gegen den Opportunismus und der ganze Inhalt dieses Kampfes.“

(Lenin, ebenda, LW 23 S. S. 117; oder LAW II S. 800; Hervorhebungen von Lenin)

Letzteres ist von großer Bedeutung: die revolutionäre Partei des Proletariats ist verloren, wenn sie versucht, sich auf die Arbeiteraristokratie zu stützen - sie wird dann unweigerlich ihren revolutionären Charakter einbüßen und sich in ein Instrument der Bourgeoisie verwandeln. Sie muß statt dessen **„tiefer, zu den untersten, zu den wirklichen Massen“** gehen. Auch der Bourgeoisie ist dieser Zusammenhang klar, und sie hat ihre Taktik zur Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung vielfach verfeinert. So hat sie bewirkt, daß die „untersten“ Massen in den imperialistischen Ländern oft in hohem Maße aus Einwanderern bestehen, so daß das Nationalitätenproblem die politische Formierung der Klasse erschwert. Teils kommen die Einwanderer aus industriell rückständigen Gebie-

ten und aus einem bäuerlichen Milieu, was die Entwicklung eines proletarischen Klassenstandpunktes - noch dazu innerhalb einer opportunistisch dominierten Arbeiterklasse - nochmals bedeutend erschwert. Es kommt hinzu, daß das Spießertum und der Opportunismus unterschiedlicher Prägung auch in unteren Schichten der Arbeiterklasse Fuß faßt, wenn es über Jahrzehnte hinweg keine revolutionäre Arbeiterpartei mit einer gewissen Massenwirkung gibt. All diese Schwierigkeiten ändern nichts daran, daß der von Lenin gewiesene Weg, sich an die „untersten, an die wirklichen Massen“ zu halten, der einzig gangbare bei der Neuformierung einer revolutionären Arbeiterbewegung ist.

## DIE SEIT JAHRZEHNEN ANDAUERENDE VORHERRSCHAFT DES OPPORTUNISMUS IN DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND DIE AUFGABEN DES KOMMUNISMUS

In Deutschland gehören **SPD- und Gewerkschaftsführung schon lange zur Monopolbourgeoisie bzw. sind mit ihr verflochten, machen aber ihren unheilvollen Einfluß auf die Arbeiterbewegung nach wie vor geltend.** Die SPD-Führung hat sich über den Staat und die Gewerkschaften in das Monopolkapital hineingefressen. Am stärksten sind die Bastionen der SPD bei staatlichen Monopolen oder bei solchen mit staatlichen Beteiligungen, etwa über die Landesbanken. Über die Mitbestimmung fanden Sozialdemokraten bzw. Gewerkschaftsführer den Weg in Vorstände und Aufsichtsräte der Monopole. Die Führungsmannschaften der wichtigsten DGB-Gewerkschaften sitzen komplett in den Aufsichtsräten der großen Konzerne und ihrer Industriezweige. Neue Heimat und Bank für Gemeinwirtschaft, mit zweckentfremdeten Gewerkschaftsbeiträgen hochgezogene Monopole, erwiesen sich als Pflul der Korruption und mußten verkauft werden, um die Finanzlöcher zu stopfen, die die korrupten Bonzen aufgerissen hatten.

Die mit der Monopolbourgeoisie unmittelbar verflochtenen bzw. zu ihr gehörenden Arbeiteraristokraten sind allerdings nur die Spitze der Arbeiteraristokratie. Zur Arbeiteraristokratie gehört auch der aufgeblähte Apparat der Gewerkschaftsbürokratie, dem viele Menschen angehören, die mit dem Denken und Fühlen des klassenbewußten Proletariats nur noch wenig oder nichts zu tun haben, die sich von Kämpfen der ArbeiterInnen in ihrer Ruhe aufgeschreckt fühlen. Zur Arbeiteraristokratie gehören auch ArbeiterInnen, die über bestimmte Privilegien verfügen, sich aber dennoch durchaus als ArbeiterInnen fühlen und bürgerliche Ideen, die ihrer besonderen ökonomischen Stellung entsprechen, unter

ihren KollegInnen verbreiten. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Wir rechnen niemanden allein deshalb zur Arbeiteraristokratie, weil er oder sie FacharbeiterIn ist. Auf der Grundlage einer bestimmten Qualifizierung können sich jedoch bestimmte Maßnahmen (z.B. die Bestellung zum Vorarbeiter, die Übertragung von Aufsichts- und Kontrollfunktionen in Verbindung mit Privilegien) objektiv als Bestechung darstellen, Maßnahmen, die von der Bourgeoisie eiskalt als Bestechung und Spaltung kalkuliert sind und aus den Extraprofiten finanziert werden, die der Imperialismus aus der Ausplünderung anderer Länder zieht. Man erinnere sich an Engels' Ausführungen über die zahllosen Abstufungen, die die Bourgeoisie in der englischen Arbeiterklasse geschaffen hat, an den Stolz der „Besseren“ und „Höheren“ und das damit verbundene Spießertum - all dies finden wir in der heutigen deutschen Arbeiterklasse wieder. Tatsache ist im übrigen auch, daß die deutsche Bourgeoisie in der Lage war, die überwiegende Mehrheit der Betriebsräte ideologisch an sich zu binden - was wiederum nicht heißt, daß jeder Betriebsrat Arbeiteraristokrat ist.

Die Arbeiteraristokratie ist also keine einheitliche Schicht. Sie reicht, vermittelt durch zahlreiche Übergänge, vom privilegierten Arbeiter über die Gewerkschaftsbürokratie bis hin zu SPD- und DGB-Spitzen, die bereits Monopolisten sind. Die Existenz dieser Arbeiteraristokratie und ihre ideologische und politische Einwirkung auf die Arbeiterklasse hat eine äußerst lähmende und zersetzende Wirkung auf das Bewußtsein des Proletariats.

Lenin schrieb 1916, der Opportunismus könne *„jetzt nicht mehr in der Arbeiterbewegung irgendeines Landes auf eine lange Reihe von Jahrzehnten hinaus völlig Sieger bleiben“*. (LW 22 S. 290; oder LAW II S. 749) Dies erwies sich leider als Irrtum. In den imperialistischen Kernländern hat sich die Arbeiteraristokratie fest etabliert, wurde die revolutionäre Arbeiterbewegung nach dem 2. Weltkrieg sogar zu einer verschwindenden Minderheit herabgedrückt. Eine Ursache für letzteres waren in Deutschland vorübergehend relativ günstige

Kapitalverwertungsbedingungen in der Nachkriegszeit bis in die 70er Jahre hinein. (vgl. Kapitel XIII S. 47 f.) Dazu kam das jahrzehntelange Dahinsiechen der entarteten, ehemals sozialistischen Staaten, die sich weiterhin als sozialistisch bezeichneten. Letzteres war für den Imperialismus ein unschätzbare Vorteil, denn dieser Umstand war die Grundlage für eine hemmungslose antikommunistische Demagogie und die damit verbundene öffentliche Meinung, daß es zu den Regimes der westlichen imperialistischen Staaten keine annehmbare Alternative gäbe. In besonderem Maße trifft dies auf Deutschland zu: Im Osten übten die Revisionisten im Namen des „Sozialismus“ die Macht aus, und damit lieferten sie den Imperialisten im Westen ein scheinbar höchst plastisches „Argument“ dafür, daß der Sozialismus nicht erstrebenswert sei, zementierten sie die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung. Obwohl die DDR mittlerweile untergegangen ist, bestehen diese ideologischen Wirkungen fort. Nach wie vor besteht große Verwirrung über die Ursachen des Scheiterns des ersten Ansturmes auf den Imperialismus, eine Verwirrung, die durch das Kursieren verschiedenster opportunistischer und revisionistischer „Erklärungen“ zusätzlich gesteigert wird.

Auch der Anarchismus als *„eine Art Strafe für die opportunistischen Sünden der Arbeiterbewegung“* (Lenin, LW 31 S. 17; oder LAW V S. 480) blieb nicht aus, mitunter in der Form des Terrorismus. Terrorakte isolierter, oftmals aus dem gehobenen Kleinbürgertum und der Bourgeoisie stammender „Revolutionäre“ gegen einzelne Oligarchen oder politische Funktionäre des Regimes sollten die Erlösung bringen. Diese Menschen handelten ohne theoretische und soziale Stütze aus moralischer Empörung. Unter dem Druck der Verfolgung und Isolation, unter dem wachsenden Einfluß von Provokateuren der Staatsmacht usw. richtete sich der Terror zunehmend auch gegen die Bevölkerung. So nutzten derartige Bestrebungen der Bourgeoisie und behinderten die Formierung einer revolutionären Arbeiterbewegung zusätzlich. Heute haben Gruppierungen wie die RAF offen ihre Kapitulation erklärt und sind einzelne ihrer Repräsentanten zur Predigt des Reformismus

übergegangen, doch die materiellen Wurzeln für Anarchismus, Terrorismus usw. bestehen fort und bringen ständig neue Strömungen und Schattierungen hervor, derzeit insbesondere die autonome Bewegung.

In einer derart schwierigen Situation ist es die Aufgabe einer marxistisch-leninistischen Partei, unbeirrt am wissenschaftlichen Sozialismus und an der Orientierung auf den proletarischen Klassenkampf, insbesondere auf „die unteren, die wirklichen Massen“ festzuhalten, bei realistischer Einschätzung des gegebenen Kräfteverhältnisses, und sich auf dieser Grundlage stets lösbare Aufgaben zu stellen. Man kann die Situation nicht durch voluntaristische Kraftakte ändern, es ist aber von größter Bedeutung, daß der politische **Keim** einer revolutionären proletarischen Bewegung bereits vorhanden ist, wenn sich die objektiven Bedingungen im positiven Sinne zu verändern beginnen. Wie die Erfahrung zeigt, ist in einer solchen Situation die bloße Bewahrung eines derartigen Keimes schwierig genug, wirkt der Druck des Imperialismus und Opportunismus in Richtung auf vollständige Zerstörung einer solchen Partei und **kann diesem Druck nur durch entschlossene Anstrengungen auf Grundlage größtmöglicher theoretischer Klarheit widerstanden werden.** Ein gründliches und systematisches **Studium des wissenschaftlichen Sozialismus** ist gerade in einer solchen Situation für eine kommunistische Partei lebensnotwendig. Die Schulung der Parteimitglieder darf weder als Vermittlung von totem „Wissen“ noch von oberflächlichen „praktischen Ratschlägen“ aufgefaßt werden. Vielmehr müssen in der Schulung möglichst allen Genossinnen und Genossen die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus vermittelt werden, wobei besonderes Augenmerk auf Weltanschauung und Methode zu legen ist, die sie zu eigenständigem Studium und revolutionärem Handeln befähigt. Möglichst alle Mitglieder der Partei sollen den Marxismus-Leninismus begreifen und anwenden können, sollen tatsächlich Marxisten-Leninisten werden. Von existentieller Bedeutung für eine kommunistische Partei ist ebenso ein systematischer und möglichst allseitiger weltanschaulicher und politischer Kampf gegen alle re-

aktionären Bestrebungen des Imperialismus und gegen alle Strömungen des Opportunismus.

Mitte der 80er Jahre wurde die ohnehin zahlenmäßig schwache KPD durch ihre damalige Führung fast völlig zerstört, so daß der Neuaufbau unter äußerst schwierigen Bedingungen vonstatten gehen mußte. Es war kein Zufall, daß das Liquidatorentum zunächst hauptsächlich von der zentralen Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung ausging, die sich zunehmend auf die Arbeiteraristokratie innerhalb und außerhalb der Partei stützte. Innerhalb der Partei handelte es sich dabei vorwiegend um Intellektuelle, die in den 70er Jahren in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Fähigkeiten relativ rasch Positionen in Betriebsräten und Gewerkschaften errungen hatten, die sie auch etliche Jahre lang für eine revolutionäre Politik nutzten. Unter dem Druck der betrieblichen Sozialdemokratie und der Bourgeoisie, die zugleich mit teils recht lukrativen Posten lockten, suchten sie aber letztlich nach Wegen, sich mit dem Reformismus, mit der Sozialdemokratie auszusöhnen, zunächst unter Bewahrung der Form einer „revolutionären“ Orientierung. All dies äußerte sich anfangs nur in der Form von Stimmungen, Schwankungen usw. Die verantwortlichen Führer der Partei, insbesondere in der Betriebs- und Gewerkschaftsabteilung, traten dem jedoch nicht entgegen, sondern verdichteten diese Schwankungen zu einer liquidatorischen, gegen die Existenz der Partei gerichteten Linie. Bezeichnenderweise stellte einer der damaligen Führer der KPD die These auf, die Opportunisten seien die Vorhut des Proletariats - auch er und seinesgleichen waren, wie die Kautskyaner, **Optimisten** in Bezug auf den **Opportunismus**. (vgl. Lenin-Zitat auf S. 215) Dies war die Abwendung von der Orientierung auf „die unteren, die wirklichen Massen“, dies war die Hinwendung zur Arbeiteraristokratie und damit die politische Unterordnung unter die Bourgeoisie. Die Liquidatoren machten es sich zunutze, daß revolutionäre Kräfte in guter Absicht der Partei die Aufgabe gestellt hatten, sehr rasch zu wachsen, um angeblich in den 80er Jahren heranreifende revolutionäre Situationen entscheidend nutzen zu können. Das

Ziel eines sehr raschen Wachstums war aber unter den gegebenen Bedingungen auf revolutionärer Grundlage nicht zu erreichen. Die Liquidatoren betrieben unter der demagogischen Fahne eines raschen Wachstums der Partei ihre „Öffnung“ im opportunistischen Sinne und unterhöhlten somit schleichend ihren revolutionären Charakter, bis die Partei dem offenen liquidatorischen Angriff nur noch geringe Kräfte entgegenzusetzen hatte. Die Liquidatoren machten sich ferner zu nutze, daß die theoretische Ausbildung der Parteimitglieder über lange Zeit sträflich vernachlässigt worden war, daß die meisten Parteimitglieder den „Marxismus-Leninismus“ nur als Sammlung platter sektiererischer Phrasen „kannten“. Aus diesen bitteren Erfahrungen muß unbedingt gelernt werden.

Die materiellen Bedingungen, die bislang das nahezu uneingeschränkte Dominieren des Opportunismus in der Arbeiterbewegung bewirkt haben, **beginnen allerdings heute bereits, sich zu verändern.** In welchem Tempo diese Entwicklung voranschreiten wird, läßt sich indessen nicht voraussagen. Heute besteht jedenfalls die höchst widersprüchliche Situation, daß die Fäulnis des Kapitalismus ein vorher nie dagewesenes Ausmaß erreicht hat, die Widersprüche eine noch nie dagewesene Zuspitzung, daß aber zugleich die bewußten revolutionären Kräfte außerordentlich schwach sind, daß die Bereitschaft, KommunistIn zu werden, heute sogar noch geringer ist als etwa in den 70er Jahren. Doch letzteres wird nicht auf Dauer so bleiben. Die Änderung der objektiven Lage führt auch zur Suche nach einem Ausweg, allerdings nicht mechanisch. Ist das Konkurrenzdenken innerhalb der Klasse und auch innerhalb von unteren Schichten der Klasse stark, so kann es bei Verschärfung der Krise vorübergehend noch stärker werden: Man sucht die Lösung im Kampf gegen „die Ausländer“, die „uns“ angeblich die Arbeitsplätze wegnehmen, gegen „die Sozialschmarotzer“, die „uns“ angeblich auf der Tasche liegen usw. Zugleich aber wachsen die Bedingungen, unter denen Klassenbewußtsein entstehen kann, das Bewußtsein von der Notwendigkeit, gemeinsam - als Klasse - gegen das Kapital zu kämpfen, um nicht unter die Räder zu kom-

men. Es gilt, jeden - auch noch so kleinen - Schritt in diese Richtung aufzugreifen und mit den KollegInnen gemeinsam zu kämpfen. Es gilt, entsprechend den sich allmählich verbessernden objektiven Bedingungen Mittel und Wege zu finden, um ArbeiterInnen und kleinen Angestellten die Notwendigkeit und Möglichkeit des revolutionären Auswegs aus der krisenhaften Entwicklung zu zeigen und um die KPD zu stärken. Trotz enormer Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus besteht zwar immer noch eine starke materielle Basis der Arbeiteraristokratie und des Opportunismus, doch dauerhaft wird der anhaltende Fall der Profitrate auch die finanziellen Mittel mindern, die die Bourgeoisie zur Bestechung von Teilen der Arbeiterklasse und zur Spaltung der Klasse aufwenden kann. Der Kapitalexport verstärkt die Massenarbeitslosigkeit im eigenen Land, senkt den Lohnstandard der arbeitenden Menschen und engt damit den inneren Markt der imperialistischen Länder weiter ein. Während die Arbeiterklasse den Wert ihrer Arbeitskraft aufgrund der nationalen Bedingungen und ihrer eigenen Bedürfnisse bestimmt, bestimmen ihn die Monopole mehr und mehr als Wert einer internationalen Durchschnittsarbeitskraft. Letzteres fördert den Fall des Lohnniveaus in Richtung der Arbeitslöhne geringer entwickelter kapitalistischer Länder (US-Löhne in Richtung mexikanische Löhne, Löhne in Deutschland in Richtung osteuropäische Löhne), ersteres aber führt zum Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Angriffe des Kapitals.

Zwar sind derartige Entwicklungen stets relativ. Solange der Imperialismus existiert, wird stets auch eine materielle Basis für einen pro-imperialistischen Opportunismus existieren. Es gilt aber, aufmerksam jede Entwicklung zu analysieren, die dazu genutzt werden kann, Breschen in die Mauer des Imperialismus und Opportunismus zu schlagen. Es gilt, aufmerksam zu untersuchen, welche Teile der Arbeiterklasse am ehesten für eine andauernde und zähe revolutionäre Arbeit gewonnen werden können und wie auf die anderen Teile politisch gewirkt werden kann, um sie nach und nach der geistigen Vorherrschaft des Imperialismus und Opportunismus zu entzie-

hen. Man kann nicht voraussagen, welche Entwicklungen innerhalb der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse sich ergeben werden, welche Wirkungen in den untersten Schichten eintreten werden, ob Teile der sogenannten Arbeiterintelligenz sich evtl. von der Arbeiteraristokratie wieder loslösen werden, welche Widersprüche sich innerhalb des Gewerkschaftsapparats unter den neuen Bedingungen entwickeln werden usw.

Der Blick darf nicht auf bestimmte Teile der Arbeiterklasse, so wichtig sie auch seien, eingengt werden. Die Arbeit in den unter dem Einfluß der Opportunisten stehenden Gewerkschaften ist überaus wichtig (vgl. Kapitel X). Doch ebenso falsch wie die Vernachlässigung dieser Arbeit wäre es, den Blick auf den in den Gewerkschaften organisierten Teil der Klasse zu **beschränken**. So erklärte Stalin, daß die Losung, „*nur innerhalb der Gewerkschaftsverbände zu arbeiten*“, „*die kommunistische Partei zur Rolle eines passiven Zuschauers bei den Klassenkämpfen des Proletariats*“ verurteilt, daß es gilt, über den Kampf in den Gewerkschaften hinaus auch „*den Kampf der unorganisierten Arbeiter*“ zu organisieren. (Stalin, Über die rechte Gefahr in der deutschen Kommunistischen Partei, SW 11 S. 267 f.) Es gilt, **alle** Entwicklungen aufmerksam zu studieren und **alle** Möglichkeiten zu nutzen, die der Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats dienen. Das aufmerksame Beobachten aller Entwicklungen innerhalb der höchst differenzierten Arbeiterklasse mit dem Ziel, jede für die Formierung einer revolutionären Arbeiterbewegung förderliche Entwicklung maximal aufzugreifen, ist eine äußerst wichtige Aufgabe der kommunistischen Partei.

Ganz besonderes Augenmerk muß der Arbeiter**jugend** gelten. Hier ist die Bereitschaft am größten, mit überkommenen Formen und Schemata zu brechen, deren Inhalt die opportunistische Anpassung an die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie ist, doch es gilt, auch mit dem Inhalt dieser Formen zu brechen, und die Jugend wird keine sozialistische Perspektive finden, wenn sie ihr nicht gezeigt wird. Hier ist die Tätigkeit der KommunistInnen in besonderem Maße gefordert.

Wir befinden uns in gewisser Hinsicht in einer ähnlichen Situation wie Engels 1885 in England: Es gab in den vergangenen Jahrzehnten objektive Bedingungen dafür, daß die sozialistische Bewegung keine reale politische Kraft sein konnte, doch diese Bedingungen beginnen sich allmählich zu verändern. In dieser Situation müssen die Kommunistinnen und Kommunisten entsprechend ihren Möglichkeiten **an den sich entwickelnden Kämpfen der Arbeiterklasse teilnehmen und bestrebt sein, diesen Kämpfen eine solche Orientierung zu geben, die die Entwicklung von Klassenbewußtsein maximal fördert.** (zur Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten in den Tageskämpfen der Arbeiterklasse vgl. Kapitel XI, insbesondere S. 42 - 48 und 53 - 72) Darüber hinaus ist in einer solchen Situation eine **möglichst einfache und gemeinverständliche sozialistische Propaganda** von großer Bedeutung. Von maximaler Einfachheit muß diese Propaganda deshalb sein, weil es gilt, vor allem die unteren Schichten des Proletariats anzusprechen, die aber seitens der Bourgeoisie von einer dem Stand der Produktivkräfte entsprechenden Bildung ferngehalten wurden und werden und denen seitens der schwachen kommunistischen Kräfte in den vergangenen Jahrzehnten ebenfalls kaum Bildungselemente zugeführt werden konnten. Sozialistisch muß diese Propaganda sein, weil **die Propagierung der sozialistischen Ziele und Aufgaben des Proletariats eine elementare Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeiterklasse auf Grundlage ihrer Klasseninteressen wieder in die politische Arena treten kann.** Zumindest in einem nennenswerten Teil der Klasse muß sich wieder eine sozialistische Grundorientierung herausbilden; dies ist eine Voraussetzung dafür, daß die Fortgeschrittensten der Klasse sich zur politischen Partei formieren können. Zur Lösung dieser Aufgabe reicht die Teilnahme der Kommunistinnen und Kommunisten an den realen Kämpfen - so unerläßlich sie ist - nicht aus, weil deren Kräfte in der gegebenen Situation viel zu schwach sind, um nennenswerte Teile der Klasse real zu beeinflussen. Überdies wird es flächendeckend nicht möglich sein, innerhalb der Tageskämpfe dem Opportunismus auch

nur einigermaßen wirksam entgegenzutreten, geschweige denn ihn entscheidend zurückzudrängen, so lange nicht eine gewisse sozialistische Grundorientierung in Teilen der Klasse entsteht. Hierzu bedarf es eben einer sozialistischen Propaganda, die in einfachster und überzeugendster Weise aus den Tagesproblemen der Klasse und den unlösbaren Widersprüchen der kapitalistischen Ordnung die Notwendigkeit herleitet, daß die arbeitenden Menschen selbst über den gesellschaftlichen Reichtum verfügen müssen, den sie geschaffen haben. Und schließlich kann nur eine Partei, die gesehen wird, die revolutionären ArbeiterInnen anziehen.

In dieser Periode des Parteaufbaus ist, wie Stalin sagte, die „*Propaganda (...) Grundform der Arbeit*“. (Stalin, Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten, SW 5 S. 69) In den 70er Jahren hatten sektiererische Kräfte innerhalb der KPD unter anderem unter Berufung auf dieses Stalin-Zitat versucht, der Partei ihren Charakter als Kampfpartei zu nehmen, sie in eine reine Propaganda-Organisation zu verwandeln, die als Instrument des Klassenkampfes nicht taugt. Die Massen lernen vor allem im Kampf, und sie brauchen keine Organisation von Schwätzern, die selbst nicht kämpfen. Die Zurückweisung derartiger Bestrebungen war unerlässlich, um den revolutionären Charakter der Partei zu behaupten. Doch unabhängig davon, daß die Propaganda der Teilnahme am Klassenkampf nicht entgegengestellt werden darf, bleibt aus den oben genannten Gründen die Bestimmung richtig, daß die Propaganda - und das ist allerdings nicht nur schriftliche Propaganda, sondern insbesondere auch das Gespräch mit fortschrittlichen Menschen, die es von der Sache des Sozialismus zu überzeugen gilt! - in dieser Periode **Grundform der Arbeit** sein muß.

Für die Aufgabe, unter den Bedingungen eines aggressiven und zugleich höchst angeschlagenen Imperialismus erneut eine **stabile Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung zu schaffen**, gibt es kein historisches Vorbild - um so dringender ist es, alle positiven Erfahrungen systematisch auszuwerten und auch aus negativen Erfah-

rungen und Mißerfolgen systematisch zu lernen. Die Aufgabe der Schaffung einer solchen stabilen Verbindung ist schwierig, aber sie ist der nächste Schritt, der bewältigt werden muß. Zugleich muß bereits sorgfältig beobachtet werden, welche Risse zwischen anderen Schichten der Bevölkerung und dem Finanzkapital sich entwickeln, wie diese Risse vertieft werden können. Besteht erst eine starke revolutionäre Arbeiterpartei, so werden sich die Möglichkeiten, vorerst noch schwankende Menschen bzw. Schichten der Bevölkerung für den Kampf gegen den Imperialismus zu gewinnen, bedeutend verstärken.

Der Imperialismus ist faul und angeschlagen, doch er kann die Menschheit mit sich in den Abgrund reißen, wenn er nicht zerschlagen wird. Doch er wird zerschlagen werden, wenn die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt, wenn die KommunistInnen und Kommunisten auf der Höhe der Zeit stehen und der Arbeiterklasse die hierzu erforderliche Orientierung geben. Die Zerschlagung des Imperialismus ist notwendig, um einer menschenwürdigen Gesellschaft den Weg zu bahnen.



## VERSTÄNDNISFRAGEN:

- ☞ Warum bringt die Entwicklung des Kapitalismus gesetzmäßig das Monopol hervor?
- ☞ Welche Formen von Monopolen gibt es?
- ☞ Was ist der ökonomische Inhalt des Monopols?
- ☞ Was ist das Monopol vom Standpunkt der Entwicklungsgeschichte der Menschheit?
- ☞ In welcher Hinsicht ist der monopolistische Kapitalismus faulender Kapitalismus? Wie äußert sich diese Fäulnis?
- ☞ Was heißt Konzentration, was heißt Zentralisation des Kapitals?
- ☞ Kann das Monopol die Konkurrenz ausschließen? Begründe die Antwort!
- ☞ Worin besteht die neue Rolle der Banken im monopolistischen Kapitalismus? Wie kam es dazu?
- ☞ Was heißt Finanzkapital?
- ☞ Was versteht man unter Rentnerkapitalismus?
- ☞ Warum erlangt der Kapitalexport im monopolistischen Kapitalismus entscheidende Bedeutung?
- ☞ Warum wird der monopolistische Kapitalismus auch als Imperialismus bezeichnet? Warum gewinnen persönliche Abhängigkeitsverhältnisse besondere Bedeutung? Werden die sachlichen Abhängigkeitsverhältnisse im monopolistischen Kapitalismus beseitigt?
- ☞ Warum bringt der Imperialismus gesetzmäßig Kriege hervor?
- ☞ Warum kann es nicht zu einem einzigen Weltmonopol kommen, welches die Konkurrenz ausschließt?

- ☞ Was waren die wesentlichen Triebkräfte, die zum 1. und 2. Weltkrieg führten? Welches könnten Triebkräfte sein, die zu einem weiteren Weltkrieg führen?
- ☞ Warum und in welcher Hinsicht bedeutet der Imperialismus Reaktion auf der ganzen Linie? Was bedeutet das nach innen und nach außen?
- ☞ Was ist Liberalismus? Welche historische Rolle spielte er? Warum besiegelt der Imperialismus das Ende des Liberalismus?
- ☞ Welche ökonomischen Funktionen übt der Staat im monopolistischen Kapitalismus aus?
- ☞ Warum bringt der Imperialismus gesetzmäßig den Opportunismus in der Arbeiterbewegung hervor? Wie kann der Opportunismus bekämpft werden?
- ☞ Welche Aufgaben stellen sich heute angesichts des Kräfteverhältnisses von Opportunismus und Kommunismus?

## LITERATUR ZUM IMPERIALISMUS:

**Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.** LW 22 S. 191 - 309. Verfaßt im Frühjahr 1916, Ersterscheinung 1917. Auf relativ knappem Raum die klassische marxistische Arbeit über den Imperialismus.

**Hilferding, Das Finanzkapital.** Verfaßt 1909, Ersterscheinung 1910. *„Obwohl der Autor in der Geldtheorie irrt und eine gewisse Neigung zeigt, den Marxismus mit dem Opportunismus zu versöhnen, ist dieses Werk eine höchst wertvolle theoretische ‚Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus‘, wie der Untertitel des Hilferdingschen Buches lautet.“* (Lenin, LW 22 S. 199; oder LAW II S. 654) Auf die Mängel von Hilferdings Arbeit haben wir auf S. 131 ff. dieses Kapitels hingewiesen: Zu dem Zeitpunkt, als Hilferding „Das Finanzkapital“ schrieb, schlugen *„bereits zwei Seelen in seiner Brust - die des scharfsinnigen marxistischen Theoretikers und die des Opportunisten, der bestimmte, besonders scharfe Widersprüche der verfaulenden bürgerlichen Ordnung opportunistisch glättet.“* (S.135) Hilferdings Werk war bei seinem Erscheinen teils eine Weiterentwicklung des Marxismus, teils beinhaltete es aber auch bereits eine Revision des Marxismus in wesentlichen Fragen. Die Vorzüge machte sich Lenin bei seiner Imperialismus-Schrift zunutze. Es wäre allerdings ein Irrtum, zu glauben, wenn man Lenins Schrift gelesen habe, könne einem Hilferdings „Das Finanzkapital“ nichts mehr geben. Lenins Arbeit, für deren Niederschrift ihm maximal ein halbes Jahr zur Verfügung stand, ist recht knapp gehalten; Lenin selbst weist in der Vorbemerkung darauf hin, daß er die *„grundlegenden ökonomischen Besonderheiten des Imperialismus in aller Kürze und in möglichst gemeinverständlicher Form“* darstellte. (LW 22 S. 200; oder LAW II S. 655; Hervorhebung von Lenin) Hilferdings Studie legt einige ökonomische Ableitungen und Übergänge ausführlicher dar.

**Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus.** LW 23 S. 102 - 118. Verfaßt 1916. Diese kurze Schrift zeigt, daß der Opportunismus in der Arbeiterbewegung seine ökonomischen Wurzeln im Imperialismus hat.

**Enver Hoxha, Imperialismus und Revolution.** Tirana 1979. Die Arbeit befaßt sich mit neueren Entwicklungstendenzen des Imperialismus und mit verschiedenen Strömungen des Opportunismus, insbesondere auch mit dem Maoismus.

**Waffenschmidt, Imperialismus.** Erschienen 1990. Die Arbeit bietet eine zusammenhängende Darstellung des Imperialismus mit einer Fülle von zum Erscheinungszeitpunkt aktuellem empirischem Material.

**Rugenberg, Warum der Kapitalismus scheitern muß.** Erschienen 1997. Keine systematische Gesamtdarstellung des Imperialismus, sondern eine Sammlung von Artikeln aus dem Roten Morgen, die sich aufgrund aktueller Geschehnisse mit der Entwicklung des Imperialismus befassen. Die Artikel sind nach folgenden Hauptthemen geordnet: Deutscher Imperialismus, US-Imperialismus, Japanischer Imperialismus, Das Privateigentum steht der Entwicklung im Wege, Staat als Krücke des Privateigentums, Profite und Profitraten, Kapitalüberschuß und Kapitalexport, Zum Bewußtsein der Arbeiterklasse.

**Jack London, Die eiserne Ferse.** Heyne-Verlag München 1980. Verfaßt 1906 (!) in den USA. **In Romanform** eine packende und erstaunlich vorausblickende Darstellung des Übergangs zum Imperialismus und der entsprechenden Folgen für die Arbeiterbewegung. Die eiserne Ferse ist die Diktatur der Finanzoligarchie. Es wird gezeigt, wie der Imperialismus den Opportunismus hervorbringt, einerseits in der Form der Anpassung, andererseits in der Form von Terrorismus.

# **DIE WELT BEGREIFEN UND VERÄNDERN**

## **Die kommunistische Partei**

Kapitel XV

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zur Zitierweise:**

<b>MEW:</b>	Marx-Engels-Werke
<b>AW:</b>	Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
<b>LW:</b>	Lenin-Werke
<b>LAW:</b>	Lenin, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1988
<b>SW:</b>	Stalin-Werke
<b>Der Kampf in den Gewerkschaften:</b>	Das Exekutivkomitee der Komintern zur Gewerkschaftsfrage, Ausgabe VKT, Münster 1971
<b>Losowski, Streik als Schlacht:</b>	Ausgabe VKT Münster 1972
<b>Losowski, Marx und die Gewerkschaften:</b>	Ausgabe VKT Münster 1972
<b>f.:</b>	und die folgende Seite
<b>ff.:</b>	und die folgenden Seiten

# Inhalt

Vorbemerkung zu diesem Kapitel .....	5
<b>I Warum eine politische Partei? .....</b>	<b>7</b>
<b>II Die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Theorie für die Herausbildung des Proletariats zur Klasse .....</b>	<b>12</b>
<b>III Verbindung der verschiedenen Kampfformen .....</b>	<b>28</b>
<b>IV Die Aufgaben der kommunistischen Partei in revolutionären und in nichtrevolutionären Situationen .....</b>	<b>35</b>
<b>V Das Eingreifen der kommunistischen Partei in Massenkämpfe. Die Einheitsfront .....</b>	<b>56</b>
<b>VI Die kommunistische Partei und Massenorganisationen .....</b>	<b>63</b>
Probleme in einer Situation, in der die Partei die Führung einer Massenorganisation innehat .....	67
Probleme in einer Situation, in der opportunistische oder offen reaktionäre Kräfte die Führung einer Massenorganisation innehaben .....	69
<b>VII Die Perioden des Parteaufbaus .....</b>	<b>74</b>
Allseitige politische Enthüllungen organisieren .....	81
Den Sozialismus, der eine Wissenschaft ist, wie eine Wissenschaft studieren .....	84
Über das dialektische Verhältnis von Handeln und Denken .....	87

<b>VIII Zu einigen grundlegenden organisatorischen Normen und Prinzipien der kommunistischen Partei .....</b>	<b>91</b>
Voraussetzungen der Mitgliedschaft .....	92
Demokratischer Zentralismus .....	95
Fraktionsverbot, aber Notwendigkeit des Kampfes von Schattierungen .....	97
Offene Auseinandersetzung ist lebenswichtig für die Partei .....	101
Die Partei darf keinen opportunistischen Flügel in ihren Reihen dulden .....	102
Die Partei trägt den Geist der Organisiertheit in die Massenorganisationen .....	105
Zur Frage der absoluten Verelendung: Korrektur zu Kapitel X S. 94 .....	108
Zur Frage der gegenwärtigen Krisenzyklen in Deutschland: Korrektur zu Kapitel XIII S. 47 f. ....	111
Literatur .....	112

## Vorbemerkung zu diesem Kapitel

Bereits in Kapitel IX Seite 88 - 107 haben wir uns mit bestimmten Aspekten der politischen Partei der Arbeiterklasse befaßt. Wir haben es dort aus Fragestellungen heraus getan, die unmittelbar aus der politischen Ökonomie resultierten, aus der Untersuchung des Kapitalverhältnisses. Auf einige Probleme der Entwicklung politischer Parteien der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des Imperialismus sind wir in Kapitel XIV Seite 199 - 221 eingegangen.

Wir wollen hier auf die Frage der Partei der Arbeiterklasse zurückkommen, werden allerdings auch hier nicht alle Aspekte behandeln. Zu den hier nicht behandelten Fragen gehört etwa die Rolle der Partei im Sozialismus, ferner die Bündnispolitik gegenüber nichtproletarischen Schichten. Auch der Frage, welche Schlußfolgerungen aus der Tätigkeit kommunistischer Parteien im Sozialismus und im Übergang zum Revisionismus für die Parteitheorie gezogen werden müssen, wird hier nicht nachgegangen. Wir haben diese Fragestellung in Kapitel IX zumindest knapp angesprochen.

Diejenigen Fragen, die wir hier behandeln, wollen wir in möglichst übersichtlicher Form und daher eher knapp und grundsätzlich behandeln. Die Probleme, die sich diesbezüglich in der Praxis stellen, sind mitunter durchaus kompliziert. Eine ausführlichere Behandlung würde aber dem hier verfolgten Zweck zuwiderlaufen, einen überschaubaren Überblick zu geben.



Dieses Kapitel ist bestrebt, die grundlegenden Aufgaben einer kommunistischen Partei innerhalb der genannten Grenzen möglichst **umfassend** darzustellen. Es ist klar, daß eine Organisation, die sich noch im Aufbau befindet, die erst den **Keim** einer kommunistischen Partei darstellt, diese Aufgaben nur ansatzweise erfüllen kann. Andererseits muß sie sich an dem **Ziel** einer Partei, die diese Aufgaben erfüllt, **von Anfang an** orientieren, da sie dieses Ziel sonst nicht erreichen kann und dann eben **nicht** den Keim einer solchen Partei darstellt. Wie die Aufgaben in der ersten Periode des Parteaufbaus zu gewichten sind, in der es um die **Schaffung**, um die **Formierung** einer solchen Partei geht, wird in Kapitel VII skizziert.

## I.

# WARUM EINE POLITISCHE PARTEI?

Die Geschichte der Klassengesellschaft zeigt: Um ihre Interessen durchzusetzen, mußten ausnahmslos alle Klassen Einfluß auf die Staatsmacht nehmen, nach Möglichkeit die Staatsmacht erobern. Dies konnten sie in der Regel nur dann tun, wenn sie sich in politischen Parteien organisierten.

Dies gilt auch für die Arbeiterklasse und deren Partei. „Der nächste Zweck“ der kommunistischen Partei ist: *„Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“* (Marx, Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4 S. 474; oder AW I S. 430)

Auf den ersten Punkt, *„Bildung des Proletariats zur Klasse“*, werden wir zurückkommen. *„Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht“* bedeutet nicht etwa, daß die Arbeiterklasse die bürgerliche Staatsmaschine in Besitz nehmen und für ihre Zwecke gebrauchen kann. Die bürgerliche Staatsmaschine ist ein nach Inhalt und Form **bürgerlicher Apparat**; die Arbeiterklasse kann diese Staatsmaschine **nicht** für ihre Zwecke nutzen. So sagte Marx 1852 über den damaligen französischen Staat - und dies gilt für den heutigen imperialistischen Staat in erhöhtem Maße:

*„Diese Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuern bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer andern halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesell-*

schaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie, beim Verfall des Feudalwesens, den er beschleunigen half. Die herrschaftlichen Privilegien der Grundeigentümer und Städte verwandelten sich in ebenso viele Attribute der Staatsgewalt, die feudalen Würdenträger in bezahlte Beamte und die bunte Mustercharte der widerstreitenden mittelalterlichen Machtvollkommenheiten in den geregelten Plan einer Staatsmacht, deren Arbeit fabrikmäßig geteilt und zentralisiert ist. Die erste französische Revolution mit ihrer Aufgabe, alle lokalen, territorialen, städtischen und provinziellen Sondergewalten zu brechen, um die bürgerliche Einheit der Nation zu schaffen, mußte entwickeln, was die absolute Monarchie begonnen hatte: die Zentralisation, aber zugleich den Umfang, die Attribute und die Handlanger der Regierungsgewalt. Napoleon vollendete diese Staatsmaschinerie. Die legitime Monarchie und die Julimonarchie fügten nichts hinzu als eine größere Teilung der Arbeit, in demselben Maße wachsend, als die Teilung der Arbeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft neue Gruppen von Interessen schuf, also neues Material für die Staatsverwaltung. Jedes **gemeinsame** Interesse wurde sofort von der Gesellschaft losgelöst, als höheres, **allgemeines** Interesse (gemeint ist: angeblich allgemeines Interesse, d. Verf.) ihr gegenübergestellt, der Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder entrissen und zum Gegenstand der Regierungstätigkeit gemacht, von der Brücke, dem Schulhaus und dem Kommunalvermögen einer Dorfgemeinde bis zu den Eisenbahnen, dem Nationalvermögen und der Landesuniversität Frankreichs. Die parlamentarische Republik endlich sah sich in ihrem Kampfe wider die Revolution gezwungen, mit den Repressivmaßregeln die Mittel und die Zentralisation der Regierungsgewalt zu verstärken. **Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen. Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachteten die Besitznahme dieses ungeheueren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Sieges.**“

(Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8 S. 196 f.; oder AW II S. 405 f.; letzte Hervorhebung

v. Verf., die übrigen Hervorhebungen von Marx. Mit der „legitimen Monarchie“ ist die Herrschaft der Bourbonen nach Napoleon I. gemeint, mit der „Julimonarchie“ die Herrschaft Louis Phillippes, der hauptsächlich die Interessen der Finanzaristokratie vertrat.)

Die proletarische Partei kann die Inbesitznahme des bürgerlichen Staatsapparates nicht als die Beute ihres Sieges betrachten, da diese Maschinerie ihrer ganzen Struktur nach darauf ausgerichtet ist, die Arbeitermassen von der Einflußnahme auf politische Angelegenheiten **fernzuhalten**. Die Arbeiterklasse muß daher diese Staatsmaschine **zerbrechen, vernichten**. Sie muß **ihren eigenen Staat errichten**. Letzterer muß ein Staat sein, der so eingerichtet ist, daß möglichst viele Arbeiterinnen und Arbeiter zur unmittelbaren Regierung herangezogen werden.

Daß die unmittelbare Regierung durch die ArbeiterInnen nicht absolut ist, daß diese Aufgabenstellung ihre jeweiligen Grenzen am jeweiligen konkreten Zustand der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus findet, darauf werden wir in einem späteren Kapitel eingehen. Ebenfalls in einem späteren Kapitel werden wir die Aufgaben der proletarischen Partei gegenüber dem Staat näher bestimmen. Halten wir hier zunächst fest:

Die proletarische Partei hat - ebenso wie die Parteien anderer Klassen, die die Geschichte kennt - die Aufgabe, ihre Klasse zu befähigen, den Kampf um die Staatsmacht zu führen, doch nicht etwa um die Übernahme des bestehenden Staates, sondern um seine Zerschlagung und um die Errichtung einer neuen Staatsmacht. Die Arbeiterklasse kann aber nur an die Lösung dieser Aufgabe herangeführt werden, wenn sie sich daran gewöhnt, bereits im Rahmen der bürgerlichen Ordnung auf Staatsangelegenheiten Einfluß zu nehmen, mit anderen Worten: politisch zu kämpfen, ohne dabei Illusionen über den **bürgerlichen, also gegen die Arbeiterklasse gerichteten** Charakter der bestehenden Staatsmacht zu hegen. Bereits um **diesen** politischen Kampf zu führen, braucht die Arbeiterklasse ihre politische Partei.

Die Eroberung der politischen Macht ist kein Selbstzweck. Das Proletariat nutzt diese Macht, um sein grundlegendes Interesse durchzusetzen, nämlich den gesellschaftlichen Zustand zu beseitigen, in dem die ArbeiterInnen gezwungen sind, ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen, um leben zu können. Die Arbeiterklasse kann diesen Zustand nur beseitigen, indem sie die Existenz von Klassen und Klassenunterschieden überhaupt aufhebt. Damit hebt sie sich selbst sowie ihre politische Partei auf. Mit den Klassen und dem Kampf dieser Klassen stirbt auch der Staat und überhaupt das Politische ab, stirbt der politische Kampf ab, der Gegensatz von politischem und gesellschaftlichem Leben verschwindet. Weil dieser von ihr angestrebte gesellschaftliche Zustand, in dem sie selbst ihre Notwendigkeit verloren hat und abgestorben sein wird, der Kommunismus ist, **muß die politische Partei der Arbeiterklasse „kommunistische“ Partei sein, muß sie nämlich eine Partei sein, deren letztes Ziel die kommunistische Gesellschaft ist.**

Während dieses ganzen Prozesses aber muß die Arbeiterklasse von ihrer politischen Partei geleitet werden: beim Kampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, bei der Ergreifung der politischen Macht, der Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine und dem Aufbau eines proletarischen Staates, beim Kampf um die Überwindung **aller** Verhältnisse der alten Gesellschaft, die Beseitigung aller Klassenunterschiede und das Absterben des Staates.

Im Verhältnis von Partei und Klasse sind vor allen Dingen zwei Aspekte zu beachten:

- ☆ Zum einen darf die Partei ihren Kurs **nicht in erster Linie aufgrund spontaner Auffassungen und Stimmungen** in der Klasse bestimmen, sondern sie muß ihr praktisches Handeln am wissenschaftlichen Sozialismus und an der auf Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus vorgenommenen jeweiligen konkreten Analyse der konkreten Situation orientieren.

☆ Zum anderen darf die Partei und dürfen ihre Mitglieder **nicht stellvertretend für die Klasse** handeln. Ihr Handeln muß vielmehr darauf gerichtet sein, einem möglichst großen Teil der Klasse zur Selbsttätigkeit im Sinne der oben skizzierten geschichtlichen Aufgabe der Klasse zu verhelfen. Wie groß dieser Teil jeweils sein kann, hängt von den jeweiligen konkreten Umständen ab, doch das Bestreben der Partei muß stets darauf gerichtet sein, diese Aufgabe im jeweils möglichen maximalen Umfang zu erfüllen. *„Das Hauptsächliche, das Grundlegende im Bolschewismus und in der russischen Oktoberrevolution ist, daß gerade diejenigen in die Politik einbezogen werden, die unter dem Kapitalismus am meisten unterdrückt waren.“* (Lenin, Der Internationale Frauentag, LW 32 S. 159) Im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten stellt sich diese Aufgabe, die am meisten Unterdrückten in die Politik einzubeziehen, der kommunistischen Partei bereits vor der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat.

Wird einer der soeben genannten beiden grundlegenden Aspekte im Verhältnis von Partei und Klasse nicht hinreichend beachtet, so kommt es unweigerlich zu Fehlern der Partei. Gerät einer dieser Aspekte über längere Zeit aus dem Gesichtsfeld der Partei, so droht unweigerlich die Entartung dieser Partei zu einer opportunistischen, bürgerlichen Partei oder zu einer versponnenen, neben dem realen Klassenkampf stehenden Sekte.

Mit diesen beiden Gesichtspunkten im Verhältnis von Partei und Klasse werden wir uns in der Folge näher beschäftigen.

# II.

## DIE BEDEUTUNG DER MARXISTISCH- LENINISTISCHEN THEORIE FÜR DIE HERAUSBILDUNG DES PROLETARIATS ZUR KLASSE

Marx und Engels sprachen im „Manifest der Kommunistischen Partei“ - wie oben gesehen - von der notwendigen „*Bildung des Proletariats zur Klasse*“. Das Proletariat ist also nicht von vornherein Klasse, jedenfalls nicht Klasse für sich, es ist nicht von vornherein eine Klasse, die ihrer Interessen bewußt ist und sie bewußt verfolgt. (zu den Begriffen „Klasse an sich“ und „Klasse für sich“ vgl. Kapitel IX S. 90) Warum nicht?

Zum einen ist das Proletariat eine Klasse von **Warenverkäufern**, nämlich von Verkäufern ihrer Arbeitskraft, die untereinander in Konkurrenz stehen. Das Konkurrenzinteresse ist objektiv vorhanden. Andererseits stehen die Verkäufer ihrer Arbeitskraft in Konkurrenz zum Käufer, zum Kapitalisten, und können nur in dem Maße gemeinsame Interessen durchsetzen, wie sie die Konkurrenz untereinander zurückdrängen. Auch dieses Streben nach Solidarität im Kampf gegen das Kapital ist objektiv vorhanden.

Welches Interesse aber überwiegt nun - das Konkurrenzinteresse untereinander oder das Interesse gemeinsamen Kampfes gegen das Kapital? Das hängt in erster Linie davon ab, inwieweit das Proletariat sich zur Klasse für sich herausbildet, wie weit es im Kampf gegen das Kapital **politische** Interessen entwickelt, nämlich das Interesse, zur Durchsetzung von Interessen der gesamten Klasse auf die Staatsmacht Einfluß zu nehmen und sie schließlich zu erobern. Mit anderen Worten: Es hängt entscheidend davon ab, inwieweit das Proletariat zur **politischen Partei** wird. Dies wiederum setzt voraus, daß zumindest die bewußtesten Teile des Proletariats sich der **Gesamtinteressen** der Arbeiterklasse bewußt werden: die bestehende Staatsmacht zu vernichten und ihre eigene zu errichten, dies wiederum zu dem Zweck, die gesellschaftlichen Verhältnisse so umzustürzen, daß **die Lohnarbeit überhaupt** - bzw., was dasselbe ist, das Kapitalverhältnis - **beseitigt** wird.

Dieses Bewußtsein erwächst allerdings nicht allein aus dem Kampf um die Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft. Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft ist ja gerade die elementare Grundlage der bürgerlichen Ordnung. Der Kampf um die Bedingungen dieses Verkaufes eröffnet für sich allein noch keinen Horizont, der über die bürgerliche Ordnung hinausgeht. *„Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d.h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u.a.m.“* (Lenin, Was tun, LW 5 S. 385 f.; oder LAW I S. 365)

Lenin fügt in einer Fußnote ausdrücklich hinzu: *„Der Trade-Unionismus (das Nur-Gewerkschaftertum, d. Verf.) schließt keineswegs, wie man manchmal glaubt, jede ‘Politik’ aus. Die Trade-Unions haben stets eine gewisse (aber nicht sozialdemokratische) politische Agitation und einen gewissen politischen Kampf geführt.“* (ebenda) „Sozialdemokratisch“ nannten sich damals die revolutionären Parteien der Arbeiter-

klasse; wenn Lenin also von „sozialdemokratisch“ spricht, so meint er im heutigen Sprachgebrauch „kommunistisch“. Es gibt - so sagt er im zuletzt angeführten Zitat - sehr wohl einen politischen Kampf, der die Klasse **nicht** an ihre eigentliche Aufgabe, die Erringung der politischen Macht zwecks Beseitigung der Lohnarbeit - heranführt. Es gibt - das können wir heute sehr deutlich sehen - auch einen politischen Kampf, der die ArbeiterInnen von ihren eigenen Klassenpositionen **entfernt**. Wenn es der heutigen Sozialdemokratie z.B. gelingt, ArbeiterInnen vor den Karren der sogenannten Sozialpartnerschaft, z.B. vor den Karren „arbeitsmarktpolitischer“ oder „standortpolitischer“ Interessen zu spannen, so geraten diese Teile der Arbeiterklasse politisch ins Schlepptau der Bourgeoisie. Politischer Kampf im Sinne der Arbeiterklasse für sich ist ein solcher Kampf, der zumindest objektiv geeignet ist, ArbeiterInnen an ihre **Klassenposition** heranzuführen. Ein politischer Kampf, der darauf gerichtet ist, die Lohnsklaverei zu verewigen (indem bestimmte Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft als das höchste Ziel erscheinen, z.B. „Standort verteidigen“ und zu diesem Zweck das „eigene“ Kapital schonen), wirkt in die entgegengesetzte Richtung.

Lenin: *„Wir haben gesagt, daß die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein **gar nicht haben konnten**. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden.“* (ebenda; Hervorhebung von Lenin)

Was heißt „von außen“? Das heißt, daß der Kampf um die Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft **nicht aus sich selbst heraus umschlägt** in den Kampf um die Beseitigung der Lohnarbeit, daß das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Kampfes um die politische Macht zwecks Beseitigung des Systems der Lohnarbeit **nicht spontan** innerhalb des Kampfes um die Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft entsteht. Dieses Bewußtsein erwächst aus wissenschaftlicher Einsicht, der wissenschaftliche Sozialismus aber entstand und entsteht nicht innerhalb der spontanen Arbeiterbewegung. *„Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorge-*

gangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an.“ (ebenda)

Nun könnte man einwenden: „Das war einmal. **Heute** existiert diese Theorie bereits. Sie muß nicht mehr entwickelt, sondern nur angewandt werden.“

Richtig ist zwar, daß man dort, wo bereits eine kommunistische Partei oder ein Keim davon existiert, nicht mehr abwarten muß, bis sich aus Millionen von Angehörigen der bürgerlichen Intelligenz irgendwann einmal einige wenige „Paradiesvögel“ finden, die die erforderlichen theoretischen Grundlagen schaffen und anwenden - es ist dann Aufgabe **dieser Parteien**, das zu tun. Richtig ist auch, daß selbst ohne systematische Einwirkung einer solchen Partei auf die Arbeiterbewegung die Möglichkeit besteht, daß einzelne Individuen Kenntnis von einzelnen Schlußfolgerungen des wissenschaftlichen Sozialismus haben, was allerdings noch keinesfalls ermöglicht, daß die Arbeiterklasse ihre geschichtlichen Aufgaben erfüllen kann - hierzu bedarf es einer festen, dauerhaften, organischen Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung.

Im übrigen aber drückt ein solcher Einwand **vollständiges Unverständnis** sowohl des **Wesens** dieser Theorie als auch der politischen Aufgaben aus, die vor der Partei der Arbeiterklasse stehen.

Zunächst einmal: „Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln **müssen**, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen.“ (Lenin, Unser Programm, LW 4 S. 205 f.; oder LAW I S. 299; Hervorhebung von Lenin) Das kann auch nicht anders sein. Der wissenschaftliche Sozialismus ist seinem Wesen nach keine Ansammlung toter Dogmen, die nur immer wieder heruntergeleiert

werden müssen. Er geht vielmehr davon aus, daß die Dinge in ständiger Bewegung sind - und so eben auch die menschliche Gesellschaft -, daß sich folglich stets neue Fragestellungen ergeben, die neuer Analysen bedürfen. Dies gilt selbstverständlich auch für den Gang der Arbeiterbewegung. Der wissenschaftliche Sozialismus bietet die Weltanschauung und Methode der Analyse sowie der praktischen Tätigkeit. Wird diese Anschauung und Methode angewandt, so kann verhindert werden, daß die Arbeiterbewegung in dieser oder jener Sackgasse landet, vor den Karren der Bourgeoisie gespannt wird und ihre Aufgabe verfehlt. Dies aber wird niemals ein für allemal „garantiert“; darum muß gekämpft werden, so lange es Klassen und Reste von Klassenverhältnissen gibt, also auch noch im Sozialismus, der Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Weiter: Stellt sich bei **jeglicher** wissenschaftlichen Untersuchung die Aufgabe, durch die Erscheinungen hindurch zum Wesen vorzudringen, so ist diese Aufgabe bei der Untersuchung der kapitalistischen Gesellschaft und der Bestimmung der Aufgaben der Arbeiterbewegung innerhalb dieser Gesellschaft besonders schwierig. Warum? In der bürgerlichen Gesellschaft fallen Wesen und Erscheinung besonders kraß auseinander, und die Schere öffnet sich um so weiter, je reifer die Gesellschaft für den Übergang zum Sozialismus und Kommunismus ist. Ein Beispiel: Industrielles Kapital, Handelskapital und Bankkapital werden in letzter Analyse fast ausschließlich aus der unbezahlten Arbeit der Arbeiterklasse gespeist, ebenso die auf Grundeigentum anfallende Grundrente. In der Erscheinung aber stellt es sich so dar, daß die **Arbeiterklasse abhängig** ist, zunächst einmal vom industriellen Kapitalisten, so dann von der kreditierenden Bank, die über das Wohl und Wehe der Erhaltung von „Arbeitsplätzen“ zu bestimmen scheint. Der Mehrwert, die unbezahlte Arbeit, erscheint auf der Oberfläche zunächst als industrieller Profit, den das **Kapital** produziert, während der Lohn nicht als Wert der **Arbeitskraft**, sondern der Arbeit erscheint, für die die LohnarbeiterInnen monatlich bezahlt werden. Der Zins er-

scheint als Produkt des Geldes, die Grundrente als Frucht des Grundstücks und die Aktienkursgewinne als Produkt der Aktie. So werden die Verhältnisse in der Erscheinung auf den Kopf gestellt. Und diese Umkehrung der Verhältnisse ist - wohlge-merkt! - nicht bloße Illusion, sondern ihrerseits wirklich! **So lange** wir uns in Verhältnissen der Lohnarbeit bewegen, ist das Wohl und Wehe der LohnarbeiterInnen ja **wirklich** zunächst einmal davon abhängig, daß ein industrieller Kapitalist bereit ist, sie auszubeuten, das Wohl und Wehe der ArbeiterInnen ist in gewisser Hinsicht **tatsächlich** abhängig vom Bankkredit so-wie vom Auf und Ab der Aktienkurse. (Letzteres zeigt sich spä-testens im Börsencrash, wenn industrielle Kapitalisten die Pro-duktion einschränken und ArbeiterInnen entlassen müssen, weil die Aktien, die sie auf Kredit gekauft haben, weitgehend entwertet sind.) Die Betonung liegt aber auf: **so lange** die LohnarbeiterInnen LohnarbeiterInnen sind! Das Kapital **kann nur** durch Ausbeutung von LohnarbeiterInnen existieren, doch die ArbeiterInnen **müssen nicht** LohnarbeiterInnen blei-ben. Streifen sie die Fesseln der Lohnsklaverei ab, so haben sie eine Welt zu gewinnen, während das Kapital untergeht. Dies können sie aber nur tun, wenn zumindest ein politisch bewußter Teil der Arbeiterklasse diesen Zusammenhang er-kennt, und diese Erkenntnis kann **nur auf wissenschaftli-chem Wege** gewonnen werden, indem man durch die immer komplizierteren Erscheinungen hindurch zum Wesen durch-dringt. Diese Erkenntnis ist nicht einmal für allemal gegeben und braucht dann nur „festgehalten“ zu werden. Die Aufga-be, diese Erkenntnis zu vollziehen, stellt sich in gewisser Weise stets neu, weil die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft stets neue Erscheinungen hervorbringt (heute z.B. der Tri-umphzug des Investmentbanking), die in immer krasserem Gegensatz zu ihrem Wesen stehen. Dies stärkt die bürgerliche Ideologie, die **bürgerliche** Interpretation der bürgerlichen Ge-sellschaft, auch innerhalb der Arbeiterklasse, solange diese Er-scheinungen, das hinter ihnen stehende Wesen sowie der Zu-sammenhang zwischen diesem Wesen und diesen Erscheinun-gen nicht wissenschaftlich begriffen sind.

Der von Marx und Engels begründete Sozialismus ist **deshalb** wissenschaftlich und nicht utopisch, weil er die Notwendigkeit der sozialistischen Umwälzung nicht aus Ideen, aus Wünschen, aus Vorstellungen von „Gerechtigkeit“ usw. ableitet, sondern aus den materiell gegebenen **Produktivkräften**, mit anderen Worten: weil er die Keime der künftigen Gesellschaft innerhalb der bestehenden Gesellschaft nachweist und damit eine **konkrete** Perspektive für die Beseitigung der Lohnsklaverei aufzeigt. Diese Aufgabe ist jedoch keineswegs ein für allemal abschließend gelöst und kann es nicht sein, da sich die Produktivkräfte ständig weiterentwickeln. Die Fortentwicklung der Produktivkräfte führt unter Beibehaltung der engen Hülle des Privateigentums, der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, zu immer krasserem Widersprüchen und Reibungen, führt zu Fäulnisercheinungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das Bestreben der Manager des Kapitals, das „Gold in den Köpfen“ der Beschäftigten freizusetzen, ist Ausdruck der **objektiven Notwendigkeit** der Befreiung der Produktivkräfte und zeigt zugleich die engen Schranken, in welche die Produktivkräfte unter kapitalistischen Bedingungen eingezwängt sind. Die Einführung und Ausweitung von Gruppenarbeit etwa ist Ausdruck wachsender Vergesellschaftung, zeigt also einen gesellschaftlichen Fortschritt an. Zugleich bringt sie unter kapitalistischen Bedingungen auch Konsequenzen mit sich, die sich **gegen** die ArbeiterInnen richten. Wachsende Flexibilisierung ist auch Ausdruck davon, daß voranschreitende Vergesellschaftung die Entwicklung vielseitiger Fähigkeiten der ArbeiterInnen sowie das Wachsen des schöpferischen Gehalts der Arbeit erfordert, doch unter kapitalistischen Bedingungen richtet sich Flexibilisierung gegen die ArbeiterInnen, soweit diese den Kapitalisten nicht auch positive Folgen abtrotzen. Letzteres setzt wiederum einen Kampf voraus, der einer Taktik folgt, welche auf der Kenntnis der komplizierten Widersprüchlichkeit dieser Entwicklungen fußt.

Da die gesellschaftliche Realität sich stets verändert, kann das Studium der Lehren von Marx und Engels, von Lenin und Stalin oder von anderen Verfechtern des wissenschaftlichen

Sozialismus keineswegs fertige Antworten auf alle aktuell auftretenden Fragen des Klassenkampfes bieten. Diese Entwicklungen und Probleme des Kampfes bedürfen einer **eigenständigen wissenschaftlichen Tätigkeit**, und sie können nur wissenschaftlich bearbeitet werden, wenn man **über die Weltanschauung und Methode** des wissenschaftlichen Sozialismus verfügt. Die Vorstellung, heute müsse man den bereits entwickelten wissenschaftlichen Sozialismus „nur anwenden“, ist also auch deshalb naiv, weil man ihn aufgrund seines eigenen Wesens nur dann anwenden **kann**, wenn man ihn **zugleich weiterentwickelt**. Die Wahrheit liegt für DialektikerInnen *„in dem Prozeß des Erkennens selbst, in der langen geschichtlichen Entwicklung der Wissenschaft (darunter der Wissenschaft vom Klassenkampf, d. Verf.), die von niedern zu immer höhern Stufen der Erkenntnis aufsteigt, ohne aber jemals durch Ausfindung einer sogenannten absoluten Wahrheit zu dem Punkt zu gelangen, wo sie nicht mehr weiter kann, wo ihr nichts mehr übrigbleibt, als die Hände in den Schoß zu legen und die gewonnene absolute Wahrheit anzustaunen“*. (Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21 S. 267; oder AW VI S. 267; vgl. Kapitel V S. 98 )

Im Imperialismus, im faulenden Kapitalismus, in welchem Wesen und Erscheinung oftmals noch weit krasser auseinanderfallen als zuvor, gilt noch viel mehr, was Lenin bereits 1899 schrieb: *„Es kann keine starke sozialistische Partei geben, wenn es keine revolutionäre Theorie gibt, die alle Sozialisten vereinigt, aus der sie all ihre Überzeugungen schöpfen und die sie auf die Methoden ihres Kampfes und ihrer Tätigkeit anwenden (...)“* (Lenin, Unser Programm, LW S 4 S. 205; oder LAW I S. 298 f.)

Wohlgemerkt: Wenn nicht „alle Sozialisten“, also die **Mitglieder der Arbeiterpartei**, ihre Überzeugungen aus der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus schöpfen und diese Theorie fortlaufend **auf die Methoden des Kampfes und der praktischen Tätigkeit** anwenden, kann es **keine** starke sozialistische Partei geben! Dazu muß aber das Anwenden der

Theorie und Methode des wissenschaftlichen Sozialismus auf die Fragen und Probleme des praktischen Kampfes **erlernt** werden, und erlernt werden kann dies weder allein aus der bloßen Teilnahme am Kampf noch allein aus Büchern. Vielmehr erfordert es ständige energische Anstrengungen, das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, die Analyse der Verhältnisse und den praktischen Kampf **zu einer Einheit zu verbinden**. Dies ist um so schwieriger, als nicht nur der Druck der bürgerlichen Ideologie, sondern die ganzen Lebensverhältnisse, die einen ständig zur zermürenden Beschäftigung mit tausenderlei Kleinkram zwingen, dagegen wirken. Die Orientierung auf eine solche Verbindung kann nur erkämpft und behauptet werden, wenn der Keim einer kommunistischen Partei sich der Notwendigkeit dieser Verbindung bewußt ist und konkrete Methoden erarbeitet, wie die Partei als ganzes und die einzelnen Gliederungen und Mitglieder der Partei sich um eine solche Verbindung bemühen können. Ohne ständigen Kampf um die Herstellung und Festigung dieser Verbindung wird es auf Dauer weder möglich sein, an den geschichtlichen Zielen der Arbeiterklasse festzuhalten, noch wird es möglich sein, im praktischen Kampf diejenige Flexibilität in der Taktik zu verwirklichen, die es ermöglicht, in jeder Situation entsprechend den jeweils gegebenen Kräfteverhältnissen genau das zu tun, was diesen Zielen am meisten dient.

Es gibt aber nicht nur die soeben benannten **erkenntnistheoretischen** Hemmnisse, die die Formierung des Proletariats zur Klasse für sich und zur politischen Partei hemmen. Wie zuvor schon gesagt, wirken in der Klasse **materielle** Interessen, die den Opportunismus hervorrufen. Diese werden durch den Imperialismus beträchtlich verstärkt, der vielerlei Wirkungslinien erzeugt, welche darauf gerichtet sind, die Arbeiterklasse vor den Karren der imperialistischen Bourgeoisie zu spannen. (vgl. Kapitel XIV) So gilt stets, im Imperialismus aber in besonderem Maße, daß eine Arbeiterpartei nur erstarken und sich überhaupt nur behaupten kann, wenn sie den Opportunismus ständig in Theorie und Praxis bekämpft.

Da „die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung“ „zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie“ führt (Lenin, Was tun, LW 5 S. 396; oder LAW I S. 376), geht die Ausbreitung des Opportunismus in der Praxis stets mit der Herabminderung der Bedeutung der revolutionären Theorie einher. Bereits Marx und Engels mußten beharrlich gegen solche Tendenzen kämpfen. So erklärten 1877 auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie einige Delegierte, Engels' Schrift gegen Dühring sei „zu scharf, zu intolerant, zu unkameradschaftlich in der Polemik“ und „für die weitaus größte Mehrheit der Leser“ des Vorwärts, nämlich des Zentralorgans der Partei „völlig ohne Interesse“. „Auch Dühring“ habe „der Sozialdemokratie viel genützt“. Und: „Wenn sich die Professoren streiten, ist der 'Vorwärts' nicht das Forum, vor dem dieser Streit ausgefochten werden darf“. (vgl. Lenin, Was tun, LW 5 S. 367; oder LAW I S. 345 f. Vgl. auch Anmerkung 98 in MEW 34, S. 552 sowie Marx' Hinweis in einem Brief: „Aber solche Ereignisse, wie sie sich auf dem letzten Parteikongreß zugetragen - sie werden gehörig exploitiert von den Feinden der Partei im Ausland -, haben uns jedenfalls Vorsicht in unsern Verhältnissen zu den 'Parteigenossen in Deutschland' aufgenötigt.“ - MEW 34 S. 310 f.)

So versuchten die Opportunisten, der Partei **weltanschauliche und theoretische Beliebigkeit, Verschwommenheit** aufzuzwängen und den Kampf von Marx und Engels für ein festes theoretisches Fundament der Partei als einen lebensfremden „Kampf der Professoren“ zu verunglimpfen, während sie den Wirrkopf Dühring als „Opfer unkameradschaftlicher Polemik“ darstellten und seine „Verdienste für die Partei“ rühmten.

So lange die marxistische Theorie ein gewisses Ansehen hat, führen diejenigen, die dem Opportunismus den Weg bereiten, neben offenen Angriffen auf die revolutionäre Theorie zugleich „marxistische“ Phrasen im Munde - das tat zu Lebzeiten von Marx und Engels z.B. auch Bernstein, der nach dem Tode von Engels offen die Frage einer angeblich notwendigen „Revision“ des Marxismus aufwarf. Doch der Sonntagsreden-

„Marxismus“ solcher Parteiführer hatte immer weniger Konsequenzen für die praktische Orientierung der Partei.

Eine ähnliche Entwicklung fand in der ersten Hälfte der 80er Jahre in der KPD statt. Man behauptete, die Partei habe mittlerweile ein sehr festes theoretisches Fundament, und auf dieser Grundlage könne man eine „elastische“ Politik zur Gewinnung breiter Arbeitermassen für die Partei durchführen. Das angeblich feste theoretische Fundament erwies sich aber als überaus schwach, und die „elastische Politik“, die an sich durchaus nötig gewesen wäre, erwies sich in der Praxis als Orientierung an der Sozialdemokratie in Betrieb und Gewerkschaft. Die Masse der Parteimitglieder gewöhnte sich daran, den Marxismus-Leninismus zunehmend als eine platte Anhäufung von lebensfremden Phrasen anzusehen - was der von der praktischen Arbeit getrennte „Marxismus-Leninismus“ ja auch **tatsächlich** war -, und schließlich ging man daran, auch die Phrasen und Sonntagspredigten zunehmend über Bord zu werfen. Die politische Unterordnung unter die Sozialdemokratie führte in logischer Konsequenz zum Angriff auf die bloße **Existenz** der marxistisch-leninistischen Partei. Selbst in dieser Phase benutzten allerdings diejenigen, die schon dabei waren, die Partei zu begraben, den von ihnen verstümmelten „Marxismus-Leninismus“ noch als Waffe **gegen** die Partei. So verwies einer der damaligen Parteiführer zutreffend auf Lenins Analyse, daß die Arbeiteraristokratie materieller Träger des Opportunismus in der Arbeiterbewegung ist, fügte aber hinzu, **unter den gegebenen Umständen** sei dieser Opportunismus fortschrittlich und sei die Arbeiteraristokratie die Vorhut der Arbeiterklasse. (vgl. Weg der Partei 2/85, Wie Törk Hansen die Revision der führenden Rolle der bolschewistischen Partei und ihre Verbannung aus dem Programm rechtfertigt) Die Hinwendung zur Arbeiteraristokratie wurde als Hinwendung zur Arbeiterklasse verklärt und sollte die Aufgabe des eigenständigen proletarischen Parteistandpunktes „rechtfertigen“.

Wie Lenin in „Was tun“ schrieb, kann „*die Rolle des Vorkämpfers nur eine Partei erfüllen (...), die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird*“ (LW 5 S. 380; oder LAW I

S. 359 f.). Dies ist der Grund dafür, warum Ausbreitung von Opportunismus stets damit einhergeht, die Bedeutung dieser Theorie herabzumindern. Lenins Kampf für die Verteidigung der marxistischen Theorie und des Platzes dieser Theorie innerhalb der politischen Partei der Arbeiterklasse war daher wesentlicher Bestandteil seines Kampfes um die Formierung einer revolutionären Partei der russischen Arbeiterklasse. So griff er in „Was tun“ diejenigen an, die behaupteten, die strenge Orientierung an dieser Theorie führe zur Verknöcherung des Denkens und hemme die praktische Arbeit. Lenin sagte dazu, *„daß mit den tönenden Phrasen gegen die Verknöcherung des Denkens usw. nur Sorglosigkeit und Hilflosigkeit in der Entwicklung des theoretischen Denkens bemäntelt werden.“* (LW 5 S. 379; oder LAW I S. 357 f.)

Lenin führte weiter aus:

*„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart. Für die russische Sozialdemokratie aber wird die Bedeutung der Theorie noch durch drei Umstände erhöht, die man oft vergißt, nämlich: Erstens dadurch, daß sich unsere Partei eben erst herausbildet, erst ihr eigenes Gesicht herausarbeitet und die Auseinandersetzungen mit den anderen Richtungen des revolutionären Denkens, die die Bewegung vom richtigen Wege abzulenken drohen, noch lange nicht abgeschlossen hat. Im Gegenteil, gerade die allerletzte Zeit war durch eine Belebung der nichtsozialdemokratischen revolutionären Richtungen gekennzeichnet (...). Unter solchen Umständen kann ein auf den ersten Blick ‘belangloser’ Fehler die traurigsten Folgen haben, und nur Kurzsichtige können die fraktionellen Streitigkeiten und das strenge Auseinanderhalten von Schattierungen für unzeitgemäß oder überflüssig halten. Von der Konsolidierung dieser oder jener ‘Schattierung’ kann die Zukunft der russischen Sozialdemokratie für viele, viele Jahre abhängen.“*

*Zweitens ist die sozialdemokratische Bewegung ihrem ureigensten Wesen nach international. Das bedeutet nicht nur, daß wir den nationalen Chauvinismus zu bekämpfen haben. Das bedeutet auch, daß die in einem jungen Lande einsetzende Bewegung nur erfolgreich sein kann, wenn sie die Erfahrungen der anderen Länder verarbeitet. Für ein solches Verarbeiten aber genügt die einfache Kenntnis dieser Erfahrungen oder das einfache Abschreiben der jüngsten Resolutionen nicht. Dazu ist notwendig, daß man es versteht, diesen Erfahrungen kritisch gegenüberzutreten und sie selbständig zu überprüfen. Wer sich vergegenwärtigt, wie gewaltig die moderne Arbeiterbewegung gewachsen ist und sich verzweigt hat, der wird begreifen, welche Fülle an theoretischen Kräften und politischen (und auch revolutionären) Erfahrungen zur Bewältigung dieser Aufgabe erforderlich ist.“*

(LW 5 S. 379 f.; oder LAW I S. 358 f.)

Diese Passage aus „Was tun“ ist in vielfacher Hinsicht überaus lehrreich:

- ☆ Die Bedeutung der Theorie für die politische Partei der Arbeiterklasse **erhöht** sich in der Periode, in der diese Partei sich erst herausbildet, in der also die fortgeschrittensten ArbeiterInnen für den Kommunismus gewonnen werden müssen. Dies gilt heute nicht anders als zu dem Zeitpunkt, zu dem Lenin dies schrieb. Heute geht es in Deutschland allerdings dabei nicht in erster Linie um die Auseinandersetzung mit anderen Richtungen des revolutionären Denkens, von der Lenin schrieb. Heute geht es darum, daß die Arbeiterklasse im Westen Deutschlands seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie und überhaupt von bürgerlicher Ideologie **dominiert** wird, im Osten Deutschlands jahrzehntelang vom Revisionismus gelähmt und irregeleitet wurde, was heute wiederum die Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie festigt. In Ost und West erschweren es die schlechten Erfahrungen mit entarteten ehemals kommunistischen Parteien, daß fortschrittliche Menschen die Notwendigkeit der kommunistischen Partei erkennen. So

hemmt und verzögert die Diskreditierung des Kommunismus und der kommunistischen Partei aufgrund der schlechten Erfahrungen mit dem Revisionismus zusätzlich den Prozeß der Parteibildung, also den Prozeß der Formierung der Arbeiterklasse zu einer Klasse, die selbstbewußt für ihre Interessen eintritt.

Die allmähliche Lösung der fortgeschrittensten Teile der Klasse vom lähmenden Einfluß der Sozialdemokratie und überhaupt vom Einfluß der bürgerlichen Ideologie und Politik ist ein komplizierter Prozeß. Besteht ein kleiner Keim der kommunistischen Partei, so hat dieser in erster Linie die Aufgabe, diesen Prozeß nach Kräften zu fördern, und dies ist nur möglich auf dem Fundament einer revolutionären Theorie, und zwar im obigen Sinne: Es reicht nicht, diese oder jene Sätze der Klassiker des Marxismus-Leninismus von Zeit zu Zeit zu wiederholen. Vielmehr muß diese Theorie als lebendige Waffe genutzt werden, nach und nach all die landläufigen Phrasen und ideologischen Vorstellungen überzeugend zu widerlegen, die die Arbeiterklasse an das Kapital ketten. Dazu bedarf es der Analyse, da man sonst auf der Oberfläche der Erscheinungen kleben bleibt, wie oben gesehen. Das **Ergebnis** der Analysen darf nicht in trockener, schwer verständlicher Form unter die Menschen gebracht werden, sondern möglichst einprägsam und einfach. Um aber klar und einfach schreiben und sprechen zu können, ohne durch Populismus und Versimplifizierung wiederum Zugeständnisse an die bürgerliche Ideologie zu machen, muß man selbst das Wesen der Dinge möglichst umfassend begriffen haben, muß man die Dinge analysiert haben, und zwar auf allen Feldern des politischen und ökonomischen Kampfes, auf denen man sich jeweils bewegt.

- ☆ Gerade in der Periode, in der die politische Partei der Arbeiterklasse sich erst formiert, können **scheinbar** belanglose Fehler die traurigsten Folgen haben. Die Verfestigung scheinbar nebensächlicher Fehler kann die Arbeiterbewe-

gung auf viele Jahre unnötig hemmen - unnötig dann, wenn die Verfestigung solcher Fehler durch eine offene Auseinandersetzung vermeidbar gewesen wäre. Lenin kämpfte Zeit seines Lebens für die **Einheit** der Partei, doch das bedeutete für ihn zu keinem Zeitpunkt das **Vertuschen** von Meinungsverschiedenheiten, auch wenn sie nur „Schattierungen“ betrafen. Wenn die Differenzen, die scheinbar unbedeutenden Schattierungen zugrunde liegen, nicht ausgefochten werden, kann dies zu verheerenden Folgen führen. Ganz im Gegenteil befaßte sich Lenin stets damit, derartigen Meinungsverschiedenheiten und Schattierungen bis zuletzt auf den Grund zu gehen. Es ist kein Zufall, daß Lenin seinem Werk „Was tun“ folgendes Zitat von Lassalle vorangestellt hat, der zwar kein Marxist war, sondern ein Opportunist, der sich in diesem Zitat aber ausnahmsweise in marxistischem Geist äußerte: *„Daß die Parteikämpfe gerade einer Partei Kraft und Leben geben, daß der größte Beweis der Schwäche einer Partei das Verschwimmen derselben und die Abstumpfung der markierten Differenzen ist, daß sich eine Partei stärkt, indem sie sich purifiziert (reinigt, d. Verf.), davon weiß und befürchtet die Behördenlogik wenig!“* (vgl. LW 5 S. 355; oder LAW I S. 333)

- ☆ Die Arbeiterbewegung kann nur Erfolg haben, wenn sowohl ihre nationalen als auch ihre internationalen Erfahrungen verarbeitet werden. (Dies gilt nicht nur in einem „jungen“ Land, in dem sich der Kapitalismus erst entwickelt.) „Verarbeiten“ dieser Erfahrungen erschöpft sich keineswegs in bloßer Kenntnisnahme von diesen Erfahrungen. Es ist vielmehr notwendig, sich „kritisch“ mit ihnen auseinanderzusetzen, sie „selbständig zu überprüfen“. Hierzu bedarf es einer „Fülle an theoretischen Kräften und politischen (...) Erfahrungen“. Es versteht sich von selbst, daß diese Aufgabe nur von Parteien erfolgreich bewältigt werden kann, die über ein solides theoretisches Fundament

verfügen und die Theorie aufs engste mit der Praxis der Arbeiterbewegung verbinden.

Dies ist allerdings unmöglich, wenn man von der metaphysischen Vorstellung ausgeht, Theorie und Praxis seien zwei Bereiche, die im großen und ganzen voneinander getrennt seien. So gab es z.B. in den 70er Jahren in der westdeutschen sogenannten ML-Bewegung mehrere Spaltungen aufgrund der Fragestellung, ob denn die Praxis oder die Theorie die „Hauptseite“ sei. Schon diese Fragestellung war falsch. Sie basierte auf maoistischen Begriffen: Das Begriffspaar „Hauptseite - Nebenseite“ unterstellt ja gerade zwei im wesentlichen **getrennte** Bereiche, von denen laut Mao Tse-tung einmal der eine, einmal der andere überwiege. Über die metaphysische Frage, ob man zum gegebenen Zeitpunkt gerade „mehr Praxis“ oder „mehr Theorie“ brauche, kann man natürlich trefflich streiten - und sich spalten.

Die KPD hat diese metaphysische Fragestellung Mao Tse-tungs im Weg der Partei 3/1980 (nachgedruckt im Theoretischen Organ zur MLPD, WdP 2/87) zurückgewiesen. Es kommt darauf an, die **dialektische Einheit** von Theorie und Praxis richtig zu bestimmen, nämlich so, wie wir es oben skizziert haben. Daß es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis gibt, gilt nicht nur „irgendwie“ „im allgemeinen“, sondern für jegliche konkrete revolutionäre Tätigkeit. Andererseits muß die Theorie letztlich zum blutleeren und lebensfremden Dogma verkommen, wenn sie nicht mit dem praktischen Handeln verbunden wird. So sagt Lenin, daß die revolutionäre Theorie *„kein Dogma ist, sondern nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt annimmt“*. (Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31 S. 9; oder LAW V S. 471)

# III.

## VERBINDUNG DER VERSCHIEDENEN KAMPFFORMEN

Wir haben die Beschränktheit des ökonomischen Kampfes dargestellt. Diese Beschränktheit ändert nichts daran, daß der ökonomische Kampf von großer Bedeutung ist, denn in diesem Kampf können Arbeitermassen - gerade auch noch rückschrittliche ArbeiterInnen - den Gegensatz zwischen ihren und den kapitalistischen Interessen **unmittelbar** erfahren. Ein politischer Kampf, der nicht mit dem ökonomischen Kampf verbunden ist, wäre letztlich ebenso beschränkt wie ein „rein“ ökonomischer Kampf.

Losowski, Generalsekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale, schrieb 1930:

*„Als negatives Beispiel kann die Taktik der chinesischen Kommunistischen Partei während der Revolution 1925-1927 angeführt werden. Unter dem Druck der Kuomintang antwortete damals die Kommunistische Partei auf die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter: 'Zuerst Sieg der nationalen Revolution, die Eroberung von Peking usw., und dann wird erst die Frage des Achtsturentages, die Frage des Grund und Bodens für die Bauern gelöst.' Diese opportunistische Taktik der Losgelöstheit der Politik von der Ökonomik war zweifellos eine der Ursachen der Niederlage der Revolution in den Jahren 1925 bis 1927.*

*Die Erfahrungen stellen uns also vor die äußerst akute Frage, den Wirtschaftskampf mit dem politischen Kampf zu verknüpfen, den Wirtschaftskampf auf eine höhere Stufe zu*

*überführen, die elementaren Tagesforderungen mit den allgemeinen Klassenzielen und Klassenaufgaben des Proletariats in Einklang zu bringen und in diesem Zusammenhang einen erbitterten Kampf nicht allein gegen den Reformismus zu führen, sondern auch gegen die linken Phrasendrescher, die nicht begreifen, wie notwendig und wichtig es für den Erfolg des revolutionären Kampfes ist, Teilforderungen aufzustellen, die Arbeitermassen im Kampfe um die Teilforderungen zu schulen und die breiten Massen von den Teilforderungen zu den allgemeinen Klassenaufgaben des Proletariats zu führen.*

*Es war durchaus kein Zufall, daß die Komintern vom ersten Tag ihrer Begründung an und später so gut wie auf allen ihren Kongressen mit allem Nachdruck die Notwendigkeit des Kampfes um die Bewilligung der Teilforderungen betonte. Warum? Weil es Genossen gab, die da sagten: 'Wir leben in der Epoche der sozialen Revolution. Vor uns steht die allgemeine Losung der Diktatur des Proletariats. Was sollen wir uns erst mit Lohnfragen, Achtsturentag, Versicherung usw. aufhalten? Wozu das alles? Das sind Kleinigkeiten, die keine Bedeutung haben. Wir haben uns nur mit den allgemeinen Klassenaufgaben des Proletariats abzugeben.' Das hat wohl einen linken Klang, doch ist das im Grunde opportunistisch. Warum? Weil man mit linken Phrasen die eigene Passivität in der Gegenwart maskieren will. Man verspricht uns, in Zukunft um die Machtergreifung zu kämpfen, und man will dafür jetzt das Recht auf Nichtstun haben. Entschuldigt, das genügt uns nicht. Es muß auch in der Gegenwart dafür gekämpft werden, was die Arbeitermassen bewegt und aufrührt. Man muß es verstehen, die Massen auf der Basis der Forderungen zu organisieren, die sie gegenwärtig bewegen."*

(Losowski, Streik als Schlacht, S. 61 f.)

Auf den letzten Satz, wonach man **die Massen auf der Basis der Forderungen organisieren muß, die sie gegenwärtig bewegen**, werden wir zurückkommen.

Der ökonomische Kampf muß also mit dem politischen verbunden werden. Objektiv besteht von Anfang an kein Graben zwischen dem einen und dem anderen. Sobald ökonomische Streikkämpfe eine gewisse Ausweitung und Zuspitzung

erfahren haben, rufen sie unweigerlich den Staat auf den Plan. Der Staat des Kapitals hat u.a. die Aufgabe, den Anschein zu erwecken, über den Klassen zu stehen, doch in dem Maße, wie er gezwungen ist, **offen** auf Seiten des Kapitals in den Kampf einzutreten, tritt sein Wesen als bürgerlicher Klassenstaat in Erscheinung, sind die ArbeiterInnen gezwungen, im Kampf für ihre unmittelbaren Interessen sich auch gegen den Staat zu wenden.

Mit anderen Worten: Durch Umschlag von Quantität in Qualität können ökonomische Kämpfe politischen Charakter annehmen. *„Die politische Bedeutung eines solchen Streiks hängt vom Umfang und von der Wucht der Bewegung ab. Selbst wenn ein Streik von großem Umfang ist, wird ihm die politische Spitze abgebrochen, wenn ihn die Führer von Anfang an in den engen Rahmen der Zunftinteressen einzwängen; er wird seines wesentlichen Inhalts beraubt und vermag nicht jene politischen Ergebnisse zu zeitigen, die er hätte zeitigen können; wenn jedoch ein Streik rein wirtschaftliche Forderungen zum Ausgangspunkt hat und von Anfang an mit vollem Bewußtsein auf einen **politischen** Kampf hingeführt wird, so erzielt er den größten Effekt.“* (Losowski, Marx und die Gewerkschaften, S. 120 f., Hervorhebung von Losowski)

Bezüglich der Frage, ob ein wirtschaftlicher Kampf politischen Charakter annimmt oder ob ihm vorzeitig die Spitze abgebrochen wird, spielt zum einen das Bewußtsein der Kämpfenden eine große Rolle, zum anderen, wer die Führung innehat oder während des Kampfes erringen kann. Hat ein großer Teil der Kämpfenden etwa die Auffassung, man müsse den „Standort Deutschland“ bewahren - allgemeiner: geht ein großer Teil vom Gedanken der Sozialpartnerschaft, der gemeinsamen Interessen von Arbeit und Kapital, aus - so eröffnet das den Reformisten günstige Möglichkeiten, den Kampf abzuwürgen, bevor er im Sinne des Proletariats politischen Charakter annimmt. Dennoch **kann** auch dann letzteres unter bestimmten Umständen geschehen, kann die Eigendynamik des Kampfes stärker sein als die ideologischen Illusionen der Kämpfenden, können diese Illusionen im Rahmen des Kamp-

fes schwinden. Der Kampf kann der reaktionären Gewerkschaftsführung, die ihn nur zum Dampf-Ablassen zulassen wollte, aus den Händen gleiten. Sie wird dann bereit sein, ihn auch um den Preis ihres Gesichtsverlustes abzuwürgen. Geschieht dies, so kann sowohl Resignation die Folge sein als auch - im Gegenteil - ein Fortschritt im Bewußtsein und in der Organisierung seitens derer, die den Kampf geführt haben. Von entscheidender Bedeutung für den einen oder anderen Ausgang wird in der Regel sein, ob bewußte revolutionäre Kräfte während des gesamten Kampfverlaufes Einfluß nehmen, ausgehend vom Interesse der gesamten Klasse und ihrer historischen Aufgabe und auf Grundlage einer klugen Taktik, die zu jedem Zeitpunkt das reale Kräfteverhältnis in Rechnung stellt. Mit anderen Worten: Es wird **entscheidend von der Zielklarheit, Organisiertheit und vom Einfluß der politischen Partei der Arbeiterklasse abhängen.**

Es ist nicht nur der **spontane Gang der Arbeiterbewegung**, der zu ihrer **Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie** führt, wie Lenin sagte. Diese Unterordnung wird unter imperialistischen Bedingungen in jeder Hinsicht gefördert und beschleunigt durch zigtausende von Leuten, die das **berufsmäßig** tun: der „Sozialpartnerschaft“ verpflichtete Gewerkschaftsfunktionäre, bestochene Betriebsräte usw. Es würde allerdings nichts nutzen, sondern schaden, sie abstrakt als Verräter anzugreifen, auf eine Weise, die von den Massen nicht verstanden werden kann. Im konkreten Kampf aber stellt sich früher oder später stets die Frage, weiterkämpfen oder kapitulieren, und dabei spielen ideologische Fragen eine Rolle: Gibt es gemeinsame Interessen mit dem Kapital, so daß man letzten Endes das gemeinsame Tischtuch nicht durchschneiden darf, muß man „auf den Standort Rücksicht nehmen“ und darf den Kampf deshalb nicht auf die Spitze treiben usw. Es ist Aufgabe der KommunistInnen, sowohl die bürgerliche Ideologie als auch die Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses **im Kampf konkret zu entlarven**, nämlich aufzuzeigen, daß diese und jene Ideen und Menschen den kämpfenden ArbeiterInnen **ganz konkret schaden.**

In jedem konkreten Kampf wird man es mit einem mehr oder minder starken Einfluß des Opportunismus zu tun haben, der bis zu einem gewissen Grad überwunden werden muß, um auch nur Teilerfolge erzielen zu können. Was Losowski 1930 schrieb, trifft auch heute noch zu: „(...) daß der internationale Reformismus in seiner Theorie und Praxis folgendes anstrebt: 1. Ökonomik und Politik voneinander zu trennen, 2. den bürgerlichen Staat als überparteilich hinzustellen, trotzdem er in den Klassenkämpfen eine Partei ist, 3. den modernen bürgerlichen Staat als Schiedsrichter über die Klassen zu setzen und 4. den Massen die Überzeugung beizubringen, daß die Aufgabe der Arbeiterklasse nicht darin besteht, das kapitalistische System zu stürzen, sondern die negativen Seiten des Kapitalismus zu beseitigen.“ (Losowski, Streik als Schlacht, S. 19)

„Aber trotzdem bedeutende Schichten der Arbeiterschaft diese Ansichten teilen und trotzdem der moderne Reformismus bestrebt ist, diese Ansichten für alle Ewigkeit zu festigen, sehen die Arbeitermassen Tausende und aber Tausende von Tatsachen vor Augen, die davon zeugen, wie eng und organisch der Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen Kampf ist.“ (ebenda) Heute scheint die ideologische Vorherrschaft derartiger Auffassungen in der Arbeiterklasse ungebrochen zu sein, heute scheinen die Reformisten ihr Ziel, diese Ansichten „für alle Ewigkeit“ zu festigen, erreicht zu haben. Doch diese Vorherrschaft ist keinesfalls ewig. Die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals zwingt letzteres zu schärferen Angriffen auf die ökonomische Lage der Arbeitermassen und zwingt den Staat zu offener Stellungnahme zu Gunsten des Kapitals. Diese Tatsachen als solche zeigen den Arbeitermassen allerdings noch keinen Ausweg aus dieser Lage. Es ist Aufgabe der politischen Partei des Proletariats, diesen Ausweg zu zeigen, allerdings nicht abstrakt, sondern anhand der konkreten Probleme, der Sorgen und Nöte der Massen.



Wir haben vom politischen Kampf gesprochen. Dieser nimmt aber seinerseits verschiedene Formen an, bewegt sich auf verschiedenen Ebenen, nicht nur auf der Ebene, daß der ökonomische Kampf politisch wird. Eine Form des politischen Kampfes ist z.B. der Kampf gegen den Militarismus, gegen Kriegsvorbereitungen und militärische Aktionen, ein anderer ist der Kampf gegen Reaktion und Faschismus, für Verteidigung und Ausweitung demokratischer Rechte. Diese Kämpfe können vom proletarischen Standpunkt oder von kleinbürgerlichen Positionen aus geführt werden; es kommt darauf an, daß die Arbeiterklasse in diesem Kampf zwar Bündnisse mit anderen Schichten eingeht, aber ihre eigene Hegemonie anstrebt. Dies setzt zunächst einmal die Einbeziehung von Arbeitermassen in diese Kämpfe voraus. Dies wiederum beinhaltet, daß diese Kampffelder nicht vom gewerkschaftlichen Kampf getrennt und aus den Betrieben herausgehalten werden dürfen. Die proletarische Partei muß vielmehr darauf hinwirken, daß diese Kämpfe in den Betrieben geführt werden und Bestandteil des gewerkschaftlichen Kampfes werden.

Selbst wenn Arbeitermassen in derartige Kämpfe einbezogen sind, stellt sich die Frage, ob das Klasseninteresse oder ob die bürgerliche Ideologie und Politik dominiert. Auch hier führt die spontane Bewegung zur Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie und Politik, auch hier sind zigtausende berufsmäßig damit befaßt, eben diesen Gang der Dinge zu beschleunigen und zu verfestigen. Im Friedenskampf etwa geschieht dies derart, daß die ausländischen Imperialisten - durchaus mit zutreffenden Argumenten - angegriffen, der eigene aber geschont und aus der Schußlinie gezogen wird. Oder bestimmte kriegerische Handlungen des „eigenen“ Imperialismus werden zwar kritisiert, jedoch als angeblich „untaugliches Mittel“. Die Ziele der Imperialisten werden also gutgeheißen, nur mögen sie - bitte, bitte - verhandeln, ökonomischen und politischen Druck ausüben statt zu schießen. Oder supranationale Instrumente der Imperialisten wie die UNO werden zu Friedensstiftern verklärt usw.

In England etwa gab es seinerzeit machtvolle Demonstrationen gegen die Stationierung von US-Raketen - als der englische Imperialismus Krieg um die Falklands führte, war von der Friedensbewegung aber nichts zu sehen. Entsprechendes gilt für Deutschland: Die Friedensbewegung wurde um so schwächer, je mehr der deutsche Imperialismus in der Welt wieder militärisch in Aktion trat. Derartige Erscheinungen sind unvermeidlich, wenn nicht das Proletariat auf Grundlage seiner eigenen Klasseninteressen den Kampf aufnimmt. Dazu benötigt es wiederum eine zielklare und organisierte politische Partei.

Wie soll gewährleistet werden, daß die Beschränktheit der einzelnen Kämpfe überwunden wird, die Beschränktheit nämlich, die unvermeidlich gegeben ist, wenn der durch das jeweilige konkrete Kampffeld gesteckte Horizont nicht überschritten wird? Wie soll gewährleistet werden, daß diese Kämpfe **verbunden** werden, daß sie letztlich verbunden werden zu einem Strom, der die bürgerliche Ordnung hinwegreißt?

Aufgabe der kommunistischen Partei ist es, die Erfahrungen aus **allen** Kampffeldern auszuwerten und die systematisierte Erfahrung aus diesen Kämpfen wiederum in die Kämpfe hineinzutragen. Aufgabe der Partei ist es, in all diesen Kämpfen eine Taktik zu verfolgen, die sowohl die Besonderheiten des jeweiligen Kampffeldes als auch die Besonderheiten und Anforderungen der Gesamtlage in Rechnung stellt, eine Taktik, die sich am strategischen Ziel der Gesamtbewegung des Proletariats orientiert: der Zerschlagung der bürgerlichen Macht und der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse. Ohne eine Partei, die in allen Kampffeldern auf eine solche Weise eingreift, wird die Arbeiterklasse in einer revolutionären Situation die Macht nicht ergreifen können, wird dann vielmehr die Konterrevolution siegen (zur revolutionären Situation vgl. Kapitel XIII S. 54 f.).

# IV.

## DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI IN REVOLUTIONÄREN UND IN NICHTREVOLUTIONÄREN SITUATIONEN

Reift eine revolutionäre Situation heran, so muß eine kommunistische Partei die Aufmerksamkeit der Massen auf die sozialistischen Aufgaben des Proletariats lenken, aber nicht etwa in Form einer abstrakten Propagierung „des Sozialismus“. Die folgenden Ausführungen Lenins im Dezember 1916 zeigen, wie sich diese Aufgabe beim Heranreifen der revolutionären Krise infolge des imperialistischen Krieges stellte:

*„Was ist das **Ziel** der revolutionären Massenkämpfe? Die Partei hat das offiziell nicht gesagt, und man spricht darüber überhaupt nicht. Es wird entweder als selbstverständlich betrachtet oder ausdrücklich anerkannt, daß dieses Ziel der **‘Sozialismus’** ist. Man stellt dem Kapitalismus (oder dem Imperialismus) den Sozialismus entgegen.*

*Das ist aber eben in höchstem Maße (theoretisch) unlogisch und praktisch nichtssagend. Unlogisch, weil es **zu** allgemein, zu verschwommen ist. Den ‘Sozialismus’ im allgemeinen, als Ziel gegenüber dem Kapitalismus (oder dem Imperialismus), erkennen jetzt nicht nur die Kautskyaner und die Sozialchauvinisten, sondern auch manche bürgerliche Sozial-*

politiker an. Es handelt sich aber jetzt nicht um eine allgemeine Gegenüberstellung zweier sozialer Systeme, sondern um ein **konkretes Ziel konkreter** 'revolutionärer Massenkämpfe' gegen das **konkrete** Übel, nämlich die **heutige** Teuerung, die **heutige** Kriegsgefahr oder den **jetzigen** Krieg.

Den Sozialismus im allgemeinen hat die ganze zweite Internationale 1871-1914 dem Kapitalismus entgegengestellt, und sie hat **eben** an dieser zu allgemeinen 'Verallgemeinerung' Bankrott erlitten. Sie hat eben das spezifische Übel ihrer Epoche außer acht gelassen, das Fr. Engels schon vor fast 30 Jahren, am 10. Januar 1887, mit folgenden Worten gekennzeichnet hat:

'...in der sozialdemokratischen Partei selbst, bis in die Reichstagsfraktion hinein, findet ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus seine Vertretung. Und zwar in der Weise, daß man zwar die Grundanschauungen des modernen Sozialismus und die Forderung der Verwandlung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre **Verwirklichung nur in entfernter, praktisch unabhäher Zeit für möglich erklärt. Damit ist man denn für die Gegenwart auf bloßes soziales Flickwerk angewiesen...**' ('Zur Wohnungsfrage' Vorwort).

Als konkretes Ziel der 'revolutionären Massenkämpfe' kann **nicht** der 'Sozialismus' im allgemeinen, sondern können nur die **konkreten** Maßnahmen einer sozialistischen **Revolution** aufgestellt werden. Schlägt man aber vor, diese konkreten Maßnahmen präzise zu nennen - etwa so, wie es die holländischen Genossen in ihrem Programm (...) getan haben: Annullierung der Staatsschulden, Enteignung der Banken, Enteignung aller Großbetriebe - schlägt man vor, solche ganz konkreten Maßnahmen sowohl in die offizielle Resolution der Partei aufzunehmen als auch in der täglichen Propaganda und Agitation der Partei, in Versammlungen, in Parlamentsreden, in Initiativanträgen systematisch und in populärster Form auseinanderzusetzen - dann bekommt man wieder dieselbe abschlägige oder ausweichende, durch und durch sophistische Antwort, das Volk sei dazu nicht vorbereitet und dergleichen!

*Es handelt sich aber eben darum, diese Vorbereitung sofort zu beginnen und unablässig zu betreiben!“*

(Lenin, Prinzipielles zur Militärfrage, LW 23 S. 153 f., Hervorhebungen von Lenin bzw. Engels)

Diese Vorbereitung **sofort zu beginnen** - das eben ist die Aufgabe in der Periode der **herannahenden** revolutionären Krise: die Losung nach Enteignung der Banken und Großbetriebe ist hier **noch nicht** Aktionslosung, aber bereits **nicht mehr** bloße Propagandalosung, sie muß bereits in die Massenkämpfe hineingetragen und den Massen als **konkrete Perspektive** vermittelt werden.

**Ist** die revolutionäre Krise herangereift, so werden derartige Losungen zu **Aktionslosungen**. Aufgabe der politischen Partei des Proletariats ist es dann, den unmittelbaren Angriff zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft **zu organisieren**. Der Aufruf zum Sturz der Bourgeoisie wird schließlich zur Tageslosung, und der politische Kampf mündet in den militärischen.

Wiederum anders stellt sich die Frage, wenn vom Heranreifen einer revolutionären Krise noch nicht die Rede sein kann:

*„Es ist nicht schwer, dann ein Revolutionär zu sein, wenn die Revolution bereits ausgebrochen und entbrannt ist, wenn sich all und jeder der Revolution anschließt, aus einfacher Schwärmerei, aus Mode, mitunter sogar aus Gründen der persönlichen Karriere. Das Proletariat hat nachher, nach seinem Sieg, die größte Mühe, man könnte sagen, seine liebe Not, sich von solchen Quasi-Revolutionären 'zu befreien'. Viel schwerer - und viel wertvoller - ist, daß man es versteht, ein Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich von den Massen getragenen, wirklich revolutionären Kampf **noch nicht** vorhanden sind, daß man es versteht, die Interessen der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) in nichtrevolutionären, oft sogar direkt reaktionären Institutionen, in einer nichtrevolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, die Notwendigkeit revolutionärer Methoden des Handelns sofort*

zu begreifen. Die Fähigkeit, den konkreten Weg oder den besonderen Wendepunkt der Ereignisse, die die Massen an den wirklichen, entscheidenden, letzten, großen revolutionären Kampf **heranführt**, herauszufinden, herauszufühlen, richtig zu bestimmen - das ist die Hauptaufgabe des heutigen Kommunismus in Westeuropa und Amerika.“

(Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31 S. 84; oder LAW V S. 552; Hervorhebungen von Lenin)

Dieses Zitat und insbesondere sein letzter Satz beziehen sich zwar unmittelbar auf die Situation nach dem ersten Weltkrieg, als erstens mit der Möglichkeit zu rechnen war, daß in nicht allzuferner Zeit in diesem oder jenem Land eine revolutionäre Situation entstehen könnte, und als zweitens eine Reihe von Parteien in Westeuropa bereits die Aufgabe gelöst hatte, die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen. (vgl. zu letzterem Kapitel VII) Doch diese Ausführungen Lenins enthalten darüber hinaus grundsätzliche Überlegungen, die beim Eingreifen von KommunistInnen in praktische Kämpfe in nichtrevolutionären Situationen stets Anwendung finden sollten. Es geht darum, an diesen Kämpfen **stets** mit Blick darauf teilzunehmen, daß das Ziel **letztlich** darin besteht, die Massen an den Kampf um die Macht heranzuführen, auch heute, in einer Situation, in welcher der Gedanke der **Sozialpartnerschaft**, der gemeinsamen Interessen zwischen Lohnarbeit und Kapital, **fast unangefochten dominiert**. Es geht weiter darum, daß man jedoch **keinen einzigen Schritt in diese Richtung** tun kann, wenn man revolutionäre Phrasen im Munde führt. Man muß vielmehr alles dafür tun, daß der Gegensatz und die Unversöhnbarkeit der Klasseninteressen **in ganz konkreten Fragen** möglichst klar herausgearbeitet werden, im praktischen Kampf möglichst deutlich werden. Es geht darum, daß die ArbeiterInnen lernen, daß sie bereits in unscheinbaren, kleinen Fragen letztlich **einen Machtkampf** führen müssen, wenn sie ihre Interessen auch nur teilweise durchsetzen wollen. (vgl. Kapitel X Seite 65 f.)

Die Arbeitermassen können in einer nichtrevolutionären Situation nicht in erster Linie durch die Propagierung sozialistischer Ziele nach und nach an den Kampf um die Macht herangeführt werden, denn die Massen lernen in erster Linie im Kampf. Das Propagieren sozialistischer Ziele hat freilich auch in nichtrevolutionären Situationen seinen Platz: Es ist unabdingbar, damit die Vorhut der Klasse, ihre politische Partei, sich formieren und weiter erstarken kann. Mittelbar ist es auch für die Tageskämpfe von großer Bedeutung, denn um den Kampf ohne Rücksicht auf Kapitalsinteressen führen zu können, braucht man eine Perspektive, die über den Kapitalismus hinausweist. Nur dann, wenn sich eine solche Perspektive in bedeutenden Teilen der Klasse entwickelt, wird das Proletariat wieder als eigenständige Kraft in die politische Arena treten können.

Wenn es aber richtig ist, daß die Massen in erster Linie im Kampf lernen - und dies folgt unmittelbar aus der materialistischen Weltanschauung -, dann ist es **von elementarster Bedeutung**, den unmittelbaren Tageskampf so zu führen, ihm eine solche Orientierung zu geben, daß er sich möglichst konsequent gegen das Kapital richtet. Dies erreicht man nicht, indem man **in konkreten Kämpfen** sozialistische Forderungen aufstellt, für die in der konkreten Situationen **gar nicht konkret gekämpft werden kann** - damit würde man dem Kampf im Gegenteil **schaden**. Man erreicht es auch nicht, indem man die Sozialpartnerschaft, den Reformismus **abstrakt** angreift. **Allerdings** muß man Sozialpartnerschaft und Reformismus angreifen, aber in **unmittelbarem Zusammenhang mit dem konkreten Kampf**. Man muß den Massen im Kampf **konkret** zeigen, daß sozialpartnerschaftliche Vorstellungen dem Kampf schaden, daß diejenigen Führer, die eine auf Sozialpartnerschaft beruhende Ideologie und Politik vertreten, dem Kampf in den Rücken fallen. Nur so kann man erreichen, daß Arbeitermassen sich nach und nach von der bürgerlichen Ideologie lösen. Angesichts der Jahrzehnte unangetasteter Vorherrschaft des Opportunismus und überhaupt der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse kann diese Loslösung na-

turgemäß nur als langer, schwieriger und widerspruchsvoller Prozeß vonstatten gehen.

Wir kommen hier zurück auf den auf Seite 32 zitierten Satz Losowskis: „*Man muß es verstehen, die Massen auf der Basis der Forderungen zu organisieren, die sie gegenwärtig bewegen.*“ Agitation muß dem Zweck dienen, Stimmung für konkrete Forderungen und Kampfziele zu machen, von denen anzunehmen ist, daß Menschen in absehbarer Zeit dafür in einen konkreten Kampf treten könnten. Agitation dient nicht zuletzt der Vorbereitung und Förderung von **Organisation**. Organisation ist hier im weitesten Sinne zu verstehen. Organisation beginnt beispielsweise da, wo man sich mit KollegInnen in der Mittagspause an einen Tisch setzt, um zu beratschlagen, was man tun kann, um eine bestimmte Forderung durchzusetzen, und sei es eine noch so unscheinbare, z.B. die Forderung nach ausreichend Klosettpapier. Es kommt nicht darauf an, ob es „große“ oder „kleine“ Forderungen sind; es kommt vielmehr darauf an, die Menschen im Kampf für **solche** Forderungen zu **organisieren**, für die sie **gegenwärtig** bereit sind, sich einzusetzen. Anders werden die Massen **niemals** an revolutionäre Aufgabenstellungen herangeführt werden können. (vgl. Kapitel X Seite 68, wo wir allerdings etwas mißverständlich den engen Zusammenhang von „Propagieren und Organisieren“ betont haben: Hier müßte richtiger vom Zusammenhang von „Agitieren und Organisieren“ gesprochen werden. Soweit wir vom Zusammenhang von Propaganda und Organisieren sprechen können, bezieht sich das hauptsächlich auf den Aufbau der kommunistischen Partei.)

Doch in der Regel ist es heute gar nicht so leicht, Menschen auf der Grundlage von Forderungen, die sie gegenwärtig bewegen, zu mobilisieren und zu organisieren: Sofort tritt in verschiedener Gestalt, spontan und organisiert der Opportunismus auf, macht sich diese Forderungen demagogisch „zu eigen“ und bietet „Lösungen“ **ohne konsequenten Kampf gegen das Kapital** an. Aufgabe von RevolutionärInnen in einer nichtrevolutionären Situation ist es nun, zu zeigen, daß selbst

Teilerfolge **nur im konsequenten Kampf gegen das Kapital errungen werden können**, und nach Kräften dazu beizutragen, diesen Kampf zu **organisieren**. Eben dies ist revolutionäre Führung des Tageskampfes.

Den Tageskampf revolutionär zu führen ist heute um so schwerer, als die Massen nach Jahrzehnten der Dominanz der bürgerlichen Ideologie und Politik in der Arbeiterklasse kaum über positive Kampferfahrungen verfügen, nämlich kaum über Erfahrungen, wie der Bourgeoisie durch konsequenten Kampf etwas abgetrotzt werden konnte. Vorteile schlugen nicht selten in Nachteile um. Arbeitszeitverkürzungen etwa gingen dergestalt mit Arbeitsintensivierung einher, daß die Gesamtsituation sich verschlechterte. Um so weniger dürfen sich KommunistInnen an bornierten Stimmungen innerhalb der Klasse orientieren, die in einer solchen Situation unvermeidlich entstehen müssen, etwa an Stimmungen, wonach sich der Kampf um Arbeitszeitverkürzungen nicht lohne. Gerade die massiven Intensivierungen der Arbeit (Arbeitsverdichtung, nämlich Verausgabung größerer Mengen von physischer und/oder psychischer Energie in gleichen Zeiträumen) zwingen die LohnarbeiterInnen, für Arbeitszeitverkürzung zu kämpfen, um ihrer physischen und psychischen Zerrüttung entgegenzuwirken. Aufgabe der kommunistischen Partei ist es also, Wege zu finden und aufzuzeigen, wie der Kampf für Arbeitszeitverkürzung mit wirksamen kollektiven Kampfformen gegen Arbeitsintensivierung verbunden werden kann.

Allgemein gesprochen: **Die Menschen auf Grundlage ihrer gegenwärtigen Interessen mobilisieren und organisieren ist nicht etwa gleichbedeutend damit, sich gegenwärtigen Stimmungen unter den Massen anzupassen**. Auf Grundlage der Konkurrenz unter den ArbeiterInnen und verstärkt durch den Druck der bürgerlichen Ideologie und Politik auf die Arbeiterklasse bestehen oftmals Stimmungen, daß es angeblich nicht möglich sei oder sich nicht lohne, für Interessen, die gegenwärtig sehr wohl bestehen und zumindest teilweise auch bewußt sind, zu kämpfen. Dann ist es Aufgabe der KommunistInnen, zu zeigen, daß und in welchen Formen der

Kampf für diese Interessen sehr wohl möglich ist und sich sehr wohl lohnt, auch wenn sie dabei vorübergehend in der Minderheit sind. Würden die KommunistInnen nicht so handeln und sich statt dessen bornierten Stimmungen anpassen, so würden sie sich ihrerseits letztlich der bürgerlichen Ideologie und Politik unterordnen.



Wenn wir von konsequentem Kampf sprechen, so darf **konsequent** nicht mit **kompromißlos** verwechselt werden.

Engels zitiert aus einem Manifest der 33 blanquistischen Teilnehmer an der Pariser Kommune (Blanqui war utopischer Kommunist mit putschistischen Anschauungen bezüglich der Taktik): *„Wir sind Kommunisten, weil wir bei unserm Ziel ankommen wollen, ohne uns an Zwischenstationen aufzuhalten, an Kompromissen, die nur den Sieg vertagen und die Sklaverei verlängern.“*

Engels bemerkt hierzu:

*„Die deutschen Kommunisten sind Kommunisten, weil sie durch alle Zwischenstationen und Kompromisse, die nicht von ihnen, sondern von der geschichtlichen Entwicklung geschaffen werden, das Endziel klar hindurchsehen: die Abschaffung der Klassen, die Errichtung einer Gesellschaft, worin kein Privateigentum an der Erde und an den Produktionsmitteln mehr existiert. Die Dreiunddreißig sind Kommunisten, weil sie sich einbilden, sobald **sie** nur den guten Willen haben, die Zwischenstationen und Kompromisse zu überspringen, sei die Sache abgemacht, und wenn es, wie ja feststeht, dieser Tage 'losgeht' und sie nur ans Ruder kommen, so sei übermorgen 'der Kommunismus eingeführt'. Wenn das nicht sofort möglich, sind sie also auch keine Kommunisten. Kindliche Naivetät, die Ungeduld als einen theoretisch überzeugenden Grund anzuführen!“*

(MEW 18 S. 533, Hervorhebung von Engels)

Lenin bemerkt hierzu u.a.:

*„Die Proletarier aber, die in zahlreichen Streiks geschult worden sind (um nur diese eine Erscheinungsform des Klassenkampfes herauszugreifen), pflegen sich die von Engels dargelegte überaus tiefe (philosophische, historische, politische und psychologische) Wahrheit ausgezeichnet anzueignen. Jeder Proletarier hat einen Streik mitgemacht (damals jedenfalls, d. Verf.), hat 'Kompromisse' mit den verhaßten Unterdrückern und Ausbeutern miterlebt, wo die Arbeiter die Arbeit aufnehmen mußten, entweder ohne überhaupt etwas erreicht zu haben oder indem sie darauf eingingen, daß ihre Forderungen nur teilweise befriedigt wurden. Jeder Proletarier erkennt, dank dem Milieu des Massenkampfes und der starken Zuspitzung der Klassegegensätze, in dem er lebt, den Unterschied zwischen einem Kompromiß, das durch die objektiven Verhältnisse erzwungen ist (wenn die Streikkasse leer ist, wenn die Streikenden keine Unterstützung von außen erhalten, wenn sie bis zum äußersten ausgehungert und erschöpft sind), einem Kompromiß, das bei den Arbeitern, die ein solches Kompromiß geschlossen haben, die revolutionäre Hingabe und Bereitschaft zum weiteren Kampf keineswegs beeinträchtigt - und anderseits einem Kompromiß von Verrätern, die ihren Eigennutz (Streikbrecher schließen ebenfalls ein 'Kompromiß!'), ihre Feigheit, ihren Wunsch, sich bei den Kapitalisten lieb Kind zu machen, ihre Empfänglichkeit für Einschüchterungen, manchmal auch für Überredungskünste, für Almosen, für Schmeicheleien der Kapitalisten, hinter objektiven Ursachen verbergen (...).“*

(Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31 S. 53 f.; oder LAW V S. 519)

Wir sind nicht gegen jeglichen Kompromiß. Jeglicher Kampf, z.B. ein Streik, muß organisiert abgebrochen werden, wenn die Kräfte erschöpft sind, die Mehrheit der Kämpfenden den Kampf nicht weiterführen will oder kann, und zwar auch dann, wenn nur Teilerfolge oder auch gar keine Erfolge erreicht worden sind. Führt man den Kampf mit unzureichenden Kräften weiter, so ist die Niederlage **sicher**, es wird dann nichts erreicht werden, im Gegensatz zum rechtzeitigen Ab-

bruch aber werden die Kräfte unnötig aufgerieben, es tritt Resignation, Desorganisation und Zersetzung ein, während ein rechtzeitiger Abbruch nach konsequent geführtem Kampf auch dann das Klassenbewußtsein und die weitere Organisation der Kräfte fördern kann, wenn von den unmittelbaren Kampfzielen gar nichts oder wenig erreicht worden ist.

Wird der Kampf aber abgebrochen oder gar nicht erst aufgenommen, weil man das Tischtuch mit den Kapitalisten nicht zerschneiden will, gemeinsam mit den Kapitalisten „den Standort“ erhalten will, die „gute Konjunktur nicht stören“ will, oder wie auch immer die sozialpartnerschaftlichen Argumente lauten mögen, so ist dies ein **fauler** Kompromiß, ein Kompromiß, welcher **der Bourgeoisie nutzt und der Arbeiterklasse schadet**, ein Kompromiß, welcher von den KommunistInnen bekämpft werden muß. Häufig brechen Gewerkschaftsführer z.B. einen Streikkampf **entgegen dem Willen der Mehrheit der Streikenden** ab und stützen sich in der Urabstimmung dann auf die Zustimmung derer, die die selben Gewerkschaftsführer von Anfang an nicht in den Streik einbezogen hatten.

Derartige Kompromisse müssen bekämpft werden, indem die KommunistInnen **den unmittelbaren, konkreten** Schaden nachweisen, den diese Kompromisse den ArbeiterInnen bringen, und indem sie die Ideologie und Politik, die zu diesen Kompromissen führen, **konkret** entlarven. Sie müssen den demagogischen Charakter der Scheinargumente aufdecken, die dafür angeführt werden, daß man den Kampf ohne Not abbricht oder gar nicht erst aufnimmt. Typisch ist z.B. auch das „Argument“: „Wenn das jetzt in die Hose geht, stehen wir ganz schlecht da!“ Hier wird mit der **Möglichkeit** des Unterliegens - die bei **jedem** Kampf gegeben ist - „begründet“, daß man besser erst gar nicht kämpfen soll. Typisch ist weiter, daß denen, die auf Aufnahme oder Ausweitung des Kampfes drängen, entgegnet wird, man dürfe sein Pulver nicht zu früh verschießen. Die Opportunisten, die so argumentieren, wollen das Pulver aber in Wirklichkeit **nie, zu keinem Zeitpunkt** freigeben.

KommunistInnen zeichnen sich **keineswegs** dadurch aus, daß sie immer die **am weitesten gehenden** Forderungen aufstellen. Sie stellen vielmehr diejenigen Forderungen auf, die am geeignetsten sind, möglichst viele Menschen in den Kampf einzubeziehen. Allerdings gibt es auch keine Mechanik, wonach um so mehr Menschen zum Kämpfen bereit sind, je bescheidener und „realistischer“ die Kampfziele sind. Orientiert man z.B. bei einer Betriebsstillegung von Anfang an auf einen Sozialplan, so wird in der Regel herauskommen, daß auch für den Sozialplan nicht wirklich gekämpft wird. Die Erbitterung der KollegInnen, die mitunter jahre- und jahrzehntelang in dem Betrieb gearbeitet haben und nun auf die Straße gesetzt werden sollen, führt häufig zu einer Stimmung, daß nun für die Erhaltung der Arbeitsplätze gekämpft werden müsse - wer in solcher Situation von Sozialplänen spricht, fördert das Ausbreiten von Resignation. Es kann aber im Kampf später eine Situation eintreten, in der die Kräfte der ArbeiterInnen angeschlagen sind und ein Sozialplan als Kompromiß anzustreben ist. Würde man es in einer solchen Situation ablehnen, über einen Sozialplan zu reden, und weiteren „kompromißlosen Kampf um jeden Arbeitsplatz“ fordern, so würde das dazu beitragen, daß die Kräfte der ArbeiterInnen weiter zerrüttet werden und am Schluß weder die Arbeitsplätze verteidigt werden noch ein Sozialplan erreicht wird, daß der Kampf in Resignation endet. Zum richtigen Zeitpunkt kann ein Kompromiß eine Reform sein, die als Abfallprodukt des revolutionär geführten Kampfes zustandekommt - das wichtigere Resultat ist dann aber die Steigerung des Klassenbewußtseins und der Organisation der ArbeiterInnen.

KommunistInnen zeichnen sich auch **keineswegs** dadurch aus, daß sie wahllos in jeder beliebigen Situation für die Aufnahme eines konkreten Kampfes, z.B. eines Streiks, eintreten:

*„Ein guter Kommunist sein heißt durchaus nicht, daß man stets, unter allen Umständen, für sofortigen Streik eintreten muß. Besonders gilt das für den Mißbrauch der Parole des Generalstreiks. Der Kommunist muß es verstehen, den*

*Zeitpunkt des Kampfes zu wählen, sich klare Rechenschaft abzugeben über das Kräfteverhältnis, darf nicht hinter den Massen hertröten, aber auch nicht zu weit vorstoßen, mit dem Streik nicht spielen, wenn er aber einmal begonnen hat, muß der Kommunist alle Aussichten und alle Möglichkeiten des Kampfes ausnützen.“*

(Resolution zur Gewerkschaftsfrage, 9. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Februar 1928, in: Der Kampf in den Gewerkschaften, S. 7)

Allgemein gilt, „daß es notwendig ist, vor jeder politischen Aktion die Klassenkräfte und ihre Wechselbeziehungen streng objektiv abzuwägen“. (Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31 S. 17; oder LAW V S. 481)



KommunistInnen zeichnen sich ferner auch nicht etwa dadurch aus, daß sie in jeder Situation gegenüber den **Massen** von den sozialistischen und kommunistischen Zielen der Partei reden: **Revolutionäre Führung des Tageskampfes bedeutet vielmehr folgendes:**

**Agitatorisch für diejenigen Tagesforderungen eintreten und den Kampf für diejenigen Tagesforderungen nach Möglichkeit organisieren, die maximal geeignet sind, möglichst viele Menschen in eine Frontstellung gegen das Kapital zu bringen, nach Möglichkeit für einen konkreten Kampf für ihre Interessen, gegen die Kapitalsinteressen zu mobilisieren.**

Das beinhaltet, daß wir nicht für jedes beliebige Interesse irgendwelcher Teile der Arbeiterklasse eintreten, sondern nur solche Interessen fördern, die mit dem Gesamtinteresse der Bewegung vereinbar sind (also z.B. nicht für Mitbestimmung eintreten, die im Interesse insbesondere bestimmter Teile der Arbeiteraristokratie liegt). Stellt sich die Frage, auf welche Interessen bzw. Forderungen wir in einer bestimmten Situation den Schwerpunkt legen, so müssen jene gewählt werden, die

am ehesten die Möglichkeit eröffnen, Menschen in eine klare Frontstellung gegen das Kapital zu bringen.

Von der Agitation zu **unterscheiden** ist die **Propaganda**:

Propagandistisch kann und muß die kommunistische Partei darüber hinaus stets für diese oder jene Ziele eintreten, die über derzeit mögliche Kämpfe hinausgehen, unter Umständen sogar **weit** hinausgehen. Damit wird man keine Massen, sondern stets nur wenige Menschen erreichen. Dadurch fördert die Partei, daß einzelne Menschen weiter blicken, als es die gegenwärtigen Tagesinteressen, der gegenwärtige Tageskampf ermöglichen. Die Propaganda verfolgt insbesondere das Ziel, einzelne Menschen unmittelbar für die weitergehenden Zielsetzungen und die Arbeit der Partei zu interessieren, sie ggf. dazu zu bewegen, Kontakt mit der Partei aufzunehmen und diese zu unterstützen, sich ggf. in der Partei zu organisieren.

Die Propaganda kann darin bestehen, bestimmte Widersprüche der bestehenden Gesellschaft gründlicher und komplexer darzulegen, als es in der Massen**agitation** möglich und notwendig ist. Die Propaganda wird häufig daraus den Schluß auf die Notwendigkeit des Sturzes der bestehenden Gesellschaft und die Errichtung des Sozialismus ziehen. **Gute** Propaganda wird das allerdings ebenfalls nicht **in abstrakter Form** tun, sondern sie wird aufgrund der konkret dargelegten Widersprüche und Mißstände der bestehenden Ordnung **inhaltlich** bestimmte sozialistische Ziele propagieren und darlegen, daß diese Ziele innerhalb der bestehenden Gesellschaft nicht erreichbar sind, daß zur Erreichung dieser Ziele eine andere Gesellschaft erforderlich ist. (Ob diese Gesellschaft als sozialistisch bezeichnet wird, ob und inwieweit darauf eingegangen wird, **wie** diese Gesellschaft erreicht werden kann usw., hängt von der jeweiligen Situation sowie davon ab, was man mit dieser oder jener Propaganda erreichen will.)

Ganz anders verhält sich das bei der Agitation:

Kommt es darauf an, die Massen anhand **einer** ganz bestimmten Frage, **eines** ganz bestimmten Widerspruchs, **eines** ganz bestimmten Bedürfnisses aufzurütteln, in eine möglichst

konsequente Frontstellung gegen das Kapital zu bringen, so wäre es **schädlich** und würde von der konkreten Frage, der konkreten Frontstellung **ablenken**, die Propagierung des Sozialismus oder einzelner sozialistischer Ziele an die betreffende Propaganda anzuklatschen. Mehr noch: Durch die **mechanische** Verbindung von Tagesforderungen mit sozialistischen Zielen würden in einer nichtrevolutionären Situation entweder Illusionen darüber genährt, daß derartige sozialistische Ziele **innerhalb der bestehenden Gesellschaft, ohne revolutionären Übergang** angeblich erreicht werden könnten, oder aber die KommunistInnen erscheinen als Spinner, die Unmögliches fordern.

Es ist deshalb falsch, sich die Verbindung des Tageskampfes mit dem Endziel so vorzustellen, daß der Tageskampf mit sozialistischen Forderungen **auf mechanische Weise vermischt** wird. Wie oben dargestellt, wird ein Tageskampf in erster Linie in dem Maße revolutionär, wie es gelingt, **eine möglichst konsequente Frontstellung der Kämpfenden gegen das Kapital zu erreichen** - wohlgermerkt: **in** diesem konkreten Kampf, nicht durch die **Vorstellung** von Kämpfen, die später einmal geführt werden könnten.

Wie ebenfalls schon gesagt, hängt der revolutionäre Charakter konkreter Kämpfe bis zu einem bestimmten Grade allerdings auch davon ab, in welchem Ausmaß die Kämpfenden bzw. ein Teil von ihnen über eine Perspektive verfügen, die über das kapitalistische System hinausweist. Ohne jeglichen Ansatz einer solchen Perspektive ist es nicht möglich, über längere Zeit hinweg erfolgreich der Vorstellung entgegenzuwirken, man müsse sich letztlich mit der Bourgeoisie arrangieren. Bei denjenigen, die dafür empfänglich sind, müssen die KommunistInnen also unbedingt das Heranreifen der Idee fördern, daß diese Gesellschaft überholt ist, daß sie die Entfaltung der Produktivkräfte hemmt, insbesondere der Hauptproduktivkraft, der schöpferischen Kraft der ArbeiterInnen. Dies muß **so konkret wie möglich** aufgezeigt werden, z.B. durch den konkreten Nachweis, daß die Zermürbung bei der tagtäglichen Arbeit nicht auf die Arbeit als solche, sondern auf die Lohnsklaverei zurückzuführen ist.

In Abgrenzung zu Versuchen, den Tageskampf **auf mechanische Weise** mit sozialistischen Zielen zu vermischen, stellte die Kommunistische Internationale in ihrem Programm fest:

*„Wenn **kein revolutionärer Aufschwung** vorhanden ist, müssen die kommunistischen Parteien, ausgehend von den Tagesnöten der Werktätigen, **Teillosungen und Teilforderungen** aufstellen und sie mit den Hauptzielen der Kommunistischen Internationale verknüpfen. Hierbei dürfen aber die Parteien nicht solche **Übergangslösungen** aufstellen, die das Vorhandensein einer revolutionären Situation zur Voraussetzung haben und in einer anderen Situation zur Losung des Verwachsens mit dem System kapitalistischer Organisationen werden (z.B. die Losung der Produktionskontrolle und ähnliche.) (Dies würde heute auf Co-Management mit dem Kapital hinauslaufen, z.B. in der Form von Mitbestimmung, erweiterten Mitbestimmungsrechten etc. D. Verf.) **Teilforderungen und Teillosungen sind die absolute Bedingung einer richtigen Taktik, während eine Reihe von Übergangslösungen untrennbar an das Vorhandensein einer revolutionären Situation gebunden sind.**“ (Programm der Kommunistischen Internationale, Hervorhebungen von der Komintern)*

Im Weg der Partei 2/1988 haben wir gezeigt, daß Trotzki's „Übergangsprogramm“ aus dem Jahre 1938 - bis heute taktische Grundlage für die meisten Trotzki'sten - gerade eine derartige **Niederlagen-Taktik** verfolgt: Man stellt sozialistische Forderungen auf, ohne zu sagen, daß es hierzu einer anderen Gesellschaft bedarf. Die Massen sollen für diese Forderungen kämpfen und dabei an die Wand des Kapitalismus stoßen. Angeblich soll das dazu führen, daß sie die Notwendigkeit erkennen, diese Wand umzustoßen. (Es handelt sich angeblich um „*systemsprengende*“ Forderungen.) In Wirklichkeit kann eine solche Taktik, sofern sie von Massen befolgt wird, nur dazu führen, daß diese den Kampf einstellen, weil sie dauernd an eine Wand stoßen, und daß sie **keinen konkreten Kampf für Teilforderungen, für Tagesforderungen** führen, für die erfolgreich gekämpft werden **könnte**.

Man muß aber nicht Trotzlist sein, um eine solche Taktik zu verfolgen. Eine solche Konzeption drängt sich **dann** auf, wenn man die Dialektik von Tageskampf und sozialistischem Ziel nicht begreift, wenn man die Verbindung von beidem **auf mechanische Art** bewerkstelligen will. Eben dies macht die Zähigkeit und Gefährlichkeit des Trotzismus aus: Eine Taktik im Sinne von Trotzis Übergangsprogramm drängt sich **spon-tan** auf, wenn man auf abstrakte Weise „sozialistische“ Ziele verfolgt, es aber nicht versteht, in einer nichtrevolutionären Situation revolutionär zu arbeiten. Hier liegt das Einbruchsfeld des Trotzismus in kommunistische Parteien, die es nicht ausreichend verstehen, den Tageskampf revolutionär zu führen. Im wesentlichen durch dieses Einbruchsfeld war die der trotzkistischen 4. Internationale angehörende GIM Mitte der 80er Jahre in der Lage, die KPD zu spalten und zu dezimieren, ungeachtet aller vorherigen, teils recht martialischen Bekundungen der KPD, einen „konsequenten Kampf gegen den Trotzismus“ zu führen.

Als Beispiel für „systemsprengende Forderungen“, die dem Wesen nach auf Trotzis Übergangsprogramm hinauslaufen, haben wir im Weg der Partei 2/1988 die Konzeption des Anfang der 80er Jahre untergegangenen KBW angeführt. Dieser stellte **im Tageskampf** Forderungen auf wie:

*„Rechnungspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter; Vergütung ihrer Tätigkeit in einer Höhe, die den Durchschnittslohn eines Facharbeiters nicht übersteigt.“*

*„Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten“ usw. (Ergebnisse der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, S. 23)*

Wohlgedenkt: Es handelte sich hier nicht um das **sozialistische** Programm des KBW, sondern um Orientierungen für den Tageskampf. Falsch daran ist nicht etwa, daß man hier und heute den demokratischen Kampf führen will und ihm große Bedeutung zumißt. Man **muß** ihn heute führen, und er

**hat** große Bedeutung. Doch man darf im demokratischen Tageskampf in einer nichtrevolutionären Situation keine Losungen aufstellen, die - um verwirklicht zu werden - die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse voraussetzen. Man darf solche Forderungen in einer nichtrevolutionären Situation **nur in der Propaganda** aufstellen und muß dann klarstellen, daß ihre Verwirklichung eine andere Gesellschaft und einen anderen Staat voraussetzt.

Entsprechendes gilt auch für soziale Forderungen, etwa die Forderung, daß die arbeitenden Menschen selbst über die Verwendung der Produkte entscheiden müssen, die sie hergestellt haben. In einer nichtrevolutionären Situation ist das **nur in der Propaganda** zulässig. Wollte man derartige Forderungen mechanisch mit dem Tageskampf „verbinden“, so würde man wieder nur erreichen, daß man Illusionen fördert oder als Spinner angesehen wird. Oder schlimmer: Ein sozialdemokratischer Betriebsrat beispielsweise wird angesichts einer drohenden Betriebschließung gerne zu der scheinradikalen Phrase greifen, es könne doch „nicht angehen“, daß der Profit eines einzelnen Unternehmens wichtiger sei als die Lebensgrundlage von Zigtausenden. Das klingt gut, lenkt aber von der Einsicht ab, daß dies im Kapitalismus nicht nur „angehen kann“, sondern gesetzmäßig „angehen muß“, wenn es nicht im Einzelfall durch konsequenten Kampf verhindert wird. Derartige Phasen wirken also in der Richtung, **einen konkreten Kampf zu verhindern**.

Kommen wir nochmals zu Lenins im Dezember 1916 verfaßter Schrift „Prinzipielles zur Militärfrage“ zurück. Lenin wies in dieser Schrift nachdrücklich darauf hin, daß man die „Ablehnung der Vaterlandsverteidigung“, also die Ablehnung des seitens der eigenen Imperialisten geführten Krieges, **nur dann in der Massenagitation** aufwerfen durfte, wenn man in Erwartung des Herannahens einer revolutionären Situation **zugleich auf die sozialistischen Ziele der Partei** orientierte:

*„Man ist sich nämlich gar nicht klar - geschweige denn einig - darüber, daß die Proklamierung der Ablehnung der Vaterlandsverteidigung von selbst schon eine Sache darstellt, die **ungemein hohe Anforderungen** an das revolutionäre Be-*

wußtsein sowie auch an die revolutionäre Tatkraft der Partei stellt, die eine solche Sache proklamiert, natürlich unter der Voraussetzung, daß diese Proklamierung nicht zur hohlen Phrase herabsinkt. Proklamiert man die Ablehnung der Landesverteidigung so ganz einfach, so ohne weiteres, d.h. ohne sich dieser Anforderungen bewußt zu sein, ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, ohne die **gesamte Propaganda, Agitation, Organisation**, kurz: die gesamte Tätigkeit der Partei von Grund aus zu ändern, zu 'regenerieren' (um den Ausdruck von Karl Liebknecht zu gebrauchen), den **höchsten** revolutionären Aufgaben anzupassen - dann verwandelt sich eben diese Proklamierung in eine bloße Phrase."

(LW 23 S. 151; Hervorhebungen von Lenin)

„Entweder - oder. Entweder dürfen wir die sofortige Ablehnung der Landesverteidigung nicht proklamieren - oder wir müssen **sofort** die systematische Propaganda der unmittelbaren Durchführbarkeit der sozialistischen Revolution entfalten oder zu entfalten beginnen.“ (ebenda S. 152) Im Sinne unserer oben gegebenen Definitionen wäre dies nicht Propaganda, sondern **Agitation**, denn Lenin ging es gerade darum, nicht einzelne, besonders fortschrittliche Menschen sondern **breite Massen** auf die sozialistischen Aufgaben des Proletariats einzustimmen. Er wollte darauf orientieren, daß Forderungen wie „Annullierung der Staatsschulden, Enteignung der Banken, Enteignung aller Großbetriebe“ (ebenda S. 154) **beginnen**, „konkretes Ziel der 'revolutionären Massenkämpfe'“ (S. 153) zu **werden**.

Wollte man dies **nicht**, so war es eben **in höchstem Maße inkonsequent**, in der Massenagitation die Ablehnung der Landesverteidigung aufzustellen, dann wurde diese Lösung zur **Phrase**. Denn worauf wollte man dann **konkret** orientieren? Etwa auf den Sieg der **ausländischen** Imperialisten? Das konnte kaum das Ziele der Arbeiterklasse sein. Ihr Ziel mußte die Niederlage der eigenen Imperialisten sein, **um selbst die Macht zu ergreifen**, und dazu mußte man **konkret** auf die sozialistischen Ziele orientieren.

Damit ist auch klar, warum die Logik der Dinge die opportunistischen Führer der sozialdemokratischen Parteien

dazu **gezwungen** hat, **für** die „Vaterlandsverteidigung“ Stellung zu nehmen, selbst „Vaterlandsverteidiger“, also Befürworter des Krieges ihrer jeweiligen Imperialisten, zu werden: Sie wollten den Sozialismus nur als Phrase im Munde führen, wollten keine konkrete Orientierung auf den Sozialismus. Das fiel nicht so sehr auf, so lange eine revolutionäre Situation noch nicht heranreifte. Auch da mußte diese Haltung freilich praktische Konsequenzen haben, aber „nur“ dahingehend, daß sie den Tageskampf nicht mit revolutionärer Konsequenz führen wollten, und es bedarf näherer Überlegungen, um letzteres zu erkennen. Mit dem Herannahen einer revolutionären Situation infolge des Krieges aber mußten sie Farbe bekennen: Wenn man nicht konkret auf die Revolution orientieren wollte, konnte man **nicht gegen** die „Vaterlandsverteidigung“ eintreten, mußte also logischerweise **dafür** eintreten. (Neutralität ist in derart zugespitzten Situationen kaum möglich. Wer den Krieg der Imperialisten nicht befürwortet, den behandeln die Imperialisten als „Vaterlandsverräter“, mit allen Konsequenzen.)



Selbstverständlich stellen sich im Rahmen der in diesem Kapitel dargelegten Problematik mitunter recht komplizierte konkrete Fragen, z.B. welche Propagandalösungen in welcher Situation sinnvoll aufgestellt werden können, in welcher Weise Agitationslösungen sinnvoll mit grundsätzlichen Perspektiven verbunden werden können, ohne Illusionen zu wecken, usw. Die Forderung nach vollständiger Annullierung der Staatsschulden etwa dürfte heute, in einer nichtrevolutionären Situation, wohl nur als Propagandalösung sinnvoll sein, aber gegenüber wem, in welchen Zusammenhängen? Dies muß im Einzelfall jeweils konkret bestimmt werden. Und wie steht es mit Agitationslösungen, die in diese Richtung weisen, aber nur als Teilforderungen, die grundsätzlich innerhalb der bürgerlichen Ordnung durchsetzbar sind, etwa ein Schuldenmoratorium als zeitweiliges Aussetzen der Zinszahlungen und des weiteren Auflaufens von Zinsen? Das wird wohl im we-

sentlichen davon abhängen, ob unter Teilen der Massen Stimmungen festzustellen sind, die es realistisch erscheinen lassen, daß in absehbarer Zeit konkrete Kämpfe für derartige Teilforderungen geführt werden könnten.

In der heutigen Situation gibt es Bereiche, in denen so gut wie niemand tagespolitische Zielsetzungen entwickelt, die konsequent vom proletarischen Standpunkt ausgehen (z.B. in der Steuerpolitik). Es ist daher auch Aufgabe des Keimes einer kommunistischen Partei, in solchen Bereichen Teilforderungen zu entwickeln. Dies ist zum einen als strategische Vorbereitung dafür erforderlich, daß die Arbeiterklasse wieder als eigenständige politische Kraft in die Arena treten kann. Es ist zum anderen **eine** Voraussetzung dafür, die fortschrittlichsten ArbeiterInnen für die Formierung der Vorhutpartei zu gewinnen. Da nämlich die fortschrittlichsten ArbeiterInnen, die für die Partei gewonnen werden müssen, kämpfen wollen, muß der Keim einer solchen Partei auch konkrete Zielsetzungen und Perspektiven für konkrete Tageskämpfe entwickeln, um die Fortschrittlichsten gewinnen zu können. Solange die Massen oder zumindest Teile von ihnen einen solchen Kampf nicht führen wollen bzw. können, bleiben die betreffenden Forderungen allerdings Propagandaforderungen. Die Entwicklung derartiger Forderungen für **künftige** Tageskämpfe muß sich stärker an der Analyse der objektiven Lage der Arbeiterklasse orientieren als an gegenwärtigen Stimmungen breiter Massen. Es geht hier in gewisser Weise darum, aufgrund der Analyse der objektiven Lage der Klasse **künftige** Stimmungen der Massen vorauszuahnen und Forderungen zu entwickeln, unter denen die Massen zu einem späteren Zeitpunkt in einen konkreten Kampf treten können.

Niemals aber darf es sich bei der Aufstellung von Forderungen darum handeln, einen „Wunschzettel“ zusammenzustellen, der eine Reihe von schönen Forderungen enthält, von denen aber nicht realistisch angenommen werden kann, daß es irgendwann zu konkreten Kämpfen dafür kommen wird. Andererseits ist klar, daß es zu Kämpfen für Forderungen kommen wird, die in keinem Aktionsprogramm vorhergesehen werden konnten.

Von **Forderungen** sind **Losungen** zu unterscheiden. Forderungen müssen dem Inhalt nach konkret bestimmt sein und sich gegen einen bestimmten Gegner richten (gegen den Staat bzw. eine bestimmte staatliche Gliederung, ein bestimmtes Unternehmen, einen bestimmten Unternehmerverband etc.). Losungen drücken ein bestimmtes Interesse oder die prinzipielle Gegnerschaft gegen bestimmte Einrichtungen, Zustände usw. aus.

Die konkrete Bestimmung der in einer konkreten Situation aufzustellenden Propaganda- und Agitationsforderungen und -losungen darf keineswegs beliebig vorgenommen werden, sondern muß gut durchdacht sein und unter anderem die jeweiligen Stimmungen unter den Massen in Rechnung stellen. Schreibt man beispielsweise ein Flugblatt, so muß es der ersten Überlegungen sein, an wen es sich richtet, ob es Agitations- oder Propagandaflugblatt sein soll. Verteilt man beispielsweise vor Betrieben, in Stadtteilen usw. wahllos Propagandaflugblätter an Massen, die dieser Propaganda nicht folgen können, so wird man auch die Fortschrittlichsten nicht erreichen: Diese werden vielmehr dazu neigen, eine Propaganda, die sich an Menschen richtet, die ihr nicht folgen können, als Spinnerei anzusehen. Verteilt man allerdings an einem bestimmten Ort mit einer gewissen Regelmäßigkeit gute Agitationsflugblätter, so wird man sich dort ab und zu auch einmal ein Propagandaflugblatt leisten können, welches sich hauptsächlich an die Fortschrittlichsten richtet. Verteilt man wiederum an Teilnehmer einer Demonstration oder Kundgebung, die bereits für bestimmte Ziele eintreten wollen, so wird häufig ein Propagandaflugblatt in Betracht kommen, welches bestimmte Zusammenhänge des infragestehenden Themas näher beleuchtet, vor bestimmten Gefahren warnt, ideologische und politische Vorstellungen, die dem Kampf schaden, widerlegt usw.

## V.

# DAS EINGREIFEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI IN MASSENKÄMPFE. DIE EINHEITSFRONT

Wir sagten oben, daß die Partei und ihre Mitglieder nicht stellvertretend für die Klasse handeln dürfen. Ihr Handeln muß vielmehr darauf gerichtet sein, einem möglichst großen Teil der Klasse zur Selbsttätigkeit im Sinne der geschichtlichen Aufgabe der Klasse zu verhelfen.

*„Es handelt sich nicht darum, daß die Avantgarde die Unmöglichkeit, die alte Ordnung aufrechtzuerhalten und die Unvermeidlichkeit ihres Sturzes erkennt. Es handelt sich darum, daß die Massen, die Millionenmassen, diese Unvermeidlichkeit begreifen und die Bereitschaft an den Tag legen, die Avantgarde zu unterstützen. Doch können die Massen dies nur auf Grund der eigenen Erfahrung begreifen. Den Millionenmassen die Möglichkeit zu geben, durch eigene Erfahrung die Unvermeidlichkeit des Sturzes der alten Macht zu erkennen, und diejenigen Kampfmethoden und Organisationsformen in den Vordergrund zu stellen, die es den Massen erleichtern würden, an Hand der Erfahrung die Richtigkeit der revolutionären Losungen zu erkennen - darin besteht die Aufgabe.“*

(Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, SW 6 S. 142)

Da es in der Welt materialistisch zugeht, können die Arbeitermassen die Illusionen der bürgerlichen Ideologie nicht in erster Linie dadurch ablegen und eine der Realität entsprechende Auffassung von dem, was sie zu tun haben, nicht in erster Linie dadurch gewinnen, daß die Partei ihnen das **sagt**. Sie können es in erster Linie nur dadurch, daß sie konkrete Kämpfe führen und **in diesen Kämpfen** die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Sturzes der bürgerlichen Ordnung heraneift. Folglich wäre es ein grundlegender Fehler, die Frage, mit wem man gemeinsam kämpft und mit wem nicht, davon abhängig zu machen, was die betreffenden Menschen derzeit **denken**. Man muß es vielmehr davon abhängig machen, ob sie zu dem betreffenden, konkreten Kampf bereit sind.

Im Programm der KPD heißt es:

*„Um wirklich die ganze Kraft für die Interessen der arbeitenden Menschen einzusetzen, gegen den Gegner zu richten und sich nicht spalten zu lassen, muß die einheitliche Aktion alle erfassen, die für das Ziel der Aktion kämpfen wollen, und zwar unabhängig von ihrer Weltanschauung, religiösen oder politischen Überzeugung.“ (S. 44)*

**Einheitsfront-Politik beinhaltet das Bestreben, alle diejenigen für einen konkreten Kampf zu vereinigen, die zu diesem konkreten, jetzt auf der Tagesordnung stehenden Kampf bereit sind, unabhängig von den jeweiligen Ideen der betreffenden Menschen.**

Diese Einheitsfront-Politik, deren Notwendigkeit **unmittelbar aus der dialektisch-materialistischen Weltanschauung hervorgeht**, müssen die KommunistInnen bei der Führung praktischer Kämpfe **ausnahmslos immer anwenden**. Dies entspricht dem Klasseninteresse des Proletariats, während es dem Interesse der Bourgeoisie entspricht, jede Möglichkeit zur Spaltung der Arbeiterklasse zu nutzen, darunter auch bestehende weltanschauliche und politische Meinungsverschiedenheiten.

Einheitsfront-Politik **schließt keinesfalls aus**, daß die KommunistInnen bemüht sind, auf die Kampfführung entscheidenden Einfluß zu nehmen. Sie **müssen** das sogar tun,

müssen sich - wenn es möglich ist - bemühen, die **Führung** des Kampfes in die Hand zu nehmen. Letzteres setzt neben entsprechendem Einfluß genauestes Studium der konkreten Situation, der konkreten Kräfteverhältnisse voraus. Man darf nicht sagen, was getan werden soll, wenn man nicht ausreichend weiß, was überhaupt los ist.

Warum müssen die KommunistInnen bemüht sein, **auf die Kampfführung entscheidenden Einfluß zu nehmen**? Weil der spontane Gang der Arbeiterbewegung zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie und Politik führt, und schon gar dann, wenn die Führung des Kampfes in den Händen opportunistischer, insbesondere klassenversöhnlicher Kräfte liegt. Doch die richtige Einflußnahme auf die Kampfführung steht der Einheitsfront-Politik keinesfalls entgegen: Die KommunistInnen sollten aufgrund ihrer konkreten Analyse der Lage ja gerade vorschlagen, **das** zu tun, was den ArbeiterInnen in der gegebenen Situation nutzt. Ist die Analyse und sind die daraus resultierenden Schlußfolgerungen der KommunistInnen tatsächlich richtig, so kann man dies erkennen, **auch ohne** die weltanschaulichen und politischen Auffassungen der KommunistInnen im übrigen zu teilen. Freilich wird es in der Regel dennoch nicht leicht sein, die richtige Orientierung des Kampfes durchzusetzen, wird dies in der Regel nur im heftigen Kampf gegen opportunistische Orientierungen möglich sein. Im marxistisch-leninistischen Sinne **führen** heißt: *„verstehen, die Massen von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen“, „solche Losungen aufstellen und durchführen, die die Massen an die Positionen der Partei heranzuführen und es ihnen erleichtern, an Hand ihrer eigenen Erfahrung die Richtigkeit der Politik der Partei zu erkennen“.* (Stalin, Zu den Fragen des Leninismus, SW 8 S. 46)

In der Praxis ist es häufig gar nicht leicht, zu unterscheiden, wo die erforderliche energische Einflußnahme auf die richtige Orientierung eines Kampfes umschlägt in sektiererische Verletzung der Grundsätze der Einheitsfront-Politik, wo umgekehrt die notwendige Befolgung der Einheitsfront-Politik, das Bestreben, anderen nichts aufzuzwingen, umschlägt in

Passivität der Partei, in Anpassung an die spontane Bewegung. Dies muß jeweils im Einzelfall konkret bestimmt werden. Klarheit über die **Grundsätze** richtiger Kampfführung - kein Anpassen an die spontane Bewegung, aber auch kein stellvertretendes Handeln „für“ die Massen - ist allerdings Voraussetzung, um sich in einer konkreten Situation orientieren zu können.

In seiner Rede auf dem XII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im September 1932 führte Pjatnizki ein drastisches Beispiel für die Mißachtung der Einheitsfront-Politik durch die KPD an:

*„Der Beschluß über die überparteilichen Massenorganisationen der Arbeitslosen ist nicht durchgeführt worden. Die Brigade der Profintern, die die Arbeit der RGO im Ruhrgebiet untersuchte, übersandte uns ein Formular, das für die Arbeitslosen bestimmt ist. Auf dieser Karte, auf der sich der Arbeitslose registrieren soll, muß er sich unterschriftlich verpflichten, gegen die Sozialdemokratie, das Zentrum usw. zu kämpfen, d.h. es wurde gerade das gemacht, was das XI. EKKI-Plenum im vorigen Jahr entschieden verworfen hat. Das XI. Plenum forderte die Schaffung von überparteilichen Arbeitslosenorganisationen.“*

(Der Kampf in den Gewerkschaften, S. 116 f.)

Pjatnizki führt ein weiteres Beispiel an: Die Komintern hatte der KPD einen Aufruf an die Arbeiter vorgeschlagen, der im wesentlichen beinhalten sollte, daß die KPD bereit war, jeden Kampf gegen Lohnabbau zu unterstützen. Anstatt sich mit diesem Aufruf an die Arbeitermassen zu wenden, begann, wie Pjatnizki sagt, *„ein Getue um die Betriebsarbeit. Täglich erschienen in der ‘Roten Fahne’ (Zentralorgan der KPD, d. Verf.) große Ankündigungen: ‘Genosse Neumann spricht vor den AEG-Arbeitern’, ‘Genosse Remmele spricht vor den Siemens-Arbeitern’, ‘Genosse Heckert spricht vor den Arbeitern dieses und jenes Betriebes’ usw. (Neumann, Remmele, Heckert: damalige Führer der KPD. D. Verf.) Und das Ergebnis? Zu allen diesen Versammlungen erschienen nur unsere Anhänger. Die Arbeiter kamen nicht zu diesen Versammlungen. Warum?*

*Sehr einfach. Kann man etwa während einer Krise durch so ein Getue Arbeiter gewinnen? In einer Situation, wo jeder Werkmeister in der Versammlung seine Leute haben kann, die ihm zutragen, wer in der Versammlung anwesend war? Die Durchführung des Beschlusses über die Betriebsarbeit begann eben mit diesem Getue, und das ganze Gerede darüber hatte sich sehr bald erschöpft.“*

(ebenda S. 100)

Doch nicht nur in der Krise kann man mit einem solchen Getue nichts erreichen. Es kommt nicht darauf an, auf den Busch zu klopfen, wie toll die Partei ist, sondern es kommt darauf an, Orientierungen in die Klasse zu tragen, die ihr den Kampf erleichtern. Dies ist auch die Aufgabe jedes Kommunisten, jeder Kommunistin, der / die Funktionen in Betrieb und Gewerkschaft erlangt hat: Es ist beispielsweise nicht die Aufgabe von revolutionären Betriebsräten, als StellvertreterInnen „für die Kollegen etwas rauszuholen“, sondern die Funktion **für den Kampf der KollegInnen** zu nutzen.

Das bedeutet nicht, daß die Partei, daß die Kommunistinnen und Kommunisten sich verstecken sollen. Auch diesen Fehler kritisierte Pjatnizki in derselben Rede, in Bezug auf einen damaligen Kampf tschechischer KommunistInnen:

*„Es handelt sich darum, daß man, wenn man auf die Massen hört, aufspürt, was ihnen fehlt, wo sie der Schuh drückt, wenn man für ihre Forderungen kämpft, man ihren Kampf auf eine höhere Stufe heben und mit der Tagespolitik und den Endzielen der Partei verbinden soll. (...) Ihre (der tschechischen KommunistInnen, d. Verf.) Erfahrungen aber sind gut (...). Sie begannen mit einem ökonomischen Streik und gingen zum politischen Streik über, dabei haben sie nicht nur die Bergarbeiter, sondern auch andere Produktionszweige mit in den Streik einbezogen. Sie haben **einen** schweren Fehler begangen: sie verbargen das Gesicht der Partei. (...) wir sind zwar dagegen, daß man breitspurig ankündigt: Wir, Kommunisten, führen und leiten die Sache, - und dabei nichts tut. Das geschieht in unseren Parteien recht häufig. Doch wir sind dafür, daß, wenn die Partei etwas tut und die Massen hinter*

*sich führt, wir nicht unser Gesicht als Kommunisten verbergen sollen.“*

(ebenda S. 119)

Keinesfalls dürfen die KommunistInnen versuchen, anderen ihre Auffassungen aufzuzwingen oder wie Missionare zu agieren - das wäre eine grobe Verletzung der Einheitsfront-Politik. Das würde sowohl der Einheitsfront als auch der Partei schaden, würde es der Partei erschweren, die ArbeiterInnen von den Zielen der Partei zu überzeugen, ArbeiterInnen für die Partei zu gewinnen. Denn wer mag schon andere Auffassungen aufgezwungen bekommen, wer mag schon missioniert werden?

Doch wenn KommunistInnen in einem Kampf durch gute Arbeit Ansehen gewonnen haben, verbessern sich ihre Möglichkeiten, andere Menschen für die weitergehenden Ziele der Partei und für die Partei selbst zu gewinnen. Es wäre dumm, darauf zu verzichten, indem sie sich als KommunistInnen verstecken.

**Richtig aufgefaßte Einheitsfront-Politik beinhaltet, daß alle ihre weitergehenden Auffassungen vertreten dürfen, sofern diese Auffassungen dem gemeinsamen Kampf nicht schaden und anderen nicht aufgezwungen werden sollen. Für dieses Prinzip müssen KommunistInnen stets eintreten.**

Das bedeutet: Da, wo KommunistInnen großen Einfluß oder gar die Führung haben, dürfen sie dies nicht ausnutzen, um anderen ihre Meinung aufzuzwingen. Da, wo andere Einfluß haben und diesen Einfluß zu dem Versuch nutzen, der Einheitsfront **ihre** Auffassung aufzuzwingen, müssen KommunistInnen im Interesse der Einheitsfront dagegen kämpfen. Die Sozialdemokratie, der Reformismus, überhaupt opportunistische Strömungen, nutzen ihren Einfluß (z.B. in den Gewerkschaften) in der Regel zu dem Versuch, die Anerkennung reformistischer, sozialpartnerschaftlicher bzw. sonstiger opportunistischer Anschauungen zur Voraussetzung gemeinsamen Kampfes zu machen. Dem dürfen KommunistInnen sich nicht beugen, dagegen müssen sie im

Interesse der Einheitsfront kämpfen. Dabei handelt es sich wohlgerne nicht nur darum, diese Anschauungen selbst zu bekämpfen. Es handelt sich darum, den Versuch des **Aufzwingens** dieser Anschauungen als Spaltung der gemeinsamen Kampffront anzugreifen.

# VI.

## DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI UND MASSENOrganisationen

Bei der Arbeit in Massenorganisationen müssen KommunistInnen stets die Grundlagen der Einheitsfront-Politik beachten.

Im Programm der KPD heißt es:

*„In langfristigen Fragen strebt die KPD eine **stabile und organisierte Einheitsfront** aller Kräfte an, die den gemeinsamen Kampf in diesen Fragen wollen. So im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, im Kampf um die Gleichstellung und vollständige Befreiung der Frau, in der Jugendbewegung, im Kampf gegen Umweltverschmutzung und -zerstörung, im gewerkschaftlichen Kampf. (...) Auch bei der **Organisierung einer langfristigen und stabilen Einheitsfront in bestimmten Fragen** gilt für die KPD der Grundsatz, daß **weltanschauliche und politische Differenzen solidarisch und ohne Vorurteile besprochen werden, aber keinen Grund für eine Spaltung darstellen sollen**. Entscheidend für die Einheit sind nicht Worte, sondern Taten. Diesen Grundsatz vertreten wir unter den arbeitenden Menschen, denn letztere haben keinen anderen Gradmesser dafür, ob jemand wirklich zu ihnen steht, als dessen Taten.“* (S. 44 f.; Hervorhebungen vom Verf.)

Die Arbeiterklasse benötigt nicht nur ihre Partei, sondern auch andere Organisationen. Stalin stellt die Frage: „Wie kann aber bei dieser Fülle an Organisationen eine einheitliche Leitung verwirklicht werden? Wo ist die Garantie, daß das Vor-

*handensein so zahlreicher Organisationen nicht zu einem Durcheinander in der Leitung führen wird? Man könnte sagen, daß jede dieser Organisationen innerhalb ihrer abgesonderten Sphäre tätig ist und daß sie deshalb einander nicht behindern können. Das ist natürlich richtig. Aber richtig ist auch, daß alle diese Organisationen in einer Richtung tätig sein müssen, denn sie dienen **einer** Klasse, der Klasse der Proletarier. Es fragt sich nun: Wer bestimmt die Linie, die allgemeine Richtung, in der alle diese Organisationen ihre Arbeit ausführen sollen? Wo ist jene zentrale Organisation, die dank der notwendigen Erfahrungen nicht nur fähig ist, diese allgemeine Linie auszuarbeiten, sondern dank der hierzu ausreichenden Autorität auch die Möglichkeit hat, alle diese Organisationen zu veranlassen, diese Linie zu verwirklichen, um eine Einheitlichkeit in der Führung zu erzielen und Stockungen unmöglich zu machen?*

*Eine solche Organisation ist die Partei des Proletariats.“*

*(Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, SW 6 S.*

*156 f.)*

Was meint Stalin mit der „Linie“, der „allgemeinen Richtung“, in der alle Massenorganisationen ihre Arbeit ausführen müssen, um der Klasse den größtmöglichen Nutzen zu bringen? Es handelt sich darum, daß jede Kampffront für sich genommen beschränkt ist, daß aber die Notwendigkeit besteht, die Kämpfe an den verschiedenen Fronten zu einem gemeinsamen Strom zu verbinden, der die kapitalistische Ordnung hinwegreißt. Diese Verbindung muß in erster Linie eine **politische** sein. Beispielsweise stellt der Klassenkampf in bestimmten Situationen Aufgaben, für welche möglichst die gesamte Klasse mobilisiert werden muß; z.B. für den Sturz einer besonders reaktionären oder kriegstreiberischen Regierung. Handelt es sich um einen derartigen Knotenpunkt, der von besonderer Bedeutung im Klassenkampf ist, so ist ein entsprechender Teilsieg von besonderer Wichtigkeit, stärkt das Proletariat insgesamt und führt es näher an den entscheidenden Kampf um die Macht heran. Folglich ist es notwendig, in derartigen Situationen möglichst alle Kräfte der Klasse für die betreffende Aufgabe zu konzentrieren.

Wie kann die Partei aber gewährleisten, daß alle Massenorganisationen die jeweils erforderliche Politik durchführen, die jeweils erforderlichen Aufgaben erfüllen, ohne daß die Partei dabei die Grundsätze der Einheitsfront-Politik verletzt, indem sie anderen etwas aufzwingt?

Offensichtlich darf sie nicht versuchen, ihre führende Rolle formal festzuschreiben, etwa im Statut der Massenorganisationen, darf sie nicht versuchen, diese führende Rolle formal durchzusetzen. Vielmehr muß sie sich diese führende Rolle immer wieder aufs neue **politisch erkämpfen**:

*„Das bedeutet natürlich nicht, daß die parteilosen Organisationen, die Gewerkschaften, Genossenschaften usw., der Leitung der Partei formal unterstellt sein müssen. Es handelt sich nur darum, daß die Parteimitglieder, die diesen Organisationen angehören, als zweifellos einflußreiche Menschen alle Mittel der Überzeugung anwenden, damit die parteilosen Organisationen in ihrer Tätigkeit der Partei des Proletariats möglichst nahegebracht werden und freiwillig ihre politische Führung anerkennen.*

*Deshalb sagt Lenin, daß die Partei ‘die **höchste** Form der Klassenvereinigung der Proletarier’ ist, deren politische Führung sich auf alle anderen Formen der Organisation des Proletariats zu erstrecken hat. (...)*

*Deshalb ist die opportunistische Theorie von der ‘Unabhängigkeit’ und ‘Neutralität’ der parteilosen Organisationen, die **unabhängige** Parlamentarier und von der Partei **losgelöste** Journalisten, **engstirnige** Gewerkschaftler und **verspießerte** Genossenschaftler züchtet, völlig unvereinbar mit der Theorie und Praxis des Leninismus.“*

(ebenda S. 157 f.; Hervorhebungen von Stalin)

Politische Unabhängigkeit der Massenorganisationen von der Partei - das würde bedeuten, daß jede Massenorganisation in der Beschränktheit ihres speziellen Tätigkeitsbereiches befangen bliebe, daß es unmöglich wäre, die Kraft dieser Massenorganisationen und der von ihnen geführten Kämpfe gegen den gemeinsamen Feind zu bündeln und diesen Feind letztendlich zu besiegen. Doch die Massenorganisationen können keine Einheitsfront-Organisationen sein, wenn die Führung

der Partei **formal** hergestellt wird. Eine wirkliche Führung der Partei setzt voraus, daß die Partei bei der Erarbeitung ihrer Politik in Rechnung stellt, was die Mitglieder der betreffenden Massenorganisation zum jeweils gegebenen Zeitpunkt zu tun bereit sind bzw. wovon sie überzeugt werden können. Eine wirkliche Führung durch die Partei setzt weiter voraus, daß die Parteimitglieder in den Massenorganisationen die parteilosen Mitglieder nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten von der jeweils richtigen Politik überzeugen. Die parteilosen Menschen müssen sich davon überzeugen, daß die KommunistInnen (ob diese offen als solche auftreten oder nicht, hängt von den konkreten Umständen ab) auf Dauer gute Arbeit leisten und daß ihre Ratschläge dem gemeinsamen Kampf nutzen.

Die programmatischen Grundlagen und die Kampfziele der Massenorganisationen hängen von der jeweiligen Situation des Klassenkampfes ab. In **nichtrevolutionären Situationen** dürfen sozialistische Ziele **nicht** zur Grundlage von Massenorganisationen gemacht werden, denn das würde die Herstellung der Einheitsfront für **diejenigen** Kampfziele, für die konkret gekämpft werden kann, behindern. Naht eine **revolutionäre Situation**, so müssen die KommunistInnen an der Herstellung der Einheitsfront für sozialistische Ziele arbeiten. Das bedeutet auch dann nicht, daß der Sozialismus in abstrakter Form zur programmatischen Grundlage von Massenorganisationen gemacht werden soll. Es bedeutet aber, daß Forderungen wie „Enteignung der Banken und Konzerne“, „Annullierung der Staatsschulden“ usw. zu konkreten Kampfzielen der Massenorganisationen gemacht werden sollen. Dabei kann es Übergänge geben, z.B. Forderungen nach dem Sturz einer bestimmten bürgerlichen Regierung in Verbindung mit sehr weit gehenden, bereits in Richtung Sozialismus weisenden politischen und sozialen Forderungen.

## **PROBLEME IN EINER SITUATION, IN DER DIE PARTEI DIE FÜHRUNG EINER MASSEORGANISATION INNEHAT**

Hat die kommunistische Partei die Führung einer Massenorganisation errungen, so muß sie strikt darauf achten, daß sie sich nicht daran gewöhnt, diese Führung als etwas Selbstverständliches zu betrachten. Die Parteimitglieder müssen sich das Bewußtsein bewahren, daß diese Führung, diese Autorität stets aufs neue erworben, durch gute praktische Arbeit sowie durch politische Überzeugungsarbeit stets aufs neue verdient werden muß. Gewöhnen sich die Parteimitglieder daran, daß man tut, was sie sagen, weil sie „Autorität“ haben, so wird ihre Führung entweder nach und nach untergraben, oder die Arbeit der Massenorganisation nach außen wird qualitativ schlechter, weil mechanisch nur noch gemacht wird, was die Parteimitglieder sagen.

Die Massenorganisationen sollen ja in gewisser Hinsicht Bindeglieder zwischen der Partei und den unorganisierten Massen sein. Einerseits kann die Partei über diese Organisationen auch auf die unorganisierten Massen einwirken. Andererseits zwingt die richtig verstandene politische Führung der Partei in den Massenorganisationen die Partei immer wieder, die Richtigkeit ihrer Politik zu überprüfen: Läßt sich diese Politik gegenüber der Massenorganisation bzw. den unorganisierten Massen nicht vermitteln, so muß die Partei die Ursachen herausfinden, ggf. in diesen und jenen Fragen ihre Politik ändern. Dieses Instrumentarium verfehlt aber seinen Zweck, wenn die Parteimitglieder in den Massenorganisationen auf bürokratische Art die Parteibeschlüsse durchsetzen: Die Partei kann die Richtigkeit dieser Beschlüsse nicht kontinuierlich überprüfen und die Stimmung der Massen nicht systematisch in Erfahrung bringen, da die Massenorganisation ihre Funktion als Korrektiv dann einbüßt. Die Arbeit der Massenorganisation leidet, ohne daß die Gründe zutage treten.

Überhaupt müssen die Parteimitglieder sich davor hüten, die dünnkelhafte und arrogante Haltung einzunehmen, die Partei habe „immer recht“. (Eine Vorstellung die für manche Menschen ganz angenehm sein mag: Zum einen ist ihnen dann die Mühe eigenständigen Denkens abgenommen, zum anderen können sie sich einbilden, daß auch sie selbst „immer recht haben“, weil sie ja „machen, was die Partei sagt“.)

Stalin wies nachdrücklich darauf hin, daß die Partei **keinesfalls** „immer recht hat“. Sie hat nicht recht:

- „1. wenn die Partei beginnt, ihre Autorität in den Massen nicht auf ihre Arbeit und auf das Vertrauen der Massen, sondern auf ihre ‘unbeschränkten’ Rechte zu gründen;*
- 2. wenn die Politik der Partei offenkundig unrichtig ist, sie aber ihren Fehler nicht überprüfen und korrigieren will;*
- 3. wenn die Politik der Partei im allgemeinen zwar richtig ist, die Massen aber noch nicht bereit sind, sie sich zu eigen zu machen, die Partei jedoch nicht abwarten will oder nicht abzuwarten versteht, um den Massen die Möglichkeit zu geben, sich an Hand ihrer eigenen Erfahrung von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen, sondern versucht, sie den Massen aufzudrängen.“*

(Stalin, Zu den Fragen des Leninismus, SW 8 S. 43)

Die Partei würde auch dann ihre Auffassungen den Massen **aufdrängen**, wenn sie ihre führende Stellung in einer Massenorganisation dazu nutzen wollte, dieser Massenorganisation ein „kommunistisches“ Gepräge zu geben, wenn Auffassungen der Partei in schlechter Weise dominieren und andere Auffassungen parteiloser Menschen gerade noch geduldet werden. Dies wäre eine Verletzung der Grundsätze der Einheitsfront.

## **PROBLEME IN EINER SITUATION, IN DER OPPORTUNISTISCHE ODER OFFEN REAKTIONÄRE KRÄFTE DIE FÜHRUNG EINER MASSEORGANISATION INNEHABEN**

Andere Probleme stellen sich, wenn opportunistische oder offen reaktionäre Kräfte die Führung einer Massenorganisation innehaben, wie das heute in den DGB-Gewerkschaften der Fall ist. Die taktischen Probleme, die sich in einer solchen Situation stellen, sind vielschichtig. Wir wollen hier nur einige wenige Gesichtspunkte ansprechen.

KommunistInnen müssen stets für die Stärkung der Gewerkschaften, für kampfstärke Gewerkschaften der Arbeiterklasse eintreten. Sie müssen die heute bestehenden Gewerkschaften gegen Angriffe des Kapitals und der Reaktion verteidigen, ohne sich der Illusion hinzugeben, die reformistischen, auf Klassenzusammenarbeit orientierten Gewerkschaften könnten in eine Kampforganisation der Arbeiterklasse umgewandelt werden. Wenn die Führer der DGB-Gewerkschaften Kämpfe organisieren, dann nur innerhalb eines sehr engen Rahmens, der die bürgerliche Ordnung auf keinen Fall infrage stellt. Das gesetzlich verstümmelte Streikrecht, welches den politischen Streik überhaupt nicht und ökonomische Streiks nur unter vielfachen Einschränkungen zuläßt, wird von ihnen strikt eingehalten und in aller Regel noch nicht einmal ausgeschöpft. Ein einigermaßen konsequenter gewerkschaftlicher Kampf für die Interessen der ArbeiterInnen ist daher nicht möglich, wenn man sich auf die Teilnahme an solchen Kämpfen beschränkt, zu denen die Gewerkschaftsführungen ihren Segen geben, wenn man sich an den Rahmen hält, den die Gewerkschaftsführungen stecken. Es ist daher notwendig, daß die bewußtesten und fortgeschrittensten Arbeiterinnen und Arbeiter selbst gewerkschaftliche Kämpfe organisieren. Hierbei gilt es, die klassenkämpferischen Kräfte innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften zusammenzufassen.

Grundfalsch wäre es, die Arbeit in den reformistisch und sozialpartnerschaftlich beherrschten Gewerkschaften einzustellen, solange dort noch Arbeitermassen sind. Dies haben wir im Kapitel X ausführlich dargelegt. Ebenso falsch wäre es aber, auf Grundlage einer gewerkschaftslegalistischen Haltung die **selbständige Organisation** der klassenkämpferischen ArbeiterInnen inner- und außerhalb der Gewerkschaften zu unterlassen. Einheitsfrontpolitik in diesem Bereich heißt heute vor allem, die Einheitsfront derer herzustellen, die den gewerkschaftlichen **Kampf gegen das Kapital erforderlichenfalls selbständig führen bzw. organisieren** wollen.

Die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsführer werden bestrebt sein, diejenigen, die so arbeiten, aus der Gewerkschaft auszuschließen. In der Weimarer Zeit gab es einen regelrechten Ausschlußterror gegen klassenbewußte, kämpferische ArbeiterInnen. Die Kommunistische Internationale zog aus alledem keinesfalls den Schluß, man solle die Arbeit innerhalb der reformistisch beherrschten Gewerkschaften einstellen. Sie zog im Gegenteil den Schluß, man müsse gegen den Ausschlußterror kämpfen.

*„Die Kommunisten müssen:*

- a) *einen entschiedenen und offenen Kampf unter der Losung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung gegen den Ausschluß aus den Gewerkschaften führen.*
- b) *Dieser Kampf muß in erster Linie unter den Massen geführt werden: durch Organisation von Protestmeetings für die Demokratie innerhalb der Gewerkschaften usw.*
- c) *Die Parteipresse muß dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zuwenden.*
- d) *Man muß darauf hinarbeiten, daß sich die Gewerkschaftsorganisationen, die dem Befehl der übergeordneten reformistischen Gewerkschaftszentralen auf Ausschluß der Kommunisten nicht nachgeben, mit den Ausgeschlossenen solidarisieren und einen aktiven Kampf für die Einheit und gegen die Ausschlüsse führen.*
- e) *Der Versuch, innerhalb der Reihen des Gewerkschaftsverbandes zu verbleiben, darf bei den Kommunisten **niemals***

*zum Verzicht auf die aktive revolutionäre politische Arbeit in den Gewerkschaften führen.“*

(Resolution zur Gewerkschaftsfrage, 9. EKKI-Plenum, Februar 1928, in: Der Kampf in den Gewerkschaften, S. 9; Hervorhebung v. EKKI)

Der Kampf gegen die Ausschlüsse ist **Kampf für die Einheitsfront**, Verteidigung der Einheitsfront gegen die auf Seiten des Kapitals stehenden Spitzen der Gewerkschaften. Auch in anderen Fragen muß die Einheitsfront aktiv gegen diese Spitzen verteidigt werden, die ihre Position **mißbrauchen**, muß der Kampf für innergewerkschaftliche Demokratie geführt werden: So etwa, wenn Gewerkschaftsführungen wie die ÖTV-Spitze im Jahre 2000 **entgegen einem Streikbeschuß handeln**.

Lehrreich ist die vom EKKI erarbeitete Taktik bezüglich des Problems, daß viele Gewerkschaften sich weigerten, Schwarze aufzunehmen:

*„Da sich viele Gewerkschaften weigern, Neger als Mitglieder in ihre Reihen aufzunehmen, muß die Kommunistische Partei die Initiative zur Bildung von Gewerkschaften der Negerarbeiter ergreifen und muß gleichzeitig den Kampf um die Zulassung der Negerarbeiter in die bestehenden Gewerkschaften fortsetzen. Die Kommunisten müssen für den Zusammenschluß der Gewerkschaften der Neger und der Gewerkschaftsorganisationen der weißen Arbeiter in ein- und denselben Industriezweigen kämpfen.“*

(ebenda S. 16)

Man könnte eine gewisse Parallele zur heute bestehenden Frage der Organisation von Arbeitslosen ziehen. Es ist noch nicht lange her, daß DGB-Gewerkschaften sich weigerten, Arbeitslose aufzunehmen. Das hat sich mittlerweile geändert, doch die DGB-Gewerkschaften **erschweren** den Eintritt von Arbeitslosen nach wie vor, da sie die Arbeit unter den Arbeitslosen kaum oder jedenfalls viel zu wenig führen. Wie soll man sich in dieser Frage taktisch verhalten?

Falsch wäre es, auf die gemeinsame Organisation von Beschäftigten und Arbeitslosen **grundsätzlich** zu verzichten,

denn gerade der gemeinsame Kampf von Beschäftigten und Arbeitslosen hat große strategische Bedeutung. (vgl. Kapitel XIII Seite 68 f.) Falsch wäre es aber auch, auf die Organisierung von Arbeitslosen überhaupt zu verzichten, die sich aus den genannten Gründen nicht in den DGB-Gewerkschaften organisieren wollen, aber zu einer separaten Organisierung bereit sind. In Betracht kommt die Unterstützung von separaten Arbeitslosenorganisationen unter gleichzeitiger Forderung, die Arbeitslosenarbeit in den DGB-Gewerkschaften zu verstärken und die Arbeitslosenorganisationen in die DGB-Gewerkschaften zu integrieren.

Ist die Einheit der jeweils bestehenden Gewerkschaften für KommunistInnen ein unumstößliches Prinzip? Nein.

Thälmann sagte auf dem 10. EKKI-Plenum im Juli 1929:

*„Aber die Kommunisten können nicht **prinzipiell gegen die Spaltung** der Gewerkschaften sein. Die Resolution des II. Kongresses der Komintern verwies auf die Bedingungen, unter denen die Kommunisten **verpflichtet** sind, zur Spaltung zu greifen, und zwar heißt es dort: ‘Die Kommunisten dürfen nicht ... haltmachen vor der Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen, falls der Verzicht auf die Spaltung den Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, den Verzicht auf die Organisierung des am meisten ausgebeuteten Teils des Proletariats bedeuten würde.’“*

(ebenda S. 85; Hervorhebungen von Thälmann)

KommunistInnen kämpften stets für die Einheitsfront, doch eine bestimmte Organisationsform darf nie zum Selbstzweck werden. Wenn die unteren Schichten des Proletariats nahezu vollständig aus den Gewerkschaften herausgedrängt wären, wenn die reformistischen Gewerkschaften in diesen Schichten weitgehend kompromittiert wären, dann wäre die Spaltung der Gewerkschaften erforderlich, um die unteren Schichten überhaupt gewerkschaftlich organisieren zu können.

Thälmann stellte zu Recht fest, daß die Situation in Deutschland **nicht** so war - obwohl klassenbewußte Arbeiter zu Tausenden aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wurden. Der Fehler in der Gewerkschaftsarbeit der KPD bestand darin, daß

entgegen der offiziellen Linie, entgegen den Beschlüssen der Partei die Arbeit im reformistisch beherrschten ADGB zunehmend vernachlässigt wurde. Dieser Fehler erleichterte es den sozialdemokratischen Führern, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten (vgl. Kapitel X S. 48 - 52).

# VII.

## DIE PERIODEN DES PARTEIAUFBAUS

Wir haben gesehen, daß die kommunistische Partei vielschichtige und komplizierte Aufgaben erfüllen muß, um zu gewährleisten, daß der Klassenkampf des Proletariats sich in aufsteigender Linie entwickelt, um zu gewährleisten, daß schließlich die Machtfrage gestellt und zugunsten des Proletariats entschieden wird. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, muß die kommunistische Partei eine beträchtliche Reife und einen beträchtlichen Einfluß auf die Massen erlangen. Diesen Einfluß und diese Reife kann sie naturgemäß nicht von Beginn ihrer Tätigkeit an haben. Dieser Einfluß und diese Reife müssen sich nach und nach entwickeln.

Es fragt sich nun: Wie soll eine kommunistische Partei arbeiten, solange sie noch klein ist, wenig Einfluß auf die Massen hat und noch nicht sonderlich reif ist?

Lenin und Stalin haben zwischen verschiedenen Perioden der Parteientwicklung unterschieden und die Aufgaben der Partei in den verschiedenen Perioden unterschiedlich gewichtet. So schrieb Lenin in „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“:

*„Die proletarische Avantgarde ist (zu diesem Zeitpunkt in einer Reihe von Ländern, d. Verf.) ideologisch gewonnen. Das ist die Hauptsache. Ohne diese Vorbedingung kann man nicht einmal den ersten Schritt zum Sieg tun. Aber von hier bis zum Sieg ist es noch ziemlich weit. Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen. Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, solange die ganze Klasse, solange die breiten Massen nicht die Position eingenommen ha-*

ben, daß sie die Avantgarde entweder direkt unterstützen oder zumindest wohlwollende Neutralität ihr gegenüber üben und dem Gegner der Avantgarde jederlei Unterstützung versagen, wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen. Damit aber wirklich die ganze Klasse, damit wirklich die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Unterdrückten zu dieser Position gelangen, dazu ist Propaganda allein, Agitation allein zuwenig. Dazu bedarf es der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen. Das ist das grundlegende Gesetz aller großen Revolutionen, das sich jetzt mit überraschender Kraft und Anschaulichkeit nicht nur in Rußland, sondern auch in Deutschland bestätigt hat. Nicht nur die auf niedriger Kulturstufe stehenden, vielfach des Lesens und Schreibens unkundigen Massen Rußlands, sondern auch die auf hoher Kulturstufe stehenden, durchweg des Lesens und Schreibens kundigen Massen Deutschlands mußten erst am eigenen Leibe die ganze Ohnmacht, die ganze Charakterlosigkeit, die ganze Hilflosigkeit, die ganze Liebedienerei vor der Bourgeoisie, die ganze Gemeinheit einer Regierung der Ritter der II. Internationale, die ganze Unvermeidlichkeit einer Diktatur der extremen Reaktionäre (Kornilow in Rußland, Kapp und Co. in Deutschland) als einzige Alternative gegenüber der Diktatur des Proletariats erfahren, um sich entschieden dem Kommunismus zuzuwenden.

Die nächste Aufgabe der klassenbewußten Vorhut in der internationalen Arbeiterbewegung, d.h. der kommunistischen Parteien, Gruppen und Strömungen, besteht darin, daß sie es versteht, die breiten (jetzt meistens noch schlummernden, apathischen, in althergebrachten Vorstellungen befangenen, trägen, noch nicht erweckten) Massen an diese ihre neue Position **heranzuführen**, richtiger gesagt, daß sie es versteht, **nicht nur** die eigene Partei, sondern auch diese Massen zu leiten, während sie zur neuen Position übergehen, die neue Position beziehen. **Konnte die erste historische Aufgabe (die Gewinnung der klassenbewußten Vorhut des Proletariats für die Sowjetmacht und die Diktatur der Arbeiterklasse) nicht ohne den vollen ideologischen und politischen Sieg über**

**den Opportunismus und Sozialchauvinismus gelöst werden**, so kann die zweite Aufgabe, die nun zur nächsten wird und die in der Fähigkeit besteht, die **Massen** heranzuführen an die neue Position, die den Sieg der Vorhut in der Revolution zu sichern vermag - so kann diese nächste Aufgabe nicht erfüllt werden, ohne daß man mit dem linken Doktrinarismus aufräumt, ohne daß man seine Fehler völlig überwindet und sich von ihnen frei macht.

**Solange es sich darum handelte (und insoweit es sich noch darum handelt), die Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, solange und insoweit tritt die Propaganda an die erste Stelle;** sogar Zirkel mit allen dem Zirkelwesen eigenen Schwächen sind hier nützlich und zeitigen fruchtbare Ergebnisse. Wenn es sich um die praktische Aktion der Massen, um die Verteilung - wenn man sich so ausdrücken darf - von Millionenarmeen, um die Gruppierung aller Klassenkräfte einer gegebenen Gesellschaft zum letzten und entscheidenden Kampf handelt, so kann man allein mit propagandistischer Gewandtheit, allein mit der Wiederholung der Wahrheiten des 'reinen' Kommunismus nichts mehr ausrichten. **Hier gilt es, nicht mit Hunderten und Tausenden zu rechnen, wie das im Grunde genommen der Propagandist als Mitglied einer kleinen Gruppe tut, die noch keine Massen geführt hat; hier muß man mit Millionen und aber Millionen rechnen.** Hier muß man sich nicht nur fragen, ob wir die Avantgarde der revolutionären Klasse überzeugt haben, sondern außerdem auch, ob die historisch wirksamen Kräfte aller Klassen, unbedingt ausnahmslos aller Klassen der gegebenen Gesellschaft, so gruppiert sind, daß die Entscheidungsschlacht bereits vollauf herangereift ist, nämlich daß 1. alle uns feindlichen Klassenkräfte genügend in Verwirrung geraten sind, genügend miteinander in Fehde liegen, sich durch den Kampf, der ihre Kräfte übersteigt, genügend geschwächt haben; daß 2. alle schwankenden, unsicheren, unbeständigen Zwischenelemente, d.h. das Kleinbürgertum, die kleinbürgerliche Demokratie zum Unterschied von der Bourgeoisie, sich vor dem Volk genügend entlarvt haben, durch ihren Bankrott

*in der Praxis genügend bloßgestellt sind; daß 3. im Proletariat die Massenstimmung zugunsten der Unterstützung der entschiedensten, grenzenlos kühnen, revolutionären Aktionen gegen die Bourgeoisie begonnen hat und machtvoll ansteigt. Ist das der Fall, dann ist die Zeit für die Revolution reif, dann ist unser Sieg - wenn wir alle oben erwähnten, oben kurz umrissenen Bedingungen richtig eingeschätzt und den Zeitpunkt richtig gewählt haben -, dann ist unser Sieg gesichert.“*

(LW 31 S. 79 ff.; oder LAW V S. 547 ff.; Hervorhebungen v. Verf.)

Das heißt andersherum: Solange die Avantgarde der Arbeiterklasse noch nicht für den Kommunismus gewonnen ist, solange man nicht mit Millionen und aber Millionen rechnen kann, solange die kommunistische Partei oder ihre Vorläuferorganisation eine kleine Gruppe darstellt, so lange müssen die Aufgaben gerade umgekehrt gewichtet werden wie im obigen Zitat: Beispielsweise spielt Propaganda eine große Rolle, Propaganda, die darauf berechnet ist, bestenfalls Hunderte oder Tausende zu erreichen. Der ideologische Kampf gegen den Opportunismus, der freilich stets geführt werden muß, ist in dieser Periode der Parteientwicklung von besonderer Wichtigkeit. Im Gegensatz zur zweiten Periode kann es hier noch nicht darum gehen, daß **Millionen und aber Millionen** sich anhand ihrer eigenen Erfahrungen von der Schädlichkeit des Opportunismus überzeugen - die kommunistische Partei ist noch nicht in der Lage, so in die Massenkämpfe einzugreifen und ihnen eine solche Orientierung zu geben, daß dies möglich ist.

Deshalb bestimmt Stalin die Aufgaben der kommunistischen Partei in den ersten beiden Perioden ihrer Entwicklung in Anlehnung an das obige Lenin-Zitat wie folgt:

1. Periode: „**Die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus gewinnen** (das heißt Kader bilden, eine kommunistische Partei schaffen, Programm und Grundlagen der Taktik ausarbeiten). Propaganda als Grundform der Arbeit.“

2. Periode: „**Die breiten Massen der Arbeiter und der Werktätigen überhaupt für die Vorhut gewinnen** (Heranfüh-

*rung der Massen an die Kampfpositionen). Grundform der Arbeit sind die praktischen Aktionen der Massen als Vorspiel zu den entscheidenden Gefechten.“*

(Stalin, Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten, SW 5 S. 69; Hervorhebungen von Stalin)

Auch für Marx und Engels war es eine Selbstverständlichkeit, daß in der Periode der **Schaffung**, der **Herausbildung** einer revolutionären Arbeiterpartei die Propaganda eine besondere Rolle spielen muß. So erwähnt Engels in seiner Schrift „Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten“: *„Schon am 7. Februar 1840 wurde der öffentliche Deutsche Arbeiterbildungsverein gestiftet (...). Dieser Verein diente dem Bund als Werbebezirk neuer Mitglieder (Instrument zur Gewinnung neuer Mitglieder, d. Verf.), und da, wie immer, die Kommunisten die tätigsten und intelligentesten Vereinsmitglieder waren, verstand es sich von selbst, daß seine Leitung ganz in den Händen des Bundes lag.“* (MEW 21 S. 208; oder AW VI S. 240) Zwischen 1847 und 1850 nahmen Marx und Engels an der Tätigkeit des Arbeiterbildungsvereins aktiven Anteil und trugen sie die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus hinein. Im September 1850 traten Marx, Engels und mehrere ihrer Mitkämpfer aus dem Verein aus, weil seine Leitung nun in den Händen von Kräften lag, die entgegen der Realität auf einen sofortigen Ausbruch einer weiteren Revolution orientierten. Ende der 50er Jahre begannen Marx und Engels erneut, an der Tätigkeit des Bildungsvereins teilzunehmen. (vgl. Anmerkung 193 in MEW 21)

Weiter schreibt Engels: *„In Brüssel stifteten wir (im Jahre 1847, d. Verf.) einen deutschen Arbeiterverein und bemächtigten uns der ‘Deutschen-Brüsseler-Zeitung’, in der wir bis zur Februarrevolution ein Organ hatten.“* (MEW 21 S. 213; oder AW VI S. 245) *„Andrerseits wirkten wir mündlich, brieflich und durch die Presse auf die theoretischen Ansichten der bedeutendsten Bundesmitglieder ein. Hierzu dienten auch verschiedene lithographierte Zirkulare, die wir bei besondern Gelegenheiten, wo es sich um Interna der sich bildenden*

*kommunistischen Partei handelte, an unsre Freunde und Korrespondenten in die Welt sandten.“ (ebenda) „Daß eine Organisation innerhalb der deutschen Arbeiterklasse schon der Propaganda wegen notwendig sei (...), darüber waren wir nicht im Zweifel.“ (MEW 21 S. 215; oder AW VI S. 247) Besondere Bedeutung hatte die Propaganda in einer Situation, in der „man die Arbeiter einzeln zusammensuchen“ mußte, „die Verständnis hatten für ihre Lage als Arbeiter und ihren geschichtlich-ökonomischen Gegensatz gegen das Kapital, weil dieser Gegensatz selbst erst im Entstehen begriffen war.“ (MEW 21 S. 223; oder AW VI S. 257) Heute besteht dieser Gegensatz zwar seit längerer Zeit, doch da die organische Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung aufgrund verschiedener Faktoren verlorengegangen ist, besteht erneut die Notwendigkeit, diejenigen ArbeiterInnen „einzeln zusammenzusuchen“, die ein grundlegendes Verständnis für die Aufgaben ihrer Klasse haben.*



Die Aufgaben der beiden Perioden des Parteaufbaus **dürfen keinesfalls schematisch einander gegenübergestellt werden:**

Wenn man eine Kampfpartei aufbauen will, muß man den Keim dieser Partei von Anfang an legen. Man kann nicht in der ersten Periode einen Weltanschauungsverein aufbauen, der sich dann später wie durch ein Wunder in eine Kampfpartei wandelt. Ein solches Wunder kann sich ebensowenig ereignen, wie aus einer Kastanie ein Apfelbaum werden kann.

Wenn man die fortschrittlichsten ArbeiterInnen für den Kommunismus gewinnen will, muß man ihnen zeigen, daß die KommunistInnen auch zu kämpfen verstehen, und muß diejenigen, die man gewinnen will, in den Kampf der Partei einzubeziehen. Andernfalls wird man keine KämpferInnen gewinnen und keine Kampfpartei aufbauen können.

Ein mehr oder minder abstraktes Programm sowie allgemeinste Grundlagen der Taktik wird man auch bei wenig ent-

falteter Massenarbeit erarbeiten können. Will man sowohl die Programmatik als auch die Grundlagen der Taktik konkreter fassen, so bedarf es über das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus sowie das Studium der Daten der konkreten gesellschaftlichen Entwicklung hinaus bestimmter Erfahrungen und Problemstellungen aus der Massenarbeit, die es dann wiederum theoretisch zu verarbeiten gilt.

In der ersten Periode muß die Partei da, wo sie an Massenkämpfen teilnimmt, grundsätzlich ebenso vorgehen wie in der zweiten, muß sie ebenfalls Einheitsfront-Politik betreiben, eine Taktik entwickeln, die die Kräfte am jeweils wichtigsten Punkt konzentriert usw. Es kann ja zum Beispiel nicht darum gehen, in der ersten Periode nur mit denen zusammen kämpfen zu wollen, die gleiche Auffassungen haben, um sich dann später wie durch ein Wunder von einer Sekte in eine Partei zu verwandeln, die die Einheitsfront aufbaut.

Andererseits versteht sich, daß die Möglichkeiten einer kleinen Partei, die die Vorhut der Arbeiterklasse noch nicht gewonnen hat, in den proletarischen Massenkampf einzugreifen oder ihn gar zu führen, naturgemäß äußerst beschränkt sind. Sie muß deswegen unbedingt ihre Kräfte konzentrieren, muß genau abwägen, welche Aufgaben sie anpackt. Versucht sie, „große Partei“ zu spielen, versucht sie, bereits die Aufgaben der 2. Periode zu bewältigen, so wird sie unvermeidlich scheitern. Sie wird ihre Kräfte verzetteln, wird Theorie und Praxis nicht verbinden können, wird ohne ausreichende Analyse in Kämpfe eingreifen, wird falsche Orientierungen geben und Phrasen verbreiten, wird bei solcher Arbeitsweise die fortgeschrittensten ArbeiterInnen eher abstoßen als sie zu gewinnen. Mehr noch: Bei dem Versuch, ohne ausreichendes materielles und theoretisches Fundament im breiten Stil in Massenkämpfe einzugreifen, wird sie sich auf Dauer unvermeidlich an die spontane Bewegung anpassen. Da die spontane Bewegung aber zur Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie führt, wird sich auch eine solche Partei dann letztlich der bürgerlichen Ideologie und Politik unterordnen. Geschieht dies, so ist der Keim einer kommunistischen Partei vernichtet.

Die kommunistische Partei ist Instrument des Klassenkampfes und muß von Anfang an als solches aufgebaut werden. Andererseits muß sie in jeder Periode ihrer Entwicklung **im Interesse des Klassenkampfes** gesonderte Anstrengungen auf ihre eigene Stärkung und Festigung aufwenden, da sie sonst untergeht bzw. in der spontanen Bewegung aufgeht. In der ersten Periode ihrer Entwicklung haben diese gesonderten Anstrengungen, die die Partei auf ihren eigenen Aufbau richten muß, besonders großes Gewicht.

## ALLSEITIGE POLITISCHE ENTHÜLLUNGEN ORGANISIEREN

Man muß den fortgeschrittensten ArbeiterInnen, wie oben gesagt, zeigen, daß die KommunistInnen zu kämpfen verstehen, und man muß sie in den Kampf einbeziehen. Aber das genügt nicht, um sie für den Kommunismus, für die Partei zu gewinnen:

*„Das Bewußtsein der Arbeitermassen kann kein wahrhaftes Klassenbewußtsein sein, wenn die Arbeiter es nicht an konkreten und dazu unbedingt an brennenden (aktuellen) politischen Tatsachen und Ereignissen lernen, **jede** andere Klasse der Gesellschaft in **allen** Erscheinungsformen des geistigen, moralischen und politischen Lebens dieser Klassen zu beobachten; wenn sie es nicht lernen, die materialistische Analyse und materialistische Beurteilung **aller** Seiten der Tätigkeit und des Lebens **aller** Klassen, Schichten und Gruppen der Bevölkerung in der Praxis anzuwenden. **Wer die Aufmerksamkeit, die Beobachtungsgabe und das Bewußtsein der Arbeiterklasse ausschließlich oder auch nur vorwiegend auf sie selber lenkt, der ist kein Sozialdemokrat (heute: kein Kommunist, d. Verf.),** denn die Selbsterkenntnis der Arbeiterklasse ist untrennbar verbunden mit der absoluten Klarheit nicht nur der theoretischen ... sogar richtiger gesagt: nicht so sehr der theoretischen als vielmehr der durch die Erfahrungen des politischen Lebens erarbeiteten Vorstellungen von den*

Wechselbeziehungen **aller** Klassen der modernen Gesellschaft. Darum eben ist die Predigt unserer Ökonomen, daß der ökonomische Kampf das weitest anwendbare Mittel sei, zur Einbeziehung der Massen in die politische Bewegung sei, so überaus schädlich und ihrer praktischen Bedeutung nach so überaus reaktionär. Um Sozialdemokrat (heute: Kommunist, d. Verf.) zu werden, muß der Arbeiter eine klare Stellung haben von dem ökonomischen Wesen und dem sozialen und politischen Gesicht des Gutsbesizers und des Pfaffen, des hohen Beamten und des Bauern, des Studenten und des Lumpenproletariers, muß er ihre starken und schwachen Seiten kennen, muß er sich in den landläufigen Phrasen und all den Sophistereien auskennen, mit denen jede Klasse und jede Schicht ihre egoistischen Neigungen und ihr wahres 'Innere' verhüllt, muß er sich darin auskennen, welche Institutionen und welche Gesetze diese oder jene Interessen zum Ausdruck bringen und in welcher Weise sie es tun. Diese 'klare Vorstellung' aber kann aus keinem Buche gewonnen werden; sie kann uns nur durch lebendige Bilder aus dem Leben und durch Enthüllungen gegeben werden, die auf frischer Spur alles fixieren, was im gegebenen Moment um uns herum vor sich geht, wovon jedermann auf seine Art spricht oder wenigstens flüstert, was in bestimmten Ereignissen, in bestimmten Zahlen, in bestimmten Gerichtsurteilen usw. usw. seinen Ausdruck findet. **Diese allseitigen politischen Enthüllungen sind die notwendige und die wichtigste Vorbedingung für die Erziehung der Massen zur revolutionären Aktivität.**"

(Lenin, Was tun, LW 5 S. 426 f.; oder LAW I S. 407 f.; Hervorhebungen v. Verf.)

Aber kann man dieses Zitat auf heute anwenden? Ist es heute beispielsweise von gleicher Bedeutung wie damals, daß die fortgeschrittensten ArbeiterInnen das soziale und politische Gesicht des Gutsbesizers und des Pfaffen kennenlernen?

Nein. Aber es ist beispielsweise wichtig, daß sie

- ☆ den Schwindel durchblicken, daß „Aktien arbeiten“ bzw. Gewinne abwerfen sollen, daß sie begreifen, woher diese Gewinne kommen;

- ☆ begreifen, warum der Bundeskanzler erklärt, gerade jetzt dürfe nicht gestreikt werden, um den Aufschwung nicht zu gefährden, oder warum der Gewerkschaftsbosse sagt, gerade jetzt dürfe nicht gestreikt werden, weil man in der Krise sei;
- ☆ es als Betrug begreifen, wenn der linke Sozialdemokrat ihnen sagt, man müsse gegen einen Krieg der Imperialisten kämpfen, indem man diesen vorschlägt, „bessere“ Mittel anzuwenden, zu verhandeln, ökonomischen Druck auszuüben usw.;
- ☆ begreifen, warum man ihnen sagt, man dürfe durch Klassenkampf nicht den „Standort Deutschland“ gefährden, warum dieses Argument seine Realität und seine Wirkung hat, von klassenbewußten ArbeiterInnen aber zurückgewiesen werden muß;
- ☆ wissen, mit **wem** sie es auf Kapitalsseite eigentlich zu tun haben, wenn sie und ihre KollegInnen von einer Aktiengesellschaft ausgebeutet werden;
- ☆ verstehen, warum „ihr“ (Industrie-)Unternehmen zunehmend Bankgeschäfte betreibt, und zugleich die Phrasen derjenigen durchschauen, die verkünden, das Problem müsse gelöst werden, indem die Industrieunternehmen sich wieder „ihren eigentlichen Aufgaben in der Industrie zuwenden“;
- ☆ die Triebkraft begreifen, die zur Schließung oder zum Abstoßen von Betrieben führt, die zwar Profit erwirtschaften, aber zu einer für das Kapital nicht akzeptablen Profitrate;
- ☆ begreifen, warum Europol im weitgehend rechtsfreien Raum aufgebaut wird, warum Minister fordern, daß Polizisten die Befugnisse von Richtern erhalten sollen usw.;
- ☆ verstehen, was der Euro und die Europa-Armee gemeinsam haben;
- ☆ die Notwendigkeit erkennen, daß Beschäftigte und Arbeitslose gemeinsam kämpfen, und wissen, warum die Spitzen der Gewerkschaften dies verhindern wollen;

- ☆ eine Vorstellung davon haben, warum die Arbeiterklasse in der Sowjetunion und der DDR die Macht verloren hat, und daß sie die Demagogie der bürgerlichen Ideologen erkennen, die die Diktatur über die Arbeiterklasse als Sozialismus ausgeben, um den Sozialismus zu diskreditieren;
- ☆ und so weiter.

## DEN SOZIALISMUS, DER EINE WISSENSCHAFT IST, WIE EINE WISSENSCHAFT STUDIEREN

All dies können die fortgeschrittenen ArbeiterInnen - wie Lenin sagte - nicht aus Büchern lernen, sondern durch allseitige politische Enthüllungen, die von der kommunistischen Partei organisiert sein müssen. Um dies leisten zu können, muß die kommunistische Partei die immer kompliziertere gesellschaftliche Realität zunächst begreifen, muß sie diese mittels der marxistisch-leninistischen Methode analysieren. Und dazu muß sie diese Methode beherrschen sowie die empirischen Fakten zusammentragen und auswerten. Gerade wenn es sich um komplizierte Zusammenhänge handelt, muß man diese besonders gründlich analysiert haben, um sie **in möglichst einfacher Form** vor den ArbeiterInnen darstellen zu können. Diese Aufgabe können die KommunistInnen nicht leisten, wenn sie nicht begreifen, *„daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d.h. studiert werden will“*. (Engels, MEW 18, S. 517)

Wiederholen wir in diesem Zusammenhang nochmals einen Teil eines bereits auf Seite 25 f. angeführten Zitats:

*„Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart. Für die russische Sozialdemokratie aber wird die Bedeutung der*

*Theorie noch durch drei Umstände erhöht, die man oft vergißt, nämlich: Erstens dadurch, daß sich unsere Partei eben erst herausbildet, erst ihr eigenes Gesicht herausarbeitet (...).“*

(Lenin, Was tun, LW 5 S. 379 f.; oder LAW I S. 358 f.)

Die Bedeutung der Theorie für die politische Partei der Arbeiterklasse **erhöht** sich in der Periode, in der die fortgeschrittensten ArbeiterInnen für die Partei gewonnen werden müssen. Allerdings müssen sich die KommunistInnen in **jeder** Periode der Parteientwicklung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, insbesondere mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und Methode, vertraut machen. Beispielsweise muß man diese Weltanschauung und Methode möglichst gut beherrschen, wenn es darum geht, die Führung von praktischen Kämpfen auszuüben, wenn man mitten in diesen Kämpfen steht und ein **Aufgehen** in der spontanen Bewegung vermeiden muß, wenn man darauf hinwirken muß, diesen Kämpfen **eine solche Orientierung** zu geben, daß die Arbeitermassen - und **hier** handelt es sich dann um Millionen und aber Millionen - auf die Höhe ihrer historischen Aufgabe gehoben werden.

Stalin erklärte:

*„Es muß als Axiom gelten: Je höher das politische Niveau und je bewußter die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre des betreffenden Zweiges der Staats- und Parteiarbeit, um so höher steht die Arbeit, um so fruchtbringender ist sie, um so wirksamer ihre Resultate, und umgekehrt: Je niedriger das politische Niveau und je weniger bewußt die marxistisch-leninistische Einstellung der Funktionäre, um so wahrscheinlicher sind Versagen und Fehlschläge in der Arbeit, um so wahrscheinlicher ist es, daß die Funktionäre selber verflachen und zu kleinlichen Wichtigtuern werden, um so wahrscheinlicher ist es, daß sie entarten.“*

(Stalin, Rechenschaftsbericht an den 18. Parteitag, SW 14 S. 219 f.)

In einer Resolution des Exekutivkomitees der Komintern im Jahre 1925 hieß es:

- „1. Es muß Schluß gemacht werden mit der bisherigen passiven Einstellung vieler Sektionen (nationaler Parteien, d. Verf.) zur Frage der Parteierziehung der gesamten Masse der Parteimitglieder. Es gilt, dahin zu gelangen, daß jedes Parteimitglied und in erster Linie die Parteifunktionäre einen Elementarkursus durchmachen, der die Grundlagen unserer Ideologie und Taktik und unsere Organisationsprinzipien umfaßt. Die Zentralen sämtlicher Sektionen haben in allernächster Zeit einen festen kalendarischen Plan für eine derartig breitangelegte propagandistische Arbeit aufzustellen, diese Arbeit zu organisieren, die Beteiligung der Parteimitglieder sowie die Leitung der Kurse unter sorgfältiger Kontrolle der Durchführung des festgelegten Planes und ständiger Wachhaltung des Interesses an dieser Arbeit in der gesamten Masse der Parteimitgliedschaft wie in den führenden Parteiinstitutionen sicherzustellen. Die Agitpropabteilung des EKKI hat Sorge zu tragen für die beschleunigte Herausgabe der erforderlichen populären Leitfäden solcher Elementarkurse.
2. Zur theoretischen Schulung der Grundkaders der Partei ist in den Sektionen unter der Leitung der Zentrale der Partei eine zentrale Parteischule mit einem zwei- bis neunmonatigen Unterrichtskursus - entsprechend den praktischen Möglichkeiten - zu errichten. In erster Linie sind solche zentralen Parteischulen in den größten Sektionen zu eröffnen, wobei die Agitpropabteilung des EKKI diesen Schulen die weitgehendste Förderung in jeder Hinsicht angedeihen lassen muß.“

(in: Die Kommunistische Internationale in Thesen, Resolutionen, Beschlüssen und Aufrufen, Ausgabe April 1988, Band 2 S. 55)

Warum hielt es das EKKI für erforderlich, das „Interesse an dieser Arbeit in der gesamten Masse der Parteimitgliedschaft wie in den führenden Parteiinstitutionen sicherzustellen“? Weil dieses Interesse offenbar nicht oder nicht in ausreichendem Maße bestand. Angesichts der Vielzahl der praktischen Aufgaben gibt es stets eine Tendenz, die theoretische

Ausbildung der KommunistInnen hintanzustellen: Theoretische Ausbildung könne man „ja immer machen“, während „gerade jetzt“ diese oder jene praktische Arbeit anstehe. Wenn man aber ernst nimmt, daß der spontane Gang der Bewegung zur Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie führt, dann ist klar, daß eine kommunistische Partei dieser Tendenz Widerstand entgegensetzen muß. Andernfalls wird sie auf Dauer noch nicht einmal ihre Existenz behaupten können.

## ÜBER DAS DIALEKTISCHE VERHÄLTNIS VON HANDELN UND DENKEN

Die Arbeiterklasse wird in erster Linie durch ihr praktisches Handeln revolutionär. Die Möglichkeit hierfür ist durch die objektive Stellung gegeben, die sie in der bürgerlichen Gesellschaft einnimmt, doch diese Möglichkeit wird nicht ohne weiteres zur Wirklichkeit. Es reicht auch nicht eine beliebige Arbeiterbewegung, es reichen nicht beliebige Kämpfe aus, damit die Arbeiterklasse revolutionäre Positionen einnimmt. Der Kampf muß auf eine ganz bestimmte Weise geführt werden - die Grundzüge haben wir oben skizziert. Es bedarf der Einwirkung der kommunistischen Partei, daß der Kampf so geführt wird, daß die Arbeiterklasse revolutionäre Positionen einnimmt. Diese politische Einwirkung der kommunistischen Partei auf praktische Kämpfe der Klasse fällt nicht unmittelbar damit zusammen, daß die Partei die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus vermittelt. Beide Aufgaben sind bis zu einem gewissen Grade getrennt, hängen aber auch miteinander zusammen.

Die Verbreitung einer Perspektive, die über die bürgerliche Ordnung hinausweist, zumindest unter bestimmten Teilen der Klasse ist auf Dauer gesehen **eine** Voraussetzung dafür, daß Tageskämpfe revolutionär geführt werden können. Besteht nämlich keinerlei derartige Perspektive, so drängt sich logischerweise der Gedanke auf, daß man sich mit der Bour-

geoisie letztlich immer wieder verständigen müsse. Andererseits wird es in der bürgerlichen Gesellschaft - besonders im Imperialismus - stets nur ein kleiner Teil der Klasse sein, der eine **klare** Vorstellung vom sozialistischen Ziel und vom Weg zu diesem Ziel erlangen kann. Es wäre eine idealistische Vorstellung, daß die Arbeiterklasse hauptsächlich auf dem Weg an revolutionäre Positionen herangeführt werden kann, daß die Ideen des wissenschaftlichem Sozialismus immer mehr verbreitet werden, daß sie linear fortschreitend immer größere Teile der Klasse erfassen, bis zumindest die Mehrheit der Klasse davon erfaßt ist. Entscheidend dafür, daß Millionen und aber Millionen an revolutionäre Positionen herangeführt werden, ist deren eigener Kampf um unmittelbare eigene Interessen, wobei es Aufgabe der kommunistischen Partei ist, auf diese Kämpfe so Einfluß zu nehmen, daß die Klasse an revolutionäre Positionen herangeführt wird. Ein wesentliches Prinzip dabei ist die Einheitsfront, und zwar gerade deshalb, weil in letzter Analyse **nicht** Ideen bestimmend sind, **nicht** das Bewußtsein. Revolutionäres Bewußtsein breiter Massen entsteht vielmehr dadurch, daß Massen, die vorerst **noch kein** revolutionäres Bewußtsein haben, in einer bestimmten Art und Weise für ihre konkreten Interessen kämpfen. Die Einflußnahme der kommunistischen Partei auf die realen Kämpfe besteht nicht etwa darin, daß die Partei diese Kämpfe durch Prinzipien „modelln“ will, die mit diesen Kämpfen nichts zu tun haben. Die Einflußnahme muß vielmehr darin bestehen, daß die Partei als der bewußteste Teil der Klasse mit größtmöglicher Konsequenz herausarbeitet, wie diese Kämpfe mit maximalem Erfolg geführt werden können, wobei dieser Erfolg nicht nur kurzfristig, nicht nur vom Gesichtspunkt einzelner Kämpfe, nicht nur vom Gesichtspunkt bestimmter Teile der Arbeiterklasse, sondern langfristig, vom Gesichtspunkt der Gesamtbewegung und der geschichtlichen Ziele der Klasse zu bestimmen ist. Niemand anderes als die bewußte Vorhutpartei der Arbeiterklasse könnte dauerhaft gewährleisten, daß eine derartige Orientierung in die Kämpfe der Klasse getragen wird.

Die kommunistische Partei kann das aber nur, wenn sie sich in ihrer gesamten Tätigkeit vom wissenschaftlichen Sozialismus leiten läßt. Es nützt nichts, wenn sie den wissenschaftlichen Sozialismus im allgemeinen „anerkennt“, es aber nicht versteht, ihn schöpferisch auf die Analyse der sich ständig verändernden gesellschaftlichen Realität und die Ausarbeitung der jeweiligen konkreten Kampfziele und Kampfführung anzuwenden und ihn damit weiterzuentwickeln. Um letzteres tun zu können, muß die kommunistische Partei im ganzen die Weltanschauung und Methode des Marxismus-Leninismus beherrschen, müssen die einzelnen Mitglieder in dem Sinne Marxisten-Leninisten sein bzw. werden, daß sie es nach und nach erlernen, diese Weltanschauung und Methode auf die praktischen Fragen und Probleme des Kampfes anzuwenden. Wenn die KommunistInnen dies tun, werden auch solche Menschen den auf Grundlage der Weltanschauung und Methode des wissenschaftlichen Sozialismus erarbeiteten Vorschlägen bezüglich der konkreten Kampfführung folgen, die diese Weltanschauung und Methode als solche nicht teilen.

In Bezug auf die Formierung einer solchen Vorhutpartei spielen also Ideen **in anderer Weise** eine Rolle als in Bezug auf die Heranführung breiter Massen an revolutionäre Positionen. In Bezug auf letzteres müssen politische und weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten vorerst zurücktreten, da nur der praktische Kampf und die Umgestaltung des Bewußtseins in diesem Kampf die entscheidende Grundlage sein kann, um solche Meinungsverschiedenheiten zu lösen. Da dies wiederum die Einwirkung einer bewußten, zielklaren und die konkrete Kampfführung wissenschaftlich bestimmenden Partei voraussetzt, können politische und weltanschauliche Fragen **keinesfalls** vorerst zurücktreten, soweit es sich um die Formierung einer solchen Partei handelt. Vielmehr muß in einer solchen Partei von Anfang an Einheit darüber bestehen, daß der wissenschaftliche Sozialismus Grundlage der gesamten Tätigkeit einer solchen Partei sein muß. Dies schließt zwar unterschiedliche Ansichten darüber, wie die Aufgaben in dieser

oder jener Situation konkret zu bestimmen und zu gewichten sind, nicht aus. Doch die prinzipielle Übereinstimmung darüber, daß Weltanschauung und Methode des wissenschaftlichen Sozialismus **der gesamten Parteiarbeit zugrunde liegen müssen**, ist Voraussetzung dafür, sich in einer kommunistischen Partei zusammenzuschließen. Wenn bereits dies umstritten wäre, könnte von einer planmäßigen Arbeit an der Schaffung einer bewußten Vorhutpartei der Arbeiterklasse keine Rede sein.

# VIII.

## ZU EINIGEN GRUND- LEGENDEN ORGANISATO- RISCHEN NORMEN UND PRINZIPIEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

*„Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation. Durch die Herrschaft der anarchischen Konkurrenz in der bürgerlichen Welt gespalten, durch die unfreie Arbeit für das Kapital niedergedrückt, ständig in den 'Abgrund' völliger Verelendung, der Verwilderung und Degradation hinabgestoßen, kann und wird das Proletariat unbedingt nur dadurch eine unbesiegbare Kraft werden, daß seine ideologische Vereinigung auf Grund der Prinzipien des Marxismus gefestigt wird durch die materielle Einheit der Organisation, die Millionen Werktätiger zur Armee der Arbeiterklasse zusammenschweißt.“*

(Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, LW 7 S. 419 f.; oder LAW I S. 818)

Um die Bourgeoisie besiegen zu können, braucht die Arbeiterklasse nicht nur Bewußtheit, sondern auch Organisiertheit. Demzufolge ist die kommunistische Partei, wie Stalin sagt, **nicht nur bewußter, sondern auch organisierter Vortrupp der Arbeiterklasse:**

*„Will sie wirklich den Kampf der Klasse leiten, so muß sie zugleich auch der **organisierte** Trupp ihrer Klasse sein. Die*

*Aufgaben der Partei sind unter den Bedingungen des Kapitalismus außerordentlich groß und mannigfaltig. Die Partei muß den Kampf des Proletariats unter außerordentlich schwierigen Bedingungen der inneren und äußeren Entwicklung leiten, sie muß das Proletariat zur Offensive führen, wenn die Umstände eine Offensive erfordern, und sie muß das Proletariat den Schlägen eines starken Gegners entziehen, wenn die Umstände den Rückzug erfordern; sie muß in die Millionenmassen der unorganisierten parteilosen Arbeiter den Geist der Disziplin und der Planmäßigkeit im Kampf, den Geist der Organisiertheit und der Standhaftigkeit hineinbringen. Aber die Partei kann diesen Aufgaben nur dann gerecht werden, wenn sie selbst die Verkörperung der Disziplin und Organisiertheit ist, wenn sie selbst der **organisierte** Trupp des Proletariats ist. Ohne diese Bedingungen kann von einer wirklichen Führung der Millionenmassen des Proletariats durch die Partei keine Rede sein.“*

(Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, SW 6 S. 153 f.; Hervorhebungen von Stalin)

Bereits in der ersten Periode des Parteaufbaus, in der die Partei noch nicht um die Führung der Millionenmassen des Proletariats kämpfen kann, müssen die entsprechenden Grundlagen gelegt werden, muß die Partei als **bewußte und organisierte** Vorhut der Klasse geschaffen werden.

## VORAUSSETZUNGEN DER MITGLIEDSCHAFT

Die Opportunisten in der russischen Sozialdemokratie (damals der kommunistischen Bewegung), die Menschewiki, traten dafür ein, die Partei als ein verschwommenes Gebilde aufzubauen, in welchem die Grenzen zwischen Mitgliedern und Sympathisierenden unscharf und verschwommen sein sollten. Ihnen zufolge sollte jeder, der die Partei in irgendeiner Weise unterstützte, jeder Streikende, jeder mit revolutionären Ideen sympathisierende Professor oder Gymnasiast das Recht haben, sich selbst zum Parteimitglied zu erklären. Demgegenüber setzte Lenin durch, daß nur als Parteimitglied gelten soll-

te, wer von einer Parteiorganisation als Mitglied aufgenommen wurde, und daß die Aufnahme an drei Voraussetzungen geknüpft war:

- ☆ Anerkennung von Programm und Statut,
- ☆ kontinuierliche Arbeit in einer Parteiorganisation,
- ☆ regelmäßige Bezahlung des Parteibeitrages.

Aufgenommen werden darf nur, wer diese Voraussetzungen erfüllt. Wer sie später nachhaltig und trotz des Versuches der Partei, ihm zu helfen, daß er diese Voraussetzungen erfüllen kann, nicht erfüllt, muß die Partei wieder verlassen oder ausgeschlossen werden.

Zu diesen Voraussetzungen im einzelnen:

Anerkennung von Programm und Statut:

**Anerkennung des Programms** bedeutet hauptsächlich, daß der / die Betreffende den bewußten Standpunkt des Proletariats annimmt. Im wesentlichen bedeutet das, daß er / sie anerkennt:

- ☆ daß die kommunistische Gesellschaft angestrebt wird, die Beseitigung aller Klassenunterschiede;
- ☆ daß auf dem Wege dazu das Proletariat die bürgerliche Staatsmacht zerstören und seine eigene errichten muß;
- ☆ daß es seine politische Macht nutzen muß, um der Bourgeoisie die Produktionsmittel zu entreißen, daß es dann selbst die Organisation der Produktion mit dem Ziel der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse übernehmen muß;
- ☆ daß es gilt, den Klassenkampf im Kapitalismus so zu führen, ihn so zu orientieren, daß dieses Ziel erreicht werden kann, daß der gemeinsame Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen das Kapital angestrebt werden muß; daß der Marxismus-Leninismus als Richtschnur der Orientierung dieses Kampfes dienen muß.

**Anerkennung** des Programms darf nicht mit **Beherrschung** des Programms verwechselt werden:

*„Um das Programm der Partei zu beherrschen, muß man ein wirklicher Marxist, ein erprobter und theoretisch geschulter Marxist sein. Ich weiß nicht, ob sich bei uns viele Parteimitglieder finden werden, die unser Programm bereits beherrschen, die bereits wirkliche Marxisten, theoretisch geschulte und erprobte Marxisten sind. Wollten wir auf diesem Wege weitergehen, so dürften wir nur Intellektuelle und überhaupt Gelehrte in die Partei lassen. Wer braucht eine solche Partei?“*

(Stalin, Über die Mängel der Parteiarbeit, SW 14 S. 158 f.)

Nur **innerhalb** der Partei werden klassenbewußte ArbeiterInnen die **Beherrschung** des Marxismus erlernen können. Die Partei muß allerdings entschlossene Anstrengungen unternehmen, ihnen dies zu ermöglichen, und die Parteimitglieder müssen diese Möglichkeiten nutzen. Was würde es bedeuten, den Marxismus-Leninismus als Richtschnur „anzuerkennen“, wenn man ihn - wenn man insbesondere seine Weltanschauung und Methode - nicht erlernt? Eine solche „Anerkennung“ wäre leeres Gerede.

Wie sollen die Mitglieder und Organisationen der Partei sich in einer bestimmten Klassenkampfsituation orientieren, wenn sie die marxistische Methode nicht anwenden können oder gar nicht die Notwendigkeit erkennen, sie selbständig anzuwenden? Sie müßten auf „Anweisungen von oben“ warten oder sich letztlich dem spontanen Gang der Bewegung anpassen, der zur Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie führt.

Die Partei ist der Vortrupp der **Arbeiterklasse**. Sie nimmt auch revolutionäre Menschen aus anderen Klassen und Schichten auf, wenn diese sich auf den Standpunkt der Arbeiterklasse stellen. Auch hier genügt kein formales Bekenntnis, sondern sie müssen das durch ihr Handeln unter Beweis stellen.

**Anerkennung des Statuts** bedeutet, daß man bereit ist, sich an die im Statut dargelegten grundlegenden Normen und Prinzipien der kommunistischen Partei zu halten.

Kontinuierliche Arbeit in einer Parteiorganisation:

Das Mitglied muß sich regelmäßig an der Arbeit einer Parteiorganisation beteiligen. Es genügt nicht, bestimmte Anschauungen zu haben und unverbindlich zu diskutieren. Für MarxistInnen geht es nicht nur darum, die Welt zu interpretieren; es geht vor allem darum, sie zu verändern. Passive Mitgliedschaften sind daher nicht möglich.

Regelmäßige Bezahlung des Parteibeitrages:

Die Pflicht zur regelmäßigen Bezahlung des Parteibeitrages dient nicht nur dazu, der Partei regelmäßig gesicherte Einnahmen zu garantieren, obgleich dies selbstverständlich auch von großer Bedeutung ist. Darüber hinaus handelt es sich um einen wesentlichen Ausdruck des Prinzips der Organisiertheit. Es ist von politischer Bedeutung, daß das Parteimitglied mit Regelmäßigkeit daran denkt, etwas Materielles für die Partei zu tun.

## DEMOKRATISCHER ZENTRALISMUS

Demokratischer Zentralismus bedeutet:

- „a. daß alle Parteileitungen demokratisch gewählt werden;*
- b. daß die gewählten Parteiorgane vor den Organen, durch die sie gewählt wurden, regelmäßig Rechenschaft ablegen müssen;*
- c. daß alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jedes untere Parteiorgan verbindlich sind;*
- d. daß sich in jedem Parteiorgan die Minderheit der Mehrheit unterordnet.“*

(Programm und Statut der KPD, S. 54 f.)

Wählbarkeit und Rechenschaftspflicht aller Parteileitungen sind unerlässlich, um die Demokratie zu gewährleisten. Verbindlichkeit der gefällten Beschlüsse ist unerlässlich, um ein einheitliches Handeln der Partei zu gewährleisten.

Natürlich wäre es naiv, anzunehmen, die Mehrheit hätte gegenüber der Minderheit immer recht oder die oberen Parteiorgane hätten gegenüber den unteren immer recht. Wie aber soll über das Handeln der Partei sonst entschieden werden?

Es bliebe die Möglichkeit, daß niemand formale Beschlüsse fällen kann. Das würde dazu führen, daß einige Leute „mit Autorität“ bestimmen, wo es langgeht. Diese sind - da sie nicht gewählt wurden - auch nicht abwählbar. Da sie keine formalen Beschlüsse fassen, sind sie auch nicht rechenschaftspflichtig. Dieses Organisationsprinzip gilt bei jenen, die den Demokratischen Zentralismus als „autoritär“ angreifen, z.B. bei den Autonomen. In Wirklichkeit ist dieses Organisationsprinzip höchst autoritär und undemokratisch.

Es bliebe weiter die Möglichkeit, daß jeder macht, was er will. Es ist klar, daß so eine Leitung des Klassenkampfes nicht möglich ist und die Arbeiterklasse nicht siegen kann.

Die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus schließen natürlich nicht aus, daß auch falsche Beschlüsse gefaßt werden können und dann verbindlich sind. Aber auch bei Fassung falscher Beschlüsse ist es letztlich von Vorteil, daß diese verbindlich durchgeführt werden müssen. Wie sonst soll der Nachweis geführt werden können, daß sie falsch sind? Dieser Nachweis ist nur dadurch möglich, daß sie sich **in der Praxis als falsch erweisen**. Wer überstimmt wurde, ist ja nicht verpflichtet, seine Meinung zu ändern. Er muß sich nur an die Beschlüsse halten. Zeigen sich in der Praxis schädliche Folgen der Beschlüsse, so kann die Frage erneut aufgeworfen, kann eine Änderung der Beschlüsse beantragt werden. Macht aber jeder, was er will, so hat die Partei keinerlei Möglichkeit, kollektiv zu lernen.

Deshalb verspottete Lenin die Haltung derjenigen, die sich über „*Parteitage mit ihren grob mechanischen Mehrheitsbeschlüssen*“ erregten - nachdem sie selbst in der Minderheit geblieben waren. (Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, LW 7 S. 280)

Die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus geben den Parteileitungen verhältnismäßig weitgehende Vollmachten, insbesondere dem Zentralkomitee. Das ZK kann zwischen den Parteitag im Rahmen der Parteitagsbeschlüsse über die Politik der Partei verbindlich beschließen.

Die Leitungen bzw. das ZK erhalten solche Befugnisse nicht deshalb, weil etwa davon auszugehen wäre, daß dort ganz hervorragende Menschen sitzen. Sie erhalten diese Befugnisse vielmehr deshalb, weil diese Befugnisse mit **Verantwortung** verbunden sind. Wenn Menschen im Rahmen eines Auftrages sich regelmäßig treffen, um Entscheidungen über das Handeln einer Organisation zu fällen, dann werden sie selbstverständlich von vornherein verantwortlicher, verbindlicher an die Fragen herangehen als wenn irgendwelche Mitglieder der Organisation sich nach Lust und Laune zusammensetzen, um mal zu überlegen, was man so alles machen könnte. Natürlich können diese Leitungen trotzdem Fehler machen, sogar schwerwiegende Fehler, können Leitungsmitglieder ihre Befugnisse mißbrauchen usw. **Kein** Organisationsprinzip kann derartiges ausschließen. Das Organisationsprinzip des Demokratischen Zentralismus ist aber allen anderen möglichen Organisationsprinzipien weit überlegen. Es ist das einzige Organisationsprinzip, welches der kommunistischen Partei ermöglichen kann, ihre Aufgaben zu erfüllen.

## **FRAKTIONSVERBOT, ABER NOTWENDIGKEIT DES KAMPFES VON SCHATTIERUNGEN**

Die Bildung von Fraktionen ist in der kommunistischen Partei nicht zugelassen. Eine Fraktion ist eine Gruppierung in der Partei, die die Durchführung von Beschlüssen zu behindern versucht oder unter Nutzung eigener organisatorischer Strukturen (also von Strukturen **außerhalb** der Parteistrukturen) versucht, bestimmte Meinungen und Orientierungen in der Partei durchzusetzen.

Den Versuch, die Durchführung von Beschlüssen zu behindern, kann die kommunistische Partei nicht dulden, weil sonst ein einheitliches Handeln der Partei nicht möglich wäre.

Eine **organisierte** Meinungsbildung **außerhalb** der Parteistrukturen kann die Partei ebenfalls nicht dulden, da dadurch ein einheitliches Handeln ebenfalls gefährdet und die Gefahr von Spaltungen hervorgerufen würde, die vermieden werden können, wenn die Auseinandersetzung auf dem Parteiweg, innerhalb der vom Statut vorgesehenen Parteiorgane geführt wird.

Beim Übergang zum Revisionismus und in revisionistischen Parteien wurde oftmals ein Fraktionsvorwurf **konstruiert**, um die innerparteiliche Demokratie zu unterdrücken, um mißliebige Auffassungen zu unterdrücken, ohne sich in der Sache auseinanderzusetzen. Um einem solchen Mißbrauch entgegenzuwirken, heißt es im Statut der KPD:

*„Die kritische Erörterung von Problemen der Parteiarbeit zwischen Parteimitgliedern auch außerhalb der Parteiorgane hat nichts mit Fraktionstätigkeit zu tun, sondern ist normale Ausübung innerparteilicher Demokratie. Kommt es außerhalb der Parteiorgane und der von den Parteiorganen eingerichteten Arbeitskreise zu häufigeren Treffen von Parteimitgliedern, die sich kritisch mit der Politik und dem Handeln von Parteileitungen befassen, so ist dies ebenfalls zulässig, wenn die jeweilige Parteileitung davon unterrichtet wird, wenn die Durchführung der Parteibeschlüsse nicht behindert wird und wenn keine organisatorischen Absprachen bezüglich des Vorgehens in der innerparteilichen Auseinandersetzung getroffen werden.“*

(Programm und Statut der KPD, S. 56)

Bloße Schattierungen in der Partei stellen für sich genommen noch keineswegs eine Fraktion dar. So sagte Stalin: *„Zweitens wäre unsere Partei eine Kaste und nicht eine revolutionäre Partei, ließe sie in ihrer Mitte keine Gedankenschattierungen zu, wobei bekannt ist, daß es bei uns auch in der Vergangenheit (...) Meinungsverschiedenheiten gab, was jedoch die Einheit unserer Partei nicht störte.“* (Stalin, Trotzismus oder Leninismus, SW 6 S. 299)

Lenin, der 1921 auf dem 10. Parteitag der KPR(B) das Verbot der Fraktionsbildung durchsetzte, wandte sich gleich-

zeitig gegen Überspitzungen des Fraktionsbegriffes. So sagte er: *„Und wenn man hier darüber witzelt, daß Beratungen in zwei Sitzungssälen vorkommen, so ist das naiv. Ich möchte den Witzbold sehen, der sagen wird, daß Beratungen der Delegierten auf einem Parteitag verboten sind, damit ihre Stimmen nicht zersplittert werden. Das wäre eine allzu große Übertreibung.“* (LW 32 S. 212)

Ein anderes Beispiel für Lenins Haltung in dieser Frage: Lenin hielt eine Wahl des ZK „nach Plattformen“ auf dem Parteitag zwar grundsätzlich nicht für wünschenswert, war aber zugleich der Meinung, daß dies nicht immer vermeidbar ist. Unter „Wahl nach Plattformen“ verstand man, daß die Delegierten ihre Stimme in erster Linie unter dem Gesichtspunkt abgaben, welche politische Plattform die betreffenden KandidatInnen vertraten. Rjasanow wollte die „Wahl nach Plattformen“ auch für die Zukunft ein für allemal unterbinden, um der „Einheit der Partei“ willen. Lenin antwortete: *„Sollten aber die Umstände grundlegende Meinungsverschiedenheiten hervorrufen, kann man es dann verbieten, daß sie vor dem Richterstuhl der gesamten Partei ausgetragen werden? Das kann man nicht! Das ist ein übertriebener Wunsch, der unerfüllbar ist und den ich abzulehnen empfehle.“* (LW 32 S. 267) Lenin führte als Beispiel für Fragen, die auftreten und eine Wahl nach Plattformen unvermeidlich machen könnten, den seinerzeit heftig umstrittenen Friedensschluß von Brest-Litowsk an, also den Separatfrieden Rußlands mit dem imperialistischen Deutschland, der seitens der Sowjetmacht durch große Gebietsabtretungen erkaufte werden mußte. Rjasanow wandte mittels eines Zwischenrufes ein: *„In einer einzigen Frage?“* Lenin antwortete kurz und knapp: *„Natürlich.“* (ebenda) Er hielt es für selbstverständlich, daß eine einzige, freilich höchst wichtige umstrittene Frage eine „Wahl nach Plattformen“ unvermeidlich machen könnte. Auch dieses Beispiel zeigt, daß das Fraktionsverbot keineswegs ausschließt und keinesfalls ausschließen darf, daß in der Partei Auseinandersetzungen um Richtungsfragen offen ausgetragen werden. Es wäre schädlich, dies auszuschließen: Diese Auseinanderset-

zungen würden dann nicht offen, sondern in versteckter Form ausgetragen.

Gibt es unterschiedliche Auffassungen, gibt es Schattierungen, so müssen die Meinungsverschiedenheiten **offen, vor der gesamten Partei** ausgetragen werden. Lenin schrieb im Zusammenhang mit dem 2. Parteitag der SDAPR:

*„Ein Kampf der **Schattierungen** ist in der Partei **unvermeidlich und notwendig**, solange der Kampf nicht zu Anarchie und Spaltung führt, solange der Kampf sich **in einem Rahmen** bewegt, der von allen Genossen und Parteimitgliedern gemeinsam gebilligt worden ist.“* (Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, LW 7 S. 349; oder LAW I S. 743; Hervorhebungen von Lenin)

Im gleichen Zusammenhang griff er die spießhafte Haltung eines Mitgliedes des sogenannten Zentrums an, nämlich einer Zwischengruppe zwischen Bolschewiki und Menschewiki, der den offenen Meinungskampf auf dem Parteitag entsetzlich fand:

*„Unwillkürlich fällt mir bei dieser Gelegenheit ein Gespräch ein, das ich auf dem Parteitag mit einem Delegierten des ‘Zentrums’ hatte. ‘Welch drückende Atmosphäre herrscht doch auf unserm Parteitag!’ beklagte er sich bei mir. ‘Dieser erbitterte Kampf, diese Agitation gegeneinander, diese scharfe Polemik, dieses unkameradschaftliche Verhältnis!...’ - ‘Was für eine herrliche Sache ist doch unser Parteitag!’ antwortete ich ihm. ‘Ein freier, offener Kampf. Die Meinungen sind geäußert. Die Schattierungen haben sich abgezeichnet. Die Gruppen sind umrissen. Die Hände haben sich erhoben. Der Beschluß ist gefaßt. Eine Etappe ist zurückgelegt. Es geht vorwärts! - das lobe ich mir. Das ist Leben. Das ist etwas anderes als die endlosen, langweiligen intelligenzlerischen Wortgefechte, die nicht deshalb aufhören, weil die Frage entschieden wäre, sondern einfach deshalb, weil die Leute des Redens müde sind...’*

*Der Genosse vom ‘Zentrum’ sah mich mit erstaunten Augen an und zuckte die Achseln. Wir redeten in verschiedenen Sprachen.“*

(ebenda)

## OFFENE AUSEINANDERSETZUNG IST LEBENSWICHTIG FÜR DIE PARTEI

Die innerparteiliche Demokratie verbürgt jedem Parteimitglied das Recht, offen zu allen Fragen der Parteiarbeit Stellung zu nehmen, ferner das Recht, andere GenossInnen - selbstverständlich auch leitende GenossInnen bzw. Parteileitungen - zu kritisieren. Ohne offenen Meinungskampf kann sich die Partei nicht entwickeln.

Allerdings kann die Partei nicht zulassen, daß das Recht auf freie Meinungsäußerung mißbraucht wird, um die Grundlagen der Partei selbst anzugreifen. Wer grundlegende Erkenntnisse und Prinzipien des Marxismus-Leninismus in Frage stellt oder wer faktisch in Frage stellt, daß sich die Partei daran orientieren soll, der darf in der kommunistischen Partei nicht geduldet werden.

Man könnte sagen, das sei eine unakzeptable Einschränkung der Meinungsfreiheit. Lenin antwortete auf diesen Vorwurf:

*„Jeder hat die Freiheit, zu schreiben und zu reden, was ihm behagt, ohne die geringste Einschränkung. Aber jeder freie Verband (darunter die Partei) hat auch die Freiheit, solche Mitglieder davonzujagen, die das Schild der Partei benutzen, um parteiwidrige Auffassungen zu predigen. (...) Die Partei ist ein freiwilliger Verband, der unweigerlich zunächst ideologisch und dann auch materiell zerfallen würde, wenn er sich nicht derjenigen Mitglieder entledigte, die parteiwidrige Auffassungen predigen.“*

(Lenin, Parteiorganisation und Parteiliteratur, LW 10 S. 32)

## **DIE PARTEI DARF KEINEN OPPORTUNISTISCHEN FLÜGEL IN IHREN REIHEN DULDEN**

Wie oben schon gesagt, ist die Arbeiterklasse eine Klasse von Warenverkäufern, kann sie als Klasse von Lohnarbeitern der Konkurrenz untereinander zwar entgegenwirken, sie aber auf dem Boden des Kapitalismus nicht überwinden. Das ist eine wesentliche Quelle des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, der auch auf die Partei wirkt. Unter den Bedingungen des Imperialismus erhält der Opportunismus durch die Arbeiteraristokratie eine zusätzliche materielle Schubkraft. Ferner wirken auch das Kleinbürgertum und die (klein)bürgerliche Intelligenz auf die Arbeiterbewegung und deren Partei. Nicht zuletzt ist der Druck der Bourgeoisie - insbesondere der imperialistischen Bourgeoisie - auf die Arbeiterbewegung und die kommunistische Partei eine wichtige Quelle des Opportunismus. Hinzu kommen schädliche Wirkungen von der alten Gesellschaft entlehnten Arbeitsteilungen, die die kommunistische Partei in ihren eigenen Reihen noch nicht vollständig überwinden kann, da sie sich nicht auf einer kommunistischen Insel bewegt: bestimmte Spezialisierungen, bestimmte hierarchische Strukturen usw., die ebenfalls Quelle von Opportunismus sein können.

Opportunistische Ideen und Handlungen von Parteimitgliedern sind unvermeidlich. Sie beruhen keineswegs stets auf opportunistischen Grundeinstellungen. Der Denkprozeß ist im günstigsten Falle eine schrittweise, mit einer Spirallinie vergleichbare Annäherung an die Wirklichkeit. (vgl. Kapitel V S. 153 f.) Wer selbständig denkt, weicht somit unvermeidlich ständig von der allgemeinen Linie ab, kann diese Abweichungen allerdings bei richtigem Denken Schritt für Schritt korrigieren - dies ist die einzige Möglichkeit, die allgemeine Linie der Partei zu konkretisieren und schöpferisch umzusetzen, die einzige Möglichkeit, entsprechend der Marxschen Methode vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen. (vgl. Kapitel VIII S.

130 ff.) Die genannten Umstände können allerdings dazu beitragen, daß zufällige Abweichungen zu systematischen verdichtet werden und sich sogar opportunistische Grundorientierungen herausbilden.

Tritt ein opportunistischer Fehler auf, so sollte dies solidarisch kritisiert werden mit dem Ziel, den jeweiligen Parteimitgliedern behilflich zu sein, den Fehler zu erkennen und zu korrigieren. Nicht immer wird das so schnell möglich sein. Opportunistische Auffassungen und Handlungen müssen **immer** bekämpft werden, doch können sie nicht immer sofort beseitigt werden. Wollte man bei jedem opportunistischen Fehler, der nicht sogleich beseitigt werden kann, die Betroffenen aus der Partei ausschließen, so wäre ständige gegenseitige Zerfleischung die Folge: Es wird ja umstritten sein, was jeweils Opportunismus ist, es wird auch umstritten sein, wo gegebenenfalls opportunistische Grundeinstellungen vorliegen, und die Partei braucht eine gewisse Zeit, um sich ihr Urteil zu bilden - und vielleicht ändern diese oder jene Vertreter opportunistischer Orientierungen im Laufe der Zeit ihre Auffassungen noch.

Die Geschichte zeigt allerdings auch, daß es ein **verhängnisvoller Fehler ist, auf Dauer einen opportunistischen Flügel in der Partei zu dulden**. So traten in der deutschen Sozialdemokratie Bernstein und andere offen unter der Losung des „Revisionismus“ auf - man müsse den Marxismus „revidieren“, also überprüfen, und bestimmte wesentliche Bestandteile, die sich angeblich als falsch erwiesen hätten, über Bord werfen. Der Revisionismus wurde immer wieder kritisiert, einen Parteitag nach dem anderen, aber niemand - auch nicht die Parteilinke, etwa Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - führte den Kampf mit dem Ziel, die Revisionisten aus der Partei zu entfernen. Das Ende vom Lied war, daß **die Partei** revisionistisch wurde, beim Auftreten der revolutionären Krise 1917 nicht auf die Revolution, sondern auf deren Niederschlagung orientierte. Spartakus, der Keim der neuen revolutionären Partei KPD, war aber noch zu schwach, um die revolutionäre Krise entscheidend nutzen zu können - eben weil **der organisatorische Bruch mit dem Opportunismus zu spät erfolgt war**.

Dabei mag die Auffassung eine Rolle gespielt haben, man brauche mit den Opportunisten nicht organisatorisch zu brechen, da man sie im Meinungskampf überwinden könne - man habe ja die besseren Argumente. Das ist eine idealistische Theorie, die die **materiellen Wurzeln** des Opportunismus verkennt - allein mit Ideen ist gegen materielle Wurzeln kein Kraut gewachsen.

Stalin schrieb:

*„Die Theorie der ‘Überwältigung’ der opportunistischen Elemente durch ideologischen Kampf innerhalb der Partei, die Theorie der ‘Überwindung’ dieser Elemente im Rahmen ein und derselben Partei ist eine faule und gefährliche Theorie, die die Gefahr heraufbeschwört, die Partei zu einem Zustand der Lähmung und des chronischen Siechtums zu verurteilen, sie mit Haut und Haar dem Opportunismus auszuliefern, das Proletariat ohne revolutionäre Partei zu lassen, das Proletariat der wichtigsten Waffe im Kampf gegen den Imperialismus zu berauben. Unsere Partei hätte sich nicht ihren Weg bahnen können, sie hätte nicht die Macht ergreifen und die Diktatur des Proletariats organisieren können, sie hätte aus dem Bürgerkrieg nicht als Sieger hervorgehen können, wenn sie die Martow und Dan, die Potressow und Axelrod (Menschewiki, d. Verf.) in ihren Reihen gehabt hätte. Wenn es unserer Partei gelungen ist, in der Partei die innere Einheit, die beispiellose Geschlossenheit ihrer Reihen zu schaffen, so vor allem deshalb, weil sie es verstanden hat, sich rechtzeitig von dem Unrat des Opportunismus zu reinigen, weil sie es verstanden hat, die Liquidatoren und Menschewiki aus der Partei zu verjagen. Der Weg zur Entwicklung und Festigung der proletarischen Parteien führt über ihre Säuberung von den Opportunisten und Reformisten, den Sozialimperialisten (Sozialisten in Worten, Befürworter des Imperialismus in Taten, d. Verf.) und Sozialchauvinisten, den Sozialpatrioten und Sozialpazifisten.*

*Die Partei wird gestärkt dadurch, daß sie sich von den opportunistischen Elementen reinigt.“*

(Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, SW 6 S. 162 f.)

## DIE PARTEI TRÄGT DEN GEIST DER ORGANISIERTHEIT IN DIE MASSEORGANISATIONEN

Wenn es Aufgabe der kommunistischen Partei ist, den Geist der Organisiertheit in die Arbeiterklasse zu tragen, so muß sie ihn insbesondere auch in die Massenorganisationen tragen, müssen die dort organisierten KommunistInnen organisierend wirken.

Freilich können die Massenorganisationen nicht exakt die gleichen Organisationsprinzipien haben wie die kommunistische Partei. So wäre ein im gleichen Sinne wie in der kommunistischen Partei aufgefaßtes Verbot der Fraktionsbildung in Massenorganisationen offenkundig unsinnig. Mitgliedern der kommunistischen Partei ist es nicht erlaubt, sich außerhalb der Parteiorganisationen mit dem Ziel zu organisieren, bestimmte Auffassungen in der Partei durchzusetzen. Ein solches Verbot ist deshalb möglich, weil alle Parteimitglieder das marxistisch-leninistische Programm der Partei anerkannt haben. Die Massenorganisationen sollen aber gerade Organisationen der Einheitsfront sein, sollen offen für Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Überzeugungen sein. Man kann Menschen gemeinsamer weltanschaulicher oder politischer Überzeugungen indessen nicht verbieten, sich mit dem Ziel zusammenzuschließen, organisiert für ihre Anschauungen einzutreten. Der Versuch, die Durchführung gefaßter Beschlüsse zu behindern, wird aber selbstverständlich von **jeglicher** Organisation als unstatthaft angesehen werden müssen; in **dieser** Hinsicht ist ein Fraktionsverbot also auch in Massenorganisationen erforderlich, damit diese ihren Zweck erreichen können.

Bestimmte Grundprinzipien des Demokratischen Zentralismus müssen auch den Massenorganisationen zugrunde liegen, wenn deren Arbeit im Interesse der Klasse erfolgreich sein soll. Wir haben z.B. auf Seite 75 f. gesagt, daß KommunistInnen in den reformistisch beherrschten Gewerkschaften dagegen kämpf-

fen, daß die Gewerkschaftsspitzen die innergewerkschaftliche Demokratie mit Füßen treten. Allgemein gilt, daß KommunistInnen in Massenorganisation für innerorganisatorische Demokratie kämpfen müssen. Dies ist aber untrennbar mit dem Kampf für einen gewissen Zentralismus verbunden, auch wenn dieser in Massenorganisationen in der Regel schwächer sein wird als in der kommunistischen Partei. KommunistInnen müssen dafür eintreten, daß in Massenorganisationen VertreterInnen gewählt werden, die die Kompetenz haben, bestimmte Beschlüsse zu fassen, und die sich vor ihren WählerInnen verantworten müssen. Es muß eine gewisse Verbindlichkeit zur Durchführung dieser Beschlüsse geben, wenngleich diese Verbindlichkeit in der Regel weniger strikt sein wird als in der kommunistischen Partei, da an die Mitglieder von Massenorganisationen in der Regel geringere Anforderungen gestellt werden dürfen. Ohne **jegliche** Verbindlichkeit von Beschlüssen verfehlt eine Massenorganisation ihren Zweck, organisierend zu wirken.

Die in den Massenorganisationen arbeitenden Parteimitglieder können aber nur dann die Politik der Partei sowie den Geist der Organisiertheit in diese Massenorganisationen tragen, wenn sie dort nicht als Privatpersonen wirken, sondern wenn ihre Tätigkeit durch die Partei ihrerseits organisiert ist. Die Partei muß den dort arbeitenden Mitgliedern helfen, ihre Arbeit ständig auszuwerten, muß Beschlüsse über diese Arbeit fassen. Diese Beschlüsse müssen so konkret sein, daß sie diesen Parteimitgliedern tatsächlich eine Orientierung für ihre Arbeit in den Massenorganisationen geben. Zugleich müssen diese Beschlüsse so flexibel sein, daß die Parteimitglieder die Stimmungen, Bedürfnisse und Auffassungen der parteilosen Mitglieder der Massenorganisationen ausreichend in Rechnung stellen können, daß die Massenorganisation ihre Funktion als Bindeglied zwischen der Partei und den Massen erfüllen kann, daß die Massenorganisation über die dort arbeitenden Parteimitglieder nicht nur von der Partei beeinflusst wird, sondern ihrerseits eine gewisse Wirkung auf die Partei hat, die nämlich die Stimmungen, Bedürfnisse und Auffassungen der

Mitglieder der Massenorganisationen sowie der unorganisierten Massen bei der Erarbeitung der Parteipolitik in Rechnung stellen muß.

## ZUR FRAGE DER ABSOLUTEN VERELENUNG:

### Korrektur zu Kapitel X S. 94

Wir haben den marxistischen Begriff der absoluten Verelendung in Kapitel X S. 94 **einseitig** dargestellt. Wir haben absolute Verelendung dort nämlich **ausschließlich** so gefaßt, „daß die Quantität bzw. Qualität der Gebrauchsgegenstände, die der Arbeiter erhält, sich verringert oder verschlechtert. Die Reallöhne sinken also.“

Dies ist allerdings nur **eine** Möglichkeit, wie absolute Verelendung sich äußern kann. Was ist, wenn die Arbeitszeit verlängert und/oder die Arbeit intensiviert wird, die Arbeitskraft also in einer gegebenen Zeitspanne - z.B. einem Monat - verstärkt abgenutzt wird, ohne daß im entsprechenden Verhältnis mehr Lebensmittel zur Reproduktion der Arbeitskraft bereitstehen? Selbstverständlich ist dies ebenfalls eine Form der absoluten Verelendung. Absolute Verelendung kann also auch bei steigenden Reallöhnen eintreten. Verschlechtert sich die Lage von ArbeiterInnen etwa nicht, wenn sie beispielsweise als Folge verstärkter Arbeitshetze krank werden, sich allerdings infolge höherer Löhne Medikamente kaufen können? Offenkundig wäre es besser, erst gar nicht krank zu werden.

Ein der Realität entsprechender Begriff der absoluten Verelendung ist von großer praktischer Bedeutung. So weist Jürgen Kuczynski in Band 36 seiner „Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“ darauf hin, daß die Reformisten „seit bald hundert Jahren ihre Agitation und Propaganda auf Einzeltatsachen“ stützen, „die eine Verbesserung der Lage der Arbeiter bedeuten - bald sind es steigende Reallöhne, bald verkürzte Arbeitszeit, bald diese oder jene Verbesserung auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes bzw. der Sozialversicherung“. (S. 59) Wohlgermerkt: auf real existierende Verbesserungen, die es immer gibt; das Demagogische besteht nur darin, daß diese Verbesserungen verabsolutiert und die Verschlechterungen „vergessen“ werden. Der Trick besteht darin,

„Einzelverbesserungen hervorzuheben, um die Gesamtverschlechterung der Lage der Arbeiter zu verschleiern.“ Kuczynski weist zugleich aber auf andere hin, die „Einzelverbesserungen ableugnen, um eine möglichst allseitige Verschlechterung der Lage der Arbeiter 'herauszuholen'. Nehmen wir an, daß eine Zeitlang die Reallöhne steigen, während die Intensität der Arbeit gleichzeitig so heraufgeht, daß die Zahl der nervösen Herz- und Magenerkrankungen schnell zunimmt, so daß wirklich der Verelendungsprozeß zunimmt. Es ist offenbar, daß die Arbeiter, die Männer, Frauen und Kinder, einem Agitator oder Propagandisten, der ihnen in einem solchen Fall erklärt, die Reallöhne sänken und nur die amtlichen gefälschten Statistiken zeigten eine Reallohnsteigerung, nicht glauben. Sie wissen selbst nur allzugut, daß sie mehr Fleisch essen und häufiger ein Glas Bier trinken oder sich eine Zigarre leisten können. Aber was viel ernster ist: Es entsteht bei solch falscher Darstellung der Lohnverhältnisse die Gefahr, daß die Arbeiter dem Agitator oder Propagandisten dann auch nicht glauben, wenn er eine weniger offenbare, aber echte Wahrheit sagt: nämlich, daß sich ihr Gesundheitszustand infolge der ungeheuerlichen Arbeitshetze verschlechtert und ferner, daß der gewissen Reallohnsteigerung eine grausame Reallohnsenkung in der Krise folgen wird.“ (ebenda S. 59)

Wenn kommunistische Agitation und Propaganda bezüglich der Lage des Proletariats sich auf einen einseitigen, verkürzten Begriff der Verelendung stützt, wird diese Agitation und Propaganda für die Arbeiterklasse nicht glaubhaft sein, und zwar auch dann nicht, wenn sie in anderen Punkten auf Tatsachen beruht. „Nur wer wirklich die ganze Dialektik und Widersprüchlichkeit des Verelendungsprozesses versteht, kann die Lage der Arbeiter so darstellen, sie so analysieren, daß Darstellung und Analyse zu einer wirklich scharfen Waffe im Kampf gegen das Kapital, gegen das Monopolkapital, werden (...).“ (ebenda)

Übrigens hat Marx im 23. Kapitel des 1. Bandes des Kapitals gezeigt: Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation wirkt so, „daß im Maße wie Kapital akkumuliert,

*die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß.*“ (MEW 23 S. 675; zitiert in Kapitel XIII S. 69-70). Infolge des unvermeidlichen Anwachsens der industriellen Reservearmee wächst nämlich die Überarbeit der Beschäftigten, und die Reallöhne wachsen in der Regel jedenfalls nicht so stark, daß die daraus folgenden Verschlechterungen ausgeglichen werden könnten. Freilich gilt auch dies nur im historischen Verlauf und weltweit gesehen. Innerhalb einer begrenzten Zeitspanne in einem bestimmten Land kann die Lage der ArbeiterInnen sich auch verbessern oder gleichbleiben. Richtig haben wir in Kapitel X S. 94 darauf hingewiesen, daß die kapitalistischen Gesetze lediglich die **Tendenz** zur absoluten Verelendung hervorrufen.

## ZUR FRAGE DER GEGENWÄRTIGEN KRISENZYKLEN IN DEUTSCHLAND:

### Korrektur zu Kapitel XIII S. 47 f.

Bei der Darstellung der Krisenzyklen haben wir behauptet, der 1994 begonnene Aufschwung der Industrieproduktion habe nicht mehr das Niveau des Höchststandes der vorherigen Krise erreicht. Das erwies sich als falsch: Der Aufschwung hielt weiter an. 1999 belief sich die Industrieproduktion auf 125,1 % des Niveaus von 1985. 1991, auf dem Höhepunkt des vorherigen Aufschwunges, hatte es nur bei 121,0 % gelegen.

Ein ähnlicher Fehler ist dem Roten Morgen im Oktober 1999 unterlaufen. (RM 19/1999, S. 7) Dort wird die Auffassung von 99% von 360 befragten Finanzanalysten, daß die Konjunktur sich verbessert, mit dem Satz kommentiert: „*Statt die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, wird Stimmung produziert, damit die Anleger bei Laune bleiben*“. Als Tatsache wird herangezogen, daß die Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1999 unter der des ersten Halbjahres 1998 lag. Das stimmt. Doch ab September 1999 gab es eine stärkere Belebung, so daß die Produktion des **gesamten** Jahres 1999 um 1,5% **über** der des Jahres 1998 lag. Im ersten Halbjahr 2000 setzte sich der Aufschwung fort.

In beiden Fällen haben wir uns zwar auf Tatsachen gestützt, aber in unzureichender Weise. Um konjunkturelle Entwicklungen richtig zu beurteilen, ist es notwendig, Entwicklungen längerer Zeiträume zu analysieren und nicht zu früh Schlußfolgerungen zu ziehen.

In Kapitel XIII haben wir aus der falschen Annahme, die Industrieproduktion erreiche das Niveau des Höchststandes des vorherigen Zyklus nicht mehr, sogar die Schlußfolgerung gezogen, daß dies auch eine „*Programmansage für die Zukunft*“ sei, daß es also bezüglich der Industrieproduktion nur noch „*Aufschwünge im Abschwung*“ geben könne. Doch

selbst wenn dies **einmal** so gewesen **wäre**, wäre das keinesfalls Beweis für die Annahme gewesen, dies werde auch in Zukunft so sein.

Es stimmt auch nicht, daß der Krisenzyklus derzeit 5 Jahre betrage, wie wir in Kapitel XIII behaupteten. Er ist derzeit unterschiedlich lang, meist aber länger als 5 Jahre.

Bezüglich der Entwicklung des Krisenzyklus in Deutschland sind weitere Untersuchungen erforderlich und sollten voreilige Schlüsse vermieden werden.

### **Literatur:**

Lenin, Was tun, LW 5 S. 355

Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, LW 7 S. 197 ff.

Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31 S. 2 ff.

Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, Kapitel VIII: Die Partei, SW 6 S. 149 ff.

Stalin, Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten, SW 5 S. 53 ff.

Stalin, Die Partei vor und nach der Machtergreifung, SW 5 S. 87 ff.

**DIE WELT BEGREIFEN**

**UND VERÄNDERN**

**Die Aufgaben der Arbeiterklasse  
gegenüber dem Staat**

Kapitel XVI

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zur Zitierweise:**

<b>MEW:</b>	Marx-Engels-Werke
<b>AW:</b>	Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
<b>LW:</b>	Lenin-Werke
<b>LAW:</b>	Lenin, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1988
<b>SW:</b>	Stalin-Werke
<b>f.:</b>	und die folgende Seite
<b>ff.:</b>	und die folgenden Seiten

# Inhalt

<b>I</b>	<b>Entstehen, Vergehen und Wesen des Staates .....</b>	<b>7</b>
	Das Entstehen des Staates .....	7
	Die beiden wesentlichen Merkmale des Staates .....	9
	1) Einteilung der Staatsangehörigen nach dem Gebiet .....	9
	2) Einrichtung einer besonderen Formation bewaffneter Menschen .....	10
	Das Wesen des Staates:	
	Instrument der Klassenherrschaft .....	13
	Der Untergang des Staates .....	18
	Der Staat kann eine ökonomische Rolle spielen .....	20
	Der Staat ist Produkt und Element der Arbeitsteilung. Er kann sich relativ verselbständigen .....	21
<b>II</b>	<b>Bürgerlicher Staat und proletarische Revolution .....</b>	<b>27</b>
	Die Notwendigkeit der Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmacht .....	27
	Die Notwendigkeit revolutionärer Gewalt .....	32
	Die These der modernen Revisionisten von der angeblichen Möglichkeit des friedlichen Übergangs zum Sozialismus .....	38
	Die Gewaltfrage darf nicht verabsolutiert werden .....	46
	Wie eine Partei kämpfen und trotzdem zum Opportunismus übergehen kann .....	50
<b>III</b>	<b>Wie kann die Arbeiterklasse an die Stellung der Machtfrage herankommen? .....</b>	<b>61</b>
	Ein langes Auf und Ab im Kampf um die Länge des Arbeitstages .....	61
	Mit dem scheinbar endgültigen Sieg des Kapitals trat ein Umschlag ein .....	67
	Zeitsouveränität und Kampf um die politische Macht ..	69
	Für Reformen kämpfen - aber wie? .....	71

<b>IV Die Diktatur des Proletariats .....</b>	<b>79</b>
Wie die Losung der Diktatur des Proletariats geschichtlich entstand .....	79
Das Programm der Diktatur des Proletariats .....	83
Der marxistisch-leninistische Begriff der Diktatur des Proletariats - ein Kernpunkt des theoretischen Kampfes zwischen revolutionärem Marxismus und Revisionismus .....	85
Die Pariser Kommune - die „endlich entdeckte Form“ des proletarischen Staates .....	97
Zum Militärwesen der Kommune .....	98
Zur politischen Verfassung der Kommune .....	102
Zum Verwaltungsapparat der Kommune .....	104
Arbeiterlohn für Regierungs- und Verwaltungsbeamte ..	105
Konsequente Trennung von Kirche und Staat .....	107
Wahl der Richter .....	107
Die Funktionen der Zentralregierung .....	108
Der Mangel der Pariser Kommune - Fehlen einer Vorhutpartei des Proletariats .....	113
Zu den ökonomischen Funktionen des sozialistischen Staates .....	115
Die „knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit“ und die Spaltung der Gesellschaft in Sonder- interessen - eine Ursache für das Bestehen des Staates	117
Aufblähung der Staatsmacht unter den revisionistischen Regimes .....	134
Die Gewerkschaftsdiskussion in der KPR/B 1920/21 .	136
Noch einmal zu Marx' Lehren aus der Pariser Kommune. Zur Frage der sozialistischen Demokratie. Zur Frage des Absterbens des Staates .....	144
Kommunistische Partei und sozialistischer Staat. Wie sollen kommunistische FunktionärInnen leiten? .	149
 Literatur .....	 152
Korrektur zu Kapitel XII, S. 105 .....	153

## Vorbemerkung zu diesem Kapitel

Eine Darstellung der marxistisch-leninistischen Staatstheorie würde es heute eigentlich erfordern, die geschichtlichen Erfahrungen der ehemals sozialistischen Länder sowohl zur Zeit des Sozialismus als auch während der Übergangsperiode zwischen der Beseitigung des Sozialismus und der Restauration des Kapitalismus in Bezug auf den Staat möglichst umfassend auszuwerten. Das würde aber den Rahmen sprengen und muß an anderer Stelle geleistet werden. Hier können wir uns diesbezüglich nur auf einige grundlegende Schlußfolgerungen beschränken.

Die Darstellung der Probleme des Übergangs von der alten Gesellschaft zum Kommunismus in Abschnitt IV dieses Kapitels ist - von der in diesem Rahmen erforderlichen Knappheit abgesehen - schon deshalb notwendigerweise unvollständig, weil wir diese Probleme fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Staates behandeln, sowohl die ökonomischen als auch die psychischen Gesichtspunkte dieses Übergangs also allenfalls streifen.

Eine Darstellung der Aufgaben der Arbeiterklasse gegenüber dem Staat müßte eigentlich auch das wichtige Feld des **demokratischen Kampfes** behandeln. Wir behandeln den demokratischen Kampf jedoch gesondert im nächsten Kapitel.



# I.

# ENTSTEHEN, VERGEHEN UND WESEN DES STAATES

## DAS ENTSTEHEN DES STAATES

Der Staat hat nicht immer existiert. Er ist unter bestimmten Bedingungen geschichtlich entstanden.

Die Urgesellschaft kannte keine Klassen; es gab also keinen Teil der Bevölkerung, der sich Arbeitsprodukte eines anderen Teils aneignete. Die Menschen lebten in Sippen-gemeinschaften (auch Gentilgemeinschaften genannt; gens ist das lateinische Wort für Sippe). Verwandte Sippen waren zu Stämmen verbunden. Das Arbeitsprodukt einer gens gehörte allen Angehörigen dieser gens gemeinsam. Es gab somit auch keine Warenproduktion, also keine Produktion für den Austausch, sondern Naturalwirtschaft, d.h. daß für die unmittelbare Konsumtion der ProduzentInnen produziert wurde. (Zum Begriff der Gentilgemeinschaft vgl. Kapitel I S. 16. Zu den Begriffen Naturalwirtschaft und Warenwirtschaft vgl. Kapitel VIII S. 7.)

Die Gentilgemeinschaft zersetzte sich durch die Entwicklung der Warenproduktion und besonders der Geldwirtschaft. „*Die Gentilverfassung ist mit Geldwirtschaft absolut unverträglich (...).*“ (Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21 S. 109 ff.; oder AW VI S. 127) Geldwirtschaft setzt Privateigentum voraus, also die Negation des Gemeineigentums. Damit entsteht ein Gegensatz von arm und reich. Auch Menschen konnten zum Privateigentum werden: Es entstand die Sklavenhaltergesellschaft, die erste Ausbeutergesellschaft der Geschichte.

Mit der Entwicklung der Warenproduktion bildete sich ein Adel, der immer reicher und mächtiger wurde, während Bauern mitunter massenhaft verarmten, ihre Äcker den reichen Wucherern verpfänden und schließlich Familienangehörige in die Sklaverei verkaufen mußten. Das war z.B. die Situation in Athen um 600 vor unserer Zeitrechnung. (vgl. Kapitel I S. 28 ff., wo wir am Beispiel Athen die Entstehung des Staates betrachteten.) Die Unzufriedenheit der armen freien Bauern und der Sklaven bedrohte die bestehende Gesellschaftsordnung. Zum Schutz dieser Ordnung entstand der Staat.

Zwar gibt es unterschiedliche Formen, in denen der Staat entstand und die alte Gentilordnung ablöste. Bei der Entstehung der asiatischen Produktionsweise etwa hatte das Privateigentum die Gentilgemeinschaft noch nicht zersetzt, als der Staat entstand; der Staat ging hier direkt aus der Gentilgemeinschaft hervor. (vgl. Kapitel VII S. 46 ff.) Gemeinsam ist aber - wie Engels hervorhebt - allen diesen Formen:

*„Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebensowenig ist er ‘die Wirklichkeit der sittlichen Idee’, ‘das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft’, wie Hegel behauptet. **Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist.** Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine **scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‘Ordnung’ halten soll; und diese aus der Gesellschaft hervorgegangne, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.**“*(Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21 S. 165; oder AW VI S. 188; Hervorhebungen v. Verf.)

# DIE BEIDEN WESENTLICHEN MERKMALE DES STAATES

Engels benennt an dieser Stelle die zwei wesentlichen Merkmale des Staates: zum einen die „*Einteilung der Staatsangehörigen **nach dem Gebiet***“, zum anderen die „*Einrichtung einer **öffentlichen Gewalt**, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung*“. (ebenda, MEW 21 S. 165; oder AW VI S. 188 f.; Hervorhebungen v. Engels)

Betrachten wir diese beiden Merkmale:

## 1) EINTEILUNG DER STAATSANGEHÖRIGEN NACH DEM GEBIET

In Athen z.B. wurden Gemeindebezirke geschaffen, die Demen, die die frühere Gentilverfassung endgültig außer Kraft setzten. (vgl. Kapitel I S. 30) Die Einteilung der Staatsangehörigen nach dem Staats**gebiet** war eine völlig neue Erscheinung gegenüber der alten Gentilorganisation, in welcher Sippen und Stämme allein durch **Verwandtschaft** verbunden waren.

Diese Verfassung, die berühmte athenische Demokratie (= Herrschaft des demos), bot den Herrschenden den gewaltigen Vorteil, daß dadurch die ökonomisch real gegebene Klassenlinie (Sklaven **und** arme Freie auf der einen, reiche Sklavenhalter auf der anderen Seite) verdeckt wurde durch eine politische Form, die den reichen Sklavenhaltern und den armen Freien formal die gleichen Bürgerrechte gewährte, während die Reichen die faktische Herrschaft behielten. Hier zeigt sich, daß der Staat als Machtinstrument der herrschenden Ausbeuterklasse zumindest Teilen der Ausgebeuteten und Unterdrückten Zugeständnisse machen muß, um im Interesse der Ausbeuter den Klassengegensatz zu dämpfen und die bestehende Ordnung zu schützen. Am Beispiel Athen zeigt sich das auch daran, daß - einhergehend mit der Entstehung des Staates - unter Solon eine Gesetzgebung ent-

stand, die verbot, daß freie Athener Bürger in die Sklaverei verkauft wurden (vgl. Kapitel I S. 30).

## 2) EINRICHTUNG EINER BESONDEREN FORMATION BEWAFFNETER MENSCHEN

Die „Einrichtung einer öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung“, äußert sich zunächst in der Aufstellung von Polizeitruppen, also einer **besonderen Formation bewaffneter Menschen**, die Störer der gesellschaftlichen Ordnung in Schach halten. Engels führt hierzu aus - wieder anhand des Beispiels Athen:

*„Wir sahn, daß ein wesentliches Kennzeichen des Staats in einer von der Masse des Volks unterschiednen öffentlichen Gewalt besteht. Athen hatte damals nur erst ein Volksheer und eine unmittelbar vom Volk gestellte Flotte; diese schützten nach außen und hielten die Sklaven im Zaum, die schon damals die große Mehrzahl der Bevölkerung bildeten. Gegenüber den Bürgern bestand die öffentliche Gewalt zunächst nur als die Polizei, die so alt ist wie der Staat, weshalb die naiven Franzosen des 18. Jahrhunderts auch nicht von zivilisierten Völkern sprachen, sondern von polizierten (nations policées). Die Athener richteten also gleichzeitig mit ihrem Staat auch eine Polizei ein, eine wahre Gendarmerie von Bogenschützen zu Fuß und zu Pferd - Landjäger, wie man in Süddeutschland und der Schweiz sagt. Diese Gendarmerie wurde gebildet - aus **Sklaven**. So entwürdigend kam dieser Schergendienst dem freien Athener vor, daß er sich lieber vom bewaffneten Sklaven verhaften ließ, als daß er selbst sich zu solcher Schmachthat hergab. Das war noch die alte Gentilgesinnung. Der Staat konnte ohne die Polizei nicht bestehen, aber er war noch jung und hatte noch nicht moralischen Respekt genug, um ein Handwerk achtungswert zu machen, das den alten Gentilgenossen notwendig infam erschien.“*

(Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21 S. 115 f.; oder AW VI S. 135; Hervorhebung von Engels)

*„Diese besondere, öffentliche Gewalt ist nötig, weil eine selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung unmöglich geworden ist seit der Spaltung in Klassen. (...) Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art, von denen die Gentilgesellschaft nichts wußte. Sie kann sehr unbedeutend, fast verschwindend sein in Gesellschaften mit noch unentwickelten Klassengegensätzen und auf abgelegnen Gebieten, wie zeit- und ortsweise in den Vereinigten Staaten Amerikas. **Sie verstärkt sich aber in dem Maß, wie die Klassengegensätze innerhalb des Staats sich verschärfen und wie die einander begrenzenden Staaten größer und volkreicher werden - man sehe nur unser heutiges Europa an, wo Klassenkampf und Eroberungskonkurrenz die öffentliche Macht auf eine Höhe emporgeschraubt haben, auf der sie die ganze Gesellschaft und selbst den Staat zu verschlingen droht.**“*

(ebenda, MEW 21 S. 165 f.; oder AW VI S. 189; Hervorhebung v. Verf. Zu letzterem kann als aktuelles Beispiel angeführt werden, wie die enorme Staatsverschuldung den Staat zunehmend bei der Wahrnehmung bestimmter notwendiger gesellschaftlicher Funktionen hemmt.)

*„Im Besitz der öffentlichen Gewalt und des Rechts der Steuereintreibung, stehn die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft **über** der Gesellschaft. Die freie, willige Achtung, die den Organen der Gentilverfassung gezollt wurde, genügt ihnen nicht, selbst wenn sie sie haben könnten; Träger einer der Gesellschaft entfremdenden Macht, müssen sie in Respekt gesetzt werden durch Ausnahmsgesetze, kraft deren sie einer besondern Heiligkeit und Unverletzlichkeit genießen. Der lumpigste Polizeidiener des zivilisierten Staates hat mehr 'Autorität' als alle Organe der Gentilgesellschaft zusammengenommen; aber der mächtig-*

*ste Fürst und der größte Staatsmann oder Feldherr der Zivilisation kann den geringsten Gentilvorsteher beneiden um die unerzwungne und unbestrittene Achtung, die ihm gezollt wird. Der eine steht eben mitten in der Gesellschaft; der andre ist genötigt, etwas vorstellen zu wollen außer und über ihr.“*

(ebenda, MEW 21 S. 166; oder AW VI S. 189 f.; Hervorhebung von Engels)

In der Tat: Wird ein Staatsbeamter beleidigt, so genügte es früher nicht, daß ein Gericht die Tat als Beleidigung eines Menschen bestrafte. Sie mußte als „Beamtenbeleidigung“ geahndet werden. Heute erscheint eine solche Offenheit dem Gesetzgeber zu peinlich, doch enthält das Strafgesetzbuch in § 194 nach wie vor besondere Bestimmungen, wenn „ein Amtsträger“ beleidigt wurde oder wenn „sich die Tat gegen eine Behörde richtete“. Gar nicht zu reden davon, daß sich strafbar macht, wer den Staat oder eines seiner Symbole „verunglimpft“. Behaupten Polizeibeamte, ein Staatsbürger habe sich ihren Anordnungen widersetzt, so glauben die Gerichte ihnen das ohne weiteres und verurteilen den angeblich Widerspenstigen wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“, auch wenn er nach der angeblichen Tat in bemitleidenswertem Zustand war, während sich die Vertreter der gekränkten Staatsgewalt bester Gesundheit erfreuten. Und überhaupt: Stolz und unerbittlich fordert der Staat sein „Gewaltmonopol“ ein. Laut Verfassung geht zwar alle Gewalt vom Volke aus, doch in der realen Welt geht alle öffentliche Gewalt **vom Staat** aus, was dieser durch das Beharren auf seinem Gewaltmonopol auch offen einfordert.

## DAS WESEN DES STAATES: INSTRUMENT DER KLASSENHERRSCHAFT

*„Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassegegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, **so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse.** So war der antike Staat vor allem Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, wie der Feudalstaat Organ des Adels zur Niederhaltung der leibeignen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital.“*

(ebenda, MEW 21 S. 166 f.; oder AW VI S. 190; Hervorhebung v. Verf.)

**Der Staat ist Instrument zur Unterdrückung der ausgebeuteten Klasse oder Klassen durch die ausbeutende Klasse oder die ausbeutenden Klassen.**

Diese Unterdrückung stützt sich wesentlich auf Gewalt, eben deshalb bedarf es **besonderer** bewaffneter Formationen, nicht nur der Polizei und - in Deutschland - des Bundes"grenzschutzes", sondern auch der Armee, die sich nicht nur gegen andere Länder, sondern auch gegen die Bevölkerung des eigenen Landes richtet. Freilich wäre es verfehlt, bezüglich des Gewaltapparats nur die unmittelbare Exekutive der Gewalt - in Deutschland Bundeswehr, „Grenzschutz“ und Polizei - im Auge zu haben und die Befehlshaber der Gewaltorgane zu übersehen, die politischen Stäbe der herrschenden Klasse: Bundesregierung und Landesregierungen, die sich wiederum nicht nur auf die Gewaltorgane, sondern auch auf aufgeblähte bürokratische Verwaltungsapparate stützen, sowie die Justiz nebst materiellen Einrichtungen wie Gefängnissen, nicht zu vergessen auch die Spitzeldienste, zu denen faktisch auch die politische Po-

lizei (Staatsschutzdezernate) gehört. Die oberen Gliederungen der Justiz wiederum - insbesondere das Bundesverfassungsgericht und der Bundesgerichtshof - sind ebenfalls **politische** Stäbe der herrschenden Klasse, die bewußt aufgrund politischer Erwägungen entscheiden (Beispiel: Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Demonstrationstfreiheit für Faschisten). Oberstes Kriterium politischer Entscheidungen ist die Sicherung des Profits bzw. bestimmter Profitraten sowie die langfristige Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie, insbesondere der Finanzoligarchie.

Die Unterdrückung kann sich **nicht nur** auf Gewalt stützen. Die gesellschaftliche Ordnung wäre höchst instabil und könnte sich nicht auf längere Zeit behaupten, wenn es nicht gelänge, die Ausbeutung und Unterdrückung zu verklären und moralisch zu „rechtfertigen“. Der Gewaltapparat muß zwar stets bereit stehen, doch die gesellschaftliche Ordnung ist um so stabiler, je weniger die herrschende Klasse von ihm Gebrauch machen muß. Auch im Rahmen nicht gewaltsamer Formen der Ausübung der Klassenherrschaft spielt der Staat eine wichtige Rolle. Er hat die Aufgabe, den Eindruck zu erwecken, über den Klassen zu stehen und im Interesse des „Allgemeinwohls“ tätig zu werden. Dieses Allgemeinwohl ist natürlich fiktiv, denn in einer Gesellschaft, die aus Klassen mit grundsätzlich entgegengesetzten Interessen besteht, kann es kein reales Gemeininteresse dieser Klassen geben. Gerade aufgrund dieser Spaltung der Gesellschaft benötigt die herrschende Klasse - wie oben zitiert - eine „**scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht**“. Wesentlich ist also nicht nur die Gewalt, sondern auch dieser Schein. Anders formuliert: Der Staat ist „*illusorische Gemeinschaftlichkeit*“. (Marx/Engels, Deutsche Ideologie, MEW 3 S. 33; oder AW I S. 224)

**Bezüglich der Aufgaben der Arbeiterklasse bzw. ihrer politischen Partei gegenüber dem bürgerlichen Staat läßt sich hier bereits eines festhalten: Es ist notwendig, dieser Illusion der Gemeinschaftlichkeit, diesem Schein, der Staat stünde über den Klassen, entgegenzuwirken, damit die Ar-**

**beiterklasse konsequent für ihre Eigeninteressen eintreten kann.** In dem Maße, wie die Arbeiterklasse von dieser Illusion beherrscht wird, ist es ihr nämlich nicht möglich, konsequent für ihre eigenen Interessen zu kämpfen, wird sie vielmehr darauf vertrauen, daß der Staat als neutraler Schiedsrichter für eine angeblich über den Klassen stehende Gerechtigkeit sorgen wird.

Der Kampf der unterdrückten Klassen und Schichten nimmt auf einer bestimmten Entwicklungsstufe politischen Charakter an. Es werden also Forderungen an den Staat gerichtet oder der Kampf richtet sich unmittelbar gegen den Staat oder zwingt den Staat zum unmittelbaren Eingreifen zugunsten der Ausbeuter. In dem Maße, wie dies geschieht, ist der Staat gezwungen, die Maske seiner Überparteilichkeit abzuwerfen, und damit schwinden die Illusionen über den Staat.

Weiter führt Engels aus:

*„Ausnahmsweise indes kommen Perioden vor, wo die kämpfenden Klassen einander so nahe das Gleichgewicht halten, daß die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält. So die absolute Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, die Adel und Bürgertum gegeneinander balanciert; so der Bonapartismus des ersten und namentlich des zweiten französischen Kaiserreichs, der das Proletariat gegen die Bourgeoisie und die Bourgeoisie gegen das Proletariat ausspielte. Die neueste Leistung in dieser Art, bei der Herrscher und Beherrschte gleich komisch erscheinen, ist das neue deutsche Reich Bismarckscher Nation: Hier werden Kapitalisten und Arbeiter gegeneinander balanciert und gleichmäßig geprellt zum Besten der verkommenen preußischen Krautjunker.“*

(Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21 S. 167; oder AW VI S. 190)

Auf die relative Gleichgewichtslage von Adel und Bürgertum innerhalb des Absolutismus sind wir in Kapitel IV eingegangen, vgl. insbesondere S. 47 f.

*„In den meisten geschichtlichen Staaten werden außerdem die den Staatsbürgern zugestandnen Rechte nach dem Vermögen abgestuft und damit direkt ausgesprochen, daß der Staat eine Organisation der besitzenden Klasse zum Schutz gegen die nichtbesitzende ist. So schon in den athenischen und römischen Vermögensklassen. So im mittelalterlichen Feudalstaat, wo die politische Machtstellung sich nach dem Grundbesitz gliederte. So im Wahlzensus (Wahlmodus, Wahlgesetzgebung, d. Verf.) der modernen Repräsentativstaaten. Diese politische Anerkennung des Besitzunterschieds ist indes keineswegs wesentlich. Im Gegenteil, sie bezeichnet eine niedrige Stufe der staatlichen Entwicklung. Die höchste Staatsform, die demokratische Republik, die in unsern modernen Gesellschaftsverhältnissen mehr und mehr unvermeidliche Notwendigkeit wird und die Staatsform ist, in der der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie allein ausgekämpft werden kann - die demokratische Republik weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden. In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption, wofür Amerika klassisches Muster, andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse, die sich um so leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen und je mehr Aktiengesellschaften nicht nur den Transport, sondern auch die Produktion selbst in ihren Händen konzentrieren und wiederum in der Börse ihren Mittelpunkt finden. Dafür ist außer Amerika die neueste französische Republik ein schlagendes Beispiel, und auch die biedre Schweiz hat auf diesem Felde das ihrige geleistet. Daß aber zu diesem Bruderbund von Regierung und Börse keine demokratische Republik erforderlich, beweist außer England das neue deutsche Reich, wo man nicht sagen kann, wen das allgemeine Stimmrecht höher gehoben hat, Bismarck oder Bleichröder. (Bleichröder: Chef eines großen Berliner Bankhauses, Privatbankier Bismarcks und dessen offizieller Berater in Finanzfragen, d. Verf.) Und endlich herrscht die besitzende Klasse direkt*

*mittelst des allgemeinen Stimmrechts. Solange die unterdrückte Klasse, also in unserm Fall das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein. In dem Maß aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, in dem Maß konstituiert sie sich als eigne Partei, wählt ihre eignen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat; aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind.“*

(ebenda, MEW 21 S. 167 f.; oder AW VI S. 190 ff.)

Die Chartisten, eine englische Arbeiterpartei im 19. Jahrhundert, glaubten, durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht könnten die Arbeiter die Mehrheit im Parlament erringen und ihre grundlegenden Interessen durchsetzen, da sie die Mehrheit der Bevölkerung darstellten (vgl. Kapitel VI S. 45 f.). Daran war fortschrittlich, daß die Arbeiter überhaupt gelernt hatten, daß es notwendig war, politisch zu kämpfen, also auf Staatsangelegenheiten Einfluß zu nehmen. Daß die Arbeiterklasse, auch wenn sie die Mehrheit der Bevölkerung darstellt, **innerhalb der bürgerlichen Ordnung und innerhalb des bürgerlichen Staates** die Macht nicht ergreifen und ihre grundlegenden Interessen nicht durchsetzen kann, ist heute nicht nur theoretisch, sondern vielfach auch praktisch bewiesen.

Das Ansteigen der Staatsschulden hat heute Ausmaße angenommen, die Engels zu seiner Zeit nicht ahnen konnte (vgl. Kapitel XIV S. 179 ff.), und was Engels als Allianz von Regierung und Börse bezeichnete, erleben wir heute als ein vielschichtiges System, mittels dessen das Finanzkapital Regierungsentscheidungen direkt vorbereitet. (ebenda S. 197) „Begleitet wird das von einem System der finanziellen

*Zuwendungen von Monopolen an Parteien, an Einzelpersonen, einem System von persönlichen Zuwendungen in Form von privaten Vergünstigungen, späteren Arbeitsplätzen, Beraterverträgen und Bestechungsgeldern. Alles zusammen ergibt objektiv eine Atmosphäre der direkten und indirekten Korruption, der sich Staatsvertreter um so schwerer entziehen können, je höher ihre Stellung ist.“ (ebenda S. 197 f.)*

In dem Maße, wie die Arbeiterklasse ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, formiert sie sich als politische Partei, die - wenn es möglich ist - auch parlamentarisch in Erscheinung tritt. Sie nutzt, so sagt Engels, das allgemeine Stimmrecht also als Thermometer ihrer Reife, doch mehr kann dieses Stimmrecht nicht sein. Wir werden weiter unten der Frage nachgehen, was die Arbeiterklasse in Bezug auf den Staat tun muß, um wirklich die Macht zu ergreifen und ihre grundlegenden Interessen durchzusetzen. Halten wir hier noch fest: Aus Engels' Ausführungen folgt auch, daß die Vorhutpartei der Arbeiterklasse nur in dem Maße **politisch wirksam** sein kann, wie dies dem Reifegrad der Arbeiterklasse entspricht. Allerdings besteht hier auch eine Wechselwirkung, weil diese Partei zur politischen Entwicklung der Klasse beitragen kann, indem sie klare politische Orientierungen in die Klasse trägt.

## DER UNTERGANG DES STAATES

Engels fährt fort:

*„Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden, die von Staat und Staatsgewalt keine Ahnung hatten. Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit Spaltung der Gesellschaft in Klassen verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit. Wir nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen,*

*ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt.“*

(Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21 S. 168; oder AW VI S. 192)

Da der Staat Instrument der Klassenunterdrückung ist, entfällt er, sobald es keine Klassenunterschiede mehr gibt. Natürlich wird es auch in einer solchen Gesellschaft Konflikte geben, und die Gesellschaft wird über Regeln verfügen, wie diese Konflikte zu lösen sind. Doch es werden keine Konflikte **von Klassen** mehr sein. Die Regelungen werden klar und eindeutig sein, sie werden für jeden ersichtlich **aus der Gesellschaft selbst heraus erwachsen** und ihr nicht von einer scheinbar über ihr thronenden Macht aufgestülpt werden. Damit wird der Gegensatz von politischem und gesellschaftlichem Leben entfallen sein. Der politische Kampf wird entfallen sein und damit die Notwendigkeit, Interessen zu tarnen, Teilinteressen als das Gesamtinteresse auszugeben. Die Menschen werden in klare und durchsichtige Beziehungen zueinander treten.

Die Probleme des **Übergangs** von der Klassenherrschaft zum klassen- und staatsfreien gesellschaftlichen Zustand werden wir weiter unten betrachten.

## DER STAAT KANN EINE ÖKONOMISCHE ROLLE SPIELEN

Der Staat, durch die ökonomischen Verhältnisse hervorgebracht, kann seinerseits eine - mehr oder minder bedeutende - **ökonomische Rolle** spielen. Beim bürgerlichen Staat ist dies in besonders starkem Maße sowohl in der Periode der Herausbildung als auch in der Periode des Niedergangs der bürgerlichen Ordnung der Fall.

Die politische Form aktiven Eingreifens des Staates bei der **Herausbildung** der bürgerlichen Ordnung ist der Absolutismus (vgl. Kapitel IV), sein ökonomischer Inhalt ist die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals (vgl. Kapitel III).

*„Die verschiedenen Momente der ursprünglichen Akkumulation verteilen sich nun, mehr oder minder in zeitlicher Reihenfolge, namentlich auf Spanien, Portugal, Holland, Frankreich und England. In England werden sie Ende des 17. Jahrhunderts systematisch zusammengefaßt im Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, modernen Steuersystem und Protektionssystem. (Brutalste Unterdrückung und Ausplünderung von Kolonien, Abhängigkeit der politischen Herrscher von ihren bürgerlichen Finanziers über Schulden und gleichzeitige Bereicherung dieser Finanziers aus den Zinsen, Eintreiben von Steuern zwecks Bedienung der Zinsen, Protektionismus zum Schutz des einheimischen Kapitals, d. Verf.) Diese Methoden beruhen zum Teil auf brutalster Gewalt, z.B. das Kolonialsystem (vgl. Kapitel VI S. 22 - 32, d. Verf.). Alle aber **benutzten die Staatsmacht**, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, **um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz.**“*

(Marx, Kapital I, MEW 23 S. 779; oder AW III S. 440 f.; Hervorhebungen v. Verf.)

Aktives ökonomisches Eingreifen des Staates erleben wir heute in der Periode des **niedergehenden** Kapitalismus. Dieses Eingreifen wird zunehmend erforderlich, um der Tendenz des Fallens der Profitrate durch deren Subventionierung entgegenzuwirken (vgl. Kapitel XIV S. 179 ff.).

## DER STAAT IST PRODUKT UND ELEMENT DER ARBEITSTEILUNG. ER KANN SICH RELATIV VERSELBSTÄNDIGEN

Der Staat ist auch deshalb erforderlich, weil die Arbeitsteilung auf Grundlage der Warenproduktion und der damit verbundenen **Zersplitterung** der Gesellschaft in viele sich gegenseitig im Wege stehende Teilinteressen ein spezielles Organ einer - wenn auch illusorischen - Gemeinschaftlichkeit erforderlich macht, eben den Staat. Illusorisch muß diese Gemeinschaftlichkeit deshalb bleiben, weil der Staat - von einer Gesellschaft sich entgegenstehender Sonderinteressen hervorgebracht - seinerseits Sonderinteressen hervorbringt, und zwar ebenfalls kein einheitliches Sonderinteresse, sondern viele Sonderinteressen staatlicher Gliederungen sowie einzelner Staatsbeamter.

Auf diesen Aspekt werden wir im Abschnitt über den proletarischen Staat in der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus näher eingehen. (vgl. S. 117 ff.) Was uns an dieser Stelle interessiert: Staat muß auch als ein Produkt und ein Element der **Arbeitsteilung** begriffen werden. Bestimmte gemeinsame gesellschaftliche Funktionen werden auf dem Wege der Arbeitsteilung als besondere ausgegliedert und somit auch besonderen Personen zugewiesen. Dies beinhaltet eine gewisse Verselbständigung der Staatsgewalt und ihrer Träger auch gegenüber der Klasse, zu deren Machterhalt der jeweilige Staat dient.

Auf diesen Aspekt hat Engels 1890 in einem Brief hingewiesen:

„Die Sache faßt sich am leichtesten vom Standpunkt der Teilung der Arbeit. Die Gesellschaft erzeugt gewisse gemeinsame Funktionen, deren sie nicht entraten kann (die sie nicht entbehren kann, d. Verf.). Die hierzu ernannten Leute bilden einen neuen Zweig der Teilung der Arbeit **innerhalb der Gesellschaft**. Sie erhalten damit besondere Interessen auch gegenüber ihren Mandataren (Auftraggebern, in der bürgerlichen Gesellschaft also gegenüber den Kapitalisten, d. Verf.), sie verselbständigen sich ihnen gegenüber, und - der Staat ist da. Und nun geht es ähnlich wie beim Warenhandel und später beim Geldhandel: Die neue selbständige Macht hat zwar im ganzen und großen der Bewegung der Produktion zu folgen, reagiert aber auch, kraft der ihr innewohnenden, d.h. ihr einmal übertragenen und allmählich weiterentwickelten relativen Selbständigkeit, wiederum auf die Bedingungen und den Gang der Produktion. Es ist Wechselwirkung zweier ungleicher Kräfte, der ökonomischen Bewegung auf der einen, der nach möglichster Selbständigkeit strebenden und, weil einmal eingesetzten, auch mit einer Eigenbewegung begabten neuen politischen Macht; die ökonomische Bewegung setzt sich im ganzen und großen durch, aber sie muß auch Rückwirkung erleiden von der durch sie selbst eingesetzten und mit relativer Selbständigkeit begabten politischen Bewegung, der Bewegung einerseits der Staatsmacht, andererseits der mit ihr gleichzeitig erzeugten Opposition. Wie im Geldmarkt sich die Bewegung des Industriemarkts im ganzen und großen, und unter oben angedeuteten Vorbehalten, widerspiegelt, und natürlich **verkehrt**, so spiegelt sich im Kampf zwischen Regierung und Opposition der Kampf der vorher schon bestehenden und kämpfenden Klassen wider, aber ebenfalls verkehrt, nicht mehr direkt, sondern indirekt, nicht als Klassenkampf, sondern als Kampf um politische Prinzipien, und so verkehrt, daß es Jahrtausend gebraucht hat, bis wir wieder dahinterkommen.“

(Engels, Brief an Conrad Schmidt, MEW 37 S. 490; oder AW VI S. 560 f.; Hervorhebungen von Engels)

Relative Verselbständigung der Politiker gegenüber ihren ökonomischen Auftraggebern, des Staates gegenüber der Ökonomik - das ist gesetzmäßig, denn anders könnte der Staat den Spagat nicht vollziehen, einerseits der herrschenden Klasse zu dienen und andererseits als über den Klassen stehend zu erscheinen. Mitunter muß er das Interesse der kapitalistischen Gesamtklasse vollziehen, indem er gegen Interessen einzelner Kapitalisten bis zu einem gewissen Grade verstößt. Wir werden das weiter unten anhand des Beispiels der englischen Fabrikgesetzgebung im Frühkapitalismus sehen: Der Einzelbourgeois hatte das Interesse, die Arbeitszeit schrankenlos auszudehnen, doch der bürgerliche Staat mußte Schranken setzen, erstens um den Klassengegensatz im Interesse der bürgerlichen Gesamtklasse zu dämpfen, zweitens um die erforderliche Zufuhr von ausbeutungsfähiger Arbeitskraft auf Dauer zu sichern. Bei derartigen Aktionen erweckt der Staat den Anschein, einer über den Klassen stehenden Gerechtigkeit zu dienen.

Der Kampf der Klassen spiegelt sich, wie Engels sagt, im Verhältnis zwischen bürgerlicher Regierung und bürgerlicher Opposition auf verzernte Art wider. Im allgemeinen pflegt die Oppositionspartei - in der BRD besonders die SPD - Vorschläge zu machen, die bis zu einem gewissen Grade „arbeitnehmerfreundlich“ erscheinen, die sie aber sofort „vergißt“, sobald sie sich in eine Regierungspartei verwandelt hat. Aber auch die Regierungspartei hat die politische Aufgabe, die Interessen der Kapitalistenklasse so durchzusetzen, daß der Widerstand der Arbeiterklasse möglichst gering bleibt. Dabei kann auch sie in Widerspruch zu Teilen des Kapitals geraten, denen es zu langsam geht, die Zugeständnisse zu groß sind usw. Daß die Politiker bei diesem Geschäft Eigeninteressen entwickeln, liegt schon allein darin begründet, daß ihre Karriere und ihre Pfründe in erheblichem Maße davon abhängen, ob sie (wieder)gewählt werden.

Diejenigen Teile der Arbeiterklasse, die diese Widersprüche begreifen, insbesondere ihre politische Partei, ha-

ben ihrerseits die Möglichkeit und die Aufgabe, diese Widersprüche taktisch zu nutzen - dazu weiter unten.

Von bürgerlicher Seite wird die relative Verselbständigung der Politiker bzw. des Staates in eine absolute umgefälscht - dies drückt sich heute im Schlagwort der „politischen Klasse“ aus. Dies hat u.a. die Funktion, den Klassencharakter des Staates zu leugnen. Diese relative Verselbständigung führt auch zu Illusionen, daß der Staat die Wirtschaft lenke, durch eine „richtige“ Politik Krisen verhindern sowie durch eine „falsche“ Politik Krisen hervorrufen könne usw.

Die relative Verselbständigung des Staates drückt sich heute auch in der Bildung mächtiger staatlicher Monopolgesellschaften aus, die mit den privaten in Konkurrenz treten, z.B. die Landesbanken. Die staatlichen Gesellschaften schweben aber nicht über dem Klassengefüge, sondern sind monopolkapitalistische Unternehmen. Die Konkurrenz zwischen ihnen und den privatkapitalistischen Unternehmen wird auch seitens der Privaten auch mit politischen Mitteln geführt: So kämpfen heute die privaten Banken unter dem Schlachtruf der „Chancengleichheit“ gegen die Landesbanken und rufen EU-Stellen als Schiedsrichter an, die den Wirkungsbereich staatlicher Banken beschränken sollen. Sie wendeten sich insbesondere dagegen, daß staatliche Banken sich zu günstigeren Zinsen refinanzieren können, weil diese Kredite infolge der Garantie des Staates für die Schulden dieser Banken als weniger ausfallgefährdet gelten. Diese Staatsgarantie („Gewährträgerhaftung“ des Staates) für die Landesbanken wird infolge dieses Vorstoßes der Privatbanken im Jahre 2009 endgültig beendet - in zähen Auseinandersetzungen hatten sich die Landesbanken zumindest eine Übergangsregelung gesichert.

Schließlich ist noch folgendes festzuhalten: Wenn der Staat sich gegenüber der Klasse, der er dient, relativ verselbständigt, wenn staatliche Gliederungen bzw. einzelne Vertreter des Staates Eigeninteressen entwickeln, dann muß das auch in Bezug auf den proletarischen Staat zutreffen. So weit er noch Staat ist, ist er ebenfalls Erscheinungsform ei-

ner entfremdeten und zu überwindenden Arbeitsteilung, Ausdruck davon, daß das Allgemeininteresse und die besonderen Interessen noch bis zu einem gewissen Grade auseinanderfallen. Darauf werden wir ebenfalls zurückkommen.



# II.

## BÜRGERLICHER STAAT UND PROLETARISCHE REVOLUTION

### DIE NOTWENDIGKEIT DER ZERSCHLAGUNG DER BÜRGERLICHEN STAATSMACHT

1871 schrieb Marx in einem Brief an Kugelmann über die Pariser Kommune:

*„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‘Achtzehnten Brumaire’ nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andre zu übertragen, sondern sie zu **zerbrechen**, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent.“*

(MEW 33 S. 205; oder AW IV S. 442; Hervorhebung von Marx)

Wir haben die entsprechenden Ausführungen aus Marx' Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ in Kapitel XV auf Seite 7 ff. zitiert; hier die wichtigsten Passagen:

*„Diese Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuern bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie (...), dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Mo-*

*narchie, beim Verfall des Feudalwesens, den er beschleunigen half. (...) Alle (im weiteren geschichtlichen Verlauf erfolgten, d. Verf.) Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen. Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachteten die Besitznahme dieses ungeheueren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Sieges.“*

(Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8 S. 196 f.; oder AW II S. 405 f.)

Und Engels spricht in Bezug auf die Pariser Kommune von der *„Sprengung der bisherigen Staatsmacht und ihre(r) Ersetzung durch eine neue, in Wahrheit demokratische (...)“* (Engels, Einleitung zu „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ Ausgabe 1891, MEW 17 S. 624)

Die Arbeiterklasse kann die Besitznahme des bürgerlichen Staatsapparats eben nicht anstreben, sie kann diesen Apparat nicht zur Behauptung ihrer Macht nutzen, sondern muß diesen Apparat zerschlagen, um die Macht ergreifen zu können:

*„Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß ‘die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann’.“*

(Marx, Engels, 1872, Vorwort zum Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 18 S. 96)

Dieselbe Feststellung findet sich auch in Marx' „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, wo Marx in diesem Zusammenhang darauf hinweist, daß die zentralisierte bürgerliche Staatsmacht geschaffen ist *„nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit“*. (MEW 17 S. 336; oder AW IV S. 71)

1917 verteidigte Lenin in seiner Schrift „Staat und Revolution“ diese überaus wichtigen Schlußfolgerungen gegen die Verfälschungen des sozialdemokratischen Revisionismus, insbesondere gegen Kautsky. Lenin nimmt Bezug auf die oben zitierte Passage aus Marxens Brief an Kugelmann und stellt fest:

*„In diesen Worten: ‘die bürokratisch-militärische Maschinerie zu zerbrechen’, ist, kurz ausgedrückt, die Hauptlehre des Marxismus von den Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat enthalten. Und gerade diese Lehre ist nicht nur völlig vergessen, sondern durch die herrschende, kautskyranische ‘Auslegung’ des Marxismus geradezu entstellt worden!“*

(Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 428; oder LAW III S. 500)

(Auf die Frage, wodurch die verschiedenen Organe der zerschlagenen bürgerlichen Staatsmacht zu ersetzen sind, werden wir in Abschnitt IV näher eingehen.)

Strebt eine Partei der Arbeiterklasse hingegen die **Übernahme** des bürgerlichen Staates an, beteiligt sie sich etwa an der Regierung, ohne diese Regierungsbeteiligung dem Ziel der Zerschlagung unterzuordnen, so trägt dies entscheidend zur bürgerlichen **Entartung** dieser Partei bei, wie die Geschichte mehrfach gezeigt hat.

Lenin wendet sich ausdrücklich gegen „die landläufige, vulgäre ‘Auffassung’“ von einer „allmählichen Entwicklung im Gegensatz zur Ergreifung der Macht“ (ebenda, LW 25 S. 427; oder LAW III S. 499), eine für die Bourgeoisie höchst vorteilhafte „Auffassung“, welche die Arbeiterklasse gegenüber der bürgerlichen Staatsmacht entwaffnet, statt sie zum Angriff auf letztere zu organisieren.

In Bezug auf Marxens Brief an Kugelmann klärt Lenin zwei Punkte, die zu Mißverständnissen führen könnten: zum einen die Frage, warum Marx seine Schlußfolgerung auf den europäischen Kontinent beschränkte - also auf Europa mit Ausnahme der britischen Inseln -, zum anderen die Frage, warum er von einer „Volksrevolution“ sprach und nicht von einer proletarischen Revolution.

#### **Zu ersterem:**

*„Erstens beschränkt er seine Schlußfolgerung auf den Kontinent. Das war 1871 verständlich, als England noch das Muster eines rein kapitalistischen Landes war, aber eines Landes ohne Militarismus und in hohem Grade ohne*

Bürokratie. Marx schloß daher England aus, wo eine Revolution und selbst eine Volksrevolution **ohne** die Vorbedingung der Zerstörung der 'fertigen Staatsmaschine' damals möglich zu sein schien und möglich war.

Jetzt, im Jahre 1917, in der Epoche des ersten großen imperialistischen Krieges, fällt diese Einschränkung von Marx fort. Sowohl England als auch Amerika, die im Sinne des Nichtvorhandenseins von Militarismus und Bürokratismus größten und letzten Vertreter angelsächsischer 'Freiheit' in der ganzen Welt, sind vollständig in den allgemeinen, europäischen, schmutzigen, blutigen Sumpf der bürokratisch-militärischen Institutionen hinabgesunken, die sich alles unterordnen, die alles erdrücken. Jetzt bildet sowohl für England als auch für Amerika das **Zerbrechen**, das **Zerstören** der 'fertigen Staatsmaschine' (die dort in den Jahren 1914 - 1917 die 'europäische', allgemein-imperialistische Vollkommenheit erreicht hat) die 'Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution'."

(ebenda, LW 25 S. 428; oder LAW III S. 500 f.; Hervorhebungen von Lenin)

**Heute verfügen alle imperialistischen Länder über einen militärischen und bürokratischen Apparat, der eine Machtergreifung der Arbeiterklasse ohne Zerschlagung, Zerbrechung dieses Apparats völlig unmöglich macht.**

Kautsky wollte mit der Begründung, daß Marx in den siebziger Jahren eine friedliche Machtergreifung des Proletariats in England und den USA für möglich gehalten habe, der Arbeiterklasse in imperialistischen Ländern die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs andienen. Lenin antwortete:

„Die Berufung darauf, Marx habe es in den siebziger Jahren für möglich gehalten, daß sich in England und Amerika der Übergang zum Sozialismus auf friedlichem Wege vollziehen könnte, ist das Argument eines Sophisten, das heißt, einfacher gesagt, eines Betrügers, der Zitate und Hinweise zu Gaunereien benutzt. Erstens hielt Marx auch damals diese Möglichkeit für eine Ausnahme. Zweitens gab es damals noch keinen monopolistischen Kapitalismus, d.h. keinen Imperialismus. Drittens gab es damals gerade in Eng-

*land und Amerika kein stehendes Heer (jetzt gibt es ein solches) als wichtigsten Apparat der bürgerlichen Staatsmaschine.“*

(LW 28 S. 97)

Auf den letzten Satz sei besonders hingewiesen: Der wichtigste Apparat der bürgerlichen Staatsmaschine ist heute das **stehende Heer**, nicht nur bezüglich seiner imperialistischen Aufgaben nach außen, sondern auch bezüglich der Niederhaltung der Arbeiterklasse des eigenen Landes.

Und:

*„Der ‘Historiker’ Kautsky fälscht die Geschichte so schamlos, daß er die Hauptsache ‘vergißt’, nämlich daß sich der vormonopolistische Kapitalismus - dessen Höhepunkt gerade in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts fällt - eben kraft seiner grundlegenden **ökonomischen** Eigenschaften, die in England und Amerika besonders typisch zum Ausdruck kamen, durch verhältnismäßig große Friedfertigkeit und Freiheitsliebe auszeichnete. Der Imperialismus dagegen, d.h. der monopolistische Kapitalismus, der erst im 20. Jahrhundert seine volle Reife erlangt hat, zeichnet sich kraft seiner grundlegenden **ökonomischen** Eigenschaften durch sehr geringe Friedfertigkeit und Freiheitsliebe und sehr große, überall wahrzunehmende Entwicklung des Militarismus aus. Das bei der Beurteilung der Frage, inwieweit eine friedliche oder eine gewaltsame Umwälzung typisch oder wahrscheinlich ist, ‘nicht bemerken’ heißt zu einem gewöhnlichen Lakaien der Bourgeoisie herabsinken.“*

(Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW 28 S. 237 f.; oder LAW IV S. 560; Hervorhebungen von Lenin)

### **Zu zweiterem:**

Zweitens weist Lenin darauf hin, daß Marx deshalb von „**Volksrevolution**“ sprach, weil 1871 das Proletariat in keinem Land auf dem europäischen Kontinent die Mehrheit des Volkes bildete:

*„Eine ‘Volks’revolution, die tatsächlich die Mehrheit des Volkes in die Bewegung einbezieht, konnte nur dann eine solche sein, wenn sie sowohl das Proletariat als auch*

*die Bauernschaft erfaßte. Diese beiden Klassen bildeten damals eben das 'Volk'. Beide Klassen sind dadurch vereint, daß die 'bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie' sie knechtet, bedrückt und ausbeutet. Diese Maschinerie zu **zerschlagen**, sie zu **zerbrechen** - das verlangt das wirkliche Interesse des 'Volkes', seiner Mehrheit, der Arbeiter und der Mehrzahl der Bauern, das ist die 'Vorbedingung' für ein freies Bündnis der armen Bauern mit den Proletariern, ohne dieses Bündnis aber ist die Demokratie nicht von Dauer und die sozialistische Umgestaltung unmöglich."*

(Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 429; oder LAW III S. 501 f.; Hervorhebungen von Lenin)

In Ländern mit proletarischer Mehrheit ist die proletarische Revolution insofern „Volksrevolution“, als die Arbeiterklasse als Hegemon, als politischer Führer anderer Schichten bzw. anderer Teile der Bevölkerung agiert, die ebenfalls durch die bürgerliche Staatsmaschine niedergedrückt werden. Die Arbeiterklasse muß in einer revolutionären Situation alle Kräfte bündeln, die zum Sturmangriff auf diese Maschine bereit sind, und bereits vorher muß die Politik der proletarischen Partei auf diese Bündelung von Kräften abzielen.

## DIE NOTWENDIGKEIT REVOLUTIONÄRER GEWALT

Es ist klar, daß die bürgerliche Staatsmaschine nicht ohne Widerstand abtreten wird. Von ihren imperialistischen Aufgaben nach außen einmal abgesehen, besteht ihr Zweck ja gerade darin, die Arbeiterklasse niederzuhalten. Aus Sicht der Bourgeoisie im allgemeinen und der im Imperialismus herrschenden Finanzoligarchie (vgl. Kapitel XIV S. 71 ff.) im besonderen ist diese Aufgabe gerade dann am dringendsten, wenn die Machtergreifung der Arbeiterklasse „droht“. Dann muß diese Maschine aus Sicht der Bourgeoisie ihre Funktion erfüllen, indem sie die Arbeiterklasse militärisch niederschlägt und erforderlichenfalls zu offen terrori-

stischen Herrschaftsformen übergeht. Wie die geschichtliche Erfahrung mit dem Faschismus zeigt, ist insbesondere das Finanzkapital zu den widerwärtigsten Verbrechen bereit, wenn seine Herrschaft bedroht ist.

Die Arbeiterklasse kann nur siegen, wenn sie darauf vorbereitet ist, die bürgerliche Staatsmaschine **mittels militärischer Gewalt zu zerbrechen** und dabei **mit äußerster Entschlossenheit** vorzugehen.

So kritisierten Marx, Engels und Lenin die Halbherzigkeiten der Pariser Kommune, die z.B. die Bank von Frankreich nicht in Besitz nahm (vgl. Engels' Kritik daran, MEW 17 S. 622) und die es der Konterrevolution ermöglichte, alle Soldaten - die größtenteils mit der Kommune sympathisierten - aus Paris herauszuführen und in Versailles zum Angriff auf die Kommune zu sammeln. *„Sie ließen es zu, daß sich Mitglieder der Regierung in Ruhe nach Versailles zurückziehen (sogar solche wie Ferry, die sie in der Hand hatten).“* (Marx, Erster Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17 S. 567) *„Die ‘Ordnungsmänner’, die Reaktionäre von Paris, die bei dem Siege des Volkes als dem Wahrzeichen der Vergeltung zitterten, waren sehr verwundert über die Handlungen, die sich von ihren eignen traditionellen Methoden, eine Niederlage des Volkes zu feiern, so seltsam unterschieden. Selbst die Polizeisergeanten fanden, statt entwaffnet und eingesperrt zu werden, die Tore von Paris weit geöffnet, um sicher nach Versailles zu entkommen, während die ‘Ordnungsmänner’ nicht nur unbehelligt blieben, sondern man ihnen sogar erlaubte, sich wieder zu sammeln und die starken Posten mitten in Paris zu besetzen.“* (Marx, Zweiter Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17 S. 587) Selbst nach zwei Aufstandsversuchen der konterrevolutionären Kräfte in Paris unternahm die Kommune keine Repressalien.

Das Zentralkomitee der Nationalgarde beging entgegen dem Rat seiner energischsten Mitglieder den verhängnisvollen Fehler, nicht sofort auf Versailles zu marschieren, wo vorübergehend Bestürzung herrschte und die Kräfte der Konterrevolution noch nicht organisiert waren. *„Es galt, gleich*

nach Versailles zu marschieren (...). Der richtige Moment wurde versäumt aus Gewissenskrupel. Man wollte den **Bürgerkrieg** nicht **eröffnen**, als ob der mischievous avorton (boshafte Zwerg: Thier, politischer Führer der Konterrevolution, d. Verf.) den Bürgerkrieg nicht mit seinem Entwaffnungsversuch von Paris bereits eröffnet gehabt hätte!“ (Marx, Brief an Kugelman, MEW 33 S. 205; oder AW IV S. 442; Hervorhebungen von Marx)

Bekanntlich bedankte sich die Bourgeoisie mit blutigen Metzereien für die „Großmut“ der Kommunarden. Marx kritisierte ferner, daß das Zentralkomitee der Nationalgarde aus „zu ‘ehrenhafte(r)’ Skrupulosität“ „seine Macht zu früh auf(gab), um der Kommune Platz zu machen“. (ebenda, MEW 33 S. 205; oder AW IV S. 442 f.) Es hatte nach dem Sieg der Aufständischen am 18. März 1871 die Macht übernommen und seine Vollmachten am 28. März 1871 an den Rat der Kommune übergeben, der am 26. März gewählt worden war. Es hätte nach Ansicht von Marx den Angriff gegen Versailles organisieren müssen, anstatt die Zeit mit Wahlen zu vergeuden, an denen im übrigen die konterrevolutionäre „Ordnungspartei“ auch nach ihrem zweiten Aufstandsversuch gegen die Kommune teilnehmen durfte. Lenin sprach im Zusammenhang mit solchen Fehlern von „übermäßige(r) Großmut des Proletariats: Es hätte seine Feinde vernichten müssen, statt dessen aber bemühte es sich, sie moralisch zu beeinflussen; es unterschätzte die Bedeutung rein militärischer Aktionen im Bürgerkrieg.“ (Die Lehren der Kommune, LW 13, S. 484)

Engels:

„Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt; sie ist der Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem andern Teil seinen Willen vermittelt Gewehren, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritärsten Mitteln aufzwingt; und die siegreiche Partei muß, wenn sie nicht umsonst gekämpft haben will, dieser Herrschaft Dauer verleihen durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionsären einflößen. Hätte die Pariser Kommune nur einen einzigen Tag Bestand gehabt, wenn sie sich gegenüber den

*Bourgeois nicht dieser Autorität des bewaffneten Volks bedient hätte? Kann man sie nicht, im Gegenteil, dafür tadeln, daß sie sich ihrer nicht umfassend genug bedient hat?“*

(Engels, Von der Autorität, MEW 18 S. 308; oder AW IV S. 291)

Der Versuch, den Einfluß der Reaktion nach und nach friedlich zurückzudrängen, muß scheitern, denn er gibt der Reaktion Gelegenheit, ihre Kräfte zu sammeln und im für sie geeigneten Moment zuzuschlagen. Eine blutige Niederlage der Kräfte des Fortschritts ist dann die Folge. Ein Beispiel dafür ist Chile, wo der sich als Marxist verstehende Präsident Allende den „Weg zum Sozialismus“ mit der Hilfe des bürgerlichen Staates, mit der Hilfe der Armee gehen wollte, deren Generalität ihn schließlich ermorden ließ - womit nicht nur der „friedliche Weg zum Sozialismus“ beendet war, sondern bürgerlich-demokratische Reformen zu nichte gemacht wurden und eine finstere Diktatur errichtet wurde. Mitverantwortlich dafür war die Politik der revisionistischen KPChiles, die auf eine friedliche Entwicklung der Revolution ohne Zerschlagung der alten Staatsmacht orientierte.

Lenins im folgenden komplett abgedrucktes Grußschreiben an die Bayerische Räterepublik im April 1919 macht deutlich, mit welcher Entschlossenheit die Revolutionäre im entscheidenden Moment handeln müssen, um siegen zu können. Lenin hält sich nur einen Satz lang mit Grußformeln auf und kommt dann sogleich zur Sache, zu den konkreten Vorschlägen, die er den Revolutionären in der Stunde der Machtergreifung dringend nahelegt:

*„Wir danken für Ihren Gruß und begrüßen unserseits von ganzem Herzen die Räterepublik in Bayern. Wir bitten Sie sehr, möglichst oft und möglichst konkret mitzuteilen, welche Maßnahmen Sie zum Kampf gegen die bürgerlichen Henker Scheidemann und Co. (Scheidemann: führender Sozialdemokrat, d. Verf.) durchgeführt haben. Haben Sie Arbeiter- und Gesinderäte in den Stadtteilen geschaffen, die Arbeiter bewaffnet, die Bourgeoisie entwaffnet, die Bestände an Kleidung und anderen Erzeugnissen verwendet, um den*

*Arbeitern und besonders den Landarbeitern und Kleinbauern sofortige und umfassende Hilfe zu leisten, haben Sie die Fabriken und die Reichtümer der Kapitalisten in München wie auch die kapitalistischen landwirtschaftlichen Betriebe in seiner Umgebung enteignet, die Hypotheken- und Pachtzahlungen für die Kleinbauern aufgehoben, die Löhne für Landarbeiter und ungelernete Arbeiter verdoppelt oder verdreifacht, alles Papier und alle Druckereien zum Druck populärer Flugblätter und Zeitungen für die Massen beschlagnahmt, den Sechsturentag bei gleichzeitiger zwei- oder dreistündiger Beschäftigung in der Verwaltung des Staates eingeführt, den Wohnraum der Bourgeoisie in München beschränkt, um sofort Arbeiter in die Wohnungen der Reichen einzuweisen, alle Banken in Ihre Hände genommen, Geiseln aus der Bourgeoisie festgesetzt, für die Arbeiter größere Lebensmittelrationen als für die Bourgeoisie eingeführt und die Arbeiter ausnahmslos sowohl für die Verteidigung als auch für die ideologische Propaganda in den umliegenden Dörfern mobilisiert? Die schnellste und umfassendste Durchführung dieser und ähnlicher Maßnahmen bei eigener Initiative der Arbeiter- und Landarbeiterräte und gesondert von ihnen der Kleinbauernräte wird Ihre Stellung festigen. Es ist notwendig, der Bourgeoisie eine außerordentliche Steuer aufzuerlegen und in der Lage der Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern sofort und um jeden Preis eine faktische Verbesserung herbeizuführen.*

*Die besten Grüße und Wünsche für den Erfolg.*

*Lenin“*

(LW 29 S. 314 f.; oder LAW V S. 83 f.)

Alle diese Maßnahmen hätten **unmittelbare militärische Bedeutung** gehabt, auch diejenigen, die auf die sofortige Verbesserung der Lage der Werktätigen abzielten. Letztere sollten nämlich bewirken, daß die Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern die neue Macht als **ihre** Macht begriffen und für ihre Erhaltung kämpften, sich aber jedenfalls nicht gegen sie stellten.

Lenins Telegramm gelangte nicht mehr in die Hände der Räteregierung, die dennoch - unter Führung des Kommunisten Leviné - einen Teil der von Lenin vorgeschlagenen Maßnahmen durchführte: 20.000 Arbeiter erhielten Waffen, die Industriebetriebe und die Banken gingen in das Eigentum des Volkes über, alle Lebensmittelvorräte wurden beschlagnahmt und die Lebensmittel und Gebrauchsartikel unter der Kontrolle der Räteregierung verteilt.

Doch die Räteregierung, der neben Mitgliedern der KPD auch Mitglieder der USPD und der SPD angehörten, versäumte es, die Besitzungen der Gutsbesitzer zu beschlagnahmen, sie tat nichts, um die Lage der Landarbeiter und der werktätigen Bauern zu verbessern. Sie tat also nichts, um sich auf dem Lande Bundesgenossen zu sichern. Das erwies sich als entscheidender Fehler. Reaktionäre Organisationen hetzten die Bauern gegen die Arbeiter auf, so daß sich eine beträchtliche Anzahl den konterrevolutionären Truppen anschloß. Das war eine wesentliche Ursache für die militärische Niederlage.

Es kommt hinzu, daß die Führer der USPD die Aufhebung wichtiger revolutionärer Maßnahmen durchsetzten, was die Arbeiterklasse im entscheidenden Moment schwächte. So durften die bürgerlichen Zeitungen wieder erscheinen - auch diejenigen, die hemmungslos gegen die Rätewacht hetzten -, und die alte bürgerliche Polizei wurde wieder eingesetzt, woraufhin die Kommunisten aus der Räteregierung austraten. Die Kommunisten standen in den ersten Reihen der Arbeiter, die München drei Tage lang gegen die Regierungstruppen hielten und schließlich der Übermacht unterlagen. Die Bourgeoisie schlachtete Hunderte von Kämpfern hin, darunter Eugen Leviné, der die Rätewacht vor dem bürgerlichen Gericht verteidigte, zum Tode verurteilt wurde und mit einem Hochruf auf die Weltrevolution starb.

(vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Berlin 1966, S. 225 f.)

## DIE THESE DER MODERNEN REVISIONISTEN VON DER ANGEBLICHEN MÖGLICHKEIT DES FRIEDLICHEN ÜBERGANGS ZUM SOZIALISMUS

Nach Stalins Tod ergriff in der Sowjetunion eine neue Ausbeuterklasse die Macht, die sich aus innerhalb des Sozialismus bestehenden Schichten gebildet hatte. Da diese Klasse und ihre politischen Repräsentanten kein Interesse am weiteren Voranschreiten zum Kommunismus, zur Beseitigung aller Klassenunterschiede, hatte, konnte sie auch kein Interesse an einer revolutionären Machtergreifung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern haben. Sie war daran interessiert, dies den imperialistischen Ländern zu signalisieren, in der Hoffnung, damit den Druck mildern zu können, den diese Länder auf die Sowjetunion ausübten. So verkündete Chruschtschow 1956 auf dem 20. Parteitag der KPdSU die angebliche Möglichkeit des friedlichen Übergangs zum Sozialismus. Um allerdings ihr marxistisch-leninistisches Aushängeschild nicht fallenzulassen, waren die modernen Revisionisten gezwungen, dies als etwas ganz anderes als die Orientierung ihrer Vorgänger, der Kautsky und Konsorten, darzustellen. Sie versuchten im Gegenteil den Eindruck zu erwecken, sie würden einen prinzipienfesten Kampf gegen derlei Opportunisten führen.

Chruschtschow erklärte:

*„Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Formen des Übergangs zum Sozialismus immer mannigfaltiger werden. Dabei ist es nicht unbedingt notwendig, daß die Verwirklichung dieser Formen unter allen Umständen mit einem Bürgerkrieg verbunden sein wird. Unsere Feinde pflegen uns Leninisten immer und in allen Fällen als Anhänger der Gewalt darzustellen. Es ist richtig, daß wir die Notwendigkeit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft anerkennen. Und das unterscheidet die revolutionären Marxisten von den Reformisten, den Opportunisten. Es besteht kein Zweifel,*

*daß für eine Reihe kapitalistischer Länder der gewaltsame Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die damit verbundene schroffe Zuspitzung des Klassenkampfes unvermeidlich sind. Aber es gibt verschiedene Formen der sozialen Revolution. Und daß wir angeblich Gewalt und Bürgerkrieg als den einzigen Weg zur Umgestaltung der Gesellschaft anerkennen - das entspricht nicht den Tatsachen.“*

(Chruschtschow, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag, Dietz 1956, S. 45)

Die angebliche Abgrenzung zu den Reformisten und Opportunisten besteht also in der Formel von der „Notwendigkeit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische“. Bezüglich des Staates ist diese Formel jedoch ihres prinzipiellen Inhalts beraubt, indem Chruschtschow behauptet, der bürgerliche Staat müsse auch unter imperialistischen Bedingungen jedenfalls nicht in jedem Fall gewaltsam zerschlagen werden.

Chruschtschow verweist in folgendem darauf, daß Lenin im April 1917 die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der russischen Revolution ins Auge faßte. Dies trifft zu, doch Chruschtschows Argumentation ist dennoch ein Taschenspielertrick. Chruschtschow verschweigt, daß diese Möglichkeit nur deshalb bestand, weil der zaristische Staatsapparat **bereits zerschlagen war**, nämlich durch die demokratische Februarrevolution. Es bestand eine Doppelherrschaft: ein schwacher bürgerlicher Staatsapparat neben den Sowjets als Keimen einer proletarischen Macht.

Chruschtschow fährt dann fort:

*„Der Leninismus lehrt, daß die herrschenden Klassen die Macht nicht freiwillig abtreten. Aber die größere oder geringere Schärfe des Kampfes, die Anwendung oder Nichtanwendung von Gewalt beim Übergang zum Sozialismus hängen nicht so sehr vom Proletariat als vielmehr vom Widerstand der Ausbeuter, von der Gewaltanwendung durch die Ausbeuterklasse selbst ab.“*

(ebenda)

Der erste Satz ist richtig, doch der zweite widerspricht ihm. Der zweite Satz soll ja die Möglichkeit nahelegen, daß das monopolistische Kapital keinen gewaltsamen Widerstand gegen die Machtergreifung der Arbeiterklasse leistet, also letztlich **doch** freiwillig abtritt.

Chruschtschow:

*„In diesem Zusammenhang taucht die Frage auf, ob es möglich ist, auch den parlamentarischen Weg für den Übergang zum Sozialismus auszunutzen.“*

(ebenda)

Diese Frage bejaht Chruschtschow:

*„Die rechten bürgerlichen Parteien und die von ihnen gebildeten Regierungen erleiden immer häufiger Bankrott. Unter diesen Umständen hat die Arbeiterklasse, indem sie die werktätige Bauernschaft, die Intelligenz und alle patriotischen Kräfte um sich scharf und den opportunistischen Elementen, die sich von der Politik des Paktierens mit den Kapitalisten und Großgrundbesitzern nicht loszusagen vermögen, eine entscheidende Abfuhr erteilt, die Möglichkeit, den reaktionären, volksfeindlichen Kräften eine Niederlage zu bereiten, eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie in ein Werkzeug des tatsächlichen Volkswillens zu verwandeln.“*

(ebenda S. 46)

Dies steht in offenem Widerspruch zu Marx, denn Chruschtschow zufolge soll die Arbeiterklasse das bürgerliche Parlament, einen wesentlichen Bestandteil des bürgerlichen Staates, keinesfalls zerschlagen, sondern in Besitz nehmen. Der erste Satz soll begründen, warum diese Möglichkeit besteht: „Die rechten bürgerlichen Parteien“ würden „immer häufiger Bankrott“ erleiden. Mit anderen Worten: Diejenigen, die gewaltsamen Widerstand leisten könnten, zersetzen sich zunehmends von selbst. (Die Geschichte hat mittlerweile deutlich genug gezeigt, wie sie sich „von selbst zersetzt“ haben!) Die Formulierung „rechte bürgerliche Parteien“ legt zugleich nahe, daß „linke bürgerliche Parteien“

(die Sozialdemokratie?) entweder gemeinsam mit den Kommunisten für den Sozialismus kämpfen würden oder - wenn sie sich „von der Politik des Paktierens mit den Kapitalisten nicht loszusagen vermögen“ - jedenfalls unfähig seien, ihrerseits gewaltsam Widerstand zu leisten.

Chruschtschow:

*„Die Eroberung einer stabilen parlamentarischen Mehrheit, die sich auf die revolutionäre Massenbewegung des Proletariats, der Werktätigen stützt, würde für die Arbeiterklasse einer Reihe kapitalistischer und ehemals kolonialer Länder die Voraussetzungen schaffen, um grundlegende soziale Umgestaltungen durchzuführen.*

*Gewiß, in den Ländern, in denen der Kapitalismus noch stark ist, wo sich in seinen Händen ein gewaltiger Militär- und Polizeiapparat befindet, ist ein ernsthafter Widerstand der reaktionären Kräfte unvermeidlich. Dort wird sich der Übergang zum Sozialismus unter den Bedingungen eines scharfen Klassenkampfes, eines revolutionären Kampfes vollziehen. Bei allen Formen des Übergangs zum Sozialismus ist die politische Führung durch die Arbeiterklasse mit ihrem Vortrupp an der Spitze die unerläßliche und entscheidende Bedingung. Ohne dies ist der Übergang zum Sozialismus unmöglich.“*

(ebenda S. 47)

Diese Passage ist ein Musterbeispiel für Demagogie:

Das Verhältnis des ersten und des zweiten Absatzes legt auf den ersten Blick nahe, Chruschtschow unterscheide (im Leninschen Sinne!) sehr wohl zwischen den Bedingungen in schwach entwickelten, nicht monopolistischen kapitalistischen Ländern („ehemals koloniale Länder“) einerseits und imperialistischen Ländern (auch wenn er den Begriff nicht nennt) andererseits. In letzteren sei „ein ernsthafter Widerstand der reaktionären Kräfte unvermeidlich“. Ernsthafter Widerstand - damit könnte gewaltsamer Widerstand gemeint sein. Das sagt er aber nicht, und so bleibt die Möglichkeit eines friedlichen, eines parlamentarischen Übergangs offen. Die Arbeiterklasse muß dort „scharf“ kämpfen,

sie muß „revolutionär“ kämpfen - aber eine „revolutionäre Umgestaltung“ hat Chruschtschow ja bereits zuvor so definiert, daß diese auch ohne Bürgerkrieg erfolgen könne. Was auf den ersten Blick so aussehen könnte, als halte Chruschtschow in Bezug auf imperialistische Länder an der Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmacht fest, erweist sich bei näherem Zusehen als die gegenteilige Aussage. Und besonders raffiniert sind die letzten beiden Sätzen. Das „Festhalten“ an der Notwendigkeit der Führung durch die kommunistische Partei erscheint als besonders prinzipienfest, doch wesentlich ist die Aussage, dies sei „bei allen Formen des Übergangs zum Sozialismus“ der Fall - also auch bei friedlichen, und dies eben auch in Ländern, in denen der Kapitalismus über einen gewaltigen Militär- und Polizeiapparat verfügt.

Chruschtschow fährt fort:

*„Man muß mit allem Nachdruck betonen, daß günstigere Bedingungen für den Sieg des Sozialismus in anderen Ländern deshalb entstanden sind, weil der Sozialismus in der Sowjetunion gesiegt hat und in den Ländern der Volkdemokratie siegt.“*

(ebenda, S. 47)

Also ein äußerer Faktor, die Entwicklung in der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern, soll das Kunststück vollbringen, das Wesen der Bourgeoisie und ihres Staates in den kapitalistischen - auch in den monopolkapitalistischen - Ländern zu verändern und sie irgendwie friedfertiger zu machen.

Chruschtschows demagogische „Kunstgriffe“ zeigen, daß es keineswegs leicht für die Revisionisten war, diesen Übergang zu vollziehen, ohne dabei das Gesicht zu verlieren. Bereits auf dem 20. Parteitag entfalteten sie allerdings eine hemmungslose Hetze gegen diejenigen, die an der marxistisch-leninistischen Staatstheorie festhielten. So erklärte Schepilow in einem Diskussionsbeitrag:

*„In den Ländern, wo der Kapitalismus seine Herrschaft noch aufrechterhält, streben Millionen Menschen von ganzem Herzen zum Sozialismus. Sind etwa die Arbeiter, die*

*in Großbritannien der Labourpartei und den Gewerkschaften folgen, keine Anhänger des Sozialismus? Ganz zu schweigen von der kämpferischen, ruhmreichen Arbeiterklasse Frankreichs und Italiens, die so viele Beweise ihrer Treue zu den sozialistischen Idealen gegeben hat. (Beifall.)*

*Unter diesen Verhältnissen können nur Formalisten und Dogmatiker des Marxismus glauben, daß so tiefgehende Umwälzungen wie der Übergang von einer Gesellschaftsordnung zu einer anderen stets nach dem gleichen Muster, nach der gleichen Schablone durchgeführt werden können, sagen wir, in Dänemark ebenso wie in Brasilien, oder in Schweden so wie in Malaya. Das bedeutet das **Wesen** des Marxismus, seinen schöpferischen Geist zu entstellen. Die Geschichte bestätigt voll und ganz die Voraussicht des großen Lenin, daß 'die Entwicklung der Revolution in den verschiedenen Ländern sich in verschiedenen Formen und in verschiedenem Tempo vollzieht (und sich nicht anders vollziehen kann)'."*

(in: Diskussionsreden auf dem XX. Parteitag der KPdSU, Dietz 1956, S. 52 f.; Hervorhebung im Original)

Da sich die Revolution - was zweifellos richtig ist - in verschiedenen Ländern in verschiedenen Formen und in unterschiedlichem Tempo vollzieht, muß sie sich Schepilow zufolge eben auch friedlich vollziehen können, womit dann Lenin als Kronzeuge gegen Lenin angeführt ist. Wer wirklich an Lenin festhält, ist Schepilow zufolge Formalist und Dogmatiker und entstellt das - vom Dietz-Verlag fettgedruckte - „**Wesen**“ des Marxismus. Besonderen Beifall des Parteitags erhielt Schepilow für seine Argumentation, der friedliche Übergang müsse schon deshalb möglich sein, weil die Anhänger von Labour und die englischen Gewerkschafter für den Sozialismus seien und die Arbeiterklasse Frankreichs und Italiens besonders „treu“ zu den „sozialistischen Idealen“ sei - womit klarer als im Rechenschaftsbericht ausgesprochen war, daß der „friedliche Übergang“ gerade für die imperialistischen Länder gedacht war. In Redebeiträgen konnte man sich diesbezüglich eben schon mehr leisten als in offiziellen Dokumenten.

Da sich dieser Punkt nicht um die Frage der Staatsmacht dreht, sei nur am Rande erwähnt, daß Schepilow anschließend Mao Tse-tung lobte, weil dieser erklärt hatte, in China könne *„durch friedliche Methoden, das heißt durch Methoden der Überzeugung und Erziehung nicht nur das Privateigentum durch sozialistisches Eigentum, durch kollektives Eigentum ersetzt werden (...), sondern auch das kapitalistische Eigentum durch das sozialistische Eigentum“*. Dies sei zwar *„vom Standpunkt der Buchgelehrten des Marxismus“* *„nahezu ein Verbrechen gegen die Prinzipien des Marxismus-Leninismus“*, in Wirklichkeit sei es jedoch *„der schöpferische Marxismus-Leninismus in Aktion, ist es eine meisterhafte Anwendung der marxistischen Dialektik unter den konkreten Bedingungen in China, was die heldenhafte Kommunistische Partei Chinas so kühn und weise realisiert. (Beifall)“* (ebenda S. 53) Den chinesischen Kapitalisten sollten also durch *„Methoden der Überzeugung und Erziehung“* die Vorteile des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus nahegebracht werden...

Kuusinen erklärte in seinem Diskussionsbeitrag:

*„Die Frage der verschiedenen Formen des Übergangs zum Sozialismus in verschiedenen Ländern ist nicht nur von großer theoretischer Bedeutung. Diese auf die Äußerungen Lenins (sieh an! d. Verf.) und die Verallgemeinerung der jüngsten historischen Erfahrungen gestützte neue Fragestellung (immerhin: **neue** Fragestellung! wenngleich auf Lenins Äußerungen „gestützt“, d. Verf.) kann unmittelbare praktische Bedeutung für die Arbeit der kommunistischen Parteien in den Ländern des Kapitals gewinnen. Für besonders wichtig halte ich es, daß die Klärung dieser Frage den Kampf der kommunistischen Bruderparteien für die Überwindung der politischen Spaltung der Arbeiterklasse erleichtern wird. Viele sozialdemokratische Arbeiter werden zweifellos die Ansicht begrüßen, daß der Weg des Übergangs zum Sozialismus nicht für alle Länder durch die gleiche Hauptstraße führt, die so schnurgerade verläuft wie der Newski Prospekt.“*

(ebenda S. 328; der Newski-Prospekt ist die Hauptstraße Leningrads)

Hier kommt es gar so heraus, als seien diejenigen, die an der Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmacht festhalten, Opportunisten, die einen „einfachen Weg“ suchen, während die Chruschtschow-Leute „prinzipienfest“ verlangen, mühevoll „verschlungene Wege“ zu gehen. Richtig aber ist sicherlich, daß man sich auf diese Weise der Sozialdemokratie annäherte.

So war der 20. Parteitag der KPdSU eine Ermunterung für alle opportunistischen Kräfte in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, ihre Politik des Zurückweichens vor dem Druck des Kapitals und seines Staates als „leninistische Prinzipienfestigkeit“ zu verkaufen. So trug dieser Parteitag maßgeblich zur Zersetzung dieser Parteien teil. Es kam tatsächlich zu einem friedlichen Übergang - nämlich der kommunistischen Parteien, die Chruschtschows Orientierung folgten, zur Anbietung an die Sozialdemokratie und zur Versöhnung mit der bürgerlichen Ordnung. Als in der BRD 1968 nach Absprachen im Innenministerium die DKP gegründet wurde, orientierte sie eindeutig auf einen friedlichen Übergang zum Sozialismus. Kein Wunder, daß Robert Steigerwald, ein führender Theoretiker der DKP, in der UZ vom 9.2.2001 in einem Artikel zum 45. Jahrestag des 20. Parteitags der KPdSU die Orientierung dieses Parteitags im allgemeinen und die These von der Möglichkeit eines friedlichen Übergangs im besonderen rechtfertigte.

## DIE GEWALTFRAGE DARF NICHT VERABSOLUTIERT WERDEN

Die KPD (damals KPD/ML) wurde an der Jahreswende 1968/69 neugegründet, weil die alte, verbotene KPD sich am modernen Revisionismus orientiert hatte und die 1968 gegründete DKP von Anfang an keine kommunistische Partei war. Es war von großer Bedeutung, daß die KPD/ML die erstmals auf dem 20. Parteitag der KPdSU formulierten Thesen des modernen Revisionismus prinzipiell zurückwies, darunter auch die These von der Möglichkeit des friedlichen Übergangs. In einer Art Pendelbewegung kam es allerdings zu einer schädlichen **Verabsolutierung der Gewaltfrage**. So galt es eine gewisse Zeit lang als obligatorisch, daß Flugblätter die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution enthalten mußten, wo es doch erst einmal darum hätte gehen müssen, die Menschen in bestimmten, sie unmittelbar bewegenden Fragen einen Schritt weiterzubringen. Gewalt ist kein Selbstzweck, sondern erscheint Menschen, die konsequent für ihre Interessen eintreten, bei einer bestimmten Zuspitzung des Kampfes als notwendig. Oder sie werden darauf gestoßen, weil die bürgerliche Staatsmacht ihrerseits die Gewaltfrage aufwirft. Weder das eine noch das andere kann durch abstrakte Propaganda künstlich vorweggenommen werden; es bedarf hier vielmehr der unmittelbaren Erfahrung der Massen. Die kommunistische Partei muß **politisch** führen und im richtigen Moment in richtiger Weise zur Frage der Gewalt Stellung nehmen, doch es ist **schädlich**, wenn sie zum falschen Zeitpunkt und in abstrakter Weise die Gewaltfrage gegenüber den Massen aufwirft und damit auf einem Punkt herumreitet, in welchem die ideologische Vorherrschaft der Bourgeoisie („Gewaltmonopol des Staates“) besonders stark ist.

Im Theoretischen Organ 1-2/92 der KPD wurde dazu selbstkritisch ausgeführt:

„Kein Wunder, daß unsere Partei mit der abstrakten Gewalt-Propaganda, die sie damals betrieb, bei den Werktätigen keine großen Sympathien ernten konnte. Und zwar nicht in erster Linie wegen der 'Rückständigkeit der Massen' (...).

(...)

Eine damals sehr häufig gebrauchte Parole im öffentlichen Auftreten der Partei bestand in den Worten: 'Nur der Griff der Massen zum Gewehr - schafft den Sozialismus her.' (...) Mit dieser Parole glaubte man, äußerst prinzipienfest sowohl den Revisionismus als auch den Terrorismus zu 'entlarven', denn es wurde ja die revolutionäre Gewalt 'der Massen' 'verteidigt'. Dabei bemerkte man gar nicht, daß man in einem entscheidenden Punkt jene bürgerliche Ideologie angenommen hatte, der sowohl die Revisionisten als auch die Terroristen huldigen: Der Ideologie von den 'Führern', die die Geschichte machen. Denn wie sollten die Massen dazu gebracht werden, mit revolutionärer Gewalt den Sozialismus zu erkämpfen? Dadurch, daß die 'Führer' ihnen schlichtweg **sagen**, sie sollten das doch bitteschön tun!

Oder nehmen wir ein Lied, das in der Zeit des Sektierertums von den Agitprop-Trupps der Partei gesungen wurde, in dem es hieß: 'Drum stellen wir uns die Frage: Reform oder Revolution? Was ändert unsre Lage, was beendet unsre Fron?' Bereits die **Gegenüberstellung** Reform **oder** Revolution ist dem Inhalt nach unmarxistisch. Jeglicher Klassenkampf, der nicht der Sturz der alten Ordnung ist, ist ein Kampf um Verbesserungen im Rahmen dieser Ordnung, also ein Kampf um Reformen. Wie kann man aber jemals an den Sturz der kapitalistischen Ordnung herankommen, wenn es die Arbeiter und anderen Werktätigen nicht lernen, im Rahmen dieser kapitalistischen Ordnung für ihre Interessen zu kämpfen, also für Reformen zu kämpfen? Die revolutionäre Orientierung kann also nicht in der Ablehnung des Kampfes für Reformen bestehen, sondern darin, daß dieser Kampf ohne Rücksicht auf die Interessen des Klassenfeindes geführt wird, ohne Schielen darauf, daß man

*sich ja letztlich doch arrangieren muß, ohne die Ideologie, mit dem Klassengegner 'in einem Boot zu sitzen'. Das ist das eine. Zum anderen aber hat auch die Form einer solchen abstrakten Propaganda mit dem Marxismus nichts gemein. Die gewaltsame Form der proletarischen Revolution ist kein Selbstzweck; die Arbeiter können folglich nur aus dem praktischen Kampf für ihre Interessen, aus den Erfahrungen dieses Kampfes heraus, lernen, daß sie diese Interessen letztlich nur durchsetzen, indem sie den Terror des Klassenfeindes brechen, also nur in gewaltsamer Form. Die Vorhut der Arbeiter, die Kommunistische Partei, muß natürlich zu jedem Zeitpunkt eine klare Vorstellung davon haben, doch nützt es dem Kampf der Klasse nichts, wenn die Partei die Frage der Gewalt in der Agitation in abstrakter Weise herausstellt, ohne daß dies mit konkreten Erfahrungen der Klasse verbunden ist. Eine solche Vorstellung von kommunistischer Propaganda, eine solche Vorstellung von den Aufgaben einer Vorhutpartei ist sogar im Wesen revisionistisch: Sie trennt die Partei von der Klasse, weist der Partei die Rolle zu, über der Klasse zu thronen und sie zu dirigieren, abstrakte 'ewige Wahrheiten' zu verkünden, anstatt die Klasse in einer konkreten Situation konkret zu führen bzw. diese Führung anzustreben.“*

(Weg der Partei, Theoretisches Organ der KPD, 1-2/92, S. 72 ff.; Hervorhebungen im Original)

Eine andere Schwäche der KPD/ML bzw. KPD im Kampf gegen den modernen Revisionismus bestand darin, daß letzterer vor allem als ein Abgehen von Prinzipien bzw. ein Aufstellen revisionistischer Thesen (wie z.B. der Möglichkeit des friedlichen Übergangs) aufgefaßt wurde, während die sozialen Triebkräfte, die den Revisionismus hervorriefen, unzureichend untersucht und begriffen wurden. (Vgl. im einzelnen den im „Weg der Partei“ 1-2/92 enthaltenen Artikel „Parteiaufbau und Kampf gegen den modernen Revisionismus“.) Beispielsweise war es eine lange und widersprüchliche Entwicklung innerhalb der sozialistischen Sowjetunion, die zur Machtergreifung der Chruschtschow-Gruppe und der Beseitigung des Sozialismus geführt hatte. Die

auf dem 20. Parteitag und danach verkündeten revisionistischen Thesen waren nur eine **Folge** des bereits vollzogenen Machtwechsels, der bereits vollzogenen Konterrevolution.

Zuvor hatten die Revisionisten marxistisch-leninistische Begriffe wie z.B. „Diktatur des Proletariats“ im Munde geführt, während sie in der Praxis alles getan hatten, um diese Diktatur zu schwächen und zu untergraben. Die offene Beseitigung marxistisch-leninistischer Begriffe war erst der letzte Akt.

*„Der Kampf um die Begriffe, also der theoretische Kampf, spielt freilich keineswegs eine unwichtige Rolle. Doch dieser Kampf darf nicht erst dann beginnen, wenn die Stellung der Revisionisten so stark ist, daß sie darangehen, auch noch die Worthülsen marxistisch-leninistischer Begriffe zu begraben (die sie freilich bei Bedarf jederzeit wieder hervorkramen: auch die Chruschtschow- und die Breshnew-Leute redeten durchaus wieder von 'Herrschaft der Arbeiterklasse', wenn es ihnen dazu nutzte, ihre neue Klassendiktatur zu verbrämen). Der theoretische Kampf muß bereits da einsetzen, wo aufgrund von Klasseninteressen, die dem proletarischen Klasseninteresse entgegengesetzt sind, bestimmte Bestandteile von marxistisch-leninistischen Begriffen verabsolutiert werden und andere notwendige Bestandteile zunehmend in den Hintergrund treten.*

*Beispielsweise ist die führende Rolle der kommunistischen Partei **ein** notwendiger Bestandteil der Diktatur des Proletariats. Verabsolutiert man diesen Bestandteil jedoch, so geht ein anderer wesensnotwendiger Bestandteil, nämlich die Orientierung auf die Selbsttätigkeit der Werktätigen, nach und nach verloren. Die führende Rolle der Partei soll jedoch gerade mit dem Ziel ausgeübt werden, diese Selbsttätigkeit maximal zu fördern. Geht dieses Ziel verloren, so ändern die führende Rolle der Partei und die Diktatur ihren Klasseninhalt. Eine Entstellung der Begriffe durch Verabsolutierung einzelner ihrer Merkmale kann durchaus eine Auswirkung auf die realen Lebensverhältnisse haben. Wird z.B. in der Theorie die Frage der Selbsttätigkeit der Arbeiter und der übrigen Produzenten, ihre unmittelbare Teil-*

*nahme an der Leitung, zunehmend in den Hintergrund gedrängt, so kann dies dazu dienen, die Arbeiter ideologisch zu entwaffnen; es kann die Stellung privilegierter Spezialisten real verstärken. Aus diesem Grunde hat der Kampf um die Verteidigung marxistisch-leninistischer Begriffe gegen den Revisionismus durchaus enorme Bedeutung, doch darf man die Begriffe nicht mit bloßen Worthülsen verwechseln und sich zufriedengeben, wenn Revisionisten markige Worte und Symbole benutzen.“*

(ebenda S. 62 f.; Hervorhebung im Original)

## **WIE EINE PARTEI KÄMPFEN UND TROTZDEM ZUM OPPORTUNISMUS ÜBERGEHEN KANN**

Wir sagten, daß die These des 20. Parteitags der KPdSU von der Möglichkeit des friedlichen Übergangs zum Sozialismus die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern schwächte. Doch es mußte innere Entwicklungen in diesen Parteien gegeben haben, aufgrund derer der von außen, von der KPdSU kommende Revisionismus derart verheerende Wirkungen in den westeuropäischen Parteien haben konnte, wie dies der Fall war - der sogenannte Eurokommunismus verkam in seinen theoretischen Äußerungen schneller zu einer Apologie der imperialistischen Staaten, als dies den sowjetischen Revisionisten an der Macht lieb war.

Enver Hoxha untersucht diese Frage in seinem Buch „Eurokommunismus ist Antikommunismus“, S. 56 ff. Diese Ausführungen sind äußerst lehrreich. Sie zeigen, aufgrund welcher Wirkungslinien in kommunistischen Parteien, die durchaus aktiv kämpfen, revisionistische Haltungen gegenüber dem bürgerlichen Staat entstehen und erstarken können, ohne daß die betreffenden Parteien die Theorie des Marxismus-Leninismus sogleich in Frage stellen. Bemerkenswerterweise entwickelten sich derartige Gefahren in den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens gerade in einer Situation, in der diese Parteien im Kampf gegen den Faschismus bedeutende Erfolge erzielt hatten und gute Mög-

lichkeiten gehabt hätten, den Kampf um die Beseitigung der bürgerlichen Staatsmacht zu führen.

*„Die Kommunistische Partei Frankreichs spielte eine maßgebliche Rolle bei der Bildung der Volksfront in Frankreich. Sie war es, die 1935 auf ihrem Parteitag in Nantes die Losung der Volksfront ausgab, eine Losung, die schnell von den breiten Massen des französischen Volkes aufgegriffen wurde. Die Komintern schätzte die Arbeit und die Bemühungen der Kommunistischen Partei Frankreichs hoch ein. Dennoch muß gesagt werden, daß die KPF es nicht verstand beziehungsweise nicht imstande war, aus der Situation Kapital zu schlagen und sie zugunsten der Arbeiterklasse zu nutzen.*

*Die kommunistische Partei sprach offen über die Gefahr, die Frankreich vom inneren und äußeren Faschismus drohte, sie nannte diese Gefahr beim Namen, ging auf die Straße, doch die Maßnahmen dagegen, überhaupt alles erwartete sie von den 'legalen' Regierungen, den von einem bürgerlichen Parlament gebildeten und zusammengestellten bürgerlichen Regierungen. Das zeigte sich, als die Volksfront gegründet wurde. Diese war ein Erfolg für die Kommunistische Partei Frankreichs, denn die Volksfront verbaute in der damaligen komplizierten Situation der Errichtung einer faschistischen Regierung in Frankreich den Weg. Obwohl die Regierung Blum einige Maßnahmen zugunsten der Arbeiterklasse traf, verletzte und verriet sie in der Innen- und Außenpolitik das Programm der Volksfront. Die kommunistische Partei, die an der Volksfrontregierung nicht beteiligt war, sie aber im Parlament unterstützte, war außerstande, diesen Prozeß zu verhindern. **An die Stelle des Massenkampfes, der Streiks, der Demonstrationen und Aktionen traten die wöchentlichen Zusammenkünfte, die Leon Blum bei sich zu Hause mit Thorez und Duclos (Führer der KPF, d. Verf.) durchführte.***

*Der Chef der Volksfrontregierung (Blum, d. Verf.) war ein Sozialist, und die Sozialisten waren in der Regierung sehr stark vertreten, **doch der Regierungsapparat blieb im Zentrum und an der Basis der alte.** Die Armee blieb 'la*

*grande muette*. (Die große Stumme. Gemeint ist: eine unpolitische Kraft, ein bloßer Befehlsempfänger der Bourgeoisie, d. Verf.) Sie wurde, wie schon unter den früheren Regierungen, von der reaktionären Offizierskaste kommandiert, die aus den bürgerlichen Militärakademien hervorgegangen war, wo Führungskräfte zur Unterdrückung des französischen Volkes und zur Eroberung von Kolonien, nicht aber für den Kampf gegen den Faschismus und die Reaktion ausgebildet wurden.

Die Kommunistische Partei Frankreichs war in ihrem Handeln nicht konsequent, sie richtete sich nicht auf den wirklichen Kampf gegen den Faschismus und die Reaktion ein. **Ihre Propaganda und Agitation, die Demonstrationen und Streiks, die sie führte, lagen nicht auf der Linie, der Bourgeoisie die Macht zu entreißen. Auch wenn die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus nicht bestritten wurden, nahmen die Tätigkeit und der Kampf dieser Partei doch unwillkürlich und unmerklich die Form eines Kampfes um Reformen, um ökonomische Forderungen auf gewerkschaftlicher Ebene an.** (Gemeint ist: ohne dies in den Rahmen einer Strategie zu stellen, die darauf gerichtet war, der Bourgeoisie die Macht zu entreißen, obwohl die Bedingungen hierfür günstig waren, d. Verf.) Die Gewerkschaften spielen natürlich nur dann eine revolutionäre Rolle, wenn sie richtig geführt und wenn in ihnen revolutionäre Verhältnisse hergestellt werden, sonst verfällt die Gewerkschaftsbewegung in eine von den Gewerkschaftsführern bewirkte Routine. Die Haltung, die dann eingenommen wird, mag einmal richtig, einmal abweichlerisch, einmal liberal, einmal opportunistisch sein, aber immer mündet sie letztendlich in fruchtlose Verhandlungen und in Kompromisse mit dem Unternehmertum.

Als der Spanienkrieg ausbrach, unterstützte die Kommunistische Partei Frankreichs die Kommunistische Partei Spaniens und das spanische Volk aktiv in seinem Kampf gegen Franco, durch Agitation und Propaganda und durch materielle Hilfe. Sie rief zur Entsendung Freiwilliger nach Spanien auf, und Tausende von Parteimitgliedern und andere

französische Antifaschisten folgten ihrem Ruf. Dreitausend von ihnen fielen in Ehren auf spanischem Boden. Wichtige Führer der Partei nahmen direkt am Kampf teil oder gingen bei verschiedener Gelegenheit nach Spanien. Die Freiwilligen, die in vielen Ländern zu den Internationalen Brigaden nach Spanien aufbrachen, nahmen meist den Weg über Frankreich. Es war die Kommunistische Partei Frankreichs, die ihre Durchreise organisierte.

Im Verlauf des Spanienkrieges gewannen die französischen Kommunisten und die französische Arbeiterklasse neue Kampferfahrungen, die die alte Tradition der revolutionären Kämpfe des französischen Proletariats bereicherten. Dies bedeutete ein großes Kapital, eine revolutionäre Erfahrung, gewonnen in frontalen, organisierten Klassenkämpfen gegen die brutale frankistische Reaktion, gegen die italienischen Faschisten und die deutschen Nazis sowie gegen die französische Reaktion selbst und die Weltreaktion. Auf dieses revolutionäre Kapital hätte die Partei in den kritischen Momenten des zweiten Weltkrieges und der Besetzung Frankreichs zurückgreifen müssen, es wurde aber in Wirklichkeit nicht getan.

Die Kommunistische Partei Frankreichs entlarvte die Politik von München (das Münchner Abkommen, d. Verf.), durch die Daladier und Bonnet (französische Politiker, d. Verf.) Hitler Konzessionen machten und dabei die Interessen des tschechoslowakischen Volkes verschacherten, um Hitlers Kriegsmaschine gegen die Sowjetunion zu lenken. Sie verteidigte ohne Schwanken den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und hielt den Verleumdungen und Verfolgungen der Bourgeoisie stand. Sie rief zum Widerstand gegen die deutschen Besatzer und ihre Kollaborateure in Vichy auf und erhob sich mutig zum Kampf gegen sie. (Vichy, im vorerst von Deutschland nicht besetzten Teil Frankreichs gelegen, war der Sitz einer französischen Marionettenregierung der deutschen Faschisten, d. Verf.) Dieser Kampf, der mit Aktionen, Streiks, Demonstrationen, Sabotageakten begann, weitete sich immer mehr aus. Die FTP (französische Partisaneneinheiten unter Führung der KPF, d. Verf.), die

von der kommunistischen Partei gebildet wurden, waren die einzigen Formationen, die gegen die Besatzer kämpften, während die gaullistischen 'reseaux' (Netze), wie schon aus dem Namen hervorgeht, nichts anderes waren als Geheimdienstnetze, die für die Alliierten nützliche militärische Informationen sammeln sollten. Während die Gaullisten dazu aufriefen, die Landung abzuwarten und erst dann in Aktion zu treten, kämpfte die kommunistische Partei tapfer für die Befreiung des Landes.

Die Kommunistische Partei Frankreichs organisierte und entwickelte im Befreiungskampf den Widerstand gegen die Besatzer, sie mühte sich und tat etwas für die antifaschistische Front. **Dennoch hatte sie, wie die Ereignisse zeigten, die Machtergreifung nicht ins Auge gefaßt und geplant oder ging, wenn sie sie geplant hatte, wieder davon ab.**

Davon zeugt die Tatsache, daß die Partei während des Krieges viele Komitees der nationalen Befreiung schuf, **jedoch nicht darauf achtete und nicht das geringste dafür tat, daß sich diese Komitees als Kern der neuen Staatsmacht Anerkennung verschafften.** Die Partisanenformationen blieben von Anfang bis Ende klein und ohne organisatorische Verbindung untereinander. **Die Partei warf niemals die Frage nach der Schaffung großer Formationen, einer wirklichen nationalen Befreiungsarmee auf.**

Die Kommunistische Partei Frankreichs führte weiter einen von ihr selbst geleiteten antifaschistischen Kampf, doch sie verwandelte ihn nicht in einen revolutionären Kampf des ganzen Volkes. Und nicht nur das. Sie fand auch noch, es sei zweckmäßiger und 'revolutionärer', de Gaulle zu bitten, in sein Komitee 'Freies Frankreich' auch einen ihrer Vertreter aufzunehmen. All das hieß: 'Bitte, Herr de Gaulle, laß auch mich in dein Komitee hinein.' Das hieß: 'Herr de Gaulle, die Kommunistische Partei Frankreichs und die Partisaneneinheiten unterstellen sich deinem Kommando und dem Kommando des Komitees Freies Frankreich'. **Das hieß: 'Herr de Gaulle, wir Kommunisten haben nicht vor, so etwas wie eine Revolution zu machen oder die Macht zu ergreifen, wir wollen nur, daß im künftigen**

**Frankreich das alte Parteienspiel, das 'demokratische' Spiel wiederaufgenommen wird und auch wir nach unserem Stimmenanteil an der künftigen Regierung beteiligt werden.'**

Während die französischen Kommunisten auf diese Weise verfuhrten, bereitete die Bourgeoisie die Kräfte vor und organisierte sie, um in Frankreich die Macht zu übernehmen, sobald die anglo-amerikanischen Verbündeten dort landeten. Das von der Gruppe de Gaulles geführte, in London gebildete und in Algier zur Regierung erklärte Nationalkomitee hielt man für die geeignetste Kraft, diese Macht zu übernehmen. Natürlich sollte dies im Zusammenspiel mit den inneren Kräften geschehen, die von der Bourgeoisie vorbereitet und in Bewegung gesetzt worden waren, im Zusammenspiel mit der alten Armee, die von Generalen kommandiert wurde, die zuerst Pétain (französische Marionettenregierung der deutschen Faschisten, d. Verf.) gedient hatten und sich dann, als klar wurde, daß das deutsche Schiff am Sinken war, in den Dienst de Gaulles stellten. **Das war eine gefährliche Situation, die die Kommunistische Partei Frankreichs nicht richtig beurteilte und einschätzte oder nicht gründlich genug untersuchte. Sie fürchtete sich vor Komplikationen mit den alliierten Landungstruppen, sie fürchtete sich vor de Gaulle und den Kräften, die er um sich geschart hatte, sie fürchtete sich also vor dem Bürgerkrieg und insbesondere vor dem Krieg mit den Anglo-Amerikanern.**

Die kommunistische Partei vergaß das Beispiel der heldenhaften Kommunarden, die sich, eingeschlossen von Bismarcks deutschen Heeren, gegen die Versailler erhoben, 'den Himmel stürmten', wie Marx sagte, und die Pariser Kommune gründeten. 'Man mußte die Kräfte abwägen', mögen die Theoretiker der Rechtfertigung dieses verhängnisvollen Fehlers der Kommunistischen Partei Frankreichs während des zweiten Weltkrieges sagen. Gewiß, die Kräfte mußten abgewogen werden. Doch wenn schon die Kommunarden ohne Partei, ohne Organisation, ohne Verbindung zur Bauernschaft und dem übrigen Frankreich, eingeschlos-

*sen durch die ausländischen Besatzungstruppen zum Sturm übergangen und die Macht ergriffen, um wieviel hundertmal erfolgreicher hätte dann die französische Arbeiterklasse - mit ihrer Partei an der Spitze, in Schlachten gestählt, mit dem Marxismus-Leninismus als Leitstern und mit einem großen, mächtigen Kampfverbündeten wie der Sowjetunion - an der Spitze der werktätigen Massen und der wahren Patrioten das unsterbliche Werk der Kommunisten vollenden können.“*

(Enver Hoxha, Eurokommunismus ist Antikommunismus, Dortmund 1980, S. 57 ff.; Hervorhebungen v. Verf.)

Wir haben dies so ausführlich zitiert, weil hier deutlich wird, wie es möglich war, daß eine große, erfahrene kommunistische Partei in einer Periode komplizierter Kämpfe und wechselnder Situationen durchaus revolutionär agierte, mutig kämpfte, Erfolge errang und Ansehen in der Bevölkerung erwarb **und dennoch an entscheidenden Punkten zum Opportunismus übergang**. Zu keinem Zeitpunkt stellte sie prinzipielle Aussagen des Marxismus-Leninismus über die Aufgaben der Arbeiterklasse gegenüber dem Staat theoretisch in Abrede, doch die praktische Orientierung - die man als Ergebnis des Abwägens der Kräfteverhältnisse darstellen konnte - war nicht darauf gerichtet, der Bourgeoisie die Macht zu entreißen. Dies zeigt, daß der Übergang einer Partei zum Revisionismus sich im **Unterlassen notwendiger Maßnahmen** äußern kann, und ein solcher Prozeß ist sehr viel schwerer zu durchschauen als die offene Revision der marxistisch-leninistischen Theorie. In der Regel wird es so sein, daß die Theorie erst dann offen revidiert wird, wenn in der Praxis bereits wichtige Weichenstellungen in Richtung Revisionismus erfolgt sind.

Es war richtig, daß die kommunistische Partei die Volksfrontregierung unterstützte, obwohl es eine bürgerliche Regierung war, denn diese Regierung wandte sich gegen die Bedrohung durch den deutschen Faschismus und seine französischen Helfershelfer. Es war richtig, daß die Führer der KPF regelmäßig mit Leon Blum zusammentrafen, doch es war falsch, daß diese Zusammenkünfte „an die Stelle des Massenkampfes, der Streiks, der Demonstrationen und Ak-

tionen traten“, also an die Stelle des revolutionären Tageskampfes der Partei. Natürlich war es nicht leicht, dieses Bündnis einzugehen und zugleich an einer revolutionären Orientierung der Tagespolitik der Partei festzuhalten. Wenn die Kommunisten weiter revolutionäre Massenkämpfe geführt hätten, hätte die Regierung behauptet, sie würden dadurch die Regierung schwächen und dem deutschen Faschismus nutzen. Doch es war eine bürgerliche Regierung, und die bürgerliche Staatsmacht blieb unverändert bestehen. Die kommunistische Partei mußte daher gegenüber dieser Regierung - auch wenn sie sie unterstützte - unabhängig bleiben, durfte den revolutionären Massenkampf, das Eintreten für die Tagesinteressen der Arbeiterklasse nicht einstellen. Sie mußte das Ansehen, welches sie sich innerhalb des antifaschistischen Kampfes erwarb, nutzen, um die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse in jeder Situation konsequent zu verfechten, und genau das tat sie nicht. Sie paßte sich an, unter Aufrechterhaltung des „fernen sozialistischen Zieles“ in der Phrase. Die kommunistische Partei mußte die Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Führern nutzen, um diese ihrerseits unter Druck zu setzen, um von ihnen zu fordern, für diese und jene konkreten Interessen der Arbeiterklasse einzutreten, und um sie öffentlich zu kritisieren, wenn sie es nicht taten, ohne deshalb die Zusammenarbeit gegen den Faschismus einzustellen. Doch die Führer der KPF glaubten offenbar, die Zusammenarbeit gegen den Faschismus erfordere den Verzicht darauf, gegenüber den Bündnispartnern die eigenen Interessen der Arbeiterklasse zu verfechten.

Im übrigen zeigt sich am Beispiel der KPF deutlich, daß die Gewaltfrage bzw. die Frage der Staatsmacht ein neuralgischer Punkt ist, der gewissermaßen zum Opportunismus einlädt. Die KPF kämpfte zwar militärisch gegen den deutschen Faschismus, doch zu keinem Zeitpunkt hatte sie die Orientierung, die Partisaneneinheiten organisatorisch zu verbinden und damit den Keim einer proletarischen Staatsmacht zu schaffen. Sie führte den Krieg gegen die deutschen Faschisten, doch sie fürchtete den Bürgerkrieg sowie den

Krieg gegen die mit der eigenen Bourgeoisie verbündeten Angloamerikaner. Sie gab letztlich ihre politischen und militärischen Positionen kampflos auf, indem sie vor de Gaulle kapitulierte und auf einen Machtkampf mit der eigenen Bourgeoisie trotz nicht ungünstiger Aussichten verzichtete. Das war das Ende vom Lied. Doch ein solches Zurückweichen in der entscheidenden Frage der Staatsmacht hängt stets damit zusammen und wird dadurch vorbereitet, daß man sich vorher bereits abgewöhnt hat, in Tagesfragen konsequent die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse zu vertreten. Die Kapitulation vor de Gaulle war gewissermaßen durch das regelmäßige Kaffee-Trinken mit Leon Blum vorbereitet worden, welches man nicht durch „Unfreundlichkeiten“ hatte stören wollen.

Ähnliche Entwicklungen wie in der Kommunistischen Partei Frankreichs fanden zur gleichen Zeit auch in der Kommunistischen Partei Italiens statt:

*„Der antifaschistische Kampf in Italien hatte seine eigenen Kennzeichen und Merkmale, doch die Ziele, die sich die Führung der Kommunistischen Partei Italiens gesetzt hatte, ihre Schwankungen und Zugeständnisse gleichen denen der Kommunistischen Partei Frankreichs.*

*Zu Beginn des zweiten Weltkrieges befanden sich die leitenden Kader der Kommunistischen Partei Italiens zum größten Teil in Frankreich. Sie fielen fast alle in die Hände der Polizei. Unter ihnen war auch der Generalsekretär der Partei, Palmiro Togliatti, der sich gleich nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis im März 1941 auf den Weg in die Sowjetunion machte.*

*Obwohl die Kommunistische Partei Italiens gegenüber dem Aggressionskrieg, den die faschistischen Mächte vom Zaun gebrochen hatten, eine richtige Haltung einnahm und ihn als imperialistischen Raubkrieg verurteilte, blieb ihre Tätigkeit doch begrenzt. Die gesamten Bemühungen dieser Partei konzentrierten sich auf die Bildung einer Koalition der antifaschistischen Parteien in der Emigration, auf einige Aufrufe, Resolutionen und Propagandaschriften.*

*Im März 1943 gelang es der Partei, die Mitte 1942 ihre Tätigkeit im Land wieder aufgenommen hatte, in verschiedenen Regionen eine Reihe mächtiger Streiks zu organisieren, die vom Anwachsen der antifaschistischen Volksbewegung zeugten. Diese Streiks beschleunigten den Gang der Ereignisse, die zum Sturz Mussolinis führten.*

*Aus Furcht vor der Revolution hatten die italienische Bourgeoisie und das Symbol ihrer Herrschaft, der König, im Jahr 1922 Mussolini an die Macht geholt. Und dieselbe Furcht veranlaßte sie und den König dazu, Mussolini im Juli 1943 wieder von der Macht zu verjagen.*

*Der Sturz Mussolinis erfolgte durch einen Staatsstreich der führenden Kaste. Dieser Staatsstreich war das Werk des Königs, Badoglios und anderer hoher Vertreter der Hierarchie des Faschismus. Angesichts der unvermeidlichen Niederlage Italiens wollten sie so der Gefahr zuvorkommen, daß sich die italienische Arbeiterklasse und das italienische Volk zum Kampf und zur Revolution erhoben, wodurch nicht nur der Faschismus und die Monarchie gestürzt worden wären, sondern auch die Herrschaft der italienischen Bourgeoisie als Klasse selbst in Gefahr geraten wäre.*

*Die Widerstandsbewegung des italienischen Volkes gegen den Faschismus nahm besonders nach der Kapitulation Italiens einen großen Aufschwung. In Norditalien, das noch von den Deutschen besetzt war, wurde auf Initiative der Partei der Befreiungskampf organisiert, der breite Massen der Arbeiter, der Bauern, der antifaschistischen Intellektuellen usw. miteinbezog. Es wurden große reguläre Partisanenformationen geschaffen, die zum überwiegenden Teil von der Partei geführt wurden.*

*Außer den Partisaneneinheiten und -abteilungen wurden in Norditalien, gleichfalls auf Initiative der kommunistischen Partei, auch Komitees der nationalen Befreiung geschaffen. Die Partei kämpfte darum, diese Komitees zu neuen Organen der demokratischen Macht zu machen, doch in Wirklichkeit blieben sie Koalitionen verschiedener Parteien. Dies verhinderte, daß sie sich in echte Organe der Volksmacht verwandelten.*

Während der Kampf der Partei in Norditalien im allgemeinen auf richtige Weise geführt wurde und nicht nur zur Befreiung des Landes, sondern auch zur Errichtung der Volksmacht hätte führen können, stellte die Partei im Süden und im nationalen Maßstab die Frage der Machtergreifung überhaupt nicht. Sie forderte lediglich die Bildung einer starken Regierung mit Autorität und kämpfte nicht für den Sturz der Monarchie und Badoglios. **Während im Land günstige Bedingungen dafür bestanden, die Revolution voranzutreiben, hatte die kommunistische Partei nur ein Minimalprogramm. Die Partei war für eine parlamentarische Lösung im Rahmen der Legalität der bürgerlichen Ordnung. Ihr weitestgehender Anspruch war die Beteiligung an der Regierung mit zwei oder drei Ministern.**

Auf diese Weise geriet die Kommunistische Partei Italiens in das Wechselspiel der bürgerlichen Politik und machte ein prinzipienloses Zugeständnis nach dem andern. **Am Vorabend der Befreiung des Landes besaß sie eine große politische und militärische Stärke, die sie nicht zu nutzen verstand oder auch nicht nutzen wollte. Freiwillig streckte sie vor der Bourgeoisie die Waffen. Sie ging vom revolutionären Weg ab und schlug den parlamentarischen Weg ein, auf dem sie sich allmählich von einer Partei der Revolution in eine bürgerliche Sozialreformpartei der Arbeiterklasse verwandelte.“**

(ebenda, S. 63 ff.; Hervorhebungen v. Verf.)

Die sogenannten eurokommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens biederten sich in der Folge dem bürgerlichen Staat ihres jeweiligen Landes in einem solchen Maße an, daß sie dabei in zunehmenden Widerspruch zu den sowjetischen Revisionisten gerieten, die den revisionistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern die Rolle zudachten, sowjetische Großmachtinteressen zu vertreten.

# III.

## WIE KANN DIE ARBEITERKLASSE AN DIE STELLUNG DER MACHT- FRAGE HERANKOMMEN?

### EIN LANGES AUF UND AB IM KAMPF UM DIE LÄNGE DES ARBEITSTAGES

Im achten Kapitel des ersten Bandes des Kapitals untersucht Marx den Kampf zwischen englischem Kapital und englischer Arbeiterklasse bezüglich der Länge des Arbeitstages. Das Kapitel enthält wertvolle Hinweise, welche Rolle der **Staat** in diesem Kampf spielte und welche Haltung die Arbeiterklasse gegenüber dem Staat einnehmen sollte.

Der Staat erließ Fabrikgesetze (Factory-Acts), welche den Arbeitstag beschränkten. *„Diese Gesetze zügeln den Drang des Kapitals nach maßloser Aussaugung der Arbeitskraft durch gewaltsame Beschränkung des Arbeitstags von Staats wegen, und zwar von Seiten eines Staats, den Kapitalist und Landlord (Gutsbesitzer, d. Verf.) beherrschen.“* (Kapital I, MEW 23 S. 253)

Der bürgerliche Staat schien hier also zugunsten der Arbeiter, zu Ungunsten des Kapitals zu agieren. Wie das? *„Von einer täglich bedrohlicher anschwellenden Arbeiterbewegung abgesehen, war die Beschränkung der Fabrikarbeit diktiert durch dieselbe Notwendigkeit, welche den Guano auf die englischen Felder ausgoß.“* (Guano ist Vogelkotab-

lagerung, welche in einem solchen Maße als Dünger verwandt wurde, daß die Erde dabei ruiniert wurde.) *„Dieselbe blinde Raubgier, die in dem einen Fall die Erde erschöpft, hatte in dem andren die Lebenskraft der Nation an der Wurzel ergriffen. Periodische Epidemien sprachen hier ebenso deutlich als das abnehmende Soldatenmaß in Deutschland und Frankreich.“*

(Marx, ebenda)

Zwei Gründe gab es also für dieses Eingreifen des Staates. Zum einen handelte er im Rahmen seiner Aufgabe, den Klassengegensatz zu „dämpfen“. (vgl. Seite 10) Die „anschwellende Arbeiterbewegung“ bedrohte tendenziell die bürgerliche Ordnung. Zum anderen mußte der Staat im Gesamtinteresse der Kapitalistenklasse den bedrohten Bestand an ausbeutungsfähiger Arbeitskraft in der erforderlichen Quantität und Qualität schützen - gegen die Raubgier der Kapitalisten, die diese Arbeitskraft ebenso zu ruinieren drohte wie den Boden.

Beides tat der Staat im Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse, doch mußte er sich dabei - um deren Gesamtinteresse zu wahren - gegen das Interesse der einzelnen Kapitalisten an unbeschränkter Ausbeutung wenden (konkret gegen das Interesse an - von natürlichen Grenzen abgesehen - unbeschränkter Länge des Arbeitstages). Indem der Staat das tat, förderte er zugleich die - für die Ausführung seiner bürgerlichen Klassenmission notwendige - Illusion, er stünde über den Klassen.

Doch das Wesen muß erscheinen, und die Illusion, der Staat stehe über den Klassen, wird durch das Agieren dieses Staates immer wieder in Frage gestellt. So berichtet Marx von einem Eisenbahnunglück in Schottland, in dessen Folge drei Eisenbahnarbeiter vor Gericht gestellt wurden, *„ein Personenkondukteur (Zugführer, d. Verf.), ein Lokomotivführer und ein Signalgeber. Ein großes Eisenbahnunglück hat Hunderte von Passagieren in die andre Welt expediert. Die Nachlässigkeit der Eisenbahnarbeiter ist die Ursache des Unglücks. Sie erklären vor den Geschwornen einstimmig, vor 10 bis 12 Jahren habe ihre Arbeit nur 8 Stunden täglich*

gedauert. Während der letzten 5-6 Jahre habe man sie auf 14, 18 und 20 Stunden aufgeschraubt und bei besonders lebhaftem Zudrang der Reiselustigen (...) wähe sie oft ununterbrochen 40 - 50 Stunden. Sie seien gewöhnliche Menschen und keine Zyklopen. Auf einem gegebenen Punkt ver- sage ihre Arbeitskraft. (...) Der ganz und gar 'respectable British Juryman' („ehrenwerte britische Geschworene“, d. Verf.) antwortet durch ein Verdikt, das sie wegen 'manslaughter' (Totschlag) vor die Assisen (Schwurgericht, d. Verf.) schickt und in einem milden Anhang den frommen Wunsch äußert, die Herren Kapitalmagnaten der Eisenbahn möchten doch in Zukunft verschwenderischer im Ankauf der nötigen Anzahl von 'Arbeitskräften' und 'enthaltamer' oder 'entsagender' oder 'sparsamer' in der Aussaugung der bezahlten Arbeitskraft sein.“

(Marx, ebenda S. 267 f.)

Die angebliche Neutralität des Staates äußert sich hier also in der Androhung schwerster Bestrafung für die Arbeiter und väterlicher Mahnung für die Kapitalisten. - Auch heute erleben wir es ja, daß infolge von Unfällen schwer traumatisierte Bahnbedienstete vor Gericht gestellt werden, während die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß der betreffende Unfall Folge der „Sparsamkeit“ der Bahn AG ist... „Sobald die vom Produktionslärm übertölpelte Arbeiterklasse wieder einigermaßen zur Besinnung kam, begann ihr Widerstand, zunächst im Geburtsland der großen Industrie, in England. Während drei Dezennien (Jahrzehnten, d. Verf.) jedoch blieben die von ihr ertrotzten Konzessionen rein nominell. Das Parlament erließ 5 Arbeits-Akte von 1802 bis 1833, war aber so schlau, keinen Pfennig für ihre zwangsmäßige Ausführung, das nötige Beamtenpersonal usw. zu votieren. Sie blieben ein toter Buchstabe.“

(Marx, ebenda S. 294)

Die „klassenmäßige Neutralität“ des Staates zeigte sich also von seiner besten Seite.

Und die Schlußfolgerung? Keine Forderungen an den Staat richten, da die Arbeiterklasse am Ende doch immer geprellt ist?

Das wäre ein verhängnisvoller Fehler. Ohne Forderungen an den Staat zu richten, ohne also politisch zu kämpfen, könnte die Arbeiterklasse niemals das Bewußtsein herausbilden, den bestehenden Staat zu stürzen. Im politischen Kampf lernt sie, daß der Staat nicht unverwundbar ist, daß er unter bestimmten Umständen vielmehr gezwungen ist, ihr Zugeständnisse zu machen. Wie oben schon gesagt, ist der Staat seinerseits Zwängen unterworfen, wenn er seine Funktionen erfüllen will. Im gegebenen Fall - Kampf um die Länge des Arbeitstages in England - konnte er die Klassengegensätze nicht im Zaum halten und die erforderliche Zufuhr an ausbeutungsfähiger Arbeitskraft nicht garantieren, wenn er zwar Gesetze zur Beschränkung des Arbeitstages erließ, auf Dauer aber nichts unternahm, um sie durchzusetzen. Er war letztlich gezwungen, Schritte zur materiellen Ausführung in die Wege zu leiten, insbesondere Fabrikinspektoren einzusetzen. Er war - wie Marx zeigt - weiterhin gezwungen, die Gesetze zu präzisieren, um den Kapitalisten diese und jene Ausflüchte zu nehmen, mittels derer sie die Gesetze unterliefen. All dies war ein zäher Kampf, und ohne ständiges Drücken in Richtung Beschränkung des Arbeitstages hätten die ArbeiterInnen nichts erreicht.

Oftmals schien es, daß alles Drücken seitens der Arbeiterklasse nichts nützte, da Verbesserungen sofort mit Verschlechterungen verknüpft wurden, so daß die ArbeiterInnen nichts erreicht hatten oder ihre Lage sich gar verschlechtert hatte. Ein Beispiel: *„Das Gesetz von 1844 verbot allerdings, Kinder von 8 bis 13 Jahren, die vor 12 Uhr vormittags beschäftigt würden, wieder nach 1 Uhr mittags zu beschäftigen. Aber es regelte in keiner Weise die 6 1/2-stündige Arbeit der Kinder, deren Arbeitszeit um 12 Uhr vormittags oder später begann! Achtjährige Kinder konnten daher, wenn sie die Arbeit um 12 Uhr vormittags begannen, von 12 bis 1 Uhr verwandt werden, 1 Stunde; von 2 Uhr bis 4 Uhr nachmittags, 2 Stunden, und von 5 Uhr bis halb 9 Uhr abends, 3 1/2 Stunden; alles in allem die gesetzlichen 6 1/2 Stunden! Oder noch besser. Um ihre Verwendung der Arbeit erwachsener männlicher Arbeiter bis halb 9 Uhr*

*abends anzupassen, brauchten ihnen die Fabrikanten kein Werk zu geben vor zwei Uhr nachmittags und konnten sie dann ununterbrochen in der Fabrik halten bis halb 9 Uhr abends!“* (Marx, ebenda S. 303)

Als 1848 per Gesetz der 12stündige in einen 10stündigen Arbeitstag verkürzt wurde, genügte den Kapitalisten dieses Festhalten am Buchstaben des Gesetzes zur Beschränkung der Kinderarbeit nicht mehr. Unter dem Zehnstundengesetz sei - so erklärten sie - diese Beschränkung „*unverträgliche Unbill*“. „*Sie zeigten den Inspektoren in der kühnsten Weise an, daß sie sich über den Buchstaben des Gesetzes hinwegsetzen und das alte System auf eigne Faust wieder einführen würden. Es geschehe im Interesse der überberatnen Arbeiter selbst, ‘um ihnen höhere Löhne zahlen zu können.’“* (Marx, ebenda S. 305) Im übrigen reklamierten sie: „*Soll das große Fabrikinteresse dieses Landes als ein sekundäres Ding behandelt werden (...)?“* (vgl. ebenda)

Die Fabrikinspektoren wandten sich an die Gerichte. Der Innenminister wies sie an, wegen Verletzung des „*Buchstabens*“ des Gesetzes nicht einzuschreiten, solange Kinder und Frauen nicht über 10 Stunden arbeiten müßten. Die englischen Fabrikinspektoren erklärten, der Minister habe nicht das Recht, das Gesetz außer Kraft zu setzen, und fuhren fort, sich an die Gerichte zu wenden.

„*Wozu jedoch alle Ladung vors Gericht, sobald die Gerichte, die county magistrates, freisprachen?*“ Die county magistrates waren nämlich „*eine Art unbezahlter Friedensrichter, aus den Honoratioren der Grafschaften gebildet. Sie bilden in der Tat die Patrimonialgerichte der herrschenden Klassen.*“ „*In diesen Gerichten saßen die Herrn Fabrikanten über sich selbst zu Gericht,*“ wofür Marx anschließend ein Beispiel anführte. (ebenda S. 306) Den kapitalistischen Richtern, die in eigener Sache zu Gericht saßen, war der „*Buchstabe*“ des Gesetzes, welches den Schutz der Arbeitskräfte vor Raubbau bewirken sollte, natürlich egal.

Der 10-Studentag hatte noch andere, für die Arbeiterklasse höchst unerfreuliche Konsequenzen. In puncto für die ArbeiterInnen nachteiliger Flexibilisierung war das Kapital

nämlich schon damals höchst erfindungsreich. „Das Arbeiterpersonal wurde manchmal in 12 bis 15 Kategorien verteilt, die selbst wieder ihre Bestandteile beständig wechselten. Während der fünfzehnstündigen Periode des Fabriktags zog das Kapital den Arbeiter jetzt für 30 Minuten, jetzt für eine Stunde an und stieß ihn dann wieder ab, um ihn von neuem in die Fabrik zu ziehn und aus der Fabrik zu stoßen, ihn hin und her hetzend in zerstreuten Zeitfetzen, ohne je den Halt auf ihn zu verlieren, bis die zehnstündige Arbeit vollgemacht. Wie auf der Bühne hatten dieselben Personen abwechselnd in den verschiedenen Szenen der verschiedenen Akte aufzutreten. Aber wie ein Schauspieler während der ganzen Dauer des Dramas der Bühne gehört, so gehörten die Arbeiter jetzt während 15 Stunden der Fabrik, nicht eingerechnet die Zeit, um von ihr und zu ihr zu gehn. Die Stunden der Rast verwandelten sich so in Stunden erzwungenen Müßiggangs, welche den jungen Arbeiter in die Kneipe und die junge Arbeiterin in das Bordell trieben. Bei jedem neuen Einfall, den der Kapitalist täglich ausheckte, um seine Maschinerie ohne Vermehrung des Arbeitspersonals 12 oder 15 Stunden im Gang zu halten, hatte der Arbeiter bald in diesem Stück Zeitabfall, bald in jenem seine Mahlzeit einzuschlucken.“

(Marx, ebenda S. 307)

Es war die Zeit des Siegeszuges der Reaktion, die sich nach der europaweiten Niederschlagung der 1848er Revolution austobte.

„Die zweijährige Kapitalrevolte wurde endlich gekrönt durch den Urteilspruch eines der vier höchsten Gerichtshöfe von England, des Court of Exchequer, der in einem vor ihn gebrachten Fall am 8. Februar 1850 entschied, daß die Fabrikanten zwar wider den Sinn des Akts von 1844 handelten, dieser Akt selbst aber gewisse Worte enthalte, die ihn sinnlos machten. ‘Mit dieser Entscheidung war das Zehnstundengesetz abgeschafft.’“

(Marx, ebenda S. 308, letzter Satz zitiert nach Engels)

Der Sieg des Kapitals schien total, alle Bemühungen der Arbeiterklasse, die Arbeitszeit zu verkürzen, vergeblich.

## MIT DEM SCHEINBAR ENDGÜLTIGEN SIEG DES KAPITALS TRAT EIN UMSCHLAG EIN

*„Mit diesem scheinbar definitiven Sieg des Kapitals trat aber sofort ein Umschlag ein. Die Arbeiter hatten bisher passiven, obgleich unbeugsamen und täglich erneuten Widerstand geleistet. Sie protestierten jetzt in laut drohenden Meetings in Lancashire und Yorkshire. Das angebliche Zehnstundengesetz sei also bloßer Humbug, parlamentarische Prellerei, und habe nie existiert! Die Fabrikinspektoren warnen dringend die Regierung, der Klassenantagonismus sei zu einer unglaublichen Höhe gespannt.“*

(Marx, ebenda S. 309)

Indem der Staat die Interessen seiner Auftraggeber verfolgt hatte, den Arbeitstag **nicht** zu beschränken, hatte er zugleich gegen das höherrangige Interesse derselben Auftraggeber verstoßen, die Klassengegensätze zu dämpfen, um die bürgerliche Ordnung zu stabilisieren. Er mußte einlenken.

*„Unter diesen Umständen kam es zu einem Kompromiß zwischen Fabrikanten und Arbeitern, der in dem neuen zusätzlichen Fabrikakt vom 5. August 1850 parlamentarisch besiegelt ist. Für 'junge Personen und Frauenzimmer' wurde der Arbeitstag in den ersten 5 Wochentagen von 10 auf 10 1/2 Stunden erhöht, für den Samstag auf 7 1/2 Stunden beschränkt. Die Arbeit muß in der Periode von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends vorgehn, mit 1 1/2-stündigen Pausen für Mahlzeiten, die gleichzeitig und gemäß den Bestimmungen von 1844 einzuräumen sind usw.“* (Marx, ebenda) *„Für die Kinderarbeit blieb das Gesetz von 1844 in Kraft.“* (ebenda) Das Gesetz von 1850 war, wie es in einem von Marx zitierten Bericht von Fabrikinspektoren hieß, *„ein Kompromiß, bei dem die Arbeiter auf den Segen des Zehnstundengesetzes für den Vorteil eines einheitlichen Arbeitsbeginns und Arbeitsschlusses jener verzichteten, deren Arbeitszeit der Begrenzung unterliegt.“* (ebenda)

Marx resümiert:

*„Die Schöpfung eines Normalarbeitstags ist daher das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse. Wie der Kampf eröffnet wird im Umkreis der modernen Industrie, so spielt er zuerst in ihrem Heimatland, England. Die englischen Fabrikarbeiter waren die Preisfechter nicht nur der englischen, sondern der modernen Arbeiterklasse überhaupt (...).“*

(ebenda, MEW 23 S. 316 f.; oder AW III S. 269)

Die Erfolge der englischen ArbeiterInnen beflügelten nämlich die ArbeiterInnen anderer Länder in ihrem Kampf um die Verkürzung des Arbeitstags.

*„Der allgemeine Arbeiterkongreß zu Baltimore (Aug. 1866) erklärt:*

*‘Das erste und große Erheischnis der Gegenwart, um die Arbeit dieses Landes von der kapitalistischen Sklaverei zu befreien, ist der Erlaß eines Gesetzes, wodurch 8 Stunden den Normalarbeitstag in allen Staaten der amerikanischen Union bilden sollen. Wir sind entschlossen, alle unsre Macht aufzubieten, bis dies glorreiche Resultat erreicht ist.’*

*Gleichzeitig (Anfang September 1866) beschloß der ‘Internationale Arbeiterkongreß’ zu Genf auf Vorschlag des Londoner Generalrats: ‘Wir erklären die Beschränkung des Arbeitstags für eine vorläufige Bedingung, ohne welche alle andren Bestrebungen nach Emanzipation scheitern müssen... Wir schlagen 8 Arbeitsstunden als legale Schranke des Arbeitstags vor.’*

*So besiegelt die auf beiden Seiten des Atlantischen Meers instinktiv aus den Produktionsverhältnissen selbst erwachsne Arbeiterbewegung den Ausspruch des englischen Fabrikinspektors R.J. Saunders:*

*‘Weitere Schritte zur Reform der Gesellschaft sind niemals mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg durchzuführen, wenn nicht zuvor der Arbeitstag beschränkt und seine vorgeschriebne Schranke strikt erzwungen wird.’*

(Marx, ebenda, MEW 23 S. 318 f.; oder AW III S. 271)

Dieser Erfolg konnte nur errungen werden, weil die Arbeiterklasse über einen langen Zeitraum hinweg für die Verkürzung des Arbeitstages kämpfte und sich von den vielen Mißerfolgen und Rückschlägen letztlich nicht beeindrucken ließ. Es war eine lange Zickzack-Bewegung, innerhalb derer es oftmals schien, als hätten die ArbeiterInnen nichts oder gar das Gegenteil dessen bewirkt, was sie bewirken wollten.

## ZEITSOUVERÄNITÄT UND KAMPF UM DIE POLITISCHE MACHT

Wo es dem Fabrikinspektor Saunders um die Reform der Gesellschaft ging, ging es Marx freilich vor allem um ihre revolutionäre Umwälzung, doch auch in diesem Zusammenhang mißt er der erkämpften Beschränkung des Arbeitstages und der damit einhergehenden - wie man heute sagen würde - **Zeitsouveränität** der ArbeiterInnen ungeheure Bedeutung bei. Er zitiert Engels:

*„Einen noch größeren Vorteil bedeutet es, daß endlich klar unterschieden wird zwischen der Zeit, die dem Arbeiter selbst und der, die seinem Unternehmer gehört. Der Arbeiter weiß nun, wann die Zeit, die er verkauft, beendet ist und seine eigne beginnt, und da er dies vorher genau weiß, kann er über seine eignen Minuten für seine eignen Zwecke im voraus verfügen.“* „Indem sie (die Fabrikgesetze) sie zu Herrn ihrer eignen Zeit gemacht haben, haben sie ihnen eine moralische Energie gegeben, die sie dahinführt, möglicherweise die politische Macht in Besitz zu nehmen.“

(Engels, zitiert nach Marx, ebenda, MEW 23 S. 320; oder AW III S. 272 f.)

Man beachte, welch unmittelbaren Zusammenhang Marx und Engels zwischen dem Kampf um die Verkürzung des Arbeitstages sowie um Zeitsouveränität einerseits und dem Kampf um die politische Macht andererseits sahen!

Die Frage stellt sich heute grundsätzlich nicht anders. Die ständige Arbeitsintensivierung laugt die ArbeiterInnen

und unteren Angestellten aus und macht letztlich die Wahrung und Entwicklung eines gewissen Kulturniveaus sowie die Teilnahme am gewerkschaftlichen und politischen Kampf unmöglich, wenn ihren verheerenden Wirkungen nicht durch Arbeitszeitverkürzung begegnet wird, die mit einem realen Zuwachs an Zeitsouveränität verbunden ist. Letzteres ist besonders wichtig, da einseitig zugunsten des Kapitals erfolgende Flexibilisierung selbst bei Verkürzung der Arbeitszeit einen Verlust an Zeitsouveränität bedeuten kann. Die Flexibilisierung als solche kann nicht beseitigt werden, da sie im Entwicklungsgrad der Produktivkräfte begründet ist, doch die Frage, ob sie ausschließlich dem Kapital dient und den LohnarbeiterInnen schadet oder ob sie so gestaltet wird, daß sie den LohnarbeiterInnen einen gewissen Zuwachs an Zeitsouveränität ermöglicht, ist Feld des Klassenkampfes.

Halten wir fest:

Der „langwierige, mehr oder minder versteckte Bürgerkrieg zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse“, der in England um die Länge des Arbeitstages geführt wurde, ist in erster Linie durch mittelbare oder unmittelbare Beeinflussung des Staates durch beide Seiten geführt worden. Innerhalb des Staates wirkt das bürgerliche Klasseninteresse von zwei entgegengesetzten Seiten: einerseits als Interesse des Kapitals nach einem möglichst langen Arbeitstag, andererseits als Interesse des Kapitals, die Klassengegensätze zu dämpfen. Letztere Triebkraft wirkt um so stärker, je heftiger der Widerstand der Arbeiterklasse gegen das Bestreben des Kapitals nach möglichst langen Arbeitstagen ist. Insoweit wirkt die Arbeiterklasse indirekt auf den Staat: je mehr sie kämpft, desto größer wird aus bürgerlicher Sicht das Interesse, durch Beschränkung des Arbeitstags diesen Kampf zu dämpfen. Die Wirkung des letzteren Faktors verstärkt sich erheblich, sobald bemerkenswerte Teile der Arbeiterklasse zu erkennen beginnen, daß die Neutralität des Staates Illusion ist. Im gegebenen Fall: als auf Arbeiterversammlungen erklärt wurde, „das angebliche Zehn-stundengesetz sei also bloßer Humbug, parlamentarische

Prellerei, und habe nie existiert“. In dem Maße, wie die Illusionen in die Klassenneutralität des Staates schwinden, verliert er seine Fähigkeit, den Klassengegensatz zu dämpfen. Er muß dann zunehmend mit nackter Gewalt zugunsten der Bourgeoisie agieren, doch allein oder weitaus überwiegend mit nackter Gewalt kann eine Gesellschaftsordnung nicht auf lange Sicht aufrechterhalten werden.

## FÜR REFORMEN KÄMPFEN - ABER WIE?

Anhand des Beispiels des Kampfes um die Länge des Arbeitstages können wir allgemeine Schlußfolgerungen ziehen, wie die Arbeiterklasse an den Sturz der bürgerlichen Staatsmacht herankommen kann:

Die Arbeiterklasse darf sich gegenüber dem Staat nicht nihilistisch verhalten, was die Anarchisten vorschlagen, indem sie vertreten, man dürfe an den Staat keine Forderungen richten. Der Umstand, daß der Staat das Machtinstrument ihres Klassegegners ist, schließt keineswegs aus, sondern **beinhaltet sogar mit Notwendigkeit**, daß die Arbeiterklasse durch jede Aktion, mit der sie ihre Interessen vertritt, auf den Staat wirkt. Selbstverständlich ist es um so günstiger, je **bewußter** diese Einwirkung ist. Um beim Beispiel des Kampfes um die Länge des Arbeitstages zu bleiben, bestünde eine bewußte Einwirkung zunächst darin, an den Staat bestimmte Forderungen zur gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages zu stellen. Natürlich können solche Forderungen auch an die Kapitalisten gestellt werden, doch dann hat man es im günstigsten Falle mit einzelnen Unternehmerverbänden zu tun. Durch die Forderung nach gesetzlicher Regelung durch den Staat können die Interessen der Arbeiterklasse eines ganzen Landes gebündelt zum Ausdruck gebracht werden. Durch die Form der Forderung an den Staat lernen die ArbeiterInnen, daß sie auf Staatsangelegenheiten Einfluß nehmen müssen, um Interessen durchzusetzen. Das ist eine Vorbedingung für das Bewußtsein der Notwendigkeit, um die Staatsmacht zu kämpfen.

Wir haben gesehen, daß die ArbeiterInnen die Aufgabenstellung des Staates, den Klassegegensatz zu dämpfen, **für sich** nutzen können, weil der Staat dadurch zu Zugeständnissen gezwungen ist, deren Ausmaß von der Heftigkeit des Kampfes der ArbeiterInnen abhängt. Selbstverständlich wirkt diese Tätigkeit des Staates aber auch negativ auf die Arbeiterbewegung. Ziel des Staates bzw. der jeweils agierenden PolitikerInnen muß es sein, den ArbeiterInnen möglichst unbedeutende Brosamen zuzuwerfen, Reförmchen, die dem Kapital möglichst wenig wehtun, die Entfaltung des Kampfes der Arbeiterklasse aber hemmen. Genau darin besteht ja eine wichtige Funktion des bürgerlichen Staates. Daraus folgt, wie der Kampf um Reformen geführt werden muß, damit er die Arbeiterklasse an ihre Aufgabe, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen, heranführt, anstatt sie davon zu entfernen:

*„Jede Reform ist eben nur insoweit eine Reform (und keine reaktionäre bzw. keine konservative Maßnahme), als sie einen gewissen Schritt, eine ‘Etappe’ zum Besseren bedeutet. Aber **jede** Reform in der kapitalistischen Gesellschaft hat einen **doppelten** Charakter. Die Reform ist ein Zugeständnis, das die herrschenden Klassen machen, **um** den revolutionären Kampf aufzuhalten, zu schwächen oder zu unterdrücken, um die Kraft und Energie der revolutionären Klasse zu zersplittern, ihr Bewußtsein zu trüben usw. Darum wird die revolutionäre Sozialdemokratie (so hieß damals die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, d. Verf.), ohne es im geringsten abzulehnen, die Reformen zwecks Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes auszunutzen (‘wir nehmen auch Abschlagszahlung’, sagte Friedrich Engels), die halbschlächtigen bürgerlich-reformistischen Lösungen auf keinen Fall ‘zu den ihren machen’. (Das richtete sich, wie sich aus einer Fußnote ergibt, gegen die Auffassung Plechanows, die Sozialdemokratie müsse die Forderung nach Einrichtung eines dem Parlament verantwortlichen Ministeriums innerhalb der zaristischen Ordnung zu der ihren machen, d. Verf.)*

Das letztere tun heißt völlig auf Bernsteinsche Weise handeln (...), heißt die Sozialdemokratie in 'eine demokratisch-sozialistische Reformpartei' verwandeln (bekannter Ausdruck Bernsteins in seinen berühmten 'Voraussetzungen des Sozialismus').

Die Sozialdemokratie betrachtet die Reformen als **Nebenprodukt** des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats und nützt die Reformen als solches aus.

(...)

Wodurch kann die Sozialdemokratie die Verwirklichung aller Reformen überhaupt, der konstitutionellen Reformen in Rußland im besonderen, eines Dumakabinetts (Regierung, die dem Parlament verantwortlich ist, als demokratische Forderung gegen den Zarismus, d. Verf.) mit seinen für das Proletariat nützlichen Resultaten im einzelnen, **praktisch** näher bringen? Dadurch, daß sie die Losungen der bürgerlichen Reformisten 'zu den ihren macht', oder dadurch, daß sie es entschieden ablehnt, derartige Losungen 'zu den ihren zu machen', und nach wie vor unentwegt den revolutionären Klassenkampf des Proletariats unter dem Banner vollständiger, ungestutzter Losungen führt? Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwierig.

Dadurch, daß wir die stets halbschlächtigen, stets gestutzten, stets zweideutigen Losungen des bürgerlichen Reformertums 'zu den unseren machen', verstärken wir nicht, sondern schwächen wir in der Praxis die Wahrscheinlichkeit, die Möglichkeit von Reformen und bringen ihre Verwirklichung nicht näher. Denn die wirkliche Kraft, die Reformen ins Leben ruft, ist die Kraft des revolutionären Proletariats, seine Bewußtheit, seine Geschlossenheit, seine unbeugsame Kampfschlossenheit.

Diese Eigenschaften der **Massenbewegung** schwächen und lähmen wir, wenn wir bürgerlich-reformerische Losungen in die Massen tragen.

Ein gewöhnlicher bürgerlicher Sophismus besteht darin, daß, wenn wir von unseren revolutionären Forderungen und Losungen etwas preisgäben (beispielsweise ein 'Dumakabinet' als 'Etappe' an die Stelle der 'Selbstherrschaft des

*Volkes' und der konstituierenden Versammlung setzten usw.) (also ein nicht verfassungsgebendes Parlament, dem aber die Regierung verantwortlich ist, bei Fortbestehen der Monarchie fordern, anstatt die Beseitigung der Monarchie zu fordern, d. Verf.), wir die Wahrscheinlichkeit der **Verwirklichung** einer solchen abgeschwächten Maßnahme **vergrößern**, denn dafür träten dann, heißt es, sowohl das Proletariat als auch die Bourgeoisie in diesem oder jenem ihrer Teile ein. („Selbtherrschaft des Volkes“ war der revolutionäre Gegenbegriff zu „Selbtherrschaft des Zaren“, also eine auf den Sturz des absoluten Monarchen zielende Losung. Die „konstituierende Versammlung“ sollte eine Verfassung beschließen und damit zum Ausdruck bringen, daß die Staatsgewalt nun nicht mehr vom Zaren, sondern vom „Volk“ ausging. Das waren die Losungen der Bolschewiki, während die Menschewiki - wie von Lenin dargestellt - Losungen empfahlen, die einen, wie man heute sagen würde, „breiteren Konsens“ ermöglichen sollten. D. Verf.)*

*Das ist ein bürgerlicher Sophismus, erklärt die internationale revolutionäre Sozialdemokratie. Wir schwächen dadurch im Gegenteil die Wahrscheinlichkeit der Verwirklichung einer Reform, denn wenn wir der Sympathie der Bourgeoisie nachjagen, die Zugeständnisse stets nur gegen ihren Willen macht, schwächen wir das revolutionäre Bewußtsein der Massen, demoralisieren und trüben es. Wir passen uns der Bourgeoisie, **ihrem** Pakt mit der Monarchie an, wodurch wir der Entwicklung des revolutionären Massenkampfes Schaden zufügen. Das Ergebnis wird immer sein, daß es bei einer solchen Taktik entweder überhaupt keine Reformen gibt, oder daß sie sich als reiner Betrug erweisen. Die einzige **feste** Stütze für Reformen, die einzige ernstliche Garantie dafür, daß sie keine Fiktion sind, daß sie zum Wohle des Volkes ausgenutzt werden, ist der selbständige revolutionäre Kampf des Proletariats, das seine Losungen **nicht herabmindert**.*

*Die Menschewiki tragen seit Juni 1906 die Losung in die Massen, die Forderung nach einem Dumakabinett zu unterstützen. Dadurch schwächen und trüben sie das revo-*

*lutionäre Bewußtsein der Massen, vermindern die Schlagkraft der Agitation, verringern die Wahrscheinlichkeit, daß diese Reform verwirklicht wird, und die Möglichkeit, sie auszunutzen.*

*Man muß die revolutionäre Agitation in den Massen verstärken, muß unsere vollständigen, ungestutzten Losungen stärker verbreiten und klarer entwickeln - **dadurch** bringen wir im günstigen Fall den vollen Sieg der Revolution näher, im ungünstigen Fall aber erzwingen wir irgendwelche halbschlächtigen Zugeständnisse (nach Art eines Dumakabinetts, des allgemeinen, aber nicht direkten Wahlrechts usw.) und sichern uns die Möglichkeit, diese in ein Werkzeug der Revolution zu verwandeln. Reformen sind ein **Nebenprodukt** des Klassenkampfes des revolutionären Proletariats. Die Gewinnung eines Nebenprodukts zu seiner 'eigenen' Sache machen heißt in bürgerlich-liberalen Reformismus verfallen.“*

(Lenin, Wie man Resolutionen nicht schreiben soll, LW 12 S. 230 ff; Hervorhebungen von Lenin)

Die Grundkonzeption dieser Ausführungen gilt auch heute, wo ein revolutionäres Proletariat mit unbeugsamer Kampfeentschlossenheit in Deutschland nicht zu sehen ist. Wie soll ein solches Proletariat jemals wieder entstehen, wenn die KommunistInnen, die dessen Interesse objektiv zum Ausdruck bringen sollten, sich statt dessen den halbschlächtigen, gestutzten, stets zweideutigen oder zweiseitigen Losungen der linken Sozialdemokratie unterordnen und diese Losungen „zu den ihren“ machen würden? (Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Losung, man müsse „die solidarische Rentenversicherung verteidigen“.) Die KommunistInnen haben vielmehr **gerade in einer solchen Situation** die Aufgabe, in Tagesfragen die objektiven Interessen der Arbeiterklasse klar zu entwickeln, ungestutzt und unzweideutig zu formulieren und die betreffenden Forderungen und Losungen zu verbreiten.

*„Auf jede Art und Weise' können und werden wir unter den bestehenden Verhältnissen zur Besserung der Lage der Arbeiter nicht beitragen. (...) Wir kämpfen nur für eine*

*solche Besserung der Lage der Arbeiter, die deren Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, **erhöht**, d.h., wenn die Besserung der Verhältnisse **nicht verbunden** ist mit Korrumpierung des politischen Bewußtseins, mit Bevormundung durch die Polizei, mit Fesselung an einen bestimmten Ort, mit Knechtung durch den 'Wohltäter', mit Erniedrigung der Menschenwürde usw. usw. Gerade in Rußland, wo die Selbstherrschaft so geneigt ist (und immer mehr geneigt sein **wird**), sich durch verschiedene Almosen und Scheinreformen von der Revolution **loszukaufen**, sind wir verpflichtet, uns von jeder Art 'Reformer' scharf abzugrenzen. Wir kämpfen auch für Reformen, aber eben nicht 'auf jede Art und Weise', wir kämpfen **nur** auf sozialdemokratische, nur auf revolutionäre Art und Weise."*

(Lenin, Briefe an den Nordbund, LW 6 S. 161, Hervorhebungen von Lenin)

Der Zarismus war ein Waisenknabe im Vergleich zum deutschen Imperialismus, sofern es sich darum handelt, sich durch Almosen nicht nur von der Revolution, sondern z.B. auch von Streikkämpfen loszukaufen. Auch wir sind unbedingt gegen jede Art von Reformen, durch die die Bourgeoisie die Korrumpierung der Arbeiterklasse bezweckt, etwa gegen die Grundkonzeption der Mitbestimmung. Zwar gibt es verschiedene unter „Mitbestimmung“ firmierende gesetzliche Bestimmungen, die den ArbeiterInnen nutzen können. KommunistInnen treten dafür ein, derartige Bestimmungen zugunsten der ArbeiterInnen anzuwenden, sie verteidigen sie gegen Versuche, sie auszudünnen und abzuschaffen, und sie treten für die Ausweitung gesetzlicher Bestimmungen ein, die den ArbeiterInnen nutzen können. Sie vergessen dabei jedoch nicht, daß die Gesamtkonzeption der Mitbestimmung darauf gerichtet ist, daß die Arbeiterklasse sich an die Interessen der Bourgeoisie anpassen, sich diesen Interessen unterordnen soll. Dies kommt besonders klar darin zum Ausdruck, daß der Betriebsrat gesetzlich zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit den Kapitalisten verpflichtet ist, daß es ihm also verboten ist, „einseitig“ die Interessen der Belegschaft zu vertreten; statt dessen soll er Co-Manage-

ment betreiben. Diese Grundkonzeption schlägt sich in vielen anderen gesetzlichen Bestimmungen nieder, etwa der Friedens- und der Schweigepflicht. Die KommunistInnen lehnen die Grundkonzeption der Mitbestimmung ab und fordern Vertretungsorgane der Belegschaften, die legal deren Interessen vertreten dürfen. Dies schlägt sich insbesondere in den Forderungen nieder: „Weg mit der Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit! Weg mit Friedens- und Schweigepflicht!“

Wir sind **nur** für Reformen, die **Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes** sind. Revolutionärer Klassenkampf - das ist vor allem ein Kampf, der auf die Logik der Kapitalverwertung keine Rücksicht nimmt, der folglich nicht von vornherein darauf orientiert, auf welcher Kompromißlinie man sich treffen will. Ein solcher Kampf muß zwar stets das jeweilige Kräfteverhältnis in Rechnung stellen, sich aber **allein an den Interessen der Arbeiterklasse** orientieren. (Zur revolutionären Führung des Tageskampfes vgl. Kapitel X S. 55 ff. und Weg der Partei 2/1988)

Selbstverständlich handelt es sich nicht nur um die ökonomischen, sondern auch um die politischen Interessen der Arbeiterklasse. Gerade der **demokratische Kampf** ist ein wesentliches Element des **Herankommens an die Machtfrage**. Diesen werden wir allerdings nicht hier, sondern im nächsten Kapitel behandeln.



# IV.

## DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS

### WIE DIE LOSUNG DER DIKTATUR DES PROLETARIATS GESCHICHTLICH ENTSTAND

In Frankreich waren nach Napoleon I. die Bourbonen auf den Thron zurückgekehrt und schließlich durch den Kampf der Pariser Arbeiter, Kleinbürger und Studenten im Juli 1830 wieder gestürzt worden. Die Großbourgeoisie strich die Früchte des Sieges ein, indem sie den Herzog Louis Phillippe von Orleans auf den Thron setzte. Dessen Regierung plünderte ganz Frankreich im Interesse der Finanzaristokratie aus. Am Tage, als Louis Phillippe zum König ausgerufen wurde, erklärte der Bankier Laffitte: „*Von jetzt an werden in Frankreich die Bankiers herrschen.*“ Von 36 Millionen Franzosen genossen nur 200.000 das Wahlrecht; nicht nur die Arbeiter und Bauern, sondern auch das städtische Kleinbürgertum und sogar ein Teil der industriellen Bourgeoisie waren vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Als im Februar 1848 eine Versammlung bürgerlicher Oppositioneller verboten wurde, fügte sich zwar das Bürgertum; die Arbeiter sowie Handwerker und Studenten aber gingen auf die Straße und stürzten die Monarchie. Die Arbeiter waren die Hauptkraft des revolutionären Umsturzes. Sie verlangten die „soziale Republik“, hatten aber keine Klarheit darüber, wie diese beschaffen sein sollte, und wurden erneut um die Früchte des Sieges betrogen. Marx schrieb:

„Die Februarrepublik mußte zunächst vielmehr die **Herrschaft der Bourgeoisie vervollständigen**, indem sie neben der Finanzaristokratie **sämtliche besitzenden Klassen** in den Kreis der politischen Macht eintreten ließ. (...)

Wie die Arbeiter in den Julitagen die **bürgerliche Monarchie**, hatten sie in den Februartagen die **bürgerliche Republik** erkämpft. Wie die Julimonarchie gezwungen war, sich anzukündigen als eine **Monarchie, umgeben von republikanischen Institutionen**, so die Februarrepublik als eine **Republik, umgeben von sozialen Institutionen**. Das Pariser Proletariat **erzwang** auch diese Konzession.

Marche, ein Arbeiter, diktierte das Dekret, worin die eben erst gebildete provisorische Regierung sich verpflichtete, die Existenz der Arbeiter durch die Arbeit sicherzustellen, allen Bürgern Arbeit zu verschaffen usw. Und als sie wenige Tage später ihre Versprechungen vergaß und das Proletariat aus den Augen verloren zu haben schien, marschierte eine Masse von 20.000 Arbeitern auf das Hôtel de Ville (Sitz der provisorischen Regierung, d. Verf.) mit dem Rufe: **Organisation der Arbeit! Bildung eines eigenen Ministeriums der Arbeit!** Widerstrebend und nach langen Debatten ernannte die provisorische Regierung eine permanente Spezialkommission, beauftragt, die Mittel zur Verbesserung der arbeitenden Klassen **auszufinden!** Diese Kommission wurde gebildet aus Delegierten der Pariser Handwerkskorporationen und präsiert von Louis Blanc und Albert. Das Luxembourg wurde ihr als Sitzungssaal angewiesen. So waren die Vertreter der Arbeiterklasse von dem Sitze der provisorischen Regierung verbannt, der bürgerliche Teil derselben behielt die wirkliche Staatsmacht und die Zügel der Verwaltung ausschließlich in den Händen, und **neben** den Ministerien der Finanzen, des Handels, der öffentlichen Arbeiten, **neben** der Bank und der Börse erhob sich eine **sozialistische Synagoge**, deren Hohepriester, Louis Blanc und Albert, die Aufgabe hatten, das gelobte Land zu entdecken, das neue Evangelium zu verkünden und das Pariser Proletariat zu beschäftigen. Zum Unterschiede von jeder profanen Staatsmacht stand ihnen kein Budget, keine

exekutive Gewalt zur Verfügung. Mit dem Kopfe sollten sie die Grundpfeiler der bürgerlichen Gesellschaft einrennen. Während das Luxembourg den Stein der Weisen suchte, schlug man im Hôtel de Ville die kurshabende Münze.

Und dennoch, die Ansprüche des Pariser Proletariats, soweit sie über die bürgerliche Republik hinausgingen, sie konnten keine andere Existenz gewinnen als die nebelhafte des Luxembourg.

Gemeinsam mit der Bourgeoisie hatten die Arbeiter die Februarrevolution gemacht, **neben** der Bourgeoisie suchten sie ihre Interessen durchzusetzen, wie sie in der provisorischen Regierung selbst neben die bürgerliche Majorität einen Arbeiter installiert hatten. **Organisation der Arbeit!** Aber die Lohnarbeit, das ist die vorhandene bürgerliche Organisation der Arbeit. Ohne sie kein Kapital, keine Bourgeoisie, keine bürgerliche Gesellschaft. Ein **eigenes Ministerium der Arbeit!** Aber die Ministerien der Finanzen, des Handels, der öffentlichen Arbeiten, sind sie nicht die **bürgerlichen** Ministerien der Arbeit? Und **neben** ihnen ein **proletarisches** Ministerium der Arbeit, es mußte ein Ministerium der Ohnmacht sein, ein Ministerium der frommen Wünsche, eine Kommission des Luxembourg. (...)

Eine Klasse, worin sich die revolutionären Interessen der Gesellschaft konzentrieren, sobald sie sich erhoben hat, findet unmittelbar in ihrer eigenen Lage den Inhalt und das Material ihrer revolutionären Tätigkeit: Feinde niederzuschlagen, durch das Bedürfnis des Kampfes gegebene Maßregeln zu ergreifen; die Konsequenzen ihrer eigenen Taten treiben sie weiter. Sie stellt keine theoretischen Untersuchungen über ihre eigene Aufgabe an. Die französische Arbeiterklasse befand sich nicht auf diesem Standpunkte, sie war noch unfähig, ihre eigene Revolution durchzuführen.“

(Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, MEW 7 S. 18 ff.; oder AW II S. 17 ff.; Hervorhebungen von Marx)

Während Leuten wie Louis Blanc von der Bourgeoisie die Funktion zugedacht war, die Arbeiter zu beruhigen und ideologisch an die bürgerliche Republik zu fesseln, organi-

sierte die Bourgeoisie den Abschaum der Pariser Bevölkerung als „Nationalgarde“, bezahlte ihn gut und hetzte ihn gegen die Arbeiter auf. Um den Gedanken der „Organisation der Arbeit“ zu untergraben, gab die Regierung dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, das auch die Mittel für die Sozialfürsorge verwaltete, den Auftrag, „Nationalwerkstätten“ einzurichten. Jeder, der dort eingetragen war, erhielt Spaten und Karren. Sogar die qualifiziertesten Arbeiter und Meister mußten schippen. Die Nationalwerkstätten in Betrieb zu halten, kostete viel Geld. Den Bauern sagte die Regierung, daß die Pariser Arbeiter nicht arbeiten wollten und man deshalb zum Unterhalt der Nationalwerkstätten von den Bauern Geld nehmen müsse. So wurden die Bauern, welche die Hauptmasse der Bevölkerung darstellten, gegen die Arbeiter gehetzt. Bei den Wahlen gab die Masse der Bauern ihre Stimmen den reaktionären Monarchisten. (vgl. zum Vorstehenden: Geschichte der Neuzeit v. 1870 - 1918, Kiel 1978, Seite 191)

Die Konstituierende Versammlung löste sodann die Luxembourg-Kommission auf und beseitigte durch ihre reaktionären Maßnahmen bei den Arbeitern die Illusion, sie könnten sich die Macht mit der Bourgeoisie teilen. So wurden die Arbeiter unter Verhältnissen, die für sie ungünstig waren, zum Aufstand bewegt. Dieser Aufstand im Juni 1848 wurde blutig niedergeschlagen; Tausende von gefangenen Arbeitern wurden massakriert. Die Bourgeoisie demonstrierte zum ersten Mal in der Geschichte mit aller Deutlichkeit, daß die bürgerliche Demokratie eine Diktatur über die Arbeiterklasse ist. Sie zeigte zum ersten Mal - und hat es bis heute unzählige weitere Male in weitaus drastischeren Formen gezeigt - zu welchen Bestialitäten sie fähig ist, wenn sie ihre Herrschaft gefährdet sieht.

Das Proletariat hatte eine Illusion verloren. Marx schrieb, *„erst seine Niederlage überzeugte es von der Wahrheit, daß die geringste Verbesserung seiner Lage eine **Utopie** bleibt **innerhalb** der bürgerlichen Republik, eine Utopie, die zum Verbrechen wird, sobald sie sich verwirklichen will. An die Stelle seiner, der Form nach überschwenglichen, dem*

*Inhalt nach kleinlichen und selbst noch bürgerlichen Forderungen, deren Konzession es der Februarrepublik abdringen wollte, trat die kühne revolutionäre Kampfparole: **Sturz der Bourgeoisie! Diktatur der Arbeiterklasse!***

(ebenda, MEW 7 S. 33; oder AW II S. 35; Hervorhebungen von Marx)

Eine **bürgerliche** Organisation der Arbeit kann nichts anderes sein als die Bewegung des Kapitals, welches bald Arbeitskraft anzieht, bald abstößt, erscheinend als Diktat des Gesetzes des Arbeitsmarktes. Forderungen nach Beseitigung der Arbeitslosigkeit **innerhalb** dieser Ordnung sind illusionär, blamieren sich als lächerlich, als „kleinlich“ und „überschwenglich“, sobald sie sich in konkreten Schritten manifestieren, sind dem Inhalt nach bürgerlich, da sie das bestehende Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital nicht in Frage stellen, werden aber aus bürgerlicher Sicht zum „Verbrechen“, sobald die Untauglichkeit dieser Mittel die Konsequenz hervorzurufen droht, das Kapitalverhältnis überhaupt zu sprengen, die **bürgerliche** Organisation der Arbeit durch eine **sozialistische** zu ersetzen. (Mit dem Hinweis, daß die geringste Verbesserung innerhalb der bürgerlichen Ordnung Utopie ist, meint Marx Forderungen wie etwa Arbeitsgarantie bei Aufrechterhaltung der Lohnsklaverei.)

## **DAS PROGRAMM DER DIKTATUR DES PROLETARIATS**

Die Ablösung der bürgerlichen Verhältnisse durch sozialistische setzt voraus, daß die bürgerliche Macht, die bürgerliche Diktatur - ob sie nun die Form der Monarchie oder die der bürgerlichen Demokratie annehmen mag - gebrochen und durch eine proletarische Macht, eine proletarische Diktatur ersetzt wird, daß die Machtorgane der bürgerlichen Diktatur zerschlagen und durch Machtorgane der proletarischen Diktatur ersetzt werden.

In seiner 1849 und 1850 verfaßten Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ benutzte Marx den Begriff „Dikta-

tur der Arbeiterklasse“ zum ersten Mal. In dieser Schrift legte er auch dar, welches die Aufgaben dieser Diktatur sind: *„Dieser Sozialismus ist die **Permanenzerklärung der Revolution**, die **Klassendiktatur** des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur **Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt**, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.“*

(ebenda, MEW 7 S. 90; oder AW II S. 104; Hervorhebungen von Marx)

Diese außerordentlich wichtige Definition stellt klar, welches umfassende Programm die Diktatur des Proletariats durchzuführen berufen ist. Es handelt sich nicht nur um die Beseitigung des Kapitalverhältnisses, sondern um den Übergang von der alten sozialökonomischen Ordnung zur neuen kommunistischen, ein Übergang, der u.a. die Beseitigung aller bornierten Formen der Arbeitsteilung beinhaltet - erst dadurch kann nicht nur das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, sondern **aller Klassenunterschiede überhaupt** erfolgen, darunter aller Unterschiede von leitender und ausführender Tätigkeit in Form einer sozialen Verfestigung. Wir wollen diesen komplizierten Übergang an dieser Stelle nicht näher untersuchen, sondern nur folgendes festhalten: Marx hat klar darauf hingewiesen, daß die Diktatur des Proletariats die politische Form ist, welche die Arbeiterklasse benötigt, solange dieser gewaltige Übergang nicht vollständig durchgekämpft ist. Diktatur des Proletariats ist nicht etwa nur ein System von Maßnahmen, welche in der ersten Zeit nach dem Sturz der Bourgeoisie zu ergreifen sind, sondern **der politische Inhalt der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus, welche Sozialismus heißt.**

*„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine*

*politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als **die revolutionäre Diktatur des Proletariats.***“

(Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19 S. 28; oder AW IV S. 397; Hervorhebung von Marx)

## **DER MARXISTISCH-LENINISTISCHE BEGRIFF DER DIKTATUR DES PROLETARIATS - EIN KERNPUNKT DES THEORETISCHEN KAMPFES ZWISCHEN REVOLUTIONÄREM MARXISMUS UND REVISIONISMUS**

Wer die im zuletzt angeführten Marx-Zitat zusammengefaßte Erkenntnis anzweifelt, hat nicht das geringste Recht, sich Marxist zu nennen, denn es handelt sich um einen Kernpunkt der Marxschen Lehre. Es ist kein Zufall, daß jede Menge Opportunisten, die sich als Marxisten ausgeben, diesen Kernpunkt des Marxismus entstellt haben und weiterhin entstellen, denn dieser Punkt ist für die Bourgeoisie besonders unangenehm, und wer es sich mit ihr nicht ganz verderben will, wird sich stets beeilen, diesen Punkt zu revidieren. Als Beispiel sei Kautsky genannt, der die Diktatur des Proletariats als ein „Wörtchen“ bezeichnete, „das Marx einmal 1875 in einem Briefe gebraucht hatte“, wobei er es „leider unterlassen“ habe, „näher auszuführen, wie er sich diese Diktatur vorstellt“. (Kautsky, zitiert nach Lenin, LW 28 S. 231 f.; oder LAW IV S. 553 ff.)

Marx aber hatte dies nicht nur sehr wohl ausgeführt, er hatte auch klargestellt, daß die Lehre von der Diktatur des Proletariats ein **Kernpunkt** seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse ist:

*„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bür-*

gerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die **Existenz der Klassen** bloß an **bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion** gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur **Diktatur des Proletariats** führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur **Aufhebung aller Klassen** und zu einer **klassenlosen Gesellschaft** bildet.“

(Marx, Brief an Weydemeyer, MEW 28 S. 507 f.; oder AW II S. 523; Hervorhebungen von Marx)

Die Revision der Marxschen Lehre von der Diktatur des Proletariats diente im übrigen nicht nur der Aufrechterhaltung des Kapitalismus, sondern auch der Rückverwandlung einer sozialistischen Gesellschaft in eine kapitalistische: in der Sowjetunion, wo Chruschtschow die Ersetzung der Diktatur des Proletariats durch einen „Staat des ganzen Volkes“ proklamierte. Gewiß war dies nicht die Ursache des Prozesses, der letztlich zur Restauration des Kapitalismus führte, wohl aber ideologische Begleitmusik.

Im auf dem 22. Parteitag der KPdSU 1961 verabschiedeten neuen Parteiprogramm heißt es nämlich:

„Nachdem die Diktatur des Proletariats den vollständigen und endgültigen Sieg des Sozialismus - der ersten Phase des Kommunismus - und den Übergang der Gesellschaft zum umfassenden Aufbau des Kommunismus gesichert hat, ist ihre historische Mission erfüllt, und vom Standpunkt der Aufgaben der inneren Entwicklung in der UdSSR ist sie nicht mehr notwendig. Der Staat, der als Staat der proletarischen Diktatur entstand, hat sich in der neuen, modernen Etappe in den Staat des gesamten Volkes verwandelt, in ein Organ, das den Interessen und dem Willen des gesamten Volkes Ausdruck verleiht. Da die Arbeiterklasse die fortgeschrittenste und bestorganisierte Kraft der Sowjetgesellschaft ist, spielt sie auch während des umfassenden kommunistischen Aufbaus die führende Rolle. Die Ausübung ihrer Rolle als Leiter der Gesellschaft wird die Arbeiterklasse beenden, wenn der Kommunismus erbaut ist, wenn die Klassen verschwunden sind.“

*Die Partei geht davon aus, daß die Diktatur der Arbeiterklasse früher aufhört, notwendig zu sein, als der Staat abstirbt.“*

(Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Moskau 1962, S. 90)

Engels hatte 1875 in einem Brief an Bebel geschrieben:

*„(...) solange das Proletariat den Staat noch **gebraucht**, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“*

(Engels, Brief an Bebel, MEW 19 S. 7; oder AW IV S. 472; Hervorhebung v. Engels)

Der proletarische Staat wird nicht mehr benötigt und stirbt ab, wenn alle Klassenunterschiede beseitigt sind. Auch im Sozialismus ist die Existenz des Staates das Eingeständnis von Klassenunterschieden. Es liegt im Interesse des Proletariats, diese Unterschiede zu beseitigen. Hierzu bedarf es u.a. des Staates. Solange er existiert, muß er ein Staat der Diktatur des Proletariats sein. Die sowjetischen Revisionisten erklärten die Diktatur des Proletariats für „überflüssig“, als sie sich anschickten, die Diktatur einer neuen Ausbeuterklasse **über** das Proletariat zu errichten. Eben diese Revisionisten bzw. die von ihnen vertretenen, sich zur neuen Ausbeuterklasse herausbildenden Schichten waren es, über die die Diktatur des Proletariats hätte ausgeübt werden müssen, um den kommunistischen Keim der Sowjetgesellschaft zu verteidigen.

Diktatur des Proletariats bedeutet freilich nicht etwa, daß die Arbeiterklasse über den Rest der Bevölkerung mit gewaltsamen Mitteln herrscht. Sie wird im Gegenteil ein Bündnis mit anderen Schichten anstreben und innerhalb dieses Bündnisses um ihre politische Führung kämpfen. (vgl. S. 33 f. zum Begriff der „Volksrevolution“) Überhaupt steht „Diktatur“ für Marxisten keinesfalls in einem formallogischen Gegensatz zu „Demokratie“, wie es dem bürgerlichen Sprachgebrauch entspricht. Diktatur und Demokratie stehen viel-

mehr in einem dialektischen Verhältnis. **Jeder** Staat ist die Diktatur einer Klasse. Der sozialistische Staat ist die Diktatur der Arbeiterklasse über ihre Gegner; sie beinhaltet Demokratie für die Arbeiterklasse und verbündete Schichten. Der bürgerliche Staat ist die Diktatur der Bourgeoisie.

Kautsky hingegen berief sich auf die **bürgerlichen** Begriffe der Diktatur und der Demokratie, die **sich gegenseitig ausschließen**: *„Buchstäblich genommen bedeutet das Wort (Diktatur, d. Verf.) die Aufhebung der Demokratie.“* (Kautsky, zitiert nach Lenin, LW 28 S. 232; oder LAW IV S. 555) Die **Bourgeoisie** benötigt **sich ausschließende** Begriffe von Demokratie und Diktatur, weil *„der bürgerliche Staat, der die Diktatur der Bourgeoisie vermittelt der demokratischen Republik ausübt, vor dem Volke nicht zugeben kann, daß er der Bourgeoisie dient (...).“* (Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW 28 S. 303; oder LAW IV S. 630) Kautsky übernimmt diese **bürgerlichen** Begriffe. Er stellt Demokratie und Diktatur als **sich ausschließende** Gegensätze hin, um vom **Klasseninhalt** der jeweiligen Diktatur bzw. Demokratie **abzulenken**. Er spricht von „reiner Demokratie“, worunter er im wesentlichen einen Staatszustand versteht, in welchem alle Staatsbürger nicht nur formal, sondern auch faktisch gleiche Rechte haben, unabhängig davon, welcher Klasse sie angehören. Lenin hielt entgegen, daß Ausbeuter und Ausgebeutete **keinesfalls** gleiche Rechte haben können. Die Bourgeoisie nutzt ihren Staat zur Niederhaltung der Arbeiterklasse. Sobald die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hat, nutzt sie ihren Staat zur Niederhaltung der Bourgeoisie. Denn: *„Den Ausbeutern kann man bei einem gelungenen Aufstand im Zentrum oder bei einer Empörung des Heeres mit einem Schlag eine Niederlage bereiten. Aber abgesehen vielleicht von ganz seltenen und besonderen Fällen kann man die Ausbeuter nicht mit einem Schlag vernichten. Man kann nicht alle Gutsbesitzer und Kapitalisten eines halbwegs größeren Landes auf einmal expropriieren. Ferner, die Expropriation allein, als juristischer oder politischer Akt, entscheidet bei weitem nicht die Sache, denn es ist notwendig, die Gutsbesitzer und Kapitalisten tat-*

sächlich **abzusetzen** und sie tatsächlich durch andere, von Arbeitern ausgeübte Verwaltung der Fabriken und Güter **zu ersetzen**." (Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW 28 S. 251; oder LAW IV S. 575; Hervorhebungen von Lenin) Und auch danach werden die Menschen, aus denen die mittlerweile enteignete und „abgesetzte“ Ausbeuterklasse bestanden hatte, noch existieren, werden sie versuchen, die Verhältnisse in ihrem Interesse wieder umzustürzen. Das ist nicht der einzige Grund, aber ein wesentlicher Grund, warum die Diktatur des Proletariats erforderlich ist.

„Die Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist.“ (ebenda, LW 28 S. 234; oder LAW IV S. 557) Das gilt für **jeden** Staat, der eben seinem Inhalt nach **Diktatur einer Klasse** ist, welche Form auch immer er annehmen mag. Das bedeutet freilich nicht, daß Gesetze Schall und Rauch sind. Je fester eine Klasse im Sattel sitzt, desto weniger wird sie es nötig haben, die Gesetze - welches ja **ihre** Gesetze, Mittel **ihrer** Herrschaft sind - zu übertreten. Wenn es aber erforderlich ist, um ihre Macht zu behaupten, wird sie es tun. Und nicht nur das. Die Bourgeoisie setzt sich selbst in friedlichen Situationen in Verfolgung ihrer **Interessen** ständig über ihre eigenen Gesetze hinweg. Sie schont beispielsweise Politiker oder Polizisten, die gegen das Strafgesetz verstoßen haben. Sie schont bürgerliche Steuerbetrüger. Sie setzt sich zu Lasten der Arbeiterklasse über Arbeitsschutzgesetze hinweg. Die deutsche bürgerliche Armee nahm an einem Angriffskrieg gegen Jugoslawien teil, und überhaupt gehören für die Bourgeoisie Auslandseinsätze der Bundeswehr - wie es im Zusammenhang mit dem Mazedonien-Einsatz der CDU/CSU-Fraktionschef Merz formuliert - „zur Kultur der Politik in unserem Land“ (FR 30.8.01), militärische Einsätze, die nicht das geringste mit Landesverteidigung zu tun haben. Mit anderen Worten: **Bruch der Verfassung** gehört für die Bourgeoisie zur „politischen Kultur“. Artikel 26 des Grundgesetzes erklärt nämlich die Vorbereitung von Angriffskriegen für verfassungswidrig und verlangt, solche Handlungen

unter Strafe zu stellen. Ein entsprechendes Strafgesetz existiert auch, wird aber nicht angewandt.

*„Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine Macht, die erobert wurde und aufrechterhalten wird durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, eine Macht, die an keine Gesetze gebunden ist.“* (Lenin, LW 28 S. 234; oder LAW IV S. 557) Das bedeutet nicht, daß die Gesetze des proletarischen Staates Schall und Rauch wären, daß KommunistInnen bereit wären, sich nach Belieben darüber hinwegzusetzen. Wenn Gesetze für führende angebliche Kommunisten nicht gelten, wie dies in den revisionistischen Regimes der Fall war, so ist dies im Gegenteil ein untrügliches Zeichen dafür, daß diese angeblichen Kommunisten in Wirklichkeit politische Führer einer neuen Ausbeuterklasse geworden sind, die der Arbeiterklasse im Nacken sitzt.

Aus der geschichtlichen Tatsache, daß eine Arbeitermacht auf eine solche Weise **entarten** kann, dürfen aber keineswegs liberale Schlußfolgerungen im Sinne eines Kautsky gezogen werden, wonach eine um den Erhalt ihrer Macht kämpfende Arbeiterklasse die Regeln einer „reinen Demokratie“ nicht verletzen dürfe, denn eine solche reine Demokratie ohne Klasseninhalt hat es nie gegeben und kann es nie geben.

In seiner Polemik gegen Kautsky zeigte Lenin sehr klar, worum es geht, wenn MarxistInnen im Gegensatz zu den Kautskys dieser Welt daran festhalten, daß die Diktatur des Proletariats eine durch keinerlei Gesetze beschränkte Macht ist. Beispielsweise hielt Kautsky den Bolschewiki als eine furchtbare Sünde wider die „reine Demokratie“ vor, daß das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee der Sowjets im Juni 1918 beschlossen hatte, die Vertreter der Parteien der rechten Sozialrevolutionäre und der Menschewiki aus den Sowjets auszuschließen. Kautsky schrieb:

*„Diese Maßregel richtet sich nicht etwa gegen bestimmte Personen, die bestimmte strafbare Handlungen begangen haben... Von einer Immunität der Abgeordneten zum Sowjet ist in der Verfassung der Sowjetrepublik keine*

Rede. Nicht bestimmte **Personen**, sondern bestimmte **Parteien** werden hier von den Sowjets ausgeschlossen.“

(Kautsky, zitiert nach Lenin, LW 28 S. 276; oder LAW IV S. 601; Hervorhebungen von Kautsky)

Lenin erwiderte:

„Ja, das ist geradezu entsetzlich, das ist eine unerträgliche Abweichung von der reinen Demokratie, nach deren Regeln unser revolutionärer Juduschka Kautsky die Revolution machen wird. Wir russischen Bolschewiki hätten zuerst den Sawinko und Co., den Liberdan mitsamt den Potressow (...) und Co. Immunität zusichern, dann ein Strafbuch verfassen sollen, das die Teilnahme am tschechoslowakischen konterrevolutionären Krieg oder das Bündnis mit den deutschen Imperialisten in der Ukraine oder in Georgien **gegen** die Arbeiter des eigenen Landes für 'strafbar' erklärt, und erst **dann**, auf Grund dieses Strafbuches, wären wir, gemäß der 'reinen Demokratie', berechtigt gewesen, 'bestimmte Personen' aus den Sowjets auszuschließen. Es versteht sich dabei von selbst, daß die Tschechoslowaken, die über die Sawinko, Potressow und Liberdan (oder mit Hilfe deren Agitation) von den englischen und französischen Kapitalisten Geld erhalten, und ebenso die Krasnow, die mit Hilfe der ukrainischen und Tifliser Menschewiki von den Deutschen Munition bekamen, gerade so lange ruhig gesessen hätten, bis wir ein regelrechtes Strafbuch verfaßten, und daß sie sich als Demokraten von reinstem Wasser auf die Rolle der 'Opposition' beschränkt hätten...“

(Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW 28 S. 276; oder LAW IV S. 601 f.; Hervorhebungen von Lenin)

Sawinko war der Führer der Partei der Sozialrevolutionäre. „Liberdan“ ist ein ironischer Spitzname für die menschewistischen Politiker Liber und Dan. Sowohl die Menschewiki als auch die Sozialrevolutionäre kämpften mit allen Mitteln gegen die Sowjetmacht. Mit „tschechoslowakischem Krieg“ ist ein von England und Frankreich organisierter Aufruhr eines tschechoslowakischen Korps von Kriegsge-

fangenen gemeint, denen die Sowjetmacht erlaubt hatte, in ihre Heimat zurückzukehren. Während seiner Reise wurde es von Sozialrevolutionären, die dabei wiederum mit dem englischen und französischen Imperialismus zusammenarbeiteten, zu einem Aufruhr gegen die Sowjetmacht angestiftet, der wiederum als Signal für einen Aufruhr des Kulakentums an der Wolga und in Sibirien sowie unter dem Einfluß der Sozialrevolutionäre stehender Arbeiter dienen sollte. Krasnow war ein General, der einen Aufstand der Donkosaken organisierte, das Dongebiet besetzte und einen Feldzug gegen die Sowjetmacht eröffnete. - Kurz: An derlei Aktivitäten beteiligten sich die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre. Nach den Regeln von Kautskys „reiner Demokratie“ hätten die Bolschewiki dagegen nichts unternehmen dürfen, solange es keine gesetzliche Grundlage dafür gab, und sie hätten peinlich die „parlamentarische Immunität“ der Vertreter dieser Parteien in den Machtorganen des proletarischen Staates beachten müssen. Den Bolschewiki war die Erhaltung der Macht der Arbeiterklasse allerdings wichtiger als derartige Regeln. Sie hielten sich daran, daß die Diktatur einer Klasse „eine durch keinerlei Gesetze beschränkte Macht“ ist.

Kautsky jammerte darüber, daß die Sowjetmacht der Bourgeoisie das Wahlrecht entzog. Die siegreiche Arbeiterklasse müsse - so meinte er - eine „Opposition“ zulassen. Lenin antwortete:

*„Oh, Sie gelehrter Historiker und Politiker! Sie hätten wissen müssen, daß 'Opposition' ein Begriff des friedlichen und nur parlamentarischen Kampfes ist, das heißt ein Begriff, der einer nichtrevolutionären Situation entspricht, also einer Situation, in der **sich keine Revolution vollzieht**. In der Revolution handelt es sich um einen erbarmungslosen Feind im Bürgerkrieg, und die reaktionären Jeremiaden eines Kleinbürgers, der diesen Krieg fürchtet, wie Kautsky ihn fürchtet, werden an dieser Tatsache nichts ändern. Betrachtungen vom Standpunkt der 'Opposition' über die Fragen des erbarmungslosen Bürgerkriegs anstellen, wo die Bourgeoisie vor keinem Verbrechen zurückscheut - das Beispiel*

*der Versailler und ihres Paktes mit Bismarck (nämlich der französischen Reaktion mit ihrem deutschen Kriegsgegner gegen die Pariser Kommune, d. Verf.) sagt jedem etwas, der sich zur Geschichte nicht wie der Gogolsche Petruschka (Romanfigur, d. Verf.) verhält -, wo die Bourgeoisie fremde Staaten zu Hilfe ruft und mit ihnen gegen die Revolution intrigiert - das ist die reinste Komik. Das revolutionäre Proletariat soll, ganz so wie der 'Konfusionsrat' Kautsky, eine Schlafmütze über die Ohren ziehen und die Bourgeoisie, die die Dutowschen, Krasnowschen und tschechischen konterrevolutionären Aufstände organisiert und Millionen an Saboteure zahlt, als legale 'Opposition' betrachten. Oh, welcher Scharfsinn!"*

(ebenda, LW 28 S. 272 f.; oder LAW IV S. 597; Hervorhebung von Lenin)

Kautsky jammerte, „Kapitalist“ sei ein juristisch unklarer Begriff, daher sei es „Willkür“, „Kapitalisten“ das Wahlrecht zu entziehen. Lenin antwortete:

*„Der englischen Bourgeoisie räumt dieser 'seriöse Wissenschaftler' Jahrhunderte ein, um eine neue (für das Mittelalter neue) bürgerliche Verfassung auszuarbeiten und zu präzisieren, uns aber, den Arbeitern und Bauern Rußlands, will dieser Repräsentant einer Lakaienwissenschaft keinerlei Frist gewähren. Von uns verlangt er in wenigen Monaten eine bis aufs I-Tüpfelchen ausgearbeitete Verfassung...*

*... 'Willkür'! Man denke bloß, welch ein Abgrund schmutzigster Liebedienerei vor der Bourgeoisie, welch ein Abgrund stumpfsinnigster Pedanterie sich in einem **solchen** Vorwurf offenbart. Wenn die durch und durch bürgerlichen und zum größten Teil reaktionären Juristen der kapitalistischen Länder im Laufe von Jahrhunderten oder Jahrzehnten die detailliertesten Bestimmungen ausarbeiteten, Dutzende und Hunderte von Gesetzbüchern und Kommentaren zu den Gesetzen verfaßten, die **der Unterdrückung** des Arbeiters **dienen**, den **Armen** an Händen und Füßen fesseln, jedem einfachen werktätigen Menschen aus dem Volke tausend Schwierigkeiten bereiten und Hindernisse in den Weg legen - oh, darin sehen die bürgerlichen Liberalen und Herr*

Kautsky keine 'Willkür'! Da herrscht 'Ordnung' und 'Gesetzlichkeit'! Da ist alles durchdacht und niedergeschrieben, wie der Arme 'auszupressen' ist. Da gibt es Tausende bürgerlicher Advokaten und Beamten (von ihnen schweigt Kautsky überhaupt, wahrscheinlich gerade darum, weil Marx dem **Zerschlagen** der Beamtenmaschinerie gewaltige Bedeutung beilegte...) - Advokaten und Beamte, die die Gesetze so auszulegen verstehen, daß es dem Arbeiter und dem Durchschnittsbauern niemals gelingt, durch die Fußangeln dieser Gesetze hindurchzukommen. Das ist keine 'Willkür' der Bourgeoisie, das ist keine Diktatur eigennütziger und schmutziger Ausbeuter, die sich mit dem Blut des Volkes vollgesogen haben - keine Spur! Das ist 'reine Demokratie', die von Tag zu Tag reiner und reiner wird.

Als aber die werktätigen und ausgebeuteten Klassen, durch den imperialistischen Krieg abgeschnitten von ihren Brüdern jenseits der Grenze, zum erstenmal in der Geschichte **ihre eignen** Sowjets schufen, als sie **diejenigen Massen**, die die Bourgeoisie unterdrückt, eingeschüchtert, abgestumpft hatte, zum politischen Aufbau herbeiriefen und **selbst** anfangen, einen **neuen**, proletarischen Staat aufzubauen, als sie im Getümmel des erbitterten Kampfes, im Feuer des Bürgerkriegs darangingen, die Grundprinzipien für einen Staat **ohne Ausbeuter zu entwerfen** - da erhob das ganze bourgeoise Gesindel, die ganze Bande der Blutsauger samt ihrem Trabanten Kautsky ein Gezeter über 'Willkür'!

(ebenda, LW 28 S. 274; oder LAW IV S. 599 f.; Hervorhebungen von Lenin)

Man sieht, wie die Haltung Kautskys die gesamte weitere Entwicklung der Sozialdemokratie zur kapitalistischen Staatspartei gewissermaßen vorwegnahm - nur daß Kautsky damals noch **gezwungen** war, dies als theoretisch konsequente Anwendung des Marxismus zu tarnen.

„Kautsky entnimmt dem Marxismus das, was für die Liberalen, für die Bourgeoisie annehmbar ist (die Kritik am Mittelalter, die fortschrittliche historische Rolle des Kapitalismus im allgemeinen und der kapitalistischen Demokratie

*im besonderen), und streicht, verschweigt und vertuscht vom Marxismus all das, was für die Bourgeoisie **unannehmbar** ist (die revolutionäre Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, um diese zu vernichten). Darum eben erweist sich Kautsky infolge seiner objektiven Stellung, wie immer seine subjektive Überzeugung auch sein mag, unvermeidlich als Lakai der Bourgeoisie.“*

(ebenda, LW 28 S. 241; oder LAW IV S. 564; Hervorhebung von Lenin)

Wie aber war es möglich, daß sich der theoretische Führer der bei allen Mängeln grundsätzlich immerhin revolutionären II. Internationale in einer Situation, in welcher die Bourgeoisie in einem Land bereits gestürzt war und in der es in anderen Ländern galt, auf den Sturz der Bourgeoisie Kurs zu nehmen, als Lakai der Bourgeoisie erwies?

*„(...) die Jahrzehnte eines relativ 'friedlichen' Kapitalismus, 1871 bis 1914, schufen in den sozialistischen Parteien, die sich dem Opportunismus anpassen, wahre Augiasställe des Philistertums (Spießertums, d. Verf.), der Engstirnigkeit, des Renegatentums...“*

(ebenda, LW 28 S. 253; oder LAW IV S. 577)

Zwar ist ein solch schleichender, kaum merklicher Übergang revolutionärer Arbeiterparteien zum Opportunismus auch in einer Periode einer relativ „friedlichen“ Entwicklung des Kapitalismus kein unabwendbares Schicksal, doch die Gefahr ist groß, und sie realisiert sich unweigerlich, wenn diese Parteien es nicht verstehen, auch in nicht-revolutionären Situationen den Tageskampf revolutionär zu führen. (vgl. z.B. Kapitel XV S. 35 - 55)

Was Kautsky betrifft, den Autor des gegen die proletarische Revolution in Rußland gerichteten Buches „Die proletarische Revolution“, so spricht seine Praxis während der Novemberrevolution 1918 in Deutschland für sich. Nachdem die Monarchie gestürzt war, stellte sich die Machtfrage: Würde das Proletariat die Macht ergreifen, oder würde die Bourgeoisie die Macht nun in Form der parlamentarischen Demokratie ausüben? Kautsky und seinesgleichen sorgten dafür, daß letzteres geschah:

Sie verhinderten im Rat der Volksbeauftragten, daß die alte Staatsmaschine zerschlagen, die Minister entlassen, die Spitzen der Verwaltungsbehörden, also die Vertreter des preußischen Junkertums, davongejagt wurden, die bürgerliche Klassenjustiz beseitigt wurde usw. Die SPD-Führung hetzte gegen die „*spartakistischen Mörderbanden*“ und den „*bolschewistischen Wahnsinn*“. Sie betrieb die Einberufung einer Nationalversammlung auf der Grundlage allgemeinen Wahlrechts, wodurch die Errichtung einer Rätemacht verhindert wurde. Dem Mißtrauen der Arbeitermassen versuchte sie, durch Einsetzung einer Kommission zu begegnen, die angeblich die Möglichkeit der Sozialisierung von Betrieben untersuchen sollte. Vorsitzender dieser Kommission war Kautsky. Das sozialdemokratische Zentralorgan „Vorwärts“ schrieb am 5. Dezember in schöner Offenheit, Aufgabe der Kommission solle es sein, „*von vornherein beruhigend zu wirken in dem Sinne, daß keine unvernünftigen Experimente zu befürchten sind und daß zum mindesten niemand einen Schaden davon haben wird, wenn er zunächst seiner vor dem Kriege gewohnten Beschäftigung wieder nachgeht.*“ (vgl. Wiegand, Richard, Wer hat uns ver-raten. Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution, Berlin 1974, S. 56)

Derweil marschierte die Konterrevolution, wurden die revolutionären Arbeiter blutig niedergeschlagen - offenbar ein Ausdruck „reiner Demokratie“. Noske, Mitglied des Parteivorstands der SPD, hatte die Führung der bewaffneten Konterrevolution mit den Worten übernommen „*einer muß der Bluthund sein*“. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Führer der revolutionären Arbeitermassen, wurden von der Konterrevolution ermordet. Propagandistisch waren diese Morde durch den „Vorwärts“ vorbereitet worden, der Liebknecht für geisteskrank erklärt und geschrieben hatte: „*Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!*“ (vgl. ebenda) Offenbar ebenfalls ein Ausdruck „reiner Demokratie“ und der Treue zu Gesetzen.

Als die Revolution niedergeschlagen war, betrachtete die SPD-Führung die Sozialisierungskommission als über-

flüssig. Sie wurde aufgelöst. Der „marxistische Theoretiker“ Kautsky hatte seine Arbeit getan.

## **DIE PARISER KOMMUNE - DIE „ENDLICH ENTDECKTE FORM“ DES PROLETARISCHEN STAATES**

Die Frage, was konkret an die Stelle der zerschlagenen bürgerlichen Staatsmaschine zu setzen sei, beantwortete Marx erst, nachdem die historische Erfahrung der Pariser Kommune vorlag. Er war kein Utopist, der ohne hinreichendes Erfahrungsmaterial Zukunftsmodelle ausklügelte. Die Kommune war, wie er 1871 schrieb, die „*endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte*“. (Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17 S. 342; oder AW IV S. 78)

Die Kommune war der erste proletarische Staat, den die Geschichte kannte. Freilich bedeutet dies nicht, daß alle ihre Maßnahmen allgemeine Gesetzmäßigkeiten darstellten und von allen nachfolgenden proletarischen Revolutionen zu kopieren wären. Die Bedingungen sind in jedem Lande anders. Überdies muß jede revolutionäre Ordnung sich selbst ständig verändern, da die Diktatur des Proletariats in dem oben (S. 86) beschriebenen Sinne die Permanenzerklärung der Revolution ist. Marx schrieb:

*„Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune. Sie hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigne Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzu-  
arbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigne ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden.“*

(ebenda, MEW 17 S. 343; oder AW IV S. 79)

Der Kommune ist keine Zeit zur Entwicklung gelassen worden. Sie war eine provisorische Ordnung unmittelbar nach der Machtergreifung des Proletariats. Hätte sie einige Zeit zur Entwicklung gehabt, dann hätte sie die der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus innewohnenden Widersprüche, Schwierigkeiten und Probleme deutlicher gezeigt, die so kaum in Erscheinung treten konnten.

Wesentlich ist aber, daß mit der Kommune ein Staat entstanden war, der „*schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war*“ (Engels, MEW 19 S. 6; oder AW IV S. 472), der die „*Übergangsform seines (des Staates, d. Verf.) Verschwindens (der Übergang vom Staat zum Nichtstaat)*“ (Lenin, LW 25 S. 445; oder LAW III S. 518) war.

„*Die Kommune **hörte auf**, ein Staat zu sein, insofern sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung, sondern eine Minorität (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte; die bürgerliche Staatsmaschine wurde von ihr zerschlagen; an Stelle einer **besonderen** Repressionsgewalt trat die Bevölkerung selbst auf den Plan. Alles das sind Abweichungen vom Staat im eigentlichen Sinne.*“

(Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 454; oder LAW III S. 528; Hervorhebungen von Lenin)

Im einzelnen stellte sich das wie folgt dar.

## ZUM MILITÄRWESEN DER KOMMUNE

„*Paris konnte nur Widerstand leisten, weil es (...) die Armee losgeworden war, an deren Stelle es eine hauptsächlich aus Arbeitern bestehende Nationalgarde gesetzt hatte. Diese Tatsache galt es jetzt in eine bleibende Einrichtung zu verwandeln. Das erste Dekret der Kommune war daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk.*“

(Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17 S. 338; oder AW IV S. 74)

Damit hatte die bewaffnete Macht bereits aufgehört, eine **besondere** öffentliche Gewalt zu sein.

Mit diesen Ausführungen kann allerdings nicht hergeleitet werden, daß sozialistische Staaten keine reguläre Armee benötigen. Wenn Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich“ vom „stehenden Heer“ spricht, so meint er damit das stehende Heer der Ausbeuterklassen unter Führung der dem Volk feindlichen reaktionären Offizierskaste. Und wenn, wie Marx auch in dieser Schrift wieder betont, „*die Arbeiterklasse (...) nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen*“ kann (ebenda, MEW 17 S. 336; oder AW IV S. 71), so natürlich insbesondere nicht diese Armee. („Losgeworden“ war Paris diese Armee insofern, als die Reaktion die Truppen abzog, um sie in Versailles zu sammeln.) Die Frage, welche Formen eine proletarische Militärorganisation unter welchen Umständen annehmen könnte, hat Marx in dieser Schrift - und auch sonst - nicht behandelt. Er stellte fest, daß die Militärorganisation der Kommune eine im wesentlichen aus Arbeitern bestehende Miliz war, und damit fertig. (Die Kommune hatte im übrigen wohl auch gar keine Zeit, eine reguläre Armee zu schaffen.)

Engels aber hat sich verschiedentlich näher mit der Frage der Form proletarischer Militärorganisationen befaßt. In einer im Februar 1845 gehaltenen Rede vertrat er den Standpunkt, das Proletariat benötige keine reguläre Armee, sondern eine Miliz. (MEW 2 S. 542 f.) Aufgrund seiner militärischen Fachkenntnisse kam er allerdings später zu einer anderen Auffassung.

1851 rechneten Marx und Engels mit der Möglichkeit, daß die Staatsstreichpläne Louis Bonapartes einen Aufstand des Pariser Proletariats herbeiführen könnten. Sie gingen davon aus, daß eine siegreiche Pariser Revolution sofort einen Krieg der Heiligen Allianz (vgl. Kapitel VI S. 12 f.) gegen Frankreich zur Folge haben würde. Engels untersuchte nun die militärischen Voraussetzungen, die unter diesen Bedingungen zur Verteidigung der Revolution erforderlich waren. In diesem Zusammenhang betonte er die Notwendigkeit einer regulären Armee zur Landesverteidigung **neben** den

proletarischen Garden in den Städten bzw. Bauerngarden auf dem Land. (MEW 7 S. 488) Er arbeitete einen konkreten Bewaffnungsplan aus und schrieb dann:

*„Bei dem ganzen Bewaffnungsplan wird vorausgesetzt, daß ein ordentlicher Kriegsminister da ist, der die politischen Verhältnisse zu würdigen versteht, der strategische, taktische und Detailkenntnisse über alle Waffen besitzt und der die gehörige Portion Energie, Raschheit und decisiveness (Entschlossenheit, d. Verf.) hat und dem von den Eseln, die mit ihm regieren werden, freie Hand gelassen wird. Aber wo hat die 'rote' Partei in Frankreich so einen Kerl! Die Chancen sind im Gegenteil, daß wie gewöhnlich ein unwissender Kerl, den man und der sich als bon démocrate (guter Demokrat, d. Verf.) natürlich jedem Posten gewachsen glaubt (...), Massenaushebung dekretieren, alles vollständig auflösen, sehr bald am Ende seines Witzes ankommen, dann alles der Routine alter Unterbeamten überlassen und die feindlichen Armeen bis vor Paris kommen lassen wird.“*

(Engels, Bedingungen und Aussichten eines Krieges der Heiligen Allianz, MEW 7 S. 490)

Engels ließ keinen Zweifel daran, daß die Revolution ohne eine organisierte Armee mit erfahrenen Militärs wenig Chancen haben würde.

In einem Brief an Marx über den amerikanischen Bürgerkrieg zwischen den Nord- und den Südstaaten schrieb Engels im Jahre 1866:

*„Der amerikanische Krieg - Miliz auf beiden Seiten - beweist nichts, als daß das Milizsystem ganz unerhörte Opfer an Geld und Menschen kostet, weil eben die Organisation nur auf dem Papier besteht. Wie wäre es den Yankees ergangen, wenn sie statt der südlichen Milizen ein festes Heer von ein paar 100.000 Mann sich gegenüber gehabt hätten? Ehe der Norden sich organisierte, wären diese in New York und Boston gewesen und (...) hätten (...) den Frieden diktiert.“*

(Engels, MEW 32 S. 20 f.)

*„Erst eine kommunistisch eingerichtete und erzogene Gesellschaft kann sich dem Milizsystem sehr nähern und auch da noch asymptotisch.“*

(ebenda S. 21)

Engels meint mit letzterer Bemerkung die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft, den Sozialismus, denn im entwickelten Kommunismus wird es eine Militärorganisation selbstredend nicht mehr geben. „Asymptotisch“ bezeichnet eine Annäherung, die das Ziel nie ganz erreicht. Soweit es um die Verteidigung der sozialistischen Ordnung **nach innen** geht, ist eine Annäherung an das Milizsystem sicherlich möglich und wünschenswert. Soweit es aber um die Landesverteidigung **nach außen** geht, ist klar, daß ein Milizsystem gegen die imperialistischen Armeen keine Chance hätte.

Die Existenz eines Militärapparates mit Berufsoffizieren hat freilich die Kehrseite, daß **Sonderinteressen** entstehen, daß letztlich die Gefahr einer - mehr oder minder großen - **Verselbständigung** besteht. Dies gilt freilich für **alle** Bereiche der proletarischen Staatsmacht, worauf noch einzugehen sein wird. Es handelt sich lediglich um den **Übergang** vom Staat zum Nichtstaat, **in gewisser Hinsicht** ist der proletarische Staat eben noch Staat, also eine der Gesellschaft bis zu einem bestimmten Grade **gegenüberstehende besondere Macht**. Dies eben ist eines der Probleme der Übergangsgesellschaft: Ziel des revolutionären Proletariats ist die Abschaffung aller Klassenunterschiede, doch da es Klassenunterschiede - so lange diese existieren - in Rechnung stellen muß, muß es auch Mittel anwenden, die der Klassengesellschaft entspringen, die letztlich ebenfalls zu überwinden sind und die - so lange sie nicht vollständig überwunden werden können - Gefahren beinhalten. Was die Armee angeht, so ist es Aufgabe einer proletarischen Militärpolitik, diese Gefahren in Rechnung zu stellen und ihnen entgegenzuwirken.

## ZUR POLITISCHEN VERFASSUNG DER KOMMUNE

*„Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.“*

(Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17 S. 339; oder AW IV S. 74)

*„Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen.“* (ebenda, MEW 17 S. 340; oder AW IV S. 76) Dies schloß die **Möglichkeit jederzeitiger Abwahl** ein.

Das bedeutet die **Aufhebung des Parlamentarismus**.

*„Die Vertretungskörperschaften bleiben, aber den Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung der gesetzgebenden von der vollziehenden Tätigkeit, als Vorzugstellung für Abgeordnete gibt es hier **nicht**.“* (Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 437; oder LAW III S. 510; Hervorhebung von Lenin)

**Juristisch** ist mit dieser Organisation des politischen Lebens erreicht, daß die gesamte werktätige Bevölkerung an der Regierung unmittelbar teilnehmen kann. Dem dient auch die damit verbundene Aufhebung der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive, einer Gewaltenteilung, die - wenn die Bevölkerung kontrollieren will - jeder Seite die Möglichkeit gibt, vorhandene Mängel auf die jeweils andere zu schieben. Eine arbeitende Körperschaft mit der Befugnis und der Pflicht, gefällte Beschlüsse auch durchzusetzen, kann sich nicht auf Mängel in der Durchführung herausreden.

**Faktisch** aber kann die allerbeste politische Verfassung **alleine** nicht gewährleisten, daß die Werktätigen selbst regieren und die politischen Vertreter nur als deren Buchhalter fungieren. Die Kommune hatte einerseits nicht die Zeit, praktische Schwierigkeiten in der realen Umsetzung proletarischer Demokratie in Erscheinung treten zu lassen; andererseits herrschten in gewisser Weise optimale Bedingungen: es handelte sich um ein verhältnismäßig kleines Gemeinwesen, und die erdrückende Mehrheit seiner werktätigen Mitglieder war von revolutionärem Enthusiasmus erfüllt. Unter anderen Bedingungen treten hier erhebliche praktische Probleme auf.

Beispielsweise warnte Lenin im Jahre 1918 sowohl vor der Gefahr der „*Verwandlung der Mitglieder der Sowjets* (also der gewählten Machtorgane, d. Verf.) *in 'Parlamentarier'*“, andererseits vor der Gefahr ihrer Verwandlung in „*Bürokraten*“. (Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, LW 27 S. 264; oder LAW IV S. 366) Mit ersterem meinte er die Tendenz, daß sie zwar Gesetze beschließen, sich aber um die Ausführung nicht kümmern, die Verwaltung nicht wirklich kontrollieren. Mit der Gefahr der Verwandlung in Bürokraten meinte er, daß sie mit der Verwaltung **verschmelzen** und sie somit ebenfalls nicht im Interesse ihrer Wählerinnen und Wähler kontrollieren: „*Die Abteilungen der Sowjets verwandeln sich an vielen Orten in Organe, die nach und nach mit den Kommissariaten verschmelzen.*“ (ebenda)

Derartige Tendenzen treten gesetzmäßig auf, so lange und so weit die Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft nicht überwunden sind, die mit **Sonderinteressen** einzelner gesellschaftlicher Gliederungen, einzelner Institutionen, einzelner Berufe, einzelner Individuen usw. verbunden sind. Die proletarische Politik, der proletarische Staat sind **Instrumente der Arbeiterklasse**, den Kampf für die Überwindung aller rückständigen gesellschaftlichen Verhältnisse zu führen, doch sie sind ihrerseits von diesen Verhältnissen geprägt. Politische Formen einer sozialistischen Gesellschaft können als Absichtserklärung und Willen der herrschenden

Arbeiterklasse zur Umstülpung der sozialökonomischen Verhältnisse materiell immer nur ein Stück weit über diese Verhältnisse hinausweisen. So weit beispielsweise in der Produktion die Arbeitsteilung in leitende und ausführende Funktionen nicht überwunden ist, kann die politische Form der Räteverfassung **ein Stück weit** über den sozialökonomischen Zustand hinausweisen, aber eben nur ein Stück weit.

Lenin schlug als Mittel gegen die von ihm benannten Gefahren folgendes vor: *„Unser Ziel ist die **ausnahmslose** Heranziehung der **armen Bevölkerung** zur praktischen Teilnahme an der Verwaltung, und alle Schritte zur Verwirklichung dieses Ziels - ja mannigfaltiger sie sind, desto besser - müssen sorgfältig registriert, studiert, systematisiert, durch größere Erfahrungen erprobt und gesetzlich verankert werden.“* (ebenda; Hervorhebungen von Lenin) Doch die vollständige Umsetzung dieses Mittels fällt faktisch mit dem Erreichen des Kommunismus zusammen. (Abgesehen davon, daß es dann keine „arme Bevölkerung“ mehr geben wird und daß man dann keine Gesetze brauchen wird, um die Selbstverständlichkeit zu garantieren, daß sich jedes Gesellschaftsglied an der Regelung aller gesellschaftlichen Angelegenheiten beteiligen kann.)

## ZUM VERWALTUNGSAPPARAT DER KOMMUNE

*„Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller andern Verwaltungszweige.“*

(Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17 S. 339; oder AW IV S. 74)

Juristisch stehen zwar auch in der bürgerlichen Demokratie sämtliche Verwaltungsbeamte (einschließlich Polizei und Geheimdienste) unter der Kontrolle gewählter PolitikerInnen. Aber selbst einmal davon abgesehen, daß die PolitikerInnen den WählerInnen nicht verantwortlich sind:

Die Kontrolle der parlamentarischen Körperschaften über den Verwaltungsapparat wird weitgehend zur Farce, da die parlamentarischen Körperschaften keine arbeitenden Körperschaften sind - siehe oben.

Daß die Kontrolle unter der proletarischen Diktatur nur eine relative sein kann, ergibt sich aus dem oben Gesagten.

## **ARBEITERLOHN FÜR REGIERUNGS- UND VERWALTUNGSBEAMTE**

*„Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, mußte der öffentliche Dienst für **Arbeiterlohn** besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst. Die öffentlichen Ämter hörten auf, das Privateigentum der Handlanger der Zentralregierung zu sein.“*

(Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17 S. 339; oder AW IV S. 74 f.; Hervorhebung von Marx)

Engels sagte hierzu:

*Gegen die „in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staats und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft wandte die Kommune zwei unfehlbare Mittel an. Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andre Arbeiter empfangen. Das höchste Gehalt, das sie überhaupt zahlte, war 6.000 Franken. Damit war der Stellenjägerei und dem Strebertum ein sicherer Riegel vorgeschoben (...).“*

(Engels, Einleitung zu „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ Ausgabe 1891, MEW 17 S. 624)

Das bedeutet, auf materialistische Art gegen den Karrierismus zu kämpfen.

Freilich stößt die politische Macht der Arbeiterklasse auch hier auf Grenzen, die durch die sozialökonomischen Verhältnisse gezogen werden. So lange man beispielsweise bestimmte Arbeitsteilungen der alten Gesellschaft nicht überwinden kann, so lange man entsprechende Spezialisten für wichtige Funktionen braucht, so lange diese Spezialisten nur bei bestimmten Lohnzuteilungen fungieren, wird man entsprechende Zugeständnisse machen müssen. Man kann dem entgegenwirken, kann die Lohnunterschiede in gewissen Grenzen halten - aber auch nicht mehr. Die Entlohnungsverhältnisse in der Industrie haben wiederum Rückwirkungen auf die Entlohnung der Staatsbediensteten. Zwar sind diese Rückwirkungen nicht mechanischer Art. Man kann sehr wohl per Dekret Einkünfte für Mitglieder der gewählten Machtorgane festsetzen, die niedriger sind als Löhne für (leitende) Spezialisten in Wirtschaft und Verwaltung; wird die Schere hier aber zu groß, so wächst die Gefahr der Bestechlichkeit der Abgeordneten, und die Kontrolle durch die WählerInnen kann - wie wir gesehen haben - nur relativ sein. Es handelt sich um **ein** Mittel neben anderen, nicht aber um ein „unfehlbares Mittel“, nicht um einen „sicheren Riegel“, wie Engels sagte.

Die Verteilungsverhältnisse sind hauptsächlich Folge der Produktionsverhältnisse, haben letzteren gegenüber aber auch eine gewisse Eigenständigkeit. Es kommt darauf an, das gesamte Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse in kommunistischer Richtung voranzutreiben. Man kann nicht ein einzelnes Element dieses Ensembles willkürlich herausgreifen und losgelöst von den anderen Elementen in kommunistischer Richtung bewegen.

Die Einkommensunterschiede können also nicht wesentlich schneller abgebaut werden als die der alten Gesellschaft entlehnten Arbeitsteilungen, da es sonst zu Störungen der Produktion käme. Sie dürfen natürlich - und darum ist ein Kampf zu führen - auch nicht größer sein, als es dem jeweils gegebenen Charakter der Produktionsverhältnisse entspricht. Aufgrund der **relativen** Eigenständigkeit der verschie-

denen Glieder des Ensembles ist es allerdings möglich, in einzelnen Bereichen zeitweilig ein wenig weiter voranzuschreiten als in anderen.

## KONSEQUENTE TRENNUNG VON KIRCHE UND STAAT

*Die Kommune ging „sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen; sie dekretierte die Auflösung und Enteignung aller Kirchen, soweit sie besitzende Körperschaften waren. Die Pfaffen wurden in die Stille des Privatlebens zurückgesandt, um dort, nach dem Bilde ihrer Vorgänger, der Apostel, sich von den Almosen der Gläubigen zu nähren.“*

(Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17 S. 339; oder AW IV S. 75)

Der deutsche Staat zieht noch heute Kirchensteuern ein und gewährleistet per höchststrichterlichen Entscheidungen das „Recht“ der Kirchen auf Religionsunterricht an staatlichen Schulen.

## WAHL DER RICHTER

*„Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit, die nur dazu gedient hatte, ihre Unterwürfigkeit unter alle aufeinanderfolgenden Regierungen zu verdecken, deren jeder sie, der Reihe nach, den Eid der Treue geschworen und gebrochen hatten. Wie alle übrigen öffentlichen Diener, sollten sie fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein.“*

(ebenda)

Die proletarische Justiz gibt nicht vor, einer abstrakten Gerechtigkeit zu dienen, wie die bürgerliche es tut. Sie ist eine offene Klassenjustiz und sollte dies auch der Form nach sein, damit den werktätigen Massen dieser Umstand ins Bewußtsein kommt. Die RichterInnen müssen also in geeigneter Weise der Kontrolle durch gesellschaftliche Organisationen, der Kontrolle durch die Arbeiterklasse und ihre

Verbündeten, unterliegen. Sie müssen allerdings anderen Stellen des Staates gegenüber unabhängig sein, da staatliche Institutionen - wie schon gesagt - Sonderinteressen entwickeln können. Umgekehrt muß jede staatliche Maßnahme durch Gerichte überprüfbar sein.

## **DIE FUNKTIONEN DER ZENTRALREGIERUNG**

*„In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfs sein (...) sollte. Die Landgemeinden eines jeden Bezirks sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation in Paris schicken (...). Die wenigen, aber wichtigen Funktionen, welche dann noch für eine Zentralregierung übrigblieben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, d.h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden. Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war. Während es galt, die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehn beanspruchte, entzogen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden.“*

(ebenda, MEW 17 S. 339 f.; oder AW IV S. 75 f.)

Marx ist der Auffassung, daß die proletarische Revolution die Einheit der Nation keineswegs bricht, sondern im Gegenteil erst organisiert. Er tritt für den Zentralismus ein, aber

für einen Zentralismus, der **nicht** im Widerspruch zur „Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder“ steht. Dieser Zentralismus unterscheidet sich grundlegend vom Zentralismus des bürgerlichen Staates, von dem Marx gesagt hatte: „**Jedes gemeinsame Interesse wurde sofort von der Gesellschaft losgelöst, als höheres allgemeines Interesse ihr gegenübergestellt, der Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder entrissen und zum Gegenstand der Regierungstätigkeit gemacht, von der Brücke, dem Schulhaus und dem Kommunalvermögen einer Dorfgemeinde bis zu den Eisenbahnen, dem Nationalvermögen und der Landesuniversität Frankreichs.**“ (Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8 S. 197; oder AW II S. 405; Hervorhebungen von Marx)

**Alles, was kommunal geregelt werden kann, soll unbedingt kommunal geregelt werden, von den unmittelbar Betroffenen.** Aber: Marx stellt unmißverständlich klar, daß wichtige Funktionen der Zentralregierung verbleiben, mehr noch: daß **neue Zentralfunktionen entstehen müssen**, da die Einheit der Nation erst **verwirklicht** wird, indem die Produktion auf Rechnung der Gesellschaft organisiert wird. Marx ist unbedingt Zentralist, und wie sollte das auch anders sein, da er für die **Beseitigung der Anarchie der kapitalistischen Produktion** eintritt:

*„Die Kommune, rufen sie (die Bourgeois, d. Verf.) aus, will das Eigentum, die Grundlage aller Zivilisation, abschaffen! Jawohl, meine Herren, die Kommune wollte jenes Klasseneigentum abschaffen, das die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen verwandelt. Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen (nämlich im Gegensatz zur bürgerlichen Ordnung, die im Namen des Eigentums spricht, aber immer mehr Menschen in Eigentumslose verwandelt, d. Verf.), indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt. -*

*Aber dies ist der Kommunismus, der 'unmögliche' Kommunismus! (So argumentiert wieder der Bourgeois, d. Verf.) Nun, diejenigen Leute aus den herrschenden Klassen, die verständig genug sind, die Unmöglichkeit der Fortdauer des jetzigen Systems einzusehn - und deren gibt es viele -, haben sich zu zudringlichen und großmäuligen Aposteln der genossenschaftlichen Produktion aufgeworfen. Wenn aber die genossenschaftliche Produktion nicht eitel Schein und Schwindel bleiben, wenn sie das kapitalistische System verdrängen, wenn die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigne Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen soll - was wäre das andres, meine Herren, als der Kommunismus, der 'mögliche' Kommunismus?"*

(Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17 S. 342 f.; oder AW IV S. 79)

Das Privateigentum an Produktionsmitteln aufheben und der gesamten Gesellschaft übertragen - das setzt selbstverständlich Zentralismus voraus. Es war eine mehr als plumpe Verfälschung von Marx, wenn die jugoslawischen „Selbstverwaltungs“-Ideologen, die Titoisten, die Beseitigung der gesellschaftlichen Planung als Verwirklichung der ursprünglichen Ideen von Marx hinstellten, die angeblich von Lenin und Stalin verfälscht worden seien. Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln - das beinhaltet für Marx zentrale Planung. Nicht umsonst hat er Zeit seines Lebens gegen kleinbürgerliche Sozialisten gekämpft, die letztlich eine Gesellschaft kleiner Warenproduzenten anstrebten und das Rad der Geschichte damit zurückdrehen wollten.

In Wirklichkeit war die sogenannte Selbstverwaltung in Jugoslawien nur ein Rauchvorhang, der die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und die allmähliche Rückkehr zur anarchischen kapitalistischen Produktion verdecken sollte.

Der Betriebsdirektor war im titoistischen Jugoslawien in allen seinen Entscheidungen weitgehend frei und unabhängig, er hatte die Kompetenz, die Beschlüsse des sogenannten Arbeiterrates aufzuheben. Die zentrale gesellschaftliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel war weitgehend ersetzt durch die der Betriebsdirektoren. (vgl. z.B. Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte, Rote Reihe Band 1, S. 89 ff.)

Das Proletariat braucht zur Verwirklichung der Demokratie, zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktionsmittel den Zentralismus. Welche politischen Formen am besten geeignet sind, den Zentralismus mit der Demokratie zu vereinigen, die „Einheit der Nation“ auf der Grundlage der „Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder“ zu organisieren, das ist eine Frage, die nicht für alle Zeiten und alle Länder verbindlich entschieden werden kann; diese Formen sind veränderbar und **müssen** sich ändern.

Engels hat beim Studium dieser Frage auch die Erfahrungen **bürgerlicher** Staatsverfassungen herangezogen:

*„Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen und unteilbaren Republik gebrauchen. Die Föderativrepublik ist auf dem Riesengebiet der Vereinigten Staaten jetzt noch im ganzen eine Notwendigkeit, obgleich sie im Osten bereits ein Hindernis wird. Sie wäre ein Fortschritt in England, wo vier Nationen auf den beiden Inseln wohnen und trotz eines Parlaments schon jetzt dreierlei Gesetzssysteme nebeneinander bestehn. Sie ist in der kleinen Schweiz schon längst ein Hindernis geworden, erträglich nur, weil die Schweiz sich damit begnügt, ein rein passives Glied des europäischen Staatensystems zu sein. Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt. Zwei Punkte unterscheiden den Bundesstaat vom Einheitsstaat: daß jeder verbündete Einzelstaat, jeder Kanton seine eigne Zivil- und Kriminalgesetzgebung und Gerichtsverfassung hat, und dann, daß neben dem Volkshaus ein Staatenhaus besteht (heute neben dem Bundestag der Bundesrat, d. Verf.), worin jeder Kanton (jedes*

Bundesland, d. Verf.), *groß oder klein, als solcher stimmt. Das erste haben wir glücklich überwunden und werden nicht so kindisch sein, es wieder einzuführen, und das zweite haben wir im Bundesrat und können es sehr gut entbehren, wie denn überhaupt unser 'Bundesstaat' schon den Übergang zum Einheitsstaat bildet. (...)*

*Also einheitliche Republik. Aber nicht im Sinne der heutigen französischen, die weiter nichts ist als das 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß jedes französische Departement, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bürokratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik, und noch heute Australien, Kanada und die andern englischen Kolonien.*

*Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als zum Beispiel der Schweizer Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Kantonalregierungen ernennen Bezirksstatthalter und Präfekten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß und die wir uns ebenso höflichst in Zukunft verboten haben wollen wie die preußischen Landräte und Regierungsräte.“*

(Engels, Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-entwurfs 1891, MEW 22 S. 235 f.; oder AW VI S. 375 f.)

Wenn die Arbeiterklasse also schon in bürgerlichen Staaten gegen politische Formen kämpfen sollte, die die Eigenständigkeit der Gemeinden unnötigerweise beschneiden (insbesondere durch von höheren Staatsorganen eingesetzte Aufsichtsbehörden wie Regierungsräte u. dglch.), so sollten derartige Formen in einer proletarischen Staatsordnung erst recht nichts zu suchen haben.

Engels schlug vor, folgende Forderungen ins Parteiprogramm aufzunehmen:

*„Vollständige Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte. Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.“*

(ebenda S. 237)

## **DER MANGEL DER PARISER KOMMUNE - FEHLEN EINER VORHUTPARTEI DES PROLETARIATS**

Die politische Führung der Kommune bestand nicht aus einer einheitlichen Partei, vielmehr bekämpften sich in ihr zwei Gruppen, die Anhänger Blanquis und die Anhänger Proudhons. Die Doktrin der Blanquisten ging dahin, nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer kleinen Gruppe von Revolutionären anzustreben. Die Proudhonisten waren überhaupt gegen eine revolutionäre Diktatur, sie waren dagegen, revolutionäre Gewalt gegen die Konterrevolution anzuwenden. Wie Engels zeigte, waren zwar beide Gruppierungen letztlich gezwungen, sich entgegen ihren Doktrinen zu verhalten. (vgl. MEW 17 S. 622) Doch das Fehlen einer revolutionären, von einer wissenschaftlichen Theorie geleiteten Partei trug maßgeblich zu den Fehlern der Kommune, von denen wir oben einige benannt haben, und letztlich zu ihrem Untergang bei.

Stalin erklärte, daß *„die Führung durch die Partei das Wesentliche an der Diktatur des Proletariats ist, wenn man eine einigermaßen feste und vollständige Diktatur im Auge hat und nicht etwa eine solche, wie es zum Beispiel die Pariser Kommune war, die keine vollständige und keine feste Diktatur darstellte.“*

(Stalin, Zu den Fragen des Leninismus, SW 8 S. 42)

Daran ist richtig, daß die Führung durch die kommunistische Partei **ein wesentliches Element der Diktatur des Proletariats** ist. Die Formulierung, daß diese Führung „das Wesentliche“ sei, stellt allerdings eine Überspitzung dar, denn es gibt auch andere wesentliche Elemente, insbesondere die allseitige Entwicklung der Selbsttätigkeit der Ge-

sellschaftsglieder, auf deren Förderung die Tätigkeit der Partei ja gerade gerichtet sein muß.

Wir sagten auf Seite 103 f. : „Die proletarische Politik, der proletarische Staat sind **Instrumente der Arbeiterklasse**, den Kampf für die Überwindung aller rückständigen gesellschaftlichen Verhältnisse zu führen, doch sie sind ihrerseits von diesen Verhältnissen geprägt. Politische Formen einer sozialistischen Gesellschaft können als Absichtserklärung und Willen der herrschenden Arbeiterklasse zur Umstülpung der sozialökonomischen Verhältnisse materiell immer nur ein Stück weit über diese Verhältnisse hinausweisen.“ Auch die kommunistische Partei ist ein solches Instrument. Sie ist zwar in gewisser Hinsicht ein noch wichtigeres Instrument als der sozialistische Staat, denn ohne Führung durch die kommunistische Partei wird der Staat seinen proletarischen Klassencharakter auf die Dauer nicht behaupten können. Dennoch ist die Partei keine Insel, in welcher die gesellschaftlichen Einflüsse nicht wirken würden. Auch ihre Politik, die auf Überwindung aller rückständigen Verhältnisse gerichtet ist, kann immer nur ein Stück weg über diese Verhältnisse hinausweisen. Auch in ihr wirken Sonderinteressen, die sich gegen die vollständige kommunistische Umstülpung der Gesellschaft richten.

Stalin wies mitunter sehr drastisch auf das Wirken solcher Sonderinteressen hin. 1928 erklärte er, daß der gefährlichste Bürokrat nicht mehr der alte bürgerliche Spezialist war, sondern der „*kommunistische Bürokrat*“, der „*seinen Bürokratismus mit seiner Parteimitgliedschaft maskiert*“. Stalin erklärte, daß „*das Monopol der Partei ad absurdum geführt, die Stimme der Massen erstickt, die innerparteiliche Demokratie beseitigt und Bürokratismus gezüchtet wurde*“ (SW 11 S. 63 f.) - sicher nicht überall, aber auch nicht gerade selten. Das Gefährliche aber ist, daß Sonderinteressen dann als das allgemeine proletarische Interesse dargestellt werden und diejenigen, die sich dagegen wenden, als Feinde der Diktatur des Proletariats verleumdet oder gar mit Repressalien der Staatsmacht bedacht werden.

Auf derartige Probleme werden wir zurückkommen.

## ZU DEN ÖKONOMISCHEN FUNKTIONEN DES SOZIALISTISCHEN STAATES

Wir haben bisher einen wesentlichen Aspekt der Funktionen des sozialistischen Staates nur gestreift: seine ökonomischen Funktionen.

*„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.*

*Es kann dies natürlich zunächst nur geschehn vermittelt despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.“*

(Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4 S. 481; oder AW I S. 437)

Es bedarf **despotischer Eingriffe**, um das Werk der Vergesellschaftung zu beginnen. Der Staat ist hierzu ein unverzichtbares Mittel, doch diese Stufe der Vergesellschaftung, in welcher die Gesellschaft **vom Staat vertreten wird**, ist eine niedere, unvollkommene Stufe.

Entsprechend sagt Engels:

*„Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.“*

(Engels, Anti-Dühring, MEW 20 S. 260; oder AW V S. 306)

*„Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat.“*

(ebenda, MEW 20 S. 261; oder AW V S. 307)

*„Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt - die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft - ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat.“*

(ebenda, MEW 20 S. 262; oder AW V S. 308)

**Geschichtlich gesehen** ist das ein letzter Akt, aber für die Personen, die diesen letzten Akt durchleben, macht er eine ganze Periode aus, eben die des Sozialismus, und es gilt, die **innere Widersprüchlichkeit dieses „letzten Aktes“ zu untersuchen**. Und da grenzen wir uns nach zwei Seiten ab:

Manche wollen aus den bekannten Mängeln zentralstaatlicher Verwaltung der meisten und wichtigsten Produktionsmittel den Schluß ziehen, die Verstaatlichung sei kein gangbarer Weg. Doch die Verstaatlichung ist der notwendige und unvermeidliche **erste Schritt** der Vergesellschaftung. Ohne diesen ersten Schritt kann es keine weiteren Schritte geben. Ohne Verstaatlichung können die in Jahrtausenden gewachsenen Verhältnisse der Warenproduktion nicht von Grund auf zerschlagen werden. Die einfache Warenproduktion hat sich zur kapitalistischen und monopolkapitalistischen weiterentwickelt, und ein Zurückdrehen des Rades der Geschichte ist weder möglich noch wünschenswert. Die Arbeiterklasse benötigt den „despotischen Eingriff“ der Verstaatlichung, um den Krisen und Katastrophen des für die Vergesellschaftung überreifen Kapitalismus ein Ende zu setzen.

Zum anderen wenden wir uns gegen die falsche Auffassung, die Verstaatlichung als solche zu verherrlichen. Die Vergesellschaftung erreicht ihr kommunistisches Ziel erst, wenn sie die Grenzen der Verstaatlichung durchbricht, und das fällt nicht irgendwann vom Himmel, sondern das muß im Sozialismus als kommunistisches Element vorhanden sein. Die Menschen der sozialistischen Gesellschaft werden nicht irgend eines schönen Morgens aufwachen und verwundert feststellen, daß der Staat verschwunden ist. Das Absterben des Staates ist ein Prozeß, der durch eine soziale Bewegung innerhalb der sozialistischen Gesellschaft durchgesetzt werden muß.

## DIE „KNECHTENDE UNTERORDNUNG UNTER DIE TEILUNG DER ARBEIT“ UND DIE SPALTUNG DER GESELLSCHAFT IN SONDERINTERESSEN - EINE URSACHE FÜR DAS BESTEHEN DES STAATES

In welcher Hinsicht aber ist die Verstaatlichung niedere Form der Vergesellschaftung? Welche Mängel wohnen der staatlichen Lenkung des Produktionsprozesses inne und müssen beim Übergang zum Kommunismus beseitigt werden?

Der Staat ist nicht nur Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, sondern auch Produkt dessen, daß die Gesellschaft in viele einander sich widersprechende Partikularinteressen (= Einzelinteressen) zerfällt. In Tausenden von Jahren haben sich **Arbeitsteilungen** auf der Grundlage entwickelt, daß die Gesellschaft nicht etwa die Arbeit ihrer verschiedenen Glieder nach einheitlichem Plan und im Gemeininteresse organisierte, sondern daß jede Teilfunktion entsprechende Teilinteressen hervorbrachte. Diesen Zustand und die von ihm hervorgebrachte Mentalität der Menschen findet die siegreiche Arbeiterklasse vor.

Die Arbeiterklasse selbst ist in hohem Maße von diesem Zustand geprägt:

*„Der Arbeiter war von der alten Gesellschaft niemals durch eine chinesische Mauer getrennt. Auch in ihm ist viel von der traditionellen Mentalität der kapitalistischen Gesellschaft erhalten geblieben. Die Arbeiter bauen die neue Gesellschaft auf, ohne sich selbst in neue Menschen verwandelt zu haben, die frei wären vom Schmutz der alten Welt, sie stecken noch bis zu den Knien darin. Sich von diesem Schmutz frei zu machen ist heute noch ein Traum. Es wäre die größte Utopie zu glauben, das könnte von heute auf morgen geschehen. Das wäre eine Utopie, in der Praxis nur dazu angetan, das Reich des Sozialismus in den Himmel zu verlegen.*

*Nein, nicht so gehen wir an die Errichtung des Sozialismus heran. Wir gehen an sie heran, auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft stehend, im Kampf gegen all die Schwächen und Mängel, die auch den Werktätigen anhaften und das Proletariat hinabziehen. In diesem Kampf gibt es noch viele alte separatistische Gewohnheiten und Bräuche des Kleineigentümers; noch lebt die alte Losung 'Jeder für sich, Gott für uns alle'. Davon hat es mehr als genug gegeben, in jeder Gewerkschaft, in jeder Fabrik, die häufig nur an sich gedacht hat, und für das übrige - da möge der liebe Gott und die Obrigkeit sorgen.'*

(Lenin, Referat auf dem II. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß, LW 28 S. 436 f.; oder LAW IV S. 709 f.)

Befassen wir uns etwas näher mit den Verhältnissen der „knechtende(n) Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit“ (Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19 S. 21; oder AW IV S. 389), die beim Übergang zum Kommunismus überwunden werden müssen.

Marx und Engels nennen in der „Deutschen Ideologie“ „zunächst die Trennung der industriellen und kommerziellen von der ackerbauenden Arbeit und damit die Trennung von Stadt und Land und den Gegensatz der Interessen Beider“, ferner die „Trennung der kommerziellen Arbeit von der industriellen“, ferner die Arbeitsteilung zwischen den „verschiednen Branchen“. (MEW 3 S. 22; oder AW I S. 208) Die Entwicklung der Arbeitsteilung war unabdingbare Voraussetzung der Warenproduktion. Die Herausbildung besonderer Tätigkeiten - wie etwa Schmiede, Stellmacher, Schuster, Seifensieder, Brauer, Bäcker, Drechsler, Gerber, Sattler usw. - veranlaßte zunächst die Feudalherren, die jeweils Geschicktesten auszuwählen und in einer speziellen Sparte arbeiten zu lassen. Entsprechende Berufe entstanden dann auch bei den Freien, und hörige Handwerker erhielten die Möglichkeit, sich loszukaufen; auch flohen viele in die Städte bzw. ließen sich außerhalb der Grenzpfähle als „Pfahlbürger“ nieder: „Aus den Leibeigenen des Mittelalters gingen die Pfahlbürger der ersten Städte hervor; aus dieser Pfahlbürgerschaft entwickelten sich die ersten Elemente der

*Bourgeoisie.*“ (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4 S. 463; oder AW I S. 417)

Bereits sehr viel früher aber fand der Prozeß der „*Teilung der materiellen und geistigen Arbeit*“ statt, von dem Marx und Engels in der „*Deutschen Ideologie*“ sagen: „*Von diesem Augenblicke an **kann** sich das Bewußtsein wirklich einbilden, etwas Andres als das Bewußtsein der bestehenden Praxis zu sein, **wirklich** etwas vorzustellen, ohne etwas Wirkliches vorzustellen (...)*.“ (Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3 S. 31; oder AW I S. 222; Hervorhebungen von Marx und Engels) „*Wirklich etwas vorzustellen, ohne etwas Wirkliches vorzustellen*“ heißt zunächst, daß die Ideen von der Wirklichkeit und diese Wirklichkeit selbst auseinanderfallen können. Auf Grundlage der Sonderinteressen, die bei dieser Form der Arbeitsteilung sich notwendig herausbilden, heißt dies insbesondere, daß jede Teilfunktion ihre eigene Wichtigkeit über Gebühr betont, und besonders die Spezialisten geistiger Tätigkeit. „*Wirklich etwas vorzustellen*“ heißt dann: etwas darstellen, etwas gelten wollen, eine bevorrechtigte gesellschaftliche Funktion („*aufgrund besonderer Wichtigkeit*“) für sich in Anspruch nehmen. In einer Fußnote weisen Marx und Engels auf die „*Erste Form der Ideologen, **Pfaffen***“ hin (ebenda): Die Medizinmänner der Stammesgemeinschaften waren die **erste besondere Kaste mit besonderen Interessen**, die die Gesellschaft hervorgebracht hatte. Ihre „*besondere Kunst*“, auf die vorgestellten Geister Einfluß zu nehmen, ermöglichte es ihnen, innerhalb der Sippe eine besondere Funktion einzunehmen, die ihnen besondere Privilegien verlieh. So ist zu verstehen, warum Marx und Engels sagten, die Teilung der Arbeit werde „*erst wirklich Teilung von dem Augenblicke an, wo eine Teilung der materiellen und geistigen Arbeit eintritt*“. (ebenda)

Die Arbeitsteilung ist älter als die Warenproduktion. Arbeitsteilung existierte z.B. zwischen Jägern und Sammlern, ohne daß diese Produkte austauschten und Sonderinteressen gegenüber der Stammesgemeinschaft herausbildeten: Das gesamte Produkt der Sippe, sowohl die Produkte des Jagens

als auch die des Sammelns, gehörte der gesamten Sippe, war kollektives Produkt. Bereits zur Zeit der Stammesgemeinschaft aber brachte die Teilung von Kopf- und Handarbeit ein Sonderinteresse hervor und damit eine spezielle Kaste - die erste der Menschheitsgeschichte. Die Entwicklung der Warenproduktion brachte es später dazu, daß das Privatinteresse allgemein wurde, daß die Gesellschaft mehr und mehr in verselbständigte Agenten bestimmter Zweige der materiellen Produktion zerfiel. Sie trieb die „*knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit*“, wie Marx es später formulierte (Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19 S. 21; oder AW IV S. 389), auf die Spitze. Es handelt sich nun um eine Arbeitsteilung auf der Grundlage gegenseitiger Fremdheit, Gleichgültigkeit und potentieller Feindlichkeit der Individuen untereinander, welche der Warenproduktion innewohnt.

Die Mentalität, die ein solcher gesellschaftlicher Zustand mit sich bringt, wird mit folgendem Scherzwort treffend zum Ausdruck gebracht: „Jeder denkt nur an sich, nur ich denk` an mich.“ - Innerhalb hierarchischer Organisationen bringen Teile wiederum ihre Teilinteressen und ihren speziellen Korporationsgeist hervor. Innerhalb der Armee ist z.B. jede Waffengattung „die wichtigste“, während die anderen herabgemindert werden, innerhalb eines Regiments ist jede Kompanie „traditionell die beste“, innerhalb einer Kompanie jeder Zug. Entsprechendes gilt aber auch in den zivilen Behörden, und in der Wirtschaft ohnehin - deren Verhältnisse sind die originären und werden im Staatsapparat widerspiegelt.

In einer nicht zum Druck bestimmten Notiz merkte Marx bezüglich der Teilung von Kopf- und Handarbeit an:

„*Warum die Ideologen alles auf den Kopf stellen.*

*Religiösen, Juristen, Politiker. Juristen, Politiker (Staatsleute überhaupt), Moralisten, Religiöse.*

*Für diese ideologische Unterabteilung in einer Klasse, 1. **Verselbständigung des Geschäfts durch die Teilung der Arbeit**; jeder hält sein Handwerk für das Wahre. Über den Zusammenhang, worin ihr Handwerk mit der Wirklichkeit*

steht, machen sie sich um so notwendiger Illusionen, da dies schon durch die Natur des Handwerks selbst bedingt wird. Die Verhältnisse werden in der Jurisprudenz, Politik etc. - im Bewußtsein zu Begriffen; da sie nicht über diese Verhältnisse hinaus sind, sind auch die Begriffe derselben in ihrem Kopf fixe Begriffe; der Richter z.B. wendet den Code an, ihm gilt daher die Gesetzgebung für den wahren aktiven Treiber. Respekt vor ihrer Ware; da ihr Geschäft es mit Allgemeinem zu tun hat.

Idee des Rechts. Idee des Staats. Im **gewöhnlichen** Bewußtsein ist die Sache auf den Kopf gestellt.“

(MEW 3 S. 539; Hervorhebungen von Marx)

Hier ist skizziert, wie das auf Grundlage der Arbeitsteilung zwischen Kopf- und Handarbeit entstandene Sonderinteresse von Kopfarbeitern sich in komplexeren Gesellschaftsordnungen entwickelt, wie die „Nachfahren“ der einstigen Medizinmänner als „ideologische Unterabteilung“ späterer Ausbeuterklassen sich einrichteten. Sie können „ihr Handwerk“ für „das Wahre“ halten und als solches ausgeben, indem sie ihr Sonderinteresse als das allgemeine Interesse ansehen. Die verkehrte ideologische Sicht der Dinge läßt es so erscheinen, als würden ihre (religiösen, moralistischen, juristischen, politischen usw.) Begriffe der Verhältnisse diese Verhältnisse erst hervorbringen.

„Übrigens ist es ganz einerlei, was das Bewußtsein alleene anfängt, wir erhalten aus diesem ganzen Dreck nur das eine Resultat, daß diese drei Momente, die Produktionskraft, der gesellschaftliche Zustand und das Bewußtsein, in Widerspruch untereinander geraten können und müssen, weil mit der **Teilung der Arbeit** die Möglichkeit, ja die Wirklichkeit gegeben ist, daß die geistige und materielle Tätigkeit - daß der Genuß und die Arbeit, Produktion und Konsumtion, verschiedenen Individuen zufallen, und die Möglichkeit, daß sie nicht in Widerspruch geraten, nur darin liegt, daß die Teilung der Arbeit wieder aufgehoben wird.“

(Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3 S. 32; oder AW I S. 223; Hervorhebung von Marx und Engels)

Aufgehoben in dem Sinne, daß Spezialisierungen bleiben, das Sonderinteresse der Agenten dieser Teilfunktionen aber entfällt, die Subjekte vielmehr als Agenten der Gesellschaft, als unmittelbar assoziierte Individuen handeln.

*„Ferner ist mit der Teilung der Arbeit zugleich der Widerspruch zwischen dem Interesse des einzelnen Individuums oder der einzelnen Familie und dem gemeinschaftlichen Interesse aller Individuen, die miteinander verkehren, gegeben; und zwar existiert dies gemeinschaftliche Interesse nicht bloß in der Vorstellung, als ‘Allgemeines’, sondern zuerst in der Wirklichkeit als gegenseitige Abhängigkeit der Individuen, unter denen die Arbeit geteilt ist. Und endlich bietet uns die Teilung der Arbeit gleich das erste Beispiel davon dar, daß, solange die Menschen sich in der naturwüchsigen Gesellschaft befinden, solange also die Spaltung zwischen dem besondern und gemeinsamen Interesse existiert, solange die Tätigkeit also nicht freiwillig, sondern naturwüchsig geteilt ist, die eigne Tat des Menschen ihm zu einer fremden, gegenüberstehenden Macht wird, die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht. Sowie nämlich die Arbeit verteilt zu werden anfängt, hat Jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muß es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will - während in der kommunistischen Gesellschaft, wo Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden. Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation (Verfestigung, d. Verf.) unsres eignen Produkts zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unsrer Kontrolle entwächst, unsre Erwartungen durchkreuzt, unsre Berechnungen zunichte macht, ist eines der Hauptmomente in der bis-*

herigen geschichtlichen Entwicklung, und eben aus diesem Widerspruch des besondern und gemeinschaftlichen Interesses nimmt das gemeinschaftliche Interesse als **Staat** eine selbständige Gestaltung, getrennt von den wirklichen Einzel- und Gesamtinteressen, an, und zugleich als illusorische Gemeinschaftlichkeit, aber stets auf der realen Basis der in jedem Familien- und Stamm-Konglomerat vorhandenen Bänder, wie Fleisch und Blut, Sprache, Teilung der Arbeit im größeren Maßstabe und sonstigen Interessen - und besonders, wie wir später entwickeln werden, der durch die Teilung der Arbeit bereits bedingten Klassen, die in jedem derartigen Menschenhaufen sich absondern und von denen eine alle andern beherrscht. Hieraus folgt, daß alle Kämpfe innerhalb des Staats, der Kampf zwischen Demokratie, Aristokratie und Monarchie, der Kampf um das Wahlrecht etc. etc., nichts als die illusorischen Formen sind, in denen die wirklichen Kämpfe der verschiedenen Klassen untereinander geführt werden (...), und ferner, daß jede nach der Herrschaft strebende Klasse, wenn ihre Herrschaft auch, wie dies beim Proletariat der Fall ist, die Aufhebung der ganzen alten Gesellschaftsform und der Herrschaft überhaupt bedingt, sich zuerst die politische Macht erobern muß, um ihr Interesse wieder als das Allgemeine, wozu sie im ersten Augenblick gezwungen, darzustellen. Eben weil die Individuen **nur** ihr besondres, für sie nicht mit ihrem gemeinschaftlichen Interesse zusammenfallendes suchen, überhaupt das Allgemeine illusorische Form der Gemeinschaftlichkeit, wird dies als ein ihnen 'fremdes' und von ihnen 'unabhängiges', als ein selbst wieder besonderes und eigentümliches 'Allgemein'-Interesse geltend gemacht, oder sie selbst müssen sich in diesem Zwiespalt bewegen, wie in der Demokratie. Andererseits macht denn auch der **praktische** Kampf dieser beständig **wirklich** den gemeinschaftlichen und illusorischen gemeinschaftlichen Interessen entgegentretenden Sonderinteressen die **praktische** Dazwischenkunft und Zügelung durch das illusorische 'Allgemein'-Interesse als Staat nötig. Die soziale Macht, d.h. die vervielfachte Produktionskraft, die durch das in der Teilung der Arbeit bedingte Zusammenwirken der ver-

*schiedenen Individuen entsteht, erscheint diesen Individuen, weil das Zusammenwirken selbst nicht freiwillig, sondern naturwüchsig ist, nicht als ihre eigne, vereinte Macht, sondern als eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt, von der sie nicht wissen woher und wohin, die sie also nicht mehr beherrschen können, die im Gegenteil nun eine eigentümliche, vom Wollen und Laufen der Menschen unabhängige, ja dies Wollen und Laufen erst dirigierende Reihenfolge von Phasen und Entwicklungsstufen durchläuft.“*

(Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, MEW 3 S. 32 f.; oder AW I S. 223 ff. Kritischer Kritiker: einerseits ironisch gegenüber der Schule der Junghegelianer, die „alles“ „der Kritik unterzogen“ und sich dabei höchst kritisch dünkten; andererseits sind hiermit **alle** Kopfarbeiter im Rahmen einer knechtenden Arbeitsteilung zwischen Kopf- und Handarbeit gemeint.)

Hier finden wir eine ganze Reihe von für unseren Gegenstand wichtigen Bestimmungen.

Auf einem bestimmten Entwicklungsstand der Arbeitsteilung entsteht der Widerspruch zwischen dem Privat- oder Sonderinteresse und dem Gemeininteresse. In der bürgerlichen Gesellschaft wird das Sonderinteresse allgemein; anders ausgedrückt: die ganze Gesellschaft zerfällt in Sonderinteressen. Das Gemeininteresse, das „Allgemeine“, existiert nur noch als gegenseitige Abhängigkeit der Individuen. Diese Spaltung, diese Atomisierung der Gesellschaft in Einzelinteressen, entspringt nicht dem Plan und dem Wollen handelnder Subjekte, sondern sie wird „naturwüchsig“ hervorgebracht, natürlich nicht von Naturgesetzen, aber von gesellschaftlichen Gesetzen, die ebenso blind wirken wie Naturgesetze.

*„Die Waren sind unmittelbar Produkte vereinzelter unabhängiger Privatarbeiten, die sich durch ihre Entäußerung im Prozeß des Privataustausches als allgemeine gesellschaftliche Arbeit bestätigen müssen (...).“* (Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13 S. 67) Dies geschieht hinter dem Rücken der Produzenten durch blind wirkende Kräfte. Es *„entwickelt sich ein ganzer Kreis von den handelnden*

*Personen unkontrollierbarer, gesellschaftlicher Naturzusammenhänge.*“ (Marx, Kapital I, MEW 23 S. 126) Dieser Kreis wird besonders kompliziert, undurchschaubar und unkontrollierbar, verrückt, wenn der Austausch realer Werte vermittelt wird durch die Bewegung fiktiven Kapitals, von Aktien und anderen Wertpapieren, die zwar einerseits nur produktives Kapital verkörpern können, andererseits sich ihm gegenüber zu verselbständigen und ein Eigenleben zu führen scheinen (vgl. etwa Kapitel XII S. 67 - 123).

Nach der Seite der Arbeitsteilung hin betrachtet, beinhaltet dies Getrieben-Sein von gesellschaftlichen Gesetzen, die blind wie Naturgesetze wirken, daß jedem einzelnen ein bestimmter ausschließlicher Kreis der Tätigkeit aufgedrängt wird. Jeder einzelne ist **verdamm**t, sich auf diesen bornierten Wirkungskreis zu beschränken, er **muß** seine Tätigkeit und ihre Wichtigkeit betonen und herausstellen, sein Fachidiotentum pflegen usw., da die Anerkennung seines Wirkungskreises durch die Gesellschaft mit der Anerkennung seiner Person zusammenfällt. (Dem Wertpapierhändler etwa erscheint seine „segensreiche“ Tätigkeit als Dreh- und Angelpunkt des Wirtschaftens.)

Die Zersplitterung der Gesellschaft in Sonderinteressen erfordert einen besonderen Agenten des illusorischen gemeinschaftlichen Interesses, und dies ist der **Staat**. Jede Ausbeuterklasse, die den Staat zur Herrschaft nutzt, gibt vor, das allgemeine Interesse zu vertreten, ficht aber für ihr besonderes. Auch **innerhalb** der bürgerlichen Klasse und ihres Staates dominieren Sonderinteressen. Der Staat, wenn gleich selbst in Sonderinteressen zerfressen, muß dem Überwuchern der Sonderinteressen bis zu einem bestimmten Grad entgegenwirken, muß sie dämpfen, zügeln, damit sie die Gesellschaft nicht auseinandersprenge, doch letztlich kann sein Eintreten für allgemeine Interessen nur illusorisch sein, weil es diese nicht gibt.

Insbesondere da, wo der Staat im Spiele ist, tritt die vertikale Arbeitsteilung neben die horizontale und ergänzt sie. (Unter horizontaler Arbeitsteilung verstehen wir die Teilung unter Tätigkeiten, die als gleichwertig angesehen werden,

unter vertikaler eine Teilung unter Tätigkeiten, denen von der Gesellschaft unterschiedliche Wertigkeit zugemessen wird, insbesondere die Teilung unter Tätigkeiten im Rahmen hierarchischer Verhältnisse.) Bereits die knechtende Unterordnung unter die horizontale Teilung der Arbeit bewirkt, daß jeder seine Tätigkeit - und damit seine Person - besonders herausstellt und über die anderen erheben will. Dies tun bei vertikaler Arbeitsteilung die angeblichen Vertreter des Gemeininteresses in weit stärkerem Maße. Das illusorische Allgemeininteresse wird im Staat, seinen Gliederungen und Beamten zur besonderen Person, welche ihre spezielle Bedeutung über Gebühr heraushebt, besondere Autorität darstellen will, ihr Sonderinteresse als das allgemeine Interesse ausgibt.

Zusammen mit der Beseitigung der bornierten Formen der horizontalen Arbeitsteilung im entwickelten Kommunismus wird auch die vertikale beseitigt:

Zwar gibt es im entwickelten Kommunismus in gewisser Hinsicht sogar mehr horizontale Arbeitsteilung, da mit der Entwicklung der Produktivkräfte vielfältigere Fachkenntnisse entstehen. Die Spezialkenntnisse sind aber von vornherein mit dem Ganzen verbunden und damit auch untereinander. Beispielsweise werden Wissenschaften wie Philosophie, Ökonomie und Psychologie bzw. bestimmte Zweige davon bis zu einem gewissen Grade miteinander verschmelzen, während sie heute nichts miteinander zu tun zu haben scheinen, jedenfalls als bürgerliche Wissenschaften. Selbst innerhalb **einer** Wissenschaft haben wir es oft mit einer Verselbständigung ihrer Teilbereiche gegeneinander zu tun - bezüglich der Medizin z.B. können die PatientInnen darüber nicht selten ihr Leid klagen.

Spezialisierung auf Grundlage unmittelbar vergesellschafteter Produktion beinhaltet nicht Isolierung, sondern Verbindung der Individuen. Was nun die vertikale Arbeitsteilung betrifft, so verbleibt natürlich eine gewisse Arbeitsteilung von zentralen und dezentralen Funktionen, doch zentrale Tätigkeit fällt nicht zwingend mit leitender, dezentrale nicht mit nur ausführender Tätigkeit zusammen. Da je-

des Individuum bewußt als Teil der Gesellschaft agiert, sind auch „dezentrale“ Funktionsebenen in gewisser Hinsicht zentral. Zentrale Funktionen müssen im übrigen keineswegs zwingend qualifizierter sein als „dezentrale“. Sie sind Spezialisierung auf Koordinierung verschiedener Tätigkeit und somit **eine** Spezialisierung neben anderen. Diese Form der Spezialisierung muß keineswegs stets als wichtiger angesehen werden als andere - ein krasser Gegensatz zur Klassengesellschaft, wo jemand um so wichtiger erscheint, je höher seine Funktion innerhalb einer gegebenen Hierarchiestruktur ist.

Daß Arbeitsteilungen auch in der Form hierarchischer Strukturen erscheinen, kann erst dann vollständig entfallen, wenn mit den Klassenunterschieden der Staat und damit jede Form der Herrschaft von Menschen über Menschen abgestorben ist. Dazu kann es aber nur kommen, wenn innerhalb der Übergangsgesellschaft im Rahmen der jeweils gegebenen Möglichkeiten ein beharrlicher Kampf zum Abbau solcher Strukturen geführt wird.

Hierarchische Strukturen hängen im übrigen besonders eng mit dem Patriarchat zusammen, dem entfremdeten Verhältnis zwischen Mann und Frau, welches so alt ist wie die Ausbeutergesellschaft. Hierarchische Strukturen verstärken nämlich die Mißachtung von Frauen und das Machtgebaren von Männern - sei es in groben, offen in Erscheinung tretenden oder in subtileren Formen -, und umgekehrt setzt das Patriarchat hierarchische Strukturen voraus, da es seinerseits eine Form von Machtausübung ist. (Empirische Nachweise hierfür finden sich z.B. bei Honsberg, Sylvia, Frauenlos, Geschlechterverhältnisse in den Gewerkschaften, Hamburg 2001)

Der Kapitalismus hat das Patriarchat übernommen und nutzt es für Zwecke der Kapitalverwertung. Die bürgerliche Ordnung weist dem Manne Rationalität, der Frau Emotionalität zu. Die dem Manne zugewiesene Rationalität ist aber nichts als die Logik der Ware, des Kapitals, widerspiegelt in der Leistungsideologie der bürgerlichen Gesellschaft. Die der Frau zugewiesene Emotionalität ist nichts als die Logik

der Reproduktion der Arbeitskraft - die Frau hat in der Familie eine behagliche Atmosphäre zu schaffen, in der die Arbeitskraft sich regenerieren kann. Die Erwerbstätigkeit der Frau schafft diese Rollenzuweisung nicht ab - wenn die Frau erwerbstätig ist, steht sie in der Regel vielmehr unter einer Doppelbelastung.

Natürlich ist es nicht möglich, die Menschen nach Geschlecht in rationale und emotionale Teilmenschen zu scheiden, denn es handelt sich um untrennbare Bestandteile der menschlichen Psyche. Doch diese Rollenzuweisung stellt dem Menschen die Anforderung, einen wesentlichen Bestandteil der eigenen Psyche gegenüber einem mit erstem untrennbar verbundenen anderen wesentlichen Bestandteil zu verabsolutieren. Diese Arbeitsteilung verstümmelt somit sowohl die Frau als auch den Mann, reduziert sie zu „Halbmenschen“. Sie wirkt in allen Poren der bürgerlichen Gesellschaft, prägt bereits die Psyche der Kinder. Es ist „knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit“ im Innersten der menschlichen Psyche. Es ist Entfremdung des Individuums von sich selbst: Sowohl das Mann-Sein als auch das Frau-Sein wird dem Menschsein **entgegengestellt**.

Die Überwindung dieser Form von Arbeitsteilung ist wichtiger Bestandteil des Übergangs zum Kommunismus. Zwar entfremden patriarchalische Verhältnisse auch die Männer, doch da sie ihnen die beherrschende Funktion zuweisen, werden Frauen die hauptsächliche Kraft des Kampfes zur Überwindung dieser den Menschen besonders verkrüppelnden Form der Arbeitsteilung sein, wenngleich im Verlauf des Übergangs zum Kommunismus sich zunehmend auch Männer an diesem Kampf beteiligen werden. Da patriarchalische Verhältnisse sich wie gesagt insbesondere innerhalb hierarchischer Strukturen reproduzieren bzw. verstärken, ist der Kampf zur Beseitigung der knechtenden Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern eng verknüpft mit dem Kampf zur Zurückdrängung und schließlich Beseitigung vertikaler Arbeitsteilungen überhaupt (von denen das Patriarchat insofern nur eine spezielle Form ist, als es dem Mann die „wichtigere“ und der Frau die untergeordnete Rolle zuweist).

Die Beseitigung der gegeneinander wirkenden Sonderinteressen, ihr Aufgehen in das gesellschaftliche Gemeininteresse bietet den Individuen reichhaltigste Entwicklungsmöglichkeiten, weil die Menschen dann nicht mehr an die isolierte Teilfunktion und das mit ihr verbundene Sonderinteresse gekettet sind. Dieser gewaltige Übergang kann selbstverständlich nicht von heute auf morgen erfolgen. Der Sozialismus kann nur mit den Menschen aufgebaut werden, die vorhanden sind, und sie sind geprägt durch die Verhältnisse, die sie vorgefunden haben. Die Diktatur des Proletariats kann innerhalb einer mehr oder weniger kurzen Zeitspanne der Bourgeoisie alles Kapital entreißen, kann die Bourgeoisie enteignen und damit als Klasse liquidieren, aber sie braucht unvergleichlich viel länger, um die überkommenen Verhältnisse der alten Arbeitsteilung sowie die damit verbundenen Verkümmierungen und Verknöcherungen der Menschen zu überwinden. Es ist erforderlich, daß die mit dem Ziel des Übergangs zum Kommunismus agierenden Kräfte diese relative Rückständigkeit des gesellschaftlichen Zustands und der Menschen in diesem Zustand in Rechnung stellen. All dies hat einschneidende Konsequenzen.

☆ Es ist beispielsweise nicht möglich, die Arbeitsteilung zwischen und damit den Gegensatz von leitenden und ausführenden Tätigkeiten sofort zu beseitigen, sondern es muß ein zäher Kampf geführt werden, um diesen Gegensatz nach und nach einzuschränken. *„Bei Arbeitern existiert die Tendenz, sich nicht um gesellschaftliche Angelegenheiten kümmern zu wollen. Diese Tendenz wird sowohl von den Umständen als auch von der psychischen Struktur der Menschen hervorgerufen. Die Umstände sind so, daß es noch einer **besonderen** Anstrengung bedarf, sich um gesellschaftliche Angelegenheiten zu kümmern. (Z.B. weil die allseitige Ausbildung der Arbeiter noch nicht genug entwickelt ist, weil die Arbeit mitunter noch ermüdend und zermürend ist, weil die Arbeitszeit trotz Verkürzung mitunter noch immer zu lang ist, weil*

*die gesellschaftlichen Einrichtungen zur Regelung des Reproduktionsbereichs noch nicht genügend entwickelt sind usw.) Die Menschen wiederum weisen noch psychische Strukturen auf, die die verantwortliche Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben mitunter als 'zusätzliche' Belastung erscheinen lassen.*

*Gibt es aber bei Arbeitern die Tendenz, sich nicht um gesellschaftliche Angelegenheiten kümmern zu wollen, so existiert als logische Kehrseite bei Leitern die Tendenz, mit der bestehenden Konzentration von Entscheidungsbefugnissen in ihrer Hand und der damit verbundenen privilegierten Stellung zufrieden zu sein, so daß sie gar keine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse mehr wollen. Dies kann als 'Verteidigung des Sozialismus' dargestellt werden, und in Wirklichkeit verteidigt man die negativen, aus der alten Gesellschaft kommenden Merkmale des Sozialismus, die die positiven nach und nach ersticken. Die rückständigen Seiten der Umstände werden konserviert, die gesellschaftliche Selbsttätigkeit und Selbstveränderung der arbeitenden Menschen wird verhindert, der Sozialismus letztendlich zu Fall gebracht.“ (Weg der Partei, Theoretisches Organ der KPD 1-2/92 S. 24 f.; Hervorhebung im Original)*

- ☆ Ebenso kann die Gleichstellung der Frau nicht sofort verwirklicht werden, sondern ist ein längerer Prozeß. Der sozialistische Staat hat allerdings von Anfang an die Aufgabe, die Kampfbedingungen der Frauen entscheidend zu verbessern.
- ☆ Die wünschenswerte Dezentralisierung gesellschaftlicher Funktionen, die Verlagerung von Kompetenzen auf lokale Ebene (vgl. S. 110 ff.) stößt auf Grenzen. In dem Maße, wie Sonderinteressen überwiegen, besteht nämlich die Gefahr, daß lokale Entscheidungen vorwiegend von diesen Sonderinteressen bestimmt werden und das gesamtgesellschaftliche Interesse beschädigt wird. Dies zwingt zu einem Ausmaß an Zentralismus, das vom kommunisti-

schen Standpunkt aus nicht wünschenswert, dennoch aber unvermeidlich ist, damit der Keim des Kommunismus nicht durch ungehemmtes Wuchern von Teilinteressen zerstört wird.

Die so erzwungene Ausweitung zentraler Entscheidungsbefugnisse führt gesetzmäßig bis zu einem bestimmten Grade dazu, daß Entscheidungen nicht sachgerecht getroffen werden können, da die zuständige Zentralstelle die lokalen Besonderheiten gar nicht umfassend einschätzen kann. Schlimmer noch: Die einzelnen Behörden des Staates (z.B. des staatlichen Planungs- und Leitungsapparats der Wirtschaft) entwickeln ihrerseits Sonderinteressen. Auch der sozialistische Staat kann ja selbstverständlich von den Mängeln der Gesellschaft, die ihn erforderlich machen, nicht frei sein, sondern spiegelt sie wieder und reproduziert sie. So bringen die Mängel der Übergangsgesellschaft im Staatsapparat unweigerlich Bürokratismus hervor.

- ☆ Es ist notwendig, dem Vorhandensein von Gruppeninteressen Rechnung zu tragen, indem der einzelne Staatsbetrieb am Ergebnis seiner Produktion ökonomisch interessiert wird. Man benötigt also zur Leitung der Wirtschaft u.a. noch Ware-Geld-Kategorien. Da dies im Rahmen einer gesamtstaatlichen Planung erfolgen muß - sonst wäre es ja ganz einfach Warenproduktion - müssen diese Ware-Geld-Kategorien an Kategorien wie Planerfüllung bzw. -übererfüllung gebunden werden. Auf der Grundlage von Sonderinteressen eröffnen sich damit Räume für legale und illegale Betrügereien aller Art: Kampf um den weichen Plan, formale Planerfüllung usw. (Die mit alledem verbundenen ökonomischen Fragestellungen und Probleme können wir hier nur kurz anreißen und verweisen im übrigen auf:

Rote Reihe Band 1, Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte, insbesondere S. 49-107;

Rote Reihe Band 4, Eine kontroverse Diskussion über den Sozialismus, insbesondere S. 17-32, 53-89, 113-118, 136-139)

☆ Nicht nur innerhalb der verwaltenden, sondern auch innerhalb der Repressivorgane des Staates entwickeln sich Sonderinteressen, Verselbständigungen, Interessenverbindungen mit anderen Teilen der Gesellschaft, die ihrerseits diese und jene Sonderinteressen verfolgen. In den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist in der Regel nicht auf den ersten Blick zu sehen, welche Kräfte für die weitere Entwicklung zum Kommunismus kämpfen und welche Kräfte rückständige Sonderinteressen verteidigen. Da sich keine zwei klar getrennten Lager gegenüberstehen, können auch rückwärtsgewandte Kräfte Repressivorgane des Staates für ihre Interessen nutzen und können kommunistische Kräfte verfolgt werden.

**Bezüglich des Staates** folgt aus alledem:

Der Staat ist nicht nur notwendig, um den Sozialismus gegenüber den Resten der alten Ausbeuterklasse und gegenüber dem kapitalistischen und imperialistischen Ausland zu verteidigen. Das Fortbestehen eines Staates ist auch Folge der fortbestehenden Spaltung der Gesellschaft in Sonderinteressen, deren Überwindung ein langer Prozeß ist. Der Staat ist notwendig, um zu verhindern, daß diese Sonderinteressen die Gesellschaft sprengen. Zugleich spiegelt er selbst die Rückständigkeit des gesellschaftlichen Zustands wider und reproduziert seinerseits in seinen verschiedenen Gliederungen Sonderinteressen.

Soweit der Staat diese Mängel der Gesellschaft widerspiegelt, ist er Staat im eigentlichen, im herkömmlichen Sinne. Soweit er das Interesse des Proletariats für sich (zum Begriff des „Proletariats für sich“ vgl. Kapitel IX S. 91) widerspiegelt, diesen gesellschaftlichen Zustand im kommunistischen Sinne zu überwinden, ist er nicht mehr Staat. Auch in dieser Hinsicht gilt Lenins Definition, daß der sozialistische Staat „Übergang vom Staat zum Nicht-Staat“ ist (vgl. S. 98).

Und weiter: Soweit der Staat diese Mängel widerspiegelt, ist er im Sinne von Lenins Definition noch „bürgerlicher Staat ohne Bourgeoisie“: „*So ergibt sich, daß im Kommunismus* (gemeint: in seinem niederen Stadium, dem So-

zialismus, d. Verf.) *nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit fortbesteht, sondern sogar auch der bürgerliche Staat - ohne Bourgeoisie!*" (Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 485; oder LAW III S. 561) Dieser Staat muß (im Interesse des Proletariats und im Interesse des Übergangs zum Kommunismus!) auch Verhältnisse verteidigen, die einem „engen bürgerlichen Rechtshorizont“ entsprechen (ebenda), weil die Bedingungen für die Überwindung dieser bornierten Verhältnisse und dieses engen Horizonts erst nach und nach heranreifen. Diese überkommenen Verhältnisse sind allerdings viel tiefgreifender und schwerer zu überwinden, als Lenin es zu dem Zeitpunkt wissen konnte, als er „Staat und Revolution“ schrieb, wo er den „bürgerlichen Rechtshorizont“ im wesentlichen auf fortbestehendes bürgerliches Recht hinsichtlich der **Verteilung von Konsumtionsmitteln** bezog. Daß beispielsweise in einer sozialistischen Ordnung so etwas wie „wirtschaftliche Rechnungsführung“ erforderlich ist, auf deren Grundlage reales Geld fließt, wenn ein staatlicher Betrieb einen anderen beliefert, sollte sich erst später herausstellen.

Soweit der Staat das Interesse des Proletariats für sich widerspiegelt, diese Mängel des gesellschaftlichen Zustands - und damit auch die Notwendigkeit der Existenz des Staates selbst - zu überwinden, ist er proletarischer Staat. Er ist auch proletarischer Staat, so weit er **im Interesse des Proletariats** bürgerliche Verhältnisse schützt, die **derzeit noch nicht überwunden werden können**, doch er ist als Schutzmacht dieser Verhältnisse dann zugleich „bürgerlicher Staat“. Wenn Verhältnisse herangereift sind, die es ermöglichen, bestimmte Überreste der alten Gesellschaft zu beseitigen, werden freilich stets Interessen wirken, die darauf gerichtet sind, diese Überreste **auch dann** zu verteidigen, und diese Interessen werden sich häufig als proletarische, kommunistische Interessen tarnen. Selbstverständlich werden diese Interessen auch innerhalb der Staatsmacht und innerhalb der kommunistischen Partei wirken. Die Schwierigkeit, vorwärtsgerichtete und im schlechten Sinn konservative Interessen voneinander zu scheiden, hat ihren Grund darin, daß

die gesamte Übergangsgesellschaft ein Prozeß schrittweiser Überwindung alter Verhältnisse ist und daß an einem gegebenen Punkt dieser Entwicklung nicht auf den ersten Blick zu sehen ist, ob dieser oder jener Zustand bereits auf sinnvolle Weise überwunden werden kann oder nicht.

## **AUFBLÄHUNG DER STAATSMACHT UNTER DEN REVISIONISTISCHEN REGIMES**

Nach der Beseitigung der Diktatur des Proletariats in der UdSSR, der DDR und anderen Ländern in der ersten Hälfte der 50er Jahre gab es zunächst die Tendenz, die Kompetenzen der Betriebsleiter auszuweiten und Kompetenzen der staatlichen Leitungsorgane zu schwächen, letztlich Schritte zur „Marktwirtschaft“ und damit zum Kapitalismus zu gehen. Die Einschränkung der Kompetenzen der staatlichen Planungs- und Leitungsapparate widersprach allerdings deren Sonderinteressen, so daß es - insbesondere nach dem Sturz Chruschtschows durch Breshnew und Ulbrichts durch Honecker - zu einer Gegenbewegung kam. Die staatlichen Leitungsapparate waren allerdings keine Instrumente der Arbeiterklasse mehr. Die Bewegung zum Kommunismus war beendet. Die dennoch fortbestehende staatliche Lenkung der Wirtschaft rief eine Fäulnis besonderer Art hervor. Um die Arbeiterklasse und andere Teile der Bevölkerung niederzuhalten, wurden die Repressivorgane des Staates ausgebaut. Beispielsweise die flächendeckende Bespitzelung der Bevölkerung in der DDR zeigt die tiefe Kluft zwischen diesem Staatsapparat und der Arbeiterklasse. Höchst bemerkenswert sind Stasi-Berichte aus dem Jahr 1989, welche seitens der Stasi in dem Bestreben verfaßt wurden, ihren Auftraggebern einen möglichst exakten Bericht der Lage zu geben. Da heißt es:

*„Vor allem durch unbeherrschtes Auftreten, durch taktisch unkluges Verhalten entstehe beim Bürger häufig der Eindruck, daß*

- ☆ *seine eigenen Ideen und Gedanken nicht gefragt seien, er in der DDR überflüssig sei,*
- ☆ *seine Individualität und sein Handlungsspielraum eingeschränkt wären und*
- ☆ *sie nicht als mündige Bürger, die über ihre ureigensten Angelegenheiten selbst entscheiden wollen, behandelt würden.“*

(„Ich liebe euch doch alle...“, Befehle und Lageberichte des MfS Januar - November 1989, Berlin 1990, S. 146)  
Und:

*„Bei entsprechenden ideologischen Auseinandersetzungen in den Arbeitskollektiven würden viele progressive Kräfte in breitem Umfang mit Diskussionen über die Existenz einer sogenannten Klasse der Privilegierten in der DDR (gemeint sind damit Funktionäre der Partei, Leiter staatlicher und wirtschaftsleitender Organe auf zentraler Ebene bis hin zu den Kreisen) sowie mit Hinweisen über die massenhafte Ausbreitung von Schieber- und Spekulantentum konfrontiert. Die dazu in sehr aggressiver Form geführten Diskussionen beinhalten das Argument, diese vorgenannten Personenkreise seien die eigentlichen Nutznießer des Sozialismus.“*

(ebenda S. 205)

Ein vernichtenderes Urteil über einen angeblich sozialistischen Staat als das, welches die Staatssicherheit der DDR durch diese schlichte Bestandsaufnahme über den von ihr „gesicherten“ Staat abgab, ist wohl kaum möglich. All die Funktionen der Diktatur des Proletariats, die Marx herausgearbeitet hatte, sind hier nicht etwa unterhöhlt oder entstellt, sondern **ins Gegenteil verkehrt**.

Wichtig ist allerdings:

Diejenigen **gegen die Arbeiterklasse gerichteten** Wirkungslinien des Staates, die in einem revisionistischen Regime, also nach Beseitigung der Diktatur des Proletariats, **absolut** wirken, wirken bereits **unter der Diktatur des Proletariats relativ**. Es sind Wirkungslinien, die von Teilinteressen ausgehen, welche sich unter dem Deckmantel des „gesell-

schaftlichen Interesses“ gegen den Übergang zum Kommunismus richten. Sie wirken im sozialistischen Staat nur relativ, da das revolutionäre Proletariat - gestützt auf seine Partei und seine Staatsmacht - diesen Wirkungslinien Schranken auferlegt und für seine Interessen kämpft. Dieser Kampf wird insbesondere auch **innerhalb** der Partei und **innerhalb** der Staatsmacht ausgetragen.

## DIE GEWERKSCHAFTSDISKUSSION IN DER KPR/B 1920/21

1920/21 wurde in der KPR(B) eine Auseinandersetzung um die Rolle der Gewerkschaften geführt. Dem Wesen der Sache nach ging der Streit darum, welche politischen Formen die proletarische Revolution in Rußland zum damaligen Zeitpunkt annehmen sollte. Lenins Position in dieser Auseinandersetzung gibt wichtige Aufschlüsse bezüglich der Frage, welche theoretische und praktische Position KommunistInnen zum sozialistischen Staat einnehmen müssen.

Trotsky vertrat den Standpunkt der Partei- und Staatsbürokratie. Er gab die Losung der „*Durchrüttelung der Gewerkschaften*“ und „*Verstaatlichung der Gewerkschaften*“ aus. Damit meinte er, die Beziehungen zwischen Partei und Staat einerseits und den Gewerkschaften andererseits sollten Beziehungen militärischer Art sein, auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam beruhen. Diktatur des Proletariats setzte er mit Diktatur der Partei gleich. Das lief darauf hinaus, die Arbeit unter Militärrecht zu stellen. Unter dem Vorwand einer Diktatur des Proletariats sollte faktisch eine Diktatur über die Arbeiterklasse errichtet werden. Trotzkiistische Ökonomen wie Preobraschenski bezeichneten eine auf eine solche Diktatur gestützte Ausbeutung der Arbeiterklasse als „*ursprüngliche sozialistische Akkumulation*“, die angeblich dem Proletariat nütze, weil sie die für den Sozialismus erforderlichen Produktivkräfte schaffe. Trotzki und Co. hätten, während sie der Arbeiterklasse im Nacken saßen, im Stile Mielkes erklärt „Wir lieben euch doch alle!“.

Lenin trat Trotzki's Standpunkt entschieden entgegen. *„Die Diktatur läßt sich nicht verwirklichen ohne einige 'Transmissionsriemen' von der Avantgarde zur Masse der fortgeschrittenen Klasse und von dieser zur Masse der Werktätigen“*. (Lenin, Über die Gewerkschaften, LW 32 S. 4; oder LAW VI S. 52) „Transmissionsriemen“ - das bedeutete für Lenin keineswegs, daß die Partei kommandieren und die Arbeiter gehorchen sollten. Das bedeutete vielmehr, daß die Partei durch die Gewerkschaften darauf hinwirken sollte, die parteilosen Massen zur unmittelbaren Leitung - sowohl der Verwaltung als auch besonders der Produktion - heranzuziehen. In diesem Sinne sollten die Gewerkschaften „Schulen des Kommunismus“ sein. Im Programm der KPR(B) hieß es: *„Die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung und die Heranziehung der breiten Massen zu dieser Arbeit durch sie ist zugleich das Hauptmittel des Kampfes gegen die Bürokratisierung des Wirtschaftsapparats der Sowjetmacht und gibt die Möglichkeit, eine wirkliche Volkskontrolle über die Ergebnisse der Produktion zu schaffen.“* (zitiert nach Lenin, Noch einmal über die Gewerkschaften, LW 32 S. 93; oder LAW VI S. 115)

Nach Trotzki's Auffassung sollten die Gewerkschaften ausschließlich ein Instrument zur administrativen Durchsetzung von Parteidirektiven sein. Trotzki war **dagegen**, daß der *„Schutz der materiellen und geistigen Interessen der Arbeiterklasse (...) Sache der Gewerkschaften“* sein sollte. (vgl. LW 32 S. 6; oder LAW VI S. 55) Er begründete das damit, daß der Sowjetstaat ja ein Arbeiterstaat sei. *„Wozu und gegen wen soll die Arbeiterklasse geschützt werden, wo es doch keine Bourgeoisie gibt, wo wir doch einen Arbeiterstaat haben.“* - so faßte Lenin Trotzki's Argumentation zusammen. (ebenda)

**Lenins Entgegnung ist von großer Bedeutung für die Theorie des Staates im Sozialismus:** *„Arbeiterstaat“* - *„das ist eine Abstraktion“*, erwiderte er. Es handele sich konkret gesehen um einen *„Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen.“* *„Ja, mit diesem traurigen - wie soll ich mich ausdrük-*

*ken? - Etikett mußten wir ihn versehen. Da haben Sie die Realität des Übergangs. Was meinen Sie, haben in einem praktisch derart beschaffenen Staat die Gewerkschaften nichts zu schützen, kann man ohne sie auskommen, wenn man die materiellen und geistigen Interessen des in seiner Gesamtheit organisierten Proletariats schützen will? Das ist theoretisch eine völlig falsche Argumentation. Das versetzt uns in den Bereich der Abstraktion oder des Ideals, das wir in 15-20 Jahren erreichen werden; aber ich bin nicht einmal so sicher, daß wir es in dieser Frist erreichen werden. Wir haben aber die Wirklichkeit vor uns, die wir gut kennen, wenn wir uns nur nicht berauschen und nicht hinreißen lassen von Intellektuellengerede oder von abstrakten Betrachtungen oder von dem, was manchmal als 'Theorie' erscheint, in Wirklichkeit aber ein Irrtum, eine falsche Einschätzung der Besonderheiten des Übergangs ist. Unser heutiger Staat ist derart beschaffen, daß das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat sich schützen muß, wir aber müssen diese Arbeiterorganisationen zum Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat und zum Schutz unseres Staates durch die Arbeiter ausnutzen.“ (Lenin, Über die Gewerkschaften, LW 32 S. 6 f.; oder LAW VI S. 55 f.; Hervorhebung von Lenin)*

Arbeiterorganisationen zum Schutz der Arbeiter gegen **ihren** Staat, gegen den eigenen proletarischen Staat, der nämlich an bürokratischen Auswüchsen krankt.

Arbeiterorganisationen zum Schutze dieses, des proletarischen Staates, damit er ein Werkzeug des Proletariats bleibe.

So schwierig, so komplex sind die politischen Formen der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, des Sozialismus. Denn diese Überlegungen Lenins sind richtig für die gesamte Zeit bis zum Erreichen des vollendeten Kommunismus - wie oben gezeigt, wirken innerhalb des proletarischen Staates während der gesamten Zeit des Übergangs zum entwickelten Kommunismus auch Sonderinteressen, die objektiv gegen diesen Übergang gerichtet sind.

Zugleich wandte Lenin sich gegen die Gruppe der sogenannten Arbeiteropposition um Bucharin, Schljapnikow

und Kollontai. Diese Gruppe wollte den Bürokratismus auf falsche Art bekämpfen. Sie leugnete die führende Rolle der Partei beim Staats- und Wirtschaftsaufbau und wollte sie durch eine „Assoziation der Produzenten“ ersetzen. Lenin hingegen verteidigte entschieden das Recht der Partei, die Leiter der Wirtschaft zu ernennen. Er argumentierte:

*„Der Kommunismus sagt: Die Avantgarde des Proletariats, die Kommunistische Partei, führt die parteilose Masse der Arbeitenden, indem sie diese Masse, zuerst die Arbeiter und dann auch die Bauern, aufklärt, schult, bildet und erzieht (‘Schule’ des Kommunismus), damit sie dahin gelangen können und wirklich gelangen, die Leitung der gesamten Volkswirtschaft in ihren Händen zu konzentrieren.*

*Der Syndikalismus überträgt die Leitung der Industriezweige (‘Haupt- und Zentralverwaltungen’) der Masse der parteilosen, nach Produktionsbereichen gegliederten Arbeiter; er hebt dadurch die Notwendigkeit der Partei auf und leistet keine langwierige Arbeit, um die Massen zu erziehen und die Leitung der **gesamten Volkswirtschaft tatsächlich in ihren** Händen zu konzentrieren.“*

(Die Krise der Partei, LW 32 S. 34; Hervorhebung von Lenin)

Eine langwierige Arbeit muß geleistet werden, sagt Lenin, damit die Massen tatsächlich die Leitung der gesamten Volkswirtschaft in ihre Hände nehmen **können**. Diese langwierige Arbeit kann man nicht durch Phrasen ersetzen, denn noch ist man sehr weit von einem Zustand entfernt, wo jeder Arbeiter oder gar jeder Bauer (!, der Begriff des „Produzenten“ umfaßt die Bauern, die damals in Rußland die Hauptmasse der „Produzenten“ ausmachten) leiten kann. Um dahin zu kommen, braucht man die Partei und ihre führende Rolle.

*„Die Gewerkschaften,“*, so stand es im Programm der KPR(B), *„die bereits aufgrund der Gesetze der Sowjetrepublik und der eingebürgerten Praxis an allen lokalen und zentralen Verwaltungsorganen der Industrie teilnehmen, müssen dahin gelangen, daß sie die ganze Leitung der gesamten Volkswirtschaft als eines einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen tatsächlich in ihren Händen konzentrieren.“*

Und Lenin kommentierte:

*„Darauf berufen sich alle. Was ist hier gesagt? Eine ganz unstrittige Sache: ‘müssen dahin gelangen’. Es ist nicht gesagt, daß sie sofort dahin gelangen. Es ist nicht die Übertreibung enthalten, die man nur zu machen braucht, damit Unsinn entsteht. Hier heißt es: ‘dahin gelangen’. Wohin? Zur Leitung und tatsächlichen Konzentration. Wann werden sie dahin gelangen müssen? Dazu bedarf es der Erziehung. So erziehen, daß alle ohne Ausnahme zu leiten verstehen und wissen, wie man das macht. Können Sie heute mit gutem Gewissen behaupten, daß die Gewerkschaften für die leitenden Posten stets, in beliebiger Zahl, taugliche Leiter stellen können? Für die leitenden Posten braucht man freilich nicht sechs Millionen, sondern vielleicht sechzigtausend, na, hunderttausend. Können sie die stellen? Jeder, der sich nicht von Formeln und Thesen hinreißen läßt und nicht denen nachjagt, die am lautesten von allen schreien, wird sagen: nein, das können sie nicht, so weit ist es noch nicht.“*

(LW 32 S. 51 f.)

Das Programm der „Arbeiteropposition“ lief im Grunde darauf hinaus, sofort in den vollendeten Kommunismus hineinzu springen. So beriefen sie sich auf das von uns auf Seite 20 f. angeführte Zitat von Engels, wonach *„die Gesellschaft (...) die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert“*. Lenin erwiderte: *„Das ist lächerlich. Engels spricht von der kommunistischen Gesellschaft. Dort wird es keine Klassen mehr geben, dort wird es Produzenten geben.“* (LW 32 S. 214)

Lenin betonte:

*„Der Staat ist das Gebiet des Zwanges. Es wäre Wahnwitz, wollte man auf den Zwang verzichten, besonders in der Epoche der Diktatur des Proletariats. ‘Administrieren’ und administratives Herangehen an die Dinge sind hier unerlässlich.“*

(Lenin, Noch einmal über die Gewerkschaften, LW 32 S. 89; oder LAW VI S. 110)

*„(...) daß wir als regierende Partei nicht umhinkonnten, die ‘Spitzen’ der Partei und die ‘Spitzen’ der Sowjets miteinander zu verschmelzen(...).“*

(Lenin, X. Parteitag der KPR(B), LW 32 S. 175 f.; oder LAW VI S. 164)

Selbstverständlich mußte sich dieser Zwang erforderlichenfalls auch gegen einzelne Arbeiter oder gegen Gruppen von Arbeitern richten. So kommentierte Lenin in seinen Bemerkungen zu Bucharins „Ökonomik der Transformationsperiode“ folgende Passage als „richtig“: *„Der Zwang jedoch beschränkt sich nicht auf den Rahmen der früher herrschenden Klassen und der ihnen nahestehenden Gruppen. Er überträgt sich in der Übergangsperiode - in anderen Formen - auch auf die Werktätigen selbst, auch auf die herrschende Klasse selbst.“* (Ausgabe VTK Frankfurt-Gelsenkirchen 1981, S. 68) Ebenso hob Lenin folgende Stelle als „richtig“ hervor: *„In der Übergangsperiode ist die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse neben dem Zwang vorhanden, den die Arbeiterklasse, als Klasse für sich, für alle ihre Teile einführt.“* (ebenda S. 70)



Es ist kein Zufall, daß Lenin vor der Notwendigkeit stand, einen Zweifrontenkampf zu führen: zum einen gegen Kräfte, die den bestehenden Zustand verklärten und die Notwendigkeit leugneten, hinsichtlich des Staates konkrete weitere Schritte in Richtung Kommunismus zu unternehmen, zum anderen gegen Kräfte, die die Notwendigkeit der erforderlichen Zugeständnisse an die rückständigen Zustände leugneten und letztlich ebenfalls die Notwendigkeit leugneten, für die konkret möglichen Schritte in Richtung Kommunismus zu kämpfen, indem sie faktisch die Illusion der Möglichkeit des sofortigen Hineinspringens in kommunistische Zustände verbreiteten. Ein solcher Zweifrontenkrieg muß im Sozialismus so gut wie immer geführt werden.

Nach der Seite des Staates hin bedeutet dies insbesondere: Man muß gegen diejenigen kämpfen, die den sozialistischen Staat verklären, seine Widersprüche und Mängel leugnen, konkrete Schritte zum Kampf gegen den Bürokratismus ablehnen. Solche Kräfte wenden sich - ob sie das wollen oder nicht - gegen das Voranschreiten zum Kommunismus, was aber letztlich zur Rückkehr zum Kapitalismus führen muß. Man muß zugleich gegen diejenigen kämpfen, die den Staatsapparat unter Berufung auf seine Mängel bekämpfen, ihn vorzeitig abbauen wollen, die staatliche Leitung der Produktion schwächen wollen und damit - ob sie das wollen oder nicht - die Rückkehr zum Kapitalismus vorbereiten.

Lenin wandte sich auch gegen die Illusion, man könne sofort den Bürokratismus beseitigen:

*„Wer Ihnen vorschlägt, mit dem Bürokratismus Schluß zu machen, ist ein Demagoge. (...) Das ist dummes Zeug. Gegen den Bürokratismus werden wir noch lange Jahre zu kämpfen haben, und wer anders darüber denkt, der treibt Scharlatanerie und Demagogie, denn um den Bürokratismus niederzuringen, braucht man Hunderte von Maßnahmen, braucht man allgemeine Bildung, allgemeine Kultur, allgemeine Teilnahme an der Arbeiter- und Bauerninspektion.“*

(LW 32 S. 54)

Der Bürokratismus wird dann vollständig beseitigt sein, wenn alle ProduzentInnen an der unmittelbaren Leitung teilnehmen können, mit anderen Worten: wenn die Arbeitsteilung von leitender und ausführender Tätigkeit beseitigt ist, was letztlich mit dem Erreichen des Kommunismus und dem Absterben des Staates zusammenfällt. In dem Maße, wie die alten Arbeitsteilungen beseitigt werden, verschwindet auch die Notwendigkeit von Berufspolitikern und damit auch der Staat:

*„Mit einem Wort, sofern die werktätigen Massen selbst die Sache der Staatsverwaltung und der Schaffung einer bewaffneten Macht, die die gegebene Staatsordnung stützt, in Angriff nehmen, insofern verschwindet der besondere Ap-*

*parat für die Verwaltung, verschwindet der besondere Apparat für eine bestimmte staatliche Gewaltanwendung (...).“*

(Lenin, LW 27 S. 113 f.)

Dazu bedarf es u.a. auch bestimmter materieller Voraussetzungen. So wies Stalin 1952 auf die Notwendigkeit hin, *„ein kulturelles Wachstum der Gesellschaft zu erreichen, das allen Mitgliedern der Gesellschaft eine allseitige Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten gewährleistet, damit die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ausreichende Bildung zu erwerben, um aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung mitzuwirken (...).“* Er trat also für eine Umgestaltung der Verhältnisse ein, die gewährleistete, daß **alle** die Möglichkeit hatten, an der Leitung gesellschaftlicher Angelegenheiten mitzuwirken. Und weiter: *„Dazu ist es vor allem notwendig, den Arbeitstag mindestens bis auf 6 und später bis auf 5 Stunden zu verkürzen. Das ist notwendig, damit die Mitglieder der Gesellschaft genügend freie Zeit erhalten, um eine allseitige Bildung zu erwerben. Dazu ist es ferner notwendig, den allgemeinen obligatorischen polytechnischen Unterricht einzuführen, damit die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen, und nicht Zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind. (Beseitigung der knechtenden Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit! D. Verf.) Dazu ist es weiter notwendig, die Wohnungsverhältnisse grundlegend zu verbessern und den Reallohn der Arbeiter und Angestellten mindestens um das Doppelte, wenn nicht mehr, zu erhöhen, sowohl durch direkte Erhöhung des Geldlohnes als auch besonders durch eine weitere systematische Senkung der Preise für Massenbedarfsgüter.“*

(Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15 S. 359 f.)

## NOCH EINMAL ZU MARX' LEHREN AUS DER PARISER KOMMUNE.

### ZUR FRAGE DER SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE.

### ZUR FRAGE DES ABSTERBENS DES STAATES

Wir haben gesehen, wie sich die relativen Rückständig-  
keiten der Gesellschaft in der Übergangsperiode zum Kom-  
munismus im Staat dieser Übergangsperiode widerspiegeln,  
mit welchen Mängeln und Widersprüchen dieser Staat  
zwangsläufig behaftet sein **muß**. Spricht das **gegen** die Leh-  
ren, die Marx aus der Kommune zog?

Ganz im Gegenteil! Das spricht dafür, diese Lehren so  
konsequent wie möglich zu beherzigen.

Zunächst einmal möchten wir ein Marx-Zitat wieder-  
holen, welches wir bereits auf Seite 86 angeführt haben:

*„Dieser Sozialismus ist die **Permanenzerklärung der  
Revolution**, die **Klassendiktatur** des Proletariats als notwen-  
diger Durchgangspunkt zur **Abschaffung der Klassenunter-  
schiede überhaupt**, zur Abschaffung sämtlicher Produkti-  
onsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämt-  
licher gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Produkti-  
onsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher  
Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen her-  
vorgehen.“*

(Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis  
1850, MEW 7 S. 90; oder AW II S. 104; Hervorhebungen  
von Marx)

Damit ist das gesamte Programm der KommunistInnen  
für die Übergangsgesellschaft genial umrissen. Zugleich ist  
gesagt, daß sich die Arbeiterklasse ihrer Diktatur, ihrer Staats-  
macht bedienen muß, um diese Umgestaltung durchführen  
zu können. Marx war sich auch darüber im klaren, wie  
schwierig und langwierig dieser Prozeß ist: *„Die Arbeiter-  
klasse weiß, daß dieses Erneuerungswerk immer wieder auf-*

*gehalten und behindert werden wird durch die Widerstände erworbener Anrechte und Klassenegoismen.*“ (Marx, Erster Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“, MEW 17 S. 546; oder AW IV S. 28)

Wenn nun die Dinge so liegen, ist klar, daß die Arbeiterklasse einen ständigen Kampf darum führen muß, daß ihr Staat, das Organ ihrer Diktatur, möglichst weitgehend so beschaffen ist, wie Marx dies in den Schlußfolgerungen aus der Kommune beschrieben hat; genauer: daß sie einen Kampf darum führen muß, daß der Staat sich zunehmend in diesem Sinne **entwickelt**:

- ☆ Ja, es ist notwendig, daß die Abgeordneten jederzeit kontrollierbar und abwählbar sind und daß diese Rechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern ausgeübt werden. Im übrigen beinhaltet die Räteverfassung die Möglichkeit, die Teilung in leitende und ausführende Funktionen auf dem Felde der Politik schon früher zu beseitigen als in der Wirtschaft: „einfache“ ArbeiterInnen können leitende Staatsfunktionen bekleiden!
- ☆ Ja, es ist notwendig, daß alle Gliederungen des Staatsapparates jederzeit der Kontrolle der gewählten Machtorgane wie auch der öffentlichen Kontrolle unterliegen, ohne Ausnahme, gerade auch die repressiven Organe: Militär, Polizei, Geheimdienste, Strafvollzugswesen usw. Es müssen geeignete Formen dieser gesellschaftlichen Kontrolle gefunden werden: Nur so kann verhindert werden, daß die Herausbildung von Sonderinteressen innerhalb der verschiedenen Glieder der Staatsmacht ein bestimmtes Maß überschreitet.
- ☆ Ja, es ist notwendig, sehr bewußt zu entscheiden, **welche** Angelegenheiten zentral und welche lokal zu entscheiden sind, wobei bei zunehmendem Voranschreiten zum Kommunismus zunehmend eine gewisse Dezentralisierung stattfinden wird, freilich auf der Grundlage, daß die lokalen Stellen nicht auf Grundlage bornierter Sonderinteressen entscheiden und dem Gemeinwohl schaden.

☆ Aufgrund der mittlerweile vorliegenden historischen Erfahrungen muß hinzugefügt werden: Die von der bürgerlichen Revolution proklamierten klassischen Freiheitsrechte müssen auch gegenüber dem sozialistischen Staat geltend gemacht werden, da - wie gesagt - innerhalb des Staates auch Interessen wirken, die gegen die Arbeiterklasse bzw. gegen das Voranschreiten zum Kommunismus gerichtet sind. (Was freilich nicht im Kautskyschen Sinne so aufgefaßt werden darf, daß die Konterrevolution die Freiheit hat, den Sozialismus mit allen Mitteln zu bekämpfen, die Arbeiterklasse aber vor jedem Schritt, mit dem sie sich zur Wehr setzt, peinlichst auf die Abfassung entsprechender Gesetzeswerke zu achten hat.)

Sozialistische Demokratie muß diese Freiheitsrechte gegen den Staat **enthalten**, geht aber weit darüber hinaus. Sie proklamiert das Recht der einfachen Menschen, ausnahmslos alle gesellschaftlichen und staatlichen Angelegenheiten zu leiten und zu kontrollieren, unabhängig davon, in welchem Ausmaß das zu einem gegebenen Zeitpunkt bereits möglich ist. Die Proklamierung dieses Rechtes ist notwendige Kampfbedingung der Arbeiterklasse, um den Kampf zur Beseitigung aller geschichtlich überholten Verhältnisse der alten Gesellschaft führen zu können - nicht mehr und nicht weniger.

Die Arbeiterklasse braucht diese Rechte, doch die Rechte allein entscheiden noch nicht den Kampf. Wer nicht die reale Chance hat, das Regieren zu erlernen, der wird nicht regieren können, so sehr man ihm auch das Recht dazu zuspricht. Es ist eine gründliche Umgestaltung des gesamten Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig, bis die alte Teilung der Arbeit in allen ihren Aspekten überwunden und die Herausbildung von gegen das Gemeininteresse gerichteten Sonderinteressen nicht mehr möglich ist.

Dann aber wird von Rechten genauso wenig mehr die Rede sein wie von Demokratie: Die frei assoziierten Individuen werden den von ihnen geschaffenen sachlichen Reich-

tum verwalten und die gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt einrichten. Man braucht dann weder Rechte noch Demokratie und muß keinen Kampf führen, um in den Genuß dessen zu kommen, was das gesellschaftliche Kollektiv jedem Individuum als Selbstverständlichkeit gewährt.

So weist Lenin darauf hin, daß Demokratie „*nur **formale Gleichheit***“ bedeutet und daß sich nach ihrer Verwirklichung die Frage erhebt, wie „*zur tatsächlichen Gleichheit*“ weitergeschritten werden soll. „*Welche Etappen die Menschheit auf dem Wege zu diesem höheren Ziel durchschreiten wird, welche praktischen Maßnahmen sie hierzu ergreifen wird, wissen wir nicht und können wir nicht wissen. Es ist aber wichtig, daß wir uns darüber klarwerden, wie grenzenlos verlogen die landläufige bürgerliche Vorstellung ist, der Sozialismus sei etwas Totes, Erstarres, ein für allemal Gegebenes, während in Wirklichkeit **erst** mit dem Sozialismus die rasche, wirkliche, wahrhafte Vorwärtsbewegung der Massen auf allen Gebieten des öffentlichen und persönlichen Lebens, zunächst unter Teilnahme der **Mehrheit** der Bevölkerung und später der gesamten Bevölkerung, einsetzen wird.*“ (Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 486; oder LAW III S. 561; Hervorhebungen von Lenin)

Weiter weist Lenin in Anlehnung an Engels darauf hin, daß auch die Demokratie nicht von Ewigkeit ist, daß mit dem Staat auch die Demokratie absterben wird:

„*Man vergißt nämlich immer, daß die Aufhebung des Staates auch die Aufhebung der Demokratie bedeutet, daß das Absterben des Staates ein Absterben der Demokratie ist.*

*Auf den ersten Blick mag diese Behauptung höchst sonderbar und unverständlich erscheinen; bei manchem dürfte sogar die Befürchtung aufkommen, daß wir den Anbruch einer Gesellschaftsordnung erwarten, in der das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit nicht eingehalten werden würde, denn Demokratie sei doch gerade die Anerkennung dieses Prinzips!*

*Nein. Demokratie ist **nicht** identisch mit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Demokratie ist ein die*

*Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender **Staat**, d.h. eine Organisation zur systematischen **Gewaltanwendung** einer Klasse gegen die andere, eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen.*

*Als Endziel setzen wir uns die Abschaffung des Staates, d.h. jeder organisierten und systematischen Gewalt, jeder Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt. Wir erwarten nicht, daß eine Gesellschaftsordnung anbricht, in der das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit nicht eingehalten werden würde. Doch in unserem Streben zum Sozialismus sind wir überzeugt, daß er in den Kommunismus hinüberwachsen wird und daß im Zusammenhang damit jede Notwendigkeit der Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt, der **Unterordnung** eines Menschen unter den anderen, eines Teils der Bevölkerung unter den anderen verschwinden wird, denn die Menschen werden sich daran **gewöhnen**, die elementaren Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens **ohne Gewalt** und **ohne Unterordnung** einzuhalten.*

*Um dieses Element der Gewohnheit zu betonen, spricht Engels eben von einem neuen **Geschlecht**, das, 'in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsen, imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun' - jedes Staatswesen abzuschaffen, auch das demokratisch-republikanische."*

(Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 469 f.; oder LAW III S. 543 f.; Hervorhebungen von Lenin)

## KOMMUNISTISCHE PARTEI UND SOZIALISTISCHER STAAT.

### WIE SOLLEN KOMMUNISTISCHE FUNKTIONÄRINNEN LEITEN?

Der sozialistische Staat ist das Machtorgan der Arbeiterklasse. Zugleich ist er auch Feld eines Machtkampfes. Nicht nur das Interesse des klassenbewußten Proletariats am Voranschreiten zum Kommunismus wirkt hier, es wirken auch andere Interessen, überwiegend maskiert.

Es ist klar, daß die politische Partei der Arbeiterklasse unter diesen Umständen nicht darauf verzichten kann, entscheidenden Anteil an der Ausübung und Behauptung der Macht zu nehmen. Sie kann sich nicht von der Führung des Staates fernhalten. Wenn sie ihn nicht führt, werden ihn andere Kräfte führen, und sie werden das in aller Regel nicht im Interesse der Arbeiterklasse tun.

Dennoch treten Probleme auf, wenn kommunistische Partei und sozialistischer Staat allzu eng verbunden sind.

Die besagten Sonderinteressen wirken auch auf die Partei und in der Partei. Die Führung des Staates durch die Partei alleine kann den proletarischen Charakter der Staatsmacht nicht garantieren. Ziel kommunistischer Politik ist die Heranziehung möglichst breiter Massen von Werktätigen zur Leitung des Staates. Wird das zweifellos notwendige Prinzip der Führung des Staates durch die Partei überspitzt, so kann die Heranziehung parteiloser Massen zur unmittelbaren Leitung behindert werden. Oder es kann dazu kommen, daß zwar auch Parteilose herangezogen werden, aber nur als Quotenparteilose, denen man nicht vertraut und denen man letztlich keinen realen Einfluß einräumt. Es kann darüber hinaus dazu kommen, daß die formellen Machtorgane machtlos bleiben, weil die wirklichen Entscheidungen zuvor in den jeweils zuständigen Parteiorganen gefällt werden. Dies würde die sozialistische Demokratie in eine

Farce und die kommunistische Partei in eine Partei verwandeln, die sich über die Menschen stellt und sie kommandiert. Die Parteimitgliedschaft würde zum Privileg, und die Partei würde - ebenso wie der Staat - ihren proletarischen Charakter verlieren.

Bekanntlich sind dies nicht nur bloße Möglichkeiten, sondern das war die **Realität** in den entarteten, ehemals sozialistischen Ländern. Man kann das Problem nicht mit dem Hinweis darauf lösen, daß dort eben in der ersten Hälfte der 50er Jahre eine Konterrevolution stattgefunden habe. Gewiß, sie **hat** stattgefunden, doch derartige Entwicklungslinien gab es auch zuvor, und sie waren einer der Gründe, die zum Sieg der Konterrevolution geführt hatten.

Wie ist das Problem zu lösen?

Jedenfalls nicht so, daß die kommunistische Partei sich vom Staat fernhält, daß sie nicht mehr leiten will, daß sie sich darauf beschränkt, „bloße ideologische Kraft“ zu werden o.ä. Sie ist die politische Partei der Arbeiterklasse, sie ist Instrument der Diktatur des Proletariats. Gäbe es dieses Instrument nicht, so wäre eine feste und vollständige Diktatur nicht möglich, wie Stalin richtig sagte. (vgl. Seite 115) Die kommunistische Partei muß allerdings auch ihre Schlußfolgerungen aus den genannten negativen Erfahrungen ziehen.

Welche konkreten organisatorischen Formen das Verhältnis von Partei und Staat jeweils annehmen soll, hängt sehr stark von den gegebenen Umständen ab. Wenn Lenin davon sprach, man habe die Spitzen der Partei und der Sowjets, also der Staatsorgane, „verschmelzen“ müssen, dann war das in erster Linie den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen geschuldet; jedenfalls unterliegen Art und Ausmaß eines solchen „Verschmelzens“ keinem allgemeingültigen Prinzip, welches unabhängig von den jeweiligen Umständen wäre.

Wichtiger noch als die (durchaus variablen) organisatorischen Formen, in denen die kommunistische Partei auf den Staat Einfluß nimmt bzw. ihn leitet, ist die Frage der

Haltung dieser Partei zur Klasse und zu den Massen, die Frage des Herangehens an die Klasse und die Massen. Insbesondere ist wichtig, welchen Einfluß die Partei auf ihre Mitglieder in leitenden Funktionen nimmt, wie sie diese erzieht. Der ideale kommunistische Leiter, die ideale kommunistische Leiterin leitet zwar - **wenn** es erforderlich ist - durchaus auch in schroffen und administrativen Formen (so verlangte Lenin in einer bestimmten Situation diktatorische Vollmachten der Betriebsleiter während der Arbeit). Doch er bzw. sie nutzt systematisch alle Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, seine bzw. ihre Entscheidungskompetenz tendenziell zu untergraben, indem andere in leitende Funktionen einbezogen werden. Das Ziel ist der Kommunismus, in dem es keine Unterschiede zwischen Führern und Geführten gibt, in dem es keine BerufspolitikerInnen gibt, in dem es zwar noch zentrale und dezentrale Funktionen gibt, aber niemand sein Leben lang zentrale Funktionen wahrnimmt und die Gesellschaft jedem in gleicher Weise die Möglichkeit gibt, auf gesellschaftliche Entscheidungen Einfluß zu nehmen.

Die Partei muß also auf ihre Mitglieder in leitenden Funktionen - seien es Partei- oder Staatsfunktionen - ständig und systematisch so einwirken, daß sie möglichst weitgehend in diesem Sinne handeln, also andere zur Leitung qualifizieren, zur Leitung heranziehen. Das ist deshalb ungeheuer wichtig, weil das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse in entgegengesetzter Richtung wirkt. Man neigt dazu, sich spontan in bestehende Arbeitsteilungen einzupassen, zumal wenn man „oben“ sitzt. Das ist nicht allein eine Frage guten Willens.

Ob das Voranschreiten zum Kommunismus gelingt, wird also in wesentlichem Ausmaß auch davon abhängen, ob eine kommunistische Partei Mittel und Wege findet, ihre FunktionärInnen in einem solchen Sinne systematisch zu erziehen, und sie - wenn die diesbezüglichen Bemühungen nicht fruchten sollten - von ihren Funktionen entfernt.

**Literatur:**

Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21 S. 25 - 173; oder AW VI S. 15 - 197

Lenin, Staat und Revolution, LW 25 S. 393 - 507;  
oder LAW III S. 461 - 583

Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky,  
LW 28 S. 225 - 327; oder LAW IV S. 547 - 655

Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 - 1850,  
MEW 7 S. 9 - 107; oder AW II S. 7 - 125

Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte,  
MEW 8 S. 111 - 207; oder AW II S. 299 - 417

Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17 S. 313 - 365;  
oder AW IV S. 45 - 106

Enver Hoxha, Eurokommunismus ist Antikommunismus,  
Dortmund 1980

Der Weg der Partei, Theoretisches Organ der KPD, Nr. 3/1985

Der Weg der Partei, Theoretisches Organ der KPD, Nr. 1-2/1992

**KORREKTUR ZU KAPITEL XII, SEITE 105:**

Hilferdings ironische Bemerkung über den „Glauben der Pythagoräer“ bezieht sich nicht auf den Lehrsatz des Mathematikers und Philosophen Pythagoras über rechtwinklige Dreiecke, sondern darauf, daß die von Pythagoras begründete philosophische Schule die Zahl als das Wesen aller Dinge auffaßte. Ein Fortschritt an dieser Betrachtungsweise bestand darin, daß das Wesen damit nicht mehr als unmittelbar sinnlich wahrnehmbare Gegebenheit aufgefaßt wurde. Statt dessen „setzt“ diese Vorstellung *„das Wesen in eine, wenn auch noch so sehr beschränkte und einseitige Gedankenbestimmung“*. (Engels, Dialektik der Natur, MEW 20 S. 459)



**DIE WELT BEGREIFEN**

**UND VERÄNDERN**

**Die Aufgaben der Arbeiterklasse  
im Kampf für Demokratie und Frieden**

Kapitel XVII

## **Die „Einschübe“ verfolgen folgende Zwecke:**

Eine Einzelfrage wird in komplizierterer oder in umfangreicherer Weise behandelt, als es ansonsten dem Stil der Darstellung entspricht,

### **oder:**

Der betreffende „Einschub“ enthält einen Querverweis zu einem Thema, das in systematischer Form in einem späteren oder vorangegangenen Kapitel behandelt wird.

Diejenigen Leserinnen und Leser, denen ein bestimmter Einschub zu kompliziert oder zu langatmig erscheint, können also darüber hinweglesen, ohne daß der Fluß der Darstellung darunter leidet.

## **Zur Zitierweise:**

<b>MEW:</b>	Marx-Engels-Werke
<b>AW:</b>	Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1989
<b>LW:</b>	Lenin-Werke
<b>LAW:</b>	Lenin, Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1988
<b>SW:</b>	Stalin-Werke
<b>f.:</b>	und die folgende Seite
<b>ff.:</b>	und die folgenden Seiten

# Inhalt

<b>I Die Aufgaben der Arbeiterklasse im demokratischen Kampf.....</b>	<b>5</b>
Gegenstand des demokratischen Kampfes .....	7
Bürgerliche und sozialistische Demokratie .....	9
Die Bedeutung des demokratischen Kampfes .....	12
Der Demokratische Kampf muss dem Kampf um die sozialistische Revolution untergeordnet werden .....	18
Den demokratischen Kampf entfalten! .....	23
Die Haltung der KommunistInnen zum Parlamentarismus .....	26
Der Kampf gegen die faschistische Gefahr .....	30
Klassencharakter des Faschismus .....	30
Triebkräfte einer faschistischen Entwicklung .....	31
Bürgerliche Demokratie und Faschismus .....	32
Die Faschisierung des Staatsapparats .....	34
Der Faschismus muß sich nicht zwingend auf eine faschistische Massenbewegung stützen .....	35
Die Hauptform der Vorbereitung des Faschismus ist die Faschisierung des Staatsapparats .....	37
Wie kann die Arbeiterklasse den Machtantritt des Faschismus verhindern? .....	38
Bedeutung des demokratischen Kampfes im Sozialismus	40
<b>II Die Aufgaben der Arbeiterklasse im Friedenskampf ....</b>	<b>45</b>
Gerechte und ungerechte Kriege .....	46
Krieg ist Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ...	49
Selbstbestimmungsrecht der Nationen .....	51
Das Beispiel Belgien im 1. Weltkrieg .....	52
Die Aufgabe der Arbeiterklasse in Bezug auf die Vorbereitung und Führung imperialistischer Kriege .....	55

<b>Literatur .....</b>	<b>67</b>
Literatur zum Demokratischen Kampf .....	67
Literatur zum Friedenskampf .....	68

# I.

## **DIE AUFGABEN DER ARBEITERKLASSE IM DEMOKRATISCHEN KAMPF**

*„Der Sozialismus ist in zweifachem Sinne ohne die Demokratie unmöglich: 1. das Proletariat wird die sozialistische Revolution nicht durchführen können, wenn es sich nicht durch den Kampf für die Demokratie auf die Revolution vorbereitet; 2. ohne restlose Verwirklichung der Demokratie kann der siegreiche Sozialismus seinen Sieg nicht behaupten und das Absterben des Staates für die Menschheit nicht Wirklichkeit werden lassen.“*

(Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“, LW 23 Seite 69)

*„Früher leistete es sich die Bourgeoisie, sich liberal aufzuspielen; sie trat für bürgerlich-demokratische Freiheiten ein und erwarb sich damit Popularität im Volke. Jetzt ist von Liberalismus auch nicht eine Spur geblieben. Es gibt keine sogenannte 'Freiheit der Persönlichkeit' mehr - die Rechte der Persönlichkeit werden jetzt nur bei denen anerkannt, die Kapital besitzen, alle übrigen Bürger aber werden als menschlicher Rohstoff betrachtet, der nur zur Ausbeutung taugt. In den Staub getreten ist das Prinzip der Gleichberechtigung der Menschen und Nationen, es ist ersetzt durch das Prinzip der vollen Rechte für die ausbeutende Minderheit und der Rechtlosigkeit der ausgebeuteten Mehrheit der Bürger. Das Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten ist über Bord geworfen. Ich denke, daß Sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner werden erheben und vorantragen müssen, wenn Sie die Mehrheit des Volkes um sich sammeln wollen. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte.“*

(aus Stalins Rede an die Vertreter ausländischer Parteien auf dem 19. Parteitag der KPdSU, SW 15 S. 393)

## GEGENSTAND DES DEMOKRATISCHEN KAMPFES

*„Der Klassenkampf des Proletariats besteht aus dem ökonomischen Kampf (Kampf gegen einzelne Kapitalisten oder gegen einzelne Kapitalistengruppen für die Verbesserung der Lage der Arbeiter) und dem politischen Kampf (Kampf gegen die Regierung für die Erweiterung der Rechte des Volkes, d.h. für Demokratie, sowie für die Erweiterung der politischen Macht des Proletariats). (...) über dem ökonomischen Kampf den politischen Kampf vergessen hieße den grundlegenden Leitsatz der internationalen Sozialdemokratie aufgeben, hieße vergessen, was die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt.“*

(Lenin, Unser Programm, LW 4 S. 206 f. Als sozialdemokratisch bezeichneten sich damals die revolutionären marxistischen Parteien der Arbeiterklasse. - Der theoretische Kampf, den Lenin an anderer Stelle - Was tun, LW 5 S. 381 ff. bzw. LAW I S. 360 ff. - in Anlehnung an Engels als die **dritte** Form des Klassenkampfes bezeichnet, wird hier nicht erwähnt, da hier vom praktischen Kampf der Massen die Rede ist.)

Um eine konkrete Vorstellung zu ermöglichen, was unter den heutigen Bedingungen in Deutschland unter demokratischem Kampf zu verstehen ist, wollen wir zunächst einige Felder dieses Kampfes benennen. Die Aufzählung ist unvollständig, und die Reihenfolge ist keine Gewichtung der Bedeutung der jeweiligen Kampffelder:

- ☆ Für die Ausweitung des Streikrechtes, insbesondere für das Recht auf politische Streiks.
- ☆ Für das Verbot der Aussperrung.
- ☆ Gegen die reaktionäre Betriebsverfassung. Gegen die Pflicht zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit dem Kapital, gegen Friedens- und Schweigepflicht.
- ☆ Gegen staatliche Einmischung in Tarifikämpfe.

## XVII-8

- ☆ Gegen offene und versteckte Angriffe auf die Existenz und die Handlungsfähigkeit von Gewerkschaften.
- ☆ Für die Gleichstellung der Frau in allen Lebensbereichen.
- ☆ Gleiche staatsbürgerliche Rechte für alle, die in Deutschland leben.
- ☆ Gegen die Notstandsgesetze.
- ☆ Gegen die weitere Aushöhlung der Rechte des Parlaments, insbesondere durch den Übergang von Rechten auf Apparate der EU. Für den Austritt aus der EU.
- ☆ Gegen den faktischen Übergang von Befugnissen des Parlaments oder Kabinetts auf „Elefantenrunden“ aus Kapitalsvertretern, Kanzler und Spitzen des Gewerkschaftsapparats.
- ☆ Gegen den Ausbau der staatlichen Unterdrückungsapparate.
- ☆ Gegen Polizeiterror.
- ☆ Gegen jegliche Form von Folter, gegen jeglichen Versuch, Folter zu verharmlosen und gesellschaftsfähig zu machen.
- ☆ Gegen die Spitzelapparate und ihre Praktiken. Gegen den Ausbau des Spitzel- und Überwachungsstaates.
- ☆ Gegen Vorstöße zur Verstümmelung des Demonstrationsrechts.
- ☆ Gegen Vorstöße zur Verstümmelung der Rechte von Angeklagten in Strafverfahren.
- ☆ Gegen Berufsverbote und andere Formen politischen Gesinnungsterrors. Gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der DGB-Gewerkschaften bezüglich der Mitgliedschaft in kommunistischen Organisationen.
- ☆ Gegen reaktionäre Steuergesetze. Forderungen nach einer demokratischen Steuergesetzgebung, Abschaffung der indirekten Steuern (insbesondere der Mehrwertsteuer) und ihre Ersetzung durch eine progressive Einkommenssteuer. Drastische Erhöhung des Steuerfreibetrags zur Si-

cherung eines Mindesteinkommens, drastische Erhöhung der Steuern für das Kapital.

- ☆ Gegen die Parteienfinanzierung aus dem Staatshaushalt.
- ☆ Für Einführung bzw. Ausbau direkterer Formen der Demokratie, etwa Volksentscheid und Volksbefragung.
- ☆ Für die Trennung von Kirche und Staat. Gegen Kirchensteuer und religiöse Kindererziehung an den Schulen.
- ☆ Gegen die undemokratische 5 %-Klausel.
- ☆ Forderungen nach demokratischen Rechten innerhalb der Armee. Gegen eine Berufsarmee. Gegen den Einsatz deutscher Truppen im Ausland. Gegen den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der sogenannten Inneren Sicherheit.
- ☆ Für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und Nationen.
- ☆ Gegen die Aushöhlung des Asylrechts. Gegen die menschenfeindliche Abschiebungspraxis.
- ☆ Für das Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen.
- ☆ Für die Aufhebung des KPD-Verbots.

## **BÜRGERLICHE UND SOZIALISTISCHE DEMOKRATIE**

Demokratie bedeutet „Herrschaft des Volkes“. Ob die Herrschaft des Volkes tatsächlich verwirklicht wird, hängt nicht vom Namen, sondern vom Klassencharakter einer Demokratie ab. Es gibt keine neutrale, über den Klassen stehende Demokratie, so wie es auch keinen neutralen, über den Klassen stehenden Staat gibt. Deshalb unterscheiden KommunistInnen zwischen der bürgerlichen Demokratie im kapitalistischen Staat und der sozialistischen Demokratie im sozialistischen Staat.

Die bürgerliche Demokratie ist eine kapitalistische Demokratie, die Demokratie der ausbeutenden Minderheit.

Trotz des allgemeinen Wahlrechts sind die Verhältnisse so eingerichtet, daß über Wahlen nur Regierungen des Kapitals zustandekommen. Die Verfassung garantiert das Recht auf kapitalistisches Eigentum und damit auf Ausbeutung, und der bürgerliche Staat ist dazu da, dieses Recht zu schützen.

Der „allgemeine Volkswille“ und die „Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz“ sind daher nur Propagandalösungen der Bourgeoisie. In Wirklichkeit bildet der Wille der Bourgeoisie die Grundlage der bürgerlichen Demokratie. Das parlamentarische System, das angeblich den „allgemeinen Volkswillen“ zum Tragen bringen soll, ist in Wirklichkeit ein Mittel zur Niederhaltung des Volkes. Denn während es dem Volk einredet, es könne über Parlamentswahlen Einfluß auf die Politik des Staates nehmen, garantiert es tatsächlich, daß „*der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer*“ ausübt (Engels, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*, MEW 21, S. 167 bzw. AW VI S. 191; vgl. Kapitel XVI S. 16).

Das Kapital, insbesondere die Finanzoligarchie (zum Begriff der Finanzoligarchie vgl. Heft 23/24/25 S. 82 ff.), bereitet Entscheidungen der Regierung und des Parlaments direkt vor und übt seine Macht im übrigen auch in Bereichen des Staates aus, auf die das Volk aufgrund der sogenannten Gewaltenteilung in der bürgerlichen Demokratie noch nicht einmal einen formalen Einfluß hat (Exekutive und Justiz).

Deshalb sind auch die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten, die angeblich allgemeine Menschenrechte sein sollen, in Wirklichkeit nur für die Bourgeoisie voll und uneingeschränkt verwirklicht. Für die ausgebeutete Mehrheit sind sie weitgehend formal, besitzen sie nur verstümmelt, eingeschränkt und niemals dauerhaft Gültigkeit. Wie soll es auch für die Arbeiterklasse echte Meinungsfreiheit geben, solange die Kapitalisten die Betriebe besitzen und Arbeiter jederzeit entlassen und ihrer Existenzgrundlage berauben können? Wie soll es für die arbeitenden Menschen echte Pressefreiheit geben, solange die Kapitalisten im Besitz der Papierlager, der Druckereien und der Verlage sind?

Die bürgerliche Demokratie erweist sich somit als Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und andere Schichten der Bevölkerung, und zwar im allgemeinen als die **wirksamste und für die Bourgeoisie beste** Form dieser Diktatur. Wenn die Bourgeoisie gezwungen ist, die demokratische Form ihrer Machtausübung abzustreifen und zu offenen terroristischen Herrschaftsmethoden überzugehen, ist dies Ausdruck ihrer Schwäche - dazu weiter unten.

Die sozialistische Demokratie ist dagegen die Demokratie der ehemals ausgebeuteten Mehrheit, die die Macht ergriffen und ihre Ausbeuter gestürzt hat. Ihre Grundlage ist die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Aneignung des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums durch die Gesellschaft. Die Diktatur des Proletariats ist daher unerlässliche und entscheidende Bedingung für die Existenz einer Demokratie für die breite Mehrheit der Bevölkerung und ist zugleich die Grundbedingung, um eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen. Im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie geht die Staatsgewalt nun wirklich vom Volke aus. Der Volkswille wird realisiert über die allgemeine, direkte und geheime Wahl der Volksräte aller Ebenen sowie das Recht auf jederzeitige Rechenschaftslegung und vorzeitige Abwahl. Die Volksräte üben zugleich die gesetzgebende und die ausführende Gewalt aus, und alle Verwaltungsorgane sind den Volksräten und damit ihren WählerInnen verantwortlich. Damit besteht die Möglichkeit zur breiten, umfassenden und organisierten direkten Teilnahme der Massen an der Leitung des Staates und der Wirtschaft. Weil die Diktatur des Proletariats die Herrschaft der ehemals ausgebeuteten Mehrheit des Volkes ist, kann sie auch alle grundlegenden demokratischen Rechte und Freiheiten für die arbeitenden Menschen verwirklichen: das Recht auf Arbeit, ein demokratisches Bildungs- und Gesundheitssystem, die Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlung und Organisation, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung der Frau und - nicht zuletzt - die Bewaffnung des Volkes. Die Diktatur des Proletariats ist

also, weil sie zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit den Millionenmassen des Volkes Freiheit und Demokratie gewährt, millionenfach demokratischer als selbst die demokratischste bürgerliche Republik.

Deshalb treten KommunistInnen für den Sturz des bürgerlichen Staates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein, für die Ablösung der verlogenen bürgerlichen Demokratie durch die sozialistische Demokratie.

## DIE BEDEUTUNG DES DEMOKRATISCHEN KAMPFES

Folgt daraus, daß wir unter den Bedingungen des Kapitalismus für die Ausnutzung der von der Bourgeoisie zum Zerrbild gemachten demokratischen Einrichtungen verzichten? Daß wir dem weiteren Abbau der ohnehin beschränkten und unvollständigen Rechte und Freiheiten gleichgültig gegenüberstehen und auf den unmittelbaren, sofortigen Kampf um die Verwirklichung und den Ausbau demokratischer Rechte verzichten?

Keinesfalls.

Marx, Engels und Lenin nahmen den Kampf für den Sozialismus und Kommunismus in einer Zeit auf, in der die bürgerliche Demokratie noch nicht verwirklicht war. Sie waren in Wort und Tat entschiedene Kämpfer für die bürgerliche Republik, **obwohl** sie gleichzeitig die Beschränktheit dieser Republik und die Notwendigkeit ihres Sturzes nachwiesen.

Lenin erklärte, „daß für den wirklich freien und offenen Massenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie eine möglichst weitgehende politische Freiheit und folglich eine möglichst vollständige Verwirklichung der republikanischen Ordnung notwendig ist.“

(Lenin, III. Parteitag der SDAPR, Resolutionsentwurf zur Frage des offenen politischen Auftretens der SDAPR, LW 8 S. 375)

*„Keinerlei Demokratie in der Welt beseitigt den Klassenkampf und die Allmacht des Geldes. Durchaus nicht darin bestehen die Bedeutung und der Nutzen der Demokratie. Ihre Bedeutung besteht darin, daß sie den Klassenkampf zu einem breiten, offenen und bewußten Kampf macht.“*

(Lenin, Erfolge der amerikanischen Arbeiter, LW 18 S. 327)

Wie aber steht es mit dem demokratischen Kampf unter den Bedingungen des Imperialismus?

Der Imperialismus hat die Tendenz, die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes auszuhöhlen und abzuschaffen. Grund ist letztlich die dem Imperialismus innewohnende Fäulnis, die objektive Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus, dem sich die Bourgeoisie entgegenstemmt.

Folgt daraus, daß unter den Bedingungen des Imperialismus der demokratische Kampf an Bedeutung verliert? Sollen die KommunistInnen erklären, da die bürgerlich-demokratischen Rechte immer formaler würden, lohne es nicht, sie zu verteidigen, man solle für die sozialistische Revolution eintreten, ohne sich mit einem demokratischen Kampf innerhalb der bürgerlichen Ordnung abzugeben?

Derartigen Auffassungen ist Lenin entschieden entgegengetreten. Er bezeichnete solche Auffassungen als *„imperialistischen Ökonomismus“*, weil sie darauf hinauslaufen, die Arbeiterklasse solle sich unter imperialistischen Bedingungen auf den ökonomischen Kampf beschränken und den politischen Kampf der Bourgeoisie überlassen. So wandte er sich z.B. gegen die Auffassung Karl Radeks, man dürfe nicht für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen kämpfen, weil dies im Imperialismus eine Illusion sei:

*„Bei Gen. P. (Parabellum; Pseudonym für Karl Radek, d. Verf.) kommt es so heraus, daß er **im Namen** der sozialistischen Revolution das konsequent revolutionäre Programm auf dem Gebiet der Demokratie mit Geringschätzung beiseite schiebt. Das ist nicht richtig. Das Proletariat kann nicht anders siegen als durch die Demokratie, d.h. indem es die Demokratie vollständig verwirklicht, indem es mit jedem*

Schritt seiner Bewegung die demokratischen Forderungen in ihrer entschiedensten Formulierung verbindet. Es ist Unsinn, die sozialistische Revolution und den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus **einer** der Fragen der Demokratie, in unserem Falle der nationalen Frage, **entgegenzustellen**.“ (indem man den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen unter imperialistischen Bedingungen als angeblich unrealistisch ablehnt und durch die Revolution „ersetzen“ will, d. Verf.) Wir müssen umgekehrt den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus mit dem revolutionären Programm und mit der revolutionären Taktik in Bezug auf **alle** demokratischen Forderungen **verbinden**: die Forderungen der Republik, der Miliz, der Wahl der Beamten durch das Volk, der gleichen Rechte für Frauen, der Selbstbestimmung der Nationen usw. Solange der Kapitalismus fortbesteht, sind alle diese Forderungen nur ausnahmsweise und zudem nicht vollständig, nur verstümmelt zu verwirklichen. Indem wir uns auf die schon verwirklichte Demokratie stützen, indem wir die Unvollständigkeit derselben unter dem Kapitalismus entlarven, fordern wir die Niederwerfung des Kapitalismus, die Expropriation (Enteignung, d. Verf.) der Bourgeoisie, als eine notwendige Basis für die Abschaffung des Massenelends sowie für die **volle** und **allseitige** Durchführung **aller** demokratischen Umgestaltungen. Einige dieser Maßnahmen werden vor der Niederwerfung der Bourgeoisie begonnen werden, andere **im Gange** dieser Niederwerfung, wieder andere nach derselben. Die sozialistische Revolution ist keineswegs eine einzige Schlacht, sondern im Gegenteil eine Epoche, bestehend aus einer ganzen Reihe von Schlachten um **alle** Fragen der ökonomischen und politischen Umgestaltungen, die nur durch die Expropriation der Bourgeoisie vollendet werden können. Eben im Namen dieses Endzieles müssen wir **einer jeden** unserer demokratischen Forderungen eine konsequent revolutionäre Formulierung geben. Es ist denkbar, daß die Arbeiter eines gegebenen Landes die Bourgeoisie niederwerfen werden, **bevor** sie auch nur eine einzige demokratische Umgestaltung vollstän-

dig verwirklichen. Aber es ist ganz undenkbar, daß das Proletariat, als eine geschichtliche Klasse, die Bourgeoisie besiegen könnte, wenn es dazu nicht vorbereitet wird durch die Erziehung im Geiste des konsequentesten und revolutionär entschiedensten Demokratismus.“

(Lenin, Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, LW 21 S. 416; Hervorhebungen von Lenin)

„Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen. Der Kapitalismus und der Imperialismus können durch keinerlei, auch nicht durch die 'idealsten' demokratischen Umgestaltungen, sondern nur durch eine ökonomische Umwälzung beseitigt werden; ein Proletariat aber, das nicht im Kampf für die Demokratie erzogen wird, ist unfähig, die ökonomische Umwälzung zu vollziehen. Man kann den Kapitalismus nicht besiegen, ohne **die Banken in Besitz zu nehmen**, ohne das **Privateigentum** an den Produktionsmitteln aufzuheben, aber man kann diese revolutionären Maßnahmen nicht durchführen, ohne die demokratische Verwaltung der der Bourgeoisie fortgenommenen Produktionsmittel durch das ganze Volk zu organisieren, ohne die ganze Masse der Werktätigen, sowohl die Proletarier und Halbproletarier als auch die Kleinbauern, zur demokratischen Organisation ihrer Reihen, ihrer Kräfte und ihrer Teilnahme am Staat zu erziehen.“

(Lenin, Antwort an P. Kijewski (J.Pjatakow), LW 23 S. 14; Hervorhebungen von Lenin)

Auch unter den heutigen Bedingungen in Deutschland, unter denen der demokratische Kampf sehr schwach entwickelt ist, zeigt sich dennoch das objektive Streben in der Arbeiterklasse und anderen Schichten nach dem Ausbau demokratischer Rechte. Dieses Streben ist deshalb objektiv,

weil es letztlich in der Entwicklung der Produktivkräfte wurzelt, die in vielen Bereichen schöpferische und mündige ProduzentInnen erfordern.

Der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit seitens des Kapitals, jede demokratische Bestrebung zu unterdrücken, und den objektiv bestehenden demokratischen Bestrebungen unter den Massen verschärft die Krise der bürgerlichen Ordnung. Es ist Aufgabe der kommunistischen Vorhutpartei der Arbeiterklasse, demokratische Kämpfe im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zu fördern und da, wo sie noch nicht geführt werden können, durch demokratische Propaganda und Forderungen vorzubereiten. Eine Partei, die nicht so handelt, ist keine Vorhutpartei, da der demokratische Kampf eben unverzichtbare Voraussetzung für das Herankommen an die sozialistische Revolution ist. „*Der 'Kampf gegen Opportunismus' in der Form, daß man (wie die „imperialistischen Ökonomen“, d. Verf.) auf die Ausnutzung der von der Bourgeoisie geschaffenen und von der Bourgeoisie zum Zerbild gemachten demokratischen Einrichtungen in der **gegebenen**, kapitalistischen Gesellschaft verzichtet, ist gleichbedeutend mit der **völligen Kapitulation** vor dem Opportunismus!*“ (ebenda, LW 23 S. 15; Hervorhebungen von Lenin)

*„Im Kapitalismus herrschen - nicht als Einzelfälle, sondern als typische Erscheinungen - solche Verhältnisse, die es den unterdrückten Klassen unmöglich machen, ihre demokratischen Rechte zu 'realisieren'. Das Recht der Ehescheidung wird im Kapitalismus in der Mehrzahl der Fälle (jedenfalls unter den damaligen Bedingungen, d. Verf.) nicht realisierbar sein, denn das unterdrückte Geschlecht ist ökonomisch geknechtet, denn die Frau bleibt im Kapitalismus, wie die Demokratie auch geartet sein mag, die 'Hausklavin', die in Schlafzimmer, Kinderstube und Küche eingesperrte Sklavin. Das Recht, 'eigene' Volksrichter, Beamte, Lehrer, Geschworene usw. zu wählen, ist infolge der wirtschaftlichen Knechtung der Arbeiter und Bauern im Kapitalismus in der Mehrzahl der Fälle ebenfalls nicht zu realisieren. Dassel-*

be gilt für die demokratische Republik: unser Programm 'verkündet' sie als 'Selbstherrschaft des Volkes', obwohl alle Sozialdemokraten (die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse hieß damals Sozialdemokratische Partei, d. Verf.) sehr wohl wissen, daß im Kapitalismus selbst die demokratischste Republik nur zur Bestechung der Beamten durch die Bourgeoisie und zur Allianz von Börse und Regierung führt.

Nur Leute, die völlig unfähig sind zu denken oder denen der Marxismus völlig unbekannt ist, folgern daraus: Also ist die Republik nichts wert, die Freiheit der Ehescheidung nichts wert, die Demokratie nichts wert, die Selbstbestimmung der Nationen nichts wert. Die Marxisten aber wissen, daß die Demokratie die Klassenunterdrückung **nicht** beseitigt, sondern lediglich den Klassenkampf reiner, breiter, offener, schärfer gestaltet, und das ist es, was wir brauchen. Je vollständiger die Freiheit der Ehescheidung, um so klarer ist es der Frau, daß die Quelle ihrer 'Hausklaverei' der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit. Je demokratischer die Staatsordnung, um so klarer ist es den Arbeitern, daß die Wurzel des Übels der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit. Je vollständiger die nationale Gleichberechtigung (sie ist **nicht** vollständig ohne die Freiheit der Lostrennung), um so klarer ist den Arbeitern der unterdrückten Nationen, daß das Grundübel der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit. Und so weiter."

(Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“, LW 23 S. 67 f.; Hervorhebungen von Lenin)

„Die ganze 'Demokratie' besteht in der Proklamierung und Realisierung von 'Rechten', die im Kapitalismus nur sehr begrenzt und sehr bedingt realisiert werden können, ohne diese Proklamierung aber und ohne den unmittelbaren, sofortigen Kampf um diese Rechte, ohne die Erziehung der Massen im Sinne eines solchen Kampfes ist der Sozialismus **unmöglich**.“

(ebenda S. 69; Hervorhebungen von Lenin)

## DER DEMOKRATISCHE KAMPF MUSS DEM KAMPF UM DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION UNTERGEORDNET WERDEN

*„Man muß es verstehen, den Kampf um die Demokratie und den Kampf um die sozialistische Revolution zu **vereinigen**, indem man den ersten dem zweiten **unterordnet**. Darin liegt die ganze Schwierigkeit; darin liegt das ganze Wesen der Sache.“*

(Lenin, Brief an Inès Armand, LW 35 S. 241; Hervorhebungen von Lenin)

Der demokratische Kampf muß als eine wichtige **Form des Herankommens an die sozialistische Revolution** begriffen und gehandhabt werden:

*„Laß die Hauptsache (die sozialistische Revolution) nicht aus dem Auge; setze sie an die erste Stelle (...), stelle **alle** demokratischen Forderungen (...), indem du sie der sozialistischen Revolution unterordnest, sie mit ihr koordinierst, sie ihr beordnest, und sei dessen eingedenk, daß der Kampf um die Hauptsache entbrennen kann, nachdem er mit dem Kampf um eine Teilfrage begonnen hat.“*

(ebenda S. 242; Hervorhebungen von Lenin)

*„Denn nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, sondern **alle** grundlegenden Forderungen der politischen Demokratie sind beim Imperialismus nur unvollständig, verstümmelt und als eine seltene Ausnahme (zum Beispiel die Abtrennung Norwegens von Schweden im Jahre 1905) ‘durchführbar’. Die Forderung der sofortigen Befreiung der Kolonien, die von allen revolutionären Sozialdemokraten aufgestellt wird, ist ebenfalls beim Kapitalismus ohne eine Reihe von Revolutionen ‘undurchführbar’. Aber daraus folgt keinesfalls der Verzicht der Sozialdemokratie auf den sofortigen und entschiedenen Kampf für alle diese Forderungen. Das wäre ja nur in die Hand der Bourgeoisie und Reaktion gespielt. Ganz im Gegenteil, man muß **alle** diese Forderungen nicht reformistisch, sondern entschieden revolutionär*

*formulieren, sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränken, sondern diesen Rahmen zerbrechen, sich nicht mit dem parlamentarischen Auftreten und äußerlichen Protesten begnügen, sondern die Massen mit in den aktiven Kampf hineinziehen, den Kampf um jede demokratische Forderung bis zum direkten Ansturm des Proletariats auf die Bourgeoisie verbreiten und anfachen, das heißt ihn zur sozialistischen Revolution, die die Bourgeoisie expropriert (enteignet, d. Verf.), führen. Die sozialistische Revolution kann nicht nur aus einem großen Streik oder einer Straßendemonstration oder einem Hungeraufstand, einer Militärempörung oder einer Meuterei in den Kolonien, sondern aus einer beliebigen politischen Krise, wie der DreyfusAffäre oder dem Zaberninzident (Erklärung weiter unten, d. Verf.), oder im Zusammenhang mit dem Referendum in der Frage der Abtrennung der unterdrückten Nationen und ähnlichem mehr aufflammen.“*

(Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, LW 22 S. 146 f.; Hervorhebungen von Lenin)

Es ist Aufgabe der kommunistischen Partei, den demokratischen Kampf revolutionär, nicht reformistisch zu führen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles zu tun, um die Massen in einen wirklichen Kampf hineinzuziehen. Sie tritt dafür ein, daß der demokratische Kampf als Klassenkampf geführt wird, daß die Arbeiterklasse im Verlauf dieses Kampfes den Willen und die Fähigkeit zur Machtübernahme entwickelt. Die kommunistische Partei tritt offensiv für ihr **gesamtes** demokratisches Programm ein, also auch die Errichtung einer Rätedemokratie mit Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit aller Volksvertreter. Sie stellt allerdings klar, daß die Realisierung wirklicher Demokratie für die breiten Massen die Zerschlagung der bestehenden Staatsmacht voraussetzt. Es ist keinesfalls so, daß der demokratische Kampf etwa nur konsequent geführt werden müsse, um von selbst in die sozialistische Revolution überzugehen. Die sozialistische Revolution erfordert ein aktives und planmäßiges Vor-

gehen mit dem Ziel der Zerschlagung der bürgerlichen und der Errichtung einer proletarischen Staatsmacht. Der demokratische Kampf ist eine unverzichtbare Form des Herankommens an die sozialistische Revolution, nicht mehr und nicht weniger. (Ein Beispiel für **reformistische** Führung des demokratischen Kampfes ist die Praxis des Anfang der 80er Jahre untergegangenen KBW, der die Forderung nach Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit aller Volksvertreter zur Orientierung für den Tageskampf in einer nichtrevolutionären Situation machte und **nicht** klarstellte, daß ihre Verwirklichung eine andere Gesellschaft und einen anderen Staat voraussetzte (vgl. Kapitel XV S. 50).

Im zuletzt angeführten Zitat weist Lenin ferner darauf hin, daß der Kampf um die sozialistische Revolution stets mit dem Kampf um eine oder mehrere **Teilfragen** beginnt. Bei solchen Teilfragen kann es sich um demokratische Forderungen handeln. Lenin zeigt weiter, daß es - sofern der Klassenwiderspruch eine ungeheure Zuspitzung erfahren hat - häufig sehr zufällig sein kann, an welchen Teilfragen ein revolutionär geführter Kampf **beginnt**:

Die Dreyfus-Affäre war ein im Jahre 1894 von den reaktionären monarchistischen Kreisen der französischen Militärclique inszenierter provokatorischer Prozeß gegen den jüdischen Generalstabsoffizier Dreyfus, gegen den falsche Anklage wegen Spionage und Landesverrats erhoben wurde. Dreyfus wurde durch das Kriegsgericht zu lebenslänglicher Deportation verurteilt. Die allgemeine Bewegung für eine Überprüfung des Falles Dreyfus, die sich in Frankreich entfaltete, war von einem erbitterten Kampf zwischen Republikanern und Monarchisten begleitet und führte schließlich 1906 zur Rehabilitation von Dreyfus. - Der Zaberninzident ereignete sich im November 1913 in der elsässischen Stadt Zabern. Den Anlaß bildete die Beschimpfung der Elsässer durch einen preußischen Offizier. Das rief einen Ausbruch der Empörung unter der dortigen, vorwiegend französischen Bevölkerung gegen die Unterdrückung durch das preußische Militär hervor.

Es ist Aufgabe der kommunistischen Partei, zumindest in der Propaganda, wenn möglich auch in der Agitation und in der Aktion einen **allseitigen** demokratischen Kampf gegen den Imperialismus zu führen. Es wäre falsch, einzelne Vorgänge der Unterdrückung für zu unbedeutend zu halten, um sie aufzugreifen, denn **jedes** Anprangern von Verletzung der Demokratie schwächt den Imperialismus, und im übrigen kann die Empörung über solche Verletzungen - wie Lenin zeigte - anhand jedes beliebigen Vorgangs entbrennen und sich zuspitzen.

Nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch in anderen Schichten entwickelt sich Haß über die fortlaufende und systematische Verletzung der Demokratie durch die Bourgeoisie und über den Abbau der ohnehin verstümmelten demokratischen Rechte. Der demokratische Kampf ist daher ein geeignetes Kampffeld zur Herstellung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit anderen Schichten, eines Bündnisses, dessen die Arbeiterklasse bedarf, um in der Revolution siegen zu können. Es ist notwendig, im demokratischen Kampf stets das Einheitsfrontprinzip anzuwenden, sich also für die Herstellung der Einheit all derer einzusetzen, die - aus welchen Gründen auch immer - für eine bestimmte demokratische Forderung eintreten wollen.

Lenin weist auf den Unterschied hin zwischen Losungen und Forderungen, die ökonomische Übel anprangern, sowie Losungen und Forderungen, die demokratische Übel anprangern:

*„Den Unterschied zwischen Losungen, die ein **politisches** Übel, und denen, die ein **ökonomisches** Übel ‘negieren’ oder brandmarken, hat P. Kijewski (Pseudonym für Pjatakow, einen der „imperialistischen Ökonomen“, d. Verf.) nicht begriffen. Dieser Unterschied besteht darin, daß gewisse ökonomische Übel dem Kapitalismus schlechthin eigen sind, unabhängig von der Art seines politischen Überbaus, daß es ohne die Beseitigung des Kapitalismus ökonomisch **unmöglich** ist, diese Übel zu beseitigen, und daß kein einziges Beispiel für eine derartige Beseitigung angeführt werden*

*kann. Politische Übel hingegen bestehen in Abweichungen vom Demokratismus, der ökonomisch 'auf dem Boden der bestehenden Ordnung', d.h. im Kapitalismus, durchaus möglich ist und ausnahmsweise im Kapitalismus auch verwirklicht wird: zu einem Teil in einem, zu einem anderen Teil in einem anderen Staat."*

(Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“, LW 23 S. 66; Hervorhebungen von Lenin)

Lenin untermauerte die Forderung der Bolschewiki nach Abschaffung der indirekten Steuern und ihre Ersetzung durch eine progressive Einkommenssteuer, indem er anhand amerikanischer Statistiken bezüglich der USA vorrechnete, daß bereits dann, wenn die mittleren Kapitalisten dort soviel Steuern zahlen würden wie die Arbeiter indirekte Steuern, nämlich 7 Prozent ihres Einkommens, und die großen Kapitalisten 15 Prozent, die Gesamtsumme sämtliche indirekten Steuern mehr als decken würde. Lenins abschließender Kommentar: „Die **einzig**e Schwierigkeit liegt im Klassenegoismus der Kapitalisten und im Vorhandensein undemokratischer Einrichtungen im politischen System der bürgerlichen Staaten.“ (Lenin, Kapitalismus und Steuern, LW 19 S. 189; Hervorhebung von Lenin)

Letzteres ist wesentlich: Würde man den Eindruck erwecken, ein solch demokratisches System der Besteuerung könne leicht hergestellt werden, es liege sozusagen nur an Irrtümern der Regierenden, daß diese noch nicht darauf gekommen seien, so wäre dies eine opportunistische, Illusionen hervorrufende Art der Führung des demokratischen „Kampfes“. Lenin aber weist deutlich darauf hin, daß jeder Schritt in Richtung Demokratisierung des Steuersystems nur durch scharfen Kampf durchgesetzt werden kann, da die Bourgeoisie aufgrund ihres Klassenegoismus alles tun wird, um dies zu verhindern. Lenin deckt ferner die Verlogenheit der bürgerlichen Demokratie auf, indem er unterstreicht, daß das politische System der bürgerlichen Demokratie die

Einführung solcher im Interesse der breiten Mehrheit liegender Reformen massiv behindert.

Dies ist ein Beispiel für **revolutionäre** Führung des demokratischen Kampfes: Offensives Eintreten für demokratische Forderungen, aber so, daß dabei keine Illusionen über den Charakter der bürgerlichen Demokratie geschürt, sondern ganz im Gegenteil deren Klassencharakter aufgedeckt wird.

## DEN DEMOKRATISCHEN KAMPF ENTFALTEN!

Die Bundesrepublik Deutschland war von Anfang an reaktionärer als die Weimarer Republik. So soll z.B. die undemokratische 5%-Klausel verhindern, daß kleinere Parteien im Parlament vertreten sind. Stetig ging die herrschende Klasse daran, demokratische Rechte zu verstümmeln und zu beseitigen. Durch das KPD-Verbot schuf sie sich einen Knüppel, um erforderlichenfalls der Formierung der Arbeiterklasse zur politischen Partei mit dem Mittel nackter Gewalt entgegenzutreten. Mit den Notstandsgesetzen schuf sie sich die Möglichkeit, unter Beibehaltung einer parlamentarischen Farce legal den Übergang zu einer offen terroristischen Herrschaftsform des Kapitals zu vollziehen. Das Streikrecht ist in Deutschland bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, politische Streiks sind verboten. Das Streikrecht ist durch Legalisierung verschiedener Formen der Aussperrung noch weiter ausgehöhlt. Das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz verbietet den Betriebsräten die Interessenvertretung der Belegschaften, knebelt sie mittels Pflicht zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit dem Kapital, mittels Friedens- und Schweigepflicht. Offen faschistische Gruppierungen wurden und werden seitens des Staates in vielfältiger Weise unterstützt, vom Polizeiknüppel bis zur Wahlkampfkostenerstattung. Asylbewerber werden in unmenschlicher und grausamer Weise behandelt. Der Spitzel- und Überwachungsstaat wird ausgebaut mit der Tendenz flächendeckender Bespitzelung

wie in der DDR. So wird unter dem Vorwand des Kampfes gegen Sexualverbrechen die lückenlose datenmäßige Erfassung des Bürgers betrieben (genetischer Fingerabdruck). Eine engere Verzahnung von Militär und Polizei sowie Inlandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen der sogenannten inneren Sicherheit werden vorbereitet, Einsätze also, die sich - wie auch die Bespitzelung - nicht gegen Terroristen, sondern gegen die Bevölkerung richten, usw. Diese Liste massiver Einschränkungen elementarer demokratischer Rechte und Freiheiten durch den deutschen Staat ist höchst unvollständig.

Im Sinne Lenins sagen wir: Wir können nicht im voraus wissen, ob die Arbeiterklasse innerhalb des Kapitalismus auch nur eine der massiven Einschränkungen der Demokratie durch ihren Kampf beseitigen, demokratische Reformen durchsetzen wird. Ganz sicher ist aber eines: Die Arbeiterklasse wird nicht in der Lage sein, die Machtfrage auch nur zu stellen, wenn sie sich vorher nicht durch Führung des demokratischen Kampfes darauf vorbereitet hat. Es ist daher Aufgabe der kommunistischen Partei, Forderungen und Lösungen des demokratischen Kampfes zu entwickeln und in der Arbeiterklasse zu verbreiten.

Die KommunistInnen denken nicht daran, diejenigen bürgerlichen Gesetze zu achten, die zur Absicherung bzw. zur Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Macht des Kapitals dienen. Sie denken nicht daran, sich von derselben Bourgeoisie in den Rahmen des Legalismus sperren zu lassen, die ihre eigenen Gesetze mit Füßen tritt, wenn ihr das in den Kram paßt. Dessen ungeachtet nutzen die KommunistInnen Gesetze dann, wenn das für den proletarischen Klassenkampf günstig ist. Sie kämpfen entschieden gegen jede weitere gesetzliche Einschränkung und für die Ausweitung der Rechte und Freiheiten des Volkes, fordern die gesetzliche Verankerung grundlegender Rechte der Arbeiterklasse, wie z.B. des uneingeschränkten, auch politischen, Streikrechts und zugleich das gesetzliche Verbot einer gegen das Streikrecht gerichteten Waffe der Kapitalisten, der Aussperrung. Wie wir überhaupt für eine möglichst weitgehen-

de gesetzliche „Absicherung“ der bürgerlichen Freiheiten eintreten.

Die KommunistInnen stellen demokratische Forderungen an den **bürgerlichen Staat**, wohl wissend, daß dieser das Machtinstrument der Bourgeoisie ist. Denn der Kampf für diese demokratischen Forderungen schwächt den bürgerlichen Staat und stärkt die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte. Beispielsweise fordert die KPD vom bürgerlichen Staat das Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen, wohlwissend, daß eben dieser Staat diese Gruppierungen im Interesse der Bourgeoisie gepäppelt und gegen demokratische Kräfte verteidigt hat. Die KommunistInnen nutzen alle Risse und Widersprüche der bürgerlichen Ordnung bzw. des bürgerlichen Staates. Ein Beispiel dafür ist die Haltung der KPD zum Verbotprozeß gegen die NPD:

2001 stellten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht Antrag auf Verbot der NPD. Hintergrund war, daß die Mordhetze gegen Ausländer und die Ermordung von Ausländern durch braune Banden anfang, die Verwertung des Kapitals zu stören, welches u.a. auf den Zuzug qualifizierter Arbeitskraft aus dem Ausland angewiesen ist, und dem Ansehen des deutschen Imperialismus im Ausland schadete, dessen mittlerweile auch militärische Expansion als humanitäre Hilfe getarnt werden soll. Die Bourgeoisie und ihr Staat waren bestrebt, das Verbotverfahren zu nutzen, um die rassistisch motivierten Verbrechen faschistischer Banden zu zügeln und deren Tätigkeiten in ihnen genehmere Bahnen zu lenken. Die KPD wies darauf hin, daß die Bourgeoisie in der BRD faschistische Gruppierungen stets in Reserve gehalten, sie gepäppelt und gegen demokratische Kräfte verteidigt hat. Die KPD deckte auf, daß die Bourgeoisie, während sie selbst in wachsendem Maße ausländische Arbeitskräfte ins Land geholt hat, die dadurch entstehenden Möglichkeiten zur Spaltung der Arbeiterklasse weidlich ausgenutzt hat und durch ihre faschistischen Hilfskräfte hat ausnutzen lassen. Die KPD wies darauf

hin, wie schleppend der Verbotprozess gegen die NPD geführt wurde, wie schwer dem Staat der Bourgeoisie das Verbot auch nur einer einzigen von mehreren faschistischen Parteien fällt und wie zögerlich er es vollstrecken würde, wenn es denn überhaupt zum Verbot kommen würde. Die KPD warnte entschieden davor, sich im Kampf gegen offene faschistische Gruppen auf den Staat der Bourgeoisie zu verlassen. Trotz alledem begrüßte die KPD jede - sei es auch noch so kleine Maßnahme des bürgerlichen Staates gegen rassistische Hetze und faschistische Gruppierungen. Sie nutzte im Rahmen ihrer Möglichkeiten jeden Vorteil, der sich durch derartige Maßnahmen oder auch nur Absichtsbekundungen des Staates ergab, um die Entfaltung einer demokratischen und gegen den Faschismus gerichteten Bewegung der Massen zu fördern. Die KPD zeigte zugleich auf, wie inkonsequent derartige Maßnahmen auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung sind und sein müssen. Sie zeigte auf, daß die Bourgeoisie faschistische Kräfte in der Vergangenheit unterstützte und sie auch derzeit nicht wirkungsvoll bekämpfen will und daß die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Kräfte den Kampf gegen faschistische Gruppierungen also in ihre eigenen Hände nehmen müssen. Als der Verbotprozess Anfang 2003 niedergeschlagen wurde, trat die KPD dafür ein, jetzt erst recht für das Verbot aller faschistischer Gruppierungen zu kämpfen und den Faschisten weiterhin entschieden entgegenzutreten.

## **DIE HALTUNG DER KOMMUNISTINNEN ZUM PARLAMENTARISMUS**

Die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts im Zuge der bürgerlich-demokratischen Revolution war ein bedeutender Fortschritt gegenüber dem Mittelalter. Dessen ungeachtet ist der Parlamentarismus - wie oben bereits gesagt - ein Instrument zur Herrschaft der Bourgeoisie über das Volk, welches alle paar Jahre darüber entscheiden darf, **welche**

bürgerliche Regierung es im Auftrag des Kapitals unterdrückt. Um die Beseitigung des Parlamentarismus durch die Räte-  
demokratie - eine weit höher entwickelte Form der Demo-  
kratie - vorzubereiten, fördert die kommunistische Partei die  
Einsicht, daß das parlamentarische System den arbeitenden  
Menschen nur einen formalen Einfluß auf die Politik des  
Staates gewährt. Sie zeigt konkret auf, daß die bürgerliche  
Demokratie der Durchsetzung der Interessen des Kapitals  
gegen die Arbeiterklasse dient. Zugleich wenden sich die  
KommunistInnen gegen alle Versuche, den Umstand, daß  
das Parlament Schwatzbude ist, demagogisch zu nutzen, um  
Stimmung für eine weitere Aushöhlung parlamentarischer  
Rechte im Interesse der Finanzoligarchie zu machen. **Gegen  
Angriffe der Reaktion verteidigt die KPD die bürgerliche  
Demokratie und den Parlamentarismus.** Der Parlamentaris-  
mus setzt die öffentliche Debatte verschiedener Fragen vor-  
aus, was wiederum von fortschrittlichen Kräften genutzt wer-  
den kann.

Ziel der Arbeiterklasse muß wie gesagt die **fortschrittli-  
che** Überwindung des Parlamentarismus durch die Errich-  
tung einer sozialistischen Räte-  
demokratie sein, doch einer  
formellen oder faktischen Abschaffung des Parlamentaris-  
mus durch eine reaktionä-  
rere Herrschaftsform der Bourgeoi-  
sie sowie allen konkreten Schritten in eine solche Richtung  
muß die Arbeiterklasse entschieden entgegen-  
treten.

Versteckte Schritte in diese Richtung liegen z.B. im fak-  
tischen Übergang von Befugnissen des Parlaments oder Ka-  
binetts auf „Elefantenrunden“ aus Kapitalsvertretern, Kanzler  
und Spitzen des Gewerkschaftsapparats. Ein versteckter  
Schritt in diese Richtung war z.B. auch das Verfahren mit  
der sogenannten Hartz-Kommission. Diese schlug im Auf-  
trag des Kanzlers massive Angriffe auf die Arbeitslosen und  
die ganze Arbeiterklasse vor, und Kanzler Schröder verlang-  
te mit dem Hinweis darauf, das seien schließlich „Experten“,  
die „Umsetzung 1 :1“, ohne eine inhaltliche Debatte in den  
Bundestagsfraktionen der Regierungsparteien zuzulassen.  
Die KPD greift solche Vorgehensweisen als reaktionären An-

griff auf den Parlamentarismus an und deckt zugleich die Verlogenheit dieses Parlamentarismus auf: Laut Verfassung sind Abgeordnete nur ihrem Gewissen unterworfen, faktisch aber - bei Strafe des Verlustigehens ihrer parlamentarischen Pfründe - der Fraktionsdisziplin und damit den Befehlen des Kapitals. Die Arbeiterklasse und das Volk brauchen Vertretungskörperschaften, die **ihren WählerInnen** verantwortlich sind!

Ein reaktionärer Angriff auf den Parlamentarismus liegt auch im schleichenden Übergang von Rechten des Parlaments auf demokratisch nicht legitimierte Apparate der EU. Unter anderem aus diesem Grund ist die Forderung nach dem Austritt Deutschlands aus der EU eine elementare demokratische Position. Die Einrichtung supranationaler Organe im Zuge der Formierung der EU höhlt die kümmerlichen Rechte der nationalen Parlamente weiter aus und schafft zusätzliche Möglichkeiten für die Machtausübung der Finanzoligarchie über von Parlamenten noch nicht einmal formal kontrollierbare Exekutivapparate. Das EU-Parlament hatte niemals die formalen Rechte eines Parlaments; Entscheidungen werden in Kommissionen getroffen, die wesentlich von Lobbyisten der Monopole beeinflußt sind.

Ein mehr oder weniger offener Angriff auf den Parlamentarismus ist der Ruf von Ideologen des sogenannten Neoliberalismus (der alles andere als liberal ist!) nach einer Präsidialdiktatur bzw. nach weiterer Abschaffung von Rechten des Parlaments (vgl. Kapitel XIV S. 183 ff.).

So formal diese Rechte auch sind: Der Umstand, daß bürgerliche Politiker auf der Grundlage des Konkurrenzverhältnisses mehrerer Parteien regelmäßig gewählt werden, zwingt diese zu bestimmten Zugeständnissen an die Wählerinnen und Wähler, die wiederum ungünstig für die Kapitalverwertung sein können.

Obwohl es unmöglich ist, über das Parlament eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Interesse der Arbeiterklasse zu erreichen, lehnen KommunistInnen die Beteiligung am Parlament keinesfalls

grundsätzlich ab, sondern beteiligen sich als kommunistische Partei oder im Rahmen eines demokratischen Bündnisses an Parlamentswahlen, wenn dies von ihren Kräften her sinnvoll möglich ist. Auch wenn die Wahlbeteiligung sinkt, ist der Parlamentarismus noch alles andere als politisch erledigt. Die Parlamentstribüne ist, wie Lenin sagte, „zum hauptsächlichsten oder zu einem hauptsächlichsten Tummelplatz für unerhörte Gaunereien, finanzielle und politische Betrügereien am Volk, für Karrierismus, Heuchelei und Unterdrückung der Werktätigen“ geworden (LW 31, S. 181; Thesen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale). Für die demokratischen Kräfte ist es notwendig, im Rahmen ihrer Möglichkeiten diese Tribüne zu nutzen, um diese Gaunereien zu entlarven und anzuklagen.

Säßen KommunistInnen im Parlament, so würden sie ihre Aufgabe darin sehen, den Kampf der Arbeiterklasse sowie der demokratischen und Friedenskräfte in Betrieben, Gewerkschaften, Initiativen usw. zu unterstützen. Sie würden sowohl in Reden als auch in von ihnen vorgelegten Gesetzentwürfen die reaktionäre Innen- und Außenpolitik der herrschenden Klasse entlarven, ihren Betrug an den ArbeiterInnen und am Volk, die weitere Umverteilung des Reichtums durch die Regierung zugunsten des Kapitals und zulasten der Arbeiterklasse, den Chauvinismus der Herrschenden gegenüber anderen Völkern, ihre Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen, die Vorbereitung von Kriegen und die Gründe für diese Kriege, ihre Angriffe auf die demokratischen Rechte und Freiheiten. Sie würden die verfaulende bürgerliche Ordnung und ihr politisches System anprangern und den sozialistischen Ausweg zeigen.

Bereits die Teilnahme am Wahlkampf unter eigener Kandidatur bietet gute Möglichkeiten, demokratische und sozialistische Auffassungen unter der Bevölkerung zu verbreiten.

Ein Verzicht auf die Teilnahme an Parlamentswahlen ist sinnvoll, wenn aufgrund ungünstiger Kräfteverhältnisse

durch diese Teilnahme die Erfüllung anderer, wichtigerer Aufgaben behindert würde.

## DER KAMPF GEGEN DIE FASCHISTISCHE GEFAHR

Der Kampf gegen die Gefahr des Faschismus ist eine zentrale Aufgabe des demokratischen Kampfes.

### KLASSENCHARAKTER DES FASCHISMUS

*„Der Faschismus an der Macht (...) ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“*

(Dimitroff, Bericht auf dem 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 1935)

Diese berühmte Definition bringt die Klassennatur des Faschismus zum Ausdruck. Er ist keine dem Kapitalismus fremde Macht, sondern wird vom Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium unter bestimmten Umständen hervorgebracht. Er ist eine Form der Herrschaft des Finanzkapitals, wie Dimitroff auch an anderer Stelle betont: „Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst.“ Wenn Dimitroff in oben zitierter Definition von den reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elementen des Finanzkapitals spricht, so nicht deshalb, weil die anderen etwa antifaschistisch wären. Das Finanzkapital ist aber kein monolithischer Block, es gibt darin Interessensunterschiede und Widersprüche, und es ist keineswegs so, daß von einem bestimmten Augenblick an das gesamte Finanzkapital (schon gar nicht die gesamte Bourgeoisie) planmäßig die Errichtung des Faschismus ins Auge faßt, sondern es sind zunächst bestimmte Teile des Finanzkapitals. Dies hindert allerdings andere Teile des Finanzkapitals und der Bourgeoisie nicht, bestimmte Maßnahmen der Vorbereitung des Faschismus mitzutragen.

## TRIEBKRÄFTE EINER FASCHISTISCHEN ENTWICKLUNG

Für die Bourgeoisie ist es grundsätzlich am günstigsten, wenn sie ihre Herrschaft in bürgerlich-demokratischer Form ausüben kann, doch die Zerrüttung der bürgerlichen Ordnung zwingt sie unter bestimmten Umständen, zur offen terroristischen Form überzugehen. Diese Tendenz besteht nicht nur als Reaktion auf eine starke revolutionäre Arbeiterbewegung, sondern auch dann, wenn eine solche nicht existiert, sei es als Vorbeugung gegen eine solche Bewegung, sei es, um der Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals entgegenzuwirken.

Neben den tiefen Widersprüchen der bürgerlichen Ordnung liegt eine ökonomische Grundlage für die Tendenz zum Faschismus auch in der enorm beschleunigten Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der damit verbundenen Konzentration der Macht auf immer kleinere Personengruppen von Finanzoligarchen. Damit verstärkt sich die Tendenz, auch die politische Macht in immer weniger Händen zu konzentrieren und parlamentarische Schattengefechte sowie regelmäßige Wahlen und Umbildungen der Regierung entsprechend den Wahlergebnissen zu begrenzen oder zur Farce verkommen zu lassen oder ganz zu beseitigen, weil sie die einheitliche und konzentrierte Ausübung dieser Macht behindern.

Die Tendenzen zum Faschismus verstärken sich ferner auch dadurch, daß Deutschland wieder an imperialistischen Kriegen teilnimmt. Dies bedingt eine Stimmung, wonach es normal sei, daß „Deutschland“ anderen Völkern „Demokratie“, „Moral“, „Humanität“ usw. bringe. Man benötigt also Nationalismus und Rassismus, die von einer naturgegebenen Überlegenheit der eigenen Nation bzw. Rasse ausgehen. Man braucht z.B. Menschen, die bereit und fähig sind, irgendwo in der Welt andere Menschen für die Ziele des Kapitals umzubringen, die also entweder psychisch so abgestumpft oder so überzeugt von ihrer „Mission“ sind (oder am besten beides), daß sie dies auf Befehl tun. Die Versklavung

anderer Völker wird zum Ideal, und der damit verbundene Geist der Bestialität schlägt auf das Ausgangsland zurück, richtet sich auch dort gegen jede Regung von Demokratie und Freiheit.

## **BÜRGERLICHE DEMOKRATIE UND FASCHISMUS**

Einzelne Terrorakte gegen die Arbeiterklasse und das Volk finden auch unter der Form der bürgerlichen Demokratie statt. Auch in bürgerlichen Demokratien werden ArbeiterInnen von der Polizei erschossen, werden KommunistInnen für ihre Überzeugung und ihre Tätigkeit ins Gefängnis geworfen usw. Im Faschismus aber nimmt die terroristische Form der Unterdrückung systematischen Charakter an, was freilich keinesfalls ausschließt, daß die herrschende Klasse weiterhin versucht, die Massen demagogisch zu beeinflussen; der Faschismus tut dies in der Regel sogar besonders hemmungslos.

Die terroristische Gewaltanwendung ist im Faschismus in dreierlei Hinsicht schrankenlos:“

- ☆ Erstens wird sie nicht beschränkt durch auch von der Bourgeoisie anerkannte Rechte der ArbeiterInnen im Kampf für ihre Interessen.“
- ☆ Zweitens wird sie nicht überprüft oder kontrolliert durch parlamentarische oder gerichtliche oder sonstige Institutionen, die auch nur den Schein von Selbständigkeit gegenüber dem faschistischen Regime haben. Solche Institutionen können der Form nach fortbestehen, aber ohne den Schein einer solchen Selbständigkeit.“
- ☆ Drittens wird sie nicht gehemmt durch die Existenz starker Organisationen der Arbeiterklasse.

„Der Machtantritt des Faschismus ist“, wie Dimitroff in seinem Bericht auf dem 7. Weltkongreß der Komintern ausführte, „keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie - der bürgerlichen Demokratie - durch die offene terroristische Diktatur.“

Kommt es zur Errichtung des Faschismus, so ist dies Resultat der Schwäche und tiefen Krise der kapitalistischen Ordnung, zugleich aber auch Ausdruck dessen, daß die Arbeiterbewegung und die demokratischen Kräfte diesen Übergang nicht verhindern konnten. Bei einer gewissen Zerrüttung der bürgerlichen Ordnung ist das Finanzkapital zwar **gezwungen**, die Errichtung des Faschismus zu versuchen, doch auch dann ist die Errichtung des Faschismus kein unvermeidliches Schicksal. Das Ergebnis hängt vielmehr vom Kräfteverhältnis zwischen der Bourgeoisie einerseits und der Arbeiterklasse sowie allen demokratischen Kräften andererseits ab, insbesondere von der Stärke und Zielklarheit des demokratischen Kampfes. Wenn die Kräfte der Arbeiterklasse noch nicht ausreichen sollten, den Sozialismus zu erkämpfen, so können sie doch ausreichen, die Errichtung einer offen terroristischen Diktatur zu verhindern. Dieses Resultat würde das Kräfteverhältnis weiterhin zugunsten der Arbeiterklasse verschieben und die Bedingungen für die sozialistische Revolution verbessern.

Die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen, demokratisch gesinnten Menschen müssen alles in Kräfte stehende tun, um den Machtantritt des Faschismus zu verhindern; schon allein deshalb, weil der Faschismus eine überaus grausame Macht ist, die die Arbeiterklasse und das Volk unermesslichen Leiden und Qualen unterwirft und die Völker anderer Länder mit entsetzlichen Kriegen bedroht und überzieht. Wenngleich Resultat der Schwäche der bürgerlichen Ordnung, würde der Machtantritt des Faschismus die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte enorm verschlechtern, wie es ja seine Funktion ist.

Eine Voraussetzung dafür, daß die demokratischen Kräfte Entwicklungen, die zum Faschismus führen können, wirksam bekämpfen können, liegt darin, daß sie begreifen, daß **bürgerliche Demokratie und Faschismus keinesfalls durch eine chinesische Mauer getrennt sind**. Zum einen sind beides Formen bürgerlicher Machtausübung. Zum anderen kann ein Übergang zum Faschismus nur stattfinden,

wenn er zuvor innerhalb der bürgerlichen Demokratie durch eine Reihe reaktionärer Maßnahmen vorbereitet wird, durch den Abbau demokratischer Rechte und durch die damit verbundene Faschisierung des Staatsapparats.

## DIE FASCHISIERUNG DES STAATSAPPARATS

Wenn wir von Faschisierung sprechen, so sind wir uns dabei des Problems bewußt, daß es in Teilen der linken Bewegung ein falsches Verständnis des Begriffs Faschisierung gibt. Dort herrscht nicht selten die Vorstellung, die Entwicklung zum Faschismus sei einfach als Prozeß des schrittweisen, sozusagen schleichenden Abbaus demokratischer Rechte zu verstehen, lediglich als **quantitative** Zunahme der politischen Unterdrückung, die schließlich ein Ausmaß erreiche, welches die Bezeichnung des Regimes als faschistisch rechtfertige. Häufig werden einzelne Maßnahmen der Unterdrückung unbesehen als faschistisch bezeichnet, als wäre es nicht gerade die „normale“ Aufgabe des bürgerlichen Staates, die Arbeiterklasse und das Volk zu unterdrücken. Diese Vorstellung übersieht, daß es beim Übergang von der bürgerlichen Demokratie zum Faschismus einen **qualitativen Sprung** gibt (zum Begriff des qualitativen Sprungs vgl. Kapitel V S. 178 ff.). Dieser Übergang ist keineswegs fließend, sondern stellt sich als tiefgreifender Wechsel in der Form des bürgerlichen Staates und als tiefgreifende Änderung im politischen und gesellschaftlichen Leben der Gesellschaft klar. Spricht man bereits aufgrund quantitativ zunehmender Maßnahmen des bürgerlichen Staates zur Unterdrückung und zum Abbau demokratischer Rechte von Faschismus, so würde man den Faschismus als durchgängig terroristische Herrschaftsform verharmlosen.

Der richtig aufgefaßte Begriff der Faschisierung ist aber erforderlich, um die reaktionären Maßnahmen und Bestrebungen der herrschenden Klasse im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie nicht nur jede für sich anzuprangern und zu bekämpfen, sondern auch ihren Zusam-

menhang zu betonen, der darauf hinausläuft, auf verschiedenen Gebieten die Errichtung einer faschistischen Diktatur vorzubereiten. Dieses Verständnis ist eine notwendige Voraussetzung für eine konsequente antifaschistische Mobilisierung der Massen. Wer jeden Zusammenhang zwischen der reaktionären Entwicklung in der bürgerlichen Demokratie und der faschistischen Gefahr leugnet, stärkt Illusionen über die bürgerliche Demokratie, behindert dadurch die Entwicklung eines klaren Bewußtseins der Massen für die Gefahr des Faschismus und wirkt so einer möglichst breiten und zielklaren antifaschistischen Bewegung entgegen.

### **DER FASCHISMUS MUSS SICH NICHT ZWINGEND AUF EINE FASCHISTISCHE MASSENBEWEGUNG STÜTZEN**

Beim Versuch der Errichtung einer faschistischen Diktatur **kann** sich das Finanzkapital auf eine faschistische Massenbewegung stützen, wie das etwa die Diktaturen Hitlers und Mussolinis taten. Das Finanzkapital ist jedoch nicht immer gezwungen, diesen Weg zu beschreiten, bzw. hat nicht immer die Möglichkeit dazu. Die Errichtung einer terroristischen Diktatur, die sich in sozialer Hinsicht auf eine solche Massenbewegung stützt, kann für das Kapital insbesondere dann notwendig sein, wenn es einer starken revolutionären Arbeiterbewegung entgegentreten und zu diesem Zweck auf demagogische Weise selbst soziale Fragen aufwerfen muß, um den Kampf für soziale Interessen der Arbeiterklasse in die Irre zu führen und um Zwischenschichten mit demagogischen Losungen gegen die revolutionäre Arbeiterklasse zu mobilisieren. Das demagogische Aufgreifen sozialer Fragen ist für die Bourgeoisie allerdings auch mit Risiken behaftet, und zwar um so mehr, je brüchiger die bürgerliche Ordnung insgesamt ist. Das Finanzkapital kann daher an Formen terroristischer Herrschaft interessiert sein, die sich nicht in erster Linie auf eine faschistische Massenbewegung stützen.

Am wahrscheinlichsten erscheint derzeit der Versuch der Errichtung einer terroristischen Herrschaftsform,

- ☆ die möglichst lautlos verwirklicht wird und unter Beibehaltung mehrerer Parteien den Schein des Parlamentarismus und bestimmter demokratischer Rechte wahrt, diese Rechte aber nach Gutdünken der Finanzoligarchie faktisch beseitigt und die Medien so gleichgeschaltet hat, daß über offenen Gesetzesbruch dort auch dann nicht berichtet wird, wenn die Staatsorgane ihn systematisch begehen,
- ☆ die jede wirkliche Vertretung von Interessen gegen die Finanzoligarchie mit legalen und illegalen Mitteln unterdrückt und kriminalisiert, aber den Schein einer angemessenen Berücksichtigung solcher Interessen wahrt,
- ☆ die insbesondere jeden Ansatz der Formierung der Arbeiterklasse zur politischen Partei unerbittlich verfolgt, dabei aber tunlichst bestrebt ist, öffentliches Aufsehen zu vermeiden.

Es ist der hochentwickelte Stand der Produktivkräfte, der es am wahrscheinlichsten macht, daß das Finanzkapital versuchen würde, den Faschismus in einer solchen oder ähnlichen Form zu errichten: Wie oben schon gesagt, erfordern die hochentwickelten Produktivkräfte in vielen Bereichen schöpferische und mündige ProduzentInnen. Die Notwendigkeit, diese Tendenz in Rechnung zu stellen, kommt in der derzeitigen Politik des Finanzkapitals zum Ausdruck, selbstverständlich in pervertierten Formen: etwa in der Mitbestimmung sowie im „Bündnis für Arbeit“, in Formen also, die zum Zwecke der Profitmaximierung und der politischen Knebelung der Arbeiterklasse den Anschein erwecken, letztere könne über den Betriebsrat bzw. über die Gewerkschaftsspitzen bei unternehmerischen bzw. wirtschaftspolitischen Entscheidungen demokratisch mitwirken. Ferner in Mediationsverfahren, die die Illusion demokratischer Mitwirkung der Bevölkerung erwecken sollen, wenn gegen eben diese Bevölkerung Interessen des Kapitals durchgesetzt werden. Denjenigen, die sich an solchen vom Kapital und seinem Staat eingerichteten und an den Kapitalsinteressen orientierten Regularien nicht beteiligen, wird vorgeworfen, sie

seien undemokratisch, würden die Möglichkeiten der Demokratie nicht nutzen usw. Bei einem bestimmten Grad der Zuspitzung der Widersprüche der bürgerlichen Ordnung wird die Bourgeoisie bestrebt sein, Kräfte, die eine Interessenvertretung außerhalb solcher Regularien organisieren wollen, zu kriminalisieren, um damit jede Opposition und insbesondere jeden Ansatz der Formierung der Arbeiterklasse zur politischen Partei zu unterdrücken. Unter den heutigen Bedingungen ist zu vermuten, daß das Finanzkapital auch unter dem Faschismus zur Farce geratene bloße Hüllen einer demokratischen Mitwirkung der Bevölkerung beibehalten würde, möglicherweise einschließlich gewisser formaler Hüllen des Parlamentarismus, und daß weitgehend versucht würde, terroristische Gewaltakte vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

### **DIE HAUPTFORM DER VORBEREITUNG DES FASCHISMUS IST DIE FASCHISIERUNG DES STAATSAPPARATS**

Die faschistische Gefahr geht heute nicht in erster Linie von faschistischen Gruppierungen und Parteien aus, sondern von der Faschisierung des Staatsapparats. Die entscheidende Kraft zur Verhinderung des Faschismus kann nur die Arbeiterklasse sein. Es ist eine verhängnisvolle Einschränkung des demokratischen Kampfes und führt letztlich in die Niederlage, wenn man diesen Kampf nur oder doch hauptsächlich gegen faschistische Parteien und Organisationen führt und die Faschisierung des Staatsapparats als die Hauptform der Vorbereitung des Faschismus ganz oder weitgehend aus der Schußlinie läßt oder zumindest insoweit verharmlost, als der Staat im wesentlichen nur als eine Kraft angegriffen wird, die die „Faschisten schützt“. Unmittelbarer Gegner der fortschrittlichen Kräfte im demokratischen Kampf muß in erster Linie der Staatsapparat sein.

Es ist eine verhängnisvolle Einschränkung des gegen den Staat gerichteten demokratischen Kampfes, wenn man im wesentlichen nur auf reaktionäre Maßnahmen des Staa-

tes **reagiert**. Es ist erforderlich, selbst demokratische Forderungen aufzustellen, die im Interesse der Arbeiterklasse liegen, und sei es vorerst im wesentlichen in der Propaganda. Tut man dies nicht oder nicht ausreichend, so begibt man sich der Möglichkeit, im demokratischen Kampf aus der Defensive herauszukommen, und damit wird auch die Möglichkeit für andere Kämpfe der Arbeiterklasse - z.B. konsequent geführte Streikkämpfe für wirtschaftliche Forderungen - drastisch eingeschränkt. Die Möglichkeit, im demokratischen Kampf aus der Defensive herauszukommen, besteht aber, und zwar vor allem deshalb, weil die Entwicklung der Produktivkräfte die demokratischen Bestrebungen der arbeitenden Massen verstärkt. Es ist Aufgabe der kommunistischen Partei, zur subjektiven Triebkraft dieser objektiven Entwicklung zu werden.

### **WIE KANN DIE ARBEITERKLASSE DEN MACHTANTRITT DES FASCHISMUS VERHINDERN?**

Die Arbeiterklasse kann den Machtantritt des Faschismus nur verhindern, wenn sie **in erster Linie die Verteidigung ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen in ihre eigenen Hände nimmt**. Aufgabe der KommunistInnen ist es, mit diesem Ziel auf die Herstellung der Einheitsfront der ArbeiterInnen und unteren Angestellten hinzuwirken. Dazu müssen solche Losungen aufgestellt und solche Kampfformen entwickelt werden, die sich aus den Lebensbedürfnissen der Massen und aus dem Grade ihrer Kampffähigkeit in der gegebenen Situation ergeben. (vgl. Resolution zum Bericht Dimitroffs auf dem 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale) In dem Maße, wie dieser Kampf sich entwickelt, wird die Arbeiterklasse zur realen Gegenkraft gegen die Faschisierung. Jeder Teilerfolg, den die Arbeiterklasse im demokratischen Kampf erringt, stärkt ihre Kräfte und verbessert die Bedingungen für das Herankommen an die sozialistische Revolution.

Der Kampf für die unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse ist auch das entscheidende Mittel, um den faschistischen Gruppierungen politisch entgegenzutreten, und zwar sowohl ihrer sozialen Demagogie als auch ihrer nationalistischen und rassistischen Hetze. So ist es Aufgabe kommunistischer Agitation und Propaganda, beispielsweise in Arbeitervierteln, in denen Reps oder DVU aufgrund sozialer Demagogie Wahlerfolge erzielen können, selbst die betreffenden sozialen Fragen aufzugreifen und die Faschisten auf diesem Gebiet **politisch** zu schlagen. Überläßt man den Faschisten dieses entscheidende Terrain, so wird man das durch antifaschistische GegenDemonstrationen etc. nicht ausgleichen können, sondern wie in der Geschichte vom Hasen und vom Igel immer zu spät kommen.

Nationalistische und rassistische Propaganda trifft innerhalb der Arbeiterklasse insoweit auf einen gewissen Nährboden, als diese Klasse eine Klasse von VerkäuferInnen ihrer Arbeitskraft ist, die in Konkurrenz zueinander stehen. Steigende Arbeitslosigkeit wirkt in Richtung auf Verstärkung der Konkurrenz. Die spalterische Wirkung der Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse kann letztlich nur durch die Entfaltung des gemeinsamen Kampfes für eigene Klasseninteressen zurückgedrängt werden. Nur in diesem Kampf können die ArbeiterInnen verschiedener Nationalität ihre gemeinsamen Interessen erkennen, und nur in dem Maße, wie das geschieht, können Nationalismus und Rassismus entscheidend zurückgedrängt werden. Darüber hinaus ist es auch eine wichtige Aufgabe im demokratischen Kampf, nationalistischer und rassistischer Propaganda konkret und unmittelbar entgegenzutreten, in verschiedener Weise den solidarischen Umgang der Menschen unterschiedlicher Nationalität zu fördern, den demokratischen Kampf auf dem Gebiet der Kultur zu entwickeln usw., aber all dies wird nicht zu einem durchschlagenden Erfolg führen, wenn Grundlage nicht der sich entwickelnde gemeinsame Kampf für unmittelbare eigene Interessen ist.

## BEDEUTUNG DES DEMOKRATISCHEN KAMPFES IM SOZIALISMUS

Wir haben unseren Ausführungen über den demokratischen Kampf folgendes Zitat Lenins vorangestellt:

*„Der Sozialismus ist in zweifachem Sinne ohne die Demokratie unmöglich: 1. das Proletariat wird die sozialistische Revolution nicht durchführen können, wenn es sich nicht durch den Kampf für die Demokratie auf die Revolution vorbereitet; 2. ohne restlose Verwirklichung der Demokratie kann der siegreiche Sozialismus seinen Sieg nicht behaupten und das Absterben des Staates für die Menschheit nicht Wirklichkeit werden lassen.“* (LW 23 Seite 69). Wir kommen jetzt auf die Frage zu sprechen, warum ohne Kampf für die Demokratie **innerhalb der sozialistischen Ordnung** der Sozialismus nicht behauptet und der Übergang zum Kommunismus nicht bewerkstelligt werden kann.

Auch folgendes Lenin-Zitat haben wir bereits angeführt: *„Man kann den Kapitalismus nicht besiegen, ohne **die Banken in Besitz zu nehmen**, ohne das **Privateigentum** an den Produktionsmitteln aufzuheben, aber man kann diese revolutionären Maßnahmen nicht durchführen, ohne die demokratische Verwaltung der der Bourgeoisie fortgenommenen Produktionsmittel durch das ganze Volk zu organisieren, ohne die ganze Masse der Werktätigen, sowohl die Proletarier und Halbproletarier als auch die Kleinbauern, zur demokratischen Organisation ihrer Reihen, ihrer Kräfte und ihrer Teilnahme am Staat zu erziehen.“* (LW 23 S. 14)

Die unmittelbare Teilnahme der arbeitenden Bevölkerung an der Leitung der Wirtschaft ist ein Wesensmerkmal des Sozialismus, diese Teilnahme kann aber nicht verwirklicht werden ohne konsequente Demokratisierung des Staates, ohne unmittelbare Teilnahme der arbeitenden Menschen an der Leitung **aller** staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten.

Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß es nicht nur **politische und rechtliche** Formen sind, die der ausnahmslosen Teilnahme der Massen an der Leitung entgegenwirken, sondern es ist vor allem der **gesellschaftliche Zustand**, der im Sozialismus, also der **Übergangsgesellschaft** zum Kommunismus, in mehr oder minder ausgeprägtem Maße eine Scheidung zwischen leitenden und ausführenden Funktionen erzwingt. Im Sozialismus gilt bezüglich des demokratischen Kampfes das, was wir über den demokratischen Kampf im Kapitalismus sagten, entsprechend: Der gesellschaftliche Zustand, der immer noch durch die Scheidung in leitende und ausführende Funktionen geprägt ist, kann **allein** durch demokratischen Kampf nicht überwunden werden, er kann aber auch **ohne** diesen demokratischen Kampf nicht überwunden werden. Mathematisch formuliert: Der demokratische Kampf ist notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung der Überwindung dieses gesellschaftlichen Zustands.

Die Räte Demokratie bietet den arbeitenden Menschen weitreichende Rechte, doch die bloßen Rechte nutzen nichts, wenn die Menschen nicht vorhanden sind, die sie ausüben. Wer nicht die Chance hat, das Regieren zu erlernen, der wird nicht regieren können, so sehr man ihm auch das „Recht“ zum Regieren zuspricht. Es ist also eine gründliche Umgestaltung des ganzen Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse erforderlich, bis die ausnahmslose Teilnahme der Menschen an der Leitung der gesellschaftlichen Angelegenheiten und die restlose Überwindung aller klassenmäßigen Unterschiede - auch derer zwischen leitenden und ausführenden Funktionen - Wirklichkeit geworden ist. Dann wird von Rechten genauso wenig mehr die Rede sein wie von Demokratie: Die ProduzentInnen werden den von ihnen geschaffenen sachlichen Reichtum gemeinsam verwalten und die gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt einrichten. Man braucht dann weder Rechte noch Demokratie, um sich das zu erkämpfen, was das gesellschaftliche Kollektiv

jedem Individuum als Selbstverständlichkeit gewährt. Dann wird der Staat abgestorben sein.

Andererseits **brauchen** die arbeitenden Menschen die sozialistische Demokratie, **um** für diesen Übergang kämpfen zu können. Die Behauptung dieser Rechte ist innerhalb des Sozialismus nicht ein für alle mal garantiert, sondern darum muß ein Kampf geführt werden. Solange es klassenmäßige Unterschiede gibt, gibt es Sonderinteressen, und einige dieser Sonderinteressen gehen mit Bestrebungen einher, diese Rechte zu beschneiden. Obwohl der sozialistische Staat Staat des herrschenden Proletariats ist, wirken derartige Sonderinteressen auch innerhalb des Staates und seiner Gliederungen und geben sich dabei in der Regel als proletarische Interessen aus. Aus diesen Gründen benötigt das Proletariat im Sozialismus auch weiterhin die klassischen, in der bürgerlichen Revolution errungenen Freiheitsrechte gegenüber dem Staat - seinem eigenen Staat! -, doch kann es sich damit bei weitem nicht begnügen. Es benötigt die reale Gewährleistung der vollen Rechte der Räte- und Sowjetdemokratie und muß zur Gewährleistung dieser Rechte innerhalb der sozialistischen Ordnung einen demokratischen Kampf führen.

Sonderinteressen einer leitenden Schicht können darauf gerichtet sein, beispielsweise die Wahlen zur Farce zu machen, unter Beibehaltung juristischer Formen der Räte- und Sowjetdemokratie. Was nutzt etwa das Recht zur jederzeitigen Kontrolle und Abwählbarkeit der Abgeordneten, wenn diejenigen, die dieses Recht ausüben, in den Geruch gebracht werden, die sozialistische Ordnung bekämpfen zu wollen, und gar mit Repressalien rechnen müssen? Wobei die Verhältnisse freilich kompliziert sind: Es wird im Sozialismus stets Menschen geben, die Rechte der sozialistischen Demokratie zum Kampf gegen den Sozialismus mißbrauchen, und dies wiederum wird Trägern von Sonderinteressen innerhalb der Staatsmacht Vorwände liefern, um an der Aushöhlung dieser Rechte zu arbeiten.

Was nutzt die fortbestehende juristische Form der jederzeitigen Abwählbarkeit, wenn sogar die regulären Wahlen zur Farce werden, weil die Menschen keine Wahl haben?

In vollendeter Form finden sich derartige pervertierte Formen ehemaliger sozialistischer Demokratie in den revisionistischen Ländern, so in der Sowjetunion Chruschtschows oder Breshnews oder in der DDR Ulbrichts oder Honeckers. Bezüglich der Wahlen etwa bestanden dort noch nicht einmal diejenigen Rechte und Freiheiten wie in einer bürgerlichen Demokratie. Formal hatte man beispielsweise das Recht zur geheimen Abstimmung, doch wer davon Gebrauch machte, wurde zumindest schlecht angesehen.

In den von den Revisionisten beherrschten Staaten und Gesellschaftsordnungen sind derartige Pervertierungen demokratischer Rechte und Freiheiten absolut geworden, doch diese Staaten und Gesellschaftsordnungen sind **aus dem Sozialismus** hervorgegangen, als **dessen** Entartungsprodukt. Bereits **innerhalb** des Sozialismus gibt es gesetzmäßig eine Tendenz zur Aushöhlung der demokratischen Rechte, aufgrund der genannten Sonderinteressen, und eben dieser Tendenz muß durch demokratischen Kampf entgegengetreten werden, um den Sozialismus zu behaupten. So muß, um beim Beispiel Wahlen zu bleiben, etwa die **geheime** Wahl als unverzichtbares Recht und ausnahmslos anzuwendende Übung verteidigt werden. (Das Statut der KPD schreibt, als eine Lehre aus der Geschichte, bei ausnahmslos allen partei-internen Wahlen geheime Abstimmung vor.) Selbstverständlich muß der demokratische Kampf im Sozialismus - wie schon gesagt - sehr viel weiter gehen, doch in der Vergangenheit ging der Übergang zum Revisionismus unter anderem damit einher, daß noch nicht einmal solche elementaren demokratischen Rechte verteidigt wurden.

Die Staatsmacht der revisionistischen Länder, etwa der DDR, erschien den Menschen als eine alles erfassende Hierarchie, in der Weisungen von ganz oben bis ganz unten „durchgestellt“ wurden, wie es im Jargon hieß. Die Stasi versuchte, alles und jedes mit geheimpolizeilichen Mitteln aus-

zuspielen und jeden Widerstand bereits im Keim zu brechen, häufig mit überaus perfiden Mitteln. Die Staatsmacht behandelte das Individuum als ihren Spielball ohne jegliches Recht. Und das Wirken dieser Allmacht beanspruchenden Staatsmaschine wurde durch eine quasi-religiöse, sich als marxistisch-leninistisch ausgebende Ideologie abgesegnet, die jedem einzelnen Akt der Staatsgewalt die Weihe höherer geschichtlicher Zwecke verlieh. Diese Form der Unterdrückung mußte von der Arbeiterklasse und vom Volk als weit unangenehmer empfunden werden als die „normale“ Unterdrückung innerhalb einer bürgerlichen Demokratie - ein Umstand, der den Sozialismus, als das dieses Regime sich ja ausgab, in den Augen vieler Menschen desavouierte. Selbst da, wo keine direkte Unterdrückung ausgeübt wurde, erschien das Gebaren der Vertreter dieser Ordnung den Menschen zunehmend als unerträglicher Paternalismus.

All dies trug wesentlich dazu bei, daß diese Ordnung untergehen mußte. Die Arbeiterklasse in diesen Ländern hätte durch einen revolutionär geführten demokratischen Kampf an eine erneute sozialistische Revolution herankommen können. Da dies nicht oder nicht in ausreichendem Maße geschah, erschien die bürgerliche Demokratie zunächst als Befreiung und konnte der Kapitalismus seinen Siegeszug antreten - mit all den verheerenden Folgen, die sich danach zeigten.

## **II.**

# **DIE AUFGABEN DER ARBEITERKLASSE IM FRIEDENSKAMPF**

Der Kampf für den Frieden ist ein spezieller Teil des demokratischen Kampfes.

## GERECHTE UND UNGERECHTE KRIEGE

*„Die Sozialisten haben die Kriege unter den Völkern stets als eine barbarische und bestialische Sache verurteilt. Aber unsere Stellung zum Krieg ist eine grundsätzlich andere als die der bürgerlichen Pazifisten (der Friedensfreunde und Friedensprediger) und der Anarchisten. Von den ersteren unterscheiden wir uns durch unsere Einsicht in den unabänderlichen Zusammenhang der Kriege mit dem Kampf der Klassen im Innern eines Landes, durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit, die Kriege abzuschaffen, ohne die Klassen abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen, ferner auch dadurch, daß wir die Berechtigung, Fortschrittlichkeit und Notwendigkeit von Bürgerkriegen voll und ganz anerkennen, d.h. von Kriegen der unterdrückten Klasse gegen die unterdrückende Klasse, der Sklaven gegen die Sklavenhalter, der leibeigenen Bauern gegen die Gutsbesitzer, der Lohnarbeiter gegen die Bourgeoisie. Von den Pazifisten wie von den Anarchisten unterscheiden wir Marxisten uns weiter dadurch, daß wir es für notwendig halten, einen jeden Krieg in seiner Besonderheit historisch (vom Standpunkt des Marx-schen dialektischen Materialismus) zu analysieren. Es hat in der Geschichte manche Kriege gegeben, die trotz aller Greuel, Bestialitäten, Leiden und Qualen, die mit jedem Krieg unvermeidlich verknüpft sind, fortschrittlich waren, d.h. der Entwicklung der Menschheit Nutzen brachten, da sie halfen, besonders schädliche und reaktionäre Einrichtungen (z.B. den Absolutismus oder die Leibeigenschaft) und die barbarischsten Despoten Europas (die türkische und die russische) zu untergraben.“*

(Lenin, Sozialismus und Krieg, LW 21 S. 299 bzw. LAW II S. 569 f.)

Kriege, die der Entwicklung der Menschheit Nutzen bringen, bezeichnet der wissenschaftliche Sozialismus als gerechte Kriege. Kriege, die gegen den Fortschritt gerichtet sind, bezeichnet er als ungerechte Kriege. Das objektive Maß, an welchem man den Fortschritt messen kann, ist die **Entwicklung der Produktivkräfte**. Hauptproduktivkraft sind die schöpferischen Fähigkeiten und Fertigkeiten der arbeitenden Menschen. Ein Bürgerkrieg zwischen einer unterdrückten und einer unterdrückenden Klasse ist seitens ersterer daher stets gerecht, da er auf die Befreiung der Produktivkräfte gerichtet ist, seitens letzterer ungerecht, da die unterdrückende Klasse historisch überlebte Verhältnisse gewaltsam aufrechterhalten will.

*„Die Große Französische Revolution eröffnete eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit. Von dieser Zeit bis zur Pariser Kommune, von 1789 bis 1871, stellten die bürgerlich-fortschrittlichen nationalen Befreiungskriege einen besonderen Typus von Kriegen dar. Mit anderen Worten: Der Hauptinhalt und die historische Bedeutung dieser Kriege waren die Beseitigung des Absolutismus und des Feudalismus, ihre Untergrabung, die Abwerfung eines national fremden Jochs. Sie waren daher fortschrittliche Kriege, und alle aufrechten, revolutionären Demokraten, ebenso wie alle Sozialisten, wünschten bei **solchen** Kriegen stets den Sieg desjenigen Landes (d.h. derjenigen Bourgeoisie), das zur Beseitigung oder Untergrabung der gefährlichsten Stützpfeiler des Feudalismus, des Absolutismus und der Unterdrückung fremder Völker beitrug. Die Revolutionskriege Frankreichs z.B. enthielten ein Element der Ausplünderung und der Eroberung fremder Territorien durch die Franzosen, aber das ändert durchaus nichts an der grundlegenden historischen Bedeutung dieser Kriege, die den Feudalismus und Absolutismus in dem ganzen alten in die Fesseln der Leibeigenschaft geschlagenen Europa zerstörten oder doch erschütterten. Im Deutsch-Französischen Krieg wurde Frankreich durch Deutschland beraubt, aber das ändert nichts an der grundlegenden historischen Bedeutung dieses Krieges, der*

*Millionen und aber Millionen Deutsche von feudaler Zersplitterung und von der Unterdrückung durch zwei Despoten, den russischen Zaren und Napoleon III., befreite.“*

(ebenda, LW 21 S. 300 bzw. LAW II S. 570 Hervorhebung von Lenin)

In seinem monopolistischen Stadium wird der Kapitalismus zum Imperialismus:

*„Der Imperialismus stellt die erst im 20. Jahrhundert erreichte höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus dar.*

*Dem Kapitalismus ist es zu eng geworden in den alten Nationalstaaten, ohne deren Bildung er den Feudalismus nicht stürzen konnte.“*

(ebenda, LW 21 S. 301 bzw. LAW II S. 572)

Die Monopolisten führen Kriege gegeneinander bzw. lassen ihre Staaten Kriege gegeneinander führen, **um sich ihre Beute, den Profit, gegenseitig abzujagen**. Derartige imperialistische Kriege sind stets ungerecht, hemmen den Fortschritt. Aufgrund des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte ist der Übergang zum Sozialismus notwendig, doch die kapitalistischen Monopole stellen sich dem in den Weg.

*„Aber stellen wir uns einmal vor, ein Sklavenhalter, Besitzer von 100 Sklaven, läge im Krieg mit einem anderen Sklavenhalter, Besitzer von 200 Sklaven, um die ‘gerechtere’ Neuaufteilung der Sklaven. Es ist klar, daß die Anwendung der Begriffe ‘Verteidigungs’krieg oder ‘Vaterlandsverteidigung’ auf einen solchen Fall historisch verlogen und praktisch ein glatter Betrug wäre, begangen von gerissenen Sklavenhaltern am einfachen Volk, an den Kleinbürgern, an der unaufgeklärten Masse. Ganz genauso werden im gegenwärtigen Krieg, den die Sklavenhalter führen, um die Sklaverei aufrechtzuerhalten und zu verstärken, die Völker von der heutigen imperialistischen Bourgeoisie mittels der ‘nationalen’ Ideologie und des Begriffs der Vaterlandsverteidigung betrogen.“*

(ebenda; LW 21 S. 301 bzw. LAW II S. 571)

Der zu kurz gekommene „Sklavenhalter“ war im 1. Weltkrieg, auf den Lenin sich hier bezog, das imperialistische Deutschland, welches Neuaufteilung der Beute verlangte, die reicheren „Sklavenhalter“ waren Frankreich und England. Der Krieg war von beiden Seiten ungerecht. Die Frage, wer im militärischen Sinne Angreifer war, hatte auf diese Charakterisierung keinen Einfluß. Der Charakter eines Krieges kann nicht daraus abgeleitet werden, wer als erster zu den Waffen gegriffen hat; er muß aus den Zielsetzungen der kriegführenden Seiten abgeleitet werden.

Lenin deckte schonungslos den Verrat der Führer der II. Internationale und der sozialdemokratischen Parteien auf, die mit Beginn des 1. Weltkrieges offen oder versteckt auf die Seite ihrer jeweiligen imperialistischen Bourgeoisie übergingen.

*„Der verderbliche Einfluß des Opportunismus trat besonders kraß in der Politik der Mehrheit der offiziellen sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale während des Krieges zutage. Bewilligung der Kriegskredite, Eintritt in die Kabinette, Politik des ‘Burgfriedens’, Verzicht auf illegale Organisationen zu einer Zeit, wo die Legalität aufgehoben ist das alles bedeutet Durchkreuzung der wichtigsten Beschlüsse der Internationale und direkten Verrat am Sozialismus.“*

(Lenin, Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR, LW 21 S. 151)

## **KRIEG IST FORTSETZUNG DER POLITIK MIT ANDEREN MITTELN**

„Krieg darf kein Mittel der Politik sein“, lautet eine gängige pazifistische Losung. Die Ereignisse zeigen aber immer wieder, daß Krieg ein Mittel, genauer: eine Fortsetzung der imperialistischen Politik **ist**. Es ist Aufgabe der KommunistInnen, anhand der Tatsachen den friedliebenden Menschen zu zeigen, daß der Imperialismus, daß die Profitinteressen der Monopole der verschiedenen imperialistischen Länder

die Ursache der von ihnen zu Recht bekämpften Kriege ist und daß man den Imperialismus zerschlagen muß, wenn man den Krieg aus der Welt schaffen will.

„*‘Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit andern’ (nämlich: gewaltsamen) ‘Mitteln’.*

*Dieser berühmte Ausspruch stammt von Clausewitz, einem der geistvollsten Militärschriftsteller. Die Marxisten haben diesen Satz mit Recht stets als theoretische Grundlage ihrer Auffassungen von der Bedeutung eines jeden konkreten Krieges betrachtet. Marx und Engels haben die verschiedenen Kriege stets von diesem und keinem anderen Standpunkt aus beurteilt.*

*Man wende diese Auffassung nun auf den gegenwärtigen Krieg (den ersten Weltkrieg, d. Verf.) an. Man wird sehen, daß die Regierungen und die herrschenden Klassen Englands wie Frankreichs, Deutschlands wie Italiens, Österreichs wie Rußlands jahrzehntelang, nahezu ein halbes Jahrhundert lang, eine Politik des Kolonialraubs, der Unterjochung fremder Nationen, der Unterdrückung der Arbeiterbewegung getrieben haben. Genau diese Politik, und nur diese, wird im gegenwärtigen Krieg fortgesetzt. Insbesondere hat sowohl in Österreich als auch in Rußland die Politik der Friedens- wie der Kriegszeit die Versklavung der Nationen, nicht ihre Befreiung zum Inhalt. Umgekehrt sehen wir in China, Persien, Indien und in anderen abhängigen Ländern im Laufe der letzten Jahrzehnte eine Politik des Erwachens von Dutzenden und Hunderten Millionen Menschen zum nationalen Leben, ihre Befreiung vom Joch der reaktionären ‘Groß’mächte. Auf solchem historischen Boden kann der Krieg auch heute ein bürgerlich-fortschrittlicher, ein nationaler Befreiungskrieg sein. “Man braucht den gegenwärtigen Krieg nur von dem Standpunkt aus zu betrachten, daß in diesem Krieg die Politik der ‘Groß’mächte und der maßgebenden Klassen in ihnen fortgesetzt wird, um sofort den himmelschreiend antihistorischen, verlogenen und heuchlerischen Charakter der Ansicht zu erkennen, daß man in diesem Krieg die Idee der ‘Vaterlandsverteidigung’ rechtfertigen könne.“*

(Lenin, Sozialismus und Krieg, LW 21 S. 305 bzw. LAW II S. 575 f.)

Die Imperialisten kämpfen um die Aufteilung bzw. Neuaufteilung von Wirtschaftsgebiet zwecks Erzielung von Profiten. Dabei werden alle Mittel angewandt, ökonomische, politische, militärische. Ökonomische und politische Formen des Kampfes bereiten militärische vor, umgekehrt folgen ökonomische und politische Formen der Ausplünderung und Beherrschung eines Landes der militärischen Eroberung. Mit anderen Worten: Friedliche und nicht-friedliche Formen des Kampfes wechseln einander ab und bedingen sich gegenseitig. Es wäre daher im Friedenskampf zu kurz gegriffen, ausschließlich kriegerische Kampfformen der Imperialisten zu bekämpfen und nicht-kriegerischen Formen gleichgültig gegenüberzustehen oder sie gar zu bejahen. So war es zum Beispiel Anfang 2003 hinsichtlich des imperialistischen Tauziehens um den Irak notwendig, den deutsch-französischen sogenannten Friedensplan als Versuch dieser imperialistischen Länder zu entlarven, den Irak ohne Krieg militärisch zu besetzen und sich dabei einen Großteil der Beute zu sichern. Der Kampf gegen diesen imperialistischen Plan wurde dadurch erschwert, daß die Demagogie der deutschen und französischen Regierung auf die Friedensbewegung wirkte, die nämlich behaupteten, Ziel ihres Handelns sei die Verhinderung eines Krieges. Entsprechenden Illusionen innerhalb der Friedensbewegung mußte entgegen gewirkt werden.

## **SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER NATIONEN**

Für MarxistInnen ist die Klassenfrage der nationalen Frage übergeordnet, hat die nationale Frage aber dennoch große Bedeutung. Das klassenbewußte Proletariat ist an der Lösung nationaler Fragen insbesondere deshalb interessiert, weil ungelöste nationale Fragen die Klassenfrage verdecken können. Ist die nationale Frage gelöst, so kann sie die

Klassenfrage nicht mehr verdecken, tritt unweigerlich die ungelöste und zur Lösung anstehende Klassenfrage in den Vordergrund.

Eine ungelöste nationale Frage kann nur durch Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen im fortschrittlichen Sinne gelöst werden. Die Nation muß ohne jeglichen Druck von außen bestimmen können, was sie will: Lostrennung aus dem bisherigen Staatenbund, Autonomie oder was auch immer, solange sie mit ihrer Entscheidung die Rechte anderer Nationen oder nationaler Minderheiten nicht beeinträchtigt. (Es darf also z.B. niemand vertrieben werden, es sei denn, es handelt sich um nationale Minderheiten, die sich als Brückenkopf einer aggressiven äußeren Macht mißbrauchen lassen.) Leben mehrere Nationalitäten in einem Gebiet, so müssen **alle** BewohnerInnen abstimmen dürfen.

Besondere Bedeutung gewinnt der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, wenn - wie in der Epoche des Imperialismus „üblich“ - Nationen durch imperialistische Mächte unterdrückt werden.

*„Ein Sozialist, der einer großstaatlichen oder kolonienbeherrschenden Nation angehört und dieses Recht nicht verteidigt, ist ein Chauvinist.“*

(ebenda, LW 21 S. 318 bzw. LAW II S. 589)

Die nationalen Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus sind objektiv eine große Unterstützung für den Befreiungskampf des Proletariats in diesen Ländern. Die Unterstützung dieser nationalen Befreiungsbewegungen durch das Proletariat in den imperialistischen Ländern ist eine Vorbedingung seiner eigenen Befreiung, denn ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann selbst nicht frei sein.

## **DAS BEISPIEL BELGIEN IM 1. WELTKRIEG**

Lehrreich ist Lenins Beurteilung der Rolle Belgiens im 1. Weltkrieg. Belgien verweigerte dem Aggressor Deutsch-

land den Durchzug von Truppen, die Frankreich angriffen, und wurde daraufhin selbst Opfer der Aggression. Lenin kritisierte die belgischen Sozialisten, die einen gerechten Krieg Belgiens behaupteten:

*„Was sollten also die belgischen Sozialisten tun? Wenn sie die soziale Umwälzung (...) nicht durchführen konnten, so mußten sie sich der Mehrheit der Nation im gegebenen Zeitpunkt unterwerfen und in den Krieg gehen. Aber während sie sich dem Willen der Sklavenhalterklasse (der belgischen Bourgeoisie, d. Verf.) unterwarfen, mußten sie auf diese die Verantwortung abwälzen, sie durften nicht für die Kredite stimmen und Vandervelde nicht auf Ministerreisen zu den Ausbeutern schicken, sondern mußten ihn (zusammen mit den revolutionären Sozialdemokraten **aller** Länder) unter die Organisatoren der illegalen revolutionären Propaganda für die ‘sozialistische Umwälzung’ und den Bürgerkrieg abordnen. Auch in der Armee mußte man diese Arbeit leisten (die Erfahrung hat gezeigt, daß sogar in den Schützengraben der kämpfenden Armeen eine ‘Verbrüderung’ der Arbeiter im Soldatenrock möglich ist!).“*

(Lenin, Die russischen Südekums, LW 21 S. 110; Hervorhebung von Lenin)

Die Stellung der belgischen Sozialisten hätte laut Lenin so sein müssen:

*„Bürger Belgiens! Unser Land ist von einem großen Unglück betroffen, die Bourgeoisie **aller** Länder, darunter auch die belgische, hat es verursacht. Ihr wollt diese Bourgeoisie nicht stürzen, ihr glaubt nicht, daß ein Appell an die Sozialisten Deutschlands wirksam sein wird? Wir sind in der Minderheit, ich unterwerfe mich euch und gehe in den Krieg, aber auch im Kriege werde ich den Bürgerkrieg der Proletarier aller Länder propagieren und vorbereiten, denn es gibt keine andere Rettung für die Arbeiter und Bauern Belgiens und der anderen Länder!“*

(ebenda; Hervorhebung von Lenin)

Das bedeutet allerdings **keineswegs**, daß Lenin den Aggressor Deutschland und das Opfer Belgien etwa auf eine Stufe gestellt hätte. Im Gegenteil, er warf den deutschen Imperialisten vor, daß diese „die Neutralität Belgiens schamlos gebrochen“ haben (Sozialismus und Krieg, LW 21 S. 305 bzw. LAW II S. 576). (Man beachte: Belgien war selbst imperialistisch, beutete z.B. Belgisch-Kongo aus!) Lenin untersuchte, **unter welchen Umständen** ein Krieg nicht nur Belgiens, sondern auch anderer Länder gegen Deutschland mit dem Ziel der Befreiung Belgiens gerecht sein konnte: „Angenommen, alle an der Einhaltung der internationalen Verträge interessierten Staaten hätten Deutschland den Krieg erklärt mit der Forderung, Belgien zu räumen und zu entschädigen. In diesem Fall wäre die Sympathie der Sozialisten natürlich auf Seiten der Feinde Deutschlands. Aber der Haken ist gerade der, daß der ‘Drei(bzw. Vier)Verband’ (Rußland, England, Frankreich sowie Italien, das erst 1915 auf deren Seite in den Krieg eintrat, nachdem ihm Gebiete als Beute zugesichert worden waren, d. Verf.) den Krieg **nicht** um Belgiens willen führt; das ist aller Welt bekannt, und nur Heuchler suchen es zu vertuschen. England will die deutschen Kolonien und die Türkei plündern, Rußland Galizien und die Türkei, Frankreich strebt nach Elsaß-Lothringen, ja sogar nach dem linken Rheinufer; mit Italien ist ein Vertrag geschlossen über die Teilung der Beute (Albanien, Kleinasien); mit Bulgarien und Rumänien wird gleichfalls um die Teilung der Beute geschachert. Auf der Basis des gegenwärtigen Krieges zwischen den gegenwärtigen Regierungen **kann** man Belgien **nicht anders** helfen als dadurch, daß man mithilft, Österreich oder die Türkei usw. zu erdrosseln! Was hat das mit Vaterlandsverteidigung zu tun??“ (ebenda, LW 21 S. 305 bzw. LAW II S. 576; Hervorhebungen von Lenin)

Lenin hielt also die Verteidigung Belgiens gegen den Aggressor Deutschland **grundsätzlich** für ein gerechtes Anliegen. Warum? Weil wir gegen „die Unterjochung der kleinen Nationen“ durch die „**Großmächte**“ sind (Lenin, Die Sophismen der Sozialchauvinisten, LW 21 S. 175), weil wir für

das Selbstbestimmungsrecht der Nationen eintreten (selbst im Fall des imperialistischen Belgien!). Warum dann aber im gegebenen Fall doch kein gerechter Krieg Belgiens? Weil Belgien nicht isoliert gesehen werden durfte, sondern - ob schon zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls neutral - in die Bestrebungen imperialistischer Mächte eingebunden war, die ihrerseits kleine Nationen erdrosselten (England forderte den Rückzug deutscher Truppen aus Belgien und begründete seine Kriegserklärung an Deutschland damit, daß Deutschland dieser Aufforderung nicht folgte). „*Die Verteidigung Belgiens **vermittels** der Erdrosselung Galiziens oder Ungarns ist keine 'Vaterlandsverteidigung'*.““ (ebenda; Hervorhebung von Lenin)

Also unter den gegebenen Umständen kein gerechter Krieg Belgiens, doch diese richtige Feststellung wäre in eine falsche umgeschlagen, hätte man deshalb Deutschland, welches das Selbstbestimmungsrecht Belgiens gröblichst verletzt hatte, mit dem Opfer Belgien auf eine Stufe gestellt.

## **DIE AUFGABEN DER ARBEITERKLASSE IN BEZUG AUF DIE VORBEREITUNG UND FÜHRUNG IMPERIALISTISCHER KRIEGE**

Lenin zitierte zustimmend aus dem 1912 von den Parteien der II. Internationale angenommenen Basler Manifest, wonach „*die Sozialisten verpflichtet sind, im Falle des Kriegsausbruchs die durch den Krieg herbeigeführte 'wirtschaftliche und politische Krise' auszunutzen, um 'die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen', d.h. die durch den Krieg verursachte schwierige Lage der Regierungen und die Empörung der Massen für die sozialistische Revolution auszunutzen.*“ (Lenin, Sozialismus und Krieg, LW 21 S. 308 bzw. LAW II S. 579). Er griff die Führer der Parteien, die sich stattdessen auf die Seite ihrer jeweiligen Regierung stellten, als Sozialchauvinisten (Sozialisten in Worten, Chauvinisten in Taten), als Verräter an der

Arbeiterklasse an, auch diejenigen, die einen scheinbar neutralen Standpunkt einnahmen, damit aber in Wirklichkeit ihrer Bourgeoisie halfen.

*„Die Verfechter des Sieges der eigenen Regierung im gegenwärtigen Krieg und die Anhänger der Losung ‘Weder Sieg noch Niederlage’ stehen gleicherweise auf dem Standpunkt des Sozialchauvinismus. Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht anders als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen, sie kann den Zusammenhang zwischen militärischen Mißerfolgen der Regierung und der Erleichterung ihrer Niederringung nicht übersehen. Nur ein Bourgeois, der in dem Glauben lebt, daß der von den Regierungen angezettelte Krieg unweigerlich auch als ein Krieg der Regierungen enden werde, und der das auch wünscht, findet die Idee ‘lächerlich’ oder ‘widersinnig’, daß die Sozialisten **aller** kriegführenden Länder mit dem Wunsch nach der Niederlage **aller** ihrer ‘eigenen’ Regierungen auftreten sollen. Gerade ein solches Auftreten würde dagegen den geheimen Wünschen jedes klassenbewußten Arbeiters entsprechen und in der Linie unseres Handelns liegen, das auf Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg abzielt.“*

(ebenda, LW 21 S. 316 bzw. LAW II S. 587; Hervorhebungen von Lenin)

Das heißt im besonderen auch, daß **innerhalb der Armee** mit dem Ziel gearbeitet werden muß, die Waffen gegen die eigene Ausbeuterklasse zu richten.

Was aber, wenn keine revolutionäre Situation besteht oder heranreift? Dann kann die bloße Erklärung, man müsse auf den imperialistischen Krieg mit der Revolution antworten, zur Phrase verkommen, die verdeckt, daß man gerade das **nicht** tut, was RevolutionärInnen in einer solchen Situation tun müssen:

*„‘Antworten wir auf den Krieg mit dem Streik oder mit der Revolution!’, so sagen gewöhnlich alle angesehenen Führer der Reformisten (so scheinradikal gibt sich der Reformismus heute freilich nicht mehr, d. Verf.) zur Arbeiterklas-*

se. Und sehr häufig befriedigt und beruhigt der Scheinradikalismus dieser Antworten die Arbeiter, Genossenschaftler und Bauern.

Vielleicht bestünde das richtigste Verfahren darin, mit der schärfsten Widerlegung einer derartigen Meinung den Anfang zu machen. Man erkläre, daß besonders jetzt, nach dem kürzlich beendeten Krieg, nur die dümmsten oder hoffnungslos verlogene Leute behaupten können, eine solche Antwort auf die Frage nach dem Kampf gegen den Krieg taue etwas. Man erkläre, daß es unmöglich ist, auf den Krieg mit dem Streik zu 'antworten', genauso wie es unmöglich ist, auf den Krieg mit der Revolution, im einfachsten und buchstäblichen Sinne dieser Ausdrücke, zu 'antworten'.

Man muß den Leuten die reale Situation erklären: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird, und wie hilflos die gewöhnliche Organisation der Arbeiter, auch wenn sie sich als revolutionäre Organisation bezeichnet, angesichts eines tatsächlich heraufziehenden Krieges ist.

Man muß den Leuten immer und immer wieder ganz konkret erklären, wie die Dinge während des letzten Krieges lagen und warum sie nicht anders liegen konnten.

Man muß insbesondere die Bedeutung des Umstands erklären, daß die 'Vaterlandsverteidigung' zu einer unvermeidlichen Frage wird, die die gewaltige Mehrheit der Werktätigen unvermeidlich zugunsten ihrer Bourgeoisie entscheiden wird.

Deshalb erstens Aufklärung über die 'Vaterlandsverteidigung'; zweitens, im Zusammenhang damit, Aufklärung über den 'Defätismus' und schließlich Aufklärung über die einzig mögliche Art und Weise, gegen den Krieg zu kämpfen, nämlich Aufrechterhaltung und Bildung einer illegalen Organisation zur **lang währenden** Arbeit aller am Krieg teilnehmenden Revolutionäre gegen den Krieg - das alles muß in den Vordergrund gerückt werden."

(Lenin, Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag, LW 33 S. 433 f. bzw. LAW VI S. 631 f.; Hervorhebung von Lenin)

Es ist also gefordert, daß die Kriegsvorbereitungen und Ziele der Imperialisten entlarvt werden, daß die Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche hautnah dargestellt wird und daß Aufklärung über die verlogenen Phrasen der Imperialisten gegeben wird, mit denen sie die wirklichen Zielsetzungen ihrer Kriege vertuschen wollen. Dabei muß in jedem imperialistischem Land der eigene Imperialismus als Hauptfeind bekämpft werden - nicht weil die anderen Imperialisten besser wären, sondern weil die Arbeiterklasse und die friedliebenden Menschen eines jeden Landes **ihrem** Imperialismus konkret gegenüberstehen.

All dies ist, wie Lenin hervorhebt, eine langfristige Aufgabe, und ohne zähe, geduldige Arbeit wird es nicht möglich sein, eine Situation zu schaffen, in der **tatsächlich** auf den Krieg mit der Revolution „geantwortet“ werden kann. Der Imperialismus übt stets starken ideologischen Druck auf die Bevölkerung einschließlich der Arbeiterklasse aus, und im Zusammenhang mit von ihm geführten Kriegen steigert sich dieser Druck enorm. Wie Lenin sagt, wäre es daher illusorisch, anzunehmen, zu Beginn eines imperialistischen Krieges könne sich die Mehrheit der Bevölkerung in praktischer Aktion gegen diesen Krieg erheben. Gelingt es den Imperialisten nicht, Kriegsbegeisterung zu erwecken, so werden sie aller Regel zumindest in der Lage sein, bei beträchtlichen Teilen der Massen „Verständnis“ für einen Krieg zu erwecken. Heute ziehen sie insbesondere alle Register, um ihre Kriege als „humanitäre Hilfe“ anzupreisen, als „Verteidigung der Menschenrechte“ usw. Nach wie vor wird aber auch die „Vaterlandsverteidigung“ bemüht, und Kriegsminister Struck entblödete sich nicht, kürzlich zu erklären, „Deutschland“ werde auch am Hindukusch „verteidigt“. Andererseits wächst mit zunehmenden kriegerischen Akten des Imperialismus die Empörung hierüber, was wiederum die Bedingungen für den antimilitaristischen Kampf verbessert.

Die KommunistInnen haben die Aufgabe, eine prinzipielle Haltung gegenüber dem deutschen Imperialismus einzunehmen und in der Arbeiterklasse sowie in der demokrati-

schen und Friedensbewegung diese Haltung zu propagieren. Deutschland ist imperialistische Großmacht, nimmt im Bündnis und gleichzeitig in scharfer Konkurrenz mit anderen Imperialisten an Kriegen zur Beherrschung und Ausplünderung der Völker teil. Ein Krieg, den das imperialistische Deutschland führt oder an dem es sich beteiligt, wird niemals gerecht sein, sondern stets ein imperialistischer Raubkrieg. Es gibt daher keinerlei Berechtigung, von der Losung „Kein deutsches Militär ins Ausland“ nur ein Jota abzuweichen, ob die betreffenden Kriege mit oder ohne Billigung der UN geführt werden, zusammen bzw. im Einvernehmen mit anderen Imperialisten oder gegen diese. Die KPD wendet sich prinzipiell gegen jede Stärkung der deutschen Militärmaschine, gegen jede Vorbereitung und Durchführung eines militärischen Einsatzes. Sie zeigt auf, daß sich die Militarisierung sehr unmittelbar auch gegen die Arbeiterklasse in Deutschland selbst richtet:

*„Der Imperialismus verlangt von der Arbeiterklasse, daß sie sich seinen Zielen, seiner Logik und seiner Politik unterwirft. Für den Fall, daß sie oder daß Teile von ihr das nicht tun, rüstet der Staat seine Unterdrückungsmaschinerie auf, baut er demokratische Rechte ab, bereitet er insbesondere Bundeswehreinmärsche im Inneren vor. (...)*

*Das zeigt im Umkehrschluß, welchen Standpunkt eine Arbeiterklasse, die sich ihrer Interessen bewußt ist, gegenüber ihrem 'eigenen' Imperialismus einnehmen muß. Sie muß seine Ziele und seine Politik nach innen und außen bekämpfen. Sie muß für Frieden und Demokratie eintreten: Sie muß alle Maßnahmen zur Stärkung der staatlichen Unterdrückungsmaschine nach innen und außen ablehnen und bekämpfen und demokratische Rechte verteidigen. Sie muß jeden Militäreinsatz ihres 'eigenen' Imperialismus bekämpfen und - wenn sie ihn nicht verhindern kann - militärische Niederlagen des eigenen Imperialismus wünschen.*

*Gerade letztere Orientierung ist wichtig: Eine Arbeiterklasse, die militärische Siege des 'eigenen' Imperialismus jubelt, ist zu dessen Anhängsel geworden, hat sich ihm un-*

terworfen und kann **in keiner Hinsicht** mehr konsequent für eigene Interessen kämpfen. Sie muß dann beispielsweise Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen akzeptieren, weil diese - durchaus zutreffend - mit den Interessen des 'eigenen' Imperialismus begründet werden können.

*Umgekehrt schwächen Niederlagen des eigenen Imperialismus diesen und stärken damit die Stellung des klassenbewußten Proletariats. Militärische Niederlagen machen es dem Imperialismus schwerer, Begeisterung für die Vorbereitung und Durchführung militärischer Aktionen zu wecken.“*

(Roter Morgen, Zentralorgan der KPD, 11/2001)

Innerhalb des eigenen Landes ist es in erster Linie die Arbeiterklasse, die für die imperialistischen Abenteuer der eigenen Bourgeoisie bezahlen muß: zunächst mit verstärkter Ausbeutung und schließlich mit Blut.

Wie in allen Fragen des politischen und ökonomischen Kampfes wendet die KPD auch im Friedenskampf den Grundsatz der **Einheitsfront** an. Gilt es, einen bestimmten Kriegseinsatz zu bekämpfen, so muß die Einheit **aller** hergestellt werden, die gegen **diesen** Kriegseinsatz eintreten wollen, aus welchem Grund auch immer. Weitere politische und weltanschauliche Auffassungen dürfen keineswegs zur Voraussetzung gemeinsamen Kampfes gemacht werden. Es hat sich gezeigt, daß mitunter um diese Frage ein heftiger Kampf geführt werden muß. Als die USA, Deutschland und andere imperialistische Länder im Jahre 2002 Afghanistan angriffen, versuchten bestimmte Kräfte, ihre pazifistischen, linkssozialdemokratischen Auffassungen den Kriegsgegnern aufzuzwingen und zur Voraussetzung gemeinsamer Aktionen zu machen.

Mit falschen Auffassungen anderer Menschen über den Imperialismus setzen sich die KommunistInnen geduldig auseinander, wohlwissend, daß die Masse der Menschen fundierte Auffassungen über das Wesen des Imperialismus derzeit **gar nicht haben kann**. Gegen die vom Imperialismus und seinen Agenturen gezielt verbreiteten apologetischen Ansichten zur Beschönigung des Imperialismus und seiner

Verbrechen führen sie einen unversöhnlichen und beharrlichen Kampf.

*„Pazifismus und abstrakte Friedenspredigt sind eine Form der Irreführung der Arbeiterklasse. Im Kapitalismus, und besonders in seinem imperialistischen Stadium, sind Kriege unvermeidlich. Andererseits können die Sozialdemokraten (damals die Bezeichnung für kommunistische RevolutionärInnen, d. Verf.) nicht die positive Bedeutung von revolutionären Kriegen leugnen, d.h. von Kriegen, die keine imperialistischen Kriege sind, sondern solche, wie sie z.B. in der Zeit von 1789 bis 1871 geführt wurden, um die nationale Unterdrückung zu beseitigen und aus den zersplitterten Feudalstaaten kapitalistische Nationalstaaten zu schaffen, oder wie sie möglich werden können, um die Errungenschaften des im Kampf gegen die Bourgeoisie siegreichen Proletariats zu verteidigen.“ Eine Friedenspropaganda, die nicht begleitet ist von der Aufrufung der Massen zu revolutionären Aktionen, kann in der gegenwärtigen Zeit (1915 geschrieben, also während des ersten Weltkrieges, d. Verf.) nur Illusionen erwecken, das Proletariat dadurch demoralisieren, daß man ihm Vertrauen in die Humanität der Bourgeoisie einflößt, und es zu einem Spielzeug in den Händen der Geheimdiplomatie der kriegführenden Länder machen. Insbesondere ist der Gedanke grundfalsch, daß ein sogenannter demokratischer Frieden ohne eine Reihe von Revolutionen möglich sei.“*

(Lenin, Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR, LW 21 S. 152)

*„Die kautskyjanische Predigt der ‘Abrüstung’, die sich ausgerechnet an die jetzigen Regierungen der imperialistischen Großmächte wendet, ist vulgärster Opportunismus, bürgerlicher Pazifismus, der in Wirklichkeit - entgegen den ‘frommen Wünschen’ der honigtriefenden Kautskyjaner - nur dazu dient, die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzulenken.“*

(Lenin, Über die Losung der „Entwaffnung“, LW 23 S. 93; Hervorhebung von Lenin)

Auch heute ist die Verbreitung der Auffassung, eine friedliche Welt sei möglich, nur geeignet, unter friedliebenden Menschen Illusionen zu wecken, wenn nicht hinzugefügt wird, daß dies die Zerschlagung des Imperialismus voraussetzt.

*„Eines der Hauptargumente zugunsten der Entwaffnung ist der nicht immer direkt ausgesprochene Gedanke: Wir sind gegen den Krieg, überhaupt gegen jeden Krieg, und der bestimmteste, klarste, unzweideutigste Ausdruck dieser unserer Ansicht ist eben die Forderung der Entwaffnung.“* Mit diesem unrichtigen Argument haben wir uns im Artikel über die Junius-Broschüre befaßt, auf den wir den Leser auch verweisen (LW 22 S. 310-325, d. Verf.). Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein. Man darf sich durch den jetzigen imperialistischen Krieg den Blick nicht trüben lassen. Für die imperialistische Epoche sind gerade solche Kriege zwischen den 'Groß'mächten typisch, aber auch demokratische Kriege und Aufstände, z.B. Kriege unterdrückter Nationen gegen die sie unterdrückenden Nationen für die Befreiung von der Unterdrückung, sind keineswegs unmöglich. Unvermeidlich sind Bürgerkriege des Proletariats gegen die Bourgeoisie, für den Sozialismus. Möglich sind Kriege des Sozialismus, der in einem Land den Sieg errungen hat, gegen andere, bürgerliche oder reaktionäre Länder.“ Die Entwaffnung ist ein Ideal des Sozialismus. In der sozialistischen Gesellschaft wird es keine Kriege geben und wird folglich die Entwaffnung verwirklicht werden (gemeint ist: mit dem Sieg des Sozialismus bzw. Kommunismus auf der ganzen Welt, d. Verf.). Aber der ist kein Sozialist, der erwartet, daß der Sozialismus **ohne** soziale Revolution und Diktatur des Proletariats verwirklicht wird. Diktatur ist Staatsmacht, die sich unmittelbar auf die **Gewalt** stützt. Gewalt in der Epoche des 20. Jahrhunderts - wie überhaupt in der Epoche der Zivilisation - ist weder die Faust noch der Knüttel, sondern das **Heer**. Die 'Entwaffnung' in das Programm aufnehmen hieße schlechthin sagen: Wir sind gegen die Anwendung von Waffen. Das ist genauso wenig

*marxistisch, als wenn wir sagen würden: Wir sind gegen die Anwendung von Gewalt.“*

(ebenda, S. 91 f.; Hervorhebungen von Lenin)

Weder kann der Kampf für den Sozialismus vorbereitet noch kann der Kampf für Frieden und Demokratie konsequent geführt werden, wenn man auf die **politische Arbeit in der Armee** verzichtet, eine Arbeit, die insbesondere auch gegen die Vorbereitung und Führung imperialistischer Kriege, gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen durch die Armee gerichtet sein muß. Deshalb treten KommunistInnen dafür ein, daß demokratische und friedliebende Wehrpflichtige grundsätzlich zur Bundeswehr gehen und wenden sie sich **gegen** die Umwandlung der Armee in eine Berufsarmee, da dies die demokratische und sozialistische Arbeit innerhalb der Armee enorm erschweren würde.

*„Der Militarismus durchdringt jetzt das ganze öffentliche Leben. Der Imperialismus ist ein erbitterter Kampf der Großmächte um die Teilung und Neuaufteilung der Welt, er muß daher unvermeidlich zur weiteren Militarisierung in allen, auch in neutralen, auch in kleinen Ländern führen. Was sollen die proletarischen Frauen dagegen tun? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen, nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die wirklich revolutionär ist, mit solch einer schändlichen Rolle abfinden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen:*

*‘Du wirst bald groß sein. Man wird dir ein Gewehr geben. Nimm es und erlerne gut das Kriegshandwerk. Dieses Wissen ist nötig für die Proletarier, nicht, um auf deine Brüder, die Arbeiter der anderen Länder, zu schießen, wie es jetzt in diesem Kriege geschieht und wie dir die Verräter des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines eigenen Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch den Sieg über die Bourgeoisie und **deren** Entwaffnung ein Ende zu bereiten.’*

*Wenn man es ablehnt, eine solche Propaganda und eben eine solche im Zusammenhang mit dem jetzigen Krieg zu treiben, dann höre man gefälligst auf, große Worte von der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, von der sozialistischen Revolution, vom Krieg gegen den Krieg im Munde zu führen.“*

(ebenda S. 95 f.; Hervorhebung von Lenin)

Der Kampf für den Frieden kann zwar ohne Zerschlagung des Imperialismus im günstigsten Fall diesen oder jenen konkreten Kriegsausbruch verhindern bzw. diesen oder jenen konkreten Krieg beenden, was selbstverständlich in jedem Fall außerordentlich wichtig wäre und das Kräfteverhältnis bedeutend zugunsten der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte verschieben würde. Dieser Kampf alleine kann aber nicht die Gefahr imperialistischer Kriege aus der Welt schaffen. Da der Imperialismus gesetzmäßig zum Kriege drängt, kann der imperialistische Krieg nur durch die Machtergreifung des Proletariats und die weltweite Zerschlagung des Imperialismus ins Museum der Geschichte verfrachtet werden. Solange der Imperialismus existiert, werden auch seine Fäulnis und Krisenhaftigkeit zunehmen, und auch verheerende Kriege zwischen imperialistischen Großmächten werden wieder auf die Tagesordnung treten, wenn das Weltproletariat im Bündnis mit den unterdrückten Völkern und Nationen dies nicht verhindert. Die geschichtliche Situation stellt die Arbeiterklasse nicht vor die Frage, ob sie kämpfen will. Sie stellt sie letztlich vor die Frage, für **wessen** Interessen sie kämpfen will: im imperialistischen Krieg für die Profite der Bourgeoisie oder in der proletarischen Revolution für ihre eigenen Klasseninteressen.

Stalin schrieb 1952:

*„Man sagt, Lenins These, daß der Imperialismus unvermeidlich Kriege hervorbringt, müsse als veraltet angesehen werden, da gegenwärtig mächtige Volkskräfte herangewachsen sind, die zur Verteidigung des Friedens, gegen einen neuen Weltkrieg auftreten. Das ist falsch.*

Die gegenwärtige Friedensbewegung verfolgt das Ziel, die Volksmassen zum Kampf für die Erhaltung des Friedens, zur Verhütung eines neuen Weltkrieges zu mobilisieren. Folglich setzt sie sich nicht das Ziel, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten - sie beschränkt sich auf die demokratischen Ziele des Kampfes für die Erhaltung des Friedens. In dieser Beziehung unterscheidet sich die gegenwärtige Bewegung für die Erhaltung des Friedens von der Bewegung während des ersten Weltkrieges für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, da diese Bewegung weiterging und sozialistische Ziele verfolgte.

Es ist möglich, daß bei einem bestimmten Zusammenreffen von Umständen der Kampf für den Frieden sich hier und da zum Kampf um den Sozialismus entwickelt, aber das wird nicht mehr die gegenwärtige Friedensbewegung sein, sondern eine Bewegung zum Sturz des Kapitalismus.

Am wahrscheinlichsten ist, daß die gegenwärtige Friedensbewegung, als Bewegung für die Erhaltung des Friedens, im Falle des Erfolges zur Verhütung eines **bestimmten** Krieges, zu seinem zeitweiligen Aufschub, zur zeitweiligen Erhaltung des **gegebenen** Friedens, zum Rücktritt einer kriegslüsteren Regierung und zu ihrer Ablösung durch eine andere Regierung führt, die bereit ist, zeitweilig den Frieden zu erhalten. Das ist natürlich gut. Das ist sogar sehr gut. Aber dennoch genügt das nicht, um die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern überhaupt zu beseitigen. Es genügt nicht, da bei allen diesen Erfolgen der Friedensbewegung der Imperialismus dennoch erhalten bleibt, bestehen bleibt und folglich auch die Unvermeidlichkeit der Kriege bestehen bleibt.

Um die Unvermeidlichkeit der Kriege zu beseitigen, muß der Imperialismus vernichtet werden.“

(Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, SW 15 S. 327 f.; Hervorhebungen von Stalin)



## LITERATUR:

### Literatur zum demokratischen Kampf:

- Lenin, Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, LW 21 S. 412 - 421
- Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, LW 22, S. 144 - 159
- Lenin, Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow), LW 23 S. 11 17
- Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“, LW 23 S. 18 - 71
- Lenin, Kapitalismus und Steuern, LW 19 S. 186 - 189
- Dimitroff, Bericht auf dem 7. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale nebst Resolution zu diesem Bericht
- „Weg der Partei“ 6/1978, Gegen Reaktion und Faschismus“- für Freiheit und Demokratie
- „Weg der Partei“ 4-5/1980, Das Parlament: Eine Arena des Klassenkampfes
- „Weg der Partei“ 1/1982, Der Klassencharakter des Faschismus und die Faschisierung heute

Aus den drei letztgenannten Artikeln im „Weg der Partei“ haben wir einige Passagen in diesem Heft übernommen, ohne dies jeweils als Zitate zu kennzeichnen, da die Übersichtlichkeit der Darstellung durch die Kennzeichnung gelitten hätte. (Unter dem Namen „Weg der Partei“ erschien seinerzeit das theoretische Organ der KPD).

**Literatur zum Friedenskampf:**

- Lenin, Sozialismus und Krieg, LW 21 S. 295 - 341 bzw. LAW II S. 565 - 614
- Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, LW 23 S. 72 - 83 bzw. LAW II S. 771 - 783
- Lenin, Bemerkungen zu den Aufgaben unserer Delegation im Haag, LW 33 S. 433 - 437 bzw. LAW VI S. 631 - 635
- Lenin, Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR, LW 21 S. 147 - 153
- Lenin, Über die Losung der Entwaffnung, LW 23 S. 91 101
- Lenin, Über die Junius-Broschüre, LW 22 S. 310 - 325

Insbesondere die Bände 21 bis 23 der Lenin-Werke bzw. Band II der Ausgewählten Werke enthalten eine Reihe weiterer Artikel und Schriften zur Frage des Kampfes gegen den Krieg und zur Frage des Kampfes gegen den Opportunismus im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Krieg.